

Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“



Die Protokolle des
CDU-Bundesvorstands
1957–1961

Droste

Die Protokolle
des CDU-Bundesvorstands
1957–1961

Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung
herausgegeben von Günter Buchstab,
Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts,
Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz

Band 24

Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“
Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961

Droste

Adenauer:
„... um den Frieden zu gewinnen“

Die Protokolle
des CDU-Bundesvorstands
1957–1961

Bearbeitet von
Günter Buchstab

Droste

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“ : die Protokolle
des CDU-Bundesvorstands 1957 – 1961 / Günter Buchstab
(Bearb.). – Düsseldorf : Droste, 1994
(Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte ; Bd. 24)
Forts. von Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“
ISBN 3-7700-1870-2
NE: Buchstab, Günter [Bearb.]; Christlich-Demokratische Union
Deutschlands; GT

Alle Rechte vorbehalten
© 1994 Droste Verlag GmbH, Düsseldorf
Gesamtherstellung: Richarz Publikations-Service GmbH, Sankt Augustin
ISBN 3-7700-1870-2

Inhalt

Einleitung	VII
Übersicht über die Protokolle	XXVII
Protokolle	1
Abkürzungen und Zeichen	1063
Quellen und Literatur	1069
Personenregister	1079
Sachregister	1095

Einleitung

Zwei markante Ereignisse bilden die Eckpunkte dieses dritten Bandes der CDU-Bundesvorstandsprotokolle: Der einzigartige Wahlerfolg der Union bei den Bundestagswahlen 1957 und der Bau der Mauer in Berlin am 13. August 1961, „die Stunde der großen Desillusion“ in der Wiedervereinigungspolitik – so Heinrich Krone in seinem Tagebuch¹.

In den vier Jahren zwischen diesen Zäsuren vollzogen sich tiefreichende innen- und außenpolitische Entwicklungen, die entsprechend auch einen Niederschlag in den Lageberichten des Parteivorsitzenden und den z.T. kontrovers geführten Diskussionen finden. Um nur einiges davon zu nennen: die Veränderung des weltpolitischen Stellenwerts der deutschen Frage, die lange Spannungsperiode nach dem Berlin-Ultimatum der Sowjetunion vom November 1958, der Verlust der Kolonien und der Weltgeltung Frankreichs und Großbritanniens bei gleichzeitiger Zunahme des wirtschaftlichen und politischen Gewichts der Bundesrepublik, die unerwartete Wahl Kennedys in den USA, der beginnende Prozeß der europäischen Einigung, die Instabilität der französischen Republik, die Regierungsübernahme de Gaulles und die deutsch-französische Annäherung und Aussöhnung, die Aufgabe marxistischer Vorstellungen durch die SPD und ihre Zustimmung zur westlichen Bündnispolitik, der ökonomische Modernisierungsprozeß, verbunden mit erheblichen Anpassungsproblemen, der soziale Strukturwandel, der zu einem tiefgreifenden Bewußtseins- und Wertewandel, einer einschneidenden Änderung der Lebensformen und der traditionellen Sozialmilieus führte, fortschreitende Säkularisierung, steigender Wohlstand mit zunehmendem Materialismus, schärfere Artikulation und Durchsetzung von Gruppeninteressen, eine sich verändernde Medienlandschaft. Nicht zuletzt sah sich die Bundesrepublik jener Jahre auch von der deutschen Vergangenheit, der Zeit des Dritten Reichs, eingeholt; so hatte sich der Vorstand z.B. intensiv mit dem Fall Oberländer zu beschäftigen.²

Im September 1957 war es erstmals in der Geschichte deutscher Parlamente einem Parteibündnis gelungen – der CDU mit ihrer bayerischen Schwester, der CSU –, in freien Wahlen die absolute Mehrheit der Stimmen zu erringen – ein Höhepunkt in der noch jungen Geschichte der Union, die kaum zwölf Jahre zuvor in Regionalparteien entstanden war und sich erst 1950 als Bundespartei konstituiert hatte. Die totale Katastrophe des Zweiten Weltkriegs lag noch nicht lange zurück;

1 Eintrag vom 18. August 1961 (ACDP I-028-069/2) – Druck: Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954-1969. In: Adenauer Studien III. Hg. von Rudolf MORSEY und Konrad REPGEN. Mainz 1974 S. 162.

2 Vgl. dazu neuerdings Manfred KITTEL: Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer. Berlin 1993.

im „Chaos Deutschland“³ gelang eine beispiellose Aufbauleistung. Der Wahlerfolg offenbarte das Vertrauen, das die Bevölkerung in die von der Union seit 1949 geprägte politische Entwicklung auch für die Zukunft setzte. Das Ergebnis war ein Zeichen für die in kurzer Zeit erreichte Konzentration des Parteiensystems der Bundesrepublik. Die Erinnerung an die Weimarer Republik lag für die meisten der bundesrepublikanischen Politiker und auch für die Wähler noch nicht in weiter Ferne; die erste deutsche Demokratie war bereits nach vierzehn Jahren gescheitert, weil das Parteiensystem derart zersplittert und von extremen Kräften so dominiert war, daß für die demokratischen Parteien keine Mehrheitsbildung mehr möglich war. Nach den ersten Bundestagswahlen 1949, acht Jahre zuvor, waren zwölf Parteiengruppierungen ins Parlament eingezogen; jetzt waren es nur noch vier – CDU/CSU, SPD, FDP sowie DP, wobei letztere die 5 %-Hürde nur durch die Hilfe eines Wahlbündnisses mit der CDU überwinden konnte.

Nicht ohne Grund war der Wahlkampf der Union unter dem Slogan „Sicherheit, keine Experimente“ geführt und gewonnen worden⁴, ein Slogan übrigens, den bereits 1932 die Zentrumspartei – in anderer Zeit und unter anderen Voraussetzungen – ohne durchschlagenden Erfolg benutzt hatte. Wofür stand dieser erfolgreiche Slogan? Außenpolitisch schien der Kurs der Union, westeuropäische Integration und Suche nach Sicherheit im westlichen Bündnis, „um den Frieden zu gewinnen“^{4a}, durch die Niederschlagung der Freiheitsbewegungen in Polen und Ungarn 1956 voll gerechtfertigt; die Bevölkerung jedenfalls hatte Vertrauen in Westbindung und Westintegration, die nicht nur eine positive wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit, sondern langfristig auch Erfolg in der nationalen Frage versprochen. Innenpolitisch wurde die Entwicklung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft seit Kriegsende von den Wählern positiv bewertet; dem von der Bundestagsmehrheit in der „Ära Adenauer“ durchgehaltenen Kurs stand keine erfolgversprechende Alternative gegenüber.

Und dennoch: Der bekannte Slogan war nicht nur eine offensive Verteidigung des eingeschlagenen Weges, nicht nur der kategorische Imperativ für die Fortsetzung des Erfolgskurses, er deutete auch auf innen- wie außenpolitische Veränderungen und Entwicklungen hin, die das Ende der Nachkriegszeit mit ihren miserablen Lebensverhältnissen ankündigten. Die Steigerung des Lebensstandards, das sich schnell ausbreitende Konsumdenken, die Verkürzung der Arbeitszeit usw. zeugten von einem tiefgreifenden Strukturwandel, auf den eine Parteiführung unbedingt reagieren mußte. Schon 1956 hatte der Parteivorsitzende und Bundeskanzler im Bundesvorstand warnend auf die gesellschaftliche Erosion hingewiesen, die alles Erreichte in Frage stellen könne, wenn sie aus dem Ruder laufe.⁵ Früher als die meisten Vorstandsmitglieder spürte Adenauer, daß die überkommenen gesellschaftlichen Strukturen und Wertvorstellungen aus

3 Nr. 9 S. 401.

4 Dazu PROTOKOLLE 2 S. XXI.

4a Nr. 22 S. 1024

5 Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 845.

Kaiserreich, Weimarer Republik und der durch Kriegs- und Nachkriegsnot zusammengeschweißten „Volksgemeinschaft“ sich in einem schleichenden Veränderungs- und Auflösungsprozeß hin zu einer pluralistischen Gesellschaftsordnung entwickelten.

Zwar konstatierte Adenauer zufrieden in der ersten Sitzung nach dem fulminanten Wahlerfolg, daß wegen des Zuspruchs der Bevölkerung und insbesondere der Jugend „eine erfreuliche Prognose für unsere Arbeit in der Partei“⁶ möglich sei. Daß er die Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden Heinrich Krone, der nicht nur eine Fraktion von 270 Mitgliedern zusammenzuhalten, sondern 90 neue, unerfahrene Abgeordnete zu integrieren hatte, als besonders schwierig würdigte⁷, zeigt seinen Realitätssinn auch in der Stunde des Triumphes. Weitsichtig stellte er jedenfalls fest: „Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß wir nicht den geringsten Anlaß haben, auf unseren Lorbeeren auszuruhen“⁸; denn der Sieg bringe „natürlich auch eine ungeheure Last und Verantwortung mit sich“⁹. Damit sollte seine Partei auf zukünftige Aufgaben und Auseinandersetzungen eingeschworen werden. Als Realist fühlte Adenauer sich nach der Wahnacht weder „himmelhoch jauchzend“ noch „zu Tode betrübt“¹⁰. Sorgen machten ihm im Blick auf die Zukunft vor allem die geringe Resonanz der CDU und die Erfolge der Sozialdemokraten in den Kommunen, die möglichen Konsequenzen des „Wohlfahrtsstaats“, wirtschaftliche und außenpolitische Krisen sowie der von Osten drohende Materialismus, dessen Gefahren nach seiner Meinung „in keiner Weise genügend erkannt werden“¹¹.

Schon 1955 hatten ihm die Demoskopien im Umfeld seiner Moskaureise signalisiert, daß die wachsende positive Einstellung der Bevölkerung zur Sowjetunion und zur Koexistenz einen Perspektivenwechsel andeutete. Der „Kommunismus im Osten“ wurde „verbindlicher beurteilt“; die Sowjets, denen im Oktober 1954 noch eine überwiegend negative Einstellung entgegenschlug, gewannen „stimmungsmäßig Terrain“.¹²

Aus dieser Erkenntnis leitete der Parteivorsitzende zwei Folgerungen für seine Partei ab: Betonung und Festigung der programmatischen Basis der CDU sowie „Kampf gegen den dialektischen Materialismus, gegen den Einfluß von Sowjetrußland her“¹³. Die „vornehmste Aufgabe“ der Partei war und blieb ihm das Zusammenwachsen und die Zusammenarbeit der beiden christlichen Konfessionen und die Betonung des weltanschaulichen Fundaments, „des christlichen Erbes“, das besonders gepflegt werden müsse, um die Auseinandersetzung mit dem östlichen Materialismus mit ideellen und

6 Nr. 1 S. 4.

7 Nr. 1 S. 11.

8 Nr. 1 S. 8.

9 Nr. 1 S. 6.

10 Nr. 1 S. 40.

11 Nr. 1 S. 10.

12 Vgl. Umfragen des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 19. Juli und 20. Oktober 1955 (ACDP I-070-020/4).

13 Nr. 1 S. 10.

ethischen Mitteln führen und bestehen zu können. Vor diesem Hintergrund wandte sich Adenauer mit aller Entschiedenheit und Härte, zu der er fähig war, gegen jeden Ansatz von „Aufweichungstendenzen“ in der Deutschland- und Ostpolitik. Weil nicht alle Vorstandsmitglieder dieser harten Linie unbedingt folgen wollten, blieben überaus heftig geführte Kontroversen im Bundesvorstand nicht aus.

Bereits in der ersten Sitzung am 19. September 1957 deuteten sich unterschiedliche Erwartungen in der Deutschlandpolitik an. Bei der Frage, ob der Bundestag seine erste Sitzung nicht in Berlin abhalten solle, um ein Zeichen zu setzen, unter Würdigung der „respektablen Bescheidenheit“ in allen außenpolitischen Fragen¹⁴, hielt sich die Diskussion noch in Grenzen. Doch bereits in der zweiten Sitzung am 17. Januar 1958 traten die positionellen Unterschiede deutlich hervor. Die Diskussion über die „Methoden“ in der Deutschlandpolitik unterstreicht, daß die Linie des Parteivorsitzenden keineswegs stillschweigend akzeptiert und mitgetragen wurde, daß Adenauers Politik mitnichten unumstritten war, wie es manchmal scheinen könnte. Die Vorstandsmitglieder zählten – wie auch dieses Beispiel zeigt¹⁵ – nicht zu „des Kanzlers Chorknaben“¹⁶ oder zu den „true believers“¹⁷.

Schon in der zweiten Legislaturperiode, bei den Auseinandersetzungen um die Saarfrage und vor allem während des tiefen Tals, das der Kanzler 1956 durchzustehen hatte, war er auf Gegenwind gestoßen. Damals, auf dem Parteitag in Stuttgart, hatten Parteifreunde versucht, ihn in einen größeren Vorstand einzubinden, ein Unterfangen, das letztlich mißlang, weil die Ereignisse in Ungarn und die Rentengesetzgebung eindrucksvolle Bestätigungen des von Adenauer eingeschlagenen innen- und außenpolitischen Weges waren. Zudem war die Partei 1957 wie in jedem Wahljahr zur Ruhe und Geschlossenheit verurteilt; unter der Oberfläche rumorte es allerdings weiter. Die vorstandsinternen Konflikte häuften sich in der dritten Legislaturperiode und waren sowohl in sachlicher wie persönlicher Hinsicht, in Ton wie in Inhalt schärfer und heftiger als jemals zuvor.

Am 17. Januar 1958 im Bericht zur Lage, den Adenauer stets als „Führungsinstrument“ und zur Vorstrukturierung der Sitzungen nutzen konnte, bedauerte er unter anderem, daß die Sowjetunion nicht bereit sei, Pläne zur kontrollierten Abrüstung zu akzeptieren, die er als wichtige Etappe auf dem Weg zur Wiedervereinigung betrachtete. Bulganins Vorschlag einer Konföderation zwischen DDR und Bundesrepublik sei „völlig unannehmbar“; denn eine Realisierung verfestige den Status quo auf eine nicht zu bemessende Zeit.¹⁸ Auch Vorstellungen Carlo Schmidts (SPD), selbst kleine Fortschritte nicht zu verachten, um überhaupt voranzukommen und die erkennbare Stagnation zu überwinden, bedeuteten ihm, „die Frage der Wiedervereinigung bis

14 So Johann Baptist Gradl Nr. 1 S. 18.

15 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. XXIIIff.; PROTOKOLLE 2 S. IX-XX.

16 Dazu PROTOKOLLE 1 S. XX.

17 EBD. S. XXIII.

18 Nr. 2 S. 92.

auf weiteres auf Eis zu legen ... Darüber bin ich im tiefsten Innern so empört.“¹⁹ Die Quintessenz lautete für ihn: „Ich denke, wir sind uns alle darüber klar, daß die einzige Rettung für Deutschland darin besteht, daß wir energisch und hart und fest bleiben“, denn sonst würden „wir eben unterjocht werden wie die Polen, die Tschechen und unsere Menschen in der Sowjetzone“²⁰.

Der starke Beifall, der seine Ausführungen begleitete, konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht alle Vorstandsmitglieder uneingeschränkt dieser harten Linie zu folgen bereit waren. Nach der Maxime, Offensive sei nicht nur die richtige Form im Wahlkampf, sondern auch im Parteivorstand²¹, wagte Gerstenmaier „aus Redlichkeit der Gesinnung und aus Loyalität“²² zu widersprechen. Bei aller Übereinstimmung mit der Grundbeurteilung der Situation meinte er doch, man solle auch die „Erwägung eines neuen taktischen oder methodischen Verhaltens“ mit ins Kalkül ziehen²³, um „die Russen aus der billigen Friedensgeste und Friedenspropaganda herauszubringen“²⁴; sie müßten ihre vorgebliche Friedensliebe am Verhandlungstisch unter Beweis stellen. Ein solcher politischer Ansatz könne nicht dadurch diskreditiert werden, daß man damit einem „Aufweichungsprozeß“ Vorschub leiste. Eben dies war die argumentatorische Keule, mit der Adenauer derartige Überlegungen stets aus dem Weg zu räumen suchte.²⁵

Tatsächlich ging es um mehr als um einen vordergründigen Methodenstreit; es ging um die Meinungsführung in der Öffentlichkeit. Auch Profilierungsgelüste für eine mögliche Kanzlernachfolge mögen eine Rolle gespielt haben, obwohl Gerstenmaier seine Chancen nicht allzu hoch ansetzen konnte, galt er doch – was ihm wohl nicht verborgen blieb – nicht nur in der Fraktion als unbeherrscht, unbeliebt und ungeschickt²⁶. Gerstenmaier gab mit seinen von Adenauer heftig angefeindeten Ausführungen nicht nur einem verbreiteten Bedürfnis nach Bewegung und mehr Flexibilität in der Deutschlandpolitik Ausdruck; er stellte damit gleichzeitig Adenauers Grundsatz in Frage, die Deutschlandfrage durch ein starres Festhalten an der Viermächteverantwortung einer Lösung näherzubringen. Gerade an dieser Verantwortung wie auch am Viermächtestatus für Berlin wollte Adenauer auch nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen.²⁷

19 Nr. 2 S. 95.

20 Nr. 2 S. 95.

21 Nr. 2 S. 69.

22 Nr. 2 S. 105.

23 Nr. 2 S. 96.

24 Nr. 2 S. 106.

25 Nr. 2 S. 103; vgl. auch Nr. 2 S. 87-89, Nr. 3 S. 161, Nr. 7 S. 266, S. 268, Nr. 12 S. 583f.

26 So Adenauer gegenüber Heuss am 29. Oktober 1958 (vgl. Theodor HEUSS: Tagebuchbriefe 1955/1963. Stuttgart 1970 S. 359).

27 Vgl. auch Nr. 8 S. 376; zum folgenden: Peter SIEBENMORGEN: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik. Bonn 1990.

Andere CDU-Politiker – wie Osterloh, Blankenhorn oder von Eckardt – beschäftigten sich ebenfalls mit Überlegungen, wie sie Gerstenmaier zur Diskussion stellte. Wenige Tage später kam es auch im CDU/CSU-Fraktionsvorstand zu einem Krach über dieses Problem. Adenauer hätte also wissen müssen, daß seine Parteifreunde nicht ohne Grund ihre Vorstellungen artikulierten, sondern daß ihre Interventionen der naheliegenden Sorge entsprangen, durch allzu große Härte werde dem Vorwurf der Inflexibilität Vorschub geleistet und den innenpolitischen Gegnern in der öffentlichen Meinung zu leicht das Feld überlassen. Dennoch war er konsterniert, als Gustav Heinemann (SPD) und Thomas Dehler (FDP) in der Nachtsitzung des Bundestages am 23. Januar 1958 massive Zweifel an der Ernsthaftigkeit seiner Wiedervereinigungspolitik äußerten; jedenfalls blieb er in dieser Debatte stumm.²⁸ Der Eindruck in der Öffentlichkeit und vor allem in der veröffentlichten Meinung war nachhaltig negativ²⁹; mit dem Appell an die Geduld in der Wiedervereinigungsfrage war der verbreiteten Forderung nach einer „Politik in einem neuen Gewande“³⁰ nicht zu begegnen, so richtig im Rückblick der von Adenauer angemahnte lange Atem auch gewesen sein mag³¹.

Immer wieder war es die Deutschlandpolitik, die zu Differenzen führte, wobei Adenauer stets größten Wert darauf legte, daß der Vorstand nicht im Dissenz auseinanderging³². Ähnlich wie Gerstenmaier versuchte auch Kiesinger, durch ein flexibleres Verhalten das Verhältnis zur Opposition auf dem Feld der Deutschlandpolitik zu entkrampfen.³³ Auslöser bei einem erneuten Streit in der Sitzung vom 27. November 1958 war die Frage, was denn dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages und dem Parlament selbst an Spielraum zur eigenen Artikulation erlaubt sei und was nicht. In der Entschließung vom 2. Juli 1958 hatte der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, die Siegermächte zu einem Gremium zu animieren, das Vorschläge für die „Lösung der Deutschen Frage“ (statt „Wiedervereinigung Deutschlands“) ausarbeiten sollte. Adenauer befürchtete, daß die Aufgabe der traditionellen Formulierung, d.h. die „elastischere Methode“, für die Kiesinger eintrat, um die Opposition in die Deutschlandpolitik einzubinden³⁴, zu einer Schwächung der Position der Bundesregierung

28 SCHWARZ: Bundesrepublik 2 S. 587.

29 Vgl. Manfred KITTEL: Genesis einer Legende. Die Diskussion um die Stalin-Noten in der Bundesrepublik 1952-1958. In: VfZ 41 (1993) S. 355-389; Gerhard WETTING: Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des russischen Außenministeriums. In: Deutschland-Archiv 26 (1993) S. 786-805.

30 Nr. 3 S. 161.

31 Dazu Joachim ARENTH: „Wenn der Westen einig und stark ist ...“ Deutsch-amerikanische Interessenskongruenz und -konflikte während der Berlin-Krise 1958-1961. In: Historische Mitteilungen 1 (1993); eine Alternative zu dieser Politik konnten die von Rainer ZITELMANN (Demokratie für Deutschland. Berlin 1993) aufgeführten Protagonisten für eine andere Deutschlandpolitik jedenfalls nicht bieten.

32 Z.B. Nr. 2 S. 102.

33 Dazu auch SCHWARZ: Bundesrepublik 2 S. 60f.

34 Nr. 7 S. 316f.

gegenüber der Sowjetunion führen würde, die soeben das Berlin-Ultimatum gestellt hatte. Verhandlungen unter Druck zu führen, lehnte er entschieden ab, und alles, was auch nur im entferntesten die Prärogative des Kanzlers in Frage stellen konnte, traf auf seinen erklärten Widerstand. Daß er bei der Abwehr derartiger Tendenzen auch unlautere Methoden einsetzte, stellte er in der Auseinandersetzung am 27. November 1958 unter Beweis, die im Vorwurf Kiesingers gipfelte: „Sie reden dauernd von Dingen, die nicht stimmen!“ Was Adenauer zu der scharfen Replik veranlaßte: „Nun hört es aber wirklich auf!“³⁵ Da er in der Sache seine Vorwürfe „gegen einige wenige Mitglieder von uns“³⁶ aber nicht spezifizieren konnte, lenkte er schließlich ein.

Den Anlaß zu der bei weitem schärfsten Kontroverse über die Deutschlandpolitik im Bundesvorstand bildete die letzte Sitzung des Bundestags am 11. Juli 1961. Anlaß dazu gab wieder einmal Eugen Gerstenmaier, der in seiner Abschlußrede als Bundestagspräsident auch auf die Deutschlandpolitik einging. Die Rede – mit lang anhaltendem Beifall vom ganzen Hause bedacht – erregte großes Aufsehen. In der Führungsschicht der CDU traf sie allerdings auf heftige Kritik, vor allem bei Adenauer und Brentano.

Die Ausführungen des Bundestagspräsidenten bezogen sich auf die Denkschrift Chruschtschows, die Anfang Juni 1961 in Wien dem amerikanischen Präsidenten übergeben worden war. Die Sowjets hatten darin vorgeschlagen, die beiden deutschen Staaten sollten sich „in jeder für sie annehmbaren Form über Fragen einigen, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen“³⁷. Zwar formulierte Gerstenmaier sein Plädoyer für einen Friedensvertrag „mit dem einen Deutschland“ sehr zurückhaltend; er betonte in seiner Rede aber auch die Notwendigkeit einer Einigung über den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands und über die Frage der Grenzsicherung, was bei SPD und FDP auf Gefallen stieß.

Eine derartige Gemeinsamkeit mit der Opposition hätte der CDU – so Adenauer – im bevorstehenden Wahlkampf überzeugende Argumente gegen die sozialdemokratische Sicherheitspolitik entzogen. In einer sich über Stunden hinziehenden heftigen Auseinandersetzung, in der dem Bundestagspräsidenten sogar ein Verstoß gegen das Grundgesetz³⁸ und Schädigung der Union im Wahlkampf³⁹ vorgeworfen wurde, lenkte Gerstenmaier schließlich ein. Man einigte sich auf die Formulierung: „Der Vorstand bekannte sich einstimmig zu der bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung und zur Notwendigkeit einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung ... Zusammen mit unseren Verbündeten widersetzen wir uns jeder Bedrohung Berlins und jeder Einschränkung

35 Nr. 7 S. 321.

36 Nr. 7 S. 326.

37 Zit. nach GERSTENMAIER S. 446; zum folgenden EBD. S. 446-451; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 649f.

38 So Adenauer Nr. 21 S. 963.

39 So Hermann Kopf Nr. 21 S. 970.

seiner Rechte. Wir bestehen auf dem Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk.“⁴⁰

Während Adenauer sich in der Öffentlichkeit gegenüber den Plänen der Opposition⁴¹ ablehnend verhielt und im Bundesvorstand allen Vorstellungen, die ein flexibleres Vorgehen verlangten, eine Abfuhr erteilte, weil er in der deutschen wie internationalen Öffentlichkeit eine Aufweichung der Forderung nach Wiedervereinigung durch zu große Nachgiebigkeit gegenüber den Sowjets befürchtete, versuchte er – sozusagen zweigleisig – auf dem Wege der Arkanpolitik die deutsche Frage in Bewegung zu halten und ihr neuen Schub zu geben. Davon zeugen die verschiedenen Pläne, die mit seinen Vertrauten von Eckardt, Globke und Krone ausgearbeitet wurden. Zu ihnen zählt auch der sogenannte Österreich-Plan, den er im März 1958 dem sowjetischen Botschafter Smirnow unterbreitete.⁴² Im Vorstand wurden diese Pläne aber nie auch nur mit einer Silbe erwähnt.

Nicht nur in der Öffentlichkeit entstand dadurch der Eindruck zu großer Starrheit. In der letzten Vorstandssitzung, die nach dem Mauerbau kurzfristig anberaumt worden war, spielte die Psychologie in der Behandlung der nationalen Frage eine wesentliche Rolle. Insbesondere die Berliner Vertreter merkten an, daß in der Bevölkerung das Gefühl verbreitet sei, nunmehr sei das nationale Anliegen der Wiedervereinigung ad acta gelegt.⁴³ Es bestehe das „Gefühl einer nationalen Verletzttheit“ und ein „Gefühl der Angst“; Willy Brandt habe mit seinem Eintreten für die Einheit Berlins und Deutschlands eine Art Gefühlspolster in der Öffentlichkeit gewonnen.⁴⁴

Die CDU wie ihr Parteivorsitzender und Kanzler befanden sich in der Defensive; da nützte es wenig, daß Wortführer wie Gerstenmaier und Kiesinger ein Eingehen auf die öffentliche Befindlichkeit angemahnt hatten. Es wurde gefragt, warum der Kanzler so spät nach Berlin gefahren sei⁴⁵, und kritisch bemerkt, es habe „Direktionslosigkeit“ nach dem 13. August geherrscht⁴⁶. Adenauer setzte diesen Einlassungen Nüchternheit und seine langfristige weltpolitische Perspektive entgegen; eine absolute Einigkeit im Westen sei „der beste Schutz gegen die Russen“⁴⁷. Die bisherige Politik müsse fortgesetzt werden, „damit Deutschland in Wahrheit gerettet wird“⁴⁸. Auch für Franz Josef Strauß war der Mauerbau nur eine Etappe „in dem großen Ost-West-Kampf“⁴⁹, nicht aber die Bankrotterklärung der bisherigen Deutschlandpolitik.⁵⁰

40 Nr. 21 S. 1002f.; UiD vom 13. Juli 1961.

41 Nr. 10 S. 439.

42 Vgl. dazu SCHWARZ: Bundesrepublik 2 S. 425-427, 477-479.

43 So Peter Lorenz Nr. 22 S. 1031.

44 So Johann Baptist Gradl Nr. 22 S. 1041.

45 So Wilhelm Johnen Nr. 22 S. 1011.

46 So Klaus H. Scheufelen Nr. 22 S. 1047.

47 Nr. 22 S. 1044.

48 Nr. 22 S. 1062.

49 Nr. 22 S. 1018.

50 Nr. 22 S. 1018.

Nicht nur in der Deutschlandpolitik erwies es sich für Adenauer als zunehmend schwieriger, den Bundesvorstand als Disziplinierungsinstrument für die Gesamtpartei zu gebrauchen. Sicherlich blieb der Bundesvorsitzende weiterhin darum bemüht, seine Sicht der Dinge so zu vermitteln, daß die anwesenden Mitglieder nach „Information und Meinungsklä rung“⁵¹ mit dem Gefühl in ihren Wirkungskreis zurückkehren konnten, aus erster Hand informiert worden zu sein und im Konsens mit der Parteiführung in ihre Landesverbände und in die Bundestagsfraktion hineinwirken zu können.

Doch nicht nur in so zentralen Fragen deutscher Politik wurden grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten im Parteivorstand deutlich. Ein weiteres Konfliktfeld war die Medienpolitik und hier vor allem der sogenannte Fernsehstreit. Er offenbarte vor aller Öffentlichkeit, wie mühsam und problematisch es war, das Parteienbündnis von CDU und CSU mit der absoluten Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat auf eine einheitliche Linie einzuschwören. Eine besondere Rolle spielte dabei, daß die Ministerpräsidenten der Union, bis auf Franz Meyers in Nordrhein-Westfalen, Koalitionsregierungen vorstanden und insoweit auf ihre Koalitionspartner Rücksichten zu nehmen hatten.

Adenauer war sich der Bedeutung der Medien für die Vermittlung der Politik der Bundesregierung sehr bewußt. Deshalb legte er auf die Pflege der Journalisten großen Wert.⁵² Gleichwohl durchziehen die Protokolle des Bundesvorstands von Anfang an Klagen über die der CDU und der von ihr geführten Regierung wenig freundlich gesonnenen Presse- und Rundfunkkommentare. Dieses Meinungsklima zu verbessern, war ein Ziel, das unbedingt erreicht werden mußte. Als günstiges Operationsfeld schien sich das neue elektronische Medium, das Fernsehen, anzubieten, dessen weitere Entwicklung für die Meinungsbildung hoch eingeschätzt wurde.⁵³ Im Zusammenhang mit einer Fernsehsendung zum Thema „Mieterhöhungen und Wohnungsbau“, die von ca. sieben bis acht Millionen Zuschauern gesehen worden war, meinte Adenauer: „Es ist also ein politisches Instrument von der größten Bedeutung, so daß man sagen kann, es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß die nächste Wahl entschieden wird durch die Fernsehsendungen und nicht durch die Reden und auch nicht durch die geleistete Arbeit, weil man mit dem Fernsehen wirklich an die Menschen herankommt.“⁵⁴ 1957 überschritt die Zahl der angemeldeten Fernsehgeräte die Millionengrenze.

Aufgrund ihrer dominierenden Stellung im Bundestag und Bundesrat konnte sich die Union eigentlich nur durch innere Uneinigkeit selbst lahmlegen und ihr medienpolitisches Ziel verfehlen, ein zweites Fernsehprogramm für die bessere Vermittlung der eigenen Positionen aufzubauen. 1958 traten die Beratungen über ein Bundesrundfunkgesetz und ein zweites Fernsehprogramm auf kommerzieller Basis in eine entscheidende Phase; die divergierenden Interessen des Bundes und der

51 Nr. 9 S. 402.

52 Vgl. dazu Konrad Adenauer und die Presse. Hg. von Karl-Günther von HASE. Bonn 1988.

53 So Adenauer Nr. 16 S. 762 – vgl. dazu KÜPPERS.

54 Nr. 17 S. 814.

Länder mußten auf einen Nenner gebracht werden. Erklärter Gegner einer zu starken Betonung der Zuständigkeit des Bundes war der rheinland-pfälzische Regierungschef Peter Altmeier, der seine Kollegen hinter sich scharen konnte. Ende 1959 spitzte sich die Auseinandersetzung schließlich auf die Frage zu, ob Medienpolitik mehr nach föderalistischen Grundsätzen betrieben werden solle oder ob die Parteiräson oberste Priorität habe.

Als es schon fast zu spät war, beriet der Bundesvorstand erstmals am 9. November 1959 über das schwelende Problem. Altmeier merkte nicht ohne Bitterkeit an, daß über diese wichtige Frage, die zu einer „echten Auseinandersetzung in der Partei“ geführt habe, „die wir alle nicht wünschen“⁵⁵, seit Jahr und Tag nicht einmal diskutiert worden sei, „obwohl wir das immer wieder versucht haben“; jetzt sei es zu spät, ja, es stehe „nicht einmal fest, welche Haltung die CDU-Partei einnimmt“. Tatsächlich hatte, als die Frage im Jahr 1959 zur abschließenden Beratung anstand, der Bundesvorstand seit März erst einmal getagt, Folge wohl der „Präsidentschaftsposse“⁵⁶, in deren Verlauf Adenauer durch die Zu- und Absage seiner Kandidatur für die Nachfolge des Bundespräsidenten Heuss auch parteiintern viel Kredit verspielt hatte. Einer Diskussion seiner schwankenden Haltung, die sicherlich sehr kritisch behandelt worden wäre, wollte der Parteivorsitzende sich wohl nicht stellen und berief den Vorstand deshalb ein halbes Jahr lang erst gar nicht ein.⁵⁷

Adenauer reagierte auf die Ausführungen Altmeiers einerseits verschnupft; ihm war „die Sache nicht nur als Chef der Bundesregierung, sondern auch als Parteivorsitzender äußerst peinlich und äußerst unangenehm“⁵⁸. Andererseits griff er den Vorwurf Altmeiers, es gebe in einer so wichtigen Frage nicht genügend Abstimmung zwischen Bundesvorstand, Landesparteien und CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sofort auf und bot, offenbar in der Einsicht, mangelnde Koordination gefährde die Einheit seiner Partei und damit auch die Wahlaussichten, im Gegenzug an, von nun an „im Durchschnitt jeden Monat mindestens eine Vorstandssitzung abzuhalten“; an ihm solle es nicht liegen.⁵⁹ Obwohl er seine Zusage nicht ganz einhalten konnte, tagte von nun an das Gremium in regelmäßigen kurzen Abständen.

Die Differenzen in der Medienpolitik waren freilich mit diesem ersten Zusammenstoß nicht ausgeräumt. Am 6. Juli 1960, einer Sitzung des engeren Vorstands, der einzigen in den Jahren zwischen 1957 und 1961, von der eine Mitschrift existiert, gab Adenauer seiner Sorge um die Einigkeit der Partei beredten Ausdruck: Er werde geradezu „bitter“⁶⁰, denn „die CDU erscheine nicht als eine geschlossene, zielbewußte Partei, sie erscheine breiten Schichten des deutschen Volkes als eine Gruppe, in

55 Nr. 10 S. 518.

56 Dazu SCHWARZ: Bundesrepublik 2 S. 502-526.

57 Mögliche Erwartungen auf die Spiegelung der Kandidatur und den Rückzieher in den Protokollen müssen somit enttäuscht werden.

58 Nr. 10 S. 521f.

59 Nr. 10 S. 522f.

60 Nr. 15 S. 706f.

der sich bald so, bald so eine Mehrheit findet, in der alle möglichen Lobbyisten tätig sind“⁶¹. Wesentlichen Anteil an diesem miserablen Erscheinungsbild hätten die Ministerpräsidenten der CDU, die sogar eine Klage gegen die Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht anstrebten.⁶²

Tatsächlich lagen die Dinge etwas anders: Auf Initiative Adenauers hatte der Bund im Juli 1960 eine „Deutschland-Fernseh-GmbH“ gegründet, worauf die SPD-regierten Länder das Karlsruher Gericht anriefen, das die Auflösung dieses Bundesfernsehens verfügte. Nun waren Adenauers Klagen über die Eigenständigkeit der Länder gegenüber dem Bund und der Landesverbände der CDU gegenüber der Bundespartei so alt wie die Bundesrepublik selbst; dennoch hatte er noch nie in so scharfer Form gegen den Föderalismus und gegen die CDU-Ministerpräsidenten Front gemacht wie in dieser Sitzung. Die „Brüskierung des Bundeskanzlers“ sei so, daß man „dies nicht mehr Partei nennen könne“.⁶³

Wie sehr die Fernsehfrage die Gemüter erregte, zeigte sich erneut am 22. September 1960, als Adenauer zu schweren Ausfällen gegen den deutschen Föderalismus und die unbotmäßigen Landesfürsten provoziert wurde. Nicht nur, daß er der Partei vorwarf, in diesem Streit ihr Gesicht zu verlieren⁶⁴, er bezichtigte den Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Josef Hermann Dufhues, sogar, beim „Kampf um die Einheit der Partei ein Hauptgegner“ zu sein⁶⁵. Dieser Frontalangriff auf ein führendes Parteimitglied, das sich solche Behandlung natürlich nicht gefallen ließ, vergiftete die Atmosphäre so sehr, daß sogar ein Ehrengerichtsverfahren zur Debatte stand.

Auch in anderen Sachfragen kam es zu heftigem Streit. Im Textil-, Energie- wie im Agrarbereich vollzogen sich in den fünfziger Jahren gewaltige strukturelle Veränderungen. Die ehemals blühende Textilindustrie mußte sich der harten, weil preiswerteren Konkurrenz aus Frankreich, Italien und vor allem Ostasien erwehren. Der Modernisierungsschub in der Landwirtschaft durch Einsatz von Technik, Flurbereinigungen, verbesserte Züchtungs- und Düngemethoden führte zu erheblichen Produktionssteigerungen, aber auch zum Abbau von Arbeitskräften. Die freigesetzten Arbeitskräfte – ob aus der Landarbeiterschaft oder aus aufgegebenen Kleinbetrieben – konnten zwar relativ problemlos von der expandierenden Wirtschaft aufgenommen werden. Schwierigkeiten ergaben sich aus der Subventionierung der gegenüber dem Weltmarkt höheren Preise und aus der Forderung nach „Parität“, d.h. einer Angleichung des Einkommensniveaus des primären an den sekundären bzw. tertiären Sektor. Doch spielten diese Entwicklungen im CDU-Bundesvorstand eher eine nachgeordnete Rolle.

61 Nr. 15 S. 707.

62 Nr. 15 S. 708.

63 Nr. 16 S. 748.

64 Nr. 17 S. 815.

65 Nr. 17 S. 816.

Anders der Energiebereich, bei dem es um den Prozeß der Ablösung der Kohle durch den neuen Energieträger Erdöl ging. Aufgrund niedriger Preise schnellten die Öleinfuhren binnen kurzem kräftig in die Höhe. Die Kohle geriet in Absatzschwierigkeiten; trotz sinkender Förderung wuchsen die Halden. Auch hier wurden Arbeitskräfte freigesetzt, was aber weniger geräuschlos vonstatten ging als im Agrarbereich.

Über die Frage, wie denn dieser Strukturwandel am besten zu bewältigen sei, prallten im Bundesvorstand am 27. November 1958 die Meinungen und Interessen aufeinander. Adenauer befürchtete für die Bundesrepublik durch den starken Anstieg eines Energieträgers aus fernen Ländern eine gefährliche politische Abhängigkeit. Mehr noch aber machte er sich Sorgen um potentielle Unruhen im Ruhrgebiet mit nachteiligen Auswirkungen auf das Wahlverhalten, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Land. Aus diesem Grund trat er für massive Stützungsmaßnahmen der Kohle ein. Hiermit geriet er jedoch in Konflikt mit dem Bundeswirtschaftsminister, der das von Adenauer angesprochene politische Problem nicht so in den Vordergrund gestellt sehen wollte. Erhard ging es um wirtschaftspolitische Grundsätze und um sein liberales Wirtschaftsprinzip; Adenauer hingegen war durchaus bereit, langfristig Nachteile in Kauf zu nehmen, um das tagespolitisch Opportune durchzusetzen und Ruhe an dieser unruhigen Front zu erreichen. Beide Seiten beharrten auf ihren Standpunkten, jeweils sekundiert von argumentationskräftigen Mitstreitern, so daß Adenauer zum Schluß der Debatte wieder einmal feststellen mußte: „Es sind manche harte Worte gefallen, gleichgültig von wem. Wir sind alle Sünder, und ich schließe mich persönlich ein. Wir sollten aber ängstlich besorgt sein, daß strengste Diskretion gewahrt bleibt. Wenn diese Äußerungen an die Öffentlichkeit kommen, dann ist es sehr schlecht.“⁶⁶

Weniger diskret ließ sich ein anderes Problem behandeln, das seit Jahren auf der Tagesordnung stand: die Krankenversicherungsreform. Als sich Mitte der zweiten Legislaturperiode abzeichnete, daß der große Wurf einer umfassenden Sozialreform nicht gelingen würde, hatte das „Sozialkabinett“, ein Ministerausschuß unter Leitung des Bundeskanzlers, im Dezember 1955 zunächst die Rentenversicherungsreform aus dem Paket herausgelöst und Anfang 1957 in Kraft gesetzt. Aber die Taktik, über Teillösungen ans Ziel zu gelangen, führte auch nicht zum Erfolg. Der zweite Pfeiler der angestrebten Sozialreform, die Krankenversicherungsreform, kam nicht zustande. Nach der Vorstellung Theo Blanks, des zuständigen Arbeitsministers, sollte die Einführung einer Selbstbeteiligung bei leichteren Krankheitsfällen die Kosten im Griff halten, um dafür die Leistungen bei schwereren Krankheitsfällen erhöhen zu können. Von Anfang an hatte es dieser Gesetzentwurf schwer, der „gesellschaftspolitisch ein anderes Denken herbeiführen sollte“⁶⁷, statt dessen aber „zwei Jahre lang die deutsche Innenpolitik buchstäblich vergiftet“ hat⁶⁸. Zwar passierte er das Kabinett und den

66 Nr. 7 S. 311; vgl. dazu auch KOERFER S. 381-391.

67 Nr. 17 S. 835.

68 Nr. 17 S. 841.

Bundesrat, im Bundestag und in den Ausschüssen aber blieb er hängen. Zu stark war der Widerstand der Ärzteschaft und der Arbeitnehmerorganisationen. Auch der Versuch, in der Sitzung des Vorstandes durch Einbeziehung der Experten aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den festgefahrenen Karren flottzumachen, blieb ohne Erfolg, obwohl Adenauer darauf hinwies, daß es sich bei der angestrebten Reform „um eine die Wahl im äußersten Maße entscheidende Frage“ handle⁶⁹. Heinrich Krone, der die Behandlung des Themas im Bundesvorstand angeregt hatte⁷⁰, um ein politisches Votum und Rückendeckung für die weiteren Schritte der Fraktion zu erhalten, konnte mit dem Ergebnis der Diskussion, die im wesentlichen nur von den Experten der Fraktion bestritten wurde, nur bedingt zufrieden sein. Der Vorstand billigte den in der Fraktion behandelten Kompromiß nur in Verbindung mit einer Lösung in der Frage der Lohnfortzahlung.⁷¹

Ähnlich wie in der Energiefrage zeigte sich der Kanzler und Bundesvorsitzende, den Albers, der Vorsitzende der CDU-Arbeitnehmerorganisation, im Jahr 1959 noch als den „größten Sozialpraktiker der letzten zehn Jahre“⁷² gefeiert hatte, in dieser innenpolitischen Frage den Zwängen der Tagespolitik und den sich allgemein immer schärfer artikulierenden Gruppeninteressen gegenüber nachgiebig und weniger weit-sichtig als im Bereich der Außenpolitik. Ruhe an der Ärzte- und Patientenfront war ihm wichtiger als die Durchsetzung eines unpopulären Gesetzentwurfs. Verabschiedet wurde im Bundestag schließlich ein Gesetz, das mit dem ursprünglichen Entwurf nur noch wenig gemein hatte und die Leistungen der Krankenversicherung zunächst bis zu eineinhalb Jahre verlängerte.

Gerade die grundsätzlichen Gegensätze, wie sie bei den Diskussionen um die letztlich gescheiterte Krankenversicherungsreform innerhalb der CDU-Führungsriege zum Ausdruck kamen, zeigen an, wie es in der dritten Legislaturperiode um die innere Einheit und die geistig-programmatische Geschlossenheit der Union bestellt war. Die feste weltanschauliche Basis, die die Volkspartei in der Gründungs- und Aufbauphase über alle konfessionellen und gesellschaftlichen Schranken hinweg zusammengeschweißt hatte, begann sich zu lockern. Schon 1956 war deshalb auf dem Stuttgarter Parteitag das „C“ im Parteinamen diskutiert worden. Daß die CDU eine „Weltanschauungspartei“ sei, leider zu wenig Mitglieder habe⁷³ und nicht zu einer reinen „Wählerpartei“ oder einer Partei „aller möglichen Lobbyisten“⁷⁴ verkommen dürfe, wurde nicht nur von Adenauer immer wieder beschworen, sondern auch von anderen, vor allem vom „Chefideologen“ Gerstenmaier⁷⁵ mit eindrucksvoller Argumentation vertreten.

69 Nr. 17 S. 843.

70 Nr. 17 S. 830.

71 Nr. 17 S. 843.

72 Nr. 10 S. 454.

73 Nr. 11 S. 541.

74 So Adenauer Nr. 15 S. 707.

75 Vgl. Nr. 19 S. 897.

Die im Vorstand um die weltanschauliche Ausrichtung der Partei geführten Diskussionen waren einerseits ein Reflex allgemeiner Zeitströmungen, denn in der Gesellschaft verflachte der starke christliche Impuls der unmittelbaren Nachkriegszeit, und dies konnte in der christlich orientierten Volkspartei nicht ohne Rückwirkung bleiben. Gottesdienstteilnahme und Beteiligung am Gemeindeleben schwächten sich statistisch faßbar ab.⁷⁶ Andererseits stellte sich im Sog, der der erfolgreichen Adenauer-Partei höchst unterschiedliche Wählerschichten und kleinere Parteien zugeführt hatte, die Frage nach dem weltanschaulichen Fundament neu. Denn diese Gruppierungen veränderten das Gesicht und das innere Gefüge der Partei und stellten sie vor bislang unbekannte Herausforderungen. Die CDU schien sich mit ihrem Erfolg auf den Weg zu einer „Allerweltpartei“ zu begeben und eine tiefere weltanschauliche Durchdringung ihrer Klientel zugunsten einer breiteren Ausstrahlung und einem raschen Wahlerfolg zu opfern. Schließlich, und nicht zuletzt, gab es Bestrebungen, die Partei für die Zeit nach Adenauer zu rüsten.

Daß der Zustand der Partei zu Sorgen Anlaß gab, wurde allgemein beklagt. Dabei wurde „Parteimüdigkeit nicht nur beim allgemeinen Wählervolk, sondern z.T. auch in unseren eigenen Reihen“ festgestellt⁷⁷, die „Lethargie“ habe auch die Landesvorsitzenden erfaßt⁷⁸, die Uneinigkeit sei so groß, daß man nicht mehr von einer Partei reden⁷⁹ und nur noch „verbittert“⁸⁰ sein könne; seit langem sei die Partei nicht mehr lebendig, und es gebe „keine konstruktive Auseinandersetzung über politische Fragen“ mehr⁸¹. Adenauer antwortete auf die selbstgestellte Frage: „Haben wir überhaupt eine Bundespartei?“ in lapidarer Kürze: „Nach meiner Meinung haben wir keine Bundespartei.“⁸² Diese Klagen standen in merkwürdigem Kontrast zur Debattierfreudigkeit der Vorstandsmitglieder; sie entsprangen wohl eher dem Gefühl konzeptioneller Hilflosigkeit und unzureichender politischer Gestaltungsmöglichkeiten.

Eine der Ursachen für den Verlust an „geistig-kultureller Substanz der Partei“ und für die mangelnde Geschlossenheit⁸³ wurde in den absoluten Mehrheiten gesehen⁸⁴, aber auch in der Tatsache, daß sich die Entscheidungsmechanismen vom Parteivorstand als „Querverbindung“ zwischen Bund, Land und Gemeinden⁸⁵ hinweg in andere Gremien und Institutionen verlagert hatten. Albers sprach aus, was viele

76 Vgl. Karl SCHMITT: *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin 1989, insbes. S. 193-225.

77 Nr. 11 S. 539; so auch Adenauer Nr. 9 S. 419 und Dichtel S. 422.

78 Nr. 11 S. 540; in der 18. Sitzung war der Parteivorstand sogar nicht beschlußfähig!

79 Nr. 16 S. 748.

80 Nr. 17 S. 815.

81 Nr. 9 S. 417.

82 Nr. 9 S. 397.

83 S. auch Nr. 12 S. 589.

84 Nr. 9 S. 423.

85 So Fritz Hellwig Nr. 4 S. 220.

dachten: Der Vorstand tage zu selten⁸⁶, und im übrigen habe jetzt „die Fraktion die Aufgabe des Bundesparteiausschusses, und das Bundeskabinett hat heute die Aufgabe des Bundesparteivorstandes“⁸⁷.

In der von Adenauer schon in der ersten Sitzung am 19. September 1957 angemahnten Reformdebatte ging es mit Blick auf die bevorstehenden Wahlkämpfe und den Erfolg der CDU auch für die weitere Zukunft vor allem um zwei Ziele: um Steigerung der Attraktivität der Partei im Wettbewerb mit der SPD und um die Anpassung der Organisation an die gesellschaftliche Entwicklung.

Der Vorsitzende definierte für seine Partei stets ein Hauptziel sowohl im Bund wie in den Ländern: bei Wahlen die bessere Alternative zu sein und die SPD auf die Ränge zu verweisen. Ein harmonisches Zusammenarbeiten mit der anderen großen Partei, gleichgültig auf welcher Ebene, war ihm deshalb suspekt, denn woher sollte der Wähler „dann die Kraft nehmen, um bei der Bundestagswahl in der Sozialdemokratie den Gegner der CDU zu sehen, den er mit seiner Stimme besiegen muß?“⁸⁸ Daß die Formulierung einer attraktiven Alternative zur SPD zunehmend schwieriger werden würde, war Adenauer wohl bewußt. Zu den großen umstrittenen Themen: wirtschaftlicher Aufbau, Westbindung, NATO, Wehrpflicht, „wird man nicht mehr sehr viel sagen können“⁸⁹, so seine Überlegung. Aus diesem Grund beobachtete er sämtliche Aktivitäten des parteipolitischen Gegners mit Argwohn, ob es das Godesberger Programm von 1959 oder Wehners deutschlandpolitische Wende vom 30. Juni 1960 war. Auch der Versuch der SPD, mit der katholischen Kirche in einen Dialog einzutreten, traf auf den entschlossenen Widerstand des CDU-Vorsitzenden.

Spätestens mit dem hohen Wahlsieg der Union 1957 war der SPD klargeworden, daß sie ihre politischen Ziele auch mit anderen weltanschaulichen Positionen in Übereinstimmung bringen müsse, um nicht auf Dauer auf den harten Oppositionsbänken zu verharren. Sie begann deshalb eine verstärkte Programmdiskussion mit der Absicht der Öffnung auch für jene Kreise, die ihr bis zu diesem Zeitpunkt verschlossen geblieben waren. Diese Tendenz korrespondierte mit dem Bemühen einiger katholischer Gruppierungen, für ihre Zielvorstellungen, insbesondere auch in sozialen Fragen, eine breitere gesellschaftliche Basis zu gewinnen. Adenauer verfolgte diese Entwicklung, die auf einer Tagung der Katholischen Akademie in München mit großem Medienecho im Januar 1958 einsetzte, mit „größten Sorgen“⁹⁰. Für ihn war dies „eine rein parteipolitische Falle ..., auf die man katholischerseits hereingefallen

86 „Ich bin dankbar, daß ich die Einladung zur zweiten Sitzung des Bundesvorstandes in diesem Jahr bekommen habe“ – Nr. 9 S. 416.

87 Nr. 9 S. 415.

88 Nr. 2 S. 58.

89 Nr. 12 S. 587.

90 Nr. 2 S. 79.

ist“.⁹¹ Nicht nur die Resonanz, die diese Tagung in den Medien fand, stimmte ihn und andere Vorstandsmitglieder so bedenklich – mit Gerstenmaier stritt er sich allerdings wieder einmal über die Bewertung dieses Treffens; seine scharfe Reaktion entsprang auch der Sorge, die schon bei der Beurteilung der von DGB und SPD unterstützten Anti-Atomtodbewegung und anderen Aktionen zum Ausdruck gekommen war: Man könne den Einfluß auf Intellektuelle und auf die öffentliche Meinung sukzessive verlieren, „denn diese Führungsschicht ist am gefährlichsten für Pendelschläge in der Politik“⁹².

Die Sorge um die Intellektuellen und die öffentliche Meinung durchzieht die Protokolle wie ein roter Faden, zumal es der SPD gelang, mit ihren vielfältigen Aktivitäten und mit der Besetzung zukunftssträchtiger Themen⁹³ die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen und so neue Wählerschichten anzusprechen. Den Wirbel, den die SPD gerade im Bildungswesen, „kräftig unterstützt von der Presse seit dem Jahre 1956 bis heute veranstaltet hat“, so daß sie „so langsam glaubhaft als die Partei des Geistes dasteht“⁹⁴, versuchte Adenauer durch eine darauf abgestellte Programmplanung zu neutralisieren. In der Debatte am 22. Mai 1960 über einen kulturpolitischen Kongreß differierten die Vorstellungen im Bundesvorstand erheblich. Während Adenauer die „Zukunft der kleinen Leute“, Ausbildung, Berufsschule und Arbeitswelt, die „Erziehungsaufgabe zur Arbeit“⁹⁵ vor dem Hintergrund nachlassender Arbeitsmoral, die den Standort Deutschland gefährde⁹⁶, diskutiert wissen wollte, folgten die übrigen Vorstandsmitglieder – bis auf Gerstenmaier, der sich für „die mittlere und die praktische Intelligenz“ und gegen eine Verakademisierung⁹⁷ aussprach – eher der von der SPD vorgegebenen Linie. Zum Schluß dieser auf verschiedenen Argumentationsebenen geführten Auseinandersetzung stellte der Vorsitzende resignierend fest: „Also, ich verstehe allmählich die ganze Geschichte nicht mehr. – Ich stelle fest, daß Sie damit einverstanden sind“.⁹⁸ Tatsächlich kam es trotz dieser Konfusion im November 1960 zum ersten „Kulturpolitischen Kongreß“, auf dem die Lage von Schule, Bildung und Wissenschaft erörtert wurde. Mit Adenauers ursprünglichen Ideen hatte er aber nur wenig gemein.

* * *

91 Nr. 2 S. 59 – vgl. dazu Karl FORSTER: Entwicklungslinien in den Beziehungen von Kirche und Staat 1949-1963. In: Kirche und Staat in der Bundesrepublik 1949-1963. Paderborn 1979 S. 41-67, insbes. S. 61-63.

92 So Erik Blumenfeld Nr. 3 S. 154.

93 Nr. 19 S. 904.

94 Nr. 14 S. 690.

95 Nr. 14 S. 693.

96 Nr. 12 S. 597.

97 Nr. 14 S. 684.

98 Nr. 14 S. 697.

Grundlage der Arbeit und der personellen Zusammensetzung des Bundesvorstands bildete zunächst das auf dem Stuttgarter Parteitag von 1956 verabschiedete Statut, vor allem § 9.⁹⁹ Demnach war ein Kreis von 47 Mitgliedern fest bestimmt, zu dem die Bundesminister der CDU hinzukamen, so daß der Vorstand aus rund 60 Personen bestand. Schon in der ersten Sitzung nach der Bundestagswahl, also über ein Jahr nach der Verabschiedung, war dieses Statut laut Adenauer revisionsbedürftig. Es dauerte allerdings noch zwei weitere Jahre, bis die rund 200 Mitglieder des Bundesausschusses der Partei am 28. September 1959 den Vorstand beauftragten, zur Aktivierung und Intensivierung der Parteiarbeit einen Vorschlag auszuarbeiten¹⁰⁰, der auch eine Neufassung des Statuts einschloß. Aktueller Hintergrund für die plötzlich verstärkte Beschäftigung mit der Parteireform war die Schwächeperiode der Partei, die nach dem Verzicht ihres Vorsitzenden auf die Präsidentschaftskandidatur offenkundig wurde. Kai-Uwe von Hassel, Josef Hermann Dufhues, Erik Blumenfeld, Franz Meyers u.a. waren die Promotoren, die die Parteiorganisation auf eine neue Grundlage stellen wollten.

Zunächst standen allerdings Überlegungen zur Verbesserung der Arbeit des Vorstands auf der Tagesordnung. Dazu hatten die Landesvorsitzenden auf fünf Sitzungen wesentliche Vorarbeit geleistet.¹⁰¹ Nach ihren Plänen sollten einigen Vorstandsmitgliedern bestimmte Aufgabenfelder zugewiesen werden, die von ihnen aber nicht fachpolitisch, sondern technisch-organisatorisch behandelt werden sollten. Einen ähnlichen Vorschlag brachte auch Dufhues ein; demnach sollten die stellvertretenden Vorsitzenden und die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands bei der Erfüllung dieser Aufgaben von weiteren Mitarbeitern unterstützt werden. Auf breites Verständnis oder gar auf Gegenliebe stießen derartige Vorstellungen nicht, denn auf diese Weise drohten die Fachausschüsse der Partei ins Abseits zu geraten. Gerade sie sollten aber gemäß den Beschlüssen des Stuttgarter Parteitags aktiviert werden, was sich nur unzureichend verwirklichen ließ. Der Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske sah also in diesem Vorschlag keineswegs den gewünschten Effekt zu größerer Koordination der Arbeit; vielmehr befürchtete er einen verstärkten Trend zur „Atomisierung“¹⁰². Unterstützt wurde er in seinen Bedenken von Alois Zimmer, der in der Existenz von Arbeitskreisen der Bundestagsfraktion, von Fachausschüssen und der projektierten Neuorganisation einen wachsenden Kompetenzwirrwarr prognostizierte.¹⁰³ Da man sich zunächst nicht einigen konnte, auch wegen der Unklarheiten hinsichtlich der personellen Besetzung, beschloß man, über die Vorschläge nachzudenken und dann nochmals zu verhandeln.

⁹⁹ Vgl. PROTOKOLLE 2 S. XXIVf.

¹⁰⁰ Nr. 10 S. 451 Anm. 36; vgl. auch KOERFER S. 370-372.

¹⁰¹ Nr. 10 S. 462.

¹⁰² Nr. 10 S. 463.

¹⁰³ Nr. 10 S. 484.

Die 11. Sitzung am 25. November 1959 war ganz diesem Thema der Neuorganisation gewidmet, ein Zeichen dafür, unter welchem Reformdruck die Partei stand. Zur „Aktivierung und Intensivierung der Arbeit des Bundesvorstands und des geschäftsführenden Vorstands“ wurde tatsächlich ein Organisationsplan mit sieben Arbeitsbereichen verabschiedet¹⁰⁴:

1. Blank: Soziales und Arbeitnehmer
2. Gerstenmaier: Universitäten, studentische Jugend, geistige Berufe
3. von Hassel: Wahlen, Landwirtschaft, Vertriebene und Flüchtlinge
4. Krone: Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion, katholische Verbände
5. Kiesinger: Jugend, Familie, Frauen
6. Meyers: Organisation, Werbung, Propaganda
7. Schröder: Wirtschafts- und Berufsverbände, evangelische Verbände, kommunale Spitzenverbände, Sport

Durchschlagenden Erfolg scheint diese Konstruktion nicht gehabt zu haben, denn sie verschwand bald nach ihrer Kreation wieder in der Versenkung. Von ihrer flüchtigen Existenz waren die Bundesfachausschüsse, deren Zahl von 16 im Jahr 1957 auf elf im Jahr 1959 reduziert wurde¹⁰⁵, kaum berührt; ihre Arbeit sollte weiterhin inhaltlich in die Breite der Partei und in die Landesverbände hineinwirken. Wie kompliziert deren Zusammensetzung war, demonstrierte Franz Etzel am Beispiel des von ihm geleiteten wirtschaftspolitischen Ausschusses. Seine Mitglieder sollten nicht nur einen Querschnitt durch alle Wirtschaftszweige darstellen; auch das regionale und parlamentarische Prinzip, die Vertretung der Verbände und nicht zuletzt das Bundeskabinett waren bei der Zusammensetzung zu berücksichtigen.¹⁰⁶

Schließlich verabschiedete der 9. CDU-Bundesparteitag, der vom 26. bis 29. April 1960 in Karlsruhe tagte, am 27. April 1960 ein geändertes Statut. Der zu schaffende engere Vorstand sollte eine größere Schlagkraft als der zu umfangreiche eigentliche Vorstand erhalten. Nach § 26 des neugefaßten Statuts bestand er nur aus den Vorsitzenden und 16 weiteren Mitgliedern.¹⁰⁷ Doch schon bei den Überlegungen über seine Zusammensetzung stellte sich heraus, daß diese Zahl zu niedrig war, um sämtlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Ohne großes Aufheben setzte man deshalb die Zahl auf zunächst 18 herauf, wobei durch Bestellung von Luise Rehling als dem evangelischen Pendant zu Aenne Brauksiepe und der Kooptation des neuen Bundesschatzmeisters Fritz Burgbacher sogar 20 Mitglieder plus den Vorsitzenden

104 Nr. 11 S. 525-528, 537, 543.

105 KLEINMANN S. 208.

106 § 26: Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei. Er führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesausschusses durch. Er wählt aus seiner Mitte einen engeren Vorstand, dem die Vorsitzenden und 16 weitere Mitglieder angehören. Der engere Vorstand erledigt die laufenden Arbeiten. Der Bundesvorstand wählt den Bundesgeschäftsführer. Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle und ist dem Bundesvorstand verantwortlich.

107 Nr. 11 S. 548-550.

Adenauer, Blank, Gerstenmaier und von Hassel zu verzeichnen waren.¹⁰⁸ Damit war das zweite Dutzend voll.

Die Konstituierung eines weiteren Gremiums, des sogenannten Wahlgremiums, das die bevorstehenden Wahlen, vor allem die Bundestagswahlen von 1961 gründlich vorbereiten sollte¹⁰⁹, deutete darauf hin, daß der Bundesvorstand und die Partei versuchten, dem so oft beklagten geringen Organisationsgrad und den mit zunehmender Verästelung der Politik einhergehenden Orientierungsproblemen durch die Konstituierung einer ganzen Reihe unterschiedlicher Kreise zu begegnen. Ob mit dieser Vielzahl das Ziel, das Dufhues 1960 formulierte, eine „kompetente, mit Autorität ausgestattete, bewegliche und schnell verfügbare Führungsspitze“ zu schaffen¹¹⁰, erreichbar war, mag dahingestellt bleiben. Möglicherweise sah Adenauer eine derartige Zersplitterung der Kompetenzen gar nicht ungern, war doch damit eine Machtkonzentration in einer Hand, die ihm vielleicht hätte gefährlich werden können, von vornherein verhindert.

Der Aktionismus jener Jahre deutet andererseits aber auch an, daß die Bandbreite der Parteiaufgaben mit der anfangs so effektiven Spitze eines mit großer persönlicher Autorität und politischem Prestige ausgestatteten Vorsitzenden, der gleichzeitig Bundeskanzler war, nicht mehr zu bewältigen war. Die logische Konsequenz aus dieser Erkenntnis war die Bestellung eines geschäftsführenden Vorsitzenden im Jahr 1962.

* * *

Die Einrichtung der Edition folgt den für die ersten beiden Bände der CDU-Vorstandsprotokolle gegebenen Regeln¹¹¹; sie brauchen deshalb nicht im Detail wiederholt zu werden.

Wesentlich ist: In die Kopfregeisten sind in der Regel nur die Sprecher aufgenommen. In eckige Klammern wurden jene Teilnehmer gesetzt, die zwar nicht selbst das Wort genommen haben, wohl aber als Anwesende erwähnt oder begrüßt worden sind.

Die Texte beruhen ausschließlich auf der im ACDP archivierte Protokollserie. Die Protokolle sind wörtlich und ungekürzt abgedruckt. Nur in einigen marginalen Fällen, wie z.B. bei unvollständigen Sätzen, sind Ergänzungen angebracht worden; diese sind in jedem Fall durch eckige Klammern ausgewiesen. Offenkundige Hör- und Schreibfehler wurden stillschweigend berichtigt, fehlerhafte Orthographie, Grammatik und Interpunktion dem heutigen Gebrauch entsprechend korrigiert. War die Abweichung von der richtigen Schreibung (etwa bei Namen) allzu groß, weist eine Anmerkung („in der Vorlage“) eigens auf den Eingriff hin.

108 Nr. 14 S. 670-675.

109 Nr. 15 S. 729f.

110 KLEINMANN S. 208.

111 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. XXIV-XXVII.

Einleitung

Die stenographischen Mitschriften entsprechen sicher nicht in allen Nuancen jedem tatsächlich gesprochenen Wort; die Überprüfung von Zeitungsberichten, die hin und wieder in den Sitzungen verlesen wurden, ergab in Einzelfällen geringfügige Abweichungen, die nach dem Originaltext stillschweigend berichtigt worden sind. Ebenfalls stillschweigend korrigiert wurden fehlerhafte bzw. sinnlose Transkriptionen aus dem Stenogramm. Protokollführer war in der Regel Willy Schlarb, einer der rheinland-pfälzischen Parlamentsstenographen; einige Mitschriften stammen von Franz Xaver Butterhof aus dem Stenographischen Dienst des Deutschen Bundestages.

Die Kurzbiographien in den Anmerkungen beruhen im wesentlichen auf den Angaben der einschlägigen Nachschlagewerke; ein Nachweis im Einzelfall ist nicht geführt. Wenn die Vita einer Person im ersten oder zweiten Band der Vorstandsprotokolle bereits ausführlich behandelt ist, werden im allgemeinen nur noch Mandate oder Funktionen erwähnt, die der Betreffende zum Zeitpunkt der dritten Legislaturperiode, die dieser Band umfaßt, innehatte; ansonsten ist auf Band 1 oder 2 verwiesen, der mit dem Kurztitel PROTOKOLLE 1 bzw. 2 zitiert ist.

Literaturangaben sind bewußt sparsam zitiert worden, da nach aller Erfahrung zeitgeschichtliche Literatur recht schnell überholt ist.¹¹² Auch ist nicht in jedem Einzelfall der Hinweis auf die Memoiren von Adenauer erfolgt, der bei deren Niederschrift die Vorstandsprotokolle intensiv benutzt hat. Gleiches gilt für die Bände der „Teegespräche“ Adenauers mit seinen, den Formulierungen in den Lageberichten der Vorstandssitzungen oft fast identischen Ausführungen, vornehmlich zur Außenpolitik.

Im Literaturverzeichnis schließlich finden sich nur die in den Anmerkungen mehrfach erwähnten Titel, während nur einmal zitierte Veröffentlichungen im jeweiligen Zusammenhang mit der vollständigen bibliographischen Angabe nachgewiesen sind.

* * *

Zu danken habe ich Herrn Ludger Gruber und Frau Marlies Roosen, die das Sach- bzw. Personenregister besorgten, sowie Herrn Professor Dr. Rudolf Morsey, der sich wieder der Mühe unterzogen hat, das umfängliche Manuskript kritisch durchzusehen. Vor allem aber gebührt mein Dank Herrn Professor Dr. Hans-Otto Kleinmann und den Mitarbeitern des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, insbesondere Frau Ricarda Hoppenstedt, Frau Monika Küster, Herrn Paul Nachtsheim sowie Frau Julia Rosenkranz, die wesentliche Vorarbeiten für die Kommentierung geleistet haben.

Günter Buchstab

¹¹² Standardwerke, Handbücher und Übersichten wie von DOERING-MANTEUFFEL, HILLGRUBER, MORSEY und SCHWARZ usw., die Memoiren Adenauers oder die Protokolle der Teegespräche sind nicht immer eigens zitiert.

Übersicht über die Protokolle

Nr.	Datum	Seite
1	19. September 1957 Aussprache über das Ergebnis der Bundestagswahlen. Verschiedenes.	1
2	17. Januar 1958 Organisationsfragen. Bericht zur innenpolitischen Lage. Bericht zur außenpolitischen Lage. Bundesparteitag 1958.	43
3	25. April 1958 Bericht zur Lage; SPD-Aktionen „Kampf dem Atomtod“. Bundesgeschäftsführung. Bundesparteitag 1958. SPD-Aktionen (Fortsetzung).	111
4	11. Juli 1958 Bericht zur politischen Lage und über die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Der 8. Bundesparteitag. Verschiedenes.	175
5	18. September 1958 Verschiedenes: Wahl stellvertretender Parteivorsitzender. Vorbereitung des 8. Bundesparteitags.	226
6	21. September 1958 EntschlieÙung zum Bundesparteitag.	258
7	27. November 1958 Bericht zur politischen Lage. Wahlen in Hessen und Bayern. Sitzung des Bundesausschusses am 28. November 1958. Verschiedenes: Kindergeldnovelle, Mitgliederwerbung.	261
8	11. März 1959 Besprechung über die Bundespräsidentenwahl. Bericht über organisatorische Fragen der Partei. Berlinstatus.	348
9	16. September 1959 Bericht zur politischen Lage. Lage der Partei. Vorbereitung der Sitzung des Bundesausschusses am 28. September 1959. Verschiedenes.	384
10	9. November 1959 Bericht zur politischen Lage. Aussprache über die Ergebnisse der Sitzung des Bundesausschusses vom 28. September 1959. Konstituierung der Fachausschüsse der Bundespartei. Arbeitsplanung der Bundestagsfraktion bis 1961; Parteifinanzen; Rundfunkgesetz. Verschiedenes.	438

Übersicht über die Protokolle

Nr.	Datum	Seite
11	25. November 1959 Beratung und Beschlußfassung über die Vorschläge des geschäftsführendes Vorstandes zur Aktivierung der Bundespartei. Neukonstituierung der Fachausschüsse. Verschiedenes: Wahl eines Bundesschatzmeisters für die Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1960; Flaggenfrage; Lebensmittelpreise.	523
12	29. Januar 1960 Bericht zur politischen Lage. Vorbereitung der Kommunalwahlkämpfe im Jahre 1960. Fall Oberländer.	578
13	26. April 1960 Ablauf des Bundesparteitages: Programm, Anträge, Wahlen. Fall Oberländer. Verschiedenes.	647
14	23. Mai 1960 Konstituierung des Bundesvorstandes. Wahl eines engeren Bundesvorstandes nach § 26 des Parteistatuts. Kulturpolitische Bundestagung. Parteitag 1961.	670
15	6. Juli 1960 Bericht zur Lage. Krankenversicherungsgesetz. Wahlgremium.	700
16	23. August 1960 Bericht zur Lage. Fernsehen. Aussprache über den Lagebericht. Kommunalwahlen 1960. Verschiedenes.	735
17	22. September 1960 Bericht zur politischen Lage. Krankenversicherungsreform. Notstandsgesetzgebung. Parteiengesetz. Wahlgesetz. Verschiedenes.	807
18	18. November 1960 Parteiengesetz. Auseinandersetzung mit dem DGB.	871
19	6. April 1961 Bundesparteitag 1961. Vorbereitungen des Bundestagswahlkampfes. Verschiedenes: Richtergesetz; Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.	884
20	24. April 1961 Bericht zur politischen Lage. Ablauf des Bundesparteitages. Finanzfragen. Verschiedenes.	929
21	11. Juli 1961 Bericht zur politischen Lage; Rede des Bundestagspräsidenten vor dem Deutschen Bundestag zum Ende der Legislaturperiode. Stand der Vorbereitung und Richtlinien für den Bundestagswahlkampf.	938
22	25. August 1961 Politische Lage und Wahlkampf nach dem Mauerbau vom 13. August 1961.	1003

1

Bonn, 19. September 1957

Sprecher: Adenauer, Arnold, Bach, von Brentano, Cillien, Eplée, Etzel, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, Johnen, Kiesinger, Krone, Meyers, Gebhard Müller, [Pferdmenges], [Pettenberg], Reinert, Scharnberg, [Schmücker], Schröder, Seidel, Sieveking, Simpfendorfer, Frau Weber, Zimmer.

Aussprache über das Ergebnis der Bundestagswahlen. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 15.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ehe ich beginne, glaube ich, daß wir uns alle gegenseitig danken sollten, aber nicht nur uns, sondern auch allen denen, die in so aufopferungsvoller Weise die ganze Zeit hindurch im Wahlkampf so treu und zuverlässig gearbeitet haben.¹ Es wird wohl richtig sein, wenn ein besonders schwungvoller und schriftstellerisch Begabter unter uns schon jetzt beginnt, einen Dank zu entwerfen für alle diese Mitarbeiter im ganzen Lande. Dann möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir nach Möglichkeit versuchen, über unsere heutige Besprechung Verschwiegenheit zu beobachten. Eigentlich war das, was ich gesagt habe, mehr eine Warnung für die Vertrauensseligen, damit sie nicht zuviel sagen über das, was herauskommt. Wir werden zum Schluß unserer Sitzung ein Kommuniké herausgeben müssen. Ich möchte dringend um eins bitten, daß diejenigen, die gegenüber der Presse solche Bindungen haben, daß ihnen Schweigen unmöglich ist, sich darauf beschränken, nur über die Punkte etwas zu sagen, über die im Kommuniké gesprochen wird. Das ist ein Vorschlag zur Güte; ich finde ihn sehr anständig. Ich bitte, ihn zu akzeptieren. Wir sollten aber nicht über das sprechen, was nicht im Kommuniké steht.

Dann obliegt es mir noch, den Herrn Kollegen Seidel² von der CSU herzlich willkommen zu heißen. (*Beifall.*) Sie wissen, daß die CSU einen glänzenden Sieg davongetragen hat. Wir sind ihm von Herzen dankbar als Vertreter seiner Partei.

1 Wahl zum Bundestag am 15. September 1957: CDU 39,7 % (1953: 34,8 %), CSU 10,5 % (8,9 %), SPD 31,8 % (29,5 %), FDP 7,7 % (10,8 %).

2 Dr. Hanns Seidel (1901–1961), seit 1946 MdL Bayern (CSU), 1957–1960 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 344 Anm. 25.

Eine kleine Nebenbemerkung! Ich weiß nicht, warum der Bundestagspräsident sich so ostentativ von mir entfernt. Hier ist sein Platz. Herr Gerstenmaier³, kommen Sie bitte nach vorn. (*Gerstenmaier*: Ich muß schon arbeiten!) Meinen Sie, wir hätten noch nicht gearbeitet?

Es haben sich entschuldigt: Bundesminister Lemmer⁴, Frau Dr. Jochmus⁵ und Frau Brauksiepe⁶. Unser Freund Jakob Kaiser⁷ ist auch nicht in der Lage, an der Versammlung teilzunehmen. Ich bitte Sie, mir die Vollmacht zu geben, Herrn Kaiser einen besonderen Gruß von unserer heutigen Tagung zu übermitteln. (*Beifall.*)

Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir möglichst bis Mittag fertig werden, weil wir allerhand Sonderbesprechungen heute noch zu führen haben. Endlich möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir unsere Referate insofern teilen, als ich Ihnen ein allgemeines Referat gebe und dann die Herren Dr. Meyers⁸ und Dr. Heck⁹ über ihre Erfahrungen, insbesondere den technischen Teil, im Wahlkampf berichten. Darf ich annehmen, daß Sie damit einverstanden sind.

AUSSPRACHE ÜBER DAS ERGEBNIS DER BUNDESTAGSWAHLEN

Wenn ich beginnen darf, so glaube ich sagen zu müssen, daß unser großer Sieg bei der Wahl, namentlich auf außenpolitischem und damit auch auf wirtschaftspolitischem Gebiete, nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Man muß sich immer wieder klarmachen, was geschehen wäre, wenn wir unterlegen wären. Es ist mir von einem Berichterstatter der „Welt“ in völlig unwahrer Weise eine Äußerung in den Mund gelegt worden, die ich gegenüber einem französischen Journalisten gemacht haben soll, die Sozialdemokratie würde genau dieselbe Außenpolitik führen wie wir, wenn sie siegen würde.¹⁰ Das ist hundertprozentig unwahr. Der Berichterstatter der „Welt“ hatte gehorcht, als ich mit einem französischen Journalisten sprach. Ich

3 D. Dr. Eugen Gerstenmaier (1906–1986), 1949–1969 MdB (CDU), 1954–1969 Bundestagspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 122 Anm. 31.

4 Ernst Lemmer (1898–1970), 1952–1970 MdB (CDU), 1956–1957 Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen, 1957–1962 für gesamtdeutsche Fragen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 6.

5 Dr. Hedwig Jochmus (geb. 1899), 1953–1957 MdB (CDU), 1960–1968 MdL Baden-Württemberg. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 921 Anm. 2.

6 Aenne Brauksiepe (geb. 1912), 1949–1972 MdB (CDU), 1968–1969 Bundesminister für Jugend und Familie.

7 Kaiser hatte einen Schlaganfall erlitten. – Jakob Kaiser (1888–1961), 1949–1957 MdB und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 16 Anm. 54.

8 Dr. Franz Meyers (geb. 1908), 1950–1979 MdL NW (CDU), 1957–1958 MdB, 1958–1966 Ministerpräsident NW. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 455 Anm. 58.

9 Dr. Bruno Heck (1917–1989), 1952–1958 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1957–1976 MdB, 1962–1968 Bundesminister für Familie und Jugend, 1968–1989 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 108 Anm. 8.

10 „Die Welt“ vom 30. August 1957 S. 3.

hatte dem Franzosen genau umgekehrt gesagt. Er hatte mich gefragt: Werden die Sozialdemokraten denn wirklich so etwas machen? Ich habe ihm erwidert: Darauf können Sie sich verlassen, sie werden es hundertprozentig so machen, wie Sie es jetzt gesagt haben. Ich möchte das als Einleitung hervorheben, um gerade auch die außenpolitische Bedeutung unseres Wahlerfolges zu unterstreichen.

Die ganze westliche und auch die östliche Politik wartete schon seit Monaten auf den Ausgang dieser Wahl. Wir können natürlich nicht erwarten, daß sich sofort nach ein paar Tagen auch im Osten etwas regt; im Gegenteil – um das vorwegzunehmen –, Sowjetrußland hat sowohl in der Ungarn-Debatte in der UNO¹¹ wie jetzt durch den Ausfall dieser Wahl in der Bundesrepublik zwei starke Schläge bekommen. Wie das so üblich ist, werden sie zunächst den starken Mann markieren, aber ich zweifle nicht, daß sie von diesen Tatsachen doch Notiz nehmen werden, wenn etwas Zeit vorübergegangen ist. Die westliche Welt begrüßt unseren Wahlsieg mit lebhaftester Freude; insbesondere sind das die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Großbritannien. Eisenhower¹², Nixon¹³, Dulles¹⁴, Macmillan¹⁵ und Pella¹⁶ haben mir das in sehr ausführlichen Telegrammen mitgeteilt. Sie werden jetzt auch in der Presse veröffentlicht werden.¹⁷ Ich bitte Sie, auch daraus zu ersehen, in welcher Unruhe man in der westlichen Welt gewesen ist, bis nun das Wahlergebnis des 15. September wirklich zugunsten der Anlehnung an die Politik der freien Völker des Westens erfolgt ist. Wirtschaftlich wirkt natürlich dieser Sieg auch gut. Es ist schon, wie ich höre, eine gewisse Festigung eingetreten. Es war vorher auf wirtschaftlichem Gebiete der Natur der Sache entsprechend eine gewisse Zurückhaltung zu bemerken; aber diese Zurückhaltung ist schon weggefallen. Ich glaube also, daß sich dieser Sieg auch auf wirtschaftlichem Gebiet bald bemerkbar machen wird.

Die Gründe unseres Sieges sind, abgesehen von der gut vorbereiteten Arbeit und unserem Einsatz – der besser war als im Jahre 1953 –, zurückzuführen auf das wirtschaftliche Wohlergehen, auf unsere Außenpolitik mit der Anlehnung an

11 Wortlaut der Ungarn-Resolution vom 14. September 1957 in AdG 1957 S. 6641.

12 Dwight David Eisenhower (1890–1969), 1953–1961 Präsident der USA. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 35 Anm. 65.

13 Richard Milhouse Nixon (geb. 1913), 1953–1960 Vizepräsident und 1968–1974 Präsident der USA. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 586 Anm. 5.

14 John Foster Dulles (1888–1959), 1953–1959 amerikanischer Außenminister (Republikaner). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 306 Anm. 28.

15 Harold Macmillan (1894–1984), 1957–1963 britischer Premierminister (Konservativer). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 437 Anm. 36.

16 Dr. Giuseppe Pella (1902–1981), italienischer Politiker (DC); 1946 Abgeordneter der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, 1948–1954 Schatz- bzw. Budgetminister, 1953–1954 Ministerpräsident, Außen- und Budgetminister, 1954–1956 Präsident der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion, 1957–1958 stv. Ministerpräsident und Außenminister, 1959–1960 Außenminister, 1960–1962 Budgetminister, 1972 Finanzminister.

17 BA, Bestand Bundeskanzleramt: B 136/3585 Bd.16 J 3 (Telegramm Pellas), ebd. B 136/3578 Bd. 9 B 20 (Telegramm Macmillans). Vgl. BULLETIN vom 20. September 1957 S. 1619.

die freien Völker des Westens. Ich möchte hervorheben, daß weder die Plakate mit dem Atompilz noch die Ausführungen gegen die Wehrmacht irgendwelchen Eindruck gemacht haben. Sie haben keinen Erfolg gezeitigt.

Die hohe Wahlbeteiligung ist darauf zurückzuführen, daß von allen Seiten der deutsche Wähler darauf aufmerksam gemacht worden ist, wie wichtig diese Wahl sei. Namentlich der große Prozentsatz der jungen Leute, die in allen Versammlungen von uns gewesen sind, ist ein außerordentlich erfreuliches Anzeichen für die zukünftige Entwicklung. Wenn Sie an das Jahr 1953 und insbesondere an das Jahr 1949 zurückdenken, dann sind Sie mit mir wohl darüber einig, daß gerade die Beteiligung der Jugend sehr stark zugenommen hat, insbesondere bei uns. Das ergibt eine erfreuliche Prognose für unsere Arbeit in der Partei.

Lassen Sie mich nun zu den anderen Parteien übergehen, um dann zu unserer Partei zurückzukehren und einigen Sorgen Ausdruck zu geben. Die SPD ist, daran ist nichts zu leugnen, hoffnungslos geschlagen. Was sie für Konsequenzen daraus ziehen wird, ist ihre eigene Sache. Wir wissen es nicht. Sie wird natürlich die Konsequenzen nicht sofort ziehen. Wenn sie die Konsequenzen sofort zöge, würde das ein Eingeständnis dafür sein, daß sie nicht richtig gearbeitet hat. Das schadet natürlich jeder Partei. Deswegen wird man verstehen, daß sie einige Zeit wartet, bis sie Änderungen, sei es auf dem Gebiete ihres Programms – soweit sie eins hat –, sei es in ihrer Organisation, vornehmen wird.

Die FDP ist ein Opfer des Sterbens des Liberalismus geworden. Ich habe vor einigen Jahren einmal dem einen oder anderen von Ihnen erzählt, daß ich ein Gespräch mit Winston Churchill¹⁸ hatte. Ich darf es hier wiederholen. Churchill war früher auch ein Liberaler und gehörte der Liberalen Partei an. Ich habe ihn gefragt: Worauf führen Sie es zurück, daß die liberalen Parteien überall zurückgehen? Er erwiderte mir: Die Sache ist sehr einfach. Als die liberalen Parteien stark waren, haben sie berechnete Forderungen vertreten. Diese Forderungen haben sich mehr oder weniger alle Parteien zu eigen gemacht, so daß der Liberalismus keine Daseinsberechtigung mehr hat, weil seine Forderungen im wesentlichen im Laufe der Jahrzehnte erfüllt worden sind.

Ich glaube, so geht es auch mit den deutschen Liberalen. Ihre Forderungen sind erfüllt. Die berechtigten Forderungen einer demokratischen liberalen Partei hat sich jede Partei nunmehr zu eigen gemacht. Man weiß also nicht, worauf sie sich noch weiter stützen soll.

Gestatten Sie mir, etwas mehr darüber zu sagen, und zwar wegen einer eventuellen Nutzenanwendung für uns. Innerhalb der Freien Demokraten gibt es eigentlich nur noch zwei Stützpunkte, in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen hat sich mehr oder weniger dem Nationalismus

18 Winston Leonard Spencer Churchill (1874–1965), 1940–1945 und 1951–1955 britischer Premierminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 259 Anm. 26.

ergeben, und zwar dadurch, daß in den vergangenen Jahren Leute wie Achenbach¹⁹, Döring²⁰ usw. in maßgebende Posten gesetzt worden sind. Der negative Erfolg ist nicht ausgeblieben. Sie sind, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, auf etwas über sechs Prozent abgesunken. (Arnold²¹: 6,1 %!) Anders ist es in Baden-Württemberg. Dort sind sie auf 11 % geblieben. Das verdanken sie – ich bitte die Herren aus Baden-Württemberg, mir das nicht übel zu nehmen – zunächst der Tatsache, daß der Württemberger etwas langsamer in allen Sachen ist als die meisten anderen Landsmänner. (Gerstenmaier: Oho!) Herr Gerstenmaier, Sie machen eine Ausnahme. Aber ich will Herrn Gerstenmaier versöhnen, der Württemberger ist konservativer. (Gerstenmaier: Das ist richtig!) Er hält länger fest an dem, was war, und er schreitet nicht so schnell in eine andere Zeit hinein. Inwieweit diese Tradition der württembergischen Demokratie auf Herrn Reinhold Maier²² zurückzuführen ist, das überlasse ich dem Urteil unseres Freundes Gerstenmaier, der ja seinen Landesvater besonders gut kennt. (Gerstenmaier: Landesvater hat aufgehört. In den Rhein mit ihm!) So grausam dürfen wir als christliche Partei nicht sein, Herr Gerstenmaier, „in den Rhein mit ihm“. (Unruhe.)

Aber, meine Damen und Herren, es verlohnt sich im Hinblick auf unsere Partei und unsere Zukunft, einmal darüber nachzudenken, wie die liberalen Parteien enden. Was hatten unsere Parteien früher für Grundlagen? Die Deutschnationalen den Nationalismus. Ich glaube, daß der Nationalismus oder ein übertriebenes Nationalgefühl heute keine Werbekraft und auch keine Berechtigung mehr hat in einer Zeit, in der die Grenzen der Völker immer weniger werden. Über die Liberalen habe ich schon gesprochen. Der konservative Gedanke war schon als Partei überwunden im Jahre 1918, als die Deutschnationalen an die Stelle der Konservativen Partei traten. Der Sozialismus, der bei uns in Deutschland am längsten am Marxismus festgehalten hat, ist eigentlich nur noch – ich überspitze jetzt einmal – eine Funktion der Gewerkschaften geworden. Die Gewerkschaften haben eine alte Bindung, eine alte Tradition. Sie haben eine persönliche Gemeinschaft bei der Arbeit; sie haben einen gewissen Zwang; sie haben eine wirtschaftliche Macht, und infolgedessen schließen sich die Gewerkschaftsmitglieder ziemlich eng zusammen. Sie sind traditionsgemäß Sozialdemokraten, auch unter dem Gesichtspunkt des Kollektivs, der Verstaatlichung. Auch da – so glaube ich es wenigstens bis jetzt in dem Ergebnis

19 Dr. Ernst Achenbach (1909–1991), 1950–1958 MdL NW (FDP), 1957–1976 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 529 Anm. 29.

20 Wolfgang Döring (1919–1963), 1954–1958 MdL NW (FDP), ab 1956 Fraktionsvorsitzender, 1957–1963 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 788 Anm. 18.

21 Karl Arnold (1901–1958), 1946–1958 MdL und 1947–1956 Ministerpräsident von NW (CDU), 1957–1958 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 3 Anm. 14; Walter Först in RHEINISCHE LEBENSBLICKE 7 S. 295–316.

22 Reinhold Maier (1889–1971), 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1953–1956 und 1957–1959 MdB, 1957–1960 Bundesvorsitzender der FDP. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 4 Anm. 21 sowie SAUER und MATZ.

der Wahl zu sehen – ist es uns gelungen, einen tiefen Einbruch in die junge Arbeitnehmerschaft zu erzielen. Wenn Sie in den vergangenen Tagen und Wochen genauer verfolgt haben, was alles von seiten der führenden Sozialdemokraten über Verstaatlichung oder Nichtverstaatlichung gesagt worden ist, dann finden Sie das größte Durcheinander, das man sich überhaupt vorstellen kann.²³

Ich habe absichtlich etwas ausführlicher darüber gesprochen, ehe ich auf die Zukunft unserer Partei komme. Hier möchte ich zunächst eins einschieben: So glanzvoll dieser Sieg gewesen ist, so muß man doch sagen, jeder solche Sieg bringt natürlich auch eine ungeheure Last und Verantwortung mit sich. Über die Verantwortung möchte ich gleich sprechen. Die Last beruht zum Teil in der Verantwortung. Sie liegt natürlich auch in der Sorge, daß wir uns auf der Höhe halten und daß wir nicht eines Tages einen Absturz erleben. Wenn auch unsere Partei nunmehr in drei Bundestagswahlperioden die führende Partei gewesen war und ist, so darf ich Sie in diesem Zusammenhang bitten, an Kanada zu denken. Dort ist die sogenannte Liberale Partei völlig gegen ihr Erwarten nach 18 Jahren Regierungszeit plötzlich gestürzt worden.²⁴ Das liegt natürlich auch zum Teil daran, daß man einmal neue Gesichter und andere Tapeten sehen will. Es liegt weiter zweifellos daran, daß eine Partei sich vielleicht an den Gedanken gewöhnt, es müsse alles so bleiben, wie es sich im Laufe der Jahre entwickelt hat. Es wäre aber nichts falscher als ein solcher Glaube, daß es überhaupt keine Veränderungen gäbe. Wir müssen jeden Tag und jede Stunde daran denken, daß nur stetige und fortgesetzte Arbeit unsere Partei wirklich auf der Höhe halten könne, die sie nun einmal erreicht hat. Es darf hier kein Ausruhen geben. Dafür ist das Leben zu hart, und es wechselt zu schnell. Eine Partei, die diesem Rhythmus nicht folgt, die wird heute oder morgen überfahren werden.

Wenn ich die Lage unserer Partei in der Bundesrepublik sehe, dann muß ich sagen, daß sie trotz dieses außerordentlich großen Sieges doch an manchen Stellen – nicht soweit der Bund in Frage kommt, wohl aber die Länder und die Kommunen – zu ernststen Sorgen Anlaß gibt. Ich bin während dieser ganzen Wahlkampagne viel herumgekommen und habe sehr vieles gehört und gesehen, was man, wenn man in Bonn ist, nicht hört. Ich bin namentlich tief darüber erschrocken, wie sehr sich die Sozialdemokratie in manchen Teilen der Bundesrepublik in die kommunale Verwaltung eingefressen hat. Ich habe mir schon Vorwürfe gemacht, obgleich an sich die Bundespartei nicht für die kommunale Verwaltung die Verantwortung trägt. Ich habe große Sorgen, wie das zu beheben ist. Ich habe darüber nachgedacht, wie dieses Einfressen der Sozialdemokratie in die Kommunen möglich gewesen ist. Sie

23 Die Neuorientierung der SPD in der Wirtschaftspolitik war bei der Bundestagswahl 1957 noch nicht abgeschlossen (vgl. dazu KLOTZBACH S. 375–386).

24 Bei den Parlamentswahlen am 10. Juni 1957 hatten die Fortschrittlichen Konservativen 110 Sitze erreicht (1953: 51), die Liberalen 106 (170). Der Vorsitzende der Konservativen, J. G. Diefenbaker, bildete erstmals seit 1935 eine Regierung unter konservativer Führung (AdG 1957 S. 6488, 6505 und 6545).

wissen, daß ich ein alter Kommunalpolitiker bin und daher eine Ahnung davon habe, welche wirtschaftlichen und personellen Mittel und welche Macht die Kommunen in der Hand haben. Diese ganze Angelegenheit ist ein höchst gefährliches Anzeichen für das Fundament unserer Partei.

Wir haben einen Bundesrat. Die Sozialdemokraten werden über die Länder hauptsächlich beim Bundesrat ansetzen, um von dort aus die Bundespolitik entscheidend zu beeinflussen oder sogar eine vernünftige Regierung an ihrer Arbeit zu hindern.²⁵ Der Bundesrat hat sich zu einem ganz anderen Instrument entwickelt, als er nach dem Grundgesetz werden sollte. Der Bundesrat hat – da kann ich leider auch einige Mitglieder des Bundeskabinetts und der Bundesregierung nicht von Schuld freisprechen – seine Stellung in einer Weise ausgebaut, die, wie ich nochmals betonen möchte, mit dem Willen derjenigen, die das Grundgesetz gemacht haben, in keiner Weise übereinstimmt. Er hat sich eine Bürokratie geschaffen, woran niemals gedacht war. Er hat sich zu einem parteipolitischen Instrument entwickelt. Und das sollte nicht der Fall sein. Aber was bleibt uns anderes übrig, als davon Kenntnis zu nehmen, daß diese Entwicklung so eingetreten ist? Wir müssen dafür sorgen, daß der Bundesrat in seiner Zusammensetzung so wird, daß Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat wirklich zusammenarbeiten können.

Damit komme ich zu den Landtagswahlen, die uns jetzt bevorstehen. Von ihrem Ausgang hängen die Zusammensetzung des Bundesrates und in hohem Maße auch die Durchführung der Bundespolitik in den Ländern ab. Man kann sicher in einzelnen Ländern deutlich die Tendenz spüren, die Durchführung der Bundesgesetze, je nach der politischen Zusammensetzung der Regierung des betreffenden Landes, mehr oder weniger zu hemmen. Es ist eine sehr ernste Frage. Es wird uns nicht gelingen, überall die Länderregierungen zu ändern, weil nicht überall Wahlen sind. Die nächsten Wahlen finden im November in Hamburg statt.²⁶

Ich möchte an unsere Hamburger Freunde den dringenden Appell richten, mit dem – verzeihen Sie, wenn ich das so geradeheraus sage – Honoratiorensystem endgültig zu brechen. Dort soll man neue und frische Elemente in der Partei und in der Bürgerschaft nach vorn bringen. Die wirtschaftliche Struktur, die Zusammensetzung der Bevölkerung Hamburgs, hat sich völlig geändert. Hamburg ist eine große Industriestadt geworden. Vielleicht – ich kann das nicht richtig beurteilen – ist seine Bedeutung als Industriestadt noch größer als seine Bedeutung als Hafenstadt. Jedenfalls ist seine Bedeutung als Industriestadt nach dem Zusammenbruch außerordentlich stark und groß geworden. Ich glaube, daß unsere Partei in Hamburg nur dann wirklich stark werden kann, wenn sie den Umständen entschlossen ins Auge sieht und die entsprechenden Folgerungen daraus zieht.

25 Stimmenverteilung Bundesrat: CDU/CSU 24, SPD 17 + 4 (Berlin).

26 Am 10. November 1957: SPD 53,9 %, CDU 32,2 %, FDP 8,6 % und DP 4,1 %. Max Brauer (SPD) bildete eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. FISCHER I S. 525–527.

Es folgen dann im Juni des nächsten Jahres die Wahlen in Nordrhein-Westfalen²⁷, dann in Hessen²⁸, dann in Schleswig-Holstein²⁹ und endlich in Bayern³⁰. Sie sehen daraus, daß das kommende Jahr wiederum ein Wahljahr wird, und zwar ein Wahljahr von sehr großer Bedeutung. Wenn wir die Landtagswahlen im Jahre 1958 gewinnen, dann können wir den beiden nächsten Jahren ruhiger entgegensehen. Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß wir nicht den geringsten Anlaß haben, auf unseren Lorbeeren auszuruhen. Wir müssen unverzüglich an die Arbeit gehen wegen der Landtagswahlen. Wir müssen unter allen Umständen dafür sorgen, daß wir in Nordrhein-Westfalen wieder in die Regierung kommen. Nordrhein-Westfalen ist das volkreichste und das wirtschaftlich wichtigste Land. Dort ist auch der größte Teil der Arbeiterschaft. Es muß alles darangesetzt werden, daß wir in Nordrhein-Westfalen die nächste Landtagswahl gewinnen. Für Bayern gilt Ähnliches. Wir sind hier zwar in der CDU und nicht in der CSU, ich nehme aber an, daß Herr Seidel nichts dagegen hat, wenn ich als „bayerischer Ausländer“ ein Wort dazu sage. Bayern ist deswegen so besonders wichtig, weil es ein altes Land im eigentlichen Sinne des Wortes ist. Alle anderen Länder sind Schöpfungen der Besatzungsmächte. Bayern hat eine alte Tradition, und von dort aus – das hängt mit der besonderen Eigenart dort zusammen – kann man einen guten oder einen schlechten Einfluß auf die anderen Länder ausüben. Darum haben wir ein sehr großes Interesse daran, daß die CSU wieder in Bayern ans Ruder kommt³¹; natürlich auch wegen ihrer Stimmen im Bundesrat.

Was Schleswig-Holstein angeht, so hat sich Schleswig-Holstein in diesem Wahlkampf entgegen der Prognosen, die einmal von einem Meinungsforschungsinstitut gestellt worden waren, ausgezeichnet geschlagen und einen großen Erfolg davongetragen.³² Aber nichtsdestoweniger muß man immer auf der Wacht sein und deswegen auch Schleswig-Holstein unterstützen, damit es die Landtagswahlen gewinnt. Was Hessen angeht, so wage ich da keine Meinung zu äußern, sondern möchte das unseren Freunden aus Hessen überlassen, ob es nämlich möglich ist, die Macht der Sozialdemokratie dort zu brechen. Daß dies ein sehr großer Erfolg wäre, ist wohl allen

27 Am 6. Juli 1958: CDU 50,9 %, SPD 39,2 %, FDP 7,1 %. Franz Meyers bildete eine Alleinregierung der CDU. EBD. 2 S. 841–843.

28 Am 23. November 1958: SPD 46,9 %, CDU 32 %, FDP 9,5 % und GB/BHE 7,4 %. Georg-August Zinn (SPD) bildete eine Regierung aus SPD und GB/BHE. EBD. 1 S. 613–615.

29 Am 28. September 1958: CDU 44,4 %, SPD 35,9 %, GB/BHE 6,9 %, FDP 5,4 % und SSW 2,8 %. Kai-Uwe von Hassel (CDU) bildete eine Regierung aus CDU und FDP. EBD. 2 S. 1132–1134.

30 Am 23. November 1958: CSU 45,6 %, SPD 30,8 %, GB/BHE 8,6 %, BP 8,1 % und FDP 5,6 %. Hanns Seidel bildete eine Koalition aus CSU, FDP und GB/BHE. EBD. 1 S. 227f.

31 Nach den Landtagswahlen vom 28. November 1954, aus denen die CSU mit 38,8 % als weitaus stärkste Partei hervorgegangen war, hatte Wilhelm Hoegner (SPD) eine Koalition aus SPD, BP, FDP und GB/BHE gebildet (vgl. PROTOKOLLE 2 S. 343 Anm. 24).

32 Die CDU hatte 48,1 % der Zweitstimmen erreicht, die SPD 30,8 % und die FDP 5,6 %. FISCHER 2 S. 1102.

klar. Es wäre auch deswegen ein sehr großer Erfolg, weil Herr Zinn³³ vermutlich in der Zukunft in der Sozialdemokratischen Partei einen noch größeren Einfluß haben wird als bisher. Der Einfluß des Herrn Zinn uns gegenüber ist sehr wenig freundlich. Er ist besonders scharf, er hat einen großen Intellekt und ist hart. Er hat eine menschliche Schwäche, die das manchmal mildert. Ich brauche darüber nichts zu sagen. Sie sehen mich so fragend an, Herr Gerstenmaier. (*Gerstenmaier*: Wegen des großen Intellekts! – *Kiesinger*³⁴: Er ist gescheit!) Unterschätzen Sie ihn nicht. Ich habe ihn kennengelernt im Parlamentarischen Rat und kann nur sagen, daß Herr Zinn einer der begabtesten Sozialdemokraten ist. (*Kiesinger*: Ohne Zweifel!) Er ist Ministerpräsident und wird als solcher einen großen Einfluß ausüben.

Das Wichtigste scheint mir die Frage der Kommunen zu sein. Wir können uns heute nicht darüber verbreiten, aber ich fürchte, wir haben die Frage der Kommunen vernachlässigt. Vielleicht werden die Herren Heck und Meyers noch ein Wort darüber sagen. Ich weiß nicht, wie es kommt, daß man die Bedeutung der Partei in den Kommunen entschieden unterschätzt hat. Ich weiß nicht, ob es Gleichgültigkeit oder Nachlässigkeit war. Vielleicht hat man auch nicht die richtigen Leute dorthin gesetzt.

Sehr wichtig scheint es mir zu sein, daß es uns gelingen muß, die Sozialdemokratie als Klassenpartei zu erledigen, und zwar spreche ich jetzt vom deutschen Standpunkt aus. Seitdem es eine Sozialdemokratische Partei gibt, war sie eine Klassenpartei und trieb dadurch einen Keil ins Volk. Es ist uns nun gelungen, einen gewissen Prozentsatz der jungen Arbeitnehmer herauszuholen.³⁵ Hier wird gerade unsere Junge Union eine große Aufgabe haben, um die jungen Arbeitnehmer aus dem Klassengedanken herauszubringen. Ich habe neulich mit dem Pfarrer Dannenmann³⁶ eine lange Aussprache gehabt. Ich glaube, daß er auf diesem Gebiete ausgezeichnet arbeitet. Ich werde jetzt wieder eine Aussprache mit ihm darüber haben. Wir werden dann über dieses Thema noch einmal sprechen müssen.

Ich komme nun zu einem entscheidenden Gesichtspunkt, nämlich der Frage der beiden Konfessionen. Man hat in diesem Wahlkampf sowohl von sozialistischer Seite wie auch von demokratischer Seite her (*Cillien*³⁷: Auch von der DP!) versucht, wieder die konfessionelle Kluft aufzureißen. Gott sei Dank ist dieser Versuch fehlgeschlagen.

33 Georg-August Zinn (1901–1976), 1949–1951 und 1961 MdB (SPD), 1950–1969 hessischer Ministerpräsident, 1954–1970 MdL Hessen.

34 Dr. Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), 1951–1960 Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der CDU, 1949–1958 und 1969–1980 MdB (CDU), 1966–1969 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 8 Anm. 37 und EBD. 2 S. 14 Anm. 46.

35 Vgl. dazu FAUL S. 237–240, bes. S. 239.

36 Arnold Dannenmann (1907–1993), evangelischer Pfarrer; 1946 Gründer des Christlichen Jugenddorfwerks (1960–1985 Präsident), 1954 Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings, 1958 Präses des CVJM. – Bruno HECK: „Hermann-Ehlers-Preis an Prof. Arnold Dannenmann“. Laudatio in „Evangelische Verantwortung“ 2/1983 S. 9f.

37 Adolf Cillien (1893–1960), 1949–1960 Vorsitzender der CDU Niedersachsen, 1953–1960 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 27 Anm. 39.

Namentlich die evangelischen Wähler im Norden haben ausgezeichnet gestimmt. Das Zusammenwachsen der beiden christlichen Konfessionen auf politischem Gebiete muß nach wie vor unsere vornehmste Aufgabe sein und bleiben. An den Wohlfahrtsstaat gewöhnt sich das Volk. Wenn einmal schlechte Zeiten kommen, wird es sagen: Da sehen wir, was für einen Wohlfahrtsstaat wir haben. Das Volk gewöhnt sich auch an den Zustand, daß wir die Vollbeschäftigung haben. Wenn einmal eine normale Quote von Arbeitslosen kommen sollte, dann wird man auch schreien und sagen: Aha, wo ist denn nun die Vollbeschäftigung.

Das sind also alles Fragen, die den Menschen verwöhnen und die, wenn sie eben nicht nach der Meinung des Wählers hundertprozentig gelöst sind, uns schwere Einbuße tun können.

Es bleibt weiter übrig – das war eines der großen Ziele, die wir bei der Gründung unserer Partei gehabt haben – der Kampf gegen den dialektischen Materialismus, gegen den Einfluß von Sowjetrußland her. Nur die Tatsache, daß wir zusammen auf dem christlichen Boden stehen, kann uns die Kraft geben, auch wirtschaftliche oder außenpolitische Krisen zu überwinden. Nur dieses Fundament kann uns eine Dauer geben, die nötig ist, damit wir gegenüber dem östlichen Materialismus, dessen Gefahren nach meiner Meinung in keiner Weise genügend erkannt werden, bestehen können. Diese Gefahr aus dem Osten wird bei uns nicht genügend erkannt, auch nicht bei den Kirchen, nirgendwo. Nur das Fundament, von dem ich eben sprach, kann uns auf die Dauer Kraft geben, unser christliches Erbe zu bewahren. Dazu gehört in erster Linie, daß die beiden christlichen Konfessionen zusammenarbeiten. Wir müssen diese Zusammenarbeit in besonderer Weise pflegen. Insbesondere müssen wir in unserer Partei, namentlich innerhalb der Jugend, das Weltanschauliche, das uns trägt, pflegen. Ich weiß, daß es Leute gibt, die sagen: Was haben weltanschauliche Fragen mit einer politischen Partei zu tun? Eine solche Frage konnte man vielleicht einmal vor hundert Jahren stellen. In unserer Zeit kann man sie nicht stellen. Wie sich die Verhältnisse in Europa und in der Welt nun einmal entwickelt haben, ist es unsere vornehmste Aufgabe, mit ideellen und ethischen Mitteln den Kampf gegen den östlichen Materialismus zu führen.

Ich komme nun zur Frage unserer Finanzierung. Gestern hat die Sozialdemokratie über ihre Versammlung ein Kommuniqué herausgegeben und von ungeheuren Geldmitteln geschrieben, die uns zur Verfügung gestanden hätten.³⁸ Sie haben geschrieben, daß uns der katholische Klerus geholfen hätte usw. usw. Ich muß zunächst eine Pflicht

38 Kommuniqué des Parteivorstandes über seine Sitzung vom 18. September 1957: „Die SPD dankt allen Wählern, Vertrauensleuten und Mitgliedern für ihre Haltung, die umso beachtenswerter ist, als der Gegenseite unerschöpfliche finanzielle Mittel für die Propaganda, der Einsatz des Staatsapparates zugunsten der Regierungspolitik sowie die vielerorts vom katholischen Klerus der CDU unmittelbar geleistete Wahlhilfe zur Verfügung standen.“ Aus: SPD-Pressedienst (P/XII/214) vom 19. September 1957. Vgl. auch die umfangreichere Stellungnahme zum Wahlausgang in SPD-Pressedienst (P/XII/211) vom 16. September 1957.

der Dankbarkeit erfüllen. Ich möchte sie insbesondere richten an Herrn Dr. Pferdmen-
ges³⁹, der in uneigennützig Weise geholfen hat, daß wir bei der Finanzierung des
Wahlkampfes gut ausgekommen sind. Ein Wahlkampf kostet nun einmal Geld. Herr
Pferdmenges hat in uneigennützig Weise dafür gesorgt, daß diese Gelder gegeben
worden sind. (*Beifall.*) Ich möchte hier ausdrücklich betonen, daß mir gegenüber
niemand an die Hergabe von Geld für unsere Partei irgendeine Bedingung geknüpft
hat, ich wiederhole: niemand, sondern daß das Geld einfach gegeben worden ist.
Das ist sehr anzuerkennen; sonst hätten wir den Wahlkampf überhaupt nicht führen
können. Es kann aber auch einmal so kommen, daß die wirtschaftlichen Kreise, die
in der Hauptsache die Geldgeber waren, entweder nicht mehr in der Lage sind, das
Geld zu geben, oder sie können auch nicht mehr willens sein, ohne jede Bedingung
das Geld zu geben. Deshalb ist die Frage der Finanzierung unserer Partei eine sehr
ernste Angelegenheit, mit der wir uns eingehend beschäftigen müssen. Sie hängt
aufs engste mit der Frage der Mitgliederwerbung für unsere Partei zusammen; denn
ohne Mitgliederbeiträge hat eine Partei kein Geld. Bisher hat es gutgegangen. Ich
wiederhole: Es sind keine Bedingungen gestellt worden, aber es kann auch einmal
anders kommen, und dann ist eine sehr schlechte Situation gegeben.

Außerordentlich bedaure ich nunmehr Herrn Krone⁴⁰, weil er eine Fraktion
von 270 Mitgliedern zu formen und zu führen hat, darunter 90 neue, die noch in
die Geheimnisse des Parlamentarismus einzuweihen sind. (*Gerstenmaier*: Der Herr
Arnold ist auch dabei!) Ich bedaure trotzdem Herrn Krone, auch wenn Herr Arnold
dabei ist, weil sich ergeben hat, daß doch unser Wahlgesetz⁴¹ und unser Parteistatut⁴²
ungenügend sind. Wir haben Fälle erlebt, in denen Abgeordnete oder Kandidaten
bestimmt worden sind von den lokalen Stellen aus rein lokalen oder persönlichen
Motiven heraus, und zwar ohne jede Rücksicht auf die Bedürfnisse einer solchen
Fraktion. Stellen Sie sich einmal vor, was diese Fraktion für Aufgaben haben wird.
Man kann solche Aufgaben einfach nicht lösen, wenn man nicht für jede Sparte Leute
in der Fraktion hat, die Erfahrungen haben und von den Dingen etwas verstehen.
Aber darauf nehmen die wenigsten örtlichen Parteien bei der Nominierung ihrer
Kandidaten Rücksicht. Das ist auf die Dauer ein schwerer Schaden für die Partei. Es
bedarf mindestens zwei Jahre, um eine solch große Fraktion zu einem einigermaßen
homogenen Körper zu machen. Eine Homogenität ist nötig, damit eine Fraktion
auch etwas leistet. Andernfalls kann eine solche Fraktion eine gediegene und in sich
geschlossene Arbeit in den vier Jahren nur außerordentlich schwer leisten. Ich glaube,

39 Dr. Robert Pferdmen- (1880–1962), 1950–1960 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 15
Anm. 8.

40 Dr. Heinrich Krone (1895–1989), 1949–1969 MdB (CDU), 1955–1961 Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 69 Anm. 39.

41 Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956; BGBl I S. 383. – Dieses Gesetz ist im wesentlichen
heute noch gültig. Vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 17–20.

42 Statut der CDU von 1956 in CDU, 6. Bundesparteitag S. 208–212.

daß die Vorsitzenden der Landesparteien, die hier sind, auch ihre Erfahrungen auf dem Gebiete mit den Kreisparteien, die die Kandidaten nominiert haben, gemacht haben.

Lassen Sie mich nebenbei zwei Fälle erzählen. Es handelt sich um ein sehr langes Gespräch, das ich gehabt habe unter Führung des Vorsitzenden einer Landespartei mit drei Vorsitzenden von Kreisparteien. Es ging um Überhangmandate. Der Vorsitzende der Landespartei hatte schon tagelang vorher Besprechungen gehabt, und am Schluß – wie das immer ist – kam man zu mir. Ich konnte dann feststellen, daß der Führer der Kreispartei ganze 122 Mann sein eigen nannte, der andere 97, der dritte hatte etwas mehr Stimmen. Ich konnte weiter feststellen, daß in dieser Kreispartei im Laufe von sechs Monaten sage und schreibe DM 57,- an Beiträgen aufgebracht wurden. (Weber⁴³: Wo war das?) Ich möchte keine Namen nennen, aber das sind auf den Kopf etwa DM 0,05 pro Monat. Ich konnte feststellen, daß bei den beiden anderen die Summe der Beiträge in dem halben Jahr keine DM 200,- erreicht hat. Dann habe ich mit diesen Kreisparteivertretern – jeder hatte noch einen Mann bei sich – stundenlang darüber sprechen müssen, daß sie doch verständig sein und keinen Kandidaten aufstellen sollten. Aber es hat nichts genutzt. Das ist ein sprechendes Beispiel dafür, daß das System der Benennung der Kandidaten in den einzelnen Kreisparteien geändert werden muß. Wir sollten möglichst bald auch einige von uns daransetzen, ein neues Parteistatut zu machen. Unser jetziges Parteistatut ist überholt aufgrund der Erfahrungen, die wir gemacht haben. Ich wäre von Herzen dafür dankbar. Es ist nicht die Sucht, irgendwo hineinzureden. Es ist immer eine lästige Sache, irgendwo hineinreden zu müssen, das tut keiner gern, aber es ist notwendig, der Zentrale mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Fraktion und mit Rücksicht auf die Zusammenhänge mit anderen Parteien die Möglichkeit einer Beeinflussung hinsichtlich der Aufstellung der Kandidaten zu geben.

Wir haben ein ähnliches Beispiel in einem anderen Kreise erlebt, wo Herr Krone selbst gebeten hat, einen Mann zu nehmen, den wir in unserer Fraktion nicht entbehren konnten, statt eines Herrn, der, soviel mir bekannt ist, in den vier Jahren höchstens vier Worte gesprochen hat und auch sonst kaum durch große Aktivität in Erscheinung getreten ist. Es war umsonst. Ich habe mich dann eingeschaltet. Die Leute dort haben gesagt, wir bestimmen den und den. Die Landespartei hatte sich eingeschaltet. Der Landespartei vorsitzende sieht auf sein Blatt. Er wagt gar nicht, seine Augen zu erheben. Es war völlig umsonst. Das sind also unmögliche Zustände. Nun ist es so gekommen, daß der Betreffende, der auf der Landesliste hinten stand, trotzdem gewählt worden ist. Das war ein glücklicher Zufall. Es hätte auch anders kommen können. Es hätte passieren können, daß wir zum Beispiel für die Wehrmacht kaum einen Sachverständigen in der Fraktion gehabt hätten.

Über das Wahlgesetz sollten wir heute nicht sprechen. Wir müssen das einmal studieren. Ich befinde mich hier im Gegensatz zu der Meinung des Herrn Kollegen

43 Dr. Helene Weber (1881–1962), 1949–1962 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 7.

Schröder⁴⁴. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß man im Laufe dieser Entwicklung zu Änderungen am Wahlgesetz kommen wird. (*Schröder*: Ihr Optimismus ist eben größer, Herr Bundeskanzler. Als wir das letzte Mal versucht haben, die Klausel zu ändern, an die der Herr Bundeskanzler denkt, ist uns das von unseren eigenen Freunden abgelehnt worden.) Ich denke an mancherlei. Ich stehe weiter auf dem Standpunkt, daß wir im ersten Jahr eine Reihe von Gesetzen machen und eine Reihe von Gesetzen ändern müssen, die nicht gut sind. Man kann das im ersten Jahr machen. Je näher man auf eine neue Wahl zukommt, desto schwieriger wird es sein, sie zu machen. Wenn ich daran denke, wie zum Beispiel der Rundfunk arbeitet – ich sage arbeitet, ich sage nicht, wie er uns behandelt –, dann ist das geradezu lächerlich, daß wir das ertragen müssen, obwohl wir die Mehrheit haben. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Es gibt aber noch eine Reihe anderer Gesetze. Darüber wollen wir in kleinem Kreise sprechen und überlegen, was neu geordnet werden muß.

Sie werden mich nun fragen, wie soll die neue Regierung aussehen. Ich kann nur negativ antworten, und zwar: keine schwarz-rote Koalition. Damit sind Sie sicher alle einverstanden. Nach meiner Meinung sollte man die FDP ihrer inneren Entwicklung in aller Ruhe überlassen. Vor allem sollte man sich nicht selbst Läuse in den Pelz setzen. Verzeihen Sie den etwas derben Ausdruck, aber es ist unangenehm, wenn man nachher sagen muß, du hast dir die Laus selbst in den Pelz gesetzt. Ich selbst bekenne, daß ich vor vier Jahren anders gesprochen habe, aber auch mir ist es erlaubt, klüger zu werden. (*Heiterkeit*. – *Gerstenmaier*: Wer ist die Laus?) Ihr Landesvater⁴⁵!

Was den BHE angeht, so ist er verschwunden, aber das hat für uns Folgen. Wir dürfen nicht daran denken, jetzt dieses Ministerium⁴⁶ verschwinden zu lassen. Dann würde man sofort sagen: Aha, sobald der BHE nicht mehr da ist, wird das Ministerium eingestellt. Wir müssen uns um die BHE-Leute kümmern, damit sie nicht zu einer anderen Partei übergehen, d.h. wir müssen versuchen, die zu uns neigenden Kräfte von dort für uns zu gewinnen. Wir müssen ihnen freundlich entgegenkommen und sie nicht als eine Quantité négligéable beiseite stellen. Das wäre völlig falsch.

Nun zur Deutschen Partei! Die Buchstaben FVP werden nun wegfallen, es bleibt lediglich übrig: DP. Das war von Anfang an so in Aussicht genommen bei der Fusion der beiden Gruppen, daß nach der Wahl der Zusatz FVP wegfallen soll.⁴⁷ Man hat ihn bei der Wahl noch behalten, aber jetzt bleibt nur noch die Deutsche Partei übrig. Die Deutsche Partei hat einen Wahlkampf geführt, der sicher große Erbitterung hervorgerufen hat, (*Zurufe*: Sehr richtig!) aber glauben Sie, unser Wahlkampf hätte

44 Dr. Gerhard Schröder (1910–1989), 1949–1980 MdB (CDU), 1953–1961 Bundesminister des Innern. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 7 Anm. 31.

45 Ministerpräsident von Baden-Württemberg war Gebhard Müller. Gemeint ist vermutlich sein Vorgänger, der frühere Ministerpräsident und FDP-Vorsitzende Reinhold Maier.

46 Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte wurde im Oktober 1969 aufgelöst.

47 Am 1. März 1957 Beschluß zur Bildung einer Fraktion DP (FVP) im Bundestag (vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 253; PROTOKOLLE 2 S. 1022).

keine Erbitterung hervorgerufen? Sie glauben gar nicht, was unser Wahlkampf die Leute geärgert hat. Man sollte das also nicht so tragisch nehmen. Ich habe eine Aussprache mit Herrn Hellwege⁴⁸ gehabt während der Wahlzeit. Die Aussprache ist sehr gut verlaufen. Ich habe noch niemand von der DP gesehen. Ich habe es absichtlich vermieden, bis wir hier zusammengekommen sind. Natürlich können wir hier nicht darüber beschließen, wie die Koalition aussehen soll. Ich wäre Ihnen von Herzen dankbar, wenn Sie keine Frage stellten, wie das Kabinett aussehen soll. Das muß man sich so langsam entwickeln lassen. Es ist eine sehr schwierige Aufgabe, die hier in einem so großen Kreise nicht erörterungsfähig ist. (*Gerstenmaier*: Darauf wartet alles!) Herr Gerstenmaier sagt: Darauf wartet alles. Dazu ist aber erst die Wahl eines Bundeskanzlers nötig. Und der Bundeskanzler wird gewählt, nachdem der Bundespräsident⁴⁹ eine Persönlichkeit vorgeschlagen hat. (*Von Brentano*⁵⁰: Wen wird er wohl vorschlagen?) Ich war am Montag bei ihm. Ich habe nicht mit ihm darüber gesprochen. (*Heiterkeit*.) Sie lachen darüber, aber das ist mir sehr ernst. Ich habe absichtlich nicht mit ihm darüber gesprochen. Das ist Sache der Fraktion des Bundestages, die sich mit dieser Frage wird beschäftigen müssen. Es kann sein, daß man sich sehr schnell darüber klar wird, wen man dem Bundespräsidenten vorschlägt, so daß der Bundespräsident schließlich sagt, das ist ein ganz guter Vorschlag. Aber dann kommt erst die Wahl des Bundeskanzlers, dann muß der Bundeskanzler das Kabinett zusammenstellen. Nehmen Sie mal an, man würde mich um Rat fragen. Dann würde ich empfehlen, möglichst schnell zu machen mit der Aufstellung des Kabinetts. (*Gerstenmaier*: Wir können es am 15. Oktober machen!) Ich bin nicht dafür. Ich darf hier eine Bemerkung machen. Nehmen Sie mir es nicht für übel, ich halte den Vorschlag, der von Herrn Bucerius⁵¹ gekommen ist, nach Berlin zu gehen, einfach für falsch, (*Zurufe*: Sehr richtig!) auch aus außenpolitischen Gründen. Wir provozieren damit nur. Wir haben gar nichts zu provozieren. Was hat Berlin davon? Nichts hat es davon. Die ganze Sache kostet erheblich viel Geld an Reisespesen, über eine Million. (*Gerstenmaier*: DM 250.000,-; das ist auch genug, aber immerhin nur ein Viertel!) Es könnte möglich sein, daß z.B. mit dem Mann, den man zum Bundeskanzler vorschlägt, vom Bundespräsidenten Gespräche geführt werden müssen über die Zusammensetzung des Kabinetts. Und die sind in Berlin

48 Heinrich Peter Hellwege (1908–1991), 1947–1952 und 1955–1963 MdL Niedersachsen, 1949–1955 MdB (DP) und Minister für Angelegenheiten des Bundesrates, 1955–1959 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1961 CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 52 Anm. 29; Claudius SCHMIDT: Heinrich Hellwege – Der vergessene Gründervater. Ein politisches Lebensbild mit einem Vorwort von Arnulf Baring. Stade 1991.

49 Dr. Theodor Heuss (1884–1963), 1949–1959 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 82 Anm. 9 und EBD. 2 S. 230 Anm. 130.

50 Dr. Heinrich von Brentano (1904–1964), 1949–1964 MdB (CDU), 1955–1961 Außenminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 1 Anm. 4.

51 Dr. Gerd Bucerius (geb. 1906), Journalist, Verleger; 1947–1949 Mitglied im Frankfurter Wirtschaftsrat, 1949–1962 MdB (CDU), Mitgründer (1946) und Herausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“, 1947–1970 Verleger des „Stern“. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 264 Anm. 17.

völlig unmöglich. Dort haben Sie weder die Räumlichkeiten noch die Abgeordneten zur Stelle; denn die Abgeordneten scheren aus, und das können sie hier in Bonn nicht. Ich würde sogar vorschlagen, die Abgeordneten in ein Kloster zu tun, damit sie zusammen wohnen. (*Gerstenmaier*: Dann bekommen wir Weimarer Zustände!) Ich habe Berlin mitgemacht. Verlassen Sie sich darauf, wenn die Herrschaften nach Berlin kommen, dann werden sie irgendwie berauscht, und dann laufen sie alle auseinander. Berlin ist – namentlich jetzt, wo die Räumlichkeiten fehlen – nicht das Pflaster, um in ruhigem und vertrautem Kreise Überlegungen anzustellen. Sie müssen sich weiter vorstellen, was das jetzt bedeutet. Das ist doch für die Russen provozierend. Wir müssen mit den Russen doch eines Tages wieder zusammenkommen. Warum sollen wir dann so etwas tun, was die Leute ärgert, ohne daß wir etwas davon haben. Wenn ich einen anderen ärgern kann und habe etwas davon, dann mit Vergnügen; wenn ich aber einen anderen ärgere, ohne daß ich etwas davon habe, dann hat es doch keinen Zweck.

Lesen Sie mal die englische Presse. Lesen Sie, was die „Times“ zur Wiedervereinigung sagt, lesen Sie, was die Labour Party zur Wiedervereinigung sagt.⁵² (*Gerstenmaier*: Das ist beleidigend, und was die „Times“ sagt, geht auch zu weit!) Deswegen keine unnötige Provokation! (*Gerstenmaier*: Nein!) Herr Gerstenmaier, Sie sagen nein, aber wenn ich etwas dem deutschen Volke und unserer Partei wünsche, dann ist es eine respektable Bescheidenheit, (*lebhafter Beifall*) daß wir nicht immer den „dicken Willi“ spielen. Das ist doch so schädlich. Der Zusammenbruch liegt erst zwölf Jahre zurück. Die Leute haben noch nichts vergessen. Sie irren sehr, wenn Sie glauben, daß die Leute vergessen haben, was der deutsche Nationalsozialismus verursacht hat. Er beruhte auf der deutschen Hybris. Lassen Sie mich offen sagen: Die ganze katastrophale Entwicklung, die über uns gekommen ist, ist ausgelöst worden durch den deutschen Nationalsozialismus. Die ganze Entwicklung wäre anders gekommen, auch unter den farbigen Völkern. Überall hat doch der Nationalsozialismus wie eine Bombe gewirkt und all diese Geschichten hervorgerufen. Das hat uns noch niemand vergessen. Jetzt kommt noch hinzu, daß es uns wirtschaftlich so gut geht, daß wir so viel reisen usw. Das ärgert die Leute draußen. Daß wir gleichzeitig schreien, wir haben nichts, das ärgert sie noch mehr. Ich will mich nicht ereifern, aber ich meine, der Deutsche sollte auf sich halten. Deswegen habe ich das Wort von der respektablen Bescheidenheit gebraucht. Im Grunde genommen haben wir auch gar keine Veranlassung, so furchtbar stolz zu sein. Was wir geleistet haben, hätten wir ohne die Amerikaner und deren Hilfe niemals leisten können.

52 Vgl. „Times“ vom 12. September („Mark Time for W. Germany“), vom 13. September („Europe watches its shields“) und vom 17. September („Dr. Adenauer’s Pledge on Election Victory“) sowie „Rheinischer Merkur“ vom 13. September 1957 („Labour und die Wiedervereinigung“).

Ich darf zurückkommen auf die Deutsche Partei. Ich habe davon gesprochen, daß man versuchen muß, wieder vernünftig zusammenzuleben. Die CDU in Niedersachsen kann nach ihrem großen Erfolg⁵³ vielleicht erreichen, daß im Heimatland der DP die Verhältnisse mit dieser Partei wieder besser werden. Ich habe jedenfalls noch keine Namen genannt, womit unsere Partei nach meiner Meinung zusammengehen soll. Ich bin der Meinung, daß wir nicht eine Regierung allein auf die CDU/CSU gestützt bilden dürfen. Das würde, obwohl es unberechtigt ist, dem Gefühl weiter Kreise des deutschen Volkes hinsichtlich einer Einparteienherrschaft zu sehr entgegenkommen und würde der SPD eine Möglichkeit der Propaganda größten Ausmaßes gegen uns geben. Denken wir daran, daß bei den kommenden Landtagswahlen das, was wir im Bund tun, eine große Rolle spielen wird. Wir müssen also sehr vorsichtig taktieren, trotz unserer großen Mehrheit, um nicht den Sozialdemokraten in den Ländern billige Waffen gegen uns in die Hand zu geben.

Auch aus diesem Grunde sollten wir uns unseres Erfolges freuen. Wir sollten uns aber nicht rühmen, und wir sollten unsere Gegner nicht unterschätzen, sondern arbeiten. Das ist die Hauptsache. Damit möchte ich schließen und bitten, daß wir nun in eine Diskussion über die verschiedenen Punkte eintreten.

*Von Hassel*⁵⁴: Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Parteifreunde! Bevor wir in die Diskussion eintreten, möchte ich im Namen der hier Versammelten dem Herrn Bundeskanzler unseren herzlichen Dank dafür sagen, daß er sich mit geradezu vorbildlicher Bereitschaft überall zur Verfügung gestellt hat, wo immer wir riefen und wo immer Nöte und Sorgen waren. Sie kamen und haben uns aus diesen Schwierigkeiten geholfen.

Es ist nicht unsere Art, darüber viel Worte zu machen. Es ist nur einfach unser Wunsch, Ihnen als erstem dafür zu danken, daß Sie in dieser großartigen Art uns allen ein Vorbild gewesen sind. Wir haben alle draußen gesehen, welchen Strapazen Sie sich unterzogen haben. Sie sind ein Vorbild für uns alle gewesen. Wir haben uns bemüht, Ihnen nachzueifern, um den Wahlsieg zu erringen. Ihnen dafür zu danken, ist uns allein ein Herzensbedürfnis. (*Starker Beifall.*)

Adenauer: Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren. Ich habe dem Herrn von Hassel die Hand gegeben. Das galt für alle im Saal Anwesenden.

Nunmehr können wir in die Diskussion eintreten.

Kiesinger: Ich möchte nur zu einem Punkt kurz etwas sagen, zum Tagungsort Berlin. Wir haben nach dem letzten Wahlsieg im Jahre 1953, wie sich einige von uns genau erinnern werden, als eine Reaktion dieses Wahlsieges im Europarat eine

53 Die CDU hatte 39,1 % der Zweitstimmen erreicht, die SPD 32,8 %, die DP 11,4 % und die FDP 5,9 %. Vgl. FISCHER 2 S. 686.

54 Kai-Uwe von Hassel (geb. 1913), 1954–1963 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 477 Anm. 14 und EBD. 2 S. 25 Anm. 80.

außerordentlich unangenehme Debatte über uns gehabt.⁵⁵ Dort hatten sich angesichts des Schocks, den dieser Sieg bei einigen Leuten draußen erzeugt hat, diese Kräfte zusammengefunden, die glaubten, die Stunde sei gekommen, um uns einige bittere Wahrheiten sagen zu müssen.

Ich muß am Montag meinen Bericht im Politischen Ausschuß erstatten. Das ist nicht angenehm. Wir sollten jetzt schon diese respektable Bescheidenheit nach diesem Sieg an den Tag legen, um nicht wieder Gefahr zu laufen, daß sich die uns noch feindlich gesinnten Kräfte – wie in einigen britischen Blättern zum Ausdruck gekommen ist – sammeln, um uns erneut zu schaden.

Schröder: Ich glaube, daß wir uns sehr viel mehr Mühe geben müssen, [uns] mehr als bisher systematisch um die Auslandspresse zu kümmern. Das machen z.B. andere Stellen viel besser als wir. Wir müssen sowohl in der Bundespartei wie auch in der Bundestagsfraktion jemand bestimmen, der das macht. Ich erinnere Sie daran, was auf diesem Gebiete von der SPD geleistet wird. Die haben einen englischen und einen amerikanischen Dienst.⁵⁶ Überall trifft man auf deren Spuren. Wenn die Angelegenheit heute noch nicht brennend ist, so kann sie aber doch morgen äußerst wichtig werden. Deswegen brauchen wir einen viel systematischeren Kontakt mit der ausländischen Presse.

Adenauer: Diese Anregung ist sehr wichtig. Dem Bundespresse- und Informationsamt war eine Zeitlang die ausländische Presse aus den Händen gelangt, nicht Herrn von Eckardt⁵⁷. Das möchte ich ausdrücklich betonen, aber ehe Herr von Eckardt kam. Das ist nun wieder ziemlich hergestellt; aber unabhängig davon ist es doch wichtig, auch zwischen der Partei und der Fraktion und der Auslandspresse die Beziehungen zu pflegen.

Von Brentano: Ich möchte nachdrücklich unterstreichen, was Kiesinger gesagt hat. Ich erinnere mich jetzt genau, wo Kiesinger daran erinnert hat, an die unglückliche Aussprache damals in Straßburg. Wir müssen uns darüber klar sein: So viele uns diesen großen Erfolg auch gönnen und sich darüber freuen, so sollten wir doch vermeiden, auf der anderen Seite Ressentiments zu wecken durch diesen Erfolg, weil es etwas unheimlich ist, was sich in Deutschland wieder gezeigt hat. Wir haben allen Grund, gerade im außenpolitischen Bereich mit der größten Behutsamkeit vorzugehen.

Ich beneide Kiesinger nicht als Berichterstatter. Wir sehen die Stimmung in der ausländischen Presse. Man sieht, wie ein Teil der Auslandspresse dumpf zu grollen anfängt. Jetzt kommt alles zusammen: Der Devisenüberfluß, der Wahlerfolg, der

55 Bedenken gegen Deutschland formulierten u.a. der Franzose Debré (Sozialrepublikaner) und der englische Sozialist Robens. – Vgl. „Eine Debatte über Europa. Der Spaak-Bericht als Gegenstand der Diskussion im Europarat“. In: BULLETIN vom 22. September 1953 S. 1503.

56 Möglicherweise der seit 1947 monatlich erscheinende englischsprachige Pressedienst der SPD „News from Germany“. Vgl. Jahrbuch der SPD 1947 S. 61.

57 Felix von Eckardt (1903–1979), 1952–1955 und 1956–1962 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 207 Anm. 63.

Wohlstand, die Sicherheit, die Stabilität usw. Man sieht draußen alles mit einem gewissen verhaltenden Unmut an. Gewisse Teile sagen dort: Wir hatten geglaubt, die Bestie sei endgültig tot, aber nach zwölf Jahren ist sie wieder da. Wir haben wirklich allen Grund, nach draußen mit einer ganz betonten Bescheidenheit aufzutreten.

Adenauer: Ich darf den sehr treffenden Worten der Herren Kiesinger und von Brentano noch folgendes hinzufügen: Es hat den Sozialisten vorgeschwebt ein sozialistisches Europa. Das war ihre Tendenz. Damit wird es nun wohl vorbei sein, wie überhaupt wahrscheinlich mit dem ganzen Sozialismus gewisse Änderungen eintreten werden. Wenn dann unter der Führung einer Partei, die in ihrem Namen das Wort „christlich“ mit Absicht trägt, von Deutschland aus Europa geeinigt wird, dann werden sehr viele Ressentiments bei den sozialistischen Parteien und bei den Parteien, die mit dem Christentum nicht gern etwas zu tun haben, laut werden. Es gibt Parteien, die einfach nicht verstehen, was wir mit dem Namen „christlich“ wollen. Das ist ein Grund dafür, einmal die Fühlung mit der Auslandspresse mehr als bisher zu pflegen und zweitens auch dafür, nicht so sehr mit den Flügeln zu schlagen.

Cillien: Ich erinnere mich sehr genau, Herr Bundeskanzler, daran, als wir nach dem Wahlsieg im Jahre 1953 hier zusammenkamen. In einem Punkt haben Sie sich geirrt. Damals haben Sie gesagt: Ein solcher Wahlsieg wiederholt sich nicht mehr.⁵⁸ Da haben Sie sich geirrt. (*Adenauer:* Das muß man immer sagen!) Der zweite Satz, den Sie damals sagten, lautete: Jetzt gilt es, maßzuhalten! Ich habe in Hannover sehr viele Stimmen gehört, die sehr erfreut darüber waren, daß Sie im Rundfunk gesagt haben: Nicht feiern, sondern arbeiten. Das sind ganz ausgezeichnete Formulierungen. Auch die heutigen Worte von der respektablen Bescheidenheit halten wir alle für die richtige Devise, die wir in allen Gremien der Partei zur Sprache bringen wollen.

*Gradl*⁵⁹: Herr Bundeskanzler! Ich finde das Wort von der respektablen Bescheidenheit als ausgesprochen glücklich gewählt. Ich bin völlig Ihrer Ansicht – ich nehme an, alle hier –, daß wir allen Anlaß haben, maßzuhalten, nicht nur im Kundtun unserer Gefühle im Innern, sondern auch in der Sprache nach draußen.

Ich bitte zu verstehen, wenn ich sage, es tut mir leid, daß diese Feststellungen im Anschluß an die Frage gemacht worden sind, ob es richtig ist, daß der Bundestag seine Eröffnungssitzung in Berlin abhält. Die Eröffnung des Bundestages in Berlin ist gerade die Form, die man wählen kann, um in respektabler Bescheidenheit zum Ausdruck zu bringen, daß das nationale Anliegen der Wiedervereinigung für uns, die wir jetzt noch mehr als bisher Verantwortung tragen, eine der wichtigsten Aufgaben ist. Das tut man weniger gut durch hochtrabende Phrasen als durch eine einfache Handlung, wie die es ist, den dritten Bundestag in Berlin zu eröffnen. Ich würde bitten, darüber auch nicht mehr zu sprechen; ganz abgesehen davon, daß ich es für undenkbar halte, diesen Entschluß zu korrigieren.

⁵⁸ Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 4.

⁵⁹ Dr. Johann Baptist Gradl (1904–1988), 1957–1980 MdB (Vertreter Berlins). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 86 Anm. 4.

*Scharnberg*⁶⁰: Es wird hier immer wieder gesagt, daß das Hamburger Wahlresultat besonders schlecht sei. Das möchte ich einmal in die richtige Formulierung bringen. (*Adenauer*: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe nur gesagt, die Aussichten für die Bürgerschaftswahlen sind nicht gut!) Aber, Herr Bundeskanzler, erlauben Sie mir trotzdem, etwas dazu zu sagen. Ich sage auch nichts dazu, weil Sie etwas gesagt haben, sondern weil wir in Hamburg beobachten, daß überall das Hamburger Wahlresultat als schlecht angesehen wird.

Es ist in Hamburg ganz anders gewesen, als man annimmt. Früher haben wir, als wir die Gemeinschaft zwischen CDU, FDP und DP hatten, sieben Mandate der SPD abgenommen. Da wir diesmal nicht gemeinschaftlich operiert haben, sind sieben Wahlkreise verlorengegangen. Das war eine Selbstverständlichkeit. Wir haben aber insgesamt unsere sieben Mandate gehalten und haben sowohl absolut wie prozentual einen Stimmenzuwachs gehabt, der durchaus nicht der kleinste war. Unter uns liegt noch Baden-Württemberg, das einen geringeren Stimmenzuwachs bekommen hat als wir. Auch ist bei uns nicht der größte Zuwachs der SPD zu verzeichnen, sondern in Schleswig-Holstein. Ich habe einmal ausgerechnet, wie das Ergebnis gewesen wäre, wenn alle Wahlkreise so gewählt hätten wie in Hamburg. Dabei kommt heraus, daß wir noch immer die absolute Mehrheit bekommen hätten. (*Widerspruch und Zuruf*: Oho.) Damit ist nicht gesagt, daß die Resultate in anderen Ländern besser sind als bei uns in Hamburg. (*Zuruf*: Das ist doch alles unklar! – *Unruhe*.) In Hamburg ist zu berücksichtigen, daß wir mit Bremen den stärksten Prozentsatz an Kommunisten hatten. Daher ist auch der Zuwachs der SPD-Stimmen zu verzeichnen. Der einzige große Erfolg ist in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. Dort ist nämlich ein echter Einbruch in die Arbeiterschaft erfolgt.

Gerstenmaier: Ich bin kein Bankdirektor, und meine kaufmännische Vergangenheit liegt lange zurück. Deshalb bin ich nicht so gut im Rechnen wie Herr Scharnberg. Zur Rechtfertigung meines angestammten Vaterlandes Baden-Württemberg kann ich kein so überzeugendes Rechenkunststück vorführen. Es ist wahr, daß wir auch in Baden-Württemberg Anlaß haben, dankbar zu sein; aber es ist sicher, daß sich bei uns – wie der Herr Bundeskanzler mit gewohntem Scharfblick richtig herausgestellt hat – die FDP am stabilsten gehalten hat. (*Gurk*⁶¹: Aber nicht in allen Landesteilen!) Baden-Württemberg muß gelten lassen, daß sich die FDP dort am besten gehalten hat. Das ist besonders schmerzlich. Ich weiß nicht, ob es meinem Landesvater Gebhard

60 Hugo Scharnberg (1893–1980), 1949–1961 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 136 Anm. 18. und EBD. 2 S. 8 Anm. 24. – Die Hamburger CDU hatte 37,4 % der Zweitstimmen erreicht gegenüber 36,7 % bei der Bundestagswahl von 1953.

61 Dr. Franz Gurk (1898–1984), 1951–1968 Landesvorsitzender der CDU Nordbaden, 1952–1972 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und MdL Baden-Württemberg. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 62 Anm. 24.

Müller⁶² auch so geht. Uns bedrückt und bekümmert das, aber wir können es nicht ändern.

Was ist der Grund? Der Herr Bundeskanzler hat einen Grund genannt. Das ist die Tradition, die in Baden-Württemberg besonders fest gefügt ist. Auf der anderen Seite ist es das schamlos ausgespielte konfessionelle Ressentiment, das Reinhold Maier mit einer völlig hemmungslosen Propaganda hervorzurufen vermochte. Ich denke z.B. an seinen sogenannten Kandidatenbrief⁶³ – der Ihnen wahrscheinlich zur Kenntnis gekommen ist –, wo er sagt: Ich tue es euch zuliebe, euch zuliebe gehe ich nach Bonn; euch zuliebe breche ich mein gegebenes Wort, mich der Landespolitik zu widmen. Und nun kommen die drei Punkte und sonst nichts: In Bonn gibt es erstens Verschwendung, zweitens Korruption und drittens Parteidiktatur. Das ist das, was in Baden-Württemberg erschienen ist. Das war der Tenor. Es ist dort zu einem außerordentlich scharfen Gespräch gekommen. Ich muß sagen, daß bei dem traditionellen Hintergrund der FDP und des politischen Liberalismus in Baden-Württemberg dieses alles eine Sache ist, die man ernst nehmen muß. Daher halte ich es für einen großen Erfolg, daß wir in diesem Wahlkampf bestanden haben. Ich habe mich gewundert, daß wir in Heilbronn, dieser Hochburg des politischen Liberalismus, gewonnen haben⁶⁴, obwohl wir dort mit einem Anfänger als Kandidaten gearbeitet haben. Es ist nicht der Kultusminister Simpfendörfer⁶⁵, sondern ein Vetter von ihm hier gewählt worden, ein tüchtiger Mann, aber immerhin ein Anfänger.

Ich habe mich darüber gefreut, daß wir den Sozialdemokraten die Stadt Ludwigsburg abspenstig machen konnten. Aber ich möchte mich jetzt nicht mit solchen Einzelheiten aufhalten. (*Simpfendörfer*: Waiblingen⁶⁶!) Das ist ein großer Triumph für Herrn Bauknecht⁶⁷. Hier haben wir den Wahlkreis in einem harten Wahlkampf erobert.

62 Gebhard Müller (1900–1990), 1953 MdB (CDU), 1953–1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1958–1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 12 Anm. 46; Paul-Ludwig WEINACHT: Gebhard Müller (1900–1990). In: Geschichte im Westen 6 (1991) S. 209–223.

63 Kandidatenbrief (Plakat) in AdL P3-200. Zum Wahlkampf Maiers vgl. MATZ S. 460–467.

64 CDU 35,2 %, SPD 33,6 % und FDP 26,9 % (jeweils Zweitstimmen).

65 Wilhelm Simpfendörfer (1888–1973), 1946–1960 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1953–1958 Kultusminister, 1948–1958 Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 17 Anm. 12. – Gewählt wurde Karl Simpfendörfer (1906–1984), Landwirt, 1930 CSVd, nach 1945 CDU, mit 36,2 % der Erststimmen.

66 In Waiblingen erhielt die CDU 4.483 Erststimmen und 4.380 Zweitstimmen, die SPD 3.104 (3.012), die FDP/DVP 1.999 (2.007) und der GB/BHE 538 (413) von 10.524 gültigen Erst- und 10.460 Zweitstimmen (Statistik von Baden-Württemberg 43 S. 88f.). – Im Wahlkreis Ludwigsburg erreichte die CDU 42,5 % (1953 28,3 %), die SPD 33,3 % (28,8 %) und die FDP 16,3 % (28,4 %).

67 Bernhard Bauknecht (1900–1985), 1949–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 489 Anm. 87. – Bauknecht wurde in Biberach mit 80,1 % (80 % Zweitstimmen) gewählt.

Noch ein Wort zu Berlin! Herr Bundeskanzler, eine Provokation kann ich nicht darin erblicken, wenn dieser Bundestag schlicht und bescheiden nach Berlin fährt. Ich kann nur sagen, wenn vor dem Wahlkampf die Helden nicht müde gewesen wären, sondern einige große Fraktionen gesagt hätten, wir gehen nicht nach Berlin, dann wäre Herr Bucerius mit seiner Initiative nicht durchgekommen. Aber nun vom Bundestagspräsidenten zu verlangen, daß er einem solchen Verlangen nun unter allen Umständen die Spitze abbricht, das halte ich für unmöglich.

Adenauer: Herr Gerstenmaier! Darf ich Ihnen ins Wort fallen. Ich habe nicht gesagt, es sei eine Provokation, sondern ich habe gesagt, es wird im Ausland als eine solche aufgefaßt. (*Krone:* Die Wahl des Bundeskanzlers!) Ich habe gesagt: Die Wahl des Bundeskanzlers. (*Gerstenmaier:* Die wollen Sie nicht?) Nein! (*Gerstenmaier:* Das ist auch nicht vorgesehen. Ich habe gesagt, daß darüber ganz andere Gremien als wir entscheiden. In der Tat ist es so, daß in Berlin eigentlich nichts anderes passiert als die Rede von Frau Lüders⁶⁸. – *Krone:* Sie dürfen auch ein Wort sagen!) Aber sicher, vorausgesetzt, daß Sie gewählt werden.

Gerstenmaier: Das letzte Mal bin ich um ein Haar durchgefallen. Gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Ich muß sagen, im ganzen hat es mir sehr gut gefallen, daß sich in der Wahlnacht und am Tage danach nicht nur der Herr Bundeskanzler, sondern auch unsere anderen Freunde sanft, aber fest geäußert haben. Ich würde empfehlen, dabei zu bleiben. Besonders hat mich die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers bei seinem ersten Interview⁶⁹ gefreut, daß es der Christlich-Demokratischen Union gelungen sei, einen tiefen Einbruch in die Arbeiterkreise zu erzielen. Ich habe die gleichen Unterlagen aus einer Reihe von süddeutschen Städten, wonach es uns gelungen ist, in nachweislich bisher von den Sozialisten und den Gewerkschaften diktierte Arbeiterkreise hineinzustoßen. Ich halte das für einen außerordentlich glänzenden und ermutigenden Tatbestand, der uns eine weitere Chance für unsere zukünftige Arbeit gibt. Mit den alten Ideen des Klassenkampfes des 19. Jahrhunderts ist nicht mehr viel zu machen. Hier müssen wir einsetzen.

Es ist für uns interessant, wenn sich die Sozialdemokraten gegen den Gedanken wenden, daß sie sich zur Labour Party entwickeln müßten. Sie sagen, daß das kein befriedigender Vorschlag sei. Ich finde, daß die Sozialdemokraten damit eigentlich recht haben; denn die Labour Party hat sich nach meiner Überzeugung in diesem Wahlkampf summa summarum miserabel verhalten, auch Gaitskell⁷⁰. Was von der Labour Presse in die allgemeine englische Presse gesickert ist, ist einfach miserabel. Der Herr Bundeskanzler hat recht, wenn er auf die „Times“ verweist.

68 Dr. Marie-Elisabeth Lüders (1878–1966), 1953–1961 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 791 Anm. 24.

69 Ansprache Adenauers vor der Presse am 16. September 1957 in StBKAH Redensammlung 16.23.

70 Hugh Todd Gaitskell (1906–1963), britischer Politiker (Labour Party), 1955–1963 Führer der Opposition im britischen Unterhaus.

Es ist eine Schande, wenn die „Times“ schreibt, daß die Bundesrepublik eine Art Wirtschaftsverband sei auf der Suche nach der Nation. Ich habe gestern im Rundfunk dagegen gesprochen.⁷¹ Diese Sachen sickern aus der Labour Presse in die allgemeine englische Presse hinein. Wenn es schon in die „Times“ hineingeht, dann ist das eine un gute Situation. Ich frage mich, ob es sich nicht um den Tatbestand der Einmischung handelt.

Daß uns diese Wahl vor neue innere Aufgaben stellt, ist ganz selbstverständlich. Für das Wichtigste halte ich, nachzuweisen, wie stark die Integrationsfähigkeit der Partei in den nächsten Jahren sein wird. Ob wir zum Zweiparteiensystem kommen oder nicht, hängt wesentlich davon ab, welche Integrationsfähigkeit die CDU aufbringt und ob sie bei dem bleibt, was sie ist. Das ist eine Frage, die offen ist.

Was mich zum Wahlergebnis noch nachdenklich macht, wäre die Frage: Wie ist es mit Herrn Heinemann⁷² gegangen? Hat er der SPD einen Vorteil gebracht, oder kommen die Mehrstimmen ausschließlich von der verbotenen Kommunistischen Partei? (*Schröder*: Die SPD hat den Verlust der KPD plus GVP⁷³ nicht einmal aufnehmen können. Der Zuwachs bleibt unter den damaligen KPD- und GVP-Stimmen.) Ich habe nur eine Analyse aus meinem Wahlkreis. Daraus sieht man, daß ein Drittel der früheren GVP der Parole „Mit Heinemann in die SPD“ gefolgt ist. Die anderen sind an dieser bürgerlich-traditionellen Barriere gescheitert. Das scheint mir charakteristisch zu sein. Das bedeutet vor allem etwas für die Protestanten. Ich wäre dankbar, wenn die Bundesgeschäftsstelle das in den nächsten Wochen genau feststellen könnte; denn je nachdem wissen wir, wie wir uns im evangelischen Raum bewegen müssen. Das Problem Heinemann wird auf diese Weise vielleicht schneller ausgestanden.

Die Parole der FDP, die wahrscheinlich heute herauskommt, daß die FDP als nationale Opposition im Bundestag auftreten wird, würde bedeuten, daß Herr Döring definitiv das Heft in die Hand bekäme und die süddeutschen Demokraten trotz ihrer Beständigkeit völlig in den Hintergrund gedrängt würden. Das wird man abwarten müssen.

Zu der Frage, ob man der FDP eine Chance eröffnen soll, möchte ich zur Beruhigung meines Freundes Arnold sagen, wir sollten nicht den „dicken Willi“ spielen, aber wir sollten es darauf ankommen lassen. Wenn die anderen nein sagen, dann ziehen wir nicht die Taschentücher, um unsere Tränen abzutrocknen.

Zur DP muß ich sagen, daß uns die Wahlabsprache mit der DP nichts genützt hat. Die DP hat, soweit ich das in Süddeutschland gesehen habe, im Kampf gegen

71 Im Hessischen Rundfunk: Der neue Bundestag. Zur parlamentarischen Situation nach der Wahl (Materialien in ACDP I-210-085/1).

72 Dr. Gustav W. Heinemann (1899–1976), 1957–1969 MdB (SPD), 1969–1974 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE I S. 7 Anm. 32; WINTER S. 92–130.

73 Bei den Bundestagswahlen 1953 hatte die KPD 2,2 %, die GVP 1,2 % der Zweitstimmen erreicht, die SPD 28,8 %, während sie 1957 auf 31,8 % kam.

die FDP völlig versagt. Sie hat in Württemberg völlig gegen die FDP versagt. Sie hat nur gegen uns gekämpft. Sie hat die Unverschämtheit gehabt, den Kultusminister Simpfendorfer mit der Behauptung anzugreifen, er sei ein Vertreter der CDU-Garnitur, die unablässig das Soldatentum in den Dreck gezogen habe, früher unterstützt vom Herrn Bundeskanzler. Der Herr Bundeskanzler hätte sich jetzt wegen seiner NATO-Rücksichten eines anderen besonnen.

Das hat uns die DP im Wahlkampf auf den Tisch gelegt. Ich würde meinen, wir wollten hier nicht allzuviel Rücksicht darauf nehmen, daß es nun für ewige Zeiten bei einer solchen Rand- und Splittergruppe an unserem Flügel bleiben müsse.

Es reicht jetzt nicht die Zeit, um in eine grundsätzliche Diskussion einzutreten, z.B. über die Entwicklung und den Hintergrund des Liberalismus. Ich stimme im Grunde genommen der Analyse des Herrn Bundeskanzlers zu, muß aber sagen, der Deutschen Partei ist es nicht gelungen, die bescheidenste originale Gedankenleistung zur neuen Formulierung des Begriffes „konservativ“ zu vollbringen. Es besteht die Gefahr, daß unter diesem Stichwort wiederum nur unlautere Appelle an den sogenannten nationalen Instinkt gemacht werden. Das ist genau das, womit Herr Hugenberg⁷⁴ den konservativen Gedanken in Deutschland ruiniert hat, indem er seine völkische Partei⁷⁵ zu einem nationalen Haufen gemacht hat.

Das sind Dinge, die man sehen muß, wenn man mit den Leuten über eine Koalition verhandelt. Im Hintergrund steht die mögliche Entwicklung, die diese Wahl mit angezeigt hat, nämlich zu einer Art Zweiparteiensystem zu kommen. Man sollte diese Angelegenheit nicht übers Knie brechen und vor den Landtagswahlen nichts tun und auch nicht mit Erwägungen zum Wahlrecht herauskommen, sondern erst nach den Landtagswahlen darüber sprechen.

Adenauer: Ich weiß, daß ich für manchen von Ihnen nicht gerade angenehm spreche. Ich muß noch ein Wort über die Deutsche Partei sagen. Der norddeutsche Raum muß besonders betrachtet werden; den können Sie von Württemberg aus nicht richtig beurteilen. Dieser norddeutsche Raum bis nach Schleswig-Holstein war immer ein politisch merkwürdiges Gebilde. Die Deutsche Reichspartei und wie sie alle heißen fingen an, sich im Raum von Celle wieder zu sammeln. Die schwarze Fahne damals ist zuerst in Schleswig-Holstein gezogen worden. Dazu kommt, daß der dortige Protestantismus nur wenig vom Katholizismus kennt, so will ich mich mal ausdrücken.

Wenn Sie nun bedenken, lieber Herr Gerstenmaier, was in gewissen Gebieten gekommen wäre, wenn die Deutsche Partei nicht dagewesen wäre, das weiß ich nicht. Daß die Deutsche Partei ewige Zeiten vor sich haben wird, glaube ich auch nicht; aber ich meine, wenn man nun in einer solchen Stelle da sitzt, wie wir sie haben, dann kann man über manche Dinge hinwegsehen und einen Schwamm darüber

74 Alfred Hugenberg (1865–1951), 1928–1933 Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 6 Anm. 17.

75 Gemeint: Deutschnationale Volkspartei (DNVP).

wischen. Jedenfalls glaube ich, wenn wir allein eine Regierung bildeten, dann würden wir bei den Landtagswahlen die ganze Gesellschaft gegen uns haben. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Deswegen wollen wir das Thema gar nicht erörtern, sondern es als erledigt betrachten. Wir wollen einmal hören, was die Deutsche Partei sagt. Die haben heute auch Vorstandssitzung.⁷⁶

*Sieveking*⁷⁷: Herr Bundeskanzler! Ich habe Ihre Ausführungen nicht so aufgefaßt, als ob sie einen Tadel für die CDU in Hamburg enthielten, wohl aber so, daß Sie auf die sehr komplizierte Situation hingewiesen haben, die jetzt entstanden ist. In Hamburg ist die SPD immer die größte Partei gewesen. Es wird nie gelingen, bei der Bevölkerung dieser Stadt sie auf den zweiten Rang zu bringen. Man kann die SPD nur schlagen, wenn die nichtsozialistischen Parteien zusammengehen. Ob das heute noch möglich ist, nachdem die FDP verloren hat, ist sehr fraglich. Selbst dann aber ist das Rennen durchaus noch offen. Die DP wird die 5%-Klausel wahrscheinlich nicht überspringen. Sie sind, unter uns gesagt, in Hamburg ein trauriger Haufen. Da liegt das Problem. Ich wäre dankbar, wenn Sie in den nächsten Tagen mit Hellwege sprächen und ihm sagten, die Sache geht nur so, daß die Leute bei uns auf die Liste kommen. Sie können nachher wieder ausscheren.

Mit dem BHE habe ich in diesem Sinne bereits gesprochen, daß sie mit auf unsere Liste kommen. Wenn wir also mit der FDP und der DP und dem BHE zusammengehen, dann liegt noch alles drin. Das möchte ich sagen, damit hier nicht eine Stimmung entsteht, als ob die Hamburger Wahl verloren sei. Sie ist durchaus nicht verloren.

Adenauer: Noch ein Wort zu Hamburg, weil dort die nächste Wahl ist, die auf die Bundestagswahl folgt und weil man nach deren Ausgang für die Landtagswahlen ein billiges Propagandamittel bekommen wird. Lieber Herr Sieveking! Ich muß Ihnen sagen, ich habe das Wort von den Honoratioren gesprochen, und zwar aufgrund meiner Erfahrungen in Hamburg in den Jahren 1946 bis 1948. Ich habe mich damals umsonst bemüht, die Hamburger CDU dazu zu bekommen, sich mehr um den Mittelstand und die Arbeiter zu bemühen. Es war einfach nicht möglich. Ich will gegen Herrn Petersen⁷⁸ kein Wort sagen. Er war mal Bürgermeister und hatte allerhand zu sagen. Aber die Herren lebten wirklich noch in dem Gedanken an früher: Honoratioren-Partei. Ich habe kein anderes Wort dafür. Die Leute haben damals in der Hamburger Geschäftsstelle nicht ihr Geld bekommen; denn die Honoratioren fühlten sich soweit nicht verpflichtet, ins Portemonnaie zu greifen. Sie haben sich in Hamburg zu wenig um den Mittelstand und um die Arbeiter gekümmert.

76 Vgl. Sachliche Forderungen für die Koalitionsgespräche (vom Parteivorsitzenden in der Sitzung des Direktoriums am 19. September 1957 verlesen) in ACDP I-148-050/2.

77 Dr. Kurt Sieveking (1897–1986), 1953–1957 Erster Bürgermeister von Hamburg (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 419 Anm. 1. – Vgl. Anm. 60.

78 Rudolf H. Petersen (1878–1962), Kaufmann, 1928 Vorsitzender des Verbandes Hamburger und deutscher Exporteure, 1945 Vizepräsident der Handelskammer Hamburg, 1945–1946 Bürgermeister.

Wir wollen aber nicht allein mit den Hamburger Angelegenheiten die Debatte ausfüllen. Jedoch ist die Bürgerschaftswahl von großer Bedeutung. Ich weiß und erkenne ohne weiteres an, daß Sie in Hamburg, gelinde gesagt, große Schwierigkeiten haben. Vielleicht können wir im Laufe der nächsten Zeit über die Hamburger Bürgerschaftswahlen noch einmal miteinander sprechen.

Von Hassel: Wir haben in Schleswig-Holstein die ganzen Kreise gewonnen, die für uns gefährdet waren, weil sie einen hohen Anteil von Industriearbeitern aufweisen. Ich möchte davor warnen, nunmehr anzunehmen, daß wir aus diesem Wahlergebnis auf die kommenden Landtagswahlen schließen könnten. Auf die Frage, was tut der Arbeiter, können wir bis heute keine klare Antwort geben. Es ist notwendig, dieses Thema innerhalb der Partei mit besonderer Sorgfalt aufzugreifen, um zu klären, was in der kommenden Zeit zu geschehen hat.

Zur Deutschen Partei! Nach dem Wahlkampf dieser Brüder waren wir alle geneigt, sie draußen verhungern zu lassen. Daß die Wahlvorbereitung und das Abkommen in Niedersachsen und Hessen⁷⁹ nicht sonderlich behagt haben, wissen wir alle. Heute sind wir klüger als vor der Wahl. Es hätte an wenigen Stimmen hängen können, um noch besser abzuschneiden. Aber post festum hat es keinen Zweck mehr, darüber zu diskutieren. Der Angriff gegen uns erstreckte sich auf den Mittelstandsbereich und auf den Bereich der Landwirtschaft. Eines ist wichtig: Wenn wir nicht die Worte realisieren, die im Wahlkampf über das Thema Mittelstand, vom Handwerk bis zur Landwirtschaft, gesprochen worden sind, dann werden die Landtagswahlen von vornherein unter ungewöhnlich ungünstigen Aspekten stehen. Ich wäre sehr dankbar, wenn die Bundestagsfraktion weder Gesetze einbrächte noch Reden hielte, die den Landtagswahlen schaden könnten. (*Krone:* Woher diese Sorge?) Ich spreche als Landtagsabgeordneter und als Landesvorsitzender.

Es gibt eine Reihe von Bundestagsabgeordneten, die die Verbindung zu einer Situation im Lande nicht immer ganz klar erkennen. (*Seidel:* Die kommen gleich nach dem Herrgott! – *Adenauer:* Die kommen zwischen Gott Vater und Gott Sohn! – *Heiterkeit.*) Wir müssen innerhalb der Partei das analysieren, was draußen gegen uns vorgebracht worden ist. Im Norden hat die FDP mit dem Wort von der Abendländischen Akademie⁸⁰ im Wahlkampf gestritten. Das ist ein absoluter Unfug. Diese Frage sollte man klären. (*Gurk:* Die Abendländische Akademie ist eine absolute Null!) Aber die FDP hat eine Eins davor gesetzt und eine Null daran gehängt. Ich darf noch darauf aufmerksam machen, daß innerhalb des BHE eine große Depression eingetreten ist. Wir können etwas erreichen, wenn wir unsere Auffassung den Vertriebenen gegenüber mit Nachdruck in den Vordergrund stellen. Der BHE hat in Schleswig-Holstein erklärt, über dieses Wahlergebnis werde sich Gomulka⁸¹ freuen,

79 Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1263f., insbes. S. 1264 Anm. 22.

80 Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 570f. Anm. 68.

81 Wladyslaw Gomulka (1905–1982), polnischer Politiker (KP); 1956–1970 Erster Sekretär des ZK. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1183 Anm. 5.

und zwar mit dem Unterton: Die Männer, die die Wiedervereinigung allein in den Vordergrund stellen, sind nicht mehr in den Bundestag gekommen. Darüber müssen wir nachdenken. Wir dürfen unter keinen Umständen die Fragen der Vertriebenen vernachlässigen. Hier ist eine Chance gegeben, um den Vertriebenen zu sagen: Wir betreiben eine vernünftige Vertriebenenpolitik.

*Fay*⁸²: Das Volk erwartet, daß man eine Regierung mit einem klaren Kurs bildet. Dieser klare Kurs ist manchmal nicht möglich, wenn man Teilhaber im Kabinett hat, die in wichtigen Dingen diametral anderer Meinung sind. Wir sind allerdings mit Rücksicht auf eine gewisse Situation in einigen Ländern – auch in Hessen – der Meinung, daß es vom politischen Gesichtspunkt her richtig wäre, der FDP ein Angebot zur Beteiligung an der Regierung zu machen, auch in der Hoffnung, daß dieses Angebot zu einem weiteren Zwist innerhalb der FDP führen würde; weiter in der Hoffnung, daß dieses Angebot nicht angenommen wird und daß es in der Bevölkerung einen guten Eindruck macht, wenn man sich in einer Regierung als starker Partner großzügig zeigt.

Ich gebe diese Gedanken zu bedenken. Ich neige zu Ihrer Meinung und freue mich, daß Sie eine Sinnesänderung gegenüber Ihrer Meinung vor vier Jahren vorgenommen haben. (*Adenauer*: Da wollte ich die FDP dabeihaben!) Es ist mit Rücksicht auf die Situation in den Ländern wichtig, ein solches Angebot zu machen.

Die Schwierigkeit liegt in der Frage des Wahlrechts. Es scheint mir notwendig zu sein, daß bis zur Landtagswahl von uns nichts über die Konzeption einer Änderung des Wahlrechts bekanntgegeben wird. Ich befürchte, daß das schwere politische Rückwirkungen auf die Landtagswahlen haben könnte. Wir sind zum ersten Mal die stärkste Partei in Hessen mit einem Vorsprung von 3 bis 4 %.⁸³ Wir wissen, daß wir das der Bundespolitik verdanken. (*Von Brentano*: Und der Wahlbeteiligung!) Die Wahlbeteiligung war noch nie so stark bei uns gewesen. Ich möchte unsere Bundespolitiker bitten, alles zu tun, um zu verhindern, daß die FDP in das Lager der SPD kommt. (*Adenauer*: Lassen Sie sie doch ruhig hingehen!) Herr Bundeskanzler! Aus einer gewissen landespolitischen Situation heraus – ich denke an Baden-Württemberg, Bayern und Hessen – könnte die Situation für uns nicht sehr günstig werden. Ich spreche diese Bitte im Namen meiner Kollegen aus Hessen aus.

*Eplée*⁸⁴: Hinsichtlich des BHE hat der Wahlausgang die Auffassung bestätigt, die wir in der letzten Vorstandssitzung zum Ausdruck gebracht haben. Es ergeben sich durchaus eine Reihe von Konsequenzen. Wir werden sehr unter dem Beschuß jener BHE-Leute stehen, die wir nicht für uns gewinnen werden. Diese Leute werden das, was wir zur Ostfrage sagen, bekämpfen.

82 Dr. Wilhelm Fay (1911–1980), 1952–1967 Landesvorsitzender der CDU Hessen, 1953–1970 MdL Hessen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 154 Anm. 46.

83 Die CDU hatte 40,9 % der Zweitstimmen erreicht, die SPD 38,0 %, die FDP 8,5 %.

84 Hermann A. Eplée (1908–1973), 1953 und 1958–1961 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 180 Anm. 82.

Ich wende mich an den Herrn Außenminister mit der Bitte, das Vorgehen hinter den Kulissen sehr nüchtern zu betrachten, sonst könnte der Herr Außenminister feststellen, daß er eines Tages ein Trojanisches Pferd vor sich hat. Unsere Verpflichtung gegenüber den Vertriebenen ist nun besonders groß geworden. Darin liegt auch eine Chance, die wir in der Partei ausnutzen müssen. Die Partei sollte sich in Zukunft mehr des verlängerten Armes, den der Landesverband Oder-Neiße darstellt, bedienen. Dann könnte für die Bundesregierung manches leichter und einfacher werden. Mit Unterstützung der Partei könnten wir unsere Pläne zu einem gewissen Abschluß bringen. Ich bitte darum, daß sich der geschäftsführende Vorstand mit diesem Anliegen befaßt.

Herr Bundeskanzler! Sie erwähnten, daß wir ein neues Statut brauchen. Darüber werden sich in erster Linie die Juristen zu unterhalten haben. Auf der anderen Seite glaube ich aber, daß wir unser Statut nicht genügend ausgenutzt haben. Ich habe schon einmal darauf aufmerksam gemacht, daß wir eine Wahlkommission hätten bilden können. Aber das haben wir leider nicht getan. Wir sollten also die uns jetzt gegebene Chance möglichst stark ausnutzen.

Adenauer: Zur allgemeinen Aussprache haben sich noch zu Wort gemeldet: Scharnberg, Hellwig⁸⁵, Bach⁸⁶ und Reinert⁸⁷. Ich würde vorschlagen, damit die Rednerliste zu schließen. Wir werden ja bald wieder zusammenkommen müssen, wenn wir eine genaue Analyse haben. Ich hielt es aber für notwendig, daß der Parteivorstand heute zusammentritt, weil morgen der Fraktionsvorstand tagt. Betrachten Sie die heutige Aussprache nicht als ein abgerundetes Ganzes, sondern beschränken Sie sich auf aphoristische Bemerkungen.

Es haben sich noch gemeldet die Herren Gebhard Müller und Schmücker⁸⁸. Damit wollen wir die Liste schließen. Das Wort hat Herr Scharnberg. (*Zuruf:* Ist nicht anwesend!) Dann kann ich ihn also streichen! (*Heiterkeit.*)

Hellwig: Die Bundestagswahlen unterliegen anderen Gesetzen als die Landtagswahlen und die Kommunalwahlen. Diese Chance werden unsere Gegner unter allen Umständen auszunutzen versuchen mit folgender Wahlparole: Wir haben den außenpolitischen Kurs der CDU auf der Bundesebene bestätigt, aber um die Gefahr einer absoluten Mehrheit der CDU auf Bundesebene zu korrigieren, muß über die Landtagswahlen im Bundesrat das Gegengewicht geschaffen werden. Das wird mit

85 Dr. Fritz Hellwig (geb. 1912), 1953–1959 MdB (CDU, 1956–1959 Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 167 Anm. 4.

86 Ernst Bach (1902–1965), 1950–1960 Bundesschatzmeister der CDU, 1955–1960 stv. Vorsitzender der CDU Westfalen-Lippe. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 5 Anm. 23.

87 Dr. Egon Reinert (1908–1959); 1956–1959 MdL Saar (CDU), 1956–1957 Minister für Justiz sowie Kultus, Unterricht und Volksbildung, 1957–1959 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Saar, 1957–1959 Ministerpräsident (1959 auch Justizminister). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1301 Anm. 75.

88 Dr. h.c. Kurt Schmücker (geb. 1919), 1949–1972 MdB (CDU), 1956–1966 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 920 Anm. 1.

Sicherheit in den Landtagswahlkämpfen in den Vordergrund geschoben. Daher sollte vor den Landtagswahlen alles vermieden werden, was Mißtrauen erwecken könnte. Man wird insbesondere auf das Wahlgesetz sehen müssen. Ich halte es für gefährlich, überhaupt nur eine Diskussion über das Wahlrecht in der Öffentlichkeit eintreten zu lassen.

Das gleiche möchte ich auch für das Rundfunkprogramm sagen. (*Adenauer*: Was wollen Sie denn bei den Landtagswahlen machen?) Die Frage des Rundfunks vorzubereiten, ist zwar richtig, aber nicht an dieser empfindlichen Stelle den Eindruck hervorzurufen, daß wir mit unserer Mehrheit sofort etwas machen wollen, weil die Gegner behaupten, wir würden die Meinungsfreiheit des Rundfunks antasten. Das kann sich bei der Landtagswahl gegen uns auswirken.

So sehe ich auch die Koalitionsfrage. Die Koalitionsfrage ist nicht nur eine Bundesangelegenheit, sondern auch eine Landesangelegenheit, weil wir Koalitionen auf der Landesebene mit solchen Partnern brauchen, die auf der Bundesebene außerhalb der Diskussion stehen oder in Zukunft stehen können. Wir werden mit diesen Koalitionen auf Landesebene für bestimmte Dinge, die im Gesetzgebungsprogramm des Bundestages stehen, die Mehrheit im Bundesrat erhalten. Ich spreche von der Steuerreform, vom Finanzausgleich usw.

Wenn es uns nicht gelingt, das Verhältnis zu den Koalitionspartnern, die wir auf der Landesebene brauchen, auch bei der Bildung der Bundesregierung so erträglich zu gestalten, daß es auf der Landesebene mitspielt, d.h. im Bundesrat für unsere Mehrheit gesorgt wird, dann kommen wir an der Hürde des Bundesrates nicht vorbei. Wir sollten der FDP nicht nachlaufen, aber das Nein zur Koalitionsfrage muß von der FDP und nicht von uns aus erfolgen.

Adenauer: Herr Hellwig! Wer hat eigentlich die Wahl gewonnen, wir oder die FDP? Und womit haben wir sie gewonnen? Wir haben sie nur im Angriff gewonnen. Glauben Sie, daß Sie die Landtagswahlen im Nachgeben gewinnen? Die gewinnen wir nur im Angriff. Ich pflichte Ihnen bei, die Wahlgeschichte wegzulassen; darüber kann die Wählergesellschaft⁸⁹ schreiben, aber, lieber Herr Hellwig, wenn wir Ihnen folgten, dann würden wir am besten im Bundestag drei Jahre lang den Daumen drehen; denn wir haben in den nächsten beiden Jahren überall Landtagswahlen.

Sie wollen auch nicht an den Rundfunk herangehen, damit die SPD und die FDP bei den Landtagswahlen den Rundfunk in schamloser Weise gegen uns benutzen werden! (*Hellwig*: Wir sollten nicht herangehen vor den Wahlen bis zum nächsten Frühjahr!) Wir haben doch in den nächsten beiden Jahren Landtagswahlen. (*Hellwig*: Wir haben zwei Jahre relative Ruhe!) Das ist ein Irrtum. Es wird ständig gewählt. Wenn wir Ihnen folgen sollen, dann können wir uns jeder eine Kaffeemühle nehmen

⁸⁹ Gegründet am 20. September 1947 in Frankfurt/M. mit dem Ziel, durch Organisation der Wähler und Einwirken auf die Parlamente eine grundlegende Wahlrechtsänderung herbeizuführen. Vorsitzender war Dolf Sternberger; Organ war die Zeitschrift „Der Wähler“ (zur Geschichte vgl. LANGE S. 307–317).

und sie ständig raddrehen. Da bin ich ganz anderer Meinung, völlig anderer Ansicht. Gewisse Punkte soll man herauslassen, aber wenn wir kraft unserer Mehrheit jetzt nicht an die Arbeit gehen, dann haben wir bei den Landtagswahlen überhaupt keine Aussichten.

Ich stimme völlig dem zu, was Herr von Hassel gesagt hat, wir müssen uns dem Mittelstand und der Landwirtschaft zuwenden. Wir müssen die Rundfunkfrage anpacken. Aber so, wie Sie es sehen, gewinnt man die Wahl nicht, Herr Hellwig. Nehmen Sie Nordrhein-Westfalen! Wer ist in Nordrhein-Westfalen nach wie vor unser Hauptgegner? Das ist die SPD. Und nun sollen wir uns auf einmal brav kuschen und nichts tun? Ich glaube, ich bin doch noch zu jung, um die ganze Sache zu verstehen! (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Bach: Ich bin davon überzeugt, daß die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und in Bayern zu gewinnen sind, wenn wir in demselben Angriffsgeist vorgehen wie bei der Bundestagswahl. Die SPD hat die Stimmen der Kommunisten, die dort verlorengegangen sind, nicht aufholen können, so daß uns hier wirklich ein Einbruch gelungen ist. Ich halte es für notwendig, daß der Bundestag einige Gesetze macht, auf die die Allgemeinheit wartet. Ein großer Teil der Wähler hat uns nicht aus Überzeugung gewählt, sondern als das kleinere Übel. Die Leute sagen: Wann kommt endlich eine Steuergesetzgebung, die auch der normale Mensch versteht? Es ist auch eine Überprüfung der sozialen Gesetzgebung notwendig, weil mit dem neuen Gesetz über das Krankengeld durch die Betriebe etwas Unsoziales geschehen ist. Der unverheiratete Arbeiter erhält jetzt praktisch mehr als der verheiratete Arbeiter. (*Adenauer:* Sollen wir jetzt nicht bei den großen Gesichtspunkten bleiben?) Ja! Auch das Rundfunkgesetz muß geschaffen werden. Bei den Kommunen ist es so, daß dort kaum noch Männer sind, die etwas von den Dingen verstehen. Es gibt auch keine echte Verantwortlichkeit mehr dort. Es ist eine Aufgabe des Bundestages, dafür zu sorgen, daß der Finanzausgleich nicht nur zwischen Bund und Ländern, sondern auch zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wiederhergestellt wird.

Reinert: Ich kann von der Saar nur Erfreuliches berichten. Die Saar hat zum ersten Mal als neues Land an den Bundestagswahlen teilgenommen und für unsere Partei einen Stimmenzuwachs von 26,3 % gebracht, obwohl unsere Partei am 19. Mai in zwei Teile gespalten wurde und zunächst aktionsunfähig war.⁹⁰ Wir haben die FDP und die DP vernichtend geschlagen. Der Zuwachs der SPD mit 18 % ist im wesentlichen auf die Stimmen der Kommunisten zurückzuführen und zweitens auf die Stimmen, die früher SPS gewählt haben.

Wir haben den Wahlkampf Schulter an Schulter mit der CSU geführt, der früheren CVP. Wir haben uns keine Unfreundlichkeiten gesagt, sondern sind nur parallel

⁹⁰ Beschlossen war am 18. Mai 1957 eine Arbeitsgemeinschaft zwischen CDU und CVP, die dann aber nicht zustande kam. Zu Einzelheiten vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1302–1315. – Die CDU hatte 33,3 % der Zweitstimmen erreicht, die CSU 21,3 %, die SPD 25,1 %, die FDP/DPS 18,2 %.

gestartet. Anschließend werden die Gespräche, die ins Stocken geraten waren, wieder angeknüpft. Wir hatten insofern eine schwierige Situation, als es auf den Plakaten einmal hieß: Wählt Liste 1! – und zum anderen: Wählt Liste 3! Das hat dazu geführt, daß sich diesmal 10 % der an sich stimmfreudigen Saarländer der Stimme enthalten haben.⁹¹

Adenauer: Wir danken Ihnen und allen Ihren Mitarbeitern sehr dafür. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo an der Saar nur noch eine christliche Partei bestehen wird. Nachdem sich die Bevölkerung so deutlich zugunsten der CDU ausgesprochen hat, wird wohl auch die CVP das einsehen. Vielleicht ist die Möglichkeit gegeben, auf dem Wege über die Landtagsfraktion zusammenzukommen. (*Reinert:* Gespräche über eine Arbeitsgemeinschaft sind schon aufgenommen!) Das ist sehr erfreulich.

Müller: Ich möchte etwas sagen über die künftige Entwicklung des Bundesrates. Der Herr Bundeskanzler ist kein besonderer Freund des Bundesrates. Andererseits ist der Bundesrat ein Instrument, mit dem man, wenn man es zu spielen versteht, der Bundesregierung eine große Unterstützung geben kann.

Die SPD wird nunmehr versuchen, diejenigen Positionen auszubauen, die ihr verblieben sind, und zwar die Kommunen, die Genossenschaften, die Gewerkschaften, den Rundfunk usw. Es scheint auch, daß die SPD über den Bundesrat den Sieg der CDU zu hemmen oder auszuschalten versucht. Sie hat in München und in Düsseldorf erklärt, daß sie nicht daran denkt, die Regierung zu ändern. Wir müssen damit rechnen, daß in Hamburg die Situation bei den nächsten Wahlen zumindest kritisch wird, so daß unter Umständen von dort weitere drei sozialdemokratische Stimmen in den Bundesrat kommen. Dann sind wir nur noch mit 21 gegen 20. Ich glaube aber, daß das vorübergehend sein wird, weil die Chance besteht, in Nordrhein-Westfalen und Bayern die Dinge zu ändern. Wir müssen allerdings damit rechnen, daß die Landtagswahlen nach einem starken Aufschwung der CDU in der Regel einen gewissen Rückgang bringen. Über die Gründe will ich jetzt nicht reden.

Mein eigentliches Anliegen ist folgendes: Es würde die Situation im Bundesrat und in den Ländern, wo die SPD die Möglichkeit hat, die Koalition mit der FDP zu ändern, außerordentlich erleichtern, wenn von uns aus nicht von vornherein eine Absage an die FDP wegen einer Regierungsbeteiligung erfolgte. Ich würde meinen, daß ein allgemein gehaltenes Angebot oder irgendwie eine Bereitwilligkeit, mit der FDP in eine Koalition zu kommen, außerordentlich bedeutsam wäre. Bei uns konnte Reinhold Maier einen Zuwachs dadurch erzielen, daß er drei Tage vor der Wahl erklärt hat: Wir werden niemals mit der SPD eine Koalition im Bundestag bilden.

Wenn die FDP jetzt vor die Frage gestellt wird, ob sie in einer neuen Bundesregierung mitmacht, dann wird ein starker Keil der Zersetzung in die FDP hineingetragen. Aus diesem Grunde sollten wir das nicht von vornherein ablehnen; denn eine Beteiligung der FDP wäre nicht ein Sieg der FDP, sondern ein Sieg für uns. (*Teilweiser Beifall.* – *Zuruf:* Das ist doch unklar!)

⁹¹ Die Wahlbeteiligung betrug 89,3 %.

Adenauer: Dort unten scheint ein „FDP-freundlicher“ Flügel zu sitzen. (*Gerstenmaier:* Der Herr Müller meint, so könne man am besten die FDP kaputt machen. – *Zurufe:* Wieso?) Die Sache ist wichtig genug, um ein Wort darüber zu sprechen. Zunächst zum Bundesrat! Herr Müller, Sie haben mich falsch verstanden. Ich bin kein Freund der Entwicklung, die der Bundesrat genommen hat. Ich habe nur festgestellt, daß diese Entwicklung nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen ist. Ich habe weiter gesagt, daß auch einzelne Bundesminister an dieser Entwicklung teilgenommen haben. Wenn man z.B. erleben muß, daß der eine oder andere Bundesminister seine Gesetze zuerst mit den Länderministern bespricht, ehe er sie ins Kabinett bringt, dann ist das doch eine unmögliche Angelegenheit. (*Müller:* Das erleichtert das Verfahren!) Der Bundesrat ist geschaffen worden, um vom Standpunkt der Länder aus seine Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Aber der Bundesrat entwickelt sich zu einem Instrument einer besonderen Politik. Ich habe gestern einen Brief von Herrn von Brentano bekommen, in dem er mich bittet, mit den Ministerpräsidenten darüber zu sprechen. Er schreibt: Nach langen, langen Verhandlungen ist es gelungen, einen deutsch-französischen Niederlassungsvertrag zu schaffen. Jetzt will eine Mehrheit im Bundesrat dagegen . . . (*Müller:* Wenn man seit über einem Jahr die Bedenken der Länder überhaupt nicht berücksichtigt hat! Seit einem Jahr bitten wir, daß diesen Bedenken Rechnung getragen wird!) Wer ist denn für die Außenpolitik verantwortlich, die Länder oder der Bundestag und die Bundesregierung? (*Müller:* Wir sind der Meinung, daß hier das Grundgesetz maßgebend ist. Darüber kann man nicht hinweg!) Ja sicher! Aber ich finde diese Entwicklung für unmöglich. Ich sage Ihnen ganz offen, in den meisten Ländern versteht man nichts von der Außenpolitik; kann man auch nichts davon verstehen. Wenn irgendein Land besondere Wünsche wegen eines Niederlassungsvertrages hat, sollte man sie berücksichtigen. Stellen Sie sich doch bitte den Schaden vor, der in den außenpolitischen Beziehungen entsteht, wenn jetzt nach langen Verhandlungen ein Vertrag mit der französischen Regierung zustande gekommen ist, der nun vom Bundesrat einfach kaputtgemacht wird. Das ist doch eine Entwicklung des Bundesrates, an die kein Mensch gedacht hat.

Ein Wort zur FDP! Es ist eben gesagt worden, wir sollten die FDP nein sagen lassen; wir sollten nicht nein sagen; d.h. mit anderen Worten, wir sollten der FDP ein Angebot machen; denn sonst kann keiner nein sagen, wenn er kein Angebot bekommt. Nun erinnere ich Sie an das, was Herr Gerstenmaier aus dem Wahlbrief des Herrn Reinhold Maier vorgelesen hat. Ich frage Sie, haben wir nicht auch eine Parteihhre? (*Arnold:* Sehr richtig!) Wir haben auch eine Parteihhre. Und wenn der Vorsitzende dieser Partei sagt: Verschwendung, Korruption und Parteidiktatur, dann ist das eine Unverschämtheit ersten Ranges. Und nun sollen wir einem solchen Manne ein Angebot machen! Das würde ich niemals tun! Ich sage Ihnen schlangweg, wenn Leute der FDP kommen und mit uns verhandeln wollen, dann ist die Tür offen. Ich habe noch nirgendwo gesagt, daß wir sie nicht wollen. Ich habe geschwiegen. Aber bitte, ich wiederhole das Wort, daß die Ablehnung von der FDP kommen soll, niemals! Unsere Wähler würden uns mit Recht steinigen, wenn wir so wenig Mut zeigten.

Noch eins! Warum haben die Landtagswahlen weniger Erfolge gebracht als die Bundestagswahl! Das will ich Ihnen sagen. Wir werden uns noch darüber zu unterhalten haben. Wir haben scherzhaft gesagt: Wir wollen einmal bei der Bundesgeschäftsstelle eine Kommanditgesellschaft zur Durchführung von Wahlen im In- und Auslande gründen. Übergeben Sie uns bitte die Durchführung der Landtagswahlen, dann werden Sie sehen, daß Sie gewinnen. (*Teilweise Widerspruch.*) Ja, meine Damen und Herren, man muß an die Sache herangehen.

Arnold: Hinsichtlich der FDP stimme ich völlig mit dem überein, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Es ist nach der Art und Weise, wie die FDP den Wahlkampf geführt hat, für eine Partei wie die CDU ausgeschlossen, ein Angebot an die FDP zu machen, daß sie in die Bundesregierung eintreten soll. Außerdem haben vorgestern schon Mende⁹² und Döring in Düsseldorf eindeutig erklärt, daß sie nicht daran dächten, jetzt in eine Bundesregierung einzutreten. Die Düsseldorfer Regierung, unter maßgebender Führung der FDP, hat erklärt, daß sich an der Düsseldorfer Regierung nichts ändern werde, daß man fest entschlossen sei, die bisherige Landesregierung beizubehalten bis zur nächsten Landtagswahl.

Glauben Sie, wir könnten hier in Bonn, selbst wenn die FDP es wollte, die FDP hereinnehmen und die Düsseldorfer Regierung belassen? Dann brauchen wir in Nordrhein-Westfalen gar nicht erst anzufangen, die Landtagswahlen vorzubereiten. Das wäre für unsere Propaganda unmöglich. Ich bin eigentlich erstaunt, von den süddeutschen Herren zu hören, daß man mittlerweile mit der FDP sympathisiert, während noch vor einiger Zeit genau das Gegenteil der Fall war.

Gerstenmaier: Meinem Landsmann und Kollegen Arnold darf ich sagen, das ist ein großes Mißverständnis, wenn er verstanden hat, daß irgendein Mensch von Süddeutschland einschließlich meines regulären und legitimen Landesvaters Gebhard Müller Sympathie mit dieser Partei habe. Die Frage lautet so: Wie werden wir mit diesen Brüdern fertig, damit sie überhaupt nicht mehr erscheinen?

Arnold: Wir werden nur fertig mit ihnen im eindeutigen klaren Kampf gegen sie.

Hellwig: Es gibt ein kluges politisches Wort: Die Koalition ist die raffinierteste Form, mit einem Gegner fertig zu werden.

Adenauer: Dann könnten wir ja mit der SPD koalieren! Was sagen Sie denn dazu, Herr Hellwig? Jetzt schweigt er!

Heck: Es ist wohl zweckmäßig, wenn ich mich kurz fasse; denn das notwendige Material zu einer Analyse liegt noch nicht vor. In dieser Hochstimmung der gewonnenen Wahl möchte ich einige kritische Worte sagen. Zunächst war die Ausgangssituation für diese Wahl nicht so eindeutig wie bei der Wahl im Jahre 1953.

92 Dr. Erich Mende (geb. 1916), 1949–1980 MdB (bis 1970 FDP, 1950–1953 Fraktionsgeschäftsführer, 1957–1963 Fraktionsvorsitzender, 1960–1967 Bundesvorsitzender, seit 1970 CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 496 Anm. 5.

Die Meinungsumfragen hatten ergeben:

	SPD	CDU
Im Juni 1953	28 %	39 %
im Juni 1957	42 %	43 %

Die Gesamtentwicklung über ein Jahr hinweg, vom November des vorigen Jahres bis heute, war allerdings eindeutig. Die SPD hatte ihren Höchststand im November vorigen Jahres erreicht und dann fortlaufend abgenommen, mit zwei Ausnahmen, die sich eindeutig erklären lassen, und zwar war die Entwicklung folgendermaßen:

	SPD	CDU
November	45 %	38 %
Dezember	43 %	39 %
Januar	42 %	41 %
Februar	38 %	44 %
März	42 %	39 %
(Erhöhung des Brotpreises ⁹³)		
April	38 %	44 %
Mai	41 %	48 %
Juni	42 %	43 %
(Atom-Appelle ⁹⁴)		
Juli	36 %	46 %
August	38 %	47 %
September	32 %	50 %

Die schlechte Ausgangssituation im November für die CDU war dadurch bedingt, daß die CDU-Meinung uneinheitlich in der Öffentlichkeit erschienen ist. Man hat also hier ein klares Bild darüber, was es bedeutet, ob eine Partei geschlossen nach außen auftritt oder nicht. Die damalige Vorstandssitzung hat wohl wesentlich dazu beigetragen, daß Anfang dieses Jahres die Front wieder geschlossen dastand. Wir sollten uns also in den kommenden Jahren sehr davor hüten, eine zu individuelle Politik zu betreiben.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß bei dieser Wahl einige Erscheinungen aufgetreten sind, die wir uns nicht erklären können. Am interessantesten ist Baden-Württemberg, wo die südlichen Landesteile 3 bis 4 % verloren und die nördlichen

93 Im März war der Preis für ein Zweipfundbrot um drei Pfennig, für das Dreipfundbrot um vier Pfennig gestiegen (vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1152 Anm. 53).

94 Gemeint sind die sog. „Göttinger Erklärung“ vom 12. April 1957 (vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1224 Anm. 4) sowie Aufrufe von Albert Schweitzer (EBD. Anm. 5).

Landesteile Stimmen gewonnen haben. Vielleicht ist es darauf zurückzuführen, daß die Konfessionsfrage auf der evangelischen Seite in verschiedenen nördlichen Teilen, wo eine Mehrheit ist, nicht eine so große Rolle spielt. (*Widerspruch und Unruhe.*) Ja, meine Damen und Herren, diese Frage läßt sich nicht beantworten. Es ist ein außergewöhnliches Symptom, daß zwei Landstriche geschlossen absinken, während der übrige Teil des Landes anwächst.

Für das ganze Bundesgebiet läßt sich sagen, daß der große Erfolg in Hessen nicht denkbar gewesen wäre, wenn in Hessen die FDP nicht auseinandergeplatzt wäre. Was 1953 in Baden-Württemberg durch die Bildung des Südweststaates⁹⁵ galt, das gilt in ähnlicher Weise diesmal für Nordrhein-Westfalen, nämlich die Gegenbewegung auf den Regierungssturz⁹⁶. Die erhöhten Ziffern in Nordrhein-Westfalen sollten wir nicht für die Landtagswahlen zugrunde legen. Gerade in Nordrhein-Westfalen müssen alle Anstrengungen gemacht werden, wenn wir verhindern wollen, daß uns noch einmal der Stuhl vor die Türe gesetzt wird.

Die Wahlbeteiligung ist gegenüber 1953 noch um 2 % gestiegen.⁹⁷ Höher geht es mit Sicherheit nicht mehr. Die erhöhte Wahlbeteiligung ist, so glaube ich, uns zugute gekommen. Die Wahlbeteiligung in den einzelnen Kreisen ist allerdings sehr unterschiedlich. So hatte z.B. der Wahlkreis Brilon eine Wahlbeteiligung von 96,3 %, dagegen der Wahlkreis Calw – das ist der Heinemann-Kreis – nur eine solche von 76,6 %. Die Wahlbeteiligung ist im evangelischen Raum nur geringfügig weniger hoch als im katholischen Raum. Auch im industriellen Gebiet hat sich die Wahlbeteiligung dem wirtschaftlichen Bereich angeglichen. Über die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen liegt noch nichts vor. Das gleiche gilt für die Briefwahl. Man weiß nur, daß verhältnismäßig viele Stimmen bei der Briefwahl ungültig waren.

Die Sozialdemokraten haben, wenn man die Stimmen der KP und der GVP abzieht, sich gegenüber 1953 nicht halten können, d.h. es ist eindeutig festgestellt worden, daß die Sozialdemokraten in ihrem Stammbereich Stimmen verloren haben. Wir können aber mit Sicherheit rechnen, daß sie aus kleinbürgerlichen und teilweise intellektuellen Kreisen einen Stimmenzuwachs bekommen haben. Die Verluste bei ihr beziehen sich auf die Arbeiterschaft. Das ist aus einzelnen Wahlkreisen zu ersehen, am deutlichsten in Nordrhein-Westfalen. Es wäre sonst nicht zu erklären, woher der starke Stimmenzuwachs der CDU kommt.

95 Nach der Volksabstimmung vom 9. Dezember 1951 und der Wahl vom 9. März 1952 zur Verfassunggebenden Landesversammlung, in der die CDU mit 36 % der Stimmen stärkste Partei geworden war, hatte Reinhold Maier (FDP/DVP) eine Koalition von FDP/DVP, SPD und BHE gebildet. – Nach der Bundestagswahl 1953, die der CDU die absolute Mehrheit der Zweitstimmen von 52,4 % eingebracht hatte, stürzte die Regierung Maier; neuer Ministerpräsident wurde Gebhard Müller.

96 Am 20. Februar 1956 war die FDP aus der Koalition mit der CDU ausgeschieden und hatte anschließend mit der SPD eine Regierung unter Fritz Steinhoff (SPD) gebildet. – Die CDU hatte bei der Bundestagswahl 1957 54,2 % der Zweitstimmen erreicht gegenüber 48,9 % bei den Bundestagswahlen 1953.

97 Die Wahlbeteiligung hatte 1953 86,0 % betragen; 1957 lag sie bei 87,8 %.

Adenauer: Darf ich etwas sagen! Im Saargebiet sind bei der letzten Landtagswahl über 6 % kommunistische Stimmen abgegeben worden. Um wieviel Prozent hat die SPD bei der Bundestagswahl zugenommen? (*Schröder:* Sie hat 4 % bekommen, so daß der Verlust der Sozialdemokratie noch größer ist.)

Heck: Der große Wahlerfolg ist zu einem guten Teil der evangelischen Bevölkerung zuzuschreiben. Im evangelischen Bereich ist erheblich stärker CDU gewählt worden als im Jahre 1953. Das gilt für Nord-Württemberg, Nord-Baden, Bayern und die norddeutschen Bezirke. Das Bild über die jungen Wähler läßt sich noch nicht übersehen.

Der Wahlerfolg war groß. Die Kampagne ist mit einem großen Einsatz geführt worden, und zwar in allen Ländern. Es ist für uns nützlich, nach einer Wahl zu überlegen, was nicht so gelaufen ist, wie wir es uns gewünscht hätten. Wir sollten uns über die festgestellten Mängel ganz offen aussprechen, ohne daß sich irgendein Landesverband in die Defensive gedrängt sieht oder betroffen fühlt.

Es bleibt noch viel zu tun. Wenn wir z.B. einmal eine schlechtere Ausgangssituation für die Wahl bekommen oder wenn sich die gegnerischen Parteien wie SPD und FDP nicht so miserabel schlagen wie in diesem Wahlkampf, dann wird es entscheidend darauf ankommen, daß die Führung der Kampagne von der Organisation her so vollkommen wie irgend möglich ist. Ich halte es für notwendig, daß wir zunächst einmal auf der Bundesgeschäftsstelle zusammen mit den Landesgeschäftsführern eine sorgfältige Analyse durchführen, ehe wir im Bundesparteivorstand darüber sprechen; denn sonst würden wir nur unnötige Zeit in Anspruch nehmen.

Meyers: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist bei den Zahlen manchem nicht klar, daß jeder zweite Wähler CDU gewählt hat. Jeder 50. von diesen Wählern war Mitglied der CDU. Das ist ein Tatbestand, der zu denken gibt, insbesondere deshalb, weil es uns 1953 nicht gelungen ist, den 80. Geburtstag des Bundeskanzlers zur Mitgliederwerbung auszunutzen. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, in erheblichem Umfange Mitglieder zu werben, dann sind wir einfach nicht gewillt, es zu tun.

Jetzt müssen wir nachstoßen! Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen! Denken Sie an die Begeisterung der jungen Leute, die mit einem großen Schwung an die Arbeit gegangen sind, der unsere Gegner einfach überrannt hat. Das ist einer der Erfolge unserer Partei, weil man nicht damit gerechnet hatte, daß diese Partei in der Lage wäre, außer den bewährten Leuten einen solchen Schwung junger Wähler an sich zu ziehen. Das hängt natürlich mit der Vorbereitung zusammen. Es sind viele Diskussionsredner geschult worden. Hier dürfen wir in der Arbeit nicht nachlassen. Wenn Pannen passiert sind, dann lag das meistens bei der Versammlungsleitung oder bei der schlechten Versammlungsvorbereitung. Wir werden die Spitzenredner bitten, uns einen Erfahrungsbericht über diesen Wahlkampf zu geben.

Die SPD ist in den Kommunen sehr stark verankert und hat immer dort stark gewirkt mit ihrer Personalpolitik. Das ist ein Grund für uns, unsere Kommunalpolitik einmal gründlich zu überprüfen. Man muß allerdings zugeben, daß die letzten Kom-

munalwahlen größtenteils unter den Parolen Wehrpflicht, Preise und Rentenreform geführt worden sind. Es ist festzustellen, daß gewisse Probleme lange Wellen schlagen, während andere Probleme nur ganz kurze Einbrüche erzielt haben. Sie können an den Kurven genau verfolgen, daß Einbrüche da sind bei der Preisdebatte des Bundestages, bei der Atomdebatte und der Göttinger Erklärung⁹⁸ und schließlich auch bei einem objektiven Ereignis, das mit Politik nichts zu tun hat, nämlich beim Iller-Unglück⁹⁹. Diese drei Einbrüche waren aber kurzfristig wieder behoben, während andere Probleme lange Wellen geschlagen haben und nur durch unseren persönlichen Einsatz – an der Spitze der Herr Bundeskanzler – überwunden werden konnten.

Das Erstaunliche in allen unseren Versammlungen ist der große Zulauf von jungen Leuten gewesen. Daraus ergibt sich die Folgerung: nicht nur Mitgliederwerbung, sondern auch Betreuung der jungen Leute! Sie sind voraussetzungsloser als ihre Väter, die in die Vorstellungen der SPD hineingeboren worden sind. Es wäre zu überlegen, ob wir uns nicht in kleinem Kreise, insbesondere der betroffenen Landesverbände, zusammensetzen sollen, um zu sehen, wie von der hohen politischen Linie aus die Landtagswahlen geführt werden können. Die schlechte Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen hängt vielleicht mit der Länderbildung durch die Besatzungsmächte zusammen.

Zusammenfassend ergeben sich aus dem Ausgang der Bundestagswahl folgende Folgerungen: Wir sollten uns bemühen, die Einigkeit, die wir erzielt haben, zu behalten. Das erfordert von jedem einzelnen ein Zurückstecken seiner persönlichen Ziele und seiner Originalität. Wir sind im Ausland als die Partei der Köpfe bezeichnet worden. Welche Körperteile sie den anderen Parteien zumessen, weiß ich nicht. Aber da wir das sind, sollten wir die genannten Dinge einmal zurückstellen. Es ist nichts schwieriger, als den Sieg zu behalten. Es wäre richtig, wenn wir uns in dieser Stunde vornähmen: Wir wollen diese Einigkeit und Geschlossenheit zumindest nach außen weiterhin führen und zeigen. Das soll nicht heißen, daß wir im Inneren die Probleme abtun wollten, indem wir daran vorbeigehen.

Die Mitgliederwerbung ist ein Punkt, der durchaus möglich ist, wenn man die Leute richtig anspricht. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, dann weiß ich nicht, in welcher Situation die CDU zu einer Mitgliederpartei gebracht werden soll. Wenn wir diese günstige Gelegenheit verpassen, werden wir niemals zu einer Mitgliederpartei werden. Wir müssen ferner dazu kommen, ein Zentrum der Partei zu haben – ich sehe Sie nicht an, Herr Pferdenges –, das die Partei in die Lage versetzt, zu handeln. Wir müssen weiter außerhalb der Nassestraße ein vernünftiges Haus haben, ein würdiges Unterkommen für die Partei. Der Parteivorstand könnte sich in der Nassestraße nicht versammeln. Ich habe gesagt, was würden wir machen, wenn in der Wahlnacht das Palais Schaumburg von Kommunisten in Brand gesteckt worden wäre. Dann hätten wir keine Unterkunft. Das muß also in Angriff genommen werden. Es ist nicht zuviel

⁹⁸ Vgl. Anm. 93 und 94.

⁹⁹ Am 3. Juni 1957 waren 15 Soldaten beim Überqueren der Iller tödlich verunglückt.

verlangt, wenn man an einem solchen Tag wie heute daran erinnert. Das ist notwendig, wenn die Organisation überhaupt klappen soll. Es ist wirklich unwürdig, wie die Bundesgeschäftsstelle untergebracht ist.

Die Jugendlichen müssen angesprochen werden. Mein besonderes Anliegen schon seit über einem Jahre ist, daß wir irgend jemand die Pflege der Beziehungen der CDU zur akademischen Jugend übertragen, damit wir mehr als bisher in die Universitäten hineinwirken. Die akademische Jugend ist linksgesinnt. Wir haben nicht genügend getan für die akademische Jugend. Es ist zwar richtig das Sprichwort: Wer in der Jugend nicht revolutionär war und im Alter nicht konservativ, der hat nicht gelebt. Deswegen ... (*Etzel*¹⁰⁰: Die Jugend ist nicht links!) Ich habe gesagt, die akademische Jugend. (*Etzel*: Auch die akademische Jugend nicht!) Es hat sich herausgestellt, daß nichts mehr überzeugt als ein klar herausgestelltes Programm und Persönlichkeiten, die in der Lage sind, es klar zu vertreten. Das ist eine Folgerung aus dem Wahlsieg für uns. Der diffuse Wahlkampf der anderen Parteien hat auf die Jugend nicht viel Eindruck gemacht.

Gerstenmaier: Noch ein Wort zur Reform insoweit, als sie von Ihnen mitgetragen werden soll. Carlo Schmid¹⁰¹ hat eine elegante Formulierung in der Debatte der SPD gefunden: „Geist vor Kotelett“. Damit wird man auf eine Reihe akademischer Jünglinge Eindruck machen. Damit sind zwar keine 55 % zu erben, aber wir sollten uns nicht nachsagen lassen, daß wir es mit der Parole „Kotelett vor Geist“ gemacht hätten. Wir sollten zwar Wohlstand für alle anstreben, aber unsere Parolen haben in ihrer Argumentation eine gewisse Grenze. Die CDU kann sich nicht darauf verlassen, daß das unsere Zitadelle ist, sondern wir müssen auch bestehen in dem Bereich, den die SPD unter einem Mann wie Carlo Schmid immer anstreben wird. Es handelt sich nicht nur um die Akademiker, sondern auch um einen großen Teil der deutschen Publizisten. Das aber nur als Nebenbemerkung.

VERSCHIEDENES

Gerstenmaier: Nun zur Parlamentsreform! Ausgangspunkt ist die bei der CDU weitverbreitete Überzeugung, daß die Mühle der Gesetze in den nächsten vier Jahren langsamer laufen und weniger produzieren müsse als in den vergangenen acht Jahren. Wer anderer Meinung ist, soll das sagen. Ich bin der Meinung, daß wir unser Soll nicht nur erfüllt, sondern daß wir ein Übersoll geschaffen haben, daß aber manches von dem, was wir als Übersoll geschaffen haben, nicht so ist, daß es für die Ewigkeit bestehen könnte; mit anderen Worten, wir sollten in den nächsten vier Jahren nicht noch einmal

100 Franz Etzel (1902–1970), 1949–1952 und 1957–1965 MdB (CDU), 1957–1961 Finanzminister, 1952–1957 Vizepräsident der Hohen Behörde der EGKS. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 42 Anm. 11.

101 Dr. Carlo Schmid (1896–1979), 1949–1972 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 189 Anm. 45.

500 Gesetze machen, sondern unseren Ehrgeiz dareinsetzen, manche Gesetze, die wir gemacht haben, zu überprüfen und zu verbessern. Wir sollten weniger auf Quantität, aber mehr auf Qualität sehen. Und dazu brauchen wir Zeit zum Nachdenken. Das Parlament sollte der Regierung die Chance geben, zunächst einmal zu reagieren, und dann sich selber den Gefallen tun, seine Stellungnahme in einer sorgfältigen Denkarbeit zu verbessern und zu qualifizieren.

Wenn man die Sache so sieht, dann ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer Parlamentsreform. Damit hängen einige finanzielle Fragen zusammen. Das muß hier ausgesprochen werden. Bis jetzt war die Regelung in bezug auf das Diätengesetz¹⁰² treuherzig so, daß man, je mehr man sich in die Anwesenheitsliste eingetragen hat, um so mehr auch profitierte. Die sitzungsfreie Woche war leider für eine ganze Gruppe ein mißlicher Umstand, den man zu umgehen suchte. Man hatte die sitzungsfreien Wochen mit der Parole beschlossen, daß auch in den Wahlkreisen etwas getan werden müsse. Aber kaum waren die sitzungsfreien Wochen beschlossen, da kamen auch schon soundso viel außerordentlich wichtige Ausschusssitzungen, und wenn man nichts mehr wußte, kamen die Herren mit Reisegenehmigungen usw. usw.

Mir ist etwas auf stillen Jagdgängen eingefallen, wie man davon abkommen kann. Ich hoffe, daß sich unsere Fraktionsführung wie ein Mann dahinterstellt. Kommen wir zu diesem Weg bei der Diätenregelung, dann sind wir ziemlich sicher davor, daß in den sitzungsfreien Wochen noch jemand tagen wird. Jeder Anreiz, Tagegelder zu machen durch Inanspruchnahme von sitzungsfreien Wochen, wird in dieser Richtung wegfallen. Sie erwarten nicht von mir, daß ich Ihnen jetzt meine ausgeknobelten Vorschläge vortrage. Herr Krone und die anderen Führer unserer Fraktion haben sich sehr darüber gefreut. (*Krone*: Aber noch nicht zugestimmt!) Ja, der Mannesmut! Aber Sie werden zustimmen, darauf können Sie sich verlassen.

Eine andere Frage ist – die die Landtagsabgeordneten vielleicht interessiert – folgende: Wenn der Bundestag Gesetze ändert, dann wird das eventuell Konsequenzen in den Ländern haben. Das gilt z.B. für die notwendige Revision der Unkostenabrechnungen, Kilometergelder usw. Es ist ferner eine Arbeitsteilung notwendig. Wir haben doch 520 Abgeordnete. Ich halte es für erforderlich, daß man die bisherigen Ausschüsse um die Hälfte reduziert. Es hat sich herausgestellt, daß unser Koalitionspartner DP erst vom Platz Nummer 28 an zum Zuge kommt.¹⁰³ Wir können aber die Minderheitsklausel in Anspruch nehmen und ihr schon von Nummer 15 einen Platz zugestehen. Wenn man eine Verringerung der Ausschüsse will, muß man sich stark machen im Willen zur Arbeitsteilung. Man muß sich verständigen über eine in der Geschäftsordnung enthaltene Inkompatibilität, d.h., daß gewisse Dinge unvereinbar

102 Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Bundestages vom 24. Juni 1954 (BGBl II S. 637).

103 Von 1949 bis November 1970 wurden die Stellenanteile der Fraktionen in den Ausschüssen des Bundestages nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt berechnet (vgl. dazu DATENHANDBUCH I S. 598f.).

sind. Ich halte es nicht für gut, daß ein Fraktionsführer oder ein Vizepräsident gleichzeitig Ausschußvorsitzender ist. Wozu ist das nötig? Wir haben so viel Leute, die das machen können. Deshalb mein Vorschlag: Inkompatibilitätserklärung zwischen leitenden Männern der Fraktion. Die Mitgliedschaft im Bundespräsidium sollte nicht vereinbar sein mit der Übernahme eines Ausschußvorsitzes. Das ist nicht notwendig, wenn man 520 Abgeordnete hat. Hier kann man zur Arbeitsteilung kommen, die vernünftig ist. Ich rede nicht von der Mitgliedschaft in den Vorständen.

Auch die Frage des Hauptausschusses wird immer wieder diskutiert. Es handelt sich darum, die zweite Lesung in den Hauptausschuß zu verlegen. Ich habe Bedenken, auch wenn man andere Leute in den Hauptausschuß delegiert. Man hat auch keine Gewähr, wenn eine zweite Lesung im Hauptausschuß stattgefunden hat, für die dritte Lesung im Plenum. Kurz und gut, man bekommt dann möglicherweise vier Lesungen; denn all die Ungereimtheiten, die manchmal in der zweiten Lesung passieren, müssen dann wieder ausgebügelt werden. (*Fricke*¹⁰⁴: Muß das hier so ausführlich gesagt werden?) Ich bin gleich fertig. Das Problem des Hauptausschusses ist also offen, außerdem die Frage, wie die Ausschüsse reduziert werden sollen. Wir müssen uns auch mit der Redezeitbeschränkung befassen.

Adenauer: Darf ich an die Ausführungen von Herrn Gerstenmaier anknüpfen. Die Sache ist vielleicht von größerer Bedeutung, als es auf den ersten Blick erscheint. Das Ansehen des Bundestages hat in den vergangenen acht Jahren nicht gewonnen. Darüber muß man sich klar sein. Die Leute auf der Tribüne, die den Sitzungen beiwohnen, müssen glauben – ich will mich vorsichtig ausdrücken –, das ist eine nette Gesellschaft, die raus- und reingeht, Zeitungen liest, sich unterhält usw. Deswegen ist es nötig, hier eine Reform vorzunehmen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Dinge, von denen Herr Gerstenmaier gesprochen hat, überlegt werden. Es ist z.B. sehr schlecht, wenn von der Bundesregierung ein Gesetz mit 250 Paragraphen an den Bundesrat geht – nach meiner Überzeugung hätte man von vornherein hundert schon streichen können bei der Bundesregierung – und dann aus dem Bundesrat mit 500 Paragraphen zurückkommt. Betrachten Sie sich das ganze Gesetzgebungswerk; diese Arbeiterei, wie dadurch die Bundesregierung, die Referenten usw. gehemmt werden, weil sie jeder Ausschußsitzung beiwohnen müssen. Das Ganze ist ein höchst unbefriedigender Zustand. Wir können nicht in die Einzelheiten heute eingehen. Das ist Sache des Bundestages. Wir sollten aber als demokratische Partei der Überzeugung Ausdruck geben, daß eine Reform der Arbeit des Bundestages und dadurch auch der Bundesregierung absolut notwendig ist. Ich nehme an, daß Herr Gerstenmaier auch nicht mehr wollte. (*Gerstenmaier*: Nein, ich wollte nur eine allgemeine Unterstützung von Ihnen für diese Notwendigkeit!)

Noch etwas zu den Wahlkreisen! Wir werden in dieser Session des Bundestages eine andere Wahlkreiseinteilung vornehmen müssen. Das ist eine höchst saure Arbeit.

104 Dr. Otto Fricke (1902–1972), 1951–1968 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Braunschweig. Vgl. PROTOKOLLE I S. 53 Anm. 31.

Ich bin der Auffassung, daß man die Abgeordneten nicht soviel an Bonn binden und knüpfen soll. Sie sollen auch in ihren Wahlkreisen tätig werden. (*Gerstenmaier*: Und in ihrem Beruf!) Mir liegt noch etwas am Herzen: In fast allen Parlamenten haben die Abgeordneten einen Versorgungsanspruch. (*Zuruf*: Das muß auch hier kommen! – *Gerstenmaier*: Das ist schlecht!) Nein! (*Gerstenmaier*: Ich meine, die Versorgung ist schlecht!) Die Abgeordneten leisten dazu einen gewissen Beitrag. Das andere gibt der Staat. Die Aufstellung neuer Kandidaten und neuer Kräfte überhaupt würde außerordentlich dadurch erleichtert, daß derjenige, der nicht mehr aufgestellt wird, eine gewisse Versorgung hat. Wer nämlich seine politische Arbeit wirklich ernst nimmt, kann seinem Berufe nicht mehr richtig nachgehen. Dann klammert er sich – das ist durchaus menschlich berechtigt und verständlich – an seinen Abgeordnetensitz. Wenn wir diese Versorgung einführen, wird es viel leichter sein, neue Kräfte heranzuholen. Ob es dazu kommen wird, weiß ich allerdings nicht. Zunächst werden wir wohl auf kolossalen Widerstand in der Öffentlichkeit stoßen.

Noch ein Punkt ist nicht erwähnt worden: die Frage der Presse. Eine so große Partei wie die unsrige, die eine solch ungeheure und große Verantwortung hat, hat es außerordentlich schwer, in der Öffentlichkeit durch ihre Presse ihrer Meinung Ausdruck zu geben. Das ist eine Frage, mit der wir uns beschäftigen müssen. Ich wollte der Vollständigkeit halber hier darauf aufmerksam machen.

Ich möchte noch einmal bei Ihnen allen das Gefühl der Verantwortung, das wir haben, wachrufen. Wir haben durch unsere große Mehrheit in diesem zerrissenen und geteilten Deutschland eine so ungeheuer große Verantwortung übernommen, daß wir uns diese Verantwortung tagtäglich vor Augen halten müssen. Wir sind noch kein fertiges Land. Ganz Europa ist noch nicht in Ordnung. Alles das kommt noch auf uns zu. Und wir sind hier die führende Partei. Wir gelten auch in Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern als die führende christliche Partei. Man unterscheidet in diesen Ländern eigentlich nur zwischen christlich-liberal und sozialistisch. Das ist auch eine ungeheuer große Verantwortung, die wir als eine Mitgabe bekommen haben bei diesem Wahlsieg.

Deswegen werden Sie verstehen, daß ich am Montag nicht himmelhoch jauchzend war; ich war auch nicht zu Tode betrübt. Wir waren aber sehr befriedigt über diesen Erfolg. Wir haben uns immer wieder vorgestellt, was eingetreten wäre, wenn wir diesen Erfolg nicht erzielt hätten. Sie wissen alle – und ich bitte Sie, das den Landesparteien weiterzugeben –, daß ein solcher Sieg auch eine ungeheure Bürde mit sich bringt, und zwar für jeden, der sich zu unserer Partei rechnet.

Meine Freunde! Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir werden aber bald wieder zusammenkommen. Hoffentlich dauert es nicht zu lange, bis Sie die nötigen Unterlagen haben. Es wäre gut, wenn dieses Material vorher mitgeteilt werden könnte, damit sich jeder das ansehen kann und wir hier in eine fruchtbare Diskussion eintreten können.

Jetzt komme ich dazu, zu fragen, welche Indiskretion werden wir begehen?

(*Heiterkeit.* – *Johnen*¹⁰⁵: Es ist doch nichts Wichtiges gesagt worden!) Dann haben Sie nicht zugehört, Herr Johnen. Es ist allerhand gesagt worden. Es sind sogar sehr ernste Worte gesprochen worden. Aber was werden wir der Presse mitteilen? Ich möchte vorschlagen, zunächst einen kleinen Imbiß einzunehmen. In der Zwischenzeit könnten einige Herren mit Herrn Pettenberg ein Kommuniqué ausarbeiten, das wir bekanntgeben werden. Wen schlagen Sie vor? (*Zurufe:* Arnold, von Hassel, Heck und Pettenberg¹⁰⁶.) Gut, die Herren werden ein Kommuniqué ausarbeiten. In etwa einer Stunde werden wir wieder zusammenkommen, um diesem Kommuniqué zuzustimmen.

Pause.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Das Kommuniqué wird noch einmal umgeschrieben. Ich möchte bitten, daß wir für die „Indiskretion“ eine Sprachregelung treffen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen jetzt schon eine Indiskretion begangen hat. Es handelt sich um einige Punkte, über die wir uns verständigen müssen.

Zunächst die Parlamentsreform. Wir wollen über die Parlamentsreform draußen nicht sprechen, damit sie nicht dadurch gefährdet wird, daß die Sozialdemokraten sagen, das ist auf einer Vorstandssitzung der CDU gemacht worden, und so etwas machen wir nicht mit.

Der zweite Punkt war unser Verhältnis zu den anderen Parteien. Ich würde vorschlagen, hier zu sagen, daß wir uns mit unseren eigenen Angelegenheiten beschäftigt hätten und nicht mit den Angelegenheiten der FDP. (*Schröder:* Über Koalitionsfragen wurde nicht gesprochen!) Nein! Ich würde sagen, mit den Angelegenheiten der FDP hätten wir uns nicht beschäftigt. Darin liegt auch, daß die FDP zunächst ihre Angelegenheiten selbst zu erledigen hat. Sind Sie damit einverstanden? Was sagen die „FDP-Freunde“ da unten? (*Heiterkeit.* – *Müller:* Wenn wir so formulieren, daß wir uns mit den Angelegenheiten der FDP nicht beschäftigt haben, dann wird die ganze Welt glauben, daß wir uns doch damit befaßt haben.) Das kommt ja nicht in das Kommuniqué. Einige von uns möchten gerne eine „Indiskretion“ begehen. Wenn sie von einem Journalisten gefragt werden, dann können sie ihm mitteilen, wir hätten uns nicht mit den Angelegenheiten der FDP befaßt. (*Müller:* Das ist natürlich etwas anderes!) Weiter nichts! (*Zuruf:* Wir haben uns nur mit unserem Verhältnis zur FDP befaßt.) Nein! Verstehen Sie doch! Die FDP ist z.Z. ein gärender Haufen. Deswegen sagen wir: Wir haben uns mit den Angelegenheiten der FDP nicht befaßt. Die sollen sich mit sich selbst befassen. Wenn wir jetzt überhaupt daran rühren, dann begehen

105 Wilhelm Johnen (1902–1980), 1947–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU, 1950–1959 Fraktionsvorsitzender, 1959–1966 Präsident), 1951–1963 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Rheinland. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 64f. Anm. 27.

106 Dr. Heinz Pettenberg (1900–1974), Journalist; 1956–1966 Leiter der Presseabteilung der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 921 Anm. 8.

wir doch eine Dummheit. Wir wollen zum Ausdruck bringen, die sollen ihr Süppchen selber kochen. Wir werden dann sehen, was dabei herauskommt.

Verstehen Sie mich recht, wenn wir nach der einen oder der anderen Seite etwas sagen, nützen wir damit dem einen oder dem anderen Teil der FDP. Nach meiner Meinung sollten wir die sich aber selbst zurechtfinden lassen. Sollen wir uns darauf einigen? (*Zustimmung.*) Herr Heck, können Sie nicht aus dem Kopf etwas über das Kommuniqué sagen?

Heck: Ich habe die schwierige Aufgabe, aus dem Kopf etwas über das Kommuniqué zu sagen. (*Adenauer:* Sagen Sie auch, warum!) Das Komitee, das eingesetzt war, hat eine Resolution ausgearbeitet. Der Herr Kussl¹⁰⁷ ist damit zum Abschreiben weggegangen. Der Herr Bundeskanzler sollte es genehmigen. (*Adenauer:* Ich bin ein Demokrat. Ich werde mich hüten, ein Kommuniqué zu genehmigen, das Sie zu genehmigen haben.) Im Kommuniqué ist zum Ausdruck gebracht, daß sich der Bundesvorstand über den Ausgang der Wahlen ausführlich ausgesprochen hat. Es kommt darin zum Ausdruck, daß der Bundesvorstand mit Genugtuung festgestellt hat, daß es der CDU gelungen ist, bei der Arbeiterschaft, bei der Landwirtschaft, beim Mittelstand, bei den Frauen, bei den Heimatvertriebenen und vor allem bei den jungen Wählern eine außergewöhnlich starke Resonanz zu finden, und daß sie sich als die größte Volkspartei in Deutschland erwiesen hat.

Dann ist davon die Rede, daß mit Verantwortungsbewußtsein und mit Maßhalten an die bevorstehenden Aufgaben herangegangen wird. Weiter steht nichts darin.

Adenauer: Das ist doch sehr viel! Meine Damen und Herren, wollen Sie noch warten? (*Heck:* Das Kommuniqué wurde zur Presse geschickt. Es wird gleich zurückkommen. – *Zimmer*¹⁰⁸: Das Wort „Maßhalten“ wird in Bayern falsch verstanden. – *Lebhafte Heiterkeit.*) Ja, meine Damen und Herren, Sie sind also einverstanden? (*Zustimmung.*) Dann sind wir für heute fertig, und ich darf die Sitzung schließen.

107 In der Vorlage: Kusel. – Dr. Adolf Kussl (1897–1960), Journalist; 1949–1960 Deutschland-Union-Dienst (1950 und ab 1951 Chefredakteur).

108 Dr. Alois Zimmer (1896–1973), 1957–1965 MdB (CDU), 1951–1957 Innen- und Sozialminister von Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 5 Anm. 26.

2

Bonn, 17. Januar 1958

Sprecher: Adenauer, Arnold, von Brentano, Cillien, Dichtel, Etzel, Fay, Fricke, Gerstenmaier, von Hassel, Hellwig, Frau Jochmus, Johnen, Lensing, Meyers, [Müllenbach], Oberländer, Osterloh, Pettenberg, Reinert, Schmücker, Seffrin, Stoltenberg, Zimmermann.

Organisationsfragen. Bericht zur innenpolitischen Lage. Bericht zur außenpolitischen Lage. Bundesparteitag 1958.

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 15.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! (Der Bundeskanzler zeigt eine neue Glocke.) Diese Glocke ist mir vom Kölner Handwerk zu meinem Geburtstag geschenkt worden, um sie hier im Kabinett zu benutzen. Sie hat einen guten Klang. Es ist gut, wenn wir sie auch in diesem größeren Kreis benutzen. Das Kabinett ist im allgemeinen nicht so unruhig wie diese Versammlung. (*Widerspruch.*) Ich habe gesagt, nicht so unruhig; denn es wird dort geregelter gesprochen, und es werden auch nicht so viele Privatunterhaltungen geführt.

Nun möchte ich Ihnen folgendes vorschlagen. Wir haben im engeren Kreise unser Gewissen erforscht über das, was auf organisatorischem Gebiet erfolgen muß. Auch ich schlage an meine Brust. Bitte tun Sie das gleiche. Wir müssen feststellen, daß wir die Aufträge, die uns das neue Parteistatut¹ gegeben hat, zum großen Teil bisher nicht erfüllt haben. Daher erscheint es notwendig, die organisatorischen Fragen – nicht so, wie wir es bisher getan haben, nämlich an das Ende unserer Tagesordnung zu setzen – an die Spitze unserer Tagesordnung zu setzen, damit wir hier ernsthaft darüber sprechen und wir endlich einmal in der Hinsicht weiterkommen. Deshalb möchte ich Ihnen vorschlagen, die Organisationsfragen, die auf der Tagesordnung an zweiter Stelle stehen, noch vor meinem Bericht zu behandeln. Weiter möchte ich Ihnen vorschlagen, mir zu erlauben, bei meinem Bericht eine Zweiteilung vorzunehmen, und zwar Ihnen zunächst zu berichten über die innenpolitische Lage und das Verhältnis zu den anderen Parteien, daß wir daran eine Diskussion anschließen. Dann würde ich über die außenpolitische Lage berichten. Wir könnten im Anschluß daran

¹ Vom 28. April 1956. – Druck: CDU, 6. Bundesparteitag S. 208–212.

darüber diskutieren. Das hat auch den Vorteil, daß Sie – weil Sie sich ja für die außenpolitischen Fragen sicher sehr interessieren – bis zum Schluß hier bleiben. Darf ich annehmen, daß Sie damit einverstanden sind?

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Wir sind damit einverstanden, auch aus der Distanz. (*Adenauer hat, anders als bei früheren Versammlungen, nicht an der Spitze, sondern in der Mitte des Tisches Platz genommen.*) Wir konnten nicht wissen, daß der erste Vorsitzende der Partei seinen Standort verändert hat. Aber auch aus dieser „Distanz“ möchte ich Ihnen im Namen des Bundesvorstandes der CDU die herzlichsten Glückwünsche erstens zum neuen Jahr und zweitens zu Ihrem 82. Geburtstag aussprechen. (*Lebhafter Beifall.*) Wir sind immer in der mißlichen Lage, daß wir sozusagen hintendrein das sagen müssen; am 5. Januar waren wir zwar rechtzeitig zur Stelle, aber die Glückwünsche zum neuen Jahr kommen etwas verspätet. Nichtsdestoweniger sind sie recht herzlich. Wir haben nur den einen Wunsch, daß Sie auch in diesem Jahr in alter, ungebrochener Kraft und Frische uns vorangehen. Wir werden versuchen, Ihnen dabei getreulich zu folgen. (*Beifall.*)

Adenauer: Ich danke Ihnen sehr, lieber Herr Gerstenmaier, für die Worte, die Sie namens der Anwesenden an mich gerichtet haben. Ich danke Ihnen, meine Freunde, für den Beifall, den Sie den Worten des Herrn Kollegen Gerstenmaier gespendet haben. Was soll ich viel darauf sagen und große Versprechungen abgeben? Sie kennen mich und wissen, daß ich diese sehr schwere Aufgabe, die von Jahr zu Jahr schwerer wird, als eine Last ertrage, die mir auferlegt ist von einem Höheren. Jeder von uns ist verpflichtet, die Aufgabe, die ihm nun einmal gestellt ist, bis zum letzten Rest seiner Kraft zu erfüllen. Und das, meine Freunde, verspreche ich Ihnen zu tun.

Lassen Sie mich eines hinzufügen! Wir haben jetzt zum dritten Mal die Bundestagswahlen gewonnen und haben eine Mehrheit im Bundestag. Glauben wir aber nicht, daß damit nun die Erfüllung unserer Aufgabe, die wir uns gesetzt haben, gesichert sei. Ich kann von mir sagen, daß ich am 16. September, am Tage nach der Wahl, als ich hier in diesen Räumen war, mit großer Sorge an die Landtagswahlen in diesem Jahr und auch an die kommenden Bundestagswahlen gedacht habe. Die Bundestagswahlen waren am 15. September. Danach war etwa einen Monat lang eigentlich niemand zu erreichen, weil jeder, soweit er konnte, sich seine wohlverdienten Ferien nahm. Dann trat der Bundestag zusammen. In der neuen Bundestagsfraktion sind, soviel ich weiß, ein Drittel neue Mitglieder. Dann konstituierte sich das Präsidium; es mußten Ausschüsse usw. gebildet werden. Alle diese internen Fragen, die draußen wenig beachtet werden, mußten erledigt werden. Dann erfolgte die Kabinettsbildung, von der man hätte annehmen sollen, sie würde sehr leicht und sehr schnell vor sich gehen. Aber Kabinettsbildungen haben es in sich und an sich. Es spielen dabei viele Erwägungen, teils berechtigter, teils weniger berechtigter Art, eine Rolle, so daß dadurch immerhin viel Zeit in Anspruch genommen wird. Dann rückte allmählich Weihnachten in Sicht. Nun ist es eine Erfahrung, die wir in den vergangenen Jahren immer wieder gemacht haben, daß eine Zusammenkunft des Parteivorstandes und des Parteiausschusses im Dezember von

den Mitgliedern höchst ungerne gesehen wird. Und so rutschten wir fast ganz von selbst in den Monat Januar hinein.

Nun werden Sie aber aus den Organisationsvorschlägen, die Ihnen gleich Herr Meyers vortragen wird, entnehmen, daß wir beabsichtigen, zwischen dem Parteivorstand und der Fraktion eine engere Zusammenarbeit als bisher herbeizuführen, und daß wir mit dem Vorstand der Fraktion häufiger als bisher zusammenkommen wollen. Ich wünsche auch, daß wir uns vor allem im Kreise des Bundesvorstandes in den nächsten Jahren häufiger als bisher sehen. Ich denke natürlich nicht daran, Ihnen vorzuschlagen, nun etwa – wie die Sozialdemokraten – jeden Samstag und Sonntag hier in Bonn zusammenzukommen. Das hat keinen Sinn. Das können Sie auch nicht übernehmen. Aber eine engere Fühlungnahme hier im Bundesvorstand als bisher muß kommen!

Ehe ich nun das Wort weitergebe, lassen Sie mich Ihnen die Mitglieder nennen, die sich für heute entschuldigt haben: Frau Dr. Helene Weber, dienstliche Gründe; Bundesminister Ernst Lemmer, dienstliche Gründe; Hugo Scharnberg, Auslandsreise. Ich hätte gern Herrn Scharnberg hier gesehen. (*Zuruf*: Sein Vertreter ist da.²) Ich hätte ihn aber persönlich gern gesehen. – Dr. Gebhard Müller, dienstliche Gründe; Dr. Hanns Seidel, dienstliche Gründe; Kurt Georg Kiesinger, dienstliche Gründe; Dr. Zimmer, dienstliche Gründe; Frau Dr. Rehling³, dienstliche Gründe; Jakob Kaiser, krank.

Sie wissen, daß Herr Kaiser sehr schwer erkrankt war und er noch nicht wieder hergestellt ist. Ich darf wohl um die Ermächtigung bitten, ihm ein Telegramm oder einen Brief zu schicken, worin wir ihm recht baldige Genesung wünschen. (*Beifall*.) Dann hat Herr Dr. Heck sein Amt als Bundesgeschäftsführer niedergelegt. Herr Heck ist in den Bundestag eingetreten. Er hat dort den Vorsitz eines ungewöhnlich wichtigen Ausschusses übernommen.⁴ Nun kann der Mensch nicht zwei Herren dienen. Herr Heck muß sich also dieser Aufgabe in der großen Bundestagsfraktion im allgemeinen und den besonderen Aufgaben, die ihm übertragen worden sind, widmen. Er hat wirklich keine Zeit mehr für die Bundesgeschäftsführung. Sie werden mir wohl alle darin zustimmen, daß wir ihm für die Treue und gewissenhafte Arbeit, die er in den vergangenen Jahren als Bundesgeschäftsführer immer geleistet hat, unseren herzlichsten Dank aussprechen. (*Starker Beifall*.) Seiner ganzen Art entsprechend ist diese Arbeit nicht immer nach außen in Erscheinung getreten; noch weniger hat sie sich vollzogen unter großem Geräusch, aber sie war um so nachhaltiger und nachdrücklicher und von Erfolg begleitet. Wenn wir mit einer solch großen Befriedigung auf das Ergebnis der letzten Wahlen zurückblicken können, dann ist

2 Dr. Robert Seffrin (1905–1985), vor 1933 Zentrum, Mitgründer der CDU Altona, 1953–1965 MdB, 1959–1965 Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse Hamburg.

3 Dr. Luise Rehling (1896–1964), 1949–1964 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 76 Anm. 11.

4 Ausschuß für Kulturpolitik und Publizistik.

das nicht zuletzt auch seiner Arbeit zuzuschreiben. Ich möchte ihm deshalb nochmals recht herzlich für seine Arbeit danken. (*Beifall.*)

Und nun darf ich auf die Ausführungen von Herrn Gerstenmaier zurückkommen. Ich darf Sie bitten, meine Freunde, noch etwas näher zu rücken. Es sieht so aus, als ob wir hier zwei Häupter hätten. Da sitzt das große Haupt, und hier sitzt das kleine Haupt. Ich habe mich nur deshalb hierhin gesetzt, weil mir aus dem Schoße der Versammlung gesagt worden ist, daß ich hier von der Mitte des Tisches aus viel besser zu verstehen sei als von der Spitze da unten.

Dann darf ich wohl Herrn Meyers bitten, das Wort zu ergreifen. Auch ihm danke ich gleichzeitig für seine nunmehr in eineinhalb Jahren geleistete Arbeit. Ich bitte ihn, uns über die Erfahrungen, die er bei seinen zahlreichen Besuchen an vielen Orten gemacht hat, zu berichten. Er wird uns auch die Vorschläge vortragen, die er hat, um die Organisation der Partei in Ordnung zu bringen.

Meyers: Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde!

Adenauer: Darf ich Sie unterbrechen, Herr Meyers! Meine Damen und Herren! Lassen Sie bitte in diesem Kreis das Wort „Bundeskanzler“ weg. Ich bin nicht als Bundeskanzler, sondern als Vorsitzender der Partei hier.

ORGANISATIONSFRAGEN

Meyers: Herr Parteivorsitzender! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Meine lieben Freunde! Als wir uns einige Tage nach der Wahl hier versammelten und stolz darauf waren, daß wir es wieder geschafft hatten, hat uns der Herr Bundeskanzler seine Sorgen vorgetragen, die er hatte, trotz oder gerade wegen unseres Wahlsieges. Zu diesen Sorgen gehört auch die Frage: Ist denn nun die Christlich-Demokratische Union in ihrer Organisation und ihrem Mitgliederstand so gefestigt, daß sie Bestand haben wird, wenn einmal Stürme über sie hinweggehen? Ist es nicht unsere Verpflichtung, in der Zeit, wo es uns gut geht, das Haus so zu bauen, daß es auch Stürmen widerstehen kann?

Sie wissen, daß einige Zeitungen, die uns wohlwollend gegenüberstehen – auch solche gibt es noch in der Bundesrepublik – in sehr ernstgemeinten Artikeln geschrieben haben: Was tut Ihr nun dafür, daß die CDU wirklich den Zusammenhalt bekommt, den sie haben muß. Gerade nach der Hamburger Wahl haben sich diese Stimmen wieder gemehrt und verstärkt. Zeitungen, die sehr positiv zu uns stehen, haben ihre ernstesten Sorgen über die Entwicklung zum Ausdruck gebracht, die nach ihrer Ansicht in der Hamburger Bürgerschaftswahl⁵ zum Ausdruck gekommen sind.

Nun ist die Frage, was haben wir selbst dazu getan. Wir haben zunächst einmal auf dem Parteitag in Stuttgart ein neues Statut der Partei verabschiedet. Sie werden sich entsinnen, daß die Verhandlungen damals bis in die Abendstunden

⁵ Bürgerschaftswahl am 10. November 1957: SPD 53,9 %, CDU 32,2 %, FDP 8,6 %, DP 4,1 %.

dauerten und daß eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt wurde, die mehr oder weniger in dem allgemeinen Unwillen, sich nicht länger mit Geschäftsordnungsfragen zu beschäftigen, unterging. Sie wurden also nicht sehr wohlwollend von der Versammlung behandelt, obwohl diese Anträge, die Herr Wackerzapp⁶ damals vorzutragen sich bemühte, gar nicht so dumm waren, zumindest nicht in einzelnen Punkten. Das stellt man fest, wenn man einmal die stenografische Niederschrift durchliest.

Aufgrund des Statuts sind dem Bundesvorstand und dem Bundesausschuß eine Reihe von Aufgaben übertragen worden, die unbedingt zu einer geschäftsmäßigen Verankerung einer Organisation wie die Christlich-Demokratische Union gehören, z.B. eine Geschäftsordnung, eine Finanzierungsordnung und eine Ehrengerichtsordnung.

So kann beispielsweise in irgendeinem Landesverband ein Ehrengerichtsfall nicht erledigt werden, wenn nicht eine Ehrengerichtsordnung erlassen ist. Wir haben darüber hinaus in diesem Statut wichtige Dinge beschlossen, die vielleicht in unserer Erinnerung schon untergegangen sind. So steht z.B. darin, daß der Bundesvorstand eine Wahlkommission für die Aufstellung der Bundestagsabgeordneten einsetzen und daß er Richtlinien für diese Kommission erlassen soll. Das ist eine Aufgabe, die im Hinblick auf die Wahlen von 1961 in Angriff genommen werden sollte. Es muß überlegt werden, wie weit geht es überhaupt im Hinblick auf die gesetzliche Regelung, was wollen wir tun, damit nicht später jemand sagen kann: Wenn wir gewußt hätten, daß so viele Leute in den Bundestag kämen, hätten wir noch schärfer gesiebt. Diese Dinge müssen also in die Richtlinien hineinkommen. Es bestehen auch juristische Bedenken darüber, wie weit die Richtlinien gehen können im Hinblick auf das noch bestehende Wahlgesetz. Die Frage ist, müssen wir nicht notfalls die entsprechenden Konsequenzen ziehen und hinsichtlich des Einflusses, den der Parteivorstand auf die Kommission ausübt, irgendeine gesetzliche Regelung finden.

Wir haben für den heute nachmittag tagenden Parteiausschuß eine Reihe von Dingen vorliegen, die verabschiedet werden müssen. Herr Müllenbach⁷ hat mir eben eine Aktennotiz gegeben „Genehmigung der Ersatzwahl für die Frauenvereinigung“. Die Frauenvereinigung hat darum schon seit längerem gebeten. Das gleiche gilt für die Mittelstandsausschüsse. Wir müssen einen neuen Mann für den verstorbenen Dr. Lenz⁸ wählen. Die Frage ist, soll das jetzt gemacht werden, oder soll es der Parteitag tun, auf den ich noch zu sprechen komme. Schließlich liegt noch eine Bitte des Vorsitzenden des Kriegsopferausschusses vor, wobei wiederum die Frage ist, wie können wir insbesondere das, was Herr Heck im Jahre 1956 anlässlich einer Sitzung

6 Oskar Wackerzapp (1883–1965), 1949–1953 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 7a.

7 Peter Müllenbach (geb. 1919), 1951–1966 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 378 Anm. 121.

8 Dr. Otto Lenz (1903–1957), 1951–1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1953–1957 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 50f. Anm. 26; LENZ.

des geschäftsführenden Vorstandes angesprochen hat, nämlich die Ausschüsse unserer Partei in ihrer Arbeit zu fördern, verwirklichen. Wir haben eine große Anzahl von Bundesausschüssen der Partei mit einer manchmal erschreckend großen Zahl von Mitgliedern. Diese Organisation steht aber, das müssen wir zugeben, wenn wir ehrlich sind, größtenteils nur auf dem Papier. Der eine oder andere Ausschuß, der arbeitet, ist damit nicht angesprochen. Aber der größte Teil der Ausschüsse steht nur auf dem Papier und arbeitet nicht. Wenn sie arbeiteten, dann entstünde für uns die weitere Frage: Wie können wir diese Arbeit effektuieren, und zwar so, daß das, was dort erarbeitet wird, auch ihren Niederschlag in der Fraktion findet.

Damit komme ich auf das Problem: Wie können wir die Beziehungen zwischen der Partei und der Fraktion intensivieren? Es geht also um die Frage der Zusammenarbeit. In den Versammlungen draußen im Land wird von unseren Mitgliedern immer wieder über folgendes geschimpft: Wenn der Herr Bundeskanzler etwas zur Außenpolitik sagt, dann äußern sich dazu unmittelbar danach der Herr Heine⁹ von der SPD und der Herr Mende von der FDP, aber von der CDU als Partei hört man nichts. Davon werde überhaupt nichts erwähnt. Das hängt damit zusammen, daß wir in unserer Organisation anders aufgebaut sind als die SPD. Das hängt auch damit zusammen, daß wir noch nicht den richtigen Kontakt in der Arbeit zwischen der Fraktion und der Partei gefunden haben. Das ist auch insofern schwieriger, als die Herren, die von der SPD und FDP angegriffen werden, unsere Mitglieder in der Regierung sind, die ihrerseits eine Meinung zu vertreten haben, die selbstverständlich die Meinung der CDU schon ist. Aber das geht dem einfachen und naiven Rundfunkhörer nicht ein. Man hört überall diese Vorwürfe, daß die CDU in dieser Hinsicht anscheinend nicht existiere. Das wäre zur vertikalen Lage zu sagen.

Die Arbeit in den Ausschüssen ist aber auch umsonst getan, wenn wir nicht einen Weg finden, diese Arbeit nach unten zu intensivieren. Das hat – lassen Sie mich es offen sagen – nichts mit einem Eingriff in den Föderalismus der Landesverbände zu tun. Das Ergebnis dieser Arbeiten muß übergreifen und sich auswirken auf die Landesverbände und dann weiter nach unten hin. Eine Reihe von Ausschüssen hat zwar noch entsprechende Auswirkungen auf der Landesebene, aber weiter nach unten hin ist die Verbindung völlig abgeschlossen. Es ist selbstverständlich und liegt in der Natur der Sache, daß Vereinigungen innerhalb der CDU, wie sie im § 12 des Statuts aufgezählt sind¹⁰, in sich geschlossener sind; so arbeitet z.B. die Kommunalpolitische Vereinigung von ihrer Zentrale aus bis in die untersten Gremien hinein. Das hängt einmal mit dieser Vereinigung zusammen, weil sie in sich einen Kegel darstellt, und Kommunalpolitik zum anderen unten von der Gemeinde her betrieben wird. Diese ganze Vereinigung wäre also fehl am Platz, wenn sie nicht bis nach unten

9 Fritz (Friedrich) Heine (geb. 1904), 1946–1957 Mitglied des geschäftsführenden PV und Pressechef der SPD. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 9 Anm. 35.

10 Frauenausschüsse, Junge Union, Sozialausschüsse, Kommunalpolitische Vereinigung, Mittelstandsausschüsse.

hin arbeiten würde. Auch die Sozialausschüsse sind von ihrer Spitze aus bis nach unten hin durchgegliedert; sie haben in etwa das Ideal erreicht, das ich mir vorstelle, wenn wir überhaupt Bundesausschüsse vorsehen wollen. Dazu gehört, daß wir die Bundesausschüsse auf ein tragbares Maß verringern. Wir haben heute eine solche Fülle von Ausschüssen, daß wir dadurch zu keiner richtigen Arbeit mehr kommen, weil die einzelnen Gebiete nicht zu übersehen sind. Es hängt natürlich auch viel davon ab, was die Vorsitzenden aus einem solchen Ausschuß machen.

Nun müssen wir unter uns so offen sein, personell zu überprüfen, wer seit vielen Jahren in irgendeinem Ausschuß nicht zur Aktivität gekommen ist. Wenn das auch manchmal im Einzelfall nicht einfach ist, so müßten wir doch so offen untereinander sein. Dann müßte man den betreffenden Herren sagen: So geht es nicht weiter. Wir wollen einmal versuchen, ob es nicht besser wird. Das setzt natürlich eine sehr intensive Beschäftigung voraus.

Meine Freunde! Bei jedem Punkt gibt es eine Fülle von Problemen. Ich greife einmal die Finanzierungsordnung heraus. Herrn Bach wird das sicher interessieren. Bei der Frage der Parteifinanzierung durch den Staat entsteht wiederum die Frage: Ist es nicht so, daß wir auf die Dauer einer ganz erheblichen politischen Depression ausgesetzt werden, daß nämlich die Finanzierung nachher die Politik bestimmt? Sie werden mir zugeben, ein solches Problem kann man nicht in dem großen Gremium des Parteivorstandes behandeln; denn dann müßte Ihre Arbeitszeit über Gebühr in Anspruch genommen werden. Da wir also, wie der Herr Parteivorsitzende eben sagte, nicht jedes Wochenende zusammenkommen wollen, würde die Behandlung dieser Angelegenheit sich auf einen sehr langen Zeitraum erstrecken müssen. Man müßte also – und das wäre heute nachmittag dem Parteiausschuß vorzuschlagen – irgendeinen Modus finden, damit wir die Behandlung dieser Frage in Angriff nehmen und durchführen, ohne das große Gremium hier damit zu befassen. Selbstverständlich sind die Zuständigkeiten für den Erlaß irgendeiner Ordnung sowieso gegeben, da sie im Statut niedergelegt sind. Zum Teil ist der Bundesvorstand und zum Teil ist der Bundesausschuß zuständig. Der Bundesausschuß hat die größeren Ordnungen zu erledigen, die kleineren, aber darum nicht minder wichtigen Regelungen sind ausschließlich dem Bundesvorstand vorbehalten worden.

Die Intensivierung der Arbeit innerhalb der Partei nach unten hin ist auch deshalb so wichtig, weil in diesem Jahre in fünf Ländern Landtagswahlen stattfinden. Es ist nicht einzusehen, daß unsere Erfahrungen, die wir bei den Bundestagswahlen gemacht haben, nun gewissermaßen ein sorgsam gehütetes Geheimnis innerhalb der Bundes-CDU bleiben sollen; denn die Landesverbände sind ihrerseits, mutatis mutandis, vor die gleichen Probleme gestellt. Warum sollen sie nicht von den Erfahrungen partizipieren? Täten sie es nicht, so wäre das ein fehlinvestiertes Kapital, weil jeder Landesverband von sich aus alles das noch einmal neu erarbeiten müßte, was schon vorhanden ist. Sie würden sicherlich ähnliche Fehler machen, wie wir sie auch gemacht haben. Wir werden also diese Erfahrungen an die Landesverbände weitergeben, und diese werden sie selbstverständlich transponieren und weiter vermitteln;

denn man kann nicht ohne weiteres die Slogans des Bundestagswahlkampfes für die Landtagswahlen übernehmen. So würde z.B. in Hessen sehr schlecht zu sagen sein: Keine Experimente.

Wir haben aber auch innerhalb der CDU eine zu geringe Fluktuation von unten nach oben. Es kommt zu wenig durch. Was beispielsweise in einzelnen Gemeinden eine Rolle spielt, kann durchaus anregend sein für die Gesamtpartei. Es könnte den anderen Landesverbänden zur Verfügung gestellt werden, die ihrerseits aus irgendwelchen Gründen nicht auf diese Dinge gestoßen sind. Das setzt eine entsprechende Zusammenarbeit der Gremien auf der Kreisebene und der Landesebene voraus. Von der Landesebene muß dann in die Bundesebene hineingewirkt werden.

Die Verbindung zur Presse liegt uns ganz besonders am Herzen. Trotz aller Wünsche und Mahnungen haben wir hier noch nicht den gebührenden Platz erreicht. Ich meine nicht die große Presse, Herr Lensing¹¹, Sie sehen mich so an! Sie sind nicht betroffen. Ich meine die Ortspresse. Wir hatten damals die von der Bundespartei aufgezogenen Pressetagungen. Man hat angeregt, wir sollten diese Pressetagungen in gewissen Zeiträumen wiederholen und dafür sorgen, daß die Kreisparteien mit ihrer örtlichen Presse, die die Meinung stark beeinflußt, in Kontakt bleiben. Es sollten sogenannte Kontaktleute aufgestellt werden, insbesondere im Hinblick auf die Bundestagswahl. Innerhalb der CDU haben wir noch eine Zersplitterung – Herr Pettenberg, der die Bearbeitung des Pressewesens übernommen hat, ist anwesend –, die uns leider noch nebeneinander arbeiten läßt, wo wir eigentlich miteinander arbeiten müßten. Es ist weiter die Frage, wie ist das Verhältnis der Bundespartei zur Bonner Unionspresse. Wie können dieser Verein und die Bundespartei enger aneinandergeschlossen werden, damit das Verhältnis der Presse, insbesondere unserer Presse zur Bundespartei, besser wird. (*Zuruf*: Linksstehender Beruf!) Ich höre eben den Zuruf „die Presse ist ein linksstehender Beruf“. Es ist klar, daß wir gewisse Tendenzen der großen Presse überhaupt nicht überwinden können, weil dort Aversionen gegen unsere Politik sind oder weil sie sich berufsmäßig angeblich freiheitlicher geben. Merkwürdigerweise ist die Freiheitlichkeit in Deutschland sehr stark mit „links“ verbunden.

Das führt weiter dazu, daß wir unsere Arbeit den geistigen Berufen zuwenden müssen. Wir haben schon im geschäftsführenden Vorstand im Juli 1956 angeregt, unsere Professoren und Studenten unter unsere Fittiche zu nehmen, wobei ich die Studenten Herrn Stoltenberg¹² überlasse. Es darf nicht heißen: Die Studenten müssen links, also bei der SPD sein. Das muß gar nicht sein. Das französische Sprichwort

11 Lambert Lensing (1889–1965), Verleger; 1945–1946 und 1951–1959 Landesvorsitzender der CDU Westfalen, 1948–1949 MdPR, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen.

12 Dr. Gerhard Stoltenberg (geb. 1928), 1954–1957 und 1971–1982 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1955–1961 Vorsitzender der JU, 1957–1971 MdB, 1971–1982 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1965–1969 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, 1982–1989 für Finanzen, 1989–1992 für Verteidigung, seit 1983 MdB.

„Wer in der Jugend nicht radikal und im Alter nicht konservativ war, der hat nicht gelebt“ mag richtig sein, aber wir sehen an der „Civis“, der Zeitung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten – die die beste ist –, daß wir eine Reihe von hochqualifizierten Studenten haben, die gerne mitarbeiten, wenn wir uns von der Partei aus um sie bemühen. Es geht nicht, daß wir uns ab und zu mit diesem Problem befassen und sagen: So ist das nicht richtig, sondern es muß hier endlich einmal etwas geschehen. Das kann nur so sein, daß wir einzelne Mitglieder unserer Partei oder eine gewisse Zahl von Gremien, die nicht so groß sein dürfen, mit bestimmten Problemen beauftragen. Wir haben damals versucht, mit der Hochschule zu Rande zu kommen. Das ist uns nicht geglückt. Wir haben dann in Nordrhein-Westfalen wiederum den gleichen Versuch gemacht – ich weiß nicht, wie das ausgehen wird –, weil wir uns gesagt haben, auch für die Landtagswahlen ist es wichtig, daß wir uns dem Sektor der Hochschule annehmen.

Diese Landtagswahlen werden davon abhängen, ob es uns gelingt, möglichst viele Wähler an die Urnen zu bringen. Die meisten Landtagswahlen in der Vergangenheit sind deshalb schlechter als die Bundestagswahlen ausgefallen, weil es uns nicht gelungen ist, einen bestimmten Prozentsatz von Wählern, die bei der Bundestagswahl gewählt haben, an die Wahlurne für die Landtagswahlen zu bringen. Das waren die Leute, die uns gewählt hatten, die aber bei der Landtagswahl fehlten, so daß wir in Nordrhein-Westfalen und in Bayern eine Zeitlang die stärkste Partei waren, aber die anderen regierten. Das ist etwas, was wir auf die Dauer nicht ertragen können; denn es fügt der Partei den größten Schaden zu.

Wir alle, die wir in der Opposition waren, haben erfahren, daß in der Opposition in den Ländern nicht viel zu ernten ist. Ob im Bundestag etwas zu machen ist, das ist eine andere Frage; aber in den Ländern ist nicht viel zu machen, weil die Kompetenz des Bundes immer dominiert und die Länder weitgehend Verwaltungsgemeinschaften geworden sind, (*lebhafter Widerspruch. – Zuruf: Hört! Hört!*) wenn man einmal von der Kulturpolitik und der Finanzpolitik absieht. Die Leute interessieren sich für die Finanzpolitik im allgemeinen nicht, weil sie Steuern bezahlen müssen, (*Zuruf: Das ist aber komisch! – Weiterer Zuruf: Merkwürdig!*) aber die Kulturpolitik, wie wir sie vertreten, ist so, daß die Wähler zu uns gehalten haben bei der Bundestagswahl. Bei den Landtagswahlen sind sie jedoch wieder in das liberale oder sozialistische Lager zurückgetrieben worden. Es gibt aber durchaus Möglichkeiten – Herr Heck ist Vorsitzender im Kulturausschuß des Bundestages –, unsere Kulturpolitik so dem Volke vorzutragen, daß diejenigen, die uns aus anderen Gründen wählen, auch auf diesem Gebiete für uns eingenommen werden. Das erfordert natürlich Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit. Das erfordert weiter viel Zeit in einem Gremium, das nicht so groß ist wie der Bundesvorstand, geschweige denn der Parteiausschuß.

Mit diesem Überblick darf ich zunächst einmal schließen, weil ich den Anregungen aus dem Vorstand, auch aus der Sicht der einzelnen Länder, in denen die Probleme verschiedenartig sind oder sein können, nicht vorgreifen möchte. Es ließe sich zu den einzelnen Punkten noch manches sagen.

Adenauer: Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich vielleicht einige Bemerkungen machen. Ich habe dem, was Herr Kollege Meyers gesagt hat, nur wenig hinzuzufügen. Aber was ich hinzufügen könnte, würde wahrscheinlich noch negativer lauten als das, was er gesagt hat; denn er hat sich hier eine gewisse Zurückhaltung auferlegt, die ich verstehe. Diese Zurückhaltung darf uns aber nicht die Augen davor verschließen, daß die Organisationsstärke unserer Partei außerordentlich gering ist.

Nun wollen wir uns nicht trösten mit einem Blick auf die SPD, die fortwährend nach Organisationsformen sucht, sondern wir wollen positiv arbeiten und zunächst einmal die Ansätze, die wir haben, aktivieren. Herr Meyers hat sich auf meinen Wunsch hin im Bundestag von Aufgaben möglichst freigehalten, damit er seine Erfahrungen, die er in den letzten Jahren gesammelt hat, dem Aufbau unserer Partei widmen kann. Sie alle – ich glaube, darin gehe ich nicht fehl nach alledem, was ich bisher gehört habe – werden mit mir darin übereinstimmen, daß er wirklich der geeignete Mann für diese sehr wichtige und sehr undankbare Aufgabe ist. Daher schlage ich Ihnen vor, wenn Sie jetzt das Wort nicht weiter wünschen, Herrn Dr. Meyers zu beauftragen, diese Aufgaben, die er angedeutet hat, in die Hand zu nehmen, nämlich Vorschläge zu machen zur Verstärkung und zum Ausbau der Organisation, und zwar zunächst im engeren Vorstand¹³. Anschließend würde dann der große Vorstand darüber zu entscheiden haben, was dem Parteiausschuß und später dem Parteitag vorzulegen ist.

Sind Sie damit einverstanden? Das scheint der Fall zu sein. (*Reinert:* Ich hatte schon bei früherer Gelegenheit darum gebeten, Herrn Dr. Meyers auch noch mit der Aufgabe zu beauftragen, die Einigungsverhandlungen an der Saar vom Bundesvorstand her zu unterstützen.) Ich habe gerade gestern einen Brief von Professor Görgen¹⁴ bekommen. (*Reinert:* Er hat mir eine Abschrift geschickt.) Er hat Ihnen eine Abschrift geschickt! Danach sind die Einigungsverhandlungen an der Saar in einem guten Fortschritt, aber trotzdem begrüße ich es, wenn in die Verhandlungen zwischen den beiden Brüdern, die nicht zusammenkommen können – um mich ganz vorsichtig auszudrücken –, vom Bundesvorstand aus ein Katalysator eingeschoben wird. Als solchen wird man Herrn Meyers – das haben Sie schon gehört – sehr begrüßen. Ich darf wohl annehmen, daß Sie, der Meinung der Herren von der Saar entsprechend, Herrn Meyers ersuchen, mit großer Energie, aber auch mit dem Charme, der ihn auszeichnet, diese Sache in die Hand zu nehmen. Auch damit sind Sie einverstanden. (*Stoltenberg:* Ich möchte gerne noch etwas zur Organisation sagen!) Bitte sehr!

13 Gemeint ist wohl der geschäftsführende Vorstand (vgl. PROTOKOLLE 2 S. 915). Das Gremium „engerer Vorstand“ wurde erst später gebildet.

14 Dr. Mathias Görgen (geb. 1908), Professor in Rom; 1938 Emigration, 1955 Generaldirektor des Saarländischen Rundfunks, 1957–1961 MdB (CSU Saar).

Stoltenberg: Ich möchte Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen. Ich kann mich nach den Ausführungen zur Lage sehr kurz fassen und brauche nur zu sagen, daß die Frage des Aufbaues der Organisation von uns in den zwei Jahren mit Hilfe der Bundespartei sehr stark vorangetrieben werden konnte. Wir haben in den letzten zwei Jahren über 30.000 neue Mitglieder für die Junge Union gewonnen, die größtenteils auch gleich in die Partei hineingekommen sind. Die anderen werden fraglos in den nächsten Jahren hineinwachsen. Wir haben in den letzten vier Jahren vor der Wahl in unseren Wahlversammlungen und in der politischen Arbeit draußen eine Anteilnahme und eine Zustimmung in einer solchen Weise erfahren, die uns selbst überrascht hat, gerade aus der Jugend. Eine solche Anteilnahme konnte von uns selbst vorher nicht erwartet werden. Ich könnte Ihnen eine Fülle von interessanten Begebenheiten berichten, wo in Versammlungen Hunderte von jungen Leuten plötzlich auftauchten und für unsere Politik Stellung nahmen. Wir haben auch die Reaktion der SPD, vor allem des Herrn Heine, auf dieses Phänomen in einer sehr aggressiven Art erfahren, aber diese Reaktion war in ihrer Auswirkung und Auswertung doch positiv. Ich glaube, daß wir jetzt von dieser Stimmung her, wie sie einige Monate vor der Bundestagswahl zu verzeichnen war, noch die Chance hätten, das zu realisieren, was hier als notwendig angesprochen wurde, nämlich einen Einbruch in neue Schichten zu erzielen, um einige zehntausend neue Mitglieder für uns zu gewinnen.

Nun haben wir leider durch die Finanzprobleme und Finanzsorgen der Partei seit Oktober eine Situation, wonach unsere Möglichkeiten im Bund völlig gedrosselt sind. Die Ausweitung unserer Organisation mit einem kleinen hauptamtlichen Mitarbeiterstab ist in den zwei Jahren vor der Bundestagswahl planmäßig geschehen, aber sie ist offensichtlich nur aus Mitteln vollzogen worden, die bis zur Wahl befristet waren. Wir haben die guten Mitarbeiter zunächst unbefristet angestellt. Wir können nun diesen Leuten nach der Wahl nicht mit sechswöchiger Frist kündigen.

Auf der anderen Seite können wir aber auch nicht einmal die Hälfte der Ausgaben seit der Wahl decken. Das ist ein Zustand, der für uns als Vorstand der Jungen Union nicht tragbar ist. Wir finanzieren die Hälfte unserer vertraglichen Verpflichtungen seit Oktober damit, daß wir Gelder dafür nehmen, die wir an sich aus öffentlichen Mitteln für die politische Bildungsarbeit bekommen, die bis zum 1. April ordnungsgemäß abgerechnet werden müssen.

Unsere Arbeit vollzieht sich so, daß wir etwa 70 % der Arbeit, die wir als Junge Union leisten, aus den Mitteln des Bundesjugendplans, aber in stärkerem Maße noch aus den Mitteln der Länder, die wesentlich größer sind, finanzieren. Es ist Ihnen bekannt, daß diese Mittel zweckgebunden sind für bestimmte Aufgaben der politischen Bildung, die uns als Partei zugute kommt, auch der Organisation. Wir brauchen aber eine Basis von vielleicht 25 bis 30 % der Mittel, die wir für reine Organisationsausgaben nehmen müssen, wenn die anderen 70 % fruchtbar werden sollen. Diese Basis ist seit dem 1. Oktober leider nicht mehr vorhanden. Herr Meyers hat freundlicherweise zugesagt, sich mit besonderer Kraft für uns einzusetzen. Ich habe leider gehört, daß der Bundesschatzmeister nicht in der Lage sei, die Zusage

von Herrn Meyers zu realisieren. Ich muß dem Bundesvorstand mitteilen, daß der Vorstand der Jungen Union einfach nicht mehr in der Lage ist, für diesen Zustand über den 1. Februar hinaus die Verantwortung zu tragen.

Adenauer: Ich kann jedes Wort meines Vorredners nur gründlich unterstreichen, und zwar einmal, daß die Junge Union bei der Bundestagswahl eine entscheidende Rolle gespielt hat; zweitens, daß wir nicht die Jugend gewinnen können, sondern daß die Junge Union uns neue Schichten zuführen muß. Sie ist auf dem besten Wege dazu. Daher halte ich es auch für absolut notwendig, daß ihre Organisation für sich bestehen bleibt; sie darf nicht etwa in die Landesorganisation übernommen werden. Natürlich müssen sie zusammenarbeiten, aber als Organisation für sich bestehenbleiben. Daher muß sich auch unser verehrter Schatzmeister, Herr Bach, um die Frage kümmern, woher er das Geld bekommt, um die organisatorischen Ansätze, die die Junge Union geschaffen hat, aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen. Er muß diese Angelegenheit aufnehmen in den Aufgabenkreis des Schatzmeisters der gesamten Union. Es darf nicht nur eine Organisation sein, die dafür da ist, wenn das Haus brennt oder wenn es zu brennen droht, sondern es muß eine dauernde Organisation mit dem Ziel sein, daß eine dauernde Erneuerung des ganzen Apparates in der Union stattfindet.

Ich kann also nur das wiederholen, was Herr Stoltenberg gesagt hat. Ich danke Ihnen dafür und bitte Sie, auch den Dank des Bundesvorstandes der Jungen Union für ihre Arbeit zu übermitteln. Sie hat sehr erfolgreich gearbeitet.

Meyers: An der Saar sieht die Situation ähnlich aus wie bei der Jungen Union. An der Saar hat man an die Kreisgeschäftsführer mitgeteilt, daß ihre weitere Beschäftigung nicht mehr möglich sei. (*Reinert:* Das war schon am 15. November!) Die Leute sagen, wir wissen nicht, wie lange wir in unserer Existenz gesichert sind. Das ist ein unerfreulicher Zustand, insbesondere hinsichtlich der Landtagswahlen in fünf Ländern in diesem Jahr. Im nächsten Jahr haben wir wiederum, wenn ich nicht irre, drei Landtagswahlen, so daß also die Organisation nicht aufhören darf.

Ich habe eben vergessen, von der Mitgliederwerbung zu sprechen. Die Mitgliederwerbung hat bisher nicht gezeigt, daß wir unseren Sieg vom 15. September 1957 auszunutzen verstehen. Wir müssen überlegen, wie wir zu neuen Methoden der Mitgliederwerbung kommen können. Herr Bach hat einen Vorschlag gemacht; aber das kann man nicht hier in einem solchen Gremium besprechen; darüber muß man in einem kleineren Gremium reden.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es ist gefragt worden, ob etwas zur Zusammenarbeit zwischen der Partei und der Fraktion gesagt werden soll. Herr Krone bittet, ihn zu entschuldigen. Er hat eine schwere Grippe hinter sich und ist noch nicht arbeitsfähig. Ich würde vorschlagen, Herr Cillien, daß wir die Angelegenheit in einem kleineren Kreis besprechen. Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall.

BERICHT ZUR INNENPOLITISCHEN LAGE

Dann komme ich zur innenpolitischen Lage. Wenn auch die außenpolitischen Fragen die entscheidenden sind, so sind doch die innenpolitischen Probleme auch von Bedeutung, weil sie auf das außenpolitische Gebiet erheblich einwirken. Es ist von den Landtagswahlen gesprochen worden. Herr Meyers hat gesagt: Verwaltungsgemeinschaften. Das hat unseren Freund von Hassel zum Aufzucken gebracht. Ich glaube, Herr Meyers hat das nicht so gemeint, wie Sie es aufgefaßt haben. Wenn auch die Länder Verwaltungsaufgaben im größten Umfang haben, so haben sie doch auch sehr wichtige gesetzgeberische Funktionen.

Ich brauche nur auf den Bundesrat zu verweisen, über den die Länder ja einen starken Einfluß auf die Tätigkeit des Bundestages und der Bundesregierung ausüben können. Aber davon abgesehen haben sie auch spezielle politische Aufgaben. Endlich, meine Freunde, sind auch Verwaltungsaufgaben von sehr großer Bedeutung und Wichtigkeit; denn schließlich sind die Organe, die das, was in Bundestag und Bundesrat beschlossen wird, an den Bürger heranbringen, von besonderer Bedeutung. Es kommt darauf an, wie es an den Bürger herangebracht wird. Länderregierungen und Länderparlamente können auf eine ganz harmlos erscheinende Weise einen sehr großen Einfluß ausüben. Sie üben ihn auch aus. Ich weiß nicht, ob Sie den Artikel gelesen haben, der in diesen Tagen in der „Kölnischen Rundschau“ stand¹⁵, über die Personalpolitik von Nordrhein-Westfalen. Das ist für den Kenner der Verhältnisse keine besondere Überraschung; aber es ist doch erschütternd, in welcher rücksichtsloser Weise die Sozialdemokraten den ganzen Beamtenapparat, insbesondere an entscheidenden Punkten, besetzen. Wenn z.B. ein Kriminaldirektor – oder was er war – mit guten Zeugnissen usw. einfach auf irgendeinen Nebenposten abgeschoben wird, damit ein Sozialdemokrat auf seinen Posten kommt, der kaum die Qualifikationen aufweist, so ist das doch unerhört. Ich habe von der Polizei in Nordrhein-Westfalen gehört, daß dafür alle irgendwie maßgebenden Posten bei der Polizei von Sozialdemokraten besetzt werden, so daß die ganze Polizei – ich übertreibe absichtlich ein bißchen – in Nordrhein-Westfalen ein Instrument der Sozialdemokratie ist und auch zunächst bleiben wird. Sie werden also sicher mit mir darin übereinstimmen, daß auch die Verwaltungstätigkeit, die die Länder ausüben, von einer großen staatspolitischen Bedeutung ist. Das gilt auch von den Kommunen. Was ich über Begünstigungen von Mitgliedern der Sozialdemokratie, und zwar in der unverfrorensten Weise, in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen höre, das ist geradezu haarsträubend.

Die Menschen sind nun einmal so, daß sie dort hingehen – auch in der Politik –, wo sie glauben, etwas davon zu haben oder zu erreichen. Unser gutes deutsches Volk besteht wirklich nicht aus lauter Idealisten. Ich will es nicht einmal von uns sagen, daß wir hundertprozentige Idealisten sind. Auch der Durchschnittsmensch ist kein

15 „Kölnische Rundschau“ vom 15. Januar 1958 (Personal„politik“).

Idealist, sondern er lenkt seine Nase immer dorthin, wo er glaubt, etwas zu erreichen. Er fragt sich immer, was habe ich davon.

Daher sind die Landtagswahlen und die Kommunalwahlen – das möchte ich nachdrücklich unterstreichen – von der allergrößten Bedeutung. Ich habe den Eindruck, wenigstens aus meiner unmittelbaren Nähe, soweit ich das beobachten konnte, daß wir als Partei die Bedeutung der Kommunalwahlen vernachlässigt haben. Wir haben uns den großen Aufgaben unterzogen, aber darüber andere vernachlässigt. Herr Meyers, Sie sollten in Ihr Programm auch die Frage der Vertretung in den Kommunen aufnehmen. Die diesjährigen Landtagswahlen beginnen im Juli in Nordrhein-Westfalen und endigen im November in Bayern. Die Bürgerschaftswahlen in Hamburg sind vorbei.

Nun will ich mit dem, was ich jetzt sage, niemand verletzen, aber man kann aus den Fehlern nur lernen, wenn man die Fehler auch erkennt und darüber spricht. Das jammervolle Ergebnis der Hamburger Wahl war seit vielen Monaten vorauszusehen. Solange ich Vorsitzender der CDU in der britischen Zone war, hat mir keine Landespartei so viel Sorgen gemacht wie die Landespartei in Hamburg. Wir haben versucht, noch etwas zu retten, indem wir den Parteitag nach Hamburg gelegt haben. Wir haben nichts gerettet! Der Parteitag, der gut und eindrucksvoll war, ist verpufft; er ist in keiner Weise von der Hamburger Partei verwertet oder ausgenutzt worden.

Ich hatte – es ist vielleicht komisch, wenn ich das sage – vor einer Anzahl von Monaten mit den damaligen Vorsitzenden der Hamburger Parteien ein Gespräch darüber: Wie werden Sie nun Ihre Parteiführung endlich einmal verjüngen? Ich wiederhole, es ist komisch, wenn ich das sage. Ich bekam zur Antwort: Das ist im Werden, der und der kommt in den Vorstand. Ich habe gefragt: Was sind das für Herren? Nun, so hieß es, der eine wird jetzt pensioniert, der andere ist gerade pensioniert worden, und der dritte scheidet wegen vorgerückten Alters aus seiner Stellung aus. Kurz und gut, es wurden mir vier Namen von Alterspensionären genannt. Das war also die „Verjüngung“! Nun suche ich fortwährend den Artikel in der „Zeit“ aus Hamburg.¹⁶ (*Zuruf*: Hier ist er, den meinen Sie doch!) Darin steht ein Satz – ich weiß nicht, ob ich ihn sofort finde –, daß endlich einmal aufgeräumt werden müsse in der Hamburger CDU mit der Satttheit und mit der Einbildung über das, was Senator ist und was Senator gewesen ist, also mit der ganzen Überheblichkeit, die früher einmal vielleicht in Hamburg berechtigt war, die aber in unserer Zeit, in der Hamburg mehr eine Industriestadt als Hafenstadt ist, gar nicht mehr am Platze ist. Ich kann nur sagen, der junge Mann, der das geschrieben hat, hat nach meinen Erfahrungen richtig geschrieben.

Als ich Vorsitzender der CDU in der britischen Zone war, habe ich in Hamburg einen unvergeßlichen Nachmittag erlebt. Es war 1946 oder 1947. Ich war damals mit drei Herren zusammen, von denen einer noch aktiver Senator war, die beiden anderen waren einmal Senator gewesen. Wer früher in Hamburg einmal Senator war, hatte

¹⁶ „Die Zeit“ vom 16. Januar 1958: „Schwung aus der Schlappe“.

damit einen Adel erreicht, der ihm bis zu seinem Lebensabend verblieb. Wenn ich nun an dieses Kaffeestündchen mit den drei Senatoren denke, dann möchte ich gerne ein Theaterstück darüber schreiben. Ich kann es leider nicht; ich erlebe selbst zu viel Theater; dann kann man es nicht schreiben. Es hat einmal ein Stück gegeben – ich weiß nicht, ob es sich auf Hamburg bezog –, das hieß „Der Herr Senator“. So etwas hätte ich da gerne geschrieben. (*Heiterkeit.*) Ich kann nur wünschen, daß die Jugend in Hamburg eine gründliche Revolution innerhalb der Partei macht und daß sie tut, was sie kann, damit dieser Zustand endlich einmal aufhört. Was soll man zu den Pannen sagen, die während der vier Jahre im Senat gerade bei CDU-Senatoren passiert sind? Und wenn der Herr Sieveking mitten im Wahlkampf ankündigt, es müsse nach der Wahl eine Regierung mit der SPD gebildet werden, dann ist das ein Zeichen dafür, daß man von Wahlpsychologie so wenig Ahnung hat wie dieser Tisch hier, an dem wir sitzen, zumal zwischen der SPD und der FDP lange vorher ein Wahlbündnis bestand und jedes Kind wußte, daß es abgeschlossen war.

Wenn irgendwo, dann bringen Sie bitte die Jugend in Hamburg an die Front. Bringen Sie einen neuen Geist nach vorn! Ich wiederhole nochmals: Die Entwicklung seit 1945 hat Hamburg zu einer Industriestadt gemacht; mit der Hafenstadt als solcher ist es vorbei. Es ist vor allem in Hamburg vernachlässigt worden, die mittleren Schichten der Bevölkerung anzusprechen. Ich habe das den Hamburgern immer wieder gepredigt, aber ohne jeden Erfolg. Die Hamburger Wahl war – wir wollen das nicht verkleinern – für uns nach diesem Sieg bei der Bundestagswahl ein sehr unangenehmer Rückschlag. Es war uns 1953 gelungen – wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt –, zum ersten Mal die Sozialdemokraten zu schlagen. Und dann haben wir von der CDU aus diesen Erfolg einfach nicht zu nutzen verstanden. Man komme mir nicht mit dem Herrn Rademacher¹⁷. Herr Rademacher hat früher keine Rolle in Hamburg gespielt. Die CDU hätte es nach meiner Meinung in der Hand gehabt, dafür zu sorgen, daß er auch jetzt keine Rolle spielen kann. Aber es muß gearbeitet werden! Wir haben es doch gesehen, der Erfolg fällt keinem einfach in den Schoß, der Erfolg ist die Frucht einer gewissen und zähen Arbeit.

Nun komme ich zu den anderen Landtagswahlen. Ihr Ausgang wird über die Mehrheit im Bundesrat entscheiden. Wenn durch diese Landtagswahlen der Bundesrat eine sozialistische Mehrheit bekäme, dann würde der Mehrheit im Bundestag große Schwierigkeiten gemacht werden. Nun höre ich, daß schon hier und da – vielleicht schon an mehr Stellen, als wir wissen – der Gedanke ausgesprochen wird: Das ist eine richtige Arbeitsteilung, im Bundestag die CDU und in den Ländern die SPD; in den

17 Willy Max Rademacher (1897–1971), vor 1933 DDP/Deutsche Staatspartei, 1945 FDP, 1946–1949 MdHB, 1949–1965 MdB. – Rademacher war Verfechter einer Politik der „ständigen Regierungsbeteiligung“ der FDP (STUBBE-DA LUZ S. 142); vor der Bürgerschaftswahl hatten FDP und SPD das bisherige Mehrheitswahlrecht mit Verhältnisausgleich in ein reines Verhältniswahlrecht geändert und somit den Koalitionswechsel angedeutet (vgl. Artikel Rademachers im „Hamburger Echo“ vom 21. Dezember 1957).

Ländern die SPD, weil die dann dafür sorgen wird, daß uns von den Gewerkschaften usw. weniger Schwierigkeiten gemacht werden. Das kann doch nur jemand sagen, meine Freunde, der von Politik keine Ahnung hat; denn wie kann man die Wähler bei der Bundestagswahl an die Wahlurne bringen, wenn man keine Gegensätze zu anderen Parteien ihnen vor Augen führen kann? Wenn nämlich der Wähler in den Kommunen und in den Landtagen vier Jahre lang ein im großen und ganzen harmonisches Zusammenarbeiten zwischen der SPD und der CDU sieht, woher soll er dann die Kraft nehmen, nun bei der Bundestagswahl in der Sozialdemokratie den Gegner der CDU zu sehen, den er mit seiner Stimme besiegen muß? Man sollte also die psychologischen Zusammenhänge zwischen den Landtagswahlen und den Bundestagswahlen viel mehr als bisher berücksichtigen.

Die Wahl in Nordrhein-Westfalen wird im Juli dieses Jahres sein. Wir haben jetzt Mitte Januar. Für die Wahlagitation in Nordrhein-Westfalen ist also die Zeit sehr knapp. Es fällt Karneval hinein. Der Kenner Nordrhein-Westfalens weiß, daß dies für politische Fragen eine ungünstige Zeit ist. Es fällt die Karwoche mit Ostern und es fällt auch Pfingsten in diese Zeit hinein. Ich hoffe aber, daß trotzdem energisch und zielbewußt dort gearbeitet wird. Wir müssen dort jetzt schon mit unserer Arbeit beginnen. In Nordrhein-Westfalen – das haben nämlich die politischen Vorgänge der letzten Wochen gezeigt – werden die außenpolitischen Fragen eine entscheidende Rolle spielen. Wir werden noch energischer das behandeln müssen, was jetzt überall Tagesgespräch ist, nämlich die außenpolitische Situation. Ich glaube, daß die Stellung der Partei zur Außenpolitik auch maßgebend sein wird für die kommenden Landtagswahlen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß zwischen der SPD und der FDP auf der einen Seite und uns auf der anderen Seite im Laufe dieses Sommers eine Annäherung auf außenpolitischem Gebiet stattfinden wird. Ich komme aber darauf noch zurück in meinen Ausführungen über die Außenpolitik.

Ich erblicke eine sehr große Gefahr für unsere Partei in den Gesprächen, die jetzt in München stattgefunden haben. (*Zuruf*: Sehr richtig!) In München hat die Katholische Akademie eine Aussprache mit den Sozialdemokraten veranstaltet. Die Evangelische Akademie ist vorangegangen. Soweit ich unterrichtet bin, hat es die Katholische Akademie in München nicht in Ruhe gelassen, nun auch auf diesem Gebiet etwas zu tun. Die Berichte über den Ablauf der Gespräche in München sind noch nicht vollständig, aber wenn man den Bericht des Herrn Wenger¹⁸ im „Rheinischen Merkur“ von dieser Woche liest, dann ist man doch außerordentlich davon beeindruckt. Herr Wenger schreibt, wie Sie wissen, eine sehr scharfe Feder; manchmal zu spitz. Herr Wenger ist dahin gegangen – ich hatte nicht mit ihm gesprochen – als ein absoluter Gegner dieser Gespräche. Und nun schreibt er einen Artikel, der diese Aussprache fast glorifiziert! Seien wir uns über eines klar: Was da geschieht, sei es in der

¹⁸ Paul Wilhelm Wenger (1912–1983), seit 1948 beim „Rheinischen Merkur“; darin sein Artikel vom 17. Januar 1958: „Christentum und Sozialismus. Zum Gespräch in der Katholischen Akademie in Bayern“.

Evangelischen Akademie oder sei es in der Katholischen Akademie in München, das geht an die Wurzel unserer Partei. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wenn das so weitergeht, wie soll man dann noch der Bevölkerung klarmachen, warum eine christliche Partei notwendig ist.

Ich muß Sie bitten, das, was ich jetzt sage – wir sind ja in einem vertraulichen Kreise –, auch vertraulich zu halten. Sämtliche katholischen Bischöfe in der Bundesrepublik, mit Ausnahme des Münchener Erzbischofs, sind gegen dieses Gespräch gewesen, weil sie die große Gefahr erkannt haben, die darin liegt. Es hat aber doch stattgefunden, und es wird unzweifelhaft seine Wirkung haben. Wir müssen uns mit dieser Frage sehr genau und sehr eingehend beschäftigen. Da wir nicht alles auf Herrn Meyers abladen können, bitte ich Sie zu überlegen, ob wir nicht aus unserer Mitte vier oder fünf Mitglieder bestimmen sollen, die sich gerade mit dieser Bewegung eingehend befassen. Ich würde dann, wenn Sie diesem Gedanken zustimmen, darum bitten, in diesen kleinen Ausschuß Angehörige beider Konfessionen hineinzunehmen. Ich gestehe freimütig, wenn ich den Glauben hätte, daß die Sozialdemokratie diejenigen Dinge, die uns zutiefst am Herzen liegen, toleranterweise auch in Zukunft behandeln würde, dann wäre ich sehr froh darüber; vor allen Dingen dann, wenn man zu dem Ergebnis käme, daß das deutsche Volk insgesamt bereit ist, seine Politik auf einer christlichen Grundlage aufzubauen. Dann hätte die Gründung der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union wirklich einen großartigen Erfolg gehabt. Aber dieser Glaube fehlt mir restlos.

Was da in Bayern gemacht worden ist, ist eine rein parteipolitische Falle gewesen, auf die man katholischerseits hereingefallen ist. Die Zeit ist zu kurz, um alles im einzelnen auszuführen, warum wir nicht diese Überzeugung haben können. Aber glauben Sie mir, wer mitten im politischen Leben steht wie Sie und ich, der weiß doch ganz genau, wie der weitaus größte Teil der sozialdemokratischen Führer und der sozialistisch Geführten dem Christentum und seinen Grundsätzen gegenübersteht.

Ich möchte meine Ausführungen zu dieser Frage heute damit beschließen, daß ich Ihnen vorschlage, einen Ausschuß von etwa fünf Leuten zu wählen, der diese Frage ganz besonders studieren soll, und zwar sowohl auf evangelischer Seite wie auf katholischer Seite. Ich habe mir weiter notiert: Das Verhältnis zu den anderen Parteien. Über das Verhältnis zur SPD und FDP möchte ich in meinen Ausführungen zur außenpolitischen Lage sprechen, weil hier die Meinungsverschiedenheiten z.Z. außerordentlich groß sind und ich jetzt nicht das vorwegnehmen möchte, was ich nachher im Zusammenhang zu sagen beabsichtige. Aber eines kann ich hier nicht unterdrücken: Die FDP putzt noch mehr die Türklinken des Herrn Smirnow¹⁹ als die SPD. Z.Z. ist die FDP geradezu intim mit der russischen Botschaft. Dabei spielt eine große Rolle das Winken mit Aufträgen nach Sowjetrußland. Wir sind ziemlich genau

19 Andrej A. Smirnow (1905–1982), sowjetischer Diplomat; seit 1936 im auswärtigen Dienst, 1956 Botschafter in Österreich, 1956–1966 in der Bundesrepublik, 1966–1968 in der Türkei, 1968–1973 stv. Außenminister.

über die ganzen Zusammenhänge und die Verbindungen mit der russischen Botschaft unterrichtet. Ich muß sagen, die Situation finde ich geradezu erschütternd, daß zwei deutsche Parteien so im russischen Fahrwasser schwimmen, wie das leider der Fall ist.

Ich hatte daran gedacht, in der Hauptsache das Verhältnis zu den kleineren Parteien jetzt anzuschneiden. Dazu nehme ich zur Hand die Teste von Allensbach und EMNID. Sie zeigen, daß die FDP noch 8 %, der BHE noch 5 % und die DP noch 4 % hat. Die Bayernpartei hat noch 1 %. Darüber brauche ich hier – Herr Strauß²⁰ ist auch nicht da – nicht zu sprechen. Die müssen sehen, wie sie mit Herrn von Knoeringen²¹ fertig werden. Aber wir müssen uns die Frage vorlegen: Wie ist das Verhältnis zur FDP, zum BHE und zur Deutschen Partei? Wenn ich bei der letzten anfangen darf, bei der Deutschen Partei, so kann ich sagen, mir machen die Differenzen, die nun zwischen der CDU und einem Teil der Deutschen Partei – an der Spitze Ministerpräsident Hellwege – entstanden sind, ernste Sorgen.

Herr Hellwege war diese Woche bei mir und hat darüber gesprochen. Ich hatte mit dem Herrn Kollegen Cillien verabredet, daß er mit Herrn Fricke und mir heute abend nach der Sitzung zusammenbleiben soll, damit wir über die Verhältnisse in Niedersachsen und die Entwicklung der DP zur CDU einmal in Ruhe sprechen können. In gleicher Weise muß über das Verhältnis des BHE zur CDU/CSU gesprochen werden. Vielleicht werden uns die Herren, die den BHE von früher kennen, einen Beitrag zu dieser Frage beisteuern. Wir müssen, da nicht zu erwarten ist, daß der BHE die 5%-Klausel überspringen wird, zu erreichen versuchen, daß der größte Teil der BHE-Mitglieder zu uns kommt und nicht zu den Sozialdemokraten geht. Das erfordert natürlich eine sehr gut überlegte und ausgewogene Taktik. Wir können wohl annehmen, daß bei der nächsten Bundestagswahl auch die FDP weiter absinken wird. Ich wollte über die FDP in diesem Zusammenhang jetzt nur wenig sagen. Ich darf nur auf folgendes hinweisen. Mir ist vor kurzem von einem sehr respektablen Mitglied der FDP ein Vorschlag gemacht worden – er sagte, er mache ihn nicht für seine Person, sondern für seine Fraktion –, nämlich zu einer freundschaftlichen Opposition.

Aber zu der gleichen Zeit, als mir dieser Vorschlag gemacht wurde, haben Herr Haußmann²² und Herr Mende in Stuttgart Reden gehalten, von denen man zum Teil sagen muß: Diese Unkenntnis der Dinge, die sich da gezeigt hat, ist überhaupt nicht

20 Franz Josef Strauß (1915–1988), 1949–1978 MdB (CSU), 1956–1962 Bundesminister für Verteidigung. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 120 Anm. 27. Die Erinnerungen. Berlin 1989.

21 Waldemar von Knoeringen (1906–1971), Bibliothekar; 1926 SPD, 1933 Emigration, 1946–1970 MdL Bayern (SPD), 1949–1951 MdB, 1947–1963 Vorsitzender der SPD Bayern, 1958–1961 stv. Vorsitzender der Gesamtpartei. – Hartmut MEHRINGER: Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie. München 1989.

22 Dr. Wolfgang Haußmann (1903–1989), 1946–1972 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1953–1966 Justizminister. – Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 588 Anm. 14. – Am 6. Januar 1958 fand in Stuttgart das Dreikönigstreffen der FDP statt (vgl. auch Anm. 87).

mehr zu übertreffen. Es zeigt sich zum Teil dort eine Gesinnungsweise, die der unsrigen geradezu diametral entgegengesetzt ist. Wir müssen also diese Vorgänge in der FDP mit größter Aufmerksamkeit beobachten, auch mit Rücksicht auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, Herr Dichtel²³, daß die FDP, wenn sie weiter so fortfährt, eine schwere Einbuße bei allen ihren noch leidlich vernünftigen Anhängern erleiden wird. Wir müssen diese Chance natürlich nutzen.

Herr Meyers hat von der Presse gesprochen. Ich habe mir diese Frage vor einigen Tagen durch den Kopf gehen lassen. Ich finde, daß wir eigentlich gar nicht so ohne Presse sind; nur hält diese Presse nicht immer zu uns. Das ist das Merkwürdige dabei. Wir haben die „Kölnische Rundschau“ und die „Bonner Rundschau“. Ich weiß nicht, wie groß ihre Auflagen jetzt sind. Immerhin sind sie relativ hoch. Wir haben weiter die „Rheinische Post“, die doch eine Auflage von 240.000 hat. (*Pettenberg*: Die „Rundschau“ hat 150.000 Auflagen.) Also sind das zusammen schon rund 400.000. Dann haben wir Ihr Blatt, Herr Lensing! (*Lensing*: Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft mit der „Westfalenpost“, zusammen etwa 310.000. – *Meyers*: Die „Aachener Volkszeitung“!) Wir haben in Rheinland-Pfalz ein Blatt, das über 150.000 Auflagen hat.²⁴ Diese Blätter haben also, alles zusammengenommen, eine Auflage von weit über eine Million. Nur übertreiben sie nach meiner Meinung, wenigstens zum Teil, etwas das Gefühl der Selbständigkeit und der Freiheit, soweit Artikel in Frage kommen. Ich bin davon überzeugt, daß sie Wert darauf legen, in CDU-Kreisen möglichst viele Abonnenten zu bekommen.

Die „Welt“ hat vielleicht 220.000 (*Pettenberg*: 200.000.) und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ etwa ebensoviel. (*Pettenberg*: 200.000.) Wir haben weiter eine enge Fühlungnahme mit einem großen Teil mittlerer und kleinerer Blätter. Anhand von Angaben und Ziffern kann man feststellen, daß die journalistische Kraft, die der CDU zur Verfügung steht, viel größer ist, als das im allgemeinen angenommen wird. Nur wäre es notwendig, daß diese Blätter unter sich zu einer Annäherung kämen, damit in gewissen entscheidenden Fragen ein Kurs eingeschlagen wird, der im großen und ganzen der gleiche ist. Wenn das geschähe, dann würde man in Deutschland und auch außerhalb Deutschlands doch darauf hören, daß ein verhältnismäßig großer Prozentsatz der deutschen Zeitungen unsere Politik vertritt. Das ist auch eine große Aufgabe. Herr Meyers, wollen Sie sich ihr widmen? (*Meyers*: Von Zeitungen verstehe ich nicht viel!) Ich sage ihm darauf, das ist das Beste an ihm. Wenn er zuviel davon verstünde, würde er sich gar nicht daranwagen; aber so gehen Sie unverdrossen daran. Wenn es Ihnen aber zuviel wird, dann sagen Sie es bitte, und dann muß man sehen, wie man in einer anderen Weise hier Abhilfe schafft.

23 Anton Dichtel (1901–1978), 1948–1966 Landesvorsitzender der CDU Südbaden. Vgl. PROTOKOLLE I S. 4 Anm. 18.

24 Möglicherweise meint Adenauer „Die Rheinpfalz“ in Ludwigshafen (STAMM 1958 2 S. 104).

Über die Junge Union haben wir eben gesprochen. Ich möchte nun ein Wort zur Finanzfrage sagen. Das ist aber nur für uns bestimmt, und zwar in aller Vorsicht. Wir müssen, was die Finanzen angeht, unter allen Umständen in viel stärkerem Maße als bisher auf eigenen Füßen stehen. Damit hängt zusammen auch die Mitgliederwerbung. Es sind aber auch Überlegungen anzustellen, wie man es sonst schaffen kann. Gott sei Dank hat die Wirtschaft bisher, wenn sie Geldmittel für die Wahlen gesammelt hat, nie Bedingungen an die Hergabe des Geldes geknüpft. Aber es könnte auch mal anders kommen, wenn andere Leute da sind. Es könnte auch einmal der Wirtschaft schlechter gehen als heute, gerade dann, wenn Wahlen sind. Dann wird der Strom viel dünner fließen. Deswegen müssen wir, auch um dem Odium zu entgehen, daß wir eine Partei irgendwelcher Wirtschaftskreise seien, unter allen Umständen unsere eigenen Einnahmequellen stärker ins Fließen bringen.

Ich will nicht sagen, daß das absolut gut ist, was jetzt kommt. Es ist einmal der Vorschlag gemacht worden, es sollten entsprechend der Zahl der Stimmen, die die einzelnen Parteien bei der letzten Bundestagswahl aufgebracht hätten, Zuteilungen durch den Staat erfolgen, also aus öffentlichen Mitteln. Erschrecken Sie nicht vor diesem Gedanken zurück, sondern bedenken Sie, wenn alle etwas bekommen, und zwar nach einem bestimmten Schlüssel, dann ist das in mancher Hinsicht besser und sicherer, als wenn man immer herumlaufen und mit geöffneter Hand an dieser oder jener Tür anpochen muß. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Das sind Fragen, die wir einmal überlegen müssen. Ich bin auch zuerst – es liegt schon einige Jahre zurück – vor dem Gedanken erschrocken; aber die Sozialdemokraten haben immer die Gewerkschaften und zum Teil auch die Wirtschaft im Rücken. Damit haben sie also einen sicheren finanziellen Fundus. Das können wir nie erreichen. Wir müssen daher unsere Partei vor den nächsten Bundestagswahlen finanziell so gesichert haben wie nur irgendwie denkbar; denn – ich wiederhole nochmals – es könnten eines Tages an die Hergabe von Geld aus der Wirtschaft Bedingungen geknüpft werden. Es wäre für uns natürlich unmöglich, solche Bedingungen anzunehmen. Wenn Wahlen in wirtschaftlich schlechten Zeiten stattfinden, dann wird natürlich bedeutend weniger gegeben, und dann werden wir – jede Wahl kostet viel Geld – mit sehr traurigen Gesichtern dastehen.

Meine Freunde! Ich möchte noch ein Wort sagen über die mittleren Schichten der Bevölkerung. Wir haben darüber vor der Wahl gesprochen. Wir müssen nun das Wort, das wir vor der Wahl gegeben haben, auch endlich einlösen. Ich meine jetzt nicht so sehr Mittelstandspolitik in dem Sinne, wie früher vielfach das Wort gebraucht wurde, nämlich die Sorge für das Handwerk und für den kleinen Kaufmann. Natürlich müssen wir diese Sorge weiterverfolgen, aber es gehören auch die Intellektuellen dazu. Vor allem aber müssen wir darauf drängen, daß eine Politik eingeschlagen wird, die verhindert, daß Mammutgebilde immer größer werden, damit nicht die kleinen und kleineren industriellen Existenzen von ihnen aufgefressen werden. (*Zuruf*: Sehr richtig! – *Schmücker*: Darum Fernsehen!) Ich halte dies für eine absolute Notwendigkeit. Die Zeichen für diese Gefahr sind deutlich. Wir müssen verhindern,

daß eine Anzahl von Mammutgebilden in der Wirtschaft – ich gebrauche diesen Ausdruck bewußt noch einmal – entsteht, damit nicht die kleineren Betriebe einfach verschwinden; denn das wäre auch das Ende der Demokratie. Es darf nicht dazu kommen, daß eines Tages auf der einen Seite eine Anzahl von – in dem Ausdruck soll jetzt nichts Schlechtes liegen – Leitern der Mammutgebilde und auf der anderen Seite die Leiter des anderen Wirtschaftsfaktors, nämlich der menschlichen Arbeitskraft, dastehen. Daß sich bei den Gewerkschaften Mammutgebilde entwickelt haben, das müssen wir bedauern; denn dort ist – fast noch gefährlicher – eine Konzentration von Macht vorhanden, die für die Demokratie wahrhaftig nicht gut ist. Von den achtzehn Millionen Beschäftigten sind zwar nur sechs Millionen in Gewerkschaften organisiert, aber diese sechs Millionen beherrschen die anderen zwölf Millionen, so daß im großen und ganzen die achtzehn Millionen geschlossen dastehen. Das ist eine wenig erfreuliche Entwicklung. Ich wollte hier nur die Gefahr, die darin liegt, andeuten.

Das, meine Freunde, sind im großen und ganzen die Fragen der Innenpolitik. Wir werden im ersten Jahr des Bundestages bei der Einbringung neuer Gesetze Rücksicht nehmen müssen auf die Landtagswahlen, und zwar sowohl nach der positiven Seite wie nach der negativen Seite hin; nach der positiven Seite, indem wir Gesetze einbringen, die unsere Sorge für die ganze Bevölkerung erkennen lassen, nach der negativen Seite, indem wir mit einigen anderen Dingen zurückhalten. (Arnold: Bundesbahntarife!) Herr Kollege Arnold erwähnt die Bundesbahntarife.²⁵ Das zwingt mich, nun doch ein Wort dazu zu sagen, obgleich es noch zu früh ist. Herr Eitzel wird das zu gegebener Zeit tun. Die Lage der Bundesfinanzen ist sehr ernst. Ich will versuchen, Ihnen das in wenigen Sätzen klarzumachen. Die Aufrüstung kostet – das schwankt je nach der Entwicklung der Waffen – x-Milliarden Mark. Eine Aufrüstung läßt sich nicht in zwei oder drei Jahren machen, sondern dazu gehört eine Anzahl von Jahren; sagen wir mal, von y-Jahren. Nun hat der vorangegangene Bundesfinanzminister²⁶, an sich von seinem Gesichtspunkt aus betrachtet ganz richtig – weil im ersten Jahr soundso viel gebraucht wurden, im zweiten und im dritten Jahr soundso viel, im vierten vielleicht x-mal soviel und im fünften Jahr noch mehr –, für jedes der in Aussicht genommenen Aufrüstungsjahre den gleichen Betrag x, geteilt durch die y-Jahre, in den Haushaltsplan eingebracht, und zwar in der Hoffnung und Erwartung, daß dann der Teil der Summe des ersten, des zweiten, des dritten Jahres usw., der in den Jahren nicht ausgegeben werden konnte, reserviert blieb für die großen Aufgaben, die das vierte, fünfte und sechste

²⁵ Beschluß des Kabinetts am 20. Januar, die Regeltarife um 8,7 %, die Sozialtarife (mit bestimmten Ausnahmen) um 50 % zu erhöhen. Zum letztenmal waren die Tarife 1951/52 erhöht worden (FAZ vom 16. Januar 1958).

²⁶ Fritz Schäffer (vgl. Anm. 30).

Jahr bringen werde. So ist der fälschlich so genannte Juliusturm entstanden.²⁷ Dort häuften sich nun die Milliarden, die bestimmt waren, in den späteren Jahren für die Aufrüstung ausgegeben zu werden.

Das Anhäufen einer solchen Summe erweckte zunächst im Ausland den ganz falschen und bösen Eindruck, als ob das deutsche Volk dauernd reich sei; es weckte die Begehrlichkeit aller Parteien – ich nehme unsere Partei nicht aus – und vieler Leute, die sagten, warum sollen wir das Geld nicht nehmen und dieses oder jenes damit tun. Ich habe damals – weil ich die Gefahr kommen sah – mit den damaligen Leitern der Bank Deutscher Länder, bei der das Geld deponiert war und in den dortigen monatlichen Ausweisen erschien, den Herren Vocke²⁸ und Bernard²⁹, ein Gespräch darüber geführt, wie man es machen könne, damit dieses Geld verschwinde. Die Herren sagten mir: Herr Schäffer³⁰ gibt uns dieses Geld nur auf tägliche Kündigung, infolgedessen können wir nichts damit machen. Wenn er uns das Geld mit längerer Kündigungsfrist gäbe, dann könnten wir dafür sorgen, daß diese verführerische Lockspeise aus den Augen der Leute verschwände. Es ist mir dann in zwei- oder dreimonatiger Arbeit gelungen, Herrn Schäffer dazu zu bekommen, daß er bereit war, das Geld auf längere Zeit zu geben. Nunmehr erklärten die Herren von der Bank Deutscher Länder, nein, wir können mit dem Geld nichts machen, so daß also das Geld da liegen blieb, anscheinend als Überschuß oder wie man es nennen will. Nun entstand ein sehr ernster Fehler, an dem auch unsere Fraktion und unsere Partei eine große Schuld tragen.

Als die Wahlen herankamen, hat man gefragt: Wie können wir uns jetzt Freunde erwerben mit dem ungerechten Mammon? Dann kamen aus der Fraktion von allen

27 Tabellen über die Kassenüberschüsse (Juliusturm) bei Franz NEUMANN: Daten zu Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1950–1975. Baden-Baden 1976 S. 327ff. Zur Diskussion um den Juliusturm vgl. „Juliusturm oder Danaidenfaß?“ („Grüner Brief“ 12/Januar 1956 des Instituts „Finanzen und Steuern“); Juliusturm und Steuersenkung. Kritische Betrachtungen zur Finanzpolitik und zu den Steuerschätzungen des Bundesfinanzministeriums. Teil I: Haushaltslage des Bundes – Juliusturm. Hrsg. vom Präsidium des Bundes der Steuerzahler e.V. Stuttgart April 1956. – Gemeint ist der sog. Juliusturm von Bundesfinanzminister Schäffer: Der Aufbau deutscher Militärverbände hatte sich aufgrund des Scheiterns der EVG verzögert. Dadurch lag im Verteidigungsetat eine zunehmend höhere Summe still, so daß die Haushaltsreste 1955 im Vergleich zu 1954 um über 4 Milliarden DM anstiegen. Dazu kamen Rückstellungen für zu erwartende Forderungen der Alliierten für Besatzungskosten in Höhe von 2,5 Milliarden DM.

28 Dr. Wilhelm Vocke (1886–1973), 1946–1948 stv. Leiter der Reichsbankstelle für die britische Zone, 1948–1957 Präsident des Direktoriums der Bank deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank (Erinnerungen: Memoiren. Stuttgart 1973).

29 Karl Bernard (1890–1972), 1948–1957 Präsident des Zentralbankrats der Bank Deutscher Länder.

30 Fritz Schäffer (1888–1967), 1949–1961 MdB (CSU), 1949–1957 Finanzminister, 1957–1961 Justizminister. Vgl. Otto ALTENDORFER: Fritz Schäffer – Politik in schwierigen Zeiten. In: Politische Studien 39 (1988) S. 305–322; Rudolf VOGEL: Erinnerungen an Fritz Schäffer. In: ABGEORDNETE 4 S. 237–261.

Seiten die Wünsche nach diesem und jenem. Man hat dann versucht, diese Wünsche in möglichst großem Umfange zu befriedigen.³¹ Man glaubte, in diesem Geld, das für die Aufrüstung deponiert war, Deckung dafür zu haben. Man hat aber jährlich wiederkehrende Ausgaben beschlossen, während die Gelder im sogenannten Julisturm für Aufrüstungszwecke bestimmt waren.

Nun stehen wir vor folgender Kalamität: Der Haushaltsplan für 1958 und für die folgenden Jahre ist mit einer großen Zahl neu beschlossener wiederkehrender Ausgaben belastet, und das Geld, das in den nächsten Jahren für die Aufrüstung notwendig ist, fehlt. Das ist die sehr ernste Finanzlage des Bundes, in der wir uns nunmehr befinden. Sie zwingt zur äußersten Sparsamkeit.

Ich bin darauf zu sprechen gekommen, weil Herr Kollege Arnold den Zuruf über die Erhöhung der Bahntarife gemacht hat. Wir sind effektiv nicht dazu in der Lage, ständig Zuschüsse den Betrieben zu geben, die sich nicht weiter mehr tragen können. Wir wären einfach nicht mehr in der Lage, der Bundesbahn weiter diese großen Zuschüsse zu geben, um die Fehlbeträge und die Tarife unangerührt zu lassen. Nun entstand für uns die Frage, Herr Arnold, soll man die Tariferhöhungen unmittelbar vor der Reisezeit und unmittelbar vor Ihren Wahlen vornehmen. (*Arnold*: Nein, nachher!) Dann kommen die Wahlen in Hessen, in Schleswig-Holstein und in Bayern. Wären die Wahlen alle an einem Tag, dann wäre es leichter gewesen, aber so ist es ja nicht, und deswegen müssen die Betriebe das in Kauf nehmen. Unsere Lage ist also ungewöhnlich schwierig und ernst.

Ich hoffe, daß ich mich klar genug ausgedrückt habe, wie das ganze Elend gekommen ist. Der Finanzlage werden wir Rechnung tragen müssen; denn die Hauptaufgabe bleibt nach wie vor die Stabilität der Währung. Ich wiederhole hier ein Wort des Kollegen Etzel, das absolut richtig ist: Eine Inflation schafft keine Güter. Eine Inflation nimmt einem großen Teil der Bevölkerung das Geld aus der Tasche.

Damit darf ich zunächst einmal schließen. Ich möchte nun um Wortmeldungen bitten. Dabei darf ich um Ihre Entscheidung bitten – ich habe mir die verschiedenen Punkte hier aufgeschrieben –, ob wir nach den einzelnen Punkten oder durcheinander diskutieren sollen. Ich halte es für besser, wenn wir nach den einzelnen Punkten die Diskussion gestalten; zunächst wären das die Landtagswahlen, dann die Vorgänge in München, im weiten Sinne des Wortes genommen, weiter das Verhältnis zu den anderen Parteien, dann die Presse, die Mittelschichten und die Finanzfrage. Sind Sie einverstanden, daß wir in dieser Reihenfolge diskutieren?

Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann wollen wir es so halten. Das Wort hat Herr Seffrin³².

31 Anspielung auf den sog. Kuchen-Ausschuß. – Fraktionsinterner Arbeitskreis der CDU/CSU-„Programmkommission“ oder „18er-Ausschuß“, der die Mittel des Julisturm verteilte (vgl. UiD vom 6. März 1956; SCHWARZ: Adenauer I S. 325f.).

32 Vgl. Anm. 2.

Seffrin: Ich möchte etwas zu den Hamburger Wahlen sagen und werde dabei weder gegen die Herren Scharnberg, Sieveking und Blumenfeld³³ noch für sie sprechen. Nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Bundeskanzler, wenn ich sage, daß Ihre Kennzeichnung der Hamburger Vorgänge bei den Wahlen mir doch etwas zu dumpf und negativ geklungen hat. Ich will nichts beschönigen, aber Sie dürfen nicht vergessen, daß es die ersten Wahlen waren, in denen die Hamburger CDU sich im Alleingang stellte. Wir hatten 1949 und 1953 Absprachen mit der FDP und der DP getroffen. Wenn man das berücksichtigt, sieht die Sache doch etwas anders aus. Wir haben bei der Wahl im Dezember im Alleingang, was die Zahl der Sitze angeht, genausoviel Positionen errungen, wie das 1953 trotz der Wahlabsprache mit FDP und DP der Fall gewesen ist.³⁴ Ich darf dazu sagen, wir haben bei den ersten Wahlen 1946 drei Sitze errungen, alle anderen bekam die SPD, nämlich 85. Wir haben bei den letzten Wahlen, wo wir allein gingen, 41 Sitze errungen und die SPD 65.

Ich darf weiter erwähnen, daß ich immer zu der Gruppe in Hamburg gehörte, die manches, was in den letzten Jahren geschehen ist, sehr kritisch und bedenklich angesehen hat. Ich darf als Konsequenz daraus ziehen, daß wir in Hamburg als CDU aus diesem ganzen Jammer der letzten Jahre und Monate tatsächlich sauber hervorgegangen sind und daß wir allein durchstehen konnten. (*Adenauer*: Finden Sie das als Erfolg, sauber eine Wahl zu verlieren?) Es war nicht drin, daß wir die Wahlen in Hamburg gewinnen konnten. Das wissen Sie ganz genau. Es würde zu weit führen, in der anderen Frage nun hier in die Interna einzugehen. Ich darf aber noch eine persönliche Bitte an Sie richten, Herr Bundeskanzler, und zwar hinsichtlich der Struktur der Hamburger Partei. Die Mittelschichten sind in der Hamburger Partei drin. In unserem Landesausschuß und unserem Vorstand sind die Mittelschichten in weit überwiegendem Maße vertreten. Es kann allerdings nicht bestritten werden, daß es dort eine gewisse „goldene Spitze“ gibt. Es hat uns immer leid getan, daß Sie, wenn Sie in Hamburg weilten, bei der „goldenen Spitze“ waren und keine Gelegenheit hatten, mit den anderen Leuten zu sprechen. (*Adenauer*: Warum denn nicht, ich war doch da! Das ist es doch gerade! Ihre „goldene Spitze“ hat alles hermetisch abgeschlossen und die Entwicklung der Partei abgeriegelt!) Für uns wäre es eine große Freude gewesen, wenn Sie mal heruntergerutscht wären zu den anderen. (*Adenauer*: Sie meinen, heraufgerutscht zur „goldenen Spitze“! Das ist Ihnen ein Vergnügen gewesen!) Ich glaube jedenfalls, daß die Dinge in Hamburg sauber angesprochen werden müssen. (*Unruhe und Zuruf*: Was heißt das?) Übersehen Sie nicht, daß wir in Hamburg – ob mit oder ohne unsere Schuld, das sei dahingestellt – keine Presse für

33 Erik Bernhard Blumenfeld (geb. 1915), 1946–1954 Präsidialmitglied der Handelskammer Hamburg, 1946–1955 und 1966–1970 MdHB (1949–1955 Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1958–1968 Landesvorsitzender der CDU Hamburg, 1961–1980 MdB, 1973–1989 MdEP.

34 Der „Hamburger Block“, ein Wahlbündnis von CDU, FDP, DP, erreichte 1953 50 % der Stimmen, die SPD 45,2 %. Vgl. FISCHER I S. 522.

uns haben. Ich erinnere Sie an die Herren, die jetzt Bulganin³⁵ in Moskau besuchen. Man sollte das Ergebnis der Hamburger Wahl zwar zur Prüfung der Innenpolitik benutzen, aber ich glaube nicht, daß man sie zum Anlaß nehmen sollte, daraus einen großen Pessimismus für die Zukunft zu schließen.

Adenauer: Wird das Wort gewünscht?

Von Hassel: Ich möchte ein paar Worte aus der Distanz von Schleswig-Holstein zu den Hamburger Wahlen sagen. Wir haben die Vorbereitung für die Bundestagswahlen – das wollen wir ruhig zugeben – auch mit einem gewissen Pessimismus begonnen. Wenn ich die zwölf Monate vor der Wahl überblicke, dann ist es so, daß wir in dieser Zeit eine Reihe von Sorgen gehabt hatten. Ich bin aber der Meinung, daß ein wesentlicher Teil des Erfolges bei der Bundestagswahl darin gelegen hat, daß wir nach der Überwindung eines gewissen Pessimismus in der Winterwende 1956/57 alle mit der Überzeugung in den Wahlkampf gegangen sind³⁶: Wir werden es schaffen, wenn wir fleißig sind und mit Vertrauen in diese Auseinandersetzung hineingehen. Dieser Optimismus hat sich dann schnell bei uns herumgesprochen und auch seine Wirkungen gehabt.

Überall, wo ich während des Bundestagswahlkampfes gewesen bin, habe ich gesehen, daß jeder mit Freude die Ärmel aufkrempelte und sagte: Ran an die Arbeit, wir schaffen es schon.

Ich glaube, lieber Freund Seffrin, die Wahlvorbereitung in Hamburg war nicht so gut; denn wo auch immer man mit einem Hamburger gesprochen hat, bekam man zu hören: Die Wahl ist gar nicht zu gewinnen. Ich meine, daß gerade diese Formel „Die Wahl ist gar nicht zu gewinnen“ bei den allermeisten Menschen keinen guten Einfluß ausgeübt hat.

Wir schaffen die nächsten Landtagswahlen, wenn wir mit gleichem Optimismus und gleichem Schwung in den Wahlkampf hineingehen, der uns auch beim Bundestagswahlkampf begleitet hat, und zwar vom Bundesvorstand aus, der mit strahlendem Optimismus durch die Lande zog, bis hin zu dem kleinsten Mann. Wir waren alle guten Muts, und dann haben wir es auch geschafft. Eine solche Stimmung und ein solcher Optimismus waren nach meiner Auffassung ein wesentliches Rezept für unseren Erfolg; denn das ist ansteckend und hat eine ungewöhnlich gute propagandistische Wirkung.

Das ist also kein Vorwurf, Herr Seffrin, sondern ich wiederhole nochmals: Mit wem ich auch in Hamburg gesprochen habe, jedesmal erklärte man mir: Die Wahl ist gar nicht zu gewinnen. Wir sollten uns also in Zukunft davor hüten, in solch negativer Weise von dem Ausgang einer Wahl zu sprechen.

35 Nikolai Alexandrowitsch Bulganin (1895–1975), sowjetischer Politiker; 1955–1958 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE S. 500 Anm. 5. – Seit dem 14. Januar 1958 hielten sich Axel Springer, sein Assistent Christian Kracht sowie der Chefredakteur der „Welt“ Hans Zehrer in Moskau auf (vgl. „Die Welt“ vom 15. Januar 1958 sowie AdG 1958 S. 6884f.).

36 Vgl. die Umfrageergebnisse in Nr. 1 S. 33 sowie PROTOKOLLE 2 S. XXIX.

Adenauer: Wird das Wort gewünscht? Das Wort hat Herr Johnen.

Johnen: Ich darf mich den Worten des Herrn Ministerpräsidenten von Hassel anschließen. Kollege Meyers hat angedeutet: Wir müssen den Wähler im gleichen Prozentsatz an die Urne bringen wie bei der Bundestagswahl.³⁷ Wenn ich von Nordrhein-Westfalen ausgehe, dann kann ich sagen, wenn wir keine 51 % der rheinischen Stimmenzahlen erreichen, haben wir die Wahl nicht gewonnen. 1954 war die Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl um 13 % weniger.³⁸ Diese 13 % müssen wir gewinnen. Wir gehen mit guter Hoffnung an die Landtagswahlen heran. Es ist z.Z. bei der Bevölkerung gar keine miese Stimmung, wohl aber unter den Politikern; und dagegen kämpfe ich jetzt. Unsere Abgeordneten sind auf dem Wege, die Stimmung schlechtzumachen.

Es kommt hinzu: Der Wähler hat uns noch nie abgenommen, daß die Landtagswahlen bundespolitische Bedeutung haben. Wenn wir das sagen, dann wird uns das entweder gar nicht oder nur zum Teil abgenommen. Diese These ins Volk zu bringen, ist Aufgabe der Bundestagsabgeordneten und auch Ihre Aufgabe als Bundeskanzler; denn Ihnen glaubt man das, und Ihnen nimmt man das ab.

Wir sind z.Z. bereits im Vorwahlkampf; es finden Versammlungen im vorpolitischen Raume statt. Es werden auch interne CDU-Versammlungen in allen Orts- und Kreisparteien abgehalten. Ich darf hier fragen: Wo sind die Bundestagsabgeordneten? Sie sind auf Reisen. Man spricht sie viel an und schreibt ihnen, aber sie sind immer auf Reisen oder ungewöhnlich stark in Bonn beschäftigt. Ich habe volles Verständnis dafür, daß die Bundestagsabgeordneten die Bundesrepublik kennenlernen wollen. Aber dann sollten sie es vor den Wahlen tun und mit Reden verbinden. Wir müssen verlangen, daß auch die Bundestagsabgeordneten mindestens den gleichen Eifer an den Tag legen bei den Landtagswahlen wie bei den Bundestagswahlen. Nur so können wir die Wahlen gewinnen. Wenn alle den gleichen Fleiß aufbringen wie bei der Bundestagswahl, dann haben wir eine echte Chance, die Wahl in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen.

Dabei spielen bei uns die Preise eine wesentliche Rolle. In einem Lande wie Nordrhein-Westfalen mit seiner Struktur ist auch eine kleine Preissteigerung stimmungsmäßig von wesentlicher Bedeutung. Ich bin der Ansicht, wenn schon die Tarife der Bundesbahn erhöht werden müssen, dann lieber jetzt als unmittelbar vor der Wahl. Bis zur Wahl hat man sich nach dem Grundsatz der Gewöhnung darüber hinweggesetzt. Ich bin Ihnen dankbar, Herr Bundeskanzler, daß Sie gesagt haben: Wir müssen in der Einbringung unserer Gesetze auf die Landtagswahlen positiv und negativ Rücksicht nehmen. Wir müssen auch von den Ländern aus auf den Bund Rücksicht nehmen.

37 Die Wahlbeteiligung lag bei 87,8 %.

38 Bei der Bundestagswahl 1953 lag die Wahlbeteiligung bei 86 %, bei den Landtagswahlen in NW am 27. Juni 1954 bei 72,6 %.

Vor allem brennt uns das Problem wegen der Länderabgabe in Höhe von 35 % auf den Nägeln.³⁹ Bei uns in Nordrhein-Westfalen versucht man jetzt, die CDU vor die Landesregierung zu spannen: Helft uns in Bonn, der Finanzminister gehört zu euch, ihr seid die Regierung, damit wir von den 35 % auf 30 % oder auf ein Mittel dazwischen herunterkommen; denn wir können unsere Aufgaben nicht mehr erfüllen, weil wir diese hohen Leistungen an den Bund vollziehen müssen. Ich möchte darum bitten, daß wir uns in den Ländern, in denen wir nicht die Regierung bilden, nicht zum Vorspann gegen den Bund benutzen lassen.

Es müssen also Pannen vermieden werden im Bund gegen die Länder und auch umgekehrt in den Ländern gegen den Bund; denn das wirkt sich bei den Wählern schlecht aus. Wir wollen zugeben, im Endresultat geht der Wähler mit dem Bund und nicht mit dem Land. Das müssen wir psychologisch ganz klar sehen. Ich habe die Bitte, wenn ich auch etwas Anstoß erregt haben sollte, daß die Bundespartei noch einmal die Bundestagsabgeordneten mahnt, sich im Wahlkampf mindestens so zur Verfügung zu stellen wie bei dem Bundestagswahlkampf. Auch die Bundestagsabgeordneten sollten sich, wenn sie sich entschuldigen wollen, überlegen, ob sie, anstatt zu einer Repräsentationsveranstaltung zu gehen, nicht in einer großen Kolpingsversammlung oder vor einem evangelischen Arbeitskreis sprechen, auch wenn es nicht unbedingt ihre Pflicht ist.

Gerstenmaier: Der Herr Vorsitzende der CDU Rheinland hat gesagt, die Offensive ist auf jeden Fall die richtige Form im Wahlkampf. Ich glaube, das gilt auch hier am Versammlungstisch des Parteivorstandes. Der Herr Bundeskanzler hat Hamburg attackiert, und ich hätte Ihnen, Herr Kollege, gewünscht, daß Sie diese Attacke, selbst wenn Sie eine verlorene Sache zu verteidigen hatten, in Form einer Gegenoffensive erwidert hätten. Wenn ich als Officialverteidiger für Hamburg zu reden gehabt hätte, dann hätte ich ganz sicher auf die Attacke des Herrn Bundeskanzlers mit einer nicht ganz so gut placierten, aber in der Form doch ähnlichen Gegenoffensive geantwortet und dem Bundesvorstand der CDU vorgehalten, wie kommt es eigentlich, daß wir heutzutage in Deutschland ein Blatt haben, von dem ein bedeutender Journalist sagt: Es ist eine deutsche „Prawda“⁴⁰. Sicherlich ist man nicht ganz richtig bei dieser Entwicklung vorgegangen. (*Adenauer:* Wieso?) Das werde ich Ihnen noch sagen. (*Adenauer:* Das will ich Ihnen gleich sagen!) Herr Bundeskanzler, ich wollte nur sagen, daß sich von Hamburg aus einiges zur Richtigstellung und zur Kritik sagen läßt. Von Herrn Sieveking – ich bin einmal mit ihm bei der Hamburger Presse gewesen – habe ich nicht gehört, daß er der Meinung sei, wenn er noch einmal drankäme, nun unter allen Umständen nur mit der SPD zu regieren. (*Adenauer:* Das hat er wohl gesagt!) Er hat die Möglichkeit nicht in Abrede gestellt. (*Widerspruch und Unruhe.* –

39 Johnen bezieht sich auf den Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, der nach dem Finanzverfassungsgesetz vom 23. Dezember 1955 (BGBl I S. 817) am 1. April 1958 von 33¹/₃ auf 35 % anstieg. Vgl. MUSCHEID S. 41 f.

40 Gemeint vermutlich „Der Spiegel“.

Adenauer: Das ist ein großer Irrtum!) Ich sage das, meine Herren, was ich selber gehört habe und wovon ich Zeuge bin. Ich habe nicht gehört, daß Herr Sieveking, von der Hamburger Presse befragt, erklärt hat, daß er nur mit der SPD regieren wolle und regieren könne, sondern er hat die Möglichkeit einer großen Koalition in Hamburg nicht von vornherein vor der Wahl in Abrede gestellt.⁴¹

Im übrigen freue ich mich – und der Erfolg hat dem ersten Parteivorsitzenden absolut recht gegeben –, daß es offenbar nichts ist mit dem Wahlkampf in Deutschland, wenn er aus irgendeiner Haltung der Defensive oder einer großzügigen Verständigungsbereitschaft geführt wird. Infolgedessen sehe ich die Chance des Landes Nordrhein-Westfalen für gar nicht so schlecht an. Ich würde gegen manches, was gesagt worden ist, für uns gewisse Bedenken haben, vor allem, wenn ich an die Lohn- und Preisspirale denke. Ich würde Bedenken haben, ob sich ein hundertprozentiger Sieg an unsere Fahnen heften läßt, wenn man in der Defensive bleibt. So viel Bedenken ich hierbei auch habe, so wenig Bedenken habe ich hinsichtlich des Ausgangspunktes in Nordrhein-Westfalen; denn dort haben Sie die große Chance, aus der Opposition heraus in die Offensive zu gehen.

Wenn man – nicht in Form eines Kritikmanövers – an den Hamburger Wahlen Kritik üben will, kann man sagen, daß die Hamburger Wahlen uns sicher geschadet haben; dort hat von uns aus jede Offensive gefehlt. Es ist auch bei einer schwachen Defensive, insbesondere gegenüber dem „Spiegel“, geblieben, die in Hamburg geradezu zu einem Defätismus bis in unsere eigenen Reihen geführt hat.

Sie in Nordrhein-Westfalen sind in einer viel besseren Ausgangsposition und kämpfen nach dem bewährten Rezept der Offensive. Aber, Herr Kollege Johnen, wenn Sie der Meinung sind, daß die Offensivspitze von den Bundestagsabgeordneten gestellt werden müsse, dann muß ich sagen, hier bin ich ganz anderer Meinung. Wenn die Länder es nicht fertigbringen, mit ihren eigenen Mannschaften die Offensivspitze zu bilden, dann ist es Zeit, darüber nachzudenken, wie es eigentlich mit dem Föderalismus in der Tat bestellt ist. Man muß aus Gründen der Arbeitsteilung, der planvollen Wirtschaft und des Energiepotentials verlangen, daß bei Landtagswahlen nicht nach Bundestagsabgeordneten geschrien wird. Man kann auch fragen: Wie ist es mit den Doppelmandaten? (*Zuruf:* Wieso?) Da die Verflechtung über den Bundesrat von den Ländern her eine solche Bedeutung für die Bundesgesetzgebung erlangt hat, muß man sich fragen, ob man nicht überhaupt bei unserer Partei mehr aufpassen muß in der Frage der Doppelmandate. (*Zuruf:* Wo gibt es welche?) In Baden-Württemberg gibt es Doppelmandate, um bei meinem eigenen Land zu bleiben. Es gibt auch noch andere. Ich rate Ihnen auf jeden Fall, im Blick auf die Landtagswahlen nicht nur nach den Bundestagsabgeordneten zu rufen. (*Arnold:* Aber auch!) Ich sage nur, was mich verdrossen hat bei den Ausführungen des Kollegen

⁴¹ Ausgangspunkt der Spekulationen war eine umstrittene Rede, die Sieveking Anfang Oktober 1957 im Zentralausschuß Hamburger Bürgervereine gehalten und in der er sich für eine „Regierung auf breiter Basis“ eingesetzt hatte („Hamburger Echo“ vom 3. Oktober 1957).

Johnen, ist das, daß er nach Bundestagsabgeordneten gerufen hat. Es ist nach meiner Meinung völlig unmöglich, daß man vom Lande her als Landesvorsitzender ruft: Wo sind die Bundestagsabgeordneten? Die Bundestagsabgeordneten sind hoffentlich in ihrem Parlament, verehrter Herr Johnen, und dieses Parlament ist hier in Bonn. Ich will damit nur sagen, daß man den Bundestagsabgeordneten billigerweise ein gerüttelt Maß an Beiträgen und Reden abverlangen kann, aber ich möchte nicht empfehlen, die Sache in erster Linie auf die Bundestagsabgeordneten abzuladen. (*Johnen*: Wer tut das denn?) Die Bundestagsabgeordneten sollten nicht die Offensivspitze stellen. (*Unruhe und Widerspruch.*) Verzeihen Sie, meine Herren, bei der Bundestagswahl habe ich den Eindruck gehabt, daß der Wahlkampf in allererster Linie auf die Bundestagsabgeordneten abgestellt war. (*Erneuter Widerspruch.*) In den Ländern sind die Bundestagsabgeordneten überfordert, wenn sie das machen sollen.

Herr Bundeskanzler! Ich wollte das eigentlich nur so nebenbei sagen, mir kommt es auf etwas anderes an. Zu dem Ereignis von München erging die Meinung, daß darüber unbedingt gesprochen werden müsse, weil alle anderen Gremien innerhalb der Partei zu groß sind, um diesen nuancierten und schwierigen Vorgang anzusprechen. Ich glaube auch nicht, daß wir heute nachmittag im Bundesparteiausschuß darüber sprechen können. Wir sollten aber hier in diesem Kreise darüber sprechen.

Adenauer: Wir wollen uns jetzt nicht verlieren in der Diskussion. Herr Johnen, verzichten Sie auf die Klarstellung? Und Herr Hellwig, verzichten Sie auf Ihre Wortmeldung? (*Hellwig*: Nur eine praktische Anregung!) Lassen Sie mich einige wenige Sätze sagen. Ich bin für Doppelmandate in beschränkter Zahl. Man darf die Landtage nicht völlig losreißen vom Bund.

Ich habe Herrn Johnen richtig verstanden, Herr Kollege Gerstenmaier. Von den Bundestagsabgeordneten wird doch sicher nicht verlangt, daß sie auf die Dörfer gehen und überall dort Reden halten sollen. Aber übersehen Sie doch bitte nicht, daß sich diese Wahlen, vor allem im Lande Nordrhein-Westfalen, in der Hauptsache um die Außenpolitik drehen werden. Und über Außenpolitik kann nun ein Landtagsabgeordneter nicht so sprechen, weil er nicht dabei ist. Da müssen die Bundestagsabgeordneten an die Front.

Johnen: Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen, der gewohnheitsrechtlich ein Doppelmandat hat; das ist der Landtagspräsident Gockeln⁴². Wir haben dann weiter die Herren Arnold und Meyers, die jetzt in den Bundestag gekommen sind. Entschuldigen Sie, wenn ich jetzt kategorisch rede. Ich habe den Herren verboten, aus dem Landtag zurückzutreten; denn es ist ausgeschlossen, daß sich die nachrückenden Kandidaten in einem halben Jahr in die Landtagstätigkeit einarbeiten. Ich wollte auf die Mitarbeit der Herren nicht verzichten, und zwar hatte ich als Landesvorsitzender einen egoistischen Grund dabei; denn wenn nun vier Kandidaten nachrücken, dann wollen sie, wenn

42 Josef Gockeln (1900–1958), 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947–1958 Landtagspräsident, 1949–1958 MdB. Vgl. PROTOKOLLE I S. 159 Anm. 5; Walter FÖRST in ZEITGESCHICHTE 5 S. 161–175.

sie ein halbes Jahr gearbeitet haben, auch bei der nächsten Wahl wieder aufgestellt werden. Infolgedessen habe ich die neuen Bundestagsabgeordneten gebeten, zunächst nicht aus dem Landtag auszutreten.

Hellwig: Ich möchte nur zwei kurze Anregungen geben. Um die Landtagswahlen interessant zu machen, müßte man herausstellen, daß die Landtagswahlen auch sehr wichtig für den Bundesrat sind, z.B. „Das Jahr 1958 – ein Jahr der Bundesratswahlen“. Gerade den Gewerbetreibenden müßte gesagt werden: Die Hälfte der Steuergesetzgebung macht der Bundestag, die andere Hälfte macht der Bundesrat. Wenn ihr eine vernünftige Steuerpolitik haben wollt, dann haltet die Landtagswahlen genauso wichtig wie die Bundestagswahlen.

Nun etwas zur Frage des Rednereinsatzes der Bundestagsabgeordneten. Warum hat das im letzten Sommer geklappt? Weil erstens Parlamentsferien waren und zweitens, weil ein langfristiger Rednerplan aufgestellt war und jeder auf fünf bis sechs Wochen hinaus seine Termine kannte. Es ist unmöglich, neben der Bundestagsarbeit kurzfristige Termine für Rednerverpflichtungen im Lande wahrzunehmen und einzuhalten. Hier muß also ein langfristiger Rednerplan aufgestellt werden.

Etzel: Ich möchte ein Wort sagen zur Vorbereitung dieser Wahl. Ich habe heute morgen den Bericht über die gestrige Besprechung der Länderfinanzminister erhalten.⁴³ Ich bekomme – das möchte ich vor allem in Anwesenheit der Länderministerpräsidenten sagen – den Eindruck, als ob sich dort jetzt schon eine Meinung gegen den Bund bilde, die im Hintergrund beim Wahlkampf benutzt werden soll. Herr Kollege Arnold, Sie waren so freundlich, mir die Ausführungen von Herrn Maier⁴⁴ zu schicken. Gestern hat eine völlige Einmütigkeit der Länderfinanzminister gegen den Bund bestanden. Herr Tapolski⁴⁵, der in Nordrhein-Westfalen im Finanzministerium eine Rolle spielt, hat erklärt, die Länderfinanzministerkonferenz und die Länder würden sich zum ersten Male gegen die Ausgabenpolitik des Bundes wenden. Hier geht also die Torpedierung vom Geldsäckel her gegen den Bund. Wir müssen gerade den Anfängen wehren. Ich stelle mich dafür im kleinen Arbeitskreis zur Verfügung, der bald zusammenkommen muß, um die Politik der Länder, soweit sie falsch gemacht wird, unter Kontrolle zu nehmen. Sie, Herr Johnen und Herr von Hassel, wollen bitte dasselbe tun. Wir müssen die Länderfinanzminister, die zu uns gehören, politisch dahin korrigieren, daß sie sich nicht zum Vorspann und Rammbock einer solchen Entwicklung machen lassen. Wir müssen jetzt aufpassen, sonst ist es zu spät.

Ein zweites Wort zu der Preisfrage! Seien Sie davon überzeugt, daß wir die Bedeutung der Preislage und der Preisentwicklung sehen. Man kann aber gewisse Dinge leider nicht ändern, weil sie sonst inflatorisch werden. Es ist uns lieber, daß die

43 Vgl. FAZ vom 17. Januar 1958.

44 Nicht zu ermitteln.

45 Hans-Joachim Tapolski (1897–1966), Ministerialdirigent im Finanzministerium NW bis 1962 (zunächst Leiter Haushaltsabteilung, dann der Abteilung Vermögens- und Schuldenverwaltung).

Dinge, die notwendigerweise in fünf Monaten kommen, jetzt vorweg gekommen sind, sonst haben wir nachher bei den Wahlen die Malaise.

Adenauer: Wir kommen zum folgenden Punkt, nämlich zur Frage: Verhandlungen zwischen irgendwelchen Teilen der christlichen Kirchen und der Sozialdemokratie. Das Wort hat Herr Kollege Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Wir müssen unser Interesse diesem Ereignis von München⁴⁶ zuwenden; aber nicht deshalb, weil es sich darum handeln könnte, daß unsere jetzige Monopolstellung als christliche Partei in Deutschland in Frage gestellt wäre. Ich glaube auch nicht, daß die Bewegung innerhalb der Sozialdemokraten und auch die Bewegung innerhalb der beiden Kirchen auf die Sozialdemokraten zu im Volksbewußtsein und in unserem eigenen Bewußtsein die Position erschüttern könnte, die darin besteht, daß wir heute die – nicht nur im Namen – eigentliche, sich zum programmatischen Christentum bekennende Partei sind. Die Schwierigkeit scheint mir darin zu liegen, daß bei den beiden christlichen Kirchen ein legitimes Recht verspürt wird, so etwas zu machen; denn im Bewußtsein der beiden christlichen Kirchen steht die missionarische Verpflichtung vor dem Politischen. Das ist traditionell, das ist eine Gemeinsamkeit der christlichen Kirchen innerhalb der Ökumene. Das ist unanfechtbar. Infolgedessen würde ich, wenn ich katholischer Kleriker wäre, nichts gegen die Entscheidung des Münchener Erzbischofs⁴⁷, der diese Sache akzeptiert hat, sagen können; denn das folgt aus dem klarbewußten Vorgang des Missionarischen in der Kirche vor dem Politischen.

Ich glaube also, daß wir das einfach zur Kenntnis nehmen und uns als Partei damit abfinden müssen. Es bleibt uns dennoch ein weiter Spielraum, in dem wir uns auseinandersetzen können und auseinandersetzen müssen. Wir haben gesehen, daß bei den Sozialdemokraten ein positiver Bekenntnisakt in der Richtung zum christlichen Grundbekenntnis im Laufe dieser Jahre stattgefunden hat; ich glaube aber, daß bei der Sozialdemokratie in der Tat sich eine Art Bewußtseinszweifel vollzieht und daß dieser Bewußtseinszweifel weit stärker von taktischen Überlegungen her gespeist wird als von irgendeiner Art grundsätzlicher Konversion. Ich mißtraue auch der programmatischen Abkehr von Karl Marx innerlich sehr stark, weil ich nicht glaube, daß sich diese programmatische Abkehr von Karl Marx in der Erkenntnis einer anderen Wahrheit, einer höheren Wahrheit vollzieht; sie geschieht aus der Einsicht, daß mit den alten marxistischen Ladenhütern kein Geschäft mehr zu machen ist bei den leidlich wiederhergestellten politischen Massen.

46 Tagung der Katholischen Akademie in Bayern am 11./12. Januar 1958. – Vgl. Anm. 18; AdG 1958 S. 6849f.; Frederic Spotts: Kirchen und Politik in Deutschland. Stuttgart 1976 S. 290; GAULY S. 156.

47 Josef Wendel (1901–1960), 1928 Priesterweihe, 1929–1938 Direktor des Bischöflichen Studienheims, 1938–1941 des Caritasverbandes in Speyer; 1941–1943 Weihbischof, 1943–1952 Bischof von Speyer, 1952–1960 Erzbischof von München und Freising (1953 Kardinal), 1956 erster katholischer Militärbischof der Bundeswehr.

Wo also mit dem marxistischen Rezept nichts mehr zu machen ist und weil sich das bei den Einsichtigen herumgesprochen hat, müssen auch die anderen, die es nicht gerne haben, vorsorglich mitmachen; denn sonst bringt man die Partei nicht an die Macht. Ich würde es im Blick auf den geistigen Vorgang so ausdrücken, daß es sich nach meiner Überzeugung leider nicht um einen echten Bekenntnisakt der sich wandelnden Sozialdemokraten handelt, sondern um die Einsicht in politisch-propagandistische Notwendigkeiten, die zur Erlangung der Macht einfach unerlässlich sind, weil man sonst über gewisse Grenzen nicht hinauskommt. Wer Volkspartei in Deutschland werden will, darf sich mit dem Traditionsgut des Christentums und der Christenheit nicht auf ein gespanntes polemisches Verhältnis einlassen. Wer das tut nach 1945, der hat keine Aussicht, über die 30%- bzw. 40%-Grenze hinauszukommen.

Was vollzieht sich auf diese Weise in der Sozialdemokratie? Es vollzieht sich eine Art Säkularisationsprozeß gegenüber dem eigenen Ideengut, das nicht nur einen doktrinären Inhalt, sondern auch einen gewissen Sinn für diese Partei gehabt hat. Das Verhältnis zur Idee des Marxismus war positiv. Es lockerte sich immer mehr unter taktischen Gesichtspunkten. Diese Partei wird immer stärker in diesem Sinne säkularisiert, d.h., das weltanschauliche Programm wird immer mehr dem Takt- und Machtmäßigen unterworfen. Es kann also so oder so verfahren werden. Es tritt in dieser Partei eine ungeheure weltanschauliche Labilität ein, die es mit jedem und mit allem kann, auch mit dem katholischen Erzbischof, zum ersten Male in der Geschichte. Das ist nicht die Folge einer Konversion, sondern ein Symptom der Labilität der inneren Haltung der SPD.

Warum rede ich davon? Ich würde mir gar nicht diese Mühe machen, hier darüber zu sprechen, wenn ich mich nicht fragte: Was geht uns eigentlich dabei an? Uns geht dabei wiederum an, daß wir es unsererseits so nicht halten können und nicht halten dürfen, d.h., wir müssen unser Profil behalten. Es ist das Wort, das von unseren katholischen Freunden ohne Arg und ohne Vorbehalt angewendet wird, das aber auf dem Boden des Protestantismus nur mit größter Vorsicht verwendet werden kann und in der Evangelischen Akademie am besten überhaupt nicht benützt wird. Die CDU-Leute sollten Wert darauf legen, daß wir das sind und bleiben, was man eine Weltanschauungspartei nennt. Mein Freund Osterloh⁴⁸ sieht mich an, und ich frage mich, ob man im Blick auf den protestantischen Flügel in der CDU es überhaupt riskieren kann, so etwas zu sagen. Deshalb ist es wichtig, daß man hier im Bundesvorstand darüber spricht. Vielleicht ist der Parteiausschuß, sicher aber ein Parteitag ein zu großer Kreis, um diesen im Bewußtsein des Protestantismus problematischen Begriff aufzunehmen. Ich nehme ihn hier auf, weil man sich am schnellsten darüber verständigen kann. Ich meine damit, daß die CDU sich als

48 Edo Osterloh (1909–1964), 1935–1941 Dozent an der Kirchlichen Hochschule Berlin (Bekennende Kirche), 1953–1956 im Bundesministerium des Innern bzw. für Familienfragen, 1956–1964 Kultusminister in Schleswig-Holstein (CDU).

eine christlich bestimmte Volkspartei mit ihrer Kontur und damit auch mit ihrer ansprechenden Kontur, allerdings auch mit ihren Abgrenzungen gegenüber anderen, nicht halten läßt, wenn wir in eine ähnliche Situation hineingeraten, d.h., wenn wir nur unter dem Gesichtspunkt der taktischen Machtverhältnisse anfangen, im politischen Bereich zu manipulieren.

Ich habe immer Bedenken gehabt, dieses oder jenes zu machen, auch z.B. mit den Kirchen. Ich war immer der Meinung, daß die Kirchen von sich aus nicht beliebig weit mit allem und jedem gehen können. Sie können sich zwar an einen Tisch setzen, aber nicht gemeinsame Resolutionen finden mit jedem Gesprächspartner. Das ist unmöglich.

Mich haben in diesem Bericht über München am meisten die Darlegungen des Professor Gundlach⁴⁹ interessiert. Gundlach hat nach meiner Überzeugung den Kern des Problems erfaßt. Er hat nicht nur für die katholische Kirche, sondern eigentlich auch für eine sich christlich nennende Weltanschauungspartei, wie es die CDU ist, dem Gegner gesagt: Wie haltet ihr es denn mit der grundsätzlichen Bindung des politischen Verhaltens, auch im Taktischen? Wie haltet ihr es mit dem Grundgedanken einer absoluten Verpflichtung über Machterwägungen hinaus? Er hat gefragt und damit ihre liberale Tragik ganz aufgedeckt und ihr Handeln völlig in Frage gestellt. (*Seffrin*: Das war der Erfolg!) Sicher! Gundlach fragt die Sozialdemokraten, auch uns: Wie haltet ihr's denn, und wie gedenkt ihr, bei eurem Selbstbewußtsein zu bleiben und das wahrzunehmen? Mit anderen Worten: Auch für uns ergibt sich aus der Frage Gundlachs an die Sozialdemokraten, ob wir bei dem bleiben wollen, womit wir angetreten sind, oder ob wir der Meinung sind, daß es auch für uns – um die über 50 % hinausgehenden Stimmen zu zementieren – zweckmäßiger sei, das Weltanschauliche zurücktreten zu lassen hinter den Problemen der Volkspartei, der liberalisierten Volkspartei, die möglichst vielen Interessenten eine sichere und brauchbare Heimstätte bietet. Das ergibt sich nebenher aus dem, was Professor Gundlach, nach meiner Überzeugung mit Recht, die Sozialisten gefragt hat.

Herr Bundeskanzler! Wenn ich im Augenblick etwas exemplifizieren darf, von dem Sie gesprochen haben, dann würde ich sofort die Mißbilligung einiger unserer Freunde finden. Aber ich darf einen Punkt konkretisieren. Ich bin der Meinung, daß summa summarum – obwohl sich vieles zur Rechtfertigung sagen läßt – unser Kuchen-Ausschuß⁵⁰ im letzten Bundestag mit seinen großartigen Leistungen im großen und ganzen ein negatives Experiment für unser staatliches, aber auch parteiliches Selbstbewußtsein gewesen ist. Ich sage, auch dabei mischen sich viele Absichten und viele Motive; aber es sind einige Motive dabei, denen gegenüber wir

49 Dr. Gustav Gundlach SJ (1892–1963), 1923 katholischer Priester, Sozialwissenschaftler, 1929 Professor in St. Georgen, ab 1938 in Rom. Vgl. Anton RAUSCHER in ZEITGESCHICHTE 2 S. 159–176, zur Münchener Rede S. 174f. – Gundlach sprach über „Christentum und demokratischer Sozialismus“.

50 Vgl. Anm. 31.

nur mit größten Vorbehalten reagieren können und sollen. Ich sage das nicht, um jemand anzugreifen, sondern weil ich nicht möchte, daß man in abstrakter Form etwas zu einer Auseinandersetzung sagt, in der man die Beziehungen zur politischen Realität herstellen will, was mich verdrossen hat. (*Zurufe*: Was heißt das? Das ist unklar! – *Unruhe*.)

Lieber Freund Osterloh! Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir unter die Arme griffen. Die Position des Protestantismus wurde auf dieser denkwürdigen Begegnung ausschließlich wahrgenommen von dem Protestanten und Sozialdemokraten Arndt⁵¹, der sich sehr viel darauf zugute getan hat, die Grundkonzeption des Materialismus und Marxismus – also unser geschworener ideeller wie politischer Gegner – und den militanten Pragmatismus als die heute allein mögliche Position des deutschen Protestantismus im denkerischen Feld der Kirche darzustellen. Das ist einfach unerhört; denn die Darlegungen von Arndt über das protestantische Verhältnis zum Naturrecht entsprechen einfach nicht der Wirklichkeit. Sie geben die Position des militanten Pragmatismus wieder. Ich weigere mich sogar anzuerkennen, daß das die Position des Protestantismus ist. Die Bekenntnisakte des Protestantismus stehen klar auf der Seite des Naturrechts, sogar die des kalvinistischen Protestantismus und der Staatskirche. Das können wir uns nicht wegnehmen lassen; denn hier ist eine elementare Komponente unseres ideellen Zusammengehens in der politischen Praxis innerhalb der Christlich-Demokratischen Union gegeben. Ich frage mich, ob das nicht als Randbemerkung – wenigstens das letzte – von evangelischer Seite aus dem Bereich der CDU zu den Münchener Gesprächen verwendet werden kann, damit es hier keine Mißverständnisse und keine Gedankenverwirrung gibt.

Adenauer: Ich bin in wesentlichen Punkten der gleichen Ansicht wie der Herr Kollege Gerstenmaier. Ich bin in wesentlichen Punkten aber auch völlig entgegengesetzter Meinung. Zunächst scheint es mir so zu sein, Herr Gerstenmaier, daß Sie sich in Ihren Ausführungen sehr stark widersprochen haben. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Sie haben damit begonnen, man könne den christlichen Kirchen diese missionarische Tätigkeit nicht unterbinden, und man müsse das einfach zur Kenntnis nehmen. (*Gerstenmaier*: „Den Vorrang des Missionarischen vor dem Politischen“ habe ich gesagt!) Und dann haben Sie gesagt, es habe sich in München um nichts anderes gehandelt als um politisch-propagandistische Notwendigkeiten der Sozialdemokraten, die zur Erlangung der Macht einfach unerläßlich seien. Das haben Sie wörtlich gesagt. (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Gerstenmaier*: Das Motiv! – *Unruhe und Bewegung*.) Lassen Sie mich doch einmal aussprechen. (*Gerstenmaier*: Das Motiv habe ich gemeint!) Das Motiv! Verzeihen Sie, ich bestreite mit der größten Entschiedenheit, daß irgendein Organ der katholischen Kirche eine missionarische Tätigkeit hier ausübt

51 Dr. Adolf Arndt (1904–1974), 1949–1969 MdB (bis 1963 Geschäftsführer der SPD-Fraktion), 1956–1964 Mitglied des SPD-Vorstands, 1963–1964 Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin. – Dieter GOSEWINKEL: Adolf Arndt. Die Wiederbegründung des Rechtsstaats aus dem Geist der Sozialdemokratie (1945–1961). Bonn 1991.

gegenüber den katholischen und evangelischen Sozialdemokraten. Wenn das so ist, wie Sie sagen, dann ist die Sozialdemokratie eine Weltanschauungspartei, in der vereinigt sind getaufte katholische und evangelische Christen. Und denen soll man missionarisch in dieser Weise gegenüberreten! Das Ganze war – Sie haben es ja später ausdrücklich bestätigt – nichts anderes als eine politisch-propagandistische Aktion der Sozialdemokraten. Deswegen bedaure ich es außerordentlich, daß man sich in München von katholischer Seite dazu hergegeben hat. Und dabei bleibe ich auch. Dafür sind die Kirchen nicht da! (*Gerstenmaier*: Zur Präzisierung, Herr Bundeskanzler! Ich sage nichts anderes als das: Die Motive, mit denen man die beiden Gesprächspartner an den Tisch gebracht hat, sind ganz verschieden. Von seiten der Sozialdemokraten ist ohne Zweifel das Bedürfnis nach Propaganda vorhanden, um hier etwas zu erreichen. Auf der Seite der Kirchen aber, auch in der Katholischen Akademie und in der Evangelischen Akademie, herrscht das Bewußtsein der missionarischen Verpflichtung vor.) Das bestreite ich Ihnen völlig. Das bestreite ich restlos! Das war keine missionarische Tätigkeit, was da in München abgelaufen ist. (*Arnold*: Wir sind im Grunde der gleichen Auffassung!) Nein, wir sind verschiedener Auffassung; denn ich beabsichtige, bei den katholischen Bischöfen entschieden Protest dagegen einzulegen. (*Arnold*: Einverstanden!) Aber Herr Gerstenmaier sagt: Das war eine missionarische Tätigkeit, die können Sie nicht inhibieren. (*Gerstenmaier*: Das Motiv, das die Katholiken an den Tisch gebracht hat, war missionarisch. Es war nicht das, die Sozialdemokraten zu unterstützen.) Es war eine rein politische Aktion. Sie haben gesagt, die Sozialdemokratie sei zu der Überzeugung gekommen, daß sie über die 30%-Grenze dadurch gelange, wenn sie von ihren bisherigen Angriffen gegen das Christliche abrücke. Deswegen haben sie sich dieses Mäntelchen umgehängt.

Auch in einem anderen Punkt irren Sie sich. (*Gerstenmaier*: Nein! – *Unruhe und Bewegung*.) Meine Herren! Die Sache ist so wichtig, daß ich bitten möchte, ihr die nötige Aufmerksamkeit zu schenken, die sie verdient. Diese Sache geht an die Wurzel unserer Partei. Und dabei bleibe ich. Sie haben gesagt, das richte keinen Schaden an. Das richtet aber doch einen sehr großen Schaden an, wenigstens auf katholischer Seite. Wenn ich höre, daß sich der Herr Arndt und der Herr Carlo Schmid unter dem Patronat des Erzbischofs von München mit den anderen Herren zusammensetzen und Meinungen austauschen und dann feststellen: Darin sind wir einig, und darin sind wir nicht einig, und wenn sie dann beschließen – diese Nachricht hat nicht in der Presse gestanden –, die Gespräche fortzusetzen, wie sollen wir dann noch in unseren katholischen Organisationen im vopolitischen Raume die Leute bei der Stange halten? Das ist doch völlig unmöglich.

Das ist bei Ihnen deswegen anders, weil ein sehr großer Teil der Evangelischen in Deutschland, wie mir Evangelische gesagt haben, auf ihren Klerus überhaupt nicht hören. Denen ist das egal. Aber auf katholischer Seite ist das anders; denn da hört noch ein großer Teil auf den Klerus. Und wenn sich derartige Sachen wiederholen, dann garantiere ich Ihnen dafür, daß schon bei den Landtagswahlen und später bei den Bundestagswahlen erst recht wir eine schwere Einbuße bekommen. Die Herren

Arndt, Carlo Schmid und von Knoeringen machen das doch nur – das geben sie doch selbst zu – aus parteipolitisch-taktischen Gründen. Sie haben doch die Sache inszeniert. Und die katholischen Faktoren, die in München waren, haben ihnen doch Gelegenheit dazu gegeben, um die Sache aufzuziehen. Ich wiederhole: Wenn wirklich das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit, auch die Sozialdemokratische Partei, sich grundsätzlich auf das christliche Fundament stellte, dann wäre ich sehr dankbar dafür und würde sagen, jetzt ist eine andere Parteiengruppierung möglich und nötig. Aber das ist eben leider nicht der Fall.

Rechnen Sie mal zusammen, wieviel führende Sozialdemokraten aus den Kirchen ausgetreten sind. Das müssen Sie einmal ausrechnen! Ich kenne die Zahlen. Allein in der Stadtverordnetenversammlung in Hannover sind (*Fricke*: 95 %!) 95 % aus der Kirche ausgetreten. Das sind doch Fakten; die gelten mehr als die schönen Worte von Carlo Schmid. Sie gelten viel mehr als die Reden des Herrn von Knoeringen und die selbstgefälligen Tiraden des Herrn Arndt, die Sie doch auch ablehnen. Wenn das so weitergeht, wird es einen großen Schaden anrichten, und zwar nicht nur für unsere Partei. Wir werden die Politik in Deutschland dann nicht mehr auf dem christlichen Fundament halten können. Wenn nämlich die Sozialisten die Mehrheit bekommen sollten, dann werden Sie schon sehen, wie es mit den christlichen Grundsätzen dann bestellt sein wird.

Was ich als Hauptsache bei den christlichen Grundsätzen ansehe, das ist die persönliche Freiheit des einzelnen Menschen. Das ist für mich das Entscheidende. Solange ein Mensch sich nicht gegen legale Gesetze vergeht, soll er seine persönliche Freiheit haben; er mag nun christlich oder nicht christlich sein, das hat er zu verantworten; aber er soll frei sein. Sehen Sie doch, was sich da tut auf dem Gebiete! Man hat in München über Sozialisierung gesprochen. Die Sozialdemokraten sagen, wir denken gar nicht mehr an eine Sozialisierung. Aber sie wollen es auf eine andere Weise machen. Das hat Herr Freitag⁵² einmal in einem Gespräch, wo ich zugegen war, sehr deutlich gesagt. Sie wollen die Löhne, zunächst bei den Bergarbeitern, so hoch treiben, daß die ganzen Zechen nicht mehr rentabel sind. Sie wollen dadurch den Staat zwingen, die Zechen zu verstaatlichen. Und wenn sie das haben, dann ist eine notwendige Folge die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlwerke. Wenn dann die Bergwerke und die Eisen- und Stahlwerke in der Hand des Staates sind, kommt die chemische Industrie dran. Es war von Anfang an ihr Programm, daß sie verstaatlichen, d.h. sozialisieren wollen die Bergwerke, die Eisen- und Stahlwerke und die chemische Industrie. Die Atomwirtschaft wird von vornherein aus dem Zwang der Verhältnisse heraus verstaatlicht werden. Und dann haben wir die Allmacht des Staates. Dann ist es mit der persönlichen Freiheit vorbei! Dann haben Sie die Gewerkschaften und die staatlichen Funktionäre. Bei der Rücksichtslosigkeit, die die Sozialdemokratie in

52 Walter Freitag (1889–1958), 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen (SPD), 1946–1952 Vorsitzender der IG Metall, 1949–1953 MdB, 1952–1956 Vorsitzender des DGB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 110 Anm. 9.

Verfolg ihrer Ziele zeigt, in allen Bereichen, ist es dann mit dem, was wir doch als eine Haupterrungenschaft des christlichen Geistes in diesem Jahrhundert betrachten, nämlich mit der persönlichen Freiheit des Menschen gegenüber der Allmacht des Staates, vorbei. Dann herrschen eben die Funktionäre.

Deswegen habe ich die größten Sorgen. Die Sozialdemokraten machen es heute sehr viel geschickter als früher. Ihre Tätigkeit, insbesondere auf dem Lohngebiete, übertragen sie zum großen Teil auf die Gewerkschaften. Also, diese Angelegenheit geht an die Wurzel. Mir hat neulich der Herr Pferdenges gesagt, daß eine der besten Zechen – ich habe den Namen vergessen – (*Hellwig: Harpen!*⁵³) mit einem Grundkapital von über hundert Millionen DM nur einen Reingewinn von einer Million DM habe nachweisen können. Halten Sie sich das einmal vor Augen. Eine der besten Zechen, die wir im ganzen Industriegebiet haben – die Herren aus dem Industriegebiet werden das bestätigen –, hat nur ein Prozent Reingewinn! Andere haben noch weniger. Das Ganze ist sicher zum großen Teil auch durch die ständige Erhöhung der Bergarbeiterlöhne gekommen, zusammen mit der Verringerung der Arbeitszeit. Man sieht also das Ende der freien Kohlewirtschaft buchstäblich vor den Augen. Dann kommt die Eisen- und Stahlindustrie dran. (*Gerstenmaier: Warum greifen Sie mich eigentlich an?*) Ich greife Sie an, weil Sie eben so falsch gesprochen haben. Es war hier und da etwas Richtiges dran, aber im großen und ganzen nicht. (*Heiterkeit. – Widerspruch von Gerstenmaier.*) Es geht also um die Freiheit des Individuums. Im Parteausschuß können wir über diese Frage nicht gut sprechen. Deswegen habe ich eben darum gebeten, einen Ausschuß von etwa fünf Herren, und zwar evangelische und katholische, einzusetzen, um über diese Materie zu sprechen und zu überlegen, was man gegen die Sache tun kann. Glauben Sie mir, es ist eine große Gefahr.

Hellwig: Das Münchener Gespräch ist nicht nur zu sehen als ein Beitrag im Kampfe der SPD, um die 30%-Grenze zu überschreiten, sondern auch als ein Beitrag im internen Kampf um die Führung der SPD. Es ist der bürgerlich-intellektuelle Flügel um Carlo Schmid herum, der nunmehr um die Führung ringt und diesen Vorstoß, d.h. ein solches SPD-Gespräch, versucht. Wir wissen – ich darf bitten, die Dinge vertraulich zu behandeln –, daß eine Umorganisation der sozialdemokratischen Arbeitnehmerbetreuung, so möchte ich es einmal nennen, im Augenblick über die Bühne geht. Innerhalb des Parteivorstandes ist das bisher einheitlich zusammengefaßte Referat für Gewerkschaften und Betriebsarbeit aufgeteilt worden, um ein selbständiges Referat nur für Betriebsarbeit zu schaffen. Beide Referate sind zur Aufnahme der Koordinierung Herbert Wehner⁵⁴ unterstellt worden. Das Ziel ist, in allen Betrieben aktive sozialdemokratische Betriebsgruppen zu bilden, die einen hauptamtlichen

53 5 km nordöstlich von Bochum.

54 Herbert Wehner (1906–1990), 1949–1983 MdB (SPD), 1958–1973 stv. Parteivorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 413 Anm. 170; Knut TERJUNG (Hrsg.): Der Onkel. Herbert Wehner in Gesprächen und Interviews. Hamburg 1986. – Zur Umstrukturierung in der SPD vgl. KLOTZBACH S. 401–421, insbes. S. 417–421.

Parteifunktionär als Betreuer haben. Das Ziel der ganzen Gruppe ist: Zurück zur Arbeiterpartei. Es ist der Kampf von Wehner gegen die bürgerlich-individuellen Elemente seiner Partei. Er scheut sich nicht, um seine Hausmacht zu verstärken, zu sagen: Wir brauchen die Bürgerlich-Intellektuellen nicht, wir wollen zurück zur Arbeiterpartei.

Das ist wichtig zu wissen, um auch das Ringen von Carlo Schmid und von Knoeringen zu verstehen, nämlich Zugang zu gewissen Gruppen außerhalb der Partei zu finden, um dadurch ihre eigene Position in diesen parteiinternen Dingen zu verbessern.

Wir stehen nun vor der sehr ernsten Frage, ob der Aktivierung der Betriebsgruppenarbeit der SPD von unserer Seite aus nicht etwas Ähnliches gegenübergestellt werden muß. Das ist ein Punkt, der in diesem Ausschuß auch ernsthaft überlegt werden muß. Wir haben mehrere Gruppen, die sich um die Betriebsarbeit bemühen. Herr Eberhard Müller⁵⁵ bemüht sich, in Bad Boll eine betriebliche Arbeit aufzuziehen. Aber die Dinge sind noch nicht ausgeborn. Wir müssen jedoch zu einer klaren Konzeption kommen, sonst ist von der sozialistischen Seite her schon etwas organisiert, ehe wir überhaupt wissen, was wir wollen.

*Zimmermann*⁵⁶: Ich habe als Generalsekretär der bayerischen CSU die Vorbereitung der Münchener Tagung und ihre Durchführung aus nächster Nähe miterlebt. Vielleicht interessieren Sie deshalb ein paar Bemerkungen. Der Missionsanspruch der Kirchen ist selbstverständlich nicht zu bestreiten; er richtet sich auf das Einzelindividuum und auf die Ziele dieses Individuums, aber nicht an ein Kollektiv. Er richtet sich nicht an die deutsche Sozialdemokratie, die sich zu Teilen jetzt propagandistisch umorientiert. Dahin richtet sich der Anspruch also nicht, und so darf er nicht verstanden werden.

Der Direktor dieser Akademie ist ein neunundzwanzigjähriger, sehr vielversprechender Geistlicher⁵⁷, ein gescheiter, ein energischer und ein sehr ehrgeiziger Mann. Als diese Akademie vor wenigen Monaten gegründet worden ist, hat er sich zum Ziel gesetzt, mit einem Schlag die große Publizität, die die Evangelische Akademie in den letzten Jahren angesammelt hat, mit einer Sensationsvorstellung zu übertrumpfen.

55 D. Dr. Eberhard Müller (1906–1989), evangelischer Theologe; 1945 Gründer der Evangelischen Akademie Bad Boll, Leiter bis 1972, 1947–1972 Vorsitzender des Leiterkreises der Evangelischen Akademien.

56 Dr. Friedrich Zimmermann (geb. 1925), 1955–1965 Hauptgeschäftsführer und Generalsekretär (1956) der CSU, 1957–1991 MdB, 1982–1989 Bundesminister des Innern, 1989–1991 für Verkehr (Memoiren: Kabinetttstücke. Politik mit Strauß und Kohl 1976–1991. München 1991).

57 Dr. Karl Forster (1928–1981), katholischer Theologe, 1957–1967 Direktor der Katholischen Akademie in Bayern, 1967–1971 Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, seit 1971 Professor für Pastoraltheologie in Augsburg. – Vgl. Anton RAUSCHER in ZEITGESCHICHTE 6 S. 231–249.

Mir ist nur schleierhaft, wieso das Münchener Kapitel und der Kardinal Wende⁵⁸ hier mitgegangen sind.

Wir haben gesehen, was für eine Sensation schon in der Ankündigung der gesamten deutschen Presse dieser Tag gewesen ist. Wir haben in den letzten Tagen noch versucht, Herrn Professor Gundlach zu überreden, daß er krank werden solle, damit die Tagung – weil der wichtigste Redner fehlt – nicht zustande käme. Das ist uns aber nicht gelungen. Nun haben wir gesehen, daß die SPD ihre gesamte erste Garnitur aus dem Bundestag und aus den Länderparlamenten nach München gebracht hat. Sie hat sogar als Teilnehmer der Versammlung Herrn Heinemann und Frau Wessel⁵⁹ vorgeschlagen, was diese allerdings ablehnten. Das Interesse der deutschen Sozialdemokratie – Herr von Knoeringen hat maßgeblich mitgearbeitet – war sehr groß, um die österreichischen Sozialisten Pittermann⁶⁰ und Genossen nach München zu bekommen, die bahnbrechend für diese Reformer in der SPD in den letzten Jahren in Österreich gewirkt haben und die zu einem sehr erträglichen Verhältnis mit der katholischen Kirche in Österreich bereits gelangt sind. Aber nachdem vor etwa 14 Tagen die ÖVP und die SPD zusammen die immer noch geheimgehaltenen Noten an den Heiligen Stuhl geschickt hatten, wonach sie das Dollfuß-Konkordat⁶¹ anerkennen, aber gleichzeitig Verhandlungen über ein neues Konkordat wünschen, haben sich die österreichischen Sozialisten nicht recht getraut, zu dieser Münchener Akademie-Tagung zu erscheinen, weil sie nicht wußten, läuft es glatt ab oder nicht, und weil sie sich möglicherweise bei einem nicht glatten Ablauf damit belastet hätten; sonst aber wäre die Popularität noch viel größer gewesen, wenn der österreichische Vizekanzler Pittermann auf dieser Tagung das Wort ergriffen hätte. Herr Dr. Gerstenmaier hat recht, die evangelische Seite war nur durch Herrn Arndt vertreten, der sich mit einem Ausschließlichkeitsanspruch sondergleichen als der Vertreter der protestantischen Sache hingestellt und eine Reihe von angeblichen Gegensätzen zwischen der katholischen und der evangelischen Seite aufgerissen hat, und zwar mit einer deutlichen Spitze gegen die Union.

58 Vgl. Anm. 47.

59 Helene Wessel (1898–1969), 1928–1933 MdPrL (Zentrum), 1945 Mitgründerin der Deutschen Zentrumspartei (1949–1951 Vorsitzende), 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948–1949 MdPR, 1949–1953 und 1957–1969 MdB (bis Dezember 1951 Vorsitzende der Zentrumsfraktion; Fraktionswechsel, bis November 1952 FU, dann fraktionslos, ab 1957 SPD), 1952 Mitgründerin der Gesamtdeutschen Volkspartei, bis 1957 Mitglied des Präsidiums. – Vgl. Walter HENKELS: 111 Bonner Köpfe. Düsseldorf/Wien 1963 S. 363–365.

60 Bruno Pittermann (1905–1983), österreichischer Politiker (SPÖ), 1945–1971 Mitglied des Nationalrats; 1957–1967 Vorsitzender der SPÖ, 1957–1966 Vizekanzler, 1966–1971 Vorsitzender der SPÖ-Fraktion, 1964–1976 Vorsitzender der Sozialistischen Internationale.

61 Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und Österreich, das unter dem damaligen österreichischen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß am 5. Juni 1933 unterzeichnet wurde. Text in PROTOKOLLE DES MINISTERRATES der ersten Republik Abt. VIII Bd. 3. Wien 1983 S. 433–442.

Wenn diese Tagung wiederholt wird, dann wird das verheerende Folgen für die Union haben. Darüber ist gar kein Zweifel! Carlo Schmid und Arndt waren so geschickt und verführerisch im Gebrauch der Akzente, daß jeder unbefangene Beobachter und sogar die Journalisten – das Beispiel Wenger ist bezeichnend – beeindruckt sein mußten von den Ausführungen dieser führenden deutschen Sozialdemokraten. Man muß dafür sorgen, daß es eine einmalige Sache bleibt. Der Herr Bundeskanzler wird sich persönlich bemühen müssen. Dann wird diese Sache in Vergessenheit geraten. Aber das wird nicht der Fall sein, wenn sich die andere Richtung durchsetzt. Dann werden wir mit den ganzen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, in denen die Österreichische Volkspartei jetzt mitten drin ist.

Cillien: Zur Geschäftsordnung! Nicht weil dieses Thema nicht wichtig ist, sondern weil es zu wichtig ist, um hier schnell durchdiskutiert zu werden, schlage ich vor, daß wir nunmehr die Mitglieder für einen Ausschuß bestimmen, der dann diese Dinge mit Ruhe und Sachlichkeit behandeln kann.

Adenauer: Zum Wort haben sich noch gemeldet Herr Osterloh, Frau Dr. Jochmus und Sie. (*Cillien:* Ich wollte nur das sagen!) Das Wort hat Herr Osterloh.

Osterloh: Ich beschränke mich auf die Frage: Was kann man praktisch tun? Es scheint mir wichtig zu sein, daß wir die Beziehungen zu den kirchlichen Behörden auf beiden Seiten ausnutzen, um dort die Überzeugung zu stärken, daß es der Sozialdemokratie allein darauf ankommt, taktisch den Eindruck zu erwecken, als ob sie auch für gläubige Katholiken eine politische Heimat darstelle. Wenn das nämlich gelingt, wird es auch auf die kirchlich-protestantischen Kreise Eindruck machen. Es scheint mir wichtig zu sein, daß das antichristliche Verhalten der Sozialdemokratie herausgestellt wird. Es gibt solche antichristlichen Äußerungen unter den Sozialdemokraten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß in der Tat jeder Mann der Kirche von missionarischem Drang erfüllt ist. Jeder Mann fühlt sich verpflichtet, in der Kirche einen überparteilichen Standpunkt einzunehmen. Auf die verantwortlichen Kreise werden wir nur mit Tatsachen Eindruck machen. Darum ist es notwendig, Gespräche zu führen. Die Evangelische Akademie ist stärker mit uns als mit der Gegenseite verbunden; auch der Evangelische Kirchentag arbeitet lieber mit uns zusammen. Er wird seine nächste große Münchener Tagung in Hamburg durch einen Kongreß vorbereiten.⁶² Es ist bezeichnend, daß dieser Kongreß, der eine Woche dauert, auch eine politische Sektion hat. Ich bin gebeten worden, die Leitung dieser Sektion zu übernehmen. Aber auch Herr Arndt ist gebeten worden, auf dieser Sektion den einleitenden Vortrag zu halten. Ich komme hier zu dem Ergebnis: Die von uns einzusetzende Arbeitsgruppe müßte mithelfen, daß zu dieser Sektionsleitung sachverständige politische Freunde hingehen. Der Kirchentag ist dazu bereit.

⁶² Ein vorbereitender Kirchentagskongreß fand vom 16. bis zum 20. April 1958 in Hamburg statt („Die Welt“ vom 21. April 1958); es folgte der 9. Evangelische Kirchentag in München vom 12. bis 16. August 1959 (AdG 1959 S. 7889–7891).

Ich habe nach langen und schweren Überlegungen und nicht ohne die Zustimmung meines Landesvorsitzenden, des Herrn von Hassel, zugesagt. Ich hatte das Bedenken, der Kirchentag wird dadurch den Eindruck in der Öffentlichkeit erwecken, als ob die Sozialdemokraten mit uns Arm in Arm einig wären. Ich habe mir weiter gesagt, wenn ich abgesagt hätte, dann hätte man unter Umständen einen bekannten Sozialdemokraten, der nicht in der vordersten politischen Front steht, für die Leitung dieses Kongresses genommen. Mir blieb nichts anderes übrig, als den Versuch zu machen, uns hier zu vertreten. Erfolgreich kann das nur sein, wenn die politischen Freunde auch anwesend sind und denjenigen unterstützen, der hier versucht, unter Wahrung des kirchlichen Gesichts auch für die CDU als Partei werbend zu wirken.

Wichtig scheint mir zu sein erstens der Kontakt mit den Kirchenleitungen und zweitens, einen Überblick über die Schwerpunktveranstaltungen zu schaffen, an denen Gespräche nicht zu vermeiden sind. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Tagungen mit Persönlichkeiten besetzt werden, die in der Lage sind, dem Feinde die Stirn zu bieten. Wir müssen insgesamt den Eindruck einer Weltanschauungspartei pflegen und aufrechterhalten. Ich sehe keine andere Möglichkeit, dem Liberalismus und der Sozialdemokratischen Partei, die immer stärker versucht, den Eindruck einer liberalen und bürgerlichen Partei zu machen, entgegenzutreten.

Jochmus: Ich habe in der letzten Zeit verschiedene große Sorgen aus dem Evangelischen Arbeitskreis darüber gehört, daß dort eine Verwirrung besteht. Wir haben eine Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmer gegründet zur Vorbereitung der Sozialtagungen.⁶³ In diese Arbeitsgemeinschaft werden nun in zunehmendem Maße SPD-Vertreter hineingeschickt. Auch dieser Angelegenheit müssen wir stärker unser Augenmerk zuwenden.

Cillien: Ich darf folgende Herren für den Ausschuß vorschlagen: Dr. Gerstenmaier, Dr. Heck, Osterloh, Professor Dr. Süsterhenn⁶⁴, Dr. Krone und Dr. Stoltenberg.

Adenauer: Warum Herrn Süsterhenn? (*Cillien:* Ich dachte, es wäre gut, einen Mann hineinzunehmen, der diese Dinge ganz anders ansieht.) Der gegen den Willen aller anderen Herren dahin gegangen ist! (*Cillien:* Ich dachte, es wäre gut, einen Vorschlag von uns zu machen.) Alle haben ihm geraten, gehe nicht dahin, aber trotzdem ist er hingegangen.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich wollte zunächst das Wort zur Klarstellung und zu diesem Vorschlag nehmen. Es besteht nicht der mindeste Anlaß, daß wir uns an diesem Tisch Kontroversen bereiten, auch nicht der geringste Anlaß, daß der erste Parteivorsitzende mit seinen Stellvertretern in eine Kontroverse gerät. (*Adenauer:*

63 Arbeiterkongreß aller christlich-sozialer Arbeiter- und Standesorganisationen (GUNDELACH S. 219). Vgl. ACDP IV-001-042/2.

64 Dr. Adolf Süsterhenn (1905–1974), 1947–1965 Mitglied des CDU-Landesverbands Rheinland-Pfalz, 1957–1961 Präsident des Verfassungsgerichtshofs und des Oberverwaltungsgerichts von Rheinland-Pfalz (Schriften zum Natur-, Staats- und Verfassungsrecht. Hrsg. von Peter BUCHER, Mainz 1991). Vgl. PROTOKOLLE I S. 49 Anm. 131; Winfried BAUMGART in ZEITGESCHICHTE 6 S. 189–199.

Umgekehrt!) Das geht zu weit. Ich habe versucht, in großer Vorsicht klarzumachen, daß Nonkonformismus niemals eine Tugend an sich ist, aber ich möchte darum bitten, daß man für das Gegenteil gelegentlich auch Verständnis findet. Ich bleibe dabei – und zwar gebietet uns das der Respekt vor den Kirchen aller Konfessionen –, daß wir ihre Motive respektieren und anerkennen müssen.

Adenauer: Ein neunundzwanzigjähriger Geistlicher! Diese jungen Leute wissen gar nicht, wozu sie sich mißbrauchen lassen, gerade von der sehr gerissenen SPD. Sie sind geradezu vom Heiligen Geist verlassen.

Gerstenmaier: Sie können den Leuten vorwerfen, daß sie sich von der SPD-Propagandaaktion mißbrauchen lassen, aber Sie sollten nicht die Motive bestreiten, die ganz tief zurückgreifen.

Übrigens, Herr Kollege Zimmermann, ich kann es mir nicht verkneifen, als Theologe zu sagen, daß der Missionsbefehl sich nicht an das Individuum, sondern an die Völker wendet. Es besteht kein Anlaß, daß wir uns darüber streiten.

Ich habe gesagt, daß die SPD zur Säkularisation eine Chance hat. Die CDU sieht in der Säkularisation eine Gefahr. Ich habe das dann präzisiert: Es ist keine Gefahr, daß sich die SPD zu einer christlichen Partei entwickelt. Die Gefahr besteht nicht, sondern die Gefahr für uns an diesem Tische könnte eher darin bestehen, daß die CDU ihre Position, die einzige christliche Weltanschauungspartei in Deutschland zu sein, durch Säkularisierungstendenzen in ihren eigenen Reihen untergräbt und verliert. (*Arnold:* Dagegen sind Sie?) Dagegen bin ich! Ich bin dagegen, daß innerhalb der CDU – vielleicht aus organisatorischen Gründen oder um allen gerecht zu werden – der Gedanke der Säkularisation weitermarschiert. Wir können nicht durch die SPD, sondern nur durch den Verlust unserer eigenen Selbstkontrolle aus der Position der einzigen christlichen Partei Deutschlands geworfen werden. Ich wiederhole: Nicht durch die Sozialdemokratie, sondern nur durch den Verlust unserer eigenen Selbstkontrolle. Das ist das Bemerkenswerte in der Rede von Professor Gundlach, die ganz sicher an die Sozialdemokraten gerichtet war, daß sie das liberale Mäntelchen aufdeckte und fragte, was steckt denn nun dahinter. Wir müssen uns diesen Forschungsdrang des Professor Gundlach gefallen lassen, indem wir uns fragen, wie ist es mit unserer eigenen Selbstkontrolle.

Adenauer: Ich will die Debatte nicht verlängern. Sie werden Wert darauf legen, daß wir vor Mittag noch über die Außenpolitik sprechen, die z.Z. besonders wichtig ist. Ich möchte Herrn Gerstenmaier nur sagen, nicht alle Wähler haben Philosophie studiert, sondern die meisten Wähler wollen einfach und klar angesprochen werden. Und wenn die Leute sehen, daß sich die Herren Arndt, Carlo Schmid und von Knoeringen unter dem Protektorat des Kardinals von München tagelang zusammensetzen, so macht das einen schlechteren Eindruck auf sie als alle noch so schönen philosophischen Reden. (*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler! Wir sind das Führungsgremium der größten Partei Deutschlands. Diesen Einwand kann ich nicht anerkennen!) Herr Gerstenmaier! Ich kenne die Wähler. Ich habe immer und überall betont, auch in Wählerversammlungen, daß wir ein christliches Profil haben müssen.

(Arnold: Einverstanden! Hier ist doch keine Differenz! – Gerstenmaier: Doch! – Zuruf: Er ist jetzt „bekehrt“. – Anhaltende Unruhe und Bewegung.) Ich würde mich freuen, wenn ich ihn „bekehrt“ hätte. (Heiterkeit.) Darf ich Ihnen nun vorschlagen, daß sich einige Herren zusammensetzen, um über die Liste der fünf Mitglieder dieser Kommission zu sprechen. Das ist sehr wichtig, und es muß überlegt werden, wer hineinkommt. Die Herren müssen Zeit und Interesse haben und von der Materie auch etwas verstehen.

Seffrin: Es schwebt über dieser ganzen Erörterung ein Name, nämlich der von Peter Nellen⁶⁵. Ich möchte den kleinen Kreis bitten, seinen Blick auch auf diese Sache zu lenken.

Adenauer: Das ist bereits sehr ernsthaft im Gange.

Oberländer⁶⁶: Ich mache darauf aufmerksam, daß jetzt ein Versuch im Gange ist, eine neue Partei zu gründen, nämlich eine Nationaldemokratische Partei.⁶⁷ Alle Versuche des BHE, einen Zusammenschluß mit anderen Parteien zu erreichen, sind bisher schiefgegangen. In Hessen ist der BHE soweit mit der SPD verheiratet, daß an eine Trennung nicht mehr zu denken ist. Die SPD tut alles, um bei künftigen Wahlen diese Ehe aufrechtzuerhalten. Deshalb muß man von Land zu Land etwas tun. Ich möchte den vier Ländern empfehlen, daß sie ihn nicht aufnehmen und jegliches Zusammengehen ablehnen. Ich würde das Problem anders sehen für Schleswig-Holstein, wo zweifellos eine gewisse Chance besteht, einen Kreis, der sich gut gehalten hat, herüberzuziehen. Ich möchte nach einem längeren Gespräch mit Ministerpräsident Seidel auch für Bayern das gleiche sagen. Dort gibt es positive antisozialistische Kräfte. Es kann richtig sein, dort eine andere Politik zu machen, um diese Leute herüberzuziehen und somit zu einer Assimilierung zu kommen.

Adenauer: Über die DP werde ich heute abend sprechen. Ich möchte Herrn Meyers wegen der vorgeschrittenen Zeit bitten, einen kleinen Kreis einzuladen, um die Frage „Presse und CDU-Presse“ zu besprechen. Damit sind Sie einverstanden! Über die Finanzfrage haben wir gesprochen.

Ich schlage vor, mir zu erlauben, nun über die Außenpolitik zu sprechen. Wir müssen um vier Uhr drüben im Parteiausschuß sein. Es wird dort ein Bericht über unsere Sitzung zu erstatten sein. Würden Sie es übernehmen, Herr Meyers? (Meyers: Ja!) Ich werde dort über außenpolitische Fragen – nicht so ausführlich wie hier – sprechen.

65 Peter Nellen (1912–1969), 1946 CDU, 1949–1969 MdB (bis 8. November 1960 CDU, dann SPD).

66 Dr. Theodor Oberländer (geb. 1905), Professor für Staatswissenschaften, 1950–1953 Staatssekretär für Flüchtlingswesen im Bayerischen Innenministerium, 1953–1961, 1963–1965 MdB (bis 1955 GB/BHE, dann fraktionslos, seit 1956 CDU), 1953–1960 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

67 Am 28. November 1964 in Hannover durch Fusion der DRP mit kleineren Rechtsgruppen gegründet (NDP). Vgl. Ströss 2 S. 1922–1926.

Schmücker: Herr Bundeskanzler! Sie haben vorhin etwas über die Mittelschichten gesagt. Das ist Ihnen jetzt leider entglitten. Ich bin einverstanden, wenn das Gespräch mit Ihnen stattgefunden hat, daß wir dann innerhalb der Bundesregierung etwas tun müssen. (*Gerstenmaier:* Säkularisierung!)

Adenauer: Verzeihen Sie, wenn ich unterbreche! Herr Gerstenmaier und ich, wir ergänzen uns – trotz aller Kontroversen, die wir manchmal haben – in vieler Beziehung, und wir haben uns gern, aber er hat jetzt wiederum das Wort „Säkularisierung“ dazwischengeworfen. Das ist nicht richtig! Das ist keine Säkularisierung, lieber Herr Gerstenmaier, gerade weil wir die mittleren Schichten als mittlere Schichten erhalten wollen.

Ich habe vor Jahrzehnten als junger Mann in einer Predigt das Wort vom „mäßigen Besitz“ gehört, und das hat sich mir bis jetzt eingeprägt. Ein mäßiger Besitz ist die sicherste Gewähr für ein gutes christliches Leben. Die Grundlage für ein gutes christliches Leben ist weder die Armut noch der Reichtum, sondern ein mäßiger Besitz. Und dem liegen zugrunde unsere Bestrebungen für die mittleren Schichten.

Nun komme ich zu den außenpolitischen Fragen. Ich möchte hier möglichst frei und offen sprechen. Bedenken Sie bitte, welche Verantwortung derjenige auf sich nimmt, der hier eine Indiskretion begeht. Ich kann Ihnen nicht sagen: Das oder das dürfen Sie sagen, das oder das dürfen Sie nicht sagen. Das muß jeder Politiker doch selbst fühlen.

BERICHT ZUR AUSSENPOLITISCHEN LAGE

Ich möchte Ihnen zunächst berichten über die Zusammenkunft und das Ergebnis der NATO-Konferenz im Dezember und dann über die Briefe Bulganins und die Reaktion, die sie gefunden haben, auch über die Reaktion auf meine Rundfunkrede.⁶⁸ Ich muß zunächst in Ihr Gedächtnis zurückrufen: Die NATO ist durch einen Vertrag im Jahre 1949 beschlossen worden zum Schutz gegen das weitere Vordringen Sowjetrußlands in Europa. Es handelte sich damals in erster Linie um ein militärisches Bündnis, weil die Russen alle diese Satellitenstaaten unter Bruch der Friedensverträge unterjocht haben. Damals war Amerika allein im Besitz von nuklearen Waffen und somit unbestritten die stärkste Macht auf der Welt. Aber die Dinge haben sich dann später, einmal, was die Russen und ihre Macht angeht, und zweitens, was die gesamte Situation in der Welt betrifft, geändert. Der damals bestehende Gegensatz zwischen Sowjetrußland und den freien Völkern hat sich inzwischen fast auf die ganze Erde

⁶⁸ Tagung des Nordatlantikrates vom 16. bis 19. Dezember 1957 in Paris (AdG 1957 S. 6800–6805). Botschaften des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin an die NATO-Staaten vom 10. bzw. 11. Dezember 1957 (ebd. 6785–6788) sowie vom 8. bis 10. Januar 1958 (ebd. 1958 S. 6836–6841). Vgl. auch MOSKAU BONN S. 312–318 und 320–332; Rundfunkrede Adenauers vom 15. Januar 1958 in AdG 1958 S. 6846f. sowie BULLETIN vom 17. Januar 1958 S. 85–87.

erstreckt. Ich brauche nur zu erwähnen Rotchina, Indonesien, den Mittleren Osten und den Nahen Osten.

Auch die militärischen Verhältnisse haben sich seit 1949 insofern grundlegend verändert, als Sowjetrußland nunmehr auch im Besitz nuklearer Waffen ist, ja, daß es sogar in einem Teil seiner Aufrüstung den Amerikanern voraus ist – ich meine jetzt die Raketenwaffen – und daß Sowjetrußland seine konventionellen Waffen in außerordentlich starker Weise vermehrt und verbessert hat. Sowjetrußland ist z.Z. – ich übertreibe nicht – das am besten ausgerüstete Land der Welt.

Im Innern Sowjetrußlands hat sich eigentlich nichts wesentlich geändert. Die Macht ist nach wie vor in den Händen einiger Parteiführer. Nichts ist bezeichnender für die ganze politische Moral Sowjetrußlands als ein Wort Lenins⁶⁹, der noch immer dort sehr stark verehrt wird. Lenin hat einmal gesagt: Verträge unter Völkern sind wie die Kruste einer Pastete; man muß sie zerbrechen, um zu ihrem wirklichen Inhalt zu kommen. Ein solches Wort Lenins muß man sich bei allen Verhandlungen mit Sowjetrußland vor Augen halten. Ich will Sie jetzt nicht aufhalten mit einer Aufstellung der Verträge, die Sowjetrußland in den letzten 30 Jahren rücksichtslos gebrochen hat.⁷⁰ Seit der Gründung der NATO, seitdem der Gegensatz sich über die ganze Erde erstreckt hat, sind auch der sogenannte Kalte Krieg und der diplomatische Krieg viel intensiver geworden. Die politischen Gegensätze sind, wie wir zuletzt im Nahen Osten gesehen haben, allenthalben außerordentlich lebendig.

Noch ein Wort zur NATO! Der NATO-Vertrag läuft im Jahre 1969 insofern ab, als er im Jahre 1968 von jedem Mitglied, auch von den Vereinigten Staaten, mit einjähriger Frist gekündigt werden kann. Wir schreiben heute 1958. In zehn Jahren könnte Amerika den Vertrag kündigen. Es könnte sich dann aus Europa zurückziehen. Man muß diese Frage im Zusammenhang mit all den jetzigen Vorgängen sehen, wenn man die Situation richtig beurteilen will. Bis zum Jahre 1968 sind in Amerika zwei Präsidentenwahlen, und zwar im Jahre 1961 und im Jahre 1965. Im Jahre 1969 wird die dritte Präsidentenwahl sein. Die Kündigungsmöglichkeit zum NATO-Vertrag tritt also kurz vor der dritten Präsidentenwahl ein. Niemand weiß, wer 1961 Präsident der Vereinigten Staaten wird.

Noch schwieriger wäre eine solche Prophezeiung für 1965, geschweige denn für 1969. Tatsache ist, daß die Vereinigten Staaten ungeheuer große Summen für die Aufrüstung aufwenden, daß die Steuerlast, die dadurch auf den Schultern der Bürger der Vereinigten Staaten ruht, als sehr bitter empfunden wird. Tatsache ist, daß im Sommer vor einem Jahr in den Vereinigten Staaten mit dem Lancieren des Radford-Planes⁷¹ der Anfang gemacht worden ist, um zu einer Ermäßigung der Steuer

69 Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924), russischer Revolutionär.

70 Adenauer stützte sich bei derartigen Ausführungen später auf das Buch von Dieter FRIEDE: Das russische Perpetuum mobile. Würzburg 1959.

71 Der Plan sah eine Reduktion der US-Streitkräfte um ca. 800.000 Mann vor („New York Times“ vom 13. Juli 1958). – Arthur William Radford (1896–1973), amerikanischer Admiral (seit 1939).

durch den Abbau der Streitkräfte zu kommen. Vielleicht erinnern Sie sich daran, daß ich es damals gewesen bin, der dauernd Krach geschlagen hat, und zwar so sehr, daß mir die Amerikaner versichert haben, sie hätten überhaupt keinen Radford-Plan. Es sei nur eine Arbeit von untergeordneten Stellen gewesen, und sie dächten nicht an eine Herabminderung ihrer Streitkräfte. Es war aber doch wahr.

Ebenso ist es richtig – und hier zitiere ich die „Neue Zürcher Zeitung“ –, daß der frühere Verteidigungsminister Wilson⁷², ein führender Wirtschaftler in den Vereinigten Staaten und ehemaliger Leiter von General Motors, verboten hat, Überstunden auf dem Gebiete der Raketenwaffen zu machen, weil das zu teuer sei. Er hat noch kurz vor seinem Abgang 170 Millionen Dollar, die für Studienzwecke im Raketenbau bewilligt waren, gestrichen. Die Sputnik-Geschichte hat dann in den Vereinigten Staaten geradezu einen hysterischen Schreck hervorgerufen.⁷³ Ob der Sputnik um die Erde kreist oder nicht, das ist an sich gleichgültig, es ist aber nicht gleichgültig, daß die Existenz dieses Sputnik beweist, daß Sowjetrußland eine Rakete konstruiert hat, die interkontinental verwendet werden kann, d.h., man kann mit ihr 6.000 bis 8.000 km weit schießen. Wahrscheinlich war das der erste Typ einer Entwicklung, die man auf etwa zwei Jahre schätzt, wonach Sowjetrußland in der Lage ist, von seinem eigenen Gebiet aus die Vereinigten Staaten mit Raketen mit nuklearen Köpfen zu beschießen.

Der Schutz, dessen wir uns hier in Europa erfreuen, beruht lediglich darauf, daß die Vereinigten Staaten eine Bomberflotte haben, die mit nuklearen Waffen ausgerüstet ist, teils bemannt, teils unbemannt, mit denen sie ganz Sowjetrußland auf einen Schlag – es gibt solche Karten, die die einzelnen Stationen anzeigen – angreifen können.

Nun ist es doch geradezu ein Irrsinn zu glauben, daß die Bundesrepublik Sowjetrußland Furcht einflöße. Das ist so lächerlich, daß man darüber kein Wort zu verlieren braucht. Wir werden bestenfalls in einigen Jahren 340.000 Soldaten haben. Die Russen haben ein x-faches dieser Stärke hochaufgerüstet bereitstehen. Während der Ungarn-Tragödie standen in der Sowjetzone 9.000 russische Panzer bereit, davon 7.000 bemannt und 2.000 zum Ersatz. Diese russischen Panzer standen zum weitaus größten Teil nach dem Westen ausgerichtet. Wenn die Russen es wollen, können sie in einem Tag hier in Bonn sein.

Ein wirklicher Gegensatz kann nur entstehen und bestehen zwischen gleichwertigen Gegnern. Der wirkliche Gegensatz besteht nur zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten. Vor den Vereinigten Staaten hatten die Sowjets bisher Angst. Ob sie sie jetzt noch haben, weiß ich nicht. Sie wird noch da sein, aber sie ist durch ihr Selbstbewußtsein aufgrund des Sputniks jedenfalls erheblich geringer geworden. Alle

72 Charles Erwin Wilson (1890–1961); Ingenieur bei General Motors (seit 1929 Vizepräsident, 1941 Präsident), 1953–1957 amerikanischer Verteidigungsminister. – Zu Einsparungen Wilsons im Verteidigungshaushalt vgl. NZZ vom 12. Oktober 1957.

73 Erster erfolgreicher Start eines Satelliten (Sputnik) durch die Sowjetunion am 4. Oktober 1957 (AdG 1957 S. 6675).

anderen europäischen Staaten spielen nur insofern in diesem politischen Kräftespiel in der Welt eine Rolle, als es für Amerika oder für Sowjetrußland wichtig ist, ob diese auf der einen Seite oder auf der anderen Seite stehen.

Wenn die Bundesrepublik mit ihrem kriegswirtschaftlichen Potential – und darauf kommt es an – in die russische Sphäre käme, dann wäre das für die Vereinigten Staaten natürlich sehr unangenehm, weil dadurch das Kriegspotential der Russen erheblich vermehrt würde. Ähnlich ist es mit den anderen europäischen Staaten. Ich erwähne uns, weil wir in erster Linie daran denken müssen: Was ist unsere Position, und welche Forderungen müssen wir daraus ziehen.

Überlegen Sie einmal, wie es wäre, wenn Amerika nicht mehr zu uns hielte! Glauben Sie vielleicht, daß Sowjetrußland uns oder Europa irgendwie fürchten würde? In keiner Weise! Es würde im Handumdrehen mit uns allen glatt fertig werden. Deshalb muß die ganze außenpolitische Situation – ich erinnere an die NATO, die Briefe Bulganins und die Antwort darauf sowie an die Haltung der deutschen Parteien – unter dem Gesichtspunkt des Gegensatzes zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten betrachtet werden. Unsere Politik muß deshalb darauf gerichtet sein, dafür zu sorgen, daß die Vereinigten Staaten an Europa festhalten.

Denken Sie einmal daran: Es könnte nach einer Wahl in den Vereinigten Staaten – in Amerika sind Wahlen überhaupt eine merkwürdige Sache – der Gedanke auftauchen: Sollen wir bei dem Bild, das Europa bietet, uns noch weiter mit so großen Steuern belasten, sollen wir noch weiter unsere amerikanischen Soldaten diesen Gefahren in Europa aussetzen? Sollen wir nicht lieber mit Sowjetrußland einfach halbpart machen, der eine beherrscht diesen Teil der Erde und der andere jenen, dann haben wir doch bis auf weiteres Ruhe. Dieser Gedanke ist das Leitmotiv der sowjetrussischen Politik. Deswegen wollen ja Bulganin und Chruschtschow⁷⁴ ständig eine Verhandlung mit den Vereinigten Staaten allein, in der die Vereinigten Staaten – so denken sie – nicht mehr gehemmt sind durch Rücksichtnahme auf ihre Partner.

Auch in der letzten Note Bulganins, die er an 83 Staaten geschickt hat, in der er eine sogenannte Gipfelkonferenz vorschlägt, finden Sie einen Satz, der besonders auf eine Zweierkonferenz hinzielt. Auch hier kommt dieses Ziel zum Ausdruck. Eine Zweierkonferenz braucht, wenn Amerika festbleibt, nicht unser Ende zu bedeuten, aber eine Zweierkonferenz zwischen diesen beiden Mächten, die die Erde beherrschen, ist naturgemäß für unsere kleinen Völker eine sehr große Gefahr.

Nun komme ich zur NATO zurück. Das Auftreten des Sputniks hatte in den Vereinigten Staaten eine ungeheuer große Erregung hervorgerufen. Die Vereinigten Staaten hielten sich bis dahin für die auf militärischem und technischem Gebiet wie auch auf anderen Gebieten führende Macht der Erde. Sie sahen nun, daß die Russen eine Waffe entwickelt hatten, die eine ungeheuer große Bedeutung bei einer weltweiten Auseinandersetzung spielen würde.

74 Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894–1971), sowjetischer Politiker; 1953–1964 Erster ZK-Sekretär und ab 1958 auch Ministerpräsident.

Wir können eigentlich Gott danken, daß der Sputnik abgeschossen worden ist. Soviel wir wissen – man kann nur sagen, soviel wir wissen –, soll Schukow⁷⁵ dagegen gewesen sein. Wäre der Sputnik nicht abgeschossen worden, dann hätten die Russen ruhig weitergemacht und weitergearbeitet an ihren Raketen, und dann wäre die Situation noch brenzlicher geworden, als sie jetzt schon ist. Deswegen werden Sie verstehen, wenn ich sage, wir können Gott danken, daß der Sputnik abgeschossen worden ist.

Die NATO-Konferenz in Paris ist angeregt worden von den Vereinigten Staaten. Die Amerikaner wollten dort vor allem das Ansehen ihrer Administration – die sehr heftigen Angriffen ausgesetzt war – wieder stärken. Es bestand die Gefahr, daß auf dieser NATO-Konferenz sehr aggressive Worte gesprochen würden. Ich glaube sagen zu können, daß wir Deutschen – nicht auf der Konferenz selbst, sondern in einzelnen Gesprächen, die ich mit Dulles gehabt habe⁷⁶ – diese Gefahr beseitigt haben. Ich bin – das möchte ich hier sehr nachdrücklich sagen – in keiner Weise auch nur ein Jota von dem Standpunkt abgewichen, den ich auch vorher immer vertreten und eingenommen habe, nämlich folgenden: 1. Wir müssen verhandeln. 2. Mit den Russen kann man nur verhandeln, wenn man mindestens so stark ist wie die Russen. Wenn man weniger stark ist, gibt es mit den Russen keine Verhandlung. Das ist das, was die Sozialdemokraten und die FDP „Politik der Stärke“ nennen.

Hätte ich gesagt, wir wollen eine Politik der Schwäche treiben, dann hätten sie bestimmt gesagt: Ist der Mann denn verrückt! Ich wiederhole, es ist gelungen, die Sprache dort zwar entschieden zu halten, aber doch mäßigend zu wirken. Es ist weiter gelungen, gewisse Befürchtungen, wonach sich der eine oder andere kleine Staat – der natürlich wichtig ist im Ganzen – von der NATO zurückziehen werde, wenigstens einigermaßen zu beseitigen oder zu entkräften.

Nun kam Bulganin mit seinem ersten Brief an die NATO-Staaten. Dann kam er – wie die „Zeit“ mit Recht sagt⁷⁷ – mit einer Postwurfsendung an 83 Staaten, noch ehe der erste Brief überhaupt beantwortet war. Ich habe eben die Antwort auf den ersten Brief unterschrieben. Er geht jetzt heraus.⁷⁸

Ich muß in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Konferenz zurückkommen. Die Konferenz hat vor allem den Erfolg gehabt, daß auch von den Vereinigten Staaten nunmehr eine Konsultationspflicht in politischen Fragen zwischen den NATO-Partnern anerkannt worden ist. Das war bis dahin von den Vereinigten Staaten abgelehnt worden. Aber sie haben es jetzt anerkannt. Ich darf hier sagen, ich zolle Herrn Dulles jedes Lob. Dulles ist einer der besten Leute, die da sind; ein Mann, der

75 Georgi Konstantinowitsch Schukow (1896–1974), sowjetischer Marschall (seit 1943); 1945–1946 Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in Deutschland, 1955–1957 Verteidigungsminister, 1956–1957 Mitglied des Politbüros, 1957 aller Ämter enthoben.

76 Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 337.

77 Fritz René Allemann: „Gespräch der Schwerhörigen. Auf der Suche nach der Methode des Vorhandelns“, in: „Die Zeit“ vom 16. Januar 1958.

78 Vgl. Anm. 68.

seine Politik auf ethischen Grundsätzen aufbaut, genau wie wir. Er ist ein Mann von unerhörtem Fleiß und von einer Zuverlässigkeit, wie man sie unter Staatsmännern nur selten findet. Wir können Gott danken, daß Herr Dulles da ist. Was sich schon in Paris zeigte, nämlich eine vollkommene Übereinstimmung zwischen Eisenhower und Dulles, das hat Eisenhower in seiner letzten Pressekonferenz noch einmal ausdrücklich bestätigt und gesagt, er dächte nicht daran, auf Dulles zu verzichten, es gäbe überhaupt keinen Besseren. Mit der Konsultationspflicht wurde ein großer Fortschritt erzielt. Damit setzte nun eine Umgliederung bei der NATO ein. Die NATO war bisher vorzugsweise ein Militärbündnis mit einem politischen Anstrich. In Zukunft wird das Politische dort genauso wichtig sein wie das Militärische. Wir hoffen, daß die NATO unter Spaak⁷⁹, der noch einige tüchtige Leute dazubekommen muß, eine intensive Tätigkeit entfalten kann.

Der erste und der zweite Bulganin-Brief müßten eigentlich zusammengenommen werden. Eisenhower hat den ersten Brief nach meiner Meinung vorzüglich beantwortet.⁸⁰ Er kann sich das leisten. Er hat hinzugesetzt: Damit ist auch Ihr zweiter Brief beantwortet. Das können wir kleinen „Köter“ nicht. Wir müssen beide Bulganin-Briefe beantworten. Ich möchte hier folgende Dinge hervorheben, die mir als das Wichtigste in den Briefen erscheinen. Es ist einmal das Verlangen einer neuen Konferenz. Nun muß man daran denken, was an Konferenzen vorangegangen ist. Ich muß an die Verhandlungen in London erinnern, an den Unterausschuß für Abrüstung. Diese Verhandlungen haben von März bis Juli gedauert.⁸¹ Hierbei ist den Russen sehr viel geboten worden, aber die Russen haben immer mit einem Nein geantwortet.

Ich muß weiter daran erinnern, daß von den Vereinigten Staaten und einigen anderen Staaten der Abrüstungsvorschlag, der Sorin⁸² in London gemacht wurde, als Resolutionsentwurf in der UNO-Vollversammlung eingebracht worden ist.⁸³ In der UNO-Vollversammlung haben sich bei der Abstimmung darüber einige Staaten der Stimme enthalten; alle anderen Staaten, mit Ausnahme Sowjetrußlands und seiner Satellitenstaaten, haben diesem Resolutionsentwurf zugestimmt. Hätten die Russen diesem Resolutionsentwurf zugestimmt, dann wären wir in dieser ganzen Frage, die allein über das Schicksal der Welt entscheidet, nämlich die der kontrollierten

79 Dr. Paul Henri Spaak (1899–1972), belgischer Politiker; 1957–1961 Generalsekretär der NATO. Vgl. PROTOKOLLE I S. 426 Anm. 13; Beate SCHNEIDER: Propagandist und Staatsmann. In: PERSÖNLICHKEITEN S. 411–454.

80 Vgl. AdG 1958 S. 6843–6845 und S. 6851.

81 Das Subkomitee der UN-Abrüstungskommission trat am 18. März 1957 in London zusammen (AdG 1957 S. 6321) und beschloß am 6. September 1957, sich zu vertagen (ebd. S. 6626).

82 Valerian Aleksandrowitsch Sorin (1902–1986), sowjetischer Diplomat und Politiker; 1945–1947 Botschafter in Prag, 1947–1955 stv. Außenminister, 1955–1956 Botschafter in Bonn, Delegierter beim Londoner Subkomitee der UN-Abrüstungskommission, 1965–1971 Botschafter in Paris. – Vorschläge in AdG 1957 S. 6321f., 6415f., 6503.

83 Am 14. November 1957 (AdG 1957 S. 6744f.).

Abrüstung sowohl auf dem Gebiet der konventionellen wie auch der nuklearen Waffen, ein großes Stück weiter. Aber Rußland hat es nicht getan!

Dann ist man in der UNO noch weiter gegangen und hat einen neuen großen Ausschuß für Abrüstungsfragen eingesetzt. Aber Sowjetrußland hat wiederum erklärt: Wir werden uns an den Arbeiten dieses Ausschusses nicht beteiligen. Und nun kommt Bulganin und schlägt eine neue Konferenz vor! Deshalb werden Sie verstehen, daß es wirklich ein großes Entgegenkommen ist, wenn die Vereinigten Staaten und die anderen Länder diesem Vorschlag Bulganins nur unter der Voraussetzung zustimmen, daß eine sehr gute diplomatische Vorbereitung dieser Konferenz vorangehen muß.

In normalen Zeiten würde ein großer Staat wie Amerika, da alle bisherigen Bemühungen umsonst waren, geantwortet haben: Ich bin doch kein Narr! Du kannst doch nicht mit mir machen, was du willst. Du lehnt andauernd ab, und jetzt soll ich springen! Ich denke nicht daran. Aber Amerika hat das nicht getan, sondern einen Standpunkt eingenommen, der wirklich von einer sehr großen Verhandlungsbereitschaft ausgeht und zeugt. Die anderen NATO-Partner nehmen den gleichen Standpunkt ein, auch wir. Also: eine Konferenz ja, aber eine sehr gute diplomatische Vorbereitung.

Für uns Deutsche ist dann noch in den Noten zweierlei von großer Bedeutung; einmal die brüske Ablehnung der Wiedervereinigung Deutschlands. Bulganin erklärt sich bereit, dafür zu wirken, daß eine Konföderation, d.h. ein Bündnisvertrag, zwischen der sogenannten DDR und uns abgeschlossen wird, wobei aber der DDR ihre jetzige gesellschaftliche und politische Struktur – d.h. die kommunistische – erhalten bleiben müßte.

Und das ist doch, meine Freunde, für uns völlig unannehmbar; denn das bedeutet die Verewigung des Status quo auf eine nicht zu bemessende Zeit. Wenn wir selber dazu unser Ja sagten, dann halte ich es, ohne daß ein Zusammenbruch in Rußland vorangegangen ist, für unmöglich, daß Amerika oder England oder Frankreich von diesem Ja wieder abgehen. Es kommt folgendes hinzu: Im Jahre 1955 haben Bulganin und Chruschtschow in Genf der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen zugestimmt.⁸⁴ Und nun wird diese Zusage rücksichtslos unter den Tisch gewischt. Im September 1955, als ich in Moskau war, haben Bulganin und Chruschtschow mir gegenüber im Beisein der beiden Delegationen – es waren zusammen 30 Leute – anerkannt, daß Sowjetrußland als Besatzungsmacht verpflichtet sei, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Auch das ist einfach unter den Tisch gewischt worden!

Ich sage das in diesem Zusammenhang, weil es die ganze Methode beleuchtet, die die Russen eingeschlagen haben. Sie haben aber noch mehr getan. Sie haben in

⁸⁴ Genfer Konferenz der Staats- und Regierungschefs der vier Hauptsiegermächte vom 17. bis 23. Oktober 1955 (AdG 1955 S. 5269).

dem Brief an den französischen Ministerpräsidenten⁸⁵ geschrieben: Hütet Euch vor einem wiedererstarkten Deutschland! Sie haben auch versucht, die Engländer gegen uns aufzubringen wegen unserer Wirtschaftskraft. Und nun diese Briefe zu betrachten als etwas, was einen ermutigen kann, um mit den Russen diesen Weg weiterzugehen, das geht über meine Vernunft und auch über meine Kraft! (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Ein weiterer Punkt ist von größter Bedeutung. Das ist die Frage der sogenannten atomfreien Zone. Davon würden wir nichts anderes haben als Schaden. Die Russen gehen nicht einmal so weit zu sagen, daß diese Zone, in der keine Atomwaffen gelagert werden sollen, eine Garantie von allen bekommen soll, daß in einem Kriege dieser Luftraum respektiert wird. So weit gehen sie gar nicht! Herr Bulganin entblödet sich nicht zu sagen, daß das eine gewisse moralische Garantie wäre. Die Hauptsache ist doch folgendes: Das wäre das Ende der NATO. Und das würde bedeuten den Rückzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland. Und wenn Deutschland von amerikanischen Truppen entblößt ist, dann sind wir doch bei dieser Unterminierung, der wir unterliegen, erledigt, dann sind wir ein Volk zweiter oder dritter Güte, mit dem der Russe machen kann, was er gerade will.

Warum würde uns Amerika dann verlassen? Sie haben das nicht ausdrücklich gesagt, aber Herr Dulles hat es im Gespräch angedeutet. Ich verstehe das. Man kann wirklich nicht erwarten, daß die Amerikaner ihre Soldaten ohne Atomwaffen dem eventuellen Feind, den Russen, der Atomwaffen hat, gegenüberstehen lassen. Ob die Tschechoslowakei oder ob Polen welche hat, ist ganz gleichgültig, die Hauptsache ist, daß Sowjetrußland sie hat.

Und jetzt kommt Sowjetrußland mit den Raketenwaffen. Chruschtschow hat öffentlich erklärt, Rußland brauche seinen Satellitenstaaten gar keine Raketenbasen zu geben, sie könnten aus dem eigenen Gelände den ganzen europäischen Westen bestreichen. Das können sie auch, schon mit Mittelstreckenraketen, die eine Tragweite von 3.500 km haben. Die Annahme dieser atomfreien Zone würde also das Ende der NATO bedeuten. Man muß die Dinge so sehen, wie sie sind! Wir haben sehr darum gekämpft – Herr von Brentano ist eben hereingekommen; er wird mir das bestätigen –, daß auch die anderen NATO-Partner sich nicht auf diese Geschichte einlassen, weder England noch Frankreich, weil das das Ende der NATO wäre. Die NATO kann nicht bestehen ohne Deutschland. Und wenn die amerikanischen Truppen sich aus Deutschland zurückziehen, dann ist es aus mit uns. Das wollen natürlich die Russen.

Ich habe über diese Dinge kurz im Radio gesprochen. Vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen die Rede gehört. (*Dichtel*: Und gesehen!) Ich habe versucht, möglichst klar zu sprechen und das Wesentliche vorzubringen. Ich bin tief betrübt über das Echo in der sozialdemokratischen und in der demokratischen Presse. Ich

⁸⁵ Bulganin an Gaillard vom 10. Dezember 1957. Vgl. AdG 1957 S. 6785–6788; NZZ vom 13. Dezember 1957 (Die Störaktion Bulganins vor der NATO-Konferenz).

hätte nicht gedacht, daß sich eine deutsche Partei so verhalten würde. Dort heißt es:

„Der SPD-Pressedienst warf dem Bundeskanzler vor, mit seiner gestrigen Rede nicht nur die in den sowjetischen Vorschlägen enthaltenen Ansätze zu zerstören ...“⁸⁶

Es ist horrender Blödsinn, was da gesagt wird. Ich habe noch am Schluß der Rede darauf hingewiesen, vor einigen Jahren hätte niemand es für möglich gehalten, daß wir in ein solches Verhältnis kommen würden, wie es sich in Löwen⁸⁷ gezeigt hat. Ich habe die Hoffnung ausgesprochen, daß auch das russische Volk mit uns eines Tages in ein gutes Verhältnis kommen möge. Ich habe gesagt, daß das russische Volk genau wie die anderen Völker der Erde nur gedeihen könne in Frieden. Und das nennen die: Zerstörung der Ansätze zu Verhandlungen! Es heißt weiter:

„Inzwischen habe der Kanzler die außenpolitische Bundestagsdebatte eigentlich überflüssig und einen Brückenschlag zwischen Opposition und Koalition illusorisch gemacht.“

Gott sei Dank, was den Brückenschlag angeht! Die Auseinandersetzung im Bundestag ist nicht überflüssig.⁸⁸ Ich hoffe, daß sie sehr klar der deutschen Bevölkerung gezeigt wird, damit der Aufweichungsprozeß, der leider Gottes bei Intellektuellen und bei Politikern, auch bei uns, eingesetzt hat, endlich einmal gestoppt wird! (*Beifall.*) Herr Mende drückte sich noch schlimmer aus.⁸⁹ Das Ganze stimmt mich doch außerordentlich ernst; denn wenn die SPD und die FDP, die doch immerhin einen erheblichen Teil des Bundestages ausmachen, so offen und so ungeschminkt für Sowjetrußland eintreten, wird das draußen eine sehr ernste Wirkung ausüben.

Der Vorsitzende des amerikanischen Repräsentantenhauses⁹⁰ hat vor kurzem gesagt, unter den Partnern Amerikas seien einige, die sich eine Tür offenließen, um im Ernstfalle sofort zu entweichen. Sie würden das so schnell tun, daß sie sogar den Türrahmen mitnähmen. Wenn wir nicht eine entschiedene und klare Sprache führen – die auch die Engländer und die Franzosen dazu bringt –, dann kann leicht die Entwicklung in Amerika kommen, von der ich eben gesprochen habe.

Wie verboht aber die Sozialdemokraten sind, das können Sie aus einer Rede entnehmen, die Carlo Schmid vor dem Europarat am 15. Januar in Straßburg gehalten

86 Rundfunkansprache vom 15. Januar 1958 in BULLETIN vom 17. Januar 1958 sowie Reaktion von G. Markscheffel: Signal zur Fortsetzung des Rüstungswettlaufs, in: SPD-Pressedienst (P/XIII/13) vom 16. Januar 1958.

87 Rede Adenauers anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Löwen am 10. Januar 1958. Abdruck in BULLETIN vom 16. Januar 1958 S. 77.

88 Am 23. Januar 1958. – Sten.Ber. 3. WP Bd. 39 S. 297–419. Vgl. auch AdG 1958 S. 6859–6864.

89 Mende und Haußmann auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1958 in Stuttgart. Artikel in „Die Welt“ vom 7. Januar 1958: „Mende sieht neue Aussichten“; „Kölnische Rundschau“ vom 7. Januar 1958: „Dreikönigstreffen der FDP zur Wiedervereinigung“; vgl. Anm. 22.

90 Samuel Taliaferro Rayburn (1882–1961), amerikanischer Politiker (Demokrat); 1940–1961 Vorsitzender des Repräsentantenhauses.

hat.⁹¹ Was er da gesagt hat, das schlägt all dem, was die Sozialdemokraten bisher erklärt haben, geradezu ins Gesicht. Er sagte so:

„Wir sollten nicht resignieren. Wir sollten uns auch keiner Euphorie ergeben. Beides ist der Tod einer jeden Politik. Wir sollten uns aber klarmachen, daß wir auch kleine Fortschritte nicht verachten dürfen und daß wir stufenweise vorgehen müssen, wenn wir überhaupt etwas erreichen wollen. Sicher werden dann gewisse, uns besonders bedrängende Probleme für einige Zeit vorerst aufgeschoben werden müssen.“

Das ist die Wiedervereinigung! Das haben dpa, „United Press“ und „Associated Press“ in einem Telegramm ausdrücklich gesagt, daß er damit offenbar die Wiedervereinigung gemeint habe. Er fährt fort:

„Wir werden uns dann in unseren Ländern und gleicherweise von Land zu Land verhalten müssen, daß die Voraussetzungen für die Lösung dieser Probleme vom Zeitablauf nicht erschwert oder ausgelöscht werden.“

Mit anderen Worten, er befürchtet selbst, daß dann der Status quo endgültig sein wird. Wie er sich das denkt, „wir müssen uns so verhalten, daß das nicht eintritt“, das ist sein Geheimnis, das er uns nicht verrät. Aber daß bei der Sozialdemokratie ein Mann wie Carlo Schmid bereit ist, die Frage der Wiedervereinigung bis auf weiteres auf Eis zu legen, d.h. für unabsehbare Zeit, das ist mir völlig unverständlich. Darüber bin ich im tiefsten Innern so empört. Wir werden das auch den Sozialdemokraten sagen.

Die Situation in der Außenpolitik ist sehr ernst. Ich glaube nicht – das möchte ich nochmals betonen – an einen heißen Krieg, noch nicht. Wenn die Amerikaner weiter diese Anstrengungen machen, die sie jetzt zu machen scheinen, auch in der Vereinheitlichung ihrer Führung, wo sich Mängel gezeigt haben, dann wird es überhaupt nicht dazu kommen, weil die Russen dann, wenn sie irgendwo etwas unternehmen, gewärtig sein müssen, daß sie von der Macht der Vereinigten Staaten zu Boden geschlagen werden.

Aber wenn wir weich werden, wenn wir nicht ganz klar unseren Standpunkt vertreten, dann geht der Aufweichungsprozeß in den europäischen Ländern weiter. Dann sehen die Russen die von ihnen so sehnlichst herbeigewünschten Risse und Spalten in der NATO. Dann stärken wir ihre Überzeugung, daß es ihnen eines Tages doch gelingen wird, die freie Welt zu erledigen und dem Kommunismus zum Siege zu verhelfen.

Die nächsten Wochen und Monate werden entscheidend sein für die Klarheit, die wir schaffen müssen. Ich denke, wir sind uns alle darüber klar, daß die einzige Rettung für Deutschland darin besteht, daß wir energisch und hart und fest bleiben, oder wir müssen uns damit zufriedengeben, daß wir eben unterjocht werden wie die Polen, die Tschechen und unsere Menschen in der Sowjetzone, wo eine totale Kirchenverfolgung eingesetzt hat.

91 Rede in ACDP I-148-170/01.

Dazwischen haben wir zu wählen. Die Sozialdemokratie und die Freien Demokraten haben gewählt, wie es scheint. An uns als der führenden Partei im Bundestag liegt es nun, der ganzen Welt zu zeigen, welchen Weg wir gehen. (*Starker Beifall.*) Darf ich um Wortmeldungen bitten! Niemand? Darf ich dann annehmen, daß Sie den Schlußfolgerungen, die ich gezogen habe, zustimmen?

Gerstenmaier: Ich möchte etwas dazu sagen! Ich möchte nicht den Eindruck hervorrufen, als ob ich mit der Methode einverstanden sei. Ich darf zunächst zu meiner Gewissensentlastung sagen, daß es mir nicht gefällt, wenn die Frage reduziert wird auf das Problem, ob wir weich werden oder daß wir weich werden. (*Zuruf: Wieso?*) Ich frage ausdrücklich, ob in diese Frage auch einbezogen werden soll jede Erwägung eines neuen taktischen oder methodischen Verhaltens. Ich glaube nicht, daß in diesem Kreis die Grundbeurteilung der Situation kontrovers ist. Ich glaube nicht, daß kontrovers ist die Zielsetzung. Ich könnte mir aber denken, daß es Meinungsverschiedenheiten gibt hinsichtlich methodischer oder taktischer Überlegungen.

Ich möchte ausdrücklich sagen, daß ich Ihren Darlegungen zustimme hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Beurteilung der Lage und ihrer Zielvorstellungen, daß ich mir aber vorbehalte, genauer zu reden hinsichtlich methodischer und taktischer Überlegungen, die in dieser Situation, die ich meine, angeschnitten werden sollen.

Adenauer: Herr Kollege Gerstenmaier hat eine ähnliche Rede in Bremen gehalten⁹², wo er auch davon gesprochen hat, daß unsere Politik gegenüber dem Osten beweglicher, aufgeschlossener usw. sein müsse. Ich möchte zunächst hier feststellen, daß unsere Verhandlungen in Moskau über den Abschluß von Handelsbeziehungen und über die Repatriierung, die seit Monaten im Gange sind, der beste Beweis dafür sind, daß wir durchaus bereit sind, mit Sowjetrußland auf diplomatischem Wege über Dinge, die für uns erträglich sind, zu verhandeln. Aber ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mal ein Wort über die methodischen Forderungen, die Sie stellen, und zwar nach den Briefen Bulganins, hier sagen würden. Erst dann kann man darauf eingehen.

Gerstenmaier: Sie haben auf eine Rede hingewiesen, die ich in Bremen gehalten habe. Das ist richtig. Ich habe in Bremen nicht das Verhalten des Bundeskanzlers oder der Bundesregierung in irgendeiner Weise kritisiert, sondern ich habe das Verhalten unterstrichen, indem ich auf die Formulierungen verwiesen habe, die Sie in Paris⁹³ gefunden haben und die mir außerordentlich glücklich zu sein scheinen. Ich möchte mich, jedenfalls was meine Person anbelangt, ausdrücklich für die Formulierungen bedanken, die Sie in Paris geprägt haben.

92 Am 11. Januar 1958 auf der Jahrestagung der „Eiswette“ in Bremen (Materialien in ACDP I-210-071/1).

93 Während der Tagung des Nordatlantikrates in Paris (vgl. Anm. 68). Ansprache Adenauers in AdG 1957 S. 6801f.

Auf diesen Formulierungen weitergehend, komme ich zu meinen methodischen Überlegungen. Sie können sagen, daß Sie mir das nicht zugestehen; denn nach dem Grundgesetz ist es der Bundeskanzler, der die Richtlinien der Politik einschließlich der dazugehörigen Methoden bestimmt. Das akzeptiere ich ohne weiteres und verfechte es auch im Bundestag. (*Adenauer*: Wir sind hier im Parteivorstand!) Eben! Ich hätte es heute in der vorgedrängten Zeit nicht in den Mund genommen, wenn Sie nicht ausdrücklich gefragt hätten, ob wir alle damit einverstanden sind. Ich möchte mir nicht sagen lassen, daß ich mich zum Fürsprecher einer weichen Politik mache, weil ich in der Methode eine andere Meinung habe. Ich glaube, daß ich das nicht zu tun brauche! Es gibt Bewährungsproben in der Politik und in der Geschichte, die man durchstehen muß. Ich bin im Augenblick nicht ganz sicher, ob es auf der Linie Ihrer Pariser Ausführungen liegt, wenn ich in eine materielle Stellungnahme eintrete, so wie Sie es in dieser Rundfunkrede getan haben. Ich sage ausdrücklich, daß ich in dieser Rundfunkrede nichts finde, mit dem ich materiell nicht einverstanden wäre; trotzdem ist für mich die Frage offen, ob das richtig war in einem Augenblick, in dem wir ernst den Versuch machen, die Russen von ihrer Allerweltsideologie herunterzubringen und an den Verhandlungstisch zu bringen, wo sie gezwungen werden sollen, ihre Friedensoffensive und Friedensliebe einmal unter Beweis zu stellen.

Ich habe in Bremen gesagt, ich könnte, wenn ich gefragt würde, was ich meiner Regierung empfehlen könne, mit den Worten des Expräsidenten Truman⁹⁴, die er am 7. Januar in der „Neuen Zürcher Zeitung“ veröffentlicht hat, antworten und sagen: Man sollte sich jedenfalls darum bemühen, den Russen jede Gelegenheit zu bieten, ihre Friedensdokumentation einmal konkret unter Beweis zu stellen. Das geschieht nicht, wenn man sie Propagandaaktionen machen läßt, sondern indem man sie an den Verhandlungstisch zwingt. (*Adenauer*: Wie denn? – *Zuruf*: Dann zwingen Sie mal!) Ich kann nur sagen, meine Herren, wie Truman gesagt hat, auf politisch-diplomatischem Weg. Ich habe nichts anderes gesagt. Und wenn man das will, dann frage ich mich, ob man in dem gleichen Augenblick in die materielle öffentliche Diskussion auch von unserer Seite aus eintreten soll. Ich habe im Ältestenrat des Bundestages gesagt, ich habe nichts dagegen, daß die Fraktionen das tun und ihren Standpunkt klarmachen. Ich hätte es aber für glücklicher gehalten, wenn die Bundesregierung in diesem Augenblick gesagt hätte: Wir machen energische Bemühungen, eine entsprechende Prozedur durchzusetzen, die der sowjetischen gerade entgegengesetzt ist, und im Interesse dieser Durchsetzungsbemühungen nehmen wir einstweilen keine Stellung zum Materiellen. Ich glaube nicht, daß daraus ein Vorwurf gemacht werden könnte, die Bundesregierung habe damit einem Aufweichungsprozeß Vorschub geleistet.

⁹⁴ Harry Spencer Truman (1884–1972), 1944–1945 Vizepräsident und 1945–1952 Präsident der USA (Memoiren. 2 Bde. Stuttgart 1955/56). – Artikel in NZZ vom 7. Januar 1958: „Was jetzt zu tun ist“.

Von Brentano: Erlauben Sie mir, zu dieser Aussprache ein paar Bemerkungen zu machen. Was der Bundeskanzler in der NATO-Sitzung in Paris gesagt hat, stimmt genau mit dem überein, was er heute hier sagt! Darin besteht kein Unterschied. Aber es wäre nötig, die gefährlichen Versuche zu stoppen, aus der wertvollen und von der ganzen NATO-Gemeinschaft begrüßten Initiative des Bundeskanzlers nun ein Verlassen des bisherigen Kurses herauszuinterpretieren!

Wir haben es doch erlebt, mit welcher Lust ein großer Teil unserer Zeitungen und Journalisten – die nicht hinter dem Bundeskanzler stehen – versucht haben, einen Keil hier zu treiben, indem sie sagten: Der Bundeskanzler ist der erste kluge Mann in diesem ganzen NATO-Kreis; denn er hat eine neue Linie gezeigt. Und diese Linie setzt uns zum mindesten in einen Gegensatz zu unseren Bündnispartnern. Wenn wir also nicht darauf antworten, dann gilt der Satz „Qui tacet consentire videtur“, wer schweigt, scheint zuzustimmen. Dann wird nämlich das, was unwidersprochen bleibt, wiederholt, und das gilt dann als richtig!

Das ist auch der Grund, weswegen ich es begrüßt habe, einmal ein paar Worte am Radio zu sagen. Ich würde es auch begrüßen, wenn wir – da bin ich der gleichen Meinung wie der Herr Bundeskanzler und der Kollege Gerstenmaier – eine solche Diskussion nicht in der Öffentlichkeit zu führen brauchten. Die NATO-Staaten haben in einer außergewöhnlich sachlichen Weise an die Sowjetunion appelliert. Sie haben erklärt, sie seien bereit, zu dem von ihnen gemachten Vorschlag neue Vorschläge auszuarbeiten und auch neue Vorschläge entgegenzunehmen. Sie haben darüber ernsthaft diskutiert. Und was geschieht? Um diesen Weg zu sabotieren, werden 83 Briefe herausgeschickt. Der Brief an uns enthält 44 Seiten; ein Brief, den nicht alle lesen, über den aber alle sprechen.

Und dann lasen wir in der Zeitung: Herr Mende hat es sich nicht nehmen lassen, am Tage, an dem der Brief übergeben wurde – der nur in Russisch bei mir vorlag –, zu sagen, daß er wertvolle Anregungen enthalte. Dabei konnte er ihn nicht einmal lesen! Es ist also einfach notwendig, in dieser Unklarheit und Ungewißheit etwas zu sagen. Ich möchte ganz offen feststellen: Wir haben in den letzten Monaten und Wochen vielleicht etwas zu wenig getan, und wir haben an Glaubwürdigkeit verloren. Es ist mir in meinem eigenen Kreis in Hessen gesagt worden: Ihr habt die Wahl gewonnen, aber seit der Zeit schweigt ihr. Ihr handelt nicht! Ihr gebt keine Erklärungen ab! Ihr nehmt keine Stellungnahme! Habt ihr eigentlich den Mut verloren, und seid ihr nicht mehr bereit, die Verantwortung zu tragen? Ich bekomme von Menschen, die ich ernst nehme, Briefe folgenden Inhalts: Es wird notwendig sein, am 23. und 24. Januar, ohne die Sprache zu verschärfen, den deutschen Standpunkt ganz klar auszuarbeiten und in diese Verwirrung hineinzustoßen!⁹⁵

95 Vgl. Anm. 88.

Ich darf noch ein Wort sagen! Was haben diese Kennan-Vorträge⁹⁶ für ein Unheil angerichtet. Wenn Sie die Menschen fragen, die darüber sprechen, ob sie die Reden gelesen haben, dann schauen sie etwas erstaunt und sagen: nein, nicht ganz. Erlauben Sie mir zu sagen, wenn ein Deutscher heute aufstünde und würde dem deutschen Volk – wie das Kennan in seinen vier Vorträgen getan hat – über die bolschewistische Ideologie predigen, dann würde er von allen Deutschen ausgelacht. Wenn aber ein amerikanischer Nonkonformist von solchen Ideen spricht, dann schweigt man, weil sich das Ganze gegen die Politik der Bundesregierung richtet. Deswegen können wir nicht schweigen.

Wir würden es alle begrüßen, wenn wir dahin kämen, daß die Sowjetunion diese Briefe einstellen und auf den Appell, den alle an sie gerichtet haben – auch Eisenhower in seinem Brief, der doch nicht einen Mangel an Verständigungsbereitschaft zeigt – sagen würde, wie sie nun wirklich prozedieren will. Wir haben Alternativvorschläge gemacht und erklärt, wir nehmen neue Vorschläge entgegen. Und was geschieht? Die 22 Vorschläge, die dem letzten Brief vom 8. Januar beigelegt waren, sind nichts anderes als eine monotone Wiederholung alter Vorschläge und eine monotone Wiederholung des Standpunktes der Sowjetunion, daß sie in der Tat nicht bereit ist zu irgendeinem ernsthaften Gespräch.

Man kann ein ernsthaftes Gespräch nicht einleiten, indem man die bezogene Position und die errungene Kondition als eine Ausgangsbasis bezeichnet, von der man aus zu verhandeln bereit ist. Man sieht es am besten bei der Formulierung zur Deutschlandfrage. Deswegen ist es nötig – wir leben in einer Massendemokratie –, die Menschen in unserem Lande anzusprechen und sie aus ihren Zweifeln zu lösen. Es waren in der Tat Zweifel darüber aufgekommen, ob die CDU überhaupt noch bereit sei, ihre Politik fortzusetzen. Ich bin davon überzeugt: Die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion steigt nicht, sondern sie sinkt mit jeder Konzession, die wir machen.

Man hat uns den Vorwurf gemacht, eine Politik der Vorleistung getrieben zu haben. Was wir an Vorleistung nach dem Westen gemacht haben, das haben wir getan an einen Partner, der die gleiche Sprache spricht, der in den gleichen Gedanken denkt und in den gleichen Vorstellungen lebt. Eine Politik der Vorleistung an die Sowjetunion wäre der Untergang Deutschlands! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das gilt auch

⁹⁶ George Frost Kennan (geb. 1904), amerikanischer Politiker und Historiker; 1947–1949 Chef eines außenpolitischen Planungsstabes, 1949–1950 Leiter der Planungsabteilung im amerikanischen Außenministerium, 1950 politischer Berater der Regierung in Ostfragen, 1952 Botschafter in Moskau, 1961–1963 in Belgrad. – Kennan hatte im November und Dezember 1957 eine umstrittene Vortragsreihe (The Reith Lectures) zur Ost- und Sicherheitspolitik im britischen Rundfunk gehalten. Abdruck in: George F. KENNAN: Rußland, der Westen und die Atomwaffe (The Reith Lectures). Frankfurt/M. 1958.

für solche Vorstellungen wie dem Rapacki-Plan.⁹⁷ Ich habe darüber nachgedacht, was es bedeuten würde, wenn man diesen Plan verwirklichen wollte. Dann wäre die Verhandlungsgrundlage völlig anders; dann wäre die Position des westlichen Verhandlungspartners um so viel schwächer, als die Sowjetunion keinen Grund mehr hätte, eine echte politische Konzession zu machen, denn sie hätte das, was sie zu 100 % erreichen will, schon zu 50 % im Wege der unwiderruflichen Vorleistung erhalten.

Deswegen können wir dieser öffentlichen Diskussion nicht aus dem Wege gehen; im Gegenteil, wir müssen sie führen, um unsere Glaubwürdigkeit bei uns und in anderen Ländern zu behalten. Vergessen wir nicht, was es bedeutet, wenn Zweifel im Ausland entstehen. Wissen wir nicht, daß wir immer noch in der Gefahr leben, daß man über ein Deutschland, an dessen Zuverlässigkeit man zweifelt, dann verhandelt ohne dieses Deutschland? Es ist für die anderen unbequem und eine ständig neue Zumutung, daß sie in allen politischen Entscheidungen die Deutschlandfrage in den Vordergrund stellen und ihre eigene politische Entscheidungsfreiheit dadurch beschneiden lassen.

Wir haben erlebt, mit welcher Selbstverständlichkeit und bedingungslosen Loyalität man in Paris wieder auf diese Frage eingegangen ist. In der Schlußsitzung, als das fertige Kommuniqué schon vorlag, hat es nur einer Andeutung von mir bedurft, um den französischen Ministerpräsidenten und den französischen Außenminister zu veranlassen, daß in dieses Schlußkommuniqué die ausdrückliche Bestätigung der Sicherheitsgarantie für Berlin aus dem Jahre 1954⁹⁸ einmütig aufgenommen wurde. Gerade in dieser Situation, wo wir alle in Sorge sind, ob sich nicht um Berlin gewisse Schwierigkeiten zusammenziehen, ist das von unschätzbarem Wert.

Diese Bereitschaft, Zustimmung und Unterstützung der anderen zu erhalten, das hängt in der Tat davon ab, daß wir voll und ganz glaubwürdig bleiben. Deshalb müssen wir diese öffentliche Diskussion führen; selbst auf die Gefahr hin – das leugne ich gar nicht –, daß sie nicht dazu beiträgt, die Voraussetzungen einer Entspannung zu schaffen. Aber wir müssen sie führen, solange sie uns von den anderen in dieser Weise aufgezwungen wird. (*Lebhafter Beifall.*)

Osterloh: Ich darf folgendes erwähnen: Abiturienten aus der Sowjetzone, die die Rede des Bundeskanzlers gehört haben, haben ihr unbeschränkt zugestimmt. Nun halte ich es für unfruchtbar, wenn man hier davon ausgeht, als ob zwischen Herrn

97 Am 2. Oktober 1957 in der 12. UN-Vollversammlung vorgelegt; sah ein Verbot der Herstellung und Stationierung von Atomwaffen und ihrer Träger in Polen, der ČSSR und in beiden Teilen Deutschlands vor. Druck: Dokumente zur Deutschlandpolitik III/3 1957 S. 1681–1686. Vgl. dazu ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 361–365. – Adam Rapacki (1909–1970), polnischer Politiker; maßgeblich an der Vereinigung der polnischen sozialistischen Partei mit der kommunistischen Arbeiter-Partei 1948 beteiligt. 1948–1968 Mitglied des ZK, 1948–1954 und 1956–1968 Mitglied des Politbüros, 1956–1958 Außenminister.

98 Vgl. dazu die Passagen bzgl. Berlins in den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 (Europa-Archiv 1954 S. 7172–7174) sowie in der Schlußakte der Londoner Neunmächtekonferenz vom 5. Oktober 1954 (BULLETIN vom 6. Oktober 1954 S. 1666).

Gerstenmaier, dem Außenminister und dem Bundeskanzler eine Uneinigkeit bestehe. Es besteht nur eine andere Nuance in der Beurteilung der Methode. Ich möchte ganz kurz von der staatspolitischen Seite her sagen, ich würde es begrüßen, wenn wir stärker als bisher uns gegen die Verdächtigung wehren könnten, als ob unsere Außenpolitik, insbesondere hinsichtlich der Wiedervereinigung, insgesamt in Amerika gemacht würde. (*Unruhe und Widerspruch.*) Ich meine damit, daß wir der FDP den Wind aus den Segeln nehmen müssen, den sie immer dadurch bekommt, daß sie diesen Eindruck erweckt.

Was die Presse aus den Verhandlungen in Paris gemacht hat, stimmt nicht. Vor allem die „Welt“ hat einen falschen Eindruck erweckt. Sie hat geschrieben, Dulles sei eine Schlafmütze, aber der Kanzler beschreite einen neuen Weg.⁹⁹ Ich möchte fragen, ob nicht eine Absprache mit unseren Verbündeten möglich wäre, die uns erlaubt, ein wenig beweglicher zu erscheinen, als wir es – entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender – realpolitisch sein können. Ich würde es nicht für verboten halten, eine klare Linie in der Politik festzuhalten, damit nicht der Eindruck entsteht, als ob wir nur hypothetische Vorschläge machten. Als sich Kollege Gerstenmaier meldete, war mein erster Eindruck, es müsse über diese Frage in einem kleineren Kreis gesprochen werden. (*Zuruf: Wieso?*) Man sollte die Methoden für die deutsche Außenpolitik nicht einfach gleichsetzen mit der Klarheit einer außenpolitischen Entscheidung.

Adenauer: Ich muß aufrichtig gestehen, ich bin etwas erstaunt. Zunächst wird unsere Außenpolitik nicht von Amerika gesteuert. (*Osterloh:* Habe ich nicht gesagt!) Sie haben aber gesagt, dieser Eindruck entstünde bei der FDP, insbesondere hinsichtlich der Wiedervereinigung. Wenn Sie, Herr Osterloh – das ist vielleicht in Ihren Augen etwas vermessen, was ich jetzt sage –, erklärten, die amerikanische Politik werde zum Teil von hier aus gesteuert, dann kämen Sie der Sache näher! (*Osterloh:* Ist durchaus mein Eindruck!) Aber was fange ich damit an – das geht auch an den Kollegen Gerstenmaier –, wenn ich sage: eine andere Methode! Ja, was denn für eine Methode? Was wollen Sie denn? Sagen Sie es doch klar! Sie werden jetzt den Brief zu lesen bekommen, den Bulganin von mir bekommt; ein sehr höflicher Brief!¹⁰⁰, in dem allerdings seine Vorwürfe gegen uns zurückgewiesen werden. Wenn er sagt, Ihr seid aggressiv, sollen wir das denn ruhig einstecken? Wenn wir nicht darauf antworten, dann heißt es, Ihr habt geschwiegen.

Das eine möchte ich Ihnen sagen, meine Herren, ich habe doch mit den Russen verhandelt. Mit denen können Sie viel deutlicher sprechen, wenn Sie so tun, daß etwas absolut klar und sicher ist. Ich habe im Radio gesprochen auf Wunsch meiner Freunde, weil tatsächlich auch innerhalb unserer Partei keine Klarheit mehr war und die Leute

⁹⁹ Vgl. die kontinuierliche Berichterstattung der „Welt“ über die Tagung des Nordatlantikrates vom 16. bis 21. Dezember 1957, insbes. „Die Welt“ vom 17., 19. und 20. Dezember 1957.

¹⁰⁰ Adenauer an Bulganin, 20. Januar 1958. Druck in AdG 1958 S. 6854–6856, BULLETIN vom 22. Januar 1958 S. 113–115 und MOSKAU BONN S. 327–332.

gar nicht wußten, was überhaupt los ist. Die „Welt“ – der Verlag Springer¹⁰¹ – hatte vier Berichterstatter in Paris. Einen Bericht hat die „Welt“ abgedruckt. Und dann hat sie keinen mehr von ihren Leuten abgedruckt, sondern die Berichte sind in Hamburg gemacht worden. Das haben diese Berichterstatter in Paris erklärt. So sind diese unwahren Berichte entstanden. Und warum haben sie so unwahr berichtet? Um mich auf eine Linie zu bringen, die jetzt die Herren Springer und Zehrer¹⁰² nach Moskau gebracht hat. Das ist nicht meine Linie.

Ich bin der Auffassung, wir müssen auch in der Politik dem deutschen Volke klar das sagen, was wir denken und was wir wollen! Ich will nicht das Vertrauen des deutschen Volkes dadurch verlieren, daß ich vor der Wahl so und nach der Wahl anders spreche. Ich denke gar nicht daran! Da mögen einige Intellektuelle Leibscherzen bekommen. Die gehen vorüber. Das ist mir völlig gleichgültig. (*Gerstenmaier*: Ich lasse mich ausdrücklich ausnehmen dabei! – *Unruhe*. – *Zurufe*: Methoden und Philosophie!) Ich habe nicht gefragt, ob er intellektuell ist, sondern ob er Leibscherzen hat. (*Heiterkeit*. – *Unruhe*.) Aber nehmen Sie es mir nicht für übel. Bitte fassen Sie es doch einmal konkret, was Sie sagen wollen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Sind Sie damit einverstanden, Herr Osterloh, was ich am Radio gesagt habe? (*Osterloh*: Ja! – *Gerstenmaier*: Herr Osterloh ist mit mir der Meinung, daß wir nichts dagegen haben, was Sie gesagt haben!) Dann frage ich Sie, was sollen wir denn für Methoden einschlagen? Ich weiß es nicht! Ich werde Ihnen eine Abschrift der Rundfunkrede dedizieren. (*Gerstenmaier*: Ich habe es gehört!) Ich will Ihnen den Schluß vorlesen, vielleicht haben Sie vorzeitig abgebrochen. (*Heiterkeit*.) Ich habe folgendes gesagt:

„Wenn wir unsere Geduld und unsere Nervenkraft behalten, wenn wir auf unseren Selbstschutz auch in Zukunft bedacht sind, wenn wir entschieden und entschlossen den Weg zur allgemeinen kontrollierten Abrüstung, und zwar sowohl auf dem Gebiete der konventionellen wie der nuklearen Waffen, verfolgen, dann wird auch Sowjetrußland eines Tages erkennen, daß von keiner Seite ihm ein Angriff droht und daß das Geschick des russischen Volkes untrennbar verbunden ist mit dem Geschick der anderen Völker auf der Erde. Je klarer und je eindeutiger diese unsere Politik die Politik der freien Völker des Westens ist, desto eher wird auch in Sowjetrußland die Erkenntnis sich Bahn brechen, daß Entspannung und Friede auch das Ziel der sowjetrussischen Politik sein müssen.“

Ich weiß nicht, ich finde es schön! (*Heiterkeit*.) Aber, meine Herren, so können wir nicht auseinandergehen.

101 Axel Cäsar Springer (1912–1985), nach kaufmännischer Ausbildung Journalist, seit 1946 Aufbau eines Pressekonzerns.

102 Hans Zehrer (1899–1966), 1923–1931 Redakteur bei der „Vossischen Zeitung“, 1929–1933 Herausgeber der Monatsschrift „Die Tat“, 1932/33 Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“, 1948–1953 Chefredakteur des „Sonntagsblattes“, 1953–1966 der „Welt“. – Zum Besuch in Moskau vgl. Anm. 35.

Seffrin: Ich hätte eine Frage: Ist beabsichtigt, nach Schluß dieser Sitzung des Bundesvorstandes und des Parteiausschusses der Presse etwas zu geben? (*Adenauer*: Das müssen wir sogar!) Was mich bedrückt, ist folgendes. Ich habe mich in der vorigen Woche an vier Abenden mit dem Thema „Aktive Ostpolitik“ herumschlagen müssen. Mir ist immer wieder aufgefallen, daß ich den Eindruck bekam: Draußen herrscht die Meinung, die Sowjets schreiben Briefe, offerieren Verhandlungen, und ihr geht nicht darauf ein. Es war außerordentlich schwer, den Leuten klarzumachen, daß Briefeschreiben noch lange kein vernünftiges Verhandlungsangebot ist.

Das zweite, das von den Herren Dr. Meyers und Dr. von Brentano angesprochen worden ist, ist folgendes: Ihr Leute von der CDU und ihr von der Bundesregierung schweigt. Deshalb ist es doch außerordentlich zu begrüßen, sowohl innenpolitisch wie auch außenpolitisch, daß der Herr Bundeskanzler diese Dinge gesagt hat. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand immer wieder der Rapacki-Plan. Die Leute sagen, wenn da drüben nichts ist, kann auch nichts passieren.

Ein weiterer Gedanke wurde zum Ausdruck gebracht: Wenn die Situation so ist, daß die Sowjetunion sowohl hinsichtlich der konventionellen wie auch der nuklearen Waffen die stärkste Mächtegruppe ist, ist es dann noch überhaupt richtig, sich an die Seite der Schwächeren zu halten? Ist es dann nicht richtig ... (*Lebhafte Unruhe und Widerspruch.*) Meine Herren! Ich will Ihnen doch nur einen Erlebnisbericht über das geben, was die Leute draußen sagen. Sie sagen: Ist es dann nicht richtiger, irgendeine Politik der Neutralität zu vertreten. Ist das nicht richtiger als das, was wir bisher tun? (*Anhaltende Unruhe.*) Ich möchte nun vorschlagen, wenn eine Mitteilung an die Presse gegeben wird, auch dazu ein Wort zu sagen.

Adenauer: Das ist der Aufweichungsprozeß, der sich in Hamburg gezeigt hat. (*Seffrin*: Das war keine Parteiversammlung!) Das sage ich auch nicht.

Gerstenmaier: Ich warne davor, dieses Wort vom Aufweichungsprozeß der Intellektuellen zu gebrauchen. Es gibt in der übrigen Welt Symptome, die genauso bezeichnet werden, die eine Art Defätismus verraten, der für uns Deutsche lebensgefährlich ist. Ich warne davor, hier in diesem Kreise mit diesem Wort zu operieren, weil es dazu angetan ist, jede denkerische Bemühung von vornherein zu verdächtigen, die allein darauf hinausgeht, wie könnte man mit den Russen mit friedlichen Mitteln dahin kommen, daß sie endlich aufhören, in dieser aggressiven Art mit ihren Superioritätskomplexen die Welt zu drangsaliieren, wie sie das in den letzten Jahren getan haben. Eine Überlegung, die auf diesem Wege Fortschritte bringen kann, darf unter keinen Umständen in unserem Kreise von vornherein verdächtigt werden.

Es nützt uns nichts, wenn wir vor dem Aufweichungsprozeß warnen und dann Beifall gespendet wird. Im allgemeinen muß man dafür dankbar sein, daß die Leute ein Gefühl dafür haben, daß Aufweichung gefährlich ist. Wir müssen in diesem Kreise ein Bewußtsein haben, daß es nicht damit getan ist, daß die Leute zustimmen, wenn wir vor einer Aufweichung warnen. (*Zuruf*: Unklar! – *Unruhe.*) Meine Herren! Das Problem ist damit nicht ausgeschaltet, daß Sie sagen, wir haben es noch nicht. Es muß ein Grund mehr sein, nun zu versuchen, weil es eben so schwer ist. (*Anhaltende*

Unruhe. – Zurufe: Nicht klar!) Ich bin für die denkerische Bemühung, wirksamere Methoden zu finden und sie in diesem Weltringen durchzusetzen. Dafür rede und dafür stehe ich. Freund Osterloh hat den Finger auf einen Punkt gelegt, der mich andauernd beschäftigt, daß wir nämlich nicht nur in der Agitationsmethode des Kalten Krieges im Bewußtsein des deutschen Volkes leben. Das ist eine Sache, bei der ich mich nicht darüber auseinandersetze, ob ein solcher Vorwurf oder eine solche Unterstellung an unsere Adresse irgendwie berechtigt ist; das akzeptiere ich nicht. Aber es ist eine Aufforderung an uns, auch nur den Eindruck zu vermeiden.

Ich bedaure es als ein evangelisches Mitglied unserer Partei, nicht einfach dort den Punkt machen zu können, wo z.B. die ehrenwerten Herren mit ihrer Fuldaer Erklärung¹⁰³ den Punkt gemacht haben. Ich könnte alles sagen, was die Leute von Fulda gesagt haben, aber damit ist es leider noch nicht aus. Ich muß über diesen Schlußpunkt hinaus für meine unscheinbare Person weiterdenken und meine, die ganzen Mitglieder unserer Partei, die hier versammelt sind, sollten davon erfaßt werden.

Adenauer: Herr Kollege Gerstenmaier macht denselben Fehler, den auch andere machen, indem er die ganze Welt von seiner Situation aus betrachtet, von dem aus, was wir Deutsche tun. (*Gerstenmaier:* Tue ich gar nicht!) Aber was wollen Sie denn mit Ihren anderen Methoden, die wir einschlagen sollen? Und warum sagt Herr Osterloh, wir dürften nicht den Anschein erwecken, als ob wir im Gefolge der Amerikaner unsere Politik machten? Ich habe doch gesagt: Wir müssen kraftvoll und einig und geschlossen sein. Wir müssen versuchen, zu verhandeln. (*Gerstenmaier:* Und wir müssen aktiv sein!) Das habe ich doch gesagt! (*Gerstenmaier:* Ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf!) Aber bitte, was wollen Sie denn für andere Methoden? Dann sagen Sie es doch!

Wir machen z.B. folgendes: Wir sind – gegen unsere deutschen Ratgeber in Moskau – dafür, daß Herr Lahr¹⁰⁴ jetzt schon sechs Monate in Moskau sitzt und verhandelt und verhandelt, damit dieser Draht nicht abreißt. Wir werden wahrscheinlich zu einem Abkommen gelangen, wonach wir den Russen für drei Milliarden Waren liefern. Im Höchsthalle können wir nur bis zu vier Milliarden liefern, weil sie uns Waren zurückliefern müssen. Sie können aber nicht mehr zurückliefern. Sie sehen, da tun wir doch etwas.

103 Gemeint ist das „Fuldaer Manifest“ vom 4. Dezember 1957. Warnung katholischer Persönlichkeiten vor Verträgen und Abmachungen mit der Sowjetunion. Vgl. „Die Welt“ vom 4. Januar 1958: „Auch Katholiken warnen Politiker“; ACDP I-070-025/4.

104 Rolf Lahr (1908–1985), Staatssekretär, Botschafter; 1934–1942 Reichswirtschaftsministerium, 1949–1953 Handelsabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums, 1953–1960 im AA (Referatsleiter Westeuropa, Handelspolitische Abteilung), Leiter der deutschen Delegation bei den deutsch-französischen Saarverhandlungen 1955 und den deutsch-sowjetischen Verhandlungen 1957–1958, 1960–1961 Botschafter bei der EG (Brüssel), 1961–1969 Staatssekretär im AA, 1969–1973 Botschafter in Rom, 1973–1974 Vertreter der Bundesrepublik bei der FAO (Rom). – Memoiren: Zeuge von Fall und Aufstieg – Private Briefe 1934–1974. Hamburg 1981.

Sehen Sie, Herr Gerstenmaier, wenn Politiker von Rang in Bremen sagen, wir müssen neue und flüssigere Methoden anwenden, ohne auch nur mit einem Wort zu substantiieren, was wir denn tun müssen ... (*Gerstenmaier*: Ich habe gesagt ...) Was haben Sie denn gesagt? Unterbrechen Sie mich ruhig; ich bin froh, wenn ich neue Gedanken bekomme. (*Gerstenmaier*: Ich bin bereit, meine Rede zu zitieren. Dann will ich genau darüber sprechen!) Ich habe dasselbe gesagt, was auch Truman erklärt hat. Ich kannte doch den Artikel. Ich habe am Radio gesagt – es steht auch in dem Brief: Wir sind für eine Konferenz nach entsprechender Vorbereitung. Was können wir denn noch mehr machen? (*Gerstenmaier*: Ich habe nichts anderes gesagt und mache Ihnen keinen Vorwurf!) Aber was wollen Sie denn? Also, meine Herren, es ist schon spät, und wir müssen etwas zu uns nehmen. Ich würde es aber tief bedauern, wenn wir mit einer solchen Differenz auseinandergehen. (*Gerstenmaier*: Es besteht keine Differenz, aber ich lasse mich unter keinen Umständen in die Defensive bringen. Ihre Offensive ist unberechtigt!) Bitte, dann wollen wir einmal genau rekonstruieren! Ich habe gesagt: Ich bitte Sie zu erklären, ob Sie damit einverstanden sind. Dann haben Sie sich nach einiger Zeit zum Wort gemeldet und gesagt: Ich möchte durch mein Schweigen nicht den Eindruck hervorrufen, als ob ich mit den Methoden, die die Bundesregierung anwendet, einverstanden wäre. (*Gerstenmaier*: Nein!) Das haben Sie gesagt! (*Zurufe*: Richtig! – *Gerstenmaier*: Nein, nicht so. – *Unruhe und Bewegung*.) Dann verstehe ich das Ganze nicht mehr. Ich habe Ihnen doch gegenübergesessen! Und jetzt diskutieren wir eine Stunde lang über die Methoden. Ich habe Sie gebeten, uns zu sagen, was für Methoden. Sind Sie denn mit den Methoden einverstanden? (*Gerstenmaier*: Hier steht, was ich gesagt habe! – *Anhaltende Unruhe*.) Ich meine, ob Sie mit den Methoden einverstanden sind? (*Gerstenmaier*: Ich möchte mir den Punkt, an den ich denke, nicht von Ihnen umbiegen lassen, ob ich einverstanden bin oder nicht. So kann man nicht diskutieren! – *Unruhe und Bewegung*.) Wie wollen Sie denn diskutieren? Ich habe gesagt, Sie hätten erklärt, Sie seien mit den Methoden nicht einverstanden. Das haben Sie bestritten! Jetzt frage ich Sie, sind Sie einverstanden, und dann sagen Sie, ich lasse mich nicht umbiegen!

Gerstenmaier: Ich habe gefragt, ob der Begriff der Aufweichung zum Inhalt haben soll, daß jede Überlegung taktischer und methodischer Art darunterfalle. Um das zu verhindern, habe ich mich zum Wort gemeldet. Ich habe erklärt, ich möchte mir vorbehalten, hinsichtlich der Methoden noch weitere Überlegungen anzustellen. Ich hätte auch schweigen können, habe aber aus Redlichkeit der Gesinnung und aus Loyalität darüber gesprochen, weil ich meine, daß es unsere Verpflichtung ist, Sie nicht allein zu lassen in dem schwierigen Prozeß der politischen Entwicklung. Es ist unsere Pflicht, dieser Entwicklung gedanklich nachzugehen und dabei Erwägungen anzustellen, die man vielleicht akzeptieren oder auch ablehnen kann.

Adenauer: Der Unterschied ist klar. Ich kenne ihn ganz genau. Herr Gerstenmaier ist der Auffassung, im Bundestag sollten die Parteien ruhig reden, aber die Regierung soll schweigen. (*Gerstenmaier*: Ja!) Die soll da schweigen! Deswegen haben Sie auch gesagt, Sie hätten es nicht für richtig gehalten, daß ich am Radio gesprochen

habe. (*Gerstenmaier*: In diesem Falle ja!) Das ist also ein sehr großer Gegensatz der Auffassungen. Sie würden damit befürworten, daß die Haltung der Regierung irgendwie nicht klar ist. Wenn wir bei einer Anfrage der SPD und der FDP an die Regierung schweigen und die anderen reden lassen, wie stehen wir denn da? Dann stehen wir da wie Esel und Narren! Das wäre das Schlimmste, was wir tun könnten, innenpolitisch und auch außenpolitisch!

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich will gar nicht in Abrede stellen, daß ich für den Bundestag allerdings der Meinung bin, daß es falsch ist. Ich bin der Meinung, daß es im gegenwärtigen Augenblick der politischen Entwicklung darauf ankommt, die Russen aus der Position der billigen Friedensgeste und Friedenspropaganda herauszubringen, um sie an den Verhandlungstisch zu bekommen.

Ich habe kein Wort darüber gesagt, daß an diesem Verhandlungstisch nicht das gesagt werden soll, was wir gemeinsam für das notwendige Ziel unserer Politik halten. Im gegenwärtigen Augenblick ist nach meiner Überzeugung der Schwerpunkt darauf zu richten, die Russen überhaupt an den Verhandlungstisch zu bringen, wo sie beweisen müssen, ob sie bloß Redensarten für den Frieden machen oder ob sie etwas anderes im Sinne haben.

Man kann eine andere Meinung haben, aber man darf eine Überlegung dieser Art unter keinen Umständen von vornherein als ein Symptom eines Aufweichungsprozesses deuten. (*Adenauer*: Das habe ich gar nicht gesagt!) Sie haben mich unablässig angegriffen. Ich habe dann jeweils etwas zur Klarstellung gesagt. Ich bleibe nicht in der Defensive, sondern gehe lieber in die Offensive.

Adenauer: Das Gespräch ist ziemlich unfruchtbar geworden. Ich verstehe das nicht und muß dem folgen, was mein Gewissen mir vorschreibt. Und mein Gewissen sagt mir folgendes: Die Regierung gibt im Bundestag eine Regierungserklärung über die NATO-Verhandlungen. Die SPD hat eine Große Anfrage an uns gerichtet. Die FDP wird auch eine an uns richten.¹⁰⁵ Und dazu werden wir unsere Meinung sagen, und zwar klar und ungeschminkt. Wenn das Ganze im Nebel bleibt, dann begehen wir das Schlimmste, was wir tun können, einmal gegenüber der Bevölkerung, die dann sagt, die wissen nicht, was sie wollen, die sind knieweich geworden, und zweitens gegenüber dem gesamten Ausland.

Von Brentano: Ich glaube, daß im Grundsätzlichen die Meinungsverschiedenheiten nicht so groß sind; denn wir diskutieren nicht mehr über die Grundsätze unserer Politik. Wir diskutieren nur darüber – und darüber sind wir uns alle einig –, daß wir immer wieder von neuem überprüfen müssen, ob es andere Mittel und Wege gibt, um diese Grundsätze zu verwirklichen, und daß wir nicht daran festhalten, daß das, was gestern richtig, auch unbedingt morgen richtig sein muß.

¹⁰⁵ Antrag der SPD vom 5. Dezember 1957 sowie Große Anfrage der FDP vom 11. Dezember 1957. NATO-Tagung in Paris vom 16. bis 19. Dezember 1957 (AdG 1957 S. 6800).

Diese Elastizität hat der Herr Bundeskanzler in Paris am ersten Tag der NATO-Sitzung gezeigt. Darüber gibt es, wenn wir es richtig analysieren, keine Meinungsverschiedenheit.

Die zweite Frage möchte ich beantworten, da sie unmittelbar mich angeht. Ich möchte sagen, wenn wir nur eine außenpolitische Debatte hätten, in der ich eine Erklärung abgebe über das Geschehen oder über die Aufgaben und Ziele der deutschen Außenpolitik, dann könnte ich mir vorstellen, daß dann eine Diskussion folgt, die man anhört, aber die vielleicht keinen Anlaß mehr zum Eingreifen gibt. Aber ich bitte den Kollegen Gerstenmaier, daran zu denken, daß die SPD konkrete Anträge mit elf oder zwölf Punkten und die FDP eine Große Anfrage mit vier Punkten stellen. Die Anfragen besagen: Die Bundesregierung wird ersucht, dies und dies zu tun und dieses nicht zu tun. Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun hinsichtlich des Rapacki-Plans und der atomfreien Zone usw. Es ist undenkbar, daß nun diese Anträge vorgetragen und begründet werden, und die Bundesregierung sitzt da und schweigt. Ich muß doch antworten, und zwar schon deswegen, weil diese Anträge zur Abstimmung kommen. Ich muß als Bundesregierung sagen, was ich von den Anträgen halte, warum ich sie zum Teil für undurchführbar halte.

Es ist nicht unsere Schuld, daß diese nicht erfreulichen politischen Debatten immer wieder auf uns zukommen. Es ist ein ungewöhnlicher Vorgang, daß die SPD uns zwingt, in einem Stadium, in dem diese Dinge überhaupt erst diskutiert werden, bereits Vorentscheidungen zu treffen. Es gibt kein Parlament der Welt, in dem eine verantwortungsbewußte Opposition der Regierung abverlangt, zu einem Vorschlag des polnischen Außenministers ja zu sagen, ohne zu prüfen, welche Konsequenzen dieser Vorschlag hat; sie soll eine Entscheidung treffen über die Ausstattung der gemeinsamen Verteidigungsorganisation, ohne prüfen zu können, welche Auswirkungen das auf die Bündnispartner hat. Deswegen sind wir doch gezwungen zu reden. Weder die Fraktion noch die Öffentlichkeit würde es verstehen, wenn wir schwiegen. Man würde sagen, die Regierung weiß nicht, was sie will; sie hat ihren Kurs verloren oder gewechselt.

Ich bin entschlossen und bereit zu antworten. Meine Antwort wird sich richten nach der Art, wie die Anfrage lautet und wie sie begründet wird. Ich wäre glücklich, wenn uns die Opposition nicht in einer Weise, die mit der Verfassung nicht vereinbar ist, vor Fragen stellte, die wir in diesem Stadium eigentlich noch nicht beantworten dürfen; aber wenn die Fragen nun einmal gestellt werden, müssen wir sie beantworten.

Dichtel: Es ist die Frage behandelt worden, ob die SPD bei ihrer Aussprache mit den Kirchen eine ehrliche Absicht hätte oder nicht. Es ist zum Ausdruck gebracht worden, daß sie die Absicht habe, eine große Verwirrung herbeizuführen. Die gleiche Parallele liegt auch in der Frage vor, die wir jetzt behandeln. Deshalb müssen wir in dieser Frage eine absolute Klarheit in jeder Form und in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich habe die Rede des Herrn Vorsitzenden am Sprechfunk und am Fernsehen erlebt. Ich habe aus verschiedenen Kreisen der

Bevölkerung gehört, daß sie überall mit großer Zufriedenheit aufgenommen worden ist. Wenn über die heutige Sitzung eine Presseerklärung gegeben werden soll, dann kann sich diese Erklärung keinesfalls auf die Schlußphase beziehen, die sich eben hier gezeigt hat. Ich habe Herrn Kollegen Gerstenmaier doch wohl so verstanden, daß wir uns im Ziel der Außenpolitik völlig einig sind. Ich würde sagen, die Vorstandssitzung müßte ihren Abschluß damit finden, daß zum Ausdruck kommt: Der Bundesvorstand billigt einmütig die Haltung des Bundeskanzlers. Dies muß in aller Deutlichkeit gesagt werden.

Die Frage, wie der eine oder andere Weg in diesem oder in jenem Fall – über den die Meinungen verschieden sind – gegangen werden soll, braucht heute gar nicht nun unter allen Umständen bis zum Letzten erörtert und ausgetragen zu werden. Wir sind aber unserem deutschen Volk über unsere Politik in dieser Lebensfrage absolute Klarheit schuldig.

Adenauer: Ich kann nur nochmals die Frage stellen, ob Sie bereit sind ... (*Dichtel:* Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, ich möchte folgenden Antrag stellen: Der Bundesvorstand billigt die Haltung des Bundeskanzlers in der Außenpolitik.) Sie stellen diesen Antrag! Dann lasse ich darüber abstimmen, und ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. Das ist die übergroße Mehrheit. Wer ist dagegen? Einer! (*Gerstenmaier:* Ich kann diesem Antrag nicht folgen!) Ich stelle fest, gegen eine Stimme ist der Antrag angenommen. Ich bedaure das sehr. Es wird schwerwiegende Folgen haben; denn das wird doch bekannt werden, daß Sie dagegen gestimmt haben.

Gerstenmaier: Ich lasse mich bei einer so entscheidenden Frage der Nation und bei einem solch redlichen Bemühen in denkerischer Hinsicht nicht mit solchen Pauschalen überfahren! Dagegen wehre ich mich! Ich habe damit in keiner Weise zu Ihren Ausführungen Stellung genommen!

Osterloh: Es ist gefragt worden, ob wir der materiellen Entscheidung in der Außenpolitik des Bundeskanzlers zustimmen. Darüber besteht also kein Zweifel. Sie haben ausdrücklich gesagt, daß Sie dazu Ihre uneingeschränkte Zustimmung geben, daß Sie die Linie des Bundeskanzlers bejahen. Darum kann ich es nicht verstehen, daß Sie jetzt dagegen gestimmt haben. (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Bewegung.*)

Gerstenmaier: Was mich zum „Nein“ geführt hat, ist das, daß der Antrag so ganz allgemein formuliert war. Wenn ich zugestimmt hätte, dann hätte ich das reduzieren und revidieren müssen, worum ich mich während der ganzen Diskussion bemüht habe. (*Starker Widerspruch der Versammlung.* – *Zurufe:* Wieso? Nein! Irrtum! – *Lebhafte Unruhe.*)

Dichtel: Noch ein einziges Wort, meine Herren! Es stehen heute zwei Fragen hier zur Debatte, einmal die grundsätzliche Haltung des Bundeskanzlers. Diese Frage hat Kollege Gerstenmaier mit uns allen als richtig bejaht. Differenzen bestehen, verehrter Herr Vorsitzender, in der Frage des dabei einzuschlagenden Weges des Verfahrens. (*Gerstenmaier:* Noch nicht einmal! – *Zuruf:* Worin denn? – *Unruhe.*) Ich habe

beantragt, der Vorstand möge beschließen: „Der Bundesvorstand billigt die Haltung des Bundeskanzlers in der Außenpolitik.“ (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Meine Herren! Ich darf um Ruhe bitten! Je mehr geredet wird, desto unklarer scheint mir die Sache zu werden. Ich möchte feststellen, daß Herr Gerstenmaier ausdrücklich erklärt hat, er hätte es nicht für richtig gefunden, daß ich diese Rede am Radio gehalten habe, (*Zuruf:* Er hat dem Inhalt zugestimmt!) daß ich sie am Radio gehalten habe! Er hat weiter gesagt, er sei der Auffassung, daß im Bundestag die Bundesregierung sich zurückhalte, aber die Parteien solle man reden lassen. Das sind doch schwerwiegende Gegensätze! (*Erneute Bewegung und Unruhe.* – *Zurufe:* Sehr richtig! – *Fay:* Jawohl! – *Cillien:* Das gehört nicht zum Inhalt der Außenpolitik. – *Zurufe:* Doch, aber sicher! – *Anhaltende, lebhaft Unruhe.*) Was heißt „zum Inhalt“? (*Zuruf:* Er hat doch zugestimmt Ihren Ausführungen. – *Zuruf:* Aber gegen den Antrag gestimmt. – *Unruhe.*) Ich soll wohl den Inhalt in meiner Brust verschließen!

Arnold: Wir können zu einer Einigung kommen. Es ist beantragt worden: „Der Bundesvorstand billigt die Außenpolitik des Bundeskanzlers.“ Darüber bestehen doch keine Differenzen! (*Adenauer:* Dazu gehören auch die Methoden!) Herr Gerstenmaier, Sie haben gesagt, es müsse erlaubt sein, darüber nachzudenken, ob man in der Methode oder in dem Verfahren, je nach der Situation, neue Möglichkeiten finden könne, ohne daß einem der Vorwurf der Aufweichung gemacht werde. (*Gerstenmaier:* Ja! – *Zuruf:* Nachdenken, aber nicht darüber reden! – *Zurufe:* Im Grundsatz sind wir uns alle einig. – *Unruhe.*) Ich schlage nunmehr vor, zu beschließen: „Der Bundesvorstand billigt einmütig die Außenpolitik des Bundeskanzlers.“ (*Gerstenmaier:* Ich stelle ausdrücklich fest, daß hier kein Gegensatz besteht! – *Zurufe:* Na also! Warum nicht gleich so?)

Adenauer: Und ich erkläre ausdrücklich, Herr Gerstenmaier, daß ich selbstverständlich jeden Tag und jede Stunde darüber nachdenke, ob es nicht einen kleinen Weg gibt, um mit der Gesellschaft irgendwie zusammenzukommen.

Gerstenmaier: Ich habe um Gottes willen nicht in Frage gestellt, was Sie veranlassen könnte, mich zu attackieren, sondern ich habe gesagt, wir wollen keine Mißverständnisse entstehen lassen. Wir wollen das, was Sie als Aufweichungsgefahr darstellen, nicht ausdehnen auf die gedanklichen Bemühungen, bessere Methoden aufzuspüren, die uns zu dem von uns gemeinsam angestrebten Ziele führen.

Ich muß allerdings Wert darauf legen, daß diese Nuance nicht untergeht. Weshalb ich also dagegen gestimmt habe, ist also der Wunsch, diese Nuance nicht untergehen zu lassen. (*Zuruf:* Aha!) Wenn Sie diese Nuance mit einbeziehen in den Antrag, dann stimme ich zu. Wenn Sie sie ausschließen, kann ich nicht zustimmen.

Adenauer: Ich habe Ihnen eben schon etwas erklärt. Ich will es noch deutlicher sagen. Ich habe dem Herrn Lahr gesagt: Sie gehen nicht von Moskau weg, bis Sie hinausgeschmissen werden. Sie sehen also, daß ich die Finger dranhalte! (*Gerstenmaier:* Ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf!) Es ist klar, daß wir uns nach den jeweiligen Möglichkeiten richten ... (*Dichtel:* Verzeihung, Herr Bundeskanzler, grundsätzlich sind wir doch alle einverstanden!)

Arnold: Meine Herren! Ich schlage nochmals vor: „Der Bundesvorstand billigt einmütig die Außenpolitik des Bundeskanzlers.“ (*Zuruf:* Es ist doch möglich, daß der eine seine eigenen Gedanken hat. – *Zuruf:* Wir müssen uns restlos einigen! – *Zuruf:* Haben wir doch! – *Unruhe.*)

Adenauer: Wir können uns vielleicht folgenden Zusatz in Gedanken machen: „Vorbehaltlich weiteren Nachdenkens!“ (*Große Heiterkeit.*)

Meyers: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren! Es ist kurz vor 15 Uhr. Um 16 Uhr kommt der Parteiausschuß zusammen. Wir werden also nach dem Essen hier nicht mehr zusammentreten können. Ich bitte Sie daher, die Behandlung der übrigen vom Herrn Bundeskanzler angeschnittenen Fragen dem geschäftsführenden Vorstand¹⁰⁶ zu übertragen, ebenso die Frage des Parteitages. Wir müssen hier endlich weiterkommen. (*Zustimmung.*)

BUNDESPARTEITAG 1958

Adenauer: Als Tagungsort für den diesjährigen Parteitag wird Wiesbaden vorgeschlagen, und zwar soll er im Herbst vor den dortigen Wahlen stattfinden. Sind sie damit einverstanden, daß der geschäftsführende Vorstand die Dinge weiterbehandelt? (*Zustimmung.*) Ich bitte noch, daß sich die Herren der Redaktionskommission zusammensetzen.

Damit darf ich unsere heutige Sitzung schließen und Ihnen nochmals für Ihr Erscheinen danken.

¹⁰⁶ Kiesinger, Meyers, Schröder.

3

Bonn, 25. April 1958

Sprecher: Adenauer, Adorno, Altmeier, Arnold, Bach, [Bitter], Blumenfeld, Cillien, Fay, Gerstenmaier, Gockeln, Gradl, von Hassel, Heck, Hellwig, Johnen, [Kraske], [Krone], Marwede, Meyers, Müllenbach, Noltenius, [Pelte], [Frau Rehling], Scheufelen, Schröder, Sieveking, Frau Weber, Wolters, Wuermeling.

Bericht zur Lage; SPD-Aktionen „Kampf dem Atomtod“. Bundesgeschäftsführung. Bundesparteitag 1958. SPD-Aktionen (Fortsetzung).

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 16.15 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben uns erlaubt, außer dem Vorstand auch die Landtagspräsidenten¹ und die Fraktionsvorsitzenden der Landtage² hierher zu bitten, weil der Hauptpunkt unserer Tagesordnung von solch großer Bedeutung ist und in die Bereiche dieser Herren hineinwirkt, daß es wohl richtig ist, wenn sie bei der Beratung dabei sind.

Entschuldigt haben sich: Herr Kaiser. Sie wissen, daß er noch nicht wiederhergestellt ist; Herr von Brentano, der den Herrn Mikojan³ in Frankfurt abholt; weiter die

1 Von der CDU gestellte Präsidenten der Landtage waren 1958: Walther Böttcher (Schleswig-Holstein), Josef Gockeln (Nordrhein-Westfalen), Wilhelm Kratz (Saarland), Carl Neinhaus (Baden-Württemberg), Paul Oskar Schuster (Niedersachsen) und August Wolters (Rheinland-Pfalz).

2 CDU-Vorsitzende der Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen waren 1958: Wilhelm Boden (Rheinland-Pfalz), Egon Endres (Berlin), Erich Großkopf (Hessen), Franz Hermann (Baden-Württemberg), Wilhelm Johnen (Nordrhein-Westfalen), Friedrich Carl Marwede (Bremen), Wilhelm Mohr (Schleswig-Holstein), Alois Scherf (Niedersachsen), Josef Schmitt (Saarland) und Kurt Sieveking (Hamburg).

3 Anastas Iwanowitsch Mikojan (1895–1978), 1923 Mitglied des ZK der KPdSU, 1926–1945 Volkskommissar, seit 1946 wechselnd Minister für die Ressorts Binnen- und Außenhandel, 1955–1964 stv. Ministerpräsident, 1964–1965 als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets Staatsoberhaupt. – Zu seinem Bonn-Besuch vgl. Anm. 9.

Herren Lemmer, Oberländer, Bauknecht, Dr. Gebhard Müller, Dr. Neinhaus⁴, Endres⁵, Dr. Scherf⁶, Dr. Fricke (Vertreter: Pelte⁷), Dr. Gurk und Schuster⁸, Landtagspräsident von Niedersachsen. Herr Schröder ist noch im Bundestag festgehalten. Er wird, sobald er abkömmlich ist, zu uns kommen.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE; SPD-AKTIONEN „KAMPF DEM ATOMTOD“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Tagesordnung soll ich Ihnen zunächst einen Überblick über die politische Lage geben. Ich möchte diesen Bericht ziemlich kurz halten, damit auch noch genügend Zeit bleibt für die Referate der Herren Schröder und Meyers. Ich habe eben gesagt, Herr von Brentano muß in Frankfurt Herrn Mikojan abholen. Sie werden wie manche andere auch fragen, was hat der Besuch von Mikojan bei uns zu bedeuten. An sich rechtfertigt der Vertragsabschluß⁹, der in Moskau nach siebenmonatigen Verhandlungen zustande gekommen ist, nicht die Reise des Herrn Mikojan hierher; denn Herr Mikojan, der Armenier ist, ist nach Chruschtschow der zweite Mann in Sowjetrußland. Er wird irgendwelche besonderen Beweggründe haben. Dieser Besuch des zweiten Mannes im Staate ist also von einer gewissen politischen Bedeutung. Nach den Erfahrungen, die man überhaupt mit Sowjetrußland macht, möchte ich sagen: In erster Linie hat der Besuch den Zweck, den Versuch zu machen, zwischen den Verbündeten des Westens ein gewisses Mißtrauen gegen uns zu erwecken. Ob er darüber hinaus mit irgendwelchen Anregungen kommen wird, müssen wir in Ruhe abwarten. Man hat darüber Nachrichten bekommen, aber alle Nachrichten, die man über solche Fragen bekommt, sind mehr oder weniger unzuverlässig. Man muß also abwarten, was er bringen wird. Sein Besuch gerade jetzt, wo im Bundestag die Debatte über den sozialdemokratischen Gesetzentwurf betreffend die Volksbefragung über den Atomtod¹⁰ weitergeht, ist eigentlich eine ganz

4 Dr. Carl Neinhaus (1888–1965), 1928–1945 Oberbürgermeister von Heidelberg, 1954 wiedergewählt, 1950–1952 MdL Württemberg-Baden (CDU), 1952–1960 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und deren Präsident, MdL Baden-Württemberg und Landtagspräsident.

5 Egon Endres (1902–1983), 1955–1967 MdA Berlin (CDU, 1957–1963 Fraktionsvorsitzender). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 517 Anm. 2.

6 Dr. Alois Scherf (1897–1965), Rechtsanwalt und Notar; 1952–1965 MdL Niedersachsen (CDU, ab 1955 Fraktionsvorsitzender).

7 Karl Pelte (1908–1962), Angestellter; 1955–1962 MdL Niedersachsen (CDU).

8 Paul Oskar Schuster (1888–1971), 1955–1963 MdL Niedersachsen (CDU, 1957–1959 Landtagspräsident).

9 Am 25. April 1958 Unterzeichnung eines Handelsabkommens und eines Konsularvertrages mit der Sowjetunion sowie die schriftliche Erläuterung der am 8. April in Moskau mündlich ausgetauschten Vereinbarung über die Repatriierungsfrage (AdG 1958 S. 7023f.).

10 Antrag der SPD-Bundestagsfraktion vom 25. März 1958: Entwurf eines Gesetzes zur Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr (BT-Drs. 303).

komische Geschichte. Um das wieder wettzumachen, werden seit zwei Tagen in der sowjetischen Presse und im sowjetischen Rundfunk die heftigsten Angriffe gegen uns als Kriegsverbrecher, Kriegshetzer und Gott weiß was für Kerle erhoben. Andererseits ist es sehr nett, daß er gerade jetzt ankommt, nämlich in einem Augenblick, wo so massive Angriffe gegen uns erhoben werden. Aber das mußte auch wohl geschehen, um die Leute in der SED zu beruhigen, zweitens um den Sozialdemokraten hier zu zeigen, daß sie mit ihrer Volksbefragung nicht so völlig danebengehen. Auch das muß man in Ruhe ertragen, wie ich überhaupt meine, daß gegenüber Sowjetrußland am besten eine Politik der geduldigen Konsequenz ist. Alles andere hat keinen Zweck.

Wie sich die Verhältnisse in Sowjetrußland in den nächsten Monaten gestalten werden, ist völlig unübersichtlich. Die Nachrichten über die Verhältnisse in Rußland sind sehr unterschiedlich. Das ist aber immer so gewesen, seitdem die Bolschewisten dort an der Macht sind. Ich erinnere mich an eine Sitzung des Preußischen Staatsrates, als der inzwischen verstorbene Geheimrat Klöckner¹¹ von einer Reise aus Rußland zurückgekehrt war und uns einen Vortrag hielt und dabei ein blendendes Bild von der bolschewistischen Wirtschaft gab. Da sagte ein deutscher Gast, der als Architekt in der Zentralplanung für industrielle Bauten in Sowjetrußland eine Reihe von Jahren tätig war, ganz lapidar: Alles, was Sie von Rußland sagen, trifft zu. Es ist eben ein ungeheuer großes Reich, so verschiedenartig geschichtet und gestaltet, daß in dem einen Teil Rußlands etwas ganz anders ist als in dem anderen Teil. Das wird wohl jedem klar, wenn man sich vor Augen hält, daß in Sowjetrußland 150 verschiedene Sprachen gesprochen werden. Sowjetrußland birgt Völkerschaften in sich, die zum Teil hochindustrialisiert sind schon seit langer Zeit, während andere noch ein Nomadenleben führen.

Immerhin kann man wohl aus dem, was in den letzten zwölf Monaten vor sich gegangen ist, gewisse Schlüsse ziehen. Drei Tatsachen möchte ich kurz zusammenfassen. Das eine ist die Tatsache, daß Chruschtschow in der Organisation über die Industrialisierung plötzlich alles über den Haufen geworfen hat und zur Dezentralisation übergehen will, während er vorher die Zentralisation wollte. Das zweite ist die Tatsache, daß jetzt auf einmal die landwirtschaftlichen Maschinen aus den Kombinatn gelöst und den Kolchosbauern gegeben werden sollen. Das dritte ist – lachen Sie bitte nicht – die Verstaatlichung der Kühe. Auch Stalin¹² hatte schon darauf bestanden, daß jeder Bauer wenigstens eine Kuh halten sollte. Jetzt besteht Chruschtschow darauf, daß die Kühe verstaatlicht werden, weil er hofft, dadurch ein besseres Ergebnis in der Milchwirtschaft zu erreichen. Z.Z. haben laut „Neue Zürcher Zeitung“¹³ nur noch 23 % der Bauern in Sowjetrußland eine Kuh.

11 Peter Klöckner (1863–1940), Industrieller, der 1931 als Sprecher einer Wirtschaftsdelegation an einer Reise nach Moskau teilgenommen hatte. NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE 12 (1980) S. 105–107.

12 Jossif Wissarionowitsch Stalin (1879–1953), 1922–1953 Generalsekretär der KPdSU, seit 1946 Vorsitzender des Ministerrats. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 428 Anm. 16.

13 Vgl. „Chruschtschews 'Kuhhandel'“ in NZZ vom 20. April 1958. Danach seien 1956 56,5 % des Rindviehbestandes der Sowjetunion in Privatbesitz gewesen.

Diese Tatsachen beweisen, daß dort alles in Unruhe und auch die Stellung Chruschtschows – was zunächst die wirtschaftliche Basis angeht – nicht gefestigt ist; sonst hätte er nicht nötig, zu solch einschneidenden Maßnahmen in wenigen Monaten zu schreiten. Es kommt hinzu, daß Chruschtschow, wenn er auch die Stellung Stalins hat, naturgemäß nicht die Verdienste Stalins – vom russischen Standpunkt aus gesehen – aufzuweisen hat. Stalin ist, auch in den Augen von gemäßigten Kommunisten und sogar von Nichtkommunisten, in Rußland der Mann, der Rußland groß gemacht hat. Stalin ist auch der Mann, der im letzten Krieg mit Roosevelt¹⁴ und Churchill an einem Tisch gesessen hat. Chruschtschow kann nicht auf diese Verdienste hinweisen. Er muß erst zeigen, was er kann, und zwar auch deswegen, weil inzwischen eine Entwicklung innerhalb des russischen Volkes stattgefunden hat, d.h., daß alles kritischer geworden ist. Was daraus folgt, müssen wir abwarten.

Ob es zu einer Gipfelkonferenz kommen wird, müssen wir in Ruhe abwarten. Einstweilen scheint Chruschtschow die Taktik zu verfolgen, mit allen Mitteln eine Zusammenkunft allein mit Eisenhower zu erzwingen. Sie wissen, daß das seit Jahr und Tag sein Ziel ist. Wenn ihm das gelänge, einmal allein mit Eisenhower an einem Tisch zu verhandeln, dann wäre das ein außerordentlich großer Prestigegewinn für ihn in Sowjetrußland. In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, daß Eisenhower in seiner letzten Pressekonferenz entschieden abgelehnt hat, mit Chruschtschow allein zusammenzutreffen. Es ist also mit Bezug auf Rußland – auch ob eine Gipfelkonferenz kommt – alles in der Schwebe.

Sie kennen unsere Politik. Wir wünschen eine solche Gipfelkonferenz. Wir wünschen, daß auf dieser Gipfelkonferenz als erstes und vordringlichstes Thema die allgemeine, kontrollierte Abrüstung der nuklearen und der konventionellen Waffen behandelt wird. Das ist nach meiner Meinung für uns und die ganze Welt das allerwichtigste. Die Frage ist, wie soll es mit der Wiedervereinigung auf dieser Gipfelkonferenz – vorausgesetzt, daß sie kommen wird – sein. Die Amerikaner haben schon vor längerer Zeit gesagt, auf der Tagesordnung der Gipfelkonferenz müsse auch die Wiedervereinigung Deutschlands erscheinen, weil man – es ist wichtig, auf die Begründung zu achten – in Genf einen Beschluß gefaßt habe¹⁵ und man nun nicht wieder zu einer Gipfelkonferenz kommen könne, wenn Sowjetrußland den dort gefaßten Beschluß einfach negiere und nicht ausführe. Die Russen haben dem mit Entschiedenheit widersprochen. Sie wollen weder die Frage der deutschen Wiedervereinigung noch die der Satellitenstaaten überhaupt – von denen die Amerikaner auf der damaligen Konferenz auch gesprochen haben – erörtert wissen.

14 Franklin Delano Roosevelt (1882–1945), 1933–1945 Präsident der USA. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 586 Anm. 7.

15 Die Genfer Viererkonferenz vom 17. bis 23. Juli 1955 stellte eine „enge Verbindung zwischen der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit“ her (AdG 1955 S. 5263–5276, Beschluß S. 5274).

Nun stehe ich auf dem Standpunkt, den ich auch in England¹⁶ vertreten habe, daß man nicht Punkt für Punkt ein Programm für eine solche Konferenz festlegen soll. Man muß sich darüber klar sein, wenn eine solche Gipfelkonferenz zu einem Erfolg führen soll, dann wird sie sich auf eine lange, lange Zeit erstrecken müssen, wahrscheinlich auf ein Jahr oder auf zwei oder drei Jahre; natürlich nicht in der Form, daß nun während dieser Zeit die Regierungschefs anwesend sein müßten, aber man wird zur Prüfung und Lösung der einzelnen Probleme besondere Ausschüsse einrichten müssen, die dann wieder unterrichtet werden durch die Außenminister der Regierungschefs. Und dann könnten von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte der Regierungschefs stattfinden.

Ich bin der Auffassung, daß es für uns, auch vom speziellen deutschen Standpunkt aus, ganz falsch wäre, wenn sich die Verhältnisse etwa so entwickelten, daß jemand behaupten könnte, die Gipfelkonferenz sei wegen der deutschen Frage nicht zustande gekommen. Seien wir uns darüber klar, daß die deutsche Frage auch von den uns nahestehenden Völkern unter einem ganz anderen Gesichtspunkt betrachtet wird als von uns. Wir würden der Frage der Wiedervereinigung den denkbar schlechtesten Dienst erweisen, wenn wir zu einer solchen Meinungsbildung kämen, daß an der deutschen Frage die ganze Konferenz scheitern müsse.

Ich habe in Großbritannien, wo diese Frage mit Macmillan ausdrücklich erörtert wurde, angeregt, die Herren möchten einmal überlegen, ob es sich wirklich empfehle, Punkt für Punkt jetzt schon das Programm festzusetzen, oder ob es nicht richtiger sei, als Punkt 1 der Konferenz zu sagen: Kontrollierte Abrüstung und Entspannung. Unter dem Begriff „Entspannung“ kämen dann ohne weiteres die deutsche Frage, die Frage der europäischen Sicherheit und noch weitere damit zusammenhängende Fragen zur Erörterung. Herr Macmillan hat sich diesem Standpunkt mehr oder weniger angeschlossen. Ich bitte Sie aber, darüber in der Öffentlichkeit bis auf weiteres nichts zu sagen; denn wenn man diesen Ausweg sucht oder vorschlägt, müssen natürlich die Russen auch etwas dagegebenieten. Z.Z. sieht es allerdings schlecht aus, und wir wissen nicht, ob die Gipfelkonferenz überhaupt zustande kommen wird. Es scheint so, als ob die Vereinigten Staaten keinen großen Wert darauf legten, während die europäischen Staaten alle miteinander einen sehr großen Wert darauf legen, daß sie stattfindet.

Ich darf dann von meinem Besuch in England folgendes sagen: Ich bin vorige Woche mit dem Gefühl nach England geflogen, daß diese ganze Reise zwecklos sei. Ich darf Ihnen aber sagen, daß ich von dieser Meinung bekehrt worden bin. Wir haben in Großbritannien mit Macmillan und Selwyn Lloyd¹⁷ und anderen

16 Besuch Adenauers in London vom 16. bis 19. April 1958. Ebd. S. 7012f.

17 John Selwyn Brooke Lloyd (1904–1978), britischer Politiker (Liberaler, später Konservativer); 1945 erstmals ins Unterhaus gewählt, 1954 Versorgungsminister, 1955 Verteidigungsminister, 1955–1960 Außenminister, 1960–1962 Schatzkanzler, 1963–1964 Lordsiegelbewahrer, 1971–1976 Sprecher des Unterhauses.

Herren der britischen Regierung ein gutes und ehrliches Gespräch geführt. Ich bin nunmehr davon überzeugt, daß Großbritannien ernsthaft den Anschluß an Europa will. Das wurde bisher vielfach bezweifelt, weil man glaubte, England könne sich nicht loslösen von der jahrhundertealten Tradition seiner Politik des „divide et impera“ gegenüber dem kontinentalen Europa. Ich betone, obwohl ich mit demselben Verdacht nach Großbritannien hingefahren bin, so bin ich mit einer anderen Überzeugung zurückgekommen. Ich glaube, Großbritannien will wirklich den Anschluß an Europa. Ich kann nur hoffen, daß in Frankreich die Dinge bald in Ordnung kommen, weil die französische Industrie an die Freihandelszone Anforderungen gestellt hat, die weder für uns noch für England annehmbar sind.¹⁸ In einer Besprechung der sechs Länder sollen die Ansprüche der französischen Industrie auf ein Maß zurückgeführt werden, das auch uns ermöglicht, einer Lösung zuzustimmen. Dann wird auch der Augenblick gekommen sein, um mit Frankreich und anderen europäischen Ländern mit Aussicht auf Erfolg über die Schaffung einer Freihandelszone zu verhandeln. Daß die Schaffung dieser Freihandelszone eine Notwendigkeit ist, wissen wir; darüber brauche ich kein weiteres Wort zu verlieren.

Damit habe ich Ihnen wohl das Wesentliche auf außenpolitischem Gebiet aus der letzten Zeit gesagt. Wir müssen abwarten und Geduld haben. Der Westen muß einig bleiben! Kein Land darf eine Extratour machen wollen. Sämtliche westlichen Länder müßten es teuer bezahlen, wenn irgendein Land eine Extratour riskieren würde. Es bleibt auch dabei, daß innerhalb der freien Welt die Vereinigten Staaten das einzige Land sind, das die Führerschaft beanspruchen und die freie Welt aus dieser Verstrickung – die auch die unfreie Welt mit umfaßt – herausführen kann. Sie werden nachher vielleicht die eine oder andere Frage stellen wollen. Ich bin gern bereit, darauf zu antworten.

Lassen Sie mich nun zur innenpolitischen Lage übergehen, die ja der unmittelbare Anstoß dafür ist, daß wir uns heute hier zusammengefunden haben. Die Sozialdemokratische Partei – ich weiß nicht, ob es sich verlohnt, von der FDP zu sprechen – ist augenscheinlich in einer Entwicklung zur Radikalisierung, die jedem Menschen sehr ernste Sorgen machen muß. Die Sozialdemokratische Partei hat das schon gezeigt in der viertägigen Bundestagsdebatte¹⁹, der ja ein Teil von uns beigewohnt hat. Mein persönlicher Eindruck von dieser Bundestagsdebatte ist folgender: Was die Fraktion angeht, so hat sie sich dank einer guten Vorbereitung in der Debatte ausgezeichnet bewährt. Erschüttert war ich über die Sozialdemokratie. Ich kenne die deutsche Sozialdemokratie seit vielen, vielen Jahren. Ich habe mit prominenten Leuten der Sozialdemokratie Fühlung gehalten, als ich noch Oberbürgermeister der Stadt Köln war und auch während der Weimarer Zeit. Aber das, was die Sozialdemokratie jetzt macht, wäre früher niemals möglich gewesen. (*Weber*: Sehr richtig!) Wenn Sie mich

¹⁸ Vgl. AdG 1958 S. 6911.

¹⁹ Außen- und Wehrpolitische Debatte am 20., 21., 22. und 25. März 1958. Vgl. AdG 1958 S. 6957; Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 823–1171.

fragen, woher kommt das, dann möchte ich Ihnen drei Gründe aufzählen. Zunächst ist es für eine Partei natürlich ungeheuer schmerzlich, dreimal die Bundestagswahlen zu verlieren. Man sucht dann in dieser Lage nach irgendeinem Mittel – sei es auch immer, welches es sei –, um zu verhüten, die Bundestagswahl zum vierten Male zu verlieren.

Ein Auftakt der Bundestagswahl des Jahres 1961 sind die fünf Landtagswahlen, die in diesem Jahre stattfinden. Wenn die SPD in diesen Landtagswahlen gut abschneidet, dann hat sie mehr Aussichten – ich drücke mich sehr vorsichtig aus, weil man heutzutage nur sehr schwer in die Zukunft sehen kann –, die Bundestagswahl 1961 zu gewinnen, als wenn sie bei diesen Landtagswahlen schlecht abschneidet. Das ist wohl vollkommen klar.

Der zweite Grund, der nach meiner Meinung für die Haltung der Sozialdemokratie von besonderer Bedeutung ist, ist der Machtkampf innerhalb der SPD. Damit will ich Sie nicht lange aufhalten. Sie wissen, daß die Reformer auf einmal gegen die Apparatschiks losgingen; aber die Reformer sind lange wieder zurückgewichen, und der Apparat ist wieder oben. Es soll auch ein neues Programm auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Stuttgart²⁰ beraten und eventuell sollen dort organisatorische Änderungen vorgenommen werden. Wir zeichnen uns nicht immer durch übergroße Geschlossenheit aus, aber gegenüber der Sozialdemokratie geschweige denn gegenüber der FDP sind wir wie ein zusammengeschmolzener Block! (*Große Heiterkeit.*) Das ist für eine junge Partei, wie wir es sind, die außerdem noch eine schwere Verantwortung durch die Übernahme der Bundesregierung auf sich genommen hat, ein großer Trost, den man sich auch einmal vor Augen halten muß, wenn man daran denkt, daß auch in unserer Partei manches besser sein könnte.

Den dritten Grund für diese Entwicklung der Sozialdemokratie erblicke ich in dem Verbot der KP.²¹ (*Arnold: Sehr richtig!*) Die KP mußte damals verboten werden, weil wir gleichzeitig gegen den Rechtsradikalismus vorgehen wollten. Wir wären unglauwürdig vor der deutschen Öffentlichkeit geworden, wenn wir nur gegen die rechtsradikalen Parteien, aber nicht gegen die Kommunisten, die doch ganz offenbar im Dienste der Sowjets arbeiteten, beim Bundesverfassungsgericht vorgegangen wären.

Nun steht das Bundesverfassungsgericht, das man nicht kritisieren darf – deshalb muß man sich mit Feststellungen begnügen –, auf dem Standpunkt, daß eine von ihm getroffene Entscheidung, z.B. wenn es eine Partei für verfassungswidrig erklärt hat, in saecula saeculorum gilt. Ob das richtig ist, weiß ich nicht; aber wir müssen uns mit der Tatsache abfinden. Nun ist es für mich ganz zweifellos, daß mindestens ein Teil der

20 Vorstand der SPD Deutschlands (Hrsg.): Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart, Hannover/Bonn o.J.

21 Am 17. August 1956 (AdG 1956 S. 5946–5949). BVerfG 5, 14 S. 85ff. Vgl. auch PFEIFFER/STRICKERT.

früheren linken Nachbarn der Sozialdemokratie in die SPD hineingerutscht sind. Die Sozialdemokratie glaubt nun, durch Radikalismus die Anhänger der Kommunisten zu sich hinüberziehen zu können, während tatsächlich genau das Umgekehrte der Fall ist. Ich sehe also diese innere Entwicklung in der Bundesrepublik bei der ungefestigten Lage, in der sich die ganze Welt befindet, als eine große Gefahr an.

Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf²² ist Ihnen mehr oder weniger bekannt. Er wird seit gestern im Bundestag verhandelt. Der gestrige Tag verlief für uns sehr gut da drüben.²³ Die Verhandlungen gehen jetzt weiter. Ich habe keinen Zweifel, daß die Beratungen für uns weiterhin gut verlaufen. Die Zeitungen berichten allerdings nur sehr unvollständig über das, was sich in sozialdemokratischen Versammlungen im Lande zugetragen hat. Denken Sie z.B. an Hamburg. Dort war es, wie es scheint, am schlimmsten. In Hamburg wurden um 3 Uhr vom Bürgermeister Brauer²⁴ alle Büros und Betriebe der Stadt geschlossen. Dann wurden die ganzen Beamten und Belegschaften geschlossen auf den Versammlungsplatz geführt. Es wurde gestern von einem unserer Redner im Bundestag gesagt, daß auch Musikkapellen dabei gewesen sind, die kommunistische Kampflieder gespielt haben. In Mannheim ist dasselbe passiert wie in Hamburg. In Duisburg sind unsere Leute derart verprügelt worden, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Sie wissen weiter, daß Herr Ollenhauer²⁵ plötzlich einer der Radikalsten geworden ist; ob aus Überzeugung oder sonstwie, das weiß ich nicht. Ich überlasse es Ihnen, das zu entscheiden. Daß Ollenhauer den Generalstreik als politisches Kampfmittel proklamiert hat und daß jetzt zum Teil – ich wiederhole: zum Teil – die Gewerkschaften gemäßiger sind als die Sozialdemokratische Partei, das ist eine außerordentlich gefährliche Entwicklung. Die Sozialdemokratische Partei hat mit dieser Sache ganz bewußt den Boden der Verfassung verlassen und geht nun zu Demonstrationen außerhalb der Verfassung über. Das ist sehr schade und aufs äußerste zu bedauern; denn die Demokratie in der Bundesrepublik ist nicht so gefestigt, als daß eine so große Partei wie die Sozialdemokratische Partei so etwas ohne Schaden für den demokratischen Gedanken tun könnte.

Ich habe eben gesagt, die FDP brauche ich nicht besonders zu erwähnen. Ich will es nur mit einem Satz hier tun. In Düsseldorf sind die Freien Demokraten anders als in Baden-Württemberg. Bald ruft der eine und bald der andere diesen oder jenen zur Ordnung. Das ist ein trauriges Zeichen einer Entwicklung, die sich in rasender Schnelligkeit vollzogen hat, seitdem der Herr Dehler diese Versuche gemacht hat. Die Schnelligkeit dieser Entwicklung in einer an sich bürgerlichen Partei, wie es die

22 Entwurf eines Gesetzes zur Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr (BT-Drs. 303 vom 25. März 1958).

23 Bundestagssitzung vom 24. April 1958 – Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 1412–1456.

24 Max Brauer (1887–1973), Glasbläser; 1946–1953 und 1957–1960 1. Bürgermeister von Hamburg (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 39 Anm. 3.

25 Erich Ollenhauer (1901–1963), 1949–1963 MdB (SPD), 1952–1963 Partei- und Fraktionsvorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 110 Anm. 4.

Freien Demokraten sind, mag uns auch die Augen darüber öffnen, wie gefährlich schnell die ganze Entwicklung in der Sozialdemokratischen Partei werden kann.

Nun scheint – ich unterstreiche das Wort „scheint“ – die Geschichte mit dem „Atomtod“ etwas abzuflauen, aber ich bin davon überzeugt, daß sie bei den Landtagswahlkämpfen eine große Rolle spielen wird; denn die Sozialdemokratie hat in der Tat kein anderes Agitationsmittel. Sie hat nur die Möglichkeit, das Emotionale, die Furcht, zu wecken. Sie wird versuchen, damit die Wahlen zu gewinnen. Wir dürfen daher, auch wenn es im Augenblick so scheint, als fläue diese Entwicklung etwas ab, an dieser Frage nicht vorbeigehen, sondern wir müssen sie ständig im Auge behalten. Wir müssen nun überlegen, was wir gegen den Versuch der Sozialdemokratie tun, die Furcht in der Bevölkerung erweckt, um die Landtagswahlen zu gewinnen.

Nebenbei bemerkt: Wenn die Sozialdemokratie wichtige Länder bei diesen Wahlen für sich erobert, dann wird die Frage des Bundesrates sehr kritisch, und dann können vom Bundesrat aus der Politik der Bundesregierung und des Bundestages sehr große Schwierigkeiten gemacht werden. Ich bitte Sie daher, diese Sache sehr ernst zu nehmen. Es handelt sich, insbesondere vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus gesehen, um eine verhängnisvolle Entwicklung, die die Sozialdemokratie jetzt beginnt. Heute morgen habe ich in der Zeitung gelesen, daß auch die Stadt Darmstadt beschlossen hat, in den Kampf gegen den sogenannten Atomtod einzugreifen. Die Gemeinden sollen also aufgeputscht werden.

Damit möchte ich zunächst einmal schließen. Wir müssen überlegen, was wir dagegen tun können. Wir wollen aber vorher noch die Vorträge von Herrn Schröder, der über die verfassungsrechtliche Seite sprechen wird, und von Herrn Meyers, der über die Vorgänge im Lande referieren soll, hören. Herr Schröder wird noch im Bundestag festgehalten. Ich hoffe, daß er in absehbarer Zeit zu uns kommen wird. Ich möchte daher Herrn Meyers bitten, zunächst einmal das Wort zu nehmen.

Vorher darf ich noch herzlich willkommen heißen Herrn Scheufelen²⁶ als Vorsitzenden unserer Partei in Nordwürttemberg und Herrn Blumenfeld als Vorsitzenden unserer Partei in Hamburg. Ich hoffe, daß wir mit Ihnen gut zusammenarbeiten werden wie bisher. (*Lebhafter Beifall.*)

Meyers: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Bei der Frage, die uns heute in der Hauptsache bewegt, müssen wir ein Doppeltes unterscheiden, einmal die Frage nach der Atombewaffnung und zum anderen, wie sollen wir uns in dieser Frage verhalten. Es ist eine Frage, die eine einheitliche Antwort von uns für das gesamte Bundesgebiet erheischt. Die andere Frage ist die nach der sogenannten Volksbefragung, ein Weg, den die SPD eingeschlagen hat. Was die Volksbefragung angeht, so ist die Methode, die die SPD gewählt hat, eigentlich nicht so fremd,

26 Dr. Klaus H. Scheufelen (geb. 1913), Diplom-Ingenieur, Papierfabrikant; ab 1953 geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundeswirtschaftsausschusses, 1958–1971 Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg, 1958–1960 kommissarischer Bundesschatzmeister der CDU, 1964–1968 Vorsitzender des Wirtschaftsrates e.V.

wenn man bedenkt, daß sie, solange sie im Bundestag ist, in wichtigen Fragen im politischen Raum nie hat verlieren können, ohne zu versuchen, die Entscheidungen des Bundestages auf eine andere Weise zu korrigieren. Bislang hat sie eine Reihe von Prozessen vor dem Bundesverfassungsgericht versucht. Nachdem sie sämtliche Prozesse verloren hat – eine Tatsache, die Herrn Arndt den Namen als Kronjuristen eingebracht hat –, ist sie jetzt einen Schritt weitergegangen. Dieser weitere Schritt ist, wie der Herr Bundeskanzler gesagt hat, der entscheidende Schritt über den Rahmen der Verfassung hinaus.

Nun ist die Lage in den einzelnen Ländern außerordentlich unterschiedlich. Deswegen hat der Parteivorstand die Landtagspräsidenten und die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen mit hinzugezogen, damit wir uns einmal über dieses uneinheitliche Bild in den Ländern unterrichten lassen und alle hier schwebenden Fragen klären können. Wir haben die einzelnen Fragen noch keineswegs einheitlich beantworten können, z.B. die, ob die Bewegung noch im Ansteigen oder im Abflauen begriffen ist. Je nachdem wird sich unser Vorgehen danach richten müssen. Es wäre vielleicht unrichtig, eine abflauende Bewegung mit einer Walze wieder hochzuspielen und ihr damit neuen Auftrieb zu geben. Andererseits wäre es verhängnisvoll, wenn wir eine steigende und sich ausbreitende Bewegung nicht genügend bekämpften.

Der Herr Bundeskanzler hat bereits mit Recht die Vorgänge in Hamburg besonders hervorgehoben. Das ist auch der Grund, weshalb wir Ihnen hier die neueste Nummer der „Union in Deutschland“ vorgelegt haben²⁷, die unter dem Titel „Hamburg – ein Fanal“ diese Vorgänge genau registriert und Ihnen die Möglichkeit gibt, in den Versammlungen mit Tatsachen, die belegt sind und für die Sie sich ruhig verklagen lassen können, aufzuwarten. In Hamburg hat sich etwas ereignet, wie es in der Sowjetzone möglich ist, ohne daß man die Spruchbänder und die Kapellen zu ändern brauchte. In Hamburg wird die Volksbefragung nach dem Willen der SPD wohl durchgeführt werden, da sie dort die absolute Mehrheit hat. Das gleiche gilt auch für Bremen. Auch dort hat die SPD die absolute Mehrheit. In Schleswig-Holstein scheint die Gefahr insoweit gebannt zu sein, als eine Mehrheit (*von Hassel*: Die Vorlage²⁸ ist eingebracht mit dem Wortlaut der Bundestagsvorlage.) die Sache ablehnen wird. In Niedersachsen ist die Lage unklar. Ich wäre aber dankbar ... (*Zuruf*: Dort ist die Sache in die Form einer Großen Anfrage der SPD²⁹ gekleidet; sie wird heute beraten! – *Cillien*: Ist gestern beantwortet worden! – *Von Hassel*: Das Kabinett hat sich noch nicht damit befaßt. Es wird sich damit befassen, wenn die hiesige Sache ausgestanden ist.) In Nordrhein-Westfalen ist die Sache ganz eigenartig, weil dort

27 Uid Nr. 17 vom 24. April 1958.

28 Entwurf eines Gesetzes zur Volksbefragung wegen einer atomaren Aufrüstung der Bundeswehr. Antrag der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag vom 14. April 1958 (3. WP 1954 LT-Drs. 901).

29 Niedersächsischer Landtag 3. WP LT-Drs. 901.

die SPD den Ministerpräsidenten³⁰ stellt, der die Richtlinien der Politik bestimmt, aber merkwürdigerweise bislang die Richtlinien der Politik nicht im Sinne seines Parteivorstandes bestimmt hat, sondern offensichtlich durch die Schwierigkeiten, die in der Koalition bestehen, bewogen wurde, das klügste Mittel der Politik anzuwenden, in diesem Falle nämlich nichts zu tun. Es hat sich herumgesprochen, daß in der Landtagsfraktion der FDP in Nordrhein-Westfalen die Mehrheit gegen eine Volksbefragung ist, so daß er also mit einem eigenen Antrag die Axt an die Wurzel seiner Koalition legen könnte. Ob dieses taktische Schweigen nur bis zur nächsten Woche anhält, in der der Landtag die letzte Sitzung vor den Wahlen hat, oder ob alle drei Koalitionsparteien einschließlich Zentrum eine Große Anfrage an die Regierung einbringen werden, ist im Augenblick noch nicht entschieden. In Hessen wird voraussichtlich eine Anfrage von der SPD gestellt werden. In Rheinland-Pfalz ... (Altmeier³¹: Der SPD-Antrag ist da, wonach die Landesregierung der Bundesregierung notifizieren soll, daß sie keinerlei atomare Einrichtungen im Lande Rheinland-Pfalz zulassen soll.³² Die FDP hat bereits erklärt, daß sie mit uns zusammen diesen Antrag ablehnt.) Im Saarland hat die SPD erklärt, sie wolle nichts Besonderes unternehmen. In Baden-Württemberg ist sie mit in der Regierung. Ich glaube nicht, daß Alexander Möller³³ sich abhalten lassen wird, irgend etwas dort zu tun. Über eine erste endgültige Entscheidung in einem Lande haben wir gestern aus Bayern etwas gehört, wo nach einer erregten, stundenlangen Debatte der Antrag der SPD³⁴ abgelehnt worden ist.

Die SPD hat sich nach ihrer Niederlage bei den Bundestagswahlen scheinbar zu einer föderalistischen Partei entwickelt, indem sie nämlich die Existenz von Ländern entdeckt hat, denen sie ihre besondere Liebe zuwendet. Das ist jedenfalls nicht ein echtes Interesse, sondern nur ein scheinbares; denn sie versucht hier dieselben Methoden, die ich eben gekennzeichnet habe, um die Niederlage bei der Bundestagswahl über den Bundesrat wieder wettzumachen. Sie hat deshalb diese Volksbefragungsaktion nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch auf der Länderebene und der Stadtebene gestartet. Sie haben gehört, daß in Berlin nichts geschehen soll, daß aber gestern eine Großkundgebung im Berliner Arbeitsausschuß gegen den Atomtod stattgefunden hat,

30 Fritz Steinhoff (1897–1969), 1956–1958 Ministerpräsident NW (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 950 Anm. 63.

31 Peter Altmeier (1899–1977), 1947–1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (CDU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 26 Anm. 34.

32 Antrag der Fraktion der SPD betr. Bereitstellung von Gelände für atomare Aufrüstung vom 22. April 1958. Landtag Rheinland-Pfalz 3. WP LT-Drs. 409.

33 Dr. Alex Möller (1903–1985), 1946–1961 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung bzw. Landtag von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 818 Anm. 54.

34 Gesetz über eine Volksbefragung bezüglich der Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Antrag der SPD-Fraktion vom 10. April 1958. Verhandlungen des Bayerischen Landtages, III. WP 1954/1958, Beilagen-Band V 1957/58, Beilage 3360.

wo der DGB-Vorsitzende Scharnowski³⁵ erklärt hat, die Atombombe trug zur Beendigung der Berliner Blockade bei. Daraufhin ist er nicht mehr zu Wort gekommen, worauf er erklärte, er trete aus dem Ausschuß aus. Ansonsten ist es in Berlin so, daß dort nichts geschehen wird.

Wie ist es mit den anderen Städten? Herr Fay ist hier, und er kann, ohne Interna und Dienstgeheimnis zu verletzen, sagen, wie es in Frankfurt war, einer Stadt, in der die SPD die absolute Mehrheit hat. Heute morgen ist, wie der Herr Bundeskanzler schon hervorgehoben hat, Darmstadt gefolgt. In Nordrhein-Westfalen hat die „berühmte“ Stadt Wermelskirchen einen gleichen Beschluß gefaßt.³⁶ Dort besteht noch die „Freie Soziale Union“ (FSU), und hier hat sich ein Konglomerat von Parteien gegen die CDU zusammengetan. Ich bedaure, daß Herr Minister Schröder noch verhindert ist. Wir müssen uns zunächst einmal über die Rechtslage unterhalten, und dann muß man die drei Ebenen trennen. Im Bundestag ist die Debatte noch im Gange. Wir sind uns alle darüber einig, daß die Volksbefragung über den Rahmen des Zulässigen im Grundgesetz hinausgeht. Über den Weg, den wir einschlagen sollen, sind wir uns nicht einig. Die einen sagen: Wenn ein verfassungswidriges Begehren da ist, dann ist es schlecht, von Anfang an abgewiesen zu werden; andere befürchten politische Reaktionen und sagen: Wenn wir in der Ablehnung einig sind, ist es nicht zweckmäßig, politisch nun der SPD und dem DGB bei den Maifeiern den Vorwand zu geben, um nun sagen zu können: Da hat die CDU wieder mit ihrer absoluten Mehrheit keine Diskussion zugelassen, sondern einfach alles abgelehnt.

Die Frage im Bundestag wird heute entschieden. Die Frage in den Ländern ist unterschiedlich. In der Verfassung von Nordrhein-Westfalen steht, daß Befragungen des Volkes über Gegenstände der Landesgesetzgebung zulässig sind.³⁷ Damit ist ausdrücklich etwas ausgesprochen, worauf sich die Volksbefragung beziehen kann. Schwierig ist die Rechtslage, die gegenüber den Gemeinden besteht. Nach der Konstruktion des Grundgesetzes gibt es keine unmittelbaren Beziehungen zwischen dem Bund und den Gemeinden. Es müßten irgendwelche Beziehungen hergestellt werden. Die Beziehungen auf dem Verwaltungswege herzustellen, geht nur über eine konstruierte oder geschaffene Stelle bei der Landesregierung. Das wäre in diesem Falle der Innenminister, der als kommunale Aufsichtsbehörde darüber zu wachen hat, daß in den Kommunen keinerlei Beschlüsse gefaßt werden, die gegen die geltenden Gesetze verstoßen. Wir haben leider den Zustand, daß die in Frage kommenden Innenminister SPD-Leute sind. Herr Schröder müßte gleich

35 Ernst Scharnowski (1896–1985), Schlosser, Gewerkschaftsangestellter; 1957–1961 MdB (SPD), 1963–1967 Mda Berlin.

36 Wermelskirchen: Stadt im Rheinisch-Bergischen Kreis (NW). Dem Antrag der Fraktion der FSU, eine Volksbefragung über die Atombewaffnung durchzuführen, stimmte der Rat der Stadt am 15. April 1958 gegen die Stimmen der CDU zu (Stadtarchiv Wermelskirchen, Bestands-Nr. 2-P1-16).

37 Vgl. Art. 68 der nordrhein-westfälischen Landesverfassung. Handbuch des Landtags Nordrhein-Westfalen 3. WP S. 105.

ergänzen, was dem Innenminister Schneider³⁸ in Hessen erklärt worden ist. Ich habe gelesen, es sei erklärt worden, es geschehe nichts. Wenn der Innenminister nicht eingreift, müßte die Bundesregierung gegen die Landesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht vorgehen. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, mit Kanonen nach Spatzen zu schießen, d.h. ein starkes Mittel anzuwenden und ein Gesetz über Volksbefragungen einzubringen, die im Grundgesetz nicht vorgesehen sind, oder – und darauf bezog sich meine Bemerkung mit den Spatzen – ob wir notfalls gegen eines dieser Länder den Bundeszwang ausüben, weil es seiner verfassungsmäßigen Verpflichtung nicht nachkommt. Diesen Zwang sieht die Verfassung als eines der letzten Mittel vor. Man sieht also, wie ernst die Zustände heute sind.

Was wir an Mitteln gegen die Volksbefragung anwenden können, ist unterschiedlich. Es müßte also genau überlegt werden. Die Bundesregierung hat sich bereits entschlossen, in den nächsten Tagen einen Aufruf „Gegen den Atomtod in der ganzen Welt“ zu erlassen, und zwar mit der Unterschrift sämtlicher Bundesminister. Das ist der erste Schritt, den die Bundesregierung beschlossen hat; ich weiß nicht, welche weiteren folgen werden.

Wir müssen nun für unsere Partei darüber schlüssig werden, wie wir argumentieren. Der Möglichkeiten sind viele. Sie beginnen beim „Lächerlichen“, das ja bekanntlich zu töten pflegt. Ich denke hierbei an die Karikatur in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.³⁹ Wir sollten überlegen, ob wir hier nicht die Urheberrechte erwerben können. (Fay: Ich habe schon hingeschrieben!) Sie hören auf mit ernststen politischen Auseinandersetzungen.

Wenn man genau hinsieht, stellt man fest, daß die Volksbefragungsanträge der SPD zwei Wurzeln haben. Die eine Wurzel ist die, Angst unter der Bevölkerung zu verbreiten. Herr Rasner⁴⁰, der Geschäftsführer der CDU-Fraktion, hat das vor einiger Zeit vor der Presse klargelegt, indem er das Gesetz, das Adolf Hitler damals bezüglich der Volksbefragung erlassen hatte⁴¹, aus der Versenkung herausgeholt hat. Die andere Wurzel entstammt dem kommunistischen Bereich. Wir haben das bisher propagandistisch noch nicht verwertet. Wir haben zuverlässig Kenntnis davon, daß seit dem Herbst des vorigen Jahres die Kommunisten, da auch für sie die Bundestagswahl verloren war, die Parole haben: Gegen den Atomtod. Es ist nicht so, daß die Idee einer solchen Volksbefragung originär bei der SPD entstanden ist, sondern dieser Weg führt von Moskau über Pankow nach Bonn.

38 Heinrich Schneider (1905–1980), Maurer; 1946–1971 MdL Hessen (SPD, 1954–1955 Fraktionsvorsitzender), 1955–1969 hessischer Innenminister, ab 1959 stv. Ministerpräsident.

39 Vgl. FAZ vom 23. April (Karikatur zu Adenauer) und 24. April 1958 (Karikatur zu Ollenhauer unter der Überschrift: „Meinungsforschung: Seid ihr gegen den Atomtod? Seid ihr gegen den konventionellen Tod? Seid ihr überhaupt gegen den Tod?“).

40 Will Rasner (1920–1971), 1953–1971 MdB (CDU, ab 1955 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 763 Anm. 65.

41 Gesetz über Volksabstimmung. Vom 14. Juli 1933 – RGBI. I 81.

Deswegen müssen wir uns überlegen, ob wir nicht einmal die Zitate zusammenstellen sollen, die die Sowjets über NATO, Atomfragen und Volksbefragung, die die SED über NATO, Atomfragen und Volksbefragung und die die SPD über NATO, Atomfragen und Volksbefragung ausgeführt haben. Es dürfte sich auch empfehlen, eine Zusammenstellung der sozialistischen Stimmen des Auslandes vorzunehmen.

Der Herr Bundeskanzler hatte zu Anfang der Woche die Vorsitzenden der beiden Bruder- und Schwesterparteien aus Holland hier, nämlich der Katholischen Volkspartei und der Antirevolutionären Evangelischen Partei.⁴² Das Gespräch kam auch auf dieses Thema. Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, daß man Sozialisten finde, die den Standpunkt der Bundesregierung teilten, nur finde man keinen in der SPD. Wir haben das Merkwürdige zu verzeichnen, daß ein holländischer Sozialist im „Rheinischen Merkur“ mit seiner Rede veröffentlicht werden kann⁴³, weil sich der Inhalt haarscharf mit dem deckt, was der „Rheinische Merkur“ in seiner Stellungnahme zugunsten der Bundesregierung zu vertreten pflegt.

In den letzten Tagen war Henri Spaak hier zu Besuch.⁴⁴ Er hat in der Universität eine Rede gehalten und dabei den gleichen Standpunkt vertreten, den auch wir vertreten. Er mag deswegen vielleicht nicht mehr so angesehen sein in seinem Vaterland, aber in der Welt hat er Weltgeltung erlangt. Herr Pittermann hat ähnliche Worte in der Österreichischen Volkspartei ausgesprochen.

Schwieriger scheint mir zu sein, eine Gegenbewegung von Größen des Geisteslebens zu veranstalten. Es ist eigenartig, daß die Radikalen, die sich auf den Standpunkt der SPD stellen, unterschrittsbegeistert sind, daß aber die anderen, die unseren Standpunkt vertreten, kaum zu bewegen sind, unter eine gemeinsame Sammlung von Unterschriften ihren Namen zu setzen. Gestern sagte mir Professor Jordan⁴⁵, er glaube allerdings, daß eine solche Aktion Erfolg haben könne.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf das Buch von King-Hall⁴⁶ verweisen, namentlich auf das, was sich das kleine Fritzchen vorstellt, wenn er sich vom Kommunismus überrollen läßt. Vielleicht ist es möglich, aus Mitteln der aufklärenden Propaganda des Bundes eine Übersetzung des Buches zu besorgen. Es ist auch zu

42 Am Montag, dem 21. April 1958, Wiert Berghuis (Antirevolutionäre Evangelische Partei) und Henri Willem van Doorn (Katholische Volkspartei). Vgl. TERMINKALENDER.

43 Alfred Mozer (internationaler Sekretär der holländischen „Partei der Arbeit“): „Droht ein neues Jalta?“ Eine Analyse der sowjetischen Machtpolitik, in: „Rheinischer Merkur“ vom 18. April 1958.

44 Spaak traf am 22. April 1958 in Bonn ein und stattete in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der NATO zunächst Adenauer und dann – noch am selben Tag – Heuss einen Besuch ab. Vgl. „Die Welt“ vom 22. April 1958: „Spaak beim Bundeskanzler“. Vgl. auch UiD Nr. 18 vom 30. April 1958.

45 Dr. Pascual Jordan (1902–1980), Physiker, Universitätsprofessor; 1957–1961 MdB (CDU).

46 Baron (William Richard) Stephen King-Hall (1893–1966), britischer Publizist; Marineoffizier und Unterhausabgeordneter (Independent National member of Parliament). – Zu seinem Buch (Defence in the Nuclear Age, London 1959, dt.: Verteidigung im Atomzeitalter) vgl. auch UiD Nr. 12 vom 20. März 1958 und ebd. Nr. 14 vom 3. April 1958.

überlegen, ob wir mit Methoden, die wir bei der Bundestagswahl angewendet haben, mit Lautsprecheranlagen usw., der Atomtod-Bewegung entgegenzutreten sollen. Man würde dies nicht gleichmäßig für alle Teile der Bundesrepublik machen können. In den großen Städten müßte man anders vorgehen als auf dem Lande.

Diese Frage hängt auch damit zusammen, ob die Bewegung im Abflauen ist oder ob sie weitergeht. Wir müssen uns bemühen, zugkräftige Slogans gegen diese Bewegung zu finden. Ich finde den Slogan, den die Bundesregierung über ihren Aufruf gesetzt hat, „Gegen den Atomtod in der ganzen Welt“ mit dem Anfang und mit dem Ende gut; denn der Anfang macht sich den vertrauten Slogan der Anti-Atomtod-Kampagne zu eigen, und der Schluß knüpft an unsere Forderung an. Man könnte auch sagen: Vor dem Atomtod schützt die NATO, oder, wenn man das „gegen“ an die Spitze stellen will, „gegen den Atomtod schützt die NATO“, oder „für eine Abrüstung“, oder auch „Friede und Freiheit“ wäre eine Parole, die die Bundesregierung vertreten könnte. (Altmeier: Das machen die Gewerkschaften am 1. Mai!) Ich habe von Herrn Tacke⁴⁷ gehört, daß die Rededisposition der Gewerkschaften zum 1. Mai – die auch der Bundesgeschäftsstelle vorliegt – eine allgemeine Disposition gegen den Krieg, für den Frieden, die Freiheit und den Wohlstand ist. Herr Tacke hat mir nicht verschweigen können, daß sich je nach der Einstellung des Redners allerhand daraus machen ließe, auch im Sinne der Anti-Atomtod-Kampagne.

Wenn wir heute den Gesetzentwurf der SPD nicht endgültig ablehnen, dann haben wir den DGB auch insofern noch zu einer Mäßigung veranlaßt, daß er nicht sagen kann: Die haben von ihrer Mehrheit rücksichtslos Gebrauch gemacht und die Befragung des Volkes abgelehnt. Man muß warten, was herauskommt.

Wir von der Bundesgeschäftsstelle haben den Rednerdienst⁴⁸ Ende März in Höhe von 30.000 Exemplaren versandt. Es wird jetzt mit Billigung der Landesverbände ein Flugblatt in Höhe von 3,5 Millionen herauskommen. In den nächsten Tagen wird ein ausführlicher Rednerdienst über die außenpolitische Situation einschließlich der Atomtodfrage und der Wiedervereinigung verteilt. Heute haben wir Ihnen das neue Exemplar der „Union in Deutschland“ vorgelegt, das in einer Auflage von 19.000 in der Bundesrepublik verteilt wird.

Das sind die Maßnahmen, die bisher getroffen worden sind. Über weitere Maßnahmen müssen wir uns heute hier schlüssig werden, da unsere Parteifreunde im Land ungeduldig werden. Dazu gehört, daß wir unsere Bemühungen koordinieren, daß nicht jeder für sich allein kämpft.

Es hat sich bei den Wahlen immer herausgestellt, daß wir viel mehr erreichen, wenn wir zusammenstehen und gemeinsam kämpfen, als wenn jeder für sich allein im Raume wirkt. Außerdem birgt ein solches Vorgehen auch die Gefahr in sich,

47 Bernhard Tacke (geb. 1907), christlicher Gewerkschafter; Mitbegründer der CDU in Mönchengladbach, 1956–1972 stv. Vorsitzender des DGB.

48 Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands (Hrsg.): Es geht um Frieden und Freiheit (Rednerdienst Nr. 1/58), Druck o.O. April 1958; Flugblätter in ACDP-PRESSEDOUMENTATION.

daß die Maßnahmen einander widersprechen. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie das, was ich nur lückenhaft und in Stichworten hier geschildert habe, noch in der Richtung ergänzten, ob nach Ihren Feststellungen bei Ihnen im Lande die Bewegung ansteigt, stagniert oder absinkt. Im Taktischen werden sicherlich wichtige Entschlüsse davon abhängen, ob wir ein richtiges Bild der Lage haben. Die Lagebeurteilung ist auch beim Militär immer die Voraussetzung dafür, daß man die richtigen Maßnahmen anwendet.

Ich wäre Ihnen nun sehr dankbar, wenn Sie insofern das, was ich nur kurz skizzieren konnte, ergänzten, damit wir zu einer richtigen Beurteilung der Lage kommen.

Adenauer: Darf ich mir zunächst erlauben, einige Ergänzungen zu machen und in einem Punkt dem Herrn Kollegen Meyers zu widersprechen. Zunächst möchte ich vorschlagen, daß wir die Rechtsfrage hier ausschalten. (*Zuruf:* Sehr richtig.) Das kann man an einem so großen Tisch nicht tun. Die Rechtsfrage ist geklärt. Herr Schröder hat das gestern nach meiner Meinung sehr gut ausgeführt.⁴⁹ Die Rechtsfrage ist also absolut klar. Deswegen würde ich es für einen schweren Fehler halten, etwa einen Gesetzentwurf jetzt einzubringen, wonach dieses Vorgehen für verfassungswidrig erklärt wird. Das ist nicht mehr nötig. Wir würden unsere Stellung beim Bundesverfassungsgericht absolut schädigen, wenn wir jetzt einen Gesetzentwurf einbrächten. (*Meyers:* Ich will nur eine Bestrafung des Herrn Brauer erreichen.) Was gilt mir eine Bestrafung des Herrn Brauer! Darauf lege ich keinen Wert.

Ich möchte nun ein Wort zu den Gewerkschaften sagen. In den Gewerkschaften geht die Sache offenbar hin und her. Sie können in dem Gewerkschaftsblatt einen Artikel des Herrn Reuter⁵⁰ gegen mich lesen, der eine Gemeinheit ist von oben bis unten. Ich werde dem Herrn Richter⁵¹ schreiben, daß ich mich wegen dieses Artikels persönlich tief verletzt fühle. Der Artikel hat im wesentlichen zum Inhalt, daß man festzustellen versucht, ob ich überhaupt ein Gewissen habe. Stellen Sie sich vor, so etwas würde einer von uns über Herrn Reuter, Herrn Richter oder Herrn Ollenhauer schreiben. Dann möchte ich mal das Geschrei hören. (*Weber:* Und was tun unsre Leute in den Gewerkschaften dagegen? Das ist doch unerhört.) Das kann ich Ihnen nicht sagen. Aber dieser Artikel ist eine Unverschämtheit sondergleichen. (*Arnold:* Wo steht das?) In der „Welt der Arbeit“.

49 Ausführungen Schröders im Bundestag vom 24. April 1958 in Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 1430–1433.

50 Georg Reuter: „Die Verantwortung des Kanzlers“, in: „Welt der Arbeit“ vom 4. April 1958. – Georg Reuter (1902–1969), 1949–1959 stv. Vorsitzender des DGB. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 44 Anm. 123.

51 Willi Richter (1894–1972), Gewerkschafter; 1949–1957 MdB (SPD, Vorsitzender des Bundestagsausschusses Sozialpolitik), 1956–1962 Vorsitzender des DGB. Vgl. Gerhard BEIER: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung. Köln 1978.

Meine Freunde! Wir sollten uns nicht so sehr den Kopf darüber zerbrechen, ob die Bewegung abflaut oder ansteigt. Bei jeder Bewegung ist es so, daß zunächst ein Anstoß gegeben wird. Dann kommt eine gewisse Ruhepause, und nun wird ein neuer Stoß gegeben. Man kann aber nicht vier Tage lang nur stoßen. Nach meinen Wahrnehmungen hat der Anstoß in der Bevölkerung doch gewirkt. Ich habe bisher noch niemals bei irgendeiner Aktion so viele Zuschriften aus der CDU erhalten, die Bedenken äußerten gegen den Kurs. Noch niemals! Wir haben doch, verehrter Herr Meyers, vor uns die Landtagswahlen. Es ist totensicher, daß diese Frage bei den Landtagswahlen eine entscheidende Rolle spielen wird. Ich kann nur wiederholen, was ich eben gesagt habe, womit wollen denn die Sozialdemokraten den Landtagswahlkampf führen, wenn sie jetzt auf diese Geschichte verzichten. Sie haben eben die Karikatur aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ angeführt.⁵² Ich nehme an, daß Sie auch das vierte Bild gesehen haben: „Wollt Ihr mich zum Bundeskanzler haben?“ Das ist doch der Zweck der ganzen Agitation. Ich bin daher der Auffassung, wir sollten uns nicht lange damit aufhalten, daß wir sagen, bei uns läßt es nach, oder bei uns wird es stärker. Es wird kommen! Verlassen Sie sich darauf, daß es ganz bestimmt kommen wird! Wir müssen also unter allen Umständen etwas tun.

Das ist mir auch sehr klargeworden in der CDU-Fraktion des Landtags von Nordrhein-Westfalen am letzten Montag, als unsere Leute etwas von uns wissen und hören wollten, nachdem die Sozialdemokraten mit diesen Anträgen gekommen sind. Ich möchte noch einmal unterstreichen: Denken Sie bitte daran, daß Herr Ollenhauer ganz glatt den Generalstreik als politisches Kampfmittel bezeichnet hat. Wir müssen uns daher gegen diese große Gefahr, die im Laufe der Zeit auf uns zukommen kann, von Anfang an wehren. Ähnlich steht die Sache – das ist noch nicht so bekanntgeworden – in Bremen. In Bremen ist unsere Partei in der Regierung.⁵³ Die Sozialdemokratie hat beschlossen, dort diese Volksbefragung durchzuführen. Es fragt sich, was wird die CDU in Bremen in der Regierungskoalition daraufhin tun. Wird sie das stillschweigend einstecken, oder was wird sie tun? Es handelt sich hierbei nicht etwa um eine Frage eines einzelnen oder eines einzelnen Stadtstaates, sondern es handelt sich um eine Frage von ganz großer staatspolitischer Bedeutung, von einer Frage, die die gesamte Partei angeht. Das müssen wir uns immer wieder vor Augen halten.

Sie wissen, daß ich die Dinge nicht gerne übertreibe, aber ich muß Ihnen sagen, wer sehenden Auges die Entwicklung der Sozialdemokratie im Bundestag verfolgt hat, wer diese vier Tage im Bundestag mitgemacht hat, und wer sich jetzt diesen Gesetzentwurf einmal ruhig durch den Kopf gehen läßt, der kommt doch zu dem Ergebnis, daß die Sozialdemokratie bewußt und gewollt den Weg geht, der von

⁵² FAZ vom 24. April 1958. Vgl. Anm. 39.

⁵³ In der 4. Wahlperiode der Bremer Bürgerschaft 1955–1959 gab es – wie schon in der Wahlperiode zuvor – eine „Große Koalition“ aus SPD, CDU und FDP. Vgl. FISCHER I S. 452f. und ADAMIETZ S. 303.

der Verfassung wegführt. Und das ist eine sehr ernste Angelegenheit. Ich möchte wünschen, daß unser Verhalten auch diejenigen Mitglieder der Sozialdemokratie, die im Herzen anders denken, ermutigen wird, Einhalt zu bieten. Wenn wir so weiter fortfahren, dann, das muß ich Ihnen ehrlich sagen, läuft die Bundesrepublik, die noch lange nicht auf festem Boden steht, die schwerste Gefahr; die Gefahr ist außerordentlich groß, wenn sich die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften neben die Verfassung stellen und Wege außerhalb der Verfassung einschlagen. In Großbritannien ist das wirklich anders. Gestern hat mir Herr Menzel⁵⁴ einiges vorgehalten. Er hat eine Virtuosität, Dinge nur halb zu zitieren. Herr Schröder hat ihm schon darauf geantwortet.

Als ich in London war, fand eine relativ harmlose Demonstration vor der Deutschen Botschaft statt, wobei Schilder mit der Aufschrift getragen wurden „Keine Atombombe für Chruschtschow“, „Keine Atombombe für Eisenhower“, „Keine Atombombe für Macmillan“ und „Keine Atombombe für Adenauer“. Daraufhin habe ich die Herren zu mir gebeten – es regnete gerade – und habe ihnen gesagt: Was Sie da sagen, entspricht völlig meiner Überzeugung; darf ich Sie bitten, Ihre Schilder mal wegzustellen und eine Tasse Tee mit mir zu trinken. Das haben die auch getan. (*Heiterkeit.* – *Blumenfeld:* Würde das auch hier möglich sein?) Nein! Das ist es ja eben! Wenn ich dann später aus der Deutschen Botschaft herausging zu irgendeiner Veranstaltung, winkten sie mir freundlich zu, weil sie in mir jemanden sahen, der genauso denkt, wie sie denken. Das ist eine vernünftige Opposition! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Es waren auch sogenannte Intellektuelle dabei. Ich habe ein langes Gespräch mit dem Schattenkabinett gehabt. Ich bin nicht befugt, darüber etwas zu sagen, aber ich war mit dem Ausgang sehr zufrieden, auch wenn Beschlüsse von der Labour Party, mit denen man nicht so zufrieden sein kann, bekannt werden. Macmillan sagte, wenn die siegen sollten, seien Sie die ersten Monate ruhig, und dann warten Sie ab, wie es kommen wird. Aber, meine Freunde, bei uns ist das alles ganz anders. Bei uns kann man nur sagen: Alarm.

Wir müssen die vernünftigen Leute bei uns – und im deutschen Volke sind die vernünftigen Leute in der Mehrzahl – wachmachen. Heute früh war an meinem Hause ein junger Bergmann, der sagte mir zu dieser ganzen Geschichte – ich weiß nicht, ob er ein CDU-Mann ist –, das wäre genauso, als wenn eine deutsche Fußballmannschaft gegen eine russische antreten sollte ohne Schuhe, nur mit bloßen Füßen. Das war ein Vergleich aus der Gesichtswelt dieses Mannes. Aber der Vergleich war gar nicht schlecht. Wenn ich mir vorstelle, daß eine deutsche Fußballmannschaft ohne Schuhe mit bloßen Füßen gegen eine sowjetrussische Fußballmannschaft, die solche Klumpen an den Füßen hat, antritt, dann ist doch das Spiel von vornherein für sie verloren. Ich bin der Auffassung, wir müssen unserer Bevölkerung klarmachen, daß man keine Vogel-Strauß-Politik treiben darf und daß die Politik die einzig richtige ist, dafür

⁵⁴ Dr. Walter Menzel (1901–1963), 1949–1963 MdB (Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 174 Anm. 12.

einzutreten, daß unter allgemeiner Kontrolle sämtliche nuklearen Waffen abgeschafft und die konventionellen Waffen beschränkt werden. Das allein kann der Welt Ruhe und Frieden geben.

Nun zu den Intellektuellen! Ich will niemandem zu nahe treten, der sich für intellektuell hält. Das mag jeder tun und lassen, wie er will. Auch in Großbritannien ist „intellektuell“ sehr in Verruf gekommen. Das habe ich dort jedenfalls gehört. Ich bin davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die Göttinger Herren⁵⁵ ein neues Manifest in diesem Monat loslassen. Ich weiß nicht, ob es schon da ist. Man hat mir im voraus eine Abschrift geschickt. Das alles kommt also wieder hoch, und dabei stehen die Landtagswahlen vor der Tür. Deswegen müssen wir einig und geschlossen sein und alles tun, was wir tun können, um diese emotionale Geschichte aufzufangen und unser Volk zu beruhigen. (*Starker Beifall.*)

Blumenfeld: Zunächst darf ich dem Herrn Vorsitzenden für die freundlichen Begrüßungsworte danken. Ich wäre nun nicht so vermessen, gleich in der ersten Sitzung das Wort zu ergreifen, wenn ich nicht direkt angesprochen worden wäre im Hinblick auf die Hamburger Ereignisse. Ich bin in vielen Dingen mit Ihnen völlig einer Meinung, aber ich muß einiges richtigstellen. Die Hamburger Aktion der SPD war eine Kundgebung dieses Ausschusses gegen den Atomtod. Dieser Ausschuß versucht sich zu firmieren als eine Volksbewegung. Es war unsere Aufgabe als politische Partei, der Hamburger Bevölkerung und darüber hinaus dem ganzen Bundesgebiet darzutun, daß es sich bei dieser Großkundgebung nicht um eine Volksbewegung, sondern um eine reine SPD-Aktion handelte. Ich meine, das ist uns auch gelungen. Dies ist aber nicht allein unser Verdienst, sondern es beruht auch auf einem Fehler, den die SPD begangen hat. Sie haben der Hamburger CDU vorgeworfen, sie verwechsle Politik mit Verkehrspolitik. Ich darf Ihnen sagen, daß diese Kundgebung nicht verhindert werden konnte. Es wird von uns aus auch nicht gewünscht, daß Kundgebungen als legitime Mittel verboten sind; nur dürfen sie nicht in das verfassungsrechtliche Gebiet eingreifen und die persönliche Freiheit des Staatsbürgers beeinträchtigen. Sie dürfen also nicht durch den Mißbrauch der Staatsgewalt zu einer gefährlichen Entwicklung führen. Und hier haben wir eingesetzt.

Herr Brauer, der Bürgermeister, ist gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Verkehrsbetriebe. Er hat diese Verkehrsbetriebe mißbraucht, indem er eine völlige Verkehrsruhe angeordnet hat in einer Zeit, wo die Kundgebung stattfand, und zwar nicht nur für den engeren Bezirk der Kundgebung, sondern für das Gebiet der gesamten Hansestadt und darüber hinaus für die Verbindungsmöglichkeiten nach Niedersachsen und Schleswig-Holstein, soweit sie damit im Zusammenhang standen. Das ist eine verkehrspolitische Maßnahme, aber es ist von ungeheurer

55 Führende deutsche Atomwissenschaftler, die die sog. „Göttinger Erklärung“ (gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr) vom 12. April 1957 unterzeichnet hatten. Text des Aufrufs und Namen der Unterzeichner in AdG 1957 S. 6385. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1224 Anm. 4, S. 1231f.

großer Bedeutung, daß die Bevölkerung am eigenen Leibe gespürt hat, was ein Mißbrauch der Staatsgewalt bedeutet und was es bedeutet, eine solche Sache in den Ländern unter eine parteipolitische Kundgebung zu stellen. Die Polizei hat einen moralischen Druck ausgeübt, und aus der Anordnung ist ein Marschbefehl geworden. Wir wollen mit ihnen erörtern, ob im Zusammenhang mit dieser Aktion ein Untersuchungsausschuß in der Hamburger Bürgerschaft eingesetzt werden kann, um diese ganzen Dinge klarzulegen vor der Bevölkerung, wohin es führt, wenn man mit der politischen Macht Mißbrauch treibt.

Ich würde bitten, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich in Zukunft entweder von dem Landesverband Hamburg über solche Dinge direkt und eingehend unterrichten lassen oder auch Hamburger Zeitungen zu Rate ziehen; denn in der Pressekonferenz, die Dr. Dietrich⁵⁶ abgehalten hat, ist sehr eindeutig unsere politische Haltung und Einstellung zu dieser Kundgebung klargelegt worden. Nichts gegen die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“⁵⁷, die hierüber einen kurzen Bericht gebracht hat, aber Sie wissen ja, wie oft die Nachrichten gekürzt und damit mißverständlich oder gar falsch wiedergegeben werden. Der von der CDU eingebrachte Antrag hatte nicht den Sinn, eine Atomdebatte in der Hamburger Bürgerschaft zu entfesseln oder zur Volksbefragung Stellung zu nehmen, sondern nur den Zweck, einmal klarzulegen, wie die SPD über ihr Ziel hinausgeschossen ist. Ich bin der Auffassung, daß wir vor der Bevölkerung ein Plus haben im taktischen politischen Vorgehen. Das Gesetz über die Volksbefragung wird zweifellos von der SPD in der Hamburger Bürgerschaft eingebracht werden.

Das werden wir nicht verhindern können, weil sie dort die absolute Mehrheit hat. Wir sind der Meinung, daß wir mit einer Verfassungsklage nicht das Hamburger Verfassungsgericht in Bewegung setzen sollten, sondern wir sollten in den Ländern eine politische Antwort auf diese Aktion geben und nicht eine verfassungsrechtliche Belehrung der Bevölkerung, die sie sowieso nicht verstehen wird. Die Bundesregierung sollte aber durch eine Normenkontrollklage oder durch eine einstweilige Verfügung vorgehen; denn dann wird die Volksbefragungsaktion ausgesetzt und wir haben z.Z. gewonnen. Sonst werden diese Volksbefragungsaktionen, ob sie nun mehr oder weniger abflauen oder nicht, doch fortgesetzt werden. Im übrigen meine ich, hätte eine solche Volksbefragung, wenn sie durchgeführt würde, abgesehen von verfassungsrechtlichen Bedenken, keine so furchtbar schwerwiegenden Folgen; denn wir brauchen keine große Angst zu haben, die Bevölkerung in dieser Hinsicht zu befragen. Ich bin der Auffassung, daß die SPD bei einer solchen Befragung eine große Überraschung erleben würde. (*Adenauer*: Das kommt auf die Fragestellung an.) Das haben wir ja in der Hand. Was wir brauchen, ist eine Regierungserklärung von der Bundesregierung, die in allen Einzelheiten den Sachverhalt klarstellt. Der

56 Nicht zu ermitteln. – Möglicherweise gemeint Dr. Rupprecht Dittmar, vgl. Nr. 11 Anm. 38, oder Conrad Wilhelm Dietsch (1897–1969), vgl. PROTOKOLLE I S. 40 Anm. 5.

57 „Nachspiel in Hamburg“ (FAZ vom 22. April 1958) sowie „Sieveking wünscht gemeinsame Maßnahmen“ (FAZ vom 25. April 1958).

Eindruck der Bevölkerung ist zumindest äußerlich unsicher und unklar. Sie weiß nicht, woran sie ist. Es wird immer wieder gesagt: Wir haben keine klare Antwort von der Bundesregierung bekommen, wir sind nicht genügend unterrichtet.

Daher habe ich die dringende Bitte, die Landesvorsitzenden und die Landesverbände bei so entscheidenden Fragen, die uns alle angehen, mit entsprechenden Unterlagen und Argumenten zu versorgen und, wenn eben möglich, sie vorher auch zu Rate zu ziehen und nicht erst dann, wenn die Dinge soweit fortgeschritten sind, daß wir uns überlegen müssen, wie können wir sie überhaupt noch zum Stillstand bringen. Ich möchte also darum bitten, daß wir früher als bisher zu solch wichtigen Dingen zur Beratung herangezogen werden. Es gibt hier nur eine Antwort, nämlich die der Bundesregierung, der wir als politische Gepäckträger die Stoßkraft verleihen. Vielleicht ergibt sich etwas aus dem Gespräch mit Mikojan, Herr Bundeskanzler, was Sie hinsichtlich der Innenpolitik gegenüber der Bevölkerung ausführen können, um diese Stagnation zu überwinden. Ich deute das nur an. Wir müssen also zum mindesten die Frage politisch beantworten und nicht nur auf dem Verfassungs- oder Rechtswege.

Adenauer: Ich danke Herrn Blumenfeld für die Aufklärung, die er über die Vorgänge in der Hamburger Bürgerschaft gegeben hat. Nun hat sich auch Herr Sieveking zum Wort gemeldet. Ich darf aber zunächst auf Ihre Ausführungen zurückkommen. Die Bundesregierung hat zu Anfang der vorigen Woche einen Beschluß gefaßt, der auch veröffentlicht worden ist⁵⁸, wonach diese Volksbefragung verfassungswidrig ist. Das ist zunächst für die Bundesregierung von größter Bedeutung. Es wird noch vor dem 1. Mai in der ganzen Bundesrepublik dieser Beschluß – Herr Gerstenmaier hat es schon gesagt – plakatiert sein. Das zunächst zur verfassungsrechtlichen Frage!

Zur materiellen Frage, Herr Blumenfeld, haben eigentlich die Bundestagsverhandlungen und alles das, was gesagt worden ist, jede Aufklärung gegeben. Ich darf es in wenigen Sätzen noch einmal zusammenfassen. Der Sputnik I⁵⁹ hat der Welt den Beweis geliefert, daß die Russen die interkontinentalen Raketen, wenn auch vielleicht zunächst in einem ersten Typ, konstruiert haben. Daraufhin ist im Dezember die NATO-Ratsversammlung⁶⁰ gewesen. Dort ist der Beschluß gefaßt worden, daß die bisherige Konzeption der NATO von SHAPE unter diesem Gesichtspunkt nachgeprüft werden solle. Es ist weiter beschlossen worden, daß eine sich als notwendig erweisende neue Konzeption zunächst von den Militärs der NATO-Staaten nachgeprüft wird, dann von den Verteidigungsministern und anschließend in Kopenhagen am 7. oder 8. Mai von den Außenministern.⁶¹ Dann geht die ganze Sache an die NATO-Regierungen. Herr Spaak hat, worauf Herr Meyers schon hingewiesen hat, hier eine Rede gehalten; ich habe sie nicht gehört. Aber nach allem, was ich

58 BULLETIN vom 16. April 1958 S. 669.

59 Vgl. Nr. 2 Anm. 73.

60 Vom 16. bis 19. Dezember 1957 in Paris. AdG 1957 S. 6800–6805.

61 Vom 5. bis 7. Mai 1958. AdG 1958 S. 7048f.

darüber gehört habe, eine ganz ausgezeichnete Rede. Er hat in dieser Rede vor einer interparlamentarischen Versammlung hier in Bonn gesagt, die ganzen NATO-Truppen müßten einheitlich bewaffnet sein. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Ich würde auch sagen, dann lassen wir überhaupt lieber die Waffen strecken, als daß wir unsere Truppen schlechter bewaffnen; denn sie würden im Falle eines Angriffs von der anderen Seite die erste Beute der Russen sein. Was bisher geschehen ist – ich gebe Ihnen recht, Herr Blumenfeld –, ist in der Presse nicht so klar zum Ausdruck gekommen, wie es hätte zum Ausdruck kommen müssen. (*Wuermeling*: Vor allen Dingen in unserer Presse!) Es sind gekauft worden sechs dieser sogenannten Matadore⁶², die in den Vereinigten Staaten stehen und auch dort bleiben. An diesen Matadoren werden deutsche Truppen ausgebildet. Die Ausbildung dauert 18 bis 24 Monate. Es ist also, wenn in der Zwischenzeit keine Vereinbarung über eine kontrollierte Abrüstung herbeigeführt werden sollte, erst in etwa zwei Jahren überhaupt daran zu denken, daß irgendwelche Abschußgeräte in die Bundesrepublik kommen. Es ist so, daß diese Raketen oder deren nukleare Köpfe Eigentum der Amerikaner bleiben – sie bleiben auch unter Verschuß der Amerikaner – und daß sie nur verwendet werden können mit Zustimmung von SHAPE, der NATO und Amerikas. Das ist überall gesagt worden. Vielleicht ist aber eines nicht genügend gesagt worden, Herr Blumenfeld, daß man von vornherein eine kontrollierte nukleare Abrüstung torpediert; denn der Russe fürchtet tatsächlich nur die Amerikaner und uns. Er fürchtet nicht die Franzosen, nicht die Italiener und auch nicht die Engländer; aber unsere Truppen fürchtet er.

Wenn jetzt vor einer Gipfelkonferenz der Beschluß gefaßt worden wäre, die deutsche Bundeswehr wird niemals mit nuklearen Waffen ausgerüstet, dann würden die Sowjets eine nukleare Abrüstung restlos ablehnen. Die Amerikaner würden dann – das ist uns unmißverständlich zu verstehen gegeben worden – Europa mit ihren Truppen verlassen. Und das wäre das Ende von Europa. Ich gebe zu, daß diese Zusammenhänge in einfacher und klarer Form bei den viertägigen Verhandlungen im Bundestag zum großen Teil untergegangen sind.

Ich erinnere Sie an die Reden von Schmidt (Hamburg)⁶³ usw., wo die Diskussion ein außerordentlich tiefes Niveau erreichte. Daher müssen wir an alle ernsthaften Leute im Lande diese Aufklärung, wie ich sie eben darzustellen versucht habe, gelangen lassen, und zwar möglichst in sehr wenigen, aber sehr klaren Sätzen. Sonst wird es überhaupt nicht gelesen, geschweige denn verstanden. Darin haben Sie also recht.

Es würde auch, Herr Meyers, unsere Aufgabe sein, uns nicht nur dem Wirken der Sozialdemokraten gegen die Verfassung zur Wehr zu setzen, sondern auch unsere

62 Matador: unbemannte Kurzstreckenflugkörper. Zum Kauf dieser Flugkörper vgl. BULLETIN vom 24. April 1958, S. 737f.

63 Helmut Schmidt (geb. 1918), 1953–1962 und 1965–1987 MdB (SPD), 1974–1982 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 947 Anm. 54. – Zur Rede von Schmidt vgl. Bundestagsdebatte zum Verteidigungshaushalt am 23. April 1958 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 1279–1359, hier: 1293–1295.)

Bevölkerung darüber aufzuklären, wie es jetzt wirklich ist und was beabsichtigt ist, was nach meiner Meinung ein Mittel ist, um zur Abrüstung zu kommen, während der andere Beschluß, wie ihn die Sozialdemokratie will, geradezu eine Prämie für die Russen im Kalten Kriege ist. Man hatte nachher im Bundestag den Kopf und die Ohren so voll, daß man nicht weiß, Herr Kollege Krone, ob das alles so klar gesagt worden ist, daß das ein Erfolg der Russen im Kalten Kriege sei. (*Arnold: Gestern!*) Aber damals in der viertägigen Debatte ist das alles etwas untergegangen. Wenn Sie diese vier schrecklichen Tage miterlebt haben, die allen Beteiligten an die Nerven gingen, werden Sie das verstehen. Wir haben uns daher alle geschworen, in Zukunft dafür zu sorgen, daß nicht noch einmal vier Tage lang über ein Thema geredet wird, denn dann ist das Thema nachher so zerredet, daß keiner mehr weiß, worüber denn eigentlich geredet worden ist. Darin gebe ich Ihnen also recht, und das wollen wir nicht wiederholen. Das Wort hat Herr Sieveking.

Sieveking: Herr Bundeskanzler! Darf ich zunächst eine rein technische Bemerkung richtigstellen, nämlich den Irrtum, als ob dieser Verkehrsantrag der Sache nicht gerecht geworden wäre. Dieser Verkehrsantrag war die einzige Möglichkeit, eine Debatte in der Bürgerschaftssitzung hervorzurufen. Diese Debatte wollten wir auf alle Fälle erzwingen. Wir haben uns überlegt, ob wir eine Kleine oder Große Anfrage stellen sollten. Das hätte aber dazu geführt, daß sie erst in 14 Tagen besprochen worden wäre. Wir haben uns gesagt, wir können nur auf diese Weise, daß wir den Antrag stellen, es zu einer Debatte bringen. Das ist uns auch gelungen; außerdem hatte der Antrag den Vorzug, daß er die Finger in die Wunde legte, die die ganze Hamburger Bevölkerung schmerzt.

Das Primäre war die Empörung darüber, daß eine Partei den ganzen Verkehr lahmlegte und die Leute nicht nach Hause fahren konnten. Daß dieses Verkehrschaos herrschte, das war das Agens der Empörung. Und das wollten wir ausnutzen. Nachdem dann diese Debatte angesetzt war, habe ich am Dienstag eine Pressekonferenz abgehalten – Mittwoch sollte die Sitzung sein –, über die sehr gut in der Hamburger Ausgabe der „Welt“ berichtet worden ist.⁶⁴ Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich diese Ausgabe einmal ansähen. Sie würden dann sehen, daß ich mit einer ungewöhnlichen Schärfe genau den Standpunkt vertreten habe, den Sie vorhin hier skizziert haben. In der Bürgerschaftsdebatte ist dieser Standpunkt von neuem von uns vertreten worden. Wir hatten ganz bewußt darauf angelegt – das ist uns auch gelungen –, die SPD von vornherein ins Unrecht zu setzen, so daß sich diese Leute ungeheuer stark erregten, während wir ganz ruhig und sachlich sprachen. Es ist auch dem letzten Zuhörer klargeworden, daß es sich um eine rein sozialdemokratische Veranstaltung gehandelt hat. Das war eines der Ziele, die wir hatten. Auch das haben wir vollkommen erreicht.

64 Vgl. „Die Welt“ vom 23. April 1958 (Hamburger Ausgabe).

In diesem Zusammenhang habe ich allerdings gesagt: Was haben Sie aus diesem Thema „Kampf für die allgemeine Abrüstung, Kampf gegen die Anwendung der Atomwaffen in der Welt“ gemacht? Was hätten Sie daraus machen können im Interesse der ganzen Bevölkerung, und was hätte Hamburg mit seinem internationalen Ansehen daraus machen können? Und wie haben Sie diese Dinge verfälscht? Das hat jeder in Hamburg durchaus so verstanden. Die Berichterstattung hier ist ohne weiteres irreführend. Das liegt an dem Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Hamburg. Ich werde mit ihm einmal sprechen, daß er sich in Zukunft präziser ausdrückt. Auch das Protokoll der Bürgerschaftssitzung werde ich Ihnen vorlegen. Sie werden dann sehen, daß wir hundertprozentig den Standpunkt der CDU vertreten haben.

Die Diagnose, die Sie vorhin über die Situation in der SPD gegeben haben, wird durch die Vorgänge in Hamburg absolut erhärtet. Es ist in der Tat so: Wir hatten beobachtet, daß seit geraumer Zeit innerhalb der SPD der radikale Flügel immer stärker wird. In Hamburg wird diese Sache besonders gravierend dadurch, daß ein Mann wie Max Brauer sich seit einiger Zeit mit diesen radikalen Kräften verbündet, und zwar justament mit den Kräften, die ihm in der Zeit, als er noch Syndikus war, immer wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen haben. Sein jetziges Verhalten wird für Max Brauer einen erheblichen Verlust bedeuten. Wir überlegen noch, ob wir einen Untersuchungsausschuß über die Vorgänge einsetzen. Das wäre eine sehr peinliche Angelegenheit für ihn.

Nun denken wir uns die weitere Lage in Hamburg so, daß der Antrag eingebracht wird. Wir werden dann Überweisung des Antrages an den Ausschuß beantragen. Im Ausschuß werden wir, wie in Bremen, gemeinschaftlich eine Gegenformulierung bringen und diese durchzusetzen versuchen. Wir werden es natürlich nicht durchsetzen, aber wir werden diese Formulierung der Öffentlichkeit unterbreiten, damit die Öffentlichkeit mehr und mehr das richtige Thema erkennt und frei von dieser emotionalen Beurteilung wird. Das Gesetz wird in Hamburg angenommen werden. Die FDP in Hamburg, die sich in der Bürgerschaft gegen den Streik ausgesprochen hat, aber für die Volksbefragung, wird auch zustimmen. Dann rechnen wir allerdings damit, daß die Bundesregierung das wahr macht, was Herr Schröder gestern angekündigt hat, daß sie nämlich eine einstweilige Verfügung erwirken wird. Wir rechnen damit, daß diese einstweilige Verfügung erlassen wird. Wir wollen nicht in Hamburg den Klageweg beschreiten, weil wir uns verfassungsrechtlich nicht ganz sicher sind und weil der Tatbestand den einfachen Mann verwirrt, wenn zwei hohe Gerichte damit befaßt werden. Wir rechnen damit, daß mit der einstweiligen Verfügung der Zauber in Hamburg aus ist. Dann wird über die Klage entschieden. Das wird sich bis in den Herbst oder in den Winter hinziehen. Insofern kann man die Dinge ruhig beurteilen. Auf der anderen Seite ist es jedoch klar, daß die Agitation ständig weitergeht. Hier möchte ich unterstreichen, was Herr Blumenfeld gesagt hat. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß wir uns nicht nur darauf beschränken, nun zu sagen, die Volksbefra-

gung geht nicht, sondern wir müssen auch von uns aus die Initiative ergreifen und positiv vorwärtsgehen.

Sie haben eben gesagt, daß insofern leider bei uns in der Bevölkerung die Dinge keineswegs so klar gesehen werden, wie sie gesehen werden müssen. Das liegt daran, daß sich in den letzten Wochen die Entwicklung überstürzt hat, daß sich widersprechende Äußerungen erfolgt sind von amtlichen und nichtamtlichen Stellen; dazu kommt noch, daß diese viertägige Debatte im Bundestag das Fassungsvermögen der Hörer einfach überstiegen hat. Ich möchte ganz nüchtern als einfacher Staatsbürger sagen – bitte nehmen Sie es nicht für übel –, welche Gefühle ich habe.

Wir sind alle in der Begründung Ihrer Politik mit Ihnen hundertprozentig einig. Wir sind uns alle absolut darüber klar, daß man keine andere Politik treiben kann; aber es genügt nicht für den einfachen Mann auf der Straße, daß man sagt, das und das muß du tun. Es genügt nicht, daß er den Eindruck bekommt: Das entschiedene Wort über die ganzen Dinge sprechen die amerikanischen Militärs und nicht die Politiker. Das ist ein Eindruck – ich sage nicht, daß er richtig ist –, den der einfache Mann auf der Straße aber hat. Und was der einfache Mann und auch alle übrigen erwarten, Herr Bundeskanzler, das ist, daß Sie mit Ihrem großen Ansehen jetzt noch einmal klar sagen: Wir wollen die allgemeine Abrüstung. Wir haben es zwar wiederholt gesagt ... (*Weber*: Die wollen wir doch alle!) Sicher, das wissen wir ja, aber im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit ist es leider nicht so. Sie müssen der erste Vorkämpfer in der Welt für die allgemeine Abrüstung sein. Das ist das, was die Deutschen gefühlsmäßig wollen. Und daran hat es bisher gefehlt, das aufzuklären.

Ich halte es für richtig, auf eine Kundgebung der SPD zu antworten und daß wir Unterschriften sammeln, aber es nützt nichts, nur das eine gegen das andere zu setzen. Das erweckt nur den Eindruck, daß wir alle uneinig sind. Was die Leute wissen wollen, ist folgendes: Der Bundeskanzler weiß genau, was er will, und er verfolgt die Idee der allgemeinen Abrüstung mit unbeirrbarer Konsequenz. Ihre entscheidenden Maßnahmen, die Sie getroffen haben, müssen den Leuten noch einmal klargemacht werden. Den Leuten muß klargemacht werden, daß Sie den Russen Fragen stellen, wie z.B.: Wie stellt ihr euch vor, daß wir zusammenkommen, wenn ihr nicht den Einfluß ausübt und den Versuch macht, daß in der Ostzone endlich einmal eine Entspannung eintritt. Das ist nur ein Beispiel. Sie werden es viel besser beurteilen und machen können, als ich es vorschlage. Ich gebe nur die Gefühle wieder, die in unserer Bevölkerung vorherrschen. Ich möchte Sie darum sehr bitten; denn diese Unterstützung brauchen wir, wenn wir diesem Trommelfeuer der sozialistischen Agitation begeben wollen. Es wird niedergeschlagen werden, wenn wir ihm etwas Positives entgegensetzen. Es genügt aber nicht, unseren Leuten zu sagen, das und das ist falsch, sondern wir müssen erklären, das und das ist zu tun. Ich möchte daher bitten, noch einmal zu überlegen, wie wir in dieser Richtung den Leuten das richtige Bewußtsein geben können. (*Weber*: Herr Sieveking, wir können überhaupt nichts mehr verstehen. Sprechen Sie doch bitte etwas lauter! – *Weiterer Zuruf*: Von den

letzten Sätzen haben wir kaum etwas verstanden.) Damit darf ich meine Ausführungen schließen.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Ich habe vor zehn Tagen darum gebeten, daß die heutige Vorstandssitzung zustande kommt, weil ich der Auffassung bin, daß wir uns in den Ländern einfach koordinieren müssen mit der Bundespartei; denn es ist in der Tat vonnöten, orientiert zu werden über alle Zusammenhänge und Vorgänge. Wir, die draußen sitzen, sind über die Zusammenhänge nicht ausreichend genug orientiert. Ich wäre darum außerordentlich dankbar, wenn von der Partei aus ein gewisser Leitfaden herausginge, damit draußen die einzelnen Leute die Zusammenhänge, die der Herr Bundeskanzler dargelegt hat, auch wirklich übersehen können; es sei denn, daß man über die ganzen Vorgänge ein Weißbuch von der Bundesregierung herausbringt. Ich kann aber nicht übersehen, ob das möglich ist. Zumindest muß das einzelne Parteimitglied wissen, das ist unsere Konzeption, das sagt die SPD, und das sagt die FDP, und das sagen wir.

Ich wäre auch sehr dankbar, wenn Herr Schröder uns ein paar Grundsätze entwickelte. Sie haben es gestern im Bundestag gehört. Wir von draußen aber wissen es nicht; wir sind z.B. nicht ausgestattet mit dem Rechtsgutachten der Bundesregierung, so daß uns bei einzelnen Gutachten draußen irgendwelche Differenzpunkte als Schwächemoment ausgelegt werden können. Herr Schröder sollte uns nicht nur sagen, was bei einer einstweiligen Verfügung im Falle Hamburg geschieht, sondern auch im Falle Frankfurt und Darmstadt. Nur der Bund kann unmittelbar eingreifen. Wenn sozialistisch regierte Länder anfangen, solche Teilbefragungen durchzuführen, dann wird das ganze Gefüge aufgelockert. Insofern stimme ich mit Herrn Blumenfeld überein, daß der Weg einer Teilbefragung falsch ist, mag nun die Volksbefragungsaktion gut oder nicht gut ausgehen, das ist dabei gleichgültig. Wir müssen hier unter allen Umständen den Anfängen wehren.

Ich habe den Sozialdemokraten die Frage vorgelegt, was sie täten, wenn nach zwei Taxifahrermorden von uns aus eine Volksbefragung über die Wiedereinführung der Todesstrafe eingeleitet würde. Sie sind gegen die Todesstrafe, wir sind dafür. Aber wenn Sie die Bevölkerung fragen, wird sie zu 80 % antworten: Führt die Todesstrafe ein!

Die Situation in Schleswig-Holstein ist so, daß zunächst einmal die Sozialdemokraten den gleichen Entwurf wie im Bundestag, nur ein wenig zusammengefaßt, eingebracht haben. Sie haben dann gesehen, daß keine Partei den Sozialdemokraten folgt. Daraufhin hatten sie beschlossen, die Regierung zu stürzen. Gestern haben sie festgestellt, daß das nicht drin ist und keine Regierungskrise entsteht. Interessant ist die Begründung. Sie haben gesagt, wenn die Regierung von Hassel abgelöst wird durch eine Regierung von Atomgegnern, dann erübrigt sich eine Volksbefragung, weil diese Regierung von Atomgegnern über den Bundesrat entsprechenden Einfluß nehmen könnte. Diese Erklärung könnte man für unsere Agitation verwenden.

Die Stimmung ist so, daß wir über den Höhepunkt wahrscheinlich hinweg sind,

aber die Sache ist sicher noch nicht zu Ende. Ich habe in den letzten zehn Tagen insgesamt in fünfzehn Versammlungen gesprochen. Davon waren sieben oder acht, wo es hieß „Frauen fragen den Ministerpräsidenten“ oder „Jugendliche fragen den Ministerpräsidenten“ oder „Arbeitnehmer fragen den Ministerpräsidenten“. Es ist in allen Versammlungen ein großes Bukett von Fragen gestellt worden. Ich habe zuerst die Frage stellen lassen und erst dann geantwortet. Es ist vielleicht psychologisch interessant, daß die Fragenskala sehr unterschiedlich war. Die Frage nach der atomaren Bewaffnung kam aber meistens an sechster oder siebter Stelle. Vorweg kamen Fragen zum Nitritskandal⁶⁵, zum Lebensmittelgesetz usw. Von diesen fünfzehn Versammlungen waren fünf Frauenversammlungen, eine für Oberbürgermeister und zwei mit der Bundeswehr. Die Bundeswehrfahnenjunker haben die Sozialdemokratische Partei in starkem Maße eingedeckt. Mir ist u.a. von einer Vertriebenenfrau die Frage gestellt worden: Warum ist die Bundeswehr nicht mit atomaren Waffen ausgestattet? Machen sie die Bundeswehr doch so stark, daß uns nichts passieren kann. Es ist interessant, daß dabei die Frauen Beifall geklatscht haben. Es ist aber notwendig, daß wir uns den Bürgern stellen und ihnen klar und deutlich Aufklärung geben. Dann werden wir auch Verständnis für unsere Maßnahmen finden. Voraussetzung ist natürlich, daß unsere eigenen Leute auch alle Fäden und Vorgänge übersehen und die Argumente kennen wie die Herren aus Bonn.

Gockeln: Die Situationsprüfung haben wir schon einmal vorgenommen. Es handelt sich um weitreichende Maßnahmen, die nicht leichtgenommen werden dürfen. Man spricht bereits von bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Sie haben gesagt: Alarm. Man muß also unterscheiden, wollen wir Aktionen oder wollen wir das Verfahren, für das sich der Bundestag entschlossen hat. Mir scheint, daß die Partei genügend Raum hat, eine selbständige Entscheidung zu treffen. Argumente, die hier gebraucht worden sind, wurden bereits im Bundestag und in der Fraktion angeführt. Dort wurde gesagt, Karlsruhe ist nicht sicher, das Verfahren im Bundestag muß uns eine Voraussetzung schaffen, damit das Verfahren in Karlsruhe gewonnen werden kann, so daß also das Ringen der Fraktion im Bundestag sozusagen erst eine der Voraussetzungen für Karlsruhe ist.

Diese Politik und Haltung werden uns draußen von den Fragen nicht erlösen; denn ein Verfahren, in dem man siegt oder unterliegt, hat im Volke keine große psychologische Wirkung. Es bleibt die Aktion als Gegenwirkung. Zunächst schien es so, als ob die Frage der SPD uns gar nicht unangenehm sein könnte; denn sie müßte auf der gleichen Ebene beantwortet werden mit der Frage der Verfassungstreue und der Verfassungszuständigkeit der deutschen Sozialdemokratie. Das wäre die Antwort gewesen und damit zugleich der psychologische Gewinn aus einer solchen Auseinandersetzung, wie sie uns von der SPD aufgezwungen wird.

⁶⁵ Lebensmittelskandal um nitrithaltige Wurstwaren. Vgl. „Die Welt“ vom 15. März 1958: „Nitritwurst trieb im Rhein“.

In einem Rechtsverfahren wird das nicht beachtet. Also müßte die Haltung draußen kategorisch sein: Das ist verfassungswidrig. Das wurde in der Fraktion abgelehnt. Wenn wir Aktionen wollen, müssen wir Aktionsprogramme und Aktionsräume haben. Aktionsprogramme sind abhängig von dem, was der Gegner tut; vor Mitte Mai gibt es nach meiner Meinung keine Ruhe, denn den Strategen auf der Gegenseite ist die Aktion nicht unwillkommen vor dem Parteitag in Stuttgart.⁶⁶ Für die Führung einer Partei, deren Parteitag so vorbelastet ist mit innerparteilichen Schwierigkeiten, ist eine solche Aktion ein willkommener Anlaß. Deshalb wird es mit der Sozialdemokratie keine Möglichkeit einer irgendwie gearteten Einigung geben. Die Zentralpartei ist interessiert daran, daß diese Aktionen geführt werden, auch wenn die Länder längst gemerkt haben, daß etwas nicht angenehm ist. In Nordrhein-Westfalen haben sie Glück. Wir hätten die Frage dem Gegner mehr oder weniger ... (*Adenauer*: Fragen Sie sie doch!) Das ist die zweite Antwort, die wir dann geben. Ich spreche nur von der Aktion, wie sie sich vom Gegner her gibt. Der Gegner hat Glück, indem er sagt, wir wollen mit dieser Frage die Wahl nicht verbinden, weil er mit einem negativen Ausgang die Wahl gefährden würde. Nichts wäre gefährlicher für ihn als das: Die Wahl ist durch die Entscheidung in Karlsruhe unmöglich geworden.

Die Länderebene kann auch unterstützt werden durch die Gemeindeebene. Intern hat man den Gemeinden gesagt, jeder faßt einen Beschluß, daß weder ein Grundstück noch irgendeine Verkehrseinrichtung für solche Maßnahmen zur Verfügung gestellt wird, um diese Aktion zu unterstützen. D.h., man will den kommunalen Körperschaften kein Grundstück und keine Verkehrseinrichtung zur Verfügung stellen, damit auf diese Weise irgendwelche Maßnahmen verhindert werden. Mit diesem Guerillakrieg müssen wir noch längere Zeit rechnen.

Oder ist das ausgeschlossen, daß wir eines Tages einen neuen Reichswehrprozeß⁶⁷ in neuer Auflage führen, bei dem Herr Heinemann Verteidiger ist? Ist es ausgeschlossen, daß etwa gesagt wird, allein wegen unseres Gewissens lehnen wir die Atombewaffnung ab? Ich glaube nicht. Solche Dinge liegen in den Aktionen drin.

Es könnten aber Aktionen ausgetragen werden im vopolitischen Raum. Die Frage ist für uns, ob wir auf dieser Ebene Aktionen in gleicher Weise durchführen. Herr von Hassel hat von Parteiversammlungen gesprochen. Sie sind zunächst in dieser Größe nicht möglich. Im übrigen wird das alles sehr unterschiedlich sein. Aber wie ist es im vopolitischen Raum? Leider verhält sich der vopolitische Raum sehr reserviert, um es offen zu sagen. (*Adenauer*: Warum?) Weil die Parolen, die wir politisch geben, nicht eindeutig unten ankommen. (*Adenauer*: Das ist ein sehr ernstes Wort!) Ich bin dabei gewesen, als wir solche Erklärungen fertigstellten und versucht haben, sie mit der Autorität kirchlicher Stellen zu versehen. Das ist nicht geglückt. Das ist ein Faktum, das wir in Rechnung stellen müssen, so daß wir, wenn wir also diese psychologische

66 Vgl. Anm. 20.

67 Vgl. Peter BUCHER: Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30 (Militärgeschichtliche Studien 4). Boppard 1967.

Strategie, in der wir den Plan vollziehen müssen, überprüfen, auf den politischen Ausgangspunkt beschränkt bleiben. Das muß man klar sehen.

Die Frage ist, welches ist der Aktionsplan. Herr Meyers hat gesagt: Wir werden einen Aufruf bringen. Das ist damals sehr wirksam gewesen, aber das ist im allgemeinen nichts anderes als ein Aufruf zur Mobilmachung. (*Adenauer*: Wieso?) Es muß ein Aktionsplan auf der Ebene der Städte und der Gemeinden im Parteirahmen oder auch überparteilich versucht werden. Wir müssen dem Gegner auf der gleichen Ebene begegnen. Wir müssen von den vielen taktischen Überlegungen, die wir in diesen Tagen angestellt haben für die Führung des Prozesses im parteipolitischen Raum, zu einer psychologischen Strategie kommen, die draußen Anklang findet. Wir müssen die Fragen offenlegen, um die es geht. Heute ist noch zuviel Juristisches und zuviel Zweifelhafes in alledem, was der Öffentlichkeit gesagt wird. Auf diese Weise sind Aktionslust und Aktionszustimmung nicht zu haben. Wir müssen überlegen, auf welcher Ebene und in welchem Aktionsraum sich das alles vollzieht, sonst werden wir ohne praktisches Ergebnis bleiben. (*Adenauer*: Welchen Rahmen würden Sie denn nehmen?) Genau denselben Aktionsraum, den der Gegner vorschreibt: Kundgebungen, Konferenzen, Mobilmachung von Vorräumen. Plakate haben nur einen relativen psychologischen Wert. Bei den Hunderten von Rednern müßte es möglich sein, jede Woche soundso viel öffentliche Versammlungen abzuhalten, ohne daß der ganze Apparat überbeansprucht würde.

*Noltenius*⁶⁸: Herr Bundeskanzler! Sie haben kritische Bemerkungen über die Bremer Verhältnisse gemacht. (*Adenauer*: Ich habe Fragen gestellt!) Ich möchte darum bitten, wenn Sie sich über Bremer Verhältnisse informieren, dies nicht über die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zu tun.⁶⁹ Dieses Blatt bezieht seine Informationen aus zweiter und dritter Hand, und ich kann darauf keinen Einfluß nehmen. Ich habe festgestellt, daß das, was sie über Bremen gebracht hat, nicht immer korrekt, sondern unvollständig war und in keiner Weise meine Zustimmung gefunden hat.

Wir haben in Bremen die Volksbefragung von Anfang an abgelehnt, als wir erfuhren, daß der Vorsitzende der Gewerkschaft⁷⁰ in Bremen eine solche Aktion starten wollte. Wir haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um unsere ablehnende Haltung zum Ausdruck zu bringen, und zwar noch am vergangenen Sonnabend auf unserem Parteitag. Ich habe allerdings abgelehnt, aus diesem Anlaß die Bremer Koalition aufzukündigen. Ich habe das ausführlich begründet, u.a. damit, daß ich damit überhaupt nichts erreichen werde. Wenn ich damit die Aktion verhindern könnte, dann ließe sich selbstverständlich darüber reden. Aber ich werde nichts anderes erreichen,

68 Dr. Jules Eberhard Noltenius (1908–1976), 1954–1969 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Bremen, 1954–1967 MdBB, 1955–1959 Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr.

69 Vgl. FAZ vom 21. April 1958: Die Bremer Koalition nicht gefährdet.

70 Richard Boljahn (geb. 1912), Klempner/Installateur; ab 1946 MdBB (SPD), 1951–1968 Fraktionsvorsitzender), 1953–1971 geschäftsführender Vorsitzender des DGB-Bezirksverbandes Bremen.

als daß ich uns um den Einfluß bringe, den wir heute in einem gewissen Rahmen ausüben können.

Was ich am vergangenen Sonnabend unseren Freunden gesagt habe – das deren volle Zustimmung gefunden hat –, liegt im Wortlaut vor.⁷¹ Ich kann Ihnen den Wortlaut zur Verfügung stellen. Wenn Sie mit mir die Frage unserer Beteiligung am Senat in Bremen diskutieren wollen, möchte ich Sie bitten, meine Ausführungen vorher durchzulesen. Wir sind in die Bremer Regierung hineingegangen um der Bremer Angelegenheiten willen. Wir wußten vorher, daß wir uns dort mit einer Partei – neuerdings sind es zwei – koalierten, die in Fragen der Bundespolitik uns genau entgegengesetzt ist. Aber um der Bremer Angelegenheiten willen haben wir es getan. Diese Koalition ist also ausdrücklich beschränkt auf die Bremer Angelegenheiten. Wir werden völlig freie Hand haben, die Sache abzulehnen, wenn sie weiterläuft. In Bremen wird nicht eine Vorlage vom Senat eingebracht, sondern die Initiative kommt aus der Bürgerschaft, wo sich SPD und FDP zusammengetan haben und gemeinsam an einem Entwurf arbeiten. Ich habe versucht, den Wortlaut zu bekommen. Das ist mir nicht gelungen. Sie suchen eine Formulierung, mit der sie die Sache im Rahmen des Landesrechts halten wollen. Sie werden die Bevölkerung fragen, ob sie dafür ist, daß der Senat im Bundesrat gegen diese Dinge stimmt. So ähnlich ist die Sache. Vielleicht kommt noch hinzu die Frage nach der Ausrüstung mit Abschlußbasen.

Die erste Lesung des Gesetzentwurfes soll am nächsten Mittwoch stattfinden. Herr Marwede⁷² wird unsere Auffassung dort vertreten. Die zweite Lesung soll eine Woche später erfolgen, am 7. Mai. Dann wird eine Mehrheit diesen Entwurf annehmen. Der Senat wird in der Woche darauf vor der Frage stehen, ob er das Gesetz verkündet oder nicht. Dann beginnt meine Tätigkeit. Ich werde sehen, was ich tun kann. Und darüber müssen wir sprechen. Es ist weiter vorgesehen, daß die Volksbefragung am 22. oder 29. Juni stattfinden soll, und zwar vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, weil man sich einen günstigen Effekt von dieser Sache verspricht. Daß das große Bedenken hat, liegt auf der Hand. Es ist so wie überall, daß die verständigen Leute bei den Sozialdemokraten und bei der FDP die Dinge nicht in der Hand haben, aber die radikalen Elemente geben den Ton an. Die verständigen Leute wünschen, daß die Sache unterbleibt. Sie vertrauen darauf, daß sie verboten wird. Wir müssen sehen, ob wir durch gemeinschaftliche Maßnahmen auf die Dinge einen Einfluß ausüben können.

Wenn ich jetzt mit der Koalitionsfrage gerasselt hätte, wäre die Sache zu Ende gewesen. Ich komme dann in eine Lage, in der ich den Einfluß verliere. Deswegen habe ich es nicht getan. Wir haben die Sache eingehend bei uns besprochen. Wir

71 Vgl. das Referat von Bürgermeister Noltenius auf dem Landesparteitag der CDU Bremen am 19. April 1958 (ACDP-PRESSEDOKUMENTATION, Personenarchiv).

72 Friedrich Carl Marwede (1895–1969), freier Schriftsteller; vor 1933 DNVP, 1953–1963 MdB (CDU). Vgl. auch Anm. 2.

sind uns schlüssig geworden, daß wir bleiben wollen, solange es geht. Es kann natürlich eine Situation entstehen, in der man es nicht mehr mitmacht. Ich habe in meiner Ansprache am vergangenen Sonnabend deutlich gesagt, man dürfe es nicht zu weit treiben. Das steht natürlich nicht in diesem Frankfurter Blatt. Deshalb verwahre ich mich gegen diese Berichterstattung. (*Adenauer*: Ich habe das gar nicht gelesen!) Dann ist es Ihnen erzählt worden. Mir wird zugetragen, daß Sie angeblich empört seien über Bremen. (*Adenauer*: Was ist Ihnen zugetragen worden?) Mir ist zugetragen worden, Sie seien sehr unzufrieden mit uns, weil wir nicht aus der Koalition herausgingen. (*Adenauer*: Mir ist gesagt worden, Sie hätten erklärt: Ich will unter allen Umständen Senator bleiben!) Das habe ich nicht gesagt. (*Adenauer*: Das ist mir gesagt worden. Ich kann aber nicht sagen, von wem, wenn Sie mich danach fragen. Es wird mir so vieles gesagt. Ich registriere das nicht alles als blanke Wahrheit.) Herr Bundeskanzler! Was ich auf diesem Parteitag gesagt habe, haben wir in einem kleinen Kreise gemeinschaftlich vorbereitet, und es liegt jedes Wort davon fest. Ich war mir vollständig darüber klar, wieviel darauf ankam. Das kann ich Ihnen also zur Verfügung stellen. (*Adenauer*: Hat Herr Müller-Hermann⁷³ teilgenommen?) Ja, Herr Müller-Hermann war dabei.

Ich habe in diesen letzten Wochen durchaus das Bedürfnis gehabt, daß wir uns untereinander abstimmen. Und auf meine Anregung haben wir uns neulich mit Herrn Krone in Hamburg getroffen.⁷⁴ Es geht nicht an, daß wir in einer solchen Lage in den Landesverbänden draußen allein schwimmen, sondern wir müssen unter Umständen sehr schnell zusammenkommen, um uns miteinander abzustimmen. Dies war mein Wunsch in der Woche nach Ostern, und dem haben die Herren Krone und von Hassel entsprochen. Wir haben dann in Hamburg darüber gesprochen. (*Adenauer*: Ich habe gehört, daß Sie alle einer Meinung gewesen seien in Hamburg!) Waren wir auch! Ich habe mit Herrn Krone auch über unsere Koalition gesprochen und gesagt, ich habe die Absicht, da drinzubleiben und nicht herauszugehen. Er wußte das von mir. Ich habe nicht von ihm gehört, warum wir eigentlich herausgehen sollten. Bloß um ein Alarmsignal zu geben, das tut man nicht! (*Adenauer*: Das will ich nicht sagen, verehrter Herr Noltenius! Sie haben gesagt, es könnten sich Umstände ergeben, wo man im Interesse der Gesamtpartei diese Konsequenz ziehen muß.) Warten wir mal ab. Bis jetzt kennen wir den Gesetzentwurf noch nicht. Wir müssen die ganze Geschichte mit durchmachen. Ich halte es für verkehrt, mit der Koalitionsfrage zu drohen. Das ist falsch. Wenn man sie stellt, ist das sozusagen das Ultimatum vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Darüber kann man mit der anderen Seite nur unter vier Augen sprechen, wenn es wirken soll. Deswegen war mir das sehr unangenehm,

73 Dr. Ernst Müller-Hermann (geb. 1915), 1946 Mitgründer der CDU Bremen (1968–1974 Vorsitzender der CDU Bremen), 1946–1952 MdBB (1950–1952 Fraktionsvorsitzender), 1952–1980 MdB (1967–1969 stv. Fraktionsvorsitzender), 1958–1984 MdEP. – Autobiographische Notizen in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): ABGEORDNETE 6 S. 233–410.

74 Vgl. UuD Nr. 16 vom 17. April 1958.

daß das in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ stand, es würde erwogen, daß wir aus der Koalition herausgingen. Das ist offenbar aus Kreisen der Bundestagsfraktion gekommen. Ich habe mich vergewissert, daß weder Herr Krone noch Herr Rasner etwas damit zu tun haben. Aber es wurde in einer Form gebracht, als ob es hier in Bonn besprochen worden sei. (*Adenauer*: Da sind Sie im Irrtum. Hier in Bonn ist gerade umgekehrt gesprochen worden. Es wurde nicht erwogen.) Ich habe es aus der Zeitung. (*Adenauer*: Ich schreibe die Zeitung nicht. Ich weiß es nicht!) Ich halte eine solche Aktion deswegen für bedenklich, weil sie die Bevölkerung einer Großstadt durch die Propaganda, die damit verbunden ist, in eine sehr unglückliche Stimmung bringt. Daß gerade diese Volksbefragung damit verbunden war, ist das Gefährlichste an der ganzen Geschichte. Aus diesem Grunde muß – abgesehen von den verfassungsrechtlichen Bedenken – alles getan werden, um die Sache zu unterbinden, und zwar durch eine einstweilige Verfügung und dann durch ein Urteil.

Adenauer: Es ist wirklich sehr schade, daß die Sozialdemokratie es gestern verstanden hat, ihre Anfrage über die Kosten der Aufrüstung bis 5 Uhr hinauszuziehen, so daß heute morgen Herr Schröder nicht hier sein kann; denn wenn Sie Herrn Schröder hörten, würden Sie sich über die allgemeine Bedeutung dieser Angelegenheit besser klar werden als über die lokale Bedeutung. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die an Bedeutung – ich kann das nur dreimal unterstreichen – über alle lokalen Interessen weit, weit hinausgeht. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das würde Ihnen dann sehr klar werden. Ich bitte Sie auch, einmal zu berücksichtigen, daß es Dinge gibt, die noch wichtiger sind, als wenn die CDU in einer Koalition in Bremen fünftes Rad am Wagen ist. (*Noltenius*: Dagegen muß ich mich wirklich verwahren! Für eine solche Rolle, bei irgend jemandem fünftes Rad am Wagen zu spielen, gebe ich mich nicht her, weder in Bremen noch anderswo!)

Das Wort hat Herr Dr. Gradl.

Gradl: Meine Damen und Herren! Ich möchte ein paar Bemerkungen zur Frage der Propaganda machen. Wir haben von Herrn Meyers gehört, daß die Partei eine große Propagandaaktion vorhat. Ich habe, das gestehe ich offen, bisher nicht geglaubt, daß die Stimmung draußen im Lande so auseinanderläuft – darf ich es so ausdrücken –, wie es tatsächlich der Fall ist. Ich habe vor zehn Tagen einen Brief bekommen, der wirklich alarmierend ist. Den will ich Ihnen nicht vorenthalten. Wenn Sie ihn gehört haben, werden Sie selber sehen, was draußen im Lande los ist:

„Zur Erstkommunion meines ersten Enkelkindes bin ich gefahren, und ich finde den Raum, wo ich im September in vielen Versammlungen gesprochen habe, ganz verwandelt. Alles strebt der verlogenen Parole zu „Kampf dem Atomtod“, und man merkt nicht, daß damit mittelbar der sowjetischen Propaganda nachgegeben wird. Ich bin sicher in der Forderung, daß propagandistisch etwas geschehen muß. Die Sache kann unmöglich mit der Prüfung der Rechtslage abgetan werden. Dem Atomtod-Vorwurf muß mit ebenso klaren, aber wahrhaftigen Parolen entgegengetreten werden. Wird schon der Kampf aus dem Parlament herausgetragen, so müssen wir dem folgen. Wo sind die tüchtigen politischen Werbetechniker der vergangenen Septemberefolge?“

Interessant ist, daß all die kleinen Blättchen in die Front der Atomgegner abrücken, sonst aber deutlich in den Leitartikeln unverhüllt und heftig ihre Meinung sagen.“

Das ist ein Stimmungsbild, das ein Berliner gegeben hat – ich habe den Brief nachgeschickt bekommen –, der in Schwaben war. Es ist Professor Dovifat⁷⁵, ein Mann, von dem man annehmen kann, daß er wirklich von diesen Dingen etwas versteht. Vielleicht ist es nicht in allen Gebieten so, aber offenbar ist es doch eine sehr ernste Situation. Dabei müssen wir an folgendes denken: Wir, die wir uns ständig mit diesen Dingen beschäftigen, lassen uns natürlich von Eindrücken und Argumenten überzeugen; aber draußen im Lande ist die Sache anders. Draußen im Lande heißen die Fragen heute erstens Atomtod, zweitens Volksbefragung. Der erste Eindruck, den draußen der einfache Mann von der Propaganda „Atomtod“ hat, ist der: Natürlich bin ich dagegen, und für die Leute, die eine Aktion gegen den Atomtod machen, bin ich. Das ist natürlich ein Kurzschluß, aber so ist es. Das müssen wir sehen. Bei der Volksbefragung ist die Reaktion: Warum soll man das Volk eigentlich nicht fragen? Wir müssen also in unserer Antwort eine Sprachregelung finden, die diesem einfachen Denken entgegentritt und die in einfachen Formulierungen den Leuten klarmacht, worum es geht.

Es kommt auf ein weiteres an. Wir dürfen nicht unterschätzen, daß in der Intellektuellenschicht – und die ist sehr breit bei uns – wesentlich differenzierter gedacht wird. Und an diese müssen wir uns wenden. Ich habe die Sorge, daß sich bei uns aufgrund unserer Wahlerfolge im September des vergangenen Jahres die Meinung durchsetzt: Wir haben damals die Wahl gegen diese Intellektuellen gewonnen, die in den großen Zeitungen gegen uns waren. Das wird uns auch weiterhin gelingen. Das ist ein Irrtum, wie ich meine. Es kann sein, daß wir die Wahl gegen die Intellektuellen gewinnen, aber es ist nicht sicher; und gerade dies sollte uns stutzig machen, daß unter den Aufrufen zu einer Atomtod-Aktion so viel Namen von Leuten stehen, von denen wir nie geglaubt hätten, daß sie sich in die politische Gesellschaft der Urheber dieser Aktion begeben würden. Wir haben darüber in einem kleinen Kreise der Fraktion gesprochen. Es steht u.a. die Namen von Gertrud von Le Fort⁷⁶ und Stephan Andres⁷⁷ darunter. Es steht eine ganze Reihe von Namen darunter, über die wir uns nur wundern können.

Herr Meyers hat gesagt, es wird nicht möglich sein, eine Gegenbewegung mit Unterschriften im Bereich des Geisteslebens zustande zu bringen. Wir sollten hier

75 Dr. Emil Dovifat (1890–1969), Publizist, Hochschullehrer; 1928 Professor und 1928–1947 Leiter des Instituts für Zeitungswissenschaften der Universität Berlin, Mitgründer der CDU, 1945 Chefredakteur „Neue Zeit“ (Berlin), 1948–1961 Direktor des Instituts für Publizistik der FU Berlin, 1953–1959 Vorsitzender des Rundfunkrats des SFB. – Klaus-Ulrich BENEDIKT: Emit Dovifat. Ein katholischer Hochschullehrer und Publizist. Mainz 1986. Dorothee VON DADELSEN (Hrsg.): Emil Dovifat. Die publizistische Persönlichkeit. Berlin/New York 1990.

76 Gertrud von Le Fort (1876–1971), Schriftstellerin.

77 Stefan Andres (1906–1970), Schriftsteller.

nicht kapitulieren, sondern sollten auch Unterschriften sammeln und einen solchen Aufruf herausgeben. Wir sollten uns als Partei – was ich jetzt sage, meine ich als Aufgabe für eine längere Sicht – intensiver persönlich im kleinen Kreise um diese Schichtengruppen kümmern. Wir müssen es fertigbringen, eine Auslese dieser Leute, auch wenn sie jetzt vielleicht auf der anderen Seite stehen, herauszunehmen und sie in einem Gespräch zusammenzuführen, auch mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, und mit unseren führenden Leuten. Es spricht die Leute an, wenn sie von der politischen Führung unmittelbar gewürdigt werden. Wir müssen mit ihnen Argumente und Gegenargumente austauschen. Auf diesem Gebiet ist bisher nichts geschehen. Das ist ein großes Versäumnis.

Als eben gesagt wurde, Bremen wird möglicherweise der erste große Test für diese Volksbefragung sein, ist mir der Gedanke und die Erinnerung an das gekommen, was sich 1933 in Lippe ereignet hat.⁷⁸ Wir sollten den ersten Fall der Durchführung dieser Volksbefragung benutzen, um mit allem unserem Geschick und allen unseren Möglichkeiten unseren Einfluß und Willen durchzusetzen; denn wenn ein solcher Fall schiefgeht, ist er nachher infolge seiner Fernwirkung viel schwerer zu korrigieren.

Entschuldigen Sie bitte, wenn ich nun eine Frage dazwischenschiebe, aber ich muß gleich nach Berlin, wo ich den Bundespräsidenten zu begrüßen habe. Ich weiß nicht, wer verantwortlich für unseren Landesverband Nordbaden⁷⁹ ist. Ich hätte mich gern direkt damit auseinandergesetzt, aber ich habe folgendes zu sagen. Sie wissen alle, was in Tauberbischofsheim geschehen ist. Dort hat auf einem Parteitag der CDU Herr Wenger gesprochen.⁸⁰ Nach Presseberichten sind seine Ausführungen mit stürmischem Beifall aufgenommen worden. Er hat gesagt, er lehne die nationalstaatliche Wiedervereinigung Deutschlands im Bismarckschen Sinne ab. Wenn er dabei geblieben wäre, hätte man es auslegen können: im Bismarckschen Sinne. (*Zuruf*: Das ist schon genug!) Er hat aber ausdrücklich erklärt, die Bundesrepublik bleibe im Westen, dann soll es einen Donaauraum geben und drittens ein Mittel- und Ostdeutschland, das mit einem befreiten Polen eine Art östliche Montanunion bilde. Die Partei hat auf diese Erklärungen von Herrn Wenger sofort geantwortet. Das ist durch die Zeitungen gegangen; es hindert aber nicht, daß nun das Für und Wider nebeneinander gestellt wird. Diese Sache von Tauberbischofsheim wird uns von allen möglichen Stellen um die Ohren geschlagen. Sie brauchen nur zu lesen, was Herr Sethe in der „Welt“ geschrieben hat.⁸¹ In Berlin ist es uns von der Sozialdemokratischen Partei vorgehalten worden. Und dann wundern wir uns darüber,

78 Vermutlich bezieht sich Gradl auf die Landtagswahl in Lippe am 15. Januar 1933. Vgl. Jutta CIOLEK-KÜMPER: Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933. München 1976.

79 Dr. Franz Gurk. Vgl. Nr. 1 Anm. 61.

80 Landesparteitag der CDU Nordbaden in Tauberbischofsheim, 19.–20. April 1958 (Rede Wengers in ACDP III-004-074). Vgl. auch UiD Nr. 17 vom 24. April 1958.

81 Paul Sethe: „Ehrliche Sprache“, in: „Die Welt“ vom 25. April 1958. – Dr. Paul Sethe (1901–1967), 1955–1960 Redakteur bei der „Welt“. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 284 Anm. 71.

wenn uns draußen im Lande der Vorwurf gemacht wird, wir hätten nichts übrig für die Wiedervereinigung. Ich bitte deshalb wirklich eindringlich darum, künftig den „Rheinischen Merkur“ nicht als eine Art Parteiorgan zu akzeptieren. Man muß sich überlegen, wen man reden läßt, wenn man weiß, was aus solchem Munde gesagt wird. Ich bitte Sie, in der Entschließung, die heute herausgegeben wird, ausdrücklich einen Satz deutlich aufzunehmen, nämlich die entschiedene Distanzierung der Partei zu diesem Vorgang zum Ausdruck zu bringen. (*Lebhafter Beifall.*)

Meyers: Seit 1956 bemühen wir uns um die Intellektuellenschichten unseres Volkes. Ich muß feststellen, daß zunächst alles getan worden ist, was von seiten der Partei getan werden konnte. Es gibt einen einzigen Ausnahmefall, daß jemand, der von uns beauftragt worden ist, sich persönlich um die Dinge zu kümmern, sich eben nicht darum gekümmert hat. Ich will den Namen nicht sagen. Das Problem als solches ist aber durchaus erkannt. Es ist ein sehr dringendes Problem. Es gibt auch bei den Studenten und Professoren merkwürdige Geschichten. Wenn z.B. ein chinesischer Student in Münster einem CDU-Mann sagt: „Professor Hagemann⁸² nix gut“, so war schon aus den Vorlesungen des Herrn Hagemann zu entnehmen, daß hier kein CDU-Mann sprach, wenn er auch sechs Jahre lang den Beitrag bezahlt hat. Das Kreisgericht in Münster hat seinen Ausschluß aus der Partei beschlossen.

Die Kernfrage bleibt: Was tun wir? Wir müssen etwas tun für die Studenten. Sie haben aufgrund ihrer späteren Berufe eine große Ausstrahlung auf die Bevölkerung. Ich wollte nur noch einmal herausstellen, daß das Problem klar erkannt ist. Wir brauchen aber diese Frage jetzt nicht weiter zu vertiefen.

Adenauer: Seit Jahr und Tag gebe ich mir die größte Mühe, die Mitglieder des Vorstandes und auch des engeren Parteigremiums mehr für die Studenten zu interessieren. Aber es geschieht nichts. (*Gratl:* Oho!) Sie sagen: Oho, aber es ist so. Die Sozialdemokraten bekümmern sich x-mal mehr um die Studenten als die größere CDU. Es war unmöglich – lassen Sie mich das einfügen –, in Hamburg einen Professor, der in Hamburg wohnt, als Bundestagskandidaten aufzustellen; statt dessen wurde ein Referendar aufgestellt.⁸³

Heck: Die Aktionen, die in der vergangenen Woche angelaufen sind, sind sorgfältiger vorbereitet als jede andere zuvor. Ich habe zufällig eine Nachricht

82 Dr. Walter Hagemann (1900–1964), Universitätsprofessor und Direktor des Instituts für Publizistik an der Universität Münster, wurde am 21. April 1958 vom Ehrengericht des CDU-Kreisverbandes Münster-Stadt wegen parteischädigenden Verhaltens aus der CDU ausgeschlossen. Hagemann hatte sich wiederholt in Fragen der Außenpolitik und der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr gegen die Politik der CDU geäußert. 1959 dienstenthoben, 1961 in die DDR übergesiedelt. Vgl. AdG 1958 S. 7018.

83 Adenauer meint Pascual Jordan (Professor) und Dietrich-Wilhelm Rollmann (Referendar), dem allerdings 1957, auf Platz 9 der Landesliste stehend, der Einzug in den Bundestag nicht gelang. Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der CDU Hamburg am 8. Juli 1957, in der über die Landesliste zur Bundestagswahl 1957 abgestimmt wurde (ACDP III-010-002).

bekommen über eine Aussprache zwischen Angehörigen des DGB und Herrn Wehner, wobei dieser ausgeführt hat, welche Gedanken bei den Initiatoren dieser Aktionen vorherrschen. Wehner hat erklärt: „Ich bin für den Generalstreik. Ein Generalstreik kann nicht von oben dekretiert werden, er muß von unten gemacht werden. Die Zeit ist noch nicht reif dafür. Deswegen müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten alle möglichen Formen des Probierens in allen Variationen anwenden, um diese Situation reif zu machen.“

Ich meine, daß es falsch ist, diese Anti-Atomtod-Bewegung im Zusammenhang zu sehen oder ausschließlich zu sehen in Schwierigkeiten, die die SPD auf ihrem Parteitag hat, oder zu hoffen, daß die anders wird, wenn das vorüber sein wird. Wir dürfen auch nicht hoffen, daß es zu Ende ist, wenn die Landtagswahlen vorüber sind. Ich bin der Meinung, daß wir es mit diesen Aktionen in allen Variationen in den kommenden Jahren zu tun haben werden. Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß sicher alle Beteiligten mit diesen Aktionen Gedanken verbinden, die man praktisch in die Nähe des Staatsstreiches richten muß. Wir können die Augen nicht davor verschließen, daß diese Aktionen z.Z. stärker aus dem Hintergrund gelenkt werden, als vielleicht diejenigen, die im Vordergrund als Organisatoren in Erscheinung treten, sich selber bewußt sind.

In meinem Wahlkreis ist mir eine Geschichte aufgefallen. Nach der Bundestagswahl ist auf der Kreisebene urplötzlich ein Wechsel eingetreten; es sind nämlich völlig neue Leute dort aufgetaucht. Ich habe festgestellt, daß es sich ausnahmslos um Personen handelt, die aus der sowjetisch besetzten Zone gekommen sind. Ich habe vier Tage nach der großen Debatte im Bundestag eine öffentliche Versammlung in meiner Heimatstadt Rottweil abgehalten. Da kam von Schwenningen diese Mannschaft an, ziemlich kräftige Leute. Ich weiß nicht, ob sie die Versammlung sprengen wollten. Es ist nicht dazu gekommen. Diese Leute habe ich kennengelernt. Der Sprecher war ein Studienrat aus der Zone, der ausgezeichnet orientiert war, z.B. über den Notenwechsel des Jahres 1952 bis in jede Einzelheit hinein, so daß ich mir sagen mußte, es ist völlig ausgeschlossen, daß ein Studienrat so gut orientiert sein kann. Ich möchte deshalb empfehlen, daß wir in Zukunft auf der Landes-, Kreis- und Ortsebene etwas sorgfältiger die Augen darüber aufmachen, was sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei tut. Die Sozialdemokraten machen den Versuch, dem Volke klarzumachen, wir hätten sie mit Wahlkampagnen bei der Bundestagswahl betrogen. Diese Behauptungen lassen sich zurückweisen, und sie müssen zurückgewiesen werden. Deswegen ist es eine Aufgabe der Abgeordneten, in ihren Wahlkreisen sich von dieser Atomtod-Bewegung nicht irritieren zu lassen, sondern sich in den Versammlungen diesen Vorwürfen und Anwürfen zu stellen. Ich halte das für dringend notwendig. Dr. Gradl hat die Sache angesprochen. Es handelt sich z.Z. nicht nur um Intellektuelle, die Schwierigkeiten machen, sondern auch um Persönlichkeiten, die man mit dem Prädikat „intellektuell“ nicht gut auf die Seite schieben kann. Ich denke z.B. an eine Frau wie Gertrud von Le Fort. Zu Gertrud von Le Fort ist man sicher nicht gegangen und hat sie gleich unterschreiben lassen, sondern diese Dinge sind in Monaten erfolgt. Wir müssen uns

auch darum bemühen, die wirklichen Repräsentanten des deutschen Geisteslebens in eine etwas engere Verbindung mit der Politik zu bringen.

Herr Bundeskanzler! Das kann niemand besser von uns als Sie selbst. Ich könnte mir vorstellen, daß es durchaus möglich wäre, einen geeigneten Anlaß zu finden, um einmal einen größeren Kreis von Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens – Wissenschaftler, Publizisten, Dichter, Schriftsteller und sonstige Künstler – zu einem Gespräch einzuladen, um ihnen Ihre Sorge darzutun. Ich fürchte, daß es jetzt eine ähnliche Entwicklung gibt wie damals in der Weimarer Zeit, wo Geist und Macht keine Verbindung zueinander finden konnten.

Adenauer: Ich habe vor einiger Zeit eine längere Besprechung mit einem Herrn gehabt, der unbedingt zu dieser Sphäre zu rechnen ist. Er sah auch meine Klagen ein, sagte aber dann: In jedem Volk ist eine solche Schicht notwendig. Was wollen Sie darauf erwidern!

Fay: Die Frage, ob wir bei diesen Aktionen auf dem Höhepunkt sind oder nicht, kann man jetzt nicht abschließend beantworten. Sicher scheint mir zu sein, daß vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die Frage „Kampf gegen den Atomtod“ absolut akut ist. Bis zu diesem Zeitpunkt wird, von der SPD zentral gesteuert, auf allen Ebenen unseres politischen Lebens diese Frage hochgezüchtet werden. Es ist auffällig, daß überall da, wo von Volksbegehren die Rede ist, der 29. Juni als Termin genannt wird. Ich habe im Magistrat von Frankfurt gefragt, welches Motiv die SPD hätte, den 29. Juni zu nehmen. Es wurde gesagt, das sei rein zufällig; sie hätten sich ausgerechnet, vor den Ferien sei das der einzig mögliche Tag. Auf meinen Einwand, das sei von Berlin gesteuert, hat man entrüstet geantwortet, das sei nicht der Fall, sondern es sei reiner Zufall. Es wurden auch die Termine für Bremen und anderswo genannt. Auch hier liegen die Termine acht Tage vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen. Man hofft also, daraus politisches Kapital schlagen zu können. Ob die Frage bei der hessischen Landtagswahl am 30. November akut sein wird, hängt von den Vorentscheidungen ab. Angesichts dieser Erkenntnis, daß es so oder so sein kann, halte ich eine Propagandaaktion vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen für dringend notwendig, und zwar eine ganz breit angelegte Propagandaaktion.

Es ist davon gesprochen worden, was man draußen im Lande hört, teilweise aus den eigenen Reihen. Es sind nur wenige, und das Ganze sollte nicht überbetont werden, aber immerhin, auch derentwegen lohnt es sich, einmal die Sache klarzustellen. Ich möchte auch das unterstreichen, was Herr Gockeln gesagt hat. Der vorpolitische Raum steht nicht ganz sicher zu uns in dieser Beziehung, und er bedarf einer außerordentlich intensiven Pflege. Ich bin davon überzeugt, wenn man das vier Wochen lang intensiv macht, werden diese Leute wieder spüren. Aber diese Arbeit ist nötig.

Herr Bundeskanzler! Am wichtigsten in dieser Propaganda wäre eine Rundfunkrede von Ihnen. Wenn Sie über mehrere Sender sprechen, so wird das ein großer Erfolg, der uns helfen kann. Ausgezeichnet ist die Plakataktion, die Sie von der Bundesregierung aus vorhaben. Auch wir als Partei sollten in dieser Beziehung alles

tun. Die Frage ist wichtig genug, daß wir das Geld dafür aufbringen. Für sehr gut halte ich den Vorschlag von Herrn Meyers, die widersprechenden Zitate unserer Gegner einmal zusammenzustellen, um sie als Rednermaterial zu verwenden. Wir haben schon sehr gutes Rednermaterial von der Bundespartei, aber leider wird es nicht gelesen und nicht verarbeitet. Wir müssen Versammlungen abhalten mit Fragestunden für die Bevölkerung, wobei wir dann das Schlußwort haben. Ich darf noch auf eines aufmerksam machen, woran mein Freund Grosskopf⁸⁴ sehr hängt. Wir haben bei der Landtagswahl 1954 in Hessen einen großen Erfolg mit Kleinstannoncen gehabt. Sie fingen alle an: „Wußten Sie schon ...“ Ich verspreche mir von solchen Anzeigen sehr viel. Es kostet zwar Geld und Geist, aber es lohnt sich bestimmt. Ich bin dafür, daß wir mit der Aktion möglichst bald beginnen.

Der verfassungsrechtlichen Seite sollte man nicht allzu große Bedeutung beimessen. Die politische Seite ist für die breite Masse das Entscheidende. Die verfassungsrechtliche Seite muß natürlich bis zum letzten Buchstaben genauestens geprüft werden; denn wenn da etwas schiefgeht, bekommen wir eine politische Ohrfeige, und das wird auch weitere Rückwirkungen haben. Bei uns in Frankfurt fing es an mit drei Anträgen der Sozialdemokraten, von denen zwei von der FDP unterstützt wurden. Der erste Antrag war der, eine Kommission von Journalisten, Wissenschaftlern und Ärzten nach Nagasaki und Hiroshima zu schicken, um an Ort und Stelle die Wirkungen der Atombomben, die vor 13 Jahren gefallen sind, festzustellen. Der Antrag wurde von der absoluten Mehrheit der SPD angenommen. Im Magistrat konnte kaum widersprochen werden, denn der Antrag verstößt nicht gegen ein Gesetz oder gegen die Verfassung. Wenn auch die 150.000,- DM Kosten bei einem Etat von 415 Millionen keine große Rolle spielen, so ist der Antrag doch blödsinnig. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Bundesfinanzminister bitten, etwas mehr geneigt zu sein, den notleidenden Gemeinden aus der Bundeskasse zu helfen.

Der zweite Antrag ging dahin, daß allen Maßnahmen über die Bereitstellung von Grundstücken zu Abschlußbasen entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden solle. Wir haben darauf hingewiesen, daß es eine demokratische Partei doch im Ernste nicht wollen könne, gegen gesetzlich beschlossene Maßnahmen entschlossenen Widerstand zu leisten. Der Oberbürgermeister⁸⁵ hat das sofort kapiert und erklärt, daß entschlossener Widerstand nur im Rahmen der Gesetze möglich sei.

Die dritte Frage ist die berühmte Volksbefragung, ob auf dem Gebiet der Bundesrepublik Abschlußbasen errichtet und Atomwaffen gelagert werden sollen. Diese Frage wurde von der SPD und FDP – die FDP in Hessen ist anderer Meinung als die FDP in anderen Ländern – bejaht. Wir haben dagegen gestimmt. Der Magistrat hat nunmehr zu prüfen, ob dieser Beschluß gegen das Gesetz verstößt. Die erste Sitzung, in der sich zwölf SPD-Magistratsmitglieder und vier CDU-Magistratsmitglieder – die

84 Dr. Erich Grosskopf (1903–1977), Steuerberater; 1946–1970 MdL Hessen (CDU, 1952–1966 Fraktionsvorsitzender).

85 Werner Bockelmann (1907–1968), 1957–1964 Oberbürgermeister von Frankfurt/M.

zwei FDP-Mitglieder zählen wir gar nicht – gegenübermaßen, endete damit, daß die Frage nicht entschieden wurde. Der Presse wurde bekanntgegeben, mit Rücksicht auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen CDU und SPD sei die Entscheidung vertagt worden.⁸⁶ Wir haben das als einen Propagandaerfolg verbucht; denn wenn vier Abgeordnete zwölf Abgeordneten ihre Meinung dahingehend aufzwingen, daß sie es nochmals überdenken sollen, dann ist das immerhin ein Erfolg.

Für das nächste Mal haben die Sozialdemokraten von ihrem Parteivorstand die Anweisung bekommen, nicht zu widersprechen, sondern die Sache rechtlich zu sanktionieren. Es lag ein Gutachten unserer Rechtsstelle vor, das uns eindeutig recht gegeben hat, obwohl der Leiter dieser Rechtsstelle Sozialdemokrat ist. Der Magistrat hat sich aber über dieses Rechtsgutachten hinweggesetzt und widersprochen. Wir haben daraufhin von Frankfurt aus eine Dienstaufsichtsbeschwerde an den hessischen Innenminister eingeleitet und sie begründet. (Ich habe sie Herrn Globke⁸⁷ gegeben.) Der Innenminister wird nun zu entscheiden haben, ob er den Magistrat anweist zu widersprechen oder nicht. Hier bitte ich nun um die Hilfe der Bundesregierung. Ich bin der Ansicht, daß sie gut beraten war, als sie den Ministerpräsidenten die Mahnung geschickt hat, die Bundestreue zu halten. Man sollte nunmehr den hessischen Innenminister wissen lassen, daß damit der „casus belli“ gegeben ist, wenn er in Frankfurt nicht einschreitet. Wir sind davon überzeugt, daß wir nicht nur aufgrund der Bundesverfassung und der hessischen Verfassung, sondern auch aus Gründen der Gemeindeverfassung im Recht sind. In unserem § 2 heißt es: Aufgabe der Gemeinde ist es, die Verwaltung durchzuführen. Das ist nach der Meinung aller Kommentatoren die örtliche Verwaltung, und es sind nicht die überörtlichen Dinge. Nun verstoßen solche Beschlüsse in einer Gemeinde gegen das Gemeinderecht. Wir haben die Bitte, daß das Kabinett prüft, ob und inwieweit der Bundesinnenminister gegen die Landesminister einschreiten kann. Wir versprechen uns von der Dienstaufsichtsbeschwerde folgendes: Entweder gibt der Minister uns recht, dann ist die Sache erledigt; oder er gibt uns nicht recht, und dann müssen wir den Weg des Verwaltungsgerichtes beschreiten. Eine andere Möglichkeit haben wir nicht. Den Weg zum Staatsgerichtshof zu gehen, ist zu kompliziert. Es ist dann die Frage zu prüfen, ob man zum Bundesverfassungsgericht gehen kann. Auch hier bitte ich um geeignete Unterstützung; denn diese Frage kann überall auftauchen.

Abschließend möchte ich sagen, daß in der Propaganda die Frage der Rechtmäßigkeit für unsere internen Beratungen, die sehr sauber durchdacht sein müssen, eine untergeordnete Rolle spielen muß; denn ein Rückschlag kann verheerende politische Wirkungen haben.

Gerstenmaier: Ich hatte nicht die Absicht, in diesem Gespräch mich mit der Substanz dessen auseinanderzusetzen, was eigentlich die Darlegungen des

⁸⁶ Vgl. FAZ vom 26. April 1958 (Unionspartei erhebt Beschwerde).

⁸⁷ Dr. Hans Globke (1898–1973), 1953–1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 523 Anm. 22.

Herrn Bundeskanzlers, jedenfalls zum ersten Teil seines Berichtes, ausmachen. Die Diskussion hat inzwischen einen anderen Verlauf genommen. Deshalb möchte ich mich auf einige Bemerkungen beschränken, die sich mit der taktischen Seite unserer Situation befassen sollen.

Mir sind beim Blick auf die innere Situation unseres Volkes die beiden Komplexe gewärtig, die uns tief bewegen. Das eine ist der bekannte Versuch der SPD, durch die Ausbeutung der Angst unseres Volkes an die Macht zu kommen. Das ist natürlich der Kern des ganzen Manövers der Volksbefragung. Daß die Methoden, deren sich die SPD bedient, verfassungswidrig, ja sogar nach dem Bericht, den Herr Meyers vorgetragen hat, verfassungsfeindlich sind, ist ohne Zweifel. Aus dieser Beurteilung ergeben sich die Meinungen der taktischen Behandlung innerhalb des Parlamentes, mit der sich die Fraktion sehr eingehend befaßt hat. Das ist der eine Komplex.

Der andere Komplex scheint mir die in unserem Volke entstandene Situation zu sein, die sich aus der rigorosen Art des militanten Atheismus in der Ostzone ergibt. Dieser Angriff ist doch von der Art, daß er Konsequenzen hat, wahrscheinlich auch für unsere politische Situation hier in der Bundesrepublik. Ich gehöre nicht zu denen, die kirchliche Fragen mit politischen Fragen mit Vorliebe vermischen, sondern ich gehöre zu denen, die sie mit Vorliebe voneinander trennen. Aber hier besteht natürlich eine gewisse Verbindung, die sich immer mehr verdichtet und die wir gar nicht mehr ignorieren können als große verantwortliche Partei im freien Teil Deutschlands. Ich wage nicht vorauszusagen, welchen Verlauf die Synode der evangelischen Kirche in Deutschland nimmt.⁸⁸ Ich denke, daß immerhin das Risiko besteht, daß diese Synode, nachdem sie angefangen hat, sehr bald abgebrochen werden muß. Ich möchte jedenfalls dafür eintreten, daß diese Synode nur dann stattfindet, wenn die Freiheit der Beratungen und die Freiheit der Entscheidung gewährleistet ist. Wenn diese Freiheit nicht gewährleistet ist, entsteht möglicherweise eine Situation, die weitgehend Konsequenzen auch für das Gesamtgeflecht Deutschlands hat.

Man muß sich das sehr genau überlegen. Ich verweise nur deshalb darauf, um zu zeigen, wo politische Nahtstellen sind und was uns besonders angeht. Ich bin der Meinung, daß wir bei der Vergegenwärtigung dieser großen Probleme gut daran tun, ein Dreifaches zu erwägen: 1. daß wir bei der Formulierung politischer Entscheidungen gerade dann, wenn wir sie für unerlässlich halten, denkbar vorsichtig sind, 2. daß wir uns nicht nur darum bemühen, geeignete propagandistische Formeln zu finden, sondern daß wir unsere Politik in einem Gewand dem deutschen Volk vorführen, wonach ihm diese Politik nicht nur begehrenswerter, sondern auch verständlicher wird.

Ich möchte in diesem Punkte die Versuche, die an diesem Tische von Hamburg aus unternommen worden sind, unterstützen. Ich habe verstanden, Herr Sieveking, daß es Ihnen nicht darum zu tun war, den Herrn Bundeskanzler zu ermutigen, seine konsequente Politik zu ändern, sondern nur darum, darüber nachzudenken, wie wir

⁸⁸ Gesamtdeutsche Synode der EKD in Berlin vom 26. bis 30. April 1958. AdG 1958 S. 7052f..

ihr einen attraktiven New Look geben können. Ich befinde mich damit in einer besseren Position; denn wenn ich das, was ich meine, mit einem amerikanischen Begriff vortrage, kann ich weniger angegriffen werden, als wenn ich das mit einem schlichten deutschen Wort gesagt hätte.

Aber, meine Damen und Herren, was mich eigentlich veranlaßt hat, das Wort zu nehmen, ist die Geschichte mit den Intellektuellen. Es war eine große Leistung von Ihnen, Herr Bundeskanzler, eine Nacht hindurch bis morgens um 3.30 Uhr zwischen den Intellektuellen in einem Bierkeller (*Adenauer*: Es war aber sehr nett!) sitzend eine Position wahrzunehmen, die die anwesenden Intellektuellen am Tage danach zu einer bewundernden, aber immer noch sehr kritischen Feststellung gebracht hat, daß es für sie faszinierend gewesen sei, eine solche Nacht mit dem Bundeskanzler durchstehen zu können.⁸⁹ Sie haben vorsichtigerweise offengelassen, wer dabei der Sieger oder der zweite Sieger war. Sie haben aber ihren Tribut an Ihrer Seite, Herr Bundeskanzler, entrichtet mit einem Vorschlag, den Herr Dr. Heck hier mit einiger Vorsicht in Form der Prolegomena angedeutet hat; zwei Intellektuelle haben zwei Briefe geschrieben und vorgeschlagen, es müsse unbedingt von seiten der CDU etwas mehr getan werden, aber nicht, um sozusagen das Fußvolk der Intellektuellen auf dem Weg der Massenpropaganda anzusprechen, sondern, was von seiten der CDU geschehen sollte, wäre eigentlich, die Hauptleute unter den Intellektuellen – wenn solche militärischen Begriffe in diesem Bereich überhaupt anzuwenden sind – anzugehen. Zu diesem Zweck haben sie vorgeschlagen, daß einmal so an die 100 führenden Intellektuellen mit dem Bundeskanzler zusammenkommen. (*Weber*: 100?) Sie meinen, 70 würden dahinkommen! (*Cillien*: Das ist zuviel für einen Abend!) Wenn man es in Passagen macht, gibt es neue Probleme. Ich sehe aber an dem Vorschlag, daß sich die beiden Herren mit der Situation ernsthaft auseinandergesetzt haben und daß sie meinen, es sei eigentlich – verzeihen Sie das harte Wort – eine Unanständigkeit, wenn das so weitergehe, was sich in Deutschland inzwischen eingebürgert habe, daß sich eine große, sich immer mehr verbreitende Distanz zwischen den Vertretern der Geisteswelt und den Primitiven in der Politik aufbaue.

Die Primitiven in der Politik sind das, was an diesem Tische versammelt ist! (*Bewegung*.) Meine Damen und Herren! Ertragen Sie es mit Gelassenheit! (*Weitere Bewegung und Unruhe*.) Auch Sie gehören dazu; nachdem Sie so lange und heiß gekämpft haben, müssen Sie solche Sachen hinnehmen! Wir sind an diesem Tische die „Primitiven“. Uns ist zwar eine solche „Kleinigkeit“ wie die Verantwortung für den Staat übergeben, aber die hohe Moral, die Denkkraft und die Gedanken, über die Prinzipien zu verfügen, das ist in der Hand der hierbei von der Realität des Politischen distanziereten frei schwebenden Geisteswelt.

⁸⁹ Am 28. März 1958 gab Gerstenmaier eine Abendeinladung, an der neben Adenauer Felix von Eckardt, der Schriftsteller Friedrich Sieburg, der Journalist Klaus Mehnert sowie der Schriftsteller und Theologe Nikolaus Wöll teilnahmen (ACDP I-210-031).

Die beiden Herren waren der Meinung, daß diese Situation auf die Dauer eine Situation ist, die nicht hingenommen werden kann in diesem Staate, die unter keinen Umständen hingenommen werden kann von einer Partei, die seit acht Jahren nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Freiheit die Macht im Staate verantwortlich trägt, sondern sie müsse den Versuch machen, dieser Schizophrenie entgegenzuwirken und deshalb beide zusammenbringen.

Es leuchtet mir ein, daß man die Sache wahrscheinlich aussichtsreicher machen kann, wenn man das Kapitel von oben und nicht von unten aufblättert, d.h., daß die Geister, nach denen sich die Studenten schließlich doch, wenn auch widersprechend, zu richten pflegen, wichtiger sind als die Masse der Studenten. Ich glaube also, daß dieser Gedanke richtig ist, daß es darauf ankommen müßte, mit den führenden Köpfen der Gelehrten, der Dichter, der Publizisten usw. mit großer Geduld den ganzen Wirrwarr, den uns diese Leute aus ihrer moralisch-prinzipiellen Präntention heraus servieren werden, zu diskutieren; man müßte sie aufklären und ihnen die Notwendigkeit und Moralität des Politikers, der Verantwortung hat und wichtige Entscheidungen fällen muß, vergegenwärtigen und sie auffordern, sich mit einer solchen Situation zu konfrontieren.

Ich möchte kein Wort gegen das sagen, was im übrigen vorgeschlagen worden ist. Natürlich sollten wir die Auseinandersetzung an den Universitäten mit den Studenten ernst nehmen. Wir sollten das eine tun und das andere nicht lassen. Wenn man sich aber in der Parteiführung damit befaßt, sollten wir uns im klaren sein, daß sich die Führung in der Politik der Führung des Geisteslebens stellen muß. Wir dürfen das unter keinen Umständen – wie auch die beiden Intellektuellen gemeint haben – der SPD durch Carlo Schmid und Arndt überlassen. Ich betrachte es als einen großen Erfolg einer nächtlichen Sitzung, daß Sie auf zwei scharfsinnige Intellektuelle so gewirkt haben, daß die sich sagen, diese Sache ist notwendig, wenn schon nicht um der CDU willen, so um der Nation willen; denn sie sind überzeugt davon, daß es in erster Linie notwendig und berechtigt ist, von dieser Nation aus, die von diesem Manne geführt wird, an die Führer des Geisteslebens heranzutreten. Ich möchte daher empfehlen, daß die Bundesgeschäftsstelle Anregungen dieser Art sorgfältig aufnimmt und sie verarbeitet, um dann dem Herrn Bundeskanzler entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Was von uns Fratres minores geschehen kann, das wird hier ganz gewiß geschehen. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Herr Konfrater! (*Heiterkeit.*) Ich bin gerne bereit, diese Anregung aufzugreifen und mich mit Ihnen auch über die Persönlichkeiten zu unterhalten, die in Frage kommen. Vielleicht machen Sie sich darüber einige Gedanken.

Nun liegt noch eine Reihe von Wortmeldungen vor. Ich hoffe, daß die Sitzung im Bundestag bald zu Ende geht. Herr Schröder wird bald kommen können. In der Zwischenzeit habe ich mir, damit Sie sich über die Bedeutung klar sind, die letzte EMNID-Rundfrage vom 17. April geben lassen über die Prozentzahlen der Bevölkerung vor und nach der Bundestagsdebatte über die atomare Bewaffnung. Es handelt sich

um eine außerplanmäßige Umfrage bei jeweils 1.000 Personen, die immerhin gewisse Schlüsse zuläßt.

	Vor der Debatte	Nach der Debatte
CDU/CSU	33	32
SPD	26	31
FDP	5	6
Deutsche Partei	2	3
BHE	3	3
Zentrum	1	1

Das Interessanteste dabei ist, daß die SPD von 26 auf 31 % gestiegen ist.

Bach: Es ist im Volk die Stimmung vielfach so, als ob wir uns auf der ganzen Linie bei der atomaren Bewaffnung in der Verteidigung befänden. Die Zahlen, die der Herr Bundeskanzler jetzt bekanntgegeben hat, sprechen dafür. Wir werden mit dieser Verteidigung niemals Anklang finden. Es ist so, daß die Sozialdemokratie einen Kampf vorbereitet hat, der bis in die kleinste Gemeinde hineingeht. Überall wird der Antrag gestellt, dieses Problem in der Gemeindevertretung zu behandeln. Da unsere Leute nicht vorbereitet sind, kommt es sogar vor, daß CDU-Vertreter einem solchen Antrag zustimmen. Es ist unbedingt notwendig, daß von der kommunalen Ebene her darauf aufmerksam gemacht werden muß, damit unsere Vertreter von vornherein erklären – Herr Bitter⁹⁰ ist ja hier –, das gehört nicht in die kommunalen Parlamente, sondern in den Bundestag.

Die Parole der Bundesregierung „Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt“ müßte auch in der Presse mit einigen Schlagworten publiziert werden. Ich habe den Versuch mit diesen Parolen an zwei Stellen gemacht und große Erfolge damit erzielt. 200 Jugendliche standen restlos auf unserem Boden, obwohl der betreffende Ort eine sozialdemokratische Mehrheit hat. Wenn wir sagen, daß wir die Atomgefahr auf der ganzen Welt bekämpfen, dann kommt das bei dem kleinen Mann ausgezeichnet an. Wir sollten mit dieser Parole die Gegenaktion starten und Großkundgebungen halten. Damit würden wir die SPD treffen. Die SPD ist in sich nicht geschlossen. Wenn wir mit einer einheitlichen Auffassung „Gegen den Atomtod in der ganzen Welt“ auftreten, können wir den Angriff nicht nur aufhalten, sondern sogar die Leute für uns gewinnen. Das sollten wir vor allen Dingen bei den Vorbereitungen zur Landtagswahl herausstellen.

Blumenfeld: Zunächst eine Richtigstellung! Herr von Hassel hat mich noch einmal apostrophiert und gesagt, ich hätte mich für eine Volksbefragung ausgesprochen. Ich möchte klarstellen, daß ich ein entschiedener Gegner der Volksbefragung bin.

90 Wilhelm Bitter (1886–1964), Verleger, Mitgründer und Bundes- bzw. Ehrenvorsitzender der KPV. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 132 Anm. 99.

Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, daß wir eine Befragung des Volkes mit den besseren politischen Argumenten, die wir unser eigen nennen, eigentlich nicht zu scheuen brauchen. Es wäre ganz falsch, wenn wir uns in die Ecke drängen ließen mit dem Argument: Ihr wollt keine Volksbefragung, ihr schiebt verfassungsrechtliche Gründe vor. In Wirklichkeit habt ihr Angst. In diese Ecke dürfen wir uns nicht drängen lassen.

Es ist von Aktionen gesprochen worden. In welchem Raum und wie sollen sich diese Aktionen vollziehen? Ich bin nicht der Meinung, daß wir als CDU in Großkundgebungen außerhalb der Landtagswahl nunmehr zur Volksbefragung oder zur atomaren Bewaffnung Stellung nehmen sollten, es sei denn, daß der Herr Bundeskanzler oder einige hervorragende Persönlichkeiten der Bundesregierung das tun. Ich halte es für eine große Gefahr, wenn wir der schrecklichen Vereinfachung, mit der die SPD diese Frage vor unserem Volk aufkreuzt, ebenfalls mit sehr einfachen Formulierungen gegenüberreten. Es ist wichtig, die Gegenaktion in der ganzen Breite durch unsere Organisation zu zerstreuen, was natürlich kleinere Kundgebungen nicht ausschließt; aber ich bitte zu bedenken, daß der Unterschied zwischen Großstädten und Landgemeinden hierbei eine erhebliche Rolle spielt. (*Unruhe.*)

Nun zur Frage des Inhalts! Ich darf mich Herrn Dr. Gerstenmaier anschließen, nicht nur in die Breite zu wirken, sondern auch in die geistige Führungsschicht unserer Bevölkerung einzudringen; denn diese Führungsschicht ist am gefährlichsten für Pendelschläge in der Politik. Ich möchte, auch wenn Herr Strauß nicht hier ist, ein offenes Wort sprechen. Herr Gockeln hat schon darauf hingewiesen. Wo geschieht im vopolitischen Raum etwas? Wer vertritt dort eindeutig die Politik der Regierung? Die Bevölkerung spürt eine Gefahr auch deswegen, weil das deutsche Volk in sich schon genügend Erfahrungen gemacht hat mit einem Überhandnehmen militärischer Überlegungen vor politischen Überlegungen, d.h. mit dem militärischen Führungsanspruch, auch wenn er von unserer Bundesregierung nicht anerkannt wird; er wird aber doch durch die amerikanischen Militärs letzten Endes der Bevölkerung als Eindruck sehr sichtbar. (*Lebhafte Unruhe.*) Mir ist nicht klar, was der Verteidigungsminister letzten Endes will. Vor der Bundestagsdebatte vom März dieses Jahres hat der Herr Verteidigungsminister Strauß in Amerika eine Vielzahl von Presseäußerungen von sich gegeben, die letzten Endes alle im Inland sehr schlecht gewirkt haben bei der Bevölkerung, wenn ich ihm auch den klaren und richtigen Willen unterstelle, daß er sich der amerikanischen Presse und seinen amerikanischen Gesprächspartnern gegenüber korrekt ausgedrückt hat. Er hat die Angelegenheit mit den Matadoren in die Debatte geworfen, was in der Bevölkerung nicht verstanden worden ist. Es ist nicht verstanden worden, wenn es sich nur um sechs Matadore handelt, warum dann eine politische Ermächtigung erfolgen mußte für den Herrn Verteidigungsminister Strauß, um diese sechs Matadore zu kaufen bzw. zum Einsatz zu bringen. Ich erwähne das nur. Vielleicht habe ich das von Ihnen eben mißverstanden, Herr Bundeskanzler.

Nach der Bundestagsdebatte vom März hat Herr Strauß dem englischen Journali-

sten und Politiker Crossman⁹¹ ein Interview gegeben. Ich weiß, daß Herr Strauß dazu Stellung genommen hat. Es geht nicht an, daß man etwas sagt und dann dementiert und richtigstellt. Ich weiß, daß, wenn zwei Herren ein Presseinterview haben, obwohl sie beide englisch und beide deutsch sprechen, [sie] sich nicht immer ganz verstehen und daß es schwierig ist, hierbei alles ganz klarzumachen. Herr Strauß hat gestern nicht in Abrede gestellt, daß er Crossmann gesagt hat, wenn die Entwicklung so weiterläuft, daß nach England auch Frankreich die nuklearen Waffen bekommt, würde zwangsläufig auch Deutschland diese Entwicklung zustoßen.[!] (*Zuruf: Nein!*) Jedenfalls ist das in dem Interview zum Ausdruck gekommen und über die Presse der ganzen Welt gegangen. (*Bewegung und Widerspruch. – Weber: Das hat er nicht so gesagt!*) Ich unterstelle nicht Herrn Strauß, daß er das so gesagt hat, aber das ist der Eindruck, der in der Bevölkerung entstanden ist, so daß sich die Leute fragen, wo endet das, und was tut die Bundesregierung eigentlich in dieser Frage. Deshalb unterstütze ich das, was hier gesagt worden ist, daß Sie sich, Herr Bundeskanzler, mit Ihrer großen Autorität und mit dem Ansehen im Ausland – vom Inland brauche ich gar nicht zu sprechen – an die Spitze der Interpretation der Friedenspolitik der Bundesregierung stellen und das Primat der Politik vor der automatischen Entwicklung militärischer Gegebenheiten klarmachen.

Es geht nicht an, daß große Teile der Bevölkerung sagen, wenn der Herr Norstad⁹² etwas sagt, muß die Bundesregierung das ausführen. Das ist nicht richtig, aber es wird von vielen Leuten so verstanden, oder zumindest wird der Eindruck erweckt. Es ist eine Angelegenheit des Solarplexus, also der emotionalen Bewegung. Deswegen kann man dem nur entgentreten mit dem größten politischen Stoß nach vorn. Das ist der Inhalt, den wir unserer Aktion geben müssen, d.h. eine eindeutige Klarstellung in einem etwas neuen Gewand unserer Politik.

Adenauer: Ich fürchte, Herr Kollege Blumenfeld liest zu ausschließlich die „Welt“. (*Blumenfeld:* Auch die „Neue Zürcher Zeitung“!) Das freut mich sehr. Alles das, was Sie zum Fall Strauß–Crossman – wenn man überhaupt von einem „Fall“ sprechen kann – fragen, ist irgendwann schon einmal in der Öffentlichkeit gesagt worden. Es ist gesagt worden, daß die sechs Matadore überhaupt nicht hierherkommen. Die gehen, wenn unsere Leute daran ausgebildet sind, in die Libysche Wüste. Wir bekommen sie gar nicht. Sie haben gefragt, warum mußte dem Herrn Strauß diese Vollmacht gegeben werden. Im Bundestag ist dem Herrn Strauß gar nicht die Vollmacht gegeben worden wegen der Matadore, sondern es handelt sich um etwas völlig anderes. Ich habe eben ausgeführt, daß wegen der interkontinentalen Raketen eine Nachprüfung erfolgen muß für die Konzeption von SHAPE und NATO. Diese Prüfung ist im

91 Richard Howard Stafford Crossman (1907–1974), britischer Politiker und Journalist; ab 1945 Mitglied des Unterhauses (Labour), 1952–1967 Mitglied des Parteivorstandes, 1964–1966 Bauminister, 1966–1968 „leader“ des Unterhauses, 1968–1970 Gesundheitsminister.

92 Lauris Norstad (1907–1988), amerikanischer General; 1956–1962 Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa.

Gänge. Und nun wird in der Bundesrepublik von der SPD und zum Teil von der FDP dieser Kampf geführt gegen jede Bewaffnung der deutschen Truppen mit nuklearen Waffen. Die Militärs, die den ersten Entwurf machen, müssen nun wissen, werden die deutschen Truppen, soweit nötig, mit nuklearen Waffen versehen oder lehnt die Bundesrepublik das völlig ab. Deswegen war es nötig, eine solche Entscheidung des Bundestages zunächst herbeizuführen.

Ich darf Ihnen übrigens sagen, Herr Blumenfeld, daß die Amerikaner – auch das ist öffentlich gesagt worden – weggehen von Europa, wenn die Bundesrepublik ihre Truppen nicht mehr [mit] nuklearen Waffen versieht. (*Blumenfeld*: Ist das offiziell von Eisenhower gesagt worden?) Herr Eisenhower ist nicht dazu nötig; aber sie haben es erklärt. Es ist auch nicht so, daß etwa das, was der Herr Norstad sagt, einfach Gesetz ist. Ich wünsche manchmal, Herr Norstad sagte mehr, als er tut. Es sind auch noch andere Dinge gesagt worden in dem Gutachten⁹³, das etwas sehr lang war. (*Meyers*: Das war Rednermaterial!) Rednermaterial wird auch nicht gelesen. Es steht darin u.a.:

„Die Ausbildung einer Truppe an Mehrzweckwaffen (die mit konventionellen und atomaren Sprengköpfen eingesetzt werden können) dauert 18 Monate. Die Entscheidung des Bundestages kann deshalb die Ergebnisse einer im Sommer oder im Herbst stattfindenden Gipfelkonferenz nicht belasten. Die Umrüstung der Bundeswehr ist frühestens bis Ende 1959 abgeschlossen. Ihre Vorbereitung wird nur solange fortgesetzt, wie es nicht zu einem Abrüstungsabkommen kommt. Ob die Bundeswehr tatsächlich mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet wird, hängt also allein von der Bereitschaft der Sowjets zu einer allgemeinen Entspannung ab.

Der Verzicht auf den ersten Schritt – die Ausbildung der Bundeswehr an Mehrzweckwaffen – würde nur den Sowjets dienen und ihre Bereitschaft zu einem Abrüstungsabkommen vermindern.“

Das ist die Mitteilung zu dem Fall Crossman–Strauß. Zu seinen Reden in den USA darf ich sagen, daß ich nicht glücklich war über jede Rede, die er dort gehalten [hat].⁹⁴ Als er abflog, habe ich ihm gesagt, bitte möglichst wenig und möglichst kurz reden. Ich habe hinterher gehört, und zwar von völlig unverdächtiger Seite, daß Herr Strauß mit seinen Reden in den Vereinigten Staaten einen ganz großen Erfolg gehabt hat. Bei Herrn Crossman liegt eine Panne vor. Da haben Sie recht. Wer Herrn Crossman kennt, der mußte wissen, welches Interview und ob man überhaupt ein Interview ihm geben konnte. Aber da hat leider auch das Presse- und Informationsamt nicht genügend aufgepaßt.

93 Vermutlich handelt es sich hierbei um das von Adenauer beim Bundeswehrführungsstab in Auftrag gegebene Gutachten (zum Rapacki-Plan) aus dem Frühjahr 1958. Vgl. dazu Strauß vor dem Bundestag am 20. März 1958 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 871) und PÖTTERING S. 163 Anm. 7.

94 Vgl. zur USA-Reise von Strauß AdG 1958 S. 6947. – Wortlaut der Pressekonferenz vom 6. März 1958 in ACSP NL Strauß 158/4.

Adorno: Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil Herr Gradl die Situation in Baden-Württemberg angesprochen hat. Was den Parteitag in Tauberbischofsheim angeht, so bin ich nicht befugt, darüber zu urteilen. Ich möchte nur sagen, daß der Landesvorsitzende von Nordbaden, Herr Gurk, seit Monaten ernst erkrankt ist und sich erst seit einigen Wochen auf dem Wege der Besserung befindet. Er selbst hat an diesem Landesparteitag nicht teilgenommen.

Herr Gradl hat die Situation im Schwabenland angesprochen. Man konnte beinahe den Eindruck haben, als ob dort die eigentlichen Urheber der Bewegung gegen den Atomtod säßen. Man sollte diese Sache nicht übertreiben. Wo ist denn Herr Professor Dovifat gewesen? (*Gradl:* Tübingen!) Vielleicht auch im Kreise der Christlichen Bruderschaften, die in Freudenstadt und in Calw beheimatet sind, die aber nicht den Zuspruch finden, den man aufgrund des Geschreis der Veranstalter vermuten könnte. Oder ist Herr Professor Dovifat in den Kreis dieser 25 % Tübinger Professoren und Assistenten geraten? Ich weiß nicht, ob Sie im „Rheinischen Merkur“⁹⁵ gelesen haben, daß diese 25 % zum Teil auch schon im Februar 1933 eine Ergebenheitsadresse an den damaligen Reichskanzler Adolf Hitler unterschrieben haben! Es sind dieselben Kräfte, die sich jetzt zum Wort gemeldet haben! Unter ihnen ist auch Wilhelm Hauer⁹⁶, der Ihnen wohl ein Begriff ist. Es sind nur 25 %, die aber nicht die Meinung der Universität darstellen, auf keinen Fall!

Im übrigen ist es so, daß tatsächlich manche Presseeinrichtungen bei uns schon seit Jahren nicht für die CDU und nicht für die Politik der Bundesregierung eintreten. Es gibt aber auch gute Presseorgane für uns. Ich erinnere daran, daß wir in der letzten Bundesvorstandssitzung über die Pressefrage gesprochen haben. Dabei hat der Herr Bundeskanzler ausgeführt, daß die Pressesituation nicht so schlimm ist, wie es manchmal behauptet wird.

Bei uns ist die Situation so ähnlich wie bei Ihnen, Herr von Hassel. Wir haben auch einige Versammlungen durchgeführt, z.B. in Tübingen und in Reutlingen, und ich mußte feststellen, daß dort nicht in erster Linie die Frage der atomaren Bewaffnung angesprochen wurde, sondern andere Fragen, die den Leuten viel näher liegen, z.B. die Preise für Schweinefleisch usw. Erst an fünfter oder sechster Stelle kam die Frage, warum hat man die Bundeswehr noch nicht mit atomaren Waffen ausgerüstet.

Auch bei uns hat die SPD auf einem Bezirkstag⁹⁷ beschlossen, einen Gesetzentwurf im Landtag einzubringen, obwohl Herr Alexander Möller dagegen gewesen ist. Ich glaube nicht, daß mit einer solchen Initiative der SPD in unserem Land-

⁹⁵ „Ein erhellender Professorenappell“, in „Rheinischer Merkur“ vom 18. April 1958.

⁹⁶ Dr. J. Wilhelm Hauer (1881–1962), Indologe, Religionswissenschaftler; o. Professor an der Universität Tübingen.

⁹⁷ Ordentlicher Landesparteitag (auch Bezirkstag oder Bezirksparteitag) in Stuttgart-Bad Cannstadt am 12. und 13. April 1958. Vgl. in: Jörg SCHADT/Wolfgang SCHMIERER (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Stuttgart 1979 S. 256 und 355.

tag viel zu erreichen sein wird. Wir sollten als Partei aktiver werden und in den Landesverbänden mehr in die Breite wirken und mehr Verbindungen aufnehmen mit unseren Fraktionen in den Gemeinde- und Kreisparlamenten. Es soll nichts gegen Großkundgebungen gesagt werden, aber wir sollten in einer breiten Welle starten. Dazu ist notwendig, daß eine enge Fühlungnahme mit der Bundespartei hergestellt wird. Ich habe mit Freude gelesen, daß in der heutigen Sitzung auch die Frage der Bundesgeschäftsführung behandelt wird. Ich befürchte aber, daß wir nicht mehr die notwendige Zeit dazu haben. Ich meine, daß es Aufgabe der Landesvorsitzenden wäre, in dieser entscheidenden Frage zu Wort zu kommen.

Wir sollten nicht nur unmittelbar vor den Wahlen aktiv werden, sondern immer daran denken, daß die Vorbereitung einer Wahl gleich am Tage nach einer Wahl immer wieder beginnen muß. Ich hoffe, daß wir noch Gelegenheit haben werden, ausführlich über die Bundesgeschäftsführung zu sprechen.

Adenauer: Wir haben noch eine Wortmeldung zum ersten Punkt, und zwar die von Herrn Scheufelen. Ich möchte darum bitten, daß wir die Frage der Bundesgeschäftsführung noch vor Tisch erledigen. Wenn wir nämlich nach dem Frühstück wieder in den Raum kommen, dann sind viele Plätze leer geworden.

Scheufelen: Ich möchte das unterstreichen, was Herr Adorno gesagt hat. Die Lage in Württemberg ist verhältnismäßig ruhig. Es sind nur bestimmte Kreise, vor allem evangelische Kreise, die etwas durch die Bruderschaften beunruhigt sind. Ich frage, ob wir als CDU als Gegenmaßnahme uns nicht den Parteitag der SPD in Stuttgart vornehmen sollen. Wir sollten überlegen, was man dagegen lokal machen kann; vielleicht kann man es durch Plakate oder eine Versammlungswelle machen. Wir haben noch nicht genügend getan, um klarzustellen, ob es so oder so ist. Unsere Gegner kommen zu dem Schluß, daß man auf bestimmte Dinge verzichten muß bei der weiteren technischen Entwicklung. Wir haben in der jungen Geschichte ein Beispiel, wo aus anderen Gründen auf einer anderen Ebene auf das Wahrnehmen der Zentimeterwellen verzichtet wurde. Die katastrophalen Folgen, nämlich die Möglichkeit der Zerstörung der Funkmeßgeräte, steht der Bevölkerung überall heute noch vor Augen.

Wenn wir von der Abwehr zum Angriff übergehen, sollten wir auf die bekannten Beispiele zurückgreifen und eine Auseinandersetzung darüber führen, ob die Behauptungen von anderer Seite in einer ganz neuen Situation, wo sich die politischen und die theologischen Voraussetzungen geändert haben, berechtigt sind.

Hellwig: Ich habe zwei Beobachtungen in den letzten Tagen gemacht. Langjährige CDU-Mitglieder treten aus der Partei aus, z.B. ein Professor aus Köln, der sich seit 1946 trotz seiner intellektuellen Stellung bewußt zu einer politischen Partei bekannt hat, auf den wir nicht verzichten können. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Wieso „trotz“?) Zahlreiche Gespräche finden im vorpolitischen Raum statt, wo irgendwelche Aufklärung betrieben wird. Hier herrscht gewissermaßen eine fatalistische Verlassenheit aus dem Gefühl herhaus, wo bleibt die Arbeit der Bundesregierung. Man spricht hierbei nicht von der Partei, sondern sagt, hier habe

der Staat zu handeln. Der Staat ist heute in einer Situation, in der er die Verpflichtung hat, sich selbst zu propagieren. Das hängt mit der Stellung der SPD in dieser Auseinandersetzung zusammen.

Von der SPD muß gesagt werden, sie arbeitet damit, daß sie mit diesem Staat, den sie als Provisorium bezeichnet, nichts zu tun haben will. Herr Arndt hat vor zwei Jahren gesagt, wenn dieser Staat aufrüstet, ist es nicht mehr unser Staat. Der nächste Schritt heißt, da dieser Staat seine Wehrmacht mit Atomwaffen aufrüstet, ist es nicht mehr unser Staat. (*Adenauer*: Es sei denn, daß sie bei der Bundestagswahl gewinnen!) Aber diese Doppelzüngigkeit begreift der kleine Mann nicht, es sei denn, daß sie ihm von uns nahegebracht würde. (*Weber*: Warum?) Man muß auf diese innere Haltung der SPD hinweisen, daß sie diese Bundesrepublik als Provisorium und nicht als ihren Staat ansieht. Darum ist es die Aufgabe des Staates, sich in dieser Situation selbst zu propagieren. Ich erinnere an die Dinge von 1930. Der Staat kann sich mit Gerichtsurteilen und auch mit einer rationalen Begründung unpopulärer Maßnahmen nicht behaupten, wenn er sich nicht auch in den anderen Schichten der öffentlichen Meinung zum Bewußtsein und zur Anerkennung bringt.

Das ist etwas, was weit über die CDU-Position im Augenblick hinausgeht und was auch der ganzen Arbeit, vor der wir stehen, eine andere Legitimation gibt. Ich darf zusammenfassen: Das Volk braucht die Führung. Es will wieder das Gefühl haben, daß eine Führung da ist. Es nützt nichts, daß die Führung in der Außenpolitik und bei den eigentlichen Entscheidungen da ist, sondern das Volk muß sie selbst spüren und sehen. (*Weber*: Was meinen Sie? Meinen Sie den Führerstaat, der alles führt? Wir werden doch wirklich geführt! – *Heiterkeit*.) Wir wollen keine verfassungsrechtlichen Probleme über das Thema „Führerstaat“ hier erörtern, sondern ich will nur sagen, es muß das Gespür da sein. Mit diesem Gespür ist der Wahlkampf gewonnen worden. Nun kommt folgendes – und das wird uns immer entgegengehalten –, wir machen eine ungeheure Anstrengung, es geht eine große Welle der Aufklärung und der Propaganda innerhalb und außerhalb der Partei vor der Bundestagswahl durch das Land, und dann zerläuft alles das wieder, was an irgendwelchen Positionen aufgebaut worden ist. Ich erinnere daran, daß nach diesem Debakel in der außenpolitischen Debatte im Januar⁹⁸ erst eine Neuformierung der Kräfte mit einer Aufgabenverteilung und einem Arbeitsplan erfolgt ist. Diese Tatsache muß von der Partei auf die „Hörner“ genommen werden. Ich wage zu sagen, ich habe große Zweifel darüber, ob der Parteiapparat noch die Schlagkraft hat, die er im letzten Jahr entwickelte. Das ist ein Punkt, mit dem wir uns ernsthaft auseinandersetzen müssen.

Nun zu der Frage einer Entschließung im Bundestag über die atomare Aufrüstung. Solche Dinge können nicht improvisiert werden, sondern sie müssen psychologisch mit Sprachregelungen durch den ganzen Parteiapparat vorbereitet werden. Wir haben aber Unklarheiten auf weiten Ebenen in der Parteiarbeit. Wir sehen, daß die Meinungen schon darüber auseinanderlaufen, was mit diesem Beschluß gedacht war.

⁹⁸ Am 23. Januar 1958. Sten.Ber. 3. WP Bd. 39 S. 297–419. Vgl. auch Nr. 2 Anm. 88.

Und hier darf jetzt nicht *post festum*, sondern es muß vorher eine Sprachregelung zur psychologischen Vorbereitung getroffen werden.

Nun zu der Frage, ob eine Großkampagne gestartet werden soll. Ich neige hier zu einer pessimistischen Auffassung, denn es ist der Beginn eines kalten Bürgerkrieges. Darüber sollte man sich klar sein. In jedem Falle ist aber das mindeste, was wir machen müssen, ein Mobilmachungsplan, der mehrere Eventualitäten ins Kalkül ziehen muß. Es ist kaum ein Wort davon gesprochen worden, daß ein großer Teil dieser Aktion – am Gewerkschaftsbund vorbei – unmittelbar in die Betriebe verlagert wird. Es ist nicht zufällig, daß das Gewerkschaftsreferat und das Betriebsreferat im Parteivorstand der SPD nach der Bundestagswahl zusammengelegt worden ist in die Hand von Wehner, und zwar deswegen, um den DGB nicht in politische Schwierigkeiten mit den Christlichen Gewerkschaften zu bringen. Man vermeidet also, den DGB hier unmittelbar in die Aktionen einzuspannen, sondern versucht es durch die sozialdemokratischen Betriebsgruppenorganisation, die man zum Teil neu besetzt hat. Unsere Betriebe werden z.Z. überschwemmt mit Propagandamaterial, mit Unterschriftssammlungen usw. im Interesse dieser Kampagne gegen den angeblichen Atomtod.

Ich bitte also auch hier um eine Sprachregelung. Was tun unsere Betriebsgruppen und wie sollen sich die Arbeitgeber verhalten? Hier ist ein flagranter Bruch des Betriebsgesetzes⁹⁹ entstanden. Diese Dinge müssen rechtzeitig abgewendet werden. Wir sollten uns auch nicht nur auf die Abwehr beschränken, sondern auch zum Angriff übergehen. Dieser Angriff kann nur sein, die verhängnisvolle Entwicklung der SPD zu kennzeichnen. Wenn eine Materialsammlung von Zitaten der SPD vorgelegt wird, so muß sie ergänzt werden mit Material über die Aufweichung der SPD gegenüber der SED. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das ist der richtige Angriff. Dann wird der einen Angstpsychose, die von seiten der SPD gegen uns gemacht wird, etwas Wirksames gegenübergestellt.

In Dortmund wurde neun Wochen vor der Wahl der Bundestagswahlkampf gestartet.¹⁰⁰ Von dort aus gingen die Mitteilungen in die Presse. Die nächste entscheidende Wahl ist in Nordrhein-Westfalen. Wir haben am Sonntag in acht Tagen nur noch neun Wochen bis dahin. Wo ist die Vorbereitung und die Planung dafür? (*Meyers*: 18. Mai!) Das sind zwei Wochen später! (*Meyers*: Damals war es zu früh!) Wo bleibt das Team, das im letzten Jahr vor der Bundestagswahl von Ort zu Ort, von Land zu Land zog und Pressebesprechungen abhielt? Das ist etwas, was nicht viel Geld kostet. Und, meine Damen und Herren, last not least: die Flüsterpropaganda, und zwar gerade zum Thema SED! Das ist das beste Material für eine Flüsterpropaganda, die im vorpolitischen Raum gestartet werden könnte. Ich glaube nicht, daß es eine Geldfrage ist. Das alles aber bedarf eines Mobilmachungsplanes, damit wir uns das Gesetz nicht aus der Hand nehmen lassen.

⁹⁹ Betriebsverfassungsgesetz vom 11. Oktober 1952.

¹⁰⁰ Am 30. Juni 1957 in der Dortmunder Westfalenhalle. Vgl. UiD Nr. 27 vom 4. Juli 1957.

Adenauer: Ich habe sehr aufmerksam zugehört, aber ich kann Ihnen nicht in allem recht geben. Wenn sich die Unternehmer gefallen lassen, daß in ihren Betrieben Politik betrieben wird, können wir doch nichts daran ändern. Das ist doch deren Sache. Dann wurde das schöne Wort „Politik in einem neuen Gewände“ gebraucht. Bitte präsentieren Sie doch diese Gewänder! Sagen Sie doch, welche Gewänder! Sagen Sie es doch! Das läßt sich so leicht sagen, aber es steckt gar nichts dahinter. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Ich kann nur wiederholen: Welche neuen Gewänder sollen wir denn nehmen? Wir haben doch unsere Politik klargelegt. Wir wollen verhandeln. Aber wir wollen verhandeln, solange der Westen seine Stärke beibehält. Wir wollen einig sein im Westen. Mehr kann man nicht sagen und immer wieder predigen: Geduld! Aber das hört man nicht gern, Geduld, und trotzdem müssen wir Geduld haben und dürfen keine Dummheit machen.

Nun möchte ich vorschlagen, die Herren Arnold, Gerstenmaier, Gradl und von Hassel mögen sich darauf vorbereiten, ein schönes Kommuniqué zusammenzustellen. (*Meyers:* Herr Gerstenmaier hat schon angefangen!) Das freut mich sehr; denn dann habe ich ja richtig vorgeschlagen. (*Gerstenmaier:* Der New Look hat mich zu meinen Bemühungen veranlaßt! – *Heiterkeit.*) Eines ist bisher nur teilweise geschehen. Wie denken sich die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen ihr Verhalten? Wir haben den großen Schweiger Johnen hier. Er hat bisher noch kein Wort gesagt. Ich habe immer gedacht, er schriebe, aber er hat gemalt, und zwar – soweit ich das beurteilen kann – miserabel gemalt. (*Große Heiterkeit.*) Nun ist Nordrhein-Westfalen das Land, das zunächst mit der Landtagswahl drankommt. Es hat eine Regierung von SPD, FDP und Zentrum. Es würde uns ungeheuer stark interessieren, was dort beabsichtigt ist. Was beabsichtigt der Vorsitzende der Landtagsfraktion seinen Leuten, die er für 6 Uhr bestellt hat, vorzuschlagen? Wir wollen uns doch hier verständigen, damit wir eine Geschlossenheit herstellen. Ehe wir diesen Punkt verlassen, möchte ich Herrn Johnen bitten, uns einige Worte zu sagen.

Herr Hellwig, Sie haben gesagt, wo ist das Team von der Bundestagswahl. Vergessen Sie nicht, daß nicht jedes Land bereit ist, dieses Team mit offenen Armen aufzunehmen. (*Hellwig:* Presseveranstaltungen!) Nein! Ich möchte ausdrücklich feststellen, die Bundesgeschäftsstelle tut, was sie kann. Aber sie kann natürlich nicht in irgendeinem Land dazwischenfunken und sagen, das müßt ihr so und so machen. Sie kann nicht sagen, ihr müßt pro Tag eine Stunde und notfalls zwei Stunden weniger schlafen; ihr müßt aktiver werden. Ich könnte nicht sagen, Herr Johnen – nehmen Sie es mir nicht übel –, daß ich z.B. von der Sitzung der Landtagsfraktion bei Ihnen mit großen Eindrücken nach Hause gegangen bin. (*Johnen:* Es sollte doch umgekehrt sein!) Das ist echt Johnen; d.h. mit anderen Worten: Ich drücke mich. (*Johnen:* Sie sagen es doch! – *Unruhe.*) Nein, Sie! (*Anhaltende Unruhe.* – *Von Hassel:* Der Angriff ist die beste Verteidigung!) Meine Herren! Die Sache ist sehr ernst! Lassen Sie mich nochmals betonen, was Herr Gradl gesagt hat, hat mich stark beeindruckt. Das möchte ich gegenüber allen Abschwächungsversuchen nachdrücklich sagen. Glauben Sie mir, meine verehrten Parteifreunde, wir stehen am Anfang einer Staatskrise! Nehmen

Sie die Sache bitter ernst! Es handelt sich nicht um übliche Landtagswahlen. Die Landtagswahlen fallen zufällig in diese Geschichte hinein, und die SPD macht sich das zunutze. Wenn wir diese Landtagswahlen nicht gewinnen, dann weiß ich nicht, was aus der Bundesrepublik werden soll, insbesondere wenn ich an einen Generalstreik denke, den ich auch schon kommen sehe. Ich habe nicht gewußt, was Herr Heck eben über Herrn Wehner gesagt hat. Ich habe so etwas geahnt. Ich habe mit Herrn Krone neulich über diese Sache gesprochen. Sie werden sich erinnern, Herr Krone, welche sehr ernststen Gedanken ich mir darüber mache, in welche Situation die Bundesrepublik im Innern bis zur nächsten Bundestagswahl hineinkommt. Wir können diese große Gefahr am besten dadurch meistern, daß wir die kommenden Landtagswahlen gut gewinnen. Dann gewinnen wir auch die weiteren Wahlen, und damit haben wir alles gesichert. Aber, verehrter Herr Johnen, Sie müssen etwas sagen! Also, raus damit!

Johnen: Was Sie wissen wollen, sage ich nicht! Es gibt Stunden, da kann man nicht viel sagen. In Nordrhein-Westfalen wird sich im Laufe des Nachmittags etwas tun, und es ist ausgeschlossen, daß man morgens über eine Situation, die sich bis 18 Uhr noch so oder so entwickeln kann, ausführlich plaudert. Die Situation in Nordrhein-Westfalen ist folgende. Wir haben eine Koalition mit der SPD, der FDP und dem Zentrum. SPD und FDP haben das Bestreben, alles zu vermeiden, was diese Koalition auseinanderbringen könnte, egal auf welchem Gebiet. Die FDP ist in der ersten Fraktionssitzung in Gegenwart von Menzel nicht auf die Vorschläge der SPD eingegangen, sondern man hat das zunächst vertagt. Herr Menzel ist wütend abgefahren. In der FDP war man anfangs gegen die Volksbefragung, wobei aber Döring als Fraktionsvorsitzender eine Abstimmung vermieden hat. Die FDP-Fraktion beruft sich auf ein Gutachten von Ministerialdirigent Dr. Rietdorf¹⁰¹ aus dem Innenministerium, der Mitglied der SPD ist. Das Gutachten soll angeblich zu dem Ergebnis gekommen sein, daß eine Volksbefragung verfassungswidrig ist. Gestützt auf dieses Gutachten hat die Fraktion in Düsseldorf zunächst nichts unternommen.

Nun scheint seit zwei Tagen die Situation etwas anders zu sein. Nach einer Mitteilung von gestern sind die vier Bezirksvorsitzenden der SPD in Nordrhein-Westfalen zusammengerufen worden. Man hat dann in Gegenwart des Ministerpräsidenten über die Verfassungswidrigkeit einer Volksbefragung diskutiert. Der Herr Staatssekretär Bleibtreu¹⁰² – früherer Staatssekretär im Justizministerium, jetzt Staatssekretär beim Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei – soll sich auf den Standpunkt gestellt haben, eine Volksbefragung sei nicht verfassungswidrig. Der Innenminister hat lediglich erklärt, die Frage werde z.Z. im Innenministerium geprüft, und zwar aufgrund des Falles der Stadt Wermelskirchen. Es scheint sich so etwas herauszukristallisieren, daß eine Volksbefragung einer Stadt nicht verfassungswidrig ist. Die für uns wichtigen

101 In der Vorlage Friedensdorf. – Dr. Fritz Rietdorf (geb. 1915), ab 1954 Ministerialdirigent, 1967–1970 Staatssekretär im Innenministerium NW.

102 Otto Bleibtreu (1904–1959), seit 1956 Staatssekretär und Leiter der Staatskanzlei NW. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 510 Anm. 21.

Fragen, ob man eine Große Anfrage stellt oder – wie in Schleswig-Holstein – versucht, die Regierung zu stürzen oder irgendeinen anderen Weg zu gehen, hängen alle von dem Aufhänger ab. Täte uns die SPD den Gefallen, die Volksbefragung in Form eines Antrages zu kleiden, dann hätten wir einen echten Aufhänger mit der Maßgabe, daß wir dann die uns noch fehlenden vier Stimmen aus dem anderen Lager beziehen. Daß wir sie nicht aus der SPD ziehen können, ist selbstverständlich. Wir müssen sie aus den anderen Lagern beziehen, und da kann eine echte Chance bestehen. Es kommt nur erschwerend hinzu, daß durch irgendwelche Indiskretionen die anderen Fraktionen genau wissen, wer mit wem gesprochen oder telefoniert hat.

Wir werden heute um 18 Uhr eventuell zu einem Beschluß kommen, den Landtag vorübergehen zu lassen und eine Sondersitzung zu beantragen, damit wir nicht am Montag oder Dienstag eine Debatte haben; denn aufgrund der Verfassung müssen zwischen der Beratung und der Abstimmung 48 Stunden liegen. Und dann kämen wir genau auf den 1. Mai. Dann hätten wir ganz Nordrhein-Westfalen dagegen. Wenn wir den Antrag stellen, muß das am 2. Mai in einer Sondersitzung des Landtages geschehen. So sonderbar das klingt und obwohl wir den Döring haben, wagt keiner von der SPD und der FDP etwas zu tun, womit sie sich gegenseitig weh tun könnten. Es ergibt sich die Frage, ob wir eine Große Anfrage starten. Aber wie es scheint, überlegen die drei Koalitionsparteien, ob sie von sich aus eine Große Anfrage an die Regierung stellen, um uns zuvorzukommen und sich selbst zu entlasten.

Man muß diese Fragen ernstlich prüfen. Das kann man vorher nicht mathematisch errechnen, ob man es riskieren soll, wenn man nur 98 Stimmen bekommt. Ich selber glaube, das verantworten zu können, aber es müssen noch mehr sein, die dazu ja sagen. Vor allem muß der ja sagen, der herausgestellt wird, weil wir im Antrag den Ministerpräsidenten nennen müssen. Ich halte es im Augenblick noch für möglich, daß – obwohl diese Indiskretion passiert ist – eine Gewinnchance vorhanden ist; denn damit, daß die anderen Fraktionen sich einzelne Leute vorknöpfen und mit Zuckerbrot und Peitsche zu erreichen versuchen, daß keiner bei ihnen ausbricht, haben wir vorher gerechnet. Das haben wir alle schon einmal mitgemacht. Die Verärgerungen der FDP-Fraktion sind so groß, daß ich die Hoffnung habe – wenn sie das auch nicht nach außen zeigt –, daß wir bei einer geheimen Abstimmung eine Chance haben zu gewinnen. Mehr kann man nicht sagen. Ich halte nichts davon, mir ehrenwörtlich durch Handschlag versichern zu lassen: Ich werde festbleiben. Wenn nämlich geheim abgestimmt wird, kann man nicht kontrollieren, ob es tatsächlich geschieht.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat heute morgen plötzlich eine Pressekonferenz einberufen mit der Begründung, es würden wichtige Mitteilungen gemacht werden, die noch in die Presse kämen. Die Landesregierung weiß, daß wir hier heute beraten. Deswegen kommt sie mit diesem Plan.

Adenauer: Wir sind Herrn Johnen dankbar dafür, daß er uns ein Bild gegeben hat über die Situation in Nordrhein-Westfalen. Sehr bemerkenswert scheint mir der Hinweis auf den 1. Mai zu sein. Wir müssen dann in Gottes Namen abwarten. Es wäre interessant, wenn die SPD in Nordrhein-Westfalen dazu gebracht werden könnte

zu erklären, daß sie der Parteiparole nicht folgt. Das wäre immerhin sehr wichtig. (*Arnold: Das liegt so dazwischen!*) Das müssen wir einmal abwarten.

Wir werden nun bald eine Mittagspause einlegen müssen; aber ich möchte Ihnen jetzt noch kurz etwas zur Bundesgeschäftsführung sagen, damit Sie sich bei Tisch die Angelegenheit überlegen können.

BUNDESGESCHÄFTSFÜHRUNG

Zuerst möchte ich ein sehr herzliches Wort des Dankes an Herrn Dr. Heck richten. (*Lebhafter Beifall.*) Herr Heck war Bundesgeschäftsführer seit 1952. Unsere Bundespartei hatte es besonders schwer, weil wir eine neue Partei waren. Wir konnten nicht wie die SPD auf eine große Organisation zurückgreifen. Die Bundespartei kam auch zeitlich nach den Landesparteien zustande. Es war eine außerordentlich mühsame Arbeit, diese ganze Organisation aufzubauen.

Herr Heck hat es vorgezogen, in den Bundestag zu gehen, wo ihm eine sehr wichtige Aufgabe übertragen worden ist. Ich bin ganz objektiv; ich verstehe das, was er getan hat, obgleich es mir etwas schmerzlich war, als ich dies hörte. Er hat übertragen bekommen den Ausschuß für Presse, Rundfunk und Film, also eine Aufgabe von besonderer Bedeutung.

Nun möchte ich Ihnen vorschlagen, Herrn Dr. Kraske¹⁰³ zu seinem Nachfolger zu wählen. Ich würde Sie gleichzeitig bitten, Herrn Meyers und mir zu übertragen, den Vertrag mit Herrn Kraske abzuschließen. Das kann man hier in diesem größeren Kreise nicht alles im einzelnen erörtern.

Ich möchte weiter darum bitten, daß sich Herr Meyers – der dies seit etwa einem halben Jahre auf meine Bitte hin tut – auch weiterhin diesen Aufgaben mit seiner ganzen Kraft widmet. Herr Krone ist damit einverstanden. Herr Meyers hat nur den Vorsitz des Vermittlungsausschusses. Da gibt es im allgemeinen nicht soviel Arbeit. Ich bin Herrn Meyers besonders dankbar dafür, daß er es abgelehnt hat – man ist deshalb an ihn herangetreten –, in die Europäische Organisation hineinzugehen. Wer da drin ist, Frau Rehling und Frau Weber, so gut er auch dort wirkt, den entbehren wir hier schmerzlich! (*Weber: Wir sind aber immer hier!*) Trotzdem! Sie haben Herrn Krone sehr verletzt, Frau Weber, als Sie eben gesagt haben, daß er zu stramm führe. Ich wollte zuerst dagegen nichts sagen, um die Sache nicht auffällig zu machen, aber jetzt darf ich es doch sagen. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ich fasse noch einmal kurz zusammen: Herrn Heck sind wir von ganzem Herzen dankbar für die außerordentlich wertvolle und mühsame Arbeit, die er für unsere Partei in den letzten Jahren geleistet hat. (*Starker Beifall.*) Als Nachfolger für Herrn Heck möchte ich Herrn Kraske vorschlagen. Ich möchte Sie bitten, Herrn Meyers und mich zu bevollmächtigen,

103 Dr. Konrad Kraske (geb. 1926), 1958–1970 Bundesgeschäftsführer der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1269 Anm. 31. Vgl. zur Wahl Kraskes UiD Nr. 18 vom 30. April 1958.

den Vertrag mit Herrn Kraske abzuschließen. Herr Meyers wird gebeten, als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes in möglichst großem Umfange seine Kraft den Aufgaben der Partei zu widmen.

Sind Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden? (*Zustimmung.*) Ich danke Ihnen sehr und bitte darum, nunmehr zu Tisch zu gehen.

Pause von 14.10 Uhr bis 14.55 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Einige Herren von Nordrhein-Westfalen sind in einem Nebenzimmer, um dort zu verhandeln. Sie sind dort auch in Schwierigkeiten. Wir haben es eben gehört. Die Pressekonferenz von Nordrhein-Westfalen, die um 12 Uhr stattgefunden hat, hat über das uns hier beschäftigende Thema gar nichts gebracht, sondern es hat sich nur um den Haushaltsplan gehandelt. Ich schlage vor, zunächst die Frage des Bundesparteitages zu behandeln.

BUNDESPARTEITAG 1958; SPD-AKTIONEN (FORTSETZUNG)

Meyers: Für den Bundesparteitag stehen zur Auswahl die Städte Kiel und Berlin. Hessen und Nordrhein-Westfalen haben verzichtet. Der geschäftsführende Vorstand schlägt Ihnen vor, den Bundesparteitag vom 18. bis 20. September, acht Tage vor der Wahl in Schleswig-Holstein, in Kiel abzuhalten, weil dort oben der Parteitag eine erhebliche Resonanz auf die Wahlen haben wird. Unsere gesamte Bundesprominenz ist in der Lage, Versammlungen zu übernehmen. Wir möchten einen zentralen Angriff starten, damit wir die Regierung des Ministerpräsidenten von Hassel weiterbehalten.

Die Räumlichkeiten sind geprüft. In beiden Städten sind sie vorhanden. Wir bitten Sie, heute einen Beschluß zu fassen, damit die Vorbereitungen für den Parteitag getroffen werden können.

Adenauer: Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Sie sind mit Kiel einverstanden. Wir danken Ihnen, Herr von Hassel, und hoffen, daß wir so schön aufgenommen werden, wie wir das von Ihnen gewöhnt sind.

Herr Schröder ist nun hier, den ich bitten möchte, das Wort zu ergreifen.

Schröder: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es war schade, daß wir heute morgen im Bundestag verhältnismäßig schwach besetzt waren. Die Debatte war interessant. Es haben gesprochen Greve¹⁰⁴, Wilhelmi¹⁰⁵, Heinemann, Arndt,

104 In der Vorlage: Grewe. – Dr. Otto Heinrich Greve (1908–1968), 1949–1961 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 959 Anm. 82.

105 Dr. Hans Wilhelmi (1899–1970), Rechtsanwalt und Notar; 1945 Mitgründer der CDU (in Hessen), 1945–1957 Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt/M., 1957–1969 MdB, 1960–1961 Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes.

Heiland¹⁰⁶ und Ollenhauer. Ich habe auch zweimal gesprochen. Herr Heinemann war der richtige Aufhänger für mich. Der Ablauf der Debatte ist geschäftsordnungsmäßig nicht ganz so gegangen, wie wir es geplant hatten. Wir hatten in der Fraktion mit großer Mehrheit beschlossen, den Antrag dem Ausschuß zu überweisen. Die Gründe lasse ich jetzt weg. Nachdem die Debatte abgeschlossen war, trat Herr Mommer¹⁰⁷ auf und sagte: Wir wollen mal sehen, was das Bundesverfassungsgericht dazu sagt, daß Sie den Antrag auf Ausschußüberweisung gestellt haben; denn Sie sind offenbar nicht so ganz von der Verfassungswidrigkeit überzeugt. Ich gebe es ganz abgekürzt wieder. Dann hat Herr Hoogen¹⁰⁸ dargelegt, daß wir nicht die Absicht hätten, den Antrag zu stellen, wir widersprächen aber einer zweiten und dritten Beratung. Es wurde kein Antrag auf Ausschußüberweisung gestellt. Damit ist das Gesetz in erster Lesung fertig. Nun kommt eine zweite Beratung. Das Problem, das ich noch nicht ganz übersehe, ist folgendes: Ob wir in der zweiten Beratung so verfahren können, daß wir dann, wenn über einen Paragraphen debattiert worden ist, den Antrag stellen, das Ganze an den Ausschuß zu überweisen. Ich bin mir darüber nicht ganz sicher. Herr Gerstenmaier ist ein größerer Kenner dieser Verfahren als ich. Wenn es so ist, hätten wir eine Chance, die Sache zu einem späteren Zeitpunkt in einen Ausschuß zu bringen. Ich bin deswegen für den Ausschuß, weil es uns Zeit gibt. Wenn wir die Sache durch einen Wahlsieg überspielen, sind wir sie weitgehend los.

Ich möchte ganz kurz die Rechtslage erläutern. Bisher war es eigentlich für alle mehr oder weniger selbstverständlich, daß das Grundgesetz keine plebiszitäre Verfassung ist, sondern ganz streng – viel strenger als in irgendeiner anderen Verfassung – die Grundlage einer repräsentativen Demokratie darstellt, mit anderen Worten: Maßnahmen wie Volksbegehren, Volksbefragung und Volksentscheide sind bis auf einen einzigen Ausnahmefall nicht vorgesehen. Nur in Artikel 29, der die Neugliederung des Bundesgebietes betrifft, und in Artikel 118 bei den Übergangsbestimmungen steht das Wort „Volksbefragung“. Dort wird für den Südweststaat und den Ablauf des Verfahrens gesagt: Im übrigen soll eine Volksbefragung stattfinden.

Dieses Wort „Volksbefragung“ im Grundgesetz ist von der Rechtsprechung im Südweststaat-Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht behandelt worden als eine Volksbefragung unverbindlicher Art, sondern als einen Volksentscheid, wobei ausgeführt worden ist, das könne man nicht so unverbindlich machen, sondern es sei gesetzeswirksam. Das ist eigentlich unsere stärkste Position zunächst einmal nach der Struktur des Grundgesetzes. Im Parlamentarischen Rat hat es zwar diesen oder jenen Anhänger in der Richtung gegeben, man solle plebiszitäre Elemente

106 Rudolf-Ernst Heiland (1910–1965), Kaufmann; 1947–1949 MdL NW (SPD), 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1965 MdB.

107 Dr. Karl Mommer (1910–1990), 1949–1969 MdB (SPD, 1957–1966 Fraktionsgeschäftsführer). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 414 Anm. 173.

108 Matthias Hoogen (1904–1985), 1949–1964 MdB (CDU), 1953–1964 Vorsitzender des BT-Rechtsausschusses. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 382 Anm. 87.

einführen, aber das ist mehrfach abgelehnt worden, so daß man also den Willen des Grundgesetzgebers, abgesehen von der genannten Stelle, sehr deutlich demonstrieren kann an dem Sachverhalt, daß gerade solche Anträge ausdrücklich abgelehnt worden sind, also Anträge, wie sie Renner (KPD)¹⁰⁹, Wessel (Zentrum) und andere gestellt haben; auch Menzel (SPD) ist Anhänger dieser Sache gewesen. Alles das stimmt mit dem Schrifttum und den angeführten Entscheidungen beinahe lückenlos überein. Es gibt keinen Kommentator von Rang, der eine andere Meinung vertreten hat. Es gibt nur einen Kommentator, Hamann¹¹⁰, der sagt, es ginge. Es gibt neuerdings auch in einem Zeitungsaufsatz eine Äußerung von Nawiasky¹¹¹, wonach eine Volksbefragung möglich sein soll. Wer Jurisprudenz studiert hat, der weiß, daß Nawiasky Außenseiter ist. (Zuruf: Sozialist!) Das kann ich nicht beurteilen, aber wir haben schon vor 30 Jahren als Studenten gelernt, daß Nawiasky Außenseiter ist. Zusammenfassend darf ich sagen, nach der Entstehung, der Geschichte, dem Wortlaut und der Konstruktion, nach der Rechtsprechung und dem wissenschaftlichen Schrifttum sind Volksbefragungen im Grundgesetz – außer der genannten Ausnahme – nicht vorgesehen.

Die anderen argumentieren in der Richtung – z.B. Professor Grewe¹¹²: Was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt. Man muß aber entgegengesetzt argumentieren; wenn nämlich nur einmal das Wort „Volksbefragung“ als eine zwingende Sache ausgelegt ist, dann ist das in meinen Augen ein unausräumbares Indiz dafür, daß das Grundgesetz von diesen Maßnahmen außer dem einen Fall nichts wissen will. Aber wir kennen ja die Auslegung der Jurisprudenz zweckgebundener Art. Das wird auch hier, wie überall, hin- und hergehen. Heinemann hat zu der Bestimmung „Völkerrecht bricht Bundesrecht“ argumentiert. Sein gefährlichster Punkt ist der, daß er sagt, nach unserem Grundgesetz gelten alle allgemeinen Sätze des Völkerrechts als Teil unserer Verfassung. Nach dem allgemeinen Völkerrecht – so behauptet er – sei der atomare Einsatz völkerrechtswidrig. Wenn man daraus die Schlußfolgerung zieht,

109 Heinz Renner (1892–1964), Journalist; Mitglied des KPD-Parteivorstandes, 1946 Oberbürgermeister von Essen, 1946–1950 MdL NW (ab 1946 Fraktionsvorsitzender), 1946 Sozialminister, 1948 Verkehrsminister, 1949–1953 MdB.

110 Dr. Andreas Hamann sen. (1904–1964), Rechtsanwalt und Notar. Vgl. Andreas HAMANN/Helmut LENZ: Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. Ein Kommentar, 3. Aufl. Neuwied/Berlin 1970 (1. Aufl. 1956).

111 Dr. Hans Nawiasky (1880–1961), österreichischer Verfassungsrechtler, Professor u.a. in München. Vgl. die Beiträge von Nawiasky: „Bundesrechte werden nicht verletzt“ (Osterausgabe 1958) und „Möglichkeit für eine Volksbefragung“ (Leserbrief, 16. April 1958), in: „Süddeutsche Zeitung“.

112 Dr. Wilhelm Grewe (geb. 1911), Staatsrechtslehrer und Diplomat; Universitätsprofessor 1944 Berlin, 1947 Freiburg, politischer Berater Adenauers und Sonderbeauftragter der Bundesregierung, 1955 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, 1958–1962 Botschafter in den USA, zwischen 1962–1976 Botschafter bei der NATO (Paris, Brüssel), 1971–1976 Botschafter in Japan. (Memoiren: Rückblenden 1976–1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt. Frankfurt/M. 1979; Teilung und Vereinigung Deutschlands als europäisches Problem. Bonn 1991).

insbesondere im Hinblick auf den Generalstreik usw., dann gibt es gegen ein solches völkerrechtswidriges Verhalten den allgemeinen Notstand. Das hat er zwar noch nicht ausgesprochen, aber das ist alles dabei. Deshalb müssen wir der Frage des Völkerrechts im Zusammenhang mit Legislative und Exekutive hinsichtlich des Grundgesetzes große Sorgfalt widmen. Wir werden eine Reihe von grundsätzlichen Untersuchungen in dieser Richtung brauchen. Das ist also der gefährlichste Punkt bei der ganzen Widerstandskampagne.

Heinemann hat weiter gesagt – das ist beinahe spaßig –, wir hätten Volksbefragungen zugelassen bei der Frage des Eintritts in den Europarat. Der eine oder andere wird sich erinnern, daß es damals einzelne Gemeinden gab, die eine Volksbefragung durchführen wollten: Seid ihr für die Gründung des Europarates? Das hat damals niemand als eine verfassungsrelevante Sache angesehen. Heinemann zitierte auch den Gemeinderat von Castrop-Rauxel, der beschlossen hat: Hin nach Europa.¹¹³ Das Ganze war mehr eine in die Form des Parlaments gekleidete allgemeine politische Werbeveranstaltung – wie soll ich sagen – in dem Sinne, daß er sagte, er sei damals Innenminister gewesen, aber niemand hätte erklärt, man müsse etwas dagegen unternehmen. Eine Volksbefragung – so sagte er – hatten wir eigentlich schon, ohne daß jemand etwas dagegen gesagt hätte.

Wir werden diesen Punkt genauer erhärten müssen. Das ist, ganz kurz gesagt, die Ausgangslage, in der wir uns befinden. Wie sieht es nun weiter aus? Ich gehe davon aus, daß der Gesetzentwurf im Bundestag nach einigen Wochen gescheitert sein wird. Dann sehen wir uns vor dem Willen der anderen, in jedem Land und in den Gemeinden, wo es für die SPD reizvoll genug ist, solche Sachen zu starten. Zunächst kommen Hamburg und Bremen in Betracht. In Hessen scheint es so zu sein, als ob der BHE bei seinem bisherigen Standpunkt verbliebe.¹¹⁴ Im bayerischen Landtag ist der Antrag abgelehnt worden.¹¹⁵ In Rheinland-Pfalz hat die SPD keine Chance. In Nordrhein-Westfalen kann sie eine Chance haben, aber das kann man nicht genau beurteilen. In Baden-Württemberg wird sie keine Chance haben, wenn es bei der Haltung der FDP und dem BHE bleibt. Niedersachsen ist ein schwacher Punkt, aber ich glaube, den wird man taktisch beseitigen können.

113 Castrop-Rauxel: kreisfreie Stadt im Ruhrgebiet. Der o.g. Beschluß der Stadtverordnetenversammlung erfolgte am 15. Juli 1950 (Mitteilung des Stadtarchivs Castrop-Rauxel vom 25. September 1990).

114 Vgl. die Berichterstattung der FAZ: „Keine Aussicht für die Volksbefragung in Hessen. Der BHE will die SPD nicht unterstützen / Aber die Stadt Frankfurt bleibt bei ihrem Beschluß“ (22. April 1958), „Klares Nein“ (ebd.) und „Die SPD in Hessen hofft noch“ (24. April 1958).

115 „Keine Volksbefragung in Bayern“, in: FAZ vom 25. April 1958.

Es bleiben Hamburg und Bremen auf der Länderebene. In Frankfurt¹¹⁶ und in Darmstadt¹¹⁷ ist die Sache inzwischen auch beschlossen worden. Ich habe gestern nach einem Kabinettsbeschuß bekanntgegeben, daß die Bundesregierung beschlossen hat, gegen jede derartige Aktion, ob nun auf Länderebene oder Gemeindeebene, beim Bundesverfassungsgericht vorzugehen.¹¹⁸ Wir tun das natürlich nicht leichten Herzens; denn für den Eindruck draußen und das Vertrauen der Bevölkerung wirkt es besser, daß man sagt, es ist verboten, als daß wir davon abhängig sind, ob wir nun von Karlsruhe, wo wir manches erlebt haben, ein Urteil bekommen werden, das in allen Nuancen so ist, wie wir es uns vorstellen.

Ich höre, daß in Bremen bereits eine bestimmte Formulierung beschlossen worden ist, die etwa so lautet: Bist du dafür, daß sich deine Bremer Regierung im Bundesrat gegen die atomare Bewaffnung ausspricht, wenn ein solcher Gesetzentwurf kommt? Nun wird im Bundesrat nie ein solcher Gesetzentwurf über atomare Bewaffnung eingebracht. Das sind alles Fiktionen. Die Ausstattung der Truppen – um es einfach auszudrücken – ist ein reiner Verwaltungsakt und kein Gesetzesakt. Dieser Weg, die Sache über den Bundesrat zu versuchen, ist natürlich schon eine gewisse Erschwerung. Trotzdem würde ich dabei bleiben, weil es nach unserem System keine Länderbefragung über Bundespolitik gibt, auch nicht, um eine höhere Weisheit bei den Länderregierungen einzuholen. Ein Teil der Länderkabinette sind jeweils geborene Mitglieder des Bundesrates, die dadurch legitimiert sind, daß ein Kabinettsbeschuß zugrunde liegt. Es ist nicht so, daß man für sein Bundesratsmandat irgendeine Art anderer Legitimation bedürfte als die, Mitglied einer Landesregierung zu sein.

Ich brauche die Gedankengänge nicht weiter auszumalen; ich möchte meinen, daß auch das völlig unseren Standpunkt deckt: daß jedes Befragungsbegehren auf die Weise „Wollt ihr eine atomare Bewaffnung?“ oder „Wie soll sich die Landesregierung im Bundesrat verhalten?“ einen Eingriff in den ausschließlichen Kompetenzbereich des Bundes darstellt, nämlich in seine Zuständigkeit über Verteidigung und Außenpolitik. Bei den Gemeinden handelt es sich um eine Verletzung der Bundestreue, die sie uns sozusagen auf dem Umweg über ihre Länder schulden.

Das ist die rechtliche Basis. Wir haben ein großes Interesse daran, möglichst jede zusätzliche Aktion zu verhindern. Es ist nicht gleichgültig, ob nun zwei oder fünf Klagen kommen. Nehmen Sie an, noch ein paar Länder kommen auf die Idee, das gleiche zu tun, wie Hessen es tun will, dann bringt uns das in eine neue Lage bei dem Verfahren. Sie wissen, daß die Richter auch nur Menschen sind mit verschiedener politischer Meinung. Es ist ein großer Unterschied, ob diese Sache in

116 Zuletzt über die Stadt Frankfurt/M. vgl. Anm. 109.

117 Vgl. FAZ vom 25. April 1958 („Volksbefragung in Darmstadt“) und UiD Nr. 18 vom 30. April 1958 („Auch Darmstadt will nicht fehlen“).

118 Vgl. BULLETIN vom 26. April 1958 S. 757f. (Gegen eine Demontage der Verfassung durch die Hintertür).

einem sehr breiten Rahmen erscheint oder ob es sich um relativ begrenzte Dinge handelt, bei denen man leichter zu einem klaren Standpunkt kommt. Deshalb sind uns alle politischen Maßnahmen, die die Dinge möglichst weitgehend verhindern, sehr angenehm.

Über die Gefahr möchte ich nur wenig sagen. Die Gefahr dieser Aktionen hinsichtlich der Radikalisierung der Bevölkerung kann man gar nicht überbewerten. In Hamburg sind Schalmeienkapellen ostzonaler Herkunft mitmarschiert, die von der Polizei aufgelöst wurden. Daß diese Rattenfänger und Ratten von drüben bei dieser Sache gern mitmachen, liegt auf der Hand. Ich habe der SPD vorhin ziemlich deutlich gesagt, daß die eigentliche Erfindung dieser Aktionen gar nicht von ihnen stamme. Das Ganze ist – zum Teil unbewußt – eine Übernahme von Aktionen, die schon während des Bundestagswahlkampfes von drüben vorgeschlagen wurden, und zwar mit wechselnden Fragestellungen. Das ist das eigentlich Unheimliche bei dieser Gefahr.

Wie das aussieht, können Sie in Berlin sehen. Da ist gestern eine Veranstaltung gewesen, in der Herr Scharnowski, der erste Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, nicht zu Ende reden konnte. Er wurde von den Kommunisten dauernd gestört. Er hat dann seinen Austritt aus dem „famosen“ Komitee „Aktion gegen den Atomtod“ erklärt. Berlin ist aber relativ am vernünftigsten. Jedoch an anderen Stellen sind die Hemmungen nicht so groß. Carlo Schmid hat ein ungeheuer gefährliches Wort gesagt, gegen das ich mich scharf gewendet habe, nämlich: Unruhe ist die erste Bürgerpflicht. Das können wir gerade noch gebrauchen in einer Zeit, in der ein Land geteilt ist und in einer solchen Gefahr lebt! Das ist eine Unruhe, die nicht ist, sondern die gemacht wird. Im Augenblick ist die Unruhe des breiten Publikums keineswegs so groß, wie sie dargestellt wird, aber das sind doch gefährliche Dinge, die bei einem längeren Andauern wie ein Feuer schwelen und sich jederzeit neu entfachen können. Das ist natürlich eine große Gefahr; mit anderen Worten, solange wir die Sache nicht durch ein Gerichtsurteil stoppen, befinden wir uns auf einem Boden, der viel Spielraum läßt.

Zusammenfassend möchte ich sagen, unser großes und durchschlagendes politisches Ziel muß sein, alle Kräfte soweit wie möglich auf die Wahl in Nordrhein-Westfalen zu konzentrieren, weil ein Erfolg einen ungeheuer stark entmutigenden Effekt für alle Unruhestifter hätte. Im übrigen muß man versuchen, keine zusätzlichen Aktionen aufkommen zu lassen und dann in Karlsruhe mit möglichst viel Nachdruck einen Prozeß zu führen. Ich habe Herrn Gerstenmaier gesagt, Sie können in der Fraktion eine glühende Rede halten, aber in Karlsruhe befinde ich mich ohne Ihre glühende Rede. Wir stecken nachher in einem schwierigen Verfahren. Für dieses schwierige Verfahren wollten wir den Rechtsausschuß und genügend Juristen, mindestens der Optik wegen, auf unserer Seite haben.

Wir haben in dieser Sache im Augenblick einen relativ guten publizistischen Rückenwind. Wenn auch die linksliberalen Blätter gegen die Atombewaffnung sind – z.B. die „Welt“ –, so stehen sie aber in der Frage der Volksbefragung auf unserem

Standpunkt, weil die Leute eine gewisse bittere Erfahrung haben, daß das plötzlich den Sand ins Rutschen bringen könnte. Deswegen sollten wir alles tun, um jede Art von publizistischen Möglichkeiten auszunutzen. Wir sollten herausstellen, daß das Ganze illegal und verfassungswidrig ist. Ich meine, auch die juristische Behandlung ist nur ein zusätzliches Hilfsmittel. Das war der Grund, weswegen wir für die Ausschlußberatung waren, abgesehen davon, daß für die FDP das Ganze noch intern eine Zerreißprobe darstellt. Wie hoch man diesen Faktor veranschlagen soll, ist schwierig zu sagen. Ich schlage vor und empfehle, daß Sie die Erklärung, die ich gestern abgegeben habe, im Wortlaut bekommen. Ich möchte bitten, daß dann auch die Absicht der Bundesregierung in all den Fällen Unterstützung findet, die jetzt genügend konkretisiert sind. Dann können wir den Weg nach Karlsruhe beschreiten, so ungern wir auch eine solche politische Frage durch ein Gericht behandeln lassen. Sie müssen sich aber darüber klar sein, daß die Möglichkeiten der Bundesregierung, einfach verbotsweise etwas zu tun, nach dem Grundgesetz ungeheuer begrenzt sind. Es hat Freunde gegeben, die gesagt haben, schickt Bundesvertreter zu den Länderregierungen, und wenn die feststellen, das geht nicht, dann entscheidet darüber der Bundesrat, ob es so oder so ist. Und gegen den Bundesrat kann man in Karlsruhe klagen. Wir kämen also so oder so nach Karlsruhe.

Die Mittel, um in einem solchen Falle den die Bundespolitik betreffenden Fragen auf dem Länder- und Gemeinde-Niveau Genüge tun zu können, sind sehr begrenzt. Ich füge das nur ergänzend hinzu, um zu zeigen, daß uns tatsächlich nichts anderes übrigbleibt als die Klage als solche und dann die politische Propaganda. Dies muß in erster Linie beim Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen geschehen. Es gibt nach Artikel 32 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes eine vorläufige Aufhebung.¹¹⁹ Die Voraussetzung für eine solche Anordnung sind aber ziemlich harte Bedingungen. Es heißt dort: „Das Bundesverfassungsgericht kann im Streitfall einen Zustand durch einstweilige Anordnung vorläufig regeln, wenn dies zur Abwehr schwerer Nachteile, zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus einem anderen wichtigen Grund für das Gemeinwohl dringend geboten ist.“ Sie sehen aus dieser Häufung von Vokabeln, daß es nicht so ist, als ob eine einstweilige Anordnung der normale Vorspann von Prozessen wäre, sondern wir werden um diese einstweilige Anordnung auch kämpfen müssen. Die Begründung dafür ist die gleiche wie für den Prozeß selbst.

Sieveking: Wir sind damit einverstanden, daß eine einstweilige Verfügung ergeht, nachdem Sie selbst erklärt haben, daß das unausweichlich sei. Ich möchte aber bitten, daß wir uns über den einen Punkt sehr sorgfältig abstimmen, nämlich hinsichtlich der Mittelbewilligung für die Bewaffnung der Bundeswehr. Ich bin der Meinung, daß das bei sorgfältiger juristischer Prüfung nicht durchschlägt, weil die Vertreter der Länder im Bundesrat in der Sphäre des Bundestages tätig werden und weil die Sphäre des Bundestages beinhaltet, daß nur der Bundestag kompetent ist. Das müßte genau geprüft werden. Es besteht eine gewisse Gefahr, daß die Leute argumentieren: Warum

119 Vgl. z.B. LEIBHOLZ/RUPPRECHT S. 102f.

soll eine Landesregierung, die eines Tages vor die Frage gestellt wird, ob sie die Mittel für den Wehretat bewilligen will, sich über die Stimmung in der Bevölkerung nicht informieren dürfen. Das ist das Argument, an dem die Leute in Hamburg die Sache aufhängen werden. Es muß herausgestellt werden: Es geht deshalb nicht, weil das eine Materie ist, die zur Zuständigkeit des Bundes gehört.

Noltenius: Ich möchte darum bitten, die Sache noch einmal zu prüfen. Sie wird zwar behandelt in dem Gutachten, das wir zugeschickt bekommen haben, und zwar auf Seite 13, aber das ist sehr kurz und nicht so, daß ich damit andere überzeugen kann. Es wäre mir lieb, wenn diese Frage der Abgabe der Stimmen im Bundesrat noch einmal sehr eingehend geprüft würde, damit wir etwas in die Hand bekommen, sonst müssen wir es selbst machen, und dann ist die Gefahr vorhanden, daß wir zu abweichenden Auffassungen kommen.

Schröder: Darf ich fragen, ob Sie irgend etwas als eigene Aktion in Ihrem Landesbereich vorgesehen haben?

Sieveking: Davon möchten wir absehen, weil wir beim Verfassungsgerichtshof nicht so sicher sind und die Öffentlichkeit verwirrt wird. Wenn es nur auf der Bundesebene ausgetragen wird, kann man die Sache ganz klar herausarbeiten.

Marwede: Ich würde bitten, dafür zu sorgen, daß wir die Sache rasch bekommen, weil wir nächste Woche die Auseinandersetzung haben.

Schröder: Es ist nicht leicht, die vielen Fragen rasch und in genügender Präzision zu beantworten. Alles das, was wir schriftlich von uns geben, bedarf einer sehr gründlichen Vorbereitung, so daß ich lieber eine Zeile weniger schreibe als eine zuviel, die man vielleicht nachher nicht halten kann. Aber es geschieht so schnell wie möglich.

Adenauer: Vielleicht kommen die Herren einmal zu Ihnen.

Sieveking: Wir stehen zur Verfügung, aber wenn die Gesetze verabschiedet sind, müssen wir die Klage einreichen.

Schröder: Die Klage wird an sich schon vorbereitet. (*Zuruf:* Wir werden uns am Dienstag im Schleswig-Holsteinischen Landtag damit befassen. Wäre es möglich, daß wir das Gutachten, von dem die Rede war, bekommen?) Das Gutachten ist verschickt worden durch den Bundeskanzler an die Regierungschefs. Herr von Hassel hat es ganz sicher. (*Müllенbach:* Es ist an alle Fraktionen und Landesverbände abgegangen!)

Blumenfeld: Wir sind in der Beratung so weit, daß wir eine Ausschußüberweisung beantragen werden. Wir werden dann für „verfassungswidrig“ plädieren. Wie ist es mit der Formulierung der Frage, die der Bevölkerung nach dem Willen der Mehrheit vorgelegt werden soll? Sollen wir Vorschläge machen? Ich wäre dankbar, wenn wir Ihre Meinung darüber hören könnten.

Adenauer: Das ist sehr gefährlich. Ich würde es bei der Verfassungswidrigkeit belassen. Lassen Sie doch die Sozialdemokraten möglichst radikal ihre Fragen stellen. Sie schwächen es sonst nur ab.

Noltenius: Wenn es die Sozialdemokraten allein gemacht hätten, dann hätten wir

durchaus eine solch plumpe Frage bekommen, daß es ein leichtes gewesen wäre, gegen sie in Karlsruhe vorzugehen. In Bremen hat auch die FDP mitgewirkt. Es geht nicht darum, die Formulierung zu verbessern oder zu verschlimmbessern, sondern es ist die Überlegung dabei, nachher ein Mittel in die Hand zu bekommen, um die Formulierung öffentlich kritisieren zu können. Das Gefährliche an der ganzen Geschichte ist doch, daß Suggestivfragen gestellt werden, auf die sehr schwer anders zu antworten ist als im Sinne der Veranstalter.

Schröder: Herr Jaeger¹²⁰ hat gestern im Bundestag eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie die Fragen lauten können. Man kann die Frage stellen: Habt ihr die Absicht, russischer Satellit zu werden? In diesem Sinne hat er eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die außerordentlich eindrucksvoll waren. Herr Jaeger hat gesagt: Ich mache mich anheischig, alle Woche abwechselnde Mehrheiten zu erzielen bei den Fragestellungen. Es darf nicht dazu kommen, daß man Fragen mit unserer Zustimmung verabschiedet; denn das sähe so aus, als ob wir die Aktion bejahten. Man kann nur sagen: Wir halten aus verfassungsrechtlichen Gründen jede amtlich organisierte und mit dem amtlichen Apparat durchgeführte Befragung für unmöglich; denn sie ist verfassungswidrig. (*Zuruf:* Ist nicht die Mitarbeit an einer solchen Frage nicht schon gefährlich?) Sie haben recht! Es ist überhaupt gefährlich, bei einer solchen Formulierung mitzuwirken. Wir müssen sagen: Wir halten es für völlig illegal, was ihr da macht; außerdem sind eure Fragen teuflisch gestellt. Wenn überhaupt eine Fragestellung in Frage käme, könnte sie nur so oder so lauten. Das kann man sagen, sich aber nicht einlassen in irgendeine Mitarbeit bei der Fragestellung. Vielleicht sorgen wir dafür, daß Sie das Protokoll der gestrigen Debatte bekommen.¹²¹ Dann haben Sie Argumentationsmöglichkeiten. Ich würde nicht den Antrag stellen, die Frage so oder so zu stellen. Das würde ich nicht tun. (*Zuruf:* Wenn wir die Volksbefragung ablehnen, dann ist doch jede Mitarbeit für uns von vornherein abwegig!)

Adenauer: Meine Herren! Wenn ich erkläre, es ist verfassungswidrig, dann ist für mich Schluß mit der Sache. Dann tue ich nichts, um meine Argumentation irgendwie zu beeinflussen, auch wenn ich weiß, es wird ja doch abgelehnt.

Die Verfasser unseres Kommuniqués sind noch nicht anwesend. Sie ersehen daraus, was das für eine böse Sache ist. (*Zuruf:* Herr Gerstenmaier kommt soeben!)

Gerstenmaier: Ich habe hier einen Entwurf, der verrät, daß der erweiterte Bundesparteivorstand der CDU böse ist. Mit anderen Worten, wir reden in diesem Entwurf nicht aus der Defensive. Es sind zwei Punkte; der eine betrifft die Volksbefragung und der andere die Situation in der Ostzone:

„Der erweiterte Bundesparteivorstand der Christlich-Demokratischen Union hält die Aktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Volksbefragung für einen mit verfassungswidrigen und verfassungsfeindlichen Mitteln unternommenen

120 Dr. Richard Jaeger (geb. 1913), 1949–1980 MdB (CSU), 1953–1965 Vorsitzender des BT-Ausschusses für Verteidigung. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 847 Anm. 28.

121 Sten.Ber. 3.WP Bd. 40 S. 1360–1457.

Versuch, die Macht an sich zu reißen und die verfassungsmäßigen Rechte des Bundestages zu beschränken.

Die CDU widersetzt sich mit Entschiedenheit jedem derartigen Versuch, an den Grundlagen unseres freiheitlichen Rechtsstaates zu rütteln. Sie widersetzt sich mit derselben Entschiedenheit der sozialdemokratischen Politik. Das Vorgehen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands läuft zudem darauf hinaus, unsere Sicherheit zu ruinieren, das Gleichgewicht der Kräfte in der Weltpolitik allein zu Lasten des Westens zu stören und damit auf die einzig wirksame Voraussetzung für die allgemeine kontrollierte Abrüstung zu verzichten.

Der Bundesparteivorstand der CDU fordert die Bundesregierung und alle parlamentarischen Fraktionen der CDU/CSU in Bund, Ländern und Gemeinden auf, mit allen politisch und rechtlich zulässigen Mitteln diesem destruktiven Unternehmen der SPD entgegenzutreten und gegen die Mobilisierung von Angst, Unruhe und Terror entschlossen aufzustehen.

Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union fordert Regierung, Parlament und Volk weiter auf, alles zu tun, um dem brutalen Terror des militanten Atheismus in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands zu begegnen. Dieser Terror belastet mehr als vieles andere die Beziehungen Deutschlands zu Rußland. Die Christlich-Demokratische Union wird das Ringen um die nationale Einheit Deutschlands entschlossen weiterführen.

Der Bundesparteivorstand bittet Bundesregierung und Bundestag, vor allem im Rahmen der Festigung und Förderung der deutsch-russischen Beziehungen, alles zu tun, daß den Deutschen, die unter dem verbrecherischen Druck von Ulbricht¹²² leiden, wenigstens die Grundrechte des Glaubens und der Gewissensfreiheit gewährleistet werden.“

(Kiesinger: Ich würde sagen „Sowjetunion“!) Wir haben „Rußland“ genommen, Herr Kiesinger, um mehr auf das Begriffspaar Deutschland-Rußland abzustellen als auf die Staatskonstruktion und damit auf die Staatsidee der Sowjetunion. An die Sowjetunion zu appellieren, die vom militanten Atheismus lebt, zumindest dadurch zur Macht gekommen ist, erschien uns weniger attraktiv. Die Sprache ist Ihnen natürlich zu weich, Herr Bundeskanzler! (*Heiterkeit.*)

Adenauer: Wieso? Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Worte.

Gerstenmaier: Das ist das, was die Hamburger unter New Look verstehen. (Schröder: Sie werden hart!) Wenn Sie so hart im Bundestag reden, muß ich ein bißchen Öl eingießen. (Schröder: Ich habe vorgeschlagen, daß Sie Bevollmächtigter der Bundesregierung in Karlsruhe werden!) Weil Sie Angst haben! (*Heiterkeit.*)

122 Walter Ulbricht (1893–1973), 1949–1960 stv. Vorsitzender des Ministerrats der DDR, 1953–1971 Erster Sekretär des ZK der SED, 1960–1973 Staatsratsvorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 244 Anm. 120. – Entschließung des Bundesparteivorstandes vom 25. April 1958 in UiD Nr. 18 vom 30. April 1958.

Meyers: Ich würde sagen: „Der um die Landtagspräsidenten und Fraktionsvorsitzenden erweiterte Bundesparteivorstand“.

Adenauer: Ich finde, es ist sprachlich so einfach und klar, daß wir nichts mehr von einer Erweiterung usw. hinzuzufügen brauchen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Dann möchte ich Herrn Kraske viel Glück zu seiner Wahl wünschen. (*Beifall*.) Wir sind davon überzeugt, daß wir einträchtig und gut zusammenarbeiten werden.

In der Zwischenzeit sind die Herren von Nordrhein-Westfalen wieder da. Herrn Gerstenmaier möchte ich für die lapidare Sprache danken, die er eben gebraucht hat. Das ist im wahrsten Sinne des Wortes lapidar. Ich sehe, daß das Wort nicht mehr gewünscht wird.

Ich bin von meinem Kabinett dringend aufgefordert worden, zum 1. Mai im Rundfunk zu sprechen. Nun habe ich feststellen lassen – obwohl man selbst mitarbeitet, weiß man es nicht mehr –, daß der 1. Mai ein Festtag aufgrund der Ländergesetze ist. (*Wolters*¹²³: Ja, das steht in den Verfassungen der Länder.) Ich wollte nur hören, was sich der Bundestag dabei gedacht hat. Er hat gar nicht mitgewirkt. (*Arnold*: Es ist trotzdem ein Feiertag!) Ich nehme also an, daß Sie es gutheißen, wenn ich spreche. (*Zustimmung*.)

Meine Damen und Herren! Dann schließe ich die Sitzung und danke Ihnen für Ihr langes Aushalten und Ihre Mitarbeit.

4

Bonn, 11. Juli 1958

Sprecher: Adenauer, Bach, Bitter, Blank, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, Cillien, [Eberhard], von Hassel, Hellwig, Frau Jochmus, Johnen, Krone, Lensing, Lücke, Meyers, Müllenbach, Oberländer, Frau Rehling, Schröder.

Bericht zur politischen Lage und über die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Der 8. Bundesparteitag. Verschiedenes.

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 13.30 Uhr

123 August Wolters (1903–1990) Schreiner, Gewerkschaftssekretär; 1945 Mitgründer der CDU in Rheinland-Pfalz, 1947–1971 MdL Rheinland-Pfalz (CDU, 1948–1959 Landtagspräsident), 1959–1971 Innen- und 1959–1967 zugleich Sozialminister von Rheinland-Pfalz, 1959–1971 Mitglied des Bundesrates. Vgl. auch Anm. 1.

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Die Blumen, die vor mir liegen, weisen darauf hin, welch schweren Verlust wir erfahren haben durch den allzu frühen Tod unseres Freundes Karl Arnold¹. Es ist in diesen Tagen, die seit seinem Tode verstrichen sind, über seinen Werdegang und über seine Arbeit innerhalb der Partei in Nordrhein-Westfalen überall gesprochen worden. Sein Bild steht uns allen lebendig vor Augen.

Lassen Sie mich aus unserem besonderen Milieu hier heraus seinem Andenken noch einige Worte widmen. Karl Arnold war – ich habe ihn kennengelernt im Jahre 1945 – vom ersten Tage an, als er sich der gemeinsamen Aufgabe für die beiden Konfessionen widmete, tief davon durchdrungen, daß nur eine wahrhaft christliche Politik, eine Politik, die sich auf christlichen Grundsätzen aufbaut, in der Lage wäre, alle die Schäden zu beseitigen, die unserem Vaterland in der nationalsozialistischen Zeit und durch den Krieg erwachsen waren. Er, der ursprünglich aus der Kolpingsfamilie kam und dann in die Katholische Arbeiterbewegung² eintrat, wo er schon vor 1931 in Düsseldorf sehr wesentliche Ämter hatte, ist seinen Grundsätzen und seiner Gedankenrichtung auch nach 1945 bis zum letzten Tage treugeblieben. Er war unserer gemeinsamen Sache von ganzem Herzen und in großer Selbstlosigkeit ergeben, so daß er für uns alle ein Vorbild sein muß in der Hingabe an unsere Ideale und unsere Aufgabe. Er hat es, glaube ich, nie ganz verwunden, daß er damals nach fast zehnjähriger Amtszeit als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen durch die Kombination von FDP und SPD gestürzt worden ist.

Es ist wirklich ein tragisches Geschick, daß er eine Woche vor unserem Sieg in Nordrhein-Westfalen – der ihm das wiedergebracht hätte, was er damals verloren hat – von uns gegangen ist. Er ist als ein tapferer Mann von uns gegangen, der sich bis zum letzten Tage seines Lebens unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit diesen Aufgaben gewidmet hat. Wir alle haben einen sehr schmerzlichen Verlust erlitten. Wir geloben ihm, seiner immer in Wertschätzung und Treue zu gedenken. Ich darf mich wohl für bevollmächtigt halten, seiner Frau und seinen Kindern unser Beileid auch von dieser Vorstandssitzung auszusprechen. Sie haben sich von den Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Wir treten nunmehr in unsere Tagesordnung ein. Ich muß zunächst eine sehr große Zahl von Entschuldigungen zu meinem großen Bedauern verlesen. Ich nehme ohne weiteres an, daß alle diejenigen, die sich entschuldigt haben, einen triftigen Grund dafür haben. Aber ich kann, wenn ich die ganze Liste derjenigen, die sich entschuldigt haben, mit der Begründung dieses Fehlens jetzt sehe, bevor wir in die große Sommerpause gehen, nicht anerkennen. Ich muß das in aller Offenheit sagen. Es wird wohl notwendig sein, wenn wir wieder zusammenkommen, uns darüber zu unterhalten, daß die Sitzungen des Bundesvorstandes auch besucht werden

1 Am 29. Juni 1958.

2 Gemeint: Christliche Gewerkschaften.

müssen; denn ich halte sie so selten ab, wie eben möglich ist, aber das muß doch für jedes Mitglied des Vorstandes die Verpflichtung in sich schließen, auch an den Bundesvorstandssitzungen teilzunehmen.

Es haben sich entschuldigt: Frau Dr. Weber; Dr. Gerstenmaier, er weilt in Südamerika; Lemmer mit Ferien; Dr. Lübke³ mit Stresa; Etzel; Brentano mit Odenwald; Osterloh krank; Dr. Fricke; Dr. Müller; Dr. Seidel – der Vertreter, Herr Dr. Eberhard⁴, ist hier, den ich herzlich willkommen heiße; Dichtel; Kiesinger; Albers; Bauknecht; Dr. Stoltenberg – verhindert durch die Tagung der Jungen Union in Konstanz⁵.

Meine Damen und Herren! Es ist üblich, daß Sie von mir mit Recht einen Überblick über die gegenwärtige politische Situation verlangen. Ich möchte dem nachkommen. Ich werde nachher in der Sitzung des Parteiausschusses ebenfalls darüber berichten müssen. Ich habe die herzliche Bitte, daß möglichst viele Mitglieder des Vorstandes an der Parteiausschußsitzung teilnehmen; ich fürchte sonst, daß sich dort ähnliche Lücken zeigen. Ich will mich möglichst kurz fassen; sehr kurz allerdings kann es nicht sein, weil manche Dinge heute besprochen werden müssen. Ich möchte Sie dabei vor allem bitten, meine Damen und Herren, nicht nur meinen Vortrag anzuhören, sondern sich darüber auch nachher auszusprechen. Die Aussprache ist eigentlich das Wesentliche, wenn ich Ihnen einen Bericht über die Lage gebe.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Lassen Sie mich anfangen mit der Außenpolitik, weil ich annehme, damit am schnellsten fertig zu sein. Die außenpolitische Lage ist wenig erfreulich; sie ist im Laufe der Entwicklung immer unerfreulicher geworden, und zwar durch die Schwäche Frankreichs⁶, die ja auch eine Schwäche Europas mit sich bringt. Die Schwächung Frankreichs hat sich wohl am klarsten dadurch offenbart, daß das französische Parlament fast stillschweigend auseinandergegangen ist und diesen demokratischen

3 Dr. Heinrich Lübke (1894–1972), 1953–1959 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1959–1969 Bundespräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 351 Anm. 94. – Vom 3. bis 11. Juli 1958 fand eine Landwirtschaftskonferenz der EWG in Stresa statt (AdG 1958 S. 7192).

4 Dr. Rudolf Eberhard (geb. 1914), 1950–1974 MdL Bayern (CSU), 1957–1964 bayerischer Finanzminister, 1958–1964 stellvertretender bayerischer Ministerpräsident.

5 Vom 11. bis 13. Juli 1958.

6 Adenauer spielt auf die Krise während der letzten Jahre der Vierten Republik (1947–1958) an, die durch mangelnden innenpolitischen Konsens und außenpolitische Spannungen, wie Indochinakrieg und Algerienfrage, verschärft wurde. Die Staatskrise wurde am 1. Juni 1958 mit der Berufung de Gaulles zum Staatspräsidenten beendet. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 396–408; Rudolf VON ALBERTINI in: Handbuch der Europäischen Geschichte 7 S. 470–480.

Parlamentarismus, wie ihn die Französische Republik repräsentierte, einfach verlassen und sein ganzes Geschick dem Herrn de Gaulle⁷ übergeben hat. Man darf wohl diese Vorgänge nicht nur unter dem Gesichtspunkt der augenblicklichen Situation betrachten, sondern muß auch die Entwicklung betrachten. Die Wurzeln für diese Vorgänge liegen tiefer. Sie liegen einmal darin, daß die französische Armee sich seit Jahr und Tag von der französischen Regierung verlassen, ja sogar verraten gefühlt hat. Das gilt namentlich von Indochina. Sie fürchtete, daß ihr jetzt in Algier ein Gleiches widerfahren werde.⁸

Als ich zu Beginn des Frühjahres in Südfrankreich war, hat mich Herr Pflimlin⁹ besucht – das war Ende Februar – und mir damals schon die Verhältnisse sehr ausführlich dargelegt. Was er damals befürchtete, hat sich dann auch bewahrheitet. Was ich Ihnen jetzt vortrage, beruht zum großen Teil auf dem, was mir schon damals Pflimlin gesagt hat; es ist also nicht etwa eine Reaktion auf die jetzigen Vorgänge in Frankreich. Er schilderte mir damals die schwere Enttäuschung der französischen Armee, und er fügte hinzu, daß die französische Armee völlig anders geworden sei, als sie es bisher gewesen wäre, daß z.B. namentlich die Armee in Algier außerordentlich tapfer sei und daß sie eng zusammenhalte, und zwar sei sie gestählt durch die ständigen Kämpfe dort. Er sagte auch, daß die Armee im Mutterland anders geworden sei als noch vor wenigen Jahren.

Wenn Sie daran denken, daß noch vor wenigen Jahren große Schwierigkeiten im Mutterland Frankreich entstanden, als damals nach Algier Truppen eingezogen werden sollten, während jetzt bei all den Vorgängen in Frankreich nichts davon bekanntgeworden ist, daß zwischen den Offizieren und Mannschaften Gegensätze

7 Charles de Gaulle (1890–1970), französischer General und Staatsmann; 1947–1953 Vorsitzender der Sammlungsbewegung RPF, 1958–1969 Staatspräsident. – Vgl. Institut Charles de Gaulle (Hrsg.): *De Gaulle en son siècle*. 6 Bde. Paris 1992. Vgl. auch Günter BUCHSTAB: *Zwischen „Zauber und Donner“*. Die CDU/CSU und de Gaulle. In: Wilfried LOTH/Robert PICHT (Hrsg.): *De Gaulle, Deutschland und Europa*. Leverkusen 1991 S. 95–107.

8 Im Indochinakrieg versuchte Frankreich zwischen 1945/46 und 1954 vergeblich, seine Souveränitätsansprüche auf die ehemalige französische Kolonie Indochina gegen die kommunistische Demokratische Republik Vietnam aufrechtzuerhalten. Die französische Armee blieb in diesem Krieg weitgehend auf sich gestellt und wurde weder von der französischen Öffentlichkeit noch von den französischen Regierungen unterstützt. – In Algerien, seit 1830 unter französischer Verwaltung, kam es 1954 zum Aufstand des Front de la Libération Nationale (FLN). Zugeständnisse der französischen Regierung lösten am 13. Mai 1958 einen Putsch der Armee gegen die Vierte Republik aus. – Vgl. Alfred GROSSER: *Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute*. München 1986.

9 Dr. Pierre Pflimlin (geb. 1907), französischer Politiker (MRP); 1945–1967 Mitglied der Assemblée Nationale, 1957–1958 Finanz- und Wirtschaftsminister, 1958 Ministerpräsident, 1958–1959 und 1962 Staatsminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 342 Anm. 20. – Pflimlin besuchte Adenauer während seines Urlaubs in Vence am 2. März 1958 (ADENAUER: *Erinnerungen* 3 S. 398–403).

beständen, so hat das, was mir Pflimlin damals sagte, sich durch die Tatsachen bewiesen.

Die zweite Wurzel dieser Agonie – so kann man fast sagen –, die Frankreich befallen hat, war das völlige Versagen des Parlamentarismus, und zwar der Mangel einer Mehrheitsbildung, die wirklich in der Lage gewesen wäre, eine Ordnung in Frankreich zu schaffen, eine gute Währung zu halten, die Wirtschaft und auch das Verhältnis zur Armee zu ordnen. Seit dem Zusammenbruch Deutschlands hat es in Frankreich ungefähr 25 Regierungen gegeben. Das besagt ja genug! Und aus diesem völligen Versagen des Parlamentarismus, wie dies in Frankreich zu verzeichnen ist, ergab sich, daß die große Masse der französischen Bürger an dem, was in Paris vor sich ging, eigentlich keinen Anteil mehr nahm. Die Franzosen hatten und haben eine ausgezeichnete Beamtenschaft, eine ganz vorzügliche Beamtenschaft. Diese Beamtenschaft arbeitete weiter, gleichgültig, was nun im Pariser Parlament vor sich ging, so daß die Bevölkerung damit zufrieden war und sich um die Vorgänge in Paris nicht weiter kümmerte.

Meine Damen und Herren! Wenn ich jetzt auf die Vorgänge in Frankreich hinweise, dann darf ich vielleicht eine kleine Nutzenanwendung daraus ziehen, nämlich die, daß wir wirklich dem Himmel danken können, daß wir in der Bundesrepublik nach diesem furchtbaren Zusammenbruch eine stetige Politik haben treiben können, und zwar aufgrund einer Mehrheit der CDU, zunächst führend, dann aber mit absoluter Mehrheit, so daß es infolgedessen möglich war, eine Regierung zu bilden, die stetig arbeiten konnte. Wir sind uns vielleicht nicht immer darüber klar, welche große Bedeutung eine solche Tatsache gerade in den stürmischen Zeiten, die wir erleben, hat. Gerade in einer Demokratie, in der der Halt – der doch immerhin eine Monarchie, wenn auch nur gefühlsmäßig, mit sich bringt – fehlt, ist es absolut notwendig, eine möglichst stetige Mehrheit im Parlament und dementsprechend ein gutes Funktionieren der Regierung zu haben.

Lassen Sie mich ein strittiges Moment, aus dem sich die Entwicklung Frankreichs herleitet, kurz erwähnen. Es darf keine große Gefahr entstehen aus dem Vorhandensein einer bewaffneten Macht in einem Lande. Das ist ebenfalls ein sehr wichtiges Moment; denn es ergibt sich fast von selbst, daß das Vorhandensein einer solch bewaffneten Macht doch gewisse Imponderabilien mit sich bringt, die man nicht vernachlässigen darf. Als wir damals darangingen, unsere Wehrmacht zu schaffen, sind im Bundestag wenig gute und wenig freundliche Worte über die künftige Wehrmacht gefallen. Wenn ich an die endlosen Debatten von damals denke, dann muß ich sagen, haben mir die armen führenden Offiziere leid getan, die eine solche Arbeit in dieser Atmosphäre übernehmen mußten. Daran sollten wir denken; wir sollten, jeder an seinem Platz, dafür sorgen, daß die Wehrmacht ein Teil des ganzen staatlichen Apparates bleibt.

Zu Frankreich und de Gaulle! Ich bin der Auffassung, soweit man das als Außenstehender sagen kann, daß damals wahrscheinlich nur diese Möglichkeit vorhanden war, die Truppen aus Algier von einem Angriff auf Paris abzuhalten. Fallschirmjäger standen in der Nähe von Paris. De Gaulle war also die einzige

Möglichkeit wegen des außerordentlich großen Ansehens, das der Name de Gaulle in Frankreich und in der französischen Armee hat. Aber die Schwierigkeiten Frankreichs sind in keiner Weise überwunden. Es zeigt sich auch jetzt noch nicht der Weg, den die französische Politik unter de Gaulle gehen wird, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Die äußeren Etappen sind ziemlich klar. Es wird eine neue Verfassung vorgelegt werden. Wie sie aussehen wird, weiß keiner. Sie wird aber jedenfalls so aussehen, daß dem Staatspräsidenten größere Machtvollkommenheiten gegeben werden, um ihm gegenüber dem französischen Parlamentarismus ein Gegengewicht zu geben. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Verfassung, die ad referendum gestellt wird, von der Bevölkerung mit großer Mehrheit angenommen werden wird. Was dann geschehen wird, weiß noch kein Mensch. Man hört nur, daß die bisherigen politischen Parteien im Land ihre Anhänger verlieren und daß sie auseinanderlaufen.

Es ist kein Wunder, daß sie wie Sand auseinanderlaufen; denn die Leute sehen das Ergebnis der parteipolitischen Arbeit seit dem Jahre 1945 vor sich. Damit sind sie natürlich nicht zufrieden und gehen auseinander. Ob sich nun etwas Neues formt, kann auch kein Mensch wissen. Sie haben vielleicht gelesen, daß sich Herr Bidault¹⁰ bemüht, so etwas wie eine französische CDU zu schaffen. Ob gerade ihm das gelingen wird, weiß ich nicht. Auf der anderen Seite hat sich Mendès-France¹¹ bemüht, die Linke zusammenzufassen. Ob ihm das gelingt, weiß ich ebensowenig. Ich weiß auch nicht, was Soustelle¹² oder sonst irgend jemand macht. Jedenfalls ist es so, wenn die Verfassung angenommen wird, dann kommt die Wahl eines neuen Staatspräsidenten. Es ist wohl kein Zweifel, daß dieser Staatspräsident de Gaulle heißen wird. Was aber aus Alger, aus der französischen Wirtschaft und aus der französischen Währung werden wird, daß weiß kein Mensch. Man kann, namentlich was die französische Wirtschaft und die französische Währung angeht, nur mit großer Sorge den nächsten Monaten entgegensehen.

Alles das zusammen schwächt natürlich die Europapolitik in außerordentlich großem Maße. Herr de Gaulle hat nirgendwo erklärt, daß er die Verträge nicht anerkennen werde; im Gegenteil, er hat erklärt, er würde sie anerkennen. Wenn aber nicht eine unerwartete Wendung kommt, müssen wir damit rechnen, daß Frankreich aus

10 Georges Bidault (1899–1983), französischer Politiker; 1944 Mitbegründer, 1949–1951 Vorsitzender und bis 1959 Mitglied des MRP. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 320 Anm. 52.

11 Pierre Mendès-France (1907–1982), französischer sozialistischer Politiker; 1955–1957 Vizepräsident der radikalsozialistischen Partei, 1959 Parteiausschluß, 1960 Beitritt zur Parti Socialiste Unifié (PSU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 247 Anm. 6.

12 Jacques Soustelle (1912–1990), französischer Politiker und Ethnologe; 1940 Anschluß an de Gaulle, 1943–1944 Leiter des Geheimdienstes in Algerien, 1945 Informationsminister, 1945–1946 Kolonialminister, 1945–1946 Mitglied der ersten Konstituante, 1951–1958 und seit 1973 der Nationalversammlung, 1947–1951 Generalsekretär der RPF, 1955–1956 Generalgouverneur von Algerien, 1958–1959 Informationsminister, 1959–1960 Sonderminister für Saharafragen, Überseegebiete und Atomenergie, 1961–1968 Exil, seit 1973 Mitglied des Europarates.

dieser ganzen Situation und Entwicklung wirtschaftlich sehr geschwächt hervorgehen wird, was natürlich für die Verwirklichung unserer Europapolitik nicht gut ist. Wir können nur hoffen und wünschen, daß diese Zeit der Prüfung unserer Europapolitik gut vorübergehen wird. An dieser unserer Europapolitik werden und müssen wir unter allen Umständen festhalten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir in unserer Europapolitik schwierigen Zeiten entgegensehen.

Lassen Sie mich von hier aus sofort zur Sowjetunion übergehen. Die Schwächung Frankreichs bedeutet auch die Schwächung Europas, wobei ich ausdrücklich betonen möchte, daß de Gaulle – und zwar aufgrund vertraulicher Nachrichten, die ich bekommen habe – ein entscheidender Gegner des russischen Kommunismus geworden ist. Alles in allem gesehen, ist natürlich das westliche Lager durch alle diese Vorgänge geschwächt. Das stärkt zwar das östliche Lager; aber auch im Osten, wenn auch sehr laut dagegen getönt wird, sind ganz unabwiesbare Schwierigkeiten entstanden, und zwar zunächst Schwierigkeiten zwischen der Sowjetunion und den Satellitenstaaten, die mehr oder weniger einen nationalen Kommunismus haben wollen, namentlich auch die jetzigen Machthaber. Es ist sehr bezeichnend, daß sich Rotchina sehr energisch in die Dinge eingemischt hat und als Hüter der wahren und echten Lehre Lenins aufgetreten ist.¹³ Es hat auf Moskau dahin eingewirkt, daß diese echte und wahre Lehre nun auch wirklich weiter praktiziert wird. Das hatte Rotchina bisher nicht getan. Darin liegt natürlich, wenn man die Welt als solche betrachtet, auch wiederum eine sehr ernste Frage, nämlich die, wie wird der Einfluß dieses 600-Millionen-Volkes, wenn es sich einmal weiterentwickelt hat, auf die ganze Weltlage sein. Moskau wird also aufpassen müssen, daß ihm Rotchina in der Führung des Kommunismus nicht den Wind aus den Segeln nimmt.

Ich möchte nun auf Genf eingehen.¹⁴ Für Genf gibt es ein sehr gutes Vorzeichen insofern, als man zum ersten Mal an den Grund der ganzen Probleme herangeht. Wenn sich die Wissenschaftler darüber einigen, daß es eine Möglichkeit gibt, Atomteste festzustellen, wenn man sich unter den Sachverständigen einigt – das ist ja die zweite Phase –, eine Bewaffnung mit einer anderen Zusammensetzung vorzusehen, wenn man weiter bei einer Untersuchung zu dem Ergebnis kommt, daß man rechtzeitig Überraschungsangriffe feststellen kann, dann ist damit ein wirkliches Fundament zum ersten Mal geschaffen, um auch in Genf politische Verhandlungen mit einer gewissen Aussicht auf einen Erfolg zu führen. Insofern ist also die bevorstehende Konferenz

13 Nach dem 20. Parteitag der KPdSU von 1956 verstärkten sich ideologische Differenzen zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion. Im Mai 1958 schließlich beschloß das ZK der KPCh die Verwirklichung des radikalen maoistischen Konzepts für den Aufbau eines sozialistischen Gesellschaftssystems. Mit der sogenannten „Politik der drei roten Banner“ setzte sich Mao Tse-tung vom sowjetischen Modell ab. Vgl. Peter SCHIER: Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bis zur Kulturrevolution (1949–1966), in: VR China im Wandel. Bonn 1988 S. 69–74.

14 Expertenkonferenz über die Kontrolle von Nuklearversuchen vom 1. Juli bis zum 21. August 1958 in Genf (AdG 1958 S. 7154f. und ebd. S. 7255–7258).

in Genf für uns erfreulich. Wir können nur wünschen, daß die Forschungen und Untersuchungen, wie man einen Überraschungsangriff rechtzeitig feststellen kann, Erfolg haben werden.

Amerika kommt jetzt allmählich, sobald der Sommer vorbei sein wird, in das Wahlkampfieber hinein. Sie wissen, daß im November Kongreßwahlen stattfinden.¹⁵ Alle Stimmen aus Amerika, auch die der Republikaner, sind sich darüber einig, daß ein großer Sieg der Demokraten kommen wird. Ich glaube aber, daß eine größere Mehrheit der Demokraten im Senat und im Repräsentantenhaus die europäische Linie der Vereinigten Staaten nicht verändern wird. Gott sei Dank sind sich Demokraten und Republikaner in den Vereinigten Staaten über die Außenpolitik im wesentlichen einig.

Nun möchte ich einige Worte zur Frage der Wiedervereinigung sagen. Wir müssen wohl doch feststellen, daß wir uns alle miteinander in der Schätzung des Zeitpunktes, an dem eine Wiedervereinigung erfolgen kann, getäuscht haben. Als wir in den Jahren 1948 und 1949 im Parlamentarischen Rat saßen und sich Sowjetrußland mit den drei anderen westlichen Mächten als Besatzungsmacht fühlte, waren wir alle der Auffassung, daß das Grundgesetz, das wir damals schufen, nur eine beschränkte Zeit Geltung haben würde und daß es dann durch eine Verfassung ersetzt werde, die von einer Nationalversammlung, und zwar aus sämtlichen Besatzungszonen Deutschlands gewählt, beschlossen würde. Das sind immerhin fast zehn Jahre her. Die Verhältnisse in der Welt haben sich immer mehr zugespitzt und verhärtet. Die beiden Fronten gegeneinander sind immer größer geworden und schärfer ausgeprägt worden. Wir sehen nun – darüber müssen wir uns völlig klar sein –, daß es absolut unrealistisch war zu glauben, die Frage der Wiedervereinigung lösen zu können, ohne daß eine allgemeine Entspannung in der Welt eintritt.

Man muß sich, so bitter das auch ist, in die Lage der Russen hineinversetzen, in den Gesichtspunkt, von dem sie aus die ganze Situation betrachten. Die Russen wissen ganz genau, daß, wenn sie die DDR freigäben, Polen und die Tschechoslowakei und vielleicht auch Ungarn nicht zu halten wären. Daraus ergibt sich, daß man keine falschen Versprechungen machen darf. Das zahlt sich nicht aus; im Gegenteil, das ruft nachher Enttäuschungen hervor. Die Politik der Wiedervereinigung muß bis auf weiteres darauf gerichtet sein, das menschliche Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs lebendig und wach zu halten. Im übrigen müssen wir die Politik weiterverfolgen, die wir seit Jahr und Tag betreiben, die Politik der Abrüstung und damit der Entspannung.

In der Zone sind die Dinge z.Z. außerordentlich schlecht. Der Druck, der von der SED ausgeübt wird, hat sich immer mehr gesteigert. Wie mir ein Mann, der sehr

¹⁵ Am 4. und am 25. November 1958 Teilwahlen für 33 der insgesamt 96 Sitze des Senats und die Neuwahl des Repräsentantenhauses. Das Gesamtergebnis für den Senat: 64 (bisher 49) Demokraten, 34 (bisher 47) Republikaner, für das Repräsentantenhaus 283 (bisher 232) Demokraten, 153 (bisher 195) Republikaner. – AdG 1958 S. 7379, 7410f.

berufen ist, darüber zu urteilen, sagte, werden zwar in der Zone nicht die brutalen Mittel angewendet wie etwa in Ungarn oder sonstwo, dafür aber um so raffinierter ausgedachte geistige Qualen und Torturen, um die Menschen dort zu kneten und unter Druck zu halten. Wir müssen sehen, wie weit wir den Menschen dort, deren Verbindungen zum Westen fast ganz abgerissen sind, helfen können. Z.Z. bemüht man sich darum, die wichtigsten Verbindungsglieder, die wir haben – das sind die beiden christlichen Kirchen –, zu trennen. Die evangelische Kirche drüben ist einem besonders harten Druck ausgesetzt; aber auch der Druck auf die katholische Kirche hat schon seit einiger Zeit außerordentlich stark eingesetzt. Es ist z.B. dem Bischof Döpfner¹⁶ nicht mehr gestattet worden, in den Teil seiner Diözese, der in der Ostzone liegt, einzureisen. Man versucht also da genau dieselben Mittel der Trennung. Das ist sehr bedauerlich und sehr traurig. Wir können nur hoffen, daß hier die Entwicklung der allgemeinen Entspannung früh genug Früchte trägt, bevor wir dort an geistigem Boden außerordentlich viel verloren haben.

Nun zur Innenpolitik! Die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik sollte uns heute morgen und auch heute nachmittag in besonderem Maße beschäftigen. Wir haben heute den 11. Juli. Der Bundestag ist in Ferien. Wenn er wieder am 29. September in Berlin zusammentritt, dann ist bereits ein Jahr vergangen seit der Bundestagswahl. Es wird dann noch eine Zeit von etwa eineinhalb Jahren für eine ruhige Arbeit möglich sein. Nach diesen eineinhalb Jahren fängt aber schon wieder die Arbeit für die neue Bundestagswahl im Jahre 1961 an. Diese Bewegungen werden zunächst nur mit einem Seismographen festzustellen sein, aber nach eineinhalb Jahren wird die politische Arbeit im Bundestag wieder sehr schwer werden. In diesen eineinhalb Jahren, die uns dann im Bundestag zur Verfügung stehen, werden sehr wichtige und entscheidende Gesetze verabschiedet werden müssen. Es hat keinen Zweck, uns jetzt darüber zu unterhalten, was alles gemacht werden muß. Ich möchte Ihnen aber versichern, daß die Bundestagsfraktion und die Parteileitung diese Situation ins Auge gefaßt und auch schon ein Programm über die Tätigkeit des Bundestages aufgestellt haben.

Es ist aber nicht etwa so, als ob der Bundestag seit der letzten Wahl nichts getan hätte; genau das Gegenteil ist der Fall. Halten Sie sich aber bitte vor Augen, wie schwierig es ist, eine Fraktion von 270 Menschen zu einem einigermaßen harmonischen Arbeitskörper zusammenzufassen. Ein großer Teil der Mitglieder kam neu in den Bundestag. Man mußte sich zunächst einmal kennenlernen und auch die Fähigkeiten der einzelnen Mitglieder feststellen. Es war eine sehr schwere Arbeit, die da geleistet worden ist, für die wir der Fraktion und ihrem Vorstand, insbesondere ihrem Vorsitzenden, Herrn Kollegen Dr. Krone, nur von Herzen dankbar sein können.

16 Dr. Julius Döpfner (1913–1976), 1948–1957 Bischof von Würzburg, 1957–1961 von Berlin (1958 Kardinal), 1961–1976 Erzbischof von München-Freising.

Ich möchte ein Wort über die wirtschaftliche Lage sagen. Der hektische Auftrieb ist Gott sei Dank vorüber, der in den vergangenen Jahren zu verzeichnen war und zu einer Überhitzung in manchen Zweigen der Wirtschaft geführt hat. Die allgemeine Entwicklung der Wirtschaft bei uns in Deutschland ist wohl am ruhigsten und stabilsten von allen wirtschaftlich bedeutenden Ländern. Wir können dafür nur sehr dankbar sein.

Ich möchte nun einiges sagen über die Entwicklung des Parteiwesens in der Bundesrepublik. Es ist notwendig, aus zwei Gründen darüber zu sprechen. Wir haben in drei Bundestagswahlen gesiegt. Wir werden, wenn diese Wahlperiode zu Ende geht, zwölf Jahre verantwortungsvolle Arbeit hinter uns haben. Unsere Verantwortung während dieser zwölf Jahre war und ist außerordentlich groß; sie verpflichtet uns und gibt uns natürlich auch Anlaß zur Befriedigung. Ich komme gleich darauf zurück, wenn ich über die letzte Landtagswahl spreche. Wahlsiege bedeuten nicht nur Siege, sondern auch eine sehr große Verpflichtung.

Das zweite Moment in der Parteientwicklung ist unverkennbar der hervortretende Zug zum Zweiparteiensystem, den wir schon seit geraumer Zeit in der Bundesrepublik wahrnehmen. Ich brauche hier nicht viel darüber zu sagen, wie lächerlich es ist, wenn die Sozialdemokratie oder die FDP davon sprechen, daß wir nach einer Einparteienherrschaft strebten. Ich möchte gerne einmal wissen, wonach die Sozialdemokratie anders strebt als nach einer Herrschaft der Partei, einer Mehrheit für sie. Eine Mehrheit bedeutet ja keineswegs an sich, daß man damit die Mitarbeit anderer Parteien ausschließt. Leider Gottes ist es aber doch so im Bundestag, daß die beiden nicht in der Regierungskoalition sich befindenden Parteien, die SPD und die FDP, einfach nicht mitarbeiten wollen. Ich möchte das für diejenigen unter uns, die nicht tagtäglich im Bundestag dabei sind, einmal sehr nachdrücklich feststellen. Es ist wirklich kein Größenwahn bei unserer Fraktion oder etwa bei der Bundesregierung, daß wir die Mitarbeit der anderen nicht wollen, aber wir sind in entscheidenden Gebieten so weit auseinander in der Auffassung, daß eben eine Zusammenarbeit nicht möglich ist; es sei denn, wir verzichten auf alles das, was wir nun in all den Jahren als richtig erkannt und befolgt haben und das sich auch in der Entwicklung Deutschlands sehr gut bewährt hat. Die SPD unterliegt einem sehr starken Zug zum Radikalismus. Ich kann mich Ihnen gegenüber auf wenige Sätze beschränken, weil Sie ja gerade diese Entwicklung verfolgen. Der Stuttgarter Parteitag war zuerst angekündigt als ein Parteitag der Reformen. Ich darf an die Namen erinnern, die vor diesem Parteitag genannt worden sind. Dann hat er eigentlich geendet mit einem Abstieg der SPD zum Radikalismus. Das zeigt sich nicht nur in der Wahl des Herrn Wehner.¹⁷ Herr Wehner – ich kann das in diesem Kreise ruhig sagen, ohne in einen falschen Verdacht

17 Auf dem SPD-Parteitag, der vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart stattfand, war Wehner am 22. Mai zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt worden (SPD, Parteitag 1958 in Stuttgart S. 434f.; vgl. auch Peter LÖSCHE/Franz WALTER: Die SPD: Klassenpartei-Volkspartei-Quotenpartei. Darmstadt 1992 S. 184–192).

zu kommen –, der zweifellos die stärkste Potenz in der SPD ist, ist auch der Fleißigste dort. Er hat auch die meisten Kenntnisse und die stärksten Ellenbogen, und er ist der Radikalste. Es mag sein, daß vielleicht noch einige da sind, die noch radikaler sind. Das weiß ich nicht, aber jedenfalls unter den führenden Leuten ist Wehner sicher der Radikalste. Nach meiner Meinung tritt das am deutlichsten hervor in seinem Ausspruch, er sei ein altmodischer Mann, er sei ein Klassenkämpfer. Das schließt alles in sich ein. Da braucht man keine großen programmatischen Sachen zu machen; denn er stellt sich wieder auf den Boden des Klassenkampfes.

Machen Sie sich einmal klar, was das Wort Klassenkampf bedeutet. Das bedeutet zunächst, daß man davon ausgeht, es bestehen verschiedene Klassen in der Bevölkerung Deutschlands, und diese Klassen kämpfen gegeneinander. Wer das tut, also den Klassenkampf propagiert, der stellt sich nach meinem Empfinden außerhalb des Bodens der Demokratie, und er fällt zurück in eine Periode der Entwicklung der Sozialdemokratie, die ich für meine Person lange überwunden glaubte. Ich glaube nicht, daß eine der führenden sozialdemokratischen Persönlichkeiten in der Weimarer Zeit jemals einen solchen Ausspruch getan hat. Wir müssen uns aber damit abfinden, daß dies das Wort ist, das Herrn Wehner eigentlich am besten kennzeichnet, den Klassenkämpfer.

An seine Seite sind die Gewerkschaften getreten. Hier ist ein außerordentlich ernstes Kapitel aufgetaucht, über das wir uns zu gegebener Zeit einmal ausführlich unterhalten müssen. Die Gewerkschaften bekennen sich jetzt – im Gegensatz zu dem, was Böckler¹⁸ und Freitag vertreten haben – ganz ausgesprochen zur sozialistischen Hilfs- oder Stammtruppe, gleichgültig wie Sie es nennen wollen. Für die Arbeitnehmer, die sich zu uns zählen, entsteht damit ein Dilemma. Es ist eine Frage, die sehr ernst und sehr schwer zu lösen ist. Ich möchte aber betonen, daß wir uns jetzt nicht darüber verbreitern sollten; denn diese Frage muß zunächst einmal weiter geklärt und für eine Diskussion vorbereitet werden. Ich möchte aber hier unserem Kollegen Blank¹⁹ herzlich dafür danken, daß er so tapfer den Fehdehandschuh aufgegriffen hat, den man unserer Partei zugeworfen hat, und daß er dann so tapfer dem entgegengetreten ist. Er ist deswegen z.Z. bei den Gewerkschaften wohl noch verhaßter, als ich es bin. (*Blank*: Es bessert sich schon wieder!) Bei mir oder bei Ihnen? (*Heiterkeit*.) Ich wiederhole noch einmal: Wir sollten Herrn Blank dafür sehr dankbar sein.

Nun ein Wort zur FDP! Wenn man bedenkt, mit welch großen Ideen und Träumen seinerzeit die Düsseldorfer – begleitet von Herrn Dehler²⁰ – ausgezogen sind, um als

18 Hans Böckler (1875–1951), 1947–1951 Vorsitzender des DGB (zunächst der britischen Zone, ab 1949 des Bundesgebiets). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 111 Anm. 10.

19 Theodor Blank (1905–1972), 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1965 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 266 Anm. 41.

20 Dr. Thomas Dehler (1897–1967), 1949–1967 MdB (FDP), 1953–1957 FDP-Fraktionsvorsitzender, 1954–1957 Bundesvorsitzender der FDP. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 174 Anm. 11.

sogenannte dritte Kraft entscheidend die deutsche Politik mitzubestimmen, wenn man weiter bedenkt, welche Mittel sie angewandt haben, insbesondere die Herren Weyer²¹ und Döring, und nun die Quittung betrachtet, die die Demokraten bekommen haben, sowohl bei der Bundestagswahl wie auch namentlich bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen, dann braucht man kaum noch ein Wort hinzuzufügen, um das völlige Fiasko, das sie erlitten haben, zu kennzeichnen.

Ich habe wenig Hoffnung – ich gebrauche absichtlich den Ausdruck Hoffnung –, daß sich die FDP in der Bundesrepublik aus diesem inneren Chaos noch einmal wird erholen können. Ich glaube auch nicht, daß die Führung des Herrn Maier in Stuttgart ausreicht, um dort wieder gesunde und vernünftige Verhältnisse herzustellen. Die FDP kommt heute in Frankfurt zusammen. Warten wir das einmal ab. Es scheint aber doch ziemlich sicher, daß keine Aussicht auf eine für uns tragbare Konsolidierung mit der FDP besteht.

Die Deutsche Partei macht uns natürlich auch Sorgen, und zwar ernste Sorgen. Ihre Fraktion im Bundestag ist jetzt auf 15 Mitglieder gesunken.²² Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich ein solcher Abbröckelungsprozeß, wenn er in einer Fraktion einmal begonnen hat, auch fortsetzt. Was werden wird, wenn sie unter die 15-Mann-Grenze sinken und keine Fraktion mehr sind, das kann z.Z. niemand beantworten.

Nun sind in Niedersachsen im April des nächsten Jahres Landtagswahlen. Es wird notwendig sein, daß wir uns mit unseren Freunden aus Niedersachsen nach der großen Pause – Ferien will ich nicht sagen, das Wort „Ferien“ ist eine Täuschung – einmal in einem kleinen Kreise zusammensetzen, um einmal in aller Ruhe zu überlegen, wie wir zur Deutschen Partei stehen und was besonders im Hinblick auf die Wahlen in Niedersachsen geschehen soll.

BERICHT ÜBER DIE LANDTAGSWAHL IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Damit bin ich zu den Landtagswahlen in diesem Jahre gekommen. Sie wissen, daß fünf Landtagswahlen stattfinden. In Nordrhein-Westfalen hat sie schon stattgefunden. Dann folgen Schleswig-Holstein, Hessen, Bayern und Berlin. Die Bedeutung der Landtagswahlen brauche ich Ihnen nicht ausführlich klarzulegen. Sie wissen, daß sie von der SPD gewollt waren als eine Fortsetzung des Bundestagswahlkampfes und als ein Versuch, über den Bundesrat unsere Arbeit im Bundestag und in der Bundesregierung mehr oder weniger zunichte zu machen oder jedenfalls zu erschweren. Deshalb haben diese Landtagswahlen eine besondere Bedeutung.

21 Willi Weyer (1917–1987), 1950–1954 und 1958–1975 MdL NW (FDP), 1956–1958 Finanzminister, 1953–1954 MdB, 1956–1972 FDP-Landesvorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 767 Anm. 71.

22 Zu Beginn der Legislaturperiode umfaßte die DP-Fraktion 17 Abgeordnete, von denen zwei im Juni 1958 ausschieden und zur FDP- bzw. CDU/CSU-Fraktion wechselten. Vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 247.

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat Gott sei Dank den schlechten Eindruck wieder wettgemacht, den die Wahl in Hamburg in der deutschen Öffentlichkeit hervorgerufen hatte. Die Wahl hat zum ersten Mal seit dem Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen eine absolute Mehrheit der CDU gebracht. Wenn man sich vor Augen hält, daß Nordrhein-Westfalen unser volkreichstes Land und auch das größte Industrieland ist, so ist das ein sehr großer Erfolg. Wir sind den beiden Landesparteien, die sich zu einem Landespräsidium zusammengeschlossen hatten²³, von ganzem Herzen dafür dankbar. Sie werden wohl alle mit mir darin übereinstimmen, daß ich unseren Dank insbesondere den beiden Landesvorsitzenden, den Herren Johnen und Lensing, ausspreche. (*Lebhafter Beifall.*) Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist für die SPD und für die Gewerkschaften – wir müssen sie jetzt zusammen nennen – verlorengegangen, obwohl Nordrhein-Westfalen die größte Zahl an Arbeitnehmern der Industrie als Wähler hat. Das kann uns wirklich mit großem Vertrauen erfüllen, und zwar auch für unsere künftige Arbeit. Wie groß die Bedeutung dieses Sieges ist, nicht nur für das Land Nordrhein-Westfalen, sondern auch für unsere gesamte Politik in der Bundesrepublik, insbesondere für die Außenpolitik, das wird Ihnen ohne weiteres klar – ich brauche gar nicht von den Glückwünschen zu sprechen, die ich aus dem Ausland bekommen habe –, wenn Sie sich einmal die Sozialdemokraten und ihre Gesichter vorstellen! Welch ein ungeheuer großes Geschrei wäre durch den deutschen Blätterwald – mit Ausnahme der Blätter von Herrn Lensing²⁴ und der „Rheinischen Post“ –, aber auch durch den ausländischen Blätterwald gegangen, wenn die Sozialdemokraten triumphierend hätten verkünden können: Seht, das ist die wahre Stimmung des Volkes. Bei der Bundestagswahl ist die Wählerschaft getäuscht worden. Jetzt haben die Leute aus Nordrhein-Westfalen – das sind die Industriearbeiter, die aufgeklärten SPD- und FDP-Leute – tatsächlich so gestimmt, wie das Volk denkt.

Das wäre allerdings für die außenpolitische Lage, namentlich bei der Schwäche Frankreichs, verheerend, ja vernichtend gewesen. Sie müssen einmal einige Minuten darüber nachdenken, um sich klarzumachen, welch außerordentlich große Bedeutung unser Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen hat.

Ich möchte noch ein Wort des Dankes an die beiden Landesvorsitzenden richten, weil sie unmittelbar nach der Wahl allen Munkeleien, wer denn nun Ministerpräsident wird²⁵, so schnell ein Ende gemacht haben, indem sie sehr schnell eine Entscheidung herbeiführten, wobei sie sich vorher darüber verständigt hatten, daß die Entscheidung, die nun gefällt werde, von allen anerkannt, unterstützt und begrüßt würde. (*Beifall.*) Das ist eine vorbildliche und kluge politische Haltung. Auch dafür müssen wir den

23 Die CDU-Landesverbände des Rheinlandes und Westfalens hatten nach dem Sturz von Ministerpräsident Arnold im Februar zur Straffung der Oppositionsarbeit am 22. März 1956 ein gemeinsames Landespräsidium geschaffen. Vgl. UiD Nr. 23/24 vom 22. März 1956, Sonderbeilage S. 1.

24 Lambert Lensing war Verleger der „Ruhr-Nachrichten“.

25 Dr. Franz Meyers.

beiden Landesvorsitzenden von Herzen dankbar sein. Durch die Schnelligkeit, mit der gehandelt worden ist, ist der Sieg, der am Tage vorher erfochten wurde, in seiner plastischen Größe erst richtig in Erscheinung getreten. Der Wahlkampf war heiß, aber manches ist doch dann wieder klargeworden.

Das gilt auch für die kommenden Landtagswahlen. Ich möchte miteinbeziehen Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, die im nächsten Jahr wählen werden²⁶, so daß also die Serie der Landtagswahlen eigentlich gar nicht aufhört. Im Dezember wählt Berlin, im April des nächsten Jahres Niedersachsen, und dann schließt sich im Mai Rheinland-Pfalz an. Wie die innenpolitische Situation nun einmal ist, muß man diese ganzen Landtagswahlen unter einem Gesichtspunkt betrachten.

Lassen Sie mich hier einige Bemerkungen machen. Ich nehme an, daß wir von den Herren aus Nordrhein-Westfalen noch das eine oder andere über den Verlauf der Wahl hören werden, woraus wir sicher vieles lernen können. Ich möchte drei Punkte hier erwähnen. Verzeihen Sie, wenn ich zuerst von der Geldfrage spreche. Aber das Geld ist nun einmal, auch wenn das nicht so recht anerkannt wird in Karlsruhe, eine sehr wichtige Munitionsfrage beim Wahlkampf. Nun etwas zu dem Urteil in Karlsruhe!²⁷ Nach altem deutschen Recht konnte man eine Woche lang den Richter schelten. Aber ich möchte doch hier betonen, daß die Anschauung über die tatsächlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik, die dem Urteil – soweit man hineinsehen kann – zugrunde liegt, gerade durch die Wahl in Nordrhein-Westfalen wirklich ad absurdum geführt worden ist. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Man ist davon ausgegangen, daß alle Parteien die gleiche Chance haben müßten. Zunächst einmal, wie sollen wir der FDP eine Chance geben? (*Lebhafte Heiterkeit*.) Das kann man doch nicht! Dann müßte man vor jeder Wahl alle Parteien auflösen und sagen: Fangt alle an! Und dann müßte man sehen, wer die meisten Stimmen bekäme. Also, das ist doch ein luftleerer Raum, diese Chancengleichheit.

Meine Damen und Herren! Nach meinen persönlichen Beobachtungen hat bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die CDU die wenigste Geldhilfe gehabt, aber im Verhältnis zu ihrer Wählerzahl hat die FDP im Geld geradezu geschwommen; (*Zuruf*: Sehr richtig!) denn wenn die FDP am Tage nach der verlorenen Wahl auf ihre Plakate ein neues Plakat hat aufkleben lassen „Wir danken unseren Wählern für ihre Stimme“, dann muß sie doch eine ungeheuer große Geldsumme zur Verfügung gehabt haben. Sie konnte zwar die Plakate, die man immer wieder verwenden kann, zurückgelegt haben, aber es zeigte sich doch, weil sie diese Plakate vorher hat drucken lassen, daß die FDP ihres Sieges sicher gewesen ist.

Auch die SPD – das möchte ich nachdrücklich erklären, und ich hoffe, darin mit Ihrem Urteil übereinzustimmen – hat mindestens, wenn nicht mehr, soviel Geld zur Verfügung gehabt, wie wir gehabt hatten. Sie müssen auch alles das zu

²⁶ Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen am 19. April 1959.

²⁷ Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzierung der politischen Parteien vom 24. Juni 1958 (2 BvF 1/57). Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 8 Nr. 6 S. 51–71.

den Wahlausgaben der SPD rechnen, was sie für den Kampf gegen den Atomtod ausgegeben hat. Das ist eine ganz große Summe. Vielleicht haben Sie auch die Drucksachen gesehen, die so nobel ausgestattet waren. Ich habe immer gefragt, woher hat die eigentlich das Geld her. Von den DM 100.000,-, die angeblich nur die Gewerkschaften gegeben haben, kann man das unmöglich bestreiten.

Die Geldfrage ist durcheinandergekommen durch das Urteil von Karlsruhe, aber wir hoffen, daß sich doch hier wiederum Möglichkeiten ergeben, die mit dem Urteil in Einklang stehen und die uns auch zu gegebener Zeit den Nervus rerum bringen.

Ganz wichtig scheint mir doch in diesem Wahlkampf die Frage der Organisation und die des Kampfgeistes gewesen zu sein, die sich dort gezeigt haben. Ich möchte hier zwei Ziffern nennen, die mir haften geblieben sind. Als ich am Sonntagabend die Wahlergebnisse erfuhr, hörte ich, daß die Wahlbeteiligung in Köln bei etwa 63 % gelegen hat. Das ist wohl die niedrigste Wahlbeteiligung im Land gewesen. Im Wahlkreis Warburg betrug die Wahlbeteiligung 86 %. Nun erkenne ich ohne weiteres an, daß unter Umständen die Westfalen klüger sind als die Rheinländer, aber wenn ich mir nun auf der einen Seite Warburg und auf der anderen Seite Köln vorstelle, dann glaube ich, daß man hier nicht ohne weiteres vom Durchschnitt der Klugheit bei den Westfalen und bei den Rheinländern ausgehen kann, sondern ich hätte doch annehmen müssen, daß die Kölner etwas mehr Grütze im Kopf gehabt hätten, aber sie waren zu faul. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Und hier an dem Beispiel Kölns ist die Frage der Organisation so unmittelbar klar geworden, daß wir nun wirklich die nötigen Konsequenzen daraus ziehen müssen. Das gilt auch für die nächsten Wahlen in den anderen Ländern. Wenn sich irgendwo, wie z.B. in Köln, ganz offenbar ein derartiger Mangel an Organisation und an Kampfgeist zeigt – das hängt ja unmittelbar zusammen –, dann bedarf es hier einer sehr sorgsam und intensiven Arbeit, um da gründlich nachzuhelfen.

Ein Wort noch zur Jungen Union! Eine der erhebensten und schönsten Versammlungen, die ich in diesem Wahlkampf mitgemacht habe, war die an jenem Sonntag, als die Junge Union von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf zusammenwar.²⁸ Es war da eine Versammlung mit einer Teilnehmerzahl, die man ohne Übertreibung auf 13.000 bis 14.000 schätzen kann. Es waren 11.000 feste Plätze, das übrige Stehplätze. Davon waren – das ist eine Schätzung, aber doch ziemlich zuverlässig – etwa 90 % junge Leute beiderlei Geschlechts.

Es war für mich der erhebenste Eindruck im ganzen Wahlkampf, daß gerade in diesem Land soviel Jugend sich für unsere Partei entschieden hat. Ich habe manchmal gedacht, was wird nun eigentlich werden, wenn wir zehn Jahre weiter sind und alle diejenigen, die den Nationalsozialismus erlebt haben und zu den Gründern der CDU und CSU gehören, nicht mehr unter uns weilen. Ich muß sagen, in dieser Versammlung der Jungen Union habe ich zum ersten Mal die Überzeugung bekommen, daß wir mit

²⁸ Großkundgebung der Jungen Union Rheinland und Westfalen am 8. Juni 1958 in Düsseldorf (TERMINKALENDER).

der CDU und der CSU feste Wurzeln in der jungen Generation geschlagen haben. Wir müssen also überall zur Jungen Union stehen. Sicher, wir sind auch alle mal jung gewesen, und in der Jugend überspannt man etwas den Bogen und geht in seinen Forderungen manchmal zu weit. Ich bin nun auch wirklich nicht dafür, daß nun ein großer Prozentsatz von Referendaren Bundestagsabgeordnete werden, Herr Kollege Krone, aber wir müssen doch die Junge Union fördern. Insbesondere müssen wir sie fördern in den Kommunen.

Damit komme ich auf ein sehr ernstes Kapitel. So sehr wir Anlaß haben, uns über das zu freuen, was wir im Bund und in den Ländern erreicht haben, so wenig haben wir Veranlassung, uns über das zu freuen, was bisher in den Kommunen erreicht worden ist. Gerade in den Kommunen hat doch die Sozialdemokratie – wenn ich jetzt von Nordrhein-Westfalen ausgehe – in einer Weise Wurzeln geschlagen, die erschreckend ist. Bedenken Sie bitte – ich als alter Kommunalmann habe doch ein gewisses Urteil darüber –, daß sich der unmittelbare Zusammenhang zwischen Behörde und behördlicher Autorität im Hinblick auf Entgegenkommen oder Ablehnung auf der kommunalen Ebene am deutlichsten zeigt. Deshalb bin ich der Auffassung, daß uns hier noch eine ganz große Aufgabe bevorsteht. Das ist die Frage, wie sorgen wir dafür, daß die nächsten Kommunalwahlen besser ausfallen als bisher. (*Bitter*: Sehr richtig!) Wir haben im Jahre 1960 in Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen.²⁹ Ich weiß nicht, wann wir in den anderen Ländern Kommunalwahlen haben, aber es ist ein zentrales Problem, und wir können unmöglich die Stellung, die wir im Bund und in den Ländern haben, weiterhalten, wenn wir nicht stärker in den Kommunen werden. (*Bitter*: Sehr richtig!) Wir müssen also gerade dieser Aufgabe in der kommenden Zeit unsere ganz besondere Aufmerksamkeit schenken.

Ich möchte schließen, indem ich nochmals betone, daß die Siege, die wir im Bund und in den Ländern errungen haben, immer eine große Verantwortung in sich schließen. Wir alle müssen uns davon freihalten, auf den errungenen Lorbeeren auszuruhen; denn dann sind die Lorbeeren sehr schnell verwelkt und zerfallen. Machen wir uns das eine klar, daß eine große Auseinandersetzung mit der SPD und den Gewerkschaften im Jahre 1961 uns bei der nächsten Bundestagswahl bevorsteht, daß aber alle Arbeiten, die wir von jetzt an für die Landtagswahl und Kommunalwahl leisten, eine ausgezeichnete Vorbereitung dazu sind.

Wir wollen weiter vorbereiten und arbeiten, damit wir im Jahre 1961 die Mehrheit nicht abzugeben brauchen, die wir uns durch eine lange und harte Arbeit im Bundestag errungen haben. (*Starker Beifall.*)

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Unser Freund Karl Arnold ist nicht mehr unter uns. Jakob Kaiser ist seit geraumer Zeit durch seine Krankheit bei unserer Arbeit nicht mehr dabei. Herr Gerstenmaier befindet sich z.Z. auf

²⁹ Die Kommunalwahlen fanden erst am 19. März 1961 statt, da das Bundesverfassungsgericht mit Entscheidung vom 2. November 1960 das Kommunalwahlgesetz für Nordrhein-Westfalen für nichtig erklärt hatte. Vgl. AdG 1960 S. 8736; AdG 1961 S. 8985.

dem Fluge von Peru nach Chile, so daß es mir als dem einzigen hier stellvertretenden Vorsitzenden obliegt, Ihnen, Herr Bundeskanzler, ein sehr herzliches Wort des Dankes zu sagen. (*Beifall.*) Wir haben diesen Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen miterlebt und gesehen, wie der Wahlkampf zunächst infolge der Fußballweltmeisterschaft³⁰ ein wenig unterging. Der einzige, der diese Fußballweltmeisterschaft am dem Abend, als sie übertragen wurde, überwunden hat, waren Sie mit Ihrer großen Überlegenheit und Ruhe. Ansonsten war es so, daß die Straßen wie leergefegt waren bis auf ein paar junge Mädchen, die weder am Fußballspiel noch an der Politik Interesse haben. Aber der allergrößte Teil der Menschen verfolgte am Fernsehschirm oder am Rundfunkgerät das, was in Schweden vor sich gegangen ist. Wir haben dabei eine tröstliche Überzeugung, daß nämlich in diesem Fußballweltmeisterschaftskampf auch der Kampf gegen den Atomtod gleichsam mit unterging. Das war aber auch das einzige tröstliche Moment. Ansonsten haben wir gesehen, wie in diesem Land der Wahlkampf geführt worden ist. Wir haben bei dieser Gelegenheit übrigens festgestellt, welch großes Ausmaß das Land Nordrhein-Westfalen hat. Wenn man nämlich an einem Abend – wie es der Herr Bundeskanzler oft genug getan hat – in der einen Ecke im Norden und dann auch noch in der anderen Ecke im Süden sprechen mußte, hat man gesehen, wie groß dieses Land ist.

Sie haben, Herr Bundeskanzler, den beiden Landesvorsitzenden, unseren Freunden Johnen und Lensing, den Dank für ihre Arbeit abgestattet. Wir, die dabeigewesen sind, können feststellen, daß eine der Komponenten, von denen Sie gesprochen haben – Sie erwähnten eben das Geld und den Kampfgeist –, nämlich der Kampfgeist, von Ihnen in einer Form ausgestrahlt worden ist, daß selbst die Müdesten mehr oder weniger sich angespornt fühlten und versuchten, Ihnen nachzueifern. Ich darf Ihnen dafür, Herr Bundeskanzler, herzlich danken, daß Sie uns ein solches Vorbild gewesen sind und durch Ihren Kampfgeist die Brüder der anderen Parteien gleichsam an die Brust genommen haben. Das war für uns alle eine außerordentlich große Erfrischung! (*Beifall.*) Ich glaube, daß diese Art viel dazu beigetragen hat, daß wir alle mit Schwung und Humor und mit viel Vertrauen in diese Wahl hineingegangen sind. Dieser Wahlkampf hat sich in der Vorbereitung gegenüber dem Hamburger Wahlkampf dadurch unterschieden – Herr Blumenfeld wird es mir nicht übelnehmen –, daß hier gesagt wurde: Wir gewinnen die Wahl, während man in Hamburg fast immer nur sagte: Diese Wahl ist nicht zu gewinnen.

Wir sind also mit viel Humor, mit großem Schwung und mit einem starken Vertrauen in den Wahlkampf hineingegangen und haben es auch glänzend geschafft. Ich bin davon überzeugt, daß wir, wenn wir in der gleichen ostentativen Form den Wahlkampf in den anderen Ländern führen, auch die kommenden Landtagswahlen gewinnen werden.

Ihnen, Herr Bundeskanzler, für Ihre vorbildliche Arbeit und Leistung noch einmal herzlich zu danken, ist uns allen hier im Vorstand ein aufrichtiges Bedürfnis.

³⁰ Vom 8. bis 29. Juni 1958 in Schweden.

Adenauer: Ich danke Ihnen sehr, meine Damen und Herren! Vielleicht geben jetzt die Herren aus Nordrhein-Westfalen einige Erläuterungen zur Landtagswahl. Wir können sicher viel daraus lernen.

Lesing: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich Ihnen für Westfalen nähere statistische Angaben mache, die die einzelnen Wahlkreise und Bezirke betreffen. Das statistische Material liegt in unserer Geschäftsstelle vor und steht Ihnen selbstverständlich, soweit es Ihren Zwecken dienlich sein kann, jederzeit zur Verfügung.

Wir hatten bei dieser Landtagswahl um zwei besondere Probleme zu kämpfen. Einmal kam es darauf an, die Wahlbeteiligung von 1954 zu erhöhen, weil bekanntlich eine hohe Wahlbeteiligung auch einen guten Erfolg für die CDU bringt. Die Wahlbeteiligung in Westfalen hat sich diesmal gegenüber 1954 von 76,3 % auf 79,6 % erhöht. In den Wahlkreisen Olpe, Lippstadt und Paderborn wurde sogar die Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl übertroffen. Insofern ist uns also der Erfolg nicht versagt geblieben.

Das zweite Problem war die Überwindung der Agitation gegen die atomare Aufrüstung. Wir haben gerade in Westfalen mit diesen Dingen sehr stark zu kämpfen gehabt. Ich erinnere an die Großkundgebung gegen den Atomtod in Dortmund³¹, acht Tage vor der Wahl, bei der sich der Gewerkschaftsbund, die Sozialdemokratie und leider auch die evangelische Geistlichkeit engagiert hatten. Der Gewerkschaftsbund erlitt bei dieser Kundgebung eine Niederlage. Abgesehen von den Straßenbahnern und den städtischen Beamten, die von der Stadt in die Kundgebung gewissermaßen hineingeschickt worden sind, ist diese Kundgebung von der Arbeiterschaft kaum besucht worden. Ich stimme mit dem Herrn von Hassel überein, daß diese Kampagne gegen den Atomtod – sie war ja auch eine Zeitlang durch die Fußballweltmeisterschaft überdeckt – doch nicht so dramatisch gewesen ist, wie wir uns das zu Anfang vorgestellt hatten.

Ich persönlich bin nicht zufrieden mit dem Wahlergebnis im westfälischen Industriegebiet. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 1957 sind dort in keiner Weise erreicht worden. Wir haben im Industriegebiet zwei Wahlkreise verloren, und zwar Recklinghausen und Bottrop. Wir haben allerdings die große Freude gehabt, zum ersten Mal seit 1948 in Dortmund einen Landtagswahlkreis wieder zu gewinnen.

Sie haben, Herr Bundeskanzler, vorhin auf die große Bedeutung der Kommunalpolitik hingewiesen. Ich sehe gerade im Industriegebiet hinsichtlich der Kommunalpolitik eine große Gefahr für uns. Bei uns im Industriegebiet ist es so, wenn in den kommunalen Parlamenten die CDU und die SPD vier Jahre lang gewissermaßen

31 Die vom DGB organisierte Großkundgebung gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr fand am 26. Juni 1958, wenige Tage vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl, in Dortmund statt. Am Rand der Veranstaltung kam es zu Tumulten, die Anlaß heftiger Auseinandersetzungen im Wahlkampf waren. Vgl. Korrespondenz, Berichte etc. in ACDP III-002-319/2, Presseberichterstattung in ACDP VI-010-827.

koalitionsmäßig zusammensitzen und sich dann sechs Wochen vor der Landtagswahl gegenseitig den Krieg erklären, so wird das von der Bevölkerung einfach nicht abgenommen. Wir werden gerade im Industriegebiet unser Augenmerk darauf richten müssen, daß man in den kommunalen Parlamenten die notwendige Distanz zur Sozialdemokratie wahrt. Natürlich muß auch die Opposition mitarbeiten, aber es muß doch eine gewisse Distanz geschaffen werden. Im Industriegebiet ist uns der Wahlkreis Recklinghausen durch das Zentrum verlorengegangen.³² In Recklinghausen-Stadt ist unser Kandidat mit 200 bis 300 Stimmen unterlegen, und zwar deshalb, weil das Zentrum in einer Reihe von Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hat.

Ich bin der Meinung, daß der Schwerpunkt des Wahlkampfes in Westfalen nicht ganz richtig angelegt war. Der Schwerpunkt des Wahlkampfes mußte nach meiner Meinung ins Industriegebiet gelegt werden. Die Kundgebung in Dortmund zu Beginn des Wahlkampfes hat letzten Endes zwar ergeben, daß wir einen Wahlkreis dort gewonnen haben, aber sonst ist das Industriegebiet schlecht weggekommen. Ich führe das darauf zurück, daß die Hoffnungen, die wir für das Industriegebiet gehabt haben, sich durch die Schwerpunktverlagerung nicht erfüllt haben. (*Adenauer*: Aber ohne mein Zutun!) Ich weiß es, Herr Bundeskanzler, wir haben uns darüber unterhalten im kleinen Kabinettsaal. Ich persönlich trage dafür die Verantwortung, wenn auch diese Dinge etwas gegen meinen Willen gelaufen sind. Aber das spielt alles keine Rolle gegenüber dem Gesamtergebnis, das wir in Westfalen erzielt haben. Die SPD hat im Sauerland und im Münsterland Stimmen gewinnen können. Das ist bedenklich, gerade in diesen Bezirken, die früher unsere Domäne waren. Das kommt wahrscheinlich daher, daß diese Gebiete seit 1945 sehr stark aufgefüllt worden sind. Dagegen hat die SPD in ihren Stammbezirken im Industriegebiet am allerwenigsten zugenommen.

Die FDP ist von 11,5 % im Jahre 1954 auf 7,1 % im Jahre 1958 zurückgegangen. Das Zentrum hat in Westfalen immerhin noch 1 % der Stimmen bekommen. Das ist gegenüber früher sehr wenig, aber in vielen Wahlkreisen sind die Zentrumsstimmen, und zwar durch Hoffmanns³³ Aufruf in 86 Wahlkreisen, noch zum Zuge gekommen und haben entsprechend auf das Wahlergebnis eingewirkt. Der Zusammenschluß von DP und BHE in Nordrhein-Westfalen³⁴ hat zweifellos der FDP Stimmen abgezogen. Aber in ganz Nordrhein-Westfalen hat die DP nur 125.000 Stimmen aufgebracht. Das ist also nicht nennenswert.

32 Im Wahlkreis 93 (Recklinghausen-Stadt) errang die CDU 30.276 Stimmen (45,6 %), die SPD 30.566 Stimmen (46,0 %), das Zentrum 464 Stimmen (0,7 %). Vgl. Handbuch des Landtags Nordrhein-Westfalen 4. WP S. 264f.; ACDP III-002-318/3.

33 Ein Aufruf von Johannes Hoffmann, dem früheren saarländischen Ministerpräsidenten, ist nicht zu ermitteln. Möglicherweise handelt es sich um einen Aufruf des Zentrumsvorsitzenden Brockmann.

34 Am 4. Mai 1958 billigte ein außerordentlicher Landesparteitag des BHE in Dortmund den Beschluß des Landesausschusses über ein Wahlbündnis mit der DP, demzufolge DP und BHE den Landtagswahlkampf gemeinsam als Deutsche Partei führten. Vgl. „Die Welt“ vom 5. Mai 1958 und „Westfalen-Zeitung“ vom 7. Mai 1958, beide in ACDP III-002-319/2.

Der Tod Karl Arnolds hat zunächst bei uns im Lande, vor allen Dingen im Industriegebiet, schockartig gewirkt und vielleicht die Wahlarbeit für einen Moment etwas gelähmt. Aber wenn ich heute zurückblicke, so kann ich doch sagen, der Tod Karl Arnolds hat uns sogar noch mehr Stimmen eingebracht durch das große Ansehen, das Karl Arnold bei der Bevölkerung gehabt hat. Das ist ja auch bewiesen worden durch die riesige Anteilnahme der Bevölkerung in Düsseldorf.³⁵

Im neuen Landtag sind 104 CDU-Abgeordnete; davon entfallen auf das Rheinland 66 und auf Westfalen 38. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Westfalen – da wir weniger direkte Wahlkreise haben und unsere Stimmen auf die Landesliste übergehen – für jeden Kandidaten 46.350 Stimmen benötigt werden, während im Rheinland nur 33.699 Stimmen dafür erforderlich sind.

Adenauer: Wir danken Ihnen sehr; das Wort hat Herr Johnen.

Johnen: Ich darf zunächst über den Dank hinaus, der dem Herrn Bundeskanzler bereits ausgesprochen worden ist, auch all den Mitarbeitern danken, die uns im Wahlkampf geholfen haben. Wir dürfen erstmalig mit Zufriedenheit sagen, daß wir vom Bund her diesmal ausreichende Hilfe hatten.

Ich fange mit den kleinen Parteien an. Leider hatte das Zentrum – d.h. die drei Reliquien des Zentrums³⁶ – noch Kandidaten aufgestellt. Das hat in einzelnen Wahlkreisen Schwierigkeiten gemacht. Wenn ich das Beispiel Recklinghausen – mit Genehmigung des Herrn Lensing – nehme, so ergibt sich folgendes: 46 % SPD, 45,6 % CDU. Hier fehlen also vier Zehntel Prozent. Das Zentrum hat dort sieben Zehntel Prozent erreicht. Wenn man nun davon ausgeht, daß etwas mehr als die Hälfte des Zentrums CDU gewählt hätte, dann hätten wir es auch hier geschafft. Das liegt also drin. (*Anhaltend starke Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Es sind sehr interessante Ausführungen. Ich darf doch um Ruhe bitten!

Johnen: Die FDP hat sich nicht so stark gehalten, sondern sie hat einen größeren Zuwachs vom BHE bekommen. Der BHE hat also nicht DP, sondern FDP gewählt. Wenn das nicht passiert wäre, dann wäre die FDP unter die 5%-Grenze gesunken. Es kommt hinzu, daß es der Gruppe Döring-Weyer gelungen ist, in den letzten vier Wochen mit einer gewissen Macht der rheinisch-westfälischen Industrie wieder in Harmonie zu kommen. Nun kann es durchaus sein, daß die FDP noch riesige Schulden hat. Ich weiß nicht, wer sie jetzt deckt. Aber davon einmal ganz abgesehen!

35 Trauerfeier im Landtag und Beerdigung am 3. Juli 1958. Vgl. „Die Welt“ vom 4. Juli 1958, auch zur Anteilnahme der Bevölkerung.

36 Von ursprünglich neun Zentrumsabgeordneten im Landtag von NW in der dritten Wahlperiode waren dies: der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Johannes Brockmann, der nordrhein-westfälische Justizminister (1950–1958) Dr. Rudolf Amelunxen und Frau Maria Flink; sie waren zugleich die letzten Zentrumsabgeordneten in einem Landesparlament. Die übrigen sechs Abgeordneten waren Ende März 1958 zur CDU übergetreten. Vgl. Ströss I S. 1220; „Die Welt“ vom 21. März 1958; ACDP III-002-318/1 und -319/2.

Wir haben im Rheinland etwas mehr Glück gehabt als in Westfalen; das kann aber auch an der Struktur der Bevölkerung liegen, weil das schwierige Gebiet in Westfalen liegt und nicht im Rheinland. Wir werden also für die Bundestagswahlen darauf achten müssen. Wir hatten eine hohe Wahlbeteiligung mit hohen CDU-Prozentsätzen auf dem Land. In den Städten wird es schwierig. In Köln und Düsseldorf haben wir 50 % CDU-Stimmen bekommen. Wir haben uns nicht irreführen lassen. Die SPD steigt aber in der Stadt ständig. Auch hierauf müssen wir bei den Bundestagswahlen genau achten. Unser Schwerpunkt muß in die Großstädte verlagert werden. Diese Nutzenanwendung habe ich persönlich aus den Wahlen gezogen.

Es ist uns im Rheinland gelungen, nicht nur die bisherigen 52 Wahlkreise wiederzubekommen, sondern darüber hinaus noch acht neue Wahlkreise, und zwar Remscheid, Solingen-Ohligs, Wuppertal-Südwest, Wuppertal-Nordwest, Wuppertal-Südost, Duisburg, Oberhausen I und Oberhausen II. Wir haben aber einen geringeren Prozentsatz bei der Wahlbeteiligung als Westfalen. Westfalen liegt bei 79 % und wir bei 74,1 %. Wir liegen aber deshalb so günstig, weil unsere Landkreise eine sehr hohe Wahlbeteiligung aufweisen. Die Bundestagswahl haben wir nirgendwo erreicht. Wir hatten bei der Bundestagswahl 93 bis 94 %.

Die höchste Wahlbeteiligung war in folgenden Kreisen:

Geldern	88,1 %	Jülich	87,4 %
Schleiden	87,0 %	Kleve	85,0 %

In zwölf Wahlkreisen hatten wir eine Beteiligung von über 80 %. Dieses schöne Ergebnis haben uns aber die Großstädte kaputtgemacht, nämlich:

Köln	65,6 %	Duisburg	70,8 %
Wuppertal	68,3 %	Remscheid	72,0 %

Trotzdem hat sich die früher aufgestellte These, daß eine hohe Wahlbeteiligung uns viel Stimmen bringe, diesmal in einzelnen Fällen als unrichtig erwiesen. Das gilt namentlich für Köln. (*Schröder*: Da ist die SPD genauso müde!) Die SPD ist nicht in diesem Verhältnis in Köln zur Wahl gegangen. (*Schröder*: Also noch müder!) Die Wahlbeteiligung betrug in Köln:

Wahlkreis I	63 %, davon 53 % CDU
	Das ist eine ganz sonderbare Geschichte.
Wahlkreis II	66 %, davon 56,5 % CDU
	Das ist sogar in Köln möglich!
Wahlkreis III	63,3 %, davon 51,1 % CDU
	Das ist der Wahlkreis mit der geringsten Beteiligung.
Wahlkreis IV	65,5 %, davon 53,8 % CDU
Wahlkreis V	64,0 %, davon 49,6 % CDU
Wahlkreis VI	66,0 %, davon 49,6 % CDU

Wenn ich hierzu oberflächlich nach meinem Gefühl etwas sagen darf, so ist das die Folge der Kommunalpolitik der SPD in Köln. Die Kölner SPD ist nicht wählen gegangen, weil die SPD-Führung außerordentlich große Machtansprüche gestellt hat, obwohl sie dort den sehr populären Oberbürgermeister Burauen³⁷ hat. Das ist nach meinem Gefühl die Ursache, obwohl ich kein Kölner bin.

Nehmen Sie Rheydt! 1954 hatte Rheydt 8,6 % Zentrumsstimmen. Der Oberstadtdirektor war Zentrum. Das Zentrum ist ausgefallen. Die SPD hat sich um 5,8 % verringert. Wenn man dazurechnet etwa 6,1 % mehr Wahlberechtigte, dann hat man einen Unterschied von 21,8 %, die sich wie folgt verteilen: 14,1 % CDU (die CDU ist um 14,1 % gegenüber 1954 gestiegen), 5,3 % SPD, 2,4 % DP.

Das ist alles oberflächlich gerechnet. Wir haben auch in Düsseldorf mit über 51 % zum ersten Mal die absolute Mehrheit, bei einer Wahlbeteiligung von insgesamt 72 %. Wir werden noch eine genaue Wahlanalyse machen müssen. Die Dinge liegen in den einzelnen Gebieten außerordentlich verschieden.

Auch die Wahlversammlungen waren so unterschiedlich besucht, wie ich das noch nicht erlebt habe; abgesehen davon, daß auch die Fußballweltmeisterschaft sehr unterschiedlich eingewirkt hat. Es gibt Ortsgruppen, die alle zum Fernsehen weggegangen sind. Wir haben also völlig verschiedenartige Reaktionen festgestellt. Es wäre sehr interessant für die kommenden Landtagswahlen, wenn sich die Landesverbände einmal außerhalb einer Vorstandssitzung zusammensetzten, um alle diese Dinge zu erörtern. Ich halte es für sehr wichtig, einmal im einzelnen zu hören, was geschehen ist. Bei uns waren der Wahlkampf und auch die Reaktionen der Bevölkerung ganz anders als früher.

Meyers: Meine Damen und Herren! Ich habe von der Bundesgeschäftsstelle einige Ergebnisse über das Rheinland und Westfalen zusammengestellt bekommen, die ich Ihnen gleich vortragen möchte. Vorweg darf ich sagen, der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen war, was die Kräfte angeht, erheblich verzehrender als der Bundestagswahlkampf. Wir müssen aus diesem desolaten Zustand die Folgerungen ziehen und überlegen, ob wir nicht Methoden finden und durchführen können, nach denen wir weniger unsere Kräfte verbrauchen und verschleifen. Vielleicht kann man das durch einen größeren Geldeinsatz erreichen; bestimmt aber werden wir uns die modernen Einrichtungen und Geräte wie Fernsehen, Film und Funk zunutze machen müssen. (*Beifall.*) Es hat sich weiter herausgestellt – das sieht man am besten, wenn man selber als Redner in die Kreisparteien kommt –, daß es richtig ist, wenn wir vom Bundesvorstand aus einmal überlegen, wie wir zu einem sogenannten ständigen „Wahlkopf“, den wir zusammenstellen müssen, kommen können. Es gibt bei den Wahlkämpfen immer wieder die gleichen Fehler, und daraus sollten wir lernen und die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

37 Theodor Burauen (1906–1987), 1954–1966 MdL NW (SPD), 1954–1973 Bürger- bzw. Oberbürgermeister (seit 1956) in Köln.

Nun darf ich Ihnen die vorläufige Zusammenstellung bekanntgeben, die aber noch einer genauen Auswertung bedarf.

Die Landtagswahlen 1958 in Nordrhein-Westfalen

I. Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Die Zahl der Wahlberechtigten stieg von 1954 bis 1958 von rund 9,7 Millionen auf 10,5 Millionen. Gegenüber der Bundestagswahl 1957 betrug die Zunahme der Wahlberechtigten rund 150.000.

Die Jungwähler und die Sowjetzonenflüchtlinge bilden die Hauptgruppen der gegenüber den Vergleichswahlen hinzugekommenen Wahlberechtigten.

Die Wahlbeteiligung erreichte mit 76,6 % einen Höchststand für Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Sie blieb allerdings nennenswert (rd. 13 %) unter der Wahlbeteiligung der Bundestagswahl 1957.

Besonders hoch war die Wahlbeteiligung in den überwiegend katholisch bestimmten Landkreisen. Traditionelle Wahlmüdigkeit herrschte dagegen auch bei der Landtagswahl 1958 in den rheinischen Großstädten (Köln, Bonn, Wuppertal, Essen).

Die höchste Wahlbeteiligung wurde in dem Wahlkreis Steinfurt-Süd mit 88,8 % erreicht. Eine Wahlbeteiligung von über 88 % weisen außerdem die Wahlkreise Warendorf, Coesfeld und Geldern auf. Am niedrigsten lag die Wahlbeteiligung im Landtagswahlkreis Köln III (63,3 %).

II. Die Wahlentscheidung

1. Der Zug zum Zweiparteiensystem

Die Landtagswahl 1958 ließ in besonders starkem Maße eine zunehmende Konzentration der Wähler auf die beiden großen Parteien erkennen.

Der Stimmenanteil von CDU und SPD bei den Landtags- und Bundestagswahlen nach 1945:

	Wahljahr	CDU + SPD
LTW	1947	69,5 %
BTW	1949	68,3 %
LTW	1950	69,2 %
BTW	1953	80,8 %
LTW	1954	75,8 %
BTW	1957	87,9 %
LTW	1958	89,7 %

2. Die CDU

Die CDU war bei der Landtagswahl 1958 viel erfolgreicher als bei den vorangegangenen Landtagswahlen. Auch übertraf sie ihre Stimmenanteile der Bundestagswahlen 1949 und 1953. Sie blieb dagegen geringfügig unter ihren entsprechenden Werten der Bundestagswahl 1957 (minus 3,9 %). Bei der Betrachtung des geringen prozentualen Stimmenverlustes gegenüber der Bundestagswahl 1957 ist noch zu berücksichtigen, daß bei der Landtagswahl 1958 keine Briefwahl bestand. Der Stimmenanteil der CDU ohne Briefwähler betrug bei der Bundestagswahl 1957 in Nordrhein-Westfalen 53,7 %, mit Briefwählern dagegen 54,4 %. Abgesehen von der Bundestagswahl 1957 konnte die CDU bei der Landtagswahl 1958 auch höhere absolute Stimmzahlen erreichen als bei den früheren Wahlen. Gegenüber der Bundestagswahl 1957 verlor sie allerdings rd. 800.000 Stimmen. Das ist ungefähr ein Sechstel ihrer Wähler der Bundestagswahl 1957. Die Verluste gegenüber der Bundestagswahl 1957 dürften überwiegend auf die niedrigere Wahlbeteiligung zurückzuführen sein. Ihre Stimmengewinne gegenüber den früheren Landtagswahlen erklären sich vermutlich vor allem aus der höheren Wahlbeteiligung und den Verlusten von FDP, Zentrum und den übrigen Splitterparteien. Wählerzahlen und Stimmenanteil der CDU:

	Wahljahr	Wähler	Stimmenanteil
LTW	1947	1.889.581	37,5 %
BTW	1949	2.481.523	36,9 %
LTW	1950	2.286.644	36,9 %
BTW	1953	3.915.320	48,9 %
LTW	1954	2.855.988	41,3 %
BTW	1957	4.813.996	54,4 %
LTW	1958	4.011.122	50,5 %

3. Die SPD

Die SPD erreichte bei der Landtagswahl 1958 ihren höchsten prozentualen Stimmenanteil aller Nachkriegslandtags- und Bundestagswahlen. Auch konnte sie ihre absoluten Wählerzahlen gegenüber den vorangegangenen Wahlen nennenswert verbessern. Gegenüber dem Stimmenanteil von SPD und KPD bei der Landtagswahl 1954 betrug allerdings ihr prozentualer Stimmengewinn 1958 nur 0,9 %. Ihre absolute Wählerzahl liegt 1958 höher als die von SPD und KPD bei den vorangegangenen Wahlen. Ihre Stimmengewinne dürften vornehmlich auf die Zunahme der Wahlberechtigten und Wähler und zum Teil auf Verluste der anderen Parteien, vornehmlich der Splitterparteien, zurückzuführen sein. Heute muß man den größten Teil der KPD-Stimmen der SPD zurechnen.

Wählerzahlen und Stimmenanteil der SPD:

	Wahljahr	Wähler	Stimmen- anteil	Wähler SPD+KPD	Stimmen- anteil SPD+KPD
LTW	1947	1.607.487	32,0 %	2.309.897	46,0 %
BTW	1949	2.109.172	31,4 %	2.622.397	39,0 %
LTW	1950	2.005.312	32,3 %	2.344.174	37,8 %
BTW	1953	2.553.014	31,9 %	2.781.606	34,8 %
LTW	1954	2.387.718	34,5 %	2.651.801	38,3 %
BTW	1957	2.965.616	33,5 %	2.965.616	33,5 %
LTW	1958	3.115.934	39,2 %	3.115.934	39,2 %

4. Die FDP

Der Stimmenanteil der FDP ging gegenüber der Landtagswahl 1954 von 11,5 % auf 7,1 % zurück. Sie verlor 1958 knapp ein Drittel ihrer Wähler der Landtagswahl 1954. Gegenüber der Bundestagswahl 1957 konnte sie ihren Stimmenanteil geringfügig verbessern (plus 0,7 %). Auch ihre Wählerzahlen stiegen von 1957 bis 1958 etwas an (rd. 11.000). Ihre Wählerverluste gegenüber den Landtagswahlen 1950 und 1954 sowie den Bundestagswahlen 1949 und 1953 dürften vornehmlich der CDU zugute gekommen sein.

Wählerzahlen und Stimmenanteil der FDP:

	Wahljahr	Wähler	Stimmenanteil
LTW	1947	298.995	5,9 %
BTW	1949	581.456	8,6 %
LTW	1950	748.926	12,1 %
BTW	1953	682.902	8,5 %
LTW	1954	793.736	11,5 %
BTW	1957	554.781	6,3 %
LTW	1958	566.274	7,1 %

5. Das Zentrum

Das Zentrum blieb, wie bei der Bundestagswahl 1957, auch 1958 bedeutungslose Splitterpartei. Gegenüber der Landtagswahl 1954 verlor es mehr als zwei Drittel

seiner Wähler. Noch deutlicher sind seine Verluste gegenüber den ersten Nachkriegswahlen. So erreichte es z.B. 1958 nur noch rd. ein Siebtel seiner Stimmzahl der Bundestagswahl 1949. Die Verluste des Zentrums sind überwiegend der CDU zugute gekommen.

Wählerzahlen und Stimmenanteil des Zentrums:

	Wahljahr	Wähler	Stimmenanteil
LTW	1947	491.138	9,8 %
BTW	1949	601.435	8,9 %
LTW	1950	466.497	7,5 %
BTW	1953	217.078	2,7 %
LTW	1954	278.863	4,0 %
BTW	1957	72.563	0,8 %
LTW	1958	83.733	1,0 %

6. Die DP

Die DP blieb mit einem Stimmenanteil von 1,6 % bei der Landtagswahl 1958 weit unter der 5%-Klausel. Sie erreichte nicht einmal ihre absoluten Wählerzahlen der Bundestagswahl 1957. Für sie entschied sich bei der Landtagswahl 1958 nur ein Drittel der Wähler, die 1954 und 1957 der DP und dem BHE ihre Stimme gaben.

7. Die Sitzverteilung in den 150 Landtagswahlkreisen

Die nachstehende Übersicht läßt erkennen, in wieviel Wahlkreisen die Parteien bei den vergangenen Landtagswahlen die Mehrheit gewannen.³⁸

Wahljahr	CDU	SPD	FDP	Zentrum	KPD
1947	92	53	–	2	3
1950	93	52	5	–	–
1954	85	65	15	–	–
1958	92	58	–	–	–

Gegenüber der Landtagswahl 1954 gewann die CDU die Wahlkreise 50 Remscheid, 52 Solingen, 53 Wuppertal I, 54 Wuppertal II, 56 Wuppertal IV, 70 Duisburg-Altstadt,

³⁸ Bei der Landtagswahl 1947 gewann die CDU 16 Überhangsmandate, bei der Landtagswahl 1950 15 Überhangsmandate. Bemerkenswert ist, daß damals Wahlbündnisse mit der FDP bestanden.

74 Oberhausen I, 75 Oberhausen II und 106 Dortmund I. In diesen Wahlkreisen war 1954 die SPD stärkste Partei.

Bemerkenswert ist, daß es sich bei den Wahlkreisen Remscheid, Solingen und Wuppertal vornehmlich um Wahlkreise handelt, mit überwiegend industriellem Charakter und starkem evangelischem Bevölkerungsanteil. An die SPD verlor die CDU die Wahlkreise 93 Recklinghausen-Stadt und 95 Bottrop. In beiden Wahlkreisen waren allerdings bei der Landtagswahl 1954 SPD und KPD gemeinsam betrachtet erfolgreicher als die CDU.

8. Die Sitzverteilung im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Wahljahr	CDU	SPD	FDP	Zentrum	KPD
1947	92	64	12	20	28
1950	93	68	26	16	12
1954	90	76	25	9	—
1958	104	81	15	—	—

9. Die Wahlentscheidung verschiedener Bevölkerungsgruppen Konfession und Wahlentscheidung

Die Untersuchung des Stimmenanteils der CDU in den überwiegenden katholischen bzw. evangelischen kreisfreien Städten und Landkreisen ergab folgendes:

Die katholische Bevölkerung war auch bei der Landtagswahl 1958 wahlfreudiger als die evangelische Bevölkerung. Gegenüber der Bundestagswahl 1957 ging die Wahlbeteiligung in den überwiegend katholischen Verwaltungskreisen um 9 % zurück, in den überwiegend evangelischen Verwaltungskreisen um knapp 11 %.

Die CDU war bei der Landtagswahl 1958 in den überwiegend katholischen Gebieten wiederum viel erfolgreicher als in den stärker von Protestanten bewohnten Verwaltungskreisen. Allerdings waren die prozentualen Stimmengewinne der CDU in den evangelischen Verwaltungskreisen stärker als in den katholischen.

Die SPD übertraf auch bei der Landtagswahl 1958 in den evangelischen Verwaltungskreisen ihre entsprechenden Werte, in den katholischen Verwaltungskreisen nahezu um das Doppelte. Auch gewann sie gegenüber der Bundestagswahl 1957 in den evangelischen Gebieten etwas stärker als in den stärker von Katholiken bewohnten Städten und Landkreisen. Gegenüber dem Stimmenanteil von SPD und KPD bei der Landtagswahl 1954 konnte die SPD 1958 in den katholischen und evangelischen Gebieten Nordrhein-Westfalens ihre Position nur geringfügig verbessern.

Die FDP, die in den evangelischen Verwaltungskreisen ebenfalls stets nahezu doppelt so hohe Stimmenanteile erreichte als in den stärker von Katholiken bewohnten Städten und Landkreisen, hatte allerdings bei der Landtagswahl 1958 in den stärker von Protestanten bewohnten Gebieten weit überdurchschnittliche Wählereinbußen.

Bei den Splitterparteien kamen bei der Landtagswahl 1958 in den katholischen Verwaltungskreisen die Verluste des Zentrums und in den evangelischen Verwaltungskreisen die des BHE und der DP der CDU sichtbar zugute.

Die Wahlergebnisse in den Stadt- und Landkreisen mit überwiegend industrieller Bevölkerung:

Die Wahlbeteiligung lag in den überwiegend industriell bestimmten Stadt- und Landkreisen geringfügig unter dem Landesdurchschnitt.

Die CDU blieb auch bei der Landtagswahl 1958 in den überwiegend industriell bestimmten Stadt- und Landkreisen nennenswert unter ihrem Landesdurchschnitt. Allerdings gelang es ihr auch in den industriell bestimmten Verwaltungskreisen, ihren Stimmenanteil gegenüber 1954 nennenswert zu verbessern (plus 7,7 %).

Die SPD übertraf bei der Landtagswahl 1958 in den industriell bestimmten Verwaltungskreisen ihre Durchschnittswerte in Nordrhein-Westfalen wiederum beträchtlich. Auch verbesserte sie von 1957 bis 1958 ihren Stimmenanteil in den industriell bestimmten Verwaltungskreisen etwas stärker als im übrigen Nordrhein-Westfalen. Gegenüber dem Gesamtstimmenanteil von SPD und KPD bei der Landtagswahl 1954 gelangen allerdings der SPD 1958 nur geringfügige Stimmengewinne.

Die FDP blieb in den stärker industriell bestimmten Verwaltungskreisen stets etwas unter ihren Durchschnittswerten. Ihre prozentualen Stimmenverluste von 1954 bis 1958 entsprachen in den industriell bestimmten Verwaltungskreisen ungefähr dem Landesdurchschnitt.

Die Wahlergebnisse in den überwiegend landwirtschaftlich bestimmten Verwaltungskreisen:

Die Bevölkerung der überwiegend landwirtschaftlich bestimmten Verwaltungskreise war auch bei der Landtagswahl 1958 viel wahlfreudiger als die des übrigen Nordrhein-Westfalens. Auch ging die Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl 1957 in den bäuerlichen Gebieten nicht so stark zurück wie im Landesdurchschnitt.

Die CDU übertraf bei der Landtagswahl 1958 in den bäuerlich bestimmten Verwaltungskreisen ihre entsprechenden Durchschnittswerte wiederum beträchtlich. Hervorzuheben ist die besonders günstige Entwicklung des CDU-Stimmenanteils in den landwirtschaftlich bestimmten Verwaltungskreisen. Sie blieb in den bäuerlichen Gebieten nur 1 % unter ihrem hohen Stimmenanteil gegenüber der Landtagswahl 1954 um knapp 13 %.

Die SPD erreichte in den bäuerlich bestimmten Verwaltungskreisen nur ungefähr die Hälfte ihres durchschnittlichen Stimmenanteils in Nordrhein-Westfalen. Auch waren ihre prozentualen Stimmengewinne bei der Landtagswahl 1958 in den bäuerlichen Verwaltungskreisen viel schwächer als im übrigen Nordrhein-Westfalen.

Die FDP blieb in den bäuerlichen Verwaltungskreisen unter ihren entsprechenden

Durchschnittswerten in Nordrhein-Westfalen. Allerdings schwankte ihr Stimmenanteil in diesen Verwaltungskreisen nicht so stark wie im übrigen Nordrhein-Westfalen. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß es sich überwiegend um landwirtschaftliche Kreise mit einem starken katholischen Bevölkerungsanteil handelt.

Das Zentrum, welches in den in der Untersuchung berücksichtigten bäuerlichen Verwaltungskreisen stets besonders hohe Stimmenanteile erreichte, blieb auch bei der Landtagswahl 1958 in diesen Gebieten nur knapp unter der 5%-Klausel. Allerdings verlor es gegenüber der Landtagswahl 1954 besonders stark. Seine Verluste dürften vor allem der CDU zugute gekommen sein.

10. Besonderheiten in der Entwicklung verschiedener Wahlkreise.

Die Landtagswahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung 1958:

81 Steinfurt-Süd	88,8 %
79 Ahaus	88,6 %
83 Warendorf	88,5 %
89 Coesfeld	88,3 %
38 Geldern	88,1 %
6 Jülich	87,4 %
127 Olpe	87,0 %
131 Brilon	87,0 %
132 Büren	86,8 %
133 Warburg	86,0 %
87 Münster-Land	86,0 %

Die Landtagswahlkreise mit der niedrigsten Wahlbeteiligung 1958:

15 Köln III	63,3 %
13 Köln I	63,8 %
65 Essen VI	64,6 %
16 Köln IV	65,5 %
14 Köln II	66,0 %
17 Köln V	66,4 %
21 Bonn-Stadt	67,4 %
18 Köln VI	68,1 %
53 Wuppertal I	68,1 %
54 Wuppertal II	68,1 %
60 Essen I	68,4 %
55 Wuppertal III	68,6 %
56 Wuppertal IV	68,6 %

71 Duisburg III	68,8 %
72 Duisburg IV	69,9 %

Die Landtagswahlkreise mit dem höchsten CDU-Stimmenanteil:

133 Warburg	76,8 %
38 Geldern	76,8 %
8 Schleiden-Monschau	76,7 %
79 Ahaus	74,2 %
132 Büren	73,0 %
78 Borken-Bocholt	72,4 %
4 Geilenkirchen-Heinsberg	72,3 %
127 Olpe	72,1 %
39 Kleve	70,5 %

Die Landtagswahlkreise mit dem niedrigsten CDU-Stimmenanteil:

149 Lemgo-Ost	30,4 %
150 Lemgo-West	31,3 %
147 Detmold I	31,4 %
148 Detmold II	31,4 %
143 Herford-Land-West	32,3 %
60 Essen I	33,7 %
108 Dortmund III	34,1 %
146 Minden-Süd	34,2 %
111 Dortmund VI	34,3 %
112 Unna-Nord	34,8 %

Die Landtagswahlkreise, in denen die CDU von 1954 bis 1958 ihre höchsten prozentualen Stimmengewinne erzielen konnte:

Landtagswahlkreis	1958	1954	Differenz
133 Warburg	76,8 %	55,4 %	+ 21,4 %
50 Remscheid	46,6 %	26,2 %	+ 20,4 %
132 Büren	73,0 %	53,6 %	+ 19,4 %
89 Coesfeld	69,8 %	50,9 %	+ 18,9 %
80 Steinfurt-Nord	63,5 %	45,2 %	+ 18,3 %
139 Bielefeld II	37,6 %	20,1 %	+ 17,5 %
79 Ahaus	74,2 %	57,5 %	+ 16,7 %
82 Tecklenburg	49,0 %	32,3 %	+ 16,7 %
87 Münster-Land	63,7 %	47,2 %	+ 16,5 %
135 Paderborn	69,3 %	53,2 %	+ 16,1 %
138 Bielefeld I	39,6 %	23,5 %	+ 16,1 %

Die Landtagswahlkreise, in denen die CDU bei der Landtagswahl 1958 ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 1957 verbessern konnte:

Landtagswahlkreis	LTW 1958	BTW 1957	Unterschied	Kandidat der CDU
91 Recklinghausen-Land-Südwest	55,0 %	51,9 %	+ 3,1 %	A. Oertmann ³⁹
116 Lippstadt	61,6 %	60,7 %	+ 0,9 %	J.H. Dufhues ⁴⁰
132 Büren	73,0 %	68,8 %	+ 4,2 %	Heinr. Wilper ⁴¹
133 Warburg	76,8 %	73,2 %	+ 3,6 %	A. Volmert ⁴²
144 Lübbecke	48,0 %	44,4 %	+ 3,6 %	G. Niermann ⁴³
147 Detmold I	31,4 %	30,5 %	+ 0,9 %	Dr. E.Stuckel ⁴⁴
149 Lemgo-Ost	30,4 %	29,7 %	+ 0,7 %	E. Riekhof ⁴⁵

Bach: Wir haben bei dieser Wahl den bisher härtesten Kampf geführt. Wir hatten es in Westfalen mit der evangelischen Kirche zu tun, die gegen uns stand. Der Superintendent⁴⁶ stand bei uns an der Spitze im Kampf gegen den Atomtod. Er hat dies begründet mit dem achten Gebot: „Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider deinen Nächsten!“ Wer das alles mitgemacht hat in den evangelischen Kreisen, der weiß, wie stark der Einsatz der evangelischen Kirche gegen uns gewesen ist. (*Rehling:* Aber, Herr Bach, nicht die evangelische Kirche, sondern nur Teile!) Aber bei uns sind es sehr große Teile! Leider ist es so, daß der andere Teil meist geschwiegen hat. Ich meine, daß wir hier eine Aufgabe haben. Wir müssen den anderen Teil dazu bringen, daß er die Mehrheit überzeugt. Entschuldigen Sie, wenn ich das so hart sage.

Im Siegerland haben wir schon erreicht, daß die anderen rebellisch geworden sind und nun Opposition gegen die Herren von den Bruderschaften machen. Wir haben den Wahlkampf bei uns gegen diese Leute führen müssen. Die anderen waren nicht gefährlich für uns. Ich bin davon überzeugt, daß in Detmold eine Gefahr für uns liegt, und zwar in den stark kirchlich gebundenen Kreisen, die zum größten Teil SPD sind. (*Unruhe und Zurufe:* Wieso? Wie kommt das?) Wir müssen jetzt sofort anfangen, in

39 Adolf Paul Oertmann (1903–1983), 1958–1962 MdL NW (CDU).

40 Josef Hermann Dufhues (1908–1971), 1946–1947 und 1950–1971 MdL NW (CDU), 1958–1962 Innenminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1185 Anm. 10.

41 Heinrich Wilper (1908–1967), Landwirt; 1954–1965 MdL NW (CDU), 1965–1967 MdB.

42 Anton Volmert (1909–1989), 1947–1970 MdL NW (CDU).

43 Gustav Niermann (1919–1989), Landwirt; 1954–1975 MdL NW (CDU), 1952–1958 Mitglied des Kreistages, 1954–1958 Landrat des Kreises Lübbecke, 1958–1966 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in NW, 1965–1971 stv. Vorsitzender der CDU Westfalen.

44 Dr. Erich Stuckel (1903–1962), 1954–1962 MdL NW (CDU), 1952–1962 Stadtrat in Detmold.

45 E. Riekhof erhielt 1958 kein Landtagsmandat.

46 Ernst Achenbach (1902–1967), 1942–1967 Superintendent in Siegen.

diesen Kreisen dafür zu sorgen, daß sie nicht mehr so gegen uns arbeiten können. Das ist aber nur möglich, wenn von uns aus eine Gegenaktion im kirchlichen Raume gestartet wird. Dazu sind jetzt auch große Teile von uns fest entschlossen.

Adenauer: Ich will wenige Sätze sagen im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen; also nicht retrospektiv zu dem, was nun in Nordrhein-Westfalen geschehen ist, sondern zu den kommenden Landtagswahlen. Da scheint mir folgende Anregung, die gegeben worden ist, begrüßenswert zu sein. Zunächst wurde von einem „Wahlkopf“ gesprochen. Man kann auch ein anderes Wort dafür nehmen, sagen wir ein Routine-Team, das nun für die Organisation und überhaupt für die ganzen Wahlen in den einzelnen Ländern zusammengestellt wird. Die Herren werden mir beipflichten, daß wir vor allem auch unsere Erfahrungen aus dem Bundestagswahlkampf hierbei berücksichtigen müssen.

Zweitens ist sehr wichtig das Verhältnis BHE : FDP. Wir wollen nicht lange darüber sprechen, aber daß vom BHE offenbar viele zur FDP übergegangen sind, ist doch sehr beachtenswert und von Bedeutung namentlich für Hessen, aber auch für Schleswig-Holstein. Deswegen scheint mir das ein sehr akutes Thema zu sein. Wir können das Thema heute nicht erörtern, aber für Hessen und Schleswig-Holstein ist es sehr zu beachten.

Herr Meyers hat von dem verzehrenden Personeneinsatz gesprochen. Es ist richtig, daß dieser Einsatz sehr verzehrend war. Herr von Hassel hat die Größe des Landes hervorgehoben. Er hat völlig recht damit. Wenn man an einem Nachmittag irgendwo reden und dann wieder zurückfahren muß, um eine zweite Versammlung abzuhalten – wobei 600 Kilometer zurückgelegt werden müssen –, so ist das ein bißchen zuviel verlangt. Was ich persönlich auch schon bei anderen Landtagswahlkämpfen festgestellt habe, ist doch dies, daß man ganz deutlich merkt, wo nun eine gute örtliche Organisation ist oder wo sie nicht ist. (*Beifall und Zustimmung.*) Wenn diese örtliche Organisation nicht klappt, dann helfen auch die größten Versammlungen und Kundgebungen nichts. Und deswegen bleibe ich dabei, daß an manchen Stellen die Organisation besser werden muß. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich habe ganz bestimmte Fälle im Auge, über die ich gelegentlich mit Herrn Johnen sprechen möchte. Nehmen Sie z.B. Honnef; das ist ein Skandal geradezu! Das sage ich ganz offen. In Honnef haben die Sozialdemokraten um 10.000 Stimmen zugenommen! Es haben dort Versammlungen stattgefunden, wo sieben alte Möhnen gewesen sind von der CDU. Damit will ich keiner alten Dame zu nahe treten. (*Heiterkeit.*) Aber dazu braucht man keine Versammlung abzuhalten. Solche Beispiele gibt es noch mehr. Daß mich das persönlich etwas gefuchst und geärgert hat, werden Sie verstehen, weil ich da wohne. Aber es ist die Organisation! Nehmen Sie einen anderen Fall. (*Johnen:* Überorganisation der Jungen Union in Honnef!) Nein, Herr Johnen, das ist es nicht. Die Junge Union in Honnef ist die einzige Organisation gewesen, die zwei Nächte lang geklebt hat. (*Johnen:* Das ist klar!) Und die jungen Leute, die ich kenne, die haben von ihrem Landtagskandidaten nicht mal einen Kasten Bier bekommen, während die Sozialdemokraten, die geklebt haben, pro Nacht DM 20,- bekommen haben. (*Zuruf:*

Sie haben auch den Redner bezahlt! – *Lebhafte Unruhe.* – *Johnen:* Ja, ja!) Lieber Herr Johnen! Nicht „ja, ja“, es ist tatsächlich so. Ich habe es an eklatanten Beispielen gesehen. Die Zunahme der Sozialdemokratie dort ist nicht einfach durch den Zuzug von Leuten aus der Industrie zu erklären. Das liegt auch an der Tätigkeit der Fraktion im Stadtrat. Da sieht man doch unmittelbar die Zusammenhänge in den kleinen Orten. Deswegen bleibe ich bei dem, was ich gesagt habe.

Ich bitte also die Herren, bei denen demnächst Landtagswahlen stattfinden, darauf zu achten, daß schon jetzt die Organisation angefacht und angefeuert wird und daß alles in gute Arbeit kommt, sonst ist es nachher nicht mehr möglich, zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Hellwig: Auch die Analyse der Nichtwähler sollte mit wissenschaftlicher Methode und Gründlichkeit erfolgen. Es hat vor einigen Jahren eine Untersuchung darüber in Frankfurt stattgefunden.⁴⁷ Ich empfehle Ihnen, diese Statistik zu beschaffen, um die Analyse der Nichtwähler entsprechend anzuwenden. Ich bin der Meinung, daß wir in einigen Städten, wo eine geringe Wahlbeteiligung gewesen ist, deswegen gesiegt haben, weil ein Teil der SPD nicht zur Wahl gegangen ist. Auch in der SPD-Wählerschaft herrscht bei einigen Gruppen Unzufriedenheit, jedenfalls gegenüber der immer stärker werdenden Radikalisierung. Wir dürfen aber keine falschen Schlüsse ziehen. Deswegen empfehle ich die Untersuchung dieser Analyse.

Zur Frage der Vereinheitlichung der Wahltermine wird noch zu sprechen sein innerhalb der Partei und ihrer Ausschüsse. Das Thema ist bereits im Gespräch von Fraktionen des Bundestages. Man sollte also, da es sich hier um eine Angelegenheit von Bund, Ländern und Gemeinden handelt, auch in unserem Kreise darüber sprechen.

Zur Frage der nächsten Bundestagswahlen! In den eineinhalb Jahren, in denen noch wichtige Dinge erledigt werden müssen, muß auch die Frage der neuen Einteilung der Wahlkreise für die nächste Bundestagswahl besprochen werden, und zwar möglichst bald, damit der Abstand zur kommenden Bundestagswahl so groß wie möglich ist.

Bitter: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar, Herr Bundeskanzler, daß Sie heute im Bundesvorstand der Kommunalpolitik einen breiten Raum einräumen. In diesem Zusammenhang darf ich zunächst darauf aufmerksam machen, daß wir in der Bundesrepublik 24.000 Gemeinden haben mit 240.000 ehrenamtlichen Wahlleitern. Davon stehen überschläglich gerechnet etwa 130.000 bei der CDU. Es ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich, insbesondere da, wo die Parteileitung auf der Landesebene noch dem Irrtum frönt, daß man nichtparteiliche Wählerlisten tolerieren müsse. Die Antwort darauf haben wir in den verschiedenen Ländern mit geradezu schlagendem Beweis bekommen.

47 Dr. Rudolf GUNZERT: Die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 4. Mai 1954 – Wähler und Nichtwähler in Frankfurt a.M., in Statistische Monatsberichte 1953, Sonderheft 1, hrsg. vom Wahlamt der Stadt Frankfurt.

Wir haben nach meiner Überzeugung in einer Reihe von Ländern ein schlechtes und falsches Kommunalwahlrecht. Ich wage zu behaupten, Herr Bundeskanzler, Sie können z.B. in den Stimmbezirk von Bergarbeitern in einer großen Industriestadt eine sehr profilierte Persönlichkeit hinschicken, aber der Mann fällt dann bei der Wahl durch, wenn sein Gegner der Kumpel Katschmarek oder sonst irgend jemand ist. Hier ist das Solidaritätsgefühl, insbesondere der gewerkschaftlich organisierten Leute, ein ungeheuer starkes Band, und zwar namentlich zugunsten der SPD, wie das letzte Ergebnis der Kommunalwahlen auch gezeigt hat.

Denken Sie bitte weiter an die Skandalgeschichten, die wir in der letzten Zeit in den Großstädten, insbesondere in Dortmund, erlebt haben. In Dortmund ist ein SPD-Oberstadtdirektor⁴⁸, der den Sitzstreik in Dortmund mit dem Erfolg organisiert und durchgeführt hat, daß selbst alteingesessene Beamte und Angestellte diesem Sitzstreik haben folgen müssen. Wo ist die Aufsichtsbehörde, die sich um einen solchen Skandal kümmert? Wo ist die CDU-Fraktion der Stadt?

Wir haben wiederholt in der Kommunalpolitischen Vereinigung darüber gesprochen, welche Maßnahmen hier getroffen werden können. Als dieser Skandal in Dortmund passiert ist, wo der Oberstadtdirektor mit seinem gleichgesinnten Oberbürgermeister⁴⁹ die Parole der Arbeitsniederlegung gegeben haben, da haben wir zwei Juristen von der Kommunalpolitischen Vereinigung zur Fraktion in Dortmund geschickt und diese beraten und in fünf Fällen klar formulierte juristische Vorschläge gemacht, um diesem Skandal über die Aufsichtsbehörde entsprechend zu begegnen. Die Frage Nr. 1 an die Fraktion lautet: Wären Sie so liebenswürdig, sofort einen Einspruch in der Stadtverordnetenversammlung zu erheben? Der KPV-Vorsitzende⁵⁰ sagt: Ja! Aber der Fraktionsvorsitzende – ein Professor – sagt: Nein! Wir haben aber dann erreicht, daß diese Sitzung noch vor der Landtagswahl stattfand, aber mit dem „Erfolg“, daß der sozialdemokratische Oberbürgermeister – geschickt, wie der Mann ist – die CDU-Fraktion glänzend aufs Kreuz gelegt hat! Sie hat überhaupt nicht die Anzeige gemacht, so daß das Ganze auslief wie das Hornberger Schießen. Dann braucht man sich nicht zu wundern über das, was dort geschieht.

Es wird notwendig sein, lieber Herr Johnen, daß Sie sich ernsthaft Gedanken machen in der neuen Fraktion über das bisherige Kommunalwahlrecht, das ich für falsch halte. Denken Sie daran, wie sich das auswirkt, daß wir jetzt 38 sozialdemokratische Oberbürgermeister haben, d.h. hauptamtliche Parteifunktionäre, die mit einem Ehrensold nicht unter DM 12.000,- einer Parteiapparatur ausgestattet

48 Dr. Walter Kliemt (geb. 1920), Dipl.-Kaufmann; seit 1949 Mitglied der ÖTV, 1955–1967 Oberstadtdirektor von Dortmund, 1962–1970 MdL NW (SPD), 1967–1982 Vorstandsmitglied der VEW Dortmund. – Sitzstreik nicht zu ermitteln.

49 Dietrich Keuning (1908–1980), Bauschlösser; 1949–1961 MdB (DPD), 1954–1969 Oberbürgermeister von Dortmund (mit Unterbrechung), 1961–1974 Vorstandsmitglied der VEW Dortmund.

50 In der Vorlage: KPD-Vorsitzende.

sind. Demgegenüber ist die CDU einfach ohnmächtig. Diese Entwicklung muß man sehen.

Wir haben von der KPV aus hinreichend gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche Sache drinsteckt. Man kann nicht die Gemeindeordnung im ganzen Lande uniform machen. Das, was in der alten Preußischen Gemeindeordnung richtig war – nämlich der Gemeindevorsteher –, kann man nicht ohne weiteres auf die Großstädte übertragen. Hier liegt der springende Punkt, Herr Bundeskanzler, wenn wir Ordnung in die Dinge auf der kommunalen Ebene hineinbringen wollen.

Ich darf die Folgewirkungen aufzeigen. Wir haben in Recklinghausen dank der „Geschicklichkeit“ der CDU an Ort und Stelle einen roten Oberbürgermeister und einen roten Bürgermeister. Die Wirkung ist die, daß jetzt vor der Wahl ganze Tischreihen von kommunalen Beamten, Angestellten und Arbeitern auf Kommando des Oberbürgermeisters den sozialdemokratischen Versammlungen beigewohnt haben und daß die CDU-Leute sich in die Mauselöcher verkrochen haben angesichts der sogenannten Bürofurcht, die die Leute empfinden. Das sind doch die psychologischen Folgewirkungen, die sich aus einer solchen Situation ergeben.

Es kommt hinzu, daß diese Ortspartei falsch liegt. Dann kann man sich nicht wundern – das ist bei uns der Fall gewesen –, wenn die Leute zum Schluß die Nase voll haben. Ich darf aber folgendes sagen: Unterschätzen Sie nicht die Tatsache, daß das engere Ruhrgebiet weithin den Sog der Leute aus dem Osten aufnehmen muß. Dieser Sog ist so stark, daß Sie selbst bei der stärksten Organisation an die Gesamtheit der Menschen gar nicht herankommen. Wir haben in Recklinghausen im Jahre 1946 eine Stammbevölkerung von 82.000 gehabt; wir haben heute 130.000 Menschen dort. Von diesen 130.000 sind aus dem gesamten Bundesgebiet – zunächst aus Bayern, dann aus Hessen usw. – insbesondere die Leute hereingeströmt, die man erfahrungsgemäß als das Treibholz der SPD und der KPD bezeichnen kann. Die Städte leiden doch unter diesen Dingen. Die Leute haben kein Heimatgefühl und keine Bodenständigkeit mehr.

Nehmen Sie dazu die Tatsache, daß in urkatholischen Städten nahezu über Nacht 50.000 evangelische Leute hineingeströmt sind, denen auch die evangelische Kirche rein seelsorglich gar nicht gewachsen war. Es war keine Kirche da. Jetzt erst kommen langsam die Gemeindehäuser. Wer will dafür politisch verantwortlich sein, daß sich eine solche Völkerwanderung in den engsten Bezirken vollzieht? In manchen Teilen sind die Dinge noch schlimmer. Ich bitte Sie aber, gerecht zu sein und dieses Problem in seiner Gesamtheit zu sehen.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß in diesen Bezirken insbesondere die Diskrepanz zwischen der Kommunalpolitik, die möglich ist, und der Kommunalpolitik, die unmöglich ist, so in Erscheinung tritt, daß wir geradezu sowohl an den Bund wie auch an die Länder die dringende Bitte richten müssen, insbesondere hinsichtlich des Lastenausgleichs nach dem Rechten zu sehen. Die Leute müssen so oder so betreut werden. Die Stadt Recklinghausen hat 37 Millionen, aber die Stadt Bielefeld mit der gleichen Bevölkerungszahl hat 75 Millionen erhalten. Hier gibt

es noch viele Dinge der Auseinandersetzung, Herr Bundeskanzler, die es unbedingt notwendig machen, daß wir uns einmal im kleinen Kreise zusammensetzen, um über die Probleme zu sprechen, und zwar sowohl hinsichtlich der wirtschaftspolitischen wie auch der soziologischen Situation.

In den Bezirken wird zwar fleißig gearbeitet, die Leute schlafen nicht, aber wir stehen doch hier einem Problem gegenüber, das zunächst über die Kraft einer Generation geht. Die Bundespartei und die Landesparteien müssen sich darüber klar sein, daß z.B. im engeren Industriegebiet die Stadt Essen jahrzehntelang eine Hochburg des Zentrums gewesen ist. Sie wird heute von einem SPD-Oberbürgermeister⁵¹ regiert, von einem Gott weiß woher gekommenen Mann. Das ist keine Zufälligkeit. Ich will die Dinge nicht weiter vertiefen, sondern nur sagen: Herr Bundeskanzler! Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie die Liebenswürdigkeit hätten, dafür zu sorgen, daß über die ganze Problematik – die ich hier nur im Telegrammstil habe andeuten können – einmal mit den Landesparteivorsitzenden, den Landesgeschäftsführern, den profilierten Kreisgeschäftsführern aus dem Ruhrgebiet und mit den Leuten von der KPV gesprochen wird. Nur mit Philosophie um diese Dinge kommen wir nicht weiter.

Wir haben in Recklinghausen im Jahre 1948 80 % Hausbesitzer[!] gehabt, heute haben wir in der gleichen Stadt nur noch 8 % Hausbesitzer. Die großen Genossenschaften und Zechen haben die neuen Häuser gebaut, und das alte Bürgertum geht auf die Dauer restlos unter. Wie will man dabei die Leute bodenständig halten, insbesondere die Arbeiterschaft? Wie soll man die Leute noch mit einem Heimatgefühl erfüllen? Wenn wir den Dingen nachgehen, dann werden wir erstaunt sein über das, was sich hier im einzelnen vollzieht. Ich denke insbesondere an alle die Dinge, die in der letzten Zeit von der Sozialdemokratie gemacht worden sind.

Ich kann das alles hier nur ganz kurz andeuten, möchte Sie aber daran erinnern, daß uns diese Probleme allmählich schwer auf der Seele liegen, und wir müssen Sie herzlich bitten, von der Bundespartei und von den Landesparteien aus der KPV-Arbeit das Interesse entgegenzubringen, das wir notwendig brauchen, um der fleißigen Arbeit unserer Leute auch den Fundus zu verschaffen, den sie haben müssen. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Man muß, Herr Bitter, unterscheiden zwischen dem allgemeinen Kommunalproblem der Bundesebene und dem speziellen Problem des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, das allerdings eine sehr große Bedeutung hat, und zwar nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern auch weit darüber hinaus. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Herren Brenner⁵² und Ollenhauer den Generalstreik für

51 Wilhelm Nieswandt (1898–1978), geb. in Ostpreußen (Kr. Gerdauen), seit 1914 Mitglied der SPD, 1945–1969 Mitglied der Essener Stadtvertretungen bzw. des Stadtrats, 1946–1956 Vorsitzender der SPD-Fraktion, 1956–1969 Oberbürgermeister, 1946–1970 MdL NW.

52 Otto Brenner (1907–1972), 1952–1972 Vorsitzender der IG Metall. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 272 Anm. 52.

ein politisches Mittel halten. Ich darf auch daran erinnern, wie stark die KP das Industriegebiet unterläuft. Ich würde aber darum bitten, wie es Herr Bitter auch vorgeschlagen hat, diese Fragen zunächst bei Ihnen zu erörtern.

Es liegen noch mehrere Wortmeldungen vor. Wir haben um 15.30 Uhr die Sitzung des Bundesparteiausschusses. Darauf müssen wir uns einstellen. Ich würde vorschlagen, bis gegen 13.30 Uhr zu tagen. Ein Imbiß steht bereit, und auch der Garten lädt zum Spaziergehen ein. Ich bitte daher die Damen und Herren, sich möglichst kurz zu fassen. Frau Dr. Rehling!

Rehling: Herr Bundeskanzler! Herr Meyers meinte, es müsse untersucht werden, warum in einigen Wahlbezirken, vor allen Dingen in Ostwestfalen sämtliche Wahlbezirke, uns der Erfolg versagt geblieben ist. Ich habe selbst in einigen dieser ländlichen Wahlkreise gesprochen und festgestellt, daß in der bäuerlichen Bevölkerung noch Ansprüche wirksam sind, die in der nationalsozialistischen Zeit anerzogen worden sind. Es sind Ansprüche, die zum Teil einfach nicht realisiert werden können. Zum anderen hat die sehr gute Heuernte nicht das Sinken der Schweinepreise überdecken können. Das wird uns mehr oder weniger vorgehalten, daß die Schweinepreise zu niedrig waren. Ferner ist der Mangel an Arbeitskräften außerordentlich gravierend. Vor allen Dingen wurde mir das immer wieder von den Landfrauen gesagt. Es ist so, daß die Landfrauen bezüglich der Anfälligkeit an Krankheiten den höchsten Prozentsatz stellen und daß sie auch die höchste Sterblichkeitsziffer bei den Menschen über 50 Jahren aufweisen. Es ist so, daß z.B. bei einem Besitz von 300 Morgen in Westfalen die Bauersfrau selbst aufs Feld muß, um Rüben zu hacken, weil sie keine Arbeitskräfte hat. Es ist sehr schwer, hier einen Wandel herbeizuführen.

Es sind hier und da Gedanken über ein Pflichtjahr aufgetaucht. Ich meine, das hätte geregelt werden müssen mit der Einführung der Wehrpflicht; denn ich stehe auf dem Standpunkt, wenn man die gleichen Rechte haben will, muß man irgendwie auch die gleichen Pflichten in Form eines Ersatzdienstes auf sich nehmen. Ich habe mich gewundert, daß das nicht viel stärker in den Vordergrund gestellt worden ist. Früher hat es immer geheißen, die jungen Mädchen haben die Chance, weiter zu studieren und nachher die und die Plätze zu belegen. Ich weiß natürlich, daß ich in der Luft zerrissen würde, wenn das draußen bekannt würde. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, irgendein Ersatzdienst sollte in irgendeiner Form geleistet werden. (*Zuruf:* Haushaltsjahr!) In einem Wahlkreis sind nicht weniger als vier bäuerliche Vertreter aufgestellt worden, und zwar von der CDU, der DP, der DRP und der FDP. Die FDP, die keine Chance hat, auf diesem Gebiet zu einer wirklichen Verantwortung zu kommen und die Konsequenzen für das auf sich zu nehmen, was sie verspricht, hat natürlich da leichtes Spiel gehabt, nun alles Mögliche zu versprechen. Daraus erkläre ich mir dieses immerhin bedauerlich starke Vorhandensein der FDP.

Dann möchte ich ein Wort zu den Frauen sagen. Ich bin heilfroh, daß im Rheinland vier Frauen in direkter Wahl gewählt worden sind und eine über die Landesliste.⁵³ Herr

⁵³ In direkter Wahl gewählt wurden: Anna Klöcker, Christine Teusch, Maria Hölters, Aenne

Lensing wird zugeben, daß es in Westfalen ungemein schwierig war, überhaupt zwei Frauen auf der Landesliste abzusichern. Was ich für einen Kampf um die katholische Frau gehabt habe, wird jeder, der in den Sitzungen war, bestätigen können. Es ist nicht gelungen, Frauen in wirklich sicheren Wahlkreisen zu plazieren. In einem Dortmunder Wahlkreis, wo eine Frau bei der Bundestagswahl sehr guten Stimmengewinn erzielt hat, ist es nicht möglich gewesen, diese Frau für die Landtagswahl kandidieren zu lassen. In Marl war eine sehr tüchtige Frau⁵⁴, die einstimmig zur Vorsitzenden des Fraktionsvorstandes im Stadt- und Kreisparlament vor einiger Zeit gewählt wurde, die als Gegenkandidaten einen ehemaligen Wiederaufbauminister⁵⁵ hatte, der acht Tage vor der Wahl große Gelder für ein Altersheim und den Wohnungsbau in diesem Wahlkreis gezeichnet hatte. Es ist nicht gelungen, diese Frau auf der Landesliste abzusichern.

Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die Berücksichtigung der Frauen in der CDU rückläufig ist und sich nicht irgendwie mit dem Stimmenanteil der Frauen entsprechend verbessert hat.

Ich darf zum Schluß sagen, eine solche Anteilnahme der Hagerer Bevölkerung an dem Wahlsieg der CDU habe ich bisher noch nie erlebt. Es ist mir noch nie passiert, daß mir persönlich nach einer Landtagswahl soviel Glückwünsche zugegangen sind mit dem ausdrücklichen Bemerken, wie sehr man sich darüber freue, daß Herr Weyer abserviert sei.⁵⁶ Und wenn wir noch einmal eine Koalition mit der FDP eingingen und Herrn Weyer eine Chance gäben, hätten sie zum letzten Mal CDU gewählt.

Bei mir verbindet sich mit der Vorstellung von Frieden der Geist. Ich meine, da haben sie den Herrn Weyer überfordert. Er ist ein Anhänger der Macht, wie man zu sagen pflegt. Die Bevölkerung ist von tiefer Zufriedenheit erfüllt, daß er nun in Düsseldorf nicht mehr in einem Ministerium erscheint.

Johnen: Zu den Landfrauen! Wir haben bei uns in der Gegend, wo der FDP-Landwirtschaftsminister⁵⁷ wohnt, folgenden Gegensatz. Bei den Männern ist es aussichtslos, aber bei den Frauen erfolgreich, wenn man dort Versammlungen abhält. Wir haben also dort Landfrauentagungen einberufen. Dort sind mehrere Rednerinnen aufgetreten, nicht nur von der CDU, sondern auch vom Landwirtschaftsverband. Frau

Gehling. Über die Landesliste kam Gisela Praetorius in den Landtag. Vgl. UiD Nr. 28 vom 10. Juli 1958 S. 1.

54 Maria Jacobi (geb. 1906), 1948–1964 Mitglied des Stadtrats in Marl, seit 1. Januar 1958 Vorsitzende der CDU-Fraktion, 1961–1972 MdB (CDU).

55 Dr. Fritz Kaßmann (1908–1991), 1952–1955 Amts- und Stadtdirektor in Marl, 1954–1966 MdL NW, 1956–1958 Wiederaufbauminister. – Zur erwähnten Geldbewilligung vgl. „Marler Zeitung“ vom 3. Juli 1958.

56 Im Wahlkreis 121 (Hagen II) erhielt die CDU 44,6 %, die SPD 42,4 % und die FDP 10,6 % der Stimmen. In Hagen I (Wahlkreis 120) allerdings erzielte die SPD 53,7 %, die CDU 36,7 % und die FDP 8,1 %. Vgl. Handbuch des Landtags Nordrhein-Westfalen 4. WP S. 268f.

57 Dr. Josef Effertz (1907–1984), 1954–1961 MdL NW (FDP), 1956–1958 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1961–1968 MdB (FDP).

Dr. Stempel⁵⁸ hat dort die Frauen in ausgezeichneter Weise angesprochen, etwa in der Art: Ihr seid die Arbeitsamsten, aber ihr könnt doch in Freiheit arbeiten. Der Erfolg war der, daß die Frauen ihre Männer wieder in Ordnung gebracht haben, so daß die FDP dann heruntergefallen ist.

Brauksiepe: Es wurde angekündigt, daß ein Wahlteam bei den kommenden Landtagswahlen Vorarbeiten leisten solle. Da scheint es mir wesentlich zu sein, die Aufmerksamkeit auf die Erfahrungen zu lenken, die wir bei den Frauenwahlen gemacht haben. Wir haben erfahren, daß man bei den Frauenversammlungen ganz anders vorgehen muß als bei den Männerversammlungen. Man sollte bei den Frauen nicht zuviel Themen anschneiden, sondern dosisweise vorgehen, was die Argumente angeht. Wir haben Fälle erlebt von der Hysterie bis zur Resignation.

Es ist sehr wichtig, daß sich das Wahlteam Gedanken darüber macht, wie wir bei solch entscheidenden Wahlkreisen, wo die Frauenstimmen noch nicht alle erfaßt sind, psychologisch vorgehen, um dort die entsprechenden Ergebnisse zu erzielen. Es wäre völlig verkehrt, nun zu sagen, die Frauenversammlungen macht man dadurch attraktiv, daß man Kaffee und Kuchen vorsetzt. Die Bundesgeschäftsstelle sollte auch darauf sehen, daß in den Versammlungen die Einleitungssätze oder die Dankesworte nicht immer die gleiche eintönige Formulierung haben. Es ist zu empfehlen, dem Versammlungsleiter einen Waschzettel zu geben, wonach er die Ausführungen in diesen Versammlungen etwas verschiedenartig gestaltet. Ich denke mit Schrecken an den stereotypen Satz: „Der Beifall hat Ihnen bewiesen ...“ Davon träumt man nachher, wenn man 40 Versammlungen mitgemacht hat. Ich habe festgestellt, daß die jüngeren Frauen viel ansprechbarer sind als die älteren Frauen; besonders die zwanzigjährigen, aber auch noch die dreißigjährigen fanden sehr schnell Verständnis für unser Wahlanliegen, während diejenigen, die Sie vorhin mit „Möhnen“ bezeichneten, diesmal gerade ein Hindernis waren. Es kam zum ersten Mal die Antwort: Wir haben euch bisher immer gewählt, aber diesmal machen wir nicht mit. Das kam von den Frauen und der älteren Generation, die sich beschwert haben. Ich möchte mir vorbehalten, einige Punkte, die ich nur angedeutet habe, schriftlich nachzutragen, die Sie bei dem Wahlteam verwerten können.

Adenauer: Nun muß ich doch wohl noch etwas zu dem Ausdruck „Möhn“ sagen, aber ich kann Ihnen das nicht genau erklären. „Möhn“ hängt mit dem Alter eigentlich nur entfernt zusammen; eine „Möhn“ hat meistens einen negativen und keinen guten Charakter. Es gibt auch männliche „Möhnen“. Aber es ist nicht einfach, hier jetzt den Begriff „Möhn“ genau zu definieren. (*Schmunzeln und Heiterkeit.*)

Von Hassel: Wir haben in Schleswig-Holstein seit der Debatte über die Atomfragen im Bundestag im März dieses Jahres bis heute etwa ein halbes Dutzend Frauenversammlungen mit dem Thema „Frauen fragen den Ministerpräsidenten“ abgehalten, wo sie aber keinen Kaffee und keinen Kuchen – zumindest nicht auf Parteikosten –

58 Nicht zu ermitteln.

bekamen. Das Thema sorgte jedesmal für ein vollbesetztes Haus. Die Zahl der Besucherinnen schwankte zwischen 120 und 450 etwa.

Es ist nun interessant, daß ganz selten das Thema „Atomtod“ im Vordergrund gestanden hat. In den Versammlungen gegen Ende Juni ist dieses Thema überhaupt nicht mehr erwähnt worden, sondern die Frauen haben gefragt nach den Nitrit-Fällen⁵⁹, nach den Schulverhältnissen, nach kulturellen Dingen usw. Es ist auch keine Versammlung gewesen, in der nicht das Thema eines hauswirtschaftlichen Pflichtjahres aufgeworfen wurde, so daß wir auf dem Landesparteitag in Schleswig-Holstein über diese Frage gesprochen haben und von uns aus Herren beauftragt sind, darüber nachzudenken, ob es so etwas auf der Länderebene irgendwie geben kann.

Ich hatte mich zum Wort gemeldet, weil eben in meiner Abwesenheit davon gesprochen worden ist, daß der BHE zur FDP abwandere. Ich bin heute aus Schleswig-Holstein angerufen worden. Der Landesvorsitzende Leverenz⁶⁰ ist stellvertretender Bundesvorsitzender geworden. Die FDP ist sehr stark deprimiert und hat sich am Dienstag zum ersten Mal bereitgefunden, mit dem BHE über ein Zusammengehen zu sprechen. Der BHE hat vor drei Wochen eine Landesliste aufgestellt, die miserabel war vom Standpunkt einer künftigen Koalition aus. Es sitzen dort vom vierten Platz an nur alte SS-Leute und Obernazis, mit denen eine Koalition nicht möglich ist. Vorgestern haben sie eine neue Landesliste aufgestellt, die noch wesentlich schlechter ist als die erste. Das Ergebnis ist, daß sich der BHE in Schleswig-Holstein z.Z. in Auflösung befindet. Sie können damit rechnen, daß in den nächsten Wochen alles das, was irgendwie noch vernünftig ist, aus dem BHE ausscheiden wird. Ich habe das Gefühl, daß wir die guten Leute für uns gewinnen.

Wir haben seit geraumer Zeit diesen vernünftigen Leuten gegenüber ein gutes Klima geschaffen, so daß sie sich heute sagen, wir unterscheiden uns eigentlich im Grunde genommen nicht mehr von der CDU. Das sind anständige Kerle, warum sollten wir nicht jetzt die Konsequenzen ziehen. Von zehn Abgeordneten des Landtages haben sie einen herausgeworfen. Zwei sind ausgetreten. Von diesen ist einer in der vorigen Woche zur CDU übergetreten.⁶¹ Sie können davon ausgehen,

59 Durch Überdosierung mit Natriumnitrit, das zur Schönung von Fleisch- und Wurstwaren verwendet wurde, war es Anfang 1958, vorwiegend im süddeutschen Raum, zu Nitritvergiftungen gekommen. Vgl. „Die Welt“ vom 22. Januar, 18. Februar und 21. März 1958, „Der Tagesspiegel“ Berlin vom 29. Januar 1958, „Stuttgarter Nachrichten“ vom 5. Februar 1958.

60 In der Vorlage: Leferenz(?). – Dr. Bernhard Leverenz (1909–1987), 1950 FDP-Kreisvorsitzender in Kiel, 1951–1952 stv. Vorsitzender der FDP Schleswig-Holstein, dort 1952–1963 Landesvorsitzender, 1954–1958 MdL, 1954–1967 Justizminister, 1958–1964 stv. Bundesvorsitzender.

61 Aus der GB/BHE-Fraktion schieden aus: Dr. Heinz Kiekebusch am 14. April 1958, der Vizepräsident des schleswig-holsteinischen Landtags Hans von Herwarth am 9. Juni 1958 und Friedrich Doepner am 29. Juni 1958. Am 28. Juli trat von Herwarth, am 4. August 1958 Kiekebusch zur CDU über; Doepner wechselte am 14. Juli zur FDP. Vgl. „Die Welt“ vom 12. Juni und 1. Juli 1958.

daß dieses gute Klima, das wir geschaffen haben, die Beziehungen zwischen dem BHE und uns verbessert hat. Die Leute brauchen nicht in die FDP zu gehen. Nur müssen wir etwas tun, um sie für uns zu gewinnen. Es handelt sich immerhin im ganzen um zehn Millionen Vertriebene und um drei Millionen Ostzonenflüchtlinge. Diese Flüchtlinge werden aufgenommen in großen Auffanglagern. Davon haben wir zwei in Schleswig-Holstein. Diese Auffanglager haben bei der Bundestagswahl mit großer Mehrheit CDU gewählt. Solange die Leute in den Lagern sind, stehen sie auf unserem Standpunkt, wenn sie aber nach Nordrhein-Westfalen kommen, werden sie von den sozialistischen Wohnungsbaugenossenschaften eingekreist und gleiten uns dann aus den Händen.

Die späten Rücksiedler aus der Zone ostwärts der Oder-Neiße-Linie bieten ein jammervolles Bild. Die Kinder sind zum Teil Analphabeten und sprechen nicht einmal mehr Deutsch. Die Eltern haben unter den grauenvollen Erlebnissen erheblich gelitten. Sie sind völlig immun gegenüber den Sozialdemokraten. Wenn wir die gewinnen, bekommen wir damit die treuesten Wähler. Ich möchte wiederholen, was ich schon einmal im Bundesvorstand ausgeführt habe: Wir brauchen die Vertriebenen nicht abwandern zu lassen. Man muß sich aber mit ihnen beschäftigen. Das ist schwierig und erfordert Tag für Tag viel Kleinarbeit.

Adenauer: Das gilt auch für die Berliner Auffanglager. Nach dem, was ich gehört habe, ist Berlin sehr schlecht für uns.

Cillien: Es ist kein Wort zuviel gesagt worden über die Bedeutung, die der Rundfunk und das Fernsehen bei einem Wahlkampf haben. Der Einfluß dieser Propagandamittel darf nicht unterschätzt werden. Ich habe die große Hoffnung, daß der Herr Ministerpräsident alles aufbieten wird, daß Köln eine etwas andere Färbung bekommt. (*Meyers:* Eine neue Welle in dieser Legislaturperiode!) Köln hat für Niedersachsen und für Nordrhein-Westfalen eine ziemlich große Bedeutung. Ich meine aber, daß das Fernsehen noch eine größere Bedeutung hat. Das enthebt ja die Leute, sich auf den Weg in eine Versammlung zu begeben, wo sie zum großen Teil nur undeutlich sehen und schlecht verstehen usw. Wir müssen also alles aufbieten, um zu erreichen, daß wir möglichst viel Sendezeiten im Fernsehen bekommen. Wir müssen dafür sorgen, daß gute Redner im Fernsehen auftreten und sprechen, und zwar nicht mit Monologen, sondern sie sollten möglichst Dialoge miteinander führen.

Blumenfeld: Ich bin erfreut, Herr Bundeskanzler, daß Hamburg nicht mehr ganz allein als schwarzes Schaf dasteht. (*Schröder:* Ein ausgesprochen rotes Schaf! – *Heiterkeit.*) Ich möchte hoffen, daß wir in Zukunft als der verlorene Sohn betrachtet werden. Ich darf Ihnen sagen, daß wir etwas optimistischer in die Zukunft blicken können.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, Herr Bundeskanzler, weil wir aus den Darlegungen und aus der Analyse der Wahl in Nordrhein-Westfalen, die für uns als Unbeteiligte sehr interessant gewesen ist, einige Punkte entnehmen, die mir sehr wichtig zu sein scheinen. Zunächst darf ich kurz noch auf das kommunalpolitische Anliegen hinweisen, von dem Herr Bitter gesprochen hat. Es ist gerade die Verzahnung

von Gemeinde- und Landespolitik, die unsere Hamburger Situation so unglaublich schwierig macht. Es ist nur ein einziges Mal gelungen, das zu durchbrechen, weil wir damals genügend Leute hatten, die sich für die Kommunalpolitik einsetzen konnten. Gerade diese persönliche Eignung für das kommunalpolitische Anliegen ist es, Herr Bundeskanzler, die ich insgesamt gesehen in unserer Partei vermissem. Ich vermissem auch die Solidarität zwischen vielen führenden Parteifreunden und den kommunalpolitisch tätigen Menschen innerhalb unserer Partei. Das ist ein Anliegen, dem wir auch im Bundesvorstand etwas mehr Beachtung schenken sollten. Wir sollten vielleicht eine Analyse machen gerade im Hinblick auf diese kommunalpolitischen Fragen, auch hinsichtlich der Verhältnisse im Wohnungsbau und der sonstigen wirtschaftlichen Bedingungen.

Herr Minister Lücke^{61a}! Wir stellen bei uns im Norden fest, daß die Stärke der SPD-Position ganz wesentlich von dieser Wohnungsbaupolitik abhängt. Ich kann nur noch einmal dringend bitten, das ganze kommunalpolitische Anliegen, von dem Herr Bitter mit Recht gesprochen hat – was ja der Herr Bundeskanzler seinerseits bekräftigte –, so ernst wie nur möglich zu behandeln.

Herr von Hassel, unter dem Gesichtspunkt, daß wir lernen sollten, mit verteilten Rollen zu spielen, könnte ich mir vorstellen, daß wir uns über die Position der DP nicht erst im September, sondern schon sehr bald unterhalten sollten. Was Herr von Hassel von der FDP in Schleswig-Holstein mitgeteilt hat, hat bei der DP in Hamburg – trotz des Herrn Seebohm⁶² – am Montag schon eingesetzt, nämlich eine Auflösung in toto. Ich bin von Herrn Seebohm – er hat einen sehr großen Vorstand in Hamburg im Verhältnis zur Partei – angesprochen worden wegen Verhandlungen über eine Fusion oder ein Zusammengehen. Ich möchte mir nicht erlauben, gerade wegen der Auswirkung auf Schleswig-Holstein und Niedersachsen, in dieser Richtung etwas zu tun, bevor uns nicht klargeworden ist, welche Politik wollen Sie im Bund und welche Politik ist richtig für die Länder.

Auf der anderen Seite können wir in Hamburg ein Wahlabkommen treffen und sehen, wie die Reaktion ist, wenn die Herren von Schleswig-Holstein und Niedersachsen der Meinung sind, daß das zweckmäßig wäre. Jedenfalls will die FDP in Hamburg mit der CDU gehen. Der BHE ist für uns in Hamburg kein Problem. Man kann sagen, daß die Mehrheit des BHE zu uns will, dank des aktiven Einsatzes einiger Freunde, die aus dem Lager der Vertriebenen kommen. Das ist also kein Problem mehr.

An die FDP möchte ich jetzt noch nicht so stark herangehen, aber auch da stellen wir, was Herr von Hassel eben für Schleswig-Holstein gesagt hat, eine starke

61a Paul Lücke (1914–1976), 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1968 Bundesminister für Wohnungsbau. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 353 Anm. 99.

62 Dr. Hans-Christoph Seebohm (1903–1967), 1949–1967 MdB (DP, ab 1960 CDU) 1949–1966 Bundesminister für Verkehr, ab 1956 Mitglied des Direktoriums der DP. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 598 Anm. 36.

Depression fest. Ich möchte sehr darum bitten, Herr Bundeskanzler, daß eine Reihe von Landesvorsitzenden – nicht Bundestagsabgeordnete oder Bundesminister –, also ganz einfache Landesvorsitzende, häufiger im Bundesvorstand zusammenkommen, wobei nicht immer eine so große Besetzung zu sein braucht. Aber ich glaube, der persönliche Kontakt und die direkte Aussprache über grundsätzliche Anliegen der Innenpolitik und auch der Außenpolitik wäre außerordentlich begrüßenswert und könnte nur förderlich sein. Ich muß auch noch darauf hinweisen, daß die Finanzlage mancher Landesverbände noch die der Bundespartei im Hinblick auf das Minusergebnis übertrifft. Hier sollten aber nicht mit delphischen Sprüchen Andeutungen gemacht werden, sondern hier muß einmal zwischen verantwortlichen Freunden ein klares und klärendes Wort gesprochen werden.

Adenauer: Meine persönliche Auffassung zu dem, was Herr Blumenfeld gesagt hat, ist folgende: Die Frage DP zu CDU ist von besonderer Bedeutung für Niedersachsen, aber auch für den Bundestag. Es ist aber schlechterdings jetzt nicht möglich, Herr Kollege Blumenfeld, insbesondere nicht in der Urlaubszeit, eine solche entscheidende Frage zu besprechen. Wir müssen also bis zum Herbst warten, wobei mich auch der Gedanke leitet, daß bis dahin sich doch manches geklärt haben wird. Aber klären Sie ruhig weiter, wo es etwas zu klären gibt; denn dadurch werden die Dinge im allgemeinen erleichtert. Herr Kollege Krone wird nachher über Bundestagsfragen sprechen. Vielleicht wird er auch auf diese Frage zurückkommen.

Und nun zu der Frage der Häufigkeit der Bundesvorstandssitzungen. Es ist wirklich ein Dilemma. Ich weiß nicht, woran es liegt. Ich glaube, der Vorstand ist – seien Sie mir nicht böse – zu groß. Es hat wirklich keinen Zweck, Vorstandssitzungen einzuberufen, wenn ein großer Teil der Mitglieder sich entschuldigt und nicht kommt. Wenn man schon den Vorstand häufiger einberuft – ich bin durchaus dazu bereit, das macht mir nichts aus –, muß sich auch eine Tradition der Zusammenarbeit dabei entwickeln. Die Tradition der Zusammenarbeit entwickelt sich aber nur, wenn im großen und ganzen die Vorstandsmitglieder auch kommen. Und das ist doch eine sehr große Schwierigkeit. Aber vielleicht finden wir noch einen Ausweg hier. Sie werden nachher von Herrn Meyers noch etwas über den Bundesparteitag hören, und dann könnten wir eventuell noch darüber sprechen.

Oberländer: Es ist nicht nur eine Analyse der Nichtwähler, sondern auch eine solche der jungen Wähler nötig. Ich glaube, daß von den 800.000 Neuwählern 600.000 Zugewiesene und Zugewanderte sind. Zugewiesen sind 32 %, und aus den anderen Ländern wandern etwa 18 % zu. Rechnen wir, daß in den letzten vier Jahren 1,4 Millionen Menschen aus dem Osten gekommen sind – das ist statistisch nachweisbar –, so sind es mindestens 600.000 zugewanderte Neuwähler, also nicht Jungwähler, gewesen. Ich sage Zuwanderer, weil nicht alle Flüchtlinge Zuwanderer sind, sondern aus anderen Ländern nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind.

Ich würde schätzen, daß etwa 60 % davon CDU gewählt haben, 35 % SPD und 5 % FDP. Die 35 % bei der SPD möchte ich hauptsächlich auf die bereits erwähnte aktive Kommunalpolitik der SPD zurückführen; denn eines ist sicher: Der Mann, der heute

kommt, fragt zunächst, wo kann ich wohnen. Und dann kommt die SPD und sagt, du bekommst eine Wohnung. Die Folgen dieser Sozialisierung des Wohnungsbaues erleben wir ja heute. Das alles ist aber geschehen, ehe der Kollege Lücke gekommen ist. Die Sozialisierung des Wohnungsbaues mit den großen Kapitalgesellschaften ist letzten Endes unter Preusker⁶³ geschehen. Ich habe oft genug davor gewarnt. Die SPD hat also nach meiner Überzeugung diese 35 % aus diesen 600.000 aufgrund des eben Gesagten bekommen. Das ist bedauerlich, aber ich muß es sagen. Herr Bitter, ob die Menschen Treibholz werden oder nicht, das liegt letzten Endes an uns. Diese Menschen wollen persönlich angesprochen werden. Das ist unsere Kleinarbeit. Ich bitte Sie, im Wahlkampf die These zu verwenden: Es gibt nur ein Sowjetbild; das ist das, welches 18 Millionen Deutsche in dreizehnjähriger Knechtschaft erarbeiten mußten. Kein SPD-Mann wagt, etwas dagegen zu sagen. Ich habe das im Wahlkampf benutzt, und es ist nie ein Mann aufgestanden, der zu dieser Sache etwas gesagt hat. Daß die Ereignisse um Nagy⁶⁴ und Maléter⁶⁵ auch etwas geholfen haben, will ich nur nebenbei erwähnen. (*Schröder*: Das Beweisstück!) Das habe ich auch im Wahlkampf benutzt. Aber man muß den anderen sagen, daß ihr Sowjetbild falsch ist. Die anderen können nicht sagen, meines ist besser. Auch die Wengerschen Thesen kamen häufig auf. Ich muß sagen, daß Ihre Erklärung, Herr Bundeskanzler, sehr entschieden gewirkt hat. Allerdings hat der Antrag auf Aufnahme der Beziehungen mit Polen⁶⁶ usw. äußerst negativ bei der Opposition gewirkt. Das habe ich damals in Bochum bei den Westpreußen gesehen. Damit ist die Opposition nicht angekommen.

Ich will nicht näher auf den BHE und die FDP eingehen. Es ist klar, daß die FDP und der alte BHE-Vorstand versucht haben, für die FDP Stimmen zu bekommen. Ich bin völlig einig mit dem, was Herr von Hassel gesagt hat. Ich glaube, es wäre gut – ich habe mit dem Herrn Kollegen Meyers darüber gesprochen –, wenn man für die nächsten vier Jahre in Nordrhein-Westfalen einen Staatssekretär für die Vertriebenen einsetzte. Damit wären wir viel klüger als die vorhergehende Regierung. Dies wäre auch wichtig für die kommenden Landtagswahlen, vor allem in Schleswig-Holstein, Bayern und Niedersachsen. Ich habe vor einigen Tagen in Hannover gesprochen, und da war ein absolutes Anlehnungsbedürfnis zu spüren. Die Frage ist, ob wir ein günstiges Klima und eine positive Politik schaffen. Wenn es so ist, dann ziehen wir

63 Dr. Victor-Emanuel Preusker (1913–1991), 1947–1949 Generalsekretär der FDP in Hessen, 1949–1961 MdB (bis 1956 FDP, Februar 1956 fraktionslos, dann DA und FVP, März 1957 DP/FVP, Oktober 1957 DP, Juli 1960 fraktionslos, ab September 1960 CDU/CSU), 1953–1957 Bundesminister für Wohnungsbau.

64 Imre Nagy (1896–1958), ungarischer Politiker, Kommunist, später Antistalinist, seit 1930 in der UdSSR, 1944 Rückkehr nach Ungarn, 1944–1945 Landwirtschaftsminister, 1953–1955 und 1956 (während des Volksaufstandes) Ministerpräsident, 1958 Hinrichtung.

65 Pál Maléter (1917–1958), ungarischer General; 1956 einer der Führer des ungarischen Aufstandes und Verteidigungsminister der Regierung Nagy, 1958 Hinrichtung.

66 Antrag von SPD und FDP auf Herstellung diplomatischer Beziehungen vom 23. Januar 1958. 23. Januar 1958 Sten.Ber. 3. WP Bd. 39 S. 421 Umdruck 6.

sie von selbst herüber und geben der FDP kein neues Reservoir. Wir müssen mehr tun als die anderen; dann wird auch diese Sache für uns wesentlich erleichtert.

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Zum Wahlergebnis ist genügend gesprochen worden. Wir freuen uns über den Sieg in Nordrhein-Westfalen. Wir glauben, daß es so weitergeht in Schleswig-Holstein, in Bayern und in Hessen. Für Berlin sind wir auch zuversichtlich.

In dieser Freude möchte ich eine Frage stellen, die mich etwas bedrückt. Ein Wahlsieg ist eine Verpflichtung, nicht nur die Partei zu formieren und zu reorganisieren und Propaganda zu machen, sondern auch die Politik entsprechend zu gestalten. Ich möchte es so formulieren: Wir haben das Vertrauen der Wähler nicht nur für den Bund, sondern auch für das größte Land bekommen. Damit haben wir auch die Verpflichtung erhalten, gewisse Dinge, die uns eigen sind, zu realisieren. Ich will nicht im einzelnen viel darüber sagen, aber es muß ganz klar bei den zuständigen Stellen im Bund und in den Ländern überlegt werden, was das bedeutet. Meines Erachtens sind es zwei Kategorien von Fragen, die überlegt werden müssen. Die eine Frage betrifft das soziologische Gebiet, etwas, was auch den Herrn Bundeskanzler seit Monaten immer wieder bewegt, nämlich die Frage der soziologischen Volksordnung. Das ist eine Frage, die von den Gesetzgebern im Bund und in den Ländern überprüft werden muß. Ich stehe unter dem Eindruck, daß wir faktisch ständig nur Bundespolitik machen. In diesem Jahre ist viel geschehen, z.B. die Steuergesetze usw. Die Bahn ist jetzt frei geworden für andere Aufgaben. Über das, was darüber hinaus gemacht werden muß, habe ich, abgesehen von den allgemeinen vagen Vorstellungen, kein konkretes Bild. Das ist die eine Frage.

Die zweite Kategorie von Fragen wird veranlaßt durch einen Zettel, den der Herr Kollege Schröder mir zugeschoben hat. Er sagt, wie wäre es geworden, wenn wir von der Bundesregierung in Karlsruhe die Dinge nicht gestoppt hätten. Das führt mich zu der Überlegung – es ist für mich eine ganz ernste Frage –, wie wir auf dem Gebiete der Innenpolitik zu einem noch festeren Gefüge des Staates – wie wir ihn heute dank der Erfolge unserer Politik und dank der Erfolge des Bundeskanzlers haben – kommen können. Das ist ja kein Zustand für ewig. Das einmal zu überlegen, ist also eine eminent wichtige Aufgabe. Der Herr Bundeskanzler hat vorhin gesagt, daß er heute nicht darauf eingehen möchte, aber hier liegt eine entscheidende Frage. Daß wir die Dinge erkennen und erspüren, scheint mir doch wichtig zu sein. Ich will sie im einzelnen nicht erwähnen, aber Herr Minister Schröder weiß, daß sie stark in sein Ressort hineingehen. Damit sind sie schon angedeutet.

Lassen Sie mich noch einen Gedanken herausgreifen. Wir beobachten z.Z. einen starken Trend zum Zweiparteiensystem. Das ist vielleicht gut, weil wir gewonnen haben; aber ist das auch eine Angelegenheit für ewig? Wir haben gehört, wie stark die SPD nach oben gekommen ist. Z.Z. bin ich beruhigt durch den Parteitag der SPD in Stuttgart, denn dort hat Wehner mit seinen altmodischen Sachen über den Klassenkampf usw. den Weg zu den kleinen Bauern und auch zum Mittelstand verbaut. Das ist unser Vorteil. Unser Wahlsieg ist auch dadurch gekommen, daß wir diese

großen bundespolitischen Fragen vom Lande aus bestätigt bekommen haben, z.B. hinsichtlich der Sicherheit unseres Landes usw. Ich bejahe nun die These, daß wir diesen Wahlerfolg, den wir im Bund und in den Ländern haben, auch in der Form und in der Institution sichern müssen. Aber hier liegen große Probleme, an die wir im Bundestag demnächst herangehen müssen. Sie erwähnt zu haben, scheint mir heute die Aufgabe dieses Kreises zu sein. Mein Vorschlag ist der, daß wir einen Teil dieser Aufgaben, insbesondere die soziologischen, schon in Kiel⁶⁷ in einer entsprechenden Form herausstellen, damit unser Volk sieht: Wir nutzen den Sieg aus, und wir wissen mit dem Sieg etwas anzufangen.

Jochmus: Ich möchte kurz wegen der mangelnden Beteiligung an den Vorstandssitzungen fragen: Wäre es nicht möglich, die Vorstandssitzungen auf den Samstag zu verlegen? Das würde wahrscheinlich für viele keine so großen Schwierigkeiten machen wie der Freitag.

Adenauer: Wir hatten früher die Sitzungen zu Anfang der Woche, und da hieß es, lieber am Ende der Woche. Das Ergebnis sehen Sie. Jetzt möchten Sie den Samstag haben? (*Jochmus:* Ja!) Dann kommt keiner mehr.

Hellwig: Herr Bundeskanzler! Ich möchte ein Wort des Kollegen Dr. Krone aufgreifen, nämlich zum Thema des Bundesparteitages. Ich möchte auf den Antrag auf Schaffung des Parteiengesetzes in einer bestimmten Frist, der im Bundestag überraschenderweise eine Mehrheit bekommen hat, aufmerksam machen. Diese Situation beleuchtet, wie notwendig es ist, gerade unsere eigene Existenzgrundlage in dieser stürmischen Zeit zu gewährleisten.

Was die Frage der Arbeiten angeht, die jetzt im Gange sind, so möchte ich denjenigen, die nicht in der Fraktionsarbeit stehen, sagen, von den ganzen Vorlagen ist der erste Teil über die Steuern verabschiedet.⁶⁸ Der zweite Teil über die Umsatzsteuerreform wird zunächst mit einer Denkschrift des Ministeriums in diesem Sommer in Gang gebracht werden.⁶⁹ Der dritte Teil über die Neugestaltung des Finanzausgleichs⁷⁰, vor allem auch im Hinblick auf die erschreckende Abhängigkeit der Gemeinden von der Steuerkraft der Gewerbetreibenden, ist eine Angelegenheit, die noch nicht vorlagereif ist. Hier möchte ich anregen, daß ein Gremium – Bund, Land, Gemeinden – unserer Partei den Auftrag erhält, in Verbindung mit dem Bundesfinanzminister sich an dieser Arbeit zu beteiligen; denn gerade die Neuordnung des Finanzausgleichs ist von besonderer Bedeutung. Und das sollte gerade bei

67 8. CDU-Bundesparteitag in Kiel vom 18. bis 21. September 1958.

68 Vgl. BT-Drs. 260 (Gesetzentwurf zur Änderung von Einkommen- und Körperschaftssteuer vom 7. März 1958).

69 Denkschrift über die Möglichkeiten einer Verbesserung der Umsatzbesteuerung vom Oktober 1958 in ACDP I-162-837. Weiteres Material zur Umsatzsteuerreform ebd. I-162-838/2 und -839.

70 Vgl. BT-Drs. 703 (Entwurf des Länderfinanzausgleichsgesetzes 1958 vom 3. Dezember 1958); BGBl I S. 73–76 (Länderfinanzausgleichsgesetz, 5. März 1959); vgl. Wolfgang RENZSCH: Finanzverfassung und Finanzausgleich. Bonn 1991.

dieser Querverbindung, die im Bundesvorstand zwischen Bund, Land und Gemeinden besteht, beachtet werden. Der dritte Komplex der Reformvorlage wird in dieser Legislaturperiode noch zur Verabschiedung kommen, nämlich die Neugestaltung des Aktienrechts.⁷¹ Hier ist besonders auf die Umgestaltung der Steuerverteilung zu achten.

Adenauer: Darf ich den Vorschlag machen, sich heute nicht in alle diese Einzelfragen zu begeben. Wir wissen alle, daß diese Vorlagen auf dem Tisch liegen, nicht nur die eben genannten, sondern auch noch andere. Aber ich meine, wenn wir jetzt darüber reden, steht es vielleicht morgen in der Presse. Diese Dinge müssen vorbereitet werden in einem abgedichteten Kreis, bis man zu einem Ergebnis gelangt ist. Deswegen möchte ich herzlich bitten, auch mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit, auf diese Fragen jetzt nicht näher einzugehen.

Lücke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es sind nicht nur die Fragen der neuen Vorlagen, die Sie angeschnitten haben, die uns in den nächsten Jahren befassen werden, sondern auch die Verzahnung der sozialistisch geleiteten Kommunen mit dem DGB und den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften. Es sind sehr harte Worte gefallen. Die Zahlen sind so erschütternd, daß sie uns nicht oft genug in die Erinnerung zurückgerufen werden können.

Über zwei Millionen Wohnungen mit einem gesamten Aktivkapital von 22 Milliarden besitzen die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmungen, in denen wir überhaupt nichts zu sagen haben. Diese gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmungen sind in den Kommunen wieder mit dem DGB verzahnt. Der DGB verfügt über einen Gehirnsturz der Wohnungsbauunternehmungen, und zwar rückversichert durch die Bank für Gemeinwirtschaft. Wir haben immer wieder unterschätzt, daß auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und der Kommunalpolitik die Länder die Durchführung haben.

Wir haben diese Wahl mit einem ungeheuerlichen Run[!] geführt und haben Propaganda gemacht wie nie zuvor. Der Herr Bundeskanzler hat sich vorbildlich eingesetzt. Wir haben erlebt, daß wir so die Wahl gewonnen haben. Aber was wäre geschehen, wenn wir in einer Krise diese Wahl hätten führen müssen? Denn hier steht doch das von den Sozialisten untermauerte System unverlierbar fest. Meine Folgerung aus der Wahl ist die, daß sich unsere Politik darauf ausrichten muß, für eine Krise vorzusorgen. Das geht nur, wenn wir in Nordrhein-Westfalen

71 Sog. kleine Aktienrechtsreform, BT-Drs. 416 und BGBl I S. 789–795 (Gesetz über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung, 23. Dezember 1959) sowie BT-Drs. 417 und BGBl I S. 834f. (Gesetz über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer, 30. Dezember 1959).

den Wohnungsbauminister, den die CDU damit erstmalig in den elf Ländern hätte, stellen.⁷²

Herr Bundeskanzler! In den elf Ländern haben wir keinen einzigen CDU-Wohnungsbauminister. Was geschieht mit diesem Mammutvermögen, das wir mit über 25 Milliarden Steuergeldern gefördert haben? Die Gesetze sind fertig, aber es hat keinen Zweck, ein Gesetz einzubringen, wenn wir nicht in den Ländern die Führung der Wohnungsbaupolitik durch einen Minister von uns bekommen. Darum sollte in Nordrhein-Westfalen mit seinen 14 Millionen Einwohnern ein Wohnungsbauminister eingesetzt werden, der im Bundesrat den Vorsitz des Fachausschusses übernimmt und dann in den übrigen Ländern diese Front aufbricht. Langsam dämmert es in den Ländern. Wir werden aber dieses Problem nicht los, wenn wir diese Länder nicht in die Hand nehmen. Auch die Kommunen mit ihrer Machtstellung und den jeweiligen Wohnungsbauunternehmungen in den Großstädten bedienen sich gegenseitig. Wenn eine Stadt einen Kandidaten nicht durchbringt, wandert er ab in die Rückversicherungsanstalt der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmung. Dieses System könnten wir durchbrechen, wenn wir einen Wohnungsbauminister einsetzen. Ich denke auch an Hessen und Schleswig-Holstein. Dann könnten wir alles das, was wir wünschen, auch in die Praxis umsetzen.

Wir können in Bonn regieren und Gelder geben, aber diese Jagd geht dann unten los. Was erleben wir in Bayern? In Bayern macht z.Z. ein Oberregierungsrat⁷³ die Wohnungsbaupolitik. Er attackiert unsere Freunde mit Propaganda und hetzt die Abgeordneten auf, um die einzelnen Leute an die Leine zu bekommen. Ich bitte noch einmal darum, in Düsseldorf den ersten Wohnungsbauminister zu stellen. Das gleiche gilt auch für Hessen, für das Saarland und Bayern, sonst ist der Wohnungsbau, insbesondere von der Kommunalpolitik her gesehen, trotz dieses großen Wahlerfolges wiederum gefährdet.

Adenauer: Ich glaube, man kann diese Debatte, die wir zum Punkt 2 der Tagesordnung gehabt haben, als sehr fruchtbar und anregend bezeichnen. Ich möchte sie nunmehr abschließen. Ehe wir den Punkt verlassen, möchte ich aber noch den Herren Lensing und Johnen und allen ihren Mitarbeitern unseren herzlichsten Dank aussprechen. (*Lebhafter Beifall.*)

Wir kommen nunmehr zum Punkt 3 der Tagesordnung.

72 Das Amt eines Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten wurde in Nordrhein-Westfalen erst 1961 geschaffen und erstmals besetzt mit Peter Erkens (CDU). Vgl. Handbuch des Landtags Nordrhein-Westfalen 5. WP S. 310. – Peter Erkens (1898–1972), 1947–1966 MdL NW (CDU), dort 1958–1962 Minister für Wiederaufbau, seit 1961 außerdem u.a. Wohnungsbauminister.

73 Lt. Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung vom 19. Dezember 1956 (GVBl S. 434) war nach Paragraph 3 Abs. 8 das Innenministerium für Siedlungs- und Wohnungsbau zuständig.

DER 8. BUNDESPARTEITAG

Meyers: Der 8. Bundesparteitag soll stattfinden in Kiel vom 18. bis 21. September 1958. Der äußere Programmwurf liegt vor. Der Parteitag beginnt am Donnerstag, dem 18. September, nachmittags mit einer Sitzung des Bundesvorstandes. Anschließend folgt eine Sitzung des Bundesausschusses. Es ist der Wunsch der Landespartei Schleswig-Holsteins, daß an dem Abend diejenigen von uns, die keine sonstigen Verpflichtungen haben, sich in den Wahlkampf stürzen.

Am Freitag, dem 19. September, um 10 Uhr ist die Eröffnungssitzung mit dem üblichen Programm, das sich inzwischen im Laufe der Jahre herausgebildet hat. Nachmittags um 15 Uhr ist die erste Plenarsitzung; abends ist nach einem Empfang durch die Stadt Kiel das Treffen der Landesverbände, das sich inzwischen auch als traditionell herausgebildet hat. Am Samstag, dem 20. September, soll pünktlich um 9.30 Uhr mit der zweiten Plenarsitzung begonnen werden, die bis gegen 12.40 Uhr dauern wird. Nachmittags um 15 Uhr findet die dritte Plenarsitzung statt, und zwar bis gegen 19 Uhr. Um 20 Uhr ist ein Presseempfang, anschließend ein Abendessen für alle Delegierten auf der „Bunten Kuh“, damit stechen wir in See. Am Sonntag, dem 21. September, sind um 8.30 Uhr Gottesdienste, und um 10 Uhr ist die Schlußsitzung mit der Annahme von Entschließungen und dem Referat des Bundeskanzlers sowie den Schlußansprachen. Nachmittags um 17 Uhr ist in der Ostseehalle eine Großkundgebung, abends Rednereinsatz im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf. Das ist der äußere Rahmen des diesjährigen Bundesparteitages.

Adenauer: Ich würde darum bitten, noch vorzutragen, daß auch die Wahl der Vorsitzenden stattfindet.

Meyers: Für die sachliche Diskussion bleibt auf diesem Parteitag, wenn das alles erledigt werden muß, relativ wenig Zeit übrig. In diesem Jahr findet nach der Satzung wiederum die Wahl – die alle zwei Jahre stattfindet – des Ersten Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden statt. Den geschäftsführenden Vorstand wählt der Bundesausschuß. Diese Wahlen wollen wir am Freitag gegen Abend vornehmen, daß man ein Zeitpolster hat, wenn sich die Wahl länger hinziehen sollte. Am Samstag ist es nicht möglich, weil mit der „Bunten Kuh“ ein fester Zeitpunkt vereinbart worden ist.

Das genaue Thema steht noch nicht fest. Der Herr Bundeskanzler und Herr Dr. Krone haben vorgeschlagen, daß wir uns einmal mit dem Thema „Ordnung im Innern“ beschäftigen sollten, und zwar in einer Zweiteilung des Themas zur politischen Seite und zur soziologischen Seite hin, wie das eben auch Herr Dr. Krone stichwortartig ausgeführt hat.

Unsere Parteitage leiden an sich darunter, daß wir immer eine Fülle von Referaten haben und dabei die Diskussion zu kurz kommt. Die Überlegungen gehen dahin, ob man nicht dieses Thema aufspalten soll, wozu dann profilierte Vertreter unserer Partei, insbesondere Leute aus dem Bundesvorstand, bestimmt umgrenzte

Diskussionsbeiträge liefern. Wenn alle die Anliegen, die an den Herrn Bundeskanzler, an die Bundesgeschäftsstelle und an mich gerichtet worden sind, berücksichtigt würden, dann müßten wir einen Parteitag von mindestens 14 Tagen machen. Sonst ist das nicht möglich! Da wir uns bisher mit den großen Fragen der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik befaßt haben, könnten wir jetzt einmal die Ordnung im Innern in den Mittelpunkt stellen.

Johnen: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Bei jedem unserer Bundesparteitage hat sich gezeigt, daß die Sitzungen des Bundesausschusses Pannen waren und Unzufriedenheit hervorgerufen haben. Vielleicht dauern die Vorstandssitzungen zu lange. Beim letzten Mal war der Raum nicht in Ordnung. Dann hat der Herr Bundeskanzler eine Erklärung abgegeben, und wir sind auseinandergegangen. In jedem Jahr waren Unstimmigkeiten in dieser Hinsicht.

Deshalb schlage ich vor, um die Fehler nicht zu wiederholen, daß wir am ersten Tag unsere Vorstandssitzung abhalten. Ich bitte auch darum, den Empfang bei der Stadt Kiel nicht zu lange auszudehnen. Der Empfang könnte am ersten Abend sein. Am zweiten Tage könnte dann abends der Bundesausschuß tagen, vielleicht vor den Wahlen.

Adenauer: Was haben wir am Donnerstag?

Meyers: Wir wollten um 11 Uhr die Bundesvorstandssitzung abhalten und um 15 Uhr die Bundesausschußsitzung. Aber am Donnerstag geht es nicht, weil ein ausländischer König hier ist, der den Herrn Bundeskanzler am Mittwoch bis 12 Uhr nachts festhält.⁷⁴ Dann ist ihm – das ist auch unmöglich – nicht mehr zuzutrauen, am Donnerstag um 11 Uhr in Kiel zu sein. (*Johnen:* Unser Landtag wird am 16. und 17. September tagen müssen. Daran ist zu denken!) Es besteht die Möglichkeit, den Vorstand nachmittags und abends den Bundesausschuß einzuberufen. Dann fällt aber alles andere weg. (*Johnen:* Freitag abend! Sie können den Ausschuß für Freitag einberufen. Das wäre psychologisch richtig. Sie können den Empfang der Stadt Kiel auf den ersten Abend verlegen!) Wir müssen vor den Wahlen den Bundesausschuß tagen lassen. (*Johnen:* Es ist nur zu überlegen – ich will ja nicht meine Meinung durchsetzen, sondern nur die Pannen vermeiden –, ob das geht. Mehr will ich nicht. – *Schröder:* 14 Uhr am Freitag!) Technisch ist folgende Schwierigkeit. Das Lokal, in dem der Ausschuß tagt, ist nicht in der Ostseehalle, sondern zehn Minuten davon entfernt. (*Müllenbach:* Etwas mehr!)

Adenauer: Die Vorstandssitzung am Donnerstag um 15 Uhr kann doch in zwei Stunden erledigt sein, so daß wir dann um 18 Uhr den Parteyausschuß nehmen, und anschließend gehen wir dann zum Empfang der Stadt Kiel. Was halten Sie davon? Ich würde es nicht für glücklich halten, den Parteyausschuß mitten in die Sachen hineinzusetzen. Herr Johnen hat da vollkommen recht. Mit dem Parteyausschuß war

⁷⁴ Lt. TERMINKALENDER fand dieser Staatsbesuch nicht statt. Für den 15. September war König Faisal II. von Irak nach Bonn eingeladen worden. Im Zuge eines militärischen Staatsstreichs wurde Faisal jedoch am 14. Juli 1958 getötet (AdG 1958 S. 7180).

es im vorigen Jahr eine Pleite. Wir mußten ein anderes Lokal suchen. Das war sehr unangenehm. Der Parteiausschuß muß als Vorspiel vor dem Parteitag tagen.

Johnen: Ich bitte darum, dem Parteiausschuß eine sachliche Aufgabe zu geben. Wenn man ihn nur zusammenberuft, um zu hören, was der Vorstand vorher beschlossen hat, so erregt das Unzufriedenheit bei den Parteiausschußmitgliedern, die einen Tag früher kommen müssen. Sie müssen auch sachliche Aufgaben zu erledigen haben; sonst kommt wieder eine Unzufriedenheit hoch. (*Schröder:* Vorbereitung der Wahl!)

Meyers: Es liegen die ersten Entwürfe einer Geschäftsordnung und einer Ehrengerichtsordnung der Partei vor. Man könnte also über die Grundprinzipien dieser Ordnungen im Parteiausschuß beraten und dann in späteren Arbeitstagungen die Ordnungen verabschieden.

Adenauer: Können wir uns darauf einigen: 15 Uhr Bundesvorstandssitzung, 18 Uhr Parteiausschußsitzung, dann Empfang bei der Stadt Kiel? (*Zustimmung.*)

Von Hassel: Ich darf noch einmal auf die Wahl in Schleswig-Holstein aufmerksam machen. Die Sozialdemokraten werden alles versuchen, um uns diesmal auszuschalten. Die Dinge liegen nicht so, als ob wir die Wahl schon gewonnen hätten. Wir wären Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie sich als Redner für den Wahlkampf in Schleswig-Holstein zur Verfügung stellen würden.

Was der Herr Bundeskanzler eben vorgeschlagen hat: Donnerstag 15 Uhr Bundesvorstand, 18 Uhr Parteiausschuß und 20.30 Uhr Empfang der Stadt Kiel, halte ich für eine gute Einteilung; denn dann haben wir den Freitag abend frei für die Tagung der einzelnen Landesverbände. Am Sonnabend ist eine gemeinsame Fahrt in die See. Seekrankheiten sind ausgeschlossen. Dafür garantiere ich.

Adenauer: Sie haben ein schönes Gästehaus. Hoffentlich haben wir einigermaßen schönes Wetter. Dann werden auch einige dort bleiben.

Johnen: Eine Reihe von Freunden hat mich gebeten, Ihnen, Herr von Hassel, einen besonderen Dank auszusprechen für Ihren übermäßigen Einsatz bei unserer Landtagswahl. Wir werden das durch unseren Besuch bei Ihnen mit Dank quittieren. Wenn Sie einverstanden sind, werde ich Ihnen die Liste der Redner zuschicken.

Von Hassel: Vielen Dank! Das ist fein!

VERSCHIEDENES

Meyers: Ich darf Ihnen noch bekanntgeben, daß der nächste Kongreß der NEI (Nouvelles Equipes Internationales) voraussichtlich Ende Mai 1959 in Freiburg stattfinden wird.⁷⁵ Ich darf Sie bitten, jetzt schon diese Zeit in Ihren Terminkalender einzutragen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn insbesondere der Bundesvorstand dort zahlreich vertreten wäre. Es hat sich in den anderen Ländern gezeigt, daß die dortigen

⁷⁵ Der 13. Kongreß der NEI fand vom 27. bis 30. Mai 1959 in Freiburg/Br. statt. Vgl. AdG 1959 S. 7828.

Vorstandsmitglieder immer da waren. Wir dürfen auch keinen schlechteren Eindruck machen als die Vertreter in Italien, Holland usw.

Adenauer: Ich möchte dringend darum bitten, die genauen Angaben den einzelnen Herren noch schriftlich mitzuteilen. Es ist noch die Frage offen, ob wir Herrn Fanfani⁷⁶ von hier aus ein Glückwunschtelegramm schicken sollen. Man ist dort noch mitten in der Debatte. Wie ich höre, soll die Debatte in der Kammer bis Ende der nächsten Woche dauern. (*Johnen*: Ich würde sagen, zu gegebener Zeit!) Er hat es schon getan, ich noch nicht. Sollen wir noch warten? (*Zurufe*: Ja!) Also Sie geben diesen Auftrag.

Dann wollen wir damit die heutige Bundesvorstandssitzung schließen. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

5

Kiel, 18. September 1958

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Bauknecht, Blumenfeld, [Cillien], Dichtel, Erhard, Etzel, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, von Hassel, Hellwig, Kiesinger, Kraske, Krone, Lemmer, Lücke, Meyers, Noltenius, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Stoltenberg, Frau Weber, Wuermeling.

Verschiedenes: Wahl stellvertretender Parteivorsitzender. Vorbereitung des 8. Bundesparteitags.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 13.15 Uhr

Adenauer: Liebe Parteifreunde! Wir wollen uns gegenseitig begrüßen zu Beginn des Parteitages in diesem Vorstand. Ich möchte zunächst Herrn Kollegen von Hassel und seinen engeren Mitarbeitern herzlich danken für die sehr umfangreichen Vorarbeiten, die getroffen werden mußten zu diesem Parteitag; denn die Anmeldungen zu diesem Parteitag sind noch zahlreicher als beim letzten Bundesparteitag in Hamburg. Dabei ist Kiel keine ausgesprochene Hotelstadt.

Dann möchte ich Herrn Dichtel auch in Ihrem Namen herzlich beglückwünschen zu seinem heutigen Geburtstag. (*Beifall*. – *Dichtel*: Wer hat Ihnen das schon wieder gemeldet, Herr Bundeskanzler?) Sie haben nicht das Wort! (*Weber*: Wie alt wird er?) Es ist Geburtstag, Frau Weber. (*Zuruf*: 57!) Er ist relativ sehr jung, er hat aber trotz seiner „Jugend“ sehr vieles geleistet und gearbeitet und unsere Gedanken vertreten, und zwar in Südbaden, obwohl er im Sauerland geboren ist. Wir sind ihm von Herzen dankbar für seine Arbeit, und wir wünschen ihm noch viele gute und schöne Jahre. (*Beifall*.)

⁷⁶ Amintore Fanfani (geb. 1908), 1958–1959, 1960–1962, 1962–1963 und 1982–1983 italienischer Ministerpräsident (DC).

Die Tagesordnung ist sehr kurz, aber vielleicht wird mehr gesprochen werden, als sich zunächst erkennen läßt. Ich möchte Sie bitten, mir zu gestatten, den Punkt „Verschiedenes“ vorwegzunehmen, damit wir eine sehr wichtige Angelegenheit in Ruhe miteinander besprechen können.

VERSCHIEDENES: WAHL STELLVERTRETENDER PARTEIVORSITZENDER

Adenauer: Sie wissen, daß ich am Montag abend aus Colombey-les-deux-Églises zurückgekommen bin.¹ Ich fand dann am anderen Morgen einen Brief des Herrn Kollegen Kaiser vor, in dem Herr Kaiser ganz gegen alle Erwartungen mir mitteilte, daß er nicht gewillt sei, sich wieder zur Wahl als stellvertretendes Vorstandsmitglied zu stellen.² Als Grund führt er seinen Gesundheitszustand an, der sich nicht so gebessert habe, wie er das gehofft habe. Er hat mich gebeten, den Brief dem Parteitag vorzulesen. Das werde ich tun. Seine Gründe sind so, daß man – leider Gottes – nichts dagegen sagen kann.

Aber soweit ich mich habe unterrichten können, ist diese Nachricht doch den meisten unserer engeren Parteifreunde völlig überraschend gekommen. Es erhebt sich damit die Frage: Wie sollen der engste Vorstand, der Vorsitzende und die vier Stellvertreter, aussehen? Wie soll die Wahl ausfallen? Es ist außerordentlich erwünscht, daß wir uns über diese Frage hier in aller Offenheit aussprechen und hoffentlich auch zu einem guten gemeinsamen Ergebnis kommen. Es ist zu hoffen, daß dann in den anderen Parteigremien keine Diskussion mehr darüber nötig sein wird.

Ich darf Sie daran erinnern, daß seinerzeit in Stuttgart, als unser Freund Arnold gewählt wurde, dann nachher, weil sie etwas plötzlich kam, diese Wahl zu allen möglichen Diskussionen in der Presse Anlaß gegeben hat. Und das ist niemals gut für das Ansehen einer Partei. Ich habe gestern abend Herrn von Hassel und heute früh die Herren Krone und Meyers von diesem Brief des Herrn Kollegen Kaiser unterrichten können. Ich möchte Sie bitten, sich über diesen Fragenkomplex auszusprechen.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Darf ich gleichzeitig die Gelegenheit benutzen, den Vorstand bei uns in Kiel herzlich willkommen zu heißen. Wir haben uns – und das wird heute und morgen im Plenum des Parteitages zum Ausdruck kommen – außerordentlich darüber gefreut, daß Sie den Weg zu uns nach Schleswig-Holstein genommen haben. Ich darf mich in dieser Stunde vielleicht auf ein kurzes Grußwort beschränken.

1 Besuch Adenauers bei de Gaulle in Colombey-les-deux-Églises am 14. und 15. September 1958. Vgl. AdG 1958 S. 7292f. und ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 424–436.

2 Jakob Kaiser war von 1950 bis 1958 stv. CDU-Vorsitzender. In einem Brief an Adenauer vom 14. September 1958 teilt er mit, daß er wegen der Folgen eines Schlaganfalles nicht mehr für das Amt des stv. Vorsitzenden zur Verfügung stehe. Abdruck des Briefes in CDU-Parteitagsprotokoll 1958 S. 7 und UiD 39 vom 25. September 1958 S. 6. Antwortschreiben Adenauers vom 21. September 1958 in Tilman MAYER (Hrsg.): Jakob Kaiser: Gewerkschaftler und Patriot. Köln 1988 S. 686f. – Biographische Hinweise in PROTOKOLLE 1 S. 6 Anm. 27 und EBD. 2 S. 16 Anm. 54.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns gestern abend über die Nachfolge Gedanken gemacht. Es sieht zunächst so aus, daß für unseren verstorbenen Freund Karl Arnold ein einheitlicher Vorschlag zu erwarten ist, der in Richtung unseres Kollegen Blank geht. Ich weiß nicht, ob das richtig gesehen ist, aber nach allem, was z.Z. gleichsam „drin“ ist, dürfte damit zu rechnen sein, daß Arnold durch Blank ersetzt wird.

Die Frage ist nun, wie soll es gestaltet werden bei der Frage der Nachfolge für Jakob Kaiser. Jakob Kaiser ist in zwei Eigenschaften – wie er in dem Schreiben an den Herrn Bundeskanzler darlegt – Stellvertreter gewesen, und zwar a) als ein Mann der Zone, als ein Mann Berlins mit der Blickrichtung hinter den Eisernen Vorhang und b) als ein Vertreter der Arbeitnehmer. Wenn man nun Überlegungen anstellt, wie nun die Nachfolge für Jakob Kaiser aussehen soll, dann besteht zunächst kein Zweifel daran, daß der Nachfolger einer unserer katholischen Freunde sein müßte. Wenn man aber Überlegungen anstellen wollte, ob nun die Eigenschaft als Vertreter der Zone oder als Vertreter der Arbeitnehmer das Primäre sein soll, dann könnte darüber wohl eine sehr lange Diskussion entstehen. Ich hoffe, daß Sie es mir nicht übelnehmen, wenn ich sage, an der Zonengrenze sollten wir darüber nachdenken, daß wir einen profilierten Mann haben müssen, der von drüben her diesen Kontakt zu uns bildet. Die Überlegungen werden vermutlich dann dahin gehen, daß – ein Name, der in der letzten Zeit bereits diskutiert worden ist – als Vertreter Dr. Krone in die engste Wahl gezogen werden sollte.

Ich könnte mir vorstellen, daß Dr. Krone, der mit einem gerüttelt Maß an Arbeit ohnehin belastet ist, sagen wird, neben der Fraktionsführung kann ich dieses Amt nicht wahrnehmen. Ich bin aber der Meinung, wenn ich das unter dem Strich sagen darf, daß es gut ist, wenn Leute, die schon viel zu tun haben, noch mehr tun; denn die finden immer noch ein wenig Zeit. (*Zuruf*: Komische Logik! – *Heiterkeit*.) Ich bin dafür, daß wir hier in aller Offenheit darüber diskutieren sollten und dann zu Vorstellungen kommen müßten, die man am Freitag nachmittag auf dem Parteitag mit einer eindrucksvollen Mehrheit realisieren kann. Nachdem die Frage „Blank für Arnold“ im wesentlichen klar ist, sollte man zunächst einmal hören, ob dazu noch andere Überlegungen gemacht werden, die sich vielleicht rückwirkend auf die zweite Frage auswirken könnten.

Gradl: Meine Parteifreunde! Sie können sich denken, daß für uns aus der Exil-CDU Berlin diese Frage etwas bedrückend ist, die Tatsache überhaupt, daß wir hier vor diese Frage gestellt werden. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich mehrfach in jüngster Vergangenheit zusammen mit Ernst Lemmer und Krone dem Jakob Kaiser zugeredet habe, er möge wieder kandidieren. Ich habe das nicht etwa getan, weil ich mir über seinen Gesundheitszustand im unklaren gewesen bin. Es ist gar kein Geheimnis, daß er in seiner Bewegung sehr behindert ist, aber er ist geistig völlig klar und nimmt an allem Anteil wie immer. Und Rat und Meinung hätte man bei ihm immer wieder holen können.

Ich habe ihm zugeredet, auch Lemmer und Krone, weil wir der Meinung waren

und sind, daß man an dem kleinen Kreis der Männer, die aus der Zeit vor 1933 hinübertreten in die Christlich-Demokratische Union, nach Möglichkeit festhalten sollte, so lange es eben geht. Jakob Kaiser ist einer von denen, die wesentlich dazu beigetragen haben, das Gesicht unserer Partei zu prägen und daß sie überhaupt in Berlin und in der Zone entstanden ist. Da die oberste Repräsentanz der Partei der Vorsitzende und seine vier Stellvertreter sind, waren wir der Meinung, es wäre gut, wenn Jakob Kaiser so lange dabeigeblichen wäre, wie es eben geht.

Wir sind vorgestern morgen bei ihm gewesen, und da hat er mir seinen Entschluß mitgeteilt. Um sich nicht mehr wählen zu lassen, hat er mir gesagt, daß er den Brief an den Bundeskanzler schon vorher abgeschickt habe, so daß kein Zureden mehr möglich war. Das ehrt diesen Mann. Im Grunde konnte man, so wie er ist, nichts anderes von ihm erwarten, aber ich hätte doch gewünscht, es wäre uns der Raum geblieben, hier zu sagen, wir wollen ihn, solange diese Möglichkeit besteht, einen solchen Mann in der obersten Spitze unserer Partei zu haben, auch behalten.

Nun zu der anderen Frage, was werden soll! Nicht nur wir in unserem engeren Bereich Berlin und der ehemaligen Zone, sondern darüber hinaus auch noch andere Freunde begrüßen, was Herr von Hassel gesagt hat, daß nämlich in der obersten Repräsentanz der Partei wiederum einer sein muß, der nach seiner ganzen bisherigen politischen Arbeit und seiner Herkunft einer von denen ist, die die Christlich-Demokratische Union Berlins und der Zone repräsentieren. Es würde einfach nicht verstanden werden, wenn wir nicht dafür sorgten, daß einer aus diesem Bereich in der obersten Repräsentanz der Partei wäre. Dann bleibt die Frage übrig: Wer? Ich mische mich nicht ein und denke nicht daran, etwas zu der Frage zu sagen, wer der Nachfolger von Arnold werden soll. Das lasse ich jetzt beiseite. Für uns gibt es eine doppelte Möglichkeit; eine davon wäre Ernst Lemmer als Vertreter von Jakob Kaiser, die andere Möglichkeit wäre, wenn man bei dieser optischen Darstellung der Parteiführung an die konfessionelle Balance denkt – und das muß man – ein Mann, der die schwarze Farbe hat, und das ist dann Heinrich Krone. (*Heiterkeit über die „schwarze Farbe“.*) Zwischen diesen beiden liegt die Wahl, aber nicht etwa, weil wir irgendwelche Unterschiede der Qualität oder sonst etwas sehen, sondern weil man an die allgemeine Balance denken muß. Ich würde es für richtig halten und schlage vor, daß wir uns darauf verständigen, Heinrich Krone – nicht wahr, Ernst Lemmer, es geht nicht anders – als den Nachfolger für Jakob Kaiser [zu] wählen. Damit füllen wir gewissermaßen die Position aus, die der CDU Mitteldeutschlands und Berlins vom Beginn der Partei an zugestanden hat und auf der wir selbstverständlich beharren.

Adenauer: Ehe ich Herrn Albers³, der sich zum Wort gemeldet hat, das Wort gebe, habe ich noch nachzuholen, daß sich Frau Brauksiepe und die Herren Gurk und Pferdenges entschuldigt haben. Noch ein Wort! Ich habe eben einen Nachruf

³ Johannes Albers (1890–1963), 1946–1950 MdL NW (CDU), 1949–1957 MdB, ab 1958 Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU. Vgl. auch PROTOKOLLE 1 S. 14 Anm. 1.

an unseren Freund Karl Arnold weggelassen; ich wollte das bei der Eröffnung des Parteitagcs tun. Das ist wohl richtig. Das Wort hat Herr Albers.

Albers: Die Angelegenheit Kaiser hat mich persönlich stark überrascht. Ich habe mich seit über 14 Tagen bemüht, ihn zu bewegen, sein Amt beizubehalten. Ich war überrascht über den Brief, in dem er Ihnen, Herr Bundeskanzler, mitgeteilt hat, daß er nicht mehr bereit sei aus den bekannten Gründen, diese Aufgabe weiter zu übernehmen. (*Bewegung und Unruhe.*) Ich habe jetzt eine Bitte, daß mir nämlich die Kollegen Gradl und Lemmer gefälligst zuhören mögen! (*Lemmer:* Wir hören doch zu! – *Gradl:* Tun wir immer!) Ich hielt es für richtig, wenn Sie, Herr Bundeskanzler, noch im Laufe dieses Vormittags mit dem Herrn Kaiser über diese Angelegenheit einmal telefonisch sprächen. Vielleicht wird er noch zupacken! Bis in die vorige Woche hat er mir gegenüber noch immerhin eine gewisse Zustimmung auf weitere Ausübung seines Amtes gegeben. Ich möchte weiter dazu sagen, im Fünfmännerkollegium saß als erster Herr Jakob Kaiser als freier Mann, als Repräsentant der Zone, aber auch als maßgebender Vertreter der Christlichen Arbeiterbewegung, als der Beste, den wir aufzuweisen haben. Jakob Kaiser erhielt im Jahre 1956 eine Ergänzung durch Karl Arnold. Die Tatsache, daß Kaiser und Arnold, zwei Männer aus der Christlichen Arbeiterbewegung aus der Zeit vor 1933, da oben in dem kleinen maßgeblichen Kollegium saßen, hat in weitesten Arbeiterkreisen vorbildlich gewirkt.

Nun weiß ich, daß es für Jakob Kaiser einen Ersatz aus der Christlichen Arbeiterschaft nicht gibt, und ich muß mich mit den Fakten abfinden, daß Dr. Krone oder Dr. Gradl diese Aufgabe übernehmen, wenn Jakob Kaiser nicht im letzten Augenblick noch umgestimmt werden kann. Ich würde die weitere Berufung Jakob Kaisers im Interesse der Partei und im Interesse derjenigen Gruppen begrüßen, die in den nächsten Monaten und Jahren einen schweren Kampf gegen die SPD und die Gewerkschaften zu führen haben werden.

Hinsichtlich der Nachfolge für Karl Arnold sind wir in den rheinisch-westfälischen Sozialausschüssen mit Mehrheit dafür, daß Theo Blank diese Nachfolge antritt. Ich nehme an, daß der Bundesparteitag diesen Vorschlag akzeptieren wird. Ich wiederhole nochmals, Herr Bundeskanzler, vielleicht besteht noch die Möglichkeit, Jakob Kaiser umzustimmen; denn es würde für uns, die wir in den nächsten Jahren scharfe Auseinandersetzungen mit der SPD und den Gewerkschaften führen müssen, eine wesentliche Erleichterung bedeuten, wenn in dem Fünfmännerkollegium da oben zwei Leute aus der früheren Christlichen Arbeiterbewegung säßen.

Adenauer: Ich hatte Herrn Kollegen Kaiser vorher geschrieben und ihn gebeten, doch zu bleiben. Dann sind die Herren Krone und Lemmer bei ihm gewesen, und Herr Kaiser hat dann seinen Entschluß, sich nicht mehr zur Wiederwahl zu stellen, verlauten lassen. Er hat mir dann den Brief geschrieben und hat einer Anzahl seiner engeren Freunde, wie er mir mitgeteilt hat, eine Abschrift dieses Briefes zugeschickt. Er hat also ganz offenbar einen festen Entschluß gefaßt. Und wenn er in dem Brief ausdrücklich von seiner mangelnden Bewegungsfähigkeit schreibt, dann

meine ich, sollten wir an unseren Freund Kaiser, der sich ganz offenbar zu diesem Entschluß durchgerungen hat, nicht weiter herantreten.

Soweit ich Herrn Kaiser kenne – und ich glaube, ich kenne ihn und kann ihn beurteilen –, ist es für ihn eine Gewissensfrage, ob er noch bleiben soll oder nicht bleiben soll. Und nun Herrn Kaiser, nachdem er sich dazu durchgerungen hat, nochmals vor die Frage zu stellen: „Nimm es doch an!“ – das scheint mir, verzeihen Sie, wenn ich das so offen ausspreche, Herr Albers, menschlich kaum verantwortlich zu sein. Er hat es nicht unüberlegt getan, sondern nach einem langen Kampf und in voller Einsicht seines körperlichen Zustandes. Wir sollten ihn jetzt nicht von neuem in diese Frage hineinstürzen. Ich meine, Herr Albers, wenn ich mich in die Lage Kaisers versetze, dann ist das etwas grausam. Ich weiß auch nicht, so sehr ich Ihre Beweggründe anerkenne, Herr Albers, über die Notwendigkeit, auch gegenüber der gesamten Arbeiterschaft entsprechend vertreten zu sein, ob Sie das erreichen, wenn gleichzeitig bekanntwird – und das wird bekannt –, daß er sehr schwer beweglich ist und er an den Sitzungen dieses engeren Gremiums überhaupt nicht teilnehmen kann.

Sie müssen genauso gut von seiten der Sozialdemokratie oder von den kommunistischen Arbeitern erwarten, daß gesagt wird, die halten den Kaiser noch fest, weil sie wissen, er kann tatsächlich nicht mehr mitkommen. In Wirklichkeit sind nämlich die Arbeiterinteressen nicht vertreten. Das kann man genau sagen. Ich weiß, daß die Entscheidung darüber sehr schwer ist, wie man das Ganze machen soll, aber ich glaube, es ist besser, dieser Angelegenheit nicht aus dem Wege zu gehen, sondern den Versuch zu machen, heute hier zu einer Verständigung zu kommen und gleichzeitig auch zu erreichen, daß im Plenum eine möglichst einmütige Stellungnahme erfolgt. Herr Albers, gerade die Tatsache, daß Herr Kaiser den Brief absichtlich so spät an mich gerichtet hat, daß ich gar nichts mehr tun konnte – am Dienstag morgen habe ich ihn bekommen –, zeigt doch, daß er nun entschlossen ist, einen Strich zu machen. Vielleicht ist das auch für seine ganze Verfassung gut, weil er aus den Gewissensbedenken, ob er diese Aufgabe tatsächlich noch erfüllen kann, herauskommen möchte.

Albers: Herr Bundeskanzler! Ich verstehe Ihre Argumente. Sie müssen mich aber auch verstehen. Ich habe mit dem Mann seit 1912 in engster Gemeinschaft gestanden. Sie wissen, Herr Bundeskanzler, wie wir beide mit Kaiser in Köln in Ihrer Zeit als Oberbürgermeister zusammengearbeitet haben. Die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit der SPD und den Gewerkschaften sind nicht leichter Art. Dabei möchte ich gerade den Mann, der nach meiner Auffassung heute in einem bedeutend besseren Zustand ist als vor einem Vierteljahr, nicht missen, wenn große Entscheidungen getroffen werden müssen. Wenn er mit an der Spitze der Partei steht, dann wird die Situation für die wenigen, die aus der früheren Christlichen Gewerkschaftsbewegung noch da sind, wesentlich leichter werden. Das sind also die rein politischen Überlegungen.

Da er mir noch vorige Woche erklärt hat: Lieber Johannes, ich will mir die Sache noch überlegen und bin unter Umständen bereit, ... dann konnte ich nicht

damit rechnen, vorgestern nun diesen abschlägigen Brief zu bekommen. Also, Herr Bundeskanzler, ich verstehe Ihre logischen Darlegungen, aber Sie müssen sich auch vorstellen, in welcher Situation ich jetzt stehe. Ich wäre also dafür, daß wir ihn behalten; denn Kaiser würde für die Arbeiterschaft noch ein Programm bedeuten.

Adenauer: Es ist nach meiner Meinung nicht gut möglich, daß mir als dem Vorsitzenden jetzt ein Mandat gegeben wird, ihn zu bitten, seinen Entschluß zurückzuziehen. Ich glaube, die Meinungen darüber, es so zu machen, wie Sie es vorschlagen, Herr Albers, sind doch geteilt. Wollen wir es, oder was sollen wir nun machen in diesem Fall?

Wenn ich bei Kaiser wäre und ich wüßte – und ich glaube, man kann annehmen, daß er das getan hat –, daß er sich nach reiflichster Überlegung entschlossen hat, das zu tun, dann würde ich ihm sagen: Lieber Freund, es ist in Deinem Interesse richtig, wenn es bei diesem Entschluß bleibt. Man muß doch auch bei Herrn Kaiser etwas auf den Menschen sehen. Versetzen Sie sich doch in seine Lage. Ich kann mir vorstellen, daß er unter seiner Krankheit außerordentlich leidet. Sie haben, Herr Albers, von den Auseinandersetzungen in den nächsten Monaten und Jahren gesprochen. Er kann aber doch gar nicht daran teilnehmen. Dann wird er sich ständig quälen und sagen, was tue ich jetzt noch in der ganzen Sache; man gebraucht noch meinen Namen und weiter nichts. Wenn Sie sich in diese Situation hineindenken, Herr Albers, dann sollten Sie an seine Person denken und darauf verzichten.

Aber vielleicht wird einmal aus der Mitte des Vorstandes von einem, der ganz neutral diesen Dingen gegenübersteht, dazu etwas gesagt. Das wäre sehr wünschenswert.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich habe vor einigen Monaten unseren Freund Kaiser in Berlin besucht und mich sehr darüber gefreut, sehen zu können, daß es ihm jedenfalls sehr viel besser ging als vor einem Jahr. Ich kann nur hoffen, daß diese Entwicklung in Richtung auf die Genesung angehalten hat. Das ist das eine.

Das zweite ist, Herr Bundeskanzler, daß ich mit unserem Freund Albers übereinstimme. Die Situation ist verhältnismäßig ernst zu beurteilen. Ich sage nur, verhältnismäßig ernst. Sicher wäre es für die CDU sehr gut, an der Spitze sichtbar einen Mann zu haben, der auf den leistungswilligen Teil der deutschen Arbeiterschaft – dem es allmählich zu dumm wird, auf sozialdemokratische Parolen und auf die Propaganda der Gewerkschaften zu hören und sich an der Nase herumführen zu lassen – eine starke Anziehungskraft ausübt. Es ist unbestritten, lieber Freund Albers, daß unser Freund Jakob Kaiser in diesem Punkt unserer Partei einen großen Dienst in vielen Jahren geleistet hat. Das ist es ohne Zweifel. Ich muß noch sagen, Herr Bundeskanzler, daß Jakob Kaiser, wenn man sich die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen ansieht, in vielen Teilen der Gewerkschaftler, die uns nicht günstig gesonnen sind, mehr Respekt und Ansehen genießt als das, was wir sonst vorzeigen können.

Aber, mein lieber Freund Albers, nun muß ich folgendes sagen. Es gibt natürlich

eine Grenze. Der Nutzen einer Partei in allem Respekt und in allen Ehren, wir können aber nicht – wenn wir das wollen, was wir sagen – mit einer Kraft antreten, von der wir uns nur noch den Namen leihen, sondern dann sollten wir schon jemand an der Spitze haben, der nicht nur mit dem Namen, sondern auch mit seiner Tat und seiner Energie auftritt. Und hier ist meine ernste Frage, lieber Freund Albers, können wir das von unserem Freund Jakob Kaiser, der so schwer krank ist, verlangen? Hier muß man nicht nur menschlich, sondern auch nüchtern sein.

Ich hätte nichts dagegen, Herr Bundeskanzler, jetzt noch mit Jakob Kaiser zu telefonieren; nur würde ich es Ihnen nicht zumuten, Herr Bundeskanzler. Ich hätte aber allerhand dagegen, wenn wir ihm sagten: Lieber Freund! Wie es auch geht und in welchem Zustand Du Dich befindest, Du mußt bleiben! So kann man es nicht machen. Wir müssen also sehen, den geeigneten Ersatz zu bekommen. Lieber Freund Albers! Wenn er nicht aus den Reihen der christlich-demokratischen Arbeiterschaft im engeren Sinne kommt, dann finde ich die Gesichtspunkte, von denen Freund Gradl gesprochen hat, richtig und aner kennenswert. Dann bin ich der Meinung, daß der gemachte Vorschlag durchaus diskutiert und über die Bühne gebracht werden kann. Wir müssen aber vermeiden, daß es in den Parteigremien eine Diskussion darüber gibt. Das hat keinen Zweck. Das darf auf keinen Fall passieren.

Ich resümiere: Ich hätte nichts dagegen, wenn man mit Jakob Kaiser oder seiner Frau⁴ heute vormittag telefonieren würde, aber ich bitte dringend darum, nicht zu sagen: Du mußt bleiben, egal wie es Dir geht.

Albers: Das Letzte habe ich doch gar nicht gesagt: Egal wie es ihm geht! Ich kann nur feststellen, daß es ihm im letzten Vierteljahr besser geht als vorher. Ich habe vor einigen Wochen einen großen Unterschied gegenüber der damaligen Zeit bei ihm festgestellt. Sie müssen sich in meine Lage versetzen. Ich habe mit ihm darüber gesprochen. Wir waren uns vor einigen Wochen einig. Und nun erhalte ich am Dienstag diese Mitteilung. Ich denke an die Zukunft. Darum würde ich jetzt vorschlagen – ob es gelingt, weiß ich nicht –, daß wir den Herrn Bundeskanzler bitten, den Herrn Dr. Gerstenmaier zu ermächtigen, mit Jakob Kaiser einmal kurz telefonisch zu sprechen.

Adenauer: Herr Albers! Haben Sie die Abschrift des Briefes von Herrn Kaiser bei sich? Ich habe den Brief im Hotel. Würden Sie die Abschrift einmal vorlesen; dann bekommen Sie einen Einblick in den Sache.

Albers: Zuerst darf ich den Brief vorlesen, den er mir geschrieben hat: „Lieber Johannes! Beifolgend übersende ich Dir als dem verantwortlichen Mann der Sozialausschüsse Abschrift meines Schreibens an den Herrn Bundeskanzler, daß ich mich bei der Fortdauer meiner Erkrankung verpflichtet fühle, mein Amt als stellvertretender Vorsitzender der Partei zur Verfügung zu stellen.“

4 Elfriede Kaiser-Nebgen (1890–1983), 1945–1948 Mitgründerin und Vorsitzende der CDU-Frauenausschüsse in der SBZ, 1948 Flucht aus der SBZ, seit 1948 Bildungsarbeit für die CDA, 1953 Eheschließung mit Jakob Kaiser (vgl. Anm. 2).

Ich habe die Rückkehr des Bundeskanzlers abgewartet, um ihm selbst über diesen meinen Entschluß Mitteilung zu machen. Du wirst verstehen, daß für mich der Entschluß nicht leicht war.

Mit freundlichen Grüßen von Haus zu Haus.“

Dann kommt das Schreiben an den Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer: „Verehrter Herr Bundeskanzler! Es ist mir sehr schmerzlich, nun, da Sie aus Ihrem Urlaub⁵ an den Rhein zurückgekehrt sind, mitteilen zu müssen, daß ich auch an unserem diesjährigen Parteitag nicht teilnehmen kann. Meine Erkrankung, die sich nach wie vor als hartnäckig erweist, duldet es nicht.

Da nun aber der Parteitag in diesem Jahr auch die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter vorzunehmen hat, mußte ich prüfen, ob ich bei meiner Erkrankung das Recht habe, noch das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden zu bekleiden. Angesichts der Tatsache, daß ich meine volle Bewegungsmöglichkeit noch immer nicht wiedererlangt habe, muß ich das leider verneinen und damit darauf verzichten, mich noch einmal als stellvertretender Vorsitzender zur Wahl stellen zu lassen.

Ich werde meinen engeren Freunden von diesem meinem Schreiben an Sie und von meinem Entschluß Kenntnis geben. Es bedarf dabei Ihnen, Herr Bundeskanzler, wie allen meinen engeren Freunden gegenüber nicht der Betonung, wie schmerzlich es mir ist, diese Entscheidung treffen zu müssen. Ich bin mit unserer Parteigemeinschaft, deren Idee vor allem auch aus dem Kreise meiner Freunde in der Widerstandsbewegung Gestalt annahm und die in der größten Notzeit unseres Volkes verwirklicht wurde, seit ihrem Beginn auf das engste verbunden.

Sie wissen, Herr Bundeskanzler, wie sehr mir daran lag, die Christlich-Demokratische Union durch eine entschlossene soziale Politik, insbesondere auch für breite Kreise der Arbeiterschaft, zur politischen Heimat werden zu lassen und ihr zugleich auch in der Bemühung um die Wiedervereinigung unseres Volkes den ersten Rang zu sichern. Ich wußte ja seit dem Bestehen unserer Partei, wie groß das Vertrauen war und ist, das insbesondere auch die Zone ihr vom ersten Tage an entgegenbrachte. Ich habe für diese beiden Ziele meine besten Kräfte eingesetzt, und ich werde ihnen weiter dienen, soweit es meine Kraft noch erlaubt, auch wenn ich meiner Erkrankung wegen nicht mehr an sichtbarer Stelle stehen kann.

Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, dieses mein Schreiben dem Parteitag zur Kenntnis zu bringen und die Parteifreunde zugleich wissen zu lassen, daß ich mit meinem Dank für alle Freundschaft und alles Vertrauen meine aufrichtigen Wünsche für Sie und für die Partei und ihre verantwortungsvolle Aufgabe verbinde. Mit meinen aufrichtigen Wünschen, insbesondere auch für Sie, Herr Bundeskanzler, und mit meinem Dank für Ihr Vertrauen verbleibe ich Ihr ergebener Jakob Kaiser.“

⁵ Adenauer machte Urlaub in Cadenabbia am Comer See vom 8. August bis 13. September 1958 (ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 424; BUCHSTAB: Cadenabbia.

Adenauer: Ich habe natürlich sofort dem Herrn Kaiser darauf geantwortet. Das nur nebenbei bemerkt. Aber aus dem Brief ersehen Sie doch, daß er eben der Überzeugung ist: Ich kann nicht mehr die Sache weitermachen. Man sollte also mit Respekt davon ausgehen, daß er die innere Kraft hat, nun zu sagen: Ich kann nicht mehr, bitte wählt mich nicht wieder.

Aber lassen Sie mich nun das Wort zur Sache einmal nehmen. Die vier stellvertretenden Vorsitzenden sind folgende Herren: Gerstenmaier, Kaiser, Arnold und von Hassel. Herr Kaiser ist Vertreter der Zone und der Arbeitnehmer. Wir hatten aber auch Herrn Arnold als Vertreter der Arbeiterinteressen. Wenn nun Herr Blank von den Arbeitnehnergremien unserer Partei als der geeignete Mann betrachtet wird, um im engeren Vorstand für die Belange der Arbeitnehmerinteressen einzutreten, dann sind wir es auch Ost-Berlin und der Zone schuldig, daß für sie ein stellvertretendes Vorstandsmitglied da ist. Sie dürfen nicht nur auf die Arbeitnehmerinteressen sehen, sie müssen auch sehen auf Berlin und die Zone. Und dafür muß in den engeren Vorstand nach meiner Auffassung ein Mann hinein, der im vollen Besitz seiner körperlichen Kräfte ist. Und das ist leider Gottes unser Freund Kaiser nicht mehr. Ich bitte Sie, das zu überlegen. Es würde sicher einen un guten Eindruck in der Öffentlichkeit machen, wenn sie hörte: Herr Kaiser hat seine Bewegungsfähigkeit nicht mehr, er kann deswegen an diesem Parteitag nicht mehr teilnehmen. Man weiß auch nicht, ob er in Zukunft seine Bewegungsfähigkeit einigermaßen wiederbekommen wird, und trotzdem wählt der Parteitag ihn zur besonderen Vertretung der Zone und der Arbeitnehmer. Ich halte das nicht für richtig.

Altmeier: Ich habe den Brief, der eben verlesen worden ist, mit sehr großer Aufmerksamkeit verfolgt. Es steht in dem Brief nicht drin: Herr Kaiser tritt zurück. Er sagt zwar sehr deutlich, die und die Umstände bewegen mich dazu, er sagt, ich stelle mein Amt zur Verfügung.

Adenauer: Nein, Herr Altmeier, er schreibt, daß er dadurch genötigt ist, sich nicht noch einmal zur Wahl zu stellen. Das ist der Satz, von dem Sie sprechen. Herr Albers, lesen Sie noch einmal bitte vor!

Albers: Er schreibt: „Angesichts der Tatsache, daß ich meine volle Bewegungsmöglichkeit noch immer nicht wiedererlangt habe, muß ich das leider verneinen und damit darauf verzichten, mich noch einmal als stellvertretender Vorsitzender zur Wahl stellen zu lassen.“

Altmeier: Ich wollte sagen, das ist ja nicht die letzte Möglichkeit! Es ist etwas anderes, ob ich von vornherein sage, ich will nicht mehr, oder aus der inneren Verantwortung heraus erkläre, ich kann nicht mehr aus den und den Gründen mich zur Verfügung stellen. Dieser Unterschied tritt doch zutage, und ich wäre deshalb dafür, daß wir dieses Telefongespräch führten. Im übrigen wird bei der Zusammensetzung des Präsidiums immer zuviel auf die Vertretung der einzelnen Interessen geschaut. Halten wir einmal Rückschau und denken wir an Königstein, wo wir die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands zunächst nur gründen

konnten aus den damaligen Verhältnissen heraus.⁶ Jakob Kaiser ist doch damals als Persönlichkeit gewählt worden. Bei aller Betonung dieser oder jener Notwendigkeit sollten wir, wenn wir ein Präsidium wählen, nicht zunächst fragen, ist der Betreffende ein Vertreter dieser oder jener Gruppe, sondern wir müssen dafür sorgen, daß es sich dabei um vier oder fünf ausgezeichnete, geprägte und bekannte Persönlichkeiten handelt, ehe wir fragen, woher sie kommen. Die starke Berücksichtigung der Interessen scheint mir aus der Entwicklung von Königstein her und aus dem Gedanken heraus, daß Jakob Kaiser damals als alleiniger Vertreter gewählt wurde, falsch zu sein. Sonst müßten wir ja das ganze Präsidium neu wählen. Und dann könnten und müßten wir vielleicht auch andere Gruppen und Gruppierungen ins Auge fassen, um den verschiedenen Wünschen nunmehr Rechnung zu tragen.

Noltenius: Der Brief von Herrn Kaiser ist völlig eindeutig. Ich bin entschieden dagegen, Herrn Kaiser in irgendeiner Form zu bedrängen und seine Auffassung und seinen Entschluß zu verwirren. Ich bin ferner der Ansicht, wenn irgend jemand diesen Versuch machen will, daß es sich nicht gehört, das durchs Telefon zu machen. Solche Gespräche können nicht über den Draht gehen, sondern allenfalls unter vier Augen von Mann zu Mann geführt werden. Telefonieren geht nicht. Ich halte im übrigen den Versuch nicht für richtig und bin der Ansicht, daß eine Partei wie die unsrige mit einem so schmerzlichen Verlust fertig werden muß und daß es unserem Ansehen nicht dienen würde, wenn wir jetzt mit Druck oder Zwang einen Mann, der uns offen erklärt hat nach reiflicher Überlegung, er könne es nicht mehr, doch wiederum auf diesen Platz setzen, weil wir der Ansicht sind, wir können sein persönliches Ansehen nicht entbehren. Wir sollten daher zum nächsten Schritt übergehen und uns darüber unterhalten, wer an diesen Platz tritt.

Adenauer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Eine Abstimmung in einer so delikaten Sache ist ungemein schwierig und peinlich, und man muß sie, wenn irgend möglich, zu vermeiden suchen. Ich stimme Herrn Noltenius darin zu, daß man Herrn Kaiser telefonisch nicht sagen kann oder soll, bitte ziehe das zurück. (*Weber:* Sehr richtig!) Mein ganzes Gefühl, Herr Albers, sträubt sich dagegen. (*Weber:* Er kann gar nicht ans Telefon gehen!)

Gratl: Also, Johannes Albers, wollen wir mal ganz offen über den Tisch reden! Die Sache ist so: Er hat einen Brief geschrieben. Er hat ihn gründlich überlegt und wollte verhindern, daß man auf ihn einredet, wahrscheinlich weil jedes Einreden auf ihn zu schmerzlich gewesen wäre. So erkläre ich mir das. Jetzt haben wir diesen Brief. Mit einem Telefonat kann man einen Mann, wenn er einen solchen Brief geschrieben hat, nicht mehr überreden. (*Weber:* Sehr richtig!) Das ist nicht „drin“. Dann machen wir ihm den ganzen Schmerz noch einmal. Wenn ich mich in seine Lage versetze, dann lasse ich mich, nachdem ich mich entschieden habe, auch von einem telefonischen Anruf nicht mehr umstimmen. Deshalb sollte man das Telefonieren lassen.

⁶ Vgl. die erste Tagung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands vom 28. und 29. August 1946 in Königstein. Protokoll in KAFF S. 17–19; vgl. auch BECKER S. 226.

Es hätte eine Möglichkeit gegeben, über die Sache hinwegzukommen, indem wir entschieden hätten, wir wählen ihn noch einmal, auch wenn er nein sagt, weil wir in dem Manne etwas sehen, auf das wir nicht verzichten wollen. Aber das wäre nur gegangen, wenn man das wiederum in einer großen spontanen Einmütigkeit gemacht hätte und wenn man davon hätte ausgehen können, daß der Parteitag das wirklich mitmacht und es keine Diskussion gibt. Ich glaube aber nicht, daß eine solche Möglichkeit nach der gehaltenen Diskussion besteht. Unter diesen Umständen ist es besser, wir nehmen den Brief, wie er ist, und finden uns damit ab, daß er nein sagt.

Albers: Jetzt wollen wir mal offen über den Tisch reden! Vorige Woche habe ich mit Jakob Kaiser über die ganze Geschichte eine Klarheit geschaffen, daß er nämlich nicht zurückzieht! So war es doch! Und jetzt erhalte ich diesen Brief. Das war für mich die größte Überraschung. Und jetzt sage ich das Letzte! Dieser Brief ist nicht allein in unserem Besitz geblieben, nicht in dem Kreis, für den er allein bestimmt war, nämlich für drei Personen. Nachdem nun dies geschehen ist und wir offen über die Dinge gesprochen haben, halte ich es für zweckmäßig, wir nehmen davon Kenntnis.

Ich würde Sie bitten, Herr Bundeskanzler, dem Herrn Kaiser für seine Arbeit in der Partei zu danken. Ich bin mit dem Mann seit 1912 gemeinsam durchs Leben gegangen. Sie wissen auch, wie wir beide zusammengestanden haben zu Ihnen, dem Herrn Oberbürgermeister Dr. Adenauer, in den schwersten Zeiten damals. Ich glaube, daß da etwas mehr zu sagen ist als nur ein allgemeines Nein.

Adenauer: Das versteht sich ganz von selbst. Ich habe ihm vorgestern sehr persönlich geschrieben. Ich werde ihm natürlich auch im Auftrage des Vorstandes und des Parteitages schreiben. Er hat mich gebeten, sein Schreiben dem Parteitag zur Kenntnis zu bringen.

Fricke: Wir sollten uns jetzt sehr rasch zu dem allein möglichen Vorschlag „Dr. Krone“ bekennen. Krone weiß nicht, (*Dr. Krone hat das Sitzungszimmer verlassen*) ob wir über seine Qualifikation reden oder ob wir den Herrn Kaiser wiederwählen. Wir sollten das Thema abschließen. Mit Herrn Krone, der sich ein sehr hohes Ansehen erworben hat – das darf ich wohl mit Ihrer Zustimmung, Herrn Cillien, für Niedersachsen sagen –, haben wir einen Mann gewonnen, der ständig in Bonn zur Verfügung steht. Seine Wahl in den engeren Vorstand wird die Schlagkraft des Vorstandes erhöhen.

Adenauer: Darf ich fragen, ob Sie mit der Wahl von Herrn Krone als stellvertretender Vorsitzender einverstanden sind? (*Albers:* Herr Bundeskanzler! Ich habe in den letzten Tagen verschiedenes gehört. Ich habe die Namen Krone und Gradl gehört. Dann muß sich der Herr Gradl in diesem Augenblick auch noch dazu äußern!) Herr Dr. Gradl ist es gewesen, der Herrn Krone vorgeschlagen hat. (*Albers:* Ich habe auch schon verschiedene andere Dinge gehört. Sag es doch offen, Gradl!)

Gradl: Ich rede immer offen! Ich habe den Heinrich Krone vorgeschlagen, Johannes. Krone sitzt ständig in Bonn. Das Vertrauen der Exil-CDU und Berlins hat er. Lemmer, Krone und ich sind uns einig über den Vorschlag. Mehr können wir

nicht. Wir können nur vorschlagen. Was mich angeht, so habe ich erstens noch[!] Zeit und zweitens noch einiges andere zu tun. Ich bin der Ansicht, man soll nicht zuviel begehren auf einmal. Deswegen habe ich gesagt: Krone. Er ist ein alter Freund, lange vor 1933, der unser aller Vertrauen hat. Er sitzt in Bonn und steht immer zur Verfügung. Das ist auch wesentlich.

Adenauer: Sind Sie jetzt zufrieden, Herr Albers? (*Albers:* Ja, ich bin zufrieden.) Meine Damen und Herren! Darf ich dann feststellen, daß der Vorstand einmütig der Auffassung ist, für Herrn Kollegen Kaiser Herrn Kollegen Krone zu wählen. Im Parteitag muß diese Einmütigkeit des Vorstandes vor der Abstimmung bekanntgegeben werden. (*Weber:* Und es wird nicht mehr telefoniert!)

Meine Damen und Herren! Nun ist noch die Frage „Ersatz für Herrn Arnold“ zu klären. Soviel ich weiß, besteht ... (*Albers:* Herr Blank!) Sie schlagen Herrn Blank vor. Darf ich feststellen, daß der Vorstand einmütig dieser Auffassung ist? (*Zustimmung.*) Ich freue mich sehr darüber, meine Damen und Herren, daß wir bei einer so schwierigen personellen Frage nun eine solche Geschlossenheit zeigen können. Darin sind wir Gott sei Dank besser als andere Parteien.

Nun kommen wir zum Punkt 1 der Tagesordnung.

VORBEREITUNG DES 8. BUNDESPARTEITAGS

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Wie sollen die Vorschläge gemacht werden? Es gibt zwei Möglichkeiten. Jeder einzelne der vier wird noch einmal von irgendeinem aus der Mitte des Parteitages vorgeschlagen, oder aber der amtierende Präsident betrachtet den Vorstand als eine Art Wahlausschuß, der sich darüber geeinigt hat, dem Parteitag die und die Vorschläge zu machen. Das ist das eindrucksvollste.

Adenauer: Der letzte Vorschlag ist der richtige. Sind Sie damit einverstanden? (*Hellwig:* Soll das nicht der Parteiausschuß machen? – *Schröder:* Der soll das bestätigen. Das sollte geschehen, wenn der Erste Vorsitzende wieder gewählt ist.) Wir werden mit Herrn von Hassel darüber sprechen. Der Vorsitzende des Bundesparteitages wird Herr von Hassel sein.

Kraske: Der Vorschlag für die Zusammensetzung des Präsidiums lautet wie folgt: Präsident des Parteitages: Ministerpräsident von Hassel; Mitglieder des Präsidiums: Bundesminister Lemmer, Dr. Fay, Landtagspräsident Gockeln, Landtagspräsident Kratz⁷, Frau Dr. Jochmus, Gräfin Hagen⁸, Dr. Stoltenberg, Dr. Even⁹.

7 Wilhelm Kratz (1905–1986), Mitgründer der CDU Saar, 1955–1965 MdL Saarland (1957–1959 Landtagspräsident), 1957 MdB.

8 Marlis Gräfin vom Hagen, geb. von Rochow (geb. 1911), 1956 Eintritt in die CDU, 1958–1962 Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in Schleswig-Holstein, 1964–1965 MdB, 1966–1969 Geschäftsführerin des KV Ostholstein.

9 Dr. Bert (Paul Hubert) Even (geb. 1925), Jurist; 1949–1963 Landessprecher der JU

Adenauer: Voraussetzung ist, daß sie alle anwesend sind. (*Kraske:* Sie sind alle da!) Wollen Sie etwas zum Parteitag sagen?

Kraske: Ich kann nur über den äußeren Rahmen etwas sagen. Ich muß zunächst um Entschuldigung bitten, daß die Quartiere nicht allen Ihren Wünschen und Vorstellungen entsprechen werden. Es war nicht anders möglich, und wir bitten um Verständnis dafür. Der äußere Ablauf sieht vor: Im Anschluß an diese Vorstandssitzung einen Empfang der Landesregierung im Hotel Bellevue, wo auch der Parteiausschuß heute mittag um 15 Uhr zusammentritt. Für den heutigen Abend ist außer dem Rednereinsatz des Landesverbandes nichts vorgesehen. Die Eröffnungssitzung beginnt morgen um 10 Uhr. Die Sitzung wird nachmittags um 15 Uhr fortgesetzt. Morgen abend im Anschluß an die Wahl ist ein Empfang der Stadt Kiel vorgesehen. Für die Plenarsitzung am Samstag um 9 Uhr ist nur ein Referat vorgesehen, im übrigen findet den ganzen Tag über bis abends eine Diskussion statt. Für den Samstag abend haben wir etwas vorgesehen, was es bisher auf den Parteitagen nicht gegeben hat und was wir immer vermißt haben, nämlich ein Zusammensein aller Delegierten auf einem Schiff. Die Fahrt geht über die Kieler Förde und wird gegen 24 Uhr beendet sein. Sonntag vormittag um 11 Uhr ist die Schlußsitzung. Mit der Schlußsitzung endet das eigentliche Programm. Die Kundgebung am Sonntag nachmittag um 17 Uhr ist eine Veranstaltung des Kreisverbandes Kiel, wo sämtliche Delegierten erwartet werden.

Adenauer: Wollen Sie noch ein Wort sagen über die Anträge der Redaktionskommission?

Kraske: Über die zum Parteitag vorliegenden Anträge ist bisher trotz allen Umhörens nicht viel bekannt. Das liegt daran, daß unsere Satzung über eine Antragsfrist nichts vorsieht und daß wir eine Geschäftsordnung noch nicht besitzen, so daß wir also nicht sagen können: Was jetzt nicht vorliegt, kann nicht berücksichtigt werden. Bisher liegt nur ein Antrag des Wirtschaftsausschusses vom Rheinland vor. Dieser Antrag betrifft die Diskussion am Samstag. Es ist aber damit zu rechnen, daß am Samstag aus der Diskussion heraus noch ein weiterer Antrag kommen wird. Es wird deswegen nichts anderes übrigbleiben, als daß sich der geschäftsführende Vorstand oder eine Redaktionskommission oder beide zusammen nach der Diskussion am Samstag mit den vorliegenden Anträgen befassen, dann eine Gesamtentschließung formulieren oder aber die einzelnen Anträge am Sonntag zur Abstimmung zu stellen. Für diese Redaktionskommission werden vorgeschlagen: Dr. Schröder, Kiesinger, Dr. Gradl, Dr. Hellwig, Dr. Pettenberg und Dr. Kraske.

Adenauer: An Anträgen ist bisher sehr wenig da. Wir müssen aber der ganzen Versammlung einen guten Abschluß geben. Deswegen sollten wir keine Überraschungen eintreten lassen, sondern wir sollten rechtzeitig Anträge einreichen, damit das Ganze auch einen wirklich guten Eindruck nach außen macht. Vergessen wir nicht,

Rheinland und Mitglied des Landesvorstandes der CDU Rheinland, 1955–1960 stv. Bundesvorsitzender, 1961–1963 Vorsitzender der JU, 1957–1969 MdB, 1969–1990 Präsident des Bundesverwaltungsamtes.

daß wir die Regierungspartei sind in der Bundesrepublik, und zwar schon neun Jahre lang. Vergessen wir nicht, daß nicht nur die deutsche Öffentlichkeit, sondern auch die ausländische Öffentlichkeit sehr beachtet, wie dieser Parteitag aussieht.

Als ich gestern hier ankam und mich erkundigte, welche Anträge vorlägen, war das ein sehr dürftiges Ergebnis. Ich hätte den Wunsch, daß Anträge sehr bald gestellt werden. Unsere Geschäftsordnung gestattet einstweilen noch, daß jemand in der letzten halben Stunde mit einem Antrag kommt. Wir wollen vor Überraschungen bewahrt bleiben. Wenn nicht genügend vernünftige Anträge kommen, müssen wir vernünftige machen, damit wirklich etwas Ganzes nachher herauskommt.

Albers: Ich schlage vor, für die Redaktionskommission noch die Herren Lücke und Arndgen¹⁰ hinzuzuwählen. Dann sind die Gruppen etwas besser verteilt. Es werden heute abend von den Sozialausschüssen noch fünf Anträge kommen, die sich in der Linie bewegen, die wir in der großen Politik zu vertreten haben. Ich habe noch folgende Bitte an Herrn Dr. Gerstenmaier: Bringen Sie auf diesem Bundesparteitag nicht das Thema „Gewerkschaften“ allzu ausführlich zur Aussprache. Ich weiß, daß die Partei ein großes Interesse an dieser Entwicklung hat. Ich weiß auch, daß die Partei an den entscheidenden Dingen nicht vorbeigehen kann. Aber in welchem Sinne wollen Sie die Entscheidung treffen? Das muß noch einmal überlegt werden. Deshalb habe ich an Sie, Herr Dr. Gerstenmaier, die Bitte, das Thema „Gewerkschaften“ nicht in seiner ganzen Kompliziertheit vorzutragen. Dazu gehören noch viel Überlegungen in den Kreisen, die ich zu vertreten habe. (*Weber:* Aber die anderen tun es doch!)

Schmücker: Ich bin auch der Meinung, daß in den Grundsatzfragen die Geschlossenheit unserer Partei gewahrt werden muß, aber man kann es auch übertreiben. Es kann auch der Eindruck entstehen, daß nur grundsätzlich etwas dargetan und innerhalb unserer Partei die Möglichkeit der Diskussion eingeengt wird. Das darf ebensowenig geschehen. Darum sollten wir in Detailfragen durchaus mutig sein und auch diskutieren. Wenn das alles zusammengefaßt wird, kommt es darauf an, daß das Redaktionskomitee auch tatsächlich ein Spiegelbild des Parteitages darstellt. Und da scheint mir der Vorschlag, der von der Geschäftsführung gemacht wird, nicht ausreichend zu sein. Ich unterstütze daher die Anregung von Herrn Albers. Nur dieses Redaktionskomitee ist in der Lage, die zur Debatte kommenden Detailfragen zusammenzufassen.

Adenauer: Das Redaktionskomitee hat eine andere Aufgabe. Es soll eine Redaktionskommission sein. Sie soll die Entschließungen redigieren und in eine Form bringen, die die Öffentlichkeit auch versteht. Die Anträge selbst müssen irgendwie vorher auch sachlich erörtert werden. Herr Albers hat eben gesagt, die Sozialausschüsse würden heute abend über fünf Anträge beschließen. Ich weiß nicht, was uns sonst noch bevorsteht. (*Etzel:* Der Wirtschaftsausschuß tagt erst am Freitag!) Das ist bei uns sicher immer das Übel gewesen; nachher regnet's Anträge und Beschlüsse. Es

10 Josef Arndgen (1894–1966), 1946–1949 MdL Hessen (1947–1949 Minister für Arbeit und Wohlfahrt), 1949–1965 MdB.

wurden Beschlüsse gefaßt, die nicht konform waren. Das war nicht besonders schön. Ich bitte zu überlegen, wie man das ändern kann. Die Anträge müssen doch spätestens am Freitag abend da sein.

Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Meine Damen und Herren! Mein Landesverband hat mich gebeten, Ihnen einen Antrag zu stellen, der wie folgt lautet:

„Zur Straffung und Vertiefung der Parteiarbeit zwischen Bundespartei einerseits und Landesparteien bzw. Kreisparteien andererseits wird folgender Antrag gestellt, der der Partei auch außerhalb der Wahlkämpfe die notwendige Breitenwirkung geben soll:

1. Es wird eine Kommission gebildet zur Erstellung neuer Statuten für die Bundesfachausschüsse, die aus dem Bundesparteivorsitzenden oder seinem Stellvertreter, den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern der Bundespartei und den Vorsitzenden der Landesparteien besteht.

2. Diese Kommission hat bis zum 1. Februar 1959 dem Bundesparteiausschuß als ständigem Vertreter der Delegiertenversammlung einen neuen Entwurf der Geschäftsordnung vorzulegen.“

Begründung: Seit zwei Jahren, seit dem Stuttgarter Parteitag, sind unsere Parteifachausschüsse in einem eigenartigen Zustand; sie sind illegitim. Das hat zu einem langsamen Absterben der Ausschubarbeiten geführt und damit vor allem auch zu einem Absterben der Verbindung zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei. Es sind in der Zwischenzeit neue Vorschläge ausgearbeitet worden, die der Parteiführung vorgelegt worden sind und die uns ungenügend erscheinen.

Mein Landesverband hält es für notwendig, daß man diese Vorschläge nun überarbeitet und daß man in diesen Vorschlägen vor allem darauf Rücksicht nimmt, daß die Zusammenarbeit der Landesverbände und der Kreisverbände mit der Bundespartei vertieft wird. Aus diesem Grunde haben wir vorgeschlagen, daß wir noch einmal zusammenkommen und versuchen, die Parteiausschüsse und die Organisation der Bundesfachausschüsse unter dem Gesichtspunkt der Landesverbände durchzuführen. Es ist heute so, daß wir zwar in Wahlzeiten uns mit großem Aufwand an die Wähler wenden ... (*Anhaltende lebhaft Unruhe.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie dringend um etwas Ruhe! Wir sind doch hier im Bundesvorstand. Hören Sie doch bitte in Ruhe und Geduld zu und stellen Sie Ihre Privatunterhaltungen ab. Bitte, Herr Scheufelen!

Scheufelen: Es ist so, daß wir uns in Wahlzeiten mit großem Aufwand an die Wähler wenden, daß wir aber außerhalb der Wahlzeiten keine breitere Basis mehr und keine Verbindung mit unseren Wählern haben. Infolgedessen haben wir den Antrag gestellt, um zu erreichen, daß die Arbeiten für die Fachausschüsse, die eingeschlafen sind, nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch auf Landesebene, in der sich die Ausschüsse mit Bundespolitik zu befassen haben, wieder aktiviert werden.

Adenauer: Lassen Sie mich ein kurzes Wort dazu sagen. Herr Scheufelen hat einen Punkt berührt, der für unsere ganze Partei von der denkbar größten Bedeutung

ist. Herr Dr. Meyers wird nachher das Wort nehmen und in einigen Grundzügen eine neue Geschäftsordnung Ihnen vortragen, die dem Parteausschuß vorgelegt werden wird, aber nicht während dieser Tage, sondern die muß in Ruhe beraten werden in einer besonderen Sitzung des Parteausschusses. Die Verbindung zwischen den Landesparteien und der Bundespartei, Herr Scheufelen, soll auch mündlich gepflegt werden im Parteausschuß. Aber der Parteausschuß ist immer derartig miserabel besetzt, daß man sich einfach scheut, ihn einzuberufen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir können Gott danken, wenn 50 % der gewählten Mitglieder des Parteausschusses zu einer Sitzung kommen. Ich habe selten eine solche Teilnahmslosigkeit gerade auch der Landesverbände an der Bundespartei gesehen wie in der Beschickung des Parteausschusses.

Hellwig: Herr Bundeskanzler! Meine Herren! Mit dem Thema, das angeschnitten worden ist, hängt es natürlich zusammen, daß gerade die Beiträge, die aus den Fachausschüssen der Partei zur Durchführung des Parteitages mit Recht erwartet werden müßten, etwas in der Luft hängen, weil die Ausschüsse seit zwei Jahren keine klare Geschäftsordnung haben.

Adenauer: Darf ich Ihnen ins Wort fallen! Ich darf Ihnen den ganzen Lauf der Sache entwickeln. Es fing an, und zwar mit Recht, daß wir gesagt haben, wir haben den Wunsch, die Anträge, die dem Parteitag vorgelegt werden sollen, möglichst bald zu bekommen. (*Hellwig*: Dazu wollte ich mich ja äußern!) Darauf hat Herr Kollege Albers gesagt, wir werden heute abend im Sozialausschuß fünf Anträge beschließen. Dann hat Herr Etzel erklärt, der Wirtschaftsausschuß tritt erst am Freitag zusammen. Darauf habe ich gesagt, bis spätestens Freitag abend müssen die ganzen Anträge in unserer Hand sein, sonst gibt es nachher ein großes Durcheinander. Dann ist dazugekommen Herr Scheufelen und hat die Frage der Organisation angeschnitten. Bitte stellen Sie die Frage vorläufig zurück, bis Herr Meyers darüber berichtet hat. Ich bitte auch die anderen Damen und Herren, die sich zu Wort gemeldet haben, sich jetzt zunächst mit der Frage der Anträge, die kommen werden, zu beschäftigen. Herr Albers hat z.B. ausgeführt und dabei den Herrn Gerstenmaier besonders genannt – warum, weiß ich nicht –, man solle bezüglich der Gewerkschaften möglichst Zurückhaltung üben. Das ist ein sehr wichtiges Thema. Ich bitte Sie also, jetzt die Frage zu beantworten: Wann bekommen wir die Anträge, und wie soll man das Ganze machen? Es ist sehr schwer, wenn eine große Versammlung nur wenige Tage zusammen ist, das zu machen.

Hellwig: Ich will nur klarmachen, was jetzt noch hinsichtlich der Anträge geschehen kann. Dem Vorschlag, das Redaktionskomitee um die genannten Herren zu ergänzen, kann ich nur zustimmen; denn es ist ungefähr der Kreis, der auch in den letzten Jahren immer die gleiche Arbeit gemacht hat. Bezüglich der Anträge soll folgendes geklärt werden: Wollen wir eine bunte Reihe von Einzelentschlösungen auf verschiedenen Gebieten verabschieden, oder fassen wir die Einzelentschlösungen, wie es im vergangenen Jahr in Hamburg geschehen ist, in einer Gesamtresolution zusammen zu einem Kieler Manifest? Diese Frage muß zunächst geklärt werden.

Gerstenmaier: Ich möchte mich dem anschließen, was Herr Hellwig gesagt hat. Zunächst ein Wort der Beruhigung an Herrn Albers! Mein lieber Freund Albers! Ich bin zur Enttäuschung sehr vieler unserer Freunde so vorsichtig mit meiner Rede, die mir viel Mühe und Kopfzerbrechen gemacht hat, daß das Wort „Gewerkschaften“ in dieser Rede überhaupt nicht vorkommt. Damit aber scheint mir das Problem auf diesem Parteitag noch gar nicht ausgestanden zu sein; denn es ist geradezu provozierend, was insbesondere von Herrn Brenner und einigen anderen Herren aus der Gewerkschaft uns tagtäglich serviert wird.

Ich bin der Meinung, daß wir an dem Thema „Eigentum für alle“, das wir 1957¹¹ dem deutschen Volke vorgetragen haben, auch auf diesem Parteitag festhalten müssen. Wir dürfen es auch auf diesem Parteitag nicht preisgeben, sondern wir müssen uns dazu bekennen. Es ist auch so, daß wir, wenn wir nicht völlig lendenlahm werden wollen, ein Wort sagen müssen zu dem, was Brenner und Genossen uns fortgesetzt als Grundsatzprogramm verkaufen, was nichts anderes ist als linkerster Flügel der Sozialdemokraten. Im Bundestag haben die Leute nicht einmal den Mut, davon zu reden. Hat Herr Deist¹² davon gesprochen? Nein! Das besorgt die Gewerkschaft! Und wir sollen immer nur die Worte abwägen! So kann man nicht streiten. Ich habe ausdrücklich dieses Thema nicht benützt, weil ich nicht wünsche, daß ich es von meiner Seite aus anschneide, das einige unserer Freunde in der Öffentlichkeit sehr scharf angesprochen haben, z.B. Winkelheide¹³. Immerhin ist auch Winkelheide ein CDU-Mann, der nicht bei seinem Verein ist, aber allmählich muß man doch geradezu dankbar sein, daß es noch einige Leute gibt, die den Mannesmut haben, ein freies Wort zu sprechen. (*Wuermeling*: Sehr gut!) Ich habe mich bemüht, (*Krone*: Das Thema kommt in meinem Bericht ausführlich zur Sprache! – *Adenauer*: Ich werde auch über die Gewerkschaften sprechen!¹⁴) eine denkbar objektive Gesprächsbasis zu liefern, mehr nicht. Aufs Polemisieren kommt es mir nicht an, sondern mehr auf Klarstellung unseres Standpunktes, von wo aus und zu welchem Ziel wir streben. Und da möchte ich allerdings dringend empfehlen, daß wir das bei der methodischen Behandlung der Anträge einigermaßen berücksichtigen.

11 Auf dem 7. Bundesparteitag der CDU in Hamburg vom 11. bis 15. Mai 1957. – Otto Brenner hatte auf dem 5. Gewerkschaftstag der IG Metall vom 15. bis 20. September 1958 in Nürnberg die Bundesregierung scharf angegriffen (vgl. „Nürnberger Nachrichten“ vom 15. September und „Süddeutsche Zeitung“ vom 17. September 1958; vgl. auch Otto BRENNER: Die Unabhängigkeit und Einheit der Gewerkschaften. In: Die Neue Gesellschaft. 5. Jg. 5/1958).

12 Dr. Heinrich Deist (1902–1964), Wirtschaftsprüfer; 1953–1964 MdB (SPD), 1958–1964 stv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

13 Bernhard Winkelheide (1908–1988), 1949–1972 MdB, 1955 Mitgründer und bis 1962 Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 702 Anm. 58. – Erinnerungen in: ABGEORDNETE 8 S. 229–251.

14 CDU, 8. Bundesparteitag S. 21–30, bes. S. 23.

Ich stimme eigentlich Herrn Hellwig zu. Ich hoffe, daß ich ihn recht verstanden habe, daß er in seiner Frage schon ein Plädoyer geführt hat für eine Gesamtresolution. Ich würde sagen, wenn wir es schaffen können, sollten wir eine klare, wenn möglich sogar unpolemische, aber völlig klare und ansprechbare Gesamtresolution zum Gesellschaftsproblem und zu unserer Gesellschaftspolitik fassen. Wir sollten bei den Anträgen, die im Wirtschaftsausschuß und im Sozialausschuß beraten werden, schon berücksichtigen, daß sie alle zusammen auf ein Ziel hin, von unserer christlich-demokratischen Meinung möglichst einmütig getragen, dem deutschen Volke vorgetragen werden können. Wir sollten dabei nicht die Linie vergessen, die wir im letzten Jahre *urbi et orbi* mit dem plausiblen Schlagwort „Eigentum für alle“ eingeschlagen haben. Ich würde dringend darum bitten, die ganzen Anträge unter diesem Gesichtspunkt und mit diesem Akzent zu behandeln.

Adenauer: Ich habe Herrn Albers so verstanden, man sollte nicht über die Frage „Teilung der Gewerkschaften oder neue Gewerkschaften“ sprechen. Das würde ich verstehen, daß Sie diesen Wunsch haben; aber daß wir bei den Ansprüchen, die auch Herr Rosenberg¹⁵, der sehr überlegt gesprochen hat, für die Gewerkschaften erhebt, schweigen sollen, das geht nicht. Daran kann keine Partei vorbeigehen. Das ist völlig ausgeschlossen. Ich werde es maßvoll tun, aber ich werde es tun.

Nun liegt mir sehr am Herzen die Geschäftsordnung. Wenn wir nun eine Fülle von Anträgen bekommen, dann müssen wir darauf bestehen – obwohl die Geschäftsordnung noch nicht eine Frist vorschreibt –, daß die Anträge spätestens am Freitag abend eingegangen sein müssen. Diejenigen Anträge, die bis dahin nicht eingegangen sind, müssen ohne Diskussion dem Parteiausschuß überwiesen werden. Sie müssen ja noch vervielfältigt, zusammengestellt und durchgesehen werden. Dann werden wir im Vorstand am Samstag oder sonstwie noch einmal zusammenkommen, um darüber zu sprechen.

In gleicher Weise liegt mir am Herzen, die Diskussion am Samstag zu regeln. Diese Diskussion soll sich nicht nur erstrecken auf die Rede des Herrn Kollegen Gerstenmaier, sondern sie soll sich auch mit den Ausführungen befassen, die von den Parteirednern am Tage vorher gemacht worden sind. Ich weiß nicht, ob der engere Kreis der Bundesgeschäftsstelle, der sich mit der Vorbereitung beschäftigt hat und dabei von Herrn Meyers und Herrn Krone unterstützt worden ist, die Frage der Diskussionsredner geregelt hat. Das kann man positiv oder negativ regeln. Man muß beides tun. Mit „negativ“ meine ich, daß nicht einer kommt und hellen Blödsinn sagt. Wie Sie das verhindern wollen, müssen Sie überlegen. Ich würde sehr begrüßen,

15 Ludwig Rosenberg (1903–1977), Gewerkschafter; 1949–1949 DGB-Bundesvorstand (seit 1959 stv. Vorsitzender, seit 1962 Vorsitzender). – Rosenberg hielt auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten vom 1. bis 5. September 1958 ein Referat zum Thema „Aufgaben und Bedeutung der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft“ (Protokoll über die Verhandlungen des dritten ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten S. 335–347).

wenn Herr Meyers oder Herr Krone – nachdem sich Frau Weber und Herr Bauknecht kurz geäußert haben werden – ein Wort zur Geschäftsordnung sagten. (*Weber*: Ich schlage vor, in die Redaktionskommission noch Frau Dr. Rehling aufzunehmen!) Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Gut!

Bauknecht: Der Agrarausschuß wird heute abend einige Anträge formulieren. Ich halte das für notwendig, insbesondere deshalb, weil wir hier im Agrarland Schleswig-Holstein sind. Wir müssen hier unbedingt Stellung nehmen, insbesondere auch im Hinblick auf den Europäischen Markt muß etwas in der Öffentlichkeit gesagt werden.

Blumenfeld: Ein Wort zu den Anträgen, Herr Bundeskanzler! Mein Landesverband hatte den Wunsch, einige Anträge zu stellen, insbesondere die Sozialausschüsse des Landesverbandes Hamburg. Ich hatte vorgeschlagen, mangels einer Geschäftsordnung unserer Bundespartei heute nachmittag zur Belegung des Parteiausschusses ein paar Worte zu dem Antrag zu sagen, und daß dann der Parteiausschuß darüber befinden soll, ob dieser Antrag auf dem Parteitag gestellt werden soll. Vielleicht kann zu den Anträgen, die noch angekündigt sind, ein Wort gesagt werden. Die Formulierung der Anträge kann im Laufe des Nachmittags erfolgen.

Adenauer: Es wäre wünschenswert, wenn im Parteiausschuß einmal kursorisch über die Anträge gesprochen werden könnte. Aber wir haben gehört, von den Sozialausschüssen und vom Agrarausschuß werden sie heute abend gefaßt. Der Wirtschaftsausschuß faßt seine Beschlüsse erst am Freitag. Also können wir es heute nachmittag nicht erledigen.

Etzel: Sie sagten, Herr Bundeskanzler, bis Freitag abend sollten die Vorschläge da sein. Es wird aber sicher recht spät werden. Ich kann die Herren nicht mehr umladen. Das ist technisch nicht mehr durchzuführen.

Adenauer: Wir müssen uns fragen, wie wir es in Zukunft technisch durchführen. Ich weiß nicht, was Sie unter „recht spät“ verstehen. (*Etzel*: Sagen wir 23 Uhr.) Wann fangen Sie an? (*Etzel*: Um 20 Uhr.) Dann können Sie um 21 Uhr fertig sein! (*Heiterkeit.* – *Etzel*: Das können Sie nicht einmal!) Stellen Sie sich vor, Sie sind um 23 Uhr fertig. Das Büro muß sie dann über Nacht vervielfältigen. Dann kommt am Samstag morgen um 9 Uhr die Rede des Kollegen Gerstenmaier. Wann sollen wir dann zusammentreten, und wie sollen wir es mit dem Gesamtantrag machen?

Etzel: Es war uns mitgeteilt worden, daß dieser Parteitag eine völlig freie Diskussion machen wolle. Deswegen glaubten wir, gerade am Tage vor der Hauptdiskussion die Dinge noch einmal zusammenfassen zu sollen, und zwar im Hinblick auf die Rede von Herrn Gerstenmaier.

Adenauer: Ich höre zu meiner Überraschung, Herr Etzel, daß Sie von einer völlig freien Diskussion gehört haben. Eine völlig freie Diskussion auf einem so großen Parteitag ist ein Unsinn. Die Diskussion – darüber hatten wir uns doch, ehe wir in Urlaub gingen, geeinigt – sollte gelenkt sein, damit nicht die guten Reden, die hoffentlich gehalten werden, so Gott will, durch die Diskussion wieder verdorben und verzerrt werden. Ich bin der Auffassung, in einer solch großen Versammlung

und bei der Bedeutung unseres Parteitages muß die Diskussion gelenkt werden am Samstag.

Lücke: Ich würde vorschlagen, eine Antragskommission unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Schröder einzusetzen, die sich schon heute mit den vorhandenen Anträgen befaßt, sie koordiniert und dann während dieser Tage entscheidet, ob wir zu einer Gesamtentschließung oder zu Einzelentschließungen kommen sollen. Es liegt eine Reihe von Anträgen vor, die parallel laufen, und zwar von den Sozialausschüssen, dem Wirtschaftsausschuß und dem Landwirtschaftsausschuß; die könnte man koordinieren und bis Samstag so vorbereiten, daß wir mit vernünftigen Ergebnissen herauskommen. Ich schlage also vor, eine Umwandlung der Redaktionskommission in eine Antragskommission vorzunehmen, weil wir noch keine Geschäftsordnung haben.

Adenauer: Ich glaube, das gibt italienischen Salat. Herr Schröder kann das auch nicht machen. Ich würde mich der Anregung der Herren Hellwig und Gerstenmaier anschließen, daß wir das Ganze abschließen mit einer sehr gut formulierten Resolution, die die wichtigsten Forderungen der CDU überhaupt enthält, und daß wir die ganzen Anträge, soweit sie nicht dadurch erledigt sind, dem Parteiausschuß zur weiteren Bearbeitung auf seiner nächsten Sitzung überweisen. (*Schmücker:* Aber das muß doch jemand machen! – *Lücke:* Um zu diesem Ergebnis zu kommen, muß doch ein Ausschuß vorhanden sein!) Sie haben mich mißverstanden. Ich darf wiederholen, wie die Situation jetzt aussieht. Wir wissen von den Anträgen der Sozialausschüsse, die heute abend, so Gott will, beschlossen werden und morgen vorliegen. Das gleiche gilt für die Anträge des Agrarausschusses. Sie haben weiter von Herrn Etzel gehört, daß der Wirtschaftsausschuß seine Beschlüsse erst in der Nacht vom Freitag auf den Samstag fassen will. Wie kann sich da jetzt eine Kommission hinsetzen und das berücksichtigen oder gar bearbeiten? Das kann sie doch nicht; denn sie weiß doch gar nicht, was kommen wird! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Und dann bekommen wir wahrscheinlich auch Anträge aus dem Schoß der Versammlung. (*Zuruf:* Es soll auch Demokratie geben!) Es gibt aber auch Geschäftsordnungen! (*Schmücker:* Und die haben wir nicht. – *Weber:* Gelenkte Demokratie! – *Heiterkeit.*) Sollen wir nicht zunächst einmal dem Vorsitzenden der Versammlung mitgeben, daß die Vorschläge und Anträge spätestens am Freitag abend im Büro sein müssen, damit wir wenigstens davor geschützt sind, daß plötzlich am Samstag irgendwelche Anträge kommen? Sind Sie damit einverstanden? (*Schröder:* Bis 22 Uhr am Freitag!) Ja! Bis dahin müssen sie im Büro eingegangen sein. Dann besteht die Frage, sollen wir über diese Anträge abstimmen. Ich wüßte nicht, wie wir das machen sollen. (*Lemmer:* Überweisung an die Redaktionskommission!) Verzeihen Sie, Herr Lemmer, an den Parteiausschuß; denn damit, daß sie nur an die Redaktionskommission gehen, werden nicht alle zufrieden sein.

Schröder: Die Anträge können erst im Anschluß an das Referat von Gerstenmaier begründet werden. Man sollte versuchen, eine Gesamtentschließung zu machen, oder man muß sie dem Parteiausschuß überweisen. Wenn man sie am Freitag abend hat, kann nicht mehr viel passieren am Samstag. Man könnte auf die einzelnen Anträge

noch etwas einwirken, die dann nach dem Referat begründet werden. Dann steht der Rest des Samstags zur Verfügung, um den Versuch zu machen, zu dieser Deklaration zu kommen.

Adenauer: Es werden Reden gehalten werden. Ich nehme das Referat des Herrn Krone. (*Schröder:* Die Referate Krone und Meyers kennen wir am Freitag abend!) Langsam! Ich nehme das Referat des Herrn Krone. Wir werden auch sonst noch Reden hören. Ich bin überzeugt, es werden mehrere Anträge gestellt werden, die mit den Reden überhaupt nicht zusammenhängen. Wie sollen wir es mit der Diskussion machen? Ich würde vorschlagen, daß Herr Krone oder Herr Meyers etwas dazu sagen.

Krone: Das Thema am Samstag ist sehr umfassend. „Staatsordnung und Gesellschaftsbild“ heißt es. Es ist sehr weit angelegt und ein grundsätzliches innenpolitisches Referat. Und dann folgt eine ausführliche Diskussion. (*Adenauer:* Worüber?) In der Vorbesprechung waren wir uns darüber einig, daß die Diskussion nicht wild wuchern soll. Herr Etzel sollte, wenn sich gewisse Gefahren zeigen, das Wort ergreifen. Es werden [anschließend] an das Referat Gerstenmaier Fragen behandelt werden, die den Wirtschaftsminister und den Finanzminister betreffen, Fragen steuerlicher Art, Fragen, die aus dem Mittelstandskomplex kommen, Fragen der Freien Berufe und der Arbeiter. Es müßten sich für diesen großen Fragenkomplex, der sich aus den Referaten Krone, Meyers und Gerstenmaier ergibt, einige präparieren, um – wenn Sie wollen – eine gewisse gelenkte Aussprache vorzunehmen. Es ist mit den Kollegen Schmücker, Martin¹⁶ – dem Arzt aus Hessen –, Lübke und Erhard¹⁷ gesprochen worden; auch mit den Herren der Sozialausschüsse. (*Weber:* Auch mit den Frauen?) Sie sprechen etwa eineinhalb Stunden lang? (*Gerstenmaier:* Ich hoffe, etwas weniger!)

Adenauer: Sie werden auch nicht um 9 Uhr anfangen, sondern um 9.15 Uhr. Nach der Rede von Gerstenmaier ist es mindestens 10.45 Uhr oder 11 Uhr.

Krone: Ich will 11 Uhr sagen. Dann haben wir noch zwei Stunden. Und nachmittags haben wir noch dreieinhalb bis vier Stunden. Es ist im Gegensatz zu früheren Parteitagungen eine sehr ausgiebige Diskussionszeit festgelegt worden, und zwar für verschiedene Sprecher, die eine Fülle von Aufgaben vorbringen. Wir sollten daran festhalten.

Adenauer: Das ist für den Präsidenten der Versammlung eine unendlich schwere Aufgabe, aber sie muß gelöst werden. (*Von Hassel:* Das geht schon!) Sie wissen aber doch nicht, was kommen wird. Sie wissen auch nicht, was Herr Gerstenmaier sagen

16 Dr. Berthold Martin (1913–1973), Arzt; 1954–1957 MdL Hessen (CDU), 1957–1973 MdB (seit 1965 Mitglied des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes).

17 Professor Dr. Ludwig Erhard (1897–1977), 1949–1977 MdB (CDU), 1949–1963 Wirtschaftsminister (1957–1963 Vizekanzler), 1963–1966 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 15 Anm. 7; Volkhard LAITENBERGER: Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker. Göttingen 1986; Karl HOHMANN (Hrsg.): Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften. Düsseldorf 1988.

wird. Das weiß doch keiner. Sie wissen auch nicht, was die Sozialausschüsse sagen werden.

Hellwig: Ich möchte anregen, daß wir eine bestimmte Zeit für die Diskussion festlegen, in der die Wortmeldungen zu bestimmten Komplexen zusammengefaßt werden, damit nicht dieselbe Frage zweimal diskutiert wird. Wir sollten also die Bereiche der Wirtschaft, der Finanzen, des Mittelstandes usw. steuern, also eine etwas thematische Ordnung in die Fülle der Reden hineinbringen.

Zum anderen möchte ich anregen, daß darüber gesprochen wird, daß ein Diskussionsredner zu der Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone und zu den Flüchtlingsfragen Stellung nimmt. Es würde sehr schlecht aufgenommen, wenn sich der Parteitag nicht mit diesem Thema befaßte. Das sollte auch vorbereitet werden.

Meyers: Die Sache ist so, Herr Bundeskanzler, daß wegen der Ferien nicht mit allen gesprochen werden konnte, die für die Diskussion in Frage kommen. Die Diskussion soll so gelenkt werden, daß nicht nur die Genannten sprechen, sondern daß sie auch bestimmte Themen behandeln. Das kann man aber erst, wenn das Referat Gerstenmaier vorliegt. Dann werden wir die Themenkreise dem Präsidium übermitteln, und das Präsidium weiß, wer sich zu welchem Themenkreis gemeldet hat, so daß also auch eine Ordnung in die Diskussion hineinkommt. Daß das Thema, was Sie angesprochen haben, behandelt wird, ist selbstverständlich.

Adenauer: Verzeihen Sie, Herr Meyers, Herr Krone hat gesagt, es sei mit allen einzelnen gesprochen worden. Sie haben gesagt: Es konnte nicht mit allen gesprochen werden wegen der Ferien. Ist das denn einigermaßen geregelt? Es kann auch mal ein wilder Mann dazwischenkommen. (*Zuruf:* Der muß vorher bestimmt werden! – *Heiterkeit.*) Ich sage nicht nur „wilder Mann“, es kann auch eine „wilde Frau“ sein, aber Herr von Hassel muß als Leiter der Versammlung eine genaue Liste derjenigen Diskussionsredner haben, mit denen die Sache besprochen worden ist. Es muß auch darauf stehen, worüber die einzelnen sprechen, damit er die Debatte etwas arrangieren kann.

Etzel: Für den Wirtschaftsausschuß haben wir das vorbereitet.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich konnte natürlich dieses Referat nicht wie Stickstoff aus der Luft gewinnen – ich gönne so etwas meinem schlimmsten Feinde nicht –, sondern ich habe es mir angelegen sein lassen, mit den Herren Ihres Kabinetts, die für die einzelnen Sachgebiete besonders verantwortlich sind, möglichst sorgfältig zu sprechen. Ich habe 14 Tage lang Tag und Nacht gearbeitet. Ich habe gesprochen mit dem Bundeswirtschaftsminister, mit dem Bundesernährungsminister, mit dem Bundesarbeitsminister, mit dem Bundesschatzminister, mit dem Bundeswohnungsbauminister, und ich habe noch telefoniert mit dem Bundesvertriebenenminister. (*Weber:* Und nicht mit dem Bundesfamilienminister?) Mit dem Familienminister nicht. Der Herr Kollege Lücke als Wohnungsbauminister hat mich als erster rechtzeitig unterrichtet – das will ich nicht vergessen –, daß er konform liege mit dem Bundesfamilienminister. Deshalb ist das verhältnismäßig einfach gewesen. Mir war es klar, daß diese Herren alle in der Diskussion sprechen werden. Ich sehe nicht ein, daß diese

Herren nicht sprechen sollen. Der Zentralpunkt dessen, was unsere Arbeit ausmacht, wird in diesem Referat behandelt. Dr. Kraske und ich haben uns überlegt, wie sollen wir es formulieren. Wir haben 20 Themen behandelt und sind schließlich bei dem gelandet. Das Wichtigste, aus dem die Geschichte liegt[!], ist selbstverständlich das, was über das Gesellschaftsbild formuliert wird. In jedem modernen Staat, nicht nur in den totalitären Staaten, sondern auch in den Demokratien, wird das Gesellschaftsbild der Mehrheit durch die Staatsordnung bestimmt. Ich bin der Meinung, daß es so ist. Darüber kann man streiten. Aber wenn es so ist, hätte man das Thema eigentlich umdrehen und sagen müssen: Gesellschaftsbild und Staatsordnung. Ich sage das nur, damit sich keiner Mühe gibt, einige Rechtsprobleme verfassungsrechtlicher und organisatorischer Art über diesen Parteitag in die Diskussion zu bringen. Zwar werden einige dieser Themen zum Schluß angesprochen, um die Verbindung zwischen Gesellschaftsbild und Staatsordnung zu illustrieren, aber das geschieht nur beispielhaft, um den Gedanken zu demonstrieren.

Es reicht nicht in dieser Zeit, den ganzen Problemkreis zu umschreiben. Infolgedessen kommt das, was zum Bereiche unseres Freundes Schröder gehört, was im engeren Sinne Innenpolitik ist, bei diesem Referat zu kurz. Herr Schröder, ich bitte um Ihre Nachsicht. Der Schwerpunkt ist das Problem: Wie orientieren wir uns in unserer Gesellschaftspolitik zurecht[!], wobei ich mich darauf beschränken mußte, die Auswirkungen an einigen Punkten zu demonstrieren, die unmittelbar in den Bereich des Herrn Bundesinnenministers fallen.

Die Staatsordnung im engeren Sinne des Wortes können wir uns ersparen. Der Schwerpunkt muß in der Gesellschaftsordnung liegen. Ich glaube, daß der Finanzminister in dieser Debatte aufgerufen sein wird, dazu zu sprechen, selbst wenn er nicht im Sinne hätte, eine Diskussionsrede zu seinem Ressort zu liefern. Er ist in vielfältiger Form angesprochen, z.B., wie machen wir es, um zu einem Eigentum für alle zu kommen? Er wird sich wahrscheinlich mehrfach melden müssen. Auf der anderen Seite sollte nicht der Eindruck entstehen, daß wir hier Türme bauen, sondern es soll eine echte und unmittelbare Debatte werden, auch wenn wir eine gelenkte Diskussion in dem Sinne haben, daß wir uns vorher verständigen. Ich bin der Meinung, daß wir die Diskussion nicht in der Weise manipulieren können, daß sie nur ausschließlich die Punkte behandelt, über die vorher eine Absprache getroffen worden ist. Das würde ich nicht für gut halten. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Man muß dem Parteitag die Freiheit lassen, dazwischenzugreifen, und man muß damit auch riskieren, daß das eine oder andere Wort fällt, was nicht richtig in die Manöverlage paßt. Ich mache mich darauf gefaßt, daß die Gewerkschaftsfrage in dieser Weise angeschnitten wird, vielleicht auch noch die eine oder andere Frage, die ich gar nicht berühren konnte. Um ein Beispiel zu bringen! Ich habe mir den Kopf zerbrochen und habe es nicht zustande gebracht, ein halbwegs vernünftiges und ausreichendes Wort zum Problem des Miteigentums zu sagen. Ich behaupte, daß die innerparteiliche Diskussion noch nicht soweit ist, daß sie über schöne Redensarten hinaus etwas Handfestes liefern könnte, mit dem man bestehen könnte vor Leuten, die nicht auf schöne Worte hören,

sondern für den Staats- und Gesellschaftsgehalt gute Formulierungen suchen. Ich sehe, daß da so wenig vorhanden ist, daß ich darauf verzichtet habe, überhaupt das Wort zu benutzen. Ich bin bereit, wenn das kritisiert und gesagt wird, wie konnten Sie eine solche Kardinalfrage herauslassen, dazu Stellung zu nehmen.

Ich hoffe, daß wir für die Debatte so viel Zeit haben, daß wir schließlich übereinkommen und zum Schluß eine Resolution zustande bringen. Für das Spezialthema, das in der Richtung von Kiesinger und von Brentano liegt, sehe ich nur wenig Chancen. Ich würde vorschlagen, daß wir uns eine eiserne Disziplin auferlegen und keine Exkursionen in die Außenpolitik und Sicherheitspolitik machen. Die Gesellschaftspolitik ist so schwer und so ernst und fordert ein solches Maß von Konzentration mit ihren vielfältigen Auswirkungen in rechtlicher, steuerlicher und gesellschaftlicher Hinsicht, daß ich doch vorschlagen würde, alle anderen Probleme an diesem Samstag wegzulassen. Wie wir allerdings zurecht kommen wollen, um Ihrem einleitenden Vortrag in der Diskussion Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, das ist mir bis jetzt nicht ganz klar, und ich frage mich, ob dafür nicht eine Möglichkeit am Freitag besteht.

Adenauer: Ich darf dazu feststellen, daß ich keineswegs der Auffassung bin, daß ein Theaterstück aufgeführt werden soll in der Diskussion, sondern ich habe ausdrücklich gesagt, man muß dem Vorsitzenden der Versammlung die Liste der Redner geben, mit denen gesprochen worden ist, damit er die zur richtigen Zeit zwischen diejenigen, die sich melden, einschieben kann. Ich bin aber nicht Ihrer Auffassung, Herr Gerstenmaier, daß wir von der außenpolitischen Lage nichts sagen dürfen. Wenn wir über die außenpolitische Lage in diesem Augenblick nichts sagen, so ist das nach meiner Meinung ein Fiasko. (*Krone:* So war es nicht gemeint. Er meinte, am Samstag nicht! – *Gerstenmaier:* Weil wir es nicht gut in den Fragenkomplex hineinpacken können!) Es muß auch in die Gesamtresolution etwas hineinkommen. (*Zurufe:* Selbstverständlich!)

Kiesinger: Ich teile die Sorgen des Herrn Bundeskanzlers, daß die Diskussion, wenn wir sie frei laufen lassen, die Höhe der Referate auch nicht annähernd erreichen wird; insbesondere dann, wenn die Leute ad hoc aufgefordert werden, etwas zu sagen. Deswegen mein Vorschlag: Könnte nicht diese Kommission, egal wie sie heißt, Antragskommission oder Redaktionskommission, sich mit den Rednern vorher zusammensetzen? Die Redner geben dann in etwa eine Inhaltsangabe dessen, was sie bringen werden, die Schwerpunkte. Dann kann man übersehen, wer sich von uns ein paar Gedanken macht über das, was er zur Diskussion sagen will; damit also die Leute ein bißchen Zeit haben, sich für die Diskussion vorzubereiten. Dann kann zwischen diesen gebetenen Diskussionsrednern jeder das Wort ergreifen, wer will, aber wir haben die Möglichkeit, Akzente zu setzen. Wenn wir so verfahren, wäre das am besten. Das ist auch früher so gehalten worden. Wir müssen dazu vorher mit den Referenten sprechen können. Irgend jemand muß das tun. Es muß ein Gremium da sein, das es tut.

Zu dem, was von Herrn Gerstenmaier angeschnitten worden ist, glaube ich, daß ein

Teil der außenpolitischen Debatte sich im Zusammenhang mit seinem Thema wird behandeln lassen; denn die Frage der Gesellschaftspolitik ist ja die Lebensfrage des Westens gegenüber dem Osten, so daß man mindestens einen erheblichen Teil dieses Themas am Samstag mitbehandeln kann. (*Gerstenmaier*: Es ist nur die Einleitung, alles andere trennt sich davon!) Ich bin einverstanden mit dem Gedanken, daß man eine Sonderdiskussion über die Außenpolitik macht. (*Gerstenmaier*: Am Freitag!) Ich wollte nur sagen, daß auch am Samstag darüber etwas diskutiert wird. Das Entscheidende ist, daß sich ein Gremium vorher mit den Rednern zusammensetzt und überlegt, was gesagt wird. Im übrigen steht es jedem Teilnehmer des Parteitages frei, in der Diskussion seine Meinung zu sagen.

Adenauer: Nehmen Sie einmal das Programm zur Hand, damit wir es gemeinsam durchgehen und die Zeit festsetzen können. Um 10 Uhr ist die Eröffnung durch den Ersten Vorsitzenden. Ich werde einige Worte über die Herren Kaiser und Arnold sagen. Dazu brauche ich höchstens 10 Minuten. Dann folgt die Wahl des Präsidiums. Das geht sehr schnell. Dann kommt die Ansprache des Präsidenten des Bundesparteitages. (*Von Hassel*: Das dauert 25 Minuten!) Ich glaube, Sie haben die Begrüßungsansprache an die ausländischen Vertreter noch nicht drin. (*Von Hassel*: Die Grußworte noch nicht. Das geht aber sehr schnell!) Sagen Sie das nicht. Sie müssen nach meiner Meinung die Begrüßung der ausländischen Gäste gesondert vornehmen und nicht in Ihre Rede hineinflechten. Das ist international gesehen sehr wichtig. Die Sozialdemokratie macht ein großes Spektakel mit ihren internationalen Verbindungen. Wir wollen auch mal zeigen, daß wir internationale Verbindungen haben. Daher darf das nicht so nebenbei gemacht werden. Sie müssen also eine halbe Stunde bis dreiviertel Stunden mindestens rechnen. Dann werde ich höchstens eine Stunde lang sprechen. Dann folgt nachmittags der Bericht von Herrn Krone. (*Krone*: Eine Stunde!) Dann der Bericht des Herrn Meyers, (*Meyers*: Eine Stunde!) zusammen also zwei Stunden.

Die Wahlen werden schnell vonstatten gehen. Aber das kann man nicht wissen. Dann würden für die Aussprache am ersten Tag noch zur Verfügung stehen etwa zwei Stunden. Dabei würde zweckmäßig die Diskussion über außenpolitische Fragen erledigt werden, (*Gerstenmaier*: Ja!) so daß wir am Samstag Zeit hätten für eine Diskussion in großer Breite über die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes. So will ich mich allgemein ausdrücken; denn unter „Gesellschaftsbild“ – ich habe den Ausdruck nicht gewählt – kann ich mir nichts Rechtes vorstellen, und ich weiß nicht, wie Sie sich das Gesellschaftsbild vornehmen. Deshalb war von der gelenkten Diskussion die Rede. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Diskussionsredner Ihre Rede, verehrter Herr Gerstenmaier, vorher sehen könnten. Meine Rede wollte ich heute nachmittag machen. (*Gerstenmaier*: So will ich es auch machen!) Sie haben sie doch fertig! Sie haben doch gesagt, Sie hätten 14 Tage lang Tag und Nacht gearbeitet! Er hat nicht Tag und Nacht gearbeitet, sondern am Tage und bei Nacht, aber wie lange jedes Mal? (*Lebhafte Heiterkeit*.) Es wäre wünschenswert, wenn die Reden von Herrn Krone (*Zuruf*: Ist da!) und Herrn Meyers (*Zuruf*: Ist auch da!) heute fertig würden. Es wäre auch wünschenswert, wenn die Rede Gerstenmaier (*Kraske*:

Wird geschrieben! – *Gerstenmaier*: Moment mal!) zur Verfügung stände; denn die verantwortlichen Diskussionsredner müssen etwas haben. (*Gerstenmaier*: Ich habe sie dem Herrn Finanzminister geschickt! – *Etzel*: Nein! Ich habe gar nichts bekommen! – *Erhard*: Ich habe nur gehört, wir bekämen sie heute! – *Zuruf*: Wir haben sie noch nicht! – *Gerstenmaier*: Ich konnte sie in Bonn nicht mehr abziehen lassen.) Bis wann bekommen die Herren sie? (*Gerstenmaier*: Herr Kraske? – *Kraske*: Bis 18 Uhr!) Also bis 18 Uhr. Dann müssen die in Aussicht genommenen Redner sie heute noch bekommen. Es ist möglich, daß die Diskussionsredner mit manchen Sachen nicht einverstanden sind. (*Gerstenmaier*: Es sind einverstanden der Ernährungsminister, der Sozialminister, und ich nehme an, auch der Finanzminister. – *Etzel*: Ich bin nicht gefragt worden!) Ich bin für Vorsicht und würde bitten, dafür zu sorgen, daß die Rede nur in die Hände dieser Herren kommt, (*Weber*: Keine einzige Frau soll sie haben?) damit sie nicht an die Öffentlichkeit gelangt. (*Weber*: Wir sind sehr vertrauenswürdig!) Ich würde Ihnen, Frau Weber, alles geben, was ich mache. (*Heiterkeit und Zurufe*: Oho!) Warum bezweifeln Sie das? Aber Sie wissen doch, Frau Weber, wenn man irgendein Stück in 50 Exemplaren herausgibt, hat es nach einer halben Stunde die ganze Presse. (*Zuruf*: Todsicher!) Deswegen sollte es beschränkt bleiben auf den kleinen Kreis. (*Gerstenmaier*: Dann brauche ich gar nicht mehr zu reden; denn dann steht es in der Zeitung, bevor ich überhaupt die Rede gehalten habe! – *Kiesinger*: Wie sucht man die Diskussionsredner heraus?) Herr Kiesinger fragt, wie die Diskussionsredner herausgesucht werden. (*Gerstenmaier*: Außerhalb der Ressortminister? – *Krone*: Schmücker und Martin!) Die Zahl der Minister ist wirklich sehr groß. Der Minister kommt leider in den Geruch, nicht mehr ein Mann des Volkes zu sein. (*Zurufe*: Doch!) Bilden Sie sich das nicht ein, meine Herren! (*Heiterkeit*.)

Von Hassel: Es haben sich gemeldet für die Diskussion Professor Erhard, Dr. Hellwig und Etzel. (*Etzel*: Wir haben ein paar Herren ausgesucht, die in Frage kommen.) Auch mit Oberländer und Schmücker ist gesprochen worden. Herr Schmücker müßte noch ein paar Männer und Frauen mitherumorganisieren, falls es nötig ist. (*Adenauer*: Mitherumorganisieren! Was für ein Ausdruck! Das müssen Sie deutlich sagen!) Er soll mit einer Mannschaft heranrücken. Auch Martin wird sich mit dem einen oder anderen abstimmen, so daß noch ein anderer in der zweiten Welle gleichsam mitsprechen kann. Ich höre von Herrn Albers, daß von seiten der Sozialausschüsse sich keine Schwierigkeiten ergeben und daß von dort Leute beauftragt sind. Ich höre von den Frauen, daß Frau Schwarzhaupt¹⁸ die Dinge in der Hand hat. Auch mit Blank ist gesprochen worden, ferner mit Lübke und Lücke. Ich habe das Gefühl, daß wir eine breite Mannschaft haben, mit der wir eine Diskussion

18 Dr. Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986), Juristin; 1953–1969 MdB (CDU), 1961–1966 Bundesgesundheitsministerin. – Erinnerungen in: ABGEORDNETE 2 S. 235–283. Ursula SALENTIN: Elisabeth Schwarzhaupt – erste Ministerin der Bundesrepublik. Ein demokratischer Lebensweg. Freiburg 1986.

bestreiten können, wobei nicht nur die Minister, sondern auch ganz gewöhnliche Parteimitglieder sprechen sollen. Wir müssen den genannten Herren sagen: Ihr habt verantwortlich auch eine Mannschaft zusammenzustellen, die nachher das Ganze machen kann. Kommt das Thema Außenpolitik zur Sprache, dann haben wir Brentano und Kiesinger. Ich glaube also, daß es funktionieren wird. Ich wüßte nicht, Herr Bundeskanzler, was man noch mehr vorbereiten soll. Wenn zuviel vorbereitet wird, dann sieht es gestellt aus. (*Lücke*: Die Minister sollen nur reden, wenn es nötig ist!) Wir haben uns im Landesvorstand von Schleswig-Holstein über diese Frage unterhalten und ein paar Punkte aufgestellt, über die in der Debatte gesprochen werden soll, z.B. Wohnungsbau, Eigentum für jeden, Eigenheim usw. Das ist mit Herrn Lücke abgesprochen. Es ist auch mit Herrn Oberländer gesprochen worden. Es sind fast eher zuviel als zu wenig Diskussionsredner. Die Herren, die vorgesehen sind, haben die Dinge in der Hand. Sie müssen gegebenenfalls sehen, was noch notwendig ist. Ich sehe keinen Schiffbruch in dieser Frage. Der Tenor muß sein, daß wir es wagen, auch Fragen offen zu diskutieren.

Adenauer: Die Hauptsache ist, daß die Diskussionsredner rechtzeitig, und zwar bis 18 Uhr, die Rede von Herrn Gerstenmaier bekommen. (*Gerstenmaier*: Und wer gibt sie dann sofort der Presse?) Wer will das machen? (*Lebhafte Heiterkeit*.)

Albers: Herr Bundeskanzler! Das Thema „Gewerkschaft“ sollten wir nicht zu heiß anpacken. Daß es angepackt wird, halte ich für notwendig. Wir haben von den Sozialausschüssen im Juli eine Meinung zu dieser Frage verbreitet.¹⁹ Worauf wir Wert legen, wäre, das durchzuführen, was wir in Königswinter beschlossen haben, nämlich einen christlichen Arbeiterkongreß im Laufe der nächsten Zeit. Das ist der entscheidende Punkt. Das müßte herausgestellt werden. Sie dürfen davon überzeugt sein, daß die Vorbereitungen zu dieser Veranstaltung mindestens noch ein halbes Jahr in Anspruch nehmen. Es sind noch viele Schwierigkeiten zu überwinden. Die Schwierigkeiten kommen in erster Linie von den Leuten aus dem evangelischen Raum, die das Thema „Gewerkschaft“ überhaupt nicht angesprochen haben wollen.

Ich sage nicht, daß wir das Thema „Gewerkschaft“ nicht ansprechen sollen, aber aus allgemeinen politischen Gründen und auch aus parteipolitischen Gründen halte ich es für richtig, daß wir es nicht so anpacken, daß das, was wir beabsichtigen, von vornherein zerschlagen wird.

Meyers: Ich möchte vorschlagen, daß am besten Herr Albers das selbst macht. (*Albers*: Ich wünsche nur, daß der Herr Bundeskanzler die Frage „christlicher Arbeiterkongreß“ von sich aus aufnimmt; denn er ist die authentische Stelle der Partei.) Zu dem anderen Thema folgendes: Nach dem Statut von Stuttgart sind wir verpflichtet, drei Ordnungen zu erstellen: 1. eine Geschäftsordnung, 2. eine Ehrengerichtsordnung und 3. eine Finanzierungsordnung; dazu noch am Rande die

¹⁹ Auf der Tagung des Hauptvorstandes der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft am 11./12. Juli 1958 in Königswinter. Vgl. FAZ vom 14. Juli 1958 („Arbeiterkongreß beschlossen“) und 16. Juli 1958 („Christliche Arbeiter“).

Richtlinien für die Aufstellung der Bundestagskandidaten. Hierfür brauchen wir eine Kommission. Ich lasse aber diesen Punkt einmal weg.

Wir sind an der ruhigen Arbeit gehindert gewesen. Die Bundesgeschäftsstelle war so angespannt, daß sie nicht diese Ordnungen ausarbeiten konnte. In der Zeit während des Bundestagswahlkampfes sind zwei Entwürfe zur Geschäftsordnung gemacht worden. Aus diesen beiden Entwürfen ist ein Compositum mixtum entstanden. Dieses Compositum mixtum ist von der Bundesgeschäftsstelle, insbesondere von Herrn Müllenbach, hergestellt und den Landesgeschäftsführern vorgetragen worden, die ihrerseits dann eine Kommission eingesetzt haben, die in mehreren Sitzungen diesen Entwurf beraten hat. Dieser Entwurf ist vervielfältigt worden, so daß er heute nachmittag dem Parteiausschuß gegeben werden kann.

Der Parteiausschuß soll Ende Oktober/Anfang November darüber beraten. In der Geschäftsordnung sind Punkte enthalten, die teilweise eine Erweiterung des Statuts bedeuten. Wir wollten aber nicht das Statut von Stuttgart in einigen Teilen ändern, sondern erst einmal die Geschäftsordnung beraten lassen, um zu hören, was der Parteiausschuß will. Dann könnte sie auf dem nächsten Parteitag bestätigt werden. Beim umgekehrten Wege würden wir uns ständig in einer Statutenänderung befinden.

Die Geschäftsordnung hat 57 Paragraphen und ist in folgende Unterabschnitte gegliedert:

I. Mitgliedschaft, II. Gliederung, III. Vereinigungen und Ausschüsse. Bis jetzt ist völlig ungeklärt, was Vereinigungen in der CDU sind. Sie stehen zwar im Statut und haben für sich immer eine selbständige Stellung beansprucht, und zwar mit Recht, aber wir müssen zu umschreiben versuchen, wie ihr Verhältnis zur Union ist. Wenn ich z.B. die Sozialausschüsse herausgreife, so haben wir diese Sozialausschüsse als Vereinigung, aber wir haben auch einen Sozialausschuß als Ausschuß. Es müßte klargestellt werden durch unsere Geschäftsordnung, wie ist das Verhältnis einer Vereinigung zu den Ausschüssen und das Verhältnis der Ausschüsse und der Vereinigungen zur Gesamtpartei. IV. Wahlen und Abstimmungen. Hier wird für die Gesamtpartei eine Regelung gesucht. Im Landesverband Schleswig-Holstein muß z.B. bisher anders abgestimmt werden als im Landesverband Baden-Württemberg. Hier wird eine einheitliche Ordnung für die gesamte Union vorgeschrieben. Dann können keine Schwierigkeiten mehr aus dem Technischen heraus vorkommen. V. Parteitage (Delegiertenversammlungen, Mitgliedervollversammlungen). Hier wird versucht, eine geschäftsordnungsmäßige Regelung für alle Parteigremien zu finden und sie nunmehr für die Union in allen Stufen festzusetzen.

Das Ganze ist ein Diskussionsentwurf. Die Mitglieder des Parteiausschusses können ihn mit nach Hause nehmen und ihn dann überdenken, damit wir bei der nächsten Sitzung des Parteiausschusses fruchtbare Arbeit leisten können. Es muß eine mehrtägige Parteiausschußsitzung sein. Die Ehrengerichtsordnung ist noch nicht soweit. Für die Finanzierungsordnung ist noch kein Entwurf vorgesehen, weil die Frage der Finanzierung noch nicht geklärt ist. Die Geschäftsordnung muß vom

Bundesparteiausschuß gemacht werden. Das steht im Statut. Damit er sich damit befassen kann, müssen die Mitglieder heute nachmittag die Unterlagen bekommen. In der nächsten Sitzung des Parteiausschusses soll also ausgiebig beraten werden.

Dichtel: Diese Geschäftsordnung ist sehr wichtig! Es wäre für die Zukunft unbedingt notwendig, daß die Landesverbandsvorsitzenden über alle solch wichtigen Fälle rechtzeitig vorher informiert würden. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Stoltenberg: Die Frage des Parteiengesetzes wird eine gewisse Rolle spielen, da von der Bundestagsmehrheit erklärt wird, daß diese Frage demnächst den Bundestag beschäftigen wird. Man kann infolgedessen eine innerparteiliche Diskussion über die Situation der Partei nicht losgelöst von der Thematik des Parteiengesetzes führen. Auf der anderen Seite ist damit eine Reihe von schwierigen und heiklen Fragen verbunden, die die Junge Union in Konstanz sehr stark beschäftigt hat. Es wäre falsch, diese Dinge unausgegoren vor dem Parteitag zu behandeln. Ich habe einen Antrag der Jungen Union eingebracht, der vorschlägt, der Parteitag möge beschließen, daß Vorstand und Fraktion gebeten werden, eine gemeinsame ständige Kommission einzusetzen, die für die Partei in Zusammenarbeit mit der Regierung alle Fragen des Parteiengesetzes behandelt. Um die Diskussion zu vereinfachen, würde mir daran liegen, daß dieser Antrag auf jeden Fall zur Abstimmung kommt und nicht zu denjenigen Anträgen kommt, die dem Parteiausschuß überwiesen werden. Die Bildung einer solchen Kommission ist sachlich eine absolute Notwendigkeit.

Meyers: Ich werde diese Frage in meinem Bericht ansprechen müssen. Ich halte es für zweckmäßig, einen solchen Arbeitskreis zu bilden, weil sonst der Eindruck entsteht, daß wir uns mit dieser Frage nicht befassen, während die SPD im Augenblick dabei ist, einen Entwurf für ein Parteiengesetz zu machen. Wir sollten uns da nicht in die Defensive drängen lassen. Die Kommission von Herrn Schröder mit den Professoren hat schon eine gute Vorarbeit geleistet.²⁰ Herr Albers hat mich schon vor langer Zeit gebeten, einen Entwurf für ein Parteiengesetz zu machen. Aber Sie wissen ja, daß dazu viel Zeit gehört. (*Schröder:* Wer ist für die Kommission vorgeschlagen? Dann kann man sich schneller verständigen. – *Stoltenberg:* Ich würde vorschlagen, diese Frage nicht auf dem Parteitag anzuschneiden, sondern Bundesvorstand und Fraktion sollten beschließen, die Kommission sofort zu bilden.)

Adenauer: Herr Meyers, worüber werden Sie am Freitag sprechen?

Meyers: Ich werde nicht etwa die Termine der Vorstandssitzungen oder derartige formelle Dinge behandeln, sondern über den Ablauf der Berichtszeit etwas sagen. Ich werde über die Bundestagswahl und die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sprechen; dann auch etwas sagen zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über

20 Eine im Jahre 1955 gebildete Kommission aus 17 Professoren hatte im August 1957 ein Gutachten unter dem Titel „Rechtliche Ordnung des Parteiwesens“ vorgelegt (Probleme eines Parteiengesetzes. Bericht der vom Bundesminister des Innern eingesetzten Parteienrechtskommission. Frankfurt a.M./Berlin 1957), das die Grundlage für den Regierungsentwurf im Jahre 1959 bildete.

die Parteienfinanzierung. Dann werde ich sprechen über die Frage der Mitgliederpartei oder Wählerpartei. Und dann werde ich überleiten und sagen, warum dieser Parteitag der inneren Ordnung gewidmet ist. Damit haben wir den Anschluß an das Referat Gerstenmaier.

Adenauer: Damit füllen Sie aber keine dreiviertel Stunden aus. Sie sollten auch etwas von der Ehrengerichtsordnung sagen. (*Meyers:* Das gehört mit dazu. Wir müssen diese Frage streifen, z.B. den Fall Hagemann²¹, ohne den Namen zu nennen, der Aufsehen erregt hat.) Auch den Fragenkomplex, den Herr Scheufelen angeführt hat? (*Scheufelen:* Aktivierung von Ausschüssen!) Und die Verbindung zwischen den Landesparteien und der Bundespartei! (*Meyers:* Dazu werde ich auch etwas sagen!) Ich habe mich übrigens mit Herrn Fanfani über Parteiorganisation ausführlich unterhalten, auch über die Frage „Wählerpartei oder Mitgliederpartei“. Er hat mir gesagt, die Democrazia Cristiana habe 1,4 Millionen Mitglieder. Was ich jetzt sage, müssen Sie richtig verstehen! Er hat aber gesagt, diejenigen Teile eines Volkes, die weniger fortgeschritten seien, die legten Wert auf die Mitgliedschaft. (*Meyers:* Darum haben wir so wenig! – *Heiterkeit.*) Ich habe ihm für das Kompliment gedankt! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Er hat Ziffern angegeben über die Mitgliederzahlen in Oberitalien und Unteritalien. In Unteritalien gehen diese Ziffern auf das Dreifache hinauf. (*Meyers:* Ganze Dörfer sind Mitglied! – *Weber:* Bezahlen die auch etwas? – *Meyers:* Sie sind teilweise sehr arm!)

Wird noch weiter das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir sind jetzt Gäste des Herrn von Hassel. (*Von Hassel:* Es ist vorgesehen, daß sich der Bundesvorstand gleich im Hotel Bellevue zu einem Imbiß trifft.) Ehe wir auseinandergehen, möchte ich noch fragen: Was sollen wir über die heutige Vorstandssitzung der Presse sagen? (*Krone:* Gar nichts!) Es gibt aber gewisse Dinge, die bekanntwerden, z.B. der Brief von Herrn Kaiser. (*Meyers:* Er ist den Presseleuten bereits bekannt. Ich meine die Tatsache, nicht den Inhalt.) Was sollen wir darüber sagen! Ich bin nicht dafür, einen so persönlichen Brief wörtlich der Presse zu geben. (*Wuermeling:* Er wird doch auf dem Parteitag verlesen!)

Gratl: Sie verlesen den Brief auf dem Parteitag. Ich bin der Meinung, wir sollten ihn nicht vorher bekanntgeben. Die Tatsache als solche ist bekannt. Mehr brauchen wir nicht zu sagen.

Kraske: Er ist nicht exakt bekannt, aber es wird überall darüber gerätselt. Es ist besser, wenn wir mit einer klaren Formulierung sagen: Es ist ein solcher Brief da, und er wird auf dem Parteitag bekanntgegeben. Das scheint mir besser zu sein.

Adenauer: Ich würde sagen, daß Herr Kaiser mir als dem Ersten Vorsitzenden einen Brief geschrieben hat mit der Bitte, diesen Brief dem Parteitag bekanntzugeben.

21 Vgl. Nr. 3 Anm. 82.

Gradl: Ich habe folgende Überlegung: Es ist sehr erfreulich, daß wir zum ersten Mal auf einem Bundesparteitag alle Delegierten zu einer Art geselligem Beisammensein zusammengerufen haben. Ich weiß, daß das in Delegiertenkreisen mit großer Freude aufgenommen worden ist. Nun sehe ich heute in dem Schreiben, das in der Mappe liegt, daß jeder DM 12,- für den Ausflug mit dem Schiff bezahlen soll. Bei allem Verständnis für die Finanzierungsschwierigkeiten ist das für viele Delegierte, die mit DM 12,- rechnen müssen, eine Enttäuschung. Ich frage mich, ob es im Sinne des ganzen Unternehmens liegt, daß man dadurch von vornherein einen Teil der Delegierten ausschließt.

Kraske: Es war bei der gegenwärtigen Situation völlig unmöglich, diese Fahrt in unsere Finanzierung mit hineinzunehmen. Der Parteitag kostet uns auch so noch erheblich viel Geld. Ich habe diesem Vorschlag skeptisch gegenübergestanden und habe die Landesgeschäftsführer gefragt, wie reagieren eure Delegierten. In diesem Kreise bestanden keine Bedenken, sondern man sagte, man solle das machen. Ich sehe also Ihre Bedenken nicht ganz so groß an. Sie sind zweifellos da, aber es ist nichts anderes zu machen. Selbst die Junge Union nimmt von ihren Mitgliedern solche Beiträge.

Albers: Wenn Sie DM 12,- verlangen, dann wird die Hälfte der Delegierten – ich spreche nicht von den Gastdelegierten – nicht dabeisein.

Adenauer: Ich fürchte das auch; dann gehen die Leute lieber in eine Kneipe und verzehren da DM 12,-.

Von Hassel: Ich bin an der 12-Mark-Geschichte nicht beteiligt. Diese Fahrt ist aber ein sehr schönes Erlebnis, wobei es nicht möglich ist, alle Delegierten mitzunehmen, weil das Schiff nicht groß genug ist. Wenn jemand die DM 12,- nicht bezahlen kann, dann werden wir schon eine Lösung finden, daß ihm vom Lande Schleswig-Holstein aus die Hälfte erstattet wird. Wäre das eine Lösung, Herr Kollege Albers? (*Albers:* Ja!)

Die Teilnehmer verlassen das Sitzungszimmer.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß Sie die Sitzung aufgelöst haben! (*Heiterkeit.*)

6

Kiel, 21. September 1958

Sprecher: Adenauer, Fricke, Gerstenmaier, Kiesinger, Lücke.

Entschließung zum Bundesparteitag.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 11.20 Uhr

Adenauer: Ich begrüße die „Veteranen“ des Bundesvorstandes! Wir müssen uns sehr kurz fassen, weil das Plenum des Parteitages bereits begonnen hat und weil nach 12 Uhr eine allgemeine Abreise einsetzt. Der Redaktionsausschuß hat eine sehr fleißige, aber – wie ich glaube – nicht sehr vollkommene Arbeit geleistet. Ich glaube nicht, daß irgendein Mensch das überhaupt zu Ende lesen wird, was er geschrieben hat. Infolgedessen haben wir uns heute in aller Frühe darangesetzt und eine andere Fassung gemacht, die dem Inhalt nach dasselbe enthält, aber wie mir scheint, doch ansprechbarer ist. Herr Kiesinger, würden Sie mal bitte vorlesen!

Kiesinger: „Bei der Bundestagswahl des Jahres 1957 und erneut bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Sommer 1958¹ hat das ganze deutsche Volk die Politik der Christlich-Demokratischen Union in eindrucksvollster Weise bestätigt. Der 8. Bundesparteitag dankt allen Wählern in Stadt und Land für das Vertrauen, mit dem sie der Christlich-Demokratischen Union für die kommenden Jahre von neuem die Verantwortung übertragen haben. Die CDU erblickt in diesem Vertrauen den Auftrag, ihre bisherige Politik unbeirrt fortzusetzen und auszubauen.“

Der Bundesparteitag betont von neuem und mit allem Nachdruck, daß unsere Freiheit, die geistigen und kulturellen Werte unseres Lebens und der wirtschaftliche und soziale Aufbau unseres Landes nur durch die beharrliche Fortführung der erfolgreichen Außenpolitik der Bundesregierung gesichert werden können. Der Bundesparteitag erwartet daher, daß die Bundesregierung ihre Bündnispolitik im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft fortsetzt. Er erwartet eine entschlossene

¹ Am 6. Juli 1958. Die Landtagswahl brachte der CDU die absolute Mehrheit (CDU 50,5 %, SPD 39,2 % und FDP 7,1 %). Vgl. FISCHER 2 S. 841–843.

Fortführung unserer europäischen Politik. Die Einigung Europas ist und bleibt eine der größten Aufgaben unserer Zeit. Von ihrem Gelingen hängt die Zukunft des ganzen deutschen Volkes – diesseits und jenseits der Zonengrenze – wie aller anderen Völker ab.

Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit bleibt das Ziel aller unserer Bemühungen. Sie zu fördern, ist die nationale Pflicht aller Deutschen. Solange die weltpolitische Lage die Wiedervereinigung noch nicht erlaubt, müssen wir alle Kraft an die Erhaltung und Stärkung der geistigen und persönlichen Verbindung mit den Deutschen jenseits der Zonengrenze setzen.

Der Bundesparteitag hat sich auch in besonderer Weise mit den Fragen der inneren Ordnung unserer Gesellschaft und unseres Staates und entsprechend der gewachsenen Verantwortung unserer Partei mit deren weiterem Auf- und Ausbau beschäftigt. Er hat die wichtigsten innenpolitischen Aufgaben in einem Arbeitsprogramm² für die parlamentarischen Vertretungen der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden zusammengefaßt. Dieses Arbeitsprogramm wird dem Bundesausschuß zur Weiterbearbeitung überwiesen.

Ziel dieses Arbeitsprogramms ist die fortschreitende Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, der Ausbau einer gesunden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in Freiheit und Gerechtigkeit zugunsten aller Berufe und Schichten des deutschen Volkes.“

Ich habe noch einen Satz vergessen, und zwar muß nach den Worten „Ausbau bestätigt“ eingefügt werden: „Er empfiehlt der Partei, den kommunalpolitischen Angelegenheiten größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen.“ Am Schluß folgt dann auf Anregung des Herrn Bundeskanzlers der wichtige Satz: „Die Christlich-Demokratische Union betont mit allem Nachdruck, daß hinter dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt die Pflege der geistigen Werte nicht zurückstehen darf.“³

Adenauer: Um Ihnen den Unterschied zwischen der Vorlage, wie sie aus dem Ausschuß hervorgegangen ist, und dieser Formulierung kurz zu skizzieren! Ich habe hier den Beschluß des Ausschusses. Er hat zuerst eine kleine Eingangsgeschichte gemacht: „Der achte Bundesparteitag bestätigt die außenpolitischen Grundsätze des Hamburger Programms der CDU.“ Dann folgen die Aufgaben der Innenpolitik in einem vordringlichen Arbeitsprogramm der parlamentarischen Vertretungen der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden. Dann werden in dieser Entschließung ungefähr 30 Punkte aufgeführt, die kein Mensch liest. Zum Schluß soll dann gesagt werden, was Herr Kiesinger über die Außenpolitik vorgelesen hat, während [wir] es jetzt umgedreht haben.

Wir haben zuerst einen Dank und eine Anerkennung ausgesprochen. Das muß der Parteitag machen. Dann haben wir die Außenpolitik betont, die Stetigkeit der Politik. Dann folgen – Sie haben es gehört – einige Allgemeinsätze. Und dem Ganzen wird

² Abdruck des Arbeitsprogramms in UiD Nr. 39 vom 25. September 1958 S. 7.

³ Abdruck als „Kieler Manifest“ in CDU, 8. Bundesparteitag 1958 S. 224f.

dann beigefügt, was im Bundesparteitag beschlossen ist, als Anlage. Das Ganze wird dann dem Bundesausschuß überwiesen zur weiteren Durcharbeitung und Weiterleitung an die verschiedenen Gremien, wie Bundestagsfraktion, Landtagsfraktionen und kommunale Fraktionen. Das ist der Unterschied. Es lag mir daran – ich bin mit der Initiator da –, etwas zu machen, was auch gelesen wird, aber nicht einfach einen Sammelkatalog aufzustellen.

Fricke: Ich bin auch davon überzeugt, daß es darauf ankommt, eine gestraffte Entschließung zu bringen, die die wesentlichen Probleme anspricht. Es muß auch publiziert werden, damit es nach draußen kommt. Es muß besonders betont werden, daß das Arbeitsprogramm nicht zu den Akten gelegt wird, sondern daß es in einer gantztägigen Parteiausschußsitzung ernstlich behandelt wird.

Adenauer: Das werden wir in einer gantztägigen Sitzung nicht fertigbringen.

Kiesinger: Ich bin vom Redaktionskomitee beauftragt worden, die Resolution bekanntzugeben. Ich muß natürlich einleitend ein paar Worte dazu sagen, damit die Leute nicht überrascht werden. Ich werde sagen, daß mit großem Fleiß und mit zäher Geduld dieses Arbeitsprogramm erarbeitet worden ist. Ich muß sehen, wie ich es herausbringe, damit die Sache nicht abgeschwächt wird; denn ich werde keine Einzelheiten herausgreifen. Damit die Leute die Gewißheit bekommen, daß die Sache nicht ad acta gelegt wird, werde ich sagen, daß wir das Programm zur Weiterbearbeitung an den Bundesparteiausschuß überweisen. Und dann verlese ich die Resolution.

Lücke: Das Ergebnis ist dasselbe, was der Redaktionsausschuß angestrebt hat. Die Schwierigkeit des Redaktionsausschusses bestand darin, weil die Aufgabe so umfangreich ist, daß man sie im einzelnen auch nicht einmal deutlich machen konnte. Wir würden den Schwierigkeiten der Kollegen in den Parlamenten dadurch aus dem Wege gehen, wenn wir sagten: Die vordringlichsten Punkte sind in einem Programm festgelegt. Die Bearbeitung dieser Sache hat der Bundesparteiausschuß. Dann weiß die Presse auch Bescheid.

Kiesinger: Ich darf noch einmal vorlesen: „Der Bundesparteitag hat sich auch in besonderer Weise mit den Fragen der inneren Ordnung unserer Gesellschaft und unseres Staates und entsprechend der gewachsenen Verantwortung unserer Partei mit deren weiterem Aus- und Aufbau beschäftigt. Er hat die wichtigsten innenpolitischen Aufgaben in einem Arbeitsprogramm für die parlamentarischen Gremien der CDU in Ländern und Gemeinden zusammengefaßt. Dieses Arbeitsprogramm wird dem Bundesausschuß zur Weiterberatung und Weiterleitung an die parlamentarischen Gremien überwiesen.“

Adenauer: Ich bitte Sie, sich damit einverstanden zu erklären. Das andere waren vier Schreibmaschinenseiten. Die werden nicht abgedruckt. Sie werden auch nicht gelesen. Oder aber sie werden falsch abgedruckt.

Gerstenmaier: Ich habe mich erschreckt, daß das der Schlußentwurf sein soll. Aber nach dem methodischen Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers kann man mindestens sagen, es ist nichts Falsches drin. Wir können es riskieren, das zu verabschieden. An

manchen Punkten scheint es mir nicht besonders markant zu sein, aber wir können zufrieden sein. Ich bin der Meinung, man sollte es an den Bundesausschuß geben, damit man dort die Möglichkeit hat, etwas zu präzisieren; denn nur dann können unsere parlamentarischen Vertretungen in den Gemeinden, in den Ländern und im Bundestag etwas damit anfangen. Sonst heißt es in der Bonner Fraktion, die haben in Kiel schon die Arbeit getan, aber wir machen die Politik. Wir wollen es etwas präzisieren. Es hat aber keinen Zweck, jetzt eine Debatte in der Richtung auf die Präzisierung im Bundesparteitag zu machen. Infolgedessen halte ich die Methode für gut. Ich habe nur nicht richtig verstanden, ob ein Dank an die Wähler drin ist. (*Kiesinger*: Ist drin!) Auch das Bekenntnis zu Hamburg?

Kiesinger: Das Wort Hamburg ist nicht drin, aber wir haben die Formulierung aus Hamburg übernommen: „Ziel des Arbeitsprogramms ist die fortschreitende Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, der Ausbau einer gesunden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in Freiheit und Gerechtigkeit zugunsten aller Berufe und Schichten des deutschen Volkes.“ (*Gerstenmaier*: Gut!)

Adenauer: Bitte erklären Sie sich einverstanden! Es ist die höchste Zeit. Um 12.48 Uhr fährt der Zug nach dem Westen; damit will schon ein Teil fahren. (*Zustimmung*.) Ich stelle Ihre Zustimmung fest und schließe die Sitzung.

7

Bonn, 27. November 1958

Sprecher: Adenauer, Albers, Blank, Blumenfeld, von Brentano, Dichtel, Erhard, Etzel, Fay, Fricke, Gradl, Gurk, von Hassel, Frau Heiler, Höcherl, Johnen, Kiesinger, Krone, Lensing, Lücke, Meyers, Noltenius, Oberländer, Frau Rehling, Schröder, Wuermeling, Zimmer.

Bericht zur politischen Lage. Wahlen in Hessen und Bayern. Sitzung des Bundesausschusses am 28. November 1958. Verschiedenes: Kindergeldnovelle, Mitgliederwerbung.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 18.30 Uhr

Teildruck in KÜSTERS: Wiedervereinigung S. 151–153.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Vorstandssitzung. Diese Vorstandssitzung, meine lieben Parteifreunde, wird Gegenstände zur Besprechung

haben, über die man sich einmal offen aussprechen muß. Ich bitte deswegen um besondere Diskretion. Was aus dieser Vorstandssitzung der Öffentlichkeit gesagt werden kann, darüber müssen wir uns nachher einig werden. Wir haben in vergangenen Vorstandssitzungen schon erlebt, daß aus diesen Sitzungen heraus der Presse Mitteilungen gemacht worden sind. Ich bitte Sie, darin außerordentlich vorsichtig und sehr zurückhaltend zu sein, weil man sich sonst in einem solchen Kreise nicht offen aussprechen kann. Es ist aber absolut notwendig, sich im Vorstand auszusprechen.

Es haben sich entschuldigt Frau Dr. Jochmus, Herr Lemmer, Dr. Seidel, Dr. Gebhard Müller, Dr. Kraske und Frau Dr. Weber. (*Zuruf*: Herr Hilbert¹ läßt sich auch entschuldigen!) Herr Hellwig wird etwas später kommen. (*Heiler*^{1a}: Ich bin Vertreterin von Frau Jochmus!) Herr Kraske ist ziemlich schwer erkrankt; er liegt im Krankenhaus und hat eine Blinddarmoperation hinter sich. Es hat sich dann eine Eiterung bei ihm eingestellt, die es nötig macht, daß er mindestens noch eine Woche im Krankenhaus bleiben muß. (*Meyers*: Er hat auch noch eine Venenentzündung im linken Bein!) Ich darf mich wohl für legitimiert halten, ihm unsere besten Grüße und Wünsche zu übersenden für seine baldige völlige Wiederherstellung und Genesung.

Herr Gebhard Müller ist, wie Sie wissen, zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gewählt worden. Auch hier darf ich mich wohl für befugt halten, ihm unsere herzlichen Glückwünsche auszusprechen. Ich teile diese Glückwünsche, weil es ein Wunsch von ihm gewesen ist, diese Stelle zu bekommen, und weil es auch notwendig war, daß gerade auf diesen Platz ein Mann gekommen ist, der unter allen Umständen das Recht will, aber ich kann doch nicht unterdrücken, hier zu sagen, daß ich sein Ausscheiden aus dem Amte des Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg außerordentlich bedaure. Sie kennen die Verhältnisse in Baden-Württemberg und wissen, daß dort eine Koalition sämtlicher Parteien besteht. Diese Koalition hat sich nun inzwischen an die Führung unter Gebhard Müller gewöhnt. Wen die Herren nun an seiner Stelle wählen wollen, weiß ich nicht. Ich bin nur durch das orientiert, was in der Zeitung steht. Wir wissen es alle nicht, aber auf alle Fälle ist dieser Wechsel zu bedauern, auch im Hinblick auf die nächste Wahl in Baden-Württemberg², weil ein Wahlkampf in Baden-Württemberg nach dieser Regierungskoalition, in der alle Parteien vertreten sind, außerordentlich schwer zu führen sein wird; denn sie haben alle entweder mit verdient oder sich mit schuldig gemacht. Herr Gebhard Müller als Ministerpräsident hätte auf die Verdienste hinweisen können, die er sich als Ministerpräsident um Baden-Württemberg erworben hat. Ich habe ihm das auch in einem langen Telegramm und in einem Brief mitgeteilt. Soviel ich weiß, habe ich bisher noch keine Antwort darauf bekommen. Aber wir müssen nun die Tatsache

1 Anton Hilbert (1898–1986), 1946–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 102 Anm. 17.

1a Anne Marie Heiler (1889–1979), Mitgründerin der CDU Marburg, 1946 und 1948 dort Stadtverordnete, 1949–1953 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 69 Anm. 38.

2 Wahl zum dritten Landtag am 15. Mai 1960.

nehmen, wie sie ist, und können nur hoffen, daß unsere Freunde in Baden-Württemberg eine gute Entscheidung treffen werden hinsichtlich der Besetzung des Postens des Ministerpräsidenten.³

Nun möchte ich übergehen zum Punkt 1 der Tagesordnung.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Hier möchte ich an die Spitze stellen, daß – soweit man an Erfolge und an Bemühungen um Erfolge glauben kann – die beiden christlichen Parteien an der Saar vor einer Einigung stehen.⁴ Wir möchten wünschen und hoffen, daß unsere Freunde an der Saar nunmehr zum Ziele kommen werden; denn es ist kein rühmliches Schauspiel, wenn man sich vorstellt, daß sich auf der anderen Seite die Sozialdemokraten sehr schnell nach dem Anschluß der Saar an die Bundesrepublik geeinigt haben. Also, wir wünschen alles Gute!

Über die Wahl in Hessen⁵ und in Bayern⁶ wird gesondert referiert werden durch die Herren Dr. Fay und Höcherl⁷. Meinen Vortrag über die politische Lage möchte ich beginnen mit einigen Ausführungen über die innenpolitische Situation. Zunächst zur Lage an der Ruhr folgendes. Daß die Halden übervoll liegen und Feierschichten in großer Zahl eingelegt werden mußten, wissen Sie. Es hat keinen Zweck, etwa die Zahl der Feierschichten, die eingelegt wurden, in eine Relation zu den Schichten zu bringen, die verfahren worden sind. Wenn man schon Relationen herstellen müßte, so wäre das ein Zeichen für sehr schlechte Verhältnisse im Ruhrbergbau. Ich lege auf die Vorgänge im Industriegebiet deswegen größten Wert, denn das Industriegebiet ist wirtschaftlich und auch parteipolitisch doch der allergische Punkt für die Bundesrepublik; früher galt das für ganz Deutschland. Bedenken Sie, daß die Menschen dort sehr zusammengedrängt wohnen, darunter 500.000 Bergleute, die zum größten Teil Familie haben. Denken Sie daran, daß wir uns jahrelang die größte Mühe gegeben haben, die Förderung an der Ruhr erheblich zu steigern. Wir haben es auch begünstigt, daß Leute zu diesem Zweck

3 Die CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag nominierte am 30. November 1958 Kurt Georg Kiesinger für das Amt des Ministerpräsidenten (gewählt am 17. Dezember 1958). Vgl. FISCHER 1 S. 108.

4 Am 19. April 1959 beschloß der 12. Landesparteitag der CSU/CVP die Vereinigung mit der CDU Saar. Vgl. SCHMIDT 3 S. 615 und AdG 1959 S. 7663.

5 Am 23. November 1958: SPD 46,9 %, CDU 32 %, FDP 9,5 % und GB/BHE 7,4 %; die Regierung wurde aus SPD und GB/BHE gebildet. Vgl. FISCHER 1 S. 613–615.

6 Ebenfalls am 23. November 1958: CSU 46,3 %, SPD 30,5 %, GB/BHE 8,7 %, BP 7,8 % und FDP 5,4 %. Koalitionsregierung aus: CSU, GB/BHE und FDP. EBD. S. 227f.

7 Hermann Höcherl (1912–1989), 1953–1976 MdB (CSU): 1957–1961 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, 1957–1961 stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 1961–1965 Bundesminister des Innern, 1965–1969 für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Vgl. Reiner VOGEL: Hermann Höcherl. Annäherung an einen politischen Menschen. Regensburg 1988.

für den Bergbau angeworben wurden sogar von Sizilien, Jugoslawien und von überall her. Bedenken Sie bitte weiter, daß im Industriegebiet sehr große Aufwendungen gemacht worden sind zum Bau von Wohnungen für die Bergleute. Wenn man dem nun plötzlich gegenüberhält, daß ein Überfluß an Kohle besteht, nachdem 15 Jahre lang eine Zwangslage gegeben war, dann werden Sie verstehen, daß die unmittelbar von dieser Situation betroffenen Menschen an der Ruhr in erheblicher Besorgnis und Unruhe sind.

Es hat wenig Zweck, in einem solchen Kreise wie hier den einzelnen Ursachen nachzugehen, woher dieser Wandel plötzlich gekommen ist, aber einige wesentliche Punkte muß man doch erwähnen. Und hier möchte ich drei Punkte hervorheben. Das ist einmal die merkwürdige Behandlung des Ruhrgebiets durch die Montanunion in der Vergangenheit. Die Montanunion hat damals, soviel ich weiß, nur im Ruhrgebiet verboten, langfristige Lieferungsverträge abzuschließen. Frankreich hat ein derartiges Ansinnen abgelehnt. Dadurch ist es gekommen, daß sehr große industrielle Werke amerikanische Kohle gekauft haben, und zwar durch langfristige Verträge, weil sie ja hinsichtlich der Kohle nicht von der Hand in den Mund leben konnten.

Ein zweiter Grund ist der Zusammenbruch des Ratensystems auf dem Schiffsmarkt, der zur Folge hat, daß nicht nur ein großer Teil der Weltflotte aufgelegt wurde, sondern daß auch die Schiffsraten derart billig geworden sind, daß dadurch ein sehr starker Import amerikanischer Kohle möglich ist, der früher unmöglich war.

Ein dritter Punkt, über den es sich zu sprechen lohnt, ist das rapide Vordringen des Heizöls, vor allem in der Industrie; nicht so sehr in den privaten Haushaltungen; denn sowohl die Gewerkschaften wie auch die Unternahmervverbände erklären, das störe nicht weiter, aber in der Industrie macht sich nun dieses Vordringen von Heizöl sehr stark bemerkbar. Das Wirtschaftsministerium hat eine Berechnung aufgestellt über den voraussichtlichen Energieverbrauch bis zum Jahre 1965 und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß – wenn die Kohlenförderung sich so weiterentwickelt wie bisher und die Heizöleinfuhr so ansteigt wie in den letzten 18 Monaten – bis dahin ein Überschuß an Energieträgern vorhanden ist, der etwa der Energie von 16 Millionen Tonnen Steinkohle entspricht. Man hat als Maßstab die Energiemenge einer Tonne Steinkohle genommen, die nun auf Heizöl entsprechend umgerechnet werden muß. Wenn also die Entwicklung so weitergeht wie bisher, dann würde das bedeuten, daß bis zum Jahre 1965 100.000 Bergleute abgelegt [!] werden müßten. Dadurch würden weiter alle möglichen Berufsgruppen im Industriegebiet aufs schwerste betroffen.

Was nun die Einfuhr von Heizöl angeht, so hat das Heizöl z.Z. bei uns gegenüber der Kohle – abgesehen von den technischen Erleichterungen, die der Verbrauch von Heizöl mit sich bringt – eine starke steuerliche Bevorzugung. Innerhalb des Kabinetts wird nun die Frage erwogen, was man da tun soll. Meinen persönlichen Standpunkt möchte ich wie folgt skizzieren: Die Steinkohle ist ein Energieträger, über den wir verfügen können. Über das Heizöl können wir erst verfügen, wenn es im Lande ist. Wenn also irgendwelche Verwicklungen politischer Art kommen sollten – vor denen man nie sicher ist –, dann könnten die Heizölimporte außerordentlich

stark zurückgehalten werden. Es ist ferner dabei zu erwähnen, daß der Heizölpreis bei uns außerordentlich niedrig ist, daß es aber, wenn der Markt hier erobert ist, im Belieben der wenigen großen Unternehmungen steht, die Heizöllieferungen zu drosseln oder eine entsprechende Preissteigerung herbeizuführen. Deshalb wird sich das Bundeskabinett darüber schlüssig werden müssen, ob die deutsche Wirtschaft in eine solche Abhängigkeit von Faktoren geraten darf, die wir nicht übersehen können. Ich glaube, daß dieses Problem nicht nur wirtschaftlich, sondern insbesondere auch politisch außerordentlich schwerwiegend ist. Sie wissen, daß gerade das Industriegebiet das Tummelfeld kommunistischer Agenten ist und daß politische Unruhen, die vom Industriegebiet ausgehen, sich außerordentlich schädlich im ganzen Bundesgebiet auswirken können. Daß auch die Interessen von Nordrhein-Westfalen dabei sehr in Mitleidenschaft gezogen werden, ist klar. Wir müssen also darauf Rücksicht nehmen.

Soviel ich weiß, betreiben die Heizölinteressenten eine sehr starke Propaganda zugunsten des Heizöls, auch bei Bundestagsabgeordneten. Da wir die Freude haben, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, Herrn Krone, hier zu sehen, möchte ich mir erlauben, seine Aufmerksamkeit auch auf diesen Tatbestand, den er wohl kennen wird, besonders zu lenken. Ich bin der Auffassung, daß bei einem Kampf im Bundestag um die Frage „Steinkohlenbergbau an der Ruhr oder ungehemmte Einfuhr von Heizöl“ die Partei, die sich für das Heizöl ausspricht, zweifellos auch politisch den kürzeren ziehen wird. Darüber kann es nach meiner Auffassung gar keinen Zweifel geben.

Ich möchte dann zu einem Punkt der Innenpolitik kommen, der aber die Außenpolitik berührt, nämlich zu der Frage des Zusammenarbeitens zwischen unserer Fraktion und der SPD gegenüber Sowjetrußland. Auch hier muß ich in voller Offenheit zu Ihnen sprechen. Natürlich bin auch ich der Auffassung, daß es in lebenswichtigen nationalen Fragen richtig wäre, wenn die maßgebenden Parteien im Bundestag zusammenständen, aber bei allem guten Willen unsererseits, mit der SPD auf außenpolitischem Gebiete zusammenzuarbeiten, dürfen wir eines nicht vergessen: Die Abgeordneten der CDU/CSU haben im September des vergangenen Jahres von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes gerade auch in außenpolitischer Hinsicht einen ganz bestimmten Auftrag bekommen. Ich bin der Auffassung, daß die Gewählten die Verpflichtung haben, diesem Auftrage nachzukommen. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir damals den Wahlkampf gerade gegen die Sozialdemokratie geführt haben, insbesondere in außenpolitischer Hinsicht. Diesen Kampf gegen die Sozialdemokratie haben wir zu bestehen seit dem Winter 1949, als der erste Bundestag tagte.

Ich darf in diesem Zusammenhang zunächst an den Kampf um das Petersberger Abkommen⁸ erinnern, der damals zwischen uns und der SPD geführt worden ist; ich darf weiter daran erinnern, daß in der Folge immer wieder die Gegensätze zwischen

⁸ Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 zwischen der Alliierten Hohen

der Sozialdemokratie und uns in außenpolitischer Hinsicht bei jeder entscheidenden Frage bis zum Eintritt in die NATO⁹ schroff aufeinandergetroffen sind. Ich für meinen Teil verstehe es daher nicht, daß Angehörige der CDU/CSU-Fraktion seit einigen Monaten in dieser Hinsicht doch eine Aufweichung gezeigt haben, die nicht nur nicht dem Willen der Wähler entspricht, sondern die auch Deutschland – ich sage diese Worte wohlüberlegt und mit allem Nachdruck – bei der jetzigen Situation in Berlin¹⁰ schweren Schaden zugefügt hat.

Diese Aufweichungstendenzen in unserer Haltung haben begonnen in dem Bundestagsbeschluß vom 2. Juli dieses Jahres¹¹, in dem anstelle der bisherigen Formulierungen der sehr weiche und alles umfassende Ausdruck „Lösung der deutschen Frage“ gebraucht worden ist, während wir bis dahin immer ganz klar unterschieden haben zwischen „Wiedervereinigung“ und „Lösung der deutschen Frage“. Diese letzte Frage, die auch die Oder-Neiße-Linie umfaßt, haben wir bewußt zurückgestellt. (*Anhaltende Unruhe.*) Dann ist es zu einem Notenwechsel mit den vier früheren Besatzungsmächten gekommen.¹² Es sind dann im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten ... (*Andauernde Unruhe.*) Meine Herren! Ich möchte Sie bitten, Ihre Privatgespräche etwas zurückzustellen. Es ist sehr schwierig, wenn man hier außerordentlich wichtige Fragen vorzutragen hat, dann dauernd ein Gemurmel zu hören.

Es ist dann im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten zu Verhandlungen und Auseinandersetzungen über die Abfassung des Textes einer Note an die Sowjetunion gekommen, die ich auf das tiefste bedaure. Herr von Brentano ist nicht hier, soviel ich sehe. Wir sind gestern nacht erst nach Hause gekommen aus Kreuznach.¹³ (*Zuruf:* Er hat eine Ausschußsitzung, kommt aber noch!) Ich höre gerade, daß er noch kommen wird. Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten zählt 36 Mitglieder, und die stellvertretenden Mitglieder können, wenn sie wollen, auch noch zuhören. Es ist also eine halbe Volksversammlung, in der nun die vertrautesten Angelegenheiten und

Kommission und der Bundesrepublik Deutschland sah den Beitritt der Bundesrepublik zur Internationalen Ruhrbehörde, die Aufnahme von Konsular- und Handelsbeziehungen mit anderen Staaten und den Verzicht der Hohen Kommission auf weitere Demontagen vor. Vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 2 S. 67f.

9 Am 9. Mai 1955 Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO als fünfzehntes Mitglied. Vgl. NATO-Handbuch S. 112f.; AdG 1955 S. 5156f.

10 Sogenannte Berlin-Krise, ausgelöst durch Chruschtschows Rede vom 10. November 1958 (AdG 1958 S. 7391–7393). Im Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 (Noten an die Westmächte, die Bundesrepublik und die DDR) forderte Chruschtschow, den Vier-Mächte-Status Berlins aufzuheben und die Stadt innerhalb von sechs Monaten in eine entmilitarisierte freie Stadt umzuwandeln. Vgl. SCHWARZ: Adenauer 2 S. 467–501.

11 Entschließung des Bundestages in der Deutschen Frage vom 2. Juli 1958. Vgl. Sten.Ber. 3. WP Bd. 41 S. 2177–2247; BULLETIN vom 4. Juli 1958 S. 1225f.

12 Notenwechsel in AdG 1958 S. 7280–7283, 7295f., 7317f.

13 Treffen Adenauers mit de Gaulle in Bad Kreuznach am 26. November 1958 – AdG 1958 S. 7411; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 463–466.

die schwierigsten Situationen besprochen werden. Das halte ich zunächst für einen unmöglichen Zustand. Man hat dann plötzlich – und daran bin ich nicht unschuldig – dort unseren Standpunkt gegenüber der Sozialdemokratie etwas härter zum Ausdruck gebracht. Daraufhin haben die Sozialdemokraten öffentlich in der Presse erklärt, sie hielten sich nunmehr nicht mehr an eine Diskretionsverpflichtung gebunden.¹⁴ Es ist unverständlich für mich – das muß ich in größter Offenheit hier erklären –, daß sich unsere Fraktion etwas Derartiges bieten läßt. Wenn einem Ausschuß von solcher Bedeutung eine besondere Verpflichtung zur Diskretion auferlegt wird, und die Herren von der Opposition sagen nachher: Weil wir durch die Haltung der CDU/CSU enttäuscht worden sind, halten wir uns nicht mehr an die Diskretionsverpflichtung gebunden, und sie geben nun alles der Presse preis, dann ist das doch mit einer demokratischen Ordnung und – was noch wichtiger ist – mit den Interessen des deutschen Volkes völlig unvereinbar.

Wenn wir damit rechnen müssen, daß die Oppositionsparteien einfach dann, wenn es ihnen paßt, ungestraft erklären können: Wir halten uns nicht mehr an die Verpflichtung zur Diskretion gebunden. Dann bleibt doch der Bundesregierung nichts anderes übrig, als diesen Ausschuß auf Eis zu legen, d.h. diesem Ausschuß nur noch Sachen mitzuteilen, die man am anderen Tage auch in der Zeitung lesen kann. Aber dann ist es unmöglich, in einem solchen Ausschuß diskret zu behandelnde Sachen zu beraten.

Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen, aber es ist doch sehr bemerkenswert – wir mußten uns ja mit den drei Westmächten über diese Note konsultieren –, daß wir von den Vertretern der drei Westmächte darauf aufmerksam gemacht werden mußten, daß in dem Entwurf dieser Note von der Wiedervereinigung Deutschlands keine Rede mehr gewesen ist. Und das ist eine Frucht der Verhandlungen in diesem Ausschuß! Herr Krone, Sie schütteln den Kopf, aber es ist so. (*Krone*: Ich will gleich ein Wort dazu sagen!) Ich freue mich, daß Sie dazu sprechen werden. Ich kann nur das wiederholen, was ich gesagt habe, daß wir nämlich von den Vertretern der drei Westmächte mit Erstaunen darauf aufmerksam gemacht worden sind, in diesem Entwurf sei von der Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr die Rede. Herr Kiesinger ist Vorsitzender dieses Ausschusses; er ist leider nicht hier, sondern drüben in der Sitzung. Ich habe neulich im Vorstand unserer Fraktion gesagt, nach Pressenachrichten soll Herr Kiesinger in Berlin erklärt haben, die Wiedervereinigung sei ohne Zusammenarbeit mit der SPD unmöglich.¹⁵ Von

14 Zu ersten Verstimmungen zwischen Regierung und Opposition war es in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 28. Oktober 1958 gekommen, die erst in der Sitzung vom 6. November 1958 wieder ausgeräumt werden konnten (vgl. „Bonner Rundschau“ und „Die Welt“ vom 30. und 31. Oktober sowie vom 7. November 1958).

15 Möglicherweise bei der Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Berlin, bei der Kiesinger am Sonntag, dem 28. September 1958, das Abschlußreferat gehalten hatte („Die Welt“ vom 29. September 1958). In einem Rundfunk-Interview vom 12. November 1958 forderte Kiesinger angesichts der Bedrohung Berlins ein Zusammenrücken der Parteien in dieser Frage (ACDP VI-010-787).

Teilnehmern dieser Versammlung, in der er das gesagt haben soll, ist mir erklärt worden, das habe er nicht gesagt. Ich freue mich, das zu hören. Es wäre dann auch sehr wünschenswert, wenn das in den Zeitungen klargestellt würde. Aber so ist es allmählich dahin gekommen, daß wir – auch das, was ich jetzt sage, ist keine Redensart, sondern es ist überlegt – an Glaubwürdigkeit bei unseren drei westlichen Alliierten verloren haben.

Ich habe gestern noch mit Herrn de Gaulle ein langes Gespräch darüber geführt. Es ist das Schlimmste, was uns passieren kann, wenn wir bei unseren westlichen Alliierten an Glaubwürdigkeit verlieren. Das brauche ich Ihnen wohl nicht näher auseinanderzusetzen. Wir gewinnen dadurch auch nichts bei den Russen; das soll sich doch kein Mensch einbilden!

Wenn man aber im Auswärtigen Ausschuß allmählich dazu kommt und sagt, um Gottes willen den „lieben“ Russen nur nichts tun, dann verlieren wir doch damit an Glaubwürdigkeit bei den Amerikanern, den Engländern und Franzosen, und dann heißt das nicht nur eine Preisgabe unserer ganzen bisherigen Politik, sondern dann bedeutet das auch, den deutschen Interessen einen schweren Schaden zuzufügen.

Niemals sind die Leute von der Opposition und auch einige Herren von uns, die dem Standpunkt der Opposition etwas näher gekommen sind, schneller Lügen gestraft und ihres Irrtums überführt worden als durch die von Chruschtschow angekündigte Note bezüglich des Status von Berlin. Da haben Sie sofort die Reaktion! Ich bin davon überzeugt – das kann ich natürlich nicht beweisen –, daß ebenso wie bei den drei Westmächten, wenn auch zunächst noch nicht tiefgehend, auch auf russischer Seite der Eindruck eines Aufweichungsprozesses bei uns entstanden ist, daß nämlich doch allmählich das deutsche Volk auf Rußland wegen der Frage der Wiedervereinigung zukommt.

Und nun lassen wir uns doch dessen erinnern, daß wir immer wieder gesagt haben: Wiedervereinigung in Freiheit! Wir haben immer wieder gesagt, an der Spitze müßten stehen freie und kontrollierte Wahlen, damit eine neu gebildete gesamtdeutsche Regierung mit den vier Mächten über einen Friedensvertrag verhandeln könne. Aber alles das verschwindet allmählich vom Tisch. Ich bin – das muß ich Ihnen in aller Offenheit sagen – sehr erschüttert über die Reaktion bei den Westmächten. Unser Botschafter Blankenhorn¹⁶ ist von zuständiger Stelle in Paris schon gefragt worden, ob das deutsche Volk nicht schließlich doch um der Wiedervereinigung willen seine bisherige Politik preisgeben wolle. Wenn nun Herr Dulles anscheinend diese merkwürdige Erklärung vor der Presse ganz plötzlich und unerwartet abgeben

16 Herbert Blankenhorn (1904–1991), 1949 Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, 1950 Leiter der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten, dann Auswärtiges Amt, 1955–1958 ständiger deutscher Vertreter bei der NATO in Paris, 1958–1970 Botschafter, davon 1958–1963 in Paris (Erinnerungen: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1970. Berlin 1980). Vgl. auch PROTOKOLLE I S. 66 Anm. 30.

hat¹⁷ – er war von diesem Gedanken, der zuerst ein englischer Gedanke war, abgekommen –, dann kann man vermuten, daß diese ganze Haltung der letzten Monate bei uns in der Bundesrepublik zu dieser Entwicklung mit beigetragen hat.

Eine Wiedervereinigung um jeden Preis, 52 Millionen Menschen plus 17 Millionen neutralisiert zwischen den beiden Blöcken zu lassen und damit die Amerikaner zu veranlassen, ihre Truppen aus Europa zurückzuziehen, und damit dann die Franzosen der Versuchung auszusetzen, zusammen mit Rußland zu gehen, das ist nicht unsere Politik! Jeder von uns, der auf diesem Gebiet redet oder handelt, muß sich darüber klar sein, was hier tatsächlich auf dem Spiele steht. De Gaulle hat mir übrigens gestern dieselbe Frage gestellt. Deshalb können Sie vielleicht etwas meine Erregung verstehen. Ich habe mit ihm ausführlich darüber gesprochen. Ich hoffe, daß die Eindrücke, die auch die französische Regierung aufgrund unserer Haltung bekommen hat, durch die Behandlung der Antwort auf die Sowjetnote beseitigt werden. Aber ich bitte Sie inständig geradezu, seien Sie auf diesem Gebiet äußerst vorsichtig und zurückhaltend, aber auch konsequent.

Wir haben uns doch diese Stellung in der Außenpolitik nur dadurch wiedererworben, daß wir eine konsequente und klare Haltung eingenommen haben. Davon dürfen wir nicht abgehen! Ich bin auch der Auffassung, daß es ganz sinnlos ist, nun zu glauben, dadurch etwas zu erreichen, daß man den Russen gegenüber eine freundlichere Miene macht oder freundlichere Worte gebraucht in einer Note. Andererseits bin ich auch sicher nicht der Auffassung, daß man nur verletzen soll, absolut nicht, aber ich glaube, daß wir gegenüber Sowjetrußland nur dann etwas erreichen, wenn wir konsequent bleiben und unsere zur Freiheit und zum Westen hin orientierte Politik nicht den Sozialdemokraten zuliebe opfern.

Ich möchte noch ein Wort sagen über die Sozialdemokraten. Am 17. Oktober hat im „Vorwärts“, dem amtlichen Blatt der deutschen Sozialdemokratie, folgender Satz gestanden, Bundeskanzler Dr. Adenauer habe dadurch, daß er den Hunger der Amerikaner nach deutschen Vorfeldsoldaten und nach deutschen Stützpunkten befriedigt habe, für Deutschland eine Scheinsouveränität erreicht.¹⁸ In dem einen oder anderen der CDU nahestehenden Blatt hat man diesen Satz angeprangert. Mir ist es egal, was sie schreiben, aber wenn das amtliche Parteiorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands schreibt „der amerikanische Hunger nach deutschen Vorfeldsoldaten ...“, dann wird das in allen Auswärtigen Ämtern der Welt registriert. Es wird auch insbesondere in Amerika registriert. Und der Schaden, der daraus entsteht, ist außerordentlich groß. Wenn derartige Dinge hier gedruckt werden können und gleichzeitig damit parallel geht eine solche Aufweichung der Politik wie im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages gegenüber der Sozialdemokratie, dann

17 Vermutlich Interview Dulles' vom Vortag, in dem er Verhandlungen mit DDR-Behörden als Agenten der Sowjetunion für möglich erklärte. Vgl. AdG 1958 S. 7412f.; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 473f.

18 Vgl. Paul Mayer: Der Kanzler-Demagoge. In „Vorwärts“ vom 17. Oktober 1958.

fragen sich die Leute in Amerika, England und Frankreich: Was geht denn eigentlich in Deutschland vor?

Sie wissen, daß man zu mir Vertrauen drüben hat; aber man weiß auch, daß ich in wenigen Monaten 83 Jahre alt werde. Deshalb sollte jeder Politiker der CDU/CSU, der zu solchen Dingen Stellung nimmt, sich der größten Vorsicht befleißigen und sich klar und deutlich von der Ansicht der Sozialdemokratie absetzen. Ich habe mir aus Anlaß der Wahlkämpfe in Hessen und Bayern eine Reihe von Erklärungen der Herren Wehner, Carlo Schmid, Erler¹⁹, Arndt und Ollenhauer – der noch am vorsichtigsten war – zusammenstellen lassen. Es sind Erklärungen, die so antiwestlich wie nur denkbar sind. Es zeigt sich hier eine ganz konsequente Politik. Für mich gibt es demgegenüber keine Annäherungspolitik an die Sozialdemokratie. Sie soll doch zu uns kommen! Wir sind doch die stärkste Partei! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir tragen doch die Verantwortung vor der Geschichte und vor dem deutschen Volke, weil wir die Mehrheit haben. Und darum haben wir eine größere Verantwortung und auch eine größere Verpflichtung als die anderen.

Nun zu Berlin! Man kann im Augenblick nicht viel sagen, was geschehen soll, weil diese Note, die von Chruschtschow in Aussicht gestellt wurde, uns noch nicht bekannt ist; sie ist auch unseren westalliierten Freunden nicht bekannt. Wir wissen also noch gar nicht, was im einzelnen dagegen geschehen muß. Deshalb habe ich auch gestern de Gaulle gegenüber den Standpunkt eingenommen: Wir verlassen uns darauf, was unsere Westalliierten uns Jahr für Jahr immer wieder erklärt haben. Sobald die Note vorliegt und wir wissen, was Chruschtschow plant, werden wir zusammenkommen, um zu überlegen, was die Westalliierten dagegen unternehmen. Das ist auch der Standpunkt de Gaulles, den er gestern ausdrücklich vor den beiden Delegationen unterstrichen hat. Es wäre also müßig oder gar falsch, wenn man jetzt eine große Unruhe zeigte und Überlegungen anstellte, ohne zu wissen, was überhaupt kommen wird.

Als ich am Samstagabend von München²⁰ zurückkehrte, ist der amerikanische Botschafter bei mir gewesen und hat mich gefragt, ob ich keine besonderen Vorschläge zu machen habe. Ich habe ihm erklärt: Es tut mir sehr leid, aber ehe ich die Note [nicht] kenne, kann ich Ihnen keine Vorschläge machen.

Ich bekomme soeben die Nachricht, daß die russische Note zur Stunde übergeben wird; ich weiß nicht, wem. Das steht hier nicht. Die Mitteilung kommt vom Presseamt. Die Note umfaßt 24 Schreibmaschinenseiten. (*Dichtel*: Dem Botschafter in Moskau wurde sie übergeben!) Woher wissen Sie das? (*Dichtel*: Ich nehme es an!) Sie wird vielleicht mir übergeben! (*Dichtel*: Nein, nein, in Moskau!) Woher wissen Sie das denn so genau? (*Unruhe*.) Wir werden also abwarten müssen, bis der Wortlaut der

19 Fritz Erler (1913–1967), 1949–1967 MdB (SPD), 1964–1967 Fraktionsvorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE I S. 228 Anm. 97.

20 Wahlveranstaltung der CSU am Freitag, dem 21. November 1958; Rückkehr am Samstag, dem 22. November 1958 (TERMINKALENDER). – Amerikanischer Botschafter war David Bruce.

Note vorliegt, ehe wir dazu Stellung nehmen. Ich möchte hier namentlich auch unseren Berliner Freunden sagen, daß die Rolle, die der Regierende Bürgermeister Brandt²¹ in der ganzen Sache vorher gespielt hat, alles andere als gut war für die Interessen Berlins. Wenn man verlangt, daß Sowjetrußland die Abmachungen peinlich beachtet, die über Berlin getroffen worden sind, dann müssen auch Berlin, die Bundesrepublik und die ganzen westlichen Faktoren peinlich das beobachten, was nun abgemacht worden ist. Nun haben die Berliner Sozialdemokraten immer wieder verlangt, daß die in Berlin gewählten Bundestagsabgeordneten Stimmrecht bekommen sollen. Vor einigen Monaten ist der britische Botschafter Steel²² im Auftrage der drei Botschafter offiziell bei Herrn Brandt vorstellig geworden – wir haben das erst nachträglich gehört – und hat auf das dringendste darum gebeten, diese Forderung nicht zu stellen, weil man damit das Statut Berlins an einem empfindlichen Punkt angreife, was zu großen Konsequenzen führen würde. (*Erhard*: Darf man von der Aktion Steel Gebrauch machen?) Ja sicher, das ist schon vor Monaten gewesen. Herr Brandt hat daraufhin dem Herrn Steel erklärt, daß er das nicht tun werde. Und nun hat er in diesem Wahlkampf doch genau das Gegenteil getan und hat diese Forderung wiederum zu einem wesentlichen Punkt des Wahlkampfes gemacht!

Meine Damen und Herren! Wenn die Westalliierten den Berliner Bürgermeister so offiziell bitten, das Statut Berlins zu beachten, und er das dann zusagt, aber wenige Monate später im Wahlkampf genau die entgegengesetzte Forderung wieder aufstellt, dann wird auch das von den Alliierten fein säuberlich registriert. (*Meyers*: Auch bezüglich des Bundesrates!) Ja, auch bezüglich des Bundesrates; aber der Bundestag erregt mehr die Öffentlichkeit im Auslande. Ich darf überhaupt hier einmal folgendes einschieben. Die Auswärtigen Ämter lesen die Zeitungen nicht, wie wir sie lesen; d.h., wir lesen sie, und es bleibt einiges haften, anderes bleibt nicht haften. Aber die Auswärtigen Ämter lesen die Zeitungen sehr genau. Sie lesen auch sehr genau die Erklärungen maßgebender Leute und registrieren es. Wenn sie das tun, dann bekommen sie natürlich mit der Zeit ein Tableau von Äußerungen maßgebender Politiker – nicht der CDU, die meine ich jetzt nicht, aber wohl von Demokraten wie auch von Sozialdemokraten. Und dieses Tableau macht einen schlechten Eindruck auf unsere Zuverlässigkeit.

Heute lese ich nun weiter in der „Kölnischen Rundschau“ von einem Zwischenfall in Kreuznach.²³ Ich habe nichts davon gemerkt; de Gaulle hat auch nichts davon gemerkt, aber es wird ihm berichtet worden sein. In Kreuznach ist ein Volkswagen herumgefahren mit einem Spruchband „Freiheit für Algerien“. In Kreuznach waren

21 Willy Brandt (1913–1992), 1949–1957, 1961 und seit 1969 MdB (SPD), 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1969–1974 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 2 S.9 Anm.28. – Artikel in FAZ vom 10. November 1958 („Die Alliierten über Brandt verstimmt“).

22 Sir Christopher Eden Steel (1903–1973), britischer Diplomat; 1927 Eintritt in den diplomatischen Dienst, 1956–1963 britischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland.

23 „Ein Zwischenfall“, in „Kölnische Rundschau“ vom 27. November 1958.

über 100 Journalisten anwesend; darunter allein 60 bis 70 französische Journalisten. Ich darf Ihnen den Bericht einmal vorlesen:

„Während der deutsch-französischen Konferenz in Bad Kreuznach fuhr ein grauer Volkswagen vor, der ein Spruchband trug „Freiheit für Algerien“. Das Auftauchen des Wagens rief erhebliches Aufsehen hervor. Eine große Menschenmenge verfolgte vor dem Kurhaus einen erregten Wortwechsel zwischen den drei Demonstranten und einem französischen Journalisten, dem sie vorwarfen, das Spruchband von dem Wagen abgerissen zu haben. Nur mit Mühe konnten andere Journalisten Tätlichkeiten verhindern. Die Demonstration war nach Angaben der Wageninsassen von einigen SPD-Bundestagsabgeordneten veranlaßt worden. Bei der Demonstration wurde ferner ein Flugblatt verteilt „Freies Algerien“, Herausgeber: Arbeitskreis der Freunde Algeriens, verantwortlich: Hans-Jürgen Wischnewski²⁴, Druck: R. Reddigern, Köln-Ehrenfeld, Hansemannstraße 5. Ferner wurden Karten verteilt mit einem retuschierten Foto von einer Jugend-Demonstration, auf dem ein Banner „Freiheit für Algerien“ eingezeichnet ist mit einer Fahne der algerischen Aufständischen. Das Foto trägt die Unterschrift „1. Mai 1958, Demonstration des Arbeitsjugendkartells Köln“ und den Vermerk „Solidaritäts-Baustein, Hilfe für Algerien.“ (Albers: Das ist ein Zugewanderter, das ist kein Kölner!) Herr Albers, Sie sind auch nicht in Köln geboren. (Albers: Aber bei Köln!) Sie sind es allmählich geworden. Aber es kommt nicht auf den Wischnewski an. Und jetzt kommt die Hauptsache: „Verantwortlich: Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken“, Bezirk Mittelrhein, Köln, Hans-Böckler-Platz 9.“ (Albers: Das ist eine große Gemeinheit!) Während also der französische Staatschef, dessen sehr große Sorge die Algerienfrage ist, als Gast auf deutschem Boden weilt, machen „Die Falken“ und sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete – es steht noch mehr darüber in dem Blatt – eine Demonstration vor dem Kurhaus in Kreuznach. Ich muß gestehen, das ist ungefähr das Übelste, was die Sozialdemokratie tun konnte, um Deutschland zu schaden. Auch das muß man berücksichtigen, wenn wir unser Verhältnis zur Sozialdemokratie einmal richtig sehen wollen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein Wort sagen zum Gemeinsamen Markt, zur Freihandelszone und zu den Verhandlungen in Kreuznach gestern. Sie werden es aus der heutigen Morgenpresse zum Teil ersehen haben, daß die Atmosphäre außerordentlich warm und freundschaftlich gewesen ist. Ich habe noch keiner internationalen Verhandlung beigewohnt, bei der zwischen allen Beteiligten ein derartiger Ton der Offenheit und der Herzlichkeit geherrscht hat wie gestern in Kreuznach zwischen den Franzosen und den Deutschen.

24 Hans-Jürgen Wischnewski (geb. 1922), 1957–1990 MdB (SPD), 1959–1961 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, 1966–1968 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968–1972 SPD-Bundesgeschäftsführer, 1974–1976 Staatsminister im Auswärtigen Amt, 1976–1979 und 1982 Staatsminister im Bundeskanzleramt, 1979–1982 stv. Parteivorsitzender, 1984–1985 SPD-Schatzmeister (Memoiren: Mit Leidenschaft und Augenmaß. In Mogadischu und anderswo. Politische Memoiren. München 1989).

Mit de Gaulle habe ich etwa zweieinviertel Stunden lang unter vier Augen gesprochen, und zwar in voller Offenheit unsere zum Teil verschiedenen Ansichten ausgetauscht. Wir haben eine gute Arbeit geleistet im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt und auch auf die Aussichten einer Freihandelszone. Was den Gemeinsamen Markt angeht, so haben die Franzosen gestern noch einmal offiziell erklärt, daß sie von den Schutzklauseln, die ausdrücklich auf Verlangen Frankreichs in den Vertrag über den Gemeinsamen Markt aufgenommen worden sind, keinen Gebrauch machen würden, während mir de Gaulle, als ich im September bei ihm war, damals noch sagte, von diesen Schutzklauseln müßten sie Gebrauch machen.

Ich möchte auch betonen, daß de Gaulle in dem Gespräch unter vier Augen, insbesondere aber auch in den gemeinsamen Sitzungen, die europäischen Institutionen restlos bejaht hat. Er hat auch erklärt, er sei früher anderer Ansicht gewesen, aber er akzeptiere das, was geschehen sei im Interesse Frankreichs, Deutschlands und Europas. Was die Freihandelszone angeht, so wissen Sie, daß sich der Maudling-Ausschuß²⁵ nicht aufgelöst, aber seine Verhandlungen zunächst einmal abgebrochen hat. Es soll jetzt – das ist in dem Kommuniqué nur teilweise enthalten – die Kommission des Gemeinsamen Marktes unter der Leitung von Herrn Hallstein²⁶ bei den sechs Ländern, deren Zusammenhalt nach der erklärten Auffassung von deutscher und französischer Seite noch wichtiger ist als das Zustandekommen der Freihandelszone, untersuchen, welche Möglichkeiten es gibt, um das Werk doch zustande zu bringen. Ich glaube, das ist ein guter Beschluß. Nach den verschiedenen Berichten, die ich inzwischen von Herrn Hallstein über seinen Blitzbesuch durch Europa bekommen habe, ist auch er optimistisch und hofft, daß es gelingen wird, zwar nicht von heute auf morgen, aber doch im Laufe der ersten Monate des nächsten Jahres, diesen größeren Zusammenschluß, diese Assoziation am Gemeinsamen Markt zustande zu bringen.

Neben diesem Erfolg unserer Verhandlungen in Kreuznach muß man doch dieses erste Erscheinen de Gaulles, seitdem er Ministerpräsident ist, auf deutschem Boden als ein Ereignis von großer Tragweite und Bedeutung sehen. Er war noch nicht in Großbritannien, geschweige denn in den Vereinigten Staaten. Er war auch noch nicht in Italien. Sein erster Auslandsbesuch hat in Deutschland stattgefunden. Das war von

25 Ausschuß benannt nach dem britischen Politiker Reginald Maudling (1917–1979), 1950 Einzug ins Unterhaus (Konservativer), 1955 Versorgungsminister und Privy Councillor, 1957 Generalzahlmeister, 1959 Handelsminister, 1961 Kolonialminister, 1962–1964 Schatzkanzler, 1970–1972 Innen- und stv. Premierminister. – Der Maudling-Ausschuß war ein zwischenstaatliches Komitee der OEEC unter dem Vorsitz Maudlings, das seit Oktober 1957 in Paris über die Schaffung einer europäischen Freihandelszone verhandelte. Vgl. AdG 1958 S. 7451 (Abschlußbericht Maudlings); VON DER GROEBEN S. 64–70.

26 Dr. Walter Hallstein (1901–1982), Jurist, Professor; 1950 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1951–1958 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1958–1967 Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, 1968–1974 Präsident der Europäischen Bewegung, 1969–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 59 Anm. 21.

ihm so gewollt. Er ist ein Mann, der derartige Dinge sehr klug und weitblickend überlegt. Er hat das auch mir gegenüber zum Ausdruck gebracht.

Wie die Geschicke ihren Lauf nehmen, das wurde einem gestern in Kreuznach wieder einmal klar. Das Kurhaus in Kreuznach war der Sitz des Großen Hauptquartiers im Ersten Weltkrieg von 1917 bis 1918. In dem Raum, wo wir zusammen zu Mittag speisten – und zwar genau auf den Plätzen, auf denen de Gaulle und ich und gegenüber von Brentano und Couve de Murville²⁷ und Pinay²⁸ gesessen haben –, haben im Ersten Weltkrieg der damalige Nuntius Pacelli²⁹, der damals den Vorschlag einer Friedensvermittlung des Papstes³⁰ überbrachte, und Kaiser Wilhelm II.³¹ gesessen. Kaiser Wilhelm hat aber diesen Vorschlag abgelehnt. Einige Jahrzehnte später sitzen nun der französische Ministerpräsident und der deutsche Bundeskanzler an der gleichen Stelle. Im übrigen wurden wir beide begeistert begrüßt von der ganzen Kreuznacher Bevölkerung. Es wurden Überlegungen angestellt über unsere Zusammenarbeit, über die Zukunft Europas und über die gemeinsamen Maßnahmen gegenüber der russischen Gefahr. Wenn man sich mit etwas Phantasie vor Augen führt, daß sich das alles im gleichen Hause und in den Räumen wie damals abgespielt hat, dann sieht man erst recht den Wandel in der Geschichte, und daß tatsächlich eine neue Zeit angebrochen ist, bei der sich gerade unsere Partei und Fraktion große Verdienste erworben haben.

Meine lieben Parteifreunde! Mich bewegt noch eine Frage seit einer Reihe von Wochen, und zwar fast täglich in erdrückender Weise; das ist die Frage: Kilb³², Hallstein, Blankenhorn und von Maltzan³³. Es handelt sich um die Gerüchte, die überall verbreitet werden, ausgehend von der Bonner Staatsanwaltschaft über den sogenannten Korruptionsherd in Bonn. Gerade weil Herr Kilb mit einer der Hauptpersonen in diesem schauerlichen Drama ist, möchte ich Herrn Kollegen Krone bitten, darüber zu Ihnen zu referieren; denn er ist in einer ganzen Reihe

27 Dr. Jacques Maurice Couve de Murville (geb. 1907), Jurist; 1956–1958 französischer Botschafter in Bonn, 1958–1968 Außenminister, 1968–1969 Ministerpräsident (Memoiren: Außenpolitik 1958–1969. München 1973).

28 Antoine Pinay (geb. 1891), 1946–1958 Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, 1952 Ministerpräsident, 1955–1956 Außenminister, 1958–1960 Finanzminister (gleichzeitig 1959–1960 Wirtschaftsminister), 1960 Rücktritt. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 252 Anm. 16.

29 Eugenio Maria Giuseppe Giovanni Pacelli (1876–1958), 1917–1929 Nuntius in Berlin (ab 1920) und München (bis 1925), 1939–1958 Papst (Pius XII.). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 152 Anm. 28.

30 Benedikt XV. (1854–1922), 1914–1922 Papst. – Die Friedensnote vom 1. August 1917 blieb ohne Erfolg.

31 Wilhelm II. (1859–1941), 1888–1918 Deutscher Kaiser. – Das Treffen fand am 29. Juni 1917 statt.

32 Hans Kilb (1910–1984), 1951–1958 Persönlicher Referent des Bundeskanzlers, 1958–1973 EURATOM Brüssel.

33 Dr. Vollrath Freiherr von Maltzan (1899–1967), Jurist, Diplomat; 1955–1958 Botschafter in Paris.

von Besprechungen über diesen Fall anwesend gewesen und hat sich auch dazu ausgesprochen. Ich möchte vermeiden, auch bei Ihnen den Eindruck zu erwecken, als ob ich aus einem persönlichen Pflichtgefühl heraus gegenüber meinem früheren persönlichen Referenten vielleicht die Dinge etwas weniger objektiv sähe. Ich möchte dann, wenn nötig, nachher noch über die Frage Hallstein–Blankenhorn zu Ihnen sprechen. (*Beifall.*)

Krone: Ich bin kein Jurist und bitte Sie, wenn ich jetzt Ausdrücke gebrauche, die ein normaler Staatsbürger anwendet, das hinzunehmen. Ich will zunächst darlegen, was sachlich zu berichten ist, und dann am Schluß meine Meinung, die ich mir habe bilden müssen, dazu sagen. Zunächst zu dem Fall Hallstein–Blankenhorn–von Maltzan!³⁴ Das Verfahren läuft bereits seit 1952/53. Heute schreiben wir 1958. Inzwischen ist einer der Angeschuldigten Botschafter bei der NATO, der andere ist Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, und der dritte, früher Botschafter in Paris, ist jetzt Botschafter a.D. In dem Beschluß werden die Angeschuldigten Hallstein und Blankenhorn beschuldigt, im November 1952, gemeinschaftlich handelnd, den Referatsleiter Dr. Strack³⁵ im Ministerium von Herrn Professor Erhard vorsätzlich einer strafbaren Handlung unter Verletzung ihrer Amtspflicht in der Absicht verdächtigt zu haben, ein behördliches Verfahren herbeizuführen.

Was liegt dem zugrunde? Ein Gespräch des damaligen Presseattachés des ägyptischen Generalkonsuls mit Blankenhorn, in dem dieser Presseattaché, Dr. Galal³⁶, wahrheitswidrig – wie es heißt – Dr. Strack der Bestechung verdächtigt hat. Darüber hat Herr Blankenhorn ein Gedächtnisprotokoll angefertigt und hat dieses Herrn Hallstein, seinem Vorgesetzten, zur Kenntnis gebracht. Beide Herren haben dann gesagt, es sei besser, wenn der Ägypter Galal die Vorwürfe präzisiere, und sie haben dementsprechend um eine Präzision gebeten. Das Schreiben des Herrn Galal hat eine Präzisierung der Vorwürfe gegen Dr. Strack nicht erbracht, sondern es hat das abgeschwächt, was er mündlich Herrn Blankenhorn gesagt hatte.

Die beiden Angeschuldigten Blankenhorn und Hallstein standen der Richtigkeit der Behauptungen von Dr. Galal skeptisch gegenüber. Trotzdem – so heißt es – gab der Angeschuldigte Professor Dr. Hallstein einen entsprechenden Vermerk, und zwar nicht das Gedächtnisprotokoll, sondern die schriftliche Mitteilung des Herrn Galal an das Bundeswirtschaftsministerium, weiter unter Auslassung der Höflichkeitsformel

34 Anklageerhebung am 5. Mai 1958 wegen angeblicher leichtfertig falscher Anschuldigung und übler Nachrede zum Nachteil des Ministerialrats im Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Hans Strack (vgl. Anm. 35). Erst das Oberste Bundesgericht in Karlsruhe sprach Blankenhorn und Hallstein am 22. April 1959 wegen erwiesener Unschuld frei. Vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 204f.

35 Dr. Hans Strack (1899–1987), 1948–1959 Bundeswirtschaftsministerium (seit 1954 Ministerialrat), 1959–1964 Botschafter in Santiago de Chile.

36 Dr. Kamal Eldin Galal (geb. 1903), ägyptischer Diplomat und Journalist; 1952/53 Presseattaché des ägyptischen Generalkonsulats in Frankfurt, später in Genf.

und noch eines unwesentlichen Punktes. Das ist das, was man den beiden vorwirft und wessen man sie beschuldigt.

Jetzt zum Fall Kilb.³⁷ Ich will genauso sachlich hier berichten wie in dem anderen Fall. Der persönliche Referent des Herrn Bundeskanzlers, Kilb, hat mehrere Dienstwagen gefahren, (*Adenauer*: Leihwagen!) Leihwagen gefahren, und zwar privat, aber auch für Aufgaben der Partei und in Verbindung damit auch bei Urlaubsreisen des Kanzlers, auf Dienstreisen usw. Ich bin kein Jurist; es wurde mir gesagt, das sei an sich kein strafbarer Tatbestand. Erst wenn jemand etwas tut im Sinne des Geschenkgebers, ist das strafbar.

Was hat nun Herr Kilb nach den Punkten der Anklageschrift Strafbares getan? Das sind drei Punkte:

Erstens, der Herr Bundeskanzler fuhr einen Mercedes und mußte einen neuen Wagen haben. Er hat überlegt, ob er nicht einen BMW fahren sollte, weil der geräumiger sei. Er hat seinen Fahrer auch nach dessen Urteil gefragt, der ihm gesagt hat: Bleiben Sie lieber beim Mercedes, der andere hat noch Kinderkrankheiten. Der Kanzler hat erklärt, daß er sich dann entschieden habe für einen neuen Mercedes. Es wird unterstellt, daß Kilb hier mitgewirkt habe im Sinne des Hauses Mercedes.

Der zweite Punkt betrifft den geplanten Ankauf von 750 Omnibussen für Teheran. Die waren bestellt. Der Kanzler war dann in Teheran 1957.³⁸ Bei einer Veranstaltung der dortigen deutschen Kolonie wird dem Herrn Bundeskanzler der Vertreter von Mercedes vorgestellt, der dann sagt: Mit der Bestellung, Herr Bundeskanzler, geht es nicht voran. Das ist doch eine große Sache, hier in diesem Lande, an dieser gefährdeten Stelle, nach der Richtung etwas zu tun. Sie wissen doch davon, Herr Bundeskanzler! Darauf sagt der Herr Bundeskanzler zu Herrn Kilb: Herr Kilb, sorgen Sie dafür, daß die Sache in Ordnung kommt. Das hat Herr Kilb getan in dem Sinne, daß nun das Geschäft auch in Ordnung kam, d.h. daß es perfekt wurde. Ich glaube nicht, daß der Kanzler dem Herrn Kilb den Befehl gegeben hat, es nur förmlich in Ordnung zu bringen, um es dann vielleicht negativ zu erledigen, sondern positiv, wie es der Bundeskanzler gemeint hat. Daß Herr Kilb nun gesorgt hat, daß es positiv in Ordnung kam, wird ihm als zweiter Punkt der Anklage, und zwar als Bestechung, unterstellt.

Das dritte ist eine Geschichte mit Maßen und Gewichten, also eine Sache „Seebohm“, die in der Fraktion hin- und hergeht. Der Kanzler bekommt einen Brief von Herrn Koenecke³⁹, dem Generaldirektor vom Daimler-Benz. Es ist hier üblich, daß solche Briefe an den persönlichen Referenten gehen. Der macht sie auf

37 Vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 204.

38 Ob der Schah nur Busse aus Deutschland wünschte und dieser Wunsch erst durch Kilb in das Verlangen nach Mercedes-Bussen umgedeutet wurde, war einer der strittigen Punkte im Fall Kilb. Vgl. „Der Spiegel“ vom 22. Oktober 1958 S. 17. – Adenauer war vom 28. März bis 2. April 1957 in Teheran (AdG 1957 S. 6369f.).

39 Dr. Fritz Koenecke (1899–1979), Generaldirektor; 1953–1960 Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG Stuttgart-Untertürkheim.

und gibt sie weiter. Er hat einen Stempel draufgesetzt und ihn dann dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt. Der Herr Bundeskanzler hat den Brief bekommen und ihn dann mit einem Vermerk an den hierfür in seinem Hause zuständigen Verkehrsbeamten weitergegeben.

Adenauer: Herr Krone, dazu darf ich folgendes kurz sagen. Sie wissen, daß damals ganz Deutschland in Aufruhr war durch die Lastwagengeschichten wegen der Gummireifen, der Produktion usw., aber auch wegen der Sternfahrten. Es waren auch zwei Vertreter des Verbandes der Lastwagenbesitzer bei mir⁴⁰, die haben mit Herrn Koenecke gar nichts zu tun. Ich hatte mit Herrn Seebohm darüber gesprochen. Seebohm hatte mir damals gesagt: Ich werde sehen, daß wir die Sache in Ordnung bekommen, und zwar durch Einräumung einer Übergangszeit. Ich habe dann auf den Brief von Herrn Koenecke, den ich Herrn Seebohm zugeschickt habe, lediglich den Vermerk gemacht: Sie hatten mir doch mitgeteilt, die Sache wird in Ordnung kommen! Das ist alles.

Krone: Das war Ihr Recht und Ihre Pflicht. Das Verhalten des Herrn Kilb – Stempel aufdrücken, vorlegen bei dem Herrn Bundeskanzler usw. – hat zu Untersuchungen geführt. Dabei ist auch ein Herr aus dem Verkehrsministerium gefragt worden, wie es bei ihnen üblich sei. Und dieser hat gesagt, das geht bei uns zuerst an das Referat und dann an den Minister. Auch ein Beamter aus dem Hause sagte, in dem kleineren Betrieb des Bundeskanzleramtes gehe es zuerst an den Referenten. Auch in anderen Ministerien ist es so, da geht es über den Minister an den Referatsleiter. Das ist also der dritte Punkt.

Ich glaube, daß die Aussage, die hier zu diesem Punkt gemacht worden ist, von dem Staatsanwalt nicht so bewertet wurde wie die gegenteilige aus dem Verkehrsministerium. Aber das nur am Rande!

Jetzt möchte ich meine Meinung vortragen. Als ich diesen Punkt hörte – von dem Herrn Bundeskanzler vorgetragen –, war meine erste Frage: Und? Weiter nichts! Ich verstehe nicht, daß bei diesem Tatbestand Herr Kilb heute noch in Haft sitzt und daß gestern beschlossen worden ist, ihn wegen Verdunkelungs- und Fluchtgefahr weiter sitzen zu lassen. Dazu eine kleine Episode! Ein Kind aus der Familie ist von der Mutter von der Schule genommen worden. Und darin sieht das Gericht einen Beweis für die Möglichkeit einer Flucht, obwohl festgestellt worden ist von dem Direktor der Schule, daß das Kind im Benehmen mit dem Direktor von der Schule genommen worden ist, weil das Kind dauernd gehänselt wurde: Dein Vater sitzt ja im Gefängnis. Ich verstehe nicht, warum das Gericht gesagt hat, er bleibt weiter in Haft. Ich kann mir nicht denken, daß das die Verteidigung des Angeklagten Kilb erleichtert, weder

40 Der Präsident der Zentralarbeitsgemeinschaft des Straßenverkehrsgewerbes, Georg Geiger, und der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, Max Thoenissen, hatten Adenauer aufgesucht, um gegen eine Lastwagen-Verordnung zu protestieren, die am 1. Januar 1958 in Kraft treten und eine Reduzierung des Autoschwerlastverkehrs bewirken sollte. Vgl. hierzu: Lastwagen-Verordnung. Der kluge Herr Seebohm. In „Der Spiegel“ vom 9. Oktober 1957.

psychologisch noch sachlich. Das liest die Öffentlichkeit, insbesondere wird das in Boulevard-Blättern groß aufgemacht. Wenn man ins Volk hineingeht, dann hört man: Was ist das für ein Saustall in Bonn. Das geht doch gegen den Staat. Leider stehen noch weitere solcher Fälle – einige noch schlimmer – in großer Zahl vor uns.

Ich werde bei alledem an die Jahre 1930 bis 1933 erinnert. Wer das miterlebt hat, wie der damalige Staat systematisch von Leuten der Justiz vernichtet worden ist, der sagt sich besorgt, so etwas kann heute noch geschehen, wobei ich – nach dem, was ich von den Herren weiß – keinem unterstelle, daß sie das wollen. Woher kommt denn eine solche Einstellung? Ich sehe darin eine Nachwirkung der Justizauffassung des Dritten Reiches, wo man den Staat in einer überbetonten und ungerechtfertigten Form als sicherheitsbedürftig herausstellte, wobei der Mensch im Staate keine Rolle gespielt hat.

So komme ich denn zum Schluß zu der Auffassung, daß der Fall Kilb und der Fall Blankenhorn weit über diese Betroffenen selbst hinausgehen, auch weit über den Kreis derer hinausgehen, die noch in einer großen Zahl vor dem Staatsanwalt stehen werden. Wenn diese Fälle in ähnlicher Weise wie bisher bearbeitet werden, kann sich das über Monate und Jahre hinaus erstrecken, so daß wir, Regierung und Bundesgesetzgeber, überlegen müssen, was zu tun ist im Interesse der Beamten; denn ich kann mir nicht vorstellen, daß Beamte der Häuser Etzel und Erhard⁴¹ überhaupt noch etwas tun oder Entscheidungen treffen können bei einer solchen Methodik, ohne befürchten zu müssen, irgendwie in eine Untersuchung hineinzugeraten.

Adenauer: Ich möchte nur ganz wenige Bemerkungen zu dem Vortrag von Herrn Krone machen. Iran spielt in unserer Außenpolitik eine besonders wichtige Rolle. Wenn Sie sich das Bild der Landkarte vor Augen halten, dann sehen Sie einen Abwehrramm gegenüber Sowjetrußland, der von Griechenland über die Türkei, den Iran bis nach Pakistan reicht. Ich darf Sie daran erinnern, daß es zwischen Sowjetrußland und Iran in den zwanziger Jahren große Auseinandersetzungen gegeben hat und daß ein Teil Irans von den Russen besetzt war.⁴² Ich darf ferner den Namen Mossadegh⁴³ erwähnen, damit Sie genau wie ich zu der Ansicht kommen, daß alles geschehen muß, um Iran beim Westen zu halten.

Nun haben die Engländer beim Ausgang des letzten Krieges den Vater des jetzigen Schahs von Persien⁴⁴ nach Madagaskar deportiert, wo er dann gestorben ist. Infolgedessen ist das englische Ansehen im Iran gleich Null. Das deutsche Ansehen

41 Das Bundesministerium der Finanzen unter Minister Etzel und das Bundesministerium für Wirtschaft unter Minister Erhard.

42 Zwischen 1907 und 1921 galt der Norden Irans als russisches Einflußgebiet. Während des Ersten Weltkrieges war das Land teilweise von russischen Truppen besetzt.

43 Mohammed Mossadegh (1881–1967), iranischer Politiker; 1920–1923 nacheinander Justiz-, Finanz- und Außenminister, 1923–1927, 1943 Abgeordneter, Führer der Nationalen Front, 1951–1953 mit Unterbrechung Ministerpräsident, 1953–1956 inhaftiert.

44 Reza Pahlewi (1878–1944), Herrscher von Persien, 1925–1941 Schah von Iran. – Mohammed Reza Pahlewi (1919–1980), Sohn von Reza Pahlewi, 1941–1979 Schah von Iran.

ist dort groß. Iran ist auch ein Land mit reichen Bodenschätzen. Wir bemühen uns deswegen in ganz besonderer Weise um den Iran, und zwar insbesondere um die Hebung seiner Wirtschaft, wodurch auch das Ansehen des deutschen Volkes gestärkt wird. Aus diesem Grunde bin ich damals nach Teheran gefahren und habe dem Schah diesen Besuch gemacht. Wir haben damals lange wirtschaftliche Gespräche geführt. Deswegen ist auch gerade die Frage der Bestellung von deutschen Omnibussen in einem Lande wie Iran, wo es nur sehr wenig Verkehrsmittel gibt, von außerordentlich großer Bedeutung für uns gewesen. Deswegen haben mir der deutsche Botschafter und auch der Vertreter von Daimler-Benz das gesagt, und deswegen habe ich Herrn Kilb diesen Auftrag gegeben.

Nun zu der Frage Hallstein-Blankenhorn-von Maltzan! Herr Kollege Krone hat Ihnen eben den größten Teil der Anklageschrift vorgelesen. Damals gab es noch keinen ägyptischen Botschafter hier, sondern der ägyptische Generalkonsul in Frankfurt vertrat Ägypten in der Bundesrepublik. Galal war damals Presseattaché. Die Anklage wird erhoben, weil Blankenhorn die Aussage von Galal weitergeleitet hat. Blankenhorn hat dessen Aussage nicht wörtlich aufgenommen, sondern hatte einige Herren bei sich, die dann ein Gedächtnisprotokoll gemacht haben. Aber das Ganze erschien sowohl Hallstein wie Blankenhorn so komisch und unglaublich, daß sie das getan haben, was das einzig Vernünftige war, sie haben nämlich dem Galal geschrieben: Wenn du etwas auf dem Herzen hast, gib es schriftlich von dir. Dann kam der Brief. Und dieser Brief erweckte bei ihnen noch größere Bedenken in bezug auf die Zuverlässigkeit des Galal. Der Wirtschaftsminister war damals der Vorgesetzte des [Herrn] Strack. Die Herren haben dann lediglich das getan – auch nach der Anklageschrift und nach dem Eröffnungsbeschluß –, was jeder Beamte zu tun verpflichtet ist, daß sie nämlich diesen Brief dem Vorgesetzten des Herrn Strack, dem Bundeswirtschaftsminister, übersandt haben. Das ist also das ganze Vergehen.

Nun hat damals der Herr Amelunxen⁴⁵ angeordnet, daß die Anklage nach fünf Jahren erhoben werde. Der Herr Amelunxen hat damals angeordnet, daß die Staatsanwaltschaft eine Pressekonferenz wegen dieses „Verbrechens“ einberufe. Daraus ersehen Sie die ganzen politischen Hintergründe des Herrn Amelunxen völlig klar.

Was sollen wir nun tun? Die Sache wird im Bundestag eine Rolle spielen. Eine Intervention der Sozialdemokraten ist eingebracht.⁴⁶ Man wird, wie ich von Herrn Krone höre, der Bundesregierung und insbesondere mir zum Vorwurf einen Beschluß des Kabinetts machen, in dem wir bestätigt haben, daß keine Veranlassung für

45 Dr. Rudolf Amelunxen (1888–1969), 1946/47 Ministerpräsident NW (Zentrum), 1950–1958 Justizminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 510 Anm. 21; Clemens AMELUNXEN: Vierzig Jahre Dienst am sozialen Rechtsstaat. Rudolf Amelunxen zum 100. Geburtstag. Portrait eines Demokraten. Berlin 1988.

46 Vgl. Anm. 50.

die Bundesregierung vorliege – ich zitiere nicht wörtlich –, nun die Nominierung des Herrn Blankenhorn als Botschafter bei der Französischen Republik zurückzuziehen. Er war nämlich schon vorher bei der Französischen Republik als Botschafter ernannt worden. Das Agreement war erteilt worden. Wenn wir uns in diesem Augenblick nicht hinter Blankenhorn gestellt hätten – wobei wir im Kabinett nach zweieinhalbstündiger Beratung der ganzen Sache den Wortlaut des Kabinettsbeschlusses sehr sorgfältig redigiert haben, um nun ja nicht das Gericht zu verletzen –, was wäre dann gewesen? Blankenhorn hätte nicht mehr Botschafter in Paris sein können, aber auch nicht mehr Botschafter bei der NATO; denn wenn er unwürdig war, Botschafter bei der Französischen Republik zu sein, dann war er auch unwürdig, bei der NATO zu bleiben. Herr Hallstein kam zu mir und sagte, wenn die Bundesregierung nicht hinter Blankenhorn tritt, dann muß ich mein Amt als Präsident dieses Ausschusses niederlegen. Ein Deutscher als Präsident dieses Ausschusses, namentlich in der Anfangszeit des Gemeinsamen Marktes und auch wegen der Freihandelszone, das ist natürlich von eminenter Bedeutung.

Nun war die Frage, ob wir – weil der Herr Amelunxen die Erhebung der Anklage befohlen und das Gericht den Beschluß gefaßt hatte – unsere Außenpolitik auf diesem wichtigen Sektor fallenlassen sollten. Und da hat sich das Kabinett eingemischt und sich auf den Standpunkt gestellt, daß wir diesen Beschluß, den wir gefaßt haben, fassen müßten.

Bemerkenswert ist noch folgendes: Die Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben wegen fahrlässiger Handlung, aber die Strafkammer hat daraus „vorsätzliche fahrlässige Handlung“ gemacht. Warum? Ich weiß es nicht. Ich muß Ihnen sagen, als ich die Anklageschrift gelesen habe, da habe ich mir wirklich an den Kopf gefaßt und mich gefragt, was soll man eigentlich dazu sagen.

Nun bin ich in der Sache Kilb als Zeuge durch einen Staatsanwalt von 32 Jahren vernommen worden, und zwar in Anwesenheit des Oberstaatsanwaltes. Er hat mir Fragen gestellt. Ich habe die Fragen beantwortet. Man wollte weder eine Stenotypistin noch eine Schreibmaschine von uns haben. Er hat dann diktiert, was ich gesagt haben sollte; und dreimal habe ich ihm dann ins Wort fallen und sagen müssen: Herr Staatsanwalt, das habe ich doch gar nicht gesagt! Worauf schließlich der Oberstaatsanwalt erklärte: Schreiben Sie doch das, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat!

Nun zu dem Brief des Herrn Koenecke an mich, der mir von dem Referenten direkt vorgelegt worden ist, statt zuerst ins Referat zu gehen! Das ist bei uns so üblich. Das ist bei dem einen Ministerium so und bei dem anderen so geregelt. Im Verkehrsministerium ist es zufällig so geregelt, daß es zuerst ins Referat geht und dann der Referent aussucht, ob er das seinem Minister vorlegt. In anderen Ministerien ist es anders geregelt. Im Finanzministerium ist es anders, und bei uns ist es auch anders. Dann ist der Staatsanwalt zu dem Referenten gegangen und hat ihn gefragt: Ist das nicht auffällig? Darauf hat dieser gesagt: Das ist bei uns so Usus. Dann hat der Staatsanwalt erwidert: Aber im Verkehrsministerium ist es anders! Worauf Herr

Hornschu⁴⁷ sagte: Aber bei uns ist es so, und ich finde nichts Auffälliges daran. Der Dialog geht wie folgt weiter: Staatsanwalt: Fühlen Sie sich dadurch verletzt? Antwort: Ich fühle mich gar nicht verletzt; ich wüßte auch nicht, warum. Wir arbeiten hier einmütig zusammen. Staatsanwalt: Dann brauche ich Sie nicht als Zeuge zur Hauptverhandlung zu benennen (das hat er auch nicht getan), es sei denn, Sie hätten noch einen Knüller für mich! (*Lebhafte Bewegung und Zurufe: Unerhört! Nicht zu glauben! – Fricke: Das scheint mir aber ein schöner Staatsanwalt zu sein! – Anhaltende Unruhe.*)

Meine Herren! Es gibt noch mehr – ich muß Ihnen das in aller Offenheit sagen – ungläubliche Verhältnisse! Gestern hat mir Herr von Eckardt – ich habe ihn gebeten, mir das schriftlich zu geben – mitgeteilt, daß ein Journalist ihm einen Beschluß der Staatsanwaltschaft, und zwar zwei Tage eher, bevor er irgendeinem anderen mitgeteilt wurde, gezeigt habe.

Die Pressestelle der Staatsanwaltschaft versieht laufend die Öffentlichkeit mit allen möglichen dunklen und unkontrollierbaren Nachrichten, während das Bundesgericht in einem Urteil, das Anfang dieses Monats veröffentlicht worden ist⁴⁸, noch ausdrücklich festgestellt hat, daß der Staatsanwalt auch Verpflichtungen gegenüber dem Beschuldigten hat, daß er seine Ehre so lange zu respektieren hat, bis ein Urteil gesprochen ist. Das geschieht aber hier bei uns in Bonn nicht! Man hat noch sieben Staatsanwälte aus Nordrhein-Westfalen zu dieser Staatsanwaltschaft hinzugezogen, damit die wühlen und arbeiten können. Es droht nun – und das sage ich Ihnen allen Ernstes – ein ganz schwerwiegender Konflikt zwischen der Justiz und der Bundesregierung.

Wir dürfen nach meiner Auffassung nicht zulassen, daß durch gesetzwidrige Handlungen der Staatsanwaltschaft das öffentliche Ansehen der Bundesregierung in der ganzen Welt in einer solchen Weise heruntergesetzt wird. Herr Kollege Erhard war vor kurzer Zeit in Ostasien.⁴⁹ Als er zurückkam, hat er gesagt, die Zeitungen in Ostasien seien voll von Mitteilungen über Korruptionen in Bonn. Das deutsche Ansehen in der Welt wird durch diese Herren in einer unerträglichen Weise heruntergesetzt. Es besteht doch ein Weisungsrecht für die Staatsanwaltschaft, das durch den Justizminister ausgeübt wird. Das Weisungsrecht ist also da! Aber Gebrauch wird davon nicht gemacht! Und nun wird die Sache im Plenum des Bundestages aufgrund einer Großen Anfrage der SPD Anfang Dezember öffentlich behandelt werden.⁵⁰ Welchen Eindruck das auf die Bevölkerung machen wird, das mag sich

47 In der Vorlage: Höltschuh. – Dr. Hans-Erich Hornschu (1914–1986), 1953–1979 Bundeskanzleramt, u.a. Referatsleiter.

48 Nicht zu ermitteln.

49 Erhard hielt sich Ende Oktober/Anfang November 1958 in Japan, Ceylon, Indien, Burma und Thailand auf (AdG 1958 S. 7369, 7378, 7384).

50 Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Fragen der Justizpolitik, 16. Oktober 1958 (BT-Drs. 569). Beratung am 22. Januar 1959 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 42 S. 3047–3123).

jeder für sich klarmachen. Aber wir dürfen dem nicht ausweichen und müssen dazu im Bundestag Stellung nehmen.

Die Strafkammer hier in Bonn, die jetzt Beschluß gefaßt hat über die Anklageerhebung gegen Kilb, hat die Haftentlassung abgelehnt. Die Staatsanwaltschaft hat sich seinerzeit von dem zuständigen Richter den Haftbefehl, und zwar unter der Behauptung, es bestehe Verdunkelungsgefahr, geben lassen, wobei aber in der Anklageschrift nur einfach steht: „Es wird beantragt, Fortdauer der Haft zu beschließen“, ohne Angabe, ob Verdunkelungsgefahr oder Fluchtgefahr bestehe. Und nun wird jetzt „wegen Fluchtgefahr“ hinzugefügt.

Was jetzt kommt, ist so unglaublich und bekundet eine solche Weltfremdheit des Gerichts, daß man dem fassungslos gegenübersteht. Die „Kölnische Rundschau“ berichtet darüber: „Die Kammer hat darüber hinaus als weiteren Haftgrund auch Fluchtgefahr wegen der Beziehungen angenommen, die Kilb zum Ausland habe, und wegen der Tatsache, daß er seit April dieses Jahres Sicherheitsbeauftragter bei der EURATOM-Behörde in Brüssel ist.“⁵¹ Wenn das ein Grund für die Fortdauer der Haft ist und ein Gericht das schreibt, dann kann man wirklich verzweifeln an der Justiz. Das sage ich ganz offen.

Ich darf noch ein Wort zu dem so oft und so gern in der Presse gebrauchten Vorwurf wegen Eingreifens in ein schwebendes Verfahren sagen. Wer verbietet denn einen Eingriff, und was ist ein Eingriff? Einen Eingriff bedeutet es nicht, wenn wir einen Tadel gegenüber dem aussprechen, was ein Gericht oder die Staatsanwaltschaft tut. Das ist kein Eingriff! Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Staatsanwalt⁵² – ich war selber zwei Jahre lang Staatsanwalt – dazu da ist, auch die Rechte des Beschuldigten zu wahren, und daß er objektiv sein muß. Der Staatsanwalt ist auch weisungsgebunden; also kann in seine Amtsführung eingegriffen werden durch seinen Vorgesetzten. Ich muß sagen, der Mensch ist schon unglücklich, sobald sich ein Staatsanwalt nach einer solchen Geschichte mit ihm in dieser Weise beschäftigt. Das ist nichts anderes wie Gestapo-Methoden! Ich habe es selbst erlebt, daß ohne Angabe irgendeines Tatbestandes oder Verdachts fünf Gestapo-Beamte bei mir Haussuchung gemacht haben, ob sie nicht irgendwo etwas finden könnten. Das sind Methoden aus der Nazizeit. Wir müssen versuchen, diese Methoden aus der Nazizeit zum Verschwinden zu bringen, sonst gibt es keine Rechtssicherheit mehr in Deutschland.

Ich will Sie nicht lange aufhalten mit der rechtlichen Seite und den Geschichten, die da gemacht worden sind, sondern nur noch eine Sache herausgreifen. Ein Ministerialrat, der früher im Finanzministerium war und jetzt in einem anderen Ministerium ist, Herr Beurlen⁵³ aus dem Schwarzwald, hatte den Auftrag, ein

51 „Kölnische Rundschau“ vom 27. November 1958.

52 Von 1901 bis 1903.

53 In der Vorlage: Bäuerle. – Max-Ernst Beurlen (geb. 1907), 1950–1958 Bundesfinanzministerium (Ministerialrat), 1958–1960 Bundesschatzministerium, 1960 aus dem Beamtenverhältnis ausgeschieden.

Grundstück zu verkaufen, das dem Bund gehört. Ein Reflektant war ein Mann aus dem Schwarzwald, der mit ihm zusammen auf die Schule gegangen ist. Der Reflektant kommt zu ihm und bringt ein Brot aus dem gemeinsamen Heimatdorf und eine Flasche Kirsch mit und sagt – ich kann es leider nicht in der Mundart so wiedergeben: Nu wolle mer erscht amol veschpern, eh' mer verhandle! Die beiden haben dann zusammen Brot gegessen und Kirsch getrunken. Dann ist der Reflektant weggegangen und hat die Hälfte des Brotes und den Rest des Kirschwassers – ich weiß nicht, wieviel noch in der Flasche war – dagelassen. Und der Herr Beurlen hat das nun mit nach Hause genommen. Das Grundstück hat er übrigens sehr gut verkauft, und zwar weit über die Taxe. Und nun klagt die Staatsanwaltschaft gegen Beurlen wegen schwerer Bestechung.

Aber jetzt kommt die Hauptsache! Das Gericht spricht den Herrn frei, und die Staatsanwaltschaft legt dagegen Revision ein, auch in Bonn. (*Gurk*: Wer bringt denn alle diese Bagatellen an die Staatsanwaltschaft? Da müssen doch im Ministerium selbst dunkle Leute sitzen!) Es sind gewisse Sachen, Herr Gurk – dazu kann Herr Erhard etwas sagen –, die schon sechs Jahre bei der Staatsanwaltschaft ruhen, ohne daß irgendwas geschieht. So sind die Verhältnisse.

Zum Schluß noch folgendes: Als der Herr Dehler noch Justizminister war, hat er in einer Bundestagssitzung gegen Herrn Arndt vorgebracht, daß Herr Arndt in einem Schreiben an einen Herrn Sowieso – das war der Mann, der über die Zulassung zur NS-Rechtsanwaltschaft in der nationalsozialistischen Zeit zu befinden hatte – zum Ausdruck gebracht habe, er habe als Beisitzer an einer Strafkammer in drei Fällen durch Abgabe seiner Stimme dafür gesorgt, daß bekannte Nationalsozialisten freigesprochen worden seien, und deswegen bäte er, zur Rechtsanwaltschaft zugelassen zu werden. Das Schreiben hat Herr Dehler verlesen. Dann hat Herr Arndt eine Beleidigungsklage gegen Dehler erhoben.⁵⁴ Herr Dehler war dann – Beleidigungsklagen nehmen viel Zeit in Anspruch – später in der Opposition, und Herr Arndt und Herr Dehler haben sich vertragen und dem Gericht erklärt, sie hätten kein Interesse mehr an der weiteren Behandlung dieser Angelegenheit.

Und nun kommt das „Großartige“! Herr Wenger vom „Rheinischen Merkur“ hat die Sache aufgegriffen und im „Rheinischen Merkur“ gebracht.⁵⁵ Daraufhin hat Herr Arndt Strafantrag gegen Wenger wegen Beleidigung gestellt, und die Staatsanwaltschaft hat prompt reagiert. Herr Wenger ist zu DM 200,- Geldstrafe wegen Beleidigung des Herrn Arndt verurteilt worden. Herr Wenger hat Revision eingelegt. Das Bundesgericht hat das Urteil aufgehoben und die Sache an das

⁵⁴ Dehler hatte in einem Brief an den Vorsitzenden des Richterwahlausschusses, Wilhelm Laforet, Arndt beschuldigt, 1933 seinen Richtereid gebrochen zu haben (Wortlaut des Briefes in FAZ vom 6. Dezember 1952) – Vgl. auch PROTOKOLLE I S. 187–189, 199.

⁵⁵ Vgl. „Rheinischer Merkur“ vom 12. Dezember 1952 („Der Fall Arndt. Der Kronjurist der SPD im Zwielficht der Geschichte“) und 19. Dezember 1952 („Der Fall Menzel. Ein Beitrag zur Technik der SPD-Personalpolitik“).

Landgericht Köln verwiesen, nicht nach Bonn, und die Strafkammer des Landgerichts Köln hat die Sache ohne weiteres eingestellt. Das Bundesgericht hat bei der mündlichen Verkündung des Urteils erklärt, es gäbe kein Gericht und keine Staatsanwaltschaft in der Bundesrepublik, die aufgrund eines solchen Tatbestandes zu einer Klage oder zu einer Verurteilung kämen.

Meine Damen und Herren! Ich würde nun vorschlagen, ehe wir in eine allgemeine Diskussion eintreten, über die Landtagswahlen in Hessen und Bayern zu berichten. (*Zustimmung.*) Wenn Sie damit einverstanden sind, darf ich Herrn Fay bitten, uns über die hessischen Landtagswahlen Bericht zu erstatten.

WAHLEN IN HESSEN UND BAYERN

Fay: Ich werde mich bemühen, möglichst objektiv zu berichten. Die CDU hatte im Jahre 1950 im Hessischen Landtag 12, 1954 24, und jetzt hat sie 32 Abgeordnete. Ich habe ausgerechnet, wenn wir so fortfahren, dann haben wir im Jahre 1970 die absolute Mehrheit. (*Heiterkeit.*) Landtagswahlen sind keine Bundestagswahlen. Vergleiche zur Bundestagswahl hinken. Auf der anderen Seite ist es aber gut, wenn man die Vergleiche zur letzten Bundestagswahl einmal zieht, weil man daraus Schlüsse auf die Haltung der Bevölkerung ziehen kann. Zunächst haben wir gefragt, was kann eigentlich das Ziel dieses Wahlkampfes sein. Dazu muß ich ein paar Bemerkungen über die Situation in Hessen machen. Seit 1945 ist die Sozialdemokratische Partei die stärkste Partei in Hessen; nur einmal, und zwar bei der Bundestagswahl 1957, haben wir die Sozialdemokraten in Hessen überrundet. Damals hatte die SPD 1.038.000 Wähler, wir hatten 1.116.000 Wähler, also eine respektable, aber nicht allzu große Spitze gegenüber den Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten haben von Anfang an die Regierung mit dem BHE gebildet, der sehr stark links liegt in Hessen.

Wir dachten, es sei ein sehr lohnendes Ziel, daß 1. die CDU diese Spitze aus der Bundestagswahl her halten könne, 2. die SPD gehindert würde, entweder allein oder mit dem BHE die Regierung zu bilden. Über die Frage, welche Regierung nun an die Stelle der seitherigen SPD/BHE-Regierung treten sollte, haben wir bewußt keine Entscheidung getroffen; denn die Mehrheitsverhältnisse waren sehr knapp. Wer die Verhältnisse in Hessen kennt, der weiß, wie schwierig es gewesen wäre, die Spitze, die wir 1957 bei der Bundestagswahl hatten, wieder zu erreichen, so daß wir diese Frage bewußt offengelassen haben. Ich erwähne das deswegen, weil das nachher in der Kritik eine gewisse Rolle spielen wird.

Wir haben die beiden Ziele, die wir uns vorgenommen hatten, nicht erreicht. Wir sind nicht die stärkste Partei, sondern die Sozialdemokraten sind es geworden. Die Sozialdemokraten sind auch in der Lage, zusammen mit dem BHE die Regierung zu bilden. Allein sind sie trotz allem noch nicht dazu in der Lage; denn sie verfügen nur über 48 Mandate, und 49 Mandate wären die absolute Mehrheit. Sie brauchen also noch einen Partner. Sie werden zweifellos mit dem BHE wieder

die Regierung bilden, wobei zu bemerken ist – Herr Professor Oberländer wird es bestätigen –, daß die BHE-Abgeordneten ein ganz besonderes Völkchen sind. (*Oberländer*: Stimmt!) Warum haben sich unsere Erwartungen nicht erfüllt? Ich will offen sagen, unsere Erwartungen gingen nun nicht dahin, wieder 40,9 % wie bei der Bundestagswahl zu bekommen; denn wir hatten uns gesagt, 35 bis 36 % ist das, womit wir bei nüchternen Erwartungen rechnen können. Wir hatten das Ergebnis von Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gesehen. Wenn man nun die Zahlen der Bundestagswahl und die Zahlen der diesjährigen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein vergleicht, so haben unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen⁵⁶ absolut 17 % und unsere Freunde in Schleswig-Holstein 13 % verloren. Dieses Bild habe ich meinen kühlen und nüchternen Überlegungen zugrunde gelegt und kam dabei auf einen Mittelwert von rund 15 % für Hessen; das sind 35 bis 36 %. Alle Wünsche, die darüber hinaus geäußert worden sind, lagen im Reiche der Phantasie. Auch die demoskopischen Befragungen, die man in Bonn herumgereicht hat und die bei dem einen oder anderen sehr gläubig angenommen worden sind, gehören dem Reiche der Phantasie an. Es waren Befragungen auf Bundesebene. Es ist dabei der Eindruck entstanden, daß das, was auf Bundesebene gilt, auch für Hessen gelten müsse. Das ist aber nicht der Fall. Leider sind nun aus diesen Befragungen Rückschlüsse bis nach unten gezogen worden. Ich möchte daher bitten, demoskopische Befragungen nur zu publizieren, wenn sie wirklich das betreffende Land berühren, so daß man daraus auch echte Rückschlüsse ziehen kann; sonst werden falsche Vorstellungen erweckt.

Unsere Erwartungen sind also nicht erfüllt worden. Wir haben einen Schwund von 22 % gegenüber dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl zu verzeichnen. Unsere Freunde in Bayern allerdings – und ich lege großen Wert darauf, das hier festzustellen – haben einen Schwund von 30 %. Die CDU in Hessen liegt also noch wesentlich besser als die CSU in Bayern bei dieser Landtagswahl. Was war nun die Ursache? Wir haben uns im Landesvorstand außerordentlich viel Gedanken gemacht und haben etwa 30 Punkte zusammengestellt, die möglicherweise einen Einfluß darauf gehabt haben. Ich bin der Meinung, jeder dieser 30 Punkte hat auch einen Einfluß gehabt, und die Addition dieser 30 Punkte – es gibt vielleicht noch 5 oder 10 andere Punkte – hat eben das Minus von 22 % gegenüber der Bundestagswahl von 1957 ergeben.

Ich will nicht alle aufzählen, sondern nur ein paar markante Punkte herausgreifen. Fangen wir bei uns in Hessen an. Was haben wir in der Anlage des Wahlkampfes falsch gemacht? Wir haben uns einer Propaganda der Sozialdemokraten gegenübergesehen, die ganz auf die Person des Herrn Zinn abgestellt war. Wir waren nicht in der Lage, einen hessischen Landespolitiker in der Propaganda entgegenzusetzen, weil in unseren eigenen Reihen die Sache – ich sage es ganz offen – nicht klar war, wer denn nun

⁵⁶ Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen fand am 6. Juli 1958 statt, die in Schleswig-Holstein am 28. September 1958. Ergebnisse vgl. Nr. 1 Anm. 27 und 29.

eigentlich der Antipode ist. Heute, nachdem wir die Wahl „verloren“ haben, hat sich in den Reihen der CDU die Situation geklärt. (*Zuruf*: Warum nicht vorher?) Ich meine, auch in Kreisen der Bundestagsfraktion in Bonn hat man gesündigt. Als Herr von Brentano als der mögliche Ministerpräsident genannt wurde oder Herr Strauß⁵⁷ oder Herr Nahm⁵⁸ – es sind auch noch andere Namen gefallen –, hat man damit erreicht, daß sowohl diese Leute, aber auch die hessischen Politiker herabgesetzt wurden. (*Zuruf*: Warum denn?) Es ist viel geredet worden, und man hat nichts damit erreicht. Es ist gesagt worden, dadurch, daß wir nicht klar erklärt hätten, daß wir niemals mit der SPD koalieren würden, sei ein Teil der Wähler von uns weggegangen oder sogar zu Hause geblieben. Ich gebe zu, daß das vielleicht für den einen oder anderen maßgebend war, nicht zur Wahl zu gehen oder eine andere Partei zu wählen. Die Parteien, die am lautesten in dieser Hinsicht geschrien haben, haben einen Erfolg für sich gar nicht verbuchen können, z.B. die DP. Sie hat sich verkleinert von 143.000 auf 93.000 Stimmen. Die FDP hat nur 15.000 Stimmen gegenüber dem Bundestagswahlergebnis gewonnen. Das Kuriosum ist folgendes: In einem Gebiet, das naturgemäß sehr empfindlich für die Frage einer Koalition zwischen CDU und SPD ist, nämlich Nord- und Mittelhessen, kam ein ganz seltsames Ergebnis zustande. In Kassel haben wir in einem Wahlkreis sogar das Ergebnis der Bundestagswahl überschritten, obwohl gerade dort diese Fragen – Frau Heiler wird es bestätigen – der Koalition so hochinteressant sind. Die DP ist dort halbiert worden, gerade in Kassel, während sie in Frankfurt nur 15 Stimmen bei 7.000 verloren hat. Ich habe also auf alle Fälle Zweifel, daß diese Frage wirklich so wahlwirksam war, wie das immer behauptet worden ist.

Eine dritte landespolitische Sache ist die Frage der Schule. Sie wissen, daß die hessische Landes-CDU seit über zwei Jahren ihre Propaganda ganz klar und bewußt so geführt hat, daß wir uns zur hessischen Verfassung und der darin verankerten Gemeinschaftsschule bekennen. Das war für manchen Katholiken nicht ganz einfach. Ich bin selbst Katholik, habe aber die Partei dazu gebracht, diese Haltung zur Schule einzunehmen. Das hat die Sozialdemokraten sehr geärgert. Die Sozialdemokraten wissen, daß der überwiegende Teil der hessischen Bevölkerung nur die Gemeinschaftsschule will, vielleicht noch nicht einmal mit dem Zusatz „Christliche Gemeinschaftsschule“. Die SPD hat in den letzten 14 Tagen vor der Wahl mit einem außerordentlich geschickten Plakat operiert, auf dem in der Mitte ein Stacheldraht zu sehen war, rechts und links davon zwei Kinder mit der Überschrift „evangelisch“ – „katholisch“ und darunter „Nur keine Konfessionsschule“. Die SPD in

57 Dr. Walter Strauß (1900–1976), 1949–1963 Staatssekretär im Bundesjustizministerium. Vgl. PROTOKOLLE I S. 180 Anm. 23.

58 Dr. Peter-Paul Nahm (1901–1981), 1953–1970 Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte bzw. ab 1967 des Innern.

Hessen hat damit in außerordentlich geschickter Weise den Komplex des Krieges, der Gefangenschaft und alle unangenehmen Ressentiments aus dieser Zeit angesprochen. Ich muß sagen – ich bekenne es ganz offen –, diese Propaganda war wahltaktisch gesehen das Beste von dem, was ich bisher erlebt habe in einem Landtagswahlkampf. Ich muß offen gestehen, ich war nicht in der Lage, weder von der Sache noch von der Gestaltung her diesem Plakat etwas entgegenzusetzen. Sie müssen wissen, daß die Behandlung dieser Frage in den Reihen der CDU große Schwierigkeiten auslöst. Ich war glücklich, daß ich endlich meine eigene Partei dahin bekommen habe, sich auf den Standpunkt der hessischen Verfassung zu einigen.

Nun wurde am Wahlsonntag ein Hirtenbrief verlesen.⁵⁹ Dieser Hirtenbrief, der an sich sehr nett war, führte aber die Wünsche der katholischen Kirche im einzelnen detailliert auf, und zum Schluß hieß es: Wir wollen das, was in der hessischen Verfassung drinsteht, nämlich die Bekenntnisschule in einigen Gebieten. Das hat bei vielen Katholiken gut gewirkt, hat sich aber wie ein Lauffeuer herumgesprochen, und sofort wurden wir in der Öffentlichkeit identifiziert mit der katholischen Kirche. Es wurde gesagt, die lügen auch noch; denn sie sagen nicht das, was sie letztlich wollen. Es gibt vielleicht noch die eine oder andere hessische Frage, bei der wir uns einer gewissen Schuld zeihen müssen. Wir wollen das ganz offen sagen.

Ich komme nun zur gesamtpolitischen Situation und habe wohl wegen des Wahlergebnisses in Bayern ein gutes Recht, darüber etwas zu sagen. Wenn Bayern 30 % der Stimmen und wir nur 22 % der Stimmen verloren haben, dann brauchen wir in Hessen nicht so stark in Sack und Asche zu gehen, sondern müssen uns Gedanken darüber machen, welche gemeinsamen Motive gibt es dafür, daß die Wahl in Bayern und in Hessen so schlecht ausgegangen ist. Daß die bayerische CSU die Regierung bilden kann, liegt eben an den bayerischen Verhältnissen; daß wir sie nicht bilden können, das liegt eben an den hessischen Verhältnissen. Das war auch schon vor dem Ersten Weltkrieg so, daß in Hessen die Sozialdemokraten die stärkste Partei waren. Wer sich einbildet, in Hessen würden sich die Verhältnisse grundstürzend ändern, der kennt die tatsächlichen Verhältnisse nicht.

Der Herr Bundeskanzler hat dankenswerterweise auf den Fall Kilb hingewiesen. Die Erörterung, die wir hier jetzt angestellt haben, wäre mir – hätten wir sie vor vier Wochen in der Öffentlichkeit angestellt – damals sehr viel sympathischer gewesen. Wir standen doch allein in dieser Frage, und erst auf mein Drängen hin habe ich am Dienstag vor der Wahl von Herrn Koenecke einen etwas nebulösen Brief von Andeutungen bekommen, daß auch bei den Sozialdemokraten Leihwagen gefahren würden. Er hat mir auch die Angaben nicht so an die Hand gegeben, daß ich sie

⁵⁹ Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 252 Anm. 15. Hirtenbrief der Bischöfe des Landes Hessen, verlesen am 23. November 1958 (Archiv des Bischöflichen Generalvikariats Fulda).

in der Öffentlichkeit hätte verwenden können. Ich habe gefragt, ob Schoettle⁶⁰ oder Veit⁶¹ in Stuttgart einen Leihwagen hätte. Das war mir von Stuttgart aus angedeutet worden. Auch der „Fall Schäffer“⁶² hat eine große Rolle gespielt. Ich will keine Debatte darüber auslösen, wie wir über den Fall denken, aber es hat ein klares Wort dazu gefehlt!

Es haben weiter eine Reihe von Dingen, die sich in der Bundesrepublik ereignet haben, eine Rolle gespielt. Zunächst ist es das Problem der Krankenversicherung. Es ist ein sehr vernünftiger Plan in der Öffentlichkeit erschienen. Die Sozialdemokraten haben ihren materialistischen Mitbürger sehr richtig erkannt, indem sie gesagt haben, hütet euch vor der CDU. Wenn die im Bundesrat durch die hessischen Stimmen weitere Macht bekommt, dann müßt ihr euch an der Krankenversicherung selbst beteiligen. Die Sozialdemokraten haben sehr geschickt das Thema der Kriegsopferversorgung aufgerollt und ihren Stoßtrupp, den VdK, vorgeschickt, der in Hunderten von Versammlungen immer wieder die maßlosen Forderungen hinausposaunt hat. Das ging den Leuten wie Öl und Honig ein. Wir haben dem entgegengehalten, wohin kommen wir, wenn wir unsere junge Demokratie so antreiben, daß wir dem Finanzminister einen defizitären Haushalt aufzwingen.

Auch das, was der Herr Bundeskanzler heute gesagt hat, hat eine große Rolle gespielt, daß nämlich unsere außenpolitische Haltung etwas ins Wanken geraten war. Man hat gesagt, wie kommt es eigentlich, daß bei euch jetzt auch über eure außenpolitische Haltung diskutiert wird. Da muß doch etwas los sein! Es gibt vielleicht noch viele andere Gründe. Interessant ist, daß die Wahlbeteiligung in Hessen mit 82,4 % höher liegt als in Schleswig-Holstein. Sie ist die höchste aller Landtagswahlen. Wir haben die Spitze, die wir in der Bundestagswahl hatten, diesmal nicht erreicht; ich glaube deswegen, weil 7 % der Wähler nicht gewählt haben. Damals waren es 89 % und jetzt sind es 82 %. (*Adenauer*: Und keine Briefwahl!) Auch darunter sind zweifellos viele CDU-Wähler, die die Briefwahl benutzt hätten, wenn es sie in Hessen gäbe. Wir haben wie die Verrückten darum gekämpft. Die Sozialdemokraten haben

60 Erwin Schoettle (1899–1976), Verleger; 1947–1962 Landesvorsitzender der SPD Nordwürttemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (1968 geschäftsführender Landesvorsitzender), 1948–1968 Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1949–1972 MdB (1953–1957 und 1964–1965 stv. SPD-Fraktionsvorsitzender), 1961–1969 Bundestagsvizepräsident. Vgl. PROTOKOLLE I S. 110 Anm. 6.

61 Dr. Hermann Veit (1897–1973), Rechtsanwalt; 1945–1946 Oberbürgermeister von Karlsruhe, 1946–1949 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung bzw. des Landtages Württemberg-Baden (SPD), 1946–1960 Wirtschaftsminister und stv. Ministerpräsident (1951) von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (seit 1956 MdL), 1949–1953 MdB.

62 In den Jahren 1955, 1956 und 1957 hatte es Kontakte des seinerzeitigen Bundesfinanzministers Fritz Schäffer über die Bildung einer Konföderation aus beiden deutschen Staaten in Ost-Berlin gegeben. Sie waren von Ulbricht im Zusammenhang mit der Berlin-Krise in die Öffentlichkeit getragen worden. Vgl. Interview des Generalleutnants Müller in „Berliner Zeitung“ vom 14. November 1958; KÜSTERS: Wiedervereinigung S. 107–153.

sie abgelehnt und gesagt, das Wahlgeheimnis sei dadurch gefährdet; sie wußten, warum sie es sagten, denn da liegt unser zusätzliches Kontingent. Wir müssen uns vor Augen halten, daß in einer Demokratie eine Wahlbeteiligung von 82 % schon außergewöhnlich hoch ist und daß eine solche von 89 % geradezu ans Phantasievolle grenzt. Wenn nun – wie ich resignierend feststelle – unsere Schlagkraft nur in dieser Spitze liegt, dann ist es schlecht um uns bestellt. Sie wissen, wer die Spitze soziologisch darstellt. Das ist nämlich der materialistische Flugsand, der sich eben beeindrucken läßt, daß er z.B. in der Krankenversicherung selbst beteiligt wird, daß er vielleicht ein paar Mark mehr Steuern zu zahlen hat oder nicht soviel vom Staate bekommt, wie er sich selbst wünscht. Das sollte uns zu denken geben.

Wir haben in allen Landtagswahlen festgestellt, daß es ein Vorgang ist, der sich vor vier Jahren ganz genauso zugetragen hat, nur war die Größenordnung ein bißchen anders. Wir sind leider in unserer Bundesrepublik zwischen den beiden Bundestagswahlen etwas rückläufig im Ansehen der Bevölkerung. Ich bin mir auch nicht klar darüber, wieso die Befragungen in der Bundesrepublik ein Ergebnis von 50,5 % CDU hatten, und zwar angesichts der Tatsache, daß in Nordrhein-Westfalen ein Rückgang von 17 %, in Schleswig-Holstein von 13 %, in Hessen von 22 % und in Bayern von 30 % vorliegt. Das habe ich noch nicht ganz kapiert. Da stimmt etwas nicht. Man sollte diesen Dingen einmal nachgehen.

Nach der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ haben Sie, Herr Bundeskanzler, im Vorstand der Bundestagsfraktion folgendes erklärt: „Den Wahlausgang in Hessen kommentierte er mit der Bemerkung, es müsse den Wählern bei Landtagswahlen entschieden klargemacht werden, daß sie eine politische Entscheidung zwischen den Sozialdemokraten und der Union zu treffen hätten. In Bayern dagegen sei der Wahlkampf von der CSU „mit Profil“ geführt worden.“⁶³ Ob Sie das gesagt haben, weiß ich nicht; jedenfalls steht es in der Zeitung. Ich kann dazu nur folgendes feststellen. Ich muß nur von dem ausgehen, was in der Zeitung steht. Wenn in Bayern der Wahlkampf mit Profil geführt worden ist, so heißt das, er ist ganz scharf kontra SPD geführt worden. Und dort haben wir 30 % verloren. In Hessen ist er nicht so geführt worden, und dort haben wir nur 22 % verloren! Ich kann Ihnen versichern, der Wahlkampf in Hessen ist mit einer Brutalität gegen die SPD geführt worden. Ich bitte Sie, sich davon zu überzeugen; meine beiden Rundfunkansprachen haben sehr viel Widerspruch bei den Sozialdemokraten ausgelöst, die gesagt haben, ich wäre ein Verbrecher, weil ich so etwas gegen die Sozialdemokraten ausgesprochen habe.

Herr Bundeskanzler! Wenn das erklärt worden ist, muß ich vor meine Freunde in Hessen treten und ihnen das erklären. Meine hessischen Freunde haben ihre Pflicht getan und mit einer großen Schärfe gegen die SPD gekämpft. Wir tun das unentwegt seit acht Jahren. Lesen Sie bitte einmal die Landtagsprotokolle durch! Lesen Sie die Debatten über die Suezkrise und die Atomfragen! Wir haben in dieser siebenstündigen

63 Vgl. FAZ vom 25. November 1958 („Unverändert Koalitionen in Bayern und Hessen. Adenauer übt Kritik an Hessen; Bonn erörtert die Aussichten der kleinen Parteien“).

Debatte in nichts gegenüber den Freunden des Bundestages zurückgestanden. Meine Freunde sind nicht erfreut darüber, daß man uns am Ende dieser Wahl das in der Weise bescheinigt. Einen Dank erwarten wir nicht, das ist klar, wenn wir eine Wahl „verloren“ haben, daß wir die Regierung nicht bilden können. Wir haben sie verloren. Das wissen wir, aber das beeinträchtigt unsere Kampfesfreude und Kampfeslust in keiner Weise, nur muß es doch hier mal unter Brüdern gesagt sein, daß das nicht ganz richtig ist, wenn es so gesagt worden ist; das füge ich ausdrücklich hinzu. (*Beifall.*)

Adenauer: Ich möchte doch noch ein paar Ausführungen machen, damit wir das Thema erledigen können. In der Zwischenzeit habe ich folgende Mitteilung bekommen, und zwar über den angeblichen Inhalt der heute übergebenen Note der Russen.⁶⁴ In der sowjetischen Note wird den Westmächten eine Frist von sechs Monaten gesetzt, um ihr Verhältnis zu Berlin neu zu regeln. Falls diese Frist ungenutzt verstreiche, würde die Sowjetunion mit der DDR einen Vertrag über die weitere Ausübung ihrer Rechte abschließen. Vorläufig ändere sich an dem Status von Berlin nichts. Ob das richtig ist, weiß ich nicht, aber es spricht manches dafür.

Ich möchte nun etwas zu den Ausführungen von Herrn Fay sagen. Vorausschicken darf ich zweierlei: erstens, daß sich Herr Fay außerordentlich große Mühe gegeben hat, (*lebhafter Beifall.*) und daß zweitens wir ihm von Herzen dafür dankbar sein können, daß er das getan hat. Herr von Brentano hat mir gestern gesagt, daß die SPD schätzungsweise viermal soviel Geld zur Verfügung gehabt habe als die CDU. Ich kann das nicht beurteilen, aber Herr von Brentano ist in Hessen zu Hause, und ich nehme an, er wird es wissen. Nun sehen Sie mal, Herr Kollege Fay, Sie haben gesagt, daß man sich in den eigenen Reihen nicht klar darüber gewesen sei, wer denn nun schließlich herausgestellt werden solle. Stellen Sie sich einmal vor, eine Partei geht in einen Wahlkampf hinein – an dessen Ende doch der Ministerpräsident gestellt werden muß –, und sie ist sich gar nicht klar darüber, wer denn nun Ministerpräsident werden soll oder werden könnte. Und das war kein Geheimnis in Hessen, sondern urbi et orbi bekannt, daß Sie keinen Kandidaten als Ministerpräsidenten hatten. (*Fay:* Das war auch nicht das Ziel, einen neuen Ministerpräsidenten herauszustellen. Wir waren uns über die Situation im klaren in unseren eigenen Reihen. Man hat es gerade deswegen nicht gemacht. Aber wer das gewesen wäre, darüber war man sich im klaren! – *Unruhe.*) Aber, lieber Herr Fay! Selbst wenn Sie keinen gehabt hätten, dann konnten Sie doch als große Partei den Wahlkampf nur führen, wenn Sie herausgestellt hätten, dieser betreffende Mann soll der Nachfolger von Zinn werden. Sie mußten das um so mehr tun, als gerade Herr Zinn als Person so stark herausgestellt worden ist bei diesem Wahlkampf. Wenn ich da keinen anderen gegenüberstelle, dann ist doch der Wahlkampf von vornherein mehr oder weniger verloren.

Aber noch etwas anderes! Mir ist sehr zuverlässig von unseren Parteifreunden gesagt worden, daß auch ein Vertreter der CDU vorher mit Herrn Zinn darüber verhandelt habe, wer in dessen Kabinett eintrete. Mit Herrn Zinn haben vor der Wahl

64 Berlin-Ultimatum Chruschtschows vom 27. November 1958 (vgl. Anm. 10).

verhandelt die FDP, der BHE und die CDU. Herr Zinn hatte sie also alle am Bändel und konnte sie auswerten. Und das hat sich doch rundgesprochen in Hessen. Sehen Sie, Herr Fay, ich habe in Darmstadt gesprochen in einer sehr großen Versammlung.⁶⁵ Anschließend fand ein Essen statt. Sie waren nicht anwesend, weil Sie in der Wahlarbeit steckten. Auf diesem Essen, wo die Prominenten der hessischen CDU anwesend waren, hat der stellvertretende Vorsitzende, der Herr Lünendonk⁶⁶, eine Rede gehalten, in der er gesagt hat, nach der Wahl müsse man nun diese Gegensätze zurückstellen und müsse sehen, wie man einen Weg der gemeinsamen Arbeit fände. Und das war ganz augenscheinlich. So habe ich es aufgefaßt, und so mußte ich es auffassen: eine große Koalition mit der SPD. Ich bin deswegen aufgestanden und habe entschieden dagegen gesprochen vor etwa 30 Leuten der hessischen CDU. Wenn das nun die Stimmung bei maßgebenden Kreisen der hessischen CDU war: 1. Wir gewinnen doch nicht, 2. infolgedessen brauchen wir dem Herrn Zinn keinen Gegner gegenüberzustellen, 3. nach der Wahl müssen wir sehen, wie wir in die Regierung hineinkommen, dann soll der Teufel einen Wahlkampf führen! Mich bekommen Sie nicht mehr dahin. Darauf können Sie sich verlassen. Ich bin von Dorf zu Dorf geschleppt worden und habe Reden gehalten noch und noch und muß nun zu meinem Entsetzen hören – nicht von Ihnen –, daß man sich im Grunde genommen doch mit Zinn vertragen wolle. Herr Lücke ist nicht hier. (*Zuruf*: Doch!) Er kann erzählen von seinen Erfahrungen in Frankfurt, (*Lücke*: Und in Viernheim!) damit Sie sehen, wie dieser Wahlkampf in Wirklichkeit geführt worden ist. Das Schlimme ist dabei, daß die Sozialdemokratie den Erfolg in Hessen – sie hat es öffentlich geschrieben – als eine Dokumentation gegen die Bundestagswahl auslegt; was Hessen angeht, vielleicht mit Recht! Sie haben gesagt, daß Sie gegen die Atomgeschichte im Hessischen Landtag gefochten haben. Das wissen wir. Besten Dank dafür! Aber von dieser Debatte abgesehen, haben Sie doch in Ihrem hessischen Landtag vier Jahre lang eine Eintracht mit den Sozialdemokraten. (*Fay*: Das stimmt ja nicht! Wer hat Ihnen das erzählt?) Herr Zinn in [s]einer Broschüre.⁶⁷ Dann müssen Sie gegen die Broschüre vorgehen! (*Fay*: Glauben Sie dem Herrn Zinn mehr als uns?) Wenn Sie nicht widersprechen, ja! Herr Zinn hat in einer Broschüre, die ich gelesen habe, genau gesagt, bei welchen Gesetzen Sie zusammengegangen sind. (*Fay*: Das passiert sogar im Deutschen Bundestag!) Die wollen wir gegenüberstellen. Herr Zinn hat angegeben, soundso viel Gesetzentwürfe haben wir verabschiedet, und bei soundso vielen haben wir gemeinsam gestimmt. Ein

65 Wahlkundgebung in Darmstadt am 18. Oktober 1958 (TERMINKALENDER; vgl. auch UiD Nr. 43 vom 23. Oktober 1958).

66 Heinrich Lünendonk (1906–1992), 1948–1966 stv. Vorsitzender der CDU Hessen, 1950–1965 Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 736 Anm. 42.

67 Nicht zu ermitteln. – Vgl. Rede Zinns auf der Landesdelegiertentagung der hessischen SPD am 12. Oktober 1958 in Hanau, in der er die gemeinsame Gesetzgebungsarbeit aller Fraktionen behandelt. In: AdsD, Sammlung Personalien, Georg-August Zinn, Box 2.

Wahlkampf kann auch nicht begonnen werden zwei Monate vor der Wahl. Wenn man die Mehrheit haben will, muß man dafür vier Jahre lang arbeiten und kämpfen.

Das Wort hat Herr Höcherl.

Höcherl: Meine Damen und Herren! Ich spreche hier als Gast und unterliege in dieser Frage nicht Ihrer Jurisdiktion! (*Heiterkeit.* – *Adenauer:* Sie sprechen von einer Jurisdiktion im Parteivorstand! Wir sind nicht in Bayern! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Ich darf feststellen, daß wir im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen von 38 auf 45,6 % und bei den Mandaten von 83 auf 101 gestiegen sind und daß wir am 4. Dezember wahrscheinlich eine CSU-Regierung vorstellen werden. Das scheint mir ein Ergebnis zu sein, das keinem ein Recht geben soll, auf unsere Kosten mit uns ins Gericht zu gehen. (*Meyers:* Das war fein gesagt!) Der Fall Schäffer hat bei uns in Bayern keine größere Rolle gespielt. Ich habe gelesen, daß ihm große Ovationen erteilt worden sind. Wir haben wahrscheinlich daraus Honig gesogen.

Es ist richtig, daß wir gegenüber der Bundestagswahl abgenommen haben. Das ist bei allen Landtagswahlen so. Sie haben die allerungünstigste Kombination gesucht, Herr Fay. Aber streiten wir uns nicht; wir bilden die Regierung, und darauf kommt es doch an. Wir haben abgenommen, weil die Wahlbeteiligung 10 % unter der Bundestagswahl gelegen hat, die 86 % erreichte. Bei der Bundestagswahl hatten wir das beste Ergebnis im ganzen Bundesgebiet.

Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Position von 28,1 auf 30,9 % verbessern können; ein schwacher Fortschritt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Kommunistische Partei 1954 noch vorhanden, aber dieses Mal verboten war, so daß man ruhig davon ausgehen darf, daß ein wesentlicher Teil der kommunistischen Stimmen in diesem Zuwachs enthalten ist, wobei dieser Zuwachs nur sehr beschränkt gehalten werden konnte. Die Bayernpartei ist von 13,2 auf 8,1 % gesunken. Am besten hat sich der Gesamtdeutsche Block gehalten. Ich bin der Meinung, daß der organisatorische Unterbau in den Landsmannschaften verantwortlich zu machen ist, weil dort politische Angelegenheiten miterledigt werden, sonst wäre es unbegreiflich, daß die sich so hätten halten können. Die Freie Demokratische Partei ist unter der Fraktionsgröße geblieben. Sie hat nur acht Mandate bekommen. Die Fraktionsstärke beträgt bei uns aber zehn Mandate.

Die Gespräche sind aufgenommen; es ist sicher, daß wir mit dem Gesamtdeutschen Block eine Koalition bilden werden. Wir sind interessiert daran, daß die Freie Demokratische Partei mit an der Regierung beteiligt wird, nicht zuletzt aus bundespolitischen Gründen. Auch das Wetter hat eine Rolle gespielt. Die allergrößte Rolle hat gespielt die erfolgreiche Wirtschaftspolitik, weil die Leute aus dieser Sattheit, in der sie sind, nicht herauszubringen sind. Die Leute sagen, das geht schon alles in Ordnung. Aber bei der Bundestagswahl gehen sie immer stärker zur Wahl.

Adenauer: Ein paar Bemerkungen dazu! Ist es richtig, Herr Höcherl, daß Sie in der Zwischenzeit 102 Abgeordnete haben? (*Höcherl:* Das ist möglich. Wir haben schon damit gerechnet, daß der eine oder andere eine neue Liebe entdeckt und zu uns kommt!) Herr Seidel hat mir gestern gesagt, der BHE habe aus Versehen einen

Mann aufgestellt, der vorher schon zur CSU übergetreten sei. (*Lebhafte Heiterkeit.* – *Höcherl:* Ja, ein gewisser Dr. Sahliger⁶⁸. Er ist Mitglied der CDU [CSU]. Wir haben ihn beim BHE kandidieren lassen, weil man nie weiß, wie es geht. – *Stürmische Heiterkeit.*) Früher hat mir ein Bayer gesagt, der bayerische Löwe habe schon lange seinen Schwanz eingezogen. (*Heiterkeit.*) Sie haben gesagt, Sie wollten aus bundespolitischen Gründen eventuell einen Freien Demokraten hineinnehmen. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an der Bundespolitik! Aber denken Sie vielleicht einmal bei einem solchen Entschluß an eine Verbindung mit Baden-Württemberg. Es ist die Rede davon, daß in Baden-Württemberg – ich weiß es aber nicht – eine Regierungskoalition gebildet werden soll aus CDU und FDP. (*Gurk:* Das ist dem Landesvorsitzenden in keiner Weise bekannt. Ich halte es für ganz ausgeschlossen!) Sie haben noch keine beschlossen? (*Gurk:* Dann müßte es in Baden-Württemberg eine uns nicht bekannte Regierungsführung geben. – *Heiterkeit.* – Es sei denn, daß die alte Regierung fortgeführt wird!) Nun, *relata refero!* Ich kann es nur sagen von einem Herren, der sehr davon betroffen ist. Wenn es der Fall sein sollte, würde ich da eine Verbindung aufnehmen, Herr Höcherl, denn das ist auch föderalistisch. Im übrigen wünschen wir Ihnen von Herzen viel Glück zu Ihrem Erfolg; denn der Erfolg ist schließlich die Hauptsache, und wir sind sehr froh, daß sich in Bayern die Sache in einer solchen Ruhe abgespielt hat. Ich war dort in mehreren Versammlungen, und ich muß sagen, in München war z.B. die Stimmung ausgezeichnet.⁶⁹ Als ich dort redete, waren nach polizeilichen Feststellungen 20.000 Leute in verschiedenen Sälen versammelt.

Nun meine ich, wir sollten jetzt die Erörterung auch über die Wahl in Hessen abschließen; es sei denn, daß Herr Lücke noch etwas sagen möchte. Ich darf Ihnen, Herr Fay, noch einmal wiederholen, was ich schon draußen gesagt habe. Herr Krone ist vielleicht so freundlich und kontrolliert das, was ich jetzt sage. Ich habe in der Vorstandssitzung nicht gesagt ... (*Fay:* „Den Wahlausgang in Hessen kommentierte er mit der Bemerkung, es müsse den Wählern bei Landtagswahlen entschieden klargemacht werden, daß sie eine politische Entscheidung zwischen den Sozialdemokraten und der Union zu treffen hätten. In Bayern dagegen sei der Wahlkampf von der CSU „mit Profil“ geführt worden.“⁷⁰) Im Vorstand habe ich darüber gesprochen, aber Herr Krone bestätigt, daß das eine Entstellung ist. (*Fay:* Das kann vielleicht berichtigt werden!) Das ist jetzt zu spät. Das liest keiner mehr! Bei der nächsten Landtagswahl kann man darüber sprechen. (*Fay:* Dann kommen Sie aber wieder nach Hessen!)

68 In der Vorlage: Salinger. – Dr. Bruno Sahliger (geb. 1922), Regierungsassessor; 1958–1962 MdL Bayern (CSU; gewählt über die Wahlkreisliste des GB/BHE, am 28. November 1958 in die CSU-Fraktion aufgenommen).

69 Wahlversammlung in München am 21. November 1958 (TERMINKALENDER).

70 Vgl. Anm. 63.

Meine Freunde! Nun meine ich, sollten wir über die sehr ernststen Probleme, die ich Ihnen vorgetragen habe, wenigstens einige Worte sprechen, und zwar handelt es sich um folgende Fragen: 1. Die Situation bei der Steinkohle an der Ruhr. Es sind einige Herren aus Nordrhein-Westfalen hier, die sicher ein Interesse daran haben, daß darüber gesprochen wird. In den nächsten Wochen werden wichtige Entscheidungen getroffen werden müssen. 2. Unsere Stellung gegenüber der SPD. 3. Verbreitung einer vergifteten Atmosphäre in der Bevölkerung über angebliche Korruptionen. – Das Wort hat Herr Albers.

Albers: Es ist notwendig, über die Behebung der jetzigen Not in der Kohlewirtschaft mehr als bisher zu diskutieren. Denken wir daran, daß bei der letzten Bundestagswahl die Industriearbeiter in Nordrhein-Westfalen in außerordentlich großer Zahl zu uns gestoßen sind. Ich habe aus der Stellungnahme des Herrn Bundeskanzlers entnehmen können, daß er den Vorschlägen und Anregungen, die wir ihm vor mehr als drei Wochen unterbreitet haben, positiv gegenübersteht. Ich habe auch die Bitte an den Herrn Professor Dr. Erhard, sich für eine gute Lösung einzusetzen. Ich mache Sie auf folgendes aufmerksam: Ich bin von 1919 [an] in der Gewerkschaftsbewegung hauptamtlich tätig, und zwar bis zum Jahre 1933. Ich habe auch seit 1945 die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen aufmerksam verfolgt und mußte dort gelegentlich eingreifen. Wenn nun in Nordrhein-Westfalen die Bergarbeiterschaft in politische Unruhe gebracht wird, dann wirkt sich das weiter aus auf die übrigen Teile der Bundesrepublik. Es ist also aus wirtschaftlichen, politischen und auch aus parteipolitischen Gründen notwendig, diesem Problem unsere größte Aufmerksamkeit zu widmen. Ich unterstreiche die Meinung des Herrn Bundeskanzlers. Wir können nicht soviel Heizöl in die Bundesrepublik hineinpumpen, daß dadurch die Kohlewirtschaft in Gefahr gebracht wird.

Ein Zweites! Ich bin nicht mehr Bundestagsabgeordneter, aber eines muß ich Ihnen sagen, daß mir nämlich die Behandlung der sogenannten Korruptionsfälle hier in Bonn bis zum Halse steht. Hier sitzen die Herren Johnen und Ministerpräsident Meyers, die ich bitte, die ganze Angelegenheit einmal ernstlich zu überprüfen. Ich muß offen sagen, ich habe in den letzten Tagen – Herr Krone weiß darüber Bescheid – Informationen persönlicher Art über die Zusammensetzung gewisser richterlicher Instanzen zur Kenntnis nehmen müssen, über die ich glatt erstaunt gewesen bin. Ich bin 1934 von Nazi-Richtern herangezogen worden, 1944 habe ich vor dem Volksgerichtshof gestanden. Wer waren die Verbrecher, die effektiv die Weimarer Demokratie kaputtgemacht haben? Die Antwort ist bereits gegeben worden, aber ich sehe hier eine große Gefahr, wenn wir eine solche Loyalität gegenüber diesen sogenannten Richtern weiterhin zeigen. Wenn das so weitergeht, dann sägen wir uns selber den Ast ab, auf dem wir sitzen.

Herr Dr. Fay, ich bin dankbar, daß Sie über die Frage der Landtagswahl gesprochen haben. In diesem Zusammenhang darf ich darauf aufmerksam machen, daß wir unsere Aufmerksamkeit vor allem auf die Tätigkeit der SPD in den Betrieben lenken müssen. Die Betriebe sind die entscheidenden Stellen, wo auch

die politischen Entscheidungen fallen. Wir müssen insbesondere in den größeren Betrieben Vertrauensmänner einsetzen. Unsere schönsten Erfolge nützen uns nichts, wenn wir nicht in jedem Betrieb unsere Leute haben. Herr Professor Erhard! Ich habe mit Ihnen über dieses Problem sehr eingehend gesprochen. Ich darf Sie auf folgendes aufmerksam machen: Was nützt es, wenn die einzelnen Kreisparteien ihre Mitglieder etwas vermehren? Nach meiner Auffassung müßte jede Kreispartei feststellen, welche Betriebe mehr als 100 Mann Belegschaft haben und wer dort unser politischer Vertrauensmann ist. Das ist die dringlichste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Ich erinnere Sie an die Betriebsrätezeitung der SPD und die Tätigkeit, die Herr Wehner dabei ausübt.⁷¹ Wir können nicht mehr mit leichter Hand an diese politischen Probleme herangehen, sondern wir müssen auch die Betriebe erfassen und dafür sorgen, daß wir hier wirksam werden. Ich bin einer der letzten aus der alten christlichen Gewerkschaftsbewegung und beurteile die Dinge ganz nüchtern. Wenn meine Generation gestorben ist, haben wir diesen Dingen, von denen ich gesprochen habe, nichts mehr entgegenzusetzen.

Adenauer: Es liegen verschiedene Wortmeldungen vor. Lassen Sie mich aber, damit Sie die politische Situation klar sehen, folgendes sagen: Vor wenigen Wochen hat das EMNID-Institut eine Zusammenstellung von Befragungen über eine Reihe von Monaten hinweg gemacht und dabei festgestellt, wenn ich die Zahl richtig behalten habe, daß über 50 % der befragten Arbeitnehmer für die CDU waren.⁷² Das war sehr erfreulich, aber das darf nicht verlorengehen. Wenn es verlorengeht, können wir unsere Mehrheit nicht behalten.

Meyers: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es hat keinen Zweck, daß wir die verschiedenen Probleme durcheinander diskutieren. Der Herr Bundeskanzler hat angeregt, zunächst über die Kohlesituation zu sprechen. Das ist im Augenblick das wichtigste Problem. Natürlich ist auch die Textilindustrie ein schweres Problem und andere Industrien, aber wir sollten nicht in den Fehler verfallen, daraus nun zu schließen, es sei nun eine Wirtschaftskrise oder eine beunruhigende Lage entstanden. Es gibt andere Industrien – ich nenne nur die chemische Industrie oder die Elektroindustrie –, denen es enorm gut geht, so daß man hier fragen kann, ob nicht eine Konjunkturbremse angelegt werden soll.

Derjenige Bevölkerungsteil, der die schwierigste Arbeit hat, das sind die Bergarbeiter. Das Ruhrgebiet ist auch das politisch anfälligste Gebiet. Die Älteren unter uns kennen noch die Vorgänge im Ruhrgebiet kurz nach dem Ersten Weltkrieg und vor der nationalsozialistischen Herrschaft. Wir müssen auf alle Fälle dafür sorgen, daß die Arbeit dort erhalten bleibt und die Halden allmählich verschwinden. Wir

71 Sozialdemokratischer Betriebsräte-Brief (Bonn), erschienen 1957–1963, ab 1964 unter dem Titel „Arbeitnehmerbrief“. – Wehner war regelmäßiger Kolumnist.

72 Nach den Untersuchungsreihen „Zur Resonanz der Parteien“ in den EMNID-Informationen vom 2. August, 13. September und 8. November 1958 läßt sich diese Angabe Adenauers nicht bestätigen.

haben uns in allen Stellen – beim Bundeskanzler, beim Wirtschaftsminister, in der Partei usw. – in den letzten Monaten in einem sehr großen Ausmaße mit diesem Problem befaßt. Vorgestern haben wir die nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten und einige Landtagsabgeordnete eingeladen, um uns mit ihnen über dieses Problem zu befassen. An diesem Abend haben wir einen ausgezeichneten Vortrag des Herrn Burgbacher⁷³ gehört, der in klarer Gliederung und Konzeption die ganzen Schwierigkeiten aufgezeigt hat. Diese Schwierigkeiten sind mannigfacher Art. Es ist außerordentlich schwer, die richtige Prognose zu stellen. Wir haben erlebt, daß sich die Sachverständigen im vorigen Jahre mit ihrer Prognose erheblich getäuscht haben. Wir haben den Schock erlebt, als dann vom Bundeswirtschaftsministerium im Januar dieses Jahres die wahren Zahlen herausgekommen sind. Es hat sich also alles hier verschlechtert. Nun kommt hinzu, daß sich ein Fehler verdoppelt; denn in der Zeit, wo es keine Kohle gab, hat jeder naturgemäß versucht, sich einzudecken, und er hat die Kohlen auf Halden gelegt, so daß wir heute Millionen von Tonnen auf Halden liegen haben. Wir können gar nicht damit rechnen, daß ein normaler Absatz kommt.

Nun ist zu alledem noch hinzugekommen, daß in einem großen Ausmaße Heizöl auf den Markt geworfen wird. Der Herr Bundeskanzler hat die Gründe dafür schon ausgeführt. Der Ausbau der Kapazität des Heizöls ist in einem ungeahnten Ausmaße gestiegen. Ich bin der Meinung, daß uns die Heizölmanager betrogen haben. Alle haben das Interesse, den deutschen Markt zu erobern wegen unserer harten Währung. Die Manager machen so niedrige Preise für das Heizöl in Deutschland, die es in der ganzen Welt nicht gibt. Und wenn sie den Markt erobert haben, dann gehen sie mit den Preisen wieder hoch, und wir können uns nicht dagegen wehren, weil wir abgeschnitten sind von den Energiequellen. Jeder stürzt sich auf den deutschen Markt, um das gute Geld zu bekommen. Wir müssen das alles miteinander in Einklang bringen; denn es wäre falsch, nun die ganze Wirtschaft auf Dirigismus umzustellen. Das ist sicherlich nicht nötig, aber wir müssen politisch vorsichtig sein. Es muß dafür gesorgt werden, daß an der Ruhr Ruhe bleibt. Wo sie gestört ist, muß sie wiederhergestellt werden, weil dort ein politisch empfindsames Zentrum ist, das ausstrahlt auf die ganze Bundesrepublik. Wenn da etwas los ist, werden wir es in der ganzen Bundesrepublik spüren. Im Augenblick geht es noch. Gutermuth⁷⁴ hat erklärt, daß die Versammlungen im November das Ventil waren. Die roten Agenten Moskaus und Pankows sind an der Ruhr am Werk. In allen Betriebsversammlungen wird gehetzt und gesagt: Aus Prestige Gründen wird das Angebot Pankows nicht angenommen.

73 Dr. Fritz Burgbacher (1900–1978), 1957–1976 MdB (CDU), 1958–1977 MdEP, 1973–1976 Vizepräsident des Europäischen Parlaments, 1960–1967 CDU Schatzmeister (Erinnerungen: Gedanken zu unserer Zeit, 5 Bde., Köln 1957–1976). Vgl. auch PROTOKOLLE I S. 440 Anm. 31.

74 Heinrich Gutermuth (1898–1977), vor 1933 im Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter, nach 1946 Hauptvorstand IG Bergbau, 1956–1964 Vorsitzender, 1963–1967 Präsident des Internationalen Bergarbeiterverbandes.

Deswegen müssen wir kurzfristige Maßnahmen treffen, aber zugleich auch eine langfristige Planung vorsehen. Ich betone ausdrücklich, keinen Dirigismus, wohl aber das, was jeder kleine Kaufmann machen muß, wenn er sich überlegt, was er an Waren nötig hat. Das ist eine kaufmännische Überlegung und kein Dirigismus. Wir werden uns überlegen müssen, was haben wir an Kapazität und an Bedarf für die nächsten Jahre zu erwarten, und wie kann das sinnvoll aufgeteilt werden, daß nicht die Primärenergie nachher in der Kohle auf Halde liegt, was wirtschaftlich viel kostet. Wir dürfen auch nicht, was die Energie angeht, in eine Abhängigkeit des Auslandes geraten; denn das kann lebensgefährlich werden. Denken Sie an Krisenzeiten wie Suez und Korea. Der Herr Bundeskanzler hat das als politisches Problem angesprochen. Wir müssen alle helfen, damit dieses Problem gelöst wird. Wir haben im Landtag die Intervention der SPD dazu, und wir können und wollen nicht ausweichen, weil es ein Lebensproblem für die Ruhr und damit für Nordrhein-Westfalen ist.

Noltenius: Wir können die Kohlenfrage nicht ausdiskutieren, ich möchte aber bitten, daß man bei den zu treffenden Maßnahmen die Auswirkungen auf die übrige deutsche Wirtschaft in Betrachtung zieht und nicht bloß an den Rhein und an die Ruhr denkt. Wir haben auch neuralgische Punkte in den Werften der Hansestädte. Die Häfen sind außerordentlich empfindlich gegen Veränderungen auf dem Weltmarkt. Maßnahmen, die uns bei dem Bezug von Gütern in den Werften benachteiligten, würden Störungen hervorrufen, auch politische. Auch wir in den Hansestädten verfügen über alte Kommunisten. Es ist von Ihnen, Herr Bundeskanzler, so dargestellt worden, als ob es schließlich ein Konflikt der Kohle gegen das Heizöl sei. Ich möchte das dahingestellt sein lassen; denn davon verstehe ich nicht genug. Ich hoffe, daß es sich anders lösen läßt. Wenn man sagt, der Bezug dieser Rohstoffe aus Übersee brächte uns in eine Abhängigkeit, die unter Umständen bei Krisen lästig oder gefährlich werden könne, so möchte ich daran erinnern, daß in den vergangenen Jahren, als uns der Zutritt zum Weltmarkt noch nicht wieder offenstand, die Abhängigkeit von der Ruhr für die Wirtschaft ebenfalls sehr drückend gewesen ist. Ich bin der Meinung, das beste für die Wirtschaft ist, zu wählen, ob sie bei dem einen oder anderen kaufen will. Ich möchte nicht, daß wir diesen Zustand wieder verlieren. Es ist gesagt worden, daß der Abschluß langfristiger Lieferungsverträge durch die Montanunion verboten worden sei. Das ist sehr interessant. Ich hatte gehört, die Ruhr sei nicht sehr geneigt gewesen, langfristige Verträge abzuschließen. (*Adenauer:* Das kommt noch hinzu!) Sie hat auch hinsichtlich der inländischen und ausländischen Kundschaft einiges zu wünschen übrig gelassen. Ich möchte darum bitten, das, was diese außerordentlich gut geleiteten Interessenverbände jetzt vorbringen, mit der größten Vorsicht zu prüfen. Sie sind in den vergangenen Jahren nicht darum verlegen gewesen, uns Gründe dafür zu nennen, wenn wir nicht genug Kohle bekamen. Jetzt haben sie Gründe für das andere. Vorsicht gegen diese sehr tüchtigen Leute ist auf alle Fälle am Platze, bevor man hier Entscheidungen trifft.

Adenauer: Herr Noltenius! Sie müssen den Bergbau anders sehen als eine Hafenkonzunktur. Der Bergbau erfordert langfristige Planungen. Und da wir jetzt

schon in Teufen gehen von 1.000 m und mehr, können wir nicht einen Betrieb für drei Jahre einstellen; denn dann ist er versoffen. Deswegen muß keine andere Industrie so sehr wie der Bergbau eine ruhige und stetige Entwicklung haben. Ich bitte Sie, davon auszugehen. Ich bitte Sie, weiter davon auszugehen, daß es nicht nur 500.000 Bergarbeiter sind, die im Ruhrgebiet eng zusammen wohnen, sondern es kommen auch noch die Eisen- und Stahlarbeiter hinzu und all die Arbeiter der Zulieferindustrien. Es handelt sich um Millionen Menschen im Industriegebiet. Und das alles steht und fällt mit der Kohle. Da kann man nun wirklich nicht – das ist kein Dirigismus – heute so und morgen so handeln.

Eines ist richtig! Sie warnen vor den Interessenverbänden. Ich habe den Unternehmensverbänden wirklich kein Wort geschenkt, sondern ihnen sehr nachdrücklich meine Meinung darüber gesagt, wie sie sich bürokratisiert haben und nicht mehr kaufmännisch handeln und denken. Ich habe ihnen auch gesagt, daß sie in den Zeiten, als Kohlemangel herrschte, 70 % der Importkohle und 40 % des Heizöls plötzlich gekauft haben. Das ist also alles richtig, was Sie sagen, Herr Noltenius, aber ich möchte Sie dringend bitten, wenn Sie das Problem betrachten, dann tun Sie es nicht unter dem Gesichtspunkt von Interessenverbänden, sondern betrachten Sie es aus dem Gesichtspunkt der Millionenmassen von Menschen, die da wohnen, und daß es weder bei uns noch in der Welt eine andere Industrie gibt, die eine solch langfristige Planung braucht wie gerade der deutsche Bergbau; ganz anders wie der Braunkohlenbergbau bei uns oder wie der Steinkohlenbergbau in den Vereinigten Staaten. Dort liegt die Steinkohle in geringen Tiefen, wohin man leicht gelangen kann, und in drei Monaten können sie es liegen lassen, wenn sie keinen Absatz haben. Das ist aber im Ruhrbergbau völlig anders. Sie müssen sich einmal mit diesem Problem näher befassen. Ich war während der ganzen Jahre, da ich in Köln Oberbürgermeister war⁷⁵, Vorsitzender des Provinzialausschusses der Rheinprovinz und konnte den Bergbau im Industriegebiet aufgrund dieser meiner Tätigkeit genau beobachten. Ich habe also einen gewissen Einblick bekommen, daß das Industriegebiet der gefährlichste und neuralgischste Punkt der ganzen Bundesrepublik ist. Wenn es dort gärt, dann gärt es weiter, und dann können wir der Dinge nur sehr schlecht wieder Herr werden.

Ich bitte Sie, nicht zu sagen, in den Werften sei es auch unruhig. Hier ist das Problem doch unendlich viel schwieriger als in den Häfen. Wenn Sie gesagt haben – was ich für richtig finde –, wir hätten mit dem Steinkohlenbergbau beim Bezug von Kohle unsere Last gehabt, so haben Sie völlig recht, aber das berechtigt uns nicht, nun diesem Problem auszuweichen, sondern wir müssen mit großer Ruhe und Sorgfalt wieder seiner Herr werden. Und das ist letzten Endes das Problem – lassen wir das Vergangene vergangen sein –, daß wir Maßnahmen treffen müssen, damit nicht im Laufe der nächsten Jahre Hunderttausende von Bergleuten abgebaut werden. Dieser Abbau von Hunderttausenden von Bergleuten im Industriegebiet würde eine Katastrophe bedeuten. Darüber müssen Sie sich völlig klar sein.

75 Von 1917 bis 1933.

Erhard: Ich möchte das Problem sehr ruhig anpacken und vor einer allzu großen Dramatisierung warnen; denn das ist es gerade, was die treibenden politischen Kräfte an der Ruhr wollen, nämlich die Dinge zu einer Siedehitze hochzutreiben. Ich möchte das Problem ganz bestimmt nicht bagatellisieren. Ich weiß, was 12 Millionen Tonnen Kohle auf Halden bedeuten und daß Feierschichten keine schöne Angelegenheit sind, so daß wir selbstverständlich bestrebt sein müssen, hier das Beste und Rechte zu tun.

Zunächst ist es gar kein deutsches Problem, sondern diese ganze Kohlenmisere ist in aller Welt ausgebrochen, und es gibt kein kohleerzeugendes Land, in dem nicht riesige Mengen auf Halde liegen; in den Vereinigten Staaten 45 Millionen Tonnen, in England ungefähr die gleiche Menge wie bei uns; in Belgien verhältnismäßig sehr viel mehr. Dort ist in der letzten Zeit mit zwei Feierschichten in der Woche gefahren worden. In Frankreich sind es 8 oder 9 Millionen Tonnen, bei uns bekanntlich 12 Millionen Tonnen. Die Gründe dafür liegen ziemlich klar zutage. Der Herr Bundeskanzler oder Herr Meyers hat erwähnt, daß falsche Meldungen gemacht worden sind usw. usw.

Aber wie liegen die Dinge nun tatsächlich? Es sind an der Ruhr bisher im Durchschnitt – ich weiß, wie problematisch ein Durchschnitt ist, aber man muß ja eine Größenordnung haben – verfahren worden dreieinhalb bis vier Feierschichten, d.h. es sind seit dem 1. Januar bis zum 30. November insgesamt im Durchschnitt dreieinhalb bis vier Arbeitstage ausgefallen. Und da sollte man nicht von einer sozialen Notlage sprechen. Das kann man um so weniger, als durch die Erhöhung der Schichtleistung pro Mann der deutsche Bergarbeiter trotz der Feierschichten im Durchschnitt ein noch 4,8 % höheres Einkommen hat als im vergangenen Jahre.

Das sind die Daten. Wir haben mit dem Bergbau verhandelt. Der Herr Bundeskanzler hat mir das Wort gegeben, und ich habe deutlich gemacht, aus welcher Richtung wir unmittelbare Einwirkungsmöglichkeiten haben. Das war eine Reihe von gezielten Maßnahmen, wie z.B. die Auftragserweiterung an die Deutsche Bundesbahn. Damit würde man der Kohle eine Entlastung von rd. 1 Million Tonnen bringen. Wir haben das Geschäft mit der Sowjetzone gemacht, das 1 Million Tonnen bedeutet.⁷⁶ Wir haben die Bundesbahn veranlaßt, daß sie für zwei Jahre die Kohle von der Ruhr wegnimmt oder auf Halde legt. Wir haben die Ausgleichskassen beseitigt.⁷⁷ Ich glaube, man

76 Vgl. die Vereinbarung im Interzonenhandel vom 20. November 1958, nach der eine Million Tonnen Steinkohle in die DDR geliefert wurden (BULLETIN vom 25. November 1959). Vgl. auch KOERFER S. 220–226 und SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 169–173.

77 Vermutlich meint Erhard die Abschaffung der Schrottausgleichskasse, was auf Betreiben der Bundesregierung im Ministerrat der Montanunion erreicht worden war. Durch den Wegfall der Schrottausgleichskasse sollte der Einsatz von Roheisen anstelle von Schrott in der eisenschaffenden Industrie begünstigt werden. Dies bedeutete gleichzeitig einen höheren Koksverbrauch, da die Weiterverarbeitung von Roheisen mehr Kohle erforderte als die Weiterverarbeitung von Schrott. Zu den Maßnahmen der Bundesregierung während der Kohlekrise vgl. Erhard vor dem Bundestag am 29. Januar 1959 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 42 S. 3221).

kann 5 Millionen Tonnen Kohle auf solche Weise eliminieren. Das war natürlich eine richtige Hilfe.

Weiter haben wir gesagt, wir unterstützen alle Maßnahmen, die die Ruhr als eine unternehmerische Aufgabe selbst unternimmt, um von den Amerika-Kontrakten loszukommen.⁷⁸ Der Herr Finanzminister hat sich bereit erklärt, wenn das finanziell einmal zu Spannungen führen sollte, könne er eine Hilfestellung leisten. Grundsätzlich unterstützen wir alle Maßnahmen, um von den Amerika-Kontrakten herunterzukommen. Wie sind nun die Dinge? Wir haben am 8. Januar 1958 den Energieträgern gesagt, wir sehen voraus, daß wir im Jahre 1958 wahrscheinlich zuviel Kohle haben werden⁷⁹; wir schätzen etwa 8 Millionen Tonnen. Wir sind damals beschimpft worden, wie wir so etwas Verrücktes sagen könnten. Bis dahin hatte nicht nur der Unternehmerverband, sondern auch der Bergbau uns immer wieder ermuntert, wir möchten amerikanische Kohle einführen, weil Herr Gutermuth entsprechend höhere Löhne oder eine Verkürzung der Arbeitszeit forderte, also Maßnahmen zu treffen, die zu einer Senkung der Förderung führten. Man verlangte von uns, amerikanische Kohle zu kaufen; denn man wollte nicht durch die Kohlenversorgung des deutschen Bergbaues Schaden erleiden. Es ist nicht so, daß das etwa nur als eine Liberalisierungspolitik von mir gemacht worden ist, sondern es war die Meinung aller Beteiligten, daß wir amerikanische Kohle einführen sollten. Wir haben am 8. Januar gesagt: Wir haben zuviel Kohle; aber wir sind der Meinung, die deutsche Kohle wird wieder abgehen, das ist keine echte Krise, sondern eine Zusammenballung von ungünstigen Faktoren. Und was hat die Ruhrkohle gemacht? Sie hat im Februar 5 Millionen Tonnen und im März 12 Millionen Tonnen Amerikakohle abgeschlossen, nachdem wir gesagt hatten, wir haben 8 Millionen Tonnen Kohle zuviel.

Man muß die Dinge im Zusammenhang sehen. Von den begangenen Sünden mit den Preisen usw. wollen wir nicht sprechen. Wir haben in diesem Jahre ein außerordentlich ruhiges Preisklima. Im vorigen Jahre haben wir uns über die Preise unterhalten. Da schien es so, als ob daran das Gedeihen unserer Politik hinge. Jetzt hängt es nicht an den Preisen, sondern es liegt an der Kohle. Was kann man tun? Ich bin der Meinung, daß man wohl mit den Ölleuten sprechen kann; die Verhandlungen sind auch im Gange. Wenn es zutrifft – das hat Herr Gutermuth gesagt –, daß tatsächlich die Kohle fiskalisch stärker belastet ist als das Heizöl, dann ist es recht und billig, hier wieder eine Gleichstellung vorzunehmen. Obwohl es zutrifft,

78 Bei den Amerika-Kontrakten handelte es sich um mittelfristige Importverträge mit amerikanischen Kohlelieferanten aus den Jahren 1956/57. Als sich 1958 die Überschußförderung an Kohle abzeichnete, führte die vertraglich festgelegte Abnahme amerikanischer Kohle zu einer zusätzlichen Verschärfung der heimischen Kohlekrise (Sten.Ber. 3. WP Bd. 42 S. 3221 f.). Vgl. auch: 25 Jahre gemeinsamer Markt für Kohle 1953–1978. Brüssel-Luxemburg 1977 S. 90f.

79 Sitzung des „Energiekreises“ im Bundeswirtschaftsministerium am 10. Januar 1958. Vgl. BULLETIN vom 16. Januar 1959 S. 78.

daß die Kohle aus geologischen Gründen in der Produktion nicht so beweglich sein kann, so kann man die Kohle nicht völlig außerhalb der Wirtschaft stellen. Es gibt keinen Wirtschaftszweig, der ohne Rücksicht auf den Verbrauch und ohne Rücksicht auf die Kosten und den Preis einfach produzieren kann. Wenn wir das nämlich tun und der Kohle sozusagen die absolute Existenzsicherung geben, daß sie ohne Rücksicht auf die Fördermenge, die Kosten und die Preise ein ruhiges Dasein führen kann, dann werden wir wieder die Sünden büßen müssen in der Preisentwicklung. Dann wird Herr Gutermuth nicht stillhalten, und die Kohle wird im Preis nicht bleiben.

Sollen wir eigentlich eine Politik treiben, das Heizöl so zu erhöhen, um diese Kohlenpolitik zuzulassen? Mit dem Heizöl ist es so: Wir sind mit dem Verbrauch an Heizöl ein unterentwickeltes Land. Alle die anderen Länder um uns verbrauchen ungefähr die doppelte Menge an Heizöl. Das gilt für leichte und für schwere Zeiten. Die englische Regierung fördert es noch mehr, und selbst in Belgien, das wirklich unter der Kohlesituation seufzt, hat die Regierung erklärt: Man kann den Fortschritt nicht hemmen, und wir müssen dem Öl die freie Entwicklung lassen, auch wenn es für die Kohle im einzelnen eine Änderung bringt. Ich würde es nicht so frei aussprechen, wenn ich nicht überzeugt wäre, daß die Kohle die immer gesicherte Existenzgrundlage für die deutsche Energieversorgung abgibt. Aber wir können auch nicht das Heizöl behindern, und es hätte im übrigen auch wenig Sinn. Das einzige, was wir tun könnten, wäre natürlich, den Bau von Raffineriekapazitäten in Deutschland zu verhindern; aber gewonnen wäre damit nichts; denn dann würden die Kapazitäten in Belgien oder Holland errichtet, und wir würden nur verzichten ... (*Adenauer*: Es denkt doch kein Mensch daran, den Bau von Raffinerien zu verhindern!) Wenn wir den Ölverbrauch betrachten, hat es keinen Sinn ... (*Adenauer*: Sie haben zu den Bergarbeitern ganz anders gesprochen!) Nein! Ich habe nicht anders gesprochen. Im übrigen kann ich doch hier vor den Parteifreunden einmal das Problem erörtern und muß auch dazu sagen können, wie ich es sehe. Wenn wir den Heizölverbrauch in Deutschland durch eine künstliche Besteuerung jeweils so halten wollen, daß der Kohle nichts passiert, dann bin ich der Meinung, daß wir damit eine falsche Politik machen; die können wir nicht verantworten. Wenn Raffinerien entstehen in den nächsten Jahren mit Investitionen von einigen Milliarden, dann bedeutet das auch wieder einen sehr erheblichen Verbrauch an Kohle. Man kann also die Dinge nicht in einzelne Teile auflösen, sondern muß das Ganze sehen.

Obwohl ich zugebe, daß wir bei der Kohle andere und gewichtigere Gründe haben als bei irgendeinem anderen Konsumgut, werden wir aber in allen diesen Fällen nicht von dem abkommen, was ich gesagt habe. Denken wir auch an die Textilindustrie usw. Und was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Ich wehre mich nicht gegen die Argumente, die der Herr Bundeskanzler vorgetragen hat, aber ich warne davor, die Dinge allzusehr zu dramatisieren. Es ist eine ganz bewußte Methode, daß wir unter Druck gesetzt werden sollen. Ich möchte mit dem Herrn Bundeskanzler sagen, man muß konsequent bleiben, und wir sollten das Stehvermögen haben, für die Kohle alles zu tun und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um sie wieder flottzumachen, aber

nicht dadurch, daß man andere straft, weil die Kohle falsch disponiert hat. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Ich bedaure Ihren Beifall, meine Herren! Das Problem ist nicht erschöpfend bisher behandelt. Das Problem ist viel ernster und wichtiger. Ich bedaure auch einige Ausführungen des Herrn Kollegen Erhard. Kein Mensch denkt daran, der Kohle einen bequemen Weg zu machen. Herr Kollege Erhard war selbst dabei, als Herr Etzel vorgetragen hat, daß die Kohle steuerlich viel mehr belastet ist als das Heizöl. (*Erhard:* Da sind wir ja einig!) Warum sprechen Sie denn von einem Verbot für den Bau von Raffinerien? (*Erhard:* Weil ein großer Unterschied darin besteht, ob ich die fiskalische Differenz in der Belastung ausgleiche. Das mögen fünf oder sechs Mark sein, während die Forderung des Bergbaues auf 30 und mehr geht!) Wie kompliziert das Problem ist, mögen Sie an folgendem ersehen. Wenn die Bundesbahn nicht mehr Kohle- und Kokstransporte bekommt, ist die Bundesbahn noch mehr pleite als bisher. Das Öl wird durch die Pipelines geleitet; das geht nicht über die Bundesbahn. (*Blumenfeld:* Auf dem Wasser!) Das ist ein großer Irrtum, Herr Blumenfeld! Lassen Sie sich von der Bundesbahn einmal sagen, welche Ausfälle sie hat, nachdem der Verbrauch von Kohle und Koks so nachgelassen hat. Ich sage das, damit Sie die Kompliziertheit des ganzen Problems erkennen.

Dagegen muß ich mich im Interesse der Arbeiterschaft wehren, daß wir bewußt unter Druck gesetzt würden. Das ist nicht richtig, Herr Erhard! Da könnte ich Ihnen sagen, Ihr Wirtschaftsministerium sieht die Sache völlig einseitig. Ich muß hier erklären, der Herr Gutermuth hat sich in der ganzen Sache so zurückhaltend und so gut benommen, wie sich ein Gewerkschaftsführer nur benehmen kann. Er hat in manchen Dingen mehr Verständnis bewiesen als die Unternehmer. Das muß ich zugunsten der Industriegewerkschaft Bergbau sagen. (*Albers:* Das ist ein alter christlicher Gewerkschaftler!)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie jetzt schon den Grundstein dafür legen wollen, daß die Wahl in Nordrhein-Westfalen das nächste Mal verlorengelht, schon bei der Bundestagswahl, und daß die sozialistischen Stimmen in die Höhe schnellen, dann bitte tun Sie das, was Sie durch Ihren Beifall eben als richtig unterstrichen haben. Die Sache ist viel ernster und wichtiger. Ich beschäftige mich seit vielen Jahren mit der ganzen Angelegenheit. (*Blumenfeld:* Wir auch!) Sie können sich gar nicht so damit beschäftigen! Sie sind Kohlenimporteur. Das ist etwas ganz anderes. Kein Mensch spricht dagegen, daß Sie Kohlenimporteur sind. Das ist immer gewesen, auch bei anderen Frachtraten, als sie jetzt bestehen. Ich bitte Sie aber, die ganze Frage einmal unter den eminent politischen Gesichtspunkten zu betrachten, nicht nur unter rein wirtschaftlichen oder prinzipiellen Gesichtspunkten in der Wirtschaft.

Und wenn Sie von der Textilindustrie sprechen, lieber Herr Erhard, so habe ich Ihnen schon seit Jahr und Tag gesagt, der Textilindustrie muß geholfen werden. Jetzt ist es endlich geschehen. In der Textilindustrie sind 600.000 Menschen beschäftigt. Es ist eine sehr weit verzweigte Industrie. Die Textilindustrie ist schwer bedroht durch Einfuhren aus Frankreich und Ostasien. (*Von Hassel:* Und Italien!) Und nun kommen

wir an ein Problem heran, worüber ich mich mit Herrn Erhard unterhalten werde. Liberalisierung in allen Ehren, aber daß wir der Liberalisierung zuliebe unsere eigene Wirtschaft in den wichtigsten Zweigen kaputtgehen lassen, das sehe ich nicht ein und mache ich nun einmal nicht mit. Wenn Sie das Prinzip auf die Landwirtschaft übertragen, dann machen Sie am besten die Bude zu mit der ganzen Landwirtschaft. Dann beziehen Sie einfach Ihr Getreide aus Kanada und den Vereinigten Staaten; das Gemüse und Obst lassen Sie aus Holland, Italien und Frankreich kommen. Und dann machen wir hier mit der Landwirtschaft Schluß. (*Erhard*: Wir haben einen Exportüberschuß von sechs Milliarden in diesem Jahr!) Es ist erfreulich, daß wir den Exportüberschuß haben, aber wir müssen doch auch die deutsche Wirtschaft als ein Ganzes betrachten, und es hilft mir nichts, wenn einzelne Zweige der deutschen Wirtschaft einen hohen Exportüberschuß haben und andere Zweige der deutschen Wirtschaft dabei vor die Hunde gehen. Das halte ich nicht für richtig, ganz abgesehen von den politischen Folgen, die etwas Derartiges zur Folge haben würde, worauf Sie sich totensicher verlassen können.

Blank: Sie wissen, daß ich, was die Wirtschaftspolitik anbetrifft, mit dem Kollegen Erhard nicht erst seit heute, sondern seit 1948, als mich meine eigenen Freunde deswegen für halb verrückt erklärten, übereinstimme. Jetzt stimme ich mit dem Kollegen Erhard – und das spreche ich offen aus – in der Frage der Beurteilung der Lage an der Ruhr, insonderheit auch nicht mit Herrn Westrick⁸⁰, nicht überein. Ich will versuchen, Ihnen das darzulegen.

Lassen Sie mich mit dem Sozialpolitischen beginnen. Wir haben 500.000 Bergarbeiter. Wie man Bergarbeiter wird, wie lange das dauert, bis es investiert ist, wissen Sie. Es kostet im Schnitt DM 15.000,- pro Mann. Wenn ein Teil dieser Bergarbeiter nunmehr abgelegt wird, so bedeutet das keinen Gewinn für die Wirtschaft, auch wenn man sagt, angesichts der 19,5 Millionen Beschäftigten können diese leicht irgendwo anders untergebracht werden. Daß diese Rechnung nicht stimmt, wissen Sie; denn ein Bergarbeiter, der bis zu seinem vierzigsten Lebensjahr im Bergbau tätig war, ist nicht mehr in der Lage, in einem anderen Industriezweig tätig zu werden. Sie werden ihn wahrscheinlich als dauernden Kostgänger der Knappschaftsversicherung haben, die der Bund wegen dieser Lage im Bergbau – wenn der Ausdruck erlaubt ist – dann subventionieren müßte.

Ich bin im Ruhrgebiet groß geworden. Weshalb sitzen wir hier? Doch deshalb, weil unsere Gesamtpolitik so eindrucksvoll gewesen ist, daß wir gerade im massiven Ruhrgebiet, wo die Millionen Menschen sind, diese Stimmenmehrheit bekommen haben. Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß wir in allen Großstädten des Industriegebietes mit Ausnahme von Dortmund Direktmandate für den Bundestag errungen haben. Wenn Sie 100.000 Bergarbeiter ablegen, dann legen Sie damit etwa ein Fünftel des gesamten

80 Dr. Ludger Westrick (1894–1990), Jurist und Exportkaufmann; 1951–1963 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, 1964–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes.

Industriegebietes lahm. Das weiß jeder, der einmal zwischen Duisburg und Hamm hin- und hergefahren ist. Sie legen damit lahm eine Reihe von altrenommierten Firmen in Bochum, Essen, Dortmund usw., die für die Bergbaubringerindustrie arbeiten.

Wissen Sie, was das heißt? Das heißt für uns, daß wir im Industriegebiet unsere Kerngebiete verlieren. Jeder von Ihnen, der vor dem Jahre 1933 durch das Ruhrgebiet gefahren ist und die vollen Halden gesehen hat, der hat den Eindruck bekommen, daß eine große Stagnation in der Wirtschaft vorgeherrscht hat. So geht das heute auch. Man sieht die ständig wachsenden Kohlenhalden. Wir sind noch vollbeschäftigt, aber jeder nimmt den Eindruck mit, daß wir mit unserer Gesamtpolitik auf dem absteigenden Ast sind und daß es nunmehr anfängt zu stagnieren. Die Zeiten vor 1933, Herr Kollege Erhard, sind eben aus dem Gefühl der Menschen nicht auszulöschen. Das können Sie mir glauben; wenn ich auch andererseits Ihnen glaube, daß Sie heute Mittel in der Hand haben, um solch tiefgehende Krisen zu vermeiden.

Was hat die Bundesregierung getan? Die Bundesregierung hat seit 1949 mehr als einmal den Bergarbeitern gesagt: Auf euch kommt es an. Wissen Sie noch, wie wir die Leute veranlaßt haben, Überstunden zu verfahren(!), zusätzliche Schichten, Sonntagsschichten usw.! Und jetzt erklären wir den Leuten kaltlächelnd – das böse Wort, es muß geprüft werden –, dann müssen wir einfach 100.000 Mann ablegen. (*Erhard*: Das Wort ist niemals gefallen!) Sie sollen es ja nicht sein, Herr Kollege Erhard. Ich bin im Augenblick nicht in der Lage, nun hier zu erklären, wie man es machen soll, aber der Herr Bundeskanzler hat völlig recht, so wenig wie wir die Bauern aufgeben können – obwohl wir all unser Brot und Fleisch billiger essen, wenn wir es auf dem Weltmarkt kaufen –, so können wir auch den Bergbau nicht aufgeben. Mit diesem Bergbau sind wir alle miteinander verhaftet. Wir müssen uns Mittel und Wege einfallen lassen, wie wir dieser Krise begegnen können. Man sagt, drei bis vier Feierschichten seien nicht viel. Aber ich bitte Sie, doch einmal an die Bergleute zu denken. Die haben immer die bange Sorge, daß vielleicht in der nächsten Woche noch eine Feierschicht gefahren wird. Der Bergmann überlegt sich auch, ob nicht seine Beschäftigung bald zu Ende sein wird. Es besteht ein tiefgehender Widerspruch in der gesamten Bevölkerung dort, daß ich mich eigentlich wundere, daß die Sache bisher so gutgegangen ist. (*Erhard*: Wenn z.B. von Gewerkschaftsseite gesagt wurde: Heuer werden die Weihnachtstische leer bleiben müssen!) Sicher ist das objektiv falsch, aber ich sage Ihnen, wenn ein Bergmann vor dem Weihnachtsfest vor der bangen Frage steht, ob er im Weihnachtsmonat eine zusätzliche Feierschicht bekommt oder nicht, dann ist das für einen solchen Mann und seine Familie etwas, was sie hart trifft. Sie können dem Herrgott danken, daß wir die Bundestagswahl und die Landtagswahlen hinter uns haben. Der Herr Bundeskanzler und ich haben uns bemüht, und wir dürfen dankbar sein, diese Feierschicht abgewendet zu haben.

Die Herren von der Kohle haben Fehler begangen. Nun sollte man hier aber nicht sagen: Nun sollen sie sehen, wie sie fertig werden. So können wir die Dinge nicht behandeln. Wissen Sie mit Sicherheit, ob wir nicht eines Tages darüber froh sein werden, intakte Zechen zu haben? Kennen Sie die Lage und Entwicklung? Alles Öl

muß über das Wasser transportiert werden. Alle Kohle ist bei uns im Lande. Deshalb bin ich der Meinung, daß dieses Problem mit allem Ernst angefaßt werden muß. Wir müssen nach Möglichkeiten suchen, um hier entsprechend zu helfen. Ich bin gegen den Dirigismus, aber von dieser kaltschnäuzigen Überlegung – ich sage das ganz offen – halte ich nichts. In der Wirtschaft gibt es eben einmal einen Wandel, und dabei geht dieses oder jenes zugrunde; dies kann aber hier nicht ziehen, wenngleich sich auch kein Mensch dagegen wehrt, daß die eine oder andere ausgelaufene und unrentable Zeche allmählich eingeht. Ich behaupte aus meinem eigenen Erleben, daß zwar nicht aus diesem Grunde allein, aber mit aus diesem Grunde die Nationalsozialisten an die Macht gekommen sind, weil das große Sterben im Ruhrgebiet Ende der zwanziger Jahre eingesetzt hat. Je mehr die Zechen starben, um so größer wurden die SA-Haufen auf der Straße; denn die arbeitslosen Bergleute bildeten zum großen Teil diese SA-Männer.

Ich bin also der Meinung, Herr Kollege Erhard, wir müssen wirklich mit liebendem Herzen auch für die Kohle – denn gerade ein Kind, das früher einmal gesündigt hat, pflegt man besonders zu lieben – nach Maßnahmen suchen, um zu helfen.

Meyers: Ich bitte Sie nochmals, mich nicht mißzuverstehen. Es handelt sich nicht darum, nun festzustellen, wer und wann welche Fehler gemacht hat. Das nehme ich als Politiker noch hin, und wenn ich mich rächen und Strafen austeilten will, so ist das eine ganz andere Frage. Die Ruhrkohle wird nicht davon abkommen, die Importverträge mit eigenen Mitteln abzulösen. Sie hat 7 Millionen Tonnen abgelöst. Sie wird sich bemühen müssen, daß sie die 26 Millionen Tonnen, die übrigbleiben, so verteilt, daß wir die ganzen Jahre soundso viel Tonnen haben werden. Das ist eine Konsequenz ihres früheren Verhaltens.

Gutermuth hat sich als einer der Vernünftigsten gezeigt. Man kann dem Fortschritt nicht entgegentreten. Es wäre sinnlos, durch Gesetz und Paragraphen zu sagen, in Deutschland darf kein Heizöl mehr verbraucht werden. Das ist dummes Zeug. Das Heizöl wird seinen Weg nehmen. Aber dieses Problem ist ein politisches Problem, weil unsere Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik das erreicht haben, was niemand für möglich gehalten hätte. Die Landtagswahlen sind viel empfindlichere Wahlen als die Bundestagswahlen. Als wir 1950 in Nordrhein-Westfalen 36,9 % erreichten, waren wir zufrieden. Als diese Zahl dann im Jahre 1954 auf 41,3 % anstieg, waren wir auch zufrieden. Und jetzt, 1958, haben wir 50,5 % aller Stimmen erreicht. Und das sind im Schwerpunkt die Millionen Wähler des Industriegebietes gewesen. Das ist nur möglich gewesen, weil diese Menschen an unsere Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik geglaubt haben. Der Glaube bedeutet auch in der Politik sehr viel. Der Unglaube und das Mißtrauen aber können leicht eine rückläufige Tendenz in der Politik und damit in der Wirtschaft bringen, d.h., wenn man gegen unsere Wirtschafts- und Außenpolitik skeptisch würde.

Deshalb verstehen Sie mich recht. Mich interessiert nicht, ob die Herren an der Ruhr verdienen oder nicht, mich interessiert aber, daß die Menschen an der Ruhr Zutrauen zu unserer Politik haben und daß die Arbeiter an der Ruhr erkennen,

daß unsere Partei, die CDU, nicht eine Partei der Besitzenden und daß die SPD nur eine Arbeiterpartei ist, sondern sie müssen zu der Überzeugung kommen, daß die CDU die breite Volkspartei für alle ist. Wenn die Umfrage im Bundesgebiet ein gutes Ergebnis hat, so deswegen, weil im Ruhrgebiet der Glaube nicht erschüttert ist. Das ist die Kernfrage, daß wir diesen Glauben nicht erschüttern lassen, sondern alle Wege beschreiten müssen, um diesen Glauben in der Bevölkerung zu erhalten. Das strahlt dann aus auf die nächsten Kommunalwahlen und auch auf die Bundestagswahlen. Die Bundestagswahl ist nicht zu gewinnen mit absoluter Mehrheit, wenn sie im Ruhrgebiet kaputtgeht. Und wenn man die Zahlen der Bundestagswahl sieht, dann ist sie entschieden mitgewonnen worden im Industriegebiet, wo die Massen der Wähler sitzen.

Der Herr Bundeskanzler sagte, er habe sich seit langem mit diesem Problem befaßt. Das Anliegen besteht nun darin, daß wir politisch nichts verlieren, was auf Jahre hinaus nicht wieder gutzumachen wäre. Wenn 100.000 Bergarbeiter aus Arbeit und Brot gebracht werden, so ist das etwas, was nicht zu verantworten ist. Deswegen sollte man solche Prognosen nicht bringen. Ich weiß, daß der Herr Bundeswirtschaftsminister das nicht gesagt hat, aber es steht in den Zeitungen, wenn auch vielleicht nur in der „Bild“-Zeitung. Wir müssen dafür sorgen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, daß nämlich die Primärenergie in Deutschland die Kohle bleiben muß. Wir müssen sie stützen. Das muß ein Vertrauensbeweis für unsere Politik sein.

Adenauer: Die Sache mit den 100.000 Mann verhält sich, wie mir Herr Burckhardt⁸¹ gesagt hat, folgendermaßen: Herr Burckhardt ist bei Herrn Westrick gewesen und hat ihm gesagt, nach einer Berechnung der Steigerung des Energieverbrauches würden im Jahre 1965 16 Millionen Tonnen Steinkohleenergie wert zuviel da sein. Das bedeutet die Ablegung von 100.000 Bergleuten. Darauf hat Herr Westrick gesagt: Die 100.000 Mann können wir leicht unterbringen. (*Erhard:* Das kann schon deshalb nicht stimmen, weil 16 Millionen Tonnen keine 100.000 Mann ausmachen können; denn wir haben heute eine Produktion von 130 Millionen Tonnen. Es sind also nur 12 %.) Lassen wir uns darüber nicht unterhalten. Herr Burckhardt hat mir selber gesagt, wie empfindlich es ihn getroffen hat, daß Herr Westrick die Bedeutung des Problems überhaupt nicht erkannt, sondern geantwortet habe: Die Arbeiter können wir bei unserem Arbeitsmarkt leicht unterbringen. (*Etzel:* In meiner Wohnung hat zwischen Burckhardt, Westrick und mir ein Gespräch stattgefunden, bei dem Herr Burckhardt gegenüber dem energischen Bestreiten von Westrick gesagt hat: Mir haben Sie das nicht gesagt, sondern Sie sollen es anderen erklärt haben! – *Zurufe:* Aha!) Sagen Sie nicht „Aha“! Was hat das für einen Sinn? Es geht weder um Westrick noch um Burckhardt noch um Erhard noch um mich. Es handelt sich um die Zukunft

81 Dr. Helmuth Burckhardt (1903–1984), Berg-Ingenieur; 1958–1967 Vorstandsvorsitzender des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, 1968–1976 Präsident der Wirtschaftsvereinigung Bergbau.

unserer Partei. Verstehen Sie doch bitte, worum es sich handelt. Das ist ein Problem von größter wirtschaftlicher und politischer Bedeutung. Was mich so erbost hat, Herr Erhard, müssen Sie nicht übelnehmen, aber Sie haben gesagt: Wir können nicht den Bau von Raffinerien verbieten. Wer denkt denn daran, den Bau von Raffinerien zu verbieten? (*Erhard*: Das war nur eine theoretische Erwägung, Herr Bundeskanzler!) Das ist keine theoretische Erwägung! Es gehen Lobbyisten im Bundestag herum – glauben Sie es mir – und bearbeiten einen Abgeordneten nach dem anderen. Und das ärgert mich so. Herr Krone mag sich dazu äußern. (*Krone*: Aus allen Knopflöchern kann man das merken!)

Etzell: Es wäre vielleicht komisch, wenn ich nichts sagen würde; ich bin persönlich der Meinung, daß das Problem, das wir diskutieren, ein politisches und ein wirtschaftliches Problem ist, und zwar beide mit gleichem Gewicht. Ich finde, es gäbe einen falschen Aspekt, wenn der Eindruck aus dieser Diskussion draußen entstünde, daß der Herr Bundeskanzler und ich grundsätzlich gegen Erhard Stellung genommen hätten und daß wir gegen ihn ständen. Ich glaube, daß ein solcher grundsätzlicher Gegensatz nicht besteht, daß wir also eine solche zweierlei Sicht gar nicht haben. Auch Herrn Erhard erkenne ich an – ich habe mit ihm in den letzten Tagen viele Gespräche führen müssen –, daß das Problem ein Problem von ganz hohem politischem Gewicht und von hohen Graden ist. Alles, was unsere Freunde über das Gewicht der Ruhr gesagt haben, stimmt natürlich. Wir müssen auch folgendes sehen: Wenn ich nach Süddeutschland komme, wird mir immer gesagt, der Norden hat jeweils unsere Zustimmung bekommen. Wenn die CDU eine Mehrheit haben will, braucht sie dazu die bayerischen Stimmen. Das hat man immer anerkannt. Erkennen wir also dieses politische Gewicht an.

Aber nun steckt in diesem Gewicht ein Problem, das ich einmal von einer anderen Schau darstellen möchte. Das Problem der Ruhr ist schwierig, Herr Bundeskanzler. Ich will nicht wieder die Behauptung korrigieren – ich habe es schon zweimal tun müssen –, daß die Montanunion durch dieses Verbot der langfristigen Verträge eine der Ursachen für diese Sache ist. Das ist simplifiziert und so nicht richtig; wir sprechen noch einmal darüber. Es ist in dieser einseitigen Darstellung sicher nicht richtig.

Was ist nun los? Die erste Frage lautet: Ist der Ruhrbergbau in einer strukturellen Schwierigkeit, d.h. in einer Schwierigkeit, daß wir auf einen Teil des Ruhrbergbaues auch wirtschaftlich verzichten könnten? Ich sage sehr entschieden: Nein, und zwar aus vielen Gründen. Zunächst ist die langfristige Energieentwicklung so, daß wir auf die Dauer in eine Energieknappheit hineinkommen. Auch beim Öl können wir in eine sehr gefährliche Situation kommen. Öl bekommen wir aus dem Nahen Osten mit seiner ganzen politischen Krisenhaftigkeit. Wenn wir uns abhängig machen vom Nahen Osten, kann eines Tages Nasser⁸² uns etwas wollen; eine Situation, in die wir

82 Gamal Abd el-Nasir, genannt Nasser (1918–1970), ägyptischer Politiker; seit 1954 Ministerpräsident, 1956–1970 Staatspräsident.

nicht kommen dürfen. Wir haben die Kohle aus allgemeinen Gründen und auch wegen der Unabhängigkeit auf die Dauer einfach nötig.

Wie sind wir nun in diese Situation gekommen? Das ist komisch. Plötzlich sind wir von einer Mangellage in einen Überschuß geraten. Wir haben alle miteinander Fehler gemacht, daß wir den Kohlepreis zu starr gehalten haben. Zuerst gab es die billige deutsche Kohle und eine teure amerikanische Kohle, so daß der Run auf die deutsche Kohle einsetzte. Und als dann die amerikanische Kohle herunterging dank der Frachtraten, hat sich alles auf langfristige Einfuhrkontrakte amerikanischer Kohle gestürzt in der Annahme, daß es wieder hinaufginge. Und bis heute ist es nicht in die Höhe gegangen. Die vielen Einfuhrkontrakte müssen wir wieder lösen. Das müssen eventuell die einstecken, die diesen Unsinn gemacht und im falschen Augenblick gekauft haben. Das sind die Zechengesellschaften an der Ruhr selbst. Ich denke nicht daran, den Steuersäckel zu ziehen, sondern wir wollen ihnen helfen, daß sie nicht in eine absolute Finanzschwierigkeit kommen, aber den Schaden, den sie selber schuld sind, sollen sie auch bezahlen. In dem Augenblick, wo genug Kohle da ist, werden die Lager aufgelöst. Die Lager sind größer, als wir gedacht haben. Wir haben einen milden Winter gehabt, wodurch 8 Millionen Tonnen eingespart wurden. Dazu kam eine Ausfuhrminderung von 4 Millionen Tonnen. Das sind 12 Millionen Tonnen. Wenn die Ruhrkohle sagt, wir müssen diese vielen Kontrakte lösen, was 300 Millionen kosten kann, dann müssen wir wissen, daß es sinnvoll ist, die jetzige Förderkapazität aufrechtzuerhalten.

Hier taucht folgendes Problem auf. Im Augenblick kostet das Öl DM 30,- weniger als die Kohle. Jetzt sagt die Kohle, wenn ihr von uns verlangt, daß wir mit diesen DM 30,- weniger konkurrieren müssen, dann können wir das nur tun, wenn wir in die besten Flöze gehen und alle Zechen, die teurer arbeiten, stilllegen. Und wenn wir das tun, müssen diese 100.000 Bergarbeiter auf die Dauer abgelegt werden. Dabei soll nun Herr Westrick gesagt haben, die deutsche Wirtschaft würde das aufnehmen können. Wenn Sie in gute Flöze gehen, dann bedeutet das folgendes: Die Flöze liegen von oben nach unten gemischt, mal schlecht, mal gut. Wenn Sie ein gutes Flöz abbauen, bricht das andere nach, und dann müssen die schlechten Flöze wieder abgebaut werden.

Sie müssen eine politische Entscheidung fällen, daß Sie auf die Dauer auf einen großen Teil der Abbaumöglichkeiten verzichten. Wenn Sie eine Zeche stilllegen, dann versäuft sie. Wir müssen aber jetzt beschließen. Das wird von uns gewünscht. Es ist eine Grundsatzentscheidung: Wollen wir dieses Element der eigenen Versorgung aus dem Rohstoff Kohle grundsätzlich behalten, oder wollen wir nicht einer Konkurrenz – nämlich dem Öl, das z.Z. DM 30,- billiger ist – den Vorzug geben? Ich bin ein Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft und mit Herrn Erhard in allen Grundsatzfragen einig. Auch die Frage, daß heute das Öl DM 30,- die Tonne weniger kostet, ist kein Evangelium. Aber wer macht das denn? Das machen einige große Weltgesellschaften, die den Preis bestimmen für ein Produkt, das außerdem noch Abfallprodukt ist. Man kann hier beliebig rauf- und runtergehen. An sich besteht auf dem Ölmarkt ein

internationaler Pool, und die Leute können uns das Öl billig geben. Ob sie dabei bleiben, wenn sie den Markt für das Öl erobert haben, ist eine andere Frage.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat einen Verbrauch von 30 Millionen Tonnen Heizöl für 1965 vorausgesehen. Die Raffineriekapazitäten orientieren sich auf 55 Millionen Tonnen Verbrauch. Ich würde mich nicht genieren, einer solchen Entwicklung zuzustimmen, wenn wir zuvor die politische Entscheidung gefällt haben, daß wir die Kohle gebrauchen. Das darf nicht bedeuten, daß die Kohle teurer wird, sondern die Kohle muß sich orientieren, daß sie möglichst billig zu arbeiten hat. Bei der Frage, soll es bei 135 Millionen Tonnen bleiben oder soll man heruntergehen auf 100 Millionen Tonnen, bin ich mit dem Herrn Bundeskanzler und den Herren Erhard und Blank einig, daß wir das nicht tun dürfen. Erhard, Westrick, Blank und ich wollen uns einmal mit den Ölgesellschaften unterhalten, ob sie nicht von sich aus eine vernünftige Haltung einnehmen. Irgendwie müssen sie auch wissen, daß die jetzige Substanz erhalten bleibt. Mit der Kohle ist es eine sehr komplizierte Sache. Es dauert 15 Jahre, bis eine neue Schachanlage funktioniert.

Blumenfeld: Wenn ich mir vorhin erlaubte, einen Zwischenruf zu machen, so wollte ich damit nicht zum Ausdruck bringen, daß die Sorgen, die wir uns machen, etwa die gleichen sein könnten, wie sie der Regierungschef hat. Ich darf darauf hinweisen, daß ich seit Jahren nicht als Interessent, sondern aus der politischen Sorge um die Entwicklung im Ruhrgebiet immer wieder mit ihm über diese Frage gesprochen habe. Ich habe auch zu Anfang dieses Jahres ein langes Gespräch mit Professor Dr. Erhard geführt über die Maßnahmen, die kurzfristig zu treffen wären, und habe ihm Vorschläge unterbreitet, die erst im September oder Oktober dieses Jahres vom Bundeswirtschaftsministerium angefaßt worden sind.

Es ist ein politisches und ein wirtschaftliches Problem. Das politische Problem könnte durch die Abschaffung oder Reduzierung der Feierschichten gelöst werden. (*Zuruf:* Aber wie?) Das andere Problem liegt darin, daß von uns aus eine Grundsatzenscheidung getroffen werden muß, wobei wir die strukturelle Wandlung entsprechend berücksichtigen müssen, die hinsichtlich des Vordringens des Öls eingetreten ist. Herr Bundeskanzler! Wir teilen mit Ihnen die große Sorge um die politische Entwicklung an der Ruhr; aber sie kann und soll uns nicht veranlassen, die Grundsatzenscheidung in einer dramatischen Atmosphäre zu fällen. Wir machen uns Sorge – und ich habe mich beteiligt bei dem Beifallsklatschen zu den Ausführungen von Herrn Professor Erhard – im Hinblick auf die Auswirkungen auf die gesamte übrige deutsche Wirtschaft, und zwar in ihrer ganzen Verflochtenheit und Verbundenheit mit Europa und der Welt. Es sind auch in der Presse in den vergangenen Wochen sehr einseitige Behauptungen sowohl von der Kohlenseite wie von der Ölseite aufgestellt worden. Ich habe das als eine Dunstwolke bezeichnet, die sich über das Problem gesenkt hat, die aber beseitigt werden muß, damit Sie, Herr Bundeskanzler, mit Ihrem Kabinett die Entscheidungen treffen können, um die wir nicht herumkommen.

Diese Entscheidung auf lange Frist wird nach meiner unmaßgeblichen Meinung gar nicht Sofortmaßnahmen für die Freisetzung von Arbeitskräften, die jetzt noch in

den Bergwerken sind, zur Folge haben, sondern das wird sich über eine Reihe von Jahren erstrecken. Im übrigen wird die Entwicklung so sein, daß der Energieverbrauch insgesamt gesehen auch wieder ansteigt, so daß das Ganze wieder in die Höhe kommen wird. Daß die Stahlseite wieder eine bessere Auftragslage haben wird als irgendeine andere Seite, davon sind wir überzeugt. Es ist ein wesentlicher Grund, Herr Bundeskanzler, dafür, daß so viel Koks und Kohle auf Halden liegt. Ein Drittel der Haldenbestände gehört den Hütten- und Stahlwerken. Das steht in einem ursächlichen Zusammenhang damit. Es wird nötig sein, eine Klarheit zu schaffen; denn in der Öffentlichkeit sind die verschiedenen Interpretationen unterschiedlich ausgelegt worden. Herr Gutermuth hat über das Gespräch bei Ihnen, Herr Bundeskanzler, eine andere Auskunft in der Öffentlichkeit gegeben als die Minister Etzel und Erhard. Die Unternehmerseite hat sich hinter die(!) Gewerkschaft versteckt und überläßt ihnen, die politische Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Ob sie dabei gut beraten ist, vermag ich nicht zu beurteilen im Hinblick auf die Sozialisierungswünsche der Gewerkschaft. Die Unternehmerseite gibt der ganzen Angelegenheit noch eine andere Interpretation. Es kommt darauf an, daß wir von dem eingeschlagenen Kurs unserer Wirtschaftspolitik nicht abgehen dürfen, wenn wir dieses sehr schwierige Problem lösen wollen. Keiner von uns will etwas der Kohle, aber sie hat allerdings durch ihre berufenen und ungerufenen Sprecher den Eindruck vermittelt, als ob sie eine Sonderstellung beanspruchen müsse, was aber bedeuten würde, daß die übrige Wirtschaft darunter zu leiden hätte.

Adenauer: Herr Blumenfeld sagte: Es handelt sich um eine politische, aber auch genauso gut um eine wirtschaftliche Entscheidung, und wir wollen bei unserer Wirtschaftspolitik und unserem Wirtschaftsprinzip bleiben. Verehrter Herr Blumenfeld! Wir sind bei der ganzen Kohlenwirtschaft niemals bei unserem wirtschaftlichen Prinzip geblieben. Gehen Sie bitte davon aus: Solange wir hier eine Bundesregierung haben, hat die Kohle immer einen gebundenen Preis gehabt. (*Blumenfeld:* Leider!) Aber wir haben es doch getan, und zwar aus politischen Gründen. Lassen Sie es mich offen sagen. Es war ein politischer Preis mit Rücksicht auf die Wahlen. Und dann kann man jetzt nicht sagen: Hoch das Panier der wirtschaftlichen Grundsätze; sondern wir müssen sehen, wie wir aus der ganzen Geschichte herauskommen.

Noch eins, Herr Blumenfeld! Die Herren Blank und Etzel haben vollkommen recht. Die Entscheidung über die nächste Bundestagswahl fällt durch das Industriegebiet. Wenn wir das Industriegebiet nicht vorsichtig behandeln und keine Lösung finden, die den Interessen dieser Leute wenigstens einigermaßen gerecht wird, dann wird Nordrhein-Westfalen – darauf können Sie sich verlassen – bei der nächsten Landtagswahl eine rote Mehrheit haben. Dann werden wir keine Mehrheit der CDU mehr haben. Und dann kommt das, Herr Blumenfeld, was wir nicht wollen, dann kommt im Handumdrehen die Verstaatlichung der Bergwerke mit all den Konsequenzen, die sich daraus ergeben werden. Wenn eine sozialistische Mehrheit die Bergwerke verstaatlicht hat, dann können Sie sich darauf verlassen, daß es mit dem Heizöl nicht gerade glimpflich zugehen wird. Deshalb muß diese ganze Frage

unter politischen Gesichtspunkten betrachtet werden, weil die Konsequenzen für die Wirtschaft ungeheuer groß sind.

Ich hoffe nun, meine lieben Parteifreunde, daß aus der heutigen Sitzung um Gottes willen nicht gewisse Äußerungen, die hier gefallen sind, an die Öffentlichkeit kommen. Es sind manche harte Worte gefallen, gleichgültig von wem. Wir sind alle Sünder, und ich schließe mich persönlich ein. Wir sollten aber ängstlich besorgt sein, daß strengste Diskretion gewahrt bleibt. (*Lebhafter Beifall.*) Wenn diese Äußerungen an die Öffentlichkeit kommen, dann ist es sehr schlecht. Deswegen werden wir auch, wenn wir ein Kommuniqué herausgeben, in großer Ruhe überlegen müssen, was wir bezüglich der Fragen von Kohle und Heizöl sagen können. Ich möchte bitten, daß sich die Herren Erhard, Etzel und Meyers während der Mittagspause mit dieser Frage beschäftigen, um zu überlegen, wie der Passus in unserem Kommuniqué aussehen soll, damit wir nachher nicht wieder in Schwierigkeiten kommen. Und nun schlage ich Ihnen vor, eine Mittagspause einzulegen.

Pause von 14.10 Uhr bis 15.10 Uhr.

Adenauer: Wir fahren in unserer Sitzung fort, wenn sich auch die Reihen schon etwas gelichtet haben. Diejenigen, die am wenigsten Zeit haben, bleiben hier, aber die anderen Herren, die mehr Zeit haben, sind zum Teil schon weggegangen. Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Ich muß noch ein Wort zu dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers sagen. Ich bin das der Fraktion und auch unseren Herren im Auswärtigen Ausschuß schuldig! Herr Bundeskanzler! Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß vor aller Außenpolitik die richtige Außenpolitik stehen muß. Darin besteht in der Linienführung keine Differenz zwischen der Fraktion und uns. Der Vorstand müßte sonst meinen, daß die Fraktion eigene Wege ginge. Es wäre aber falsch, wenn der Bundesvorstand diesen Eindruck mit nach Hause nähme. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß die ganze Fraktion geschlossen in diesem Sommer die Atomdebatte geführt hat, alle 279.⁸³ Das war das Entscheidende.

Zu der Note, die Sie erwähnt haben⁸⁴, sollte man bei aller Kritik im einzelnen doch erkennen und betonen, Herr Bundeskanzler, daß das Wesentliche dessen, was in Verbindung mit Ihnen erarbeitet worden ist, über das Wort „deutsche Frage“ weit hinausgeht und daß wir das Wort „Wiedervereinigung“ in die Resolution hineingebracht haben, und zwar in der Reihenfolge, wie es die Regierung wollte, wie es ja nachher vom ganzen Ausschuß auch akzeptiert worden ist. Das zeigt doch, daß wir mit dem, was wir wollen – wenn wir es nur geschlossen vertreten –, auch die anderen zu uns heranbringen können und daß die Formulierung „deutsche Frage“ in der Note, wie sie die Regierung abgeschickt hat, auf der Linie Ihrer Politik liegt.

83 Am 12. Juni 1958 – Vgl. dazu SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 53–57.

84 Vgl. Anm. 11.

Das muß ich sagen, damit hier nicht ein falscher Eindruck entsteht. Ich muß das auch sagen, Herr Bundeskanzler, in bezug auf die Herren, die führend sind in unserer Außenpolitik, nämlich für Gerstenmaier, Kiesinger, Gradl usw.

Ich darf eine Bitte daran knüpfen. Bei einer solch schwierigen Frage würde ich es nicht für richtig halten, einen kleinen Kreis aus allen Fraktionen zusammenzurufen, um ihnen einiges zu sagen. Dabei kommt nicht viel heraus. Ich würde aber bitten, daß Sie mit den maßgebenden Herren unserer Fraktion – das ist ein gutes Dutzend – wegen der Außenpolitik bei solch wichtigen Dingen öfters als bisher einen engen Kontakt pflegten. Ich bin davon überzeugt, daß dann die Gemeinsamkeit in der Außenpolitik zwischen der Fraktion und Ihnen dauernd gewahrt bleiben wird.

Adenauer: Herr Krone, ich bin sehr dankbar für das, was Sie gesagt haben, aber vielleicht äußert sich jetzt einmal der Herr Außenminister zu den Erfahrungen, die er gemacht hat, damit Sie als Fraktionsvorsitzender erkennen, wo die Schwächen liegen.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es gut ist, dieses Gespräch zu führen, aber ich möchte zunächst einmal feststellen, daß ich im Grundsatz zu dem, was Herr Krone gesagt hat, keinen Widerspruch anmelde. Was uns bewegt und unser Gespräch auch mit der Fraktion und dem Fraktionsvorstand, aber auch zwischen den Herren des Auswärtigen Ausschusses und mir bestimmt hat, ist die Frage – sie ist schwer zu stellen und noch schwerer zu beantworten –, wie ist eine im staatspolitischen Sinne wünschenswerte Zusammenarbeit mit der Opposition in außenpolitischen Fragen zu erreichen. Wir sind uns sicherlich darüber im klaren, daß dann, wenn wir eine Übereinstimmung in wesentlichen Fragen erreichen können, unsere Situation im Westen und im Osten eine ungleich bessere sein wird als seither.

Aber ich bin mir klar darüber – und das hat, wie gesagt, auch manche Gespräche bestimmt und manche sachliche Diskussion veranlaßt –, daß wir uns immer auf dem schmalen Grat bewegen [und] der Konzession halber, die wir an die Opposition machen, um sie an uns zu ziehen, nun in die Gefahr geraten, von der geraden und konsequenten Linie unserer Außenpolitik abzuweichen. Ich sehe diese Gefahr, um das Beispiel zu nennen, in keiner Weise etwa in der Formulierung der letzten Note. Die letzte Note ist nach meiner festen Überzeugung völlig zu vereinbaren mit der geraden Linie unserer Außenpolitik. Ich sehe aber in den vorangegangenen Gesprächen die Schwierigkeit. Ich sehe die Schwierigkeit in den Formulierungen, wie sie gemacht worden sind von den Sprechern der Opposition im Auswärtigen Ausschuss und außerhalb des Ausschusses. Die Sprecher der Opposition sagten: Nicht einmal der Beschluß vom 2. Juli kann noch Ausgangspunkt der gemeinsamen Außenpolitik sein. Einige erklärten: Wir müssen hinter den Beschluß vom 2. Juli zurückgehen; denn wenn die Bundesregierung überhaupt noch die Wiedervereinigung auf die Tagesordnung oder in einer Note bringen will, dann soll sie besser gar keine Note schreiben. Das ist für die Russen unzumutbar. Das ist für die Sowjetunion sehr bedenklich. Solche Auffassungen haben wir gehört. Und hier müssen wir mit unmißverständlicher Deutlichkeit sagen, daß die Zusammenarbeit nicht darin bestehen

kann, daß die Mehrheit der Minderheit nachgibt, sondern daß die Minderheit der Mehrheit nachgeben muß.

Unsere Sprecher im Ausschuß haben in den letzten Monaten ausgezeichnet zusammengearbeitet. Kiesinger hat sich wirklich viel Mühe gegeben, die immer sehr schwierige Situation zu meistern. Ich kann wirklich nicht sagen, daß sich in den Sitzungen des Ausschusses irgendeine Meinungsverschiedenheit gegenüber der Bundesregierung gezeigt hätte. Ich bin in dieser grundsätzlichen Frage auch immer unterstützt worden. Es gab auch einige Situationen, wo ich das nicht mit der gleichen Überzeugung sagen kann, aber ich möchte das nicht in einem größeren Kreise erörtern. Sie verstehen das, es sind manche Äußerungen gewesen, die die Stellung der Bundesregierung sicherlich erschwert haben. Ich habe diesen Dingen im kleinen Kreise mit großer Entschiedenheit und großer Unbefangenheit widersprochen, und wir haben diese Dinge auch in jedem einzelnen Falle bereinigt.

Ich wiederhole: Sowohl in den Gesprächen, die wir im Zimmer von Heinrich Krone zur Vorbereitung dieser Sitzungen hatten, wie auch in den Gesprächen mit den Mitgliedern des Ausschusses haben sich keine sachlichen Gegensätze herausgestellt, auch nicht in der Methode; aber wir gehen immer auf dem schmalen Grat, wieweit können wir noch in den Formulierungen etwas zum Ausdruck bringen, daß wir etwas Gemeinsames wollen mit der Opposition, ohne dabei ein Mißverständnis in der deutschen Öffentlichkeit oder in der Öffentlichkeit der Welt auszulösen. Wir müssen von Fall zu Fall entscheiden, ob diese gemeinsamen Formulierungen auf Kosten der grundsätzlichen Richtung gehen. Ich wiederhole noch einmal, die Entscheidung ist nicht leicht, aber sie ist uns bisher, wie ich glaube, gelungen.

Gradl: Herr Bundeskanzler! Ich bin für das, was unser Freund Krone und Herr von Brentano gesagt haben, sehr dankbar. Ich war heute morgen nicht hier. Ich möchte Ihnen sagen, welcher Eindruck – wie ich überzeugt bin, zu Recht – von dem entstanden ist, was Sie gesagt haben. Einige Herren dieses Kreises haben mir gesagt, Sie hätten in einer Weise gesprochen, daß der Eindruck entstehen konnte, wir unterlägen einer Aufweichung. (*Adenauer:* Das habe ich auch gesagt!) Wenn ich darauf jetzt antworte, setze ich mich vielleicht dem Verdacht aus: Wer sich entschuldigt, klagt sich an. (*Adenauer:* Ich habe an Sie gar nicht gedacht!) Deswegen sage ich es vorsorglich.

Ich möchte eines feststellen, Herr Bundeskanzler, und das sollten Sie uns glauben: Keiner, der in diesen Monaten im Auswärtigen Ausschuß gearbeitet hat, hat daran gedacht, in der Sache auch nur die geringste Konzession zu machen, die von unserem regierungspolitischen Standpunkte aus nicht verantwortet werden kann. An ein sachliches Nachgeben hat keiner von uns gedacht; und der Ausdruck „Aufweichung“, wenn er so gemeint ist, wäre sicher falsch. Ich jedenfalls darf für mich sagen, daß ich in den ganzen Jahren seit 1945 gezeigt habe, daß ich nicht weich bin nach dem Osten hin.

Was nun die Note angeht, so bitte ich Sie, auch zu bedenken, daß die Bewertung der Note in der Öffentlichkeit völlig zugunsten der Bundesregierung ausgefallen ist. Wir haben mit keinem politischen Schritt auf diesem Gebiete in der letzten Zeit so

viel Zustimmung gefunden wie bei dieser Note. (*Adenauer*: Es war aber nicht die Note des Ausschusses! – *Kiesinger*: Der Ausschuß hat keine Note gemacht!) Der Ausschuß hat die Note nicht gemacht! (*Kiesinger*: Auch die Vorschläge nicht! – *Von Brentano*: Nicht einmal gesehen!) Im Ausschuß ist freimütig diskutiert worden.

Vielleicht darf ich die Gelegenheit benutzen, um das klarzustellen, damit dieses Mißverständnis aus der Welt geschafft wird und morgen im Parteiausschuß, wo wir ja nicht in der Geschlossenheit diskutieren wie hier, nicht mehr zur Sprache kommt. Wir haben im Ausschuß den Versuch gemacht, der Opposition zu zeigen, daß wir bereit sind, sachlich ihre Argumente anzuhören und uns mit diesen Argumenten sachlich auseinanderzusetzen. Wir haben versucht, sie in der Diskussion zu überzeugen. Und so haben wir diskutiert. Das ist uns nicht völlig gelungen, aber immerhin haben wir einige gute Erfolge dabei gehabt. Herr Mende von der FDP erweckt heute mit seiner außenpolitischen Stellungnahme in der Öffentlichkeit zwar noch Neugierde, er wird aber nicht mehr ernst genommen. Heute können Sie sogar in Blättern, die uns nicht gewogen sind, lesen: Die ausbalancierte Außenpolitik der FDP.⁸⁵ Das haben wir auch darauf zurückzuführen, daß wir in diesen Auseinandersetzungen als Regierungspartei gezeigt haben, daß wir keine Scheu haben, uns in sachlicher Aussprache dem Gegner zu stellen, und daß wir uns zutrauen, ihn zu überzeugen. Das sollte man auch dabei bedenken.

Keiner von uns hat daran gedacht, über das hinauszugehen, was wir – und ich freue mich heute noch über diesen Tag – mit Ihrer Zustimmung in Kiel auf dem Bundesparteitag beschlossen haben.⁸⁶ Eine gemeinsame Außenpolitik haben wir nicht beschlossen, und wir wären Narren, wenn wir annähmen, man könnte bei der Gegensätzlichkeit der Standpunkte und Zielsetzungen zu einer gemeinsamen Außenpolitik kommen. Aber gemeinsam zu versuchen, in redlicher Diskussion wenigstens so viel Annäherung zu gewinnen, soweit dies ohne sachliche Konzession unsererseits möglich ist, um den Sowjets zu zeigen, daß sie nicht unter allen Umständen die Deutschen immer gegeneinander ausspielen können, das ist das, was diejenigen bewegt hat, die ernst über diese Frage der Zusammenarbeit nachgedacht haben.

Ich darf nun noch eine ganz andere Frage streifen, die irgendwie hier hinzugehört; das ist der Ausflug unseres Parteifreundes Schäffer nach Ost-Berlin.⁸⁷ Vielleicht ist es meine Pflicht, gerade für den Kreis, den ich besonders vertrete, dazu hier ein Wort

85 Die FDP hatte vorgeschlagen, die vier Großmächte sollten einen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland als Rahmenvertrag entwerfen; die beiden deutschen Staaten sollten konsultativ beteiligt werden; nach einem Volksentscheid sollte der Vertrag dann in Kraft treten. Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 4. November 1958 („Bonn soll den Westen umstimmen“); „Freie Presse Bielefeld“ vom 5. November 1958 („Neuer FDP-Vorschlag diskutiert“); „Hannoversche Presse“ vom 26. November 1958 („Botschafter müssen warten“).

86 CDU, 8. Parteitag S. 187f. und S. 190.

87 Vgl. Anm. 62.

zu sagen. Ich kenne nicht viel mehr als Sie alle über diesen Vorgang und kann mir also kein genaues Bild darüber machen, aber ich möchte sagen, das Motiv, das Herr Schäffer angegeben hat – man konnte es aus einigen Interviews jedenfalls erfahren –, nämlich die nationale, gesamtdeutsche Sorge, das respektiere ich. Ich respektiere auch und weiß, daß man in einer so heiklen Situation, wie es die unsere ist, nicht alles gleich auf dem Markt ausbreiten kann und daß man eben Dinge machen muß, die man unter normalen Verhältnissen niemals tun würde. Nur hätte ich gewünscht, ehe diese Schritte gemacht wurden, daß die Gelegenheit benutzt worden wäre, um mit dem einen oder anderen, der im Umgang mit den Sowjets besondere Erfahrungen hat, einen Meinungs- und Gedankenaustausch zu führen. Dann hätten wir sagen können, daß ein solcher Schritt – so ehrenvoll und lauter die Motive auch gewesen sein mögen – sachlich falsch ist, wenn ein Mitglied der Bundesregierung nach Ost-Berlin geht. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Dann hätte es eine andere Möglichkeit gegeben, etwas zu ergründen, was vielleicht ergründet werden mußte, aber nicht in dieser Weise. Ich habe das hier ausgeführt – möchte allerdings nichts darüber sagen morgen im Parteiausschuß –, weil ich meinen Freunden, die über diesen Vorgang etwas erregt waren, erklären möchte, daß ich dem zuständigen Gremium der Partei unsere Auffassung dargelegt habe.

Kiesinger: Herr Bundeskanzler! Ich würde gern erfahren, von wem Sie darüber unterrichtet worden sind, daß der Auswärtige Ausschuß einen bestimmten Notentext entworfen habe, der Ihnen dann vorgelegen hat. (*Adenauer*: Das habe ich nirgendwo gesagt!) Sie haben jetzt die Gelegenheit, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses zu fragen. Sie sagen, nicht der letzte, sondern der erste Text, den der Auswärtige Ausschuß gemacht hätte ... (*Adenauer*: Das habe ich nicht gesagt, „den er gemacht hat“!) Dann bin ich froh, daß das aus der Welt geschafft ist. Die Leute der anderen Seite wollten eine ganz andere Note haben. Sie wollten eine Note haben, in der praktisch stand, daß wir den sowjetrussischen Vorschlag, nur über einen sogenannten deutschen Friedensvertrag in einem solchen Gremium zu verhandeln, und zwar in einem Gegenvorschlag, der praktisch auf eine solche Annahme hinauslief, akzeptierten. Wir von unserer Seite haben die notwendigen Vorbesprechungen im Arbeitskreis gehabt, und wir waren von vornherein fest entschlossen, nicht weiter zu gehen als die Note, wie sie dann schließlich auch herausgekommen ist, d.h., wir waren uns klar darüber, daß in einem solchen Gremium nicht etwa nur über einen deutschen Friedensvertrag, sondern daß auch über die Wiedervereinigung und allenfalls über die damit zusammenhängenden anderen Aspekte verhandelt wird. Das ist auch herausgekommen.

Die zweite Note entsprach nach meiner Meinung sogar viel eher dem, was wir von unserer Seite im Auswärtigen Ausschuß wollten, als der erste, nach meiner Meinung etwas zu wortreiche und auch etwas teigige Text. Aber von einer Weichheit – ich weiß nicht, wen Sie meinen mit „weich“ – kann auf unserer Seite im Auswärtigen Ausschuß mit dem, was wir taten, nicht die Rede sein.

Gradl hat vollkommen recht. Lassen Sie mich als Vorsitzender des Ausschusses etwas sagen. Die Misere, die sich durch den Ausschuß viele Jahre gezogen hat, war

ja die, daß jede Sitzung eine Farce war. Sie selber haben viele Sitzungen mitgemacht. Die Opposition beschloß Sie oder den Außenminister mit ihren Fragen, und unsere Leute saßen etwas verlegen dabei. Sie wollten nur den Vertreter der Regierung nicht in Verlegenheit bringen durch eigene Fragen. Dann und wann fiel dem einen oder anderen eine helfende Frage ein, die er dann stellte, aber zu einer Arbeit konnte es in diesem Ausschuß nur kommen, wenn gewisse Vertragstexte vorlagen.

Nun war die Frage, sollte man versuchen, eben dort zu einer gewissen Zusammenarbeit zu kommen. Da gab es nur die eine Möglichkeit, die Opposition dazu zu erziehen, im Ausschuß ihre Argumente nun wirklich einmal sorgfältig begründet vorzutragen; nicht so, wie es früher war, daß praktisch eigentlich nur die Polemik, die draußen getrieben wurde, nun in den Ausschuß hineingetragen wurde. Man schämte sich oft über das Niveau, das hier zutage trat. Wir wollten also zu erreichen versuchen, daß die Opposition ihre Argumente gut begründet vortrug, damit nicht nur wir, sondern auch der zuständige Minister selbst darüber nachdenken konnte. Wir wollten sie dazu erziehen, auch auf unsere Argumente zu hören. So habe ich begonnen, einen Referenten und einen Korreferenten zu nehmen, und zwar Leute, von denen man erwarten konnte, daß sie einigermaßen zusammenspielen würden, wenn sie auch nicht der gleichen Meinung waren. Das habe ich gemacht in der einen oder anderen Frage. So haben z.B. Kollege Gradl als Referent und Professor Meyer⁸⁸, ein liebenswürdiger Mann, als Korreferent gesprochen. (*Adenauer*: Ein früherer CDU-Mann! Sie sagen, ein liebenswürdiger Mann!) Ja, Herr Bundeskanzler, ich kann natürlich auch einen früheren Kommunisten als Korreferenten einsetzen; aber da ist mir Herr Meyer schon lieber in diesem Zusammenhang.

Was hat sich ergeben? Ich will es Ihnen ganz deutlich sagen. Wenn wir diese Beratungen nicht gehabt hätten, dann wäre nach der letzten Note der Regierung folgendes passiert; in der ganzen Presse hätten Stellungnahmen der Opposition gestanden: Natürlich, eine solche Note muß ja ein Nein der Sowjetunion geradezu provozieren.

Das war die Neigung, die die Leute hatten. Wir haben sogar den Schritt getan und haben, als die Note übergeben wurde, noch einmal beraten und die Leute dazu gebracht, das nicht zu tun. Obwohl sie mit dem Inhalt nicht einverstanden waren, haben wir sie dazu gebracht, nun zu sagen, wir wollen das unterlassen. Sie haben es auch tatsächlich unterlassen. Sie haben also keine Kritik an der Note geübt, so daß ich unterstellen darf, daß es auch ein gewisser Erfolg gewesen ist. Ich erwarte im übrigen außenpolitisch von dieser Arbeit für den Augenblick ganz bestimmt nicht etwa ein Einschwenken der Russen. Es gibt keine mittlere Linie, es gibt nach wie vor die Politik, die wir seit Jahren gemacht haben; und es gibt keine Änderung dieser

88 Dr. Ernst Wilhelm Meyer (1892–1969), Professor; 1921–1937 Auswärtiger Dienst, 1937–1952 Lehrtätigkeit (davon 1937–1947 in den USA), 1952–1957 Botschafter in Neu-Delhi, 1957–1965 MdB (SPD).

Politik. Es ist nur eine etwas elastischere Methode, und zwar meine ich mehr nach innen, vom Ausschuß her gesehen, als nach außen.

Dabei kann man auch folgenden Gesichtspunkt berücksichtigen. In der SPD gibt es auch verschiedene Strömungen. Es gibt dort ganz radikale Kräfte, es gibt radikale Kräfte, und es gibt Leute, die weder radikal noch anders sind, sondern Qualm, die also überhaupt keine richtigen Vorstellungen haben. Es gibt aber auch Leute dort, die etwas verständlicher und auch verantwortlicher denken. Uns alle bewegt die Frage, wie wird sich diese SPD verhalten. Ich habe gehört, Sie hätten gesagt, ich hätte in Berlin ausgeführt, wir bekämen die Wiedervereinigung nur in Zusammenarbeit mit der SPD. Das ist reiner Unsinn. Ich habe nie etwas Derartiges gesagt. Herr Gradl war im Sportpalast dabei. Ich denke, Sie müßten mich genau kennen, daß ich nicht im Bundestag so und im Berliner Sportpalast anders rede. Ich habe gesagt: Wir bekommen die Wiedervereinigung nur unter Beteiligung der Russen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Ich habe gelegentlich ausgedrückt, auf die Dauer wird es der deutschen Frage nur dienlich sein, wenn die Parteien an einem Strang ziehen; ich habe aber immerhin hinzugefügt jedesmal den Satz, den Gerstenmaier aufgegriffen hat in Berlin, es wäre nichts schlimmer als eine gemeinsame falsche Außenpolitik. Es muß eine richtige Außenpolitik sein. Wenn wir aber eine gemeinsame richtige Außenpolitik erreichten, dann wäre das für die Frage der Wiedervereinigung allerdings das beste. Das ist doch etwas, worüber wir uns einig sind.

Im ganzen habe ich den Eindruck, wenn wir im Ausschuß sofort fragen, daß der Gewinn durchaus auf unserer Seite liegt. Ganz anders ist es natürlich – ich gebe zu, daß hier eine gewisse Gefahr vorhanden ist –, wenn man dabei nach außen etwa den Eindruck erweckte – und Heinemann hat einen Artikel geschrieben: Die CDU schwenkt auf uns ein –, als ob wir tatsächlich nun überschwenkten.⁸⁹ Aber das ist nur ein Manöver. Das können die Leute mal zwei, drei Wochen durchhalten, aber dann zeigt sich hinterher irgendwann, was sich durchgesetzt hat. Es hat sich z.B. bei diesen Verhandlungen im Ausschuß klipp und klar der Regierungsstandpunkt durchgesetzt. Es war erstaunlich zu sehen, wie heftig die Ausbrüche im Auswärtigen Ausschuß – ich will die einzelnen Namen nicht nennen – waren, wobei es hieß: Wenn nur das Wort Wiedervereinigung in der Antwortnote der Regierung steht, dann ist es aus. Wir sind gelassen darüber hinweggegangen. (*Adenauer*: Hat es denn dringestanden?) Ja, sicher! (*Adenauer*: Wann?) Wie die Note herausgekommen ist. (*Adenauer*: Nachher hat es dringestanden!) Es hat auch vorher dringestanden! (*Von Brentano*: Es gab keinen Entwurf ohne die Wiedervereinigung! – *Von Hassel*: Es gab einen Entwurf von Professor Meyer!) Der hat überhaupt nicht in Frage gestanden. Ich kann versichern, Herr Bundeskanzler, so wie die Note herausgegangen ist, so entsprach sie auch unseren Vorstellungen. Ein erster Entwurf, den wir zusammen besprochen haben – von Brentano, Krone und ich waren bei Ihnen – und den auch Sie gesehen haben, kam aus Ihrem Amt. (*Von Brentano*: Ja!) Über den war ich auch nicht glücklich,

⁸⁹ Vgl. Gustav W. Heinemann: „Wir sollen glauben, was sie selbst bezweifeln?“, in: „Gesamtdutsche Rundschau“ vom 31. Oktober 1958.

sondern das, was dann herauskam, war das, was wir alle, auch der Außenminister, als die richtige Form fanden, weil sie viel knapper und klarer war und der Gesichtspunkt der Wiedervereinigung ganz deutlich drinstand.

Wenn wir im Ausschuß anderer Meinung gewesen wären, dann wären wir doch zu Ihnen gekommen. Wir denken nicht daran, Ihnen in den Rücken zu fallen oder hintenherum etwas zu tun, weil wir etwa weich geworden sind oder mit der Opposition liebäugeln. Es besteht wirklich kein Grund, uns einen Vorwurf dieser Art zu machen. Ich habe doch nicht jahrelang als Sprecher der CDU/CSU-Fraktion in außenpolitischen Dingen im Bundestag meine Meinung gesagt – ich habe manchmal etwas nuanciert, aber immerhin waren wir uns einig –, um sie nun umzuwerfen. Als ich mein Schlußwort in Berlin formulierte, wobei ich jeden Satz, ja jedes Wort genau abgewogen habe, haben Sie mir zugestimmt. Sie erinnern sich daran. Wir waren auch da sachlich einer Meinung. Im übrigen habe ich die Dinge durch eine lange Diskussion im Arbeitskreis der Fraktion sehr sorgfältig vorbereitet. Ich würde eher meinen – auch wiederum mit Gradl –, daß wir durch diese Arbeit im Ausschuß gewonnen haben, auch innenpolitisch.

Wenn von der Gegenseite der Versuch gemacht wird, den Eindruck zu erwecken, als ob wir die Nachgebenden gewesen seien, so ist das falsch. Es ist genau umgekehrt. Es ist uns gelungen, den Radau zu vermeiden, den sie sonst angestellt haben. Daß gerade die „Radikalinskis“ unter ihnen still gewesen sind, das ist immerhin etwas. Für die Zukunft kann niemand garantieren, aber ob die SPD weiter diesen unheilvollen Weg geht von kleinen Funktionären her oder von utopischen Köpfen, die vom Ressentiment her denken, außenpolitisch zu handeln, oder ob es durch unsere standhafte und gelassene Mitwirkung und Rechtfertigung gelingt, in der SPD mindestens eine gewisse Gruppe von Leuten zu unterstützen und zu stärken, die nicht so weit abschirmen, das ist doch schließlich auch eine Aufgabe. Man muß auch an die Zukunft, an die Jahre, die kommen werden, denken. Dabei denke ich nicht an eine große Koalition oder etwas Derartiges, sondern einfach an die Frage, kann man den Radikalisierungsprozeß in dieser Partei von uns aus irgendwie aufhalten oder verlangsamen. Oder sollen wir durch unser Verhalten die Kluft immer tiefer machen und dadurch Wasser auf die Mühlen der „Radikalinskis“ leiten? Das waren die Überlegungen von mir. Ich habe vor, im Ausschuß diese alte Farce nicht mehr mitzuspielen, sonst würde ich den Vorsitz niederlegen. Ich habe keine Lust mehr, einer Farce vorzusitzen. Wenn Sie Vertrauen zu uns haben, daß wir in diesem Ausschuß in der Sache fest bleiben und es recht machen werden, dann werden wir Ihrer Politik, Herr Bundeskanzler, zu der wir die ganzen Jahre treu gestanden haben, in Zukunft noch besser dienen, als wir es in der Vergangenheit haben tun können.

Adenauer: Ich begrüße es, daß wir auf diese Frage zurückgekommen sind, und möchte folgendes wiederholen, weil die Herren Kiesinger und Gradl heute morgen nicht anwesend waren. Ich habe zunächst bemängelt die Größe dieses Ausschusses (*von Brentano:* Sehr richtig!) und habe gesagt, daß in einem solch großen Ausschuß außenpolitische Fragen von Bedeutung nicht verhandelt werden könnten,

weil die Diskretion überhaupt nicht gewahrt ist. Das habe ich an die Spitze meiner Ausführungen gestellt. Und Sie werden mir zustimmen. (*Zurufe*: Ja!)

Zweitens habe ich gesagt: Wie wenig die Diskretion gewahrt ist, können Sie daraus ersehen, daß die Opposition, weil die CDU/CSU im Auswärtigen Ausschuß von der bisher eingenommenen Haltung abgegangen sei, erklärt hat: Das ist unerhört, daß die jetzt davon abgeht. Wir halten uns an die Diskretion nicht mehr gebunden. (*Krone*: Die wollten das Wort „deutsche Frage“ durchsetzen gegenüber unserem Vorschlag!) Lassen Sie mich wiederholen, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt – und es sind sehr viel Zeugen dafür da –, wie wenig die Diskretion dort gewahrt ist, kann man daraus ersehen, daß die Oppositionsparteien, als sie der Ansicht waren, man sei nun von der bisherigen Haltung im Ausschuß abgegangen, öffentlich erklärt haben: Wir halten uns nicht mehr an die Diskretionspflicht gebunden. (*Kiesinger*: Dehler!) Nicht nur Dehler, sondern beide Oppositionsparteien! Sie haben in den Zeitungen geschrieben, daß plötzlich die CDU/CSU von ihrem bisherigen Weg, gemeinsam mit der Opposition zu gehen, abgewichen sei und einen eigenen Weg eingeschlagen habe. Ich möchte die Frage stellen, ob denn im Auswärtigen Ausschuß dieser Bruch der Schweigepflicht gerügt worden ist? (*Kiesinger*: Sicher, und schwer!) Ich wiederhole noch einmal, was ich gesagt habe: Wenn man ständig unter dem Druck stehen muß, daß die Opposition – wenn sie glaubt, die Verhandlungen nähmen einen anderen Verlauf – einfach erklärt, an die Schweigepflicht halte ich mich nicht mehr gebunden, dann kann man doch überhaupt nicht mehr richtig verhandeln. Ich möchte weiter feststellen, Herr Kollege Kiesinger, diese beiden Oppositionsparteien, die diese Erklärung öffentlich abgegeben haben, waren also der Überzeugung, daß man von seiten der CDU abgewichen sei von der bisher dort verfolgten Linie.

Alles das, was ich gesagt habe, beruht auf Mitteilungen des Herrn Außenministers. Ich habe keine Mitteilung aus Ihrem Ausschuß gehört. Er hat mit mir darüber gesprochen und seine Klagen und seine Not unterbreitet wegen dieser Auffassung der Opposition. (*Von Brentano*: Aus bestimmtem Anlaß, Herr Bundeskanzler!) Nicht nur aus dem bestimmten Anlaß allein; darauf komme ich noch zurück.

Und dann hat – ich muß das sagen, Herr von Brentano, wir werden morgen im Kabinett dieselbe Frage auch noch zu erledigen haben – das Kabinett, und zwar nach meiner Meinung mit Recht, sich bestärkt gefühlt, weil die Note im Kabinett überhaupt nicht erörtert worden ist, sich damit zu befassen; denn schließlich ist ja die Bundesregierung dafür verantwortlich. Und da ist ein Fehler passiert. Auch ich nehme den Teil der Schuld, der auf mich entfällt, auf mein Haupt. Ich gebe das ohne weiteres zu, und ich will das auch dem Kabinett zugeben. Das durfte nicht sein; denn das Kabinett ist verantwortlich, und das Kabinett mußte diese Note jedenfalls vor der Absendung kennenlernen und billigen.

Nun haben Sie, Herr Kollege Kiesinger, wie auch der Herr Kollege Gradl, die ganze Sache nur vom innenpolitischen Standpunkt aus betrachtet. Sie haben ausgeführt, daß Sie doch eine gewisse Erziehungsarbeit an der SPD und an der Opposition überhaupt ausübten, um dort die nüchtern denkenden Elemente heranzuziehen. Herr

Kollege Gradl hat es nicht wörtlich, aber doch so ähnlich ausgesprochen. Und da unterscheide ich mich grundlegend von Ihrer beider Auffassung. Der Auswärtige Ausschuß mag in einer allgemeinen Diskussion über die Außenpolitik solche Tendenzen mit Fug und Recht verfolgen und versuchen, ob dort nicht eine Annäherung herbeigeführt werden kann; aber wenn es sich um die Abgabe einer Note handelt, einer Note an die Sowjetunion, dann ist kein Raum da für Erziehungsarbeit an der Opposition. Es bleibt doch das eine bestehen – Herr von Brentano mag mich korrigieren, wenn ich etwas Falsches sage –, daß die Mitglieder dieses Ausschusses, und Sie haben es eben selbst gesagt, Herr Kiesinger, vermieden haben wollten, daß das Wort „Wiedervereinigung“ überhaupt in der Note genannt wurde. (*Kiesinger*: Jawohl, aber die Leute gehören zur Opposition, und wir sind in einem offiziellen Ausschuß des Bundestages. Wir haben ihnen entsprechend geantwortet. Ansonsten müßten wir das Grundgesetz ändern oder den Auswärtigen Ausschuß abschaffen!) Was das mit dem Grundgesetz zu tun hat ... (*Kiesinger*: Im Grundgesetz steht, daß er das Recht hat, seine Tagesordnung selbst zu bestimmen!) Wir können das mal sehen, aber ich will Ihnen auch darauf antworten, Herr Kiesinger. Wir als Mitglieder der Bundesregierung müssen doch eine Note in allererster Linie unter dem Gesichtspunkt betrachten:

1. Bekommen wir Spektakel im Innern, und wie wirkt die Note auf den Adressaten?
2. Wie wirkt sie auf unsere Verbündeten?

Nun will ich Ihnen etwas verraten, Herr Kollege Kiesinger – das geht ja nicht an die Presse: Als neulich der kanadische Ministerpräsident hier war⁹⁰, war als Vertreter der SPD Herr Dr. Mommer anwesend. Nachdem wir gegessen hatten, wurde Dr. Mommer, ich weiß nicht, von wem – er war aufgestanden, um sich zu der Frau des kanadischen Ministerpräsidenten zu setzen –, neben dem kanadischen Premierminister placiert. Ich sah von weitem, wie der arme Premier nun geduldig da saß und Herrn Mommer anhörte. Nachher habe ich ihn gefragt, was hat Ihnen der Herr Mommer gesagt. Darauf sagte er mir: Er hat mir weitschweifig auseinandergesetzt, warum die SPD für eine solche Form der Beantwortung der Sowjetnote sei. Und dann setzte der kanadische Ministerpräsident hinzu: Ich habe ihn dann zum Schluß seiner Ausführungen gefragt, glauben Sie denn, damit bei den Sowjets Erfolg zu haben. Herr Mommer hat daraufhin treu und ehrlich geantwortet: Nein!

Und nun muß ich Ihnen doch sagen: Dafür ist der Auswärtige Ausschuß wahrhaftig nicht da, um den Sozialdemokraten Gelegenheit zu geben – wie es hier offenbar geschehen ist –, in eine Note gewisse Wendungen hineinzubringen. (*Kiesinger*: Das ist doch einfach nicht wahr! Wir haben doch unseren Text durchgesetzt!) Dann will ich es ausführlicher bringen, auch wenn es Herr von Brentano nicht wünscht. Es ist ein Entwurf der Note doch besprochen worden mit den drei westlichen Botschaftern, (*von Brentano*: Jawohl!) wobei diese darauf aufmerksam gemacht haben, daß von

90 Am 7. und 8. November 1958 hielt sich der kanadische Premierminister John Diefenbaker in Bonn auf. Am 8. November gab der kanadische Botschafter ein Abendessen (TERMINKALENDER SOWIE AdG 1958 S. 7385).

der Wiedervereinigung nichts drinstünde. (*Von Brentano*: Das stimmt nicht!) Ich weiß es doch! Sie haben es oder Herr Scherpenberg⁹¹ hat es gesagt! (*Von Brentano*: Ich kann die Aufzeichnungen holen!) Holen Sie den ersten Entwurf Ihres Amtes! (*Von Brentano*: In einer Viertelstunde kann ich ihn holen!) Holen Sie den heraus! Das ist mir gesagt worden. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden. Erst bei dem letzten Entwurf hat man gesagt: Das geht schon eher. (*Von Brentano*: Ich darf gleich darauf antworten! – *Kiesinger*: Er hat den letzten Entwurf gar nicht gezeigt!) Selbstverständlich! (*Kiesinger*: Wem denn?) Den Alliierten! (*Kiesinger*: Ja!) Denen hat er es gezeigt, und die betrachten doch die ganze Sache in erster Linie, wenn eine solche Note beantwortet wird, unter dem Gesichtspunkt: Wie wirkt das auf den Adressaten und die Bundesregierung, vor allem aber auf die Verbündeten, aber nicht, wie wirkt es auf die Opposition. (*Kiesinger*: So primitiv denken wir nun auch nicht!) Sie haben doch eben gesagt, Sie versuchten, durch Erziehung die Guten von den Schlechten zu scheiden. (*Kiesinger*: Ich habe nur gesagt, durch ein besseres Arbeitsklima! Nicht bei der Note!) Bei der Note habe ich gesagt: Wir haben mit Ihnen die Note durchgesprochen, Herr Bundeskanzler. Wir wußten, daß Ihre Meinung in etwa dem Inhalt der Note, wie sie herauskam, entsprochen hat. Und so haben wir die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß geführt. Wir haben auch den Außenminister gestützt – im Gegensatz zur Opposition –, nicht den Notentext bekanntzugeben. Nicht ein Satz war bekanntgeworden!

Darf ich vielleicht fortfahren? In Zukunft wird dem Ausschuß nur noch die fertige Note vorgelegt. (*Von Brentano*: Das ist auch diesmal geschehen! – *Kiesinger*: Sie reden dauernd von Dingen, die nicht stimmen!) Nun hört es aber wirklich auf! Herr von Brentano, wie oft haben Sie mir Ihr Leid geklagt darüber, wie Ihre Note im Ausschuß behandelt worden sei; nicht einmal, sondern drei- oder viermal. Ich habe nur mit Ihnen darüber gesprochen. (*Von Brentano*: Ich werde gleich antworten!) Ich habe meine Kenntnisse doch nur von Ihnen. Es ist wohl auch richtig, daß ein Mitglied unserer Fraktion einen Antrag gestellt hat auf eine Änderung dieser Note, die sogar den Herren Carlo Schmid und Eler zu weit ging. (*Von Brentano*: Das war nicht wegen der Note, sondern wegen des Kommuniqués über die Sitzung des Ausschusses!) Sie haben in meiner Gegenwart dem betreffenden Herrn das vorgehalten und gesagt, (*von Brentano*: Natürlich!) daß dadurch die ganze Politik gestört würde. (*Kiesinger*: Das hat doch mit dem Auswärtigen Ausschuß nichts zu tun!)

Meine Herren! Ich glaube, ich bestelle mal eine Tasse Kaffee und gehe vielleicht jetzt über zu Herrn Schäffer.⁹² Ich will Ihnen sagen, wie die Sache mit Herrn Schäffer verlaufen ist. Herr Schäffer kam eines Tages zu mir mit einem sehr geheimnisvollen Gesicht und sagte, er habe mir eine höchst wichtige Mitteilung zu machen. Der

91 Dr. Albert Hilger van Scherpenberg (1899–1969), 1955–1958 Ministerialdirektor und Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, 1958–1961 Staatssekretär, 1961–1964 Botschafter beim Vatikan.

92 Zum Folgenden KÜSTERS: Wiedervereinigung.

Vinzenz Müller⁹³, der damals noch etwas zu bedeuten hatte als Kommandeur der Volkspolizei, habe Münchener Verwandte, und diese Münchener Verwandten hätten nun an Verwandte von Schäffer oder an Schäffer selbst – das weiß ich nicht mehr zu sagen – ausgerichtet, Herr Vinzenz Müller ließe ihn dringend bitten, nach Berlin zu kommen, um mit den Russen zu verhandeln. Es gebe einen Weg der Verständigung. Darauf habe ich dem Herrn Schäffer gesagt: Herr Schäffer, glauben Sie bitte kein Wort davon. Das ist ja alles Unsinn. Die werden Sie nur in eine Falle hineinlocken, und Sie werden sehen, nachher sind Sie der Blamierte. Sie können nicht als Bundesminister dahin gehen. Das hat dann eine lange Aussprache zwischen Schäffer und mir ergeben. Herr Schäffer war fest⁹⁴ darauf eingeschworen, er müsse dahin gehen. Als ich bei meinem Widerspruch blieb, sagte Herr Schäffer schließlich: Herr Bundeskanzler! Gut, aber Sie können mich nicht daran hindern, wenn ich auf eigenen Kopf dahin gehe. Dann gehe ich eben auf eigenen Kopf dahin.

Was hätte ich tun sollen? Hätte ich ihm sagen sollen: Herr Schäffer, dann müssen Sie Ihr Amt quittieren? Legen Sie sich einmal die Frage vor, Herr Gradl, ob ich das hätte tun sollen, wenn Herr Schäffer dann urbi et orbi erklärt hätte: Ich habe jetzt die Möglichkeit, eine aussichtsreiche Verbindung da herzustellen, aber der Bundeskanzler hat mich unter der Drohung, dann wirst du als Finanzminister entlassen, gezwungen, nicht dahin zu gehen. (*Gradl*: Ich verstehe durchaus die Schwierigkeit!) Hören Sie zu, wie die Sache weitergeht! (*Gradl*: Das mußte dann kommen!) Herr Schäffer ging hin⁹⁵, und dann war er der Blamierte bis über die Ohren; denn die Russen haben ihn überhaupt nicht empfangen. Es heißt, es seien ein paar junge Leute dagewesen, mit denen zu sprechen er sich aber geweigert habe. Dann ist er nochmals hingefahren.⁹⁶ Davon, daß er in der Wohnung des Herrn Vincenz Müller gewesen ist, hat er mir kein Wort gesagt. Er hat mir gesagt, er habe sich mit dem Müller in einem Café getroffen. Vincenz Müller hat gesagt – und Herr Schäffer hat das indirekt zugegeben –, er sei drei Stunden lang in dessen Wohnung gewesen.

Dann habe ich folgendes getan. Ich habe sofort, weil ich fest davon überzeugt war, daß heute oder morgen die Bombe platzen würde, Herrn Dulles ein Telegramm geschickt. Vorher hatte ich Herrn Globke gesagt, das und das hat sich abgespielt, bringen Sie das zu den Akten.⁹⁷ Man hat versucht, Herrn Schäffer in eine Falle zu locken; er ist Gott sei Dank der Falle entgangen. (*Heiterkeit.*) Sie freuen sich darüber! Aber damit hatte ich ein Alibi für die Bundesregierung, ohne schließlich

93 Vinzenz Müller (1894–1961), 1943–1944 Generalleutnant, Kommandierender General des XII. Armeekorps und zuletzt stv. Oberbefehlshaber der 4. Armee der Wehrmacht. Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland, 1949–1953 erster stv. Vorsitzender der NDPD, seit 1953 Chef der Kasernierten Volkspolizei, 1953–1956 stv. Innenminister der DDR, 1956–1957 stv. Verteidigungsminister der DDR.

94 In der Vorlage: fast.

95 Am 11. Juni 1955.

96 Am 20. Oktober 1956.

97 Vgl. KÜSTERS: Wiedervereinigung S. 138f.

Herrn Schäffer zu sehr preiszugeben. Und dann höre ich nach einiger Zeit, daß Herr Schäffer seinen engeren bayerischen Freunden die ganze Geschichte brühwarm erzählt hat. (*Zuruf*: Nicht allen! – *Weiterer Zuruf*: 56!) Das ist nun die Situation. Herr Gradl, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie es hier zur Sprache gebracht haben und nicht morgen im Parteiausschuß. Ich bin auch in München gebeten worden, den Namen Schäffer in meiner Rede nicht zu erwähnen.⁹⁸ Ich habe ihn auch nicht erwähnt; denn in München ist man natürlich auch sehr unglücklich über diese ganze Sache. Ich war auch sehr unglücklich darüber und habe jeden Tag – schon lange vorher – die Katastrophe erwartet.

Sie sehen hier wieder das gerissene Zusammenspiel der Russen mit ihrem Ulbricht, daß der jetzt in diesem Augenblick vor der Wahl in Bayern⁹⁹ mit dieser Sache herausgekommen ist, um dort Unruhe zu stiften. Sagen Sie bitte den Herren, die Sie fragen, folgendes: 1. das, was ich Ihnen gesagt habe, 2. daß ich aus den Erklärungen des Herrn Schäffer manches gehört habe, was ich vorher nicht wußte. (*Krone*: Zum Teil ist es neu hinzugefügt worden durch Herrn Ulbricht!) Ja, Herr Ulbricht hat auch Neues hinzugefügt. Ich bin für Herrn Schäffer neulich auf dem Verein der Unionspresse¹⁰⁰ sehr kräftig eingetreten und habe da einem Besitzer einer CDU-Zeitung gesagt, wenn jetzt Fotografien von Herrn Schäffer in irgendeiner Situation aus Berlin kommen, dann glauben Sie das nicht; denn Sie wissen doch, wie man Fotomontagen macht. Und wenn Sie etwas vom Tonband bekommen, glauben Sie es nicht, Sie wissen doch, wie man Bänder macht! (*Heiterkeit*.) Haben Sie etwas dagegen, meine Herren, daß ich das gesagt habe? Sie werden mich doch verstehen, daß man da etwas verbaut. Ich weiß nicht, was noch kommen wird. Ich bin im Grunde genommen davon überzeugt, daß die Gespräche in den drei Stunden, die Schäffer bei Vincenz Müller gewesen ist, vom Band aufgenommen worden sind. Aber man kann Bänder fälschen. Und wenn etwas kommt, ist das ein gefälschtes Band. Das müssen Sie auch einsehen. Deswegen meine ich, wir wollen über die außenpolitische Aktion des Herrn Schäffer schweigen. Sie war nicht erfolgreich, weder für den einen noch für den anderen. Wir wollen also darüber schweigen. Das ist das beste, was wir tun können.

Von Brentano: Ich möchte einige Mißverständnisse aufklären, und zwar ohne jede Polemik, weil sonst der Eindruck entsteht, als sei diese Antwortnote nicht von der Bundesregierung, sondern vom Ausschuß gemacht worden. Ich habe mich bei Ihnen, Herr Bundeskanzler, wiederholt beschwert, mit Recht. Ich hatte Sie gebeten, darüber zu sprechen. Die Art der Zusammensetzung des Ausschusses ist unbefriedigend. Dieser Ausschuß ist eine kleine Volksversammlung mit einer unübersehbaren Zahl von Menschen. Ein offenes Wort kann dort nicht gesprochen werden, weil zuviel

⁹⁸ Rede auf einer CSU-Versammlung am 21. November 1958, in StBKAH 02.18.

⁹⁹ Am 23. November 1958.

¹⁰⁰ Am 15. November 1958 auf der Jahresversammlung des Vereins Union Presse in Bad Godesberg (TERMINKALENDER); vgl. NZZ und „Die Welt“ vom 17. November 1958.

Leute da sind, die gewerbsmäßig Indiskretionen begehen. Ich habe das Beispiel erzählt, daß einmal ein Bericht über die Ausschußsitzung von einem Beauftragten eines Landes im offenen Fernschreiben an seinen Regierungschef gegeben worden ist. So hat der die Geheimhaltungspflicht gehalten.

Ich habe weiter geäußert, Herr Bundeskanzler – und möchte es auch hier sagen –, daß ich damals tief bedauert und nicht verstanden habe, daß der Sprecher des gesamten Deutschen Bundestages in Berlin Herr Wehner war.¹⁰¹ Er hat dort gesprochen als erster im Auftrage des Bundestages. (*Krone*: Er hat eine Intervention begründet!) Man kann verschiedener Meinung darüber sein. Ich bin der Meinung, daß es nicht glücklich war. Ich habe gesagt, hier entsteht ein falscher Eindruck in der Öffentlichkeit. Ich war auch nicht allein mit dieser Kritik. Das ist sehr viel an mich herangetragen worden von Menschen, die das nicht verstehen oder verstanden haben, daß ausgerechnet Herr Wehner in einer so bedeutungsvollen Sitzung in Berlin als erster das Wort ergriffen hat. Ich meine, das wäre bei uns besser gewesen als bei Herrn Wehner.

Ich habe Ihnen weiter berichtet über diese Abendsitzung, wo bei der Diskussion über die Note von einigen Mitgliedern des Ausschusses – nicht aus der Fraktion – Forderungen gestellt worden sind, wie man jetzt reagieren müsse, die mich veranlaßt haben zu sagen: Auf diesem Wege wird Ihnen die Bundesregierung nicht folgen. Ich bin nicht bereit, darüber zu sprechen. Die Sitzung war so hart, daß sie abgebrochen worden ist. Und das hat einige Leute der Opposition veranlaßt, die Diskretion zu brechen. Und das hat mich veranlaßt, am nächsten Tag an den Vorsitzenden einen offiziellen Brief zu schreiben, von dem ich Ihnen eine Abschrift geschickt habe, und im Ausschuß zu sagen: Wenn sich solche Dinge wiederholen, bin ich nicht in der Lage, für die Bundesregierung amtliche Erklärungen abzugeben. Ein offenes Gespräch wird unmöglich, wenn solche Indiskretionen vorkommen. Und die Verständigen im Ausschuß haben das auch akzeptiert.

Ich habe mich über einen Einzelfall mit Ihnen ausgesprochen und auch in Ihrer Gegenwart demjenigen, um den es ging, in aller Offenheit gesagt, daß er bei der Besprechung über ein Communiqué im Ausschuß – nicht über die Note – Erklärungen abgegeben habe, von denen ich sagen mußte: Sie sind mir in diesem Augenblick in den Rücken gefallen. Das habe ich mit aller Härte unserem Freund gesagt. Ich glaube, das hat er auch eingesehen.

Ich möchte zum Zustandekommen der Note, um falsche Eindrücke zu verhindern, feststellen: Es ist niemals ein Notentext, auch nicht ein Satz oder eine Formulierung im Ausschuß besprochen worden oder festgelegt worden. Ich habe Ihnen, Herr Bundeskanzler, einen vorläufigen Text einer Antwortnote geschickt, der von meinem Amte gemacht war. Wir waren zunächst einig, und ich habe sie mit Ihnen zur ersten Konsultation den Alliierten gegeben. Jede Note wird im Konsultationsverfahren erörtert, weil wir erwarten, daß auch die anderen jede Note mit uns konsultieren. Wir haben uns anschließend über diesen Notentext unterhalten. Dann habe ich am Sonntag

101 Am 1. Oktober 1958. Vgl. Sten.Ber. 3. WP Bd. 42 S. 2394–2397.

nachmittag selbst eine Note diktiert und Ihnen diese Note durch Sonderboten in Ihre Wohnung nach Rhöndorf geschickt, weil ich am nächsten Morgen nach Rom¹⁰² fliegen mußte. Ich war vorher noch im Palais Schaumburg, und Sie haben gesagt: Ich lese die Note durch. Sie haben sie abgezeichnet und mir zurückgegeben. Und diese Note ist zur Konsultation gegeben worden, nicht in den Ausschuß. Sie hat keinem Mitglied des Ausschusses vorgelegen, sondern sie ist vorgelegt worden den drei Botschaftern und dann von diesen an ihre Regierungen gegeben worden. Sie haben dazu ihre Meinung gesagt, und wir haben dann geringfügige Änderungen vorgenommen. Die Amerikaner haben sich sehr positiv zu dieser Note geäußert.

Ich habe dann an dem Tage, an dem der Ausschuß noch einmal zusammenkam, mit Krone, Kiesinger und Gradl über die Dinge gesprochen und habe ihnen im Zimmer von Krone den Text gezeigt, und die Herren haben mir zwei stilistische Anregungen gegeben, die ich für glücklich hielt. Ich habe Ihnen diese Anregungen, Herr Bundeskanzler, mit einem Brief zugeschickt. In Ihrem Zimmer, Herr Bundeskanzler, haben wir dann darüber gesprochen, und Sie haben gesagt: Ich bin einverstanden, ich sehe es mir noch einmal an. Sie haben mir diesen Brief mit zwei stilistischen Änderungen auf Seite 1, mit Ihrem „A“ abgezeichnet, zurückgeschickt. Ich habe diesen endgültigen Text, der nicht im Ausschuß besprochen worden ist und der keinem Mitglied vorgelegen hat, noch einmal mit den Änderungen zur Konsultation gegeben und ihn am Montag vormittag überreicht. Und am Montag mittag hat der Ausschuß getagt. Inzwischen war also die Note überreicht; und sie war publiziert. Ich habe dann im Ausschuß gesagt: Hier ist die Note, die heute morgen übergeben worden ist. (*Adenauer*: Das ist alles richtig!) Und in dieser Note ist nichts, wozu ich etwa von der Fraktion oder von sonst jemandem veranlaßt worden bin, was nach Ihrer Meinung – und Ihre Gedanken zeigen es ja – irgendwie im Gegensatz steht zu unserer Außenpolitik. (*Adenauer*: Wer hat das denn behauptet?) Sie haben gesagt, in einem Notentwurf hätte davon etwas ... (*Adenauer*: Ihres Amtes habe ich gesagt! – *Kiesinger*: „Ausschuß“ haben Sie gesagt! – *Adenauer*: Dann habe ich mich versprochen. Der Ausschuß hat nie eine Note gemacht.) Ich lege Wert darauf, daß die Note vom Auswärtigen Amt gemacht worden ist. Als Ihre Zustimmung zu der Note erteilt worden war, konnte ich annehmen, daß Sie mit der Note einverstanden waren.

Ob es nun nicht richtiger gewesen wäre, sie auch im Kabinett zu besprechen? Ich bin gerne bereit, das in einem anderen Falle zu tun; ich glaubte aber, daß in dieser Note nicht irgend etwas sei, was von der bisherigen Politik abgehe, und daß die Besprechung im Kabinett informellen Charakter gehabt hätte; denn dieser Entwurf war zunächst genehmigt, und ich hätte die ganze Konsultation wieder aufnehmen müssen. Es kam mir darauf an, angesichts der damals schon vorliegenden Ankündigungen von Chruschtschow, nun diese Note abzuschicken und nicht länger festzuhalten.

102 Teilnahme an der Inthronisation Papst Johannes XXIII. am 4. November 1958 (AdG 1958 S. 7377, „Die Welt“ vom 5. und FAZ vom 6. November 1958).

So ist die Note zustande gekommen. Ich meine, ich habe damit gezeigt, daß das ein völlig klares Verfahren ist. Ich bin jederzeit bereit, dasselbe zu tun. Sie können überzeugt sein, Herr Bundeskanzler, selbst wenn ich es könnte, würde ich keine Note in einer solchen Sache abschicken ohne Ihre Bewilligung und Ihre Zustimmung zum Gesamttext der Note. (*Adenauer*: Darum handelt es sich nicht. Ich habe nur gesagt, daß sich – nach meiner Meinung mit Recht – das Kabinett beschweren kann!) Das habe ich zugegeben! (*Adenauer*: Weiter habe ich nichts gesagt!) Es konnte der Eindruck entstehen, als sei die Note das Ergebnis einer im Ausschuß gemachten Konzession, einer Mogelei, und um der Konzession halber hätten wir uns dort koordiniert mit der SPD. Ich darf Ihnen sagen, daß ich gerade gegenüber allen diesen Äußerungen mit wünschenswerter Offenheit geantwortet und dabei die Unterstützung aller unserer Mitglieder gefunden habe.

Adenauer: Gegen Sie habe ich weder heute morgen noch heute nachmittag ein Wort gesprochen, mit Ausnahme dessen, wir hätten es dem Kabinett vorzulegen. (*Von Brentano*: Ich bin gern bereit, das beim nächsten Mal zu tun! – *Kiesinger*: Gegen wen haben Sie gesprochen?) Gegen einige wenige Mitglieder von uns. (*Kiesinger*: Gegen einen oder einige?) Lassen wir jetzt noch fragen, ob Mann oder Frau! (*Kiesinger*: Zwischen uns sei Klarheit!) Verstehen Sie doch meine Sorgen! (*Zuruf*: Verzeihen Sie, wegen dieser dummen Note?) Das ist keine dumme Note im Sinne von Herrn Mommer, der dem kanadischen Ministerpräsidenten – zu meiner Freude – gesagt hat, es habe keinen Zweck. Nein, meine Herren, ich habe folgende große Sorge, und das möchte ich insbesondere vor den Herren Kiesinger und von Brentano noch einmal wiederholen: Es ist bei unseren Verbündeten – zum Teil sicher auch durch die Ausführungen der Presse, die immer von einem Aneinanderrücken spricht – die Furcht oder der Eindruck entstanden, daß schließlich das deutsche Volk unter dem Druck der Wiedervereinigung von seiner bisherigen Politik und Orientierung abgehe. Das hat Herr de Gaulle mich noch gestern und auch Herrn Blankenhorn bei der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens gefragt. (*Von Brentano*: Mich auch!) Auch Herr Steel hat mir eine ähnliche Bemerkung gemacht. (*Von Brentano*: Auch Selwyn Lloyd in London!) Ich habe ihnen gesagt, vielleicht ist ein solcher Eindruck sogar auf Äußerungen zurückzuführen, die ein deutscher Botschafter irgendwo gemacht hat. (*Von Brentano*: Ja!) Und das ist nun meine große Sorge: Wenn die drei Westmächte nicht mehr an uns glauben, dann haben wir verspielt. (*Von Brentano*: Völlig!) Wir haben dann nichts gewonnen, sondern alles verspielt. Und aus dieser wirklich ehrlichen Sorge heraus habe ich das heute gesagt.

Von Hassel: Ich möchte als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates etwas sagen. Ich habe sämtliche Protokolle der Ausschußsitzungen des Bundestages gelesen und kann nur bestätigen, daß die Haltung unserer Freunde völlig eindeutig gewesen ist. Ich könnte höchstens sagen, man hat vielleicht ein wenig zu lange diskutiert, aber sonst ist von einer Aufweichung unserer Freunde – davon können Sie überzeugt sein – buchstäblich nichts drin.

In der Ausschußsitzung des Bundesrates, die heute vor 14 Tagen gewesen ist, hat

der Präsident des Bundesrates, Herr Kaisen¹⁰³, geradezu mit einer Leidenschaft die gesamte Haltung der Bundesregierung in außenpolitischer Hinsicht verteidigt. Er hat gesagt, er könne nur erklären, auch angesichts der Chruschtschow-Rede hinsichtlich Berlin¹⁰⁴, daß die einzig richtige Politik die der allerengsten Verbindung zu den Westmächten sei. Herr Kollege Altmeier war dabei. Er hat mit Leidenschaft für eine gemeinsame Politik mit den drei Westmächten plädiert; das ist immerhin interessant. Es fiel vorhin das Wort, die Minderheit müsse sich in außenpolitischen Fragen der Mehrheit anschließen. (*Zuruf*: Immer!) Bei Kaisen kann ich erklären, daß er mit Leidenschaft in dieser Richtung gesprochen hat.

Zu Berlin wurde heute ausgeführt, daß Herr Brandt nicht richtig gehandelt habe. Leider ist es auch so, daß wir von dem zweiten Bürgermeister in Berlin, Herrn Amrehn¹⁰⁵, sehr in diese Richtung gedrängt werden. (*Zuruf*: Noch mehr!) Es ist mir auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Koblenz am 16./17. Oktober gelungen, in einem Gespräch unter sechs Augen Herrn Brandt davon abzubringen – die Chruschtschow-Rede lag noch nicht vor –, diese Frage auf einer Bundesratssitzung in Berlin unter seinem Vorsitz zu klären. Das habe ich also abbiegen können, indem ich gesagt habe, die Staatskanzleien der einzelnen Länder werden sich damit Anfang des nächsten Jahres beschäftigen. Aber der Vorschlag Brandts wurde mir gegenüber wärmstens unterstützt durch unseren Freund Amrehn. Und da hat nun an diesem Punkt Herr Kaisen mit derselben Leidenschaft den Berlinern gesagt: Laßt endlich diesen Unsinn. Gebt nicht die Situation Berlin[s] preis. Rührt nicht daran. Nur so können die Westmächte überhaupt Berlin halten und die Sicherheit und Garantie für Berlin wahren. Also, Brandts Parteifreund Kaisen ist der Auffassung, daß das völlig falsch ist, was von Brandt und Amrehn unterstützt worden ist.

Gradl: Die Auffassung, daß man an dem Viermächtestatus nicht rühren dürfe, wenn man die Frage des Stimmrechts nicht aufwerfen soll, ist einhellig in der Berliner Partei. Wir haben sie in aller Öffentlichkeit im Wahlkampf vertreten, und die Bevölkerung versteht es völlig, daß es ein Wahnsinn wäre, den Russen noch Argumente in die Hand zu geben in der jetzigen Situation. Ich weiß, daß unser Freund Amrehn, der sonst ein sehr vernünftiger und gescheiter Mann ist, sich in diesem Fall von einem merkwürdigen Formalismus zeigt. Ich habe vor Jahren mit ihm diskutiert, und ich sogar habe es ihm nicht austreiben können. Vielleicht sollten Sie in dieser Woche noch einmal ein Wort sagen. Die Situation ist völlig klar: Unter keinen Umständen daran rühren!

103 Wilhelm Kaisen (1887–1979), 1921–1933 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (SPD), ab 1927 Senator für Wohlfahrtswesen, 1945–1965 Bürgermeister und Senatspräsident von Bremen (Erinnerungen: Meine Arbeit, mein Leben. München 1967). Vgl. Lothar BAGEMIHLE in DEMOKRATEN S. 163–170.

104 Rede Chruschtschows im Moskauer Sportpalast, 10. November 1958. Vgl. Anm. 10.

105 Franz Amrehn (1912–1981), 1950–1969 MdA (CDU), 1955–1963 Bürgermeister von Berlin, 1958–1967 2. Vorsitzender der CDU Berlin, 1969–1981 MdB.

Adenauer: Als ich zuletzt in Berlin war, habe ich das Herrn Amrehn nachdrücklich gesagt. Ich habe später von Berliner Freunden gehört, daß er es seit dieser Zeit nicht mehr verlangt hat. Dagegen hat es wohl Brandt öffentlich verlangt. Ich war um so mehr erstaunt, daß Brandt das getan hat, weil mir in Berlin gesagt worden war, Brandt ist vernünftig; er wird sich damit begnügen, wenn im Bundesrat oder im Vermittlungsausschuß etwas gemacht wird. Und plötzlich hat Brandt nach Zeitungsberichten in großer Öffentlichkeit verlangt, daß die Berliner Bundestagsabgeordneten Stimmrecht im Bundestag haben sollen.

Von Hassel: Ich werde der Sache nachgehen und versuchen, mein Gedächtnis aufzufrischen. Ich meine, daß Brandt und Klein¹⁰⁶ gesagt hätten, über das, was in diesem Gespräch zwischen Klein und Brandt mit Ihnen und Herrn von Brentano gesagt worden sei, könne man durchaus sprechen. In dieser Form ist es mir vorgetragen worden.

Adenauer: Also, bei dem Gespräch, das wir mit Brandt hatten, habe Brandt den Eindruck bekommen, darüber könne man durchaus sprechen? (*Von Hassel:* Ja!) Das ist absolut nicht wahr! Genau das Gegenteil ist richtig!

Von Hassel: Ich werde mein Gedächtnis auffrischen. Nun darf ich Ihnen sagen, der Eindruck, den ich von der heutigen Sitzung habe, ist ausgesprochen erfreulich, und ich gehe in dem Gefühl nach Hause, daß heute eine ausgezeichnete Diskussion unter uns gewesen ist, über die ich persönlich sehr froh bin.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich darf auf die sehr schwerwiegende Frage der Justiz zurückkommen. Die Frage ist sehr ernst; glauben Sie es mir. Es ist vorgekommen, daß sich hier in Bonn die Studenten in einem Kolleg dagegen gewandt haben, daß die Bundesregierung den Beschluß wegen Hallstein, Blankenhorn und von Maltzan gefaßt hat.¹⁰⁷ Und so etwas greift um sich. Ich sehe der Sitzung im Bundestag mit großer Sorge entgegen. Wir werden da nicht schweigen können; denn wir sind hier die „korrupte Gesellschaft“.

Herr von Brentano hat gesagt, in Hessen seien Handzettel verteilt und Plakate verklebt worden mit der Aufschrift: Hessen bleibt sauber! (*Zuruf:* Auch: Wir fahren nicht in Leihwagen! Dann hieß es: Der Bundeskanzler für Blankenhorn und Kilb! Daneben stand Herr Zinn und sagte: Hessen bleibt sauber!) Das Gros der Bevölkerung hat für politische Tatsachen oft kein Interesse, aber für Skandale hat es immer ein großes Interesse. Das hören sie draußen, und das werten sie. Ich höre, daß gestern der Ostzonen sender eine lange Geschichte mit Versen über die Korruption in Bonn verbreitet hat.¹⁰⁸ Das hören die Leute. Es ist die unglückselige Staatsanwaltschaft, die

106 Dr. Günter Robert Paul Klein (1900–1963), ab 1947 Vertreter Berlins im Frankfurter Wirtschaftsrat, 1949–1953 Mitglied des Magistrats von Groß-Berlin bzw. des West-Berliner Senats und dessen Vertreter im Bundesrat, 1954–1961 MdB (SPD), 1955–1961 Senator für Bundesangelegenheiten sowie für das Post- und Fernmeldewesen, 1961–1963 MdB.

107 Vgl. oben S. 274f., 279f.

108 Nicht ermittelt.

die Geschichten macht. Und das sage ich in Gegenwart des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Ich bin davon überzeugt, daß Herr Amelunxen zur Vorschrift gemacht hat, daß ihm jede Sache von politischer Bedeutung vorgelegt wird. Ich weiß nicht, ob das für Herrn Flehinghaus¹⁰⁹ gilt. Ich glaube auch, daß Herr Amelunxen die Staatsanwaltschaften entsprechend zusammengesetzt hat. Es ist mir gestern vom Kollegen Etzel erzählt worden, daß der junge Staatsanwalt von 32 Jahren auf Gesellschaften den jungen Mädchen usw. erzählt, das sei der Fall seines Lebens. Herr von Eckardt hat gestern erzählt – ich habe ihn gebeten, mir das schriftlich zu geben –, daß ein Journalist ihm einen Beschluß der Staatsanwaltschaft schon zwei Tage eher, bevor dieser Beschluß bekanntgegeben worden sei, schriftlich gezeigt habe. (*Von Brentano*: Den Eröffnungsbeschluß der Strafkammer!) Bevor er dem Angeschuldigten zugestellt worden ist, hat ein Journalist vom „Spiegel“ ihn bereits vorgelegt. (*Schröder*: Was sagen denn die Anwälte? Die Angeschuldigten haben doch Anwälte! Ich kann nicht verstehen, daß da nichts geschieht. Gibt es denn keine Anwälte mehr? Das wäre z.B. früher in Berlin niemals möglich gewesen!) Das war auch früher nicht möglich! Sowohl Hallstein wie auch Kilb haben den Herrn Dahs¹¹⁰ empfohlen. Er mag ein sehr guter Jurist sein, ich kenne ihn persönlich nicht, aber es gehört etwas anderes dazu, ein Strafverteidiger zu sein. (*Schröder*: In Berlin ist doch Herr Ronge¹¹¹, der ist doch sehr gut!) Meine Herren! Betrachten Sie die Sache sehr ernst. So etwas wühlt weiter. Ich bin jetzt schon in Sorge wegen der Wahlen in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen.

Krone: Ich möchte die Länder bitten – das kann nicht vom Bundestag gemacht werden –, etwas zugunsten ihrer Beamten zu sagen. Wir kommen in einen Mißkredit sondergleichen. Diese Art, wie unsere Beamten beschuldigt werden oder in die Gefahr kommen, vernommen zu werden, lähmt doch jede Tätigkeit der Beamten, wenn sie befürchten müssen, daß sie korrumpiert werden wegen etwas, was keine Korruption, sondern ganz normal ist. Die Länder können das viel eher machen als die Bundesregierung, weil es ja Kilb betrifft. Das ist eine kleine Anregung an die Herren von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Es muß eine Atmosphäre geschaffen werden, die das verhindert, was jetzt so furchtbar grassiert. Ich suche nach einem tüchtigen Journalisten, der aufgrund dessen, was hier gesagt werden kann, etwas schreibt. Auch die Anwälte könnten doch sprechen. Aber sie sprechen nicht in Bonn, weil sie befürchten, das ginge zu Lasten ihrer Klienten. Es gibt aber noch andere Leute, die von Berufs wegen etwas

109 In der Vorlage: Flemminghaus. – Dr. Otto Flehinghaus (1904–1987), Richter; 1954–1970 MdL NW (CDU), 1958–1962 Justizminister NW, 1966–1970 Landtagsvizepräsident.

110 Dr. Hans Dahs (1904–1972), Rechtsanwalt; seit 1953 Honorarprofessor für Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht an der Universität Bonn.

111 In der Vorlage: Romme. – Vermutlich Dr. Paul Ronge (1901–1965), Rechtsanwalt und Notar; seit 1931 Anwaltspraxis in Königsberg (bis 1945) und Berlin, 1948–1958 Mda (FDP), zuletzt als Fraktionsvorsitzender.

sagen können, die keinen Blankenhorn und keinen Kilb vertreten. Mich wundert es tatsächlich, daß bisher noch nichts in der Öffentlichkeit darüber gesagt worden ist. Die schlechten Dinge ziehen am besten. Aber das wäre eine Sensation, wenn das einmal gesagt würde.

Adenauer: Ich habe mit Herrn Gerstenmaier in der Pause über die Sache gesprochen. Herr Gerstenmaier hat nach meiner Meinung hundertprozentig recht, daß die Staatsanwälte einfach ein Opfer der Eitelkeit in der Presse sind. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Sie wollen gelobt werden als die Hüter von Recht und Gerechtigkeit gegenüber dieser verschlammten und korrumpierten Regierung. Und die Presse stürzt sich natürlich mit Wollust auf alles das, was sensationell klingt.

Schröder: Ich darf einige Anmerkungen dazu geben. Zunächst fange ich mit einem Punkt an, weil ich den Eindruck habe, daß wir selbst etwas schuld sind. Diejenigen, die die Sache Blankenhorn–Maltzan genauer kennen und den Vortrag von Herrn Krone gehört haben, werden sich an den Kopf fassen und sagen, um Himmels willen, wie ist es möglich, daß eine solche Sache fünf Jahre lang schmort, als ob es sich um unaufgeklärte Fälle von Mördern handele. In Wirklichkeit handelt es sich doch schlimmstenfalls um eine Beleidigung auf innerdienstlicher Ebene.

Die Herren haben das, was ihnen gesagt und sogar schriftlich gegeben wurde, an den Dienstvorgesetzten des Betreffenden weitergegeben. Das läuft also von einem Amt der Bundesregierung in das andere. Und das wird nun in der Presse aufgemacht, als ob es sich um eine Kindesentführung oder um einen Mörder handele. Es entsteht also aus einem Vorgang, der in meinen Augen – ich sage das offen – etwas Bagatellhaftes hat, ein Eindruck, als ob hier ein Sumpf wäre, und zwar um die Spitzen herum. Und das muß man ausräumen können.

Diese Sache ist nach meiner Meinung allerdings im Internen sehr schlecht behandelt worden in den vergangenen Jahren. Es war ein Streit zwischen zwei Ressorts, wovon eines damals noch keinen Minister hatte; denn der Bundeskanzler vertrat damals noch das Auswärtige Amt als zusätzlichen Teil seiner Pflichten. Damals war es im Grunde mehr ein Streit zwischen einem Staatssekretär in einem noch unkompletten Hause und dem Wirtschaftsministerium. Man hat aber nicht den Weg gefunden, diese innere Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. Und davon haben wir nun einen Schaden, der wirklich unglaublich groß ist. Das bringt mich auf folgenden Gedanken. Wir werden am 9. Dezember diese Justizdebatte haben.¹¹² Das ist an sich ein sehr schlechter Tag dafür; denn es läuft dann schon alles auf Weihnachten zu, und was in dieser Zeit passiert, das dient den Leuten als willkommener Gesprächsstoff für die Feiertage und das Jahresende.

Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, die Leute interessieren sich nicht für die ernsthaften Probleme, aber jeder Skandal ist ihnen recht. Die Illustrierten leben

¹¹² Die Debatte wurde von der 52. Sitzung des Bundestages (9. Dezember 1959) auf die 56. Sitzung (22. Januar 1959) verschoben. Vgl. Anm. 50.

überhaupt nur von dieser Art Geschichten. Die letzte Nummer des „Stern“¹¹³ von Bucerius hat z.B. eine Darstellung der Geschichte Schäffer gebracht. So etwas will das Publikum haben, denn jeder Aufbausch und jede Sensation ist ihnen recht. Für die Justizdebatte trifft es sich nun sehr unglücklich, daß Herr Schäffer ... (*Adenauer*: Herr Schäffer geht in Urlaub!) Aber an ihm bleibt die Sache hängen! (*Adenauer*: Es geht dann Sie an!) Es ist eine unglückliche Sache. In der Vorstellung vieler Leute gilt der Justizminister als etwas Geheiligtetes. Und nun muß derjenige, der als Justizminister sprechen sollte, aus vielerlei Gründen sich fernhalten.

Um so mehr kommt es darauf an, daß die Sache von unserer Seite, insbesondere von der Bundestagsfraktion, mit vielen guten Sprechern und mit verteilten Aufgaben und Rollen entsprechend vorbereitet wird. Wenn sich die Regierung allein rechtfertigen soll, so ist das immer eine schlechte Sache. In diesem Fall brauchen wir wirklich die guten Sprecher der Fraktion.

Darüber, ob sich die Herren zur Wahrung ihrer Rechte der besten Anwälte bedient haben, habe ich erhebliche Zweifel. Ich habe bereits auf die berühmten Anwälte von Berlin hingewiesen. Ich denke an einen Mann wie Ronge, der in einem Riesenprozeß seine Klienten durchgesteuert hat. Diese Leute haben einen ganz anderen Namen als die ortsgebundenen Anwälte. Bonn ist und bleibt eine Kleinstadt. Wo sind die Zeiten geblieben, in denen es Leute wie Allenberg (?)¹¹⁴ gab, die sich eine solche Behandlung niemals hätten gefallen lassen, sondern sie hätten unter Garantie schärfsten Protest eingelegt.

Was kann man nun tun, um sowohl den Beamten selbst als auch dem Publikum gegenüber die Sache in die richtige Größenordnung zu bringen? Wir haben im Fernsehen die Sache auseinanderzusetzen versucht, und zwar in einer vorsichtigen Form. Geht man zu weit dabei, zieht man sich den Vorwurf zu, daß man die Beamten decken wolle. Geht man nicht weit genug, dann ist es auch nicht recht. Wir haben einen neuen Runderlaß für die Bundesbehörden vorbereitet, der das enthält, was Herr Krone angeregt hat. Ich habe bisher gezögert, das herauszugeben; denn sonst hätte es plötzlich geheißt: Jetzt haben sie es ungeheuer nötig, und nun drängen sie auf einmal, nachdem die Kinder in den Brunnen gefallen sind. Das ist also eine sehr delikate Frage. Wir sollten der Anregung von Krone folgen und kombinierte Aktionen starten. Auch die Beamtenbünde sollten sich ihrerseits stärker exponieren in positivem Sinne. Wieweit es die Landesregierungen können, kann ich schwer übersehen. Es wäre an sich wünschenswert, wenn es da, wo es angezeigt ist, geschähe.

Ich habe einmal die Fälle aus der früheren Zeit zusammenstellen lassen. Die Quote der Korruption ist durchaus sinkend, nur wird durch das ständige Wiederholen derselben Fälle in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als ob es sich um laufende Fälle handele. Die Sache Hallstein-Blankenhorn hören wird nun schon seit fünf

113 Mainhardt Graf von Nayhauss: Was war wirklich, Herr Minister? In „Der Stern“ Nr. 48 vom 27. November 1958.

114 Nicht zu ermitteln.

Jahren jeden Monat mindestens einmal, aber immer mit einer neuen, veränderten Fassung. Und für die Leute addiert und multipliziert sich das. Wir müssen also in dieser Justizdebatte sehr eindrucksvoll sein und dabei gegen die Beamtengeschichten aus verschiedenen Quellen Entlastungsvorstöße unternehmen. Die Sache ist in ihrer staatspolitischen Gefährlichkeit schwer zu übertreiben, weil es ungeheuer interessant ist, diese Angelegenheit auf der Bundesebene zu verdichten.

Blumenfeld: Was uns draußen in den Ländern im Laufe der letzten Monate viel Sorge gemacht hat, war immer wieder die Frage, die sich aus der Bonner Staatsanwaltschaft heraus ergibt. Ich möchte den Vorschlag von Herrn Krone aufgreifen und Sie bitten, uns nicht nur das Material für die jetzt schwebenden Fälle, soweit Sie das formaljuristisch können, sondern auch noch andere Unterlagen zuzuschicken. Inzwischen haben wir in Hamburg wegen des Falles Blankenhorn–Hallstein die Möglichkeit, das Material in die richtigen Kanäle zur Publizierung zu bringen, und wir bitten daher um Überlassung der Unterlagen. Im Falle Blankenhorn haben wir fünf Jahre lang überhaupt nicht gewußt, um was es eigentlich ging. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wozu sind eigentlich die Anwälte da? Die müssen doch ihre Klienten gegen solch massive Vorwürfe schützen und entsprechend verteidigen! Ich möchte sogar soweit gehen – wenn die Dinge solche Proportionen annehmen –, daß wir eher in ein schwebendes Verfahren eingreifen und uns lieber einen solchen Vorwurf machen lassen, als daß wir zulassen, daß nun die ganze Atmosphäre vergiftet und damit der Staat untergraben wird.

Die Strafprozeßordnung ist eine Angelegenheit der Legislative. Die Behandlung dort dauert also sehr lange. Es kommt aber jetzt darauf an, die Atmosphäre zu entgiften und dem entgegenzuwirken, was publizistisch in geradezu verheerender Weise geschieht. Wir müssen uns schützend vor die Beamtenschaft stellen, die das doch verdient. Es geht nicht nur um die Autorität der Regierung, sondern auch um den Schutz wertvoller Persönlichkeiten, die in der Öffentlichkeit einfach schutzlos diesen Angriffen preisgegeben sind.

Von Brentano: Ich habe diese Akten von einem Herrn durchsehen und mir einen Auszug geben lassen. Ich bin selbst Jurist und war Anwalt. Ich kann Ihnen in aller Klarheit sagen, wenn diese Verfahren zu einer Verurteilung führen, dann leben wir nicht mehr in einem Rechtsstaat, sondern in einem pervertierten Staat. Es ist ein geradezu ungeheuerlicher Vorgang, der dadurch provoziert wird, daß die Staatsanwaltschaft ihre Anklage erhoben hat wegen fahrlässiger falscher Anschuldigung und die Strafkammer, ohne das auch nur in ihrem Eröffnungsbeschluß zu begründen, diese Anklage umgestellt hat auf „vorsätzlich falsche Anschuldigung“. Das ist ein Vorgang, den ich noch niemals in meiner Praxis gehört habe. Er ist so einmalig, daß man sich fragen muß, was ist zu tun.

Ich gehe weiter und sage, ich habe manchmal den Eindruck, daß sich hier etwas vollzieht, vor dem nicht nur wir, sondern auch die Opposition, soweit sie noch ein Staatsbewußtsein hat, Angst haben muß. Hier zeigt sich ein verdrängter Minderwertigkeitskomplex derjenigen, (*Zuruf:* Revanchekomplex!) die einmal im

Dritten Reich tätig waren, die dann ein paar Jahre lang ausgeschieden sind und nun sagen: Wir sind wieder da, und nun wollen wir einmal zeigen, wie wir mit dieser Demokratie fertig werden. Hier stecken Komplexe aus dem Dritten Reich (*Zurufe*: Sehr richtig!), die sich gegen den Staat richten. Und das Tragischste und Widerwärtigste dabei ist, daß sich politische Parteien dazu hergeben und das unterstützen.

Meine Bitte an Sie, Herr Bundeskanzler, wäre die, nicht nur die Freunde aus den Regierungen der Länder zusammenzurufen, sondern auch die Ministerpräsidenten und die Justizminister der anderen Parteien, um ihnen durch einen Vortrag zu sagen: Es geht hier nicht nur um einen Kampf gegen die CDU und die Bundesrepublik, sondern auch um die Demokratie als solche. Wir haben etwas Ähnliches schon einmal erlebt. Wir wissen, wie es war in einer Demokratie, in der sich die Menschen nicht wehren konnten. Der Staat wurde ausgehöhlt durch eine ständige Verdächtigung und Verunglimpfung. Wir alle sind doch wieder soweit, wenn wir angepöbelt werden; wer unternimmt dann noch etwas? Ich schon lange nicht mehr. Wenn mir etwas vorgelegt wird, ob ich gegen irgendeine Beleidigung einen Strafantrag stelle, schreibe ich jedesmal hin, nein, weil eben unsere Prozesse hier derartig geführt werden, daß sie heute praktisch damit enden: Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuldig. Jedesmal werden die Prozesse so geführt, daß letzten Endes sogar der Freigesprochene schlechter dasteht als der zu einer Formalstrafe Verurteilte.

Wir haben doch gesehen, in welcher Weise z.B. der Fall Kilb behandelt worden ist von einer Justizpressestelle. Wo hat es früher in einem Rechtsstaat eine Justizpressestelle bei der Staatsanwaltschaft eines Landgerichts gegeben? Niemals! Jetzt gibt es eine Justizpressestelle. (*Gurk*: Wer bezahlt das denn?) Diese Justizpressestelle gibt in Abständen von 14 Tagen Mitteilungen an die Presse, gegen die sich niemand wehren kann, weder der Dienstherr noch der Beschuldigte. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler gesagt, wenn der persönliche Referent des Regierungschefs in irgendeinem anderen Rechtsstaat verhaftet wird, dann wird sich der zuständige Justizminister, begleitet von seinem Generalstaatsanwalt, zum Regierungschef begeben und sagen, hier liegt der und der Fall vor, aber nicht, um etwas zu unterdrücken, sondern um die Dinge zu klären. Es handelt sich also um ein Politikum erster Ordnung.

Und was geschieht in unserem Staat? (*Zurufe*: Nichts!) Weder der Justizminister noch der Generalstaatsanwalt kümmern sich darum, aber der Herr Bundeskanzler muß über sich ergehen lassen, daß er von einem zweiunddreißigjährigen Schnösel vernommen wird, der die Haftentlassung des Herrn Kilb ablehnt mit der Begründung: Verdunkelungsgefahr. Er soll nicht mit dem Bundeskanzler sprechen können.

Das ist doch ein Zustand, der geradezu ungeheuerlich ist, weil sich der Angriff nicht nur gegen den Angeschuldigten, sondern auch mittelbar und unmittelbar gegen den Regierungschef, gegen die Sauberkeit der öffentlichen Verwaltung richtet. Wir haben keinen Anlaß, uns in dieser Weise kollektiv angreifen und von der öffentlichen Meinung verurteilen zu lassen. Das scheint mir im Augenblick noch dringlicher zu sein als eine so dringliche Frage wie das Kohlenproblem in Nordrhein-Westfalen, so

daß wir also versuchen müssen, den Staat zu schützen, solange es geht. Wir müssen alle Kräfte aufrufen, ehe es zu spät ist. Mit einem entsprechenden Appell wird uns das auch gelingen.

Adenauer: Damit Sie sehen, wie man hier von der Staatsanwaltschaft behandelt wird, darf ich Ihnen folgendes sagen. Ich sollte vernommen werden. Ein Punkt der Angelegenheit war der Ankauf des Mercedes oder BMW durch mich. Ich stellte anheim, ob man mich nicht samstags vernehmen könne, da ich während der Wahlzeit verreist war. Darauf kam die Antwort von dort: Nein, sie müßten zuerst meinen Chauffeur vernehmen, weil ich ja mein Urteil damals abhängig gemacht habe von dem, was mir der Chauffeur gesagt habe. Da wollten sie also vorher den Chauffeur festlegen, ehe man mich vernahm. (*Zurufe:* Ist ja toll! Nicht zu glauben!) Diese ganze Geschichte ist einfach unerträglich. Nun haben wir gestern ein langes Gespräch mit dem Justizminister von Nordrhein-Westfalen gehabt. Es waren Herr Kollege Meyers und vier Minister von Nordrhein-Westfalen zugegen. Die schüttelten zwar ständig mit dem Kopf, aber das war alles! Herr Seidel hat mir gestern gesagt – da er in einem ähnlichen Fall aufgrund seines Weisungsrechts das als Richtlinie der Politik bezeichnet hat –, daß die Justizminister dieses nicht machen. Ich weiß, daß sie Hemmungen dagegen haben. Aber was sollen wir tun? (*Meyers:* In diesem Zeitpunkt wäre das das Falscheste, was wir machen können!) Und wann ist der Zeitpunkt gekommen? (*Gurk:* Herr Bundeskanzler! Kann man nicht dem Oberstaatsanwalt sagen, daß er selbst die Verhandlungen zu führen habe? Warum macht es der Stift? Der Generalstaatsanwalt oder der Oberstaatsanwalt soll sie führen mit der Erziehung eines alten Akademikers von früher. Es darf nicht sein, daß der Bundeskanzler zu einem Lausert gehen muß!) Ich will Ihnen noch folgendes sagen. Herr Gerstenmaier, der als Zeuge vor das Amtsgericht geladen wurde, hat mir gesagt, er sei dahin gekommen, und dann habe ihn der dort sitzende Amtsrichter gefragt: Wer sind Sie? Antwort: Gerstenmaier! Dann habe Gerstenmaier gefragt: Wer sind Sie denn? Der Richter: Amtsgerichtsrat. Gerstenmaier: Ich bin der Bundestagspräsident! Und dann sei es etwas besser geworden.

Dann sei aber Gerstenmaier noch einmal vom Amtsgericht vernommen worden. Dieses Mal habe ein Assessor dort gesessen, um den Bundestagspräsidenten zu vernehmen. Und nun habe sich genau dasselbe Frage- und Antwortspiel wiederholt. Er sei hineingekommen, der Assessor habe, ohne aufzustehen, ihn gefragt: Wer sind Sie? Antwort: Gerstenmaier! Der Assessor: Setzen Sie sich! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Ja, meine Herren, Sie lachen darüber. Ich muß Ihnen aber noch etwas sagen. Um meine Zeugenaussage nicht zu entkräften, riskiere ich nicht, der Frau Kilb ein Wort des Beileids zu sagen. Es ist geradezu ein Höllenleben hier in Bonn! Und ich versichere Ihnen, diese Geschichte hier mit Bonn, die zehrt mehr an meinen Kräften und Nerven als irgendeine andere Tätigkeit. Und warum? Weil eine kleine Gesellschaft, eine kleine Clique, einfach für sich Ruhm haben will, Ruhm in der Presse usw., um uns kaputtzumachen!

Kiesinger: Es soll sich eine kleine Gruppe zusammensetzen, um jede Möglichkeit

zu überlegen, wie man dagegen angehen kann. Es ist wirklich unglaublich, was da vorgeht.

Albers: Als damals die Anfrage des englischen Labour-Abgeordneten über die Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts kam¹¹⁵, wurde klargestellt, daß der in Frage stehende Mann integer sei. Die Persilscheine waren in Ordnung. Ich möchte einmal den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Meyers bitten, uns zu sagen, von wem die Persilscheine für den Ersten Staatsanwalt in Bonn¹¹⁶ ausgestellt wurden. (*Meyers:* Das ist ein CDU-Mann. Der ist nie in der Partei gewesen!) Ich habe festgestellt, daß hier Leute entnazifiziert worden sind von einer gewissen Persönlichkeit, die vor acht Jahren in Bonn uns Sauerei machen wollte.¹¹⁷ Ich sage das mit Überlegung. Ich müßte sonst einige Kronzeugen aufrufen!

Adenauer: Ich muß auch an den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen die dringende Bitte richten, und zwar als Chef der Bundesregierung, hier kraft seines Amtes für Ordnung zu sorgen! Hier ist keine Ordnung! Hier ist Unordnung! Hier ist keine Gerechtigkeit! Hier ist Ungerechtigkeit! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Meyers: Dazu muß ich sagen, daß ich in diesem Augenblick nicht gewillt bin, in schwebende Verfahren einzugreifen, und zwar im Interesse unserer Partei und im Interesse von Herrn Kilb. Ich weiß auch um das, was der Herr Bundeskanzler sagt; denn ich bin schließlich Anwalt, aber ich kann jetzt nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen. Ich bin insofern froh, daß das nun endlich zum Zuge kommt. Wir werden seit Jahren so behandelt mit diesen Geschichten, und wir konnten nichts dagegen machen.

Meinen Sie, mich erbost es nicht, daß in dem einen Verfahren so und in dem anderen Verfahren so gehandelt wird. Das hat nichts damit zu tun, daß nun in dem einen Fall jemand geständig ist, in dem anderen Fall aber jemand nicht geständig ist, oder daß der eine gegen Kautions und der andere ohne Kautions herausgelassen wird. Aber wenn ich jetzt eingriffe, würden wir der Partei und auch dem Herrn

115 Nicht zu ermitteln.

116 Möglicherweise Dr. Franz Drügh (geb. 1909), seit 1949 Staatsanwaltschaft Bonn, in den fünfziger Jahren leitender Oberstaatsanwalt, d.h. Behördenleiter der Staatsanwaltschaft Bonn.

117 Albers spielt an dieser Stelle vermutlich auf die massive Kritik an, die im Frühjahr 1950 vor allem von seiten der CDU-Bundestagsfraktion an der Verwendung ehemaliger NSDAP-Mitglieder im Bundeskanzleramt für außenpolitische Fragen geübt wurde. Vgl. dazu AdG 1950 S. 2340f. und 2350; „Die Neue Zeitung“ vom 27. Februar 1950 („Schwierigkeiten für kleine Koalition vergrößern sich“), vom 19. April 1950 („Bundestagsfraktion der CDU übt Kritik an Ex-Pg's im Bund. Von 22 leitenden Personen hatten 16 der NSDAP angehört“) und vom 20. April 1950 („Adenauer erhielt Liste der CDU über Ex-Pg's in leitender Stellung. Bundeskanzler bezeichnet Aufbau ohne Routiniers als unmöglich“). Laut FAZ vom 21. April 1950 („Der Vorkampf um das Außenamt“) war der ehemalige Oberdirektor und CDU-MdB Dr. Hermann Pünder Wortführer dieser Kritik. – Vgl. Wilhelm HAAS: Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland. Bremen 1969 S. 45–48.

Kilb schaden. Ich habe mir notiert, es wird selbstverständlich der Staatsanwalt Schmitz¹¹⁸ aufgefordert, einen dienstlichen Aufschlußbericht zu geben. Es darf nicht sein, daß unsere Freunde dem Herrn Bundeskanzler erzählen, daß das Ministerium habe erklären lassen, es schwebt ein Verfahren ... (*Adenauer*: Das ist auch bestritten!) Ich habe den Brief da!

Adenauer: Ich spreche nicht vom Verfahren gegen Kilb. Das Verfahren ist beim Gericht eingegangen oder eingeleitet. Da können Sie nichts machen. Jetzt muß der Verteidiger von Kilb an das Oberlandesgericht gehen. Aber wir können doch verlangen, daß in Sachen, die eine solche Bedeutung haben, der Oberstaatsanwalt angewiesen wird, nicht von zweiunddreißigjährigen Leuten das Verfahren führen zu lassen. Das ist doch das wenigste, was man verlangen kann. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Meyers: Ich habe im Interesse der Partei mit dem Oberstaatsanwalt erreicht, daß die ganzen Verfahren über die Bundestagswahl hinaus erstreckt worden sind. Ich habe im Interesse der Partei erreicht, daß sie auch über die Landtagswahlen erstreckt wurden. Der Oberstaatsanwalt hat das Verfahren in seinen Panzerschrank eingeschlossen. Ich konnte nicht ahnen, daß ich Prügel beziehe. Aber es war so – der Herr Bundeskanzler hat recht –, daß damals Amelunxen hierher Staatsanwälte abgeordnet hat, und diese Staatsanwälte betreiben nun diese Verfahren seit Jahren. Daß wir sie über die Wahlen erstreckt haben, war eine politische Notwendigkeit. Wenn Sie jetzt dem Staatsanwalt das wegnehmen, dann stellen Sie sich bitte die deutsche Presse vor. Wenn der Schmitz das gesagt hat, wird er suspendiert und ersetzt. Wir können ein Dienststrafverfahren einleiten. Nur dürfen wir uns nicht durch die Form ins Unrecht setzen.

Ich muß Ihnen auch sagen, wir haben selbst das Grundgesetz gemacht. Einen Richter kann ich noch nicht einmal versetzen lassen. Die wollen sogar noch mehr. Die wollen eine selbständige dritte Gewalt werden. Und die Staatsanwälte wollen mitmachen. Die kann man aber noch versetzen. Den Richter könnte ich nicht versetzen. Dieser Mann, der sich neulich in einem Landgerichtsprozeß unmöglich benommen hat, den kann man nicht versetzen, sondern höchstens ein Disziplinarverfahren gegen ihn einleiten. Und Sie wissen nicht, wie das ausgeht, weil da die Richterammern vertreten sind. Also, es ist kein schlechter Wille von mir. Über die Persönlichkeiten, auch meiner Regierung, lasse ich mit mir reden. Johnen war dabei. Aber Sie wissen nie, wie ein Mensch in einer konkreten Situation reagiert.

Johnen: Wir waren am Dienstag mehrere Stunden hier. Sie haben gesagt, daß wir nur mit dem Kopf geschüttelt haben. Wir haben mehr geschüttelt! Wir waren das erste Mal damit befaßt, wenn ich davon absehe, daß Sie acht Tage vorher beim Verein der Unionspresse gesprochen haben. Auch unser Justizminister sieht als früherer Oberlandesgerichtsrat von seinem Richterkomplex die Dinge ganz anders als ein Mann, der mitten im Leben steht. Aber das war das Gute an

118 Wilhelm Bereslaw Schmitz (geb. 1927), Staatsanwaltschaft Bonn, 1969–1975 Generalstaatsanwaltschaft Köln (1975–1984 Oberstaatsanwalt, 1984–1992 Generalstaatsanwalt).

der Besprechung, daß wir nachher im Haus von Nordrhein-Westfalen den ganzen Nachmittag zusammengeblieben sind, derselbe Kreis von Nordrhein-Westfalen, der bei Ihnen war. Das Ende war nicht schlecht. Es war erst der Beginn.

Und nun darf ich Sie bitten, lassen Sie das seinen Fortgang nehmen! Es kann kein Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen hier aufstehen und sagen, ich werde das und das tun, sonst können Sie es morgen in der Presse lesen. Das ist also nicht möglich. Daß ein Ministerpräsident einen Justizminister – weil dieser Mann schwierig ist – nicht ablösen kann, ist auch klar. Aber wir werden das lösen müssen. Ich spreche nicht von den Verfahren. Uns als Juristen tut es am meisten leid, wenn wir den Eröffnungsbeschluß – den ich nur von Ihnen aus den heutigen Ausführungen, Herr Bundeskanzler, kenne – in der Sache Blankenhorn–Hallstein und die Anklageschrift gegen Kilb hören. Dann faßt man sich an den Kopf und sagt, wie ist das möglich. Aber in dem Verfahren können wir im Augenblick nur noch etwas mit der linken Hand tun, offiziell aber überhaupt nichts mehr.

Wir müssen etwas tun gegen das System, das jetzt begonnen hat. Wir können heute aber keine Beschlüsse darüber fassen, was nun alles in Nordrhein-Westfalen zu geschehen hat. Ich darf Ihnen die Versicherung abgeben, Herr Bundeskanzler, daß das Gespräch, das am Dienstag begonnen hat, noch nicht zu Ende ist.

Von Hassel: 1954 ist in Schleswig-Holstein folgendes passiert. Der Vorgänger von Lübke¹¹⁹ war über eine Reihe von Prozessen derart verärgert – die inzwischen mit Freispruch geendet haben –, daß er kurzerhand alle vier Oberstaatsanwälte versetzte. Er berief daraufhin einen neuen Generalstaatsanwalt seines Vertrauens. Das war etwa sechs Wochen vor der Landtagswahl. Ich behaupte, daß der schwierige Ausgang der Landtagswahl im Jahre 1954 im wesentlichen auf diese Geschichte und auf das Geschrei, das in der Presse losgegangen war, zurückzuführen ist. Es hieß: Der Ministerpräsident greift in die Justiz ein.

Deshalb ist es für unseren Freund Meyers eine ganz schwierige Situation, und er kann nicht alles ausbreiten, was er tun will. Das Richtergesetz¹²⁰ wird z.Z. in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages beraten. Es muß einmal geklärt werden, was dieses Richtergesetz hinsichtlich der Einbeziehung der Staatsanwälte in die Unabhängigkeit bringt. Wir haben in früheren Jahren die Richter immerhin nicht nur als dritte Gewalt, sondern auch als Übermenschen betrachtet, die unersetzbar und souverän sind. Deswegen sollte bei der Beratung des Richtergesetzes darüber nachgedacht werden, daß man hier keine Übertreibungen vornimmt. Nach meiner Auffassung wird das von den Justizministern der Länder anders gesehen als von uns, die wir für die Gesamtpolitik die Verantwortung haben.

119 Friedrich Wilhelm Lübke (1887–1954), 1951–1954 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Vgl. PROTOKOLLE I S. 51 Anm. 28. – Vorgänger Lübkes war Dr. Walter Bartram (1893–1971), 1920–1933 DVP, seit 1946 CDU, 1950–1951 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1952–1957 MdB.

120 Deutsches Richtergesetz, 8. September 1961 (BGBl I S. 1665).

Ich wäre dankbar, wenn sich Herr Krone darum kümmern würde, sonst sitzen wir nachher wieder in einer solchen Situation und können weder Weisungen geben noch Versetzungen vornehmen.

Rehling: Es ist dringend notwendig, daß die Atmosphäre entgiftet wird, schon um der Verwirrung, mit der unsere Parteifreunde draußen angesprochen werden, zu begegnen. Ich möchte mich den Vorrednern anschließen, die davor warnen, von seiten der Regierung hier aktiv zu werden. Ich möchte die Frage aufwerfen: Haben wir denn nicht unter den Juristen noch mehr Leute – vereinzelt Äußerungen hat man ja vernommen –, die sich gegen die Art des Verfahrens wenden?

Man ist z.B. in die Wohnungen der Angeschuldigten gegangen und hat Vernehmungen angestellt in der Nachbarschaft. Das riecht doch sehr stark nach nationalsozialistischen Methoden. Daß man so etwas überhaupt gewagt hat! Haben wir denn nicht unter den Strafrechtlern an den Universitäten irgend jemanden, der einmal dazu Stellung nehmen könnte? Bei der Gläubigkeit, die die der Regierung und der CDU abholden Kreise in der Vergangenheit gegenüber den Verlautbarungen von Professoren an den Tag gelegt haben, wäre doch auf diesem Wege vielleicht etwas herauszuholen.

Adenauer: Sie werden sehen, was das am 9. Dezember im Bundestag gibt. Das wird ein höchst unerquickliches Schauspiel werden. Die Sozialdemokratie hat in einer abgezogenen, mit der Schreibmaschine geschriebenen Druckschrift von 32 Seiten Skandale über Skandale zusammengeschrieben, von denen es immer heißt: „soll, soll, soll“.¹²¹ Sie hat davor eine Einleitung geschrieben, in der einfach gesagt wird: Das ist die korrupte CDU. Sie hat davon – ad notam, Herr Kiesinger, zur Erziehung der SPD – sage und schreibe 32 Seiten zusammengestellt. Und das wird verbreitet.

Und nun muß ich Ihnen sagen – Sie empfinden das vielleicht etwas eigenartig –, es ist einfach nicht mehr zu ertragen; denn ich lebe in dieser verdammten Atmosphäre jetzt schon seit Monaten. Und warum? Weil es einigen Staatsanwälten hier in Bonn einfällt, die ganze Verwaltung, die ganze Bundesregierung auf den Kopf zu stellen. Und kein Mensch kann etwas dagegen tun und uns helfen. Das sind unmögliche Zustände. Wir müssen also sehen, was geschehen kann. Das Weitere wird sich finden.

*Wuermeling*¹²²: Ich gehöre dem Gremium des Bundesvorstandes in einer abgeleiteten Eigenschaft mit beratender Stimme an, und ich glaube zu der Vermutung Anlaß zu haben, daß Sie vielleicht als Kabinett nicht gerne hören, daß dieses Thema, das ich ansprechen möchte, hier behandelt wird. Darf ich daher im voraus die Frage stellen, ob Sie damit einverstanden sind, wenn ich, ohne irgend etwas aus dem

121 Bonner Affären und Skandale. In: Sozialdemokratischer Pressedienst (Sonderdienst) vom 12. November 1958.

122 Dr. Franz-Josef Wuermeling (1900–1986), 1949–1969 MdB (CDU), 1953–1962 Bundesminister für Familien- und (ab 1957) Jugendfragen. Vgl. PROTOKOLLE I S. 85 Anm. 2.

Kabinett zu berichten, einmal die sehr ernste Sorge darlege, die ich seit mehreren Jahren habe?

Adenauer: Ich habe nichts dagegen, wenn das unter Punkt „Verschiedenes“ vorge-
tragen wird. (*Wuermeling:* Hoffentlich haben wir dann noch Zeit!) Wir müssen unsere
Tagesordnung fertig machen, weil wir morgen die Sitzung des Parteausschusses
haben.

SITZUNG DES BUNDESAUSSCHUSSES AM 28. NOVEMBER 1958

Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung: a) Wahl der drei geschäftsführenden
Vorstandsmitglieder, des Bundesschatzmeisters und der zehn weiteren Mitglieder
gemäß § 7 Abs. b des Statuts; b) Beratung der Geschäftsordnung. Dazu ist ein Antrag
von Herrn Bach eingegangen, der vorschlägt, möglichst bald einen Finanzbeirat, einen
Finanzausschuß, zu bilden.

Weiter wird beantragt, man solle diese ganze Frage bis zum 31. März des nächsten
Jahres vertagen. Der Vertagungsantrag geht vor. Darf ich fragen, wer für die Vertagung
ist? Dann bitte ich Sie, die Hand zu erheben. (*Zuruf:* Begründung!) Weil die ganze
Sache völlig ungeklärt sei und Vorbesprechungen stattfinden müßten innerhalb des
engeren Vorstandes. Von mir ist der Antrag nicht ausgegangen. Mir ist es gleichgültig.
Aber es ist immerhin von beachtenswerter Seite im Vorstand der dringende Wunsch
ausgesprochen worden, diese Frage bis zum 31. März zurückzustellen. Vielleicht
wird ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes inzwischen auf einer weiteren
Stufe zur Himmelsleiter kommen können, und dann müßte man sich wieder hinsetzen
und überlegen. (*Kiesinger:* Wen meinen Sie?) Ich habe keinen Namen genannt, Herr
Kiesinger.

Von Hassel: Wenn man sich die Situation bei uns im Bundesvorstand ansieht,
dann ist es so, daß wir hinsichtlich der Arbeit im geschäftsführenden Vorstand immer
die Sorge haben, daß Herr Meyers als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen
möglicherweise eines Tages diesen engsten Kreis verlassen wird. Ich habe ihn gebeten,
diese Aufgabe auf alle Fälle wahrzunehmen, weil ich wegen der schwierigen Situation
der Bundespartei und auch der Bundesgeschäftsstelle in der Nassestraße das Gefühl
habe, daß uns Herr Meyers in dieser Arbeit erhalten bleiben muß.

Herr Dr. Kraske ist Bundesgeschäftsführer geworden. Er ist nach dem Bundes-
parteitag in Urlaub gegangen. Dann mußte er wegen einer Blinddarmentzündung
ins Krankenhaus. Er ist operiert worden und hat dann eine Vereiterung und eine
Venenentzündung bekommen. Er wird also für eine geraume Zeit ausfallen. Ich meine,
bis wir über die Frage Klarheit haben, sollten wir zumindest die beiden Punkte 1) Wahl
der drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder und 2) des Bundesschatzmeisters
zurückstellen und uns nur über die Frage der zehn weiteren Mitglieder des Vorstandes
unterhalten.

Bei den zehn Mitgliedern ist insofern eine Änderung entstanden, als unser

Freund Lenz¹²³ verstorben ist und einige andere inzwischen durch ein Amt, das sie übernommen haben aus anderen Gründen, ex officio dem Bundesvorstand angehören. Z.B. trifft das für unseren Freund Gradl zu. (*Zuruf*: Und Oberländer!) Herr Oberländer war nicht unter den zehn. Er war Kabinettsmitglied. Weiter ist Frau Brauksiepe inzwischen zur „Generaldirektorin“ der Frauen gewählt worden¹²⁴, so daß hier eine neue Frau gewählt werden könnte. Herr Albers ist inzwischen Vorsitzender der Sozialausschüsse¹²⁵ geworden und somit als solcher Mitglied des Vorstandes. Wir sollten überlegen, wie wir nun das gesamte Tableau hinkriegen. Deshalb würde ich vorschlagen, das Ganze hinauszuschieben bis zum 1. April 1959.

Albers: Ich habe einige Bedenken. Wir haben in Kiel beschlossen, auch einen Herrn zu beauftragen, der vor allem mit der Arbeit für die Betriebe betraut werden soll. Dieser Mann müßte dem Vorstand angehören. Wir stehen in den nächsten Tagen vor den Betriebsratswahlen. Diese Wahl ist sehr bedeutungsvoll. Wenn Sie mir garantieren, daß in die Bundesgeschäftsstelle ein Mann berufen wird, der unser Vertrauen hat und die Betriebsrätarbeit erledigt, dann könnte ich mich dem gemachten Vorschlag anschließen. Wenn aber heute keine Klarheit darüber geschaffen wird, müßte ich darauf bestehen, daß neu gewählt wird.

Adenauer: Ich habe schon dem Herrn Kollegen Meyers gesagt, daß Herr Katzer¹²⁶ damit beauftragt werden soll. Ich bleibe auch dabei und meine, daß muß sofort geschehen; denn es drängt tatsächlich. Sind Sie damit einverstanden? (*Albers*: Jawohl! Gut!)

Meyers: Zur Geschäftsordnung ist folgendes zu sagen: Die Geschäftsordnung ist inzwischen durch mehrere Beratungen hindurchgegangen. Die Landesgeschäftsführer haben einen Ausschuß gebildet, der in mehreren Sitzungen Änderungen vorgenommen hat. Die Landesgeschäftsführer und die Landesvorsitzenden haben sich einen ganzen Nachmittag und mehrere Abende mit der Sache befaßt.¹²⁷ Nun soll darüber morgen im Parteiausschuß beraten werden. Es ist nicht daran zu denken, daß eine solch schwerwiegende Materie morgen verabschiedet werden kann.

123 Lenz war am 2. Mai 1957 gestorben. Vgl. Nr. 2 Anm. 8.

124 Am 8. und 9. November 1958 wurden Hedwig Jochmus und Aenne Brauksiepe in der Konstituierenden Sitzung der Bundesvereinigung der Frauen in Königswinter als gleichberechtigte Vorsitzende in den Vorstand der Bundesvereinigung gewählt. Vgl. Hans SÜSSMUTH: Kleine Geschichte der CDU-Frauen-Union. Baden-Baden 1990 S. 115.

125 In der Sitzung des Hauptvorstandes der Sozialausschüsse am 11. und 12. Juli 1958 in Königswinter (vgl. dazu Entschließung des Hauptvorstandes der Sozialausschüsse, Anlage zum Rundschreiben vom 14. Juli 1958 in ACDP IV-013-002).

126 Hans Katzer (geb. 1919), 1950–1965 Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der CDU, 1957–1980 MdB (CDU), 1965–1969 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. Günter BUCHSTAB: Hans Katzer wird siebzig. In „Soziale Ordnung“ vom 22. Dezember 1988, S. 20–22.

127 Die Landesvorsitzenden verabschiedeten den Entwurf einer Bundesgeschäftsordnung am 7. November 1958, der dem Bundesparteiausschuß am 28. November 1958 vorgelegt werden sollte. Vgl. dazu den Bericht Lensings in der Landesvorstandssitzung der CDU Westfalen-Lippe am 22. November 1958 (ACDP III-002-042/1).

Der Landesverband Westfalen hatte ursprünglich den Antrag gestellt, die Sache nicht zu behandeln, sondern der Bundessparteiausschuß soll einen Unterausschuß bestellen, der in weiteren Beratungen die Sache behandeln soll. Westfalen ist einverstanden damit, daß wir morgen so verfahren.

Adenauer: Herr Lensing, haben Sie Bedenken?

Lensing: Wir haben uns auf den Modus vivendi geeinigt, daß morgen keine Beschlüsse gefaßt werden, sondern die Sache in eine kleine Kommission verwiesen wird. Damit ist der Antrag von Westfalen zurückgezogen.

Adenauer: Ich würde empfehlen, das morgen mit den Landesverbänden zu besprechen und zu überlegen, wie die Kommission zusammengesetzt sein soll.

Wir kommen zum Punkt Verschiedenes. Herr Wuermeling hat eben gebeten, dazu etwas zu sagen.

VERSCHIEDENES: KINDERGELDNOVELLE, MITGLIEDERWERBUNG

Wuermeling: Ich bedaure sehr, daß es schon so spät ist. Es geht um eine sehr kritische Situation, in die ich als Familienminister, aber auch die Bundesregierung überhaupt durch das Verhalten der Bundestagsfraktion wegen der Kindergeldnovelle gekommen sind bzw. kommen. Ich muß dazu etwas über das sagen, was in der Vergangenheit geschehen ist.

Vor der Bundestagswahl hatte eine Anzahl von Abgeordneten unserer Fraktion einen Urantrag vorbereitet, für die Zweitkinder der Mehrkinderfamilie Kindergeld einzuführen, dessen weitere Behandlung dann auf Wunsch des Herrn Bundeskanzlers gegen dessen Zusage zurückgestellt wurde, in der großen Wahlkundgebung in der Westfalenhalle als Wahlkampfziel herauszustellen, daß die Zweitkinder der Mehrkinderfamilie nach der Wahl durch gesetzliche Regelung besser berücksichtigt werden sollten. Ich habe das Zitat hier. Es ist in der Kindergeld-Debatte von den Sozialdemokraten mit dem ironischen Zusatz gebracht worden: Das war vor der Wahl! Nach der Wahl kamen die Kohlenpreiserhöhungen, so daß es mir unmöglich erschien, in diesem Augenblick eine neue Belastung des Lohnes durchzusetzen. Dann haben wir um die Jahreswende begonnen, die Sache wieder aufzugreifen, und am 7. Februar hat eine Besprechung in einem kleineren Kreis unter Beteiligung von Krone, Blank, Horn, Winkelheide und einigen anderen stattgefunden, deren Ergebnis es war, daß die Fraktion einen Antrag stellen sollte und wollte über die Einbeziehung der Zweitkinder der Mehrkinderfamilie in das Kindergeld.¹²⁸

128 Protokoll der Sitzung vom 7. Februar 1958 nicht ermittelt. – In der Sitzung des Arbeitskreises IV der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 15. April 1958 gab Winkelheide einen kurzen Bericht über die Arbeit der „Besprechungsgruppe Kindergeld“ (ACDP VIII-005-001/3). Vgl. dazu auch Horn an Blank, Wuermeling, Erhard und Etzel, 27. März 1958 (ACDP I-221-018).

Dazu kam es aber nicht wegen Widerständen aus dem Mittelstand. Im Frühjahr habe ich dann versucht, die Sache sowohl in der Fraktion wie auch im Kabinett weiterzutreiben. Es ging aber nicht weiter, weil die Freunde aus dem Mittelstand grundsätzlich Schwierigkeiten machen. Am 13. Mai hat eine Besprechung beim Bundeskanzler stattgefunden¹²⁹ mit den Leuten des Mittelstandes, in deren Verlauf sich nach anderthalb Stunden ergab, daß ich mit meinem Wunsch, DM 30,- für die Zweitkinder der Mehrkinderfamilie zu gewähren, nicht durchkam. Dann habe ich am Schluß der Beratung den Kompromißvorschlag gemacht, DM 20,- zu zahlen. Das kostete nicht 0,5 %, sondern nur noch 0,3 % der Lohnsumme. Das schien also ein tragbarer Kompromiß zu sein, und wir wollten versuchen, ihn in der Fraktion durchzubringen. Wir hatten nachmittags eine Besprechung – die vorgesehen war aus einem anderen Grund – im großen Arbeitskreis unter Beteiligung aller vier interessierten Bundesminister.¹³⁰ Dort kamen wir mit unserem Vorschlag heraus, aber der Antrag wurde abgelehnt. Ebenso wurde ein Gegenantrag abgelehnt, ab drittem Kind das Kindergeld zu erhöhen. Damit saß ich wiederum auf dem Nullpunkt und mußte von vorn anfangen.

Ich habe mich bemüht, auf der Ebene der Fraktion und des Kabinetts weiterzukommen, wobei ich auf ungeheure Schwierigkeiten stieß. Keine Einzelheiten dazu! Als nun die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen vor der Tür stand, aber auch die Beratungen meines Haushaltsplans, habe ich Herrn Krone gesagt: Wenn ich jetzt von der SPD bei den Haushaltsberatungen angegriffen werde, was soll ich tun? Ich kann nichts anderes tun, als klar zu sagen, was los ist. Ich nehme nicht weiter auf mich, daß wir immer Versprechungen machen und sie nicht halten. Darauf fand eine neue Besprechung unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers im Zimmer von Dr. Krone statt.¹³¹ Wir haben uns dann wieder unterhalten, bis der Bundeskanzler sagte: So geht es nicht! Dann einigten wir uns auf folgender Basis: Wenn ich angegriffen würde, wäre ich ermächtigt zu erklären, daß die Bundesregierung sofort nach Beginn der Sommerferien eine Vorlage über die Erweiterung des Kindergeldes ausarbeite, die zum 1. Oktober dem Bundestag vorgelegt werde. Damit habe ich mich, loyal wie immer, einverstanden erklärt.

Nach den Wahlen war es wieder vorbei. Es wurde gesagt, dieser Kreis solle in den Sommerferien zusammentreten, um mit der Bundesregierung zu besprechen, welchen Inhalt die Vorlage haben solle. Diese Sitzung hat am ersten Montag in den Ferien stattgefunden im Hause von Herrn Blank. Wir haben uns dann geeinigt, auf die Bezahlung des Geldes für das zweite Kind zu verzichten. Das war für mich eine sehr

129 Laut TERMINKALENDER nahmen an dem Gespräch beim Kanzler zum Thema Kindergeld am Dienstag, dem 13. Mai 1958, um 12 Uhr nur die Minister Wuermeling und Blank sowie der Abgeordnete Horn teil.

130 Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises IV der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 13. Mai 1958 in ACDP VIII-005-001/3.

131 Am 30. Juni 1958 fand eine Besprechung bei Adenauer statt, die durch eine Fraktionssitzung unterbrochen und dann im Zimmer von Krone fortgesetzt wurde (StBKAH-Besucherordnung).

harte Nuß. Ich habe aber verzichtet und gesagt: Gut, wir geben ab drittem Kind DM 10,- mehr. Das bedeutet in der Belastung, daß wir von den ursprünglich vorgesehenen 0,5 % auf 0,1 %, also ein Zehntel Prozent der Lohnsumme, heruntergehen.

Dann hat Herr Blank diese Vorlage sehr loyal ausgearbeitet. Sie kam aber nicht im Kabinett zur Beratung, weil die Urlaubszeit des Kanzlers und der Bundesminister dazwischenlag. Und nach den Ferien hieß es dann in der ersten Sitzung, es sei keine Zeit dafür vorhanden. Hinterher hat es noch einige interessante Verhandlungen gegeben. Schließlich hat das Bundeskabinett am 15. Oktober den Beschluß gefaßt, diese Vorlage zu verabschieden und dem Bundesrat zuzuleiten.¹³² Sie wurde nun dem Bundesrat zugeleitet. Der Bundesrat hat im wesentlichen ja gesagt mit kleinen Randbemerkungen, über die man hinwegkommen kann.

Und jetzt kommt die Geschichte in der Fraktion ... (*Adenauer*: Etwas muß ich korrigieren an Ihrer Darstellung. Zeit hatten wir wohl für eine solche Frage, aber es sollte erst eine Einigung erzielt werden, und die war nicht zu erreichen!) Die Einigung war erzielt! (*Blank*: Sie ist bis heute noch nicht erzielt!) Die Einigung war erzielt! Herr Schmücker hat nachher Widerspruch erhoben. Nun liegt die Sache bei der Fraktion, und es ging gestern darum, zunächst einmal heil über die erste Lesung zu kommen.¹³³ Ich habe alles getan, um Schwierigkeiten zu vermeiden. Als mich die SPD angriff wegen des zweiten Kindes, habe ich erklärt, warum ich dieser Auffassung zustimme: Wenn wir der Dreikinderfamilie für das zweite Kind DM 30,- geben, heißt es, die Dreikinderfamilien bekommen DM 30,-, aber die Achtkinderfamilien bekommen auch nur DM 30,-. Ich halte es für gerechter, daß wir je Kind etwas zuschlagen. Ich habe Wert darauf gelegt zu erklären, daß ich mich zu dieser Vorlage bekenne.

Sehr maßgebende Mitglieder der Fraktion sind der Auffassung, daß wir den Einwänden des Mittelstandes dadurch Rechnung tragen müßten, daß wir den Termin des Inkrafttretens, der für den 1. Januar vorgesehen ist und auf den die Familien bei Gott lange genug warten, hinausschieben sollen auf den 1. April, um auf diese Weise die aufzubringenden Mittel so zu gestalten, daß wir statt 1,1 % nur 1 % für das Jahr 1959 benötigen. Man kann sagen: Was hängt an den drei Monaten? Ich bin auf diese Frage gefaßt. Aber ich muß darauf antworten: Es geht bei dieser Frage nicht um die drei Monate, sondern um das Prinzip, ob die CDU-Fraktion überhaupt noch bereit ist, irgendeine kleine Relation mehr für die Familie zu tun als in der Vergangenheit. (*Krone*: Glaubst Du das wirklich?) Ich stelle nur die Frage. Wenn die Freunde erklären, wir werden unter keinen Umständen eine weitere Belastung mitmachen, dann bedeutet das, daß die Vorlage nicht verabschiedet werden kann. Ich muß nun erklären, daß die maßgebenden Vertreter der Familienverbände nur ruhig zu halten sind, wenn ich ihnen sage: Es geht ein wenig weiter, habt Geduld! Wenn ich aber jetzt bekennen muß, keine Mehrbelastung, nicht einmal ein Zehntel Prozent der Lohnsumme wird zugestanden,

132 Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung von Vorschriften der Kindergeldgesetze, 21. November 1958 (BT-Drs. 666).

133 Am 26. November 1958 – Sten.Ber. 3. WP Bd. 42 S. 2805–2819.

weil die Interessenvertreter vom Befehlsstand der Fraktion befehlen, das darf nicht sein, so bin ich der Meinung, wir haben doch ein CDU-Programm! Wir sind dem Gedanken der Familie und dem des Familienausgleichs durch viele Erklärungen von führenden CDU-Freunden und vom Bundeskanzler verpflichtet.

Wenn wir uns in dieser Angelegenheit – bei aller Sorge um das Problem in Nordrhein-Westfalen – dem beugen, was der Mittelstand will, dann weiß ich nicht mehr – ich muß das in aller Freundschaft sagen –, wie meine Position als Familienminister noch gehalten werden kann. Ich kenne die Schwierigkeiten und weiß von den Sorgen, die da laut werden. Wir müssen uns im nächsten Jahr wegen der Saar-Angliederung mit der Systemfrage beschäftigen. Das ist in früheren Erklärungen ausdrücklich gesagt worden. Ich erkläre in aller Form, daß ich bereit bin, jedes System mitzumachen, für das wir eine Mehrheit im Bundestag bekommen, aber es geht nicht so, daß man sagt, wir lehnen jede Erhöhung ab, weil wir über das System nicht einig sind.

Wenn mir einige Freunde vorwerfen, ich hätte mich mit einem Schreiben an die vier Vorsitzenden der Bundestagsfraktion gewandt – in dem ich nichts anderes geschrieben habe als: Wir wollen unsere Streitigkeiten um das System nicht auf dem Rücken der Familie austragen –, so muß ich erklären, wir müssen diese Vorlage verabschieden und die Systemfrage im nächsten Jahr lösen. Denn ich glaube nicht, daß ich damit irgendwelche Pflicht verletzt habe, sondern meine im Gegenteil, das wäre nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des Familienministers, an die Parteien zu appellieren, nicht den Parteienstreit auf dem Rücken der Familie auszutragen.

Ich habe nur einen Wunsch, daß der Bundesvorstand die Fraktion beschließen läßt, die rechtzeitige Verabschiedung dieser Novelle zum 1. Januar sicherzustellen. Wir können das nach außen in einer denkbar glücklichen Form sagen, indem wir hinzufügen: „... und allen Versuchen der Opposition mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln entgegenzutreten, das Inkrafttreten der Novelle hinauszuschieben“. Hierdurch schieben wir diesen Schwarzen Peter der Opposition zu und tun andererseits alles, um die rechtzeitige Verabschiedung vorzunehmen.

Blank: Es geht nicht darum, den Versuchen der Opposition, das Gesetz nicht rechtzeitig in Kraft treten zu lassen, entgegenzutreten; denn das, was ich Wuermeling seit Jahr und Tag gesagt habe, hat sich nun gestern ereignet. Das war vorauszusehen. Jeder Kenner der Materie wußte das. Ich habe namens der Regierung die Vorlage begründet. Was hat nun die SPD erklärt – nicht wörtlich, aber sinngemäß? Sie sagte: Was wollen Sie eigentlich? Kindergeld vom ersten Kind, sofort! Ganz klar! Zahlen tut der Staat. Und was hat die FDP erklärt? Sie sagte: Was wollen Sie eigentlich? Kindergeld vom ersten Kind ab, selbstverständlich! Zahlen tut der Staat. Und was haben die Koalitionsparteien erklärt? Dasselbe!

Ich habe Herrn Wuermeling seit Monaten gesagt: In dieser Frage steht die CDU völlig allein da. (*Wuermeling:* Und Ihre Worte?) Ich bitte Sie, mich nicht zu unterbrechen! Ich will die Fraktion und die Partei vor Schaden bewahren. Daß mir

das Wohl der kinderreichen Familie am Herzen liegt, mögen Sie daraus entnehmen, daß ich seit meiner frühesten Jugend als eines der ältesten von zehn Kindern einer Arbeiterfamilie mithelfen mußte, diese Familie zu ernähren.

Nun kommt folgendes. Wenn uns dabei passiert, daß gewisse Teile der Fraktion ausbrechen, dann ist doch die Bundesregierung – das habe ich dem Herrn Bundeskanzler vor Monaten gesagt – mit ihrer Vorlage über alle Maßen blamiert. Und wie soll das politisch nach draußen wirken? Jetzt muß ich einmal das Kabinett verteidigen. Der Herr Bundeskanzler hat nie erklärt, er habe keine Zeit oder er wünsche diesen Punkt nicht auf der Tagesordnung, (*Wuermeling*: Das habe ich nicht gesagt!) sondern er hat mir den Auftrag gegeben, ich solle mich wegen der Bedeutung bemühen, irgendeine praktikable Lösung herbeizuführen, die auch die Sicherheit gibt, daß die Fraktion geschlossen dafür stimmt. Das war der Auftrag. Ich selbst habe Sie sogar, Herr Bundeskanzler, in einer Kabinettsitzung bitten müssen, diesen Tagesordnungspunkt wieder abzusetzen, weil es mir noch nicht gelungen war, diesen Auftrag zu erfüllen. Ich kann den Bundeskanzler nicht in eine solche Situation bringen, wenn ich den Auftrag noch nicht erfüllt habe.

Nun sind wir zu dieser Lösung gekommen, Aufgliederung vom dritten Kind an und dann die DM 40,- mehr. Der Beitrag für die Kindergeldausgleichskasse wird im Schnitt um 0,86 % erhöht. Wir müssen jetzt erhöhen auf 1,1 %. Nun hat sich bei unseren Mittelständlern etwas festgesetzt. Sie sind mit mehreren Abordnungen bei mir gewesen und haben erklärt, 1 % der Lohnsumme sei nun einmal das Maximum. Wer Gelegenheit hat, in Kleinbetriebe Einblick zu nehmen – ich kenne das, denn der Mann meiner einzigen Schwester hat einen kleinen Dachdeckerbetrieb –, der wird sehen, was es ausmacht, wenn die Beiträge erhöht werden. Man hat also verlangt, daß 1 % nicht überschritten werden dürfe. Selbst der Bundesrat hat eine EntschlieÙung gefaßt: „Die Bundesregierung wird gebeten, einmal die Auswirkungen auf die lohnintensiven Betriebe zu beachten und andere Vorschläge zu machen.“¹³⁴

Es ist ein sehr schwieriges Problem. Die Fachleute sind sich klar darüber, daß das ständige Erhöhen der Abgabe auf der Basis des Lohnes mittlerweile zu einer gefährlichen Sache für den Mittelstand geworden ist. Sie sind sich weiter darüber klar, daß zu einer vernünftigen Änderung dieses Systems einiges Gehirnschmalz und auch Zeit benötigt wird. Jedenfalls kann ich sie Ihnen nicht bieten; dann bin ich eben zu dumm dazu.

Um nun die Schwierigkeiten bei der Fraktion zu verhüten, die durch den Kollegen Schmücker und seinen gesamten Anhang des Mittelstandes entstanden sind, und die

134 198. Bundesratssitzung vom 14. November 1958: „Die Bundesregierung wird darin [im EntschlieÙungsvorschlag des Wirtschaftsausschusses] gebeten, in weiterem Gang des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob die Beitragserhebung nicht so gestaltet werden kann, daß lohnintensive Betriebe geringer belastet werden, als es bei einer Erhebung der Beiträge nach der Lohnsumme oder nach der Kopfzahl der Beschäftigten der Fall ist.“ Vgl. Sten.Ber. (BR) 1958 S. 242.

Situation zu erleichtern, habe ich – das soll der Herr Bundeskanzler wissen – im engsten Kreis der Fraktion gesagt: Wenn ihr bei der Behandlung dieses Antrages im Ausschuß euch einige Zeit nehmt, tritt das Ding nicht am 1. Januar, sondern vielleicht am 1. März oder spätestens am 1. April in Kraft.

Was ist dann geschehen? Da die Lohnentwicklung steigt, ist es so, daß wir präterpropter mit dem berühmten 1 % glatt auskommen. Und dann bekommt Herr Wuermeling die Mehrheit für sein Gesetz.

Und nun darf ich noch hinzufügen: Wenn Herr Wuermeling noch einmal auf den Tisch schlägt wie in dieser Verhandlung und die Leute anbrüllt, „die Interessentenhaufen müssen vom Befehlsstand der Fraktion entfernt werden“, und dann die Brocken hinschmeißt und das Zimmer verläßt, dann werden diese Leute in der Fraktion nicht mit ihm stimmen, und dann ist der politische Kladderadatsch da, den ich aber verhindern möchte. Deshalb bin ich der Meinung, die Regierung und die Fraktion sind gut beraten, wenn sie mit einer vorsichtigen Art vorgehen; denn dann haben beide das, was sie wollen.

Krone: Ich muß diese unqualifizierten Vorwürfe zurückweisen! Wuermeling spricht von Interessentenvertretern in der Fraktion und meint damit Gewerkschaftler und Mittelständler. Dabei kämpft er für sein Kindergeld, wie der größte Interessent nur kämpfen kann. (*Wuermeling:* Das gilt für die Kinder aller Berufsstände!) Ich lasse mir nicht mehr diese Drohungen sagen, ob man nun demissioniert oder Versammlungen absagt oder etwas in die Presse bringt. Das mache ich nicht mehr mit!

Und noch etwas! Wenn ich die ganze Fraktion für den Vorschlag bekomme, DM 40,- ab 1. April, dann habe ich damit für die kinderreichen Familien mehr getan als der Familienminister! (*Wuermeling:* Dazu möchte ich aber doch ...)

Adenauer: Herr Wuermeling! Würden Sie von mir einen guten Rat annehmen! Sehen Sie bitte nicht auf Ihre Person, sondern sehen Sie nur auf die Sache. Man muß auch einmal einstecken, was einem sehr unangenehm ist – das tue ich auch von morgens bis abends –, wenn man in der Sache weiterkommt.

Wuermeling: Denken Sie bitte einmal darüber nach, wie das wirkt. Sie haben es persönlich nicht so erlebt wie ich in den letzten anderthalb Jahren, wo ich den Leuten immer wieder beschwichtigend zureden mußte: Es kommt jetzt. Frau Rehling hat die Dinge bereits auf dem Hamburger Parteitag angekündigt.¹³⁵ Und die Verbände nehmen mir jetzt nicht mehr ab, daß es nicht über ein Zehntel Prozent hinausgeht. Wenn daran die Dinge schon scheitern, was soll geschehen?

Adenauer: Wenn gesagt würde: im Laufe des nächsten Jahres, dann hätten Sie recht. Das kauft ihnen keiner mehr ab. Aber wenn ein bestimmtes Datum angegeben wird, dann wird vielleicht der eine oder andere nörgeln und sagen, es hat lange gedauert, aber sie freuen sich dann doch über einen bestimmten Termin. Und dann haben Sie doch auch die ganze Fraktion dafür. Aber sonst – ob zu Recht oder zu Unrecht, das spielt keine Rolle – geht ein Teil nicht mit, und dann haben Sie

135 CDU, 7. Bundestag S. 195.

ein Fiasko. (*Wuermeling*: Darf ich fragen, ob Sie bereit wären, die Präsidenten der Familienverbände in Kürze einmal zu empfangen? Ich kann es nicht mehr!) Ich empfangen von morgens bis abends, aber meinerwegen, ich bin bereit dazu.¹³⁶ (*Wuermeling*: Vielleicht kann man diese Gelegenheit benutzen! Ich kann mich nicht mehr verteidigen!) Sie können mit den Leuten einen Termin vereinbaren.

Meyers: Wir haben noch die Kieler Entschließungen zu erledigen. Wir müssen uns darüber klarwerden, wie wir die Sache morgen im Parteiausschuß behandeln. Ich würde vorschlagen, dem geschäftsführenden Vorstand aufzugeben, für jedes dieser vorgesehenen Gebiete einen Fachausschuß ad hoc zu bestellen.

Zimmer: Herr Kraske hat Ausführungen gemacht über die Organisation der Partei. Ich möchte zu dem Thema der Mitgliederwerbung usw. in der Sache selbst keine Ausführungen machen, sondern behalte mir das vor; ich frage aber, ob das Thema „Leben der Partei“ als Voraussetzung der Mitgliederwerbung auf allen Stufen dazugehören soll. (*Meyers*: An sich nicht. Es geht zunächst nur um die Entschließungen, aber wir können darüber unter Punkt „Verschiedenes“ sprechen.) Ich stehe nunmehr in Trier wieder an der untersten Stufe der Partei. Die Aktion „Adenauer“ vor einigen Jahren war leider nicht von überwältigendem Erfolg. Woher kommt das? Es liegt an dem mangelnden pulsierenden Leben der Partei. Es gibt zwar Ortsverbände, wo es sehr gut ist, es gibt andere, wo es schlecht ist, aber es gibt welche, wo überhaupt nichts ist.

Es kommt darauf an, dieses Leben dort hinzubringen. Erst mit diesem Leben machen wir die Partei so attraktiv, daß auch eine Mitgliederwerbung Aussicht auf Erfolg hat. Eine Mitgliederwerbung in den leeren Raum zieht nicht. Deshalb habe ich die Frage gestellt. Ich sehe jetzt die Unterschiede. Im Saargebiet ist es sehr gut, ebenso in der Pfalz und auch in Trier seit einem Jahr – nicht meinerwegen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Partei im ganzen Lande überall möglichst gleichmäßig gut organisiert ist. Wir dürfen nicht warten, bis es zu spät ist. Wir müssen auch die Junge Union unterstützen. Die ältere Generation ist vielfach nicht mehr von der Lebendigkeit, hier aus Idealismus mitzumachen. Ich wäre also sehr dankbar, wenn Sie das Thema auch im Parteiausschuß aufgriffen.

Meyers: Das paßt nicht in diesen Themenkreis hinein, der in Kiel beschlossen worden ist. Ich bin aber der Meinung, daß wir das morgen als Auftakt der Generaldiskussion bringen könnten. Das Leben innerhalb der Partei ist wirklich eine sehr wichtige Frage für die gesamte Union. Wir werden sehen, welche Anregungen aus dem Kreis des Parteiausschusses kommen werden.

Adenauer: Sind Sie einverstanden, Herr Zimmer? (*Zimmer*: Ich bin einverstanden, wenn das Erfolg verspricht!) Hoffentlich!

Blumenfeld: Wir haben vor einigen Wochen einen Vorstoß in dieser Richtung gemacht mit der Konferenz der Landesvorsitzenden unter dem Vorsitz des geschäftsführenden Vorstandes. Ich möchte den Bundesvorstand bitten, daß wir das

136 Am 12. Dezember 1958 (TERMINKALENDER).

zu einer ständigen Konferenz machen; denn von dort aus geht die Aktivierung der Partei nach unten weiter.

Dichtel: Was Herr Zimmer gesagt hat, begrüße ich sehr. Jeder von uns wird eine solche Initiative durchaus begrüßen. Es vergeht keine Konferenz, wo wir uns nicht mit der Parteiarbeit beschäftigen, insbesondere über die Frage: Wählerpartei oder Mitgliederpartei. Auch in Südbaden wird diese Frage eingehend behandelt. Wir überlegen, ob wir Hunderte von Briefen schreiben oder die Leute aufsuchen sollen. Also, ein wesentlicher Erfolg dieser Arbeit hängt von der Initiative der einzelnen Landesverbände ab.

Adenauer: Das hängt absolut davon ab. Dann darf ich Sie bitten, morgen in Ihrem Referat die Anregung von Herrn Zimmer zu erwähnen, damit es diskutiert werden kann.

Wird noch weiter das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann hoffe ich, daß wir in Frieden und Freundschaft auseinandergehen, und zwar in dem Bewußtsein, nicht nur einen schönen Tag verlebt, sondern sich auch gründlich ausgesprochen zu haben. Ich schließe die Sitzung.

8

Bonn, 11. März 1959

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Amrehn, Bitter, Blank, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, Etzel, Fay, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Hellwig, Johnen, Kiesinger, Krone, Lensing, Schröder, Stoltenberg, Strauß, Wacher.

Besprechung über die Bundespräsidentenwahl. Bericht über organisatorische Fragen der Partei. Berlinstatus.

Beginn: 16.00 Uhr

Ende: 19.15 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob wir noch mit weiterem Besuch zu rechnen haben. Wir wollen auf alle Fälle aber beginnen.

Entschuldigt haben sich: Ernst Lemmer, krank, Vertreter: Franz Amrehn; Dr. H. Lübke, Afrika; A. Cillien, krank; Dr. Fricke; B. Bauknecht; Dr. Luise Rehling, Wahlversammlung in Leer.

BESPRECHUNG ÜBER DIE BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

Adenauer: Ich muß beginnen mit einem Vortrag über das, was geschehen ist. Zum Verständnis der ganzen Angelegenheit ist es gut, wenn man sich die Dinge noch einmal vor Augen hält, die in der letzten Zeit geschehen sind. Dabei möchte ich beginnen mit der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten zu wählen hat. Die Bundesversammlung besteht aus dem Bundestag und aus ebensoviel Mitgliedern, die von den Landtagen nach dem d'Hondtschen System¹ zu wählen sind. Ich darf vorweg bemerken, daß ich die Vertreter Berlins hier weglasse. Ich höre, daß darüber noch Auseinandersetzungen – nicht hier – kommen sollen, ob die Vertreter Berlins stimmberechtigt sind. Das Kabinett hat sich heute morgen mit dieser Frage beschäftigt und wird darüber – wir waren geschlossen der gleichen Ansicht – ein Gutachten abgeben, das natürlich auch den Parteien mitgeteilt wird. Die Bundesversammlung wird – Sie haben alle den Zettel da – ohne Berlin aus 995 stimmberechtigten Mitgliedern bestehen.² Von diesen 995 stimmberechtigten Mitgliedern gehören zur

CDU/CSU	497 (also nicht die Hälfte)
SPD	361
FDP	85
zum BHE	20
zur DP	24
zur Bayernpartei und DRP ³	8

Bei diesen Ziffern wird vorausgesetzt, daß die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen⁴ in der nächsten Zeit dasselbe Ergebnis haben wie die letzten Landtagswahlen dort. Je nachdem werden sich die Zahlen verschieben. Die Wahl des Bundespräsidenten findet in folgender Weise nach dem Grundgesetz statt:⁵

Ein erster Wahlgang, in dem derjenige gewählt ist, der die absolute Mehrheit der Stimmberechtigten erhält. Wird diese absolute Mehrheit nicht im ersten Wahlgang

1 Berechnungsverfahren nach dem belgischen Rechtswissenschaftler Victor d'Hondt zur Ermittlung der Sitzverteilung in einem Parlament nach einer Verhältniswahl. Die Stimmen, die auf die einzelnen Listen entfallen sind, werden nacheinander durch 1, 2, 3 usw. geteilt. Aus den Ergebnissen werden die höchsten Zahlen ausgesondert, und zwar so viele, wie Sitze zu vergeben sind. Für jede ausgesonderte Höchstzahl erhält die betreffende Partei einen Sitz.

2 Die 3. Bundesversammlung tagte am 1. Juli 1959 in der Ostpreußenhalle in West-Berlin. Mit 526 von 1038 Stimmen wurde Heinrich Lübke im 2. Wahlgang zum zweiten Bundespräsidenten gewählt. Vgl. Die Bundesversammlungen 1949–1979. Bonn 1984 S. 82.

3 Zur 3. Bundesversammlung entsandte die DRP keinen, wohl aber die DPS drei Vertreter.

4 Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 19. April 1959: CDU 48,4 %, SPD 34,9 %, FDP 9,7 % und DRP 5,1 % (FISCHER 2 S. 961f.). – Landtagswahl in Niedersachsen ebenfalls am 19. April 1959: SPD 39,5 %, CDU 30,8 %, DP 12,4 %, GB/BHE 8,3 % und FDP 5,2 % (EBD: S. 716–718).

5 Vgl. GG Art. 54.

erreicht, dann findet ein zweiter Wahlgang statt. Wenn im zweiten Wahlgang wiederum keiner die absolute Mehrheit erzielt, dann wird weiter gewählt nach der relativen Mehrheit, bis ein Bundespräsident gewählt ist.

Das Amt des Bundespräsidenten – das möchte ich sehr nachdrücklich betonen – wird in der Öffentlichkeit bei weitem unterschätzt. Bei Vorgängen, die sich namentlich in unserer Partei ereignet haben, ist das Amt zu meinem großen Bedauern noch weiter abgewertet worden. Lassen Sie mich hierbei folgendes voranschicken: Jeder von Ihnen wird wohl das Gefühl haben – und das auch wahrgenommen haben –, daß das nicht zum Vorteil unserer Partei gewesen ist. Die 497 Mitglieder, die zur CDU/CSU gehören, setzen sich zusammen aus 271 Bundestagsabgeordneten und aus 226 Abgeordneten, die von den Landtagen gewählt werden. Eine der Ursachen dieser Zwistigkeiten, die gewesen sind, liegt nach meiner Meinung darin, daß die Bundestagsfraktion in dieser Angelegenheit eine Führung erlangt hat, die ihr nicht zusteht. Halten Sie den Kopf gerade (Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier), Sie können nachher dagegen sprechen. Ich habe gesagt, nach meiner Meinung.

Die Aufgabe, den Bundespräsidenten zu wählen, ist nach Auffassung des engeren Vorstandes der Partei eine Parteiangelegenheit und nicht eine Fraktionsangelegenheit. Darin befinde ich mich auch in Übereinstimmung mit dem Vorsitzenden der CSU, dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Seidel, mit dem ich, ehe die ganze Sache anfang, darüber gesprochen habe. Herr Seidel und ich haben in dieser Angelegenheit zwei Besprechungen gehabt. Wir waren beide der Ansicht – ich muß das alles erklären, damit Sie die Situation verstehen –, daß es wohl zweckmäßig sei, um die absolute Mehrheit zu bekommen – und es ist wohl sehr wünschenswert, daß der Bundespräsident mit absoluter Mehrheit im ersten Wahlgang gewählt wird –, mit anderen Parteien Fühlung zu nehmen, daß wir die Stimmen der anderen Parteien für uns haben müßten, keinen zu ausgesprochenen Parteipolitiker als Kandidaten zu nominieren. Wir waren weiter der Ansicht, daß die Tradition des Amtes des Bundespräsidenten, wie sie der jetzige Inhaber geschaffen hat, nämlich die Verbindung mit gewissen führenden geistigen Schichten der Bevölkerung, die sich nicht so parteipolitisch gebunden fühlt, möglichst aufrechterhalten werden soll.

Aus dieser Betrachtung heraus haben wir uns mit dem einen oder anderen Namen befaßt. Aber das ist vorbei, und es hat keinen Zweck mehr, darüber zu sprechen. Ich betone aber von vornherein – ich schalte die Möglichkeit nicht aus –, daß geeignete Kandidaten aus diesem Kreis vorhanden sind; es wird aber sehr schwer sein, einen zu finden; denn wenn man glaubt, daß jemand geeignet sei, wird es sehr schwer sein, ihn zu veranlassen, dieses Amt zu übernehmen, insbesondere nach dem, was sich bis jetzt ereignet hat. Nun waren wir unter uns einig, daß vor dem 75. Geburtstag des Bundespräsidenten Heuss die Frage seines Nachfolgers nicht in der Öffentlichkeit angeschnitten werden sollte. Daran haben wir uns auch gehalten. Es war aber gleichzeitig der Wunsch ausgedrückt worden, daß man sehr bald nach diesem 75. Geburtstag doch an die Dinge herangehen solle. In der Zwischenzeit hatte sich die Sozialdemokratie mit der Frage der Wahl eines Bundespräsidenten beschäftigt und

beschlossen, daß sie nicht zu haben sein werde für eine Wiederwahl von Heuss oder – korrekter ausgedrückt – für eine Änderung der Verfassung, die eine Wiederwahl von Heuss ermöglicht hätte.

Damit war diese Frage, die im Gespräch manchen beschäftigt hat, ob man nicht die Verfassung dahingehend ändern könne, daß sie eine Wiederwahl von Herrn Heuss ermöglicht hätte, negativ entschieden. Die Sozialdemokratie hat dann als ihren Kandidaten den Herrn Professor Carlo Schmid nominiert. Sie hat mit dieser Nominierung, wie ich offen vor mir sagen kann, zu meinem größten Erstaunen in der Öffentlichkeit einen Widerhall gefunden, den ich in keiner Weise erwartet hatte. Herr Carlo Schmid ist – das darf ich hier einfügen, es ist notwendig, hier darüber zu sprechen – nach meiner Meinung nicht die geeignete Persönlichkeit, ganz abgesehen von seiner Parteizugehörigkeit, um Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland zu werden. Was die politische Seite der Angelegenheit angeht, so hat Herr Carlo Schmid bei den ganzen großen politischen Fragen seit 1949 eine sehr große Rolle auf der negativen Seite gespielt. Er hat gegen die EVG gestimmt, er hat gegen den Eintritt in den Europarat gestimmt, er hat gegen den Eintritt in die NATO gestimmt; er hat gegen die Einführung der Wehrpflicht gestimmt, er war ein führender Mann in der Anti-Atomgeschichte.

Kurz und gut, davon soll nun das Schicksal des deutschen Volkes nicht nur jetzt, sondern wahrscheinlich auf Jahre hinaus entscheidend abhängen, ob wir zum Westen stehen und vom Westen gehalten werden oder nicht. Dieser Kandidat der Sozialdemokratie hat bei allen entscheidenden Abstimmungen während der beinahe zehn Jahre gegen den Westen votiert. Es erschien wohl vielen von uns für ganz unmöglich, durch die Bundesversammlung mit unseren Stimmen – denn die sind ja nötig – etwa den Herrn Schmid zu wählen und damit vor aller Welt den Eindruck hervorzurufen, als ob wir im Abstieg begriffen seien und die außenpolitische Meinung der Sozialdemokratie zum Siege im deutschen Volke gekommen wäre, während wir bis jetzt zehn Jahre lang die ganze Verantwortung getragen haben.

Die Reise von Carlo Schmid nach Moskau⁶ bekräftigt ja diese ganze Sache. Ich möchte übrigens zur Klärung hier sagen, die sozialdemokratische Mitteilung, daß Herr Schmid und Herr Erler jetzt nach Moskau führen, um damit den Eindruck des Alleingangs von Herrn Ollenhauer⁷ zu verwischen, ist falsch, ist nicht wahr. Herr Schmid und Herr Erler laufen schon seit zehn Jahren mit den Pässen in der Tasche herum für ihren Flug nach Moskau. Sie haben schon damals dem Herrn Außenminister von Brentano mitgeteilt, daß sie nach Moskau fliegen würden. Sie werden nächsten Montag fliegen. Aber nichtsdestoweniger, die Nennung dieses Namens hat in der

6 Zum Moskauaufenthalt Schmid's und Erler's vom 11. bis zum 17. März 1959 vgl. AdG 1959 S. 7612 und SCHMID S. 647–656.

7 Ollenhauer hatte am 9. März 1959 eine zweistündige Unterredung mit Chruschtschow auf dessen Einladung im Gebäude der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin. Vgl. AdG 1959 S. 7602f.; SCHMID S. 647.

Öffentlichkeit Anklang gefunden, aber nicht nur dort, sondern auch in Kreisen der CDU. Ich möchte das sehr nachdrücklich hier betonen, meine Herren! Auch unter den Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU ist eine Geistesverwirrung, die mir völlig unbegreiflich ist und bleiben wird.

Wir haben es ja schwerer, einen Kandidaten zu nominieren, als es die Sozialdemokratie hat. Die Sozialdemokratie ist eine zentralistisch aufgebaute Partei. Sie hat auch in ihrem Statut eine Bestimmung, wonach ein Parteirat – so heißt er wohl –, ein verhältnismäßig kleines Gremium, den Namen des Kandidaten benennt. Bei uns liegt die Sache anders. Die Landesparteien waren vor der Bundespartei da. Die Landtage waren vor dem Bundestag da. Bei uns muß eine übereinstimmende EntschlieÙung gefunden werden zwischen der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen; daher auch die Notwendigkeit, daß die Partei letzten Endes – aber das ist nicht der einzige Grund – entscheidet; denn in solch entscheidenden Dingen gehen nach meiner Meinung die Partei und die Parteiorganisation jeder Fraktion vor, möge es nun eine Landtagsfraktion oder die Bundestagsfraktion sein. Wir müssen aber doch versuchen, auf eine möglichst glatte Weise eine übereinstimmende Willensbildung zwischen der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen herbeizuführen. Wir haben Überlegungen hier in Bonn angestellt, mit denen wir nachher völligen Schiffbruch erlitten haben.

Wir waren zu der Überzeugung gekommen, man solle zunächst ein Gremium zusammenstellen, in dem die Frage des Hergangs erörtert werden müsse. Wir haben geglaubt, dieses Gremium – das ist nicht etwa meine Erfindung, ich habe auch nicht die Namen zusammengestellt – dadurch gefunden zu haben, daß wir insgesamt 17 Persönlichkeiten zu einer Aussprache nach Bonn beriefen.⁸ Wir haben bei der Auswahl dieser Personen versucht, Persönlichkeiten zu finden, die mit verschiedenen Eigenschaften an der Willensbildung der Fraktionen in der Bundesversammlung beteiligt sein würden, d.h. sie sollten entweder Bundestagsabgeordnete oder Landtagsabgeordnete, zugleich aber auch führende Persönlichkeiten im engeren Vorstand der Partei sein. Wir wollten den Kreis auf möglichst wenige beschränken. In einem ersten Gespräch mit dem Kollegen Krone meinten wir, wir kämen vielleicht mit zehn aus, wir sahen aber, daß das unmöglich war. So kamen wir schließlich auf 17 Persönlichkeiten, deren Namen ich nicht zur Hand habe, die ich aber auch nicht nennen möchte; nur wenn Sie wollen, kann das geschehen. Ich möchte betonen, daß von den 17 Persönlichkeiten zehn Bundestagsabgeordnete waren; dann waren drei Ministerpräsidenten, die auch im übrigen Parteileben eine große Rolle spielen, nämlich der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, von Schleswig-Holstein und von Nordrhein-Westfalen, dabei.

Wir haben weiter versucht, auch die CSU entsprechend zu berücksichtigen. Es war mit Herrn Seidel abgesprachen, daß von den 17 Mitgliedern die CSU vier stellen

⁸ Am 24. Februar 1959 (TERMINKALENDER). – Vgl. auch zum Folgenden SCHWARZ: Adenauer 2 S. 502–526.

sollte. Das hat sie auch getan; es waren dies der Vorsitzende Seidel, der stellvertretende Vorsitzende, der Generalsekretär und ein weiteres Mitglied der CSU. So haben wir versucht, so gut das bei einem solch komplizierten Organismus, wie es unsere Partei nun einmal ist, eben ging, möglichst allen gerecht zu werden. Wir waren uns völlig darüber klar – das möchte ich sehr nachdrücklich hier betonen –, daß dieses Gremium nicht etwa das Recht haben dürfe, eine Entscheidung zu fällen, sondern daß die Entscheidung zu fällen sei hier von der Partei, von der Bundestagsfraktion und von den Landtagsfraktionen. Wir wollten nur versuchen, in ein ruhiges Gespräch über diese ganze Frage zu kommen.

Wir sind dann zusammengewesen zu 16. Herr Arndgen feierte an dem fraglichen Tag seinen 65. Geburtstag und konnte deshalb nicht anwesend sein. Wir haben dann einige große Fragen besprochen, die ich auch hier anschneiden muß, weil sie nach meiner Überzeugung für die Zukunft eine Rolle spielen werden, und zwar einmal, wie stellt sich die Situation im Hinblick darauf, daß die Sozialdemokraten in der Person des Herrn Professor Carlo Schmid eine Persönlichkeit nominieren, die ganz offensichtlich eine große Anziehungskraft gezeigt hat. Wir waren dabei davon ausgegangen, daß man – da die Wahl geheim ist und ein erheblicher Teil der CDU/CSU aus Damen und Herren besteht, die von den Landtagen gewählt werden, welche die Wahl eines Vertreters für die Bundespräsidentenwahl als eine Art Verdienst für Parteimitglieder ansehen, die an sich nicht so politisch geschult zu sein brauchen – hier doch die politischen Gesichtspunkte sehr stark berücksichtigen müsse. Ich glaube, darüber waren alle Anwesenden einig.

Wir haben uns weiter gefragt, wie wird sich diese Bundespräsidentenwahl auf die Bundestagswahl des Jahres 1961 auswirken. Wir haben jetzt März 1959. Die Wahl des Bundespräsidenten ist im Juli dieses Jahres; er wird sein Amt im September antreten. Die Wahlagitation für die Bundestagswahl 1961 wird rechtzeitig beginnen müssen. Gerade die Bundestagswahl 1961 erschien uns allen bei der sich weiter komplizierenden Situation in der Welt für die Bundesrepublik von außerordentlich großer Bedeutung.

Lassen Sie mich hier einschieben, meine Freunde, daß tatsächlich seit dem Bestehen der Bundesrepublik die Situation in der Welt noch nie so schwierig, so kompliziert und so gefährlich gewesen ist, wie sie jetzt ist. Das liegt daran, daß auf der einen Seite Sowjetrußland erstarkt ist, daß sich aber auf der anderen Seite im Westen, der sich in der NATO zusammengeschlossen hat, doch gewisse Tendenzen bemerkbar machen hinsichtlich eines weniger engen Zusammenhalts. Nicht jedes Mitglied der NATO empfindet diesen Druck so unmittelbar wie wir. Es ist auch zu berücksichtigen, daß im Jahre 1960 die Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten stattfindet, ein Ereignis von außerordentlich großer Bedeutung für die gesamte Außenpolitik. Wir waren also der Auffassung, daß man die Wahl des Bundespräsidenten im Zusammenhang mit der Bundestagswahl des Jahres 1961 betrachten müsse, und zwar zunächst einmal im Hinblick auf die Bestimmungen des Grundgesetzes, die ja dem Bundespräsidenten das Recht geben, nach der Wahl des Bundestages dem Bundestag

einen Vorschlag zu machen, wer Bundeskanzler werden soll. Ich darf noch einmal daran erinnern, daß hier nicht etwa der Bundestag die Initiative hat, sondern der Bundespräsident hat die Initiative. Wenn der Bundespräsident auf dem Boden unserer Politik steht, ist die Sache natürlich unendlich viel einfacher, als wenn er nicht auf dem Boden unserer Politik steht.

Bei der ersten Bundespräsidentenwahl vor zehn Jahren bestand eine Koalition mit der FDP und der Deutschen Partei, so daß die Wahl des Bundeskanzlers im Bundestag gesichert war, weil der Bundespräsident Heuss auf dem Boden dieser Koalition stand. Es war also damals völlig klar: Wenn Heuss zum Bundespräsidenten gewählt wird, dann wird er einen Mann von uns zum Bundeskanzler vorschlagen. Bei der zweiten Bundespräsidentenwahl vor fünf Jahren war eine ganz große Mehrheit für die Wiederwahl von Heuss. Das Ganze hatte sich damals so eingespielt, daß sich das Recht des Bundespräsidenten, nach der Neuwahl des Bundestages im Jahre 1957 einen Bundeskanzler vorzuschlagen, eigentlich von vornherein nach einer bestimmten Richtung auswirken würde. Aber niemand in der Welt weiß, wie die Dinge im Jahre 1961 liegen werden. Es haben sich in der Zwischenzeit parteipolitische Verschiebungen ereignet. Die FDP ist ausgeschieden und zu einem radikaleren Kurs übergegangen, wenn auch nicht in ihrer Gesamtheit, so aber doch viele, und zwar – wie mir Reinhold Maier selbst gesagt hat – in die Düsseldorfer Richtung⁹. Man kann schließlich nicht wissen, wie die parteipolitische Konstellation im Jahre 1961 sein wird, ob sich Möglichkeiten auf einmal abzeichnen werden, daß etwa im Bundestag eine Mehrheit gefunden werden könne ohne die CDU/CSU.

Aus diesem Grunde ist die Wahl des Bundespräsidenten, die wir in diesem Jahr vorzunehmen haben, unter dem Gesichtspunkt der Bundestagswahl 1961 betrachtet, parteipolitisch von größter Bedeutung und viel wichtiger, als es die erste und die zweite Bundespräsidentenwahl gewesen sind. Wir waren uns also klar darüber, daß man die ganze Situation unter dem Gesichtspunkt des Jahres 1961 betrachten müsse. Dann erhoben sich Meinungsverschiedenheiten, die ich in diesem Kreis erwähnen muß. Es wurde darüber gesprochen, ob man gut daran tue, als Bundespräsidenten wieder einen evangelischen Herrn zu wählen, oder ob man auf die Konfession überhaupt keine Rücksicht zu nehmen brauche. Ich habe von vornherein den Standpunkt vertreten, einen evangelischen Herrn zu wählen, und zwar im Hinblick auf die Bundestagswahl 1961. Wir sind uns wohl über folgendes klar: Wenn auch der größere Teil – es ist nie eine Statistik darüber gemacht worden, man konnte sie auch nicht machen – der CDU/CSU dem katholischen Bekenntnis angehört, so haben wir doch, um eine Mehrheit im Bundestag zu bekommen, zahlreiche Stimmen evangelischer Wähler – ich sage nicht CDU- oder CSU-Mitglieder, sondern

9 Mit Düsseldorfer Richtung bezeichnet Adenauer die Tendenz zu einer SPD/FDP-Koalition, wie sie nach einem konstruktiven Mißtrauensvotum gegen die Regierung Arnold (CDU) in NW im Jahre 1956 gebildet wurde, an deren Sturz maßgeblich die sog. Jungtürken der FDP beteiligt waren (SCHWARZ: Bundesrepublik 2 S. 367); vgl. auch PROTOKOLLE 2 S. 782–796.

evangelische Wähler – nötig. Ich sage Wähler, weil das Frauen oder Männer sind, die sich keiner bestimmten Partei angeschlossen haben und sich auch voraussichtlich bis zum Jahre 1961 nicht anschließen werden, die aber dann wählen. Wenn wir also von dieser Schicht der Wähler nicht einen entsprechend großen Teil der Stimmen bekommen, dann haben wir nur sehr wenige oder gar keine Aussichten, die absolute Mehrheit im künftigen Bundestag zu erreichen. Diese Auffassung wurde von dem größten Teil der 16 Teilnehmer geteilt. Das gilt namentlich für gewisse Teile im Rheinland, vielleicht auch in Rheinland-Pfalz, das weiß ich nicht sicher, aber es gilt sicher für den Norden der Bundesrepublik. Jedenfalls gilt es dort in verstärktem Maße.

Über diese Frage ist dann lange gesprochen worden. Ich möchte sehr nachdrücklich betonen, daß von irgendwelchen konfessionellen Gegensätzen innerhalb dieser Gruppe nicht nur nicht die Rede war, sondern überhaupt nichts zu spüren war; es hat sich dabei lediglich um die Frage gehandelt, die ich als Katholik für entscheidend ansehe zum Ausgang der Wahl 1961. Es wurden auch andere Ansichten als die meine laut. Es wurde sogar die Ansicht laut, nicht etwa die ganze Konfessionsfrage auszuschalten, sondern einen Katholiken zu wählen, weil sonst, wenn ein Evangelischer wieder zehn Jahre Bundespräsident sei, die Katholiken dann verlangen würden, daß ein Katholik während dieser Zeit Bundeskanzler sein müsse. Dieser Ansicht ist aber innerhalb des Gremiums entschieden entgegengetreten worden, insbesondere auch von mir. Ich stehe auf dem Standpunkt – und das habe ich auch gesagt –, daß, da der Bundeskanzler vom Bundestag gewählt wird und man in der künftigen Bundestagsfraktion wohl politisch klar ist bei der Wahl des Bundeskanzlers, die Konfession des Betreffenden nicht eine Rolle bei den Erwägungen spielen darf, sondern daß es sich darum handelt, den besten Mann, der für die Situation im Jahre 1961 der geeignetste ist, zu wählen, gleichgültig, ob er evangelisch oder katholisch ist. Diesem Standpunkt, der unter anderem auch von mir vertreten worden ist, wurde eigentlich nicht widersprochen.

Wir haben dann innerhalb dieses Kreises einen Schritt getan, der sich nachträglich vielleicht als zu voreilig herausgestellt hat. Wir haben uns die Frage vorgelegt: Ist es nicht richtig, bei einem so zugkräftigen Kandidaten wie Carlo Schmid von vornherein wenigstens den Gremien der Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen einen Namen zu nennen? Es wurden dann zwei Namen genannt. Es wurde der Name meines Nachbarn, Herrn von Hassel, genannt. Herr von Hassel wurde von allen Anwesenden, wie sich das ja auch ohne weiteres aus seiner bisherigen Arbeit ergibt, als außerordentlich gut qualifiziert angesehen. Man glaubte aber, daß man ihn aus zwei Gründen nicht nominieren solle. Einmal wurde von unseren Parteifreunden, insbesondere aus Niedersachsen – von Herrn Cillien und von Herrn Fricke –, erklärt: Wir können Herrn von Hassel während der nächsten Jahre im Norden der Bundesrepublik unter keinen Umständen in der Parteiarbeit entbehren. Er ist von sehr großer Bedeutung für die Parteiarbeit im Norden, nicht nur in seinem eigenen Land, sondern auch nach Hamburg, Bremen und Niedersachsen zu.

Dann erhob sich auch die Frage, ob man in Herrn von Hassel, der nicht so bekannt ist wie Carlo Schmid, in der Öffentlichkeit einen so zugkräftigen Kandidaten haben würde wie Carlo Schmid, wobei man auch noch die leise Besorgnis hatte, daß man nicht aller 497 CDU/CSU-Leute, insbesondere der Leute aus anderen Parteien, bei der Kandidatur des Herrn von Hassel unbedingt sicher sei. Lassen Sie mich Ihnen jetzt sagen – ich halte das aus bestimmten Gründen für notwendig –, daß ich bis montags – dienstags war die Sitzung – unbedingt für Herrn von Hassel gewesen bin, und zwar schon seit Monaten, weil ich diesen Gedanken schon seit Monaten hatte. Dann aber ist montags – jetzt muß ich doch den Namen nennen – Herr Schröder bei mir gewesen und hat mir auseinandergesetzt, warum er es für richtiger halte, den Herrn Erhard als Kandidaten aufzustellen. Die Gründe, die Herr Schröder mir an diesem Montagmorgen mitgeteilt hat, haben mich sehr beeindruckt. Ich habe Herrn Schröder gesagt, ich muß mal darüber schlafen, ich kann Ihnen nicht sofort sagen: Ich werde mich so oder so entscheiden.

Ich habe dann nach reiflicher Überlegung es allerdings auch für richtiger gehalten, Herrn Erhard, der ja eine außerordentlich große Popularität sowohl im Norden wie im Süden hat, zu nominieren. Ich glaubte, das tun zu können, weil Herr Schröder erklärte, daß Herr Erhard mit seiner Nominierung einverstanden sei. Herr Schröder sagte, daß er schon seit Wochen mit Herrn Erhard darüber gesprochen habe und daß Herr Erhard mit seiner Nominierung einverstanden sei, natürlich unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die eigentlich bestimmenden Gremien sich in ihrer Meinung für ihn entschieden.

Nun wäre ich am liebsten mit diesem Ergebnis auseinandergegangen, aber da wurde die Frage, und zwar von Herrn Fricke meiner Erinnerung nach, aufgeworfen: ... (*Schröder*: Sie haben Herrn Erhard angerufen!) Darauf komme ich jetzt. Wir müssen etwas der Öffentlichkeit sagen; denn die Journalisten lauern draußen auf uns. Wenn wir zu 16 Mann hinausgehen, und jeder tritt den Journalisten einzeln gegenüber, dann kommen wir evtl. zu einem furchtbaren Durcheinander.

Es wurde dann die Frage erwogen, wie man diese Mitteilung an die Presse formulieren könne, ohne daß sich die zuständigen Gremien dadurch verletzt fühlten. Es ist dann eine Form gewählt worden, die etwa lautete, daß die Versammelten den zuständigen Gremien empfehlen, den Herrn Erhard zu nominieren. Ich wurde dann, nachdem wir soweit einig waren, beauftragt, Herrn Erhard telefonisch anzurufen. Herr Erhard war damals im Glottertal. Ich habe Herrn Erhard angerufen; Herr Erhard hat an dem Abend mir gegenüber ebenfalls erklärt, daß er unter der Voraussetzung, daß die zuständigen Gremien in ihrer Mehrheit dafür seien, bereit sei, dieses Amt anzunehmen. Darauf haben wir der Presse diese Mitteilung gegeben. Und dann ging der Sturm los in der Fraktion. Das werden Sie wohl nicht bestreiten! (*Krone*: Das tue ich nicht!) Dann gab es einen Mordskrach und viel Geschrei. Ich will nicht sagen, wenig Wolle, das denke ich mir dabei, aber ich will es nicht ausgesprochen haben. Jedenfalls gab es viel Geschrei. (*Gerstenmaier*: Aber sehr gute Wolle!) Das war die Meinung sehr vieler! Herr Gerstenmaier! Ich habe Sie bis jetzt geschont und habe Ihren Namen

nicht genannt. (*Gerstenmaier*: Aber mit einer Qualität bezeichnet!) Provozieren Sie mich bitte nicht, sonst muß ich Ihren Namen nennen. (*Gerstenmaier*: Ich habe nichts dagegen!) Dann will ich sagen, Sie sind es gewesen, der gesagt hat, ein Katholik muß Bundespräsident werden, damit der nachfolgende Bundeskanzler ein Protestant ist. (*Gerstenmaier*: „Eine faire Chance hat“, habe ich gesagt! Wenn schon, dann bitte auch eine exakte Definition!) Nicht „faire Chance“! Das ist keine exakte Definition! Ich bin auch noch eine Antwort auf einen Brief schuldig, in dem Sie mich auch falsch zitiert haben, Herr Gerstenmaier!¹⁰ Es wird allmählich so weit kommen, daß wir nur noch auf Band sprechen! Aber wir waren ja nicht allein, sondern es waren noch andere dabei, die bestätigen können, was Sie damals gesagt haben. (*Gerstenmaier*: Ich habe nichts dagegen!)

Sie haben erklärt, daß Sie früher gehen müßten, weil Sie – ich weiß nicht, wen – Gäste hätten. Ich habe dann folgendes gesagt: Wenn es sich darum handelt, einen Mann zu wählen, der eine größere Strahlungskraft hat, dann ist es selbstverständlich, daß das Herr Erhard sein muß. Und dann haben Sie weiter gesagt: Ich bin gegen alle, ich bin für einen Katholiken. Und damit sind Sie hinausgegangen. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Und weil Herr Gerstenmaier das gesagt hat, haben wir – so konzilient waren wir – keine Abstimmung vorgenommen, nachdem Herr Gerstenmaier nicht mehr da war. Ich verdanke es eigentlich dem Herrn Fricke. Ich hätte abgestimmt, um klarzustellen, wie die Stimmung war.

Und dann ging der Krach los in der Fraktion. Ich will Herrn Gerstenmaier entgegenkommen und sagen, es war synthetische Wolle bei dem Geschrei, aber keine echte Wolle. Aber dann ging das Geschrei los. Und dann wurde Herr Erhard bestürmt. Herr Erhard kam nach Bonn und hat mit dem Vorsitzenden der Fraktion gesprochen. Er war bei mir und war beim Bundespräsidenten. Er war am Samstag bei mir und hat gesagt: Die Fraktion und alle bestürmen mich, ich soll das nicht tun. Was soll ich jetzt machen? Ich habe ihm gesagt: Wenn Sie klug sind, fahren Sie ins Glottertal zurück und sagen gar nichts. Warten Sie ruhig einmal ab, wie sich die zuständigen Gremien zu der ganzen Sache verhalten. Er war dann beim Bundespräsidenten. Wie mir der Bundespräsident später gesagt hat, hat der Bundespräsident ihm dringend geraten, es anzunehmen. Er hat ihm auch gesagt, daß er als Bundespräsident in ungleich stärkerem Maße als bisher die Möglichkeit hätte, den Prinzipien, nach denen er gearbeitet habe, allgemein Achtung und Geltung zu verschaffen.

Dienstags war Fraktionssitzung.¹¹ Ich muß hier einfügen, ich hatte schon an dem Abend, wo wir zu 16 zusammen waren, eine Grippe mit Fieber und mußte danach sofort ins Bett, sonst wäre ich am Tage darauf in die Fraktion gegangen und hätte das alles persönlich aufgeklärt als Vorsitzender der Partei. Das konnte ich leider nicht,

10 Brief Gerstenmaier vom 9. März, Antwort Adenauer vom 23. März 1959 (StBKAH III/18). – Bei dieser Auseinandersetzung ging es um die mögliche Kandidatur von Carlo Schmid (SPD).

11 Am Dienstag, dem 3. März 1959.

sondern konnte erst am Dienstag der darauffolgenden Woche die Fraktionssitzung besuchen.

Wie ich morgens hierher kam, hörte ich, daß – entgegen der Absprache mit Herrn Erhard – Herr Erhard schon der Presse die Mitteilung gegeben hatte, daß er nicht annehme und auch schon dahin gehende Entwürfe von Schreiben an Herrn Krone und Herrn Höcherl gemacht habe. Ich habe Herrn Erhard sofort angerufen und ihm gesagt: Herr Erhard! Wir haben heute nachmittag Fraktionssitzung. Ich weiß nicht, wie die ausfallen wird. Bitte schreiben Sie doch wenigstens erst dann, bis [!] die Fraktionssitzung gewesen ist. Ich rufe Sie heute abend um neun Uhr an. Ich weiß nicht, wie lange die Fraktionssitzung dauern wird. Da hat er mir gesagt: Um halb Zwölf hat dpa die Blitzmeldung verbreitet, daß ich verzichte. Damit war die Sache aus und der bedauerliche Zustand eingetreten. In der Öffentlichkeit ist das sehr übel unserer Partei angekreidet worden. Darüber müssen wir uns völlig klar sein.

Nun haben wir zu überlegen, was wir jetzt machen sollen. Wir müssen wieder von vorn anfangen! Damit nun nicht, wie damals bei den 17, gesagt wird, wir hätten das Gremium willkürlich zusammengestellt, hat Herr Kollege von Hassel mit einigen anderen Vorsitzenden der Landesparteien ein System eronnen, um zu einem, wenn auch nicht legitimen, so doch zu einem legitimeren Gremium zu kommen, in dem man die ganzen Fragen einmal besprechen kann. Das ist etwas kompliziert; ich möchte daher Herrn von Hassel bitten, Ihnen das System einmal klarzulegen. Es soll Ihnen zuerst als dem Bundesvorstand der Partei unter Zustimmung der CSU, deren Vertreter hier sind, die ich herzlich begrüße, vorgelegt werden.

Das ist der gegenwärtige Zustand. Wir sind weiter der Auffassung, daß man während der nächsten Zeit möglichst überhaupt keinen Namen nennen sollte, damit nicht wieder eine Rederei und ein Kesseltreiben losgeht und niemand mehr kopfscheu gemacht wird. Wir dürfen auch keinesfalls mehr als Partei, die nun diesen Staat seit Anbeginn trägt, und zwar in der kritischsten Situation, die dieser Staat bisher gehabt hat, das Schauspiel bieten, daß wir uns nicht einigen können auf einen Mann, der nun Bundespräsident wird. (*Bitter*: Sehr richtig!) Wir sollten deswegen keinen Namen nennen und sollten zunächst einmal ruhig Wasser den Rhein hinunterlaufen lassen.

Ich möchte noch eins erwähnen. Zufällig waren damals um das Wochenende in Hamburg die Landesvorsitzenden versammelt. (*Zuruf*: Die Fraktionsvorsitzenden!) Die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen. Ich habe gar keine Ahnung davon gehabt. Ich sage es nur, damit Sie nicht glauben, von hier aus sei irgend etwas gesteuert worden. Die Herren haben von sich aus erklärt, Herr Erhard sei ein geeigneter Kandidat für die Bundespräsidentenwahl.

Nun sitzen wir hier und wollen versuchen, in Eintracht und Frieden wieder von vorn anzufangen. Ich möchte Herrn von Hassel bitten, das System, das er mit einigen anderen Herren zusammen ausgedacht hat, uns vorzutragen.

Von Hassel: Als Punkt 2 der Tagesordnung steht hier:

BERICHT ÜBER ORGANISATORISCHE FRAGEN DER PARTEI

Anlaß zu diesem Bericht sind drei Gespräche gewesen, die die Landesvorsitzenden mit den stellvertretenden Bundesvorsitzenden und den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern hier in Bonn gehabt haben. Das erste Gespräch ist gewesen um die Monatswende November/Dezember, das zweite Gespräch war am 22. Januar und das dritte Gespräch am 5. März. Die Landesvorsitzenden haben sich in diesen drei Konferenzen nicht mit den Namen zu dieser Bundespräsidentenwahl beschäftigt, sondern lediglich mit Dingen, die mit dem Verfahren zu tun haben, jedoch mit einer Ausnahme, daß am vergangenen Donnerstag im Anschluß an diese Sitzung der Herr Bundeskanzler gebeten hatte, daß die Landesvorsitzenden nachmittags unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Paris zu ihm ins Palais Schaumburg kommen möchten.

Über das Verfahren, das wir erörtert hatten, habe ich dann dem Herrn Bundesvorsitzenden – da ich die Sitzungen leitete – im Beisein der übrigen Landesvorsitzenden berichtet. Der Grundgedanke dabei ist der gewesen, daß für eine solch wichtige Sache das zuständige Gremium, nämlich der Bundesparteivorstand, die Grundentscheidung haben soll, daß aber angesichts der Bundesversammlung, die ja zur Hälfte aus Bundestagsabgeordneten und zur anderen Hälfte aus Landtagsabgeordneten besteht, zur Vorbereitung dieser Fragen neben dem Bundesvorstand ein entsprechender Anteil aus der Bundestagsfraktion der CDU und ein entsprechender Anteil aus den Länderfraktionen der CDU hinzukommen solle. Zu diesem so geschaffenen Körper soll dann ein entsprechender Anteil der CSU – etwa ein Viertel – hinzukommen.

Wenn man das addiert, dann ergibt sich folgendes:

40	Mitglieder des Bundesvorstandes
20	Mitglieder der Bundestagsfraktion
20	Mitglieder aus den Landtagsfraktionen
15-20	Mitglieder aus der CSU

Es kommt also ein Gremium von rund 90 bis 95 Köpfen dabei heraus. Wir waren uns darüber klar, daß man aber mit einem solch großen Gremium nicht über alle Einzelheiten beraten könne. Deswegen haben die Landesvorsitzenden angeregt, ein Gremium zu beauftragen, das in aller Ruhe, möglichst fern von jeder Publizistik, eine Prüfung dieser Frage vorbereiten soll, um dann nachher dem Gesamtgremium entsprechend zu berichten.

Man glaubte, es sei richtig, wenn man von 95 Leuten im Endergebnis ausgeht, daß für diese Vorbereitung etwa ein Viertel des Gesamtgremiums zusammentreten solle, und zwar

10	Mitglieder des Bundesvorstandes
5	Mitglieder der Bundestagsfraktion
5	Mitglieder der Landtagsfraktionen,

davon ein Viertel Mitglieder der CSU, also rund 20 bis 28 Personen, maximal 30.

Der Herr Bundeskanzler war aber ein wenig skeptisch und hat gesagt: Wer macht denn die Reduzierung auf ein Viertel? Das ist doch immer schwierig. Wir haben uns inzwischen detaillierte Gedanken gemacht, Herr Bundeskanzler, und würden vorschlagen, im Prinzip heute folgendes festzulegen. Wir sprechen heute nicht über Namen, sondern lediglich über das Verfahren. Es wird ein solches Gremium einberufen, an dessen Endberatung nachher der Gesamtkreis – wie ich ihn nannte – teilnimmt. Bei der genauen Ausarbeitung eines solchen Vorschlages sind wir zu einem ein wenig abweichenden Verfahren gekommen. Wir würden anregen, daß sich dieses beratende Gremium für die Vorbereitung wie folgt zusammensetzt: 1. aus dem Bundesvorsitzenden und seinen Stellvertretern, 2. aus dem Bundestagsfraktionsvorsitzenden und seinen Stellvertretern, 3. aus den Landesvorsitzenden und dem Vorsitzenden der Jungen Union und 4. aus den Ministerpräsidenten der CDU, dazu ein äquivalenter Anteil der CSU, d.h. etwa ein Viertel.

Das ergibt eine Summe von etwa 33 Leuten; es kann auch einer mehr oder weniger sein. Hiervon sollen neun dem Bundestag angehören, zehn oder elf sind Landesvorsitzende, die gleichzeitig den Landesparlamenten angehören, so daß also eine Überlappung zwischen Bundesvorstand, der Fraktion hier in Bonn und den elf Landtagsfraktionen stattfindet.

Wenn man sich zu einem solchen Verfahren bereit fände, hätte man alle drei Gremien zusammengefaßt, nämlich den Bundesvorstand und die Vertreter aus den Parlamenten, die nachher wählen müssen. Man hätte alle regionalen Gesichtspunkte gewürdigt, die dabei herangezogen werden können. Man hätte dann – mit einer geringen Modifizierung des Vorschlags von Montag – eine Diskussionsgrundlage. Nur sollte man heute nicht zu Personen, sondern lediglich zu diesem Verfahren sprechen. Damit würden wir jede Spekulation der Presse ausschließen.

Adenauer: Meine Herren! Darf ich das grob wiederholen! Wir bauen zunächst ein Gremium auf, das aber nicht zusammzutreten braucht in dieser Totalität von rund 90 Leuten. Das soll sich dann selbst wieder verkleinern auf 25 bis 30 Mann.

Von Hassel: Wir würden zweierlei beschließen und sagen: Zur endgültigen Entscheidung laden wir unter Ihrem Vorsitz ein den Bundesvorstand; dazu bekommt Herr Krone den Auftrag, für die Fraktion 20 Leute zu nominieren. Das gleiche sagen wir den Fraktionsvorsitzenden der CDU, die ebenfalls 20 Abgeordnete bestellen. Außerdem übermitteln wir die Bitte an die CSU, einen äquivalenten Anteil einzuladen.

Adenauer: Verzeihen Sie, soll dann dieses größere Gremium ... (*von Hassel:* Das soll vorher nicht zusammentreten, sondern es steht am Schluß!) Das ist aber anders, als wir damals besprochen haben. Neulich hatten wir besprochen, daß wir auf etwa 80 kämen, und dann sollte zurückgegangen werden auf ein Viertel, also auf etwa 20, wobei ich gesagt habe, dann seien Sie derjenige, der es denen beibringt,

daß von den 80 drei Viertel wieder wegtreten. Das ist ja immer eine schwierige Manipulation. (*Von Hassel*: Herr Bundeskanzler! Wir würden zweierlei beschließen: Für die Endentscheidung soll dieses größere Gremium zusammentreten, aber für die Vorbereitungsarbeiten soll eine Kommission eingesetzt werden, die so und so aussieht.) Verzeihen Sie, Herr von Hassel! Soweit waren wir aber damals nicht gekommen, daß dieses größere Gremium die endgültige Nominierung machen soll.

Von Hassel: Doch, Herr Bundeskanzler, wir haben es gesagt, nur war nicht klar, ob dieses größere Gremium zweimal zusammentreten soll, nämlich einmal zur Konstituierung mit dem Auftrag, ein kleineres Gremium daraus zu entwickeln, und zweitens zur Entscheidung am Schluß. Wir sind der Meinung, es genügt, wenn am Ende der große Kreis zusammenkommt. Wir sollten aber heute einen kleinen Vorbereitungskörper festlegen.

Adenauer: Ich hatte es damals anders verstanden; aber das mag an mir liegen. Dann würde also die Bundestagsfraktion mit ihren 271 Leuten sich diesem Gremium fügen müssen? (*Krone*: Führen? Nein, nein!) Herr Krone! Ich spreche nicht von „führen“, sondern ich sage „fügen“. Ich weiß nicht, wie Sie das nennen wollen, was ich erlebt habe. Aber lassen wir das dahingestellt. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß dann die Bundestagsfraktion mit ihren 271 Abgeordneten sich fügen muß der Entscheidung eines Gremiums von etwa 90 Leuten. Es kommt dabei auf einen mehr oder weniger nicht an.

Von Hassel: Es wären auch diejenigen Leute aus dem Bundesvorstand, die gleichzeitig in der Fraktion sind; und das ist schon eine ganze Menge. Das sind z.B. Frau Brauksiepe, Herr Hellwig, Herr Zimmer, Herr Gradl usw. Es kommen mehr als 20 dabei heraus.

Adenauer: Darauf kommt es nicht an. Meinetwegen mögen es 30 sein, die dem Bundestag angehören. Aber man müßte überzeugt sein, daß die Bundestagsfraktion mit ihren 271 Abgeordneten sich dieser Entscheidung auch fügt. Es bleibt nichts anderes übrig! Man muß sich doch über diese Schwierigkeiten klar sein.

Fay: Ich habe vor acht Tagen mitgewirkt an der Ausarbeitung dieser Idee. Der Gedanke ist an sich gut; denn man versucht, die Sache auf eine bessere Grundlage zu stellen. Der letzte Gedanke, den Herr von Hassel vorgetragen hat, ist eigentlich nicht praktikabel, nämlich zuerst ein größeres Gremium zu schaffen und dann mit Mühe und Not daraus ein kleineres Gremium zu machen und dann wieder an das größere Gremium zu gehen, wobei man der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen zumutet, daß sie sich dieser Entscheidung unterwerfen. Ich glaube daher, es ist vernünftiger, wir gehen den kleinen Weg, den Sie als zweite Lösung vorgeschlagen haben, nämlich das 33er Gremium aufzustellen. Wir müssen dann allerdings einen Vorschlag ausarbeiten, von dem man annehmen kann, daß die Fraktion ihn auch annimmt. Ich glaube nicht, daß der Herr Krone Ihnen sagen kann: Die Fraktion verpflichtet sich, das anzunehmen.

Ich gehöre nicht zu dieser Fraktion, aber nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, wird die Fraktion das nicht tun. Es kommt also darauf an, einen

annehmbaren Vorschlag zu machen, der auch überzeugend ist. Dann werden sich die Fraktionsmitglieder diesem Vorschlag auch beugen, und zwar freiwillig. Ich glaube, ich sehe die Sache so richtig. Der komplizierte Weg ist das große Gremium. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich sitze im Brennpunkt verschiedener Strahlen und spüre die unmittelbare Wirkung. (*Hellwig: Haben Sie ein Geigergerät? – Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Ich möchte doch darum bitten, daß wir uns laut und vernehmlich austoben, aber nicht so in dieser Unruhe!

Fay: Ich will zum Schluß sagen: Diesem Verfahren, nämlich zuerst ein großes Gremium zu schaffen, aus dem dann ein kleineres entwickelt werden soll, und dann wieder mit dem großen Gremium zusammenzutreten, habe ich zuletzt selbst zugestimmt. Dieser Weg ist gut gemeint, aber wir sollten doch lieber den anderen Weg gehen, nämlich ein Gremium von 33 Leuten zu schaffen, und zwar bestehend aus einem verkleinerten Bundestagsvorstand, aus Bundestagsabgeordneten, Landtagsabgeordneten unter der Autorität des Bundestagsvorsitzenden, und zwar gekoppelt mit der CSU. Wenn dann der Vorschlag praktikabel und annehmbar ist, werden wir die Sache durchbekommen. (*Unruhe. – Zurufe: Ja, wenn?*)

Adenauer: Herr Kollege Fay! Ich möchte ausdrücklich betonen, natürlich kann sich Herr Krone nicht verpflichten, daß die Fraktion zustimmt, aber wir müssen doch die Aussicht haben, daß sie dafür ist. Die Fraktion ist doch der größte Körper in diesem ganzen Gremium.

Krone: Ich will auf das, was hinter uns liegt, nicht mehr zurückkommen. Einen Führungsanspruch hat die Fraktion nicht erhoben, und sie erhebt ihn auch heute nicht. Wenn dieser Kreis so zusammengesetzt wird, wie es hier umrissen worden ist, dann wird, so glaube ich, die Bundestagsfraktion genau wie jede andere Landtagsfraktion dazu ihr Ja sagen. Wenn das also geschieht, dann glaube ich, von mir aus sagen zu können, es kommt in Ordnung.

Blumenfeld: Wenn wir uns in diesem Kreis darüber klar sind, daß das Primat der Entscheidung über die Auswahl des Kandidaten nicht bei der Bundesversammlung, sondern bei der Partei liegt, dann ergibt sich das von ganz allein, und ich darf das unterstützen, was die Herren von Hassel, Dr. Fay und Dr. Krone gesagt haben. Ich sehe also keine Schwierigkeiten.

Adenauer: Aber ich habe die Schwierigkeiten erlebt. (*Blumenfeld:* Das war auch ein anderer Weg!) Nein! Das war kein anderer Weg! (*Blumenfeld:* Da waren doch die Parteigremien nicht dabei!) Verzeihen Sie, das war nur eine Empfehlung, die mit Rücksicht auf die Umstände gemacht worden ist. Ich hatte selber keine Empfehlung vorgesehen. Auch die Veröffentlichung war nicht vorgesehen, aber andere Herren bestanden darauf wegen der Presse. Und dadurch kam dann das Ganze. Die Fraktion sagte: Man hat uns gesagt, wir sollten gehört werden. Nun waren von den 17 Teilnehmern zehn Mitglieder der Fraktion. Aber die Fraktion wollte gehört werden. Nun freue ich mich, daß Herr Krone glaubt, daß die Fraktion das akzeptieren wird. Ich sage Ihnen ganz offen, ich habe diese Überzeugung nicht. Ich kann mir nicht helfen! Ich möchte aber die Partei davor bewahren, daß wir noch einmal eine Katastrophe

erleben. Deswegen würde ich vorschlagen, wenn wir diesen Vorschlag annehmen, daß auch die Fraktion des Bundestages dem zustimmt.

Krone: In diesem Gremium ist die Partei vertreten, die Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktionen; ein sehr ordentlich zusammengesetztes Gremium. Dieses Gremium macht einen Vorschlag, und der muß dann von den Fraktionen akzeptiert werden. Ich glaube, das kommt in Ordnung. Aber ich muß es ablehnen, nur mich zu fragen und die Landtagsfraktionen nicht zu fragen.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich bin mit dem Vorschlag des Herrn von Hassel einverstanden. Ich bin nicht der Meinung, daß der Fraktionsvorsitzende im Bundestag eine Erklärung abgeben kann, daß eine Diskussion über den von diesem Gremium – hoffentlich einstimmig – präsentierten Vorschlag nicht stattfindet. Wenn man eine solche Erklärung von dem Fraktionsvorsitzenden erwartete, dann würde man ihn überfordern. Er kann das doch unter keinen Umständen tun. Wir haben nur die Aussicht, daß eine solche Diskussion in der Fraktion verhältnismäßig kurz sein wird, wenn nämlich der Vorschlag einleuchtet, so daß die Fraktion ihm folgt; denn die Fraktion murt ja nicht ohne Argumente und nicht ohne Gründe. Sie murt aber, wenn sie gute Gründe hat. Deshalb murt sie ja so selten! (*Heiterkeit.*) Daß sie das Recht zum Murren hat, wollen wir festhalten. Ich sage also, es kommt auf die Qualität des Vorschlags an, ob er einstimmig gemacht wird usw. Dann wird sich entscheiden, ob man die Sache in der Fraktion über die Bühne bringt. Wenn Sie Schwierigkeiten in den Gremien haben, dann werden sich dieselben Schwierigkeiten auch in der Fraktion zeigen. Wenn die Schwierigkeiten in diesem Gremium verhältnismäßig schnell ausgeräumt werden können, dann werden sie sicher in der Fraktion noch schneller ausgeräumt werden. Darauf kann man sich nach meiner Überzeugung verlassen. Aber man kann sich nicht darauf verlassen, daß eine Aussprache in der Fraktion in einer so wichtigen Sache überhaupt nicht stattfindet. Infolgedessen erwarte ich von dem Vorsitzenden der Fraktion nichts anderes, als daß er sich in seiner Fraktion für diesen Vorschlag einsetzt. Und wenn er das kann, will ich ihn unterstützen.

Adenauer: Darf ich, weil mit der ganzen Materie leider Gottes wieder etwas Staub aufgewirbelt wird, etwas dazu sagen. Kein Mensch hat daran gedacht, Herr Gerstenmaier, daß die Bundestagsfraktion keine Diskussion führen soll, aber was ich gehört habe, war keine Diskussion. Das kann ich nicht Diskussion nennen.

Ich darf vorausschicken, daß die Fraktion bei dem Vorschlag, Herrn Erhard zu nominieren, doch sehr stark beteiligt war. Trotzdem hat sie nicht mitgemacht. Ich möchte aber auf folgendes aufmerksam machen. Wenn eine Persönlichkeit von Bedeutung – die wollen wir doch haben – in der Fraktion zerredet wird, namentlich nach dem, was nun einmal passiert ist, dann suchen Sie sich bitte einen, der das mitmacht! Das müssen Sie doch auch dabei berücksichtigen.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Sie haben recht, man kann das auch in Zukunft nicht ausschließen. Trotzdem bin ich der Überzeugung, wenn es in diesem Gremium gelingt, einen Vorschlag zu machen, gegen den so starke Argumente wie gegen den Schröderschen ... (*Schröder:* Den Sie aber nicht ...) Lassen Sie mich

ausreden! (*Schröder*: 16 Leute waren dafür! Das ist eine ganz falsche Darstellung! – *Lebhafte Unruhe*. – *Zuruf*: Nachher war es einmütig!) Meine Herren! Wenn es weniger Widerstand auf einen solchen Vorschlag gibt in diesem größeren Kreis, dann wird man sehen, welche Chance ein solcher Vorschlag hat. Je weniger Widerstände in dem vorbereitenden Kreis sind, desto sicherer bringen Sie den Vorschlag in der Fraktion über die Bühne, und zwar ohne große Auseinandersetzungen.

Adenauer: Ich habe in meiner ganzen Parteitätigkeit selten eine solche Übereinstimmung gesehen wie in diesem Gremium, das an diesem Tag zusammengetreten ist. Das habe ich selten erlebt. (*Gerstenmaier*: Dann verstehe ich die Widerstände nicht!) Ich möchte noch betonen, daß die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, die zufällig in Hamburg zusammen waren, sich sogar einmütig dazu bekannt haben. Das war eine seltene Übereinstimmung. (*Gerstenmaier*: Nicht ganz! – *Fay*: Mit Abstrichen! Die haben Krach gehabt. – *Anhaltende Unruhe*.) Meine Herren! Ich möchte auf folgendes aufmerksam machen. Herr von Hassel hat mir eben das Verzeichnis der Herren und Damen gegeben, wie sie sich nach seinem Vorschlag zusammensetzen sollen.¹² Nun weiß ich nicht, wer Vorsitzender einer Landtagsfraktion ist, aber ganz sicher ist hier kein Landtagsfraktionsvorsitzender als solcher genannt, sondern hier sind nur folgende Gruppen aufgeführt: Bundesvorstand, Bundestagsfraktion und Bundestagsfraktionsvorstand, Ministerpräsidenten, Landesvorsitzende. (*Lensing*: Westfalen ist nicht drin!) Das weiß ich nicht. (*Gerstenmaier*: Die sollen aber dabeisein! – *Zuruf*: Wir sind angewiesen auf die Landtagsfraktionen! Die müssen dabeisein! – *Unruhe*.) Meine Herren! Sie setzen sonst auch die Landesvorsitzenden vor eine Aufgabe, die außerordentlich schwer zu lösen sein wird; denn auch in den Landtagsfraktionen gibt es Individualisten, nicht nur bei uns. (*Gerstenmaier*: Sehr richtig!) Freuen Sie sich, daß Sie es waren! Wenn wir die Fraktionsvorsitzenden nicht dabeihaben, dann bekommen wir sicher Schwierigkeiten.

*Wacher*¹³: Wir haben uns im engsten Kreise Gedanken gemacht und wollen dazu beitragen, daß das, was das letzte Mal nicht gutgegangen ist, in Zukunft verhindert wird. Ich bin dafür, daß wir sowohl von der Bundestagsfraktion als auch von den Landtagsfraktionen sogenannte Wahlmänner aufstellen, die von den Fraktionen beauftragt werden, diese Nominierung durchzuführen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Vorstand der Fraktion, ohne daß die Fraktion gehört wird, in der Lage sein soll, diese Nominierung vorzunehmen. Das gleiche gilt für die Länder. Wenn wir es aber so machen, haben wir die Schwierigkeiten von vornherein ausgeschaltet.

Adenauer: Herr Wacher! Wenn wir den Bundesvorstand vertreten sein lassen, was ich für richtig halte – denn es ist eine Parteisache –, dann müssen Sie mit Rücksicht auf den föderalistischen Charakter der CDU – die CSU ist nicht so

12 Aktenvermerk in ACDP I-028-028/5. Protokolle der Sitzungen dieses Gremiums in ACDP VII-001-062/1.

13 Gerhard Wacher (1916–1990), Dipl.-Ing., Landwirtschaftsrat; 1953–1963 MdB (CSU, zuletzt Parlamentarischer Geschäftsführer). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 960 Anm. 85.

föderalistisch, sie ist nur eine Landespartei, die gleichzeitig mit der Arbeitsgruppe in der Bundestagsfraktion identisch ist – auch die Fraktionsvorsitzenden der Landtage berücksichtigen. Dort sind auch Individualisten. Da sind Herren dabei, die Krach schlagen werden. Ich darf einmal die Namen verlesen: Endres, Dr. Großkopf, Sieveking, Hermann¹⁴, Stuckel, Schmitt¹⁵, Marwede, Heubl¹⁶, Scherf¹⁷ usw. Diese Leute können wir doch nicht übergehen. (*Gerstenmaier*: Sie können aber nicht die Landesvorsitzenden vor den Fraktionen sprechen lassen!)

Von Hassel: Ich muß darauf aufmerksam machen, daß das Primat der Bundespartei und der Landtagsparteien irgendwie im Vordergrund stehen muß. Wenn wir die Landesvorsitzenden hinzunehmen, gehe ich davon aus, daß die Landesvorsitzenden in der Lage sind, nachher vor ihren Freunden im Lande einen Vorschlag, wenn er erörtert wird, auch zu vertreten. Die Fraktionsvorsitzenden haben sich, wie mir gesagt worden ist, in Hamburg lediglich einmütig hinter Erhard mit der Begründung gestellt, er sei vorgeschlagen worden, und nunmehr müsse man es durchziehen. Das ist die Begründung gewesen, aufgrund derer sie zu diesem Beschluß gekommen sind.

Ich habe keine Bedenken, die zehn Herren hinzuzufügen. Es wäre nur die Frage: Je größer der Kreis, desto schwieriger die Erörterung der Namen. Man muß ihn aber so groß machen, daß nachher seine Auffassung auch in anderen Gremien vertreten und durchgesetzt werden kann, andererseits darf er aber nicht größer sein, als daß offen in diesem Kreis beraten werden kann. Dafür aber einen besseren Weg zu finden, wüßte ich keinen anderen Vorschlag. Es würde also heißen: 33 + 10 = 43. (*Altmeier*: Ist zuviel!) Auf wen soll man verzichten, Herr Kollege Altmeier? (*Altmeier*: Auch auf den Vorstand der Bundestagsfraktion! Dann ist es überall gleichgezogen!) Es sind nur drin der Vorsitzende und seine vier Stellvertreter. (*Gerstenmaier*: Herr Altmeier hat trotzdem recht! – *Altmeier*: Der Bundesvorstand ist in Ordnung, aber nicht der Vorstand der Bundestagsfraktion!) Es sind der Vorsitzende und die vier Stellvertreter, das sind zusammen fünf. (*Gerstenmaier*: Das ist doch eine ungleiche Behandlung!

14 Dr. Franz Hermann (1904–1993), Domkustos; 1925–1930 Studium der katholischen Theologie (1930 Priesterweihe), 1932–1936 Studium der Volkswirtschaft und Staatslehre (Promotion zum Dr. rer. pol.), 1952–1960 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung bzw. des Landtags von Baden-Württemberg (CDU, seit 1953 Fraktionsvorsitzender), 1961–1980 Direktor des Borromäusvereins, Mitglied im Rundfunkrat des Deutschlandfunks.

15 In der Vorlage: Schmidt. – Josef Schmitt (geb. 1921), Berufssoldat, Kaufmann; 1955–1965 MdL Saar (CDU, 1957–1960 Fraktionsvorsitzender, 1961–1965 Landtagspräsident), 1965–1976 MdB.

16 In der Vorlage: Heufele. – Dr. Franz Heubl (geb. 1924), Jurist; Mitgründer der CSU, 1970–1989 stv. CSU-Vorsitzender, 1948 Sekretär beim Verfassungskonvent der Ministerpräsidenten auf Herrenchiemsee, 1949 Mitarbeiter beim Parlamentarischen Rat in Bonn, 1950–1960 Bayerisches Kultusministerium (zuletzt als Regierungsdirektor), 1952–1955 Stadtrat in München, 1953–1990 MdL Bayern (1958–1962 CSU-Fraktionsvorsitzender), 1960–1962 Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, 1962–1978 Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter Bayerns in Bonn, 1978–1990 Landtagspräsident.

17 In der Vorlage: Schärf. – Dr. Alois Scherf. Vgl. Nr. 3 Anm. 6.

– *Altmeier*: Die Landesparteien sind doch dann nicht gleichwertig behandelt! – *Bewegung und anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Herr Altmeier hat recht, es besteht hier tatsächlich eine Inkongruenz; die Bundespartei wird anders behandelt als die Landesparteien. (*Altmeier*: Jawohl!) Von der Bundespartei sind der Fraktionsvorstand und die Vorsitzenden der Partei dabei, von den Landesparteien sind nur die Vorsitzenden der Landesparteien dabei, aber kein Vertreter der Landtagsfraktionen! (*Altmeier*: Jawohl!) Dann bleibt nichts anderes übrig, daß wir auf 43 gehen. (*Gerstenmaier*: Wir können die Vorsitzenden der CDU- und CSU-Landesgruppen hinzunehmen, dann haben wir 43!)

Von Hassel: Ich habe Sorge, daß die Bundestagsfraktion sagen wird, aus elf Ländern sind elf Fraktionsvorsitzende dabei, aber von dem großen Körper der Bundestagsfraktion sind es nur fünf. Deshalb sind wohl Schwierigkeiten zu erwarten. (*Zuruf*: Zählen Sie mal die Mitglieder der Landtage zusammen! – *Unruhe.*)

Adenauer: Sie können machen, was Sie wollen! Nach meiner Auffassung sind auch zu wenig Herren von der CSU dabei. Das muß ich auch sagen. (*Von Hassel*: Plus ein Viertel!) Wenn Sie die Landesvorsitzenden hinzunehmen, wie Herr Altmeier nach meiner Meinung mit Recht sagt, dann müssen auch von der CSU noch Herren dazukommen. Dann werden wir auf 45 bis 50 kommen. (*Gerstenmaier*: Über 40 sollten wir nicht gehen, Herr Bundeskanzler!) Dann haben wir nachher die Schwierigkeiten zu Hause. Da sind mir aber doch die Schwierigkeiten vorher lieber in diesem geschlossenen größeren Kreis als nachher zu Hause. Ich möchte bitten, daß sich die Herren Landesvorsitzenden einmal dazu äußern. Ich sehe Herrn Johnen eifrig schreiben.

Johnen: Ich schreibe nicht eifrig, Herr Bundeskanzler! Aber wenn ich meine Ansprüche anmelde, dann muß ich mehr haben als die CSU. Nordrhein-Westfalen hat viel mehr Wähler!

Adenauer: Darum handelt es sich nicht! (*Johnen*: Wir stellen 56 Delegierte. Entsprechend dieser Größe müssen Sie mir mehr Leute geben!) Lieber Herr Johnen! Sie waren eben in Gedanken woanders. Sie wollen doch das Landeshaus umbauen, habe ich zu meiner Freude gelesen. Es handelt sich darum, ob von Nordrhein-Westfalen – um die zu nennen – lediglich die Landesvorsitzenden kommen, also Sie und Herr Lensing, oder auch Vertreter des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Das ist die Frage. (*Johnen*: Die Vertreter der Fraktion müssen hinzukommen!)

Gurk: Ich bin grundsätzlich der Meinung, daß es in erster Linie eine Sache der Partei ist, die zum Siege führen muß. Deshalb müßte ich darum bitten, daß das Schwergewicht bei der Vorentscheidung bei der Partei liegt. Aber unabhängig davon bin ich dafür, daß man die Chefs der Landtagsfraktionen hinzuzieht. Die Sache steht gar nicht so leicht, wie Sie vielleicht denken. Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Name Carlo Schmid draußen im Lande eine gewisse Zugkraft und einen Einbruch ausgelöst hat. Wir brauchen aber jede Kraft. Wir müssen auch über die Grenzen unserer CDU hinaus Wählerstimmen gewinnen, um

zum Erfolg zu kommen. Deshalb bin ich nicht so sehr der Meinung, daß das Ganze konfessionsarithmetisch entschieden werden soll. Wir können nur einen Schritt nach dem anderen tun. Jetzt ist der Schritt zum Bundespräsidenten zu tun. Ich kann mir denken, daß wir eher einen Protestanten als einen Katholiken wählen. Aber das nur am Rande!

Ich habe in diesen Tagen meinem Frauenausschuß einen ernsthaften Verweis erteilen müssen, weil die Frauen sich für Carlo Schmid zu erwärmen begannen. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Meine Damen und Herren! Hier gibt es sehr ernste Bedenken. Ich darf zusammenfassen: Es ist in erster Linie eine Sache der Partei, aber nehmen Sie die Fraktionsvorsitzenden dazu, und sehen Sie, daß Sie gewinnen. Es ist gar nicht sicher, daß Sie gewinnen. Und wenn Sie den Bundespräsidenten verloren haben, dann haben Sie auch die Bundestagswahl 1961 verloren!

Adenauer: Zu dem zuletzt Gesagten nur einen Satz! Wenn Carlo Schmid Bundespräsident wird, dann hat er in zwei Jahren die SPD hoffähig gemacht. Das ist der kürzeste Ausdruck dafür. Dann werden viele Leute, die bis jetzt bürgerlich wählen, sagen, der Bundespräsident ist ein feiner Mann, denn er macht Einladungen und gibt Orden usw. Und dann macht er in zwei Jahren die SPD hoffähig. Darum handelt es sich hier um eine Angelegenheit von größter politischer Tragweite.

Hinzu kommt noch – ich habe es angedeutet –, daß eine geheime Wahl stattfindet. Hätten wir eine öffentliche Wahl, dann wäre die Sache anders. Wir können es also nicht kontrollieren. Wer steht denn dafür, was einer für einen Zettel in die Wahlurne hineinsteckt, wenn er politisch nicht so versiert ist? Deswegen muß die Wahl der Landtagsvertreter so politisch wie nur denkbar gemacht werden. Das ist noch unsere einzige Rettung.

Brauksiepe: Es sind nicht nur die badischen Frauen, die so gedacht haben, wie es Herr Gurk eben erzählt hat. Es ist schrecklich, wie populär Carlo Schmid gemacht wird, weil er jetzt nach Moskau fährt. Und es kommt der Mythos um Willy Brandt hinzu. Wir müssen uns überlegen, wie wir eine Gegenpropaganda starten können, sonst wird unsere Arbeit immer schwerer. Ich habe die Sorge, daß wir eine entsprechende Persönlichkeit noch fristgemäß benennen können. Ich wäre dafür, daß wir uns für die Benennung des Kandidaten einen Termin setzen, damit wir der Sache gerecht werden. Insofern bin ich über den bisherigen Ablauf der Dinge und Diskussion nicht ganz glücklich. (*Von Hassel:* Wir unterhalten uns doch nur über das Gremium, nicht über den Namen!) Ja eben, aber das gehört doch dazu!

Gradl: Herr Bundeskanzler! Wir haben eben hier bei uns über den Tisch gesprochen. Wir brauchen diese ganze Unterhaltung nicht zu führen, wenn wir einen überzeugenden Kandidaten im Augenblick hätten. Die Behauptung, daß mit Erhard einer genannt war, die gilt nicht; denn er war eben für einen großen Teil der Fraktion kein überzeugender Kandidat für die Bundespräsidentenschaft. (*Lebhafte Unruhe.* – *Zurufe:* Aha! – *Blank:* Nein!) Meine Herren! Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen! Und wenn Sie sich darüber wundern, dann müssen Sie sich die Frage vorlegen, warum war er das nicht. Nun will ich die sachliche Frage nicht zur Diskussion stellen, aber es

gab auch eine Formfrage dabei. Und das ist mit das Entscheidende. Deshalb ist diese Unterhaltung, die wir jetzt führen, so wichtig. Mit dem Gremium wird hoffentlich erreicht, daß die Formfrage für die Benennung des Kandidaten nicht mehr auftaucht. Ich bitte zu verstehen, ich bin nur ein einfaches Mitglied der Fraktion und gehöre nicht zum Vorstand, aber vielleicht höre ich deshalb mancherlei. Der Vorstand soll wissen, was die Mitglieder der Fraktion verärgert hat bei diesem Verfahren der Benennung des Kandidaten.

Die Mitglieder der Fraktion waren insbesondere deshalb verärgert, weil geraume Zeit hindurch ein anderer Parteifreund in der Öffentlichkeit unwidersprochen als Kandidat genannt worden war. (*Albers*: Sehr richtig! Und wer hat es dann so gemacht? – *Unruhe und Bewegung*.) Lassen wir das beiseite! Wir wollen nicht den alten Kram und Krach wieder aufwärmen. Ich will nur sagen, was nach meiner Meinung von Bedeutung ist für die Entscheidung. An einem Montag erfuhren wir, soweit wir nicht dem Fraktionsvorstand angehören, durch die Presse, daß in der Sitzung des Fraktionsvorstandes dieser Parteifreund erklärt hätte, daß er nicht kandidieren würde. Das war an einem Montag. Die meisten haben es am Dienstag morgen durch die Zeitung erfahren, daß dieser Parteifreund nicht kandidieren würde. Ehe man nun überhaupt zur Besinnung kam, stellte man nun fest, daß am Dienstag abend ein Gremium zusammengetreten war, und am nächsten Morgen erfuhren wir durch den Rundfunk, das Gremium habe den Bundeswirtschaftsminister Erhard benannt. Das war ein Verfahren, überraschend in seiner Form, daß schon dadurch die Fraktion verwundert und verärgert war, und zwar, wie ich glaube, mit Recht verärgert. Wenn man wenigstens ein Gremium zusammengerufen hätte, das von der Partei her offiziell legitimiert war, dann wäre sicherlich die Reaktion in der Bundestagsfraktion ganz anders gewesen.

Deshalb ist die Formfrage so wichtig. Ich gehe auf die sachliche Frage „Erhard: ja oder nein?“ nicht ein. Wenn aber nunmehr ein Gremium berufen wird, in dem in fairer Weise – gar nicht mit mathematischer Genauigkeit – die Gruppen, die überhaupt ernsthaft Anspruch erheben können, für diese Bundespräsidentenwahl vorher gehört zu werden, vertreten sind, dann wird die Fraktion sicherlich keine Einwendungen mehr machen. Sie wird infolgedessen auch dem sachlichen Vorschlag – mag er lauten, wie er will – mehr aufgeschlossen gegenüberstehen, als sie aus den geschilderten Umständen dem letzten Vorschlag gegenübergestanden hat.

Es ist hierbei nicht so wichtig, ob es nun 40 oder 35 Personen sind, es können auch 45 sein; aber wir haben ein Gremium, gegen das niemand Einspruch einlegen kann. Es sind alle Gruppen darin vertreten. Und damit müssen wir zu einer Entscheidung kommen.

Adenauer: Herr Gradl, Sie haben zum Teil recht, zum Teil haben Sie nicht recht. Sie haben darin recht, daß die Fraktion lange Zeit geglaubt hat, es werde ein anderer vorgeschlagen. Der Verzicht des Herrn kam überraschend. Sie mögen meinethwegen auch darin recht haben, daß dieses Gremium – das übrigens sehr gut zusammengesetzt war; daran halte ich fest, denn da waren alle berücksichtigt – nicht legitimiert war. Es

hat aber keine Legitimität für sich in Anspruch genommen, sondern hat gesagt: Wir empfehlen dem zuständigen Gremium das und das. Und deshalb wäre es nicht nötig gewesen, nun die ganze Sache einfach vom Tisch hinwegzufegen. Dadurch ist auch Herr Erhard irre geworden; und dadurch sitzen wir nun hier in dieser Situation.

Hätte man in der Fraktion die 16 – mich an der Spitze – meinetwegen vertobakt und gesagt, das durftet ihr nicht tun, gut, dann hört man sich das an und sagt, das waren unsere Gründe usw. Dann hätte man ja in Ruhe die ganze Sache überlegen können. Deswegen habe ich Herrn Erhard gebeten, wieder in das Glottertal zurückzukehren und abzuwarten, weil ich dachte, es würde sich in Ruhe die ganze Sache erledigen. Aber statt dessen geht ein ungeheurer Lärm los von allen Seiten, nicht nur bei denjenigen, die an einen anderen Kandidaten geglaubt hatten, sondern auch von der anderen Seite geht der Lärm los. Kurz und gut, das Ganze ging unter in einem großen Lärm. Das ist nun das Traurige an der ganzen Geschichte.

Ich freue mich über Ihren Optimismus, daß Sie glauben, die Fraktion werde einverstanden sein, wenn wir ein solches Gremium zusammensetzen. Ich würde aber vorschlagen, die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen hinzuzunehmen. Dann sind es präterpropter 50 Leute. Es ist Gott sei Dank auch eine Frau dabei. Die Frauen haben sehr geschimpft, Herr Schröder; daran müssen Sie denken. Aber mit diesem Gremium kommen wir vielleicht durch. Ich hoffe es wenigstens.

Schröder: Die Sache ist deswegen so schwierig, weil es überhaupt kein Gremium gibt, das irgendwie den Anspruch darauf erheben könnte, sozusagen ein gesetzlich vorgesehenes Gremium zu sein. Berechtigt, etwas zu tun, ist eine kommende Bundesversammlung, von der wir bisher aber nicht mehr kennen als 271 Bundestagsabgeordnete. Diese 271 Abgeordneten sind geborene Mitglieder der Bundesversammlung, während die anderen, ob sie nun Vorsitzende oder Mitglieder der Landtagsfraktionen sind, nicht geborene Mitglieder sind, sondern es erst werden können. (*Altmeier:* Durch die Partei!) Nein! Die Sache ist anders! Wenn das Gesetz über die Bundesversammlung verabschiedet ist¹⁸ und wir wissen, nach welchem Verfahren vorgegangen wird, wenn weiter feststeht, wieviel Leute auf die Landtage entfallen, dann werden die Betroffenen gewählt. Mit anderen Worten: Heute kennen wir nur die 271 aus unseren Reihen. Die restlichen 226 werden wir wahrscheinlich frühestens Mitte Juni kennen. Deswegen müssen wir einen Weg suchen ... (*Adenauer:* Erst müssen die Landtagswahlen sein!) Ja! Wir müssen erst die Wahlen abwarten in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen. Wir haben ein gewisses Interesse daran, dieses Gesetz über die Bundesversammlung nicht eher zu verabschieden, bis in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen gewählt worden ist. Das ist auch für die künftige Koalition von Bedeutung. Mit anderen Worten: Den restlichen Teil dieser Bundesversammlung kennen wir kaum vor Juni. Und im Juli soll sich das Ganze ereignen. Deswegen wird ein Gremium, das wir jetzt bilden, immer nur einen empfehlenden Charakter haben. Es kann eine Empfehlung

18 Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung, 25. April 1959 (BGBl I S. 230). Vgl. auch AdG 1959 S. 7660f.

richten an teils bekannte, teils nicht bekannte Leute, daß man es für richtig hält, in der Bundesversammlung so oder so zu votieren. Aber ein Verfahren sich auszudenken, was sozusagen bei allen eine genügend bindende Kraft hat, ist nicht möglich.

Wir hatten neulich einen anderen Vorschlag gemacht. Wir haben damals daran gedacht, auch die Leute aus den Landtagsfraktionen zu berücksichtigen. Die Sache hätte den Vorteil gehabt, daß man die künftige Stärke hätte berücksichtigen können. Wie sind die künftigen Stärken? Die Bundestagsfraktion umfaßt 271 Abgeordnete. In die Bundesversammlung werden wir schicken nach den Zahlen von heute^{18a}:

Baden-Württemberg	33
Bayern	44
Bremen	1
Hamburg	6
Hessen	15
Niedersachsen	19
Nordrhein-Westfalen	76
Rheinland-Pfalz	16
Saarland	5
Schleswig-Holstein	11

Sie sehen, daß das sehr verschiedene Größenordnungen sind. Wenn man hier vorschlägt, die Landesverbandsvorsitzenden sozusagen mit den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen zu verdoppeln, so ergibt das ein ziemlich ungleiches Gewicht. Beispielsweise hat Bremen nur ein Mitglied. Trotzdem mag aus Gründen der Gesamtrepräsentanz heraus das etwas sein, was den anderen einleuchten wird. Deswegen würde ich den Mut haben, diesen Vorschlag zunächst einmal anzunehmen, und wäre auf jeden Fall dafür, mindestens die Fraktionsvorsitzenden der Landtage zu berücksichtigen, die auch ihrerseits nicht verzichten werden. Für Bremen kann ich das nicht beurteilen. Herr Blumenfeld sagt mir, er habe sich bevollmächtigen lassen. Ich glaube also, daß man das Gremium von 45 haben muß und daß man dann in einem Kreis, der etwa das Dreifache davon beträgt, diskutiert. Dieses Gremium soll aber immer nur ein empfehlendes Gremium für die Bundesversammlung sein. Es ist wenigstens eine Art von Repräsentanz, wenn auch eine sehr mühselige.

Blumenfeld: Ich möchte zunächst einmal feststellen, daß wir noch nicht den Bundespräsidenten wählen, sondern nur unseren Kandidaten. Das muß an den Anfang gestellt werden. Wir sollten uns aber unsere Aufgabe nicht allzu sehr komplizieren. Wir haben doch ein Statut, Herr Parteivorsitzender. Wenn wir das ganz formal betrachten, ist eigentlich der Bundesausschuß zuständig; denn im § 7 unseres Statuts heißt es: „Der Bundesausschuß ist zuständig für alle politischen und

18a Vgl. das Verzeichnis der CDU-Wahlmänner für die Bundesversammlung 1959 in ACDP VIII-001-043/3.

organisatorischen Fragen der Bundespartei, soweit sie nicht dem Bundesparteitag vorbehalten sind.“ Danach ist der Bundesausschuß legitimiert, die Aufgaben der Partei dem Bundesparteivorstand zu überweisen. Nun soll dieses größere Gremium von 90 bis 95 Mitgliedern, in dem die Landtagsfraktionen vertreten sind, die Entscheidung über den Vorschlag zur Kandidatur haben, während das kleinere Gremium nur eine vorbereitende Arbeit dazu leisten soll. In diesem kleineren Gremium sollen natürlich auch alle Gruppen möglichst berücksichtigt werden. Nun gibt es die Möglichkeit – z.B. in Hamburg und in Bremen –, die Personen des Fraktionsvorsitzenden mit der des Landesvorsitzenden zu einigen, so daß man die Zahl verringern kann. Wir sollten hierbei nicht allzu formal vorgehen, sondern das größere Gremium soweit wie möglich beschließen und dann das kleinere Gremium einsetzen, damit wir weiterkommen.

Adenauer: Meine Herren! Es ist ein bißchen schwierig. Die Sache ist so: Wir würden jetzt Schritt für Schritt vorgehen und der Auffassung sein, daß zu dem Vorschlag des Herrn von Hassel hinzukommen die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, soweit sie nicht Landesvorsitzende sind. Dann werden das zusammen etwa 50 Leute sein. (*Gerstenmaier:* 43 haben wir ausgerechnet!)

Von Hassel: Es sind der Bundesvorsitzende und seine vier Stellvertreter: fünf, der Bundestagsfraktionsvorsitzende und seine drei Stellvertreter: vier, die Landesvorsitzenden, von jedem Land ein Fraktionsvorsitzender, die CDU-Ministerpräsidenten und der Anteil der CSU in Höhe von 25 %. (*Wacher:* Das entspricht unserem Antrag!) Es sind zusammen nicht ganz 50. Es spielt auch keine Rolle, ob es einer mehr oder weniger ist.

Adenauer: Mir ist alles recht. Sollen wir es denn so machen? (*Zustimmung.*) Sind Sie der Auffassung, daß wir einstweilen bis nach Ostern Ruhe halten und keine Namen nennen? Ich würde sagen, daß wir dann zusammenkommen, bis die Zeit gekommen ist, möglichst spät; denn nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben – das sage ich ganz offen –, platzt die Geschichte sonst noch einmal.

Altmeier: Die Erfahrung, die hier gemacht wurde, besteht darin, daß nach meiner Auffassung in allen diesen Dingen, die geheimer Natur sind, kein Kommuniqué herausgegeben werden darf. Es ist doch so, wenn 16 Leute zusammensitzen, steht am Ende ein Kommuniqué. Warum können nicht 16 Leute einmal zusammenkommen, ohne daß nachher ein Kommuniqué in der Zeitung steht! So haben wir früher auch Politik gemacht, und die hat sich doch bewährt!

Adenauer: Es ist so gewesen – ich lese den „Spiegel“ nicht –, daß im „Spiegel“ ein ausführlicher Bericht gestanden hat¹⁹, wie mir gesagt worden ist, über die Zusammenkunft der 16. Was wollen Sie dagegen machen, Herr Altmeier? Die heutige Menschheit ist leider so. In Frankreich gibt es so etwas nicht; da parieren sie. (*Heiterkeit.*) Herr Altmeier! Über die heutige Versammlung geben wir wohl ein Kommuniqué heraus?

¹⁹ „Der Spiegel“ vom 4. März 1959 S. 19–21.

Von Hassel: Ich bin am Montag aus dem Urlaub zurückgekommen und habe gestern eine Pressekonferenz über dieses Thema gehabt. Ich habe gestern abend zwei Veranstaltungen draußen im Lande gehabt, eine CDU-Veranstaltung und abends ein Gespräch vor 250 Volkshochschulleitern am runden Tisch. Auch dort ist das Thema der Bundespräsidentenwahl behandelt worden. Ich habe den Leuten gesagt, Frau Brauksiepe, was der Bundespräsident zu tun hat, und habe das auch im einzelnen begründet. Ich habe gesagt: Bei schönem Wetter ist er der Repräsentant, aber bei allen schwierigen Situationen kommt auf ihn eine unerhörte Entscheidung zu. Sie müssen den Leuten klarmachen: Er schlägt den Bundeskanzler vor, nicht der Bundestag. Auch in Fragen des Notstandes hat er die Entscheidung. Und dann sagen die Leute: Donnerwetter, ja, bisher haben wir geglaubt, das sei nur der Repräsentant, der keinerlei andere Funktion habe, als Deutschland nach außen hin zu vertreten. Ich glaube also, Frau Brauksiepe, wenn Sie über diese Frage vom Grundsatz her draußen etwas sagen, dann werden Sie sehr schnell Verständnis dafür bekommen.

Und nun zum Ablauf! Wir müssen uns klar darüber werden. Heute haben wir dieses Gremium beschlossen. Das geben wir der Presse bekannt. Dieses Gremium bereitet die Sache vor. Schluß! Aus! Nun kommt die Frage, wann soll es zusammentreten? Bis zu welchem Termin soll es einen Vorschlag ausarbeiten? Bis zur Verabschiedung des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten! Sollen wir eine Zeit festsetzen? Dabei spielt eine Rolle, Herr Bundeskanzler, wann Sie in Urlaub gehen.

Adenauer: Wenn Sie mich danach fragen, muß ich sagen, ich kann erst in Urlaub gehen in der zweiten Woche nach Ostern. Ich muß vorher zum Wahlkampf nach Niedersachsen und nach Rheinland-Pfalz. Und dann habe ich das Bedürfnis, mich in dieser schwierigen Zeit einmal etwas zurückzuziehen. Mein Urlaub, das möchte ich hier sagen, ist in Wirklichkeit alles andere als Urlaub, namentlich in solch schwierigen Zeiten. Wir sollten also nicht anfangen zu reden und wieder zu reden, sondern in Ruhe mal etwas Wasser den Rhein hinunterlaufen lassen.

Brauksiepe: Das würde bedeuten, daß am Ende der Beratungen der Schwerpunkt sich dahin verlagert, daß wir in den kommenden Wochen nicht einmal einen Namen nennen können. Wir können demnach den von der SPD genannten Kandidaten nicht schwächen. Ich muß Ihnen aber sagen, daß die Kampagne, die wir bei den Frauen geführt haben, eine wenig glückliche Angelegenheit war und ist. Es ist schwierig, einen kommenden Präsidenten zu wählen, wenn er vorher nicht bekanntgemacht wird. Wenn man das nur kurzfristig macht, dann ist es sehr schwierig.

Adenauer: Ich glaube, Sie sehen die Sache nicht richtig, Frau Brauksiepe. Es handelt sich doch nicht um eine Volkswahl, sondern um die rund 500 CDU-Leute, die wählen. Wir müssen also dafür sorgen, daß die Fraktionen geschlossen sind und daß die Elektoren der Landtage politische Leute sind. Dafür müssen wir doch sorgen! (*Brauksiepe:* Nachdem man Herrn Erhard genannt hat, ist es eine Frage des Volkes geworden!) Das bestreite ich Ihnen, Frau Brauksiepe! Wieviel Leute haben z.B. aus dem Landtag von Nordrhein-Westfalen zu wählen? (*Johnen:* 76!) Also muß sich

der Landtag überlegen, wen er wählt. Er muß sehen, was er für zuverlässige Leute hat, die den Mann wählen, der nominiert wird. In der gleichen Weise müssen alle anderen Landtage verfahren. Er soll nicht diskutieren, sondern die verschiedenen Leute aussuchen, die – verzeihen Sie den Ausdruck – soviel Parteigefühl und politisches Gefühl haben, daß sie keine Extratour machen. (*Brauksiepe*: Wie Herr von Hassel gesagt hat, ist er viermal ...) Verzeihen Sie, ich würde überhaupt nicht mehr soviel reden darüber, aber halten Sie einen Vortrag über Carlo Schmid, aber einen guten Vortrag über seine politische Arbeit in den letzten zehn Jahren. Das können Sie ruhig tun. Die Hauptsache liegt, lassen Sie mich das wiederholen, bei den Landtagsfraktionen, und es kommt darauf an, daß sie Leute wählen, die wirklich politisch geschult sind und politisch denken, die also den Betreffenden, auch wenn ihnen seine Nase nicht gefällt, trotzdem wählen. In den Landtagen lassen sich doch Leute aussuchen. Ich habe schon eingangs gesagt – vielleicht haben Sie es überhört –, bei der ersten Wahl und noch mehr bei der zweiten Wahl von Herrn Heuss war die Sache bombensicher – wo Herr Schmitz, Herr Müller oder Herr Schulze vielleicht nur gewählt haben, um sich eine Reise nach Berlin zu verschaffen –, weil man wußte, es kommt auf die einzelne Stimme gar nicht an. Aber jetzt ist die Sache ganz anders. Sie müssen also in den Landtagsfraktionen und Landesparteien sichere Leute aussuchen. Sind wir uns darüber klar?

Strauß: Ich habe nur ein Bedenken, Herr Bundeskanzler, ob man den Zusammentritt des kleinen Gremiums erst so spät ansetzen soll, wie es sich aus diesem Vorschlag ergibt; d.h., daß er vor Ostern nicht mehr zusammentreten soll. Und anschließend gehen Sie in Urlaub. Sie sollten aber mit dabei sein. Wir kommen dann in die Mitte Mai hinein. Ob wir dann noch in plausibler Weise vor der Öffentlichkeit einen Kandidaten vertreten können, scheint mir doch einer Überlegung wert zu sein. Ich würde eher einer Prozedur zustimmen, wonach der Zusammentritt des kleinen Gremiums in der zweiten Hälfte der ersten Woche oder aber in der ersten Hälfte der zweiten Woche nach Ostern erfolgt.

Adenauer: Das kleine Gremium sind 50 Mann. Da wird zunächst über die allgemeinen Grundsätze diskutiert, wie ich sie eben entwickelt habe, z.B. kann die Frage aufgeworfen werden: Wie ist es mit der Konfession? Es ist eine entscheidende Frage – glauben Sie es mir – für die Bundestagswahl 1961. Aber man kann schließlich nicht 50 Leute zusammenrufen, nur allein um über diese Frage zu sprechen, sonst steht es am nächsten Tage in der Zeitung, und wir haben die größten Schwierigkeiten.

Strauß: Herr Bundeskanzler! Ich bin wegen der politischen Bedeutung und der Konsequenzen völlig Ihrer Meinung und will nicht widersprechen. Ich bin nur der Auffassung, daß wir, wenn ein solches Gremium erst im Mai zusammentritt, wo doch die Wahl Anfang Juli erfolgen soll, zeitlich in große Schwierigkeiten kommen. Einmal muß man doch über einen oder zwei Kandidaten in diesem Kreis sprechen können. Man kann nicht monatelang nur die Prozedurfrage behandeln, sondern soll sagen, was man will. Es fällt uns sicher außer den jetzt bekannten Leuten von jetzt an bis Mai wohl kein neuer ein.

Adenauer: Sehen Sie mal, Herr Strauß, wie die Sache jetzt ist, holen Sie sich höchstwahrscheinlich bei jedem, den Sie ansprechen, einen Korb. Dafür ist die ganze Geschichte zu frisch. Und wenn der Herr Erhard mit einem solchen Aplomb abgelehnt hat, und man soll nun drei Wochen danach an einen anderen Mann herantreten, an einen guten Mann, um ihn dazu zu kriegen, ja zu sagen, dann scheint mir das doch sehr schwierig zu sein. Wir dürfen uns keinen weiteren Korb holen!

Gurk: Ich möchte doch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus die Ausführungen des Herrn Minister Strauß unterstützen. Carlo Schmid steht im Rennen und in der öffentlichen Diskussion. Er steht gut in der öffentlichen Diskussion, auch in der Presse. Sie werden erleben, daß der Herr Chruschtschow ihn unterstützen wird in Moskau. Wenn wir also in den nächsten Wochen nicht eine Persönlichkeit als Gegengewicht herausstellen, an die sich die Leute klammern können, ist es nicht gut, meine Damen und Herren. Es macht keinen guten Eindruck. Ich darf darauf hinweisen, daß alles das, was verlautbart wird über Bonn, draußen im Volk nicht gut gewirkt hat und wirkt. Es wäre also gut, wenn die Partei in Bälde einen namhaften Kandidaten herausstellen wollte für die Propaganda, an der auch die Presse teilnimmt. Ich nehme an, Herr Bundeskanzler, daß in der Bundestagsfraktion keine Querköpfe sind. Ich würde also sagen: Jetzt heraus mit einem Mann in die öffentliche Diskussion, um den sich die Stimmung ranken kann.

Adenauer: Dann nennen Sie mir bitte einen Mann von Bedeutung, an den Sie jetzt oder in 14 Tagen herantreten können, nachdem gesagt worden ist: Der Herr Erhard ist zu schade dafür! (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren! Das ist doch gesagt worden: Der ist zu schade dafür, er muß Wirtschaftsminister bleiben. Glauben Sie mir, wenn eine Fraktion sagt, ein Mann ist zu schade, um Bundespräsident zu werden, dann finden Sie keinen anderen mehr.

Gurk: Ich würde diese Argumente, Herr Bundeskanzler, wie sie vorgebracht worden sind, nicht zu ernst nehmen. Ich glaube, sie sind auch nie ernst genommen worden, weil man hinter diesen Argumenten andere, unausgesprochene Gründe vermutet. Das nimmt man nicht so ernst. Auch die Kandidaten stehen m.E. zur Verfügung! (*Kiesinger:* Vorsicht! Vorsicht!) Sie stehen zur Verfügung! Wir sollen also nicht im leeren Raum stehenbleiben, Herr Bundeskanzler, während die SPD dauernd an Boden gewinnt. Darum bitte ich, die Dinge möglichst bald nach Ostern anzugreifen! (*Brauksiepe:* Sehr richtig! Möglichst bald! – *Gerstenmaier:* Ich bin in dieser Situation in der angenehmen Lage, mit Ihnen übereinzustimmen. Das wollen wir festhalten und uns beglückwünschen!) Deswegen beglückwünsche ich Sie! (*Gerstenmaier:* Für Sie ist es nicht angenehm!) Ich freue mich darüber. Sie beglückwünschen mich! Aber es kann auch anders aussehen im Bundestag! (*Gerstenmaier:* Jetzt wird er wieder grob!) Das ist nicht grob, Herr Gerstenmaier! (*Gerstenmaier:* Wir haben Zeit bis Anfang April. – *Mehrere Zurufe:* Nein, sonst neigt die Auffassung zu Carlo Schmid hin! – Denken Sie an die Reaktion der Damen. – Es soll auch Männer geben! – *Unruhe.*)

[*Adenauer:*] Meine Herren! Wir dürfen auf keinen Fall mehr noch einen Reifall erleiden. Das ist doch klar.

Das große Gremium – darauf können Sie jetzt schon Gift nehmen – bleibt nicht dicht. Und was auf den Tisch gelegt wird, müßte eigentlich auch akzeptiert werden. Und da wir hoch spielen müssen, Herr Gurk, brauchen wir noch eine Überlegungsfrist. Die kann ausgedehnt werden bis nach Ostern. Wenn wir nach dem 5. April zusammentreten, dann reicht das völlig aus. Wir brauchen nicht – es ist neulich das Wort vom Aufbau gefallen – aufzubauen, sondern wir müssen einen Kandidaten präsentieren, der nicht erst lange aufgebaut werden muß, als ob es um eine Volkswahl ginge. Schließlich muß man doch auch mit den Landtagsfraktionen darüber sprechen können. Wir haben drei Monate Zeit, mindestens aber zwei Monate. Wir können es uns nicht leisten, wieder einen Korb zu holen. Wenn zusammengetreten wird, muß der Mann oder müssen zwei oder drei Leute genannt werden. (*Stoltenberg*: Besser drei! – *Unruhe*. – *Zuruf*: Ich würde für einen sein!) Für wen? (*Anhaltende Unruhe*. – *Gerstenmaier*: Wir können es bis zum 5. April verschieben.)

Am 19. April sind die Wahlen in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz. Die beiden ersten Wochen im April sind angefüllt mit Wahlversammlungen. Es ist übrigens an mich, Herr Krone, von Niedersachsen aus – das waren die Herren Cillien, Scherf und Fricke – eine sehr ernste Mahnung ergangen, daß sich die Mitglieder der Bundestagsfraktion äußerst zurückhaltend verhielten! (*Krone*: Es ist so, daß die einzelnen Leute sich sagen: Einmal komme ich, aber nicht zwei- oder dreimal. Daran ist nicht die Fraktion schuld!) Ich habe nicht von der Fraktion, sondern von Mitgliedern der Fraktion gesprochen. (*Krone*: Ich habe es etwas verdeutlicht!) Ich kann nur wiedergeben, was die Herren gesagt haben. (*Altmeier*: Auch unser Geschäftsführer hat erklärt, es kämen keine Zusagen von Bundestagsabgeordneten!) Es kommt noch vor Ostern die Karwoche hinzu. Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir am Montag, dem 6. April, uns treffen. Am 7. möchte ich abends abfahren. (*Altmeier*: Ich würde die Woche nach Ostern vorschlagen. – *Zuruf*: Sitzungswoche! – *Unruhe*.) Am 5. April ist Weißer Sonntag. Dann müssen wir den 7. April nehmen. (*Gerstenmaier*: Am 6.! Am 7. wollen Sie doch fahren!) Dann fahre ich am 8. April. Sagen wir also am 7. April um 10 Uhr, aber nicht das ganze Gremium, sondern die rund 45 Mann, wozu die Landtagsfraktionsvorsitzenden hinzukommen müssen. In der Zwischenzeit beten wir alle zum Heiligen Geist um Weisheit, damit wir einen guten Mann finden. (*Gerstenmaier*: Ich verstehe Ihre Einschränkung nicht!) Sie beten nicht zum Heiligen Geist; was hätte der sonst zu tun! (*Heiterkeit*.) Meine Damen und Herren! Wir müssen jetzt überlegen, was wir bekanntgeben. Ich gehe nicht von der Stelle, bevor wir nicht darüber klar sind, was wir der Presse mitteilen.

Hellwig: Ich mache nochmals darauf aufmerksam, die Panne beim letzten Mal ist nach der Meinung vieler Parteifreunde darauf zurückzuführen, daß die Fraktion nicht sofort unterrichtet wurde und somit keine Gelegenheit einer sofortigen Beschäftigung durch die Fraktion gegeben war. Die Fraktion ist eine Woche frei herumgelaufen, und alle diese Dinge sind dann geschürt worden. (*Krone*: Das stimmt ja nicht! – *Unruhe*.) Aber, Herr Bundeskanzler, was geschieht, wenn die Fraktion weitere zwei Monate in dieser Angelegenheit warten müßte, bis ein bestimmtes Gremium

zusammengetreten ist und gesprochen hat? Daher kommt es entscheidend darauf an, daß beim Zusammentritt der Fraktion in geeigneter Weise die Dinge so geklärt werden, wie sie hier verabredet worden sind.

Die zweite Frage taucht auf: Wer bereitet die Zusammenkunft dieses Gremiums in fünf Wochen vor? Dieses Gremium ist in keiner Geschäftsordnung vorgesehen. (*Kiesinger*: Das ist eine Angelegenheit der Partei!)

Adenauer: Herr Krone! Sie können der Fraktion eine solche Mitteilung machen! (*Krone*: Ja!)

Schröder: Ich schlage folgendes für die Presse vor: „Der Bundesvorstand der CDU und Vertreter der CSU kamen heute zusammen, um die Verfahrensfrage der Bundespräsidentenwahl zu besprechen. Sie kamen überein, ein Gremium zusammenzurufen, das sich wie folgt zusammensetzt ... Dieses Gremium wird voraussichtlich Anfang April zusammentreten.“

Adenauer: Würden Sie mit einer solchen Mitteilung an die Presse einverstanden sein? (*Zustimmung*.) Herr Krone! Glauben Sie, daß Sie in der Fraktion eine solche Mitteilung vertreten können? (*Krone*: Nein!) Ja, dann müssen wir auch das auf uns nehmen.

BERLINSTATUS

Nun haben wir noch zwei Punkte der Tagesordnung zu erledigen, die eigentlich nur pro forma darauf gesetzt worden sind. Dazu möchte ich folgendes sagen. Ich habe gleich Herrn Brandt hier, der mir über seine Reise berichten wird.²⁰ Er hat sich auf der Reise im allgemeinen ausgezeichnet benommen. Wenn ich sage, im allgemeinen, so meine ich damit, daß er an drei oder vier Plätzen gesagt hat, daß man sich von seiten des Bundes mehr um eine Integration Berlins in den Bund hätte bemühen müssen. Dem Vernehmen nach – ich werde das heute abend abwarten müssen – wird er darauf drängen, daß nunmehr im Verlaufe der Verhandlungen West-Berlin zu einem Teil des Bundesgebietes erklärt wird. Wir haben uns heute im Kabinett mit dieser Frage beschäftigt. Abgesehen von den Rechtsfragen, die ich gar nicht berühren will, wäre das nach meiner Meinung das Dummste und Schlechteste, was man für Berlin tun könnte. Denn dann würde man die drei Westmächte aus ihrer Haftung für Berlin entlassen. Ich könnte mir eine Macht denken, die das mit Freuden quittieren würde. Einen Vertreter dieser Macht werde ich morgen hier sehen.²¹ Ich könnte mir das sehr gut vorstellen. Nach der einstimmigen Auffassung des Kabinetts ist der einzige Schutz der Freiheit Berlins der Viermächtestatus. Alles andre liegt daneben. Darüber wird wahrscheinlich

20 Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, hatte vom 5. Februar bis zum 6. März 1959 eine Weltreise unternommen. Vgl. Rudolf KETTELEIN: Willy Brandt ruft die Welt. Ein dokumentarischer Bericht. Berlin 1959.

21 Harold Maurice Macmillan weilte am 12. und 13. März 1959 in Bonn (TERMINKALENDER). Vgl. Nr. 1 Anm. 15.

Herr Brandt mit mir sprechen wollen. Ich habe heute morgen schon mit Herrn Krone darüber gesprochen. Wir haben im Kabinett darüber gesprochen. Die Sache ist so klar, daß man gar nichts dagegen sagen kann.

Gradl: Herr Bundeskanzler! Ich bin Ihrer Ansicht, daß wir nichts tun sollen, was den Viermächtestatus beeinträchtigen könnte. Das waren die Überlegungen, die uns in den vergangenen Jahren veranlaßt haben, auch z.B. das Stimmrecht der Berliner Bundestagsabgeordneten abzulehnen, obwohl das nicht gerade für unsere Partei eine populäre Stellungnahme gewesen ist. Daran hat sich nichts geändert. Ich würde an Ihrer Stelle dem Herrn Brandt sagen, wenn wir in den vergangenen Jahren nicht diese Haltung eingenommen hätten, dann wäre die Position Chruschtschows heute wesentlich besser; denn so mußte er in seiner Note vom 27. November²² immerhin zugeben, daß die Behandlung Berlins die einzige Beachtung der Abmachung von 1945 durch die Westmächte gewesen ist. Andernfalls hätte er sagen können: Sie haben das selber nicht beachtet. Der Ausgangspunkt für diese Auseinandersetzung wäre also wesentlich schlechter, wenn wir den Standpunkt, den wir eingenommen haben, nicht eingenommen hätten. Anders stellt sich die Frage, wenn Entwicklungen eintreten, die wir nicht erhoffen. Aber das muß man sehen, wenn es soweit ist. Zunächst würde ich diesen Standpunkt weiter einnehmen, den Sie eben formuliert haben.

Darf ich nun, da wir schon über Berlin sprechen, eine Sorge anmelden, und zwar in diesem Kreis mit allem Ernst. Die wirtschaftliche Lage – das darf nicht nach draußen dringen – ist nicht erfreulich. Mein Freund Amrehn sitzt hier, er kann vielleicht noch mehr dazu sagen. Wir brauchen beachtliche Unterstützung, und zwar mehr, als wir im Januar bei der Aussprache mit der Industrie geglaubt haben.

Adenauer: Herr Bürgermeister Amrehn hat darüber mit Herrn Etzel verhandelt. Das ist heute morgen im Kabinett verabschiedet worden.

Gradl: Genau das greife ich aus der Schublade heraus. Ich bedaure sehr, daß die Umsatzsteuerpräferenz auf drei Jahre beschränkt worden ist für die Dispositionen der Industrie.²³ Damit nun nicht aufgrund einer Bewegung, die nach unten begonnen hat, eine Kettenreaktion eintritt, ist es notwendig, daß die Zusage länger gilt, also auf keinen Fall nur für drei Jahre. Ich habe Verständnis dafür, Herr Bundeskanzler, daß Sie der Meinung sind, man solle das nicht unbegrenzt tun, aber drei Jahre sind zu wenig.

Adenauer: Herr Gradl! Bei allen Steuerpräferenzen ist ein Datum festgelegt. Aus Versehen ist es bei der Umsatzsteuer unterlassen worden. Aber wenn Sie auf der anderen Seite nun hören, was bei Neuinvestitionen in Berlin gewährt wird, nämlich 75 % Abschreibung, auch bei Grundstücken, dann ist das doch eine eminente Sache!

22 Note der Sowjetregierung an die Bundesregierung vom 27. November 1958 in: MOSKAU BONN S. 464-470. Zum Berlin-Ultimatum vgl. auch Nr. 7 Anm. 10.

23 Das Berlinhilfegesetz vom 27. April 1957 (BGBl I S. 400) mit seinen umsatzsteuerlichen Präferenzen war vom 1. Januar 1957 bis 31. Dezember 1959 befristet. Das fünfte Berlinhilfegesetz verlängerte diese Frist bis zum 31. Dezember 1964 (BGBl I S. 160). Vgl. auch BULLETIN vom 21. März 1959 S. 521.

Amrehn: Herr Bundeskanzler! Ich weiß nicht, ob diese Frage in diesem Kreis erörtert werden soll, aber ich möchte es richtigstellen. Es ist die Umsatzsteuerpräferenz bisher immer nur auf zwei Jahre gewährt worden. Es ist ein Datum gesetzt bis zum 31.12.1959. Seit Jahren haben wir von unserer Wirtschaft die Klagen, daß sie ihr Produktionsprogramm und ihre Kalkulation jeweils nur auf diese Zeit im voraus berechnen könne, obwohl sie gerade, wenn sie Neuinvestitionen auf längere Zeit von fünf oder acht Jahren macht, auch in der Produktionsgestaltung in der Lage sein müßte, kalkulatorisch wenigstens für fünf Jahre zu planen. D.h., man könnte daher hier das gleiche machen wie bei der Einkommensteuer. Die Einkommensteuer ist für Berlin ermäßigt ohne jedes Datum, ohne Begrenzung. Insofern ist die Begrenzung der Umsatzsteuervergünstigung eine Abweichung von der allgemeinen Steuerregelung für Berlin (*Adenauer:* Ich meine umgekehrt!) Ich bin nicht ganz sicher. Deswegen ist es eine entscheidende Bitte unserer Wirtschaft, die Begrenzung bei der Umsatzsteuer aufzuheben. Es könnte unter Umständen sogar eine kürzere Zeit sein, wenn der Fall eintreten sollte, gewissermaßen über Nacht, daß wir völlig dem Bundesgebiet angepaßt werden.

Bei allen Fortschritten, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, sind wir in sämtlichen Bereichen unserer Industrie immer nur auf die Hälfte des Standes des Bundes gekommen. Selbst in der führenden Elektroindustrie haben wir nur 250 % von 1936 erreicht. Im Bund ist die Vergleichszahl 750 %. Ich könnte Ähnliches für die chemische Industrie, für die Maschinenindustrie und auch für die Bekleidungsindustrie sagen. In den letzten vier Wochen ist jene Entwicklung eingetreten, von der Dr. Gradl gesprochen hat. Nach dem 27. November sind wir drei Monate lang noch leidlich gut gefahren, aber jetzt spüren wir deutlicher, daß Aufträge für die Zeit nach dem 27. Mai nur sehr beschränkt vorliegen, und zwar ganz eindeutig für die großen Industrien. Bei den größeren wirkt sich das besonders aus, weil z.B. für Turbinen 18 Monate Lieferzeit erforderlich sind. Deshalb sind wir gezwungen, um erhebliche Vergünstigungen – sogar für die prosperierenden Betriebe – zu bitten, damit sie weitere Anlagen in Berlin vornehmen und unsere mittleren und kleineren Betriebe, die keine unmittelbaren Aufträge aus dem Bundesgebiet bekommen, mitziehen können. Da es hier angesprochen worden ist, möchte ich heute abend die Bitte aussprechen, diesen Punkt, auf den man sich seit langem in der Berliner Industrie eingestellt hat, noch einmal zu überprüfen. Die Vorlage soll über die Fraktion in den Bundestag gebracht werden. (*Zurufe:* Nein!)

Adenauer: Über den Bundesrat! Aber gleichzeitig können die Fraktionen etwas tun. Wir müssen dem Bundesrat Gelegenheit geben, bei solchen Sachen Stellung zu nehmen. Das wollen wir auch.

Amrehn: Herr Bundeskanzler! Wir haben unseren Vorschlag am 13. Dezember, zwei Wochen nach dem Chruschtschow-Angebot²⁴, vorgelegt. Seitdem haben wir verhandelt bis gestern abend. Es sind drei Monate darüber vergangen. Die Dinge

24 Berlin-Ultimatum Chruschtschows. Vgl. Anm. 22.

kommen nur in Gang, wenn wir die gesetzlichen Grundlagen haben. Aufgrund einer Besprechung vom 16. Februar hier in Bonn mit allen beteiligten Staatssekretären habe ich geglaubt, unseren Wirtschaftlern sagen zu dürfen: Ihr könnt mit einer unbegrenzten Umsatzsteuervergünstigung rechnen; denn alle Ressorts hatten damals zugestimmt.

Adenauer: Sie haben mich nicht zu Ende sprechen lassen. Die Sache ist so: Im Kabinett haben wir folgendes beschlossen. Dieser Gesetzentwurf wird dem Bundesrat zugeleitet – weil wir es für wichtig halten, daß der Bundesrat dazu Stellung nimmt –, aber gleichzeitig der Fraktion. Dadurch wird es ermöglicht, daß die Fraktion auch ihrerseits einen Initiativgesetzentwurf einreicht. Dann ist der Bundesrat nicht ausgeschlossen, und es geht kein Tag verloren dabei. (*Amrehn:* Er muß auf jeden Fall in den Bundesrat, sobald das Gesetz im Bundestag beschlossen ist. – *Zuruf:* Man spart einen Gang im Bundesrat, wenn man einen Initiativgesetzentwurf macht! – *Unruhe.*) Wir haben Interesse daran, daß kein Tag verlorenggeht, aber wir haben die Rechte des Bundesrates zu wahren. Wir legen in diesem Falle Wert darauf, sie zu wahren. Ganz allgemein möchte ich sagen, wenn es tatsächlich Berlin schlechtgehen sollte – ich meine jetzt nicht die Unsicherheit und alles das –, wenn also die Verhandlungen wirklich eine Verschärfung der Lage bringen, dann wird es der Wirtschaft im übrigen Bundesgebiet hundsmiserabel gehen. Darauf können Sie sich verlassen.

Wir haben Ihnen außerordentlich viel gewährt. Wenn Sie bei Neuinvestitionen einschließlich der Grundstücke 75 % abschreiben können, dann stellen Sie sich bitte vor, was das bedeutet. Wir haben diese Garantie von 100 auf 500 Millionen heraufgesetzt. Wir sind auch bereit, da weiterzugehen, wenn es nötig ist. Aber Sie müssen wirklich dabei doch im Auge behalten, was ich Ihnen jetzt sage. Ich bin über die Berlin-Verhandlungen, über die Ansichten der verschiedenen Regierungen ziemlich genau im Bilde. Ich gehe sogar so weit, hier zu sagen, ich hoffe, wir kommen aus der ganzen Sache schließlich mit einem blauen Auge davon. Aber das sage ich Ihnen, wenn wir nicht mit einem blauen Auge davonkommen, dann wird dieses Land Gegenstand des Krieges sein und nicht Berlin. So ist die Situation. Das wollen Sie doch bitte berücksichtigen. Herr Etzel wird in der nächsten Kabinettsitzung einen Vortrag halten, dem wir mit großer Sorge entgegensehen, weil sich im Bundestag – wie Herr Etzel sagte – Bestrebungen geltend machen, flott Geld auszugeben. (*Zuruf:* Eine Kommission wollen sie haben! – *Unruhe.*)

Meine Herren! Ich soll zur Lage sprechen. Sie wissen, daß ich in Paris gewesen bin.²⁵ Das ist einwandfrei verlaufen. Morgen kommt Herr Macmillan. Ob das einwandfrei verlaufen wird, ist mir sehr zweifelhaft. Herr Macmillan scheint sich jetzt auf seinen Disengagementplan²⁶ zurückzuziehen; es braucht nicht eine völlig

²⁵ Am 4. März 1959. AdG 1959 S. 7589.

²⁶ Disengagement: Schlagwort für alle Pläne Ende der 50er Jahre, die auf ein Auseinanderücken der westlichen und östlichen Streitkräfte in Mitteleuropa abzielten (vgl. BULLETIN vom 23. August 1958 und 13. März 1959). – Zu Macmillans Vorstellungen vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 45–84 sowie ADENAUER 2 S. 496f.

entwaffnete Zone zu sein. Aber das Ganze ist vom militärischen Standpunkt aus betrachtet heller Wahnsinn. Das bedeutet doch, und das ist das Schlimme daran, daß die Einheitsfront des Westens gegenüber Sowjetrußland dadurch – ich will vorsichtig sein – außerordentlich stark lädiert wird. Wir haben also dieselbe Meinung, aber England nicht. Was daraus wird, das weiß der liebe Himmel, das kann kein Mensch sagen. Man kann nur hoffen, daß Chruschtschow – weil er an seinem Siebenjahresplan hängt, den er neulich als das Ziel seines Lebens verkündet hat – keinen Krieg anfängt. Aber sonst sind alle Möglichkeiten gegeben, daß es sehr bitter werden wird.

Es geht darum, daß wir unsere Verpflichtungen erfüllen können. Ich weiß nicht, bis wann – Herr Schröder, haben Sie die Zahl im Kopf – die Umsatzsteuer ... (*Etzel*: Bis zum 31.12.1962!) Da kann doch [k]einer disponieren! (*Schröder*: Gibt es ein ernsthaftes Argument gegen die Berechnung von 1962? – *Etzel*: Die Firmen, die heute umsetzen wollen, werden das alle tun, damit sie eine längere Zeit mit der Umsatzsteuerfreiheit rechnen können. Das ist das Argument. – *Gerstenmaier*: Haben Sie einen Bericht über die Begegnung von Macmillan mit de Gaulle, und was ist dabei herausgekommen?) Es ist verabredet worden, kein Kommuniqué herauszugeben. Ich habe nicht die Auffassung, daß zwischen de Gaulle und Macmillan eine 100%ige Übereinstimmung erzielt wird. Ich glaube, daß Frankreich denselben Standpunkt gegenüber Macmillan vertritt, den es uns gegenüber vertreten hat, und der stimmt mit dem Standpunkt Großbritanniens nicht überein. Ich meine, Herr Amrehn, wenn wir sagen, bis 1962, dann genügt das zunächst. Die Sache ist in einem Jahr so oder so ausgestanden. Dann sind wir entweder für eine gewisse Zeit aus der größten Gefahr heraus, oder ...

Amrehn: Herr Bundeskanzler! Ich bitte um Entschuldigung! Die Frage der Umsatzsteuerpräferenz ist nicht ganz kongruent mit dem Gesamtkomplex. Deshalb scheue ich mich, die Jahresfrage zu erörtern. Ich möchte nur dies sagen: Bei den Erwägungen, ob die Aufforderung an Herrn Brandt, zu Herrn Chruschtschow zu gehen²⁷, angenommen werden sollte, hat für uns im Vordergrund gestanden, daß wir von Berlin aus auch moralisch jene Solidarität an den Tag legen wollen, die notwendig ist unter den Westmächten, deren Einigkeit selbst etwas gefährdet erscheint durch die englische Seite. In den Besprechungen, die wir in Berlin geführt haben, ist auch der englische Vertreter in der Beurteilung der Frage, ob Herr Brandt den Besuch machen solle, etwas anderer Meinung gewesen. Wenn er auch nicht empfohlen hat, etwa zu gehen, so ist er doch etwas nuancierter in der Beurteilung gewesen als der amerikanische Vertreter. Aber für uns ist ausschlaggebend gewesen, daß ein solcher Besuch mißverstanden werden könnte, insbesondere in der amerikanischen

²⁷ Am 9. März 1959 wurde Willy Brandt von Chruschtschow zu einer Unterredung ins Gebäude der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin eingeladen. Nach dreistündiger Beratung des West-Berliner Senats und nach Absprache mit dem politischen Berater des amerikanischen Militärbefehlshabers von Berlin lehnte Brandt ab. AdG 1959 S. 7602f.

Öffentlichkeit; denn dort hätte es unter Umständen sogar ein Mißtrauen erzeugen können. Das war der entscheidende Gesichtspunkt für uns. Ich lege Wert darauf, daß wir das auch hier sagen, weil uns zuweilen manche Kritik erreicht, daß Herr Brandt nicht zu Herrn Chruschtschow gegangen ist, um ihm unseren Standpunkt vorzutragen.

Ich bin der Meinung, daß wir über den 27. Mai hinwegkommen werden.²⁸ Wir glauben auch, annehmen zu dürfen, daß es nur ein Tag im Ablauf des Kalenders ist; aber die Verhandlungen, die wahrscheinlich einsetzen werden, Herr Bundeskanzler, werden uns, so fürchte ich, in einem halben Jahr keine endgültige Klarheit gegeben haben, sondern wir sind der Meinung, daß wir dann in einen längeren Verhandlungs- und Schwebezustand mit weiterer Unsicherheit über Berlin kommen werden. Das kann ein Irrtum sein. Wenn es anders ist, um so besser! Aber wir müssen uns darauf einstellen, daß es länger dauern kann. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir unsere Vorschläge schon im Dezember gemacht. Nur unter solchen Gesichtspunkten haben wir wirtschaftspolitische Maßnahmen vorgeschlagen, von denen wir annehmen, daß sie nicht irgendwelche Vorteile für bestimmte Betriebe bringen, sondern womit nur der gegenwärtige Stand gehalten werden soll. Es geht nicht um eine Ausweitung unserer wirtschaftlichen Stellung, sondern nur um das, was wir haben. Ich kann sagen, der Beschäftigtenstand ist nicht mehr so hoch wie im vergangenen Jahr, was bedeutet, daß die Entwicklung in Berlin erheblich gedrosselt wurde. Wir hatten sonst 20.000 bis 30.000 mehr Beschäftigte. Auch diese Entwicklung hat aufgehört. Deswegen ist das Datum nicht so entscheidend, wohl aber die zugrundeliegende wirtschaftspolitische Idee, die wir damit verfolgt haben.

Nun eine Bemerkung zu den vorliegenden Ausführungen, zur Frage der Stellung Berlins! Ich stimme Dr. Gradl völlig zu, daß der Standpunkt, der bisher vertreten worden ist, auch gerade in dieser kritischsten Phase weiter vertreten werden muß, um überhaupt die Westmächte anzubinden, aber ich fürchte, daß am Ende der Verhandlungen, die jetzt kommen werden, Berlin wahrscheinlich doch nicht den Anlaß bieten wird zu einer größeren Verständigung in Mitteleuropa, sondern doch weiterhin Gegenstand einer isolierten Erörterung bleibt.

Wenn das der Fall ist, wenn also die kritische Situation nicht zu Besprechungen in einem großen Rahmen führt, dann bleibt das Thema „Berlin“ weiter offen, weil dann der Ostteil Berlins unzweifelbar – wie es heute praktisch der Fall ist – völlig der Sowjetzone eingegliedert wird. Dann kann für uns auch manche neue Überlegung entstehen, Herr Bundeskanzler. Ich möchte das für mich auch heute ausgesprochen haben, zumal ich in diesen Dingen nicht immer voll übereingestimmt habe ...

28 Am 19. März 1959 erklärte Chruschtschow auf einer Pressekonferenz zur Außenministerkonferenz am 11. Mai 1959, daß der Termin 27. Mai nicht als Ultimatum, sondern als ein annähernder Termin zu verstehen sei. Wenn man diese Frage innerhalb sechs Monaten nicht löse, so möge sie in sieben Monaten gelöst werden (AdG 1959 S. 7613). Vgl. Anm. 22.

Adenauer: Ich bitte Sie, diese Sätze nicht auszusprechen! (*Amrehn:* ... daß das Gegenstand neuer Überlegungen sein muß!) Ich würde Sie bitten, das nicht auszusprechen. (*Amrehn:* Ich möchte das nicht völlig verschwiegen haben!)

Meine Herren! Ich kann Ihnen die Situation mit wenigen Worten klarmachen. Der Fall Berlin ist für die Amerikaner derselbe Fall wie Quemoy und Matsu²⁹: ein Rechtsfall. Der Amerikaner sagt sich: Ich kann hier ebenso wenig nachgeben, wie ich bei Quemoy und Matsu nachgebe. Es ist mein Recht. – Daraus kann sich dasselbe ergeben, was in Quemoy und Matsu passiert ist; darüber müssen Sie sich klar sein, nicht für Berlin, aber für uns. (*Gerstenmaier:* Auch für Berlin!) Aber auch für uns! Weil Amerika absolut auf diesem Standpunkt seines Rechts steht, wäre es eine unendliche Torheit geradezu, wenn man sagen würde: Berlin soll kooptiert werden mit der Bundesrepublik; denn in dem Augenblick sind die amerikanischen Verpflichtungen weg, und Sie sind in Berlin vogelfrei! (*Amrehn:* Ich glaube nicht, daß Brandt das gesagt hat; er hat nur Äußerungen von Klein³⁰ kolportiert!) Nein! Er hat es dreimal gesagt, an drei verschiedenen Stellen. Ich habe es genau verfolgt und bin erschrocken. Glauben Sie es mir, und wenn Sie Einfluß auf ihn haben – ich werde es heute abend auch versuchen –, dann machen Sie ihn doch darauf aufmerksam. Glauben Sie nicht, daß Amerika etwa seine Soldaten uns zuliebe opfert oder der Freiheit zuliebe, aber seinem Recht. Und das spielt eine solche Rolle in Amerika, weil es sonst sein Gesicht verlöre im Westen und im Osten. Das ist doch der Grund!

Deswegen bitte ich Sie wirklich sehr eindringlich, wirken Sie, wenn möglich, auch auf Ihren Senator Klein, daß nichts geschieht, was irgendwie den Status von Berlin und damit auch das Recht der Amerikaner verletzen könnte. Wenn die Russen das Recht von Berlin verletzen und wir Deutsche auch das Recht von Berlin über die Amerikaner preisgeben wollen, dann sind wir verloren. Das Ganze ist natürlich auch eine Probe aufs Exempel, ob die NATO zusammenhält; denn auch die NATO hat eine Erklärung bezüglich Berlin abgegeben.³¹ Ob die NATO zusammenhält? Wenn ein Land wie England diese Extratouren da macht, dann macht das jedes NATO-Mitglied außerordentlich kopfscheu.

Das Neueste auf diesem Gebiete ist – ich weiß nicht, ob es schon in der Presse stand –, daß Frankreich seine Mittelmeerflotte aus dem NATO-Befehlsbereich herausziehen will, um selber darüber verfügen zu können. Damit würde Afrika ... (*Blumenfeld:* Wegen der englischen Haltung!) Das hängt alles damit zusammen; aber das sagt man nicht: Wegen der und der Haltung. Wenn ein Gefüge sich lockert, dann lockert es sich hier und dort. Deswegen wird man – das muß ich

29 Zwischen Nationalchina und der Volksrepublik China heftig umstrittene Inseln zwischen dem chinesischen Festland und Taiwan. – Am 25. September 1958 hatte der amerikanische Staatssekretär John Foster Dulles die Bedeutung der Inseln Quemoy und Matsu für China verglichen mit der Bedeutung Berlins für den Westen. AdG 1958 S. 7311.

30 Dr. Günter Robert Paul Klein. Vgl. Nr. 7 Anm. 106.

31 Erklärung des Ministerrats der NATO zur Berlin-Frage, 16. Dezember 1958. Text in MOSKAU BONN S. 479f.

in diesem geschlossenen Kreise sagen –, wenn in einigen Monaten – hoffentlich – Ruhe eingetreten ist, an eine Änderung auch des NATO-Gefüges denken müssen. Da hat de Gaulle völlig recht.³² Stellen Sie sich folgende Absurdität vor, die wir jetzt haben. Ich spreche im Vertrauen darauf, daß Sie die Diskretion respektieren. Spanien hat 400.000 gute Soldaten, die aber schlecht ausgerüstet sind. Amerika hat in Spanien ungeheure Mengen von Kriegsmaterial, auch von Soldaten. Spanien will in die NATO hinein. Norwegen sagt: Nein, wegen des Regimes, das dort ist, bin ich dagegen, daß Spanien in die NATO kommt. Früher waren es Großbritannien und Frankreich, die widersprochen haben. Ich habe vor Jahr und Tag den Herrn Robertson³³ gefragt: Warum leisten Sie immer den Widerstand gegen Spanien? Das sind doch gute Soldaten! Daraufhin hat er erklärt: Wenn ich den Namen Spanien ausspreche, bekommt der Außenminister einen roten Kopf aus politischen Gründen.

Da sehen Sie also die ganze Schwäche der NATO. Wenn einer widerspricht, dann hört es auf, und die Widersprüche kommen nicht aus sachlichen Gründen, sondern sie kommen aus politischen Gründen. Deswegen ist die ganze Situation mit Berlin usw. so kritisch, so daß ich Sie wirklich sehr darum bitten muß, alles zu tun, was Sie können, damit nicht bei den Sozialdemokraten diese Gedanken auftauchen. Andernfalls tun Sie uns und allen den denkbar schlechtesten Dienst.

Gradl: Darin stimmen wir Ihnen völlig zu, auch auf die Gefahr hin, daß wir in dieser oder jener Richtung nicht sehr populär sind. In Berlin werden wir das vertreten in aller Öffentlichkeit. Aber ich muß noch einmal auf diese leidige Sache zurückkommen. Sie haben gesagt, Sie glauben, daß wir mit einem blauen Auge davonkommen werden. Ich will nicht fragen ... (*Gerstenmaier:* Was heißt blaues Auge?) Ja, was heißt blaues Auge? (*Gerstenmaier:* Ich habe nur Bedenken ...) Darauf kommt es nicht entscheidend an jetzt, sondern die Schwierigkeit für uns, so fürchte ich, liegt in den kommenden Monaten. Die Schwierigkeiten werden nicht am 27. Mai aufhören, sondern weitergehen. Wir müssen in dieser Zeit die wirtschaftliche Situation Berlins weiter aufrechterhalten.

Adenauer: Herr Gradl! Besprechen Sie doch die Sache mit Herrn Etzel. Die Sache kann auch in der Fraktion besprochen und geändert werden (*Gradl:* Sie brauchen nur „Ja“ zu sagen!) Nein, Sie müssen mit Herrn Etzel sprechen! Ich habe morgen und übermorgen Herrn Macmillan hier; außerdem muß ich noch in den Wahlkampf nach Niedersachsen. Ich habe also wirklich keine Zeit. Machen Sie es, wenn und wie es nötig ist. (*Gradl:* Gut!)

32 Vgl. insbes. de Gaulles Vorschlag eines Dreierdirektoriums der NATO (USA, Großbritannien und Frankreich) vom 17. September 1958 (AdG 1958 S. 7141 und S. 7359). Text des französischen Memorandums an Eisenhower und Macmillan in „Le Monde“ vom 26. Juni 1976.

33 Sir Brian Hubert Robertson, Baron of Oakridge (1896–1974), britischer General; 1947–1949 Militärgouverneur der britischen Zone, 1949–1950 Hoher Kommissar in Deutschland, 1950–1953 Oberbefehlshaber der britischen Luftstreitkräfte im Nahen Osten, 1953–1961 Präsident der staatlichen britischen Transportkommission.

Meine Herren! Das war der Bericht zur Lage. Keine Wortmeldungen mehr! – Ich denke, wir machen jetzt Schluß. Ich danke Ihnen!

9

Bonn, 16. September 1959

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, [Bach], Blumenfeld, Cillien, Dichtel, Dufhues, Fay, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Kraske, Krone, Lemmer, Oberländer, [Osterloh], Pferdenges, Scheufelen, Schröder, [Seidel], Stoltenberg.

Bericht zur politischen Lage. Lage der Partei. Vorbereitung der Sitzung des Bundesausschusses am 28. September 1959. Verschiedenes.

Beginn: 15.30 Uhr

Ende: 19.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen nach einer ziemlich langen Pause und darf zunächst einmal Ihre Meinung hören über den Verlauf der heutigen Sitzung. Ich höre nämlich eben, daß – ich weiß nicht, von wem – für 7 Uhr ein Büfett bestellt worden ist. Ich bin vorher nicht gefragt worden; deshalb frage ich danach. Gedenken Sie nun wirklich, so lange hierzubleiben oder gedenken Sie das nicht? (*Cillien:* Das wird im wesentlichen von Ihnen abhängen!) Von mir? (*Cillien:* Ja, wie in allen Fragen und Dingen!) Das zahle ich Ihnen heim! Aber wir müssen das jetzt wissen! (*Altmeier:* Wir sind um 6 Uhr fertig!) Haben Sie gehört? Herr Ministerpräsident Altmeier erklärt, daß wir um 6 Uhr fertig seien. (*Altmeier:* Ich habe es so gemeint!) Wer nicht widerspricht, der stimmt zu. Also, bestellen Sie das Büfett wieder ab. (*Kraske:* Ich hatte nur gebeten, das einmal zu prüfen, weil wir eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen haben. Ich teile nicht den Optimismus des Herrn Ministerpräsidenten Altmeier!) Je umfangreicher eine Tagesordnung ist, desto schneller wird man damit fertig.

Ich wurde eben von Herrn Kraske mit den Worten empfangen: Herr Kiesinger läßt sich entschuldigen, weil er den Herrn Altbundespräsidenten in Stuttgart empfangen müsse. Ich möchte Ihnen ausdrücklich erklären, wir kennen keinen Altbundespräsidenten. Ich wüßte nicht, wie wir dazu kämen. Es gibt einen Bundespräsidenten, aber keinen Altbundespräsidenten.

Gerstenmaier: Die Frage ist im Zusammenhang mit dem Pensionsgesetz des Bundespräsidenten im Ältestenrat des Bundestages wiederholt besprochen worden.

Man ist dort von allen Seiten und von allen Parteien einmütig der Auffassung gewesen, daß wir diesen Usus, den das deutsche Gesetz in keinem Falle kennt, sondern der aus dem schweizerischen Brauche kommt, mit entsprechenden Anklängen in einigen württembergischen und anderen süddeutschen Gemeinden haben, nicht ohne weiteres auf ganz Deutschland übernehmen können und auch nicht übernehmen wollen; vor allem aber waren wir der Meinung, daß es dem Grundsatz der ratio legis unserer Verfassung und des Staates entspricht, wenn man sich auf den Standpunkt stellt: Le roi est mort, vive le roi! Denn der neue Bundespräsident muß auch eine Chance haben. Was haben wir davon, wenn wir eine Ehreninstanz, eine Berufungsinstanz usw. haben. Das können wir nicht wollen. Ich habe das mit Nachdruck im Ältestenrat vertreten, und ich stelle fest, daß alle Parteien im Bundestag dieser Auffassung zugefallen sind. Ich bedaure aufrichtig, daß nun überall in der Presse eine Sprachgebung auftritt, die ganz bestimmt nicht vom Bundestag her kommt, von der wir im Bundestag jedenfalls keine Ahnung haben und die dort ausdrücklich abgelehnt worden ist. Ich möchte das zur Klarstellung sagen.

Adenauer: Ich wollte das hier zur Kenntnis bringen. Ich meine, der Ältestenrat des Bundestages hat da durchaus richtig gehandelt. Stellen Sie sich vor: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Dann bekommen Sie demnächst einen Altbundeskanzler. (*Heiterkeit.*) Lachen Sie nicht! Dann bekommen die Ministerpräsidenten einen ganzen Haufen Altministerpräsidenten. Wohin soll es führen? (*Gerstenmaier:* Dann haben wir eines Tages mehrere Altbundespräsidenten!)

Meine Damen und Herren! Ich heiße Herrn Kollegen Seidel recht herzlich bei uns willkommen (*Beifall.*) und freue mich, daß er bei uns weilt. Ich glaube, daß er uns in mancher Hinsicht einen guten Rat geben kann; denn ich möchte nachher auch einmal darüber sprechen, was man bei uns „Bundespartei“ nennt. Das ist ein Wesen, das in Wirklichkeit gar nicht existiert. Aber das werde ich Ihnen nachher erklären.

Ich möchte nun über die politische Lage zu Ihnen sprechen. Es ist allerhand zu sagen, aber ich werde versuchen, mich möglichst kurz zu fassen. Wenn ich sitzend zu Ihnen spreche, und zwar entgegen meiner Gewohnheit, so darf ich das auch erklären. Kurz vor meiner Abreise nach Cadenabbia bin ich gefallen und habe mir einen Bluterguß im Knie zugezogen und muß infolgedessen eine Zeitlang am Stock gehen oder sitzend zu Ihnen sprechen. Ich weiß, daß ich stehend besser spreche als sitzend, aber es tut mir leid, ich kann mir das Vergnügen nicht leisten.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Zur politischen Lage! Ich möchte zunächst über die außenpolitische und dann über die innenpolitische Lage sprechen. Bei der außenpolitischen Lage ist z.Z. über den Chruschtschow-Besuch in den Vereinigten Staaten¹ noch nichts Wesentliches zu

¹ Vom 15. bis 25. September 1959 (AdG 1959 S. 7947).

berichten; aber über die Tätigkeit des Kommunismus ist um so mehr zu berichten, und zwar meine ich jetzt nicht die unterirdische Tätigkeit bei uns in der Bundesrepublik, die nach wie vor recht lebhaft und rege ist, sondern ich meine jetzt die Aktivität der kommunistischen Staaten. Ich habe vor kurzem in unserer Fraktion darüber gesprochen² und darf wiederholen, was ich auch hier an die Spitze stellen möchte: Der Kommunismus hat zwei große Operationsfelder. Das eine Operationsfeld ist Europa, das andere ist z.Z. Asien. Wenn ich sage „zur Zeit“, dann deswegen, weil es nach meiner Überzeugung nicht lange dauern wird, bis wir ein drittes Operationsfeld in Afrika haben. Diese Möglichkeiten, die der Kommunismus hat, gestatten ihm, ein Feld ruhig liegenzulassen, dafür aber seine Tätigkeit auf einem anderen Felde in seinem Sinne verstärkt fortzusetzen. Das hat er jetzt in Asien getan. Ich brauche nur die Worte zu sagen: Tibet, Laos und Indien. Es ist zweifellos, daß er in derselben Richtung weiter fortfahren wird. Wir müssen abwarten, was sich aus dem Besuchs Austausch und den diplomatischen Verhandlungen ergibt; nicht zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland, sondern zwischen den Vereinigten Staaten und seinen europäischen Bündnispartnern. Diese Bündnispartnerschaft war in den letzten zwölf Monaten durch verschiedene Dinge getrübt worden, namentlich das Verhältnis zwischen Frankreich und Amerika.

Ich darf in Ihr Gedächtnis zurückrufen, meine Freunde, daß im September des vorigen Jahres sich zwei wesentliche Dinge zwischen Frankreich und den übrigen Partnern und zwischen Frankreich und Amerika ereignet haben. Das eine war, daß in der UNO der Mißbilligungsantrag gegen Frankreich³ – der zwei Drittel der Stimmen brauchte, um durchzukommen – mit einer Stimme weniger als zwei Drittel abgelehnt worden ist. Die Vereinigten Staaten haben sich damals der Stimme enthalten und mit ihnen eine ganze Reihe – namentlich aus Südamerika – weiterer Staaten, die dem amerikanischen Beispiel sehr leicht folgen. Das hat natürlich in Frankreich nicht nur sehr großes Aufsehen erregt, sondern eine große Erbitterung hervorgerufen, insbesondere bei de Gaulle.

Das zweite Ereignis von Bedeutung im September des vorigen Jahres war, daß de Gaulle an Amerika die Forderung gestellt hat, in das Zweier-Gremium der beiden angelsächsischen Mächte, das über globale Fragen wertet und entscheidet, aufgenommen zu werden.⁴ Die Aufnahme dieser Forderung durch die Vereinigten Staaten war sehr kühl. Es hat dann in der Folge Frankreich – zum Teil durch die Verstimmung, die die Aufnahme in Amerika mit sich brachte – bewogen, Schwierigkeiten innerhalb der NATO zu machen, die ich hier im einzelnen nicht auseinandersetzen möchte.

2 In der Fraktionssitzung am 14. September 1959 sprach Adenauer davon, „daß der Kommunismus zwei Kampffelder hat, das eine in Europa und das andere in Asien“ (ACDP VIII-001-1008/2).

3 Gemeint: Resolution zu Algerien – AdG 1958 S. 7306 und 7441 (Abstimmung am 13. Dezember 1958).

4 Am 24. September 1958 (AdG 1958 S. 7359).

Innerhalb der NATO, also auf der Seite der freien Völker, war dann noch eine zweite Verstimmung, nämlich die Verstimmung zwischen Großbritannien und uns, der Bundesrepublik. Ich muß darauf zurückkommen, weil neuerdings die Presse – sogar heute wieder – Mitteilungen bringt über etwas, was ich in der Fraktion gesagt haben soll.⁵ Das habe ich in der Form in keiner Weise gesagt. Aber ich möchte doch die ganze Situation klarlegen, weil sie auch in der Zukunft von Bedeutung sein wird.

Zwischen Großbritannien und uns herrschen zwei Gegensätze. Der eine Gegensatz betrifft die Einrichtung einer mindergerüsteten und kontrollierten Zone in Mitteleuropa. Der zweite Gegensatz ist der, der sich auf die EWG, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, und die Freihandelszone, die Großbritannien will, bezieht. Diese minderbewaffnete und kontrollierte Zone in Mitteleuropa ist vorerst von Rapacki⁶, d.h. von Moskau, vorgeschlagen worden. Selbstverständlich würde die Bundesrepublik oder ein wiedervereinigtes Deutschland zu dieser Zone gehören; denn wenn Sie sich die Karte Europas vor Augen halten, ist es ganz klar, daß von den beiden Blocks Staaten genommen werden sollen, die mindergerüstet und kontrolliert sind. Das würden nach den Versionen, die damals in der Presse erschienen sind, auf der einen Seite Polen und die Tschechoslowakei sein – später wurde noch Ungarn genannt, das interessiert aber wenig –, auf der anderen Seite die Bundesrepublik oder das wiedervereinigte Deutschland. Das würde für uns bedeuten: zunächst einmal der Zerfall der NATO. Eisenhower, de Gaulle, Norstad und der französische Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte für Europa⁷ haben ausdrücklich und öffentlich erklärt, daß, wenn eine solche Zone unter Einschluß Deutschlands geschaffen würde, die NATO nicht mehr operationsfähig wäre.

Ich nehme an, daß man in diesem Kreise hier ruhig eine Lippe riskieren kann, ohne daß es sofort wieder in der Presse steht. Ich möchte Ihnen folgendes sagen: Wenn die deutschen Truppen weniger als die französischen, die italienischen, die türkischen oder die griechischen Truppen bewaffnet wären – auf die Kontrolle komme ich gleich zu sprechen –, dann ginge im Falle eines bewaffneten Konfliktes selbstverständlich noch mehr als sonst der Stoß der schwerbewaffneten russischen Truppen gegen unsere Leute, gegen die, die minderbewaffnet sind. Ich glaube nicht, daß irgendein deutscher Politiker es überhaupt dann verantworten könnte, noch der NATO anzugehören, um seine minderbewaffneten Truppen einem eventuellen Angriff der stark bewaffneten russischen Armee auszusetzen. Dann würde natürlich Sowjetrußland, wenn es so käme, seine Truppen zuerst gegen die deutschen Truppen

5 FAZ vom 16. September 1959 („Antwort aus London“); „Die Welt“ vom 16. September 1959 („London über Adenauer verstimmt. Neue Mißverständnisse über angebliche Rede Macmillans“).

6 Rapacki-Plan – Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hrsg.): Jahrbuch. Die Internationale Politik 1956–1957. München 1961 S. 518f.

7 General Jean-Etienne Valluy (1899–1970), war 1956–1960 NATO-Oberbefehlshaber für Europa-Mitte.

einsetzen, die minderbewaffnet wären, und es würde dort durchstoßen können, und die ganze NATO hätte keinen Sinn und keinen Zweck mehr.

Das sind solche einfachen Binsenwahrheiten, daß auch der Laie in militärischen Dingen das durchaus verstehen kann. Wir haben aber durch unsere Generale diesen Tatbestand mehrfach prüfen lassen, nicht etwa jetzt erst, sondern schon vor Jahren, als die Waffentechnik noch nicht so weit fortgeschritten war. Alle kommen zu dem Ergebnis: Es ist unverantwortlich, etwas Derartiges überhaupt in Erwägung zu ziehen.

Als Premierminister Macmillan Anfang dieses Jahres in Moskau war⁸, stand im Schlußkommuniqué, daß die Frage der Einrichtung einer minderbewaffneten und kontrollierten Zone in Mitteleuropa untersucht werden solle. Die Labour Party in Großbritannien hatte die Sache aber schon vorher aufgegriffen und diese Forderung aufgestellt, und zwar als eine ihrer maßgeblichen Forderungen. Die Konservative Partei in Großbritannien hat jetzt bei ihrem Wahlauf Ruf für die Wahl am 8. Oktober 1959 dieselbe Frage aufgegriffen⁹, wenn auch nicht unter Nennung Deutschlands. Es ist aber ganz klar, daß Deutschland dabeisein würde.

Ich habe darüber vorgestern in der Fraktion gesprochen. Das ist an die Presse gelangt. Und in Großbritannien behauptet man, ich habe Herrn Macmillan attackiert. Davon ist keine Rede, meine Herren! Aber ich bin als deutscher Bundeskanzler verpflichtet, die Interessen der Bundesrepublik zu vertreten, und möchte Ihnen nochmals sagen, daß diese Frage für uns überhaupt nicht in irgendeiner Form diskutabel ist. Dabei haben wir auf unserer Seite die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, die Benelux-Länder; kurz und gut, alle mit Ausnahme von Großbritannien.

Die zweite Differenz zwischen Großbritannien und uns betrifft – wie ich eben sagte – die Freihandelszone und die EWG. Ob da eine Verständigung möglich ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe gestern noch mit einigen Herren, darunter auch mit Herrn Hallstein, darüber gesprochen. Man will die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen suchen. Meine Meinung ist die: Man soll bei der ganzen Angelegenheit England soweit entgegenkommen, wie es für die EWG überhaupt tragbar ist, d.h. man darf nicht die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft opfern Großbritannien zuliebe. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit das sehr nachdrücklich hervorheben – ist nach unserer Auffassung, auch nach der von Frankreich und Italien, bei weitem nicht in erster Linie eine Wirtschaftskombination, sondern eine politische Kombination. Wir alle betrachten diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als eine der Vorstufen, um zu einem integrierten Europa zu kommen. Es wird daher unser Bemühen sein, und das gilt namentlich auch für unsere Wahlparolen im Jahre 1961, den europäischen Gedanken

8 Vom 21. Februar bis zum 3. März 1959 (AdG 1959 S. 7586–7588).

9 Zum Wahlmanifest der Konservativen vgl. FAZ vom 12. September 1959 und NZZ vom 13. September 1959.

zu stärken, und zwar im Sinne der bisher in Europa bestehenden oder dahin zielenden Institutionen und durch deren Verbände.

Lassen Sie mich hier einflechten, daß auch Herr Eisenhower auf dem Standpunkt steht, daß die europäische Integration eine absolute Notwendigkeit ist, die in jeder Weise von den Vereinigten Staaten gewünscht und gestaltet wird.

Meine Freunde! Das ist augenblicklich das Wesentlichste, bis auf die Reise von Eisenhower¹⁰, über die ich etwas ausführlicher sprechen möchte. Es hatte sich in den letzten zwölf Monaten Zündstoff durch diese Meinungsverschiedenheiten, insbesondere zwischen Frankreich und Amerika und zwischen Frankreich und der NATO, in der NATO angesammelt. Eisenhower war, wie Sie wissen, hier in Bonn, in London und in Paris. Wir haben uns gar nicht besonders angestrengt, daß er hierherkommen solle, sondern die Initiative ging von dort aus. Die Reise Eisenhowers durch dieses sich ständig verkrachende Europa war ein ganz großer Erfolg für ihn persönlich, für die Vereinigten Staaten, aber auch für die europäische Idee und für die Länder, die er besucht hat. Eisenhower wurde hier in Bonn in einer solch triumphalen Weise empfangen, wie ich es in meinem ganzen Leben noch bei keiner Gelegenheit erlebt hatte. Nichts Gestelltes war dabei; abgesehen davon, daß die Vertriebenenverbände in einer sehr reichlichen Zahl Spruchbänder aufgepflanzt hatten auf dem Wege von Wahn nach Godesberg, und zwar gerade gehäuft in Godesberg. Wie ich zu meinem Erstaunen eben gehört habe, sind diese Spruchbänder bezahlt worden vom Bundesministerium für Vertriebene. (*Oberländer*: Das stimmt nicht, Herr Bundeskanzler, sondern vom Gesamtdeutschen Ministerium!) Verzeihen Sie, ich habe mich versprochen, ich stelle ausdrücklich fest: vom Gesamtdeutschen Ministerium! (*Lemmer*: Nicht vom Minister, der war in Ferien!) Hört! Hört! Ich komme vielleicht gleich noch einmal darauf zurück. Ich möchte sagen, das hat mich direkt peinlich berührt, diese ganze Sache. Sie wissen, daß Eisenhower und ich, und zwar auf seine Bitte hin, diese ganze Strecke stehend zurückgelegt haben. Diese Spruchbänder waren gehäuft. Man hat auch noch oberschlesisch sein sollende Knappen aufgestellt. (*Gerstenmaier*: Es waren doch Originalknappen!) Nein, es waren auch „Knappinnen“ dabei mit Fackeln und allerlei Geschichten! Herr Eisenhower hat nur einmal eine Bemerkung darüber gemacht. Er hat es natürlich gesehen. Ich hätte es für durchaus berechtigt empfunden, wenn man an der einen oder anderen Stelle Eisenhower darauf aufmerksam gemacht hätte, wie es bei uns aussieht, aber wie es da gemacht worden ist, das war direkt politisch eine ganz große Dummheit, so etwas zu machen.

Ich sagte eben, wir sind in dem Leihwagen, den wir uns zu diesem Zweck beschafft hatten, von Wahn bis Godesberg – er wohnte in der Botschaft – gefahren. Es mußte ein Wagen von uns beschafft werden, in dem man stehen und zu gleicher Zeit sich festhalten konnte. Daher hatte ich die Möglichkeit, diesen Triumphzug Eisenhowers so unmittelbar zu erleben, die Gesichter der Leute zu sehen, ihnen ins Auge zu sehen und die Zurufe zu hören. Ich habe dabei Eisenhower beobachtet. Wir haben zweieinhalb

10 Am 26. und 27. August 1959 (AdG 1959 S. 7898–7900).

Stunden für diese Fahrt gebraucht. Es waren Hunderttausende von Menschen da; auch aus der Arbeiterklasse waren sehr viele vertreten, weil wir durch diese kleinen Fabrikdörfer fuhren, die zwischen Wahn und Beuel liegen. Ich habe nur vier bis fünf Leute auf dem langen Weg gesehen, die so an den Händen „frozen“, daß sie die Hände nicht aus den Hosentaschen ziehen konnten. Alle anderen aber waren tatsächlich hell begeistert und jubelten Eisenhower – ein bißchen kriegte ich auch mit – in einer Weise zu, daß es wirklich eine Bestätigung unserer Politik, die wir zehn Jahre lang betrieben haben, durch die Bevölkerung war, wie man sie sich freundlicher und besser gar nicht vorstellen konnte.

Eisenhower war auch dadurch sehr gerührt. Diese Begrüßung Eisenhowers durch die Bevölkerung hat nach meiner Meinung sehr wesentlich dazu beigetragen, die Stimmung zwischen den Vereinigten Staaten und uns und auch die Stimmung Eisenhowers zu unseren Gunsten noch erheblich weiter zu verbessern. Er war, wie Sie wissen, relativ kurze Zeit hier. Während er hier war, haben zwischen ihm und mir Aussprachen stattgefunden, und zwar in zwei Teile geteilt, die zusammen viereinhalb Stunden umfaßten und zu denen sonst niemand anwesend war als der Dolmetscher. Eisenhower, den ich zum ersten Male als Präsident im Jahre 1953 erlebt habe – früher hatte ich ihn zweimal getroffen –, war jetzt nicht nur von einer außerordentlichen, körperlichen Frische, er war auch über alles unterrichtet und äußerte sehr offen und freimütig seine Meinung. Er war ein ganz anderer Mann, als er früher gewesen ist, so daß ich wirklich überrascht war, welche Vitalität – auch auf politischem Gebiete – er bei dieser Gelegenheit zeigte.

Wir haben natürlich auch über den Besuch Chruschtschows gesprochen, und er hat gesagt, daß er selbstverständlich nicht mit Chruschtschow verhandeln werde. Er hat es auch jetzt wiederum erklärt. Ich glaube, daß er diese Worte auch halten wird. Ich habe eben gesagt, daß er die europäische Integration so sehr betont hat. Wir haben darüber ausführlich gesprochen. Ich kann nur nochmals sagen, daß die europäische Integration für ihn von der denkbar größten Bedeutung ist für das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Europa.

Der zweite sehr wichtige Gegenstand unserer Besprechungen waren die NATO und die Schwierigkeiten, die innerhalb der NATO entstanden waren. Das Gespräch drehte sich natürlich in sehr starkem Maße um de Gaulle. Ich habe versucht, ihm meine Meinung über de Gaulle klarzulegen, über die Notwendigkeit, daß de Gaulle da ist; denn ohne de Gaulle wäre Frankreich im Bürgerkrieg. Ich habe versucht, ihn davon zu überzeugen, daß die Schwierigkeiten, die jetzt vorhanden sind, sehr wesentlich auf psychologischen Grundlagen beruhen. Ich kann wohl, ohne zu übertreiben, sagen, daß es mir gelungen ist, ihn auch davon zu überzeugen. Ich möchte weiter sagen, daß das Gespräch, das wir beide über de Gaulle gehabt haben, die Grundlage gewesen ist für sein Gespräch mit de Gaulle.¹¹ Ich habe auch mit Zustimmung von

11 Gespräche Eisenhowers mit de Gaulle am 2. und 3. September 1959 in Paris (AdG 1959 S. 7916). Brief Adenauers an de Gaulle vom 27. August 1959, in StBKAH III/3.

Eisenhower noch am gleichen Tage de Gaulle brieflich unterrichtet über den Verlauf des Gespräches zwischen Eisenhower und mir über de Gaulle, so daß also – es war an sich eine Sache, derentwegen man Sorge haben konnte – auch diese Besprechung zwischen de Gaulle und Eisenhower sehr gut verlaufen ist und wesentlich zur Stärkung der europäischen Sache beigetragen hat.

Er hat auch mit Segni¹² gesprochen. Segni und Pella haben ihn in Paris besucht. Segni hat mir über sein Gespräch mit ihm berichtet, ebenso wie de Gaulle mir über sein Gespräch mit Eisenhower geschrieben hat. Wenn man die Nachrichten, die bald von dem einen, bald von dem anderen kommen, vergleicht, kann man nur sagen: Es ist ein Segen, daß Eisenhower diese Reise gemacht hat. Der Westen ist dadurch außerordentlich gestärkt worden.

Über das Gespräch zwischen Macmillan und Eisenhower¹³ habe ich von Herrn Macmillan nichts gehört, aber das war wohl nicht nötig; denn ich wußte, worüber sie sich unterhalten würden. Es sind erstens alte Kriegsgefährten, sie kennen sich persönlich sehr gut; und zweitens sind die amerikanische Politik und die englische Politik im allgemeinen – ich betone aber: im allgemeinen, nicht in allem, was Europa angeht – so eng miteinander verbunden, daß eigentlich Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Die Meinungsverschiedenheiten, die bestanden haben, bestehen noch weiter. Das ist die Gipfelkonferenz.¹⁴ Macmillan will, wie Sie wissen, eine Gipfelkonferenz ohne jede Voraussetzung, während Eisenhower als Voraussetzung für eine Gipfelkonferenz verlangt, daß irgend etwas Positives von seiten Sowjetrußlands vorher geschehe. In dieser Sache hat sich eine Verständigung zwischen Macmillan und Eisenhower nicht ergeben. Ihre Meinungen bleiben also in dieser Sache weiterhin geteilt.

Dann ist von großer Bedeutung, was das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Europa angeht, daß man 1. die NATO noch mehr als bisher kultivieren will, d.h. den politischen Teil der NATO, den militärischen Teil selbstverständlich, aber auch den politischen Teil, 2. daß Eisenhower mir bestätigte, was mir Norstad vorher gesagt hatte: Dieses angelsächsische Gremium, in das de Gaulle aufgenommen werden wollte, besteht nicht mehr. Es hat, wie ich gehört habe – nicht von Eisenhower –, bis zum Jahre 1946 bestanden¹⁵, also während des letzten Krieges. Dann wollte Amerika es auflösen. England hat gebeten, es bestehen zu lassen, aber es ist dann von selbst zum Erliegen gekommen, so daß in Wahrheit ein solches Gremium nicht mehr besteht.

12 Professor Antonio Segni (1891–1972), Rechtswissenschaftler, italienischer Politiker; 1955–1957 und 1959–1960 Ministerpräsident (DC), 1958–1959 Verteidigungsminister, 1959–1960 Innenminister, 1960–1962 Außenminister, 1962–1964 Staatspräsident.

13 Eisenhower weilte vom 27. bis zum 31. August 1959 in Großbritannien. Am 29., 30. und 31. August führte er Gespräche mit Macmillan, wobei das Gespräch vom 31. August aus der Downing Street im Fernsehen übertragen wurde (AdG 1959 S. 7914–7916).

14 Gemeint ist die gescheiterte Ost-West-Gipfelkonferenz Mitte Mai 1960 in Paris (AdG 1960 S. 8400–8407).

15 Vgl. oben S. 386.

Diese sehr klare Erklärung war übrigens auch für uns neu. Wir haben immer geglaubt, daß dieses angelsächsische Gremium noch weiter existiere.

Nun, meine Damen und Herren, müssen wir abwarten, was Chruschtschow und Eisenhower und demnächst Eisenhower und Chruschtschow tun werden. Eisenhower wird uns unterrichten. Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang noch auf den Brief zurückkommen, den Chruschtschow mir geschrieben hat und den ich beantwortet habe.¹⁶ Der Brief war sehr eigenartig. Er war 13 Schreibmaschinenseiten lang und wechselte in Freundlichkeiten und in Grobheiten ab. Es war also ein echter „Chruschtschow“. Ich bin davon überzeugt, daß er ihn zum weitaus größten Teil selbst geschrieben hat. Das geht z.B. auch daraus hervor – ein solcher Satz wird niemals von einem Mitglied eines Auswärtigen Amtes geschrieben werden –, daß er – ich zitiere – schreibt: „Wir beide sind zu alt, um uns gegenseitig noch etwas weiszumachen.“ In meiner Antwort habe ich mit dem Satz geschlossen und gesagt: „Sie haben den wirklich vortrefflichen Satz geschrieben, daß wir beide zu alt seien, um uns noch etwas weiszumachen, und das beziehen Sie bitte auf das, was ich Ihnen vorstehend geschrieben habe.“ Er war sehr erstaunt über die Antwort. Sie wissen, daß im „Foreign Affairs“ später ein Artikel erschienen ist, der wieder von Grobheiten gegen die Bundesrepublik und gegen meine Person strotzt.¹⁷ Die Russen haben aber mitgeteilt, der Artikel sei schon in Amerika gewesen, ehe mein Brief in Moskau eingetroffen sei.

Ob bei diesem Briefwechsel viel herauskommen wird, weiß ich nicht. Ich glaube noch nicht daran; denn in diesem Brief sagt er: „Sie sind ein Realist. Sie müssen realistisch sehen, wie die Sachen liegen. Wir haben uns die Zone zugelegt. Berlin liegt mitten in der Zone. Also erkennen Sie diese Tatsache an. Das sind nun einmal Fakten, die sind nicht aus der Welt zu schaffen, und dann können wir im übrigen sehr gute Geschäfte miteinander machen.“ Wie er überhaupt sehr viel von Geschäften gesprochen hat! Diese Worte klingen in den Ohren mancher führender Industrieller in Deutschland außerordentlich verlockend. Ich glaube aber nicht, daß viel dabei herauskommen wird.

Sie wissen weiter – auch das gehört in diesen Überblick –, daß ich zum 1. September über das Radio nach Polen gesprochen habe.¹⁸ Ich habe mich nur sehr schweren Herzens dazu entschlossen. Ich bin aber von deutscher Seite so gedrängt worden, das zu tun, daß ich es dann doch getan habe. Meine Freunde! Der Wahrheit muß man immer die Ehre geben. Ich habe deswegen festgestellt – das werden Sie vielleicht gehört haben –, daß leider Gottes Hitler-Deutschland zusammen mit

16 Chruschtschow an Adenauer vom 18. August 1959 und Antwortschreiben vom 27. August 1959 in AdG 1959 S. 7901–7904, BULLETIN vom 1. September 1959, S. 1595f., MOSKAU BONN S. 586–595.

17 Nikita S. KHRUSHCHEV: On Peaceful Coexistence. In: Foreign Affairs Vol. 38 No. 1 October 1959 S. 1–18. Vgl. auch NZZ vom 4. September 1959 (Anpreisung der Koexistenzthese).

18 Vgl. BULLETIN vom 1. September 1959 S. 1593. Vgl. auch Hansjakob STEHLE: Adenauer, Polen und die Deutsche Frage. In: FOSCHEPOTH S. 80–98.

Sowjetrußland in Polen eingedrungen sei. Ich habe mir sogar noch die Mühe gemacht und einiges gestrichen. Ich hatte zuerst geschrieben: „Das Deutschland Hitlers und Sowjetrußland Stalins“. Ich habe das Wort „Stalins“ nachher gestrichen, weil ich dachte, das erste genüge. Das hat nachher in Polen großes Aufsehen hervorgerufen. Die polnische Regierung hat erst nach acht Tagen gestattet, diese Radiobotschaft von mir in den polnischen Zeitungen abzdrukken. Ich möchte ausdrücklich erklären, daß Herr Eisenhower – wir haben das Verhältnis zu Polen miteinander besprochen – in keiner Weise gedrängt hat, wir sollten mit Polen diplomatische Beziehungen aufnehmen, wie er überhaupt in keinem Punkt gedrängt hat. Wir haben uns sehr eingehend ausgesprochen, und er hat in manchen Sachen eine andere Meinung, wie ich sie habe. Wir haben sie beide dargelegt, und es ist ja schließlich bei solchen Gesprächen auch das beste.

Was wir nun mit Polen machen werden, das hängt nach meiner Meinung sehr ab von dem Verlauf der Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen in den nächsten Monaten. Jetzt da große Geschichten zu machen, wie das von sozialdemokratischer Seite verlangt wird, wäre nach meiner Meinung eine große Dummheit. Sogar die ausländischen führenden Staatsmänner, die dringendst wünschen, wir möchten mit Polen diplomatische Beziehungen anknüpfen, sagen, es wäre eine große Torheit, das jetzt zu machen und überhaupt zu machen, ohne daß eine Gegenleistung erfolge.

Die Frage Polen, Oder-Neiße-Linie usw., überhaupt das Verhältnis zu Rußland wird von Bedeutung sein in den Kreisen der Vertriebenen bei uns. Deshalb ist diese Frage auch im Hinblick auf die Wahl des Jahres 1961 von Bedeutung. Sie muß auch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Es ist in hohem Maße unwahrscheinlich, daß etwa der BHE irgendeinen Bundestagsabgeordneten bekommt. Aber er wird immerhin eine Anzahl von hunderttausend Stimmen bekommen, und er kann im großen und ganzen zur sozialdemokratischen Seite oder zu uns gehen.¹⁹ Deswegen müssen wir die ganzen Dinge im Zusammenhang betrachten.

Damit lassen Sie mich übergehen zur innenpolitischen Situation. Ich möchte eigentlich damit beginnen, was ich auch in der Fraktion gesagt habe. Ich bin sehr erschrocken über die Teste zum Ausgang der nächsten Bundestagswahl. Sie wissen, daß wir danach 53 % der Stimmen bekommen sollen.²⁰ Zwei Jahre vor der Wahl ist eine solche Zahl natürlich sehr verführerisch zum Nichtstun. Und wenn man glaubt, den Sieg schon in der Tasche zu haben und man brauche sich nicht sehr anzustrengen, dann wird man bei der nächsten Bundestagswahl eine unangenehme Enttäuschung erleben. Die Sozialdemokratie hat dreimal, 1949, 1953 und 1957, die Wahl verloren. Eine vierte Niederlage – das ist keine Prophezeiung, die man so dahinsagt, sondern das

19 Die GDP (GB/BHE-DP) erreichte bei der Bundestagswahl am 17. September 1961 nur 2,8 % der Stimmen und damit kein Bundestagsmandat. Vgl. FISCHER 1 S. 15 und 17.

20 Laut EMNID hätte die CDU im August 1959 im Falle einer Bundestagswahl mit 53 % der Stimmen rechnen können (EMNID-Informationen Nr. 40, Oktober 1959, S. 2). Vgl. auch Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964. S. 423.

ist eben menschlich begründet – würde für die Sozialdemokratie und für die jungen Leute, die nun zur Wahl gehen, vernichtend sein. Daher wird die Sozialdemokratie alles tun, was sie kann, um bei der nächsten Wahl entweder zu gewinnen oder zusammen mit der FDP soviel zu erreichen, damit uns eine Regierungsbildung, eine Mehrheitsbildung, außerordentlich schwerfallen wird.

Ich halte daher die Wahl im Jahre 1961 für ungemein wichtig, um das, was wir außenpolitisch und wirtschaftlich seit dem Jahre 1949 erreicht haben, wirklich zu festigen und zu stabilisieren. Ich bin der Auffassung, daß die Bundestagswahl 1961 auch im Kalkül Chruschtschows eine große Rolle spielt. Er hat, vom Kreml aus gesehen, wieder drei Wahlen vor sich, und zwar einmal am 8. Oktober die Wahl in Großbritannien.²¹ Wenn es der Labour Party gelänge, die Mehrheit zu bekommen, wäre das für die russische Politik gegenüber Europa ein großer Vorteil. Dann kommt die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten im Jahre 1960.²² Ich glaube nun, durch diese Wahl, mag sie ausfallen, wie sie will, wird an dem Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland kaum etwas geändert; denn die beiden Parteien in Amerika, sowohl die Republikaner wie die Demokraten, haben, als ich Ende Mai zur Beisetzung von Dulles in Washington war²³, durch ihre Führer gesagt, daß sie in der auswärtigen Politik völlig miteinander übereinstimmen. Ich habe mir innerlich gesagt, wenn wir das doch auch einmal in unserem lieben Deutschland sagen könnten. Aber das wird auch der Jüngste, der hier am Tische sitzt, wohl kaum erleben.

Aber in dem Kalkül Chruschtschows wird sicher eine ganz große Rolle spielen die Wahl in der Bundesrepublik im Jahre 1961, mit Recht, wenn er sich die Ideen der Sozialdemokraten vor Augen hält; Ideen, die, wenn sie verwirklicht würden – wie man wohl sicher sagen kann –, sehr schnell das ganze Deutschland auf irgendeine Weise in die kommunistische Atmosphäre hineinbrächten, um mich sehr vorsichtig auszudrücken. Wir dürfen uns auch nicht dadurch beruhigen, daß wir sagen, wir haben doch soviel für das deutsche Volk erreicht, wir haben nun diese Stellung in der Welt. Sie wissen, daß ich in den Klub der Freunde Eisenhowers aufgenommen bin, ausdrücklich durch ihn. Sie wissen, daß wir soundso viel Kühlschränke haben. Sie wissen alles, was wir gebaut haben. Aber der deutsche Wähler – wahrscheinlich wird das anderswo auch der Fall sein – gibt seine Stimme in erster Linie für den ab, von dem er glaubt, in der kommenden Wahlperiode noch etwas zu bekommen. Er gibt sie nicht ab für das, was er schon hat, sondern er wählt in der Hoffnung, noch mehr zu bekommen. Ich spreche über die Wahl so ausführlich, weil sie auch

21 Die Wahl zum Unterhaus vom 9. Oktober 1959 hatte bei einer Wahlbeteiligung von 78,7 % folgendes Ergebnis: Konservative 49,4 % (366 Sitze), Labour 43,8 % (258) und Liberale 5,9 % (6). Vgl. AdG 1959 S. 7990.

22 Am 8. November 1960. John F. Kennedy (49,7 %) siegte knapp über Richard M. Nixon (49,6 %). Vgl. AdG 1960 S. 8822.

23 John Foster Dulles war am 24. Mai 1959 im Alter von 71 Jahren verstorben (AdG 1959 S. 7748).

auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Wir sollten uns also nicht darauf verlassen, daß wir große Erfolge gehabt haben und daß das deutsche Volk uns deswegen in seiner Mehrheit dankbar sei.

Die Sozialdemokraten haben jetzt den Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm gemacht.²⁴ Sie werden vielleicht gelesen haben den Artikel von Dombrowski²⁵ in der „Frankfurter Allgemeinen“ von heute.²⁶ Dombrowski ist ein gemäßigter Mann; ich glaube, er gehört sogar zur CDU. Aber wenn Sie den Artikel lesen, dann finden Sie, daß er sagt, daß zwar sehr viel Tünche dabei ist und daß vermeintliche Wahrheiten der Sozialisten in anderer Form wiederkehrten, aber er halte es für möglich, daß man zu der Überzeugung kommen könnte, die Sozialdemokratie habe sich in ihrem Wesen geändert, so daß dadurch der Weg der Sozialdemokratie zu einer großen Volkspartei – die auch Leute in sich aufnehme, die nicht Sozialisten seien – geöffnet sei. Ich empfehle Ihnen dringend, diesen Artikel der heutigen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu lesen. Daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, und zwar von Dombrowski, diesen Artikel schreibt, ist für mich ein sehr erfreulicher Hinweis auf die Gefahren, die uns drohen.

Die FDP! Wenn die wüßte, was sie wollte, dann könnten wir uns vielleicht danach richten, aber die wissen ja nicht, was sie wollen. Ihnen wird nichts anderes übrigbleiben, als sich irgendwie den Sozialdemokraten anzuhängen. Zwischen der Deutschen Partei und uns haben Besprechungen stattgefunden. Es werden, wie ich von Herrn Cillien höre und wie von Herrn Hellwege bestätigt wurde, in der nächsten Zeit weitere Besprechungen stattfinden.²⁷ (*Gerstenmaier*: Ob sie wieder gut sind, die DP und die CDU?) Ich spreche von Herrn Hellwege und der DP. Natürlich muß einmal angefangen werden. Wie weit sich der Anfang bis zum Ende durchführen läßt, weiß ich natürlich nicht. (*Gerstenmaier*: Diese Partei stellt in allen Ländern Kandidaten auf, auch in Baden-Württemberg für die Landtagswahl!) Ich bitte Sie, jetzt nicht auf alle Einzelheiten einzugehen. (*Gerstenmaier*: Es geht um mein Vaterland, um Baden-Württemberg!)

Meine Damen und Herren! Es liegt allerhand Zündstoff vor, trotz unserer Erfolge. Da ist zunächst die Frage: Industriegebiet. Man sollte nicht sagen: Kohle und Öl. Es handelt sich um viel mehr. Wir haben heute in diesem Raum eine sehr lange Besprechung gehabt. Einige Herren von hier waren dabei. Herr Krone wird mir

24 Vorstand der SPD (Hrsg.): Entwurf für ein Grundsatzprogramm, dem Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959 vorgelegt vom Vorstand der SPD, Druck Bonn 9/1959; vgl. auch „Vorwärts“ vom 11. September 1959.

25 Dr. Erich Dombrowski (1882–1972), Journalist; 1948–1962 Mitherausgeber und Chefredakteur der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

26 „Eine entscheidende Wandlung?“, in: FAZ vom 16. September 1959.

27 Besprechung Adenauers mit Hellwege, Cillien und den Bundestagsabgeordneten Ludwig Schneider (Lollar; 1959 DP, ab 1961 CDU) und Herbert Schneider (Bremerhaven/Königswinter; 1959 DP, ab 1961 CDU) am 21. Oktober 1959 (TERMINKALENDER); vgl. auch Hellwege an Adenauer, 5. November 1959, in ACDP VII-002-006/1.

bestätigen, daß es ziemlich durcheinander ging zuerst. (*Krone*: Nachher nicht mehr!) Nachher nicht mehr, aber damit ist das ganze Problem noch nicht gelöst. Neulich sagte mir ein Mann, auf dessen Urteil ich sehr viel gebe – ich rief von Cadenabbia bei ihm an –, die Sozialdemokraten hielten sich sehr zurück. Daraufhin habe ich ihm geantwortet, wenn ich Sozialdemokrat wäre, würde ich genau dasselbe tun; denn das Feuerwerk – von sozialdemokratischer Seite aus betrachtet – darf nicht schon jetzt abbrennen, sondern das muß brennen im nächsten Jahr. Und unsere Aufgabe muß es sein, dafür zu sorgen, daß in den nächsten zwölf Monaten diese ganze Sache aufhört. Ich möchte dabei einige Worte sprechen, weil ich sie von außerordentlich großer Bedeutung halte. Dies ist auch eine sehr große psychologische Angelegenheit.

Sie müssen an folgendes denken. Nach dem deutschen Zusammenbruch haben wir alle gesagt: Kohle! Kohle! Kohle! Die Bergwerke müssen instandgesetzt werden. Wir haben die Leute von Gott weiß woher geholt, damit sie in die Zechen gingen. Wir haben alles mögliche getan. Wir haben an die Leute appelliert. Wir haben ihnen Häuser gebaut. Wir haben gesagt, sie müssen die Spitzenlöhne behalten usw. Und jetzt plötzlich soll das alles falsch gewesen sein? So sagen doch die Leute: Auf einmal sind wir nicht mehr absolut notwendig für Deutschland und für die deutsche Wirtschaft. Was soll man da schließlich noch machen? Daher betrachte ich diese ganze Angelegenheit als so eminent wichtig wie kaum eine andere innenpolitische Frage. Ich wüßte keine andere innenpolitische Angelegenheit in Deutschland, die so wichtig ist wie diese Frage. Wir müssen uns also mit aller Energie dieser Frage widmen. Wir haben heute im Kabinett beschlossen, eine Gesetzesvorlage dem Bundestag vorzulegen wegen Einführung einer Heizölsteuer in Höhe von DM 30,- pro Tonne.²⁸ (*Zuruf*: Das ist zu wenig!) Das Aufkommen soll benutzt werden, um den Bergbau zu rationalisieren und um soziale Härten, die dort entstanden sind und noch weiter entstehen werden, auszugleichen.

Wir haben nur die Kohle als Energieträger. Das bißchen Öl, das wir im eigenen Lande fördern, fällt kaum ins Gewicht. Dagegen müssen wir den Energieträger Kohle behalten und pflegen. Ich möchte namentlich für die Damen und Herren, die nicht das Industriegebiet so kennen, sagen, daß man den Tiefbau nicht einfach stilllegen und nach einigen Jahren wieder dort anfangen kann; denn dann ist der Schacht verloren, er ist versoffen. Das kann man also einfach nicht. Beim Tagebau kann man so etwas; beim Tiefbau kann man so etwas nicht. Es handelt sich bei dieser Angelegenheit um eine nationale Frage allerersten Ranges. Ob wir gewillt und entschlossen sind, dafür einzutreten, daß die deutsche Kohle – nicht alle Zechen, es gibt Zechen, die nicht rentabel gemacht werden können, die müssen stillgelegt werden – als der maßgebende Energieträger bei uns lebensfähig bleibt, oder ob wir uns einfach dem Öl, das von draußen kommt, preisgeben wollen – das genau so gut eines Tages ausbleiben oder Preissteigerungen vornehmen kann, weil die großen Firmen alle kartellisiert sind –,

28 Vgl. BULLETIN vom 17. September 1959, S. 1713f.

das ist eine nationale Frage allerersten Ranges, die auf die Wahl im Jahre 1961 sicher einwirken wird.

Auf die Wahl im Jahre 1961 wird nach meiner Meinung auch sehr einwirken die Kriegsoferversorgung. Die Sozialdemokratie macht es sehr geschickt. An ihr sozialistisches Programm glaubt kein Mensch, auch unter den Sozialdemokraten nicht. Nun kann man aber wohl eine große Unruhe hervorrufen. Seit Jahrzehnten war es so: Wenn eine Unruhe in Deutschland kam, dann ging sie vom Industriegebiet aus. Die Frage der Kriegsoferversorgung wird unangenehm und böse werden. So gibt es noch mehr Fragen, die der Sozialdemokratie als der Oppositionspartei um jeden Preis einen ausgezeichneten Agitationsstoff gegen uns geben.

Ein Drittes kommt hinzu, und das ist die Arbeitsüberlastung des Bundestages. Der Bundestag ist überlastet mit Arbeit. Es gibt einige Ausschüsse, die einfach unter der Arbeit erstickten. Und dazu gehört insbesondere der Rechtsausschuß; denn auch Gesetze, die nicht unmittelbar juristischen Stoff bearbeiten und behandeln, müssen vom Rechtsausschuß beraten und durchgegangen werden, um festzustellen, ob nichts darin steht, was mit unserer Rechtsordnung nicht zu vereinbaren ist. Es freut mich sehr, daß der Vorsitzende unserer Fraktion, Herr Dr. Krone, die Sache in die Hand genommen hat. Es werden in den nächsten Tagen darüber Besprechungen stattfinden, in denen maßgebenden Bundestagsabgeordneten klargemacht wird, wie überhaupt die gesetzgeberische Situation im Bundestag ist.

Wir müssen damit rechnen, daß im letzten Jahr vor der Wahl nicht mehr viel gemacht werden kann, daß aber die Opposition dann namentlich alles tun wird, damit nicht mehr viel gemacht wird. Bis dahin müssen wir aber, die wir doch die Mehrheit im Bundestag haben, dem deutschen Wähler bewiesen haben, daß wir nicht nur verstanden haben, die Mehrheit zu erobern, sondern daß wir auch verstanden haben, von dieser Mehrheit einen guten Gebrauch zu machen, und daß wir in diesen Jahren etwas geleistet haben. Ich wiederhole, das erfordert sehr viel Arbeit. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir über ein Programm für die nächste Bundestagswahl jetzt noch nicht viel sprechen. Das hat noch Zeit. Ich bin der Auffassung, daß wir mit dem Wahlkampf nicht schon zwei Jahre vorher beginnen sollen, sondern daß wir einen kräftigen und zielbewußten Wahlkampf führen, und zwar je nach Lage der Dinge im letzten halben oder im letzten dreiviertel Jahr. Auch darin liegt eine nicht unerhebliche Gefahr.

LAGE DER PARTEI

Weil sich das so gut anschließt, lassen Sie mich etwas zu dem sagen, was an sich in dieses große Programm gehört, das wir ausgearbeitet haben. Es ist die Frage: Haben wir überhaupt eine Bundespartei? Nach meiner Meinung haben wir keine Bundespartei. Ich weiß, daß ich hier auf Widerspruch stoßen werde. Ich bin auch in

der Fraktion – allerdings nur bei einem Teil – auf Widerspruch gestoßen, als ich das gesagt habe. Aber ich möchte versuchen, Ihnen das doch klarzulegen.

Unsere Fraktion hat im Bundestag – ich rechne die Berliner Damen und Herren nicht mit – 271 Mitglieder, die SPD hat 169, die FDP 52 und die DP 15. Wenn Sie nun betrachten, wie es in den Ländern aussieht, dann finden Sie folgendes: Die CDU hat sechs Ministerpräsidenten, die Sozialdemokratie hat fünf Ministerpräsidenten.²⁹ Der Anteil der SPD in den Länderkabinetten überwiegt in folgenden Ressorts: Inneres, Arbeit und Wiederaufbau; also in ganz wichtigen Ressorts, die auf die große Masse der Bevölkerung wirken. Diese große Mehrheit, die wir im Bundestag haben, hat es in vielen Fällen außerordentlich schwer durchzukommen, weil der Bundesrat, wenn er mit Zweidrittelmehrheit gegen ein Gesetz Einspruch einlegt, damit durchkommt. Und die Beschlüsse unserer Fraktion über Gesetzesvorlagen sind null und nichtig. Wir haben damit sehr trübe Erfahrungen gemacht. Obwohl wir eine große Mehrheit im Bundestag haben, werden wir durch die Politik in den Ländern via Bundesrat – aber nicht nur via Bundesrat, sondern auch durch andere Sachen, die von den Ländern ausgehen – sehr schwer gehandikapt, weil die Länder ja die Gesetze auszuführen haben und weil es sehr wesentlich darauf ankommt, wie ein Gesetz ausgeführt wird. Es kommt nicht nur darauf an, daß ein Gesetz gut gemacht wird, sondern auch darauf, wie es in den Ländern ausgeführt wird.

Wir haben neulich den großen Klamauk gehabt wegen des 22er Jahrganges.³⁰ Das ist zum Teil dadurch gekommen, daß von den Ländern Gestellungsbefehle an die 22er ergangen sind, die geradezu blödsinnig waren und die eine große Mißstimmung hervorgerufen haben.

Nun gehe ich aber noch weiter, und zwar gehe ich zu den Kommunen. Hier haben Sie bei der Parteizugehörigkeit folgendes Bild: Von 131 Städten – das sind die Großstädte – haben 75 einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister. Die CDU stellt in 26 Städten den Oberbürgermeister, die FDP in 7, andere Gruppen in 2. Parteilos sind 21. Aber betrachten Sie bitte die beiden Zahlen: 75 SPD- und 26 CDU-Oberbürgermeister. Und in Nordrhein-Westfalen, wo alle die Großstädte sind, wird die Sache besonders betrüblich. Dort gibt es 31 sozialdemokratische Oberbürgermeister und sage und schreibe ... (*Zuruf*: Auch in Köln!) Was heißt das? Selbstverständlich

29 Die Ministerpräsidenten bzw. Regierenden Bürgermeister 1959: Baden-Württemberg: Kurt Georg Kiesinger (CDU); Bayern: Hanns Seidel (CSU); Berlin: Willy Brandt (SPD); Bremen: Wilhelm Kaisen (SPD); Hamburg: Max Brauer (SPD); Hessen: Georg August Zinn (SPD); Niedersachsen: Hinrich Wilhelm Kopf (SPD); Nordrhein-Westfalen: Franz Meyers (CDU); Rheinland-Pfalz: Peter Altmeyer (CDU); Saarland: Franz Josef Röder (CDU); Schleswig-Holstein: Kai-Uwe von Hassel (CDU).

30 Zum erstenmal seit Bestehen der Bundeswehr sollten auch Angehörige eines Kriegsteilnehmerjahrganges (Jahrgang 1922) als Wehrpflichtige angesprochen, d.h. erfaßt, aber nicht gemustert oder einberufen werden. Vgl. dazu BULLETIN vom 25. August 1959 (Weder Musterung noch Einberufung. Zur Erfassung der Angehörigen des Geburtsjahrganges 1922). S. 1554f.; FAZ vom 31. August und 2. September 1959.

ist Köln darunter. (*Albers*: Das wollen wir ja ändern!) Sie sagen: Wir wollen es ändern. Warten wir ab! Sie wollten schon lange ändern! Aber Sie wissen gar nicht, worauf ich hinaus will. In Nordrhein-Westfalen gibt es 31 sozialdemokratische und 7 CDU-Oberbürgermeister. Als ich neulich von einem führenden CDU-Mann hörte, die Kommunen überlassen wir der Sozialdemokratie, da habe ich die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen über eine solche Anschauung: Die Kommunen überlassen wir der Sozialdemokratie.

Weswegen sage ich Ihnen das alles? Sehen Sie mal, im Bundestag haben wir diesen großen Erfolg bei den Wahlen gehabt, dreimal hatten wir diesen Erfolg. In den Ländern nicht, und in den Kommunen gar nicht! Und wenn ich mir nun unsere Abgeordneten betrachte, nach denen die Bundespartei eigentlich kaum noch etwas zu sagen oder zu tun hat, dann muß ich sagen: Wir bleiben nicht am Leben, wenn wir nicht an diese Frage wirklich herangehen. In den Landtagswahlen – ich denke z.B. an die Wahl in Nordrhein-Westfalen, Herr Albers – haben wir nur gesiegt aufgrund der Bundespolitik. Und so ist es fast überall. Tatsächlich ist die Bundespartei fast machtlos. Und nach den Vorschlägen, die gemacht werden sollen, sind noch mehr entmachtet worden. (*Gerstenmaier*: Das geht Herrn von Hassel an!) Es tut mir sehr leid, aber es ist hart und klar, und das hört keiner gern; aber man muß doch sagen, was ist. Und nun kommt ein ganz Wesentliches hinzu, und da bitte ich Sie, mir gut zuzuhören und das in Ruhe zu überlegen: Wie wird denn heutzutage jemand Bundestagsabgeordneter? Wollen Sie sich diese Frage mal überlegen. Glauben Sie, daß die Herrschaften auf die Liste gesetzt werden, weil die Bundestagsfraktion solche Leute braucht? (*Lebhafte Unruhe.*) Meine Herren! Nehmen Sie die Sache bitte ernst, sehr ernst! Ich sehe doch, wie es da aussieht. Herr Krone wird mir, wenn auch mit einer gewissen Zurückhaltung, weil er der Vorsitzende der Fraktion ist, das bestätigen. Es sind 272 Mitglieder ... (*Gerstenmaier*: 279!) ohne die Berliner! Mit Berlin sind es 279, ich glaube sogar 280. Wie ist es denn? Wo sind die Fachleute für die schwierigen Aufgaben, die hier zu lösen sind? (*Gerstenmaier*: Die gibt es nicht!) Glauben Sie, daß dann, wenn der Vorsitzende der Fraktion an ein Land schreibt, ich habe solche Leute der und der Art nötig, damit die Fraktion wirklich arbeitsfähig ist und etwas leisten kann, solche Leute auf die Liste kommen? Ich glaube es nicht, meine Damen und Herren! (*Unruhe.*) Seien Sie gegenüber dieser Sache nicht sofort ablehnend. Ich sage ja gar nicht, Sie sollen heute schon beschließen, aber ich sage, wie es ist, um Ihnen Ihre Verantwortung klarzumachen, meine Freunde.

Wir können doch unmöglich im Bundestag auf die Dauer eine gute Arbeit leisten, wenn sich dafür nicht die nötigen Leute, die etwas davon verstehen und die auch fleißig sind, über die Länder zur Verfügung stellen. Ich hoffe, daß Herr Krone gleich einige Worte dazu sagen wird. Es ist dies ein sehr ernstes Kapitel. Das Schwergewicht der Partei beruht – soweit man von einem Schwergewicht sprechen kann – in den Landesparteien, in den Kommunen schon nicht mehr, im Bund auch nicht mehr. Und das halte ich für total falsch. Da sind wir hinter der Sozialdemokratie natürlich weit, weit zurück. Diese Dinge müssen einmal ausgesprochen werden. Darüber müssen wir

uns einmal unterhalten. Wir werden weder in den Ländern noch in den Kommunen etwas erreichen, wenn es nicht ermöglicht wird, daß wir Kandidaten bekommen, die wirklich in der Lage sind, dort eine gute Arbeit zu leisten.

Das ist dasjenige, was mich am meisten bei diesen ganzen Fragen bewegt. Ich bin übrigens gestern vor zehn Jahren – Sie können mir Glück wünschen – Bundeskanzler geworden. (*Gerstenmaier*: Die Opposition mußte Sie daran erinnern, der Herr Kaisen.) Nein, der Herr Kaisen kam später für den Bundesrat, um mir Glückwünsche auszusprechen. Ich habe Herrn Kaisen gesagt: Sie irren sich, es ist einige Tage später. Im übrigen haben mir auch Eisenhower, Herter³¹ und Norstad Telegramme geschickt. In den zehn Jahren habe ich viel Erfahrungen gesammelt und vieles gesehen. Ich will niemandem zu nahe treten, aber aus dem ersten Bundestag könnte ich Ihnen Leute nennen, die nach vier Jahren ausgeschieden sind. Dann haben sie sich verkrümmelt; sie hatten die Sache satt. Und nun muß unsere Bundestagsfraktion auch noch eine Reihe von guten Kräften für die europäischen Institutionen abgeben. Das wird also zu dem Ganzen noch hinzukommen. Das werden Sie in steigendem Maße tun müssen, damit auch der deutsche Einfluß in den europäischen Institutionen gewahrt bleibt.

Deswegen habe ich mich für verpflichtet gefühlt, wenn wir einmal herangehen an eine Geschäftsordnung und an ein neues Statut, darüber zu sprechen. Wollen Sie nun die Sache so lassen wie bisher, oder wollen Sie irgendwie vom Bund her auch einmal die Sache betrachten? Nach meiner Meinung wird unsere Partei nur dann ein langes Leben haben – und das muß sie haben, sonst werden wir eines Tages doch Kommunisten werden –, wenn man sie ansieht vom Bund aus; sonst wird sie es nicht.

Eine andere Frage ist die der Finanzierung. Wir haben das ja immer wieder durchgemacht. Auch die Landesparteien finden den Weg zu uns, wenn sie Geld haben wollen. Und wir müssen weite Wege gehen, um Geld zu beschaffen. Das ist nicht angenehm, wie es jetzt ist, obgleich ich ausdrücklich erklären möchte, daß uns bisher von der Wirtschaft keine unkeuschen Zumutungen irgendwelcher Art gemacht worden sind für die Hergabe von Geld. Aber das eine ist sicher: Glauben Sie mir, wenn wir einmal im Bundestag nicht in der Regierung mehr sind, dann kriegen wir keinen Groschen mehr. Und dann ist Schluß mit unserer ganzen Partei. Dann werden wir auseinanderfallen durch die Gegensätze, die wir innerlich haben, die bei einer so großen Partei naturgegeben sind.

Das alles sind Dinge, die mich trotz der 53 % des EMNID-Institutes mit großer Sorge in die Zukunft blicken lassen. Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie auch bitten – nicht heute –, über diese Dinge einmal nachzudenken, damit wir uns noch einmal eingehend darüber unterhalten können. Es ist uns auch nicht gelungen, eine

31 Christian Archibald Herter (1895–1966), 1943–1953 Mitglied des amerikanischen Repäsentantenhauses (Republikaner), 1953–1957 Gouverneur von Massachusetts, 1959–1961 amerikanischer Außenminister.

Zeitung auf die Beine zu stellen. (*Gerstenmaier*: Die „Deutsche Zeitung“!³²) Die haben wir nicht auf die Beine gestellt. (*Gerstenmaier*: Der Herr Schröder!) Das ist auch nicht wahr! Ich weiß, wer sie auf die Beine gestellt hat. Es ist trotz aller Mühe, die ich mir gemacht habe – Herr Pferdenges ist Zeuge davon –, nicht gelungen, eine eigene Zeitung auf die Beine zu stellen. Ich meine eine Zeitung, die unsere Ansicht in der großen Öffentlichkeit vertritt. Wir haben zwar eine Reihe von kleineren und mittleren Blättern, aber wir haben kein Blatt, das unsere Politik und unsere Ansichten vertritt, daß man also im Ausland sagen kann, das ist die Meinung der CDU/CSU. Das haben wir doch einfach nicht! Das haben wir nicht fertiggekriegt. Wir sind nun einmal eine Wählerpartei, aber keine Mitgliederpartei. Hierbei komme ich zu dem Kapitel: Wie werde ich Mitglied der CDU? Mitglied der CDU kann ich nur durch eine Kreispartei werden, sonst nicht! (*Gerstenmaier*: Durch eine Ortspartei! – *Unruhe*.) Hier in der Geschäftsordnung steht: Kreispartei! (*Anhaltende Unruhe und Zuruf*: Ausnahmen sind zulässig!) Aber es gibt genug Kreisparteien und Ortsparteien, bei denen man sich nicht gerade mit brennender Liebe meldet, um Mitglied der CDU zu werden. Wenn wir aber Mitglieder der Bundespartei hätten, dann garantiere ich Ihnen, sähe die Sache ganz anders aus. Bei einer Aufnahme sind die persönlichen Eindrücke doch sehr maßgebend. Ich wohne, wie Sie wissen, in einem Ort, der 12.000 bis 14.000 Einwohner hat, in Honnef-Rhöndorf, und weiß etwas von der Sache. Ich weiß auch, wie es parteipolitisch da zugeht, und ich weiß auch, was Geschäft und Partei zu bedeuten haben und daß es gar nicht verlockend ist, da nun zur CDU zu gehen. Und so, wie es da ist, so ist es noch in vielen anderen Orten. Das bitte ich doch auch einmal zu berücksichtigen.

Ich möchte Ihnen sagen, wir haben viel Glück gehabt in den vergangenen Jahren. Wir haben von Anfang an eine gute Politik eingeschlagen, und Gott sei Dank hat die Sozialdemokratie – das ist mindestens so wichtig – eine sehr dumme Politik gemacht. Aber ich sehe nicht beruhigt in die Zukunft, wenn wir nicht gewisse Dinge bei uns anders gestalten. Ich kann Ihnen jetzt keinen Vorschlag machen. Ich möchte aber eine Diskussion über diese ganzen Fragen doch einmal anregen, um zu sehen, ob sich aus einer solchen Diskussion irgend etwas ergibt, was man vorschlagen und machen kann. Ich habe mit Herrn Kraske darüber gesprochen: Was bedeutet die Bundesgeschäftsstelle? Es ist doch verheerend, Herr Kraske! Das ist doch Tatsache! Das können wir doch ruhig zugestehen. Die Bundesgeschäftsstelle ist machtlos, tatsächlich machtlos! In den Zeiten vor der Wahl, in denen Geld gebraucht wird, haben wir ein bißchen Einfluß, aber sonst nichts! Und so steht das ganze große Gebäude – machen Sie sich das bitte klar –, das wir aufgerichtet haben aus diesem Chaos Deutschland, auf solch tönernen Füßen wie nur denkbar, wenn es uns nicht gelingt, unsere Partei so fest zu machen, wie irgendeine Partei fest gemacht werden kann.

32 „Deutsche Zeitung – Christ und Welt“, am 10. November 1948 in Stuttgart gegründete protestantisch-konservativ ausgerichtete Wochenzeitung. – Schröder nicht zu ermitteln.

Damit möchte ich schließen. Das bezieht sich nicht auf die Arbeit, die Herr von Hassel geleistet hat, sondern das geht viel tiefer als das. Die Herren nehmen mir bitte nicht übel, wenn ich diese Frage, die ich angeschnitten habe, für die wichtigste halte, viel wichtiger als rein formale Fragen. Nun möchte ich Ihnen vorschlagen, wenn Sie Fragen haben, diese an mich zu stellen. Andernfalls bitte ich Herrn Krone, einige Ausführungen über das Thema „Bundespartei“ zu machen, und zwar meine ich jetzt über das Prinzip, wie es bei uns ist. (*Gerstenmaier*: Zur Geschäftsordnung!) Bitte schön!

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich frage hier zur Geschäftsordnung, worauf soll sich in der beschränkten Zeit unsere Besprechung heute nachmittag konzentrieren? Wir haben einen Bericht des Herrn Bundeskanzlers zur außenpolitischen und innenpolitischen Lage gehört. Sowohl in der Außenpolitik wie in der Innenpolitik gibt es Fragen genug zur Information und zur Meinungsklä rung innerhalb der Partei. Ich nehme an, daß einige innenpolitische Konkreta in unserer Partei ein zwiespältiges Echo hervorrufen werden, Konkreta, mit denen wir uns in der nächsten Zeit befassen müssen. Die Außenpolitik ist auch nicht ganz so harmonisch. Aber worauf soll es heute nachmittag hinaus? Wir werden um 7 Uhr hier schließen, nehme ich an. (*Zuruf*: Um 6 Uhr!) Das hat keinen Zweck. Wenn ein so großes Gremium zusammentritt, dann müssen wir auch die Zeit ausnutzen. Die Sache ist schwierig genug, die wir vor uns haben. Ich habe den Eindruck, daß an diesem Tisch eigentlich das bemerkenswerteste – verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler – für die interne Parteidiskussion das ist, was Sie zur eigentlichen Parteisituation gesagt haben.

Ich möchte mir deshalb den Vorschlag erlauben, und das ist der Sinn meines Antrages zur Geschäftsordnung, jetzt weder über die Chancen bei der Heizölsteuer noch über sonst etwas zu diskutieren, das hat keinen Zweck, sondern jetzt den Versuch zu machen, auch schon wegen einer Klarstellung der Diskussion innerhalb der Partei, eine Klärung in dieser Sache herbeizuführen. Wir haben bis jetzt vier, sechs Wochen lang Notizen gelesen über Besprechungen in Berlin und in der Bundesgeschäftsstelle. Wir sollten versuchen, uns hier an diesem Tisch einen Vers daraus zu machen; denn wir müssen möglichst mit einer Sprachregelung und einer Vorklärung in den Parteiausschuß, der demnächst stattfindet, gehen. Ich nehme an, daß im Parteiausschuß diese Frage am meisten diskutiert wird. Ich glaube nicht, daß der Parteiausschuß politische Konkreta, außenpolitische und innenpolitische, zu sehr in den Vordergrund stellen wird. Deshalb würde ich dafür plädieren, daß wir uns heute auf diese Parteifragen konzentrieren und den Versuch machen, alles das, was der Herr Bundeskanzler zur Parteistruktur gesagt hat, irgendwie in eine Übereinstimmung zu bringen mit dem, was die Landesvorsitzenden in ihrem Gremium sich bemüht haben zu tun.³³ Ich würde meinen, wir müßten eine Zeit von zwei Stunden an diese Fragen hängen.

33 Protokolle der Landesvorsitzenden-Konferenzen 1959 in ACDP VII-004-034/1.

Adenauer: Ich möchte mir erlauben, einen anderen Vorschlag zu machen. Diese verschiedenen Vorschläge der Landesvorsitzenden können – wenn Herr von Hassel sie erläutert hat – nach meiner Meinung ruhig heute erledigt werden. Sie können aber auch Fragen stellen über die Außenpolitik und über die Innenpolitik. Ich halte es für nötig, daß das gemacht wird. Ich halte es aber für unmöglich, daß die Fragen, die ich angeschnitten habe zur inneren Parteistruktur, heute schon zu Ende diskutiert werden. Das hat damit nichts zu tun. Das ist eine Frage, die muß in aller Ruhe überlegt werden. Jeder muß sich diese Frage einmal überlegen, und man soll jetzt nicht abrupt so oder so entscheiden.

Gerstenmaier: Ich meine, wir sollten versuchen, eine Synchronisation zwischen dem, was Sie gesagt haben, und dem, was die Landesvorsitzenden in ihren verschiedenen Erklärungen gemeint haben, herbeizuführen. Ich frage, ob das heute möglich ist. Denn das ist wichtig für den Parteiausschuß.

Adenauer: Was die Landesvorsitzenden sagen, ist ganz gut, und das muß auch gemacht werden. Aber diese tief in die Parteistruktur hineingehenden Fragen können wir heute nicht erledigen, die müssen unabhängig davon behandelt und besprochen werden. Denken Sie allein an die eine Frage der Einwirkung der Bundespartei auf die Aufstellung der Bundestagsabgeordneten. Wir werden es ins Wahlgesetz bringen, in den Entwurf.³⁴ (*Gerstenmaier:* Das begrüße ich zwar sehr, aber wir sind damit schon einmal durchgefallen!) Wenn man etwas vergeblich getan hat, dann macht man es halt zum zweiten oder zum dritten Male. Wenn man das alles sieht, ist man doch verpflichtet ... (*Gerstenmaier:* Ich bin ja völlig Ihrer Meinung!) Ich möchte Ihnen folgenden Vorschlag machen zur heutigen Diskussion: Die Fragen, die hier aus der Besprechung der Landesvorsitzenden anstehen, können heute ruhig erledigt werden, aber ich hätte den dringenden Wunsch – nachdem ich in allem Freimut zu Ihnen über Dinge gesprochen habe, die nach meiner Meinung für die Lebensdauer unserer Partei entscheidend sind –, daß Herr Krone aus seiner Erfahrung heraus einmal sagt, in dem und dem stimme ich mit Ihnen überein, aber in dem und dem bin ich anderer Meinung, und daß wir dann die Diskussion über dieses Kapitel zunächst abschließen. Das muß man sich dann zu Hause überlegen. Wir haben es uns schon eine lange Zeit nicht mehr überlegt. Dann würde ich vorschlagen, Fragen zur Außenpolitik und zur Innenpolitik zu stellen, damit wir den Punkt 2 erledigen. Sollen wir es nicht so versuchen?

Blumenfeld: Darf ich darum bitten, daß wir dem Vorschlag von Herrn Gerstenmaier weitgehend folgen, Herr Bundeskanzler, weil die rein dünnen und nackten Tatsachen – die in dem Vorschlag, den Sie gelesen haben, enthalten sind – das

³⁴ Das Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 wurde in der dritten Legislaturperiode nicht geändert. Vgl. dazu auch Adenauer am 27. April 1960 in: CDU, 9. Bundesparteitag S. 29f. Vgl. auch „Die Welt“ vom 10. Mai 1960: „Bundesliste auch in der CDU umstritten. Christlich-Soziale: Zahl der Bundestagsabgeordneten darf nicht noch einmal erhöht werden“.

Ergebnis sehr eingehender Aussprachen zwischen dem geschäftsführenden Vorstand und allen Landesvorsitzenden sind. Gerade das Thema, das Sie, Herr Bundeskanzler, angeschnitten haben – und wozu Sie Herrn Krone noch das Wort geben wollen –, nämlich die Zielsetzung, die Spitze unserer Bundespartei unbedingt zu stärken, ist eingehend besprochen worden. Wir Landesvorsitzenden haben uns zusammengefunden, und zwar freiwillig, seit über einem Jahr, in dem Bemühen, nicht die Landesverbände, sondern die Bundespartei zu stärken.

Damit kommen wir nun auf dieses Thema. Wenn Herr von Hassel das jetzt vortragen könnte, würden wir anschließend in die Diskussion einsteigen. Das wird eine sehr fruchtbare Diskussion.

Adenauer: Wollen Sie Herrn Krone nicht zehn Minuten lang vorher anhören? (*Blumenfeld:* Doch! Doch! Selbstverständlich!) Bitte, Herr Krone!

Krone: Das war von mir nicht vorgesehen, aber ich will der Bitte des Herrn Bundeskanzlers gerne nachkommen. Zunächst schlage ich vor, daß wir heute mindestens bis 7 Uhr hierbleiben und arbeiten. Wenn der Bundesparteivorstand mit seinen Mitgliedern aus dem Süden und dem Norden der Bundesrepublik hier zusammenkommt, dann muß er auch Zeit zum Arbeiten haben.

Herr Bundeskanzler! Ich unterstütze Ihre Auffassung vor allen Dingen in zwei Richtungen, d.h. von meinem Standpunkt aus. Die Fraktion hätte gern, daß sie etwas mehr von der Partei erführe, nämlich darüber, was die Partei will, was sie in entscheidenden Dingen will. Dazu rechne ich z.B. die Arbeit hier im Vorstand; es gehört weiter dazu, was sich die Partei in der Frage des Funks und Fernsehens hinsichtlich des zweiten Programmes für eine Vorstellung macht.³⁵ Ich kann mir denken, daß wir von der Fraktion sehr gern etwas vom Bundesvorstand erfahren, was er für Auffassungen hat. Ich kann mir weiter denken, daß das auch für eine Reihe anderer Fragen gilt, die uns auf den Nägeln brennen, z.B. die Kriegsopferversorgung³⁶. Wir möchten wissen, wie die Partei darüber denkt, ob man da den Weg des Arbeitsministers Blank gehen will, nämlich denen, die besonders schwer betroffen sind, etwas zu geben, und es nicht allgemein zu verteilen, wie es die Verbände wollen. Das ist eine Grundsatzfrage unserer sozialpolitischen Auffassung.

Es wäre auch sehr wichtig, wenn ein zuständiger Ausschuß hier das Ergebnis seiner Beratungen dem Bundesparteivorstand vorlegte, der es dann zur Beachtung an die Bundestagsfraktion weiterleitete. Ich habe also den Wunsch, daß unsere Ausschüsse – die leider nur auf dem Papier stehen und von denen nur ein einziger

35 Vgl. KÜPPERS; Hanns Jürgen KÜSTERS: Konrad Adenauer, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen. In: Karl-Günther von HASE (Hrsg.): Konrad Adenauer und die Presse. Bonn 1988 S. 13–31.

36 Vgl. Nr. 10 Anm. 98. – Das Kabinett hatte am 19. August 1959 beschlossen, an seiner Vorlage festzuhalten, die im wesentlichen auf eine Erhöhung der Ausgleichsrenten für Schwerbeschädigte und Witwen ohne sonstiges Einkommen abgestellt war. Vgl. BULLETIN vom 22. August 1959, S. 1541.

arbeitet – wieder mehr arbeiten als bisher.³⁷ Die Ausschüsse müßten ihre Arbeiten vom Bundesvorstand zugewiesen bekommen. Dann würden die Ausschüsse das Ergebnis ihrer Arbeit dem Bundesvorstand vorlegen. Der Bundesvorstand könnte dann darüber beschließen und seinen Vorschlag an die Bundestagsfraktion weiterleiten. Das heißt also, wir müssen die Parteiarbeit aktivieren auf einem ganz wesentlichen Gebiete. Das wäre eine Aktivierung von unten bis nach oben.

Mit einem Zweiten haben Sie auch recht, Herr Bundeskanzler. Ich will es so sagen. Es handelt sich um die Qualifikation von Abgeordneten für eine Reihe von wichtigen Fragen, die anstehen. Ein Beispiel! (*Gerstenmaier*: Das gibt ja doch nichts!) Das muß eben etwas geben! Ein Beispiel! Der Kollege Hellwig geht zur Hohen Behörde.³⁸ Ich bin gefragt worden, was sagt die Fraktion dazu. Ich habe gesagt, die Fraktion kann nur notgedrungen dem zustimmen; denn sie verliert eine Kraft, wie sie sie gleichwertig nicht hat. Das ganze Gebiet der Wirtschaftspolitik wird nur von einigen wenigen Leuten, die wirklich Fachleute sind, bearbeitet. Und wenn der Kollege Neuburger³⁹ und einige weitere Kollegen beim nächsten Bundestag ausscheiden, wenn wir nicht ein paar Herren bekommen, die etwas von der Steuer und von der Wirtschaft verstehen, dann versagt die Fraktion auf wesentlichen Gebieten. (*Zurufe*: Hör! Hör!) Aber solche Herren, die in der Außenpolitik kluge Reden halten können – wo man nicht viel zu wissen braucht –, die haben wir. (*Heiterkeit und Widerspruch. – Lebhaftige Unruhe. – Gerstenmaier*: Das ist unerhört! – *Zurufe*: Sie müssen ihn richtig verstehen! – *Anhaltende Unruhe.*) Aber Leute, die konkret ein Gesetz machen können, die haben wir nicht. Denken Sie an die Rechtsreform usw. (*Gurk*: Die Herren müssen qualifiziert werden! – *Gerstenmaier*: Dazu hat man nicht den Mut! – *Anhaltende Unruhe.*) Das gilt auch weithin für unsere Arbeitnehmervertreter. Wir haben hier noch ein paar Altveteranen wie Arndgen usw., aber von den jüngeren Kollegen, die geschult sind, die in der Gewerkschaft gekämpft haben usw., fehlt jede Spur. (*Anhaltende Unruhe.*) Wenn die Bundespartei es nicht fertigbringt, der Fraktion – wir wollen gern arbeiten – von den 279 Abgeordneten wenigstens 50 zu stellen – ich sage es nicht laut –, die bei wichtigen Arbeiten einspringen können ... (*Gerstenmaier*: Die kriegen Sie im ganzen Bundestag nicht zusammen!) Aber wollen wir nicht die Dinge endlich einmal anpacken? Wenn sich auf diesen beiden Gebieten der Bundespartei Vorstand nicht vornimmt, in seinen Landesverbänden für Ordnung zu sorgen, dann wird es mit der Politik im nächsten Bundestag schlecht aussehen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das ist also die Blickrichtung, die ich von der Fraktion her zum Kapitel „Parteireform und Parteiarbeit“ geben kann. Es läuft für mich darauf hinaus, daß wir unsere bestehenden

37 Gemeint ist der CDU-Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik. Unterlagen in ACDP VII-004.

38 Dr. Fritz Hellwig ging im August 1959 zur Hohen Behörde der Montanunion nach Luxemburg, 1967 zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, aus der er im Juni 1970 ausschied.

39 August Neuburger (geb. 1902), 1949–1961 MdB (CDU, 1957–1961 Vorsitzender des Finanzausschusses). Vgl. PROTOKOLLE I S. 106 Anm. 25.

Instanzen in ihrer Arbeit aktivieren und daß wir dafür sorgen, daß gewisse Dinge in den Ländern durchgeführt werden. Das andere gehört auch dazu. (*Zuruf: Was?*) Das hier aber sind die wesentlichsten Punkte. (*Unruhe.*)

Adenauer: Hören Sie mich bitte einmal fünf Minuten lang an, und zwar bin ich sehr ernst mit dem, was ich jetzt sage, meine Freunde. Ich weiß nicht, ob Sie ausführlich über die Kämpfe in der Democrazia Cristiana gelesen haben, die gekommen sind seit dem Tode de Gasperis⁴⁰. Wissen Sie, welche Schwierigkeiten da drohen? Ich war jetzt da und habe mit den Herren gesprochen.⁴¹ Da ist mir vor Augen gekommen: Wie wird es einmal mit unserer Partei aussehen, wenn die Leute nicht mehr da sein werden, die von Anfang an dabeigewesen sind? Wir wissen gar nichts voneinander. Wir haben die Bundesparteiausschüsse. Herr Krone hat sie eben erwähnt. Ein einziger Ausschuß unter Herrn Etzel lebt noch. Die anderen leben überhaupt nicht mehr. Es tut keiner etwas, so daß keine Verbindung mehr besteht zwischen dem, was in der Bundespartei und dem, was in der Bundestagsfraktion und was im Land vor sich geht! (*Zurufe: Hört! Hört!*) Das gleiche gilt auch für das kulturelle Gebiet, das ureigenste Gebiet der Länder, wo doch gerade der christliche Gedanke geprägt und erhalten werden muß, der allein unser Fundament sein kann. Wir können auf diesem Gebiet im Bundestag gar nichts machen.

Wir haben, Gott sei Dank, die Wahlen bisher gewonnen, aber glauben Sie mir, wenn wir nicht grundlegend die ganze Sache ändern und eine ganz enge Verbindung herstellen zwischen der Bundespartei und den Landesparteien, und zwar eine gegenseitige, dann wird diese Partei kein langes Leben haben. Das ist meine feste Überzeugung.

Von Hassel: Der Leitfaden der Beratungen der Landesvorsitzenden war: Wie wird unsere Partei einmal aussehen? Wir haben uns bemüht, mit dem geschäftsführenden Vorstand den Auftrag zu erfüllen, den uns der Parteiausschuß auf dem Kieler Parteitag hinsichtlich der Formulierung einer Geschäftsordnung, einer Finanzordnung und einer Ehrengerichtsordnung gegeben hat.⁴² Alle Vorschläge sind sehr sorgfältig durchberaten, Herr Bundeskanzler, so daß im Grunde genommen nicht mehr viel über Formulierungen geredet zu werden braucht. Es genügt, wenn nachher der eine oder andere seine Gedanken zur Geschäftsordnung oder zur Finanzordnung vorträgt. Ich meine, wir brauchen nicht mehr viel darüber zu diskutieren. Es ist alles sehr sorgfältig durchberaten.

Neben diesem Auftrag des Parteiausschusses auf dem Kieler Parteitag hat die Konferenz der Landesvorsitzenden geglaubt, sich auch der Sorge annehmen zu

40 Alcide de Gasperi (1881–1954), italienischer Politiker; 1942 Mitgründer der Democrazia Cristiana, 1945–1953 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE I S. 67 Anm. 33.

41 Vermutlich bei einem privaten Besuch Segnis bei Adenauer an dessen italienischen Urlaubsort Cadenabbia am 22. August 1959. Vgl. AdG 1959 S. 7894.

42 Vgl. dazu die Protokolle vom 29. Januar, 23. April, 2. Juli und 3. September 1959 (ACDP VII-004-034/1).

müssen, die Sie, Herr Bundeskanzler, eben hier vorgetragen haben. Auch wir sind ausschließlich von der Frage gedrängt worden: Was geschieht 1961, was geschieht, wenn die Dinge einmal schwierig werden? Wie können wir erreichen, daß wir enger zusammenkommen? Ich habe mich mit den Herren Kollegen nicht etwa abgestimmt, aber ich darf wohl sagen, daß dieses halbe Dutzend Sitzungen, die wir gehabt haben, die fast gantztägig von morgens 10 bis nachmittags 16 Uhr gedauert haben, bei[!] uns irgendwie ein Gefühl gegeben haben, daß wir dort nicht mehr gegessen haben als Landesvorsitzende aus Nord und Süd und West, sondern wir haben uns verantwortlich gefühlt ausschließlich für die Bundespartei, und zwar haben wir genau an das gedacht, was Sie gesagt haben, Herr Bundeskanzler, an die Sorge der Mitgliederschaft, an die Bundesgeschäftsstelle, an die Bundestagskandidaten, und zwar in dem Sinne, wie kann man das alles stärken.

Herr Krone sagte eben, die Fraktion hätte gerne gewußt, was die Partei will. Weiter sagte er, die Ausschüsse sollten darüber beraten, was ihnen der Bundesvorstand zuweise. Dazu, so meine ich, muß aber auch der Bundesparteivorstand funktionieren, damit er die verschiedenartigen Beschlüsse fassen kann und in der Lage ist, den Ausschüssen innerhalb der Bundespartei diese Aufgaben zuzuweisen.

Um dieses Thema zu überprüfen, ob der Bundesvorstand funktionsfähig ist und ob das, was im Statut festgelegt wurde, sich bewährt hat, oder ob wir versuchen sollten, etwas Neues zu entwickeln, haben sich die Landesvorsitzenden in zwei Besprechungen, am 2. Juli in Berlin und am 3. September in Bonn, zusammengesetzt. Niemand von uns, die wir in diesem Gremium versucht haben, eine Klärung herbeizuführen, meint, daß wir das heute beschließen sollten. Wir müssen es nur den Damen und Herren vortragen, die nicht diesem Kreis angehören. Das wird nur die Hälfte derer sein, die hier anwesend sind. Außerdem sollte man es dem Bundesparteiausschuß, der am 28. September tagen wird⁴³, vortragen. Dann muß der Bundesparteiausschuß darüber diskutieren und sagen: Das eine paßt uns, das andere paßt uns nicht. Dann muß man aufs neue die Landesvorsitzenden oder sonstige Beauftragte zusammenbringen, damit diese bis in den nächsten Januar oder Februar hinein konkrete Vorschläge machen, was nun geschehen soll. Ich bin der Meinung, daß das Thema „Auswahl der Bundestagsabgeordneten“ völlig zu Recht von uns aufgegriffen werden kann. In der Satzung steht, daß ein Gremium besteht, das dabei mitwirken soll. Wir müssen prüfen, ob das korrekturbedürftig ist; denn die gleiche Sorge, Herr Bundeskanzler, wie Sie von der Bundespartei aus haben wir auch in den Ländern. Wir schlagen uns dort herum und haben den Ärger mit den Kreisparteien, wie Sie dies mit den Landesverbänden haben.

Darüber sollten wir in dieser Vorstandssitzung sprechen und versuchen, zu einem Entwurf zu kommen, der sicherstellt, daß wir ein Team sind, das in der Lage ist, zusammenzuwirken und Entscheidungen zu treffen. Wir hatten geglaubt, und zwar einheitlich, es müßte zweierlei geschehen: 1. muß in der Spitze eine Straffung

43 Protokoll in ACDP VII-001-021/5.

erfolgen, damit man Ihnen ein wenig beweglicher zur Verfügung stehen kann; 2. in der Spitze muß eine klare Verantwortung festgelegt werden. Wir haben z.Z. vier stellvertretende Vorsitzende; wir haben drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder. Das sind sieben, von denen jeder sagen kann, es sind noch sechs andere da, ich brauche also dies oder jenes nicht zu machen; ich habe außerdem nicht die Legitimation. Die Herren in Berlin meinten einheitlich ohne Widerspruch, man solle die Verantwortung teilen; wenn der eine im Augenblick nicht könne, müsse der andere einspringen usw. Es soll also eine klare Verantwortung erteilt werden.

Zweitens sollte geklärt werden, ob man statt eines geschäftsführenden Vorstandes einen engeren Vorstand bestellt. Hier gehen die Auffassungen ein wenig auseinander. Man meinte ursprünglich, zehn würden genügen. In der Zwischenzeit glaubt man, daß zehn nicht genügen, man möge fünfzehn nehmen. In Berlin hat es eigentlich eine Diskussion nur über wenige Punkte gegeben, z.B. darüber, soll man einen Vorsitzenden haben und zwei Stellvertreter, oder genügt sogar – wie Herr Gerstenmaier meinte – nur ein Stellvertreter. Ich habe dringend davor gewarnt und gebeten, man möge das Pendel nicht nach der anderen Seite ausschlagen lassen, sondern einen Mittelweg finden. Eine andere Frage war die, soll man die Stellvertreter auch Stellvertreter nennen, und zwar: Der Bundesvorsitzende, 1. Stellvertreter, 2. Stellvertreter, oder soll man sie nennen: 1. Vorsitzender, 2. Vorsitzender, 3. Vorsitzender? Das waren eigentlich nur die Fragen, über die wirklich diskutiert worden ist.

Es wurde darüber gesprochen: Wie wählt man diesen engeren Vorstand von fünfzehn Mitgliedern, nämlich vom gesamten Parteivolk, vom Bundesparteitag oder vom Vorstand selber? Darüber kann man nachher noch sprechen. Das liegt in der Anlage. Es ist interessant, wie die Vorstellung dort gewesen ist; im großen und ganzen aber war man völlig einheitlicher Meinung. Man würde auf diese Weise ein Gremium bekommen, Herr Bundeskanzler, das Ihnen vollständig und schnell zur Verfügung stehen kann, um mit Ihnen zusammen die Dinge zu beraten; nicht gegen Sie, sondern mit Ihnen; ein Gremium, das in der Lage ist, auch in schwierigen Zeiten die Dinge zu behandeln.

Ich glaube, daß das die eigentlichen Vorschläge sind, Herr Bundeskanzler, die ich für die Landesvorsitzenden hier zu erstatten habe. Man könnte daraufhin die Diskussion mit den Vorschlägen von Ihnen und von Herrn Krone fortführen, um zu sehen, ob alle Überlegungen durchzuführen sind bzw. ob neue Gedanken zum Tragen kommen.

Adenauer: Die Ausführungen von Herrn von Hassel zeigen mir, daß wir völlig aneinander vorbeigeredet haben. Zu dem, was Sie zu den Vorschlägen gesagt haben, habe ich nichts hinzuzufügen, das kann man so durchführen. In Stuttgart hatten wir zwei stellvertretende Vorsitzende. Dann wollte Nordrhein-Westfalen Herrn Arnold haben und ein anderes Land noch einen weiteren. Dann wurden es vier Stellvertreter. Und jetzt wollen Sie wieder zwei haben. In Gottes Namen! (*Albers:* Nein! Nicht in Gottes Namen!) Meine Herren! Wir meinen wirklich etwas ganz anderes. Wenn Sie sich doch nur einmal die Mühe machen wollten, einen anderen Gedanken ganz in

Ruhe anzuhören und sich nicht sofort dagegen zu versperren, dann darf ich folgendes sagen. Nehmen Sie das Statut der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands zur Hand und sagen Sie mir einmal, was das Wesen der CDU ausmacht. (*Gerstenmaier*: Das Statut ist nicht gut formuliert!) Nichts, meine Herren, nichts! Nirgendwo finde ich da etwas. Und dann nehmen Sie jetzt die Vorlage, die die Herren Landesvorsitzenden ausgearbeitet haben.⁴⁴

In § 8 heißt es: „Organisationsstufen der CDU sind a) die Bundespartei, b) die Landesverbände, c) die Kreisverbände, d) die Ortsverbände.“

Dann besagt der § 9: „Aufbau und Aufgaben der Bundespartei ergeben sich aus dem Statut der CDU.“

Und in § 10 heißt es folgendermaßen: „Der Landesverband ist die Organisation der CDU eines Landes oder einer Landschaft. Der Landesverband ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen seines Bereichs.“ (*Gerstenmaier*: Seines Bereichs.) Natürlich! Wofür soll er denn sonst zuständig sein? Aber hiernach ist er für alle politischen Fragen zuständig. Hier ist die Selbständigkeit der Landesverbände doppelt und dreifach unterstrichen. Mit den Kreisverbänden ist es schon anders.

Im § 11 heißt es: „Der Kreisverband ist die Organisation der CDU in den Grenzen eines Verwaltungskreises. Er kann auch mehrere Verwaltungskreise (z.B. kreisfreie Stadt und dazugehörigen Landkreis) umfassen. Im Gebiet eines Verwaltungskreises sollen nicht mehrere Kreisverbände bestehen. Die Bildung und Abgrenzung eines Kreisverbandes ist Aufgabe des zuständigen Landesverbandes. Der Kreisverband ist die kleinste selbständige organisatorische Einheit der CDU mit Satzung und selbständiger Kassenführung gemäß der Satzung des Landesverbandes. Der Kreisverband ist zuständig für alle organisatorischen und politischen Fragen seines Bereichs, insbesondere für die Aufnahme und den Ausschluß von Mitgliedern, die Kassenführung und Verwaltung der Mitgliedsbeiträge. Eine Übertragung dieser Aufgaben an Ortsverbände ist möglich, jedoch nicht das Recht des Mitgliederausschlusses.“

Meine Herren! Daß Sie das nicht verstehen! Das ist doch alles nur das Äußerliche, was Sie da sagen! Wir wollen etwas ganz anderes, Herr Krone und ich. Wir haben deswegen die Fachausschüsse einberufen. In den Fachausschüssen sollen Mitglieder aus der Fraktion und aus den Ländern über die großen Themen, auch über Kultur, beraten. Aber diese ganzen Fachausschüsse – mit Ausnahme des Wirtschaftsausschusses – schlafen und tun nichts. (*Blumenfeld*: Die Ausschüsse sind aufgelöst vom Bundesvorstand, Herr Bundeskanzler, die sind gar nicht mehr legitimiert. Die existieren nicht mehr. Das ist ein Beschluß.⁴⁵)

44 Adenauer zitiert im folgenden aus der neuen Geschäftsordnung der CDU. Druck in UiD Nr. 43 vom 29. Oktober 1959, S. 4f.

45 Blumenfeld bezieht sich auf den geänderten § 11 des vom 6. Bundesparteitag in Stuttgart 1956 beschlossenen Statuts der CDU: „Der Bundesvorstand kann zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden. Das Nähere regelt die vom Bundesvorstand zu erlassende Geschäftsordnung.“ Vgl. das Statut der CDU von 1956 in CDU, 6. Bundesparteitag

Kraske: Die Satzungsänderung in Stuttgart hat den Ausschüssen eine völlig neue Grundlage gegeben, indem sie anstelle des ursprünglichen Delegationsprinzips aus den Landesverbänden heraus ein Berufungsprinzip der Bundespartei gesetzt hat. Sie hat aber diese Änderung geknüpft an die Verabschiedung einer Geschäftsordnung. Da nun diese Geschäftsordnung bis heute nur im Entwurf vorliegt, war es einerseits nicht möglich, aufgrund dieses Geschäftsordnungsentwurfs die Ausschüsse aufzulösen oder neue Ausschüsse zu bilden, zumal sich der Bundesvorstand dieser Aufgabe bisher nicht angenommen hat, andererseits hat aber diese ungeklärte Situation natürlich nicht dazu beigetragen, daß die Ausschüsse in dieser Zeit besonders aktiv geworden sind. Das ist also die Schwierigkeit.

Adenauer: Und der Wirtschaftsausschuß? (*Kraske:* Der hat eine gewisse Sonderstellung!) Ich kann nur wiederholen: Lassen wir mit dem anfangen – heute nicht –, was uns wirklich im Inneren bewegt. Es ist so – ich will nicht vom inneren Gefüge sprechen, das ist ein verbrauchtes Wort –, daß wir sowohl vom Bund wie von den einzelnen Landesparteien her viel mehr zusammenwachsen und viel mehr eine gemeinsame Politik entfalten müssen! Welche Politik entwickeln wir denn im Bund? Die ist doch losgelöst von den Ländern! (*Zuruf:* Leider ja! – *Unruhe.*) Und was entwickeln Sie für eine Politik? Die ist doch losgelöst von uns, verehrter Herr Altmeier! (*Altmeier:* Nein!) Ich habe es doch mitgemacht! (*Altmeier:* Darf ich ein Wort dazu sagen? – *Anhaltende Unruhe.*) Bitte!

Altmeier: Meines Erachtens sind wir hier in der Tat an einem sehr wichtigen Fragenkomplex angelangt. Mir scheint, daß der Herr Bundeskanzler die Stellung der Landesparteien völlig verkennt! Er hört immer „Landesparteien“, und dann wird Landespartei gleichgesetzt mit Landespolitik. Vielleicht wird sogar noch dahintergeschrieben: Bundesrat! Und das ist zweifellos eine Darstellung, die der Tatsache nicht entspricht. Wir sind eine Bundespartei. So wie die Bundesrepublik gegliedert ist in ihren Gliederungen nach unten, so geht auch die Organisation unserer Bundespartei in die Länder und von den Ländern in die Kreise bis zur letzten Ortsgruppe. Wenn wir es nicht so machten, dann müssen wir eine andere Einteilung schaffen

S. 208–212, hier S. 212. Bis 1956 hatte § 11 gelautet: „Zur Unterstützung des Vorstandes sowie zur Bearbeitung fachlicher Aufgaben und zur Betreuung bestimmter Bevölkerungskreise und ihrer Durchdringung mit dem Gedankengut der CDU werden Ausschüsse gebildet. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Landesverbänden – im Einvernehmen mit den auf der Landesebene bestehenden Ausschüssen – entsandt. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden auf Vorschlag ihrer Mitglieder vom Parteiausschuß gewählt. Die Ausschüsse sind dem Vorstand verantwortlich.“ (Vgl. das Statut der CDU von 1950 in CDU, 1. Parteitag S. 174–176, hier S. 176). Die Zusammensetzung der Bundesfachausschüsse erfolgte nach der Geschäftsordnung aus dem Jahre 1951 (dazu: ACDP VII-002-001/2.).

und die Bundespartei in Deutschland vielleicht in 44 Bezirke – oder wieviel wir kennen – einteilen. Es ist aber absolut falsch, nun zu behaupten, wir würden in den Landesparteien nur Landespolitik machen.

Wer führt denn die Bundestagswahlen durch? Das ist doch keine andere Organisation als die der Landesparteien. Wir machen unsere Arbeit in der Landespartei als ein Teil der Bundespartei, aber keine besondere Landespolitik und Gemeindepolitik. Und wer in der Bezeichnung „Landespartei“ eben nur die Arbeit im politischen Bereich der Landespolitik sähe, der würde allerdings nach meiner Meinung eine völlige Verkennung der Sachlage herbeiführen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Aus diesem Grunde halte ich es für dringend erforderlich, nach all dem, was wir heute hier gehört haben, uns darüber auszusprechen. Ich muß fast sagen, es tut mir leid, Herr von Hassel, daß ich die fünf Sitzungen mitgemacht habe; denn was wir heute über das Ergebnis unserer Arbeit in dieser Form einer Note erhalten haben, ist wirklich betrüblich und kann nun keine Veranlassung sein, sich mit aller Liebe der Sache hinzugeben, wie wir es doch gemeint haben, wobei die Landesvorsitzenden ja nicht allein waren, sondern zusammengessessen haben mit dem geschäftsführenden Vorstand, der uns gerufen hat, damit wir diese Fragen erörtern.

Herr Bundeskanzler! Verzeihen Sie, wenn ich so aufgeregt bin, aber wir haben die Politik die ganze Zeit über in ihrer Gesamtheit gesehen. Ich habe in den zwölf Jahren als Landesvorsitzender keinen Unterschied gemacht in der Landespolitik, sondern wir haben die Schlachten geschlagen für die Bundestagswahlen als die Organisation der Partei. Es gibt gar keine andere im Lande. Wir haben die Schlachten geschlagen für die Gemeindewahlen, genau wie wir uns alle vier Jahre um die Landtagswahlen kümmern und bemühen müssen. Da einen Unterschied zu machen, weil es in der Organisation „Bundespartei“ oder „Landespartei“ heißt, das scheint mir doch eine völlige Verkennung der Sachlage darzustellen.

Gerstenmaier: Ich möchte zunächst ein Wort an meinen bundestreuen Freund Altmeier sagen. Ich würde empfehlen, sich nicht verdrießen zu lassen, sondern weiterzumachen in dem Bemühen, das auf einem anderen Stockwerk stattgefunden hat als das, welches der Herr Bundeskanzler heute betreten hat. Der Herr Bundeskanzler hat heute eine Frage angeschnitten, die nicht nur tief in die Struktur unserer Partei hineingreift, sondern die die ganze Konstruktion der Bundesrepublik anfaßt; denn es ist die Frage – hier in diesem Raum werden wir sie wohl, Herr Bundeskanzler und meine Herren Glaubensbrüder von der anderen Konfession, anpacken dürfen –, um es einmal theologiegeschichtlich auszulegen, ob Sie mit Thomas von Aquin⁴⁶ der Meinung sind – für uns sage ich, mit Aristoteles⁴⁷, damit sich jeder getroffen fühlt –: Ist das Ganze nur die Summe der Teile, oder ist das Ganze den Teilen vorgegeben? Was der Herr Bundeskanzler heute vertreten hat, ist die Wahrheit, von der Aristoteles

46 Thomas von Aquin (um 1225–1274), Kirchenlehrer.

47 Aristoteles (384–322 v.Chr.), griechischer Philosoph, Lehrer Alexanders des Großen.

ausgegangen ist, die Thomas von Aquin übernommen und seiner Theologie zugrunde gelegt hat: Das Ganze ist vor den Teilen; es gliedert sich nur in Teile. Es ist die große Organ-Theologie des Thomas von Aquin, die die ganze Kirche des Mittelalters geprägt hat, die zwar mit der Reformation leider geplatzt ist, die aber dennoch nach meiner Überzeugung unverändert wahr ist: Das Ganze ist nicht nur die Summe der Teile, sondern das Ganze ist mehr als die Summe der Teile, und es ist vor den Teilen; es ist den Teilen vorgegeben.

Herr Ministerpräsident und sehr verehrter Herr Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union! Ich muß das sagen auch im Hinblick auf Bayern, und ich glaube, Sie in Ihrem Land mit seiner großen Tradition werden das gelten lassen. Das Ganze ist den Teilen vorgegeben. Das bedeutet nicht, daß das Ganze die Teile annullieren oder auf die Seite schieben kann. Jeder hat seine Rechte im Ganzen. Aber es ist hier ein Rangunterschied, und auf den zielt unser Vorsitzender, der Herr Bundeskanzler, hin; denn er war der Meinung – offenbar auch ein bißchen erstaunt –, daß durch die Bemühungen der Herren Landesvorsitzenden die CDU umgebaut werden soll als Summe der Teile, und er meinte, daß wir uns in einer Lebensphase befinden, die es notwendig macht, daß wir funktionieren und agieren wie eine – eigentlich nicht zur Diskussion stehende – zusammengebaute, aber vor den Teilen stehende Einheit.

Darin folge ich dem Herrn Bundeskanzler. Das gebe ich ganz offen zu. Nur bringt uns das, Herr Bundeskanzler, noch lange nicht über die konkreten Aufgaben hinweg, die wir lösen müssen, z.B. darüber, daß wir einen geschäftsführenden Vorstand seit einiger Zeit nicht mehr haben, weil alle Herren, die in einem geschäftsführenden Vorstand der CDU tätig sind, in einer so hohen Position stehen, daß sie vom Staat in ganz kurzer Zeit völlig konsumiert werden, so daß sie nicht mehr den wichtigen Teilen im Ganzen zur Verfügung stehen können. Und nun beschäftigen sich die Landesvorsitzenden in verdienstvoller Weise mit der Frage: Was sind wir hier der Bundespartei – von der wir glauben, daß das Ganze vor den Teilen ist – schuldig, und zwar gerade deshalb, weil wir glauben, daß das Ganze vor den Teilen ist. Wie können wir nun diese Insuffizienz – das geht nicht gegen Sie, sondern das ist die Insuffizienz einer Zentralpartei – ausgleichen? Daß der Herr Bundeskanzler, mein lieber Freund Altmeier, diese Insuffizienz seines Zentralorgans so stark empfindet, das – dafür möchte ich doch plädieren – gereicht ihm zur Ehre.

Wir sind so etwas geworden wie eine Staatspartei. Und hierauf bezogen sagt der Artikel 65 des Grundgesetzes: Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Partei[!]. Wir könnten also sagen: Im Staat bestimme ich ganz allein. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Aber er selbst hat das Bedürfnis, von seiten der Partei ergänzt zu sein, die nach einer möglichst einstimmigen Meinungsbildung sucht, die oben an der Spitze wirksam wird und die hinüberträgt in Bereiche, wo allerdings seine Macht zu Ende ist. (*Unruhe.*) Mein lieber Freund Dufhues! Ich bitte einen Augenblick um Ihre ganz besondere Aufmerksamkeit. (*Dufhues: Die habe ich ja!*) Die also hinüberträgt in Bereiche, in denen nach dem Grundgesetz seine Macht zu Ende ist, in Bereiche der Kultur, wo es mindestens Streitfragen gibt, z.B. über das Fernsehen, den Rundfunk

usw., in denen es notwendig sein wird, daß wir in der Partei nach langem Ringen und Mühen eine einheitliche Sache machen. Gerade weil wir das im Staate nicht bewältigen können, es im Staate aber brauchen, muß hier aufgrund der Grenzen, die das Grundgesetz dem Bundeskanzler und damit der Zentralgewalt stellt, die Partei aus zwingender Notwendigkeit mit eintreten.

Nun können wir in der Partei nicht einfach eine Kompetenzverteilung übernehmen und sagen, es setzen sich die Landesvorsitzenden zusammen und machen eine Konferenz. So können wir es nicht lösen. Die Partei braucht auch in Kulturfragen ein klares Gesicht. Das muß man sagen und wollen, bei allem Respekt und bei dem ausdrücklichen Zugeständnis, daß wir damit nicht beabsichtigen, das Grundgesetz und die Kompetenzverteilung des Grundgesetzes zwischen Bund und Ländern zu unterwandern oder gar einen Anschlag darauf zu machen. Ich muß sagen, daß ich bei Herrn Altmeier immer diese gute Absicht gesehen und gefunden habe, wenn wir für eine Bundesangelegenheit stritten, selbst wenn sie den Ländern gar nicht so ohne weiteres aus dem Herzen gesprochen war. Dann stand er immer als fairer Mann an unserer Seite. Deshalb täte es mir leid, Herr Bundeskanzler, wenn heute hier eine Verstimmung bliebe. Ich glaube also, mein lieber Freund Altmeier, das können wir fallenlassen.

Herr Bundeskanzler! Alle respektieren Ihre Meinung, die auf eine Klärung der inneren Struktur und auf eine Befestigung der Struktur der Bundespartei zielt. Wir werden immer noch Föderalisten bleiben, wir müssen aber wissen, was wir als Föderalisten unserer Partei als Ganzes schulden. Und wie wir hier reagieren, daraus ergeben sich wiederum einige organisatorische Fragen, von denen ich der Meinung bin, daß wir nicht mehr so sehr viel Zeit haben. Herr Bundeskanzler! Wir sollten deshalb möglichst soweit beraten und die Geschichte soweit bringen, daß wir im Parteiausschuß zu einem gewissen Ergebnis kommen. Ich weiß nicht, Herr von Hassel, ob Sie schon vereinbart haben, dem Parteiausschuß einen Vorschlag über das zu machen, was wir tun wollen in organisatorischer Hinsicht, und zwar meine ich das, was wir über dieses Statut hinaus für notwendig halten. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, uns heute darüber zu einigen. Jedenfalls würde ich das für einen großen Gewinn für die nächste Sitzung des Parteiausschusses halten. Wir werden diese ganzen Strukturfragen unserer Partei im Parteiausschuß nicht endgültig behandeln können, noch nicht! Da stimme ich Ihnen zu. (*Bewegung und Widerspruch.*) Meine Damen und Herren! Wir müssen im Parteiausschuß etwas tun, um diese Insuffizienz in der Organisationsspitze möglichst schnell zu beseitigen. Deshalb sollte man die Vorschläge von Herrn von Hassel noch einmal an diesem Tisch überlegen.

Krone: Ich begrüße die Ausführungen vom Herrn Kollegen Gerstenmaier, weil sie ein Mißverständnis ausgeräumt haben, das hier hochgekommen ist. Ich bin geneigt, seinen Spuren zu folgen, will es aber nicht tun, sondern nur einen Punkt herausgreifen. Ich freue mich, daß es ein evangelisches Mitglied der CDU gewesen ist, das in seinen Ausführungen einen wesentlichen Beitrag zur Grundsatzfrage unserer Partei

gegeben hat. Das sage ich deshalb, weil manchmal die Meinung zu hören ist, als ob wir demnächst wieder in Konfessionen auseinandergerissen würden. Ich bin nicht so pessimistisch, weil ich glaube, daß wir auf beiden Seiten Männer haben, die wissen, worum es geht. Sein Beitrag als evangelischer Christ und Theologe zu unserer Politik war für mich sehr wesentlich.

Es geht gar nicht – weder dem Herrn von Hassel noch den Landesvorsitzenden, weder dem Herrn Bundeskanzler noch mir – heute darum, das Bestehende in unserer Partei umzuwerfen. Es geht dem Herrn Bundeskanzler, soweit ich ihn verstanden habe, darum, daß von der Bundespartei für die Bundespolitik und für die Bundestagsfraktion Initiative und Leben ausgeht. Das ist ein ganz elementares Kapitel, das wir unbedingt anschneiden müssen. Ich war nicht in Berlin, als darüber diskutiert wurde, weil ich nicht gern über Dinge sprechen wollte, die hinter uns lagen. Dazu bin ich nicht da. Aber ich kam auch nicht dazu.

Ich habe immer als das Wesentlichste angesehen, daß wir die von uns allen, auch von allen Landesverbänden bejahte Instanz der Bundespartei aktivieren. Wir müssen endlich damit anfangen, im Bundesparteivorstand, im Parteiausschuß und in den Ausschüssen elementare Fragen der Politik aufzugreifen! Ich habe eben einige genannt. Dafür wären wir der Bundespartei sehr dankbar. Wir sollten auch keine Dinge ändern oder herbeiführen, die wir gar nicht brauchen oder nicht wollen. Zu diesen Fragen gehört auch die Aufstellung von Kandidaten für die kommende Bundestagswahl. Wenn wir nicht das Recht bekommen von der Bundespartei und hierbei nur auf den guten Willen der Länder angewiesen sind ... (*Bewegung und Widerspruch. – Unruhe. – Gurk: Lieber Herr Krone! Habe ich Sie nicht gebeten, ...*) Ich habe Herrn Gurk damals eine Reihe von Leuten genannt, und zwar der und der, aber geschehen ist nichts! (*Gurk: Doch! – Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Ich würde so sagen: Aktivierung der Instanzen und echte Beauftragung mit konkreten Aufgaben. Mit dem anderen hätten wir noch etwas Zeit.

Adenauer: Entschuldigen Sie, wenn ich noch einmal das Wort nehme. Ich möchte das tun Ihretwegen, Herr Ministerpräsident Altmeier. Gegen Ihre Arbeit habe ich gar nichts; im Gegenteil! Ich begrüße sie. Ich darf Sie daran erinnern, daß ich, als ich das Thema angeschnitten habe, gesagt habe, wir werden darüber heute keine Beschlüsse fassen können, aber ich begrüße es, wenn außer mir Herr Krone noch einige Worte sagen wird, damit wir weiterkommen. Was ich gesagt habe, richtet sich gar nicht gegen die Arbeit der Herren. (*Albers: Herr Bundeskanzler!*) Einer hat sich zum Wort gemeldet. Ich weiß nicht, ob Sie es waren, Herr Albers? (*Albers: Ja, das war ich!*) Bitte!

Albers: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich fühle mich 30 Jahre zurückversetzt, wenn ich die heutige Debatte verfolge. Schon im damaligen Reichsparteivorstand der Zentrumspariei haben wir uns – der Herr Bundeskanzler, der Herr Krone und ich – mit der Frage beschäftigt: Was ist die Aufgabe der Fraktion, was ist die Aufgabe unserer Leute in der Regierung, und was ist die Aufgabe der Partei? In einem Punkte sind wir uns damals – der Herr Bundeskanzler

wird sich genau erinnern – im Jahre 1930 einig geworden⁴⁸, daß nämlich die Partei gegenüber der Fraktion auch ein Wort der Mitbestimmung haben muß! (*Adenauer*: Selbstverständlich!) Und das haben wir, meine Damen und Herren, es tut mir leid, daß ich das sagen muß, in den letzten Jahren nicht mehr praktiziert. Herr Bundeskanzler! Wir beide haben im Jahre 1945/46 die rheinische Partei der CDU aufgebaut. Sie wurden zunächst Vorsitzender der rheinischen Partei, dann Vorsitzender der Partei in der britischen Zone. Wie war es denn damals? Politische Fragen sind nicht entschieden worden bei den Kabinetten in den Ländern, sondern die haben wir in der Partei mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, entschieden, und zwar bis zum Jahre 1953/54.

Ich muß das einmal sagen. Ich bin ein freier Mann und gehöre heute zum parlamentarischen Fußvolk. Sie haben früher immer, Herr Bundeskanzler, den Bundesparteivorstand zusammengerufen, nicht nur wenn es um organisatorische Fragen ging, sondern auch, wenn es sich um große politische Fragen und Entscheidungen handelte. Sie haben Wert darauf gelegt, auch aus den Ländern die Meinungen zu hören, und dann wurde darüber diskutiert und entschieden. Heute streiten wir uns um die Organisation. Fangen wir doch da an, wo wir damals aufgehört haben! Heute hat – ich muß es ganz offen sagen – die Fraktion die Aufgabe des Bundesparteiausschusses, und das Bundeskabinett hat heute die Aufgabe des Bundesparteivorstandes! (*Bewegung und Unruhe*. – *Zurufe*: Sehr richtig! – *Hört! Hört!*) Ja, meine Herren, das müssen wir ein bißchen ändern! (*Anhaltende Unruhe*. – *Zurufe*: Sehr richtig!) Wir müssen von einer anderen Situation aus an die Geschichte herangehen. Deshalb werde ich auch meinem Freund Paul Lücke im Parteivorstand meine Meinung sagen. Du bist nicht ganz auf dem richtigen Wege! Und auch Du, mein Freund Theodor Blank! Auch bei Ministerreden – so meine ich – müssen gewisse Dinge etwas mehr eingeschränkt werden. Ich meine auch, daß man sich nicht auf den Standpunkt stellen darf, daß der Bundestagsabgeordnete heute wie der Herr Pascual Jordan den Stahlhelm überziehen darf! (*Lebhafte Unruhe und Widerspruch*. – *Teilweise Zustimmung*.) Lieber Lemmer! Deine Reden waren anständig! (*Anhaltende Unruhe*.) Herr Bundeskanzler! Es ist eine ganz einfache Geschichte. Ich bin nicht dafür, daß nun wieder große Satzungsänderungen gemacht werden. Ich bin ganz offen und sage zu den stellvertretenden Vorsitzenden: Der General ist oben, und es müssen vier Unteroffiziere dabeisein! (*Heiterkeit und Unruhe*.) Das ist meine Meinung. Ich sage Ihnen, Herr Bundeskanzler, und das ist ein reiner Vertrauensbeweis, den ich Ihnen gegenüber zum Ausdruck bringe, es liegt bei Ihnen. Sie bringen es fertig. Aber die anderen, die philosophieren und theologisieren zuviel! (*Unruhe*. – *Gerstenmaier*: Jetzt bin ich gemeint!) Haben Sie denn nicht gemerkt, daß vor etwa zehn Tagen in Köln bei

48 Vermutlich am 29. Juli 1930 in Berlin (vgl. Heinrich SCHULTHESS: *Europäischer Geschichtskalender 1930*. S. 184f.).

dem Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes⁴⁹ die evangelische Kirche und das Zentralkomitee der Katholiken Deutschlands offiziell vertreten waren? Erinnern Sie sich der Auseinandersetzung, die der Herr Kultusminister von Schleswig-Holstein mit dem Herrn Erler auf dem Evangelischen Kirchentag hatte.⁵⁰ (*Adenauer*: Das war etwas Schreckliches! – *Zurufe*: Sehr richtig! Leider!) Deshalb darf ich es auch sagen! (*Gerstenmaier*: Der Herr Osterloh ist da!) Wissen Sie, was das bedeutet, daß die Vertreter der christlichen Kirche bei dieser Tagung dabei waren? Ich sehe hier eine Gefahr.

Ich bin dankbar, daß ich die Einladung zur zweiten Sitzung des Bundesparteivorstandes in diesem Jahr bekommen habe. Ich möchte Sie darum bitten und ersuchen, daß wir uns heute nicht so sehr in die Einzelheiten begeben und darüber streiten, was nun Rechtens ist. Herr Bundeskanzler! Sie haben mit Recht auf die Mängel hingewiesen. Meine Herren! Beseitigen wir sie, und manches wird von selbst behoben werden; denn die Partei muß zunächst einmal schlagkräftiger als bisher gemacht werden. Ich denke auch daran, daß wir im Jahre 1961 die rote Fahne in Köln wieder herunterholen müssen. Deshalb muß im Bundesparteivorstand schnellstens und öfters gearbeitet werden. Ich habe daher die dringendste Bitte an Sie, Herr Bundeskanzler, und zwar aus unserer alten Verbundenheit heraus, die seit dem Jahre 1919 besteht: Nehmen Sie bitte die ganze Geschichte in die Hand!

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Ich habe den Eindruck, daß wir jetzt eigentlich soweit sind, daß wir uns ganz konkret über eine Reihe von Punkten, die auf der Tagesordnung vorgesehen sind, schlüssig werden können. Die zur Debatte stehenden verschiedenen Vorschläge werden, so meine ich, vom Bundesparteiausschuß gar nicht diskutiert werden, sondern er wird sie so akzeptieren, wie sie sind. Ich hatte mich vorhin melden wollen, als es mir schien, daß durch die Bemerkungen unseres Freundes Altmeier – die ich aber verstehe – vielleicht Gegensätze aufgeworfen würden, die wir nicht gebrauchen können und die unnötig sind. Das kann ich also jetzt beiseite lassen, zumal nach den herzhaften Worten von Hans Albers. Ich meine jetzt eigentlich nur noch folgendes: Die ganzen Überlegungen, die wir angestellt haben im Kreis der Landesvorsitzenden, und die vielen Gespräche, die wir in kleinen Gruppen vorher hatten, konzentrieren sich alle auf zwei Sorgen, Herr Bundeskanzler, genau genommen auf eine Sorge, und zwar auf die Sorge, von der Sie eben gesprochen haben, als Sie sagten: Nun hören Sie mich einmal fünf Minuten lang sehr ernst an.

49 Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Hrsg.): Protokoll. 5. Ordentlicher Bundeskongreß Stuttgart 7. bis 12. September 1959. Köln o.J.; vgl. auch AdG 1959 S. 7954–7956.

50 9. Deutscher Evangelischer Kirchentag in München, 12. bis 16. August 1959 (AdG 1959 S. 7889–7891); zur Auseinandersetzung zwischen Erler und Osterloh zum Thema „Wenn Christen politische Gegner sind“ vgl. FAZ und „Die Welt“ vom 15. August 1959.

Wir haben in der letzten Sitzung der Landesvorsitzenden uns die Dinge vor Augen gehalten aus der Überlegung heraus: Was ist einmal nachher? Sie haben auf das Beispiel Italien hingewiesen. Diese Erkenntnis ist für uns zwingend, so daß wir jetzt aufgrund einer besseren Gliederung und Aktivierung der Partei zu guten Ergebnissen kommen müssen. Wir sind uns jedenfalls im Kreise der Landesvorsitzenden darüber klargewesen, daß wir so etwas – entschuldigen Sie diesen simplen Ausdruck – vorzeigen müssen, wenn wir am 28. September zum Bundesparteiausschuß gehen.

Wenn einige Wochen ins Land gegangen sind und wir außerdem noch etwas Glück haben, dann ist die große Auseinandersetzung, die damals bei dem Streit über die Frage „Präsidentenschaft oder nicht“ entstanden ist, im allgemeinen vergessen, aber in der Partei und bei den politisch wachen Kreisen in unserem Land ist sie nicht vergessen. Dort wartet man darauf, ob nun diese Partei fähig ist zu zeigen, daß sie sich eine neue Aktivität zu verleihen vermag. Und das soll nun in der Organisation zum Ausdruck kommen, damit man auch dieser Partei – das gilt jedenfalls für die Gutwilligen im Lande – vertrauen kann, wenn Sie einmal nicht mehr sind. Und darum geht es!

Die ganze Aufgabe, vor der wir stehen, ist im Grunde das, was Sie ebenfalls in einem Satz gesagt haben: Wir müssen die Partei als solche sichtbar machen, und zwar nicht billig sichtbar machen, sondern indem wir sie wirklich lebendig machen. Sie ist aber – entschuldigen Sie – seit langem nicht mehr lebendig. Unsere Parteitage sind ein einmaliger Rausch. Aber eine wirklich konstruktive Auseinandersetzung über politische Fragen – auch auf die Gefahr hin, daß wir uns gegenseitig sehr hart die Meinung sagen –, die für die Partei als Ganzes von Bedeutung sind, der wir aber irgendwie aus dem Wege gegangen sind, hat es nicht gegeben; denn das Gremium, das insbesondere dazu da ist, nämlich der Bundesvorstand, hat nicht funktioniert. Über die Gründe dazu brauche ich nichts mehr zu sagen. Wir wollen aber die Konsequenzen daraus ziehen. Wir wollen in der künftigen Organisation der Parteiführung sicherstellen, daß jemand, der dafür verantwortlich ist, dieses Gremium auch regelmäßig zusammenruft, auch wenn Sie, Herr Bundeskanzler, keine Zeit haben. Dafür haben wir alle Verständnis angesichts dessen, was Sie sich um die Ohren hauen. Das ist das eine. Und das zweite ist, daß wir die Ausschüsse der Partei wieder lebendig machen. Erinnern wir uns, warum wir die Ausschüsse aufgelöst haben und in Stuttgart diesen Weg gegangen sind. Warum? Weil die Ausschüsse in der alten Form nicht mehr funktioniert haben. Wir waren mit den Ausschüssen in der alten Form unzufrieden und haben ihnen eine neue Form gegeben. Aber das ist nicht verwirklicht worden. Nichts ist geschehen. Doch wage ich zu behaupten, selbst wenn wir die Fachausschüsse gehabt hätten nach dem Stuttgarter Beispiel, dann wäre nichts herausgekommen, weil es keine Freude macht, in diesen Ausschüssen mitzuarbeiten, wenn man nicht das Gefühl hat, daß diese Arbeit auch wirklich in der Politik der Bundesregierung oder in der Politik der Bundestagsfraktion zur Geltung kommt. Das ist doch die Sache! Man kann nicht Leute, die etwas zu sagen haben, nur zur Deklamation beschäftigen. So war es doch die ganzen Jahre hindurch. Das ist also die andere Aufgabe, die wir

haben. Ich unterstreiche völlig das, was Sie gesagt haben, Herr Bundeskanzler. Wir sollten heute wenigstens die erste Frage konkret lösen. Wir wollen wissen, was wir dem Bundesparteiausschuß vorschlagen sollen, damit wir dort eine klare Richtlinie für den Bundesparteitag bekommen, der ja letzten Endes über diese Dinge zu entscheiden hat.

Blumenfeld: Mir scheint es so zu sein, daß wirklich kein Unterschied zwischen der von Ihnen vorgetragenen Auffassung, Herr Bundeskanzler, und der von Herrn von Hassel zum Ausdruck gebrachten Meinung der Landesvorsitzenden besteht, auch nicht bei dem Grundsatzproblem, das Sie angeschnitten haben. Auch wir haben uns immer davon leiten lassen: Das Ganze muß vor den Teilen stehen. Nur haben wir diese Arbeiten einmal aufgreifen müssen wegen der Ordnung der Partei, damit gearbeitet werden kann; denn es ist ja hier in den Diskussionsbeiträgen ganz deutlich geworden, daß wir zumindest seit dem Stuttgarter Parteitag in unserer Bundespartei und damit auch in Teilen der Landesparteien und in dem Verhältnis zwischen der Bundespartei und den Landesparteien keine Ordnung gehabt haben, so daß wir deswegen auch nicht haben arbeiten und vor allem, Herr Bundeskanzler, nicht haben zusammenwachsen können.

Das ist doch das, wenn ich Sie richtig verstanden habe, was Sie als eine der wichtigsten Aufgaben für uns alle in der Zukunft ansehen, damit nicht irgendwie und irgendwann plötzlich die Partei auseinanderfällt. Aber nun muß man diese Ordnung – mir ist das auch langweilig – in Paragraphen zusammenfassen. Aus dem § 17 der Geschäftsordnung ersehen Sie, daß die Bundespartei dieselbe Kontrolle zugewiesen bekommt wie die Landesparteien gegenüber den Kreisparteien und Ortsparteien. (*Von Hassel:* Erstmalig!) Ja, erstmalig! Das ist etwas versteckt in solchen Paragraphen, und wir können Ihnen nicht zumuten, daß Sie das alles lesen. Wir haben in vielen Stunden genau die gleichen Überlegungen – vielleicht nicht von der hohen Warte aus oder von dem Stockwerk, von dem Freund Gerstenmaier gesprochen hat, aber doch auf der Basis der gleichen politischen Grundkonzeption – angestellt, wie Sie und Herr Krone dies zum Ausdruck gebracht haben.

In diesen nüchternen Vorschlägen steckt schon ein Teil dessen, was Sie mit Fug und Recht von der Bundespartei verlangen. Das haben die Landesvorsitzenden freiwillig von vornherein für die Stärkung der Bundespartei als notwendig anerkannt, ja verlangt. Wir sind so anmaßend gewesen zu erwarten, daß der Reformvorschlag vom Bundesparteitag – wir haben ein Statut, das besagt, daß Änderungen nur vom Parteitag angenommen werden können, sonst hätten wir es vom Bundesparteiausschuß vornehmen lassen – angenommen wird. Wir sind der Meinung, daß dann, wenn der Reformvorschlag angenommen wird, der Bundesvorstand mindestens alle Monate zusammentreten muß. Wir waren sogar so vermessen, hierbei anzunehmen, daß vielleicht auch einmal eine Kabinettsitzung verschoben werden sollte, wenn wirklich wichtige politische Fragen zur Diskussion anstehen, die das oberste Führungsgremium der Partei behandeln muß. Wir wollen also arbeiten, und wir wollen Verantwortung tragen, Herr Bundeskanzler! Wir wollen sie wirklich im vollen Bewußtsein unserer

politischen Verantwortung der gesamten Partei tragen. Es ist keiner hier, der nicht glaubt, daß eines Tages – und zwar möglichst bald – auch unser Statut geändert werden muß; denn es ist schlecht formuliert und in seinen Bestimmungen überholt. Das ist eine Aufgabe der nächsten Monate. Wir können das bis zum nächsten Parteitag in Karlsruhe⁵¹ – wenn er dort stattfindet – ohne weiteres schaffen. Dazu müssen wir aber unbedingt häufiger zusammenkommen und eine Kommission des Bundesvorstandes beauftragen, das nun durchzuführen.

Herr Bundeskanzler! Seien Sie versichert – ich spreche für alle Landesvorsitzenden –, daß wir alle mitarbeiten wollen. Wir wollen ernstgenommen werden; und das können wir nur erreichen, wenn wir die notwendige Verzahnung zwischen der obersten Führung im Bund und den Ländern herbeiführen gemäß unseren Vorschlägen, die wir dem Bundesvorstand unterbreitet haben. Nur so geht es vorwärts. Wir müssen organisatorisch zusammenwachsen. Wir sollten jetzt schnell anpacken. Da stimme ich Herrn Albers völlig zu, daß wir sofort einen Anfang machen müssen. Dazu ist es notwendig, daß wir diese Dinge hier verabschieden und auf dem Boden dieser Tatsachen diese Vorschläge dem Bundesparteiausschuß am 28. September unterbreiten, damit dieser sie verabschiedet, und zwar einstimmig und aus vollem Herzen, so daß dann der Bundesparteitag die endgültige Annahme und die Änderungen der Satzung vollziehen muß.

Adenauer: Wir wollen natürlich schnell machen, aber es dürfen keine Mißverständnisse übrigbleiben. Herr Blumenfeld! Ich habe mindestens zwei Jahre lang den damaligen geschäftsführenden Vorstand – drei Herren waren es – jede Woche bei mir gehabt. Jede Woche! Wir haben alles miteinander besprochen. Aber es sind allgemeine Ermüdungserscheinungen da. Im ersten Bundestag waren in unserer Fraktion – ich will keine Namen nennen – führende Leute aus allen Landesgebieten, die hatten aber die Sache nach vier Jahren satt und wollten nicht mehr aufgestellt werden.

Herr Krone und die Fraktion und wir, wir arbeiten fast losgelöst von dem, was im Lande vor sich geht. Nehmen Sie die Arbeitnehmer! Wen haben wir denn noch in der Fraktion? Was haben wir noch für Vertreter von Arbeitnehmern? Und so ist es fast überall. Das ist die ernste Sorge, die mich bewegt. In den ersten Jahren war es wirklich anders. Ich wiederhole – daraus können Sie es am besten ersehen –, wir waren jede Woche an einem bestimmten, ein für allemal freigehaltenen Nachmittag zusammen, die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder und ich, und haben alles besprochen. Aber Herr Tillmanns⁵² ist gestorben; Herr Kiesinger ist weggegangen. Herr Meyers sollte hineinwachsen, aber er mußte an [die] Stelle von Herrn Arnold treten.

51 Vom 26. bis 29. April 1960.

52 Dr. Robert Tillmanns (1896–1955), 1949–1955 MdB (CDU), 1951–1955 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der CDU, 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben. Vgl. PROTOKOLLE I S. 75 Anm. 10.

Was Herrn Krone und mich bewegt, das hat Herr Gerstenmaier sehr richtig wiedergegeben. Es ist nicht diese äußere Ordnung allein, die ja notwendig ist. Daran habe ich auch gar nichts kritisieren wollen, mit keinem Wort, mit keiner Silbe! Es scheinen mir im Gegenteil alle diese Dinge sehr gut zu sein. Aber was mich bewegt, das ist doch, daß die Landesparteien mit uns und wir mit den Landesparteien zu wenig Fühlung haben. Wir haben sie nicht! Und nun möchte ich Herrn Gradl sagen: Der Vorstand ist kein Vorstand von Persönlichkeiten, die in allen Dingen Sachverständige sind oder die ein Büro gehabt haben, das sie hätte vorbereiten können. Das ist ein politisches Gremium hier, das vom politischen Standpunkt aus urteilt. Nehmen Sie folgendes Beispiel: Was machen wir mit den Wissenschaftlern? Unsere Partei hat mit den Wissenschaftlern gar keine Fühlung, mit den Professoren nicht, mit den Studenten nicht, gar keine Fühlung! Jetzt hat Herr Krone den Herrn Dr. Martin beauftragt, eine solche Fühlung herzustellen⁵³. Ich bin sehr froh, daß wir es tun. Ich schätze Herrn Martin sehr. Ich bin sehr dankbar, Herr Krone, aber das ist eine Anomalie, daß der Fraktionsvorsitzende ein Mitglied seiner Fraktion aufsuchen muß, damit er in der ganzen Bundesrepublik die Verbindung zwischen unserer Partei und den Wissenschaftlern herstellt. Das ist ein packendes Beispiel. Das kann nicht von hier aus geschehen, sondern dazu gehört das, was Sie Fachausschüsse genannt haben. Die müssen ein bestimmtes Arbeitsgebiet bekommen und müssen CDU-Leute aus dem Lande und von hier zusammensetzen, damit das Ganze ein fortwährendes Geben und Nehmen wird.

Ich möchte nochmals betonen. Alles, was ich gesagt habe, enthielt kein Wort der Kritik an der Arbeit, die die Herren gemacht haben, deren Ergebnis uns vorliegt, sondern das entsprang einem inneren Bedürfnis wegen der Ermüdungserscheinungen, die behoben und beseitigt werden müssen. Und die kann man nur beseitigen, wenn man einmal kräftig darüber spricht.

Dichtel: Ich habe eine große Sorge. Ich bitte Sie, meine Ausführungen nicht für übel zu nehmen. In Kreisen des Bundesparteiausschusses ist eine weitgehende Verstimmung vorhanden. Unsere Bundesausschußmitglieder haben zum großen Teil sehr weite Anmarschwege, und die übergroße Zahl der Bundesausschußmitglieder ist nicht mit einem Amt in Bonn versehen. Sie gehen nach den Sitzungen vielfach in dem unbefriedigten Gefühl nach Hause, daß der Bundesausschuß nicht das gebracht hat, was er eigentlich hätte bringen müssen. Ich habe mit Bundesausschußmitgliedern gesprochen, die mir gesagt haben: Wenn das nicht von Grund auf geändert wird, werden wir diese Arbeitszeitverluste und diese Unkosten nicht mehr weiter auf uns nehmen.

53 Vgl. Adenauer an Martin vom 30. November 1959: „Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 25. November eine interne Aufgabenverteilung beschlossen ... Dabei ist Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier der Aufgabenbereich Universitäten – Studentische Jugend – Geistige Berufe übertragen worden. Der Bundesvorstand bittet Sie, Herrn Gerstenmaier bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe zu unterstützen.“ (ACDP VII-001-029/2).

Deswegen begrüße ich von ganzem Herzen, daß die Vorstandssitzungen nicht mehr mit den Sitzungen des Bundesausschusses zusammengelegt werden und somit der Bundesausschuß nicht weiter ein zweiter Aufguß wird, wie das in der Vergangenheit hier und da der Fall gewesen ist. Wer hier in der Sitzung des Bundesvorstandes gewesen ist, hat sich gesagt: Warum soll ich noch einmal in den Bundesausschuß gehen? Das, was dort gesagt wird, habe ich bereits hier gehört.

Unsere Leute sind also nicht zufrieden. Es muß unbedingt neues Leben geschaffen werden, wenn von dort aus Initiativen ausgehen sollen. So gehen wir auch in die nächste Sitzung des Bundesausschusses, aber wir haben heute dafür nichts vorbereitet. (*Widerspruch. – Zuruf: Doch!*) Meine Herren! Ich war der Meinung, daß wir uns heute – bei aller Zustimmung für eine grundsätzliche Debatte, insbesondere nach Ihren Ausführungen, die uns sehr interessiert haben und die für uns immer das Wertvollste sind – zu einem großen und wesentlichen Teil mit der Vorbereitung der Bundesausschußsitzung befaßt hätten, (*Zurufe: Tun wir doch!*) damit wir ihm vom Bundesvorstand aus eine bestimmte Richtung und Führungslinie geben können. Wir haben auf dem Parteitag in Stuttgart beschlossen: Das Nähere regelt der Bundesvorstand. (*Zuruf: Was denn?*)

Im § 11 des Statuts heißt es: „Der Bundesvorstand kann zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden. Das Nähere regelt die vom Bundesvorstand zu erlassende Geschäftsordnung.“ Und wie ist es? Nach zwei Jahren ist noch keine erlassen! Infolgedessen ist auch die theoretische Möglichkeit des Funktionierens der Ausschüsse nicht gegeben. Ich bin mit Ihnen der Meinung, wenn wir draußen politisches Interesse erwecken wollen, dann müssen wir darüber diskutieren, was in der nächsten Zeit geschehen soll. Und das kann man in diesen Ausschüssen. Deshalb muß die Geschäftsordnung erlassen werden.

Wir haben weiter in Stuttgart beschlossen: § 14 „... Das Nähere regelt eine Finanzordnung, die der Bundesausschuß beschließt.“ Zwei Jahre lang ist nichts geschehen!

Im § 16 heißt es: „Es wird ein Bundesehrengericht gebildet.“ Nichts ist geschehen! Es sind mindestens volle sechs Tage notwendig gewesen, um das zu erarbeiten, was hier nun vorliegt. Alles ist in den einzelnen Landesverbänden überarbeitet worden. Ohne dem Vorstand zu nahe zu treten, darf ich sagen, der Bundesvorstand in seiner heutigen Zusammensetzung wäre zu dieser Arbeit nicht in der Lage gewesen. Das soll keine Kritik sein. Aber wenn die Arbeit übernommen worden ist, dann aus dem einzigen Grunde, nicht um eine neue Situation für die Landesparteien zu schaffen, sondern um der Partei zu helfen.

Und nun müssen wir heute soweit kommen, daß wir uns darüber entscheiden: Wollen wir das, was die Landesvorsitzenden in langen und mühsamen Sitzungen erarbeitet haben, vorschlagen oder nicht? (*Adenauer: Das wollen wir ja!*) Lieber Herr Bundeskanzler! Wir hätten uns doch dann das, was wir auf den Tisch gelegt haben, ansehen müssen! Das ist eine Frage, die mich bewegt und bedrückt. Wir müssen doch die Dinge vorbereiten. Herr Bundeskanzler! Ich stimme Ihnen ja zu, das

Prestige der Bundespartei muß verstärkt werden. Heute ist es so, die Landesparteien gehen ihren Weg, und die Bundestagsfraktion geht ihren Weg, und die Bundespartei steht weitgehend daneben! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wenn ich sehe, wie die SPD die entscheidenden politischen Fragen von der Partei aus fällt, dann muß ich zu uns sagen: Wir sind keine Partei. Das hängt damit zusammen, daß der Bundesvorstand gar nicht im Sinne seiner Aufgabe zu politischen Entscheidungen herangerufen wird. Wir haben in diesem Jahr zwei Sitzungen gehabt! Es ist aber sehr viel passiert in diesem Jahr. Man hätte so manches Mal vom Bundesvorstand aus hierzu Stellung nehmen müssen. Aber wir sind nicht gerufen worden.

Ich bin nicht scharf auf die Sitzungen hier in Bonn, aber, Herr Bundeskanzler, ich bin mit Ihnen einig, wir wollen die Bundespartei wirklich stärken. Dann aber muß der Bundesvorstand auch eine echte Mitwirkungsmöglichkeit haben. Er muß herangezogen werden. Und wenn das gemacht wird, auch mit dem Bundesparteiausschuß, dann wird einiges von dem, was Sie heute mit Recht kritisiert haben, Herr Bundeskanzler, anders werden. Ich stimme Ihnen zu, der Zustand der Partei nach der organisatorischen Seite hin, insbesondere nach den Ergebnissen des letzten Jahres, ist nicht befriedigend, sondern er gibt zu den größten Besorgnissen Anlaß.

Dufhues: Niemand bezweifelt die Notwendigkeit einer engeren Verzahnung zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei. Herr Bundeskanzler! Wir geben Ihnen hinsichtlich der Notwendigkeit einer solchen engeren Verzahnung durchaus recht, aber wir meinen, daß wir bei diesen Überlegungen an gewissen Grundsätzen nicht vorbeigehen können. Und hier darf ich einige Bedenken anmelden gegen das, was Herr Gerstenmaier gesagt hat. Er bejaht die Notwendigkeit der Beachtung der verfassungsmäßigen Zuständigkeit von Bund und Ländern. Er meint aber, daß die Bundespartei – und damit auch die einzelnen Landesverbände – durchaus die Möglichkeit hätte, ihrerseits eine gesonderte Auffassung zu entwickeln, die sich dann auszuwirken habe in den Ländern. Im Prinzip ist das soweit durchaus richtig und zu akzeptieren, aber wir sollten niemals an einem alten Traditionsgut auch unserer Partei vorbeigehen, daß wir nämlich eine Verfassungspartei sind und auch bei Beschlüssen unserer Partei verfassungsmäßige Ordnungen in Bund und Ländern zu beachten haben.

Kein Organ eines Landes kann durch einen Parteibeschuß auch nur in die Versuchung gebracht werden, die Verantwortlichkeit zu vernachlässigen, die es nach der Verfassung seines Landes dem Lande schuldet. Das schließt nicht aus, daß wir uns bemühen, diese Verzahnung herbeizuführen, von der wir gesprochen haben. Nach guter deutscher Sitte ändern wir in solchen Fällen die Statuten; wir schaffen eine neue Organisation, um dabei zu vergessen, daß auch diese Fragen im wesentlichen Fragen der beteiligten und verantwortlichen Persönlichkeiten sind.

Wenn in den Landesverbänden das Bewußtsein und der Wille vorhanden sind, im engen Einvernehmen mit dem Bundesvorstand und dem Vorsitzenden der Fraktion

sich um Lösungsmöglichkeiten zu bemühen, dann haben wir viel mehr erreicht, als wenn wir neue Organisationen, neue Statuten und neue Satzungen schaffen.

Mit allem Ernst darf ich auf eine Frage hinweisen, die für das Schicksal unserer Partei von Bedeutung sein wird. Sie haben mit Recht kritisiert das nicht immer zulängliche Ergebnis bei den Landtagswahlen. Aber worin sind die Unterschiede der Bundestagswahlen und der Landtagswahlen zu sehen? Bei Landtagswahlen kommen wir nicht an einer Stellungnahme zu den konkreten Problemen der Landespolitik vorbei. Damit werden wir doch konfrontiert, z.B. auch mit den Schwierigkeiten, die sich aus unserer Kulturpolitik ergeben. Es ist sehr leicht, über die Erfolge der Wirtschaftspolitik in den großen Bereich der Millionenmassen zu gelangen, die diese Wirtschaftspolitik bejaht, aber in Fragen unserer kulturellen Auffassung durchaus anderer Meinung und weitgehend hierbei nicht anzusprechen ist.

So sehr ich den Trend zum Zweiparteiensystem und damit die Notwendigkeit der absoluten Mehrheit auch in der Landespartei bejahe, es darf aber niemals gehen auf Kosten des Kerns, auf Kosten der geistig-kulturellen Substanz unserer Partei. Dieses Problem einmal durchzudiskutieren, führt zu einem Teil zu den Fragen, die die Ergebnisse bei den Landtagswahlen zeitigen, die dieses Problem und auch die Unterschiedlichkeit aufhellen, die bei den Bundestagswahlen und den Landtagswahlen gegeben sind.

Wenn wir vom Bund her gerade in dieser Richtung mehr tun wollen, dann könnten wir von der Bundespartei her ein Bemühen wieder aufnehmen, um das ich mich vor Jahren in diesem Kreis bemüht habe. Ich meine, daß wir in der Vergangenheit ein wenig vernachlässigt haben die Einrichtung der Bildungswerke und – wenn Sie wollen – der Schulungsheime, die die Möglichkeit haben, die Auffassungen der Christlich-Demokratischen Union im gesamtdeutschen Bereich zu prägen, und die zugleich die Aufgabe haben, den jungen Nachwuchs zu fördern; die ferner die Möglichkeit haben, in die Arbeitnehmerschaft hineinzukommen und Aufgaben zu übernehmen, die in der Weimarer Republik die Christlichen Gewerkschaften übernommen hatten. Sie könnten zugleich in die geistig führenden Kreise hineinwirken, in die Studentenschaft und in den geistig interessierten Nachwuchs. Dort gibt es sehr viel intensive Möglichkeiten der Beeinflussung und Förderung des Nachwuchses. Es handelt sich um Schichten, die bis heute sehr stark vernachlässigt worden sind. Selbstverständlich ist das auch eine Frage der Finanzen, aber ich habe zuweilen den Eindruck, daß wir uns die Hunderttausende für manche Plakate hätten ersparen, dafür aber in diesen Aufgaben hätten investieren können. Wenn wir mit kluger Hand hier verteilen, dann ...

Adenauer: Herr Dufhues! Wissen Sie, daß wir manchmal nicht in der Lage waren, in der Bundesgeschäftsstelle zum vorgesehenen Termin die Gehälter zu beschaffen? So ist unsere Situation! (*Dufhues:* Diese Sorgen haben auch die Länder!) Die mögen sie haben, aber sie verlangen von uns ...

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Wir müssen zu neuen Möglichkeiten kommen. Dahinter tritt das andere zurück. Welche Funktionen die stellvertretenden Vorsitzenden

haben sollen, darum geht es nach der Auffassung der Verbände Rheinland und Westfalen nicht. Wir halten es nicht für notwendig, weil wir uns nichts davon versprechen, wenn die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden geändert wird. Wir glauben, daß es einen guten Sinn gehabt hat und daß dieser Sinn auch heute noch besteht, ohne daß persönliche Fragen angesprochen werden, mit denen wir dieses Thema nicht belasten wollen. Entscheidend ist, daß wir unsere Arbeit tatsächlich aktivieren. Erinnern wir uns der Zeiten eines Lenz, eines Tillmanns und eines Meyers, wo wirkliche Arbeit geleistet wurde, ohne daß über Änderungen der Organisation gesprochen worden ist.

Stoltenberg: Ich halte es für einen großen Gewinn, daß heute von verschiedenen Seiten herausgestellt worden ist, daß die Bundespartei eine politische Funktion hat. Es gibt außerhalb dieses Kreises Freunde, die meinen, der Bundesparteivorstand habe ausschließlich organisatorische Aufgaben, während die Fraktionen und Kabinette ausschließlich politische Funktionen hätten. In den Bereichen, die hier genannt wurden, wo sich die Kompetenzen des Bundes und der Länder überschneiden, haben wir gesehen – das hat die Diskussion auch deutlich gezeigt –, daß wir die Partei als Bindeglied brauchen. So haben z.B. die Experten des Bundes und der Länder unserer Partei seit zwei Jahren in der Öffentlichkeit unterschiedliche Stellungnahmen abgegeben, weil eine doppelte Zuständigkeit gegeben ist und wir bisher nicht zu einer Lösung gekommen sind. Und nun müssen wir für den Bundesparteiausschuß als Arbeitsunterlage die einzelnen Ordnungen der Partei vorlegen. Wir müssen auch, wenn wir nicht einig werden, eine Meinung finden für das Votum der Landesverbände. Wir sollten diesem Gremium getrost einen Alternativvorschlag unterbreiten, wenn wir hier nicht zu einer einheitlichen Meinung gelangen.

Herr Ministerpräsident Meyers hat in Kiel einen Rechenschaftsbericht gegeben⁵⁴, der ein gewisses Aufsehen erregt hat, weil er über die Fragen der einzelnen Ordnungen hinaus eine Reihe von Problemen unserer Parteiarbeit angesprochen hat, die man nicht in ein Statut pressen kann, die aber für das Leben der Partei von großer Bedeutung sind. Der Bericht hat Aufsehen erregt, weil er sehr kritisch war. Mit diesem Bericht haben wir die Verpflichtung übernommen, uns um die Parteiarbeit in den nächsten Jahren viel mehr als bisher zu kümmern, und zwar um die Kräftigung der Organisation, die Verbreiterung der Grundlage, die Wirksamkeit in den verschiedenen Bereichen, die für die Meinungsbildung wichtig sind, ob das nun der Bereich der Wirtschaft, der Hochschule, der Arbeitnehmer, der Sozialpolitik usw. ist. Ich will es nur stichwortartig nennen.

Ich möchte ausdrücklich beantragen, weil wir jetzt erst die zweite Bundesvorstandssitzung des Jahres 1959 haben, daß wir nach dem 28. September auf einer dritten Sitzung im Bundesvorstand diese Fragen noch einmal besprechen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Man könnte getrost den Rechenschaftsbericht zur Grundlage machen für die Besprechung über die Organisation und dann über die formalen Dinge hinaus

⁵⁴ Vgl. CDU, 8. Bundesparteitag S. 58–70.

diskutieren. Ich bin davon überzeugt, daß wir – was hier angeregt wurde – durch die Bildung von kleinen Kommissionen oder auch durch die Beauftragung von Einzelpersonen für bestimmte Arbeitsgebiete erheblich weiterkommen werden. Diese müßten dann dem Bundesvorstand sehr sorgfältig ausgearbeitete Vorschläge machen, wie nun die einzelnen Fragen am besten zu lösen sind.

Gerstenmaier: Ich danke den beiden Herren Vorrednern, weil sie beide das Problem, um das es sich dreht – über das wir heute aber nicht zu entscheiden brauchen –, aus der Tiefe angepackt haben. Herr Dufhues! Vielen Dank für die Präzision, mit der Sie die Frage aufgegriffen haben: Sind wir eine Verfassungspartei, wenn wir uns in unserer Bundesorganisation nicht der Staatsorganisation gleichschalten bzw. unterwerfen? Ich bin der Meinung, daß wir eine Verfassungspartei auch dann sind, wenn wir in unserer eigenen Bundesorganisation mitnichten der Staatsorganisation folgen oder uns mit ihr gleichschalten. Ich bin der Meinung, daß es kein Kriterium dafür ist, wie wir unsere Partei organisieren. Ob wir eine Verfassungspartei sind, das entscheidet sich ... (*Dufhues:* Solange nicht der geringste Zwang aus Beschlüssen dieser Art hergeleitet wird, solange läßt sich darüber diskutieren!) Ich möchte folgendes sagen. Ich will lieber fragen: Sind Sie nicht der Meinung, daß wir eine Verfassungspartei im strengen Sinne des Wortes auch dann sind, wenn wir z.B. die Kompetenzverteilung, die das Grundgesetz zwischen Bund und Ländern vornimmt, in der Bundespartei der CDU etwas anders handhaben, d.h. wenn wir auch den Bundesorganen der CDU die Kompetenz geben, sich – nicht nur ratgebend – mit Grundfragen unserer kulturellen und geistigen Entwicklung zu befassen, die das Grundgesetz unweigerlich nur den Ländern zuweist?

Sind Sie nicht der Meinung, daß es unbeschadet dieses Grundsatzes das volle Recht, ja vielleicht ein existentieller Zwang für eine Partei wie wir ist – die wir den Staat nicht nur im Bund, sondern auch nach Möglichkeit in einer geistigen und politischen Einheit in den Ländern repräsentieren –, eine einheitliche Auffassung in den Ländern herbeizuführen?

Das sind doch die Fragen, die auch den Ländern auf den Nägeln brennen. Das sind die Fragen der Kulturpolitik usw. Wenn wir das tun, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, daß Sie nicht die Einrede machen, daß wir aufhörten, eine Verfassungspartei zu sein. (*Dufhues:* Da liegt eben das Problem!) Deshalb meine Frage an Sie. Sie sind ja Verfassungsminister⁵⁵. Ich denke aber, wir schließen jetzt diesen Teil der Debatte ab. Bei allem Für und Wider, bei allem Hin und Her glaube ich, daß diese Debatte in Zukunft fruchtbar sein wird und daß sie uns – ich schließe mich auch ein – zum Nachdenken veranlassen muß, wie wir es in Zukunft machen.

Jetzt möchte ich Ihnen vorschlagen, daß der Herr Kollege von Hassel die verschiedenen Sachen des Punktes 2 der Tagesordnung vorträgt, daß wir dann einige Worte zur Erläuterung sagen, damit wir für den Bundesausschuß das Material fertig haben.

⁵⁵ Dufhues war vom 24. Juli 1958 bis zum 26. Juli 1962 Innenminister von NW.

Krone: Wäre es nicht gut, wenn man den geschäftsführenden Vorstand beauftragte, aufgrund der heutigen Debatte Überlegungen für den Bundesparteiausschuß anzustellen? (*Widerspruch und Zurufe:* Nein! Wir haben keinen geschäftsführenden Vorstand! Wer ist das? – *Anhaltende Unruhe.* – *Kraske:* Den größeren?) Ja, den größeren Vorstand. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Ich denke, wir fangen jetzt beim Punkt 2 der Tagesordnung an. Bitte, Herr von Hassel!

VORBEREITUNG DER SITZUNG DES BUNDESAUSSCHUSSES AM 28. SEPTEMBER 1959

- a) Bericht über die Tätigkeit der Landesvorsitzendenkonferenz
- b) Geschäftsordnung
- c) Finanzordnung
- d) Parteigerichtsordnung
- e) Sitzungsgemäße Wahlen
- f) Vorbereitung des Bundeswahlkampfes 1961

Von Hassel: Die in der Tagesordnung unter Punkt 2 bezeichneten Buchstaben a), b), c) und d) gehören eng zusammen. Zum Punkt b) folgendes: Sie liegt Ihnen vor in der endgültigen Fassung. Sie ist mit dem geschäftsführenden Vorstand und den Landesvorsitzenden eingehend beraten worden, und wir brauchen nicht jeden einzelnen Punkt oder Paragraphen besonders aufzurufen. Ich habe das Gefühl, daß wir hier geschlossen erklären können: In dieser Form, wie sie vorliegt, leiten wir den Vorschlag dem Bundesausschuß zur Annahme zu.

Adenauer: Verzeihen Sie, die sehr wichtige Bestimmung des § 2 besagt: „Über die Aufnahme entscheidet der zuständige Kreisverband.“ (*Gerstenmaier:* Die Bundespartei muß auch aufnehmen können! Unbedingt! – *Zurufe:* Sehr richtig! – *Widerspruch und Unruhe.*)

Gerstenmaier: Meine Herren! Es ist völlig unmöglich, daß am Veto eines Ortsverbandes die Aufnahme eines Mannes in die CDU scheitern darf.

Adenauer: Nehmen Sie z.B. einen Deutschen im Ausland! Der kann danach nicht Mitglied unserer Partei werden!

Gerstenmaier: Lesen Sie einmal, meine Damen und Herren, die Loewensteinsche Verfassungslehre⁵⁶, und Sie werden feststellen, daß es unmöglich ist, was wir in Deutschland praktizieren. Es ist nach ihm z.B. ausgeschlossen, daß eine Partei überhaupt eine Aufnahme ablehnt in einem Verfassungsstaat, der durch die Parteien funktioniert. Das ist für uns eine sehr weitgehende Frage, wenn wir christlichen Demokraten davor gestellt werden. Herr Loewenstein meint, daß ein Rechtsstaat, der aus Parteien organisiert ist, unter keinen Umständen ablehnen könne.

⁵⁶ Karl LOEWENSTEIN: Verfassungslehre. 2. Aufl. Tübingen 1969 (zuerst: Political Power and the Governmental Process, Chicago 1957).

Adenauer: Mir sind Fälle bekannt, in denen Ortsgruppen die Leute einfach nicht aufnehmen, weil sie unter sich bleiben wollen! (*Zurufe:* Hört! Hört!)

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß Ausnahmen gemacht werden. Es ist vorgesehen, daß der Landesvorstand Ausnahmen zulassen kann. Ich bin damit einverstanden, daß ein Recht dem Bundesvorstand gewahrt bleibt, aber ich wehre mich dagegen, daß ein Rechtsanspruch auf Aufnahme in die CDU statuiert wird. Wollen Sie z.B. diesen Rechtsanspruch für Linus Kather⁵⁷ anerkennen? (*Unruhe. – Gerstenmaier:* Ich habe Ihnen nur mit Loewenstein gedroht und was Ihnen sonst noch blüht! Ich habe Ihnen mit Linus Kather gedroht!)

Adenauer: Sie haben den Vorschlag gehört. (*Gerstenmaier:* Der Bund muß unbedingt genauso wie das Land und der Kreis Mitglieder aufnehmen können! – *Zuruf:* Sehr richtig! – *Dichtel:* Das muß die Ausnahme bleiben! – *Zuruf:* Unter Zuweisung an die Kreispartei! – *Unruhe.*) Meine Herren! Ich bin froh für jedes Mitglied, das überhaupt zu uns kommt! Vielleicht werden Sie für den Bundesausschuß noch eine Formulierung suchen, Herr von Hassel!

Von Hassel: Ich würde sagen: Ausnahmen regeln der Bundesvorstand und die Landesvorstände.

Dufhues: Ich habe nichts dagegen einzuwenden, wenn gesagt wird: Die ausnahmsweise aufgenommenen Mitglieder werden den örtlich zuständigen Kreisverbänden zugewiesen, und die Landesverbände werden über die Aufnahme unterrichtet. Das ist nötig! (*Vereinzelter Widerspruch. – Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Jetzt will ich Ihnen den „Todesstoß“ geben! (*Heiterkeit.*) Im § 10 steht: „Der Landesverband ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen seines Bereichs.“ Ich schlage vor zu sagen: Die Bundespartei ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen ihres Bereichs. (*Bewegung und Heiterkeit. – Zuruf:* Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Hier muß man das geborene Verfassungsrecht des Föderalismus vertreten und muß sehen – wenn man bei Aristoteles und bei Thomas von Aquin steht –, daß das Recht des einzelnen nicht aufgehoben wird. Ich bin hier der Meinung von Herrn Dufhues. Das geht zu weit, Herr Bundeskanzler! Wir funktionieren im Organ.

Adenauer: „Wir funktionieren im Organ“, das ist gut! (*Heiterkeit.*)

Gerstenmaier: Meine Herren! Wir wollen das Aufnahmerecht für den Bund! Das ist etwas anderes als das Ausnahmerecht. (*Unruhe.*)

Adenauer: Ich will niemanden ärgern, aber ich muß Ihnen sagen: Sie haben nicht gewagt, an die Junge Union heranzugehen! Sie haben nicht gewagt, an die Sozialausschüsse heranzugehen! Sie haben nicht gewagt, an die mittelständischen Unternehmer heranzugehen! Die können sich zusammenschließen über den ganzen Bund und brauchen lediglich die Genehmigung des Bundesausschusses. Dann werden

57 Dr. Linus Kather (1893–1983), 1949–1957 MdB (CDU, ab 1954 GB/BHE). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 22 Anm. 18.

wir eben – ihnen entsprechend – nach dem Statut einen Ausschuß der Politiker für den ganzen Bund gründen! (*Bewegung und Heiterkeit.* – *Schröder*: Ja, für die Politiker in der CDU!) Sie sehen also, meine Herren, wie inkonsequent Sie sind mit diesem ganzen Entwurf!

Scheufelen: Herr Bundeskanzler! Wir haben in diese Geschäftsordnung viele Sachen hineingenommen, die eigentlich in die Statuten gehören, und zwar deswegen, weil wir der Auffassung sind, daß wir die Dinge nicht länger schleifen lassen können. Es ist über die Ausschubarbeit gesprochen worden. Sie ist daran kaputtgegangen, daß seit dem Stuttgarter Parteitag keine Grundlage mehr da war. Es war die dringende Forderung aus den Landesverbänden, die Ausschüsse zu aktivieren, damit wir hier endlich einen Schritt weiterkommen.

Das hier ist eine Geschäftsordnung. Es sind keine Statuten. Die Geschäftsordnung kann jederzeit geändert werden. Ich möchte die Auffassung vertreten, daß diese Geschäftsordnung in Kraft gesetzt wird, damit wir zunächst einmal überhaupt eine Arbeitsgrundlage haben. Der Schaden, der wegen des einen oder anderen Fehlers entstehen kann, ist sicher nicht größer als der, wenn wir die Dinge wie bisher behandeln.

Kraske: Die Bestimmungen im § 2 sind eindeutig nicht Geschäftsordnungsrecht, sondern Satzungsrecht; sie müssen, um wirksam zu werden, ohnehin auf dem nächsten Parteitag – das war auch immer vorgesehen – in die Statuten übernommen werden. Die Geschäftsordnungsbestimmungen müssen entsprechend gekürzt werden. Das gilt nicht nur für den § 2, sondern auch für die Paragraphen 1 bis 7. Wir haben sie aus Gründen, die Herr Scheufelen angeführt hat, hier festgehalten. Wir würden aber vorschlagen, die Änderungsvorschläge – beispielsweise die Mitgliedschaft in der Bundespartei – zunächst einmal zu prüfen, um sie dann endgültig zu behandeln, wenn wir diese Paragraphen in die Statuten übernehmen. Es wird auf dem Geschäftsordnungsweg nichts präjudiziert, weil die Paragraphen 1 bis 7 im Grunde genommen nur Erinnerungsposten sind, die eigentlich in die Statuten gehören.

Ich bin der Meinung, daß die von der Bundespartei aufgenommenen Mitglieder – so wünschenswert eine Mitgliedschaft in der Bundespartei auch wäre, weil sie zweifellos für viele Leute eine Alternative darstellt, die sie bisher vermißt haben – ein ernstes Problem für die Struktur unserer ganzen Partei aufwerfen. Ich bin der Meinung, daß sie nur in den Kreisverbänden tätig sein können als Mitglieder. Deswegen müssen sie den Orts- oder Kreisverbänden zugewiesen werden. Und hier ergibt sich sofort das Problem: Was geschieht, wenn die Kreis- oder Ortsverbände sich gegen eine Zuweisung durch die Bundespartei sperren, wie sie sich bisher womöglich gegen einen unmittelbaren Aufnahmeantrag gesperrt haben? Diese Frage muß also sehr nachdrücklich untersucht werden. Deswegen würde ich meinen, daß wir zunächst einmal diese Unterlage als Ausgangspunkt verabschieden sollen.

Adenauer: Ich schlage vor, dem zu folgen, daß aber hier notiert wird, (*Kraske*: Es wird ja alles mitstenographiert!) daß die Sache bei einer späteren Gelegenheit geregelt wird und daß das nicht definitiv ist! Das ist noch keineswegs festgelegt.

Gerstenmaier: Die erste Zeile im § 2 kann allein stehen bleiben: „Die Aufnahme als Mitglied erfolgt auf Antrag des Bewerbers.“ Dann müßte es heißen: „Sie kann bei der Bundes-, Landes-, Kreis- oder Ortspartei erfolgen.“ (*Widerspruch.* – *Zuruf:* Um Gottes willen nicht! Nein! Nein!)

Adenauer: Meine Herren! Wir wollen uns nicht erhitzen! Aber ich verstehe Sie wirklich nicht! (*Gerstenmaier:* Sie haben doch alle einen Gewinn davon! Das ist nicht zu begreifen! – *Unruhe.*) Ich wiederhole nochmals: Ich bin froh, wenn einer als Mitglied zu uns kommen will. Wir haben z.B. eine große Werbung gemacht, und die Kosten dieser Werbung waren höher und mehr als die Mitgliederbeiträge der Leute. Viele gehen auch nicht zu den Ortsverbänden. Und wenn sie sich bei uns anmelden, dann müssen wir ihnen sagen: Bei uns wirst Du zwar aufgenommen, aber Du mußt Dich bei Deinem Ortsverband melden. (*Zuruf:* Unmöglich! – *Unruhe.*)

Von Hassel: Ich habe einmal so formuliert: „§ 2. Die Aufnahme als Mitglied erfolgt auf Antrag des Bewerbers. Über die Aufnahme entscheidet der zuständige Kreisverband. Zuständig ist der Kreisverband des Wohnsitzes oder des Arbeitsplatzes. Vor der Aufnahme ist der Kreisverband des Wohnsitzes zu hören. Der Aufnahmeantrag muß schriftlich gestellt werden. In Ausnahmefällen können der Bundesvorstand und die Landesvorstände Aufnahmen tätigen. Die so aufgenommenen Mitglieder werden dem zuständigen Kreisverband gemeldet.“ (*Unruhe.* – *Widerspruch.*) Meine Herren! Wir kommen draußen von der Front! (*Gerstenmaier:* Wir sind doch nicht in der Etappe, mein Lieber! Das lasse ich nicht gelten! – *Anhaltende Unruhe.*) Herr Kollege Gerstenmaier! Wir müssen draußen eine Ordnung haben, und es geht nicht in erster Linie um die Leute, die zur Bundespartei wollen. Es gibt eine gewisse Zahl von Fällen, wo das gelten kann, aber es darf nur die Ausnahme bleiben, nicht die Regel sein! (*Unruhe.*)

Adenauer: Warum wollen Sie es sich denn so schwermachen, daß Sie keine Mitglieder mehr bekommen? Wir haben in unserer Partei eine so geringe Zahl von Mitgliedern, daß wir uns alle miteinander schämen müssen! Das muß ich Ihnen auch einmal sagen. (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Anhaltende Unruhe.* – *Zurufe:* Nein! – *Gerstenmaier:* Wenn ich schon einen Tümpel habe, dann lasse ich auch, wenn es geht, möglichst viel Wasser hinein! – *Altmeier:* Wir müssen doch eine Ordnung schaffen. – *Von Hassel:* Es muß die Ausnahme bleiben. – *Gerstenmaier:* Der Bund muß auch aufnehmen können. – *Zurufe:* Ja! – *Weitere Zurufe:* Nein! – *Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe. Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Meine Herren! Wir wollen doch nicht die ganze Zeit diskutieren mit dieser Frage, die wir ja doch noch einmal zurückstellen, um zu sehen, ob wir es nicht ändern können. Das Entscheidende ist doch, daß wir jetzt mit dem Ganzen einigermaßen fertig werden und sagen: Der Bundesvorstand ist mit der Arbeit als solcher einverstanden, damit wir damit zum Bundesparteivorstand gehen können. Über die andere Frage mit den Mitgliedern kann man sehr lange reden. Ich verrate nicht, wer hier im Raum gesagt hat: Für Prominente gab es auch damals eine Ortsgruppe „braunes Haus“. Man muß es sich sehr genau überlegen, ob man für bestimmte

Mitglieder eine Aufnahme-Ortsgruppe schafft, womit man sie aus dem allgemeinen Parteizusammenhang herausnimmt. Aber lassen wir das jetzt beiseite. Zunächst einmal muß das Ganze beschlossen werden.

Adenauer: Das hat doch keiner von uns gewollt. Ich finde das Ganze merkwürdig. Man meldet sich bei dem Ortsverband, wo man seinen Arbeitsplatz hat oder wo man wohnt. Wenn sich jemand meldet, wo der Arbeitsplatz ist, muß er vorher mitteilen, wo er den Wohnsitz hat. Das ist genauso, als wenn Sie jemandem einen Kredit von DM 10.000,- geben, anstatt froh zu sein, daß die Leute überhaupt zu uns kommen.

Gurk: Es ist so, daß dann, wenn die Aufnahme über die Bundespartei und die Landespartei geht, auch der Kreisvorstand vorher zu hören ist. (*Widerspruch.* – *Gerstenmaier:* Nein!) Es wäre richtig, wenn das zuträfe. Dann hätte ich keine Bedenken gegen Ausnahmeregelungen. (*Altmeier:* Ein solcher Mann kann ja im Zuchthaus gesessen haben! Das muß man doch prüfen können! – *Unruhe.* – *Zuruf:* Das kann die Bundespartei auch prüfen!) Da der Kreisverband als eine überörtliche Instanz in der Regel aufnimmt, ist schon eine Herausnahme aus der örtlichen Sphäre gegeben.

Adenauer: Nein, Herr Gurk, darum geht es nicht, sondern aus einem ganz anderen Grund, nämlich darum, um die Bundespartei nicht geradezu mit dem Stempel zu versehen, daß sie keine Mitglieder aufnehmen kann! Das ist gar nicht zu verstehen.

Gerstenmaier: Meine Herren! Ich verstehe das überhaupt nicht! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Gurk: Ich habe nur gefragt, ob über solche Aufnahmen durch den Bundesvorstand die Kreisvorstände zuerst gehört werden, nicht mehr. Wenn es so ist, hätte ich keine Bedenken.

Adenauer: Erlauben Sie mal, Herr Gurk! Wie wollen Sie denn die Leute behandeln, die sich melden? Sind Sie ein Mann, der ihnen einen Kredit einräumt, oder ein Mann, der froh sein soll, wenn ein Kunde kommt? (*Anhaltende Unruhe.*)

Von Hassel: Zu diesem § 2 rege ich für den Parteitag in Karlsruhe an, daß wir ihn zunächst einmal so aufnehmen, aber mit der ausdrücklichen Beschlußfassung des Bundesvorstandes, daß das vom Herrn Bundeskanzler vorgetragene Thema in Ruhe, und zwar mit allen Konsequenzen und allem Für und Wider, geklärt wird. Sonst kommen wir ja heute nicht zu Rande. Das muß eine Sache des Statuts sein.

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden!

Fay: Im § 7 ist der Ausschluß geregelt. Ausschließend ist der Parteivorstand. Ich werde gleich zur Parteigerichtsordnung Ausführungen machen. Ich würde jetzt schon vorschlagen, nicht den Vorstand, sondern das Parteigericht zu nehmen.

Adenauer: Wenn man schon etwas von einem Parteigericht hört und es wird einer ausgeschlossen von einem Parteigericht, dann denkt man, der Kerl hat mindestens seine Schwiegermutter ermordet. (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Von Hassel: Ich darf feststellen, mit den beiden Einschränkungen zur Geschäftsordnung liegt eine Protokollformulierung vor, die angemeldet worden ist von Herrn Dufhues und die folgendes besagt: „Die Bundespartei kann sich in die Landesparteien

einschalten.“ In einem anderen Zusammenhang heißt es: „Die Landespartei kann sich in die Kreispartei einschalten.“ Und an einer dritten Stelle steht: „Das gleiche gilt für die Bundespartei.“ Und da möchte Herr Dufhues festgehalten haben, daß sich die Bundespartei nur in die Landesparteien, aber nicht in die Kreisparteien einschalten kann. (*Gerstenmaier*: Das finde ich richtig.) Die Sache ist klar. Dann können wir es so einschränken. (*Unruhe und Zurufe*: Nein! – *Schröder*: Der Bundesvorstand beschließt im § 7: „2. Das Nähere regelt die vom Bundesvorstand zu erlassende Geschäftsordnung.“ – *Anhaltende Unruhe*.)

Kraske: Nach dem Statut muß der Bundesvorstand die Geschäftsordnung erlassen. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ausschlußwesen. In der Goslarer und Stuttgarter Fassung des Statuts ist nur ein Teil von dem enthalten, was in der Geschäftsordnung zu regeln ist. Wir waren uns von Anfang an darüber klar, daß es sich z.B. bei allen Verfahrensvorschriften und Wahlvorschriften für Parteitage usw. nicht nur um eine Ordnung für die Bundespartei, sondern auch für die Landesparteien und Kreisparteien handelt. Deswegen wollen wir aufgrund der Verabschiedung durch den Ausschuß, die nach meiner Auffassung auf keine Schwierigkeiten stoßen wird, der Geschäftsordnung eine etwas breitere Verankerung geben, als sie nur hätte, wenn wir hier darüber beschlössen. Das war der Grund zu diesem Vorschlag: Durch den Bundesausschuß. (*Schröder*: Man könnte es dem Bundesausschuß schicken als die vom Bundesvorstand gemäß Paragraph soundso beschlossene Geschäftsordnung. – *Gerstenmaier*: Sie kommen nicht an dem Statut vorbei! – *Von Hassel*: Wir beschließen es hier und leiten es danach dem Bundesausschuß zu! – *Schröder*: Es muß vorbereitet werden für die Statutenänderung auf dem Parteitag! – *Unruhe*.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Scheufelen!

Scheufelen: Es handelt sich um eine vorläufige Finanzordnung. Eine endgültige Finanzordnung können wir erst nach dem Parteiengesetz erlassen. Wie Sie aus der Finanzordnung ersehen, regelt sie zwei wesentliche Punkte: Einmal die Position des Bundesschatzmeisters gegenüber der Bundesgeschäftsstelle, und zwar gibt sie dem Bundesschatzmeister lediglich die überwachende Tätigkeit, wie sie in den Landesverbänden üblich ist. Sie befaßt sich zweitens mit den Parteibetrieben. Die Parteibetriebe sind bisher von Herrn Bach und von Herrn Heck treuhänderisch verwaltet worden.

Im Rahmen des Karlsruher Urteils und der neuen steuerlichen Verhältnisse sind wir gezwungen, die ganze Situation zu überprüfen, sowohl für die Zukunft als auch für die Vergangenheit, um festzustellen, wie wir die Zuweisungen – die wir z.B. von der Bundespartei an die Landesparteien vornehmen – steuerlich durchführen können. Ebenso war es notwendig, die Vergangenheit zu überprüfen, um Vorschläge für die Organisation zu machen. Alle Prüfungen, die die Herren in der Kommission durchgeführt haben, haben die Ordnungsmäßigkeit der Vorgänge festgestellt.

Die finanzielle Leistung unserer Parteiverlage⁵⁸ ist enorm groß. Die Zuweisungen

58 Vermutlich gemeint Einkünfte aus „Das Wirtschaftsbild“. Frankfurt 1949, ab 1950 Bonn,

an die Landesverbände haben im Laufe der letzten Jahre über fünf Millionen betragen. Um die steuerliche Situation zu prüfen, haben wir uns das Jahr 1958 näher angesehen. Von DM 100,-, die wir in den Parteiverlagen umgesetzt haben, sind DM 45,- an die Landesverbände gegangen, DM 10,- sind für Werbung von der Zentralstelle aus und für den Versand verbraucht worden. DM 45,- waren Herstellungskosten. Die Herstellungskosten enthalten auch die Zuweisungen an die Bundespartei.

Das sind Zahlen, die üblich sind. Wir haben uns wegen der steuerlichen Klärung der Dinge an das Finanzministerium in Nordrhein-Westfalen und an das Bundesfinanzministerium gewandt und haben das Einverständnis der Referenten bekommen, daß Werbekosten bis zu 50 % – wenn sie nachgewiesen werden – anerkannt werden. Weiterhin haben wir die Zusage bekommen, daß uns gegebenenfalls diese Anerkennung auch für die Vergangenheit gegeben wird, falls es uns gelingt, in naher Zukunft nicht mehr im Rahmen dieser lockeren Form, sondern eines geordneten Geschäftsunternehmens mit klarer Bilanz diesen Tatbestand nachzuweisen.

Daraus ergibt sich folgende Forderung an die Organisation: Wir als Bundespartei dürfen mit dem Wirtschaftsunternehmen, dem wir noch eine Form geben müssen, bis zu 50 % an die Landesparteien ausschütten. Es ist dann Sache der Landesparteien, nun nachzuweisen, wie sie diese Gelder verbrauchen. Sie dürfen es nicht direkt für politische Zwecke verbrauchen, sondern in der Form, daß sie für unser Verlagsunternehmen Werbung betreiben. Aus diesem Grunde hat sich der Kommissionsvorschlag ergeben, beim Bund eine GmbH zu bilden, die sämtliche Parteiverlage umfaßt mit Generalversammlung, Aufsichtsrat und Geschäftsführung, sowie bei den Ländern eine Werbe-GmbH zu gründen, die im Organverhältnis mit der Bundes-GmbH stehen muß.

Es ist dringend erforderlich, daß wir diese organisatorischen Maßnahmen schnell durchführen; denn wenn wir den Finanzbehörden nicht nachweisen können, daß wir tatsächlich die Zahlungen, die wir jetzt geleistet haben, für Werbemaßnahmen aufgewendet haben, können rückläufige Steuerforderungen an uns kommen, und zwar aus den Beträgen von fünf Millionen!

Wir haben dafür einen Gesellschaftsvertrag vorgelegt, der nach wirtschaftlichen und steuerlichen Gesichtspunkten aufgestellt worden ist. Der vorliegende ist nicht endgültig. Herr Müllenbach verteilt Ihnen den endgültigen, der mit der Zustimmung eines Notars entstanden ist. Dieser Gesellschaftsvertrag sieht vor, daß die GmbH getragen wird von den Parteivorsitzenden und den Landesvorsitzenden und daß sie als Gesellschaftsversammlung einen Aufsichtsrat bestellt. Der Aufsichtsrat bestimmt die Geschäftsführung.

Es ist im Gegensatz zu dem bisherigen Zustand, wo Herr Bach als Bundesschatzmeister geschäftsführend in den Firmen tätig war, der allgemeine Zustand vorgesehen,

„Der Wirtschaftsbrief“. Informationsdienst der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bonn 1952–1966; „Der Mittelstandsbrief“. Bonn 1953ff.; „Deutsches Monatsblatt“. Siegen 1954ff., ab 1960 Bonn. Vgl. dazu PROTOKOLLE 2 S. 86f., S. 560f.

daß der Bundesschatzmeister im Aufsichtsrat ist. Wir haben diese Änderung gewählt, weil Herr Bach im Frühjahr einen Brief an mich als dem Vorsitzenden der Kommission gerichtet – den ich an Herrn von Hassel weitergeleitet habe – und geschrieben hat, daß er beim besten Willen aus Arbeitsgründen und gesundheitlichen Gründen nicht länger als bis zum Ende des Jahres als Bundesschatzmeister mitarbeiten könne.⁵⁹ Die notwendigen Maßnahmen können gar nicht bis zum Ende des Jahres durchgeführt werden. Wir haben es in der Kommission bedauert, daß Herr Bach dann nicht mehr zur Verfügung stehen wird; denn wenn Sie sich die Arbeit ansehen, die Herr Bach hier hineingesteckt hat und die zu einem Ergebnis für die Landesverbände von mehr als fünf Millionen geführt hat, dann möchte ich ausdrücklich sagen, hier sehen Sie den Wirkungsgrad seiner Arbeit.

Es liegen Ihnen die Finanzordnung und dieser Gesellschaftsvertrag vor, der von der Gesellschaftsversammlung der neu zu gründenden GmbH beschlossen werden müßte. Im Rahmen dieser Finanzordnung wird durch die Bundespartei im Verlagsgeschäft eine GmbH gegründet und gesagt, wer die Treuhandträger dieser GmbH sind. Das wäre also hier zu beschließen.

Wir haben Entgegenkommen bei den Bundes- und Landesfinanzbehörden gefunden, und ich hoffe, daß wir ohne rückläufige Steuerforderungen durchkommen werden, aber garantieren kann das niemand. (*Pferdmenges*: Für welche Zeit? Mir ist gesagt worden, daß diese Forderung kommen wird!) Das gilt nur für die Förderergesellschaften.⁶⁰ Das würde gelten, wenn das Karlsruher Urteil nicht gekommen wäre.⁶¹ Es war bei den Unternehmen nur ein bestimmter Anteil von 4 oder 5 % des Umsatzes für politische Zwecke abzugsfähig. Wir haben an die Landesverbände 50 % abgegeben. Es liegt also hier ohne das Karlsruher Urteil ein sehr schwieriger Fall vor.

Nun kann niemand die Garantie übernehmen, daß wir ohne jede steuerliche Nachforderung durchkommen werden. Wie die Situation heute ist, würde diese Forderung auf die Herren Bach und Heck zukommen. Wir können selbstverständlich nicht die Unternehmen aufheben, ohne die damit verbundenen Haftungen zu übernehmen, und zwar für nachkommende Steuerforderungen. Diese müßten von der neu zu gründenden GmbH mit übernommen werden, und die Partei müßte dafür garantieren. Das sind wir den Herren schuldig.

Ich darf zusammenfassen: Wir müssen die Finanzordnung verabschieden. Wir müssen beschließen, daß wir für diesen Zweck eine GmbH bilden und wer die Träger sind. Wir müssen beschließen, daß diese GmbH etwaige Steuerforderungen, die noch kommen werden, übernimmt und daß für diese Forderungen die Bundespartei bürgt.

59 Nachfolger Bachs wurde kommissarisch Scheufelen (1. Januar – 23. Mai 1960).

60 Partei-Finanzierungsinstitute der Wirtschaft auf Landes- und Bundesebene (vgl. PROTOKOLLE I S. 126 Anm. 26). Zur Parteienfinanzierung zuletzt von ARNIM bes. S. 30–32.

61 Urteil vom 24. Juni 1958 (2 BvF 1/57) in BVerfGE 8, 1959 S. 51–71. Vgl. auch AdG 1958 S. 7142f.: Bundesverfassungsgericht erklärt steuerliche Absetzung von Spenden für politische Parteien als verfassungswidrig.

Adenauer: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Ihre Zustimmung feststellen.

Ich möchte Herrn Bach sagen, daß wir sein Ausscheiden aus dem Amt als Bundesschatzmeister sehr bedauern. Derjenige, der wie ich seit langen Jahren – wenigstens aus einer gewissen Nähe – hat verfolgen können, mit welcher hingebender Mühe und Arbeit Sie sich diesem sehr undankbaren Geschäft unterzogen haben, wird Ihrer ganzen Tätigkeit mit größter Dankbarkeit gedenken. (*Lebhafter Beifall.*)

Nun hätten wir noch die Parteigerichtsordnung vorzunehmen. Bitte, Herr Scheufelen!

Scheufelen: Ich möchte noch kurz etwas sagen. Herr Bach hat darum gebeten, zum 31. Dezember entlassen zu werden. Es müßte auf der nächsten Sitzung des Bundesparteiausschusses der Vorstand ermächtigt werden, kommissarisch einen Bundesschatzmeister vom 31. Dezember bis zum nächsten Parteitag zu wählen.

Adenauer: Gut! Bitte, Herr Fay!

Fay: Die Landesvorsitzenden haben Herrn Kiesinger und mir den Auftrag gegeben, drei Spezialfragen aus der Parteigerichtsordnung zu prüfen. Die erste Frage lautet: Wie kann man mit zivilrechtlicher Wirkung den Ausschluß aus der Partei vornehmen? Antwort: Nach § 29 Abs. 5 unserer Parteigerichtsordnung. Zweite Frage: Kann die Ablehnung eines Bewerbers durch das Parteigericht ausgesprochen werden? Dritte Frage: Können die Parteigerichte über politische Entscheidungen und Maßnahmen der Vorstände entscheiden?

§ 29 der Parteigerichtsordnung lautet:

Die Parteigerichte können auf folgende Maßnahmen erkennen: 1. Verwarnung, 2. Verweis, 3. Aberkennung von Parteiämtern, 4. Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern auf Zeit, 5. Ausschluß aus der Partei.

Wir beide, die die Sache nachgeprüft haben, sind zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Bestimmung in Ordnung ist. Ich muß noch ein paar Vorbemerkungen zu diesem Ergebnis machen. Wenn die Grundlage der Parteigerichtsordnung in dem neuen Parteiengesetz liegt, ist die Sache absolut klar. In dem Parteiengesetz ist eine Parteigerichtsbarkeit vorgesehen. Und wenn das gesetzlich geregelt ist, hat der Ausschluß aus der Partei auch zivilrechtliche Wirkung.

Wenn wir aber schon vor Erlaß des Parteiengesetzes unsere Gerichtsordnung in Kraft setzen wollen, müssen wir eine andere Rechtsgrundlage dafür finden. Die Rechtsgrundlage ist m.E. in unserem Statut, in dem auf eine Ehrengerichtsordnung hingewiesen wird, zu finden. Diese Ehrengerichtsordnung ist identisch mit der Parteigerichtsordnung, die wir bisher vorgeschlagen haben. Danach scheint es so zu sein, daß diese Parteigerichtsordnung eine echte Schiedsgerichtsordnung ist mit der Folge, daß Entscheidungen des Schiedsgerichts (lies Parteigericht) den ordentlichen Rechtsweg ausschließen.

Das ist der Zweck der ganzen Geschichte, daß, wenn ausgeschlossen wird, das ausgeschlossene Mitglied nicht mehr die Möglichkeit hat, vor ordentliche Gerichte zu

gehen, um die schmutzige Wäsche dort in dritter Instanz zu waschen. Wir kommen zu dem Ergebnis: Auf jeden Fall können wir es so machen.

Ich habe eben den § 7 der Geschäftsordnung aus folgendem Grund genannt: Nach dem Parteigesetz, das so oder so kommen wird, und zwar vor allem in den entscheidenden Bestimmungen, ist vorgesehen, daß die Satzung festlegt, welche Parteistelle ausschließt. Man kann nun den Vorstand, aber auch ein Parteigericht hierfür nehmen. Nimmt man das Parteigericht, dann ist die Sache klar. Dann schließt das Parteigericht aus, und dem Mitglied ist der ordentliche Rechtsweg dann mit Recht verbaut. Nimmt man aber den Vorstand, dann hat das Parteigericht die Aufgabe, zu überprüfen, ob die Entscheidung des Vorstands begründet war.

Da wir uns dazu entschlossen haben, dem Parteigericht den Ausschluß zukommen zu lassen, müssen wir auch zwangsläufig dann in der Geschäftsordnung das Parteigericht als zuständig für den Ausschluß erklären.

Wir können aber diesen Gedanken, der hier verankert ist, aufgeben. Ich würde es sogar begrüßen, wenn wir ihn aufgäben und dem Parteigericht lediglich die Aufgabe zukommen ließen, die Begründetheit des Beschlusses des Vorstands zu prüfen. So haben wir es auch in Hessen gemacht, und so halte ich es für normal. Ich habe vorhin gehört, daß man hier derselben Auffassung ist. Wenn dem so ist, kann der § 7 der Geschäftsordnung so bleiben. Der § 29 Abs. 5 der Parteigerichtsordnung müßte lauten: „Das Parteigericht ist zuständig zur Überprüfung der Ausschlußbeschlüsse, die der Vorstand gefaßt hat.“ Wenn Sie sich zu dieser Auffassung bekennen, müssen wir die Parteigerichtsordnung in diesem Punkte ändern. Vielleicht ist es gut, zunächst einmal über diese Frage zu diskutieren.

Adenauer: Oder abzustimmen! Deshalb bitte ich diejenigen, die gegen den Vorschlag von Herrn Fay sind, eine Hand zu erheben.

Dufhues: Ich habe ein Bedenken. Es geht nicht an, daß wir den Vorständen den Ausschluß aus der Partei übertragen, dagegen dem Parteigericht die Aberkennung usw. überlassen. Wenn der Vorstand ausschließen kann, dann muß er auch diese Möglichkeit haben. Dann muß der Vorstand die Entscheidung treffen.

Kraske: Wir haben den § 29, wo fünf Strafmaßnahmen des Gerichts aufgezählt werden, seinerzeit in der Kommission aus folgendem Grund vorbereitet: Wir waren der Meinung, daß hier nicht präjudiziert ist, wer den Ausschluß vollzieht, sondern daß diese Formulierung „5. Ausschluß aus der Partei“ offenläßt, ob lediglich das Gericht über den Ausschluß erkennt – der dann aber entsprechend der Satzung vom Bundesvorstand auszusprechen und zu vollziehen wäre –, oder das Gericht selber [!] Erkenntnis des Ausschlusses gleichzeitig den Ausschluß vollzieht.

Ich meine, man kann in dem Zusammenhang des § 29 nicht zunächst über die Aberkennung von Parteiämtern, dann aber im Punkt 5 nur von der Überprüfung einer Maßnahme sprechen; denn das würde in die Berufungsmöglichkeiten hineinhören, die im Vorstehenden geklärt werden.

Fay: Ich schlage vor, den § 7 der Geschäftsordnung zu ändern: „Der zuständige Parteivorstand entscheidet über Ordnungsmaßnahmen gegenüber Mitgliedern.“ Der

Begriff „Ordnungsmaßnahmen“ entstammt dem Parteiengesetz. Zu den Ordnungsmaßnahmen gehört namentlich auch der Ausschluß, wie er im § 29 aufgeführt ist. Man könnte, um sich ganz verständlich auszudrücken, die Ordnungsmaßnahmen noch erläutern und schreiben: „1. Verwarnung, 2. Verweis, ... 5. Ausschluß aus der Partei.“ (*Adenauer*: Das würde ich für richtig halten!) Dann ist klargestellt, was Ordnungsmaßnahmen sind. Dann könnten wir den § 29 so fassen: „Das Parteigericht überprüft die Maßnahmen des Vorstandes auf ihre Begründetheit oder beschließt über Einsprüche gegen Maßnahmen des Vorstandes.“ Wird das so akzeptiert?

Adenauer: Wenn nicht widersprochen wird, ist es angenommen.

Schröder: Herr Fay! Das bedeutet, daß wir den Vorständen allerhand auferlegen, was sie sehr ungern tun werden; denn sie sind zunächst zuständig für die Verwarnung, dann für die weiteren Maßnahmen. Die Vorstände können sich mit dem Ausschluß beschäftigen. Denken Sie allein an die Frage der Verwarnung.

Fay: Darüber müßten wir uns noch unterhalten. Die Vorstände müssen aber so stark sein, daß sie diese politischen Entscheidungen zunächst in eigener Verantwortlichkeit treffen können. Es ist eine politische Entscheidung. (*Adenauer*: Machen wir es ruhig so, wie Herr Fay vorgeschlagen hat!) Im Grunde ist es eine politische Entscheidung, und die soll dann überprüft werden, ob alle Spielregeln eingehalten worden sind.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich meine, wir sollten dem zustimmen.

Kraske: Muß denn der § 29 in der jetzt vorgeschlagenen geänderten Fassung bestehen bleiben? Es heißt im § 16: „Ein Verfahren vor den Parteigerichten findet statt 1. auf Antrag eines Mitglieds, das durch eine Maßnahme oder Entscheidung eines Parteiorgans beeinträchtigt zu sein behauptet ...“ usw. Dieser § 16 deckt doch jeden Einspruch gegen diese Strafmaßnahmen, die Sie im § 7 der Geschäftsordnung aufzählen.

Fay: Strenggenommen haben Sie recht! Man könnte es weglassen, aber ich bin dafür, daß man es stehen läßt, damit das Mitglied klar sieht, welche Rechte es hat gegen Entscheidungen des Vorstandes. (*Adenauer*: Wir sind bald soweit, daß keiner mehr zu uns kommt!) Lassen wir es zunächst so stehen; es wird bald geändert. (*Adenauer*: Das ist auch ein „Grund“!) Da die Formulierung des § 16 in der Parteigerichtsordnung sehr weit gehalten ist, kann die Frage auftauchen, ob die Mitglieder das Recht haben, auch politische Entscheidungen der Vorstände vor die Gerichte zu bringen. Es heißt dort: „Ein Verfahren vor den Parteigerichten findet statt 1. auf Antrag eines Mitglieds, das durch eine Maßnahme oder Entscheidung eines Parteiorgans beeinträchtigt zu sein behauptet.“ Wir haben neulich diese Frage erörtert. Ich bin der Auffassung, man sollte sich von vornherein darüber klar sein, daß politische Fragen, die der politischen Entscheidungsgewalt der Parteiorgane zukommen, nicht vor die Gerichte kommen sollen. Man sollte das, um alle Zweifel zu beheben, in einem Satz, den man hier diesem Katalog anfügt, auch zum Ausdruck bringen.

Adenauer: Damit sind wir also einverstanden! (*Zustimmung.*)

Fay: Wir würden sagen: „Politische Entscheidungen und Maßnahmen sind nicht Gegenstand eines Verfahrens vor den Parteigerichten.“ Dann fügen wir als letzten Absatz noch hinzu die Frage, die im Grunde schon entschieden ist: „Die Ablehnung der Aufnahme eines Bewerbers soll nicht vor die Gerichte kommen“, und zwar einmal, weil der Bewerber noch nicht Mitglied ist, also noch nicht zuständig für ein Parteigericht, denn das gilt nur für Mitglieder, und zweitens, weil die Ablehnung der Bewerbung eine politische Entscheidung ist. Hier spielen sehr oft politische Gesichtspunkte eine Rolle, und darüber sollen die Gerichte nicht entscheiden. (*Adenauer:* Er ist noch nicht Mitglied!) Er steht sozusagen noch vor den Toren.

Adenauer: Damit hätten wir also die Parteigerichtsordnung erledigt? (*Zustimmung.*)

Von Hassel: Wir haben noch die „satzungsgemäßen Wahlen“ und „Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1961“ zu erledigen. Dazu folgendes:

Die Landesvorsitzenden haben sich mit der Frage der satzungsgemäßen Wahl, die durch den Bundesausschuß erfolgen muß, sehr eingehend beschäftigt. Es sind von den zehn, die vom Bundesausschuß zu wählen sind, einige ausgeschieden; einer durch Tod, andere sind im Bundesvorstand doppelt vertreten. Aus dem Grunde könnten ihre Plätze frei werden. Die Landesvorsitzenden sind der Meinung, daß der kommende Bundesparteitag – vermutlich im Frühjahr in Karlsruhe – unter dem Punkt „Verschiedenes“ möglicherweise eine neue Überlegung bringen wird. Die Ergänzungswahl durch den Bundesausschuß könnte, damit die Laufzeit der von Bundesvorstand und vom Bundesausschuß zu wählenden Mitglieder wieder synchronisiert wird, bis zum Bundesparteitag hinausgeschoben werden. Das müßte dem Bundesausschuß vorgetragen werden, der dazu Stellung nehmen muß.

Zur Vorbereitung der Bundestagswahl ist zur Information zu sagen, daß die Bundesgeschäftsstelle und die Arbeitskreise, die die Bundestagswahl 1957 vorbereitet haben, ihre Arbeit bereits aufgenommen haben.

Adenauer: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

VERSCHIEDENES

Von Hassel: Zum Bundesparteitag folgendes: Von unseren Freunden aus Baden-Württemberg ist gebeten worden, mit Rücksicht darauf, daß vermutlich Mitte Mai dort die nächste Landtagswahl stattfinden wird, den nächsten Bundesparteitag in diesem Raum abzuhalten, und zwar unmittelbar vor der Wahl. Vorgeschlagen als Tagungsort ist Karlsruhe. Als Termin ist die Zeit vom 27. bis 30. April vorgesehen.

Adenauer: Stimmen wir zu? (*Albers:* Ich mache darauf aufmerksam, daß Mitte März in Köln der Christliche Arbeiterkongreß stattfindet.⁶² Eine Verschiebung dieses Termins ist nicht möglich.)

⁶² Ständiger Ausschuß Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongresse (Hrsg.): Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongreß 1960 vom 26. bis 27. März 1960 in Köln. Köln 1960. – Unterlagen in ACDP IV-013. Bericht in UiD Nr. 13/14 vom 31. März 1960 S. 4.

Von Hassel: Das macht ja keine Schwierigkeiten. Eine Verschiebung oder ein anderer Termin als Ende April ist nicht möglich. Wir haben alles genau geprüft.

Adenauer: Ihre Wünsche werden erfüllt, Herr Albers. – Damit können wir schließen. Ich stelle fest, daß wir harmonisch auseinandergehen, trotz der leidlichen Politik. Ich danke allen Landesvorsitzenden, speziell den Herren von Hassel, Altmeier, Blumenfeld und Fay, von ganzem Herzen für ihre mühevollen Arbeit. Die Sitzung ist geschlossen.

10

Bonn, 9. November 1959

Sprecher: Adenauer, Adorno, Albers, Altmeier, Blumenfeld, von Brentano, Cillien, Dufhues, Erhard, Etzel, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gurk, von Hassel, Frau Heiler, Hellwig, Johnen, Kraske, Krone, [Lücke], Frau Rehling, Scheufelen, Schröder, Stingl, Stoltenberg, Frau Weber, Zimmer.

Bericht zur politischen Lage. Aussprache über die Ergebnisse der Sitzung des Bundesausschusses vom 28. September 1959. Konstituierung der Fachausschüsse der Bundespartei. Arbeitsplanung der Bundestagsfraktion bis 1961; Parteifinanzen; Rundfunkgesetz. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 18.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben eine Tagesordnung heute, die sehr viel enthält, die wir aber in Ruhe erledigen wollen. Deswegen darf ich beginnen, obwohl wir hier schwach besetzt sind.

Entschuldigt haben sich die Herren Meyers, Schmücker, Kiesinger, Osterloh und Noltenius – das ist sehr bedauerlich; denn ich habe daran gedacht, daß er uns einen Bericht über die Wahl in Bremen¹ geben würde. Es ist zwar nicht viel darüber zu berichten.

¹ Am 11. Oktober 1959: SPD 54,9 %, CDU 14,8 %, DP 14,5 %, FDP 7,1 % (FISCHER I S. 453f.).

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Zum Punkt 1: Bericht zur politischen Lage! Ich möchte mich verhältnismäßig kurz fassen, weil wir auf der Tagesordnung noch stehen haben: „Arbeitsplanung der Bundestagsfraktion“ und sich bei der Besprechung dieses Punktes der Tagesordnung Anhaltspunkte für innenpolitische Betrachtungen ergeben. Innenpolitisch war sehr interessant die vergangene Woche und in der vergangenen Woche namentlich die außenpolitische Debatte im Bundestag.² Die außenpolitische Debatte war – das kann man ohne Übertreibung sagen – für unsere Fraktion ein voller Erfolg, und zwar sowohl in der Sache wie auch in der Form. Sie sehen das am besten daraus, daß die Sozialdemokraten, namentlich die Nicht-Spitzenleute – die Spitzenleute hielten sich mehr zurück –, bei dieser ganzen Affäre hinausgehen wollten. Noch interessanter ist, daß Herr Mommer, nachdem ihr letzter Sprecher, Carlo Schmid, gesprochen hatte – es waren noch vierzehn Abgeordnete gemeldet –, die CDU-Fraktion bat, abzubrechen und Schluß zu machen mit der gesamten außenpolitischen Debatte; eine außenpolitische Debatte, die von ihnen verlangt worden war. Ich glaube, es war gut, daß die CDU-Fraktion dem stattgegeben hat, sonst wäre die ganze Debatte am anderen Tage zerflattert in einer sehr unwürdigen Weise. Es stimmten dem Antrag auf Schluß der Debatte zu: unsere Fraktion, die SPD-Fraktion und die DP-Fraktion. Es lehnte ihn ab die FDP-Fraktion, und zwar deswegen, weil dem Vernehmen nach Herr Becker³ noch eine Rede präpariert hatte, die er gern gehalten hätte.

Ich habe mich gefreut, daß dieser Tag so gut für unsere Fraktion verlaufen ist, und zwar aus zwei Gründen. Einmal hatten wir seit eineinhalb Jahren keine große außenpolitische Debatte mehr im Bundestag gehabt. Seit dieser letzten außenpolitischen Debatte hatten sich mehrere Veränderungen innerhalb unserer Fraktion vollzogen. Es hat sich gezeigt, daß diese Veränderungen ausgeglichen sind und daß wir gute Redner haben in der Fraktion, auch bei so schwierigen Fragen wie in einer außenpolitischen Debatte. Der zweite Grund, warum wir Anlaß haben, zufrieden zu sein, ist folgender: Es zeigte sich in der Debatte immer wieder, daß der Deutschlandplan der Sozialdemokratie⁴ ihre verwundbarste Stelle ist. Sie ist selbst geteilt in der Beurteilung, wenn auch der größere Teil ihrer Fraktion – davon müssen wir Kenntnis nehmen – offenbar hinter dem Deutschlandplan steht. Wir dürfen also nicht den Deutschlandplan der SPD etwa nach dieser Debatte zur Seite legen, sondern wir müssen uns weiter damit beschäftigen; denn er wird – soweit man bis jetzt etwas darüber sagen kann – einer der Hauptpunkte im kommenden Wahlkampf sein.

2 Am 5. November 1959. – Sten.Ber. 3. WP Bd. 44 S. 4682–4786.

3 Dr. Max Becker (1888–1960), 1946 MdL Hessen (FDP), 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949–1960 MdB, ab Juli 1956 Bundestags-Vizepräsident.

4 Druck: AdG 1959 S. 7614f.

Ich möchte dann übergehen zur außenpolitischen Situation. Sie werden verstehen, daß ich mich auch da relativ kurz fasse und wenig sage, weil man sich vor den Konferenzen und Besprechungen, die in der nächsten Zeit stattfinden werden, natürlich nicht im Bundestag – das ist mir vorgeworfen worden –, aber auch nicht in einem so großen Kreis wie hier, ausführlich über all die Dinge, die eventuell auf den Konferenzen besprochen werden, auslassen kann. Zunächst wird die Besprechung in London sein, und zwar morgen in acht Tagen.⁵ Ich bin überzeugt davon, daß diese Aussprache mit dem Premierminister Macmillan gut verlaufen wird. Sie wissen, daß die ganze Unstimmigkeit zwischen England und uns eigentlich beruht auf den massiven Auslassungen der englischen Presse vor Jahresfrist gegen die Bundesrepublik überhaupt.⁶ Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß zur gleichen Zeit auch in einem Teil der amerikanischen Presse gegen die Bundesrepublik Deutschland sehr entschiedene Stellung genommen wurde. Es ist für mich ganz klar, daß hier Drahtzieher aus dem Osten dahinter waren. Ich habe von den Drahtziehern gesprochen. Warum die Sozialdemokratie mir das besonders übel genommen hat, weiß ich nicht. Das ist ihr Geheimnis. Ich habe Herrn Macmillan, als er im vergangenen Februar hier war nach seiner Moskareise, unter Vorlage einer Reihe von Presseäußerungen britischer Journalisten dargelegt, daß diese Stellungnahmen gegen die Bundesrepublik Deutschland mir ernste Sorgen machten, daß wir doch bemüht sein müßten, die Stimmung der öffentlichen Meinung in Großbritannien über Deutschland zu verbessern. Das war der eine Punkt, der uns immer wieder beschäftigte.

Der zweite Punkt ist der Rapacki-Plan. Er scheint aber jetzt von Großbritannien ad acta gelegt worden zu sein, worüber ich mich herzlich freue. Der dritte Punkt ist die Frage des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone. Erlauben Sie mir, darüber doch einige Worte zu sagen. Der Gemeinsame Markt muß betrachtet werden nicht in erster Linie als ein wirtschaftlicher Vertrag, sondern als ein politisches Instrument. Er muß im Zusammenhang betrachtet werden mit dem Europarat, der Montanunion und EURATOM, kurz und gut, es handelt sich hier um eine Reihe von politischen Fakten. Die EWG ist in der Hauptsache ein politischer Vertrag, der bezweckt, auf dem Wege über die Gemeinsamkeit der Wirtschaft zu einer politischen Integration Europas zu kommen. Ich darf Sie erinnern an den Norddeutschen Zollverein⁷ und daran, daß man im vorigen Jahrhundert über diese wirtschaftlichen Verträge zur politischen Einigung und Verständigung in Deutschland gekommen ist. Hier finden Sie ein Parallelstück.

5 Besuch Adenauers in Großbritannien vom 17. bis 19. November 1959 – AdG 1959 S. 8064.

6 Anlaß der antideutschen Kampagnen waren Kriegsverbrecherprozesse und antisemitische Aktivitäten. Vgl. ADENAUER: Teegespräche 1959–1961 S. 31; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 532f.

7 Vermengung von Deutschem Zollverein und Norddeutschem Bund. Bei dem Deutschen Zollverein handelt es sich um den Zusammenschluß deutscher Staaten von 1834 zur Schaffung einer deutscher Wirtschaftseinheit. Der Norddeutsche Bund bezeichnet den nach dem Deutschen Krieg von 1866 geschaffenen Zusammenschluß von Preußen und 17 norddeutschen Kleinstaaten in einem Bundesstaat.

Ich habe deswegen auch den britischen Herren, die mit mir gesprochen haben, gesagt: Wir sind bereit, den Nichtmitgliedern des Gemeinsamen Marktes auf wirtschaftlichem Gebiet soweit entgegenzukommen, daß der politische Zweck des EWG-Vertrages dadurch nicht gefährdet wird. Das muß unser Leitgedanke sein. Die übrigen Mitglieder des Gemeinsamen Marktes teilen diese Auffassung. Die Vereinigten Staaten haben sich zu diesen Fragen geäußert, aber nicht öffentlich, sondern intern. Mir hat Eisenhower, als er damals hier war, gesagt, die europäische Integration hält die Vereinigten Staaten fest an Europa. Das war ein sehr ernstes und sehr wichtiges Wort, das wir unter allen Umständen beachten müssen. Die Vereinigten Staaten haben sich auch durch ihren Unterstaatssekretär Dillon⁸ mit diesen wirtschaftlichen Fragen befaßt; ihr Standpunkt, kurz zusammengefaßt, ist folgender: Die EWG ist für die Vereinigten Staaten wirtschaftlich nicht angenehm, aber die Vereinigten Staaten gehen aus von der politischen Bedeutung dieses Vertrages, weil er auch nach ihrer Auffassung zur Integration Europas führen soll. Daher sind sie bereit, über die eventuellen wirtschaftlichen Nachteile, die die EWG für die Vereinigten Staaten hat, hinwegzusehen, und zwar im Interesse des politischen Zieles. Dillon hat aber hinzugefügt, wenn Großbritannien hinzukäme, dann würde der wirtschaftliche Nachteil für die Vereinigten Staaten so groß sein, daß sie dann nicht mehr ruhig zusehen könnten. Das ist also alles schwierig, meine Damen und Herren! Sie werden gelesen haben, daß der derzeitige Präsident der EWG, Herr Hallstein, neue Vorschläge⁹ gemacht hat. Wir müssen nun abwarten, ob diese neuen Vorschläge in Großbritannien und in den nordischen Ländern Beifall finden oder nicht. Jedenfalls darf ich nochmals wiederholen und unterstreichen: Unser Standpunkt ist der, soweit entgegenzukommen, wie dies der politische Zweck der EWG – der nicht gefährdet werden darf – zuläßt. Ich hoffe, daß sich in den nächsten Monaten eine Einigung mit den Ländern, die als Teilnehmer der Freihandelszone in Aussicht genommen worden sind, finden läßt.

Nach dem Besuch in London muß ich am 1. und 2. Dezember nach Paris.¹⁰ Eine Tagesordnung hierfür steht noch nicht fest; wir haben über eine Tagesordnung noch nicht gesprochen. Es handelt sich um eine Aussprache zwischen der französischen Regierung und der deutschen Regierung über die gegenwärtige Lage in der Welt und über das kommende West-Gipfeltreffen und das dahinter stehende Ost-West-Gipfeltreffen. Dieses West-Gipfeltreffen findet am 19. Dezember und den folgenden Tagen in Paris statt.¹¹ Es soll im kleinsten Kreis gehalten werden. Es nehmen teil Eisenhower, Macmillan, de Gaulle und ich. Es soll nicht etwa irgendwie zu

8 C. Douglas Dillon (geb. 1909), amerikanischer Bankier, Diplomat und Politiker (Republikaner), 1957–1959 Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen.

9 Denkschrift der EWG zu einer Europäischen Wirtschaftsassoziation vom 24. September 1959 – AdG 1959 S. 7973–7975.

10 Vgl. AdG 1959 S. 8088f.

11 Vom 19. bis 21. Dezember 1959 Treffen der Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien, den USA sowie der Bundesrepublik Deutschland – AdG 1959 S. 8125–8127.

einer erweiterten NATO-Sitzung kommen. Ich halte das auch für vernünftig und für verständlich; denn man wird sich dort über die politische Lage in der ganzen Welt in Ruhe aussprechen müssen.

Wann nun das Ost-West-Gipfeltreffen stattfinden wird, an dem teilnehmen werden – auch mit unserer Zustimmung – Amerika, England, Frankreich und Sowjetrußland, das steht noch nicht fest. Sie wissen, daß da Differenzen entstanden sind, aber nicht zwischen uns und Amerika, wie die Sozialdemokraten meinen. Wir haben uns sehr zurückgehalten bei der Frage des Termins, weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß wir Deutsche und die Vertreter der Deutschen sich in Fragen, die nicht von großer Bedeutung sind für Deutschland und den Frieden in Europa und in der Welt, nach Möglichkeit zurückhalten sollen; denn unsere Vergangenheit haftet uns noch immer an und ist keineswegs vergessen.

Sie wissen, daß Eisenhower den Wunsch hatte, in der ersten Dezemberhälfte diese Ost-West-Konferenz abzuhalten. Das war aber sachlich nicht möglich, weil noch gar keine Vorbereitungen getroffen waren. De Gaulle seinerseits wünscht eine möglichst intensive Vorbereitung und hat deswegen intern vorgeschlagen: Mai/Juni. Nun kommt aber hinzu, daß faktisch der Präsident der Vereinigten Staaten von Mitte Juli an, wenn die Konvente der Parteien im Gange sind, sich äußerste Zurückhaltung in allen politischen Angelegenheiten auferlegen muß.¹² Aus alledem ist wohl der Schluß zu ziehen, daß diese Ost-West-Gipfelkonferenz im Februar/März stattfinden wird.¹³ Über die Tagesordnung steht noch nichts fest. Es war zunächst die Meinung ausgesprochen worden – nicht bei uns –, es sollte auf die Tagesordnung nur die Berlin-Frage gesetzt werden, und zwar in Fortsetzung der Genfer Konferenz. Das aber hätte ich für uns als eine außerordentlich große Gefahr gesehen; denn wenn die vier zum erstenmal zusammenkommen und diese Konferenz geht ohne ein Ergebnis auseinander, dann ist das eine sehr ernste Situation. Sie wäre so ernst, daß alle Teilnehmer, auch der Russe, bestrebt sein müßten, ein solches ergebnisloses Auseinandergehen zu verhindern. Stünde aber auf der Tagesordnung nur die Berlin-Frage und wollte man sich unter allen Umständen über die Berlin-Frage einigen, dann wäre das eine sehr schlechte Konstellation für die deutschen Interessen.

Darum habe ich immer wieder betont, die Hauptfrage ist die Abrüstungsfrage. Sie ist es auch! Wenn durch ein Wunder Gottes die ganze deutsche Frage jetzt plötzlich gelöst wäre, aber die Abrüstungsfrage wäre nicht gelöst und es würde weiter wie bisher gerüstet, dann wäre die Spannung in der Welt genau die gleiche, wie sie auch bisher gewesen ist. Es haben sich dann diesem Standpunkt Eisenhower, Chruschtschow und de Gaulle angeschlossen. Ich habe aber den sehr lebhaften Wunsch, es möchten auf dieser Konferenz nicht nur die Abrüstungsfragen und die Berlin-Frage, sondern auch

12 Präsidentschafts-, Kongreß- und Gouverneurswahlen fanden in den USA am 8. November 1960 statt (AdG 1960 S. 8751). Im Juli 1960 wurden Kennedy (Demokraten) und Nixon (Republikaner) als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt.

13 Beginn am 16. Mai und Abbruch am 17. Mai 1960 – AdG 1959 S. 8400–8407.

noch andere Fragen besprochen werden, damit die Berlin-Frage aus den taktischen Gesichtspunkten, die ich eben erwähnt habe, nicht zu stark hervorgehoben wird.

Wir müssen davon ausgehen, daß durch die Erklärung, die Chruschtschow in Camp David gegeben hat¹⁴, die Berlin-Frage eine Frage ist, die zunächst bis auf weiteres für uns gelöst ist, aber nicht für sechs Monate, wie es dann wäre, wenn man zu einer Stellungnahme da kommen wollte, sondern für eine längere Zeit. Die amerikanische Regierung steht auch auf dem Standpunkt, daß die Berlin-Frage aufgrund einer Zusage, die Eisenhower Chruschtschow in Camp David gegeben hat¹⁵, auf der Gipfelkonferenz nicht gelöst zu werden braucht. Ich hoffe, daß man bei dem Standpunkt auch verbleibt. Eisenhower ist im Laufe der nächsten Wochen und Monate ganz angefüllt mit diesen Konferenzfragen. Ich deutete eben schon an, daß etwa Mitte Juli der Präsident der Vereinigten Staaten auch mit seiner Regierung mehr oder weniger Gewehr bei Fuß stehen muß mit Rücksicht auf die amerikanischen Wahlen. Das ist natürlich eine etwas ernste Zeit, die dann kommt. Der neue Präsident tritt sein Amt am 20. Januar des nächsten Jahres an, und von Mitte Juli bis 20. Januar des folgenden Jahres liegen eine Reihe von Monaten. In dieser so bewegten und unruhigen Welt weiß man nicht, welche Konstellationen sich dann ergeben.

Ich möchte noch ein Wort in diesem Zusammenhang zur Sozialdemokratie sagen und halte mich hierbei an einen Artikel von Ingram¹⁶, den heute morgen die „Kölnische Rundschau“ unter der Überschrift „Der zänkische Alte“ gebracht hat.¹⁷ Das bin ich, meine Damen und Herren! Er schreibt darin, daß die Sozialdemokratie mich jetzt so getauft habe und mir nun vorwerfe, daß ich das tue, was sie vor gar nicht langer Zeit verlangt hätte. In dem Artikel heißt es u.a.:

Die neueste Gußform der deutschen Opposition für die Herabsetzung Konrad Adenauers ist „Der zänkische Alte“. Bald reibt er sich an Macmillan, bald an de Gaulle, jetzt sogar an Eisenhower. So bringt er alle Bündnisse in Unordnung. Da ist es gut, wenn man als Papiersammler imstand ist, den sozialdemokratischen „Vorwärts“ gelegentlich rückwärts zu lesen. Am 20. März enthielt er eine Glosse über „Nationalpolitik“. Da wurden einige Reibereien Frankreichs, Belgiens und Dänemarks mit dem NATO-Kommando als Vorbild für Bonn hingestellt, wo „jede vom NATO-Dogma abweichende Meinungsäußerung allein schon als Verrat gedeutet“ werde. „Jedes der NATO-Länder nimmt sich gewisse Freiheiten heraus, wenn es um seine eigenen Interessen geht.“ Die einzige Ausnahme sei Deutschland. „Man sollte nationale Interessen zugeben und nicht aus der Welt schweigen ... Die nationalen deutschen Interessen verlangen eine eigenständige deutsche Politik.“

14 Besuch Chruschtschows in den USA vom 15. bis 27. September 1959. Vgl. AdG 1959 S. 7962, 7965f.; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 555f.

15 EBD. sowie AdG 1959 S. 7968–7971.

16 Robert Ingram, eigentlich Franz Klein, Publizist.

17 „Kölnische Rundschau“ vom 9. November 1959.

Also, alle NATO-Mitglieder wehrten sich entschieden, wenn ihre nationalen Interessen in Frage kämen; nur ich täte das nicht. Ich schluckte alles geduldig und nähme alles in Ruhe hin, gleichgültig, wie sich unsere Interessen dazu verhielten.

Es ist richtig, ich habe gegen Herrn Macmillan Stellung genommen; ich habe gegen Herrn de Gaulle Stellung genommen. Übrigens habe ich gegen Eisenhower nicht Stellung genommen. Nur „Die Welt“, das große Hamburger Blatt, will unter allen Umständen, daß wir mit Amerika Krach haben sollen! Wir haben keinen Krach! Sie sehen es am besten aus folgendem: Herr Bruce¹⁸ war vor seiner Abreise nach Washington bei mir. „Die Welt“ hat geschrieben, er sei gekommen, um mir ernste Vorhaltungen zu machen, weil ich mich soundso gegen die amerikanische Politik benähme.¹⁹ Das ist von A bis Z frei erfunden. Herr Bruce kam zu mir, um mir zu sagen, daß Murphy²⁰ nicht kommen würde als Botschafter. Es stand das noch nicht in der Presse. Er kam, um mir zweitens zu sagen, daß er nun plötzlich die Aufforderung bekommen habe, am anderen Tage nach Washington zu kommen, um dort zu überlegen, wer sein Nachfolger werden solle, daß er aber den Auftrag habe, mit mir über die Frage seines Nachfolgers zu sprechen, und ob ich irgendwelche Wünsche dabei hätte.

Sie sehen also, daß der Besuch schon ungewöhnlich freundschaftlich war. Wir haben dann „Die Welt“ berichtigt, aber „Die Welt“ hat dann uns „berichtigt“, es sei doch wahr, wir hätten doch Krach. Ich darf hier sagen: Heinrich Hansjakob²¹ – vielleicht ist dem einen oder anderen der Name bekannt –, ein Pfarrer und Schriftsteller im Schwarzwald, den wir früher gerne und oft gelesen haben, hat einen Satz geschrieben, den ich mir damals offenbar so eingepägt habe, daß ich ihn nie vergessen habe. Er hat gesagt: „Man soll nie mit Zeitungen und kleinen Jungen Krach anfangen; denn die Zeitungen und die kleinen Jungen rufen immer etwas hinter einem nach; dagegen kann man nichts machen.“²² Und dieser Satz – ich habe es in der Folgezeit oft erfahren müssen – ist absolut zutreffend. Also, dann schweigt man am besten. Und so will ich auch hier schweigen und nichts darüber sagen. Ich möchte aber nachdrücklich betonen, daß zwischen den Vereinigten Staaten und uns volle Harmonie herrscht,

18 David K. E. Bruce (1898–1977), Jurist, amerikanischer Politiker und Diplomat; 1949–1952 Botschafter in Paris, 1952–1953 stellvertretender amerikanischer Außenminister, 1953–1955 Botschafter bei der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg, 1957–1959 in Bonn, 1961–1969 in London.

19 „Verstimmung Bonn-Washington. Botschafter Bruce fliegt nach USA. Schatten über den Beziehungen nach der Rede Adenauers in Baden-Baden“, in: „Die Welt“ vom 31. Oktober 1959. Vgl. auch: „Demonstrative Betonung guter Beziehungen Bonn-Washington. Eine Verstimmung wird bestritten“, in: „Die Welt“ vom 2. November 1959.

20 Dr. Robert Daniel Murphy (1894–1978), amerikanischer Diplomat; 1959 Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten im Außenministerium (Rücktritt am 28. Oktober, endgültiges Ausscheiden aus der Politik am 3. Dezember 1959 – vgl. AdG 1959 S. 8028).

21 Heinrich Hansjakob (1837–1916), katholischer Pfarrer; badischer Landtagsabgeordneter 1871–1878 (Zentrum), Schriftsteller.

22 Nicht ermittelt.

daß, alles in allem genommen, die Vereinigten Staaten die jetzige Situation und die Situation der nächsten Zeit mindestens so ernst beurteilen, wie wir sie beurteilen. Allein Macmillan ist optimistisch, und deswegen freue ich mich besonders auf die Aussprache mit ihm. Vielleicht bringe ich etwas Optimismus davon mit nach Hause.

Im übrigen kann ich Ihnen nur das eine sagen: Die ganze außenpolitische Situation ist auch durch den Besuch Chruschtschows in den Vereinigten Staaten, auch durch das Blasen der Friedensschalmei seitens Moskau in keiner Weise entspannt. Ich möchte noch ein Wort hinzufügen: Die Taktik ist anders geworden, aber die Spitze der sowjetrussischen Politik richtet sich absolut gegen die Bundesrepublik Deutschland. Und aus Äußerungen Chruschtschows selbst wissen wir, daß das Ziel der sowjetrussischen Politik ist, auf irgendeine Weise die Bundesrepublik Deutschland kommunistisch zu machen. Das war seit Jahr und Tag und ist nach wie vor das Ziel der Politik Sowjetrußlands. Sowjetrußland glaubt, weil die Sozialdemokraten ja doch eine Reihe von weichen Stellen gezeigt haben, auf innenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet dieses Ziel zu erreichen. Damit würde nicht nur dieses Land mit seinen Menschen und Einrichtungen in den sowjetrussischen Sog hineinkommen und damit die Kraft Sowjetrußlands außerordentlich verstärken; es wäre damit auch Italien erledigt, wo die kommunistische Partei sehr stark ist. Die Situation in Italien ist zwar durch den Sieg von Segni etwas gefestigt, aber nach der Auffassung maßgebender Leute in Italien selbst ist sie keineswegs gesichert. Das italienische Kabinett in seinem größten Teil sieht die Reise des italienischen Staatspräsidenten Gronchi²³ mit größter Besorgnis. Sie finden heute in den Zeitungen ein Telegramm²⁴ darüber, aus dem auch hervorgeht, daß im Kabinett sehr schwere Befürchtungen geäußert worden sind.

Wenn es Sowjetrußland gelänge, uns zu bekommen, dann hätte es Italien ohne weiteres und wahrscheinlich auch Frankreich. Damit wäre das Ziel der sowjetrussischen Politik, Herrscher Europas zu werden, erreicht. Wir müssen uns diese Linie der sowjetrussischen Politik immer vor Augen halten. Wir müssen dafür sorgen, daß die deutsche und auch die nichtdeutsche Öffentlichkeit aufgeklärt wird über dieses Ziel der sowjetrussischen Politik.

Damit möchte ich schließen. Wenn Sie Fragen zu stellen haben, bitte tun Sie es, aber bedenken Sie, daß wir eine große Tagesordnung haben. Wahrscheinlich wird, wie gewöhnlich, die Abreise um 3 Uhr einsetzen. – Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Ich habe ein paar Fragen, Herr Bundeskanzler, in bezug auf die Konferenz in London und Paris. Ich darf dabei das Wort aufgreifen, Herr Bundeskanzler, was Sie gesagt haben in bezug auf die europäische Integration und den Vorrang, den unsere Politik auch in der jetzigen Phase beibehalten muß. Da

23 Giovanni Gronchi (1887–1978), italienischer Politiker (DC); Mitgründer der Katholischen Volkspartei, 1955–1962 Staatspräsident. – Zum Besuch Gronchis in Moskau vom 6. bis 9. Februar 1960 vgl. AdG 1960 S. 8206f.

24 Vgl. FAZ vom 9. November 1959: „Gronchi fährt im Januar nach Moskau. Ein Gegenbesuch Chruschtschows in Rom soll verhindert werden“.

bin ich allerdings der Auffassung, Herr Bundeskanzler, daß es nicht ganz klar aus Ihren Worten herauskam, ob wir uns darüber im klaren sind, daß für die Engländer die Frage „Kleine Freihandelszone“ als einem Gegengewicht sozusagen gegen den Gemeinsamen Markt ein ebenso großes Politikum darstellt wie für uns, d.h., ob der Gemeinsame Markt mit politischem Vorrang und nicht unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden kann. Das haben Sie zwar sehr deutlich hervorgehoben, Sie haben aber nicht – jedenfalls habe ich es nicht gehört – ebenso deutlich gemacht, daß für die Engländer diese ganze Frage ebenfalls ein Politikum ersten Ranges ist, und zwar so vorrangig, daß es eigentlich direkt nach den Problemen, die auf einer Gipfelkonferenz zu behandeln sind, ansteht.

Meine Frage, Herr Bundeskanzler, lautet: ob Sie das auch so sehen, und wenn ja, dann muß ich sagen, daß hier doch einige Besorgnisse vorliegen, und zwar um so mehr, als man noch nicht sagen kann, wie dann die Dinge politisch gelöst werden können innerhalb überschaubarer Zeit.

Wir sind uns darüber einig, daß unser amerikanischer Verbündeter mit erheblichen Sorgen ein Auseinanderfallen Europas betrachten würde. Ich erinnere an die Gespräche, die wir vor Monatsfrist in Bad Godesberg mit den Amerikanern hatten²⁵, wo die amerikanischen Freunde – und es waren bedeutende Persönlichkeiten darunter – sehr eindeutig erklärten oder es haben durchblicken lassen, daß ein Auseinanderfallen in Europa durch einen wirtschaftlichen oder politischen Gegensatz zwischen Großbritannien und den übrigen europäischen Ländern, und zwar unter der Führung von Frankreich und Deutschland, für die amerikanische Politik allerdings eine große Sorge darstellen würde. (*Adenauer*: Sie haben mich gefragt, ob sie etwa auf England einwirken sollten, nicht auf uns!) Das weiß ich, und das ist auch richtig, Herr Bundeskanzler! Ich stelle an Sie die Frage, ob wir uns darüber im klaren sind, daß diese Frage für England nicht eine wirtschaftliche ist. Das haben Sie bei einer früheren Bundesvorstandssitzung durchblicken lassen; im wesentlichen sei es eine wirtschaftliche Frage. Ich glaube, daß es weniger eine wirtschaftliche als eine politische Frage ist. Und diese Frage stelle ich nur, Herr Bundeskanzler.

Ich habe noch eine Frage. Im Hinblick auf die Gespräche in Paris würde uns alle interessieren, ob die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten und des Ministerpräsidenten hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie²⁶ eine bestimmte politische Haltung bedeuten oder ob es mißverständliche Äußerungen gewesen sind, die dort fielen. Wir wissen, daß Chruschtschow die beiden Herren, zumindest de Gaulle, außerordentlich gelobt hat aufgrund ihrer realistischen Haltung gegenüber den Fragen,

25 Deutsch-amerikanische Gespräche vom 1. bis 4. Oktober 1959. Vgl. FAZ vom 2. und 3. Oktober 1959.

26 De Gaulle bzw. Michel Debré. – De Gaulle am 25. März 1959 (AdG 1959 S. 7628f.) und 10. November 1959 (ebd. S. 8050–8052); vgl. auch FAZ vom 26. März 1959. Debré sprach in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1959 von der „Respektierung der Grenzen, und zwar aller Grenzen mit Einschluß der sog. Oder-Neiße-Linie“ (vgl. NZZ vom 15. Oktober 1959).

die im Osten bzw. in Europa zu lösen sind, und zwar gerade unter Heranziehung dieser Äußerungen.

Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang! Sie sprachen von dem Termin der Gipfelkonferenz und glaubten, daß sie im Februar/März stattfinden werde. Meinen Sie, daß bis dahin de Gaulle mit diesem Termin einverstanden sein wird, auch wenn bis dahin die französischen Atomversuche in der Sahara²⁷ nicht beendet sind?

Adenauer: Herr Blumenfeld! Zunächst möchte ich klarstellen, daß ich kein Zauberer bin und Menschen nicht ins Herz sehen kann, nicht einmal Parteifreunden! (*Heiterkeit.*) Ich muß also das, was ich sage, mir selbst aus den gegebenen Tatsachen herleiten. Ich habe sehr deutlich gesagt, was Eisenhower mir erklärt hat unter vier Augen, daß die Vereinigten Staaten an Europa festhalten würden durch die europäische Integration. Er hat noch einige Worte hinzugefügt, die will ich Ihnen dann auch sagen, und zwar: gegründet auf die französisch-deutsche Freundschaft. – So müssen Sie bitte die ganze politische Situation sehen.

Und die zweite Frage! Ich habe bisher nicht gewußt, daß für Großbritannien die Frage EWG und Freihandelszone eine entscheidende politische Frage ist. Das ist mir neu. Vielleicht können Sie mich aufklären darüber. Ich wüßte auch nicht, warum das eine politische Frage für Großbritannien sein soll. Aber daß für Großbritannien der Gemeinsame Markt ebenso wie für uns eine wirtschaftliche Frage ist, das ist klar. Unser Bestreben geht dahin, nicht nur keine Gegensätze entstehen zu lassen auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch soweit wie möglich zu gehen in Vereinbarungen – das habe ich eben sehr deutlich zum Ausdruck gebracht –, ohne allerdings den politischen Zweck der EWG zu gefährden. Das dürfen wir und wollen wir nicht tun. Wir wollen unter keinen Umständen das Europa der Sechs hinschwinden lassen.

Nun möchte ich Ihnen folgendes sagen, damit Sie beruhigt sind. Mir hat der britische Botschafter²⁸ erklärt – meine Damen und Herren, ich bitte, das sehr vertraulich zu betrachten –, daß die britische Regierung die EWG als Kern Westeuropas und der europäischen Integration anerkennt. Ich glaube, damit dürften Ihre politischen Besorgnisse wohl hinfällig geworden sein.

Dann haben Sie gefragt nach der Oder-Neiße-Linie aufgrund der Erklärungen von de Gaulle und Debré.²⁹ Auf dem Gebiet ist Herr Kollege von Brentano genauer im Bilde als ich. Er kann vielleicht nachher Ihnen etwas darüber sagen. Aber, Herr Blumenfeld, glauben Sie, daß Amerika, England, Frankreich, Italien, Holland und Belgien, daß irgendeiner einen Krieg mit Sowjetrußland anfangen würde um die Oder-Neiße-Linie? Wie die Verhältnisse im Osten eines Tages geregelt werden, das

27 1960 führte Frankreich drei Atombombenversuche in der Sahara durch – AdG 1960 S. 8213, 8310 und 8840.

28 Sir Christopher Eden Steel. Vgl. Nr. 7 Anm. 22.

29 Vgl. Anm. 26. – Michel Debré (geb. 1912), französischer Politiker; 1958–1959 Justizminister, 1959–1962 Ministerpräsident.

wird davon abhängen, wie sich überhaupt die Dinge, auch auf wirtschaftlichem Gebiet, in Europa entwickeln werden, aber es wird nicht von heute auf morgen gehen. Man muß sich darüber klar sein, Herr Blumenfeld, daß keiner unserer Bundesgenossen, keiner – mag es nun de Gaulle, Eisenhower oder dessen Nachfolger, mag es Macmillan oder dessen Nachfolger sein, das ist ganz gleichgültig – einen Krieg anfangen wird wegen der Oder-Neiße-Linie.

In diesem Kreise kann ich darauf aufmerksam machen, wie die Oder-Neiße-Linie durch das Drängen Polens nach dem Westen hin entstanden ist. Sie ist dadurch entstanden, daß der östliche Teil Polens Rußland zugesprochen wurde und daß Rußland diesen Teil Polens in seinen Besitz genommen hat, so daß dadurch die ganze Lage noch komplizierter geworden ist. Wenn es sich bei der Oder-Neiße-Linie darum handelte, daß Polen ein Stück Land hinzuhaben möchte, dann wäre die Frage unendlich viel leichter, als sie jetzt ist: daß nämlich Polen ein Stück Land hinzuhaben will, weil ihm eben im Osten ein Stück Land abgenommen worden ist. Das muß man bei der ganzen Sache immer im Auge behalten.

Chruschtschow war bitter enttäuscht, als ich vor etwa vierzehn Monaten in Colombey-les-deux-Églises gewesen bin und das Kommuniké so lautete, wie es da herausgekommen ist. Wenn Sie daran denken, werden Sie sich erinnern, daß damals die gesamte russische Presse ein Trommelfeuer gegen de Gaulle losgelassen hat. Ein Feuerwerk muß man nehmen, wie es kommt, heute so, morgen so, aber wir müssen darauf achten – vielleicht hören Sie mal zu, Herr Blumenfeld, denn ich antworte Ihnen – (*Blumenfeld*: Ich höre ja!) und daran festhalten, was die Völker zusammenhält, aber nicht an dem, was sie voneinander trennt. Hierbei handelt es sich um die Interessengegensätze. Da bei einer weiteren friedlichen Entwicklung der Weltlage die Interessen Frankreichs und Deutschlands absolut parallel verlaufen, kann man mit Sicherheit annehmen, daß de Gaulle auf die Lockungen Chruschtschows nicht hereinfliegen wird. Vielleicht wird Herr von Brentano noch einige Worte zu den Äußerungen von de Gaulle und Debré sagen.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe zu dieser Äußerung Stellung genommen in meiner Rede vor dem Bundestag.³⁰ Ich habe genau den Wortlaut zitiert. Vielleicht darf ich denjenigen, die es interessiert, eine Abschrift geben. Die Rede ist im BULLETIN veröffentlicht.

Ich möchte ganz kurz sagen, daß wir keinen Anlaß haben, diese Äußerung von Debré in irgendeiner Weise zu dramatisieren; denn wir müssen sie lesen, wie sie gesagt worden ist. Ich gebe zu – und das wurde angedeutet in meinem Gespräch auch mit dem französischen Botschafter³¹ –, daß es nicht nötig war, diese Frage überhaupt aufzugreifen. Das ist ihm sicherlich einfach so herausgerutscht. (*Zuruf*: Es war überflüssig!) Es ist auch schon manches Überflüssige von Deutschen gesagt

30 Sten.Ber. 3. WP Bd. 44 S. 4736f.; BULLETIN vom 7. November 1959 S. 2123f.

31 François Seydoux (1905–1981), französischer Diplomat; 1958–1962 Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland.

worden. Wir dürfen nicht so schrecklich empfindlich sein. Was er gesagt hat, war: Wenn wir jetzt in eine Serie von Konferenzen kommen, wollen wir davon ausgehen, daß nichts am Status quo geändert wird. Und dann zitierte er: Zu diesem Status quo gehört auch Berlin. Zu der Grenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands gehört die Grenze nach dem Osten, die Oder-Neiße-Linie, damit nicht durch irgendeine einseitige Maßnahme der Ausgangspunkt einer Konferenz erschwert oder verschoben wird.

Ich wiederhole, es war nicht nötig, das zu sagen, aber das Bundespresseamt hat zwei Tage darauf eine Erklärung abgegeben, die sofort vom Quai d'Orsay bestätigt worden ist. Obendrein hat am 16. September – ich weiß das Datum nicht genau –, nachdem am 12. September Debré diese Erklärung abgegeben hatte, der französische Botschafter Seydoux eine Rede gehalten, die veröffentlicht worden ist, in der er die authentische Interpretation gab, wie er sie uns gegeben hatte; eine Rede, die veröffentlicht worden ist in „Le Monde“.³² Daß der französische Botschafter nicht ohne Autorisierung spricht, ist ganz klar. Außerdem hat wenige Tage darauf, auch noch um die Sache klarzumachen, Herr François-Poncet³³ in einem übrigens sehr guten Leitartikel im „Figaro“ noch einmal diesen Fragenkomplex behandelt und darauf hingewiesen, daß es sich hier lediglich um eine Feststellung handele, daß der Status quo nicht durch einseitige Maßnahmen verändert werden solle.

Ich habe in meiner Rede darauf hingewiesen, daß der Deutschlandvertrag vom Jahre 1952 von keinem der Beteiligten umstritten ist, daß noch in Genf Ausgangspunkt einer jeden Diskussion über den Friedensvertrag eine Entscheidung der vier Außenminister – der drei westlichen und des deutschen – war, daß die Ostgrenze nur im Wege eines frei verhandelten Friedensvertrages von einer dazu legitimierten gesamtdeutschen Regierung ausgehandelt und verändert werden könne. Es gibt so viel eindeutige Erklärungen darüber, daß wir uns nicht allzusehr daran stoßen sollten, wenn einmal eine – ich wiederhole – nicht notwendige Äußerung dazu fällt. Ich glaube, jeder von uns hat Anlaß, einmal darüber nachzudenken, daß er vielleicht eine Äußerung getan hat, die er nachher lieber nicht gesagt hätte.

Deswegen sollten wir nicht so überaus peinlich sein, wenn eine solche Äußerung fällt. Ich habe selbstverständlich auch dem Quai d'Orsay sagen lassen, daß ich sehr hoffe, daß sich das nicht wiederholt, weil es einfach überflüssig sei. Wir kämen damit in innere Schwierigkeiten. Deswegen sollte man darauf mehr Rücksicht nehmen. Das ist jetzt auch zu erwarten.

32 Tatsächlich 13. und 16. Oktober (nicht September). In der außenpolitischen Bundestagsdebatte vom 5. November 1959 zitierte von Brentano aus der Rede Seydoux' vom 16. Oktober 1959 (vgl. Anm. 30, Sten.Ber. S. 4737; „Le Monde“ vom 21. Oktober 1959).

33 In „Le Figaro“ vom 26. Oktober 1959. – André François-Poncet (1887–1978), französischer Diplomat; 1949–1955 Hoher Kommissar bzw. Botschafter in Bonn. Vgl. PROTOKOLLE I S. 58 Anm. 18.

Adenauer: Darf ich fragen, ob noch weitere Aufklärungen gewünscht werden? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann darf ich Herrn Krone bitten, zum Punkt 2 der Tagesordnung das Wort zu nehmen. (*Johnen:* Darf ich bitten, den Punkt 4 vorwegzunehmen. Wir haben heute Landtagssitzung, und ich muß um 14.30 Uhr in Düsseldorf sein zur Ältestenratssitzung.) Ist die Versammlung damit einverstanden, daß wir den Punkt 4 vorziehen? (*Zustimmung.*)

Dann darf ich, ehe ich das Wort dazu nehme, einige allgemeine Äußerungen machen, die ich zweckmäßigerweise hätte schon eben machen sollen. Es handelt sich um die Einigkeit in der CDU, und zwar auch um die Einigkeit zwischen den Ländern, die von einer CDU-Mehrheit getragen werden. Ich bedaure, daß Herr Ministerpräsident Meyers nicht hier sein kann, sonst würde ich ihm in aller Freundschaft gesagt haben, daß er zwar mit Recht die Hilfe des Bundes bei der sehr schwierigen Sache „Kohle und Öl“ für Nordrhein-Westfalen erbeten hat³⁴, daß es aber in der Bundestagsfraktion sehr unangenehm aufgefallen und etwas bitter empfunden worden ist, daß er unmittelbar darauf die Bundesregierung, die doch absolut getragen wird von der Bundestagsfraktion, so massiv angegriffen hat, daß das eine helle Freude für die Gegner der CDU war. Ich meine, wenn jemand etwas gegen die Bundesregierung auf dem Herzen hat – namentlich ein Ministerpräsident –, dann muß er an folgendes denken. Ich zitiere jetzt ein Wort, das kann aber nicht genauso angewendet werden: Freund [Mann] mit zugeknöpften Taschen, dir tut keiner was zuleid [zulieb], Hand wird [nur] von Hand gewaschen; wenn du nehmen willst, so gib!

Das gilt auch für die verschiedenen Länder im Bundesrat, nur etwas umgekehrt: Wenn du etwas haben willst, so gib du auch etwas. – Vor allem aber steht doch das Parteiinteresse an der Spitze. Man kann natürlich gemäßigt kritisieren, aber unter Parteifreunden und unter Regierungen, die doch wesentlich von CDU-Leuten – in Nordrhein-Westfalen allein von der CDU – geführt werden, müßte ein mehr freundschaftlicher Ton geübt werden, der auch überzeugt. Wir werden, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, sowieso in Bälde noch eine Vorstandssitzung haben, um über das Rundfunkwesen und das zweite Fernsehprogramm zu sprechen, damit Sie einmal sehen, wie die Sache liegt vom Standpunkt dessen aus, der etwas vom Rundfunk- und Fernsehprogramm bekommen soll, nämlich vom Hörer aus. An sich ist es ja ein Unsinn, daß wir Sender haben für Bremen und für Hamburg; wenn man die gegenseitig abschirmen könnte, wären sie schnell kaputt. Bremen und Hamburg haben einen ziemlich geringen Zuhörerkeris.

Ich muß noch einmal zurückkommen auf innenpolitische Gegensätze. Ich dachte, ich hätte das anbringen können bei dem Referat von Herrn Krone. Da uns aber die Herren Dufhues und Johnen früher verlassen müssen, kann ich das jetzt nicht unterdrücken. Ich meine, unter Parteifreunden – auch unter Parteifreunden, die auf

³⁴ Vgl. dazu Rede vor dem nordrhein-westfälischen Landtag vom 22. September 1959, zit. in MEYERS S. 332–338, insbes. S. 335.

Regierungssesseln sitzen – kann man doch einen parteifreundlichen Ton gebrauchen. Das ist viel besser, als wenn man so unfreundlich spricht! (*Altmeier*: Es kommt darauf an, wer angefangen hat!) Böse zu sprechen, Herr Altmeier, das haben nun wirklich wir nicht getan! Ich darf darauf hinweisen, daß mir ein Ministerpräsident dieser Tage noch gesagt hat: Wir haben die Verhandlungen so lange hinausgezogen, damit Sie nicht in der Lage waren, die Kündigungsfrist des Vertrages, wonach die Post die Gebühren für das Fernsehen einzieht³⁵, einzuhalten. (*Dufhues*: Das stimmt einfach nicht, Herr Bundeskanzler!) Ich will Ihnen den Herrn nennen! (*Dufhues*: Daß die Äußerung gefallen ist, ist richtig, aber die Tatsache nicht! Der Postvertrag ist bewußt nicht gekündigt worden!) Bewußt nicht gekündigt worden! Vielleicht hören Sie nachher Herrn Schröder; wir wissen genauer, was bewußt und unbewußt dabei ist.

AUSSPRACHE ÜBER DIE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES BUNDESAUSSCHUSSES VOM 28. SEPTEMBER 1959

Adenauer: Ich darf nun, wenn Sie einverstanden sind, über den Punkt 4 referieren. (*Zustimmung*.) Ich darf daran erinnern, daß Herr Kollege Dufhues in der letzten Sitzung des Bundesparteiausschusses, die drüben im Fraktionsraum stattgefunden hat, einen Antrag gestellt hat, der mit großer Mehrheit angenommen worden ist.³⁶ Infolgedessen hat Herr Kollege Dufhues der Anregung, die ihm damals gegeben worden ist, entsprechend den Antrag weiter ausgearbeitet und bestimmte Vorschläge darüber gemacht, wie man sich diese Änderung, namentlich in sachlicher Beziehung, denken könne. Darüber haben dann Gespräche stattgefunden; wahrscheinlich unter vielen. Ich habe darüber gesprochen mit den Herren Krone, Schröder, von Hassel, Dufhues, Meyers und Johnen. Kurz und gut, aus allen Gesprächen ist dann ein Vorschlag zur Diskussion hier hervorgegangen.

Ehe wir zur Diskussion übergehen, muß ich noch erwähnen, daß Herr Kollege Albers mit mir darüber gesprochen hat³⁷, und zwar waren bei ihm die Herren Katzer und Arndgen. Herr Albers hat Beschwerde darüber geführt, daß aus dieser Fühlungnahme, die ich gehabt habe – mehr war es nicht –, nun das Ergebnis hervorgegangen sei. Er hat geglaubt, und zwar nach meiner Überzeugung mit Recht,

35 Von 1923 bis 1975 lag die Verwaltung der Rundfunkgebühren bei der Post, die diese nach Abzug ihrer Kosten an die Rundfunkanstalten überwies (vgl. zum Fernsehstreit KÜPPERS).

36 Vgl. Protokoll der Sitzung des Bundesparteiausschusses vom 28. September 1959 (ACDP VII-001-021/5 S. 100f.: „Der Bundesausschuß beauftragt den Bundesvorstand der CDU, die Fragen der Aktivierung und Intensivierung der Arbeit der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden unter Berücksichtigung der Beratungen vom 28. September 1959 zu prüfen und dem Bundesausschuß rechtzeitig vor dem nächsten Bundesparteitag entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.“).

37 Vermutlich am 29. Oktober 1959 (TERMINKALENDER).

daß die Arbeitnehmer überhaupt in unserer Partei zu wenig berücksichtigt würden. Es hat dann darüber ein längeres Gespräch stattgefunden zwischen den Herren und mir, nachdem Herr Albers schon im Laufe des Sommers bei mir gewesen war und dasselbe Thema angeschnitten hatte.

Meine Freunde! Herr Albers hat recht, wenn er sich beschwert hat für den Kreis, den er vornehmlich vertritt. Es haben Zufälle trauriger Art dabei mitgespielt. Sie wissen, daß Herr Arnold plötzlich gestorben ist, daß Herr Kaiser infolge seiner Krankheit leider nicht mehr die Pflicht, die ihm besonders am Herzen lag, hat wahrnehmen können. Wir müssen also daran denken, wie wir den berechtigten Beschwerden Abhilfe schaffen können. Ich weiß nicht, Herr Kraske, ob diese Statistik von Herrn Kühn³⁸ den Herren gegeben worden ist. (*Kraske*: Sie ist heute auf den Plätzen verteilt worden!) Heute! Es tut mit leid, daß Sie dieses Material erst heute bekommen haben; denn es ist eine sehr lesenswerte Studie des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Kühn; eine Analyse der letzten Bundestagswahl. Daraus ergibt sich ganz unmißverständlich, daß die CDU ohne einen erheblichen Prozentsatz von Stimmen der Arbeitnehmer überhaupt nicht daran denken kann, die Mehrheit im Bundestag zu bekommen. Ich halte deswegen das Verlangen der Herren, die die Arbeitnehmer vertreten, für berechtigt, innerhalb der Führung der Partei und der Parteiarbeit stärker beteiligt zu sein. Dieser Wunsch ist um so berechtigter, als zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der christlichen Arbeiterschaft eine Einigung erfolgt ist, wie mir die Herren mitgeteilt haben.

Ich darf wiederholen, Herr Albers, was Sie mir gesagt haben, daß sich nämlich an demselben Tisch versammelt haben und in Zukunft versammeln werden die Sozialausschüsse, der Kolping-Bund, die Christliche Kollegenschaft, die evangelischen Arbeitervereine, die katholischen Arbeitervereine.³⁹ Ich weiß nicht, ob ich einen ausgelassen habe. (*Albers*: Das sind sie im großen und ganzen, bis auf die Christlichen Gewerkschaften!) Und die Christlichen Gewerkschaften! Die Herren, die bei mir waren, haben gesagt, daß diese verschiedenen Strömungen innerhalb der christlichen Arbeiterschaft nunmehr zusammengingen und auch in Zukunft zusammengehen würden. Das ist ein großer Fortschritt; dadurch wird verhindert, daß nicht immer der eine so und der andere so sagt. Dadurch wird verhindert, daß sich die Macht des einen durch die negierende Macht des anderen aufhebt. Herr Albers hat den Wunsch geäußert, bevor wir hier in die Diskussion eintreten, zu diesem Thema seinen Standpunkt in aller Kürze hier vorzutragen. Ich darf wohl annehmen, daß Sie

38 Heinz Kühn (1912–1992), 1953–1963 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 161 Anm. 40; Walter FÖRST: Heinz Kühn 1912–1992. In: Geschichte im Westen 7 (1992) S. 7–9. – Gemeint ist seine Analyse: Lohnarbeiter zwischen CDU und SPD. Was lehren uns die Bundestagswahlen? (4 S., Abschrift) o.D. (ACDP I-035-009/3).

39 Vgl. Ständiger Ausschuß Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongresse (Hrsg.): Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongreß 1960 vom 26. bis 27. März in Köln, Köln 1960. Berichterstattung in UiD Nr. 13 vom 31. März 1960 S. 4. Weitere Materialien in ACDP IV-013.

damit einverstanden sind, daß Herr Albers nunmehr das Wort bekommt, um sein Anliegen vorzutragen.

Albers: Herr Bundeskanzler! Wir waren uns beide darüber einig, daß ich zu dem Thema, das jetzt behandelt wird, hier etwas vortragen soll. Ich kann mich sehr kurz fassen. Der Herr Bundeskanzler hat bereits auf die Übersicht des Herrn Kühn aufmerksam gemacht. Meine Damen und Herren! Studieren Sie diese Ausführungen bitte. Zum Schluß sagt er: „1957 betrug die SPD-Quote an sämtlichen Arbeiterstimmen rd. 50 %; das waren etwa 25 % der Gesamtwählerschaft. Gelänge es, diese Quote 1961 auf 70 % der Arbeiterstimmen zu erhöhen und damit den SPD-Anteil an der Gesamtwählerschaft um 10 % zu steigern, so ergäbe sich unter sonst gleichen Voraussetzungen ein Kräfteverhältnis zwischen SPD und CDU von 42 zu 40 statt 32 zu 50 im Jahre 1957. Damit wäre die Vorherrschaft der CDU gebrochen.“

Meine Damen und Herren! Auf diese Gefahr hat der Herr Bundeskanzler hier im Vorstand schon mehr als einmal deutlich hingewiesen. Der Herr Bundeskanzler hat davon gesprochen, daß es uns gelingen müsse, viel mehr Wähler aus der industriellen Arbeiterschaft zu gewinnen; ein Ziel, Herr Bundeskanzler, das wir uns schon im Jahre 1945 in Köln bei der Gründung der Partei vorgestellt haben.

Es gab vor 1933 nur eine Partei, die das aufweisen konnte. Das war die Zentrumspartei, die mehr als 50 % ihrer Wähler aus der industriellen Arbeiterschaft hatte. Aus dieser Tatsache ziehe ich Schlußfolgerungen. Ich spreche jetzt nicht mehr von „Arbeitnehmern“. Herr Pferdenges hat mir erklärt, er sei ein Arbeitnehmer gewesen. Es kommt mir darauf an, daß es um die Arbeiterschaft geht, d.h., nur um diese Gruppe geht es. Ich sage Ihnen folgendes: Wenn es uns nicht gelingt, bei der nächsten Bundestagswahl diese starke Gruppe unseres Volkes zu erhalten und zu vermehren, dann ist auch das Interesse in weiten Kreisen unseres Volkes für unsere Politik verschwunden. Herr Kühn spricht davon, daß 60 % der katholischen Arbeiterschaft und 19 % der evangelischen Arbeiterschaft CDU wählen; er kommt ohne irgendwelche konfessionelle Voreingenommenheiten zu dieser Feststellung. Das Faktum für ihn ist, von seiten der SPD aus nun in diese Kreise der katholischen und evangelischen Arbeiterschaft einzurücken. Wir haben im Januar dieses Jahres die sogenannte Betriebsaktion⁴⁰ durchgeführt. Viele von Ihnen haben diese Aktion nicht richtig verstanden. Es ging nicht darum, nun damit für die Sozialausschüsse oder die Christliche Kollegenschaft⁴¹ neue Mandate zu erobern oder möglichst viele eigene Listen aufzustellen, sondern es kam uns darauf an, unseren bisherigen Einfluß nicht nur zu erhalten, sondern auch noch zu stärken. Und das haben wir erreicht. Wir

40 Ins Leben gerufen am 6. Januar 1959 – Bericht in UiD Nr. 1 vom 8. Januar 1959 S. 2; Aufruf in „Soziale Ordnung“ vom Januar 1959, letzte Seite.

41 Die Christlich-Soziale Kollegenschaft verstand sich seit 1953/54 als innergewerkschaftliche Gruppierung der christlich-sozialen Kräfte im DGB (Organ 1954–1979: „Gesellschaftspolitische Kommentare“). – Vgl. Wolfgang SCHROEDER: Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Köln 1990 S. 103–149.

stellen nunmehr im Bergbau in Nordrhein-Westfalen aufgrund dieser Aktion 35 % aller Betriebsräte. Wir haben es fertiggebracht, bei der BASF in Ludwigshafen gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund auf einen Schlag mehr als 32 % aller Stimmen für unsere eigenen Listen zu gewinnen.⁴² (*Unruhe.*) Ich will die Sache nicht weiter vertiefen, obwohl gerade das auch für Sie interessant sein müßte. Ich stelle folgendes fest: Mehr als früher ist die Arbeiterschaft willens, sich für die christlich-sozialen Anliegen innerhalb unserer Partei einzusetzen. Der Herr Bundeskanzler hat darauf hingewiesen, daß wir in der letzten Zeit schwere Verluste innerhalb der christlichen Arbeiterschaft aufzuweisen hatten. Kaiser ist krank, Arnold ist gestorben, und Gockeln ist tödlich verunglückt. Herr Altmeyer! Sie wissen, gerade in Rheinland-Pfalz, unter welcher Parole wir im Jahre 1945 angetreten sind. Damals haben wir den Grundsatz aufgestellt: Wenn die Stellung der Arbeiterschaft in Deutschland vor 1914 überhaupt bestritten, in der Weimarer Zeit umstritten war, so soll sie nach 1945 unbestritten sein. Das war der erste Grundsatz.

Der zweite Grundsatz war der – und hier muß ich den Herrn Bundeskanzler an seine Neheim-Hüstener Rede⁴³ erinnern –, die Arbeiterschaft wird gleichberechtigt in die Gesellschaft und in die Politik eingeführt. Innerhalb der Arbeiterschaft ist dieses Wollen – sonst wäre es ja nicht durch die Wahlen bestätigt worden – auch entsprechend anerkannt und honoriert worden. Aber jetzt müssen wir ein Weiteres sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde jetzt nicht darüber sprechen, aber auf dem Kongreß der christlichen Arbeiter und Angestellten im März des nächsten Jahres in Köln, zu dem mehr als eine Million Teilnehmer kommen werden, werden wir noch im einzelnen zur Politik Stellung nehmen, und zwar rechtzeitig vor dem Bundesparteitag in Karlsruhe.⁴⁴

Was ich jetzt sagen will, ist etwas anderes. Die Arbeiterschaft wünscht eine saubere, klare und kluge Politik. Diese saubere und kluge Politik ist von dem Herrn Bundeskanzler gemacht worden. Ich habe damals gesagt – was ich jetzt wiederholen möchte –, man solle bei dem zehnjährigen Dienstjubiläum des Herrn Dr. Adenauer als Bundeskanzler auch gefälligst daran denken, daß er der größte Sozialpraktiker der letzten zehn Jahre gewesen ist, aber nicht etwa ein sozialpolitischer Schwärmer. Aber man hat das erstere nicht genügend herausgestellt.

Es kommt nicht nur darauf an, meine Damen und Herren, daß Politik für die Arbeiterschaft im Rahmen des Volksganzen getrieben wird, sondern auch darauf, daß durch die Arbeiterschaft Politik gemacht wird für sich und für das Volk. Sie

42 Berichte und Ergebnisse der Betriebsräte- und Personalvertretungswahlen 1959–1961 in: Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1959–1961, Düsseldorf o.J. S. 127–130.

43 Zweite Tagung des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone vom 26. Februar bis 1. März 1946 in Neheim-Hüsten. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen I S. 57–62. Zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des Zonenausschusses vgl. HEITZER S. 482–521.

44 CDU, 9. Bundesparteitag Karlsruhe 26.–29. April 1960.

wissen, woher ich komme. Ich bin Gewerkschaftler; vielleicht der älteste noch aus den Reihen der früheren Christlichen Gewerkschaften. Ich war früher ein Zentrumsmann. Das war der Herr Bundeskanzler auch. (*Adenauer*: Ich war auch einmal in der Christlichen Gewerkschaft! – *Heiterkeit*.) Es war ein ungeschriebenes Gesetz in der Zentrumspartei, daß der Reichsparteivorstand sich aus einem Drittel Arbeitervertretern zusammensetzte. Neben dem Herrn Oberbürgermeister von Köln waren damals Mitglied im Reichsparteivorstand Marx⁴⁵, Stegerwald⁴⁶, Joos⁴⁷, Elfes⁴⁸, Kaiser usw. Heinrich Krone war damals einer der Geschäftsführer der Deutschen Zentrumspartei⁴⁹.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in der vorigen Woche meine Meinung zu der Frage der Parteireform der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Ich habe erklärt, es war nur durch den großen Vertrauensbeweis der Arbeiterschaft zur CDU möglich, diese Politik zu betreiben. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß in der nächsten Zeit von der SPD in den Kerngebieten der christlichen Arbeiterschaft versucht wird, verstärkten Einfluß zu gewinnen. (*Anhaltende Unruhe*.) Was da in diesen Gebieten und Betrieben in den nächsten Wochen getrieben wird, das werden Sie noch an Ort und Stelle erleben. Wenn wir also nicht den Betrieben unsere große Aufmerksamkeit, und zwar durch die Gesamtpartei, schenken, dann sehe ich schwarz. Es kommt wirklich darauf an, daß wir der Arbeiterschaft ein Mitwirkungsrecht und eine Beteiligung an der Gestaltung der Partei geben. (*Unruhe*.) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich folgendes drastische Beispiel angeben: Nehmen Sie an, in den nächsten Tagen käme die SPD auf den Einfall, einmal an allen Arbeitsstellen die Zusammensetzung des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses der CDU mit Berufsangaben usw. gedruckt vor Augen zu führen. (*Unruhe*. – *Weber*: Das können sie haben! – *Bewegung*. – *Gurk*: Dann aber auch von der SPD diese Angaben! – *Lebhafte Unruhe*.)

45 Wilhelm Marx (1863–1946), 1923–1925 und 1926–1928 Reichskanzler (Zentrum). Vgl. Ulrich von HEHL: Wilhelm Marx 1863–1946. Eine politische Biographie. Mainz 1987.

46 Adam Stegerwald (1874–1945), 1921 preußischer Ministerpräsident, 1929–1930 Reichsverkehrsminister, 1930–1932 Reichsarbeitsminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 43 Anm. 121.

47 In der Vorlage: Joost. – Joseph Joos (1878–1965), führender Repräsentant der Katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands; 1920–1933 MdR (Zentrum), 1941–1945 KZ Dachau, 1950–1960 Tätigkeit beim Katholischen Männerwerk im Bonifatiushaus Fulda. Vgl. Oswald WACHTLING: Joseph Joos. Journalist, Arbeiterführer, Zentrumspolitiker. Politische Biographie 1878–1933. Mainz 1974.

48 Wilhelm Elfes (1884–1969), christlicher Gewerkschafter, Journalist; 1919–1933 Mitglied des Reichsparteivorstandes des Zentrums, 1922–1933 Mitglied des preußischen Staatsrates, 1945 Oberbürgermeister von Mönchengladbach, 1947 MdL NW (CDU), 1951 Mitbegründer des „Hauptausschusses für Volksbefragung und Remilitarisierung“, November 1951 Ausschluß aus der CDU (West), 1953–1963 Vorsitzender des Bundes der Deutschen, seit 1952 Teilnahme an Friedenskonferenzen (Ost) und Parteitagen der Ost-CDU. – Vgl. Albert ESSER: Wilhelm Elfes 1884–1969. Arbeiterführer und Politiker. Mainz 1990.

49 Krone war stellvertretender Generalsekretär.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie dringend, den Redner bei einer so wichtigen Angelegenheit in Ruhe anzuhören.

Albers: Dann würden sie folgendes feststellen: Von den 60 Vorstandsmitgliedern gehören der Arbeiterschaft an:

1. Blank, Gewerkschaftssekretär
2. Stingl⁵⁰, Gewerkschaftssekretär
3. Lücke, Schlosser
4. Altmeier

– ich weiß nicht, ob ich Ihren Namen nennen darf, aber ich weiß, daß Sie vor 1933 kaufmännischer Angestellter und Mitglied des DHV waren; ich zähle Sie zu dieser Gruppe –

5. Albers, Schriftsetzer
6. Dichtel, Installateur.

Bedenken Sie, daß auch die Herkunft des einzelnen bei der Bewertung innerhalb der Arbeiterschaft eine gewisse Rolle spielt. Beim Bundesparteiausschuß ist es ebenso. Von den etwa 200 Vertretern sind vielleicht 15 Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenschaft. Das ist nach meiner Auffassung in unserer Partei nicht gut möglich, sondern hier muß entsprechend korrigiert werden.

Es ist so, daß es in Hamburg außer Georg Schneider⁵¹ auch nicht einen Arbeiter gibt, der in der CDU etwas zu sagen hat. Das gleiche gilt auch für andere Bezirke. (*Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Werden Sie nicht rot, wenn sich ein Gewerkschaftssekretär aus dem DGB heute zur CDU bekennt und dort mitarbeiten will! (*Weber:* Da werden wir gar nicht rot!) Ich habe nur festzustellen, daß sich auch noch viele Gewerkschaftssekretäre positiv zur CDU bekennen, daß sie gern mitarbeiten möchten, aber das wird bei vielen Gruppen von uns nicht hoch angesehen und nicht anerkannt. (*Unruhe.*) Denken Sie daran, daß erstens die Betriebsarbeit in Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei sein muß, damit uns die SPD nicht überrennt; zweitens, daß wir eine Sozialpolitik zu treiben haben. Ich brauche dazu keine näheren Vorschläge zu machen. Das werden wir tun müssen aus Selbsterhaltungsgründen. Wir müssen unsere Politik für die Anliegen des Volkes, auch für die Kleinsten draußen, populär machen.

Nehmen Sie meine Vorschläge und Warnungen bitte ernst! Denken Sie daran, daß im Bundesparteivorstand und im Bundesparteiausschuß die Arbeiterschaft eine entsprechende Mitwirkungsmöglichkeit haben muß, d.h., daß sie zahlenmäßig gleichberechtigt vertreten ist. Ich bilde mir nicht ein, nun zu sagen, mit der Arbeiterschaft steht und fällt die Partei, sondern ich sage nur – was ich auch allen meinen Freunden draußen erkläre –, es darf innerhalb der Arbeiterschaft nicht noch einmal die Meinung

50 Josef Stingl (geb. 1919), 1953–1968 MdB (CDU), 1968–1984 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1213 Anm. 50.

51 Georg Schneider (1892–1977), 1953–1961, 1962–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 640 Anm. 117.

hochkommen, daß ihre berechtigten Ansprüche nur in der SPD wahrgenommen werden könnten. Wir haben dafür zu sorgen, daß in der Arbeiterschaft das Bewußtsein lebendiger und stärker wird, daß gerade bei uns ihre Interessen, und zwar in der Gesamtpartei, wahrgenommen und entsprechend berücksichtigt werden.

Noch ein Wort an Heinrich Krone! Verehrter Freund Heinrich Krone! In der letzten Bundesvorstandssitzung hast Du gefragt: Wo sind die Leute? – Ich habe Dir schon vor mehreren Monaten gesagt, daß diese Leute da sind. Man muß sie nur heranholen und für die Mitarbeit gewinnen. Meine verehrten Freunde! Parteipolitik und Personalpolitik gehören zusammen. Wenn Sie das erkennen und die Anliegen und Interessen der Arbeiterschaft entsprechend berücksichtigen, dann können wir hoffen, daß die Wahlen so positiv ausfallen werden, wie wir das alle wünschen im Interesse der Christlich-Demokratischen Union. *(Beifall.)*

Adenauer: Ich möchte nicht die Diskussion über den Punkt 4 in die Länge ziehen, aber das Thema, das Herr Albers angeschnitten hat, ist von solch entscheidender Bedeutung für unsere gesamte Partei, meine Freunde, daß ich – nehmen Sie es mir nicht übel – etwas erschrocken bin darüber, welche Aufnahme bei Ihnen einige seiner Ausführungen gefunden haben. Lesen Sie doch das, was Herr Kühn geschrieben hat! Studieren Sie das einmal! Dann wird Ihnen vieles klar. Das Ergebnis ist doch, daß wir ohne einen erheblichen Prozentsatz der Arbeitnehmerstimmen eine Mehrheit im Bundestag nicht wieder erreichen können. Und das ist doch für uns alle miteinander ein Punkt von entscheidender Bedeutung.

Ich möchte noch hinzufügen: Die Sozialdemokratie wird sich zu diesem Wahlkampf für das Jahr 1961 in einer Weise rüsten wie niemals zuvor; denn wenn sie diese Wahl auch noch verliert, dann ist allerdings der Bestand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands schwer gefährdet. Das verträgt keine Partei, viermal hintereinander geschlagen zu werden. Wir wollen die Arbeit des Bundesvorstandes aktivieren, und hierbei bitte ich, auch diesen Punkt mit allem Ernst zu betrachten, und zwar seiner ganzen Bedeutung entsprechend. Ich kann das nur nochmals unterstreichen, was Herr Albers über die Gefahr, die uns hier droht, gesagt hat. Überlegen Sie einmal, welche großen Wählergruppen stehen zu uns. Da haben wir zunächst die Landwirtschaft. Nun, meine Freunde, für die Landwirtschaft im Bundesvorstand, im Bundesparteiausschuß, im Bundesparteitag und in der Fraktion des Bundestages ist wirklich gesorgt. Die folgende große Wählergruppe sind die Frauen. Für die Frauen wird nach meiner Meinung – die ich immer vertreten habe – zu wenig getan bei uns. *(Weber:* Viel zu wenig!) Ich spreche ja in Ihrem Sinne, Frau Weber!

Die dritte große Gruppe ist die mittelständische Gruppe. Ich will mich einmal ganz unbestimmt ausdrücken. Auch für sie wird viel getan. Es wird viel darüber gesprochen, und wir betonen mit Recht immer und überall, daß wir für den Mittelstand eintreten. Die Sozialdemokratie hat versucht, in die intellektuellen Schichten der mittelständischen Kreise hineinzukommen. Diese Schicht ist nicht groß. Das ist ihr aber nicht gelungen, und jetzt kehrt sie zurück – und das zeigt die Untersuchung von Kühn ganz klar – zu ihrem ursprünglichen Standpunkt, eine Partei der Arbeiter

zu sein. Das ist der Auftrag dazu. Kühn ist ein kluger Mann und hat das sehr gut gemacht.

Und nun denken Sie daran – lassen Sie mich jetzt auf die Außenpolitik zurückkommen –, was es bedeuten würde, wenn nach der nächsten Bundestagswahl wir nicht mehr zu bestimmen hätten den Kurs der Bundesregierung in dieser ungemein gefährlichen Lage, in der sich Deutschland auch dann noch befinden wird. Denken Sie daran, daß führende Leute, deren Name etwas galt bei der Arbeiterschaft – ich nenne Arnold und Kaiser –, nicht mehr da sind. Und da müssen Sie doch verstehen, wenn aus den Kreisen der Arbeitnehmerschaft der dringende Wunsch an uns herangetragen wird, dafür zu sorgen, daß auch bei uns die Arbeitnehmerschaft entsprechend vertreten wird. Mehr wollte Herr Albers gar nicht sagen. Und dieses Verlangen von ihm müssen wir als berechtigt und im Interesse der Gesamtpartei liegend anerkennen, weil wir sonst, wenn wir Arbeiter als Wähler verlieren, nicht mehr damit rechnen können, die Mehrheitspartei im Bundestag zu bleiben. Betrachten Sie deshalb bitte die Sache auch unter diesem Gesichtspunkt. Dann werden Sie mit mir darin übereinstimmen, daß es ein berechtigtes Anliegen der Gesamtpartei ist, wenn wir uns mit dieser Frage ernsthaft beschäftigen.

Gurk: Im Prinzip sind wir in der Sache, die vorgetragen worden ist, durchaus einig. Darüber brauchen wir nicht zu streiten; aber es gibt gewisse Schwierigkeiten praktischer Art, z.B. die Frage, wer denn als Arbeiter gilt. Das ist nicht geklärt und kann auch heute nicht geklärt werden. Das ist ungeheuer schwierig. Ich z.B. war auch ein kleiner Büroangestellter. Ich will aber nicht von mir ausgehen. Die Definition des Wortes „Arbeitnehmer“ müssen wir gelegentlich einmal suchen.

Es ist völlig richtig, mehr in den Betrieben zu wirken. Ich habe in meinem Landesverband einen hauptamtlichen Sozialsekretär nur zu diesem Zweck bestellt. Ich selber habe die Betriebsgruppe gegründet. Ich darf darauf hinweisen: Einen eigentlichen Handarbeiter, also einen Mann, der noch an der Hobelbank steht, hat in Karlsruhe nur die CDU. Die Sozialdemokratie verfügt in der ganzen Fraktion nicht über einen Handarbeiter. Sie macht sich darüber auch keine Gedanken. Das sind aber nur Detailfragen. Jedenfalls sind wir in der Sache völlig einig, und wir brauchen darüber keinen Streit.

Ich hätte nur gerne eine Auskunft – und deswegen allein habe ich das Wort ergriffen –, und zwar möchte ich klar wissen, ob die Christlichen Gewerkschaften in diesen Verbund der Zusammenarbeit einbezogen sind oder nicht. (*Zuruf:* Einbezogen!) Wir sind dankbar für jeden Sekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der in der CDU mitmacht. Und wenn die Herren den Eindruck haben, daß sie bei uns nicht geschätzt sind, dann stimmt das in keiner Weise. (*Zuruf:* Was stimmt nicht?) Ich möchte wissen, ob die Christlichen Gewerkschaften von dieser Zusammenarbeit ausgeschlossen sind, ob sie verfolgt werden oder ob sie gleichberechtigt mit am Tisch sitzen.

Adenauer: Können wir in der Beratung fortfahren? (*Gurk:* Was ist mit der Antwort?) Sie haben es doch von Herrn Albers gehört. Als ich zuletzt mit ihm sprach,

sagte er mir, die Christliche Gewerkschaft sei dabei gewesen. (*Gurk*: Gut!) – Herr Albers!

Albers: Ich will zur Klarstellung noch einmal herausstellen: Auf diesem Kongreß sind in erster Linie alle diejenigen vertreten, die einig in ihrem Wollen sind. Auf diesem Kongreß werden aber keine gewerkschaftlichen Fragen behandelt. Wir werden die Christliche Kollegenschaft und die Christliche Gewerkschaft irgendwie mit eingruppiert. Wenn Sie fragen, wie wir das machen, dann kriegen Sie von mir heute keine Antwort. Ich kann Ihnen nur die Gewißheit geben, daß es uns gelingen wird, alle diese Gruppen auf diesem Kongreß in einer Gemeinschaft vertreten zu sehen.

Adenauer: Bei der Besprechung mit Herrn Albers hat einer der Herren – ich weiß nicht, wer es war – ein Wort von Lenin zitiert, das so heißt: Die Betriebe sind unsere Burgen. Das ist ein sehr ernstes Wort, meine Freunde! Die Arbeiter, die soundso viel Stunden in der Woche – ich weiß nicht, ob es 40 sind – zusammen arbeiten und die lange An- und Abfahrtswege haben, treiben auf diesen Wegen und in den Betrieben sehr viel Politik. Deswegen ist es durchaus gut, wenn solche Betriebsgruppen möglichst überall gebildet werden. Wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, die Herr Krone genannt hat, hat die SPD 7.000 solcher Betriebsgruppen, (*Krone*: Unter der Führung von Wehner!) die SPD, nicht der DGB. Und wir haben etwa 1.000. Herr Krone macht darauf aufmerksam, daß diese Betriebsgruppen unter der Führung von Wehner stehen. Wenn Wehner die Sache in die Hand nimmt, dann hält er diese Betriebsgruppen für absolut wichtig; denn sonst hätte er sie nicht in die Hand genommen.

Herr Albers! Wir werden uns über diese ganze Frage in einer der nächsten Vorstandssitzungen aussprechen, so daß dann Anträge gestellt werden können für den nächsten Parteitag. Wir können heute an der Zusammensetzung des Bundesparteivorstandes nichts ändern. Das muß später erfolgen.

Darf ich Ihnen nun erläutern, was gesprochen worden ist in Verfolg des Antrages, den damals Herr Dufhues gestellt hat. Er hat gesagt: „Der Bundesvorstand und der Bundesparteiausschuß der CDU halten es für notwendig, die Arbeit der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden zu aktivieren und zu intensivieren. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen den Mitgliedern des Vorstandes, unbeschadet ihrer Verantwortung, für die Organisation und Politik der CDU bestimmte Führungsaufgaben übertragen werden.“ Also, er will die Arbeit, um es mit einem Satz zu wiederholen, aktivieren und intensivieren. Er will die Arbeit verteilen auf eine Anzahl von Vorstandsmitgliedern. „Die Erfüllung dieser Aufgaben“ – so fährt er fort – „wird dadurch erschwert, daß die Mitglieder des Vorstandes durch staatliche Ämter in Anspruch genommen sind.“ – Ich würde hinzusetzen: durch staatliche Ämter „und parlamentarische Tätigkeit“ in Anspruch genommen sind. – „Mit Rücksicht hierauf empfiehlt es sich, dem Vorstand geeignete Mitglieder der CDU zuzuteilen, die die laufende Bearbeitung der im folgenden bezeichneten Führungsaufgaben übernehmen. Diese Mitarbeiter sind dem Bundesvorsitzenden und dem gesamten Vorstand verantwortlich.“ Das ist

das Wesentliche: Der Antrag sieht vor, einer Anzahl von Mitgliedern des großen Vorstandes bestimmte Aufgaben zu übertragen und ihnen gleichzeitig Mitarbeiter zuzuteilen. Das ist das Prinzip des Ganzen.

Ich habe Ihnen diese Drucksache nicht zugehen lassen, weil jetzt eine Reihe von Namen genannt werden und weil, wenn der eine oder andere Name nicht gefällt und die Persönlichkeit durch jemand anderes ersetzt werden soll, es dann peinlich ist, wenn 30 oder 40 Exemplare mit diesem Resümee, das nicht in allen Teilen Ihre Billigung findet, in der Welt sind. Im einzelnen wird folgende Regelung vorgeschlagen:

Von Hassel: Es soll Ihnen zugeteilt werden: Politische Wahlen und die Landwirtschaft, und zwar für die politischen Wahlen Dr. Nahm – das ist der Staatssekretär, der bald ausscheidet – und Dr. Heck, der sich freundlicherweise bereit erklärt hat, das zu übernehmen; er ist uns aufgrund der Erfahrungen, die er früher als Bundesgeschäftsführer und jetzt in der Bundestagsfraktion gesammelt hat, ein sehr willkommener Mitarbeiter; für die Landwirtschaft: Solke⁵² und Richarts⁵³. Herr Solke kommt, soviel ich weiß, aus Nordrhein-Westfalen, Herr Richarts aus Rheinland-Pfalz.

Dr. Gerstenmaier: Aufgabenbereich: Universitäten, studentische Jugend und geistige Berufe. Mitarbeiter: Dr. Martin und ein anderer Herr; ich weiß nicht mehr, wer da genannt worden ist. Darüber müßte man mit Herrn Gerstenmaier noch einmal sprechen. (*Gerstenmaier*: Der Bund hat nichts zu sagen. Das ist nicht möglich! Wie kann ich dazu etwas sagen!) Herr Gerstenmaier kommt mit einer übergeistreichen Frage; er sagt: Der Bund hat in der Sache nichts zu sagen, wie kann ich dazu etwas sagen? (*Gerstenmaier*: Das ist nicht identisch mit dem Bund! – *Unruhe und Bewegung*. – *Zurufe*: Warum nicht die Bundespartei? – Wer soll es sagen? – *Gerstenmaier*: Ihre Meinung geht die Bundespartei nichts an!) Meine Herren! Ihre „Liebenswürdigkeiten“ können Sie sich gleich sagen! Lassen Sie mich jetzt selbst bitte weitersprechen.

Blank: Aufgabenbereich: Arbeitnehmer, Betriebsgruppen, betriebliche Wahlen. Nun hat Herr Blank bis zur Bundestagswahl noch ein außerordentlich großes gesetzgeberisches Pensum zu erledigen und somit eine sehr große Arbeit vor sich. Deswegen sollen ihm für diese Arbeit drei Herren zugeteilt werden, und zwar die Herren Katzer, Mick⁵⁴ und Hahn⁵⁵.

52 Emil Solke (geb. 1916), Landwirt; 1953–1961 und 1969–1976 MdB (CDU), 1970 Präsident des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes.

53 Hans Richarts (1910–1979), Diplolandwirt, Oberlandwirtschaftsrat; 1953–1972 MdB (CDU) und 1958–1972 MdEP.

54 Josef Mick (1914–1978), christlicher Gewerkschafter; 1930 Windthorstbund, 1946 CDU, 1952–1957 Stadtverordneter in Köln, 1957–1976 MdB, 1963–1975 Vorsitzender der CDA Rheinland und des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der CDA.

55 Karl Hahn (1901–1982), 1953–1969 MdB CDU. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 886 Anm. 79.

Dr. Krone: Aufgabenbereich: Zusammenarbeit der Gesamtpartei, CDU-Fraktion des Bundestages; Mitarbeiter: Rasner und Rösing⁵⁶. Katholische Vereine und Verbände; Mitarbeiter: Barzel⁵⁷.

Kiesinger: Aufgabenbereich: Jugend; Mitarbeiter: Dr. Stoltenberg und Dr. Even. Frauen; Mitarbeiterinnen: Brauksiepe und Jochmus. (*Weber*: Die Frauen tauchen zum erstenmal auf. Ich bin der Meinung, daß vor allem bei den Verbänden eine Frau dabei sein müßte.) Frau Weber! Machen Sie bitte gleich die Vorschläge; lassen Sie mich das zunächst vorlesen.

Dr. Meyers: Aufgabenbereich: Organisation der CDU, Mitgliederwerbung, Propaganda; welche Mitarbeiter Herr Meyers bekommen soll, muß noch überlegt werden. Ausbau von Eichholz zu einem christlich-demokratischen Führungszentrum; Mitarbeiter: Dr. Marx⁵⁸, der jetzt beim Verteidigungsministerium ist.

Dr. Schröder: Aufgabenbereich: Wirtschaft mit Ausnahme der Landwirtschaft; (*Erhard*: Wieso Wirtschaft?) Mitarbeiter: Dr. Burgbacher. Evangelische Vereine und Verbände; Mitarbeiter: steht noch nicht fest. Sport. (*Fricke*: Wieso kommt Herr Schröder zur Wirtschaft?) Das hat er von Ihnen gelernt! Wer nicht aufgeführt ist, möge nicht traurig sein. Ich bin auch nicht aufgeführt. (*Von Hassel*: Beim Sport!) Ich war ein sehr angesehener Mann im Sport, Herr von Hassel, als ich noch Oberbürgermeister von Köln war. Aber das ist nun vorbei.

Darf ich wiederholen. Der Grundgedanke von Herrn Dufhues ist der: Um die Arbeit zu aktivieren, nehmen wir eine Anzahl von Mitgliedern des Vorstandes – das sind die, die ich eben aufgezählt habe –, und dann teilen wir jedem dieser Mitglieder bestimmte Arbeitsbereiche zu. Mit Rücksicht darauf, daß die meisten Vorstandsmitglieder – genau wie hier – durch andere Arbeit außerordentlich stark belastet sind, sollen die Mitarbeiter, die sie bekommen, unter ihrer Anleitung die Hauptarbeit tun. Das ist der Grundgedanke. Nun möchte ich bitten, damit die Diskussion klar bleibt, daß wir uns zunächst über den Grundgedanken unterhalten und erst dann, wenn über den Grundgedanken Einigkeit besteht, zu der Frage der Personen übergehen. Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Herrn Dufhues schwebte vor, Herr Erhard, daß die Vorsitzenden der Partei und die Herren des geschäftsführenden Vorstandes – die also bis zum nächsten Parteitag Vorsitzendenfunktionen haben – mit bestimmten Aufgabengebieten bedacht

56 Josef Rösing (1911–1983), Diplomvolkswirt; 1945 Mitgründer der DZP, ab 1949 Geschäftsführer der DZP-Fraktion im Bundestag, 1954 MdB (fraktionslos), 1954 Eintritt in die CDU, 1955–1961 und 1965–1972 MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-BT-Fraktion (1955–1972).

57 Dr. Rainer Barzel (geb. 1924), 1957–1987 MdB (CDU), 1962–1963 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, 1963 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-BT-Fraktion, 1964–1973 Fraktionsvorsitzender, 1971–1973 Vorsitzender der CDU, 1982–1983 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, 1983–1984 Präsident des Deutschen Bundestages.

58 Dr. Werner Marx (1924–1985), Regierungsdirektor; 1965–1985 MdB (CDU), 1982–1985 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

werden sollen. Es soll also nicht aus dem Vorstand eine beliebige Anzahl von Mitgliedern genommen werden, sondern nur die stellvertretenden Parteivorsitzenden und die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes entsprechend dem Statut. – Hier ist ein Vorschlag gemacht worden, die Zentralarbeit zu intensivieren, vor allem sollen des öfteren Bundespartei Vorstandssitzungen abgehalten werden. Das muß positiv gemacht werden. Ob der Versuch mit den Aufgabengebieten richtig ist, muß jetzt überlegt werden.

Von Hassel: Ich darf ein paar Sätze sagen als derjenige, der die Konferenz der Landesvorsitzenden in diesem Jahr geleitet hat.⁵⁹ Die Landesvorsitzenden haben sich mit der Frage der Organisation sehr eingehend beschäftigt. Das Ergebnis lag dem Bundesvorstand vor, und der Bundesausschuß hat es dann verabschiedet.⁶⁰ Die Landesvorsitzenden haben zusammen mit den stellvertretenden Vorsitzenden und den drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern auch dieses Thema im einzelnen erörtert. Ihre Auffassung geht – ich will nicht sagen, in völlig entgegengesetzter Richtung – dahin, daß sie ausdrücklich gesagt haben, daß lediglich die vier stellvertretenden Vorsitzenden die Aufgaben unter sich abgrenzen sollten. Die vier stellvertretenden Vorsitzenden sollten alsdann gewisse Aufgaben zuteilen.

Auf dem Bundesparteitag in Kiel ist Herr Katzer beauftragt worden, sich mit den Fragen der Arbeitnehmerschaft zu beschäftigen. Es gibt hier eine enge Zusammenarbeit sowohl mit Herrn Krone als auch mit Herrn Blank, die beide stellvertretende Vorsitzende sind. Ähnlich ist es – um ein Beispiel zu nennen – im Bereich der Universitäten. Hier ist bereits Dr. Martin tätig, und zwar, soweit ich sehe, mit einem außerordentlich guten Erfolg.

Wir waren uns in diesem Kreise einstimmig darüber einig, daß die Funktion der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder mit dem kommenden Bundesparteitag auslaufen soll, so daß eine geschlossene Arbeit, wenn wir jetzt anfangen, alles wieder aufzuteilen, nahezu unmöglich wird. Das ist zumindest die Auffassung, die bei den Landesvorsitzenden nach eingehenden Beratungen erarbeitet worden ist. Da eine Reihe von Landesvorsitzenden unter uns sind, wäre ich dankbar, wenn von dort aus diese Fäden aufgenommen würden. Jedenfalls sind für uns diese Vorschläge neu. Ich persönlich habe davon in einem Gespräch am vorigen Freitag von dem Herrn Bundeskanzler gehört. Ich habe sie schriftlich noch nicht gesehen; diese Vorschläge sind nicht einmal Gegenstand eines Gespräches unter uns gewesen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kraske.

Kraske: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß dieser Vorschlag, den ich bisher nur mündlich gehört habe, in drei Punkten gewisse Schwierigkeiten in sich schließt. Einen Punkt hat Herr von Hassel uns genannt.

59 Protokolle vom 22. Januar, 17. und 23. April, 2. Mai und 3. September 1959 in ACDP VII-004-034/1.

60 Sitzungsprotokoll des Bundesausschusses vom 28. September 1959 in ACDP VII-001-021/5 S. 122–124.

Ich glaube, daß es keinen Zweck hat, Aufgaben zu erteilen aus einem bestimmten Personenkreis heraus, wenn man davon ausgeht, daß dies nur bis zum kommenden Bundesparteitag geschehen soll. Jeder, der eine solche Aufgabe übernimmt, wird eine gewisse Anlaufzeit gebrauchen, um die notwendigen Vorbereitungen bis zu einem Tag, wo die Arbeit wirklich laufen und wo etwas geschehen kann, zu treffen. Und das hat keinen Zweck, wenn die Arbeit im April ohnehin zu Ende sein soll.

Wenn man davon ausgeht, daß diese Tätigkeit nicht im April zu Ende gehen soll, sondern über den nächsten Bundesparteitag hinaus, dann finde ich doch, daß dieser Vorschlag – und zwar gegen die Stimmung, die z.B. auf der Sitzung des Bundesparteiausschusses für uns alle sehr deutlich geworden ist – eine sehr weitgehende Präjudizierung für den kommenden Bundesparteitag ist. Er geht aus von der Institution der drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder. Es geht dabei gar nicht um die personelle Besetzung des geschäftsführenden Vorstandes, sondern es ging bei allen Überlegungen um die institutionelle Frage, ob diese Stellung in der Spitzengruppe erhalten werden solle oder nicht. Hier wird im Grunde präjudiziert: Sie soll in dieser Form erhalten bleiben. Und das finde ich schwierig.

Der zweite Punkt scheint mir ebenso wichtig zu sein. Man kann sicher in einem Kabinett davon ausgehen, daß die und die Persönlichkeiten zur Verfügung stehen und auch die Aufgaben verteilt werden. Ich glaube aber, in einer politischen Partei, insbesondere auf dem Felde der Organisation, der Propaganda usw., stehen zuerst die Aufgaben da. Und dann wird man, wenn der Vorstand im ganzen eine Entlastung braucht, überlegen, welche Aufgaben im einzelnen noch von irgendwelchen Leuten besonders wahrgenommen werden sollen. Ich glaube aber, daß man hier zu schwierigen und in manchen Fällen vielleicht erzwungenen Lösungen kommt, wenn man ausgeht von einem Tableau bestimmter Persönlichkeiten und dann Überlegungen anstellt – das ist, wie ich offen gestehen muß, mein Eindruck von dem Vorschlag –, wie kann man diesen sechs oder sieben Leuten oder wieviel es sein mögen ein ungefähr gleichwertiges Arbeitsgebiet geben. Ich finde, daß dieser Vorschlag wirklich der ausdrücklichste Beweis dafür ist, daß der Weg von den Personen zu den Aufgaben in einer politischen Partei nicht gangbar ist, sondern daß man von den Aufgaben zu den Personen gehen muß.

Nun der dritte Punkt! Ich habe in meiner eineinhalbjährigen Tätigkeit als Bundesgeschäftsführer und vorher als Stellvertreter von Herrn Heck in der gleichen Weise die Erfahrung gemacht, daß das, was die Christlich-Demokratische Union dringend braucht, ein Mehr an Koordinierung ist. (*Zuruf*: Sehr gut!) Ich habe bei diesem Vorschlag, so wie ich diese Partei und den Betrieb, der sich daraus entwickelt, kenne, die große Angst, daß daraus nicht ein Mehr an Koordinierung, sondern ein Mehr an Atomisierung wird. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Lassen Sie mich das an einem Punkt klarmachen. Hier wird ein Aufgabenbereich verteilt: politische Wahlen. Es wird ein anderer Aufgabenbereich verteilt: Organisation und Propaganda. Was gehört hier zusammen, und was soll hier getrennt werden? Es werden gewisse Aufgabenbereiche verteilt, z.B. die Landwirtschaft, für die wir ein Kabinettsmitglied der Christlich-

Demokratischen Union haben, für die wir einen Bundesfachauschuß der Christlich-
Demokratischen Union haben und für die wir nun einen Beauftragten mit zwei – wie
soll ich mich ausdrücken – Delegaten haben. Und ich weiß nicht, ob diese Aufgabe
in ihrer Lösung, so wichtig sie ist, dadurch wesentlich erleichtert wird, daß wir nun
eine neue Instanz schaffen. Mir scheint vielmehr, daß man überdenken sollte, wo
liegen die Probleme innerhalb unseres Verhältnisses zur agrarischen Bevölkerung.
Und da kann man zu dem Ergebnis kommen, daß der Landwirtschaftsminister wegen
seiner staatlichen Funktion nicht immer der Mann ist, der das gleichzeitig für die
Partei wahrnehmen kann auf öffentlichen Veranstaltungen, auf Kundgebungen und
in der Publizistik. Aber ich würde sagen, da muß man überlegen, wie können wir
aus dem neu zu konstituierenden Agrarausschuß der Bundespartei – wenn wir ihn
nicht von vornherein zur Farce machen wollen – etwas entwickeln, was neben
dem Landwirtschaftsminister und in enger Zusammenarbeit mit ihm diesen Bereich
wahrnehmen kann.

Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang auf einen vierten Punkt hinzuweisen.
Halten Sie das nicht für eine Anmaßung! Wenn ich jetzt diesen Vorschlag höre
und wenn ich ihn sehe, dann überlege ich mir als der von Ihnen gewählte
Bundesgeschäftsführer der Partei eigentlich nur, was es in diesem Amt noch für
sinnvolle Aufgaben gibt, denen ich mich in Zukunft vielleicht zuwenden kann.

Wenn ich hier also sehe: Drei Mann für die Organisation, drei Mann für politische
Wahlen, drei Mann für politische Bildungsarbeit, dann kann ich ehrlicherweise der
Partei nur raten, das Geld, das sie bisher für mein Gehalt ausgegeben hat, in Zukunft
entweder karitativen Zwecken oder einer anderen vernünftigen Aufgabe zuzuführen.
An mich werden Sie es dann jedenfalls sinnlos verschwenden. Das wird keinen Zweck
mehr haben!

Adenauer: An die letzten Worte des Herrn Kraske möchte ich doch anknüpfen,
und zwar in voller Offenheit, Herr Kraske. Sie haben mir gesagt, als ich die Gedanken
äußerte – der Vorschlag stammt von Herrn Dufhues, und ich nehme an, er wird das
Wort dazu noch ergreifen –, Sie seien anderer Meinung, weil nach Ihrer Auffassung
durch ein Mehr an Personen, die sich mit den ganzen Fragen beschäftigen, die
Lösung nur schwieriger werde. Aber daß Sie mir jetzt hier sagen, daß wir dann
Ihr Geld sparen sollten, das kann ich – nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Kraske –
unter keinen Umständen billigen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Für Sie ist Arbeit mehr als
genug noch vorhanden! Meinen Sie denn, daß wir nicht alle darunter leiden, daß sich
bisher zu wenig Leute um den ganzen Betrieb gekümmert haben! Sie haben doch
nicht nur für den laufenden Betrieb zu sorgen, daß Briefe beantwortet werden usw.;
Sie haben mehr als genug Arbeit, weil einer dasitzen, beobachten und aufmerksam
machen muß. Wenn Sie so etwas sagen, dann verkennen Sie völlig die Aufgabe, die
Ihnen zuteil geworden ist. Das muß man Ihnen sehr nachdrücklich sagen! (*Weber:*
Jawohl!) Es kann gar keine Rede davon sein, daß Sie etwa der Verantwortliche sein
sollen für die ganze Wahl. Das können Sie gar nicht, und wenn Sie Gott weiß was
für Geisteskräfte hätten. Das können Sie einfach nicht leisten! Sie haben offenbar

noch keine Wahl in einer so verantwortlichen Stelle mitgemacht. Fragen Sie einmal den Herrn Heck. Wir haben vor den letzten Wahlen jede Woche einmal in einem sogenannten technischen Kreis zusammengessen. Wir werden das auch jetzt wieder tun. Ich habe das eben nicht gesagt, um nicht zu verwirren. Es handelt sich um einen technischen Kreis, der die Technik der ganzen Wahlen einschließlich der Propaganda, des Films usw. durcharbeitet. Das ist eine geradezu ungeheuer große Arbeit. Und der nächste Wahlkampf wird noch viel erbitterter werden, als es der letzte Wahlkampf gewesen ist.

Nun aber, meine Damen und Herren, möchte ich ein Wort zu dem sagen, was Herr von Hassel gesagt hat. Es sind von der linken Seite des Hauses Klagen gekommen, daß bisher gar nichts davon bekanntgeworden ist. (*Gerstenmaier*: Mir nichts, aber den anderen alle! – *Von Hassel*: Mir vor vier Tagen! – *Unruhe*. – *Gerstenmaier*: Das ist immerhin eine Besinnungspause!) Wer sich noch nicht besonnen hat, der braucht heute nichts zu sagen, der kann warten. Mir liegt nichts daran, daß das heute beschlossen wird. Ich möchte Ihnen sagen, wie die Dinge wirklich liegen.

Die Wahlen kommen mit jedem Tag 24 Stunden näher. Der Bundestag wird sein am 27. April. Die Wahlen werden sein Mitte September des folgenden Jahres. Dazwischen kommen zweimal die Herbstferien; es kommen die Osterferien und die Weihnachtsferien, so daß also die Zeit, die wir haben, außerordentlich knapp ist. Und da finde ich es gut, daß Herr Dufhues die Sache gemacht hat. Er hat es nicht mit mir etwa vorher besprochen. Ich bin auch eines Tages davon überrascht worden, als er gesagt hat, wir können nicht warten bis zum 27. April, und dann [können nicht] große Zänkereien darüber losgehen auf dem Parteitag, wie wir unsere Organisation machen sollen, sondern es muß jetzt gearbeitet werden. Und wenn sich zeigt – was ich für möglich halte –, daß diese Organisation nicht klappt, dann müssen wir darüber noch vor dem Parteitag in einem kleinen Kreise reden. Wir müssen jetzt anfangen zu arbeiten und dürfen nicht immer nur organisieren und die Dinge hinausschieben.

Aus diesen Erwägungen heraus hat Herr Dufhues gesagt: Nehmen wir die Leute, die wir jetzt haben. Machen Sie sich doch klar, daß weder der Bundesvorstand noch der Bundesausschuß ein Recht haben, den vom Bundesparteitag gewählten Leuten einfach zu sagen: Du arbeitest jetzt nicht mehr mit. Es sind doch die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder gewählt worden. Woher sollen wir das Recht nehmen, nun zu sagen, raus mit euch? Das kann nur der Bundesparteitag tun, aber nicht wir. (*Zuruf*: Der Bundesausschuß!) Gut! Dann der Bundesausschuß! Aber wollen Sie vielleicht sagen: Meyers, Kiesinger und Schröder, weg mit euch! Daran kann doch kein Gedanke sein. Ich bitte Sie also wirklich, hier etwas praktisch zu denken. Das war also der Ausgangspunkt des Vorschlags von Herrn Dufhues, daß man das nimmt, was man jetzt hat, damit man ordentlich arbeiten kann.

Sie haben gesagt: Wir haben einen Landwirtschaftsminister, wir haben den Herrn Eitzel, wir haben den Herrn Blank usw. Die Leute sehe ich kaum. Ich bin froh, wenn ich einmal in der Woche das ganze Kabinett einigermaßen zusammenhabe; denn die Herren sind fortwährend auf Reisen in Deutschland und außerhalb Deutschlands, in

Europa und außerhalb Europas. Und dann wollen Sie denen noch anvertrauen, sich um die Wahl zu kümmern. Die Herren können das gar nicht. Natürlich muß man mit ihnen Fühlung halten. Das ist ganz klar, aber man darf sie nicht dafür verantwortlich machen. Und so finde ich, *rebus sic stantibus* – an jeder Lösung ist etwas auszusetzen, das ist selbstverständlich –, daß es das Greifbarste ist, was wir jetzt haben.

Ich war, als Herr Dufhues das zuerst vortrug, auch zunächst überrascht. Aber auch wenn man überrascht ist, sollte man überlegen, welche Gründe für einen solchen Vorschlag sprechen. Man sollte nicht einfach sagen: Das Scheusal muß in die Wolfsschlucht. – Machen Sie also praktische Vorschläge!

Dufhues: Die Bemerkung, daß die Annahme dieses Vorschlages die Ergebnisse des Bundesparteitages präjudizieren werde, hat mich erschreckt. Mich beunruhigt der Gedanke, daß man offensichtlich bestrebt ist, bis zum Bundesparteitag die Dinge auf sich beruhen zu lassen und keine Aufgaben in dieser konzentrierten Form unter Benennung einzelner Mitarbeiter vorzusehen. (*Von Hassel:* Das ist überhaupt nicht gesagt worden! – *Zuruf:* Sehr richtig! – *Unruhe.*) Ich setze mich nicht mit Ihnen, Herr von Hassel, sondern mit Herrn Kraske auseinander, der seiner Schlußfolgerung den Ausdruck gegeben hat, daß die Ergebnisse des Bundesparteitages präjudiziert würden.

Wir haben nicht nur im Jahre 1961 Bundestagswahlen, wir haben auch im nächsten Jahr in fünf Ländern Kommunalwahlen.⁶¹ Wenn irgend etwas in unseren Sitzungen hervorgehoben werden muß, dann die unbedingte Notwendigkeit, endlich auch einmal die Kommunalwahlen in den deutschen Ländern zu einem Erfolg werden zu lassen, und zwar so wie bei den Bundestagswahlen und zum Teil auch bei den Landtagswahlen. Wenn das der Fall sein soll, dann kann man nicht einfach sechs Monate verstreichen lassen, ohne wenigstens zu einer Intensivierung und Aktivierung der Arbeit zu kommen.

Das, was Ihnen der Herr Bundeskanzler mitgeteilt hat, ist nicht das Ergebnis meiner persönlichen Überlegungen. Wir haben in einem Kreis verschiedener Parteifreunde zusammengesessen. Ich habe mit den Herren Johnen, Meyers und Krone gesprochen. Wir haben lediglich den einen Wunsch gehabt, die weitere Diskussion vorzubereiten. Es soll nichts präjudiziert werden. Ich gehe aus von den Tatbeständen, wie sie nun einmal gegeben sind, von den Persönlichkeiten, die im Vorstand zur Verfügung stehen. Ich habe nach Möglichkeiten und Wegen gesucht, um die Arbeit innerhalb dieses Kreises nun wirklich anlaufen zu lassen.

61 1960 sollten Kommunalwahlen in Bayern, an der Saar, in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen stattfinden (UfD Nr. 3 vom 21. Januar 1960 S. 1f. und 6). Tatsächlich stattgefunden haben die Wahlen in Bayern am 27. März 1960 (AdG 1960 S. 8313), in Hessen und Rheinland-Pfalz am 23. Oktober 1960 (ebd. S. 8718) und im Saarland am 4. Dezember 1960 (ebd. S. 8818). Die Wahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mußten wegen Wahlrechtsänderungen auf den 19. März 1961 verschoben werden (ebd. 1961 S. 8985).

Ich meine, daß dieser Versuch dem nächsten Bundesparteitag die Möglichkeit gibt, aus einer größeren Vertrautheit mit dem, was geschehen ist oder nicht geschehen ist, die Entscheidungen zu treffen, die er zu treffen hat. Es kann keinesfalls als eine Belastung der Beratungen des Bundesparteitages angesehen werden, daß in der Zwischenzeit der Versuch unternommen worden ist, die Arbeit der Spitze der CDU zu intensivieren, um damit dem Parteitag die Möglichkeit zu geben, nun zu sagen: Es hat sich bewährt, oder es hat sich nicht bewährt. Das ist eine Zeit, die man nutzen soll. Ich will mit dem Herrn Bundeskanzler, den ich nicht habe sprechen können – der Kreis der Personen geht über Nordrhein-Westfalen hinaus –, zu dem Ergebnis kommen, daß wir der gegenwärtigen personellen Zusammensetzung des Vorstandes Rechnung tragen müssen, weil das die Basis jeder konkreten Überlegung des Augenblicks ist.

Ich habe mir weiter mit den Damen und Herren Gedanken darüber gemacht, daß es angesichts der Belastung dieser Herren notwendig ist, jüngere Mitarbeiter zur verantwortlichen Arbeit heranzuziehen, aber nicht als Assistent eines einzelnen, nicht als Privatsekretär oder persönlicher Referent, sondern als Persönlichkeit aus dem Kreise der mittleren oder jungen Generation, die dem Bundesvorsitzenden und dem Gesamtvorstand verantwortlich sind. Es sollen Persönlichkeiten sein, denen man eine Chance gibt, sich in der Arbeit der Partei zu bewähren. Da sind Namen wie Stoltenberg, Majonica⁶², Blank und viele andere genannt worden, die nun einmal unter diesem Gesichtspunkt unter die Lupe genommen werden sollen.

Es geht nicht darum, die Verantwortung der Wirtschaftspolitik, der Landwirtschaftspolitik, der Ernährungspolitik usw. dieser Herren zu teilen, Herr Professor Erhard. Niemand hat daran gedacht, Ihre Zuständigkeit auch nur in etwa zu beschneiden; das gleiche gilt auch für Herrn Schwarz⁶³. Aber es geht, um ein Beispiel zu sagen, darum, die großen Verbände in der Landwirtschaft zusammenzufassen, Verbände, die bisher nicht in jenen Kontakt zur CDU gekommen sind, auf den die CDU nicht verzichten kann; wie ich überhaupt eines vermisste – was ich jetzt in Westfalen anzupacken versuche –, daß wir nämlich zwischen der CDU als Partei und den vielfältigen Vereinigungen und Verbänden draußen im Lande bei weitem nicht jene Verzahnung hergestellt haben, die notwendig ist, um diese auch mitgliedermäßig auf schwachen Füßen stehende Partei zu stärken, um dieser Partei jenes Gewicht in den großen Organisationen des kirchlichen und ständischen Raumes zu geben, auf das sie praktisch nicht verzichten kann, wenn sie sich weiter erfolgreich betätigen will. Die Übertragung von Aufgaben auf den einen oder anderen dient nicht zuletzt dem Ziel, die Vorbereitungen dafür zu treffen, daß diese Verzahnung, diese ständige Fühlungnahme, dieser geistige Austausch und auch die politische Beeinflussung dieser Verbände endlich in die Hand genommen werden.

62 Dr. Ernst Majonica (geb. 1920), 1950–1972 MdB (CDU), 1979–1984 MdEP. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 84 Anm. 33.

63 Werner Schwarz (1900–1982), Landwirt; 1953–1965 MdB (CDU), 1959–1965 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Das waren die Überlegungen, von denen wir ausgegangen sind. Ich bitte herzlich darum, die Vorschläge, die hier von mir mit meinen Freunden gemacht worden sind – die zum Teil nicht unwesentlich verändert worden sind aufgrund von Überlegungen, die der Herr Bundeskanzler angestellt hat –, lediglich als Basis für Ihre Überlegungen zu nehmen. Es möge sich niemand gekränkt fühlen, daß er nicht berücksichtigt ist oder daß ihm Aufgaben übertragen worden sind, für die er an sich eine Zuständigkeit nicht hat. Es ist ein Versuch, ein Schema zu entwickeln, das vielleicht zu einer Intensivierung unserer Arbeit führen kann.

Ich würde vorschlagen, die Einzelheiten der Aufstellung dieser Aufgaben, auch die Einzelheiten der personellen Ausstattung mit den zugeteilten Herren, hier nicht im einzelnen zu diskutieren; denn wir sind uns darüber einig, daß das praktisch nicht möglich ist. Es sollte eine Kommission gebildet werden, zu deren Mitgliedern Sie alle das Vertrauen haben, daß sie ohne persönlichen Ehrgeiz sich an die Aufgabe heranzumachen, um dann bereits für die nächste Vorstandssitzung Vorschläge zu erarbeiten, die von Ihnen generell erörtert und entweder gebilligt oder abgelehnt werden können. Mir liegt daran, Ihnen eine Diskussionsbasis zu geben, damit wir endlich zu einer praktischen Arbeit kommen. Es soll, Herr von Hassel, nichts präjudiziert werden, auch nicht durch Überlegungen, von denen Sie gesprochen haben.

Adenauer: Es liegt eine Reihe von Wortmeldungen vor. Ich glaube, wir haben alle Gewinn davon, wenn die Diskussion möglichst klar ist. Lassen Sie mich deswegen auf ein Wort des Herrn von Hassel noch zurückkommen, das er eben gesagt hat. Er hat gesagt, dieser Vorschlag entspreche nicht der Intention der Landesvorsitzenden, die der Auffassung gewesen seien – ich glaube, ich habe es richtig behalten –, daß die vier stellvertretenden Vorsitzenden die Intensivierung der Parteiarbeit übernehmen müßten. Nun, das erkläre ich Ihnen für absolut unmöglich, meine Damen und Herren. Ich wüßte nicht, wie diese vier stellvertretenden Vorstandsmitglieder das überhaupt fertigbringen sollen; (*Weber:* Sie haben es bis jetzt auch nicht fertiggebracht!) denn die Herren haben wahrhaftig noch sehr viel anderes zu tun.

Wir müssen also das Ganze unbedingt auf breitere Schultern legen. Deswegen finde ich den Vorschlag des Herrn Dufhues – ich komme auf die Prinzipien noch einmal zu sprechen – richtig, daß er aus dem jetzt gewählten Vorstand eine Anzahl von Mitgliedern herausnimmt und ihnen Aufgabenbereiche zuteilt und ihnen gleichzeitig, da die Herren anderweitig sehr stark in Anspruch genommen sind, Mitarbeiter zuweist, und zwar hauptsächlich aus dem mittleren und jüngeren Lager. Das halte ich ebenfalls für sehr wichtig. Und wenn es nicht richtig läuft, dann können wir vor dem 27. April – vielleicht im Januar – zusammenkommen und die Sache wieder ändern. Keinesfalls aber können wir warten bis zum 27. April. Das ist restlos ausgeschlossen.

Albers: Wir haben es zu tun mit dem Vorschlag Dufhues. Wir müssen ihn überprüfen. (*Zuruf:* Ich nicht! – *Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Ich kann auch meine Zustimmung zu diesem Vorschlag heute nicht geben. Das muß noch im einzelnen überprüft werden. Herr Dufhues, Herr Johnen und die anderen

Landesfürsten! Nehmen Sie auch einige Leute dazu, die etwas von der Parteipolitik und von der allgemeinen Politik kennen. Dann kann man die Dinge überlegen. Wie es uns jetzt vorgetragen wird, habe ich in einzelnen Punkten Bedenken anzumelden, die ich aber jetzt nicht aufzählen möchte.

Scheufelen: Der Vorschlag von Herrn Dufhues scheint mir am Zentralpunkt völlig vorbeizugehen. Uns geht es zunächst einmal darum, einen Raum zu schaffen, in dem die Partei überhaupt existieren kann. Es ist von den Kommunalwahlen gesprochen worden. Wir haben gestern in Baden-Württemberg Kommunalwahlen gehabt.⁶⁴ Wir haben diesen Wahlkampf führen müssen ohne einen Pfennig Geld von der Fördergesellschaft, (*Weber:* Hört, hört!) weil wir von der Partei aus bis jetzt nicht verstanden haben, uns den Raum zu schaffen in der Gesetzgebung, in dem wir als Partei existieren können. – Die SPD ist in einer ganz anderen Situation. Sie verfügt von vornherein über die Hilfe der Gewerkschaften. Sie hat es von vornherein verstanden, sich von allen Zeitungen, die mit ihrer Hilfe und durch Spitzenträger von ihr gegründet worden sind, einen Umsatzbonus von 3 % geben zu lassen. Das sind Beträge, die im Jahr in die Millionen gehen.

Bei uns hat es an der notwendigen Voraussicht gefehlt, das Karlsruher Urteil⁶⁵ zu verhindern, dessen Auswirkungen wir jetzt sehen. Die Landtagswahlen in Hessen und Bremen⁶⁶ und die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg wären bestimmt besser gewesen, wenn wir über die nötigen Gelder hätten verfügen können. Wir stehen vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im nächsten Jahr.⁶⁷ Es sind Situationen eingetreten, daß wir als Landesvorsitzende sagen müssen, in dieser Form können wir als Partei nicht mehr existieren. Infolgedessen ist es nicht das Primäre, ein zweites Kabinett zu schaffen, sondern das Primäre ist, zunächst einmal eine schlagkräftige Gruppe zu schaffen, die versucht, nun zu retten, was noch zu retten ist. Wir müssen einen Weg finden, um die finanzielle Situation in Ordnung zu bringen, und zwar soll sich die Partei um das Parteiengesetz kümmern. Das scheint mir das zentrale Problem zu sein. Erst dann können wir an die zweite Aufgabe herangehen. Ich halte es für unglücklich, daß man jetzt wieder die Sache zersplittert, bevor man an dieses zentrale Problem herangeht. Ich möchte im Interesse der CDU hoffen, daß der Vorschlag, Herrn Schröder mit den Wirtschaftsfragen zu befassen, nach dieser ganzen Vorgeschichte nicht aus diesem Raum herauskommt. (*Dufhues:* Es denkt kein Mensch daran! – *Unruhe.* – *Gerstenmaier:* Wie kann man so einen Unsinn aufschreiben!)

64 Am 8. November 1959 – Ergebnisse in AdG 1959 S. 8050 und S. 8071f.; vgl. auch UiD Nr. 1 vom 7. Januar 1960 S. 4.

65 Urteil des BVerfGE vom 24. Juni 1958 (2 BvF 1/57) – Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 8 (1959) S. 51–71. Vgl. auch TITZCK S. 25–28.

66 Landtagswahl in Hessen am 23. November 1958 (FISCHER 1 S. 613–615) und Bürgerschaftswahl in Bremen am 11. Oktober 1959 (vgl. Anm. 1).

67 Landtagswahl in Baden-Württemberg am 15. Mai 1960 (Wiederholungswahl am 12. März 1961) in FISCHER 1 S. 109f.

Adenauer: Das ist ein hartes Wort: „Unsinn“, das möchte ich nicht gehört haben. Ich habe mir noch nie erlaubt, das, was Sie gesagt haben, als Unsinn zu bezeichnen, obwohl es mir oft auf der Zunge lag. (*Anhaltende Unruhe.*)

Gurk: Ich möchte eins vorausschicken. Die Konferenz der Landesvorsitzenden hat es wirklich gut gemeint. Die Konferenz der Landesvorsitzenden besteht überwiegend aus Herren, die in der Bundespolitik nicht aktiv in den Vordergrund treten und auch nicht treten wollen. Das Eigenartige der Situation ist folgendes: Die Konferenz der Landesvorsitzenden wollte eine Straffung der Parteiführung. Und nun ist sie plötzlich in einer Umdrehung der Lage in den Verdacht gekommen, als ob sie das Gegenteil wolle. Ihr Ziel war es – diese kühnen Träume sind aber längst ad acta geschrieben worden –, durch die vier in einer Stellvertretung periodischer Art gerade eine Stärkung der Bundesgewalt zu erreichen. Das möchte ich noch einmal klar herausstellen. Das ist nun plötzlich umgekehrt gegangen, und zwar so, als ob die Landesvorsitzenden ganz unbeteiligt wären an den Positionen im Bund und somit gegen den Bund etwas unternehmen wollten. Ich persönlich bin nach wie vor der Meinung, daß der Vorschlag der Konferenz der Landesvorsitzenden richtig ist, nämlich eine Aufgabenverteilung, um eine Straffung zu erreichen. Es ist ein Zuruf gemacht worden: Die haben es bisher auch nicht gekonnt. – Ich meine, daß eine Straffung für die vier das Richtige wäre.

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, noch ein Wort sagen. Ich bitte dabei um freies Geleit, daß ich wieder aus dem Saal herauskomme; (*Adenauer:* Das wollen wir erst abwarten.) aber einer muß es sagen, einer muß es aussprechen. Ich bitte um freies Geleit, aber wenn Sie mich dafür totschiessen, dann tun Sie es! Es wird viel herumgeredet um die Sache. Es steht aber im Raum noch etwas ganz anderes, nämlich höchst persönliche Dinge. Wir sind uns darüber nicht mehr sicher, Herr Bundeskanzler und meine Damen und Herren, ob bestimmte Vorschläge von bestimmten Landesverbänden nur von der Sache her kommen, oder ob da schon Kämpfe im Vorspiel, im Vorgelände sind um künftige Positionen auf dem Parteitag. Einer muß es mal sagen. Ich sage es jetzt. Da ist bei uns doch die Unsicherheit, ob nicht durch diese Zerfaserung, durch diese Zersplitterung – und da möchte ich dem Herrn Bundesgeschäftsführer recht geben – eine Koordinierung noch schwieriger sein wird als bisher, ob nicht diese Zerfaserung schon ein starker Vorfeldkampf um Positionen auf dem nächsten Bundesparteitag ist. Ich erhebe keinen Vorwurf, aber es muß mal einer sagen, was immer wieder gesprochen wird, daß wir darüber unsicher sind, ob wir um die Sache kämpfen oder um etwas anderes.

Ich möchte noch einmal für die Herren Landesvorsitzenden in Anspruch nehmen, daß sie durch Konzentrationsbestrebungen gerade die Bundesleitung stärken wollten, sogar gegen sich selbst, wenn es sein muß. Da sollte doch eigentlich anerkannt werden, daß es uns wirklich darum geht, die Schlagkraft des Ganzen zu stärken. Insofern verrete ich nach wie vor den Grundsatz, daß eine Aufgabenverteilung in stärkerer Konzentration das richtige wäre.

Stoltenberg: Wenn wir über die Frage der sogenannten Beauftragten hier sprechen, müssen wir ganz zurückblenden auf die Gesamtkonzentration ihrer Bundespartei in

ihrer Führung, um das Problem genauer zu sehen. Wir haben einen Gesamtvorstand – das sind wir –, der wegen seiner Größe nur in größeren Zeitabschnitten tagen und arbeiten kann.

Einer der Punkte, über den wir uns einig waren, ist der Versuch, den engeren Vorstand, den wir schon haben, als ein politisches Führungsgremium aktionsfähiger zu machen. Das ist ein Punkt, über den bisher Übereinstimmung besteht.

Dann haben wir die Fachausschüsse der Partei. Es war unsere zweite Aufgabe, die wir uns gesetzt haben – darüber herrschte auch im Bundesausschuß Übereinstimmung –, diese Fachausschüsse aufgrund der Stuttgarter Beschlüsse neu zu aktivieren und ihnen eine bessere Form für ihre Arbeit zu geben.

Die Frage, über die wir jetzt diskutieren, nämlich zusätzlich Beauftragte für einzelne Arbeitsbereiche politischer oder organisatorischer Art einzusetzen, wollten wir erst dann besprechen, wenn wir uns über die Fachausschüsse schlüssig geworden waren; denn diese Beauftragten bedeuten gewissermaßen eine Ergänzung der Arbeit der Fachausschüsse, um deren Wirken in den einzelnen Arbeitsbereichen zu verstärken. Insofern stimme ich dem zu, daß wir uns erst abschließend über dieses Bukett unterhalten können, wenn wir uns über die Fachausschüsse schlüssig geworden sind.

Der sachliche Gegensatz ist nicht ganz so groß, wie es hier angeklungen ist. Es geht darum, nicht zu viele – ich würde sagen acht bis zehn – Beauftragte für die einzelnen Gebiete zu finden. Es gibt eine Reihe von Gebieten, die Herr Dufhues vorgeschlagen hat, über die Übereinstimmung besteht, z.B. die Kulturvereinigungen, die Universitäten, die evangelischen und katholischen Verbände, die Jugend, die Frauenverbände usw. Es kommt darauf an, daß wir uns in einem kleinen Kreis darüber schlüssig werden, welche Bereiche wir besetzen wollen.

Was als Meinungsverschiedenheit bleibt, ist die Frage des methodischen Vorschlags. Herr Dufhues geht aus von den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes und versucht nun, ein System zu finden, jedem einige dieser Bereiche zuzuordnen. Dabei entstehen natürlich Schwierigkeiten. Ich halte es nicht für glücklich – ohne dem Herrn Innenminister vorgreifen zu wollen –, wenn wir sagen, der Herr Innenminister soll die Wirtschaftspolitik machen. Das ist nur ein Beispiel.

Man müßte also überlegen, Herr Dufhues, ob nicht der andere Weg richtiger ist, nämlich von den Sachgebieten auszugehen. Dann müßte man sich in einem kleinen Kreis über diese acht bis zehn Bereiche verständigen, und zwar bis zur nächsten Sitzung des Bundesausschusses. Man müßte ebenfalls darüber klar werden, wer von den jüngeren Mitgliedern der Partei in den einzelnen Bereichen mitarbeiten soll. Wir könnten uns dann im Gesamtvorstand abschließend darüber unterhalten. Es kommt nicht darauf an, daß nun jeder der Herren gleichmäßige Arbeitsgebiete aus Gründen der Systematik bekommt; ich könnte mir vorstellen – wenn ich mir die Diskussionen von früher vor Augen halte –, daß man sich auf dieser Linie, die ich angedeutet habe, finden kann. Wir können im Vorstand die Probleme der Fachausschüsse diskutieren. Dann müßte es möglich sein, aufgrund der Vorarbeiten dahin zu kommen, daß vier

oder fünf Herren bis zur nächsten Vorstandssitzung einen abgewogenen Vorschlag machen, so daß wir dann zu einem Ergebnis in dieser Frage kommen können.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Ich habe mich für die heutige Sitzung vorbereitet und geglaubt, daß heute die Fragen erörtert würden, die sich aufgrund der Überlegungen der letzten Sitzung des Bundesausschusses – die sich wiederum gründeten auf den Vorstellungen der Landesvorsitzenden – ergeben haben, nämlich für den nächsten Parteitag konkrete Formulierungen vorzulegen. Ich bin der Meinung, daß das nachher im Entwurf hier erörtert wird.

Wir werden sehen müssen – wovon der Herr Bundeskanzler gesprochen hat –, daß ein engeres Gremium bestimmt wird, das die Vorbereitungen der Bundestagswahl im Jahre 1961 in die Hand nimmt. Es sind von der Bundesgeschäftsstelle dem Herrn Bundeskanzler dazu konkrete Vorschläge unterbreitet worden, und zwar a) aufgrund der damaligen Zusammensetzung im Jahre 1957 und b) unter Berücksichtigung dessen, daß inzwischen zwei Jahre vergangen sind. Es ist eine ganz klare Konzeption, daß dieses Gremium zunächst in Zwischenräumen von 14 Tagen oder drei Wochen in der gleichen Form wie vor 1957 zusammenkommt.

Es wird drittens angeregt – Herr Stoltenberg hat mir das Wort aus dem Mund genommen –, daß eine kleine Kommission die Vorbereitungen für die Berufung der neuen Bundesfachausschüsse trifft. Wir hatten etwa ein Dutzend Bundesfachausschüsse. Vier davon sind unbedingt erforderlich; sie haben auch gut gearbeitet. Acht oder neun wurden zum Teil ad hoc gebildet, so daß man sie heute nicht mehr einzuberufen braucht. Man könnte sie aber wiederum, wenn es nötig ist, ad hoc bilden, jedoch nicht unbedingt als ständige Ausschüsse. Diese Kommission sollte nach dem neuen Prinzip, das die Geschäftsordnung gesetzt hat, die Vorschläge für die Einberufung dieser Ausschüsse ausarbeiten.

Dann darf ich darauf hinweisen, daß mit dem 31. Dezember dieses Jahres unser Freund Bach sein Amt als Bundesschatzmeister niederlegen wird. Wir sollten heute in dieser Bundesvorstandssitzung darüber sprechen, wen wir vorübergehend als Bundesschatzmeister bis zum Parteitag in Karlsruhe bestellen wollen, weil die Eintragung der Gründer der verschiedenen Gesellschaften, die vorbereitet sind – es steht im Finanzstatut⁶⁸ –, erfolgen muß, und zwar bis spätestens zur Jahreswende, möglichst aber noch im Dezember. Das sind die Vorschläge, die ich heute hier zu machen habe. Ich bin bisher nicht dazu gekommen, weil zunächst der Vorschlag von Herrn Dufhues zur Diskussion stand. Es ist unbestreitbar richtig, meine Damen und Herren, wenn der Herr Bundeskanzler und Herr Dufhues sagen: Wir können diese Dinge nicht ad calendas graecas verschieben oder bis zum Parteitag zurückstellen. Es gibt aber die Möglichkeit, daß man diese Dinge dem

68 Druck der vom CDU-Bundesausschuß am 28. September 1959 beschlossenen vorläufigen Finanzordnung in UiD Nr. 45 vom 12. November 1959 S. 6.

gegenwärtigen geschäftsführenden Vorstand überträgt und den Herrn Bundeskanzler bittet, als Bundesvorsitzender die Sitzung einzuberufen.

In diesem Kreis kann man die Vorschläge von Herrn Dufhues nicht im Detail erörtern. Herr Dufhues sagt, es habe ihn erschreckt, daß davon gesprochen worden sei, die Dinge bis zum Parteitag zurückzustellen, so daß bis dahin nichts geschehen solle. Das hat kein Mensch gesagt! Ich möchte noch einmal darauf verweisen, was im Laufe der letzten zehn Monate von uns bereits erledigt worden ist.

Wir haben von Grund auf die Organisation überprüft. Wir haben von Grund auf die neuen Ordnungen der Partei sehr sorgfältig erarbeitet. Sie liegen Ihnen heute gedruckt vor. Wir haben die Bundesgeschäftsstelle entlastet von einer Reihe von Mitarbeitern, von denen wir glaubten, durch sie nicht weiterkommen zu können. Wir haben uns – wenn ich richtig orientiert bin – von acht Herren und zwei Damen gelöst. Herr Dufhues! Wenn gesagt wird, es sei nichts geschehen, dann ist aus diesen Tatsachen der letzten Zeit abzulesen, daß hier eine vorzügliche Arbeit geleistet worden ist. Unsere Kollegin Frau Weber hat gesagt, wir hätten es bisher auch nicht geschafft. (Weber: Das ist doch so!) Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich von dem Gedanken ausgehe bei der politischen Arbeit in der CDU, es handelt sich nicht darum, Menschen zu suchen, die Zeit haben, sondern es müssen Menschen sein, die draußen im Lande auch Autorität haben. Diese werden immer noch ein Maß an Zeit haben. Aber nur mit Menschen, die Zeit haben, bringen Sie die CDU nicht weiter. Das muß ich einmal deutlich hier aussprechen. Ich nehme für mich in Anspruch – ich weiß es auch von Kollegen –, daß ich im Jahr mit seinen 365 Tagen mindestens 70 volle Tage für die CDU zur Verfügung stehe, und zwar außerhalb meines Landes Schleswig-Holstein. Ich halte das für eine Selbstverständlichkeit. Ich möchte hier deutlich sagen, niemand von uns hängt an dem Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden. Wir bemühen uns aber, so gut wie wir es können, unsere Arbeit zu leisten. Es ist nicht einfach, aber es darf ausgesprochen werden, daß das, was geschehen ist, vom Herrn Vorsitzenden und seinen Stellvertretern gemeinsam gemacht worden ist.

Darf ich noch einmal wiederholen: Heute sollten wir – zumindest ins Unreine gesprochen – jene Formulierungen hören, die der Bundesausschuß als Vorbereitung und als Überlegungen für Karlsruhe uns auf den Weg gegeben hat. Da gibt es zwei Dinge, die zu machen sind: Der Entwurf einer Satzungsänderung zum § 9, der bekanntlich die Zusammensetzung des Vorstandes vorsieht. Ein Entwurf ist dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt worden aufgrund der Überlegungen, die der Bundesausschuß gemacht hat. Sie lauten:

§ 9: „Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

- a) dem Vorsitzenden,
- b) den vier stellvertretenden Vorsitzenden,“

– Die einheitliche Auffassung der Landesvorsitzenden, man möge nicht vier, sondern zwei stellvertretende Vorsitzende nehmen, ist hier ganz klar nicht bestätigt worden. Herr Dr. Gurk hat gesagt: Sie ist ad acta gelegt worden. –

„c) dem Bundesschatzmeister,

- d) dem Bundesgeschäftsführer,
- e) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter,
- f) den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen,“
– das sind z.B. die Exil-CDU, der Verband Oder/Neiße usw. –
- „g) den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU,“
– das sind der Mittelstand, die Junge Union, die Sozialausschüsse, die Frauen usw. –
- „h) zehn weiteren Mitgliedern, die vom Bundesausschuß zu wählen sind.“

Im nächsten Absatz heißt es:

„Die CDU-Regierungschefs und Bundesminister nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil. Die Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, sich stimmberechtigt vertreten zu lassen. Der Vorstand kann bis zu drei Mitglieder kooptieren.“

Der entscheidende § 10, der davon ausgeht, daß wir nicht mehr einen geschäftsführenden Vorstand haben, sondern einen engeren Vorstand, sollte etwa lauten:

„Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei gemäß den Beschlüssen des Bundesparteitages und des Bundesausschusses. Er wählt“ – und das ist der entscheidende Satz – „aus seiner Mitte einen engeren Vorstand, dem die Vorsitzenden“ – also 1 plus 4 – „und zehn weitere Mitglieder angehören. Der engere Vorstand erledigt die laufenden Arbeiten. Der Bundesvorstand wählt den Bundesgeschäftsführer.“ – Das ist wie bisher. – „Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle und ist dem Bundesvorstand verantwortlich.“ (*Dufhues*: Würden Sie noch einmal wiederholen!) „Der engere Vorstand besteht aus den Vorsitzenden – 1 plus 4 Stellvertretern – und zehn weiteren Mitgliedern. Die weiteren Mitglieder wählt der Gesamtvorstand aus seiner Mitte.“ – Sie werden nicht gewählt vom Bundesparteitag. – „Der engere Vorstand erledigt die laufenden Arbeiten.“

Dieser engere Vorstand erhält den Auftrag, die laufenden Arbeiten zwischen den Sitzungen des Bundesvorstandes wahrzunehmen, insbesondere soll er die Sitzungen des Bundesvorstandes, die Arbeit der Fachausschüsse anleiten und auswerten, die Koordinierung zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden erleichtern und wichtige Stellungnahmen der Partei erarbeiten. Das wäre mit wenigen Worten die Aufgabe dieses engeren Vorstandes. Es ist zwar Sache des Bundesparteitages in Karlsruhe, darüber zu entscheiden, dennoch muß man es hier vorbereiten, weil man eine solche Satzungsänderung ... (*Blumenfeld*: Den Auftrag haben wir doch!) Deshalb müssen wir hier dazu Stellung nehmen.

Darf ich anregen, daß wir wie folgt verfahren: Wir berufen zu einem Zeitpunkt, der festgelegt werden müßte, den bisherigen geschäftsführenden Vorstand ein. Wir geben ihm als schriftliche Vorlage diese Dinge hier. Wir können dann von neuem in der großen Vorstandssitzung im Januar – oder wann es geht – eine Empfehlung vorbereiten, die dem Bundesparteitag zugeleitet wird.

In der Zwischenzeit soll, genau wie vor der Wahl im Jahre 1957, der Herr Bundesvorsitzende ein engeres Gremium berufen. Dazu sind ihm fünf Vorschläge gemacht worden. Wir sagen dann weiter, fünf oder sechs Herren bereiten die Berufung

der Bundesfachausschüsse vor. Diese Berufung muß durch den Vorstand erfolgen; jedenfalls muß sie aufgrund unserer Satzung durch uns gebilligt werden.

Cillien: Ich gehöre zu denen, die den Vorschlag von Herrn Dufhues heute zum erstenmal gehört haben. Ich bin nicht in der Lage, ihn so negativ zu beurteilen, wie das hier geschehen ist. Ich glaube nicht, daß er so sehr in Widerspruch steht zu dem, was wir in Berlin gedacht und geplant haben.⁶⁹ Jedenfalls waren wir uns alle darüber einig, daß

1. der 1. Vorsitzende überbelastet ist und
2. eine stärkere Aktivierung – um dieses mißbräuchliche Wort zu gebrauchen – eintreten muß im Interesse der Partei.

Es ist geplant worden, statt vier nur noch zwei Stellvertreter zu nehmen. Ich habe damals den Einwand gemacht, daß das vor dem nächsten Parteitag nicht möglich sei. Wenn vier Leute gewählt worden sind, dann bleiben sie auch gewählt, bis der neue Parteitag zusammentritt. Man kann das also nicht machen.

Ich bin nicht überrascht, daß man jetzt eine Arbeitsteilung unter den vier stellvertretenden Vorsitzenden und den drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern vornimmt; denn alle sieben sind ja nicht gewählt worden zur Repräsentation oder als Statisten, sondern um zu arbeiten. Und da ist es nichts Besonderes, wenn der Versuch gemacht wird, ihnen besondere Arbeiten zuzuteilen. Ob das in einer alle voll befriedigenden Weise geschehen ist, das ist eine andere Frage. Darüber können wir noch reden. Jedenfalls sollte man diesen Versuch ernst nehmen.

Wir haben in den Zeitungen sehr viel Aufsehen erregt mit unseren Reformvorschlägen; es wurde gesagt, es käme etwas Großartiges heraus. Wir können jetzt nicht beschließen, das Ganze bleibt dem Bundesparteitag überlassen; denn es liegen in der Zwischenzeit so viel dringende Aufgaben vor uns, daß wir jetzt eine Verteilung der Arbeit vornehmen müssen. Aber bleiben Sie bei den Freunden im geschäftsführenden Vorstand; denn sie sind ja legitimiert durch die Wahl des Parteitages. Sie werden dann auf dem nächsten Parteitag sich äußern müssen, was sie getan haben.

Zum Schluß noch eins! Sie haben recht, Herr von Hassel, es ist vieles getan worden. Das wollen wir auch anerkennen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gerstenmaier.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich bin nicht dafür, bis zum Bundesparteitag zu warten. Wir haben zwei Vorschläge. Ich sehe sie nicht ganz so harmonisch wie Herr Cillien. Der eine ist der, der als natürliches Ergebnis der letzten Bundesausschußsitzung aufgrund der vorangegangenen Sitzungen der Landesvorsitzenden – wie eben von Herrn von Hassel noch einmal vorgetragen worden ist – herausgekommen ist. Der andere ist mir völlig neu, nämlich derjenige von Herrn Dufhues.

Ich bin der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß Sie der Kritik begegnen können mit dem Ruf: Machen Sie bessere Vorschläge! Genau das hätte ich gewünscht,

⁶⁹ Tagung der Landesvorsitzenden der Union am 2. Juli 1959 in Berlin (Protokoll in ACDP VII-004-034/1. Bericht in UiD Nr. 27 vom 9. Juli 1959 S. 1).

daß man diese Möglichkeit gehabt hätte. Deshalb hätte ich gewünscht, daß diese Sache jedenfalls vorher den stellvertretenden Vorsitzenden der Partei zur Kenntnis gegeben worden wäre.

Wenn Herr Cillien sagt, daß diese Herren durch eine Wahl legitimiert sind, so etwa zu verfahren, dann bin ich auch dieser Meinung. Ich bedaure aber, daß ich das noch in keinem einzigen Fall erlebt habe. Und ich für meinen Teil – das muß ich offen sagen – bin nicht willens, unter allen Umständen unter dieser Kondition in dieser Position zu verharren. Daran liegt mir überhaupt nichts.

Es ist einfach nicht möglich, einen relativ weitgehenden Vorschlag, wie ihn Herr Dufhues gemacht hat, hier in einer solchen Debatte unvorbereitet bis ins Detail hinein sachgemäß zu würdigen. Als ich dem Herrn Dufhues – nach Ihrer Meinung ein hartes Wort – dazwischengerufen habe und das Wort vom Unsinn sprach, das nicht dem Herrn Schröder galt, sondern dem Erfinder dieses Projekts, meinte ich – und nun will ich es übersetzen –, daß diese Sache ein einzigartiges rasantes Politikum enthält, und zwar nur eine Tendenz. Über alles andere kann man reden, Herr von Hassel, unbeschadet dessen, ob die Vorschläge von Herrn Dufhues in der Linie liegen oder nicht.

Wir müssen dankbar sein für jeden konkreten Vorschlag, aber dieser enthält ein Politikum, das ich für absolut negativ und gefährlich halte. Da ist die Geschichte mit der Wirtschaft. Wenn wir im Stände der Unschuld wären und nicht in diesem Sommer gerade diese Fälle⁷⁰ erlebt hätten, würde ich das nicht sagen. So aber finde ich, daß es eigentlich eine zurückhaltende Kritik ist, Herr Bundeskanzler, die Sie nicht rügen, sondern gelten lassen sollten, weil Sie uns ja mit harten, jedenfalls schnittigen Worten immer veranlaßt haben, uns in diesem Kreise zu äußern. Deshalb sollten Sie gelten lassen, wenn ich sage: Das ist ohne Sinn. (*Adenauer*: Das ist etwas ganz anderes!) Herr Bundeskanzler! Das deutsche Substantiv „Unsinn“ besagt doch eigentlich nichts anderes als die Feststellung: Das ist ohne Sinn. (*Heiterkeit*. – *Unruhe*. – *Dufhues*: Erstens verkennen Sie völlig den Vorschlag, zweitens müssen Sie sich an den richtigen Adressaten wenden!) Ja, wer hat es denn erfunden? (*Anhaltende Unruhe*. – *Dufhues*: Ich werde Ihnen gleich antworten!) Sie wissen es, nur ich als ein 25%iger stellvertretender Vorsitzender der Partei ... (*Lebhafte Heiterkeit*.) weiß einfach nichts davon. Infolgedessen liege ich so schräg. Es gibt viele Herren, die hier unendlich mehr wissen und mehr präziser reden können als ich.

Herr Dufhues! Ich hätte gerne vorher gewußt, wie Ihr Vorschlag aussieht; denn dann hätte ich darüber nachdenken können, ob Ihr Vorschlag nach dem Gesichtspunkt

⁷⁰ Gerstenmaier spielt vermutlich auf die Personaldiskussionen innerhalb der CDU im Zusammenhang mit der Präsidentschaftskrise und Parteireform an. Vgl. dazu SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 179–192; DERS., Adenauer 2 S. 502–526 sowie KOEFER S. 369–372. Vgl. auch „Der Spiegel“ vom 1. Juli 1959.

gearbeitet ist: Wie beschäftigen wir die vorhandenen Personen im geschäftsführenden Vorstand und noch ein paar andere dazu. Ich kann nicht annehmen, daß Sie diese Sache unter dem Gesichtspunkt der Arbeitstherapie entworfen haben.

Ich hätte auch gerne gehört, wie Sie sich mit dem Gesamtkomplex auseinanderzusetzen gedenken, von dem ich meine, daß es nun wirklich höchste Zeit ist, daß sich dieser Bundesvorstand damit beschäftigt. Ich gehörte bis jetzt zu den Leuten, die es nicht sehr ernst genommen haben, wenn in den Zeitungen stand: „Was ist geschehen? Ministerpräsident gegen Innenminister“, und zwar in seiner Eigenschaft als Innenminister, nicht als CDU-Mitglied Schröder, oder wenn es heißt: „Gegen den Bundeskanzler, gegen den Bund, gegen den Bundestag“ usw. – Aber allmählich finde ich doch, daß das Klima ein bißchen zu heiß wird, daß es heißer wird, als es unserer Bundespartei bekommt. Und das darf nicht sein.

Jetzt sollte endlich hier Feierabend sein! Das Klima soll nicht mehr an diesem Punkt gesteigert werden. Und was tut die Parteiführung, um das zu verhindern? Wir können eine solche Frage gar nicht abweisen; denn wir sind das einzige Gremium, das hier steuernd eingreifen kann. Wenn wir die Kultusminister unter sich lassen und jeder dann auf gut Glück marschiert, oder die Herren Ministerpräsidenten, soweit sie zu uns gehören, die ja bedeutsame Funktionen in der Bundesorganisation der CDU ausfüllen sollen, haben andere Konzeptionen usw., dann finde ich, daß man sich solchen Dingen allmählich stellen muß. Ich finde, daß man die Rede von Osterloh zur Kulturlinie und zur Schullinie unserer Partei⁷¹ nicht einfach als den Einzelgang eines Mannes bezeichnen kann, der nun reden kann, was er will – vielleicht sagt der Ministerpräsident aus Bayern übermorgen genau das Gegenteil –, sondern das sollten wir nicht hinnehmen. Das geht nicht mehr. Das ist völlig ausgeschlossen.

Auch in der anderen Sache, nämlich im Kampf um das große Instrumentarium des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Meinung, wie Rundfunk, Fernsehen usw. muß an diesem Tisch endlich eine klare Linie gewonnen werden. Wir können hier einfach nicht mehr sagen und es unseren eigenen Leuten gewissermaßen suggerieren: Das ist nur ein Kompetenzstreit zwischen dem Bundesinnenminister und einem Ministerpräsidenten oder einem Kultusminister, der sich gerade für diese oder jene Sache interessiert. So geht das nicht.

Wir müssen hier eine klare Linie haben, Herr Bundeskanzler, und wäre es nur, daß wir uns in diesem Kreis verständigen wegen der Kompetenzen usw. Das müßte geklärt werden. Ich habe schon einmal gesagt, daß hier ein prinzipieller Unterschied zwischen diesem Bundesvorstand, der Bundespartei überhaupt und dem Bundestag besteht bzw. daß die Kompetenzverteilung, die im Grundgesetz steht, gar nicht

71 Osterloh hatte auf einer kulturpolitischen Landestagung der CDU Hessens am 24. Oktober 1959 scharfe Kritik an der christlich-demokratischen Kulturpolitik geübt (vgl. FAZ vom 26. Oktober 1959; vgl. auch UiD Nr. 43 vom 29. Oktober 1959 und UiD Nr. 44 vom 5. November 1959).

automatisch gelten kann für die Bundespartei und ihre Organe. Das muß endlich einmal klargestellt werden.

Kommt man zu dieser These und akzeptiert das, dann müssen wir überlegen, was folgt daraus für die bestehende Situation. Was können wir z.B. gegen diese Illusionisten und Phantasten von der SPD tun? Was ist zu tun, wenn Herr von Knoeringen jede Woche irgendeine neue, uns alle in den Alarmzustand versetzende Kulturrede hält? Ich habe gerade das Blatt der Deutschen Studentenschaft zugeschickt bekommen zu Ihrer Hochschulpanne.⁷² (*Schröder*: Nicht zu meiner!) Ich will ja nicht zu der Sache irgendwie Stellung nehmen, Herr Schröder. Ich habe nur gesehen, wie es da zugeht. Im Grunde genommen gelten wir als die Unentschlossenen, als die Stauenden und sich defensiv Verhaltenden, aber diejenigen, die zur Offensive übergehen und sich für die Universität und ihre Belange aufspielen, das sind die „lieben Kinder“ der SPD. So können wir es nicht haben, auch wenn dieser Ausschnitt in der Öffentlichkeit nicht so zu Buche schläge – da stimme ich mit Herrn Albers überein – wie z.B. die deutschen Arbeiter. Die deutschen Intellektuellen fallen zahlenmäßig nicht so ins Gewicht. Da aber damit verbunden ist das Problem des Instrumentariums des öffentlichen Lebens, ist die Sache von einer rasanten politischen Bedeutung, der wir uns nicht mehr länger entziehen können.

Tun Sie, was Sie wollen, meine Herren, aber tun Sie etwas! Klären wir doch die Geschichte endlich einmal auf. Das ist eine Sache, die noch nicht einmal in einem Arbeitsgremium gemacht zu werden braucht, sondern es ist so, daß sich dieser Kreis hier im ganzen stellen muß. Ich bin der Meinung, daß wir, wie die Dinge heute stehen, nichts anderes tun können, als relativ klare Gesprächsgrundlagen zu schaffen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir bis zum Parteitag warten können, sondern daß wir in kurzer Zeit eine neue Bundesvorstandssitzung gebrauchen, und zwar Anfang Dezember oder in der ersten Hälfte Dezember, in der wir klipp und klar zu einem Ergebnis kommen müssen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, daß dieses Gremium, wenn man sich entschließt, dem Vorschlag von Hassel zu folgen – man könnte sich auch zum Dufhues-Plan entschließen –, unverzüglich zusammentritt und schon, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesparteitages, mit der Arbeit beginnt. Es soll also nichts Endgültiges getan werden, bis der Bundesparteitag seinen Segen dazu gibt.

Adenauer: Ich will jetzt nicht versuchen, ein klärendes Wort zu sprechen – die Phrase wollen wir weglassen –, sondern möchte nur feststellen, worum es sich bei diesem Vorschlag Dufhues eigentlich handelt, wobei ich bemerke, daß der Vorschlag „Schröder für die Wirtschaft“ nicht von Herrn Dufhues rührt; ich weiß nicht von wem. (*Schröder*: Jedenfalls nicht von mir!) Auch nicht von Herrn Schröder. (*Gerstenmaier*:

⁷² Möglicherweise spielt Gerstenmaier auf eine Studie des Bundesinnenministeriums über Studentenzahlen und das Fassungsvermögen der deutschen Hochschulen an (vgl. dazu BULLETIN vom 4. November 1959 S. 2089). Schröder war deshalb wegen Einmischung in die Kulturhoheit der Länder heftig kritisiert worden, u.a. auch aus den eigenen Reihen (s. die Rede Meyers vom 3. November 1959, Anm. 138).

Das habe ich auch nicht unterstellt! – *Schröder*: Aber das kommt leicht in den falschen Hals! – *Unruhe*.) Ich hätte gewünscht, meine Herren, es wäre diese ganze Sache mit größerer Sachlichkeit diskutiert worden, als sie hier diskutiert worden ist. Persönliche Ressentiments scheinen augenblicklich wie elektrische Ströme durch den Raum zu gehen. (*Zuruf*: Leider!) Das halte ich für falsch; denn wir dienen doch einer Sache. Und darum handelt es sich.

Und nun möchte ich Herrn Scheufelen antworten. Herr Scheufelen! Alles, was Sie gesagt haben, ist Sache Ihrer Landespartei; es ist nicht Sache der Bundespartei. Sie müssen für Geld sorgen für die Kommunalwahlen usw. Alles das, was Sie gesagt haben, berührt uns hier nicht.

Herr Gurk hat davon gesprochen, daß eine Straffung der Arbeit nötig sei. Man kann aber Arbeit nur straffen, wenn auch Arbeit geleistet wird, Herr Gurk! (*Gurk*: Die vier!) Die vier können das gar nicht; die haben keine Zeit dazu! Nehmen wir die Dinge, wie sie eben sind. Sie können auf dem Parteitag sagen: Raus mit euch. – Aber vergessen Sie nicht, daß in jeder Partei an den leitenden Stellen Leute sitzen müssen, die auch einen Namen haben und bekannt sind. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Herr von Hassel hat davon gesprochen, daß wir Leute brauchen, die Zeit, aber auch einen Namen haben. Unsere Leute haben aber wenig Zeit für diese Arbeit und stehen nicht immer zur Verfügung. Deswegen finde ich den Vorschlag von Herrn Dufhues als eine ausgezeichnete Lösung dafür, damit wir an die Arbeit kommen. Und das ist mir die Hauptsache. Herr Dufhues legt augenscheinlich den Hauptwert auf die Damen und Herren, die als Mitarbeiter genannt werden. Ich habe mir, während die Rede gehalten wurde, das Verzeichnis dieser Namen noch einmal durchgelesen. Da finde ich folgendes:

Arbeitnehmer und soziale Fragen: Katzer, Mick und Hahn. – Wahrscheinlich wird keiner von Ihnen einen besseren Vorschlag machen können.

Politische Wahlen: Nahm und Heck. – Die halte ich für zwei ausgezeichnete Leute. Sie werden wahrscheinlich keine besseren nennen können. Herr Nahm wird voraussichtlich aus seiner bisherigen Tätigkeit ausscheiden und in den Ruhestand gehen, so daß er ganz zur Verfügung steht. Herr Heck ist Bundestagsabgeordneter. Er hat große Erfahrungen aus seiner früheren Tätigkeit als Bundesgeschäftsführer. Er wird im Bundestag noch einige Sachen behalten müssen, aber im übrigen sich von der Bundestagsarbeit mehr zurückziehen können, so daß er uns zur Verfügung steht.

Landwirtschaft: Hier habe ich kein Urteil. Das sage ich offen. Mir wurde bei der Benennung gesagt, die Herren Solke und Richarts seien gute Leute. Nun haben wir einen Landwirtschaftsminister aus Schleswig-Holstein⁷³; Sie werden wissen, daß die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein eine ganz andere als etwa die in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und weiter im Süden [ist]. Und da erschien es richtig – ich sage nicht als Gegengewicht –, dafür zu sorgen, daß auch diese

73 Claus Sieh (1893–1973), Landwirt; 1951–1962 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (CDU).

eben genannten Länder berücksichtigt würden, und zwar durch Leute, die aus diesen Bereichen kommen.

Wissenschaft, Universitäten: Herr Martin scheint hier ausgezeichnet zu sein. Aber einer allein kann es nicht schaffen. Hier ist noch ein zweiter Mann zu benennen. – Nun kommt einer der wichtigsten Punkte:

Fraktion und Zusammenarbeit mit der Partei: Daß man hier den Fraktionsvorsitzenden nimmt, ist klar. Und dieser hat nun gewünscht die Herren Rasner und Rösing. Das scheint mir auch gut zu sein.

Katholische Verbände: Denen hat sich Herr Krone, unabhängig von seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender, schon immer gewidmet. Es ist auch nötig, daß er das tut. Er hat sich hier als Mitarbeiter Herrn Barzel gewünscht. – Die Mitarbeiter sind nach den heutigen Begriffen fast alle jüngere Leute. Darauf lege ich entscheidenden Wert, daß diese Generation auch an diese Arbeiten herankommt.

Jugendfragen: Kiesinger, Mitarbeiter: Stoltenberg, Even. Hier wird wahrscheinlich auch niemand einen besseren Vorschlag machen können. – Frauen: Mitarbeiterinnen: Brauksiepe und Jochmus. Wir hatten zunächst an Frau Rehling gedacht. Aber da hieß es, Frau Rehling muß sich den europäischen Sachen widmen. (*Rehling*: Es sind ja auch die beiden Vorsitzenden der Frauenvereinigungen. Das ist ganz logisch!)

Organisation, Propaganda: Herr Meyers hat die Organisation der CDU, ehe er Ministerpräsident wurde, sehr tatkräftig in die Hand genommen. Was liegt da näher, da er es selbst wünscht, diese Arbeit fortzusetzen, daß man ihn nimmt. Er muß Mitarbeiter haben. Ich weiß aber noch niemanden.

Ausbau von Eichholz: Herr Marx wird als ausgezeichneter Mann bezeichnet. Das ist eine sehr wichtige Angelegenheit.

Evangelische Vereine: Herr Schröder ist der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises. Was liegt da näher, als daß man ihn heranzieht? Er muß noch Mitarbeiter haben. – Sport: In seinem Ministerium werden die sportlichen Angelegenheiten bearbeitet. Er hat gute Verbindung zu den leitenden Persönlichkeiten des deutschen Sports. Was liegt also näher, als ihn da zu nehmen?

Wirtschaft mit Ausnahme der Landwirtschaft: Mitarbeiter ist Herr Burgbacher. Herr Burgbacher ist einer der fleißigsten und kenntnisreichsten Abgeordneten in der Bundestagsfraktion auf diesem Gebiet. Mit ihm ist noch nicht gesprochen worden; auch mit den anderen noch nicht. Ich weiß nicht, ob er es tut. Aber wenn er es täte, wäre das für die Partei sehr gut.

Wenn Sie das alles nehmen, werden Sie sehen, daß die Kategorie der Mitarbeiter durchweg gute und jüngere Leute sind. Auf die jüngeren Leute lege ich den entscheidenden Wert, damit wir nicht immer als eine Partei der absterbenden Leute betrachtet werden, sondern es müssen hier jüngere Leute tatkräftig in die Arbeit eingreifen.

Nun hat Herr von Hassel von dieser Wahlkommission gesprochen. Das ist eine rein technische Kommission. Vor der letzten Bundestagswahl hat eine solche Kommission jeden Mittwochnachmittag bei mir im Hause unter meinem Vorsitz eine Sitzung

abgehalten, und zwar wegen der Versammlungen, der Drucksachen, der Propaganda usw. Jeder wollte den Herrn Erhard als Redner haben. Natürlich konnte er nicht überall hingehen. Die Kommission hat mit der spezifischen Partearbeit nichts zu tun. Es wird höchste Zeit, daß wir hier mit der Arbeit anfangen, z.B. die Plakatsäulen zu bieten. Darüber muß bald entschieden werden. (*Kraske*: Die sind seit einem Jahr für uns reserviert; heute wäre es dazu schon zu spät!) Gut! Aber es gibt noch eine Reihe von solchen Sachen, die technischer Natur sind. Dieser Ausschuß, den wir etwa so nehmen können, wie er vor der Wahl 1957 war, hat mit den oben gemachten Vorschlägen nichts zu tun. Wenn Sie das Ganze überlegen, dann müssen Sie sich über folgendes klar sein, Herr Gurk: Die vier stellvertretenden Vorsitzenden haben effektiv nicht die Zeit, um im Lande herumzureisen und diese Arbeit zu machen.

Nun zu der Frage, die von Herrn Gerstenmaier behandelt worden ist, daß wir keine Entscheidungen treffen. Darin hat er völlig recht, nur übersieht er dabei, daß wir Föderalisten sind. (*Gerstenmaier*: Das gilt nicht in der Partei!) Sie haben von Ihrem Kultusminister gesprochen. Mir ging es genauso wie Ihnen. Aber Sie sehen, wenn man wegen eines Fernsehkanals den Mund auf tut, wird man totgeschlagen, indem gesagt wird, das ist Kultur. Es ist lächerlich zu sagen: Das ist Kultur! (*Johnen entfernt sich.*) – Auf Wiedersehen, Herr Johnen!

Aus persönlichen Gründen liegt mir am Herzen, meine Damen und Herren, daß wir in der Sache weiterkommen. Der sachliche Grund liegt auf der Hand. Wir reden Monat um Monat und sagen, es muß aktiviert werden. Mit vollem Recht! Und nun ran an die Gewehre, meine Herren! Wir wollen Entschlüsse fassen; meinerwegen andere Entschlüsse, aber fassen Sie Entschlüsse! Es wird sich zeigen, ob die Entschlüsse gut gewesen sind oder nicht. Ich möchte die Meinung aus der Welt schaffen, daß ich mich gegen Mitarbeiter und Neuerungen stemme. Soviel tüchtige Mitarbeiter Sie auch bringen, sie sind alle herzlich willkommen. Das ist doch ganz klar. Wir haben eine ungeheure Arbeit vor uns, und gerade jetzt lastet auf mir eine ungeheure Verantwortung in außenpolitischer Hinsicht, so daß ich weiß Gott froh wäre, wenn wir mit dieser Sache fertig wären und ich brauchte mich nicht mehr darum zu kümmern.

Scheufelen: Ich vertrete nach wie vor den Standpunkt, daß das Parteiengesetz des Bundestages auch Sache der Bundespartei sein muß, (*Adenauer*: Das Parteiengesetz wird heute vorgetragen werden!) daß es nicht Sache der Landesparteien sein kann. Wenn ich über die Landesparteien gesprochen habe, so nur deswegen, weil ich an einem Beispiel dokumentieren wollte, daß nicht nur für die Bundespartei, sondern auch für die Landesparteien, und zwar als Folge eines vielleicht nicht ganz richtig gehandhabten Verfahrens in Karlsruhe, die Mark zu 50 Pfennig geworden ist, so daß wir dadurch alle in eine äußerst schwierige Situation gekommen sind. Ich bin dafür, daß man diesen Punkt zentral als Mittelpunkt hinstellt und daß jemand verantwortlich gemacht wird, der sich um diese Sache kümmert.

Adenauer: Um die Sache in Karlsruhe haben wir uns als Partei gekümmert, aber es wurden – ich kann das hier sagen – Bedenken dagegen laut, daß wir uns zu intensiv darum bekümmert haben. Man hatte Bedenken, daß ein Vertreter der Partei vor dem

Bundesverfassungsgericht gefragt würde: Von wem hast du das Geld bekommen? Wieviel war es? usw. usw. – Infolgedessen ist die Sache vor dem Bundesverfassungsgericht unserer inneren Überzeugung entsprechend vertreten worden vom Bundesfinanzminister und vom Bundesinnenminister. Aber das Bundesverfassungsgericht hat folgendes gemacht: Es hat, ohne uns und die Parteien zu benachrichtigen, den Herrn Eschenburg⁷⁴ als sachverständigen Zeugen genommen. Der hat eine so blendende Rede gehalten, daß er den Rest des Bundesverfassungsgerichts, der noch nicht auf seiner Seite war, dazu gebracht hat. Insofern ist von unserem Vertreter vielleicht ein Fehler gemacht worden, als man nach der Rede Eschenburgs den Vertagungsantrag hätte stellen müssen, damit wirklich das Sachmaterial zur Stelle hätte beschafft werden können. – Aber das ist ja nun leider Gottes vorbei. Daran können wir nichts mehr machen. Aber nachher bei der Besprechung über das Parteiengesetz können wir auf die Frage noch einmal zurückkommen.

Hellwig: Aus der bisherigen Diskussion scheint sich ein Mißverständnis immer deutlicher herauszustellen, das Mißverständnis nämlich, als ob die Aufteilung der Arbeitsgebiete auf die genannten sieben Herren eine Aufteilung fachpolitischer Aufträge sei. Das ist doch sicherlich nicht beabsichtigt, sondern es ist die Verteilung der organisatorischen und der technischen Arbeitsgebiete, wie sie in der Frage der Koordinierung des Verhältnisses der Partei zu den Gliederungen und Vereinigungen usw. im vorparlamentarischen Raum erforderlich ist. Ich glaube, daß gerade das Mißverständnis deutlich geworden ist bei der Frage „Landwirtschaft“ und „Wirtschaft“. Es wird also wohl keiner ein Bedenken vorzubringen haben, wenn die Aufteilung so gesehen wird, daß hier nicht ein fachpolitischer Auftrag etwa an Herrn von Hassel oder Herrn Dr. Schröder und an die genannten Mitarbeiter gegeben werden soll. Wenn das aber der Fall sein soll und beabsichtigt ist, dann müßte ich allerdings die Frage der Herren Stoltenberg und von Hassel aufgreifen: Wo ist die Abgrenzung dieser Beauftragten des engeren Parteivorstandes gegenüber den Fachausschüssen? Es wäre also gut, wenn dieses Mißverständnis geklärt würde. Man müßte gleichzeitig damit die Fachausschüsse bilden, zumindest die Vorsitzenden der Fachausschüsse vorsehen; z.B. kann ich mir für den Wirtschaftspolitischen Ausschuß keinen besseren vorstellen als den Vorsitzenden des Bundesausschusses für Wirtschaft, Herrn Etzel. – Ich wiederhole: Es wäre gut, wenn dieses Mißverständnis aufgeklärt würde. Dann wäre ein wesentlicher Teil der bisherigen Diskussion erledigt.

Adenauer: Herr Kraske hat darum gebeten, das Thema „Fachausschüsse“ nicht auf die Tagesordnung zu setzen, weil sie schon überlastet sei.

Kraske: Ich würde vorschlagen, die Ausschüsse festzulegen, die gebildet werden sollen. Dann sollten wir zwei oder drei Herren aus dem Vorstand beauftragen, im

⁷⁴ Prof. Dr. Theodor Eschenburg (geb. 1904), Politikwissenschaftler und Publizist; 1947 Ministerialrat und stv. Innenminister von Württemberg-Hohenzollern, 1951–1952 Vertreter Südwürttembergs bei den Verhandlungen über den Südweststaat, 1949–1973 Professor an der Universität Tübingen, ab 1952 Inhaber des Lehrstuhls für wissenschaftliche Politik.

einzelnen über die personelle Zusammensetzung zu sprechen, damit wir das nächste Mal vom Vorstand endgültig darüber beschließen können.

Adenauer: Dann habe ich Sie falsch verstanden. Ich habe Ihren Brief erst am Samstag bekommen.⁷⁵ Da war es zu spät. Ich gebe ohne weiteres zu, Sie waren durch die Teilnahme am Kongreß der Democrazia Cristiana⁷⁶ sehr in Anspruch genommen. Ich habe es am Samstag bekommen und über Sonntag gelesen.

Aber nun, meine Damen und Herren, wenn Sie die vorgeschlagenen Herren nicht wollen, wenn Sie die vier stellvertretenden Vorsitzenden – vielleicht auch noch den Vorsitzenden dazu – zu Trägern der ganzen Arbeit machen wollen, dann geben Sie uns bitte jedes Jahr DM 100.000,-. Dann können wir die Bundesgeschäftsstelle so ausbauen und mit solchen Herren besetzen, daß diese Arbeit gemacht werden kann. Das können wir aber nicht. Wir haben nicht das Geld dazu. Wir können noch nicht einmal – man muß sich geradezu schämen, das zu sagen – mit Sicherheit die Gehälter zahlen. Wir sind froh, wenn wir den Herren von der Bundesgeschäftsstelle pünktlich ihr Gehalt bezahlen können. Ich würde ehrlichen Gewissens keinem Mann zumuten, einen Vertrag für drei Jahre mit der CDU abzuschließen. Ich würde den Vertrag für die CDU nicht unterschreiben, weil ich nicht weiß, ob wir im nächsten Jahr in der Lage sein werden, den betreffenden Mann zu bezahlen. Ob wir einmal einen solch festen Stand erreichen werden, kann ich nicht sagen. Es sieht fast nicht so aus.

Deswegen müssen wir uns damit behelfen, daß wir freiwillige Helfer, wie sie hier – wie mir scheint – im großen und ganzen klug ausgewählt worden sind, für die Arbeit hinzuziehen. Die Herren des engeren Vorstandes sind mit der Aufgabe betraut, mit ihren Mitarbeitern öfters zu sprechen, wie die Arbeit geschehen soll. Ich habe hier nichts Besseres gehört als das, was Herr Dufhues vorgeschlagen hat. Ich kann mir nicht helfen, ich halte es für dringend notwendig, daß wir endlich einmal an die Arbeit kommen. Ich habe den Beschluß des Bundesausschusses nicht hier. (*Kraske:* Das hier ist der Beschluß!) Ich darf vorlesen: „Der Bundesausschuß beauftragt den Bundesvorstand, die Aktivierung und Intensivierung der Arbeit der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden unter Berücksichtigung der Beratungen vom 28. September 1959 fortzusetzen und dem Bundesausschuß in seiner nächsten Sitzung entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.“

Herr Dufhues, Sie haben den Antrag zuerst gestellt. Dann hat Herr Krone ihn eine Kleinigkeit geändert, aber es ist im wesentlichen der Antrag Dufhues, der angenommen worden ist. Infolgedessen hat Herr Dufhues geglaubt – und ich respektiere das –, daß er mal einen Vorschlag machen sollte, wie wir weiterkommen können.

Krone: Der Vorschlag Dufhues ist doch für diesen Vorstand neu. Ich würde vorschlagen, daß man die Anträge von Hassel und Dufhues dem legitimen

⁷⁵ Kraske an Adenauer zur Neukonstituierung der Fachausschüsse am 30. Oktober 1959, in ACDP VII-002-001/2. Dort auch weitere Korrespondenz zum Thema Parteireform.

⁷⁶ Parteikongreß der DC in Florenz vom 23. bis 28. Oktober 1959 (AdG 1959 S. 8025).

geschäftsführenden Vorstand der Partei überweist, damit dieser der nächsten Bundesvorstandssitzung einen Vorschlag machen kann, und zwar sollte diese Bundesvorstandssitzung noch im Dezember stattfinden.

Adenauer: Nach meiner Meinung müßten wir die Sitzung schon in der zweiten Hälfte des Monats November abhalten.

Blumenfeld: Herr Krone hat mir das Wort aus dem Munde genommen. Ich wollte den Antrag stellen, daß beide Entwürfe in ein Gremium kommen, damit wir in der nächsten Bundesvorstandssitzung einen Beschluß zur Abstimmung vorlegen können. Ich möchte diesen Antrag noch dahingehend erweitern, daß der geschäftsführende Vorstand zusammen mit der Konferenz der Landesvorsitzenden, die sich über ein Jahr damit beschäftigt hat, diese beiden Dinge behandelt. Es sind eine Reihe von Vorschlägen darin enthalten, die sehr weitgehend in die Überlegungen hineingreifen, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung zur Geschäftsordnung usw. gemacht worden sind. (*Adenauer:* Das können wir nicht alles zusammen und auf einmal machen, sondern eines nach dem anderen, Herr Blumenfeld!) Ich mache den Vorschlag, daß das Gremium erweitert wird und die Vorschläge dann erörtert werden von den Herren, die freiwillig seit über einem Jahr ihre Zeit zur Verfügung gestellt haben für diese Dinge, damit wir, die wir draußen die Verantwortung tragen, nicht überrascht werden von irgendwelchen Beschlüssen; daß wir z.B. parteiamtliche Unterstaatssekretäre mit einem Male schaffen, die wir nicht haben wollen und auch nicht gebrauchen können, weil sie nicht in unsere Konstruktion passen und nicht das sind, was wir uns vorgestellt haben für eine politische Straffung der Bundespartei.

Das möchte ich ganz deutlich zum Ausdruck bringen. Es ist nicht nur eine Frage der Methode, sondern auch des Systems. Ich bin der Meinung, daß wir darüber noch sehr ernsthafte Erörterungen anstellen müssen; denn so kann der Vorschlag von Herrn Dufhues, den Sie anscheinend sehr stark unterstützen, in keiner Weise übernommen werden.

Zimmer: Der verstorbene Otto Lenz hat vor vielen Jahren – etwa 1950 – dieselbe Konzeption vorgeschlagen⁷⁷, nämlich eine Aufteilung der Arbeit in acht große Gebiete. Bei näherer Prüfung sind wir aber aufgrund der ersten Erfahrungen davon abgekommen, weil wir fürchteten – und hier möchte ich Herrn Dr. Krone bitten, dieser Frage seine besondere Aufmerksamkeit zu schenken –, daß hier ein Nebeneinander oder Übereinander mit den Fachausschüssen und Arbeitskreisen der Fraktion entstehen könne. Ich möchte nur die Frage stellen. Ich kann es im Augenblick nicht übersehen; denn es sind praktisch nur jüngere Leute in der Partei, die dieses Amt handhaben sollen, die aber gleichzeitig in den Sozialausschüssen oder in anderen Arbeitskreisen die Politik der CDU vertreten. Ich möchte die Frage aufwerfen, ob hier nicht eine Konkurrenz oder eine Überschneidung entsteht, die es zu vermeiden gilt.

⁷⁷ Nicht ermittelt. – Möglicherweise handelt es sich um Vorstellungen, die Lenz bei der Erarbeitung des CDU-Statuts entwickelt hat (vgl. Lenz an Zimmer vom 3. Juni 1950 – LHA Koblenz NL Zimmer Nr. 73).

Ich möchte geprüft haben, inwieweit die Koordinierung mit unseren Fachministerien gewährleistet ist. Für die Jugendfragen ist in der Fraktion Herr Kemmer⁷⁸ ein sehr rühriger und aktiver Vorsitzender des Jugendausschusses, der allerdings der CSU angehört. (*Adenauer*: Der gehört leider uns nicht an!) Ich möchte nur Klarheit und Gewißheit haben wegen dieser Konkurrenz. Ich möchte schließlich die Gewißheit haben, daß nicht nachher, wenn wir Beschlüsse gefaßt haben, die Landesverbände sagen, hier greift ihr auf diesem oder jenem Gebiet in unsere Arbeit ein; denn es gibt bereits Ausschüsse in den Landesverbänden, die zum Teil arbeiten. Ich sage das, damit wir rechtzeitig diese Schwierigkeiten ausräumen, sonst stehen wir nachher vor einer Mauer und kommen nicht durch.

Schröder: Es ist an sich ungewöhnlich, daß jemand in einer Diskussion, wenn der eigene Name auftaucht, dazu spricht; trotzdem möchte ich das tun, wobei es mir leid tut, daß Herr Professor Erhard nicht mehr da ist. Ich werde es ihm aber auch so sagen. Die Dinge lassen sich sachlich nicht mit einem Zwischenruf aufklären. Es wäre besser, wenn er noch hier wäre, weil jetzt die Sache erörtert wird, die er durch einen Zwischenruf hochgebracht hat.

Das Projekt, wie die Arbeit der CDU in der Spitze gestrafft werden kann, ist sehr einfach und in wenigen Sätzen zu sagen. Ich bin seit langem ein Anhänger des Gedankens, daß wir ein Nebeneinander von vier stellvertretenden Vorsitzenden und drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern nicht gebrauchen können, sondern daß der engere Vorstand in einer vernünftigen Weise arbeitsfähig gemacht werden soll. Ich habe in Berlin und bei vielen anderen Anlässen gesagt – ein Teil der Anwesenden weiß es –, daß wir einen engeren Vorstand von etwa 15 Mitgliedern brauchen, der die gesamte Politik vom Standpunkt der Bundespartei in einer effektvollen Weise aufgrund von Sitzungen, die viel häufiger stattfinden müssen, behandeln kann. Das ist etwas, was wir brauchen.

Was jetzt vorgeschlagen ist – der Vorschlag Dufhues und der Vorschlag von Hassel –, läßt sich nach meiner Meinung bei gutem Willen ohne große Schwierigkeiten auf einen Nenner bringen. Deswegen unterstütze ich in der Sache den Vorschlag von Herrn Krone, daß der geschäftsführende Vorstand den Auftrag bekommt, diese beiden Dinge in eine das nächste Mal verabschiedungsreife Form zu bringen. Das läßt sich ohne weiteres machen.

Noch ein Wort zu dem, daß man mir – ich weiß nicht, wie ich mich ausdrücken soll – die Wirtschaft anlasten will! Ich weiche heißen Eisen nicht aus. Ich brauche nicht zu sagen, daß ich an diesem Vorschlag überhaupt nicht beteiligt bin. Mich interessiert namentlich das Arbeitsgebiet der evangelischen Vereinigungen und Verbände. In meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises liegt das sehr nahe. Wenn man sich aber bemüht hat, auf die vorhandenen acht Leute alles aufzuteilen, so ist man offenbar bei der Wirtschaft irgendwie auf mich gekommen. Nun ist es so, daß der Kollege Etzel, wenn ich nicht irre, seit zwölf Jahren ... (*Etzel*:

78 Emil Kemmer (1914–1965), 1949–1964 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 353 Anm. 105.

Seit 1947!) Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CDU ist. Mit anderen Worten: Ich habe von mir aus gar nicht die Absicht und würde auch nie auf den Gedanken kommen, Herrn Etzel in diesen Aufgabenbereich hereinzureden. Herr Hellwig war von Anfang an Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Bundestages. Leider gehört er nicht mehr in dieser Funktion zu uns. Herr Schmücker ist sein Nachfolger im Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Bundestages. Mit Herrn Erhard und den drei genannten Herren haben wir hier am Tisch allein schon vier sitzen, die legitime Funktionen auf diesem Gebiet haben, die ich ihnen weder neide noch ihnen nehmen möchte. Deshalb hat Herr Hellwig völlig recht. Von mir geht der Gedanke nicht aus. Herr Hellwig hat gesagt, daß gewisse organisatorische Dinge einmal einem engeren Kreis übertragen werden sollen. Vor mir aus können Sie diese Funktion genauso gut Herrn Hellwig, Herrn Schmücker, Herrn Etzel oder – wenn Herr Erhard die Absicht haben sollte – auch Herrn Erhard übertragen. Aber diese Meinung möchte ich wirklich ausgeräumt haben; denn man kommt in die Gefahr, als ob wir hier – Herr Erhard ist davon abgerückt, dafür danke ich ihm – irgendwie rivalisierten. (*Gerstenmaier*: Wir möchten nur wissen, was gespielt wird!) Ich bedanke mich ja bei Ihnen dafür! (*Gerstenmaier*: Ich habe es verstanden!) Also, ich möchte nicht rivalisieren. Das interessiert mich nicht im geringsten. Das mögen die Herren unter sich tun. (*Heiterkeit*.) Aber darf man hier an diesem Tisch die Wahrheit sagen oder nicht? (*Adenauer*: Mit einer gewissen Vorsicht!)

Ich habe einmal während des ersten Bundestages, als Herr Etzel schwer erkrankt war, die Aufgabe gehabt, dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Bundestages viele Monate vorzusitzen. (*Etzel*: Ein halbes Jahr!) Es ist länger gewesen. Aber gut! – Ich habe keine Absicht, zu einer solchen Aufgabe zurückzukehren. Die Herren mögen untereinander ausmachen, wer für die Wirtschaftspolitik als Wirtschaftler federführend sein soll. Mich kann das nicht weiter berühren. Ich lege aber Wert darauf, daß dann, wenn Namen in einer Kontraststellung genannt werden, dieser Verdacht mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird. Wir können wirklich keine Vergiftung der Atmosphäre gebrauchen.

Ich unterstütze den Vorschlag von Herrn Krone, die hier ausgesprochenen Gesichtspunkte im geschäftsführenden Vorstand zu behandeln. Ich gebe dem Herrn Kollegen Gerstenmaier absolut recht. Das wird Sie überraschen. Ich möchte ihm völlig zustimmen, wenn er sagt, daß gewisse Fragen wie Rundfunk, Fernsehen usw. in diesem Kreis erörtert werden müssen. (*Altmeier*: Natürlich müssen die erörtert werden, aber Sie tun es ja bisher nicht! – *Unruhe und Bewegung*.) Über die Rundfunksache können wir im Laufe dieses Tages reden. Mir lag aber zunächst daran, etwas zur Klarstellung dieses Vorschlags zu sagen.

Adenauer: Wir haben schon sehr viel geredet. Ich würde vorschlagen, daß wir uns kurz fassen; nebenan steht der kalte Imbiß, der auf uns wartet. Wir haben danach noch einige Punkte zu erledigen, z.B. die sehr wichtige Frage, was muß in der Bundestagsfraktion vor der Wahl gemacht werden von der Partei aus. (*Zuruf*: Die Fraktion ist vorbereitet!) Nein, die Fraktion ist nicht vorbereitet. Ich bitte Sie,

meine Damen und Herren, sich möglichst kurz zu fassen. Wollen Sie noch zu dem Vorschlag von Herrn Krone sprechen? (*Zuruf*: Nein! – *Zurufe*: Die Landesvorsitzenden müssen dabei sein! – Schluß machen! – *Lebhafte Unruhe*.) Sie meinen, dann könnten wir Schluß machen? (*Anhaltende Unruhe*. – *Zurufe*: Ja! – Die Landesvorsitzenden!) Meine Herren! Das halte ich für grundfalsch. Wir haben uns den Mund fusselig geredet über diese Sache. Nun soll der geschäftsführende Vorstand etwas beschließen, was voraussichtlich Ihre Zustimmung finden wird; aber jetzt den geschäftsführenden Vorstand wieder mit anderen Sachen zu belasten, das halte ich für ausgeschlossen. Das muß ich ablehnen. Lassen wir doch die Sache erledigen! Herr Krone wird etwas dazu sagen.

Krone: Ich bin der letzte, der die Arbeit der Landesvorsitzenden gering einschätzt. Ich bin stets dabeigewesen und habe mitgearbeitet. (*Altmeier*: Und mitbeschlossen! Es wird hier immer nur von den Landesvorsitzenden gesprochen. Dabei hat doch der geschäftsführende Vorstand mitbeschlossen! – *Unruhe*.) Ich habe aktiv mitgearbeitet, und was getan worden ist, weiß ich genau. Das sind die Vorarbeiten, die dem Bundesvorstand vorliegen. Ich verstehe nicht, weshalb man jetzt wiederum sagt: Die Landesvorsitzenden sollen auch dabeisein. Ist denn nicht Herr von Hassel dabei? Ist nicht Herr Gerstenmaier dabei? Sie tun gerade so, als ob etwas gegen Sie gemacht werden soll, meine Herren! Etwas Vertrauen müssen Sie doch haben zu dem vom Bundesparteitag legitim gewählten und bestellten Gremium! (*Unruhe*. – *Blumenfeld*: Darum geht es nicht!)

Adenauer: Doch, auch darum! Meine Damen und Herren! Nun haben sich weiter zum Wort gemeldet die Herren Blumenfeld, Fricke, Etzel, Albers, Stoltenberg, Zimmer – haben Sie das Bedürfnis, alle noch zu hören? (*Zurufe*: Ja! – *Zurufe*: Nein! – *Etzel*: Herr Bundeskanzler!) Bitte, Herr Etzel.

Etzel: Ich habe zunächst eine dringende Bitte. Mein verehrter Herr Kollege Lücke sagt gerade: Hier kann man ja das „arme Tier“ kriegen. (*Gerstenmaier*: Das kenne ich nicht! – *Adenauer*: Das ist hier ein gebräuchlicher Ausdruck. – *Gerstenmaier*: Den kenne ich bisher nicht! – *Unruhe*.) Ich muß dem Herrn Kollegen Lücke zustimmen und sagen: Wir müssen endlich weiterkommen. Deswegen beantrage ich, die Angelegenheit, die hier diskutiert worden ist, dem geschäftsführenden Vorstand zu übertragen, und zwar möchte ich den Antrag noch so einengen, daß der geschäftsführende Vorstand noch in diesem Monat darüber beschließt. (*Von Hassel*: Es ist schon ein Termin hierfür vorgesehen!) Die Behandlung der Ausschüsse ...

Adenauer: Darf ich Ihnen ins Wort fallen, Herr Etzel! Ich würde vorschlagen, daß der geschäftsführende Vorstand am 23. November zusammentritt und der Bundesvorstand am 24. November, damit wir die Sache hier erledigen.

Etzel: Die Behandlung der Ausschüsse sollten wir heute nicht vertagen. Herr Kraske hat ein wenig widersprochen. Ich bin mit ihm einverstanden, aber ich darf von dem von mir geleiteten Ausschuß sagen ... (*Adenauer*: Können wir darüber nicht diesen Nachmittag sprechen?) Ich bin gleich fertig, Herr Bundeskanzler! Man sollte es beschleunigen; denn die Ausschubarbeit läuft langsam auseinander.

Noch etwas zu dem Thema, das hier sehr ernst angeklungen ist, nämlich das Verhältnis der Ausschubarbeit zu den Herren, die nach dem Vorschlag Dufhues bestimmte Arbeitsgebiete übernehmen sollen. Ich habe nichts dagegen, daß man es so aufschlüsselt, daß die vorgeschlagenen Mitglieder des engeren Vorstandes ihre Arbeit aufteilen. Warum sollte sich z.B. Herr Schröder nicht um das Problem der Wirtschaft bekümmern? Aber es muß in dem geschäftsführenden Vorstand geklärt werden, welche Funktionen dann der Fachausschuß hat. Er muß ja eine Funktion haben; denn nach der Satzung berät er den Vorstand. Aber bei der Diskussion heute morgen war von dieser Beratungsfunktion des Fachausschusses nicht mehr die Rede. (*Adenauer*: Verzeihen Sie! Nicht „nicht mehr“, sondern „noch nicht“!) Einverstanden! Aber es muß geklärt werden das Verhältnis zu den Fachministern usw. Ich habe meine Funktion als Vorsitzender des Fachausschusses Wirtschaftspolitik immer darin gesehen, gleichzeitig die Probleme abzustimmen mit Herrn Erhard. Ich habe nie etwas auf den Tisch gebracht, ohne mit dem Ministerium zu diskutieren. Wir haben wichtige Fragen auch mit den Landeswirtschaftsministern diskutiert. Wir haben vom Ausschuß her die Verzahnung und Koordinierung der Probleme vorgenommen und keineswegs versucht, hier irgendwie zu atomisieren, wovon heute morgen die Rede war.

Wenn wir so vorgehen und es so sehen, ist auch eine personelle Gliederung ohne weiteres möglich. Dann gibt es das Problem, das bei Herrn Schröder aufgetaucht ist, einfach nicht. Dann ist einer verantwortlich für die Wirtschaftspolitik. Er wird beraten vom Fachausschuß und seinem Vorsitzenden. Und der Fachausschuß hat zu diskutieren mit der Exekutive usw. Nur müssen die Dinge vorher geklärt werden.

Fricke: Ich bin – meine Freunde mögen mich steinigen – durchaus mit dem Vorschlag von Herrn Krone einverstanden: Nach dieser langen Diskussion soll sich der engere Vorstand mit dem Vorschlag von Hassel und auch mit alledem, was gesagt worden ist, beschäftigen und uns dann konkrete Vorschläge machen. Ich halte es nicht für nötig, daß noch jemand anders von den Landesvorsitzenden dabei ist. Es muß uns genügen, wenn die Herren von Hassel und Krone mitwirken; denn sie waren doch bei den Sitzungen der Landesvorsitzenden dabei.

Meine Damen und Herren! Ich bitte zu bedenken, daß wir draußen im Lande wirklich in einer schrecklichen Unruhe leben, die bis zu den Kreisgeschäftsführern geht. Die schweren Belastungen aus dem letzten Sommer und Frühjahr haben uns nach langem Hin und Her zu Entscheidungen geführt⁷⁹, die letzten Endes richtig gewesen sind, aber die Unruhe draußen ist noch nicht vorbei. Nichts wäre schlimmer, als wenn aus einer großen Diffusion, aus einer Verteilung der Zuständigkeiten der Eindruck entstünde, es fehle an der Geschlossenheit. Uns tut nichts mehr not als a) eine straffe Führung und b) Einigkeit und Geschlossenheit und was dazu führt, daß die Dinge straff geführt werden in einer Koordinierung. Wir sollten nicht den Eindruck hervorrufen, als verteilten wir, damit jeder etwas bekommt. Es wäre katastrophal,

⁷⁹ Vgl. Anm. 70.

wenn dieser Eindruck draußen entstünde. Als ob wir nicht alle am gleichen Strang zögen!

Es tut uns wirklich nichts mehr not als straffe Führung und Geschlossenheit. Und dafür hat der engere Vorstand zu sorgen. Was an Aufgabengebieten vorgesehen ist in diesem Gremium, war selbstverständlich auch vorher da; natürlich waren diese Freunde aus der Partei, aus der Bundesregierung, aus dem Kabinett, aus der Fraktion für diese Gebiete zuständig, nur hätten sie mehr – das soll keine Kritik sein, sondern nur ein Ausdruck des Bedauerns – zur Verfügung stehen müssen. Und nun möchten wir unten überzeugend erkennbar werden lassen, daß oben wieder Geschlossenheit und Einigkeit herrscht und daß diese Aufgaben gestrafft worden sind. Damit werden wir die Aufgaben, die sicherlich nicht leicht sind, auch meistern können.

Heiler: Ich habe ein Anliegen, das ich dem engeren Vorstand in bezug auf seine Arbeit vortragen möchte. Ich halte es durchaus für richtig, daß die Pläne dort und nicht hier besprochen werden. Die Mitarbeit der jüngeren Kräfte ist unbedingt notwendig und richtig. Wenn wir aber diese Arbeit auf solche Freunde verteilen, die schon mit bestimmten Aufgaben als Mandatsträger usw. stark belastet sind, dann fürchte ich, kommen wir wieder vor verschlossene Türen. Es ist doch so, weder die Vorsitzenden unserer Vereinigungen, noch wer es sonst sein möge, können eine weitere intensive Arbeit auf sich nehmen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Was notwendig ist, das ist eine intensivere Arbeit im vorparlamentarischen Raum draußen im Lande, in den katholischen und in den evangelischen Vereinen usw. Wenn wir dazu die beiden Vorsitzenden dieser Vereinigungen nehmen, dann fürchte ich, daß sie nicht mehr tun können, als sie auch bisher getan haben. Deshalb halte ich es für nötig, die Liste der mitarbeitenden Helfer daraufhin durchzusehen: Inwieweit können diese noch neue Aufgaben auf sich nehmen. Man sollte besonders überlegen, wieweit können die Frauen in den einzelnen Gebieten noch mehr als bisher eingesetzt werden.

Von Hassel: Wir können jetzt ein paar Punkte abschließen, über die wir Klarheit herbeigeführt haben. Wenn nichts anderes vorgeschlagen wird, dann wird der geschäftsführende Vorstand beauftragt, zwei Bereiche zu erledigen: 1. Vorschläge zu machen für eine Satzungsänderung, 2. die personelle Verteilung der Aufgaben analog dem Vorschlag Duffhues – mit aller Kritik und allen Gegenvorschlägen im einzelnen – für die nächste Sitzung des Bundesvorstandes am 24. November vorzubereiten. (*Gurk:* Das haben wir nicht beschlossen! – *Unruhe.*) Dann müssen wir es jetzt abschließend behandeln, damit wir weiterkommen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Unbestreitbar ist, daß der Bundesvorsitzende – wie vor der Wahl im Jahre 1957 – zur Vorbereitung der Bundestagswahl ein Wahlgremium bestellen kann. Die Namen kann man gelegentlich bekanntgeben, damit Sie wissen, wer es ist.

Der Bundesvorsitzende beruft drei oder vier Herren, die die Vorbereitungen treffen für die Besetzung der Bundesfachausschüsse, damit der Bundesvorstand am 24. November die Sache erledigen kann.

Der Bundesvorstand muß weiter am 24. November über die Frage entscheiden, wer vorläufig als Bundesschatzmeister bis zum nächsten Bundesparteitag berufen

werden soll. Wir dürfen die Erledigung dieser Frage nicht über den 24. November hinausschieben. (*Albers*: Sie haben bei der Aufgabenverteilung von der Wirtschaft und der Landwirtschaft gesprochen. Wo aber bleibt die Sozialpolitik?) Die ist doch genannt worden! (*Albers*: „Arbeitnehmer“ ist etwas anderes als Sozialpolitik! Aber die Meinung meiner Freunde werde ich dazu am 24. November sagen!)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Können wir abstimmen? (*Zustimmung*.) Dann bitte ich diejenigen, die für den Antrag Krone sind ... (*Adorno*⁸⁰: Zur Geschäftsordnung!) Bitte sehr!

Adorno: Ich bitte, über den Antrag von Herrn Blumenfeld abstimmen zu lassen, die beiden Vorschläge von Hassel und Dufhues nicht nur im engeren Gremium des geschäftsführenden Vorstandes, sondern in einem erweiterten Gremium mit den Landesvorsitzenden zu besprechen. Seit über einem Jahr beschäftigt sich die Konferenz der Landesvorsitzenden mit der Straffung der organisatorischen Arbeit unserer Partei. Wir haben sehr gute Grundlagen erarbeitet und die Aktivierung von unten her ermöglicht durch die Schaffung einer Geschäftsordnung, einer Finanzordnung und einer Ehrengerichtsordnung.⁸¹ Wir haben beschlossen, die Straffung von oben zu ermöglichen, nämlich dem Bundesparteitag vorzuschlagen, nicht vier stellvertretende Vorsitzende, sondern nur noch zwei zu wählen. Das Ziel war, die politische Bedeutung des Bundesvorstandes zu straffen.

Nun aber wird durch den Vorschlag des Herrn Dufhues, den wir heute zum erstenmal hören, durch eine größere Rationalisierung der Aufgaben, durch eine größere Aufteilung diese Aktivierung des Bundesvorstandes noch mehr verwässert. Denn da sind alles Mitarbeiter genannt, die außerhalb des Bundesparteivorstandes tätig sind. Und die Landesvorsitzenden, die doch in erster Linie für die Organisation in ihren Landesverbänden verantwortlich sind, die haben kaum mehr eine Möglichkeit, auf die Aktivierung dieser Organisation Einfluß zu nehmen.

Deshalb möchte ich zumindest, daß wir bei der Vorberatung und bei der endgültigen Beschlußfassung im Bundesvorstand Gelegenheit haben, hierbei mitzuwirken. Darum halte ich meinen Antrag aufrecht, über den Antrag Blumenfeld abzustimmen.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, wir kommen zwei Tage lang alle miteinander zusammen; dann kann jeder sprechen, solange er will. Dieses Gremium hier, Herr Adorno, wird doch entscheiden, und der engere Vorstand soll nur eine Vorberatung haben. Haben Sie denn allmählich nicht eingesehen, daß, je mehr vorberaten wird

80 Eduard Adorno (geb. 1920), 1956–1977 Landes- bzw. Bezirksvorsitzender (ab 1972) der CDU von Württemberg-Hohenzollern, 1961–1972 MdB, 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für Verteidigung, 1972–1980 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

81 Druck in UiD Nr. 43 vom 29. Oktober 1959 (Geschäftsordnung), UiD Nr. 45 vom 12. November 1959 (Finanzordnung) und UiD Nr. 46 vom 19. November 1959 (Parteigerichtsordnung); zur Geschäftsordnung des Bundesparteigerichts vgl. Nr. 17 Anm. 85 und 86. Zusammenfassende Darstellung in UiD Nr. 39 vom 1. Oktober 1959.

in diesem Gremium, es desto schlimmer wird nachher. Lassen Sie doch den engeren Vorstand zusammenkommen, um Vorschläge zu machen! Oder wollen Sie zwei Tage lang hier sitzen? Ich bitte Sie dringend, diesen Vorschlag abzulehnen und stelle den Antrag, über den Vorschlag von Herrn Krone abzustimmen. (*Von Hassel*: Es ist ein bißchen traurig, daß Sie uns Landesvorsitzenden nicht das Vertrauen schenken!) Herr von Hassel! Ich muß mir das verbitten! Das hat mit Vertrauen nichts zu tun! Es handelt sich jetzt darum, nachdem vier Stunden lang davon gesprochen worden ist, irgendwie weiterzukommen in einem kleinen Kreis, aber nicht in einem solchen von 22 Personen. Wir haben elf Landesvorsitzende. Diese 22 Personen würden wieder von vorne anfangen. (*Krone, der den Raum verlassen hatte, kommt wieder.*) Herr Krone! Es wird hier heftig verfochten – und zwar gegen Ihren Antrag –, daß die Sache nicht dem engeren Vorstand allein zur Vorberatung überwiesen, sondern daß zu dieser Sitzung des engeren Vorstandes auch die Landesvorsitzenden zugezogen werden sollen. Und dagegen wehre ich [mich] mit aller Entschiedenheit. (*Adorno*: Herr Bundeskanzler! Ich halte meinen Antrag aufrecht!)

Also stimmen wir ab. Wir müssen zuerst über den Antrag Krone abstimmen; denn das hier ist ein Zusatzantrag. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag Krone sind, eine Hand zu erheben. – Und diejenigen, die dagegen sind! – Das erste war die Mehrheit.

Ich verstehe es nicht (*zu von Hassel*), daß Sie dagegen gestimmt haben! Ich wollte über Ihren Antrag abstimmen lassen. Ich verstehe es bald wirklich nicht mehr. Und nun bitte ich diejenigen, die für den Zusatzantrag zum Antrag Krone sind, daß die Landesvorsitzenden zugezogen werden sollen, eine Hand zu erheben! – Und nun diejenigen, die dagegen sind! – Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt. – Warum Sie eben dagegen gestimmt haben, ist mir schleierhaft. Das ist höhere parlamentarische Weisheit! Wir unterbrechen die Sitzung.

Unterbrechung der Sitzung von 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wenn wir uns alle kurz fassen, können wir die Tagesordnung bis 5.00 Uhr erledigen. Wir wollen uns vornehmen: „Arbeitsplanung der Bundestagsfraktion bis 1961“, „Parteiengesetz und Rundfunkgesetz“, woran Sie ein dringendes Interesse haben. Wir schwören also einen Rütli-Schwur, Herr Dufhues, daß wir alle kurz reden.

KONSTITUIERUNG DER FACHAUSSCHÜSSE DER BUNDESPARTEI

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es wird, Herr von Hassel, durch einen beachtenswerten Zeugen für so etwas, behauptet, Punkt 3 – Konstituierung der

Fachausschüsse der Bundespartei – sei erledigt. Ich habe das nicht wahrgenommen, sondern ich habe nur gehört, daß vorgeschlagen worden ist, das zu machen, aber es ist nicht darüber abgestimmt worden. Über die wichtigste Frage, wieviel Fachausschüsse und welche, ist noch nicht gesprochen worden. (*Von Hassel*: Das soll das kleine Gremium vorbereiten. Es soll überlegen, welche Fachausschüsse und wer hineinkommen soll!) Wer soll hinein! Aber was für Fachausschüsse? Das müssen wir hier bestimmen, ehe diese Vorschläge gemacht werden können. Ich würde vorschlagen, daß Herr Kraske vorträgt, wieviel Fachausschüsse wir jetzt haben. Sie brauchen nichts darüber zu sagen, daß sie zum Teil nicht funktioniert haben. Das ist öffentlich bekannt. Zum Teil haben sie funktioniert.

Kraske: Wir haben folgende Fachausschüsse im Augenblick: Familienrecht, Gesundheitswesen, Kriegsofopfer, Kultur, ...

Adenauer: Wollen wir es so machen, daß wir sofort darüber abstimmen: Er soll bleiben oder nicht, z.B. den Ausschuß für Familienrecht brauchen wir nicht. (*Gerstenmaier*: Klare Niederlage für die CDU!)

Kraske: ... Landwirtschaft, öffentliche Verwaltung (sozusagen der Beamtenrechtsausschuß), Rechtsfragen, Rundfunk, Presse, Film, Sozialpolitik, Sportfragen, Vertriebene, Wahlrecht, Wehrfragen, Wirtschaftspolitik, öffentliche Sicherheit (Polizeifragen). Ich glaube, daß allgemein Übereinstimmung besteht, vier Ausschüsse auf jeden Fall zu behalten, und zwar Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Landwirtschaft und Kulturpolitik.

Adenauer: Ist das eine allgemeine Auffassung bei Ihnen? (*Kraske*: Auch nach den Unterhaltungen, die wir inzwischen hatten!) Ich führe überhaupt keine Unterhaltungen; hier ist der Tisch, wo abgestimmt wird. – Sie haben den Vorschlag von Herrn Kraske gehört, daß nur noch vier Fachausschüsse eingesetzt werden sollen, (*Zuruf*: Er sagte, zumindest vier! – *Zimmer*: Über die anderen soll abgestimmt werden. – *Unruhe*.) und zwar Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Landwirtschaft und Kulturpolitik. Sind Sie damit einverstanden, daß die vier auf alle Fälle bestehenbleiben? – Niemand ist dagegen. Werden Wünsche nach anderen Fachausschüssen laut? (*Zurufe*: Vertriebene! – Sport! – Jugendfragen! – *Zimmer*: Kann man Kriegsofopfer nicht mit Sozialpolitik zusammenlegen?)

Meine Herren! Darf ich einmal fragen, unter welchen Gesichtspunkten Sie überhaupt die Einrichtung der Fachausschüsse als solche betrachten. Ich betrachte sie unter dem Gesichtspunkt, daß die Bundespartei auf wichtigen Gebieten eine direkte Verbindung mit dem Wählervolk bekommt. (*Zuruf*: Über die Landesverbände!) Nein, nicht über die Landesverbände, sondern direkt! Hier soll immer sterilisiert werden. (*Zuruf*: Sie werden von den Landesverbänden benannt! – *Unruhe*.) Nein, sie werden von der Bundespartei besetzt! (*Starke Unruhe*. – *Zuruf*: Filialen im Lande! – *Altmeier*: Wir sind doch eine CDU, und wir bedienen uns der Unterorganisationen, und das sind wir, die Landesverbände. Wir richten auch nicht nur Landeswahlen, sondern auch Bundeswahlen aus. Wir sind die Filialen der Partei. – *Anhaltende Unruhe*

und Bewegung.) Welcher Fortschritt unter Gottes Fügung! Ich danke Ihnen, Herr Filialleiter! (*Heiterkeit.*)

Gerstenmaier: Meine Herren Filialleiter und solche, die es werden wollen! Die Sache ist doch die: Was nützen uns die Ausschüsse, wenn sie nicht genügend sachliche Kompetenz und Autorität in der Bundespartei haben? Ich nehme ein Beispiel. Denken Sie an die heillosen Auseinandersetzungen mit der Kriegsofergeschichte, die wir hinter uns gebracht haben, die aber wiederkommt, wenn sich nicht ein solcher Parteiausschuß der Flut zu stellen vermag, die auf uns heranbrandet.

Meine Herren! Sie können doch nicht bei den Filialen anfangen! Dort werden die Dinge nicht in Gang gebracht. Jede Filiale läuft zu ihrem Filialleiter. Hier muß der Kampf bestanden werden. Und wenn die Ausschüsse eine Entlastung sein sollen, dann muß sich z.B. ein solcher Ausschuß für Kriegsofere auch stellen, wenn diese Leute von den Kriegsofereverbänden ankommen. (*Altmeier:* Selbstverständlich!) Aber nichts von alledem! (*Zuruf:* Er existiert z.Z. nicht! – *Unruhe.*) Bei den Kulturfragen ist es ähnlich so. Nichts von alledem existiert!

Adenauer: Das soll ja alles geändert und besser werden, Herr Gerstenmaier. Lassen wir die Hoffnung nicht aufgeben! Sollen wir es nicht so machen: Ich lese Ihnen vor, welche Ausschüsse nach dem Vorschlag wegfallen, und dann sagen Sie, der und der soll nicht wegfallen. – „Gesundheitswesen“? (*Zuruf:* Kann wegfallen!) Niemand meldet sich für das Gesundheitswesen? (*Zuruf:* Familienrecht soll gestrichen werden!) Langsam, meine Herren! Herr Kraske hat Ihnen vorgeschlagen, auf alle Fälle die vier Ausschüsse, die Sie aufgeschrieben haben, wieder einzurichten. Ich erlaube mir, jetzt vorzulesen, welche Ausschüsse, die wir bisher hatten, dadurch wegfallen würden. Und dann bitte ich Sie um eine Gegenäußerung, wenn Sie meinen, der betreffende Ausschuß soll nicht wegfallen. – „Gesundheitswesen“?

Schröder: Leider ist Frau Steinbiß⁸² nicht da. Solange wir wesentliche Gesundheitsgesetze, z.B. Lebensmittelgesetze, Arzneimittelgesetz usw. noch nicht haben, wäre es gut, wenn wir dafür einen gewissen Aufhänger hätten. Wir müßten versuchen, verschiedene Fragen in nur einem Ausschuß zu beraten, etwa in einem Ausschuß für innere Angelegenheiten, wozu auch die Gesundheit gehört. Das wäre wohl eine Erleichterung.

Adenauer: Sie müssen immer an die Zusammensetzung eines Ausschusses für Inneres denken, und ich glaube, dann wird er sehr groß. Es gehören dazu: Wasser, Luft, Geräusche, Krankenhäuser usw. Das ist eine ganz böse Sache, die von gewissen Ländern total vernachlässigt wird. In erster Linie wird Nordrhein-Westfalen genannt. (*Dufhues:* Wir haben 10,8 Betten pro mille. Niedersachsen hat 6,7 Betten. Wenn der Bund dazu übergeht, 100 Millionen aufzuteilen und erhebliche Millionen zuführt ... – *Lebhafte Unruhe.* – *Fricke:* Es kommt immer darauf an, wieviel Geld man in der Kasse hat, Herr Dufhues! – *Anhaltende Unruhe.*)

82 Dr. Viktoria Steinbiß (1892–1971), 1949–1961 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 132 Anm. 98.

Ich war am Samstag in Köln und habe die Klagen aus Essen gehört über das Gesundheitswesen dort, über die Krankenhäuser usw. Vor einem Jahr war in Köln der große Kongreß der privaten Krankenanstalten. Ich habe nun in Köln gehört, es sei aber daraufhin nichts geschehen. Ich werde das dem Bürgermeister Schwering⁸³ schreiben. Sie mögen sich mit ihm auseinandersetzen. (*Von Hassel*: Daß die Frage Gesundheitswesen Bedeutung hat, ist unbestreitbar. Die Bundesgeschäftsstelle ist davon ausgegangen, daß das Gesundheitswesen in den Ausschuß für Sozialpolitik gehört.) Das halte ich für ausgeschlossen, weil für den Sozialausschuß ganz andere Leute nötig sind als für Krankenhäuser, Luftverunreinigung usw. Sie müssen davon ausgehen, wie die Ausschüsse besetzt werden. (*Fay*: Ein Wort zugunsten des Gesundheitsausschusses! Ein ganz großer Teil unserer Wähler, nämlich die Frauen, sind an dieser Arbeit eminent interessiert. – *Zuruf*: Sehr richtig! – *Fay*: Ich würde diesen wahlpsychologischen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellen. – *Gurk*: Ich möchte ergänzend sagen, daß der Gesundheitsausschuß bleiben soll wegen der Krankenanstalten jeder Art.) Wer ist dafür, daß der Ausschuß für Gesundheitswesen bleibt? – Das ist die Mehrheit.

Nun kommt der „Ausschuß für Rundfunk, Presse und Film“. (*Zuruf*: Kann man mit Kultur zusammennemen!) Das hat mit Kultur nichts zu tun. (*Unruhe*. – *Altmeier*: Dann gehen wir fort. Dann haben wir hier nichts mehr zu suchen! – *Schröder*: Ich bin nicht ängstlich. Man kann trotzdem Grenzlinien ziehen! – *Anhaltende Unruhe*.) Das hätten Sie nicht sagen sollen!

Stoltenberg: In der Praxis haben die Ausschüsse bisher zu 90 % nicht funktioniert. Ich würde vorschlagen, daß wir unter Zurückstellung einiger sachlicher Argumente versuchen sollten, radikal zu vermindern, um die Ausschüsse, die wir behalten wollen, zum Funktionieren zu bringen. Darum möchte ich mir die Frage erlauben, ob wir nicht einen korrespondierenden Parteiausschuß einsetzen sollen. Wir haben den Verein Unionspresse, wir haben im Bundestag den Ausschuß für Rundfunk, Presse und Film, was aber nicht ausschließt, daß wir einen Unterausschuß delegieren.

Adenauer: Ich bin dagegen, daß zuviel auf die Fraktion konzentriert wird. Ich möchte die Rechte der Partei wahren. (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Stoltenberg*: Einen korrespondierenden Parteiausschuß!) Es sollen keine Bundestagsabgeordneten, sondern andere Leute hineinkommen. Wie soll er heißen, Herr von Hassel? (*Stoltenberg*: Kulturpolitik!) Nein, ich verstehe unter Kulturpolitik etwas ganz anderes. (*Unruhe*.) Sind Sie einig, meine Herren? Rundfunk, Presse, Film? Wer ist für den Bundesausschuß „Rundfunk, Presse, Film“? (*Gerstenmaier*: Und Kultur?) Nein! (*Gerstenmaier*: Ohne Kultur?) Das ist die überwiegende Mehrheit.

83 Dr. Ernst Schwering (1886–1962), Rechtsanwalt; 1948, 1950 und 1952–1956 Oberbürgermeister und 1949, 1951 und 1957–1958 Bürgermeister der Stadt Köln, 1950–1962 MdL NW (CDU), Mitgründer und Vorstandsmitglied der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands.

Dann kommt der „Ausschuß für Sportfragen“. Herr Schröder! Können wir darauf verzichten? (*Schröder*: Das ist eine Sache, die immer stärker an uns herangebracht wird. Wir könnten hierfür einen kleinen Kreis einsetzen. Das wäre nützlich. – *Altmeier*: Die CDU hat doch einen Sportausschuß; er kommt viel mit den Leuten vom Sport zusammen. Es wäre besser, wenn wir ihn behielten.) Sie haben recht!

Den „Ausschuß für öffentliche Sicherheit“ können wir wohl streichen! (*Zustimmung*.)

„Ausschuß für Vertriebene“? (*Zurufe*: Muß bleiben! – Aus optischen Gründen wollen wir ihn lassen. – *Von Hassel*: Wir haben den Landesverband Oder-Neiße unter dem Vorsitz von Oberländer. Wir haben den Landesverband der Exil-CDU. Müssen wir noch einen Vertriebenen-Ausschuß einsetzen?) Lieber Herr von Hassel! Dasselbe, was Herr Ministerpräsident Altmeier eben gesagt hat, trifft auch hier zu. Wenn wir den Ausschluß nicht hätten, würden wir ihn nicht schaffen. Aber wenn wir ihn jetzt streichen, dann ist das schlecht. (*Von Hassel*: Ich mache nur darauf aufmerksam, daß wir drei Vereinigungen haben, die alle das gleiche behandeln.)

Jetzt kommen welche, die wegfallen können: „Kriegsopferfragen“? (*Zuruf*: Gehört in die Sozialpolitik!) Fällt weg! – „Wehrfragen“? (*Zurufe*: Kann wegfallen. – *Scheufelen*: Es gibt in den Landesverbänden Wehrausschüsse, die tätig sind. Wenn wir jetzt einen Verbindungsausschuß auf der Bundesebene haben, sterben die Ausschüsse der Landesverbände ab. Lassen wir ihn weg. Wenn er nötig sein sollte, können wir ihn noch einberufen. – *Krone*: Der neue Bundesbeamtenvorstand war neulich bei uns. Dieser Vorstand besteht zu zwei Drittel aus unseren Leuten. Sie möchten sehr gern den Ausschluß „Öffentliche Dienste“ einrichten.) Daran sind wir noch nicht. Das kommt noch! Wie ist das mit den Wehrfragen? (*Verschiedene Zurufe*: Kann wegfallen!) Kann wegfallen! – „Öffentliche Dienste“? (*Zurufe*: Soll bleiben!) Bleibt!

„Rechtsfragen“? – Wir müssen zum Strafgesetzbuch und zur Strafprozeßordnung als Partei Stellung nehmen. (*Zurufe*: Soll bleiben!) Soll bleiben! – „Wahlrechtsausschuß“? – Den haben wir ebenfalls dringend nötig. (*Zuruf*: Rechtsfragen und Wahlfragen zusammennehmen!) Nein, das ist etwas völlig anderes. Die Wahlfragen sind politische Fragen, die haben damit nichts zu tun. (*Von Hassel*: Die Rechtsfragen werden im Bundestagsausschuß für Rechtsfragen behandelt. Warum sollen wir einen Parteiausschuß für Rechtsfragen machen?) Nehmen Sie an, es würde der Antrag gestellt, die Todesstrafe einzuführen. (*Von Hassel*: Das ist eine politische Entscheidung!) Das ist nun eine Rechtsfrage. Das ist doch keine politische Frage. (*Gerstenmaier*: Aber doch keine Rechtsfrage in diesem Sinn, daß ich bereit wäre, diese Sache an einen Rechtsausschuß zu delegieren!) Das nennen Sie eine politische Entscheidung? (*Gerstenmaier*: Wenn Sie wollen, ja, weil Sie es nicht aus dem Recht dotieren können!) Sie haben ein eigenes Gewissen; Gott sei Dank für Sie. Meines ist diffiziler. Ich bin anderer Meinung. (*Gerstenmaier*: Das nehme ich auf!) Ich würde sagen, einen Ausschluß für Rechtsfragen mit Rücksicht darauf, daß wir einen Entwurf bekommen für das Strafgesetzbuch und für die Strafprozeßordnung. Wir können ihn zurückstellen; sobald aber diese Entwürfe kommen, müssen wir ihn einsetzen.

Der Ausschuß für Wahlrecht ist dringend notwendig, da wir uns mit dem Wahlrecht im Laufe der nächsten zwölf Monate beschäftigen müssen. (*Von Hassel: Ad hoc!*) Ad hoc? (*Von Hassel: Kein ständiger Ausschuß, sondern der Vorstand beruft für bestimmte Fragen solche Ausschüsse ein.*) Ich bin dafür, daß diese Ausschüsse wegfallen, aber der Wahlrechtsausschuß muß sehr bald zusammengesetzt werden.

Und nun würde ich vorschlagen, entsprechend dem Vorschlag von Hassel diese kleine Kommission zu wählen. Ich weiß nicht, wer dabei ist, die stellvertretenden Vorsitzenden oder wer, Herr von Hassel? (*Von Hassel: Krone, Stoltenberg, Blank, Etzel, Schmücker, Heck. Das sind die sechs Herren, die ich vorschlage.*) Die sollen hierfür genommen werden? (*Von Hassel: Es sind Leute, die in Bonn sitzen und die eine personelle Übersicht haben.*) Ich schlage vor, daß das vom Bundesgeschäftsführer durch Korrespondenz usw. vorbereitet wird. Wir wollen vor allem die Landesvorsitzenden auch beteiligen. (*Zurufe: Sehr richtig! – Herrn Johnen!*)

Stingl: Es muß geklärt werden, ob grundsätzlich nur berufen wird oder ob Delegierte von den Landesverbänden eingesetzt werden. (*Lebhafte Unruhe. – Von Hassel: Das steht doch in der Geschäftsordnung!*)

Adenauer: Die Ausschüsse müssen sofort berufen werden. Der Ausschuß für Rechtsfragen hat noch Zeit, bis die großen Gesetze eingebracht werden. Damit hätten wir diesen Punkt der Tagesordnung soweit erledigt.

Dann darf ich Herrn Krone zum Punkt 2 der Tagesordnung „Arbeitsplanung der Bundestagsfraktion bis 1961“ das Wort erteilen.

ARBEITSPANUNG DER BUNDESTAGSFRAKTION BIS 1961; PARTEIFINANZEN; RUNDFUNKGESETZ; VERSCHIEDENES

Krone: Ich begrüße es, daß sich der Bundesvorstand mit der Frage befaßt, was die Bundestagsfraktion getan hat und was sie zu tun beabsichtigt. Die Fraktion legt auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand entscheidenden Wert. Bei der Kürze der Zeit kann ich nur kurz und sehr gedrängt dazu Stellung nehmen. Ich werde also nur das Wichtigste an Überlegungen hier sagen können. Was ich hier vortrage, ist in Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedern in der Regierung festgestellt worden. Wir haben die Zeit der Ferien benutzt, um mit den Mitgliedern über die Frage zu sprechen, und haben auch den Herrn Bundeskanzler über das Ergebnis unserer Aussprache verständigt.

Ich habe der Fraktion das ganze Tableau der anstehenden Fragen nicht mitgeteilt, damit es nicht in der Presse erscheint. Das wissen nur die Vorsitzenden der Arbeitskreise und die Vorsitzenden der Fraktion. Wir haben eine Reihenfolge der Dringlichkeit aufgestellt, wobei die Fragen, die weniger wichtig sind, an den Schluß gestellt werden. Ich will mich nicht für die Fraktion verteidigen wegen des

Vorwurfs, der neulich in einer bekannten Zeitschrift – im „Rheinischen Merkur“⁸⁴ – erhoben wurde, daß nämlich die Fraktion bisher versagt habe. Das könnte ich nachweisen, daß das falsch ist, an dem, was bisher alles geschehen ist. Aber es liegt mir fern, das zu tun.

Bei unseren Überlegungen hat der Gedanke mitgespielt, daß das Jahr 1960 vor uns steht mit den großen Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, wo die wichtigsten Städte in den Händen der Sozialdemokraten sind; das gleiche gilt auch für Niedersachsen. Es hat bei unseren Überlegungen weiter mitgespielt das Jahr 1961. Wir haben gesprochen – kurz zusammengefaßt – über Inneres, Soziales, Rechtsfragen, Steuern, Wohnungsbau, Verkehr, Eigentumsbildung. Das Parteiengesetz liegt vor uns.⁸⁵ Hier legt die Fraktion besonderes Gewicht darauf, daß der Bundesvorstand und die Landesvorsitzenden ihre Überlegungen von der Partei aus der Fraktion mitteilen. Hier spielt auch eine Frage eine Rolle, die im Gesetz selber nicht vorgesehen ist, die aber mitdiskutiert werden muß, nämlich die Finanzierung der Partei. Wir sollten über diese Frage also zusammen sprechen. Über das Rundfunkgesetz und das zweite Fernsehprogramm brauche ich nicht viel zu sagen.⁸⁶ Das ist bekannt. Ich will nur sagen, wir sollten den ernststen Willen haben, nachdem wir uns seit fünf oder sechs Jahren mit dieser Materie bemüht haben, dieses Gesetz in diesem Bundestag so oder so zustande zu bringen, weil ich der Meinung bin, daß in den bisherigen Sendebereichen im Gegensatz zu unserer politischen Stellung die Linke ein zu großes Gewicht hat, was aber mit der Vergangenheit und ihren Verhältnissen zusammenhängt. Es wäre nur eine Frage der Parität, wenn das geändert werden könnte. Das hat nichts zu tun mit einer einseitigen Machtvorstellung des Bundes und der Länder. Ich vertraue darauf, daß wir einen Weg in dieser Frage finden werden.

Es steht noch an das Gebiet der Notstandsgesetzgebung⁸⁷, über das Herr Schröder im einzelnen etwas sagen könnte. Da bin ich selber überfragt. Ich darf weiter folgende Gesetze nennen: das 131er-Gesetz⁸⁸, das Arzneimittelgesetz⁸⁹, das Apothekengesetz⁹⁰,

84 „Die Mehrheitspartei“ von Otto B. Roegele. In: „Rheinischer Merkur“ vom 25. September 1959. Dazu: Rainer Barzel: Bilanz zur Halbzeit. Das parlamentarische Arbeitsprogramm der Union. Ebd. vom 6. November 1959.

85 Regierungsentwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 22. Dezember 1959 – BT-Drs. 1509.

86 Regierungsentwurf eines Gesetzes über den Rundfunk vom 26. November 1959 (BT-Drs. 1434). BULLETIN vom 3. Oktober 1959 S. 1840.

87 Erst das 17. Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 (BGBl I S. 709) hat dem Grundgesetz ein umfangreiches Notverfassungsrecht eingefügt. Zum Stand der Diskussion im Jahre 1959 vgl. BULLETIN vom 10. Oktober 1959 S. 1901f. (Rundfunkvortrag Schröders zur Notstandsgesetzgebung); dazu auch Michael SCHNEIDER.

88 Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen, 21. August 1961 – BGBl I S. 1557.

89 Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln, 16. Mai 1961 – BGBl I S. 533.

90 Gesetz über das Apothekenwesen, 20. August 1960 – BGBl I S. 697.

eine Novelle zum Gesetz für jugendgefährdende Schriften⁹¹, das Sozialhilfegesetz in Verbindung mit dem Jugendhilfegesetz⁹², wobei ich Wert darauf lege, daß die Freien Verbände ihrer Bedeutung gemäß im Gesetz ihre Verankerung bekommen und nicht allein der Staat und die Kommunen.

Im sozialen Bereich liegt eine Reihe von Aufgaben vor uns, z.B. die Altersversicherung des Handwerks,⁹³ wobei ich hoffe, daß wir noch in den nächsten Wochen mit den Handwerkern und Sozialpolitikern zu einer Verständigung kommen werden. Ich gebe zu, daß unsere Sozialpolitiker den Wünschen des Handwerks schon sehr weit entgegengekommen sind. Bei der Altersversicherung der Landwirte⁹⁴ stehen wir noch vor einigen Unebenheiten in puncto Geld. Weiter stehen vor uns das Fremdrentengesetz⁹⁵ und die Reform der Unfallversicherung⁹⁶.

Ich höre, daß die Bundesregierung – sie tut das im Einverständnis mit der Fraktion – die Große Anfrage der Sozialdemokraten, ob die Krankenversicherung⁹⁷ noch geregelt wird, mit Ja beantworten wird. Ich weiß, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich sehr überlegt haben, ob das politisch klug ist. Sie haben das mir und anderen Mitgliedern der Fraktion gesagt. Ich verstehe das durchaus. Soweit ich aber – ich bin kein Fachmann – von unseren Experten unterrichtet worden bin, sollten wir es im Laufe des nächsten Jahres tun, zumal dieses Gesetz auch eine Reihe von Vorteilen bringen wird, die auch im Wahlkampf gut ankommen. Die entscheidende Frage ist die Mitbeteiligung. Wenn hier das richtige Wort gefunden wird, sollte man es machen.

Zum Sozialhilfegesetz – wir nannten es früher das Fürsorgegesetz – habe ich das Nötige gesagt. Bei der Reform der Kriegsoferversorgung⁹⁸ bedaure ich, daß wir es nicht hinbekommen haben, gleich von Anfang an eine gemeinsame Linie zu finden. Darüber nachher noch ein Wort! Wir hatten nach der letzten Kindergeldgesetz-Novelle⁹⁹, bei der wir für das dritte Kind das Kindergeld von DM 40,- erhöht haben, von der Fraktion einen Ausschuß eingesetzt, der während der Ferien gearbeitet hat, weil aus den Reihen des Mittelstandes mit Recht Bedenken vorgebracht worden sind, insbesondere von den lohnintensiven Betrieben, daß diese Aufbringung der Gelder sie sehr einseitig belaste. Der Bericht des Ausschusses liegt vor. Ich habe den Bericht

91 Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften, 21. März 1961 – BGBl I S. 296.

92 Gesetz vom 30. Juni 1961 – BGBl I S. 815 (Bundessozialhilfegesetz); Gesetz vom 11. August 1961 – BGBl I S. 1193 (Jugendwohlfahrtsgesetz).

93 Gesetz über eine Rentenversicherung der Handwerker (Handwerkerversicherungsgesetz), 8. September 1960 – BGBl I S. 737.

94 Gesetz zur Neuregelung der Altershilfe für Landwirte, 3. Juli 1961 – BGBl I S. 845.

95 Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz, 25. Februar 1960 – BGBl I S. 93.

96 Gesetz zur vorläufigen Neuregelung von Geldleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung, 29. Dezember 1960 – BGBl I S. 1085.

97 Große Anfrage der Fraktion der SPD betr. Neuregelung der sozialen Krankenversicherung, 20. Oktober 1959 – BT-Drs. 1298.

98 Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsofferrechts, 27. Juni 1960 – BGBl I S. 453.

99 Gesetz zur Änderung von Vorschriften der Kindergeldgesetze, 16. März 1959 – BGBl I S. 153.

der Fraktion bisher noch nicht gegeben. Ich möchte, Herr Bundeskanzler, wegen dieser so wichtigen und delikaten Frage des Kindergeldes zunächst einmal mit den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung und mit der Fraktion zusammensitzen, um anhand dieses Berichtes zu prüfen, auf welchem Wege wir hier weiterkommen können. (*Adenauer*: Haben Sie das Schreiben von Herrn Wuermeling bekommen, was ich Ihnen geschickt habe?¹⁰⁰) Das habe ich bekommen. Bisher war es das Bemühen der Fraktion – es hat nicht immer geklappt –, sich in der Sache zwischen Fraktion und den zuständigen Ministern zu verständigen. Das scheint mir das Ausschlaggebende zu sein, daß wir geschlossen vorgehen. Ich möchte, ehe ich die Sache im Vorstand behandeln kann, zunächst mit dem Kabinett und unseren Experten beraten.

Das Häftlingshilfegesetz¹⁰¹ wird von den betreffenden Kreisen sehr wichtig genommen. Beim Jugendarbeitsschutzgesetz¹⁰² habe ich eine kleine reaktionäre Auffassung, daß man nämlich bei der Fünftagewoche dieses Problem nicht mehr allzu wichtig nehmen soll. Vielleicht bin ich da auf einem falschen Weg. Der Rechtsausschuß muß sich als mitberatender Ausschuß mit einer Reihe von Fragen beschäftigen, die sonst den anderen Ausschüssen vorbehalten sind.

Es steht an – von der Fraktion gewünscht und von der Regierung auch bejaht – eine kleine Novelle zur Reform der Strafprozeßordnung¹⁰³. Die FDP hat bereits einen Antrag eingebracht, der aber nur eine Verkürzung oder Begrenzung der Untersuchungshaft vorsieht, also eine schematische Festsetzung, die völlig absurd ist. Wir legen Wert darauf, daß dieser Komplex möglichst bald abgeschlossen wird, damit er im nächsten Frühjahr endgültig behandelt werden kann.

Das große Gebiet der Strafrechtsreform¹⁰⁴, an der bereits im alten Reichstag jahrzehntelang gearbeitet worden ist, ist in der zuständigen Kommission der Professoren des Bundesgebietes behandelt und zum Abschluß gebracht worden. Es wird zunächst dem Kabinett vorgelegt. Dann kommt es in den Bundestag. Ich halte es für richtig, daß man es an den Bundestag weiterleitet, wobei ich mir klar darüber bin, daß eine Beratung mit abschließendem Ergebnis nicht mehr in diesem Bundestag erfolgen kann.

100 Wuermeling an Adenauer vom 2. November 1959 (ACDP I-221-018).

101 Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlins (West) in Gewahrsam genommen wurden, 16. Juli 1960 – BGBl I S. 561.

102 Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend, 9. August 1960 – BGBl I S. 665.

103 FDP-Antrag Gesetzentwurf zur Änderung der Strafprozeßordnung, 14. Oktober 1959 (BT-Drs. 1282) und Gesetzentwurf zur Änderung der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes, 17. August 1960 (BT-Drs. 2037). Zu einer Novelle der Strafprozeßordnung ist es in der 3. WP nicht mehr gekommen.

104 Die seit 1953 vom Bundesjustizminister eingeleiteten Vorarbeiten zu einer grundlegenden Reform und die Ergebnisse der aus Vertretern der Wissenschaft und Strafrechtspraxis gebildeten Großen Strafrechtskommission führten erst im Jahr 1962 zum Entwurf eines neuen StGB.

In der Diskussion ist noch das Kapitel des Ehrenschutzgesetzes¹⁰⁵, dessen Anliegen ich durchaus verstehe, wobei ich auch nur sagen kann, so sind nun einmal die Dinge in der Welt, daß wir uns sehr überlegen müssen, daß das ein heißes Eisen ist. Aber ich habe bisher die Meinung vertreten, wir sollten auf diesem Gebiet weiterarbeiten. Das Gesetz über die Errichtung eines Obersten Bundesgerichts¹⁰⁶ steht noch aus. Hier darf ich erwähnen das Richtergesetz¹⁰⁷, das Notarrecht¹⁰⁸, das Finanzgerichtsbarkeitsgesetz¹⁰⁹.

Auf dem Gebiete der Wirtschaft möchte ich zunächst das Kapitel Kohle und Heizöl erwähnen und hier im Vorstand herausstellen als Beweis dafür, daß die Bundesregierung und die Landesregierung, aber auch die Bundestagsfraktion und die Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen aufs beste zusammenarbeiten können. Das ist geschehen. Mir liegt sehr daran, daß solche Beispiele weiter fortgesetzt werden.

Wir haben die Diskussion über dieses Kapitel gehört. Die Fraktion ist geschlossen der Meinung, daß hier geholfen werden muß. Die Gründe sind uns allen bekannt. Sie waren allgemein politischer Art. Sie liegen in der Anfechtbarkeit dieses Gebietes. Auch das, was der Herr Kollege Albers gesagt hat, schlägt in dieses Kapitel hinein. Das wird von uns allen gesehen. Wenn ich bei diesem Problem der Kohle mit Sorge in die Diskussion gegangen bin, dann deshalb, weil ich mir überlegte, ob die Heizölsteuer¹¹⁰ das richtige Instrument sei. Die Regierung bejaht es. Wir werden über die Frage des Wie im einzelnen noch mit der Regierung im Ausschuß beraten. Ich kann dem Vorstand sagen, daß hier von der Fraktion im Sinne der Regierung geholfen wird, um das Problem auszupendeln; eine Angelegenheit, die nicht reaktionär ist, sondern die nur dem Fortschritt dient, und zwar ohne Gefährdung der Realitäten, wie sie heute gegeben sind.

In das Kapitel der Wirtschaft gehört noch das Kreditwesengesetz¹¹¹, eine bundeseinheitliche Neufassung des Kreditwesens. Wir sind mit der kleinen Aktienrechtsreform¹¹² fertig geworden und haben einen Kompromiß gefunden zwischen den Kollegen Katzer und Wilhelmi¹¹³ aus Frankfurt, einem Vertreter der Aktienrechtsreform.

105 Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschutzes, 18. August 1959 – BT-Drs. 1237.

106 Das im GG vorgesehene Oberste Bundesgericht zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung wurde nie errichtet.

107 Deutsches Richtergesetz, 8. September 1961 – BGBl I S. 1665.

108 Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Notarrechts, 16. Februar 1961 – BGBl I S. 77.

109 Über den Entwurf zur Neuordnung der Finanzgerichtsbarkeit vom 10. Januar 1958 (BT-Drs. 127) kam man in der 3. WP nicht hinaus.

110 Einen Gesetzentwurf zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes, der die Einführung einer bis zum 31. Dezember 1962 befristeten Steuer von DM 30 je Tonne für Heizöle vorgesehen hätte, hatte der Bundesrat am 23. Oktober 1959 abgelehnt (AdG 1959 S. 8019).

111 Gesetz über das Kreditwesen, 10. Juli 1961 – BGBl I S. 881.

112 Gesetz über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung, 23. Dezember 1959 – BGBl I S. 789.

113 Vermutlich Dr. Hans Wilhelmi. Vgl. Nr. 3 Anm. 105.

Ich nehme an, daß wir diese Vorlage noch in der ersten Dezemberhälfte im Plenum des Bundestages verabschieden können. Ein Gesetz über die Verunreinigung der Luft¹¹⁴ muß noch bearbeitet werden. Das gleiche gilt für das Wirtschaftssicherungsgesetz¹¹⁵. (*Zuruf*: Ist schon fertig!) Dieses Gesetz sieht für wirtschaftliche Notfälle Ermächtigungen vor. Im Sinne des Auftrages des Bundesausschusses von Hamburg und Kiel, der in einer Reform der Umsatzsteuer einen Weg sah gegen eine unrichtige und unsachliche Konzentration in der Wirtschaft, hält die Fraktion an einer Umsatzsteuerreform¹¹⁶ fest. Ich bin aber überfragt, wenn ich mitteilen soll, wie sie aussieht. Wir kommen in dieser Woche mit den Experten zusammen, um mit dem Hartmann¹¹⁷-Ausschuß zu überlegen, was wir tun können.

Im Bundestag müssen wir nun zwei Haushalte beraten wegen der Umstellung auf das Kalenderjahr. Anfang Dezember ist die Haushaltsrede des Finanzministers für den Haushalt vom 1. April bis 31. Dezember des nächsten Jahres, und im Oktober oder November ist dann die erste Lesung des Haushalts für das Jahr 1961. Wir haben uns bisher entsprechend dem Kieler Beschluß daran gehalten, keine Erhöhung der Steuern vorzunehmen. Der Finanzminister hat uns ausdrücklich gelobt, daß wir nur 10 oder 15 Millionen über den 40-Milliarden-Haushalt hinausgegangen sind, was bei dieser großen Summe sicherlich als guter Wille anzusehen ist, daß man keine unnützen Ausgaben machen soll.

Auf dem Gebiete des Wohnungsbaues steht am Donnerstag dieser Woche¹¹⁸ die erste Lesung des Mietenplans bevor, der einen schrittweisen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vorsieht. Wir haben uns hier mit dem Kollegen Lücke verständigt, daß er einige zu kurzfristige Termine überprüft hat. Die andere Sache kommt nach den Wahlen. Mietpreise sind politische Preise. Hier ist in einem Gespräch mit dem Bundeskanzler und dem Wohnungsbauminister ein Weg gefunden worden, den der Kollege Lücke jetzt vertritt.

Dann kommt das Bundesbaugesetz¹¹⁹, das im Ausschuß liegt, wo zwischen allen Beteiligten, soweit ich höre, ein Kompromiß in der Frage der Grundsteuer gefunden

114 Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung, 22. Dezember 1959 – BGBl I S. 781.

115 Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft, 22. Dezember 1960 – BGBl I S. 785.

116 Gesetz vom 16. August 1961 – BGBl I S. 1330. Vgl. auch ACDP VII-001-020/9-10 und 021/3 (Protokolle der CDU-Bundesausschußsitzungen in Hamburg vom 11. und 15. Mai 1957 und Kiel vom 18. September 1958) sowie ACDP VIII-001-036/1 (Protokollauszüge der CDU/CSU-Bundestagsfraktionssitzungen betr. Umsatzsteuerreform 1956–1965).

117 Prof. Dr. Alfred Hartmann (1894–1967), 1949–1959 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 91 Anm. 47. – Von den Sitzungen der Arbeitsgruppe Umsatzsteuerreform (=Hartmann-Ausschuß) Protokolle in ACDP VIII-004-074/1, Juni 1959 bis Februar 1960.

118 Am 12. November 1959 – Sten.Ber. 3. WP Bd. 44 S. 4880–4922.

119 Gesetz vom 23. Juni 1960 – BGBl I S. 341.

worden ist. Auf dem Gebiete des Verkehrs brauche ich bei dem rasanten Anstieg nur die Frage der Straßenbaufinanzierung zu erwähnen.

Ich will zum Schluß noch etwas hervorheben. Ich habe vorhin von unserer Aufgabe gesprochen, die wir uns in Kiel und in Hamburg vorgenommen haben. Ich erinnere an die Reden von Karl Arnold und Professor Erhard.¹²⁰ Wir haben in einem Unterausschuß der Fraktion uns mit der Eigentums- oder Vermögensbildung befaßt.¹²¹ Es ist ein schwieriges, aber auch ein wichtiges Kapitel. Ich sehe in einer von unseren Grundsätzen her zu vertretenden Eigentumspolitik eine große Aufgabe. Die Sozialdemokraten und selbst die FDP stellen heute solche Forderungen auf, die wir in der Stille erarbeiten. Die Arbeit geht weiter. Hier werden wir entsprechend unserem Grundsatz nicht vorher in die Öffentlichkeit gehen, sondern diesen ganzen Fragenkomplex zunächst mit den zuständigen Ministerien besprechen. Wie ich höre, soll es nach Weihnachten geschehen. Haben Sie es Herrn Burgbacher gesagt, Herr Bundeskanzler? (*Adenauer*: Ja!) Wir können es dann geschlossen vertreten.

Das ist kurz die Übersicht. Bitte fassen Sie es nicht so auf, als ob die Fraktion nur materielle Dinge kenne. Ich gehöre zu denen, die der Überzeugung sind, daß jede materielle Entscheidung von einer grundsätzlichen Haltung in unseren großen Lebensfragen getragen sein muß. (*Beifall.*)

Adenauer: Wir sind Herrn Krone für die Übersicht und der Fraktion für ihre Arbeit sehr dankbar. Wir sind uns wohl darüber einig, daß bei der Wahl im Jahre 1961 die Frage, was hat nun der Bundestag, der eine CDU/CSU-Mehrheit gehabt hat, geleistet, eine große Rolle spielen wird. Daher können wir die Versprechungen des Vorstandes der Fraktion, insbesondere des Herrn Kollegen Krone, dafür zu sorgen, daß nun die Fraktion auch wirklich alle diese Dinge erledigen will, nur sehr begrüßen.

Wenn wir in den Wahlkampf eintreten und man uns dann entgegenhalten könnte von seiten der SPD, das und das habt ihr versprochen, aber das und das habt ihr erst verabschiedet, dann hätte das eine sehr üble Wirkung. Wir wissen alle, daß an die Mitglieder der Fraktion sehr große Anforderungen gestellt werden im Laufe der nächsten 16 bis 18 Monate. Aber das muß durchgebissen werden. Wenn Sie zustimmen, autorisieren wir Herrn Krone, das, was ich gesagt habe, der Fraktion zu übermitteln.

Die Krankenversicherung ist namentlich in Wahlzeiten eine gefährliche Sache. Aber nachdem die Sozialdemokraten diese Große Anfrage gestellt haben und dahintersteht, daß sie einen Initiativgesetzentwurf einbringen, zu dem wir dann gezwungen wären, doch Stellung zu nehmen, müssen wir den Entwurf einbringen, der sicher sehr angefeindet werden wird. Ich glaube nun, daß Sie an zwei Gesetzen ein großes Interesse haben. Die Zeit reicht wohl aus, daß Herr Kollege Schröder

120 Ludwig ERHARD: Wohlstand für alle. In: CDU, 7. Bundesparteitag S. 139–154; Karl ARNOLD: Eigentum für jeden. Ebd. S. 154–164.

121 Materialien dazu in ACDP I-162-A714/3-4, A744/1, A745/1-2 und in ACDP VIII-005-009/2, 018/1 und 057/1-2. Vgl. auch DOMES S. 42–43 und S. 136–151.

uns einen Vortrag hält, und zwar über das Parteiengesetz und das Gesetz über den Rundfunk. Sind Sie einverstanden, daß Herr Schröder zunächst das Wort nimmt zum Parteiengesetz? (*Zustimmung.*)

Schröder: Ich will anfangen mit dem Parteiengesetz. Das Parteiengesetz ist, wie der größte Teil der Anwesenden weiß, parteiintern ziemlich gut vorbereitet und abgestimmt. Es hat hier schon von einem frühen Stadium ab eine gute Zusammenarbeit stattgefunden. Die Sache ist erörtert worden im Kreis des geschäftsführenden Vorstandes, der Landesvorsitzenden und in einem kleineren Kreis, den die Fraktion gebildet hat. Die Entwürfe sind zeitig verschickt worden. Im übrigen ist bekannt, daß das Bundesratsstadium durchlaufen ist.

Zusammenfassend kann man sagen, daß – von Nuancen abgesehen, die nicht interessant sind – die Parteigremien mit der Linie, wie sie aufgezeichnet ist, einigermaßen übereinstimmen. Ich will nur mit wenigen Strichen diese Linie aufzeichnen. Wir sind alle gegenüber dem Thema Parteiengesetz Jahre hindurch außerordentlich skeptisch gewesen. Wir sind seit vielen Jahren als eine lebende Partei und als ein lebendiger Organismus gegenüber Dingen, die gesetzlich gemacht werden sollen, immer besonders empfindlich. Deswegen haben wir auch den Auftrag, den uns das Grundgesetz im Artikel 21 gegeben hat, nämlich die Rechenschaftslegung über die Einnahmen und die Herkunft der Mittel einer Partei, in dem Sinne aufgefaßt, daß hier etwas geregelt werden soll, was mit der Wirklichkeit der Parteien und ihren Möglichkeiten übereinstimmt. Ein Teil dessen, was im Artikel 21 des Grundgesetzes für die Parteien verlangt wird, innere Ordnung und Abwehr radikaler Bestrebungen, ist auch mehr oder weniger schon vor dem Parteiengesetz tatsächlich verwirklicht worden.

Ich darf an das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht¹²² erinnern, wo das ganze Kapitel „Verbot der Parteien“ durchaus verfahrensmäßig geregelt ist. Dieses Gesetz hat aber gewisse Lücken, z.B. die Bestimmung über die Durchführung des Verbots von Parteien. Diese Lücke wird durch das Parteiengesetz geschlossen werden. Eine Rolle spielt das Problem „innere Ordnung der Partei“. Das Grundgesetz sagt darüber nicht mehr, als daß die innere Ordnung der Parteien den demokratischen Grundsätzen entsprechen und mit dem Gesamthalt unserer Verfassung in Übereinstimmung stehen soll. Wir sind der Meinung, daß unsere Satzung, so wie sie ist, dem im wesentlichen Rechnung trägt.

Es gibt ein Problem, das vielleicht noch gewisse Schwierigkeiten machen wird, nämlich dafür zu sorgen, was man eine innerparteiliche Demokratie nennt, also möglichst dazu beizutragen, daß die einzelnen Gremien immer direkt gewählte Gremien sind und nicht zu sehr besetzt werden von Menschen, die bereits andere Funktionen einnehmen. Man kann darüber streiten, wie hier die Spitze einer an sich

122 Vgl. dazu Reinhard SCHIFFERS (Bearb.): Grundlegung der Verfassungsgerichtsbarkeit. Das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951. Düsseldorf 1984 S. XVII, 392.

föderalistisch aufgebauten Partei ist. Das sieht vom Standpunkt der CSU etwas anders aus, weil dort die Sache bis zur Landespartei geht. Dort ist Schluß, aber bei uns wölbt sich darüber die Bundespartei. Ich erwähne das, weil wir zwangsläufig dazu kommen werden, in einer Spitze, in einem Vorstand, eine relativ große Anzahl von Menschen zu haben, die ihr Herkommen aus anderen Bereichen herleiten. Ich glaube, wenn wir eine Begrenzung haben auf zwei Drittel, die möglichst unmittelbar gewählt werden, und ein Drittel, die aus Ämtern kommen, so ist das etwas, was einerseits unseren praktischen Bedürfnissen und andererseits den verfassungsmäßigen Grundsätzen Rechnung trägt. Das ist ein Prinzip, das in unseren Reihen nicht ernsthaft umstritten ist, aber es wird im Bundestag noch Zeit sein, darüber zu sprechen.

Das zweite und eigentlich wesentliche Neue, was im Parteiengesetz steht, ist die Behandlung der Rechenschaftslegung der Partei. Ich habe nicht zuletzt unter diesem Gesichtspunkt vor Jahren eine Kommission einberufen, bestehend aus verschiedenen Kreisen und Schichten, in der sowohl Historiker wie Philosophen, Juristen wie sonstige Vertreter der deutschen Wissenschaft eine Rolle gespielt haben. Den Bericht dieser Kommission haben Sie vor zwei Jahren bekommen.¹²³ Darin steht wirklich sehr viel Lesenswertes über die Geschichte dieser ganzen Problematik an sich. Ich habe in dieser Kommission, die unabhängig war, immer versucht, einen gewissen Einfluß zu nehmen, damit die Herren nicht aus reiner Theorie zu gesetzlichen Vorschlägen kamen, die mit der Wirklichkeit der Partei völlig unvereinbar gewesen wären. Ein gewisser Streit bei diesem Thema läuft dahin, daß unseren politischen Gegnern sehr viel daran gelegen ist, unsere Finanzquellen bis in den letzten Haushaltspfennig aufzuklären, weil sie glauben, je stärker diese Quellen publiziert werden, desto sicherer würden sie versiegen.

Wir haben seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts allerhand Lehrgeld auf diesem Gebiet bekommen. Je stärker diese Dinge publiziert werden, desto geringer wird die Neigung unserer Freunde und Helfer, sich in die unangenehme Lage zu begeben, in Berichten zu erscheinen und sich damit manchen Unannehmlichkeiten auszusetzen. Deshalb habe ich von Anfang an die Linie gewählt, daß die Herkunft der Mittel der Parteien nur in einer pauschalen Weise aufgezeigt werden darf, und zwar nach Kategorien, wobei die Kategorie sehr leicht auf der Hand lag, was von den Mitgliedern und aus Spenden kommt.

Wir haben diese Gedanken in einem frühen Stadium in diese Sache hineingebracht und uns dazu entschlossen, keinerlei Kontrolle durch öffentliche Stellen zuzulassen. Der Gedanke lag vielleicht nahe, den Bundesrechnungshof oder Landesrechnungshof einzuschalten. Das wäre aber nach meiner Meinung mit der Stellung der Parteien nicht im Einklang gewesen, daß man sie einer polizeilichen Kontrolle ihrer Mittel unterworfen hätte. Mir erschien es richtig, zugunsten der Parteien dasselbe wirken zu lassen, was zugunsten der Wirtschaft wirkt, daß nämlich – ich drücke mich ungenau aus – ihr Geschäftsgebaren geprüft wird durch Geschäftsprüfer, die eine gewisse

¹²³ Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 382 Anm. 85, S. 678 Anm. 31 und S. 679.

öffentliche Funktion haben, die aber keine Beamten oder Beauftragten des Staates sind, d.h., daß diese Rechnungslegung der Parteien, nach Kategorien aufgeschlüsselt, durch Wirtschaftsprüfer in ihrer Richtigkeit bestätigt werden und dann in der Form publiziert werden sollen wie die Berichte von Aktiengesellschaften usw.

Diejenigen, die den Debatten im Bundesrat und im Bundestag gefolgt sind, wissen, daß die Linke einen sehr weitgehenden Vorstoß gemacht hat, der darauf hinausläuft, ihre eigenen Geldquellen sorgfältig zu schonen und unsere Geldquellen möglichst zu ruinieren, nämlich eine Angabe der Spender bis hinunter zu ... (Zuruf: 5.000!) Sie wollen noch viel tiefer hinuntergehen. Das würde uns in die Notwendigkeit versetzen, zu den schlimmsten Ausflüchten zu greifen. Aber das ist erfreulicherweise im Bundesrat¹²⁴ bis auf ein paar Überbleibsel gestrichen worden, so daß wir das Gesetz cum grano salis in den Bundestag bringen werden, wie die Regierungsvorlage ausgesehen hat.

Dann gibt es das Problem der Aufstellung der Wahlbewerber. Die Frage, ob man dafür Grundsätze aufstellen soll, die für alle gelten – also Bundestag, Landtag und Kommunen –, kann man so oder so ansehen. Das ist keine Frage von entscheidender Bedeutung. Darüber kann man sich im Bundestag unterhalten.

Damit habe ich in groben Zügen den Inhalt und die Richtung der vorliegenden Drucksache skizziert. Ich glaube, daß damit unsere eigenen Freunde eine solide Basis haben. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß die SPD im Bundesrat neue Forderungen bringen wird. Herr Zinn ist sozusagen der sozialistische Vorort auf diesem Gebiet für ganz Deutschland, so daß man, wenn Hessen etwas verfolgt, immer einen sehr guten Anhaltspunkt dafür hat, wohin die Sozialisten steuern. Sie können sicher sein, daß jeden Antrag, den er dort vorbringt, wir im Bundestag wiedersehen. Das Ergebnis wird so sein, wie es im Bundesrat war. Herr Krone hat gesagt, wir bejahen dieses System einschließlich der aktiven Finanzierung. Hier handelt es sich nicht um die passive Finanzierung, sondern nur um die Frage, in welcher Weise bekommt die Öffentlichkeit ein plastisches Bild dessen, was die Parteien an Mitteln aufwenden können.

Jeder, der seit vielen Jahren in dieser Arbeit steht, weiß, daß wir bei der ganzen Sache wenig daran interessiert sind, das entsprechend zu publizieren, sondern daß wir ständig geplagt sind von einer Sorge: Woher kommt das Geld? Ich habe den Professoren gesagt, wenn sie jemals in einer Orts- oder Kreisebene tätig gewesen wären, dann müßten sie wissen, daß man, um einen Wahlkampf durchzuführen, immer mühsam hinterherjagen müsse, um die Aufwendungen zu bekommen, die sich nach unserer Meinung in einem sehr bescheidenen Rahmen halten. Das war für die Herren mit ein Anlaß, nun nicht die Vorschläge zu machen, die auf sozialdemokratischer Grundlage beruhten.

124 In der 210. Sitzung des Bundesrates am 23. Oktober 1959; Stellungnahme des Bundesrates in BT-Drs. 1509, Anlage 2.

Wir haben dabei ein Interesse. Es ist uns aber in der Vorbereitung dieses Gesetzentwurfs nur sehr unvollkommen gelungen, ihm zu entsprechen. Wir haben es nur angedeutet. Ich bin der Überzeugung, daß wir zurückkommen müssen zu einer steuerlichen Begünstigung der Parteien. Als wir uns im zweiten Bundestag entschlossen haben, die steuerliche Abzugsfähigkeit einzuführen, haben wir das aus Gründen der Sauberkeit getan. Alle diejenigen, die dabei waren, wissen, daß wir diese Sache zunächst auf eine anständige Basis gestellt haben, so daß niemand mehr gezwungen war, krumme Wege zu gehen, z.B. mit den angeblich aufgegebenen Anzeigen, die nicht erschienen sind und trotzdem bezahlt wurden. Das hat mit unseren Grundsätzen sehr wenig zu tun.

Wir sind der Meinung, daß die Tätigkeit der Parteien genauso wichtig ist wie die eines Turn- und Sportvereins, dem man ganz offen und reell steuerliche Abzugsfähigkeit gewährt. Ich habe die gegenteilige Meinung des Bundesverfassungsgerichts für horrend gehalten. Dieses Urteil stammt nach meiner Meinung aus der Vorstellung eines sozialistischen Staates und niemals aus der Vorstellung eines Staates, wie ihn das Grundgesetz kennt, also eines in sich gegliederten Staates. Das ist der schwere Fehler dieses Urteils. Aber wir haben leider dieses Urteil bekommen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß dieser Prozeß vom Bundesfinanzministerium geführt worden ist, und zwar vor den Zeiten des Herrn Etzel. In diesem Kreis verrate ich kein Geheimnis, wenn ich sage, Herr Schäffer war ein Gegner der steuerlichen Abzugsfähigkeit, so daß der Prozeß – das ist meine Überzeugung – deswegen nicht so umfassend geführt worden ist, wie er hätte geführt werden sollen. Diesen Prozeß durften wir nicht verlieren! Leider haben wir ihn verloren.

Wir machen den Versuch, das Problem neu aufzunehmen – es ist nur eine Andeutung im Gesetz –, indem wir die Gemeinnützigkeit der politischen Parteien herausstellen. Wir hoffen – ich sage, wir hoffen –, von da aus den Boden zu finden, um dieses Urteil eines Tages wieder aus den Angeln zu heben.

Es wird für unsere Freunde – ganz abgesehen von der Abwehr der Angriffe der Linken – das eigentliche Kunststück sein, es fertigzubekommen, in diesen Entwurf Bestimmungen einzubauen, die diese steuerliche Abzugsfähigkeit in dieser oder jener Weise wieder ermöglichen. Darin sehe ich den Kern unserer Bemühungen, auch bei dem Finanzierungsproblem.

Was darüber hinausgeht, ist natürlich etwas, was eigentlich nur durch eine Kombinationsmethode – wie ich es nennen möchte – gelöst werden kann, nämlich die Finanzierung der Parteien auf vielerlei Beine zu stellen. Das eine Bein sind die Mitglieder. Das zweite Bein – worum sich Herr Scheufelen bemüht hat – ist eine Art von Organisation unserer Wirtschaftsunternehmungen, die ihrerseits einen beträchtlichen Beitrag liefern können zur Finanzierung des Ganzen. Das dritte Bein ist eine Art staatsbürgerliche Leistung, die geleistet wird von den Ländern und vom Bund.

Wir haben eine Position von fünf Millionen im Haushalt. Es wird darum gehen, dafür eine Quote zu finden, daß wir dieses Geld einigermaßen geschickt unter die

Leute bringen, ohne es gleichzeitig mit an den Bund der Deutschen¹²⁵, die DRP¹²⁶ usw. abzuführen. Ich will das nur andeuten. Das ist nicht ganz einfach. Das vierte Bein ist die Frage, wieweit und in welcher Form lassen sich öffentliche Zuwendungen an die Parteien heranführen. Dazu gehört das, was ich über die Arbeit gesagt habe, die im Ausschuß für dieses Gesetz noch geleistet werden muß.

Ich möchte resümieren: Der Abschluß des Gesetzes, soweit es sich um die rein organisatorischen Dinge und die Rechenschaftslegungen handelt, ist relativ einfach. Aber der Abschluß des Gesetzes wird politisch heiß umkämpft werden. Eine zeitliche Prognose dafür zu geben, ist wohl sehr schwer. Wir dürfen uns bei diesem Gesetz nicht hetzen lassen durch übereilte Beschlüsse. Es wird noch ein zäher Kampf mit der Linken im Bundestag werden. Es wird darauf ankommen, daß das Gesetz im Ausschuß von den Freunden beraten wird, die etwas davon verstehen, weil es eine Sache ist, die viel wichtiger ist für unsere Zukunft als irgendein anderes Gesetz. Es geht hier um einen Nerv, der sich als außerordentlich empfindlich erweisen wird. Wir müssen versuchen, im Rahmen dieses Gesetzes unser Möglichstes zu tun.

Krone: Die Landesverbände sind orientiert über den Entwurf des Bundesinnenministers. Ich weiß nicht, ob die Antworten eingegangen sind. Ich möchte Wert darauf legen, daß er die Antworten rechtzeitig bekommt, damit sich die Fraktion orientieren kann über das, was in den Landesverbänden gewollt wird, z.B. die Kandidatenaufstellung, die Organisationsform usw. Ich muß darum bitten, daß das geschieht, sonst kann die Fraktion nachher keine Beschlüsse fassen.

Ich bin mir klar darüber, daß das Gesetz sehr schwierig ist und ein Kampfgesetz wird gegenüber der Linken. Wir müssen versuchen, es im Bundestag noch zu ergänzen. Ich hätte gern den Dr. Wilhelmi dazu. Wenn ich ihm sagen könnte, der Bundesvorstand läßt Sie bitten usw., Herr Bundeskanzler, dann wäre mir das sehr lieb.

Zur Frage der Finanzierung! Der Herr Bundeskanzler hat seine Meinung ziemlich fest gebildet. Im Antrag Stoltenberg¹²⁷ wird ein Betrag von DM fünf Millionen genannt – der auch in späteren Jahren wieder drinstehen wird –, die nach bestem Können verteilt werden. Es kommt darauf an, daß man darüber hinaus daran denken muß, die Frage der Finanzierung der Parteien durch den Staat ernsthaft zu prüfen. Das bekannte Instrument dazu ist im Grundgesetz gegeben, wonach die Parteien ein Teil der öffentlichen Meinungsbildung sind. Sie haben eine öffentlich-rechtliche Funktion, und von da aus kann man diese Forderung erheben. Ich sage offen, daß ich gegen eine totale Finanzierung der Parteien durch den Staat meine Bedenken habe, zumal man

125 Stöss 1 S. 856–859. Vgl. auch Nr. 17 Anm. 78.

126 Stöss 1 S. 1113–1191.

127 Der Antrag Stoltenbergs zur Parteienfinanzierung war zwar im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages mit großer Mehrheit angenommen worden, wurde aber im Plenum nicht diskutiert. Vgl. DUD Nr. 100 vom 29. Mai 1959 S. 3; „Der Spiegel“ vom 2. September 1959 (Schulen der Nation).

leicht in die Gefahr kommt, daß gesagt wird: Es kommt im Volke nicht gut an, wenn die Parteien vom Staate bezahlt werden. Es ist so, daß wir mit dem, was wir heute bekommen, nicht auskommen. Die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle – das haben wir gehört – krankt sehr stark an dieser Malaise, so daß dieses Problem ganz ernsthaft besprochen werden muß. Wir müssen hier einen Weg finden!

Adenauer: Etatposten können bei jedem folgenden Etat gestrichen werden, namentlich dann, wenn ein Defizit da ist, ohne daß die Streichung dieses Postens sehr viel Staub aufwirbelt. Das ist nach meiner Auffassung schon ein Grund, warum das Einsetzen eines Postens in den Haushalt nicht genügt. Wenn im Parteiengesetz etwas Derartiges steht, dann muß das – falls eine andere Mehrheit da ist – durch einen besonderen Gesetzentwurf geändert werden, und das ist viel schwieriger, als im Haushaltsplan einen Posten zu streichen.

Darum bin ich dafür, es bei den Etatposten – so gut das ist – nicht bewenden zu lassen, sondern es in das Parteiengesetz hineinzuschreiben. Jeder von Ihnen, der mit der Finanzierung unserer Partei zu tun gehabt hat, weiß, wie demütigend und unwürdig das Ganze ist. Aber auch dann, wenn man das schließlich auf sich nimmt, über eines muß man sich klar sein, wenn eine Partei wie die unsrige einmal nicht mehr in der Regierung sein sollte, dann sind wir finanziell am Ende. Dann werden wir zwar noch Mitgliederbeiträge haben, die aber in keiner Weise ausreichen, die laufenden Ausgaben zu decken, geschweige denn, eine Wahl zu finanzieren. Deswegen sind wir außerordentlich stark verwundbar, wenn nicht eine solche Sicherung geschaffen wird.

Über die Frage, nach welchem Maßstab bemessen werden soll, brauchen wir nicht lange zu sprechen. Es ist aber wohl die Frage zu erörtern: Soll die Bundespartei alles finanzieren und dann ihrerseits weiterfinanzieren, oder soll das nun übergreifen auf die Länder und schließlich auf die Kommunen? Ich meine, wenn es auf die einzelnen Glieder übergreift, dann ist es sehr schwierig. Auch wenn es auf die Länder übergreife, wäre es sehr schwierig, denn es würde immer großen Streit geben und die öffentliche Aufmerksamkeit auf die ganze Frage lenken. Deswegen bin ich der Auffassung, man sollte es so fassen, daß die Parteien, die eine Bundeszentrale haben, das Geld bekommen und daß bemessen wird nach der Zahl der Stimmen, die bei der letzten Bundestagswahl auf die betreffende Partei entfallen sind.

Stoltenberg: Wenn sich die CDU entschließt, durch das Parteiengesetz die Finanzierung zu machen, würde ich mitgehen, obwohl ich Bedenken habe, weil wir dann der öffentlichen Kritik sehr stark ausgesetzt sein werden. Ich habe festgestellt, daß die Freien Demokraten den Weg über das Gesetz mitgehen, die SPD aber ganz offenkundig nicht. Wenn wir die Finanzierung über das Gesetz beschließen, dann bekommen wir erhebliche Beträge. Wir müßten dann aber nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die links- und rechtsradikalen Parteien beteiligen. Ich möchte also auf die Konsequenzen des Bundesverfassungsgerichtsurteils hinweisen. Ich bin der Meinung, daß man über den Haushalt weitergehen kann. (*Adenauer:* Tun Sie das ruhig! Es gibt kein Hindernis!)

Im Augenblick haben wir nicht die Richtlinien. Der Herr Innenminister ist damit beschäftigt, diese Richtlinien auszuarbeiten. Könnten wir nicht den Posten verdoppeln? Das sollten wir jedenfalls für das übernächste Jahr tun. Die Rechenschaftslegung ist in der Praxis überhaupt nicht durchführbar. Dadurch, daß Sie im § 5 die Sonderorganisationen zu Teilen der Partei, im § 6 jedoch die Nebenorganisationen nicht zu Teilen der Partei erklären, werden die Sonderorganisationen rechenschaftspflichtig, die Nebenorganisationen jedoch nicht. Zu den Nebenorganisationen gehören die Verlage der SPD. Das führt dazu, daß die SPD einen großen Teil der politisch interessanten Beträge auf die Nebenorganisationen verlagern wird, so daß dadurch die ganze Rechenschaftslegung illusorisch wird. Darüber sollten wir uns klar sein, wenn wir eine Konzentration des Entwurfs vornehmen.

Von Hassel: Wenn die Offenlegung der Einnahmeseite verlangt wird, sollte man überlegen, ob man nicht die Offenlegung des Vermögens erfassen soll. Dann wird sich herausstellen, daß die Christlich-Demokratische Union arm und die Sozialdemokratische Partei relativ reich ist. Ich würde sagen, daß man bei der Beratung des Verfahrens im Bundestag diese Fragen prüft und nicht nur die laufende Einnahmeseite, sondern auch die Vermögensseite mit heranzieht. (*Krone:* Das ist doch drin!) Nein, das ist eben nicht drin! Die SPD hat ihr Vermögen zurückbekommen. Ich wäre dankbar, wenn der Bundestag dieses Parteiengesetz möglichst bald aufnehme und wir seitens des Bundesvorstandes dazu einen Beschluß faßen. Das Parteiengesetz ist sehr viel besser als alle Erwartungen oder Befürchtungen, die gehegt worden sind. Wir danken unserem Freund Schröder, daß in diesem Gesetz unsere Gedanken enthalten sind.

Sie haben die Wahlergebnisse aus Schleswig-Holstein, aber noch nicht die Ergebnisse aus Baden-Württemberg gehört. Nach der ersten groben Darstellung hat sich ergeben, daß die sogenannten Rathausparteien – also die unpolitischen Wähler – zumindest in den Städten von Nord-Württemberg zugenommen haben. Schleswig-Holstein ist das Land heute, das mit weitem Abstand den höchsten Prozentsatz von CDU-Kommunalvertretern hat. Wir haben die Zahl nur mit Hilfe dieses Wahlgesetzes¹²⁸ erhöhen können, und zwar von 12,5 Tausend auf 17 Tausend. Dieses Gesetz ist bei uns zustande gekommen durch die CDU und die SPD. Die SPD sieht genau wie wir, daß man nur dann die Dinge staatspolitisch in Ordnung hält, wenn man sich politisch bekennen muß. Die Formulierungen im Parteiengesetz über den Begriff, was ist Partei, sind nach meinem Dafürhalten so gut, daß es den Ländern draußen möglich ist, auch für ihre Wahlgesetze eine entsprechende Formulierung zu finden. Man würde vor allen Dingen den politischen Parteien dieses Privileg geben und dadurch den Weg erleichtern, daß dieses Parteiengesetz möglichst bald verabschiedet wird.

¹²⁸ Wahlgesetz für die Gemeinde- und Kreisverwaltungen in Schleswig-Holstein vom 25. März 1959. GVBl Schleswig-Holstein 315/1959 S. 13. Vgl. auch UiD Nr. 24 vom 18. Juni 1959 S. 6.

Nun zur Durchführungsverordnung über die Verteilung jener zwei mal fünf Millionen! (*Schröder*: Fünf Millionen!) Man rechnet damit, daß für die nächsten 15 Monate ein Betrag von insgesamt zehn Millionen zur Verfügung steht. Es kommt darauf an, einen Verteilungsmodus zu finden, der die Möglichkeit eröffnet, von diesen auf uns fallenden Geldern einen wesentlichen Teil – nicht nur 25 % – für die Organisationstätigkeit zu verwenden. Ich wäre dankbar, wenn man diesen Gedanken in der Durchführungsverordnung nicht mit den Herren Ihres Hauses, Herr Schröder, behandelt, sondern mit den Praktikern der politischen Parteien. (*Krone*: Das ist doch geschehen!) Nein, das ist nicht geschehen. Herr Stoltenberg hat gesagt: Mit Ach und Krach kriegen wir den Satz von 25 %. Ich habe erklärt, 25 % sind zu wenig. Der Zentralgedanke der Organisation wird hierbei zu wenig berücksichtigt. Wenn Sie sagen 40 %, dann würde ich zufrieden sein, aber 25 % sind zu wenig.

Schröder: Ich bin dafür, daß das Vermögen in die Rechenschaftslegung einbezogen wird. Die bisherigen Einnahmen aus selbständigen Wirtschaftsbetrieben usw. sind drin. Es ist ein Unterschied, ob ich eine Gewinn- und Verlustrechnung aufmache oder ein Vermögen einbeziehe. Es bestehen aber keine Bedenken; das kann ohne weiteres geschehen.

Das mit den Rathausparteien würde ich gerne unterstreichen. Es wird in der Tat im Gesetz gesagt:

„Als Parteien im Sinne dieses Gesetzes gelten nicht:

a) Vereinigungen, deren Ziel sich auf die Mitwirkung bei der politischen Willensbildung in den Gemeinden und Gemeindeverbänden beschränken kann.“

Da gibt es eine gewisse Unterstützung der Parteien als solche.

Die Frage mit den fünf Millionen ... (*Adenauer*: Das scheint mir übrigens verfassungswidrig zu sein!) Wir haben es vorsichtig formuliert. Ich möchte auf die fünf Millionen zu sprechen kommen. Herr Stoltenberg und die anderen Herren haben Vorschläge gemacht, wogegen ich starke Bedenken bekommen habe. Dort geht man davon aus, daß diese Mittel in der Weise vergeben werden müßten, möglichst viele Parteien sockelmäßig zu berücksichtigen. Ich habe einigen Grund, eine Formulierung zu finden, die mich überhaupt nicht unter den Zwang setzt, von 25 % oder 33 % auszugehen, sondern ich möchte, daß wir uns von jeder Nachprüfung so frei wie möglich halten. Die einzige Schwierigkeit ist der Bundesrechnungshof. Wenn die SPD 33 % von fünf Millionen bekommt – das ist keine große Sache –, dann habe ich eine Quittung über den Betrag, und die Sache ist erledigt. Ich suche nach einer Form, die mich nicht zwingt, auf diese einzelnen Beträge einzugehen, die mich gegenüber dem Rechnungshof abdeckt und wo ich intern eine Sicherung von der Linken bekomme. Ich trage diesen Gedanken nur vor; er ist noch nicht zu Ende gedacht.

Wir müssen weg davon, daß ich plötzlich einen Antrag der Bayernpartei bekomme, ihr Geld zu geben. Was geht uns die Bayernpartei an? Hier soll das Land Bayern etwas machen. Es gibt auch noch andere Gruppen, die wir hier auf unserer Ebene gar nicht haben. Herr Altmeier! Sie haben z.B. einen Vertreter der DRP in Ihrem

Landtag.¹²⁹ Es ist eine schlimme Vorstellung, daß diese Leute aus unserer Tasche Gelder beziehen. (*Krone*: Sie können es vermeiden!) Wir müssen aber eine Form finden, die etwa lautet: Geld für staatsbürgerliche Arbeit. Vielleicht muß der BHE herein. Bei dieser Form wird die Hilfe von Herrn Etzel nötig sein. Wir brauchen diese Formel gegenüber dem Bundesrechnungshof, der Wert darauf legt zu erfahren, was mit dem Geld geschehen ist. Nun kann ich nicht das ganze Bildungsprogramm der SPD und der FDP auf seine Förderungswürdigkeit prüfen. Das Förderungsprogramm ist nie förderungswürdig! (*Zustimmung und Heiterkeit.*) Wir kommen damit viel besser weg als mit dem schwierigen Versuch, die Bildungsarbeit und die Organisationsaufgaben gegeneinander abzuwägen.

Adenauer: Ich komme zurück auf die direkte Finanzierung der Partei. So dankenswert der Vorschlag von Herrn Stoltenberg ist, m.E. genügt er nicht. Ich wiederhole noch einmal: Man kann bei der Haushaltsberatung einen Posten streichen, ohne daß das in der Öffentlichkeit irgendwie groß wahrgenommen wird. Wenn eine andere Mehrheit im Bundestag sein sollte – und mit der Möglichkeit müssen wir doch rechnen –, wird der Posten gestrichen, und wir sitzen dann blank da. Dann werden wir uns nie wieder davon erholen, weil wir einfach kein Geld bekommen.

Der Zustand, wie er jetzt ist, ist unwürdig. Ich muß betonen, daß direkte Ansprüche und Forderungen seitens irgendwelcher Geldgeber meines Wissens niemals gestellt worden sind in politischer Hinsicht. Aber – und jeder sollte mal mit sich selber sprechen – die Leute, die Geld geben, verstimmt man nicht gern. Das ist doch so natürlich wie nur etwas, so daß eine indirekte Art von Wirkung – so will ich mich mal ausdrücken – doch nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen ist. Vorsichtiger konnte ich mich nicht ausdrücken.

Ich möchte, daß unsere Partei den Versuch macht, daß die Parteien durch den Staat finanziert werden. Dann braucht man gar nichts zu verstecken und kann sagen, den Parteien ist durch das Grundgesetz diese Bedeutung zugemessen. Die Parteien müssen ja leben. Folglich ist es das Sauberste, wenn sie auch vom Staat dafür bezahlt werden. Ich möchte Sie dringend bitten, Herr Krone, das mit auf den Weg zu nehmen für die Beratungen in der Fraktion.

Dufhues: Herr Schröder hat gewarnt vor einer überstürzten Behandlung dieses Gesetzes. Es ist aber notwendig, daß dieses Gesetz sehr bald abschließend beraten wird. Die SPD wird jede Gelegenheit benutzen, um Anträge zu stellen, die ausgesprochen demagogischen Charakter haben. Sie wird Anträge bereithalten, die eine weitgehend differenzierte Kontrolle der Einnahmen und des Vermögens zum Gegenstand haben; sie wird vor allem beantragen, die Bestechung von Vorsitzenden der Landesparteien und auch der Bundesparteien unter Strafe zu stellen. (*Von Hassel*: Nicht der Vorsitzenden, sondern der Abgeordneten!) Natürlich auch der Vorsitzenden! Zunächst ist nur der Tatbestand zur Debatte gestellt worden, Bestechungen von Abgeordneten unter Strafe zu stellen. Ich bitte Sie, sich zu vergegenwärtigen, daß ein

129 Hans Schikora (geb. 1912), Bäcker und Konditor; 1959–1963 MdL Rheinland-Pfalz (DRP).

Herr Quirini¹³⁰ darüber zu urteilen hat, um bestimmte Aufgaben innerhalb der Industrie oder der Wirtschaft zu fördern. Damit wäre ein Tummelplatz für die Quirinis – und deren sind nicht wenige – gegeben. Wir kommen damit in eine Abhängigkeit von justizförmigem Denken.

Wir müssen vor den Wahlen das Gesetz unter Dach und Fach haben. Ich möchte bitten, die Finanzierung der Parteien auch aus öffentlichen Mitteln durch das Parteiengesetz zu regeln. Die Gesichtspunkte dafür sind vom Herrn Bundeskanzler und von Herrn Krone vorgetragen worden. Mir liegt daran, einen gewissen Grundbetrag zur Sicherung der Angestelltenbezüge aus diesen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Die Misere der CDU besteht darin, daß wir unseren Angestellten am Ersten nicht die Bezüge zahlen können, die sie erwarten. Ich kenne aus unseren Verbänden die Bemühungen von Kreisgeschäftsführern, sich durch Besuch bei finanziell gut dotierten Parteifreunden diese Mittel zu sichern. Das ist doch sehr bedenklich. Dadurch wird die Arbeitsfreude unserer Angestellten nicht gefördert. Ich glaube, daß wir gut beraten sind, wenn wir darauf Wert legen, daß das Parteiengesetz die Finanzierung eines Grundsockels der Mittel gewährleistet, die für die Parteiarbeit nötig sind. Wenn auch gewisse Beträge an Parteien fließen, die uns nicht genehm sind, so müssen wir das eben in Kauf nehmen. (*Zuruf*: Eine Verteilung nach der Stimmenzahl halte ich nicht für richtig. In Cloppenburg-Vechta hat die CDU 80 % der Stimmen. Die brauchen nichts. Die können sich selbst helfen.)

Adenauer: Die kriegen auch nichts! Da liegt ein Mißverständnis vor. Nicht jeder Wahlkreis bekommt etwas, sondern die Partei bekommt das Geld aufgrund ihrer Gesamtstimmenzahl, welches sie dann verteilt. Ihr Wahlkreis bekommt nichts; darüber können Sie ein ganz ruhiges Gewissen haben. (*Lebhafte Heiterkeit*.)

Scheufelen: Wir kommen auf einen jährlichen Betrag von etwa 30 Millionen. Wenn man diesen Betrag auseinanderzieht, dann liegen etwa 5 bis 6 Millionen feste Ausgaben vor. 15 Millionen betreffen Ausgaben, über die wir Entscheidungsfreiheit haben, weil man einen Wahlkampf so oder so führen kann. Was uns allen am Herzen liegt, ist zunächst, daß wir einen Sockelbetrag zur Verfügung haben, mit dem wir rechnen können, so daß langfristige Verträge mit Angestellten abgeschlossen werden können.

Die gegenwärtige Situation sieht so aus, daß wir mit 5 Millionen aus Haushaltsmitteln rechnen können. Aus den Parteiunternehmungen werden wir mit einem Überschuß von 2,5 bis 3 Millionen rechnen können, die wir bei vernünftiger Handhabung auf 5 Millionen werden steigern können. (*Adenauer*: Solange wir die Mehrheit im Bundestag haben!) Es bleiben bei dieser Lage immer noch 15 Millionen übrig, die wir woanders herkriegeln müssen. Das ist unsere gegenwärtige Situation. Es wäre nicht richtig, die Verteilung der Mittel von der öffentlichen Hand in den Ländern zu machen, weil unsere Situation im Bund viel besser ist. Sie können im Bund auch deshalb besser gesteuert werden. Die Idee, nach den Stimmen der Bundestagswahl

130 Helmut Quirini (1912–1992), 1955–1977 Direktor am Bonner Landgericht.

vorzugehen und so das Geld aufzuteilen, ist die gesündeste. Die Länder können separat etwas tun. (*Von Hassel*: Das können sie nicht!)

Adenauer: Wir haben das Wild noch gar nicht erledigt; aber Sie sind schon am Verteilen! (*Heiterkeit*.) Darf ich feststellen, daß wir mit dem Parteiengesetz einverstanden sind und den Wunsch haben, daß die Finanzierung der Parteien nicht nur durch den Haushaltsplan, sondern auch noch in besonderer Weise erfolgen soll.

Von Hassel: Die Fraktion hat um ein Votum des Vorstandes gebeten. Ich darf dazu vorschlagen:

„Der Bundesvorstand hat sich in seiner Sitzung am 9. November 1959 eingehend mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Parteiengesetzes beschäftigt. Er stimmt den Grundlinien des Entwurfs zu und bittet die CDU-Fraktion, sich im Deutschen Bundestag für eine zügige Verabschiedung des Gesetzes einzusetzen.

Der Bundesvorstand empfiehlt der Bundestagsfraktion, die Frage zu prüfen, inwieweit die Parteien insgesamt verpflichtet werden sollen, nicht nur über ihre Einnahmen, sondern auch über ihr Vermögen jährlich Rechenschaft abzulegen.“

(*Etzel*: Wie ist es mit der Finanzierung der Parteien durch den Staat? – *Dufhues*: Das ist doch die wesentlichste Frage! – *Unruhe*.) Wir müssen noch klären, ob es das einhellige Votum des Bundesvorstandes ist, eine Finanzierung von Staats wegen im Gesetz vorzusehen.

Adenauer: Lassen wir darüber abstimmen! Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Und diejenigen, die dagegen sind! – Gegen eine Stimme angenommen. (*Zuruf*: Enthaltungen? – *Etzel*: Ich bin auch dafür, aber es darf nicht veröffentlicht werden.) Ich möchte bitten, es nicht zu veröffentlichen, damit nicht der Spektakel losgeht. Ich würde die Fraktion bitten, einen Antrag bei der Beratung im Ausschuß zu stellen. (*Von Hassel*: Das erste kann veröffentlicht werden. Das andere ist intern und geht mit dem Protokoll zur Fraktion!)

Adenauer: Wir haben noch einen Punkt – wenn Sie bereit sind, das anzuhören – zu erledigen, und zwar einen Vortrag des Herrn Schröder über Rundfunk usw. Ich würde empfehlen, heute nicht in eine Diskussion einzutreten, sondern Sie sollten sich zunächst die Dinge durch den Kopf gehen lassen. Wir können dann in der nächsten Sitzung darüber diskutieren. (*Dufhues*: Was Herr Schröder sagen wird, wissen wir. Wenn wir nicht diskutieren, hat es keinen Sinn!) Herr Schröder hat vor der Unionspresse gesprochen. Die Herren waren hell begeistert!

Schröder: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Dieses Thema „Entwurf eines Gesetzes über den Rundfunk“ ist natürlich ungleich schwieriger als das vorangegangene Thema. Ich möchte folgendes vorausschicken. Ich bitte Sie, einmal wirklich davon auszugehen, daß sich die Bundesregierung bei diesem Gesetzentwurf nicht etwa in der Auffassung bewegen darf, etwas anzustreben, was nicht von einem Gesamtinteresse der CDU wäre. Noch deutlicher! Wir sind genauso besorgt um die Entwicklung auf diesem Gebiet, als es irgendeiner unserer Freunde in den Ländern sein kann. Wir bemühen uns, die Sache ganz unabhängig davon anzusehen, ob wir selbst an den bisher vorhandenen Einrichtungen beteiligt sind oder nicht.

Dieses Rundfunk-Thema ist deshalb so schwer, weil es sich um ein Stück Entwicklung handelt, das in der Nachkriegszeit nicht etwa von den Deutschen aus einer Gesamtschau in Angriff genommen worden ist, sondern das in engster Weise mit der Besetzung und mit dem Besatzungsrecht zusammenhängt. Das zeigt ein Blick auf das Regionale. In der französischen Zone hat die französische Besatzungsmacht einen Sender errichtet, wie das ihren verwaltungsmäßigen Vorstellungen entsprach. Bremen ist zu einem Sender dadurch gekommen, daß es eine amerikanische Enklave war. Der Nordwestdeutsche Rundfunk wurde gegründet durch die Briten auf deren Gebiet.

Ich lasse ganz offen und will im einzelnen nicht dartun, was sich auf diesem Gebiet weiter entwickelt hat durch die anschließende deutsche Gesetzgebung. Man hat später in einem anderen Stadium aus dem Nordwestdeutschen Rundfunk zwei Sender gemacht. Es ist manchmal schwer zu beurteilen, wohin man einen Protest bei bestimmten Sachen lancieren soll, ob an den Norddeutschen oder an den Westdeutschen Rundfunk. Vor 14 Tagen hat Herr Kopf¹³¹ in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrats des Nordwestdeutschen Rundfunks einen Vortrag gehalten. Als ich protestieren wollte, wurde mir gesagt, bringen Sie den Protest richtig an, den müssen Sie beim Norddeutschen Rundfunk und nicht beim Westdeutschen Rundfunk anbringen.

Ich erwähne das, damit man das Problem richtig sieht, das ja praktisch *cum grano salis* für alle Länder gilt, weil die Einrichtung vor der Existenz einer Bundesgewalt erfolgt ist. (*Zuruf*: 1949!) Der Bund war gehindert, in der Sache etwas zu machen. Die Gefühle, die wir gegenüber dem Rundfunkgesetz in Düsseldorf¹³² hatten, haben wir nur indirekt zum Ausdruck bringen können. Aber lassen wir das!

Wir können uns sicher auf die Formulierung einigen, daß es eine lange und schwierige Entstehungsgeschichte war ohne Beteiligung der Bundesgewalt. Das ist eine Formel, die alle als der Wahrheit entsprechend anerkennen müssen.

Was geschieht nun? Wir haben nun das Bild, daß wir auf diesem Gebiet noch keineswegs eine Harmonisierung, noch keine bundesstaatliche Lösung haben. Ich sage kein Wort über die Lösung, aber es ist einfach folgendes nicht geregelt, daß wir – das ist ein bißchen bestritten, aber praktisch ist es so – die Gebührenhöhe beim Bund haben. Der Bund ist derjenige, der seine Bundesbeamten, die Briefträger, landauf, landab schickt, um die Gebühren einzuzahlen. (*Dufhues*: Das sind die teuersten Briefträger, die wir haben. Wir verzichten gern darauf!) Dann muß ich es einfacher sagen, damit es plastischer wird. Wenn ich die Absicht habe, in meiner Wohnung ein Rundfunkgerät zu benutzen, brauche ich dazu eine Genehmigung. Die meisten

131 Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961), 1919 SPD, 1946–1955 und 1959–1961 Ministerpräsident von Niedersachsen. Vgl. PROTOKOLLE I S. 28 Anm. 46; Dieter BROSIUS: Hinrich Wilhelm Kopf (1983–1961). In: Geschichte im Westen 7 (1992) S. 231–241.

132 Vermutlich das Landesgesetz vom 25. Mai 1954, mit dem Nordrhein-Westfalen eine eigene Rundfunkanstalt, den WDR, erhielt. Vgl. dazu BAUSCH I S. 204–225.

von Ihnen werden eine solche Sache schon ausgefüllt haben. Dann richte ich einen Genehmigungsantrag an die Bundespost. Und dann erlaubt mir die Bundespost, ein solches Gerät aufzustellen. Sie kommt am Ende des Monats und zieht zwei Mark ein. Sie zieht fünf Mark ein, wenn ich die Genehmigung zum Fernsehen habe.

Mit anderen Worten: Es ist klar, daß die Erlaubnis zum Hören und Sehen eine Sache ist, die sich im Bundesrahmen abspielt. Es ist zweitens klar, daß auch die Anstalten selbst nicht unter sich ein Abkommen treffen, auf welcher Frequenz sie senden, sondern jede bekommt eine Lizenz durch den Bundespostminister. Wenn man von einer Frequenz auf die andere übergehen möchte, stellt man einen entsprechenden Antrag. Mit anderen Worten: Alles, was sich auf diesem Gebiet vollzieht, die Erlaubnis zum Betrieb für die Anstalten wie die Erlaubnis zum Sehen und Hören für den einzelnen Hörer, spielt sich im Rahmen der Bundesgewalt ab. Nun liegt es auf der Hand, [daß man] einen gewissen Ausgleich des Gebührenaufkommens nicht steuern kann, indem sich die Beteiligten darüber einigen. Das war bis vor einiger Zeit überhaupt nicht möglich. (*Widerspruch und Unruhe.*) Sie sollten mal mit Herrn Kaisen sprechen. Herr Kaisen war entzückt davon, daß man für Bremen zu einer Regelung komme, weil hier ein Versuch gemacht wurde, die Gebühren in eine Bundesregelung einzubeziehen – ich habe es auch gehört, das kann man nicht ernsthaft bestreiten –, um auf diese Weise einen dauernden Ausgleich zu sichern.

Wir sind davon überzeugt, daß wir im Grunde erst einen Ansatz haben zum Auslandsfunk. Das ist ein Gebiet, das sehr stark erweitert werden muß. Unsere Betätigung in der internationalen Welle muß stärker werden. Wir stoßen auf eine sehr starke Konkurrenz gerade der sowjetzonalen Bestrebungen. Das ist eine Arbeit, die zum Teil schon geleistet wird. Das zweite Gebiet, das wir bisher nur probeweise behandelt haben, betrifft den Deutschlandsender. Es gibt da große Schwierigkeiten mit der Wellen-Geschichte¹³³. Aber das ist jetzt nicht interessant. Kurz und gut, wir sind alle der Meinung, daß für den Deutschlandfunk und für den Europafunk eine erweiterte Möglichkeit geschaffen werden muß. (*Adenauer*: Ich würde nicht ins Detail gehen!) Hier sitzen aber die Kenner! (*Adenauer*: Die Kenner bekehren Sie doch nicht! – *Altmeier*: Wenn wir in die Einzelheiten gehen, müssen wir auch in der Debatte darauf eingehen. Das kann man doch jetzt nicht so machen! – *Unruhe.*)

Adenauer: Dann müssen wir eine Diskussion führen.

Schröder: Ich will es nur noch stichwortartig sagen. Das zweite Problem betrifft das zweite Fernsehprogramm. Das ist die heißeste Stelle der Auseinandersetzungen. Die Länder unterstützen den Anspruch der vorhandenen Anstalten, nicht nur das erste Fernsehprogramm, sondern auch das zweite Fernsehprogramm zu machen. Wir stehen auf dem Standpunkt – und das ist die einhellige Meinung der Bundestagsfraktion seit eineinhalb Jahren –, daß das zweite Fernsehprogramm nicht von den vorhandenen Einrichtungen getragen werden soll, sondern daß es ein unabhängiges Programm sein soll. Das ist der eigentliche Streitpunkt.

133 EBD. S. 338–413.

Die Länder stellen sich auf den Standpunkt: Der Bund hat auf diesem Gebiete keine gesetzgeberische Kompetenz, sondern nur eine rein technisch beschränkte Kompetenz. Sie stützen diese Auffassung darauf, daß sie davon ausgehen, daß die Länder generell für kulturelle Dinge ausschließlich zuständig seien.

Unsere Auffassung ist die, daß nach dem Grundgesetz die Kompetenz für Rundfunk und Fernsehen beim Bund liegt. Der Entwurf liegt vor und ist Ihnen bekannt. Er ist im Bundesrat nicht in den Ausschüssen behandelt worden. Ich weiß, daß am kommenden Freitag beim ersten Durchgang im Bundesrat eine Erklärung abgegeben werden soll.¹³⁴ Über den Inhalt dieser Erklärung habe ich noch nichts gehört. Wir müssen sehen, wie wir unsererseits dazu Stellung nehmen.

Ich habe über diese Sache – ganz abgesehen von den Unterhaltungen, an denen der Herr Bundeskanzler teilgenommen hat – eine Reihe von Einzelbesprechungen gehabt. Ich lasse die Namen der Beteiligten weg. Ich habe immer wieder folgendes gesagt. Die Linie, die der Gesetzentwurf einnimmt, ist eine Linie, die den Versuch macht, die Interessen unserer Freunde in den Ländern soweit wie möglich zu wahren, gleichgültig, ob z.B. Bremen einen eigenen Sender hat oder wie es nun ist, wir akzeptieren das als einen Status quo, der ja ohne unser Zutun geworden ist, aber wir akzeptieren ihn, und die weitere Regelung auf diesem Gebiet bleibt denen überlassen, die dieser Sache am nächsten sind; mit anderen Worten: eine Erhaltung des Status quo auf der Landesebene. Wir machen den Ländern das Angebot, sie an diesen Einrichtungen – die nach ihrem Wesen keine Landeseinrichtungen sein können – genauso stark zu beteiligen wie die Bundesregierung selbst, d.h., sie haben eine volle Bewegungsmöglichkeit auf diesem Gebiet, so wie sie es bisher gehabt haben.

Nun kommt oft der Einwand, daß man zwar ein Gesetz ablehne, gegen den Inhalt jedoch keine so großen Bedenken habe, sondern man glaube, diese Dinge würden besser vertraglich geregelt. Das ist der Punkt, der mit am meisten Schwierigkeiten macht und auch Ärger und Verstimmung hervorgerufen hat. Sie wissen, daß wir viele Jahre lang versucht haben, zu vertraglichen Lösungen zu kommen. Ich lasse jetzt die Schuldfrage beiseite. Ich glaube; aus dem Wesen der Sache heraus muß man folgendes sagen: Das ist ein Gegenstand, der mindestens so stark mit dem bundesstaatlichen Denken und mit dem Bund selbst verknüpft ist, daß eine befriedigende Regelung nur im Wege eines Bundesgesetzes erfolgen kann; denn jedes Bundesgesetz setzt das Zusammengehen von Bund und Ländern voraus. Es kommt kein Gesetz in das Bundesgesetzblatt, an dem nicht die Länder via Bundesrat beteiligt sind.

Jedes Gesetz, ohne Rücksicht darauf, ob es zustimmungspflichtig ist oder nicht, muß den Bundesrat passieren, der jedes Gesetz stoppen kann. Mit anderen Worten: Das dem Bundesstaat angemessene Verfahren, eine solche Sache zu erledigen, ist eben das Bundesgesetz, weil die Interessen der Beteiligten sehr verschieden sind.

¹³⁴ In der 211. Sitzung des Bundesrates am 13. November 1959. Vgl. dazu AdG 1959 S. 8054: Bundesrat lehnt einstimmig Rundfunkgesetzentwurf der Regierung ab. BAUSCH I S. 399–401.

Vom Bund brauche ich das nicht zu sagen. Aber es ist für ihn ein bißchen tragisch, immer wieder zu sehen, daß hier eine Reihe von hervorragenden Freunden unisono mit der SPD Erklärungen abgibt.

Wenn die Bundesregierung der Überzeugung ist, daß das, was sie tut – und sie ist doch von der CDU getragen –, am besten ist für das Gesamtinteresse, dann kann – so wird man sich sagen – die Unterstützung des gegnerischen Standpunktes der SPD und des DGB nur ein Indiz dafür sein, daß offensichtlich die andere Seite ein großes Interesse daran hat, das zu verhindern, was die Bundesregierung anstrebt. Das ist zunächst für jemand, der die Sache rein politisch sieht, die Schlußfolgerung. Deswegen tut es mir leid, daß es uns nicht gelungen ist, unsere Freunde davon zu überzeugen, daß das, was wir anbieten, nämlich das Belassen dessen, was sie haben, ein wirklich ausgewogenes und faires Angebot ist.

Ich will nicht den Versuch machen, die Stimmung im Lande zu analysieren. Ich habe nur die Hoffnung, daß der Bundesrat eine Art von Votum fassen wird, das nicht die Dinge fester schnürt, bei denen man sich verschwört, sondern die Möglichkeit offenläßt, im Laufe der kommenden Gesetzgebungsprozedur eine Linie zu finden, aus der heraus wir uns mit unseren Freunden verständigen können. Deswegen möchte ich an unsere Freunde herzlich appellieren, darauf hinzuwirken, daß am Freitag der Graben nicht weiter aufgerissen wird, sondern dafür zu sorgen, daß die Dinge allmählich in sanfter Weise eingeebnet werden können.

Adenauer: Wenn die Regelung nicht so erfolgt, wie wir es wünschen, können wir von unseren Erfolgsaussichten für die Wahl im Jahre 1961 25 % abschreiben. Weiter möchte ich nichts sagen. (*Dufhues:* Es ist bekannt, daß das Bundespresseamt der Bundesregierung mitgeteilt hat, es sei völlig ausgeschlossen, daß das zweite Fernsehprogramm die Bundestagswahl im Jahre 1961 beeinflussen wird!¹³⁵) Es ist bedauerlich, daß Herr von Eckardt Ihnen das mitgeteilt hat. Inzwischen hat Herr von Eckardt seine Ansicht nach eingehender Beratung berichtigt. (*Dufhues:* Ich bin der Überzeugung, bis dahin sind Sie auf der Bundesebene nicht soweit!) Es werden aber auch noch Wahlen 1965 kommen.

Dufhues: Darüber läßt sich reden. Darf ich auf einen Gesichtspunkt hinweisen! Die Kieler Beschlüsse der Ministerpräsidenten¹³⁶ sind von niemandem so zerrissen worden, und zwar einstimmig, wie vom Vorstand der SPD. Der Vorstand der SPD hat den der SPD angehörenden Ministerpräsidenten schwerwiegende Vorwürfe gemacht, daß sie die Parteilinie verlassen hätten. Das sollte uns veranlassen, eine Lösung zu finden, die durchaus dem Interesse des Bundes entspricht.

Adenauer: Ich ziehe den Schluß, daß die SPD nicht genug bekommen hat, daß sie aber ein großes parteipolitisches Interesse daran hat, wie die Gestaltung sein wird. Ich meine, daß die Herren von der SPD im Bundesrat, um unsere Stimmen zu bekommen, nachgegeben haben, und zwar in den Augen der SPD zuviel. Für uns ist es eine

135 Nicht ermittelt.

136 Ministerpräsidentenkonferenz in Kiel am 19./20. Juni 1959. BAUSCH 1 S. 394–396.

eminent politische und parteipolitische Angelegenheit. Ich möchte die Bitte des Herrn Kollegen Schröder sehr nachdrücklich unterstützen. Ich muß sagen, vielleicht sind wir in den vergangenen Jahren bei den ganzen Verhandlungen zu weich gewesen. Ich hoffe darauf, daß wir uns mit Ihnen verständigen können. Vielleicht wäre es richtiger gewesen, wir wären aufs Ganze und nicht aufs Halbe gegangen. Dann würden wir heute viel eher zu einem fairen Kompromiß kommen.

Altmeier: Ich möchte nicht auf die ganze Materie eingehen. Das würde zu weit führen. Man kann bedauern, daß sich die Partei seit Jahr und Tag nicht mit der Materie beschäftigt hat, obwohl wir das immer wieder versucht haben. Wir sprechen heute in einem Parteigremium zum erstenmal über diese Frage, und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem gegen unsere dringenden Vorstellungen die Vorlage eines Gesetzes erfolgt ist. Sie haben bei der letzten Sitzung erklärt, wir wollen uns weiter darüber unterhalten, und 40 Stunden später war das Gesetz da!

Adenauer: Lieber Herr Altmeier! Als wir hier auseinanderggegangen sind, damals im Sommer, war ich der Überzeugung, wir wären einig. Und was haben Sie getan? Sie sind nach Kiel gefahren und haben dort genau das Gegenteil beschlossen! (*Unruhe.*)

Altmeier: Was die Kieler Beschlüsse anbetrifft, so kann ich nur unterstreichen, was Herr Dufhues sagt. Erstens waren die Rundfunkanstalten mit uns sehr unzufrieden, und zweitens waren wir auf das höchste überrascht, daß die SPD-Leute in Kiel überhaupt zustimmten, weil die Zusammensetzung und die Zahl der Gremien usw. uns in jedem Fall die Chance verschafften, im Wege vertraglicher Regelungen überall die erste und stärkste Hand zu haben. Da wir gesagt haben Bund und Länder, konnte man sich genau ausrechnen, daß die Gremien, die geschaffen würden, dadurch in unserem Sinne verstärkt worden wären.

Es ist die Qual für uns seit Jahr und Tag, daß wir hier nicht weitergekommen sind. Wir sind oft in diesem Hause gewesen. Wir haben immer mit einer Unterhaltung gerechnet. Aber die Dinge sind nun im Raum, und jetzt wird an uns appelliert. Nach meiner Meinung, Herr Bundeskanzler, wird am Freitag der Bundesrat das Gesetz einstimmig ablehnen. (*Adenauer:* Mag der Bundesrat das tun!) Nach unserer Auffassung ist sehr viel versäumt worden. Ich möchte der Partei den Vorwurf machen, daß wir in dieser Richtung die Frage nicht aufgegriffen haben; denn bis zu diesem Augenblick steht nicht einmal fest, welche Haltung die CDU-Partei einnimmt. Die CDU-Meinung ist nicht unbedingt die, die Herr Schröder in sein Gesetz niedergeschrieben hat. Die Meinung kann auch die sein, die sich in allen Ländern kundtut. Ich wehre mich ganz entschieden dagegen, daß man sagt, wir hätten uns dem SPD-Standpunkt unterworfen. (*Adenauer:* Das habe ich nicht gesagt!) Wir gehen in den Ländern an diese Frage von den Länderinteressen aus, von den kulturellen Interessen und vom CDU-Standpunkt aus, und wenn die SPD zufällig den gleichen Standpunkt einnimmt – vielleicht aus ganz anderen Motiven –, dann dürfen Sie uns nicht unterstellen, wir würden uns dadurch der SPD-These unterwerfen.

Die Frage kann nur lauten: Was können wir tun? Hier bekommen wir eine echte Auseinandersetzung in der Partei, die wir alle nicht wünschen und die unter

Umständen in den Ländern anders geführt wird wie hier. Wenn der Bundesrat in diesem Fall von seiner allgemeinen Übung, ein Gesetz in den Ausschüssen zu beraten, einstimmig abgewichen ist, dann deshalb, weil er eben den Standpunkt vertritt, daß diese Materie durch vertragliche Verhandlungen und Verträge zwischen Bund und Ländern, aber nicht durch ein Bundesgesetz geregelt werden soll. Und weil er diese Auffassung hat, die Angelegenheit nicht durch ein Gesetz zu regeln, wollte er auch nicht in die Beratung eines Gesetzes eintreten. Das ist einstimmig beschlossen worden.

Wir können das Ganze nur bedauern. Sie sagen, Herr Schröder, der Bremer Rundfunk ist zu klein. Trotzdem sind Sie der Überzeugung, daß der Status quo bestehen bleiben soll. Wenn Sie durch ein Bundesgesetz dekretieren können, es bei diesem Zustand zu belassen, dann könnte doch genauso gut eine anders geartete Bundesregierung oder Bundestagsmehrheit durch eine Novelle zu diesem Gesetz wieder das Gegenteil beschließen. Wir sind also der Meinung, daß die Frage, die hier zur Debatte steht, nicht durch ein Bundesgesetz zu regeln ist. Das ist der Streit: Vertrag oder Bundesgesetz.

Ich habe die Verträge, die wir in Kiel aufgestellt haben, seinerzeit als der Beauftragte an die Bundesregierung weitergeleitet, und zwar sollten sie die Grundlage sein für die Fortsetzung des Gesprächs. Ich habe das letzte Mal gesagt, können wir nicht die Frage „Gesetz oder Vertrag“ ausklammern und die Verträge, die die Länder ausgearbeitet haben, einmal zur Grundlage eines Gesprächs machen, um zu versuchen, uns zu einigen. Ich bin der Meinung, das wäre gelungen. Das wäre nach meiner Meinung und Überzeugung bis zuletzt der Weg gewesen, der uns am schnellsten zum Ziel geführt hätte, ohne daß wir diese Auseinandersetzung zu haben brauchten. Diese Auseinandersetzung tut uns am allerwehesten, daß nämlich in der Öffentlichkeit eine Differenz zwischen Bund und Ländern herausgestellt und gesagt wird, das sind unsere eigenen Freunde. Wir sagen umgekehrt: Die CDU-Ministerpräsidenten fühlen sich verlassen von der Bundesregierung, weil sie in dieser Frage nicht bereit war, mit uns zu gehen. Wir drehen es um. Die Frage aber lautet: Wie kommen wir weiter?

Adenauer: Sie sprechen vom Vertragswege, Herr Altmeier, d.h. mit elf Ländern! (*Altmeier:* Und dem Bund!) D.h. also, wenn ein Länderparlament nein sagt, ist die ganze Sache vorbei. Sie wissen, daß wir Länder haben, in denen die Sozialdemokratie absolut regiert und herrscht.

Dann zur Kulturhoheit! Ich habe bei diesen Bestimmungen im Parlamentarischen Rat mitgewirkt. Ich war dafür, was dort steht über Kulturhoheit. Das Wort steht übrigens nicht im Grundgesetz! (*Zuruf:* Sehr richtig!) Ich möchte aber folgendes sagen: Kein Mensch hat damals an den Rundfunk oder an Fernsender überhaupt gedacht. Woran wir gedacht haben, war das Schulwesen und das Hochschulwesen. Daran haben wir gedacht! (*Zuruf:* Sehr richtig!) Es widerspricht absolut dem Geist des Grundgesetzes, diese Bestimmungen für solche Sachen wie Rundfunk und Fernsehen heranzuziehen.

Ich wiederhole Ihnen, wenn man mich als sachverständigen Zeugen darüber

vernähme, was sich der Parlamentarische Rat gedacht, dann würde ich es absolut so bekunden. Nur weil wir damals noch nicht da waren – es gab noch keinen Bund –, ist es so gemacht worden mit den Ländern.

Verehrter Herr Altmeier! Nun muß ich eines klarstellen. Sie haben gesagt, wir hätten eine Besprechung abgelehnt. Dazu folgendes: Sie haben in Kiel durch einen Beschluß der Länder – und zwar laut Zeitungsmeldung – Ihren Standpunkt durch einen Rütli-Schwur bekräftigen wollen. Und was haben wir getan? Wir haben – das Kabinett hatte noch gar nicht Stellung genommen – eine Stellungnahme des Kabinetts herbeigeführt. Ich habe aber den Gesetzentwurf nicht dem Bundesrat zugeleitet, sondern ich habe Sie und Ihre Herren um eine Besprechung gebeten, und Sie haben abgelehnt, zu mir zu kommen. Und daraufhin habe ich allerdings den Gesetzentwurf dem Bundesrat zugeleitet, nachdem Sie abgelehnt hatten, als der Bundeskanzler mal um eine Besprechung mit Ihren Herren bat, überhaupt zu mir zu kommen!

Dufhues: Auf meine Veranlassung ist in Kiel u.a. beschlossen worden, daß im Rahmen der Neuordnung des Rundfunks und des Fernsehens auch der Bund berücksichtigt werden soll. Es soll eine Bundesorganisation geschaffen werden, die von den Ländern und von den Rundfunkanstalten getroffen wird. Meine Vorschläge sahen vor, daß sofort ein Studio in Bonn errichtet werden soll, von dem aus politische Sendungen und politische Kommentare ausgestrahlt werden. Ferner war ein Intendant für das Fernsehen vorgesehen. Damit hätten Sie ein Instrument gehabt, das Ihnen geholfen hätte.

Ihre Vorschläge sehen vor, daß das zweite Fernsehprogramm produziert werden soll in erster Linie durch private Produktionsgesellschaften. Wir haben unsere Erfahrungen in England und in den Vereinigten Staaten. Diese privaten Produktionsgesellschaften erfordern ein erhebliches Kapital. Nach meiner Unterrichtung gibt es in England acht Produktionsgesellschaften dieser Art, die je ein Kapital von 40 bis 50 Millionen haben. Das Kapital wird gezeichnet. Damit bringt man den entscheidenden Einfluß in der Frage des Fernsehprogramms an Kräfte, auf die wir auf die Dauer keinen Einfluß haben.

Sie haben bei der Parteienfinanzierung mit Recht vor der Abhängigkeit von privatem Kapital und anderen Kräften gewarnt. Hier möchte ich das gleiche tun. Hier gehen wir einen Weg, der außerordentlich bedenklich ist. Zum Nachteil der Rundfunkanstalten habe ich vorgeschlagen, daß das zweite Fernsehprogramm finanziert werden soll aus Fernsehteilnehmergebühren. Ich werde gesteigt werden von den Rundfunkanstalten, wenn ich das mit Klarheit sage. Ich habe diesen Weg für richtiger gehalten als den Weg, das Fernsehen privaten Produktionsgesellschaften anzuvertrauen. Das ist ein Weg, der aus politischen Gründen nicht gegangen werden darf. Dann haben Sie Axel Springer. Sie haben den DGB mit sehr starkem Kapital und andere Einrichtungen, die entscheidenden Einfluß auf das Fernsehen gewinnen.

Ich meine, daß das Fernsehen eine Einrichtung ist, die unter öffentlicher Kontrolle bleiben muß. Dazu gehören nicht gesetzliche Richtlinien, sondern eine Organisation des Fernsehens, die die öffentliche Kontrolle in allen Teilen sicherstellt nach dem

Schema, wie es bei den öffentlichen Rundfunkanstalten ist. Ich meine nicht die parlamentarische Kontrolle, sondern es ist viel richtiger, daß Sie die Kräfte der freien Gesellschaften, die vielfältigen Vereinigungen und Verbände entscheidend einschalten; (*Krone*: Das ist vorgesehen!) aber alles in Form einer Rundfunkanstalt.

Albers: Ich habe den Vortrag des Herrn Dr. Schröder schon zum zweiten Mal gehört. Ich habe vor 14 Tagen die Auffassung vertreten, als er im Vorstand der Rheinischen Partei sprach¹³⁷, daß seine Ansicht die richtige sei. Jetzt höre ich zum erstenmal von Herrn Dufhues diese Worte. Ich muß Ihnen offen sagen, daß mich die Argumente von Herrn Dufhues sehr stark beeindrucken. Ich bitte Sie, darüber nachzudenken. Bisher hatten wir die parlamentarische Kontrolle. In Zukunft haben Sie neben der Bundesregierung, wenn ich richtig verstanden habe, auch die freien Organisationen. Das scheint mir einer Überlegung wert zu sein.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Uns liegt daran, zu einer Regelung zu kommen, die zu einem Ergebnis führt. Sie haben der Sorge Ausdruck gegeben, daß nicht jedes Land zustimmen wird. Aber wenn wir die Länder für eine vertragliche Regelung gewinnen könnten, hätten wir bereits eine Mehrheit. Das andere ist dann zwangsläufig. (*Adenauer*: Dann haben wir partikuläres Recht! – *Schröder*: Wir werden umgebracht von den anderen!)

Adenauer: Das sehe ich nicht ein. Dann können die sich umbringen lassen. Ich nehme meine Freunde, wo ich sie nehmen kann. Wir haben uns immer dagegen gewehrt, daß unsere Freunde mit SPD-Fraktionen zusammen eine Regierung bilden. Wenn unsere Freunde diese Front verlassen wollen, warum sollen wir sie nötigen? Aber Herr Altmeier kriegt schon Angst. Die wollen sie gar nicht verlassen! Herr Dufhues wird zu Ihnen kommen in den Arbeitskreis, und dann wird die Sache weiter behandelt.

Albers: Herr Dufhues hat einen Kompromißvorschlag gemacht. Ich möchte wünschen, daß nicht mehr eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen Nordrhein-Westfalen und Herrn Schröder stattfindet. Wir sollten nun zu einer Meinung kommen. Herr Schröder, auch Sie können nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen. (*Schröder*: Mit dem Kopf durch den Bundesrat!) Lieber Herr Schröder! Ich habe seit 1945 mit Ihnen zusammengearbeitet. Ich stelle diese Frage, die uns alle als Partei angeht. Ich habe nicht Stellung genommen zu dem Vorschlag der Ministerpräsidenten. Ich möchte nur nicht, daß es eine Sache wird, an der wir uns nachher selbst aufhängen.

Adenauer: Sie haben vollkommen recht. Mir ist die Sache nicht nur als Chef der Bundesregierung, sondern auch als Parteivorsitzender äußerst peinlich und äußerst

137 Vorstandssitzung des CDU-Landesvorstands Rheinland am 24. Oktober 1959. – Vgl. Schröder zum Entwurf des Rundfunkgesetzes vor der Bundespressekonferenz am 30. September 1959 in ACDP I-483-139/1 und BULLETIN vom 8. Oktober 1959 S. 1881f.

unangenehm. Die Angriffe des Herrn Ministerpräsidenten Meyers¹³⁸ vor kurzem sind direkt eine Schädigung der Partei. Die Leute sagen natürlich, was ist mit dieser Partei eigentlich los. (*Altmeier*: Nicht mit den Studenten, mit Herrn Schröder sprechen!) Ich glaube nicht, daß Herr Schröder in dieser Weise gesprochen hat wie der Herr Meyers. Es war um so peinlicher, Herr Altmeier, als gerade vorher unsere Mehrheit im Bundestag erklärt hatte – Herr Meyers und Herr Dufhues waren dabei –, daß wir ihnen helfen würden. Das ist ausdrücklich erklärt worden. Gehen Sie mal in die Bundestagsfraktion und sprechen Sie mit denen. Dann werden Sie auch andere Töne hören. Herr Altmeier! Sie haben mir damals abgesagt zu kommen; das habe ich nicht verstanden. (*Altmeier*: Um zu vermeiden, daß das Gesetz in die Öffentlichkeit kam, haben die CDU-Ministerpräsidenten Sie dringend um eine Unterredung gebeten. Aber das Gesetz wurde veröffentlicht!) Nein, das ist nicht richtig! (*Altmeier*: Es wurde nicht zugestellt. Aber wir haben es doch bekommen. Es ist nicht an den Bundesrat zugestellt worden, aber es wurde in der Öffentlichkeit bekannt!)

Genauso wie Ihre Kieler Beschlüsse. Vergessen Sie das bitte nicht! Sie haben sich durch den Beschluß in Kiel eine Grundlage gegeben. So mußten wir feststellen. Ich habe dann festzustellen versucht, wie das Kabinett über diese ganze Frage denkt. Und das habe ich dann mit Rücksicht auf Ihren Vorschlag, uns auszusprechen, nicht in Lauf gegeben, bis Ihre Absage kam. Und nun ist das Malheur passiert. Wenn es eine Möglichkeit gibt, diese Sache, die für uns alle schädlich und peinlich ist, aus der Welt zu schaffen, wollen wir das gemeinsam versuchen und Geschehenes geschehen sein lassen. Das hat alles keinen Zweck, daß man nachkartet, sondern man muß versuchen, einen anderen Weg zu finden, und zwar in unser aller Interesse. (*Albers*: Das ist die Meinung des Bundesvorstandes! Ich bitte, das festzustellen!) Nein, die Meinung des Bundesvorstandes kann ich zusammenfassen, wenn ich die Gesichter sehe. Der Bundesvorstand wünscht – ich wünsche das auch –, daß wir einen Weg finden, und zwar, wie soll ich sagen, (*Dufhues*: Neuordnung des Rundfunks!) in der Neuordnung des Rundfunks. Ich möchte den Bundesrat nicht erwähnen. Herr Krone ist auch der Auffassung, man soll es nicht näher formulieren. Unsere Meinung liegt vor, daß wir nämlich versuchen, einen Weg zu finden.

Damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung.

Ich darf noch etwas sagen! Ich habe heute den Eindruck gehabt, daß Sie mehr Vorstandssitzungen als bisher wünschen. (*Zurufe*: Jawohl! – Sehr richtig! – *Unruhe*.) Meine Herren, vielleicht hören Sie mir mal zu! Ich habe den Eindruck gehabt, daß bei Ihnen der Wunsch besteht, öfters als bisher Vorstandssitzungen abzuhalten. (*Zustimmung und Zurufe*: Sehr gut! – Ist notwendig!) Ja, meine Damen und Herren,

138 Franz MEYERS: Bund und Länder in der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik. Ein Vortrag, gehalten anlässlich der Eröffnung des Wintersemesters 1959/60 der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Duisburg, am 3. November 1959. Hg. vom Arbeitskreis für zeitgenössische Politik. Düsseldorf o.J. Vgl. auch „Die Welt“ vom 4. November 1959 und FAZ vom 5. November 1959.

in meiner Person liegt da kein Hindernis. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir uns vornehmen, im Durchschnitt jeden Monat mindestens eine Vorstandssitzung abzuhalten. (*Starker Beifall.*)

Die nächste Vorstandssitzung wird voraussichtlich sein am 24. oder 25. November. Sie kriegen sehr bald Nachricht. Vorher findet noch die kleinere Sitzung statt.

Nun haben einige Herren Landesvorsitzenden mit mir gesprochen. Sie haben es schmerzlich empfunden, daß es abgelehnt worden ist, sie zu der Besprechung heranzuziehen. Der Beschluß liegt vor. Die Zusammensetzung des Gremiums hat sich in der Zwischenzeit dadurch, daß eine Reihe von Herren weggegangen sind, geändert, und wir können nicht noch einmal abstimmen. Aber meine Herren Landesvorsitzenden, wenn Sie Bedenken haben gegen die Grundkonzeption des Antrages Dufhues oder Bedenken gegen einzelne Persönlichkeiten haben und glauben, bessere Vorschläge machen zu können, dann teilen Sie mir das bitte mit. Ich werde diese Briefe zur Kenntnis der Herren bringen. Es ist mir sogar lieb, wenn Sie – wenn es sich um personelle Dinge handelt – andere geeignetere Namen nennen können, daß das zuerst in einem kleineren Kreis besprochen wird, damit nicht in einem so großen Gremium über Personen gesprochen wird. (*Scheufelen: Man muß über den Antrag Dufhues und den Antrag von Hassel beraten!*) Ja, zuerst über das Prinzip und dann über die Personen. Damit darf ich wohl die Sitzung schließen.

11

Bonn, 25. November 1959

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Blank, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, von Brentano, Dufhues, Etzel, Fay, Gerstenmaier, Gurk, von Hassel, Johnen, Kraske, Krone, Lemmer, Lücke, Meyers, [Müllenbach], Röder, Scheufelen, Schröder, Stoltenberg, Wuermeling, Zimmer.

Beratung und Beschlußfassung über die Vorschläge des geschäftsführenden Vorstandes zur Aktivierung der Bundespartei. Neukonstituierung der Fachausschüsse. Verschiedenes: Wahl eines Bundesschatzmeisters für die Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1960; Flaggenfrage; Lebensmittelpreise.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es wäre gut, wenn wir bald begännen. Wir sind alle knapp in unserer Zeit. Sie werden sicher auch den Wunsch haben, das eine oder

andere noch zu hören, was mich augenblicklich bewegt. Ich nenne die Teuerung¹, den Rundfunkstreit, die außenpolitische Situation und die sozialdemokratische Entwicklung. Die letzten Untersuchungsergebnisse der Institute EMNID und Allensbach zeigen, daß die Sozialdemokratie uns in der Bewertung der Stimmen erreicht hat.² Ich ziehe daraus den Schluß, daß ich gar nicht unzufrieden damit bin; denn als wir in den Monaten Juli und August einen großen Vorsprung hatten – das habe ich auch zum Ausdruck gebracht –, habe ich doch gefürchtet, daß sich unsere Leute in ihrer Siegesgewißheit etwas einlullen würden. Demgegenüber halte ich die Bundestagswahl im Jahre 1961 nicht nur für entscheidend, sondern auch für sehr schwer.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir beim ersten Punkt der Tagesordnung nicht zuviel reden. Sie können ja Gegenvorschläge machen. Wir sollten also nicht zuviel reden, damit wir etwas Zeit haben für die anderen Dinge. Ich muß Sie bitten, mich um halb 2 Uhr von hier zu entlassen; denn ich habe sehr viel zu tun jetzt. Dieser Flaggenstreit, den wir mit den Sportlern haben³, raubt einem gerade jetzt in diesem Augenblick, wo wir mit der Vorbereitung der Konferenzen zu tun haben, die Zeit. Ich fahre am Dienstag nach Paris. Dazu kommt noch ein Streit zwischen Herrn Balke und EURATOM⁴, den wir morgen im Kabinett auch erledigen müssen. Ich bitte Sie, deshalb zu verstehen, wenn ich mich kurz fasse.

Es haben sich für heute folgende Damen und Herren entschuldigt: Bitter, Erhard, Noltenius. – Herr Noltenius hat wahrscheinlich damit zu tun, die Koalition in Bremen

1 Der Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet erhöhte sich von September auf Oktober 1959 um 1,1 %. Dies war vor allem bedingt durch Preissteigerungen in den Bedarfsgruppen Ernährung (1,9 %), Heizung und Beleuchtung (0,6 %) und Bekleidung (0,7 %). Vgl. BULLETIN Nr. 212 vom 13. November 1959 S. 2168, Nr. 220 vom 27. November 1959 S. 2253. Zur wesentlich geringeren bzw. saisonal bedingten Teuerung in den Vormonaten vgl. EBD. Nr. 120 vom 8. Juli 1959 S. 1231, Nr. 123 vom 11. Juli 1959 S. 1264, Nr. 143 vom 8. August 1959 S. 1464, Nr. 166 vom 10. September 1959 S. 1655.

2 Im Oktober 1959 kamen CDU/CSU auf 44 %, SPD auf 43 % bei der Frage: „Können Sie uns sagen, welche Partei Ihren Ansichten am nächsten steht?“ Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 423, 429–449.

3 Streit über die Flagge der gesamtdeutschen Mannschaft für die Olympischen Sommerspiele in Rom 1960, der nach der Einfügung von Hammer und Zirkel in die schwarz-rot-goldene DDR-Staatsflagge (Gesetz vom 1. Oktober 1959, AdG 1959 S. 7985) entstanden war. Vgl. Presseauszüge in UiD Nr. 47 vom 26. November 1959 S. 3; BULLETIN vom 21. November 1959 S. 2208, vom 28. November 1959 S. 2255.

4 Bei prinzipieller Bereitschaft, sich am EURATOM/US-Kernkraftwerkprogramm zu beteiligen, gab es auf deutscher Seite technische Bedenken (vgl. ACDP I-175-008/1). – Prof. Siegfried Balke (1902–1984), 1957–1962 MdB (CDU), 1956–1957 Bundesminister für Atomfragen, 1957–1962 für Kernenergie und Wasserwirtschaft.

in Ordnung zu bringen⁵; eine Koalition, die ich geradezu für ein Unglück halte und die mir völlig unverständlich ist. Ich habe das seinerzeit dem Herrn Noltenius, als er mich besuchte, auch gesagt, aber ich merkte ihm an, daß er mir nur theoretisch recht gab, nicht in der Praxis. – Rehling, Fricke, Gradl, Jochmus, Kaiser, Adorno, Bauknecht und Lindrath⁶. (*Von Hassel*: Herr Osterloh ist in Amerika!) Die Hälfte von ihm ist in Amerika; aber das ist nichts Besonderes mehr. Das sind die NATO-Parlamentarier; die sind ruckweise in Amerika. Es ist ja gut, daß sie dort hinfahren.

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE VORSCHLÄGE DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN VORSTANDES ZUR AKTIVIERUNG DER BUNDESPARTEI.

Adenauer: Ich möchte mir gestatten, den Bericht über die politische Lage zurückzustellen, damit wir zunächst den Punkt 2 der Tagesordnung erledigen, soweit das möglich ist. Wir haben gestern eine Vorbesprechung darüber gehabt. Wir haben nun so viele Gremien, daß ich nicht weiß, welches Gremium das war. (*Krone*: Der geschäftsführende Vorstand!) War das der geschäftsführende Vorstand? Mir geht das allmählich durcheinander. Also, der geschäftsführende Vorstand war gestern zusammen. Wie das bei uns üblich ist, war nachher nur noch ein Teil der Herren anwesend, weil die anderen anderweitig beschäftigt waren. Was ich Ihnen nun vorlege, ist ziemlich einmütig angenommen worden. (*Kraske*: Soll ich es verteilen lassen?) Ja bitte!

Die Drucksache ist verteilt. Ich darf sie einmal vorlesen. Sie ist alphabetisch geordnet. Sie ersehen daraus, daß wir zu einem Teil dem Vorschlag des Herrn Duffhues gefolgt sind. Ich möchte aber noch zwei Dinge betonen, 1. daß nämlich diese Vorschläge hier im Hinblick auf die kommende Wahl gemacht worden sind, so daß das eigentlich eine Organisation zur Vorbereitung der Bundestagswahl ist. Eine endgültige Organisation braucht das nicht zu sein, sondern sie kann – je nach unseren Erfahrungen – noch geändert werden. 2. Wenn sich im Laufe der Wahlvorbereitungen die Notwendigkeit ergeben sollte, neue Gebiete in Arbeit zu nehmen, können wir das jederzeit noch tun und eine Änderung vornehmen.

Sie sehen aus den unterstrichenen Namen, daß wir bei dem engeren Vorstand geblieben sind; denn wenn wir über diesen Kreis hinausgehen, kommen wir in eine endlose Debatte und Überlegung hinein. Ich darf beginnen:

1. Bundesminister Blank: „Soziales und Arbeitnehmer“

5 1955–1959 wurde Bremen von einer Koalition aus SPD, CDU und FDP regiert. Nach den Bürgerschaftswahlen vom 11. Oktober 1959 wurde am 21. Dezember 1959 ein SPD/FDP-Senat gewählt. Vgl. FISCHER 1 S. 451–455; Handbuch der Bremischen Bürgerschaft 5. WP S. 183–185.

6 Dr. Hermann Lindrath (1896–1960), 1953–1960 MdB (CDU), 1957–1960 Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 921 Anm. 6.

Wir werden Herrn Blank, der bis zur Wahl alle Hände voll zu tun hat mit seinem Ministerium, Hilfe geben müssen. Es war hier Herr Katzer vorgeschlagen worden. Warum Herr Katzer hier nicht steht, weiß ich nicht. Wir sind gestern etwas spät fertig geworden. Dann hat Herr Albers vorgeschlagen die Herren Mick und Hahn. Das waren die drei Namen.

Nun scheinen sich aber auf gewerkschaftlicher Seite doch Entwicklungen anzubahnen, die uns vielleicht nötigen werden, diesen Kreis der Herren zu erweitern. Es ist jetzt in den Gewerkschaftlichen Blättern – so heißen sie wohl – ein größerer Artikel von Herrn Flechtheim⁷ erschienen, in dem Herr Flechtheim – er tut das selbstverständlich nicht, ohne daß der Vorstand des DGB mit ihm übereinstimmt – propagiert, daß bei der nächsten Wahl die Gewerkschaften die Sozialdemokratie offen mit Geld unterstützen sollen. Er weist darauf hin, daß die Labour Party auch von den Gewerkschaften unterstützt wird. Wenn die Gewerkschaften jetzt so offen beschließen, die Sozialdemokratie im Wahlkampf mit Geld zu unterstützen, dann gehen sie von ihrem bisher gezeigten Standpunkt – wenigstens nach außen – der Neutralität ab. Das wird vielleicht doch dazu nötigen, und da müssen die Herren Albers, Blank und die anderen ein wachsames Auge haben, den Kreis der Mitarbeiter zu erweitern.

Wir wollen noch nicht in eine Diskussion eintreten, sondern ich mache zunächst diese Ausführungen, damit Sie einen Überblick bekommen. Dann folgt:

2. Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier: „Universitäten – Studentische Jugend – Geistige Berufe“

Sie wissen, daß das früher Herr Kiesinger übernommen hatte, aber Herr Kiesinger ist als Ministerpräsident von Baden-Württemberg nicht mehr in der Lage, diese Arbeit auf sich zu nehmen. Wir glaubten, daß Herr Gerstenmaier gerade wegen seiner Person und seiner Eigenschaften ein geeigneter Mann sei, um diese Arbeit zu übernehmen.

3. Ministerpräsident von Hassel:

- a) „Wahlen“: Dr. Heck, Dr. Nahm
- b) „Landwirtschaft“: Richarts, Niermann
- c) „Vertriebene und Flüchtlinge“

Bei den Wahlen sollen ihm also helfen Herr Heck, der ehemalige Bundesgeschäftsführer – ich möchte gleich einige Worte über die Arbeit des Bundesgeschäftsführers sagen – und Herr Nahm.

Bei der Landwirtschaft sind wir gestern nach langer Unterhaltung dazu gekommen, Ihnen vorzuschlagen – mit keinem der Herren ist notabene bisher gesprochen worden – als Mitarbeiter Herrn Richarts aus Rheinland-Pfalz, über den Herr Ministerpräsident Altmeier am besten Auskunft geben kann, und Herrn Niermann, der

⁷ Dr. Ossip K. Flechtheim (geb. 1909), Politik- und Sozialwissenschaftler, 1952–1959 Professor an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, 1959–1974 ordentlicher Professor für Politische Wissenschaften an der FU Berlin (Otto-Suhr-Institut); 1927 KPD, 1952–1962 SPD, 1980 GRÜNE. – Sein Artikel: Gewerkschaften und Parteienfinanzierung. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 10 (1959) S. 583–586, insbes. S. 585f.

Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen ist, über den Herr Ministerpräsident Meyers nicht nur Auskunft geben kann, sondern der auch weithin bekannt ist als ein sehr tüchtiger Mann, der in landwirtschaftlichen Kreisen ein großes Ansehen genießt.

Dann hat Herr Ministerpräsident von Hassel, dem ich dafür noch besonders danken möchte, sich gestern bereit erklärt, den Kontakt mit den Vertriebenen und Flüchtlingen zu halten. Er hat während der ganzen Zeit als Ministerpräsident des Landes, das am meisten mit den Flüchtlingen und Vertriebenen zu tun gehabt hat, diesen Kontakt gepflegt und ist wohl ein besonders geeigneter Mann dafür.

4. Dr. Krone:

a) „Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion“: Rasner, Rösing

b) „Katholische Verbände“: Dr. Barzel

Ich würde mir erlauben, hier noch zu sagen: zwischen Partei und Fraktion und Bundesregierung; denn schließlich ist die Bundesregierung auch noch irgendwo in der Welt! Warum ist das gestern gestrichen worden, Herr Kraske? – Aber lassen wir es zunächst; ich will fortfahren.

5. Ministerpräsident Kiesinger:

a) „Jugend“: Stoltenberg, Even

b) „Frauen“: Brauksiepe, Jochmus

Ich werde mich schwer hüten, bei den Frauen zu sagen: helfen. Sie sollen das Heft in die Hand nehmen! Ich sage das nicht wegen Herrn Kiesinger. Er weiß mit Damen gut umzugehen, und er macht auch auf Damen einen ausgezeichneten Eindruck, aber Herr Kiesinger ist Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Dort sind Wahlen im Mai des kommenden Jahres.⁸ Wir hoffen alle, daß er wieder gewählt wird. Aber dann wird er auch alle Hände voll zu tun haben, so daß er sich den Frauen nicht so widmen kann. Ich hoffe also, Frau Brauksiepe und Frau Jochmus werden ihm seine Arbeit erleichtern.

6. Ministerpräsident Dr. Meyers: „Organisation – Werbung – Propaganda“

Herr Ministerpräsident Meyers hat sich dazu bereit erklärt. Ich darf sagen, Herr Meyers, was Sie dazu ausgeführt haben: Ich werde versuchen, ob ich es leisten kann. (Meyers: Ja!) Das ist eine sehr wichtige Aufgabe. Ich brauche kein Wort darüber zu sagen, daß Herr Meyers, bevor er Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen wurde, ein guter Kenner unserer gesamten Organisation im Lande geworden ist und daraus zahlreiche persönliche Verbindungen angeknüpft hat. Wir wissen, daß die Organisation unserer stark föderalistischen und noch stärker eigenwilligen Partei doch sehr stark beruht auf den persönlichen Verbindungen. Sie kennen auch sein im allgemeinen verbindliches und freundliches Wesen. (Heiterkeit. – Bewegung. – Zuruf: Im allgemeinen ist gut!) Ja, meine Herren, kein Mensch ist vollkommen; auch nicht Herr Meyers ist vollkommen. Keiner von uns ist vollkommen. Deswegen gestatten

⁸ Am 15. Mai 1960.

Sie mir die Zwischenbemerkung. Ich habe die Hoffnung, daß er sich der Sache ganz widmen kann. Das wäre für uns außerordentlich wertvoll.

7. Bundesminister Dr. Schröder:

- a) „Wirtschafts- und Berufsverbände“: Professor Burgbacher
- b) „Evangelische Verbände“
- c) „Sport“: Zeuner⁹

Bei den Wirtschafts- und Berufsverbänden soll ihn Herr Professor Burgbacher, der übrigens auch in Amerika ist, unterstützen. Für die evangelischen Verbände wird Herr Schröder noch einen Mann, der ihm helfen soll, vorschlagen. Beim Sport glaubten wir, Ihnen den Herrn Zeuner empfehlen zu sollen. Der größte Teil von Ihnen wird ihn kennen. Er kommt aus Oberwesel. Er ist das einzige CDU-Mitglied, das im Vorstand des Deutschen Sportbundes ist. (*Kraske*: Im Präsidium des Sportbundes!) Er ist damit der gegebene Verbindungsmann.

Das sind die Vorschläge. Wir haben uns bemüht, nach Möglichkeit objektiv das Beste für die Sache zu finden. Ich bitte Sie, auch unter diesem Gesichtspunkt an die Kritik dieser Vorschläge jetzt heranzugehen. Das Wort hat Herr Albers.

Albers: Der Herr Bundeskanzler hat einleitend auf das Godesberger Programm der SPD verwiesen.

Adenauer: Das habe ich nicht getan! (*Albers*: Dann habe ich mich verhöhrt. Ich sitze hier etwas abseits, und weil mein linkes Ohr bei den Nazis kaputtgegangen ist, kann ich nicht gut hören!) Gott sei Dank, daß es das linke Ohr war! (*Albers*: Jetzt höre ich aber rechts!) Herr Albers! Damit Sie mich richtig verstehen, bitte ich Sie, mir Ihr rechtes Ohr zuzuwenden. Und nun wiederhole ich, was ich gesagt habe.

Ich habe in den Gewerkschaftlichen Monatsblättern – oder wie sie heißen – einen Artikel von Herrn Flechtheim gelesen, in dem er propagiert, daß der DGB bei der nächsten Bundestagswahl die Sozialdemokratie mit Geldmitteln unterstützen solle, wobei er darauf hingewiesen hat, daß auch die Labour Party in Großbritannien von den Gewerkschaften finanziert würde. Ich habe gesagt, ein derart offenes Bekenntnis des DGB zur SPD steht im Widerspruch zu seiner bisherigen angeblich neutralen Haltung. Das kann unter den Arbeitnehmern, die zu uns halten, gewisse Wirkungen haben, die wir noch nicht voraussehen können. Demnach muß der Kreis, der von Ihnen benannt worden ist, ergänzt werden.

Albers: Einverstanden! Noch ein Wort dazu! Ich habe gestern ein sehr ernstes Gespräch mit den Herren Richter und Rosenberg über die Frage der künftigen politischen Entwicklung des DGB geführt. Dabei ist denen gar nichts geschenkt worden von mir. Ich habe auf den Artikel hingewiesen. Die Herren wissen genau, wenn sie eine derartige Politik machen, daß sie dann nicht nur mit dem Widerspruch

⁹ August Zeuner (1913–1976), 1946 CDU, 1949–1971 Stadt-, Amts- bzw. Verbandsbürgermeister in Oberwesel, 1950–1971 Vorsitzender des Sportbundes Rheinland, des Landessportbundes Rheinland-Pfalz und Präsidiumsmitglied des deutschen Sportbundes; 1975–1976 MdL Rheinland-Pfalz.

der mehr als 2¹/₂ Millionen Christen im DGB, sondern auch noch mit anderen Fakten in organisatorischer Hinsicht rechnen müssen. Ich will nicht auf das Gespräch im einzelnen eingehen. Ich werde im Dezember mit Ihnen über die ganze Frage noch sprechen. Ich nehme Ihren Vorschlag jetzt unter der Voraussetzung auf, daß diese Empfehlung unter Nr. 1 nach der praktischen Seite hier und dort ergänzt wird.

Adenauer: Es ist klar, daß Ergänzungen, namentlich dann, wenn entsprechende Entwicklungen stattfinden, erfolgen müssen. Ich möchte betonen, daß natürlich auch bei den anderen Gebieten, je nach der Entwicklung hier oder dort oder wenn einer durch Krankheit wegfällt, Ergänzungen durch den Bundesvorstand beschlossen werden können.

Darf ich um Wortmeldungen bitten! – Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Ich möchte fragen, ob dieser Vorschlag im wesentlichen gedacht ist für die Überleitung bis zum Parteitag in Karlsruhe, oder ist er schon gedacht für die endgültigen Beschlüsse, die auf dem Parteitag zu fassen sind? Sie haben selber immer die Unterteilung gemacht, es müsse etwas geschehen von jetzt ab bis zum Parteitag in Karlsruhe. Für Karlsruhe haben wir gewisse Vorstellungen hinsichtlich der Satzungsänderung, der Konzentration und der Neuwahlen.

Adenauer: Der Parteitag ist souverän! Der Parteitag kann machen, was er will. Das ist ganz selbstverständlich. Ich habe betont, daß diese Vorschläge in erster Linie unter dem Gesichtspunkt gefaßt worden sind, daß wir an die Vorbereitungen der Bundestagswahlen im Jahre 1961 herangehen müssen. Wir haben jetzt Ende November. Die Bundestagswahl ist Mitte September 1961. Die Wahl ist entschieden Mitte August 1961. (*Von Hassel:* Im Frühjahr 1961!) Soweit will ich nicht gehen, Herr von Hassel! Rauben Sie uns nicht den Mut! Aber wir können vorsichtig sagen: Mitte August 1961 steht die Wahl im Grunde genommen fest, wenn die Ferien beginnen. Wir haben also keine Zeit zu verlieren. Wir haben nun mit diesen ganzen Überlegungen eine Reihe von Wochen – vielleicht war es gut – Zeit in Anspruch genommen, aber jetzt muß endlich an die Arbeit gegangen werden.

Sollte der Bundesparteitag im Mai bezüglich der einen oder anderen Person oder auch der ganzen Konstruktion des Vorstandes andere Meinungen haben, oder sollte die Mehrheit des Parteitages andere Meinungen haben, dann muß der Parteitag darüber beschließen. Selbstverständlich muß sich jeder dem Votum des Parteitages unterwerfen.

Blumenfeld: Ich danke vielmals, daß Sie mir die Vorfrage beantwortet haben. Nun habe ich noch zwei Anmerkungen zu machen: Erstens sind wir uns in diesem Kreis und im Bundesausschuß sehr klar gewesen, daß die Institution der drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder mit dem Parteitag in Karlsruhe auslaufen sollte. Ich bitte darum, das heute noch einmal festzustellen, und zwar eindeutig. Mit der Institution meine ich nicht die einzelnen Persönlichkeiten, sondern innerhalb der Konstruktion des Bundesvorstandes diese drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder. Darüber bestand Einigkeit. Es wäre also wichtig, wenn wir das noch einmal feststellen könnten. (*Zuruf:* Warum noch einmal?) Zweitens bin

ich nicht im klaren darüber, wie wir es vermeiden wollen, daß bei einer solchen Aufgabenverteilung – die in einzelnen Punkten absolut notwendig ist für den Beginn der Arbeit, in anderen Punkten scheint es mir nicht ganz so notwendig zu sein – keine Schwierigkeiten bei der Verzahnung mit den Bundesfachausschüssen entstehen, deren Arbeit nicht nur in die Bundesebene, sondern auch in die Länderebene hineinstrahlen soll. In der Vergangenheit haben wir alle darunter leiden müssen, daß diese Bundesfachausschüsse einfach nicht arbeiten können, weil ihre Vorsitzenden – jedenfalls zum Teil – keinen Niederschlag im Bundesvorstand gefunden haben. (*Adenauer*: Weil sie nichts getan haben!) Es war so, daß sie keine Aufgaben bekamen und sozusagen im leeren Raum schwebten, bis auf einige. (*Adenauer*: Also doch, diese haben doch Gehör gefunden!) Das lag daran, daß sie Mitglied des Bundesvorstandes waren, aber vom Grundsatz her war es nicht so. Wir haben einen Sportausschuß. Der soll aktiviert werden. Wie sollen Herr Kiesinger oder Herr Schröder die Sache, von der Arbeit her gesehen, machen? Wie soll es Herr von Hassel machen mit der Landwirtschaft? Es ergeben sich hier eine Reihe von Fragen aufgrund der Arbeitsverteilung, die mir nicht kongruent erscheinen.

Adenauer: Halten Sie bitte auseinander die Fachausschüsse und das, was hier gemacht worden ist. Hier handelt es sich darum, die Arbeit im Bundesvorstand zu aktivieren. Mengen Sie das bitte nicht durcheinander. Es wird gleich noch in einem besonderen Punkt der Tagesordnung über die Fachausschüsse berichtet werden. Hier handelt es sich darum, daß wir der Forderung nach Aktivierung der Arbeit im Bundesvorstand stattgeben. Ich bitte Sie also, damit wir nicht in uferlose Debatten kommen, daran festzuhalten.

Ich darf Sie daran erinnern, Herr Blumenfeld, was ich eingangs gesagt habe. Wir müssen jetzt bei alledem, was wir hier beschließen, auch bei der Auswahl der Persönlichkeiten, in allererster Linie unsere Arbeit auf die Wahl im Jahre 1961 konzentrieren. Wir dürfen jetzt keine Theorien mehr machen! (*Zuruf*: Einverstanden!)

Betrachten Sie das auch bitte so, was den Parteitag angeht. Der Parteitag ist souverän; seine Mehrheit kann beschließen, was sie für richtig hält. Einstweilen mache ich mir keine großen Sorgen darüber, was er beschließen wird. Das wird sich schon finden. Wenn die Leute, die wir jetzt an die Arbeit setzen wollen, bis dahin gute Arbeit geleistet haben, dann glaube ich nicht, daß ein Parteitag im Jahre 1960 sagen wird, hier muß radikal geändert werden. Das wäre doch sehr unklug. Aber zerbrechen wir uns jetzt nicht den Kopf über den Parteitag im Jahre 1960. Es genügt, Herr Blumenfeld, wenn ich Ihnen sage, der Parteitag ist souverän und kann jederzeit mit Mehrheit alles ändern.

Von Hassel: Ein paar Bemerkungen dazu! Herr Blumenfeld! In der Ziffer 3 steht c) Vertriebene und Flüchtlinge. Ich habe gestern im geschäftsführenden Vorstand gesagt: Ich fasse die Arbeit so auf, daß es eine Selbstverständlichkeit für mich ist, mit den Herren des Landesverbandes Oder-Neiße und der Exil-CDU Kontakte zu halten, ohne daß ich damit etwa Vorsitzender eines dieser Verbände werden will oder eine Art Obervorsitz bekommen möchte. Es ist eine Selbstverständlichkeit für mich, in dieser

Funktion mit den betreffenden Herren die Verbindung zu halten, die von unseren Beschlüssen hier unterrichtet werden. Ich habe zunächst gesagt, ich hielt es nicht für erforderlich, daß ich die Aufgabe übernehme, weil wir ja praktisch schon die leitenden CDU-Leute haben, aber ich habe dann nachher hinzugefügt, um des lieben Friedens willen werde ich die Aufgabe übernehmen. Es ist eine Selbstverständlichkeit für mich, nicht nur zu den Vertriebenen, sondern auch zu den Bauernverbänden eine enge Verbindung zu halten. Bei Herrn Schröder ist es genauso. Er hält die Verbindung zum Sport. Und helfen wird ihm Herr Zeuner, der im Vorstand des Deutschen Sportbundes ist.

Ein Wort zu den Bundesfachausschüssen! Wir haben gestern darüber eingehend diskutiert. Es gibt ein paar konkrete Anhaltspunkte, wonach wir Wert darauf legen müssen, daß sich der Fachausschuß über die Frage seines Vorsitzenden sehr sorgfältig unterhält und nicht einfach sagt: Wir schlagen die Wiederwahl vor, wie das sonst üblich ist in den Reihen der CDU. Über dieses Thema wird aber nachher noch besonders gesprochen.

Herr Bundeskanzler! Sie sagen: Wir wollen abwarten, was der Bundesparteitag in Karlsruhe zu dem gesamten Organisationsbild sagen wird. – Wir haben aber an sich vom Bundesausschuß den Auftrag, für Karlsruhe eine Satzungsänderung vorzubereiten, die in zwei Richtungen geht, und zwar einmal dahin zu prüfen, ob das gegenwärtige Schema, wie es im Statut Ziffer 9¹⁰ verankert ist, richtig ist oder ob es modifiziert werden soll. Alle Herren, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben – einschließlich der drei, um die es sich dabei handelt – haben zum Ausdruck gebracht, daß in den Jahren 1950 bis 1953, als die Einrichtung der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder geschaffen wurde, eine andere Situation gewesen ist und heute im Grunde genommen dieser Auftrag von damals obsolet ist. Alle, die sich damit beschäftigt haben, sagen, man sollte beschließen, diese Institution abzubauen, wobei jeder davon überzeugt war, daß die drei Herren, die diese Ämter ausgefüllt haben, sicher als Person gewählt werden in die Funktion des Vorstandes und nachher

10 § 9 des damals geltenden Statuts besagt: „Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus: a) dem Vorsitzendem, b) den vier stellvertretenden Vorsitzenden, c) drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, d) dem Bundesschatzmeister, e) dem Bundesgeschäftsführer, f) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter, g) dem Bundestagspräsidenten, wenn er der CDU angehört, h) den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen, i) den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU, k) zehn weiteren Mitgliedern. Die CDU-Regierungschefs und Bundesminister nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil. Die unter a) bis g) aufgeführten Vorstandsmitglieder bilden den geschäftsführenden Vorstand. Die Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, sich stimmberechtigt vertreten zu lassen. Der Vorstand kann bis zu drei Mitgliedern kooptieren.“
Druck: CDU, Statut, Geschäftsordnung, Finanzordnung, Parteigerichtsordnung 1956 S. 3f.

vermutlich – das steht im § 10¹¹ des Statuts – auch gewählt werden in den sogenannten engeren Vorstand.

Insofern, Herr Bundeskanzler, sollten wir uns heute nicht über die Fragen der Paragraphen 9 und 10 des Statuts unterhalten, aber wir sollten noch einmal daran festhalten, daß in diese beiden Richtungen die entscheidenden Überlegungen gehen. Wenn vielleicht eine andere Meinung da sein sollte, so muß das ausgesprochen werden, aber alle Herren erklärten, daß es richtig sei, die Sache so zu machen, wie sie monatelang erörtert worden ist.

Wenn ich sage, es ist heute vielleicht verfrüht, die Paragraphen 9 und 10 des Statuts im Konzept zu ändern, so liegt das daran, daß in der Zwischenzeit dem Bundestag das Parteiengesetz zugeleitet worden ist. Wenn ich richtig gehört habe, soll Anfang oder Mitte Januar die erste Lesung stattfinden. In diesem Parteiengesetz steht eine Formulierung, die für uns wesentlich ist, daß nämlich die Zahl der gewählten Mitglieder gegenüber den sogenannten Mitgliedern kraft Amtes ein entscheidendes Übergewicht haben muß. (*Schröder*: Zweidrittel zu Eindrittel!) So wird es sein. Bei den Verhandlungen im Bundestag, Herr Krone, wird man sehen müssen, was aus dieser Bestimmung wird. Man müßte eventuell unsere Freunde im Ausschuß bitten, die Behandlung dieser Bestimmungen vorzuziehen, damit man bei uns erkennt, bevor Karlsruhe startet, das Parteiengesetz wird die und die Forderungen an die Parteien für die Bestellung ihrer Vorstände stellen. Dann könnten wir zeitgerecht einen solchen Vorschlag für die beiden Paragraphen 9 und 10 einreichen.

Ich darf darum bitten, Herr Bundeskanzler – das ist gar kein Widerspruch –, daß wir nun, und zwar vorbehaltlich der endgültigen Formulierung aufgrund des Parteiengesetzes, sagen: Die Institution der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder entfällt. Die Bildung eines engeren Vorstandes wird beschlossen. Dabei muß man vielleicht im Januar sehen, wie groß etwa der engere Vorstand sein soll: 10, 15 oder 18 Mitglieder. Das ist eine Frage, über die wir uns im Januar unterhalten sollten.

Adenauer: Ich danke Herrn von Hassel sehr für seine aufklärenden Worte, aber ich muß bemerken, daß dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung steht. (*Altmeier*: Er muß aber endlich mal draufstehen!) Aber heute steht er nicht drauf. Wir haben heute noch vieles andere zu tun. (*Von Hassel*: Verzeihung, Punkt 2 der Tagesordnung!) Punkt 2 der Tagesordnung: Beratung und Beschlußfassung über die Vorschläge des geschäftsführenden Vorstandes zur Aktivierung der Bundespartei! (*Von Hassel*: Da gehört dieser Punkt hinein!) Was dem Bundesparteitag vorgelegt werden soll? (*Von Hassel*: Ja, das ist doch der Auftrag des Bundesausschusses an uns! Es ist das beschlossen worden im Bundesparteiausschuß. – *Zuruf*: Sehr richtig!)

11 § 10: „Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei gemäß den Beschlüssen des Bundesparteitages und des Bundesausschusses. Die laufenden Arbeiten erledigt der geschäftsführende Vorstand. Der Bundesvorstand wählt den Bundesgeschäftsführer. Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle und ist dem Bundesvorstand verantwortlich.“ Ebd. S. 4.

Ich bin ja nicht dagegen, daß wir uns darüber unterhalten in einem besonderen Punkt der Tagesordnung. Meinetwegen können wir uns in der nächsten Sitzung darüber aussprechen. Was ich nur möchte, ist doch, daß wir nun einmal präzise bei der Sache bleiben. Mir liegt daran, daß wir endlich mit der Arbeit anfangen, daß also zunächst einmal die Leute, die wir hier benannt haben, ihre Arbeitsgebiete bekommen, daß sie sich ihre Mitarbeiter suchen, damit endlich die Sache losgeht. Das andere hat noch etwas Zeit. Wir haben heute den 25. November. Der Parteitag ist im Mai 1960.

Scheufelen: Ich muß kurz rekapitulieren, was passiert ist. Wir haben als Bundesvorstand vom Bundesausschuß den Auftrag bekommen, Vorschläge für die Straffung der Arbeit unserer Partei zu machen. Wir haben das letzte Mal beschlossen, dem geschäftsführenden Vorstand seinerseits zu übertragen, Vorschläge zu machen. Nun bekommen wir heute den Vorschlag vom geschäftsführenden Vorstand. Daß wir ihm den Auftrag gegeben haben, uns einen Vorschlag zu machen, und das durchzuarbeiten, heißt nun nicht, daß wir nur über das diskutieren können, was dieser geschäftsführende Vorstand erarbeitet hat, aber alles andere unter den Tisch fällt. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das möchte ich zunächst einmal feststellen.

Dann möchte ich weiter sagen, ich habe es immer als unglücklich empfunden, daß man ausgerechnet dem Gremium, über dessen Arbeit man nicht zufrieden war, nun diesen Auftrag gegeben hat, Vorschläge zu machen darüber, wie man es besser machen soll. (*Bewegung.*) Das ist mit Mehrheit beschlossen worden! Und dem haben wir uns gebeugt! (*Unruhe.*) Ich möchte eines hier ganz klar festhalten, daß nämlich alles das, was wir hier tun, nur bis zum nächsten Parteitag gilt. Das enthebt uns nicht des Auftrages, den uns der Bundesausschuß gegeben hat, bis zu seiner nächsten Sitzung einen klaren Vorschlag zu machen, wie wir die Dinge weiter sehen wollen. Das möchte ich weiter feststellen!

Zur Sache möchte ich sagen, wenn ich das, was unsere Wähler und Mitglieder meinen, richtig verstanden habe, so sind sie mit der fachlichen Arbeit unserer Bundesregierung im großen und ganzen einverstanden und damit auch mit der fachlichen Arbeit, die dort Männer der CDU im Auftrag der Partei und ihrer Wähler leisten. Nicht zufrieden sind sie mit dem Maß der Konzentration und der politischen Führung! Ich hätte es deswegen lieber, und wir wären den Wünschen unserer Wähler und Mitglieder mehr entgegengekommen, wenn wir einen Vorschlag gemacht hätten, der zeigt, daß wir die Spitze konzentrieren und aktivieren wollen, aber nicht einen Vorschlag, der praktisch diese Spitze nach Fachgebieten aufgliedert und sozusagen den demokratischen Einrichtungen der Parteiausschüsse eine Ministerialbürokratie innerhalb der Partei schafft!

Aber nach Lage der Zeit kann man bis zum nächsten Parteitag nichts anderes mehr machen, da bei der Mehrheit hier kein Wille dazu besteht. Wenn wir das heute beschließen, was da vorgeschlagen wird, dann fürchte ich, daß das draußen nicht verstanden wird. (*Unruhe. – Adenauer:* Herr Scheufelen! Ich habe den letzten Satz

von Ihnen nicht verstanden!) Ich fürchte, wenn wir diesen Vorschlag heute annehmen, daß das draußen nicht verstanden wird.

Adenauer: Ja, Herr Scheufelen, nehmen Sie es mir nicht übel, aber ich weiß nicht, wie Sie sich die Parteiarbeit denn denken. Das ist mir völlig unerklärlich.

Scheufelen: Es gab zunächst einen Gegenvorschlag, der besagt hat, man schafft ein engeres Gremium aus soundso viel Herren, das – zumindest zu einem erheblichen Teil der Mitglieder – immer verfügbar ist, so daß Sie es jederzeit einberufen können. Dieses Gremium sollte den Parteiorganen in wichtigen Fragen entsprechende Anweisungen geben, z.B. wenn Differenzen zwischen dem Bund und den Ländern auftreten, die der Partei schaden, oder bei sonstigen aktuellen Fragen. Es sollte in diesen Fällen zunächst das Glied darstellen zwischen den einzelnen Organen der Partei.

Adenauer: Aber, Herr Scheufelen, das eine schließt doch das andere nicht aus. Nehmen wir an, wir hätten den geschäftsführenden Vorstand jede Woche zusammen. Je näher wir auf die Wahl zukommen, desto wahrscheinlicher wird das sein. Es sind dann wichtige Fragen zu beraten. Mir schwebt vor das Parteiengesetz, die Frage der Parteifinanzierung durch den Staat, das Wahlgesetz usw.¹² Dazu brauchen wir natürlich ein engeres politisches Gremium, in dem man das Für und Wider sorgfältig überlegen muß.

Aber was Ihnen hier vorgeschlagen wird, diese Männer und Frauen sind doch dafür da, um erstens das, was bisher vom Bundestag und von der Bundesregierung geleistet worden ist, wach und lebendig zu halten bei den Verbänden usw. und zweitens, um die Beschlüsse dieses politischen Gremiums zu den Fragen des Wahlgesetzes usw. wieder der gesamten Partei nahezubringen. Dieses Organ, das wir Ihnen heute vorschlagen, haben wir auf alle Fälle nötig. Das brauchen wir. Die Leute sollen nicht große politische Entscheidungen fällen! Das sollen die gar nicht. Aber sie sollen den lebendigen Kontakt herstellen mit den Verbänden usw.

In diesem Zusammenhang kann ich ein Wort sagen über die Aufgabe des Bundesgeschäftsführers. Unsere Bundesgeschäftsstelle leidet darunter, daß wir nicht genügend Geld haben, um die Leute, die wir gern haben möchten, auf Jahre hinaus an uns zu fesseln. Es ist beschämend, aber ich muß es sagen, es ist vorgekommen, daß wir an den Tagen im Monat, an denen die Gehälter ausbezahlt werden müssen, nicht das nötige Geld hatten, um die Gehälter auszuzahlen! (*Zuruf:* Hört, hört!) Infolgedessen hat der Bundesgeschäftsführer eine ungeheuer große Aufgabe, nun diesen Apparat einigermaßen am Laufen zu halten. Er muß auch – das gilt insbesondere dann, je näher der Wahltermin heranrückt – hier an Ort und Stelle sein. Er kann nicht weg

¹² Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien vom 22. Dezember 1959 (BT-Drs. 1509); Gesetz vom 24. Juli 1967 (BGBl I 1967 S. 773–781). – Zur Finanzierung der Parteien durch die öffentliche Hand vgl. Bundestagsdebatten vom 19. Juni 1958 Sten.Ber. 3. WP Bd. 39 S. 1767 und vom 25. Juni 1958 ebd. S. 1916; Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 20 Nr. 10 S. 56–119 (Urteil vom 19. Juli 1966). – Bundeswahlgesetz: BGBl I 1956 S. 383–392 (Fassung vom 7. Mai 1956), erstmals geändert durch: BGBl I 1972 S. 1061–1099 (Gesetz vom 3. Juli 1972).

von Bonn. Er muß hier sein, weil da alle möglichen Anrufe und Anforderungen kommen. Er muß Aufklärungen geben usw., usw. Er wird also einer dornenvollen und arbeitsreichen Zeit entgegengehen. Er hat sie jetzt schon! Daher kann der Bundesgeschäftsführer die ganzen Verbindungen mit den Organisationen, Verbänden usw. gar nicht herstellen; denn er ist schließlich auch nur ein Mensch, der auf die Dauer nicht mehr als zwölf Stunden am Tag arbeiten kann.

Deshalb brauchen wir Leute, die diese Verbindung herstellen. Und das ist im wesentlichen die Aufgabe der Herren, die im Vorschlag des geschäftsführenden Vorstandes benannt worden sind. Ich darf noch hinzufügen, was Herr von Hassel gesagt hat, ist richtig. Wir waren uns über das klar, was wir dem Bundesparteitag vorschlagen sollen, aber das muß korrekt in eine Vorlage gebracht werden und beschlossen und dann dem Bundesparteiausschuß vorgelegt werden.

Krone: Noch ein Wort zu Herrn Scheufelen! Es ist doch so gewesen, daß der geschäftsführende Vorstand im letzten Jahr nicht gearbeitet hat. Das ist früher anders gewesen. Unter Tillmanns wurde gearbeitet. Man kam zusammen und hat überlegt und beraten und gearbeitet. (*Altmeier:* Das ist schon lange her!) Das ist so gewesen! Das wissen die Herren Heck und Kraske. Wir waren zusammen in der Bundesgeschäftsstelle und haben geschäftlich gearbeitet als geschäftsführender Vorstand, nicht politisch. Wir haben keine Entscheidungen gefällt.

Damit nun diese legitime Gruppe bis zum nächsten Bundesparteitag zur Arbeit kommt, das besagt hier dieser Vorschlag, der gestern vom gesamten geschäftsführenden Vorstand nach langer Diskussion angenommen worden ist. Nun lassen wir doch die Herren, die mit einem Mandat beauftragt sind, auch arbeiten! Ich bin dafür, das anzunehmen.

Ich verstehe Ihr Anliegen, Herr Scheufelen, auf Konzentration. Dem dient auch – was Herr von Hassel gesagt hat – ein solches Gremium. Wir waren uns gestern einig, dieses Gremium auf dem Parteitag in Karlsruhe zu bilden, wobei die Frage, ob 15 oder 18 Mitglieder, noch offengeblieben ist. Das hängt noch ab von den Paragraphen 9 und 10 im Parteiengesetz. Es müssen in die Gremien hinein: zwei Drittel Gewählte und ein Drittel aufgrund anderer Legitimation. Wir waren uns darüber einig, in diesem Sinne die Arbeit zu konzentrieren. Meine Bitte geht dahin, daß man das zunächst einmal annimmt, um zur Arbeit zu kommen. Das setzt aber voraus, daß die Herren alle 14 Tage da sind, um zu arbeiten.

Adenauer: Herr Scheufelen! Es ist nicht so, als wenn bisher diese großen politischen Fragen überhaupt nicht behandelt worden wären. Die großen politischen Fragen sind zwischen einigen Herren der Fraktion und einigen Herren der Bundesregierung ständig behandelt worden. Und wir haben im Kabinett bei solch entscheidenden Fragen die Vertreter der beiden Koalitionsparteien, der CDU und der DP, zu den Sitzungen hinzugebeten, um nun wirklich eine echte Zusammenarbeit zwischen der Fraktion – die auch eine eigene Verantwortung hat – und der Bundesregierung herbeizuführen.

Es ist wirklich nicht so, als ob nun auf dem politischen Gebiet keine enge

Fühlungnahme gewesen sei. Das ist eine falsche Vorstellung. Ich glaube, Sie lassen sich manchmal täuschen, meine Damen und Herren, durch die Mitteilungen in der Presse über die Tätigkeit der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist in einer ganz anderen Situation als Oppositionspartei wie wir als Regierungspartei. Der Vorstand der Sozialdemokratie und wen sie noch haben, die kommen fortwährend zusammen und reden, bald gut, bald schlecht, bald zur Freude, bald zum Mißfallen ihrer Leute. Sie haben Zeit, ihre inneren Kämpfe in aller Seelenruhe oder in aller Heftigkeit miteinander auszufechten.

Bei einer Regierungspartei ist es so, daß ein großer Teil der politischen Fragen zwischen der Regierung und der Fraktion überlegt werden muß, nicht alle, aber erhebliche Fragen. Dabei bin ich der Auffassung – Herr Krone gestattet mir, das hier zu sagen –, daß manchmal die Bundestagsfraktion in ihrer Unabhängigkeit gegenüber der Partei zu weit geht. (*Albers*: Sehr richtig! – *Weitere Zurufe*: Sehr wahr!)

Ich habe Ihnen eben einige solcher Fälle genannt, in denen die Auffassung der Partei und ihrer Organe an erster Stelle stehen muß. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Zu diesen Fragen gehören das Parteiengesetz, das Wahlgesetz, die Parteienfinanzierung durch den Staat. Das sind im Augenblick die wesentlichsten Fragen. Aber diese Liste ist nicht erschöpft. Es sind jedoch die drei Gesamtkomplexe, die uns z.Z. am meisten beschäftigen und die für unsere Partei von der größten Bedeutung sind. Hier muß die Partei eine eigene Meinung bilden, damit sich die Bundestagsfraktion dementsprechend einstellt.

Bei anderen Sachen, z.B. bei der Krankenversicherung¹³ – früher bei den Rentengesetzen –, haben wir zu den Sitzungen eingeladen und hinzugezogen die Vertreter der Fraktion, damit wir da möglichst konform gingen. Wir haben auch, um das vorwegzunehmen, ständig enge Fühlung gehalten mit der Fraktion in der Frage des Rundfunkgesetzes. Die Fraktion hat dafür besonders den Herrn Heck beauftragt. Wir haben mit Herrn Heck in allen diesen Dingen sehr enge Fühlung gehalten. Wir werden nachher, so hoffe ich, noch darauf zu sprechen kommen. Wenn die Herren Ministerpräsidenten, die der CDU angehören, einen anderen Weg glaubten gehen zu müssen, so müssen sie das verantworten. Aber mit der Bundestagsfraktion, die doch hier die Entscheidung hat, haben wir ständig enge Fühlung gehalten, wie überhaupt die Fühlung zwischen der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion viel enger ist, als das nach außen in Erscheinung tritt. Die Minister gehen in die Arbeitskreise hinein und erläutern ihre gesetzgeberischen Vorhaben. Das wird dann besprochen. Nachher kommt es dann in den Vorstand der Bundestagsfraktion. Und hier ist in den meisten Fällen – das glaube ich Ihnen sagen zu können – das Interesse der Partei ständig

13 Die projektierte Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung in der 3. Legislaturperiode scheiterte. Vgl. 29. Oktober 1957 Sten.Ber. 3. WP Bd. 39 S. 20; BT-Drs. 1298 vom 20. Oktober 1959; UiD Nr. 47 vom 26. November 1959 S. 1f.; BT-Drs. 1540 vom 14. Januar 1960; UiD Nr. 1 vom 7. Januar 1960 S. 1f.; 17. Februar 1960 Sten.Ber. 3. WP Bd. 45 S. 5497–5591. Vgl. dazu Nr. 12 Anm. 43.

gewahrt worden. Aber es gibt Fälle, in denen ich – wenigstens für meine Person – der Bundestagsfraktion nicht die Kompetenz zusprechen kann, Entscheidungen zu treffen gegen den Willen der Partei, nämlich dann, wenn es an das Fundament des Ganzen geht. In diesen Fällen muß die Partei ihren Willen bilden und mitteilen können.

Wuermeling: Ich möchte einen Ergänzungsvorschlag zu dem Tableau machen. Dort sind vor allem die vertikalen Gliederungen berücksichtigt, wie Vertriebene, Flüchtlinge, Landwirtschaft usw. und dann im Rahmen der horizontalen Schau die Jugend, die Frauen usw. Dagegen ist das Thema „Familie“ überhaupt nicht drin. Ich würde daher vorschlagen, daß wir bei Herrn Kiesinger unter Nr. 5c) Familie¹⁴ hinzusetzen, damit hier von der Partei aus eine Aktivität entfaltet werden kann.

Wenn ich einen Vorschlag machen darf, würde ich sagen, einerseits die Herren Winkelheide und Even, auf der anderen Seite Herr Süsterhenn und Frau Welter¹⁵.

Adenauer: Sie haben den Vorschlag gehört, unter c) Familie einzusetzen. Dazu Frau Welter und ... (*Verschiedene Zurufe:* Süsterhenn! Winkelheide!) Nun werden mehrere Vorschläge zugleich gemacht: Süsterhenn und Winkelheide. (*Zuruf:* Herr Süsterhenn ist sehr stark in Anspruch genommen! – *Unruhe.* – *Zuruf:* Andere auch! – *Wuermeling:* Man könnte ihn fragen, ob er es machen kann. Sonst würden wir einen Bundestagsabgeordneten nehmen!) Das ist aber peinlich, jemand zu benennen, nachdem ein anderer abgelehnt hat. Das spricht sich doch rund. Und das wirkt nicht gut. Eben hat jemand – Herr Zimmer oder Herr Altmeier, glaube ich – gerufen: Herr Süsterhenn ist sehr stark in Anspruch genommen. – Warum wollen Sie denn Herrn Winkelheide nicht? (*Wuermeling:* Ich bin auch damit einverstanden!)

Dann würde ich vorschlagen, daß wir sagen unter c) „Familie“: Frau Welter und Herr Winkelheide. (*Wuermeling:* Müßten wir es organisch nicht umstellen und die Familie zuerst benennen, und zwar: Familie, Frauen, Jugend.) Ich darf darauf aufmerksam machen, daß nach dem Schöpfungsbericht die Frau vor der Familie da war. (*Wuermeling:* Aber die Jugend nicht! – *Heiterkeit.*) Da haben Sie wieder recht! Man muß an alles hierbei denken. Wer soll an die Spitze? Die Frauen sind unsere besten Wähler. (*Zurufe:* Jugend! – Frauen! – Familie! – *Schröder:* Frau und Familie, das hört sich gut an!) Wir sollten sagen: Frauen, Familie, Jugend! (*Zustimmung.*)

Also schreiben wir: a) Frauen, b) Familie, c) Jugend. Ich bitte Sie, Frau Brauksiepe, das zur Kenntnis zu nehmen! (*Brauksiepe:* Danke!) – Das Wort hat Herr Gurk.

Gurk: Ich möchte noch einmal kurz auf den Vorschlag von Herrn Scheufelen zurückkommen. Ich verstehe diese weitgehende Aufgliederung, weil wir damit an die Verbände und soziologischen Gruppen und Gruppierungen unseres Volkes herangehen.

¹⁴ In der Vorlage: Frauen.

¹⁵ Emmi Welter (1887–1971), 1950–1960 Mitglied des Stadtrats Aachen (CDU), 1954–1965 MdB, seit 1952 Vorsitzende der evangelischen Frauenhilfe im Rheinland, seit 1953 Präsidentin der evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Kuratoriumsmitglied des Müttergenesungswerks.

Aber das Anliegen der Konzentration und der Aktivierung der Parteiarbeit ist doch damit noch nicht erfüllt. (*Adenauer*: Verzeihen Sie: der Intensivierung!) Nein, der Konzentration! (*Adenauer*: Der Intensivierung, nicht der Konzentration!) Ja, eine Intensivierung durch diesen Vorschlag in vertikaler Hinsicht auf die soziologischen Gliederungen der Verbände usw.; aber wie ist denn nun die Koordinierung dieser Arbeit mit den Parteiorganisationen, etwa mit den Landesverbänden, gegeben? Die Landesverbände stehen nach diesem Vorschlag auf der Seite. Es wird um sie herum eine Arbeit – so hoffe ich – intensiver Art getan. Aber die Landesverbände wissen das nicht und sehen das nicht. Und da ist ohne Zweifel eine Koordinierung nach der horizontalen Seite auf der Ebene der Landesverbände notwendig.

Nach meiner Meinung ist eine solche Koordinierung der Arbeit unabdingbar für die Parteileitung. Deshalb möchte ich dieses Anliegen noch einmal nachdrücklich unterstreichen. Wir haben es wirklich aus innerer Überzeugung heraus vorgetragen. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn dieses Kollegium sich mit dieser Frage der Koordinierung und der Straffung befassen würde, und zwar gilt das insbesondere für die Landesverbände. Ich kann mir nicht denken, daß die Bundesgeschäftsstelle, wie die Dinge jetzt liegen, in der Lage sein wird, diesen Arbeitskreis zu überschauen und ihn wirkungsvoll zu steuern. Ich kann mir nicht denken, daß der Bundesgeschäftsführer diese Aufgabe mit den jetzt gegebenen Vollmachten meistern kann. Es ist niemand da, der das tun könnte!

Adenauer: Herr Gurk! Ich habe auch gewisse Wünsche wegen der inneren Organisation der Partei und wegen des Verhältnisses der Bundespartei zu den Landesparteien. Ich stelle aber diese Wünsche absichtlich zurück, weil wir jetzt an die Wahl denken müssen. Wir können jetzt nicht große Umorganisationen vornehmen. Wir müssen jetzt endlich an die Arbeit kommen. Wir dürfen jetzt nicht immer organisieren und Überlegungen anstellen.

Deshalb bitte ich Sie, auch Ihren Wunsch zurückzustellen. Sie müssen doch schließlich zu den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes, die die Arbeitsgebiete zugewiesen bekommen haben, das Vertrauen haben, daß diese Herren aus eigenem Verantwortungsgefühl sich um diese Aufgaben kümmern werden. Wenn aber das Vertrauen nicht da ist, dann hört ja alles auf. Aber das sind doch Leute, die etwas bedeuten: Blank, Gerstenmaier, von Hassel, Krone, Meyers, Schröder, Kiesinger. Ich meine, dazu sollten wir das Vertrauen haben, daß die Herren, wenn sie diese Aufgabe annehmen, auch etwas tun.

Dieser Kreis wird von mir als dem Vorsitzenden von Zeit zu Zeit einberufen, damit wir hören, was sie tun; und daß der Bundesgeschäftsführer, der nun doch manches hört und sieht, wo Mängel sind, rechtzeitig davon Mitteilung macht, ist auch selbstverständlich. Aber bitte, organisieren Sie jetzt nicht zuviel und sprechen Sie nicht so viel über die Organisationsgeschichte, sondern lassen [Sie uns] doch endlich an die Arbeit gehen. Je näher wir an die Wahlen kommen, desto mehr verflüchtigen sich alle diese Vorstellungen vor der Notwendigkeit, aktiv und wirksam zu arbeiten.

Zimmer: Herr Bundeskanzler! Sie haben mit vollem Recht betont, es kommt auf

die Vorbereitung der Bundestagswahlen an. Nun liegt uns dieser Organisationsvorschlag vor. Nun möchte ich mit der Offenheit, die wir uns alle schuldig sind, dazu ein paar Bemerkungen machen, die etwas kritisch sind, und zwar im Hinblick auf die Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben. Herr Meyers hat uns vor etwa zwei Jahren oder zweieinhalb Jahren im Bundesvorstand einen Vortrag über seine Feststellungen und Einsichten in der Partei gehalten¹⁶. Daran möchte ich anknüpfen, weil ich selbst nun seit geraumer Zeit auf der untersten Stufe in der Parteiarbeit stehe.

Ich möchte aus meiner Erfahrung heraus sagen, der Wahlkampf wird nicht nur durch die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion, sondern auch durch die 2.000 bis 3.000 Ortsverbände ausgetragen, die die Verbindung oder den Kontakt mit unseren Wählern haben oder jedenfalls haben sollten. Hier sieht es nach meinen Erfahrungen sehr unterschiedlich aus. Es gibt Ortsverbände, die viel und planmäßig arbeiten. Es gibt auch welche, die das nicht tun. Und da möchte ich ansetzen. Wir alle stellen eine Parteimüdigkeit nicht nur beim allgemeinen Wählervolk, sondern zum Teil auch in unseren eigenen Reihen fest.

Das ist mit ein Grund, warum unsere Mitgliederwerbung nicht von großem Erfolg gewesen ist. Die entscheidende Frage – neben der zentralen Fortentwicklung oben – ist die, wie bringen wir es in den nächsten zwei Jahren fertig, diese 2.000 bis 3.000 Ortsverbände wieder mit pulsierendem Leben, mit einem kontinuierlichen und attraktiven Arbeitsleben zu erfüllen. Wie bringen wir das fertig? Das ist, wie gesagt, neben der zentralen Frage oben die entscheidende Frage unten. Und hier muß ich sagen, die Bundespartei müßte mehr als bisher mit Hilfe der Landesverbände bis an die unterste Front der Partei ihre Meinung vortragen können, aber nicht sporadisch und mehr oder weniger dem Zufall überlassend, weil es der eine Landesverband so und der andere so macht, sondern nach einem System, wobei bundespolitische und landespolitische Gesichtspunkte koordiniert werden müssen.

Ich möchte also darum bitten, daß die Arbeit auf eine Lebendigmachung der 2.000 bis 3.000 Ortsverbände abgestellt wird, wobei es sicher wichtig wäre, ein Bild über die Qualität und die Quantität in den Ortsverbänden zu bekommen, wie sie sich zusammensetzen, wie sie arbeiten usw. Auch darüber hat Herr Meyers damals sehr interessante und für uns alle wichtige Feststellungen getroffen.

Ich möchte gerne wissen, wie es heute ist. Wir wissen aus der Erfahrung, daß die Herren Tillmanns, Wuermeling und Meyers, als sie die Geschäftsführung in die Hände genommen haben, großartige Arbeit geleistet haben. Das wird überall sehr dankbar empfunden. Wir haben aber – und das müssen wir offen sagen – auf der anderen Seite den Eindruck, daß unsere Parteiämter ein bißchen mehr honoris causa geführt wurden und daß die Herren nicht in der Lage waren – man kann ihnen keinen Vorwurf machen, weil sie durch andere Ämter völlig absorbiert wurden –, ihre Kraft so zur Verfügung zu stellen, wie es an sich notwendig gewesen wäre.

¹⁶ Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1134–1144 sowie Nr. 1 S. 35–37.

Herr Bundeskanzler! In der letzten Sitzung haben Sie gesagt, wir müssen Männer mit Namen an der Spitze der Partei haben. Sehr richtig! Es muß eine Autorität dahinterstehen. Es ist aber zu sagen, daß die Herren alle durch andere Ämter mit einer ungeheuer großen Verantwortung belastet sind. Sie haben gesagt, wir müssen das Vertrauen zu den Herren haben, daß sie, wenn sie das Amt annehmen, auch die entsprechende Zeit für diese Arbeit aufwenden.

Es ist niemand unter uns, der nicht zu jedem einzelnen das absolute Vertrauen hat, aber ich frage nur, sind die Herren in den kommenden Jahren nicht überfordert? Wenn es nicht der Fall sein sollte und diese Bedenken nicht stichhaltig sind, dann würde ich das sehr begrüßen, wenn also diese sieben Herren einen erheblichen Teil ihrer Zeit und ihrer Kraft für die Parteiarbeit einsetzen könnten. Dazu ist aber noch zu fragen: Was werden die 2.000 bis 3.000 Ortsverbände machen?

Im übrigen will mir etwas nicht gefallen an der Sache. Wir haben in Stuttgart aufgrund des Vorschlags von Herrn Dufhues nicht mehr zwei stellvertretende Vorsitzende, sondern vier stellvertretende Vorsitzende gewählt. Es hat damals eine Rangordnung gegeben; es gab einen ersten Stellvertreter und einen zweiten Stellvertreter. Das geht aus den Akten klar hervor. Und nun haben wir heute vier stellvertretende Vorsitzende. Das sind doch Ihre Vertreter, Herr Bundeskanzler. Ich bitte zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, die stellvertretenden Bundesvorsitzenden in den kommenden Jahren draußen stärker in Erscheinung treten zu lassen. Sie selbst können ja nicht überall hingehen zu Veranstaltungen usw. Damit kämen Ihre Vertreter in einen stärkeren persönlichen Kontakt mit den Landesvorsitzenden und deren Mitarbeitern draußen im Lande, vor allem bei der Vorbereitung der Wahl. Dieser persönliche Kontakt kann durch schriftliche Berichte nicht ersetzt werden. Ich bitte darum, das einmal zu prüfen. Es käme natürlich auf die vier Herren an, die dann als Ihre wirklich aktiven Vertreter in den einzelnen Landesteilen in Erscheinung treten würden. Das würde nach meiner Meinung bei unseren Wählern mit Dank quittiert werden. Ich bitte darum, das nachzuprüfen; denn aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann ich mich nicht so leicht mit dem Vorschlag der sieben Arbeitsgruppen abfinden.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Aus den Diskussionsbeiträgen der Landesvorsitzenden von heute morgen – ich nenne die Herren Blumenfeld, Scheufelen, Gurk – klang ein wenig Lethargie heraus. Es ist deshalb nötig, daß man an diesem Punkt festhält, was eigentlich bei den Landesvorsitzenden zu dieser ein wenig trüben Stimmung beigetragen hat.

Da ist zunächst die Tatsache festzustellen, daß wir im vergangenen Jahr mit den gewählten Organen der Partei – nicht der Fraktion – fast nicht haben arbeiten können. In der Zwischenzeit sind nun der geschäftsführende Vorstand und die Landesvorsitzenden zusammgetreten. Jeder einzelne, der bei diesen Konferenzen dabei gewesen ist, wird bestätigen, daß dort in einer ungewöhnlichen Art sich die Landesvorsitzenden bundesverantwortlich für die Bundespartei gefühlt haben, d.h., wir haben uns eigentlich zum erstenmal als Landesvorsitzende nicht nur für unsere Landesverbände, sondern vor allem auch für die Bundespartei verantwortlich gefühlt.

Es war für uns alle ein beglückendes Gefühl, nun zu sehen, in welcher Art die Landesvorsitzenden sich dort zusammengefunden haben.

Wir müssen nun, wie der Herr Bundeskanzler sagt, an die Arbeit gehen. Das ist jetzt notwendig. Bis zum Parteitag haben wir, davon bin ich überzeugt, alle den Terminkalender vollgeschrieben. Wir haben in der Zwischenzeit drei Bundesvorstandssitzungen, eine Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes und eine Sitzung des Bundesparteiausschusses gehabt.¹⁷ Für Januar sind vorgesehen eine Bundesvorstandssitzung und eine Bundesausschußsitzung.¹⁸ Ich glaube, daß wir nun durch die ganze Misere der vergangenen Monate hindurch sind. Mir scheint eigentlich diese Lethargie von heute einige Monate zu spät zu kommen. Auch mir haben diese Pannen, das weiß jeder, gar nicht behagt.

Nun haben wir gestern kräftig um diesen Vorschlag gerungen. Jetzt wollen wir an die Arbeit gehen. Ich bin davon überzeugt, daß wir im Januar dem Bundesausschuß ein ganz vernünftiges Bild von dem geben können, was auf dieser Grundlage in der Zwischenzeit geschehen sein wird.

Adenauer: Herr von Hassel hat eben die anderen Herren Landesvorsitzenden genannt. Ich möchte Herrn Zimmer antworten. Wir haben damals eine große Werbeaktion unternommen. Wissen Sie, was dabei herausgekommen ist? Nicht einmal die Portokosten sind herausgekommen!

Noch eins! Die Ortsparteien unterstehen doch den Landesparteien. Ich meine also, was Sie gesagt haben über die Ortsparteien, das müssen Sie in einer Zusammenkunft der Vorsitzenden der Landesverbände sagen. Wir können das gar nicht, wir kommen ja nicht da heran. Ich bin durchaus Ihrer Ansicht, daß eine ganze Reihe von Ortsparteien absolut weggefegt werden müssen. Was machen solche Ortsparteien? Sie nehmen nicht einmal neue Mitglieder auf. Ich könnte sie Ihnen nennen. Sie nehmen keine neuen Mitglieder auf, weil die Leute dort ihre Posten als Vorsitzende usw. behalten wollen. Sie fürchten, daß bessere Leute kommen. So sieht es aus! (*Zurufe:* Hört, hört!)

Nun zu dem, was allgemein gesagt worden ist, und daran ändern wir leider nichts von heute auf morgen: Wir sind eine Wählerpartei. Wir sind keine Mitgliederpartei. Das wird auch noch Jahre dauern, bis wir eine Mitgliederpartei werden. Vergessen Sie doch bitte nicht, daß wir als Partei noch sehr jungen Datums sind. Wir können nicht etwa wie die Sozialdemokraten darauf hinweisen: Mein Vater war schon Sozialdemokrat, mein Großvater war Sozialdemokrat, wir sind immer Sozialdemokraten gewesen, und wir bleiben es. – Das können wir gar nicht. (*Altmeier:* Das wollen wir auch gar nicht!) Nehmen Sie die Sache bitte ernst! Herr Zimmer hat an einen wunden Punkt gerührt, daß wir nämlich noch keine Mitgliederpartei sind und daß bei uns viel zu wenig auf diesem Gebiet von Person zu Person geschieht. Da müßte man sich die

17 Der Bundesausschuß war 1959 nur am 28. September zusammengetreten (ACDP VII-001-021/5).

18 Bundesausschußsitzung am 1. Februar 1960 (ACDP VII-001-021/6).

Leute heranziehen, aber man kriegt sie nicht. Ich möchte nochmals bitten, daß Sie in den Landesparteien darauf drängen, daß die Ortsparteien endlich lebendiger werden.

Nun sehen Sie bitte unsere große Zeitnot. Wir müssen an die Arbeit gehen! Wir müssen endlich damit anfangen. Ich bitte Sie, Herr Zimmer, dem zuzustimmen, was Ihnen heute vorgelegt wird. Es ist nicht der Weisheit letzter Schluß, und wir können ja in einer der nächsten Sitzungen, wenn sich Mängel zeigen sollten – das habe ich schon gesagt –, Ergänzungen vornehmen. So hat auch Herr Bundestagspräsident Gerstenmaier gestern noch nicht zugesagt, daß er es übernehme, sondern er hat gesagt, er müsse sich das noch überlegen und müsse sich seine Entscheidung vorbehalten. Also, das ist nicht der Entscheidungen letzter Schluß, aber es ist etwas, damit wir an die Arbeit gehen können. Sicher sind Mängel vorhanden. Aber lassen wir jetzt die Mängel, und gehen wir an die Arbeit! Dieser Schritt muß dringend getan werden.

Zimmer: Die Werbung von Mitgliedern, wie wir uns das früher vorgestellt haben, geht in unserer Partei nur in geringem Umfange vor sich. Die stärkste Werbung liegt in einer ununterbrochenen, kontinuierlichen Aktivität in allen Stufen. Wir müssen die Leute einladen, mit ihnen reden; wir müssen sie aktivieren. Wir müssen unser Anliegen attraktiv machen, und zwar in den Orts- und Kreisparteien. Darin sehe ich die beste Voraussetzung für eine Werbung.

Ich stimme mit Ihnen überein, es ist sehr schwer bei uns, aber ohne eine Parteigarde auf der untersten Stufe kommen wir nicht aus. Wir müssen Idealisten haben, zuverlässige Leute. Ich spreche nicht aus negativen Erfahrungen in meinem Ortsverband, ganz im Gegenteil. Da ist es gut. Ich möchte also nicht mißverstanden sein. Es gilt aber, die Aktivität der 2.000 bis 3.000 Ortsverbände kontinuierlich zu unterstützen, und zwar nicht nur durch die Landesverbände, sondern auch durch die Bundespartei. Auch die Bundestagsabgeordneten müssen sich hier stärker einschalten, und zwar durch Vermittlung der Bundespartei; denn auf der untersten Ebene – draußen beim Volk – wird letzten Endes der Wahlkampf entschieden.

Dufhues: Ich schlage vor, die Arbeitsbereiche 1 und 3 wie folgt zu ergänzen: Nr. 1: Soziales, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerverbände, Nr. 3: Landwirtschaft und landwirtschaftliche Verbände. (*Zuruf:* Das ist geschehen! – *Zuruf:* Nein! – *Von Hassel:* Eins haben wir nicht geändert!)

Adenauer: Ich möchte bitten, das zunächst nicht zu ändern, sondern wir wollen Herrn Blank einmal dazu hören.

Blank: Das hier ist auf meinen Vorschlag gestern entstanden, Herr Dufhues, weil gewisse Dinge noch im Fluß sind und wir im Augenblick nicht übersehen können, was im einzelnen notwendig sein wird. Ich habe gedacht, daß mit den beiden Worten „Soziales“ und „Arbeitnehmer“ das gedeckt ist, was wir wollen. (*Dufhues:* Gut! Danke!)

Altmeier: Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, daß dieser Plan, der hier vorgelegt wird, die Arbeit des Bundesvorstandes aktivieren soll. Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Man könnte höchstens der Meinung sein, es wäre eigentlich das Recht und die Pflicht des Bundesvorstandes schon lange gewesen, seine Arbeit

zu intensivieren und zu organisieren. Das soll kein Vorwurf sein, sondern nur eine Feststellung. Jeder Vorstand setzt sich zusammen und gibt sich seine Arbeit und verteilt seine Aufgaben.

Aber ich meine, wenn wir hierzu auch alle ja sagen, dann ist das zweite Problem, nämlich die Frage der Satzungsänderung gemäß der Paragraphen 9 und 10 für den nächsten Bundesparteitag, nicht erledigt, sondern die Gespräche, die seit über einem Jahr darüber geführt werden, müssen fortgesetzt werden.

Der Herr Bundeskanzler hat von der Initiative des Bundesparteitages gesprochen. (*Adenauer*: Irrtum!) Wir sind uns alle darüber einig, daß es nicht gut ist, wenn man eine solche Frage der Initiative des Parteitages oder irgendeiner Gruppe überläßt. Es ist nach meiner Meinung der Partei mehr dienlich, wenn wir diese Frage, an der wir nicht vorbeikommen – nämlich die Beschlußfassung darüber, ob die Paragraphen 9 und 10 unserer Satzung bestehen bleiben sollen oder nicht –, in diesem Kreise hier eingehend besprechen. Dann können wir mit unseren Überlegungen in den Parteitag hineingehen.

Zusammengefaßt meine ich, wir sollten heute Beschluß fassen:

1. Wir sind einverstanden mit dem Organisationsplan, der die Arbeit des Bundesvorstandes und des geschäftsführenden Vorstandes aktiviert und intensiviert, weil er die Arbeit auf die einzelnen Schultern verteilt.

2. Die Besprechungen wegen einer eventuellen Änderung der Paragraphen 9 und 10 des Statuts werden fortgesetzt,

damit wir zur rechten Zeit einen ausgearbeiteten Vorschlag für den Bundesparteitag in Karlsruhe haben.

Adenauer: Herr Altmeier! Sie haben etwas mißverstanden. Ich habe nicht von der Initiative des Bundesparteitages gesprochen, sondern von der Souveränität des Bundesparteitages, und zwar deshalb, weil Herr Kollege Blumenfeld danach gefragt hatte. Damit ist doch dem Parteitag nicht vorgegriffen. Als Herr Blumenfeld gefragt hat, habe ich ihm darauf gesagt: Der Bundesparteitag ist souverän, er entscheidet. Daß das mit den Paragraphen 9 und 10 irgendwie vorbereitet werden muß, ist doch von mir wiederholt ausgesprochen worden.

Lücke: Ich möchte einen Ergänzungsvorschlag zu Nr. 7 machen, und zwar nach Rücksprache mit unseren Freunden aus den kommunalen Spitzenverbänden. Wir sollten wegen der Kommunalwahlen eine Ziffer c) „Kommunale Spitzenverbände“ einfügen. Als Mitarbeiter würde ich Herrn Wormit¹⁹ vorschlagen.

Adenauer: Das würde also heißen – ich finde die Anregung sehr gut –, bei Ziffer 7 Bundesminister Dr. Schröder hinter b) Evangelische Verbände einfügen: c) Kommunale Spitzenverbände. Mitarbeiter ... (*Zurufe*: Wormit und Willecke!) Wormit

19 Hans-Georg Wormit (1912–1992), 1949–1952 Staatssekretär im Kultusministerium, 1950–1956 im Innenministerium von Schleswig-Holstein, 1956–1962 geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages, 1962–1977 Kurator bzw. Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

und Willeke²⁰. Sie haben die Namen gehört! (*Lücke*: Ich habe mit den Verbänden zusammengesessen; sie sind bereit, mitzuarbeiten!) Dann käme der Sport und d). Damit sind Sie einverstanden?

Blumenfeld: Ich würde darum bitten, nicht die Namen der Mitarbeiter, sondern nur die Namen der sieben Herren zu publizieren.

Kraske: Diese Liste kann nur ein internes Arbeitsmaterial sein. Ich glaube nicht, daß es gut ist, wenn das an die Öffentlichkeit kommt, auch wegen der katholischen Verbände und der evangelischen Verbände.

Adenauer: Da bin ich anderer Meinung! Herr Kühn von den Sozialdemokraten hat gesagt, er würde als erster dem Kardinal Frings²¹ einen Besuch machen. Das ist publiziert worden. Warum sollen wir uns nicht mit den katholischen und den evangelischen Verbänden in Verbindung setzen? (*Meyers*: Das steht morgen sowieso in der Zeitung!) Der Vorschlag von Herrn Blumenfeld ist richtig. Weil noch mit den Herren gesprochen werden muß, können wir die Namen jetzt nicht veröffentlichen. (*Krone*: Herr Kiesinger ist nicht gefragt worden!) Er wollte aber dabei sein. Ich habe ihn gefragt, als ich in Baden-Baden war. Er sagte, er sei jederzeit bereit. (*Schröder*: Und Herr Gerstenmaier!) Er hat bis jetzt keinen Bescheid gegeben. Ich meine also, wir sollten das in geeigneter Form, über die wir noch sprechen müssen, veröffentlichen.

Wuermeling: Ich habe vor mir liegen den Kurznachrichtendienst der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit folgender Meldung: „Die CDU berät Grundsatzprogramm. Am 5. Dezember wird ein ausgewählter Kreis von Mitgliedern der CDU/CSU im Raume Bonn das neue Grundsatzprogramm der Partei beraten. U.a. hat seine Teilnahme zugesagt Dr. Fritz Hellwig, ehemals Direktor des Deutschen Industrie-Instituts ...“²² usw. Ich wollte fragen, was das bedeuten soll!

Kraske: Das ist eine Tagung in Eichholz²³, die wir vorbereitet haben, über das Grundsatzprogramm der SPD, (*Stürmische Heiterkeit*) und zwar mit zwei Referaten. Wir haben zu dieser Tagung eine Reihe von Leuten eingeladen.

Dufhues: Zu der Arbeitsweise des neugebildeten Gremiums eine Anregung! Ich würde es nicht für richtig halten, wenn die hier aufgeführten Mitarbeiter lediglich als Assistenten der einzelnen Mitglieder des Vorstandes tätig werden. Ich halte es für notwendig, daß dieser gesamte Arbeitskreis einschließlich der Mitarbeiter in Abständen von einem Vierteljahr zusammentritt, damit diese Aktivierung und Intensivierung unter einer Kontrolle und Verantwortung des geschäftsführenden Vorstandes steht.

20 Dr. Friedrich Wilhelm Willeke (1893–1965), 1947–1965 Generalsekretär der KPV, 1953–1965 MdB (CDU), dort Vorsitzender des Ausschusses für Kommunalpolitik.

21 Dr. Josef Kardinal Frings (1887–1978), 1942–1969 Erzbischof von Köln, 1945–1965 Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, seit 1946 Kardinal.

22 KND 130/59, 23. November 1959, S. 1.

23 Interne Arbeitstagung der Politischen Akademie Eichholz (vgl. UiD Nr. 49 vom 10. Dezember und Nr. 50 vom 17. Dezember 1959). – „Politische Akademie Eichholz e.V.“ bei Wesseling, heute Bildungsstätte der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Adenauer: Ich teile diese Auffassung. Man soll die Herren nicht Assistenten nennen, sondern Mitarbeiter. Wir haben jetzt den Weihnachtsmonat vor uns, und mehr wie eine Installierung, so fürchte ich, wird im Dezember nicht möglich sein. Ich denke, daß wir Anfang Februar alle zusammenrufen, um zu hören, was sie bis dahin gemacht haben, wie sie sich ihre Arbeit weiter vorstellen usw. Darüber würde dann hier im Bundesvorstand berichtet werden. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Dann kommen wir zum Punkt 3 der Tagesordnung:

NEUKONSTITUIERUNG DER FACHAUSSCHÜSSE

Von Hassel: Wir haben uns gestern in der Sitzung mit der Frage der Fachausschüsse befaßt und sollten nun hier ein paar Sätze dazu sagen, wie bisher die Fachausschüsse gearbeitet haben. Es ist zwischendurch bei anderen Punkten angeklungen, daß es Fachausschüsse gegeben hat, die ausgezeichnet gearbeitet haben, daß aber bei denen die Arbeit nicht von der Stelle kam, die nicht getagt haben oder deren Ergebnisse nicht an die Parteigremien herankamen, die über das Material zu befinden hatten.

Ich sage offen, es ist im wesentlichen eine Frage der Vorsitzenden, wie gearbeitet wird. Und dieses Thema der Vorsitzenden muß einmal von Grund auf in den Fachausschüssen behandelt werden. Ich sagte es vorhin schon, es geht nicht an, daß man einfach erklärt: Wir schlagen die Wiederwahl vor. Das ist zwar der einfachste Weg, aber damit lösen wir das Problem nicht.

Wir haben uns gestern nachmittag bereits mit einigen Fachausschußvorschlägen beschäftigt und dabei festgestellt, daß es notwendig ist, diese Frage der Vorsitzenden noch einmal in Ruhe zu klären. Die Geschäftsordnung besagt im § 20 letzter Absatz²⁴: Die Vorsitzenden werden auf Vorschlag der Fachausschüsse vom Parteivorstand ernannt. – Nun ist es gestern die Auffassung des geschäftsführenden Vorstandes gewesen, daß man dieser Frage einmal sine ira et studio besondere Aufmerksamkeit widmen soll, um sie mit aller Sorgfalt zu klären. Wir waren gestern nicht in der Lage, die Vorschläge zu erarbeiten, um eine Reihe von Fachausschüssen heute zu konstituieren. Aber bei einem Ausschuß waren die Dinge so klar, daß wir mit diesem Ausschuß heute beginnen können, und zwar ist es der Ausschuß unseres Freundes Etzel, der Wirtschaftspolitische Ausschuß. Herr Etzel hat an die Landesverbände geschrieben: Bitte macht uns Vorschläge. – Was ich bis [heute] aus den Landesverbänden gehört habe, ist so, daß man dort nicht mehr nach dem Gedanken vorgegangen ist, irgend jemand muß ein Pflaster haben, deshalb wird er in den Fachausschuß delegiert, sondern die Vorschläge sind so, daß Sie mit diesen Leuten auch eine vernünftige Arbeit leisten können.

²⁴ Geschäftsordnung vom 16. September 1959 – Druck (vgl. Anm. 10) S. 8.

Was wir also heute hier tun können, wäre folgendes: Wir müßten zum Wirtschaftspolitischen Ausschuß sagen, jawohl, einverstanden. Kraft der Satzung werden von uns diese Mitglieder des Wirtschaftspolitischen Ausschusses berufen. Der bisherige Vorsitzende lädt ein, und dann würde dort ein Vorschlag für den Vorsitzenden erarbeitet. In der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes würde dann der Vorsitzende bestellt werden. Ich mache nochmals auf den § 20 aufmerksam, der besagt: Die Vorsitzenden werden auf Vorschlag der Fachausschüsse vom Parteivorstand ernannt.

Es ist leider nicht möglich, daß der Vorstand von sich aus sagt, wir halten einen klaren Schnitt für erforderlich und sind der Meinung, statt diesen Vorsitzenden nun jenen zu nehmen. Das ist nicht möglich, da wir ja an unsere Geschäftsordnung gebunden sind. Soweit der allgemeine Bericht. Inzwischen hat Herr Müllenbach den Vorschlag für die Zusammensetzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses verteilt. Sie haben ihn alle zur Hand. Darf ich anregen, daß jeder den Vorschlag einmal durchliest, damit wir darüber sprechen können.

Kraske: Zur Orthographie! Ich bitte Sie, den letzten Namen „Wacke“ in „Tacke“ umzuändern. Den Schreibfehler wollen Sie bitte entschuldigen.

Etzel: Meine Damen und Herren! Der Vorschlag, der Ihnen vorliegt, beruht auf gewissen Kontakten, die wir mit den einzelnen Landesvorsitzenden gehabt haben. Sie wissen, daß die jetzige Satzung bestimmt, daß der Ausschuß berufen wird. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß, von dem ich sagen darf, daß er in der Vergangenheit funktioniert hat, beruht auf diesem Prinzip. Wir haben versucht, die geeigneten Persönlichkeiten hier zusammenzustellen, und zwar haben wir eine Harmonie herzustellen versucht durch einen Kontakt von oben und von unten.

Wir sind zunächst davon ausgegangen, daß der Ausschuß nicht größer sein darf als 25 bis 30 Personen. Hier sind aber schon mehr Personen genannt worden. Eine Ausweitungsmöglichkeit ergibt sich schon dadurch, daß die Mitglieder des Parteivorstandes und die Vorsitzenden der anderen Ausschüsse an den Sitzungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses mit beratender Stimme teilnehmen können. Wir haben die Herren des Bundesvorstandes und die Vorsitzenden der Schwester-ausschüsse nicht auf die Liste gesetzt, weil sie ja ohnehin an unseren Sitzungen teilnehmen können. Ich bitte Sie also, diese Herren geistig mitzuzählen.

Wir sind weiter davon ausgegangen – das ist ein sehr gutes Prinzip –, daß die Vorsitzenden der Landes-Wirtschaftsausschüsse geborene Mitglieder und im Hinblick auf das Verhältnis Bund/Länder unentbehrlich sind. Sie finden auf der Liste alle Namen der Vorsitzenden der Landes-Wirtschaftsausschüsse. Hamburg ist nicht vertreten, weil Hamburg uns bisher niemand genannt hat. Das ist der einzige Grund dafür.

Dann haben wir die Möglichkeit vorgesehen – wie bisher –, Unterausschüsse einzusetzen. Einen Teil der Wünsche, die wir im Ausschuß nicht berücksichtigen können, wollen wir eben in den speziellen Fachausschüssen erfüllen. Wir müssen deshalb besonders fachbegabte Leute in die Unterausschüsse delegieren. Dieses Prinzip ist vorbehalten und soll in Abstimmung mit den Landesverbänden durchgeführt werden. Es geht natürlich nicht, daß ich, wenn mir ein kleiner Landesverband acht

Herren nennt, nun alle acht Herren hineinnehmen kann. Aber diese Herren, die benannt worden sind, sollen tunlichst in den Unterausschüssen berücksichtigt werden.

Es soll in gewissen Sitzungen des Hauptausschusses und der Unterausschüsse eine Zusammenarbeit ermöglicht werden. Wir haben auch ein Gremium wissenschaftlicher Berater vorgesehen, und zwar wollen wir so etwas Ähnliches machen, was wir in den Ministerien als sogenannte Wissenschaftliche Beiräte haben. Wir attachieren diese wissenschaftlichen Berater gewissermaßen. Ich denke z.B. an die Professoren Böhm²⁵, Friedensburg²⁶, Müller-Armack²⁷, Strickrodt²⁸ usw. Wir wollen damit etwas Zusätzliches tun. Wir wollen auch Journalisten in den Sitzungen beiwohnen lassen. Ich glaube, daß wir das brauchen. Hier nenne ich Namen wie Jungermann²⁹, Muthesius³⁰, Wegener³¹ usw.

Was machen wir mit den Ministern und Staatssekretären? Sie sind ohne weiteres geborene Gäste und können als solche teilnehmen. Herr Erhard ist nie Mitglied des Ausschusses gewesen, aber er war selbstverständlich ein geborener Gast; er ist zu allen Sitzungen eingeladen worden und zum größten Teil auch erschienen.

Wir haben das besondere Problem mit den Gewerkschaften. Auch hier haben wir dafür Sorge getragen, daß die verschiedenen Gewerkschaftsgruppen an der Arbeit im Wirtschaftspolitischen Ausschuß teilnehmen. Wir haben weiter den Rechtsanwalt Stein³², der bisher im Ausschuß war, wieder aufgenommen. Dann haben wir die Damen und Herren, die auf unseren großen Tagungen in Frankfurt und Hannover großes Interesse an unserer Arbeit gezeigt haben, für unsere Arbeit in Aussicht genommen. Ich denke an einen Kreis von Persönlichkeiten, die in einem sogenannten e.V. zusammengefaßt werden, wie sie in München bei der CSU besteht. Wir wollen

25 Dr. Franz Böhm (1895–1977), Professor für Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht (1946–1962 Frankfurt/M.); 1948/1949 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Direktor für Wirtschaft der Bizone bzw. ab 1949 beim Bundesminister für Wirtschaft, 1953–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1290 Anm. 63.

26 Dr. Ferdinand Friedensburg (1886–1972), Honorarprofessor für Bergwirtschaft TU Berlin (seit 1953); 1952–1965 MdB (CDU, Vertreter Berlins). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 417 Anm. 145.

27 Dr. Alfred Müller-Armack (1901–1978), 1940 Professor für Nationalökonomie und Soziologie Uni Münster, nach 1950 für Wirtschaftliche Staatswissenschaften Uni Köln; 1952–1963 im Bundesministerium für Wirtschaft, ab 1958 Staatssekretär. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 463 Anm. 60.

28 Dr. Georg Strickrodt (1902–1989), 1954–1971 Professor für Öffentliches, Finanz- und Steuerrecht TH Darmstadt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 6 Anm. 30.

29 Dr. Wilhelm Jungermann (geb. 1910), Journalist, Ressortchef Wirtschaft, stv. Chefredakteur, 1967–1978 Chefredakteur der „Ruhr-Nachrichten“ Dortmund.

30 Dr. Volkmar Muthesius (1885–1979), Verleger; nach 1945 Chefredakteur der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“, Herausgeber der „Monatsblätter für einheitliche Wirtschaftspolitik“, bis 1972 Präsident des Bundes der Steuerzahler.

31 Dr. August Wegener (1904–1987), vor 1945 Redakteur kölnischer Tageszeitungen, nach 1945 „Rheinisches Monatsblatt“, 1948–1970 Inhaber und Chefredakteur des CDP. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 413 Anm. 141.

32 Gustav Stein (1903–1979), Rechtsanwalt; 1949–1957 stv. Hauptgeschäftsführer des BDI, 1957–1963 Hauptgeschäftsführer, 1961–1972 MdB (CDU).

die Leute, die uns nahestehen, zu den großen Kundgebungen einladen. Das ist eine sehr gute Breitenstreuung. Wir haben eine Liste mit vielen hundert Namen, die wir mit einiger Aussicht auf Erfolg werben können.

Das sind einige der Grundsätze, die uns zu dieser Zusammensetzung gebracht haben. Wie ist nun die Liste, die Sie vor sich haben, im einzelnen aufgebaut? Dazu folgendes: Wir haben dem regionalen und dem parlamentarischen Element Genüge getan, und zwar dem regionalen Element, indem die Vorsitzenden der Landes-Wirtschaftsausschüsse und sonstige Landesvertreter in den Ausschuß delegiert, dem parlamentarischen Element, indem die Vorsitzenden der Arbeitskreise der Fraktion – Arbeitskreis Mittelstand, Finanz [!] und Wirtschaft usw. – hinzugezogen werden. Es sind im ganzen 37. Davon sind 30 zunächst direkt verteilt auf die einzelnen Gruppen.

Ich darf dabei darauf hinweisen, daß wir noch die Mühe hatten, einen Querschnitt durch die deutsche Industrie und Wirtschaft zu bekommen. Wir haben bei den vorgeschlagenen Mitgliedern

4	aus der Grundstoffindustrie
4	aus der Investitionsgüterindustrie
5	aus den Verbrauchergruppen
2	aus dem Handel
2	aus dem Handwerk
2	aus dem Bankgewerbe und
11	aus den freien Berufen

genommen. Das sind zusammen 30.

Wenn hinsichtlich der einzelnen Persönlichkeiten noch Fragen gestellt werden, will ich sie gerne beantworten. Es würde zu weit führen, jetzt im einzelnen noch näher darauf einzugehen.

Wir haben das regionale und parlamentarische Prinzip angewendet und dabei berücksichtigt:

Baden Nord	2
Baden Süd	1
Berlin	1
Bremen	1
Hessen	2
Braunschweig	2
Oldenburg	3
Nordrhein	5
Rheinland-Pfalz	2
Schleswig-Holstein	3
Westfalen	3

Württemberg	1
Sondergruppen	4
zusammen	30 Mitglieder

Dazu kommt noch das Prinzip der Sachverständigen. Wir schlagen Ihnen vor Herrn Dr. Bock³³ vom Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften, Hamburg, weil wir die Verbraucherverbände für wichtig halten. Herr Bock hat bisher großen Anteil an uns genommen. Er war in den Sozialausschüssen in Königswinter. Herrn Dr. Hellwig, der jetzt bei der Montanunion sitzt als Sachverständiger für europäische Wirtschaftspolitik. Herrn Professor Höffner³⁴, der bisher bei uns war und sich bewährt hat. Herrn Scharnberg, den Sie kennen, der die Düsseldorfer Leitsätze mitgemacht hat. Herrn Schiettinger³⁵, der bei mir Ministerialrat ist. Er soll praktisch die Geschäfte führen. Herrn Schüttauf³⁶ aus Hamburg und Herrn Wolf³⁷ aus Hannover, evangelischer Sozialethiker. Das sind 7, also zusammen 37 Mitglieder.

Wir wollen weiter hinzunehmen die Herren, die zu den Verbänden und Organisationen Kontakt haben, und zwar:

Dr. Dittmar ³⁸ , Hamburg	DAG
Gier ³⁹ , Saarbrücken	CGD

-
- 33 Dr. Josef Bock (geb. 1915), 1945 Mitbegründer der CDU Sachsen, 1949–1951 Geschäftsführer der CDA, danach im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, seit 1952 Geschäftsführer des Zentralverbands der Konsumgenossenschaften in Hamburg. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 12 Anm. 47.
- 34 Dr. Joseph Höffner (1906–1987), Professor für Christliche Sozialwissenschaften in Münster; 1962 Bischof von Münster, 1969 Erzbischof von Köln und Kardinal.
- 35 Dr. Fritz Schiettinger (1909–1984), ab 1958 im Bundesfinanzministerium (Ministerialrat, -dirigent, seit 1963 Ministerialdirektor).
- 36 Dr. Werner Alexander Schüttauf (geb. 1904), Volkswirt; 1935–1938 Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel (bis 1984 Mitglied des Verwaltungsrats), 1938–1969 volkswirtschaftliche Abteilung von Unilever, zuletzt deren Leiter und Chefvolkswirt.
- 37 Dr. Kurt Wolf (1903–1978), Jurist; 1931–1932 Mitarbeiter beim staatlichen Schlichter in Hannover, 1933–1945 in der Reichsarbeitsverwaltung, zuletzt Regierungsdirektor, ab 1945 Syndikus in Wirtschafts- und Arbeitgeberorganisationen, danach in der Firma H. Bahlsen, Hannover, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Ernährungsindustrie Niedersachsen/Bremen, Mitglied des Präsidiums der Landesvereinigung der niedersächsischen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, stv. Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses des Bundesverbandes der deutschen Süßwarenindustrie, ehrenamtlicher Richter beim Bundesarbeitsgericht.
- 38 Dr. Rupprecht Dittmar (1914–1985), Diplom-Kaufmann; 1945 stv. Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Weimar, ab 1946 Referent für Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik beim CDU-Landesverband Thüringen, 1947 Stadtverordneter in Weimar, Mitglied des Kreistages, Vorsitzender der CDU-Fraktion, Leiter der Abteilung Betriebswirtschaft im Ressort Wirtschaftspolitik der DAG, 1955 Vorsitzender der Hamburger Sozialausschüsse, 1958–1968 Vorstandsmitglied der BfA.
- 39 Johann Peter Gier (1900–1961), Gewerkschaftssekretär; 1959–1961 Präsident der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Russe ⁴⁰ , Königswinter	SA
Stein, Köln	BDI
Tacke, Düsseldorf	DGB

(Adenauer: Bei Herrn Russe muß aber das „SA“ wegfallen. – Ich bitte Sie, ihm einen anderen Buchstaben zu geben. – Heiterkeit. – Von Hassel: Bei Herrn Stein muß das „BDI“ weg!)

Schließlich sind noch die Mitglieder des Bundeskabinetts – Blank, Erhard, Etzel, Lindrath, Lücke, Schröder und Staatssekretär Strauß – geborene Mitglieder. Die Mitglieder des Bundeskabinetts werden alle Einladungen bekommen; sie können jederzeit erscheinen. Wir haben auch Kontakt zur CSU. Herr Haindl⁴¹, der Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats der Union e.V.⁴² ist, hat an unseren Sitzungen entweder selbst teilgenommen oder sich vertreten lassen. Herr Dollinger⁴³ kommt auch aus der CSU.

Das sind also die Vorschläge, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie es so akzeptieren würden. Wir sollten pragmatisch vorgehen. Sollte sich ergeben, daß der eine oder andere nicht funktioniert und ein begründeter Wunsch entsteht, den einen oder anderen noch hinzuzunehmen, so könnte das von Fall zu Fall durchaus geschehen. Ich bin in keiner Weise starr gewesen. Ich bin der Meinung, wir sollten glücklich sein über jeden, der bei uns eine aktive Mitarbeit leistet. Wir sollten auch ruhig zusätzlich den einen oder anderen aufnehmen; denn es ist ja keine mathematische Aufgabe, die hier gelöst werden soll, sondern es ist eine Lösung für eine gute fachliche und sachliche Arbeit. Wir sind mit diesem Prinzip bisher gut gefahren.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Liste annähmen. Es kann noch die eine oder andere Unebenheit darin sein, aber wir haben uns sehr viel Mühe gemacht. Es ist ein Querschnitt durch die Herren, die bei uns schon mitgearbeitet haben, und durch solche, die die begründete Hoffnung in sich tragen, daß sie bei uns mitarbeiten werden.

40 Hermann Josef Russe (geb. 1922), Dipl.-Volkswirt; Mitgründer der CDU Bochum, 1952–1963 Bildungsreferent in den Sozialausschüssen der CDA, 1963–1966 Hauptgeschäftsführer, seit 1966 Vorstandsmitglied der VEBA, 1958–1966 Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Wirtschafts- und der Europäischen Atomgemeinschaft, 1965–1980 MdB.

41 In der Vorlage: Hainle. – Dr. Georg Haindl (1914–1970), Fabrikant; Präsident der IHK Augsburg, Vorsitzender des Vereins der Bayerischen Papier-, Pappen-, Zell- und Holzstoffindustrie, Verwaltungsratsvizepräsident der Deutschen Bundesbahn, Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats der Union e.V.

42 In der Vorlage: Wissenschaftsbeirat der Jungen Union.

43 Dr. Werner Dollinger (geb. 1918), Diplomkaufmann; Mitgründer der CSU, 1946–1964 im Stadtrat von Neustadt, 1946–1948 und 1952–1964 im Kreistag, 1953–1990 MdB, 1957–1961 und 1969–1976 stv. Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, 1961–1962 Vorsitzender, 1962–1966 Bundesschatzminister, 1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1966–1969 für das Post- und Fernmeldewesen, 1982–1987 für Verkehr.

Adenauer: Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Ich bitte, bei Nr. 12 eine Änderung vorzunehmen. Südbaden hat den Herrn Faulhaber⁴⁴ gestrichen. Dafür soll genommen werden: Dr. Fritz Armbruster⁴⁵, Freiburg-Littenweiler, Hohlenstraße 4. Dr. Armbruster ist Bauunternehmer und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses.

Etzel: Dazu ist nichts zu sagen, wenn jemand vom Landesverband gestrichen wird. Wenn Herr Armbruster Vorsitzender des örtlichen Wirtschaftsausschusses ist, dann ist er geborenes Mitglied.

Gurk: Ich sehe eine besondere Aufgabe gegenüber dem Mittelstand. Da können wir in gewisse Schwierigkeiten kommen. Wir haben einen Fabrikanten, Dr. Neuhaus⁴⁶, und einen Mittelständler, den Konditormeister Emig⁴⁷, benannt. Da nun der Herr Neuburger als Fachmann noch hinein soll, hat man uns den Herrn Emig gestrichen. Ich frage an, ob wir ihn nicht dringend benötigen?

Etzel: Man sollte das in einem Gespräch zu regeln versuchen. Ich bin über Ihre Nominierung nicht restlos glücklich, weil ich nicht glaube, daß die Zigarrenindustrie, die bei Ihnen eine Rolle spielt, hier eine Konzentration sämtlicher Industriezweige darstellt. Sollten wir darüber nicht noch einmal sprechen?

Adenauer: Darf ich persönlich sagen, ich bin Nichtraucher. Aber vor vielen Jahren hat Herr Neuhaus mir Zigarren für die Partei geschenkt; damals, als die Zigarren noch wirklich etwas wert waren. Das bitte ich doch zu berücksichtigen! (*Heiterkeit.*)

Blumenfeld: Herr Etzel? Ich weiß nicht, wie die Vorschläge von der Hamburger Seite aus zustande gekommen sind. Sie sind nicht ordnungsgemäß erfolgt. Wir haben in unserer Satzung stehen, daß nur der geschäftsführende Vorstand diese Vorschläge machen kann. Zwischen der letzten Bundesvorstandssitzung, wo der Passus beschlossen worden ist, und heute habe ich selbst keine Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes abhalten können. Ich muß Sie bitten, die Korrektur vorzunehmen. Zunächst ist der Vorsitzende unseres Wirtschaftsausschusses, Dr. Boeder⁴⁸, zu benennen. (*Etzel:* Anstelle von Münchmeyer⁴⁹?) Nein! Ich sage gleich, welche zu streichen sind. Dann kommt nach dem Alphabet Dr. Mühlradt⁵⁰,

44 Franz Faulhaber (1909–1965), Direktor der AEG-Niederlassung Freiburg.

45 Dr. Fritz Armbruster (geb. 1917), Jurist, Bauunternehmer; Vorsitzender des Mittelstandsausschusses der CDU Südbaden, Stadtrat in Freiburg.

46 Dr. Alfred Neuhaus (1892–1960), Zigarrenfabrikant.

47 In der Vorlage: Emil. – Karl Emig (geb. 1902), Bäckermeister und Kaufmann; 1960–1968 MdL Baden-Württemberg (CDU).

48 Dr. Erich Boeder (1897–1976), 1935–1957 Vorstandsmitglied und stv. Vorstandsvorsitzender der Deutschen Shell AG, 1957–1961 MdHB (CDU).

49 Dr. Alwin Münchmeyer (1908–1990), Bankier; 1956–1960 Präses der Handelskammer Hamburg, 1958–1962 Präsident des DIHT, 1962–1965 Präsident der ständigen Konferenz der Handelskammern der EWG-Länder, seit 1961 im Vorstand des Bundesverbandes der Deutschen Banken (1968–1975 Vorsitzender); Vorsitzender des Außenhandelsbeirats beim Bundesminister für Wirtschaft.

50 Dr. Karl August Ludwig Friedrich Mühlradt (1895–1987), 1946–1961 Hafengebäudeinspektor Hamburg, stv. Vorsitzender der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft.

Hafenbaudirektor in Hamburg, ein absoluter Wirtschaftsfachmann. Herr Münchmeyer mit der Einschränkung, daß er sich vorbehalten hat, aktiv mitzuarbeiten. Aber ich glaube, daß er es tun wird. Herr Schultze-Schlutius⁵¹, Senator a.D., Herr Gewandt⁵², Mitglied des Bundestages. Sie haben den Herrn Bock aufgeführt, Herr Etzel! (*Etzel*: Er war früher dabei!) Herrn Dr. Schüttauf wollen wir in den Agrarpolitischen Ausschuß delegieren. Herrn Scharnberg haben wir für den Wahlrechtsausschuß vorgesehen und nicht für den Wirtschaftspolitischen Ausschuß.

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Ich bin dafür, daß man Herrn Scharnberg hier beläßt, und zwar aus einer Reihe von Gründen. Ich begrüße es, Herr Etzel, daß Sie Vertreter der Arbeitnehmer genommen haben. Ich würde vorschlagen, daß Sie neben der DAG den Herrn Hahn vom DHV nehmen. (*Zuruf*: Wer ist das? – *Adenauer*: Deutscher Handlungsgehilfenverband!)

Ein Wort zu Herrn Tacke! Ich will nicht daran erinnern, daß er den Aufruf des Herrn Menzel „Kampf dem Atomtod“ mitunterschrieben hat. Das spielt hier keine Rolle. Ich bin auch davon überzeugt, daß er ein guter CDU-Mann ist, aber sollen wir ihn, den stellvertretenden DGB-Vorsitzenden, gerade hier als Mitglied haben? Ich wäre dafür, einen anderen Mann zu nehmen, der auch zu uns gehört und im DGB tätig ist. Wenn man Herrn Gier vorgesehen hat, der Vorsitzender des CGD ist, dann möchte ich sagen, das kann man nicht vergleichen, denn es ist von vornherein eine größere Sympathie zu den Herren, die den CGD führen, als zu den Herren, die den DGB führen, gegeben. Ich bin kein Gegner der Arbeitnehmer. Ich bin ganz ehrlich. Aber ich glaube, man sollte überlegen, wen man nehmen kann. Auch für Herrn Tacke selber halte ich es besser, ihn nicht zu nehmen. (*Blumenfeld*: Wir bitten von Hamburg aus, Herrn Dittmar nicht zu nehmen, und zwar aus ganz bestimmten Gründen!)

Dufhues: Ich habe den Eindruck, daß die gesamte Textilwirtschaft in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt ist, Herr Etzel! Wenn das richtig ist, würde ich darum bitten, daß Sie die Liste insoweit ergänzen. Einen Vorschlag dazu will ich gerne machen.

Meyers: Wen haben Sie von der Schwerindustrie drin? Das scheint mir auch nicht bedacht worden zu sein. (*Etzel*: Herr Elkmann⁵³ ist dabei!) Halten Sie das für

51 Dr. Carl-Gisbert Schultze-Schlutius (1903–1969), 1948–1953 Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg, 1953–1957 Wirtschafts- und (ab 1954) Finanzsenator, 1957–1966 MdHB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 326 Anm. 104.

52 Heinrich Gewandt (geb. 1926), Drogist; 1949–1956 Vorsitzender der JU Hamburg, 1953–1957 ·MdHB (CDU), 1957–1976 MdB, seit 1965 Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion.

53 Gerhard Elkmann (1904–1983), Diplomkaufmann; 1955–1969 Vorstandsmitglied der Hoesch AG, Aufsichtsratsvorsitzender der Textilwerke Ahaus, stv. Aufsichtsratsvorsitzender der Firma Schubert & Salzer Maschinenfabrik AG, der Firma Treuverkehr, der Firma Zahnradfabrik Friedrichshafen AG.

genügend? (*Etzel*: Herr Marx⁵⁴ ist im Aufsichtsrat von Harpen!) Ich dachte an Herrn Henle⁵⁵!

Adenauer: Ich würde es sehr begrüßen, wenn Herr Henle hineinkäme. (*Etzel*: Wir können leider nicht alle Wünsche realisieren. Wir hatten schon einmal 73 Mitglieder!) Herr Etzel! Sie werden mit Herrn Henle sprechen! Sagen Sie ihm, ich lege großen Wert auf seine Beteiligung. (*Etzel*: Ja! – *Von Hassel*: Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses in Schleswig-Holstein, Dr. Baur⁵⁶, ist nicht drin!)

Etzel: Von Schleswig-Holstein ist Herr Sureth⁵⁷ drin, der in der gesamten Wirtschaft ein großes Ansehen hat.

Von Hassel: Ich darf auf folgendes aufmerksam machen: Wir haben etwa zehn solcher Ausschüsse zu besetzen! Die Frage ist, ob sich der Gesamtvorstand das vorbehält oder ob er den geschäftsführenden Vorstand autorisiert, diese Besetzung vorzunehmen. Damit könnte er den Gesamtvorstand ja wesentlich entlasten, abgesehen vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß, dessen Besetzung wir heute erledigen wollen.

Etzel: Es ist eine solche Fülle von Vorschlägen gemacht worden, ich weiß nicht mehr ... (*Adenauer*: Warten Sie, es kommt noch einer!)

Albers: Wir sprechen heute über den Wirtschaftspolitischen Ausschuß. Ist die Wirtschaft eigentlich nur eine Angelegenheit der sogenannten Wirtschaftler, der Arbeitgeber, der Unternehmer und der Manager, oder ist sie nicht auch eine Angelegenheit der Verbraucherschaft und der Arbeiterschaft, die doch auch daran beteiligt sind? (*Adenauer*: Auch die Konsumenten!) Herr Bundeskanzler! Wenn Sie mir diesen Einwurf machen, müßte ich Sie an das Gespräch aus dem Jahre 1946 erinnern zwischen mir und den Herren Elfes und Pferdenges im Büro des Herrn Pferdenges. (*Adenauer*: Ein schönes Trio!) Ich will aber nicht darauf eingehen. Das wollen wir lieber weglassen.

Worauf ich Wert lege, ist folgendes. Wir werden den Ausschuß für Soziales paritätisch zusammensetzen. Und es muß auch im Wirtschaftspolitischen Ausschuß die Arbeiterschaft vertreten sein! Wir haben seit dem Jahre 1949 zusammengearbeitet. Nehmen Sie keine 100 Mitglieder, sondern lassen Sie es bei einer Zahl von 30 bis 40. Berücksichtigen Sie aber das, was wir vorgeschlagen haben. Wir sind mit unseren

54 Dr. Ferdinand Marx (1902–1973), Rechtsanwalt und Notar; Aufsichtsratsvorsitzender der C. Deilmann Bergbau GmbH, der Harpener Bergbau AG, der Volkswohl Krankenversicherung V.V.a.G.

55 Dr. Günter Henle (1899–1979), Industrieller, ab 1937 Geschäftsführender Teilhaber der Firma Klöckner & Co., Aufsichtsratsvorsitzender verschiedener Firmen; 1947–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats (CDU), 1949–1953 MdB (Erinnerungen: Weggenosse des Jahrhunderts. 4. Aufl. Stuttgart 1969).

56 In der Vorlage: Bauer. – Dr. Friedrich Baur (geb. 1919) Landwirt.

57 Fritz Sureth (1897–1978), 1947–1965 Landes- bzw. Ministerialdirektor und Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr von Schleswig-Holstein, 1952–1966 Mitglied des Verwaltungsrats der Landesbank Schleswig-Holstein, 1954–1966 Vorsitzender des Arbeitsausschusses im Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost.

sechs Leuten sehr bescheiden. Der Herr Dr. Dittmar hat seit 1949 – Herr Etzel, ich rufe Sie als Zeuge – in Ihrem Ausschuß hervorragend mitgearbeitet. Heute ist er in der DAG. Herr Russe sitzt in Königswinter. Er ist auch in Luxemburg dabei und übernimmt wirtschaftspolitische Aufgaben bei den Sozialausschüssen.

Gegen Herrn Stein habe ich nichts einzuwenden, aber er ist nicht mein Vorschlag. Herr Tacke hat gesagt: Nur dann, wenn auch die Christlich-Demokratische Union als stärkste Partei im Bunde wirkt, ist auch für mich die Möglichkeit gegeben, im DGB entsprechend zu wirken. Herr Tacke hat das Wirtschaftspolitische Referat im DGB, er hat das Tarifpolitische Referat und einige andere. Warum sollen wir diesen Mann, der seit 1945 Parteimitglied ist und in Mönchengladbach die Partei mitgegründet hat, davon ausschließen? Warum sollen wir ihn ausschließen, frage ich Sie? Ich bin gerne bereit, noch deutlicher zu werden!

Ich habe die Bitte, daß Sie den Herrn Dr. Bock als Persönlichkeit nehmen, die auch bei den Düsseldorfer Leitsätzen entscheidend mitgewirkt hat. Ich würde weiter vorschlagen Herrn Fritz Pott⁵⁸ aus Bochum, der Mitglied des Hauptvorstandes der IG Bergbau ist. Dann ist die allgemeine Angleichung da. Dann haben Sie die Vertreter der Schlüsselindustrie, der Wirtschaft, also der Kapitalseite auf der einen Seite und die Vertreter der Arbeiter auf der anderen Seite.

Adenauer: Ich darf den Vorschlag machen, über die Frage der Arbeitnehmer eine Besprechung zwischen den Herren Etzel, Albers, Blank und Krone stattfinden zu lassen, damit wir hier nicht weiter über die Persönlichkeiten zu sprechen brauchen. Das ist immer etwas unangenehm.

Etzel: Es geht hier wie immer bei solchen Sitzungen. Jeder glaubt, vertreten sein zu müssen. Wenn man aber nachher das Ergebnis dieser Diskussionen ansieht, dann weiß man nicht, was man nun wirklich hat für die sachliche Arbeit. Wir haben aufgrund unserer Erfahrungen Vorschläge gemacht, und zwar im Kontakt mit den einzelnen Verbänden. Ich glaube, daß ich persönlich mit Herrn Albers einig bin. Ich bin einverstanden, daß wir uns zu viert über diese Frage noch einmal unterhalten, um das Bild abzurunden.

Das Problem mit Hamburg, Herr Blumenfeld, hängt ein bißchen daran, daß wir gestern abend telefonisch Ihre Vorschläge erst bekommen haben. Sie haben erklärt, woran das liegt, nämlich an technischen Gründen. Ich darf aber bitten, daß das Prinzip, das wir haben, beibehalten wird; denn es darf nicht so sein, daß die Leute, die aus anderen Gründen in den Wirtschaftspolitischen Ausschuß kommen, für ihren Raum überhaupt nicht mehr wirken können.

Dr. Bock hat früher das Seminar in Königswinter geleitet. Ohne Dr. Bock wären die Düsseldorfer Leitsätze nicht zustande gekommen. Dann ging er nach Hamburg. Er ist Vorsitzender der Verbraucherverbände. Das ist sehr wichtig. Herr Dittmar

⁵⁸ In der Vorlage: Bott. – Friedrich Pott (1907–1973), Bergmann; 1927–1933 Mitglied im Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, 1950 Sekretär der IG Bergbau, 1958–1968 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Bergbau.

ist sicher manchmal ein störrischer Mann; er hat manchmal obskure Ideen gehabt. (*Adenauer*: Obskur ist gut!) Er ist ein Mann, der lang mit uns zusammengearbeitet hat, und als er von Herrn Albers vorgeschlagen wurde, habe ich geglaubt, nicht nein sagen zu sollen. (*Albers*: Es sind in Hamburg neben Herrn Dittmar auch noch andere Schwierigkeiten! – *Adenauer*: Allerdings! – *Heiterkeit*.)

Herr Schüttauf ist ein großer Agrarexperte. Er sitzt in Hamburg. Mit Herrn Scharnberg habe ich nicht gesprochen. Er ist mein Schwager. Ich habe ihn kennengelernt durch den Herrn Bundeskanzler. Wir brauchten damals einen Wirtschaftsfachmann. (*Adenauer*: Bin ich an Ihrer Ehe schuld?) Ja, ganz sicher! Durch diese Bekanntschaft ist die Schwägerschaft entstanden. Nun nennen Sie andere Herren, Herr Blumenfeld. Darüber sollten wir sprechen. Wir sollten vier oder fünf in den Hauptausschuß ... (*Blumenfeld*: Das habe ich nicht gesagt!) An sich würde ich sagen, wir nehmen aus Hamburg einen Herrn oder zwei Herren. Sie sagen aber fünf! Wir müssen uns also verständigen, wen Sie haben wollen. Darüber können wir aber unter uns sprechen. Mir ist es gleich, ob Sie Herrn Boeder nehmen. Ich höre den Namen zum erstenmal. Ich habe ihn nie erlebt. Wenn er aber gut ist, bitte sehr! Ich sage nichts gegen ihn. Herr Münchmeyer habe ich aus einer anderen Konzeption für wichtig gehalten.

Adenauer: Ich denke mit Schrecken daran, was es für eine heillose Diskussion geben wird, wenn wir uns über den Kulturausschuß unterhalten. Ob da auch ein solcher Andrang herrscht, weiß ich noch nicht. Aber wir können uns mit den Vorschlägen, vorbehaltlich des Ergebnisses der besonderen Besprechungen zwischen den Herren Etzel, Blank, Krone und Albers sowie Blumenfeld und Dufhues (Textil), einverstanden erklären.

Etzel: Wir müssen die Liste auch noch ändern wegen des Herrn Baur, wenn der Vorsitzende ist. (*Von Hassel*: Obwohl Herr Sureth ausgezeichnet ist!) Man sagt, das sei der Mann, der im Grunde Ihren Wirtschaftsaufbau gemacht habe. (*Von Hassel*: Das ist nicht ganz falsch!)

Adenauer: Damit wäre wohl – Gott sei Dank – der Wirtschaftspolitische Ausschuß perfekt. Ich hoffe, daß er einen guten Vorsitzenden wählt, Herr Etzel! (*Etzel*: Ja!)

Meyers: Meine Parteifreunde! Ich denke mit Schrecken daran, was aus den anderen Ausschüssen werden soll. Wir haben elf Ausschüsse. Nun haben wir einen Ausschuß durchexerziert. Wir haben voraussichtlich im Januar die nächste Bundesvorstandssitzung. Wenn wir also diese elf Ausschüsse überhaupt noch zu einer Arbeit vor dem Bundesparteitag bringen wollen, dann müssen wir das Verfahren ändern. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Ich möchte deshalb den Vorschlag aufgreifen, den Herr von Hassel gemacht hat, nämlich den geschäftsführenden Vorstand zu bitten, diese Ausschußbesetzung vorzunehmen; denn sonst müßten wir ja in Permanenz einige Tage lang vor Weihnachten mit dem großen Vorstand durchtagen.

Adenauer: Sind Sie einverstanden mit dem Teil der Ausführungen des Herrn Meyers, die ernst gemeint waren? Denn er würde vor Weihnachten gar nicht kommen. Davon bin ich überzeugt. Sind Sie einverstanden, daß wir die Angelegenheit dem

geschäftsführenden Vorstand überweisen? – Es erhebt sich kein Widerspruch. – Es ist so beschlossen.

VERSCHIEDENES

WAHL EINES BUNDESSCHATZMEISTERS FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 30. APRIL 1960

Adenauer: Nun kommen wir zum Punkt Verschiedenes, und zwar haben wir hier zunächst die Wahl eines Bundesschatzmeisters für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. April 1960 vorzunehmen. Herr Scheufelen hat sich auf unseren Wunsch hin bereit erklärt, für diese Zeit das Amt des Bundesschatzmeisters zu übernehmen. Es sind da eine Reihe von juristischen Sachen zu machen. Wie es weiter wird nach dieser Zeit, das müssen wir sehen. Herr Scheufelen hat die Bedingung gestellt, daß er nur für diese Zeit gewählt wird. Das wollen wir mal abwarten. Wir können keine bedingte Wahl vornehmen. Wir werden jedenfalls keinen gegen Ihren Willen wählen, Herr Scheufelen.

Johnen: Ich hatte Gelegenheit, mit Herrn Scheufelen darüber zu sprechen. Ich würde vorschlagen, kein Präjudiz zu schaffen, sondern feststellen, daß der Bundesschatzmeister durch den Bundesparteiausschuß gewählt wird und für die Übergangszeit der Vorsitzende der Finanzkommission die Geschäfte des Bundesschatzmeisters wahrnimmt.

Adenauer: Wenn das juristisch ausreicht?

Kraske: Der Vorstand hat freie Hand, bis zum 30. April eine Lösung zu treffen. Das ist vom Bundesausschuß ausdrücklich zugebilligt worden.

Adenauer: Dann wollen wir es so machen! – Über die auswärtige Lage möchte ich nachher noch einige Worte sagen. Herr von Brentano ist sehr stark in Anspruch genommen. Ich habe ihn gebeten, Ihnen etwas über die Flaggenfrage zu sagen, die draußen sehr viel Staub aufgewirbelt hat. Wir werden hierzu wahrscheinlich der Presse etwas sagen müssen.

FLAGGENFRAGE

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Flaggenfrage ist durch die Verordnung der Regierung in Pankow vom 1. Oktober wieder akut geworden.⁵⁹ Sie wissen, daß an diesem Tage eine Verordnung erlassen worden ist, wonach die sowjetzonale Flagge mit dem neuen Emblem Ährenkranz mit Hammer und Zirkel versehen wurde. Wir haben schon wenige Tage darauf feststellen müssen,

⁵⁹ Vgl. Anm. 3.

daß man sich bemüht hat, diese Fahne zu hissen, nämlich in Stuttgart, in Wien, in Malmö und bei einer Sportveranstaltung in Paris. Gerade diese Versuche, im Ausland diese Fahne zu zeigen und damit den Anspruch zu erheben, als eigener souveräner Staat anerkannt zu werden, haben natürlich dazu beigetragen, uns in erster Linie mit dieser Frage zu beschäftigen.

Wir wurden, das möchte ich besonders betonen, in diesen vergangenen Wochen ständig – und werden es heute noch – von unseren eigenen Missionen gebeten, eine klare Stellungnahme der Bundesregierung herauszugeben als Sprachregelung für die Gespräche mit den befreundeten Regierungen. Wir werden auch hier ständig gefragt von den Botschaften, und zwar waren es die Vertreter der französischen Botschaft, der italienischen Botschaft, der schweizerischen Botschaft und der dänischen Botschaft: Wie haltet ihr es mit der sowjetzonalen Fahne? Wird das Zeigen dieser Fahne hier geduldet?

Wird es hier geduldet – ich brauche das kaum zu begründen –, dann können wir nicht annehmen und nicht erwarten, daß es irgendwo im Ausland verboten wird. Diese Frage hat zu verschiedenen Ressortbesprechungen geführt, auf die ich im einzelnen nicht eingehen möchte. Es ist eine Grundsatzvereinbarung zustande gekommen unter Mitwirkung von Vertretern der Länder, und zwar des Inhalts, daß es die übereinstimmende Auffassung der Regierungen von Bund und Ländern ist: Das Zeigen der Sowjetzonenfahne ist eine Störung der Verfassung und damit der öffentlichen Ordnung. Die zuständigen Behörden haben hiergegen nach Maßgabe dieser Richtlinien einzuschreiten. Ein Einschreiten ist erforderlich, wenn die Fahne in der Öffentlichkeit gezeigt wird. Hierunter fallen auch Sportveranstaltungen und Messen. Vorstehende Richtlinien gelten auch für das plakatomäßige Zeigen der Fahne oder der Sowjetzonenemblem.

In dieser Besprechung ist allerdings auch zum Ausdruck gekommen, daß man in verschiedenen Ländern die Frage gestellt hat, die man noch nicht zu beantworten weiß, ob überhaupt die bestehende gesetzliche Regelung, das Polizeirecht in den Ländern, die gesetzliche Grundlage für ein solches Einschreiten gebe. In den einzelnen Ländern gibt es das offenbar nicht. Z.B. im Saarland wurde das bezweifelt, so daß jedenfalls die Länder eine gesetzliche Grundlage für das, was wir hier vereinbart haben, nicht besitzen.

Zum zweiten wurde in der Besprechung darauf hingewiesen, daß jedes Vorgehen, wie wir es beschließen, einer Überprüfung durch die Verwaltungsgerichte unterliegt. Wir haben schon einige Entscheidungen in diesem Sinne erlebt. Ich darf erinnern, daß am 31. Juni dieses Jahres in Saarbrücken ein Oberverwaltungsgericht eine Maßnahme der Polizeiverwaltung in Saarbrücken, die nämlich die Bezeichnung DDR verbieten wollte, außer Kraft gesetzt hat mit dem Hinweis, daß das Polizeiverwaltungsgesetz für eine solche Maßnahme nicht zulässig sei.

Das war ein Grund, warum ich schon damals darauf hingewiesen habe, daß wir die Frage vorlegen sollten, ob wir nicht, um überhaupt diese Maßnahmen durchführen zu können, ein Bundesgesetz brauchen, das die klare Zuständigkeit ausspricht. Das

scheint mir um so notwendiger zu sein, als wir in der Vergangenheit gesehen haben – und wir erleben es bis in die jüngste Gegenwart hinein –, daß die Bereitschaft, hier in dieser Frage eine konsequente Haltung zu zeigen, nicht überall anzutreffen ist.

Ich darf daran erinnern, wie sich die Ausstellung in Bremen vollzogen hat. Trotz einer Vereinbarung, die früher getroffen worden war, daß eine Firmenbezeichnung Deutsche Demokratische Republik nicht zulässig sei, hat man dort zwischen der Messegesellschaft und der Sowjetzone vereinbart, daß die Bezeichnung „10 Jahre Aufbauarbeit der Deutschen Demokratischen Republik“ gezeigt werden dürfe. Man hat es dann vom Senat aus mit einem Protest bewenden lassen, aber man hat die Ausstellung eröffnet, auf der dieser Pavillon der DDR zu sehen war.

Es ist weiter gesagt worden in einer Pressekonferenz, die kurz nach dem Gespräch mit den Ressorts abgehalten wurde, und zwar von Vertretern des deutschen Sports, man werde sich natürlich an diese Vereinbarung halten, jedoch müsse man in Aussicht nehmen, daß gewisse Ausnahmen geduldet werden müßten bei internationalen Sportveranstaltungen; bei internationalen Sportveranstaltungen – wohlverstanden, nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland! Es müsse also möglich sein, im Interesse der Durchführung internationaler Sportveranstaltungen den rigorosen Standpunkt aufzugeben und das Zeigen der Sowjetzonenfahne auch in Deutschland zuzulassen.

Sie sehen weiter aus der Vereinbarung, aus der ich eben zitiert habe, daß man sich darüber klar war, und zwar aus wirtschaftlichen Gründen und aus Gründen, die mit der Versorgung zusammenhängen, das Zeigen dieser Fahne in der Binnenschifffahrt und im Seeverkehr zuzulassen und nicht zu beanstanden. Nach den letzten Mitteilungen, die ich bekommen habe, ist man schon weit über das hinausgegangen. Einige deutsche Reedereien sind bereit, wenn sie sowjetzonale Häfen anlaufen, bereits die Sowjetfahne zu zeigen. (*Von Hassel: Wer ist das? Es muß uns gesagt werden, wer es ist, dann werden wir mit den Leuten reden!*)

Ich habe deswegen auch das Kabinett gebeten, diese Frage noch einmal zu besprechen. Das wird in den nächsten Tagen geschehen. Dies ist um so notwendiger, als inzwischen eine zweite Flaggenfrage aufgekommen ist, nämlich diese Vereinbarung zwischen den beiden sogenannten Nationalen Olympischen Komitees.⁶⁰ Hier hat sich langsam, aber sicher eine Entwicklung vollzogen, die natürlich heute nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Es ist der Sowjetzone langsam, aber stetig gelungen, in die meisten oder in zahlreiche – ich weiß die Zahl nicht – internationale Sportorganisationen als gleichberechtigtes Mitglied hineinzukommen. Ich glaube nicht, daß unsere Sportverbände hier die nötige Aufmerksamkeit und das nötige Fingerspitzengefühl sowie die erforderliche politische Verantwortung gezeigt haben; denn sie müßten doch bei solch wichtigen

60 Vgl. „Die Welt“ vom 20. November 1959; Rundfunkinterview mit Staatssekretär Franz Thedieck (Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen) im WDR am 20. November 1959 (ACDP VI-010-672).

Dingen auch einmal vorher mit uns sprechen und abwarten, was geschehen kann, um solche Dinge zu verhindern.

Bis zum Frühjahr allerdings war es so, daß nach der Meinung des Internationalen Olympischen Komitees nur die Bundesrepublik Deutschland Mitglied war. Man war nicht bereit, über eine Mitgliedschaft der Zone als ordentliches Mitglied bei olympischen Veranstaltungen zu diskutieren. Das war noch im Frühjahr die Haltung, die der Präsident des IOC, Brundage⁶¹, eingenommen hat. Inzwischen waren die Versuche im Gange, eine gesamtdeutsche Mannschaft zu bilden in verschiedenen Bereichen; eine gesamtdeutsche Mannschaft, die schon bei den letzten Olympischen Spielen mit einer erträglichen Konzession unter der schwarzrotgoldenen Fahne aufgetreten ist. Man hat damals auch auf das Spielen der Nationalhymne verzichtet. Man hat bei den letzten Olympischen Spielen „Freude, schöner Götterfunken“ gespielt, um eben einer Nationalhymne zu entgehen. Ob das richtig war, weiß ich nicht. Aber lassen wir jetzt diese Frage!

Nun hat in den letzten Besprechungen die sowjetzonale Vertretung in diesem Nationalen Olympischen Komitee ultimativ die Forderung gestellt, die Fahne müsse geändert werden; man sei nicht bereit, unter der schwarzrotgoldenen Fahne, die die Bundesrepublik hat, an den Olympischen Spielen teilzunehmen. Der Präsident des Olympischen Komitees – wir haben heute abend eine Besprechung mit dem Bundeskanzler, und wir hoffen, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden – hat dann vorgeschlagen, in die schwarzrotgoldene Fahne die fünf olympischen Ringe aufzunehmen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zu der Frage einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Ich bin mir völlig im klaren darüber, daß uns gewisse Teile der Öffentlichkeit in dieser Flaggenauseinandersetzung Vorwürfe machen, daß sie uns Intransigenz, Mangel an Wiedervereinigungswillen, Mangel an Verständnis für die Notwendigkeit gesamtdeutscher Begegnungen und alles das vorwerfen. Aber ich darf auch sagen, daß in dieser ganzen Auseinandersetzung über die Flaggenfrage – wie ich bisher feststellen konnte – der überwiegende Teil der deutschen Presse eine sehr klare Haltung eingenommen hat. Die „Frankfurter Allgemeine“, die „Welt“ und andere Zeitungen haben eine sehr klare Haltung eingenommen.⁶²

Ich möchte als meine Meinung hier sagen: Die Tatsache, daß die Sowjetzone ihre Fahne geändert und dieses kommunistische Emblem hineingesetzt hat, ist natürlich ein weiterer Versuch, sich auf diesem Wege als selbständiger souveräner Staat zu gerieren und mit diesem Emblem die internationale Anerkennung zu gewinnen. Ich möchte ganz offen sagen, wenn wir von der Bundesrepublik dem nichts entgegenhalten, wenn wir nicht bereit sind, auch gewisse Verstimmungen in Kauf zu nehmen, wenn wir

61 Avery Brundage (1887–1975), ab 1929 Vorsitzender des Nationalen Olympischen Komitees der USA, seit 1936 Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, 1952–1972 dessen Präsident.

62 Pressespiegel in UiD Nr. 47 vom 26. November 1959 S. 3.

nicht eindeutig sagen, daß solche Fahnen in der Bundesrepublik aus keinem Anlaß, auch nicht bei internationalen Sportveranstaltungen oder sonstwie, gezeigt werden dürfen, dann können wir diese These auch nicht mehr im Ausland aufrechterhalten. Dann laufen wir diese Gefahr, von der ich gesprochen habe, auf die ich nochmals aufmerksam machen möchte. Ich könnte Ihnen lange Berichte darüber verlesen, die wir bekommen haben, wonach keine ausländische Regierung päpstlicher sein will als der Papst. Das Dulden dieser Fahne aus irgendeinem Anlaß oder unter irgendeinem Vorwand öffnet diesem Emblem im Ausland endgültig Tür und Tor, und damit wäre ein weiterer Schritt zur Anerkennung der DDR als eigener und souveräner Staat gegeben. Denn in der Konsequenz dieser Haltung verliert unsere Haltung bezüglich der Wiedervereinigung in der ganzen Welt ihre Glaubwürdigkeit. Und ich frage mich und frage Sie, ob wir uns das leisten können!

Das gilt nach meiner Meinung auch von dem sogenannten Kompromiß in der Frage des Olympischen Komitees. Ich glaube nicht, daß irgendein Land es zuließe, daß man seine Fahne um fünf Ringe vermehrt, weil eine Handvoll kommunistischer Funktionäre das als Preis verlangt für das sogenannte gesamtdeutsche Sportleben. Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß es sicherlich eine Erschwernis bedeutet für den gesamtdeutschen Sport. Ich bin mir klar darüber, daß diese menschlichen Begegnungen sicherlich sehr wichtig sind und daß wir uns auch nicht mit einem Satz darüber hinwegsetzen können, wenn wir die Frage stellen, wenn diese sportlichen Begegnungen zwischen den Menschen der Zone und uns erschwert werden. Ich erkenne das alles völlig an, aber ich frage mich, ob wir nicht auf einem gefährlichen Wege sind, wenn wir uns Schritt für Schritt abbringen lassen, wenn wir Schritt für Schritt eine Konzession nach der anderen machen.

In solchen Entwicklungen erkennt man den ersten Schritt, aber nicht den letzten, und ich sehe es kommen, daß wir unter dem ständigen Drängen nach einem gesamtdeutschen Handgemenge – wie Carlo Schmid es so schön ausgedrückt hat⁶³ – Schritt für Schritt entgegenkommen, so daß wir dann da stehen, wo leider ein großer Teil der Öffentlichkeit und der deutschen Parteien schon steht, nämlich bei den Vorstellungen, die im Deutschlandplan der SPD⁶⁴ und in den Vorschlägen der FDP zum Ausdruck kommen.

Ich wiederhole noch einmal: Von meinem Standpunkt aus als dem Verwalter des Ressorts des Auswärtigen möchte ich ganz offen sagen, wenn wir hier nicht die Grenzen erkennen und nicht bereit sind, das Letzte zu tun, um diese Grenzen einzuhalten, dann halte ich es für völlig unmöglich, unsere bisherige Politik im Ausland mit Glaubwürdigkeit und Erfolg zu vertreten. Dann müssen wir damit rechnen, daß auf diesem Wege und auf anderen Wegen – und die Sowjetzone ist erfindungsreich genug, um neue Wege zu finden – die Sowjetzone langsam, aber sicher es fertigbringt, in das Bewußtsein der Menschen als ein gleichberechtigter

⁶³ Nicht zu ermitteln.

⁶⁴ Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1958/59 S. 397–401.

und souveräner deutscher Staat zu treten. Und was das für die künftige Entwicklung bedeutet, noch dazu in einer solchen Lage wie der unsrigen, das wissen Sie.

Wir stehen vor entscheidenden internationalen Konferenzen, und manches, was man hört, liest oder erfährt, ist geeignet, einen nachdenklich zu stimmen; denn man spürt, daß große Teile in der Welt etwas müde werden, so daß die Vermutung nicht ausgeschlossen ist, man könnte wegen der Fahne die Deutschlandfrage eine Zeitlang ausklammern, um Ruhe zu finden; man könnte sich also über diese deutschen Querelen hinwegsetzen.

Gerade in dieser Zeit, meine Damen und Herren, haben wir die Verpflichtung, noch wachsamer, noch konsequenter, noch sorgsamer und sorgfältiger zu sein als bisher. Wenn wir das nicht tun, dann müssen wir uns über die Konsequenzen klar sein! (*Beifall.*)

Adenauer: Ich möchte die Ausführungen des Herrn Kollegen von Brentano sehr nachdrücklich unterstützen. Er hat gesprochen von den Konferenzen, die jetzt bevorstehen. Sie wissen, daß wir vorige Woche in Großbritannien waren.⁶⁵ Es waren da ziemlich erhebliche Differenzen zu beseitigen. Wir sind auf dem Wege dazu, mit Großbritannien in diesen Fragen einig zu werden. Am Dienstag werden wir zur Pariser Regierung fahren. Es wird ein mehrstündiges Gespräch stattfinden zwischen Herrn de Gaulle und mir – wahrscheinlich allein.⁶⁶ Dann kommt vom 19. bis 21. Dezember die Zusammenkunft der vier Westmächte in Paris.⁶⁷ Diesmal schließe ich die Bundesrepublik als Westmacht ein.

Dann wird Chruschtschow nach Paris fahren.⁶⁸ Er wird alles daransetzen, um de Gaulle und Frankreich auf seine Seite zu ziehen. Vielleicht haben Sie die enthusiastischen Artikel gelesen und das, was er von sich gegeben hat, als er die Einladung von de Gaulle erhielt. Wann dann die Ost-West-Gipfelkonferenz stattfinden wird, ist noch ziemlich ungeklärt; keinesfalls vor der zweiten Aprilhälfte.⁶⁹ Dann wird der Präsident der Vereinigten Staaten den Besuch in Rußland erwidern. Es kommt die große Pause in der gesamten Außenpolitik wegen des amerikanischen Wahlkampfes. Im Juni werden die beiden Parteien ihre Kandidaten nominieren, und von Ende Juni ab spielt die Außenpolitik in Amerika keine Rolle mehr, und die stärkste Macht des Konzerns der freien Mächte scheidet aus.

65 Vom 17. bis 19. November 1959 – AdG 1959 S. 8064; ADENAUER: Erinnerungen 4 S. 13.

66 Adenauer und von Brentano weilten am 1. und 2. Dezember 1959 in Paris. Adenauer war an beiden Tagen Gast de Gaulles beim Mittagessen und führte mit ihm am 2. Dezember ein fast dreistündiges Gespräch unter vier Augen. Vgl. AdG 1959 S. 8088f.; ADENAUER: Erinnerungen 4 S. 15–21.

67 AdG 1959 S. 8036f., 8125–8127; ADENAUER: Erinnerungen 4 S. 22–28.

68 Chruschtschow war vom 23. März bis 17. April 1960 in Frankreich. Vgl. AdG 1959 S. 8050, 8061; ebd. 1960 S. 8279, 8313–8318.

69 Am 16. und 17. Mai 1960. Vgl. AdG 1960 S. 8400–8407; ADENAUER: Erinnerungen 4 S. 42–51.

Sie sehen, meine Freunde, aus dieser Kette von Begegnungen, Reisen und Konferenzen die Gefahr, in der augenblicklich die Außenpolitik in der Welt schwebt. Ich brauche Sie nur hinzuweisen auf einen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ von gestern: „Die „Prawda“ würdigt Außenminister Herter“.70 Herr Herter hat in Washington eine Rede gehalten – vorher in New York –, die von der „Prawda“ mit großer Freude zitiert worden ist. Die „Prawda“ lobt Herrn Herter außerordentlich; sie lobt ihn insbesondere wegen eines Satzes, den er ausgesprochen hat. Er hat gesagt – ich verlese wörtlich –: „Besondere Zustimmung der „Prawda“ findet Herters Bemerkung über die veralteten Schwarzweißbegriffe, mit denen man sich bisher den Kommunismus als etwas hundertprozent Feindseliges vorgestellt habe.“ (*Zurufe: Hört, Hört!*) Das ist ein Satz, meine Freunde, der mich sehr erstaunt hat; ein Satz, wie er bisher von keinem amerikanischen Politiker ausgesprochen worden ist; ein Satz, der uns sehr bedenklich stimmen muß.

Es kommt ein weiteres hinzu. Die Frage Berlin wird in einer Ost-West-Konferenz jedenfalls eine Rolle spielen. Ich habe neulich den Herrn Brandt hier gehabt⁷¹ und habe ihn gefragt, ob er und der Senat von Berlin einverstanden seien mit dem letzten Vorschlag auf der Genfer Konferenz, den dort der englische Staatssekretär Selwyn Lloyd vorgelegt hat.⁷² Herr Brandt hat mir erklärt, daß er gar nicht damit einverstanden sei und daß vom Berliner Standpunkt aus betrachtet jeder Beschluß über eine Änderung des Status' von Berlin ein Schade sei. Ich verstehe den Standpunkt durchaus. Ich habe infolgedessen auch Herrn Brandt gebeten, ehe ich nach Paris fahre, hierher zu kommen, damit er mir seine Konzeption und die des Berliner Senats über die Berlin-Lösung noch einmal sagt, so daß ich darüber mit de Gaulle sprechen kann. Ich glaube, Sie werden mit mir darin übereinstimmen, daß wir eine Konzeption, von der der Berliner Senat sagt, sie schmälere die Rechte und schwäche die Basis Berlins, nicht akzeptieren können. Das ist eine sehr wichtige Frage; denn es wird von Amerika und voraussichtlich auch von Großbritannien an uns die Forderung gestellt werden, einer Lösung zuzustimmen, die den jetzigen Status von Berlin ändert.

Und da hinein kommt nun diese Sache der SED. Und was das Bedauernswerteste dabei ist, ist doch, daß ein Amerikaner – ich habe den Namen jetzt nicht gegenwärtig – (*Zuruf: Brundage!*) die Bestimmung erlassen hat: Die Deutschen haben zu führen eine schwarzrotgoldene Fahne mit den fünf Ringen. – Ich finde das ganz unmöglich. Ich werde es auch bei der nächstkommenden Gelegenheit – wir haben z.Z. keinen amerikanischen Botschafter hier⁷³ – dem amerikanischen Botschafter sagen. Ich werde es aber auch den Herren vom Sport sagen, mit denen wir heute abend zusammenkommen, daß ich keinem das Recht zugestehen kann, einfach zu

70 FAZ vom 24. November 1959.

71 Am 12. November 1959 (TERMINKALENDER).

72 Vgl. AdG 1959 S. 7780–7783, Interimsvorschlag: S. 7781f.

73 Der US-Botschafter David K.E. Bruce war mit Wirkung vom 1. November 1959 von seinem Posten in Bonn zurückgetreten (AdG 1959 S. 8047), sein Nachfolger Walter C. Dowling trat sein Amt erst am 1. Dezember 1959 an (BULLETIN vom 5. Dezember 1959 S. 2301).

bestimmen, welche Flagge die Deutschen bei einer solchen Veranstaltung zu zeigen haben, während alle anderen Staaten ihre Nationalflagge zeigen. (*Von Brentano: Sehr gut!*) Das ist nach meiner Meinung unmöglich! Das können wir unter keinen Umständen mitmachen! (*Von Brentano: Sehr richtig!*)

Ich beobachte überhaupt einen gewissen Trend der Verständigung mit Sowjetrußland bei einigen unserer westlichen Verbündeten; einen Trend, der mir sehr große Sorgen macht, denn er geht natürlich auf Kosten der Zone und damit auch auf Kosten Berlins. Ich teile ganz die Auffassung von Herrn von Brentano: *principiis obsta!* – Wir müssen zeigen, daß wir auch ein Nationalgefühl haben. (*Von Brentano: Sehr gut!*) Wir haben den schweren Fehler in der Vergangenheit gemacht, daß wir – wenn es auch an sich richtig ist – die Bundesrepublik immer als ein Provisorium bezeichnet haben; dadurch ist ein richtiges Nationalgefühl im deutschen Volke nur sehr langsam erwacht. Ich bin der Auffassung, daß die Bundesregierung die Pflicht hat, an dem festzuhalten, was sie beschlossen hat. Ich werde auch morgen dem Kabinett vorschlagen, daran festzuhalten. Und wenn darüber die Einigkeit zwischen der Zone und uns bei den Olympischen Spielen auseinandergeht, dann ist das in meinen Augen kein weltgeschichtliches Ereignis. (*Von Brentano: Sehr richtig!*) Das möchte ich mit allem Nachdruck sagen. Aber ein geschichtliches Ereignis, vielleicht ein weltgeschichtliches Ereignis, ist es, wenn wir anfangen, hier nachzugeben und schlappzumachen.

Es lag mir daran, da Sie heute hier zugegen sind, Ihnen unseren Standpunkt, sowohl den von Herrn von Brentano wie auch meinen und den des Kabinetts – ich zweifele nicht daran –, einmal vorzutragen.

Dufhues: Im Grundsatz stimme ich all dem zu, was Sie, Herr Bundeskanzler, und Sie, Herr von Brentano, gesagt haben. Ich bitte aber zu überlegen, ob es sinnvoll ist, die Frage des Zeigens der Sowjetzonenflagge durch ein Bundesgesetz zu regeln. Das ist kein föderalistisches Problem, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit. Herr von Brentano hat darauf hingewiesen, daß einzelne Länder nicht bereit seien, mit der Konsequenz gegen diese Flagge vorzugehen, wie es in anderen Ländern geschieht.

Darf ich darauf hinweisen, daß der Prozeß der Aufweichung bereits seit Jahr und Tag in dieser Frage eingesetzt hat, und zwar nicht zuletzt durch das in Millionenaufgabe verbreitete Werk-System⁷⁴ (?). Jeder Verkaufsdirektor und jeder Verkaufsprokurist eines westdeutschen Unternehmens hat sich gerne in Leipzig und Lübeck darauf eingelassen. In den Unterschriften finden Sie die Bezeichnung Deutsche Demokratische Republik. Dort werden Bilder mit Ulbricht abgebildet usw., die nun in die Hände der Arbeiter gelangen.

Ich bitte zu überlegen, ob nicht die Abmachung, die zwischen den Ländern und dem Bund zur Frage des Zeigens der Flagge getroffen worden ist, ausreicht. Wir sind davon ausgegangen, daß jedes Zeigen dieser Spalter- oder Separatistenflagge gegen

74 Nicht zu ermitteln.

die Polizeiordnung verstößt. Jeder Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung ist zugleich mit polizeilichen Mitteln zu ahnden.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß es in Saarbrücken anders ist, Herr Röder⁷⁵! Es bedarf einer Klarstellung, aber nicht einer gesetzlichen Änderung. Wenn diese Auffassung Allgemeingut der deutschen Länder ist, besteht eine Möglichkeit, mit Festigkeit, aber auch mit der gebotenen Elastizität gegen das Zeigen jedes Symbols der Sowjetzone auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland einzuschreiten. Es besteht Einigkeit darüber, daß gegen das Zeigen eines geringfügigeren Symbols, z.B. als Zeichen, das man am Rock trägt, nicht mit allen Konsequenzen eingeschritten werden kann. Es gibt Dinge, die mit polizeilichen Mitteln nicht bis zur letzten Konsequenz verfolgt werden können.

In Nordrhein-Westfalen habe ich ganz klare Anweisung gegeben, daß jedes Zeigen dieser Flagge bei einem Sportfest mit polizeilichen Mitteln verhindert wird; und wenn Tausende toben, dann sollen sie lernen, ein Nationalgefühl zu entwickeln. Ich habe aber die Möglichkeit, mit polizeilichen Mitteln vorher auf die Sportverbände einzuwirken, um solche Dinge von vornherein zu verhindern. Diese polizeiliche Möglichkeit, die sich in Jahrzehnten bewährt hat, sollte man ruhig als geeignetes und praktisches Mittel zur Bekämpfung des Zeigens der Spalterflagge akzeptieren.

In der Frage des Zeigens der deutschen Fahne bei den Olympischen Spielen bin ich durchaus Ihrer Auffassung. Ich halte es für selbstverständlich, daß auch den Olympischen Komitees nicht das Recht zugestanden werden kann, unsere Fahne beliebig zu ändern. Wenn bei den Olympischen Spielen eine Fahne gezeigt wird, die nicht die Fahne der Bundesrepublik Deutschland ist, dann können wir von den übrigen Nationen nicht verlangen, daß sie unsere Fahne so schützen, wie dies z.B. in Frankreich geschehen ist.

Schröder: Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Dufhues gesagt hat. Wir haben die Absicht, an der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern festzuhalten. Herr von Brentano ist in der Beziehung etwas anderer Meinung. Aber ich glaube, daß diese Vereinbarung alle praktischen Fälle decken wird. Sollten wir dabei irgendwo mal reinfallen, z.B. beim Verwaltungsgericht, haben wir noch immer Gelegenheit, ein Gesetz zu machen. Wenn wir dann sagen, die Rechtsgrundlage reicht nicht aus, so ist das überzeugender, als wenn wir jetzt an der von allen Ländern akzeptierten Vereinbarung rütteln.

Das brennendere Problem ist diese Sache mit der Olympia-Flagge. Vieles ereignet sich hinter unserem Rücken. Der Sportbund hat zu einer großen Pressekonferenz eingeladen, die im Anschluß an die Besprechung beim Bundeskanzler stattfinden wird. Ich bin aufgefordert worden, an einer Fernsehsendung teilzunehmen, die direkt in das Programm übertragen wird. Wir werden uns überlegen müssen, wie wir heute abend

75 Dr. Franz Josef Röder (1909–1979), 1955–1979 MdL Saarland (CDU), 1957–1965 Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung, 1959–1979 Ministerpräsident. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 985 Anm. 117.

bei der Besprechung mit dem Herrn Bundeskanzler hinsichtlich der Öffentlichkeit taktieren. Es wäre sehr wertvoll, wenn wir eine einmütige Meinung in der Frage der Olympia-Fahne erzielen.

Ich unterscheide ganz deutlich davon die Spalterflagge. Das ist zunächst erledigt, aber das werden wir weiterbehandeln. In der Frage der Olympia-Flagge wäre es gut, wenn wir uns darauf stützen könnten – die Länder sind hier ja stark vertreten –, daß der Standpunkt der Bundesregierung auch in den Ländern vertreten wird. Ich bin, das sage ich ganz offen, am Freitag in der Kabinettsitzung eigentlich eher zögernd gewesen, weil ich mir sagte, die haben sich auf die Sache mit den fünf Ringen so weit eingelassen, daß es verflucht schwer sein wird, davon herunterzukommen. Aber je mehr ich darüber nachdenke, desto entschlossener werde ich überzeugt, daß wir diese Sache mit der Olympia-Flagge nicht mitmachen können. (*Zurufe*: Sehr gut!)

Ich habe darüber in einer Veranstaltung in Wuppertal⁷⁶ gesprochen. Unsere eigenen Freunde kritisierten diesen Beschluß der Bundesregierung. Ich habe ihnen gesagt: Machen Sie sich bitte eines klar. In Melbourne⁷⁷ hatten wir noch die schwarz-rotgoldene Fahne. Da haben wir hinsichtlich der Nationalhymne eine Konzession gemacht. Aber das ist nicht das eklatanteste Beispiel hierfür. Wir haben im Juni noch schriftliche Erklärungen der Sowjetzonenleute bekommen, daß selbstverständlich Schwarz-Rot-Gold in Frage komme. Aber dann ist es ihnen plötzlich eingefallen, ihre Flagge zu ändern. Ich habe gesagt: Wenn wir jedesmal dann, wenn es den anderen gerade einfällt, etwas Neues zu machen, ein Stück weiter zurückgehen, dann beugen wir uns tatsächlich der Diktatur einer totalitären kommunistischen Minderheit. Herr von Eckardt hat das mit ähnlichen Worten in einer Pressekonferenz⁷⁸ gesagt: Wenn wir uns in das Kielwasser begeben, bestimmen die anderen das Tempo. Dann fällt uns das Halt viel schwerer als jetzt.

Zusammengefaßt: Wir sollten in der Frage der Olympia-Flagge bei unserer Haltung bleiben und in der anderen Frage es bei der Regelung zwischen Bund und Ländern belassen.

Blumenfeld: Meine Auffassung in dieser Frage ist bekannt. Ich unterstütze die bisher gemachten Ausführungen hundertprozentig. (*Zurufe*: Sehr gut!) Ich bin sehr dankbar, daß das mit einer solchen Entschiedenheit von Ihnen, Herr Bundeskanzler, und von den Herren von Brentano und Schröder dargestellt worden ist. Dem noch etwas hinzufügen zu wollen, wäre müßig. Wenn wir irgendwie nachgäben, würde das in der Öffentlichkeit überhaupt nicht verstanden werden. Wir stünden dann praktisch allein da. Man würde uns tadeln wegen einer solch schlappen Haltung; es würden die Konsequenzen folgen, von denen Sie gesprochen haben.

76 Rede „Die CDU vor neuer Bewährung“ auf dem Kreisparteitag der CDU Wuppertal am 21. November 1959 (ACDP I-483-412); vgl. „General-Anzeiger der Stadt Wuppertal“ vom 23. November 1959.

77 16. Olympische Sommerspiele vom 22. November bis 8. Dezember 1956.

78 Zur Pressekonferenz vom 23. November 1959 vgl. FAZ vom 24. November 1959.

Nun frage ich mich: Ist es vielleicht nicht so, daß das Olympische Komitee, wenn zwischen der Ostzone und uns keine Einigung erzielt wird, wenn wir also hart bleiben, mit Recht, die Konsequenz zieht, daß nur die Mannschaft der Bundesrepublik bei den Olympischen Spielen in Squaw Valley und in Rom erscheinen darf, aber nicht die der separaten Ostzone. Ich bin mir nicht ganz klar, wie hier die Situation ist. Es wird nämlich immer von den interessierten Sportfunktionären, die eine merkwürdige, eine ichbezogene Politik betreiben, in die öffentliche Diskussion hineingestreut, daß dann, wenn wir auf unserem Standpunkt beharren, die Mannschaft der Bundesrepublik nicht erscheinen dürfe, aber die Mannschaft der Ostzone werde teilnehmen.

Das ist aber meiner Ansicht [nach] nicht der Fall, sondern umgekehrt ist es richtig; denn wir sitzen doch am längeren Hebel. Lassen wir doch den Druck der ostzonalen Sportler auf den Herrn Ulbricht wirken. Die wollen doch gern Medaillen in Rom und in Amerika gewinnen. Die wollen unbedingt dorthin. Hier haben wir doch endlich einmal etwas, was wir, rein taktisch gesprochen, ausnutzen können. Ich begreife es einfach nicht, daß die Sportfunktionäre Daume⁷⁹ und andere in der Presse diese Mitteilungen bringen, daß das große schädliche Folgen haben könne, wenn wir vielleicht ausscheiden müßten. Ich bin der Auffassung, daß wir in letzter Konsequenz, wenn es tatsächlich dazu führen sollte, daß wir nicht zu den Olympischen Spielen als Bundesrepublik Deutschland wegen dieser Frage gehen können, dann eben nicht gehen! (*Adenauer*: Sehr richtig! – *Von Brentano*: Sehr gut! – *Zurufe*: Bravo!)

Adenauer: Ich darf an den letzten Satz von Herrn Blumenfeld anknüpfen. Ich wäre nicht traurig, und zwar aus politischen Gründen, damit die freie Welt sieht, daß wir standhaft sind und nicht immer nachgeben! (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Von Brentano: Im Mai hat der Präsident des IOC, Brundage, erklärt: Entweder wird eine gesamtdeutsche Mannschaft aufgestellt, oder die Bundesrepublik entsendet allein eine Mannschaft. Das ist im Mai noch expressis verbis gesagt worden, so daß wir – wie Herr Blumenfeld gesagt hat – den Druck, von dem gesprochen wird, die DDR werde allein oder neben uns erscheinen, gar nicht zu fürchten brauchen.

Gerstenmaier: Wenn man auf die Idee kommt, die Olympia-Fahne durch eine Vereinsfahne zu ersetzen, dann fürchte ich, daß man dagegen nichts sagen kann; denn Vereinsfahnen werden jeden Tag gemacht. Aber wenn es sich um die Nationalflagge handelt, bin ich der gleichen Meinung wie Herr von Brentano, und zwar mit allen Konsequenzen! Das andere hat keinen Zweck, auch wenn sich einige „Helden“ einschalten, wenn der Krach losgeht, sondern ich bin schon dafür, daß man sich hier stark macht und sagt: Das lassen wir uns nicht gefallen von diesen Halunken in Pankow. (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Von Brentano*: Sehr gut! – *Blumenfeld*: Ist auch meine Meinung!) Aber man muß sich dann darüber klar sein, daß wir [das] mit allen Konsequenzen durchstehen müssen, auch wenn wir dabei beschimpft werden.

79 Dr. Willi Daume (geb. 1913), 1950–1970 Präsident des Deutschen Sportbundes, ab 1956 Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (1972–1976 Vizepräsident), 1961–1992 Präsident des Nationalen Olympischen Komitees der Bundesrepublik.

Was mir nicht gefällt, ist die Haltung der Opposition in dieser Sache, die ich auch im Ältestenrat ansprechen werde. Ich weiß nicht, was sie eigentlich will. Ich sehe jedenfalls aus diesen Oppositionsmeldungen, daß sie diese Sache für diskutabel halten! (*Zuruf*: Natürlich!) Ist das richtig? (*Krone*: Das ist richtig!) Dann bitte ich Sie, die CDU-Vertreter im Ältestenrat entsprechend diskret, aber streng zu instruieren. Ich möchte im Ältestenrat den Versuch machen, die SPD wieder auf die rechte Seite zu bringen. Das können wir aber nicht machen, wenn wir vorher mit ihr große Auseinandersetzungen in dieser Sache führen. Ich würde meinen, daß es möglich ist, die SPD zu gewinnen und damit eine gewisse Einheitlichkeit im Bundestag zur Darstellung zu bringen. Das wäre doch eine Hilfe für die Bundesregierung.

Schröder: Ich möchte noch auf eine Frage zu sprechen kommen, weil das heute abend möglicherweise angesprochen wird. Es ist vielleicht eine ganz andere Ausweichmöglichkeit gegeben, daß nämlich die gesamtdeutsche Mannschaft auf ein eigenes Flaggensymbol, ganz gleich welcher Art, verzichtet und sich nur der Olympia-Flagge bedient. Der Präsident des IOC hat gesagt, das würden die Leute vielleicht annehmen. Ob sie es jetzt noch tun werden, das weiß ich allerdings nicht. Wenn wir einen Blick in die sowjetzonalen Zeitungen werfen, sehen wir, daß die drüben nichts schneller zu tun hatten, als den Vorschlag von Brundage abzulehnen.⁸⁰ (*Zuruf*: Als wir es abgelehnt hatten, da haben sie es angenommen!) Man versichert den Sportlern, daß sie verhindert sind, mit den Westdeutschen an den Olympischen Spielen in einer gesamtdeutschen Mannschaft teilzunehmen. Die Gegenseite hat sich dieser Sache bedient, um nun ihre Propaganda zu entfalten.

Ich stelle deshalb hier zur Aussprache, was man dazu meint, wenn folgendes aufkommen sollte: Beide verzichten auf eine eigene Flagge und bedienen sich nur der Olympia-Flagge als solcher. Hält man das für akzeptabel? Der Beschluß der Bundesregierung sagt an sich, daß sie es nicht mit der nationalen Würde für vereinbar hält, wenn die deutsche Mannschaft unter einem anderen Emblem als der Bundesflagge teilnimmt. Ich frage nun, ist es ein anderes Emblem, wenn man überhaupt keines hat?

Adenauer: Herr Schröder, ich bitte Sie, diese Frage hier nicht zu stellen! (*Schröder*: Ich möchte ja nur fragen!) Das wird sich doch finden. Wenn wir hier nein sagen und dann bei der Besprechung erklären, das und das werden wir tun, ist das Nein absolut entkräftet. (*Schröder*: Ja, richtig!) – Das Wort hat Herr Lemmer.

Lemmer: Ich glaube, hier eine Nuance abweichen zu müssen. In allen wesentlichen Punkten stimme ich überein. Was Berlin betrifft, so darf ich wiederholen, wäre es verhängnisvoll, wenn am Status quo irgend etwas in Berlin geändert würde. Da besteht volle Übereinstimmung, auch mit allen politischen Kräften in Berlin. Was Herr von Brentano über die Spalterflagge gesagt hat, findet meine uneingeschränkte Zustimmung. Wir haben in Besprechungen mit den Sportlern – es bestand vorübergehend

80 Vgl. FAZ vom 23. November 1959.

eine Unklarheit – festgestellt, diese Fahne darf auf dem Territorium des Bundesgebietes unter gar keinen Umständen gezeigt werden, auch nicht – was inzwischen Präsident Daume schriftlich mir bestätigt hat – bei internationalen Veranstaltungen auf deutschem Boden. Es gibt keine Ausnahme. Also, diese Frage braucht uns hier nicht zu kümmern. Da besteht volle Übereinstimmung.

In Besprechungen mit den führenden Herren der deutschen Sportbewegung, die natürlich meistens unpolitische Leute sind, haben wir fernerhin in Aussicht genommen, sie sollten daran festhalten, wie es beabsichtigt war und vom IOC bestätigt worden ist, daß einfach die Farben Schwarz-Rot-Gold ohne jedes Emblem auf der Olympiade gezeigt werden; denn es ist eine Grotteske, aber es ist so! In der sogenannten Verfassung drüben steht: Die Nationalfarben sind Schwarz-Rot-Gold. – Dasselbe steht im Grundgesetz. Bis jetzt war das auch nicht Gegenstand irgendwelcher Auseinandersetzungen.

Nun sind Herr Daume und sein Unterhändler in Berlin – mit mir haben sie sich nicht in Verbindung gesetzt, wahrscheinlich um den Anschein zu vermeiden, daß sie von mir Direktiven entgegennehmen – entgegen der Haltung, die wir hier in Bonn in den Beratungen hatten, die ich eben erwähnte, zu einem Kompromiß gekommen – wie sie das nennen –, indem sie unter Protest der kommunistischen Sportfunktionäre darauf bestanden haben, daß die olympischen Ringe in den roten Streifen kommen. Die sowjetischen Funktionäre hatten einen weitergehenden Vorschlag gemacht. Herr Daume hat geschrieben – was ich auch bedaure –, er wäre froh gewesen, wenn er fest geblieben wäre bei dem, was hier bei den Beratungen in Bonn in Aussicht genommen worden war.

Nun stehen wir vor dem Tatbestand, daß die deutschen Sportbehörden in Übereinstimmung mit dem Internationalen Olympischen Komitee – wir haben heute morgen entsprechende Erklärungen in den Zeitungen lesen können⁸¹ – diesen Kompromiß akzeptieren. In Berlin habe ich mit eigenen Ohren gehört aus dem Ostberliner Rundfunk, daß Herr Daume beschimpft wurde, daß dieser Kompromiß, den wir hier behandeln, unerträglich sei. Erst am nächsten Tage, als der Beschluß der Regierung bekannt wurde, schwenkten sie plötzlich um und akzeptierten diesen Kompromiß. Vorher war er abgelehnt worden.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Opposition sich dieser Frage aus einem sehr einfachen Grund bemächtigt: Weil die Millionen deutscher Sportler unpolitisch sind, werden sie hier von einer Demagogie erfaßt, wenn es nicht gelingt, Herr Bundeskanzler, Herrn Daume zur Raison zu bringen. Darauf kommt es an. Ich habe in der Besprechung Herrn Daume gesagt: Wir können in einem freiheitlichen Staat Ihnen von der Regierung keinen Befehl geben, aber es gibt eine Staatsräson, um deren Beachtung ich Sie bitten muß. So habe ich mich wörtlich ausgedrückt.

81 Z.B. „Die Welt“ und „Bonner Rundschau“ vom 25. November 1959.

Wenn es Ihnen heute abend gelingt, den Präsidenten Daume zu dieser Staatsräson zu bringen, ist alles in Ordnung in meinen Augen. Wenn es Ihnen nicht gelingt, dann allerdings bitte ich, die Dinge doch noch einmal durchzudenken, zu welchen Konsequenzen wir kommen. Innenpolitisch haben wir zweifellos – das hat Freund Zeuner bestätigt – in der Masse der Sportler eine Stimmung gegen uns. Das muß einfach notiert werden; das können wir nicht leugnen. Dann haben wir auch das Internationale Olympische Komitee gegen uns. Der Präsident hat diese Entscheidung nun getroffen und glaubte, die Bundesrepublik zu stützen, weil er meinte, das sei ein tragbarer Kompromiß. Dieser Kompromiß entspricht doch der wirklichen Situation unseres gespaltenen Landes. Die Bundesrepublik ist nicht exklusives Mitglied des IOC, sondern nur bedingt. Leider, leider aber – ich stelle es fest, Freund Blumenfeld – ist seit vier Jahren die Zone bedingtes Mitglied im IOC; sie ist bedingt jetzt zugelassen⁸². (*Adenauer*: Was heißt bedingt?) Unter der Voraussetzung einer Verständigung mit der Bundesrepublik! (*Adenauer*: Aha! – *Unruhe und Bewegung*.)

Kommt die Verständigung nicht zustande, dann würde voraussichtlich – insofern wäre es nicht ganz so schlimm – Deutschland überhaupt nicht vertreten sein. (*Adenauer*: Dann geht die Welt nicht unter!) Die Welt geht nicht unter, aber ich muß gestehen, daß mir bei dieser Entwicklung nicht wohl wäre, und ich möchte empfehlen, alles zu tun, um mit den Herren des Sports heute abend zu einem Einvernehmen zu kommen und nicht von vornherein durch eine sehr betont starre Haltung mit Begriffen wie „nationale Würde“ usw. einen Widerspruch hervorzurufen, der m.E. politisch die Situation ... (*Blank*: Worin soll das Einvernehmen bestehen?) Indem man sie zu der alten Form bringt: Weg mit den olympischen Ringen, sondern nur Schwarz-Rot-Gold! So war es auch vorgesehen. Diese Einfügung der olympischen Ringe ist die Überraschung gewesen, die uns hier bereitet worden ist. Ich bin nicht irgendwie weich geworden. Ich habe gesagt, so sehr mir von meinem Ressort aus daran liegen muß, ein Minimum innerdeutscher Sportbeziehungen aufrechtzuerhalten, bin ich hier der Meinung, daß wir keine Konzession machen können, um diese Spalterfahne auf unserem Gebiet zuzulassen. Das ist auch durchgeschlagen. Drüben die, die haben auch ihre Schwierigkeiten; denn in Leipzig ist man auch nicht einverstanden mit diesen Schwierigkeiten, die hier entstanden sind. Die Jungens wollen Fußball spielen, Deutsche mit Deutschen; sie wollen im internationalen Wettkampf möglichst gemeinsam als Deutsche auftreten. Die Sportfunktionäre dagegen stehen auf einer ganz anderen Ebene. Das sind natürlich unsere Feinde, aber die einfachen Sportler sind nicht unsere Feinde. Sie sind ein Stück unseres Volkes. Und das macht es mit so schwer, hier so leichten Herzens über die Dinge hinwegzugehen. Ich möchte daher wirklich bitten, alles zu tun,

⁸² Am 18. Juni 1955 war die Aufnahme des NOK der DDR als provisorisches Mitglied in das IOC erfolgt.

um zunächst einmal mit Güte zu versuchen, Herrn Daume und Ritter von Halt⁸³ davon zu überzeugen, daß sie abgewichen sind von dem, was wir in den Beratungen mit dem Sportbund in Aussicht genommen haben, und daß es an ihnen liegt, das Internationale Olympische Komitee umzustimmen. Und wenn beide zusammenwirken, muß es gelingen. Das ist meine Meinung.

Adenauer: In dem, was Sie gesagt haben, Herr Lemmer, fehlte etwas sehr Wichtiges. Es fehlten einige Ausführungen über die politischen Folgen. Und die sind für mich entscheidend. Entscheidend muß doch für uns sein, wenn wir als Bundesregierung darauf eingehen, wie wirkt das außenpolitisch. Und da will ich Ihnen sagen, das wirkt außenpolitisch hunds miserabel, hunds miserabel geradezu! Das wird gewertet als ein weiteres Vordrängen Sowjetrußlands mit seiner Satellitenrepublik bei uns. Und das mache ich nicht mit! Die Bundesregierung und der Bundeskanzler haben die politischen Richtlinien zu bestimmen und nicht der Herr Daume und nicht der Ritter von Halt. Und wenn wir uns dem beugen, was Sportler sagen und machen, dann lassen wir doch lieber einpacken! Stellen Sie sich das doch einmal umgekehrt vor! Dann möchte ich mal sehen, ob die Beauftragten der Zone überhaupt nach Hause hätten zurückkehren dürfen, wenn die so nachgegeben hätten. Lassen wir doch einmal etwas von der Festigkeit und dem nationalen Willen zeigen, wie es die anderen tun. Darum möchte ich Sie bitten.

Stoltenberg: Ich möchte die Ausführungen von Herrn Lemmer in einem Punkt unterstützen. Über den Grundsatz sind wir uns völlig einig, daß wir alles tun müssen, um nicht unter dieser Kompromißflagge in Rom aufzutauchen. Ich habe hier entnommen, daß man die innenpolitischen Wirkungen eines Fehlens der Bundesrepublik Deutschland oder einer deutschen Mannschaft in Rom vielleicht etwas zu gering veranschlagt.

Herr Bundeskanzler! Sie haben darüber gesprochen, daß wir – selbstverständlich ohne Grundsätze preiszugeben – unsere Arbeit auf die kommende Wahl ausrichten müssen. Ich muß ganz offen sagen, mit Rücksicht auf die Kontakte zur Bevölkerung und zum Sport und aufgrund der politischen Problematik, die in der Vergangenheit sichtbar wurde, ist es für die Bundestagswahl im Jahre 1961 eine unnötige, vielleicht eine nicht wiedergutzumachende Belastung, wenn im Herbst 1960 in Rom bei den Olympischen Spielen die Bundesrepublik oder die Deutschen überhaupt nicht vertreten wären.

Was Herr Blumenfeld gesagt hat, stand gestern in der Zeitung. Heute steht etwas ganz anderes in der Zeitung, und zwar ist von Herrn Mayer⁸⁴ vom Olympischen Komitee nach Presseberichten erklärt worden, es sei durchaus denkbar, daß die anderen allein kämen. Ich möchte folgendes sagen: Wir müssen einen Weg finden, daß wir nicht mit einer entstellten und verstümmelten Bundesflagge antreten, aber

83 Karl Ritter von Halt (1891–1964), 1929–1964 Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, 1951–1961 Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland.

84 Otto Mayer (1900–1970), 1946–1964 Kanzler des Internationalen Olympischen Komitees.

einen Weg, der gleichzeitig absolut sicherstellt, daß die Bundesrepublik entweder allein oder im Rahmen einer gesamtdeutschen Lösung dabei ist. Ich denke an das, was Herr Schröder zur Diskussion stellte, daß nämlich ein dritter Weg gefunden werden kann, der die Grundsätze wahr und trotzdem ... (*Adenauer*: Der wahrte die Grundsätze nicht!)

Ich würde einen Unterschied sehen, ob man unter einer entstellten Bundesflagge oder unter einem neutralen Emblem antritt. Ich möchte sagen, man muß auf die politische Wirkung sehen, man muß auf die Menschen sehen, die mit einer emotionalen Stimmung begreiflicherweise an dieser Frage Anteil nehmen. Und das Fehlen der Bundesrepublik im Herbst 1960 könnte die Entscheidung im Jahre 1961 in einer außerordentlich negativen Weise vorbelasten, weil wir schon sehen, wie die Opposition in bedenkenloser Weise sich der Dinge bemächtigt.

Blumenfeld: Ich muß noch etwas sagen zu Herrn Lemmer. Ich kann das nicht unwidersprochen lassen. Wenn die Bundesregierung und die CDU als Gesamtpartei gegenüber der Öffentlichkeit in dieser Frage ganz klar und fest bleiben, dann habe ich keinen Zweifel daran, daß die Bundesrepublik bei den Olympischen Spielen erscheinen wird, und zwar entweder allein oder – aufgrund der Durchsetzung ihres Standpunktes – in einer gesamtdeutschen Mannschaft.

Ich muß hier fragen, ob der Herr Präsident des Internationalen Olympischen Komitees denn ein Alleinherrscher ist. Er hat einen Kanzler in Lausanne sitzen. Der Präsident klärt Dinge, die erforderlich sind; aber kann denn der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees einfach Nationalflaggen verändern in eigener Machtvollkommenheit?

Das ist eine Frage, die ich ganz naiv und unvoreingenommen stellen muß. Und hier muß ich sagen, in dem Augenblick, wo das geschehen ist, war es die Pflicht der Bundesregierung, einzugreifen und zu sagen: Hier hört der Spaß auf, nämlich damit zu versuchen, zu einer gesamtdeutschen Mannschaft bei den Olympischen Spielen zu kommen. Das ist jetzt eine innenpolitische, nationalpolitische und außenpolitische Frage geworden. Ich bin der Meinung, daß wir, wenn wir unseren Standpunkt beibehalten, auch bei den Millionen von Sportlern Anerkennung und Rückhalt finden werden.

Es ist so – das muß ich offen aussprechen –, daß die Herren Daume, Ritter von Halt und wie die Spitzenfunktionäre nun heißen mögen, zwar ehrenwerte und sehr tüchtige Herren sind, aber sie sind leider im Laufe der letzten Jahre zu einer Ichbezogenheit gekommen; sie wollen Medaillen gewinnen und Fußballsiege erringen, aber sie vergessen darüber völlig, daß sie auch noch Staatsbürger und Angehörige eines nationalen Staates sind. Wir in der Bundesrepublik haben nun die große Aufgabe, angesichts dessen, was vom Herrn Bundeskanzler ausgeführt worden ist, und angesichts der Unsicherheit und des Überdrusses, der sich bemerkbar macht, in dieser Frage fest zu bleiben, sonst geraten wir von vornherein auf eine schiefe Ebene. Mir ist es völlig gleichgültig, ob es dem Internationalen Olympischen Komitee überdrüssig erscheint, die Frage einer gesamtdeutschen Mannschaft zu diskutieren. Ich

wiederhole, wir sollten ganz klar sagen: Wenn ihr unseren Standpunkt anerkennt, dann erscheint die Bundesrepublik. Wenn ihr das nicht wollt, dann erscheint sie überhaupt nicht. Das ist ein Standpunkt, mit dem wir die nächste Wahl gewinnen können.

Adenauer: Dem ist nichts hinzuzufügen.

Fay: Diese Unterhaltung betrübt mich etwas. Ich bin der Auffassung, daß man ruhig versuchen soll, mit den Leuten vom Sport einig zu werden mit dem Ziel, daß wir unser Interesse wahren. Ich würde das Wahren der Interessen bejaht sehen, wenn wir mit der schwarzrotgoldenen Flagge ohne weiteren Zusatz bei den Olympischen Spielen erscheinen könnten. (*Zuruf:* Ohne Zusatz!) Ist das nicht möglich, dann müssen wir allerdings ganz klar der Konsequenz ins Auge sehen, daß wir dann eben nicht dabei sind. Ich bin nicht der Auffassung wie Herr Stoltenberg, daß das weitgehende innenpolitische Konsequenzen haben wird. Das scheint nur so auszusehen. Ich glaube, daß es unter den Sportlern viele vernünftige Menschen gibt, die unseren Standpunkt honorieren.

Und nun zu dem Wesentlichen, was ich sagen wollte! Das ist eigentlich der erste Testfall, wo sich einmal das zeigen kann, was wir seit Jahren gesagt haben, nämlich standhaft zu bleiben. Weichen wir hier zurück, dann weiß ich nicht, was wir an diesem Tische sagen werden, wenn einmal Kanonen und Panzer dort auffahren. Das wäre eine Entscheidung, die wir eventuell treffen müßten, die vom Volk viel größere Opfer erfordern würde als dieser Verzicht oder eine Zurückstellung von den Olympischen Spielen. Natürlich ist das nicht populär. Das ist ganz klar. Damit macht man sich zunächst keine neuen Freunde. Aber ich habe eigentlich das Zutrauen zu unserem deutschen Volk; denn es hat in drei Bundestagswahlen bewiesen, daß es unseren Standpunkt bejaht! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Daß ich den Herren heute nicht sage: Ihr seid Lumpen und Schufte und nicht national, ist doch wohl selbstverständlich, und daß ich versuchen werde, die Herren durch Darlegung unserer Gründe dazu zu bringen, daß sie nun zu ihrer ursprünglichen Vereinbarung zurückkehren, das ist wohl auch selbstverständlich.

Aber niemand kann mich dazu bringen, ihnen zu sagen: Geht in Gottes Namen unter der schwarzrotgoldenen Fahne mit diesen Emblemen. – Das können wir nicht machen! Das wäre ein Verlust an Ansehen im Ausland, den Sie gar nicht hoch genug einschätzen können.

Röder: Die Saar ist zweimal genannt worden. Ich lege Wert darauf, hier festzustellen, daß die Landesregierung keine andere Haltung in der Frage der Behandlung dieser Flagge einnimmt, als jede andere Landesregierung das auch tut. Wir haben bei dieser Ausstellung sofort eingegriffen. Das hat uns ein Verfahren mit dem Oberverwaltungsgericht eingebracht, das wir verloren haben.⁸⁵ Ich habe keine Möglichkeit, meinen Einfluß so geltend zu machen, wie wir es gern täten.

⁸⁵ Bei dem Eingreifen der saarländischen Landesregierung handelt es sich um die versuchte Schließung einer Kollektivausstellung der DDR auf der Saarmesse 1957. Vgl. „Saarbrücker Zeitung“ vom 27. April 1957, „Trierischer Volksfreund“ vom 29. April 1957. Die Kammer für Außenhandel der DDR erhob dagegen Klage beim Oberlandesgericht am 27. April 1957;

Wir haben zum zweiten Male eingegriffen, als wir im Landtag gebeten haben, dafür zu sorgen, daß die beiden kommunistischen Abgeordneten aus diesem Parlament verschwinden sollen.⁸⁶ Der Landtag hat einen Beschluß gefaßt. Das Verfassungsgericht an der Saar hat sich dagegen ausgesprochen, und vor einigen Tagen sind die beiden kommunistischen Abgeordneten mit großem Triumph wieder in den saarländischen Landtag eingezogen. Gestern haben sie große Debatten im Landtag geführt in Anwesenheit von Mitgliedern der Volkskammer. Auch da wird die Landesregierung in Zukunft keinen anderen Standpunkt einnehmen als den unsrigen. Ich weiß nicht, wie lange sie sich noch halten kann bei den vielen Schwierigkeiten, die im Augenblick an der Saar auf uns zukommen. Es ist durchaus möglich, daß wir von der Saar her eine sehr unangenehme Überraschung erleben werden.

Gerstenmaier: Ich gehe nicht gern auf die Barrikaden. Ich habe genug davon! Lieber Ernst Lemmer! Das will ich auch jetzt nicht tun, aber wir sollten uns nicht nachsagen lassen, daß wir schlappe Hunde sind! Wir haben doch erlebt in der Weimarer Republik, was passiert, wenn ein Staat nicht zu seiner Fahne steht. Die Fahne, die er hat, zu der muß er stehen! Mein lieber Freund Stoltenberg! Wahlüberlegungen hin, Wahlüberlegungen her, wenn wir uns schlagen müssen, dann ziehe ich vor, es unter den Bedingungen zu tun, die wir selbst haben.

Ich bin dafür, wie die Sache steht, es mit der Vereinsfahne zu versuchen. Überlegen Sie sich die Sache, wenn das ein Ausweg ist. Machen Sie sich das Geschäft nicht schwer. Überlegen Sie sich, ob Sie es nicht mit der Vereinsfahne abtun können. Wenn das aber nicht möglich ist, dann muß es radikal gemacht werden!

Adenauer: Ich kann eine ziemlich allgemeine Übereinstimmung in dieser ganzen Frage feststellen. Ich danke Ihnen sehr dafür.

LEBENSMITTELPREISE

Adenauer: Nun komme ich zur Preisfrage. Ich darf darüber kurz berichten. Das Kabinett hatte seinen Wirtschaftsausschuß beauftragt, Vorschläge zu machen für die morgige Kabinettsitzung. Der Wirtschaftsausschuß schlägt folgendes vor:

am 31. Januar 1958 wurde das Verfahren als in der Hauptsache erledigt erklärt, die Kosten dem Beklagten, d.h. dem saarländischen Innenministerium, auferlegt.

⁸⁶ Die kommunistischen Abgeordneten Fritz Bäsel und Erich Walch wurden am 6. Mai 1957 aus dem Landtag des Saarlandes ausgeschlossen: Landtag des Saarlandes 3. WP Drs. Abt. II Nr. 228 vom 6. Mai 1957 (Antrag auf Aufhebung der Abgeordnetenmandate); ebd. Drs. Abt. I Nr. 34 S. 938f. (Sten.Ber. der 34. Sitzung vom 6. Mai 1957). Beschluß des Verwaltungsgeschichtshofes des Saarlandes vom 12. August 1959 (Aussetzung der Vollziehung des Landtagsbeschlusses) mit dem weiteren Verlauf der Angelegenheit in: Justizblatt des Saarlandes 3 (1959) S. 178–182. – Friedrich Bäsel (1907–1975), nach 1945 2. Vorsitzender der Kommunistischen Partei an der Saar, 1947–1950 und 1955–1961 MdL Saarland (bis 1957 KPD). – Erich Walch (geb. 1920), 1952–1965 MdL Saarland (bis 1957 KPD, 1960 über die Liste der Deutschen Demokratischen Union wiedergewählt).

1. Aufrechterhaltung der verstärkten Futtergetreideeinfuhr;
2. Käseeinfuhr aus Ländern außerhalb des OEEC-Raumes, aus Australien, Neuseeland, Ostindien und Finnland;
3. Druck auf die Schweinepreise;
4. – Da habe ich etwas Bedenken, wie man es machen soll; ich würde es nicht so fassen –, also: 4. Massive Aktionen gegen die Metzger; (*Heiterkeit.*)
5. Befristete Aussetzung oder Herabsetzung des Zolls für ausländisches Gemüse und Konserven; – das ist eine wichtige Sache –
6. Ausfuhrsperr für Kartoffeln;
7. Erklärung, daß keine Mindestpreise bei Geflügel und Eiern erwogen werden;
8. Festhalten an der befristeten Aussetzung des Butterzolls bei laufenden Einfuhren;
9. Stärkere Gefrierfleißeinfuhren;
10. Plakatierung der Maßnahmen der Bundesregierung zur Beruhigung der Öffentlichkeit und zur Beeinflussung der seit Jahren stetig steigenden Handelsspannen.

Das ist eine sehr wichtige Frage. Jeder, der etwas die Preisbildung auf den Nahrungsmittelmärkten im weitesten Sinne des Wortes beobachtet, muß feststellen, daß die Handelsspannen ständig steigen und wachsen. Es ist z.B. so, wie gestern glaubhaft versichert worden ist, daß die Bauern von den hohen Kartoffelpreisen sozusagen nichts haben, sondern daß die Handelsspannen, die darauf liegen, den Preis so in die Höhe treiben.

Nun sage ich sicher nichts gegen die Soziale Marktwirtschaft, denn das ist verboten. Aber ich würde ganz ruhig – ich hoffe, Sie sind einverstanden, wenn Sie nicht einverstanden sind, überhören Sie es – mit der [!] Sozialen Marktwirtschaft vertreten können, wenn der Bund auf irgendeine Weise plötzlich Nahrungsmittel zu niedrigen Preisen auf den Markt wirft, damit dadurch ein allgemeiner Sturz eintritt. Das ist nach meiner Meinung durchaus korrekt und zu vertreten.

Herr Krone legt mit Recht sehr großen Wert darauf, da wir heute zusammen sind, daß von hier aus etwas dazu gesagt wird. Ich darf Ihnen einen Beschlußentwurf vorlesen. Ich habe ihn eben Herrn Krone gegeben. Ich habe ihn nicht verfaßt. Herr Krone hat den Wunsch, einige der Maßnahmen zu ergänzen:

„Der Parteivorstand der CDU ist der Auffassung, daß die in der letzten Zeit bei Lebensmitteln eingetretenen Preissteigerungen nicht allein auf die Dürre zurückgeführt werden können, die in diesem Jahr gewesen ist. Soweit durch die Dürre weniger Agrarprodukte erzeugt worden sind, muß dies durch entsprechende Einfuhren ausgeglichen werden. Der Parteivorstand der CDU richtet an die Bundesregierung die dringende Bitte, sofort die erforderlichen Maßnahmen, insbesondere die notwendigen Einfuhren, zu veranlassen, um die eingetretenen Preissteigerungen wieder rückgängig zu machen.“

Er hat den Wunsch, daß insbesondere hier davon gesprochen wird, daß die Aussetzung des Butterzolls bleibt, daß Gefrierfleisch in starkem Maße eingeführt wird, daß eine Plakatierung wegen der Handelsspannen erfolgt und daß ein Druck auf die Schweinepreise ausgeübt wird. Dabei habe ich in einer Zeitung gelesen, daß die

Agrarier wieder einen Schweineberg sehen, daß sie nicht wissen, wie sie von den Schweinen herunterkommen.

Krone: Präsident Gerstenmaier zeigt den Text der Anfrage der SPD.⁸⁷ Wir haben davon gesprochen. Es ist das, was sie in Godesberg beschlossen haben. Was kann passieren? Wir können vielleicht erreichen, die Sache hinauszuzögern, so daß es vor Weihnachten nicht mehr zu einer Aussprache kommt. Es kommt darauf an, wann diese Anfrage bei der Bundesregierung einläuft. Das ist eine Sache der Post. Dann kommen wir mit dem Termin vielleicht hin. Es ist ein Termin von 14 Tagen, innerhalb dessen die Bundesregierung die Anfrage beantworten muß. Wenn die Opposition es verlangt, kann sie durch einen Antrag zur Geschäftsordnung beantragen, das Thema zu behandeln. Dann kann sie mit zehn Abgeordneten Klamauk machen. Ich bin davon überzeugt, daß sie das noch kurz vor Weihnachten tun möchte.

Wir sollten heute als Parteivorstand eine Formulierung herausgeben, aus der klar ersichtlich ist, daß wir zu dem, was heute draußen passiert, nicht ja sagen können. Das muß sehr deutlich sein. Es darf nicht mehr vor Weihnachten zu einer Verhandlung kommen. Wir sollten sagen: Das und das macht die Bundesregierung. – Ich bin kein Fachmann auf diesem Gebiet, um es zu bewerten.

Johnen: Ich würde umgekehrt verfahren. Der Bundesvorstand sollte sich um die Einzelheiten nicht kümmern, wenn er das ganze Problem nicht löst. Der Bundesvorstand sollte vielmehr die Bitte an die Bundesregierung richten, entsprechend vorzugehen. Wenn ich recht verstanden habe, soll die Sache in der nächsten Kabinettsitzung behandelt werden. (*Adenauer:* Morgen!) Im Anschluß an die Sitzung sollte dann morgen das Bundeskabinett die Einzelheiten bringen. (*Krone:* Es muß etwas von den Mißständen gesagt werden!)

Albers: Wenn jetzt die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen wären, dann würden unsere Hausfrauen, die über die Preise sehr erbittert sind, uns wahrscheinlich die Quittung dafür geben. Ich begrüße es deshalb sehr, Herr Bundeskanzler, daß Sie auf diesem Gebiet die Initiative ergriffen haben. Dem Vorschlag von Johnen schließe ich mich an. Ich bitte, auch an Gemüse und Konserven zu denken. Wir haben diesen Appell auch an die Verbraucher zu richten. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen die Verbraucher daran erinnern, daß auch sie eine Verpflichtung haben. Wir müssen an die großen Verbraucherorganisationen appellieren, daß sie sich ihrer Pflicht gegenüber ihren Mitgliedern wieder mehr bewußt werden.

Zimmer: Ich wollte das unterstreichen. Ich habe über diese Frage mit verschiedenen Firmen in der letzten Zeit gesprochen, und zwar mit Landprodukthändlern und mit Metzgern. Die Landproduktenhersteller sagen, bei den Kartoffelpreisen von DM 10,-, 11,-, 12,- und 13,50 sind wir auf den billigsten Kartoffeln, obwohl sie gut waren, sitzengeblieben. Alle Käufer haben nur die teuersten zu DM 13,50 einkaufen wollen. Wir haben nachher die Kartoffeln zu DM 10,- an die Großbetriebe abgeben

⁸⁷ BT-Drs. 1414 vom 23. November 1959. Vgl. Anm. 1.

müssen. Die Metzger sagen, was sollen wir machen, die Leute wollen nur noch Filets haben, um Gulasch zu machen. (*Adenauer*: Das ist ja gar nicht wahr! Das ist doch maßlos übertrieben von den Metzgern!) Ich bitte Sie, seien wir vorsichtig, bevor wir von uns aus diese Vorwürfe gegen bestimmte Berufsgruppen erheben. Ich warne davor, denn sonst werden die uns nachher die Quittung geben.

Adenauer: Nach meiner Kenntnis der Dinge kriegen Sie nirgendwo so schlechtes Fleisch wie in Deutschland. Und warum? Weil die Metzger das Fleisch nicht abhängen. In einer Woche verliert das Fleisch elf bis zwanzig Prozent an Gewicht. In anderen Ländern tut man das. Unsere Metzger tun es nicht. Sie verkaufen das Fleisch meistens zu immensen Preisen. Sie haben alle große Autos! Gehen Sie nur mal in mein Dorf, dann sehen Sie, was los ist! Und das gilt wohl überall. Wir haben alle den falschen Beruf ergriffen! Es ist nicht so, daß wir alle Metzger werden sollen, aber es gibt lukrativere Berufe als den, den wir haben. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Blumenfeld: Ich bin in völliger Übereinstimmung mit Ihnen. Ich bitte darum, daß der Bundesvorstand nur das Gesamte in die Schau nimmt und an die Öffentlichkeit tritt. Wenn wir in die Einzelheiten hineinsteigen, müßten wir eine erhebliche Kritik an der ganzen Einfuhr- und Vorratsstellenpolitik treiben. Dann könnten wir nicht mehr aufhören.

Die Dinge sind aber in ihrer Dramatik im Abklingen. In Hamburg waren die höchsten Butterpreise. Aber das ist in den letzten Wochen übergekippt. (*Zuruf*: Was heißt das?) In den anderen Großstädten, wo infolge der Preissteigerungen geradezu hysterisch gekauft wurde, ist das schon im Abklingen. Trotzdem sind die Maßnahmen notwendig. Ich habe mich mit den Verbraucherorganisationen unterhalten und weiß, wie die Dinge liegen. Ich kann im Grundsatz das unterstreichen, was Herr Albers gesagt hat. Wir müssen einen Appell in unserem Beschluß an die Verbraucherorganisationen richten.

Adenauer: Ich darf feststellen, daß Sie der Meinung sind – ich nehme an, Herr Krone schließt sich an –, daß wir den Beschluß allgemein halten, und die Einzelheiten folgen dann morgen nach der Kabinettsitzung.

Über die außenpolitische Situation habe ich eben nur zurückhaltend gesprochen. Ich bin noch erheblich pessimistischer, als ich es eben gesagt habe. Wir kommen infolge der amerikanischen Wahlen in eine Flaute hinein, die dem massiven Druck, wie er von Sowjetrußland überall ausgeübt wird, neue Möglichkeiten bietet. Daher müssen wir eine stabile und ruhige Außenpolitik treiben. Ich bin froh, daß die Gespräche mit Macmillan diesen Ausgang genommen haben. Ich denke auch, daß die Gespräche, die ich am Dienstag und Mittwoch mit de Gaulle haben werde, auch einen guten Ausgang nehmen.

Sonst gibt es eigentlich nur innenpolitisch noch einen kleinen Scherz. Ich habe hier die „Bonner Rundschau“ von heute.⁸⁸ Dort steht in einer Meldung dicht nebeneinander, und das ist das Nette daran:

⁸⁸ „Bonner Rundschau“ vom 25. November 1959.

„Nellen: Gefahren für freie Meinungsäußerung

Frankfurt, 24. Nov.

Die stabilisierte politische Mehrheit gefährde die freie Meinungsäußerung in der Bundesrepublik, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Nellen am Dienstag in der Evangelischen Akademie Arnoldsheim/Taunus.“

Sie sehen, was der arme Nellen für Sorgen hat. (*Dufhues*: Er kommt aus Münster! – *Blank*: Genau wie alle Wiedertäufer! – *Heiterkeit und Unruhe*.) Es ist so, daß die Sozialdemokraten – damit Sie sehen, was freie Meinungsäußerung ist bei den Sozialdemokraten – dem Herrn Luchsinger⁸⁹, dem Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung“, der uns auch manchmal kritisiert, erklärt haben, daß sie mit ihm überhaupt nichts mehr zu schaffen haben wollen und daß er weder Informationen noch sonst etwas von ihnen bekomme.

Das ist also der Herr Nellen, und das ist die SPD! Und weil das so schön nebeneinander steht, hat es mir so gut gefallen.

Zu der Rundfunkfrage noch ein Wort! Ich denke, wir wollen hier in der vorgerückten Stunde nicht zu einer ernsten Auseinandersetzung kommen. Der Herr Kollege Röder hat mich gebeten, einen Termin mit ihm zu vereinbaren, an dem wir gemeinsam mit einigen der CDU angehörenden Ministerpräsidenten den ganzen Fragenkomplex noch einmal in Ruhe durchsprechen wollen. Herr Globke hat es übernommen, heute mit Ihnen einen Termin zu vereinbaren. Ich hoffe, daß das geschehen ist. (*Röder*: Wir werden noch darüber sprechen!) Ich würde vorschlagen, daß wir die Debatte über die ganzen Rundfunkfragen in der nächsten Sitzung vornehmen, wenn dieses Gespräch stattgefunden hat. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung*.)

Dann darf ich das feststellen. Ich bitte Sie nunmehr, zum Büfett zu gehen. Dort sind die Lebensmittelpreise noch nicht bestimmt! (*Heiterkeit*.)

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

89 Dr. Fred Luchsinger (geb. 1921), 1949–1954 Nachrichtenredakteur der NZZ, für diese 1955–1963 Bonner Korrespondent, 1963–1967 Auslandskorrespondent, 1967–1984 Chefredakteur. Nachlese der Bonner Korrespondententätigkeit: Bericht über Bonn. Deutsche Politik 1955–1965. Zürich 1966.

12

Bonn, 29. Januar 1960

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Bitter, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, von Brentano, Cillien, Dufhues, Fay, Fricke, Gradl, von Hassel, Krone, Meyers, Osterloh, Röder, Scheufelen, Schmitz, Schröder, Stingl, Stoltenberg.

Bericht zur politischen Lage. Vorbereitung der Kommunalwahlkämpfe im Jahre 1960. Fall Oberländer.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 17.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß die Begrüßungsansprachen untereinander nun zu Ende sind, so daß wir jetzt an die Arbeit gehen können.

Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung folgende Damen und Herren: Lindrath, Dr. Hellwig, Dr. Helene Weber, Johnen, Adorno, Dr. Gerstenmaier, Bauknecht, Lemmer, Etzel, Kaiser, Schmücker, Kiesinger, Dr. Zimmer, Dichtel, Dr. Wuermeling, Professor Dr. Oberländer, Dr. Pferdenges.

Wir hatten gestern eine Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes.¹ Ich möchte Ihnen vorschlagen, die heutige Tagesordnung so umzustellen, daß Punkt 3 an die zweite Stelle rückt und Punkt 2 dafür an die dritte Stelle. Das würde allerdings voraussetzen, daß Herr Minister Dufhues hierbleibt und den Vortrag hält, den er neulich in Essen gehalten hat², um Ihnen klarzumachen, welche Bedeutung die Kommunalwahlkämpfe³ in diesem Jahre haben. Sind Sie damit einverstanden? – Widerspruch höre ich nicht. Also kann ich das feststellen.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, ist der Vizepräsident des Deutschen Caritasverbandes, Herr Lukaschek⁴, plötzlich aus diesem Leben geschieden. (*Die*

1 Protokoll vom 28. Januar 1960 nicht zu ermitteln.

2 Auf einer Delegiertenversammlung der CDU des Rheinlandes und Westfalens am 18. Januar 1960. Unterlagen in ACDP III-002-353/1; Bericht in UiD Nr. 3 vom 21. Januar 1960 S. 1f.

3 Vgl. Nr. 10 Anm. 61.

4 Dr. Hans Lukaschek (1885–1960), 1949–1953 Bundesminister für Vertriebene. Vgl. PROTOKOLLE I S. 144 Anm. 33.

Anwesenden erheben sich.) Er war uns allen ein treuer und teurer Freund. Sie alle haben ihn gut gekannt, und Sie wissen, daß er sich namentlich für die Vertriebenen große Verdienste erworben hat. Wir werden ihm ein treues und gutes Andenken bewahren. Ich danke Ihnen.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Nun bin ich „verurteilt“, Ihnen einen Vortrag über die politische Lage zu halten. Wir sind hier zuletzt zusammengewesen am 25. November 1959, also vor etwa zwei Monaten. Ich komme zunächst auf die außenpolitische Lage zu sprechen und möchte Ihnen vortragen, was sich seit dieser Zeit ereignet hat. Ich möchte Ihnen in kurzen Umrissen ein Bild zu zeichnen versuchen mit einem Hinweis auf die kommende Entwicklung, wobei ich darunter verstehe die West-Ost-Konferenz im Mai dieses Jahres, und zwar insbesondere hierbei die Berlin-Frage.

Im Dezember 1959 haben eine Reihe von Konferenzen stattgefunden, so eine Konferenz der NATO, eine Außenministerkonferenz der NATO, eine Konferenz der Regierungschefs bzw. Staatschefs.⁵ In der Sitzung in Paris waren zusammen Eisenhower, Macmillan, de Gaulle und ich. Herr de Gaulle führte den Vorsitz. Er hatte in sehr geschickter Weise so disponiert, daß die vier für sich allein und gleichzeitig auch die Außenminister für sich allein tagten und später eine gemeinsame Sitzung stattfand. Für uns Deutsche und auch nach außen hin war es sehr gut – das möchte ich hier betonen –, daß der deutsche Bundeskanzler völlig gleichrangig war mit den anderen, die zum erstenmal in dieser Zusammensetzung wieder beisammen waren seit jener Zusammenkunft auf den Bermuda-Inseln vor mehreren Jahren.⁶

Auf die Einzelheiten des Protokolls, die von französischer Seite sehr sorgfältig überlegt waren, will ich nicht eingehen, sondern nur das eine sagen, daß Herr de Gaulle sorgfältig darauf achtete, daß alles genau eingeteilt war. Bei der ersten Sitzung z.B. war angeordnet, daß Herr Macmillan drei Minuten vor mir zuerst ins Elysee kommen müsse. Dann kam ich und drei Minuten später der amerikanische Präsident Eisenhower. Diese Reihenfolge wurde auch bei den verschiedenen Frühstückten durchgängig beibehalten.

Über die Verhandlungen selbst wurden Kommunikés herausgegeben. Die Aussprache war sehr offen. Wir sind namentlich nach unserer Auffassung bezüglich der Behandlung der deutschen Frage und der Berlin-Frage auf der West-Ost-Konferenz

5 Tagung des NATO-Ministerrates in Paris, 15.–17. und 22. Dezember 1959 (AdG 1959 S. 8121–8125), Gipfelkonferenz der westlichen Staats- und Regierungschefs in Paris vom 19.–21. Dezember 1959 (ebd. S. 8125–8127), Treffen der Außenminister Kanadas, der USA, Frankreichs, Italiens und Großbritanniens am 21. Dezember 1959 in Paris (ebd. S. 8136).

6 Konferenzen der USA mit Großbritannien und Frankreich auf den Bermuda-Inseln (1953, 1957 ohne Frankreich) zur Abstimmung der Außenpolitik der beteiligten Länder (AdG 1953 S. 4282–4285, 1957 S. 6334f.).

durchgedrungen; allerdings hat der amerikanische Staatssekretär Herter später in einer Pressekonferenz eine Erklärung abgegeben, die nicht völlig mit dem übereinstimmt, was vorher beschlossen worden war. Herr von Brentano hat noch von Paris aus sofort eine entsprechende Depesche⁷ an ihn gerichtet. Es ist darauf geantwortet worden. Ich möchte nachher in einem anderen Zusammenhang noch einmal darauf zurückkommen; denn es handelt sich um eine Auffassung, die Keime in sich trägt, die wir nur mit Besorgnis beobachten können.

Ich fange zunächst bei Frankreich an. Wie die ganze Sache in Frankreich ausgehen wird, wissen wir nicht. Wir können nur hoffen, daß de Gaulle mit voller Kraft am Ruder bleibt. Wenn er nicht am Ruder bleibt, wäre ein Bürgerkrieg zwischen der Armee und den Kommunisten möglich. Mehr brauche ich zu diesem Thema nicht zu sagen. Es ist uns bekanntgeworden, daß man in deutschen sozialdemokratischen Kreisen große Sorge hat, wenn de Gaulle nicht am Ruder bleibt, weil dann eine Volksfrontregierung dort am Horizont erscheint; eine Volksfrontregierung in Frankreich wenige Wochen vor der West-Ost-Konferenz wäre eine Katastrophe sondergleichen für ganz Europa und für uns alle.

Ich möchte nun diese Gelegenheit benutzen, um über die Schwierigkeiten, mit denen de Gaulle zu kämpfen hat, etwas zu sagen. Es sind Dinge, die mir nicht neu sind, die ich auch Herrn Eisenhower, als er im Sommer des vergangenen Jahres hier war, in aller Ausdrücklichkeit gesagt habe. Die Armee in einer Stärke von rund 450.000 in Algier ist eine Armee besonderer Art. Sie ist nicht zu vergleichen etwa mit der deutschen, der amerikanischen oder der britischen Armee. Diese Armee besteht zu einem erheblichen Teil aus Fremdenlegionären, die schon an den Kämpfen in Indochina teilgenommen haben. Sie ist seit Jahr und Tag in Algier für verschiedene Funktionen eingesetzt. Ein Drittel bis ein Viertel dieser Armee steht in der vordersten Front, die anderen machen Straßenbauten und alles mögliche. Diese Armee ist ein in sich festgefügtes Organ geworden. Für de Gaulle war und ist es entscheidend, daß er diese Armee hinter sich hat.

Bezüglich Algier habe ich auch Eisenhower gegenüber den Standpunkt vertreten, daß es sich hierbei nicht um eine koloniale Frage handelt, die man einfach nach einem großen Schema lösen könne, sondern die Frage Algier ist eine europäische Frage. Wenn Algier und damit der Eingang zu diesem Teil des Mittelmeerbeckens in kommunistische Hände kommt, dann sind Frankreich und Italien von Afrika her auf das empfindlichste bedroht. Wir sind hier vom Osten her bedroht. Dann hat – bitte vergegenwärtigen Sie sich in großen Zügen die europäische Karte – Sowjetrußland

⁷ Depesche von Brentanos vom 22. Dezember 1959 an die deutsche Botschaft in Washington mit dem Auftrag, im State Department vorstellig zu werden (Pol. Archiv des AA, Ref. 305 AZ 82.00/91.36, Band 70). Vgl. auch ADENAUER: Erinnerungen 4 S. 22–28 sowie „Die Welt“ vom 22. Dezember 1959: „Verhandlungstaktik noch unbestimmt.“ – Dazu auch Daniel KOSTHORST: Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 26). Düsseldorf 1993.

ganz Westeuropa in der Zange. Das ist also die Bedeutung, die die Algier-Frage auch für uns hat.

Nun sind die Klagen Frankreichs insbesondere gegen die Vereinigten Staaten wegen deren Haltung in der Algier-Frage seit Jahr und Tag erheblich. In der UNO ist damals ein Antrag eingebracht worden, Frankreich die Mißbilligung wegen seines Verhaltens in der Algier-Frage auszusprechen.⁸ Die Haltung der Vereinigten Staaten in dieser Frage ist natürlich für die öffentliche Meinung Frankreichs und auch für die französische Armee von sehr großer Bedeutung. Damit ein solcher Antrag durchkommt, ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Der Antrag ist abgelehnt worden, weil an der Zweidrittelmehrheit eine Stimme oder zwei Stimmen fehlten. Die Vereinigten Staaten haben sich bei dieser Abstimmung der Stimme enthalten. Das war für Frankreich und für de Gaulle, nachdem er unmittelbar zuvor die Herrschaft angetreten hatte, ein empfindlicher Schlag.

Ich nehme an, daß ich hier offen sprechen kann; namentlich muß man große Rücksicht darauf nehmen, davon nichts in die Presse zu bringen. Im vergangenen Sommer sind einige französische Herren, die ich kenne, zu mir gekommen⁹ – sie waren nicht von de Gaulle geschickt, das möchte ich ausdrücklich betonen –, die mir erklärt haben, wenn bei der Wiederholung des Antrages Frankreich unterliege, dann werde die Armee in Algier meutern. Das ist mir wörtlich so gesagt worden. Ich bin dann gebeten worden, wo ich Einfluß hätte, diesen Einfluß aufzubieten, damit die betreffenden Staaten in der UNO gegen den Antrag stimmen. Es wurde mir noch gesagt, beim letzten Mal habe Kuba gegen den Antrag gestimmt, also zugunsten Frankreichs. Jetzt sei aber der Fidel Castro am Ruder, und man könne nicht annehmen, daß Kuba so stimmen werde wie das letzte Mal. Daher betrachte Frankreich die Situation als besonders gefährlich.

Nun, ich habe mich bei den Ministerpräsidenten, die ich kenne, dafür eingesetzt. Auch andere haben sich dafür eingesetzt. Dann hat de Gaulle diese Erklärung über das Selbstbestimmungsrecht in Algier abgegeben.¹⁰ Diese Erklärung de Gaulles wurde in der gesamten amerikanischen Öffentlichkeit außerordentlich stark gelobt und gepriesen. Und als dann aber die Abstimmung in der UNO kam, haben sich die Vereinigten Staaten wiederum der Stimme enthalten. Man muß sich einmal von einer Seite, die die Dinge kennt, schildern lassen, wie die Verhältnisse sind, um zu wissen, welche Bedeutung in der Haltung der Vereinigten Staaten für de Gaulle und das heutige Frankreich steckt. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die verschiedenen Aktionen, die de Gaulle in bezug auf die NATO gemacht hat – ich habe kein Urteil darüber, ob sie richtig und notwendig waren, sie haben natürlich jeden

8 UN-Debatte vom 13. Dezember 1958, an der Frankreich nicht teilnahm (AdG 1958 S. 7306 und 7441). Vgl. Nr. 9 Anm. 3.

9 Im Laufe des Sommers 1959 hatte Adenauer u.a. Besuch von General Allard, den Herren Pinay und Monnet sowie Botschafter Seydoux (TERMINKALENDER).

10 Am 18. September 1959 – AdG 1959 S. 7946f.

von uns betrübt –, letzten Endes ihre Ursache in der Spannung zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in der Algier-Frage haben.

Dabei darf ich noch folgendes sagen. Die Sechste Flotte der Amerikaner im Mittelmeer untersteht nicht der NATO; etwas, was bei uns weithin unbekannt ist. Diese große Sechste Flotte, die im Mittelmeer stationiert ist, ist also nicht der NATO unterstellt. Nach dem NATO-Vertrag gehört das Mittelmeer auch nicht zum Schutzbereich der NATO, sondern nur die Küste, aber nicht das Meer selbst. Daraus kommen dann die verschiedenen französischen Schritte. Die Algier-Armee in die NATO zu integrieren, ist die ganze Zeit über völlig unmöglich gewesen. Die Franzosen haben die französische Mittelmeerflotte und die Luftwaffe dort zurückgezogen, um selbst darüber verfügen zu können im Interesse ihrer Stellung am Mittelmeer. Es haben aber in den letzten Tagen Besprechungen stattgefunden zwischen General Norstad und de Gaulle, um diese Dinge aus der Welt zu schaffen. Diese Besprechungen haben sich gut angelassen.

Alles in allem genommen muß man an folgendem festhalten: Die NATO ist ein Defensivbündnis, das im Jahre 1949 geschlossen worden ist, weil man damals eine akute Kriegsgefahr befürchtete. Nun war die Struktur der NATO im Jahre 1949 sicher in Ordnung für einen Krieg, der etwa im Jahre 1950 ausgebrochen wäre. Aber seit dieser Zeit sind zehn Jahre vergangen, und inzwischen ist die Waffentechnik völlig anders geworden. Auch die Verteilung der Kräfte in der Welt hat sich stark verändert. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nach den Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten¹¹ dort wieder politische Entschlüsse gefaßt werden, wie die NATO umgestaltet werden muß, damit sie den heutigen Verhältnissen entspricht.

Eine der wichtigsten Fragen, auch für uns, ist die, daß etwa ein Krieg im Jahre 1960 – natürlich ist das alles hypothetisch gedacht – in keiner Weise so verlief wie etwa ein Krieg im Jahre 1950 verlaufen wäre. Deshalb muß auch das Defensivbündnis und seine Struktur aus dem Jahre 1949 neu konstruiert und den gegebenen Verhältnissen angepaßt werden. Was Frankreich angeht, so kann ich nur nochmals wiederholen: Wenn de Gaulle nicht gekommen wäre, hätten wir in Frankreich damals eine Volksfrontregierung bekommen, und zwar mit allen Konsequenzen auch für uns. Wir hätten dann zwischen kommunistischen Staaten gegessen. Deswegen ist es ein Glück, daß er gekommen ist. Er hat Frankreich auch wieder eine feste Regierung gegeben, mit der man verhandeln kann.

In all den Konferenzen, die bis jetzt gewesen sind, auch in der letzten Konferenz in Paris, ist Herr de Gaulle immer auf der deutschen Seite gewesen. Das möchte ich sehr nachdrücklich betonen. Er hat sehr oft gesagt, daß die französischen Interessen und die deutschen Interessen in all diesen Fragen parallel verliefen. Er hat auch erklärt, er sei für die Wiedervereinigung Deutschlands und für die Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus' von Berlin, weil er nicht wolle, daß die Russen eines Tages am Rhein auftauchten. Um so mehr muß man bedauern, daß von der deutschen Presse bei jeder

¹¹ Am 8. November 1960 – AdG 1960 S. 8751f.

sich bietenden Gelegenheit Frankreich verhöhnt und daß darüber gemäkelt wird, und zwar in einer solchen Weise, daß sich – wie mir Herr von Brentano dieser Tage noch sagte – sogar der französische Botschafter offiziell hier über die deutsche Presse beschwert hat.¹² Ich will jetzt nichts weiter über die deutsche Presse sagen, sonst hören wir überhaupt nicht mehr auf damit, so „begeistert“ bin ich von ihr. Ich wünsche ihr aber unbedingt, daß sie realistisch sieht, wo das deutsche Interesse liegt, und daß sie sich dementsprechend verhält.

Von Frankreich möchte ich auf Italien zu sprechen kommen. Sie wissen, daß ich in Rom gewesen bin bis Montag dieser Woche¹³ und daß ich Besprechungen mit sehr vielen Leuten gehabt habe, dazu Verhandlungen mit der italienischen Regierung, Verhandlungen auch mit dem italienischen Staatspräsidenten. Wir haben darüber ein *Kommuniqué* herausgegeben, das namentlich für Berlin gut ist¹⁴; aber in diesem Kreis hier muß ich sagen: Ich bin aus Rom sehr schweren Herzens zurückgekommen; denn die Aufweichung in Italien gegenüber dem Kommunismus mit diesem sogenannten Entspannungsgerede – ich kann nur sagen: Gerede – ist dort sehr weit fortgeschritten, auch innerhalb der *Democrazia Cristiana*. Infolgedessen ist in der *Democrazia Cristiana* eine sehr deutliche Spaltung zu sehen, bei der es sich auch um personelle Machtkämpfe handelt, wobei insbesondere die Frage „Bildung einer Regierung mit der Linken oder nicht“ eine große Rolle spielt.

Die Bildung einer Regierung in Italien nach der Linken hin würde nach menschlichem Ermessen dazu führen, daß die Nenni-Sozialisten¹⁵, die sehr enge Tuchfühlung mit den Kommunisten haben, die Kommunisten mit hineinnähmen. Daher ist die Situation in Italien besorgniserregend und sehr unerfreulich, obwohl wir – wie ich schon sagte – bei den Verhandlungen ein sehr gutes Einvernehmen mit der gegenwärtigen Regierung erzielt haben.

Nun wollen wir nicht zu hart urteilen über Italien. Ich habe gerade jetzt die letzte Übersicht des Instituts Allensbach über den Einfluß der Kommunisten im Bundesgebiet bekommen.¹⁶ Da ist – auch zu meiner Überraschung – festgestellt worden: Nur noch 35 % der westdeutschen Bevölkerung sind der Auffassung, daß die Kommunisten in der Bundesrepublik eine illegale Tätigkeit größeren Umfanges betreiben und einen Einfluß haben. Anfang 1956 waren noch 54 % davon überzeugt. Ich werte das auch als eine Aufweicherscheinung. – Sie schütteln den Kopf, Herr Blumenfeld, aber die Aufweichtendenzen sind auch bei uns spürbar. (*Blumenfeld*: Nein!) Sie können sich mal mit Allensbach darüber auseinandersetzen.

12 Zur französischen Haltung in dieser Frage vgl. eine Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 8. Februar 1960 (Pol. Archiv des AA, Ref. 204/205 AZ 204-82.00/94.07, Band 258).

13 Vom 20. bis 25. Januar 1960 – AdG 1960 S. 8174f.

14 BULLETIN vom 26. Januar 1960 S. 143f.

15 Pietro Nenni (1891–1980), 1945–1947 und 1963–1968 stv. Ministerpräsident (PSI). Nenni vertrat seit 1947 die Aktionseinheit mit den Kommunisten. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 928 Anm. 26.

16 Umfrage vom November 1959 in Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 456.

Wir wollen also den Italienern nicht zu große Vorwürfe machen. Aufweichtendenzen sind auch bei uns zu spüren, und der verschiedenen Art. Sie zeigen sich manchmal verhüllt, aber sie sind da. Diese Aufweichtendenzen sind am stärksten in Großbritannien zu verzeichnen. Lesen Sie einmal die britische Presse, die ein viel größeres Ansehen genießt als irgendeine andere Presse. Dort sind die Aufweichtendenzen ganz klar zu erkennen. Sie haben schon damals bei dem Besuch Macmillans¹⁷ angefangen.

Nun komme ich zu den Vereinigten Staaten. Die Präsidentenwahl findet Anfang November dieses Jahres statt. Der neue Präsident tritt sein Amt am 20. Januar 1961 an. Es läßt sich noch nichts darüber sagen, wer nun Präsident werden wird. Wenn morgen oder übermorgen gewählt würde, dann wäre es ohne Zweifel Nixon, aber man kann nicht wissen, was sich drüben bis zu den Wahlen noch alles ereignet. Das hat zur Folge, daß sich die amerikanische Regierung herkömmlicherweise immer mehr auf sich zurückzieht und immer weniger Entscheidungen trifft, so daß also der Westen von etwa Ende Mai an ohne die außenpolitische Mitwirkung der Amerikaner, die er dringend nötig hat, sein wird, was sicher zu einer Schwächung des internationalen Ansehens für de Gaulle – auch wenn die Sache in Algier gut für ihn ausgeht – führen wird.

Von den italienischen Verhältnissen habe ich schon gesprochen. Bei uns ist es so, daß die Sozialdemokraten mit ihrem Deutschlandplan¹⁸ ein Dokument in die Welt gesetzt haben, das uns, wenn dieser Plan verwirklicht würde, sehr schnell zu einem kommunistischen Land machen würde. In diesem Zusammenhang darf ich folgendes sagen. Es hat eine Unterredung zwischen Smirnow und Ollenhauer stattgefunden¹⁹, die von Smirnow herbeigeführt worden war. In dieser Unterredung hat Smirnow versucht, Herrn Ollenhauer und seine Partei davon zu überzeugen, daß sie eigentlich dem russischen Vorschlag über Berlin zustimmen müßten. Herr Ollenhauer hat korrekt nach dieser Unterredung dem Außenminister Mitteilung von diesem Gespräch gemacht. Ich will weitere Worte darüber nicht verlieren, wie sehr merkwürdig es ist, daß ein ausländischer Diplomat, der bei uns akkreditiert ist, auf deutschem Boden auf diese Weise gegen die Politik der Regierung arbeitet. Das Interessanteste für mich in der Niederschrift über die Unterredung zwischen Smirnow und Ollenhauer ist aber, daß Herr Smirnow klargemacht hat, daß Berlin dann die Aufgabe übernehmen müsse, ein Mittler zu sein zwischen der Zone und der Bundesrepublik, mit anderen Worten der Kanal, durch den wir ebenfalls kommunistisch gemacht werden sollen.

Ollenhauer hat sich sehr korrekt benommen. Aber wie ich gehört habe, sind auch die Sozialdemokraten darüber verblüfft gewesen, daß die Russen so unversöhnlich an

17 Besuch in Bonn am 12./13. März 1959 (AdG 1959 S. 7603; negative britische Pressemeldungen S. 7647f.).

18 Vgl. Nr. 10 Anm. 4, Nr. 11 Anm. 64.

19 Zwischen Smirnow, Ollenhauer und Wehner am 13. Januar 1960 (AdG 1960 S. 8205f.). Das Memorandum Smirnows in MOSKAU BONN S. 614–617.

diesem eigentlichen Zweck und Ziel ihres ganzen Vorstoßes gegen Berlin festhalten. Sie sehen daraus, meine Damen und Herren, daß die außenpolitische Situation alles anderes wie schön ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich bei diesem Zustand, in den wir seit 1945 geraten sind, und bei den Zielen Sowjetrußlands in Westeuropa, in erster Linie in Deutschland, von Jahr zu Jahr die Verhältnisse weiter zuspitzen müssen. Ich möchte nun nichts weiter über die außenpolitische Situation sagen. Vielleicht haben Sie aber gleich noch irgendwelche Fragen zu stellen.

Was die Aufweichungstendenzen angeht, so möchte ich Ihnen, Herr Blumenfeld, weil Sie das bezweifelt haben, noch folgendes sagen. Herr Richter hat mit mir gesprochen über die Unterwanderung der Gewerkschaften durch die SED. Und das ist doch nun ein Zeuge, dem man glauben und an dem man wirklich nichts aussetzen kann. Er hat sehr offen mit mir darüber gesprochen.

Meine Freunde! Lassen Sie mich jetzt zur Innenpolitik übergehen und in Ihr Gedächtnis zurückrufen, daß ich in dieser Woche einen halben Tag mit dem Arbeitgeberverband, einen halben Tag mit den Gewerkschaften und einige Stunden mit der Landwirtschaft verbracht habe.²⁰ Vor einigen Wochen meldeten sich in immer stärkerem Maße bei den Gewerkschaften die Forderungen auf eine erhebliche Lohnerhöhung. Sie wurden eingeleitet bei den Bediensteten der öffentlichen Dienste, und zwar umfassen sie nicht nur die Beamten des Bundes, der Länder und der Gemeinden, sondern auch die Angestellten und die Arbeiter in Bund, Ländern und Gemeinden. Nach einer Übersicht, die von den Sozialdemokraten selbst herausgegeben wurde²¹, stellen die Sozialdemokraten bei 20 Großstädten mit über 250.000 Einwohnern in zwanzig Städten den Oberbürgermeister. Das ist ein guter Ansatzpunkt, um eine allgemeine Lohnwelle zu starten.

Wenn aber bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes ein Erfolg erzielt wird, dann wird das natürlich auch auf dem Gebiete der Wirtschaft für die Arbeitnehmer bezüglich der Lohnbewegung Früchte tragen. Vorangegangen sind mit einer Lohnerhöhung – wie sie nach unserer Auffassung nicht zu rechtfertigen ist – die Chemie- und auch die Textilindustrie in Nordrhein-Westfalen. Von der chemischen Industrie weiß ich es ganz genau; sie hat Lohnerhöhungen bis zu 9 % bewilligt. Mir gegenüber hat Herr Haberland²² gesagt, daß er sehr dagegen gewesen

20 Am Dienstag, dem 26. Januar 1960, Besprechung mit den Arbeitgebern (10 Uhr) und den Gewerkschaften (16.30 Uhr), am Donnerstag, dem 28. Januar 1960, Besprechung mit der „Landwirtschaft“ (11 Uhr). Vgl. TERMINKALENDER und FAZ vom 27. Januar 1960: „Gespräche beim Kanzler“.

21 Von den 18 größten Städten mit über 250.000 Einwohnern stellte die SPD in 16 den Oberbürgermeister (vgl. ppp, 26. Januar 1960).

22 Dr. Ulrich Haberland (1900–1961), Professor für Chemie; Industrie-Chemiker, Generaldirektor; 1928 Eintritt in die IG Farbenindustrie, Werk Uerdingen, 1943 Gesamtleitung der Betriebsgemeinschaft Niederrhein mit den Werken Leverkusen, Dormagen, Uerdingen und Elberfeld, 1951 Gründung der Farbenfabriken Bayer AG aus den vier niederrheinischen Werken unter Einbeziehung der AGFA, Vorstandsvorsitzender der Bayer AG, Leverkusen.

sei. Die Gewerkschaften haben aber unter sehr großer Heiterkeit erklärt, daß gerade Leverkusen²³ für die Lohnerhöhung eingetreten wäre. Bei der chemischen Industrie machen die Löhne rund 10 % des Gesamtproduktes aus, so daß eine Lohnerhöhung dort nicht so sehr ins Gewicht fällt hinsichtlich der Produktionskosten; dagegen fällt sie sehr ins Gewicht bei den anderen Industrien.

Ich hatte Herrn Blessing²⁴ schon vor einigen Wochen um ein Gutachten über die ganze wirtschaftliche Situation, zur Frage der Lohnerhöhung, der Preise usw. gebeten. Es ist mit Zustimmung des Herrn Blessing jetzt veröffentlicht worden. Ich kann mich hier begnügen, darüber folgendes zu sagen. Das Gutachten ist sehr objektiv gehalten. Die erste Rüge bekommt die Bundesregierung, und zwar, wie ich zugeben muß, mit einem gewissen Recht, weil sie zu zögernd und zu wenig eingegriffen hätte bei der Steigerung der Preise für die Lebensmittel des täglichen Bedarfs. Sie kennen die ganzen Sachen, angefangen von den Kartoffeln bis zur Butter.

Dann stellt er fest, daß bei Teilen der Industrie – er nennt sie nicht und sagt auch nicht, wie groß dieser Prozentsatz ist – die Verbilligung der Produktion, die durch Rationalisierung ermöglicht worden sei, sich nicht habe in Preisen ausdrücken lassen, sondern das sei als Sache genommen oder in Investitionen, die zum Teil über das gewünschte Maß hinausgingen, niedergelegt worden. Und das ist der Fehler der Unternehmerschaft, die tatsächlich sehr wenig darauf bedacht war, die Preise zu ermäßigen, wo sie ermäßigt werden konnten, sondern die das genommen hat, was sie irgendwie nehmen konnte.

Herr Blessing spricht dann von den Arbeitnehmern und führt aus, wenn die Lohnerhöhungen ein gewisses Maß überstiegen, wäre die Bundesbank genötigt, mit sehr starken Mitteln vorzugehen, um die Währung zu halten, so daß dadurch eine Einschränkung der Produktion und eine Entlassung von Arbeitern erfolgen müsse. Somit falle eine Übersteigerung der Lohnforderungen, wenn sie durchgesetzt werden sollten, letzten Endes auf die Arbeitnehmer wieder zurück. Ich habe darüber gesprochen mit den Vertretern der Arbeitnehmer, und ich werde auch noch sprechen mit dem Arbeitgeberverband sowie mit den Organisationen der Industrie und des Handels, um auch sie zu bitten, überall, wo es möglich ist, zu einer Herabsetzung der Preise zu kommen.

Die Situation in unserer Wirtschaft kann sehr leicht schwierig werden, wenn die Löhne zu hoch werden. Deshalb müssen wir nicht nur an die Arbeitnehmer, sondern auch an die Arbeitgeber appellieren. Diese ganze Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern – das ging sehr klar aus meiner Unterredung mit den Vertretern der Arbeitnehmer hervor – wird sehr stark unter dem Motto stehen „Stabilität der Preise“, und zwar verlangt das die Öffentlichkeit. Die Gewerkschaften

23 Gemeint: Bayer AG, Leverkusen.

24 Dr. Karl Blessing (1900–1971), 1958–1969 Präsident der Deutschen Bundesbank. – Sein „Memorandum über die Lohn- und Preisentwicklung“ in BULLETIN vom 28. Januar 1960 S. 161f.

zeigten sich davon sehr beeindruckt; denn sie wollen nicht als diejenigen dastehen, die nun durch unvernünftige Lohnforderungen die Preise in die Höhe treiben. Die öffentliche Meinung wird sich gegen denjenigen wenden, bei dem es schließlich hängenbleibt, und sie wird sagen: Du bist schuld an den Preissteigerungen durch deine ständigen Lohnforderungen.

In diesem Zusammenhang darf ich noch folgendes erwähnen. Sie wissen, daß infolge der Erhöhung der Preise der Wert der Deutschen Mark seit zehn Jahren, je nachdem, wie Sie es rechnen, um 22 bis 24 % gesunken ist. Das ist doch eine sehr ernste Sache, meine Damen und Herren, wenn das so weitergeht. Herr Butschkau²⁵ hat mir einen sehr ernst gehaltenen Brief im Namen der gesamten Sparer geschrieben – ich werde ihn noch zu mir bitten –, daß doch auch das Interesse der Sparer, nämlich die Erhaltung des Wertes ihrer ersparten Gelder, bei diesem ganzen wirtschaftlichen Prozeß unbedingt berücksichtigt werden müsse.

Diese ganzen Dinge hängen also sehr eng zusammen, und sie müssen auch von der Bundesregierung, vom Bundestag, aber auch von den Parteien so gesehen werden. Die ganzen Tarifverhandlungen gehen davon aus, daß die Verträge für ein Jahr abgeschlossen werden, so daß also die ganze Geschichte Anfang 1961 wieder von neuem losgehen wird, und das im Wahljahr!

Damit komme ich zur Bundestagswahl im Jahre 1961. Diese Wahlen werden – ich befinde mich da im Einvernehmen mit den Herren des geschäftsführenden Vorstandes, mit denen ich gestern über diese ganzen Fragen gesprochen habe – ungemein schwierig werden. Wir können nämlich mit vielen Argumenten, mit denen wir früher Wahlkämpfe bestritten haben, nicht mehr aufwarten, weil sie inzwischen überholt oder erledigt sind; es sei denn, daß sich die Bevölkerung daran gewöhnt hat, sei es aus irgendwelchen anderen Gründen. Sie wissen, Dankbarkeit gegenüber einer politischen Partei ist ziemlich ausgeschlossen. Damit dürfen wir in keiner Weise rechnen. Ich habe mir gestern stichprobenweise einige Punkte aufgeschrieben, mit deren Herausstellung wir nicht mehr viel machen können, und zwar handelt es sich um den Lastenausgleich, den Wohnungsbau, die Wirtschaft.

Wir haben die Vollbeschäftigung. Die Leute leben gut, und das betrachten sie als eine Selbstverständlichkeit. Es handelt sich weiter um die Fragen, die damals sehr umstritten waren, nämlich die Wehrpflicht, Beitritt zur NATO. Auch hier wird man nicht mehr sehr viel sagen können. Dagegen haben wir auf der Plattform des Bundestages noch einige sehr unangenehme Sachen, die uns sehr großen Schaden einbringen können, und zwar nenne ich die Kriegsopferversorgung²⁶ und das Krankenkassengesetz²⁷. Das Krankenkassengesetz kann eine sehr üble Sache werden;

25 Dr. Fritz Butschkau (1901–1971), Dipl.-Kfm., Bankdirektor; u.a. Direktor der Rheinischen Girozentrale und Provinzialbank, Düsseldorf, Ehrenpräsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Bonn.

26 Vgl. Nr. 10 Anm. 98.

27 Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz (KVNG), Entwurf vom 14. Januar 1960 – BT-Drs. 1540.

denn die Ärzte sind ausgezeichnete Agitatoren bei der Wahl. Sie sprechen in ihren Sprechstunden mit sehr viel Leuten und können hier sehr stark auf diese ganzen Dinge einwirken. Dieser Kampf der Ärzte gegen das Krankenkassengesetz muß sehr ernst gesehen werden für den Ausgang der Wahl des Jahres 1961.

Auf der anderen Seite haben wir auch gute Sachen vorzutragen. Die Gefährlichkeit des Kommunismus zeigt sich immer mehr. Wir werden das bei der Wahl sehr stark hervorkehren müssen. Es hat sich auch gezeigt, daß die Sozialdemokraten – das zeigt vor allem ihr Deutschlandplan – sehr stark die Neigung haben, da nachzugeben. Wir haben noch verschiedene andere Argumente, die wir, wenn wir sie weiter durchgearbeitet haben, für uns ins Feld führen können.

Die Sozialdemokraten haben ein neues Grundsatzprogramm herausgebracht.²⁸ Von allen Charakterisierungen, die ich darüber gehört habe, war eigentlich die treffendste die von Herrn Leonhard²⁹. Er sagte: Die Sozialdemokraten haben ihre Hauptsachen aus dem Schaufenster herausgeholt und in den Laden zurückgestellt. In das Schaufenster stellen sie jetzt andere harmlose Sachen. Aber das, was sie früher im Schaufenster gehabt haben, verkaufen sie nach wie vor im Laden, und sie werden auch, darauf gestützt, weiterarbeiten. Das ist, wie ich meine, eine ausgezeichnete Charakteristik. Aber auf Schaufenster fallen manche Leute herein. Damit müssen wir rechnen.

Nun komme ich auf den kirchlichen Bereich zu sprechen. Die Sozialdemokraten haben jetzt eine neue Schrift – mir wurde gesagt, in Hunderttausenden von Exemplaren – herausgebracht, in der sie nachzuweisen versuchen, daß ihre Soziallehre absolut übereinstimme mit der Enzyklika *Quadragesimo anno*.³⁰ Sie drucken auf der einen Seite diese Enzyklika ab und auf der anderen Seite das, was sie dazu zu sagen haben. Das ist sehr geschickt überlegt und soll vor allem auf die Bischöfe und die leitenden Persönlichkeiten der katholischen Kirche wirken. Sie wollen damit den Nachweis führen, daß sie sich gemäß dieser katholischen Soziallehre entwickelt und gestaltet haben und somit kein Feind der Kirchen sind.

Auf der evangelischen Seite erblicke ich in dem Ausscheiden des Bischofs Dibelius³¹ einen sehr schweren Verlust für uns. Dibelius hat erklärt, daß er im Jahre

28 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Godesberger Programm) in: Vorstand der SPD (Hrsg.): Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg. Hannover/Bonn o.J. S. 9–30.

29 Möglicherweise Gottfried Leonhard (1895–1983), MdB (CDU), der am 27. Januar 1960 einen Termin bei Adenauer hatte (TERMINKALENDER).

30 Vorstand der SPD (Hrsg.): Der Katholik und die SPD. o.O. 1959 (Gegenüberstellung S. 28–35). Dazu Uid Nr. 9 vom 3. März 1960. Vgl. Ulrich von HEHL, Heinz HÜRTE (Hrsg.): Der Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Eine Bibliographie. Mainz 1983 S. 51ff. – Die Enzyklika *Quadragesimo anno* von Pius XI. 1931 in: Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands (Hrsg.): Texte zur katholischen Soziallehre 1. 7. erw. Aufl. Kevelaer 1989 S. 101–169.

31 Dr. Otto Dibelius (1880–1967), Bischof; 1949–1961 Vorsitzender des Rates der EKD. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 87 Anm. 3; Robert STUPPERICH: Otto Dibelius. Göttingen 1989.

1961 ausscheiden werde. Wer sein Nachfolger werden wird, weiß man nicht. Dibelius ist jedenfalls ein Mann, der sich nicht nur mit Worten zur CDU bekannte, sondern der dementsprechend auch auftrat und handelte und dadurch ganz sicher auf weite evangelische Kreise einen großen Einfluß in unserem Sinne ausgeübt hat.

Wir dürfen also die Wahlaussichten im Jahre 1961 nicht als rosig betrachten, sondern müssen alles tun, was wir irgendwie tun können, um rechtzeitig und klug die ganze Wahlagitation zu führen; denn sonst sieht es schlecht für uns aus. Es ist leider so, daß sich in einer Partei, die bei drei Wahlen hintereinander gesiegt hat, eine gewisse Müdigkeit und Selbstgefälligkeit breitmacht und daß in ihr ein Vertrauen auf eine höhere Hilfe von oben Platz greift, so daß sie also Gottes Wasser über Gottes Mühlen laufen läßt. Mit anderen Worten: Unsere Partei muß aus dem Schlaf nach diesen drei Wahl-Mahlzeiten – in den der menschliche Geist und Körper leicht versetzt wird – wieder erwachen und außerordentlich lebendig werden. Lebendig werden heißt auf politischem Boden, aggressiv werden. Und bei politischen Kämpfen ist eine Aggression das einzige Mittel, um zum Siege zu kommen.

Wir sollen uns also nicht verteidigen, sondern wir müssen offensiv werden! Das ist das einzig Richtige! (*Zuruf*: Auf, auf zum fröhlichen Kampf und Jagen!) Jawohl! Das begrüße ich sehr. Wir haben es verdammt nötig! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Die Nacht ist vorüber, und der Tag ist angebrochen, wo gekämpft werden muß!

Und nun einige Worte zu den Randerscheinungen, weil gerade Herr Ministerpräsident Altmeier mich so freundlich ansieht. Ich hoffe und wünsche, daß nun endlich diese leidige Sache mit dem Fernsehen aus der Welt geschafft wird.³² (*Lebhafter Beifall*.) Ich hatte schon mehrfach geglaubt, sie wäre aus der Welt geschafft, aber sie war nicht aus der Welt. Und nun hoffe ich wirklich, daß sie endlich aufhört.

Wir sind doch – machen Sie sich einmal klar – auf dem Gebiet des Rundfunks, der Presse und des Fernsehens einfach ganz hintenan. Ich möchte mal das Land sehen, in dem eine Regierungspartei nach drei siegreichen Wahlen eine solche Presse und eine solche öffentliche Meinung hat, wie wir sie leider haben. Das gibt es nur in Deutschland! Warum das so ist, weiß ich nicht. Aber beschäftigen Sie sich einmal mit dieser Frage, meine Damen und Herren! (*Blumenfeld*: In Amerika gibt es das auch!) Was? (*Blumenfeld*: Eine schlechte Presse!) Wie können Sie das sagen? (*Blumenfeld*: Herr Bundeskanzler! Lesen Sie einmal die Presse in den USA über die Demokraten. Die haben dort auch zweimal oder dreimal gewonnen! – *Unruhe und Bewegung*. – *Fricke*: Die Besserwisserei und die Mißgunst ist nirgendwo so stark wie bei uns in Deutschland. – *Blumenfeld*: Das ist eine allgemeine Krankheit!)

Nein, Herr Blumenfeld! Lassen Sie sich einmal von Herrn Schröder sagen, welche Erfahrungen wir mit dem Rundfunk in den letzten acht Jahren gemacht haben. Selbst wenn Sie recht hätten, Herr Blumenfeld, dann müßten wir es eben ändern. Das ist doch ein unmöglicher Zustand. (*Blumenfeld*: Der Rundfunk ist doch eine

³² Zum Fernsehstreit, bei dem um die gesetzgeberische Kompetenz für den Rundfunk zwischen Bund und Ländern gestritten wurde, BAUSCH 1 S. 305–428; vgl. Nr. 9 Anm. 35.

Körperschaft des öffentlichen Rechts. Ich wußte nicht, daß die Presse auch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Also ist die Presse etwas anderes als der Rundfunk! – *Bewegung und Unruhe.*) Also, das verstehe ich nicht! Ich habe nie behauptet, daß Rundfunk und Presse dasselbe seien. Ich habe eben gesagt: Ich möchte mal das Land sehen, in dem eine Regierungspartei nach drei siegreichen Wahlen eine solche Presse und eine solche öffentliche Meinung hat, wie wir sie leider haben. (*Blumenfeld:* Für den Rundfunk gilt das, jawohl!) Doch auch für die Presse! Oder wollen Sie das bestreiten? Das ist doch nicht zu bestreiten! (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.* – *Cillien:* Die Presse bei uns bringt überhaupt nichts Positives. – *Zurufe:* Sehr richtig! – Immer nur gegen die Regierung! – *Fricke:* Immer gegen die Bundesregierung! – *Blumenfeld:* Aber die Presse ist doch keine öffentlich-rechtliche Körperschaft! – *Zuruf:* Deswegen kann sie doch objektiv bleiben! – *Anhaltende Unruhe.*)

Meine Damen und Herren! Mit einer solchen Kritik, wie sie Herr Blumenfeld übt, kommen wir doch der Sache nicht näher. Wir kommen der Sache nur dann näher – auch wenn wir in Kleinigkeiten verschiedener Meinung sind –, wenn wir das große Ganze sehen. Und da wird mir jeder, der einigermaßen objektiv die Dinge sieht, recht geben, daß die Aussichten für die Wahl im Jahre 1961 nicht gut sind, sondern daß es unserer harten und unermüdlichen Arbeit bedarf, wenn wir zu einem Erfolg kommen wollen.

Und nun würde ich mich freuen, wenn Sie sich aussprächen und kritisierten, damit wir uns über die gegenwärtige Situation austauschen können; denn nur durch eine klare allgemeine Erkenntnis der Situation können wir sie meistern. Gerade bei einer solchen Aussicht der Wahl im Jahre 1961, wie ich sie geschildert habe, muß man beizeiten daran denken, wie es mit den anderen kleineren Parteien aussieht. Wir haben gestern im geschäftsführenden Vorstand über die Deutsche Partei gesprochen. Die Deutsche Partei ist an mich als dem Vorsitzenden der CDU herangetreten wegen eines Gesprächs. Dieses Gespräch wird Anfang Februar sein.³³ Vorher werde ich mich noch unterhalten müssen mit unseren Freunden aus Niedersachsen. Ich möchte aber schon jetzt einen Gedanken zum Ausdruck bringen, den Sie bitte einmal erwägen wollen.

Wir haben bisher geglaubt, daß der Bodensatz des Nationalsozialismus und Antisemitismus im deutschen Volk ganz gering sei. Er ist zwar gering, aber nicht so gering, wie ich es gehofft und erwartet hatte. Die Deutsche Partei hat immer erklärt, es werde ihr gelingen, die etwas zweifelhaften Kräfte und Elemente in sich zu verkräften; denn diese Leute würden niemals CDU wählen.

³³ Mit dem Fraktionsvorsitzenden der DP-Bundestagsfraktion Herbert Schneider und der stv. Fraktionsvorsitzenden Margot Kalinke am 8. Februar 1960 (TERMINKALENDER). Anmerkungen zu diesem Gespräch im Schreiben Herbert Schneiders an Richard Langeheine, 22. Februar 1960 (ACDP I-026-004/3 und ACDP I-148-050/3).

Sie haben weiter erklärt: Wenn wir sie nicht binden, so daß sie von der Bildfläche verschwinden, muß man damit rechnen, daß sich solche Kräfte herauskristallisieren in der DRP oder was es sonst für eine Partei ist. Noch vor wenigen Tagen habe ich diesem Gedanken nicht die Bedeutung beigelegt, die ich ihm jetzt beilegen muß. Aber darüber werden wir uns noch unterhalten müssen in erster Linie mit unseren Freunden aus Niedersachsen.

Nun zur FDP! Sie haben wohl den Bericht über den Parteitag der FDP gelesen.³⁴ Sie will aus der Opposition heraus und an die Seite der CDU/CSU kommen. Aber denken Sie an die Erfahrungen, die wir gemacht haben – ich sehe namentlich Sie, Herr Meyers, an – in Nordrhein-Westfalen, wo die FDP mit der SPD die Regierung Arnold gestürzt hat. (*Meyers*: Obwohl sie in der Regierungskoalition war!) Ja, obgleich sie in der Regierung war! Ich stehe jedenfalls auf dem Standpunkt, man soll das alles einmal registrieren, was von der FDP gesagt wird, und dann die Dinge sich zunächst einmal entwickeln lassen. Wir sollten dazu jetzt nicht Stellung nehmen, auch nicht in der Presse, sondern wir sollten in Ruhe abwarten, was da kommen wird.

Das sind zunächst die wesentlichsten Punkte, die ich vortragen möchte. Nun wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Meinung zu meiner Darstellung äußerten. (*Meyers*: Wie ist es mit der Bundestagswahl?) Darüber wollen wir jetzt nicht sprechen, sondern Herr von Hassel wird dazu etwas sagen. Hier handelt es sich um allgemeine politische Fragen, die für die Arbeit der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion sehr wichtig sind, so daß ich großen Wert darauf lege, hier klar darüber zu sprechen.

Fay: Zu den Angelegenheiten, die bis zur Bundestagswahl erledigt werden müssen, gehören die Kriegsopferversorgung und das Krankenkassengesetz. Ich möchte ergänzend noch hinzufügen das Kindergeld³⁵ ...

Adenauer: Das ist schon im Anlaufen begriffen. – Das Wort hat Herr Ministerpräsident Röder.

Röder: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes lenken: Herr Bundesminister Dr. Wuermeling hat vor der saarländischen Presse Ausführungen gemacht, die ich von meinem Standpunkt aus als unverantwortlich bezeichnen muß. (*Lebhafte Zurufe*: Bitte lauter! – Wir verstehen nichts!) Ich habe gesagt, daß Herr Dr. Wuermeling gestern vor saarländischen Journalisten Ausführungen gemacht hat³⁶, die ich für unverantwortlich halte. Ich habe ein Fernschreiben auf den Tisch bekommen, wonach bereits die Opposition an der Saar,

34 11. Bundesparteitag der FDP in Stuttgart vom 28. bis 29. Januar 1960 (FAZ vom 29. Januar 1960).

35 Vgl. Nr. 10 Anm. 99.

36 Pressegespräch saarländischer Journalisten im Bundesfamilienministerium am 26. Januar 1960 (Pressedienst der Regierung des Saarlandes 19/1960 vom 27. Januar 1960; „Deutsche Saar“ vom 29. Januar 1960; vgl. auch Wuermeling an Röder vom 2. Februar 1960 – Landesarchiv Saarland, Bestand Staatskanzlei Nr. 540).

Herr Schneider³⁷, diese Frage aufgreift. Ich darf Ihnen, damit Sie sehen, wie sich so etwas auswirkt, folgende Notiz verlesen.³⁸

„Mangelhafte Initiative der Regierung Röder! Kritik der eigenen Parteifreunde! Das Saarland hätte viel mehr erreichen können!“ (*Zurufe*: Lauter!) „Wer es noch nicht wußte, daß die CDU-Regierung des Saarlandes bei den Verhandlungen über die Rückgliederung und insbesondere in der Frage der Erhaltung des sozialen Besitzstandes an Initiative und an Nachdruck hat fehlen lassen, der erfährt es jetzt von der Bundesregierung, speziell von Röders CDU-Kollegen, dem Familienminister Wuermeling.“ (*Zurufe*: Lauter!) „Vor saarländischen Journalisten erklärte Wuermeling dieser Tage, daß das Saarland seinen familienpolitischen Anliegen besser hätte nützen können, wenn es in Bonn seine Ansichten nachdrücklicher vertreten hätte. In Zukunft sei eine stärkere Geltendmachung der saarländischen Interessen in Bonn vonnöten. In der Vergangenheit sei davon nicht viel zu spüren gewesen.“ (*Zuruf*: Kaum zu verstehen!) „Diese klare Stellungnahme eines CDU-Ministers läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, und es bleibt ihr auch nichts mehr hinzuzufügen. Die Regierung Röder hat ihr Unfähigkeits-Attest von berufener Instanz erhalten.“

Soweit Herr Wuermeling! Das kann ich nicht hinnehmen.

Adenauer: Wenn Herr Wuermeling das gesagt hat, dann ist das natürlich auf das schärfste zu tadeln, und zwar nicht nur, weil er als Bundesminister aufgetreten ist, sondern auch als Mitglied der CDU. Es gehört sich einfach nicht. Das ist eine Sache, die gehört vor das Ehrengericht. (*Von Hassel*: Was wir noch nicht haben!) Was wir schaffen müssen! (*Röder*: Ich werde ihm antworten! Das lasse ich mir nicht gefallen!) Das müssen Sie! (*Röder*: Sie kommen auch in ein schlechtes Licht!) Natürlich! – Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Wir erleben es immer wieder, daß der eine oder andere aus der Reihe tanzt und mit Sonderwünschen und Sonderanliegen auftritt und dahinter dann das Grundsätzliche setzt. Die anderen aber sind dann die Interessenvertreter. Ich muß auch von der Fraktion aus die Bitte an den Regierungschef äußern – ich nehme diese Sitzung des Bundesvorstandes zum Anlaß dazu –, daß eine einheitliche und geschlossene Meinung des Kabinetts in all diesen Fragen nach außen getragen wird. Die Fraktion bemüht sich wirklich, alles zu tun im Benehmen mit der Regierung. Wir bremsen unsere Leute zurück, wenn sie mit ihren eigenen Ansichten usw. kommen, abgesehen vom Kollegen Bucerius. Es sind immerhin weit über 250 Leute.

Adenauer: Ich bin der gleichen Ansicht wie Sie, Herr Krone, und darf nun im Anschluß an die gestrigen Gespräche auf den Angriff des Herrn Bucerius hinweisen

37 Dr. Heinrich Schneider (1907–1974), 1955–1965 MdL Saarland (DPS/FDP) 1957–1965 MdB. Erinnerungen: Das Wunder an der Saar. Stuttgart 1974. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 346 Anm. 31.

38 Aus „Deutsche Saar“ vom 29. Januar 1960.

bezüglich Oberländer.³⁹ Sie haben schon in der Presse erklärt, die Fraktion sei nicht dafür verantwortlich.

Albers: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir sollten in dem, was uns politisch aufgegeben ist, nach draußen eine geschlossene Einigkeit zeigen. Dabei sollten wir nicht so pingelig sein, wie Sie sich in Düren ausgedrückt haben⁴⁰, Herr Bundeskanzler. Ich möchte dabei einige Punkte anschneiden, wie ich sie vom Standpunkt eines kleinen Parteimannes aus sehe. (*Adenauer:* Wer ist dieser kleine Parteimann? – *Heiterkeit.*)

Es muß endlich aufhören mit diesem ewigen Streit um den Rundfunk und das Fernsehen. Nehmen Sie davon gefälligst Kenntnis, meine Damen und Herren! Unserem Volke ist das gleich, ob Sie es so oder so machen. Wir sollten jetzt endlich mal eine gleiche Meinung herausstellen. Wenn sich unsere Freunde hier nicht einigen können, dann dürfen Sie davon überzeugt sein, dann wird Ihnen das auf dem Bundesparteitag in aller Öffentlichkeit im Namen des deutschen Volkes vorgehalten, und das dürfte für die Bundestagswahl nicht gerade attraktiv sein! (*Adenauer:* Herr Albers! Wen haben Sie eben gemeint?) Ich habe schon in einer der letzten Sitzungen des Bundesparteivorstandes gesagt, auch Herr Schröder könne nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen. (*Schröder:* Haben Sie meine Rede⁴¹ gelesen, Herr Albers? Ich habe sanft wie ein Engel im Bundestag gesprochen. – *Unruhe und Bewegung.*)

Meine Damen und Herren! Wir müssen als Partei nach draußen eine einheitliche Sprache sprechen. Wohin kommen wir denn sonst! Sie haben mit Recht gesagt, Herr Bundeskanzler, es ist in der Wirtschaft sehr viel Geld verdient worden, aber das Geldverdienen hat sich nicht ausgewirkt in einer allgemeinen Preissenkung. Das ist der Punkt, den heute die Gewerkschaften immer wieder aufgreifen. Die Gewerkschaften sagen, was gemeinsam erarbeitet worden ist, muß auch gemeinsam verteilt werden. Die Frage ist nur, mit welchen Mitteln dieses Ziel erreicht werden kann.

Die Großwirtschaft hat es immer verstanden – schon vor 1933 –, ihre Gewinne gut anzulegen. Die Arbeiterschaft beklagt sich darüber, daß hier eine einseitige Ausnutzung erfolgt. Das ist einer der Punkte, der die Radikalisierung der Gewerkschaften hervorgerufen hat. Denken Sie an Herrn Flick⁴² und einige andere Leute der Großwirtschaft. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Denken Sie daran, daß die Industriegewerkschaft Metall in den Großunternehmungen der eisenverarbeitenden und eisenschaffenden Industrie

39 Gerd Bucerius: „Was ist mit den Nazis in Bonn? Das Gerede über Schröder und Globke – Oberländer muß gehen!“, in: „Die Zeit“ vom 29. Januar 1960.

40 Rede auf dem Landesparteitag der CDU Rheinland in Düren am 27. November 1959 (Manuskript der Rede in ACDP-PRESSEDOKUMENTATION; vgl. auch FAZ vom 28. November 1959).

41 Sten.Ber. 3. WP Bd. 45 S. 5330–5334.

42 Friedrich Flick (1883–1972), Unternehmer; Begründer des „Flick-Konzerns“ aus Unternehmen der Montanindustrie; im Dritten Reich maßgeblicher Einfluß auf die Montan- und Rüstungsindustrie, ab 1938 Wehrwirtschaftsführer, 1947–1950 Inhaftierung als „Kriegsverbrecher“, danach Neuaufbau eines Mischkonzerns.

nicht mehr in dem Maße wie bisher zur Verantwortung herangezogen wird. Die Radikalisierung der Gewerkschaften zeigt sich am stärksten bei der IG Metall. Ich wäre sehr dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn es noch vor den Bundestagswahlen gelänge, das zu beseitigen durch gesetzliche Änderungen, was hier an Unheil geschaffen worden ist, um damit unser Prinzip der Machtverteilung auch in der Wirtschaft zur Geltung zu bringen. Damit würden wir auch bei den Gewerkschaften eine bessere Wertung unserer Arbeit finden.

Nun weiß ich, daß gleich Herr Minister Dufhues anklagend gegen Köln den Finger erheben und sagen wird, wann endlich werdet ihr die Antwort geben zu den Kommunalwahlen. Auf eines mache ich Sie aufmerksam. Wenn wir die Wahlen nicht gewinnen wollen, dann brauchen wir nur 70 % unserer Wählerschaft zu verärgern. Man braucht natürlich nicht alles perfektionistisch in Ordnung zu bringen, und man kann auch nicht alles auf einmal machen. (*Unruhe und Bewegung.* – *Altmeier*: Was meinen Sie denn damit, Herr Albers?) Ich will zu diesen Dingen nicht weiter sprechen. (*Altmeier*: Sagen Sie doch, was Sie wollen! – *Unruhe*.)

Herr Bundeskanzler! Sie haben darauf aufmerksam gemacht, daß die Ärzteschaft für den Ausgang der kommenden Wahlen von Bedeutung sei. Ich darf Ihnen sagen, daß diese akademisch gebildete Ärzteschaft in den letzten Tagen ein Flugblatt gegen Theo Blank⁴³ und auch gewissermaßen gegen Ihre Regierung herausgebracht hat. Dieses Flugblatt, das in Millionen Exemplaren verteilt wird, erinnert mich an die Zeiten vor 1933 in Köln, als durch die Feder des raffinierten Goebbels⁴⁴ die Situation in ähnlicher Weise schriftlich dargestellt wurde.

Ich habe daher die Bitte, Herr Bundeskanzler, setzen Sie Ihre Autorität auch gegenüber der Ärzteschaft ein, und machen Sie sie darauf aufmerksam, daß auch die Ärzteschaft in ihrem eigenen Interesse maßhalten muß. Wir haben kein Recht, von den kleinen Leuten zu verlangen, maßzuhalten, wenn die anderen dieses Maßhalten von sich aus überhaupt nicht respektieren.

Ich habe als alter Gewerkschaftler 54 Jahre lang um einen hohen Reallohn zur Erhaltung der Kaufkraft gekämpft. Ich gehöre zu der älteren Gruppierung dieser Partei. (*Adenauer*: Sie gehören zur alten Garde!) Einverstanden, Herr Bundeskanzler! Dann bin ich einer Ihrer Gardisten!

Es kommt darauf an – und nun sage ich es nach kölscher Art –, die paar Groschen, die ich mir seit dem Jahre 1950 gespart habe, will ich im Jahre 1960 oder 1961 nicht um 25 % entwertet sehen! (*Zuruf*: Sehr richtig!) Die anderen Leute denken genauso. Wir müssen doch gleiches Recht für alle schaffen, aber nicht Sonderrechte für diesen

43 Vgl. den Aufruf der Aktionsgemeinschaft der Deutschen Ärzte vom 20. Januar 1960 (in: „Ärztliche Mitteilungen“ vom 30. Januar 1960 S. 174); Albert MÜLLER: Versuch einer Kostendämpfungspolitik unter Theodor Blank. Dokumentation aus den Geschehnissen in den Jahren 1960 bis 1964. In: Die Ortskrankenkasse 15/1980 S. 521–535.

44 Dr. Joseph Goebbels (1897–1945), ab 1933 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. Vgl. Ralf Georg REUTH: Goebbels. München 1990.

oder jenen. Wir sollten auch nicht anklagend den Finger gegen die Gewerkschaften erheben, weil sie dafür eintreten, daß auch die Arbeitnehmer beteiligt werden an dem Segen des Wirtschaftswunders. Warum sollen das nur die oberen Leute sein? Unsere Parole muß lauten: Sicherung der Währung. Darauf legt der größte Teil unserer Wählerschaft den entscheidenden Wert.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte dem, was Herr Albers gesagt hat, noch folgendes hinzufügen. Nach meiner Erinnerung waren zwölf Herren der Gewerkschaften hier, darunter der Herr Brenner. Sie waren sehr ruhig und sehr gemäßigt bei dem Gespräch. Auch sie legten wie Kollege Albers den größten Wert auf die Senkung der Preise. Was sie mir über die Verdienste und die Handelsspannen in der Wirtschaft gesagt haben, war so horrend, daß ich sie gebeten habe, mir das schriftlich zu geben, und zwar unter Angabe der einzelnen Beispiele.

Wenn das wahr ist, meine Damen und Herren, was mir da gesagt worden ist, dann muß ich Ihnen gestehen, das ist ein Skandal! (*Albers:* Sehr richtig!) An dieses Problem werden wir sehr ernst herangehen müssen.

Cillien: Herr Kollege Albers hat einige sehr wichtige Dinge angesprochen. Ich bin dankbar, daß er auch über den Rundfunkstreit gesprochen hat. Dieser ganze Streit wirkt draußen in der Bevölkerung sehr schädlich für uns. Die Leute verstehen einfach nicht, daß sich eine Regierungspartei über ein solches Problem nicht verständigen kann.

Ich möchte eine kleine Glosse erzählen. Am vergangenen Mittwoch hat Herr Schröder im Plenarsaal des Bundestages seine Rede gehalten.⁴⁵ Dieser Rede haben auch 40 Referendare zugehört. Anschließend habe ich mich mit ihnen in ein Zimmer gesetzt, damit wir uns aussprechen konnten. Ich fragte sie, worüber wollen Sie reden? Und da wollte niemand von ihnen, obwohl sie gerade Herrn Schröder gehört hatten, über das Rundfunkgesetz sprechen. Sie sagten alle, das interessiert uns nicht, sondern uns interessiert vor allem der Ost-Kontakt, dann der Fraktionszwang usw. Als die Sache zu Ende war, habe ich ihnen erklärt, warum halten Sie die Rundfunksache für unwesentlich? Liegt es daran, daß Sie kein Verständnis haben für den Kampf um organisatorische Dinge? Jawohl, sagten sie, diese Organisationsfragen, die sich in der CDU breitgemacht haben, interessieren uns nicht. Was wir wollen, ist ein zweites Fernsehprogramm.

Das haben die 40 Referendare mir mit aller Deutlichkeit gesagt. Sie hatten nicht die Neigung, obwohl sie der Plenarsitzung beigewohnt hatten, auch nur fünf Minuten lang über das Rundfunkgesetz zu reden. Deshalb meine ich, wir müssen hier endlich über diese Dinge hinwegkommen.

Fricke: Herr Albers und auch die Gewerkschaftler bei dem Gespräch mit Ihnen haben durchaus zu Recht festgestellt, daß die Selbstfinanzierung der deutschen Industrie, insbesondere der deutschen Großwirtschaft, seit der Währungsreform nicht nur ungewöhnlich, sondern sogar exorbitant gewesen ist. Daran ist kein Zweifel. Wir

45 Vgl. Anm. 41.

können das Volkswagenwerk nehmen, das aus Trümmern neu erstanden ist. Es ist noch immer ein anonymes Vermögen. Wir wissen, daß aus dem Gewinn von etwa 3,5 Millionen Volkswagen rund 3 Milliarden investiert worden sind. Man hätte den Volkswagen bei entsprechender Ausnutzung des Kapitalmarktes von Anbeginn um rund DM 600,- billiger verkaufen können. Etwas Ähnliches könnte man auch für die Hibernia, für Krupp und alle diese großen Gesellschaften, ja bis in die Mittelindustrie hinein fortsetzen.

Aus der Selbstfinanzierung sind neue Werte in Höhe von 150 bis 200 Milliarden entstanden. Unter normalen Verhältnissen scheint mir das eine unmögliche Methode zu sein, auch von unseren ethischen Grundsätzen her, aber wie anders hätte man nach dem Zusammenbruch und aus den Trümmern sieben Millionen Menschen neue Arbeitsplätze beschaffen können. In einer modernen Wirtschaft kann man sagen, es kommt am Ende nicht darauf an, wem das Kapital gehört, sondern wem dient es überwiegend. Und da dient es überwiegend den 20 Millionen abhängig Beschäftigten. Wir dürfen nicht vergessen, daß auch die abhängigen Einkommen von 40 Milliarden auf über 120 Milliarden jährlich angewachsen sind und daß der allgemeine Lebensstandard entsprechend gestiegen ist.

Herr Leber⁴⁶ von der IG Bau, Steine und Erden hat in seiner Zeitschrift im Oktober⁴⁷ in einer Rückschau beschrieben: Wir haben nicht vergeblich gearbeitet. Wir haben 1950 einen Lohn von DM 1,45 pro Stunde gehabt, und jetzt haben wir einen solchen von DM 2,67. Das sind 185 % mehr. Wir haben uns in dieser Zeit mit den steigenden Preisen auseinandergesetzt. Der Lebenshaltungskostenindex liegt heute gegenüber 1950 bei 121, dagegen bei den Löhnen bei 185 %. Ein wahrhaft stolzer Erfolg unserer Arbeit. Der Reallohn der Bauarbeiter ist im vorigen Jahr um etwa 8 % gestiegen, und dennoch kam zur Jahreswende die Aufkündigung der Bauarbeiter-Tarife. Das macht mich besorgt. Noch größere Sorge macht mir die Frage der Arbeitszeit. (*Albers*: Man kann nicht alles auf einmal machen!)

Hier können wir es uns nicht leisten, auf 42 Stunden und im nächsten Jahre vielleicht auf 40 Stunden zu gehen, um dann – Herr Brenner hat davon gesprochen – in einigen Jahren auf die 35-Stunden-Woche zu kommen. Er vergißt dabei völlig, daß sich die bäuerliche Bevölkerung keine 35-Stunden-Woche und auch keinen Achtstundentag leisten kann. Auch die mittlere und kleine Wirtschaft kann das nicht. Wir müssen ehrlich sagen, das ist einfach nicht drin; denn sonst werden wir die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt verlieren. Die Schweizer Gewerkschaften haben die 45-Stunden-Woche abgelehnt, und wir wollen auf die 42-Stunden-Woche kommen. Hier sehe ich eine große Gefahr.

46 Georg Leber (geb. 1920), kaufm. Angestellter; 1957 Vorsitzender der IG Bau-Steine-Erden, 1957–1983 MdB (SPD), 1961–1968 Vorstand der SPD, 1968–1973 Präsidium, 1966–1972 Bundesminister für Verkehr und 1969–1972 zugleich für das Post- und Fernmeldewesen, 1972–1978 für Verteidigung.

47 Georg LeBER: 10 Jahre IG Bau, Steine, Erden, in: Der Grundstein Nr. 20, Oktober 1959 S. 2.

Adenauer: Erlauben Sie mir, an die Ausführungen anzuknüpfen, die eben gemacht worden sind. Ich habe den Gewerkschaften meine Meinung über die Verkürzung der Arbeitszeit sehr klar gesagt. Ich habe ihnen weiter ausgeführt – und das sind Gedanken, die auch Sie bitte einmal überlegen wollen: Was hatte Deutschland früher? Deutschland hat als wertvollsten Besitz die Kohle. Aber inzwischen ist die Kohle entwertet. Wir haben für die Landwirtschaft einen mittleren Ertragsboden und ein mittelmäßiges Klima. Die anderen haben es in dieser Beziehung viel besser. Wir haben ein bißchen Eisen. Unsere wertvollsten Güter aber sind der deutsche Fleiß, die deutsche Wert- und Qualitätsarbeit und die Exaktheit der Arbeit. Und damit sieht es sehr schlecht aus inzwischen. (*Zurufe*: Sehr richtig! – Leider!)

Die Schweizer Zeitungen schreiben ganz offen, die deutsche Wertarbeit sei einmal gewesen. Ich habe den Gewerkschaftlern gesagt, sie möchten sich einmal klarmachen, was denn in Deutschland in 10, 20 Jahren sein wird, wenn wir nicht diesen deutschen Fleiß und die deutsche Wertarbeit beibehalten. Das sind doch unsere einzigen wirklich sicheren Reichtümer. Und die müssen wir doch pflegen. Darüber wird auch in einer besonderen Sitzung noch näher gesprochen werden. Die Gewerkschaftler wußten mir auf meinen Einwand nicht viel zu antworten.

Ich wollte noch hinzufügen, Sie haben recht, Herr Fricke, die Selbstfinanzierung mußte sein, aber alles hat seine Grenzen, und wir sollten uns auf den Standpunkt stellen: Der Aufbau ist jetzt zu Ende. Das kann nicht ad infinitum so weitergehen, auch nicht die Selbstfinanzierung. Und jetzt müssen die Preise herunter, obgleich – und darüber ist das deutsche Volk nicht genügend aufgeklärt – Deutschland gar nicht zu den teuersten Ländern zählt. Es gibt andere Länder, in denen es noch teurer ist.

Aber ich habe mir erlaubt, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß wir hier sehr besorgt sein müssen. Wenn durch weitere Lohnsteigerungen, die jetzt anrollen, eine neue Senkung des Geldwertes eintritt, dann wird das bei den Sparern mit Recht eine wahre Rebellion auslösen. Deswegen müssen wir auch auf die Unternehmer sehr stark einwirken, daß sie dort, wo das irgendwie möglich ist – ich wiederhole, irgendwie möglich ist –, mit den Preisen heruntergehen. Das allein kann uns vor einem Chaos retten, meine Damen und Herren!

Und das muß nach meiner Meinung unsere Parole sein. Wir sollten diese Frage auch vor allem in den Pressekonferenzen ansprechen und herausstellen, daß sich die Lohnbewegung in gewissen Grenzen halten muß, die volkswirtschaftlich erträglich sind, und daß parallel damit gehen muß eine Preissenkung. Die Unternehmer, das wissen Sie, leben auch von den Lebendigen. Die sollten lieber ganz ruhig sein. Bis jetzt war es doch so: Lohnerhöhung ja, aber dann gehen wir mit den Preisen in die Höhe.

Ich habe eben absichtlich nichts gesagt über die Atmosphäre in der Besprechung mit dem Herrn Paulssen⁴⁸ und seinen Herren. Herr Paulssen stimmt mir völlig zu, nur

48 Dr. Hans Constantin Paulssen (1892–1984), Industrieller; 1953–1964 Vorsitzender der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA). – Paulssen war am 25. Januar 1960 mit Adenauer zusammengetroffen (TERMINKALENDER).

sagte er, unser Einfluß auf die Unternehmer ist äußerst gering. Und da hat er recht. Aber dann muß man an die Öffentlichkeit gehen. – Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Sie haben das neue SPD-Programm angesprochen. Ich darf Ihre Ausführungen in zwei Punkten ergänzen. Es scheint mir zunächst notwendig zu sein, allmählich zu einer einheitlichen Sprachregelung der CDU gegenüber diesem SPD-Programm zu kommen. Es gibt heute zwei verschiedene Versionen. Die eine lautet: dieses SPD-Programm sei unaufrichtig. In Wirklichkeit werde es wesentlich anders aussehen; also die sogenannte Schaufenster- und Ladentheorie. Die zweite Version geht dahin: Die SPD löst sich in ihre geistige und gesellschaftspolitische Substanz auf. Der Sozialismus hat versagt, und aus diesem Grunde wendet sie sich gegen dieses oder jenes, was sie früher vertreten hat.

Ein Gesichtspunkt ist vielleicht ganz interessant, nämlich der, von dem Herr Ministerpräsident Meyers gestern gesprochen hat,⁴⁹ daß die SPD Sorge hat vor dem Ansturm und Vordringen der mittelständischen Kräfte in der SPD. Ich will auf diese Problematik nur hinweisen, aber nicht heute schon eine Patentlösung vorschlagen. Es ist außerordentlich schwierig. Ich weiß nicht, wie lange wir die erste Version durchhalten können. Wir müssen die Auseinandersetzung mit der SPD auf lange Sicht sehen. Es wird notwendig sein, daß wir uns sehr eingehend mit der Problematik dieses SPD-Programms befassen. Wir müssen die Auswirkungen sowohl von der propagandistischen wie auch von der politischen Seite sehen und dann zu einer klaren und einheitlichen Sprachregelung kommen.

Ich habe den Eindruck, daß sich dieses SPD-Programm, das sehr maßvoll gehalten ist, zum Teil auch auf die evangelischen und katholischen Kreise verheerend auswirken wird. Auf die Problematik der evangelischen Seite will ich nicht näher eingehen. Das werden unsere Freunde aus dem evangelischen Bereich wirksamer tun können. Dieses Problem wird dadurch verschärft, daß nach unseren Beobachtungen zumindest in Nordrhein-Westfalen die Heinemann-Gruppe – die frühere GVP – in der SPD, und zwar mit Rücksicht auf das Kulturprogramm der SPD, immer stärkeren Einfluß gewinnt. Wir haben jetzt im Landtag von Nordrhein-Westfalen eine Kulturdebatte über das Thema „Christliche Gemeinschaftsschule“. Dadurch könnte bei unbefangenen Beobachtern der Eindruck entstehen, daß die SPD und die FDP gemeinsam das Christentum gegen die christlichen Demokraten zu verteidigen unternommen hätten; so schief liegen die Meinungen, so völlig verzerrt sind die Argumente, so grundsatzlos sind im Grunde diese Debatten. Aber hier ergeben sich große Schwierigkeiten. Heinemann hat es bereits früher verstanden, einen nicht geringen Kreis aus der jungen Intelligenz zu gewinnen. Diese junge Intelligenz macht sich jetzt in der SPD sehr breit und hat dort erheblichen Einfluß, jedenfalls auf die Kulturpolitik.

⁴⁹ Möglicherweise in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der CDU am 28. Januar 1960, zu der Meyers lt. einer handschriftlichen Notiz auf dem Einladungsschreiben vom 22. Januar zunächst allerdings abgesagt hatte (ACDP VII-001-104/3).

Auf der katholischen Seite sehe ich nun eine wesentlich stärkere Aufweichung des Linkskatholizismus gegenüber der SPD, als dies bisher zu verzeichnen war. Wenn meine Informationen richtig sind, neigt ein starker Kreis des Linkskatholizismus dazu, offiziell zur SPD überzugehen. (*Albers*: Wer ist das denn?) Eine Gruppe in Münster.⁵⁰ Damit sind Tore geöffnet für weitere Teile der katholischen Bevölkerung, die im geistigen Bereich nicht einflußlos sind; eine Entwicklung, die wir nur mit größter Sorge sehen können. Das zum SPD-Programm.

Nun komme ich zu einem weiteren sehr ernstem Problem, Herr Bundeskanzler. Wir haben uns in Nordrhein-Westfalen in der letzten Zeit sehr eingehend unterhalten über die zunehmende Auflösung der Autorität im Volke dem Staat gegenüber. In der letzten Zeit beobachten wir eine sehr starke Radikalisierung – ich spreche jetzt nicht vom Antisemitismus, das ist ein anderes Problem – bei den Vertriebenen. Ich habe in Essen⁵¹ auf das Wirken von Linus Kather hingewiesen, der nur auf den Radikalismus der Vertriebenen setzt. Wir beobachten auch in der Bauernschaft eine Sprache, die selbst das übertrifft, was sich in der nationalsozialistischen Zeit der Reichsnährstand mit Darré⁵² und anderen Leuten geleistet hat. Was Herr von Oer⁵³ vor einigen Tagen vor 14.000 Bauern in Baden-Württemberg gesagt hat, ist einfach unverantwortlich. (*Meyers*: Das ist ein Skandal!) Hier darüber zu wachen, daß die Autorität gerade in der an sich konservativen Bevölkerung keinen Schaden leidet, ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Führung der CDU.

Auf der anderen Seite verfolgt die Auflösung der Autorität des Staates durch das zum Teil unverantwortliche Verhalten der Funktionäre einzelner Verbände bei den Auseinandersetzungen um die Steigerung der Löhne und Gehälter. Was wir hier in

50 Vermutlich Sympathisanten von Peter Nellen. Der katholische CDU-Bundestagsabgeordnete (Wahlkreis Münster) hatte sich in Fragen der Sicherheits- und Deutschlandpolitik seit längerer Zeit in Gegensatz zur Bundesregierung gestellt. Einem drohenden Parteiaus-schlußverfahren kam Nellen am 7. November 1960 durch seinen Übertritt zur SPD zuvor. Zur Begründung gab Nellen an: „Die SPD hat sich in einem langjährigen Vorstoß bis zum Godesberger Grundsatzprogramm für alle deutschen Staatsbürger der verschiedensten gesellschaftlichen Schichten und religiös-weltanschaulichen Bekenntnisse allgemein wähl-bar gemacht. Als gläubiger katholischer Christ halte ich das unbezweifelbar anständige und klare Angebot der Partnerschaft von SPD und Kirche für eine bessere und sauberere Grundlage konstruktiver Zusammenarbeit gesellschaftlicher Mächte als das verschwom-mene und unklare Verhältnis der heutigen CDU zu den Kirchen“ (aus: Mitteilung der SPD-Bundestagsfraktion vom 8. November 1960 in den Akten des CDU-KV Münster ACDP II-035-033/2). Vgl. Thomas M. GAULY: Kirche und Politik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1976. Bonn 1990 S. 191–199.

51 Vgl. Anm. 2.

52 Walter Richard Darré (1895–1953), Dipl.-Landwirt; 1933–1942 Reichsminister für Land-wirtschaft und Ernährung, 1933–1945 Reichsbauernführer.

53 Antonius Freiherr von Oer (1896–1968), Dipl.-Landwirt; seit 1955 Präsident des Land-wirtschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Von Oer sprach am 25. Januar 1960 auf einer Großkundgebung über „Agrarpolitik gestern, heute und morgen“. Bericht in „Die Welt“ vom 26. Januar 1960; Redeauszug (26 S.) in ACDP I-090-034.

Nordrhein-Westfalen erlebt haben, spottet jeder Beschreibung; bis zu den übelsten Erpressungen reichen die Erklärungen, die die Beamtenverbände abgeben.⁵⁴ Selbst Erklärungen aus den katholischen Lehrerverbänden haben einen Ton, der auch vom Staate her nicht mehr zu verantworten ist. Die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit würde sicherlich dafür kein Verständnis haben. Vielleicht wäre es gut, Herr Bundeskanzler, wenn Sie persönlich dieses Thema der zunehmenden Auflösung der Staatsautorität einmal im rechtverstandenen Sinne vor der Öffentlichkeit behandelten, um mit jener Härte, die hier nötig ist, diese Kräfte in ihre Schranken zu verweisen.

Adenauer: Über dieses Thema habe ich im Presseclub in Berlin gesprochen, als ich vor 14 Tagen dort war.⁵⁵ Es waren dort maßgebende Vertreter der deutschen Presse, Verleger und Journalisten anwesend. Zu ihnen habe ich fast mit den gleichen Worten, die Sie jetzt gebraucht haben, über das Verhältnis der Deutschen zu ihrem Staat gesprochen. Das ist wirklich ein Skandal ersten Ranges, der einen manchmal an der Zukunft des deutschen Volkes geradezu verzweifeln läßt. Ich stimme Ihnen völlig bei. Wie das aus der Welt geschaffen werden kann, weiß ich noch nicht. Es ist ein außerordentlich ernstes Problem, das Sie angeschnitten haben.

Es haben sich noch einige Herren zu Wort gemeldet. Darf ich Herrn Krone einschieben, der auf eine Frage von Herrn Dufhues antworten möchte?

Krone: Ich stimme Ihnen völlig zu, Herr Dufhues. Ich will ein Beispiel aus der letzten Zeit hinzufügen. Zusammen mit dem Kollegen Höcherl von der CSU haben wir ein paar Worte zu der geplanten Gründung einer Kampf- und Notgemeinschaft der Ärzte gesagt, und zwar daß die Fraktion selbstverständlich bereit ist, sich alle Wünsche der Ärzte anzuhören. Wir haben noch keine Entscheidung getroffen. Aber daß man jetzt hingeht und die Kampf- und Notbünde gründet, die auch in der Formulierung an die Terminologie vergangener Zeiten erinnern, ist nicht zu begreifen. Das muß den Eindruck erwecken, als ob hier ein drohender Finger den Ärzten verbieten wolle, ihre Interessen kundzutun. Das hat dazu geführt, daß der Teil des Hartmannbundes, der auf unserer Seite steht, abgesprungen ist. Ich höre gerade von Herrn Schröder, daß sich die beiden Ärzte, die zu Ihnen kommen wollen, Herr Bundeskanzler, nämlich die Herren Voges⁵⁶ und Fromm⁵⁷, in einer Fernsehsendung coram publico gegen meine Bemerkung gewehrt haben. Ich halte diese Bemerkung aufrecht.

Nun zu der Rede des Herrn von Oer. Ich hatte Herrn Schwarz wissen lassen, er möchte sich vorher die Rede des Herrn von Oer geben lassen. Ob das geschehen ist, weiß ich nicht. Herr Schwarz hat eine sehr ordentliche Rede gehalten, aber dann kam

54 Vgl. „Die Welt“ vom 22. Januar 1960 („Beamte drohen mit Karlsruhe. Höhere Gehälter gefordert“); dazu Meyers und Dufhues in „Freie Presse“ vom 17. Februar 1960: „Die Beamten sollen den ‚rechten Ton wahren‘.“

55 Am 12. Januar 1960 (TERMINKALENDER); vgl. auch „Der Tag“ vom 13. Januar 1960.

56 Am 4. Februar 1960 (TERMINKALENDER). – Dr. Friedrich Voges (1912–1976), praktischer Arzt; 1. Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, seit 1969 Ehrenvorsitzender.

57 Dr. Ernst Fromm (geb. 1917), Arzt, Honorarprofessor; 1951–1973 Vorstand der Bundesärztekammer (ab 1959 Präsident).

Herr von Oer als alter Demagoge und hat losgelegt, was an frühere Versammlungen erinnert hat.

Es gibt hier nur eins: Das Verlangen nach der Autorität ist ebenso groß wie das Verlangen nach revolutionären Dingen. Hier müssen Sie und muß der Staat dafür sorgen, daß wieder Ruhe und Ordnung hergestellt werden. Es muß also ein offenes Wort von Ihnen kommen, Herr Bundeskanzler. Die meisten Menschen wollen doch Ruhe und Ordnung haben.

Was Herr Dufhues über die SPD gesagt hat, sehe ich auch so. Ich würde sagen, beides steckt im SPD-Programm drin. Die erste Reaktion in der Presse war die: Das Godesberger Programm ist eine Ermächtigung für 1961. Man will zur Macht, und zwar über die bürgerlichen Kreise und über Herrn Brandt. In Berlin, Herr Bundeskanzler, war Herr Brandt dauernd um Sie herum. Auch Herr Wehner, der hier etwas zurücksteht, hat – im Gegensatz zu Stuttgart⁵⁸ – erkannt, daß man die Tür zu den bürgerlichen Kreisen nicht zuschlagen darf; denn man muß sie für die Wahl haben. Und das zeigt der Ermächtigungscharakter dieses Programms.

Auf der anderen Seite stimme ich Ihnen zu, daß wir das Programm sehr ernst nehmen müssen. Es ist unverkennbar in einem großen Teil der Sozialdemokratie die Erkenntnis vorhanden: Wie bisher geht es nicht weiter. Mit dem reinen Sozialismus des 19. Jahrhunderts ist es aus. Marx hat Unrecht bekommen mit seinen verschiedenen Theorien. Die Dinge sind ganz anders gelaufen, als er vorausgesagt hat. Vor allen Dingen die Zeit seit 1945 hat das eindeutig gezeigt. Daraus ziehen sie nun die Konsequenzen und übernehmen weithin das, was wir getan haben.

Wir müssen also etwas tiefer und ernster von der Seite aus an das Programm herangehen. Ich weiß nicht, ob wir das unmittelbar von der Partei aus machen sollen. Sie haben wahrscheinlich die Sondernummer unserer „Sozialen Korrespondenz“⁵⁹ zu Gesicht bekommen. Der Hunger nach dieser Schrift ist eminent groß. Wir haben bereits 80.000 Exemplare abgesetzt. 30.000 sind nachbestellt. Über dieses Thema wurde von allen Seiten – Gundlach, Stier⁶⁰, Asmussen⁶¹, Strauß usw. – geschrieben. Das ist die erste große Arbeit in unserem Bereich. Wir wollen das weiterführen und ein Blatt herausbringen, das in die Hunderttausende geht.

58 Herbert WEHNER: Außen- und Wehrpolitik im geteilten Deutschland in: Vorstand der SPD Deutschlands (Hrsg.): Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart. Stuttgart o.J. S. 108–122 und 170–176.

59 Sonderdruck der „Politisch-Sozialen Korrespondenz“ (PSK), Ende Dezember 1959 (20 S.).
60 Prof. Dr. Hans Erich Stier (1902–1979), Professor für Alte Geschichte; 1946–1970 MdL NW (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 73 Anm. 8.

61 Hans Christian Asmussen (1898–1968), evangelischer Pfarrer, Probst; Mitgründer des Pfarrernotbundes, 1934 Mitautor der Barmer Erklärung, 1945–1948 Präsident der Kanzlei der EKD, 1949–1955 Probst in Kiel. – Wolfgang LEHMANN: Hans Asmussen. Ein Leben für die Kirche. Göttingen 1988.

Es liegt eine große Gefahr darin, wenn einige bekannte Linkskatholiken zur SPD gehen. Ich will keine Namen nennen, aber wenn sie es tun, dann wird offenbar, was sie im Innern sind. Wir sollten also diese Dinge sehr ernst nehmen und etwas sagen zur Partnerschaft der Kirchen, zum Liberalismus usw., weil uns in unseren eigenen Reihen – meist unbegründet – der Vorwurf gemacht wird, wir seien liberal geworden. Was heißt liberal? Auch hier droht eine Gefahr. Das geht bis in die kirchlichen Kreise hinein. Man wirft uns nämlich vor, wir hätten damit unser Programm verraten. Auch darüber muß ein klärendes Wort gesagt werden. Das halte ich für die Wahl im Jahre 1961 für dringend notwendig.

Adenauer: Ein Wort zum Liberalismus! Ich habe Winston Churchill einmal gefragt, wie er sich erkläre, daß die Liberalen in Großbritannien – er war früher selber Liberalist – so völlig abgewirtschaftet hätten. Er hat mir gesagt: Das ist sehr einfach. Was am Liberalismus gut war, haben in der Zwischenzeit die anderen Parteien übernommen, und was nicht gut war, ist nicht der Mühe wert, deswegen eine Partei aufrechtzuerhalten. – Das war eine sehr gute und einfache Antwort.

Blumenfeld: Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Dufhues hinsichtlich der Staatsautorität gesagt hat. Es ist doch so, Herr Krone, wenn jetzt die Ärzte Ihnen unberechtigterweise Vorhaltungen machen, können diese natürlich auf andere verweisen, die mit hemdsärmeligen Methoden in den letzten Jahren hier immer wieder versucht haben, ihre wirtschaftlichen Interessen zur Geltung zu bringen.

Herr Bundeskanzler! Ich glaube, es geht noch etwas tiefer in dieser Frage. Sie hängt zusammen damit, daß in unserer Bevölkerung insgesamt ein echtes nationales Leitbild oder eine echte nationale Sammlungsidee nicht oder noch nicht vorhanden ist. Sie wissen, daß ich damit die Frage der Wiedervereinigung und der deutschen Einheit in unserer gesamten Politik anspreche. Aber das ist es nicht allein. Es fehlt in unserer Bevölkerung einfach das Leitbild und das Vorbild. In der Frage der Autorität meine ich, daß es an den Politikern, an den Abgeordneten und an denen liegt, die in der Verantwortung stehen, und zwar muß diese Autorität dadurch dokumentiert werden, daß man bei einer harten und klaren Linie bleibt und nicht zu vertretende Ansprüche konsequent abweist. Das ist für die Wahl 1961 besonders wichtig.

Der Herr Bundeskanzler hat wiederholt von der Gefahr der Aufweichung nicht nur im Ausland, sondern auch bei uns gesprochen. Ich hatte mir erlaubt – ich wollte Sie damit nicht aus dem Konzept bringen –, einige Zwischenbemerkungen zu machen. Ich meine, daß die Gefahr der Aufweichung bei uns in der Bundesrepublik nicht so groß ist, wie sie manchmal aufgrund von Vorfällen in Informationen oder Zeitungsmeldungen erscheint. Wohl sind die Infiltrationsversuche beim Deutschen Gewerkschaftsbund sehr stark; stärker als bei anderen Organisationen, weil es naheliegt, über die Arbeiterschaft in einen engeren Kontakt zu kommen. Aber Infiltrationsversuche sind ebenso festzustellen bei den rechtsradikalen politischen Parteien und anderen Organisationen, insbesondere von kommunistischer Seite. (*Zuruf:* Na also! Vorhin haben Sie es bestritten!) Nein, unsere Bevölkerung im allgemeinen ist in keiner Weise aufweichungsbereit! Sie weiß ganz genau, was

der Kommunismus bedeutet, und sie läßt sich nicht von den Tiraden des Herrn Chruschtschow und von der ewig rieselnden Propaganda der Linksintellektuellen von ihrem Urteil abbringen. (*Unruhe und Bewegung*. – *Zurufe*: Stimmt ja nicht! – Na, na, Herr Blumenfeld! Vorsichtig! So einfach ist es nun doch nicht! – *Dufhues*: Es ist eine schleichende Aufweichung!) Nein! Die schleichende Aufweichung ist etwas, was wir uns einreden; (*Widerspruch*) denn wir können von unserer Seite immer etwas Positives entgegensetzen. Die Wahlen zum Bundestag und zu den Landtagen beweisen es, daß die Bevölkerung unserer Politik recht gibt ... (*Zuruf*: Auch in den Kommunalwahlen?) und daß sie nicht einer schleichenden Aufweichung folgt. Sie neigt also nicht nach der links- oder rechtsradikalen Seite, und sie tendiert auch nicht dahin.

Ich wollte aber eigentlich folgendes sagen: Wir können heute nicht auseinandergehen, ohne daß wir stichwortartig das in den letzten Wochen aufgetretene Problem des Neonazismus und des Antisemitismus ansprechen. (*Zuruf*: Jetzt widerspricht er sich wieder!) Wir brauchen dazu keine breite Erörterung. Wir wissen ja, was von Ihnen, von der Fraktion und von den verantwortlichen Ressorts gesagt worden ist. Meine Meinung habe ich in unserem CDU-Blatt in Hamburg dargelegt.⁶² Wir sind uns darüber klar, daß diese Aktionen weitergehen werden, (*Zuruf*: Aha!) weil sie von ganz bestimmter interessierter Seite aus erfolgen, um uns zu diskreditieren. (*Unruhe und Bewegung*.)

Ich habe eine Information, die ich sehr ernst nehme. Es wird nämlich angekündigt, daß in Kürze von amerikanischer Seite ein Thema aufgegriffen wird, was uns allen sehr viel Sorge bereiten wird, nämlich ein angeblicher Dokumentarbericht über die nazistische Vergangenheit der Angehörigen von Ordnungsorganen in der Bundesrepublik, von der Polizei usw. (*Adenauer*: Ist bekannt! – *Zuruf*: Wissen wir schon!) Ich erwähne das, damit wir heute nicht auseinandergehen, ohne uns über die tiefer gehenden Dinge zu unterhalten. Wir sollten uns darüber klar werden, was wir als Partei dazu zu sagen haben, damit wir auch glaubwürdig erscheinen.

Adenauer: Darf ich ein Wort zur Aufweichung sagen! Leider ist Herr von Brentano nicht da. Er war eben noch hier. Der Verkehr mit der russischen Botschaft seitens der Industrie ist derart intensiv, daß es geradezu schadhaft ist. Herr von Brentano sagte mir, daß die Vertreter der Industrie es nicht einmal der Mühe wert hielten, ihm mitzuteilen, daß sie nach Rußland fahren. Sie gehen einfach zu Smirnow, holen sich einen Paß und fahren los.

Als ich neulich in Berlin war, wurde mir dort gesagt, welchen Anstoß man daran nimmt, daß die Leiter von westdeutschen Industriebetrieben sogar unter Begleitung ihres Arbeitervertreters in die Zone reisen und sich damit dicktäten. Die Berliner haben mir gesagt, daß sie einen solchen Mann auf der Rückreise hätten kommen lassen, dem sie erklärt hätten: Wie kannst du dich unterstehen, dahin zu fahren!

62 Blumenfeld zum Thema „Hakenkreuze“ in: „Hamburger Monatsblatt“ Jg. 7, Januar/Februar 1960 S. 2.

Wir dürfen also die Gefahr der Aufweichung bei uns nicht gering schätzen, Herr Blumenfeld. Das gilt nicht nur für die Leute, die in die Gewerkschaften hineingeschleust werden, sondern auch für andere Kreise. Die Gefahr ist da, und sie wächst natürlich durch das blöde Entspannungsgerede.

Von Brentano betritt wieder den Raum.

Wenn das ein guter Introitus sein soll, daß die Russen jetzt diese Rakete den Amerikanern in den Pazifischen Ozean hineinsetzen⁶³, dann muß ich schon sagen: Das sind merkwürdige Sitten! Ich halte das nicht für eine große Entspannung!

Herr von Brentano! Ich habe Sie eben zitiert, und zwar wegen des Verkehrs der führenden Wirtschaftler und Industrieleute mit Sowjetrußland. Sie haben mir neulich etwas darüber gesagt. Vielleicht wiederholen Sie das hier einmal!

Von Brentano: Ich bin mit Ihnen der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß wir gar keinen Grund haben zu verschweigen, daß wir in der Bundesrepublik in zunehmendem Maße eine Aufweichung feststellen müssen. Es ist so, daß viele Leute leider diese Realität nicht sehen, ob das nun der sonderbare Vorgang ist, daß der Wirtschaftsbeirat der Sozialdemokratischen Partei in München zusammenkommt hinter verschlossenen Türen und einen Bericht des Herrn Smirnow über die wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion entgegennimmt⁶⁴ – Herr Smirnow war begleitet von einigen Mitgliedern seiner Botschaft –, oder ob das eine Veranstaltung ist, die in Frankfurt stattgefunden hat, wo unter der Leitung des Darmstädter Studentenpfarrers Mochalski⁶⁵ ein Kreis zusammentrat, an dem mindestens zwei oder drei Referenten der sowjetrussischen Botschaft teilnahmen, die mit evangelischen Studenten aus diesem Kreis Mochalski über Fragen der sozialen Ordnung und der Kultur diskutierten, und wo dann zum Schluß der hessische Kirchenpräsident Niemöller⁶⁶ den Festgottesdienst abhielt.

Aber diese Aufweichung geht viel weiter. Ich darf ein Beispiel nehmen. Wir haben feststellen müssen, daß man sogar die Gründung einer deutsch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft plante. (*Adenauer:* Das war hauptsächlich Herr Friedensburg!) Ich möchte gleich etwas dazu sagen. Es war eine Reihe von Leuten da, die sehr sachlich

63 Start der Rakete am 20. Januar 1960. Vgl. AdG 1960 S. 8147, 8171.

64 Am 13. November 1959 auf Einladung des Wirtschaftsbeirates der SPD Bayern. Dazu UiD Nr. 3 vom 21. Januar 1960 und UiD Nr. 16 vom 21. April 1960. Vgl. auch die Kleine Anfrage der Abgeordneten Wachter, Höcherl und Genossen betr. Propagandavorträge sowjetischer Diplomaten in der Bundesrepublik vom 8. April 1960 sowie die Antwort vom 3. Mai 1960 (BT-Drss. 1791 und 1821).

65 In der Vorlage: Moralski. – Herbert Mochalski, evangelischer Pfarrer, war Mitherausgeber der „Stimme der Gemeinde“ und Generalsekretär der „Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion“.

66 Martin Niemöller (1892–1984), 1947–1964 Kirchenpräsident der Landeskirche von Hessen und Nassau. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 3 Anm. 16.

und ernsthaft diskutierten. Ob es klug war oder nicht, will ich einmal dahingestellt sein lassen. Diese Leute waren auch bereit, uns zu informieren, aber – und das ist das Schwierige, Herr Bundeskanzler – diese Leute wußten gar nicht, was dahintersteckte. Ich hatte Gelegenheit, in einem Gespräch unseren Leuten und denen anderer Parteien meine Feststellungen zu vermitteln über die Kreise, die dahinterstehen. Die Leute haben mir mit offenem Mund zugehört!

Ich will die Namen nicht nennen, aber es sind Namen, die so eindeutig sind, daß jeder weiß, was dieser Freundeskreis der Deutsch-Sowjetischen Gesellschaft de facto bedeutet hätte. Aber man war durchaus bereit, das zu tun, und hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, einmal zu prüfen, welche Absichten damit verbunden waren!

Sie haben die Reisen unserer Industriellen erwähnt. Ich will nicht generalisieren. Ich kenne auch die Unterschiede, aber es gibt eine Reihe von Leuten, die nach Amerika oder nach Rußland fahren und davon überhaupt nicht mehr das Auswärtige Amt verständigen, die ihren Paß direkt bei der sowjetrussischen Botschaft holen und die dort ein- und ausgehen, auch bei Empfängen, die aber hinüberfahren, ohne überhaupt unsere Botschaft zu besuchen, sondern höchstens dann, wenn sie einen Wunsch haben.

Wir wissen auch, was gesprochen wird und welche Vorstellungen einige damit verbinden. Es sind Leute, die auch nach den Vereinigten Staaten fahren. Ich will keine Namen nennen. Das ist unmöglich. Aber es sind Leute mit gutem Namen aus der deutschen Wirtschaft, die nach den Vereinigten Staaten fahren und dort im geschlossenen Kreis in New York erklären, diese Politik der Bundesregierung sei natürlich jetzt vorbei. Man müsse sich mit der Sowjetunion verbinden. Die Zeit sei nun einmal so. Und wenn Berlin eine freie Stadt würde, dann sei das auch nicht so schlimm. Man könne dann die Wirtschaft aufbauen zusammen mit der Sowjetunion, und das würde auch zur Entspannung beitragen.

Wenn das also von den Vertretern der größten deutschen Konzerne in New York gesagt wird, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn drüben die Auffassung darüber, wie im wesentlichen die deutsche öffentliche Meinung ist, erheblich bezweifelt wird.

Ich möchte einiges unterstreichen. Wir müssen in unserer Auseinandersetzung mit der Opposition nunmehr sehr viel klarer werden, als das in der Vergangenheit geschehen ist. Ich will keinen Streit provozieren, aber es ist ein hoffnungsloser Versuch, mit der Opposition, wie sie sich bis heute entwickelt hat, noch Gemeinsamkeiten zu ermitteln in außenpolitischen Vorstellungen. Wir haben im Vorstand der Fraktion neulich darüber gesprochen. Es wurde gefragt, ob man anläßlich der außenpolitischen Debatte in der übernächsten Woche den Versuch unternehmen sollte, vielleicht über Berlin zu einer gemeinsamen Resolution zu kommen.⁶⁷ Ich wäre sehr

⁶⁷ Debatte über die Große Anfrage der FDP-Fraktion betr. die Deutsche Einheit (Drs. 1383) am 10. Februar 1960 – Sten.Ber. 3. WP Bd. 45 S. 5380–5422.

glücklich, wenn wir zu einer gemeinsamen Vorstellung kämen, aber ich habe die Auffassung geäußert und jedes Wort unterstrichen, was in diesem Zusammenhang unser Freund Strauß gesagt hat.⁶⁸ Es ist nach meiner Meinung ein Selbstbetrug, wenn wir versuchen, eine gemeinsame Entschließung in der Frage Berlin zu konstruieren; denn die Berlin-Politik können wir nur durchführen mit der Politik, die die SPD ablehnt.

Das wäre ein Betrug. Unsere Menschen würden uns auch nicht mehr verstehen. Mit der SPD, die die Bündnispolitik ablehnt, die die NATO ablehnt, die die europäische Politik ablehnt und die solche Vorstellungen von der Entspannung und Sicherheit hat, die sie überall verteidigt, kann man doch keine gemeinsame Politik machen. Und mit dieser Politik kann man auch Berlin nicht halten.

Ich habe noch vor einigen Monaten einigen Leuten von der SPD etwas ironisch gesagt: Es ist mir sehr schwer, nun in Genf zu sagen, was Sie eigentlich wollen. Sie stellen bei mir die Forderung, kein alliierter Soldat darf Berlin verlassen. Herr Brandt sagte mir, der erste amerikanische Soldat, der Berlin verläßt, kann eine Alarmstimmung auslösen, weil die Berliner sagen, damit sind wir allein. Das ist der Beginn der Liquidation unserer Freiheit. Wenn nun die Opposition erklärt, kein amerikanischer Soldat darf aus Berlin – gleichzeitig aber sagt, die Amerikaner müssen heraus aus Deutschland –, dann ist es mir sehr schwer, anderen klarzumachen, was die Opposition denn will. Selbst wenn man sagt, wir seien einig wegen Berlin, dann bleibt doch diese Diskrepanz, die ich nicht zu erklären vermag.

Adenauer: Ich bin etwas anderer Ansicht, Herr von Brentano! Man kann auch so argumentieren: Wenn es uns gelingt, die Sozialdemokraten bezüglich der Berlin-Politik auf unseren Boden zu bringen, dann blamieren sie sich selbst.

Von Brentano: Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, wenn ich anderer Meinung bin. Sie mögen recht haben, aber ich bin absolut anderer Meinung. Sie blamieren sich nicht selbst, sondern wir blamieren uns. Wir verlieren die Glaubwürdigkeit bei unseren Leuten und in der auswärtigen Politik, weil man einfach sagen wird: Wo steckt denn die Gemeinsamkeit? Das ist doch eine sehr billige Gemeinsamkeit, einfach zu sagen, Berlin muß erhalten bleiben, aber nicht hinzufügt, wie man es denn machen soll, sondern den Deutschlandplan vorlegt und sich auch heute noch dazu bekennt.

Das ist doch ein unvereinbarer Gegensatz zu der Politik, von der wir glauben, daß sie Berlin noch halten kann. Man kann hier nicht das eine und das andere, sondern nur das eine oder das andere tun. Ich meine, daß wir in dieser Frage noch mehr als bisher schwarz-weiß malen müssen; denn diese feinen Unterschiede sehen unsere Wähler nicht. Wir müssen mehr als bisher klarmachen, was wir wollen und wo die Gegensätze zur Opposition liegen. Mit dieser Art der Politik, Herr Bundeskanzler,

68 Franz Josef STRAUSS: Illusion und Wirklichkeit. Das Grundsatzprogramm der SPD zur Landesverteidigung, in: Sondernummer PSK, Ende Dezember 1959, S. 14–16 sowie: Die Verantwortung nimmt uns keiner ab. Keine Illusionen am Beginn des Jahres 1960 – Für Freiheit und Sicherheit müssen Opfer gebracht werden, in: BULLETIN vom 5. Januar 1960 S. 7f.

haben Sie drei Wahlkämpfe gewonnen. Den vierten werden wir gewinnen, wenn wir ebenfalls ganz klar sagen, wo unsere Grenzen liegen und wo wir mit der Politik der Opposition nicht einverstanden sind.

Adenauer: Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Ich möchte etwas zu den Preisen sagen. Wir haben gegenwärtig folgende Situation. Auf dem Weltmarkt hat sich eine Entwicklung angebahnt, die für die Industrieländer sehr günstig ist. Das hat dazu geführt, daß wir im letzten Jahr einen Exportüberschuß von sechs Milliarden gehabt haben; davon allein im November über 850 Millionen. Ein solcher Exportüberschuß muß inflationäre Tendenzen haben. Diese inflationären Tendenzen zeigen sich nicht nur in den Preisen, sondern auch in den Löhnen.

Ich habe mir vor kurzem in Baden-Württemberg eine Liste geben lassen, um festzustellen, um wieviel Prozent die Löhne gestiegen sind, ohne daß die Tarife geändert wurden, durch freiwillige Zugeständnisse der Unternehmer. Diese unsichtbaren Steigerungen, die man wirklich nicht den Gewerkschaften in die Schuhe schieben kann, betragen 4 %.

Wir haben ein Wirtschaftssystem, das wir Soziale Marktwirtschaft nennen. Das ist keine freie Wirtschaft, sondern das bedeutet, daß wir gewisse Beeinflussungen mit marktkonformen Mitteln vornehmen können. Wenn man sich nun den Katalog dieser marktkonformen Mittel ansieht, dann stehen drei wesentliche Dinge zur Verfügung: 1. die Herabsetzung der Importzölle, 2. eine Geldmarktpolitik der Diskontsätze mit Mindestreserven und 3. die antizyklische Gestaltung der öffentlichen Haushalte.

Ich unterstelle einmal, daß es uns gelingt, mit diesen Methoden zunächst eine Preisstabilisierung herbeizuführen. Es wird aber zur selben Zeit bei unseren ausländischen Geschäftspartnern die inflationäre Tendenz, die der Exportüberschuß bringt, immer stärker. Es kann sein, daß wir die uns zur Verfügung stehenden marktkonformen Mittel aufgebraucht haben und an einen Punkt kommen, wo weitere Zollsenkungen und auch die schärfste Geldmarktpolitik nicht mehr helfen, weil im Gegensatz zu früher folgendes eintritt: Wenn die Bank deutscher Länder den Diskontsatz erhöht, bedingt das einen erhöhten Zustrom von ausländischem Geld. Auch hier ist schon eine Grenze durch die öffentlichen Haushalte gegeben. Es kann sein, daß wir diesen Katalog marktkonformer Mittel eines Tages ausdehnen müssen. Eines dieser Mittel – es ist sehr gefährlich, das auszusprechen – ist die Änderung der Relation der Mark zur ausländischen Währung, speziell die Herabsetzung des Kurses der Mark.

Wenn wir zu solchen Mitteln gezwungen sind, kann das ein Politikum ersten Ranges werden, und zwar im positiven wie im negativen Sinn. Es kann sein, daß wir vor eine solche Problematik noch in dieser Legislaturperiode, also vor der nächsten Bundestagswahl, gestellt werden. Ich möchte nur sagen, ich bin mir des Sprengstoffes bewußt, der darin liegt. Wir sind z.Z. von der Erschöpfung dieser marktkonformen Mittel nicht mehr weit entfernt. Jeder weitere Mißerfolg bei der Stabilisierung der Preise führt zwangsläufig dazu, den inflationären Druck durch unsere erhöhte Exportfähigkeit zu vergrößern.

Adenauer: Es lag mir fern, diese großen Fragen hier anzuschneiden. Wenn ich von der Preissenkung gesprochen habe, die die Bundesbank in ihrem Gutachten angeschnitten hat, dann hatte ich damit im Auge ein propagandistisches Mittel. (*Fricke:* Optisch!) Nennen Sie es optisch, das ist feiner. Die Hausfrauen sollen sehen, daß auch Preisermäßigungen vorliegen. Wir haben doch gesehen, wie durch die Kartoffel- und Butterpreise eine große Unruhe in die Bevölkerung hineingekommen ist. Nach einer Rundfrage von EMNID ist vor Weihnachten überhaupt von nichts anderem als von den Butterpreisen gesprochen worden.⁶⁹

Was ich sagen möchte, ist folgendes: Unsere Partei gerät in den Ruf, die Partei der Reichen und damit der großen Preise zu werden, ob mit Recht und Unrecht, das spielt keine Rolle. Wenn unsere Partei einmal den Ruf hat in der Bevölkerung, wir seien die Partei der Reichen, und zwar über die großen Preise, dann ist das ein Schaden für uns, den wir nicht wieder gutmachen können. Daher werde ich versuchen, bei den Herren zu erreichen, daß sie zunächst bei einzelnen Sachen eine Preissenkung vornehmen, und zwar dort, wo sie sehr viel, ja zuviel verdienen.

Dann zu den Handelsspannen! Ich habe die Gewerkschaftler gebeten, sie möchten mir ihre Unterlagen dazu schriftlich geben, damit ich das nachprüfen und mit den Herren vom Handel darüber sprechen kann. Ich will jetzt nicht – wie Herr Albers meinte – als kleiner Parteimann sprechen, soweit gehe ich nicht, aber sagen wir als Mann, der von der erhabenen Wirtschaftswissenschaft nach Ansicht der Wirtschaftswissenschaftler nicht sehr viel versteht. Sehen Sie mal, wie das wirkt, daß die Metzger in einer Zeit, wo die Viehpreise heruntergingen, die Handelsspanne erheblich heraufgesetzt haben. Das hat eine Aufregung in der Bevölkerung hervorgerufen, davon können Sie sich keinen Begriff machen.

Gegen solche Sachen möchte ich angehen. Es ist doch unmöglich, daß die Metzger – leider habe ich das Material nicht hier – die Handelsspanne in einem Jahr verdoppelt haben. Das ist doch einfach eine Unverschämtheit. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Dafür habe ich kein Verständnis. Sehen Sie mal, was die Metzger für Autos haben. Ich habe neulich in halbwachem Zustand gesagt, ich wollte, ich wäre Metzger; dann hätte ich es wahrscheinlich viel besser, als ich es jetzt habe. (*Heiterkeit und Bewegung.* – *Von Hassel:* Die größten Kälber wählen ihre Metzger selber!) Das dürfen Sie hier nicht sagen. Aber ich hätte es doch bequemer. (*Zuruf:* Das gilt auch für die Bäcker!) Nein, die Bäcker haben nicht soviel. Ich meine jetzt diese Auswüchse.

Also, diese Dinge, die Sie angeschnitten haben, müssen unbedingt erörtert werden zwischen dem Wirtschaftsminister und dem Finanzminister, die leider Gottes beide z.Z. erkrankt sind. Ich bekomme soeben die Nachricht, daß Herr Erhard

⁶⁹ Laut EMNID liegt eine derartige Umfrage nicht vor. – Vgl. jedoch Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 245, 390f. und 395 sowie Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960 S. 488f.

zurücktransportiert werden muß aus Kairo.⁷⁰ Herr Etzel hatte gestern noch 39 Grad Fieber. Herr Lindrath liegt sehr krank in Mannheim. Also, die Probleme müssen mit den Herren von der Bundesbank erörtert werden.

Osterloh: Ich möchte zur Bundestagswahl 1961 einige Randglossen machen und zunächst sagen, es kommt bei der Bundestagswahl auf Propaganda und auf Schaumschlagen an. (*Adenauer:* Schaumschlagen und Propaganda ist nicht dasselbe! – *Heiterkeit.*)

Wir sollten uns bei der ganzen Frage des Neonazismus nicht so sehr in eine Demagogie verwickeln lassen; es geht in der Tat zum Teil um Symptome unreifer Entwicklungsstadien.

Mir scheint auch die Aufweichung in der Bundesrepublik nicht soweit fortgeschritten zu sein, daß wir nicht für uns werben, wenn wir gegen die Aufweichung kämpfen. Ich habe das Gefühl, daß wir dann Anklang und Vertrauen gewinnen, wenn wir der SPD nachweisen, daß sie Aufweichungstendenzen verfolgt, indem sie illusionäre Vorstellungen über den Kommunismus und die SED verbreitet. Unsere Position wird dadurch gefestigt. Meine These würde lauten: Es gibt in der Tat bedenkliche Aufweichungserscheinungen in verschiedenen Kreisen, noch aber steht die klare Mehrheit des Volkes auf der Seite der Leute, die die Lage so beurteilen, daß der Kommunismus nur auf starke Entschlossenheit reagiert.

Es gibt auch noch erfreuliche Erscheinungen. Wenn z.B. ein kleiner Studentenkreis zwar die Zustimmung von der Sowjetbotschaft bekommen hat, in Kiel zu reden, dann aber nicht die Möglichkeit dazu erhält, weil der ASTA der Kieler Studentenschaft das ablehnt⁷¹, und zwar radikal, dann finde ich, ist das ein Zeichen dafür, daß auch noch eine gesunde Nüchternheit gegen diese Aufweichungstendenzen vorhanden ist.

Ich möchte noch einige Bemerkungen als Nichtfachmann zur Wirtschaftspolitik machen. Wenn es uns gelänge, an wenigen Beispielen Preissenkungen durchzuführen, die es uns ermöglichen, den Wählern glaubhaft zu machen, wir sind die Partei der Währungs- und Preisstabilität, (*Zuruf:* Gut gesagt!) dann erreichen wir damit viel mehr als mit irgendeinem Versprechungsgeschenk an die Wähler, das wir auch noch im nächsten Jahre machen können. Ich möchte allen zustimmen, die dafür eingetreten sind, eine gewisse Sprachregelung in unserer Bundespartei herbeizuführen.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich zuständigkeithalber meine, daß die Kulturpolitik beim Bundestagswahlkampf nur eine geringe Rolle spielt. Ich bilde mir nicht ein, daß dadurch die Entscheidung wesentlich beeinflusst wird; ich weiß aber, daß wir einige Einbrüche haben hinnehmen müssen bei Jungwählern und bei sogenannten Intellektuellen. Das ist immer eine kleine Minderheit, aber sie muß beachtet werden, weil sie meinungsbildend ist, und zwar sind es nicht nur die

70 Erhard hatte sich auf einer Reise im Nahen Osten eine Lungenentzündung zugezogen und mußte am 31. Januar 1960 zurücktransportiert werden. Vgl. KOERFER S. 407–410; AdG 1960 S. 8187.

71 Nicht ermittelt.

Ärzte, sondern auch die Studienräte, die Lehrer usw., die ja leicht die Möglichkeit haben, ihre politischen Ansichten zu verbreiten. Darum meine ich, daß wir auch eine Sprachregelung auf dem Gebiete der Kulturpolitik herausbringen sollten. Ich meine es jetzt konkret. Ich halte es nicht für unbedenklich, wenn im Landesverband Berlin unter Führung des Kultussenators⁷² offiziell der Antrag gestellt wird, ein Bundeskultusministerium zu bestellen. Ich selbst habe aus wahltaktischen Gründen diesen Versuchsballon vor zwei Jahren in Norddeutschland steigen lassen und habe eine klare Mehrheit für ein Bundesforschungsministerium bekommen.

Nun muß ich den von mir sehr geschätzten Herrn Bundesinnenminister ansehen und fragen, ob so etwas wie ein Bundeskultusministerium im Hintergrund vorgesehen ist. (*Schröder*: Ganz sicher nicht!) Wenn nicht, dann darf auch ein Landesverband diese Blase nicht hochgehen lassen, weil das eine Verwirrung für die Wählerschaft bedeutet. Wir müssen Herrn Tiburtius wieder zur Ordnung rufen.

Noch eins! Wir können nachweisen, daß der Bund auf dem Gebiete der Kulturförderung sehr viel getan hat für die Universitäten, für die Forschung usw. Das könnte eines Tages von der SPD ausgenutzt werden, daß sie sagt: Hier hat sie nur etwas für die Universitäten gegeben, aber keinen Pfennig für die Volksschulen usw. Auch hier sollten wir zu einer einheitlichen Sprachregelung kommen. Die SPD wird den Versuch machen, auch auf dem Gebiete der Kulturpolitik im nächsten Wahlkampf Propaganda gegen uns zu machen.

Adenauer: Ich kann Ihnen versichern, daß von Bonn aus dieser Beschluß von Berlin nicht beeinflußt worden ist, es sei denn von unseren Berliner Freunden Krone und Grad! (*Heiterkeit*.) Das weiß ich nicht! Jedenfalls von uns aus nicht! Lieber Herr Osterloh! Der Sturm, der daraufhin entstanden ist, der beschränkt sich auf die Länderkabinette. (*Meyers*: Wir haben nicht davon Kenntnis genommen!) Wie Herr Tiburtius dazu gekommen ist, kann ich nicht sagen. Ich weiß es nicht. Aber wir werden uns noch bei anderer Gelegenheit in diesem Kreis über Kulturpolitik unterhalten müssen, weil wir auch dazu – da stimme ich Ihnen bei – im Wahlkampf sagen müssen, welche Politik die Partei auf diesem Gebiete verfolgt.

Osterloh: Ich darf noch erwähnen, wir sollten wegen der Lage in der Evangelischen Kirche Deutschlands nicht allzu besorgt sein. Mit aller Wahrscheinlichkeit kommen als Nachfolger von Dibelius, dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, nur zwei Bischöfe in Frage, die uns immer gewählt haben und die immer unterderhand für uns Propaganda, auch unter ihren Pfarrern, gemacht haben. Das weiß ich mit Sicherheit. (*Adenauer*: Die Namen dürfen Sie nicht nennen!) Doch, die kann ich nennen! (*Adenauer*: Herr Lilje⁷³ ist einer!) Der andere ist Herr

72 Prof. Dr. Joachim Tiburtius (1889–1967), 1946–1948 Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Leipzig, 1948–1951 FU Berlin; 1946–1950 Stadtverordneter (CDU), 1951–1963 Senator für Volksbildung. – Zum Antrag Tiburtius' vgl. „Die Welt“ vom 25. Januar 1960 und UiD Nr. 4 vom 28. Januar 1960.

73 Dr. Hanns Lilje (1899–1977), 1945–1973 Mitglied des Rates der EKD (zeitweise stv. Vorsitzender). PROTOKOLLE 1 S. 55 Anm. 3.

Haug⁷⁴. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht für Herrn Haug in Baden-Württemberg. (*Krone*: Nicht der Münchener?) Nein! München kommt nicht in Frage. Aber mit beiden können wir zusammenarbeiten. Auf gewissen Gebieten haben wir bei der evangelischen Pfarrerschaft Fortschritte gemacht, auch bei den Professoren. Es hat sich gelohnt, daß diese in den letzten Semestern an den Universitäten regelmäßig geredet haben. Der Ring Christlich-Sozialer Studenten arbeitet ganz vorzüglich und hat auch an manchen Universitäten die meisten Mitglieder. Die politischen Bünde sind dort immer klein gewesen, aber nach meiner Beobachtung ist diese Arbeit in den letzten Jahren in einer Aufwärtsentwicklung begriffen. Es sieht so aus, als ob wir auf diesem Felde vorankämen.

Adenauer: Was die Studentenringe angeht, so hat nach meiner Meinung Herr Osterloh recht, leider aber haben nur die sozialistischen Studenten das Ohr der Presse. (*Stoltenberg*: Weil sie radikaler sind!) Aber sie haben das Ohr der Presse! Warum sie das Ohr der Presse haben, ist egal, aber sie haben es!

Ich bin gefragt worden, welche Dispositionen vorgesehen sind für den Ablauf des Tages. Wir haben jetzt hinter uns den Punkt 1 der Tagesordnung. Dann kommt Punkt 2. Kommunalwahlen und 3. Bundestagswahl. (*Meyers*: 4. Bundesparteitag! – *Von Hassel*: Wir könnten den Punkt 3. Bundestagswahl auf die Sitzung des Parteiausschusses am Montag verlegen!) Dann können wir uns ganz vertagen auf den Parteiausschuß. Aber schließlich ist das doch hier der Bundesvorstand! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Im Bundesausschuß sitzen erstens ganz andere und zweitens sehr viel mehr Leute wie hier. Man kann im Bundesausschuß auch nicht eine solch offene Sprache führen wie hier. Deshalb würde ich vorziehen, die Dinge hier zu erörtern. Die beiden Punkte werden wir noch fertiggewinnen.

Darf ich vorschlagen, jetzt eine Pause zu machen. Wir wollen pünktlich um 2 Uhr wieder beginnen. Dann wird zunächst Herr Dufhues zu uns sprechen.

Pause von 13.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

VORBEREITUNG DER KOMMUNALWAHLKÄMPFE IM JAHRE 1960

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Bedeutung der Kommunalwahlen ist während der Vergangenheit sicherlich unterschätzt worden. Darauf ist es möglicherweise zurückzuführen, daß die Kommunalwahlkämpfe mit unzulänglichen materiellen und personellen Mitteln durchgeführt worden sind. Darauf ist es auch möglicherweise zurückzuführen, daß sich die Prominenz der CDU bei den Kommunalwahlen eine gewisse Zurückhaltung auferlegt hat. Darauf ist

⁷⁴ In der Vorlage: Haugg. – Dr. Martin Haug (1895–1983), evangelischer Theologe; 1948–1962 Landesbischof der Evangelischen Landeskirche von Württemberg, seit 1952 Mitglied des Rates der EKD.

es möglicherweise auch zurückzuführen, daß die Kommunalwahlkämpfe nicht mit der gleichen Intensität und nicht mit den modernen Mitteln durchgeführt worden sind, wie es bei den Bundestagswahlen selbstverständlich war und ist. Daraus erklärt es sich, daß wir bei den Kommunalwahlen regelmäßig geringere Wahlbeteiligungen der CDU-Wähler zu verzeichnen hatten.

Diese Situation ändert sich zumindestens für das vor uns liegende Jahr 1960, und zwar deshalb, weil die Kommunalwahlkämpfe sich in diesem Jahr häufen. Wir haben zunächst, wenn ich richtig unterrichtet bin, im Mai einen Kommunalwahlkampf in Bayern, (*Zuruf*: Im März!) im Frühjahr einen im Saarland und im Herbst einen solchen in Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sowie Niedersachsen.⁷⁵ Diese Kommunalwahlkämpfe in einem großen Teil der Bundesrepublik werden nicht ohne Bedeutung bleiben für die gesamte politische Entwicklung. Sie werden also die Bundestagswahlen im nächsten Jahr beeinflussen. Deshalb sollten wir uns der Bedeutung der Kommunalwahlen für das kommende Jahr bewußt bleiben. Wir sollten erkennen, welche Verzahnung zwischen der Bundespolitik und der Kommunalpolitik besteht, daß nämlich die einzelnen Gemeinden das zu realisieren haben, was an politischer Konzeption im Bundestag investiert wird. Der einzelne in unserem Land wird berührt durch sozialpolitische, wohnungspolitische, schulpolitische Fragen, die zwar zurückgehen auf Bundesgesetze, aber seine Meinung, sein politisches Weltbild und seine Einstellung zu den politischen Parteien werden bestimmt durch die Art, Form und Methoden, unter denen die bundes- oder landespolitischen Maßnahmen ausgeführt werden und zum Tragen kommen.

Wir stehen in weiten Teilen des Bundesgebietes vor der bemerkenswerten Tatsache, daß die Maßnahmen der Sozialpolitik, des Wohlfahrtswesens, der Wohnungspolitik usw. Kräften anvertraut sind, die sich auch dann als Funktionäre der SPD fühlen, wenn sie Beamte einer Gemeinde sind. Die Verbundenheit der öffentlichen Bediensteten in diesen großen unter sozialistischem Einfluß stehenden Gemeinden mit der SPD ist wesentlich stärker, als wir es jedenfalls für die uns nahestehenden Beamten erwarten können. Deshalb gilt das, was diese Beamten – zum Teil als Funktionäre der SPD – tun, als Leistung der SPD. Diese Kräfte versäumen es auch nicht, das, was sie in den Gemeinden den einzelnen Menschen zukommen lassen, in Verbindung zu bringen mit der Politik der SPD. Deshalb hat das, was unmittelbar in den Gemeinden geschieht, auf die Dauer erheblichen Einfluß auf die Kommunalwahlen und auf die Bundestagswahlen.

Wir sollten uns ferner darüber klar sein, welche Bedeutung es im politischen Leben hat, daß ein so umfassender Verwaltungsapparat, zum Teil auch Polizeiapparat, in der Hand von Kräften liegt, die jedenfalls zu wichtigen Entscheidungen der Bundespolitik in einer sehr klaren Opposition stehen. Ich darf jedenfalls – als Beispiel – auf die Versuche hinweisen, in Nordrhein-Westfalen Volksbefragungen durchzuführen, und zwar gegen die Entscheidung der Bundespolitik über eine Weigerung der Verwaltung

⁷⁵ Vgl. Nr. 10 Anm. 61.

von Dortmund⁷⁶, die Erfassung der Wehrpflichtigen durchzuführen. Sie mußte durch einen Minister veranlaßt werden, ihre Pflicht zu tun.

Ich darf verweisen auf die Schwierigkeiten, die wir in vielen Teilen des Ruhrgebietes hatten, dort die Einrichtungen der Verteidigung unterzubringen und durchzuführen, die absolut der NATO-Politik, also unserer Europapolitik, entsprechen. Wir sollten uns darüber klar sein, was es bedeutet, den Verwaltungsapparat der Kreise und Städte in den Händen einer politischen Partei zu wissen, die in einer klaren Opposition zur Bundespolitik steht.

Es ist vielleicht nur wenigen geläufig, daß sich die Macht und der Einfluß, den die Sozialdemokratie in den großen Gemeinden unseres Landes ausübt, in den kommunalen Spitzenverbänden widerspiegeln. Diese kommunalen Spitzenverbände, vor allem der Deutsche Städtetag und die Städtetage der einzelnen Länder, haben auf die Gesamtpolitik und auf politische Entwicklungen einen sehr erheblichen Einfluß; denn hier finden sich politische Kräfte, die sehr zielstrebig, sehr umfassend und sehr klar ihren Weg gehen und die die Politik nicht nur in den Gemeinden, sondern auch in Land und Bund beeinflussen können.

Ich darf einmal die Ergebnisse der Kommunalwahlen von 1956 mit denen der Bundestagswahl von 1957 vergleichen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß ich die Stadt Köln nicht nenne. (*Zuruf*: Kann man ruhig nennen!) Es genügt, wenn der Herr Bundeskanzler weiß, wie es in Köln aussieht.

	Kommunalwahl 1956	Bundestagswahl 1957
Anteil der CDU-Stimmen	38,2 %	54,4 %
Anteil der SPD-Stimmen	44,2 %	33,5 %

Die Wahlbeteiligung fällt mit der Größe der Gemeinde. Die größte Wahlbeteiligung ist in den kleinen Gemeinden, die schlechteste Wahlbeteiligung ist in den großen Gemeinden. Die Wahlbeteiligung in den Gemeinden bis zu 3.000 Einwohnern – wir hatten in Nordrhein-Westfalen eine Wahlbeteiligung von 82,9 % – beträgt rund 83 %, in den Gemeinden über 100.000 Einwohnern durchschnittlich 73,6 %. In einzelnen Gemeinden liegt der Prozentsatz erheblich tiefer.

In den Gemeinden bis zu 3.000 Einwohnern hat die CDU einen Durchschnitt an Stimmen von 46,4 % erreicht, die SPD dagegen nur 28,7 %. In den Gemeinden mit über 100.000 Einwohnern erreichte die CDU jedoch nur 35 %, die SPD dagegen 50 %. Diese Wahlergebnisse erklären auch, welch geringen Einfluß wir bei der Wahl der Oberbürgermeister und zum Teil auch der Landräte haben. Auch hier ergibt sich im Jahre 1956 eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Jahr 1952. Im Jahre 1952 stellte die CDU 17 Oberbürgermeister und damit 44,8 % aller Oberbürgermei-

⁷⁶ Vgl. Nr. 3 S. 120f.; vgl. auch: Wenn sie an der Macht sind. Rote Politik im Rathauspiegel. KPV der CDU NW, Rednerdienst Nr. 2, September 1959 S. 9–24.

ster, im Jahre 1956 stellte sie nur noch 7 = 18,5 % aller Oberbürgermeister von Nordrhein-Westfalen. Die SPD stellte 1952 19 Oberbürgermeister = 50 %, im Jahre 1956 31 Oberbürgermeister = 81,5 %.

Auch in den Kreisen, in denen wir verhältnismäßig günstig abgeschnitten haben, hat sich die Situation im Jahre 1956 gegenüber 1952 erheblich verschlechtert. Wir stellten 1952 42 Landräte = 73,3 %, 1956 36 Landräte = 63,1 %. Die SPD stellte 1952 8 Landräte = 14 %, 1956 18 Landräte = 31,6 %.

Damit haben Sie ein Bild hinsichtlich der Oberbürgermeister und Landräte, das uns alle mit Kummer füllen und recht bedenklich machen muß. Wir sollten jedenfalls den Gründen nachgehen, die zu dieser ungünstigen Entwicklung geführt haben. Wir können naturgemäß nicht an den negativen Auswirkungen vorbeigehen, die die Diskussion um verschiedene bundespolitische Probleme gerade zur Zeit der Kommunalwahl gehabt hat.

Im Jahre 1956 spielte die Wehrfrage eine große Rolle, ohne daß die Diskussion um die Wehrfrage jene Klarheit gewonnen hatte, die sich bei der Bundestagswahl ein Jahr später sehr erfolgreich für uns ausgewirkt hat, denn im Jahre 1957 war die übergroße Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, daß mit der Wehrpolitik der CDU Frieden und Sicherheit, Ruhe und Ordnung gewährleistet seien, während wir beim Stand der Diskussion im Jahre 1956 offenbar diese Überzeugung noch nicht beobachten konnten. Es lag also nicht entscheidend am Thema, sondern an der propagandistischen Behandlung dieser Frage. Die Rentenfrage war 1956 noch ungelöst. 1957 war sie einer Lösung zugeführt worden, die offenbar allgemein befriedigte. Vielleicht wäre es möglich gewesen, die Entwicklung der Rentenfrage und die in Aussicht stehende Lösung schon im Jahre 1956 den Wählern in einer Weise darzustellen, die sie zumindest stärker angesprochen hätte.

Auch die Entwicklung der Preise und Löhne – ein Problem, das in der ganzen Welt eine Rolle spielt – hat sich 1956 recht negativ ausgewirkt. Es konnte durch unsere Propaganda und Organisation nicht aufgefangen werden.

Ein zweites wesentliches Moment für das schlechte Abschneiden bei den Kommunalwahlen sehe ich darin, daß unsere Kommunalpolitik – im Gegensatz zur Politik des Bundes und der Länder – kein klares Gesicht hat. Der Unterschied zwischen einer sozialistischen Kommunalpolitik und einer christlich-demokratischen Kommunalpolitik ist offenbar in der Praxis der Kommunalpolitiker nicht klar geworden, vielleicht nicht einmal denen, die für die Kommunalpolitik verantwortlich sind. Dabei gibt es gerade auf dem Gebiete der Kommunalpolitik Fragen, bei denen sich der grundsätzliche Unterschied zwischen einer sozialistischen Auffassung und einer christlich-demokratischen Auffassung besser dokumentieren läßt als auf vielen anderen Gebieten.

Denken Sie an das Wohlfahrtswesen, an die Sozialpolitik, an die Kulturpolitik, an das Schulwesen usw. Hier unterscheiden wir uns doch wesentlich von den sozialistischen Auffassungen, und trotzdem hören wir immer wieder von einstimmigen Beschlüssen und daß man sich völlig einig gewesen sei.

Die Kommunalwahlkämpfe beginnen oft mit der Vorstellung des politischen Gegners, dem man dankt für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen vier Jahren. Dann darf man sich nicht wundern – ich drücke mich vorsichtig aus – über die völlige Unzufriedenheit, die in allen diesen Dingen aufgrund einer solch guten Zusammenarbeit im Ruhrgebiet in Erscheinung treten. Ich meine also, daß für die schlechten Ergebnisse der Kommunalwahlen auch personelle Fehler maßgebend sind. Es ist hierbei zu denken an die Auslese der Kandidaten für die Gemeinderäte und die Kreistage. (*Meyers*: Und Oberbürgermeister!) Ja! Das Übel beginnt mit der Aufstellung der Kandidaten. Nur wer kandidiert, kann Oberbürgermeister werden.

Es ist so, daß die SPD in Bund und Ländern unter den Oberbürgermeistern einige Kräfte hat, die durchaus Ansehen in weiten Kreisen der Bevölkerung haben. Auch da liegt eines der Versäumnisse der CDU, die bestimmt gleichwertige Köpfe hat, die sich aber doch offenbar unter den hierfür in Betracht kommenden Persönlichkeiten nicht so umsieht und sich nicht so gründlich darum kümmert, die entsprechenden Persönlichkeiten aus den Gemeinden zu gewinnen, wie es bei einer intensiven Bemühung möglich wäre.

Ich erwähnte schon, daß sich die zur SPD gehörenden Bediensteten im kommunalen Leben viel intensiver am allgemeinen politischen Leben in den Gemeinden beteiligen und daß sie sich auch viel stärker als Exponenten fühlen und gebärden, als dies bei den übrigen Beamten der Fall ist.

Wir sollten weiter prüfen, ob nicht gewisse organisatorische Mängel hinsichtlich unserer Personalpolitik vorliegen. Mir ist bekannt, daß das kommunalpolitische Dezernat des Vorstandes der SPD sich sehr eingehend um die Kommunalpolitik nicht nur in den Ländern, sondern auch in wichtigen Gemeinden kümmert. Wichtige personelle Entscheidungen werden von der Führung der SPD beeinflußt. Dagegen habe ich den Eindruck, daß die Kommunalpolitik in den einzelnen Städten und Kreisen, soweit sie von der CDU betrieben wird, losgelöst ist von der Bundespartei und auch von der Landespartei, so daß also hier nicht jener Prozeß der Koordinierung durch ständige Beratungen usw. innerhalb der Kommunalpolitiker gewährleistet ist, wie dies bei der SPD tatsächlich der Fall ist, unbeschadet der stetigen und dankenswerten Arbeit, die die Kommunalpolitische Vereinigung im Benehmen mit unseren Männern und Frauen in der Kommunalpolitik leistet.

Aber es scheint mir doch notwendig zu sein, hier noch stärker zu koordinieren und die Dinge in gewissen grundlegenden Fragen, materiell und personell, zu beeinflussen. Wir sollten als einen der Gründe für die Fehlentwicklung bei der letzten Kommunalwahl auch anerkennen die unzureichende Propaganda, die wir hinsichtlich der Kommunalpolitik getrieben haben. Ich weiß von vielen Gemeinden, daß während der Wahlperiode nur selten Versammlungen durchgeführt werden, die mit hinreichender Aktualität und hinreichendem propagandistischen Effekt kommunalpolitische Probleme behandeln. Nur in seltenen Fällen werden auch Bürgerschaftsversammlungen durchgeführt. Es gibt in der Kommunalpolitik immer konkrete Fragen – ob das nun Theater, Schulen, sonstige Gebäude usw. sind –, die die Bürger viel mehr

interessieren als abstrakte Probleme der großen Politik. Hier könnte man sicherlich viel erreichen, wenn man sich die entsprechende Mühe gäbe. Es liegt auch daran, daß die Lokalausgaben der uns nahestehenden Zeitungen der Arbeit der CDU-Fraktionen keinerlei Aufmerksamkeit widmen. Überhaupt ist die ganze Zusammenarbeit zwischen den CDU-Fraktionen und der Presse nicht so, wie es eigentlich sein sollte. In diesem Zusammenhang scheint es mir auch so zu sein, daß die müde Art des Wahlkampfes dazu beigetragen hat, uns immer mehr ins Hintertreffen geraten zu lassen.

Lassen Sie mich übergehen zu der Frage, was wir tun können und müssen, um die Wahlen gut vorzubereiten. Wir haben heute morgen kurz über die Auseinandersetzung mit dem SPD-Programm gesprochen. Wir sollten diese Auseinandersetzung auch für die Kommunalwahlen gut vorbereiten. Wir haben sehr anschauliche Beispiele für die theoretischen Formulierungen des SPD-Programms und für die Realitäten der SPD-Parteipolitik. Die Kommunalpolitische Vereinigung hat auf Anlaß von Herrn Bitter eine Broschüre zusammengestellt unter dem Titel „Wenn sie an der Macht sind“.⁷⁷ Hier haben wir eine Fülle von Tatbeständen, die im einzelnen den Machtmißbrauch einer verfehlten Personalpolitik, Intoleranz auf dem Gebiete der Sozial- und der Kulturpolitik, also eine Anzahl von Fällen des unqualifizierbaren Verhaltens der SPD darlegt.

Wir sollten weiter in allen Ländern unser Wahlgesetz nach zwei Gesichtspunkten hin überprüfen, und zwar einmal unter dem Gesichtspunkt der Rathausparteien⁷⁸. (Röder: Bei uns ist es soweit!) Wir sind daran interessiert, daß die politischen Parteien die Grundlage der Arbeit in den Gemeinden bilden. Außerdem meine ich, daß sich die Rathausparteien auf Kosten der Schichten entwickeln, die bereit sind, CDU zu wählen. Wir sollten zweitens prüfen, ob die Wahlgesetze auch eine Briefwahl bei der Kommunalwahl vorsehen. Auch dadurch können wir einen besseren Wahlerfolg erreichen.

Um die Bedeutung der Kommunalwahlen zu unterstreichen, habe ich Verhandlungen mit den drei Ländern aufgenommen, die im Herbst wählen, um zu erreichen, daß die Wahlen an einem Tag durchgeführt werden. Auch damit soll eine größere Wahlbeteiligung erreicht werden. Ich wäre dankbar, wenn der politische Einfluß in den beteiligten Ländern geltend gemacht würde, daß wir uns auf den 16. oder 23. Oktober einigen. Ich habe entsprechende Briefe an die Innenminister der beteiligten Länder geschrieben. Dadurch erreichen wir auch, daß sich unsere Freunde aus der Bundespartei, aus dem Bundestag und vielleicht auch der eine oder andere Bundesminister am Wahlkampf beteiligen können.

Unsere Bitte geht dahin, daß die Bundespolitik und die Landespolitik Rücksicht nehmen mögen auf die kommunalpolitischen Entscheidungen des laufenden Jahres,

⁷⁷ Vgl. Anm. 76.

⁷⁸ Gemeint sind freie Wählergemeinschaften, „die sich außerhalb der politischen Parteien um Mandate in kommunalen Vertretungskörperschaften bewerben“ (Stöss 2 S. 2393). Vgl. UiD Nr. 24 vom 18. Juni und Nr. 41 vom 15. Oktober 1959.

soweit das möglich ist. Ich erkenne ohne weiteres an, daß die Bundestagswahl den Vorrang haben muß, sie hat eine größere politische Bedeutung. Aber es gibt gewisse Möglichkeiten, auf die Kommunalpolitik Rücksicht zu nehmen, ohne es im einzelnen zu erörtern. Ich brauche nur die Fragen anzudeuten, die mit der Sozialgesetzgebung zusammenhängen. Ich halte es nicht für richtig, etwa die Parole auszugeben, die Kommunalwahlen seien Testwahlen für die Bundestagswahl. Ich meine, wir sollten uns auch hier in diesem Kreis darüber einig werden, daß eine solche Parole nicht herausgegeben werden darf. Das ist um so notwendiger, als die Kommunalpolitiker gerne bereit sind, diese Parole auszugeben, um damit das Interesse des Bundeskanzlers, der Bundesregierung und der Bundespolitiker zu finden, sich an den Kommunalwahlkämpfen zu beteiligen.

Die Landespolitik wird sich umfassender auf die Kommunalwahlen einstellen können. Die allgemeinen Maßnahmen zur Förderung der Kommunalpolitik sollten konzentrierter und verstärkt durchgeführt werden. Diese Maßnahmen sollten allerdings anschaulich dargestellt werden, und zwar auf den Gebieten des Wohnungsbaues, des Krankenhausbaues, des Schulwesens, des Gesundheitswesens, des Straßenbaues usw. Das Schwergewicht sollte dabei auf den Maßnahmen liegen, die die Menschen unmittelbar angehen. Damit kann man die Wähler am besten ansprechen.

Ich bin der Meinung, daß wir in einigen Fragen hinsichtlich einer gemeinsamen Landes- und Gemeindepolitik eine gewisse Zurückhaltung zeigen sollten. Es wäre z.B. verfehlt, für die Konfessionsschule in den Wahlkampf zu gehen, so sehr wir das Elternrecht betonen und so sehr wir im Elternrecht selbst den Ausdruck einer Toleranz sehen. Aber das Problem der Konfessionsschule darf zumindest nicht in dieser Bezeichnung im Wahlkampf in den Vordergrund treten, weil wir damit Kreise ablenken, die sonst bereit sind, CDU zu wählen. Das darf natürlich in keiner Weise unsere Entschlossenheit mindern, das Elternrecht in der Politik mit Nachdruck zu verteidigen. Aber es muß nicht alles, was wir in der Politik wollen, im Vordergrund der wahlpolitischen Parolen stehen.

Nöch ein Hinweis zu der Vorbereitung der Kommunalwahl vor allem für die Kreise und Gemeinden, die unter maßgebendem Einfluß der SPD stehen. Ich habe in Essen einen sogenannten Dortmunder Bürgerbrief gezeigt, der ein anschauliches Bild dessen bringt, was in Dortmund während der vergangenen vier Jahre auf kommunalpolitischem Gebiet geleistet worden ist. Auf der ersten Seite finden Sie das Bild des Oberbürgermeisters der SPD, Dietrich Keuning, Mitglied des Bundestages, und darunter das ebenso unsympathische Gesicht des Oberstadtdirektors⁷⁹, gleichfalls von der SPD. Der unbefangene Wähler denkt natürlich, alles das, was hier steht, verdanken wir Herrn Keuning und der SPD.

Unsere Partei hat, soweit ich das übersehen kann, in früheren Wahlkämpfen wenig getan, um diese Irreführung aufzuklären und den materiellen Sachverhalt richtig herauszustellen. Ich habe für Dortmund auf dem Gebiete des Schul- und

79 Dr. Walter Kliemt. – Vgl. Nr. 4 Anm. 48.

Wohnungsbaues eine Untersuchung der letzten drei Jahre gemacht, wobei sich herausstellte, daß 97 % aller Mittel für den Wohnungsbau während dieser drei Jahre aus den Haushaltsmitteln des Bundes und des Landes der Stadt Dortmund zugeflossen sind; auf dem Gebiete des Schulbaues waren es rd. $66\frac{2}{3}$ %.

Wir müssen also mit aller Klarheit den Wählern ins Bewußtsein bringen, daß hier der Bund und das Land entscheidend den Wiederaufbau in den Gemeinden ermöglicht haben. Das muß ihnen immer wieder ins Bewußtsein gebracht werden, sonst buchen sie diesen Erfolg einfach auf das Konto der SPD. Wir dürfen nicht bloß globale Beträge nennen, sondern wir müssen im einzelnen mit konkreten Zahlenangaben dienen, was mit den Geldern in den einzelnen Gemeinden geschehen ist, z.B.: Diese Badeanstalt verdankt ihr Dasein dem Herrn Bundeskanzler; diese Schule verdankt ihr Dasein der Frau Christine Teusch⁸⁰.

Wir sollten unsere CDU-Fraktionen in den Kommunen veranlassen, eine viel stärkere Aktivität als bisher zu entfalten. Das gilt vor allem für die Fraktionen, die in der Minderheit sind. Sie sollen Anträge stellen, Schulen und Krankenhäuser zu bauen. Natürlich dürfen es keine demagogischen Anträge sein, aber es gibt z.B. auf dem Gebiete der Gewerbesteuer sehr häufig Gelegenheit, mehr als bisher zu tun. Hier unterscheiden wir uns sehr stark von der SPD in der Kommunalpolitik. Es können noch viel Anträge gestellt werden, die sich im Rahmen der sachlichen Notwendigkeiten halten.

Wir sollten uns weiter eine Frist setzen – etwa bis zum 30. April oder 31. Mai dieses Jahres –, innerhalb derer der vorparlamentarische Raum bearbeitet wird. Das gilt zunächst einmal für die kirchlichen Verbände und Vereine. Ich weiß, daß Differenzierungen zwischen dem evangelischen und dem katholischen Bereich in verschiedenen Gemeinden notwendig sind, aber es sollte erreicht werden, daß zentrale Veranstaltungen zwischen den Führungsorganen der evangelischen und der katholischen Vereine und Verbände durchgeführt werden, in denen die Bedeutung der Kommunalwahlen im einzelnen besprochen wird.

Wir sollten zweitens in den nächsten Monaten systematisch die Berufsverbände angehen, ob das die Handwerker, die Arbeiter oder die Angestellten sind. Sie müssen systematisch erfaßt und auf die Kommunalwahlen entsprechend vorbereitet werden. Darüber hinaus sollten wir auch bei Schützenfesten, Kirmessen usw. oder ähnlichen Veranstaltungen stärker als bisher in Erscheinung treten. Es muß sichtbar werden ... (*Von Hassel*: Wir müssen schießen können! – *Heiterkeit*.) Einverstanden! (*Zuruf*: Pistolen-Meyers! – *Heiterkeit*. – *Unruhe*. – *Von Hassel*: Jetzt verläßt uns die letzte Frau! – *Zuruf*: Von Pistolen und vom Schießen wollen die nichts wissen! – *Heiterkeit*.)

⁸⁰ Dr. Christine Teusch (1888–1968), 1919–1933 MdR (Zentrum), 1947–1966 MdL NW (CDU), 1947–1954 Kultusministerin. Vgl. auch Sr. J. Dominica BALLOF in ZEITGESCHICHTE 2 S. 202–213.

Weiter sollten wir in Bürgerschaftsversammlungen Fragestunden durchführen nach dem Motto: Der Bürger fragt, der Stadtverordnete antwortet. Dann müssen sich die Stadtverordneten stellen, und die Probleme müssen besprochen werden.

Das wichtigste ist natürlich die Aufstellung der Kandidaten. Die Landesvorsitzenden dürfen diese Aufgabe nicht allein den Honoratiorengruppen in den Gemeinden überlassen, sonst wird geklügelt, und es ändert sich nicht viel. Dann greift man nicht zurück auf die Kräfte, die außerhalb dieses Honoratiorenklubs – genannt Vorstand der CDU – Ansehen und Gewicht haben. (*Adenauer*: Ansehen ist nicht nötig; sie müssen etwas können!) Das schadet aber nichts! (*Adenauer*: Ich meine, bisher!)

Ich würde vorschlagen, daß die Landesvorsitzenden in allen vier Landesverbänden bereits jetzt Bezirkskonferenzen durchführen, in denen die Einzelheiten der Kommunalwahlen systematisch besprochen werden, damit die Vorbereitungen anlaufen können. Das bedeutet nicht, daß der Wahlkampf an sich schon beginnen soll. Das wäre schlecht. Dieser Wahlkampf sollte kurz und hart sein und höchstens vier Wochen dauern.

Wir sollten auch überlegen, ob wir den Wahlkampf nicht zentraler steuern können, als dies in der Vergangenheit geschehen ist. Wir sollten – das ist eine Anregung von Herrn Dr. Meyers – einen Wahlkopf bilden, der systematisch die Entwicklung innerhalb der einzelnen Landesverbände beobachtet und dann mit den einzelnen Verbänden Erfahrungen austauscht, um so zu einer erfolgreichen zentralen Wahlkampfleitung zu kommen. Das schließt nicht aus, daß örtliche Besonderheiten berücksichtigt werden.

Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, Ihren Einfluß geltend zu machen, daß sich die Bundespolitiker und die Landespolitiker maßgeblich am Kommunalwahlkampf beteiligen. Die Probleme der Bundespolitik werden auch im Kommunalwahlkampf immer wieder angesprochen. Von daher kommt eine große politische Bedeutung in den Wahlkampf hinein, so daß wir auch dadurch die Wahlbeteiligung erhöhen können. Aber es wird nötig sein, daß jeder Redner vom Bund oder vom Land von einem qualifizierten Kommunalpolitiker begleitet wird, damit zumindest in einem halbstündigen Vortrag auch die Probleme der Kommunalpolitik angesprochen werden können.

Ich darf weiter zu der Auseinandersetzung mit den politischen Parteien und Gruppen folgendes anregen. Wir rechnen in einzelnen Gebieten von Nordrhein-Westfalen damit, daß das Zentrum im Kommunalwahlkampf in Erscheinung treten wird. Wir sollten das Zentrum totschweigen. Wenn es ernsthaft in Erscheinung treten sollte, dann wird sich zumindest bis zu den Kommunalwahlen ein Tatbestand ergeben, der das Zentrum auch bei dem verbohrtesten Landpastor im Münsterland politisch einfach disqualifiziert. Es läuft ein Verfahren gegen einen früher maßgebenden Mann des Zentrums, das von großer politischer Bedeutung sein wird.⁸¹

81 Nicht ermittelt.

Nun zur FDP! Man sollte die FDP nicht unnötig interessant machen. Wir sollten daran denken, daß die FDP nicht nur beim Sturz der Regierung Arnold, sondern auch bei der Wahl der Oberbürgermeister und der Landräte entscheidend mit der SPD zusammengewirkt hat. Die FDP in unmittelbare Nähe der SPD zu bringen und die Abhängigkeit der FDP von der SPD den Wählern klarzumachen, scheint mir eines der wirksamsten Argumente der Auseinandersetzung mit der FDP zu sein.

Ein sehr wichtiges Problem bilden die Vertriebenen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 23 % Vertriebene innerhalb der Gesamtbevölkerung. Dieses Verhältnis muß bei der Aufstellung der Kandidaten berücksichtigt werden. Die Vertriebenen und Flüchtlinge unterliegen einem zunehmenden Prozeß der Radikalisierung. Das aufzufangen, ist nicht nur eine kommunalpolitische, sondern auch eine bundespolitische Aufgabe. Wir müssen die Vertriebenen und Flüchtlinge so berücksichtigen, daß sie auch die Überzeugung bekommen, daß die CDU auch die Partei der Vertriebenen ist.

Die Entscheidung im Kommunalwahlkampf fällt zwischen der CDU und der SPD. Deshalb muß der Wahlkampf mit Härte und Entschlossenheit und mit einem umfassenden Material gegen die SPD geführt werden. Bei den letzten Kommunalwahlen entfielen rund 82 % aller Stimmen auf die CDU und die SPD. Deshalb fällt die Entscheidung eben zwischen diesen beiden Parteien. Gerade hier möchte ich auf das Material verweisen, das die Kommunalpolitische Vereinigung erarbeitet hat. Es gibt eine Fülle von Fällen, in denen wir der SPD Machtmißbrauch, verfehlte Personalpolitik, Intoleranz in wichtigen Problemen und Fragen der Kultur- und der Sozialpolitik nachweisen können. Dieses Material wird letztlich auch die Personen ansprechen und überzeugen, die bei der Wahl zwischen der CDU und der SPD schwanken sollten.

Wir halten es für notwendig, dieses Material, wenn auch nicht in seiner ganzen Fülle, so aber doch in wesentlichen Teilen beim kommunalen Wahlkampf zu benutzen. Diese Beispiele bleiben haften. Durch diese haftenden Beispiele läßt sich die Wahl erleichtern. Wir sollten bei der Wahl Schwerpunkte bilden. Das flache Land ist verhältnismäßig wahlfreudig und auch bereit, in der überwiegenden Mehrheit der CDU ihre Stimme zu geben. Schwierigkeiten haben wir vor allem in den Großstädten, wie ja auch die Wahlbeteiligung und der Stimmenanteil für die CDU zeigen. Deshalb müssen in den Großstädten Schwerpunkte gebildet werden. Hier liegen noch Reserven, vor allen Dingen in den Großstädten über 100.000 Einwohnern.

Die Vorbereitung und die Durchführung der Kommunalwahlen erfordern sehr viel Geld. Aber darüber zu sprechen ist jetzt nicht die Stunde. Ich wäre dankbar, wenn wir dieses Problem im Kreise der Personen, die dafür zuständig sind, recht bald besprechen könnten, damit wir unsere Dispositionen für den Wahlkampf treffen können. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Bitter.

Bitter: Herr Bundeskanzler! Meine verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar dafür, daß der Bundesvorstand zum erstenmal, solange ich die Ehre

habe, diesem erlauchten Gremium anzugehören, das Thema „Kommunalwahlen“ zur Diskussion stellt. Ich bin auch dem Herrn Landesvorsitzenden von Westfalen verbunden, daß er mit der ihm eigenen Gründlichkeit die Kernpunkte dieses Wahlkampfes herausgestellt hat. Das Bild wäre aber nicht vollständig, wenn ich nicht den Versuch machte, auch von mir aus einige konkrete Dinge in den Blickpunkt der verantwortlichen Parteileitung zu stellen, damit manche Fehlleitungen und Fehlsichten aus diesem Hohen Hause verschwinden.

Lassen Sie mich beginnen, Herr Bundeskanzler, mit einer sachlichen Feststellung. Wir haben acht Bundesländer und drei Stadtstaaten, aber jedes Land hat eine andere Gemeindeverfassung mit verschiedener Organstellung. So gibt es in Schleswig-Holstein und in Hessen die Magistratsverfassung, in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die Ratsverfassung, in Rheinland-Pfalz und im Saarland die Bürgermeisterverfassung, in Baden-Württemberg und Bayern die Stadtratsverfassung und in Berlin, Bremen und Hamburg die Senatsverfassung.

Die Bundesrepublik umfaßt – ich bitte Sie, sich darüber ein ganz klares Bild zu machen – 34.392 kreisangehörige Städte, 139 kreisfreie Städte, 425 Landkreise. In diesen acht Ländern und drei Stadtstaaten bestehen nur vier kommunalpolitische Landesvereinigungen. Ich füge hinzu, daß wir zum Teil in einzelnen Ländern die Kommunalpolitische Vereinigung sowohl auf der Kreisebene wie auf der Landesebene bis zum Jahre 1956 haben neu gründen müssen. Was das an Kraft, an Zeit und an Menschenverbrauch kostet, das brauche ich hier nur anzudeuten.

Es ist also keineswegs so, als wenn wir jetzt plötzlich über Nacht die Erkenntnis bekommen hätten, daß wir in der Kommunalpolitik versagt hätten. Und wenn der Herr Innenminister davon gesprochen hat, die Kommunalpolitik habe kein klares Gesicht, dann nehme ich ihm das in dieser Form, verehrter Herr Dufhues, nicht ab. Ich bitte Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß es seit dem Jahre 1947 klar profilierte Leitsätze der Kommunalpolitik gibt und daß diese Leitsätze unter Mitwirkung maßgebender Kommunalpolitiker ergänzt worden sind. (*Dufhues*: Das habe ich ja nicht gemeint!)

Die Frage, um die es sich dreht oder drehen kann, ist doch, ob wir eine klar profilierte Kommunalpolitik an den Mann gebracht haben. Darum dreht es sich. Das ist die große Sorge, die wir in der Kommunalpolitischen Vereinigung seit Jahr und Tag haben. Ich will von den Rechtsfragen und den Schwierigkeiten, die sich aus den einzelnen Verfassungen ergeben, im einzelnen nicht sprechen, ich will nur sagen, hier liegt ein Berg von Verantwortung, Aufgaben und Arbeit vor uns. Die Frage, um die es sich in letzter Konsequenz bei diesem Wahlkampf dreht, ist der Katalog der Städte, die hier in Betracht kommen. Ich will aber darauf verzichten, im einzelnen darüber zu sprechen, und zwar mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit. Ich darf Ihnen aber ein Heft nachher überreichen, damit Sie sich selbst ein Bild machen können, daß es sich hierbei nicht nur um eine Erscheinung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, sondern darüber hinaus auch im ganzen Bundesgebiet handelt. Das ist die Situation, in der wir uns befinden.

Lassen Sie mich aus einer fast vierzigjährigen Erfahrung einige konkrete

Dinge sagen. In der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch – zumindest bis zur Währungsreform – haben die Kommunalpolitiker alle Hände voll zu tun gehabt, um den Schutt von den Straßen der Städte wegzubringen. In der gleichen Zeit hat die aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern zurückgekehrte Funktionärsgarde der SPD ihre SPD-Gebäude restlos wieder aufbauen können. (*Bewegung und Widerspruch.* – *Zurufe:* Na, na! – *Adenauer:* Das ist eine allgemeine Behauptung!) Herr Bundeskanzler! Darf ich Ihnen das beweisen? (*Adenauer:* Beweisen Sie das mal! Das ist doch eine sehr allgemeine Behauptung! – *Zuruf:* Unsere Leute haben auch aufgebaut!) Wir können beweisen, daß die SPD-Leute viel eher an der Arbeit gewesen sind als wir. (*Adenauer:* Das waren wir doch schuld!) Herr Bundeskanzler! Das mag zum Teil richtig sein, aber ich kann Ihnen sagen, die SPD-Gebäude haben viel eher gestanden als unsere Gebäude. (*Adenauer:* Ja, aber das waren wir doch schuld, weil wir zu faul sind!) Das mag sein! (*Adenauer:* Na also!) Aber das liegt nicht an der Kommunalpolitik, sondern das liegt an der Partei.

Man muß unterscheiden zwischen dem, was die Partei unterlassen hat, und dem, was in den Rathäusern unterlassen worden ist. Wir stehen doch vor der Tatsache, daß unsere frühere Hilfsmannschaft aus den Christlichen Gewerkschaften heute hinter der SPD steht, insbesondere die Garde der Leute, die aus dem sozialen Raum und aus der Gruppe der Vertrauensräte kommen. Das ist die Situation, in der wir stehen. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir haben ein völlig verändertes Bild in unseren Rathäusern in bezug auf die Zusammensetzung. (*Zuruf:* Allerdings, das muß geändert werden!) Da liegen doch die großen Schwierigkeiten, die wir haben. (*Anhaltende Unruhe.*)

Herr Bundeskanzler! Sie müßten die Schwierigkeiten kennen, die es gibt, insbesondere für die Landesvorsitzenden, die Kreisvorsitzenden und die Bezirksvorsitzenden, um überhaupt geeignete Kandidaten auf dem Lande und in den Großstädten zu finden; denn die Leute scheuen doch zum größten Teil die Arbeit, die auf sie zukommt. (*Adenauer:* Das hat es doch früher auch alles gegeben!) Dem muß ich widersprechen, Herr Bundeskanzler! Wenn heute 75 bis 80 % der Bundesgesetze und der Landesgesetze sich auf die Gemeinden auswirken, so ist das eine große Fülle. Ich bin lange Stadtverordneter gewesen und kann mir ein Bild machen von der Gemütlichkeit von früher. Das ist kein Vergleich dazu, wie wir heute Kommunalpolitik machen müssen. (*Unruhe.* – *Adenauer:* Dann müssen wir eben sehen, wie wir das ändern können!) Das ist etwas anderes. Dazu komme ich noch. Aber wenn wir schlechthin davon sprechen, daß die CDU versagt hat, müssen wir uns Rechenschaft geben ... (*Adenauer:* Herr Bitter! Es wird ja gar nicht gesagt, daß Sie versagt haben! Sie können doch nicht allein die Verantwortung für die gesamten Kommunalwahlen haben!) Ich habe mich aber verantwortlich gefühlt, dem Bundesvorstand zu zeigen, wo diese Dinge liegen und wo die Krankheit liegt. (*Adenauer:* Darüber werde ich Ihnen gleich auch etwas sagen!) Ich bin dankbar für jeden guten Rat vom ehemaligen Oberbürgermeister von Köln. (*Adenauer:* Was die Arbeit angeht, so sind die Oberbürgermeister noch nie soviel herumgereist wie jetzt, niemals!) Das ist ja immer so ... (*Adenauer:* Sie sagen, es wäre soviel Arbeit da! Im übrigen reisen auch die Bundestagsabgeordneten sehr gern;

das ist aber nicht so schlimm!) Ich unterscheide sehr wohl zwischen den reisenden Oberbürgermeistern und den armen Stadtverordneten, die nicht wissen, wie sie mit ihrer Arbeit fertig werden sollen. (*Adenauer*: Nun hören Sie mir aber auf, lieber Herr Bitter! Ich bitte Sie! – *Unruhe und Bewegung*.) Herr Bundeskanzler! Ich habe eine große und herzliche Bitte an Sie. Machen Sie sich freundlicherweise einmal einen Tag frei, und lassen Sie sich von diesen Leuten praktisch illustrieren, was in den Rathäusern alles zu tun ist. (*Adenauer*: Das gab es früher auch!)

Sei dem, wie ihm sei, ich bin mit dem Herrn Innenminister in einer Reihe von Punkten einig, aber es ist nicht so, als ob im vorpolitischen Raum schon seit Monaten nicht viel geschehe. Vor vier Monaten haben wir schon die gesamten Kreisvorsitzenden des Ruhrgebietes zusammengehabt.⁸² Herr Ministerpräsident Dr. Meyers, Sie waren in Duisburg bei uns. Hier wurden Parolen ausgegeben, die ganz klar formuliert waren. Wir stellen fest, daß seitdem auch in den anderen Kreisen der vorpolitische Raum bestens angesprochen wird. Ich hatte die Ehre, in der vorigen Woche hier im Katholischen Club zu sprechen. Ich habe den Leuten das ganze Material, was wir in den vergangenen Jahren zusammengetragen haben, einmal plastisch vorgeführt. Ich bin allerdings erschrocken, als ich feststellen mußte, wie wenig die Leute davon berührt werden. Selbst die Vertreter des kirchlichen Raumes hatten kaum eine Ahnung von dem, was sich im Bundesgebiet abspielt.

Da liegen die Punkte, um die es geht. Es dreht sich darum, daß wir insbesondere die Leute durch unsere Bildungsarbeit aufklären. Hier müssen wir viel mehr als bisher tun. Ich habe volles Verständnis dafür, daß die Organisation der Partei noch Schwächen aufweist. Ich könnte Ihren Katalog vervollständigen. Herr Ministerpräsident Meyers, Sie wissen Bescheid darüber. Hier liegen aber die Punkte. Sie können in Ihrer Kritik an den Fraktionen auf der kommunalen Ebene nicht schärfer sein als wir selbst, wie ja auch Herr Dufhues ausgeführt hat. Aber wenn Sie die Organisation nicht in Ordnung bringen, dann müssen Sie sich darüber klar sein, daß die Dinge im kommunalen Raum, auf sich gesehen, nicht richtig laufen können. Das ist letzten Endes die Voraussetzung, um die ganze Sache in Ordnung zu bringen.

Der Herr Innenminister beklagte sich auch darüber, daß die Leute zu wenig aktiv sind. Das beklagen wir auch. (*Bewegung*. – *Zurufe*: Wir auch! – Das muß sich ändern!) Ein Beispiel! Wir hatten im vorigen Jahr eine Fraktion mit einem Rechtsgutachten bedacht, damit sie es gegenüber dem Oberbürgermeister und seiner Verwaltung anwenden sollte. Und was haben wir erlebt? Der Oberbürgermeister hatte die Lage erfaßt, indem er, die Schwäche des CDU-Antrages erkennend, sofort den CDU-Mann aufs Kreuz legte. Unsere Juristen im Zuschauerraum mußten erleben, daß das Gutachten überhaupt nicht zum Tragen kam. Die Fraktion hatte also versagt.

Da liegt das Schwergewicht, daß wir eben das Menschenmaterial nicht haben. Das ist die größte Schwierigkeit, vor der wir stehen. Das sind unsere Sorgen und Nöte.

⁸² Konferenz der KPV NW am 20. November 1959 in Duisburg (vgl. Kommunalpolitische Blätter vom 10. Dezember 1959 S. 961f.).

Das ist die Aufgabe, vor der die gesamte Partei steht, daß wir nämlich auf dem Wege des Bildungsapparates dafür sorgen müssen, daß diese Dinge in Ordnung kommen. (*Lebhafte Unruhe.*) Im übrigen dürfen wir nicht vergessen, daß wir diese große Zerklüftung aufgrund der verschiedenen Verfassungen haben. Es gibt Schwierigkeiten mit den kommunalen Spitzenverbänden, und das kostet Geld, Kraft und Zeit. Wie wir das ändern können, das weiß ich auch nicht. Unterschätzen Sie nicht die Arbeit. Sie ist nicht damit getan, daß man einen Katalog aufstellt, sondern wir müssen uns die größte Mühe geben, von Land zu Land, von Kreis zu Kreis eine Kleinarbeit zu leisten. Wir müssen dafür sorgen, daß wir in den einzelnen Parlamenten wieder Ordnung bekommen. Von heute auf morgen ist das nicht zu machen; denn wir können nicht auf einmal das wieder gutmachen, was jahrelang versäumt worden ist.

Adenauer: Wir danken den Herren Dufhues und Bitter für die klärenden Worte, die sie gesprochen haben. Erlauben Sie mir, auch einige Worte hinzuzufügen. Ich habe wohl auch eine gewisse Legitimation dazu als alter Kommunalbeamter, der schon Wahlen mitgemacht hat nach dem Dreiklassenwahlsystem, als die Leute zur Wahlurne geschleppt werden mußten. Ich habe auch damals Leute zur Wahlurne geschleppt, als es sich darum handelte, ob die zweite Klasse in Köln von den Liberalen weiter beherrscht oder vom Zentrum geführt werden sollte. Es ist uns nach vielen Mühen gelungen, diese Klasse zu erobern, so daß das Zentrum die Mehrheit bekam.

Warum führe ich das an? Ich bin der Auffassung, daß es bei den Gemeindewahlen – die großen Städte sind auch Gemeinden – in der Hauptsache auf die Lokalarbeit ankommt. Sie dürfen die Kommunalwahl nicht etwa – und da befinde ich mich in einem gewissen Gegensatz zu Herrn Dufhues – als politische Wahl aufziehen. Das halte ich für falsch. Sie können von der Bevölkerung einfach nicht verlangen, daß sie innerhalb [von] vier Jahren drei politische Wahlen absolviert, eine für die Gemeinde, eine für das Land und eine für den Bund. Das übersteigt einfach ihr politisches Denk- und Fassungsvermögen. Da streiken sie und gehen nicht mit.

Die Gemeindewahlen müssen also lokal aufgezogen werden. Herr Dufhues hat ausgeführt, wenn man dem Wähler sagt, der Bund hat z.B. drei Milliarden für Schulbauten gegeben, so faßt der einzelne Wähler das nicht ganz. Deshalb muß man im einzelnen erläutern: Für die Stadt Dortmund wurden soundso viel Mark für den Wohnungsbau, für die Schulbauten usw. gegeben. – Das spricht den Wähler an. Das ist die klarste Rechtfertigung des Satzes, daß die Gemeindewahlen nach lokalen Gesichtspunkten durchgeführt werden sollen. Das allein interessiert doch die Leute. Dazu gehören natürlich in erster Linie geeignete Kandidaten. Das ist das Entscheidende bei der ganzen Wahl.

Frau Brauksiepe verläßt den Saal.

Nun hat uns auch die letzte Dame verlassen. – Sie haben nicht davon gesprochen, welche Aufträge von einer Gemeinde vergeben werden. Die Gemeinden sind in den meisten Fällen ein großer Auftraggeber. Und wer kriegt die Aufträge? Ich kenne doch den Kram von früher her. Früher war man vorsichtiger als jetzt. In

einer sozialdemokratisch regierten Gemeinde kriegen doch die Sozialdemokraten oder diejenigen, die es wenigstens versprechen, Sozialdemokrat zu werden, die Aufträge. Und das ist doch von sehr großer Bedeutung, auch für die kommenden Wahlen, wenn dadurch Leute sozialistisch werden, die etwas bedeuten.

Nehmen Sie etwas anderes! Ich habe in Berlin eine erschütternde Darstellung darüber bekommen, wie es unter der Lehrerschaft aussieht, wie da von sozialdemokratischer Seite gearbeitet wird. Ich war neulich in Essen auf einer Versammlung⁸³, auf der Sie leider gefehlt haben, verehrter Herr Ministerpräsident. Wir hätten Sie auch gern begrüßt bei dem Bischof Hengsbach⁸⁴. Wir haben uns lange unterhalten. Es kam zum Ausdruck, daß nur diejenigen Aussicht hätten, in Essen, aber auch in anderen Industriestädten, in der Lehrerschaft aufzusteigen, die Sozialdemokraten seien.

Wir haben mit Recht unser Augenmerk auf die großen Sachen gerichtet, aber dabei haben wir übersehen, welche große Bedeutung und Wichtigkeit gerade auch die Gemeinden auf die Dauer für die Fundierung einer Partei haben. Das haben wir vernachlässigt. Ich erinnere mich noch, mit welchem Entsetzen ich vor einiger Zeit gehört habe, daß ein führender Mann unserer Partei in meiner Gegenwart gesagt hat: Lassen wir doch die Gemeinden den Sozialdemokraten überlassen. – Das war dessen Standpunkt.

Nun weiß ich, welche Arbeit dahinter steckt, Herr Bitter. Es sollte Ihnen ja nicht der geringste Vorwurf gemacht werden, aber warum ich gerade besonderen Wert darauf gelegt habe, einmal die Frage der Kommunalwahlen auf die Tagesordnung hier zu setzen, ist doch, einen Weckruf loszulassen an unsere Partei, damit sie aktiver und rühriger wird. Dazu gehört aber auch, daß sie nun diejenigen, die ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen sind, wegbesorgt. Das gilt vor allem für diejenigen, die immer ja sagen. Herr Johnen hat in einer Versammlung einmal gesagt: In einem Kirchenvorstand kann man noch jemand lassen, der immer ja sagt, aber nicht in einer Gemeindeversammlung. – Er hat völlig recht damit. Es muß Opposition gemacht werden, und das verdammte Ja-sagen muß endlich aufhören. Das heißt natürlich nicht, daß man um jeden Preis nein sagen soll, aber man sollte auch mal eine andere Ansicht kundtun.

Im allgemeinen ist das eine Art Sanatorium für Ruhebedürftige. Ich will Ihnen einmal vorlesen, wie es aussieht, und zwar aus einer Veröffentlichung der Sozialdemokraten selbst. Von den 18 Großstädten der Bundesrepublik mit über 250.000 Einwohnern haben 16 einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister. Das ist doch schrecklich!

83 Am 18. Januar 1960. Vgl. Anm. 2.

84 Dr. Franz Hengsbach (1910–1991), katholischer Theologe; 1957–1991 erster Bischof des neugeschaffenen Ruhrbistums Essen, 1961–1978 Militärbischof, 1961 Mitgründer der Aktion Adveniat, 1988 Kardinal.

Frau Brauksiepe betritt wieder den Raum.

Frau Brauksiepe ist wiedergekommen. – Es heißt weiter: In folgenden kreisfreien Städten mit über 20.000 Einwohnern stellt die SPD außerdem das Stadtoberhaupt. Dann zählt sie sage und schreibe 76 kreisfreie Städte auf. Das sind doch schreckliche Zustände! Gerade die kommunalen Parlamente sind für die jungen Leute das gegebene Feld, auf dem sie lernen können, Politik zu betreiben, und damit sie ein Gefühl dafür bekommen. Sie sollen zunächst einmal lernen, sich in kleineren Parlamenten zu bewegen und zu sprechen. Das ist die beste Ausbildungsanstalt, die es überhaupt dafür gibt, um später im Landesparlament oder im Bundesparlament tätig zu sein.

Ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen, weil die Zeit so weit vorgerückt ist, ich möchte nur eines sagen: Ich halte es nicht für richtig, daß die Wahlen alle an einem Tag stattfinden sollen. Diese Wahlen gehen für uns schlecht aus. Wir können nicht – da hat Herr Bitter recht – mit einem Mal das nachholen, was wir jahrelang versäumt haben. Und wenn nun in den drei Ländern die Wahlen ungünstig für uns ausgehen, wird das von der SPD als ein großer Sieg für sie ausgewertet werden. (*Altmeier*: Es geht nur um eine Zeitspanne von 14 Tagen!)

Eine zentrale Steuerung halte ich nur in ganz vorsichtiger Weise für möglich. Damit kommen wir an einen entscheidenden Punkt. Wir bekümmern uns hier um die Gemeinden. Was aber tun die Landesparteien auf diesem Gebiet? Werden die Landesparteien damit einverstanden sein, daß wir uns darum kümmern, oder wird man uns nicht sagen, bleibt raus?

Wir können uns von der Bundespartei aus nur dann und wann einmal darum kümmern. Im übrigen aber sieht es vielleicht nicht ganz so schlimm aus, wie es dargestellt wird. Gestern hat Herr Scheufelen dargelegt⁸⁵, daß die Gemeindewahlen in Baden-Württemberg verhältnismäßig nicht schlecht ausgefallen sind. Von Herrn von Hassel hören wir das gleiche über Schleswig-Holstein. Es sind nur einige Gebiete, vor allem Hessen und im Ruhrgebiet, wo es besonders schlecht ist.

Deshalb wäre es vielleicht gut, wenn wir uns insbesondere auf Hessen und das Ruhrgebiet konzentrierten, damit wir dort bessere Erfolge als bisher erzielen. Ich wiederhole nochmals: Den Wahlkampf sollten wir zunächst einmal lokal führen, und zwar mit allen möglichen lokalen Sachen. Wir müssen den Wählern zeigen, was schlecht gemacht worden ist und wie es besser gemacht werden kann.

Noch ein Wort zum vorpolitischen Raum. Ich habe nichts gehört von den maßgebenden Innungen. (*Dufhues*: Die habe ich genannt, und zwar Handwerksvereinigungen usw. – *Meyers*: Sie sollen angesprochen werden!) Ich hätte gern gehört, wie die Handwerkervereinigungen auf eine solche Ansprache reagieren. (*Dufhues*: Auf die Gewerbesteuer sind sie stolz!) Die bekommen doch die Aufträge. Bitte nehmen Sie die Sache realistisch. Die Gemeindeverwaltung ist in den meisten Fällen – um es nochmals zu wiederholen – der größte Auftraggeber. Daher haben sie das ganze Heft

85 Sitzung des geschäftsführenden Vorstands.

in der Hand. Und da hineinzubrechen ist sehr schwer. Aber das muß gemacht werden, und zwar müssen wir eine öffentliche Ausschreibung verlangen. Wenn nur drei oder vier Bauunternehmen aufgefordert werden, eine Offerte abzugeben, dann wird das in irgendeiner Kommission verklüngelt. Aufgefordert werden dann todsicher nur Leute und Firmen, die der SPD angehören oder zumindest zu ihr neigen. Diese beschränkten Ausschreibungen sind das schlimmste, was es auf diesem Gebiet überhaupt gibt. Jetzt spricht der alte Oberbürgermeister! (*Heiterkeit.*) Glauben Sie mir das bitte! Ich habe da mehr Erfahrungen gemacht, als Sie vielleicht denken.

Meyers: Die Wahlen sind – jedenfalls in Nordrhein-Westfalen, aber ich nehme an, auch in den anderen Ländern – auch deshalb wichtig, weil die Mehrzahl der hauptamtlichen Beamten in den Gemeinden und Kreisen für die nächsten zwölf Jahre gewählt werden. Deshalb lohnt es sich schon, etwas Arbeit in den Wahlkampf hineinzustecken. Wir wissen gerade aus den Erfahrungen eines ehemaligen Oberbürgermeisters, wie die Leitung einer Verwaltung die Dinge beeinflussen kann, so daß wir daran erkennen können, was uns bevorstehen kann.

Eines ist am wichtigsten, das Problem der Persönlichkeiten innerhalb des Gemeinderates. Die SPD hat uns etwas abgucken. Wir haben bisher ein paar Bundestagswahlkämpfe mit dem Herrn Bundeskanzler und seiner Mannschaft geführt; in Nordrhein-Westfalen haben wir unter Karl Arnold den Wahlkampf bestritten. Nun hat die SPD auf den örtlichen Bereich abgestellt. In Köln stellt sie z.B. Herrn Burauen heraus. Das gleiche gilt für andere Städte: Essen, Bielefeld usw. Wenn ich mir da die Gegenkandidaten ansehe – ich will keine Namen nennen –, muß ich sagen, soweit ich das übersehe: Wir haben nur einen einzigen Ort, wo wir mit Aussicht auf Erfolg einen Gegenkandidaten aufstellen können. Wir von der CDU haben zuviel Aderlässe gehabt. Wir haben sehr viel Landtagsabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Minister und Ministerpräsidenten. Das ist natürlich für eine Partei ein gewaltiger Aderlaß, der sich immer nach unten hin bemerkbar macht. So war z.B. Karl Arnold auch noch Oberbürgermeister von Düsseldorf. Und wenn man durch den Kreis geht, findet man immer wieder auch Kommunalpolitiker, die auf der höheren Ebene ebenfalls tätig sind. (*Schröder:* Wie ist es mit Ihnen?) Ich nehme mich nicht aus! Es muß also örtlich gearbeitet werden.

Wir haben vom Kabinett aus den Beschluß gefaßt, von oben und nicht von unten her prüfen zu lassen, welche Gelder in die einzelnen Städte geflossen sind. Das muß dann zusammengestellt werden, wie es Herr Heck damals für jeden Wahlkreis hat zusammenstellen lassen. Dieses Material wollen wir jedem Redner an die Hand geben; dann können sie ihre Sache besser vertreten, als wenn sie nur so ganz allgemein davon reden. Wenn man z.B. sagt, 97 % der Mittel für Dortmund sind vom Bund und vom Land gekommen, dagegen hat Dortmund nur 3 % zur Verfügung gestellt, dann wird es den Leuten viel klarer, worum es geht. Wir sollten eine solche Aufgliederung von unseren Rednern bei ihren Vorträgen verlangen. Die Landesverbände sind nicht dagegen. Wir sollten einen Brief an alle Abgeordneten des Bundestages schicken und sagen, daß sie sich intensiv um ihren Wahlkreis kümmern sollen.

Dieser Dortmunder Bürgerbrief ist nur ein Beispiel, der kommt jetzt von allen Städten. Wir müssen uns jetzt etwas einfallen lassen, was wir dagegen tun können. Natürlich können wir den Kommunalwahlkampf nicht so zentral führen wie den Bundestagswahlkampf oder auch den Landtagswahlkampf. Die örtlichen Verhältnisse sind ja überall verschieden. Wichtig ist vor allen Dingen, daß wir Mittel freimachen; denn ohne Geld kann man einen Wahlkampf nicht führen.

Scheufelen: Ich möchte Ihnen etwas sagen aus der Erfahrung bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Bei uns sind die Verhältnisse sehr verschieden.

Adenauer: Darf ich Sie unterbrechen, Herr Scheufelen! Herr Krone möchte etwas mitteilen.

Krone: Wir müssen vom Bundesvorstand aus etwas sagen, nachdem der Herr Kollege Bucerus in der „Zeit“ den Rücktritt von Bundesminister Oberländer gefordert hat.⁸⁶ In einem kleinen Kreis ist ein Kommuniqué vereinbart worden, das ich Ihnen jetzt vorlesen möchte:

„Der Bundesparteivorstand der CDU befaßte sich heute u.a. mit den Vorwürfen, die im Rahmen einer allgemeinen Diffamierungskampagne gegen führende Persönlichkeiten der Bundesrepublik seit geraumer Zeit aus dem kommunistischen Raum planmäßig gegen Professor Oberländer gesteuert werden. Es wurde festgestellt, daß Bundesminister Oberländer die Aufklärung und Entkräftung dieser Vorwürfe nachdrücklich und erfolgreich betreibt.

Der Bundesparteivorstand begrüßt diese Bemühungen des Ministers und wendet sich entschieden gegen jede Hetze, die auf kommunistischem Material⁸⁷ beruht und die entlastende Tatsachen nicht berücksichtigt.“ – (*Adenauer:* Ich würde sagen, die festgestellten Tatsachen!) – Das Verfahren läuft noch. Ein Teil ist noch nicht festgestellt. – „Im übrigen wird daran erinnert, daß Minister Oberländer nach gründlicher Untersuchung ...“ (*Adenauer:* Ich würde sagen: Prüfungen!) „durch deutsche und amerikanische Stellen entlastet und bereits im Jahre 1950 vom Kabinett einer Großen Koalition in Bayern zum Staatssekretär ernannt worden ist.“

Hier ist nicht unterstellt, daß Bucerus etwa als CDU-Mitglied Hilfestellung leisten will zu den Angriffen aus dem Osten. (*Dufhues:* Welche Parteien waren an der Großen Koalition beteiligt?) Das war in München unter Einschluß der SPD. (*Zuruf:* Bei Hoegner⁸⁸!) Er ist Staatssekretär für die Vertriebenen in Bayern gewesen. (*Schröder:* Das sollte man sagen!)

Adenauer: Sind die Herren einverstanden? (*Zurufe:* Ja!) – Das Wort hat Herr Scheufelen.

86 Vgl. Anm. 39.

87 Das „kommunistische Material“ ist zusammengestellt im BRAUNBUCH, Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front. Berlin (Ost) 1968, hier S. 292–294 und S. 312f.

88 Dr. Wilhelm Hoegner (1887–1980), 1946–1970 MdL Bayern (SPD), 1954–1957 Ministerpräsident, 1961–1962 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 466 Anm. 66.

Scheufelen: Die Ergebnisse in Baden-Württemberg haben gezeigt, daß es besser ist, wenn die Wahlen ausschließlich auf Personen abgestellt sind. Wir haben dabei folgende Taktik eingeschlagen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten! (*Gradl:* Zur Geschäftsordnung!) Bitte, Herr Gradl!

Gradl: Sollte Ihre Frage, Herr Bundeskanzler, die Sie eben gestellt haben, ob wir einverstanden seien, bedeuten, daß die Aussprache damit abgeschlossen sei? (*Blumenfeld:* Ich hatte mich gemeldet!)

Adenauer: Herr Dr. Krone hatte mich gebeten, er möchte Ihnen diese Erklärung vorlesen. Damit sie noch rechtzeitig der Presse gegeben werden kann, habe ich Herrn Scheufelen in seiner Rede unterbrochen. (*Blumenfeld:* Ich wollte aber noch etwas sagen!) Dann muß man Herrn Krone, der weggegangen ist, festhalten und bitten, das nicht der Presse zu übergeben. (*Gradl:* Wir sollten doch noch einmal darüber sprechen!) – Bitte, Herr Scheufelen!

Scheufelen: Wir haben folgende Taktik eingeschlagen: In den Städten und Kreisen, wo die CDU über gute Leute verfügt, sind wir auf die reinen CDU-Listen gegangen, und wo wir nicht die entsprechenden Leute hatten, haben wir gemeinsame Listen aufgestellt, zum Teil mit der FDP, zum Teil mit den unabhängigen Gruppen. Das Ergebnis war, daß in den Kreistagen die CDU als Partei 2 % verloren hat, daß sie aber aus den kombinierten Listen eine Zunahme von 7 % erhielt, so daß wir insgesamt 5 % zugenommen haben und unseren Vorsprung gegenüber der SPD in den Kreistagen erheblich vergrößern konnten. (*Meyers:* Das weiß kein Mensch! Das müssen wir doch auch bekanntgeben!)

In Stuttgart haben SPD und CDU zugunsten der freien Wählervereinigungen etwas verloren. Wir haben den Wahlkampf nach zwei Gesichtspunkten geführt, entweder die stärkste Partei zu werden oder aber eine SPD-Mehrheit zu verhindern. Es ist uns überall gelungen, eine SPD-Mehrheit – außer in Karlsruhe, wo besonders schwierige Verhältnisse sind, auch durch die Badische Volkspartei⁸⁹ – zu verhindern. In Heilbronn hat sich die CDU gerade gehalten. In Ulm und Ludwigsburg sind wir erstmalig die stärkste Partei geworden. Auch in anderen Städten, z.B. in Eßlingen, haben wir uns gegenüber der SPD gut gehalten.

Unsere Taktik wird in Zukunft sein, daß wir in den Fällen, wo wir keine entsprechenden Leute haben, mit den Unabhängigen zusammengehen, um zu versuchen, sie zu uns herüberzuziehen, was uns bisher in einzelnen Fällen schon gelungen ist.

Die SPD ist auch auf kommunaler Ebene auf einem Niveau stehengeblieben, bei dem sie wesentlich unter dem Durchschnitt der CDU liegt. Wir sind im Gegensatz zu anderen Parteien die stärkste geblieben. An einigen Stellen haben wir uns erheblich verbessert.

⁸⁹ Zur Badischen Volkspartei vgl. die Hinweise in Stöss 2 S. 288, 749, 1214 und 1220.

Es ist auch eine Konsequenz eingetreten. Die unabhängigen Wählervereinigungen sind zum Ministerpräsidenten und zu mir als dem geschäftsführenden Landesvorsitzenden gekommen und haben gefragt, wenn ihr die Absicht habt, nur noch die im Landtag vertretenen politischen Parteien anzuerkennen, dann sagt es uns. Dann werden wir für den Landtag kandidieren und die 5%-Klausel überschreiten. Wir haben ihnen geantwortet, wir hätten die Absicht, so lange nichts gegen sie zu unternehmen, als sie nicht für den Landtag kandidierten. Sie haben uns entgegnet, daß sie ihre politische Tätigkeit in der Landtagswahl darauf beschränken wollen, die Wähler aufzufordern, zur Wahl zu gehen. (*Adenauer*: Das ist ganz vernünftig!)

Das ist unser Zustand augenblicklich. Die Landesparteileitung hat nach unseren Erfahrungen meistens nicht die Möglichkeit, in den Ortsklügel hineinzusehen. Das sind bestimmte Kreise, die einfach gute Leute nicht als Kandidaten zulassen, weil sie selber dranbleiben wollen. Darunter leiden wir sehr stark. Das ist sogar der Punkt, unter dem wir am stärksten leiden. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wenn wir mal einen guten Mann haben, kommt er tatsächlich nicht zum Zuge. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das ist ein Problem, das wir nicht lösen können, wenn wir den Landesparteien nicht die Möglichkeit geben, stärkeren Einfluß auf die Kandidatenaufstellung in den Kreisen und Gemeinden zu bekommen. Bis jetzt haben wir eine Lösung noch nicht gefunden.

Stoltenberg: Ich möchte diese Gedanken unterstreichen und darauf hinweisen, daß die geringe Wahlbeteiligung, insbesondere in den Großstädten, in der Hauptsache bei den jungen Wählern zu verzeichnen ist, weil die jungen Leute kein unmittelbares Verhältnis zum Rathaus haben. Hier liegt also noch eine Reserve, die wir bei der Wahl mobilisieren müssen. Wir müssen dafür sorgen, daß vor allen Dingen in größerem Umfange als bisher jüngere Kandidaten herausgestellt werden. In den Großstädten liegt das Durchschnittsalter der Stadtverordneten bei 60 Jahren. Diese Leute sind vielfach nicht bereit, dem Nachwuchs eine Chance zu eröffnen. Denken Sie an die Wahl des Oberbürgermeisters von München, wo die Sozialdemokraten einen 33jährigen Juristen herausgestellt haben, und zwar ist er kein Bayer, sondern ein Berliner, also ein ganz ungewöhnlicher Tatbestand.⁹⁰

Und das ist kein Einzelfall. Der Oberbürgermeister von Nürnberg⁹¹ ist 38, der von Regensburg⁹² 40 und der von Bayreuth⁹³ 42 Jahre alt. Diese jüngeren Leute bei den Sozialdemokraten kommen auch im Bundestag zur Geltung.

90 Dr. Hans-Jochen Vogel (geb. 1926), 1960–1972 Oberbürgermeister von München (SPD), 1972–1981 und seit 1983 MdB, 1972–1974 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 1974–1981 der Justiz, 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1983–1991 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1987–1991 Parteivorsitzender.

91 Dr. Andreas Urschlechter (geb. 1919), 1957–1987 Oberbürgermeister von Nürnberg (SPD).

92 Rudolf Schlichtinger (geb. 1915), 1947–1960 MdL Bayern (SPD), 1959–1978 Oberbürgermeister von Regensburg.

93 Hans Walter Wild (geb. 1919), 1958–1988 Oberbürgermeister von Bayreuth (SPD).

Wir haben davon gehört, daß die Sozialdemokraten seit 1945 eine ganz systematische Personalpolitik betrieben haben, wodurch sie einen ungeheuer großen Einfluß überall ausübten. Auch wir müssen dafür sorgen, daß wir unserer Personalpolitik im Verwaltungssektor und im kommunalen Bereich viel mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher. Heute ist es so, daß wir, wenn wir einen Posten besetzen müssen, nicht die entsprechenden Leute zur Verfügung haben. Im übrigen herrscht bei uns die Vorstellung, daß wir immer einen Mann aus dem Ortsbereich nehmen müssen.

Wir müssen unsere Personalpolitik zentralisieren. Wir sollten ein besonderes Referat für Personalpolitik innerhalb der Partei einrichten, und zwar in der Bundespartei, d.h. in der Bundesgeschäftsstelle. Auch die Landesverbände müssen sich dieser Aufgabe viel mehr als bisher widmen.

Ich habe gehört, daß der sozialdemokratische Innensenator in Berlin die 30 Assessoren, die jährlich in die Verwaltung von Berlin übernommen werden, nach einem bestimmten Quotensystem einstellt, und zwar 15 Sozialdemokraten, 5 CDU-Leute und 10 Parteilose, weil die Sozialdemokraten von den Studenten her diese Stellen allein nicht besetzen können. Man sagt den Leuten, daß sie Chancen hätten, in den Berliner Senat zu kommen, wenn sie sich der SPD anschließen. Aus dieser Schule kommt auch Herr Vogel, der in München Oberbürgermeister werden soll.

Das ist also eine Entwicklung, die auf lange Sicht gesehen werden muß. Unsere Versäumnisse in der Vergangenheit werden wir demnächst zu spüren bekommen. Der geschäftsführende Vorstand sollte sich mit dieser Frage sehr eingehend befassen und prüfen, ob in der Bundesgeschäftsstelle und in den Landesverbänden diese Personalpolitik systematisch betrieben werden kann.

Adenauer: Meine Herren! Ich bin übrigens mit 41 Jahren Oberbürgermeister von Köln geworden. – Das Wort hat Herr Meyers.

Meyers: Das Zentrum war bekannt dafür, daß es eine gute Personalpolitik betrieben hat. In der CDU ist es nicht ganz so. Herr Stoltenberg hat mir aus der Seele gesprochen. Ich habe schon vor Jahren eine zentrale Mitgliederkartei und Personalkartei verlangt. Ich habe das nicht aus dem blauen Himmel her gesagt, sondern der Herr Bundeskanzler hat mich im Herbst 1956 nach Italien zur Democrazia Cristiana geschickt. Dort konnte ich an der Zentrale einfach fragen, was die Partei z.B. in Messina für Leute hatte. Der betreffende Herr schlug nach und konnte sofort sagen: Den und den haben wir dort. (*Fay:* Stehen auch die „Flügel“ drin?) Man weiß in Italien, wer zu welchem Flügel gehört.

Also, dort hat man sehr leicht die Möglichkeit, aufgrund dieses zentralen Systems irgendeinen Posten mit dem richtigen Mann zu besetzen, während es bei uns außerordentlich schwierig ist, für einen Posten den richtigen Mann zu bekommen. Ich darf daran erinnern, wie schwierig es ist, einen geeigneten Kandidaten für den Posten des Oberstadtdirektors in Mönchengladbach zu finden. Das gleiche gilt auch für die Posten von Regierungspräsidenten. Das können wir nur erreichen, wenn wir eine zentrale Personalpolitik betreiben.

Schmitz⁹⁴: Ich habe etwas Herzklopfen bei meinem Diskussionsbeitrag, weil ich mich in einigen Passagen sicher in einen Gegensatz zu der Auffassung des Herrn Bundeskanzlers setze. (Adenauer: Ich werde Ihnen schon antworten!)

Wir dürfen bei der Analyse der letzten Wahl und bei der Prognose für die kommende Wahl nicht unterlassen, daran zu denken, daß wir es mit einer breiten Masse von klugen und politisch gebildeten Wählern zu tun haben. (Adenauer: Wo?) In Köln und in der ganzen Bundesrepublik. Es ist sicher weltbekannt, daß aus Köln kluge politische Leute kommen. Es ist auch überall bekannt, daß es in Köln z.Z. des Nationalsozialismus kluge politische Widerstände gegeben hat, und zwar mehr als in irgendeiner anderen Stadt. Es ist ebenso bekannt, daß keine andere Stadt in der Bundesrepublik kontinuierlich drei Bundestagsmandate in direkter Wahl und sechs Landtagsmandate erobert hat. Weder in Dortmund noch in Bochum ist das passiert.

Ich will damit beweisen, daß der Ausgang der Kommunalwahlen bei uns eine rein politische Entscheidung ist. Aufgrund der Analyse der letzten Wahl kann man wohl mit Recht behaupten, daß der Ausgang der Kommunalwahlen 1956 eine politische Entscheidung gegen die CDU gewesen ist. (Adenauer: Zeigt das denn, daß es in Köln soviel kluge Politiker gibt? – Heiterkeit.) Ich versuche ja, das zu beweisen. (Zuruf: Komischer Beweis!) Wir hatten im Jahr 1956 eine Situation, die nicht im politischen Gefühl der Bürgerschaft verankert war. Es war nicht klar auf unserer Seite, daß der Entwurf des Wahlgesetzes nicht dem Übermut der CDU entsprungen ist, sondern einer klugen politischen Überlegung. (Lebhafte Unruhe. – Zurufe: Was heißt das? – Sie müssen sich klar ausdrücken!) Aber die Bürgerschaft hat das als Übermut der CDU empfunden, und sie hat uns dafür die Quittung gegeben. Wir hatten es im Jahre 1956 nicht so klar formuliert, wie es heute formuliert ist.

Im Jahre 1956 war noch eine große Ungeduld vorhanden, weil die Rentenreform noch nicht verabschiedet war. Das hat sich selbstverständlich auch auf den Wahlausgang ausgewirkt. Aus dieser Erkenntnis heraus bitte ich, diesmal in Bonn darauf Rücksicht zu nehmen (Zuruf: Worauf?) Es stehen einige Gesetze zur Diskussion, die wirklich im Bewußtsein des Wählers verankert sind. Ich bitte darum, daß das Wohnungsbaugesetz⁹⁵ frühzeitig verabschiedet wird. Ich bitte weiter darum, daß die Diskussion um die Krankenversicherungsreform beendet wird, und zwar positiv im Sinne des Vorschlages der Bundesregierung.

Herr Minister Duffhues hat davon gesprochen, daß die Aufstellung der Kandidaten nach Möglichkeit zentral beeinflußt werden soll. Wenn diese zentralistische Willensäußerung günstig erscheint, dann soll man das aber auch auf andere Gebiete übertragen. Es ist eben ein großer Katalog von Vorschlägen gemacht worden. Darf

94 Heinz Schmitz (1909–1991), Kaufmann; seit 1954 Vorstandsmitglied der CDU Rheinland, 1956–1961 Stadtverordneter in Köln, 1960–1966 und 1968–1970 MdL NW.

95 Entwurf eines Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht vom 6. August 1959. BT-Drs. 1234. Gesetz vom 23. Juni 1960 – BGBl I S. 389.

ich Ihnen sagen, ohne überheblich sein zu wollen, daß wir trotz unserer Minderheit im Rathaus der Stadt Köln wirklich die Politik bestimmen, und zwar dadurch, daß wir sehr energisch arbeiten.

Es ist auch davon gesprochen worden, daß wir Bürgerversammlungen abhalten sollen. Das tun wir seit Jahren. Darüber hinaus haben wir ungefähr zehnmal die Bürger zu einem offenen Gespräch mit der Fraktion ins Rathaus geholt. Ich glaube, das sind Aktionen, die sich auch andere Rathäuser zu eigenen machen sollten.

Mit der Gewerbesteuer haben Sie völlig recht, Herr Bundeskanzler! (*Adenauer*: Davon habe ich doch gar nicht gesprochen, sondern Herr Dufhues! – *Lebhaftige Heiterkeit*.) Entschuldigen Sie bitte! Bei der Gewerbesteuer wollen wir vor allem hinsichtlich des Mittelstandes eine gute Politik betreiben. Darüber müssen wir noch einmal sprechen.

Ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten dafür dankbar, daß er zu Sportveranstaltungen gekommen ist. Diese Sportveranstaltungen bieten uns die Möglichkeit, die Politiker unter die Volksmassen zu bringen. Die Sportveranstaltungen wurden bisher nur von der Prominenz der SPD besucht. Und so, Herr Bundeskanzler, kann ich mich auch bei Ihnen bedanken, daß Sie liebenswürdigerweise – ich hoffe, Sie wissen von Ihrem Glück – die Patenschaft über die Weltmeisterschaft im Segelfliegen⁹⁶ in Köln übernommen haben. (*Unruhe und Bewegung*. – *Schröder*: Das ist ein tolles Ding! – *Meyers*: Das ist für einen Politiker sehr gut! – *Fricke*: Das soll aber nicht heißen, daß der Bundeskanzler fliegen soll! – *Heiterkeit*.)

Es ist z.Z. gar nicht so leicht, die große Mittelstandspolitik anzusprechen. Das gehört sicherlich nicht hierher, ich darf aber auch hier ohne Überheblichkeit sagen, daß im Landesverband Nordrhein ein Mittelstandsausschuß funktioniert, aber nicht nur auf dem Papier, wie in manchen anderen Landesverbänden, sondern wir können mit Zahlen aufwarten.

Dufhues: Ich habe Köln ausdrücklich herausgenommen, als ich einzelne Städte nannte, die sehr schlecht gewählt haben. Herr Schmitz hat darauf hingewiesen, wie erfolgreich die CDU-Fraktion in Köln als Minderheit die Kommunalpolitik beeinflußt hat. Dazu kann ich Sie nur beglückwünschen, darf Ihnen aber aus meinen Erfahrungen heraus sagen, daß Sie in Köln noch erfolgreicher als Mehrheitsfraktion wirken könnten, auch dann, wenn Sie den Oberbürgermeister stellen! (*Heiterkeit und Zurufe*: Sehr richtig!) Das ist übrigens ein Amt, das in Köln nicht ohne Geschick durch Herrn Buraun für die SPD verwaltet wird.

Meine Bitte geht dahin, daß Köln den Versuch unternimmt, wieder eine Mehrheitsfraktion der CDU zu bekommen; denn dann werden Sie Ihre Auffassung noch besser als bisher durchsetzen können. Ich möchte nicht dahin verstanden werden, daß ich für eine völlig zentralisierte Durchführung des Wahlkampfes plädiert habe. Das wird nicht so leicht möglich sein. Wenn ich von einer zentralen Steuerung gesprochen habe, dann

96 Vom 4. bis 18. Juni 1960 in Köln. Vgl. FAZ vom 3. Juni und 20. Juni 1960.

meinte ich das nur insoweit, als man die Kreise und Gemeinden nicht allein lassen soll, d.h., die Vorstände der Landesverbände sollen sich stärker als bisher um den Kommunalwahlkampf kümmern.

Herr Bundeskanzler! Ich stimme Ihnen zu, daß beim Kommunalwahlkampf in erster Linie die lokalen Fragen, wie Auftragsvergebung usw., eine Rolle spielen müssen. Nur bei einzelnen Fragen wird es sich nicht vermeiden lassen, die Bundespolitik einzuschalten. Wir haben diese Fälle im Jahre 1956 bei der Wehrfrage, der Rentenreform usw. gehabt. Wir werden auch während des Kommunalwahlkampfes möglicherweise auf Schwierigkeiten stoßen bei der Kriegsopferversorgung, bei der Krankenversicherung usw. Hier sollte sich die Bundespolitik klärend einschalten und positive Vorschläge machen, um solche Schwierigkeiten zu vermeiden, die sich bei diesen Auseinandersetzungen ergeben können.

Von Hassel: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir können, ehe wir zum Tagesordnungspunkt „Bundestagswahlen“ übergehen, noch zwei Fragen zur Kommunalpolitik Rechnung tragen. Wir sind in Schleswig-Holstein bei der Kommunalwahl im vergangenen Herbst mit der Neugestaltung des Wahlgesetzes⁹⁷ vorangegangen. Dieses Wahlgesetz hat sich, wie ich glaube, außerordentlich gut bewährt. Wir haben durch den Zwang, daß nur noch politische Parteien, die im Landtag oder im Bundestag vertreten sind, eine Liste aufstellen können, immerhin dreieinhalbtausend neue Leute gewonnen, und zwar solche, mit denen man etwas anfangen kann. Dieses Gesetz ist im Landtag durch die CDU und die SPD gegen die kleinen Parteien verabschiedet worden. Interessant ist nun, daß die niedersächsische Regierung, bestehend aus SPD, FDP und BHE, fast das gleiche Gesetz vorgelegt hat.⁹⁸

Wir haben uns bemüht, in Schleswig-Holstein eine zentrale Personalkartei aufzumachen. Herr Bundeskanzler! Ich bin dankbar, daß das hier zur Sprache gekommen ist. Wir sollten am Montag noch einmal den Faden aufnehmen. Bei uns ist es leider noch so, daß wir nur einen Bürgermeister präsentieren können, wenn seine Vorfahren mindestens drei Generationen lang an dem betreffenden Orte gelebt haben. Wir müssen aber sagen können: Holen Sie sich einen qualifizierten Mann, auch wenn er von außerhalb kommt. In Niedersachsen hat Herr Kopf drei qualifizierte Staatssekretäre der CDU herausgeschmissen.⁹⁹ Wie mir gesagt worden ist, ist es nur in einem Falle gelungen, den Betreffenden wieder unterzubringen, während es bei den beiden anderen nicht möglich gewesen ist.

97 Vgl. Nr. 10 Anm. 128.

98 Niedersächsischer Landtag, LT-Drs. 93 (Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes vom 12. November 1959). Das im März 1960 verabschiedete Gesetz wurde am 26. August 1960 erneut geändert und erlaubte den sog. Rathausparteien die Teilnahme (vgl. FAZ vom 28. August 1960).

99 Hierbei handelte es sich um den Leiter der Staatskanzlei, Richard Skiba, den Staatssekretär im Innenministerium, Eberhard Westerkamp, und den Staatssekretär im Kultusministerium, Dr. Paul Berning. Vgl. „Die Welt“ vom 18. Juni 1959.

Deshalb sagen die leitenden Beamten: Wenn wir bei der SPD wären, würde uns so etwas nicht passieren, denn die SPD würde uns schon irgendwo unterbringen, und wenn es nur bei einer Volksbücherei wäre, aber nachher bekämen wir doch wieder einen guten Posten. Wenn also die Beamten sehen, daß wir uns um sie kümmern und daß wir sie fördern, dann werden sie zu uns kommen und mit uns halten. Wenn wir aber, wie es in Hannover geschehen ist, unsere Leute nicht unterbringen können, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Leute sagen: Bei der CDU hat es keinen Zweck; sie ist nur gut beim Sonnenschein, sobald es aber einmal trübe wird, werden wir von ihr im Stich gelassen. Es ist einfach notwendig, sich von dem Gedanken zu lösen, daß wir für Kiel nur einen Mann aus Kiel nehmen können. Man muß einen leitenden Beamten, wenn er qualifiziert ist, doch auch von einem anderen Ort übernehmen können.

Ein weiteres Beispiel! Während des Kommunalwahlkampfes im Jahre 1956 wurde mir vom Oberbürgermeister in Essen¹⁰⁰ ans Herz gelegt, ich solle nur nicht über heiße Eisen sprechen, z.B. nicht über die Wehrfrage. Die jungen Leute in Essen wollten davon nichts wissen; auch nicht über die Rentenreform sollte ich sprechen. Essen sei eine Stadt der Rentner usw., andernfalls ginge die Wahl dort schlecht aus. Nun weiß ich nicht, worüber man reden soll, wenn man diese wichtigen Probleme nicht ansprechen kann. (*Meyers*: Die Quittung haben wir bekommen; wir haben in Essen die Wahl verloren!) Wenn ich diese Themen angeschnitten hätte, dann weiß ich nicht, was man mir nachher vorgehalten hätte. Ich bin dann gefragt worden, was das für eine komische Geschichte gewesen sei. Ich habe dann erwidert, daß dies mit der Vorgeschichte zusammenhänge.

Adenauer: Frau Brauksiepe! Wozu wollten Sie sprechen? (*Brauksiepe*: Zur Kommunalwahl!) Bitte sehr!

Brauksiepe: Wir haben uns in den letzten Jahren davon überzeugen müssen, daß die Frauen bei den Wahlen ansprechbar sind, wenn Persönlichkeiten herausgestellt werden, die etwas tun und von denen sie überzeugt sind, daß sie wirklich etwas leisten. Das ist aber nur möglich, wenn der Name und die Arbeit des Kandidaten bekannt sind. Ich bitte auch, einmal zu überlegen, wie stark der Erfolg bei den Kommunalwahlen davon abhängig ist, wenn tüchtige Frauen als Kandidaten aufgestellt werden, die in der Gemeinde etwas leisten.

Wir haben in manchen Industriestädten den Erfolg gesehen, daß eine einzige Stadtverordnete, weil sie eben für die einzelnen Menschen etwas getan hat, auch die Stimmen der bisher uninteressierten Wähler bekommen hat. Bei den Kommunalwahlen kann die weibliche Kraft, die Stadtverordnete, durchaus ihren Posten voll und ganz erfüllen, während wir bei der Bundestagswahl sehr vorsichtig sein müssen mit den Frauen, die wir anzubieten haben. Manchmal – nehmen Sie es mir nicht übel,

100 Dr. Hans Toussaint (1902–1977), 1949–1956 Oberbürgermeister von Essen (CDU), 1947–1958 MdL NW, 1957–1965 MdB.

wenn ich überspitzt formuliere – überlege ich mir, wie denn eine Frau, die wir von der CDU anbieten, um allen zu gefallen, aussehen muß.

Sie muß aussehen wie ein Mädchen und auftreten wie eine Lebedame; sie muß einen Kopf haben wie ein Mann und arbeiten wie ein Pferd. (*Lebhaftes Heiterkeit und Bewegung.*) Das kann doch eine Frau gar nicht!

Wir müssen also Frauen in den Gemeindeparlamenten haben. Die Jugend und die Jungarbeiterinnen müssen angesprochen werden. Die Arbeiterin ist nicht auf den Kopf gefallen; sie weiß genau, was los ist. Die SPD wirbt in den Betrieben mit sehr einfachen Worten – ohne Fremdwörter – bei diesen Arbeiterinnen. Auch wir sollten, um sie anzusprechen, über dieses Vorfeld gehen. Es gehört mit zur Aufgabe der Frau, die wir als Kandidatin bei den Kommunalwahlen aufstellen, die Jungarbeiterinnen wachzuhalten, daß sie uns am Tage der Entscheidung ihre Stimme geben. Gerade zu dem oft gehörten Einwand, es sei egal, wer in einem Rathaus die Arbeit macht, kann eine Frau sehr deutlich machen, welcher Unterschied es ist, ob diese oder jene Gruppe zu Schulfragen, Sozialfragen usw. Stellung nimmt und die Arbeit leistet.

Zusammenfassend darf ich sagen: Wenn Sie die Kommunalwahlen vorbereiten, bedenken Sie bitte, daß einzelne populäre Frauen gerade in einem Stadtviertel durchaus eine gute Werberin für unsere Sache sein können. Bei der großen Wahl sind die Dinge wesentlich anders. (*Beifall.*)

Krone: Herr Bundeskanzler! Ich hatte an sich nichts mehr zu erklären.

Adenauer: Es ist so, Herr Krone, als Sie eben weggegangen waren, wurde von den Herren Blumenfeld und Gradl darum gebeten, noch einmal auf die Sache Oberländer zurückzukommen.

Krone: Dann sollen die Herren sagen, was sie zu sagen haben.

FALL OBERLÄNDER

Blumenfeld: Sowohl der Form wie auch der Begründung nach kann ich dieser Erklärung meine Zustimmung nicht geben; der Form nach nicht, weil es heißt, die Angelegenheit sei im Bundesparteivorstand beraten worden. Ich habe, obwohl ich heute früh ein Stichwort in dieser Richtung gegeben habe, von einer Beratung hier nichts gehört. Es hat vielleicht Einzelbesprechungen gegeben, aber eine Beratung im Parteivorstand, die diese Frage wegen ihrer Problematik zweifellos bedurft hätte, hat nicht stattgefunden, Herr Krone! Deswegen meine ich, daß man nicht ein Kommuniké herausgeben und sagen soll, wir hätten es beraten.

Zur Begründung! Ich bin der letzte, der meinem Freund Bucerus bescheinigen würde, daß er mit dem Artikel in der „Zeit“ im Sinne der CDU klug gehandelt hätte. Das gilt aber auch für die Gesamtverantwortung, die mit dieser Frage angesprochen wird. Ich meine, daß Bucerus diese Frage nicht ohne Rücksprache mit der Fraktionsführung bzw. mit dem Regierungschef so in die Öffentlichkeit hätte bringen dürfen.

In der Erklärung bringen Sie, obwohl Sie am Schluß das mündlich korrigiert haben, Bucerus in eine allzu enge Verwandtschaft zur kommunistischen Propaganda. (*Krone*: Nein, Nein! Das ist sehr bedächtig gehalten!) Es geht hier nicht um die Dinge, die aufgeklärt werden sollen durch das Komitee der Widerstandskämpfer in Holland. Das hat Bucerus in seinem Artikel, soweit ich ihn in Erinnerung habe, ausdrücklich ausgenommen, sondern es geht – ich möchte das ganz offen unter uns Freunden sagen – um die Fehler, die wir eventuell in der Vergangenheit begangen haben, als wir den über die FDP und den BHE zu uns gestoßenen Herrn Oberländer in die Partei aufgenommen haben. Das ist vor fünf oder sechs Jahren geschehen. Ich weiß, daß eine ganze Reihe von Freunden mir zustimmen werden, wenn ich sage, daß ich dies heute mehr als damals bedaure, daß Herr Oberländer – gegen den ich persönlich und menschlich nichts einzuwenden habe – seinerzeit als Minister zu uns gestoßen ist und daß er nun in einer so verantwortlichen politischen Funktion als Bundesminister verharrt.

Bucerus hat in seinem Artikel etwas angesprochen, was – darüber müssen wir uns völlig klar sein – ihm im Inland und im Ausland so ausgelegt wird, daß es heißt: Welchen Weg gehen die deutschen Politiker? Hierbei will ich gar nicht davon sprechen, ob diese Fragestellung berechtigt ist oder nicht, oder daß diese Menschen etwa in den Fehler verfallen könnten, letzten Endes zu sagen: Was kommt hinter dem Bundeskanzler, wohin geht Deutschland?

Sie wissen, daß mit dieser ganzen Problematik, die in den jüngsten Wochen aufgerollt worden ist, etwas sehr eng verknüpft ist, was auch der Herr Bundeskanzler als einer der besten Kenner der Nuancen im Ausland mir bestätigen wird, daß nämlich das uns befreundete Ausland in den letzten Monaten, zunächst unmerklich, aber dann doch in seiner Gesamtheit deutlich werdend, zu einer negativen Einstellung gegenüber der Bundesrepublik gekommen ist. Das hängt mit der Gesamtproblematik der Ost-West-Spannung und der außenpolitischen Lage zusammen.

In diesem Augenblick ist es natürlich unseren Gegnern, aber auch unseren sogenannten Freunden im Ausland ganz passend, daß sie auf gewisse Dinge in Deutschland hinweisen können, die ihnen ihre Begründung für ihre Entfernung von uns leichtmachen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir uns zwar vor den Menschen, die Person und die sachkundige Leistung, die Herr Oberländer als Minister vollbracht hat, zu stellen haben – das ist ganz selbstverständlich –, aber wir müssen uns fragen, ob eine Persönlichkeit, die in den Jahren vor 1933 und dann von 1933 bis in die Kriegsjahre hinein in einer führenden und ideologisch immerhin stark exponierten Position, insbesondere hinsichtlich der Ideologie gegenüber dem Osten, des Nationalsozialismus gestanden hat, in dem Bundesministerposten für Vertriebene noch möglich ist und weiterhin tragbar ist.

Das müssen wir überlegen als CDU, als Partei, für unsere ganze Fundierung. Ich weiß, daß Sie mir sagen werden: Es sind Dinge passiert, ob sie richtig waren oder nicht, sie sind nun einmal geschehen, und wir müssen sie als Fakt annehmen und mit den Dingen fertig werden; die Zeit wird schon das Ihrige tun, um diese

Wunden zu heilen. Es gibt ein anderes Argument, das besagt, ihr dürft diese vielleicht gerade vernarbten Wunden nicht wieder aufreißen, weil dann der ganze Krach unter Umständen neu entfacht wird.

Ich bin der Meinung, daß wir uns mutig zu unserer Sache und zu unserer eigenen Überzeugung, die wir als CDU immer vertreten haben gegenüber der unglückseligen Vergangenheit, zu stellen haben und daß hier eine Situation entstanden ist, die wir sehr sorgfältig prüfen müssen, und zwar wegen der – soweit ich sie noch im Ohr habe – in der Erklärung vorgebrachten Gründe, die menschlicher und politischer Natur sind.

Ich wiederhole: Wir sollten uns im Augenblick vor Oberländer stellen, sollten aber die grundsätzliche Entscheidung treffen, daß dieser Mann in Zukunft nicht mehr Bundesminister in einer CDU-Regierung sein kann. Das ist meine persönliche Auffassung, die ich Ihnen so offen sage, weil ich meine, daß wir hier in diesem verantwortlichen Gremium der Partei ein offenes Wort unter Freunden zu dieser Frage sagen müssen. Ich meine, daß natürlich eine Lösung gefunden werden muß, die es Herrn Oberländer ermöglicht, von sich aus die Konsequenzen zu ziehen. Die Form dafür muß ebenfalls gefunden werden, aber es muß so geschehen, daß wir uns über kurz oder lang von Herrn Oberländer trennen. Das ist meine Auffassung!

Adenauer: Meine Damen und Herren! Der Artikel, den Herr Bucerius geschrieben hat, ist auch insofern häßlich, als er sagt – wenn ich mich nicht irre –, Herr Oberländer soll noch bis zum 1. Mai im Amt bleiben, aber keinen Dienst mehr tun; dann sei er pensionsberechtigt. Und das finde ich so häßlich wie nur etwas. Wenn er aus einer inneren Überzeugung heraus gesagt hätte: Der Mann muß weg! – gut, dann kann man darüber sprechen, aber zu sagen, er soll Minister bleiben, bis er pensionsberechtigt ist, das ist doch geradezu abscheulich. Das ist eine Schädigung der Partei, die ich dem Herrn Bucerius außerordentlich übelnehme, wie überhaupt – das sage ich ganz offen und frei – der Herr Bucerius als Mann, der Millionen an seiner Illustrierten verdient, eine schwere Belastung unserer gesamten Partei ist. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Er hat unserer Partei dadurch mehr geschadet, als uns Herr Oberländer jemals geschadet hat. Gerade der Herr Bucerius hätte am ehesten den Mund zu halten und nicht so etwas tun sollen. Er hätte auch als Parteimitglied soviel Vernunft haben müssen, daß er entweder mit dem Fraktionsvorsitzenden oder mit mir als dem Chef der Regierung vorher ein Wort gesprochen hätte, ehe er so etwas macht.

Er bringt auch den Herrn Schröder – es ist dem Herrn Schröder sehr unangenehm – und den Herrn Globke hinein.¹⁰¹ Das ist auch Herrn Globke sehr unangenehm. Mit welcher Liederlichkeit dieser Artikel geschrieben ist, können Sie daraus ersehen, daß es dort heißt: Herr Globke sei seit 1949 Staatssekretär. Das ist gar nicht wahr. Er muß genau wissen, daß Herr Lenz vorher Staatssekretär gewesen ist. Herr Globke ist also der Nachfolger von Herrn Lenz. So ist das Ganze dahingehauen.

101 Vgl. Anm. 39.

Stellen Sie sich bitte einmal vor, wie wir vor unserer Partei dastehen, wenn wir einen Mann in diesem Augenblick fallenlassen, wo er sich aus freien Stücken – auch das wird ihm von Bucerius angekreidet – einer ausländischen Kommission zur Untersuchung stellt. Es sind fünf Leute, soviel ich weiß ein Holländer, ein Norweger, ein Däne, ein Belgier und ein Franzose, wovon die meisten jahrelang in einem Konzentrationslager gesessen haben. Das hätte Herr Bucerius auch schreiben sollen, daß es Ausländer sind, die von den Nationalsozialisten aufs schwerste geschädigt wurden, von denen man annehmen kann, daß sie scharf prüfen, ob er schuldig ist oder nicht.

Herr Krone hat eben verlesen, daß Herr Oberländer Staatssekretär in Bayern unter dem sozialdemokratischen Innenminister Hoegner gewesen ist. Wir haben ihn nicht übernommen des Herrn Oberländer wegen, sondern wegen des BHE. Das weiß jeder. Als damals der BHE auseinander ging, haben wir ihn übernommen aus allgemein politischen Gründen.

Es wäre nicht gut – ich bitte die Herren Gradl und Blumenfeld, das einmal zu überlegen –, wenn wir in diesem Augenblick nichts für den Mann täten. Das fällt in das Kapitel, von dem wir eben bei den Kommunalwahlen gesprochen haben, in der schwersten Weise hinein. Es wurde gesagt: Wir tun für unsere Leute nichts! Wenn Sie wüßten, meine Herren, wie gering unser Ansehen bei der Beamtenschaft ist! Die Beamten sagen: Von der CDU haben wir ja doch nichts. – Wäre der Herr Oberländer zur SPD übergegangen, dann wäre er ein ganz großer Mann! (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Ihre Bemerkung, Herr Blumenfeld, daß unser Ansehen im Ausland stark gelitten habe, ist nicht zutreffend. Ich habe während des Essens einen Blick in die Zeitungen getan. Da steht, daß man gar nicht wisse, wie es mir gelungen sei, die Italiener für unseren Standpunkt zu gewinnen. De Gaulle haben wir auf unserer Seite. Mit England geht es auch einigermaßen. Mit Eisenhower stehe ich ausgezeichnet, auch mit Nixon, dem Demokraten Johnson¹⁰² usw. Ich kann also in keiner Weise zugeben, daß unser Verhältnis da getrübt sei.

Wenn ich jetzt – bitte, Herr Blumenfeld, überlegen Sie das einmal – einen Bundesminister aufgrund eines solchen Artikels fallenlasse, dann ist das doch ein ganz offenes Bekenntnis – so würde es auch im Ausland gewertet –, daß wir einen Mann, der ein Nazi war, der schwere Schuld auf sich geladen hat, als Bundesminister gehabt haben. Das wäre doch politisch – ich sehe von allem Menschlichen einmal ab – ein nicht wiedergutzumachender Fehler. Deshalb kann ich nur dringend davor warnen.

Nun weiß ich nicht, ob Sie etwas geändert haben, Herr Krone? (*Krone*: Nein!) Wollen Sie es bitte noch einmal vorlesen! – Bitte, Herr Gradl!

¹⁰² Lyndon Baines Johnson (1908–1973), amerikanischer Politiker (Demokrat); 1937–1949 Abgeordneter im Repräsentantenhaus, 1949–1961 Senator von Texas (ab 1953 Fraktionsvorsitzender der Demokraten im Senat), 1961–1963 Vize- und 1963–1969 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 923 Anm. 13.

Gradl: Das ist doch eine sehr heikle Sache, insbesondere deshalb, weil keiner der Beteiligten anwesend ist. Darum ist es auch einigermaßen peinlich, darüber zu sprechen. Es wäre angenehmer, wenn Oberländer und Bucerus hier wären. Trotzdem will ich meine Meinung, wenn auch nur kurz, zu der Sache sagen. Ich habe Herrn Oberländer aus einem bestimmten Anlaß bereits Ende Oktober oder Anfang November geschrieben.¹⁰³ Er weiß, was ich denke, und ich sage das hier nicht hinter seinem Rücken.

Es ist bedauerlich – das will ich vorwegschicken –, daß Herr Bucerus diesen Weg gegangen ist. Wenn Sie es nicht gesagt hätten, Herr Bundeskanzler, dann hätte ich es gesagt. Das mindeste, was man von der Kameradschaft in einer Partei verlangen darf, ist doch folgendes, wenn jemand einen schweren Angriff gegen einen anderen aus den eigenen Reihen zu richten beabsichtigt, daß er a) zu ihm hingehet, ehe er die Sache an die Öffentlichkeit bringt, b) daß er zu der Führung dieser Gemeinschaft geht und ihr die Sache vorlegt und sagt: Ehe ich nach draußen gehe, möchte ich nicht verfehlt haben, hier im engen Kreis diese Sache zu klären. Und das werfe ich Herrn Bucerus vor, daß er das unterlassen hat. Wir wären vielleicht viel weiter bei der Erörterung dieses Themas, wenn Bucerus diesen Artikel nicht geschrieben hätte.

Was die Sache angeht, so möchte ich auf folgendes hinweisen. Wir tun nicht das Richtige, wenn wir uns hier nur darauf stützen, daß Herr Bucerus diesen Angriff gestartet hat. Machen Sie sich nichts vor! In der Fraktion ist bei vielen Leuten ein Empfinden, das dem entspricht, was Herr Bucerus – nicht in Einzelheiten, aber in der Tendenz – geschrieben hat. Das ist also nicht so einfach aus der Welt zu schaffen dadurch, daß wir jetzt eine Erklärung abgeben, die auf dem Angriff basiert, den Herr Bucerus geschrieben hat.

Was man nach meiner Meinung kritisch zu Herrn Oberländer sagen kann, beruht nicht auf den Vorwürfen, die die Kommunisten gegen ihn erheben. Davon glaube ich kein Wort, solange es nicht exakt bewiesen ist. Es geht auch nicht darum – das soll ja eine Rolle gespielt haben –, daß er einmal zur Feldhermhalle marschiert ist. Damals war er noch ein junger Mann. Und nach dem Ersten Weltkrieg haben wir jungen Leute in unserem nationalen Kummer verschiedene Wege gewählt, der eine so, der andere so. Daraus würde ich ihm niemals einen Vorwurf machen. Was Herrn Oberländer politisch – nicht menschlich – belastet und was wir ernst nehmen müssen, ist aber, daß er in der Zeit nach 1933 in der Apparatur des nationalsozialistischen Regimes keine gleichgültige Position gehabt hat und daß er die Ideologie und die Politik, die uns dann z.B. den deutschen Osten gekostet hat, durch seine praktische Arbeit aktiv unterstützt hat als Reichsführer des Bundes Deutscher Osten oder wie es hieß.¹⁰⁴

103 Am 26. Oktober und 2. November 1959 (ACDP I-294-074/1).

104 Oberländer war von 1934 bis 1937 Leiter des Bundes Deutscher Osten (Erich STOCKHORST: Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich. Velbert-Kettwig 1967 S. 310f.). Zum BDO vgl. DAS GROSSE LEXIKON DES DRITTEN REICHES. Hrsg. von Christian Zentner und Friedemann Bedürftig. München 1985 S. 96.

Ich behaupte nicht, daß er das nicht nach bestem Wissen und Gewissen damals getan hat. Ich lege Wert darauf, hier festzustellen, daß das, was ich an ihm kritisiere, gar nichts mit dem Menschen Oberländer zu tun hat, sondern was seine Belastung ausmacht ist politisch, daß er nämlich heute in einer Regierung sitzt, die sich mit der Liquidation dieser furchtbaren Politik von damals zu befassen hat und die versucht, der Welt glaubhaft zu machen, daß diese Deutschen eben anders sind als das, was unter deutschem Namen aufgetreten ist.

Es ist eine Belastung, daß in dieser Regierung ein Mann eine maßgebende Position hat, der damals – ich betone noch einmal, nach bestem Wissen und Gewissen – die verderbliche Politik des Nationalsozialismus aktiv betrieben hat. Das ist das politische Faktum, das nach meiner Meinung die Belastung im Falle Oberländer darstellt und mit der wir uns verantwortlich auseinandersetzen haben. Ich hätte nur gewünscht, daß das nicht durch eine solche Sache wie diese Attacke des Herrn Bucerus veranlaßt worden wäre. Es bleibt die Frage, was kann man jetzt tun. Sie werden sicher sagen: Du hast gut reden, aber was soll geschehen nach deiner Meinung? Es ist verdammt schwierig, gerade dadurch, daß der Fall jetzt so in die allgemeine Publizität gekommen ist.

Wenn wir eine Ehrengerichtsordnung hätten, wäre die Aufgabe verhältnismäßig leicht. Aber wir haben sie leider nicht. Sie muß auf dem nächsten Parteitag beschlossen und verabschiedet werden. Dann könnte man nämlich sagen: Der Bundesparteivorstand empfiehlt, daß die beiden an diesem Vorgang beteiligten Herren sich einem Ehrengerichtsverfahren der Partei unterwerfen. Das wäre der normale Weg.

Ich bitte die Volljuristen – ich bin nur ein halber –, einmal zu überlegen, ob man nicht, obwohl diese Ehrengerichtsordnung noch nicht formal parteioffiziell ist, mit Zustimmung der beiden vereinbaren könnte, daß ad hoc nach den Regeln der Parteigerichtsordnung, die ja immerhin vom Parteiausschuß angenommen worden ist, verfahren wird, um die Auseinandersetzung zwischen den beiden zu klären. Das wäre ein Weg – nach meiner Meinung der beste –, den wir in dieser Situation gehen könnten. Dann könnte man auch, wenn wir überhaupt etwas nach draußen sagen müssen, erklären, daß es primär zunächst eine Sache der Fraktion ist. (*Adenauer*: Das ist auch eine Sache des Kabinetts!) Ich überlege nur, wie die Wirkung nach draußen ist. Daß es uns alle angeht, ist selbstverständlich. Das ist der eine Weg.

Und nun der andere Weg! Wir sollten überlegen, ob Sie sich in einem persönlichen Gespräch mit Oberländer unterhalten. Mehr würde ich nicht sagen; Sie wissen allein, was Sie ihm sagen. Vielleicht kommt er inzwischen auch von selbst auf den Gedanken, daß es in einer solchen Situation, solange ein Verfahren schwebt, zweckmäßig ist, sich beurlauben zu lassen. Das ist meine Meinung zu diesem Vorgang.

Noch ein letztes Wort zu der außenpolitischen Bedeutung dieser Sache. Herr Bundeskanzler! Sie wissen doch viel besser als wir, daß wir unerhört schweren Monaten entgegengehen. Wir brauchen in diesen Monaten sehr viel Unterstützung im Ausland. Wir wissen, daß wir im Ausland vor zwei Gefahren stehen, einmal vor

den Auswirkungen einer systematischen Diffamierungskampagne, die sehr geschickt ganz sicher vom Osten her gesteuert wird, und die andere Gefahr, die nicht so sichtbar ist, daß wir Deutsche in den kommenden Monaten an unsere Verbündeten – zunächst in bezug auf Berlin – Ansprüche stellen müssen an Härte und Stehvermögen und Risikobereitschaft, die unter Umständen mit äußersten Risiken belastet sind. Und da ist es nicht gut, wenn man diesen Regierungen die Auseinandersetzung mit ihrer eigenen, zum Teil recht schwierigen öffentlichen Meinung dadurch erschwert, daß man selber z.B. einen Mann wie Herrn Oberländer in der Regierung hat. Aus diesen außenpolitischen Überlegungen her hat die Sache viel mehr Bedeutung als die, die ohnehin schon genügt, uns innerparteilich anzuklagen. Sie hat Gott weiß [was] für Wirkungen für unser Volk.

Adenauer: Übertreiben Sie die Sache nicht, Herr Gradl! Ich werde Ihnen gleich einen Brief von Chruschtschow überreichen¹⁰⁵, der mehr Bedeutung hat als dieser ganze Schwindel. Nicht der Herr Oberländer hat diese Bedeutung, aber das, was sich in der ganzen Welt zusammenbraut! (*Gradl:* Doch, Herr Bundeskanzler, das ist von großer Bedeutung. Ich habe einiges erlebt!) Ich auch! (*Gradl:* Sie wissen es besser, als Sie es hier sagen!)

Dann will ich Ihnen zunächst einmal meinen Standpunkt gegenüber Herrn Oberländer sagen. Ich habe Herrn Oberländer sagen lassen – nicht jetzt, sondern schon vor geraumer Zeit –, er möchte, solange dieses Verfahren, das er selber beantragt hat, schwebt, nicht nach draußen hervortreten. Das habe ich ihm selbstverständlich sagen lassen. Sobald nun diese fünf Leute, die das untersuchen, zu einem Ergebnis gekommen sind, werde ich das bekommen und mir dann meine Meinung darüber bilden. Ich werde dann mit Herrn Oberländer über das Ergebnis sprechen. Das möchte ich zunächst sagen.

Diese ganze Hetze jetzt gegen Oberländer hat ihm einen bestimmten Vorwurf gemacht. Sie hat ihm nicht den Vorwurf gemacht, daß er Gott weiß was im Osten getan hat, sondern daß er daran schuld sei, daß in Lemberg beim Einrücken einer deutschen Einheit sämtliche Intellektuellen von den Deutschen getötet worden sind. Das ist der Vorwurf, der ihm gemacht wird. Und es steht jetzt schon fest nach meinen Erkundigungen, daß die Intellektuellen schon getötet waren, als diese deutsche Einheit, der er angehörte – sie stand nicht unter seinem Kommando –, einrückte, und zwar waren sie getötet worden auf Befehl des Herrn Chruschtschow, der damals beauftragt war, die Ukraine zu reinigen.

Das steht also jetzt schon fest! Im übrigen war Herr Oberländer schon vor dem Kriege in Rußland tätig. Er war Experte für die russische Landwirtschaft. Er war, soviel ich weiß, Professor in Königsberg und ist dann vor dem Kriege eingesetzt worden für die russische Landwirtschaft. Als er zu uns kam, habe ich natürlich Erkundigungen eingezogen und festgestellt, daß er mehrfach mit der Parteileitung die größten Auseinandersetzungen gehabt hat, daß er mehrfach – was damals eine

105 Vom 28. Januar 1960 – Druck: MOSKAU BONN S. 617–625.

große Strafe war – zur Truppe nach draußen geschickt worden ist, weil er Front gemacht hatte gegen die Bestialitäten der Nazis, in mehreren Fällen. Das steht fest. Im übrigen darf ich feststellen, daß Herr Oberländer Mitglied der CDU geworden ist.

Es ist mir unverständlich, wie die Herren überhaupt auf eine solche Idee kommen, den Leuten, die nun diese Kampagne gegen uns führen, etwas in die Hand zu geben, damit sie sagen können: Aha, wir hatten doch recht! Stellen Sie sich das bitte einmal vor! Das richtet doch wirklich einen großen Schaden an, wenn ein Mann, der diese Jahre hindurch Bundesminister gewesen ist, entlassen wird, weil er sich zur nationalsozialistischen Zeit an diesem oder jenem schuldig gemacht hat, namentlich aber schuld ist – wie das behauptet wird – an der Tötung der Intellektuellen in Lemberg. Das ist nach meiner Meinung völlig unmöglich.

Im übrigen kann ich Ihnen sagen, was das Ausland angeht, daß die italienischen Kommunisten Gott weiß womit gedroht hatten, was sie alles in Rom machen würden. Die italienische Regierung hat 4.000 Polizisten eingesetzt, um mich zu schützen. Ich bin aber von den Römern sehr freundlich behandelt worden, und zwar viel freundlicher, als ich in meinem Vaterland behandelt werde. Das geht mir gewöhnlich so im Ausland. Ich werde dort mit der größten Freundlichkeit behandelt. Dagegen haben die Kommunisten diese Behauptungen gegen Oberländer, Schröder und Globke an den Plakatsäulen angeschlagen. Ich bin in einer internationalen Pressekonferenz, die außerordentlich stark besucht war, danach gefragt worden. Ich habe dann mit den Leuten offen gesprochen, und zwar mit dem Erfolg, daß man restlos zufrieden war und die Vertreter der Kommunisten und ihrer Zeitungen gar nicht mehr den Mund aufgetan haben zu dieser Angelegenheit.

Also, man soll sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Ich habe den Wortlaut der Erklärung nicht genau im Kopf, den wird Herr Krone noch einmal vorlesen. Warten wir mal ab, was die Leute in Den Haag feststellen. Das werde ich bekommen, und dann wird sich alles Weitere finden. Im übrigen weiß ich nicht, warum er Herrn Bucerus gegenübergestellt werden soll; denn dieser hat eine riesige Dummheit begangen und hat kein Recht, deswegen jemanden zu stellen. Man sollte ihm eigentlich mit dem Holzhammer gegen den Kopf hauen. Er macht es aus reiner Renommiersucht. Das ist doch ein Skandal, was der Herr Bucerus getan hat!

Krone: Wir nehmen mit keinem Wort auf den Artikel von Bucerus Bezug. Zu dem, was Sie meinen, Herr Blumenfeld, wir brächten Herrn Bucerus in eine innige Verbindung zum Kommunismus, muß ich sagen, es ist kein Wort darin enthalten, das nach dieser Richtung hin überhaupt gedeutet werden könnte. Wir nehmen auf die politische Frage, die Sie anschneiden, gar nicht Bezug, sondern wir stellen uns hier vor einen Mann, der Minister und Fraktionsmitglied ist, den wir seit Jahren bei uns haben, der Staatssekretär war, der Vorsitzender des Landesverbandes Oder-Neiße ist.

Es ist doch so, plötzlich geht es los gegen ihn, und zwar kommt dieser Angriff aus dem Osten. Es steht heute schon fest, daß es nicht nur Schröder und Globke

sind, sondern auch noch zwei andere Minister, denen man etwas will. Wenn wir den ersten abschießen, dann sagt man: Aha, der ist weg, jetzt kommen die anderen dran! Deshalb weigere ich mich, in dieser Richtung überhaupt zu denken, Herr Blumenfeld! (*Bewegung und Unruhe.*) Ich nenne aber die Namen der Minister, die nachher drankommen sollen, nicht. (*Adenauer: Das ist mir auch neu!*)

Ich darf die Erklärung noch einmal vorlesen:

„Der Bundesparteivorstand der CDU befaßte sich heute u.a. mit den Vorwürfen, die im Rahmen einer allgemeinen Diffamierungskampagne gegen führende politische Persönlichkeiten der Bundesrepublik seit geraumer Zeit aus dem kommunistischen Raum planmäßig gegen Bundesminister Oberländer gesteuert werden.

Es wurde festgestellt, daß Minister Oberländer die Aufklärung und Entkräftung dieser Vorwürfe nachdrücklich und erfolgreich betreibt. Er hat einen Teil schon erfolgreich zurückweisen können.

Der Bundesvorstand begrüßt diese Bemühungen des Ministers und wendet sich gegen jede Hetze, die auf kommunistischem Material beruht und die entlastende Tatsachen nicht berücksichtigt.“

– Ich nehme an, daß sich Herr Bucerius diesen Schuh nicht anzieht. –

„Im übrigen wurde daran erinnert, daß Minister Oberländer nach gründlichen Untersuchungen durch deutsche und amerikanische Stellen entlastet worden ist und bereits im Jahre 1950 im Kabinett einer großen Koalition in Bayern unter dem sozialdemokratischen Innenminister Hoegner zum Staatssekretär für das Flüchtlingswesen ernannt worden ist.“

Blumenfeld: Nachdem wir diese Aussprache gehabt haben, die ich begrüße, Herr Bundeskanzler, sind wir bis auf zwei Dinge durchaus einig in der Beurteilung. Ich habe gesagt, daß ich die Aktion von Herrn Bucerius für unverständlich und für sehr schädlich halte. Ich wäre nun in der Lage, meinerseits dieser Erklärung, nachdem sie nunmehr etwas pointierter aussieht und auch nicht so ganz schnell wie vorhin über den Tisch verlesen worden ist und nach der Interpretation, die Sie gegeben haben, Herr Bundeskanzler, zuzustimmen, wenn noch ein Zusatz gemacht würde, und zwar im Hinblick darauf, daß diese Angelegenheit, die Sie konkret angesprochen haben – nämlich die kommunistischen Vorwürfe und die Hetzkampagne, die gipfelt in diesen Lemberger Ereignissen und sonstigen Bestialitäten, die im Osten begangen worden sind –, von den fünf Leuten so geklärt wird, daß Oberländer nichts damit zu tun hat. (*Unruhe.*) Wir sollten also in einem Zusatz vermerken, daß der Bundesparteivorstand und die sonstigen Gremien, soweit sie sich damit befassen, diese Frage noch einmal aufgreifen werden. (*Lebhafte Unruhe und Widerspruch.*) Ja, meine Herren, ich muß Ihnen in aller Offenheit sagen, für mich ist die Sache noch nicht erledigt! (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Erlauben Sie mal, Herr Blumenfeld, ich habe doch gesagt, sobald ich die Sache habe, werde ich sie dem Bundesparteivorstand vorlegen. Das ist doch eigentlich selbstverständlich. (*Zurufe: Sehr richtig! – Blumenfeld: Ich behalte mir vor, dieser Erklärung nicht zuzustimmen! – Unruhe.*) Herr Blumenfeld, ich darf

wiederholen: Ich habe gerade gesagt, sobald ich diesen Spruch mit Begründung habe, werde ich ihn dem Parteivorstand vorlegen. (*Blumenfeld*: Warum sagen wir denn nicht, daß die Angelegenheit damit noch nicht erledigt ist? – *Unruhe und Bewegung*. – *Fricke*: Herr Blumenfeld, damit würden wir doch unnötigerweise heute schon dokumentieren, daß es noch nicht vorbei ist. – *Unruhe*.)

Blumenfeld: Das ist eben unser Widerspruch! Sie wollen die Sache als erledigt betrachten!

Fricke: Nein, Herr Blumenfeld! Ich bin der letzte, der das tut, aber wenn wir heute schon sagen, vielleicht kommt doch noch ein Scherbengericht, dann ist das doch höchst unklug. Wir sind doch genauso der Kritik ausgesetzt, weil Herr Oberländer sechs Jahre lang in der Bundesregierung gewirkt hat, wie er selbst. Also, Ihren Zusatz halte ich für unverantwortlich! (*Unruhe*.)

Gradl: Herr Bundeskanzler! Wir dürfen nach draußen keine abweichenden Erklärungen abgeben. Es liegt keinerlei Anlaß vor, bei der Herausgabe des Kom-muniqués zu sagen, dieser Beschluß sei nicht einstimmig gefaßt worden.

Krone: „Der Bundesparteivorstand begrüßt diese Bemühungen des Ministers“ – das ist so subjektiv wie nur möglich – „und wendet sich gegen jede Hetze, die auf kommunistischem Material beruht und die belastende Tatsachen nicht berücksichtigt.“ Wenn wir aber jetzt hinzufügen: „Eventuell kommen wir auf diese Angelegenheit noch einmal zurück, je nachdem, welches Ergebnis die Untersuchungen haben“, hat das Ganze keinen Sinn. Das tue ich nicht! (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Von Hassel: Das gäbe nach draußen ein sehr großes Unbehagen, weil damit irgendwie die Frage der Entnazifizierung wieder hochkäme. Wenn wir jetzt mit einem solchen Gedanken anfangen und ihn veröffentlichen, der in dieser angedeuteten Richtung verläuft, dann werden wir möglicherweise viele frühere Nationalsozialisten, die wir mit diesem Staat auszusöhnen versuchen, in eine neue Reaktion hineinbringen. Diese Leute landen dann mit Sicherheit beim BHE, bei der Deutschen Reichspartei oder sonstwo. Deswegen müssen wir diese Frage mit einem besonderen Takt behandeln. Ich wäre dankbar, wenn wir diese Überlegung bei der Formulierung berücksichtigten.

Stingl: Im Augenblick geht der Schuß, der vom Osten kommt, nicht nur gegen Oberländer, sondern er soll auch – und zwar vornehmlich – den Herrn Bundeskanzler treffen, dem nachgesagt wird, daß er Verbrecher in seiner Regierung habe. (*Adenauer*: Verbrecher?) Es ist zu berücksichtigen, was Herr von Hassel ausgeführt hat. Denken Sie an diesen Vorwurf des Verbrechens. Wenn wir das jetzt anrühren, dann heißt es bei den Kommunisten, der Bundeskanzler habe von diesen Dingen bei der Berufung Oberländers zum Minister bereits gewußt. Solange nichts dagegen gesagt worden sei, habe man auch nichts unternommen, aber jetzt, nachdem die Kommunisten diese Vorwürfe gemacht hätten, sei der Minister plötzlich entlassen worden.

Wir Vertriebenen in der Fraktion waren gegen diese Berufung. Deshalb darf ich heute sagen, Sie irren sich, wenn Sie meinen, daß etwa die Vertriebenen mit

Begeisterung diesen Schuß gegen einen Vertriebenen sähen. Deshalb warne ich davor, in diesem Augenblick Herrn Bundesminister Oberländer zu Fall zu bringen!

Adenauer: Ich glaube, daß das, was ich Herrn Oberländer habe sagen lassen, er möge sich zurückhalten, richtig gewesen ist. (*Blumenfeld:* Können wir nicht diese Qualifikation „er wehrte sich mit Erfolg“ herauslassen?)

Krone: Ich verstehe das langsam nicht mehr, Herr Blumenfeld! Dann sagen Sie doch: Ich will den Mann weghaben! Reden Sie doch offen! (*Blumenfeld:* Habe ich meine Meinung nicht offen gesagt?) Dann schlage ich vor, damit auch der letzte Zweifel beseitigt ist und Ihr Gewissen sich beruhigt, nunmehr zu sagen: „Es wurde festgestellt, daß Oberländer die Aufklärung und Entkräftung dieser Vorwürfe nachdrücklich betreibt.“ Wir lassen weg: „Er hat einen Teil schon erfolgreich zurückweisen können.“ (*Zuruf:* Ich schlage vor „erfolgreich bemüht hat“!)

Adenauer: Es steht doch indirekt drin, daß das noch schwebt. (*Blumenfeld:* Ich bin bereit, dem zuzustimmen!) Herr Gradl! Sie auch? (*Gradl:* Ja!) Und die anderen? (*Zustimmung.*)

Und nun würde ich vorschlagen, den Vortrag des Herrn von Hassel auf Montag – Sitzung des Bundesausschusses – zu vertagen. Es haben uns schon viele Teilnehmer verlassen. Noch etwas! Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik hat auf seiner konstituierenden Sitzung am 11. Januar den Bundesminister Franz Etsel zu seinem Vorsitzenden gewählt. Nach § 20 der Geschäftsordnung muß diese Wahl durch den Bundesvorstand bestätigt werden, indem der Gewählte zum Vorsitzenden des entsprechenden Fachausschusses ernannt wird. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. (*Zustimmung.*)

Ich danke Ihnen sehr, meine Herren, daß Sie so lange ausgehalten haben; ich möchte meinen, daß wir eine fruchtbare Sitzung heute abgehalten haben. Herr Dufhues! Wir müssen noch etwas über die Kommunalwahlen in das Kommuniké hineinbringen. Wollen Sie das freundlichst übernehmen? (*Dufhues:* Ja!)

Damit schließe ich die Sitzung. Wir werden uns am kommenden Montag hoffentlich recht zahlreich wiedersehen.

13

Karlsruhe, 26. April 1960

Sprecher: Adenauer, Albers, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, Dufhues, Fay, Fricke, Gradl, Gurk, von Hassel, Hellwig, Hilbert, Johnen, Kiesinger, Kraske, Krone, Lücke, Meyers, Oberländer, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Stoltenberg, Zimmer.

Ablauf des Bundesparteitages: Programm, Anträge, Wahlen. Fall Oberländer. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 17.30 Uhr

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich in diesem prachtvollen Rathaus willkommen. Sie sehen, daß der Oberbürgermeister dieser Stadt¹ wirklich alles tut, um uns den Aufenthalt hier möglichst angenehm zu machen. Wir sind ihm sehr dankbar dafür. Er scheint ja – nach der Auskunft von Herrn Gurk – ein sehr umgänglicher Mann zu sein. Deswegen freuen wir uns, hier Gäste der Stadt Karlsruhe sein zu dürfen. Nun bitte ich gleich um Entschuldigung, denn ich muß die Herren Krone und Oberländer ausfindig machen.² (*Albers:* Ich meine, die Sache wäre geregelt!) Man soll erst immer abwarten, Herr Albers! (*Albers:* Ich habe es doch gelesen!)

Gurk: Herr Oberländer hat schon das Rathaus verlassen. Es hat eine Besprechung in meinem Zimmer stattgefunden.

Adenauer: Ich muß mit ihm sprechen, denn es handelt sich schließlich um einen Bundesminister. Sie werden mir also erlauben, daß ich mit ihm ein paar Worte spreche. (*Heiterkeit.*) Herr von Hassel! Würden Sie solange den Vorsitz übernehmen? (*Von Hassel:* Ja!)

1 Günther Klotz (1911–1972), 1952–1970 Oberbürgermeister von Karlsruhe (SPD).

2 Vgl. unten S. 658–665.

ABLAUF DES BUNDESPARTEITAGES: PROGRAMM, ANTRÄGE, WAHLEN

Von Hassel: Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einiges zum Ablauf des Parteitages vortragen.³ Wir könnten dann bei dieser Gelegenheit Beschluß fassen über das, was dann während des Parteitages zu geschehen hat. Wir haben heute den Ablauf des Parteitages zu behandeln. Es ist dabei insonderheit festzustellen, was wir noch an Anträgen zu erwarten haben. Wir müssen überlegen, was wir mit diesen Anträgen zu tun beabsichtigen.

Für das Präsidium sind durch die Bundesgeschäftsstelle zusammen mit den Herren aus Baden-Württemberg vorgeschlagen worden, zum Präsidenten des Parteitages – wie üblich – den Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes zu nehmen. Das ist der eben in sein Dienstzimmer abgewanderte Dr. Gurk. Dazu sollen ins Präsidium kommen die Kollegen Kiesinger, Johannes Albers, ... (*Albers:* Ich bitte, einen anderen für mich zu nehmen!) Frau Brauksiepe, Dr. Fricke, Bundesminister Lemmer, Landtagspräsident Dr. Neinhaus, Frau Rösch⁴ und Dr. Stoltenberg. Ein großer Teil dieser vorgeschlagenen Damen und Herren hat auch schon bei früheren Parteitag das Präsidium gebildet. (*Albers:* Ich schlage an meiner Stelle Herrn Winkelheide vor.) Einverstanden! (*Stoltenberg:* Ich bitte, statt meiner Herrn Dr. Even vorzusehen, weil ich einen Nachmittag abwesend sein werde.) Also, anstelle der Herren Albers und Dr. Stoltenberg sind die Herren Winkelheide und Dr. Even vorgeschlagen. Es müssen Herren sein, die einen Parteitag auch leiten können. Ich darf feststellen, daß Sie damit einverstanden sind.

Die Rednerliste für den Eröffnungstag morgen ist sehr umfangreich. Es sprechen der Präsident des Parteitages Dr. Gurk, dann der gastgebende Ministerpräsident, unser Freund Kiesinger, dann der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, den wir eben hier gesehen haben, dann der Vertreter der CSU, dann die ausländischen Ehrengäste. Wir haben einmal versucht, die Ansprachen der Ehrengäste einem oder notfalls zwei Rednern zu übertragen. Das war aber bei der außerordentlich unterschiedlichen Struktur der ausländischen Parteien leider nicht möglich, so daß also sämtliche Ehrengäste ihre Grußworte vorbringen werden. Wir haben sie aber beschworen, nicht länger als zwei bis drei Minuten lang zu sprechen. Es ist angeregt worden, diese Grußworte auf die Nachmittagssitzung zu verlegen, weil wir am Montag zwei große Referate hören werden, nämlich das des Herrn Bundeskanzlers und das des Herrn Außenministers Dr. von Brentano. Ist das auch in Ihrem Sinne? (*Zustimmung.*) Vor der Rede des Bundeskanzlers werden noch zwei Zonenflüchtlinge das Wort ergreifen, die jetzt unmittelbar aus der Zone kommen, und zwar ist diese Angelegenheit vorbereitet worden mit dem Staatssekretär Dr. Nahm und dem Herrn Bundeskanzler. Es handelt sich um einen Bauern und um einen Handwerker. Wir

3 Zu den nun folgenden Einzelheiten vgl. CDU, 9. Bundesparteitag 1960; Akten in ACDP VII-004-AO411/1.

4 Julie Rösch (1902–1984), 1949–1961 MdB (CDU).

haben geglaubt, es sei besser, diese Repräsentanten aus dem Kreis derer, die jetzt flüchten mußten, am Freitag vormittag im Zusammenhang mit dem Referat von Herrn Krüger⁵ sprechen zu lassen, aber der Herr Bundeskanzler legt Wert darauf, daß das vorher geschieht. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Es ist dann im Kreis derer, die mit der Außenpolitik zu tun haben, beraten und vorgeschlagen worden, am Ende der morgigen Vormittagssitzung eine Entschliebung zu Berlin und der Gipfelkonferenz zu verabschieden. Diese Entschliebung ist von den außenpolitischen Sachverständigen der Fraktion entworfen worden. Es wird angeregt, diese Entschliebung vortragen und begründen zu lassen durch unseren Freund Amrehn aus Berlin. Eine Entschliebung zur Situation in der Sowjetzone soll entweder danach oder in der Schlußsitzung des Parteitages im Zusammenhang mit dem Referat von Krüger durch Herrn Dr. Gradl vorgetragen und begründet werden, die unter seiner Federführung entstanden ist. Es wird weiter angeregt, die erforderlichen Entschliebungen zur gesamten Innenpolitik im Anschluß an die Referate von Dr. Krone, Professor Dr. Erhard und Blank am Freitag durch das Redaktionskomitee vorzubereiten. An Anträgen sind eingegangen eine Gruppe, die sich auf die Satzungsänderungen beziehen, dann ein einziger Sachantrag von Dr. Hesberg⁶, und zwar dahin gehend, daß der Wirtschaftsausschuß im Sinne unseres Statuts eine Vereinigung sei ... (*Hellwig*: Die Wirtschaftsausschüsse! Nicht zu verwechseln mit dem Bundesausschuß der Partei für Wirtschaftspolitik!) Das geht aus dem Antrag aber nicht hervor. (*Hellwig*: Das ist das Problem!) Das müßte nachher im einzelnen begründet werden. Deshalb sollten wir den Hesberg-Antrag zunächst ausklammern.

Der Bundesvorstand und der Parteiausschuß haben sich in der letzten Zeit mehrfach mit der Satzungsänderung beschäftigt. Nun haben wir in einer Zusammenkunft aller Landesvorsitzenden mit dem geschäftsführenden Vorstand vor drei Wochen eine Formulierung für die Neufassung des Statuts gefunden, die Ihnen nunmehr im Druck vorliegt. Sie finden in einer synoptischen Gegenüberstellung das bisher geltende Statut und die Neufassung.⁷ In der Neufassung ist alles aufgenommen, was im Zusammenhang mit der Verabschiedung unserer Geschäftsordnung und der Finanzordnung in dem Statut geändert werden muß. Das ist bereits von Herrn Dufhues begründet worden, so daß wir darüber wohl nicht mehr zu diskutieren brauchen. Zweitens handelt es sich um jene politischen Änderungen, über die wir oft gesprochen haben. § 25 enthält die neue Zusammensetzung des Bundesvorstandes, und zwar fehlt hier die bisherige Ziffer c), nämlich die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder. Statt dessen sind aufgenommen worden mit vollem Stimmrecht unter h) die Regierungschefs und die Bundesminister, soweit sie der CDU angehören, und unter i) 15

5 Hans Krüger (1902–1971), 1957–1965 MdB (CDU), 1958–1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen, 1963/1964 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

6 Dr. Carl Hesberg (1898–1977), Volkswirt; 1953–1969 MdB (CDU), 1957–1962 Vorsitzender des Ausschusses für Wohnungswesen, Bau- und Bodenrecht.

7 Synopse in ACDP VII-004-AO411/2 und VI-010-776.

weitere Mitglieder. Es fallen weg – darüber sind wir uns alle einig gewesen – die bisherigen drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder.

Neu ist auch, daß der Bundesparteiausschuß gemäß Ziffer i) nicht mehr 10, sondern 15 Mitglieder wählt. Es ist ein wenig kompliziert, das hier im einzelnen alles zu begründen. Man kann das Ganze nur sehen im Zusammenhang mit dem neuen § 26, in dem festgelegt ist, daß dieser Gesamtvorstand aus seiner Mitte heraus einen engeren Vorstand wählt. Es heißt dort: Er wählt aus seiner Mitte einen engeren Vorstand, dem die Vorsitzenden und 16 weitere Mitglieder angehören. Der engere Vorstand erledigt die laufenden Arbeiten. – Man hat sehr eingehend darüber gesprochen, wieviel es sein müßten. Nach Berücksichtigung der verschiedenen Bereiche, insbesondere des regionalen Prinzips, ist man zu dem Ergebnis gekommen, daß es der Vorsitzende plus 16 sein sollten. Von wesentlicher Bedeutung ist der § 27, der lautet:

„Der Bundesvorstand wird durch den Bundesvorsitzenden einberufen. Alle drei Monate muß eine Sitzung des Bundesvorstandes stattfinden. Der engere Vorstand tritt mindestens einmal im Monat zusammen; auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern ist er innerhalb einer Woche einzuberufen.“

Alles andere sind rein auf die Satzung bezogene Bestimmungen, über die man lange diskutieren könnte. Es ist aber nichts schrecklicher, als über solche Satzungsänderungen zu sprechen. Damit kann man jeden Verein von vornherein in Unordnung bringen.

Ich darf noch einmal zusammenfassen: Es sind vier Bereiche. 1. Alles das, was in der Geschäftsordnung und in der Finanzordnung beschlossen worden ist, hat hier noch einmal Satzungskraft erlangt. Darüber braucht also nicht diskutiert zu werden. Alle Mitglieder des Gesamtvorstandes haben Stimmrecht. 2. Der Bundesausschuß hat jetzt eine etwas stärkere Mitwirkung als bisher, weil er nicht mehr 10, sondern 15 Mitglieder zu wählen hat. 3. Aus dem Gesamtvorstand, der jetzt um drei Köpfe erweitert ist, wird der engere Vorstand gewählt. 4. Der große Bundesvorstand muß alle drei Monate, der engere Vorstand mindestens einmal im Monat zusammentreten; es sei denn, daß drei Mitglieder beantragen, ihn innerhalb einer Woche einzuberufen.

Alle Landesvorsitzenden, die anwesend waren – einige wenige hatten sich vertreten lassen –, haben einstimmig diese Formulierungen vorgeschlagen. Ich bin am Freitag beim Bundeskanzler gewesen und habe ihn gefragt, wie er dazu stünde. Er ist der Meinung, daß dieses Konzept als Antrag des Gesamtvorstandes dem Bundesparteitag vorgelegt werden soll. Formal ist es so, daß drei Landesverbände den Antrag gestellt haben, dieses Statut dem Bundesparteitag zur Annahme vorzuschlagen. Ich darf nun fragen, ob es nicht sinnvoll wäre, wenn der Bundesvorstand in seiner Gesamtheit diese Satzungsänderung dem Bundesparteiausschuß nachher vorlegt, so daß es dann der Bundesparteitag beschließen kann. (*Zustimmung.*) Unter Einschluß der CSU nickt alles mit den Köpfen. Soll ich noch einmal formal abstimmen lassen? (*Zurufe:* Nein, nein! – *Schmücker:* Im § 29 müßte es heißen „Vereinigung des Mittelstandes“!) Ich würde empfehlen, das nachher redaktionell zu regeln, und zwar ohne daß wir jetzt lange darüber sprechen. – Darf ich dann feststellen, daß bei

Stimmhaltung der Bayern – so will ich mal formulieren – die Neufassung des Statuts beschlossen worden ist? (*Allgemeine Zustimmung.* – *Blumenfeld:* Es ist schlecht, wenn man den Wunsch von Herrn Schmücker nachher redaktionell erfüllen will. – *Widerspruch.* – *Schmücker:* Wir lassen es, wie es ist. – *Hilbert:* Im § 29 vermissen Sie den Agrarausschuß. Ich weiß nicht, ob er bewußt ausgelassen worden ist. – *Meyers:* Das ist keine Vereinigung in diesem Sinne!) Es ist keine Vereinigung. Wir lassen es am besten so passieren. (*Brauksiepe:* Ich weiß nicht, ob ich es überhört habe, aber ich frage noch einmal, haben Sie auch gesagt, wann und wo morgen Gottesdienste stattfinden?) Am Sonntag selbstverständlich. Aber wir werden klären, wann und wo morgen früh evangelische und katholische Gottesdienste stattfinden.

Nun muß ich einen Einschub machen. Es ist ein Antrag der Delegierten Mick, Schneider usw. eingegangen, wonach der Bundesschatzmeister und die 15 weiteren Vorstandsmitglieder nicht – wie bisher – vom Bundesausschuß, sondern vom Bundesparteitag gewählt werden sollen. Hierüber müßte eine Meinungsbildung erfolgen. Ich glaube, man wird aus gutem Grund sagen müssen, daß die weiteren 15 Mitglieder und der Bundesschatzmeister von dem überschaubaren Bundesausschuß und nicht vom Bundesparteitag gewählt werden. – Darf ich das als Meinungsbildung des Bundesvorstandes feststellen? (*Albers:* Reden Sie doch etwas lauter! Hier ist nichts zu verstehen!) Herr Albers! Einige Herren bitten darum, den Bundesschatzmeister und die weiteren 15 Mitglieder des Vorstandes durch den Bundesparteitag und nicht durch den Bundesausschuß wählen zu lassen. Sind Sie damit einverstanden, daß im Plenum des Parteitages jemand aus dem Bundesvorstand zu diesem Antrag Stellung nimmt und erklärt, warum es richtiger ist, bei der Bestimmung des Statuts zu verbleiben? (*Fay:* Vielleicht können wir von Herrn Albers etwas über die Motive zu diesem Antrag hören! – *Albers:* Verehrter Freund! Ich war in den letzten 14 Tagen nicht arbeitsfähig. Deswegen kann ich keine Motive anführen!) Ich darf Sie bitten, Herr Fay, im Plenum eine Erläuterung zu geben, warum wir es bei der alten Fassung belassen wollen. (*Fay:* Ich weiß zwar nicht, warum wir dabei verbleiben sollen. Vielleicht ist es althergebracht und konservativ. Aber ich bin bereit, alles zu begründen! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Es kommt hinzu, daß dieser Antrag nicht fristgemäß eingegangen ist. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Das sagt er jetzt erst! – Warum nicht gleich so? – *Zurufe:* Oho!) Wir müssen über die Satzungsänderung nachher im Bundesparteiausschuß sprechen. Ich darf Sie bitten, die Sache zu behandeln, damit es nachher reibungslos vor sich geht.

Der nächste Antrag ist von Dr. Hesberg. Er hat telegrafisch den Antrag gestellt, der Bundesparteitag möge beschließen, die Wirtschaftsausschüsse als Vereinigung anzuerkennen. Der Antrag ist den Vorstandsmitgliedern mit der Tagesordnung zugegangen.

Hellwig: Ich darf hierzu folgendes klarstellen, damit keine Verwechslung eintritt. Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik ist ein vom Vorstand der Partei gebildeter Fachausschuß entsprechend § 28 der neuen (§ 11 der alten) Satzung. Unabhängig von diesem Fachausschuß bestehen seit eh und je auf der Kreis- und Landesebene losere

Vereinigungen, Wirtschaftsausschüsse genannt, wie der Wirtschaftsausschuß der CDU Rheinland usw.

Es hat bei dem früheren Ausschuß für Wirtschaftspolitik nach der alten Satzung eine Verzahnung dadurch gegeben, daß in den Ausschuß für Wirtschaftspolitik auf der Bundesebene die Landeswirtschaftsausschüsse in der einen oder anderen Form Delegierte entsandten. Eine solche Verzahnung ist nach dem jetzigen Statut nicht mehr vorhanden. Nunmehr handelt es sich um die Frage, ob die Wirtschaftsausschüsse, die auf der Landes- und Kreisebene bestehen, in eine Vereinigung kommen sollen. Ich weiß nicht, welchen Stand die Vorbesprechungen hierzu haben. Es bestehen seit langem Überlegungen auch bei dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaftspolitik und dem Vorstand dieses Ausschusses, wie man eine Form finden kann, die es erlaubt, einen größeren Kreis von Freunden, die an der Wirtschaftspolitik mitarbeiten wollen, in irgendeiner Weise der Partei zuzuführen. Ich weiß aber nicht, ob dieser Antrag von Dr. Hesberg bereits mit Herrn Etzel, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaftspolitik, abgestimmt worden ist. Ich vermute aber, nein. Deshalb möchte ich darum bitten, daß wir uns im Augenblick nicht weiter damit befassen, sondern abzuwarten, bis sich Herr Etzel dazu äußert. Ich habe versucht, ihn telefonisch zu erreichen, aber er war unterwegs.

Kraske: Nach dem Statut und der Geschäftsordnung ist eine Unterscheidung zwischen Ausschuß im Singular und Ausschüssen im Plural nicht möglich. Bei der Umwandlung der Mittelstandsausschüsse in eine Vereinigung vor vier Jahren war es auch so, daß es nicht nur auf der Bundesebene einen Bundesausschuß für Mittelstandsfragen gegeben hat, sondern es gab auch in den Landesverbänden welche, teilweise auch in den Kreisverbänden. Bei der Umwandlung in eine Vereinigung ist die Organisation auch so, daß es eine Bundesvereinigung und darunter Landes- und teilweise auch Kreisvereinigungen gibt. Es ist nicht möglich, daß man auf der unteren Ebene in den Landes- und Kreisverbänden Vereinigungen gründet, dann darüber einen Fachausschuß schafft. Man kann nur durch die ganze Partei einen entsprechenden Fachausschuß oder eine Vereinigung gründen. (*Zurufe:* Nicht klar! – *Hellwig:* Das trifft es ja nicht! – *Bewegung.*)

Stoltenberg: Wir müssen uns darüber klar sein, was wir mit der Satzung wollen. Herr Hilbert hat mit Recht darauf hingewiesen, daß er den Agrarausschuß vermißt. Es könnte dahin kommen, daß sämtliche Fachausschüsse den Charakter einer Vereinigung anstreben und entsprechende Anträge einbringen. Die Voraussetzung dafür, daß wir einen Fachausschuß in eine Vereinigung umwandeln, ist wohl die, in den Landesverbänden eine entsprechende organisatorische Basis zu schaffen, die aber bei den Wirtschaftsausschüssen – und zwar über den Charakter eines Ausschusses hinaus – in den meisten Landesverbänden nicht vorhanden ist. Solange aber diese Voraussetzung nicht gegeben ist, können wir auch nicht die Form einer Vereinigung, die im § 30 umschrieben ist, zugrunde legen. Wenn also der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses diesen Antrag nicht unterstützt, würde ich empfehlen, ihn auf diesem Parteitag nicht zur Diskussion zu stellen.

Zimmer: Ich halte mich für verpflichtet, eine Aufklärung zu geben. Schon vor zehn Jahren tauchte das Mißverständnis auf, das auch heute noch von dem Begriff „Sozialausschüsse“ ausgeht. Es heißt zwar „Sozialausschüsse“, in Wirklichkeit sind die Sozialausschüsse aber mehr; sie sind doch die Traditionskompanie der früheren Christlichen Gewerkschaften, also eine echte sozialpolitische Vereinigung. Der Begriff „Sozialausschüsse“ hat sich aber damals eingebürgert, und es ist dabei geblieben. Ich möchte bitten, daß sich die anderen wirklichen Ausschüsse nicht an diesem Begriff „Sozialausschüsse“ stoßen.

Scheufelen: Es handelt sich bei diesem Antrag um etwas anderes. Es besteht nicht das Bestreben – so wie ich ihn verstehe –, eine Vereinigung zu bilden. Es hat sich in der Praxis gezeigt, daß es notwendig ist, irgendeine Möglichkeit für ein Vorfeld – z.B. beim Wirtschaftsausschuß – zu haben. Wir können nicht alle Leute, die im Wirtschaftsausschuß mitarbeiten wollen, in den Ausschuß übernehmen, sonst gibt es einen Mammutausschuß. Wir wollen sie aber auch nicht zurückstoßen. Deshalb wäre es eine vernünftige Lösung, wenn wir einen Verein schüfen, der keine Vereinigung im Sinne des Statuts zu sein bräuchte, sondern man müßte gewissermaßen ein Vorfeld schaffen. Das braucht keine Vereinigung mit Sitz und Stimme im Bundesvorstand zu sein.

Meyers: Der Antrag geht zweifellos auf eine Vereinigung im Sinne der Satzung hinaus. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen uns darüber klar werden, ob wir diesen Weg einschlagen wollen oder nicht. Wenn wir dazu kommen, hat das zunächst eine Folge für die Zusammensetzung des Vorstandes; denn die Vorsitzenden dieser Vereinigung gehören dem Bundesvorstand der CDU an. Über diesen Umweg könnten also eine Reihe neuer Mitglieder in den Bundesvorstand kommen. Zweitens haben wir dann ein Nebeneinander von Ausschüssen und Vereinigungen der Partei. Die Frage lautet hier: Was ist nun für uns das Wichtigere und Entscheidendere? Sie werden sehen, daß die Vereinigungen letzten Endes gegenüber den Ausschüssen innerhalb der Partei das Übergewicht bekommen. Wenn es so ist, daß in den Vereinigungen diejenigen sind, die nicht in den Ausschüssen arbeiten, werden die Vereinigungen den Bundesvorstand in weitgehendem Umfang bestimmen, während die Ausschüsse, die die Arbeit leisten sollen, überhaupt niemanden in den Vorstand hineinschicken.

Deshalb halte ich es für zweckmäßig, die Herren Hesberg und Etzel zu bitten, den Antrag zunächst einmal zurückzustellen. Wir müssen uns zuerst darüber klar werden, wie wir die Vereinigungen überhaupt abgrenzen. Die Vereinigungen wurden ja nach verschiedenen Gesichtspunkten und Prinzipien geschaffen; denken Sie an die Sozialausschüsse und die Kommunalpolitische Vereinigung. Wir müssen uns aber jetzt darüber klar werden, wie es in Zukunft gehandhabt werden soll, damit nicht eine Vielzahl von Vereinigungen und damit ein großes Nebeneinander zu den Ausschüssen der Partei entsteht, wobei man dann nicht mehr weiß, wer denn nun für die Arbeit der Partei eigentlich maßgebend ist.

Johnen: Mit dem Antrag ist sicherlich eine Vereinigung im Sinne des Statuts gemeint. Einen solchen Antrag hat nur der Kollege Hesberg gestellt. Es handelt sich

auch nicht nur darum, daß Herr Etzel als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses damit einverstanden wäre, sondern auch die Landesverbände, die sich noch damit beschäftigen müssen, ob sie überhaupt diese Vereinigung wollen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Deshalb bitte ich darum, mit dem Herrn Hesberg zu sprechen, damit der Antrag zunächst einmal den Landesvorsitzenden zur Vorprüfung gegeben wird. (*Zustimmung*.)

Von Hassel: Ich nehme an, daß der Bundesvorstand allgemein dieser Auffassung ist. Man sollte Herrn Hesberg sagen, daß wir bei der Bildung neuer Vereinigungen außerordentlich zurückhaltend sein müssen, weil wir nicht wissen, wohin dieser Trend gehen wird, wenn wir ihm Tür und Tor öffnen. Wir sollten also zunächst die Landesverbände damit befassen. Später kann sich der Bundesvorstand damit beschäftigen.

Ferner sind von der Kommunalpolitischen Vereinigung zum Referat von Herrn Meyers drei Anträge angekündigt, die wir ihrem Inhalt nach aber jetzt nicht zu besprechen brauchen. Es genügt, wenn sie morgen vorgetragen werden. Hier taucht die Frage des zeitlichen Ablaufs auf: Sollen diese Anträge unmittelbar nach dem Referat von Dr. Meyers behandelt werden, (*Zurufe*: Später!) oder soll nach den Referaten eine Gesamtaussprache stattfinden? (*Zustimmung*.) Dann hat der Landesverband Saar einen Antrag zum Familienausgleich eingereicht, der von Herrn Dr. Röder begründet wird, und zwar im Zusammenhang mit dem Referat Dr. Krone, Blank usw.

In diesem Zusammenhang darf ich auf das Redaktionskomitee zu sprechen kommen. Hier sind vorgeschlagen: Dufhues, Dr. Gradl, Katzer, Dr. Krone, Schmidt⁸, Dr. Schröder, Dr. Schwarzhaupt, Dr. Kraske, Dr. Pettenberg. (*Dufhues*: Ich wäre dankbar, wenn ich durch jemand ersetzt würde! – *Johnen*: Herr Meyers für Herrn Dufhues! – *Meyers*: Nein! – *Zuruf*: Kiesinger!) Also: Dufhues, Gradl, Katzer, Krone, Schmidt, Schröder, Schwarzhaupt. – Herr Kiesinger als gastgebender Ministerpräsident hat keine Zeit dafür. Wie ist es mit Ihnen, Herr Hellwig? (*Hellwig*: Ich stehe nicht dauernd zur Verfügung. Ich muß morgen früh nach Luxemburg und komme erst am Donnerstag wieder.) Wer denn? (*Zuruf*: Schmücker!) Also, Herr Schmücker! (*Krone*: Es genügt auch so!) Herr Schröder! Würden Sie die Sache übernehmen? (*Schröder*: Ich kann es schwer allein machen. Für Donnerstag habe ich eine Einladung erhalten.) Können wir uns am Donnerstag verständigen? (*Schröder*: Ja! – *Zuruf*: Bauknecht! – *Albers*: Nehmen Sie Herrn Arndgen dazu! – *Zuruf*: Katzer! – *Zuruf*: Ist schon dabei!) Also, wir verbleiben wie vorgeschlagen. Dann müssen wir noch die Mandatsprüfungskommission aufstellen. Es werden vorgeschlagen: Adorno, Müllenbach und Dullenkopf⁹.

8 Dr. Otto Schmidt (1902–1984), Jurist; 1957–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 407 Anm. 133.

9 Otto Dullenkopf (geb. 1920), Bankkaufmann; 1948–1961 Landesgeschäftsführer der CDU Nordbaden, 1968–1970 Landesvorsitzender, 1956–1972 MdL Baden-Württemberg, 1961–1986 Bürger- bzw. seit 1970 Oberbürgermeister von Karlsruhe.

Der Evangelische Arbeitskreis hat einen Antrag eingebracht, in dem es heißt: Der 8. Bundestag des Evangelischen Arbeitskreises in Mannheim hat eine Entschließung zur Sozialethik angenommen, in der es u.a. heißt: Der Bundesparteitag wird gebeten, ein Gremium zu bilden, das möglichst schnell klare Leitsätze für das sozioethische und gesellschaftspolitische Handeln der CDU/CSU aufstellen sollte.

Schröder: Erlauben Sie mir, dazu einige Worte zu sagen. Ich habe diese Mannheimer Tagung¹⁰ geleitet; sie hat unter dem Motto gestanden „Der einzelne und die Gesellschaft heute“. Sie werden über die Referate einiges gelesen haben. Dabei hat sich gezeigt, daß es ein Bedürfnis gibt, nicht nur einen Wirtschaftsausschuß oder Sozialausschüsse zu haben, sondern daß man von der Partei her sich um die geistigen Grundlagen für das sozioethische Handeln bemüht. Dieser Ausschuß soll keine Dauereinrichtung sein, sondern eine Ad-hoc-Angelegenheit. Es ist ein bißchen schwierig; es müssen Leute drin sein, die aus dem Ausschuß für Wirtschaftspolitik, aus den Sozialausschüssen und natürlich auch aus dem Ausschuß für Kulturpolitik kommen.

Herr Krone wird ein Referat halten, in dem ein ähnlicher Gedanke eingeschlossen ist, den wir in Mannheim behandelt haben. Man könnte im Anschluß an die Referate von Krone, Erhard und Blank Überlegungen anstellen, was man auf dem Gebiete tun kann. Es soll eine kleine geeignete Gruppe sein, die einmal die geistigen Grundlagen für unser Handeln auf diesem Gebiet zu schaffen versucht. Es ist dem Grunde nach kein förmlicher Antrag, sondern eine Anregung an den Parteitag zur Intensivierung der Arbeit. Welche Form man finden wird, darüber müßte man sich im Anschluß an die Referate klarwerden.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich warne vor neuen Programmen! Die Aufstellung eines neuen Programms bedeutet immer, daß man bisher kein Programm oder nur ein schlechtes gehabt hat. Und das werden uns unsere Gegner dann sehr vermerken. Machen Sie das doch, wenn Sie das Bedürfnis haben, in der nächsten Vorstandssitzung ganz geräuschlos.

Schröder: Es sollte auch nicht öffentlich behandelt werden. Es war eine Anregung an den Parteitag. Ich bin damit einverstanden, daß der Bundesvorstand in der nächsten Sitzung bei der Auswertung dessen, was wir gehört haben, darauf zurückkommt.

Stoltenberg: Wir sollten zwar nicht neue Programme entwerfen, um der SPD nachzuziehen, aber die Auseinandersetzungen auf dem Parteitag in Kiel und später zeigen eine gewisse Lücke auf. Herr Katzer hat vor einigen Wochen wieder erklärt, das Ahlener Programm¹¹ sei gültig. Die anderen sagen, das Ahlener Programm sei

10 Akten zur Tagung in Mannheim am 1./2. April 1960 in ACDP IV-001-012/2 und -12/3; Presseberichte in IV-001-13/1.

11 Druck: HECK S. 15–24. Vgl. auch HEITZER S. 498–507. – Rede Katzers am 26. März 1960 in: Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongreß 1960 vom 26. bis 27. März in Köln. Köln 1960 S. 49–63. Vgl. auch „Katzer will kein Ketzer sein“ in BMD Nr. 13 vom 28. März 1960 S. 4.

nicht gültig, es sei nie ein Programm der CDU gewesen. Diese Dinge bewegen unsere Mitglieder sehr stark. Wir sollten nicht ein neues Programm formulieren, aber wir sollten jetzt anfangen – so habe ich den Vorschlag aufgefaßt –, uns darüber klarzuwerden, was wir hinsichtlich unseres Programms im Blick auf die Bundestagswahl nachholen müssen. Es muß mehr sein als ein bloßes Wahlprogramm; es muß grundlegend formuliert sein. Ich halte diesen neuen Vorschlag für sehr wichtig, weil in unserer Partei eine Unklarheit über das ist, was wir programmatisch wollen. (*Widerspruch und Zuruf: Wieso?*) Die jüngsten Auseinandersetzungen in der CDU über die Sozialpolitik und die Krankenversicherung haben diesen Mangel aufgezeigt. Wir sollten allerdings diese Debatte nicht auf dem Parteitag führen, aber wir als Vorstand müssen uns darüber klar sein, daß wir mit den Vorarbeiten einer Programmformulierung, die grundlegend sein muß, beginnen sollten.

Adenauer: Ich darf nochmals meine Empfehlung aufgreifen, Herr Stoltenberg, und Sie bitten, fangen wir nicht mit neuen Programmen an; auch wenn Sie sagen, ich liebe Programme nicht. Und wenn Sie mit dem Ahlener Programm anfangen wollen, dann gebrauchen Sie Sprengpulver. Sie haben gesagt, daß über das Ahlener Programm eine weitgehende Unklarheit herrsche, und zwar darüber, ob es gelte oder nicht. Wie ist denn das Ganze gekommen? Das kann nur ein Teil der Damen und Herren wissen. Als wir im ersten Bundestag bei den Großindustrien die Mitbestimmung¹² geschaffen haben, waren wir uns doch alle darüber klar, daß damit das Ahlener Programm überholt sei. (*Lebhafte Zustimmung. – Zuruf: Völlig klar!*) Deswegen würde ich Ihnen dringend empfehlen, nun nicht wieder mit dem Ahlener Programm anzufangen. Lassen wir zunächst einmal hören, was uns die Herren vortragen. In der Diskussion werden wir ja auch noch mancherlei hören. Der Bundesvorstand kann sich in seiner nächsten Sitzung damit beschäftigen. Ich möchte Ihnen überhaupt folgendes sagen: Ich beabsichtige – das wird vielleicht auch die Lage klären –, den Parteivorstand und den Parteiausschuß sofort nach der Gipfelkonferenz¹³ einzuladen, und zwar deshalb, damit auch hier eine Diskussion, die vielleicht schwierig werden könnte, vermieden wird. Die Vertriebenen – der BHE steht dahinter – werden vielleicht Fragen aufwerfen, die die Verhandlungen auf der Gipfelkonferenz in keiner Weise für uns erleichtern werden. Nach der Gipfelkonferenz sieht man in allen diesen Fragen viel klarer.

Nach der Gipfelkonferenz müssen Bundesvorstand und Bundesausschuß zusammentreten. Dann können wir über alles, was sich sonst noch auf dem Parteitag ergeben wird, sprechen. Nun steht draußen die Presse, meine Damen und Herren, die nur nach Herrn Oberländer verlangt. Sollen wir jetzt die Sache des Herrn Oberländer vorziehen?

12 Vgl. Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951. Bearb. von Gabriele MÜLLER-LIST. Düsseldorf 1984.

13 Gipfelkonferenz mit der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich in Paris am 16./17. Mai 1960 (AdG 1960 S. 8400–8407).

Von Hassel: Wir sind gleich fertig, Herr Bundeskanzler! Der Parteitag hat nach den Paragraphen 3 und 4 der Parteigerichtsordnung auf vier Jahre den Vorsitzenden, vier Beisitzer und fünf stellvertretende Mitglieder des Parteigerichts zu wählen. Es werden vorgeschlagen: als Vorsitzender Staatssekretär Dr. Strauß; als Beisitzer Oberbürgermeister Dr. Daniels¹⁴, Bonn, Frau Dr. Gantenberg¹⁵ MdB, Trier, Reichsminister a.D. von Keudell¹⁶, Bonn, Professor Dr. Süsterhenn, Präsident des Oberverwaltungsgerichts Koblenz; als stellvertretende Mitglieder Frau Ackermann¹⁷, Landau, Rechtsanwalt Henrichs¹⁸, Hilden, Rechtsanwalt Dr. Kaltenborn¹⁹, Krefeld, Justizrat Dr. Weber²⁰, Koblenz, Oberstaatsanwalt Wolf²¹, Frankfurt.

Johnen: Ich halte es für wenig glücklich, daß ein aktiver Beamter wie Herr Strauß Vorsitzender des Parteigerichts sein soll. Nehmen Sie Justizrat Dr. Weber.

Von Hassel: Warum soll er es nicht tun? Das ist ein politischer Beamter.

Schröder: Wie wäre es denn mit Dr. Daniels? Er ist Notar und Oberbürgermeister.

Von Hassel: Wir können Herrn Daniels als Vorsitzenden mit Herrn Strauß austauschen. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Die Eröffnungssitzung wird schließen mit der Verabschiedung einer EntschlieÙung zur außenpolitischen Lage und einer solchen zur Lage in der Sowjetzone. Da die Annahme dieser EntschlieÙungen aller Voraussicht nach per Akklamation erfolgen wird, muß geklärt werden, ob man die Eröffnungssitzung, bei der ja noch das Orchester anwesend ist, mit dem Deutschlandlied beenden soll. (*Zustimmung.*)

Der letzte Punkt! Die Wahlen des Bundesvorsitzenden und seiner vier Stellvertreter. In Kiel sind auf Vorschlag des Bundesvorstands die Vorschläge im Plenum des Parteitages vorgebracht worden. Soll auch heute hier so verfahren werden?

14 Dr. Wilhelm Daniels (1903–1977), Notar; 1956–1969 Oberbürgermeister von Bonn.

15 Dr. Mathilde Gantenberg (1889–1975), 1945 Mitgründerin der CDU in Trier, 1946–1956 MdL Rheinland-Pfalz, dort 1948–1951 Staatssekretärin im Kultusministerium, 1956–1961 MdB (CDU).

16 Dr. Walter von Keudell (1884–1973), 1927–1928 Reichsminister des Innern (DNVP), 1948 CDU, 1953 Mitglied des Bundesvertriebenenausschusses der CDU. Vgl. PROTOKOLLE I S. 478 Anm. 16.

17 Annemarie Ackermann (geb. 1913), 1953–1961 und 1965 MdB (CDU).

18 Wilhelm Henrichs (1897–1966), Rechtsanwalt; vor 1933 Zentrum, 1954–1966 MdL (CDU) Nordrhein-Westfalen, Vorsitzender des Ehrengerichts der CDU des Rheinlandes, Mitglied des Landesvorstands.

19 Dr. Karl-Heinz Kaltenborn (1906–1984), Rechtsanwalt; vor 1950 u.a. stv. Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion des Landtages Mecklenburg, 1950 Flucht, 2. Sprecher der Landesgruppe Mecklenburg in der Exil-CDU.

20 Dr. Karl Weber (1898–1985), Rechtsanwalt; 1949–1965 MdB (CDU), 1965 Bundesminister der Justiz.

21 Heinz Wolf (1908–1985), 1954–1962 erster bzw. stv. Vorsitzender des Deutschen Richterbundes, Landesverband Hessen, Oberstaatsanwalt in Frankfurt und Limburg, Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der CDU Hessen, Mitglied des Parteigerichts der CDU, 1962–1966 MdL Hessen (CDU).

(Zustimmung.) Dann müßte geklärt werden, ob andere Vorschläge gemacht werden. (Unruhe und Bewegung. – Zuruf: Wer soll denn gewählt werden? – Fricke: Wollen Sie es noch komplizierter machen, als es schon ist? – Johnen: Wer nimmt die Wahl nicht an? – Heiterkeit. – Andauernde Unruhe.) Ich frage noch einmal: Wird der Bundesvorstand einen Gesamtvorschlag machen, und wie sieht er aus? (Zurufe: Wie bisher! – Wiederwahl! – Unruhe. – Johnen: Es bleibt alles beim alten!) Herr Johnen sagt: Es bleibt alles beim alten. – Wenn keine anderen Vorschläge gemacht werden, müßte dieser Vorschlag nachher von einem Herrn im Bundesparteiausschuß vorgetragen werden. Wer ist dazu bereit? (Blumenfeld: Das muß spontan geschehen! – Johnen: Das wird Herr Blumenfeld übernehmen!)

FALL OBERLÄNDER

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Wir sind das dem Herrn Kollegen Oberländer, der Öffentlichkeit, unserer Partei und unserer Bundestagsfraktion schuldig, daß ich über diese ganze Angelegenheit etwas ausführlicher referiere, damit Sie zu Hause Auskunft geben können. Was wir nachher der Presse sagen, müssen wir uns überlegen. Herr von Hassel! Es wäre gut, wenn Sie das übernehmen. Sie wissen, daß Herr Oberländer seinerzeit Staatssekretär unter dem sozialdemokratischen Innenminister Hoegner in Bayern war. Dort ist auch das Entnazifizierungsverfahren in der vorgeschriebenen Weise erfolgt. Jeder, der Herrn Hoegner kennt – und viele von Ihnen kennen ihn ja –, wird mir bestätigen, daß er ein sehr korrekter Mann ist, der sicher niemals einen Mann zum Staatssekretär genommen hätte, wenn er nicht von dessen Ehrenhaftigkeit und Lauterkeit überzeugt gewesen wäre.

Damals war Herr Oberländer Mitglied des BHE. Sie kennen die weitere Entwicklung. Er ist in die CDU eingetreten, dann ist er Bundestagsmitglied und später Bundesminister für Vertriebene geworden. Herr Oberländer ist ein Mann mit viel Temperament und viel Begabung, und es ist ganz klar, daß ein solcher Mann auch Anstoß erregt. Er hat namentlich großen Anstoß erregt im Laufe der Zeit bei der SED.

Ich muß sagen, was mich an der ganzen Angelegenheit betrübt, das ist doch, daß die Presse in der Bundesrepublik auf die Angriffe der SED gegen die Politik der Bundesregierung einen so ungeheuer großen Wert legt. Ich weiß nämlich, daß die SED noch eine Reihe von namhaften Mitgliedern der CDU/CSU auf ihrem Programm stehen hat, gegen die sie dann auch losschießen will. Wenn Sie die Berichte lesen, die z.B. polnische Zeitungen über diese ganzen Vorgänge gebracht haben, dann werden Sie finden, daß diese Zeitungen den Verlauf der ganzen Angelegenheit als einen Sieg des Ostens betrachten und daß wir uns hier im Westen vor der Macht der Tatsachen hätten beugen müssen.²²

²² Breites Presseecho fand der Fall auch in westlichen Zeitungen; z.B. „The Guardian“ vom

Das ist aber nicht der Fall. Die Sache ist leider von der deutschen Presse und dann von den Sozialdemokraten in einer wirklich unverantwortlichen Weise hochgespielt worden. Sie wissen, wie es im politischen Leben ist, daß nämlich dann, wenn so konzentrierte Angriffe gegen eine bestimmte Persönlichkeit gerichtet werden, in der Bevölkerung und auch in unserer Partei nur zu leicht eine gewisse Unruhe entsteht.

Das politische Vorleben des Herrn Kollegen Oberländer ist – ehe er in die Fraktion kam und auch ehe er Bundesminister wurde – sehr eingehend geprüft worden. Ich darf Ihnen das kurz skizzieren. Herr Oberländer ist in jungen Jahren zur NSDAP gegangen. Er hat dort für die NSDAP gearbeitet. Er hat aber – das möchte ich sehr nachdrücklich betonen – sich niemals irgendwie an diesen verbrecherischen Taten beteiligt; im Gegenteil, er hat dagegen Stellung genommen innerhalb der NSDAP und hat infolgedessen innerhalb der NSDAP sehr große Schwierigkeiten gehabt.

In diesem Feldzug – es ist wirklich ein Feldzug, der jetzt gegen ihn geführt wird – ist dann schließlich auch die Sozialdemokratie auf dem Plan erschienen. Gerade die Sozialdemokratie hätte nach meiner Meinung alle Ursache, in solchen Angelegenheiten sehr ruhig und bescheiden zu sein; denn wenn man wollte, könnte man gegen eine ganze Reihe von führenden Sozialdemokraten mit viel größerem Recht einen Untersuchungsausschuß als gegen Herrn Kollegen Oberländer beantragen. Es ist nun im parlamentarischen Leben manchmal sehr schwer zu verstehen, wie etwas gekommen ist, aber nachher steht etwas da. Es ist verhandelt worden mit der SPD. Durch diese Verhandlung seitens der Bundestagsfraktion der CDU/CSU ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, als ob die Sozialdemokratie ihren Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch den Bundestag²³ fallenließe, wenn man ihr die Gewißheit gäbe, daß Herr Oberländer bis zu einem bestimmten Datum sein Rücktrittsgesuch als Minister mir unterbreite. Ich möchte sehr nachdrücklich betonen, daß eine solche Verbindung, nämlich das Fallenlassen des Untersuchungsausschusses, wenn Herr Oberländer zurücktritt, den Tatsachen nicht entspricht, sondern Herr Oberländer schon im September des vergangenen Jahres einen Untersuchungsausschuß sogar gewünscht hat.

Die Sozialdemokratie hat in dieser Sache auch Behauptungen aufgestellt, die mich angehen; ich hätte einen Brief geschrieben – ich weiß nicht, an wen –, in dem ich das alles bestätigt hätte. Ich habe niemals einen Brief in dieser Angelegenheit geschrieben. Das ist alles nicht wahr. Ich habe allerdings – und darüber fühlt sich Herr Kollege Oberländer etwas unglücklich (nach meiner Meinung ohne Grund) – folgendes getan: Ich habe im Januar oder Februar in einer Studentenversammlung in Köln gesprochen.²⁴ Es war ein sehr erregtes Publikum da, 3.000 Leute in einem Saal, der nur 1.500 fassen

21. April 1960, „The Times“ vom 6. April 1960, „Le Monde“ vom 14. April 1960, „Der Bund“, Bern, vom 17. April 1960.

23 Antrag: BT-Drs. 1778 vom 5. April 1960; nach dem Rücktritt Oberländers am 5. Mai 1960 zurückgezogen: Sten.Ber. 3. WP Bd. 45 S. 6267.

24 Es handelt sich um die Ansprache vor dem RCDS Köln am 15. Februar 1960. Bericht in FAZ vom 16. Februar 1960.

durfte. Die Studenten hatten stundenlang gewartet, nur um Zeuge sein zu können. Es war auch ein Block von sozialdemokratischen Studenten da. Ich war der einzige Redner. Und es wurde mir dann lebhaft zugerufen: Oberländer, Oberländer weg! – Darauf habe ich gesagt: Das haben wir gewußt; Herr Oberländer war braun, wenn Sie wollen, war er tiefbraun, aber Herr Oberländer hat niemals etwas getan, was gegen seine Ehre war. Ich habe auch dort erklärt, daß Herr Oberländer sich nicht nur an solchen Dingen niemals beteiligt hat, sondern daß er auch deswegen innerhalb der NSDAP große Unannehmlichkeiten gehabt hat.

Ich habe den Studenten weiter gesagt: Ich denke nicht daran, dem zu folgen, was Sie mir zurufen. Sie wollen nämlich seine Entlassung. Ich bin nicht geneigt, wenn die SED verlangt, es soll ein Bundesminister entlassen werden, das dann dem Bundespräsidenten vorzuschlagen. – Und daraufhin habe ich – ich sage das so ausführlich, damit Herr Oberländer das auch von mir hört – in der großen Kölner Versammlung einen tosenden Beifall dafür bekommen, daß Herr Oberländer nicht entlassen werden soll.

Es haben dann in der letzten Zeit Verhandlungen stattgefunden, über die in der Presse falsch berichtet worden ist. Herr Oberländer ist das Ziel von scheußlichen Angriffen geworden. Er leidet darunter; seine Familie leidet darunter, was jeder von Ihnen ihm nachempfinden wird. Er hat sich dagegen zur Wehr gesetzt; zuerst im Lemberg-Ausschuß. Im Lemberg-Ausschuß²⁵ ist absolut klargeworden, daß Herr Oberländer, als dieses Gemetzel in Lemberg stattfand, überhaupt nicht in Lemberg gewesen ist, sondern daß der Befehl zur Niedermetzlung gegeben worden ist von Herrn Chruschtschow, der von Stalin mit der Reinigung der Ukraine beauftragt war, ehe die deutsche Truppe überhaupt in Lemberg einzog.

Es ist dann eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Bonn erhoben worden. Die Staatsanwaltschaft in Bonn hat eine Unmenge von Zeugen vernommen und die ganze Sache geklärt. Wir haben einen Zwischenbericht²⁶ zur Kenntnis bekommen. In diesem Falle begrüße ich es – das möchte ich dem Herrn Ministerpräsidenten Meyers sagen –, daß die Regierung in Nordrhein-Westfalen auch ihre Staatsanwaltschaften zu etwas veranlaßt hat in Bonn, was gut war. (*Heiterkeit.*) Nach diesem Zwischenbericht steht fest, daß er nichts getan hat. Das Verfahren kann aber noch nicht abgeschlossen werden, weil noch einige Zeugen aus Israel vernommen werden müssen. Dann wird das auch abgeschlossen.

25 „Internationale Untersuchungskommission Lemberg 1941“, die sich am 27./28. November 1959 konstituierte. Sie untersuchte die Vorgänge in Lemberg beim Einmarsch der deutschen Truppen 1941 im Zusammenhang mit den gegen Oberländer erhobenen Vorwürfen. Vgl. ihren Abschlußbericht: Lemberg 1941 und Oberländer. Das Ergebnis einer Untersuchung. Hrsg. von K.R. VAN STAAL. Amstelveen/Holland 1960 (110 S.).

26 Am 5. April 1960 teilte die Staatsanwaltschaft mit, daß das Material gegen Oberländer zu einer Strafverfolgung nicht ausreiche; am 12. April gab sie bekannt, die Ermittlungen würden fortgeführt (AdG 1960 S.8372). – Der Zwischenbericht vermutlich in HStA Düsseldorf Rep. 195 Nr. 725–743 (nach Auskunft des HStA Düsseldorf vom 20. November 1992 z.Z. nicht zugänglich).

Dann hat Herr Bucerius in der „Zeit“ einen scharfen Angriff gegen Herrn Oberländer geduldet oder sogar selbst geschrieben. (*Zurufe*: Selbst geschrieben!) Darauf hat die Fraktion ein Ehrengericht unter dem Vorsitz von Herrn Pferdmenes eingesetzt, das ebenfalls zu dem Ergebnis gekommen ist, daß die gegen Herrn Oberländer erhobenen Vorwürfe und Angriffe unberechtigt sind.²⁷

Nun hat Herr Oberländer, der erwachsene Söhne hat und mit seinen 55 Jahren noch im besten Mannesalter steht, den begreiflichen Wunsch, sich in dem gegen ihn entfesselten Kampf mit ganzer Kraft zu verteidigen. Deshalb hat er weiter den Wunsch, aus dem Kabinett auszusteigen, um sich diesen Fragen ganz widmen zu können. Er wird das, wie ich glaube, auch mit großem Erfolg tun, und seine Kraft wird der Partei und der Fraktion auch erhalten bleiben.

Es hat gestern – und eben ist die Fortsetzung gewesen – eine Besprechung zwischen Herrn Krone, Herrn Oberländer und mir stattgefunden. Und nun möchte ich sagen – das ist nach meiner Meinung das Entscheidende –, der Untersuchungsausschuß wird kommen, und zwar auf Antrag der CDU-Fraktion.²⁸ Ob er gelegentlich auf einige sozialdemokratische Herren ausgedehnt werden wird, das müssen wir mal der höheren Einsicht der Unterzeichner überlassen. Der Untersuchungsausschuß wird kommen, wenn dieser Antrag gestellt ist, nicht früher. Damit nun nicht eine Kombination hergestellt werden kann zwischen dem Ausscheiden des Herrn Oberländer und dem Unterlassen der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, wird Herr Oberländer aus sich heraus und ungezwungen mir eine entsprechende Mitteilung machen.

Das ist der Tatbestand. Ich habe versucht, ihn möglichst so zu fassen, daß er nicht zu sehr in die Breite geht und auch für Sie verständlich ist. Ob immer richtig und klug dabei von der Presse, der Fraktion und der Partei verfahren worden ist, das wollen wir jetzt nicht mehr untersuchen. Wir können wohl alle damit zufrieden sein, daß dem Wunsche des Herrn Oberländer entsprochen und von der CDU-Fraktion der Antrag gestellt wird, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, aber nicht in der Art, wie das die Sozialdemokraten wollten, die blödsinnigerweise geschrieben haben, es sollte sein Leben von der Geburt an untersucht werden. Daran haben wir gar kein Interesse, sondern seine politische Vergangenheit soll untersucht werden. Darauf wird sich der Antrag beschränken. Wenn der Antrag gestellt ist – und da handelt Herr Oberländer nach meiner Meinung durchaus richtig –, will er sich die Arme freimachen; denn das kann eine Geschichte von vielen Monaten werden, wobei er immer zur Verfügung stehen muß. Es wird ihm dann seine Freiheit von der Pflicht

27 Artikel von Bucerius. Vgl. Nr. 12 Anm. 39. – Material in: ACDP VIII-001-034/1 (Bericht Pferdmenes in der Fraktionssitzung vom 3. Mai 1960 S. 299) sowie in UiD Nr. 15 vom 14. April 1960.

28 Beschluß zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses am 6. Mai 1960 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 46 S. 6381) auf Antrag von Krone, Arndgen, Pferdmenes, Struve und Genossen (BT-Drs. 1813 vom 3. Mai 1960).

seines Amtes wiedergegeben. Ich glaube, Herr Oberländer, damit habe ich es richtig ausgeführt! (*Oberländer*: Ja!)

Krone: Die Fraktion wird so handeln. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß wir es dem Herrn Kollegen Oberländer schuldig sind, dafür zu sorgen, daß die Wahrheit an den Tag kommt. Wir alle sind davon überzeugt, nach dem, was bisher vorliegt, daß die Wahrheit zu seinen Gunsten sein wird. Daher bin ich der Meinung, daß die Fraktion dem vom Kollegen Oberländer geäußerten Wunsch, seine Sache parlamentarisch zu untersuchen – zumal der Osten diesen Prozeß macht –, nachkommen soll. Außerdem wird Herr Pferdenges am Dienstag in der Fraktion ausführlich über die Arbeit des Ehrenrates berichten.²⁹ Nunmehr ist auch die Äußerung „er war braun“ vom Herrn Bundeskanzler abgeschwächt worden.

Von Hassel: Ich meine, daß wir weder in dieser Stunde noch zu einer anderen Gelegenheit auf diesem Parteitag diese Frage noch einmal aufgreifen sollten, sondern daß wir gut daran tun, denen aufrichtig zu danken dafür, die sich um die auch menschlich so gute Lösung bemüht haben. Herr Bundeskanzler! Wir wissen, wie schwierig das war. (*Zuruf*: Meinen Sie auch Herrn Bucerus damit?) Nein! – Herr Krone wollen wir dafür danken, daß er sich dieser Aufgabe angenommen hat. Die Frage Bucerus müßte man später einmal klären.

Krone: Der Ehrenrat hat festgestellt, daß das Verhalten von Herrn Bucerus und einem anderen Kollegen nicht honorig gewesen ist. Das steht im Beschluß des Ehrenrates, den die Presse bekommen hat.

Oberländer: Da Herr Bucerus noch weiter behauptet, daß ich am Mord in Lemberg beteiligt gewesen sei, muß die Sache vor das Ehrengericht. Außerdem werden die anderen Sachen auch weiter von ihm in der Öffentlichkeit behauptet. So gehen die Dinge auf keinen Fall weiter. Ich habe die Unterlagen da! (*Unruhe und Bewegung*.)

Hilbert: Als von deutscher Seite die ersten Anschuldigungen gegen Herrn Oberländer wegen seiner politischen Tätigkeit – nicht wegen Lemberg – erhoben wurden, war es bedauerlich, daß sein Rücktritt nicht angenommen worden ist. Ich bedaure das; denn jetzt den Rücktritt von Herrn Oberländer durchzuführen, bedeutet nichts anderes als eine Kapitulation gegenüber den Angriffen vom Osten. Wir sind nicht sicher, was kommt. Wenn Herr Oberländer nunmehr aus freien Stücken zurücktritt, glaubt ihm das kein Mensch. Wir wissen auch nicht, ob nicht der zweite, dritte und vierte „Fall Oberländer“ auf dem Fuße folgen wird!

Ich bedaure außerordentlich, daß es in einer parlamentarischen Demokratie nicht üblich [ist], wenn derart schwerwiegende Anschuldigungen wegen seiner politischen Tätigkeit von 1933 an und in der Reichsführung der NSDAP ... (*Oberländer*: Ich war nie in der Reichsführung der NSDAP! – *Unruhe*.) Das steht in dem Artikel von Bucerus! (*Oberländer*: Da steht vieles drin! Das widerspricht völlig den Tatsachen!) Ich bin jedenfalls der Meinung, es wäre damals schon der richtige Zeitpunkt für Herrn

²⁹ Vgl. Anm. 27.

Oberländer gewesen, zurückzutreten. Mir ist bekannt, daß er den Rücktritt angeboten hat, aber der Herr Bundeskanzler hat den Rücktritt nicht angenommen! Wenn er aber heute zurücktritt, dann bin ich der Auffassung, daß wir hier – principiis obsta! – einen wirklich schweren Fehler begehen; denn wir werden erleben, daß dann als zweiter Herr Schröder, als dritter Herr Globke und als vierter der Herr Bundeskanzler folgen werden! (*Adenauer*: Ich bin noch nicht drauf!) Doch! Sie werden schon längst als Kriegshetzer Nummer 1 bezeichnet. (*Adenauer*: Das ist etwas anderes!) Wir sind keineswegs sicher, ob diese Kampagne nicht verstärkt weitergeführt wird.

Adenauer: Was Herr Hilbert gesagt hat, ist für mich als Bundeskanzler von großem Interesse. Nun möchte ich gern auch hier einmal von Ihnen hören, wie Sie über diese ganze Frage denken. Ich darf nochmals betonen, worauf es mir ankommt. Für mich ist von entscheidender Bedeutung, daß der Untersuchungsausschuß gebildet wird und in Funktion tritt. Es soll also nicht etwa, wie es in der sozialdemokratischen Presse hieß, eine Vereinbarung getroffen werden mit der CDU-Fraktion, wonach sie einen Antrag stelle, und dafür habe Herr Oberländer auszuscheiden. Das ist nicht der Fall. Das ist damit erledigt.

Hilbert: Herr Bundeskanzler! Sie haben eben gesagt, daß Herr Oberländer bereits Staatssekretär unter dem sozialdemokratischen Innenminister Hoegner in Bayern gewesen ist. Diese Behauptung wurde von uns durch einen Zwischenruf im Bundestag aufgestellt. Sie ist aber nachher widerlegt worden durch eine Erklärung des Herrn Menzel. (*Adenauer*: Eine Erklärung des Herrn Menzel ist keine Widerlegung!) Herr Menzel hat erklärt, das sei nicht richtig, Oberländer sei erst nach der Bildung der CSU-Regierung als Staatssekretär aus dem BHE berufen worden. (*Schröder*: Das ist kein Widerspruch! – *Unruhe und Bewegung*.)

Oberländer: In der bayerischen Regierung, die am 21. November 1950 gebildet wurde, war Ministerpräsident Herr Ehard, CSU; Innenminister war Herr Hoegner; Staatssekretär bei ihm, auch für die Vertriebenen, bin ich gewesen. Ich bin hingekommen durch Herrn von Knoeringen – das kann nicht bestritten werden –, der mir zugeredet hat, Hoegner sei ein guter Mann, was sich auch in den folgenden zwei, drei Jahren als richtig herausgestellt hat. Die Regierung ist gebildet worden von der CSU, in der Herr Hoegner war. Und bei ihm habe ich drei Jahre lang gearbeitet.

Gratl: Wir müssen uns über folgendes klarwerden. Es ist gleich 5 Uhr. Ich weiß nicht, ob es unter diesen Umständen richtig ist, diese Angelegenheit noch lange zu erörtern. Ich hatte angenommen, nach dem, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, ist die Sache völlig klar. Es ist eine Entscheidung herbeigeführt worden, wonach die Fraktion einen Untersuchungsausschuß im Bundestag beantragt, der ihm die Möglichkeit gibt, sich völlig zu rechtfertigen. Wir sind davon überzeugt, daß ihm das gelingen wird. Auf der anderen Seite wird er selber aus der Regierung austreten und sein Amt zur Verfügung stellen, um sich in dieser Auseinandersetzung zu wehren und auch – wie ich glaube – um die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses von der Belastung freizulassen, daß ein Mitglied der Bundesregierung vor einem Untersuchungsausschuß steht. So habe ich das verstanden. Und wenn das der Fall

ist, sollten wir froh sein, daß endlich eine allseits befriedigende Lösung für diese Auseinandersetzung gefunden wird und wir die Möglichkeit haben, nicht mehr darüber mit den Delegierten und dem Plenum des Parteitages zu sprechen. Ich würde also vorschlagen, damit nun Schluß zu machen.

Wir haben die beiden Entschließungen zur Außenpolitik und zur Situation in der Zone verabschieden. Wir wollen, daß die Eröffnungssitzung ein in sich geschlossener, sehr eindrucksvoller, sagen wir ruhig, nationaler Akt wird. Dazu gehört, daß wir diese beiden Entschließungen auf dem Parteitag verabschieden, ohne daß es noch eine zerflatternde Diskussion gibt. Um das zuwege zu bringen, wäre es gut, wenn diese Entschließungen einmütig vom Bundesvorstand nachher dem Bundesausschuß zur Annahme empfohlen würden. Aber diese Entscheidung des Bundesvorstandes muß noch herbeigeführt werden!

Lücke: In dieser Sache Oberländer sind alle möglichen und denkbaren Fehler gemacht worden. Ich stimme der Lösung, wie sie nunmehr gefunden worden ist, zu. Aber, Herr Gradl, so ist das jetzt leider nicht mehr, daß es wichtiger sei, nur über den Parteitag zu sprechen. Was sich hier vollzieht, trifft die Union in ihrem Kern.

Wir sind doch getreten worden noch und noch und sind nunmehr im Sog der SED, ob wir wollen oder nicht. Jetzt können wir nicht mehr anders. Darum ist der jetzt gefundene Weg von der menschlichen Seite her für Sie der richtige, Herr Oberländer, daß Sie Ihren Rücktritt beantragen und der Bundeskanzler dem stattgibt, damit Sie auch als Mitglied der Union und der Fraktion Ihre Rechtfertigung betreiben können aus menschlichen Gründen.

Politisch aber begehen wir einen Fehler. Wir haben zu lange gewartet. Was sich draußen vollziehen wird, bleibt in seinem Ergebnis noch abzuwarten. Es wird sicher heißen: Aha, die hatten also doch einen in ihren Reihen. Und nun wird der nächste drankommen. – Herr Bundeskanzler! Die Telefonate, die in meinem Büro in Bonn laufend ankommen – ich selbst habe keine braune und sonstige Vergangenheit, dazu bin ich zu jung –, deuten darauf hin, daß man vom Osten her darauf aus ist, weitere politische Freunde auszubootten. Eine solche Untersuchung wird auch nicht das gewünschte Ergebnis bringen. Darüber müssen wir uns klar sein. (*Oberländer:* Sie wird eine Antwort geben auf den Berliner Prozeß³⁰¹) Ich würde sagen – wie Sie es vorgetragen haben, Herr Bundeskanzler –, daß Sie den Rücktritt beantragen, und der Kanzler gibt dem statt.

Adenauer: Herr Lücke hat sicher recht, wenn er sagt, es seien in der Vergangenheit Fehler begangen worden. Was wir aber jetzt tun, Herr Lücke – Sie haben es ja dann auch anerkannt –, ist die beste Möglichkeit, um nicht neue Fehler zu begehen. Deswegen sollten wir uns darauf verständigen: Die Fraktion wird gebeten – es sind nur 15 Unterschriften dazu nötig, die bekommen wir spielend zusammen –, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, um die politischen Vorwürfe gegen Herrn

30 Beginn eines öffentlichen „Prozesses“ in Ost-Berlin am 20. April, „Schuldspruch“ am 29. April 1960; vgl. NZZ vom 1. Mai 1960.

Oberländer zu untersuchen. Herr Oberländer geht aus freien Stücken, um die Hände freizubekommen und sich dagegen zur Wehr setzen zu können. Es werden auch noch Angriffe von anderer Stelle gegen ihn erhoben.

Das sollte man so akzeptieren. Auf dem Parteitag darf nicht darüber gesprochen werden. Ich habe mich geschämt, als ich in einer Zeitung, die der CDU nahesteht – sie gehört nicht dazu –, die Überschrift gelesen habe „Der Parteitag steht unter dem Zeichen Oberländer“³¹. Natürlich stand es auch in anderen Zeitungen, die uns fernstehen. Das muß unter allen Umständen vermieden werden! Ich weiß auch nicht, Herr von Hassel, ob man dem Parteiausschuß gleich etwas sagen soll. (*Zurufe*: Nein! – Doch! – Natürlich! – In der gleichen Form wie hier! – *Blumenfeld*: Abgekürzt! – *Zuruf*: Nur das Ergebnis! – *Anhaltende Unruhe*.)

Gurk: Wir können es mit einer kurzen Mitteilung an den Parteiausschuß nicht bewenden lassen, sondern müssen über die Dinge auch in der Öffentlichkeit sprechen, nicht auf dem Parteitag, aber in der Presse, die draußen steht; sie will auch etwas darüber haben. Es ist m.E. gut, die Sache bekanntzugeben, und zwar mit einer Entmotivierung ... (*Oberländer*: Mit der Offensive gegen den Osten!) Wir sollten ganz klar und öffentlich betonen, daß es eine Linie des Widerstandes und nicht des Nachgebens ist. Man kann auch sagen, daß man den weiteren Angriffen ruhig entgegensieht und sie zu parieren weiß. Wir sollten öffentlich sprechen. Das ist gar nicht zu vermeiden. Die Presse zwingt uns dazu.

Adenauer: Ich möchte vorschlagen, daß Herr von Hassel das der Presse mitteilt. (*Zimmer*: Aber genau formuliert!) Genau so, wie ich es eben gesagt habe. Dann möchte ich noch eine weitere Mitteilung machen, die interessant und erfreulich ist. Sie werden auf dem Parteitag auch den Botschafter Blankenhorn sehen. Herr Blankenhorn, der alter CDU-Mann ist – er war einmal Parteisekretär der britischen Zone –, hat mich gefragt, ob ich Bedenken hätte, wenn er käme. Ich habe ihm gesagt, im Gegenteil, kommen Sie ruhig. Selten ist ein Urteil mehr zerrissen worden vom obersten Gericht wie das des Bonner Landgerichts.³²

VERSCHIEDENES

Von Hassel: Sollen wir noch die beiden EntschlieBungen zur Außenpolitik und zur Situation in der Zone behandeln? – Der Herr Bundeskanzler hat die vorbereiteten Formulierungen durchgesehen. Sie sind etwas geändert worden. Herr von Brentano hat noch ein paar Zusätze gemacht. Der Herr Bundeskanzler ist einverstanden. Genügt es, daß wir das so vortragen? (*Zurufe*: Genügt!) Von einem Sprecher ist gesagt worden, man solle darüber möglichst nicht diskutieren.

31 „Bonner Rundschau“ vom 23. April 1960 („Parteitag im Schatten Oberländers?“).

32 Bundesverfassungsgerichtsurteil: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 14 Nr. 51 (Urteil vom 13. April 1960) S. 240–258. Vgl. dazu „Die Welt“ vom 13. April 1960 („Blankenhorn-Urteil eine Fehlleistung“).

Adenauer: Sie müssen noch sagen, daß morgen im gegebenen Augenblick zwei Bauern aus der Zone reden werden. (*Von Hassel:* Habe ich schon gesagt!)

Hilbert: Das Gastland, in dem Sie Ihren Bundesparteitag abhalten, steht im Zeichen des Landtagswahlkampfes³³. Uns scheint, daß den prominenten Herren, angefangen von der Bundesregierung bis zu den Länderministern – soweit sie der CDU angehören –, die Bedeutung dieses Wahlkampfes vor der Entscheidung im Jahre 1961 nicht genügend bekannt ist.

Wir müssen leider feststellen, daß wir im Lande Baden-Württemberg mit Bundesrednern nur sehr spärlich bedacht worden sind. Wir müssen diesen Wahlkampf fast ganz allein führen. Besonders hat uns bedrückt, daß die Herren Bundesminister nur ganz vereinzelt unseren Wünschen nachkommen. (*Lücke:* Ich fahre gleich zu einer Versammlung, um zu reden!) Ich muß eines hervorheben. Herr Ministerpräsident Dr. Meyers hat uns in die größte Verlegenheit gebracht. Er hat sein Erscheinen für Versammlungen zugesagt, dann aber im letzten Moment wieder abgesagt! (*Meyers:* Vor 14 Tagen schon!) Das ist eine Begründung, Herr Ministerpräsident, die eines Unionsfreundes nicht ganz zuträglich ist. Wir verlangen von unseren Wählern, daß sie zu uns halten um des großen Zieles willen, selbst wenn einmal Entscheidungen gegen die Intentionen einiger Wähler getroffen werden müssen.

Nun hat der Ministerpräsident unseres Landes im Bundesrat eine Entscheidung treffen müssen, die den Verhältnissen des Landes Nordrhein-Westfalen nicht ganz zuträglich ist. Ich brauche Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger, der ja anwesend ist, nicht zu verteidigen. Aber wir haben keine Mehrheitsregierung der CDU in unserem Lande, sondern er ist darauf angewiesen, die Mehrheit zu suchen.

Wenn der Herr Ministerpräsident Meyers uns nun den Besuch der Wahlversammlungen mit der Begründung absagt, weil unser Ministerpräsident im Bundesrat gegen die Heizölsteuer³⁴ gewesen sei, (*Unruhe.* – *Kiesinger:* Ich war es gar nicht!) jedenfalls das Land, die Regierung, dann halte ich das nicht zuträglich für einen Unionsfreund. (*Anhaltende Unruhe.* – *Zuruf:* Auch Herr Dufhues!) Wir könnten sonst einen Bumerang starten! (*Kiesinger:* Mit derselben Begründung! – *Unruhe.*) Sie könnten es wiedergutmachen und die noch anstehenden Versammlungen besuchen. (*Zurufe:* Sehr richtig! – Wir müssen immer das große Ziel sehen!) Es ist in der Öffentlichkeit die Begründung bekanntgeworden. Ich habe gestern abend in Bühl in einer Wahlversammlung gesprochen. Aus der Mitte der Versammlung bin ich gefragt worden, ob es denn richtig sei, daß der Ministerpräsident, der als Redner angesagt war, plötzlich mit der Begründung abgelehnt habe, die Regierung unseres Landes

³³ Am 15. Mai 1960.

³⁴ Erster Änderungsantrag des Landes Baden-Württemberg: BR-Drs. 307/2/59 vom 21. Oktober 1959; beraten in der Bundesratssitzung am 23. Oktober 1959: BR Sten.Ber. 210. Sitzung S. 182–188; Beschluß: ebd. S. 188 und BR-Drs. 307/59 (Beschluß) vom 23. Oktober 1959. Zweiter mündlicher Antrag Baden-Württembergs, gegen das Gesetz Einspruch zu erheben, in der Bundesratssitzung am 8. April 1960: BR Sten.Ber. 217. Sitzung S. 351f.; Beschluß: ebd. S. 352 und BR-Drs. 95/60 (Beschluß) vom 8. April 1960.

habe sich bei der Heizölsteuer nicht den Wünschen des Landes Nordrhein-Westfalen gefügt.

Meyers: Es handelt sich nicht um eine Sache des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern um eine Vorlage der Bundesregierung! (*Adenauer:* Im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen!) Wenn im Ruhrgebiet und in Westfalen nicht mehr CDU gewählt wird, dann möchte ich wissen, was aus der CDU werden soll. Ich habe Sie zu erreichen versucht, Herr Bundeskanzler, auch wegen dieser Vorlage, aber am letzten Morgen wurde mir gesagt, daß das nicht möglich sei. Ich mußte diesen Vertrag mit Niedersachsen³⁵ schließen, damit wir unsere 21 Stimmen bekamen. Das kann ich aber nicht, wenn ein Land wie Baden-Württemberg entgegensteht.

Adenauer: Wenn wir das Kapitel „Bundesrat“ anschneiden, dann will ich es in einer politischen Übersicht tun. Und hier in diesem engen Kreis muß ich sagen, die Testzahlen sind z.Z. so schlecht, wie sie kaum jemals vorher gewesen sind.³⁶ Und warum? Zum großen Teil doch wegen der Uneinigkeit, die die CDU nach draußen zeigt! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Meine Herren von Nordrhein-Westfalen! Sie wissen, daß ich die Schwere der Frage für Sie durchaus kenne und daß ich mich sehr dafür eingesetzt habe, daß Ihnen geholfen wird. Aber Sie müssen hier sprechen! So geht es wirklich nicht weiter!

Wir kommen auch mit dem zweiten Fernsehprogramm nicht weiter im Bundesrat. Wir müssen aber doch auf das große Ganze sehen! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Kiesinger: Ich hätte nichts gesagt, wenn das Thema nicht angeschnitten worden wäre, aber jetzt muß ich es tun. Im ersten Durchgang des Bundesrates habe ich versucht, und zwar einsam und allein, meinen Willen durchzusetzen. Sie erinnern sich, was wir miteinander gesprochen haben, Herr Dufhues. Wir haben versucht, diese Sache nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern in unser aller Interesse durchzubringen. Ich habe mich im Kabinett durchgesetzt, in dem die CDU nicht die Mehrheit hat. Darauf hat sich in diesem Lande ein wahrer Sturm erhoben, auch aus CDU-Kreisen, gegen diese Steuer.

Ich habe trotzdem versucht, auf einen vernünftigen Kompromiß hinarbeiten, bin aber dann in dieser Sache einmal überstimmt worden. Ich habe 15 Monate lang praktisch doch immerhin mein Kabinett dazu bekommen, daß es im Sinne der Bundesregierung im Bundesrat abgestimmt hat. Ich kann es aber nicht verhindern, wenn einmal eine solche Situation entsteht, daß ich in einem solchen Kampfe unterliege. Dieses Mal hat mich die FDP im Stich gelassen. Die SPD hat es auf ihre Fahne geschrieben und wollte die ganze Sache zu einem großen Wahlslogan machen.

35 Nicht ermittelt, vermutlich mündliche Absprache.

36 Im März 1960 lagen CDU/CSU mit 44 % und SPD mit 43 % dicht beieinander. – Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 424; ACDP I-070-006/1 (darin auch: Denkschrift zur Bundestagswahl 1961, Januar 1960).

Wie Sie nun reagieren können, als ob Sie in einen Konflikt mit uns gekommen wären, ist mir rein unverständlich. (*Meyers*: Sie vergessen, daß wir vorher telefoniert haben, wobei Sie erklärten, Sie würden so abstimmen wie vorher!) Ich habe gesagt, daß ich meine Haltung nicht ändern würde. Ich habe hier eine positive Entscheidung des Kabinetts gegen den erbitterten Widerstand der anderen Seite herbeigeführt. Wenn dieses Land, in dem die CDU nicht die Mehrheit hat, im großen und ganzen im Bundesrat für die Intentionen der Bundesregierung stimmt, ist das aller Ehre wert, und ich bin ziemlich stolz darauf.

Dufhues: Eines hat uns überrascht: Weder Hamburg noch Bremen noch Hessen – also alle Länder, die sozialistisch regiert werden und die ein wesentliches und vitales Interesse an der Verhinderung der Heizölsteuer hatten, viel mehr als Baden-Württemberg – haben sich bereit gefunden, Einspruch einzulegen. Diese Führung übernahm Baden-Württemberg. Als Baden-Württemberg erklärte, wir legen Einspruch ein, schlossen sich die anderen Länder an. Das hat uns überrascht.

Nun zu unserer Haltung im Bundesrat! Ich habe das Land Nordrhein-Westfalen im Vermittlungsausschuß zu vertreten. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir für die gesellschaftspolitische Konzeption, die im Volkswagenwerk-Gesetz³⁷ ihren Ausdruck gefunden hat, einen Umweg gehen müssen, Herr Bundeskanzler! Dafür werden Sie sicherlich Verständnis haben. (*Kiesinger*: Es geht jetzt um die Landtagswahlen!)

Adenauer: Es geht vor allem darum, daß nicht die Landtagswahlen boykottiert werden! Jetzt müssen Sie zeigen, meine Herren, was Sie für große Männer sind! (*Meyers*: Herr Bundeskanzler! So kriegen Sie mich nicht! – *Unruhe*.) Wie soll ich Sie denn kriegen? (*Meyers*: Das ist ein wohlüberlegter Entschluß!) Der mag wohlüberlegt sein, aber wohin kommen wir denn mit unserer Partei? (*Kiesinger*: Weil die FDP und die SPD dieses Landes gegen die Heizölsteuer waren, deswegen rächen Sie sich jetzt an der CDU! – *Meyers*: Nein! Weil Sie ein gegebenes Wort nicht gehalten haben! – *Kiesinger*: Ich kann mein Wort nur persönlich halten, aber nicht für die SPD! – *Anhaltende Unruhe und Bewegung*.) Nachdem dies ausgesprochen worden ist, möchte ich folgendes sagen: Wenn Sie sich vorstellen, diese Landtagswahl in Baden-Württemberg würde damit enden, daß eine Regierung herauskommt bestehend aus SPD und FDP, dann wäre das für die nächste Bundestagswahl ein sehr ungünstiges Omen! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Und wenn die Bundestagswahl schlecht ausfällt, dann fällt auch die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – die ja später ist³⁸ – erst recht schlecht aus.

37 Gesetz über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk GmbH in private Hand vom 21. Juli 1960 (BGBl I S. 585–587). Vgl. dazu: BT-Drs. 102 vom 20. Dezember 1957 (Antrag seitens der CDU/CSU auf Beschluß eines beigefügten Gesetzentwurfs); Sten.Ber. 3. WP Bd. 45 S. 5844–5881 (Sitzung am 16. März 1960), Bd. 46 S. 6962f. (Sitzung am 29. Juni 1960).

38 Am 8. Juli 1962.

Deswegen schneiden Sie sich ins eigene Fleisch, meine Herren, wenn Sie sich weiter so verhalten. Ich bitte Sie wirklich, seien Sie nicht so, daß Sie sagen: Wenn mir mein Finger auch weh tut, ich halte ihn doch in die Tür hinein, damit sich der andere darüber ärgert.

Gurk: Ich meine, die Herren von Nordrhein-Westfalen verwechseln ihre Lage mit der unsrigen. Sie können doch den Ministerpräsidenten Kiesinger nach Lage der Dinge nicht verantwortlich machen für einen Beschluß des Kabinetts; denn es ist ja nicht allein die CDU in der Regierung. Sie müßten vielmehr logischerweise eigentlich dafür wirken, daß die Position der CDU in Baden-Württemberg verstärkt wird, damit sie möglichst allein die Regierung stellt. Erst dann könnten Sie Herrn Kiesinger einen Vorwurf machen, aber doch nicht jetzt, weil er immer überstimmt werden kann.

Sie müssen Rache an der SPD nehmen, indem Sie hier in Baden-Württemberg losschlagen! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das ist logisch!

Adenauer: Das ist eine gute Überlegung.

Kiesinger: Daß die Sache mit Herrn Farny³⁹ so schief liegt, daß er nämlich das Wort ergriffen hat, war nicht gut überlegt. Farny rief mich vor der Abstimmung an und sagte, auf die Stimmabgabe von Baden-Württemberg kommt es nicht an. Er wußte nicht, daß Sie Ihr Techtelmechtel mit Niedersachsen gemacht hatten. Sie sagen, Sie seien dazu gezwungen worden von Baden-Württemberg. Das stimmt nicht. (*Dufhues:* Das kann ich bezeugen!)

Adenauer: Das Ehrengericht wird etabliert werden! Machen Sie nicht ein so böses Gesicht, Herr Meyers! (*Meyers:* Doch!) Sie kommen gerade aus dem Urlaub! (*Meyers:* Das ist unabhängig davon!) Wenn man aus dem Urlaub kommt, macht das den Eindruck, als scheuten Sie sich vor der Arbeit! Ich möchte mal hören, was Sie sagten, wenn die Heizölsteuer nicht gekommen wäre. (*Kiesinger:* Deswegen lassen Sie Ihre Wut aus! – *Meyers:* Sie haben uns doch dazu gezwungen!) Wenn ein CDU-Ministerpräsident sich weigert, zugunsten der CDU in diesem Land zu sprechen – nicht der Heizölsteuer wegen, sondern wegen der CDU –, dann wird man Ihnen das sehr übel ankreiden, Herr Meyers! (*Meyers:* Ich habe doch hier gesprochen. Ich bin in 8½ Stunden hin- und zurückgefahren. Da war der Ministerpräsident des Landes krank! Das muß ich dann auch zum Vorwurf machen! – *Unruhe und Bewegung.*) Man kann natürlich niemanden zum Sprechen verurteilen, aber man kann ihm einen guten Rat geben. Glauben Sie mir, Herr Meyers, sagen Sie nichts, sondern überlegen Sie einmal und bedenken wir das Ende bei diesen Wahlen!

Damit können wir das Thema verlassen und zum Parteiausschuß gehen.

39 Oskar Farny (1891–1983), 1953–1960 Staatsminister für Bundesangelegenheiten in Baden-Württemberg (CDU). – Würdigung: Dr. h.c. Oskar Farny zum 75. Geburtstag am 9. April 1966. Festschrift des Württembergischen Landesverbands ländlicher Gemeinden e.V. o.O. o.D.

14

Bonn, 23. Mai 1960

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Burgbacher, Dufhues, Fay, Gerstenmaier, von Hassel, Heck, Hellwig, Höcherl, Johnen, [Kraske], Krone, Osterloh, Stoltenberg.

Konstituierung des Bundesvorstandes. Wahl eines engeren Bundesvorstandes nach § 26 des Parteistatuts. Kulturpolitische Bundestagung. Parteitag 1961.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 17.30 Uhr

KONSTITUIERUNG DES BUNDESVORSTANDES

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute zur konstituierenden Sitzung des Vorstandes zusammengefunden. Ich stelle fest, daß wir das getan haben. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

WAHL EINES ENGEREN BUNDESVORSTANDES NACH § 26 DES PARTEISTATUTS

Adenauer: Dann muß ein engerer Vorstand nach § 26 des Parteistatuts gewählt werden. Das Parteistatut hat sich als korrekturbedürftig erwiesen; es sieht einige Leute zu wenig vor. Es gibt hier nur ein Mittel, daß wir einige Herren oder Damen hinzuwählen vorbehaltlich der Billigung des nächsten Parteitages.

Wir folgen damit dem Vorbild von Westfalen oder von Nordrhein, Herr Johnen! Wir folgen doch Ihrem Vorbild? (*Johnen:* Ich weiß zwar nicht, was Sie vorhaben, aber es ist richtig! – *Heiterkeit.*) Was sollen die anderen für einen Eindruck bekommen, wenn Sie nicht genau zuhören, was der Vorsitzende sagt! Es sind Wünsche laut geworden, den engeren Vorstand größer zu machen, als dies nach dem Statut vorgesehen ist. Wieviel sind es? (*Von Hassel:* Zwei!) Wir können dieser Notwendigkeit nur dadurch Rechnung tragen, daß wir die heutige Wahl der Mitglieder des engeren Vorstandes vorbehaltlich der späteren Genehmigung durch den Parteitag durchführen. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Von Hassel: Es ist sehr schwierig, ein Tableau derjenigen zusammenzustellen, die aus dem großen Vorstand in den engeren Vorstand gewählt werden sollen. Die Überlegungen gehen davon aus, daß wir einige Herren aus dem Bundeskabinett nehmen, dann die Ministerpräsidenten, soweit sie der CDU angehören, dann einige Damen und Herren von den Vereinigungen und eine Reihe von Landesvorsitzenden. Bei diesen Überlegungen sind heute morgen die Landesvorsitzenden mit den stellvertretenden Parteivorsitzenden zu folgendem Tableau gekommen. Ich darf anregen, daß wir hier ähnlich verfahren wie heute morgen bei der Wahl im Parteiausschuß¹, daß nämlich – falls neue Vorschläge gemacht werden – dafür andere gestrichen werden müssen. Ich darf nunmehr die Reihenfolge nach dem Alphabet bekanntgeben:

Aus dem Bundeskabinett:	Dr. von Brentano Professor Dr. Erhard Etzel Dr. Schröder
Die Ministerpräsidenten:	Dr. Altmeier Kiesinger Dr. Meyers Dr. Röder
Für Hamburg und Bremen:	Blumenfeld (der gegenwärtig in den Vereinigten Staaten ist)
Westfalen:	Dufhues
Hessen:	Dr. Fay
Niedersachsen:	Dr. Fricke
Nordrhein:	Johnen
Berlin, Exil-CDU und Oder-Neiße:	Dr. Gradl
Baden-Württemberg:	Scheufelen

Hier würde ich persönlich vorschlagen, daß von den vier Landesverbänden der jeweilige geschäftsführende Landesvorsitzende hineinkommt, die dort in jährlichem Rhythmus wechseln. Z.Z. ist es Herr Scheufelen.

Frauen:	Aenne Brauksiepe
Arbeitnehmer:	Katzer
Junge Union:	Dr. Stoltenberg

Diese Vorschläge machen die Landesvorsitzenden. Wir haben nicht abgestimmt, so daß ich nicht weiß, ob der Vorschlag einstimmig ist. Ich habe aber das Gefühl, daß sich

¹ Protokoll der Sitzung des Bundesausschusses am 23. Mai 1960 in ACDP VII-001-021/8.

jeder dazu bekennt. Eine Schwierigkeit liegt darin, daß es zwei mehr sind, als wir eigentlich wählen dürfen. Wir haben überlegt, ob man es so machen könnte, und kamen zu der Auffassung, daß wir die Wahl vornehmen sollten. Wir können dann, wenn es notwendig sein sollte, auf dem nächsten Bundesparteitag im § 26 des Statuts die Zahl von 16 auf 18 erhöhen.

Adenauer: Ich denke, der Vortrag war klar und deutlich. Darf ich fragen, ob das Wort gewünscht wird? Bitte, Herr Dufhues!

Dufhues: Wenn wir schon die Zahl erhöhen, dann bitte ich vorweg darum, noch jemand hinzuzunehmen, weil es mir wünschenswert erscheint, daß sowohl eine katholische wie auch eine evangelische Frau vertreten ist. Ich würde es begrüßen, wenn sich der Bundesvorstand entschließen könnte, neben Frau Brauksiepe auch Frau Dr. Rehling in den engeren Vorstand zu wählen.

Adenauer: Das hätte auch den Vorteil, weil Frau Rehling evangelisch ist. (*Dufhues:* Das habe ich ja gesagt!) Dann hätten wir statt acht nunmehr neun evangelische Mitglieder. Frau Rehling ist eine erfahrene Parlamentarierin, wie Sie wissen. Daher halte ich diesen Vorschlag für gut. Wird das Wort dazu gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Darf ich annehmen, daß Sie mit der Zuwahl von Frau Rehling einverstanden sind? (*Zustimmung.* – *Von Hassel:* Wir müssen über das ganze Tableau abstimmen!) Wir müssen sagen, welche Namen der nachträglichen Genehmigung bedürfen. (*Johnen:* Die Namen soll keiner wissen! – *Von Hassel:* Nur ziffernmäßig! – *Johnen:* Es ist egal, wer das ist! – *Unruhe.*) Meine Herren! Ich wollte das nur klarstellen. Damit schweben Sie alle in der Luft! (*Johnen:* Keine Differenzierungen!) Das ist ein Zustand, der Ihnen wohl behagt, Herr Johnen? (*Anhaltende Unruhe.*) Wir lassen die Namen also weg, sonst könnten sich drei abgestempelt fühlen. Wir lassen es unentschieden und brauchen nicht einzeln abzustimmen, sondern nehmen den Vorschlag insgesamt. Ich bitte nun diejenigen, die für diese Zusammensetzung des engeren Vorstandes, wie vorgeschlagen, sind, eine Hand zu erheben! – Soweit ich das überschauen kann, ist es einstimmig.

Burghacher: Herr Bundeskanzler! Ich habe mich, nachdem Sie mir das Vertrauen geschenkt und mich zum Bundesschatzmeister gewählt haben, nach der Abstimmung bewußt zum Wort gemeldet. Ich bitte, für das Protokoll zu beschließen, daß der Bundesschatzmeister zu den Sitzungen als Gast eingeladen wird; denn er möchte gern wissen, a) welche Richtlinien bestehen und b) ob das, was in Ihrer unerforschlichen Weisheit beschlossen wird, auch finanziell durchzuführen ist. (*Von Hassel:* Wir würden Sie als „zahlenden Gast“ hinzuziehen! – *Heiterkeit.*)

Adenauer: Sie sind damit einverstanden! Also, dann wäre das auch erledigt.

Dann haben wir noch „Beschuß über Termin und Ort der kulturpolitischen Bundestagung und des nächsten Bundesparteitages“ zu erledigen.

Dufhues: Noch etwas anderes! Nach § 25 des Statuts kann der Vorstand bis zu drei Mitglieder kooptieren. Ich frage deshalb, ob diese drei Mitglieder jetzt gewählt werden sollen. Ich bringe es in Erinnerung, damit es nicht vergessen wird.

Von Hassel: Aufgrund der Satzung wählt der Gesamtvorstand drei weitere Mit-

glieder, die er kooptiert. Eines dieser kooptierten Mitglieder war Herr Pferdenges. Er ist jetzt direkt gewählt worden. Ich würde meinen, daß wir diese Kooptierung jetzt vornehmen sollten, damit es noch vor der Sommerpause und vor Ihrem Urlaub², Herr Bundeskanzler, erledigt ist. Wir haben dazu aber nichts vorbereitet.

Albers: Diese Frage können wir bis zur nächsten Vorstandssitzung zurückstellen. Wir brauchen sie heute nicht zu erledigen. (*Zuruf:* Warum nicht?) Weil Sie dann noch einen Vorschlag von mir bekommen.

Adenauer: Wir haben ja Zeit! (*Dufhues:* Ich würde Herrn Majonica vorschlagen! – *Altmeier:* Ich schlage Herrn Professor Süsterhenn vor! – *Johnen:* Ich schlage Herrn Martin vor!) Mit welcher Begründung? Weil er Westfale ist?

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Es muß unser Ziel sein, möglichst auch junge heranwachsende Politiker für den Bundesvorstand zu gewinnen. Mir scheint Herr Majonica für den Bundesvorstand als einer dieser Politiker geeignet zu sein. Diese Auffassung teilt auch Herr Krone.

Adenauer: Jetzt haben Sie Herrn Krone schon festgelegt! Was soll er jetzt sagen! (*Johnen:* Die drei Vorgeschlagenen halte ich für ausgezeichnet: Majonica, Süsterhenn und Martin!) Warum halten Sie die für ausgezeichnet? (*Johnen:* Das ist eine gute Ergänzung des Vorstandes!) Weil Herr Martin Psychologe ist? (*Johnen:* Der dürfte hier fehlen! Aber nicht deshalb schlage ich ihn vor!)

Stoltenberg: Ich möchte Herrn Dr. Even, den 2. Sekretär der Jungen Union, vorschlagen. Die Liste von heute morgen hat eine gewisse psychologische Wirkung ausgeübt; denn aus der Reihenfolge der Stimmen war klar zu erkennen, daß diejenigen Damen und Herren, die auf der Liste vorgeschlagen wurden, ein gewisses Prä bei der Abstimmung hatten. Das geht aus dem Ergebnis klar hervor. (*Zurufe:* Die war doch alphabetisch!) Damit soll nichts gegen die Wahl gesagt werden. Ich habe den Vorschlag kurz begründet und möchte wiederholen, daß wir als größte Vereinigung im Gesamtvorstand mit 50 bis 60 Mitgliedern nur durch den Vorsitzenden der Jungen Union vertreten sind. Wir legen ganz entschieden Wert darauf, und zwar aus sachlichen und optischen Gründen, insbesondere in einer Zeit, wo man soviel von der alten und jungen Generation der Politiker spricht, zumindest ein zweites Mitglied der Jungen Union im Bundesvorstand zu haben.

Wir schlagen Dr. Bert Even, den langjährigen ersten stellvertretenden Vorsitzenden der Jungen Union, vor, der in seiner parlamentarischen Arbeit ein Verdienst erworben hat, daß man ihn mit gutem Grund für dieses Gremium benennen kann.

Adenauer: Ich muß mich verbessern. Unser verehrter Gast, Herr Höcherl, macht mich darauf aufmerksam. Sie sprachen von psychologischen Gründen. Herr Martin ist nicht Psychologe, sondern Psychiater. Das ist ein sehr wertvoller Mann. (*Zuruf:* Insbesondere für Politiker ein guter Mann!)

2 Vom 25. Mai bis 18. Juni 1960 in Cadenabbia. Vgl. BUCHSTAB: Cadenabbia S. 65.

Krone: Herr Johnen! Ich habe eine ungeheure Achtung vor Nordrhein-Westfalen. Ich bin ein halber Nordrheiner! Aber wenn man die Liste sieht, dann ist Nordrhein-Westfalen nicht gerade schlecht vertreten! (*Johnen:* Zahlenmäßig schlecht, qualitativmäßig gut!) Es sind zehn. Ich weiß nicht, wer noch da ist. Das ist ungefähr die Hälfte. (*Burgbacher:* Der Bundesschatzmeister zählt zu keinem Land! – *Johnen:* Der Vorsitzende ist auch überregional! – *Unruhe.* – *Zuruf:* Europäer!)

Adenauer: Herr Krone! Sie wünschen statt Herrn Dr. Even einen anderen? (*Krone:* Ich will das heute nicht entscheiden. – *Anhaltende Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Wenn Sie mir auch einmal ein Wort erlauben wollen, dann meine ich, wenn jemand gewählt wird als Vertreter einer bestimmten Organisation, können wir nicht sagen, der Mann muß nun daher oder daher sein. Es geht doch darum, daß wir einen Mann aus einer bestimmten Organisation haben und nicht den Vertreter irgendeines Landes. Verzeihen Sie, Herr Krone, wenn ich Ihnen entgegentrete, aber ich halte das für richtig!

Stoltenberg: Ich wollte das gleiche sagen. Herr Dr. Even wird von mir nicht vorgeschlagen, weil er Rheinländer ist, sondern er ist der gewählte stellvertretende Vorsitzende der gesamten Junge Union. Es ist ein Vorschlag der Jungen Union des Bundes und nicht des Landes Nordrhein-Westfalen.

Albers: Ich schlage vor, über diese Frage heute nicht zu entscheiden, sondern erst in der nächsten Bundesvorstandssitzung. Man muß darüber nachdenken. Ich stelle den Antrag auf Vertagung!

Adenauer: Dann bitte ich diejenigen, die für eine Vertagung sind, eine Hand zu erheben. – Das scheint eine schwache Minderheit zu sein. Ich bitte diejenigen, die gegen eine Vertagung sind, die Hand zu erheben! – Das ist die entschlossene Mehrheit.

Von Hassel: Lassen wir ruhig Stimmzettel verteilen. Vier sind vorgeschlagen. Drei Namen werden draufgeschrieben, und dann sind die Herren bestimmt, die die meisten Stimmen bekommen.

Adenauer: Dann ist der Zufall dabei. Ich bin dafür, daß wir uns verständigen. Herr von Hassel! Wollen Sie bitte wiederholen, welche vier vorgeschlagen sind!

Von Hassel: Es sind vorgeschlagen: Majonica von Dufhues, Professor Dr. Süsterhenn von Ministerpräsident Dr. Altmeier, Dr. Martin von Johnen, Dr. Bert Even von Dr. Stoltenberg.

Dr. Martin ist in der Kulturpolitik außerordentlich tätig. Dr. Even ist von der Jungen Union. Majonica und Süsterhenn sind bekannt. Da brauche ich nichts hinzuzufügen.

Adenauer: Herr Majonica heiratet jetzt. Wir sollten ihn anderweitig nicht belasten! (*Heiterkeit.*)

Von Hassel: Das würde also heißen: Süsterhenn, Dr. Even und Martin. (*Fay:* Herr Martin ist 44 Jahre alt. Er hat gerade das Alter der Jungen Union überschritten!)

Adenauer: Die Junge Union geht bis zu 70 Jahren! (*Heiterkeit und Bewegung.* –

Gerstenmaier: An eine solche „Beschränkung“ der Jungen Union hätte ich nicht geglaubt! Ich würde sagen, bis 85!) Ich bin Ehrenmitglied!

Gerstenmaier: Ich möchte der Meinung Ausdruck geben, daß von diesen drei jedenfalls Herr Süsterhenn nominiert werden müßte. (*Altmeier:* Sehr richtig!) Herr Süsterhenn ist sicher einer der ausgeprägtesten Köpfe für ein bestimmtes Problem, mit dem wir uns in der CDU noch sehr lange werden herumschlagen müssen, nämlich mit dem Problem Bund/Länder. Herr Süsterhenn kommt nicht aus dem ganzen tagespolitischen – entschuldigen Sie, Herr Bundeskanzler – Heckmeck, mit dem herumgedoktert wird, sondern er denkt über diese Sache sehr viel nach, so daß er nach meiner Überzeugung in diesem Gremium unter dem Gesichtspunkt der großen Denker aufzunehmen wäre.

Adenauer: Ich will das, was Herr Gerstenmaier von den großen Denkern gesagt hat, überhören. Das war ein direkter Angriff! – Ich möchte weiter feststellen: Leute, die zuviel nachdenken in der heutigen Zeit, werden Zentralisten und bleiben nicht Föderalisten. (*Bewegung.* – *Von Hassel:* Das möchte ich überhört haben! – *Gerstenmaier:* Nur mit Denken können Sie korrigieren!) Herr Süsterhenn hat etwas für sich; er ist der Vertreter der großen katholischen Verbände. (*Altmeier:* Das weiß ich gar nicht!) Aber ich weiß es, Herr Altmeier! Der Mann ist für uns viel mehr wert als nur vom föderalistischen Standpunkt aus gesehen. Praktisch gesehen ist er sehr wertvoll. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren! Ich sehe mal vom Denken jetzt ab. (*Von Hassel:* Ich darf wiederholen: Süsterhenn, Even und Martin! – *Zuruf:* Vom Denken können wir absehen! – *Bewegung und Heiterkeit.* – *Höcherl:* Süsterhenn ist der letzte Föderalist der CDU! – *Burgbacher:* Außer den Bayern! – *Unruhe.*) Herr Süsterhenn ist Kölner, Herr Burgbacher! (*Burgbacher:* Ja, Sie haben mich falsch verstanden, Herr Bundeskanzler! Als Herr Höcherl gesagt hat „der letzte Föderalist“, habe ich geantwortet: Außer den Bayern, aber nicht „außerdem Bayer“! – *Unruhe.*)

Meine Damen und Herren! Sie haben gehört, wie sich das Gespräch entwickelt hat. Herr von Hassel schlägt vor: Süsterhenn, Even und Martin. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Dann bitte ich diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Das ist natürlich einstimmig. Ich bitte diejenigen, die dagegen sind, eine Hand zu erheben!

KULTURPOLITISCHE BUNDESTAGUNG

Adenauer: Wir können übergehen zu dem Punkt, den ich bereits aufgerufen hatte: „Beschlußfassung über Termin und Ort der kulturpolitischen Tagung und des nächsten Bundesparteitages“. Lassen Sie mich zu der sogenannten kulturpolitischen Bundestagung etwas sagen. Der Gedanke stammt von mir; deswegen kann ich davon sprechen. Mir schwebt aber nicht eine kulturpolitische Tagung vor. Das möchte ich sehr nachdrücklich sagen. Ich weiß nicht, wie das Wort da hineinkommt, Herr Kraske!

Das soll keine kulturpolitische Tagung sein, sondern etwas ganz anderes! Ich habe darüber mit Herrn Krone und einigen anderen Herren von einer ganz anderen Sicht aus als nur von der Kulturpolitik gesprochen, aber nicht deshalb, weil wir – wie die Länder befürchten – eine Bundespartei sind, die über die Landesparteien auch ein bißchen zu sagen hat.

Lassen Sie mich so anfangen: Deutschland ist ein armes Land – trotz allem augenblicklichen Reichtum! Der große Reichtum und Besitz, den wir hatten, nämlich die Kohle, ist in seinem Wert erheblich abgesunken. Die Kohle wird niemals mehr den Wert wieder bekommen, den sie einmal gehabt hat. Daneben hatte unser Volk gute Kenntnisse und einen starken Arbeitswillen. Mit den Kenntnissen sieht es schlecht aus, und mit dem Arbeitswillen sieht es noch schlechter aus heute.

Daher ist der Gedanke entstanden, eine Tagung zu veranstalten, die sich damit beschäftigen soll, wie wir in einer Zeit, in der die Wirtschaft immer mehr technisiert wird – ich denke jetzt gar nicht an Atom usw. –, der jungen Generation soviel an Wissen, Können und Erziehung vermitteln können, daß damit die Kenntnisse und der Arbeitswille, von denen ich eben gesprochen habe, im deutschen Volke gefördert werden und erhalten bleiben. Wenn wir auf diesem Gebiete nichts tun, werden wir in zehn oder zwanzig Jahren ein armes Volk sein. (*Burgbacher*: So lange dauert es nicht mehr!) Daher ist der Gedanke gekommen, daß man anfangen sollte zuerst bei der Volksschule, dann bei der Berufsschule, bei der Mittelschule; dazu kommen dann die Ingenieurschulen, die Technischen Hochschulen und die Universitäten. Wie weit man da gehen kann oder soll, ist eine Frage, die noch erörtert werden muß.

Ich möchte aber vermeiden, daß diese Tagung den Beinamen „Kulturpolitische Tagung“ bekommt. Das ist sie nicht, und das soll sie nicht sein, sondern ich suche auch nach einem Namen. Ich hatte auch mal einen, aber ich muß Ihnen gestehen, er ist mir entgangen.

Der Inhalt dieser Tagung soll sein: Wie können wir die Kenntnisse und den Arbeitswillen der jungen Generation stärken und verbessern? Auf diesem Gebiet herrscht bei uns ein großer Mangel. Die etwas rohen Arbeitsmethoden in der Wirtschaft sollen verfeinert und verbessert werden. Dafür müssen wir die jungen Leute mehr als bisher heranbilden. Ich will Ihnen nur ein Beispiel sagen. Ich hatte neulich eine Zusammenkunft mit Herrn Wild³ von den Handwerkern. Wir sprachen über die Lehrlinge und die Gesellen. Sämtliche Herren, die da waren, sagten mir, daß die Gesellen heutzutage überhaupt nicht mehr in der Lage seien, etwas zu berechnen; sie könnten einfach nicht mehr rechnen. Und was die Herren, die Lehrlingsprüfungen abhalten, über die Ergebnisse sagten, ist geradezu erschütternd.

Ich bin auch der Auffassung, daß es gar nicht nötig ist, daß alle diejenigen, die sich jetzt Ingenieur nennen, eine Technische Hochschule besuchen, sondern die sollen

3 Am Freitag, dem 12. Februar 1960 (TERMINKALENDER). – Josef Wild (geb. 1901), Bäckermeister; 1954–1979 Präsident der Handwerkskammer für Oberbayern, 1955 zum Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks gewählt.

auf den mittleren Schulen herangebildet werden. Ich habe in einer Statistik gelesen, wieviel von den Chemikern, die eine Hochschule besucht haben, also Diplomchemiker usw., Aussicht haben, in den großen Werken – auch wenn sie zuerst ein gutes Anfangsgehalt haben – später in eine höhere Stelle aufzurücken oder aufzusteigen. Das sind verhältnismäßig sehr wenige, meine Damen und Herren. Und da kann sich sehr leicht eine große Unzufriedenheit zeigen; denn die Leute sagen, wir haben Examina an den Hochschulen gemacht, und nun können wir doch nicht weiter aufsteigen.

Das ist also die andere Seite. Die Leute sollen sich nach meiner Auffassung – ich bin aber nicht Sachverständiger – in einer mittleren Schule die nötigen Kenntnisse erwerben, damit sie als Chemiker unter einem anderen, der sie führt, arbeiten können. Also nicht die Kulturpolitik, sondern dieses Arbeitsproblem, die Heranbildung der Jugend zu tüchtigen Leuten, das soll das Hauptthema sein!

Zu den Hochschulen! Ich habe neulich ein Gespräch gehabt mit Professor Martini⁴, der jetzt, soviel ich weiß, Vorsitzender des Wissenschaftsrates ist. Er zeigte mir eine Statistik, nach der wir im Jahre 1965 rund 250.000 Studenten hätten. Frankreich hätte um dieselbe Zeit 300.000. Und nun will man die Gebäude, die Laboratorien usw. für diese 250.000 Studenten haben. Die Herren haben sich aber nicht viel mit der Frage beschäftigt, woher sie denn die Professoren nehmen. Ich weiß, daß gerade hier ein Notstand besteht. Heutzutage werden bereits Ordinariate von jungen Leuten im Alter von 35, 36 oder 37 Jahren besetzt, bei denen man doch wirklich nicht sagen kann, daß sie in der Wissenschaft schon etwas geleistet haben.

Ich bin weiter der Auffassung, daß man, bevor man alle Gelder in die Hochschule steckt, zunächst einmal unten anfangen soll bei den Volksschulen, den Berufsschulen und den mittleren Schulen. Hierbei ist folgendes zu beachten: Das Elternhaus leistet heutzutage an Erziehung in vielen Fällen kaum noch etwas. Denken Sie z.B. an die vielen Schlüsselkinder. Das sind Kinder, die einen Wohnungsschlüssel bekommen, weil Vater und Mutter zur Arbeit gehen. Das Kind kommt mittags nach Hause und macht sich dann etwas zurecht oder auch nichts zurecht. Kurz und gut, ich führe das an als Beispiel. Es kommt sehr häufig vor, daß ein normales Elternhaus den Kindern nicht mehr zur Verfügung steht. Aber gerade das Elternhaus und die Schule müssen doch die Kinder, eventuell durch freiwilligen verlängerten Unterricht, zum Fleiß und zur stetigen Arbeit erziehen. Die Kinder müssen wieder eine Verpflichtung zur Arbeit spüren. Sie müssen das Gefühl bekommen, daß die Arbeit etwas Gutes ist. Hier können wir eine große Erziehungsaufgabe für die heranwachsende Jugend erfüllen.

Ich habe versucht, in ganz großen Umrissen Ihnen das Programm darzulegen. Ich bin mir völlig klar darüber, daß das weder erschöpfend noch unbedingt richtig ist; denn manches ist vielleicht auch schief gesehen, aber das eine ist richtig, daß nämlich

⁴ Am 11. Februar und am 8. März 1960 (TERMINKALENDER). – Dr. Paul Martini (1889–1964), Professor für Innere Medizin, Bonn (ab 1932).

für die heranwachsende Jugend auf dem ganzen Gebiet der Ausbildung viel mehr geschehen muß, als dies bisher geschehen ist und geschieht, weil sonst das deutsche Volk aus der Linie der ersten Völker der Welt zurücksinken wird; denn wir sind ein armes Volk, arm an Bodenschätzen. Das einzige, was wir noch haben, sind unsere Hände und unsere Köpfe. Das andere ist nicht mehr da.

Stoltenberg: Der Kongreß hat, als er angekündigt wurde, in den Reihen unserer Partei und in der Presse ein sehr starkes Interesse gefunden. Es ist bereits eine Reihe von Artikeln darüber geschrieben worden. Man kann schon übersehen, was die interessierten Kreise der CDU von diesem Kongreß erwarten. Es handelt sich um drei Dinge: einmal um eine Klärung unserer Position im Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens, also eine Auseinandersetzung mit den aktuellen Fragen, die heute aufgeworfen werden durch den Rahmenplan des Deutschen Ausschusses^{4a}, der in der gesamten pädagogischen Welt lebhaft Diskussionen ausgelöst hat, zu dem wir bisher nur zögernd Stellung genommen haben. Das führt dann zu der Frage, die Sie angesprochen haben, nämlich zum Schulwesen mit der Begabtenförderung im zweiten Bildungsweg usw. Dann kommt man zur Nachwuchsfrage im allgemeinen und damit in den Bereich der Wissenschaft und Forschung hinein. Hier sind es zwei Hauptthemen: Das eine ist die Frage des materiellen oder organisatorischen Ausbaus der Universität, die Schaffung von größeren Kapazitäten, auch vom Finanziellen und Materiellen her, um die größere Zahl der Studenten bei den immer komplizierter werdenden Dingen von Forschung und Lehre ausbilden zu können. Zweitens handelt es sich – um das alte Schlagwort zu gebrauchen – um den Begriff der sogenannten Hochschulreform mit Selbstverwaltung usw. Und das berührt den dritten Kreis. Ich habe den Eindruck, daß sich sehr viele Freunde unserer Partei neben dieser Auseinandersetzung über konkrete Fragen auch eine Auseinandersetzung über grundsätzliche Fragen vorstellen, z.B. über die liberalistischen und sozialistischen Bildungsvorstellungen usw. Das ist ein Prinzip, das an diesen zwei Sachgebieten exemplifiziert werden muß. Es müssen drei große Referate sein, die vor allem durch kurze vorbereitete Diskussionsbeiträge ergänzt werden. Es könnten auch Korreferate sein, damit wir zu wirklichen Ergebnissen und Aussagen kommen können. Das setzt voraus – es haben schon erste Überlegungen stattgefunden –, daß sich ein Kreis unserer Partei findet, der eine geistige Vorbereitung vornimmt.

Adenauer: Sehen Sie, Herr Stoltenberg, das schwebt mir genau nicht vor! Was Sie sagen, existiert doch schon; das sind all die Gremien, die sich damit beschäftigen. Aber mir schwebt vor die Zukunft der kleinen Leute. Das schwebt mir vor. Die Leute lernen nichts mehr! Das Handwerk kann die Lehrlinge nicht mehr halten! Sie lernen immer weniger. Ich gäbe viel mehr darum – das sage ich mit allem Freimut –, wenn wir ein sehr gutes Berufsschulwesen hätten, als sich nun weiß Gott den Kopf darüber

4a Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden Schulwesens. Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, Bonn vom 14. Februar 1959.

zu zerbrechen, wie wir die Universitäten noch höher heben können. (*Zuruf*: Beides!) Ja, meine Herren, man soll sich nicht übernehmen; nicht beides auf einmal! Ich weiß, daß ich mit dieser meiner Ansicht bei den Herren, die sich gern mit den höheren Idealen beschäftigen, auf taube Ohren stoße. Ich beschäftige mich auch mit höheren Idealen, wenn ich Zeit und Muße habe, aber, verehrter Herr Stoltenberg, gehen Sie doch einmal von den Grundtatsachen aus, die ich angeführt habe.

Die Kohle war unser Reichtum. Dieser Reichtum ist weg. Der zweite Reichtum war der Arbeitswille und das Wissen, aber nicht das der Professoren, sondern das des Volkes. Wie ist es denn damit jetzt? Gehen Sie mal im Volke umher! Hören Sie mal, was die Leute heute noch können und was sie tun! Sie werden darüber erschüttert sein! Jeder Wissenschaftler sagt, daß die Wirtschaft immer mehr technisiert wird. Es werden auch hier mehr Kenntnisse von den Arbeitnehmern verlangt als bisher. Daraus ergibt sich für meinen Geschmack ganz von selbst, daß wir zunächst einmal hier anfangen müssen; denn das kommt doch unendlich viel mehr Leuten zugute, das kommt Millionen zugute! Das Programm des Wissenschaftsrates^{4b} in allen Ehren! Das muß auch sein, aber wir sollten nun wirklich nicht den Kopf in den Sand stecken! Frankreich hat z.B. Gas und Öl und eine viel bessere Landwirtschaft als wir. Was haben wir denn noch? Wir haben eine Landwirtschaft mittlerer Güte. Das liegt zum Teil an unserem Boden, der insbesondere in den Mittelgebirgen weniger fruchtbar ist. Denken Sie doch einfach daran, daß wir allein noch haben unser Gehirn und unsere Hände. Weiter nichts! Und da nützen mir wahrhaftig nicht viel Gott weiß was für Überlegungen bezüglich der Universitäten, um sie noch mehr zu heben, sondern ich möchte den Kindern und jungen Leuten eine möglichst gute Berufsausbildung geben, die sie jetzt nicht bekommen, Herr Stoltenberg! Sie bekommen sie einfach nicht, diese gute Berufsausbildung!

Fragen sie mal einen Handwerker! Ich habe Handwerker gefragt. Neulich war hier eine Gesellenprüfung. Über 50 % sind in Bonn durchgefallen! Und die Prüfer haben doch sicher einen milden Maßstab bei der Prüfung angelegt. Trotzdem sind viele durchgefallen. Sehen Sie sich einmal an, was aus diesen jungen Leuten wird. Nehmen Sie die Volksschule! Die gehört auch dazu. Die Kinder sollen doch in der Volksschule etwas lernen, und sie sollen erzogen werden. Ich bin auch der Auffassung, man soll das eine nicht lassen, aber man soll vor allem einmal dafür sorgen, daß das Gros der heranwachsenden Jugend wirklich mit Wissen und Können so ausgestattet wird, daß es auch seinen Weg im Leben findet.

Osterloh: Herr Bundeskanzler! Es tut mir fast leid, daß ich Ihnen in einem Punkt zustimmen muß, nämlich darin, die CDU vor dem Vorwurf zu bewahren, sie hätte nur ein Herz für die Universität und die höhere Bildung. Aber wir sollten das auch nicht unter den Scheffel stellen. Die Bundestagsfraktion der CDU hat

^{4b} Vgl. Wissenschaftsrat 1957–1967. Bonn 1968.

vorbildliche Beschlüsse gefaßt über die Unterstützung der Universitäten und der Forschungsinstitute.⁵ Dem ist der Haushaltsausschuß des Bundestages gefolgt. Es besteht ein absolutes Vertrauensverhältnis zwischen unseren politischen Kräften und dem Deutschen Wissenschaftsrat. Wir sollten dieses Vertrauensverhältnis nicht belasten durch Zurückhaltung gegenüber den Plänen des Deutschen Wissenschaftsrates.

Ich stimme Ihnen zu, daß wir bei diesem Kongreß publizistisch sehr stark herausstellen sollen, daß es uns um die Jugend geht, daß wir ihr eine Chance geben müssen. Aber, Herr Bundeskanzler, ich bitte Sie, es mir nicht übelzunehmen, wenn ich meine, daß die Volksschulen so schlecht nicht sind und daß das berufsbegleitende Schulwesen der Bundesrepublik Deutschland jede Kritik mit dem berufsfördernden Schulwesen irgendeines Landes aushält. Selbstverständlich können wir das noch verbessern. Aber ich möchte doch gern diejenigen kennenlernen, die nicht rechnen können. Gerade auf dem Gebiete bin ich Fachmann. Wir lassen durch Rechenteste jährlich die Leistungsfähigkeit des achten Schuljahres untersuchen. Bei einem Vergleich mit den Leistungen in der Weimarer Zeit stellen wir fest: Wir können mit den Leistungen der Volksschulen in der Weimarer Zeit nicht nur konkurrieren, sondern wir können nachweisen, daß wir sie übertreffen. Das gilt vom Volksschulwesen der ganzen Bundesrepublik.

Ich würde meinen, Herr Bundeskanzler, es wäre eigentümlich, wenn Sie auf diesem Gebiet die ungerechtfertigte Kritik der SPD übernehmen und sich zum Wortführer einer Ausdehnung der allgemeinen Schulpflicht auf zehn oder zwölf Jahre machen. Das würde mich sehr in Erstaunen setzen. (*Adenauer*: Davon habe ich ja gar nicht gesprochen!) Sie haben betont, es müsse eine zusätzliche freiwillige Ausbildung auf dem Gebiete der Volksschule erfolgen. Wenn wir das neunte Schuljahr überall eingeführt haben werden, sind wir stolz darauf.

Was ich sagen wollte, ist folgendes: Ich bitte doch, bei der Vorplanung dieses Kongresses nicht die Hochschulen und Universitäten auszuschließen und das Schwergewicht aber auf die Ingenieurschulen und die mittlere Ebene des technischen Nachwuchses zu legen. Dann würde ich darum bitten, mit den Ländern zu überlegen, was wir an Chancen der Jugend hinsichtlich der Begabten- und Talente-Förderung anbieten können. Ich möchte sagen, daß es dann gut gehen und der Partei förderlich sein wird, wenn wir sehr sorgfältig Vorbereitungen und Absprachen treffen und bei diesem Kongreß zeigen, daß wir eine Weltanschauungspartei sind.

Wenn wir uns über Kultur- und Bildungsfragen äußern, wird die Öffentlichkeit sehr interessiert sein. Wir dürfen das „Christliche“ nicht antifreiheitlich ausdrücken. Es geht für den Norden der Bundesrepublik nicht an, den Eindruck zu erwecken, als

5 Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Fragen der Kulturpolitik (BT-Drs. 1398), zur kulturpolitischen Debatte im Bundestag am 12. Februar 1960 (vgl. FAZ vom 13. Februar 1960: Für den Ausbau der Hochschulen zwei Milliarden erwartet). Vgl. auch Gerhard STOLTENBERG: Was tut der Staat für Wissenschaft und Forschung? In: *Civis* vom 15. Oktober 1960 S. 84–86.

ob das Christliche in der Erziehung antifreiheitlich wäre. Wir müssen uns schützen vor der Möglichkeit, daß wir verdächtigt werden als Kämpfer für die Konfessionalisierung. Und hier bitte ich darum, daß wir alsbald einen Kreis von Leuten aus allen Ländern einberufen, der sich nach den notwendigen Sachentscheidungen bemüht, eine Sprachregelung zu finden.

Ich möchte es so ausdrücken: Nach außen hin wird das dokumentiert, daß Frau Teusch und ich in der letzten Zeit Freundschaft miteinander geschlossen und den Beschluß gefaßt haben, daß in unseren Ansprachen die katholische Position, die sie vertritt, und meine protestantische Position – also die typisch rheinische und typisch nordische – werbend zum Ausdruck gebracht werden. (*Bewegung und Unruhe.* – *Zurufe:* Was heißt das? – Wieso werbend?) Meine Damen und Herren! Ich möchte weiter, daß das Anliegen von Herrn Stoltenberg nicht ganz untergeht, und ich schlage vor, in den Namen des Kongresses das Wort „Kulturpolitik“ hineinzubringen. Wir sollten nicht reden von einer kulturpolitischen Arbeitstagung. Das scheint mir unmöglich zu sein. (*Zuruf:* Wieso? – *Unruhe.*) Wir sollten vielmehr einen kulturpolitischen Kongreß der CDU riskieren. Ich bin der Meinung, daß dies unbedingt zu den Vorbereitungen der Wahlkämpfe im nächsten Jahre gehören muß, so daß nach Beendigung der Vorbereitungen zu erwarten ist, daß wir einen großen Teil der Presse auf unserer Seite haben werden und damit eine zusätzliche Möglichkeit des Aufrüttelns, um Wähler zu gewinnen.

Adenauer: Lieber Herr Osterloh! Lassen Sie mich noch einmal meine Gedanken vertiefen. Ich will ja gar nicht das, was Sie wollen. Ich will total etwas anderes! Was Sie mit Frau Teusch haben, interessiert mich nicht. (*Osterloh:* Das ist höchst bedenklich!) Ich will keine konfessionelle Sache machen. Folgen Sie doch bitte einmal meinen ganz einfachen Gedankengängen. Sie sind wirklich einfach.

Ich wiederhole zum dritten Male: Wir haben allein im deutschen Volke noch übrig als Werte unseren Fleiß und unser Können. Und das muß gepflegt und gefördert werden. Und hier kommt es mir vor allem auf die kleinen und mittleren Leute an, die ja das Ganze tragen. Diese sollen möglichst viel Gelegenheit haben, wirklich etwas zu lernen für das Leben. Ich will mit dem Konfessionellen dabei überhaupt nichts zu tun haben. Das sage ich Ihnen ganz offen.

Und wenn Sie sagen, wir könnten uns mit der Weimarer Zeit vergleichen, dann sage ich, die Weimarer Zeit ist vorbei. Fangen wir jetzt nicht an, rückwärts zu vergleichen, sondern sehen wir in die Zukunft! (*Zurufe:* Sehr richtig!) In der Weimarer Zeit waren wir im Vergleich zu heute ein reiches und starkes Land, Herr Osterloh. Machen Sie sich das auch einmal klar. (*Osterloh:* Ich habe mich nur auf das Rechnen der Volksschüler bezogen!) Lieber Herr Osterloh! Ich habe keine Volksschüler geprüft und Sie wahrscheinlich auch nicht. (*Osterloh:* Doch!) Das ist schon lange her! (*Osterloh:* Nein!) Wenn mir die Handwerker sagen, daß sie keine Gesellen mehr hätten, die rechnen können, dann kann man das glauben. (*Osterloh:* Das ist gewiß übertrieben! Das ist genauso, Herr Bundeskanzler, als wenn Sie sagen ...) Würden Sie mich bitte einmal ausreden lassen! Sie sagen einfach: Das

ist übertrieben. – Das war der Vorstand des Deutschen Handwerkertages, der mir das gesagt hat. Und die ganzen Herren stimmten dem zu. Es waren mindestens zehn Herren. Ich habe gar nicht das Thema angeschnitten, sondern das haben die Leute aus sich heraus getan. Sie haben gesagt, sie bekämen solche miserablen Lehrlinge, daß sie überhaupt nicht mehr damit fertig würden. Also scheinen die Dinge doch ganz anders zu sein, als Sie sie sehen.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Wir sind im Grunde nicht weit auseinander. (*Adenauer:* Doch, sehr weit sogar!) Wir wollen der jungen Generation den Weg ins Leben bahnen und sie stärken, und zwar wollen wir anfangen bei den einfachsten Schichten. Ich glaube, auch Herr Osterloh will das, er will aber noch einen Mittelweg über die Lehranstalten usw. einschlagen.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, Herr Bundeskanzler, daß Herr Krone auf dem Parteitag in Karlsruhe folgenden Entschließungsantrag eingereicht hat, der folgendermaßen lautet: „Der Bundesvorstand wird beauftragt, im Herbst 1960 eine Bundestagung zu veranstalten, deren Thema die Kulturpolitik der Christlich-Demokratischen Union ist.“ Dieser Beschluß ist dann einstimmig akzeptiert worden.⁶ Herr Bundeskanzler! Ich rege folgendes an: Wir haben für diese Frage eine Reihe von erstklassig qualifizierten Freunden, (*Adenauer:* Wollen Sie die mal nennen!) die wir bitten können, diesen Kongreß vorzubereiten, weil es ganz ausgeschlossen ist, daß sich etwa die Bundesgeschäftsstelle mit der Vorbereitung befaßt. Die Bundesgeschäftsstelle ist voll eingespannt in die Vorbereitung der Bundestagswahl im Jahre 1961. Und nun nenne ich diese Herren, und zwar Dr. Gerstenmaier, Osterloh, Dr. Heck und Dr. Hofmann⁷. Herr Dr. Hofmann hat mich vorgestern abend in Köln darauf angesprochen, daß wir mit der Vorbereitung dieses Kongresses beginnen sollten.

Meine Anregung geht dahin, daß wir diese vier Herren bitten, uns einmal anhand der bisherigen Überlegungen und aufgrund dessen, was Sie heute vorgetragen haben, ein Tableau zu machen und in der nächsten Bundesvorstandssitzung einen Plan – eventuell mit verschiedenen Alternativen – vorzulegen. Der Grund der heutigen Behandlung dieses Themas ist der, daß wir festlegen müssen, wo und wann diese Tagung sein soll. Wenn sie im November stattfinden soll, muß der Raum jetzt festgelegt werden, damit er überhaupt noch gemietet werden kann. Es gibt relativ wenig Städte, die dafür geeignet sind. Wir müssen gleichzeitig darüber entscheiden, welche Herren wir mit der Vorbereitung beauftragen. Die endgültigen Akzente setzen wir erst, wenn uns diese Herren in der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes den Vorschlag machen. Man könnte aber so verfahren: Gedankenführung a), Gedankenführung b) oder Gedankenführung c). Ich glaube, daß wir so weiterkommen.

⁶ CDU, 9. Bundesparteitag S. 224.

⁷ Dr. Josef Hofmann (1897–1973), 1946–1968 MdL NW (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 494 Anm. 3.

Gerstenmaier: Mein lieber Freund von Hassel! Ich hätte es lieber gesehen und gehört, wenn Sie diesen Vorschlag eine halbe oder eine Stunde später gemacht hätten, auch auf die Gefahr hin, daß es dem einen oder anderen dabei langwierig wird.

Wir führen zum erstenmal in diesem Kreis eine Debatte über ein solches Thema. Mit dem, was Sie vorschlagen, bin ich einverstanden, aber es hat wenig Zweck, vier Mann sozusagen in das Weltall der Bildung oder in einen großen Nebel hineinzuschicken, wenn man nicht weiß, was die übrigen wünschen oder anregen oder anerkennen. Infolgedessen halte ich schon diese Debatte für sehr bedenklich, lieber Freund Osterloh! Die Kontroversen, die hier sichtbar geworden sind, deuten dies an. Wir können über verschiedene Fassungen nachdenken in diesem Kreis, aber wir müssen wissen, worauf soll die allgemeine Auffassung hinausgehen.

Deshalb halte ich es für nützlich, das Gespräch zunächst einmal fortzusetzen. Dann können wir auf Ihren Vorschlag, Herr von Hassel, mit großem Nutzen zurückkommen. Noch ein Wort zu Herrn Osterloh! Mein lieber Freund Osterloh! Ich muß Ihnen sagen, daß es mir sehr gut gefällt, was der Herr Bundeskanzler hier, zwar nicht – verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler – mit letzter programmatischer Klarheit, aber doch in einer klaren Richtung zum Programm gesagt hat. Wenn ich ihn recht verstehe, steckt darin möglicherweise für uns eine, abgesehen vom sachlich-politischen, sehr interessante Antithese zur sozialistischen Kulturpolitik. Warum?

Der Bildungsglaube der SPD ist nicht etwa erst da, seitdem es einen Herrn von Knoeringen gibt, sondern er ist uralte. Denken Sie daran, daß es, bevor es eine Sozialdemokratische Partei Deutschlands gab, schon den Arbeiterverein von Ferdinand Lassalle gegeben hat. Dafür hatten die Leute wöchentlich ihren Groschen zu zahlen. Und so ging das los; es fing unten an. Die Proleten sahen sich nicht nur dem Kapital, sondern auch der Bildung gegenüber. Sie sagten, mit denen müssen wir auf gleich und gleich kommen, nicht nur in der Macht des Geldes, sondern auch in der Macht des Geistes. Infolgedessen müssen wir Bildung suchen. Auch der Konflikt mit den Kirchen ist zum großen Teil darauf zurückzuführen und zu erklären, daß man gesagt hat: Was euch die Pfaffen erzählen, ist doch dummes Zeug. Wir haben die aufgeklärte Bildung. Wir haben etwas im Kopf. Die Pfaffen haben Stroh im Kopf.

Dieser Bildungsglaube, der früher ganz proletarisch war, ist inzwischen von der SPD – so wie sie überhaupt allmählich aufgehört hat, eine revolutionäre Partei zu sein – kultiviert worden. Hierfür hat ein Franzose die treffenden Worte über Herrn von Knoeringen gebraucht, daß er nämlich ein kulturpolitischer Naturheilkundiger sei. Das ist er genau. Jede Äußerung der SPD in den letzten Jahren ist eigentlich eine Äußerung des grenzenlosen Bildungsglaubens, der sich heute darin manifestiert – und hier sehe ich den fruchtbaren Gehalt dieser Kontroverse –, daß die SPD meint, sie müsse vor allem die akademische Existenz ansprechen. Sie tut nichts anderes. Sie redet unablässig auf die akademische Existenz ein. Deshalb ist ihr zweites Wort: Wissenschaftsförderung, zweiter Bildungsweg, Hochschulförderung, Freiplätze bis zum Abitur usw. Alles das ist ein rührender Ausdruck des Bildungsglaubens der

SPD und natürlich auch des Kampfes der SPD um eine Schicht, der sie sich zunächst ein wenig verschlossen hatte.

Es kommt ein Praktisches und ein Theoretisches zusammen, dem wir uns nun stellen könnten. Ich bin der Meinung, daß wir ruhig erwägen sollten, ob am Ende nicht auch politisch – ich sage ausdrücklich politisch, nicht nur sachlich – etwas drinsteckt, wenn man sagt: Wenn die SPD diese akademische Existenz unablässig anspricht, wie wäre es denn, wenn wir als eine große Volkspartei die Volksschule, die Mittelschule, die Berufsschule usw., also die nichtakademische Existenz, ansprächen? Hier gibt es eine Reihe von Problemen, die schon angeschnitten sind. Der Herr Kultusminister von Schleswig-Holstein hat Ausführungen gemacht, denen ich in der Sache nicht widersprechen will, aber ich muß sagen, daß wir damit natürlich vor einer Frage stehen, die wir ganz genau überdenken müssen; denn die Geschichte greift natürlich über das hinaus, was der Kultusminister oder die Schulverwaltung eines Landes machen können. Sie ist auf das engste verbunden mit einem gewissen Zeitbewußtsein, mit Illusionen, die in dieser Zeit mächtig sind, aber auch mit Realitäten soziologischer Art.

Carlo Schmid hat damals einen ganzen SPD-Parteitag⁸ bezaubert und verzaubert mit der Vorstellung von der Automation als einer technischen Revolution, auf die sich der Staat einstellen müsse. Er hat dabei stillschweigend vorausgesetzt, daß diese Zeit der technischen Revolution eigentlich bewirkt wird und das Ergebnis ist der akademischen Existenz.

Denken Sie daran, daß wir leider Gottes mit Zulassung unserer großen Partei im Laufe der letzten zehn Jahre ganz munter an einer Politik teilgenommen haben, die z.B. zumindest den Prozeß des Zugangs zur Universität – auch unter Prestige Gesichtspunkten – nicht korrigiert, sondern eher noch gefördert und erleichtert hat. Ich habe hier in einer Studentenversammlung gesagt⁹, ich habe noch nicht begriffen, warum wir soviel Betriebswirte gebrauchen, warum wir in Köln die und jene Fakultät haben, warum wir so ungemessene Mittel zur Verfügung stellen müssen, auch im Rahmen des Honnefer Modells¹⁰. Wir haben in diesem Punkt eine ganz weitherzige Politik gemacht. Ich wurde verdonnert seinerzeit, als ich mit der Idee kam, man solle die Geschichte mehr auf die Leistungsqualifikation verlagern.

Und was ist nun die Folge dieser weitherzigen Politik? Die Folge ist, daß wir damit auch die mittlere und die praktische Intelligenz abgesaugt haben, die die Länder dringend gebrauchen, um die Kulturbasis eines Volkes zu halten, die selbstverständlich

8 Carlo SCHMID: Die zweite industrielle Revolution. In: Vorstand der SPD (Hrsg.): Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. Juli 1956 in München. München o.J. S. 166–184. Vgl. auch PROTOKOLLE 2 S. 1095 Anm. 90.

9 Eugen GERSTENMAIER: Masse und Demokratie. Vortrag, gehalten auf einer Veranstaltung des RCDS der Universität Bonn am 24. Juni 1959. – In ACDP I-210-073/1.

10 1955 in Bad Honnef beschlossenes und 1957 eingeführtes Studienförderungssystem, 1971 durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz abgelöst.

nicht nur in der theoretischen, akademischen Existenz beruht, sondern vor allem und sehr wesentlich in der Qualität des Handwerkers und Fachmannes und des gekonnten mittleren Dienstes beruht. Was sagen Sie dazu, daß es im Bereich einiger süddeutscher Länder Notare gibt, die keine Akademiker sind, wie dies in Norddeutschland der Fall ist, wo der Rechtsanwalt Notar wird. Auch der Herr Bundeskanzler wollte einmal Notar werden. (*Adenauer*: Aber ein rheinischer Notar!) Ich spreche ja auch mit einer gewissen Hochachtung davon. In Württemberg waren die Notare mittlere Beamte des gehobenen Dienstes, die niemals Universitätsausbildung gehabt haben. Früher wurde man Notar, indem man das Einjährige machte. Man mußte dazu mindestens „befriedigend“ im Einjährigen haben. Mit diesem „Befriedigend“ konnte man dann Notariatspraktikant werden. In demselben Lande wird jetzt ein qualifiziertes Abitur für die gleiche Laufbahn verlangt. Der Jurist, der Rechtsanwalt im Rheinland kann es mit einem unqualifizierten Abitur schon machen. Solcher Ungereimtheiten gibt es noch viele.

Ich will nur sagen, was wollen wir eigentlich? Wir müssen uns darüber unterhalten, damit wir sehen, welche Aspekte wir auf einer solchen kulturpolitischen Bundestagung der CDU – Kongreß würde ich nicht sagen – ansprechen wollen. Anfällig ist auch – ich muß das sagen – die Beschwerde oder mindestens die Klage einiger Leute, um die sich Herr Heck in den letzten Jahren besonders gekümmert hat, wie Asmussen, Schumann¹¹ usw. Die haben noch einiges andere im Sinn. Ich meine, daß wir zu große Pragmatiker geworden sind, daß wir uns also nunmehr mehr um die Substanz des deutschen Geistes kümmern müssen.

Schließlich sollte man sich jetzt aussprechen über die Mittel für die öffentliche Meinung. Wer macht die öffentliche Meinung? Wie ist es eigentlich damit? Nach der politischen Rasananz würde ich meinen, ist es eine der letzten Fragen, die eine politische Partei wie die unsrige sich vorlegen muß, wenn sie sich anschickt, im nächsten Jahre eine große Schlacht zu schlagen. Vielleicht ist es die rasanteste! Bei der politischen Aktualität des ganzen Problems des Ausbildungswesens muß man sich entscheiden, worauf man den Nachdruck legen will.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Chruschtschow vor kurzem seine ganze Schulpolitik umstellen mußte; seinen ganzen zweiten Bildungsweg mußte er revidieren.¹² Er mußte seine ganzen Massen-Akademiker wieder in die Fabriken zurückschicken. Und kein Mensch sagt etwas davon in Deutschland, wieviel Akademiker die Russen ausbilden und wie wenig. Ich bin bereit, mich jeder Kritik zu stellen, aber man muß das ganze Bild sehen, und zwar meine ich das nach der politischen

11 Vermutlich Dr. Walther Schumann (geb. 1903), Oberstadtdirektor Wilhelmshaven, Vizepräsident der Landessynode der evangelisch-lutherischen Kirche Oldenburg, Mitglied der CDU, Teilnehmer an der Kulturpolitischen Tagung der CDU in Gelsenkirchen, 28.–30. November 1960 (vgl. Anm. 20).

12 Zur sowjetischen Bildungspolitik vgl. Oskar ANWEILER u.a. (Hrsg.): Die sowjetische Bildungspolitik von 1958 bis 1973. Dokumente und Texte. Berlin 1976; Oskar ANWEILER/Karl-Heinz RUFFMANN (Hrsg.): Kulturpolitik der Sowjetunion. Stuttgart 1973 S. 81–88.

Bedeutung und nach der politischen Rasananz. Das ist bei den Herren um Schumann nicht gerade sehr beliebt.

Wir sollten uns noch kurz darüber unterhalten: Was ist das Problem einer Partei heute, die sich bewußt als Weltanschauungspartei versteht? Befindet sie sich im allgemeinen Kulturbewußtsein vor dem politisch-programmatischen Bewußtsein der Zeit überhaupt? Die Tendenz der SPD geht offenkundig, auch wenn sie es nicht sagt, daraufhin, den Deutschen anzupreisen, welche Vorzüge es habe, antiweltanschaulich zu sein, und wie überflüssig es sei, eine Weltanschauungspartei zu sein. Ich muß das hier ausdrücklich sagen, Herr Osterloh, Sie wissen, welch großen Gewinn die SPD mit dieser Parole auf dem Territorium des deutschen Protestantismus in den letzten beiden Jahren gemacht hat. (*Adenauer*: Auch des Katholizismus!) Mein aufrichtiges Beileid, Herr Bundeskanzler! Ich wollte das nur sagen, um die Bedeutung dieses Gesichtspunktes noch einmal herauszustellen.

Burgbacher: Das Gespräch läuft zwei- oder dreigleisig. Ich möchte versuchen, das etwas zu entwirren. Das eine Gleis ist die vom Herrn Bundeskanzler angesprochene Ebene, die ich unter das Thema „Wissen und Bildung in ihrer Bedeutung für den arbeitenden Menschen“ stellen möchte. Das andere ist die Ebene von Herrn Stoltenberg. Hier könnte man sagen „Was erwarten Wissenschaft und Forschung und die Universitäten von der Politik“. Das dritte ist das Thema unseres Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier über die Probleme der öffentlichen Meinung.

Wenn ich Sie, Herr Bundeskanzler, richtig verstanden habe, kommt es Ihnen aufgrund des politischen Gewichts auf das Thema „Bildung und Wissen in ihrer Bedeutung für den arbeitenden Menschen“ an. Sie haben darauf hingewiesen, daß es in dieser arbeitsteiligen und stark technisierten Wirtschaft ganz entscheidend darauf ankomme, die Motoren, die wir haben – nämlich die Menschen –, mit einem Optimum an Leistungsfähigkeit zu erhalten. Das ist natürlich auch die These des Ostens. Damit will ich nicht sagen, daß wir sie nicht beachten; im Gegenteil, ich will sagen, diesen Teil müssen wir akzeptieren. Wir müssen der naturwissenschaftlichen Ausbildung unserer arbeitenden Menschen ein größeres Gewicht beimessen, als wir es z.Z. tun, nur können wir nicht auf den Bildungsfaktor verzichten. Wir müssen neben die Naturwissenschaften ein Minimum an geisteswissenschaftlicher Bildung stellen, weil wir sonst in das technologische Denken geraten und damit die Freiheit gefährden.

Zu dem, was Herr Osterloh erklärt hat, möchte ich sagen – ich hoffe als eine Ergänzung und nicht als Widerspruch –, daß wir natürlich nur eine Freiheit in der Bindung anerkennen können, daß wir eine absolute Freiheit von Bindung nicht anerkennen können. (*Bewegung und Unruhe*.) Ich meine, die Anregung unseres Freundes von Hassel müßte man, wenn es so verstanden wird, dahin ergänzen, daß diese Tagung unter dem Thema „Wissen und Bildung für den arbeitenden Menschen“ nicht nur von den Kulturpolitikern, sondern auch von den Leuten der Wirtschaft und den Arbeitnehmern vorbereitet werden müßte, weil es sich nicht erschöpfen darf in theoretischen Deklamationen, sondern weil es ja zu realisierbaren Ergebnissen führen muß. In einer Zeit, in der das investierte Kapital bis zu DM

400.000,- pro Arbeitsplatz steigt, ist in der Tat diese Ansprache an die arbeitenden Menschen von besonderer Bedeutung, und zwar nicht nur ideell, sondern auch materiell. „Wissen und Bildung“ ist in der Tat ein Thema, das außergewöhnlich gut in die Wahlvorbereitungen paßt. Ich würde anregen, einmal eine Aussprachetagung mit der Wissenschaft und Forschung und auch mit den Universitäten unter dem Thema „Was erwartet ihr von der Politik“ abzuhalten, um damit den kulturpolitischen Rahmen voll auszuschöpfen.

Adenauer: Herr Kollege Gerstenmaier hat vollkommen recht. Die Russen hatten zunächst ihr ganzes Bildungs-, Schul- und Universitätswesen auf das westliche Muster umgestellt. Sie haben Studenten geradezu en gros gezüchtet. Und jetzt sind sie wieder davon abgekommen, weil sie eingesehen haben, daß es keinen Zweck hat. Wovor ich warnen möchte: daß immer nur von der Wissenschaft und der Universität die Rede ist. Ich sehe aber die vielen kleinen Leute vor mir, die kaum noch etwas lernen. Wer gerade das Glück hat, in eine Fabrik zu kommen, in der eine gute Lehrlingsausbildung stattfindet, der lernt noch etwas, aber die vielen anderen lernen eben nichts. Sie werden jetzt nur aufgrund des Arbeitermangels genommen. Aber ich versichere Ihnen, das geht auf die Dauer nicht gut.

Ich würde nicht wie Sie sagen, Herr Burgbacher, „Bildung und Wissen“, sondern das Können ist mir die Hauptsache. Die Jungen und Mädchen lernen nichts mehr. Sie werden auch auf ihren Beruf zu wenig vorbereitet. Sprechen Sie mal mit den Leuten von der Berufsschule, die auf diesem Gebiet etwas wissen. Ich habe mit den Leuten gesprochen. Ich habe Denkschriften von ihnen. Ich wußte nicht, daß dieses Thema heute nachmittag besprochen würde, sonst hätte ich Ihnen das mitgebracht. Ich habe eine ganze Menge vorbereitetes Material schon da, wonach gerade auf diesem Gebiete eine ungeheuer große Vernachlässigung festzustellen ist.

Wie ist es denn heute mit der Jugend? Sie kommt mit 14 Jahren aus der Schule. Sie hat etwas gelernt, was sie sehr schnell wieder vergißt. Dann kommt sie als Lehrling in eine Fabrik oder auf ein Kontor. Und was lernen sie denn da noch? Natürlich gibt es Fabriken mit Lehrlingswerkstätten, wo die Jungen wirklich etwas lernen – ich kenne Fabriken, denen die Ausbildung jedes Lehrlings allein DM 5.000,- kostet –, aber die vielen, vielen anderen, die dieses Glück nicht haben, nämlich in eine solche Fabrik zu kommen, was lernen denn die?

Wir haben immer nur geredet von der Wissenschaft und noch einmal von der Wissenschaft. Die ganze verdamnte Atomgeschichte hat uns dazu verleitet; verdammt nach allen Richtungen des Wortes hin. Das sage ich ganz offen. Noch niemals ist von einer Entdeckung – es war keine Erfindung – mehr Buhei gemacht worden als davon. Und das sagt Ihnen jeder, der wirklich ehrlich ist. Mir hat es zuerst Herr Malenkov¹³ in Rußland gesagt, und zwar: Es wird noch sehr lange dauern, bis wir durch Atomzerfall tatsächlich eine preiswürdige elektrische Kraft finden können. Dazu

13 Georgij Maximilianowitsch Malenkow (1902–1988), 1953–1955 Vorsitzender des Ministerrats, 1957 aller Ämter enthoben. Vgl. PROTOKOLLE I S. 429 Anm. 18.

ist das Öl viel zu billig, als daß man mit der Atomgeschichte dagegen ankommen könnte. Ich sage das nur, damit Sie sehen, wir wir uns den Kopf haben vernebeln lassen. EURATOM¹⁴ möchte bei uns eine Anstalt bauen. Wir wollten Karlsruhe vorsehen. Baden-Württemberg lehnt ab. Wir wissen gar nicht, wo wir mit dem Ding bleiben sollen. Sie wollen nicht, obwohl große Zuschüsse gegeben werden, weil die erzeugte Kraft viel zu teuer ist.

Also, meine Damen und Herren, was mich so bewegt, das ist doch, daß das breite Volk nicht genug lernt. Ich bitte Sie, Herr Osterloh, doch daran zu denken, daß wir tatsächlich in unserem Lande nur den Menschen haben. Wir haben sonst keine Reichtümer mehr. Ich las dieser Tage zufällig, daß Saudi-Arabien einen Ölschwamm darstellt, der noch hundert Jahre völlig ausreicht, um die Erde mit Öl zu versorgen. Das ist ein reiches Land. Ich habe die Zahl der Millionen Dollar, die es bekommt, vergessen, aber was haben wir denn? Denken Sie an die Folgen der beiden Weltkriege! Denken Sie an das Emporkommen solcher Mächte wie Sowjetrußland! (*Unruhe.*) Vielleicht hören Sie mir mal einen Augenblick in Ruhe zu, meine Herren! Es handelt sich wirklich um eine der ernstesten politischen Fragen, die ich überhaupt kenne. Es handelt sich um eine Frage, die mich seit vielen Monaten ständig beschäftigt. Wir sinken herunter! Dazu kommt noch unsere mangelnde Geburtenzahl. Es werden immer weniger Menschen.¹⁵ Wir erleben eine schwere Epoche. Sie müssen einmal die Sache studieren und darüber lesen, wie es im Jahre 1970 oder 1980 bei uns aussehen wird, wenn wir auf diesem Gebiete nichts tun, und dazu gehört vor allen Dingen die Ausbildung der breiten Masse, damit sie in diesem fortschreitenden technischen Zeitalter ihren Mann stehen kann. Sonst bleiben wir nicht mehr konkurrenzfähig mit den anderen, die es zum Teil viel besser haben als wir wegen ihres natürlichen Reichtums, den wir nicht haben.

Halten Sie sich immer vor Augen: Gehirn und Hände sind das einzige, was Deutschland noch hat. Nehmen Sie auch gelegentlich eine Schweizer Zeitung zur Hand. Dann werden Sie lesen, daß es vorbei ist mit der deutschen Wertarbeit. Das können Sie in den Schweizer Zeitungen lesen. In der Schweiz wird viel besser, feiner und präziser gearbeitet als bei uns. Alles wird schlechter bei uns, und wir werden auf die Dauer nicht konkurrenzfähig bleiben, wenn wir auf diesem Gebiet nicht wirklich etwas Durchgreifendes tun.

Ich sage Ihnen noch einmal ganz offen: Die Universitäten und Technischen Hochschulen in allen Ehren, und wer studieren will, soll studieren – aber die große

14 Vgl. Peter WEILEMANN: Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von EURATOM 1955–1957, Baden-Baden 1983. Vgl. auch PROTOKOLLE 2 S. 1224 Anm. 1. – Die Verträge über die Errichtung eines europäischen Instituts für Transurane beim Deutschen Kernforschungszentrum in Karlsruhe wurden am 21. Dezember 1960 unterzeichnet („Bonner Rundschau“ vom 22. Dezember 1960).

15 Anders das Statistische Bundesamt: Starke Zunahme der Geburten (BULLETIN vom 5. April 1960 S. 632), Hohe Geburten- und niedrige Sterbeziffern (EBD. vom 17. August 1960 S. 1505).

Menge der Bevölkerung, die müssen wir in den Stand setzen, in den nächsten Jahren den Kampf um das Leben zu bestehen, einen Kampf, der unter den Völkern sehr schwer werden wird.

Osterloh: Es tut mir sehr leid, Herr Bundeskanzler, daß wir uns nicht ganz verstehen. In unserem Verlangen stimmen wir Ihnen uneingeschränkt zu, nämlich darin, daß unsere Partei eine große Notwendigkeit sieht, die heranwachsende Jugend so auszubilden, daß sie mit den Aufgaben der kommenden Generation fertig werden kann. Dazu gehört insbesondere eine Verstärkung – nun will ich mich etwas genauer ausdrücken – der Möglichkeiten, die die Oberstufe der Volksschule hat, auch der Möglichkeiten, die das berufsbegleitende Schulwesen, das Fachschulwesen und das Ingenieurschulwesen haben.

Herr Bundeskanzler! Wofür ich eintrete, ist folgendes: daß wir hier nichts verschweigen; denn einiges haben wir bereits getan. Sie haben sich damals persönlich vor drei Jahren mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß es zu einem Abkommen gekommen ist zwischen dem Bund und den Ländern über die Einrichtung neuer Ingenieurschulen.¹⁶ (*Adenauer:* Man hat uns das Geld, was wir dazu geben wollten, von den Ländern zurückgewiesen!) Es handelte sich um die letzte Rate, bei der in der Abwicklung Schwierigkeiten entstanden sind. In diesen Fällen wäre ich dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn Sie sich das einmal vortragen ließen von einem, der die Dinge an der Front beobachtet hat. Wir in Schleswig-Holstein – Herr von Hassel wird es bestätigen – hätten niemals in Lübeck eine neue Ingenieurschule beginnen können, wenn wir nicht die Bundesmittel bekommen hätten, um zunächst einmal in Flensburg, Eckernförde und Kiel die Schulen auszubauen. Das ist für uns eine entscheidende Hilfe gewesen. Herr Bundeskanzler! Wofür ich hier plädiere, ist doch, daß Ihr Anliegen uneingeschränkt Aufnahme findet bei diesem Kongreß, um es zu einem wesentlichen Schwerpunkt zu machen; wir dürfen aber dabei nicht völlig ausschließen eine Behandlung der Dinge, die jetzt das Volk beschäftigen. (*Adenauer:* Das Volk beschäftigen? Verzeihen Sie, die nicht das Volk beschäftigen, sondern die einen kleinen Kreis von Gelehrten beschäftigen! – *Zuruf:* Sehr richtig!) Ich bitte um Entschuldigung, Herr Bundeskanzler, aber die Presse, die ich nicht positiver beurteilen will als Sie, von der ich aber weiß, daß sie mit meinungsbildend ist, spricht auch davon!

Mein Plädoyer läuft darauf hin, das zu tun, was Ihnen vorschwebt, aber doch das andere nicht fallenzulassen, (*Adenauer:* Wer denkt denn daran?) nämlich den Bereich der Hochschule und das Problem der Weltanschauungspartei. Und hier möchte ich eines sagen, Herr Professor! Ich bitte um Entschuldigung, aber ich finde es als verletzend, wenn unterstellt wird, daß ein evangelischer Theologe das Wort „Freiheit“ anders gebrauchen könnte als Freiheit innerhalb der Bindung! Von den evangelischen Theologen ist niemand so liberalistisch, sondern wir verstehen unter Freiheit auch

16 Vgl. BULLETIN vom 6. September 1957 S. 1537f., AdG 1957 S. 6623f.

immer die Bindung. Wofür wir kämpfen, ist doch, uns Norddeutsche nicht der Kommunikationslosigkeit zu zeihen.

Adenauer: Es ist selbstverständlich, daß wir die Universitäten nicht vernachlässigen wollen; das ist doch ganz klar! Ich möchte aber noch einige Worte dazu sagen. Noch vor wenigen Jahren gab es in Köln 10.000 Wirtschaftsstudenten. Jetzt ist nur noch die Hälfte da, weil der Bedarf gesättigt ist. Alles schrie: Wirtschaft, Wirtschaft und nochmals Wirtschaft! Der Besuch der Ingenieurschule verlangt aber ein gewisses Können und die Ablegung einer Prüfung. (*Osterloh*: Mittlere Reife!) Die Leute, die an den Ingenieurschulen nicht ankommen, die gehen an die Technische Hochschule. Halten Sie das für gut? (*Osterloh*: Nein!) Ich meine, daß die Technische Hochschule bevölkern, die an der Ingenieurschule nicht ankommen! – Dann können Sie doch im Interesse der Universität nur das begrüßen, was ich sage. Wir wollen aber für die Masse sorgen. (*Osterloh*: Das tun wir auch! – *Unruhe*.) Ich bin davon überzeugt, daß das in der Bevölkerung, wenn es einigermaßen geschickt publizistisch bekanntgemacht wird, ein viel größeres Echo haben wird. Die Bevölkerung ist allmählich – na, ich will nichts weiter sagen, sonst komme ich allmählich in den Verruf, ein Banause zu sein. Wissen Sie, was ein Banause ist? (*Zuruf*: Nein!) Da sieht man die mangelnde klassische Bildung! Banausen waren diejenigen Leute, die außerhalb der Innung ihre Geschäfte ausübten. Die wurden Banausen genannt. Ich bin aber hier in einer „Innung“ und will kein Banause sein. Ich habe neulich mit einem von mir sehr geachteten Mann, einem Wissenschaftler, ein Gespräch darüber geführt, wie er sich die Entwicklung der Universitäten denke. – Ich kann nur sagen: Heinrich! Mir graut vor dir! – Was sollen wir mit den Leuten machen? Sie studieren Philosophie und Mathematik. Können sie denn damit heute ihr Brot verdienen? Bald nicht mehr! Ich wiederhole: Wir brauchen die heranwachsende Jugend der breiten Schichten, und ihr müssen wir helfen!

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß wir diese Themen ein Jahr vor der Wahl behandeln, besagt eigentlich alles. Wenn wir diesen Kongreß nicht machen wollten, und zwar im Hinblick auf die Wahl, dann könnten wir unter uns – interna caritatis – die Probleme behandeln und unseren Kultusministern sagen, führt sie durch. Aber jetzt müssen wir diesen Kongreß sehr stark unter dem Gesichtspunkt sehen: Was kann er uns für die Wahl bringen. Man muß natürlich – Herr Gerstenmaier hat schon darauf hingewiesen – berücksichtigen, welchen Wirbel die SPD, kräftig unterstützt von der Presse, seit dem Jahre 1956 bis heute veranstaltet hat.

Ich verrate kein Geheimnis, daß im Bereich der Intellektuellen, der Akademiker, die Sozialdemokratie so langsam glaubhaft als die Partei des Geistes dasteht. Sie haben völlig recht, das wirkt zunächst nicht unmittelbar auf die breiten Schichten, aber so langsam doch auch. Ich meine, daß sich die Anliegen, die hier vorgetragen worden sind, alle durchaus unterbringen lassen. Herr Gerstenmaier hat darauf hingewiesen – ich teile eigentlich diese Auffassung –, daß es von sehr gutem Erfolg sein kann, wenn wir gerade auf den Teil, den die Sozialisten eigenartigerweise vernachlässigt

haben, dem sie eigentlich ihr Hauptaugenmerk hätten zuwenden müssen, nämlich der Bildung und Ausbildung der breiten Schichten, in diesem Kongreß das Schwergewicht legen. Hiermit ist auch Herr Osterloh einverstanden. (*Osterloh*: Uneingeschränkt!) Wir können natürlich das, was überall diskutiert und behandelt wird, nicht mit Stillschweigen übergehen; im Gegenteil, ich meine, daß es sogar notwendig ist, gerade in der Richtung einige ermüthende Worte zu sagen. Diese Träumerei und Schwärmerei, die Carlo Schmid im Jahre 1956 – unterstützt von Professor Brandt¹⁷ aus Düsseldorf – vorgetragen hat, das muß wieder auf den Boden der Tatsachen gestellt werden.

Man sollte also nicht sagen – und wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Bundeskanzler, meinen Sie das auch nicht –, daß auf diesem Kongreß von der Universität und der Wissenschaft überhaupt nicht gesprochen werden soll. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wünschen Sie, daß wir nicht weiter so in diesem Diskussionstrend der Kulturpolitik fortfahren und immer nur von der Wissenschaft und der Universität reden, als ob das das Allerhöchste und alles Überschattende wäre, dabei aber die breiten Schichten unseres Volkes vernachlässigen. Man kann natürlich auf der anderen Seite die Universität und die Hochschule auch nicht ganz ausklammern.

Die Tatsache, daß heute in unseren Schulen weniger solide gearbeitet wird, hängt damit zusammen, daß die Schulmeister weniger solide ausgebildet sind. Die Universität als solche hat seit langem so wenig geleistet, wie sie heute leistet. Sie hat auch noch nie einen solchen Wirbel gemacht, wie sie ihn heute veranstaltet, trotz der schlechten Leistungen.

Ich meine also, es wäre am zweckmäßigsten, wenn wir diese Debatte damit abschließen, daß unter Berücksichtigung dessen, was hier gesagt worden ist, ein kleiner Kreis sich einmal Gedanken darüber macht, wie man das alles in einer Tagung am besten einfängt. Dann könnten wir später im Bundesvorstand ausführlich darüber diskutieren.

Adenauer: Damit kein Mißverständnis entsteht, wiederhole ich: Selbstverständlich kann man die Universität nicht davon ausklammern; aber ich möchte doch vornehmlich etwas tun im Interesse unseres ganzen Volkes, für die breiten Schichten der Bevölkerung, über die kaum jemand spricht. Mit der Volksschule allein, verehrter Herr Osterloh, ist es auch nicht getan. Sie können bei Gott nicht behaupten, daß die Volksschulen alle so großartig sind. Es mag welche geben. Es gibt aber auch welche, die ganz anders sind. Ich hatte daran gedacht, daß der Bund von dem Erlös für das Volkswagenwerk¹⁸ für diese Aufgabe 400 Millionen zur Verfügung stellt, aber nicht

17 In der Vorlage: Brandt. – Prof. Dr. Leo Brandt (1908–1971), Ingenieur; 1953–1971 Staatssekretär im Wirtschafts- und Verkehrsministerium NW, Initiator und Verwaltungsratsvorsitzender der Kernforschungsanlage Jülich GmbH. – Vgl. Anm. 8: Protokoll des SPD-Parteitagess S. 148–166.

18 Zur Privatisierung des Volkswagenwerkes vgl. AdG 1960 S. 8489f. Gesetze vom 9. Mai und 21. Juli 1960 – BGBl I S. 301 und 585.

für die Universitäten, sondern für die anderen Schichten der Bevölkerung. Davon will ich auch mal sprechen. Und dann mögen die Zeitungen schreiben, was sie wollen! Wir werden auch darüber schreiben, wenn wir etwas tun für die anderen Schichten. Dafür muß endlich etwas geschehen! (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Ich denke, daß wir uns jetzt gegenseitig keine weiteren Schwierigkeiten zu machen brauchen. Herr Professor Burgbacher! Ich muß mich aber dem Protest meines Freundes Osterloh anschließen. Wir hören nicht gern von einem Professor einer deutschen Universität eine Belehrung über einen höchst mangelhaften Begriff der Freiheit. Das hören wir gar nicht gern. Ich habe mir das zwei Jahre lang in dieser Partei gefallen lassen müssen, aber nicht von einem Universitätsprofessor. (*Von Hassel*: Das hat der Bundesschatzmeister gesagt! – *Unruhe*. – *Adenauer*: Was hat er gesagt?) Er hat uns eine Belehrung darüber gegeben, was der Begriff „Freiheit“ einschließt, nämlich das Ja zur gottgegebenen Bindung. Herr Professor! Das wissen wir, seitdem wir Konfirmandenunterricht gehabt haben. (*Adenauer*: Das ist schon lange her!) Herr Bundeskanzler! Ich habe einmal vor 5.000 Menschen in Nürnberg eine Rede gehalten über den Wiederaufbau der Autorität.¹⁹ Was glauben Sie, wie schwer das war. (*Starke Unruhe und Bewegung*. – *Burgbacher*: Jetzt müssen Sie mir eine persönliche Erklärung gestatten!)

Adenauer: Bitte!

Burgbacher: Ich bin außerordentlich glücklich über die Erklärung. Ich habe das gar nicht gesagt! Ich habe Sie gar nicht darauf angesprochen, daß das nicht so wäre, sondern ich habe wörtlich gesagt – ich hoffe als Ergänzung Ihrer Ausführungen – „Freiheit in der Bindung“. Und das haben Sie, Herr Osterloh, hervorgerufen durch Ihre akzentuierte Erklärung. (*Unruhe*.)

Gerstenmaier: Zur Sache! Herr Bundeskanzler! Ich glaube, es ist völlig klar, daß wir bei einer kulturpolitischen Tagung – ich sehe nicht, wie die Sache anders heißen könnte – sowohl das eine als auch das andere tun müssen. Ich halte es möglicherweise für sehr effektreich und für politisch sehr nützlich, loszugehen mit einem klaren antisozialistischen Akzent gegen die einseitige Betonung der akademischen Existenz zugunsten der Förderung der breiten Schichten. Damit bin ich ganz einverstanden.

Wir müssen den Gedanken in unserem Volke zum Bewußtsein bringen, daß es ein grotesker Irrtum ist, die Kulturaufgaben allein auf die Intellektuellen zu begründen. Das ist völlig falsch, eine Kulturpolitik nur auf die Förderung der Intellektuellen zu stützen, sondern dazu gehört auch ebenso die Förderung des Manuellen. Das ist Ihr Gedanke, Herr Bundeskanzler. Wir müssen auch das andere tun. Wir können nicht die geistige Führungsschicht der Nation der SPD überlassen. Das können wir nicht. Wir dürfen nicht den Eindruck aufkommen lassen – Herr Heck hat es angedeutet –, als ob die SPD die Partei des Geistes sei. Ich würde sagen: Volksschule, Berufsschule, höhere

¹⁹ Eugen GERSTENMAIER: Wider die Ächtung der Autorität. Vortrag, gehalten während der Evangelischen Woche in Nürnberg am 20. Mai 1960. – In ACDP I-210-074/1.

Schule und Wissenschaft. Aber damit ist noch nicht entschieden, ob nun der dritte Punkt auch behandelt werden soll, nämlich das Problem der Weltanschauungspartei. Ich sage Ihnen, meine Herren vom anderen Gesangbuch, es ist natürlich in diesem Zusammenhang für die Aktion der Einheit der CDU von gewisser Bedeutung, ob wir uns auf einer solchen Tagung über den Begriff des Elternrechts erst einigen müssen oder ob wir stillschweigend davon ausgehen können. Mein lieber Freund Altmeier! Wir brauchen nicht zu sagen, für wie profund wir das halten, aber in der Praxis unserer Politik gibt es eine große Reserve gegenüber dem Begriff des Elternrechts. Und dieser Begriff reicht weit hinein in das, was die Kultusminister von uns sagen. (*Adenauer*: Nach meiner Auffassung hat das gar nichts damit zu tun!)

Wir kommen in der Schulidee heute im säkularisierten Staat in einigen Begriffen nicht mehr zurecht, wenn wir nicht eine klare und einheitliche Position beziehen können. Ich will nur andeuten, wo die Schwierigkeiten – und zwar in Nuancen – sind: bei uns selber. Das ist weithin beim Begriff des Elternrechts der Fall. Ich frage nur, ob Sie das wollen? (*Viele Zurufe*: Nein, nein!) Man kann dieser oder jener Meinung sein. Ich stelle es nur zur Debatte. Man kann sagen, das überschreitet unsere Tragfähigkeit oder unsere Zeit. (*Krone*: Unsere Zeit! – *Unruhe und Bewegung*.) Also, wir wollen es nicht! (*Zurufe*: Ja!) Ich wollte nur ein Beispiel bringen zu dem Vorschlag, über die Weltanschauungspartei zu sprechen. Äußern Sie sich doch dazu! Ich wiederhole: Volksschule und Berufsschule zusammen mit der Hochschule und der Wissenschaft. Es geht nicht, nur das eine oder nur das andere zu nehmen. Wollen Sie die Weltanschauungsproblematik der Partei dazu haben oder nicht? (*Zurufe*: Nein, nein!)

Adenauer: Für mich, Herr Gerstenmaier, handelt es sich bei dem ganzen Gedanken nur um eine Erziehungsaufgabe zur Arbeit. Die jungen Leute haben keinen Arbeitswillen mehr. Ich möchte sie gerne durch diese Einrichtungen dazu bringen, daß sie wieder Freude an der Arbeit bekommen. Und wenn sie wieder Freude an der Arbeit bekommen, werden sie auch wieder normale Menschen. Dann kommt das andere ganz von selbst.

Dufhues: Ich möchte dringend davor warnen, auf der ersten Kulturtagung der CDU Fragen der Erarbeitung eines einheitlichen Kulturprogramms zu erörtern, die Herr Gerstenmaier angeschnitten hat. Das führt zu Zerreißproben, die geklärt sein müssen, lange bevor wir zu einer Kulturtagung zusammentreten. Wir sollten uns einigen über die Erörterung der Fragen, die der Herr Bundeskanzler und Herr Heck hier dargelegt haben. Wenn wir zu praktischen Ergebnissen kommen, hat die erste Kulturtagung segensreich und erfolgreich gearbeitet. Ich warne aber davor, Fragen eines einheitlichen Kulturprogramms in das Zentrum der Überlegungen zu stellen. Das können wir nicht verantworten.

Adenauer: Mir liegt das völlig fern. Ich will kein Programm, sondern praktische Arbeit. Ich will den Jungen und Mädchen die Möglichkeit geben, sich weiter fortzubilden. Das will ich denen bieten, und zwar im Sinne unserer heutigen wirtschaftlichen und technischen Entwicklung. Nun hat Herr von Hassel vier Herren

vorgeschlagen; einen habe ich behalten, das war Herr Heck. (*Zuruf:* Dr. Hofmann aus Aachen!) Herr Hofmann ist derartig mit Arbeit überbelastet, daß er seiner jetzigen Arbeit nicht mehr nachkommen kann. Wir müssen Leute dazu haben, die sich der Sache auch widmen können. Mit Herrn Heck bin ich durchaus einverstanden. Mit Herrn Hofmann bin ich nicht einverstanden. Herr Gerstenmaier! Lassen Sie auch die Finger davon. (*Gerstenmaier:* Da bin ich Ihnen sehr dankbar!) Lassen Sie bitte zunächst die Finger davon. Die Arbeit können Sie gar nicht leisten; vielleicht können Sie zum Schluß helfen. (*Gerstenmaier:* Ich habe nichts dagegen! – *Unruhe und Bewegung.*) Meinetwegen können Sie dabei sein. Ich wollte es nur in Ihrem eigenen Interesse sagen. Aber wenn Sie die Zeit finden, bin ich Ihnen dankbar dafür. Er wird wenigstens davor warnen, daß die Sache nicht zu sehr in Hochkultur ausartet.

Heck: Herr Bundeskanzler! Ich möchte mich nachdrücklich dafür aussprechen, Herrn Hofmann dazu zu nehmen; Hofmann ist Vorsitzender des Arbeitskreises der Obleute der Landtagsfraktionen. Wenn wir auf diesem Kongreß bei diesen Fragen als geschlossene Union nach außen auftreten wollen, ist es sehr wichtig, diese Überlegungen in diesem Kreise zu machen.

Adenauer: Was Sie jetzt sagen, Herr Heck, das möchte ich gerade nicht. Ich möchte nicht, daß das in die Länder hineingeht und dann betrachtet wird als eine föderalistische Sache. Das möchte ich gerade nicht. Und das halte ich auch nicht für richtig. Ich würde es vielmehr vorziehen, einen kleinen Kreis zusammenzustellen, der die ganzen Dinge zunächst einmal prüft. Wir kommen dann noch einmal zusammen, und dann können wir sagen, wie wir den Ausschuß zusammensetzen. Ich möchte – das will ich Ihnen geradeaus sagen – möglichst wenig Kultusminister drinhaben. Ich habe viel lieber einen Wirtschaftsminister drin. (*Gerstenmaier:* Das läßt sich doch einfach nicht machen, Herr Bundeskanzler! – *Unruhe.*)

Heck: Dr. Hofmann ist wirklich ein kenntnisreicher Mann auf dem Gebiet der berufsbildenden Schulen. Er hat die letzten Jahre konzentriert mitgewirkt. Ich wäre dankbar, wenn er vom Bundesvorstand dazu beauftragt würde.

Adenauer: Wir sollten nur ein vorbereitendes Komitee einsetzen, das die Sache zunächst einmal prüft. Dann kommen wir wieder zusammen. Wollen Sie dabei sein?

Gerstenmaier: Nein, Herr Bundeskanzler! Ich will es nicht. Ich bin einverstanden mit Heck, Hofmann und Osterloh. Ich widerspreche aber dem Herrn Bundeskanzler, wenn er meint, daß der Wirtschaftsminister dabeisein soll. Alles geht in diesem Staat nicht nach der Wirtschaft!

Adenauer: Erlauben Sie mal, ich habe nicht gesagt: Der Wirtschaftsminister soll dabeisein, – sondern: Eher als der Kultusminister soll es der Wirtschaftsminister sein. (*Bewegung.*) Ist das so schwer zu verstehen? Ich sehe kommen, daß unsere deutsche Jugend nicht mehr ihr Brot verdient, weil sie nichts mehr kann, nicht in den Regionen der Wissenschaft, sondern in dem, was Sie manuell nannten. Sie können nichts mehr!

Gerstenmaier: Was Sie meinen, ist der Verfall der Arbeitsmoral überhaupt. Das

fängt schon beim Staat an. Sehen Sie sich die Bauplätze an. Das ändert nicht der Wirtschaftsminister.

Adenauer: Ich habe nur gesagt, lieber einen Wirtschaftsminister als einen Kultusminister. Ich will beide nicht, wenn Ihnen das genügt. Ich möchte gern einen Mann aus der Wirtschaft dabei haben. Herr Hofmann hat eine Zeitung und ist Vorsitzender der Obmänner der Landtage. (*Gerstenmaier:* Den können wir nicht übergehen!) Wir können alles! (*Gerstenmaier:* Ich kenne ihn nicht, aber wir können ihn nicht rauslassen!) Sie verstehen nicht, wie wichtig die ganze Sache ist. Bleiben Sie mir mit dem verdammten Wort „Kulturpolitik und Föderalismus“ vom Leibe! Lassen Sie den ganzen Schwindel mal weg und sehen Sie, wie die Sache in Wirklichkeit liegt. Die Kinder lernen nichts, und sie wollen nicht arbeiten. (*Gerstenmaier:* Was tut denn die Regierung dagegen! – *Unruhe.* – *Gerstenmaier:* Sie hat noch kein einziges Gesetz eingebracht zur Hebung der Arbeitsmoral! – *Anhaltende Unruhe.*)

Hellwig: Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, man redet hier deswegen aneinander vorbei, weil Sie etwas ganz Praktisches machen wollen, was aber dann unter der Etikette „Kulturpolitik“ liefe. Und hier möchte ich davor warnen, etwas mit der Etikette „Kulturpolitische Tagung der CDU“ zu starten, was ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen wird, z.B. Rationalisierung, Förderung des Berufsschulwesens usw., alles Forderungen, die in den nächsten 15 Jahren verstärkt gestellt werden. Man sollte daher sagen, es ist eine Arbeitstagung, die sich mit der Berufsnot der Jugend und ihrer Ausbildung beschäftigt. (*Adenauer:* Setzen Sie ruhig die Kultur dazu!) Wenn Sie das Etikett „Kulturpolitische Tagung“ nehmen, wird der Vorwurf gemacht: Aha, jetzt wird auch die Kulturpolitik nur noch unter der Aufgabe gesehen, wie verlängern wir das deutsche Wirtschaftswunder! – Das ist der Vorwurf, vor dem wir Sie in sehr wohlwollender Absicht bewahren wollen. Man sollte also nicht einen zu weitgehenden Titel wählen, der Erwartungen erweckt, die nachher nicht erfüllt werden.

Adenauer: Ich habe das Wort „Kultur“ nicht hineingebracht. Das war von Anfang an nicht mein Gedanke! (*Gerstenmaier:* Herr Krone! Sie sind doch der erste gewesen, der davon gesprochen hat! – *Bewegung.*)

Krone: Wir sollten ganz einfach feststellen, daß Ihr Anliegen, Herr Bundeskanzler, von den Herren Heck, Gerstenmaier und Osterloh bejaht worden ist und von uns akzeptiert wird. Ich will es jetzt nicht mehr umschreiben, sondern das, was ich gesagt habe, muß Hauptthema der Tagung sein. Und das ist ein Stück Kultur. (*Bewegung und Unruhe.*)

Nun ein Zweites! Die Herren haben gesagt, man müsse etwas weiter hinausgehen. Herr Heck sagte, wie sollen wir es ändern, wenn wir nicht auch die Lehrer entsprechend besser ausbilden, die doch die Jugend ausbilden müssen. Insofern muß also der Rahmen des Themas entsprechend vorbereitet werden. (*Anhaltende Unruhe.* – *Zuruf:* Was heißt das?) Meine Herren! Noch etwas anderes! Ende Mai haben wir jetzt. Sie gehen vier Wochen weg? (*Adenauer:* Ich gehe höchstens drei Wochen weg!) Dann ist es Ende Juni. Dann geht das Parlament in Ferien. Diese

erste Tagung, die wir im November abhalten wollen, muß sehr gut vorbereitet sein. Wir sollten die Vorbereitungen für die Beschlußfassung im Bundesvorstand nach Ihrer Rückkehr in die Hände von Leuten legen, die darin gearbeitet haben. Das sind zunächst die Herren Heck und Hofmann. Man sollte aus den bekannten Gründen die Länder mit hineinnehmen durch Herr Hofmann. Wir sollten dazu die Leute nehmen, die hier sind, z.B. Freund Gerstenmaier, (*Adenauer*: Ich würde zunächst Herrn Heck allein beauftragen!) damit wir Ende Juni entsprechende Vorschläge bekommen zur Beschlußfassung.

Adenauer: Können wir nicht Herrn Heck beauftragen, uns einen Vorschlag einzureichen? Er kann dann hinzuziehen, wen er will. Herr Heck! Würden Sie dazu bereit sein? Wenn Sie schon jetzt groß mit Kommissionen anfangen, ist die Sache schnell erledigt. Er wird Sie, Herr Gerstenmaier, als „Hilfsarbeiter“ hinzuziehen! (*Heiterkeit*. – *Gerstenmaier*: Ich brauche keine Hilfe zu leisten! – *Unruhe*.) Herr Heck kann hinzunehmen, wen er will, Sie, Herrn von Hassel, mich, Herrn Krone. Herr Höcherl! Darf er auch Sie fragen? (*Höcherl*: Ja, selbstverständlich!) Sollen wir es so machen, daß wir Herrn Heck bitten, noch einmal die Gedanken, die hier von verschiedener Seite geäußert worden sind, durchzugehen und zu klären? Er kann auch die Möglichkeit einer Verbindung der Gedanken untersuchen und uns Ende Juni oder Anfang Juli einen entsprechenden Vorschlag machen.

Von Hassel: Wir sind völlig einverstanden. Wir sollten uns nur über die Frage des Ortes und des Zeitpunktes verständigen, weil die Räume gemietet werden müssen. Es ist eine Reihe von Vorbesprechungen gewesen. Es hat sich nur noch um die Frage gehandelt, ob wir nach Berlin gehen oder nicht. Die Frage Berlin ist dann aus einer Reihe von Gründen verneint worden. Statt dessen wurde Essen vorgeschlagen. Dann muß noch geklärt werden, wann die Tagung stattfinden soll. (*Anhaltend starke Unruhe*.)

Adenauer: Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten! Wir sind gleich fertig.

Von Hassel: Es ist die Woche nach dem 20. November vorgesehen. Es ist sehr schwierig, einen anderen Termin zu finden. Am 13. ist Volkstrauertag, am 16. November ist Buß- und Betttag, und am 27. ist der erste Adventssonntag. (*Adenauer*: Der erste Advent stört doch nicht!) Es werden viele in der Familie sein. (*Adenauer*: Die gehen doch auch sonst nicht in die Familie! – *Gerstenmaier*: Doch! – *Unruhe*.)

Adenauer: Was machen Sie denn? Sie gehen auf die Jagd! (*Gerstenmaier*: Wenn Sie auch nur den blassesten Schimmer von der Jagd hätten, wüßten Sie, daß zwischen dem Totensonntag und dem ersten Adventssonntag keine Jagd stattfindet.)

Von Hassel: Es ist sehr schwer, einen vernünftigen Termin in dieser Zeit herauszusuchen.

Osterloh: Ich bitte um Entschuldigung, aber ich fühle mich einfach verpflichtet, gegen die Art der Behandlung eines so schwerwiegenden Begriffs zu protestieren. Durch Ihre Worte sind die Landeskultusminister grundsätzlich ausgeschlossen. Ich kann überhaupt nicht mehr mitarbeiten, wenn grundsätzlich so getan wird, als ob

zwar viele dazu etwas Nützliches beitragen könnten, in Wirklichkeit will man aber die Wirtschaftspolitiker nehmen und nicht die Kulturpolitiker!

Adenauer: Genau das Gegenteil ist richtig, Herr Osterloh! Ich habe auch die Kultusminister nicht ausgeschlossen, sondern ich habe mich ausgesprochen gegen Herrn Hofmann – zunächst in diesem Stadium – und gegen eine Kommission, habe aber gesagt: Ich schlage vor, daß Herr Heck die vorgetragenen Gedanken einmal durchdenkt und durchgeht und dazu als Sachverständigen hinzuzieht, wen er will, auch Kultusminister selbstverständlich. Dann soll er uns Ende Juni oder spätestens Anfang Juli einen Vorschlag machen, damit wir sehen, wie wir einen Ausschuß zusammensetzen.

Dagegen können Sie doch nicht protestieren! (*Osterloh:* Ich protestiere dagegen, daß ein Termin festgelegt wird, bevor im Bundesvorstand hinreichend Klarheit über das Thema, den Umfang und die Art der Tagung erzielt worden ist.) Herr Heck soll doch den Vorschlag dem Bundesvorstand machen! Sie verstehen mich immer falsch!

Von Hassel: Wenn wir diese Tagung noch in diesem Jahre machen wollen, kommt überhaupt nur noch die letzte Novemberwoche in Frage. Im kommenden Frühjahr haben wir den Bundesparteitag. Wir haben uns bereits mit einer Reihe von Städten wegen der Kongreßhalle in Verbindung gesetzt. Da diese Termine auch von anderen gewünscht werden, habe ich darum gebeten, daß wir heute die Zeit festlegen. Ich meine, Herr Osterloh, über die Festlegung des Zeitpunktes können Sie doch am allerwenigsten böse sein! (*Osterloh:* Doch! Man soll keinen Zeitpunkt festlegen, bevor man nicht weiß, welche Themen dort behandelt werden! – *Unruhe.*) Herr Osterloh! Als damals der Zeitpunkt für den Bundesparteitag in Karlsruhe festgelegt wurde, wußten wir auch nicht, wie der Inhalt sein würde. So scheint es auch jetzt zu sein. So macht es Herr Heck mit seiner Mannschaft ... (*Gerstenmaier:* Er hat doch keine Mannschaft. Das ist ihm verboten!)

Adenauer: Herr Gerstenmaier hört auch auf dem linken Ohr sehr schwer, wenigstens hier. Sonst hört er sehr gut. Aber hier hört er sehr schlecht. Dem Herrn Heck soll nach meiner Meinung nichts verboten sein, sondern er soll sich die Leute heranziehen, die er für richtig hält. Und dann soll er das Ergebnis dem Parteivorstand vortragen. – Also, ich verstehe allmählich die ganze Geschichte nicht mehr. – Ich stelle fest, daß Sie damit einverstanden sind. (*Johnen:* Eine solche Ermächtigung hat noch keiner gehabt! – *Bewegung.*)²⁰

²⁰ Die Tagung fand vom 28. bis 30. November 1960 in Gelsenkirchen statt. Druck der Referate in Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands (Hrsg.): Erziehung, Bildung, Ausbildung. Zur Kulturpolitik der CDU/CSU. Bonn 1961.

PARTEITAG 1961

Von Hassel: Der Parteitag im Jahre 1961 beschäftigt bereits die Bundesgeschäftsstelle seit einigen Tagen, und zwar nach zwei Richtungen hin, was nämlich den Zeitpunkt und den Ort angeht. Als Termin kommt nach unseren Überlegungen nur in Frage die Woche vom 16. bis zum 20. April bzw. vom 23. bis 27. April. (*Adenauer:* Wann ist Ostern?) Ostern ist am 2. April. Vorher paßt es nicht. Im September sind die Wahlen. Der Parteitag muß aber im Frühjahr sein. Der eigentliche Wahlkampf muß Ende Juni beginnen. Der Parteitag kann nur in einigen, und zwar dafür geeigneten Städten stattfinden.

Hannover hat zwar eine geeignete Kongreßhalle, aber sie liegt außerhalb der Stadt, so daß jede Kontaktmöglichkeit fehlt, auch wegen der Unterbringung usw. Außerdem ist Ende April die große Messe in Hannover, so daß also Hannover ausfällt. Die Kongreßhalle in Frankfurt im Messegelände wäre für die Durchführung geeignet. Wir sind aber der Meinung, daß ein Parteitag in Frankfurt zerlaufen wird und keine geschlossene Möglichkeit bietet. Wir sind nach einer Absprache mit Hessen der Ansicht, dann sollte man lieber nach Wiesbaden gehen. In Wiesbaden geht es allerdings nicht im Kurhaus, weil es zu klein ist, wohl aber in der Rhein-Main-Halle, die jedoch zu dem genannten Zeitraum nicht mehr frei ist. Dann haben wir noch eine Möglichkeit in Dortmund. (*Adenauer:* Sagen Sie doch, worauf Sie hinauswollen! – *Zurufe:* Sehr richtig!) Ich schlage vor, nicht nach Dortmund zu gehen, sondern in Dortmund wiederum den Wahlkampf zu eröffnen mit einer Großkundgebung, und zwar mit einem gebührenden zeitlichen Abstand vor den Bundestagswahlen. Also scheidet auch Dortmund aus.

Es bleibt Düsseldorf, und zwar die Rheinlandhalle, die ausreicht, um 1.800 Menschen unterzubringen. Ob es terminlich möglich ist, ist noch nicht ganz zu übersehen.

Wir müßten also wissen, ob wir nach Düsseldorf oder nach Wiesbaden gehen sollen. Wenn wir den Termin auf Anfang Mai legen, würden wir möglicherweise die Kongreßhalle in Wiesbaden bekommen können. Kassel halten wir für ungeeignet. In Hamburg, Kiel, Stuttgart und Karlsruhe waren wir schon. Dürfen wir Ihre Meinung mal hören! (*Adenauer:* Lassen wir nach München gehen! – *Höcherl:* Ich habe nichts dagegen! – *Heiterkeit.*) Zum Oktoberfest! (*Johnen:* Ich bin für Wiesbaden! In Düsseldorf können wir die Leute nicht unterbringen. Wir haben nicht genügend Betten! – *Unruhe.*)

Dufhues: Westfalen würde sich sehr freuen, wenn der Parteitag in Westfalen abgehalten würde. Aber wir sehen jetzt keine Möglichkeit. Wir könnten aber den übernächsten Parteitag in Westfalen abhalten. (*Adenauer:* Also eine Voranmeldung?) Ja, ich wäre dankbar, wenn das zum Protokoll genommen würde.

Adenauer: Ich schlage vor, daß wir nach Wiesbaden gehen. Im Mai ist es weder zu früh noch zu spät. In Hamburg waren wir z.B. viel später.

Von Hassel: In diesem Zusammenhang darf ich sagen, in Karlsruhe ist es gerade

noch einmal gutgegangen, aber die Schwarzwaldhalle ist denkbar ungeeignet für einen Parteitag. Sie ist zwar für Konzerte sehr geeignet, aber für Diskussionen ist sie fast unmöglich.

Fay: Ich bin nicht gefragt worden wegen Wiesbaden! Ich bin erstaunt, daß hier bereits ein Akkord geschlossen worden ist. Ich weiß nichts und bin nicht gefragt worden! Sie können natürlich Wiesbaden als Tagungsort beschließen. Das ist eine Bundesangelegenheit. Als Hesse sage ich Ihnen: Gehen Sie nach Frankfurt. Sie gehen jetzt von einer falschen Voraussetzung aus; denn in Wiesbaden herrscht die SPD genauso wie in Frankfurt.

Adenauer: Wiesbaden ist attraktiver. Dahin kommen mehr Leute. (*Fay:* Das weiß ich nicht. Warum soll es nicht in Frankfurt sein? Da haben Sie die Presse!) Die Presse kommt auch nach Wiesbaden, das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Frankfurt ist zu groß. Wiesbaden ist schon das Richtige. (*Fay:* Dortmund ist nicht viel kleiner als Frankfurt! – *Zuruf:* Darum gehen wir auch nicht dorthin! – *Heiterkeit.*)

Stoltenberg: Wir haben zweimal den Parteitag in Hamburg gehabt. Ich würde sagen, bei Wiesbaden hat man die Vorstellung einer gepflegten Kurstadt, während Frankfurt eine Stadt der politischen Entscheidungen ist. Es ist richtiger, in eine Großstadt zu gehen, weil man eine stärkere politische Wirkung erzielen kann.

Adenauer: Mir liegt am Herzen, daß der Parteitag in einer Stadt abgehalten wird, wo wir eine geschlossene Kundgebung machen können. Und da ist Wiesbaden viel geeigneter als Frankfurt. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Von Hassel: Es kommt auch auf die Atmosphäre an. Ich bitte darum, Herr Bundeskanzler, die Bundesgeschäftsstelle zu ermächtigen, zunächst einmal mit Wiesbaden zu verhandeln, auch wenn sich der Termin um plus/minus 14 Tage verschieben sollte. Dann werden wir dem Bundesvorstand darüber berichten, wie es aussieht.

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden! – Wir wollen noch notieren, daß Herr Dufhues eine Voranmeldung gemacht hat für den übernächsten Parteitag, und zwar in Dortmund? (*Dufhues:* Wir wollen uns noch nicht auf Dortmund festlegen, es könnte auch Münster sein. Ich würde sagen: Westfalen!)

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich freue mich, daß der neue Bundesvorstand so lebhaft diskutiert hat, ein gutes Omen für die Zukunft. Ich darf die Sitzung schließen und danke Ihnen sehr.

15

Sitzung des engeren Parteivorstands

Bonn, 6. Juli 1960

Sprecher: Adenauer, Blank, Blumenfeld, Dufhues, Etzel, Fricke, Gerstenmaier, von Hassel, Höcherl, Katzer, Kraske, Krone, Scheufelen, Schröder, Stoltenberg.

Bericht zur Lage. Krankenversicherungsgesetz. Wahlgremium.

Beginn: 16.10 Uhr

Ende: 20.10 Uhr

Adenauer eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er teilt mit, daß die Herren Johnen, Dr. Meyers, Dr. von Brentano, Dr. Altmeier, Dr. Röder, Kiesinger, Dr. Burgbacher sowie Frau Dr. Rehling sich entschuldigt hätten. Anscheinend mache sich der Ferienbeginn schon bemerkbar, weil so viele entschuldigt seien. Dies sei bedauerlich, wo es sich doch um die erste Sitzung des Gremiums handele. Leider müsse auch Dr. Erhard sehr bald wieder gehen, da er den Versuch machen müsse, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenzubringen.

BERICHT ZUR LAGE

Man müsse verstehen, wenn er, der Bundeskanzler, ein offenes Wort sage über die Lage der Partei, wobei die CSU mit eingeschlossen sei, und wenn er seiner ernsten Besorgnis Ausdruck gebe, die aus dieser Lage resultiere. Die Bundestagswahlen fänden im September 1961 statt; man wisse, daß das Wahlergebnis schon vor der Wahl mehr oder weniger feststehe, und jeder könne sich an den Fingern abzählen, daß nun kein Jahr mehr zur Verfügung stehe, um auf ein günstiges Wahlergebnis hinzuarbeiten. Leider könne man keine günstige Voraussage machen, im Gegenteil, die Situation sei sowohl in Deutschland wie in der ganzen Welt, was ja ineinander wirke, sehr ernst.

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten¹ werde am 20. Januar 1961 sein Amt antreten; zu diesem Zeitpunkt werde er sein Kabinett zwar schon gebildet haben, aber man könne nicht damit rechnen, daß der neue Präsident und die umgebildete oder neugebildete Regierung vor Februar 1961 aktionsfähig sein werde. Das sei für die freie Welt eine Periode, in der sie ohne führende Nation ist. Schon jetzt mache sich dieser Umstand auf allen Gebieten deutlich bemerkbar. Es sei in den Vereinigten Staaten herkömmlich und in diesem Jahr besonders bemerkbar, daß man vor den Wahlen eigentlich nur noch Interesse an der Innenpolitik hat; nach Äußerungen von Männern, die ihn, den Bundeskanzler, besucht hätten, seien harte und erbitterte Kämpfe innerhalb der Parteien um die Aufstellung der Kandidaten bei den bevorstehenden Parteikongressen im Gange. Aus den Aussprachen sei nicht hervorgegangen, wer den Sieg davontragen werde, ob die Republikaner oder die Demokraten; jedenfalls hätten die Ereignisse, die mit der Gipfelkonferenz und mit dem Besuch in Japan zusammenhingen, dem Ansehen der Republikaner und ihrer Kandidaten geschadet, ohne daß man vorhersagen könne, ob es möglich sei, den entstandenen Schaden wieder auszubügeln. Andererseits sei bei den Demokraten, nachdem Kennedy in einem sehr großen Siegeszug so viele Stimmen auf sich vereinigt hatte, Truman diesem plötzlich entgegengetreten, und auch Johnson habe sich bereit erklärt, als Kandidat aufzutreten. Truman sei ganz ohne Zweifel bei den Demokraten der bei weitem einflußreichste Faktor, so daß es ungewiß sei, wer nun aus dem Kongreß als Kandidat hervorgehe, dieser oder jener, wenn nicht Kennedy, dann wahrscheinlich Johnson.

Er, der Bundeskanzler, kenne Kennedy nicht und habe ihn nie gesprochen. Dieser sei in der Außenpolitik wenig erfahren, in der Innenpolitik seines Staates dagegen sehr tätig. Er sei 43 Jahre alt, und wenn er, der Bundeskanzler, zurückdenke, wie weit er dieses Alter selbst schon hinter sich gelassen habe und wie er mit 43 Jahren gedacht habe und wie er heute denke, dann werde wohl jeder sagen, daß man im Lauf der Jahre allerhand hinzulerne. Das bedeute retrospektiv, daß Kennedy also noch allerhand hinzuzulernen habe. Es werde ihm aber von einem Manne wie Meany² ein gutes Zeugnis ausgestellt – Meany zu kennen gehöre zur Allgemeinbildung, und derartig spitze Bemerkungen wie „roter Bruder“, die Herr Gerstenmaier eben gebraucht habe, solle man bei solchen ernsten Überlegungen lieber unterlassen. Meany sei praktizierender Katholik und habe ihm, dem Bundeskanzler, die Grundsätze der amerikanischen Gewerkschaften entwickelt und dabei ausgeführt, daß der Kapitalismus erhalten bleiben müsse, wenn der amerikanische Arbeiter einen Anteil daran haben wolle. Diese Ideen könne jeder unterschreiben, und es wäre

1 John Fitzgerald Kennedy (1917–1963), Volkswirtschaftler, Journalist; 1947–1953 Abgeordneter im Repräsentantenhaus (Demokraten), 1953–1961 Senator für Massachusetts, 1960–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

2 George Meany (1894–1980), amerikanischer Gewerkschafter; 1952–1955 Vorsitzender und 1955–1979 Präsident der AFL (American Federation of Labor) und CIO (Congress of Industrial Organizations).

nur wünschenswert, wenn bei anderen gewerkschaftlichen Bewegungen ähnliche Überlegungen Platz griffen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß Meany der beste Freund der deutschen Sache sei, den man in Amerika habe, und daß er der z.Z. einflußreichste Mann in den Vereinigten Staaten sei. Meany jedenfalls sei der Auffassung gewesen, daß man bei Kennedy keine Sorgen wegen der Außenpolitik haben brauche. Aber es sei eine andere Sorge aufgetaucht, ob zu Recht oder Unrecht müsse die Zukunft weisen: Es werde behauptet, daß Frau Roosevelt³, die für Stevenson⁴ eintrete, bereit sei, die von ihr für Stevenson gesammelten Stimmen Kennedy zuzuführen unter der Bedingung, daß Stevenson Staatssekretär werde. Wenn das der Fall wäre, dann sei das das Schlimmste, was passieren könne. Er, der Bundeskanzler, halte das zwar nicht für sehr wahrscheinlich, aber es könne ja auf diesen Wahlkongressen alles Mögliche passieren.

Über Nixon brauche man nichts zu sagen, dieser habe sich sehr gut entwickelt; ebenso sei es bei Rockefeller⁵, der sehr energisch und sehr tüchtig sei und als Gouverneur gute Arbeit geleistet habe. Jedenfalls sei es Tatsache, daß während der Wahlkampagne Amerika in der Außenpolitik mehr oder weniger führungslos ist, und die Tatsache, daß man diese Dinge mit Sorge und Aufmerksamkeit verfolgen müsse, mache am deutlichsten klar, daß man dafür sorgen müsse, daß dieses Europa sich möglichst bald zusammenfinde, wolle es in der Geschichte und im außenpolitischen Geschehen etwas bedeuten. Einstweilen spiele Europa diese Rolle nicht, und wenn man weiter die Runde mache, müsse man sagen, daß die britische Regierung, speziell Macmillan, unverändert geblieben sei, Frankreich in der Algier-Frage große Schwierigkeiten habe, und zwar mehr als man angenommen habe, so daß ein Ende des Algier-Kriegs einstweilen nicht zu erwarten sei und diese Lähmung damit weiter fortbestehe.

Chruschtschow und die Staaten, die zum kommunistischen Block halten, nützten diese Gelegenheit in massiver Weise aus. Chruschtschow sei gerade in Österreich.⁶ Es sei jedem überlassen zu beurteilen, ob das gerade nötig sei; daß er dort in dieser Weise über Amerika und Deutschland gesprochen habe, sei für jeden Österreicher – gleich welcher Partei – peinlich, und auch er, der Bundeskanzler, mache keinen Hehl daraus, daß er diese Sache auch als peinlich empfinde. Diese Reise Chruschtschows

3 Eleanor Roosevelt (1884–1962), Ehefrau des amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (gest. 1945).

4 Adlai Ewing Stevenson (1900–1965), 1948–1952 Gouverneur von Illinois, 1952 und 1956 Präsidentschaftskandidat der Demokraten, 1961–1965 Botschafter der USA (mit Kabinettsrang) bei den Vereinten Nationen.

5 Nelson Aldrich Rockefeller (1908–1979), Bankier; 1952–1958 Berater Eisenhowers, 1953 Unterstaatssekretär im Gesundheitsministerium, 1958–1973 Gouverneur des Staates New York, 1974–1977 Vizepräsident der USA (Republikaner).

6 Vom 30. Juni bis 8. Juli 1960. Im Laufe des Besuches hatte Chruschtschow u.a. Parallelen zwischen Adenauer und Hitler gezogen und immer wieder die amerikanische Politik verunglimpfte; Protest-Demarche Bonns und Washingtons (AdG 1960 S. 8502–8506).

durch Österreich sei für die freie Welt nicht gut. Chruschtschow habe sich in Österreich im vertrautesten, aber auch in größerem Kreise sehr nachdrücklich über die Berlin-Frage ausgesprochen und dazu erklärt, daß er zwar mit neuen Aktionen warten wolle, wenn man ihn nicht reize, bis der neue amerikanische Präsident gewählt sei. Er habe weiter erklärt, daß er gerade in der Einberufung des Bundestages nach Berlin⁷ eine Provokation finde und daß er darauf entsprechend antworten werde. Der Friedensvertrag liege fertig zur Unterschrift da, und dann werde es für den Bundestag ein Vergnügen sein, sich zur Ausreise aus Berlin von Ulbricht ein Visum geben zu lassen. Dies sei keine leere Drohung, das müsse man sehr nachdrücklich betonen; und in diesem Kreise hier müsse gesagt werden, daß schon seit geraumer Zeit, besonders aber nach der gescheiterten Gipfelkonferenz, von den drei Westmächten die Bitte ausgesprochen worden sei, doch jeden Anlaß zu vermeiden, der Chruschtschow Anlaß für eine neue Aktion gegen Berlin und einen Vorwand dafür bieten könnte. Dies hätten die Botschafter mehrfach getan, und gewisse deutsche Landsleute nähmen diese Sache viel zu leicht. Das sei sehr ernst, auch insofern, als sich, wenn man diese Ratschläge nicht höre, die Gefahr ergebe, daß die Partner der Bundesrepublik zu der Auffassung kommen könnten, man könne den Deutschen nicht helfen; das wäre aber sehr schlimm.

Er, der Bundeskanzler, habe in Paris zu Eisenhower gesagt⁸, in Berlin handele es sich um Amerika und England und Frankreich und um deren Ansehen und daß er daran glaube, daß diese Mächte ihr Wort halten. Aber, so wolle er wiederholen, alle diese Fragen machten schon seit geraumer Zeit Kummer und Sorgen. Man wisse nicht, ob nicht Chruschtschow, von dem man wisse, daß er ein ungezügelt Temperament hat, wenn er sicher auch gelegentlich schauspielere, sich irgendeine Gelegenheit wünsche, bei der er sagen könne, er habe ja eine Verständigung gewollt, sei aber provoziert worden und habe deswegen vollendete Tatsachen setzen müssen. Ganz sicher sei Berlin nach wie vor eine sehr ernste Frage, die im Lauf dieser zwölf Monate sicher in dieser oder jener Form wieder akut werden könne. Man müsse sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß bei den Vorläufern der Gipfelkonferenz, trotz aller offiziellen Mitteilungen, die vier Westmächte alles andere als einig gewesen seien, gerade in der Berlin-Frage. Dies müsse noch einmal betont werden. So werde man sich auf dem Gebiete der Außenpolitik bis zu den Wahlen mit größter Wahrscheinlichkeit mit sehr ernstesten Dingen zu beschäftigen haben.

Eine weitere ernste Frage sei die Änderung der NATO. Diese könne nicht bleiben wie sie ist, sie müsse militärisch wie politisch überholt werden. Sie sei 1948 auf

7 In der dritten Legislaturperiode fanden vier Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages in Berlin statt, die letzte am 3. Oktober 1958 (DATENHANDBUCH I S. 651). Zum Plan des Ältestenrates des Bundestages, eine Vollsitzung nach der Sommerpause 1960 nach Berlin einzuberufen, vgl. NZZ vom 7. Juli 1960.

8 Bei Gipfelkonferenzen am 19. bis 21. Dezember 1959 sowie am 16. und 17. Mai 1960. Vgl. ADENAUER: *Erinnerungen* 4 S. 25 und S. 49f.

1949 entstanden, als man einen Krieg wegen Indochina befürchtet habe. Seither habe sich die gesamte Weltlage in bitterster Weise zugunsten des Kommunismus verschoben. Bei der NATO sei aber alles beim alten geblieben. Gewiß, es seien die Raketenwaffen eingeführt worden, aber man müsse auch an die Spannung zwischen Frankreich und der NATO denken und brauche nur darauf hinzuweisen, daß man in der Türkei plötzlich eine Revolution⁹ gemacht habe; und wenn das Heer eine Revolution mache, so sei das eine schlimmere Sache, als wenn das durch eine Partei geschehe. In Japan stünden Wahlen bevor¹⁰, deren Ausgang mitbestimmend sein werde für die Zukunft der freien Welt. Wenn diese über 90 Millionen Japaner, tüchtig, energisch, tatkräftig, industriell gut ausgerüstet, zu Rotchina stoßen würden, dann würde das auf der asiatischen Halbkugel zu einer wesentlichen Verschiebung des Gleichgewichts führen, was sofort auf uns hier zurückwirken und sehr üble Folgen haben würde.

So gehe man also bis zur Wahl außenpolitisch einer sehr ernsten und gefährvollen Zeit entgegen, von der man noch nicht sagen könne, ob sie für unsere Wahlaussichten – das sei der Ausgangspunkt dieser Überlegungen gewesen – begünstigend oder abträglich sein werden. Man stehe also vor Monaten der Unsicherheit.

Die Anwesenden seien Zeugen der außenpolitischen Debatte gewesen.¹¹ Wehner habe gewiß sehr maßvoll gesprochen, wenn man auch nicht, wie die Presse dies getan habe, von einer staatsmännischen Rede sprechen könne. Er habe parteipolitisch gesprochen, und er sei ein Parteipolitiker von großem Range, der seine Partei unter allen Umständen zum Siege führen wolle. Er habe durch die von ihm eingeschlagene Taktik die Bedenken der großen Wählerschichten ausräumen wollen, die weder zur SPD noch zur CDU gehören, schwankend sind und bei der letzten Wahl mit Rücksicht auf die außenpolitische Haltung der SPD für die CDU gestimmt haben. Dazu sei zu sagen, daß man gut daran tue, sich Gedanken zu machen, wie die Aussichten für 1961 seien und was 1953 und 1957 den Sieg der CDU herbeigeführt habe. 1949 könne man dabei nicht heranziehen, weil damals die ganzen Formationen der Parteien nicht vergleichbar gewesen seien. 1953 seien es die wirtschaftlichen Erfolge gewesen, auf die die CDU habe hinweisen können, ebenso außenpolitische Erfolge, 1957 sei absolut ausschlaggebend gewesen, wie sich die SPD gegenüber dem Westen, gegenüber der NATO usw. verhalten hätte. Das habe nun die SPD einmal durch das Godesberger Programm ausräumen wollen, und jetzt versuche sie es ein zweites Mal durch die Taktik Wehners. Sicher sei Wehner in seiner Partei angegriffen worden, wer aber Wehner kenne und wisse, daß er den Apparat in der Hand habe, was seine Stärke sei, der müsse sich auch klar darüber sein, daß Wehner den Widerstand in seiner Partei spielend überrollt. Ihm, dem Bundeskanzler, habe einmal ein amerikanischer Gewerkschaftsführer erzählt, er habe einer Fraktionssitzung der SPD beigewohnt, in

9 Sturz der Regierung und Übernahme der Macht durch das Militär am 27. Mai 1960 (AdG 1960 S. 8415f.).

10 Unterhauswahlen am 20. November 1960 (ebd. S. 8768).

11 Am 30. Juni 1960 – Rede Wehners in Sten.Ber. 3. WP Bd. 46 S. 7052–7061.

der es um wichtige Sachen gegangen sei, und es sei geradezu erschütternd gewesen, wie Wehner alles niedergewalzt habe. Darum seien diese Vorgänge sehr ernst, wenn auch Herr Menzel in bezug auf die Anti-Atomtodkampagne¹² gesagt habe, daß es bei dieser bleibt. Diese Wendung, die Wehner der Politik seiner Partei zu geben versuche, sei für die CDU bei den Betrachtungen, die sie über die Wahl anstelle, von größter Bedeutung.

Er, der Bundeskanzler, glaube kein Wort von dem, was Wehner gesagt habe, weil diese Worte mit seiner inneren Überzeugung nichts zu tun hätten. Rein opportunistische Rücksichten hätten diesen geleitet, denn noch vor acht Wochen sei die Frage des Bundeskanzlers, ob die SPD für die NATO sei, von zwei Drittel der SPD-Fraktion mit Nein beantwortet worden, während die gleichen Leute jetzt stumm zugehört hätten, als Wehner sprach.

Betrüblich sei aber gewesen, daß die ganz ausgezeichnete Rede des Herrn von Guttenberg¹³, die eine hervorragende und ausgezeichnete Rede gewesen sei, weder in der Presse noch im Rundfunk die gebührende Würdigung gefunden habe. Die Presse, abgesehen von der geringen Zahl derer, die zur CDU halten, sei teils aus Snobismus, teils aus anderen Gründen gegen die CDU, und das Fernsehen habe angeblich wegen eines technischen Fehlers die Rede nicht bringen können. Wer das glaube, zahle einen Taler. Aber es sei zu betonen, daß, wenn man die Öffentlichkeit überblicke, als großer Mann und als große Partei – nach dem Bibelwort, daß mehr Freude sei über einen Sünder, der Buße tut, als über 99 Gerechte – Wehner und die SPD dem deutschen Volke vorgeführt worden seien.

Nun komme er, der Bundeskanzler, auf die Fehler, die die CDU mache. Hier sei an erster Stelle das Krankenkassengesetz zu nennen. Die „Deutsche Zeitung“ überschreibe in ihrer heutigen Nummer einen Artikel „Ein Scherbenhaufen“¹⁴, und sie habe ganz recht damit. Was von diesem Gesetz noch da sei, sei ein Scherbenhaufen. Darin müsse man eine große Gefahr für die Wahl erblicken, denn an keinem anderen Gesetz sei die Öffentlichkeit so interessiert, wie an diesem. Zu seinem Bedauern müsse er sagen, daß das Arbeitsministerium die psychologische Wirkung dieses Gesetzes absolut verkannt habe. Statt mit den Ärzten und den Krankenkassen vorher in verständiger Weise zu verhandeln, habe man diktiert, und selbst heute sei die Gebührenordnung für die Ärzte, die ein notwendiger Bestandteil dieses Gesetzes sei, wenn man dazu Stellung nehmen solle, noch nicht erschienen. In dem maßgebenden Ausschuß sei kurz vor Ferienbeginn das ganze Gesetz, und zwar mit den Stimmen der

12 Der SPD-Bundestagsabgeordnete Walter Menzel war als Leiter des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“ einer der treibenden Kräfte der deutschen Anti-Atomtodbewegung. Vgl. AdG 1958 S. 6944.

13 Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921–1972), 1957–1972 MdB (CSU), 1961–1972 Mitglied des CSU-Landesvorstandes, 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt. – Rede in Sten.Ber. 3. WP Bd. 46 S. 7076–7085.

14 Johann Frank: „Blank vor einem Trümmerhaufen“, in: „Deutsche Zeitung“ vom 6. Juli 1960.

CDU, abgelehnt worden. Er, der Bundeskanzler selbst, habe bei einer Einladung, die er einem Teil der Fraktion in seinem Garten gegeben habe, erleben müssen – Dr. Krone und verschiedene Abgeordnete, darunter die vier Ärzte der Fraktion, seien an einem Tisch beisammengesessen –, daß viererlei Meinungen vorhanden waren und daß alles gegeneinander und durcheinander sprach. Das sei nicht nur deswegen so bedauerlich, weil der große Teil der Arbeitnehmer, die die Mitglieder der Krankenkassen sind und deshalb an dieser Regelung interessiert sind, dagegen sind, sondern auch deshalb, weil es auf die Arbeit des Kabinetts und der Fraktion, die sich nicht habe einigen können, ein schlechtes Licht werfe. Und wenn es nicht in irgendeiner Weise gelinge – der Weg sei noch nicht zu sehen –, dieses Gesetz doch noch zu erledigen – er, der Bundeskanzler, sei im Kabinett anderer Auffassung auch wegen der gewählten Formen gewesen, und was davon noch da sei, sei ein Scherbenhaufen –, dann werde dieses Gesetz sich bei der Wahl ganz schwerwiegend gegen die CDU auswirken.

Aber es gebe auch noch andere Dinge, die Sorge machen, so vor allem das Lücke-Gesetz¹⁵. Hier sei auf die Sendung des Südwestdeutschen Rundfunks hinzuweisen, auf die empörten Zuschriften über diese Sendung; und da sei das unglückliche Wort von Etzel in Hamburg¹⁶ gefallen, das für die SPD und den Mieterbund eine Handhabe biete, dieses ganze Gesetz in der gemeinsten und perfidesten Weise anzugreifen; das seien schwere Hypotheken, die jetzt schon auf der CDU lägen, das Krankenkassengesetz, dieses Lücke-Gesetz – Lücke habe ja in der hingebendsten Weise daran gearbeitet –, das man nun dem Volke klarmachen müsse. Wie könne man nun den Mietern klarmachen, daß keiner ihnen etwas will und daß der Wohnungsbau weitergeht und daß keiner fürchten braucht, daß er nun dasitzt und keine Wohnung habe? Demgegenüber – und das sei im politischen Leben so – komme das Gute, was getan werde, bei der Betrachtung nicht mehr in Frage; die Ordnung der Finanzen werde hingenommen, ohne daß man etwas Besonderes dabei finde, das sei selbstverständlich, gehöre und gebühre sich so und sei keine Sache, für die man sich so aufregen müßte, daß man aus diesen Gründen bei der Wahl gegen die SPD stimmt.

Neben diesen Gesetzen sei aber noch ein großes Programm vorhanden, über das auch noch gesprochen werden müsse und das Schwierigkeiten mache. Diese beiden Gesetze aber seien Steine auf dem Weg, die wegzuräumen eine große Arbeit und viel Geduld erfordere. Noch etwas müsse einem sehr am Herzen liegen, nämlich die Einigkeit der Partei. Wie erscheine die Partei nach draußen? Man möge es ihm, dem

15 Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht (Gesetz vom 23. Juni 1960 – BGBl I S. 389). Benannt nach dem damaligen Wohnungsbauminister Paul Lücke.

16 Am 1. Juli 1960 ein 50minütiges Feature zur aktuellen Wohnungsbaupolitik mit dem Titel „Verwirrung im Quadrat“. Kurz darauf war Bundesfinanzminister Etzel (nach einer Pressekonferenz in Hamburg vom 4. Juli 1960) mit der Mitteilung „Weniger Mittel für den Wohnungsbau 1961“ zitiert worden. Richtigstellung Etzels in BULLETIN vom 8. Juli 1960 S. 1238.

Bundeskanzler, nicht übelnehmen, wenn er bei dieser Betrachtung bitter werden sollte, aber er müsse seiner Überzeugung folgen und alles so offen aussprechen, wie er sich das vorgenommen habe.

Die CDU erscheine nicht als eine geschlossene, zielbewußte Partei, sie erscheine breiten Schichten des deutschen Volkes als eine Gruppe, in der sich bald so, bald so eine Mehrheit findet, in der alle möglichen Lobbyisten tätig sind. Aus den Kreisen der evangelischen Kirche, und zwar von sehr ernst zu nehmender Seite, sei ein erschütternder Brief gekommen, dessen Schreiber hier nicht genannt werden solle.¹⁷ Dort hieße es, daß Kreise der evangelischen Kirche, und zwar maßgebende Kreise, mit Feindschaft, wenn nicht mit Haß der CDU gegenüberstünden.

Auf eine Frage des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier nennt der Bundeskanzler den Namen des Probstes Asmussen, dessen Urteil Dr. Gerstenmaier als atypisch bezeichnet; ein Urteil dieser Art stehe diesem nicht zu. Darauf fährt der Bundeskanzler fort und erklärt, daß er Asmussen persönlich kenne und vor seiner Überzeugungstreue und seinem Verhalten in jeder Beziehung hohen Respekt habe. Man müsse weiter bedenken, daß Bischof Dibelius ausscheiden werde, der ja bekannt habe, daß er CDU-Mann sei, und der damit für weite evangelische Kreise auch den Weg für die Wahl gesteckt habe. Über seinen Nachfolger wisse man noch nichts.¹⁸ Es würden verschiedene Namen genannt, aber einen Mann wie Dibelius von solcher Überzeugungstreue und solchem Ansehen werde man gewiß nicht wieder bekommen. Aus dieser Überlegung seien auch gewisse Sorgen vorhanden.

Eine ähnliche Sorge bestehe auch auf der katholischen Seite, und man werde sich um den sogenannten vopolitischen Raum und auch um einige Bischöfe recht ernste Bemühungen machen müssen, weil die Sozialdemokraten nun auf einmal angeblich christlich geworden sind und man dort auch Zweifel bekommen habe, wenn auch nicht bei allen Bischöfen, ob man eine solch entschiedene Stellung gegenüber der SPD einnehmen soll.

Er wolle sich nun dem Eindruck zuwenden, den die CDU nach außen mache. Erfreulicherweise sei ja ein Ministerpräsident hier anwesend, und man müsse Herrn von Hassel besonders danken, daß er gekommen sei, denn die anderen Herren Ministerpräsidenten hätten sich entschuldigt, seien verhindert, jedenfalls nicht anwesend; warum, wisse er, der Bundeskanzler, nicht und könne es auch nicht wissen. Aber er bedaure, daß sie nicht da seien hier bei dieser ersten Sitzung des engeren

¹⁷ Vgl. NL Asmussen ACDP I-398 (XII 3a-c), insbes. Asmussen an Adenauer vom 16. Juni 1960.

¹⁸ Am 16. Februar 1961 wurde Präses Kurt Scharf (Berlin) zum neuen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche gewählt, vgl. AdG 1961 S. 8927. – Dr. D.D.D. Kurt Scharf (1902–1990), evangelischer Theologe, 1945–1966 Präses der Brandenburgischen Bekenntnissynoden und Propst für Brandenburg und Berlin-Brandenburg, 1961–1967 Ratsvorsitzender der EKD, 1966–1976 Bischof von Berlin-Brandenburg. – Memoiren: Widerstehen und Versöhnen. Rückblicke und Ausblicke. Stuttgart 1987.

Vorstandes, weil man ja auf die Anwesenheit der Ministerpräsidenten bei einer solchen Besprechung den größten Wert legen müsse.

Sobald ja die Ministerpräsidenten einen Sessel bestiegen hätten – er wolle hier Herrn von Hassel nicht zu nahe treten, der ja ganz anders sei –, würden diese ganz andere Menschen. Sehr selten finde man einen, der normal bliebe, in der Regel würden sie andere Menschen, und die Partei bedeute da nicht mehr so viel, und auch die Arbeit in der Partei bedeute nicht mehr so viel wie vorher, ehe sie Ministerpräsidenten geworden seien. Dazu komme die Auseinandersetzung mit dem Bundesrat, bei der die Ministerpräsidenten der CDU, wenn es sich bei manchen Sachen um Beschlüsse des Bundestages handelt, die von der Koalition gefaßt worden sind, sich gegen die Koalition wenden, wie das z.B. bei der Reinhaltung der Wasserstraßen¹⁹ gewesen sei. Es sei ihm vollkommen schleierhaft, warum das so gemacht worden sei und warum der Bundesrat mit zwei Dritteln seiner Stimmen so demonstriert habe²⁰; der Bundestag habe dann noch einmal abgestimmt und die Beschlüsse des Bundesrats überstimmt; das hätten sich die Herren doch auch schon vorher sagen können, daß das so ausgehen werde.

Er wolle nicht das ganze Klagelied singen über die Verhandlungen, die darüber stattgefunden hätten. Diese ganze Sache gehe jetzt etwa sieben Jahre, so lange dauere das Tauziehen schon an, und er bedaure nur, daß er nicht schon eher damit befaßt worden sei, er hätte sich auf so lange Verhandlungen nicht mehr eingelassen, sondern gehandelt, und wenn die Ministerpräsidenten dann gegen die Bundesregierung eine Klage hätten anstrengen wollen beim Bundesverfassungsgericht, dann hätten sie das eben tun müssen; sie hätten die Klage durchführen müssen, und wenn sie gewonnen hätten, hätten sie urbi et orbi zeigen müssen, daß das Grundgesetz, das nur vorübergehend gedacht sei, keine Verfassung ist, mit der vernünftig regiert werden kann.

Als man dieses Grundgesetz verabschiedet habe, da habe man ja gedacht, daß es für einige Jahre sei, daß die Besatzungsmächte da seien und daß es so lange schon gehen werde. Das Grundgesetz sei uns doch zum großen Teil aufgedrängt worden von den Amerikanern und von den Franzosen, weil diese das Bestreben hatten, die Zentralgewalt möglichst schwach zu machen und die Gliedstaaten möglichst stark. Jeder wisse, welchen Kummer und Ärger man gehabt habe, bis das Grundgesetz endlich zustande kam. Für Amerika und Frankreich sei es ein antideutsches Instrument gewesen, weil man Deutschland nicht habe hochkommen lassen wollen.

Man könne das Grundgesetz so oder so auslegen. Aber die Tendenz, die im Bundesrat zutage träte, nämlich die Rechte der Zentrale möglichst klein zu halten,

19 Gesetz vom 17. August 1960 – BGBl II S. 2125. Annahme durch den Bundestag am 29. Juni 1960 – Sten.Ber. 3. WP Bd. 46 S. 6962.

20 Der Bundesrat erhob mit zwei Dritteln seiner Stimmen am 1. Juli 1960 Einspruch (BT-Drs. 1988); der Einspruch wurde am selben Tag durch den Bundestag zurückgewiesen – Sten.Ber. 3. WP Bd. 46 S. 7127.

sei allmählich unerträglich geworden. Jedermann im Kabinett könne man danach befragen, alle würden es bestätigen.

Die CDU stehe in der Öffentlichkeit in einem schlechten Ansehen auch wegen der Gegensätze zwischen Ländern und Bund, die ja auch dort vorhanden seien, wo die CDU oder die CSU die maßgebenden Parteien sind. Dazu komme noch die Organisation der Partei – zu diesem Punkt werde ja hier auch noch etwas gesagt werden –, die im Land draußen noch sehr viel zu wünschen übrig ließe. Alles in allem könne man der Wahl 1961 nur mit großer Sorge entgegensehen, und es müsse tatsächlich von allen und gemeinsam gearbeitet werden, und zwar überall, wenn man die Aussicht haben wolle, auch 1961 die Wahl zu gewinnen.

Die Deutsche Partei sei inzwischen wohl eines politischen Todes gestorben. Was über diesen Vorgang in der FAZ stehe²¹, sei von Anfang bis zum Ende falsch; kein Wort sei wahr, das von den Resten der DP diesen Journalisten insinuiert worden sei. Er, der Bundeskanzler, habe sich die größte Mühe gegeben, und die Herren Dr. Krone und Fricke könnten das bestätigen, die DP am Leben zu erhalten, auch als Partei in Niedersachsen. Er habe auf dem Standpunkt gestanden, über diese Frage müsse die CDU in Niedersachsen selbst entscheiden, weil man das nicht von der Zentrale aus entscheiden könne und weil man dort den Dingen näher stehe und sie so auch besser entscheiden könne. Aber nun sei die Sache nicht mehr aufzuhalten gewesen, und infolgedessen lägen nun wohl acht oder neun Anträge vor²², in die CDU aufgenommen zu werden. Wie sich das in Niedersachsen auswirken werde, könne er nicht überschauen. Vielleicht könne Herr Fricke dazu etwas sagen.

Da sei aber noch ein sehr wesentlicher Punkt vorhanden, und zwar Herr Brandt. Die Bedeutung dieser Figur werde im allgemeinen bei der CDU unterschätzt. Allensbach habe zwei Befragungen durchgeführt, über die er berichten wolle.

Die Fragestellung sei so gewesen: In dem Falle, daß Sie heute einen Bundeskanzler zu wählen hätten, und Sie müßten zwischen Adenauer und Brandt wählen, wie würden Sie sich entscheiden? Herr Brandt habe dabei mehr Stimmen erhalten als er, der Bundeskanzler. Die zweite Untersuchung hat folgendermaßen gelautet: Wenn Sie heute einen Bundeskanzler zu wählen hätten und hätten nur die Wahl zwischen Brandt und Erhard, wen würden Sie wählen? Da habe Herr Brandt noch mehr Prozent gehabt als ihm, dem Bundeskanzler, gegenüber.²³

21 Die DP-Bundestagsfraktion war am 1. Juli 1960 zerbrochen, nachdem neun von 15 Mitgliedern ihren Austritt aus der Fraktion erklärt hatten und wenig später zur CDU übergetreten waren. Durch die Fusion mit dem GB/BHE unter der Bezeichnung GDP löste sich die DP am 15. April 1961 faktisch auf. Vgl. Stöss 2 S. 1040f.; kontinuierliche Berichterstattung in der FAZ ab 1. Juli 1960, insbes.: Günther Gillissen: „Kleine Parteien im Sog“ (FAZ vom 5. Juli).

22 Am 20. September 1960 traten die Bundesminister von Merkatz und Seeborn sowie die Abgeordneten Kalinke, Preiß, Preusker, Probst, Ripken, Schild und Steinmetz in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein (vgl. MEYN S. 67 Anm. 3).

23 Adenauer 28 %, Brandt 40 % (Mai 1960); Erhard 26 %, Brandt 43 % (März 1960) – Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 291.

Aber daran sehe man die ganze Dummheit des deutschen Volkes, über die man erschüttert sein müsse. Der Herr Brandt habe doch auf seinem eigentlichen Gebiete, nämlich in Berlin, bisher noch gar nichts geleistet. Reuter habe mehr geleistet, dessen Nachfolger²⁴ auch, Brandt aber könne nur repräsentieren und Reden halten, aber ob er arbeiten könne, das habe er noch nicht gezeigt. Jedermann wisse, wie es um Brandt stehe, aber das störe das deutsche Volk nicht. Damit sei etwas berührt, was sehr schmerzlich sei, nämlich das mangelnde Nationalgefühl des Deutschen. Es sei erschütternd, daß das Nationalgefühl dem deutschen Volke einstweilen vollkommen abhanden gekommen sei.

Hier habe er, der Bundeskanzler, „Das deutsche Wort“²⁵, das in Berlin oder in Köln erscheine, und in diesem werde berichtet, daß Herr Brandt einen norwegischen Orden, den St.-Olafs-Orden erhalten habe. Zur Verleihung dieses Ordens sei dort ausgeführt, daß mit der Verleihung dieses Ordens die Tätigkeit Brandts während des Krieges in Norwegen und sein Eintreten für die demokratischen Ideen und für die Freiheit gewürdigt werden solle. Er, der Bundeskanzler, finde diesen Schritt der norwegischen Regierung mehr als eigenartig; diese Regierung sei allerdings sozialistisch. Aber er, der Bundeskanzler, schätze Herrn Lange²⁶ sehr hoch wegen seines Gefühls für die Zugehörigkeit zum Westen, ebenso wie als Menschen. Aber es sei doch recht unglücklich, so etwas zu machen. Schließlich seien doch einige deutsche Soldaten in Norwegen gewesen, die keine Nazis gewesen sind und gegen die Brandt gekämpft habe. Brandt heiße ja in Wirklichkeit Frahm, sei nach diesem Artikel norwegischer Soldat geworden, dann in deutsche Gefangenschaft geraten, und die Deutschen hätten ihn in ihrer Gutmütigkeit laufenlassen. Dann sei er als norwegischer Offizier mindestens drei Jahre in norwegischer Uniform bei einer norwegischen Abteilung gewesen, die der britischen Truppe in Berlin angegliedert war, und das in der Zeit, in der Berlin die schrecklichste Not litt. Damals habe er aber nichts davon verraten, daß er Berliner oder Deutscher sei.

(Der Bundeskanzler zitiert dann einen Abschnitt aus diesem Artikel mit den Fragen, die dort gestellt werden.)

Darüber, daß Brandt während dieser Zeit in Berlin gewesen sei, so fährt der Bundeskanzler fort, seien genügend Fotografien vorhanden, so daß hier keine besonderen Fragen zu stellen seien. Wenn er sich vorstelle, daß Brandt als Kanzlerkandidat der SPD in Frage komme, daß in der SPD auch Herr Wehner sei, der in Moskau ausgebildet worden ist und dann aus irgendwelchen Gründen, zu denen es verschiedene Lesarten gebe, zur SPD herübergewechselt ist, und daß Brandt jedenfalls Mitglied

24 Otto Suhr (1894–1957), 1948–1949 MdPR (SPD), 1949–1952 MdB, 1955–1957 Regierender Bürgermeister von Berlin (West).

25 Fragen um Willy Brandt, in: „Das Deutsche Wort“ vom 1. Juli 1960. – Vgl. auch „Neue Fragen um Willy Brandt“ (15. Juli 1960) und „Willy Brandt an ‚Das Deutsche Wort‘“ (1. August 1960).

26 Halvard Lange (1902–1970), norwegischer Politiker, 1946–1965 mit Unterbrechung (August/September 1963) Außenminister (Norwegische Arbeiterpartei).

der norwegischen Armee gewesen ist, und man fände nichts daran, dann müsse er schon sagen, daß er erschüttert sei über den Mangel an National- und Selbstgefühl des deutschen Volkes.

Man müsse sich jetzt überlegen, was zur Aufklärung über Brandt zu geschehen habe. Auch sonst möchten die Anwesenden sagen, was sie meinen, das geschehen müßte, um die Wahl 1961 zu gewinnen. Man sei sich ja wohl einig, daß man nur Aussichten habe, wenn man geschlossen sei und wenn wirklich gearbeitet werde bis zum Letzten und wenn man auch das Instrument zur Verfügung bekomme, das die öffentliche Meinung sehr stark beeinflusse, nämlich das Fernsehen, und wenn man auch in der Presse einen stärkeren Widerhall finde. Was in dieser Hinsicht zu machen sei, könne er noch nicht sagen. Aber man müßte die Dinge sehen, wie er sie eben geschildert habe, und dürfe auch nicht übersehen, daß unsere Leute zum Teil doch sehr bequem seien.

Die CDU habe dreimal gesiegt, und auf der anderen Seite stehe die SPD, die nach dem Siege hungere und wisse, daß, wenn sie zum viertenmal verliere, Risse und Sprünge in ihrer Partei sich ergeben würden, und die daher mit aller Verbissenheit und Aufbietung aller Opfer kämpfe.

Auf noch etwas wolle er, der Bundeskanzler, aufmerksam machen: In der Landwirtschaft mache sich eine große Unruhe bemerkbar, die mit der EWG zusammenhänge. Herr Hermes²⁷ habe ihm am Montag geraten, als Bundeskanzler einen Ausschuß einzuberufen, um laufend diese ganzen Dinge – EWG, Getreidepreis, usw. – zu verfolgen und zu verhindern, daß der Unmut unter der Landwirtschaft noch weiter steigt, weil auch das ein weiteres ungünstiges Moment für den Wahlausgang wäre. Auch Herr Struve gehöre zu diesem Ausschuß. Aber er, der Bundeskanzler, wolle heute nicht über diese Dinge sprechen, der Ausschuß werde zu diesem Zweck zusammengerufen werden. Vor der Wahl komme eine Veränderung des Getreidepreises nicht in Frage.

Er, der Bundeskanzler, habe diese ganzen Dinge dem engeren Vorstand einmal vortragen wollen. Es sei ihm eine Herzensangelegenheit, auf diese Dinge aufmerksam zu machen.

Blank stellt richtig, daß der mitberatende Gesundheitspolitische Ausschuß in seiner Sitzung vom 29. Juni zu § 186 der Krankenkassenreform auf Antrag der CDU und mit deren Stimmen beschlossen habe, daß keine grundsätzlichen gesundheitspolitischen Bedenken gegen die Selbstbeteiligung zu erheben seien; die SPD habe dagegen gestimmt, die FDP habe sich der Stimme enthalten. Am 30. Juni habe der gleiche Ausschuß bei gleichem Stimmenverhältnis seinen Beschluß auf die Selbstbeteiligung bei Arzneikosten und bei Krankenhausaufenthalt ausgedehnt. Dagegen habe man eine Abstimmung über die Form der Selbstbeteiligung zurückgestellt, weil bei der

27 Dr. Andreas Hermes (1878–1964), 1920–1922 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und 1922–1923 für Finanzen (Zentrum), 1947–1961 Präsident des Raiffeisenverbandes. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 55 Anm. 4; BUCHSTAB in ZEITGESCHICHTE 6 S. 102–113.

CDU noch keine ausgefeilte Formulierung vorgelegen habe. Mit dieser Frage wolle sich [der] Ausschuß noch einmal befassen, wenn der federführende Sozialpolitische Ausschuß sein Votum abgegeben habe.

Dazu bemerkt *Adenauer*, daß dann offenbar die ganze Presse falsch unterrichtet gewesen sei.

Etzel bemerkt, daß seine Äußerung in Hamburg falsch wiedergegeben worden sei. Er habe das Wohnungsproblem auf einer Pressekonferenz nur am Rande gestreift. Er habe davon gesprochen, daß der Boom auf dem Baumarkt nicht nur vom Wohnungsbau allein ausgelöst sei. Man müsse eine gemeinsame Konzeption für dieses Problem finden, wohl etwas weniger Mittel für den Wohnungsbau geben, aber bei 500.000 Wohnungen im Jahr solle es bleiben.

Adenauer berichtet, daß gestern Minister Lücke ziemlich erregt bei ihm gewesen sei und dann ein Kommuniqué herausgegeben habe²⁸. Das Schlimme bei der Sache sei doch, daß man draußen als Partei wieder nicht geschlossen erscheine, ob zu Recht oder zu Unrecht, das sei eine Frage für sich.

Etzel erklärt, daß das Kommuniqué gemeinsam von beiden Ministern herausgegeben worden sei.

Gerstenmaier regt an, in Kapiteln zu diskutieren: außenpolitische Situation, Innenpolitik und dann die Fehler, die die CDU mache.

Blumenfeld berichtet, daß er selbst die Pressekonferenz von Minister Etzel geleitet habe und daß das Ganze ein Sturm im Wasserglas sei. Etzel habe in keiner Weise vom Sozialen Wohnungsbau gesprochen, sondern habe ganz allgemein ausgeführt, es müsse ja nicht immer eine Rekordzahl sein; wenn man 500.000 Wohnungen und mehr baue, dann sei das eine ganz stolze Leistung. Der Minister habe das Wort von den „Wohnungshalden“ gebraucht und ausgeführt, daß man in Sachen Konjunktur und Wohnungsbau sehr vorsichtig sein müsse, damit man nicht eines Tages zuviel gebaut habe.

Adenauer glaubt, daß solche Dinge in der gegenwärtigen Situation doch schlecht seien, auch für Herrn Lücke. In Württemberg habe es aufgeregte Mieterversammlungen gegeben wegen des Lücke-Plans, und man habe Sorge gehabt, ob man dieses vor den Wahlen verantworten könne. Auch jetzt müsse diese Frage mit der größten Vorsicht behandelt werden.

Gerstenmaier bezieht sich auf die Bemerkungen des Bundeskanzlers über die Schwierigkeiten im evangelischen Bereich, von denen Probst Asmussen gesprochen habe. Er schätze Asmussen sehr, aber dieser sei für ein solches politisches Urteil nicht kompetent. Trotzdem sei an der Sache etwas, weil sich nämlich im evangelischen wie im katholischen Bereich ein gewisses Mißvergnügen über die problematische kulturpolitische Lage entwickle. Das sei das tatsächliche Anliegen Asmussens, der über diese Frage auch mit Dr. Heck gesprochen habe. Auf diesem Gebiet habe er auch etwas zu sagen, und in diesem Bereich müsse man ihn sehr ernst nehmen, auch

²⁸ BULLETTIN vom 7. Juli 1960 S. 1229.

wenn er in eine Außenseiterposition gegangen sei in anderer Beziehung. Die Sache mit Dibelius sei freilich betrüblich, ein Nachfolger werde sich jedenfalls wesentlich distanzierter verhalten. Aber auch das, was aus dem katholischen Raum zu ihm, dem Bundestagspräsidenten, dringe, bereite ihm Beschwer. Er habe großen Respekt vor Nell-Breuning²⁹, dessen wissenschaftliche Leistung nicht gering sei und der einer der bedeutendsten Soziologen sei. Um so mehr störe ihn das, was dieser im vorpolitischen Raum von sich gebe und was die CDU belaste, und zwar deren evangelisches Fußvolk ebenso wie die ganze Partei.

Adenauer wirft hier ein, daß Nell-Breuning im katholischen Bereich offenbar viel geringer eingeschätzt werde als im evangelischen. Er sei ein ganz schwieriger Mann, und man halte nicht sehr viel von ihm.

Gerstenmaier erwidert, daß man doch bedenken müsse, daß die Quadregesimo anno³⁰ mit dem Kommentar von Nell-Breuning im Volk verbreitet werde. Er, der Redner, halte diesen Kommentar für unmöglich im Hinblick auf den Text. Trotzdem habe diese Ausgabe doch das Imprimatur bekommen; was könne man da noch machen? Aber dazu müsse er den Mund halten und könne sich nicht so weit in die Geschäfte seiner katholischen Kollegen einlassen.

Adenauer berichtet, daß er sich daran erinnere, wie Kardinal Bea³¹ davon gesprochen habe, und zwar aus seiner Kenntnis der deutschen Politik heraus, daß die CDU nicht mit konfessionellen Reibungen belastet werden dürfe. Auch habe ihm der Papst unter vier Augen erklärt, daß er, als er von dem Konzil gesprochen habe, an die evangelischen Kirchen überhaupt nicht gedacht habe. Aber es seien dann zahlreiche Anträge gekommen, doch auch einmal die Fragen der Ökumene dabei zu behandeln. Er sei dann später sehr froh gewesen, daß das Sekretariat des Konzils dem Kardinal Bea übertragen worden sei, dem am Herzen liege, daß zwischen Katholiken und Evangelischen keine Reibungen vorkommen. – Herrn Nell-Breuning könne Herr Gerstenmaier geschenkt bekommen.

Gerstenmaier erwidert, der Herr Bundeskanzler möge Nell-Breuning lieber behalten und ihm das Schreiben verbieten. Das Geschwätz nämlich, das diese Herren in Sachen Entwicklungshilfe verbrächen, könnten sich diese schenken.

Adenauer antwortet, daß leider auch manche Minister das Gleiche täten; das sei ja eine ganz willkommene Materie. Er habe gerade jetzt von Herrn Lücke eine

29 Dr. Oswald von Nell-Breuning SJ (1890–1991), Professor für christliche Gesellschaftslehre und Ethik; 1948–1965 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 385 Anm. 101.

30 Oswald von NELL-BREUNING: Die soziale Enzyklika. Erläuterungen zum Weltrundschreiben Papst Pius' XI. über die gesellschaftliche Ordnung. 3. Aufl. Köln 1950. Vgl. auch Nr. 12 Anm. 30.

31 Augustinus Bea SJ (1881–1968), 1930–1949 Rektor des Päpstlichen Bibelinstituts in Rom, 1959 Kurienkardinal, ab 1960 Leiter des Päpstlichen Sekretariates für die Einheit der Christen, 1966 Friedenspreis des deutschen Buchhandels.

Schilderung vom Kongo bekommen, die grauenhaft sei. Was soll das werden? Bis 1964 werde man 30 schwarze Staaten in der UNO haben.

Gerstenmaier schlägt scherzend vor, daß eben auch die Bundesrepublik ländereise in die UNO eintreten solle, und wendet sich dann den Vorgängen bei der DP zu. Er habe mit Dr. Krone über die Frage gesprochen, ob denn hinsichtlich der Aufnahme dieser Abgeordneten nicht die Partei eine Prävalenz habe und dann erst die Entscheidung der Fraktion komme. Anders sei die Sache natürlich, wenn die Abgeordneten nur hospitieren wollten. Sollten sie aber übertreten wollen, so müßte man sich wohl über diese Sache unterhalten. Denn schließlich wisse man nicht, ob es bei den jetzigen bleibe oder ob man noch einen geschenkt bekomme, und dann müsse man vielleicht jeden nehmen. Diese Sache habe doch noch eine andere Seite.

Von Hassel schlägt vor, diesen Punkt später bei der Wahlvorbereitung zu besprechen und dann auch gleich über BHE und FDP zu reden. – Sodann berichtet er über die eben wieder stattgefundenen Versuche, mit den Konservativen Englands einen engeren Kontakt herzustellen. Er sei eben wieder 2½ Tage dort gewesen und habe ausgezeichnete Gespräche gehabt. Er sei aber gebeten worden, davon nichts in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, weil sonst die Beaverbrook³²-Presse wieder alles zusammenschlage. (*Adenauer*: ... und grüß' mich nicht unter den Linden, nachher zu Hause wird sich schon alles finden.)

Es sei sein Eindruck, daß sich die Konservativen sehr um ein besseres Verhältnis zur CDU und zu Deutschland überhaupt bemühten. Die Bereitschaft, zu einer Assoziierung zu kommen, sei in allen Gesprächen deutlich geworden, die über EWG und über die Sechs und die Sieben geführt worden seien. Man habe aber dort das Gefühl, daß man es sich nicht leisten könne, ein zweites Mal Gespräche mit den Sechs zu führen, die dann keine Erfolge hätten. Man sei auch zu großen Opfern bereit, aber nur wenn man wisse, daß sowohl Frankreich wie auch Brüssel ein gemeinsames Ziel anstreben wollen, sei dagegen nicht bereit, Gespräche aufzunehmen, wenn nicht eine gewisse Wahrscheinlichkeit sichtbar werde, daß die Franzosen und Hallstein dieses Ziel wirklich mit anstreben. Man habe auch die Überzeugung, daß die Bundesregierung und der Bundeskanzler die einzigen seien, die sowohl auf Paris wie auf Brüssel einwirken könnten. Diese Besprechungen seien ihm sehr wichtig erschienen, und er wolle deshalb davon berichten, weil diese Kontakte sehr ehrlich fortgesetzt werden könnten und sich eventuell daraus ein Schleifen der Ecken und Kanten ermögliche. – Im übrigen täte man wohl gut daran, sorgfältig zu studieren, wie die Konservativen ihre Partei mit zwei Millionen Mitgliedern aufgebaut haben und wie sie von oben her einwirken auf die Beschickung ihres Parlaments, so in der Auswahl der Kandidaten, und wie sie systematisch junge Leute heranziehen und fördern, um

32 William Maxwell Aitken, Baron Beaverbrook (1879–1964), britischer Politiker (Konservative Partei) und Verleger; 1940–1941 Minister für Flugzeugbau und 1942 für Versorgung, 1943–1945 Lordsiegelbewahrer, Vorstandsvorsitzender der einflußreichen Pressegruppe „Beaverbrook Newspaper Ltd.“.

sie umfassend auszubilden. Es sei sicher lohnend, ein paar Herren zu diesem Zweck nach England zu schicken; manches könne man von dort übernehmen.

Adenauer bezeichnet es als gute Tradition der Engländer, junge Leute heranzubilden. So seien öfters bei ihm in Köln konservative Abgeordnete mit ganzen Mannschaften von jungen Leuten gewesen, die mit diesen zusammen durch alle möglichen Länder gereist seien, um sie dabei zu schulen. Das sei aber wohl bei den Deutschen nicht möglich. Er wolle noch hinzufügen, daß die Konservativen nach dem Krieg total erledigt gewesen seien und daß es einem Mann gelungen sei, diese Partei wieder aufzubauen, nämlich Lord Woolton³³. Aber das sei etwas, was man hier vergebens versuche zu erreichen, und er wisse nicht, wie man das in Deutschland fertigbringen könnte.

Von Hassel ergänzt seine Ausführungen dahin, daß man bei den Konservativen unerhört systematische Arbeit geleistet habe. Die Partei habe 100 Mitarbeiter, allein 30 seien im Research Departement für Untersuchungen vorhanden. (*Adenauer*: Sie haben auch keine Länderparteien!) Die konservative Partei entsende in jede Landespartei einen eigenen Beauftragten. (*Adenauer*: Würden Sie konzedieren, daß wir in jede Landespartei einen Bundesbeauftragten entsenden? – *Dufhues*: Nein, Herr Bundeskanzler!)

Von Hassel berichtet dann weiter, daß man in England der Frage nach der EWG auf Schritt und Tritt begegne, sicher werde der deutsche Botschafter gleiches berichtet haben. Dort sei also die Möglichkeit gegeben weiterzukommen, die Frage sei aber, was die Franzosen machten. Der Schlüssel liege in Paris und Brüssel.

Krone wirft hier ein, daß eben ein Brief vom Abgeordneten Rasner gekommen sei, daß Ministerpräsident Dr. Altmeier für Freitagmorgen den Bundesratsausschuß für Rundfunkfragen einberufen habe, also vor der geplanten CDU-Besprechung, was er, *Krone*, für recht eigentümlich halte.

Adenauer bemerkt dazu, daß er für morgen 10 Uhr eingeladen habe. Altmeier habe darauf geschrieben, daß er kommen werde, daß aber alle anderen verhindert seien. Dadurch habe er ihn mit seinem Termin auf Freitagnachmittag gezwungen, offenbar in der Absicht, den Bundesratsausschuß vorher einzuberufen. Da könne man sehen, wie sich Ministerpräsidenten fühlten.

Dufhues erklärt dazu, daß der Bundesratsausschuß für morgen einberufen gewesen sei, aber wegen Verhinderung einzelner Mitglieder habe verschoben werden müssen.

Adenauer meint dazu, daß es dann doch richtiger gewesen wäre, ihn, den Bundeskanzler, zu bitten, nicht auf Freitag mit dem Termin zu gehen, damit der Ausschuß hätte zusammenkommen können.

33 In der Vorlage: Lord Woot. – Frederick James Marquis, The Earl of Woolton (1883–1964), 1940–1943 Minister für Ernährung (Konservativer), 1943 für Wiederaufbau, 1945 und 1951–1952 Lord President of the Council, 1952–1955 Chancellor of the Duchy of Lancaster, 1953 Minister of Materials, um 1946 von Churchill zum Vorsitzenden der Parteiorganisation ernannt.

Von Hassel erklärt, daß – von seiner eigenen dienstlichen Verhinderung abgesehen – es sich herausgestellt habe, daß nur einer hätte kommen können. Da erst sei der Bundesratsausschuß gebildet worden, und er, von Hassel, habe dann Altmeier davon unterrichtet, daß man am Donnerstag nicht zusammenkommen könne. So sei dann der Termin Freitag zustande gekommen.

Adenauer antwortet, daß also offenbar der Bundesratsausschuß in den Augen der Herren Ministerpräsidenten den Vorzug habe. Bei der SPD wäre es in einem solchen Falle umgekehrt, und daß es bei der CDU nicht so sei, sei recht traurig für diese Partei. Nichts beleuchte die Sache besser als dieser Vorgang. Das sei doch eine Tragikomödie! Da sitze man da, und alles schwimme einem weg, und man habe nichts zur Verfügung für die öffentliche Meinung. Diese Sache werde aber geregelt, darauf könnten sich die Herren verlassen. Überhaupt sei er, der Bundeskanzler, der Ansicht, daß die Bundesminister den Ländern gegenüber viel zu nachgiebig seien. Jetzt solle man noch abwarten, wie das am Freitag verlaufe, und dann sehen, wie das mit dem Fernsehen weitergehe.

Schröder bezeichnet es als unmöglich, daß das, was man im Parteinteresse erreichen wolle, dadurch erschwert werde, daß ein von der SPD beschickter Ausschuß mit unserer Unterstützung zustande komme, während man noch den Versuch mache, innerhalb der CDU zu einer gemeinsamen Linie zu kommen.

Von Hassel erinnert daran, daß man sich innerhalb der CDU mit Minister Schröder und den Fraktionschefs fast geeinigt gehabt hätte. Man habe noch einmal zusammenkommen wollen. Dann habe es geheißen, daß Minister Schröder nicht kommen wolle, und dann habe man die Frage im Kabinett beraten. (*Schröder*: Das sollte mit dieser Sitzung verbunden werden; wir sollten versuchen, mit dieser Sache fertig zu werden.) Dann sei ein Vorschlag gekommen, der in wesentlichen Punkten von dem vereinbarten abwich.

Schröder bezeichnet diese Darstellung als nicht richtig. Er habe die Punkte, in denen man sich geeinigt gehabt habe, vorgetragen und hinzugefügt, daß die Bundesregierung darüber beraten müsse und daß dann Gegenvorschläge formuliert würden. Dann hätte hier beim Bundeskanzler darüber gesprochen werden sollen, und es sei ein ganzer Tag dafür vorgesehen gewesen. Man könne wohl auf die gemischte Lösung sich vereinbaren, aber das werde erschwert, wenn man diese Dinge zuerst mit der SPD berate, die dann sicher nicht mitmachen könne. Es gäbe also nur die Chance, zuerst innerhalb der CDU auf eine Linie zu kommen, was aber durch die vorherigen Beratungen mit der SPD erschwert werde.

Adenauer erklärt, daß er die Hoffnung gehabt habe, die Ministerpräsidenten würden an dieser Beratung des engeren Vorstandes teilnehmen, und daß man dann morgen diese Sache im kleineren Kreise besprechen könne. Die Herren hätten aber geschrieben, sie könnten nicht kommen, sondern erst am Freitag. In der Zwischenzeit hätten sie aber einen Bundesratsausschuß eingesetzt und ließen diesen nun vorher Beschluß fassen. Dafür finde er keine Worte, so etwas tue man unter Partnern und Parteifreunden einfach nicht. Das tue man nicht. Wie könne man da noch die Hoffnung

haben, daß man sich verständigen werde? Das sei eine offene Kampfansage, und so fasse er diese Sache auch auf.

Von Hassel erwidert, daß der Bundesrat Stellung nehmen müsse zum Rundfunkgesetz³⁴; das sei auch eine Terminfrage.

Schröder wirft ein, daß man aber diesen Ausschuß doch nicht zusammenkommen lassen könne, bevor man nicht innerhalb der CDU beisammen gewesen sei. Herr Altmeier hätte doch selbst wissen müssen, ob man sich verständigen werde, und zur Klärung dieser Frage sei doch ein ganzer Tag vorgesehen gewesen. Wenn aber dieser Bundesratsausschuß vorher zusammentrete, dann seien doch Herrn Altmeiers Hände gebunden.

Adenauer weist darauf hin, daß Herr Altmeier den Freitag vorgeschlagen habe, nicht er. Jener habe die Sache so gedreht, aber kein Wort vom Bundesratsausschuß gesagt, sondern nur davon, daß die Herren nicht könnten; daraufhin habe er, der Bundeskanzler, seinen Termin gestrichen und habe sich für einen neuen Termin zur Verfügung gehalten. Das sei so unerfreulich, daß es nicht mehr zu ertragen sei. So gehe die Sache nicht weiter. Das Verhältnis zwischen Bundesregierung und Bundestagsfraktion einerseits und den Ländern andererseits ruiniere die CDU im Grunde; das mache er nicht mehr mit. Schließlich hingen die Länder alle vom Bunde ab. Wenn in Nordrhein-Westfalen 1962 die Wahlen kämen, dann kämen die Herren wieder gelaufen, man solle dort reden.

Von Hassel erklärt, daß dieses Verhältnis gewiß einmal behandelt werden müsse. Dann werde man aber sehen, daß auch die CDU-Ministerpräsidenten eine ganze Reihe von Vorbehalten hätten.

Adenauer bemerkt dazu, daß Herr Kiesinger auch bundestreu wäre. Jetzt habe er gesagt, daß er in Baden-Württemberg bleibe, aber nach Bonn ginge, wenn man ihn als Bundesaußenminister oder Bundeskanzler rufe.

Gerstenmaier bezeichnet Ministerpräsident Altmeier als eine tragische Gestalt, die aus der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes heraus denke und empfinde und nicht sehe, daß das alles gar nicht mehr wahr ist.

Scheufelen erinnert daran, daß der Zweck dieses engeren Vorstandes doch gewesen sei, sämtliche Ministerpräsidenten und die anderen dazugehörenden Mitglieder zusammenzubringen. Mit Rücksicht auf die Terminnot der Einzelnen müsse man ihn mit ziemlichen Zeitabständen zusammenrufen. Ministerpräsident Kiesinger könne z.B. nicht da sein, weil heute die Ausschußvorsitzenden im Landtag bestimmt würden. Wenn man hier ein vollständiges Gremium haben wolle, dann müsse man die Termine so festlegen, daß man sie auch wirklich berücksichtigen könne.

Adenauer weist darauf hin, daß auch andere Leute ihre Beschäftigung hätten. Hier müsse sich eben einer nach dem anderen richten. Jeder Ministerpräsident habe seinen Terminkalender wie jeder andere auch. Herr Kiesinger hätte ja auch nur morgen zu kommen brauchen; er, der Bundeskanzler, habe es ihm leichter machen wollen.

³⁴ Vgl. dazu BAUSCH 1 S. 408f. Zur Chronologie vgl. ZEHNER 1 S. 159f.

Blumenfeld regt an, daß der engere Vorstand vor allen übrigen Beratungen den Vorrang haben müsse, wenn er rechtzeitig einberufen sei.

Krone bemerkt hier, daß der Bundesrat zum Wehrpflichtgesetz³⁵ ein Wort im Vermittlungsausschuß sagen wolle. Das bedeute also die Verschiebung bis zum Herbst. Ähnlich sei es bei der Handwerkeraltersversorgung³⁶.

Von Hassel erwidert, daß der Bundesrat bei dem Lücke-Plan den Vermittlungsausschuß nicht angerufen habe, damit die Sache von der Tagesordnung gekommen sei. Im Wehrpflichtgesetz seien drei Punkte, von denen zwei grundsätzliche Bedeutung hätten, daß nämlich im Bundesgesetz nicht bestimmt werden kann, welche Landesbehörden ausführend sein sollen; das sei nämlich den Ländern vorbehalten. Und die Frage der Kosten. Er, von Hassel, habe durchgesetzt, daß der Vermittlungsausschuß nur wegen dieser drei Punkte angerufen worden sei und daß alle Länder im Verteidigungsausschuß erklärten, daß das Verteidigungsministerium planen könne, ohne durch diese drei für die Durchführung des Gesetzes unwesentlichen Punkte behindert zu sein.

Adenauer widerspricht dieser Auffassung. Diese Punkte seien für die Sache entscheidend. Minister Strauß habe wenigstens ein halbes Dutzend mal Tränen hier bei ihm vergossen, wie ihm die Länder alles kaputtmachen, indem sie z.B. die notwendigen Bauten nicht durchführen.

Von Hassel erwidert, daß es sich ja hier nur um die Benennung von Mitgliedern für gewisse Ausschüsse handele. (*Adenauer*: Da haben wir doch auch schon traurige Erfahrungen gemacht!) Das zweite sei die finanzielle Frage. Beim Luftschutzgesetz³⁷ habe man die Finanzträgerschaft genau geregelt, hier aber habe man die Länder zuständig gemacht. Das habe der Bundestag gewußt. (*Krone*: Das ist doch vorher mit Ihnen beraten worden.) Der Bundesrat habe dazu Stellung genommen, sei aber mit seiner Ansicht nicht durchgekommen. Jedenfalls habe man dem Verteidigungsminister erklärt, daß er weiter planen könne, auch die SPD habe das getan.

Adenauer weist darauf hin, daß ja der Bundesrat, ohne der Bundesregierung etwas zu sagen, es betreibe, die Fristen, die dem Bundesrat im Grundgesetz gesetzt sind, zu verlängern. Er finde es unfreundlich, das hinter dem Rücken der Bundesregierung zu tun. Außerdem finde er es durchaus fehl am Platze. Man verkenne offenbar die Aufgaben des Bundesrats. Dieser lege sich mehr Recht zu als der ganze Bundestag. Der Bundesrat wolle im ersten Durchgang alles bis ins Letzte prüfen. Nach der Beratung im Bundestag wolle er das noch einmal tun. Der Bundesrat habe eine Bürokratie aufgezo-gen, die unmöglich sei und die dem Sinn des Grundgesetzes diametral entgegengesetzt sei. Er, der Bundeskanzler, sei gegen den Bundesrat und für ein Oberhaus gewesen, also Beteiligung der Länder wie im Reichsrat in Preußen.

35 Gesetz vom 28. November 1960 – BGBl I S. 853. Zum Verlangen des Bundesrates auf Einberufung des Vermittlungsausschusses (BT-Drs. 2014 vom 15. Juli 1960).

36 Vgl. Nr. 10 Anm. 93.

37 Erstes Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vom 9. Oktober 1957 (BGBl I S. 1696) und das Gesetz zur Errichtung des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz vom 5. Dezember 1958 (BGBl I S. 893).

Von Hassel führt aus, daß es in den Ländern wegen der Fristenfragen unglaubliche Schwierigkeiten gäbe. Deshalb habe der Bundesrat mit dem Bundestagspräsidenten gesprochen. Man wollte diese Gedanken niederlegen, um sie dann mit dem Bundeskanzler zu besprechen. Aber zuerst seien diese Gespräche beider Häuser notwendig gewesen. (*Adenauer*: Warum „beider Häuser“? Sie sind überhaupt kein Haus, Sie sind der Bundesrat!)

Gerstenmaier glaubt, daß die Position des Bundesrats so nicht haltbar sei. Was beim Gesetz über die Reinhaltung der Wasserstraßen³⁸ geschehen sei, sei doch eine politisch sinnlose Demonstration gewesen.

Dufhues wirft hier ein, daß ihm die Stimmen der Landwirtschaft bei ihm im Land lieber seien als die Vorstellungen des Herrn Seebohm.

Adenauer weist darauf hin, daß der Bundesrat bei dieser Frage im Vermittlungsausschuß nicht vollständig vertreten gewesen sei. Es sei jemand auf den Rat von Herrn Dufhues weggegangen. (*Dufhues*: Woher wissen Sie das?) Dabei habe aber Herr Dufhues nicht daran gedacht gehabt, daß Herr Zinn³⁹ hätte bleiben müssen, weil er Vorsitzender gewesen sei. Aber er wolle nun zu dem Kapitel Strauß noch etwas sagen. Strauß habe ihm gesagt, daß einige Länder die Gesetze sabotieren, die zur Durchführung der Landesverteidigung erlassen sind.

Dufhues fragt, ob Herr Strauß dabei Nordrhein-Westfalen genannt habe. Wenn er es getan habe, dann gegen seine bessere Kenntnis.

Adenauer fährt fort, daß diese Länder Strauß bei Bauten und anderen Anlagen zwingen, in andere Länder zu gehen. Von Nordrhein-Westfalen habe Strauß in diesem Zusammenhang nicht gesprochen, wohl aber im Zusammenhang mit der Musterung. Jetzt sei man gezwungen, nach Portugal, Spanien und Frankreich zu gehen, weil man im eigenen Land nicht zurechtkomme. Daraufhin habe er, der Bundeskanzler, Herrn Hopf⁴⁰ gefragt, um welche Länder es sich handle. Die Antwort sei gewesen, daß es sich um Niedersachsen handle. Man werde Sorge dafür tragen, daß die CDU im dortigen Landtag entsprechende Vorhaltungen mache.

Etzel fügt hier an, daß er Sorgen habe wegen der Haltung des Bundesrats zum Bundeshaushalt. Der Bundestag nehme ja nicht an den Beratungen des Haushalts der Länder teil, wohl aber die Länder an der des Bundes. Einige Ausschüsse des Bundesrats, so der Sozialausschuß, seien nun dazu übergegangen, Ausgabenwünsche zu provozieren. Den Bund auf diese Weise zu weiteren Ausgaben zu bringen, schein falsch. Dieser Vorgang sollte noch einmal bedacht werden.

Adenauer betont, daß hier im obersten Parteigremium klar gesehen werden müsse, wohin man komme, wenn in dieser Partei nicht eine Instanz mit der anderen

38 Vgl. Anm. 19 und 20.

39 In der Vorlage: Zinne. – Georg-August Zinn (BT-Drs. 1959 vom 24. Juni 1960). Vgl. Nr. 1 Anm. 33.

40 Volkmar Hopf (geb. 1906), 1959–1964 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, 1964–1971 Präsident des Bundesrechnungshofes.

zusammenarbeite. Das schädige das Ansehen der Partei eminent. Worin bestehe denn die Stärke der SPD? Nicht in der Güte ihrer Leute oder ihrer Prinzipien, sondern darin, daß diese Leute Disziplin hätten. Man könne keine Partei in einem so föderativen Staatswesen, auch nicht auf der Ebene des Bundes, so attraktiv machen, wenn diese Gegensätze ständig bald hier, bald da zutage träten, zwischen einer Regierung, die von der CDU geführt wird und anderen Regierungen, die auch von der CDU geführt werden.

Wegen des zweiten Fernsehens sei man allmählich lächerlich geworden. Überall bildeten sich inzwischen Fernsehgesellschaften. Er, der Bundeskanzler, habe zweimal mit Herrn Altmeier verhandelt und gedacht, man habe sich geeinigt. Dann habe er gesehen, daß er ein blöder Tor sei. Altmeier sei dann mit Hermans⁴¹ nach Kiel gefahren, und alles sei wieder vorbei gewesen. Man müsse Herrn Hermans kennen; dieser sei ein kluger Mann, aber für seinen, des Bundeskanzlers, Geschmack zu klug.

Gerstenmaier bemerkt, daß Herr Hermans 1947 stehengeblieben sei und seinen Ministerpräsidenten entsprechend berate.

Dufhues ergänzt diese Bemerkung mit der Feststellung, daß man ja schon weiter gewesen sei. Er habe sich aber dann aus der Sache herausgehalten, weil es wirklich keinen Spaß mehr gemacht habe.

Schröder bezeichnet die Einberufung des Bundesratsausschusses für Freitag als deprimierend. Er selbst wäre nie auf den Gedanken gekommen, daß vorher etwa mit den Leuten von der SPD verhandelt werden könnte. Man müsse doch nicht erst erläutern, daß diese Sache nur gegen den eisernen Widerstand der SPD zustande zu bringen sei. Und bei dieser Lage komme man dann wenige Stunden vor der weiter beabsichtigten Verhandlung mit der SPD zusammen. Ein solches Vorgehen sei unmöglich, aber auch symptomatisch.

Adenauer fragt, warum denn Herr Altmeier diese Einladung ausgesprochen und diesen Ausschuß gemacht habe.

Dufhues antwortet, daß jedes Gesetz im Bundesrat einen Ausschuß beschäftigen müsse.

Schröder erwidert, daß es sich hier doch um einen Ad-hoc-Ausschuß handele. Diesen Ausschuß habe man im zweiten Durchgang gebildet und habe sich damit die Hände gegenüber der Linken gebunden.

Adenauer drückt seine Empfindung aus, daß man ihn bewußt hinters Licht geführt habe, indem man den Termin so dirigierte, daß man diese Ausschußsitzung noch durchführen konnte.

Dufhues widerspricht mit dem Hinweis, daß dieser Termin wegen Verhinderung von Mitgliedern des Ausschusses verlegt worden sei.

41 In der Vorlage: Herrmanns. – Hubert Hermans (1909–1989), 1948 Leiter der Rechts- und Gesetzgebungsabteilung der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, 1952 Bevollmächtigter des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund, Staatssekretär (CDU).

KRANKENVERSICHERUNGSGESETZ

Dufhues wolle sich nun der Wahl 1961 zuwenden. Am 23. Oktober 1960 seien Wahlen⁴² in einem Gebiet, das einwohnermäßig größer sei als die halbe Bundesrepublik. Der dort herrschende Trend werde Bedeutung haben für die Bundestagswahlen. Die meisten Schwierigkeiten entstünden durch die Krankenkassenreform und den Lücke-Plan. Bei der ersteren sei zu bedauern, daß alles ungeklärt geblieben sei, was in diesem Komplex der Klärung bedürfe. Deshalb bitte die CDU Nordrhein-Westfalens darum, daß sich Bundesregierung und Bundestagsfraktion über die Grundgedanken der Regelung einigen möchten und daß diese Einigung mit hinreichender Autorität bekanntgemacht werde. Es müsse vor dem 23. Oktober klargemacht sein, welche Haltung Regierung und Fraktion in dieser Frage einnehmen. Mit dem Lücke-Plan werde man fertigwerden können. Hier müsse man nicht so pessimistisch sein. Aber es sei notwendig, daß die Bundespolitiker sich im Wahlkampf mit diesen Dingen befaßten. Aber bisher seien nur zurückhaltende oder negative Antworten zu erhalten gewesen, wenn man Bundespolitiker um Reden angegangen habe.

Gerstenmaier weist darauf hin, daß das Vorschaltgesetz der SPD⁴³ zur Krankenkassenreform das Thema von selbst auf den Tisch bringen werde. Man müsse also Farbe bekennen. Ein harter Entschluß, der durchgestanden werde, werde vergessen und vergeben und eher respektiert werden, Führungslosigkeit und Entschlußlosigkeit seien unmöglich, weil man dabei den Respekt verliere. Die Sache werde etwa am 28. oder 29. September auf die Tagesordnung kommen, Schwierigkeiten bereite aber, daß die CDU/CSU-Fraktion wohl noch einige Zeit brauchen werde, um zu einer klaren und eindrucksvollen Linie zu kommen.

Blank berichtet dazu, daß der zuständige Arbeitskreis der Fraktion vom 5. bis 10. September in der Nähe von Münster in Klausur gehen werde.

Adenauer bedauert sagen zu müssen, daß er keine Einigung erhoffen könne. Es tue ihm leid, Herrn Blank weh tun zu müssen, aber in der Fraktion herrsche ein verbissenes Gegeneinander und eine gemeinsame Einstellung gegen das Ministerium – man habe ihm doch in Anwesenheit von Herrn Dr. Krone gesagt, daß sich nur noch ein Mann um die ganze Sache bemühe, der Minister nicht, der Staatssekretär nicht, sondern ein Ministerialrat –, die Gegensätze seien so scharf, und er selbst habe sich überzeugt, daß man mit Recht anderer Meinung über das Gesetz sein könne.

Blank erwidert, daß er sich gegen solche Vorwürfe verteidigen müsse. Dr. Krone in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender sollte ihm dabei zur Seite treten. In dem Gesetz seien zwei Dinge strittig, alles andere nicht. Strittig seien die Selbstbeteiligung und die Änderung des Kassenersatzrechts, weil nämlich abgegangen werde von

42 Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und Hessen. Vgl. Nr. 10 Anm. 61.

43 Entwurf eines Gesetzes über vordringliche Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung vom 21. Juni 1960 (BT-Drs. 1926).

der pauschalen Überweisung an die Kassenärztliche Vereinigung. Für den Entwurf hätten sich ausgesprochen der gesamte Verband der Zahnärzte, für die prozentuale Beteiligung der Hartmann-Bund⁴⁴. Seitens der Kassenärztlichen Vereinigung habe man erklärt, daß man eine noch weiter gehende Pauschalierung wünsche, ebenso die Verpflichtung, einen bestimmten prozentualen Anteil an die Kassenärztliche Vereinigung auszahlend und dieser zu überlassen, welche Krankenscheinvergütungen zu zahlen seien. Eine Änderung sei unumgänglich, da man sonst mit dem Geld nicht ausreichen werde.

Aus der Arbeitnehmerschaft selbst sei ein Teil der Meinung, daß eine Selbstbeteiligung nicht stattfinden solle, außer in der Form einer Krankenscheingebühr. Demgegenüber habe das Ministerium seine Auffassung dargelegt, man habe in der Fraktion abgestimmt, und der übergroße Teil der Fraktion habe der Regierungsvorlage zugestimmt. Dann sei eine Reihe von Leuten aus der Fraktion beim Bundeskanzler gewesen, und bei dieser Gelegenheit sei ein Kompromißvorschlag gemacht worden. Als er, Blank, von Luxemburg zurückgekommen sei, habe er die Sache, an der er natürlich keine helle Freude gehabt habe, mit seinen Leuten besprochen. Dann habe Herr Krone ihn zu sich gebeten und ihn dahin gebracht, dem Kompromiß zuzustimmen, weil ihm die Einheit der Fraktion und das Zustandekommen eines Beschlusses mehr wert erschienen sei als seine Überzeugung, daß die Regierungsvorlage sachlich besser sei. Dann habe auch er vor der Fraktion für den Kompromiß gesprochen, und auch Herr Scheppmann⁴⁵ habe andere ermächtigt gehabt, seine Zustimmung zu erklären. Nach kurzer Diskussion sei dann Einmütigkeit für den Kompromiß zustande gekommen, nur die Herren Gaßmann⁴⁶, Ruf und einige andere hätten dagegen polemisiert.

Der Bundeskanzler habe dann die Abgeordneten eingeladen, und bei der ersten Gruppe habe eine Reihe von Leuten, die in der Fraktion dem Kompromiß zugestimmt hatten, nämlich Ruf, Reith⁴⁷, Frau Dr. Steinbiß, Frau Dr. Pannhoff⁴⁸, dem Bundeskanzler erklärt, daß der Kompromiß unmöglich sei und daß die Fraktion nun nicht mehr wisse, ob sie sich mit der Regierungsvorlage, dem Kompromiß oder sonst etwas beschäftige. Nun, nachdem in aller Öffentlichkeit erklärt worden sei, daß der Kompromiß nicht durchführbar sei, müsse man nach einer Formulierung suchen, wie und in welcher Weise eine Selbstbeteiligung möglich sei, und sich zu der Frage, in der man vom Standpunkt der CDU aus wohl nicht nachgeben könne, daß ein Arzt in Zukunft nur honoriert bekommen soll, was er an Leistung erbracht habe und was aus seiner Rechnung zu ersehen sei, äußern. Seine, Blanks, Theorie sei und bleibe:

44 Verband der Ärzte Deutschlands e.V.

45 Heinrich Scheppmann (1895–1968), Gewerkschaftssekretär; vor 1933 Zentrum, 1945 Mitgründer der CDU Rheinland, 1945–1953 Mitglied des Stadtrats Essen, 1953–1965 MdB.

46 Walter Gaßmann (1903–1979), seit 1938 Abteilungsleiter, Prokurist und Direktor bei der Daimler-Benz AG, 1957 stv. Vorstandsmitglied, 1957–1965 MdB (CDU).

47 Dr. Eckard Reith (geb. 1919), praktischer Arzt; 1957–1961 MdB (CDU).

48 Dr. Maria Pannhoff (1902–1989), praktische Ärztin; Vorstandsmitglied der Bundesfrauenausschüsse der CDU, 1957–1965 MdB.

Es möge sein, daß dieses oder jenes schwer zu vertreten sei vor der Öffentlichkeit. Sicher sei aber, daß keiner vor die Öffentlichkeit treten könne, weil man nicht wisse, was die Fraktion nun eigentlich wolle. Die Regierungsvorlage stamme aus dem Jahre 1955, sei das Ergebnis der Beratung der Grundsätze im Sozialausschuß des Kabinetts und der Beratungen im Kabinett aufgrund der zwischen allen Ressorts ermittelten Kabinettsvorlage. So glaube er nicht, daß er diese Form der Kritik verdient habe, daß er sich um nichts kümmere. Er nähme im Gegenteil für sich in Anspruch, ein fleißiger Mann zu sein. Deswegen sollte er in Schutz genommen werden.

Adenauer erwidert, daß Herr Blank ihn mißverstanden haben müsse, wenn er glaube, um Schutz bitten zu müssen. Er habe lediglich wiedergegeben, was die Fraktionsmitglieder ihm gesagt hätten. Er habe doch nichts gesagt. Aber Herr Blank habe doch selbst gesagt, daß offenbar das Ganze aufgegeben sei. Er habe auch gesagt, daß er dem Kompromiß zugestimmt habe. Nun habe ihm, dem Bundeskanzler, der praktische Arzt Reith erklärt, das Prinzip sei, daß eine Krankenkasse, wenn ihre Ausgaben einen bestimmten Prozentsatz der Beiträge übersteigt, die Selbstbeteiligung einführen muß. Er habe gesagt, daß er zu Hause die Krankenkassenmitglieder der Lederfabrik Freudenberg und solche aus der Landkrankenkasse habe. Die Mitglieder der Krankenkasse Freudenberg bezögen aber hohe Löhne, hätten keine Frauen dabei und keine Rentner, und folglich käme man mit einem verhältnismäßig niedrigen Prozentsatz aus. In der Landkrankenkasse seien aber 23 % Rentner und Frauen, die Löhne seien gering, und folglich müsse die Landkrankenkasse, um das alles zu leisten, höhere Prozentsätze erheben. Damit bestrafe man also die Kassen, die nicht durch die Verschiedenheit ihrer Leistungen, sondern durch die Struktur ihrer Mitglieder gezwungen sind, höhere Prozentsätze zu nehmen. (*Blank*: Genau das vermeidet die Regierungsvorlage!)

Natürlich könne man über diese Materie noch drei Tage lang reden. Aber Herr Blank wisse ja, wie es im Kabinett hergegangen sei. Dieses Gesetz sei eine außerordentlich schwierige Materie, von der er, der Bundeskanzler, noch eine leise Ahnung aus seiner Oberbürgermeisterzeit habe. Herr Blank habe damals vorgetragen, daß alles in Ordnung sei, mit Ausnahme von zwei Punkten, nämlich Selbstbeteiligung, wozu er, der Bundeskanzler, noch gesagt habe, daß das unmöglich sei, was da vorgesehen sei, und wozu Herr Blank geantwortet habe, man müsse den Mitgliedern des Bundestages eine Möglichkeit geben, sich klüger zu erweisen. Man habe dann das Gesetz passieren lassen, und er, der Bundeskanzler, bedaure heute tief, daß er das getan habe. Er sei dafür mitverantwortlich. Es möge sein, daß das falsch gedacht sei; aber die Gebührenordnung sei noch nicht da. Wie könne man dann von den Ärzten verlangen, daß sie einem Gesetz zustimmen, ohne zu wissen, wie die Gebührenordnung aussieht. Von dieser Gebührenordnung sei ihm erzählt worden, daß einige Beamte des Arbeitsministeriums mit ihrer Ausarbeitung befaßt seien. Ein Arzt sei dabei aber nicht gefragt worden. Jedenfalls wußten die Ärzte nichts davon. Und nun liege diese Gebührenordnung noch nicht vor.

Blank erwidert, daß er auf Wunsch des Bundeskanzlers den wesentlichen Inhalt

der Gebührenordnung den Damen und Herren im Bundestag zur Kenntnis gebracht habe. Diese hätten sie dann noch am selben Tag an die Kassenärztliche Vereinigung abgeliefert. Die Ärzte hätten aber doch bei der Ausarbeitung mitgeholfen. Gegenwärtig seien diese nicht mehr direkt und unmittelbar interessiert, weil sie sagen, daß die bisherige Gebührenordnung brauchbar und akzeptabel sei. Man könne die neue Gebührenordnung in dem Augenblick auf den Tisch legen, in dem man sehe, daß das Sinn habe. Im übrigen bitte er den Herrn Bundeskanzler, doch die Herren vom Vorstand des Hartmann-Bundes zu empfangen.

Adenauer berichtet nun, daß er am Vortage eine Besprechung mit Frau Ohnesorge⁴⁹ gehabt habe, die praktische Ärztin gewesen sei und mit der er eine Reihe von Problemen besprochen habe. Diese Frau wisse mit den gemachten Vorschlägen auch nichts anzufangen und verstehe auch nicht, daß die Gebührenordnung noch nicht da sei. Die Ärzte sollten zustimmen und wüßten dabei gar nicht, was passiere.

Krone schaltet sich hier ein und meint, daß es keinen Zweck habe, so fortzufahren. Er wolle ein Wort für Blank sagen, der hier eine ungeheuer schwierige Materie zu vertreten habe und dessen Darlegungen in Stuttgart bei allen anwesenden Fraktionsmitgliedern Zustimmung gefunden hätten. Erst später habe man gesagt, daß man das anders machen wolle. Da sei es natürlich schwer, eine Linie durchzuhalten, wenn in der gleichen Fraktion einmal hü und einmal hott argumentiert werde. Es gäbe kein anderes Gesetz, das so viel Schwierigkeiten gemacht habe und bei dem jede Richtung meine, sie habe den Stein der Weisen. So sei dann der Versuch gemacht worden, einen Kompromiß zu finden auf der Linie, daß man die Frage der Selbstbeteiligung in die Zuständigkeit der Selbstverwaltung gibt. Er, *Krone*, wisse, was jene Herren dem Bundeskanzler gesagt hätten, auch, daß die bundeseinheitliche Normierung eine nicht durchführbare Sache sei. Nicht verstehen könne er aber, daß dieselben Kollegen nach dem Kompromiß zum Bundeskanzler gekommen seien und dort ausgesprochen hätten, daß sie dagegen seien. Den Vorstellungen Blanks liege doch zugrunde, daß sich die Patienten an ihrer Gesundheit selbst mitbeteiligen sollen. Aber selbst dieser Gedanke werde nicht von der ganzen Fraktion bejaht. So sehe er, *Krone*, noch keinen Weg, wie die ganze Fraktion auf eine Linie gebracht werden könne. Ob das bis zu den Wahlen gelinge, wisse er nicht. Es müsse gelingen; wenn nicht, dann stehe man vor einer großen politischen Frage. Andere böten uns dabei keine Hilfe. Hier trete die Linke auf, verstärkt durch die Gewerkschaften und durch die Ärzte. Es sei einfach zu sagen, daß man einen Weg finden müsse, aber wie, das sage keiner. Auch er, *Krone*, sehe bisher keinen Weg.

Adenauer stellt fest, daß dieser ganze Entwurf vom Ministerium des Herrn Blank psychologisch denkbar schlecht behandelt worden sei. Man habe nicht rechtzeitig und genügend mit den Betroffenen Fühlung genommen. Bei ihm und Herrn *Krone* seien

49 Dr. Lena Ohnesorge (1898–1987), praktische Ärztin; 1950–1958 (GB/BHE) und 1962–1967 (CDU) MdL Schleswig-Holstein, 1957–1967 Landesministerin für Arbeit, Soziales und Vertriebene.

doch die Ärzte auch gewesen und hätten sich beklagt, daß sie nicht gehört worden seien. Er wisse von Ärzten, die CDU-Leute und nicht Führer einer Organisation seien und die im Ministerium gewesen seien und erklärt hätten, nicht einmal ihren Hund würden sie in dieses Ministerium schicken, und der Ministerialdirigent des Herrn Blank habe mit seiner Verlautbarung⁵⁰ einen solchen bürokratischen Hochmut gezeigt, daß er, der Bundeskanzler, entsetzt gewesen sei. Herr Blank habe da eine Reihe von Leuten sitzen, die einen solchen bürokratischen Hochmut haben, daß sie alle Leute abstoßen. Aber ihn, den Bundeskanzler, jucke es, wenn er das sehe, diesen Hochmut, der alles, was aufzubringen ist, gegen den Entwurf des Ministers aufbringt. Der Name des Ministers werde am wenigsten genannt, um so mehr die Leute des Ministers. An diesem Abend, an dem er das alles gehört habe, sei er erschüttert gewesen, sei nach Hause gegangen und habe sich die ganze Nacht damit herumgeschlagen, weil die Wahl damit kaputtgehe. – Es habe keinen Zweck, in die Details zu gehen. Ob es noch einen Weg gebe, wisse auch er nicht; aber man müsse ihn suchen. Psychologie aber sei bei diesem Gesetz das Grunderfordernis.

Katzer hält es für besser, nach vorn zu blicken. Bei den Äußerungen in Stuttgart sei nicht der Regierungsentwurf gemeint gewesen, sondern die Krankenversicherung als solche. Schon mit dem Referentenentwurf sei die öffentliche Meinung vergiftet gewesen, weil die Opposition zusammen mit den Gewerkschaften das Schlagwort „Sozialdemontage“ gebraucht habe. Nun müsse man noch vor den Kommunalwahlen und vor der ersten Lesung des Vorschaltgesetzes der SPD eine Entscheidung herbeiführen, weil der Zustand so unerträglich sei und weil die Auswirkungen größer seien, als man meine. Dazu komme, daß teilweise stark erhöhte Mieten zu bezahlen seien. Es bestehe von der Partei her die Verpflichtung, diesen Faden durchzuschneiden.

Es gebe doch einen Ausweg. Der Sozialpolitische Ausschuß habe zwei Tage getagt, und man könne nicht leugnen, daß dort fachkundige Kollegen sitzen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auch Ärzte, auch Frau Ohnesorge sei dagewesen, und man habe versucht, einen neuen Kompromiß zu finden, weil nach Meinung der Experten der Fraktionskompromiß als nicht glücklich empfunden wurde. Dieser Kompromiß sehe so aus: Bei den Pflichtversicherten will man einen Krankenschein

50 Aufgrund „einer angeblichen Äußerung des 1. Vorsitzers der KBV (=Kassenärztlichen Bundesvereinigung), Dr. Voges, daß bei unbefriedigendem Ergebnis der Krankenversicherungs-Neuregelung ein Ärztestreik denkbar sei“, hatte die Pressestelle des Bundesarbeitsministeriums in einer Verlautbarung vom 24. Juni 1960 mit Zuchthaus gedroht: „Unter diesen Umständen wird zu prüfen sein, ob Dr. Voges den Tatbestand des Paragraph 105 des Strafgesetzbuches erfüllt hat, der das Unternehmen der Nötigung eines Gesetzgebungsorgans mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Einschließung von gleicher Dauer bedroht.“ Von dieser Verlautbarung distanzierte sich der Bundesarbeitsminister umgehend, während sich der Kanzler im Namen der Bundesregierung bei Dr. Voges entschuldigte, so RICHTER/MÜLLER S. 43f. (Zitate ebd.). – Der erwähnte Ministerialdirigent war vermutlich Ministerialdirektor Joachim Raack.

und eine Rezeptgebühr, für die freiwillig Weiterversicherten bis DM 12.000,- Jahreseinkommen will man den Fraktionskompromiß und für die über DM 12.000,- Verdienenden das Rückerstattungssystem. Diesen Vorschlag solle man beachten. Er diene dem Zweck, möglichst schnell mit Herrn Blank einig zu werden. Hier sei doch eine Grundlage. Man sollte diesen Kreis noch einmal zusammenrufen und ihn fragen, ob hier eine Lösung zu sehen sei. Es habe doch keinen Sinn, ein Gesetz gegen den Willen der Beteiligten durchzusetzen. Jetzt müsse einmal Schluß sein, und die Partei müsse ein Machtwort sprechen, um diese Sache vom Tisch zu bringen, sonst werde man sich an ihr den Hals brechen.

Adenauer findet es bezeichnend, daß sich Herr Blank darüber aufgeregt habe, daß der Herr, dem er den Entwurf der Gebührenordnung gezeigt habe, zu den Krankenkassen gegangen sei. Diese Geheimniskrämerei verstehe er nicht. Frau Ohnesorge habe ihm, dem Bundeskanzler, das Leben und die Sorgen eines Kassenarztes erzählt und wie es um dessen Existenz bestellt sei. Die Ärzte hätten keine Pension, seien freiberuflich tätig und in einer gefährdeten Stellung, weil sie Ansteckung und alles mögliche bedrohe, sie müßten Tag und Nacht zur Verfügung stehen. Warum ziehe man denn diese Leute nicht mit heran, und warum sage man ihnen denn nicht, wie die Gebührenordnung aussieht. Das sei völlig unverständlich. Überhaupt finde er, der Bundeskanzler, die ganze Methode in dieser Sache schrecklich. Wenn man bei dieser Sache die Leute, auch die Ärzte, nicht zur Ruhe bekomme, dann wisse der Himmel, was werde. Denn es habe doch jeder Kassenarzt in der Hand, was er zu seinem Patienten sage, und dann gehe dieser nach Hause und sage: „Das verfluchte Gesetz!“ – Herr Blank solle doch nicht der Bürokratie, sondern seinem gesunden Empfinden folgen.

Fricke unterstreicht, daß er sich sofort vor die Grundthesen dieses Gesetzes gestellt habe. Er habe am Anfang mutig für diese Grundkonzeption gekämpft. Aber dann sei Unsicherheit aufgekommen. Es sei gesagt worden, daß doch eine andere Lösung bevorstehe. 40.000 Kassenärzte seien betroffen, 30.000 davon befolgten die Parolen, die von oben gekommen seien, und hätten eine Propaganda gegen die CDU getrieben, wie sie schlimmer nicht sein könne. Nun sei es ein dringendes Anliegen, daß Herr Blank nicht sein Gesicht verliere, auch nicht für die Sünden der Fraktion. Man müsse nun gemeinsam daran arbeiten, um zu finden, wie im September der Weg gehe. (*Adenauer*: Dieser Gesetzentwurf wird keine Mehrheit finden, wie ich die Fraktion kenne.)

Schröder weist darauf hin, daß der engere Vorstand ein Gremium sei, das politische Risiken abwägen müsse. Im Hinblick auf die bevorstehende Wahl am 23. Oktober und auf die erste Bundestagssitzung am 28. September bleibe gerade noch genügend Zeit, um draußen die notwendigen Wahlreden halten zu können. Auf dem Deutschen Apothekertag⁵¹ sei ihm von Herrn Stammberger⁵² geraten worden, diesen Entwurf

51 Deutscher Apothekertag vom 24. bis 27. Juni 1960 in Münster. Vgl. FAZ vom 27. Juni 1960.

52 Dr. Wolfgang Stammberger (1920–1982), 1953–1969 MdB (FDP, seit 1964 SPD), 1957–

noch vor den Ferien über Bord zu werfen. Er habe den Eindruck, daß man nicht bis zum September warten könne, bis man etwas sage, sondern dies sei eine Sache, bei der eigentlich die Entscheidung schnellstens festgelegt werden müsse, um eine ganz klare Stellungnahme abgeben zu können. Eine grobe Alternative sei zu sagen, daß man sich mit der Krankenversicherung überhaupt nicht weiter befassen werde.

Adenauer warnt davor, damit anzufangen. Das könne man doch nicht machen, weil sonst das Gesetz der SPD komme. Er wolle einen kleinen Ausschuß haben, an dem Herr Blank teilnehmen solle, aber keiner seiner Leute, dann ein Arzt oder zwei vernünftige Ärzte, zwei Krankenkassendirektoren und ein oder zwei Politiker. Dann müsse man sehen, ob man nicht bis zum Herbst etwas Neues habe. Es sei ja auch nicht so, daß es sich nur um diese zwei Hauptpunkte handele. In der ganzen Sache sei eine Verbiesterung, der man nur Herr werden könne, wenn man mit etwas Neuem komme. Ob das dann den gleichen Inhalt habe, sei eine Frage für sich; aber es müsse eine neue Verpackung dabeisein.

Blank erinnert daran, daß Herr Katzer eben vorgetragen habe, daß in der Beratung des Sozialpolitischen Ausschusses eine vertretbare Lösung gefunden worden sei. Am Tag nach dieser Sitzung seien aber schon die Vertreter des Hartmann-Bundes erschienen und hätten ihn, Blank, beschworen, alles daranzusetzen, daß dieser Vorschlag nicht komme. Mit dieser Bemerkung wolle er nur zeigen, daß der Bundeskanzler nicht das ausstehen habe, was der Minister ausstehen müsse. Was man heute mit dem einen hinbekomme, das werde morgen von dem anderen abgelehnt. Er würde den Vorschlag des Bundeskanzlers sofort akzeptieren und alle seine Zeit daransetzen, aber er habe nicht sehr viel Hoffnung, daß das gehen werde. Er denke nur an die Gebührenordnung und an die vielen Besprechungen, die darüber geführt worden seien. Es seien 40 % praktische Ärzte und 60 % Fachärzte vorhanden. Die Fachärzte wollten eine neue Ordnung, die anderen nicht. Es sei nicht möglich, alle unter einen Hut zu bekommen. Hier müsse sich die Fraktion entscheiden und ihren Beschluß dann durchziehen.

Krone begrüßt, daß Herr Blank erneut prüfen wolle, ob sich nicht ein Weg finde. Wenn sich ein Weg finde, dann solle man ihn im Parteivorstand, entweder im engeren oder im weiteren, behandeln, damit sich dieser äußern könne. Dann habe auch er, Krone, es leichter in der Fraktion, und wenn der Vorstand sich entschlöße, werde auch die Fraktion entsprechend Beschluß fassen und diesen Beschluß durchziehen. Dabei müsse man sehr genau prüfen, inwieweit jede finanzielle Inanspruchnahme wahlfördernd oder wahlhemmend ist. Dann müßten die Herren Farbe bekennen, ob sie glaubten, daß man das durchziehen könne, und wie es gestaltet werden solle.

Höcherl erinnert daran, daß man zunächst die Regierungsvorlage verteidigt, dann aufgegeben, dann einen einstimmigen Fraktionsbeschluß gefaßt habe. Wenn man nun noch einen Beschluß fasse, und dieser werde wieder nicht akzeptiert, dann habe man

1961 Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheitswesen, 1961–1962 Bundesminister der Justiz.

die Spitze der Lächerlichkeit erreicht. Wenn man etwas mache, dann müsse das von der Partei auf die Hörner genommen werden und müsse auch Geltung haben. Die „SO-POS“ (Sozialpolitiker) seien ja schließlich nicht die einfachsten Leute. Es gäbe keinen anderen Ausweg, als einen eventuellen Beschluß mit der Mehrheit der CDU/CSU durchzuziehen, im Zweifelsfall in namentlicher Abstimmung. Die Grundlagen dafür müßten von dem vom Bundeskanzler angeregten Ausschuß geschaffen werden. Wenn man nicht zu einem Ergebnis komme, dann gehe eben das Gesetz nicht.

Adenauer verweist darauf, daß bei einem Glas Wein bekanntlich die Leute mehr aus sich herauskämen als sonst. Dr. Krone habe damals jeden einzelnen gefragt, was er für richtig halte. Es seien vier verschiedene Ansichten gekommen, und jeder habe nur seine für richtig gehalten: wie die Hunde in das Fell des anderen verbissen. Deshalb müsse man etwas Neues bringen, um mit Anstand aus der eingenommenen Position herauskommen zu können. Das scheine der einzige Weg zu sein, der in Frage komme.

Höcherl erklärt, wenn tatsächlich etwas Neues dabei herauskomme, dann sei es notwendig, die „SOPOS“ anschließend eigens zu verpflichten, anders gehe es nicht. Sonst sei eine Hilfe für Nordrhein-Westfalen nicht möglich.

Schröder fordert eine frühestmögliche Entscheidung, möglichst noch im Juli.

Adenauer bezeichnet diese Forderung als unreal; das könne doch nicht in 25 Tagen gemacht werden.

Fricke warnt davor, das Gewicht dieser Sache zu überschätzen. Man solle nicht wie das Kaninchen auf die Schlange nur auf diese eine Sache schauen. Die außenpolitische Debatte sei gut angekommen, die Regierungserklärung Brentanos und die Rede Guttenbergs hätten einen guten Eindruck gemacht, und er bitte darum, diese Reden gedruckt herauszubringen. (*Adenauer*: Ich habe Guttenberg gebeten, seine Rede noch etwas zu komprimieren.) Um die Krankenkassenreform habe man nun schon so viel gefochten. Er könne sich auch nicht vorstellen, daß der Lücke-Plan so schlecht draußen ankomme, wenn man ihn nur mutig interpretiere. (*Adenauer*: Was sind Sie für ein Philanthrop! Die einen empfinden es als ungerecht, die anderen aber nicht.) Er, Fricke, wende sich an Herrn Dr. Kraske mit der Frage, ob nicht etwas mehr in der Publizistik getan werden könne für die Auffassungen der CDU. Man müsse sich den Problemen stellen, auch andere Dinge spielten eine Rolle ... (*Adenauer*: Das ist ein schönes Wort, eine ganz neue Offenbarung.) Wenn man natürlich sehe, welche Mißstände zwischen Bundestag und Bundesregierung vorhanden seien, dann sei das ein Bild, als ob ein großes Führungsdurcheinander wäre ... (*Adenauer*: Ähnlich wie bei der CDU in Niedersachsen. Die haben mir genug Kummer gemacht.) Auf die CDU in Niedersachsen habe sich der Bundeskanzler schon immer verlassen können.

Adenauer führt aus, daß, wenn die Krankenkassengeschichte in die Agitation zu den Kommunalwahlen komme und der Lücke-Plan dazu komme, dann werde das große Schwierigkeiten bereiten. Der erste Entwurf sei madig gemacht worden, deshalb müsse man sehen, daß man ihn in einer neuen Verpackung herausbringe, und zwar so schnell wie möglich.

Blumenfeld wendet ein, daß bei allen Wahrücksichten es doch wesentlicher sei zu warten, bis man etwas Klares und Gutes zu bieten habe.

Adenauer warnt davor, die Sache zu lassen, wie sie ist. Damit würden die Wahlen verlorengehen.

Scheufelen meint, man müsse entweder die Finger ganz von der Sache lassen oder aber sie in gebührendem Abstand vor der Bundestagswahl durchbringen, damit die Versicherten die Dinge klar sähen. Wenn das Gesetz nicht so rechtzeitig käme, daß man die Auswirkungen überblicken könne, sähe er keine Möglichkeit mehr, wie es gemacht werden könne. 2 % der Lohnsumme würden doch für die vorhandenen Überstände aufgebracht, 30 % der ausgeschriebenen Arzneien würden nicht abgeholt.

Adenauer weist darauf hin, daß es auch Betriebskrankenkassen gäbe, in denen die SPD bestimme und wo Ordnung herrsche, aber auf der anderen Seite – und da sei der Denkfehler, den er auch gemacht habe – sei eine Betriebskrankenkasse etwas anderes als eine Landkrankenkasse. Es sei ein Irrtum zu sagen, daß eine Krankenkasse, die hohe Gebühren erhebe, schlecht sei, das sei dann ein Irrtum. Die Betriebskrankenkassen hätten geringe Risiken und hohe Löhne. Die Landkrankenkassen hätten 23 % Rentner. Das schlosse natürlich viel mehr an Krankheiten in sich, weil das alte Leute seien; außerdem seien die Beiträge gering. Dazu kämen die Frauen, die eher krankheitsanfällig sind und auch geringere Löhne hätten. Man dürfe nicht von den Verhältnissen in den Betriebskrankenkassen auf die Landkrankenkassen schließen. Man könne nicht gerade die armen und kranken Leute belasten. Das sei doch so einfach, daß es eigentlich jedermann klar sein müßte. Er sei dafür, daß nun Herr von Hassel seinen Bericht erstatte.

WAHLGREMIUM

Von Hassel leitet sein Referat mit der Bemerkung ein, daß die bisherige Diskussion schon einen Teil dessen vorweggenommen habe, was auch im Wahlgremium behandelt worden sei. Aufgrund der Entscheidung des Bundesvorstandes über die Verteilung der Aufgaben sei ein Wahlgremium eingesetzt worden, das die gleiche personelle Besetzung habe wie das Gremium des Jahres 1957: Es seien die Herren Dr. Krone, Rasner, Dr. Heck, die den Wahlkampf 1957 geführt haben, Dr. Meyers, der ebenfalls 1957 mitgeführt habe, und für die einzelnen Bereiche der Partei Frau Brauksiepe, Herr Katzer, Dr. Stoltenberg, Nahm; die CSU hätte Dr. Zimmermann benannt, der durch Herrn Wachter vertreten werde; für die ADK sei Herr Jahn⁵³ Mitglied dieses

53 Dr. Hans Edgar Jahn (geb. 1914), Journalist, Publizist; Mitgründer der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (1951 Leiter, 1957–1969 Präsident), 1965–1980 MdB (CDU), 1970–1977 Vorsitzender der CDU Braunschweig, 1970–1979 MdEP. – Erinnerungen: An Adenauers Seite. Sein Berater erinnert sich. München/Wien 1987.

Gremiums. Das Wahlgremium habe seine Tätigkeit im Dezember 1959 aufgenommen und unterdessen achtmal getagt. Als besondere Themen seien hervorzuheben:

1. Vorbereitung des Bundesparteitags in Karlsruhe und langfristige weitere Veranstaltungen, besonders Vorbereitung der Bildungspolitischen Tage im November 1960 und Vorentscheidung über Bundesparteitag 1961. Die Bildungspolitischen Tage werden in Gelsenkirchen in den letzten Novembertagen stattfinden, der Bundesparteitag 1961 in der zweiten Aprilhälfte in Köln. Die Eröffnung des Wahlkampfes 1961 findet in der Westfalenhalle in Dortmund statt. In Übereinstimmung mit der Jungen Union ist eine Kundgebung junger Menschen im Juli 1961 in Frankfurt geplant.

2. Für 1960 ist erreicht worden in Zusammenarbeit mit Herrn Scheufelen und Dr. Burgbacher, daß die Finanzen sichergestellt sind bis 31. Dezember. Die Zahlungen sind zwar noch nicht eingegangen, jedoch bestehen Zusagen, die in der Tat auch eingehalten werden können.

3. Auf der Grundlage dieses Etats sind verschiedene Maßnahmen angelaufen. Je Bezirk ist ein Netz von ein bis zwei Vertrauensleuten im Aufbau und weitgehend bereits hergestellt. Ohne Bayern und Berlin werden seit 1. Juni 1960 etwa 18.000 Vertrauensleute mit dem wöchentlichen Informationsdienst⁵⁴ versorgt und damit in ihrer Arbeit unterstützt.

4. Das für den Wahlkampf notwendige politisch relevante Material in der Meinungsforschung ist zusammengefaßt, Vorlage der abschließenden Ausarbeitung wird Ende Juli erfolgen. Neben der statistischen Analyse wird sich dabei die Grundlage für die Wahlkampfkonzeption ergeben.

5. Die Ergebnisse der letzten Wahlen sind gemeindeweise mit entsprechenden Aufschlüsselungen zusammengestellt und analysiert.⁵⁵ Für Bayern und Baden-Württemberg ist diese Arbeit noch nicht abgeschlossen. Empfänger sind die Landesverbände, Kreisverbände und Kandidaten.

6. Eine Analyse für das ganze Bundesgebiet wird bis Mitte Juli vorliegen.

7. Bis zum Herbst werden einzelne Analysen für die Landesverbände erstellt.

8. Sämtliches Material über die SPD, besonders über deren Grundsatzkonzeption und über die Person Brandts, wird gesammelt, eine Erfolgsbilanz der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion wird vorbereitet. Dabei wird eng mit dem Bundespresseamt zusammengearbeitet, das auch einen Film in Arbeit hat.

9. Weiter sind Tonbildschauen in Vorbereitung für die Außen-, Wehr-, Sozial- und Agrarpolitik; sie dienen der Ausbildung und Ausrichtung der eigenen Leute.

10. Mit der Heimatpresse finden regionale Pressetagungen statt.

54 „Union in Deutschland“. Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union, Bonn (14. Jahrgang 1960).

55 Bundesgeschäftsstelle der CDU (Hrsg.): Wahlanalyse für das Gebiet der Bundesrepublik zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1961. Bonn o.J. – Vgl. auch Nr. 19 Anm. 25.

11. Schulungstagungen für den Wahlkörper finden ab 1. September 1960 in Eichholz statt und dauern jeweils vier bis fünf Tage. Teilnehmer sind die Wahlkreisgeschäftsführer und die aktivsten Mitarbeiter. Die Bundestagsabgeordneten bzw. -kandidaten sollen zugezogen werden.

12. Sehr eingehend ist die Arbeit in den Verbänden behandelt worden. Sehr gewirkt haben die Aussprachen, die zwischen einer Reihe von Frauen und dem Bundeskanzler stattgefunden haben. Frau Brauksiepe ist auf diesem Gebiet besonders rührig tätig. Eine besondere Rolle spielt die Arbeit im Bereich der Vertriebenen. Die SPD führt mit den Vertriebenen Tagungen in ihren Akademien durch und erzielt dabei eine starke Wirkung. Ein Versuch, in Eichholz etwas Ähnliches zu machen, ist an der Termingestaltung gescheitert, weil bei den Referenten zu große Unsicherheit über deren Erscheinen besteht. Hier muß ein Wandel eintreten, weil man sonst nicht weiterkommt. Diese Erscheinung gilt nicht nur für den Bereich der Vertriebenentagungen.

13. Auf den Erfahrungen aus 1957 aufbauend wurden die Werbemaßnahmen und Werbeträger überprüft. Entscheidungen sind nicht getroffen worden, zwei Agenturen wurden besichtigt, sämtliche Plakatanschlagtafeln sind belegt. Die Agenturen Hegemann und die Werbe-GmbH sind mit der Vorbereitung der Anzeigen und der Plakatierung betraut.⁵⁶

14. Für die Wahlkämpfe in den Kommunalwahlländern ist es gelungen, eine gewisse Einheitlichkeit in der Wahlkampfführung zu erreichen. Die Agentur Hegemann erarbeite dafür ein einheitliches Wahlplakat.

15. EMNID ist mit einer entsprechenden Untersuchung beauftragt (Motivationsforschung)⁵⁷, was in der Wahlpropaganda zu tun ist; erste Ergebnisse sollen Ende Juli, Endergebnisse im Herbst vorliegen. Daneben läuft noch eine andere Untersuchung, um eine gewisse Kontrolle zu haben.

16. Zwischen Bundesgeschäftsstelle und Landesverbänden ist eine sehr enge Zusammenarbeit hergestellt. Schriftsätze, allgemeines Flugblattmaterial, Trickfilme und ähnliches werden gemeinsam erarbeitet.

17. Die Bundespartei bereite die Reise von ein bis zwei Herren nach Amerika vor, um die dortigen Wahlen zu beobachten; vorgeschlagen sind Dr. Heck und Dr. Kraske.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß man keinen Wahlkampf führen kann, wenn man nicht einig ist, wenn nicht der Begriff des Teamworks wieder zu Ansehen kommt. Die Koordinierung der Termine ist dafür ein gutes Beispiel. Hier muß noch viel geschehen, um die Parteiprominenz wirklich voll zum Einsatz zu

⁵⁶ Dazu Materialien in ACDP I-544-015/2.

⁵⁷ Vgl. die EMNID-Reihe von Karl-Georg von STACKELBERG u.a.: „Voraussetzungen für die Wahlentscheidung“. Eine Untersuchung zur Klärung der politischen, ökonomischen, soziologischen, psychologischen und kommunikativen Faktoren, die auf die Wahlentscheidung des Einzelnen einwirken. 9 Teilbde. Bielefeld (1961). Vgl. Nr. 19 Anm. 23.

bringen. Ein besonderer Punkt ist die Koordinierung der Propagandamittel in den Bundesressorts, die unter einem gemeinsamen Gedanken eingesetzt werden sollten. Die Bundesminister sollten bereit sein, hier eine gemeinsame Linie zu erarbeiten. Vor allem sollte vermieden werden, daß das gleiche zweimal gemacht werde. Es empfiehlt sich, wenn der Bundeskanzler diese Frage mit den Ministern bespricht.

Das Fernsehen muß besser gepflegt werden. Wenn man dort die Dinge vernünftig zur Anschauung bringt, hat das eine positive Wirkung in der Bevölkerung. Auf diesem Gebiet ist bis jetzt zu wenig geschehen.

Drei wesentliche Fragen, so fährt *von Hassel* fort, seien besonders zu bearbeiten: die generelle Überprüfung der gesamten Organisation, die rechtzeitige Aufstellung der Kandidaten und die Verbesserung des Standards der Kandidaten. Dabei müsse besonders Herr Dr. Krone mithelfen. (*Adenauer*: Warum wollen Sie Dr. Krone dafür verantwortlich machen? Glauben Sie, daß Dr. Krone etwa an die Wahlkreise schreiben kann, wenn es nicht klappt? Dieses Thema haben wir vor vier Jahren genauso behandelt. Damals hat Herr Dr. Krone auch gesagt, er werde sich hüten, derartige Mitteilungen an die Wahlkreise zu geben.) Das dritte sei die Arbeit im vorpolitischen Raum, die im Laufe des Winters im wesentlichen erledigt werden müsse.

Der eigentliche Wahlkampf werde etwa am 1. August 1961 beginnen, also sechs Wochen dauern. Dafür sei zu prüfen, wie man sich den anderen Parteien gegenüber einstellen will. Der BHE sei außerordentlich zerrissen, habe in den verschiedenen Ländern eine verschiedene Einstellung, auch die FDP sei von Land zu Land verschieden. Beim BHE habe Herr Seiboth⁵⁸ erklärt, daß er bereit sei, die Wege für ein Zusammengehen zu ebnen, wenn man 1961 gemeinsam die Regierung bilde. Er könne sich im Bundesvorstand des BHE durchsetzen, habe die Chance, die 5%-Klausel zu überspringen. Seiboth werde wohl über nationale Politik weiterreden und damit eine Menge Leute hinter dem Ofen hervorlocken, wenn man ihm nicht den Wind aus den Segeln nehme. Deswegen soll man das Gespräch mit dem BHE sehr ernst nehmen. Über das Verhalten den anderen Parteien gegenüber solle man sich bald aussprechen.

Adenauer bringt den Dank aller für diese umfassende Tätigkeit des Wahlgremiums zum Ausdruck. Ein Gespräch über das Verhalten zu den anderen Parteien halte er für verfrüht. Das würde bekannt werden, und diese Sache würde dann hochgespielt werden. Es seien aber nichtoffizielle Gespräche mit der FDP im Gange. Was die Bildungspolitischen Tage in Gelsenkirchen angehe, so habe er Zweifel, ob das der richtige Platz für eine Kulturtagung sei.

Kraske antwortet, daß der Versuch, die Veranstaltung in Essen oder Bochum durchzuführen, an Raumfragen gescheitert sei. Man sei grundsätzlich davon ausgegangen, daß die Tagung im Industriegebiet stattfinden solle.

58 Frank Seiboth (geb. 1912), 1953–1957 MdB (GB/BHE), 1959–1966 MdL Hessen (seit 1967 SPD), 1967–1975 Staatssekretär im hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt.

Adenauer verweist darauf, daß Allensbach Leute von 16 bis 29 Jahren befrage; eine solche Befragung sei doch weggeworfenes Geld. Auf diesen Punkt müsse man besonders achten. In dem Referat Hassels habe man nichts über Geld gehört. Man habe Pläne und Maßnahmen, aber die Frage des Geldes sei ungeklärt.

Scheufelen berichtet, daß er Anfang April zusammen mit Dr. Kraske mit Herrn Dr. Stein gesprochen habe. DM 750.000,- seien für das Anlaufen der Maßnahmen bereitgestellt. Für das nächste Jahr seien Mittel im gleichen Umfang wie bei der letzten Bundestagswahl zu erwarten. Mit Rücksicht auf das Karlsruher Urteil⁵⁹ habe man zunächst über 7 Millionen DM verhandelt. Der Weg, den das Geld gehen soll, sei nicht geändert worden, weil sonst eine starke Dezentralisierung notwendig wäre. Der zentrale Weg führe natürlich zu ganz anderen Beträgen als die dezentralisierte Aufbringung.

Adenauer bemerkt dazu, daß man doch ein Programm für den Wahlkampf zeigen müsse. Herr Dr. Stein sei vorgestern bei ihm gewesen, und dabei sei auch über das Geld gesprochen worden. Er, der Bundeskanzler, habe gesagt, man komme mit 10 Millionen DM nicht aus. Daraufhin sei auf die Landesverbände verwiesen worden, die doch auch Geld lieferten. Wenn man aber über diese Dinge verhandeln wolle, dann müsse man doch ein Programm haben und sagen können, was das kostet und wieviel die Landesverbände liefern. Es müsse eine Rechnung über den Wahlkampf erarbeitet werden, weil man doch wissen müsse, wie hoch das ganze Programm komme.

Kraske erwidert, daß das vorgetragene Programm für 1960 sei und daß Dr. Stein die Mittel dafür zugesagt habe. Über die eigentliche Wahlkampfplanung könne nur im engsten Kreise gesprochen werden, sie sei hier noch nicht enthalten.

Adenauer weist noch einmal darauf hin, daß es notwendig sei zu wissen, was das alles kostet, daß man eine Schätzung haben müsse, wieviel man bekomme, um dann entscheiden zu können, wo gekürzt werden müsse.

Von Hassel wiederholt, daß es sich bei dem Vorgetragenen um die Planung für 1960 handele. Der eigentliche Wahlkampf sei nicht eingeschlossen. Aber die Vorstellungen bewegten sich im vorgetragenen Rahmen.

Adenauer erklärt, daß er Herrn Dr. Stein oder Herrn Dr. Berg⁶⁰ nicht sagen könne, daß man mit 10 Millionen DM nicht auskommen werde, wenn er nicht einen Plan darüber habe, wie die Rechnung aussehe. Das sei für die Besprechungen sehr wichtig.

Stoltenberg verweist darauf, daß gewisse Dispositionen schon jetzt getroffen werden müßten. So müsse er z.B. binnen zehn Tagen wissen, ob Gelder für die Frankfurter Veranstaltung der Jungen Union gegeben werden. Er wäre für einen Beschluß dankbar, weil sonst die Halle vergeben sei.

59 Vgl. Nr. 10 Anm. 65.

60 Vermutlich Fritz Berg (1901–1979), 1949–1979 Präsident des BDI. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 309 Anm. 93.

Adenauer antwortet, daß man das genauso machen solle wie mit der Westfalenhalle. Er bestehe aber darauf, daß ein Gesamtplan für die Verhandlung mit Herrn Dr. Stein gemacht werde.

Von Hassel sagt die Unterlagen zu, sobald sie fertig seien. Auch der Bundesparteitag in Köln müsse festgelegt werden; er werde in der Messehalle stattfinden.

Gerstenmaier bringt zum Ausdruck, daß er gegen diese Hallen à la Karlsruhe sei. Er fragt weiter, ob man sich auch mit den negativen Erfahrungen befaßt habe, die man mit dem alten Stil der Wahlkämpfe gemacht habe. Dieser Stil gehe doch einfach zu Ende. Die SPD habe sich schon viel entschiedener auf diese Tatsache eingestellt, während die CDU diese alte Walze noch immer drehe, mit einer Flut von Papier und der mühsamen Sache, in jeder kleinsten Gemeinde auftreten zu müssen. Seit 1957 sei doch eine qualitative Veränderung im Gebrauch der Massenmedien eingetreten. Vom Radio halte er nicht sehr viel, dagegen spiele das Fernsehen eine große Rolle und werde für den kommenden Wahlkampf von außerordentlicher Bedeutung sein. Man werde sich klarwerden müssen, wie man es handhabe, ob die Auseinandersetzungen als Streitgespräche oder in welcher Form auch immer stattfinden sollen; dabei könnten die Massenmedien nur einem ganz kleinen Kreis verfügbar sein, weil jedes schiefgegangene Experiment mehr koste, als andere wieder aufbauen können.

Adenauer verweist darauf, daß es unterdessen 20 Uhr geworden sei. Er habe es satt und genug; ein so ernstes Thema müsse in Ruhe besprochen werden, und man müsse Sachverständige hinzuziehen.

Von Hassel bemerkt, daß die Konservativen ein eigenes Fernsehstudio hätten, in dem sie ihre Leute schulen.

Adenauer erklärt, daß er versuchen werde, die Propagandamittel der Minister aufeinander abzustimmen; diese Aufgabe werde Herr von Eckardt übernehmen. Er sei im übrigen dafür, daß ein Wahlgesetz gemacht werde, das eine Bundesliste bringe.

Gerstenmaier versichert, daß auch er für eine Bundesliste sei, aber ohne Erhöhung der Abgeordnetenzahl.

Schröder setzt sich dafür ein, diese 10 %, die für die Bundesliste notwendig seien, gemeinsam von allen Landesverbänden zu tragen.

Gerstenmaier ist überzeugt, daß man die vorgesehenen Leute auch auf den Landeslisten durchbringen könne. Man müsse doch verstehen, daß er nicht der Erhöhung der Abgeordnetenzahl zustimmen könne.

Adenauer meint, daß Herr Dr. Gerstenmaier noch viel mehr leiden müsse.

Dann schließt er die Sitzung um 20.10 Uhr.

16

Bonn, 23. August 1960

Sprecher: Adenauer, Albers, Bitter, Blumenfeld, von Brentano, Burgbacher, Czaja, Dittmar, Dufhues, Erhard, Fay, Gerstenmaier, Globke, von Hassel, [Heck], [Hermann], Höcherl, Kraske, Krone, Lücke, Röder, Schmücker, [Schröder], Stoltenberg, Stücklen, Süsterhenn, Frau Weber, Wegmann, Zimmer.

Bericht zur Lage. Fernsehen. Aussprache über den Lagebericht. Kommunalwahlen 1960. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 17.15 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich habe trotz der abklingenden Ferien Sie für heute hierher bitten müssen, weil wir einige sehr dringende Angelegenheiten behandeln müssen. (*Albers:* Herr Bundeskanzler! Es wäre zweckmäßig, wenn Sie hier in der Mitte des Tisches Platz nähmen; dann hören auch die Hinterbänkler etwas!) Der Gedanke ist mir auch heute morgen gekommen. Ich habe eine leichte Hornhautentzündung; die möchte ich noch gerne wegstreichen. Ich sehe hier gerade ins Licht. Ich bin bereit, mich in die Mitte des Tisches zu setzen und da zu sprechen.

Ich möchte zunächst Frau Weber in unserer Mitte auf das herzlichste willkommen heißen. (*Beifall.*) Wir alle freuen uns, Frau Weber, daß es Ihnen so gutgeht. Ich freue mich besonders, weil wir so alte gute Freunde sind. (*Weber:* Sehr richtig!) Ich stehe im öffentlichen Kampf und brauche einen Bundesgenossen. Außerdem sind Sie ein belebendes Element in der Bundestagsfraktion, das ich nicht entbehren möchte. Haben Sie gehört, Herr Krone? (*Krone:* Einverstanden!)

Es haben sich entschuldigt: Dr. Gradl, Dr. Pferdenges, Adorno, Bauknecht, Dr. Fricke, Lemmer, Etsel, Johannes Even, Dr. Schmidt, Dr. Strecker¹, Scheufelen, Dr. Meyers, Kiesinger, Blank, Krüger, Dr. Gurk, Johnen. (*Dufhues:* Herrn Johnen werde ich mit vertreten!) Sie sind doch selbst Mitglied. Sie können nicht zwei vertreten. Das würde ich jedenfalls ablehnen. Das geht nicht. Wer Mitglied des Bundesvorstandes

¹ Dr. Gabriele Strecker (1904–1983), Ärztin, Publizistin; 1954–1962 MdL Hessen (CDU). –
Erinnerungen: Überleben ist nicht genug. Frauen 1945–1950. Freiburg 1981.

ist, kann nicht die Vertretung und damit die Stimme eines anderen Mitglieds des Vorstandes übernehmen, sonst kommen wir noch dahin, daß einer die Stimmen sammelt und für die anderen abstimmt. (*Heiterkeit.*) Aber wer von Ihnen anderer Ansicht ist, der möge es bitte sagen.

BERICHT ZUR LAGE. FERNSEHEN

Adenauer: Meine Damen und Herren! Heute möchte ich Ihnen in längeren Ausführungen die innen- und außenpolitische Situation darzulegen versuchen, weil man sich nur auf dem Hintergrund dieser ganzen Situation ein zutreffendes Urteil bilden kann über die Verhältnisse innerhalb unserer Partei. Ich gehe davon aus, daß die Bundestagswahl des Jahres 1961 für unsere Partei, für die Bundesrepublik Deutschland und auch für die ganze europäische Politik von der entscheidendsten Bedeutung sein wird. Wir müssen dieser Wahl eine Bedeutung beilegen, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen versuchen, Sie davon zu überzeugen.

Beginnen möchte ich mit den Zählungen, die von den bekannten Instituten zur Erforschung der öffentlichen Meinung im letzten Jahre gemacht worden sind.² Sie werden sie kennengelernt und dabei auch den Eindruck bekommen haben, daß auf alle Fälle die SPD in der öffentlichen Geltung erheblich zugenommen hat. Das Urteil über unsere Partei schwankt; es ist mal gesunken und dann wieder gestiegen. Bedenklich ist, daß die Zahl der Unentschiedenen, nämlich derjenigen, die nicht wissen, wie sie wählen sollen, ziemlich groß ist. Wenn Sie diese Befragungen einmal genau lesen, werden Sie sehen, daß dann, wenn wir absinken, die Zahl der Unentschiedenen zunimmt. Ich darf Sie noch einmal daran erinnern, daß wir nicht eine Partei der Mitglieder, sondern eine Partei der Wähler sind und daß eine breite Schicht der Bevölkerung sich nicht entschließen kann – namentlich die Leute, die uns innerlich nahestehen –, von vornherein einen festen Standpunkt einzunehmen. Natürlich ist auch die Zahl derjenigen nicht klein, die vor allem bei der gewinnenden Partei sein wollen.

Die SPD hat jedoch langsam und ständig aufgeholt. Sie ist, wie Sie wissen, eine Partei der Mitglieder und vor allem auch eine Partei der Gewerkschaft. Und die gewerkschaftliche Organisation ist bei uns in der Bundesrepublik außerordentlich stark. Sie besteht zum weit überwiegenden Teil aus Sozialisten, und dem, was von den maßgebenden Organen der Partei erklärt wird, stimmt sie zu; sie wird sich auch bei der Wahl entsprechend betätigen. Es ist aber nicht so, als ob es innerhalb der Sozialdemokratischen Partei keine Gegensätze gäbe. Da sind sehr starke Auseinandersetzungen. Wir verfolgen die Vorgänge innerhalb des Vorstandes und der anderen Gremien der SPD sehr genau. Aber es ist immer so, daß schließlich doch

² Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 420–424.

die Parteidisziplin siegt. Wie stark dort die Parteidisziplin ausgeprägt ist, das hat sich gezeigt, als unlängst Herr Wehner die bekannte außenpolitische Rede im Bundestag gehalten hat³, der das Gros – wenn auch unter einem gewissen Murren unter der Decke – dann doch die Zustimmung gegeben hat.

Damit komme ich auf die Gründe, warum die SPD für uns bei den kommenden Bundestagswahlen ein sehr viel schwerer zu schlagender Gegner sein wird als je zuvor. Zunächst hat sie ihr Godesberger Programm aufgestellt, das man zwar in vielen Punkten nach meiner Überzeugung – und ich stehe mit dieser Überzeugung ja nicht allein da – als absolut unwahr bezeichnen kann; aber der Durchschnittswähler in allen demokratischen Ländern ist doch sehr geneigt, solchen Losungen zu folgen, die präsentiert werden. Er ist nicht geneigt, solche Losungen bis in die tiefsten Tiefen hinein zu prüfen, ob das nun so ernst gemeint ist oder nicht.

Dann hat die Sozialdemokratische Partei unsere Propaganda in der Außenpolitik außerordentlich gelähmt durch die Erklärung Wehners, der ja die Partei gefolgt ist; denn wenn schon in einem Gespräch am runden Tisch ein prominentes Mitglied der Bundestagsfraktion – ich will den Namen des Herrn nicht erwähnen – diese Rede eine staatsmännische Tat nennt⁴, dann zeigt das doch, meine Freunde – ich will mich vorsichtig ausdrücken –, welchen Eindruck der Herr Wehner damit auf einen Teil derjenigen gemacht hat, die ihn angehört haben. Auf mich hat er gar keinen Eindruck gemacht. Das Ganze war ein schlechtes Theater, auch die ganze Ausdrucksweise und diese Worte, die er gebraucht und die Pausen, die er eingelegt hat. Das war eine rein kommunistische Dialektik und nichts anderes.

Wenn Sie nun verfolgt haben, wie diese Rede Wehners in der gesamten nicht parteipolitisch gebundenen Presse aufgenommen worden ist, dann muß ich Ihnen sagen, es ist einfach unverständlich und unbegreiflich, während die Rede unseres Freundes von Guttenberg, die eine ausgezeichnete Rede war – ich habe sie mir Wort für Wort und Satz für Satz genau angehört –, in der Presse kaum beachtet worden ist. Das gleiche gilt auch für den Rundfunk und das Fernsehen. Das Fernsehen hat zwar die Rede Wehners übertragen, aber als die Rede Guttenbergs übertragen werden sollte, trat eine „technische Störung“ ein, so daß sie nicht übertragen werden konnte.

Ich komme darauf – ich sehe Ihr Schmunzeln – im Laufe meiner Ausführungen noch zurück.

Ich möchte jetzt zunächst die Bedeutung der Bundestagswahl im Jahre 1961 behandeln. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir mit den wirtschaftlichen Erfolgen, die wir in den vergangenen schweren Jahren erreicht haben, offene Türen einrennen. Das ist für die meisten Leute eine Selbstverständlichkeit; aber

3 Vgl. Nr. 15 Anm. 11.

4 Zur Rede Wehners notiert Krone in sein Tagebuch: „Eine Meisterleistung Wehners“. (ACDP I-028-068/3). Vgl. auch den Bericht der FAZ vom 1. Juli 1960 zur außenpolitischen Debatte im Bundestag: „Lebhafte Diskussionen gab es über die Rede des SPD-Abgeordneten Wehner, für die selbst CDU-Abgeordnete gute Zensuren gaben.“

wenn die wirtschaftliche Entwicklung bis zur Wahl rückwärts gehen sollte, dann bekommen wir das als Minuspunkt angestrichen. Soviel ich weiß, haben die Propagandasachverständigen, die die Bundesgeschäftsstelle gehört hat, einstimmig bekundet, daß das als eine Selbstverständlichkeit hingenommen wird, was erreicht worden ist. Es wird gar nicht mehr daran gedacht, welche unendliche Mühe dafür aufgewendet werden mußte, um das alles zu erreichen.

Wir haben in der Innenpolitik noch einige schwere Hindernisse zu nehmen. Ich beginne mit dem Hindernis, das, wie ich hoffe, am leichtesten zu nehmen ist. Das ist – ich habe mit dem Herrn Kollegen Lücke noch nicht darüber sprechen können – die Beurteilung des neuen Mietrechts und der Wohnungspolitik. Unser Statistisches Bundesamt hat vor einigen Wochen eine Statistik veröffentlicht⁵, die katastrophal war und mich geradezu entsetzt hat. Das wurde auch von den uns nahestehenden Zeitungen unterstrichen. Es hieß: Im Jahre 1939 entfielen auf 1.000 Einwohner des Gebietes der Bundesrepublik mehr Wohnungen, als jetzt vorhanden sind. Das wurde also vom Statistischen Bundesamt erklärt und dann im weitesten Umfange durch die Presse verbreitet. Darüber werde ich mit dem Herrn Kollegen Lücke noch sprechen.

Ich kann mich hier kurz fassen und möchte nur folgendes sagen: Ich bin davon überzeugt, daß es einer intensiven Aufklärungsarbeit gelingen wird, bis zur Bundestagswahl diese ganzen Schwierigkeiten, die damit für unsere Partei verbunden sind, aus der Welt zu schaffen.

Nun komme ich zum Krankenkassengesetz⁶. Ich stehe nicht an zu erklären – wir sind hier in einem relativ vertraulichen Kreis –, daß wir, wenn das Krankenkassengesetz nicht baldigst zustande kommt, die Wahl ungefähr schon verloren geben können. Das Gesetz ist von einer solch eminenten Bedeutung für die breitesten Schichten der Bevölkerung, daß wir damit unter allen Umständen fertigwerden müssen. Es sind viele Sünden hier begangen worden. Ich muß sagen, in erster Linie hat die Bundesregierung, die ich zu vertreten habe, gesündigt. Sie hätte sich dieses ganzen Stoffes ausführlicher annehmen müssen und sich nicht damit abgeben dürfen, diese ganze Sache im Handumdrehen durch das Kabinett gehen zu lassen. (*Weber*: Sehr richtig!) Ich freue mich, daß Frau Weber wieder da ist! Das ist also ein Fehler von uns gewesen, den ich in keiner Weise bestreite. Ich bin aber auch der Auffassung, daß die Vertretung des Gesetzentwurfes durch das zuständige Ministerium vielfach nicht gerade glücklich gewesen ist. Ich will mich darüber im einzelnen jetzt nicht auslassen. Wir hatten schließlich gegen uns die gesamte öffentliche Meinung. Was das schlimmste von allem ist: Unsere eigene Fraktion war in viele Meinungen auseinandergefallen und gespalten. Ich selbst habe hier miterlebt an einem Abend, den die Fraktion gab, wie es ausgesehen hat. Herr Krone saß mit mir am gleichen Tisch, als das Gespräch darauf kam. Herr Krone hat alle gefragt, wie sie darüber dächten. Es waren da die

5 Vgl. Nr. 15 Anm. 15, 16 und 28; zusammenfassende Darstellung in BULLETIN vom 20. Juli 1960 S. 1318.

6 Vgl. Nr. 12 Anm. 27.

Vertreter der Ärzte, der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der Unternehmer und auch noch leidlich uninteressierte Leute an der ganzen Geschichte. Dabei kamen – etwas übertrieben – auf je zwei Häupter zwei Meinungen. Quot capita, tot sensus! (Weber: Sehr richtig!)

Dann hat sich der Sozialausschuß der Partei unter dem Vorsitz von Herrn Lünendonk mit der ganzen Frage befaßt und einstimmig einen Beschluß gefaßt – es ist hier nicht der Ort, im einzelnen darauf einzugehen –, der die und die Änderungen empfiehlt, die ich mit dem Wort „Krankenschein“ kennzeichnen will. Diesem Vorschlag des Sozialausschusses der Partei sind dann die Sozialausschüsse unter dem Vorsitz von Herrn Albers, abgesehen von einigen Kleinigkeiten, beigetreten. Dann habe ich die Vertreter der fünf Ärzteorganisationen zu einem Gespräch eingeladen, an dem auch Herr Blank teilgenommen hat.⁷ Dieses Gespräch ist sehr gut verlaufen, und wir haben uns auf der ganzen Linie geeinigt.

Das ist natürlich der Sozialdemokratie außerordentlich zuwider. Ich lese heute in der Zeitung, daß sie schon eine Kleine Anfrage⁸ eingereicht hat, wonach ich die Verfassung und alles mögliche gebrochen hätte, weil ich mit den Ärzten gesprochen habe. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion hat den Wunsch, daß sich der Bundesvorstand – nicht heute – einmal mit dieser Frage beschäftigt, um die Fraktion geschlossen hinter eine Konzeption zu bringen, weil wir nur dann, wenn sie geschlossen hinter eine Konzeption tritt, die Möglichkeit haben, mit diesem Stoff aus der öffentlichen Diskussion zu kommen und das Gesetz auch gegen die Stimmen der Sozialdemokratie zu verabschieden. Es besteht also noch Aussicht, dieses eminente Hindernis vor der Wahl zu beseitigen. Wir können nach der Verhandlung mit den Ärzten annehmen, daß wir dieses Gesetz gut erledigen werden. Gegen die Ärzte ein solches Gesetz zu machen – das haben auch die Sozialausschüsse und der Sozialausschuß der Partei gesagt –, ist völlig unmöglich, weil die Ärzte die öffentliche Meinung für sich haben und weil sie die Kranken dagegen aufbringen können. Sehr viele Ärzte haben in ihrem Sprechzimmer eine Menge Literatur hingelegt, in der gegen den Krankenkassengesetzentwurf, wie er von der Bundesregierung eingebracht worden war, Stellung genommen wird. Der Arzt, der mit dem Patienten spricht, ist politisch ein gefährlicher Mann; ob er medizinisch gefährlich ist, kann ich nicht beurteilen. Aber politisch ist er äußerst gefährlich. Ich muß Ihnen gestehen, mir ist ein Stein vom Herzen gefallen, als mit den fünf Herren, die die Ärzteverbände vertreten, eine Einigung erzielt worden ist.

Meine Damen und Herren! Ich darf nun auf einige andere Fragen eingehen, um nachher zur Außenpolitik zu kommen. Die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat uns Sorge und Kummer gemacht. Ich möchte an die

7 Am 17. August 1960 (TERMINKALENDER). Vgl. auch „Bonner Rundschau“ vom 28. August 1960 („Ärzte zufrieden über Gespräch mit Kanzler“).

8 Anfrage der SPD vom 22. August 1960 (BT-Drs. 2040) und Antwort des Bundesarbeitsministers vom 5. September 1960 (BT-Drs. 2055).

Spitze meiner Ausführungen stellen – damit gar kein Zweifel aufkommt –, daß ich nach wie vor das europäische Ziel bejahe; es ist aber so, daß man zu einem europäischen Ziel nur kommen kann, wenn man viel mehr Geduld aufbringt, als die Europäische Wirtschaftskommission bisher gezeigt hat. Ich habe mit Herrn Hallstein eine sehr ernste Aussprache darüber gehabt. Sie ging damit zu Ende, daß Herr Hallstein mir gesagt hat: Wir haben zwei Wege, um zu Europa zu kommen, entweder jetzt mit großer Schnelligkeit vorgehen oder aber dasjenige, was wir bisher erreicht haben – er betonte selbst, daß das nicht wenig sei, was wir bisher erreicht haben –, in Ruhe und Geduld auszubauen, um dann weiterzugehen. Ich habe ihm selbstverständlich darauf geantwortet, ich bin unbedingt für den zweiten Weg, und zwar einmal aus innenpolitischen Gründen und zweitens, weil es unmöglich ist, auf einem notdürftig hergerichteten ersten Teil des Baues andere Etagen aufzubauen, sonst kracht die ganze Geschichte zusammen.

Das ist meine Befürchtung bei unserer ganzen europäischen Politik. Wenn ich die Zahl richtig im Kopfe habe, sind es 4.000 Mann in Brüssel. (*Globke*: Rund 4.000 Angestellte!) 4.000 Angestellte machen also z.Z. Europa. Davon hat der Gerichtshof nur 90, um das vorwegzunehmen. Die Montanunion hat relativ sehr wenige; aber die EWG-Kommission platzt bald, so dehnt sie sich aus. Ich habe im Laufe meines früheren Beamtenlebens – ich bin nicht mehr Beamter – immer gefunden – die Erfahrung mache ich aber auch hier –, daß eine starke Vermehrung der Bürokratie die Arbeit in sich vergrößert, so daß sie immer nur schlechtere Produkte zeitigt, als wenn es weniger Leute sind, die sich nicht immer mit sich allein beschäftigen. (*Heiterkeit.*) Nehmen Sie als Beispiel das Europäische Parlament. Ich sage das, weil hier Mitglieder des Parlaments anwesend sind. Das Europäische Parlament hat – ich bitte, mich zu korrigieren, Herr Globke – 390 ... (*Globke*: 365, davon 95 höhere Beamte. Aber es hat jetzt 600 neue Stellen angefordert! – *Gerstenmaier*: Dafür ist der Präsident allein verantwortlich!) 600 neue Stellen angefordert! Das ist meine große Befürchtung, daß die Kommission der EWG in der Arbeit, die sie sich macht, erstickt.

Als die Römischen Verträge abgeschlossen wurden, waren diese Territorien in Afrika alle noch französische Kolonien, abgesehen von Algier und Kongo. Wir haben dann eine Hilfsform auf Bitten der Franzosen angeregt, weil wir hofften, wir würden da wirklich einen fruchtbaren Warenaustausch bekommen. Jetzt sind sie alle auseinandergefallen. Ich weiß nicht, wieviel es z.Z. sind. Auch die französische Communauté ist auseinandergefallen. Und jetzt geht die EWG-Kommission darauf aus, alle diese einzelnen Negerstaaten als Assoziationsstaaten von uns in das Ganze hineinzunehmen. Mir graut davor. Das muß ich Ihnen ehrlich sagen. Als sie noch französische Kolonien waren, konnte man Frankreich Geld zum Bau von Straßen, Schulen, Krankenhäusern, Brücken usw. zur Verfügung stellen, aber jetzt? – Wir haben ja heute zwei Afrika-Sachverständige, die zurückgekommen sind, zu unserer Freude unter uns.

Also, gegen diesen Plan habe ich große Bedenken; denn die ganze Kraft, die auf

Europa und diese sechs Staaten verwendet werden soll, wird nach meiner Meinung vertan durch die Geschichten, die sie da in Afrika jetzt machen. Nun wollen sie plötzlich an die Landwirtschaft heran und sie – wie das an sich ihre Pflicht ist – gleichrichten in Stufen.⁹ Das aber hätten sie vor einem Jahr machen sollen! Wenn das vor einem Jahr geschehen wäre, dann wäre die Sache wahrscheinlich bis zur Bundestagswahl erledigt gewesen. Sie haben es aber vor einem Jahr nicht gemacht, sondern sie wollen es jetzt machen. Unsere Landwirte sind außerordentlich unruhig. Ich habe die Leiter dieser Verbände auf den Rat von Herrn Hermes vor einigen Wochen bei mir gehabt.¹⁰ Wir können das einfach nicht gebrauchen. Das habe ich auch der EWG mitteilen lassen. Wir brauchen vor den Wahlen Ruhe in der Landwirtschaft.

Lassen Sie mich noch einmal wiederholen: Das Ziel bleibt, aber die Schwierigkeiten, die auf diesem Wege liegen, sind unendlich viel größer, als wir uns das nach dem Kriege und auch nach dem Abschluß der Römischen Verträge gedacht haben. Ich erinnere Sie daran – es ist etwas, was mir geradezu am Herzen liegt –, daß wir auch die soziale Gesetzgebung gleichmäßig gestalten sollen in den sechs EWG-Staaten. Was wird die Folge sein? Jeder einzelne Staat wird das herauspflücken, worin er am höchsten steht, und dann müssen sich alle anderen Staaten danach richten und ausrichten. Das bedeutet also auch für uns eine Umwälzung, auch in finanzieller Hinsicht, und eine Belastung der Wirtschaft, die nach meiner Meinung nur mit sehr großer Vorsicht behandelt werden darf.

Das wollte ich Ihnen hier nur als Beweis dafür anführen, daß der Weg schwieriger und infolgedessen nicht so schnell zurückzulegen ist, als wir uns das einmal gedacht haben, so daß wir an die Frage der Schaffung dieses neuen Europas mit der gebotenen Vorsicht herangehen müssen. Wir dürfen nicht stehenbleiben, sondern müssen weitergehen, aber mit Maß.

Wir müssen bei der Wahl zwar den Bau Europas als von uns sehr unterstrichene Forderung aufstellen, dürfen aber die Schwierigkeiten, die in der ganzen Sache liegen, nicht geringschätzen.

Wir haben auch innenpolitisch Rücksicht zu nehmen im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen. Und hier ist zunächst das Problem der Preise und der schleichenden Inflation eine sehr ernste Frage. Am 4. August hatte ich eine Besprechung mit den Herren Erhard, Etzel, Blessing, Abs¹¹, Pferdenges und Berg. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß man in Habachtstellung stehen müsse und

9 Vorschläge der EWG-Kommission für eine gemeinsame Agrarpolitik, die der Vizepräsident der Kommission Sicco L. Mansholt am 7. Juli 1960 bekanntgab (AdG 1960 S. 8510 und 8540).

10 Am 2. August 1960 (TERMINKALENDER). Vgl. dazu FAZ vom 3. August 1960: „Argrarwirtschaftler bei Adenauer“ und „Bonn will in der Landwirtschafts-Politik Zeit gewinnen“.

11 Hermann Josef Abs (geb. 1901), Bankier; seit 1938 Deutsche Bank (1957–1967 Vorstandssprecher). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 212 Anm. 114; Erinnerungen: Entscheidungen 1949–1953. Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens. Mainz 1991. – Zum Gespräch beim Kanzler am 4. August 1960 (TERMINKALENDER) vgl. KOERFER S. 469.

daß wir in einigen Wochen wieder zusammenkommen wollen, um diese ganze Frage im Auge zu behalten und dafür zu sorgen, daß hier kein Unglück passiert. Wie groß die Summen sind, um die es sich handelt, mögen Sie aus folgendem ersehen. Nach den Angaben von Herrn Blessing werden im Jahre 1960 die Löhne und Gehälter, alles in allem genommen, in der Bundesrepublik um zehn bis elf Milliarden DM steigen. (*Erhard*: Nur die Massenkaufrkraft!) Ich habe ja gesagt, die Löhne und Gehälter. Das sind nicht die Selbständigen, sondern das sind die Kategorien der – man kann sagen – sozial Schwächeren, nämlich die Arbeitnehmer.

Auch das habe ich Ihnen nur angeführt, um damit klarzumachen, daß – wenn auch ein gewisser Teil dieser Summe wieder in den Sparkassen landet – doch ein ganz großer Teil davon zur Verstärkung der Konsumkraft benutzt wird und infolgedessen ein höherer Bedarf an Waren eintritt. Und wenn dadurch die Preise steigen, dann werden als Folge Unzufriedenheit und alles das, was Sie ja wissen und kennen, eintreten.

Vom Januar bis zum 1. Juli sind vier Milliarden auf diesem Wege in den allgemeinen Kreislauf hineingekommen, ohne daß eine nennenswerte Preissteigerung eingetreten ist, aber es werden noch sechs bis sieben Milliarden vom 1. Juli bis zum Ende des Jahres hineinströmen. Deswegen müssen wir gerade dieser Frage unsere besondere Aufmerksamkeit widmen, weil das Publikum gegenüber Preissteigerungen, namentlich auf gewissen Gebieten, außerordentlich stark empfindlich ist.

Nun lassen Sie mich zurückkehren zu dem Punkt, den ich Ihnen zunächst vorgetragen habe. Innerhalb der Bundestagsfraktion ist die Forderung aufgestellt worden, daß mit dem Krankenkassengesetz verbunden werden müsse die Fortzahlung des vollen Lohnes an die Arbeitnehmer für die ersten beide Tage ihrer Krankheit, genau wie bei den Angestellten. Das aber würde, aufs Jahr berechnet, eine Belastung der Unternehmer von elf Milliarden bedeuten. (*Bewegung und Unruhe*.) Ich bin selbst über diese Ziffer mehr als erstaunt, aber unsere Ministerien haben diese Summe berechnet und sie uns mitgeteilt. Eine weitere Belastung der Wirtschaft mit elf Milliarden DM! Ob das im gegenwärtigen Augenblick tragbar ist, das ist mir sehr zweifelhaft. Ich möchte gerade unsere Freunde in der Fraktion, die sich besonders dieser Frage widmen, sehr herzlich darum bitten, diese Frage nicht mit dem Krankenkassengesetz untrennbar zu verbinden, mit dem sie ja wirklich nichts zu tun hat, abgesehen davon, daß in beiden Fällen nur das Wort „krank“ dabeisteht. Jetzt möge man mir den dummen Witz nicht für übel nehmen, ich möchte nicht, daß als „dritter Kranker“ unsere Währung hinzukommt. Für unsere Währung fürchte ich allerdings bei dieser ungeheuer großen Summe, die auf dem Spiele steht. Bitte beachten Sie: elf Milliarden Löhne und Gehälter, und dann nochmals elf Milliarden für die beiden ersten Tage! (*Erhard*: Ich möchte davor warnen, diese Zahlen zu nennen. Es ist unmöglich, daß sie stimmen! – *Bewegung und Unruhe*. – *Burgbacher*: Es sind rund 20 Millionen Beschäftigte. Das würde im Jahr DM 500,- pro Kopf bedeuten!) Meine Herren! Sie können ja nachher sprechen. Ich will mich jetzt nicht durch Einzelheiten abbringen lassen von der Hauptsache dieses Gesprächs. Es hat

auch keinen Zweck, daß wir uns jetzt auseinanderreden: Es sind elf Milliarden, es sind keine elf Milliarden. Nach den Zahlen, die mir von den zuständigen Ministerien mitgeteilt worden sind, sind es elf Milliarden. Also, einstweilen habe ich Ihnen diese Zahl hier genannt.

Nun komme ich zu meinem Gespräch mit de Gaulle.¹² Das Gespräch hat zum großen Teil unter vier Augen stattgefunden. Es hat sich sehr weitgehend gedreht um eine Änderung der NATO. Die Reform der NATO ist in dem ursprünglichen NATO-Vertrag vorgesehen; sie sollte nach zehn Jahren erfolgen. Der NATO-Vertrag stammt aus dem Jahre 1948/49. Man dachte damals daran – deswegen ist der Vertrag abgeschlossen worden –, daß es im Jahre 1950 einen Krieg wegen Indochina geben würde. In der Zwischenzeit hat sich alles total verändert. Damals waren die Vereinigten Staaten allein in der ganzen Welt im Besitz von nuklearen Waffen. Das ist alles anders geworden.

Ich glaube, daß es wirklich notwendig ist, an eine Reform der NATO zu denken. Ich habe das übrigens auch den Amerikanern mitgeteilt, daß wir daran denken müssen. Ich wollte Ihnen aber eine Übersicht über die ganze Situation geben. Deswegen erwähne ich das hier.

Der zweite Hauptschmerz von de Gaulle war die EWG, und zwar hat er hier eine Sorge, die ich zu 50 % teile, nicht zu 100 %, daß nämlich politische Folgen durch das Verhalten der EWG-Kommission in Brüssel für uns alle heraufbeschworen werden, die sehr bitter und sehr unangenehm für uns werden können. Es ist deshalb unbedingt notwendig, einmal nachzuprüfen: Hat diese Kommission im Rahmen der Römischen Verträge bisher gehandelt, oder ist sie darüber hinausgegangen und hat Beschlüsse gefaßt, die an sich vom Ministerrat oder von den Regierungen hätten gefaßt werden müssen. Das ist eine Frage, die untersucht und geprüft wird. Und je nach dem Ergebnis wird man der Kommission sagen müssen: Das geht nicht, das ist Sache des Ministerrates. Das ist aber alles noch in der Schwebe. Es war aber in der Hauptsache Gegenstand des Gesprächs, das wir mit de Gaulle gehabt haben.

Nun zu Großbritannien! Herr Macmillan hat die Freundlichkeit gehabt, mir den Brief, den er an Chruschtschow geschrieben hat, vorher zu schicken in einem sehr freundlichen Schreiben, in dem er darauf Bezug genommen hat, daß wir einmal verabredet hätten, uns öfters zu treffen und auszusprechen.¹³ Ich habe ihm gedankt und ihn gebeten, bald einmal hierherzukommen. Und so hat die Besprechung zwischen Macmillan und mir stattgefunden.¹⁴ Es ist dabei nichts Konkretes verhandelt und beschlossen worden, sondern wir haben – wie das nach meiner Meinung auch richtig

12 Am 29. und 30. Juli 1960 auf Schloß Rambouillet bei Paris (AdG 1960 S. 8552). Vgl. Unterredung Adenauers mit de Gaulle in StBKAH III.25 und 58; ADENAUER: Erinnerungen 4 S. 59–67.

13 Macmillan an Adenauer vom 19. Juli 1960 (StBKAH III.5). Vgl. BLANKENHORN S. 380f.

14 Besuch Macmillans in der Bundesrepublik Deutschland am 10. und 11. August 1960. Vgl. AdG 1960 S. 8572; MACMILLAN S. 247f.

ist – uns darauf beschränkt, unsere Ansichten über die allgemeine Lage in der Welt auszutauschen; denn in der Beurteilung dieser allgemeinen Lage in der Welt hatte sich Großbritannien – insbesondere Macmillan – bisher von uns getrennt.

Ich darf Sie an die Reise erinnern, die Macmillan im Februar vor einem Jahr nach Moskau gemacht hat¹⁵, und daß Macmillan bis vor einiger Zeit des Glaubens gewesen ist, es werde ihm gelingen, eine Verständigung zwischen dem Osten und dem Westen herbeizuführen. Nunmehr aber ist Herr Macmillan, der sich redliche Mühe damit gegeben hat, insbesondere nach der Sache, die damals in Paris passiert ist¹⁶, auch durch das Echo, das sein Brief an Chruschtschow gefunden hat, zu der Überzeugung gekommen, daß sich seine Auffassung als unzutreffend erwiesen hat. Ich bin sehr froh darüber. Er hat das hier auch sehr freimütig – das muß ich auch dem Menschen Macmillan gegenüber anerkennen – erklärt, daß er sich eben davon hätte überzeugen müssen, daß seine Ansicht nicht die richtige gewesen sei. Das sehr wichtige Ergebnis der Besprechung mit Macmillan war folgendes: Wir sind in der Beurteilung der außenpolitischen Situation jetzt mit Großbritannien einig. Das ist ein sehr großer Fortschritt, der die Kraft des Westens gegenüber Chruschtschow stärkt.

Chruschtschow rechnet ja damit, daß der Westen auseinanderfallen wird. Deshalb müssen wir – und auch darin stimmt Herr Macmillan mit mir überein – alle außenpolitischen Fragen unter dem einen Aspekt betrachten: Rufen wir durch diese oder jene Differenz, die wir haben, bei Chruschtschow die Hoffnung hervor oder stärken wir seine Hoffnung, daß letzten Endes der Westen doch auseinanderfallen wird! Das ist im Grunde genommen seine große These, daß die kapitalistischen Staaten eben kraftlos seien und auseinanderfielen und der Kommunismus das große Erbe antreten werde.

Ich brauche nichts zu sagen über das Verhalten Rußlands. Sie lesen jeden Tag darüber in den Zeitungen. Ich möchte auch nichts sagen über die Vorgänge in Afrika. Es ist sehr erfreulich, daß gestern die Sache bei der UNO in New York¹⁷ eine bessere Wendung genommen hat.

Ich komme nun zu einem wesentlichen Punkt der Außenpolitik, nämlich zu der Wahl in den Vereinigten Staaten. Sie wissen, daß am 8. November der Präsident gewählt wird. Als Kandidaten stehen sich gegenüber Nixon und Kennedy. Berater von Kennedy ist Stevenson. Die Wahl Kennedys und die Bestellung von Stevenson

15 Vom 21. Februar bis 9. März 1959 (AdG 1959 S. 7586–7588).

16 Gemeint ist die gescheiterte Ost-West-Gipfelkonferenz in Paris vom 16. und 17. Mai 1960 (AdG 1960 S. 8400–8407). Vgl. auch Nr. 9 Anm. 14.

17 Anspielung auf die Kongo-Krise, vgl. FAZ vom 23. August 1960 über die Debatte im UN-Sicherheitsrat vom 21. und 22. August 1960: „Kusnezow weicht im Sicherheitsrat zurück. Hammarskjöld setzt sich mit seiner Kongo-Politik durch. Sowjetunion und Polen isoliert. Lumumba lenkt ein“. Vgl. auch AdG 1960 S. 8593f.

oder auch Scott¹⁸ als Staatssekretär würde für die ganze Europapolitik der Vereinigten Staaten – ich will mich vorsichtig ausdrücken – eine sehr ernste Situation hervorrufen. Bei Nixon liegt die Sache anders, zumal jetzt eine Verständigung mit Rockefeller erfolgt ist. Wenn Sie mich fragen, wie die Aussichten sind, so kann ich nur sagen, das weiß kein Mensch. Zur Zeit liegt Nixon einige Punkte vor, aber die Wahl ist am 8. November. Heute ist der 23. August. Der harte Wahlkampf beginnt erst in zwei Wochen. Was also da noch alles kommen kann, können wir nicht überschauen. Jedenfalls sind die freien Völker des Westens, trotz aller entgegengesetzten Erklärungen der Vereinigten Staaten, insbesondere die NATO, bis der neue Präsident sein Amt angetreten und sein Kabinett gebildet haben wird – das wird wahrscheinlich Februar werden –, geschwächt und allen möglichen Schwierigkeiten, insbesondere von Sowjetrußland her, ausgesetzt.

Solange Amerika und Rußland sich damit begnügen, in den Weltraum Hunde und Affen zu schießen, habe ich nichts dagegen. Ich habe auch nichts dagegen, wenn der eine den anderen zu übertreffen sucht. Das ist für uns eine ziemlich unschädliche Angelegenheit. Sie sind beide damit beschäftigt, auf diesem Gebiet Siege zu erringen und damit ihrem Prestige – das gilt namentlich für Chruschtschow – neuen Stoff zuzuführen. Das ist also weiter nicht schlimm.

Aber Chruschtschow wird mit der Frage Berlin kommen. Wann er damit kommen wird, wissen wir nicht. Ich möchte nur in diesem Kreise sagen – aber nicht an die Presse gelangen lassen –, daß man bei den Gesprächen, die in Österreich mit Chruschtschow geführt worden sind¹⁹, zwar auch der Auffassung war, vieles von dem, was er sagt, ist nur die halbe oder die viertel Wahrheit oder Bluff, aber was er über Berlin gesagt hat, das hat man doch sehr ernst genommen.

Daher ist die Entscheidung des Bundestages, ob er, noch ehe der neue amerikanische Präsident amtiert, nach Berlin gehen soll, von außerordentlich ernster und weittragender Bedeutung. Ich habe mich sehr über das gefreut, was Herr Gerstenmaier zu dieser Frage der Presse erklärt hat.²⁰ Auch Herr Brandt hat mit einer gewissen Vorsicht dazu Stellung genommen.²¹

18 Hugh Doggett Scott jr. (geb. 1900) wäre Staatssekretär im Falle des Sieges von Nixon bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1960 geworden. 1941–1945 und 1947–1959 Mitglied des Repräsentantenhauses (Republikaner), 1958 Mitglied des Senats, 1969 Führer der Republikaner.

19 Österreich-Besuch Chruschtschows vom 30. Juni bis 8. Juli 1960. Chruschtschow sprach u.a. mit dem österreichischen Bundespräsidenten Schärp sowie Bundeskanzler Raab. Vgl. Nr. 15 Anm. 6.

20 Auf einer Pressekonferenz zur Frage der Tagung des Bundestages in Berlin am 22. August 1960. Vgl. ACDP I-210-074/2; FAZ vom 23. August 1960 („Noch keine Entscheidung über die Berlin-Sitzung“).

21 In einer Ansprache über die Berliner Rundfunkstationen am 21. August 1960. Vgl. FAZ vom 22. August 1960 („Brandt rechnet mit Bundestagssitzung in Berlin“).

Nun, meine Freunde, zur Wahl! Ich darf folgendes feststellen: Auf der einen Seite steht die Sozialdemokratie, ein Gegner von vorbildlicher Geschlossenheit und Disziplin, auf der anderen Seite eine CDU, eventuell auch CSU, die alles andere ist als eine Attraktion für die Wähler. (*Weber*: Sehr richtig!) Ich muß Ihnen gestehen, daß eine derartige Entwicklung des Föderalismus, wie er – abgesehen von wenigen Ausnahmen – von den Ländern gepflegt wird, mir schlechthin über meinen Verstand geht! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Als wir das Grundgesetz geschaffen haben, waren die Franzosen und die Amerikaner bestrebt, die Zentralgewalt, den Bund, so schwach wie möglich zu machen, weil sie eine Revanche fürchteten, die Länder aber möglichst stark zu machen, damit sie dem Bund Widerstand leisten könnten. Wir haben uns damals gefügt, obwohl der größte Teil der CDU- und auch der CSU-Leute im Parlamentarischen Rat nicht damit einverstanden war, wie das Grundgesetz geworden ist. Wir haben uns gefügt, und zwar einmal, weil wir auf alle Fälle doch von der Besetzung loskommen und wieder frei werden wollten, zweitens weil wir damals alle davon überzeugt waren, daß es bis zur Wiedervereinigung nur eine gewisse Zahl von Jahren – vielleicht fünf oder zehn – dauern werde. Es war vorgesehen, daß dann eine Nationalversammlung, die aufgrund allgemeiner Wahlen gebildet würde, eine neue Verfassung machen sollte. Aber diese Hoffnung, die wir – nicht nur die CDU/CSU, sondern alle Parteien – damals hegten, ist nicht in Erfüllung gegangen. Und es wird noch eine recht lange Zeit nach menschlichem Ermessen dauern, bis diese Hoffnung in Erfüllung gehen wird. Diese Hoffnung wird in Erfüllung gehen, wenn wir keinen Krieg bekommen, der die ganze Welt verwüstet; aber dann hat es überhaupt keinen Zweck mehr.

Die Entwicklung, wie sie nun aufgrund der Verfassung eingetreten ist, das Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern, ist so schlecht, auch zwischen dem Bundesrat und dem Bundestag, daß das dem allgemeinen Besten sehr abträglich ist. Ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken. Dabei kommt die Bundesregierung den Ländern, dem Bundesrat, nach meiner Überzeugung weit über Gebühr entgegen!

Lassen Sie mich einige Beispiele anführen. Kein Gesetzentwurf von Bedeutung geht dem Kabinett zu, ohne daß er mit den Länderministern vorher eingehend besprochen worden ist. Das gilt auf dem Gebiete des Innern, der Finanzen, das gilt auf allen möglichen Gebieten. Und ich als Chef dieser Regierung muß mehr als einmal in der Zeitung lesen, daß zwischen dem Bund und den Ländern das und das über diesen oder jenen Gesetzentwurf vereinbart worden ist, den ich noch gar nicht kenne, so daß also die Länder – weit über das Grundgesetz hinaus – einen außerordentlich großen Einfluß auf die Arbeit der Bundesregierung haben, und zwar von Anfang an, noch ehe überhaupt ein Bundesministerium dem Kabinett einen Gesetzentwurf vorgelegt hat.

Ferner ist die Arbeit des Bundesrates bei dem sogenannten ersten Durchgang²²

²² GG Art. 76 Abs. 2: „Vorlagen der Bundesregierung sind zunächst dem Bundesrate zuzuleiten. Der Bundesrat ist berechtigt, innerhalb von sechs Wochen zu diesen Vorlagen Stellung zu nehmen.“

etwas ganz anderes als das, was sich damals der Parlamentarische Rat vorgestellt hat. Der Parlamentarische Rat hat sich damals vorgestellt, daß die Sache so ähnlich geregelt werden solle wie im Preußischen Staatsrat. Ich war zehn Jahre lang Präsident des Preußischen Staatsrates²³ und weiß, wie es damals war. Dann kommt nachher nochmals eine Beratung, die Anrufung des Vermittlungsausschusses und alle diese Sachen. Wir kommen also dem Bundesrat so weit entgegen, daß wir ihm, während die Herren Ministerpräsidenten Ferien haben, keine Gesetzentwürfe zuleiten, weil die 14 Tage, die jetzt für den sogenannten ersten Durchgang vorgesehen sind, ihre Ferienruhe stören würde. Und wenn hohe Feiertage wie Ostern, Pfingsten sind oder was sonst sein mag, nehmen wir auch Rücksicht, damit wir ihnen nicht unbequem werden mit dem Ablauf der Frist von 14 Tagen. Dann halten wir unsere Gesetzentwürfe zurück, obwohl sie fix und fertig vorliegen.

Nun komme ich zu dem Thema, das uns zum Schluß beschäftigt und worüber ich berichten muß, nämlich zum zweiten Fernsehen. Wir haben in diesem Raum im Juli eine Besprechung gehabt, an der sämtliche von der CDU/CSU geleiteten Länder vertreten waren. Zum größten Teil waren sie vertreten durch die Person ihrer Ministerpräsidenten. Zum Schluß der Verhandlung – es wäre mir sehr lieb, wenn die Herren Krone, Heck und Stücklen²⁴ auch ein Wort dazu sagen würden – habe ich dann auf Bitten von Herrn Krone jeden einzelnen Herrn gefragt: Sind Sie nun einverstanden? Und jeder einzelne hat mir erklärt: Ja! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir haben den Stenographischen Bericht darüber! Ich habe ihn bisher nicht veröffentlicht.²⁵ (*Zuruf*: Sollte man tun!) Die Sache ist nun eilig mit dem zweiten Fernsehen. Um auf die Wahl noch einen Einfluß ausüben zu können, muß es spätestens am 1. Januar anlaufen. Deswegen wollte ich den notariellen Termin zur Gründung der Gesellschaft und zur Übernahme der Anteile für den Bund und für die Länder möglichst bald festsetzen, weil jeder Tag wichtig ist, auch wegen der Fabrikation der Zusatzgeräte.

Die Herren haben mich dann gebeten, ich möchte den notariellen Termin einige Tage weiter hinausschieben, weil sie aus Gründen der Kollegialität die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten einladen würden, um ihnen das mitzuteilen, damit sie sich auch an der Gründung beteiligen könnten. Dem habe ich zugestimmt. Der Ministerpräsident von Bayern hat mir ausdrücklich gesagt: Am Mittwoch habe ich mein Kabinett zusammen, und am Freitag haben Sie die Erklärung von Bayern, daß es beitrifft.

23 Von 1921 bis 1933.

24 Richard Stücklen (geb. 1916), 1957–1966 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 664 Anm. 14.

25 Am 8. und 15. Juli 1960. Stenographisches Protokoll über die Besprechung am 15. Juli in ACDP VIII-001-298/3. Vgl. KÜPPERS S. 644–655; BAUSCH I S. 414, STEININGER S. 504f.; ZEHNER I S. 136 und S. 159f.

Am Freitag bekam ich zwei Briefe²⁶ von dem Sprecher der CDU-Ministerpräsidenten, dem Herrn Ministerpräsidenten Altmeier. In dem einen Brief stand, daß die Ministerpräsidenten eine Verschiebung des Termins haben wollten bis tief in den August hinein. In dem zweiten Schreiben waren 12 oder 13 funkelnagelneue Forderungen wieder aufgestellt bezüglich des Vertrages, den ich vorher sämtlichen Ministerpräsidenten zugeschickt habe. Ob Herr Altmeier diesen zweiten Brief mit Wissen und Zustimmung der anderen Ministerpräsidenten geschrieben hat, weiß ich nicht. Es gibt die eine Version; es gibt die andere Version. Jedenfalls kamen sie wieder mit diesen neuen Forderungen.

Und da habe ich gesagt, dann machen wir es so: Wir gründen, und die für die Länder bestimmten Anteile übernimmt Herr Schäffer – aber nicht als Treuhänder der Länder, das ist eine ganz dumme Entstellung –, weil zwei Personen notwendig sind, um eine GmbH zu gründen, und weil keiner der Ministerpräsidenten seine Zusage gibt. Sonst hätten wir nicht gründen können. Er übernimmt und hält sie zur Verfügung, einschließlich für die sozialistisch regierten Länder.

Das Weitere wissen Sie. Ich habe die Herren für gestern zu einer Besprechung mit mir eingeladen. Dieser Einladung sind von den CDU/CSU-Ministerpräsidenten nur gefolgt die Herren von Hassel und Röder.²⁷ Die anderen sind nicht gekommen. Das ist eine Brückierung auch des Bundeskanzlers, die unmöglich und unerhört ist. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Einem der hier anwesenden Herren habe ich wegen eines Artikels, den er in seiner Eigenschaft als Innenminister eines Landes und als Vorsitzender einer Rundfunkgesellschaft in den Zeitungen veröffentlicht hat und der eine schwere Beleidigung für mich enthält, geschrieben: „Durch diesen Satz“ – den ich angeführt habe – „fühle ich mich beleidigt.“ Nach acht Tagen habe ich die Antwort bekommen: „Bei dem Respekt, den ich vor Ihnen habe und vor Ihrer Arbeit ...“ – ich will es nicht weiter vorlesen – „würde ich es sehr bedauern, wenn Sie sich beleidigt fühlten.“ Dann kommt die ganze Geschichte nochmals mit den Rechten, die verletzt seien usw.²⁸ „Es wäre gut, es Rechtens zu machen ...“ usw. Nun frage ich Sie, wie wirkt das auf unser Ansehen in ganz Deutschland? (*Lebhafte Bewegung*. – *Zurufe*: Unerhört! – Sehr schlecht! – Das muß aufhören!) Das kann man nicht mehr Partei

26 Abschriften der Briefe Altmeiers an Adenauer vom 22. Juli 1960 in ACDP VIII-001-298/3. Vgl. auch das Kommuniqué der Ministerpräsidentenbesprechung vom selben Tag (ZEHNER I S. 34 und 41) und die Zusammenfassung des Schreibens von Altmeier an Adenauer (EBD. S. 136 und S. 160f.). Vgl. auch BAUSCH I S. 415f.; STEININGER S. 506 und KÜPPERS S. 650f.

27 Besprechung am 22. August 1960 (TERMINKALENDER). – Vgl. dazu Krone-Tagebuch vom 23. August 1960 (ACDP I-028-068/3); „Süddeutsche Zeitung“ vom 23. August 1960: „Fernsehgespräch bei Adenauer. Nur Hassel und Röder folgten der Einladung“.

28 Offener Brief von Dufhues in „Bonner Rundschau“ vom 6. August 1960: „Zum Fernsehstreit. In Zusammenhängen denken!“ Adenauer an Dufhues vom 8. August 1960 (StBKAH III.39).

nennen! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Und die Herren Ministerpräsidenten sind offenbar der Auffassung, daß sie Götter seien, die mit der Partei nichts mehr zu tun haben. Dabei sind die Landesparteien doch abhängig von den Erfolgen der Bundespartei. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Und wenn wir nicht siegen im Jahre 1961, dann will ich einmal sehen, wohin es mit Nordrhein-Westfalen geht. Von keinem Land – der Minister des Innern von Nordrhein-Westfalen ist hier, deswegen sage ich das – bekomme ich soviel Zuschriften von Wählern, die von einer absoluten Unzufriedenheit mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zeugen, von keinem Land! Ich habe nie solche Zuschriften bekommen. Aber die Herren tun so, als ob sie auf dem Olymp säßen. Aber sie sitzen auf einem verdammt niedrigen Sessel und nicht auf dem Olymp.

Deswegen bin ich in sehr ernster Sorge um unsere Partei. Wenn es uns nicht gelingt, das Ansehen unserer Partei in der Öffentlichkeit wiederherzustellen und zu dokumentieren, daß wir einig und geschlossen sind, dann weiß ich nicht, wie wir die Wahlen führen sollen, zunächst die Kommunalwahlen und später die Bundestagswahlen. Ich weiß es nicht.

Aber ich finde es geradezu unbeschreiblich – ich muß mich wirklich mäßigen, um nicht stärkere Ausdrücke zu gebrauchen –, wie unsere Ministerpräsidenten die Bundesregierung behandeln. Das ist eine unmögliche Situation! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Nun wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn die Herren, die bei den Verhandlungen zugegen waren – Krone, Höcherl und Stücklen – ein Wort darüber sprächen, wie die ganzen Dinge gelaufen sind.

Gerstenmaier: Besteht eine Möglichkeit, daß wir auch über die anderen Fragen sprechen? Sie haben einen weiten Bericht gegeben, und ich könnte mir vorstellen, daß hierzu die eine oder die andere Frage erlaubt sein soll, z.B. über das Gespräch im Schloß Rambouillet mit de Gaulle. Das sollte nicht unter den Tisch fallen.

Adenauer: Wir haben ja Zeit, aber wir wollen zunächst über die Fernsehfrage sprechen, weil sich das Bundeskabinett morgen damit beschäftigen und einen Beschluß fassen muß. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn wir diese Sache, die für die gesamte Öffentlichkeit von der größten Bedeutung ist, zu Ende brächten.

Krone: Ich habe zu denen gehört, die aus Überzeugung den Versuch gemacht haben, mit den Ländern in der Fernsehfrage eine Lösung zu finden. Ich habe das noch einmal auf dem Parteitag in Karlsruhe sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, obwohl die etwas strafferen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers über das Fernsehprogramm Nr. 2 auf dem Parteitag Beifall bekamen, während meine Ausführungen weniger Beifall erhielten. Ich habe trotzdem an dieser Linie festgehalten, und zwar mit den Ländern zusammen. Wenn aber die Ministerpräsidenten der Länder – wie mir gesagt worden ist – in dieser Sache nicht zu Hause sind, dann sollten sie sich nicht als die kompetenten Vertreter ihrer Länder hinstellen und für ihre Länder sprechen. Ich habe Herrn Ministerpräsident Altmeier in einer Besprechung – damals noch ohne den Bundeskanzler und Parteivorsitzenden –

in seinem Hause in der Schedestraße²⁹ gesagt: Ich verstehe Ihre Bemühungen, mit allen Ländern hinzukommen, auch mit den Sozialdemokraten, aber wenn Sie erkennen müssen, daß die Sozialdemokraten Sand in die Mühlen streuen und zu den sieben Jahren, die bereits mit vielen Beratungen angefüllt hinter uns liegen, noch das Jahr 1961 hinzufügen wollen, um bis zur Wahl das einseitige Monopol des Fernsehens Nr. 1 zu haben, sind Sie dann bereit, Herr Altmeier, mit Ihren CDU-Ministerpräsidentenkollegen mit uns zusammen den Weg für das zweite Fernsehprogramm zu gehen? Seine Antwort: Ja!

Ich kann also das, was der Herr Bundeskanzler über die beiden Sitzungen vom Juli hier gesagt hat, nur unterstreichen. Wenn ich das noch einmal betone, so deshalb, weil ich mich genauso enttäuscht fühle in meinen Bemühungen, mit den Ländern einen Weg zu finden. Ich muß sagen, daß es nicht mehr geht, wie es jetzt steht. Was soll man da sagen, wenn man von den Ministerpräsidenten hört: Jawohl, wir sind bereit, nicht nur in der Form einer GmbH, sondern auch hinsichtlich dessen, was in dem Vertrag stehen soll, mit dem Bund zusammenzugehen, und zwar bezüglich der Machtverteilung: 51 % und 49 %; Anteile über den Aufsichtsrat: fünf Länder, fünf Bund, fünf andere, wie Kirchen, Arbeitnehmer, Arbeitgeber usw. Man war also über alles das einig. Auf Drängen des Bundeskanzlers, schnell zu entscheiden, habe ich dann gesagt: Geben Sie den Herren nochmals acht Tage Zeit, damit sie diese Angelegenheit in ihren Kabinetten zur Sprache bringen und auch noch mit den Ministerpräsidenten der anderen Länder verhandeln können. Ich hatte vorher den Herrn Bundeskanzler gebeten, er möchte an alle die Frage stellen, ob wirklich jeder einzelne mit dem Vorgehen in dieser Form und diesem Inhalt einverstanden sei.

Und jeder einzelne der Herren, Herr Kiesinger, Herr Meyers ... (*Zuruf:* Herr Sträter³⁰!) Pardon! Herr Sträter, Herr Ehard³¹, (*Adenauer:* Auch Herr Altmeier!) ja, Herr Altmeier, sagte: Jawohl, mit Form und Inhalt einverstanden. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Also, wenn ich jemals geglaubt habe, das sei nun in Ordnung, dann war es hier. Die Bayern ließen in der Sitzung erklären: Wir geben Ihnen den Tag an, wo wir unterschreiben. Das war am Freitag. Ich will das weitere Ergebnis nicht mitteilen, das wissen Sie.

Und nun kommt hinzu: Der Kanzler lädt die Herren zum 20. August ein. Diese aber sagen: Nein, dann können wir nicht aus Urlaubsgründen. (*Adenauer:* Herr Altmeier hat gesagt, ich bin bis zum 20. August im Urlaub!) Dann sagte der Bundeskanzler: Gut, nehmen wir darauf Rücksicht und laden sie zum 22. August ein.

29 Besprechung am 4. Februar 1960 in der Vertretung von Rheinland-Pfalz. Vgl. dazu Krone-Tagebuch vom 4. Februar 1960 (ACDP I-028-068/3).

30 Dr. Hans Ehard (1887–1980), 1946–1954 und 1960–1962 Ministerpräsident von Bayern (CSU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 121 Anm. 29; Karl-Ulrich GELBERG: Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954. Düsseldorf 1992.

31 Dr. Artur Sträter (1902–1977), Rechtsanwalt; 1950–1970 MdL NW (CDU), 1958–1960 Minister für Finanzen und 1960–1962 für Bundesangelegenheiten, 1958–1966 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 531 Anm. 46.

Das war gestern. Bis dahin wollten sie nämlich alle wieder hier sein. Aber die Herren waren eben nicht da! Ich war auch im Urlaub³² und bin wieder hier; andere sind auch hier. Aber diese Herren sind in Lugano, in England und Gott weiß wo, aber nicht hier. Und dann werden sie wiederum eingeladen zum 23. August, für heute, aber sie sind nicht da. Wenn ich Sozialdemokrat wäre, ich würde daraus eine große Sache machen.

Daß jemand kommt, ist doch das mindeste an Respekt, was wir dem Bundeskanzler und Parteichef schulden, (*Zurufe*: Sehr richtig!) von den zehn Jahren ganz zu schweigen. Wir schulden es ihm, daß man wenigstens kommt und sagt: Wir machen es nicht. Nun, zwei Mann waren da. Es freut mich, daß die Herren von Hassel und Röder gekommen sind.

Ich bin der Meinung – das ist evident, und die Worte überlege ich mir –, das erste Fernsehen machen die Anstalten, die auf der Basis der Länder beruhen, allein. Da haben wir nichts zu sagen. Aber das zweite Fernsehen ist unter Ausklammerung aller Bedenken, die man vom Föderalistischen her haben könnte, wer nämlich wo zuständig ist, in einer privatrechtlichen Form zustande gekommen, über die die zuständigen Herren gesagt haben, damit sind alle verfassungsrechtlichen Bedenken behoben. Und hier war der Wunsch, daß neben dem Fernsehen Nr. 1, das die Anstalten betreiben, die auf den Ländern basieren, noch ein zweites Fernsehen geschaffen wird als Konkurrenz; denn Konkurrenz ist immer gut. Der Bund soll also mit dabei sein.

Nun bin ich aufgrund der Erfahrungen in den Jahren, in denen ich mitgearbeitet habe, heute der Meinung, es ist evident geworden, daß das zweite Fernsehen mit unserem Ministerpräsidenten nicht mehr durchführbar ist, so daß der Bund heute handeln muß. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich habe aber gestern in diesem kleinen Kreise vorgeschlagen: Auch dabei soll in der Formulierung noch die Tür für ein späteres Einlenken der Länder offenbleiben. In welcher Form, das muß überlegt werden. Das ist meine Meinung.

Höcherl: Herr Krone und ich empfinden es als besonderen Affront, daß wir in dieser Frage mit den Ländern nicht zu einer Einigung kommen konnten, obwohl wir uns in mühseligen und unangenehmen Verhandlungen immer wieder bemüht haben, einen Kompromiß zu erreichen im Interesse des gemeinsamen Klimas.³³ Wie die Dinge dargestellt worden sind vom Herrn Bundeskanzler und von Herrn Krone, ist eine spezifische Ergänzung kaum noch notwendig. Nur auf eines möchte ich noch hinweisen. Am 15. Juli, an dem die Abschlußverhandlungen waren, wurde folgendes erklärt: Wir als Ministerpräsidenten bzw. als Minister in Vertretung des Ministerpräsidenten möchten noch einmal unsere Kabinette fragen. Anfang der nächsten Woche sind diese Kabinettsitzungen, und dann werden wir uns am Freitag, dem 22. Juli, mit den übrigen Ministerpräsidenten der Länder treffen, wenn zu

32 Krone war mindestens bis zum 15. August 1960 in Urlaub.

33 Vgl. zu Inhalt und Überlieferung der Besprechung STEININGER S. 505; KÜPPERS S. 644f.

erkennen ist, daß keine Einigung zustande kommt. Wir hier an diesem Tisch sind uns einig.

Das ist ausdrücklich und positiv erklärt worden, so daß wir alle der Meinung waren, am Montag darauf kann unterschrieben werden. Es war der 25. Juli damals festgelegt worden. Ich darf noch ergänzen, die Frage, ob Ministerpräsident Altmeier berechtigt war, im Namen aller unserer Ministerpräsidenten eine Reihe von Bedingungen aufzunehmen, z.B. auch, daß ein drittes Fernsehen den Ländern bzw. den Anstalten zustehen sollte, kann nicht bejaht werden. Der bayerische Ministerpräsident hat mir vor wenigen Tagen noch einmal erklärt, er habe sich dieser Forderung niemals angeschlossen. Er war niemals damit einverstanden, daß diese Bedingungen in diesem Briefe Aufnahme finden. Die Verhandlungen waren ja abgeschlossen. Die meisten Herren waren weg. Der Brief wurde herausgegeben, ohne daß vorher eine Verständigung über den Inhalt des Briefes erzielt worden war. Nachdem diese Bedingungen beim Bundeskanzleramt eingelaufen waren, hat man am Montag die Beurkundung der bereits bekannten Verträge vorgenommen. Daraufhin haben sich in der Presse diese unangenehmen Schauspiele abgespielt.

Ich stehe mit dem Kollegen Krone nach wie vor auf dem Standpunkt, im Interesse der öffentlichen Meinung – die außerordentlich stark aufgeputscht wird, vor allen Dingen von den Anstalten, die ein Monopolrecht haben – sollten wir versuchen, trotz allem die Tür noch einen Spalt offenzulassen, in der Form, daß die Länder die Übernahme der Gesellschaftsanteile – also die vermögensrechtliche Seite – noch vollziehen können. Wegen der Organe, der Intendanten und des Aufsichtsrates ist eine Verzögerung nicht mehr möglich und nicht mehr vertretbar. Damit aber in der Öffentlichkeit nicht die Auffassung entsteht, wir hätten nur ein Theater und einen Umweg gemacht und diese Lösung doch haben wollen, sollten wir die Tür noch in der Form aufhalten und in der Satzung zum Ausdruck bringen, daß die Länder, wenn sie wollen, einen Gesellschaftsanteil erwerben können, oder auch in der Form, daß der Bund Gesellschaftsanteile aus diesem Bereich an die Länder abgeben kann. Wir sollten also die Tür nicht ganz zuschlagen. Ich habe den Eindruck, daß der Kern dieser ganzen Entwicklung etwas anderes ist.

Die Herren haben Angst vor ihren eigenen Anstalten. Das ist der Kern. Das wird umschrieben mit allen möglichen Dingen. Es ist niemals eine föderalistische Frage gewesen, weil wir in Bayern bei der letzten Intendantenwahl feststellen konnten, daß die Länder in ihren eigenen Anstalten gar nichts zu reden haben. Das ist der politische Tatbestand. Die technischen Schwierigkeiten wegen der Zusatzgeräte usw. müssen von uns in Kauf genommen werden.

Stücklen: Ich will zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers und denen der Herren Krone und Höcherl noch einige konkrete Episoden beisteuern. Daß die Auseinandersetzungen um das zweite Fernsehen sehr schwierig waren, war daraus zu erkennen, daß man sie auf der einen Seite zu einer Frage des Föderalismus und auf der anderen Seite zu einer Frage des Prestiges machte; in Wirklichkeit war es die Frage der Machtposition, des Monopolträgers für die Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Ich möchte aber sagen, daß sich diese Verhandlungen³⁴ – nicht nach einem siebenjährigen, sondern nach einem neunjährigen Krieg – am 8. Juli ihrem Ende näherten. An diesem Tage waren sämtliche Ministerpräsidenten damit einig, daß die Gründung einer Deutschland-Fernsehen-GmbH ins Leben gerufen werden sollte. Die Ministerpräsidenten der Länder – damals war auch Ministerpräsident Dr. Meyers dabei – waren damit einverstanden, daß Herr Heubl, der Staatssekretär der bayerischen Staatskanzlei, in ihrem Namen die endgültige Formulierung mit den Innenministern vornimmt. Diese endgültige Formulierung lag bei der Besprechung am 15. Juli im Kreise der Ministerpräsidenten unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers vor. Jeder einzelne Paragraph wurde vorgelesen, diskutiert, und Änderungswünsche wurden berücksichtigt. Der Bundeskanzler war der Meinung: Wenn wir nun einig sind über den Inhalt dieses Vertrages, dann steht nichts mehr im Wege, daß wir heute oder morgen zum Notar gehen und diesen Vertrag urkundlich festlegen.

Darauf haben die Ministerpräsidenten der Länder an dem Inhalt irgendwelche Aussetzungen nicht mehr gehabt, sondern lediglich am Procedere. Sie haben lediglich darum gebeten: Wir wollen das Gesicht gegenüber den SPD-Ministerpräsidenten wahren, und wir müssen unser eigenes Kabinett fragen. Nach einer halbstündigen Unterbrechung war man dann wieder sehr friedlich in diesem Raum zusammengekommen. Es ist interessant zu sehen – wie es hier steht –, was Herr Kiesinger gesagt hat, daß nämlich nun die Kabinette in der darauffolgenden Woche diesen Vertrag beraten und die SPD-Ministerpräsidenten für Freitag, den 22. Juli, eingeladen werden sollten, um zu unterschreiben. Und wenn sie nicht unterschrieben, was vorauszusehen war, dann – so haben die CDU-Ministerpräsidenten erklärt – werden wir diesen Vertrag unterzeichnen. Das steht wörtlich im Wortprotokoll, vom amtlichen Stenographen festgehalten. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Dieser Auffassung hat sich auch Herr Altmeier uneingeschränkt und in vollem Umfang angeschlossen. Er hat ausdrücklich gesagt: Wir können den SPD-Ministerpräsidenten nicht das Argument zuspieren, sie seien übergangen worden. Wir haben dann jede Form gewahrt, und wir können unterschreiben. Es war dann in Aussicht gestellt worden, daß der 25. Juli der Tag der Beurkundung dieses Vertrages sein solle.

Die Einladung zu der Ministerpräsidentenbesprechung wurde am gleichen Abend durch Fernschreiber des Bundespostministeriums herausgegeben.³⁵ Die Besprechung der Ministerpräsidenten fand statt. Ich habe verschiedene Versionen gehört, wie es dort zugegangen sein soll. Ich habe immerhin zwei gehört, die teilgenommen haben, die erklären, daß sie sich musterhaft benommen haben, ja heldenhaft, und daß sie sich dafür geschlagen haben, wozu sie in diesem Raum ihr Wort gegeben haben. Das Ergebnis ist aber, daß die sechs CDU-Ministerpräsidenten von den fünf SPD-Ministerpräsidenten überspielt worden sind und daß ein Brief³⁶ zustande kam,

34 Vgl. Anm. 25.

35 Vgl. KÜPPERS S. 649f.; STEININGER S. 505 und ZEHNER I S. 160.

36 Vgl. Anm. 26.

der genau das widerlegt, was die Ministerpräsidenten hier in diesem Raume wörtlich gesagt haben! Und das ist etwas sehr Beschämendes, ist etwas Ungeheuerliches! Und ich bin noch lange nicht so verdorben in der Politik, daß ich das einfach ohne Bewegung aufnehme! (*Bewegung. – Weber: Das dürfen Sie auch nicht!*) Es ist unerhört, wenn man in diesem Raum das Wort gibt und dann das Wort, ohne daß es zurückgegeben wird, einseitig bricht! Und das ist hier geschehen! (*Zurufe: Sehr richtig!*)

Es entstand die Frage, wer weiß überhaupt, wie die Entwicklung sein wird. Keiner weiß es. Und wer gibt dieser Bundesregierung das Recht, daß sie die Frequenzen für die kommenden Bundesregierungen und die kommenden Bundestage vertraglich einseitig vergibt? Dieses Recht hat auch diese Bundesregierung nicht; sie kann nur das vergeben, was vorhanden ist. Vorgeschlagen sind das erste und das zweite Programm, vielleicht das dritte Programm.

Das war also der Schlußakt: Entweder läßt sich der Bundeskanzler brüskieren, oder er zeigt nun, daß wir von der Bundesregierung und von der CDU aus in der Lage und willens sind, dieses Monopol der Rundfunkanstalten zu brechen und ein eigenes zweites Fernsehprogramm, unabhängig von den Rundfunkanstalten, auf die Beine zu stellen. Das war der Schlußakt, der in der Presse – die uns keinesfalls freundlich gesonnen ist – stark aufgebauscht worden ist.³⁷ Dieser Akt ist vom ersten Fernsehen in einer rührenden Weise kommentiert worden. Ich habe den Kommentar des Intendanten Bausch vom Südwestfunk³⁸, der Dinge fabriziert wie „Das Wohnungselend in Deutschland“ usw., gehört. (*Dufhues: Das war Herr Bischoff*³⁹!) Nun, ich will nur sagen, daß Herr Bausch in einer sehr pointierten Weise den Sachverhalt dargestellt hat. Wissen Sie, warum wir in der Presse nicht mit einer vollen Zustimmung abgeschnitten haben? Weil wir Rücksicht genommen haben auf unsere Ministerpräsidenten! Wenn das bekannt geworden wäre in der Öffentlichkeit, was sich vorher hier abgespielt hat, dann hätte wahrscheinlich die Öffentlichkeit einen anderen Schluß gezogen, wie es vielfach geschehen ist. (*Zurufe: Sehr richtig!*) Ich bin der Meinung, daß wir nun tatsächlich handeln müssen und daß der Bund die Verantwortung allein übernehmen muß. Ob man nach dem Vorschlag von Krone und Höcherl noch einen Spalt für die Länder offenläßt, ist eine Sache, die man überlegen kann. Sie dürfen mir nicht übelnehmen, daß ich den Glauben an die Zusicherung gewisser Leute einfach verloren habe.

Zum Abschluß muß ich sagen, daß die Situation ohnedies außerordentlich kritisch ist. Wir wissen, daß wir einen ganz neuen Frequenzbereich erschließen müssen. Das bedeutet, daß die Empfänger zum großen Teil umgestellt werden müssen, daß neue

37 Vgl. „Der Spiegel“ vom 10. August 1960 (Mit beschränkter Haftung); „Bonner Rundschau“ vom 27. Juli 1960 („Länder sind erbost über Fernsehlösung“).

38 Abgedruckt in BAUSCH I S. 418f.

39 Friedrich Bischoff (1896–1976), Schriftsteller; 1946–1965 Intendant des Südwestfunks Baden-Baden, 1951 Professor ehrenhalber.

Antennen beschafft werden müssen. Und alles dies kostet nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Durch die Verzögerungstaktik, die seit Jahren betrieben worden ist, sind wir nunmehr in einer nicht beneidenswerten Position. Die rechtliche Seite ist für uns eindeutig. Wir haben keine Angst, Herr Kollege Dufhues, vor irgendwelchen Prozessen oder Klagen, die geführt werden, ganz gleich wo. Wir müssen jetzt handeln! Jeder Tag und jede Woche Verzögerung bedeuten einen weiteren Verlust für unsere Bestrebungen.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es geht nicht nur um das Verhältnis des Bundes, sondern auch um das Verhältnis der Partei. Ich war mehrere Tage im Südwesten des Landes und habe diese Frage zu dem Fernsehen gestellt. Ich wage die Behauptung aufzustellen, daß von 100 Wählern der CDU nicht ein einziger diesen Streit versteht und nicht ein einziger der Bundesregierung das Recht bestreitet, so bald wie möglich einen eigenen Sender zu errichten. Ich gehe noch weiter und sage aufgrund der Diskussion, die ich geführt habe, ich habe den Eindruck, daß von 100 Wählern der Opposition 80 verstehen, daß die Bundesregierung das Recht hat, einen Sender zu errichten. Ich habe interessante Gespräche mit der Presse geführt, und zwar ohne die Öffentlichkeit. Außer einem einzigen Mann in dieser kleinen Pressekonferenz von 15 Leuten – einem Mann, der als sozialdemokratischer Journalist festgelegt ist – haben die 14 mit unmißverständlicher Deutlichkeit erklärt: Wir verstehen diese Diskussion überhaupt nicht. Warum handelt die Bundesregierung nicht? Es sind Leute, die Zeitungen angehören, die aus irgendwelchen Gründen ganz anders schreiben, vielleicht anders schreiben müssen.

Ich möchte jedenfalls das unterstreichen und unterstützen, was Herr Krone gesagt hat. Ich halte diesen Bundesvorstand für die berufene Instanz, um im Interesse der Partei eine Entscheidung zu treffen und damit der Bundesregierung die Ermächtigung zur Schaffung vollendeter Tatsachen zu geben. Wenn nämlich dieser Streit, diese makabre Auseinandersetzung in dieser Form weitergeht, dann brauchen wir Wahlvorbereitungen nicht zu treffen, dann haben wir jetzt schon die Wahl verloren, bevor wir überhaupt angefangen haben. Es ist peinlich zu sehen, mit welcher Ironie sich die Sozialdemokraten die Hände reiben. Sie sagen: Die fressen sich vorher schon auf.

Ich wiederhole: Unsere Wähler verstehen diese Diskussion überhaupt nicht mehr. Sie erwarten und verlangen, daß wir jetzt endlich aufhören mit den Verhandlungen. Herr Stücklen hat mit Recht von einem siebenjährigen Krieg gesprochen. Man weiß aber draußen nicht, wie lange wir verhandelt und wieviel Mühe wir uns gegeben haben. Ich will nicht mehr darüber reden, ob man vielleicht in einer Verhandlung etwas falsch gemacht hat. Jedenfalls war die Entscheidung gefallen in dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten. Sie haben gehört, daß diejenigen, die an diesem Gespräch teilgenommen haben, Ihnen das gleiche berichten. Dieser Bericht wird durch das Protokoll unterstrichen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen jetzt aus dieser Diskussion heraus, und zwar so rasch wie möglich, sonst verliert die Partei vor ihren eigenen Wählern das Gesicht. (*Lebhafter Beifall.*)

Röder: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist notwendig, hierzu etwas zu sagen. Sie werden mir einräumen, daß ich in dieser Diskussion etwas sagen muß auch zur Haltung der Ministerpräsidenten, die hier in sehr harten Formulierungen angegriffen worden sind.

Ich möchte zunächst davon ausgehen, daß die Ministerpräsidenten, soweit sie der CDU angehören, sich sicher nicht mit böser Absicht oder mit schlechtem Vorsatz in einen Gegensatz zu Ihnen bringen oder sich außerhalb der Ziele der CDU stellen möchten. Das möchte ich jedem meiner Kollegen von vornherein zugeben.

Die Entwicklung ist sehr unerfreulich geworden vom 15. Juli an, wie einige Freunde bereits ausgeführt haben. Es trifft in der Tat zu, daß wir hier in diesem Raum zusammen waren und daß jeder einzelne von uns auf die Frage, ob wir bereit seien, diesem Vertrag, nachdem er in allen Einzelheiten diskutiert worden war, zuzustimmen, gesagt haben, wir würden uns in unseren Kabinetten dafür einsetzen, daß die Unterschrift unter diesen Vertrag erfolgen könne. Wir haben darum gebeten, daß man uns diese Zeit läßt, um die Kabinette zu beteiligen. Das hielten wir für unerläßlich. Wir haben ferner darum gebeten, eine Geste gegenüber der SPD machen zu dürfen, und zwar wollten wir 14 Tage dazu haben, um auch zumindest der Form zu genügen und mit der SPD darüber zu sprechen. Der Herr Bundeskanzler hat sich nur nach sehr langem Sträuben dazu bereit gefunden.

Es trifft zu, daß Herr Krone seinen Einfluß dahingehend geltend gemacht hat, weil der Herr Bundeskanzler auf dem Standpunkt stand, wir sollten am 15. Juli zu einer Entscheidung in dieser Frage kommen. Das haben die Ministerpräsidenten nicht einräumen können aufgrund der Situation, in der sich jeder für seine Person in seinem Land befand.

Nun wird die Entwicklung in der Fortsetzung angreifbar; denn die Konsequenz wäre gewesen, daß jeder von uns in der darauffolgenden Woche seinen Ministerrat hätte zusammenrufen müssen, um das Wort, das am 15. Juli gegeben wurde, in dieser Ministerratssitzung einzulösen. Das hätte man erwarten können. Soweit ich unterrichtet bin, ist das in Schleswig-Holstein geschehen, nicht nur an der Saar. Ich habe meinen Ministerrat zusammengerufen und gegen die Stimmen der SPD einen Beschluß fassen lassen, daß ich diesem Abkommen beitreten kann unter zwei Auflagen, die irgendwie noch zu besprechen gewesen wären.

Am 22. Juli hat die Besprechung mit den SPD-Ministerpräsidenten stattgefunden, an der ich nicht teilnehmen konnte. Ich war vertreten in dieser Sitzung. Und hier ist ein Fehler gemacht worden. Da ist gar kein Zweifel. Hier mußten die CDU-Ministerpräsidenten bei ihrem Wort bleiben. Und wenn sie mit den SPD-Ministerpräsidenten nicht einig wurden, durften sie dem Bundeskanzler nicht schreiben, sie bäten um eine Fristverlängerung bis zum 15. August. (*Stücklen:* Darf ich konkretisieren! Sie haben geschrieben, daß sie die und die Forderung ...) Moment! Ich sage es! Sie haben eine Reihe von neuen Forderungen aufgestellt. Sie sagten, wir brauchen weiter Zeit bis zum 15. August. Nach meiner Auffassung aber hätte sie gereicht bis Ende Juli, um das gegebene Wort einzulösen. Dadurch aber, daß gesagt worden ist, wir wollen eine

weitere Frist bis zum 15. August haben, ist von seiten der Ministerpräsidenten ein Fehler gemacht worden.

Als der Bundeskanzler das Schreiben von Herrn Altmeier vom 22. Juli bekam, mußte er notwendigerweise enttäuscht sein aufgrund der Besprechung, die hier geführt worden ist. Die Reaktion, daß er unverzüglich den Vertrag mit Herrn Schäffer geschlossen hat⁴⁰, bedauere ich. Ich hätte es lieber gesehen, Herr Bundeskanzler, wenn Sie die Herren Ministerpräsidenten, die – nach ihrer Auffassung und auch an sich – objektiv von ihrer Zusage abgewichen sind, nun darauf aufmerksam gemacht und ihnen gesagt hätten: Meine Herren! Wir sind so verblieben, daß Sie bis Ende dieses Monats unterschreiben. Nun können Sie mir nicht einfach einen neuen Termin setzen bis zum 15. August. Das ist nicht korrekt. (*Adenauer*: Herr Röder! Sie übersehen den zweiten Brief⁴¹, in dem eine Hinausschiebung bis zum 15. Oktober verlangt wurde, und zwar ist er von Herrn Altmeier namens der Herren Ministerpräsidenten an mich gerichtet worden.) Den kenne ich nicht; aber auch das andere halte ich bereits [für] über das hinausgehend, was hier vereinbart worden war.

Nachdem nun dieser Tatbestand geschaffen worden ist, ist die Situation weiterhin verschlechtert worden. Ich habe gestern in der Vorbesprechung zu der heutigen Sitzung auch meinerseits die letzte Hoffnung aufgegeben, daß es noch möglich sei, zu einer Regelung in dieser Frage zu kommen, indem ein Abkommen zwischen dem Bund und den CDU-Ministerpräsidenten zustande kommt. Auch ich halte das heute nicht mehr für möglich, und ich muß es deshalb hinnehmen, wenn der Bund selbständig handelt. Ich kann zwar als Bundesratspräsident nicht sagen, daß das eine besonders günstige und schöne Lösung vom Standpunkt der Länder sei, aber da ich sie als politisch für unerlässlich halte, muß ich mich fügen.

Der jetzige Zustand, daß nämlich eine Differenz – auch in der Öffentlichkeit – zwischen der Bundesregierung und den CDU-Ländern, zwischen dem Bundesvorsitzenden und den CDU-Ministerpräsidenten als den Landesparteivorsitzenden, vorhanden ist, das ist ein völlig unmöglicher Zustand. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß der Bundeskanzler die Ministerpräsidenten einlädt, ohne daß die Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der Einladung Folge leisten. Ich bilde mir nichts darauf ein, daß Herr von Hassel und ich dieser Einladung gefolgt sind. Ich halte das für eine bare Selbstverständlichkeit. Ich werde auch meine Kollegen fragen, warum sie gestern nicht zusammengekommen sind. Wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt, dann sollte man sie innerhalb unseres Kreises im Bundesvorstand austragen und nicht in der Öffentlichkeit. (*Lebhafte Zustimmung*.) Das ist doch eine klare Notwendigkeit für unsere Partei.

40 Die Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages und der Satzung der „Deutschland-Fernsehen-GmbH“ durch Bundeskanzler Adenauer und Bundesjustizminister Schäffer erfolgte am 25. Juli 1960. Vgl. BAUSCH I S. 416f. und Abdruck der Dokumente in ZEHNER I S. 14–21.

41 Vgl. Anm. 26.

Nun haben Sie, Herr Bundeskanzler, sehr scharfe Kritik am Bundesrat geübt. Ich muß darauf hinweisen, daß ich nach der Übernahme meines Amtes als Bundesratspräsident bei Ihnen einen Besuch gemacht habe. Ich habe Ihnen gesagt: Ich werde bemüht sein, die Beziehungen zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat weitgehend zu normalisieren. Ich habe in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die CDU-Ministerpräsidenten in der Behandlung des Rundfunkgesetzes zusammengehalten haben. Dieses Gesetz ist im Bundesrat im Sinne der CDU verabschiedet worden gegen die SPD. Es gibt eine Reihe von anderen Beispielen, wo wir die Vorlage der Bundesregierung gegen den harten Widerstand der SPD im Bundesrat durchgezogen haben.

Nun bin ich dafür, aus diesem Zerwürfnis kein dauerndes Zerwürfnis zu machen, sondern wir sollten bestrebt sein, die Freundschaft in vollem Umfange wiederherzustellen. Dabei sollte man die positiven Dinge nicht ganz unberücksichtigt lassen. Es gibt Ansatzpunkte, auf die man sich einigen kann. Wir sollten alle bemüht sein – das werde ich auch meinen Kollegen sagen –, daß endlich die Diskussion in der Öffentlichkeit aufhört. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir müssen dafür sorgen, daß wir als Partei völlig einig und geschlossen sind; denn nur dadurch haben wir Aussicht, weiterhin in der Bundesrepublik die Politik zu machen, die wir von unserem Standpunkt aus für notwendig halten.

Adenauer: Herr Altmeier hat an mich in dem zweiten Brief geschrieben: Allerdings muß ich darauf hinweisen, daß bei allen Bundesländern – mit Ausnahme von Berlin – die Zustimmung der Landesparlamente zu der vorgesehenen Regelung erforderlich ist. Daraufhin haben wir ausgerechnet, das wird mindestens bis zum 15. Oktober dauern, vielleicht sogar noch länger. Dabei möchte ich noch feststellen, daß bei dieser Besprechung in diesem Raum, von der die Herren Stücklen, Krone und Höcherl gesprochen haben, von den Landesparlamenten überhaupt keine Rede gewesen ist. Aber es ist hier von Herrn Altmeier hineingebracht worden; ob mit Wissen der anderen Herren, weiß ich nicht. Wenn wir darauf eingegangen wären, dann wäre es wahrscheinlich Weihnachten geworden.

Dufhues: Mir kommt es nicht zu, zu der Haltung der Ministerpräsidenten in den vergangenen Monaten Stellung zu nehmen. Mir liegt ausschließlich daran, einen Beitrag zur Lösung dieses leidigen Fernsehstreites zu liefern, einen Beitrag, der die Möglichkeit gibt, ab 1. Januar nächsten Jahres das zweite Fernsehprogramm durch eine Einrichtung auszustrahlen, die auf der Bundesebene wirkt. Ich darf in Ihre Erinnerung rufen, daß ich zum Rundfunkstreit in diesem Kreis vor mehr als einem Jahr Stellung genommen habe. Ich habe damals als erster die Anregung gegeben, man möge diese Frage lösen durch ein Verwaltungsabkommen, um damit verfassungsrechtliche Schwierigkeiten auszuräumen, die sich notwendigerweise ergeben mußten bei der Regelung dieser Frage in einem Gesetz. Aber die Bürokratie einiger Ministerien hat entscheidenden Wert darauf gelegt, ein Gesetz zu erhalten. Ich habe diese Entwicklung stets bedauert, weil sie nur zu verfassungsrechtlichen und sonstigen Streitigkeiten führen konnte, aber nicht zu einer praktischen Lösung.

Der Herr Bundeskanzler wollte das zweite Fernsehen, andere wollten juristische Positionen. Ich habe die Sorge, daß nicht zuletzt darunter die Entwicklung im Fernsehstreit sehr gelitten hat. Nach dem, was in den letzten Monaten und Wochen geschehen ist im Hinblick auf die Haltung, die insbesondere die Bundesregierung in dieser Frage eingenommen hat, halte ich es im Interesse einer Bereinigung dieses Streites für notwendig, daß die Ordnung eines zweiten Fernsehens erfolgt auf der Grundlage der Konstruktion eines Verwaltungsabkommens, das ich vor mehr als einem Jahr vorgeschlagen habe, und auf der Grundlage der Errichtung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung; denn nur so werden wir aus den Schwierigkeiten herauskommen, ohne daß das Ansehen derer beeinträchtigt wird, die sich hinter diese Lösung gestellt haben.

Es bedarf m.E. nur gewisser, nicht sehr weitgehender Korrekturen, um für die Lösung, die hier vorgeschlagen wird, nicht nur die Zustimmung der CDU-Ministerpräsidenten, sondern auch die Zustimmung einsichtsvoller Ländervertreter – z.B. des Senatspräsidenten Kaisen – zu erhalten. Aber nicht darum geht es. Wenn sie nicht zustimmen, ist dieser Weg auch gangbar, den ich vorgeschlagen habe, aber wenn es zu erreichen wäre, dann wäre das doch ein Politikum ersten Ranges. (*Bewegung und Widerspruch.*) Meine Damen und Herren! (*Lücke: Es ist doch nicht zu erreichen.*) Entschuldigen Sie! Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich gewisse Probleme des Rundfunk- und Fernsehstreites kenne. (*Lücke: Sieben Jahre dauern schon diese Probleme! – Anhaltende Unruhe.*)

Meine Damen und Herren! Wenn wir auf der Grundlage verhandelt hätten, die ich vor eineinhalb Jahren vorgeschlagen habe – allerdings für den Bund sehr ungünstig –, dann wären wir viel weiter. Wir sind heute wieder bei der Form, die ich vor über einem Jahr vorgeschlagen habe. Wenn wir diesen Weg von vornherein gegangen wären, dann wäre es viel leichter gewesen.

Ich habe mit Herrn Stücklen eine Unterredung gehabt, ob es nicht so möglich wäre. Das Fernsehen ist ein sehr empfindliches Instrument. Man sollte das Instrument nicht dadurch abwerten, indem man versucht, Einseitigkeiten zur Geltung zu bringen. Ich weiß, wie Propagandavorbereitungen gemacht werden müssen, und es muß auch das zweite Fernsehen im Bewußtsein der Bevölkerung von sich in Anspruch nehmen können, eine unabhängige und objektive Vermittlerin von Nachrichten, Informationen und Kommentaren zu sein. (*Von Brentano: Was heißt denn hier „auch“? Das konzedere ich nicht! – Bewegung. – Lücke: Halten Sie die Sendung „Verwirrung im Quadrat“ für eine objektive Darstellung? Nein, ich schicke Ihnen das Telegramm, das der Landesvorsitzende dem Herrn Bischoff geschickt hat.⁴² Es war viel gröber als Ihres! Das war eine Sendung, die Herr Bischoff zu verantworten hat. Aber ich kenne*

42 Telegramm nicht zu ermitteln; zusammenfassende Hinweise in: Negative Stellungnahmen zur SWF-Fernsehsendung „Verwirrung im Quadrat?“. Baden-Baden, 4. Juli 1960 (Mitteilung des Südwestfunks Baden-Baden, HA Dokumentation/Archive vom 9. Juli 1991).

ein wenig von den Personalien. Glauben Sie, daß Herr Jahr⁴³ in der Gesellschaft Freies Fernsehen eine Persönlichkeit sein wird, auf die wir uns verlassen können? Ich möchte warnen vor personalen Entwicklungen, die sich dort tun, die uns einst bitter enttäuschen werden. Es ist für mich eine unvorstellbare Entwicklung, daß ein Mann, der eine sozialistische Illustrierte herausgegeben [hat] und jahrelang den „Spiegel“ vertritt, heute eine maßgebende Persönlichkeit in der Gesellschaft Freies Fernsehen ist. Aber darauf will ich jetzt nicht eingehen.

Ich möchte einen Beitrag liefern, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, eine Regelung zu treffen, die nach meiner Überzeugung die Zustimmung zumindestens der CDU-Ministerpräsidenten finden kann. Dabei gehe ich aus von den Entwürfen, die hier vorgelegt worden sind.⁴⁴ Im Artikel 1 würde ich eine Ergänzung vorschlagen. Er regelt die Errichtung der GmbH. Ich verlange von Herrn Stücklen, daß er oder die Bundesregierung den Ländern oder den Rundfunkanstalten der Länder heute konzediert, daß ihnen die Frequenzen für ein drittes Programm zugeteilt werden. Als Kompromiß schlage ich vor, daß die Vertragsschließenden, d.h. der Bund und die Länder, darüber verhandeln und diese Frage durch ein später zu schließendes Verwaltungsabkommen regeln. Damit sind alle Möglichkeiten offen. Damit ist zu erkennen gegeben, daß man nicht einseitig Rechtspositionen ausbaut, sondern zu einer Verständigung kommen will.

Gegen Artikel 2 habe ich keine Bedenken. Gegen Artikel 3 melde ich für meine Person keine Bedenken an. Er regelt die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Fernseh-GmbH. Er sieht vor, daß er aus 15 Mitgliedern besteht, fünf der Bundesregierung, fünf der Länder, fünf der katholischen Kirche und der evangelischen Kirche. Ich habe nur Bedenken, daß eine Ordnung des Rundfunks auch den sich verändernden politischen Verhältnissen Rechnung tragen muß. Ich wiederhole, was ich bereits gesagt habe: Ich möchte nicht, daß Herbert Wehner einmal ein Instrument in den Griff bekommt, das wir akzeptiert haben.

Ich bitte also alle Verantwortlichen, über diese Dinge nachzudenken, um zu einer Lösung zu kommen, die unabhängig uns eine hinreichende Objektivität dieses Programmes gewährleistet. Ich halte es für notwendig, daß in dem Verwaltungsabkommen die Höhe der Fernsehgebühren und der Rundfunkgebühren geregelt wird und daß auch geregelt wird die Aufteilung der Fernsehgebühren unter die Länder-Rundfunkanstalten und die Bundeseinrichtung. Ich habe keinen Einwand gegen die Aufteilung 50 % im ersten Jahr, 40 % im zweiten Jahr und 30 % in den nächsten Jahren.

43 In der Vorlage: Herr John. – John Jahr (1900–1991), Verleger; Mitinhaber des Verlags Gruner + Jahr. – Zur Beteiligung Jahrs an der Gesellschaft Freies Fernsehen vgl. BAUSCH 1 S. 425f.

44 „Entwurf eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Fernsehens“ und „Entwurf einer Satzung der Deutschland-Fernsehen-GmbH“. Druck in ZEHNER 2 S. 56–61.

Gegen die Regelung, die die Frage des kommerziellen Fernsehens gefunden hat, habe ich gewisse Bedenken. Nach den Erklärungen, die die Bundesregierung und die CDU-Fraktion abgegeben haben, sollte in dem Verwaltungsabkommen eindeutig die Kommerzialisierung des Fernsehens abgelehnt werden. (*Krone*: Ist sie das nicht?) Nein! (*Krone*: Das ist ein entscheidender Punkt!)

Wir haben es für die Fraktion auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe in aller Öffentlichkeit erklärt. Ich sehe in den bisher gefundenen Formulierungen keine Garantien dafür, daß wir nicht zu einem kommerziellen Fernsehen auf der Grundlage der hier getroffenen Einrichtung kommen. Es ist eindeutig gesagt worden, daß die Ausstrahlung des Programms einschließlich des Programms, das zur Werbung gehört, unter der Verantwortung der neu zu errichtenden GmbH zu erfolgen hat. Aber, meine Damen und Herren, die Verantwortung kann man so oder auch so wahrnehmen. Aus der Praxis weiß ich, daß es entscheidend darauf ankommt, wie das Verhältnis dieser GmbH zur Freien Fernseh GmbH und zu anderen Programmlieferern gestaltet wird. Wenn alle Einnahmen aus dem Werbefernsehen der durch dieses Verwaltungsabkommen zu errichtenden GmbH zufließen, dann ist das Bedenken ausgeräumt, von dem wir gesprochen haben. Das ist aber nach den bisher vorgesehenen Regelungen nicht eindeutig festgelegt. (*Krone*: Sie betonen „eindeutig“!) Ich suche nach einem Kompromiß! Es ist ein Versuch in letzter Minute, eine verfahrenre Situation zu retten. Man sollte diese Dinge klar und eindeutig formulieren. Ich bin bereit, Ihnen diese Formulierung zu geben.

Das sind die Fragen, die ich beizutragen habe. Dabei bitte ich um Verständnis, daß ich auf die Ordnung und Regelung des kommerziellen Fernsehens entscheidendes Gewicht lege. Aus den Erfahrungen Englands und Amerikas wissen wir, daß die Werbung über das Fernsehen zunehmende Bedeutung gewinnt. Der Werbeetat des Deutschen Industrie- und Handelstages in der Bundesrepublik beträgt gegenwärtig 1,8 Milliarden. Er wird sich in kurzer Zeit auf zwei Milliarden belaufen. Nach den Erfahrungen in Amerika und England fließt die Hälfte des Werbeaufwandes bereits jetzt dem Werbefernsehen zu. Damit werden Mittel in Höhe bis zu einer Milliarde zur Verfügung gestellt.

Ich meine also, daß wir diese Frage auch unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten sehen sollten, welche Gefahren hier möglich sind. Wir müssen diese gesellschaftspolitischen Gesichtspunkte für die Zukunft entscheidend beleuchten. Ich bin bereit, Ihnen, Herr Bundeskanzler, auf der Grundlage der von den Kabinetten der CDU-Ministerpräsidenten gebilligten Entwürfe heute oder morgen den Vorschlag zuzuleiten. Ich weiß aber nicht, ob Sie sich dazu entscheiden können, mit den Ministerpräsidenten über diese Verträge zu verhandeln. Ich bitte aber zu erwägen, wenn Sie diesen Vertrag in Kraft setzen, ob Sie nicht den Gesichtspunkten Rechnung tragen wollen, die ich versucht habe, hier in wenigen Worten anzudeuten.

Adenauer: Herrn Dufhues möchte ich mit einem Satz antworten: Dieses Kind – kein Engel ist so rein! Weiter möchte ich nichts dazu sagen. Nun die sachlichen Gründe, damit Sie die Notwendigkeit erkennen, warum wir jetzt handeln müssen!

Diese Zusatzgeräte müssen alle neu hergestellt werden. Die Produktion ist im Gange. Die Produktion hört aber in dem Augenblick auf, in dem die Industrie irgendeine Sorge bekommt, daß dieses zweite Fernsehen nicht kommen werde. Und das ist es doch, was die Sozialdemokraten wollen. Das wollen sie. Und daher möchte ich auch dem ersten Vorsitzenden der Rundfunkgesellschaft West sagen: Die Sozialdemokraten beherrschen Ihren Rundfunk, nicht Sie! (*Lebhafte Zurufe*: Sehr wahr! – Sehr richtig! – *Dufhues*: Warum engagieren Sie Leute des Westdeutschen Rundfunks weg?)

Die wenigen, die noch anständig sind, gehen weg. Damit Sie die Zahlen kennenlernen, sage ich: Wenn der Herr Kollege Erhard sich der Sache persönlich annimmt bei den Elektrizitätswerken – und darum möchte ich ihn sehr herzlich bitten – wegen der Zusatzgeräte, dann haben wir am 1. Januar 1961 500.000 und am 30. Juni 1961 1,6 Millionen Zusatzgeräte. Die Sozialdemokraten haben mit ihrer Verzögerungstaktik die ganze Sache schon so weit geführt, daß wir es nur mit Mühe und Not – und jeder Tag ist von der größten Bedeutung – fertigbekommen, daß dieses Fernsehen im Wahlkampf überhaupt noch eine Rolle spielen wird. Die Belehrungen von Herrn Dufhues über die Einnahmen aus dem Reklame-Fernsehen brauche ich nicht, aber ich wünsche, daß das Fernsehen im Wahlkampf als ein Propagandamittel für uns bereitsteht und nicht nur für die SPD! (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Auf die anderen Sachen jetzt zu antworten, hat keinen Zweck. Ich bitte die Herren, die sich zum Wort gemeldet haben, ihre Ausführungen nicht zu weit auszudehnen, weil wir noch über andere wichtige Fragen – da hat Herr Gerstenmaier völlig recht – sprechen wollen.

Was die Verfassungen und das Grundgesetz angeht, so wird z.Z. bei uns geprüft, wie es eigentlich mit den Kompetenzen des Rundfunks steht. Das ist eine sehr ernste Prüfung, die wahrscheinlich Überraschungen bringen wird, weil man uns entgegenhält – und das war ja eines der Hauptargumente –, wir könnten kein zweites Fernsehen machen, weil die Länder die Kulturhoheit hätten. Ich meine – es ist etwas komisch, was ich jetzt sage, aber ich muß es Ihnen sagen –, der Bund könnte auch, wenn er das Geld hätte, ein, zwei oder drei Orchester zusammenstellen und in die Länder schicken, um dort Sinfonien von Beethoven, Haydn und Mozart spielen zu lassen. Ich glaube nicht, daß damit die Kulturhoheit der Länder verletzt wäre. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Das kann jeder Privatmann auch machen. Aber wenn wir Musik senden oder Opern über das Fernsehen vermitteln, dann ist das eine Verletzung der Kulturhoheit! (*Dufhues*: Es geht um die Ordnung, nicht um das Betreiben! – *Unruhe*.) Jeder Privatmann kann das ungeniert tun.

Und nun möchte ich Ihnen sagen, wie diese Kulturhoheit der Länder überhaupt in das Grundgesetz hineingekommen ist. Daran war ich sehr wesentlich beteiligt, und ich weiß daher genau die Gründe des Gesetzgebers. Wir konnten damals in keiner Weise damit rechnen, daß wir – die CDU – die erste Bundesregierung stellen würden. Vergessen Sie nicht, wie es damals aussah. Die Sozialdemokratie war eine alte und festorganisierte Partei und wurde von allen Besatzungsmächten gepflegt. Wir wurden von den Besatzungsbehörden mißachtet. Wir waren neu als CDU, und wir hatten

keine Organisation. Wir hatten auch nicht die Gewerkschaften hinter uns. Und nun fürchteten wir, daß dann, wenn eine sozialdemokratische Bundesregierung käme, sie auf dem Gebiete der Beziehungen des Bundes zu den Kirchen und Schulen Gesetze nach ihrem Geschmack einführen würde.

Wir sagten uns: Wir werden aber mit der CDU/CSU in einigen Ländern die Mehrheit bekommen, und dann können wir dort in diesen Ländern die Schulen nach unserer Auffassung regeln. Das war der Grund – Herr von Brentano war auch im Parlamentarischen Rat, er wird es mir bezeugen können –, (*Weber*: Ich auch!) warum wir den Ländern die Kulturhoheit zugesprochen haben; aber kein Mensch hat damals an so etwas gedacht, wie es nun heute geworden ist. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Blumenfeld: Ich möchte nicht wiederholen, was bereits gesagt worden ist, sondern nur zwei Feststellungen treffen:

1. Es ist unbestritten, daß der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung ein zweites Fernsehprogramm so schnell wie möglich haben möchte. Dabei ist es an sich ziemlich gleichgültig für sie, wer die Träger sind. Sie wünschen nur, daß es gemacht wird. Insofern hat die Aktion des Herrn Bundeskanzlers den Beifall des größten Teiles der Bevölkerung und damit der Wählerschaft.

2. Die Bundesregierung muß das Recht haben, ihre Politik nicht nur in der Gesamtschau, sondern auch in den Einzelheiten vor der Wählerschaft und vor der Bevölkerung auszubreiten und zu vertreten. Das bedeutet insbesondere bei dem Ost-West-Konflikt, daß wir auch unsere Außenpolitik im Fernsehen vertreten, was bisher in den sieben Jahren, seitdem es ein Fernsehen gibt, in kaum einem einzigen Falle konkret gemacht worden ist. Ich habe es als sehr bitter empfunden, insbesondere in den letzten zwölf Monaten, daß die Rundfunk- und Fernsehanstalten hier absolut gepaßt und kein politisches Verständnis aufgebracht haben. Aber die Bundesregierung hatte keinerlei Möglichkeit dazu, etwas zu unternehmen.

Aus dieser gesamtpolitischen Haltung und Schau heraus ist ein zweites Fernsehprogramm spätestens bis zum 1. Januar 1961 einzuführen. Es ist gesagt worden, wir haben keine Zeit zu verlieren. Aufgrund von Gesprächen mit der Elektroindustrie in Hamburg kann ich nur das unterstreichen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Wenn nicht die Unsicherheit genommen wird, dann werden die Zusatzgeräte bis zum 1. Januar nicht fertig.

Ich bin glücklich darüber, Herr Krone, daß Sie gestern den Vorschlag gemacht haben, nunmehr möge die Bundesregierung die Deutschland-Fernsehen-GmbH auch ohne die Beteiligung der Länder durch ihre Organe aktionsfähig machen.⁴⁵ Ich glaube auch nicht mehr daran, daß es noch möglich ist, die Länder – zumal es sich nicht nur um die CDU-Länder handelt – in eine geschlossene Einheit dazu zu bringen. Ich

45 FAZ vom 23. August 1960 („Ministerpräsident von Hassel hat noch nicht unterschrieben“): „Nach Verlassen des Bundeskanzleramtes erklärte Krone vor Journalisten: ‚Eines steht fest, das zweite Fernsehprogramm kommt zum 1. Januar nächsten Jahres. Dafür wird der Bund sorgen.‘“

halte es auch nicht für notwendig. Notwendig ist aber, daß am 1. Januar 1961 das zweite Programm gut anläuft. (*Zimmer*: Das ist gut!)

Ich möchte davor warnen, allzu große Objektivität anzuwenden, sondern es kommt darauf an, daß wir erstklassige Kräfte haben. In einem Punkt möchte ich aus politischen und taktischen Erwägungen heraus einen Kompromiß unterstützen, den ich aus Ihren Darlegungen herausgehört habe. Ich bin der Meinung, daß der Bundesvorstand, wenn er diesen Beschluß nachhaltig unterstützt, den das Kabinett morgen fassen soll, gleichzeitig sagt: Wir geben zu erwägen, daß Bund und Länder hinsichtlich einer regionalen Ausstrahlung eines dritten Programmes in absehbarer Zeit, wenn die technischen Möglichkeiten vorhanden sind, in Verhandlungen eintreten. Mehr als zwei Programme, die über die gesamte Bundesrepublik ausgestrahlt werden, scheinen mir nicht möglich zu sein. Aber das kulturelle Bedürfnis der Länder könnte in einem Regionalprogramm ausgiebig berücksichtigt werden. Auf diese Weise könnten wir den sozialdemokratischen Propagandafanfaren, die aus den Ländern kommen, sehr geschickt entgegentreten.

Ich habe mir erlaubt, nachdem der SPD-Senat von Hamburg wieder einmal eine Verfassungsklage in Karlsruhe eingereicht hat⁴⁶, dagegen sofort in der Presse aufzutreten. Ich habe davon gesprochen, daß Hamburg sicherlich wieder dabei ist, ein weiteres Selbsttor in Karlsruhe zu schießen. Ich hoffe, daß ich recht behalten werde.

Aber selbst wenn ich nicht recht behalte, so bleibt es einem Politiker unbenommen, auch einmal unrecht gehabt zu haben. In politischer Hinsicht werden wir auf alle Fälle recht behalten.

Ich darf eine Bitte anführen. Sind Sie vertragliche Pflichten und Rechte zwischen der Bundespost und den Rundfunkanstalten eingegangen, die unter Umständen die Möglichkeit der Klage bei den Verwaltungsgerichten geben oder sie möglich machen, daß durch eine einstweilige Verfügung eine Ausstrahlung des zweiten Fernsehprogrammes untersagt werden kann? Das ist noch nicht erörtert worden. (*Adenauer*: Ich habe Sie nicht verstanden!) Ich habe gefragt, existieren noch Verträge zwischen der Bundespost und den Rundfunkanstalten, die seit Jahren laufen, über die Technik, die Frequenzen usw.?

Adenauer: Das sind doch keine Monopolverträge!

Dufhues: Im Jahre 1949 hat die Bundespost mit dem NWDR einen Vertrag abgeschlossen⁴⁷, nach dem ausschließlich dem NWDR das Ausstrahlungsrecht eingeräumt worden ist. Diese Regelung ist unstrittig. Streitig ist lediglich, ob der Vertrag noch in Kraft ist. Die Bundespost ist der Meinung, daß mit Rücksicht auf die Liquidationsgesetze der Vertrag nicht mehr gilt. Die Rundfunkanstalten sind der Meinung, daß ein solches Argument nicht überzeugen kann.

46 Klageschrift vom 19. August 1960 in ZEHNER I S. 3–14. Vgl. auch BAUSCH I S. 421 und STEININGER S. 511.

47 Vertragstext (Auszüge) in BAUSCH I S. 39–41. Zur Auflösung des NWDR vgl. EBD. S. 204–234.

Adenauer: Sie wissen ganz genau, daß in dem Vertrag steht, daß die beiden neuen Sender nicht Rechtsnachfolger vom Nordwestdeutschen Rundfunk sind. (*Dufhues:* Daneben gibt es eine Meinung, daß dies bestritten ist!) Ich bitte Sie dringend, lassen wir uns jetzt nicht mit diesen Einzelheiten beschäftigen! Es ist nur eine Frage, und die muß entschieden werden von diesem Bundesvorstand: Ist der Parteivorstand damit einverstanden, daß wir sofort handeln, damit das zweite Fernsehen kommt? Alles andere wird sich finden.

Stücklen: Ich bestreite, daß der damalige Bundespostminister das Recht gehabt hat, einen solchen Vertrag abzuschließen. Dieser Vertrag hat nie eine Rechtsbasis gehabt. Der Vertrag ist abgeschlossen worden mit dem Nordwestdeutschen Rundfunk. Der Nordwestdeutsche Rundfunk hat sich aufgelöst in einen Norddeutschen Rundfunk und einen Westdeutschen Rundfunk. Im § 2 des Liquidationsgesetzes steht: Eine allgemeine Rechtsnachfolge findet nicht statt.

Es gibt auch ein Verwaltungsgerichtsurteil, das feststellt, daß die Westdeutsche und die Norddeutsche Rundfunkanstalt nicht Rechtsnachfolger des Nordwestdeutschen Rundfunks sind. Also, hier liegt eine gerichtliche Entscheidung bereits vor. Sie brauchen daher keinerlei Bedenken zu haben.

Genau so hat der Staatsvertrag zwischen Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen kein Fünkchen Rechtsgrundlage. Weder Herr von Hassel noch Herr Brauer noch Herr Kopf kann etwas vergeben, was er nie besessen hat, nämlich die Funkhoheit, die ausschließlich dem Bund zugestanden wird. Auch im Grundgesetz ist etwas Gegensätzliches nicht aufgeführt.

Krone: Es ist notwendig, noch einmal auf den Punkt einzugehen, der in der öffentlichen Diskussion und nun durch den Kollegen Dufhues angeschnitten worden ist mit dem Wort „kommerzielles Fernsehen“. Ich will jetzt nicht darauf eingehen, was die einzelnen darunter verstehen. Ich halte fest, was in Karlsruhe gesagt worden ist: Wir wollen keinen Fernsehapparat, in dem das Geld das Programm bestimmt. Und das ist in dem mit den Ministerpräsidenten verhandelten Vertrag realisiert worden, so daß sie gesagt haben: Wir sind auch in diesem Punkt einverstanden.

Am 14. Juli – also einen Tag vor dem 15. Juli – haben über diesen Punkt Verhandlungen zwischen den Prälaten Kunst⁴⁸ und Wissing⁴⁹ und einem Vertreter des Bundeskanzleramtes stattgefunden, wobei dieser Punkt in der Sache von beiden Seiten als genügend und hinreichend bejaht worden ist. Wenn ich am Tage darauf festgestellt habe, daß die Kirchen einverstanden seien, dann habe ich das insofern falsch gesagt, als ja Herr Wissing und Herr Kunst nicht die Kirchen sind; denn die Kirche ist für die Katholiken der Episkopat, und für die Evangelischen ist es

48 D. Dr. DD. Hermann Kunst (geb. 1907), evangelischer Theologe; 1949–1977 Bevollmächtigter der EKD am Sitz der Bundesregierung, 1956–1972 Militärbischof.

49 Wilhelm Wissing (geb. 1916), katholischer Theologe; 1959 Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Bonn, seit 1970 Präsident des internationalen katholischen Missionswerkes „Missio“.

die Synode. Insofern habe ich etwas Falsches damals gesagt. (*Gerstenmaier*: Die evangelische Kirche hat keine Kompetenz darüber. Ich bin aber ganz Ihrer Meinung!) Ich wollte hier festhalten: Zwischen den Herren Wissing, Kunst und Mercker⁵⁰ ist in der Sache Einigkeit gewesen. Und das ist im Vertrag nachher festgelegt worden. Insofern sind die beiden Kirchen bei der Bundesregierung in der Sache mit uns einig gewesen. Das möchte ich feststellen.

Das Freie Fernsehen bestimmt nicht das Programm, sondern die Deutschland-Fernsehen-GmbH. Und wenn das noch nicht genügt, was hier festgelegt worden ist, dann sage ich, wir werden uns auch über das Personal unterhalten. Die Gespräche, die darüber geführt worden sind, sollten auch dem skeptischsten Vertreter, Herr Dufhues, im Bereiche der Kirche sagen, es wird alle dem, was man verlangen kann, hundertprozentig Genüge getan. Dieselbe Sonde, die man von verschiedener Seite uns anlegt – wobei man in einem Falle noch nicht einmal dem Vertreter der Fraktion das Recht gibt, im Informationsdienst seine Meinung zu sagen –, sollte man aber auch vom Sittlichen her an das erste Fernsehen anlegen. Und Herr Jahr ist einer von hundert anderen! Und zu den anderen gehören die Herren von der „Rheinischen Post“ und von den „Ruhr-Nachrichten“. Ich bitte Sie also, im Kampf gegen uns das Argument, hier sei etwas gemacht worden, was sittlich nicht einwandfrei sei, aus dem Spiele zu lassen.

Von Hassel: Mein Kollege Röder hat bereits einige Ausführungen gemacht. Ich muß noch etwas hinzufügen, wobei – gleichsam wie ein Alibi über meine eigene Auffassung zu diesen Dingen – genügend Herren hier sind, die meine Mitwirkung in diesen Jahren verfolgt haben. Ich habe allen Anlaß, noch einmal zu unterstreichen, was der Herr Bundeskanzler über die politische Bedeutung gesagt hat. Wir hatten gestern ein siebenstündiges Gespräch. Wir haben uns vom Wahlvorbereitungsausschuß sehr umfassende Unterlagen und Untersuchungsergebnisse zusammenstellen lassen. Bei der Meinungsbildung im Bundesgebiet spielt das Medium „Fernsehen“ eine unerhört wichtige Rolle, was wir Ihnen an Dutzenden, ich möchte fast sagen an Hunderten von Seiten der uns zugeleiteten Unterlagen im einzelnen darlegen können. Deshalb gibt es keinen Zweifel darüber, daß die Fragen rechtlicher Art – das Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern, die föderative Grundordnung und ähnliche Dinge – heute einfach zurückstehen müssen, wenn wir uns nicht – ich darf es ganz grob sagen – bis zum Jahre 1961 total auseinandermanövrieren wollen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Da ich

50 Dr. Reinhold Mercker (geb. 1903), Jurist, Staatssekretär; 1956–1966 Bundeskanzleramt, zuletzt als Ministerialdirektor, 1966–1967 Staatssekretär im Bundesministerium für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates, 1967–1968 Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. – Aus den Akten Merckers lassen sich nur Besprechungen am 24. Juli 1960 nachweisen: „In Besprechungen, die ich gestern mit Herrn Prälaten Wissing und Herrn Bischof Kunst hatte, ist volles Einvernehmen über die Fassung der GmbH-Satzung hergestellt worden.“ Aktenvermerk Merckers für Adenauer vom 25. Juli 1960 in ACDP I-274-002/1.

gegenwärtig im Wahlkampfgrremium die Dinge vorbereitet habe, muß ich hier diese offenen Worte sprechen.

Lieber Freund Dufhues! Ein Wort zu Ihren Darlegungen! Sie sagen, Sie hätten vor eineinhalb Jahren Vorschläge dieser Art gemacht. (*Dufhues*: Ich habe nur gesagt, daß ich vorgeschlagen habe, dieses Problem durch ein Verwaltungsabkommen zu regeln, um den staatlichen und verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten zu begegnen.) Im Juni 1959 war in Kiel die Konferenz der Ministerpräsidenten⁵¹, die sich mit dieser Frage beschäftigte. Die Ministerpräsidenten – federführend wie heute war Herr Altmeier – haben Sie zusammen mit dem Kollegen Ehard als dem Vorsitzenden des Bayerischen Rundfunkrates und den Herren von der SPD eingeladen. Und diese haben alle versucht, den Ministerpräsidenten die Bedeutung der Rundfunkanstalten zu vermitteln. Es waren Formulierungen, die für die Beratungen der Ministerpräsidenten nicht einfach gewesen sind. Damals haben Sie – das kann ich nur bestätigen – geradezu mit einer Leidenschaft die Länderanstalten vertreten.

Herr Blumenfeld hat gesagt, es müsse sichergestellt werden in diesem Vertrag, daß nicht eines Tages Herr Wehner diesen Apparat in die Hand bekommt. Ich darf in diesem Zusammenhang an die Sitzung vor Weihnachten 1958 hier beim Bundeskanzler erinnern. Da saß ich neben dem Senator Klein von Berlin und habe ihm gesagt: Wenn einer von Ihnen, Herr Klein, auf diesem Stuhl sitzt, dann werden Sie als erstes einen Bundesrundfunk und ein Bundesfernsehen machen. Herr Klein antwortete: Das ist doch klar! Ich habe ihm gesagt: Damit haben Sie die Auffassung der SPD spontan bewiesen. Als ich vor sechs Jahren Ministerpräsident wurde, habe ich einen dicken Vorgang von meinem Vorgänger Friedrich Wilhelm Lübke⁵² über die Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern auf diesem Gebiet übernommen. Ich habe mir dann die Mühe gemacht, weiterzugehen. Mein Kollege Röder wird bestätigen, daß ich unter seinem Vorsitz im Bundesrat in der Vorbesprechung beantragt habe, die anderen Länderchefs möchten bei der Anrufung des Vermittlungsausschusses beim Rundfunkgesetz mitmachen. Ich habe erklärt, die Freundschaft zu meinen CDU-Freunden veranlaßt mich, darum zu bitten, hier doch mitzumachen. Das war aber das Letzte.

Ich habe jetzt keine Lust mehr. Ich habe Verständnis dafür, wenn dem Herrn Bundeskanzler nunmehr der Kragen geplatzt ist. Ich bin leider nicht in der Lage, zu unterschreiben, weil ich durch ein Landesgesetz verhindert bin. (*Stücklen*: Das jeder Rechtsgrundlage entbehrt! – *Unruhe und Bewegung*.) Wir haben gestern gesagt: Macht jetzt diese GmbH allein, damit der Bund beginnen kann.

Lieber Freund Dufhues! Sie sind nicht nur der Landesvorsitzende eines der größten Länder, (*Weber*: Des größten!) sondern auch der starke Mann im Westdeutschen Rundfunk. Wir sind uns aber darüber einig, daß wir die Wahl nur gewinnen können,

51 Am 19. und 20. Juni 1959. Vgl. BAUSCH 1 S. 394.

52 Vgl. Nr. 7 Anm. 119.

wenn wir endlich aufhören, jeder mit eigenen Erklärungen draußen zu wirken! (*Starker Beifall.*) Deshalb habe ich die große Bitte, lieber Freund Dufhues, daß gerade Sie sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß nunmehr die Unsicherheit, Ungewißheit und Unruhe, die draußen herrschen, endlich verschwinden und das Gelächter über die CDU aufhört! (*Lebhafter Beifall.*)

Gerstenmaier: Was Herr von Hassel gesagt hat, unterstütze ich. Es gibt Leute, die sachlich mit dem Rundfunk zu tun haben, und denen möchte ich, Herr Dufhues, sagen: Der Rundfunk ist in wesentlichen Teilen eine verlorene Insuffizienz, und es ist in der Tat eine Schande, was die Deutsche Welle verbreitet. Wir werden von unseren eigenen deutschen Leuten für völlig insuffizient gehalten, und sie fühlen sich im Stich gelassen. Die Leute fragen uns: Eine Bundesregierung habt Ihr! Man hört nie etwas davon. Statt dessen bringt Ihr politischen Krach! (*Dufhues:* Die unter der Aufsicht von Vertretern des Bundes steht!) Herr Dufhues! Unser Einfluß in diesen Organen ist einfach null. Diese Mittel sind unzureichend. Ich muß das mit Nachdruck und Leidenschaft sagen. Das muß unbedingt anders werden. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Wir brauchen viel mehr Kompetenzen auf diesem Gebiet. Und nun frage ich Sie: Wollen Sie und die Länder mit ihrem Streit die verfassungsmäßigen Kompetenzen des Bundes weiter einschränken oder deren Wahrnehmung unmöglich machen? Diese Geschichte zwischen uns hat sich allmählich in Tat und Wahrheit zu einem Verfassungskonflikt erster Ordnung ausgewirkt. Und wer profitiert davon? Ganz sicher die Sozialdemokraten! (*Zuruf:* Und Pankow!) Lassen Sie die Sozialdemokraten im Jahre 1961 wieder einmal die Wahl verlieren. Was werden sie tun? Sie werden den von der CDU ausgebreiteten Verfassungskonflikt ausnützen in einer rücksichtslosen Weise und die Fundamente des Staates angreifen gegen die regierende Macht. Und das ist doch unmöglich, was da allmählich geschieht! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Man muß doch in Größenordnungen denken. Ich habe gewisses Verständnis, Herr Dufhues, für die geltend gemachten Gesichtspunkte, aber ich bin nicht gefragt worden, bevor ich nach Afrika gereist bin⁵³. Wissen Sie, daß man in England von seiten der Kirche ausgezeichnete Erfahrungen mit diesem privaten Fernsehen gemacht hat? (*Dufhues:* Kennen Sie die Ergebnisse, die vor vier Wochen gekommen sind?) Nein! Der Rundfunkbeauftragte der Kirche von England hat gesagt: Wir waren außerordentlich damit zufrieden, und die Kirche von England hat niemals irgendwelche Klagen gehabt bei dem privaten Fernsehen, im Gegenteil. Warum sollen wir den Teufel an die Wand malen?

Im übrigen finde ich nicht, daß das kulturelle Niveau unseres jetzigen Fernsehens und Rundfunks so bezaubernd ist, daß man hier den Teufel an die Wand malen soll, weil einige problematische Gestalten aus dem Deutschen Zeitungsverlegerverband in diesem Kreis mitwirken. Aber die Sorge, die der Herr Bundeskanzler hat und was der Bundesvorstand in erster Linie kompensieren muß, das ist doch, daß endlich der Krach

⁵³ Vom 10. Juli bis 20. August 1960. Vgl. ACDP I-210-019/1 (Tagebuchaufzeichnungen), -030 (Taschenkalender) und -031 (Terminkalender).

aufhört! (*Beifall.*) Die Geschichte greift allmählich an die Grundlagen des Staates. Es ist einfach die Frage nicht mit einem Streitgespräch „Wie sich die Partei den Staat vorstellt“ zu lösen; denn es gibt Leute, die der Meinung sind, daß der Bund nichts anderes sei als ein sekundäres Hilfsorgan der Länder. Und das ist grundlegend falsch. Und hier wird ein böses Erwachen folgen. Wir sind auf dem rechten Wege, wenn wir der von Thomas von Aquin geheiligten Auffassung folgen: Das Ganze ist immer vor den Teilen, und das Ganze ist mehr als die Summe der Teile. Hierzu hat mir zwar der Ministerpräsident von Bayern schon seit langem eine Entgegnung in Aussicht gestellt. Auf diese Entgegnung warte ich noch immer. (*Beifall.*)

Süsterhenn: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Haben Sie nicht die Angst, daß ich bei Thomas von Aquin anfangen; denn wesentlich näher liegt es, eine Aufklärung über die langen Auseinandersetzungen im Parlamentarischen Rat bezüglich der Kulturhoheit zu geben. Aber das scheint mir nicht mehr notwendig zu sein. Lassen Sie mich jedoch einen höchst subjektiven Eindruck wiedergeben, den ich aus dieser Verhandlung hier, insbesondere aus den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Bundespostministers, des Herrn Höcherl und des Herrn Krone gewonnen habe.

Wenn ich alle diese Ausführungen auf mich wirken lasse, muß ich sagen – das ist mein ehrlicher Eindruck –, daß aufgrund dieser Ausführungen, wie sie gebracht worden sind, von unseren sechs Ministerpräsidenten zum mindesten vier – d.h. mit Ausnahme der Herren von Hassel und Dr. Röder –, die zugleich auch CDU-Landesvorsitzende sind, entweder furchtbare politische Dummköpfe sind, die von der politischen Situation überhaupt keine Ahnung haben, oder aber, daß sie sogar, vom CDU-Standpunkt aus gesehen, Handlanger der SPD sind. (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Damen und Herren! Eine andere Erklärung ist doch nach dem, was hier über die Haltung dieser Ministerpräsidenten vorgetragen worden ist, gar nicht abzugeben. Ich muß allerdings sagen, es ist nicht meine Aufgabe, diese Ministerpräsidenten zu verteidigen. Ich kann auch dem, was über die Verhandlungen, insbesondere über die Verhandlungen vom 15. Juli, im einzelnen in einer ungeheuren Konkretheit gesagt worden ist, aus eigener Erfahrung nichts entgegenstellen. Ich kann nur sagen, daß mir z.B. unser Landesvorsitzender Altmeier eine etwas abweichende Darstellung von diesen Verhandlungen und Vorgängen gegeben hat. (*Bewegung.*)

Was nun richtig ist, wird keiner von uns, der nicht dabei war, mit absoluter Sicherheit feststellen können. (*Lebhafter Widerspruch. – Zurufe:* Doch! – *Adenauer:* Sie können das Stenogramm bekommen!) Dieses Wortprotokoll – man hat damit gedroht, es zu veröffentlichen – ist aber keinem dieser Herren vorher zur Genehmigung vorgelegt worden. (*Widerspruch. – Zuruf:* Zur Genehmigung ist gut!) Es gibt einseitige Protokolle! (*Lebhafter Widerspruch und verschiedene Zurufe:* Wieso? – Nicht zu glauben! – Das ist doch ein Stenogramm, und zwar wörtlich! Ein stenographischer Bericht, aber kein Protokoll! – *Anhaltend starke Unruhe.*) Es ist ein Stenogramm gemacht worden, was aber den Ministerpräsidenten nicht bekannt war. Man hat es ihnen nicht gesagt. Und der dokumentarische Wert derartiger Protokolle ist

doch höchst problematisch! (*Erneut starker Widerspruch. – Zurufe: Was wollen Sie eigentlich! Der Stenograph war doch allen sichtbar! – Was hat das mit dem Bericht zu tun, ob man es den Herren vorher sagt oder nicht! – Anhaltende Unruhe.*)

Meine Damen und Herren! Es wird großzügig damit operiert. (*Anhaltender Widerspruch.*) Der hochverehrte Herr Bundeskanzler hat gesagt: Dieser böse Ministerpräsident Altmeier schrieb mir, daß die Herren bis zum 15. Oktober warten möchten. Es handelt sich in Wirklichkeit um den 15. August und nicht um den 15. Oktober! (*Zurufe: Irrtum!*) Die Erklärung dafür, daß die Ministerpräsidenten nicht wollten, gehe daraus hervor, daß sie sich auf ihre Landtage zurückgezogen hätten. Aber ein Ministerpräsident kann doch nicht einfach im Wege eines Verwaltungsabkommens die Dinge ändern, die entweder durch Landesgesetz oder durch Staatsvertrag zwischen zwei Ländern festgelegt sind. Das ist eine simple juristische Tatsache, und an dieser Tatsache kommt man nicht vorbei. Und daß die Ministerpräsidenten sich dieser Vorbereitungen angenommen haben, kann man ihnen nicht übelnehmen. (*Zurufe: Sie hätten hier sein müssen! Dann würden Sie ganz anders reden! – Er weiß es natürlich besser als wir! – Unruhe.*) Ja, ich bedaure außerordentlich, daß die Ministerpräsidenten nicht hier sind und daß sie nicht in der Lage sind, auch das *audiatur et altera pars* zu interpretieren. (*Zurufe: Warum sind sie nicht hier? – Haben Sie nicht gehört, was Herr Röder gesagt hat, der war doch hier! – Unruhe.*)

Dieser Mißbilligung schließe ich mich in vollem Umfange an. Ich möchte nicht sagen, was Herr Dufhues über die Frage des sogenannten kommerziellen Fernsehens ausgeführt hat. Herr Krone hat in diesem Zusammenhang von der Stellungnahme der Kirchen gesprochen. Es ist mir etwas eigenartig, daß die Kirchen am 14. Juli in dieser Unterredung mit Herrn Krone die Dinge als in Ordnung befindlich bezeichnet haben, aber wenige Tage danach ein sehr maßgebender Vertreter der katholischen Kirche, nämlich der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz⁵⁴, dem Herrn Bundeskanzler sehr ausführliche Bedenken mitteilt und erklärt, daß jedenfalls auf seiten der katholischen Kirche – das ist die letzte Erklärung, die der Herr Kardinal abgegeben hat – diese Bedenken bis heute noch in keiner Weise ausgeräumt sind.

Ich habe extra telefonisch nachfragen lassen, ob ich ermächtigt bin, diese Erklärung in diesem Kreise abzugeben. Und man hat mir diese Ermächtigung nicht nur erteilt, sondern mich ausdrücklich darum gebeten. Diese Bedenken beruhen vor allem in der Frage des Werbefernsehens. Niemand mißtraut irgendwie den Erklärungen, die der Herr Bundeskanzler oder der Herr Krone abgegeben hat, aber es kommt darauf an, wie sich die Dinge in der Praxis gestalten und welche praktischen Entwicklungsmöglichkeiten die juristischen Texte zulassen, ermöglichen oder auch verbauen. Und da ist allerdings die Auffassung der kirchlichen Stellen eine andere. Wie ich mir habe sagen lassen, sollen diese Bedenken in einem gewissen Umfang auch bei einzelnen evangelischen kirchlichen Stellen vorhanden sein. Vielleicht können die Herren von Hassel oder Gerstenmaier darüber etwas sagen.

54 Dr. Josef Kardinal Frings. Vgl. Nr. 11 Anm. 21.

Der eigentlich schwierige Punkt bei der ganzen Geschichte ist folgender: Wer kassiert die Einnahmen für die Werbesendungen? Werden die Einnahmen für die Werbesendungen kassiert von den Intendanten dieser GmbH, die vom Bund allein oder vom Bund und den Ländern gegründet wird, oder werden diese Werbeeinnahmen kassiert von den Zuliefergesellschaften? Wir sind uns alle darüber im klaren, daß diese Werbeeinnahmen das Entscheidende sind. Und wer über die Werbeeinnahmen verfügt, der verfügt trotz aller juristischen Bestimmungen über die politische und wirtschaftliche Macht bei diesem Massenproduktionsmittel.

Und hier sind die katholischen kirchlichen Stellen der Auffassung, daß im Artikel 15 es heißen muß: Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die Geschäfte der Gesellschaft einschließlich der Programmgestaltung, der Vergabe von Werbeveranstaltungen und der Einnahme der Werbesendungen.

Das ist der entscheidende Punkt, über den man sich Klarheit verschaffen muß. Das ist eine Sache, die nicht nur kirchlich, sondern auch soziologisch, gesellschaftspolitisch und sozialpolitisch gesehen werden muß. Das ist der eigentliche Angelpunkt. Und da muß nach meinem Dafürhalten unter allen Umständen eine befriedigende Lösung herbeigeführt werden.

Wenn aber jetzt der Gedanke auftaucht, die Bundesregierung soll im Alleingang handeln unter Ausschaltung der Länder oder vielleicht noch unter Öffnung einer gewissen Hintertür, wo die Länder Tausendmark-Anteile übernehmen dürfen, aber bei der Bestellung der Organe selbstverständlich nichts zu sagen haben – wie das Herr Höcherl immerhin noch liebenswürdig zugunsten der Länder als Möglichkeit hingestellt hat –, dann kommen Sie damit in eine neue Schwierigkeit hinein. Wenn Sie diese neue Gesellschaft auch an den Gebühren beteiligen wollen, sind Sie zu diesem Zweck zum Abschluß eines Verwaltungsabkommens auf die Länder angewiesen.

Sie können auch sagen: Das Fernsehen Nr. 2 verzichtet auf die Gebühren, und wir machen es nur mit den Werbeeinnahmen. Aber dann ist gerade dieses kommerzielle Fernsehen gegeben, gegen das sich die Kirchen wenden. Die ernsthaften Bedenken des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz darf ich hier vorbringen: Die Werbeeinschaltung und die Einnahme dieser Sendegebühr dürfen nicht nur durch die Zubringer- und Produktionsgesellschaften, sondern müssen auch durch den Intendanten dieses Fernsehens erfolgen. Und diese zweite Fernsehanstalt darf nicht ausschließlich auf Werbeeinnahmen, sondern sie muß auch auf Gebühren begründet werden, da hinsichtlich der finanziellen Fundierung und der Grundlage überhaupt das öffentliche Moment noch entscheidender ist als das privatwirtschaftliche.

Adenauer: Auf diese Ausführungen muß ich doch antworten, Herr Süsterhenn! Der Stenograph hat hier vor allen sichtbar gesessen und hat stenographisch aufgenommen. (*Zurufe:* Genau wie heute!) Und der Herr Altmeier hat doch auch Augen im Kopf! Und wenn er das Stenogramm verlangt hätte, dann hätte er es auch bekommen. Wir haben es nicht veröffentlicht, weil es eine Blamage ersten Ranges für die Herren ist, daß sie ihr Wort nicht halten, und weil es den Zwist und Krach in der Partei noch

vertiefen würde. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Aber wenn Sie einem solchen Stenogramm jetzt die Beweiskraft abstreiten wollen, dann möchte ich doch sagen, daß der Herr Krone mich gebeten hat, ich solle jeden einzelnen Vertreter der Länder fragen, ob er zustimme oder nicht. Ich wollte es gar nicht, weil ich so leichtgläubig war und an die Tatsachen glaubte. (*Weber*: Es war eine Leichtgläubigkeit!) Ja, ich war wirklich leichtgläubig; denn ich vertrete die Auffassung, wenn jemand ja sagt, dann sagt er ja, und wenn er nein sagt, dann sagt er eben nein!

Aber Herr Krone sagte mir, fragen Sie doch lieber noch einmal. Ich habe dann – wir saßen am runden Tisch – links angefangen und einen nach dem anderen gefragt, und alle haben gesagt: Ja! – Der eine hat gesagt: Ich muß mein Kabinett noch fragen, aber die Sache ist in Ordnung; so daß wir völlig davon überrascht waren, daß die Herren ihr Wort und ihre Zusage nicht gehalten haben.

Sie haben dann das mit dem 15. Oktober bemängelt. Das habe ich doch eben erklärt! (*Süsterhenn*: Das habe ich überhört, ich bitte um Entschuldigung!) Damit kein Mißverständnis entsteht: Herr Altmeier hat geschrieben, daß die ganze Sache von allen Landtagen genehmigt werden müsse. Nun bitte ich Sie, dann sind doch die Bundestagswahlen vorbei, ehe die einzelnen Landtage damit fertig sind. Ich sehe auch nicht ein, warum das geschehen soll.

Sie haben dann von den Staatsverträgen gesprochen. (*Süsterhenn*: Beispielsweise zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Südweststaat über den Südwestfunk!⁵⁵) Das geht mich gar nichts an. Wir machen doch das zweite Fernsehen. Und wenn die Länder allein wären, hätten sie es schon lange gemacht, wenn sie könnten.

Ich möchte Ihnen aber noch folgendes sagen: Ich wollte schon in der vorigen Woche die Sitzung mit den Ministerpräsidenten abhalten. Ich wollte noch einmal den Versuch machen, anhand des Stenogramms den Herren ins Gedächtnis zurückzurufen, was sie gesagt haben. Darauf hat mir der Herr Altmeier erwidert – das ist der Sprecher der Ministerpräsidenten in dieser Sache –, daß er bis zum 20. August im Erholungsurlaub sei und infolgedessen nicht zur Verfügung stehe. Ich habe daraufhin in der Erwartung, daß er sich am 20. August genügend erholt hätte, die Ministerpräsidenten für den 22. August eingeladen. Aber sie waren nicht da. Ich habe den bayerischen Ministerpräsidenten gebeten, doch zu kommen. Er kommt nicht. Ich habe dann auf den Rat eines CSU-Herrn den Herrn Seidel angegangen, er möchte auf Herrn Ehard einwirken, doch zu kommen. Es war umsonst. Herr Seidel hat ihn nicht erreicht. Ich habe Herrn Meyers geschrieben. Herr Meyers hat mir geantwortet, er müsse sich auf den Kommunalwahlkampf vorbereiten; er müsse sich infolgedessen in Lugano erholen und könne nicht kommen. Das ist also die Behandlung dieser Sache durch die Herren Ministerpräsidenten.

Und nun möchte ich Ihnen etwas sagen: Lassen Sie mir bitte die Fuldaer Bischofskonferenz zu Hause, die gehört gar nicht hierher. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

⁵⁵ Staatsvertrag über den Südwestfunk vom 27. August 1951. Druck in: RUNDFUNKRECHT S. 371–377. Vgl. dazu BAUSCH 1 S. 170–187.

Ich will Ihnen sagen, was ich dem Kardinal Frings geschrieben habe und wofür er mir herzlich gedankt hat. Ich habe ihm geschrieben, die Fuldaer Bischofskonferenz habe eine Kommission für Rundfunk und Fernsehen eingesetzt, und ich sei gerne bereit, entweder selbst oder durch unsere Herren mit dieser Kommission der Fuldaer Bischofskonferenz die Einzelheiten zu erörtern. Und er hat mir sehr herzlich schriftlich dafür gedankt, daß ich dazu bereit wäre. (*Süsterhenn*: Ja, gut!) Warum machen Sie denn hier einen so furchtbaren Nebel auf einmal? Der Anfang Ihrer Rede war ausgezeichnet! (*Süsterhenn*: Ich hätte auch mit Thomas von Aquin schließen können, Herr Bundeskanzler, aber durch das Angebot „wir wollen darüber reden“ sind die substantiierten Bedenken, die ich vorgetragen habe, noch nicht ausgeräumt! – *Widerspruch und Bewegung*. – *Süsterhenn*: Es sind nicht nur kirchliche Bedenken, sondern sie werden auch von einem großen Teil unserer Freunde aus den Sozialausschüssen geteilt.)

Nun muß ich ein sehr offenes Wort sprechen! Bei Ihrer guten Verbindung zu kirchlichen Kreisen geben Sie bitte weiter, was ich jetzt sage: Wo sind die Beschwerden der katholischen kirchlichen Kreise über den Rundfunk und das erste Fernsehen? (*Dufhues*: Die kann ich Ihnen geben!) Was war denn der Erfolg? (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Herr Dufhues hat mit Ziffern und Zahlen um sich geworfen über Einnahmen und Ausgaben für Reklame in den Vereinigten Staaten. Ich habe eine ganz bescheidene Frage an Herrn Dufhues. Ich möchte gerne wissen, wie groß das Verdienst der Rundfunkanstalten ist und was mit dem Geld geschieht. (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Dufhues*: Das Geld wird ausschließlich Rundfunkzwecken zugeführt, die Überschüsse werden verteilt für kulturelle Einrichtungen im Lande Nordrhein-Westfalen!) Ich möchte gerne wissen, ob diese Einnahmen und Ausgaben öffentlich kontrolliert werden. (*Dufhues*: Sie werden öffentlich kontrolliert durch die nach Maßgabe des Gesetzes und der Beschlüsse von Nordrhein-Westfalen gebildeten Aufsichtsräte!) Das ist keine öffentliche Kontrolle. Der Rundfunk lebt von den Beiträgen der Bürger, und er ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung und nimmt Hunderte von Millionen ein. Aber was mit dem Geld geschieht, das wissen wir nicht! Ich will nicht weiter über dieses Kapitel sprechen, Herr Dufhues, aber ich habe da meine eigenen Gedanken. Ich habe Mitteilungen bekommen, wie da gewirtschaftet wird. Und diese Leute da wollen sich das gerne erhalten. Die wollen keine Konkurrenz.

Sie haben gesagt: Das Publikum will ein zweites Fernsehen. Das Publikum will eine gesunde Konkurrenz im zweiten Fernsehen, und auch wir wollen eine gute Konkurrenz schaffen. Die Gesellschaften wollen wir an die Wand drücken, und das werden wir auch. Man soll uns nur die Freiheit geben. (*Dufhues*: An die Wand drücken ist keine Konkurrenz!) Wenn ich das kann, dann drücke ich die Konkurrenz an die Wand! (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Heiterkeit*.)

Ich möchte nun an Sie, Herr Süsterhenn, folgende Worte richten. Sie sind doch ein politisch denkender Mann. Es ist gesprochen worden von der ungemein großen Einwirkung des Fernsehens auf die politische Meinungsbildung. Ich habe auch davon

gehört; sie ist geradezu phänomenal. Und nun stehen wir vor einem Wahlkampf, der auch für die katholische Kirche und die evangelische Kirche in der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung ist.

Und da will man uns nun mit rechtlichen Hindernissen den Weg dazu verbauen. Man hat schon halb gewonnen, weil nunmehr die Zeit zu kurz für uns geworden ist. Wir haben kaum noch Zeit, etwas zu tun. Es ist erschreckend, meine Herren, wenn ich Ihnen einmal die Sorgen ausbreiten würde, die ich für die nächste Wahl habe. Sie scheinen alle in einem Märchenland zu leben. Am tiefsten schlafen die Ministerpräsidenten. Das möchte ich doch sagen!

Krone: Ich will offen auf die Ausführungen von Herrn Süsterhenn antworten. Zunächst eine Richtigstellung! Am 14. Juli haben die Vertreter beider Kirchen mit dem Vertreter der Bundesregierung, Herrn Dr. Mercker, verhandelt, nicht direkt mit mir, sondern mit ihm. Das sage ich, damit kein falscher Zungenschlag aufkommt.

Ich bin über zwei Punkte betrübt, und zwar einmal über das Verhalten der Ministerpräsidenten nach all den langen Jahren, zweitens über die Redewendungen, die in der katholischen „Funk-Korrespondenz“⁵⁶ laufend ausgestreut werden gegen die Vertreter, die auf der Seite des Bundes die Interessen vertreten, daß es ein ordentliches und sittlich einwandfreies Fernsehen wird. Erst auf den harten Protest von mir sind die Herren zweimal angewiesen worden, für einige Zeit nicht mehr so zu schreiben. Ich bin bereit, Herr Süsterhenn, mit Ihnen über die Querverbindungen dieser Herren zu reden. Sie gehen bis nach Meißen.

Ich frage hier etwas Grundsätzliches, Herr Süsterhenn! Sie sind Politiker und Katholik. Ich auch. Ist es Sache der Kirche, sich um die Konkretisierung von Prinzipien in einem Maße zu kümmern, wie das hier geschieht? (*Zurufe:* Sehr richtig!) Als die NATO-Bewaffnung beschlossen wurde, haben wir gesagt: Die Kirchen können in ihrer Größenfunktion für den Staat die Prinzipien herausstellen, nach denen zu handeln ist, aber die Durchführung und Konkretisierung der Prinzipien obliegt den Männern und Frauen, die bestimmt worden sind, vom Staate her zu handeln. Die katholischen und die evangelischen Christen hören gerne auf das, was die Kirchen zu dieser Frage grundsätzlich sagen. Aber ich sage Ihnen ebenso offen in diesem Kreis: Die Konkretisierung dieser Prinzipien behalte ich mir als katholischer Politiker aufgrund meines Mandats vor, die muß ich vor meinem Gewissen verantworten! (*Weber:* Vor Gott!) Ich meine es sehr ernst, Frau Weber! (*Weber:* Ich auch!) Es liegt mir gerade daran, daß zwischen uns und den Kirchen nichts vorkommt, was wir beide nicht wollen. Und wenn man sich über die Konkretisierung verständigt hat und die verantwortlichen Herren ja gesagt haben, dann soll man nicht jetzt noch einmal sagen: Aber ...!

56 Funk-Korrespondenz. Hrsg. vom Katholischen Rundfunk-Institut Köln in Verbindung mit der KNA-Katholischen Nachrichten Agentur. 1, 1953ff. Bonn, Köln, München. – Sehr dichte Berichterstattung im Sommer 1960 (8. Jg.).

Herr Süsterhenn und Herr Dufhues! Wir waren mit den Ministerpräsidenten einig, daß sie uns 50 % der Gebühren geben wollten; nachher sollten 40 und dann 30 % gegeben werden. Man hat gesagt: Das wollen wir alles wiederhaben. Wir haben geantwortet: Ihr bekommt es wieder. Ich verbitte mir aber, daß man mir jetzt von der Gebührenfrage aus Vorwürfe macht über das kommerzielle Fernsehen und sagt, jetzt werden die betreffenden Länder in diesem Punkte nicht mitmachen. Sind sie denn heute hier? Sie haben auch nichts mehr dazu gesagt. (*Dufhues*: Doch!) Bitte kein Versteckspiel mehr, Herr Dufhues! Ich vertraue darauf, daß das ein sittlich einwandfreies Fernsehen wird, und zwar in der Konstruktion und in den Personen, die bestellt werden. Das Vertrauen habe ich als ein Mann, der diese Bundesregierung stützt.

Gerstenmaier: Die evangelische Kirche in Deutschland nimmt selbstverständlich in Anspruch, eine freimütige Kritik vom Worte Gottes her an den Sendungen der neuen Gesellschaften anzulegen, aber eine Kompetenz für die Organe hat die evangelische Kirche nicht.

Adenauer: Ich darf noch einmal sagen, ich bedaure, daß keiner der vier Ministerpräsidenten hier ist. Aber wer nicht kommt, der weiß, warum er nicht kommt; er weiß auch, wie der Bundesvorstand denkt. Wir wollen uns jedenfalls dadurch nicht abhalten lassen, so zu beschließen, wie es unsere Pflicht gegenüber der Partei verlangt. Und unsere Pflicht gegenüber der Partei – Sie wissen, daß unsere Partei auf ethischen Grundsätzen beruht – und gegenüber der Bundesrepublik verlangt, daß unverzüglich alles getan wird, damit zum 1. Januar ein zweites Fernsehen kommt, und zwar so, wie wir es uns vorgestellt haben. (*Zustimmung*.)

Albers: Ich bin mit dem Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers einverstanden. Mir persönlich fiel es leichter, diesem Beschluß zuzustimmen, wenn ich wüßte, daß dieses Fernsehen nicht allzu stark von kommerziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten beeinflußt wird. Herr Bundeskanzler! Gestatten Sie mir eine Frage. Sind Sie der Meinung, daß hier die entsprechenden Sicherungen eingebaut sind, um Mißbräuche zu verhindern?

Adenauer: Herr Albers! Sie haben die Worte des Herrn Krone gehört. Ich hoffe, daß diese Worte Sie beeindruckt haben. Mich haben sie beeindruckt. Und Sie kennen mich seit Jahrzehnten. Sie müssen wissen, daß ich nicht für ein kommerzielles Fernsehen in diesem verderblichen Sinne zu haben bin. Dafür werde ich niemals sein.

Und nun müssen wir zu einer Entscheidung kommen. Ich erlaube mir den Vorschlag, über folgenden Antrag abzustimmen, „daß der Bundesvorstand beschließen möge, daß unverzüglich die Bundesregierung alle Maßnahmen trifft, die notwendig sind, damit zum 1. Januar 1961 ein zweites Fernsehprogramm gesendet werden kann“.

Dufhues: Eine persönliche Erklärung zur Abstimmung! Ich habe den Wunsch und werde mich dafür einsetzen, daß das zweite Fernsehen ab 1. Januar durch eine Einrichtung, wie sie hier vorgesehen ist, ausgestrahlt wird. Ich habe, um

Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und gewissen Bedenken Rechnung zu tragen, Änderungsvorschläge gemacht, die der Bundesregierung den Weg zum Ziel erleichtern sollen.

Aus der Diskussion entnehme ich aber, daß diese Vorschläge nicht mehr diskutiert werden sollen oder können. Ich respektiere das. Ich bitte Sie aber, Verständnis dafür zu haben, daß ich angesichts der gegebenen Situation der Meinung bin, daß das zweite Fernsehprogramm aufgrund meiner Vorschläge ohne überflüssige Schwierigkeiten gesendet werden kann. Nur aus diesem Grunde enthalte ich mich der Stimme.

Adenauer: Dann bitte ich diejenigen, die für den Antrag sind, den ich gestellt habe, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Niemand! – Wer enthält sich? – Mit allen Stimmen bei drei Enthaltungen ist der Vorschlag angenommen. (*Enthalten haben sich: Dufhues, Süsterhenn, Hermann.*)

Gerstenmaier: Ich habe nun eine Frage zu Ihrem Bericht, Herr Bundeskanzler. Haben Sie den Eindruck, daß de Gaulle in seiner Europa- und NATO-Politik die Grundsätze verfolgt, die er in seiner Rede vor der Militärakademie in Saint Cyr⁵⁷ dargelegt hat? Meinen Sie, daß das eine Erklärung war, die mal passieren kann, oder ist es eine bestimmte Linie der Politik, die de Gaulle für Frankreich vertritt?

Adenauer: Nun muß ich jedes Wort vorsichtig wählen, aber doch so, daß es verstanden werden kann. Nachdem Herr de Gaulle diese Rede vor der Offiziersschule gehalten hatte, war ich kurze Zeit darauf bei ihm. Ich habe das Thema dieser Rede angeschnitten und ihm gesagt, was ich nach meiner Überzeugung zu sagen hatte. Er hat mir vollständig befriedigende Erklärungen abgegeben, damals schon.

Nun ist es Viertel nach eins. Sollen wir eine kleine Pause machen oder durchtagen? (*Zurufe:* Kurze Pause!) Dann unterbrechen wir für kurze Zeit die Sitzung.

Pause von 13.20 Uhr bis 13.55 Uhr.

Adenauer: Wir wollen uns konzentrieren und zusammenrücken. Es gibt wieder einmal Lücken unter uns. Herr Krone scheint auch weggegangen zu sein.

Der zweite Punkt unserer Tagesordnung lautet: Kommunalwahlen.

Albers: Herr Bundeskanzler! Wir haben den ersten Punkt noch nicht ganz erledigt, nämlich die Aussprache zu Ihrem Bericht. Ich bitte darum, daß wir zu den einzelnen Punkten – insbesondere weil Herr Lücke angesprochen worden ist – noch etwas sagen.

Adenauer: Sie wollen eine Aussprache zu meinem Vortrag? (*Zurufe:* Ja!) Dann bitte!

57 In seiner Ansprache vor Zöglingen der Militärakademie Saint Cyr am 3. November 1959 hatte de Gaulle jede Truppenintegration abgelehnt und als Grundlage der Schlagkraft der französischen Armee die atomare Bewaffnung bezeichnet – AdG 1959 S. 8037.

AUSSPRACHE ÜBER DEN LAGEBERICHT

Lücke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat davon gesprochen, daß wegen der Aufklärung über die Abbaugesetze und das Wohnungsbaugesetz grundlegend noch etwas geschehen müsse. Ich bin der gleichen Meinung. Die Vorbereitungen dazu sind im Gange. Es ist klar, daß diese Gesetze, weil sie eine Mieterhöhung verursachen, unpopulär sein müssen. Ab 1. August werden 7¹/₂ Millionen Mietparteien von einer Mieterhöhung betroffen. Nach einer Analyse komme ich aber zu dem Ergebnis, daß die Mieter viel vernünftiger sind, als sie von der Opposition dargestellt werden, die ja eine Unzufriedenheit ständig schürt.

Das gilt auch vom Rundfunk und vom Fernsehen. Ich muß bekennen, keine Sache in meiner ganzen Arbeit hat eine solch vernichtende Kritik gehabt wie die Fernsehsendung „Verwirrung im Quadrat“. Mit sachlichen Argumenten hatte diese Sendung überhaupt nichts zu tun. Auch ein Mann wie Prof. Nell-Breuning wurde mißbraucht. Herr Kollege Wuermeling – ich war damals am Kongo – und Herr Kollege Dr. Krone haben dagegen protestiert. Leider stand auch die gesamte Presse wie eine Mauer gegen jede vernünftige Überlegung, weil sich dieser Protest gegen zwei Journalisten richtete, und von der „Revue“ bis zum „Spiegel“ war festzustellen: Die Türen sind zu. Wenn es eines Beweises bedurft hätte für schlechtes Fernsehen, dann war es die Sendung „Verwirrung im Quadrat“, die nicht beeinträchtigt werden konnte durch eine Diskussion; denn mit dem Wort kommt man nicht gegen das Bild an.

Nun haben wir durch Verhandlungen mit dem Fernsehen erreicht, daß mehrere Filme gemacht werden, die positiv über unsere Arbeit berichten. Auch mit dem zweiten Fernsehen sind diese Verhandlungen im Gange.

Es war eine komplexe Materie, die es gesetzlich zu regeln galt. Man kann tatsächlich eine 45 Jahre andauernde Zwangswirtschaft nicht sofort für alle abbauen. Darum war und ist vorgesehen eine Aufklärungsaktion auf der Parteiebene. Ich bitte aber zu bedenken, daß ich für diese Dinge nur einen Ein-Mann-Betrieb habe. Der Herr Bundeskanzler meinte vorhin, der Ministerialdirektor sei nicht geeignet, eine populäre Schrift⁵⁸ zu machen. Das ist richtig. Den Umschlag der Schrift, die an 17 Millionen Familien gegangen ist, habe ich gemacht. Diese Wohnfibel ist nicht weggeworfen worden. Wenn in den Ländern und Gemeinden diese schwierige Frage trotz großer Schwierigkeiten über die Bühne gegangen ist, so ist das dieser Fibel zu danken. Wir wollen mit dem Bundespresseamt und der Bundespartei auf der kommunalen Ebene zunächst eine große Aufklärungsaktion einleiten.

58 Vgl. die beiden Broschüren des Bundesministeriums für Wohnungsbau (Hrsg.): Was bringt das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft? Was gibt das soziale Miet- und Wohnrecht? Bad Godesberg o.J. (12 S.) und: Grundsätze, Leistungen, Aufgaben der Wohnungspolitik der Bundesregierung, o.O.u.o.J. (65 S.). – Lücke meint vermutlich die 65seitige Broschüre (beide Broschüren in ACDP I-077-195).

Bemerkenswert ist, daß die IG Bau-Steine-Erden auf ihrer Tagung in Hannover⁵⁹ diese Frage nicht angerührt hat. Diese Frage ist eigentlich ausgestanden. Aber sie entzieht sich der Einflußnahme der Bundesregierung. Die Frage wird bei den Kommunalwahlen eine Rolle spielen, bei der Bundestagswahl jedoch nicht mehr. Jedenfalls sind die negativen Seiten der Gesetze vergessen, und die positiven Seiten kommen zur Wirkung. Eine Mieterhöhung ist in jedem Falle schmerzlich. Niemand zahlt gerne mehr. Und da kann man auch mit einer Aufklärung nichts machen. Das muß die Zeit regulieren. Notwendig ist es jetzt, die positiven Seiten der Vorlage in den Vordergrund zu stellen.

Schwierig ist – das bekenne ich offen – die Konjunktur für den Wohnungsbau. Ich habe im vorigen Jahr – Herr Bundeskanzler, Sie hatten mich darum gebeten – den Wohnungsbau gemahnt und zur Vernunft gebracht. Der Soziale Wohnungsbau hat dazu ausgeführt, Herr Blessing gehe mit seiner Diskontgeschichte⁶⁰ zu hoch. Der einzig Betroffene von den Diskontmaßnahmen ist der Soziale Wohnungsbau. Jetzt gibt Verbandspräsident Brecht⁶¹ den Befehl, keine erste Hypothek im Sozialen Wohnungsbau unter 7 % zu geben. Das führt zu einer Schrumpfung des Sozialen Wohnungsbaues. Das ist eine großangelegte Kampagne gegen uns, indem man sagt: Die Miete habt ihr erhöht, aber den Sozialen Wohnungsbau laßt ihr eingehen.

Der Industrie- und Behördenbau macht riesengroße Fortschritte. Die Kommunen haben sehr große Steuereinnahmen. Sie bauen Behördenpaläste und sind nicht ansprechbar für Konjunkturprobleme. Bei diesen Bauten spielen die Maßnahmen von Blessing keine Rolle. Im Wahljahr werden über 520.000 Wohnungen gebaut werden. Ich will in dieser Frage mit den Landeswohnungsbauministerien zusammenarbeiten, um zu einer guten Lösung zu kommen. Die Aufklärung wird sehr gründlich betrieben werden. Ich bin sehr dankbar, daß sich der Bundesvorstand mit dieser Frage beschäftigt. Wir dürfen nicht zulassen, daß unsere ungeheuren Leistungen im Wohnungsbau plötzlich überschattet werden von dem, was noch nicht gebaut worden ist. Bei der Sendung „Verwirrung im Quadrat?“ hat man Kinder aus dem Waisenhaus herangeholt, um das heulende Elend zu fotografieren. Und diese Dinge bleiben hängen. Wenn wir auch mit der Mieterhöhung etwas Unangenehmes tun müssen, so bin ich doch optimistisch und glaube, daß wir damit fertigwerden. Wir müssen im neuen Jahre bemüht bleiben – und Herr Blessing muß mitgehen –, daß der Soziale Wohnungsbau nicht unter ein vertretbares Maß absinkt. (*Adenauer*: Was soll Herr Blessing machen?) Er kann nicht an seiner Diskontpolitik festhalten. Er muß einen Ausweg suchen für

59 5. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden vom 14. bis 20. August 1960 in Hannover. Vgl. FAZ vom 18. August 1960.

60 Erhöhung des Diskontsatzes (von 4 auf 5 %) durch den Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank am 2. Juni 1960 – AdG 1960 S. 8432.

61 Dr. Julius Brecht (1900–1962), Jurist; 1949–1951 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (SPD), seit 1951 Verbandsdirektor des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, 1957–1962 MdB.

den Sozialen Wohnungsbau. Das ist das einzige echte Problem, mit dem wir noch nicht fertig geworden sind. Aber ich hoffe, daß wir es schaffen.

Adenauer: Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Ausführungen, Herr Lücke. Sie haben natürlich recht damit, wenn Sie sagen, wir wollen das Positive tun und herausstellen. Was mir tiefe Sorge macht, ist aber, daß der Wohnungsbau nachläßt. Wenn Sie meinen, das könnte Herr Blessing ändern, so sage ich, das kann er nicht.

Lücke: Herr Etzel hat zu einem Thema Stellung genommen in einem Augenblick, in dem das größte Unglück passiert ist. Ich spreche seit fünf Jahren aus, wir bauen 550.000 Wohnungen. Herr Etzel hat nur von 500.000 gesprochen. Was er gesagt hat, das hat uns sehr geschadet. Wir haben im vorigen Jahr 592.000 gebaut, in diesem Jahr werden es über 550.000. (*Adenauer:* Heute steht wieder das Gegenteil in der Presse!⁶²)

Hier kommt die Statistik des Statistischen Bundesamtes hinzu, das auch Meldungen herausgibt, die nicht richtig sind. Es ist nicht wahr, daß im Jahre 1939 mehr Wohnungen – bezogen auf den Kopf der Bevölkerung – vorhanden waren, sondern es ist so, daß die Familienzahl wegen der vielen Kleinfamilien, durch mannigfache Umstände bedingt, größer geworden ist. Und wenn man die Zahl der kleinen Familien nimmt, so ist sie heute größer als 1939. Die Zahl der Ein-Mann-Haushalte ist enorm gestiegen, es sind unverheiratete Frauen, kinderlose Ehen usw.

Die Dinge in der „Kölnischen Rundschau“ von heute morgen, die Sie meinen, Herr Bundeskanzler, besagen, daß der Soziale Wohnungsbau in einem eingeschränkten Maße zurückgeht, weil nur noch die Hälfte an Flüchtlingen kommt. Das steht in der Meldung. Die hat mein Ministerium gegeben. Die ist richtig. (*Adenauer:* Wer sagt denn, daß die Hälfte der Flüchtlinge kommt?) Die Flüchtlingszahl von heute gegenüber 1957 beträgt nur noch die Hälfte. (*Adenauer:* Gegenüber 1957?) Es handelt sich auch um die Bauzeit. (*Adenauer:* Ich weiß es nicht, Herr Lücke! Jedenfalls werden Sie an verschiedenen Stellen nach dem Rechten sehen müssen.) Wir sind dabei.

Adenauer: In Honnef fehlen, wie mir Herr Kliesing⁶³ sagte, allein 700 Wohnungen. Im Siegkreis ist der Prozentsatz ziemlich gering. Sie können keine Arbeiter in Honnef und Königswinter bekommen.

Lücke: Es sind 92 Kreise, die eine Unterversorgung von 3 % haben. Das Gesetz gibt den Gemeinden bis zu 2.000 Einwohnern die Möglichkeit, den Abbau der Wohnungsämter zu verhindern, wenn die Unterversorgung in der Gemeinde 5 % beträgt. Was Sie ansprechen, ist im Gesetz geregelt. Aber das Statistische Bundesamt darf solche Meldungen nicht veröffentlichen. (*Adenauer:* Dann müssen Sie sich mit dem Statistischen Bundesamt viel mehr als bisher in Verbindung setzen!)

62 „Kölnische Rundschau“ vom 23. August 1960 („Rückgang des Wohnungsbaus. Mehr Fertigstellungen – Aber weniger Bewilligungen für Sozialwohnungen“).

63 In der Vorlage: Klissing. – Dr. Georg Kliesing (1911–1992), Lehrer; 1953–1976 MdB (CDU), 1958–1977 Mitglied des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU), 1961–1966 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der WEU, 1963–1964 Präsident der NATO-Parlamentarierkonferenz.

Dufhues: Ich bin dieser Frage nachgegangen, als ich zum ersten Male von dieser Meldung Kenntnis erhielt. Ich habe mich in Verbindung gesetzt mit der Stadtverwaltung Bochum, um zu klären, welcher Bedarf besteht. Der betreffende Beamte hat die Ermittlungen mit einem erstaunlichen Ergebnis durchgeführt, und zwar im Sinne der Wohnungspolitik der Bundesregierung. Er ist angegriffen worden von der SPD. Ich habe veranlaßt, daß nunmehr jedem einzelnen Fall nachgegangen wird. Mir wurde erklärt, daß bis zum 15. September das neue Ergebnis des Wohnungsmangels in Bochum – einer sozialistisch regierten Stadt – vorliegen wird. Der Beamte hat erklärt, daß seine ersten Feststellungen bestätigt würden. Das Statistische Bundesamt hat nicht die Möglichkeit, den Dingen genau nachzugehen. (*Zuruf:* 'Warum veröffentlicht es denn solche Meldungen?') Es wird notwendig sein, den Erhebungen innerhalb der Gemeinden nachzugehen und dafür zu sorgen, daß der effektive Wohnungsbedarf festgestellt wird.

Eine zweite Anregung! Ich habe mir sagen lassen, daß in den einzelnen Ländern die zuständigen Stellen für die Geltendmachung der Mietbeihilfen noch nicht bestimmt sind und daß hier eine lebhaft Unzufriedenheit bei den Mietern besteht. Wir sollten dafür sorgen, daß in allen Ländern diese zuständigen Stellen bestellt werden, damit die Mietbeihilfen möglichst bald ausgezahlt werden können.

Bitter: Ich nehme gern Gelegenheit, dem Herrn Lücke zu sagen: Wir stellen auf der kommunalen Ebene fest, daß seine Aufklärungsarbeit hundertprozentig ankommt. Er hat in seinem Ministerium den richtigen Riecher gehabt, um den Leuten aufs Maul zu sehen, wie man so sagt. Als wir in den Wahlkampf eintraten, hatten wir großen Kummer, daß gerade das Mietengesetz uns die Suppe versalzen würde. Das Gegenteil scheint einzutreten.

Die Ausführungen von Herrn Dufhues kann ich unterstreichen. Die Stadt Gelsenkirchen hatte 13.000 Mietsuchende gemeldet, und dann wurde festgestellt, daß es nur 3.000 sind. Auch die Wohnfibel hat sich hundertfältig verlohnt. Die Tatsache, daß die Landesregierungen nunmehr anfangen, mit entsprechendem statistischen Material an die Hand zu gehen, macht die Sozialdemokraten kopfscheu. Sie können nicht mehr sagen, wir haben das und das gebaut, sondern man kann nunmehr nachweisen, daß sie nur im Rahmen dessen gebaut haben, was sie von den Ländern und vom Bund bekommen haben. Das gilt nicht nur für den Sozialen Wohnungsbau, sondern auch für andere Bauten. Jedenfalls sind die Schwierigkeiten heute weitgehend überwunden. Ich bin davon überzeugt, daß der Umstand, durch den wir gezwungen sind, etwas später zu wählen, uns nicht schlecht bekommt; denn je mehr sich die Leute an die Mieten gewöhnt haben, um so besser ist es.

Adenauer: Ich weiß nicht, Herr Bitter, ob Sie die Dinge nicht zu optimistisch sehen. Die Dinge sind sehr verschieden. Es ist richtig, was Herr Dufhues gesagt hat. Man weiß nicht, wieviel Leute in der Wohnungskartei stecken. Viele Leute wollen doch, auch wenn ihre Wohnung ausreicht, eine größere Wohnung haben usw. Ich habe nur den Wunsch – und deswegen habe ich das Problem zur Sprache gebracht –, daß Ihr Ministerium, Herr Lücke, eine intensive Aufklärung und Propaganda betreibt.

Lücke: Unser Vorgehen wird gerade kaputtgemacht durch die Opposition, die immer die negativen Dinge aufgreift und herausstellt. Und hier hoffe ich sehr stark auf das zweite Fernsehen, damit die Leute sehen, welche Politik wir machen und was gebaut worden ist.

Adenauer: Ich bin einen ganzen Tag bei Herrn Stegerwald⁶⁴ gewesen und habe mir alles angesehen. Ich habe mit Herrn von Eckardt gesprochen, daß er eine vollständige Schau macht für das zweite Fernsehen. Es war ein herrlicher Tag, den ich dort erlebt habe. Herr Stegerwald sagte mir, daß er 25 % im Durchschnitt billiger baue als die ganzen Baugesellschaften. Ist das richtig? (*Lücke:* Er bezahlt keine Umsatzsteuer!) Das ist doch ganz egal! Aber wenn er 25 % billiger baut, warum können wir das nicht durch die gemeinnützigen Baugenossenschaften auch tun? Ich wäre wirklich dankbar, wenn man in dieser Hinsicht von ihm lernte.

Von Hassel: Herr Lücke! Haben Sie versucht, über das erste Fernsehen diese Dinge darzustellen als Antwort auf die fragliche Sendung?

Lücke: Herr Bischoff hat gesagt, er wolle nicht die „Verwirrung im Quadrat“ fortsetzen. Er will aber neue Sendungen machen im ersten Programm, und zwar ohne Politik. Es kommen jetzt solche Filme wie „Die Stadt im Grünen“, „Die neue Stadt“, „Der Soziale Wohnungsbau in Deutschland“ usw.

Von Hassel: Wir haben Ihre Broschüre gelesen, Herr Lücke, in der alles sehr sorgfältig dargestellt ist.⁶⁵ Aber ich meine, sie hat einen solchen Umfang, daß sie niemand liest. Mir scheint, man hätte vorweg begründen müssen, was zu dieser Mieterhöhung Veranlassung gegeben hat. Das müßte man in einer graphischen Darstellung zusammenfassen. Ich glaube, das käme gut an. Wir wollen alle daraus lernen.

Lücke: Natürlich wird man immer klüger. Der Text der Wohnfibel, die ja nur eine Aufklärung sein soll, hätte populärer gestaltet werden können. Aber die Geschichte mußte in acht Tagen verabschiedet werden, weil die Ministerpräsidenten der CDU bei diesen beiden bedeutenden Gesetzen zum erstenmal in der Geschichte des Bundesrates einstimmig ohne Vermittlungsausschuß mitgemacht haben. Das war für die CDU ein großer Erfolg. Wir standen unter dem Druck, die Schrift schnell an 17½ Millionen Haushalte zu verteilen. Als ich dann später in Wörishofen eine Kur nach Pfarrer Kneipp⁶⁶ gemacht habe, ist mir eingefallen, man hätte den Text populärer schreiben können. Wir konnten aber keine Propaganda machen. Die Schrift durfte nur ein bestimmtes Gesicht haben.

64 Dr. Aloys Stegerwald (1904–1963), katholischer Geistlicher, Prälat; nach 1945 Gründer sozialer Wohnungsbauorganisationen wie der DEWOG (Deutsche Wohnungsgesellschaft) und der Christlichen Nothilfe Deutschland e.V. Vgl. Helmut J. SCHORR: Adam Stegerwald. Recklinghausen 1966 S. 191.

65 Vgl. Anm. 58.

66 Sebastian Kneipp (1821–1897), katholischer Pfarrer; entwickelte Wasserheilverfahren, sog. Kneippkuren.

Bedenken Sie bei aller Kritik, die Schrift mußte an 17^{1/2} Millionen Haushalte im Juli verteilt werden. Und eine höhere Miete können Sie niemals schmackhaft machen. In meinem Heimatort hat sich ein Professor über zwei Stunden lang mit mir unterhalten, warum er zehn Pfennig pro Quadratmeter mehr zahlen muß. Nachdem ich ihm klagemacht hatte, daß er in einem sozialen Wohnungsbau wohnt usw. usw., hatte ich ihn bekehrt. Die erste Mieterhöhung klingt aber in ihrer Wirkung allmählich ab. Die zweite mögliche Mieterhöhung kommt erst Ende 1962. In der Zwischenzeit geschieht etwas. Die Wohnungsämter müssen weg, damit die Umsetzung erfolgen kann.

Adenauer: Ich staune über Ihren Optimismus, wenn Sie sagen, die Wohnungsämter müssen weg. Ich muß Ihnen sagen, das kriegen Sie nicht fertig! Ein Bürokrat bleibt! (*Heiterkeit.*) Da können Sie machen, was Sie wollen! Sie können ihn zwar aussterben lassen, aber abschaffen, das glaube ich nicht. Nun wird z.B. behauptet – ich weiß nicht, ob es richtig ist –, in Frankfurt bekomme keiner eine Wohnung zugewiesen, wenn er nicht nachweise, daß er Mitglied der SPD sei. (*Fay:* Können Sie mir den Zeugen nennen? Ich bin nämlich der Dezernent des Wohnungsamtes. – *Lebhafte Heiterkeit.*) Es ist communis opinio in der Bundesrepublik, und jeder sagt es. Das kann ich mir insbesondere von Frankfurt denken. Aber, Herr Lücke, darin hat Herr von Hassel recht, Sie dürfen bei der Aufklärungsarbeit nicht den Einzelfall herausnehmen, sondern müssen das Ganze nehmen, wie groß die Wohnungsnot war, was Sie geschaffen haben und warum es nötig ist, in diesem Zug die Sache zu betreiben, damit Sie auch diejenigen, die sich ärgern, bekehren.

Lücke: Ich bringe diese Sache in den Wahlkampf. Darf ich den Bundesvorstand bitten, dafür zu sorgen, daß auf Landesebene oder auf Kreisebene – wie es Hessen gemacht hat – Ausspracheabende stattfinden. Dazu habe ich eine Reihe von guten Rednern, die das Gebiet kennen. Wir werden auch Material mitbringen. Nur ist es nicht möglich, in jeder Stadt zu sprechen. (*Weber:* Aber nach Mainz müssen Sie!)

Albers: Sie wissen, daß ich nicht den Optimismus des Herrn Lücke geteilt habe und in manchen Punkten anderer Auffassung war. Aber nun haben wir das Gesetz und müssen uns damit abfinden. Wir müssen dafür sorgen, daß der Soziale Wohnungsbau – der Wohnungsbau für die mittleren und unteren Schichten unseres Volkes – weiterhin garantiert wird. Das kann man aber nicht mit Hypotheken von 8 %. Das liegt nicht drin. (*Adenauer:* Wie wollen Sie es machen?) Indem man Unterschiede macht zwischen allgemeinen Hypotheken und Hypotheken für den Sozialen Wohnungsbau. Da müssen irgendwelche Differenzierungen vom Herrn Blessing gefunden werden. Wir haben in Köln noch 45.000 Wohnungssuchende, und zwar zum größten Teil mittlere und kleine Leute. Und denen möchte ich helfen, weil sie förderungsbedürftig sind. (*Zuruf:* Es gibt einen Befehl von Herrn Brecht!) Dieser Befehl geht mich überhaupt nichts an! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich darf Sie in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß ich am Ende dieses Jahres ungefähr 3 % von meinen ersparten Groschen kaufkraftmäßig abschreiben kann!

Nun etwas anderes! Ich wollte einmal fragen, Herr Bundeskanzler, ob Sie überlegt

haben, wie ein Bericht von den Generalen über die allgemeine Wehrpflicht usw. herauskommen kann.⁶⁷ War das eine Erklärung, die Sie oder der Herr Strauß nicht hätten geben müssen? Haben wir dafür die Generale nötig? (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich sehe nicht ein ... (*Adenauer*: Ich komme darauf zurück, Herr Albers!)

Dann zur Frage der Krankenkassenreform! Meine Meinung kennen Sie seit zwei Jahren. Man kann nicht eine perfektionistische Gesetzgebung in einem Umfang betreiben, daß man siebzigjährige Erfahrungen in der Sozialversicherung nun einfach mit einem Schlage aufheben will. Auch das liegt nicht drin. Man muß hier die Realitäten sehen. (*Adenauer*: Gegen wen geht das?) Deshalb nehme ich die Anregung mit Freuden auf, daß sich der Bundesvorstand als Parteiinstitution damit befaßt. Das erscheint mir dringend notwendig. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir müssen auch von der Partei aus der Fraktion unsere Meinung unterbreiten können. Wohin soll das führen, wenn wir uns noch im Dezember über die Geschichte unterhalten müssen. Im Januar haben wir in Nordrhein-Westfalen die Kommunalwahlen.

Wir sollten als Bundespartei Vorstand bei politischen Gesetzen etwas mehr mitsprechen als bisher und der Bundestagsfraktion unsere Meinung sagen, damit hier eine gute Übereinstimmung erzielt wird. Diesen Standpunkt habe ich schon immer vertreten. Der Bundespartei Vorstand sollte – das ist doch ein entscheidender Punkt –, ohne in Einzelheiten einzutreten, allgemeine Grundsätze aufstellen. Er sollte z.B. seine Meinung zur Krankenkassenreform bis spätestens November der Fraktion unterbreiten. Ich komme leider zu wenig mit Ihnen zusammen, Herr Bundeskanzler, um Ihnen das Gewissen zu schärfen!

Adenauer: Darf ich Ihnen einen Vorschlag zur Güte machen, Herr Albers! Ich sage das nicht zum erstenmal, was ich jetzt sage. Wenn wir das Wahlgesetz so ändern, daß wir eine Bundesliste aufstellen, dann setzen wir Sie drauf. (*Albers*: Kommt gar nicht in Frage!) Mit Kußhand werden Sie das tun! (*Heiterkeit*.) Nun wollen wir diese Punkte, die alle wichtig sind, einen nach dem anderen erörtern und nicht einen italienischen Salat daraus machen. Wir waren noch bei der Wohnungsfrage.

Czaja:^{67a} Wir sollten es uns insbesondere um die Wahlzeit im öffentlich geförderten Wohnungsbau nicht leisten, unter den Ergebnissen der vergangenen Jahre zu bleiben, etwa bei 300.000 Wohnungen. Wenn das passierte, würden wir eine große Blöße bei der Wahl zeigen. Einer der Hauptschuldner ist Herr Blessing, der ohne jeden inneren Grund, und ohne die tatsächlichen Ursachen der Konjunkturüberhitzung zu treffen, Zinssteigerungen hervorgerufen hat, die die Zinsempfindlichkeit nur einseitig beeinträchtigen. Die Konjunkturüberhitzung ist

67 Voraussetzungen einer wirksamen Verteidigung. Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr. In: BULLETIN vom 20. August 1960 S. 1527f.; FAZ vom 20. August 1960.

67a Dr. Herbert Czaja (geb. 1914), Oberstudienrat; vor 1939 Deutsche Christliche Volkspartei (Ostoberschlesien), 1946 CDU, 1952 Vorsitzender der UVF Nordwürttemberg, 1953–1990 MdB, 1964–1969 Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, seit 1970 Präsident des BdV. – Memoiren: Unsere sittliche Pflicht. Leben für Deutschland. Hg. von Hartmut Koschyk. München 1989.

durch diese Maßnahmen nicht getroffen worden, aber die Hypotheken sind um 2 bis 3 % erhöht worden. Das bedeutet im öffentlichen Wohnungsbau eine künstliche Verteuerung der Mieten. Wenn dadurch tatsächlich die Konjunkturüberhitzung, die ihre Ursachen im Exportüberschuß, in den Behörden- und Industriebauten hat, getroffen worden wäre, müßte man das in Kauf nehmen.

Da dies aber nicht der Fall ist, muß man fragen, ob dieser Weg weiterbeschritten werden soll. Davor möchte ich allerdings warnen, weil leider die Wohnungsunternehmen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die dadurch entstehen, benützen, um in die Kerbe von Herrn Brecht zu hauen, indem sie sagen, wir bauen überhaupt nicht. Man kann weiterbauen, aber durch die Blessingschen Maßnahmen werden die Mieten für den öffentlichen Wohnungsbau verteuert, ohne daß das Ergebnis konjunkturdämpfend wirkt. Bereits im April haben die Baubewilligungen für den Wohnungsbau um 11 % und für die Bauten aus öffentlichen Mitteln um 29 % unter den Ergebnissen des Jahres 1959 gelegen. Wir können eine solche Politik nicht fortsetzen, weil sich die Wirkungen erst nach eineinhalb Jahren zeigen, wenn die Wohnungen nicht bezugsfertig werden. Das wollte ich mit großem Ernst im Hinblick auf die Bundestagswahl 1961 sagen.

Adenauer: Die Konjunktur zu dämpfen und den Wohnungsbau auszunehmen, das scheint mir ein Ding der Unmöglichkeit zu sein. (*Erhard:* Vor allem, nachdem die Baukosten um 8 % gestiegen sind!) Auch ohne die Hypotheken sind die Wohnungsbaukosten seit dem vorigen Jahr um 8 % durch die Lohnerhöhungen gestiegen. (*Czaja:* Abgesehen davon wird eine Mieterhöhung bei einer Wohnung von 75 qm von 40 bis 50 DM eintreten!) Darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Da teile ich Ihre Ansicht, daß es sehr schlecht wäre für den Ausgang der Wahl, wenn wir mit dem Wohnungsbau zurückgingen. Auch ich habe das, was Herr Etzel damals gesagt hat, als einen falschen Zungenschlag empfunden, der uns sehr geschadet hat. Er hat es nachher ja korrigiert. Wir wollen aber einmal die Frage, wie wir den Sozialen Wohnungsbau sichern können, in Augenschein nehmen. Ich glaube nicht, daß Herr Blessing allein die Schuld daran trägt. Dagegen wehre ich mich.

Dittmar: In Hamburg hat der Senator Nevermann⁶⁸ für den Senat erklärt, daß man die gestiegenen Hypotheken durch entsprechende Zinssubventionen ausgleichen will. Damit ist die Fortsetzung des Sozialen Wohnungsbaues in Hamburg ausschließlich das Verdienst des SPD-Senats, was uns um die Ohren geschlagen wird. Und wir haben auf der anderen Seite absolut keine konjunkturdämpfende Wirkung, die Herr Blessing durch die Diskonterhöhung erreichen will. Sie ist durch die SPD-Maßnahme aufgefangen.

Schmücker: Es muß gefragt werden, ob wir in der Lage sind, mit diesen Maßnahmen vom Gelde her die Konjunktur zu dämpfen. Ich bin der Meinung,

68 Dr. Paul Nevermann (1902–1979), Jurist; 1966–1970 Vorsitzender der SPD Hamburg, 1945 Senator für die Sozialbehörde Hamburg, 1946–1953 Senator für Bau- und Wohnungswesen, 1950–1953 zweiter Bürgermeister von Hamburg, 1957–1961 Senator für Bau- und Wohnungswesen, 1961–1965 erster Bürgermeister von Hamburg, bis 1974 MdHB.

daß das nicht geht, weil die Rolle des Geldes maßlos überschätzt wird. Herr Blessing strapaziert das Geld weiter herab, so daß immer weniger Leute Lust haben, sich diesem Geld anzuvertrauen.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Schwierigkeiten der vollbeschäftigten Wirtschaft auf anderen Gebieten liegen. Weite Kreise der Wirtschaft sind auf das Geld überhaupt nicht angewiesen. An diesem Kreis gehen also die Maßnahmen von Blessing vorbei. Und da die anderen betroffen werden, wird die Diskrepanz zwischen diesen beiden Gruppen um so größer.

Sehen Sie sich einige Bilanzen an. Der Aufwand für soziale Leistungen ist größer als für die öffentlichen Ausgaben. Es gibt die Methode, daß man heute planmäßig Einkommen verhindert, weil Einkommen ja Steuer bedingt und direkt auf das Vermögen zustößt, also am Geld vorbeiwirtschaftet. Und da wollen wir unsere Wirtschaft vom Gelde her in Ordnung bringen? Ich bezeichne, daß das gelingen wird.

Herr Bundeskanzler! Ich bedauere, daß in der Besprechung mit den Herren Abs, Blessing usw. niemand vom Wirtschaftsausschuß oder von der Fraktion dabeigewesen ist. Ein großer Teil unserer Fraktion ist der Meinung, daß es nicht möglich ist, allein vom Gelde her unsere Konjunktur zu dämpfen, sondern daß man zu den Gefahrenherden unmittelbar vorstoßen muß. Und hier wird man manche unbequeme Maßnahme treffen müssen. (*Zuruf: Welche denn?*) Wir wollen uns nicht der Illusion hingeben, als ob Herr Blessing das machen könne. Meine Herren vom Kabinett! Das müssen Sie tun! Herr Blessing schreitet nur ein, wenn Sie nichts getan haben!

Adenauer: Ich habe vor mehreren Jahren mit Herrn Berg auf einer großen Versammlung im Gürzenich in Köln dasselbe gesagt⁶⁹ wie Sie jetzt. Und das ist nach wie vor meine Meinung. Es ist so: Den Letzten beißen die Hunde. Und das ist der Mittelstand. Das sind die kleinen Leute. Die Großen haben ihre besonderen Verträge mit den Banken; die trifft das überhaupt nicht. Ich bin also völlig Ihrer Meinung. Aber auf der anderen Seite müssen Sie folgendes bedenken: Herr Albers hat gesagt, bis zum Ende dieses Jahres müsse er 3 % von seinen Ersparnissen abstreichen. Und diese schleichende Geldentwertung, das ist eine ganz ernste Frage. Das hängt alles damit zusammen.

Ich habe heute morgen gesagt, daß nach Herrn Blessing die Summe allein der Löhne und Gehälter in diesem Jahr zehn bis elf Milliarden ausmacht. Davon wird der größte Teil in den Konsum gehen. Nun ist es bisher einigermaßen gelungen, durch die Industrie und die Wirtschaft diesen Hunger nach Gütern zu befriedigen. Das ist auch ein großes Verdienst. Wenn man es der Industrie unmöglich machen würde, sich zu rationalisieren – dazu gehören auch bauliche Veränderungen –, dann stiegen die

69 Gürzenich-Rede Adenauers vom 23. Mai 1956 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Konjunkturdämpfungspolitik. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 951 Anm. 67 und KOERFER S. 84–127.

Preise, und das Geld würde noch mehr sinken. Das hängt also alles zusammen, und es ist sehr schwer, hier eine gute Lösung zu finden.

Nun haben wir vereinbart, daß wir in einigen Wochen wieder zusammenkommen, und zwar gut vorbereitet, und dann werden wir alles das, was wir heute gehört haben, sicher verwerten können. Ich bleibe dabei: Bauen Sie ruhig weiter, und machen Sie nicht einfach die Tore zu. Das würde ich für sehr schädlich halten.

Lücke: Das Bauvolumen hat kein Minister mehr in der Hand. Das Bauvolumen ist ein Erfolg unserer Marktwirtschaft. Der Anteil des Sozialen Wohnungsbaues in diesem Jahr und im letzten Jahr umfaßt die vorgesehene Höhe von 300.000. Wenn die Länder vernünftig wären – von Hamburg hören wir, daß sie es nicht tun –, bauten wir etwa 220.000 Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaues; dazu kommen etwa 60.000 bis 70.000 aus dem freifinanzierten und steuerbegünstigten Wohnungsbau, so daß nach dem jetzigen Stand für 1961 das Volumen gesichert ist. Auf die Behörden- und Industriebauten haben wir keinen Einfluß. Ob es möglich sein wird, daß wir für das kommende Jahr Sonderhypothesen schaffen oder eine Ausnahmeregelung vorsehen, sollte bei dem Gespräch über die Konjunktur geregelt werden. Ich würde darum bitten, daß wir hinzugezogen werden.

Adenauer: Das Gespräch fassen Sie völlig falsch auf. Es ist ganz unmöglich, in einem so kleinen Kreis die Baufrage zu behandeln. Das ist auch nicht der Zweck dieses Gesprächs. Bei dem Gespräch waren anwesend die Herren Erhard, Eitzel, Blessing, Abs, Pferdmeiges und Berg. Nun kommen von allen Seiten welche, die hinzukommen wollen, weil wir gesagt haben: Es ist keine Notwendigkeit, jetzt die Preise zu erhöhen. Ich will die Herren nicht nennen, aber sehr maßgebende Leute sagen: Warum werden wir nicht hinzugezogen? Wir wollen in einem möglichst kleinen Rahmen die Frage besprechen. Sagen Sie also nicht, daß Sie dazuwollen. Viel besser können Sie mit Herrn Blessing allein sprechen und ihre Sorge abladen.

Lücke: Wir sollten uns über die Entwicklung freuen, Herr Albers, daß die marktwirtschaftliche Situation auf dem Gebiete des Wohnungsbaues soweit gediehen ist, daß sie der staatlichen Prüfung nicht mehr bedarf. Es ist nicht richtig, wenn wir als christliche Demokraten die Bestrebungen der Sozialisten, vor allem der gemeinnützigen Verbände, unterstützen und sagen, wir bauen nicht, obwohl öffentliche Gelder da sind, wenn die Hypothek 7 % beträgt; denn die soziale Berechtigung haben wir diesem Argument dadurch genommen, daß das soziale Miet- und Wohnrecht in Kraft ist. Wir müssen weiterbauen im sozialen Bereich. Wir müssen weg von der kollektiven Baukostensubvention und hin zu der individuellen Hilfe.

Adenauer: Herr Albers hat folgende Fragen angeschnitten: 1. die Denkschrift der Generale, 2. das Krankenkassengesetz, 3. soll der Bundesvorstand auf wichtige politische Gesetze seinen Einfluß ausüben. Zunächst sage ich etwas zum Punkt 1. Ich möchte an die Spitze stellen, daß ich von der Sache zuerst etwas erfahren habe aus der Zeitung. (*Zurufe:* Hört, hört!) Ich wußte gar nicht, daß eine Denkschrift der Generale angefertigt, noch wußte ich nicht, daß sie in den allgemeinen Schriften für die Soldaten veröffentlicht worden war. Ich wußte auch nicht, daß sich der

Bundesverteidigungsminister damit einverstanden erklärt hatte. Alles das habe ich aus der Zeitung erfahren.⁷⁰ (*Weber*: Das ist schlimm! – *Zurufe*: Sehr richtig!)

Zur Sache selbst möchte ich sagen, daß ich die Angelegenheit außerordentlich ernst nehme, obwohl ich mit dem materiellen Inhalt dessen, was die Generale geschrieben haben, durchaus einverstanden bin. Aber die Worte, die sie gebraucht haben – die in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vor einigen Tagen ausgeführt worden sind –, die gehören nicht in eine Denkschrift der Generale. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich will nur an die Reichswehr erinnern und daran, welche Macht sie ausgeübt hat seinerzeit. Ich muß sagen, ich bin auch noch immer erschüttert über das, was sich in der Türkei ereignet hat.⁷¹ Kein Mensch hätte von der türkischen Armee irgendwie geglaubt, daß so etwas möglich wäre. Und merkwürdigerweise hat kein Botschafter in Ankara seiner Regierung vorher etwas darüber berichtet, weil sie nichts gewußt haben. Sie sehen also, daß solche Dinge in größter Heimlichkeit vorbereitet werden können.

Daß also der Herr Verteidigungsminister mich davon nicht rechtzeitig ins Bild gesetzt hat, halte ich für falsch. Ich darf hier ein allgemeines Wort sagen über die Verantwortung der Minister und des Bundeskanzlers. Als wir das Grundgesetz geschaffen haben, haben wir einen schweren Fehler gemacht. Wir haben aus der alten Reichsverfassung folgenden Artikel übernommen:

Der Bundeskanzler – früher Reichskanzler – bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung.

Das haben wir wörtlich so übernommen. Aber nach der alten Reichsverfassung konnte gegen jeden Minister ein Mißtrauensvotum beantragt werden, und er konnte dann durch die Annahme dieses Mißtrauensvotums aus dem Amt entfernt werden. Das ist heute nicht mehr möglich. Man hat an den Schluß des ganzen Passus im Grundgesetz hineingesetzt, daß der Bundeskanzler für alles die Verantwortung trägt. Aber der Bundeskanzler ist aufgrund des Artikels im Grundgesetz, den ich eben zitiert habe, nicht in der Lage, einfach in ein Ministerium einzugreifen und bestimmte Forderungen zu stellen. Wenn der Minister nicht will, dann bleibt dem Bundeskanzler nichts anderes übrig, als ihm zu sagen: Ich werde dem Bundespräsidenten vorschlagen, daß Sie aus dem Amt entlassen werden. Das ist natürlich ein Schritt, der für jeden Bundeskanzler nur eine Ultima ratio sein kann. Und weil das ein solcher Schritt ist, der nur die Ultima ratio sein kann, verbietet es sich auch, mit diesem Schritt zu drohen. Damit kann kein Bundeskanzler auf die Dauer fertig werden, wenn er den Herren im Kabinett immer droht. Das ist unmöglich. Es ist also – rebus sic stantibus –, wie das Grundgesetz nun einmal ist, beiderseitiger guter Wille zur Zusammenarbeit

70 Vgl. Anm. 67.

71 Nach Unruhen in der Türkei hatte die Armee am 27. Mai 1960 die Macht übernommen. Vgl. Nr. 15 Anm. 9.

nötig, und zwar sowohl auf der Seite der Kabinettsmitglieder wie auf der Seite des Bundeskanzlers.

Man muß aber von jedem Minister erwarten, daß er die Verantwortung empfindet, die der Bundeskanzler gegenüber dem Parlament auch für ihn trägt. Deswegen muß er sich rechtzeitig vergewissern, ob nun – nehmen wir diesen Fall – der Bundeskanzler damit einverstanden ist.

Herr Strauß ist in der Nähe von Nizza im Urlaub. Er hat mir heute telefonisch einen Brief übermittelt. Ich habe auch von dem Staatssekretär Hopf gestern einen Brief bekommen, in dem erläutert wird, wie das Ganze gekommen ist. Und danach muß ich dabei bleiben, daß ich vorher hätte gefragt werden müssen! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Was da geschehen ist, das ist eine Sache, die greift nun an die Wurzel unseres Staates. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich habe Herrn Heusinger⁷² zu mir gebeten. Er ist in Ferien. Herrn Strauß habe ich schon einmal aus dem Urlaub von Nizza hierher kommen lassen. Ich will ihm die Reise nicht zumuten. Ich werde einstweilen mit Heusinger sprechen und später mit Strauß. Herr Strauß und sein Staatssekretär Hopf sagen – und das ist sehr ernst –, daß die Sozialdemokratie systematisch die Truppe unterwühle, daß sie systematisch der Truppe in einer Unzahl von Exemplaren Schriften in die Kasernen gibt, in denen gegen die atomare Bewaffnung und gegen die allgemeine Wehrpflicht Front gemacht wird.

In dieser Situation, die natürlich für den Verteidigungsminister und für die Generale sehr unangenehm ist, ist nun diese Schrift gemacht worden. Damit will ich nun nicht – damit Sie mich nicht mißverstehen – meine Forderungen preisgeben, daß Herr Strauß mir vorher eine Mitteilung hätte machen müssen. Ich hätte die Wahl solcher Ausdrücke, wie sie die Generale gebraucht haben – namentlich am Schluß des Ganzen –, nicht geduldet; denn man hätte genausogut dafür andere Worte wählen können. Und ich werde dafür sorgen, daß etwas Derartiges nicht wieder geschieht.

Aber nun kommt die Kehrseite der Medaille. Und das ist eine sehr ernste Frage für die ganze Bundestagsfraktion. Wir können unmöglich zulassen, daß die Sozialdemokratische Partei die Moral unserer Truppe systematisch unterminiert! (*Lebhafte Zustimmung*.) Ein Staat, der das zuläßt, der liefert sich genausogut dem Untergang aus, als wenn er sich in die Hand der Generale begibt. Ich sage das insbesondere zu Herrn Krone, weil er der Vorsitzende der größten Fraktion des Bundestages ist. Das ist eine Frage, mit der wir uns nach dem Zusammentreten des Bundestages allerdings in einer sehr ersten Weise werden beschäftigen müssen. Ich kann nicht dulden, daß irgendein Bundestagsabgeordneter hingeht und in Wort und Schrift die Moral unserer Truppe unterminiert und die Beschlüsse des Bundestages und die Autorität der Regierung angreift! (*Lebhafter Beifall*.) Wir werden da zu einer sehr schweren Auseinandersetzung kommen. Das ist also, meine Freunde, die treffendste Illustration zu Wehners „staatsmännischer“ Rede, wie man sie überhaupt nur wünschen

72 Adolf Heusinger (1897–1982), 1957–1961 Generalinspekteur der Bundeswehr. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 114 Anm. 16.

kann. Ich wünschte aber, diese Illustration wäre nicht vorhanden. (*Krone*: Man hätte es der Fraktion seitens des zuständigen Ministers sagen müssen!) Die Sache ist noch nicht zu Ende. Ich möchte aber nicht jetzt in der Öffentlichkeit dazu Stellung nehmen. Ich habe Herrn Heusinger zu mir bestellt. Er ist noch im Urlaub. Ich werde dafür sorgen, daß so etwas nicht mehr passiert.

Dann hat Herr Albers das Krankenkassengesetz angesprochen und gesagt, es müsse im Dezember verabschiedet sein. Wir gehen noch weiter und sagen, es muß noch viel früher verabschiedet werden. Die Sozialausschüsse haben uns gut dabei geholfen. Ich hoffe nun, daß wir möglichst schnell machen; denn jetzt fangen die Sozialdemokraten bei den Ärzten an, um die zu unterwühlen, damit die Verbände Schwierigkeiten machen. Herr Richter will mich auch sprechen. Ich werde am Samstag meinen Urlaub antreten.⁷³ Ich kann ihm mit Fug und Recht sagen: Wenn ich zurück sein werde, können wir darüber sprechen.

Was nun die Grundfrage von Herrn Albers angeht – eine Frage, die nicht zum erstenmal im Bundesvorstand erörtert wird –, inwieweit nämlich der Bundespartei-vorstand Einfluß ausüben soll auf die Entscheidungen und Beschlüsse der Fraktion, so meine ich, daß die erste Verantwortung für die Fraktion auch bei der Fraktion bleiben muß. Ich nehme an, Herr Albers, es ist auch nicht Ihre Absicht, etwas anders zu verlangen. Aber Sie haben völlig recht sonst; denn ebenso wie Ministerpräsidenten die Partei spalten können, kann auch die Fraktion eine Partei spalten. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Und deswegen muß bei sehr wesentlichen politischen Fragen und Entscheidungen ein Kontakt zwischen der Fraktion und dem Parteivorstand hergestellt werden. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Soweit ich Herrn Krone kenne, ist er absolut nicht dagegen. (*Krone*: Ich schlage vor, daß wir in der Woche nach Ihrer Rückkehr aus dem Urlaub, Herr Bundeskanzler, den Bundespartei-vorstand einberufen, um über die Krankenkassenreform und das Parteiengesetz zu sprechen. Das sind zwei Punkte, bei denen die Fraktion direkt darum bittet, daß sich der Bundesvorstand dazu äußert!)

Wir haben über das Krankenkassengesetz gesprochen. Ich habe Ihnen gesagt, daß ich von Herrn Blank, der bei der Besprechung mit den Ärzten zugegen war, nunmehr die Vorlage einer gesetzlichen Fassung dessen verlange, was wir besprochen haben, damit nicht nachher ein Unglück passiert.

Das muß also zunächst einmal gemacht werden. Und dann müssen wir in den Bundespartei-vorstand damit gehen. Wir sollten heute schon den Beschluß fassen – wenn Ihnen das recht ist, Herr Krone –, daß wir die Fraktion auf das dringendste ersuchen, in dieser Sache einig und geschlossen zu werden und die Verabschiedung möglichst zu beschleunigen. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Stoltenberg: Ich möchte vorschlagen, daß wir die wichtigen politischen Fragen stärker im Bundesvorstand erörtern, die ja nicht allein Sache der Regierung und der Fraktion sind. Das gilt insbesondere für Fragen, bei denen sich das Spannungsfeld

73 Vom 27. August bis 19. September 1960. Vgl. BUCHSTAB: Cadenabbia S. 65f.

Bund-Länder zeigt. Hier müssen wir eine politische Konzeption erarbeiten, wie das bei der Fernsehfrage leider nicht geschehen ist. Das gilt aber auch für die Steuergesetze. Herr Etzel hat vorgetragen, welche Überlegungen angestellt werden. Die Frage der Steuergesetzgebung ist von erheblicher Bedeutung. Wir müssen uns im Bundesvorstand zwischen dem Bund und den Ländern schlüssig werden, was wir wollen, sonst geht der politische Effekt verloren, und es treten unangenehme Spannungen auf. Bei diesen Fragen ist die politische Funktion des Bundesvorstandes sehr stark gegeben.

Adenauer: Herr Stoltenberg! Sie gehen von der Voraussetzung aus, daß die Ministerpräsidenten erscheinen. (*Stoltenberg:* Selbstverständlich!) Sie haben aber gehört, daß die Herren das Wort, das sie gegeben haben, nicht gehalten haben. Es war eine Einigkeit vorhanden. Und ich glaube nicht, daß die Einigkeit hier einen sehr viel tieferen Eindruck auf die Herren machen wird. Hier ist die Struktur unserer Partei der Grundfehler; denn die Landesparteien waren früher da als die Bundespartei, weil die Länder vor dem Bund da waren. Bei den Sozialdemokraten aber hat man die alte Organisationsform einfach wieder übernommen. Und weil es eine starke Zentralführung bei der Sozialdemokratie gibt, ist es z.B. auch so, daß die ganzen Angestellten der Sozialdemokratie in den Ländern von der Zentrale bezahlt werden. Sie werden auch von der Zentrale befördert. Man hat dort ein reguläres System der Beförderungen eingerichtet und hat dadurch den Apparat vollkommen in der Hand der Zentrale.

Bei uns ist es völlig anders. Jedes Land macht es für sich. Sie kommen nur zur Zentrale, wenn sie Geld haben wollen. Ich muß sagen, ich weiß nicht, wie Sie die absolute Selbständigkeit der Landesparteien ändern wollen. Das ist nach meiner Meinung ein ziemlich hoffnungsloses Beginnen.

Sie haben von den Steuergesetzen gesprochen. Was will der Herr Etzel? (*Stoltenberg:* Er sprach von der Umsatzsteuer, die den Bund und die Länder gleichermaßen berührt.) Nehmen Sie diese Überlegungen nicht zu tragisch. Es ist von Herrn Etzel kein Programm aufgestellt worden, denn dafür war das Gremium nicht die richtige Stelle. Ich würde es niemals zulassen, daß der Bundesfinanzminister vor einem Gremium, dem die Herren Blessing und Abs angehören ... (*Stoltenberg:* Nein, es war eine andere Besprechung, Herr Bundeskanzler! – *Krone:* Es ist überlegt worden, daß man teilweise eine Umsatzsteuerreform durchführt. Das ist einer der Punkte für das Wahljahr.) Damit sind Sie einverstanden? (*Krone:* Ja!) Die Steuereinnahmen sind unerwartet hoch. Ich habe heute die Übersicht bekommen, wie hoch sie steigen. Die Länder bekommen am meisten, nämlich 19 % mehr. Der Bund hat etwa 12 bis 13 %, die Gemeinden 10 %. Aber die Länder, das sind die Neureichen. Ich kann sie nicht anders bezeichnen. Herr Dufhues! Mir hat ein empörter Mann aus Nordrhein-Westfalen geschrieben, daß Sie jetzt eine Staatsoper in Düsseldorf bauen wollen. (*Dufhues:* Ich baue keine Staatsoper in Düsseldorf. Nennen Sie mir den Namen!) Ich werde dem Herrn schreiben. Ich habe ihm noch nicht geantwortet. Ich lese jetzt, daß Nordrhein-Westfalen für rund 20 Millionen moderne Kunst anschaffen

will, daß es sich eine Gemäldegalerie der modernen Kunst zulegt.⁷⁴ Dabei höre ich die Klagen darüber, wie die Museen in den Gemeinden und Städten verkommen. (*Dufhues*: Ihr Sohn war bei mir!) Ich will Ihnen sagen, wer zu mir kommt. Morgen kommt der Vorsitzende des Vereins für Denkmalpflege im Rheinland zu mir, und zwar mit bitteren Beschwerden, weil Sie nichts tun. (*Dufhues*: Das stimmt nicht!) Sie kennen den Herrn Flecken⁷⁵; er kommt zu mir, weil er sagt: Ich weiß mir nicht mehr zu helfen. (*Dufhues*: Jetzt sprechen Sie für Köln!)

Ich habe in einem Artikel gelesen, daß man das Museum für Ostasiatische Kunst⁷⁶ verkommen läßt. Ich kenne es von früher her; es war geradezu einmalig für Deutschland. Dabei redet heute jeder von Asien. Ich kann mir nicht helfen! Es ist so, daß die Länder jetzt wieder 19 % mehr an Steuern haben, und die anderen haben viel weniger. Die Länder sind die Neureichen. Unter uns empfehle ich, Ministerpräsident zu werden. Das ist eine aussichtsreiche Stellung, sie nehmen viel Geld ein, sie bauen schöne Sachen usw. Das alles können sie machen. In Düsseldorf – das schrieben mir auch Leute – soll jetzt eine neue Universität gebaut werden.⁷⁷ (*Dufhues*: In Stuttgart spielt das eine Rolle, in Nordrhein-Westfalen nicht!) Die Stuttgarter machen das aus den Spielkasinos. Wenn ich ein Gesetz zu machen hätte, dann würde ich sämtliche Spielhöllen in der Bundesrepublik verbieten. Aber Sie haben ja keine. Haben wir niemand von Rheinland-Pfalz hier? (*Zurufe*: Doch!) Dann sagen Sie das dem Herrn Altmeier, ich hätte es zur Sprache gebracht. (*Süsterhenn*: Die haben wir seinerzeit mit bischöflicher Genehmigung errichtet! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Lieber Herr Süsterhenn! Niemandem ist es versagt, klüger und besser zu werden. Auch Ihnen nicht. (*Süsterhenn*: Herr Bundeskanzler! Ich bin ja nicht Mitglied des Kabinetts; ich bin da völlig einflußlos!)

Erhard: Es ist nicht die Schuld der Ministerpräsidenten, wenn ihnen durch die Einkommen- und Lohnsteuer das Geld zufließt. Aber es ist zu erwarten, daß der Segen bis zum Ende des Jahres noch viel kräftiger wird. Die Länder haben im Augenblick über zwei Milliarden auf der hohen Kante liegen. Das ist konjunkturpolitisch außerordentlich gut. Es wird noch mehr werden. Und wenn eine Zusammenarbeit, wie sie Herr Stoltenberg vorgeschlagen hat, zwischen der Partei, dem Bund und den Ländern fruchtbar wird, könnte man von der Seite aus eine gute konjunkturpolitische Wirkung erzielen. (*Dufhues*: Ich lege jährlich etwa 300 Millionen auf die hohe Kante für Wiedergutmachungsleistungen, die bis zum 1. März 1963 abgewickelt, aber nicht ausgezahlt werden können, weil die Leute nicht nachkommen.) Ich kenne die Entwicklung. Ich freue mich, wenn dieses Geld stillgelegt wird. Nur müßte das

74 Vgl. MEYERS S. 391–413.

75 Dr. Adolf Flecken (1889–1966), 1950–1952 Innen- und 1952–1956 Finanzminister NW (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 209 Anm. 70.

76 Museum für Ostasiatische Kunst, Museum und Bibliothek der Stadt Köln, gegr. 1909.

77 Eröffnung der aus der Medizinischen Akademie hervorgegangenen Universität am 14. Februar 1966.

beschlossen sein. Wir müßten einig sein, daß wir diese Politik führen, solange diese Hochkonjunktur andauert.

Adenauer: Das Abkommen zwischen Bund und Ländern über den Finanzausgleich ist unter ganz anderen Voraussetzungen damals von Herrn Schäffer abgeschlossen worden.⁷⁸ Ich habe an den Besprechungen immer teilgenommen. Ich muß sagen, das ging ziemlich geräuschlos zu. Es war kein großer Krach. (*Dufhues:* Weil Nordrhein-Westfalen nicht beteiligt war! – *Zurufe:* Doch! – *Unruhe.*) Herr Schäffer gab immer nach. Er hat aber immer die Einnahmen unterschätzt. Und damit haben ihn die Ministerpräsidenten gefangen, indem sie sagten: Wir versprechen dir soundsoviel, und darauf fiel er hinein.

Von Hassel: Ich bin der Auffassung, daß Herr Stoltenberg völlig recht damit hat, daß wir diese Fragen miteinander besprechen müssen. Es gibt niemand hier in diesem Bundesvorstand, der nicht der Meinung ist, daß gewisse Dinge auf steuerlichem Gebiete geschehen sollten. Aber wenn Sie die Gewerbesteuer korrigieren, kommen sofort die Gemeinden, die Oberbürgermeister und Landräte und zerreißen die Dinge, weil sie sagen, das sei ein Einnahmeausfall für die Gemeinden.

Wenn Sie also eine Steuerkorrektur beschließen, müssen Sie vorher die CDU-Ministerpräsidenten auf Ihrer Seite haben. Ich bin davon überzeugt, daß man sie mit guten Argumenten dazu bekommen wird. Wenn dabei der Bund allein diese Steuerordnung beschließt, die zu 36 % zu Lasten des Bundes, aber zu 65 % zu Lasten der Länder geht, dann werden Sie im Bundesrat sofort Schwierigkeiten bekommen. Es ist nicht so, daß die Länder im Gelde schwimmen. Schleswig-Holstein hat größte Schwierigkeiten, seinen Etat in Ordnung zu bringen. Rheinland-Pfalz wird es nicht anders gehen als uns. Ich übersehe die Situation in Bayern nicht. Aber Schwierigkeiten sind da durch die kolossalen Unterschiede. Man müßte sich zusammensetzen und darüber sprechen, wie man den Finanzausgleich innerhalb der Länder abbaut. Ich wäre also sehr dankbar, wenn ein Gespräch über die Steuer stattfände.

Adenauer: Das soll jetzt nicht geschehen, sondern soll später erfolgen, aber nicht vor der Wahl. Wir wollen vor der Wahl möglichst wenig Unruhe stiften. Im übrigen möchte ich Ihnen, Herr von Hassel, über Schleswig-Holstein folgendes sagen. Ich hatte die Freude, mit Ihnen durch Schleswig-Holstein zu fahren. Kurze Zeit darauf bin ich durch Teile von Rheinland-Pfalz, durch die Eifel und den Hunsrück gefahren, und da habe ich gesagt: Gott, was sieht es in Schleswig-Holstein besser aus als in Rheinland-Pfalz, als in der Eifel. Das hat Herr von Hassel mit stiller Hand – er hat ein Händchen dafür – alles gemacht, und Schleswig-Holstein ist Gott sei Dank wunderbar im Schuß, während Teile der Eifel noch jammervoll sind.

Weber: Ich möchte den Herrn Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein fragen, wieso es möglich ist, daß der Ordinarius und Direktor einer Kinderklinik, der an den Euthanasiefällen stark beteiligt gewesen ist, heute immer noch dort in der Leitung

⁷⁸ Gesetz vom 23. Dezember 1955 – BGBl I S. 817. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 291–330; MUSCHEID S. 41.

steht.⁷⁹ Sie glauben gar nicht, wieviel wir von den Leuten gefragt werden, wie so etwas möglich ist. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Ich habe Herrn Hoogen geschrieben, er möchte die Sache vor den Rechtsausschuß bringen. Ich wollte es hier nur sagen.

Von Hassel: Es tut mir sehr leid, Frau Weber, ich kann nichts Näheres dazu sagen. Herr Kollege Osterloh kennt die Angelegenheit. Er hat mir heute morgen einiges darüber berichtet. Ich war in Afrika und weiß nicht, ob und was er ...

Adenauer: Herr von Hassel! Geben Sie Frau Weber schriftlichen Bescheid darüber.

Weber: Ich will nur sagen, Herr Bundeskanzler, daß sich weite Kreise der Bevölkerung darüber mehr aufregen als über manche andere Frage. Und ich muß sagen, wenn man in Kiel den Ordinarius und Direktor einer Kinderklinik, der so etwas begangen hat, damit entschuldigt, daß die Sache verjährt sei, dann beruhigt man damit nicht das Volksgemüt!

Von Hassel: Herr Professor Catel, der nichts mit der CDU zu tun hat, ist in Hessen im Jahre 1947 entnazifiziert worden. Er ist verteidigt worden von dem unanfechtbaren Rechtsanwalt von Schlabrendorff⁸⁰. Er ist eingestuft worden in Gruppe fünf. (*Weber*: Leider!) Ich habe es ja nicht getan, Frau Weber! Aber es ist im Lande Hessen gewesen, das bei der Entnazifizierung nicht gerade zart besaitet vorgegangen ist. Man hat ihm angerechnet, daß durch sein Eintreten in der Euthanasie unzählige Kinder gerettet worden sind. (*Weber*: Es sind auch unzählige Kinder umgebracht worden!) Herr Osterloh wird Ihnen einen Brief schreiben. (*Weber*: Ich werde veranlassen, daß die Sache vor den Rechtsausschuß kommt!)

Adenauer: Lassen Sie mich nun ein allgemeines Wort sagen. Wir werden unsere Bundesgeschäftsstelle außerordentlich verstärken müssen, weil – wie ich heute morgen ausgeführt habe – der Wahlkampf sehr intensiv geführt werden muß. Nun höre ich zu meiner unangenehmen Überraschung, daß Herr Löser⁸¹ und noch jemand – auf den Namen komme ich nicht – uns verlassen werden. (*Kraske*: Herr Löser ist zum Freien Fernsehen gegangen!) Es werden noch mehr folgen. (*Weber*: Stellen Sie sich vor, ich werde sogar in der Liste der Bundesgeschäftsstelle als Helene Wessel geführt! – *Lebhafte Heiterkeit*.) Das finde ich erschütternd! Also, meine Damen und Herren, ich wollte Ihnen folgendes sagen: Sie wissen, daß mein persönlicher Referent, Herr

79 Dr. Werner Catel (1894–1981), Professor für Kinderheilkunde; 1933 o. Professor und Direktor der Universitätskinderklinik Leipzig, 1947 Chefarzt der Landeskinderheilstätte Mamolshöhe, 1954 o. Professor und Direktor der Universitätskinderklinik Kiel, 1960 emeritiert. Vgl. auch BRAUNBUCH S. 320.

80 Dr. Fabian von Schlabrendorff (1907–1980), Jurist; an Attentatsplänen auf Hitler beteiligt, 1945–1967 Anwalt und Notar, 1967–1975 Richter am Bundesverfassungsgericht Karlsruhe.

81 Dr. Max Löser (1909–1971), 1956–1962 Rundfunk- und Fernsehreferent der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1960 Eintritt in die Programmdirektion Freies Fernsehen GmbH, 1962 Chefdramaturg Programmdirektion (ZDF). Vgl. BAUSCH I S. 426 und 496.

Bach⁸², zum Generalkonsul für Hongkong ernannt worden ist. Es ist eine sehr gute Position. Auf meine Bitte wird er auf ein Jahr, ab 1. Oktober, beurlaubt werden, damit er als Verbindungsmann zwischen mir als dem Vorsitzenden der CDU und der Bundesgeschäftsstelle dient. Ich glaube, daß das für das Ganze sehr gut ist. Es wird der Bundesgeschäftsstelle und uns allen zugute kommen.

Nun haben wir noch über die Kommunalwahlen zu sprechen. Wir müssen erst wissen, wann und wo sie stattfinden. (*Dufhues*: Das liegt beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Ich kann kurz dazu Stellung nehmen.) Wann wird der Termin sein?

KOMMUNALWAHLEN 1960

Dufhues: Das Bundesverfassungsgericht hat sich vor einigen Wochen mit dem Kommunalwahlgesetz des Saarlandes befaßt.⁸³ Das Urteil hat eine völlig neue Entwicklung in der Beurteilung verfassungsrechtlicher Fragen zum Kommunalwahlgesetz eingeleitet und zum Ausdruck gebracht, daß im allgemeinen und gesamten politischen Leben der Vorrang der politischen Parteien anerkannt werde, daß aber dieses Prinzip, das im Grundgesetz verankert sei, eingeschränkt werde für den Bereich der Gemeinden durch das Prinzip der Selbstverwaltung. Und aus diesem Prinzip heraus hat das Bundesverfassungsgericht die Auffassung entwickelt, es müsse durch die Kommunalwahlgesetze sichergestellt werden, daß ehrenwerte und angesehene Persönlichkeiten auch außerhalb der Parteien die Möglichkeit haben, chancengleich am Kommunalwahlkampf teilzunehmen.

Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Kommunalwahlgesetze der verschiedenen Länder. Das Kommunalwahlgesetz des Saarlandes ist für rechtswidrig erklärt worden, weil dort nur die politischen Parteien die Möglichkeit hatten, Wahlvorschläge aufzustellen. Das Gesetz von Niedersachsen muß geändert werden, weil dort mit Sicherheit die Chancengleichheit der sogenannten ehrenwerten und verdienten Persönlichkeiten nicht gewährleistet ist. Von allen Wahlgesetzen, die in Geltung sind, kommt das von Nordrhein-Westfalen am meisten den Grundsätzen entgegen, die das Bundesverfassungsgericht aufgestellt hat.

Nun sind wir im Vorstand der CDU-Fraktion in Düsseldorf der Meinung, daß wir nach Möglichkeit die vom Bundesverfassungsgericht für richtig gehaltene Förderung der sogenannten freien Wählervereinigungen und Rathausparteien verhindern sollen. Wir stehen vor einer Entwicklung, die gerade den Wählerbereich der CDU empfindlich berührt. Wenn wir in den einzelnen Gemeinden und Kreisen diesen sogenannten

82 Dr. Franz-Josef Bach (geb. 1917), Ingenieur; 1950 Eintritt in das Auswärtige Amt, 1957–1961 persönlicher Referent von Bundeskanzler Adenauer, 1961–1964 Generalkonsul in Hongkong, 1964–1968 Botschafter in Teheran, 1969–1972 MdB (CDU).

83 Beschluß vom 12. Juli 1960 (BVerfGE 11, Nr. 30).

ehrenwerten und verdienten Bürgern die Möglichkeit geben, sich politisch besonders zu organisieren, wird das auf die Dauer zunehmen, und es wird nicht ohne Auswirkung bleiben auf die Länder und den Bund. Das gleiche gilt in hohem Maße für die FDP und andere Parteien. (*Zurufe*: Dann kommen die alten Nazis wieder!) Wir sind aus politischen Gründen der Meinung, daß wir im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten einer solchen Entwicklung negativ zu begegnen haben. Die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge läuft am 26. September ab. Diese Frist ist so kurz, daß jede Rathauspartei uns nach der Wahl vom 23. Oktober würde vorhalten können: Wir haben keine Möglichkeit gehabt, die Wahl vorzubereiten. Dann würde mit Sicherheit die Wahl für ungültig erklärt. Ich kann also nicht das Risiko in Kauf nehmen, daß die Wahl wiederholt werden muß. Außerdem wirken sich Bedenken gegen die Gültigkeit eines Wahlgesetzes naturgemäß auch auf die Wahlbeteiligung aus.

Nun zum Verhältnis der Kommunalwahlen zu den Bundestagswahlen, soweit der Termin in Frage kommt! Wir haben die Auffassung vertreten, daß die Kommunalwahlen kein Test für die Bundestagswahlen sind. Je näher aber die beiden Wahltermine beieinanderliegen, um so mehr wird die Wahlfreudigkeit der Bevölkerung dadurch berührt. Hier würde sich ein negatives Ergebnis der Kommunalwahl negativ auf die Bundestagswahl auswirken. Ich werde nach den bisherigen Feststellungen damit rechnen können – das hat mir Herr Senatspräsident Katz⁸⁴ vom Bundesverfassungsgericht durchgegeben –, daß Ende Oktober über das Wahlgesetz entschieden wird. Wenn die Rechtsgültigkeit des Wahlgesetzes bestätigt wird, kann ich sofort einen neuen Termin festsetzen, der etwa zweieinhalb Monate nach diesem Datum liegen kann. Früher ist es nicht möglich.

Wenn der Spruch des Gerichts dahin geht, daß das Wahlgesetz geändert werden muß, dann muß das Parlament eingeschaltet werden. Ich bin der Meinung, daß das Parlament in sehr kurzer Frist dem Spruch von Karlsruhe Rechnung tragen wird, aber die Frist von zweieinhalb Monaten läuft dann vom Zeitpunkt des geänderten Wahlgesetzes. Deshalb ist es mir nicht möglich, bereits heute zu sagen, wann die Wahl stattfinden wird. Ich kann zwar den Wahltermin festsetzen, aber es ist der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Legislaturperiode am 1. April abläuft. Irgendwie muß der Termin in der Nähe des Ablaufs der Legislaturperiode liegen.

Und nun sagen die Oberstadtdirektoren: Von Ende Januar bis Aschermittwoch stehen z.B. in Köln und Düsseldorf die Lokale nicht nur für Wahlversammlungen zur Verfügung. Es ist also so, daß diesen technischen Gesichtspunkten Rechnung getragen werden muß. Wir sind also in einer Zwangslage, und ich kann Ihnen daher, Herr Bundeskanzler, wegen des Termins keine sichere Auskunft geben.

84 Dr. Rudolf Katz (1895–1961), Jurist; 1947–1950 Justizminister von Schleswig-Holstein (SPD), 1948–1949 MdPR, seit 1951 Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe.

Adenauer: Wann finden die Kommunalwahlen in den anderen Ländern statt? (*Kraske:* In Rheinland-Pfalz und Niedersachsen am 23. Oktober! – *Süsterhenn:* Wir bleiben dabei!)

*Wegmann*⁸⁵: In der rechtlichen Beurteilung stimmen wir nicht ganz mit Herrn Duffhues überein. Nach unserem Dafürhalten enthält der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts – es ist kein Urteil – eine ganz klare und eindeutige Formulierung, daß Wählergruppen zugelassen sind. Nach dem in Niedersachsen geltenden Wahlgesetz sind zugelassen politische Parteien und einzelne Wahlvorschläge. (*Duffhues:* Wir haben auch Wählervereinigungen zugelassen zur Direktwahl!) Das ist das, was das Bundesverfassungsgericht beanstandet hat. Es hat ausdrücklich gesagt: Auch freie Wählergruppen sind zugelassen, so daß nicht eine Vereinigung erforderlich ist, um solche Vorschläge zu machen.

Die Regierung hat von vornherein die Konsequenz daraus gezogen und eine Regierungsvorlage eingebracht, wonach die Wählergruppen zugelassen sind. Wir stehen vor der Frage, ob wir dieser Regierungsvorlage zustimmen sollen oder nicht. Wir wollen versuchen, einige Verbesserungen hineinzubringen, und zwar Listenverbindungen, die bisher ausgeschlossen sind. Im Ausschuß ist es gelungen; ob es im Plenum gelingen wird, weiß ich nicht. Wir wollen auch versuchen, die Briefwahl einzuführen. Die entscheidende Frage ist, ob wir einer dritten Lesung an einem Tag widersprechen. Ich glaube nicht, daß wir es tun werden, denn damit gewinnen wir höchstens drei Tage, und wir möchten daran festhalten, daß die Wahl am 23. Oktober stattfindet. Kommt sie in den Spätherbst hinein, dann stellen wir eine Wahlmüdigkeit fest. Wir fürchten, bei den Kommunalwahlen haben wir ein verhältnismäßig ungünstiges Wahlergebnis. Wir fürchten, daß das psychologische Wirkungen auf die Bundestagswahl haben wird.

Albers: Ich habe Ihnen telegrafisch die Meinung der Kölner Partei übermittelt, daß der 23. Oktober als Termin⁸⁶ beibehalten werden soll und daß das, was [sie] als Gefahr im Gesetz sehen, behoben werden muß. Aber jetzt stehen wir vor folgendem Faktum, daß nämlich die Wahl erst Mitte Januar oder noch später erfolgt, und im März/April sind bereits die Betriebsratswahlen. Ein großer Teil unserer Parteimitglieder und Parteifreunde ist bei diesen Wahlen engagiert. Und dann kommt schon bald der September mit der Bundestagswahl.

Wollen Sie mir einmal erklären, wie Sie das im Januar 1961 noch gut erledigen können? Es gibt auch eine Arbeitsteilung, die gilt auch für die Politik. Sie haben die Arbeitsteilung m.E. nicht genügend beachtet. Ich muß Ihnen offen sagen, Herr Duffhues, wenn Sie alle die Dinge, die ich angeführt habe, zusammennehmen, dann verlangen sie von unseren Leuten in Nordrhein-Westfalen etwas viel. Deshalb habe

85 August Wegmann (1888–1976), 1955–1970 MdL Niedersachsen (CDU), 1955–1957 Innen- und 1957–1959 Finanzminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 335 Anm. 2.

86 Tatsächlich fand die Wahl am 19. März 1961 statt (AdG 1961 S. 8985).

ich die Bitte, sorgen Sie dafür, daß der 23. Oktober bleibt! Dann bekommen Sie auch den Segen von Köln, sonst nicht.

Dufhues: Auf den Segen von Köln werde ich in jeder Form zeit meines Lebens warten müssen! (*Zuruf:* Oho!) Ich werde ihn nicht bekommen! Aber es ist mir verfassungsrechtlich nicht möglich, den Termin bestehenzulassen. Uns sind Ihre Bedenken bekannt, Herr Albers. (*Albers:* Die Fraktion ist gar nicht zusammengekommen!) Der Vorstand der Fraktion! Die einfachste Form wäre die Rathauspartei, was ich aber politisch für bedenklich halte. Wenn ich diesen Ihren Bedenken Rechnung tragen will, dann muß ich ausgehen von der Tatsache, daß diese Änderung des Kommunalwahlgesetzes frühestens Mitte September durch den Landtag wird beschlossen werden können. Am 26. September läuft die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge ab, eine Frist, die erst durch das neue Gesetz auch für die Rathausparteien in Kraft gesetzt wird. Damit bleibt den Rathausparteien eine Frist von zehn Tagen. Es entspricht allgemeinen Grundsätzen des Verfassungsgerichts, daß das keine ausreichende Frist ist. Mit dieser Begründung wäre mir eine Wahl am 23. Oktober mit tödlicher Sicherheit für rechtsungültig erklärt worden. Ich war einfach genötigt, diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen und den Termin vom 23. Oktober aufzuheben. Ich habe die Hoffnung, daß wir dann den Lücke-Plan und die Reform der Krankenkassenversicherung besser an die Wahl heranbringen, als dies im Augenblick möglich ist.

Adenauer: Herr Bitter! Würden Sie uns einen Vortrag halten über die bisher getroffenen Vorbereitungen?

Bitter: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir haben in der Kommunalpolitischen Vereinigung nicht die Aufgabe, den Kommunalwahlkampf als solchen zu führen, aber wir haben die Aufgabe, der Partei zu helfen, um den Wahlerfolg möglichst groß zu machen. Unsere Wahlhilfe besteht darin, die Kontraste aufzuzeigen, die zwischen unserem Wollen als Christlich-Demokratische Union in den Rathäusern und der Praxis des politischen Gegners, insbesondere der SPD, bestehen.

Wir haben in einem großen Ausmaß im Jahre 1958 mit einer Materialsammlung begonnen, die wir unter dem Titel „Wenn sie an der Macht sind“ herausgebracht haben.⁸⁷ Wir haben diese Broschüre mit dem gleichen Titel im Jahre 1959 herausgebracht. Wir haben jetzt unter Berücksichtigung des Godesberger Programms der SPD die dritte Broschüre herausgebracht, mit der sich die Sozialisten auf ihrem Mainzer Parteitag beschäftigen mußten. Das ist ihnen ins Gebein gegangen. Sie haben feststellen müssen, daß wir nicht in einem einzigen Punkt angreifbar waren. Sie haben ihren Leuten – wie man so sagt – etwas auf den Zylinder gegeben hinsichtlich der Taktik, die diese mehr beachten sollen.

Und nun einige Stichworte zu dem Kontrast zwischen unserem Wollen und den Tatsachen der Sozialdemokraten, wie diese sich in den Rathäusern benehmen! Es gibt

⁸⁷ Vgl. Nr. 12 Anm. 76. Insgesamt sind vier Auflagen nachweisbar: Die erste 1958 (72 S.), die zweite 1959 (147 S.), die dritte 1960 (171 S.) und die letzte 1962 (168 S.).

eine Personalpolitik der Sozialdemokraten, die zum Teil zum Himmel schreit. Ich bitte Sie, das im einzelnen nachzulesen. Das ist ein Katalog für sich. Es folgen dann die Fragen der Kulturpolitik, der Erwachsenenbildung usw. Und hier kann man feststellen: Sie können in den Ländern die beste kulturpolitische Gesetzgebung machen, aber in den Rathäusern wird sie von der roten Mehrheit sabotiert. (*Weber*: Warum haben wir denn eine rote Mehrheit? – *Adenauer*: Weil sie die Mehrheit der Stimmen haben! – *Heiterkeit*. – *Adenauer*: Aber fahren Sie doch fort, Herr Bitter!)

Anhand unserer Broschüre läßt sich feststellen, welche große Unzulänglichkeiten in den roten Rathäusern gegeben sind. Hier fehlt leider von unserer Seite jeder Offensivgeist, den der Herr Bundeskanzler mit Recht und aus gutem Grund von unseren Kommunalen verlangt. Ich kann nur einige wenige Rathäuser aufzeigen, wo es anders ist. Insbesondere in Köln sind diese Dinge nunmehr zum Tragen gekommen. Hier ist ein neues Fluidum hineingekommen. Ähnlich ist es in Bottrop, Gladbeck, Duisburg, Essen. Aber es gehört eine ungeheure Liebe und Geduld dazu, um die Leute dahin zu bringen, daß sie in entscheidenden Fragen den Sozialdemokraten widersprechen und das tun, was von unseren Grundsätzen aus verlangt werden muß.

Wir haben eine Broschüre herausgebracht: „Was soll uns die christliche Gemeinde bedeuten?“⁸⁸ Hier sind zunächst die Grundlagen christlicher Kommunalpolitik unter spezifischen katholischen Gesichtspunkten herausgestellt worden. Dann hat zweitens Minister Dr. Schmidt unter spezifisch evangelischer Sicht dazu geschrieben. Das kommt alles gut an. Die Konferenzen im vorpolitischen Raum sind vielfach besser besucht als die Besprechungen, die wir im parteipolitischen Raum haben.

Wir haben mit großer Freude begrüßt, daß einige Landesregierungen dazu gekommen sind, starke Wahlhilfe zu leisten. Sehr wichtig ist hier eine Broschüre, die das Land Nordrhein-Westfalen herausgebracht hat, und zwar eine grundsätzliche Rede des Ministerpräsidenten Dr. Meyers über das, was das Land Nordrhein-Westfalen für die Gemeinden getan hat.⁸⁹ Die Sozialdemokraten haben die Parole ausgegeben, daß in jedem Falle, wo die Mehrheit gegeben ist, die Propagandamaschine auf Hochtouren gesetzt wird. Sie verkünden, alles das, was im Wohnungsbau, mit den Krankenhäusern usw. geschehen ist, sei praktisch nur ein Erfolg der SPD. Dem können wir nur begegnen, wenn wir der SPD die amtlichen Zahlen vom Bund und den Ländern entgegenhalten.

Was möglich war, ist bisher geschehen. Nun stehen wir vor einer Riesenaufgabe. In der Bundesrepublik gibt es 24.000 Gemeinden, davon 20.000 mit mehr als 3.000 Einwohnern. In diesen 24.000 Gemeinden sind 300.000 ehrenamtliche Leute tätig,

88 Titel nicht zu ermitteln. – Vgl. aber: Grundlagen christlicher Kommunalpolitik. Die Gemeinden: Gemeindeleben und Gemeindepolitik (=Schriftenreihe des Kommunal-Verlages). Recklinghausen o.J. (28 S.).

89 Franz MEYERS: SPD-Gemeinden leben von der CDU-Landespolitik. Rede auf dem außerordentlichen Landesparteitag der CDU Rheinland in Opladen am 2. Juli 1960. In: ACDP-PRESSEDOKUMENTATION, Franz Meyers, Reden.

davon 180.000 von der CDU. Daraus mögen Sie ermeszen, welche Bildungsarbeit hier zu leisten ist. Wir sind eine Wählerpartei, und es fehlt uns weithin an der notwendigen Apparatur. Ich hoffe, daß diese Dinge langsam, aber sicher behoben werden.

Dufhues: Der Kommunalwahlkampf liegt entscheidend bei der Parteiorganisation, und es wird notwendig sein, daß sich die Landesverbände ein bißchen abstimmen. Mir scheint, daß bei dem, was Herr Bitter gesagt hat, die psychologische Situation eines Wahlkampfes nicht hinreichend berücksichtigt worden ist. Es wird darauf ankommen, die richtigen Parolen zu finden und gleichzeitig der differenzierten Situation des Verhaltens unserer politischen Freunde in den Rathäusern Rechnung zu tragen.

Wir müssen die Parole „Vom Machtmißbrauch der SPD“ herausgeben, und zwar wegen ihres Verhaltens in der Personalpolitik. Nach dem Gesetz der hämmernden Wiederholung muß die Parole „Machtmißbrauch der SPD“ immer wieder gehämmer werden. Wir dürfen nicht allzuviel Material in die Wahlreden hineinbringen. Wir müssen zweitens die Parole herausgeben, daß die SPD einen zu großen Aufwand getrieben hat. Sie hat dem Antrag der CDU auf Herabsetzung der Gewerbesteuer nicht stattgegeben.⁹⁰ Wir werden die Verschwendungstendenzen der SPD zum Ausdruck bringen müssen. Dabei können wir den Aufwand erwähnen, der jetzt in Marl-Hüls geplant ist.⁹¹

Wer die Statistik der Wahlergebnisse durcharbeitet, wird feststellen, daß wir in den Gemeinden bis zu 20.000 Einwohnern in Nordrhein-Westfalen vor der SPD liegen, daß aber in den Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern die SPD in der Regel den Vorrang hat. Es ist selbstverständlich, daß wir das flache Land fördern müssen. Hinzu kommt das, was der Herr Bundeskanzler angeschnitten hat, daß nämlich entscheidende Maßnahmen zur Strukturverbesserung, vor allem in der Eifel, aber auch im Münsterlande, in Angriff genommen werden müssen. Es ist sehr schwierig, die Wahlthesen eines Kommunalwahlkampfes so zu formulieren, daß sie a) richtig bleiben, b) aber gleichzeitig so einfach sind, daß sie überzeugend ankommen. Dieser Aufgabe sollten wir unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Es wird notwendig sein, daß wir für den Kommunalwahlkampf Schwerpunkte bilden. Es hat keinen Zweck, die gesamte Prominenz der CDU über das Land zu streuen. Wir müssen in den einzelnen Landesverbänden die Mehrheit der SPD umwandeln in eine Mehrheit der CDU. Das gilt für einige Städte des Industriegebietes, auch für Bielefeld, Herford usw. Im Rheinland sind es Köln, Düsseldorf, Krefeld, Essen usw. Hier liegen Möglichkeiten, die Mehrheit der SPD zu beseitigen.

90 Regierungsvorlage: Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Rechnungsjahr 1960 – NW Drs. 190, eingebracht am 16. Dezember 1959 (4. WP Sten.Ber. S. 931–939).

91 Die SPD-Mehrheit im Rat der Stadt Marl hatte beschlossen, DM 15.000,- für eine Propagandaschrift aus dem Etat der Stadt bereitzustellen. Vgl. dazu den Beitrag „Aus Steuern bezahlt. Propaganda für SPD-Mehrheiten in den Gemeinden“ in: UiD Nr. 36 vom 8. September 1960.

Beim Einsatz der Redner und bei den sonstigen Mitteln sollten wir gerade diese Schwerpunkte besonders berücksichtigen.

Seit Monaten ist die Arbeit im vorparlamentarischen Raum im Gange. Ich kann bestätigen, was Herr Bitter gesagt hat, daß die Kommunalpolitische Vereinigung entscheidend mitgewirkt hat, die Kontakte zu den vielfältigen Vereinigungen des kirchlichen und kulturellen Lebens zu pflegen. Auch die Bürgerversammlungen werden in erfreulichem Maße besucht. Im Gegensatz zu früheren Wahlkämpfen wird in diesem Jahr auch eine zentrale Plakatierung stärker durchgeführt. Es stehen auch mehr Filmgeräte usw. zur Verfügung.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat uns sehr geholfen. Ich hoffe, daß mit diesen technischen Mitteln ein viel größerer Kreis als bisher erfaßt werden kann.

Wir werden ferner eine Wahlzeitung herausgeben, die möglichst aktuell und anschaulich ist.⁹² Wir haben die Absicht, in Westfalen mit einer Auflage von über fünf Millionen herauszukommen.

Das sind im wesentlichen die Vorbereitungen, mit denen wir den Wahlkampf beginnen, und zwar etwa einen Monat vor dem endgültigen Termin, der heute noch nicht genannt werden kann. Vorher laufen täglich Pressekonferenzen mit Redakteuren der lokalen Seiten. Wir sollten erkennen, daß der lokale Teil wichtiger ist als die erste und zweite Seite einer Zeitung; denn mit dem lokalen Teil sprechen wir vor allem die Frauen und die jungen Menschen an.

Adenauer: Eine Anzahl der Fragen, die sich aufgedrängt hatten, hat Herr Dufhues beantwortet. Ich darf etwas zusammenfassen: Ich glaube, bei den Gemeinden bis zu einer gewissen Größe – etwa 20.000 Einwohner – können wir ziemlich beruhigt sein. Wir dürfen sie aber in keiner Weise vernachlässigen, aber wir brauchen dafür wohl nicht unsere besten Kräfte verwenden. Die Schwerpunktbildung, die Bildung von Brennpunkten, die erscheint auch mir absolut notwendig. Ich habe mir von unserer Bundesgeschäftsstelle ein Verzeichnis der Großstädte in Nordrhein-Westfalen geben lassen, und zwar mit den Stimmen der letzten Kommunalwahl. Es ist klar, was wir in Jahren versäumt haben, können wir nicht mit einem Schlag wiedergutmachen. Wir müssen uns konzentrieren auf einige wenige Städte, aber da mit ganzer Kraft, denn diese werden in der Folge schon weiterwirken. Herr Dufhues hat aus dem Rheinland die Städte genannt, die ich auch nennen würde. Ich weiß nicht, ob in Westfalen so viele, wie Sie genannt haben, zu holen sind. Aber das müssen Sie besser wissen. (*Dufhues:* Die Bedenken teile ich!) Wir müssen uns also konzentrieren auf ganz bestimmte Städte, um da wirkliche Erfolge zu erzielen.

Sie haben von der Verschwendungssucht und dem Machtmißbrauch gesprochen. Aber ist es nicht so, daß in den meisten Gemeinden die CDU-Leute dieselbe Schuld tragen wie die SPD? (*Zurufe:* Ja!) Wir können nicht über Machtmißbrauch und

⁹² Denkt an morgen! Hrsg. v. Westfälische Monatsblatt GmbH. Dortmund o.D. (12 S.) in ACDP III-002-352/1.

Verschwendungssucht große Reden halten, wenn die CDU-Leute das mitgemacht haben. Diese Frage müssen wir beachten, oder wir müssen andere Kandidaten aufstellen.

Jetzt komme ich auf die Frage der Kandidaten. Und hier sind die Meinungen nach den Zuschriften, die ich bekommen habe, sehr verschieden. Einige Leute glauben, der Kandidat sei wichtig. Andere sagen: Der Kandidat ist gar nicht wichtig. Ich kann es nicht beurteilen. In früheren Zeiten war es so, daß der Kandidat wichtig war. Wie es jetzt ist, weiß ich nicht. Aber ich fürchte, daß die Verfilzung in den Gemeinden zwischen der CDU und der SPD so stark ist, daß man es sich sehr wohl überlegen muß, ehe man die Worte „Machtmißbrauch“ und „Verschwendungssucht“ an die Wand malt, damit wir nicht mit unseren eigenen Leuten scheitern.

Auch die Jugend – Herr Stoltenberg ist leider nicht mehr hier –, die Junge Union müßte nicht nur bei der Arbeit, sondern auch bei der Aufstellung der Kandidaten ausgiebig berücksichtigt werden, um hier – und das ist mit ein Zweck der ganzen Tätigkeit in den Kommunen – herangebildet zu werden für die Landtage und schließlich für den Bundestag. Es kommen auch Klagen – verzeihen Sie mir, wenn ich das ausspreche –, daß zuviel alte Leute da sitzen, die nicht weggehen wollen. (*Zimmer*: Es gibt auch umgekehrt die Klagen, daß zuviel junge Leute vorn sitzen!) Wie denken Sie darüber: Wollen Sie den Wahlkampf mehr führen mit Argumenten aus der kommunalen Tätigkeit, wie Sie es eben ausgeführt haben, Herr Bitter, oder wollen Sie ihn führen mit den parteipolitischen Grundsätzen der CDU, oder wollen Sie beides nehmen, oder wollen Sie es je nach den Orten verschieden machen?

Die Landesparteien sollen den Kommunalwahlkampf führen. Wer soll ihn sonst führen? Das müssen sie machen. Aber da müssen die Landesparteien viel lebendiger und ihre Einrichtungen müssen verstärkt werden. Mein Eindruck mag falsch sein, aber nach meiner Meinung ist eine ungeheure Verfilzung vorhanden; die CDU-Leute machen, um Aufträge usw. zu bekommen, mit den Sozialdemokraten ruhig mit. Sie sagen: Wir haben uns alle gut vertragen, und zwar die ganze Zeit; warum auf einmal diesen Krach? Ich fürchte also am meisten, daß das nachher herauskommt.

Lücke: Ich unterstreiche, daß man den Wahlkampf nach kommunalen, aber auch nach politischen Gesichtspunkten führen muß. Die SPD wird einen großangelegten Wahlkampf führen, und zwar mit Willy Brandt an der Spitze, als Vorkampf für die Bundestagswahl. Herr Brandt ist vom Deutschen Städtetag leider Gottes wieder zum Präsidenten gewählt worden⁹³, obwohl das nicht üblich ist. Man hat gesagt, wegen der Gefährdung Berlins müsse man ihn über die Bundestagswahl hinaus sichern. Und dieser Mann läßt sich als Kandidat für die Bundeskanzlerwahl aufstellen!

Mit der Nominierung Brandts zum Präsidenten des Deutschen Städtetages erfolgt die zweite Parole, die die SPD nach vorne bringen wird: Junge Leute an die Front! So

⁹³ Auf dem Deutschen Städtetag in Augsburg vom 1. bis 3. Juni 1960 („Die Welt“ vom 4. Juni 1960).

etwas zieht bei vielen Leuten. So hat man die jungen Bürgermeister von München⁹⁴, Nürnberg⁹⁵ und Frankfurt⁹⁶ als Persönlichkeiten stark herausgestellt. Ich möchte die Bundespartei dringend bitten, daran zu denken, daß Persönlichkeiten entscheidend sind. Natürlich sind auch die sachlichen Argumente sehr wichtig, aber bei der ganzen Geschichte – und jede Illustrierte stellt die Figur heraus – wird der Wahlkampf geführt mit Willy Brandt.

Wissen Sie, Herr Krone, daß Herr Brandt an die Fraktionen herantreten ist, ob die CDU z.B. bereit sei, die Gewerbesteuerreform zu unterstützen. Natürlich wird die SPD sagen: Selbstverständlich helfen wir. Und dann hat man den aktuellen Stoff, der dann breitgewalzt wird. Ich habe unsere Freunde von den kommunalen Spitzenverbänden gebeten – ich bedaure, daß Herr Schröder nicht mehr da ist –, den Parteiausschuß zu aktivieren, damit sich die Kommunalpolitiker, die die Verantwortung tragen, zu einem Gespräch mit unserem Freund Krone zusammensetzen, um sich abzustimmen. Die kommunalen Spitzenverbände sollten hart gegen die Agitation eines Spitzenverbandes angehen, der in seiner Satzung stehen hat, er sei neutral; aber vom Präsidium des Deutschen Städtetages, das restlos beherrscht wird von der SPD, wird Herr Brandt als Kanzlerkandidat in allen Großstädten sprechen.

Hier haben wir ein Problem, mit dem wir noch nicht fertig sind. Ich habe mit unseren Kölner Freunden gesprochen. Die Persönlichkeiten, die Oberbürgermeister werden sollen, müssen herausgestellt werden. Wir müssen die Leute verkaufen wie Persil, damit Lieschen Müller weiß, der und der wird Oberbürgermeister. Herr Burauen ist deshalb populär, weil er überall zu Karnevalssitzungen hingehet. Also, Köln wird versuchen, den Oberbürgermeister herauszustellen. Das muß auch in den anderen Städten gemacht werden. Wir müssen insbesondere zu dem Thema „Brandt – junge Generation nach vorn!“ einen Beitrag leisten. Hier wird ganz klar der Städtetag als kommunale Organisation mißbraucht, und mit ungeheuren Geldbeträgen der Großstädte wird Willy Brandt für die Bundestagswahl herausgestellt.

Ich möchte wünschen, daß sich unsere Bundesgeschäftsstelle mit Herrn Dr. Kraske an der Spitze darum bemüht und es übernimmt, daß die zuständigen Herren mit unserer Fraktion zusammenkommen, um sich darüber abzustimmen, was wir zu tun haben.

Herr Dufhues hat von Marl-Hüls gesprochen. In Marl wird die SPD gewinnen, weil Herr Heiland⁹⁷, ein rücksichtsloser Mann, sich dort durchsetzt. Aber bei uns sitzen die müden Krieger. (*Dufhues*: In Marl-Hüls wird von uns gekämpft!) Wenn wir nicht mit ganzer Kraft gegen die Aktion „Willy Brandt – junge Generation an die Front!“ angehen, dann sehe ich schwarz für die großen Städte. Gegen diese Parole der SPD muß unbedingt etwas unternommen werden, Herr Kraske!

94 Dr. Hans-Jochen Vogel (vgl. Nr. 12 Anm. 90).

95 Dr. Andreas Urschlechter (vgl. Nr. 12 Anm. 91).

96 Werner Bockelmann (vgl. Nr. 3 Anm. 85).

97 Rudolf-Ernst Heiland (SPD) wurde 1946 Bürgermeister der Stadt Marl und 1960 Bürgermeister des Amtes Marl (vgl. Nr. 3 Anm. 106).

Adenauer: Sie sind auch der Ansicht, Herr Lücke, daß wir einige Brennpunkte herausgreifen? (*Lücke:* Ganz klar! Gerade in den Brennpunkten müssen wir mit dieser Frage fertigwerden. Ich bin dafür, daß Herr Brandt einmal in seiner ganzen Entwicklung gezeigt wird. Das muß unbedingt geschehen! – *Zurufe:* Sehr richtig!)

Weber: Ich will auf einen Punkt eingehen, den ich gerade für das rheinisch-westfälische Industriegebiet am wichtigsten halte. Wer wird aufgestellt? Was haben wir für Kandidaten? Ich will nicht die Namen nennen, aber da werden doch Kandidaten aufgestellt, die können Sie im Wahlkampf nicht herausstellen. Sie können nicht sagen: Wählt ihn! Im übrigen ist im Kommunalwahlkampf in den verschiedenen CDU-Fraktionen des Industriegebietes eine Müdigkeit festzustellen, die überhaupt nicht zu beschreiben ist. Es herrscht auch großer Mangel an Persönlichkeiten. Die Sozialdemokraten stellen ihre Leute ganz anders heraus. Wir haben viel zu wenig Initiative. Die Bundespartei muß sich darum kümmern, daß gute Kandidaten aufgestellt werden, Leute, die auch gegen die SPD sprechen. Wir sind viel zu lahm! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich könnte irgendeine Stadt des Industriegebietes herausgreifen, müßte aber gleich sagen, welche Stadt im Industriegebiet ist heute nicht rot? Nicht rot sind Aachen, Rheydt, Mönchengladbach, und dann ist die Geschichte schon zu Ende! (*Albers:* Und Köln!) Ihr seid rot! Es ist alles rot! Ihre Broschüren in Ehren, aber werden sie denn von den Leuten auch gelesen? Ich fürchte, sie werden nicht genug gelesen. Es muß also eine ganz andere Propaganda gemacht werden. Wir müssen uns endlich darüber klar sein, daß wir in der Mehrzahl der Industriestädte überhaupt nichts mehr zu sagen haben, auch in kulturellen Fragen nicht. Das gilt auch für Essen. Wir werden einfach überstimmt.

Am meisten liegt mir die Aufstellung der Kandidaten am Herzen. Es müssen Männer und Frauen sein, von denen man sagen kann, die ziehen Zehntausende hinter sich her. Es gibt doch Persönlichkeiten, die eine starke Anziehungskraft ausüben, während bei anderen Rednern die Leute aus dem Saale laufen, weil sie deren langweilige Reden nicht anhören können. Auf diesem Gebiete tun wir im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet viel zu wenig. Auch im Zeitalter der Technik und der Automation übt der Mensch, die starke Persönlichkeit, nach wie vor ihren großen Einfluß aus, ja sie stellt nach wie vor einen Faktor ersten Ranges dar. Denken wir daran! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Entschuldigen Sie ein offenes Wort! Das geht nicht gegen Sie, Herr Dufhues; denn Sie sind noch nicht lange Vorsitzender der westfälischen Landespartei. Aber wenn ich mir die Liste vor Augen halte, die Sie, Herr Kraske, mir vor einigen Tagen gezeigt haben, nämlich die von Nordrhein und Westfalen, wenn ich daran denke, daß bis 1948 eine ganze Reihe von diesen Städten uns gehörten, die jetzt alle sozialdemokratisch geworden sind – Recklinghausen eingeschlossen –, dann muß ich Ihnen sagen: Daran sind die Landesparteien mit schuld! Da beißt keine Maus einen Faden ab! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Da aber in den großen Gemeinden und Städten die Handwerker oder die Kaufleute – ich kenne das von meiner Oberbürgermeisterzeit her – keine Aufträge bekommen, wenn sie nicht mit den

Sozialdemokraten zusammengehen, machen sie halt mit, und damit – ich wiederhole – verfilzt sich die ganze Geschichte, und aus sich heraus haben die Leute nicht die Kraft, davon loszukommen. Aber die Landesparteien haben eine ungeheuer große Aufgabe, jetzt von neuem anzufangen, wenn wir wieder in die Höhe kommen wollen.

Man sagt so oft, das wirkt sich auf die Bundestagswahl und auf die Landtagswahlen nicht aus. Ich behaupte aber, es wirkt sich doch aus, das ist ganz klar, und zwar auf die große Masse derjenigen, die sich parteipolitisch nicht binden wollen. Wir sollten daher in erster Linie den Vorsitzenden der westfälischen Landespartei, Herrn Duffhues, und den Vorsitzenden der rheinischen Partei, Herrn Johnen, bitten, gerade diesem Problem im Kommunalwahlkampf eine sehr intensive Arbeit zu widmen. Die Bundesgeschäftsstelle kann das nicht. Das ist auch nicht Aufgabe der Bundespartei. In der Partei auf lokaler Ebene ist kein Leben mehr drin! (*Weber*: Sehr richtig!)

Krone: Ich wende mich nicht gegen Broschüren, auch nicht gegen die Arbeit im vorparlamentarischen Raum, aber ich habe das Empfinden, als ob diese Argumente, Herr Bitter, mehr an den Verstand des Menschen gerichtet sind. Ich bin aber zu der Auffassung gekommen, daß sich die Demokratie nicht nur vom Verstande her leiten läßt, sonst gäbe es ja nicht diese Diskussion: Brandt oder Adenauer?

Wir sollten daher prüfen, ob wir nicht etwas aus der Agitation der Sozialdemokraten lernen können. Wenn wir z.B. für Bremen nicht einen Mann herausstellen, der symbolhaft ist wie früher der Herr Bundeskanzler für Köln, dann ist es für uns sehr schwer. Ich habe im Wahlkampf in Bremen mitgewirkt und gesehen, wie dort gearbeitet worden ist. Ich weiß auch, wie es in München gemacht worden ist. Man hat mit Sympathiekundgebungen für einen Mann geworben, der gar kein Münchener ist, und zwar ist das von der SPD-Baracke hier in Bonn gemacht worden. Man hat geprüft, was spricht in München am besten an. Die roten Brüder haben dann mit der Frauenkirche geworben! Es ist eine große Versammlung abgehalten worden in München, und Herr Brandt hat mit Shakehands den Herrn Vogel herausgestellt; er hat Frauenversammlungen und Kaffeekränzchen besucht. Herr Brandt ist sogar mit Weißen Mäusen abgeholt worden.

Es kommt also auf die Methode an! Daraus sollten wir endlich lernen! (*Weber*: Sehr richtig! Höchste Zeit!) Auch für die Bundestagswahl sollten wir den „Nonvaleur“ Brandt nicht zu gering einschätzen. Ich kenne ihn von Berlin her. Wir müssen ihn schlagen mit den geeigneten Mitteln. Das ist meine Anregung für den Wahlkampf.

Bitter: Die Dinge sind in jeder Stadt anders. Sie können im Ruhrgebiet mit einer einzigen Parole keineswegs überall den gleichen Erfolg erzielen. (*Weber*: Es gibt doch Parolen, die die Menschen alle mehr oder weniger ansprechen! – *Zuruf*: Sehr richtig!) Aber die Frage, Frau Weber, mit den Persönlichkeiten ist nicht so einfach, wie Sie vielleicht meinen. Es ist keine leichte Sache, in Köln, Essen oder Duisburg Stadtverordneter zu sein. Hier ist eine völlig veränderte Situation gegenüber der vor-nationalsozialistischen Zeit entstanden, und zwar wegen der vielen Aufgaben, die auf die Leute zukommen. Früher war das eine Frage für den soliden Bürgersmann. Das ist heute eine Frage für den Manager geworden. (*Adenauer*: Daß das früher

so gewesen sein soll, ist völlig falsch!) Herr Bundeskanzler! Ich bin ja nicht neu in der Kommunalpolitik! (*Adenauer*: Ich bin lange genug in der Kommunalpolitik tätig gewesen!) Jedenfalls sehe ich eine völlig veränderte Situation gegeben. Die Frage ist nicht so glatt zu beantworten. Nun ist es geradezu unbegreiflich, wie blind unsere Freunde im Städtetag gewesen sind gegenüber unseren Mahnrufen, die wir von der Kommunalpolitischen Vereinigung gegeben haben. Wir haben die Bürgermeister angefleht: Ihr stellt ja nicht den Mann von Berlin, sondern ihr stellt den Kandidaten für den Bundeskanzler heraus. Aber die Leute haben nicht geglaubt. Und dieser Brandt steht am Tage darauf in München in der Bütt und paukt den Herrn Vogel heraus! In Nürnberg war es das gleiche. Er hat auch die Wahl im Saargebiet⁹⁸ beeinflusst.

Wir stehen hier also vor einer erschreckenden Unerfahrenheit im politischen Raum bei den Gemeinden. Es ist geradezu trostlos, wenn man sieht, daß diese Leute in einem Stadtparlament sitzen. (*Weber*: Wer stellt sie denn auf?) Und wenn sie keine klare Mehrheit haben, dann verlieren sie, wie der Herr Bundeskanzler bereits sagte, immer mehr ihr Profil als Christlich-Demokratische Union! Das ist die Schwierigkeit, in der wir stecken. Die Folgewirkungen im Ruhsiedlungsverband und in den einzelnen Bezirken der Landschaftsverbände sind katastrophal.

Ich darf zusammenfassen: Herr Dufhues hat von den Lokalredakteuren gesprochen. Wir machen von der Unionspresse⁹⁹ seit vier Jahren planmäßig Besprechungen mit den Lokalredakteuren. Aber wenn irgendwo Geduld notwendig ist, dann ist es auf dem Gebiete der Kommunalpolitik. Wir können nicht verlangen, daß das ganze Ruhrgebiet plötzlich umgekrempelt wird. Ob wir mit den Schwerpunkten im einzelnen durchkommen, weiß ich nicht. Vergessen Sie auch nicht, Herr Krone, die Schattenseiten von Bremen aufzuzeigen. Wenn Herr Kaisen nicht mehr da ist, sind die Sozialdemokraten in Bremen aber genauso auf der Aussterbeliste wie die CDU. (*Heiterkeit und Bewegung*.)

Adenauer: Lassen wir bei der Frage bleiben: Wer soll die Kommunalwahlen führen? Sollen das die Landesparteien tun, oder wollen wir es jeder Kreispartei überlassen? (*Bitter*: Das müssen die Landesparteien tun! – *Zurufe*: Sehr richtig!) Dann müssen die Landesparteien von hier aus gebeten werden, und zwar aufgrund eines Beschlusses des Bundesvorstandes, sich vornehmlich den Kommunalwahlen zu widmen, d.h. in wesentlich stärkerem Maße als früher. Herr Dufhues! Würden Sie das in die Hand nehmen? (*Dufhues*: Wir sprechen bereits über diese Frage in regelmäßigen Abständen!) Mehr können wir jetzt nicht tun, aber in der nächsten Sitzung möchten wir einen Bericht darüber hören.

98 Am 15. Mai 1960. – Die Kommunalwahl wurde durch das Bundesverfassungsgericht für ungültig erklärt (Wahlrechtsänderung) und am 14. Dezember 1960 zusammen mit der saarländischen Landtagswahl wiederholt (AdG 1960 S. 8818).

99 Verein Union-Presse e.V., 1947 gegründeter Zusammenschluß CDU- und CSU-naher Verleger und Journalisten. Satzung in Heinz-Dietrich FISCHER: Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480–1980. Düsseldorf 1981 S. 669–672.

VERSCHIEDENES

Adenauer: Nun kommen wir zum Punkt „Verschiedenes“! (*Blumenfeld:* Ich hatte Ihnen einen Brief geschrieben wegen des Parteitages!) Ich weiß, die Dinge sind, soviel ich weiß, fortgeschritten. Ich muß Ihnen ehrlich gestehen, ich halte den Parteitag in Köln für fruchtbarer als in Hamburg.

Blumenfeld: Ich habe Ihnen die Gründe aufgezeigt. Wir machen den Kulturkongreß in Nordrhein-Westfalen, die große Eröffnung des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen und auch den Bundesparteitag nunmehr. Das erscheint mir eine zu schwere Verlagerung nach Nordrhein-Westfalen. Ich habe nichts gegen Köln!

Adenauer: Ich habe nichts für Köln, aber ich darf Ihnen nochmals sagen: Nordrhein-Westfalen ist das größte Reservoir für die CDU beim Wahlkampf. Das ist Hamburg nicht und nicht Schleswig-Holstein.

Blumenfeld: Damals wurde gesagt, außer Köln gibt es im ganzen Bundesgebiet keinen Raum. Ich habe deshalb nicht widersprochen, weil ich die Herren von Hassel und Kraske nicht desavouieren wollte. Aber es stimmt nicht. Die Räumlichkeiten sind nicht untersucht worden.

Adenauer: Ich kann nur nochmals wiederholen: Nordrhein-Westfalen ist das größte Wahlreservoir für die CDU. Wenn wir nach Essen gehen könnten, wäre mir das genauso lieb. Gerade bei der Bundestagswahl sollten wir in Köln bleiben. (*Blumenfeld:* Wir haben bisher in Hamburg in den Jahren 1953 und 1957 keine schlechten Erfahrungen gemacht!) Diese Wahl wird aber gefährlicher. Glauben Sie es mir! (*Blumenfeld:* Ich habe Bedenken gegen die Massierung in Nordrhein-Westfalen. Wir müssen auch in den Norden oder Nordwesten, z.B. nach Celle.) Ich glaube, Sie sehen es nicht richtig. Ich stimme mit Ihnen überein, daß wir im Norden etwas tun müssen, aber Nordrhein-Westfalen mit seinen 15 $\frac{1}{2}$ Millionen Menschen ist doch das größte Reservoir. Und wenn wir da einen Erfolg haben, können wir annehmen, daß sich das weiter auswirkt. Wenn wir aber da einen Mißerfolg haben, dann ist die Sache schlecht.

Kraske: Es ist eine Großkundgebung mit dem Herrn Bundeskanzler in Hamburg zwischen April und Juni vorgesehen, möglicherweise noch vor der Kundgebung in der Westfalenhalle. (*Blumenfeld:* Das ist eine Veranstaltung der Jungen Union!)

Adenauer: Da sollen 10.000 Leute hinkommen.

Kraske: Die Hamburger Bevölkerung sagt nicht, das ist eine Veranstaltung der Jungen Union, sondern das ist eine Großkundgebung der CDU. (*Blumenfeld:* Ich möchte darum bitten, daß für den Norden noch etwas vorgesehen wird!)

Adenauer: Ja! Dann darf ich, meine Damen und Herren, mit einem Dank an Sie alle die Sitzung schließen.

17

Bonn, 22. September 1960

Sprecher: Adenauer, Albers, Arndgen, Blank, Blumenfeld, Brand, Burgbacher, Dufhues, Eitzel, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Hoogen, Frau Jochmus, Johnen, Katzer, Krone, [Lücke], Lünendonk, Rüschemeyer, Scheufelen, Schmidt, Schröder, Frau Schwarzhaupt, Stingl, Stoltenberg, Strauß, Stücklen.

Bericht zur politischen Lage. Krankenversicherungsreform. Notstandsgesetzgebung. Parteiengesetz. Wahlgesetz. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 16.30 Uhr

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Ich habe gestern in einer Kabinettsitzung feststellen können, daß wir seit vielen Monaten nicht mehr so vollzählig zusammengewesen sind wie gestern. Ich kann zu meiner großen Freude heute dieselbe Feststellung treffen. Über das allgemeine Interesse bin ich sehr froh. Es muß jedenfalls in den nächsten zwölf Monaten unbedingt anhalten; hoffentlich noch länger!

Es haben sich entschuldigt: Dr. Hellwig, Dr. Meyers, Osterloh, Schmücker, Dr. Rehling, Brauksiepe, Bauknecht, Dr. Zimmer, Schwarz, Dr. Weber, Dr. Altmeier, Dr. Fricke.

Auf Wunsch des Fraktionsvorsitzenden sind einige Mitglieder der Fraktion zu dieser Sitzung hinzugebeten worden – wieviel es sind, weiß ich nicht –, und zwar mit Rücksicht auf die Tagesordnung. Ich nehme an, daß Sie der Hinzuziehung dieser Damen und Herren aus der Fraktion keine Bedenken entgegenstellen. – Bedenken werden nicht geäußert. Dann darf ich das feststellen.

Dann bin ich gebeten worden, Ihnen folgendes Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten Altmeier bekanntzugeben:

„Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Laut dem mir jetzt bekanntgewordenen Wortprotokoll sind in der Sitzung des Bundesvorstandes vom 23. August 1960 Ausführungen unrichtigen und entstellenden Inhaltes über die Verhandlungen wegen des zweiten Fernsehens gemacht worden, die ich zurückweisen muß.

Das gleiche gilt für die bei dieser Gelegenheit gemachten, die Ministerpräsidenten und vor allem mich tief kränkenden und diffamierenden Bemerkungen.

Ich möchte mich heute auf diese Erklärung beschränken mit der Bitte, diese dem Bundesvorstand bekanntzugeben und mich für die morgige Sitzung entschuldigen zu wollen.“

Meine Damen und Herren! Da Herr Altmeier nicht angegeben hat, welche Erklärungen hier diffamierend und unrichtig sind, kann man natürlich nicht darauf antworten. Es handelt sich um die Aussprache wegen des zweiten Fernsehens. Sie wissen davon. Was soll man nun darauf sagen? Man kann nur eines sagen: Es wäre sehr wünschenswert gewesen, wenn Herr Altmeier anwesend gewesen wäre. Dann hätte er ja sofort richtigstellen können, was nach seiner Meinung Falsches gesagt worden ist. Aber hinterher auf diesen Brief, der auch noch per Eilboten gekommen ist, kann man nicht eingehen. Ich weiß nicht, ob Sie darauf eingehen können. Ich kann nicht darauf eingehen. – Niemand! Dann darf ich damit die Sache als erledigt betrachten.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Meine Damen und Herren! Auf das zweite Fernsehen werde ich als Hauptpunkt der Tagesordnung nicht eingehen, aber ich werde es doch erwähnen, und Sie müssen nun entscheiden, wie wir es halten sollen. Ich halte einen Überblick über die gesamte außenpolitische und innenpolitische Lage für dringend notwendig. Die außenpolitische Lage hat sich, seitdem wir im August hier zusammen waren, erheblich verschlechtert. Und alles das, was sich jetzt auf dem Gebiet der Außenpolitik ereignet, wird natürlich im Wahlkampf eine Rolle spielen und parteipolitisch und innenpolitisch von Bedeutung sein.

Ich darf daran erinnern, daß heute der 22. September ist. In zwölf Monaten ist also der neue Bundestag gewählt. Auf der Tagesordnung stehen heute einige Gesetze, die ganz sicher eine große Rolle spielen. Sie können nur richtig gewürdigt werden auf dem Hintergrund einer Betrachtung über die allgemeine außenpolitische und innenpolitische Lage. Deswegen möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir mit einer allgemeinen Darstellung und Besprechung der außenpolitischen und innenpolitischen Lage beginnen. Es erhebt sich kein Widerspruch; dann darf ich wohl so verfahren.

Die außenpolitische Lage, wie sie sich jetzt gestaltet hat, erfordert zunächst eine absolute Geschlossenheit des Kabinetts. Deshalb habe ich in der gestrigen ersten Kabinettsitzung nach den Ferien – die auch für das Kabinett peu à peu zwei bis drei Monate dauern, denn bald ist der eine und bald ist der andere nicht da – die Gelegenheit wahrgenommen, um über die außenpolitische Lage zu sprechen.¹ Ich habe den Vorsitzenden der Fraktion, Herrn Krone, dazugebeten

¹ Mitschrift in ACDP I-148-041/2.

und den Herren gesagt, daß sich das Kabinett in den kommenden zwölf Monaten irgendwelche Sonderschritte einzelner Bundesminister nicht gestatten könne. Dabei habe ich angeknüpft an die Südtiroler Geschichte², auf die ich noch zurückkommen werde, die völlig überflüssigerweise vom Herrn Kollegen Seehoß angeschnitten worden ist, aber auch noch andere Sachen.

Meine Freunde! Was für das Kabinett gilt, das gilt sicher auch für uns hier und für die gesamte Partei: Geschlossenheit und Einigkeit! Und wenn hier oder da Meinungsverschiedenheiten sind, dann soll man sie nicht an die große Glocke hängen, sondern soll sie in seines Herzens Kämmerlein bewahren; denn da gehen sie in der Regel von selbst vorüber.

In der außenpolitischen Frage haben natürlich eine sehr große Rolle gespielt diese neuen Vorgänge in und um Berlin.³ Die Berlin-Frage wird auch in den kommenden zwölf Monaten eine große Rolle spielen. Die Sache ist noch nicht zu Ende, und ein gesicherter Zustand ist nicht erreicht.

Ich möchte hier sagen, daß Herr Kreisky⁴ mir seinerzeit, als Chruschtschow in Österreich gewesen war und mehrfach mit Kreisky gesprochen hatte⁵, gesagt hat, daß man natürlich nicht alles, was Chruschtschow sage, als ernst gemeint zu nehmen brauche, aber das eine sei jedenfalls nach Kreiskys Überzeugung sicher, in der Berlin-Frage meine es Chruschtschow ernst. Um den Ernst der ganzen Berlin-Frage richtig beurteilen zu können, darf ich in Ihr Gedächtnis zurückrufen, daß höchstwahrscheinlich die Mehrheit der drei westlichen Mächte, wenn Chruschtschow damals im Mai nicht diese Geschichte in Paris gemacht hätte⁶, in irgendeiner Form dem Status einer freien Stadt zugestimmt hätte.

Ob sich an dieser Einstellung etwas ändern wird durch die amerikanischen Wahlen, kann ich nicht beurteilen. Es scheint mir aber reichlich zweifelhaft zu sein. Das Ergebnis der Wahlen in Amerika kann kein Mensch jetzt vorausschauen. Kennedy steht jedenfalls diesen außenpolitischen Vorgängen ziemlich weit entfernt gegenüber.

2 Rede Seehoßs auf einem Vertriebenen-treffen in Frankfurt/M. am 18. September 1960; Seehoß soll erklärt haben: „Wir sind Deutsche und keine Italiener: deshalb kennen wir nicht das Wort ‘Irredentismus’, ein Begriff, der der Südtiroler Bevölkerung so viele Leiden verursacht.“ (Zit. nach „Die Welt“ vom 20. September 1960; vgl. auch KOEFER S. 498).

3 Die DDR hatte anlässlich einer Heimkehrer-Tagung und des Tags der Heimat in Berlin (West) am 29. August 1960 für Deutsche aus der Bundesrepublik ein fünftägiges Einreiseverbot für Ost-Berlin verhängt. Text der Anordnung und diplomatische Reaktionen in AdG 1960 S. 8605f. und S. 8650f.

4 Dr. Bruno Kreisky (1911–1990), österreichischer Politiker (Sozialist); 1959–1960 Außenminister, 1970–1983 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 140 Anm. 5; Memoiren: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten. Berlin 1986.

5 Besuch vom 30. Juni bis 8. Juli 1960 in Österreich, wobei es auch zu Gesprächen mit Kreisky kam. Vgl. Nr. 15 Anm. 6.

6 Gescheiterte Ost-West-Gipfelkonferenz im Mai 1960 in Paris. Vgl. auch Nr. 16 Anm. 16; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 550–562.

Er hat sich einen Gehirntrust gebildet, und zwar – soviel ich weiß – von Professoren der Havard-Universität. Ich bin davon nicht besonders entzückt, meine Damen und Herren! Wir müssen also damit rechnen, daß die Situation in Berlin andauernd kritisch bleiben wird.

Es ist in der Öffentlichkeit ein Tatbestand nicht erwähnt worden, den ich aber hier erwähnen möchte, nämlich die Gefahr, die besteht durch die Aufstellung der Arbeiterbrigaden in Ost-Berlin und in der gesamten Ostzone.⁷ Diese Arbeiterbrigaden umfassen nach unseren Informationen mindestens 200.000 Mann. Es sind darin etwa 70.000 Reservisten der Volkspolizei-Armee. Diese Arbeiterbrigaden sind sehr gut mit Waffen ausgerüstet. Sie sind, immer rotierend zu 25 %, in Kasernen untergebracht, um sie in der Schulung zu behalten. Was eine solche Volksarmee, wenn sie losgelassen oder kommandiert wird, anfängt, kann kein Mensch überschauen. Aber mit der Möglichkeit, daß plötzlich irgendwelche Vorstöße nach West-Berlin erfolgen, muß man jederzeit rechnen.

Was dann die drei Westmächte mit ihren paar tausend Mann, die sie da haben, tun werden, das weiß ich nicht. Und das ist für mich – ich möchte das gerade auch den Herren aus Berlin hier sagen – das Gefährlichste an der ganzen Situation: Das Vorhandensein dieser Verbände, die ziemlich stark sind und die jedenfalls West-Berlin über den Haufen rennen können von heute auf morgen. Wenn ich dann höre, daß nicht einmal die im Haushaltsplan von Berlin vorgesehenen Stellen der Bereitschaftspolizei besetzt sind⁸, dann kommt einem doch ein leises Gruseln an. Ich will hier nicht weiter auf diese Sache eingehen. Der Kreis ist zu groß, aber ich möchte doch sagen, daß ich über diese ganze Angelegenheit mit dem Bürgermeister Brandt eine sehr ernste briefliche Auseinandersetzung⁹ gehabt habe, die aber einen Erfolg bis jetzt, soviel mir bekanntgeworden ist, nicht gebracht hat.

Alles das, was jetzt dort geschieht – wo die Verbindung zwischen Ost- und West-Berlin fünf Tage lang unterbrochen worden ist¹⁰ –, ist ein Vorspiel, um eben zu dokumentieren, daß Pankow ein souveräner Staat sei. Deswegen kann ich nur nochmals wiederholen: Es ist eine sehr enge Verbundenheit zwischen dem Senat von Berlin und der Bundesregierung, und zwar enger und vertrauensvoller, Herr Gradl, als sie bis jetzt ist, eine absolute Notwendigkeit. Ich spreche absichtlich mit sehr

7 Sog. Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Auf Betriebsbasis aufgestellte paramilitärische Verbände mit zuletzt ca. 400.000 Angehörigen. – Die Kampfgruppen hatten die Aufgabe, die NVA zu unterstützen. Nachdem ihr organisatorischer Aufbau 1959 abgeschlossen war, spielten die Kampfgruppen eine zentrale Rolle beim Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Vgl. DDR Handbuch S. 707f.

8 Vgl. dazu AdG 1960 S. 8700: Bildung einer Polizeireserve in Berlin.

9 Vgl. dazu Krone-Tagebuch vom 5. September 1960: „Der Kanzler schrieb an Bürgermeister Brandt. Dieser wie Amrehn hatten Bonn erst spät über die Gespräche des englischen Botschafters wegen Aufstellung einer Miliz in Berlin unterrichtet. Der Brief ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.“ (ACDP I-028-068/3).

10 Vgl. Anm. 3.

großem Ernst über diese Angelegenheit; denn wenn etwas dort passiert, dann wollen wir nicht die Schuldigen sein. Dann ist jemand ganz anderes daran schuld, wenn es einen schlechten Ausgang geben sollte, aber nicht wir. Ich bin aber gern bereit, Ihnen, Herr Gradl – weil Sie mir gerade gegenüber sitzen, spreche ich Sie so an –, nähere Auskunft über diese ganze Angelegenheit zu geben. Herr Kollege Krone ist darüber unterrichtet. Ich glaube, er sieht die Sache genauso ernst an, wie ich sie ansehe.

Meine Damen und Herren! Ich brauche über die Außenpolitik nicht mehr sehr viele Worte zu verlieren, aber über die Europapolitik und über die NATO möchte ich allerdings etwas sagen. Die Welt ist sehr unruhig. Ich brauche Sie nur an den Kongo und an die Vorgänge zu erinnern, die sich jetzt vor der UNO abspielen.¹¹ Aber lassen Sie mich zunächst zur NATO zurückkommen und auf die Europapolitik, auch auf unsere Europapolitik und speziell auf meine Stellungnahme zu diesen Ideen, die von Frankreich aus aufgestellt worden sind.¹²

Ich habe zu meinem großen Erstaunen von Herrn Etzel gestern gehört, daß hier bei uns das Gerücht kursiert und in der Presse auch laut werde, daß ich mit diesem französischen Gedanken über die Gestaltung der Dinge in Europa einverstanden sei. Ich möchte Ihnen sagen, daß ich keineswegs damit einverstanden bin und daß ich das auch gegenüber Herrn de Gaulle, als ich in Rambouillet gewesen bin, sehr klar und deutlich gesagt habe. Aber das hat nun die französische Regierung oder Herrn de Gaulle nicht abgehalten, diese Gedanken doch allen Staatschefs der verschiedenen EWG-Länder mitzuteilen. Ich bedaure, daß das geschehen ist; denn nach meiner Meinung ist das das Schlechteste, was irgend jemand tun kann, nämlich den Anschein bei Chruschtschow zu erwecken, als wenn die freien Völker des Westens doch heute oder morgen auseinanderfielen; denn das ist doch der Nährboden für seine ganzen Ideen und Gedanken. Wenn aber Chruschtschow überzeugt wäre, daß die freien Völker des Westens unter Zurückstellung aller Meinungsverschiedenheiten, die natürlich immer kommen können, fest zusammenständen, dann würde er seine Pflöcke doch weiter zurückstecken. Aber es hieße wirklich, die Augen zu verschließen, wenn man sich nicht klarmacht, daß in den letzten neun oder zwölf Monaten das Ansehen – ich sage: das Ansehen – Chruschtschows und der Einfluß des kommunistischen Blocks in der Welt sehr gewachsen sind, während das Ansehen und der Einfluß der freien Völker dementsprechend gesunken sind.

11 Nach der Unabhängigkeit von Belgien kam es zur Sezession von Katanga und kriegerischen Wirren im Kongo. Vgl. AdG 1960 S. 8636–8641.

12 Zur Europapolitik vgl. die Äußerungen de Gaulles beim Treffen mit Adenauer in Rambouillet am 29. und 30. Juli 1960 (ADENAUER: Erinnerungen 4 S. 59–67; SCHWARZ: Adenauer 2 S. 565–580), weiter die Erklärungen des französischen Staatspräsidenten während einer Pressekonferenz in Paris am 5. September 1960 zur Reform der NATO und einer national orientierten Verteidigungspolitik (AdG 1960 S. 8614) und zuletzt die Erläuterungen Couve de Murvilles vor der französischen Nationalversammlung (FAZ vom 19. September 1960).

Ich hoffe, daß es gelingen wird, auf der UNO-Vollversammlung das Ansehen des Westens wieder einigermaßen herzustellen. Lassen Sie mich, damit Sie meine Worte verstehen, sagen, was sich ereignet hat.

Der amerikanische Präsident bekam seine Zusage, Rußland zu besuchen, zurück. Das war damals im Mai. Das russische Volk will ihn nicht sehen. Auch der japanische Ministerpräsident Kishi¹³ mußte seine Einladung verschieben, weil er es nicht wagen konnte, damals Eisenhower in Japan zu empfangen. Ich hoffe, daß dadurch ein heilsamer Schrecken auch in den Vereinigten Staaten eingetreten ist.

Ernste Sorgen macht mir das Verhalten Frankreichs gegenüber der NATO.¹⁴ Ich kann hier nicht auf die Einzelheiten eingehen, aber glauben Sie mir, daß das Verhalten Frankreichs gegenüber der NATO geradezu beängstigend ist und einen davor fürchten läßt, was jetzt noch kommen wird im Laufe der nächsten Entwicklung. Selbstverständlich haben auch wir Sorgen wegen der NATO und Wünsche vorzubringen. Ich hoffe, daß die Sorgen, die wir speziell haben und die wir mit anderen NATO-Freunden teilen, beseitigt werden. Ich habe darüber mit Norstad während meines Urlaubs ein längeres Gespräch am Comer See gehabt¹⁵. Aber Frankreichs Verhalten gegenüber der NATO ist nach wie vor dazu angetan, uns sehr besorgt zu machen. Die Europapolitik Frankreichs ist reichlich unbestimmt und vage. Sie hat aber das eine zur Folge gehabt, daß die fünf EWG-Länder – also Frankreich ausgeschlossen – sich einig sind. Insbesondere ergab das eine Verhandlung, die ich während meiner Ferien mit Fanfani und Segni in Varese – etwa 60 km von Cadenabbia entfernt – gehabt habe. Die beiden Herren waren auf der Reise nach Paris. Wir haben eine volle Übereinstimmung zwischen der italienischen und unserer Politik festgestellt. Ich glaube, wir alle können über die politische Entwicklung in Italien zufrieden sein. Die innerpolitische Lage war zu Anfang des Jahres dort mehr als beängstigend¹⁶, weil damals noch eine große Gefahr bestand, daß die Democrazia Cristiana in verschiedene Gruppen auseinanderfallen würde und daß nur eine Regierungsbildung möglich wäre unter starker Anlehnung an Nenni. Das wäre für Europa eine Katastrophe geworden. Gott sei Dank ist diese Gefahr behoben. Das jetzige Kabinet Fanfani hat eine ganze Reihe erprobter Europäer und erprobter Anhänger der NATO, so daß wir da beruhigt sein können. Neuerdings hat Nenni auch insofern geholfen, als er ausdrücklich aus Anlaß der bevorstehenden Kommunalwahlen in Italien erklärt hat, daß eine Lösung

13 Dr. Nobusuke Kishi (1896–1987), japanischer Politiker, Jurist; nach Krieg (1896 und Inhaftierung als „Kriegsverbrecher“ durch die Amerikaner erstmals 1953 ins Parlament gewählt (Liberal Democratic Party), 1956–1957 Außenminister, 1957–1960 Ministerpräsident. – Eisenhower wurde am 16. Juni 1960 wieder eingeladen (ADG 1960 S. 8461f.).

14 Vgl. Anm. 12.

15 Am 9. September 1960. Vgl. BUCHSTAB: Cadenabbia S. 66.

16 Zeitweise bestand die Möglichkeit, die Krise, die im Februar 1960 durch die Weigerung der Liberalen ausgelöst worden war, die Regierung weiter zu unterstützen, durch eine Allianz der Christlichen Demokraten mit den Linkssozialisten Nennis zu beenden, die mit den Kommunisten liiert waren. Vgl. AdG 1960 S. 8235, 8271, 8300, 8533f., 8546.

seiner sozialistischen Partei von der Kommunistischen Partei überhaupt nicht in Frage komme.

Damit ist in Italien die Entwicklung im Sinne einer guten NATO-Politik und einer guten europäischen Politik bis auf weiteres gesichert. Ich sage: bis auf weiteres. Es sind Kommunalwahlen im Oktober.¹⁷ Anfang des nächsten Jahres werden dort allgemeine Wahlen stattfinden, die hoffentlich gut ausgehen werden. Um so mehr müssen wir Wert legen auf eine gute Verbindung mit Italien, und deshalb habe ich bedauert, daß – ausgehend von einem Artikel in der „Kölnischen Rundschau“¹⁸ – nun in Italien geradezu eine Welle der Empörung gegen uns ausgebrochen ist. Ich glaube aber, nach den Nachrichten, die ich gestern abend noch bekommen habe, ist diese Sache nunmehr beigelegt, auch in der öffentlichen Meinung Italiens.

Unser Verhältnis zu England ist gut. Ich möchte erwähnen – aber bitte nicht in die Presse bringen –, daß Herr Macmillan mir vor kurzem einen längeren Brief über seine Gedanken zur UNO-Vollversammlung, über seine Teilnahme dort usw. geschrieben hat.¹⁹ Ich konnte ihm nur antworten, daß seine Gedanken auch die meinigen seien und daß ich mich dafür bedanke, daß er mich ins Bild gesetzt habe.

Das ist im wesentlichen die außenpolitische Situation. Italien ist beruhigt. Ich meine jetzt nicht nur wegen Südtirol, sondern überhaupt die innenpolitische Lage Italiens, die sehr beängstigend war, scheint gefestigt zu sein. Frankreich ist seit einigen Monaten in der ganzen Politik ein sehr unberechenbarer Faktor geworden, so will ich mich einmal ausdrücken. England haben wir uns genähert, England sich auch uns. Und diese Annäherung wird von uns und von England aus gepflegt. Die Wahlen in den Vereinigten Staaten sind völlig in der Schwebe. Sie wissen, daß nach den neuesten Feststellungen Nixon und Kennedy gleich und gleich stehen, während bei den Umfragen vom Gallup-Institut nach der papiernen Stärke die Demokraten den Republikanern weit vorausliegen. Wie sich das bis November entwickeln wird, wissen wir nicht. Jedenfalls bringt aber dieser Zustand der Schwebe in Amerika der Welt und besonders für uns neue Unsicherheitsfaktoren mit sich, die wahrscheinlich Chruschtschow in der einen oder anderen Weise geschickt ausnützen wird.

Nun komme ich zur innenpolitischen Situation. Lassen Sie mich an die Spitze folgendes stellen: Die Uneinigkeit, die unsere Partei zeigt, ist ein schwerer Schaden für die ganze Partei. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Diese Uneinigkeit hat sich besonders gezeigt – ich werde mich sehr vorsichtig ausdrücken – auf dem Gebiet des zweiten Fernsehens. Warum das von den Ministerpräsidenten und Landesregierungen, die zu uns gehören, nicht eingesehen wird, daß es sich hier um eine innenpolitische Frage allergrößten Ausmaßes handelt, das ist mir wahrhaftig ein Rätsel. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

17 Am 6. und 7. November 1960 (AdG 1960 S. 8749f.).

18 Vgl. dazu „Kölnische Rundschau“ zum Thema „Südtirol“ vom 15., 20. und 21. September 1960.

19 Schreiben vom 17. September 1960 (StBKAH III.5).

Ich kann mir nicht helfen, mir fehlt dafür eigentlich jedes Verständnis. Gestern bekam ich eine Zusammenstellung von Allensbach²⁰, und an einem einzigen Beispiel ist die innenpolitische Bedeutung klar erwiesen. Hier ist eine Rundfrage gemacht worden über die Fernsehsendung „Verwirrung im Quadrat?“ und die später gesendete Diskussion über das gleiche Thema „Mietenerhöhung und Wohnungsbau“. Es handelt sich bei dieser Rundfrage nicht darum, ob die Leute dem zugestimmt haben oder nicht, sondern darum, daß sieben bis acht Millionen erwachsener Personen von einer dieser beiden Sendungen erfaßt worden sind. Nun stellen Sie sich mal vor, was das bedeutet! Sieben bis acht Millionen erwachsene Menschen, die hier betroffen werden, werden von einer solchen Sendung erfaßt! Es ist also ein politisches Instrument von der größten Bedeutung, so daß man sagen kann, es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß die nächste Wahl entschieden wird durch die Fernsehsendungen und nicht durch Reden und auch nicht durch die geleistete Arbeit, weil man mit dem Fernsehen wirklich an die Menschen herankommt.

Nun will ich nicht lang und breit erzählen, ob die Rundfunk- und Fernsehsendungen, die wir jetzt empfangen, parteipolitisch neutral sind. Ich glaube, kein Mensch wird es wagen, diese Behauptung aufzustellen. (*Beifall.*) Von allem abgesehen, hat das Publikum ein Recht darauf, aus einer anderen Quelle Fernsehen zu empfangen als von den Rundfunkanstalten, die nun seit Jahr und Tag daran herumoperieren. Ein zweites Moment, das, wie mir scheint, auch von den CDU-Ministerpräsidenten überhaupt nicht bedacht wird, ist folgendes: Es ist geradezu himmelschreiend, wie vom Rundfunk und vom Fernsehen die Zone in den weitesten Randgebieten vernachlässigt wird.

Es ist so, daß z.B. bis nach Bamberg die Rundfunk- und Fernsehsendungen der Ostzone gehört und gesehen werden, weil die Leute sagen, das ist viel interessanter als das, was wir von hier zu hören und zu sehen bekommen. Ich weiß aus allerbesten Quelle folgendes: Herr Springer hat in seiner Rundfunkzeitung „Hör zu“ immer die Programme der Ostzone abgedruckt. Herr Springer ist ein national fühlender Mann und hat den Anstalten der Ostzone mitgeteilt, er würde das nur dann noch weiter tun, wenn sie auch die Programme der Westzone abdruckten, worauf die ihm haben sagen lassen, ob er komplett verrückt sei. Und was war der Erfolg? Er hat das Ostzonenprogramm nicht mehr abgedruckt, und schlagartig sind 300.000 Exemplare von „Hör zu“ weniger an den Kiosken verkauft worden.

Und unser Nationalgefühl? Wenn Sie sehen, daß die Firma Siemens im Harz eine Sendeanlage für die Ostzone baut, die dazu bestimmt ist, kommunistisches Gedankengut in der Bundesrepublik zu verbreiten, (*Albers*: Geld riecht nicht!) dann möchte man fast verzweifeln. (*Gurk*: Warum muß man sich das von Siemens bieten lassen?) Wir können ja gleich darüber diskutieren. Also, man muß fast verzweifeln an dem Nationalgefühl weiter deutscher Kreise. Und wenn zu derselben Zeit, da in Berlin

20 Allensbacher Bericht (vertraulich) vom 31. August 1960: „Die Stimmung im Bundesgebiet“ über die Sendung „Verwirrung im Quadrat?“ (Laut Auskunft des Instituts für Demoskopie Allensbach vom 30. Juli 1991).

diese Trennung eingesetzt hat, 16.000 Leute zur Leipziger Messe gehen, dann kann man sich nur die ernstesten Sorgen im tiefsten Innern machen. (*Albers*: Sehr richtig!) Man erinnert sich an den Satz Lenins: Die Kapitalisten sind so, daß sie den Strick, mit dem sie später aufgehängt werden, noch vorher bezahlen. – Daß man demgegenüber uns verwehrt seitens der Herren Ministerpräsidenten, das zweite Fernsehen nun zu errichten, wo man doch die ganze ungeheure Gefahr sieht und weiß, daß man uns helfen muß gegenüber der übermächtigen kommunistischen Propaganda, das ist mir unverständlich. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Nun habe ich gehört, daß heute abend noch eine Besprechung stattfinden soll.²¹ (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren! Lassen wir nicht über die Sache lachen! Sie ist wirklich sehr ernst, und ich bin so verbittert, wie ich in meiner ganzen parteipolitischen Tätigkeit bisher noch nicht gewesen bin. Ich habe trotzdem gestern die Gesellschafterversammlung, um die Aufsichtsratsmitglieder zu bestimmen, nicht abgehalten, sondern warte das Ergebnis der heutigen Zusammenkunft der Herren Ministerpräsidenten ab. Aber ich möchte Ihnen doch eins mit auf den Weg geben, Herr von Hassel, für Ihre Kollegen.

Wenn die Ministerpräsidenten sagen: Wir haben ein Gesicht zu verlieren, dann sage ich Ihnen darauf folgendes: 1. Die Ministerpräsidenten haben ihr Gesicht von unserer Partei her, und 2. unsere Partei hat auch ein Gesicht zu verlieren. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich würde mich natürlich freuen, wenn eine Verständigung zustande käme. Aber das können Sie bitte mit auf den Weg nehmen: Der Weg wird weitergegangen, und zwar schnellstens weitergegangen, weil auf diesem Weg des ewigen Hinausziehens die Sozialdemokraten das erreichen, was sie wollen, daß nämlich am 1. Januar keine Geräte da sind und wir nicht senden können, weil wir schon Monate darüber verloren haben durch dieses ewige Hin und Her mit den Ministerpräsidenten.

Ich habe hier einen objektiven Mann neben mir sitzen, Herrn Krone, der bei den Besprechungen zugegen gewesen ist und der genau wie ich bezeugen wird – das können Sie bitte dem Herrn Altmeier auch auf seinen heutigen Brief an mich sagen –, daß ich in dieser Sitzung damals auf Veranlassung des Herrn Krone, der mich darauf aufmerksam gemacht hat, jeden der Herren einzeln, auch Herrn Altmeier, gefragt habe: Sind Sie einverstanden? Und dann hat jeder gesagt: Jawohl, ich bin einverstanden! Und nun entschuldigen Sie, manchmal muß man sich auch etwas Luft machen in der ganzen Sache.

Nun weiter zur Innenpolitik! Ich muß Ihnen sagen, den Kommunalwahlen sehe ich mit großer Sorge entgegen. Zunächst hat es sehr ungünstig gewirkt, daß man den

21 Zum Treffen der Ministerpräsidenten von CDU und CSU vgl. FAZ vom 23. September 1960 („Bonn sucht den Fernseh-Ausgleich mit den Ländern“); STEININGER S. 512.

Termin der Kommunalwahlen, z.B. in Nordrhein-Westfalen, hat verschieben müssen.²² (*Albers*: Sehr richtig!) Die Leute in den kleinen Orten sind empört darüber. (*Dufhues*: Nein!) Ich habe vielleicht mehr Fühlung mit den kleinen Leuten als Sie, Herr Dufhues! (*Dufhues*: Nein!)

Die Leute schütten bei mir ihr Herz aus. Ich weiß, was die kleinen Leute getan und wie sie alles vorbereitet haben. Nun wissen sie plötzlich nicht mehr, was sie überhaupt tun sollen. Das ist doch allen bekannt, und ich brauche keine Zuschriften und keine Gespräche dafür. Wer jemals Wahlen in seinem Leben vorbereitet hat, der weiß ganz genau, wie notwendig es ist, daß ein Termin eingehalten wird. Diese Schwebel in der ganzen Sache und diese Differenzen bei uns, die wirken doch sehr zurück auf die Wahlfreudigkeit. Alles in allem genommen: Einige Landesparteien haben die Frage der Kommunalwahlen zwölf Jahre lang einfach nicht genügend beachtet. Und das läßt sich nicht im Handumdrehen nachholen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das war nicht Sache der Bundespartei, sondern der Landesparteien. Die Landesparteien stehen dem kommunalen Wahlkörper näher als die Bundespartei. Das Ergebnis werden Sie ja sehen. Wenn die Kommunalwahlen keinen Erfolg haben – und ich habe große Sorge, daß sie keinen Erfolg haben –, wird das natürlich von der Sozialdemokratie außerordentlich stark verwertet werden beim Kampf um die Bundestagswahlen.

Damit komme ich zu den Bundestagswahlen. Sie wissen, daß unsere Fraktion im Bundestag um eine Reihe von Herren aus der DP vergrößert worden ist.²³ Machen Sie sich aber bitte völlig klar, daß auch nicht die geringste Sicherheit dafür besteht, daß wir im nächsten Bundestag eine absolute Mehrheit haben. Ich will Ihnen auch sagen warum.

Erstens: Der Besitz macht faul. Wir sind nun zwölf Jahre lang im Besitz, und wir sind faul geworden, geradeheraus gesagt. Nach dem, was ich aus kleineren und mittleren Orten höre – Sie sollten nur einmal mit guten Freunden darüber sprechen –, ist man durch und durch faul, gleichgültig und verfilzt. Und die kommunalpolitischen Sünden sind gewöhnlich von beiden Seiten zusammen begangen worden. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Und selbst unsere eigenen Parteileute schrecken davor zurück, nun auf einmal das Kriegsbeil auszugraben. (*Bewegung und Heiterkeit*.) Sie lachen darüber! (*Dufhues*: Ich lache nicht darüber, sondern ...) Nehmen Sie die ganze Sache sehr ernst; denn Sie sind bei diesem Kampf um die Einheit der Partei ein Hauptgegner! (*Lebhafte Bewegung*. – *Dufhues*: Das muß ich auf das allerschärfste zurückweisen, Herr Bundeskanzler! So geht das nicht! – *Gerstenmaier*: Das geht zu weit! – *Anhaltende Unruhe und Bewegung*.) Nun, so geht es wohl, Herr Dufhues. Ich bin bereit, den Beweis jederzeit vor einem Ehrengericht anzutreten. (*Dufhues*: Dann tun

22 Wegen Wahlrechtsänderungen mußten die Kommunalwahlen auf den 19. März 1961 verschoben werden (vgl. Nr. 10 Anm. 61). Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Kommunalwahlgesetz vom 2. November 1960 (2 BvR 504/60). Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 11 S. 351–366. Vgl. hierzu auch AdG 1960 S. 8736.

23 Vgl. Nr. 15 Anm. 21.

Sie das! Ich darf Sie jetzt selbst darum bitten, und zwar in aller Form!) Das werde ich tun.²⁴ (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Nun, meine Damen und Herren, kommen bald die großen Wahlen. Ich habe eben gesagt, wir können nicht damit rechnen, daß wir die absolute Mehrheit bekommen, weil wir faul sind und weil die anderen hungrig sind, und zwar hungrig nach der Macht, und sich die Sozialdemokraten die denkbar größte Mühe geben mit Programmen und allem Möglichen, was sie da gemacht haben.

Wir können zweitens nicht sicher sein über den Ausgang der Wahl wegen der außenpolitischen Situation. Stellen Sie sich bitte vor, in den zwölf Monaten, die jetzt vor uns liegen, geschieht irgend etwas mit Berlin, womit wir nicht einverstanden sind. Wie wird das im Wahlkampf? Welche Rolle wird das dabei spielen? Es kommt weiter hinzu, daß, wenn außenpolitische Erschütterungen kommen, wirtschaftspolitische Erschütterungen nicht ausgeschlossen sind. Das sind alles Unsicherheitsfaktoren, die einen sehr besorgt machen können.

Darum glaube ich, muß man daran denken, daß man sich rechtzeitig Koalitionspartner sucht. Die FDP hat sich namentlich des Herrn Kollegen Pferdmenes bedient, um sich uns zu nähern. Es wird Herrn Pferdmenes aber ebenso überraschen, wie es mich überrascht hat, daß Herr Mende in Berlin mit dem Herrn Brandt verhandelt hat über eine Koalition zwischen der SPD und der FDP.²⁵ Ich habe gestern gehört, daß bei der Aufstellung der Kandidaten für die Stadtverordnetenwahl in Köln die drei gemäßigten FDP-Leute, die bis jetzt im Stadtrat waren, eliminiert und jetzt nur noch Kandidaten dort aufgestellt werden, die mit der SPD zusammengehen. Das ist auch ein Anzeichen dafür, aber das Erschütternde ist doch die Tatsache, daß Herr Mende mit Herrn Brandt über eine Koalition zwischen der SPD und FDP verhandelt hat und mir auch noch – ehe ich von diesem Gespräch hörte – jemand geschickt hat, der in seinem Auftrag versichern sollte, daß sie niemals mit der SPD zusammengingen. Die FDP ist also ein sehr unsicherer Faktor, auf den man sich nicht verlassen kann.

Die Deutsche Partei ist zertrümmert. Was aus dem Rest werden wird, weiß ich nicht. Ich glaube, die Herren wissen es selbst nicht. Und ob die in ihrer Ansicht uns nahestehenden Herren, die zu uns gekommen sind, so viel Stimmen bringen, wie sie bekommen haben, als sie Mitglieder der Deutschen Partei waren, weiß auch niemand.

24 Auslöser der Auseinandersetzung war die Ankündigung von Dufhues als Vorsitzender des WDR-Verwaltungsrats, gegen das Bundespostministerium wegen der Errichtung von Sendeanlagen für das zweite Fernsehprogramm zu klagen (vgl. „Bonner Rundschau“ vom 9. September 1960).

25 Lt. mündlicher Auskunft vom 8. Juli 1991 hat Mende, der sich Ende August 1960 in Berlin aufhielt, zu keiner Zeit mit Brandt über eine Koalition mit der SPD verhandelt. Vgl. aber die folgenden Ausführungen von Gerstenmaier (S. 819f.); MENDE S. 454.

Nun komme ich zum BHE. Der BHE hat mit mir schon vor einigen Wochen verhandelt.²⁶ Er hat mir sehr klar gesagt, daß er auch mit der SPD verhandeln würde. Ich bin überzeugt, daß das Gros der Wähler des BHE mehr zu uns neigt als zur SPD. Ich kann auch verstehen, daß diejenigen Vertriebenen, die zu uns gekommen sind, es bedauern würden, wenn der BHE wieder in den Bundestag käme, aber man schätzt doch bei ruhiger Abwägung aller Verhältnisse die Zahl der BHE-Abgeordneten, wenn es ihnen gelingt, die Sperren zu überspringen, auf 20 bis 22. Und darum halte ich es – ich habe darüber auch gestern mit Herrn Krone gesprochen – nicht für richtig, wenn jetzt von unserer Fraktion erklärt wird, eine Änderung des Wahlgesetzes kommt nicht in Frage. Ich meine, darüber soll man nicht sprechen. Änderungen von Wahlgesetzen sind niemals ein Vergnügen. Das tut keiner aus Freude. Aber warten wir zunächst einmal alles ab, schweigen wir vorerst und sprechen nicht darüber, sondern verhandeln wir weiter!

Ich möchte Sie darum bitten, darüber zu schweigen, was mit dem Wahlgesetz wird und was nicht wird. Das wird sich schon finden, wenn die Dinge reifer geworden sind und alles klarer erscheint. Ich wiederhole nochmals: Aus reinem Vergnügen wird niemand daran denken, ein Wahlgesetz zu ändern; denn das ist immer schwierig, und irgendeinem tritt man immer dabei auf den Fuß.

Nun haben wir eine Reihe von sehr wichtigen Gesetzentwürfen auf der Tagesordnung stehen, die auch politisch von sehr großer Bedeutung im Hinblick auf die Wahlen sind. Es handelt sich um die Krankenversicherungsreform, die Mietengesetzgebung – die steht allerdings nicht auf der Tagesordnung, weil sie ja vollendet ist –, die Notstandsgesetzgebung²⁷, das Parteiengesetz²⁸ und das Wahlgesetz²⁹. Ich möchte darum bitten, das Wahlgesetz zu streichen und heute nicht weiter darüber zu diskutieren. Das läßt sich noch nicht überschauen. Das hat auch noch Zeit. Über das Parteiengesetz müssen wir sprechen. Ebenfalls über die Notstandsgesetzgebung, die Krankenversicherung und den Lücke-Plan³⁰ insofern, als man nun nach Möglichkeiten sucht, um die eventuell vorhandenen Stacheln in der Gesetzgebung zu beseitigen oder schmerzlos zu gestalten. Darüber kann vielleicht Herr Lücke referieren. Nun möchte ich kurz pausieren und Sie bitten, über das, was ich gesagt habe, in eine Diskussion einzutreten. Das Wort hat Herr Stingl.

Stingl: Herr Bundeskanzler! Bei allen Überlegungen über das Wiederhineinkommen des BHE in den Bundestag wird folgendes übersehen: Der BHE hat bei der vorigen Wahl nicht ganz 5 % bekommen, nämlich 4,8 oder 4,9 %. Das hätte bedeutet, daß der BHE – gäbe es die 5%-Klausel nicht – mit etwa 24 Mandaten im Bundestag vertreten wäre. Von diesen 24 Mandaten haben wir 14 bekommen. Wenn wir also

26 Am Freitag, dem 19. August 1960, mit Seiboth, Ahrens und Guthsmuths (TERMINKALENDER).

27 Vgl. hierzu: Michael SCHNEIDER; vgl. auch Anm. 66.

28 Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 22. Dezember 1959 (BT-Drs. 1509).

29 Vgl. Nr. 9 Anm. 34.

30 Vgl. Nr. 15 Anm. 15.

den Wunsch hegen, daß der BHE wieder in den nächsten Bundestag einzieht, dann bedeutet das, daß wir bereit sind, den auf uns fallenden Teil dieser nicht zum Zuge kommenden Mandate aufzugeben; d.h. also, 14 Mandate aufzugeben, um dafür einen unsicheren Koalitionspartner, dann aber nicht mit 14, sondern mit 24 Mandaten, zu bekommen.

Adenauer: Lieber Herr Stingl! Was habe ich denn gesagt? Ich habe gesagt, wir wollen heute nicht darüber sprechen. Wir haben heute wichtigere Dinge zu besprechen. Die Frage ist auch noch nicht spruchreif. Es wird nichts geschehen, ohne daß im Bundesvorstand darüber gesprochen wird. Aber warum denn heute? Herr Stingl! Ich bitte ausdrücklich darum, nicht darüber zu sprechen. Ich habe auch nicht darüber gesprochen. Ich wiederhole: Wir haben heute wichtigere Dinge zu besprechen als die Frage BHE und Wahlgesetz.

Stingl: Ich habe auch daraus keinen Vorwurf gezogen, Herr Bundeskanzler, aber in einem Punkt habe ich Bedenken. Es berührt uns als Vertriebene immer etwas seltsam, wie Sie es formuliert haben: die Vertriebenen, die zu uns gekommen sind. Darf ich bescheiden darauf hinweisen, daß es eine ganze Reihe von Vertriebenen gibt, die nicht zu uns gekommen sind, sondern von Anfang an bei uns waren.

Adenauer: Ich habe die gemeint, die zu uns gekommen sind, nachdem sie vertrieben waren. (*Heiterkeit.*)

Gerstenmaier: Ich möchte jetzt nur kurz etwas zu dem sagen, was Sie über die FDP ausgeführt haben. Ich hatte den Besuch von Herrn Mende einige Tage danach, als er in Berlin war. (*Zurufe:* Lauter, wir verstehen nichts!) Ja, meine Herren, meine Jugendkraft ist dahin, und das Schreien ist mir völlig fremd geworden. Aber ich darf wiederholen: Herr Mende war einige Tage, nachdem er das Gespräch mit Herrn Brandt gehabt hat, bei mir.³¹ Es ist nun nützlich, Herr Bundeskanzler, nachdem Sie das gesagt haben, daß auch die andere Version gehört wird. Herr Mende hat mir einen ausführlichen Bericht über sein Gespräch mit Brandt gegeben und gesagt, welche Faktoren und Elemente unter Umständen auch für eine Koalition SPD / FDP sprechen könnten. Diese Elemente habe ihm Brandt sehr einleuchtend dargetan. Mendes Reaktion war die, selbst wenn man das machen würde – und die unter Umständen haushohen Angebote der SPD seien viel größer als die von der CDU –, wäre die FDP zum Schluß der Verlierer. Ich sagte zu Mende: Sind Sie dessen sicher? Darauf sagte er betrübt und klar: Dafür gibt es leider einen historischen Vorgang, und der ist so einschneidend für uns, daß wir uns darauf nimmermehr einlassen können; auch wenn wir in die viel schwierigeren Bedingungen mit der CDU einwilligen müssen, müssen wir das tun, wenn wir nicht riskieren wollen, eines Tages unter die 5%-Klausel herabzusinken. Das wollen wir auf keinen Fall. Wir empfehlen deshalb: weitere Ablehnung einer SPD-Koalition um der Existenz der FDP willen.

31 Am 15. September 1960. Eintrag in Terminkalender in ACDP I-210-031.

Das war nun so vernünftig und so überzeugend dargetan, daß ich mir sagte, ich sehe in diesem Punkt ein bißchen weniger Gefahr als Sie, Herr Bundeskanzler. Das wollte ich nur zu Ihrem und zu unser aller Trost hier berichten.

Mit Ihrem Vorschlag, daß wir nicht über das Wahlgesetz reden sollen – womöglich erst in der nächsten Legislaturperiode –, bin ich ganz einverstanden. (*Heiterkeit.*) Ich bedaure nur, daß wir es hier auf die Tagesordnung gesetzt haben. Da parteiinterne Vorgänge dieser Art nie ganz geheim bleiben, werden wir gefragt werden: Was habt ihr zum Wahlgesetz beschlossen? (*Von Hassel:* Wir haben Wichtigeres zu tun!) Das können Sie sagen, Herr von Hassel! Ich werde gar nichts dazu sagen. Ich bin fein heraus. (*Adenauer:* Nein, Herr Gerstenmaier, Sie stecken mitten drin!)

Herr Bundeskanzler! Was ich gesagt habe, wissen Sie. Das haben Sie aus der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen können.³² Aber wenn Sie sagen, wir wollen unseren Frieden haben, (*Adenauer:* Nein, wir wollen nicht darüber sprechen heute!) dann muß ich folgendes sagen: Wenn man überhaupt noch im Sinne hat, über das Wahlgesetz zu sprechen, dann muß es möglichst frühzeitig vor der Wahl geschehen und nicht möglichst nahe vor der Wahl. Je näher wir an die Bundestagswahl herankommen, desto aussichtsloser wird die Sache parlamentarisch. Es mag andere Gesichtspunkte geben, die für das Schweigen sprechen. Dafür habe ich Verständnis. Deshalb schlage ich vor: Wiedervorlage nach den Wahlen.

Adenauer: Es würde mich interessieren, ob Sie Herrn Mende für einen so starken Mann halten, daß er seine Partei auf dem als richtig erkannten Weg wirklich führen wird. (*Gerstenmaier:* Ich war niemals der Meinung, daß Mende und Adenauer synonyme Wesen sind. – *Heiterkeit.*) Es sitzt hier an diesem Tische eine Persönlichkeit, die noch viel genauere Nachrichten über dieses Gespräch Mende–Brandt in Berlin hat. (*Gerstenmaier:* War die Persönlichkeit dabei?) Ich sage nichts darüber. Man muß schweigen können. Aber es ist eine respektable Persönlichkeit, die noch viel genauere Nachrichten hat. Ich kann Ihnen unter vier Augen sagen, woher ich meine Nachrichten habe; aber die sind noch viel genauer, nicht wahr, Herr Etzel? (*Etzel:* Jawohl! – *Gerstenmaier:* Ich kann nur sagen, was ich selber weiß. Ob das richtig oder falsch ist, wird sich ja herausstellen. Aber es ist nützlich, diese andere Version auch zu hören.) Es ist bemerkenswert, daß Herr Mende schon das Bedürfnis gehabt hat, zu Ihnen zu kommen, um Ihnen dieses Märchen zu erzählen. (*Gerstenmaier:* Wir haben dabei den Herrn Dehler unter Dach und Fach bringen müssen.) Herr Dehler hat aber noch weitere Aspirationen. (*Gerstenmaier:* Es genügt, wenn er Vizepräsident des Bundestages wird.) Er will aber weiter. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Ich darf jetzt noch etwas anderes sagen! Wenn ich Herrn Dufhues ansehe und mich selber, dann muß ich sagen, es ist mir ausnahmsweise nicht zum Lachen; sonst bin ich mehr für Lachen in der Politik, obwohl sie nicht lächerlich ist. Herr Bundeskanzler! Heute morgen sind hier zwei Sätze gefallen, die hätte ich lieber

32 FAZ vom 20. September 1960 („Gerstenmaier lehnt Wahlgesetzänderung ab“).

nicht gehört. Ich würde vorschlagen, daß wir uns nicht auf das Ehrengericht einlassen, das Sie anrufen wollen. Das können wir doch unter dem Aspekt, unter den wir uns zum Anfang unserer Aussprache gestellt haben, gar nicht gebrauchen in diesem Jahr vor den Wahlen. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Wir gehen einem sehr ersten und schweren Wahlkampf entgegen. Wir werden uns zunächst einmal außenpolitisch ganz zu stellen haben, und wir werden innenpolitisch – da stimme ich mit dem Herrn Bundeskanzler überein – schwer um die unerläßlich notwendige Macht für die von uns als richtig erkannte Politik weiterkämpfen müssen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Deshalb brauchen wir heute mehr denn je die Einigkeit der Partei. Und dazu gehören, Herr Bundeskanzler, zwei Sachen. Ich bin in der Fernsehgeschichte weiß Gott Ihrer Meinung, und es liegen meinem schwäbischen Zorn auch Wutausbrüche gelegentlich sehr nahe, wo die anderen Herren anderer Meinung sind. Aber zwei Dinge haben mich stutzig gemacht. Das eine ist ein vertraulicher Brief vom Intendanten des Stuttgarter Rundfunks, Herrn Bausch³³. Ich habe neulich im Fraktionsvorstand der CDU gesagt³⁴, daß meiner Meinung nach auf diesen Brief geantwortet werden muß, und zwar von sachverständigen Leuten. (*Adenauer*: Den Brief kenne ich nicht!) Der Intendant des Stuttgarter Rundfunks hat in einem langen Schreiben, das zwölf Seiten umfaßt, Einwände geltend gemacht und manches zur Personalpolitik gesagt, was mich – einen Mann, der bis jetzt auf Ihrer Linie in dieser Sache agitierte – so stutzig gemacht hat, daß ich mich frage, sollen am Ende nicht der Herr Süsterhenn und diejenigen recht haben, die schwere Bedenken gegen dieses Unternehmen bisher geltend machen. Ich wäre also sehr dankbar, wenn diese Sache ausgeräumt würde.

Ich kann als Laie einstweilen nur sagen, alles das, was Herr Bausch – es ist nicht unser Bausch³⁵, sondern der Intendant und Landtagsabgeordnete aus Baden – gesagt hat, muß irgendwie sachlich widerlegt werden. Das beeindruckt einen doch sehr stark, und ich muß sagen, so einfach könnte ich nicht darüber hinwegkommen.

Das andere ist Ihr Wort, Herr Bundeskanzler, von den Ministerpräsidenten, die ihr Gesicht von der Partei her haben. Ich kann Ihnen nachfühlen, was Sie damit sagen wollten. (*Adenauer*: Ich habe es auch von der Partei her!) Sie haben Ihr Gesicht nicht nur von der Partei her. Und die Ministerpräsidenten haben ihren Stuhl meinetwegen von der Partei, aber nicht ihr Gesicht. Und daß sich Herr Duffhues – der in vielen Sachen anderer Meinung ist als ich, der aber mein Freund ist – sagen lassen muß, daß er gegen die Einheit der Partei sei, weil er anderer Meinung ist als Sie ...

33 Dr. Hans Bausch (1921–1991), Rundfunkintendant; 1956–1958 MdL BW (CDU), 1958–1989 Intendant des Süddeutschen Rundfunks, 1961/1962, 1974/1975 und 1988/1989 Vorsitzender der ARD. – Druck des Schreibens vom 5. September 1960 in ZEHNER 1 S. 195–202.

34 Vorstandssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 19. September 1960. Protokoll in ACDP VIII-001-1503/3.

35 Paul Bausch (1895–1981), 1949–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 12 Anm. 41.

Adenauer: Aber das verbitte ich mir, Herr Gerstenmaier, eine derartige Unterstellung, daß ich gegen Herrn Dufhues auftrete, weil er anderer Meinung ist. Ich habe meine sachlichen Gründe dazu. (*Gerstenmaier:* Sie haben gesagt, daß er ein Gegner der Einheit der Partei sei.) Das ist gar nicht wahr! (*Gerstenmaier:* Das sagen Sie nachher!) Ich will Ihnen sagen, was mich so geärgert hat am Verhalten von Herrn Dufhues. Wir hatten neulich eine Besprechung, und da hat Herr Dufhues erklärt: Ich stelle mich auf den Boden der Tatsachen! Und ich dachte, damit wäre die Sache erledigt. Aber kurze Zeit darauf hat er als Vorsitzender des Westdeutschen Rundfunks auch zugestimmt der Erhebung der Klage. (*Dufhues:* Das stimmt wieder in dieser Form nicht!) Das „wieder“ schenken Sie sich mal und sagen Sie, inwiefern es nicht in dieser Form stimmt.

Dufhues: Ich kann Ihnen einen kurzen Überblick über das geben, was hier zur Erörterung steht. Bereits im Juli – etwa in den zwanziger Tagen – ist der Verwaltungsrat des Westdeutschen Rundfunks mit der Frage befaßt worden, ob aufgrund des Postvertrages³⁶ eine Klage gegen die Post erhoben werden solle. Der Postvertrag räumt dem Norddeutschen und dem Westdeutschen Rundfunk das Recht ein, allein Rundfunk- und Fernsehanlagen im Sendebereich zu errichten. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn über die Erledigung dieses Vertrages Verhandlungen mit der Post aufgenommen und auch die Post zu Verhandlungen bereit gewesen wäre. Aber das ist nicht der Fall gewesen. WDR und NDR haben deshalb beschlossen, diese Klage zu erheben.³⁷ Ich habe mit einem zweiten Freund von uns im Verwaltungsrat die Erhebung der Klage von der Bedingung abhängig gemacht, daß gleichzeitig ein entsprechender Beschluß des NWDR in Liquidation gefaßt würde. Ich habe noch in der letzten Verwaltungsratssitzung vor 14 Tagen – ich bitte, die Zusammenhänge zu verstehen, Herr Krone, dann wird es klarer –, (*Krone:* Dann wird es gefährlich!) die nach der Vorstandssitzung war, die gleiche Haltung eingenommen. Die andere Sitzung war vier Wochen vorher, Ende Juli. Diese Sitzung, von der Sie sprachen, im Vorstand, war am 17. oder 18. August. Der Beschluß des NWDR in Liquidation ist nur möglich, wenn die Regierungen von Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg zustimmen. (*Zuruf:* Gemeinsam?) Nein, es genügt eine Mehrheit von vier Stimmen. Und hier besteht eine Möglichkeit, aus politischen Gründen Bedenken geltend zu machen, die aus rechtlichen Gründen vom Standpunkt der Anstalten aus nicht geltend gemacht werden können.

Wenn diese Zusammenhänge bekanntgewesen wären, Herr Bundeskanzler, würden Sie darin keinen Widerspruch sehen. Zweitens liegen die Dinge zeitlich anders, und drittens habe ich am Samstag bei Herrn Lensing Besprechungen gehabt, die zum Ziele hatten, Ihnen die Möglichkeit zu geben, die Aufsichtsratsmitglieder zu bestimmen, die

36 NWDR-Postvertrag vom Mai 1949. Auszugsweiser Abdruck in BAUSCH 1 S. 39–41. Vgl. Nr. 16 Anm. 47.

37 Die Klage wurde vom NDR am 30. August 1960 beim Verwaltungsgericht Köln eingereicht. Westdeutscher Rundfunk. Jahrbuch 1960–1961 S. 267. Vgl. auch Anm. 24.

Sie wünschen, und die Kräfte und Einrichtungen zu veranlassen, den Aufsichtsrat zu beschicken, die heute noch mit größter Reserve diesen Dingen gegenüberstehen. Ich bitte Sie, Herrn Lensing darüber zu hören.

Ich habe erklärt: Ich stelle mich auf den Boden der Tatsachen. Ich habe den Wunsch, daß drei ernsthafte Bedenken ausgeräumt werden. Dieses Recht muß ich für mich in Anspruch nehmen. Mir aber vorzuwerfen, ich würde die Einheit der Partei schädigen, das ist für einen Mann, der nichts anderes kennt, als dieser Partei zu dienen, der schwerste Vorwurf, der mich jemals getroffen hat.

Krone: Ich habe dem Herrn Flehinghaus in einem Gespräch gesagt, wenn wir uns in diesen schwierigen Fragen öfters unterhielten, würden wir manche Schwierigkeiten und Mißverständnisse beheben. Ich will aber nur sagen, ich bin des näheren seit drei viertel Jahren mit den Rundfunkfragen befaßt worden. Ich habe gesehen, wie diffizil und wie verheddert die Dinge hier liegen. Ich weiß, daß in früheren Jahren gesündigt worden ist, ohne daß wir aufgepaßt haben, daß Verträge abgeschlossen worden sind. Man nennt das sogar Staatsverträge, die nun als Hemmschuh dazwischenstehen. Es scheint mir auch, daß der Anlaß für Ihren Vorwurf gegen Herrn Dufhues, Herr Bundeskanzler, auf einer Anschauung des Herrn Dufhues beruht, die irgendwie in den obskuren Rechtsverhältnissen begründet liegt und die auch ich für sehr bedenklich halte. Ich entnehme den Worten des Kollegen Dufhues, daß er sich überlegt, wie er aus dieser verzwickten Lage herauskommen kann.

Ich möchte ihn so verstanden haben, daß die Klage dieser Gesellschaft in Liquidation noch nicht erhoben worden ist. (*Dufhues:* Es ist weder Klage des Norddeutschen Rundfunks noch des Westdeutschen Rundfunks, wohl aber die Klage des Nordwestdeutschen Rundfunks in Liquidation erhoben, und zwar auf Veranlassung von Freunden, die zur CDU gehören. Ich möchte feststellen, daß auch Ihr Wort, das Sie gesprochen haben, nicht mehr begründet ist.)

Ich möchte über die Fernsehfrage aber heute nicht mehr sprechen, um nicht noch einmal alles aufzureißen. Ich möchte heute und morgen noch einmal den Versuch machen, die Sache in Ordnung zu bringen. Und wenn es dann aus ist, ist es eben aus. Aber der Versuch sollte noch einmal gemacht werden. Ich enthalte mich jeder Kritik. Ich möchte hoffen und wünschen, daß eine Reihe von Personen, auf die es mit ankommt, sei es direkt oder als Unterhändler, heute abend von dem Willen zu einer Verständigung beseelt ist.

Das Wort vom Gesicht verlieren möchte ich so oder so unterstreichen. Dann haben beide das Gesicht zu verlieren. (*Zuruf:* Was heißt das?) Wir müssen uns finden für die CDU und für unsere Sache. Ich mache heute abend den Versuch.³⁸ Hoffentlich kommen die Herren.

Adenauer: Ich werde mir nachher das Stenogramm geben lassen, um zu sehen, was ich gesagt habe, und werde dann mit Herrn Dufhues darüber sprechen. Ich möchte Ihnen aber, damit Sie das Ganze verstehen, folgendes sagen: Der

38 Vgl. Anm. 21.

Nordwestdeutsche Rundfunk hat sich seinerzeit aufgelöst in den Norddeutschen und in den Westdeutschen Rundfunk.³⁹ Es ist ausdrücklich niedergelegt worden, daß weder der Westdeutsche Rundfunk noch der Norddeutsche Rundfunk Rechtsnachfolger des Nordwestdeutschen Rundfunks ist. Das haben diese selbst bestimmt.

Nun versetzen Sie sich bitte in meine Lage, wenn ich zehn Tage später, nachdem Herr Dufhues erklärt hat, er stelle sich auf den Boden der Tatsachen, in den Zeitungen lesen muß, daß er zugestimmt hat einer Klageerhebung des Nordwestdeutschen Rundfunks, der überhaupt nicht mehr existiert. (*Dufhues*: Das stimmt nicht!) Ich sage das, was in der Zeitung gestanden hat, Herr Dufhues.

Und nun möchte ich Herrn Gerstenmaier auch etwas sagen. Herr Gerstenmaier! Wenn ich nur ein Viertel von der Empfindlichkeit hätte, die Sie haben, dann würden Sie mal hier die Puppen tanzen sehen. Wohin sind wir gekommen, wenn der Bundeskanzler und Vorsitzende der CDU die Ministerpräsidenten zu einer Besprechung einlädt und die Herren überhaupt nicht kommen? (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Darin stimme ich Ihnen ja zu, Herr Bundeskanzler, aber trotzdem muß doch in diesem Kreis frei gesagt werden: Es geht nicht, daß einem von uns, der unser Vertrauen hat, gesagt wird, daß er sein Gesicht von der Partei her habe. Er hat seinen Stuhl von uns, aber nicht sein Gesicht. (*Lebhafter Widerspruch und Unruhe sowie Bewegung*. – *Zuruf*: So ist es doch nicht gemeint! Vom Gesicht ist nicht gesprochen worden.)

Adenauer: Herr Gerstenmaier! Wenn ich dadurch, daß ich den Stuhl mit dem Gesicht verwechselt habe, (*Heiterkeit*) Ihnen zu nahe getreten bin, dann bitte ich um Entschuldigung. (*Gerstenmaier*: Mir sind Sie gar nicht zu nahe getreten; ich vermittele ja nur.) Ich bitte darum, im Stenogramm genau festzustellen, was ich gesagt habe. Ich komme dann darauf zurück.

Dufhues: Sie haben Kritik daran geübt, daß die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen verschoben werden. Sie haben das als eine sehr schlechte Sache bezeichnet. Diese Entscheidung ist getroffen worden mit den Führungsgremien der CDU in Nordrhein-Westfalen. Wir haben uns sehr ernste Gedanken darüber gemacht, und wir glaubten, dazu verpflichtet zu sein. Es gab nur einen Ausweg, aber selbst der hätte eine Verschiebung der Wahl nicht ausgeschlossen. Dieser einzige Weg wäre der gewesen, die sogenannten Splittergruppen oder Rathausparteien zuzulassen, wie es in einzelnen Ländern geschehen ist. Kabinett und CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen sind einstimmig der Meinung, daß wir in Nordrhein-Westfalen damit diesen Gruppen, die unseren Stimmenanteil auf die Dauer vermindern, den Weg in die Parlamente eröffnen würden.

Aus dieser staatspolitischen Überlegung heraus, die sich auf Bund, Länder und Gemeinden gleichmäßig auswirkt, haben wir in Nordrhein-Westfalen – Kabinett,

³⁹ Im März 1956. BAUSCH I S. 212. Zur Auflösung des NWDR und Gründung von NDR und WDR vgl. EBD. S. 204–234.

Fraktion und Vorstand einstimmig – es für richtig gehalten, eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über eine Verfassungsbeschwerde gegen unser Kommunalwahlgesetz abzuwarten. Wir glaubten, eine kurzfristige Verlegung der Kommunalwahl um einige Monate in Kauf nehmen zu sollen und zu müssen, um die Möglichkeit zu erhalten, die bisherigen politischen Parteien, vor allem die CDU, von diesen Splittergruppen zu befreien. (*Adenauer*: Wann werden die Wahlen stattfinden?) Das kann ich nicht sagen, aber sobald der Spruch des Bundesverfassungsgerichts getroffen ist. Ich habe den Vizepräsidenten gebeten, möglichst bald einen Termin zu nehmen. Ich nehme aber an, daß wir keinesfalls vor dem 29. Januar wählen können. (*Adenauer*: Im Januar und Februar sind in Nordrhein-Westfalen wegen des Karnevals keine Wahlen möglich. Dann sind die Säle alle besetzt.) Dann muß ein Termin im Februar oder März in Kauf genommen werden. Die Fraktion in Nordrhein-Westfalen war nicht bereit, den Splittergruppen den Weg in die Parlamente zu eröffnen. (*Zuruf*: Die unabhängigen Wählergemeinschaften, die in Hildesheim und Wolfenbüttel ihren Sitz haben, haben gegen das niedersächsische Kommunalwahlgesetz beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde erhoben und in der vorigen Woche eine einstweilige Verfügung beantragt.)

Adenauer: Herr Dufhues, in der Karnevalszeit in Nordrhein-Westfalen Wahlen abzuhalten, das halte ich für unmöglich.

Albers: Ich habe schon in der letzten Bundesvorstandssitzung einige Ausführungen dazu gemacht und gesagt: Machen Sie keine Wahl während der Fasteloovendszik! Das ist ganz ausgeschlossen. Ich habe die Bitte, die Wahl drei oder vier Wochen vor Ostern zu legen. Im übrigen steht es gar nicht so schlecht mit der Partei, allerdings unter der einen Voraussetzung, daß wir uns nicht gegenseitig Knüppel zwischen die Beine werfen. Über einige Fragen müssen wir uns noch klarwerden. Wir dürfen uns nicht bei den Punkten, die hier auf der Tagesordnung stehen, in aller Öffentlichkeit gegenseitig zur Sau machen. Entschuldigen Sie, wenn ich das so hart sage.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß wir nun auf das Thema „Termin Kommunalwahlen“ nicht mehr eingehen.

Dufhues: Ich habe lediglich die Frage beantwortet, wann frühestens die Wahlen sein können. Wann der Termin ist, kann ich aus gewichtigen Gründen nicht sagen. Ich bin sicher, daß das, was ich hier sage, in der Öffentlichkeit weitergegeben wird.

Adenauer: Das ist aber kein großes Vertrauen in die Verschwiegenheit des Bundesvorstandes! Ich kenne aber genug davon und wiederhole: Keine Wahl während der Karnevalszeit! Das hat keinen Zweck. Das wird mir auch jeder bestätigen. – Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Der Herr Bundeskanzler hat gesagt: Wir können nicht sicher sein über den Ausgang der Bundestagswahl im Hinblick auf die außenpolitische Entwicklung. Stellen Sie sich vor, es passiert in Berlin irgend etwas, was uns nicht gefällt. In dieser Feststellung liegt eine sehr ernstzunehmende Warnung hinsichtlich der Möglichkeiten, die vielleicht bei der kommenden Auseinandersetzung um Berlin bestehen. Ich bin überzeugt, daß der Bundeskanzler mit der Feststellung recht hat, daß an dem Beispiel

Berlins in der deutschen Öffentlichkeit der Erfolg oder Nichterfolg der deutschen Politik wesentlich gemessen und gewogen wird.

Wenn es uns also nicht gelingt, diese Angriffe auf Berlin so zurückzuschlagen, wie es bisher gelungen ist, dann wäre das in der Tat für uns auch als Partei – obwohl das natürlich in dieser Auseinandersetzung nicht der erste Gesichtspunkt sein darf – in der Auseinandersetzung mit dem Gegner und in der Öffentlichkeit eine unerhörte Belastung. Wenn das so ist, dann müssen wir uns heute erst recht Klarheit darüber verschaffen, wie ernst die Situation in der Auseinandersetzung um Berlin ist. Deshalb möchte ich Sie auf etwas aufmerksam machen, was mehr als viele Reden die kritische Zuspitzung der Situation kennzeichnet. Ich bitte Sie, wenn Sie wieder hinausgehen draußen in das Land, unsere Freunde fest an die Hand zu nehmen, damit sich nicht eine Entwicklung durchsetzt, die sich schon jetzt in Ansätzen beobachten läßt, nämlich ein schleichendes Mißtrauen gegen die Standfestigkeit in der Sache Berlins auf der Seite des Westens. Wenn sich das durchsetzt, ist es tödlich, weil der Osten darin eine Ermunterung erblicken kann, auf dem Wege fortzuschreiten, den er beschritten hat.

Und nun ein Beispiel, aus dem Sie ersehen mögen, wie ernst möglicherweise die Situation wird. Ulbricht hat am 11. Juni in einer Funktionärsversammlung der SED einen Lagebericht gegeben.⁴⁰ Diese Berichte pflegen in der Regel acht Tage später in den Parteiorganen veröffentlicht zu werden. Auf diese Rede hat man dieses Mal etwa ein Vierteljahr lang warten müssen. Die Neugierde war entsprechend groß. Vor kurzem ist in den Funktionärsorganen diese Rede veröffentlicht worden. In dieser Rede hat er gesagt – ich nehme an, das war der Grund, weshalb sie jetzt veröffentlicht worden ist, um deutlich zu machen, daß hinter den Maßnahmen gegen Berlin ein wirklich ernsthafter Wille steht, die Position Berlins aufzulösen –: Wir sind auf keinen Fall bereit, auf den sogenannten Status quo einzugehen.

Dieser Satz ist in der Öffentlichkeit aufgefallen. Aber viel ernster sollten wir den folgenden Satz nehmen, den er gesagt hat, man werde die Kontrolle über die Verbindungswege übernehmen, und nun wörtlich: „Das kann die Entstehung eines Konflikts bedeuten. Aber dieser Konflikt bringt weniger Gefahren als das Weiterbestehen der Herde des Krieges.“ Das bedeutet offenbar, daß er glaubt, das Risiko einer äußersten Zuspitzung einkalkulieren zu können. Er vertraut darauf, daß es eben doch nicht zum äußersten Widerstand des Westens kommen wird. Das ist ein gefährlicher Satz. Deshalb sage ich das hier in diesem Kreise mit der Nachhaltigkeit, die möglich ist.

Herr Bundeskanzler! Der einzige, der die Möglichkeit und das Ansehen hat bei den drei Westmächten, die ja dazu nötig sind, sind Sie, und Sie müssen noch stärker als bisher deutlich machen, daß bei diesem Vorstoß gegen Berlin die Gefahr entweder des Zusammenbruchs der westlichen Position in Berlin oder die Gefahr des Krieges

⁴⁰ Walter Ulbricht: Die Grundfragen lösen, um die Gesamtaufgabe zu erfüllen. Rede auf der Bezirksdelegiertenkonferenz Berlin der SED am 11. Juni 1960. In: Neuer Weg. Organ des Zentralkomitees der SED für Fragen des Parteilebens (17/1960) S. 1014–1037, hier S. 1024.

besteht. Wenn nicht mit gebührender Deutlichkeit noch einmal zum Ausdruck gebracht wird, daß ein Angriff auf Berlin auch ein Angriff auf die Welt bedeutet, wenn das also nicht mit dem äußersten Ernst bei den Alliierten klargemacht wird, dann fürchte ich, Herr Bundeskanzler, kommen wir in den nächsten Monaten unter dem Druck dieser Versuche, die Position Berlins aufzulösen, in eine ungemein schwierige Lage, die innenpolitisch auf uns zurückschlagen wird.

Keiner von uns Berlinern wird anderer Meinung sein als Sie, daß nämlich die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und dem Senat gar nicht eng genug und nicht vertrauensvoll genug sein kann. Sie haben eben gesagt: noch enger und vertrauensvoller als bisher. (*Adenauer*: Das will ich Ihnen nochmals sagen!) Das wollen wir nicht im einzelnen erörtern. Ich wäre aber dankbar, wenn ich Gelegenheit hätte, darüber einmal konkret ... (*Adenauer*: Ich werde das erhärten!) Ich will ja nicht streiten mit Ihnen.

Adenauer: Herr Gradl! Was Sie gesagt haben, ist alles richtig, aber ich vermag nichts, wenn nicht der Senat von Berlin restlos an demselben Strick zieht. Und das tut er nicht! (*Gradl*: Das wollen wir erreichen, wenn das nicht der Fall ist.) Ich bin sehr gern bereit, mit Ihnen darüber zu sprechen. – Das Wort hat Herr Gurk.

Gurk: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Mir ist gesagt worden, daß am Sonntag bei der Fernsehsendung „Internationaler Frühschoppen“ in der Form diskutiert worden ist: Evakuierung der Berliner Bevölkerung. Wenn das wahr ist ... (*Mehrere Zurufe*: Nein, das war anders! – Das stimmt so nicht.) Gut! Nun komme ich auf Ihre Bemerkung, daß die Firma Siemens für die Ostzone einen Sender baut. Ich habe den Eindruck, daß die Firma Siemens unseren Ideen schlecht gegenübersteht. Wäre es nicht möglich, der Firma Siemens zu bedeuten, was sie da tut. Können Sie darüber etwas sagen?

Adenauer: Ich habe gestern dem Herrn Berg gesagt⁴¹, er möchte das der Firma Siemens sagen. Stellen Sie sich vor, wie empört man sein muß, wenn man hört, daß eine Firma wie Siemens einen Sender für die Ostzone baut, und zwar nahe an der Grenze, um das kommunistische Programm auszustrahlen. Das ist doch geradezu schrecklich. (*Dufhues*: Vielleicht spricht einmal der Herr Postminister mit Siemens! – *Stücklen*: Ich bin zu jeder Aktion bereit!)

Damit dürfen wir den Punkt verlassen. Wir kommen zur Krankenversicherungsreform. – Das Wort hat Herr Blank.

KRANKENVERSICHERUNGSREFORM

Blank: Der Herr Bundeskanzler hat mich gebeten, einen kurzen Bericht zu geben über die Krankenversicherungsreform. Ich werde mich bemühen, diesen Bericht so

41 Am Mittwoch, dem 21. September 1960, 16.15 Uhr (TERMINKALENDER).

kurz wie möglich zu halten; denn wir sind hier sicherlich nicht in der Lage, bis ins einzelne gesetzliche Formulierungen zu beraten. Im November des vergangenen Jahres hat das Bundeskabinett dieses Reformgesetz verabschiedet.⁴² Die erste Lesung hat am 17. Februar 1960 stattgefunden.⁴³ Das Gesetz bringt eine ganze Reihe von Verbesserungen in der herkömmlichen Krankenversicherung. Ich will sie nicht aufzählen. Für die Auseinandersetzung können sie zur Verfügung gestellt werden.

Das Gesetz war – ich darf das mit allem Freimut sagen – mit drei kritischen Punkten behaftet. Der erste Punkt war die Selbstbeteiligung. Ich erspare mir alle Worte darüber, warum wir eine Selbstbeteiligung für richtig gehalten haben. Der zweite kritische Punkt war das Kassenarztrecht, und der dritte Punkt war die Frage der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle. Sie alle können sich an die Auseinandersetzungen über diese Fragen entsinnen, die in der Öffentlichkeit mit großer Leidenschaft geführt worden sind. Im Sozialpolitischen Ausschuß des Deutschen Bundestages sind die Gegensätze hart aufeinandergeprallt. Sie haben zur Folge gehabt, daß seit Wochen die Verhandlungen über diesen Gesetzentwurf ruhen.

Nun ist die große Frage, die ich an den Anfang meiner Ausführungen stellen möchte: 1. Soll man überhaupt dieses Gesetz verabschieden? 2. Erst dann lohnt es sich, die zweite Frage zu untersuchen: Wie soll man es gestalten? Zu der ersten Frage – von der Freund Krone der Meinung ist, daß darüber der Parteivorstand einen Beschluß fassen sollte – möchte ich Ihnen sagen, daß wir so frei in unserer Meinungsbildung gar nicht mehr sind; denn wir haben jetzt ein Vorschaltgesetz der SPD⁴⁴ vorliegen. Das Vorschaltgesetz ist nichts anderes als die Herausnahme all der sozialen Vorteile, die der Entwurf bringt, vermindert um das, was unangenehmer Natur sein könnte. Und bei der Lage der Dinge im Hinblick auf die kommende Wahl werden SPD, FDP und auch unsere Freunde im Bundestag – ich hoffe, ich trete ihnen nicht zu nahe, wenn ich das sage – gar nicht anders handeln können, als auch diesen Verbesserungen zuzustimmen. Dann aber hätten wir dieses aufgrund der Initiative der SPD verabschiedete Vorschaltgesetz. Das aber wäre politisch nicht möglich; ohne Ihrer Meinungsbildung damit vorgreifen zu wollen, die ja auch schon in einigen Gremien der Partei stattgefunden hat. Ich erinnere an unseren Sozialausschuß. Wenn wir nicht unseren Entwurf durchbringen, dann wird eben der Entwurf der SPD kommen. Damit, so meine ich, ist schon viel von dieser Frage geklärt.

Nun zu den drei kritischen Punkten! Wir mußten den Versuch machen, diese kritischen Dinge so weit wie möglich abzumildern, um zu erreichen – ich will ein Wort gebrauchen, das der Herr Bundeskanzler in der Unterredung mit den Ärzten⁴⁵ formuliert hat –, daß man den sozialen Fortschritt, den dieses Gesetz bringt, beibehalten kann, und zwar unbelastet mit den – ich will es summarisch

42 Am 20. November 1959. Vgl. RICHTER/MÜLLER S. 31.

43 Sten.Ber. 3. WP Bd. 45 S. 5496–5572.

44 Vgl. Nr. 15 Anm. 43.

45 Am 17. August 1960 (TERMINKALENDER). Vgl. auch RICHTER/MÜLLER S. 44f.

sagen – unangenehmen Dingen. Wir haben nun dank der Hilfe des Sozialpolitischen Ausschusses der Bundespartei unter der Führung unseres Freundes Lünendonk – der anwesend ist – eine Kompromißlösung erarbeitet.⁴⁶ Diese Kompromißlösung haben wir dann in den Sozialausschüssen der Partei – Kollege Albers ist auch anwesend – ebenfalls behandelt. Wir waren gemeinsam der Auffassung, daß dieser Vorschlag akzeptabel sei.

Dieser Vorschlag gliedert die Versicherten in drei Gruppen, und zwar 1. in die Pflichtversicherten bis zu einem Einkommen von DM 750,-, denen man keine Selbstbeteiligung auferlegt, sondern eine Krankenscheingebühr und Rezeptgebühr. 2. Bei der Gruppe mit einem Verdienst von über DM 9.000,- will man den Selbstverwaltungsorganen die Möglichkeit geben, in ihrer Satzung das Kostenerstattungssystem festzulegen, d.h., die Versicherten werden wie Privatpatienten beim Arzt behandelt; sie müssen ihre Rechnung bezahlen und bekommen einen in den Versicherungsbedingungen festgelegten Betrag zurückvergütet. 3. Die Gruppe derjenigen, die über DM 15.000,- verdienen: Da sollte das volle Kostenerstattungssystem im Gesetz verankert werden.

Die Frage der Selbstbeteiligung hat nicht nur bei den Arbeitnehmern, sondern auch bei den Ärzteorganisationen eine große Rolle gespielt. Sie wissen, daß die Ärzteorganisationen vielfach die Einwände gemacht haben, solche Pläne der Selbstbeteiligung würden den Zugang zum Arzt behindern. Es galt also, für diese Frage auch die Ärzte zu gewinnen. Ich darf noch erwähnen, daß sich auch der Gesundheitsausschuß unter Frau Dr. Steinbiß diesem Kompromiß angeschlossen hat.

Ich hatte auch Gelegenheit, mit dem Präsidenten der Bundesärztekammer⁴⁷ und seinem Assistenten ein vertrauensvolles Gespräch zu führen. Dieses Gespräch ließ bei mir den Eindruck entstehen, daß es möglich sein könnte, die Ärzte auf diesen Kompromißvorschlag zu bringen. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler davon Mitteilung gemacht, der seinerseits die Vertreter der Ärzteorganisationen zu einer Rücksprache gebeten hat. Am 17. August hat diese Rücksprache stattgefunden, wobei sich ergab, daß die Ärzte durchaus bereit wären, diesem Kompromißvorschlag zuzustimmen, und zwar war man sich über einen Vorschlag einig, den wir im einzelnen dort behandelt haben. Darüber ist eine Niederschrift angefertigt worden. Es wurde ausgemacht, daß diese Besprechung mit den Ärzten fortgesetzt werden sollte, um dann zu gewissen Formulierungen zu kommen. Dann haben zwei ganztägige Sitzungen am 2. und 7. September stattgefunden, wobei wir [uns] absolut klargeworden sind.⁴⁸

Wir haben nunmehr eine ins einzelne gehende Abmachung mit den Ärzten getroffen, wie das Kassenarztrecht im einzelnen gestaltet werden soll. Zuletzt hat eine Besprechung stattgefunden unter dem Vorsitz des Kollegen Dr. Krone, wobei

46 Dazu Materialien in ACDP VII-004-938.

47 Dr. Ernst Fromm. Vgl. Nr. 12 Anm. 57.

48 Am 2. und 9. September 1960. Vgl. FAZ vom 3. und 10. September 1960.

die Experten der Fraktion für sozialpolitische Fragen – Horn⁴⁹, Lünendonk und ich – die Dinge eingehend miteinander besprochen haben. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Kompromiß sowohl hinsichtlich des allgemeinen Rechts der Krankenversicherung als auch des Kassenarztrechts eine absolut akzeptable Sache sei. Wir haben dann eine Reihe von Dingen niedergelegt. Ich will das mit einem kurzen Satz sagen. Was das Kassenarztrecht anbetrifft, so sind wir mit den Herren übereingekommen, daß das derzeit geltende Recht erstens insoweit geändert wird, als dies durch die allgemeine Zulassung – wie sie durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen worden ist – erforderlich ist, zweitens daß die Globalüberweisungen der Gesamtvergütungen der Kassenärztlichen Vereinigungen nicht mehr in der Form stattfinden, daß der einzelne Kassenarzt nach den von ihm vollbrachten Leistungen vollen Anspruch auf das ihm zustehende Honorar hat, sondern es handelt sich um Einzelleistungsvergütungen, wobei die Kassenärztliche Vereinigung das Recht behalten soll, für soziale Aufwendungen und Verwaltungsaufgaben gewisse Abzüge zu machen.

Wir sind mit allen diesen Organisationen zu der Meinung gekommen, daß dieser Gesetzentwurf durch die getroffenen Vereinbarungen nunmehr von dem entkleidet ist, was man als politischen Zündstoff angesehen hat, so daß aus diesem Gesetzentwurf ein Gesetz wird, das sich sogar zum Vorteil für uns bei den politischen Auseinandersetzungen auswirken könnte.

Zum dritten Punkt kann ich nicht viel sagen. Das muß ich dem Kollegen Albers überlassen. Mir ist es hierbei noch nicht gelungen, eine endgültige Absprache über die Frage zu finden, ob und wie weit man in Zukunft auch den Arbeitern die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle gewähren soll. Dr. Voges hat in aller Offenheit erklärt, daß es sich unter dem Aspekt, wie die Dinge jetzt lägen nach dieser Absprache, die wir getroffen haben, um einen echten Reformentwurf handele, dem er vollinhaltlich zustimme. Und da dies auch unsere Sozialausschüsse tun, glaube ich, mit gutem Gewissen sagen zu können – wenn ich auch in vielem abgerückt bin oder abrücken mußte von dem, was mir zunächst vorschwebte –, das Ganze ist ein brauchbares Ding, mit dem wir uns in der politischen Auseinandersetzung nicht zu fürchten brauchen. Wir können mit dem Ding an die Öffentlichkeit treten.

Es wäre aber dem Herrn Bundeskanzler, dem Kollegen Dr. Krone und ganz sicher mir erwünscht, wenn auch der Parteivorstand für die Fraktion einen Beschluß faßte, damit nunmehr mit tunlichster Beschleunigung die strittigen Punkte ausgeräumt werden können und das Gesetz verabschiedet werden kann.

Krone: Ich hatte darum gebeten, daß sich der Bundespartei Vorstand mit dieser Frage befassen soll. Das soll nicht bedeuten, daß nun jede Detailfrage hier beraten wird. Das ist nicht seine Aufgabe. Das wird er auch im einzelnen gar nicht können.

49 Peter Horn (1891–1967), 1950–1965 MdB (CDU), 1953–1961 Vorsitzender des Arbeitskreises IV der CDU/CSU-Fraktion (Arbeitsrecht und Sozialpolitik). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 625 Anm. 94; vgl. auch Nr. 7 Anm. 128.

Es kommt der Fraktion darauf an, von Ihnen zu hören: Das oder das sind politische Fragen, die sich so oder so auf die Partei oder auf die Wahlen auswirken, und deswegen beurteilen wir sie so oder so.

Das ist notwendig, denn auch der Lücke-Plan – so gut er auch ist – wird von der SPD gegen uns immer wieder mißbraucht. Es geht um die Frage, geht der Bundesvorstand konform mit der Fraktion, und zwar unbeschadet ihrer eigenen Zuständigkeit, über das Gesetz. Es haben Besprechungen seitens der Fraktion stattgefunden in einem Kreis, der aber auch alle Schichten der Fraktion umfaßte. Hier war man sich über folgende Empfehlung an den Parteivorstand einig: 1. Die Frage, ob die Diskussion zu diesem Gesetz noch in diesem Bundestag sein soll, ist von allen mit Ja beantwortet worden. 2. Der Kreis empfiehlt, den erwähnten Kompromißvorschlag mit Krankenschein- und Rezeptgebühr anzunehmen. Mit Ausnahme des Kollegen Stingl, der eine eigene Auffassung vertreten hat, war man sich über den sogenannten Lünendonkschen Vorschlag⁵⁰ einig.

In der Frage der Lohnfortzahlung ist von allen gesagt worden, daß man hier eine Kompromißlösung finden müsse, nicht eine hundertprozentige Lösung, sondern eine Kompromißlösung. Ich persönlich, der ich lange Zeit der Meinung war, wir sollten es nicht machen, neige heute mehr dazu, nunmehr zu sagen – da es inzwischen so weit gediehen ist –, wir sollten es auf dieser Grundlage machen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Albers. (*Albers:* Wenn Sie mich auffordern, etwas zu sagen, will ich es tun!) Ja, wenn Sie nicht wollen, Herr Albers!

Albers: Doch! Ich betrachte die ganze Angelegenheit rein politisch und parteipolitisch. Wir haben in den Sozialausschüssen den Vorschlag Lünendonk aufgenommen. Ich brauche nicht mehr darauf einzugehen. Wir haben gesagt, die Rezeptgebühr sehen wir als einen Schritt nach vorn an. Damit hängt aber die Lohnfortzahlung für die Arbeiterschaft im Krankheitsfälle zusammen. Wir können nicht den einen Schritt vorwärts und den anderen zurück machen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich Sie, Herr Bundeskanzler, an die Zeit vor 1933, als Sie Oberbürgermeister von Köln waren. Schon damals hat die Lohnfortzahlung für die Arbeiterschaft eine Rolle gespielt, und Sie meinten damals, die Wohlfahrtsunterstützung muß beseitigt werden. Wenn jemand krank wird, so hat der Arbeitgeber einzutreten.

Bei dem gesamten Fragenkomplex haben wir vor allem die politische Situation zu sehen. In den letzten anderthalb Jahren hatten wir uns immer mehr auseinandergeredet. Nun sind wir heute endlich ungefähr einig geworden. Peter Horn brachte vor drei Wochen folgendes Beispiel: Der Zug ist abgefahren, und wir bringen ihn nicht mehr zum Stillstand. Deshalb müssen wir dieses Gesetz verabschieden, und zwar mit der Lohnfortzahlung! Wenn wir es nicht tun, dann werden im nächsten Frühjahr die großen Gewerkschaften mit den Arbeitgebern neue Tarifverträge abschließen, in denen die

⁵⁰ Vgl. Kurzprotokoll der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses vom 27./28. Juni 1960 (unter dem Vorsitz Lünendonks) in ACDP VII-004-938.

volle Lohnfortzahlung durchgesetzt wird. Nun stellen Sie sich vor, die Gewerkschaften machen es, wir aber nicht.

Die Folgewirkung wird sein, daß der Mittelstand immer weniger Arbeitskräfte bekommt, weil die Großwirtschaft sie für sich zu gewinnen sucht. Die Gewerkschaften werden sagen, wir haben durch das Vorschaltgesetz der SPD⁵¹ eine große Unterstützung gefunden. Denken Sie daran, meine Herren, daß 60 % unserer Wähler aus der Arbeiterschaft kommen. Wenn wir also die Wahl gewinnen wollen – und wir wollen sie doch und müssen sie gewinnen –, müssen wir auch mal etwas Besonderes tun. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Was nützt uns unsere ganze Arbeit, wenn wir die Wahl verlieren. Ich bin der Auffassung, an dieser Frage der Lohnfortzahlung wird die Haltung der Arbeiterschaft sehr kritisch werden. Ich bitte Sie also, daß Sie dem, was unter langen und schwierigen Verhandlungen erarbeitet worden ist, Ihre Zustimmung geben.

Ich wiederhole: Die Frage der Lohnfortzahlung und die Rezeptgebühr gehören zusammen. Wenn Sie das eine nicht wollen, dann muß selbstverständlich auch die Rezeptgebühr fallen. Aber weil ich das andere auch ermöglichen will, deshalb habe ich dem Kompromißvorschlag zugestimmt. Wir können diesen Vorschlag auch der Arbeiterschaft gegenüber als eine Leistungsverbesserung vertreten.

Adenauer: Ich habe gewußt, Herr Albers, daß Sie eine Rede präpariert haben. Aber es war eine gute Rede! – Das Wort hat Herr Arndgen.

Arndgen: Ich habe nicht die Absicht, auf die sachlichen Dinge einzugehen, nachdem der Herr Minister Blank Ausführungen dazu gemacht hat. Herr Minister Blank hat einige Organisationen genannt, mit denen Verhandlungen stattgefunden haben, aber er hat eine Organisation vergessen, nämlich den Deutschen Gewerkschaftsbund. Sie wissen, wie ich zum Deutschen Gewerkschaftsbund stehe. Ich bin nicht mehr drin. Ich habe schon lange Zeit Differenzen mit diesen Herren. Aber ob es politisch klug war, diese größte Interessenorganisation für die Versicherten bei diesen Besprechungen nicht zu hören, hinter diesen Satz möchte ich ein großes Fragezeichen setzen.

Wir müssen daran denken, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund jene Arbeiterorganisation ist, die den größten Teil der Versicherten bei sich organisiert hat. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich möchte also wiederholen: Ob es richtig und klug war, mit dieser Organisation nicht zu reden, weiß ich nicht. Aber jedenfalls möchte ich ein großes Fragezeichen dahinter setzen. (*Unruhe und Bewegung.*)

In einem Schreiben dieser Organisation an den Herrn Bundeskanzler⁵² ist darum ersucht worden. Und diese Menschen – das ist von mir kein Vorwurf, Herr Bundeskanzler, denn ich weiß, daß Sie überlastet sind – sind verärgert, aber nicht nur, weil sie nicht eingeladen worden sind, sondern auch deshalb, weil dieses Schreiben nicht beantwortet worden ist.

51 Vgl. Nr. 15 Anm. 43.

52 Nicht zu ermitteln.

Einige Vorstandsmitglieder dieser Organisation sind an mich herangetreten, ich solle doch dafür sorgen, daß die CDU-Fraktion zu einem Gespräch bereit sei. Ich habe den Herren gesagt: Ich gehöre der Führung der Fraktion an, aber ich bin nicht in der Lage, Ihnen diese Zusage zu machen. Ich habe die Frage mit dem Chef und Boß Dr. Krone besprochen. (*Zuruf*: Boß ist gut!) Wir haben die Kollegen Horn und Steffen (?)⁵³ hinzugezogen und gestern ein Gespräch geführt. Sie waren irrtümlich der Meinung, daß heute, und zwar an dieser Stelle, die letzte Entscheidung getroffen werde. Ich habe ihnen gesagt, daß sie im Irrtum seien; denn schon rein institutionell ist es nicht möglich, daß der Parteivorstand Weisungen an die Fraktion geben kann. (*Anhaltende Unruhe*.) Was hier geschehen kann, ist nur, daß eine Empfehlung des Bundespartei Vorstandes an die Fraktion gegeben wird. Und es wird von der Geschicklichkeit der Betreffenden abhängen, ob nun die Empfehlung des Parteivorstandes von der Fraktion akzeptiert wird. (*Unruhe und Bewegung*. – *Zuruf*: Was heißt das?)

Nun haben Sie Ihren Gedankengang zu diesem Kompromiß vorgetragen. Und hier darf ich nur eines hervorheben: Wenn es uns nicht gelingt, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle für die Arbeiter einen Schritt vorwärtszubringen, dann ist es schlecht. Wir müssen also etwas tun bei der Lohnfortzahlung, damit der Widerstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes beseitigt wird. Wir erleben es heute schon, daß das soziale Gefälle von Mittelstandsbetrieben zu Großbetrieben sehr stark ist. (*Unruhe und Bewegung*.)

Wenn in dieser Frage nichts getan wird, dann wird das soziale Gefälle so steil werden, daß die Kleinwirtschaft in absehbarer Zeit überhaupt keine Kräfte mehr bekommt. Wenn wir diese Dinge nicht machen, werden bald die Verhandlungen über die Tarifverträge losgehen. (*Anhaltende Unruhe*.) Ich bin davon überzeugt, daß die Großbetriebe dann nachgeben werden. Bringen wir doch die Sache mit diesem Gesetz in Ordnung, und fahren wir es als Erfolg für die Partei in die Scheuer. Sorgen wir dafür, daß die Dinge nicht differenziert in der Wirtschaft gestaltet werden. Ich möchte darum bitten, daß Sie in Ihrer Empfehlung, die Sie an die Fraktion geben, auch entsprechend der Parteitagsbeschlüsse von Karlsruhe einen Schritt vorwärts machen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist der Meinung, man müsse eine arbeitsrechtliche Lohnfortzahlung vorsehen. Ich will hier nicht lange auseinandersetzen, was das bedeutet, aber ich bin der Meinung, daß es für den Mittelstand, für die kleinen Gewerbetreibenden kaum möglich ist, die arbeitsrechtlichen Dinge durchzuführen. (*Zuruf*: Was heißt eigentlich Ding? – *Heiterkeit*.) Daher schweben uns andere Dinge vor. (*Zuruf*: Ein Ding an sich!) Es würde aber dazu führen, daß der Arbeiter im Krankheitsfall den Angestellten gleichgestellt wird. Wenn wir das fertigbringen, werden wir ein Ding hinbringen, das für uns zu Buche schlägt.

53 Vermutlich Heinrich Scheppmann, 1960 Mitglied des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und des Sozialpolitischen Ausschusses der CDU. Vgl. Nr. 15 Anm. 45.

Blank: Ich bin der Meinung, daß wir den DGB nicht dazu bewegen können, diesem Kompromiß beizutreten, weil der DGB völlig klar sieht, daß wir auch in der Öffentlichkeit mit diesem Gesetz ankommen. Es kommt ihm aber darauf an, die Dinge in einer ganz anderen Weise zu regeln, und zwar im Hinblick auf den staatlichen Gesundheitsdienst.

Im übrigen aber muß ich sagen, wenn heutzutage irgend etwas besprochen wird, dann melden sich alle möglichen Organisationen, Vereine, Verbände usw., und jeder sagt, ich will auch dabei sein. Ich muß sagen, Herr Kollege Arndgen, das müssen Sie schon dem Herrn Bundeskanzler überlassen, wen er einlädt. Wohin sollte es denn kommen, wenn jeder zu dieser Frage gehört würde. Ich möchte meinen, es ist doch ziemlich klar geworden in den Besprechungen der Fraktion zwischen den – wenn ich so sagen soll – Abgeordneten von der Arbeitnehmerseite und den Abgeordneten von der Arbeitgeberseite. Wenn wir das hineinbringen, was Kollege Albers gesagt hat, nämlich die Lohnfortzahlung, dann ist das Gesetz nach Lage der Dinge das Beste, was wir tun können, und es ist ein sozialpolitischer Fortschritt. In dieser Frage sollten wir uns vom DGB nicht wieder auseinanderbringen lassen.

Adenauer: Wenn mein Gedächtnis mich nicht trügt, hat der DGB von mir verlangt, ich soll einen Vertreter von ihm zulassen bei den Verhandlungen mit den Ärzten.

Stingl: Ich habe Bedenken gegen eine Krankenscheingebühr, weil sie auf starken Widerstand stoßen wird. Es ist eine Barriere, vor der wir stehen. Das können wir nicht leugnen. Diese Angelegenheit muß im Zusammenhang damit gesehen werden, daß uns das Bundesverfassungsgericht dazu zwingen wird, alle Ärzte zuzulassen, d.h., jeder Arzt, der will, muß zur Versicherung zugelassen werden. Die Krankenkassen haben die Befürchtung, daß die Ausgaben in einem unangenehmen Maß steigen werden.

Dazu kommt, daß nach allen Erfahrungen eine Krankenscheingebühr nur für eine beschränkte Zeit eine retardierende Wirkung hat. Auch Österreich hat nach einem Jahr die Krankenscheingebühr wegen ihrer Unwirksamkeit wieder abgeschafft.⁵⁴ Ich habe Bedenken gegen die Einteilung der Versicherten in horizontale Gruppen, weil die freiwillig Versicherten aufgrund eines Beschlusses der Selbstverwaltungsorgane zum Kostenerstattungssystem gebracht werden. Dieser Beschluß ist ihrem Einfluß völlig entzogen, aber sie werden gezwungen, damit in einen Zusammenhang zu treten.

Ich glaube also, daß man hier die Selbstverwaltungsorgane überfordert. Wenn z.B. die Barmer Ersatzkasse die Selbstbeteiligung beschließt, werden die Versicherten zur Konkurrenz gehen, nämlich zur Deutschen Angestelltenkrankenkasse, sofern diese die Selbstbeteiligung nicht beschließt. Es ist damals gegen den Fraktionsbeschluß eingewendet worden, daß man die Verantwortung nicht auf die Selbstverwaltungsorgane der Krankenkassen abwälzen könnte.

⁵⁴ Vgl. HOFMEISTER S. 679 und Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Krankenversicherung in Österreich. Entwicklung, Struktur, Probleme. Wien 1966 S. 100, 121.

Ich habe weiter Bedenken, die allerdings nicht so schwerwiegend sind, gegen die neue Formulierung des Kassenarztrechts. Ich darf Herrn Blank darauf aufmerksam machen – und nun wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir zuhörten –, daß die Ärzte trotz Ihrer Absprache hier, Herr Bundeskanzler, in der, soweit mir bekannt ist, auf die Einzelleistungen Bezug genommen wird, in Berlin beschlossen haben, man müsse für eine Gesamtvergütung weiter kämpfen. Und das, obwohl die Absprache mit Ihnen besteht. Es sind Einzelvergütungen mit den Kassen vorgesehen, obwohl die Kassen große Bedenken haben. Herr Fromm⁵⁵ oder Herr Voges hat gesagt, daß das, was jetzt vereinbart sei, vom Schlechtesten noch immerhin das Beste wäre. Ich meine, die Krankenscheingebühr und das Arztrecht gefährden die Kassen.

Wir wollen doch mit der Krankenversicherungsreform nicht nur eine Verbesserung der Leistungen erreichen und deren Finanzierung im Ganzen haben, sondern auch – wie Herr Blank ja mehrfach betont hat – gesellschaftspolitisch ein anderes Denken herbeiführen. Da wir alle miteinander, besonders als Bundesvorstand, das Interesse haben, bei der Bundestagswahl mit einem solchen Gesetz nicht in Konflikt zu kommen, habe ich aufgrund eines Gesprächs, das einige sozialpolitisch interessierte Freunde der Fraktion mit dem Herrn Bundeskanzler geführt haben⁵⁶, Überlegungen angestellt, wie man da herauskommen kann. Der Herr Bundeskanzler hat in diesem Gespräch betont, wir dürfen kein Gesetz machen, von dem die Bevölkerung sagen kann: Die CDU hat uns gezwungen, bei jeder Krankheit zu bezahlen.

Ich würde meinen, daß wir dieses Argument dadurch ausräumen sollten, daß wir es jedem einzelnen Versicherten überlassen, ob er sich für eine 20%ige Kostenbeteiligung mit einer Obergrenze entscheidet oder nicht. Wir könnten damit erreichen, daß weder die CDU noch die Regierung beschuldigt werden kann, irgend jemanden gezwungen zu haben, bei jeder Krankheit etwas zu bezahlen; denn es ist ja jedem dann überlassen. Wir würden damit auch unsere gesellschaftspolitische Vorstellung, wonach wir Freiheit wollen, ergänzen. Wir sollten denjenigen, die das wollen, eine Vergütung gewähren, indem wir ihren Beitrag ermäßigen.

Sie erinnern sich, daß der Einwand von Gewerkschaftsseite gegen den Plan von Herrn Blank nicht zuletzt der war, daß eine Selbstbeteiligung dazu führe, daß das ersparte Geld nicht nur den Arbeitnehmern, sondern auch den Arbeitgebern zugute komme. Würden wir aber die Lösung finden, daß nur der Arbeitnehmer den Beitrag ermäßigt bekommt, dann hätten wir auch dieses Argument ausgeräumt. Man kann daran denken, daß man dem, der sich für eine 20%ige Beteiligung entscheidet, den Beitrag um ein halbes Prozent ermäßigt, und zwar für sich allein.

Die Krankenscheingebühr würde dann auf die Beteiligung angerechnet. Oder aber man ermäßigt noch mehr, wenn man die Krankenscheingebühr nicht berücksichtigt. Alles das ist zwar keine Ideallösung, aber wir sind heute nicht mehr in der Lage, eine Ideallösung zu finden. Die Einwände sind folgende: 1. Der Arbeitgeber

55 Vgl. Nr. 12 Anm. 57.

56 Das Gespräch fand am 11. Mai 1960 statt (TERMINKALENDER).

müßte unterschiedliche Beiträge zahlen, 2. müßte man bei den Ortskrankenkassen Karteien einführen. Die Solidarität wird durch nichts mehr gestört als durch eine Krankenscheinegebühr. Nehmen wir an, sie bringt 150 Millionen. Dann sollte sie beitragsenkend wirken. Wenn ich den Beitrag senke, ist die die Solidarität störende Wirkung genauso, wie ich es gesagt habe.

Nun läßt sich beides verbinden, und zwar so, daß man damit bei dem Kompromißvorschlag bleibt, nämlich bei denjenigen, die über DM 1.250,- verdienen, das reine Kostenerstattungssystem vorzusehen, bei den Freiwilligen nicht die Selbstverwaltungsorgane, sondern jeden einzelnen entscheiden läßt, bei den Pflichtversicherten diese Möglichkeit aber zu den anderen noch einführt.

Was Herr Albers gesagt hat wegen der Lohnfortzahlung, müssen wir als Partei unter allen Umständen berücksichtigen. Dabei wäre die Idealvorstellung, daß der Lohn des Arbeiters im Krankheitsfalle voll weitergezahlt wird, also wie bei den Angestellten. Aber da müssen wir uns noch zu einem Kompromiß durchringen. Es wäre richtig, das Krankheitsrisiko vom wirtschaftlichen Sicherheitsrisiko zu trennen. Aber dafür ist die Zeit noch nicht reif. Jedenfalls sollten wir bei unserer Lösung diesen Weg nicht verbauen.

Adenauer: Erlauben Sie mir ein Wort, weil Herr Stingl gesagt hat, daß auf dem Ärztetag etwas anderes gesagt worden sei über die Verhandlungen mit mir, als Herr Blank berichtet hat. Herr Blank hat diese Frage nur sehr kurz gestreift; aber es sind keine Gegensätze da! Wir haben die Kassenärztlichen Vereinigungen durch ein Gesetz geschaffen.⁵⁷ Wir haben in dem Gesetz bestimmt, daß die Krankenkassen ihre Verpflichtungen gegenüber dem einzelnen Arzt dadurch loswerden, daß sie an die Kassenärztlichen Vereinigungen zahlen. Also, das muß bleiben. Wir haben nur davon gesprochen, daß die Weitergabe des Honorars durch die Kassenärztlichen Vereinigungen eine leistungsgerechte Honorierung der Ärzte in sich schließen muß. Und das haben die Ärzte auch als richtig anerkannt.

Stingl: Ich buche das als einen großen Erfolg. (*Zuruf:* Na also!) Ich wollte nur sagen, daß es bei den Ärzten immer noch Bestrebungen gibt, eine Gesamtvergütung zu bekommen, weil das Wort in Berlin wieder gebraucht wurde.

Lünendonk: Ich möchte von vornherein sagen, daß die Kompromißlösung, wie sie von uns erarbeitet worden ist, sicherlich keine geniale Lösung darstellt. Ich habe den Eindruck, daß die geniale Lösung z.Z. im Volke nicht verstanden würde, sondern ich bin der Meinung, daß wir politisch vernünftig und sachlich klar die Dinge unserer Bevölkerung nahebringen müssen.

Meine Damen und Herren! Das Entscheidende, was für uns als Ausschuß und insonderheit für mich eine Rolle spielte, war das, daß die festgefahrene Situation im politischen Klima beseitigt und unter allen Umständen die sich anbahnende Berufsgenossenschaft zwischen der Ärzteschaft und den Gewerkschaften gesprengt

⁵⁷ Gesetz über Kassenarztrecht vom 17. August 1955 – BGBl I S. 513.

werden mußte. Deshalb habe ich auch händeringend in einem Brief den Herrn Bundeskanzler gebeten, doch die Initiative zu ergreifen, um das Klima nach der Richtung hin zu verbessern. 70.000 Ärzte mal 30.000 Patienten bedeuten Millionen. Sie wissen auch, was die Autorität des Arztes und sein Verhältnis zu den Patienten bedeuten. Deshalb war es von größter Bedeutung, mit den Ärzten zu irgendeiner vernünftigen Lösung zu kommen.

Ich bin dem Herrn Bundeskanzler und Ihnen, Herr Blank, sehr dankbar, daß nun dieses Klima nach der Richtung hin entscheidend verbessert worden ist und daß sich nun im ganzen gesehen die Lösungsmöglichkeiten abzeichnen, die für uns durchaus zufriedenstellend sein können.

Was die Gewerkschaften angeht, so hätte ich es für falsch gehalten, Einzelheiten mit ihnen zu besprechen; denn es steht fest: Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird, ganz gleich, welche Lösung von uns vorgeschlagen wird, jede Lösung ablehnen. (*Zustimmung.* – *Zurufe:* Sehr richtig!) Aus diesem Grunde bin ich der Auffassung, wir sollten zwar die Form wahren und informatorische Gespräche mit den Herren nach der Richtung hin führen, aber nicht Einzelheiten erörtern. Wir sollten uns das Gesetz des Handelns nicht noch einmal aus der Hand schlagen lassen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das sage ich ganz offen. Ich habe auch mit Vertretern des DGB darüber gesprochen, und diese sind geradezu betrübt darüber, daß es uns gelungen ist, eine solche Lösung zu finden. Gegen diese Lösung können sie keine Krawalle machen. Das ist das Entscheidende. Der DGB wird sich [!] im Sinne des Vorschaltgesetzes mit der SPD koalieren. Darüber müssen wir uns klar sein.

Ich habe alle Vorschläge, die in den vergangenen Jahren gemacht worden sind, gelesen oder studiert. Nun sage ich Ihnen, es gibt in der sozialen Krankenversicherung, in der Krankenversicherung schlechthin, keine allgemein befriedigende Lösung. Ich bin in Frankreich, in der Schweiz, in Holland, ja fast überall gewesen und habe die Dinge studiert. Ich sage Ihnen offen, wenn wir schon ein Krankheitskostenerstattungssystem machen wollen, dann müssen wir es konsequenterweise eines Tages in seiner Ganzheit durchführen. Daß Sie mit diesem System auf die Dauer gesehen die Mobilität zurückhalten, ist nach unserer Erfahrung – 35 Jahre habe ich Erfahrungen gesammelt – einfach nicht drin.

Sie können zwar durch eine Selbstbeteiligung das Selbstbewußtsein der Persönlichkeit und die Überschaubarkeit dessen, was bezahlt wird, besser herausstellen, aber insgesamt gesehen haben doch alle Experten – die ich persönlich kenne und auch in der Literatur – erklärt, daß auf die Dauer gesehen ein allgemeines Kostenerstattungssystem lediglich eine der Finanzierungsquellen darstelle. Das bedeutet im Effekt nun nicht, daß ich es ablehne, sondern ich bejahe es. Denn wenn es nicht da wäre, wäre der Kollektivbeitrag noch größer. Wir sollten aber diese Dinge nicht auf einmal machen.

Nun stehen wir wieder vor einer Wahl. 1957 waren wir in einer besseren Situation, als wir den sieben Millionen Rentnern eine ausgezeichnete Verbesserung ihrer Bezüge gegeben haben. Heute stehen wir vor einer entscheidenden Wahl, die wir gewinnen müssen. Wir sind in der Lage, etwas Ausgezeichnetes zu bieten, wenn

wir die ganz klaren Leistungsverbesserungen herausstellen, die auch die Ärzte, die Sozialausschüsse und auch die Wirtschaft schlechthin bejahen.

Ich bezeichne den Weg, den wir hier beschreiten wollen, als einen ersten Schritt in der konsequenten Fortentwicklung eines reinen Krankheitskostenerstattungssystems, wobei ich aber ganz offen, wenn Sie mich fragen würden, Herr Bundeskanzler, ob wir das noch vor 1961 ganz machen können, mit einem entschiedenen Nein antworten müßte. Das ist nicht durchführbar. Aus diesem Grunde bin ich der Meinung, sollten wir nicht so sehr darüber streiten, wer das Beste gebracht hat, sondern erklären, wir haben im Augenblick das praktisch mögliche, aber immerhin auf die Dauer noch einigermaßen zu verbessernde Gesetz auf den Tisch gelegt. Wenn wir uns hier einig sind, dann können wir entsprechend handeln.

Verehrter Herr Stingl! Ich spreche nicht nur politisch, sondern auch fachlich-sachlich. Es liegt einfach im Wesen einer sozialen Krankenversicherung – das muß ich Ihnen ganz deutlich sagen –, die in Wahrheit keine reine Versicherung ist, sondern etwas ganz anderes darstellt, daß derjenige, der weniger verdient und weniger bezahlt, im Hinblick auf die Sachleistungen viel zu hohe Leistungen bekommt, und der, der viel verdient und hohe Beiträge zahlt, an sich zu wenig bekommt. (*Albers*: Solidaritätsprinzip!) Das ist das Solidaritätsprinzip in der sozialen Krankenversicherung. Ich bin der Auffassung, daß diese Art nicht durch eine zu große Freizügigkeit oder Freiheit gestört werden kann. Also, eine gewisse Kontinuität an Reinheit und Sauberkeit im Prinzip müssen wir erhalten. Ich sehe allenfalls den ersten Schritt bei den freiwillig Versicherten. Unser Vorschlag bedeutet eine gewisse Schwächung. Das möchte ich nicht verschweigen. Ich bin der Auffassung, daß diejenigen, die DM 15.000,- und mehr verdienen, an sich nicht in eine soziale Krankenversicherung, sondern in eine andere Versicherung gehören und nach dem Grundsatz des Äquivalenzprinzips ihren Beitrag bezahlen. Die private Krankenversicherung muß sich etwas einfallen lassen, um nach der Richtung attraktiv in ihren Tarifen zu sein. Lesen Sie einmal, was dort für Prämien verlangt werden. Aber der Zeitpunkt ist noch nicht gekommen, daß wir einen radikalen Bruch des Systems nach der Richtung herbeiführen. Ich habe seinerzeit auf dem Stuttgarter Parteitag die Dinge formuliert.⁵⁸

Auf die Frage, können wir nun diese ganze Reform machen, kann ich nur antworten: nur unter der Bedingung, daß sie in der Lohnfortzahlung einen Schritt nach vorwärts tut. Auch hier werde ich entsprechend meiner Stellung im Bundesaus-schuß handeln. Ich bin schon dazu übergegangen, einige vernünftige Vorschläge zu machen. Ich bin nicht der Meinung, daß es arbeitsrechtlich schon an der Zeit ist, eine klare Rechtsstellung und Gleichstellung zwischen dem Arbeiter und dem Angestellten vorzunehmen. Ich bin aber der Meinung, daß eine Möglichkeit der Annäherung zum Nettolohn gegeben ist, und zwar in der Kombination zwischen Krankengeld und Lohnzuschlag. Ich mache deshalb diesen Vorschlag, weil ich Rücksicht nehmen

58 CDU, 6. Bundesparteitag S. 135–138 und S. 198–200.

muß auf die Landwirtschaft, auf das Handwerk und auf die mittelständischen Betriebe schlechthin.

Vergessen Sie nicht, daß ich ein sehr starker Befürworter in der Fraktion war, daß bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Altersversorgung der Handwerker manche Dinge beseitigt worden sind, die für das Handwerk von dessen Standpunkt aus nicht als günstig beurteilt wurden. Das Gesetz ist verabschiedet worden trotz großer Bedenken seitens der Arbeitnehmergruppen.⁵⁹

Es handelt sich also um die Kombination von Krankengeld plus Lohnzuschlag bis zum Nettolohn, wobei ich offen sage, wenn man mich fragt, ob zwei oder drei Karenztage, das liegt nicht mehr drin. Aber beim blauen Montag sollten wir überlegen, ob da nicht noch ein Karenztag möglich erscheint. Das sage ich nicht nur für die Arbeiter, das gilt auch für die Angestellten, nur daß sie in einer anderen Situation sind. Das ist aber keine Abwertung in der Stellung.

Die SPD hat mit dem Mittelstand und mit der Landwirtschaft genau dieselben Schwierigkeiten wie wir – Gott sei Dank –, und sie ist nicht in der Lage, eine reine Lohnfortzahlung arbeitsrechtlich so zu vertreten, wie sie es gerne möchte, sondern sieht die sogenannten Ausgleichskassen vor. Und gegen diese sogenannten Lohnausgleichskassen müssen wir uns wehren. Wir können auf dem Wege der bisher bestehenden Kombination zwischen Krankengeld und Lohnzuschlag die Dinge durchaus technisch und finanziell sauber regeln. Wir sollten auch die vertrauensärztliche Aufgabe, die nicht im Sinne einer Kontrolle liegt, richtig sehen. Bei einer Lohnfortzahlung kommt der Arbeitgeber mit einem Kontrolldienst nicht aus. Wir sehen im vertrauensärztlichen Dienst nicht nur ein Kontrollorgan, sondern auch eine Aufgabe des Arztes, der seinem Arzttum gerecht wird, nämlich eine Zusammenarbeit, und zwar eine saubere Diagnose zu treffen und einen entsprechenden Therapieplan aufzustellen.

Ich möchte mich darauf beschränken, darf aber noch einmal kurz wiederholen: Es ist nicht das Klügste und Beste, was wir vorschlagen, aber es scheint mir z.Z. das – auch politisch – am besten Realisierbare zu sein.

Schmidt: Wir können die Debatte, ob oder nicht, abkürzen; denn die Frage ist nach meiner Auffassung gar nicht mehr gestellt. Die ist erledigt. Wir verhandeln in der nächsten Woche über die Vorlage der Sozialdemokratie. Das bedeutet also, wir haben nur noch die Alternative, entweder den Leistungsverbesserungen zuzustimmen oder aber diesem Kompromiß zu folgen, der erarbeitet worden ist. Nach meiner Auffassung stellt sich gar keine andere Frage mehr.

Daß mir dieser Kompromiß nicht gefällt, werden Sie mir ohne weiteres unterstellen. Ich hatte nämlich eine bestimmte gesellschaftspolitische Vorstellung einer Reform, die hier verwirklicht werden sollte. Aber diese Frage, ob es uns gefällt oder nicht, braucht jetzt nicht mehr gestellt zu werden, sondern wir stehen vor der Tatsache, nunmehr eine breite Einigung herbeiführen zu müssen. Wir glaubten vor

⁵⁹ Vgl. Nr. 10 Anm. 93.

den Ferien, diese Einigung bereits gefunden zu haben. Sie ist in einem ähnlichen Kreise vorgetragen worden, und die Fraktion hat zugestimmt.

Wir stehen jetzt nur noch vor der Frage, ob der Fraktion verständlich und klargemacht werden kann, daß die Lösung, die wir Ende Juni der Fraktion angeboten haben und die sie gebilligt hat, schlechter war und daß jetzt eine bessere Lösung gefunden worden ist. Das müssen wir der Fraktion noch klarzumachen versuchen. Im übrigen versuchen wir, uns mit diesem Kompromiß abzufinden. Alle, die ihn vertreten haben, erklärten übereinstimmend: Eine Ideallösung ist das nicht!

Ich sehe zwei Punkte, die möglicherweise kritisch werden können, die also Gegenstand der Beratung sein sollten. Es genügt nicht, daß wir einig sind, einen Schritt voran zu tun, sondern wir müssen wissen, wie und wie weit er sein soll. Das war auch damals der offene Punkt Ende Juni in der Fraktion. Auch darüber ist damals keine Verständigung erzielt worden. Deshalb wäre ich dankbar, wenn wir in diesem sehr wichtigen materiellen Punkt zu einer klaren Richtlinie kämen.

Der zweite Punkt, den wir nicht übersehen dürfen, ist die Tatsache, daß in unsere Fraktion Frau Margot Kalinke⁶⁰ aufgenommen worden ist, die ihre ganz bestimmten Vorstellungen hat. Ich würde empfehlen, diese Frau insofern zu respektieren, daß man ihre ausgeprägte Ansicht vielleicht vorher ... (*Lünendonk*: Ist bereits geschehen!) Hoffentlich mit einigem Erfolg; denn ich verrate kein Geheimnis, daß Frau Kalinke in unserer Fraktion immer wieder Widerhall gefunden hat. Das ist der neuralgische Punkt.

Adenauer: Das Wort hat Herr Brand⁶¹.

Brand: Ich möchte etwas zur Lohnfortzahlung sagen. Sie haben gehört, daß es in der CDU-Fraktion des Bundestages einen Unterausschuß gibt⁶², der zusammen von Herrn Horn und mir geleitet wird, der sich speziell mit dieser Frage befaßt. Er wird am kommenden Mittwoch wieder zusammentreten. Wir konnten dort für die Abgeordneten aus dem Arbeitskreis IV und dem Arbeitskreis II eine tragbare und vernünftige Kompromißlösung finden. Der gute Wille ist auf beiden Seiten vorhanden.

Zu den Ausführungen von Herrn Albers muß ich folgendes richtigstellen: Der Regierungsentwurf zu dieser Krankenversicherungsreform, der schließlich die Grundlage unserer ganzen Verhandlungen und Besprechungen gebildet hat, sah keine Änderung der Lohnfortzahlung, wie sie im Augenblick existiert, vor. Es wurde von seiten unserer Arbeitnehmer der verständliche Wunsch – ich sage ausdrücklich, der

60 Margot Kalinke (1909–1981), leitende Angestellte; 1946–1949 MdL Niedersachsen (NLP/DP), 1949–1953 und 1955–1972 MdB (DP, ab 1960 CDU), 1969–1971 Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU Niedersachsen. – Kurzvita in: Christdemokratinnen S. 204–211.

61 Peter Wilhelm Brand (1900–1978), Prokurist; 1946–1969 Stadtverordneter in Remscheid (CDU), 1953–1969 MdB, 1960–1964 Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft der CDU/CSU-Fraktion.

62 Arbeitsgruppe „Lohnfortzahlung“. Materialien in ACDP VIII-003-027/2 und -005-092/3.

verständliche Wunsch – geäußert, wenn wir draußen eine echte Selbstbeteiligung, die der Gesetzentwurf vorsah, vertreten sollen, dann müssen wir den breiten Schichten der Versicherungsnehmer auch ein Äquivalent bieten können, und dieses Äquivalent sehen wir in einer Verbesserung der Lohnfortzahlung.

Wir haben dann die Dinge im Unterausschuß besprochen. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß in dem jetzigen Kompromißvorschlag, der hier zur Annahme empfohlen wird, von einer echten Selbstbeteiligung im Sinne des Regierungsentwurfs wirklich keine Rede mehr sein kann. Praktisch handelt es sich um eine Erhöhung der Krankenscheingebühr. Trotzdem sind wir gerne bereit, auch unter politischen Gesichtspunkten, einen für beide Teile tragbaren Kompromiß zu erarbeiten.

Wenn der Kollege Albers wieder einmal auf den Zusammenhang mit dem DGB und mit der SPD hingewiesen hat, dann möchte ich ihm ganz klar sagen: Sie können mit dieser Argumentation natürlich jede, auch die extremste, sozialistische Forderung zur Annahme empfehlen! Sehr schlimm wäre es für den Wahlkampf, wenn die Vertreter der breiten Schichten und des Mittelstandes sowie der Industrie in unserer Fraktion sich nicht in der Lage sähen, diesem Gesetz zuzustimmen. Es wird meine Aufgabe im Ausschuß sein, dafür zu sorgen, daß wir zu einer vernünftigen Regelung kommen. Herr Lünendonk und ich haben umfangreiche Unterlagen und viel Material, aber wir sollten hier nicht in die Einzelheiten gehen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Sollen wir auf diese Einzelheiten noch eingehen bei der vorgerückten Zeit? (*Viele Zurufe:* Nein!) Dann hat das Wort Herr Katzer.

Katzer: Dieser Gesetzentwurf hat zwei Jahre lang die deutsche Innenpolitik buchstäblich vergiftet. Ich bin der Meinung, wir müssen heute eine klare Entscheidung treffen, und zwar in dem Sinne, wie es Kollege Lünendonk und die anderen Kollegen gesagt haben. Niemand ist voll befriedigt davon, aber es ist doch eine Lösung, die die Zustimmung aller beteiligten Gruppen gefunden hat. Ich möchte also meinen, wir sollten diesem Vorschlag zustimmen.

Eine Schwierigkeit gibt es noch in der Frage der Lohnfortzahlung. Wir können aber hier nicht, Herr Dr. Schmidt, Einzelheiten erörtern. Die Formulierung, die wir gefunden haben, lautet: Wir wollen einen Schritt weiterkommen. Das müßte das sein, zu dem wir uns heute bekennen. (*Zuruf:* Das ist aber wenig!)

Ich möchte ausdrücklich hinzufügen, Herr Schmidt, daß es sich dabei um eine Lösungsmöglichkeit handeln muß, die den berechtigten Belangen der mittelständischen Wirtschaft Rechnung trägt, d.h., daß wir diese Frage zu einer Lösung führen müssen, wonach die berechtigten Belange der kleineren und mittleren Unternehmen berücksichtigt werden. Wir haben einen solchen Weg gefunden, über den wir uns noch in kleinem Kreise unterhalten können. Auch über die Details, von denen Herr Stingl gesprochen hat, können wir noch sprechen. (*Widerspruch und Zurufe:* Nein!) Ich meine nicht hier, sondern in einem kleinen Kreis. Hier sollten wir nur den Grundsatz festlegen über a) Krankenversicherung und b) Lohnfortzahlung.

Gerstenmaier: In der heutigen Sitzung spreche ich nicht gern. Ich habe das vorhin

nicht gerne getan, und ich tue es jetzt nicht gern. Ich möchte nicht in die Situation eines Mannes kommen, der sich urbi et orbi an diesem Tisch sagen lassen müßte, daß er zwar jederzeit bereit ist, schöne Reden zu halten auf Parteitag und anderswo, daß er aber, wenn die Sache in der praktischen Wirkung nicht zum Klappen kommt, den Mund hält. In diese Situation möchte ich nicht kommen.

Ich sehe ein, Herr Albers hat zu einem sehr gefährlichen Argument politisch etwas Richtiges gesagt. Ich will heute nichts dazu sagen, daß mir der alte Entwurf lieber wäre, nachdem man so viel Zeit und Kraft darüber verschwendet hat, aber offenbar ist es nicht klargeworden. Ich sage nichts zur Selbstbeteiligung und auch nichts zum Kassenarztrecht, von dem ich nicht viel verstehe. Aber bei einem Punkt bedaure ich, daß Sie nicht härter sind. Wie ist es mit unserem Kontrollsystem bei der Fortzahlung des Lohnes?

Sie werden nicht davon ausgehen können, daß der Mensch in Deutschland so edel und gut ist, daß man darauf wird verzichten können. Ist das vorgesehen? (*Zurufe*: Ja! – Aber wir wollen nicht in die Einzelheiten kommen!) Aber das ist keine Einzelheit, sondern das ist eine Charakterfrage. Und deshalb greife ich sie auf. Es gibt noch andere Fragen bei der Lohnfortzahlung. Ich will nicht davon sprechen, aber diese Frage ist eine Charakterfrage, und sie steht einer christlichen Partei wohl zum Gesicht.

Stingl: Bei der Frage der Kontrolle, Herr Präsident Gerstenmaier, muß man berücksichtigen, daß es nach dem bisherigen System für den Arbeiter nur das Entweder-Oder gab. Er konnte entweder in den Betrieb gehen, und damit war er nicht krank, oder, wenn er krank war, durfte er nicht in den Betrieb gehen. Wir müssen berücksichtigen, daß bei einer Milderung der Bestimmungen auf die Dauer der Arbeiter hingehen wird – weil er nicht mehr aufs Krankengeld angewiesen ist – und leichtere Arbeit verrichtet. Das ist eine Sache der Fortentwicklung, die man nicht übersehen darf. Ein großer Teil der Verantwortung liegt hier beim Arzt. Ich habe dazu praktische Gedanken. Ich glaube, daß wir hier einen Schritt weitergehen müssen, daß wir nicht eine Krankschreibung veranlassen beim Arzt, sondern eine gerechte Beurteilung über die Arbeitsfähigkeit.

*Rüschemeyer*⁶³: Ich möchte als Arzt dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Blank außerordentlich dafür danken, daß es ihnen anscheinend gelungen ist, mit der Ärzteschaft und den verschiedenen Organisationen auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Das halte ich für die Ärzteschaft, für die Partei und nicht zuletzt für unser Volk für einen Erfolg von großer Bedeutung.

Ich will auch nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur folgendes sagen: Die Selbstbeteiligung dürfen wir nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Faktors sehen, sondern sie ist zugleich auch ein Faktor der Gesundheit. Professor

63 Dr. Philipp Rüschemeyer (1895–1972), Arzt; vor 1933 Stadtrat in Berlin (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1947–1962 Vorsitzender des BV Osnabrück-Emsland, 1947–1960 stv. Vorsitzender und 1960–1962 Vorsitzender des LV Hannover.

Voges hat in Hamburg⁶⁴ gesagt: Ich habe in einer chirurgischen Klinik festgestellt, daß Knochenbrüche von Privatpatienten schneller heilen als von Kassenpatienten. (*Heiterkeit.*) Der Wille, gesund zu werden, ist von einer ungeheuer großen Bedeutung.

Adenauer: Lassen Sie mich einige Worte dazu sagen. Ich möchte das unterstreichen, was Herr Blank am Beginn seines Referates gesagt hat. Es handelt sich bei dieser Vorlage um eine die Wahl im äußersten Maße entscheidende Frage. Wenn die SPD mit ihrem Vorschaltgesetz kommt, können wir das nicht ablehnen. Und dann ist die SPD diejenige, die dem großen Kreis der Kranken dieses Geschenk auf den Tisch des Hauses legt. Wenn wir das nicht wollen – und wir dürfen das nicht wollen –, dann, meine verehrten Damen und Herren, müssen wir doch das Große im Auge behalten und uns heute darüber verständigen, ob der Kompromiß zu erreichen ist. Eine Kleinigkeit fehlt noch, das ist der blaue Montag; ich greife das auf, was Herr Lünendonk eben gesagt hat. Deswegen würde ich vorschlagen – wir können jetzt nicht in die Details gehen –, in der Fraktion an dieses Wort zu denken, nämlich einen Schritt nach vorwärts zu machen; so etwa war Ihr Ausdruck.

Nun käme die Frage – das muß ich eigentlich dem Fraktionsvorsitzenden überlassen: Welchen Ausdruck wünscht er lieber von uns, eine Empfehlung oder einen dringenden Wunsch an die Fraktion? Ich würde sagen, wir nehmen beides zusammen, nämlich einen dringenden Wunsch an die Fraktion, dieses Gesetz möglichst bald zu verabschieden, und wir empfehlen daher diesen Kompromiß. Sind Sie damit einverstanden? Ist einer anderer Ansicht? – Das ist nicht der Fall. Dann hoffe ich, daß die Fraktion tief beeindruckt ist von diesem einmütigen Votum des Bundesparteivorstandes.

Ehe wir nun zu Tisch gehen, lassen Sie mich die Sache mit dem Kollegen Dufhues zum Ende bringen. Ich habe in der Zwischenzeit vom Stenographen das bekommen, was ich gesagt habe. Ich habe folgendes gesagt, und zwar:

„Bundeskanzler Dr. Adenauer (zu Dufhues gewandt, der lächelte): Nehmen Sie die ganze Sache sehr ernst; denn Sie sind bei diesem Kampf um die Einheit der Partei ein Hauptgegner.“

Ich habe also nicht gesagt: gegen die Einheit der Partei ein Hauptgegner, gegen die Einheit an sich, sondern „bei diesem Kampf“, bei dem es sich um die Einheit der Partei handelte.

Und nun will ich auch noch sagen, worauf gestützt ich das gesagt habe. Ich habe hier einen Ausschnitt aus der „Kölnischen Rundschau“ vom 9. September dieses Jahres.⁶⁵ Da heißt es:

64 Vermutlich im Rahmen von Presseseminaren der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, die im Juni 1960 in Bonn; Münster, Hannover, München und Hamburg abgehalten wurden. Vgl. Ärztliche Mitteilungen. Deutsches Ärzteblatt, 1. Oktober 1960, S. 1831f.

65 Vgl. Anm. 24.

„Düsseldorf, 8. September: Der Westdeutsche Rundfunk beabsichtigt, seine angekündigte Klage gegen das Bundespostministerium wegen der Errichtung von Sendeanlagen für das zweite Fernsehprogramm gemeinsam mit einer entsprechenden Klage seines Vorgängers, des Nordwestdeutschen Rundfunks in Liquidation, bei dem Verwaltungsgericht in Köln einzureichen. Dies teilte am Donnerstag der Vorsitzende des WDR-Verwaltungsrats, Innenminister Dufhues, vor Pressevertretern mit.“

Und aus dieser Notiz, Herr Dufhues, habe ich geschlossen – das ist, soviel ich weiß, das Letzte, was erschienen ist –, daß Sie, wenn Sie das den Pressevertretern mitteilen und nicht sagen, ich bin dagegen, damit einverstanden sind. Und da Sie 14 Tage vorher hier in diesem Raum gesagt hatten, ich stelle mich auf den Boden der Tatsachen, war ich mehr als erstaunt, als ich das gelesen habe.

Dufhues: Ich wäre dankbar gewesen, wenn Sie mir Gelegenheit gegeben hätten, zu dieser Pressenotiz Stellung zu nehmen. Sie wissen aus langjährigen Erfahrungen, daß Pressenotizen nicht immer den Sachverhalt richtig wiedergeben. Ich kann Ihnen versichern, daß ich in der letzten Sitzung des Verwaltungsrates einige Tage später – ich kann mich auf den Termin jetzt nicht festlegen – ausdrücklich eine Haltung eingenommen habe, die die Einreichung der Klage, im Gegensatz zum Nordwestdeutschen Rundfunk, verhindern sollte. Ich habe vor drei Tagen im Rundfunkrat über die Situation berichtet in Gegenwart von vielen Parteifreunden. Ich will die Namen nicht nennen. Ich habe ihnen eine entsprechende Empfehlung gegeben, die praktisch darauf hinausläuft, diese vom Standpunkt des NWDR absolut gerechtfertigte, aber aus politischen Gründen vielleicht nicht erwünschte Klage nicht zu verhindern. Ich habe auf Anfrage von zwei Personen und zwei Gruppen, die Sie gebeten haben, dem Aufsichtsrat der Deutschland-Fernsehen-GmbH beizutreten, beiden erklärt: Bitte, treten Sie bei; denn es mußte der Streit irgendwie bereinigt werden. Ich bin bereit, den Name der beteiligten Gruppe zu nennen. Alles das zeigt die Haltung, die ich eingenommen habe und die ich auch durchzuführen gedenke. Ich wäre also dankbar gewesen, wenn Sie mir diese Notiz gegeben hätten, um Stellung zu nehmen. Dieser Vorwurf, Herr Bundeskanzler, ist wohl das Härteste, was ein Vorsitzender anderen Parteifreunden auf den Weg geben kann.

Adenauer: Ich konnte von dieser Notiz nicht vorher sprechen; denn wenn Sie nicht so gelächelt hätten, dann hätte ich überhaupt nicht daran gedacht. (*Dufhues:* Ich habe über ganz andere Dinge gelacht; Herr Blumenfeld hat mich angelacht wegen etwas, was mit Ihrem Vortrag nichts zu tun hatte.) Darf ich feststellen, daß Sie sich nach wie vor auf den Boden der Tatsachen stellen? (*Dufhues:* Ich muß darum bitten, eine Erklärung abzugeben, die uns beiden die Möglichkeit gibt, eine Klarstellung herbeizuführen.) Ich darf die Frage stellen, ob Sie nach wie vor auf dem Boden der Tatsachen stehen. (*Dufhues:* Das ist doch selbstverständlich!) Wenn das der Fall ist, dann sind Sie nicht einer der Hauptgegner in diesem Kampf, der die Einheit der Partei gefährdet. Ich freue mich, daß das klargestellt ist. (*Dufhues:* Ich hätte es lieber gesehen, wenn Sie eine etwas positivere Erklärung abgegeben hätten!) Was soll ich denn sagen? Ich freue mich, daß Sie bei Ihrer damaligen Erklärung, sich auf den

Boden der Tatsachen zu stellen, geblieben sind, so daß infolgedessen der Vorwurf, daß Sie ein Hauptgegner bei diesem Kampf sind, der die Einheit der Partei gefährdet, nicht mehr gilt. (*Johnen*: Nein, daß Sie sich geirrt haben! – *Unruhe und Bewegung*. – *Johnen*: Daß er ein guter CDU-Mann ist!)

Wollen Sie nun noch tiefer in die Sache hineingehen, Herr Johnen? Wie hat sich denn Nordrhein-Westfalen in dieser ganzen Sache benommen? Ich will Ihnen sagen, Herr Johnen, ich war fest dazu entschlossen: Wenn die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen früher stattgefunden hätte, dann hätten Sie mich nicht gesehen! Ihr Ministerpräsident kommt überhaupt nicht mehr hierher. (*Unruhe und Bewegung*.) Ich sage das dem Herrn Johnen, weil er nun dazwischengeredet hat. (*Dufhues*: Ich habe den Ministerpräsidenten seit einem Jahr nicht mehr beraten in dieser Frage. – *Unruhe*.)

Ich schlage vor, nunmehr die Sitzung zu unterbrechen.

Pause von 13.15 Uhr bis 14.05 Uhr.

Adenauer: Sollen wir uns nicht etwas konzentrieren und zusammenrücken? Die müden Wanderer haben sich schon hinten hingesetzt. Ich nehme an, daß die Lücken hier am Tisch dadurch entstanden sind, daß die Fraktionsmitglieder das Haus verlassen haben.

Über Mittag hat eine Besprechung zwischen Herrn Dufhues und mir stattgefunden. Herr Dufhues hat mir die Gründe erklärt, die der Meldung der „Kölnischen Rundschau“ zugrunde gelegen haben, über die man im großen Kreis nicht sprechen konnte. Ich stehe nicht an zu erklären, diese Gründe waren mir nicht bekannt. Wenn sie mir bekannt gewesen wären, hätte ich das nicht gesagt, was ich eben gesagt habe; (*Beifall*) denn ich weiß, daß Herr Dufhues ein Mann ist, der treu und fest auf dem Boden der Partei steht. (*Dufhues*: Vielen Dank!)

Burgbacher: Zur Geschäftsordnung! Im Einvernehmen mit dem Herrn Innenminister Dr. Schröder würde ich es dankbar begrüßen, wenn wir das Parteiengesetz zuerst besprechen könnten.

Adenauer: Herr Kollege Schröder! Die Notstandsgesetzgebung ist so schnell erledigt, daß Sie noch rechtzeitig fortkommen. Herr Schröder, ich würde Sie bitten, nur das Wichtigste wiederzugeben, damit wir nicht in eine endlose Diskussion kommen.

NOTSTANDSGESETZGEBUNG

Schröder: Herr Bundeskanzler! Meine verehrten Parteifreunde! Wir haben am kommenden Mittwoch auf der Tagesordnung des Bundestages drei Gesetze stehen: ein Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, was als Notstandsgesetz⁶⁶ bezeichnet wird

⁶⁶ Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 20. April 1960 (BT-Drs.

und einer Zweidrittelmehrheit bedarf sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat. Die beiden anderen, das Notdienstgesetz⁶⁷ und eine Ergänzung des an sich schon bestehenden Bundesleistungsgesetzes⁶⁸, sind einfache Gesetze.

Der Hintergrund der Gesetzesvorlagen ist der, daß ein Großteil unserer zivilen und auch unserer militärischen Verteidigung auf tönernen Füßen steht, wenn wir nicht den notwendigen Hintergrund in der Verwaltung haben und wenn es nicht Bestimmungen gibt, die es erlauben, vorsorgliche Maßnahmen für den Ernstfall zu treffen. Ich habe gestern abend eine sehr realistische Analyse eines Professors des Staatsrechts über die Bundesrepublik und die rechtlichen Bestimmungen gelesen, die ungefähr so lautete, daß wir an sich ein Wohlstandsstaat seien, der überhaupt nur existieren könne unter dem Schuttschirm der Alliierten. In demselben Moment, in dem wir nicht mehr den Wohlstand und nicht mehr die Alliierten hätten, müsse man überhaupt ganz neue Dinge machen, und es würden unsere verfassungsmäßigen Bestimmungen überhaupt nicht ausreichen. Deshalb brauchten wir uns mit einer Notstandsgesetzgebung gar nicht erst zu versuchen, weil die unter ganz anderen Bedingungen ins Leben getreten sei.

Ich erwähne das – das war übrigens eine prominente Stimme –, um zu zeigen, welche Art von schleichendem Defätismus tatsächlich in vielen Kreisen ist. Es ist schade, daß Kollege Strauß nicht mehr da ist. Die eigentliche Sorge, die wir haben, ist die: Wir sprechen viel zuviel über Geld und wie wir den Leuten zu noch mehr Geld verhelfen können. Darin erschöpft sich unsere Sorge. Aber bei dem Bemühen, den Zement für den Staat und seine Institutionen zu besorgen, sind wir bisher aus mancherlei Gründen sehr zögernd gewesen. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß wir tatsächlich von alliierter Seite laufend gedrängt worden sind, dafür zu sorgen, unsere innenpolitischen Bestimmungen so auszuweiten, daß wir auf das Rückgreifen auf die Alliierten verzichten können. In diesem Sinne bitte ich das zu verstehen, was die Bundesregierung vorgelegt hat.

Die Frage der Realisierbarkeit muß man ganz nüchtern sehen. Ich fange mit dem Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes an, das für den Notstandsfall der Bundesregierung ganz bestimmte Befugnisse geben soll. – Herr Strauß ist wieder da. – Das ist ein Gesetz, das einer Zweidrittelmehrheit bedarf. Wir haben keine Aussicht, diese Zweidrittelmehrheit zu bekommen. Die Lage stellt sich für die Sozialdemokraten – wir wissen das teils aus ihren öffentlichen Erklärungen, teils aus internen Informationen – etwa so dar: Sie wissen, daß der größere Teil der öffentlichen Meinung auf unserer Seite ist in dem Verlangen nach stabilen staatlichen Handhaben. Aber die Sozialdemokraten sind absolut entschlossen, dem Gesetz nicht zuzustimmen,

1800); Protokoll der 124. Sitzung vom 28. September 1960 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 47 S. 7174-7227. – Vgl. auch Anm. 27 sowie Nr. 21 Anm. 19.

67 Entwurf eines Notdienstgesetzes vom 26. April 1960 (BT-Drs. 1806).

68 Entwurf zur Änderung des Bundesleistungsgesetzes vom 23. August 1960 (BT-Drs. 2045). Vgl. Nr. 21 Anm. 18.

jedenfalls ganz sicher bis zur Bundestagswahl sich nicht zu binden. Sie kämpfen eigentlich nur darum, vor der öffentlichen Meinung nicht dazustehen als diejenigen, die die notwendige staatliche Sicherheit verhindert hätten, also gewissermaßen ein Kampf gegen das Zuschieben des Schwarzen Peters.

Ich sage offen, wenn ich Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion wäre, würde ich die Überlegungen, die man dort anstellt, etwa wie folgt zusammenfassen: „Meine lieben sozialdemokratischen Freunde! Das ist eine sicherlich wichtige Gesetzgebungsaufgabe. Wir können das erst machen, wenn wir selbst die Macht ergriffen haben im Jahre 1961. Wenn wir dann nicht genügend Kraft dazu haben sollten, können wir immer noch auf die CDU als Partner zurückgreifen, die ja sehr staats-treu ist und diese Dinge als notwendig bezeichnet hat. Sollten wir aber 1961 nicht gewinnen, dann sind wir immer noch in der Lage, solche Bestimmungen zu machen, und wir können sehen, was wir aus einer solchen Situation herausholen!“

Deswegen kann man mit aller Sicherheit davon ausgehen, daß es verlorene Liebesmüh wäre, den Sozialdemokraten auf diesem Gebiet etwa durch Konzessionen, die das Ganze nachher untragbar machen würden, entgegenzukommen.

Nun werden Sie fragen, warum wird denn eine solche Sache bis zur Bundestagswahl durchgekämpft, für die keine Mehrheit einstweilen in Aussicht steht? Die Antwort darauf ist klar. Diese Sache dient sowohl einem internationalen wie einem nationalen Alibi. International brauchen wir dieses Alibi einfach – ich darf auf den Deutschlandvertrag verweisen, womit wir das Äußerste getan haben –, um uns solche Befugnisse zu verschaffen. National brauchen wir es auf jeden Fall, um darzutun, daß wir äußerste Anstrengungen gemacht haben. Jeder in Deutschland weiß, wie sich die Bundesregierung verhielte, käme es zu einem Notstand in absehbarer Zeit. Die Befugnisse dazu würden wir entweder herleiten aus den Bestimmungen der Alliierten, oder wir würden sie zusätzlich oder gleichzeitig herleiten aus einem übergesetzlichen Notstand. Insoweit dient die Sache, die wir durch den Bundesrat bereits erörtert haben, auf jeden Fall einem notwendigen Zweck.

Ich darf an dieser Stelle ein kurzes Wort über den Bundesrat einschalten, ohne in das Detail der Auseinandersetzung zu gehen. Der Bundesrat bejaht, jedenfalls in seiner Mehrheit, die grundsätzliche Notwendigkeit, er hat aber eine ganze Reihe von Wünschen, die auf der Linie „stärkere Länderbefugnisse“ auch in diesem Falle liegen. Aber das brauchen wir nicht im einzelnen zu diskutieren, weil ich jetzt – zurückgreifend auf das, was ich gesagt habe – eine Verständigungsmöglichkeit mit der Linken nicht sehe, so daß die Verständigungsmöglichkeit mit dem Bundesrat einstweilen außer Betracht bleiben kann.

Es richtet sich also das Augenmerk in erster Linie auf diese beiden Gesetze: Notdienstgesetz und Ergänzung des Bundesleistungsgesetzes. Ich habe gemerkt, daß es einige unter unseren Freunden gibt, die Zweifel haben, ob man diese Gesetze nun im Blick auf die Wahl verabschieden soll. Ich glaube nicht, daß es irgend etwas bei den Wahlen geben wird, was uns in der Entschlossenheit, die Grundlagen unserer Sicherheit zu verbessern, ein Hindernis anlegen kann. Die Wahlen werden nicht

dadurch entschieden, weil wir zuviel an Sicherheit erstreben, sondern es wird sich bei den Wahlen eher als ein schwächender Faktor auswirken, wenn wir nicht mehr in der Rolle derjenigen stehen, die um jeden Preis zuerst Sicherheit zu erreichen versuchen.

Das Hauptbedenken bei diesem Notdienstgesetz scheint aus den Kreisen der Frauen zu kommen, nämlich die Frage, in welchem Umfange im Ernstfalle die Frauen zur Notdienstleistung herangezogen werden.

Das Gesetz sieht vor, daß Frauen über 55 Jahre nicht mehr herangezogen werden. Auch für die Mütter sind gewisse Ausnahmebestimmungen vorgesehen. Aber darüber im einzelnen zu sprechen, wäre jetzt verfehlt. Ich möchte generell sagen, daß wir ganz bestimmt in der Lage sind, diese Bestimmungen entsprechend zu formulieren. Wenn z.B. der Bundesrat sagt, nicht 55, sondern 50 Jahre, dann sind das alles Dinge, über die man sprechen kann. Aber sie sind weitgehend theoretisch; denn im Ernstfalle bedeuten diese Jahresgrenzen wirklich nichts anderes als Theorie. Sie können sagen, warum schreiben Sie überhaupt die Altersgrenze hinein? Das hängt damit zusammen, daß in einem Rechtsstaat solche Dinge nicht den Durchführungsbestimmungen überlassen bleiben können, was vielleicht ganz praktisch wäre. Aber nach unserem sehr strikten Grundgesetz müssen wir das stärker fixieren. Wir werden im Ausschuß jene Fixierung finden, die die Bedenken auf diesem Gebiete weitgehend ausräumt.

Was wird praktisch geschehen auf der Basis der Notdienstgesetzgebung? Wird man die notwendigen Kräfte gewinnen können, die im Verteidigungsfalle gebraucht werden? Wird man vor allen Dingen dafür sorgen können, daß überhaupt ein ernsthafter Hintergrund hinter den militärischen Apparat gesetzt wird? Ein Beispiel darf ich geben, was sehr anschaulich ist: der Nord-Ostsee-Kanal im Kriegsfall! Der Nord-Ostsee-Kanal wird betrieben von einem mehr oder weniger zivilen Personal, und wir haben heute gar keine Möglichkeit, den Betreffenden zu sagen, daß sie auch in einem Kriegsfall dazubleiben haben. Es muß aber möglich sein, schon heute festzulegen, daß an den und den Stellen in einem Ernstfalle diese oder jene Dienstleistungen zu verrichten sind.

Ich glaube auch nicht, daß das unser Publikum besonders erschüttern würde in seiner moralischen Haltung; denn wenn man eine Gesamtpolitik betreibt, die darauf hinausgeht, wirklich einen Apparat der Sicherheit aufzubauen, dann überwiegt die Vorstellung von der Effektivität dieser Sicherheit gegenüber irgendwelchen Bedenken, dabei persönlich herangezogen werden zu können.

Und da diese ganzen Dinge auf den Ernstfall ausgerichtet sind und niemand den Ernstfall will, aber jeder eine Vorkehrung dagegen wünscht, glaube ich nicht, daß wir auf größeren öffentlichen Widerstand stoßen werden. Bei diesem Notdienstgesetz und Bundesleistungsgesetz liegen wir mit dem Bundesrat in der Bejahung der Notwendigkeit durchaus auf einer Linie. Hier gibt es nur noch ein spezielles Problem, was die hier Anwesenden kaum ernsthaft interessieren dürfte – d.h. höchstens Herrn Blumenfeld als einem Mitglied des Bundesrates –, nämlich die Frage: Wie wird ein solcher Spannungszustand festgestellt, und durch wen wird er festgestellt? Aber das

sind Dinge, die wir nicht erörtern sollten. Wir können uns nur dafür aussprechen, daß solche Bestimmungen so gemacht werden, daß sie nicht sozial anstößig sind, daß sie im übrigen aber effektiv werden.

Das Resümee ist folgendes: Wir sollten der Öffentlichkeit diese drei Gesetze so vorführen am nächsten Mittwoch, wie ich es gesagt habe. Wir sollten die Verantwortung für die Zweidrittelmehrheit lassen, wo sie ist. Die Opposition hat bisher ihre Vorstellungen auf diesem Gebiete noch nicht in der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Wir sollten alle Kraft darauf verwenden, die beiden genannten Gesetze, nämlich das Notdienstgesetz und das Bundesleistungsgesetz, so schnell und so reibungslos wie möglich über die Bühne zu bringen. Ich glaube nicht, daß dies eine große gesetzgeberische Frage ist, sondern daß wir die Sache in einigen Monaten erledigen können.

Adenauer: Ich denke, wir stimmen zu. Wir brauchen nicht in die Einzelheiten einzugehen, denn das ist Sache der Fraktion.

Schwarzhaupt: Ich möchte etwas dazu sagen. Ich stimme allem zu, was Herr Schröder über das Notstandsgesetz gesagt hat, auch insofern, als er die Vorstellung hat, daß dieses Gesetz nicht durchkommt, daß man aber damit rechnen muß, daß die Befugnisse zur Außerkraftsetzung bestimmter Verfassungsgrundrechte wie Art. 12 usw. im Falle eines äußersten Notstandes auf andere Weise in Anspruch genommen werden können.

Nicht zustimmen kann ich dem, was er über das Notdienstgesetz gesagt hat. Es ist zu überlegen, wie das gegeneinander abzuwägen ist. Wenn wir das Gesetz, das sehr unpopulär ist, in erster Lesung vorlegen, geben wir damit der SPD eine wunderbare Propagandaplattform, vor allem in bezug auf die Frauen. Vermutlich werden wir es im Bundestag gar nicht fertigkriegen, weil die Zeit nicht reicht. Und wenn es verabschiedet werden soll, scheint mir in diesem letzten Jahr vor der Wahl der Nachteil größer zu sein als der Vorteil, den wir mit diesem Gesetz haben. Ich glaube nämlich nicht, daß es in der Öffentlichkeit, insbesondere bei den Frauen, von der Seite her ankommen wird: Die Regierung tut hier etwas Wunderbares zur Sicherheit unseres Landes, sondern nach allen Erfahrungen, die ich bisher in Frauenkreisen gemacht habe, kommt es ganz anders. Das Gesetz wird angegriffen, weil es die Frauen über eine Grundgesetzbestimmung hinaus dienstverpflichten will. Im Grundgesetz steht⁶⁹: „Die Frauen dürfen nicht zu einer Dienstleistung im Verband der Streitkräfte durch Gesetz verpflichtet werden.“ Dieses Gesetz macht es aber möglich. Es ist im Grunde genommen, wenn es so bleibt, eine Grundgesetzänderung nötig. Diese Grundgesetzänderung ist nicht vorgesehen; aber das läßt sich vielleicht bereinigen.

Das zweite ist, daß die Regierung – anders kann das Gesetz nicht aussehen – ziemlich weitgehende Befugnisse zur zwangsmäßigen Heranziehung von Frauen in Friedens- und Kriegszeiten in Anspruch nimmt; z.B. lesen die Frauen aus diesem Gesetz mit Recht heraus, daß eine Frau, die vier Kinder im Alter zwischen einem

69 GG Art. 12 (3).

Jahr und zwölf Jahren hat und bei der zu Hause eine Großmutter ist, die für die Kinder kochen kann, verpflichtet werden kann, den ganzen Tag in einer Munitionsfabrik oder sonstwie in der Verwaltung, weit weg von ihrem Wohnsitz, zu arbeiten.

Das sind Dinge, die die Frauen zunächst sehr erschrecken, ja die selbst im Zweiten Weltkrieg nicht verwirklicht worden sind! Die Befugnisse, die für die Regierung in Anspruch genommen werden, gehen über alles das hinaus, was jemals verwirklicht worden ist. Das ist denkbar unpopulär und gibt eine Basis für eine Propaganda gegen uns. Selbstverständlich wird ein solches Gesetz nicht wohlwollend ausgelegt und nicht mit dem Gefühl aufgenommen, es muß alles zur Sicherheit getan werden, sondern es wird gehetzt damit. Ich bin der Meinung, daß wir bei der ersten Lesung uns Nachteile verschaffen, denen die Vorteile auf der anderen Seite nicht entsprechen. Erstens ist es sehr unwahrscheinlich, ob dieses Gesetz im Rechts- und Innenausschuß überhaupt durchgezogen werden kann bei der Belastung dieser Ausschüsse, und zweitens bin ich der Meinung, daß es in diesem Jahr nicht nötig ist, jedenfalls nicht so nötig, daß wir uns die Schwierigkeiten machen, die es mit sich bringen wird.

Adenauer: Ich möchte ein politisches Wort sagen. Nach meinem Gefühl hat auf die breiten Wählerschichten, die zu keiner Partei gehören, nichts so eingewirkt als die Behauptung, daß die SPD jetzt für die Landesverteidigung und für die NATO ist. Und wir werden, Frau Schwarzhaupt, sowohl in der Wahlpropaganda wie im Bundestag diesen Schwindel der SPD entlarven müssen, und zwar das, was den Gebrauch der nuklearen Waffen angeht. Dieses ganze Thema der nuklearen Waffen kommt auch im Bundestag vor. (*Schwarzhaupt:* Das halte ich für richtig!) Hier kann sich die SPD entlarven. Aber sehen Sie, Frau Schwarzhaupt, wie sieht denn die Welt aus, und wer kann die Verantwortung tragen? Es ist bald so, glauben Sie mir, daß wir in der Bundesrepublik einfach die Verantwortung für die Sicherheit des deutschen Volkes nicht mehr tragen können. Aber hier geht es nur um Geld, Geld und nochmals Geld. Das hat Herr Schröder eben sehr richtig gesagt. Jedoch die Sicherheit, die steht auf einer ganz dünnen Eisdecke, Frau Schwarzhaupt! Und ich bitte Sie, einmal zu überlegen, ob man das verantworten kann.

Von Hassel: Ich glaube, daß niemand das, was Frau Schwarzhaupt gesagt hat, auf die leichte Schulter nimmt; denn jeder weiß, wie sehr sich emotionale Dinge innerhalb der Frauen auswirken. Aber ich darf Ihnen sagen, Frau Schwarzhaupt, daß wir in Schleswig-Holstein sehr scharf sehen, wo wir stehen. Wir haben 160 km Zonengrenzen und eine offene Ostsee. Bei den letzten Manövern der deutschen Bundesmarine erschienen mitten in dem Manöver ein moderner russischer Kreuzer und moderne russische Zerstörer, die die Übungen beobachteten; sie sind dazwischengefahren und haben das Ganze fotografiert, und zwar drei Meilen vor unserer Küste. Wir wissen also, was los ist.

Wir haben nördliche Nachbarn, die alle sozialdemokratische Regierungen haben. Bei den nördlichen Nachbarn ist es eine Selbstverständlichkeit, daß sich jeder bei der Heimwehr beteiligt. Die nördlichen Nachbarn können auch Frauen heranziehen. Obwohl sie sozialistische Regierungen haben, sind diese Dinge dort eine Selbst-

verständlichkeit geworden. Vor zwölf Tagen war ich auf Einladung der Norweger in Oslo. Wir sind von den Norwegern und vom Hauptquartier der NATO dort oben voller Sorge gefragt worden: Was geschieht eigentlich bei Ihnen? Wenn jetzt etwas passiert, können Sie überhaupt nichts machen.

Z.Z. sind dort oben die großen NATO-Manöver mit 50.000 Menschen und 10.000 Fahrzeugen. Wir haben uns überlegt, ob nicht wegen des starken Regens die Manöver abgesagt werden sollten, weil einfach alles im Wasser ertrinkt. Aber wir haben gesagt, wenn wir absagen, dann triumphiert Chruschtschow. Die Sendungen des Ostens berichten Tag und Nacht über diese Manöver. Herr Schröder hat den Ostsee-Kanal genannt. Sie können aber nicht einmal eine einzige Walzmühle mit ihrem Besitzer heranziehen, wenn dieser nicht will. Ich kann nur sagen – auch wenn es höchst unbequem ist –, wenn wir hier nicht zu einer Ordnung kommen, dann wissen wir als Ministerpräsidenten oder Innenminister einfach nicht, wie wir im Ernstfall agieren sollen.

Zu dem, was Frau Schwarzhaupt angeführt hat, darf ich folgendes erwähnen. Ich habe Erfahrungen aus über zwei Dutzend Versammlungen mit Frauen, die unter dem Motto standen „Frauen fragen den Ministerpräsidenten“. Die Frauen haben mich alle gefragt nach der atomaren Bewaffnung. Ich habe ihnen gesagt, was es bedeutet, und die Frauen haben mir darauf einen Vorwurf gemacht, daß ich das nicht schon eher erläutert habe. Ich meine also, wenn wir das in geschickter Weise über das Fernsehen den Frauen sagen, werden wir auch diese Dinge meistern.

Der Herr Bundeskanzler hat das Problem mit einem Satz richtig behandelt. Die Sozialdemokraten erklären dauernd, daß sie auch für die Landesverteidigung seien. Jetzt sollen sie sich einmal dazu bekennen. Wenn sie sich nicht dazu bekennen, dann haben wir für den Wahlkampf eine gehörige Portion Munition gegen sie. Wir können sagen: Das ist die neue SPD; wenn es sich um die konkrete Verteidigung handelt, ist sie nicht mehr dabei. Unter vier Augen sagen die Sozialdemokraten, das Notstandsgesetz muß kommen, aber vor ihren Funktionären wagen sie nicht, darüber zu sprechen.

Die Verabschiedung des Gesetzes setzt eines voraus. Wenn es zur Abstimmung kommt, muß die CDU geschlossen dafür stimmen, und unsere Frauen dürfen nicht sagen: Wir sind dagegen. Auch die Frauen müssen dafür sein. Wenn wir geschlossen dafür stimmen, dann wirkt sich eine solche Geschlossenheit der CDU seit langer Zeit wieder einmal außerordentlich stark aus.

Krone: Ich habe Wert darauf gelegt, daß dieses Thema im Bundesparteivorstand besprochen wird, weil ich nicht so zuverlässig die Dinge sehe, wie es die Herren Schröder und von Hassel hier ausgeführt haben. Die Forderung der atomaren Aufrüstung ist auch mit unseren Frauen durchgezogen worden. Da habe ich keine Bedenken, und darum geht es auch nicht. Aber es geht um die Heranziehung von Frauen! Ich hätte es viel lieber gesehen, wenn wir die Sache vor drei Jahren gemacht hätten, aber nicht jetzt erst; denn dann wäre doch vieles anders geworden. (*Adenauer:* Dann lassen Sie doch die Frauen heraus!) Ich kenne das Gesetz im einzelnen nicht. Ich frage, gibt es nicht andere Wege, um gewisse Dinge festzustellen und sicherzustellen,

z.B. bei den Autos usw. (*Von Hassel*: Sie können das Auto beschlagnahmen, aber nicht den Fahrer erfassen!) Ich wollte den Bundesvorstand fragen, ob wir nicht mehrere Milliarden für Bunkerbauten usw. geben sollen. Ich weise darauf hin, daß es so leicht nicht sein wird. Die verantwortlichen Herren, auch Herr Kollege Strauß, sollten sagen, ob es in dieser Form gemacht werden muß oder ob man nicht noch ein Jahr daranhängt.

Adenauer: Herr Krone! Wir können nicht einmal die Leute verpflichten, bei den großen Elektrizitätswerken zu bleiben, um diese in Gang zu halten. Wenn die Leute nach Hause gehen, dann ruht eben alles. Wir können niemanden verpflichten. Das geht doch einfach nicht. Lassen Sie mal wirklich einen Spannungszustand kommen, dann muß man doch dafür sorgen, daß die lebenswichtigen und lebensnotwendigen Betriebe in Gang bleiben. Aber wenn Sie glauben, daß es mit den Frauen Schwierigkeiten gibt – ich habe eben ein Wort mit dem Kollegen Schröder gewechselt –, dann lassen Sie doch die Frauen heraus. Dann machen wir es im Jahre 1961 nach der Wahl. (*Heiterkeit.*)

Dufhues: Ich verstehe es gut, wenn der Herr Kollege Krone die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt stellt. Aber meinen Sie nicht, daß die gegenwärtige Fluktuation in der Außenpolitik für die Beurteilung dieser Frage besonders günstig ist? Das Verhalten Chruschtschows auf der Pariser Konferenz wirkt nach.⁷⁰ Auch die Überläufer der Volksarmee wirken ebenso stark, wenn es ausgenutzt wird. In der deutschen Bevölkerung ist wirklich die Sorge sehr groß, daß wir einem Angriff gegenüberstehen, dem wir nicht genügend ausgerüstet entgegentreten können.

Wenn wir propagandistisch die Situation vorbereiten, wird die deutsche Bevölkerung im gegenwärtigen Zeitpunkt auch die Sache akzeptieren. Dazu gehört allerdings, daß wir auch die Praxis des kontinental-europäischen Auslandes und der sozialistisch regierten Länder heranziehen. Schweden und andere Staaten haben ungewöhnlich viel zur Vorbereitung der zivilen Verteidigung und des zivilen Bevölkerungsschutzes getan. Das muß in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen der deutschen Bevölkerung mitgeteilt werden. Es muß sich daraus die Frage ergeben, warum die Bundesregierung und der Bundestag auf diesem Gebiet nicht mehr getan haben. Ich glaube, die psychologische Situation ist augenblicklich als günstig zu bezeichnen, um die Gesetze vertreten zu können.

Zur Frage des Notdienstgesetzes und des Bundesleistungsgesetzes schließe ich mich dem an, was Herr von Hassel und auch andere Redner gesagt haben. Frau Schwarzhaupt! Ich bin der Meinung, daß auch die Frauen es akzeptieren werden. Die Frauen vermissen nur eine klare und konsequente Führung in dieser Frage. Wenn wir mit klarem Willen diese Dinge durchziehen, so nehmen uns gerade die Frauen das ab; denn es dient doch zu ihrem Schutz.

70 Vgl. Nr. 16 Anm. 16.

Einige Bedenken habe ich zur Frage des Notstandsgesetzes selbst. Wenn ich an die Erfahrungen aus dem Planspiel „Seydlitz“⁷¹ denke, dann bleibt immer wieder die Frage, ob nicht die Verabschiedung eines Notstandsgesetzes die Voraussetzung für einen sinnvollen Verteidigungsplan auf der NATO-Grundlage ist. Das ist die Auffassung, die General Speidel⁷² mir gegenüber zweimal nachdrücklich vertreten hat. Ich verstehe Herrn Schröder, wenn er Bedenken äußert hinsichtlich der Realisierbarkeit.

Ich darf auf die Bedenken hinweisen, die bestehen, aus einem Jus eminens – aus einem übergesetzlichen Notstandsrecht – diese Befugnisse herzuleiten. Das ist eine ungewöhnlich schwierige Frage für ein Volk, das eine solche Erschütterung des Rechtsbewußtseins erlebt hat wie das deutsche Volk in den zwölf Jahren des Nationalsozialismus. Ich möchte auch mit allem Ernst darauf hinweisen, daß möglicherweise der Bundespräsident, an dem die Bundesregierung bei der Auslösung eines Notstandes nicht vorbeigehen kann, bei der Inanspruchnahme eines übergesetzlichen Notstandsrechts vielleicht Bedenken anmelden wird.

Ich halte es aber für notwendig, ein positives Notstandsgesetz zu verabschieden. Wenn es an der Haltung der SPD scheitert, dann wird die deutsche Bevölkerung verstehen, daß die Bundesregierung zu jenen Möglichkeiten greift, die aus einem übergesetzlichen Notstandsrecht hergeleitet werden können. Aber dazu scheint mir Voraussetzung zu sein, daß die SPD in ihrer ganzen Breite mit allen politischen Mitteln vor der gesamten Öffentlichkeit ins Unrecht gesetzt wird. Es scheint mir auch notwendig zu sein, um die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Befugnisse zu schaffen, um die es geht.

Ich darf kurz eingehen auf die übrigen Notstandsgesetze und die besondere Situation der Innenminister in den Ländern, insbesondere von Nordrhein-Westfalen. Wir Innenminister stehen vor der Tatsache, den zivilen Bevölkerungsschutz und die zivile Verteidigung vorzubereiten. Wenn nicht die Gesetze, von denen Herr Schröder gesprochen hat, bald verabschiedet werden, bleibt alles Stückwerk; denn wir können nicht die einfachsten Voraussetzungen schaffen, die notwendig sind, um einen Schutz vorzubereiten. Es hieße verantwortungslos handeln, wenn man vor den Schwierigkeiten kapituliert. Ich weise mit allem Ernst darauf hin, daß die Bundesregierung und die Länder in eine verzweifelte Situation geraten, wenn diese Gesetze nicht verabschiedet werden. Wir sollten das tun, was einfach unsere Pflicht ist. Das wird uns von der Bevölkerung immer noch abgenommen.

Hoogen: Zu dem Notstandsgesetz möchte ich sagen, es handelt sich [nicht] um den Art. 48 der Weimarer Verfassung. Herr Schröder hat darauf hingewiesen, daß es mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden muß. Welche Konzeption müssen wir nun

71 Vermutlich nach dem preußischen General Friedrich Wilhelm Frh. von Seydlitz (1721–1773), Reitergeneral Friedrichs des Großen, Siege bei Roßbach 1757 und Zorndorf 1758.

72 Dr. Hans Speidel (1897–1984), General; 1955–1957 Leiter der Abteilung Gesamtstreitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung, 1957–1963 Oberbefehlshaber der alliierten Luftstreitkräfte in Mitteleuropa. Vgl. PROTOKOLLE I S. 114 Anm. 17.

unserer Beratung im Rechtsausschuß zugrunde legen? Im Rechtsausschuß und in den anderen Ausschüssen beschließen wir mit einfacher Mehrheit. Wir hätten durchaus die Möglichkeit, vom Rechtsausschuß her eine Vorlage an das Plenum zu bringen und die SPD vor die Verantwortung zu stellen.

Die Konzeption der Bundesregierung ist vom Bundesrat abgelehnt worden, und der Bundesrat hat eine eigene Konzeption entwickelt; dort sind die Anträge der Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen angenommen worden. Diese Vorlage liegt uns als Bundesratskonzeption vor. Für uns als CDU stellt sich die Frage, sollen wir nun dieser Konzeption nähertreten oder nicht. Wir wollen nicht in einen Streit wegen dieser Geschichte mit den CDU-Ländern kommen. Aber das ist die Frage, die wir im Bundesvorstand erörtern und entscheiden müssen.

Ich bin dem Herrn Kollegen Dr. Krone dankbar dafür, daß er mir Gelegenheit gibt, das hier zu sagen. Die Konzeption kommt nicht von den SPD-Ländern, sondern aus unseren Freundeskreisen. Die Frage lautet: Sollen wir mit einfacher Mehrheit vom Rechtsausschuß aus die Sache dem Plenum unterbreiten, oder sollen wir die Sache dilatorisch behandeln?

Mir ist bekannt, daß der Konzeption des Bundesrates Teile der SPD nicht abweisend gegenüberstehen. Wenn ich mir die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag ansehe, so haben wir z.Z. 280 Stimmberechtigte. Zur Zweidrittelmehrheit sind 332 Stimmen notwendig. Im Bundesrat ist es so, daß die von der CDU regierten Länder 26 Stimmen haben. 28 Stimmen sind aber für eine Verfassungsänderung erforderlich. Die Sache ist also durchaus ernst. Ich möchte Sie bitten, uns zu sagen, welchen Weg wir nun gehen sollen. Über die staatspolitische Notwendigkeit brauche ich kein Wort zu verlieren. Allein vom nationalen Standpunkt aus ist es nicht zu begrüßen, daß wir noch auf Jahre hinaus ein alliiertes Notstandsrecht haben, zumal wir nicht wissen, welche Regierungen in Frankreich, in England und in den USA dieses Notstandsrecht handhaben werden. Diese Frage ist von so großer staatspolitischer Bedeutung, daß wir ihr nicht ausweichen dürfen.

Strauß: Wenn ich eine Antwort auf die Frage geben soll, die Herr Hoogen gestellt hat, so liegt das außerhalb meiner Kompetenz, nämlich darauf zu antworten, welche der beiden rechtlichen Möglichkeiten ergriffen werden soll. Ich meine, daß der Bundesminister des Innern der Sache näher steht. Wenn ich aber Frau Schwarzhaupt richtig verstanden habe, war ihre Frage eigentlich eingeschränkter als die Antwort, die erteilt worden ist. (*Zuruf:* Ja!)

Es bedarf wohl keiner Erörterung, daß es für ein Notstandsrecht nicht nur einer Verfassungsänderung, sondern auch einiger Gesetze bedarf, wie das Notdienstgesetz und das Bundesleistungsgesetz. Es kämen noch einige weitere hinzu. Es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, daß wir zwei große Aufgaben im Ernstfall zu erfüllen haben, und zwar einmal – abgesehen von der Frage der inneren Sicherheit –, die deutschen und die alliierten Streitkräfte bewegungsfrei zu halten und zum anderen, das Überleben der Bevölkerung, soweit das heute überhaupt durch solche Mittel erfolgen kann, sicherzustellen. Daß diese beiden Aufgaben angesichts unserer militär-geographischen

Lage, angesichts der politischen Situation und angesichts der Entwicklung der Waffentechnik unabweisbar sind, bedarf überhaupt keiner weiteren Erörterung.

Man kann sehr wohl aus Ihrem Munde entnommen haben, Frau Schwarzhaupt: Warum gerade jetzt? Selbstverständlich gehöre ich zu denen, die immer schon die Meinung vertreten haben, je früher desto lieber, aber es hat keinen Sinn, in der Vergangenheit zu forschen, warum das Gesetzeswerk nicht eher vorgelegt worden ist. Hier möchte ich allerdings mit allem Ernst sagen, daß wir in einer kritischen Situation stehen und daß sich die Lage jede Woche, jeden Tag ernster entwickeln kann, als sie z.Z. ist. Sie wissen, was damit gemeint ist.

Wir verlangen von unseren alliierten Verbündeten, insbesondere von den drei Garantiemächten für Berlin, die moralische und die materielle Bereitschaft, notfalls mit bewaffneten Maßnahmen die Freiheit Berlins zu erhalten. Bewaffnete Maßnahmen kann nur derjenige ernsthaft anwenden und die damit unter Umständen abschreckende Wirkung ausüben, der die moralische und materielle Bereitschaft dazu glaubhaft machen kann. Darüber gibt es keinen Zweifel. Und wenn wir selbst nicht die moralische und materielle Bereitschaft haben und sie auch nicht glaubhaft machen können, dann wäre es an sich besser, wir würden ehrlich zugeben, daß wir nicht bereit sind, für Berlin ernsthaft das Risiko einzugehen oder gar militärische Maßnahmen zuzulassen.

Wir bräuchten es offen nicht zuzugeben, wir könnten diesen Bluff noch fortführen, aber es hätte keinen Sinn, sich über das kurz oder lang kommende Ende dieser Illusion irgendwelchen Selbsttäuschungen hinzugeben. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Nun weiß der Herr Bundeskanzler und mit ihm der Innenminister und einige andere Persönlichkeiten, daß vor nicht langer Zeit die Alliierten – der Vertreter von Norstad⁷³, begleitet von drei Beobachtern – wieder einmal bei mir vorstellig geworden sind. Die Fragen, die sie mir gestellt haben, sind mir auch vor wenigen Wochen im State Department gestellt worden, und zwar beide Male weniger in Form einer Frage als vielmehr in Form eines Vorwurfes. Sie lautete: Nehmt Ihr es überhaupt ernst damit? Wir sehen bei Euch seit Jahren trotz unseres Drängens keinen ernsthaften Ansatz, Eure Verfassung in einen Zustand zu bringen, damit überhaupt militärische Maßnahmen in Betracht gezogen werden können. Wir können von den Alliierten nicht verlangen, mehr Bereitschaft zu zeigen, dieses Risiko einzugehen, als Ihr selbst durch klare und sichtbare Maßnahmen aufbringt!

Ich glaube, daß ich es noch nicht einmal so deutlich wiedergebe, wie es tatsächlich gesagt worden ist. Darum bin ich der Meinung, wenn wir es bisher nicht gemacht haben, so ist das kein Anlaß, in der gegenwärtigen Situation zu sagen, dann können wir auch noch ein Jahr oder zwei Jahre damit warten. Ich möchte die Meinung vertreten, ohne den außenpolitischen Experten oder Propheten vorgreifen zu wollen, wir alle haben das Gefühl und Anhaltspunkte dafür, daß die Berlin-Krise um die Zeit der

⁷³ Vermutlich General Sir Richard N. Gale, der allerdings als stv. Oberbefehlshaber für Europa von General Sir Hugh Stockwell im September 1960 abgelöst wurde (AdG 1960 S. 8473).

amerikanischen Präsidentschaftswahlen herum oder jedenfalls im Laufe des Winters 1960/61 einem neuen Höhepunkt zutreibt.

Herr Chruschtschow hat sich soweit vorgewagt, daß er nicht einfach die ganze Berlin-Sache, ohne sein mühsam erworbenes Prestige im Innern der Sowjetzone zu gefährden, sang- und klanglos abblasen kann. Es wird hoffentlich nicht militärischer Maßnahmen bedürfen, wohl aber gehören kalte Nerven und eine aufmerksame Vorbereitung und Beobachtung dazu, wenn wir hier mit einer vernünftigen Lösung auf lange Sicht und nicht nur wiederum für kurze Zeit aus der Krise herauskommen wollen.

Darum glaube ich, daß die Frage, warum gerade jetzt, sehr wohl mit hieb- und stichfesten Argumenten bejahend beantwortet werden kann. Nur muß Herr Schröder noch begründen, warum auch die Frauen einbezogen werden müssen. Sie sind für bestimmte Dienstleistungen vielleicht erforderlich. Vielleicht hätte Ihre Frage auch so verstanden werden können, ob man die Frauen herausnehmen könnte. Ohne das Notdienstgesetz und das Bundesleistungsgesetz ist es nicht möglich, die alliierten und die deutschen Streitkräfte bewegungsfähig und kampffähig zu erhalten; es ist auch nicht möglich, die Maßnahmen für das Überleben der Bevölkerung gegen die Folgen eines möglichen militärischen Konflikts zu treffen.

Zur praktischen Seite! Es handelt sich einmal um die wahlpolitische Seite. Es handelt sich um das, was der Herr Bundeskanzler sagt, daß die SPD ihr Ja zur Landesverteidigung durch ein großes Betrugsmanöver gegenüber der Öffentlichkeit glaubhaft machen will, ohne aber die lästigen und leidigen Folgen des Bekenntnisses zur Landesverteidigung auf sich zu nehmen. Sie versucht damit, gewisse Wählergruppen anzusprechen, die sich bisher wegen der Lösung der Sicherheitsfrage mehr zur Regierungspolitik bekannt haben, ohne ihr ideologisch oder weltanschaulich unbedingt von vornherein nahezustehen.

Wir müssen es der SPD unmöglich machen, ihr Ja zur Landesverteidigung durch die allgemeine Phraseologie des Herrn Brandt glaubhaft zu machen. Sie soll durch konkrete Taten den Mut beweisen und – entschuldigen Sie das offene Wort – zur Kasse treten. Das allerschlimmste wäre, jetzt die Gesetze hängenzulassen und sie während des Wahlkampfes zum Gegenstand der Auseinandersetzung nicht erledigter Entscheidungen zu machen. Wir haben immer wieder erlebt, daß sich politische Entscheidungen zum Teil unangenehmer Art, die hängenbleiben und sich über Jahre hinaus in der Diskussion hinziehen, immer negativer auswirken, als wenn man einfach den Gordischen Knoten durchhaut und eine tragbare Lösung schafft; denn solange etwas in der Luft hängt, wird es negativ ausgedeutet, aber wenn man es durchsetzt, werden sich die positiven Seiten bemerkbar machen.

Daß wir leider die Presse gegen uns haben in allen Ländern, das steht außer Zweifel. Die SPD hat in dem Aufsatz von Merten⁷⁴ im „Vorwärts“ erklärt: Die Regierung tut alles für die militärische Verteidigung, aber für die zivile Verteidigung

74 Hans Merten: Wehrpflicht und Notstand. Die neuen Gesetzesbestimmungen weisen einen

geschieht nichts. Wir Sozialdemokraten fordern die Parität von militärischer Verteidigung und von ziviler Verteidigung. – Nun wollen wir sie bei der Debatte im Bundestag festnageln, wie für sie konkret die Parität von ziviler und militärischer Verteidigung in Wirklichkeit aussieht. Wenn sie das nicht durch ein klares Ja honoriert und realisiert, dann ist es unsere Aufgabe, vor der Öffentlichkeit, angefangen vom Bundestag bis zur letzten Wahlversammlung, zu zeigen, daß das Ja zur Landesverteidigung nichts anderes ist als das, was sie seit Jahr und Tag treibt, nämlich ein aufgelegter Schwindel. (*Krone*: Dann werden sie sagen, wir verlangen fünf Milliarden für den zivilen Luftschutz!)

Jochmus: Ich möchte zu den Ausführungen von Frau Schwarzhaupt etwas sagen. Wir Frauen von der CDU sehen die Notwendigkeit durchaus ein, wir sehen aber mit Besorgnis, daß z.B. Frau Lüders eine Riesenkampagne entfacht. Sie hat einen großen Einfluß in allen Frauenorganisationen. Der DGB entfacht auch eine Kampagne, genau wie es bei der Krankenversicherung gewesen ist. Deshalb werden wir große Schwierigkeiten bei den Frauen für die Wahl haben. Frau Schwarzhaupt meinte, daß wir das Gesetz nicht mehr fertigkriegen. Und wenn es so ist, dann haben wir die Situation, wie sie Herr Strauß eben geschildert hat. Wer garantiert uns, daß wir es noch fertigbringen? Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, daß wir einen anderen Weg gehen können. Das wäre wohl richtiger.

Adenauer: Frau Jochmus! Die Sache ist doch schon durch den Bundesrat gegangen. Sie kommt also unweigerlich ins Plenum in der nächsten Woche. Es handelt sich darum, ob wir es hängenlassen oder verabschieden.

Jochmus: Es muß aber klar erläutert werden von der Regierung für die Frauen, damit sie wissen, was darunter zu verstehen ist; denn die Frauen haben falsche Meinungen darüber. Sie müssen wissen, daß sie nicht reine Militärarbeiten verrichten, daß sie nicht in Uniform kommen, nicht in Kasernen usw. Hier muß ein Aufklärungsfeldzug einsetzen.

Schröder: Es hat sich in der Diskussion herausgestellt, daß es zwei Probleme gibt. Das erste ist die Frage, ob und wie die Frauen in diesem Entwurf eines Notdienstgesetzes behandelt werden. Ich möchte sagen, daß hier von den Frauen nichts verlangt wird, was nicht auch für andere vergleichbare Länder gilt. In unserer Situation können wir der deutschen Frau das auch zumuten, was andere Länder im NATO-Verband – zunächst einmal auf dem Papier – den Frauen zumuten. Im Ernstfall halten die Jahresgrenzen, die wir einführen, ob 50 oder 55, nicht stand. Es gibt eine gewisse Differenz zwischen dem Verteidigungsministerium und uns in der Frage, im Verband der Streitkräfte oder nicht. Das Verteidigungsministerium wird im Ernstfall einen riesigen Bedarf an Telefonistinnen, Krankenschwestern usw. haben.

gefährlichen Weg. In: „Vorwärts“ vom 1. Juli 1960. – Hans Merten (1908–1967) Pfarrer; 1951–1967 MdB (SPD), 1953 Vizepräsident des Verbandes der Heimkehrer, Präsident des Deutschen Kameradenwerks, 1957–1963 stv. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, 1965–1967 MdEP.

Das wird übrigens durch Freiwillige geschehen; aber man wird nicht darauf verzichten können. Deshalb besteht die Frage, wie man dieses Problem regeln soll. Darüber mag gesprochen werden.

Ich würde vorschlagen, daß wir in der nächsten Woche sagen, daß die Bundesregierung bereit ist, in Verbindung mit den Ausschüssen zu prüfen, ob die jetzt vorgesehene Regelung für die Frauen nicht stärker modifiziert werden kann. Ich kann auf den Bundesrat abheben, und man kann noch ein Stück weitergehen. Das würde alle berechtigten Ansprüche – wenn man sie so nennen will – so weit mildern, daß unsere Anhängerschaft keine Schwierigkeiten mehr machen dürfte.

Wenn wir uns über diese Dinge klar sind, will ich gern die Brücken schlagen zu dem, was die Kollegen Hoogen und Dufhues gesagt haben. Zu den Ausführungen von Herrn Hoogen muß ich etwas klarstellen. Es kommt nicht so sehr darauf an, welche – ich drücke mich grob aus – Befehlsbefugnisse wir für den Ernstfall haben. Im Ernstfall wird die Regierung jede Befugnis wahrnehmen, die überhaupt nur denkbar und möglich ist. Aber es nützt mir nichts, wenn ich mich im Ernstfalle hinstelle und Befehle gebe, aber kein Mensch reagiert darauf, weil eben die Voraussetzungen fehlen, die ich haben muß, um meine Befehle in die Wirklichkeit umsetzen zu können.

Deshalb ist es in mancher Beziehung viel wichtiger, diese Bestimmungen zu haben, von denen wir glauben, daß sie mit einfacher Mehrheit herbeigeführt werden können, mit denen wir aber das Ganze vorbereiten können. Und das ist viel wichtiger als die Befehle, die wir im Ernstfall etwa werden geben können. Deshalb sind die Vorbereitungsgesetze in Wirklichkeit die entscheidenden Gesetze.

Ich bin davon überzeugt, daß wir jetzt keine Chance haben, das Zustimmungsgesetz, das einer verfassungsändernden Mehrheit bedarf, in einer Form durchzubringen, von der wir sagen können, daß sie im Ernstfall wirklich geeignet ist. Das gilt auch für die Vorschläge, die der Bundesrat gemacht hat. Im Bundesrat ist es eigentlich Bayern gewesen, das den Vorschlag entwickelt hat, dem die Mehrheit der Länder beigetreten ist. Er sieht vor die Verkündung des Notstandes durch eine einfache Mehrheit des Bundestages. Diese einfache Mehrheit des Bundestages soll ihn genauso ausrufen wie auch aufheben können, so daß Anfang und Ende innerhalb der Befugnisse des Bundestages liegen. Kann der Bundestag nicht, dann muß es der Bundespräsident auf Antrag der Bundesregierung tun.

Was sagt der Bundesrat? Er sagt 1. Bundestag, 2. Bundesrat. Klappt das nicht mehr, dann soll ein spezieller Notstandsausschuß, der aus Mitgliedern des Bundestages und der Länder zusammengesetzt ist, eintreten. Das ist aber für eine Situation, in der sehr schnell gehandelt werden muß, eine etwas schwierige Geschichte. Der Bundesrat schlägt vor – ich gebe es ganz grob wieder, aber in der Kontur ist es richtig –, daß bei Notverordnungen, die erlassen werden, der Notstandsausschuß eingesetzt werden kann, d.h., daß man an die Stelle eines größeren parlamentarischen Gremiums ein kleines setzt, das speziell zu den Dingen Stellung nimmt.

Wenn aber eine Sache sicher ist, dann ist es die, daß nach aller Erfahrung in der Geschichte jede Notstandssituation nicht mehr eine Parlamentssituation ist, auch

nicht mehr eine Ausschußsituation, sondern daß sie wirklich das Stehen und Fallen der Exekutive bedeutet. In einer solchen Situation kommt es darauf an, daß die Bundesregierung mit den in den Ländern noch aktionsfähigen Einheiten den besten Kontakt hat, ohne daß die Sache noch einmal einen parlamentarischen Charakter – so wertvoll er auch ist – haben kann, weil wirklich sofort gehandelt werden muß und leider nicht mehr debattiert werden kann.

Deswegen glaube ich, daß die Vorschläge, die der Bundesrat macht, unpraktisch sind und deshalb nicht durchgeführt werden können. Herr Hoogen hat angeregt, man solle festlegen, wieweit man von den Vorschlägen des Bundesrates Gebrauch macht. Ich glaube, wie ich die Situation der SPD einschätze und nach allem, was man von ihr hört, daß sie es einfach nicht tun wird. Das ist eine Aufgabe, die nach meiner Meinung über unsere parlamentarische Kraft geht. Es verbleiben nur noch neun Monate. Wir sollten daher das ganze Problem vorlegen, aber davon realisieren, was wir mit unseren eigenen Kräften machen können.

Blumenfeld: Es ist schwer, in Unkenntnis der Regierungsvorlage im einzelnen etwas dazu zu sagen. Das möchte ich auch nicht, sondern zur staatspolitischen Notwendigkeit einige Ausführungen machen. Ich gehöre zu denen, die die Worte von Frau Schwarzhaupt sehr ernst genommen haben. Ich habe viel Verständnis dafür, was sie hat sagen wollen, was ja Herr Strauß dann richtig charakterisiert hat.

Das Problem liegt eigentlich tiefer. Ich möchte es mit einem anderen Wort aussprechen. Es scheint doch so, als ob wir in unserem Vaterland, in der Bundesrepublik, unser nationales Bewußtsein nur noch bei Fußballenkämpfen und bei den Olympischen Spielen empfinden. Ich halte es daher für erforderlich, daß unsere Partei und dieser Staat – den sie im wesentlichen aufgebaut hat – der ganzen Öffentlichkeit dokumentieren, wie absolut notwendig diese Gesetze für die Verteidigung des Vaterlandes sind. Die Modifizierung, von der Herr Schröder gesprochen hat, erachte ich als zweckmäßig, und es ist notwendig, daß sie auch vorgetragen wird. Wir müssen uns dazu bekennen.

Dabei müssen wir das aufgreifen, was der Herr Bundeskanzler heute morgen sehr richtig gesagt hat, als er an das absolut fehlende Verantwortungsgefühl in den breiten Schichten der Bevölkerung appellierte. Das Volk wird nicht dazu aufgefordert, ein echtes Staatsbewußtsein und Nationalgefühl zu entwickeln.

Krone: Ich begrüße die Worte des Herrn Innenministers, daß er wegen der Frauen eine Nachprüfung vornehmen lassen will. Ich möchte aber bitten, mir nicht zu unterstellen, daß mir das nationale Bewußtsein ermangele. (*Zuruf:* Nein!) Gut! Darum geht es nicht. Ich habe nur die Frage gestellt, warum erst jetzt. Ich habe weiter gesagt, man soll überlegen, ob man nicht andere Wege gehen kann. Ich habe mich z.B. darüber gefreut, daß die Volkszählung durchgeführt wird. (*Schröder:* Ist noch nicht beschlossen, aber sie soll sein!)

Herr Bundeskanzler! Sie haben von einer Fernsehübertragung gesprochen; ich weiß den Namen nicht mehr. (*Zurufe:* Verwirrung im Quadrat!) Es war eine Sendung, die von sieben bis acht Millionen Menschen gesehen worden ist. Ich will damit nicht

die Debatte um das Fernsehen wieder eröffnen, aber ich habe die Befürchtung, wenn wir nicht auch ein Fernsehen machen, daß mit solchen und ähnlichen Sendungen alles kaputtgemacht wird für die Wahl. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Nun zu den Gesetzen! Zur Notstandsgesetzgebung würde ich auch sagen, was Herr Schröder ausgeführt hat, nämlich generell das zu machen, was gemacht werden muß. Darüber soll noch einmal in kleinerem Kreise sehr sorgfältig gesprochen werden; denn wir müssen die Wahl unbedingt gewinnen, damit wir es nachher auch noch machen können. Ich bin wohl richtig verstanden worden!

Adenauer: Sie sind richtig verstanden worden. Herr Schröder wird nächste Woche im Plenum des Bundestages die richtigen Worte finden, und zwar nach allen Richtungen hin, um zu beruhigen und um Verantwortung zu wecken, um das Verantwortungsgefühl zu stärken und auch um die Sozialdemokraten zu entlarven.

Dufhues: Herr Strauß hat vor dem Kabinett in Nordrhein-Westfalen die Auffassung vertreten, daß zur Ermöglichung der NATO-Verteidigungsbereitschaft die Verabschiedung eines deutschen Notstandsgesetzes notwendig sei. Ist das heute noch immer Ihre Meinung, und zwar sowohl von der NATO als auch Ihre?

Strauß: Dazu ein einziges Wort: Ja! Der Sinn meiner Ausführungen war nur ein Kommentar dazu. Ich habe nicht die geringste Einschränkung hinzuzufügen.

Adenauer: Ein klärendes Wort dazu! Wenn wir nichts tun, dann werden im Ernstfall die Besatzungsmächte handeln. Und dann müssen wir ihnen sagen: Das und das müßt ihr tun. Aber nun wollen wir doch, soweit wir es fertigkriegen, selber auch etwas tun. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Glauben Sie mir doch, wir verlieren draußen bei unseren Bündnispartnern – das ist eben mit Recht ausgeführt worden – immer mehr an Vertrauen darauf, ob wir wirklich bereit sind. Dabei stellen wir uns immer hin und sagen: Ihr müßt für Berlin sorgen, das ist eure Sache zuerst. Aber das versteht keiner mehr. Nun, ich will die Sache nicht weiter aufrühren, aber wir haben gestern im Kabinett sehr ernst darüber gesprochen. Ich hoffe, daß wir bei der nächsten Berlin-Krise gerüstet sind, daß wir etwas sagen und auch etwas tun. Wir sollten nicht immer wieder nur sagen: Hannemann, geh du voran! – Und nun können wir wohl zum Parteiengesetz übergehen.

PARTEIENGESETZ; WAHLGESETZ

Schröder: Zum Parteiengesetz kann ich mich sehr kurz fassen. Herr Burgbacher wird noch einige Details anführen. Das Parteiengesetz ist auch bereits durch den Bundesrat gegangen.⁷⁵ Es ist im Bundestag in erster Beratung behandelt worden und nun den Ausschüssen überwiesen. Bisher ist man nicht so recht an das Gesetz herangegangen, weil wir uns noch nicht darüber einig waren, in welcher Weise die finanziellen Fragen behandelt werden sollen.

⁷⁵ In der 210. Sitzung des Bundesrates am 23. Oktober 1959. Vgl. BR-Drs. 294/59 sowie BR Sten.Ber. 3. WP S. 164–178. – Vgl. auch Nr. 10 Anm. 65 und 85.

Das Parteiengesetz, wie es jetzt vorliegt, regelt im wesentlichen organisatorische Fragen, über die wir uns eingehend unterhalten und verständigt haben. Offen war die Frage, was finden wir für einen Aufhänger, um über dieses schädliche Karlsruher Urteil⁷⁶, das ich im übrigen auch für falsch halte, hinsichtlich der Spendenabzugsfähigkeit usw. hinwegzukommen, und zwar in dem Sinne, auf welche rechtliche Basis können wir die Finanzierungsfrage stellen.

Dafür war nun Herr Neuburger gebeten worden, der unter uns als derjenige angesehen wurde, der etwas Besonderes vom Finanzwesen versteht. Und nun ist Herr Professor Burgbacher in der Lage, die Gedanken zu entwickeln, denen ich zustimme und die wir auch im Ausschuß bei der Beratung des Parteiengesetzes durchsetzen wollen.

Burgbacher: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, ehe ich zu meinem Antrag komme, einige kurze Vorbemerkungen. Sie erinnern sich, daß wir das Karlsruher Urteil bekommen haben und daß in diesem Urteil Spenden an politische Parteien als nicht mehr steuerlich abzugsfähig bezeichnet wurden. Die Begründung des Bundesverfassungsgerichts beruht im wesentlichen auf zwei tragenden Gedanken. Der eine Gedanke ist der, daß die Wirtschaftskraft der Wählerschaft so differenziert sei bei den Parteien, daß die Spenden als solche schlechthin den Ungleichheitscharakter in sich trügen. Der andere Gedanke ist der, daß durch die Progression in der Einkommensteuer die Vorteile für wirtschaftskräftige Spender ungleich höher seien, so daß der an sich gegebene Ungleichheitsfaktor dadurch noch besonders stark zum Ausdruck kommen werde.

Es ist müßig, hier etwa an diesem Tisch über das Urteil und seine Berechtigung zu debattieren. Es ist das Urteil des höchsten deutschen Gerichts, und es wird kein rechtsstaatliches Denken geben können, das sich kurzerhand über dieses Urteil hinwegsetzt. Dieses Urteil hat nun für die Parteifinzen, wenigstens für uns, aber auch für die FDP – ich will keinen Superlativ gebrauchen – schwer erträgliche Zustände geschaffen. Seit diesem Urteil ist die Finanzierung der Partei aus laufenden Zuschüssen nicht mehr gegeben.

Die Partei lebt finanziell z.Z. entweder von den angesammelten, eigentlich für die Bundestagswahl 1957 bestimmten Geldern oder von den Bundesmitteln dank des Antrages Stoltenberg⁷⁷, der zweifellos ein entscheidendes Verdienst, zum mindesten

⁷⁶ Vgl. Nr. 10 Anm. 65.

⁷⁷ Vermutlich im Haushaltsausschuß des Bundestages gestellt, vgl. dazu VON ARNIM, S. 56: „Vielmehr wurden die Mittel für die Subventionierung der im Bundestag vertretenen Parteien ohne gesetzliche Regelung schlicht in den Bundeshaushalt eingestellt, 1959 erstmals 5 Mio. DM jährlich. Dies geschah aufgrund einer interfraktionellen Vereinbarung im Haushaltsausschuß des Bundestages. Die Mittel waren als ‚Zuschüsse zur Förderung der politischen Bildungsarbeit der Parteien‘ deklariert. Ihre Verteilung war später zu erlassenden Richtlinien vorbehalten.“ (Sten.Ber. 3. WP Bd. 43 S. 3712 f.); TRTZCK S. 27; vgl. auch Nr. 10 Anm. 127.

für die Überbrückungszeit, hat. Ich hoffe, daß er seinen 5-Millionen-Antrag⁷⁸ für die kommende Zeit noch erhöhen wird. Ohne diese Bundesmittel, denen jetzt einige Länder wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen usw. durch gewisse Landesmittel gefolgt sind, wäre die Finanzierung des laufenden Apparates überhaupt nicht möglich gewesen.

Die Wirtschaft – ich will die Förderergesellschaft mit dem Wort „Wirtschaft“ zur Vereinfachung des Gesprächs bezeichnen – hat auf das Karlsruher Urteil natürlich völlig negativ reagiert. Ich muß hier ein Wort der Kritik sagen. Vorschläge wie beispielshalber: Wenn du bisher eine Spende von DM 50.000,- gemacht hast, mache jetzt eine von DM 25.000,- und zahle Steuer davon, kommen einfach nicht an, und zwar gegen jede Logik und gegen jede – ich bitte um Entschuldigung – politische Einsicht. Sie kommen eben nicht an!

Sie erinnern sich, daß aus dem Jahre 1954 noch ein Gutachten des Bundesfinanzhofes⁷⁹ – kein Urteil – vorliegt, wonach Berufsverbände 20 bis 25 % ihres Etats an Parteien geben können. Das wird nicht gehandhabt. Würde dieses Bundesfinanzhofgutachten von den Berufsverbänden gehandhabt, dann wäre – bei vorsichtiger Formulierung – die Finanzierung der Parteien wesentlich erleichtert. Man will aber – und besteht darauf – eine neue steuerrechtliche Regelung vornehmen.

Was ich jetzt sage, das ist bei der Wirtschaft Gutgläubigkeit. Wenn Sie einen Mann der Wirtschaft fragen, dann sagt er: Das Parteiengesetz liegt vor – er hat es natürlich nie gelesen –, und das steht doch wohl drin, und ihr habt die Mehrheit im Bundestag. Sollen wir uns etwa in die Gefahr begeben, daß in einem neuen Bundesverfassungsgerichtsurteil festgestellt wird, daß das Bundesfinanzhofgutachten von 1954 durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1958 überholt ist? Dann müssen wir die Steuern nachzahlen. Ihr wollt das Geld haben. Dann sorgt ihr für die gesetzliche Ordnung.

Welche gesetzliche Ordnung ist möglich? Ich muß Ihnen sagen, daß ich bis vor einem Jahr ein scharfer Gegner der Parteifinanzierung aus öffentlichen Mitteln war. Und nun muß ich erklären, daß ich das zur Hälfte nicht mehr bin! (*Unruhe und Bewegung*. – *Zuruf*: Nur zur Hälfte!) Meine Herren! Ich muß Ihnen sagen, daß ich der Auffassung bin, daß der laufende Bedarf der Partei, insbesondere der Besoldung der hauptamtlichen Mitarbeiter, einfach nicht mehr an der problematischen Finanzierung durch Spenden hängenbleiben kann, wenn wir nicht eine Korruption oder eine Minderung des Wertes unserer hauptamtlichen Mitarbeiter, die sich auf sehr unsicherem Boden fühlen, herbeiführen wollen.

Deshalb ist die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln mit den ersten fünf Millionen pro Jahr richtig. Aber ohne daß die Zahl vorliegt, kann ich sagen, ohne Verdoppelung dieses Betrages wird es nicht möglich sein. Auch werden die Länder pro Abgeordneten

78 Vgl. VON ARNIM S. 56.

79 Gutachten des BFH vom 17. Mai 1952 in: Entscheidungen und Gutachten des Bundesfinanzhofs (BFHE) Bd. 56. Bonn 1953 S. 591–602.

und Jahr auf DM 5.000,- kommen müssen, wenn die laufenden administrativen Aufwendungen der Partei so gesichert sein sollen, daß unsere hauptamtlichen Mitarbeiter mit Vertrauen auf ihre Zukunft in die Dienste der Partei treten können.

Anders ist es mit Propaganda- und insbesondere mit Wahlmitteln. Hier bin ich heute noch der Auffassung, daß diese aus freiwilligen Spenden der Bürger finanziert werden sollen und daß wir eine Lösung anstreben müssen, die, wenn sie Ihre Billigung gefunden hat, auch in internen Verhandlungen die Billigung der zwei anderen Parteien finden sollte, damit eine Erweiterung des Parteiengesetzes möglichst ohne Diskussion durch den Bundestag gehen kann.

Zu diesem Zweck möchte ich konkret werden und folgende Ergänzungen zu dem vorliegenden Parteiengesetzesentwurf⁸⁰ vorschlagen:

Im § 2 den Gemeinnützigkeitsfaktor noch zu definieren im Sinne des § 17 des Steueranpassungsgesetzes. Im § 5 Abs. 2 müßte dann allerdings eingefügt werden: Es handelt sich um die Geschäftsbetriebe als Teile der Partei. Denn für diese Geschäftsbetriebe gelten diese Gemeinnützigkeitsbestimmungen im § 2 nicht.

Im § 23 müßte in der Einnahmeliste noch aufgeführt werden: „öffentliche Zuwendungen“, die bisher in der Liste fehlen. Man würde vielleicht zur Ehre der SPD auch noch einfügen, daß Zahlungen aus dem Ausland besonders auszuweisen sind.

Im § 25 Abs. 1, wo von Parteibeiträgen die Rede ist – und jetzt kommen die Dinge, die unseren Freund Kessel⁸¹ besonders interessieren –, sollte eingefügt werden, daß 50 % des Parteibeitrages von der vom Mitglied zu zahlenden Einkommensteuer absetzbar sind.

Im § 25 Abs. 4 sollte eingefügt werden, daß Spenden mit einem einheitlichen Satz von 25 % des Spendenbetrages von der Ertragsteuer des Spenders abgesetzt werden. Herr Neuburger hält es für möglich, daß man für Spenden von juristischen Personen den Satz auf einheitlich 50 %, ohne gegen die Gedanken des Bundesverfassungsgerichts zu verstoßen, erreichen könnte. Ich selbst habe schwere Bedenken, ob wir dazu die SPD bekommen werden. Aber immerhin wird sich die SPD auch sagen lassen müssen, daß sie, wenn sie – im Gegensatz zu uns – ihr eigenes Godesberger Programm sehr ernst nimmt, dann nach diesem Programm näher an die Wirtschaft herangerückt ist, als sie zum Zeitpunkt des Bundesverfassungsgerichtsurteils herangerückt war. Was wir von diesem Programm halten, ist wieder eine ganz andere Angelegenheit.

80 Vgl. Anm. 28.

81 Friedrich von Kessel (1896–1975), Mitgründer des BHE, 1951–1959 MdL Niedersachsen, 1951–1957 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und stv. Ministerpräsident, 1955–1958 Bundesvorsitzender GB/BHE (1960 Parteiaustritt). – Der GB/BHE hatte am 15. Juni 1960 sowohl Organklage wie Verfassungsbeschwerde erhoben, weil der vom Haushaltsausschuß des Bundestages beschlossene Vertretungsschlüssel die nicht im Bundestag vertretenen Parteien nicht berücksichtige und somit gegen Art. 3 I GG verstoße (vgl. Hanns-Rudolf LIPPHARDT: Die Gleichheit der politischen Parteien vor der öffentlichen Gewalt. Berlin 1975 S. 457–465).

(*Stoltenberg*: Vielleicht hält sie selbst nicht viel davon!) Das müßte sie eigentlich erklären, wenn sie das widerlegt!

Diese Grundsätze sind besprochen mit dem Bundesfinanzausschuß unserer Partei, mit dem Kollegen Neuburger für den Steuerausschuß, mit dem Kollegen Wachter für die CSU, mit Bundesminister Schröder und mit Staatssekretär Hettlage⁸². (*Adenauer*: Und alle sind einverstanden? – *Etzel*: Nein!)

Herr Bundeskanzler! Was die Namen Neuburger und Wachter betrifft, so bin ich berechtigt, das Einverständnis zu erklären. Was Herrn Hettlage betrifft, so will ich im Geiste seines Chefs äußerst vorsichtig sagen, daß nach seiner Auffassung das zwar möglich sei, daß es aber ein Novum im Steuerrecht sei, einen Abzug von der Steuer ... (*Etzel*: Gesetzlich nicht einwandfrei sei!) Das hat er nicht gesagt, aber daß im Hause des Bundesfinanzministers die Neigung bestehe, (*Adenauer*: Vorsicht!) lieber das Ganze aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Ich weiß nicht, wie die Beurteilung meiner Vorschläge ist. (*Adenauer*: Äußern Sie sich mal dazu, wie es ist, wenn man der dankenswerten Anregung von Herrn Stoltenberg folgt, statt 5 Millionen nunmehr 15 Millionen zu sagen!) Wir müssen schon 20 Millionen sagen. (*Adenauer*: Dann sagen wir 20!)

Die Zweckbindung muß wegfallen. Die einzige Zweckbindung ist die Satzung der Partei. Ich habe das vergessen mit der Zweckbindung. Diese Zweckbindung, die wir jetzt bei den öffentlichen Mitteln haben – ich will mich hier vorsichtig äußern –, bedeutet eine Erschwerung der Verwaltung und bedeutet eine so phantasievolle Geschäftsgebarung ... (*Adenauer*: „Phantasievoll“ ist gut! – *Heiterkeit*.) – ich will ein charmantes Wort dafür wählen, es gibt auch andere –, daß diese im Ergebnis zu unwürdigen Verhältnissen führt. (*Adenauer*: Was heißt „unwürdig“?) „Unwürdig“ heißt, wenn man Dinge für parteipolitische Zwecke abhebt und denen eine Tarnkappe für andere Zwecke überzieht. (*Adenauer*: Das ist aber doch nichts Neues! – *Heiterkeit*.)

Ich erlaube mir, diese Anregung dem Bundesvorstand zu unterbreiten und außerdem folgendes zu sagen: Wenn wir eine gesetzliche Regelung der steuerlichen Behandlung der Spenden finden, ist die Finanzierung des Bundestagswahlkampfes in ausreichender Höhe gesichert.

Mit der gleichen Klarheit muß ich aber sagen, wenn wir keine derartige Regelung finden, dann ist die Finanzierung des Bundestagswahlkampfes ohne öffentliche Mittel nicht gesichert!

Adenauer: Ehe ich Herrn Etzel das Wort gebe, möchte ich ein Wort dazu sagen, und zwar zum Prinzip. Meine lieben Parteifreunde! Ich halte es für unwürdig für unsere Partei, daß wir leben sollen von der Wirtschaft. (*Lebhafte Zurufe*: Sehr richtig!)

82 Prof. Dr. Karl-Maria Hettlage (geb. 1902), Jurist; 1953 o. Prof. für Öffentliches Recht, Politik und Finanzwissenschaften an der Universität Mainz, 1958 Eintritt ins Bundesfinanzministerium, 1959–1962 und 1967–1969 Staatssekretär, 1962–1967 deutscher Vertreter bei der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg.

Das halte ich für uns einfach für nicht tragbar; denn es bringt uns, da mag einer sagen, was er will, in die Abhängigkeit, (*lebhafter Beifall*) und zwar in eine innere Abhängigkeit. Noch ein Weiteres! Wenn wir einmal nicht mehr die Regierung führen sollten, (*Zuruf*: Dann bekommen wir keinen Pfennig!) dann kriegen wir keinen Pfennig mehr von der Wirtschaft, und wir können niemals damit rechnen, wieder in die Höhe zu kommen. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Bei der Sozialdemokratie ist es so – das wissen Sie: Das Geld geht von der Gemeinschaftsbank⁸³ ins Ausland und wird vom Ausland dann verteilt und geht wieder zurück. Ich bin also für das Sauberste und Anständigste: Finanzierung aus öffentlichen Mitteln! (*Starker Beifall*.)

Etzel: Herr Burgbacher hat gesagt, daß er für dieses Prinzip zur Hälfte sei. Ich bin anderer Meinung. Ich habe immer den Standpunkt vertreten – früher als Politiker und heute als Bundesfinanzminister –, daß wir die Parteien über öffentliche Mittel finanzieren sollen. Das war immer meine Meinung.

Es ist viel sauberer – ich stimme dem Herrn Bundeskanzler hundertprozentig zu –, entsprechend der Aufgaben, die die Parteien nach der Verfassung haben, hier eine Finanzierung vorzunehmen, offen und sauber und klar. Der Weg, der von Herrn Burgbacher gelobt worden ist, nämlich der Weg des Antrages Stoltenberg, ist ja ein Weg gewesen, den wir damals besprochen haben. Mit diesem Weg sollte eine Tür aufgemacht werden, zunächst einmal fünf Millionen in den Haushalt einzusetzen für die Finanzierung der Parteien. Wir kriegen aus dieser Dotierung über drei Millionen. Wir haben damit eine erste Möglichkeit. Ich stimme Ihnen selbstverständlich zu, Herr Professor Burgbacher, daß das nicht genügt. Meinetwegen mögen auch 20 Millionen nicht genügen. Ich will als Finanzminister nicht mehr sagen, aber das spielt bei der Größe unseres Haushalts keine Rolle.

Eine Rolle spielt der Weg, den wir gehen. Und wenn ich eben lachend den Kopf geschüttelt habe, daß es nicht gehe, dann bitte ich Sie, aus meinen Ausführungen nicht herleiten zu wollen, daß ich nicht bereit wäre, einen Weg mitzugehen. Ich bin nur nicht bereit, diesen Weg so mitzugehen, wie ihn Herr Burgbacher vorschlägt, nämlich das Gesetz, das die Regierung vorgelegt hat, hier gewissermaßen jetzt durch einen Beschluß des Bundesvorstandes in einer bestimmten Richtung oder Entwicklung zu ändern, sondern das muß noch abgesprochen werden. Ich bin von der Besprechung, von der Sie mir erzählt haben, erst heute mittag informiert worden. Ich habe mit Herrn Hettlage eben telefoniert. Die Darstellung, die er mir gibt, ist nicht ganz so, wie Sie sie wiedergegeben haben. (*Burgbacher*: Wieso?)

Ich will Ihnen ja Ihre Gutgläubigkeit nicht bestreiten. Das Prinzip, das der Antrag, der von der Regierung vorgelegt ist, beinhaltet, ist ein Ausweichen vor dem entscheidenden Problem. Diese Vorlage enthält im § 2 eine Formulierung, die uns

⁸³ Gemeint: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), größte Gemeinwirtschaftsbank in der Bundesrepublik Deutschland, gegr. 1958 durch Zusammenschluß der sechs westd. Gemeinwirtschaftsbanken, die in der Regel von Gewerkschaften gegründet wurden.

für meinen Geschmack steuerpolitisch nicht weiterhilft. Es heißt dort: Die Parteien erfüllen bei ihrer Mitwirkung an der politischen Willensbildung eine öffentliche Aufgabe. Sie dienen gemeinnützigen Zwecken.

Diese Formulierung „sie dienen gemeinnützigen Zwecken“ geht nach der Meinung der Juristen, wie durch eine Umfrage festgestellt worden ist, dahin, daß sie das Karlsruher Urteil nicht aushält. Das ist die allgemeine Meinung. (*Burgbacher*: Auch meine!)

Der andere Weg, für den ich bin, ist der, den Weg von Herrn Stoltenberg zu vervollständigen und zu sagen, wir geben den Parteien soundso viel. Dabei muß man die Formulierung so finden, daß die Parteien in ihrer Verantwortung über diese Beträge disponieren können. Hinsichtlich der Größenordnung ist das kein fiskalisches Problem. Der Vorschlag, den Sie im entscheidenden Punkt gemacht haben, nämlich den Spendern die Möglichkeit zu geben, von ihren Spenden 25 bzw. 50 % von der Steuer abzuziehen, eröffnet ein weites steuerpolitisches Feld. Immer wieder hat die SPD versucht, diesen Weg zu gehen. Das führt haushaltsrechtlich und steuerpolitisch in unmögliche Dinge.

Der Bundesvorstand ist nicht das geeignete Gremium, dieses schwierige Problem durch einen Entschluß zu entscheiden. Das einzige wäre, daß die zuständigen Abgeordneten – Sie haben schon mit ihnen gesprochen – noch einmal gebeten werden, die Sache mit uns zu besprechen. Ich schlage als Kollege vor, den Weg von Herrn Stoltenberg zu gehen. Die zweite Lösung, Herr Professor Burgbacher, bietet keine Sicherheit, den Wahlkampf zu sichern. Bis ein Gesetz durchgeht, vergeht mindestens ein halbes Jahr, und ob die anderen Ihrem Vorschlag zustimmen, weiß ich nicht. Das ist eine zweifelhafte Angelegenheit.

Ich würde daher bitten, als Empfehlung zu geben, den Vorschlag von Herrn Stoltenberg zu komplettieren nach zwei Seiten hin, und zwar nach der Höhe und dem Inhalt und nach der Zweckbindung. Dann haben wir einen klaren Weg. Wir müssen eine Formulierung finden, die so sein muß, daß die Partei entscheiden kann. Das zweite würde ich ablehnen. Das bekommen wir nicht hin, und zwar aus vielen Gründen. Dazu brauchen Sie wieder die Länder. Das ist ganz sicher ein Zustimmungsgesetz, und daß Sie die Zustimmung der Länder hier bekommen, halte ich für ausgeschlossen.

Stoltenberg: Ich stimme dem zu, daß wir diesen Betrag erheblich erhöhen. Ich möchte im Hinblick auf die Gespräche von damals mit dem Innenminister auf ein Problem hinweisen, das mit der Zweckbindung verbunden ist. Das ist das, was mit der Klage des BHE⁸⁴ auf uns zukommt, eine Klage, die in den Ländern angestrengt wird, etwa von der Deutschen Reichspartei in Niedersachsen, und zwar hinsichtlich des Gleichheitsgrundsatzes.

Wir haben uns damals mit dem Innenminister und seinen Verfassungsjuristen dahingehend verständigt, daß eine solche Zweckbindung, die sehr weit gefaßt ist und

84 Vgl. Anm. 81.

praktisch nur die Verwendung der Mittel für den Wahlkampf ausschließt, die einzige Chance für uns ist, eine solche Klage zu gewinnen.

Der Innenminister hat damals gesagt, wenn wir eine solche Klage verlieren – und wir können sie sowieso verlieren –, kommen wir in die Verlegenheit, daß der Deutschen Reichspartei DM 400.000,– angewiesen werden müssen, aber auch den anderen Parteien Beträge, die in die Hunderttausende gehen.

Dieser Gesichtspunkt muß diskutiert werden. Es ist weniger anstößig, einer solchen Partei die Möglichkeit der Steuerabzugsfähigkeit zu geben, als aus der Kasse des Bundes Steuergelder anzuweisen. Der Bundesvorstand muß diesen Gesichtspunkt kennen. Ich bin sicher der letzte, der nicht bereit ist, hier mitzugehen.

Adenauer: Ich muß noch einmal wiederholen, wie demütigend und entwürdigend der jetzige Zustand ist, wo man immer wieder betteln muß und jeder fühlt und weiß, daß derjenige, der etwas gibt, auch etwas erwartet; zumindest wird er sagen – und zwar gelinde ausgedrückt: Ich erwarte von dir, daß du keine Schwierigkeiten machst. Und das ist doch auf die Dauer für eine Partei unerträglich! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Aus allen diesen Gründen, die ich genannt habe, würde ich es, Herr Stoltenberg, viel lieber sehen, der DRP meinetwegen DM 300.000,– zu geben, wenn ich dafür zehn Millionen bekomme. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Dufhues: Aus den Ausführungen von Herrn Etzel ist nicht ganz klar geworden, ob Sie von Haushalt zu Haushalt diesen Betrag dem Grunde und der Höhe nach festlegen oder ob Sie im Parteiengesetz eine Bestimmung machen wollen. Vor dem ersten Weg warne ich. Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit kleinen Parteien Schwierigkeiten gehabt. Wenn Sie nämlich auf die Zustimmung der kleinen Parteien angewiesen sind, dann werden Sie jeweils der Höhe nach Konzessionen machen müssen, die in keiner Relation zum Stärkeverhältnis der Parteien stehen.

Ich bitte also zu überlegen, ob Sie den von Ihnen in Aussicht genommenen Weg, von Jahr zu Jahr dem Grunde und der Höhe nach die Beträge festzulegen, nicht aufgeben und im Parteiengesetz oder in einem anderen Gesetz die Verpflichtung vorsehen können, Zahlungen in bestimmter Höhe an die Parteien zu leisten.

Etzel: Es muß natürlich die Grundsatzkonzeption im Parteiengesetz festgelegt werden. Wir haben gesagt, pro Stimme gibt es den und den Betrag. Das würde schon das Primäre sein. Daß die formale Zuweisung über den Haushalt erfolgt, ist eine Angelegenheit für sich.

Scheufelen: Soweit es übersehbar ist, beträgt der Finanzbedarf der CDU in vier Jahren für Bund und Länder 60 Millionen, also ungefähr 15 Millionen im Jahr. Wenn wir unterstellen, daß die CDU die Hälfte der Wähler hat oder stellt, wäre das eine Belastung des Etats von 30 bis 35 Millionen. (*Burghacher:* Wenn die Länder nichts tun!) Dieser Betrag teilt sich auf in den laufenden Bedarf, in die Kosten für die Landtagswahlen und die Bundestagswahlen. Wenn wir von 15 Millionen pro Jahr ausgehen, dann ist der Gedanke dabei, daß in jedem Jahr ein bestimmter Betrag angesammelt wird, damit wir diesen Betrag bei der Bundestagswahl zur Verfügung haben. Deswegen sind wir bis zur nächsten Bundestagswahl noch in einer gewissen

Zwangslage. Wir bekommen ja nicht plötzlich in dem einen Jahr über den Haushalt die ganzen Mittel.

Deswegen werden wir, so bedauerlich es ist, auch da noch auf Spenden angewiesen sein. Es geht bei den Spenden gar nicht um die steuerliche Behandlung. Es ist auch kein böser Wille, wenn Sie nach dem Karlsruher Urteil von den Kapitalgesellschaften keine Gelder mehr bekommen. Solange die Spenden voll abzugsfähig sind, können sie vom Vorstand gegeben werden. In dem Moment, indem sie einer kleinen steuerlichen Belastung unterliegen, müssen sie entweder vom Aufsichtsrat oder von der Generalversammlung genehmigt werden.

Infolgedessen hat es keinen Zweck, daß wir uns darüber unterhalten, ob man es zur Hälfte besteuert oder nicht. Dasselbe gilt für die Berufsverbände. Ich habe mich mit einer Reihe von Berufsverbänden unterhalten. Da gibt es eine Reihe von Leuten, die in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeengt sind.

Wir stehen also vor dem Problem, daß wir zur nächsten Bundestagswahl entweder eine Schuld aufnehmen müssen, die wir dann in den nächsten vier Jahren nach der Wahl abtragen aus den auf uns zukommenden Mitteln aus dem Haushalt, oder daß wir bis zur nächsten Bundestagswahl neben der Staatsfinanzierung auch noch einen Weg finden, die Gelder für die Wahl woanders her zu bekommen.

Adenauer: Herr Burgbacher hat das kurz anklingen lassen, was ich jetzt sage. Ich erlebe diese Sache seit all den Jahren. Wir können doch wahrhaftig einem jungen fähigen Menschen gar nicht klarmachen – verstehen Sie das bitte richtig –, in die Parteibürokratie zu gehen. Was will er denn machen? Er weiß ja gar nicht, ob die Sache noch hält in den nächsten zwei, drei oder zehn Jahren.

Deswegen müssen wir unbedingt auf ein festes Fundament kommen. Und da bleibt nur die Finanzierung durch den Staat übrig. (*Zustimmung.* – *Zurufe:* Sehr richtig!) Ich würde aber bitten, jetzt nicht zu erörtern, wie das im einzelnen geschehen soll, welche Methoden in Frage kommen usw. Das hält uns uferlos lange auf. Wir sollten einen kleinen Ausschuß einsetzen, der das einmal überlegt.

Burgbacher: Wenn ich die Gefühle des Bundesschatzmeisters aufgrund des Verlaufs der Debatte schildern sollte, dann gäbe das für Sie ein sehr befriedigendes Bild. Ich sage ganz offen, ich habe nicht den Mut gehabt, mein Debüt damit anzufangen, die volle öffentliche Finanzierung zu beantragen, (*Bewegung und Zurufe:* Warum nicht?) weil mir das zu bequem erschien. Ich habe deshalb mit der Hälfte angefangen. (*Anhaltende Unruhe.* – *Zurufe:* Warum nicht ganz? – *Adenauer:* Sie müssen noch dazu sammeln!)

Ich möchte auf die Dringlichkeit der Sache aufmerksam machen und darum bitten, im Parteiengesetz einen festen Schlüssel vorzusehen. Ich werfe die Frage auf, ob wir nicht diese Regelung intern mit der SPD und der FDP vorher abstimmen sollen. (*Adenauer:* Erst müssen wir uns klar sein!)

Lieber Freund Scheufelen! Sie haben völlig recht, aber Sie verstehen, wenn ich folgendes sage: Einen Bundesschatzmeister, der ein Parteiengesetz zur Verfügung hat, in dem steht, daß er Anspruch jedes Jahr auf soundso viele Gelder hat, den

sollten Sie zum Teufel jagen, wenn er es nicht fertigbringt, auch ohne Spenden die Bundestagswahl 1961 zu finanzieren. Das ist eine Sache, die dann eine gesetzlich fundierte Regelung bedeutet, wenn sie keine andere Zweckbindung als die hat, an die politischen Parteien gebunden zu sein. – Ich würde mich freuen, wenn im Sinne des Herrn Vorsitzenden gehandelt würde.

Adenauer: Herr Burgbacher soll sich nicht einbilden, daß er nur da ist, um Gelder zu verteilen. Selbstverständlich brauchen wir immer mehr. Und dafür müssen Sie sorgen! Sie müssen auch betteln gehen! Aber wir müssen anständig dastehen. Wir müssen so dastehen, daß wir, auch wenn wir keine Spenden bekommen, selbständig bleiben. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Ich schlage vor, wir wählen Sie (Scheufelen?) und die Herren Stoltenberg, Burgbacher, Etsel und Schröder in eine Kommission, um das Ganze zu formulieren. – Damit sind Sie einverstanden.

VERSCHIEDENES

Adenauer: Dann haben wir noch den Punkt Verschiedenes. (*Albers:* Wir wollten noch den Lücke-Plan erörtern!) Wo ist Herr Lücke? (*Albers:* Wir haben in der letzten Bundesvorstandssitzung über den Lücke-Plan gesprochen. Wir haben uns inzwischen weitere Gedanken darüber gemacht. Wir könnten heute konkret darüber sprechen.) Herr Albers! Ich stehe gern zur Verfügung; denn der Lücke-Plan macht mir auch Sorgen. Wir werden mit Herrn Lücke und Ihnen die Sache besprechen.

Dann ist noch verteilt worden die Geschäftsordnung des Bundespartei-Ehrengerichts der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands.⁸⁵ Das ist aber sehr schlecht zu lesen! Wir haben eine sehr schlechte Schreibmaschine, die an Farbbändern spart, so daß es kaum zu lesen ist. Im übrigen steht nur einiges darin. (*Albers:* Den ersten Passus habe ich gelesen.)

Ich stoße mich nur an einem, dieses Ehrengericht soll berechtigt sein, wenn es Zeugen vernommen hat, Parteimitglieder zu verpflichten, die Richtigkeit ihrer Aussage ehrenwörtlich zu versichern.⁸⁶ Mit Ehrenwörtern geht man nicht so um. Ich bin der Auffassung, wenn ein Parteimitglied vor dem Partei-Ehrengericht lügt, dann gebe ich auch auf sein Ehrenwort nicht viel.

Ich würde also empfehlen, das Wort „ehrenwörtlich“ zu streichen. Im übrigen steht in dem Ganzen nicht viel drin. Wir können, wenn Sie wollen, das noch einmal

⁸⁵ Geschäftsordnung des Bundesparteigerichts der Christlich-Demokratischen Union Deutschland, o.D. (ACDP 1-070-009/1).

⁸⁶ § 10, der die Zeugenvernehmung regelt, besagte u.a.: „Das Gericht kann, wenn es dies mit Rücksicht auf die Bedeutung der Sache und zur Klarstellung des Sachverhalts für erforderlich erachtet, verlangen, daß ein Parteimitglied die Richtigkeit seiner Aussagen ehrenwörtlich versichert.“ (ebd. S. 3).

vornehmen. (*Krone*: Wir müssen zur Arbeit kommen!) Dann wollen wir es wenigstens vorläufig genehmigen. Aber ich bitte, das Wort „ehrenwörtlich“ zu streichen.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute ein gutes Stück Arbeit schon für den Wahlkampf geleistet. Ich bin Ihnen allen besonders dankbar dafür, daß Sie sich für das Krankenkassengesetz in dieser Weise ausgesprochen haben. Ich habe mit Herrn Stingl gesprochen, der mir gesagt hat, selbstverständlich werde er seine geäußerten Bedenken zurückstellen und ebenfalls dafür stimmen. Ich hoffe sehr, daß die einmütige Stellungnahme des Parteivorstandes auch auf die Fraktion den Eindruck machen wird, daß nun die ganze Geschichte so schnell wie möglich, und zwar positiv, erledigt wird.

Ein weiterer dringender Wunsch von mir ist der, daß wir endlich auch diese elende Finanzierungsfrage in anständiger Weise in Ordnung bringen. Das gibt einen Aufschwung für die ganze Partei. Glauben Sie mir das! Es wäre ein großer Fortschritt für uns.

Nun bleibt noch die Frage, was teilen wir der Presse über die heutige Sitzung mit. Ich würde für das Kommuniké vorschlagen, zunächst etwas von dem Bericht zu sagen, und dann zum Ausdruck bringen, daß der Bundesvorstand, verstärkt durch eine Anzahl von Mitgliedern der Bundestagsfraktion, Stellung genommen hat zu dem Krankenversicherungsgesetz und er der Fraktion empfiehlt, den Entwurf, wie er sich jetzt darstellt, möglichst schnell zur Annahme zu bringen. (*Albers*: In dem Entwurf steht nichts von der Lohnfortzahlung!) Das ist schon besprochen worden. Einen Fortschritt in der Lohnfortzahlung! Wollen Sie das hineinbringen? (*Zurufe*: Jawohl!)

Dann sollten wir etwas über die Notstandsgesetze sagen und auch ein Wort über die Parteienfinanzierung. (*Etzel*: Auch etwas über den Bericht und die allgemeine Lage!) Das habe ich bereits gesagt! Damit sind Sie einverstanden? – (*Zustimmung*.)

Dann darf ich Ihnen noch einmal danken und die Sitzung schließen.

18

Bonn, 18. November 1960

Sprecher: Adenauer, Barzel, Blank, Burgbacher, (Johannes) Even, Gerstenmaier, Katzer, Krone, [von Merkatz], Süsterhenn, Frau Weber, Zimmer.

Parteiengesetz. Auseinandersetzung mit dem DGB.

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 18.40 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir werden schnell fertig sein, da wir nicht beschlußfähig sind.¹ Es haben sich entschuldigt: Adorno, Dr. Seebohm, Dr. Meyers, von Lautz², Dr. Pferdenges, Dr. Gurk, Dr. Jochmus, Etzel, Strauß, Lemmer, Osterloh, Dichtel, Dr. Hellwig, Dr. Fricke, Dittmar, Scheufelen, Johnen, Dr. Altmeier, Dr. Rehling, Dr. Schmidt.

Das ist nach meiner Meinung eine kleine Illusion zu den Ausführungen von Herrn Kraske: Ran an die Arbeit! – Das gilt auch für die Vorstandsmitglieder. Wir haben zu unserer Freude zum erstenmal Herrn von Merkatz³ hier, den ich herzlich willkommen heiße. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß der Bundesschatzmeister zunächst einen Vortrag über die finanzielle Lage hält. Einen Beschluß können wir nicht fassen.

PARTEIENGESETZ

Burgbacher: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf erinnern an die letzte Bundesvorstandssitzung, in der angeregt wurde, mit Rücksicht auf die

-
- ¹ Lt. § 33 des Statuts müssen zur Beschlußfähigkeit von Organen der Partei mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sein (vgl. Statut von 1960 in CDU, 9. Bundesparteitag S. 7).
 - ² Julius von Lautz (1903–1980), 1955–1973 MdL Saar (CDU), 1959–1968 Minister der Justiz. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1302 Anm. 79.
 - ³ Dr. Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982), 1949–1969 MdB (ab 1960 CDU), 1960–1961 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 603 Anm. 44.

verschiedenen Umstände zur vollen Staatsfinanzierung der Parteien überzugehen.⁴ Es war auf Beschluß dieser Vorstandssitzung eine Fünfer-Kommission aus den Herren Etzel, Dr. Schröder, Dr. Stoltenberg, Dr. Kraske und dem Bundesschatzmeister eingesetzt worden. Diese Fünfer-Kommission hat wiederholt getagt, und ich denke, es war richtig gehandelt, daß bei dieser Fünfer-Kommission immer ein Vertreter der CSU dabei war, weil wir diese Fragen parallel behandeln müssen.

Nach der Bundesvorstandssitzung sind eine Reihe von Parteifreunden aus dem Bundesvorstand zu mir gekommen und haben erhebliche Bedenken, über die in der Bundesvorstandssitzung nicht gesprochen worden war, gegen die Staatsfinanzierung ausgesprochen. Diese Bedenken waren einmal grundsätzlicher Art, nämlich die Partei allein aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Darüber kann man streiten. Diese Bedenken gingen aber auch dahin, daß die SPD bei einer vollen Staatsfinanzierung – wenn wir von 30 Millionen sprechen – etwa 12 Millionen zusätzlich zu den Mitteln bekommen hätte, die sie schon für ihre Finanzierung hat, während wir nur auf diese Mittel der Staatsfinanzierung angewiesen wären. Die SPD hat ihre Wahlkampffinanzierung schon jetzt gesichert. Sie hat neun Millionen aus Parteibeiträgen. Sie hat mindestens sechs Millionen aus ihren Zeitungen. Sie hat mindestens vier Millionen aus anderen Quellen des In- und Auslandes zur Verfügung. Eine Staatsfinanzierung, die die SPD im Plenum zwar schwer bekämpft hätte, hätte es aber nicht verhindern können, daß sie eben doch zu dem obengenannten Betrag gekommen wäre.

Das ist also eine schwierige Situation. Und in dieser schwierigen Situation haben wir inoffizielle Fühlungen, zum Teil direkt, zum Teil um eine oder mehrere Ecken, mit der SPD und der FDP gemacht. Das Ergebnis dieser Fühlungen war, daß die SPD – ich drücke es kurz und prägnant aus, selbstverständlich waren die Ausdrücke etwas verdeckter, aber sie sind nicht anders zu lesen – erklärte, wir werden einen Teufel tun, ihr könnt beantragen in diesem Bundestag, was ihr wollt, ihr könnt die steuerliche Privilegierung oder die Staatsfinanzierung beantragen, wir werden gegen alles stimmen, und wir werden aus allem eine politische Propaganda machen. Wir denken nicht daran, den Dorn des Bundesverfassungsgerichtsurteils⁵ aus dem Fuß zu ziehen.

Die FDP steht auf dem Standpunkt, daß sie sich unserer Meinung vermutlich anschließt. Sie will keine Meinung veröffentlichen und nichts Endgültiges beschließen, ohne mit uns gesprochen zu haben.

Ich unterscheide bei unserem Finanzbedarf zwischen dem laufenden Bedarf und dem des Bundestagswahlkampfes. Ich bitte Sie um Verständnis, wenn ich keine absoluten Zahlen nenne, ich möchte nur sagen, daß der laufende Bedarf in etwa zu einem Drittel aus Beiträgen, zu einem Drittel aus den Einnahmen der Verlagsgesellschaft und zu einem Drittel aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren

4 Vgl. Nr. 17 S. 860–869.

5 Gemeint ist das Urteil über die Finanzierung der politischen Parteien vom 24. Juni 1958. Vgl. Nr. 4 Anm. 27.

ist, wenn die vorhandenen fünf Millionen auf zehn Millionen erhöht werden. Die Bundestagswahl ist überhaupt nicht zu finanzieren, und es bleiben für uns nur zwei Möglichkeiten zu erörtern übrig: einmal die volle Finanzierung durch den Bundeshaushalt, d.h. mit der notwendigen Mehrheit im Bundestag durch die CDU und die FDP gegen die SPD, mit den Folgen – die für die SPD groteskerweise eintreten –, daß die Opposition uns das politisch um die Ohren schlägt, dafür aber noch sozusagen doppelte Wahlmittel für den Wahlkampf bekommt.

Die andere Möglichkeit ist, in Respekt vor dem Karlsruher Urteil zu sagen: Wir müssen also eine Finanzierung über Spenden, vor allem aus wirtschaftlichen Kreisen, bekommen, die aber steuerlich nicht absetzbar sind, also, daß sie aus versteuertem Einkommen, d.h. aus Vermögen, bezahlt werden.

Die Verhandlungen waren, wie Sie verstehen werden, nicht einfach. Die Fünfer-Kommission hat beschlossen:

1. Eine steuerliche Privilegierung von Spenden in diesem Bundestag erscheint politisch unmöglich. Die SPD hat z.B. erkennen lassen, daß sie mit dem Argument opponieren würde: Nun wissen wir, warum keine Konjunkturgesetze kommen. Hier wird es honoriert. Obwohl das politisch unsinnig ist und in keinem Verhältnis steht: es ist so. Deshalb hat die Fünfer-Kommission gesagt, diese steuerliche Privilegierung kann man aus politischen Gründen in diesem Bundestag nicht herbeiführen.

2. Wenn die Spenden aus dem Vermögen gezahlt werden, will die Fünfer-Kommission dem Bundesvorstand und, wenn dieser es billigt, der Fraktion vorschlagen, das Parteiengesetz in diesem Bundestag nicht mehr zu verabschieden, sondern erst im ersten Jahr des neuen Bundestages.

3. Die fünf Millionen im Bundeshaushalt sollen noch in dieser Periode auf zehn Millionen erhöht werden, und zwar möglichst unter Wegfall der Zweckbindung. Bei der Diskussion über diese Zweckbindung spielt der BHE-Prozeß in Karlsruhe⁶ eine gewisse Rolle. Aber die Fünfer-Kommission glaubt sich mit dem Bundesparteivorsitzenden und hoffentlich mit Ihnen einig, mit der Feststellung, daß an der Frage, ob der BHE einige hunderttausend DM bekommt oder nicht, die Sicherheit der Parteifinanzierung nicht aufgehängt werden kann.

4. Wenn es nicht gelingt, die klare Erklärung der verantwortlichen Männer der Wirtschaft zu bekommen, die Mittel aus dem Vermögen – was zweifellos auch politisch der sauberste Weg ist – zu zahlen, dann muß, ob wir wollen oder nicht, über eine weitere Erhöhung der Staatsfinanzierung debattiert und beschlossen werden.

Damit war es möglich, die Kreise der Wirtschaft vor die Alternative zu stellen: entweder Staatsfinanzierung oder Finanzierung aus dem Vermögen. Die Wirtschaft hat sich nach längeren Verhandlungen und Überlegungen dazu entschieden, daß ihre verantwortlichen Sprecher die Erklärung abgaben, daß sie diese Bundestagswahlen aus Spenden des Vermögens finanzieren wird. Sie hat uns allerdings dabei zwischen 15 und 20 % der Mittel, die wir gefordert haben, abgehandelt. Ich bitte die

6 Verfassungsklage des GB/BHE – vgl. Nr. 17 Anm. 81.

hier anwesenden Vertreter der Landesverbände – Sie bekommen es noch im Bundesfinanzausschuß der Partei im einzelnen mitgeteilt –, zweierlei zur Kenntnis zu nehmen:

Die notwendigen Maßnahmen für Plakatierungen, Fernsehgeräte usw. sind vorgesehen. Die juristische Klarstellung der Finanzierung erfolgt um die Jahreswende. Die Zusage ist gegeben. Wir werden auch auf Wunsch der Wirtschaft und aus eigener Erkenntnis im Frühjahr mit einer Mitgliederwerbung beginnen. Wir überschätzen ihren Erfolg nicht, es ist aber nötig, einmal zu demonstrieren, daß die CDU, obwohl sie über zehn Jahre die maßgebende Partei in der Bundesregierung ist, auch heute noch so arm ist wie Job⁷; im Gegensatz zur Oppositionspartei, die als Rechtsnachfolgerin ihrer alten Partei Wiedergutmachungsansprüche hatte. Die CDU als Partei der neuen Zeit hatte nichts Derartiges. Deshalb brauchen wir Mitglieder und Beiträge.

Gerade in dieser Tatsache, daß wir arm wie Job sind, ist ein politisch nicht unwirksames Element enthalten. (*Adenauer*: Nein, das ist psychologisch ganz falsch!) Dann bitte ich um Ihre Äußerung dazu; aber eine Mitgliederwerbung würden wir gern machen. Ich bin der Meinung, daß es so ist. Aber Sie haben die größere Erfahrung, und wir werden uns Ihrer Erfahrung anschließen. Es ist aber auch erforderlich, den Kreisen in der Wirtschaft zu demonstrieren, wie notwendig ihre Spenden sind, um den Wahlkampf durchführen zu können. Das wollen Sie bitte nicht übersehen bei dieser Betrachtung.

Die finanzielle Lage ist im Augenblick so, daß der Verlag⁸ ständig Aufschwung nimmt, daß die Auflagen der Zeitschriften und Korrespondenz sich erhöhen und demzufolge die Einnahmen steigen. Wir haben eine GmbH gegründet, die den Hausbesitz haben soll, und zwar das Haus Nassestraße und das neue Grundstück in Bonn, das wir kaufen wollen, worauf das CDU-Haus des Bundes errichtet werden soll.⁹ Es ist ein Grundstück neben dem Grundstück des Roten Kreuzes. Die eine Straße heißt Friedrich-Ebert-Allee. Wir werden aber den Eingang nach der anderen Straße legen. (*Heiterkeit.*)

Von den Landesverbänden haben – darin sehen Sie, wie prekär die Lage ist – vier Verbände nur noch Mittel für weniger als vier Monate, die anderen haben Mittel für sechs Monate. Vermögen hat die Partei so gut wie keins, außer dem Grundstück in der Nassestraße. Das Grundstück in Bonn ist noch nicht bezahlt; das können wir noch nicht als Vermögen ansehen.

Der Bundesfinanzausschuß der Partei und die Fünfer-Kommission sind der Meinung, daß auch die Länder in ihren Haushaltsplänen in weitgehendem Umfange öffentliche Mittel einsetzen müssen. Eine Reihe von Ländern hat das schon getan. Bei einigen anderen ist es in Vorbereitung. Das können wir nur dort verlangen, wo die

7 Alttestamentarische Gestalt.

8 Verlagsgesellschaft „Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands“ (vgl. Stöss 1 S. 652).

9 Vgl. Nr. 20 Anm. 5.

CDU wesentlich mitbeteiligt ist. Es wird angestrebt, den laufenden Bedarf und damit die Sicherheit für die Besoldung und Versorgung des hauptamtlichen Mitarbeiterstabes aus öffentlichen Mitteln sicherzustellen. Der Wahlkampf läuft vorläufig weiter – das ist ein wesentlicher politischer Unterschied – aus versteuertem Einkommen, d.h. aus Vermögen.

Adenauer: Gegen eine Mitgliederwerbung bin ich gar nicht; ich würde nur nicht plakatieren, wir seien so arm wie Job. Wer sich so arm macht, dem glaubt keiner. Und wenn Sie eine Fotografie von Ihnen daneben hängen, glaubt das erst recht keiner! (*Heiterkeit.* – *Burgbacher:* Wir sind es aber!) Geschäftsordnungsmäßig ist die Sache so: Wir sind nicht beschlußfähig. Deswegen möchte ich Ihnen vorschlagen, Sie nehmen zustimmend Kenntnis von dem, was gesagt worden ist. (*Zimmer:* Wer finanziert die FDP?)

Burgbacher: Dieselben Leute nach derselben Methode! (*Zimmer:* Das dürfen nicht dieselben sein!) Ich muß unsere Freunde ziemlich enttäuschen. Im Verhältnis zur Zahl ihrer Mandate bekommt diese sogar ein wenig mehr! (*Zimmer:* Das ist nicht richtig, die haben doch vier Jahre lang Opposition gemacht!)

Adenauer: Die FDP hat in diesen Kreisen Freunde, die nicht Freunde von uns werden wollen.

Weber: Ich möchte sagen, daß ich es außerordentlich bedaure, daß wir so wenig Mitglieder haben. Ich meine, wir geben uns nicht genug Mühe, um genug Mitglieder zu bekommen. Eine Partei muß sich zunächst einmal selbst auf die Beine stellen können. Warum werben wir nicht mehr? Warum haben wir nicht mehr Vertrauensleute, die sich eine Ehre daraus machen, Mitglieder zu werben? Das möchte ich doch einmal ganz deutlich sagen.

Adenauer: Vor etwa zwei Jahren haben wir eine Mitgliederwerbung gemacht durch ein Schreiben, das ich unterzeichnet habe. Dabei sind nicht einmal die Portokosten eingekommen! Das war das Ergebnis dieser Werbung! (*Zuruf:* Mitglieder kann man nur durch Hauswerbung bekommen!) Ich würde es machen nach dem Schneeballsystem.

Weber: Die Zentrumspartei ist eine Mitgliederpartei gewesen. Die Stadt Essen ist zum erstenmal rot geworden, weil wir nicht genug Vertrauensleute und daher auch keine Fühlungen mit den einzelnen Wählern in den Bezirken hatten.

Adenauer: Herr Burgbacher hat eine Mitgliederwerbung im Frühjahr vorgeschlagen. Ich stelle fest, daß Sie zustimmend davon Kenntnis nehmen. – Wird sonst noch das Wort gewünscht? Herr Barzel!

AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM DGB

Barzel: Ich will die Versammlung nicht aufhalten, aber es wäre gut für alle am Schluß dieser Tagung, wenn es keinen Mißton gäbe wegen der Gewerkschaftsfrage. Ich selbst habe den DGB verlassen, trotzdem möchte ich auf folgendes hinweisen. Wir

wissen, daß jeder dritte Arbeiter die CDU wählt, und eine Fülle von Arbeitern, die in der Gewerkschaft organisiert sind, sind unsere Wähler. Wir kennen die Bemühungen der Kirchen. Wir wissen, was Pater Reichel¹⁰ vorgeschlagen hat. Wir wissen auch, was Herr Arnold für Erfolg hatte.

Ich will nun meine Angelegenheit überspitzt ausdrücken. Vor die Frage gestellt: CDU oder DGB, werden eine Reihe selbst unserer Freunde dem DGB den Vorzug geben. Das ist überspitzt formuliert. Ich würde es daher dankbar begrüßen, wenn wir Herrn Brenner, der so vorgeprescht ist¹¹, nicht zu hart antworteten. (*Adenauer*: Ich habe doch Herrn Brenner gelobt!¹²) Herr Bundeskanzler! Ich wollte noch zwei Sätze sagen. Wir sollten Herrn Brenner nicht dadurch Rückenwind geben, daß wir diese Formulierung, wie sie gebraucht wurde, nicht zum Ausdruck bringen. Ich wäre dankbar, und alle könnten hier wohl zustimmen, wenn wir den undemokratischen Charakter der Gewerkschaften dahin gehend formulierten, daß sie die Minderheit mißachteten. (*Burgbacher*: Oder wie eine sozialdemokratische Gliederung auftreten!) Das wäre auch eine Erleichterung für die Arbeit unseres Kollegen Katzer.

Adenauer: Zwei Sachen wollen wir säuberlich auseinanderhalten. Heute vormittag habe ich im Bürgerverein – und wie ich glaube, mit Recht – darauf hingewiesen, was Herr Kollege Gerstenmaier eben ausgeführt hat, daß hier die Gewerkschaften nach dem sozialdemokratischen Parteiprogramm eine politische Aufgabe bekommen haben.¹³ Und das haben sie auch! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das steht ausdrücklich drin. Lesen Sie es durch!¹⁴ Wenn ich das also ausspreche, so kann sich darüber keiner beklagen, und das werde ich noch öfters sagen! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich werde noch öfters sagen, daß man den Brenner in Ruhe lassen soll; denn das schadet dem Brenner viel mehr. Warum soll ich nicht etwas Vergeltung üben?

Und nun wollen wir mal offen miteinander sprechen, meine Herren! Wenn jetzt hier ernsthaft behauptet wird, in den Gewerkschaften ginge es nach demokratischen Spielregeln zu, dann muß ich Ihnen sagen, daß mir x Leute von denen, die zu uns gehören, in den vergangenen Jahren die Unwahrheit gesagt haben. Die haben mir doch

10 Dr. Herbert Reichel SJ (1913–1983), bis 1965 Berater der Christlich-Sozialen Kollegenschaft im DGB. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1249 Anm. 38. – Pater Reichel wollte mit dem DGB brechen und die Kollegenschaft außerhalb des DGB arbeiten lassen (vgl. Gesellschaftspolitische Kommentare 20 vom 15. Oktober 1960 S. 225–228; vgl. auch SCHROEDER).

11 Brenner hatte auf dem 6. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall vom 17. bis 22. Oktober 1960 in Berlin Vorschläge zur planwirtschaftlichen Neuordnung der Wirtschaft gemacht (vgl. AdG 1960 S. 8746f.); Text des Referats in „Der Gewerkschafter“ 11 vom November 1960 S. 4–9.

12 Auf der Sitzung des Bundesparteiausschusses am 18. November 1960 (ACDP VII-001-021/9 S. 20).

13 Adenauer meint Äußerungen Gerstenmaiers in der Sitzung des Bundesparteiausschusses unmittelbar vor dieser Bundesvorstandssitzung (ACDP VII-001-021/9 S. 45–50).

14 Druck: SPD, Parteitag 1959 in Bad Godesberg, Grundsatzprogramm, S. 21f.: „Die Gewerkschaften in der Wirtschaft“.

vorgetragen, wie es gemacht wird, wie die Leute gepreßt werden, in die Gewerkschaft hineinzugehen. Nennen Sie das demokratisch, wenn jemand gepreßt wird, in diese Organisation hineinzugehen? Das nenne ich höchst undemokratisch! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Daß sie fälschen, wenn sie Leute delegieren, daran denke ich gar nicht; die werden gewählt, und das wird in Ordnung sein, aber für mich ist der Charakter der Gewerkschaften entscheidend, daß nämlich die Arbeitnehmer gezwungen werden, den Gewerkschaften beizutreten.

Katzer: Herr Bundeskanzler! Wir brauchen uns nicht darüber zu unterhalten, daß wir große Sorgen um die Gewerkschaften haben. Wir sind im Wahlkampf, und in den Gewerkschaften steckt ein großes Wählerpotential von uns. Es geht darum, diese Zahl nicht nur zu erhalten, sondern sie noch zu erhöhen. Wenn nun der Satz, den Sie gesprochen haben, in die Öffentlichkeit kommt – nämlich „es gibt nichts Undemokratischeres als die Gewerkschaften“ –, dann habe ich die Sorge, daß wir damit Leute von uns wegbringen, die an sich zu uns gehören; ob zu Recht oder zu Unrecht, das ist eine andere Frage. Aber ich habe die Sorge, daß das gegen uns gerichtet sein könnte. Ich kenne die Situation in der Arbeitnehmerschaft bis hinein in die katholische Arbeitnehmerschaft. Bei den evangelischen Arbeitnehmern steht es ganz anders. Wir haben Verlautbarungen der evangelischen Kirche, wonach sich Bischof Lilje ausdrücklich für die Einheitsgewerkschaft ausgesprochen hat. Das dürfen wir als Partei nicht übersehen. (*Adenauer*: Ich bin doch auch für die Gewerkschaften!)

Aber wenn Sie sagen, es gibt nichts Undemokratischeres ... (*Adenauer*: Ich will Ihnen ja helfen!) Aber Sie helfen mir nicht! Die Formulierung von Herrn Gerstenmaier könnte uns helfen: Es ist ein unmöglicher Zustand, daß die christlich-demokratischen Leute überstimmt und vergewaltigt werden. Das ist undemokratisch. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß die Gewerkschaften als Satellit der SPD auftreten. (*Adenauer*: Gut, dann korrigieren Sie das! Das war ja das, was ich gemeint habe! – *Zurufe*: Sehr richtig!)

Die Reaktion des jungen Mannes aus Berlin heute¹⁵ hat gezeigt, daß Ihre Worte in dem Sinne interpretiert worden sind, wie ich sie auch aufgefaßt habe. Der betreffende Satz im Grundsatzprogramm der SPD lautet: „Sie kämpfen um größere Freiheit und handeln als Vertreter aller arbeitenden Menschen. Sie sind damit wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses.“ Ich weiß nicht, ob dieser Satz die Interpretation zuläßt, die Sie gegeben haben, Herr Bundeskanzler. Ich fürchte, es kommt eine Diskussion auf, von der ich mir keine Erleichterung für unsere Arbeit erhoffe, im Gegenteil, sondern eine Erschwerung. Wir haben dieses Debakel – Herr

¹⁵ Gemeint ist eine Stellungnahme von Günter Dach in der Sitzung des Bundesparteiausschusses (ACDP VII-001-021/9 S. 42). – Günter Dach (geb. 1915), seit 1946 gewerkschaftlich organisiert, 1949–1964 Leiter der Abteilung Presse-Werbung-Rundfunk bei der DAG, LV Berlin; 1958–1975 Mda Berlin (CDU).

Even¹⁶ ist ja bei uns –, daß die Freunde aus dem Gewerkschaftsbund herausgegangen sind. Es war nicht sehr erfolgreich; das darf ich doch sagen. Pater Reichel hat den Schritt jetzt gemacht, aber auch ohne Erfolg.

Die Frage ist, auf die Spitze getrieben: Wollen Sie, daß wir hinausgehen? Wollen Sie, daß wir den Laden verlassen? – Wenn es so ist, dann machen wir einen Appell, und dann gehen aus dem Laden ein paar Leute hinaus, aber die Masse der Leute bleibt trotzdem drin, und die treiben Sie in die Arme der SPD.

Herr Bundeskanzler! Täuschen Sie sich bitte nicht. Meine Sorge ist groß. Das Godesberger Programm – Sie mögen es nehmen, wie Sie wollen – hat eine andere Situation in der Arbeiterschaft insofern geschaffen, als dieses Programm im Jahre 1961 für gewisse Leute, für die im Jahre 1957 die SPD noch keine Alternative war, diese möglicherweise eine Alternative geworden ist. Das sollten wir in unsere Überlegungen mit einbeziehen.

Adenauer: Deswegen müssen wir es doch bekämpfen! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Sie bekommen mich niemals dafür, daß ich diesen Satz des Godesberger Programms unangefochten lasse! Niemals!

Gerstenmaier: Ich habe auch den Eindruck wie die beiden Herren, daß es sehr wichtig ist in dieser Phase, wie wir handeln. Wir müssen allmählich für unsere Reihen Klarheit schaffen. Und dem hat heute die große Rede des Herrn Bundeskanzlers gedient. Ich kann nicht beurteilen, weil ich zu sachfremd bin, ob es zweckmäßiger ist, drinzubleiben oder auszutreten. Das kann ich nicht entscheiden, solange Herren von uns, die so viel darin arbeiten, der Meinung sind, daß es trotz allem doch zweckmäßiger ist, drinnen zu bleiben. Aber ich meine, daß wir den Nachdruck des Kampfes darauf legen sollten, daß wir in einer ungewöhnlich harten Weise das Minderheitenrecht als demokratisches Grundrecht herausstellen. (*Even:* Das haben wir ja alles schon versucht!)

Ich meine nur, was wir von Partei wegen sagen können, ist doch, daß wir im Namen der demokratischen Grundrechte für Leute unserer Gesinnung das Minderheitenrecht als das Allermindeste von ihnen verlangen. Das ist unser erklärtes Recht, solange diese Leute von Demokratie reden. Minderheitenrecht heißt nicht, daß wir stumm werden sollen, sondern wir sollten unter allen Umständen sagen, es paßt uns nicht, daß die IG-Gewerkschaften eigentlich nichts anderes sind als Gleichschaltungsorgane der SPD. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Begreifen Sie doch endlich, daß wir die Gleichschaltung durch die SPD angreifen und bekämpfen müssen bis aufs Messer. Wir sollten uns das Leben nicht schwierig machen mit problematischen Positionen! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Herr Bundeskanzler! Ich muß sagen, nachdem ich diesen Satz aus dem Godesberger Programm von Herrn Katzer gehört habe, ist mir deutlich geworden, warum mir dieser Satz vorher nicht aufgefallen ist. Ich hätte Bedenken, auf diesem Satz eine

16 Johannes Even (1903–1964), 1949–1964 MdB (CDU), 1955 Mitgründer und 1. Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 350 Anm. 83.

so profunde Attacke zu basieren. Der Sockel ist nicht stark genug, um ein gewaltiges Denkmal darauf zu errichten, wie Sie es getan haben. – Aber ich nehme an, daß Ihnen Herr Wehner noch einen Gefallen getan hat. Wenn ich mich recht erinnere, haben Sie ein Zitat von Wehner gebracht. (*Krone*: Das Riegel-Zitat¹⁷!) Nein, ich meine das, das sich auf die Gewerkschaften bezieht.

Adenauer: Lassen wir – ich wiederhole – zwei Sachen genau auseinanderhalten! Wenn Sie sagen wollen: Stark undemokratisch, sie unterdrücken die Minderheit – dann bin ich einverstanden. Aber, meine Herren, der Satz im Godesberger Programm ist ein sehr wichtiger Satz: „Sie kämpfen um größere Freiheit und handeln als Vertreter aller arbeitenden Menschen.“ Zum Teufel, wer gibt ihnen denn das Recht zu sagen: „aller arbeitenden Menschen“? Wir haben in Deutschland über 20 Millionen arbeitender Menschen, und die Gewerkschaften haben etwas über sechs Millionen Mitglieder! Wie können die denn aufgrund des Parteiprogramms sagen: Wir sind die Vertreter aller arbeitenden Menschen? (*Zurufe*: Sehr richtig!) – Es heißt weiter: „Sie sind damit wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses.“ Nun frage ich Sie, was haben die Gewerkschaften mit Demokratisierung zu tun? – Nichts! (*Lebhafte Zustimmung*.) Das ist eine rein politische Sache! Und wenn man hier die Gewerkschaften zu einer politischen Körperschaft macht, so können wir das doch niemals mitmachen. Wo bleibt denn das Parlament? (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Machen Sie sich doch überhaupt einmal die ganze Situation klar mit den Gewerkschaften. Diese können doch im Handumdrehen den ganzen Parlamentsbetrieb stilllegen, indem sie die Eisenbahn zum Erliegen bringen. Sie können Gott weiß was machen. Wir sind völlig in der Hand der Gewerkschaften. So ist es doch allmählich geworden. Und Herr Böckler hätte einen solchen Unfug niemals mitgemacht, wie das jetzt geworden ist. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Barzel: Herr Bundeskanzler! Ich habe es nur zur Sprache gebracht aus dem psychologischen Aspekt, daß wir nicht Dinge zuschütten, die für uns günstig sind. Wichtig ist z.B. das Hineinpressen in die Gewerkschaft. Wenn wir hier eine Zusammenstellung von 15 Fällen hätten, so wäre das sehr gut. Dann könnten wir angreifen mit der Formulierung „Mißachtung der Minderheit“. Das ist populär. Aber wir sollten nicht die Arbeit unserer Freunde erschweren durch solche globalen Sachen.

Adenauer: Das ist der eine Punkt, aber der andere Punkt bleibt doch bestehen!

17 Beim Riegel-Zitat handelt es sich um Ausführungen Wehners zum Godesberger Programm auf dem Godesberger Parteitag 1959: „Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder gar verbietet, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für das Allgemeinwohl und das Wohl des Volkes schlechthin zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben. Unser Programm enthält keinen solchen Vorschlag, enthält keinen solchen Riegel ...“ In: Herbert WEHNER: Wandel und Bewährung. 5. Aufl. Frankfurt/M., Berlin 1981 S. 216. Diese Aussage wurde später als „Riegeltheorie“ bezeichnet (vgl. UiD Nr. 50 vom 17. Dezember 1959 S. 5f.)

Katzer: Herr Bundeskanzler! Herr Minister Dufhues war Zeuge, als in der vergangenen Woche in Dortmund eine Tagung von 350 christlichen Betriebsräten der IG Bergbau zusammentrat.¹⁸ Das ist ein bemerkenswerter Zug zum christlichen Gedanken hin, der für die Partei sehr wichtig ist. In dem Augenblick, wo sich die SPD wandelt und von der Arbeiterpartei umschwenkt oder umzuschwenken versucht, um zu einer verkleinerten Volksausgabe der CDU zu werden, hat die CDU eine große Chance, noch stärker in die Arbeiterschaft hinzukommen als bisher.

Wir haben in Köln die Zusammenfassung der christlich-demokratischen Gruppen und Verbände erreicht mit immerhin eineinhalb Millionen Menschen.¹⁹ Es sind also einige Ansatzpunkte für uns vorhanden, die sehr positiv zu werten sind. Wir können zweierlei nicht bestreiten, daß nämlich die Gewerkschaften erstens nach 1945 eine gute Wiederaufbauleistung vollbracht haben. Das haben Sie selbst den Gewerkschaften schon einmal gesagt. Herr Dufhues hat auf der Tagung mit sehr großem Anklang den Bergbauleuten – die Differenzierung ist immer wichtig – dargestellt, was sie gegen die kommunistische Unterwanderung geleistet haben.

Meine einzige Sorge ist die, daß durch Ihre Ausführungen der Eindruck entstehen könnte: Die CDU mag die Gewerkschaften nicht; die CDU ist gegen die Gewerkschaften. – Wenn wir das verhindern könnten, würden wir die Ansätze wesentlich erleichtern.

Adenauer: Sie scheinen zu meinen, daß ich jeden Gewerkschaftler für einen schlechten Hund ansehe! (*Katzer:* Herr Bundeskanzler! Ich habe ja ...) Haben Sie jetzt „ja“ gesagt? (*Katzer:* Ich habe ja nur die Sorge, daß nach draußen der Eindruck entstehen könnte!) Ich denke nicht daran! Wogegen ich mich wende bei diesem Godesberger Programm, das ist doch, daß die SPD den Gewerkschaften diesen Charakter gibt! (*Katzer:* Einverstanden!) Darüber sind wir doch wohl alle einig! (*Zustimmung.*) Und darauf müssen wir doch hinweisen! Bei dem anderen stimme ich Ihnen zu, nämlich mit der Unterdrückung der Minderheit.

Gerstenmaier: Wir sollten uns über die beiden Punkte einigen: Nachdrückliche Vertretung des Minderheitenrechts und sofortige Unterstützung von seiten der Partei und der Fraktion. Ferner müssen sich unsere Leute noch viel mehr als bisher dagegen wehren, daß der DGB zum Gleichschaltungsorgan für die SPD – nicht der SPD – wird. Praktisch ist er das. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das wird man nicht in Abrede stellen können. Die Geschichte mit dem „Vertreter aller arbeitenden Menschen“ muß Herr Blank besser beurteilen können als ich. (*Burgbacher:* Es gibt 21 Millionen Arbeiter,

18 Tagung der 1959 gebildeten Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer und christlich-sozialer Gewerkschafter der IG Bergbau (vgl. „Die Welt“ vom 7. November 1960; „Soziale Ordnung“ vom Dezember 1960 S. 210).

19 Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongreß am 26. und 27. März 1960, die erste gemeinsame Tagung christlicher Arbeitnehmer nach dem Krieg. Vgl. „Die Welt“ vom 28. März 1960 („Einheit der christlichen Arbeitnehmer“); „Soziale Ordnung“ vom April 1960 S. 65–70; GUNDELACH S. 219–222; SCHROEDER S. 255–261.

und nur sechs Millionen sind Mitglied im DGB!) Ich meine nur, Herr Bundeskanzler, mit diesem Satz läßt sich im Handgemenge polemisch nicht viel erreichen.

Adenauer: In den Gewerkschaften sind vor allem die Industriearbeiter. Aber nehmen Sie einmal die ganzen Landwirte! Sind das keine Arbeiter? Ich meine die kleinen Bauern. Sind das keine arbeitenden Menschen? (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Ich will ja nicht streiten, sondern nur fragen, was ist politisch und polemisch am zweckmäßigsten. Der Herr Brenner hat uns einen großen Gefallen getan. Wir sollten diesen Ball nicht aus der Hand lassen. Ich möchte nicht, daß der Brenner eine psychologische Chance bekommt und sagen kann: Die diffamieren uns in Bausch und Bogen, und es ist alles gelogen, was sie sagen. – Ich möchte nicht, daß er eine Chance bekommt, aus dem Schatten mit unserer Hilfe wieder an die Sonne zu kommen.

Wir sollten uns daher auf zwei unanfechtbare und simple Punkte beschränken – und die sind attraktiv genug –, nämlich auf das Minderheitenrecht und auf die Gleichschaltungsorgane für die SPD.

Süsterhenn: Wir sollten unter allen Umständen auch den Monopolanspruch zurückweisen, den die SPD in ihrem Programm den Gewerkschaften zuweist! (*Lebhafte Zustimmung.*) Das können wir doch unter keinen Umständen akzeptieren! Es ist sehr undemokratisch, wenn eine Organisation, die nur ein Drittel der Arbeitnehmer umfaßt – wobei aber die arbeitenden Menschen nicht nur aus Arbeitern bestehen –, für alle sprechen will. Und der Satz: „Sie sind damit wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses“ riecht doch sehr stark danach, als wenn den Gewerkschaften – wie dies aus einzelnen Äußerungen zu entnehmen war – eine klare Vorstellung von Verfassungsorganen fehle und daß sie sich wie eine Superregierung oder ein Überparlament vorkommen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Es ist jedenfalls eine politische Aufgabe! Und was sollen unsere Katholischen Arbeitervereine und die christlich denkende Gewerkschaft an der Saar sagen, wenn wir immerzu den Mund halten! Daß die Gewerkschaften von der SPD ausdrücklich als „Vertreter aller arbeitenden Menschen“ erklärt werden, das kann man sich doch nicht gefallen lassen. (*Lebhafte Zustimmung.*)

Burgbacher: Durch die Debatte von heute abend ist mir und einigen anderen an diesem Tisch wenigstens die große Gefahr in diesen Sätzen des Godesberger Programms voll bewußt geworden. Das ist ja ganz unmöglich, daß wir das anerkennen. Ich habe sogar jetzt den Verdacht, daß dies der Preis dafür ist, daß der DGB der Wirtschaftsklausel zugestimmt hat.²⁰ Er hat den Monopolanspruch bekommen, Vertreter aller arbeitenden Menschen und Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses zu sein. Aber Vertreter der Arbeiter sind sie nicht, sondern sie sind Vertreter ihrer Mitglieder. Vertreter der Arbeiter ist, wie ich hoffe, der Bundestag, und zwar gewählt vom deutschen Volke, also auch von den arbeitenden Menschen. Und die

²⁰ Gemeint ist die Wirtschaftsklausel des Godesberger Programms. Druck: SPD, Parteitag 1959, Grundsatzprogramm, S. 17–24, hier S. 21f.

Demokratisierung ist eine politische Aufgabe allererster Ordnung des Bundestages und nicht des DGB.

Gerstenmaier: Aber, Herr Professor, das ist doch völlig unhaltbar – entschuldigen Sie –, weil so etwas Dummes noch keiner von uns in der Öffentlichkeit gesagt hat. Entschuldigen Sie, aber es ist so!

Adenauer: Genau dasselbe haben Sie doch eben da drüben gesagt!

Gerstenmaier: Nein, etwas ganz anderes! Es handelt sich nicht darum, daß wir sie nicht anerkennen, wovon der Herr Professor ausgegangen ist. Davon kann hier keine Rede sein, sondern wir reden hier nur unter dem Gesichtspunkt: Was ist die zweckmäßigste Redewendung, die einleuchtend ist und nicht erst lange – Herr Süsterhenn – interpretiert werden muß, sondern die auf Anhieb einleuchtet, so daß wir damit am besten durchkommen.

Burgbacher: Herr Präsident! Ich bin in der Politik hart im Nehmen, aber das hat alles seine Grenzen! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Und das Selbstbewußtsein bei Ihren Ausführungen habe ich schon oft bewundert. Ich möchte Sie aber trotzdem freundlichst bitten, in der Qualifizierung anderer Ausführungen ein wenig so maßvoll zu sein, wie Sie es jetzt von uns verlangen bei der Erörterung dieses Satzes. – Ich bleibe bei allem, was ich gesagt habe, daß nämlich dieser Satz eine politische Unmöglichkeit für einen demokratischen Staat darstellt. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich Ihr Selbstbewußtsein verletzt habe. Aber ich muß sagen, daß es meinem subjektiven Wahrheitsbewußtsein entsprechend auf das exakteste entspricht! (*Bewegung und Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Wohin kommen wir, wenn wir uns bei solchen Sätzen, wo wir nach den Grundlagen unserer Partei einer geschlossenen Meinung sein müßten, Derartiges an den Kopf werfen! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wer von uns kann denn überhaupt sagen: Die Gewerkschaften sind die Vertreter aller arbeitenden Menschen? – Das kann doch keiner bejahen! (*Süsterhenn:* Das ist ein Totalitätsanspruch! – *Zurufe:* Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Das ist genau der Vorwurf, den ich dem Herrn Bundesschatzmeister machen muß, daß er die Diskussion auf dieses Geleise gebracht hat. Es kann keine Rede davon sein, nun zu sagen, daß es ein Gegenstand der Fragestellung ist, ob der Satz richtig ist oder nicht. Das habe ich niemals gesagt. Das sagen auch die beiden Herren nicht, sondern das Problem ist allein das, ob man den Satz in der öffentlichen Polemik als einen zentralen Angriffspunkt nehmen soll oder ob man sich auf die anderen Sätze konzentriert, (*Krone:* Das ist eine Frage der Zweckmäßigkeit!) aber nicht eine Frage, ob wir diesen Satz anerkennen oder nicht anerkennen. Ich bitte um Verzeihung, Herr Professor, daß ich das für eine Veränderung der Diskussionsbasis halte, die ich für unmöglich ansehe.

Adenauer: Ich muß den Mann zu meiner Linken in Schutz nehmen; denn so, wie es gesagt wird, ist es nicht richtig, weil fortwährend zwei Sachen durcheinandergeworfen werden: einmal das, was im Godesberger Programm steht, und zweitens meine Äußerungen eben im Parteausschuß, daß die Gewerkschaften denkbar undemokra-

tisch seien. Das müssen wir auseinanderhalten. Die Herren haben gesagt, wenn das, was ich erklärt habe – daß die Gewerkschaften denkbar undemokratisch seien –, an die Öffentlichkeit gelange, dann richteten wir damit für unsere Interessen einen Schaden an.

Dann sagen Sie doch statt dessen – das hat Herr Barzel vorgeschlagen –, daß in den Gewerkschaften die Minderheiten nicht berücksichtigt werden. Darauf habe ich doch erklärt: Damit bin ich einverstanden. Daraufhin ist die Diskussion nach meiner Meinung abgeschlossen, nämlich über diese Frage. Und nun bleibt noch übrig die Diskussion über diesen Satz des Godesberger Programms.

Krone: Ich will es nicht vertiefen, Herr Gerstenmaier, aber Sie werden mir zustimmen, daß es eine Frage der Zweckmäßigkeit ist, ob man das sagen soll. In der Sache muß ich auch sagen, dieser Satz im Godesberger Programm der SPD bedeutet einen Monopolanspruch, den ich keineswegs anerkennen kann.

Gerstenmaier: Ich bin ja völlig mit Ihnen einig. Ich habe nur gesagt, daß das nicht Gegenstand dieser Debatte ist, sondern der einzige Gegenstand ist der, ob wir unseren Angriff gegen den DGB auf diesen Satz stützen sollten. Und hierauf bezog sich mein einziger Vorwurf an Professor Burgbacher.

Adenauer: Man sieht, es liegt ein langer und arbeitsreicher Tag hinter uns. – Das Wort hat Herr Blank.

Blank: Herr Bundeskanzler! Mich hat die ganze Debatte deshalb befremdet – ich kritisiere kein Wort von dem, was Sie gesagt haben –, weil wir in den Bundestagswahlkämpfen der Jahre 1949, 1953 und 1957 den DGB in den Auseinandersetzungen immer sehr stark gegen uns gehabt haben, daß aber dieser Kampf des DGB mit seinem Anspruch, politisch korrigierend wirken zu wollen, ihm und der Sozialdemokratie geschadet hat.

Ich habe einmal den Satz geprägt: Gebe Gott, daß beim nächsten Bundestagswahlkampf sich der DGB wieder als DGB gegen uns erklärt. – Nun, meine ich, unterliegen viele Leute, auch hier in diesem Saal, einem Irrtum, wenn sie glauben, daß die Mitgliedschaft im DGB gleichbedeutend damit wäre, daß diese Leute auf das sozialdemokratische Parteiprogramm eingeschworen seien. Bei der Führerschicht ist das natürlich selbstverständlich, aber bei der Masse dieser sechs Millionen im DGB ist das nicht der Fall. Sie, die Massen, sagen – und darum glückt auch das Experiment mit den Christlichen Gewerkschaften nicht –, beim DGB ist eine Macht, die für unsere Lohnansprüche, für Urlaub usw. eintritt. Deshalb bleiben wir im DGB.

Wenn es aber darum geht, politische Überlegungen anzustellen und Entscheidungen zu treffen, dann sind doch große Teile der Arbeiterschaft bei uns; denn anders sind unsere Wahlerfolge überhaupt nicht zu erklären. Ohne diesen Anteil von Arbeiterschichten und -stimmen hätten wir diese Erfolge nicht erzielt.

Ich bin der Meinung, wir handeln falsch, wenn wir versuchen, diese Diskussion draußen zu überspitzen. Herr Katzer irrt ganz sicher, wenn er glaubt, daß, wenn wir diese politischen Dinge, die der DGB im Schilde führt, zurückweisen, dies Rückwirkungen auf unsere Leute hätte; nicht im mindesten! Hätten wir eine

Gewerkschaftsbewegung, die genau wie der DGB den Leuten garantieren könnte, normale Dinge des Arbeitslebens durchzusetzen, dann sähe es mit dem DGB ganz anders aus.

Eine andere Frage! Wer von den maßgeblichen, zu uns gehörenden Leuten im DGB wird bereit sein, im kommenden Bundestagswahlkampf als Parteiredner für uns aufzutreten? Das ist nämlich die entscheidende Frage. Wir sollten diese Diskussion, die sich hier abgespielt hat, nicht nach draußen tragen, sondern zunächst abwarten, wie sich der DGB äußert. Er wird sich wahrscheinlich äußern mit dem alten Slogan: Wählt einen besseren Bundestag! – Ich bin überzeugt, wir werden mit dieser Sache genauso fertigwerden wie in den Jahren 1953 und 1957.

Unsere Freunde in den Sozialausschüssen, die ungeheuer viel für uns geleistet haben, die wollen wir – soweit sie Funktionäre des DGB sind – für unsere Partei als Redner in diesem Wahlkampf einsetzen. Gewiß sind Sie, Herr Bundeskanzler, wegen meines Optimismus nicht immer zufrieden, aber sonst gewinnen wir dieses Geschäft nicht.

Adenauer: Vielleicht bin ich jetzt Ihrer Meinung. – Damit, meine Damen und Herren, können wir wohl unsere Sitzung schließen. Ich danke Ihnen.

19

Bonn, 6. April 1961

Sprecher: Albers, [Altmeier], Barzel, Bauknecht, Blank, Blumenfeld, Burgbacher, Dufhues, (Bert) Even, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gurk, [Harlinghausen], von Hassel, Heck, Hoogen, Kraske, Krone, von Merkatz, Müllenbach, Frau Rehling, Schmidt, Schmücker, Schröder, Süsterhenn, Frau Weber, Wuermeling, Zimmer.

Bundesparteitag 1961. Vorbereitungen des Bundestagswahlkampfes. Verschiedenes: Richtergesetz; Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 19.15 Uhr

Von Hassel: Ich darf die heutige Sitzung des Bundesvorstandes eröffnen und Sie herzlich begrüßen. Ich darf stellvertretend für eine Reihe unserer Mitglieder, die im Urlaub oder krank sind, nur unseren Bundesvorsitzenden nennen, der in Cadenabbia

ist¹, uns aber, seine Stellvertreter, autorisiert hat, die heutige Vorstandssitzung hier einzuberufen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch der Frau Kollegin Dr. Weber namens des Bundesvorstandes einen sehr herzlichen Glückwunsch zum 80. Geburtstag aussprechen. (*Beifall.*) Sie haben als besondere Auszeichnung das Schulterband zum Bundesverdienstkreuz bekommen. Wir hoffen alle, daß wir Sie in Ihrer bisherigen Rüstigkeit noch viele Jahre unter uns haben werden. (*Weber: Danke schön!*)

Wegen des Ablaufs dieser Nachmittagssitzung haben wir uns heute morgen im Wahlgremium Gedanken gemacht. Ich würde anregen, uns darauf einzustellen, gegen 18 Uhr mit unseren Verhandlungen fertig zu sein.

BUNDESPARTEITAG 1961

Von Hassel: Wir haben diese Sitzung eigentlich einberufen wegen des Punktes 1: Vorbereitung des Bundesparteitages 1961, denn es bedarf dazu einer Erörterung im Bundesvorstand. Sie werden Verständnis dafür haben, daß diese Besprechung spätestens drei Wochen vor dem Bundesparteitag stattfinden muß. Wir haben für 17 Uhr eine Pressekonferenz einberufen, weil diese Vorbereitung nicht anders behandelt werden kann, als daß man nach der Besprechung das Ergebnis der Presse unklar mitteilt. Ich nehme an, daß wir bis 17 Uhr soweit sein werden.

Sind Sie damit einverstanden, daß wir uns darauf einstellen, um 18 Uhr die Sitzung abzuschließen? (*Zustimmung.*)

Das Wahlgremium, das auch vor dem letzten Bundesparteitag in Karlsruhe die Vorbereitungen getroffen hat, hat sich schon seit geraumer Zeit sehr eingehend mit dem ganzen Thema beschäftigt und Herrn Dr. Heck gebeten, den Parteitag vorzubereiten. Dr. Heck wird von den Vorbereitungen berichten. Er ist noch einmal in Cadenabbia gewesen und hat das Programm mit dem Bundesvorsitzenden und den gesamten Fragenkomplex, der hier angeschnitten wird, besprochen. Ich nehme an, daß das Konzept, das Dr. Heck Ihnen geben wird, sicherlich eine Grundlage darstellt, so daß wohl nicht mehr viel zu diskutieren übrigbleibt. Ich darf Herrn Dr. Heck das Wort erteilen.

Heck: Meine Damen und Herren! Ich darf vorweg einige Worte darüber sagen, welche Überlegungen der Gestaltung des nächsten Bundesparteitages zugrunde liegen, der als letzte große Manifestation der Bundespartei vor den Wahlen gesehen werden muß. Aus den Analysen der Meinungsumfragen hat sich sehr klar ergeben, daß 1. in der Bevölkerung eine große Sorge darüber besteht, ob der Bundeskanzler in seinem Alter noch in der Lage sein wird, die deutsche Politik weiterhin verantwortlich zu führen. Es hat sich 2. aus den Umfragen ergeben, daß neben dem Herrn Bundeskanzler

1 Vom 13. März bis 9. April 1961. Vgl. BUCHSTAB: Cadenabbia S. 66.

lediglich eine führende Persönlichkeit über eine beachtliche und herausragende Popularität verfügt, nämlich der Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard. Es hat sich 3. aus diesen Umfragen ergeben, daß die Wähler, gleichgültig mit welchen Parteien sie sympathisieren, der Auffassung sind – die einen mit Stolz, die anderen mit Bedauern –, die CDU sei eben die Partei, die über wesentlich fähigere Köpfe verfüge als die übrigen Parteien. Dieser dritte Gesichtspunkt war zunächst einmal maßgebend nach der personellen Seite für die Gestaltung unseres Parteitages.

Es ist zweitens vorgesehen, daß auf dem Parteitag – ausgenommen die Eröffnungskundgebung und die Schlußkundgebung – zwei Persönlichkeiten, nämlich der Bundeskanzler und der Bundeswirtschaftsminister, je ein großes Referat halten. Der Herr Bundeskanzler wird über das Thema „Der Weg der CDU/CSU“ sprechen, wobei er sehr umfassend zunächst grundsätzliche Ausführungen machen und dann darüber sprechen wird, was von der CDU/CSU seither geleistet worden ist; hierbei wird er vor allem auf den ganzen Komplex der Außen- und Sicherheitspolitik eingehen.

Da dieses ganze Thema nicht kreuz und quer durcheinander diskutiert werden kann, wenn die Diskussion einen Eindruck auf die Öffentlichkeit machen soll, geht der Vorschlag dahin, das Thema in vier Abschnitten zu diskutieren. Die Diskussion soll jeweils eingeleitet werden durch ein Kurzreferat von höchstens 20 Minuten Dauer. Über folgende vier Abschnitte soll diskutiert werden:

1. Deutschland – Teil der freien Welt (Dr. Heinrich von Brentano)
2. Verteidigung der Freiheit (Dr. Franz Josef Strauß)
3. Beitrag für die Entwicklungshilfe (Dr. Kurt Georg Kiesinger)
4. Sicherheit für Bürger und Staat (Dr. Gerhard Schröder)

Am zweiten Tag wird das Hauptreferat Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard halten, und zwar liegen hier zwei Vorschläge für folgende Themen vor:

1. Wohlstand für alle – Eigentum für jeden – Soziale Ordnung in Stadt und Land
2. Soziale Ordnung schafft Wohlstand und Sicherheit

Dieses Thema soll in fünf Abschnitten diskutiert werden, wobei der einzelne Abschnitt wiederum Einzelteile bringen wird, und zwar wie folgt:

1. Gutes Geld durch solide Finanzpolitik (Franz Etzel)
2. Bauer und Staat (Werner Schwarz)
3. Die Frau in der modernen Volkswirtschaft (durch eine Frau, deren Namen noch nicht feststeht)
4. Eigentum und Tüchtigkeit, die Fundamente unserer sozialen Ordnung (Theodor Blank)
5. Modernes Bauen, gesundes Wohnen (Paul Lücke)

Es ist vorgesehen, daß die Herren – ich nenne sie jetzt einmal Korreferenten –, die die Diskussionsabschnitte einleiten, mit den Referenten das Thema insgesamt noch einmal durchsprechen. Übernehmen werden das bei dem ersten Thema Herr von Brentano, bei dem zweiten Thema Herr Professor Erhard. Außerdem sollen sich die Referenten, die die Diskussionsabschnitte einleiten, mit etwa fünf oder sechs Teilnehmern des Parteitages vorher zusammensetzen und das Thema durchsprechen,

damit wir für die Aussprache ein gewisses Gerüst an Diskussionsrednern haben und es nicht völlig dem Zufall überlassen bleibt, was nun in der Diskussion gesagt wird. Diese Besprechungen müßten in der nächsten, spätestens aber in der übernächsten Woche stattfinden. Ich habe mir dafür schon diejenigen Damen und Herren, die sich in der Bundestagsfraktion mit diesen einzelnen Fragen befassen, aufgeschrieben. Ich wäre aber dankbar, wenn in dieser Sitzung die Landesvorsitzenden ergänzende Vorschläge von Teilnehmern machten, die hauptsächlich auf der Landesebene politisch tätig sind.

Auf der Eröffnungskundgebung wird der stellvertretende Vorsitzende und Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier sprechen. Das Thema ist von ihm noch nicht formuliert; es wird aber in der Richtung liegen: Deutschland – unser Staat und unser Vaterland. Das Ganze ist gedacht als eine Präambel für das, was anschließend folgen wird. Auf der Schlußkundgebung sollen sprechen: Dr. Krone, von Hassel und – mit einem kurzen Schlußwort von fünf Minuten – der Bundeskanzler.

Das ist im großen und ganzen die Übersicht über den Parteitag, wie er sich aus vielerlei Besprechungen im einzelnen in den vergangenen Wochen herauskristallisiert hat.

Von Hassel: Schönen Dank, Herr Heck! Ich rege an, zunächst über den zweiten Tag, an dem der Bundeskanzler das Einleitungsreferat hält, zu diskutieren. Wir haben uns im Wahlgremium Gedanken darüber gemacht, was noch hineinkommen und im Programm aus optischen Gründen sichtbar gemacht werden muß, und zwar haben wir hierbei an die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen gedacht. Wir sind aber im Wahlgremium nach eingehenden Besprechungen so verblieben, daß dies nicht besonders herausgestellt werden soll, weil ja die Referenten in ihren Vorträgen zu dem Gesamtkomplex im einzelnen Stellung nehmen werden, z.B. Dr. von Brentano zu gesamtdeutschen Fragen und was damit zusammenhängt, Herr Schwarz zu Fragen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, zur ländlichen Siedlung, zur Selbsthaftmachung der vertriebenen Landwirte usw. Auch Theodor Blank wird in seinem Referat über die Eingliederung der Vertriebenen, über den Lastenausgleich, über die Sozialeinordnung [!] usw. sprechen. Das gleiche gilt auch für unseren Freund Lücke, der bei der Behandlung des gesamten Wohnungsbaues die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge mit einschließen wird. Damit wird also das Bekenntnis der CDU zur vollen Aufnahme der Vertriebenen in unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung deutlich sichtbar werden. Wir werden uns nachher noch über den Gesamtdeutschen Block und die Deutsche Partei unterhalten müssen, die sich ja bemüht, über diese Gesamtdeutsche Partei die 13 Millionen politisch und sozial anzusprechen.

Darf ich nun fragen, ob Sie zu dem von Dr. Heck vorgeschlagenen Programm Stellung nehmen wollen? – Das Wort hat Herr Blank.

Blank: Als Herr Heck vor wenigen Monaten bei mir war, um mit mir das mich Betreffende durchzusprechen, trug er mir u.a. vor, daß am ersten Tag, wenn der Bundeskanzler seinen Vortrag hält, vier Herren, nämlich von Brentano, Strauß, Schröder und von Hassel, sprechen sollen. Nun höre ich, daß man den Plan geändert

hat und nunmehr die Herren von Hassel und Dr. Krone auf die Schlußkundgebung verweisen will. Ebenso sehe ich, daß Herr Gerstenmaier am ersten Tag bei der Begrüßung in Erscheinung treten soll. Das kommt mir ein bißchen komisch vor. Es ist ein etwas merkwürdiges Gedränge von stellvertretenden Parteivorsitzenden, sozusagen am letzten Tag bei der Abschlußkundgebung Stellung zu nehmen.

Ich habe nichts gegen die Aufteilung der beiden Hauptreferate an den Herrn Bundeskanzler und Herrn Erhard. Wenn man aber, um der Sache eine gute Basis für eine Diskussion zu geben, nun durch eine Reihe von Herren das Thema weiter aufgliedern läßt, dann ist es nicht gut möglich, daß man an dem Mann vorbeigeht – auch wenn er es gewünscht haben sollte –, der vier Jahre lang die Fraktionsarbeit geleitet hat. Das ist dann nicht gut möglich, sondern dann muß man die ganze Sache etwas anders aufziehen. Daß am Schlußtag ein paar Freunde nur noch betonen, wir gehen jetzt brav nach Hause, wir haben alles schön gemacht, das halte ich für absolut falsch.

Ich bin der Meinung, daß die stellvertretenden Parteivorsitzenden, soweit sie ein besonderes Tätigkeitsgebiet im Bereich unserer Politik haben – und das haben sie zum größten Teil –, auch entsprechend eingebaut und berücksichtigt werden können, aber nicht erst am Schluß! Daß die drei stellvertretenden Vorsitzenden gewissermaßen den Parteitag schließen, das scheint mir ein bißchen zu viel Mühewaltung zu sein. Viel besser wäre es, vorher in der echten Arbeit diese Kräfte wirksam werden zu lassen.

Krone: Zunächst darf ich ein Wort des Dankes an Herrn Heck sagen. Selten ist ein Parteitag so schwierig in der Vorbereitung gewesen wie dieser. Ihr lag das zugrunde, was demoskopisch feststeht: der Bundeskanzler, Erhard und die Mannschaft. Es ist so, daß man das also auch optisch im Parteitagsprogramm zur Geltung bringen sollte. Das ist hier versucht worden. Das hat Schwierigkeiten gemacht. Es war gar nicht so leicht, den Bundeskanzler von dieser Idee zu überzeugen, aber es ist an dem Tag geschehen, als die DM-Aufwertung beschlossen worden ist.² (*Heiterkeit.*) Ich bin überzeugt, daß es gut ist und daß man es so machen sollte.

Das zweite, lieber Theodor Blank, war, nun einigermaßen konfessionell hinzukommen. Das muß ganz offen gesagt werden. Es ist eine sehr schwierige Geschichte. Ich brauche nicht viel anzuführen, sondern nur von der Panne – oder wie man es nennen will – zu sprechen, die in Trier³ zu diesem Mißverständnis in der Öffentlichkeit geführt hat und nun bis Flensburg hinauf Wellen schlägt. Wenn es um Wahlen geht, versucht man gegen uns zu hetzen. Die FDP hat das geradezu mit zu ihrem Programm erhoben. Auf ihrem Parteitag⁴ sprachen sie davon, sie sei keine klerikal-konservative Partei.

2 Am 3. März 1961 in einer Sitzung des Bundeskabinetts (AdG 1961 S. 8961f.).

3 Anfang April 1961 war es in Trier wegen der Vergabe von Bauland zu parteipolitischen Differenzen und Unruhe zwischen den Konfessionen gekommen, weil das Interesse der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft des Hilfswerks der EKD mit Sitz in Bad Kreuznach mit dem Hinweis zurückgewiesen wurde, das Bauland werde nur an in Trier Ansässige vergeben. Vgl. „Trierischer Volksfreund“ vom 1./2./3. und 4. April 1961.

4 Bundesparteitag der FDP in Frankfurt/M. vom 23. bis 25. März 1961. Vgl. XII. Ordentlicher Bundesparteitag der FDP. Bonn 1961 S. 77f.

Sie hat sich gegen die Bekenntnisschule gewandt. Sie wird in dieser Geschichte sehr stark weiterwirken. Deshalb sollten wir – das ist meine feste Überzeugung – mit allem Bedacht unseren Parteitag so aufbauen, daß von der Seite aus keine Angriffe kommen können.

Nun zum dritten: Wenn Du, Theo Blank, den Vorschlag machst, der Fraktionsvorsitzende müsse mehr nach vorn kommen ... (*Blank*: Das meine ich gar nicht!) Das erschwert mir meine Antwort, aber ich tue es trotzdem und sage folgendes: Die Fraktionsarbeit muß gegenüber den Argumenten, die ich eben genannt habe, zurückstehen. Sie muß immanent sein in dem, was die Referenten sagen. Und das geschieht auch. Wir sollten deshalb mit gutem Grund davon absehen, daß ein Tätigkeitsbericht der Fraktion gegeben wird.

Eine besondere Aufgabe war, den ersten Tag zu gestalten. Einfach zu sagen, der Parteitag ist eröffnet, und dann die Grußworte an die Gäste des In- und Auslandes zu richten, das wäre ein sehr mageres Bild. Nach längeren Gesprächen sind wir zu der Auffassung gekommen, den Parteitag mit dem Referat des evangelischen Kollegen Gerstenmaier beginnen zu lassen. Am Schluß sollen dann die beiden anderen stellvertretenden Parteivorsitzenden Krone und von Hassel sprechen. Nun finde ich das sehr ordentlich, daß man es so aufgebaut hat. Das waren also die Motive, Theo Blank, die Herrn Heck und das Wahlgremium veranlaßten, davon Abstand zu nehmen, was Du gemeint hast.

Blank: Ich möchte gleich auf das Konfessionelle eingehen. Das hat mich nämlich am allerwenigsten überzeugt. Man braucht sich nur die Namen anzusehen, und dann ist alles in bester Ordnung. Wenn die beiden Hauptredner der Bundeskanzler und der Wirtschaftsminister sind, dann ist hier die konfessionelle Frage geklärt. Wenn dazu noch der Kollege Gerstenmaier ein Eröffnungsreferat hält, dann fühle ich mich als Katholik deswegen nicht bedrückt. Nun schaue ich mir die vier nächsten Leute an: Etzel, Schwarz, Blank und eine Frau, die nicht benannt ist. Da scheint mir auch wieder das Konfessionelle aufs Gramm genau zu stimmen. Und wenn ich mir das andere ansehe, wo von Brentano, Strauß, Schröder und von Hassel sprechen, dann stimmt's auch haargenau. Ich sehe also überhaupt nichts, wo eine Begründung dafür liegen soll, daß hier nun konfessionelle Bedenken wegen des Gleichgewichts auftauchen könnten. Das ist doch mit mathematischer Feinheit ausgewogen und in bester Ordnung. Ich sehe nicht ein, warum nun plötzlich am Schluß ein Gedränge von Parteivorsitzenden in Erscheinung treten soll.

Ich bin nicht der Meinung gewesen, daß Krone einen großen Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Fraktion geben soll, sondern habe vorgeschlagen – und dabei bleibe ich –, daß die vier stellvertretenden Parteivorsitzenden dort in Erscheinung treten sollten, wo tatsächlich die Probleme besprochen werden. Das ist meine Kritik an dieser Sache.

Von Merkatz: Ich habe nichts gegen die Struktur und den Aufbau einzuwenden. Das stünde mir auch nicht zu. Ich bejahe, daß die Frage der Vertriebenen sachlich verteilt werden soll auf verschiedene Gebiete; dennoch bitte ich, mich zu verstehen

im Hinblick auf meine Aufgabe, die ich habe⁵, wonach die Vertriebenen- und Flüchtlingsfrage geschlossen in Erscheinung treten muß, weil sonst bestimmt an diesem Punkt – das werden mir meine niedersächsischen Freunde sofort bestätigen – eingehakt wird. Es muß irgendwie eine Form gefunden werden; aber bitte nicht unter dem Gesichtspunkt, der Minister will sich geltend machen, sondern es muß rein sachlich aufgebaut werden. Die Sache muß irgendwie in ihrer Geschlossenheit in Erscheinung treten, und zwar im Rahmen der Vertriebenenpolitik.

Es ist eine Frage der Innenpolitik und nicht der Außenpolitik. In diesem Rahmen muß es irgendwie gemacht werden. Betrachten Sie bitte dieses Problem auch unter dem Gesichtspunkt, daß jeder vierte Mensch bei uns ein Vertriebener oder Flüchtling ist. Es handelt sich hier also nicht um Gruppeninteressen, sondern es ist ein Teil der Gesamtpolitik, die betrieben werden muß. Und das muß irgendwie in Erscheinung treten. Ich kann aber jetzt leider keinen direkten Vorschlag machen, weil das so aussieht wie ein Geltungsbedürfnis.

Even: In welchem Referat sollen die Jungwähler angesprochen werden?

Von Hassel: Durch den Bundesvorsitzenden Dr. Adenauer.

Schmücker: Wenn man sich die fünffache Unterteilung des Referats von Erhard ansieht, dann muß ich sagen, die Wirtschaftspolitik als solche fehlt. (*Widerspruch und Unruhe.* – *Zuruf:* Wieso?) Ich meine, daß die wesentlichen wirtschaftspolitischen Fragen, die den nächsten Bundestag beschäftigen werden, auch auf diesem Bundesparteiabend behandelt werden sollen. Man kann natürlich unter jedem Titel das behandeln, was man will, aber wir müssen die Wirtschaftspolitik als solche auch behandeln. (*Anhaltende Unruhe.*)

Wuermeling: Ich halte den Vorschlag bezüglich der Vertriebenenfrage, wie er von Dr. Heck gemacht worden ist, für sehr glücklich, weil damit zum Ausdruck kommt, daß die Vertriebenen in die Gemeinschaft bei uns eingegliedert sind und mit behandelt werden. Ich möchte vorschlagen, daß man das gleiche auch mit der Familienpolitik macht. Ich bedaure, daß diese Frage nicht aufgekreuzt ist. Ich lege keinen Wert darauf, daß ich als Minister selber ein Referat halte, aber es müssen doch die familienpolitischen Aspekte in zusammengedrängter Form gebracht und zur Diskussion gestellt werden. Und hier stelle ich mich gerne zur Verfügung.

Weber: Mir will nicht gefallen, daß nach außen hin aufgrund einer demoskopischen Grundlage der Bundeskanzler und Professor Erhard auftreten. Ich halte das für grundlegend falsch. Das Programm kann so bleiben, aber ich hätte hundertprozentig etwas dagegen, daß das in die Öffentlichkeit dringt. Wir sind ein demokratischer Staat, und der Bundeskanzler wird vom Bundespräsidenten vorgeschlagen und vom Parlament gewählt. Man sollte die Dinge nicht jetzt schon so darstellen, als ob das alles schon feststünde. Das halte ich politisch für völlig falsch. Ich möchte bitten, daß davon in der Pressekonferenz unter keinen Umständen etwas gesagt wird.

⁵ Seit dem 28. Oktober 1960 war von Merkatz Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

Man kann das Programm so lassen, aber man darf es um Gottes willen nicht nach außen bringen, auch schon wegen der Außenpolitik, die heute in einem ganz gefährlichen Stadium ist, aber auch wegen anderer Fragen, die ich hier nicht aufgreifen will. Ich bitte dringend darum, das nicht nach außen dringen zu lassen, obwohl ich gleichzeitig sage: Wie wollen wir es verhindern, daß es nach außen dringt?

Nun zu dem Referat einer Frau „Die Frau in der Volkswirtschaft“. Ich weiß nicht, wer diesen Vorschlag gemacht hat. Ich weiß auch nicht, wie dieser Vortrag gedacht ist. Es könnte dabei manches gesagt oder wiederholt werden, was in der Volkswirtschaft sowohl für den Mann wie auch für die Frau gilt. Ich hätte für die Frauen einen anderen Vorschlag zu machen, aber ich will mich im Augenblick nicht daran aufhalten. Ich bin der Meinung, bevor man dieses Thema behandelt hat, hätte man auch einmal mit einigen Frauen, die etwas von der Sache her dazu sagen können, sprechen können. Ich hätte einen solchen Vorschlag nie gemacht. Vor allem wende ich mich gegen die Vorherrschaft der Demoskopie.

Fricke: Auch ich möchte davor warnen, das Thema „Vertriebene und Flüchtlinge“ nur nebenbei zu behandeln. Herr von Merkatz hat mit Recht davon gesprochen, Sie dürfen nicht vergessen, bei uns und in Schleswig-Holstein ist der BHE immer noch eine Potenz. Er hat zwar bei den Kommunalwahlen 2,6 % verloren, er liegt aber immer noch bei 8,4 %. Das sind über 289.000 Wähler. Bei uns ist auch die DP noch eine Potenz, und wenn es zu dieser Fusion kommt, ist sie um so mehr eine Potenz.

Unser wesentliches Ziel sollte es sein zu verhindern, daß aus einer solchen Mesalliance 5,1 % Stimmen hervorgehen, die dann mit Slogans von Langeheine⁶ oder Ahrens⁷ wie „Gesamtdeutschland“ oder „Großdeutschland“ an die Öffentlichkeit geht. Ahrens hat schon zum Ausdruck gebracht: Wir geben nicht Ruh' und Rast, bis der Pflug des deutschen Bauern über die weiten Felder des Ostens geht.

Wenn wir also das nicht hochkommen lassen wollen, müssen wir das Problem der neun Millionen Ostvertriebenen und der drei Millionen Zonenflüchtlinge ansprechen. Über Ostern waren es wieder an die 6.000, die nach der Bundesrepublik geflohen sind. Wir müssen dieses Problem irgendwie einfügen und erklären, was die Bundesregierung und die CDU/CSU seit 1949 zur Lösung dieses Problems getan haben. Wenn das nur zwischen den Zeilen erwähnt wird, geht es in der Presse unter. Über dieses Problem müßte unbedingt eine halbe Stunde gesprochen werden.

Von Hassel: Eine halbe Stunde ist sowieso nicht drin, denn die Kurzreferate dauern höchstens 20 Minuten. (*Von Merkatz:* Eine geballte Ladung von zehn Minuten!)

Dufhues: Es müssen konkret die Fragen angeschnitten werden, die die Wähler unmittelbar interessieren. Wo sollen z.B. folgende Probleme behandelt werden:

6 Richard Langeheine (geb. 1900), 1955–1970 MdL Niedersachsen (DP, GDP, CDU), 1955–1956 Justizminister, 1956–1959 und 1965–1970 Kultusminister und stv. Ministerpräsident.

7 Hermann Ahrens (1902–1975), 1951–1963 MdL Niedersachsen (GB/BHE), 1951–1959 Wirtschaftsminister, 1959–1963 stv. Ministerpräsident.

1. Bereinigung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, nicht zuletzt in den großen Städten;
2. Fragen, die mit dem Gesundheitswesen zusammenhängen, wie Reinigung der Luft, Abgase, Wasserreinigung usw.?

Diese Fragen, die die Wähler unmittelbar interessieren, müssen natürlich auch stark besprochen werden.

Von Hassel: Diese Diskussion wird sehr sorgfältig ins Protokoll aufgenommen, so daß alle Anregungen genau festgehalten sind. Der erste Tag ist der Außenpolitik, der zweite Tag der Innenpolitik gewidmet. Mit allen zuständigen Herren wird noch eine Vorbesprechung stattfinden. Der Personenkreis dieser Vorbesprechungen wird nachher festgelegt. Es ist absolut möglich, daß die jetzt angesprochenen Themen innerhalb der einzelnen Referate untergebracht werden können. Bei der Vorbesprechung kann dann eine gewisse Gewichtsverteilung dieser Themen vorgenommen werden. Beim Bundesparteitag in Karlsruhe hat Ihr Ministerpräsident Meyers ein volles Referat gehalten und hat dabei die eben gestellten Fragen schon sehr stark in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt.⁸ (*Dufhues:* Das ist völlig untergegangen!) Die ganzen Themen wie Städteplanung, Wasser- und Luftreinigung usw. könnten in den Referaten von Lücke und Blank behandelt werden.

Herr von Merkatz hat – unterstützt von Herrn Fricke – vorgeschlagen, für die Vertriebenen und Flüchtlinge ein Referat von 20 Minuten vorzusehen.

Herr Even schlägt vor, daß die Jungwähler besonders angesprochen werden sollen. Es wird aber nicht gefordert, daß hier ein Jungwähler als Referent auftritt.

Herr Schmücker hat darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Auseinandersetzung im Wahlkampf die Wirtschaftspolitik eine große Rolle spielt. (*Blank:* Und meine Anregung haben Sie völlig vergessen!) Verzeihung! Ich bin noch nicht am Ende. Nehmen Sie es mir nicht übel. Es ist nicht ganz einfach, das alles vorzubereiten. Ich meine aber, daß sich das Wahlgremium nach allen Richtungen hin Mühe gegeben hat, ein vernünftiges Konzept vorzuschlagen. Es hat sich auch etwas gedacht zu der von Ihnen gegebenen Anregung, nämlich die stellvertretenden Vorsitzenden, vor allem Dr. Krone, im mittleren Teil des Programmes sichtbar zu machen und sie nicht abzurängen auf die Schlußkundgebung.

Kollege Wuermeling hat darum gebeten, wenn sich das Thema „Vertriebene und Flüchtlinge“ wie ein roter Faden durchzieht, auch das Thema „Familienpolitik“ zu berücksichtigen.

Frau Weber hat eine Grundsatzfrage aufgegriffen und darum gebeten, nicht nach demoskopischen Untersuchungen einen Parteitag aufzubauen.

Es ist wohl der Wunsch der gesamten CDU/CSU, daß man sichtbar die beiden Persönlichkeiten Dr. Adenauer und Dr. Erhard zusammen herausstellt. (*Weber:* Ich

⁸ CDU, 9. Bundesparteitag S. 53–67.

bitte noch einmal darum, das Interne nicht der Öffentlichkeit zu sagen. Das ist ein Armutszugnis!) Ich glaube nicht, daß Dr. Heck davon etwas in der Pressekonferenz sagt.

Dann hatten Sie, Frau Weber, wohl gesagt, daß das Thema „Die Frau in der Volkswirtschaft“ nicht richtig formuliert sei, sondern das Thema könnte etwas umfassender sein, vielleicht „Die Frau im Staate“ oder wie Sie es formulieren wollen.

Herr Dufhues hat gewünscht, daß die konkreten Fragen, die die Wähler unmittelbar interessieren, stark angesprochen werden.

Herr Blank hat dringend darum gebeten, den Fraktionsvorsitzenden sichtbarer zu machen. Darüber ist nun mit ihm sehr eingehend gesprochen worden.

Nun sehen Sie sich den Ablauf des Programms an! Wir beginnen am Sonntag mit der Vorstandssitzung und der Parteiausschußsitzung. Am Montag morgen sind die Gottesdienste. Dann ist die Eröffnungssitzung. Der Dienstag steht unter dem Oberbegriff Dr. Konrad Adenauer, dazu die Außenpolitik, die Verteidigungs- und die Sicherheitspolitik. Am Mittwoch hält das Hauptreferat Professor Erhard, dazu die gesamte Innenpolitik. Wir haben aber an allen Tagen noch genügend Zeit zur Diskussion offengelassen. Am Schlußtag sollen dann die aus den beiden Haupttagen hervorgehenden Resolutionen mit Anregung für die Bundestagswahl verabschiedet werden.

Nun hat Herr Blank gefragt: Wie soll man schließen? Soll man noch einmal einen sichtbaren Akzent unter alles setzen, oder soll man nur sagen, es war alles schön, wir gehen nach Hause?

Das Wahlgremium hat dazu folgendes gesagt: Um einen sichtbaren Akzent zu geben, begründet Dr. Krone aus staatspolitischer Sicht diese Thesen, die der Parteitag für den 17. September 1961 aufstellen wird, noch einmal und stellt sie groß und sichtbar heraus. Von Hassel leitet als Wahlkampfleiter über und entläßt die Delegierten mehr oder weniger mit einem kräftigen Appell und der richtigen Schlußformel in den Wahlkampf. Dann ist das irgendwie eine geschlossene Geschichte.

Mit mir können Sie natürlich machen, was Sie wollen. Sie können mich ganz streichen, Sie können mich auch dreimal aufführen, am Anfang, in der Mitte und am Ende. Mir ist es völlig gleichgültig, ob ich mitwirke oder nicht. Ich lege nur Wert darauf, daß wir versuchen sollten, die Dinge so oft wie möglich zu überlegen, damit es eine abgerundete, würdige und schwungvolle Angelegenheit wird, so daß jeder von uns sagen kann: Nun gehen wir mit aller Kraft in den Wahlkampf hinein. So ist das Konzept; so ungefähr haben wir es uns gedacht. Aber es ist sicherlich schwer, alles unter einen Hut zu bringen.

Gerstenmaier: Mein lieber Freund von Hassel! Wenn ich jetzt boshaft wäre, würde ich sagen, ich erinnere mich hierbei an meine Studententage in Rostock. Dort pflegten meine Kameraden, wenn sie vom SA-Dienst nach Hause zurückkehrten, unterwegs eine Molle zu trinken, wobei sie dann bei der Molle sagten: Wie Ihr's Euch denkt, wird Deutschland nicht erwachen; denn Ihr seid dumm und seid nicht auserwählt.

Es kommt die Zeit, in der man sich erzählt: Mit solchen Leuten ist kein Spaß zu machen.

Ich will nur daran erinnern, daß es schon damals in der studentischen Jugend Kritik gab. Ich will dazu sagen, meine lieben Freunde, ich halte dieses Programm so nicht für richtig. Da steht ein Haufen von Sachen; denn es kommen die einzelnen Ressortminister hinzu. Freund Lücke bewahrt mich davor, hier zuzustimmen; denn in 20 Minuten kann ein Minister über sein Ressort nicht genügend viel sagen, wenn er über eine einfache Proklamation von Thesen hinausgehen soll. Das ist doch in 20 Minuten nicht möglich. Ich habe Bedenken, daß wir hier vielerlei bieten und damit die Diskussion in ihrer Klarheit und Wahrheit nicht lebendig, sondern tot machen.

Mein Vorschlag in der Vorbesprechung war, den ich auch jetzt noch vertrete, auf diesem Programm nur in Erscheinung treten zu lassen den Bundeskanzler und den Bundeswirtschaftsminister mit zwei Kardinalthemen, über die dann diskutiert wird, und zwar in einer möglichst freien Diskussion, keineswegs nur eine unter den sogenannten Großkopfeten, die hier am Tische sitzen, vereinbarte Diskussion, sondern eine, zwar auch von diesen Großkopfeten mitgetragene, aber nicht ausschließlich gesteuerte Diskussion um die beiden großen Themen „Die deutsche Sicherheitspolitik“ und „Die deutsche Wirtschaftspolitik“ oder, noch attraktiver, „Konrad Adenauer – Was wird mit unserer Sicherheit?“ und „Ludwig Erhard – Was wird mit unserem Geld?“, und zwar als Aufhänger für die ganze Frage der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit.

Wir müssen uns darüber einig sein, daß wir diesen Wahlkampf nur gewinnen werden, wenn wir unserem Volk als Garant für seine Sicherheit nach innen und nach außen besser sind als alle anderen. Es ist doch so, daß sich die FDP insbesondere vor die Protestanten stellt und ihnen sagt: Als Remedium peccati – als Heilmittel gegen die Sünde – müßt Ihr FDP wählen. (*Albers*: Ich bin kein Theologe, ich kann hier nicht mehr folgen!) Herr Albers! Remedium peccati heißt soviel wie Strafe im Sinne des Heilmittels gegen die „schwarze“ Sünde. Das ist die Kampfsituation für einen großen Teil der Leute von uns. Nicht weil Mende ein schöner Mann ist, wird er gewählt, wie Professor Heuss in einer völligen Verkennung der deutschen Volkpsychologie meinte, daß das eine Werbung für die Wahl sei. Das ist doch alles Quatsch. Die Gefahr besteht eben darin, daß die Leute sagen: 1. Man darf sie nicht zu groß werden lassen, 2. sind sie alle zusammengenommen zu schwarz.

Deshalb muß man versuchen, über andere Parteien – nicht konstruktiv, aber korrektiv – auf die Politik, die man im übrigen weiter haben will, auch wenn man mit uns nicht einverstanden ist, weiter einzuwirken. Achten Sie auf diese psychologische Situation, da es sich bei allem darum handelt, nur korrektiv in dieser Wahl 1961 auf die bisherige Regierungspartei einzuwirken. Es ist nicht mehr drin, ihr ein anderes konstruktives Programm entgegenzusetzen nach diesen zwölf Jahren. Wir sollten aber alles tun, um a) dem psychologischen und b) dem Tiefenkomplex der deutschen Seele Rechnung zu tragen. Wir müssen sagen, was ist mit unserer Sicherheit. Wir wollen so weitermachen, wie wir es in den letzten acht Jahren getan haben; jedenfalls soll es

zumindest nicht schlechter werden. Der Besitzstand muß mindestens gewahrt bleiben. Wer ist dafür am besten? Antwort: Die CDU.

Immerhin ist Konrad Adenauer 86 Jahre alt. Es wäre natürlich besser, wenn er 56 wäre, aber immerhin, ganz egal, ob Adenauer oder Erhard, das bisher Erreichte muß gewahrt werden; denn sie sind die Garanten unserer Sicherheit.

Wir müssen den Leuten sagen, was mit unserem Geld wird. Wenn die SPD ans Ruder kommt, wenn der schöne Mende das Zünglein an der Waage wird, dann weiß kein Mensch, was mit uns werden wird. Es geht also bei dieser Wahl ums Geld, meine Damen und Herren, nicht so sehr um die geheiligten Grundsätze weltanschaulicher Art, wie wir sie bei dem Kulturkongreß in Gelsenkirchen⁹ vertreten haben. Die Frage lautet: Was wird mit unserem Geld und mit unserer äußeren Sicherheit? Geld bedeutet in erster Linie soziale und wirtschaftliche Sicherheit. Konrad Adenauer bedeutet äußere Sicherheit zusammen mit den Amerikanern.

Mein Vorschlag war es deshalb, monumental auf diese beiden Kardinalkomplexe abzustellen und deshalb im Programm nur Adenauer und Erhard in Erscheinung treten zu lassen. Aber nein, es muß anders sein, wir müssen beinahe 50 Themen debattieren, als ob wir eine ausgewachsene Regierungserklärung, aufgeteilt in Ressortminister und vertreten durch Diskussionsgruppen, die für das einzelne Fach besonders zuständig sind, vor dem deutschen Volk abhandeln müßten.

Ich halte es aus massenführerischen und psychologischen Gesichtspunkten für falsch, diese vielen Themen zu behandeln, die für die Leute nicht mehr zu überblicken sind. Wir sollten einige wenige große Gesichtspunkte herausstellen und sie dann in einer lebendigen Diskussion unterstreichen.

Was mich betrifft, meine Herren Mitvorsitzenden, so kann ich nur sagen: Ich bin tief geehrt, daß ich über ein liturgisches Thema reden darf. (*Zuruf*: Sie können das Thema selber bestimmen!) Mir bleibt hier nur die Liturgie vorbehalten. Das war bei allen Parteitagungen seit 1953 so: Nur die Liturgie! Ich bin daran gewöhnt, könnte ich sagen, aber, meine Damen und Herren, wenn ich meine Freunde Altmeier und Süsterhenn ansehe ... (*Zuruf*: Zwei gute Vorbilder!) und hinter ihnen die Folgen der Urteilsbegründung von Karlsruhe¹⁰ betrachte, dann frage ich mich, in welchem Vaterland befinde ich mich eigentlich. Soll ich zum Thema „Vaterland“ oder „Deutsche Länder“ – soweit habt Ihr es gebracht – den liturgischen Ton ausnahmsweise verlassen, was mir nicht konzidiert wird in dieser Partei, und damit hineinfassen in das, was in Karlsruhe anhängig ist und vor allem zwischen uns in der CDU steht? Was ist denn eigentlich mit dem Vaterland Deutschland? Was ist eigentlich damit los? Sind wir ein Deutschland der Vaterländer, oder wie ist es damit? Sollen wir das Thema einmal

9 Kulturpolitischer Kongreß der CDU vom 28. bis 30. November 1960. Referate in CDU (Hrsg.): Erziehung-Bildung-Ausbildung. Zur Kulturpolitik der CDU. Bonn 1961. – Akten: ACDP VII-004-128/1 und -AO 2129 und -AO 2217.

10 Vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 12 Nr. 23 S. 205–263 – Urteil vom 28. Februar 1961 (2 BvG I, 2/60) betr. Fernsehstreit.

ernstlich auf die Hörner nehmen? Ich würde dafür votieren, wenn wir nicht gerade vor einem Wahlkampf stünden, diesen Strauß auszufechten. Diese Debatte würde lustig werden und endlich einmal eine belebende Wirkung haben. (*Zuruf*: Kann man nur in einer geschlossenen Gesellschaft machen!)

Krune und gut, ich bitte Sie, noch einmal zu überlegen, ob Sie wirklich alle diese Themen auf dem Programm erscheinen lassen wollen, wobei ich noch zum Thema „Entwicklungshilfe“ folgendes sagen möchte: Nachdem Gerstenmaier darüber nicht redet, weil er nicht die Zuständigkeit hat, wird mir von Herrn von Hassel zugeflüstert, daß er es nicht machen will. Infolgedessen muß der baden-württembergische Ministerpräsident hier eintreten und über Entwicklungshilfe reden, kaum nachdem er den Krach gehabt hat mit der Regierung, der noch lange nicht ausgetragen ist.¹¹ Ich frage mich, ob wir einen Sauhaufen haben! Herr von Brentano sagt, die Zuständigkeit gehört eigentlich zu mir. Erhard sagt – Erhard ist mein Freund, deshalb kann ich es offen sagen: Der kann lange darüber reden mit seinen Diplomaten. Ich mache eine Hausverfügung, und dann haben wir zwei Entwicklungsministerien; wenn wir nicht vier haben, denn den Wilhelmi gibt es außerdem noch.

Meine Damen und Herren! Was sind das für Sachen! Das können wir doch nicht machen. Wir haben doch kritische Zuhörer. Und wenn wir solche kontroversen Dinge machen, dann muß entweder gehauen oder gestochen werden, oder wir sagen lieber gar nichts. Also, schon aufgrund dieses einen Beispiels – abgesehen von meiner liturgischen Einleitung – möchte ich zur Erwägung geben, ob dieses Programm das beste aller denkbaren Rezepte ist.

Krone: Ich will nicht so humorvoll reden wie der Bundestagspräsident. (*Zuruf*: Das ist schade!) Es ist ganz gut, wenn Freund und Kollege Gerstenmaier ein entsprechendes Niveau dort bringt, wo es auch bei ihm hingehört. Sie mögen daraus ersehen, wie schwer es für Herrn Heck war, etwas aufzustellen, wozu auch die Gespräche mit dem Bundestagspräsidenten gehört haben. Das weiß er auch ganz genau. (*Gerstenmaier*: Natürlich weiß ich das!)

Es war nämlich sein Vorschlag, Adenauer und Erhard groß herauszustellen und dann über die Referate zu diskutieren. Er ist gar nicht so schlecht, dieser Vorschlag. Und dann sagte der Bundeskanzler: Das halte ich für verkehrt. Wenn nur ich und Erhard reden und die anderen nicht, kommt mir das ein bißchen nackt vor. Wir müssen auch die Bauern, die Vertriebenen usw. ansprechen. Nun kam dieses Programm zustande. Nennen Sie es Kompromiß. Sie haben völlig recht, daß das

¹¹ Gerstenmaier spielt vermutlich auf Auseinandersetzungen zwischen Kiesinger und der Bundesregierung an, die eine Art Neben-Außenpolitik Baden-Württembergs im Bereich der Entwicklungshilfe befürchtete. Vgl. Verhandlungen des Landtags Baden-Württemberg 3. WP vom 1. Dezember 1960 S. 615–638; „Deutsche Zeitung“ vom 25. Januar 1961 („In Stuttgart blickt man gern nach Bonn. Die baden-württembergischen Politiker haben höhere Ambitionen“); „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 20. Dezember 1961 („Ministerpräsident Kiesinger und das Jahr 1961“).

nicht vollkommen ist, lieber Freund Gerstenmaier. Wir haben mit Ihnen gesprochen über ein Sachreferat, und zwar sehr eingehend, das wissen Sie doch ganz genau. (*Gerstenmaier*: Über Entwicklungshilfe!) Dafür interessieren Sie sich auch, und dann sagten Sie nein. Auch das verstehe ich. Wir wollen Sie nicht zum Chefideologen haben, obwohl ich das Ideologische genauso ernst nehme wie Sie. Wir haben Sie mit Ihrem Referat an die Spitze gestellt in der Hoffnung, daß Sie nicht liturgisch, sondern politisch reden, das wissen Sie ganz genau. Der Gedanke war, daß Sie einleiten und den inneren Trend angeben, der unseren Parteitag durchziehen soll. Und deshalb liegt Ihre Funktion an der Spitze des Parteitages. Gerade in Köln sollen Sie das sagen. Am Schluß sollen dann ein paar reden, nicht einer allein. Das sind die Motive, die uns veranlaßt haben, Ihnen dieses Programm vorzuschlagen.

Heck: Es wäre ganz amüsant, wenn ich nun in drei Stunden berichten würde, was bei diesem fünf Wochen währenden Gespräch im einzelnen an Gesichtspunkten aufgetreten ist. Aber es würde uns nicht weiterbringen. Mein Eindruck ist folgender: Das ist sicher nicht der beste von allen möglichen Vorschlägen, aber es ist ein Vorschlag, der sich herauskristallisiert hat, nachdem nach allen Seiten hin Fühlung aufgenommen und die Dinge durchgesprochen worden waren. Die Schwächen dieses Programms sind, wenn Sie wollen, vielleicht die Schwächen unserer Partei, vielleicht auch die Schwächen der Bevölkerung. Ich bin nicht der Meinung, daß ein Programm von allen einhellig gleich beurteilt werden kann und soll. Deswegen ist es notwendig, daß wir alle Gruppen der Bevölkerung ansprechen sollen, diese auch zu berücksichtigen.

Ich verstehe einen Einwand von Herrn Gerstenmaier nicht. Vielleicht liegt hier ein Mißverständnis zugrunde. Es soll bei den Einzelthemen nicht das Thema in extenso und im Detail behandelt werden, sondern es soll so gemacht werden, daß das Thema in seiner Wesensform für die Diskussion exponiert wird.

Ich möchte nach wie vor daran festhalten, daß wir die Diskussion nicht nur denen überlassen, die sonst in der Politik nie zu Worte kommen, sich aber deswegen auf dem Parteitag dazu melden, sondern daß die Diskussion von den führenden Kräften der CDU/CSU in Bund und Ländern getragen wird. (*Albers*: Aber auch von den anderen!) Selbstverständlich! Das haben wir sowieso nicht in der Hand, wer sich meldet oder nicht. Es ist gar nicht vorgesehen, daß das irgendwie kommandiert werden soll. (*Albers*: Es kommt doch keine echte Diskussion!)

Frau Weber, es ist klar, daß wir uns die Wirkung nicht von der Demoskopie diktieren lassen, aber wir handelten nicht klug, wenn wir diese Umfragen nicht berücksichtigten. (*Weber*: Aber nicht aussprechen!) Das wird auch mit Sicherheit nicht ausgesprochen; es sei denn, das geht aus diesem Raum hinaus.

Das Thema für die Frauen ist besprochen worden mit Frau Brauksiepe, die sich ihrerseits mit ihren Kolleginnen über die Sache unterhalten hat. Gedacht ist daran, daß die Frau in ihrer Bedeutung als Hausfrau und damit in ihrer Bedeutung für die Industrie behandelt wird. Eine neue Frage taucht hierbei auf, die ganz neue Probleme aufwirft, nämlich das Einströmen der Frauen in das Berufsleben, bei dem die Frauen

heute tatsächlich zu einem beträchtlichen Teil einen Doppelberuf ausüben, nämlich den der Hausfrau und einen anderen dazu.

Zum Thema der Heimatvertriebenen! Das ist eben die Schwierigkeit. Wir waren der Meinung, daß dieses Thema bei den einzelnen Themen sowohl bei der Exponierung als auch bei der Diskussion angesprochen werden soll, nicht aber ein eigenes Referat dafür vorgesehen wird. Ich gestehe Ihnen offen, wir haben davon Abstand genommen, weil dann häufig weitere Forderungen kommen. Es müßten die Jugend und der Themenkreis, der sich um sie rankt, auch angesprochen werden. Es kommen die Kriegsversehrten usw. hinzu. Ich gebe zu, daß das nicht ganz vergleichbar ist, aber ich meine doch, daß wir eigentlich an einem Punkt der Entwicklung angekommen sind, wo man nicht mehr so sehr unterscheiden sollte zwischen 75 % Einheimischen und 25 % Vertriebenen, sondern man kann wohl die 100 % insgesamt sehen.

Was noch ergänzend zu sagen ist, kann dort, wo es hingehört, mit angesprochen werden. Es wäre im einzelnen zu klären, ob das Programm geändert werden soll. Ich bitte jedoch, jeweils zu berücksichtigen, welche Konsequenzen jede einzelne Änderung im Gesamtgefüge des Programms nach sich zieht.

Gurk: Es ist für uns Hintersassen, die wir am Schluß der Verhandlung hierherkommen, ziemlich schwer, zum Programm Stellung zu nehmen. Ich möchte mich auf eine grundsätzliche Bemerkung beschränken. Ich halte die Grundanlage, bei aller Würdigung der Aussage und Erklärung unseres Freundes Gerstenmaier, doch für richtig, auch psychologisch, weil im Land draußen der Eindruck verstärkt werden muß, daß die CDU über eine Reihe starker Männer verfügt. Allerdings darf ich sehr darum bitten, daß die Herren, die die Einleitungsreferate für die Diskussion halten, trotz aller an sich möglichen Ausweitung ihrer Themen, sich auf 20 Minuten beschränken; denn es kommt nicht darauf an – da gebe ich Herrn Gerstenmaier recht –, eine weite Streuung von Wissensstoffen zu verbreiten, sondern darauf, daß in den 20 Minuten auch wirklich Kraft ausgestrahlt wird, daß man im Volk sieht, hier sind diese Männer. Das können sie in 20 Minuten machen. Und wenn sie das tun, dann ist diese Breitenstreuung richtig.

Ein Zweites! Lieber Freund Präsident Gerstenmaier! Unterschätzen Sie die Thematik nicht, die Sie bescheidenerweise als Liturgie bezeichnen. Das ist viel, viel mehr. Das ist gleichsam das Referat, das die zusammenhaltende Kraft unserer Bewegung darstellen muß. Wir können nicht nur pragmatisch vorgehen, sondern wir müssen auch eine innere Substanz haben. Ich könnte mir denken, daß Sie sich speziell an die Jugend und an die Jungwählerschaft wenden. Das würde ich als Ihre besondere Aufgabe ansehen.

Ich darf nur auf eines hinweisen, nämlich auf die wachsende Abstinenz der sogenannten Intellektuellen gegenüber der Politik, gegenüber der Auseinandersetzung mit der Macht. Ich meine, Freund Gerstenmaier, Sie haben das bisher in glanzvoller Weise gemacht. Ich würde dieses Referat mit gewohnter Wucht an die Spitze dieses Parteitages stellen. Und wenn Sie dann Adenauer und Erhard groß herausstellen und

dazu eine Reihe weiterer Männer mit einem kurzen, aber kraftvollen Referat, dann sprechen Sie damit m.E. die Bevölkerung weitgehend an. Ich sehe jedenfalls darin einen Erfolg für den Wahlkampf.

Süsterhenn: Ich möchte in der Gesamtbeurteilung des Programms durchaus dem zustimmen, was Herr Gurk gesagt hat. Das Programm ist in der Anlage und insgesamt unter Berücksichtigung all der verschiedenen Gesichtspunkte, die hier hineinspielen, gut. Man kann es in dem einen oder anderen Punkt vielleicht noch verbessern. Wir haben aber im übrigen durchaus noch die Möglichkeit, weitere Gesichtspunkte in die Diskussion hineinzubringen. Wir können die von Herrn Dufhues angeschnittene Frage wegen der Verunreinigung der Luft, des Wassers usw. an einer geeignet erscheinenden Stelle in die Diskussion einbeziehen.

Was nun die kulturelle und weltanschauliche Seite dieses Parteitages angeht, so nehme ich die Worte, die Herr Gerstenmaier gesprochen hat, nicht ganz ernst. Ich glaube auch, er hat sie nicht ganz ernst gemeint, sonst würde das Bild, das ich mir bisher über ihn gemacht habe, ganz wesentlicher Korrekturen bedürfen. (*Heiterkeit.*)

Im übrigen hat Herr Krone einiges gesagt. Wenn wir vor Wahlen stehen, dann müssen wir unseren Blick immer nach zwei Seiten richten. Die eine Seite sind die sogenannten Wirtschaftswunderwähler, die uns zu einer Majorität verhelfen sollen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir auch einen wesentlichen Stamm von weltanschaulich überzeugten Kernwählern haben, die uns genauso notwendig sind wie die anderen. Wir müssen also nach beiden Seiten unsere Dispositionen treffen.

Darüber sind wir uns wohl einig; nur klang es aus Ihren Worten, Herr Gerstenmaier, eben etwas anders. Ich meine, wir können es uns nicht leisten, einen Parteitag kurz vor der Wahl zu veranstalten und dabei die Kulturpolitik völlig unter den Tisch fallen zu lassen. Wir haben unseren kulturellen Tribut schon auf dem ersten Kulturkongreß von Gelsenkirchen geleistet. Ich möchte aber darum bitten, daß Herr Gerstenmaier bei seinem Grundsatzreferat und Herr Krone bei seinem Schlußwort auf die Gedanken von Gelsenkirchen irgendwie Bezug nehmen, so daß das Kulturprogramm in diesen Parteitag einbezogen wird. Ich denke hierbei nicht an ein bestimmtes Referat; aber am Anfang und am Schluß müssen diese Dinge mit erwähnt werden.

Ich möchte an Herrn Gerstenmaier noch eine Bitte richten. Er hält ein Referat „Deutschland, unser Staat und unser Vaterland“. Er hat eben einige Glossen zu diesem Referat hier gemacht. Er hat einige Möglichkeiten angedeutet, wie ein solches Referat unter Umständen behandelt werden könnte. Ich möchte ihn dringend und herzlich bitten, in diesem von ihm angedeuteten Sinne das Referat nicht zu halten, und zwar auch im Hinblick auf die Wahl. Herr Präsident Gerstenmaier! Auch dieses Thema ist viel zu ernst, als daß man es mit einigen allzu souveränen Schlenkern abtun könnte. Über diese Dinge muß ernsthaft diskutiert werden, aber nicht nur so von oben herunter und so, daß man einige Leute wie Herrn Altmeier und mich immer lächerlich zu machen versucht.

Sie haben schon häufig, bei allen möglichen Reden, so einige Schlenker nach

dieser Richtung in puncto Föderalismus gemacht. Ich habe schon häufig die hohe Ehre gehabt, in diesem Gremium von Ihnen namentlich zitiert zu werden. Es ist jetzt nicht der Platz und der Ort und die Zeit, dieses Thema zu behandeln. Aber ich möchte Ihnen sagen, Herr Präsident Gerstenmaier, wenn Sie auf dem Bundesparteitag ähnliche Schlenker in Ihre Eröffnungsrede einbauen, dann werde ich mich in der Diskussion sehr deutlich und gründlich zu Wort melden und andere auch.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Es ist keine leichte Sache, eine solche Rede auf dem Parteitag zu halten. Herr Süsterhenn! In der evangelischen Kirche wie in der katholischen Kirche ist es dem Liturgiesänger vorgeschrieben, sich an die Agende zu halten. (*Süsterhenn:* Aber Politik ist doch keine Liturgie!) Er darf sich nicht einfallen lassen, daherzureden oder zu singen, was ihm so paßt, sondern er muß es so halten, wie Sie es gerade jetzt angefangen haben zu unternehmen, um deutlich zu machen, wie sich der Sprecher unserer Partei bei diesem Thema zum Beginn des Parteitages verhalten müsse; denn es wurde mir aufgegeben oder gewünscht, was ich sagen müsse, und zwar soll ich etwas zur Kultur sagen. Aber hier ist es doch dem Sprecher untersagt, eben das zu sagen, was er selber meint und wo uns dieses Thema bei dieser Formulierung – das ist übrigens gar nicht von mir formuliert worden, sondern ich höre es jetzt zum erstenmal – eigentlich hinführen müßte. Ich hätte mir erlaubt, einen Vorschlag zu machen, aber Sie haben gesagt, Herr Heck, „Deutschland, unser Staat und unser Vaterland“.

Verehrter Herr Professor Süsterhenn! Wenn ich die Rede halten soll, würde ich sagen, daß ich nicht im Programm erscheine. Ich bin dagegen, daß wir im Programm erscheinen. Ich bin für das, was ich eben ausgeführt habe, aber Sie können abstimmen, und wenn ich unterliege, dann nehme ich das hin. Aber was ich verstehe unter „Deutschland, unser Staat und unser Vaterland“, das ist genau das, was der Bonner Ehrenbürger Ernst Moritz Arndt¹² eines Tages gefragt hat: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ Und bei ihm würde es im Programm so heißen, wenn es unbedingt sein müßte: Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier – Was ist des Deutschen Vaterland? – Aber das wollen Sie ja gar nicht! Und jetzt verstehe ich auch, daß Sie es nicht wollen; denn wenn ich dazu so ein bißchen reden soll, dann, verehrter Herr Süsterhenn, geht es nicht mehr um Schlenker, sondern dann geht es um eine Kernfrage: In welchem Staat, in welchem Staatsgebäude und Staatsgehäuse befinden wir uns überhaupt? Stehen wir noch bei dem Dokument Nr. 1 vom 1. Juli 1948¹³, oder stehen wir in einem von uns gestalteten und unter unserer Verantwortung stehenden Deutschland nach zwölf Jahren harter Arbeit? Wo stehen wir eigentlich und wohin wollen wir? Was ist denn

12 Ernst Moritz Arndt (1769–1860), Schriftsteller; 1812–1815 Privatsekretär des Freiherrn vom Stein, 1818–1820 und seit 1840 Professor (Geschichte) in Bonn.

13 Konferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten in Frankfurt am 1. Juli 1948. Wortlaut der drei von den Militärgouverneuren vorgelegten Dokumente in: Der Parlamentarische Rat 1948–1948. Akten und Protokolle. Bd. 1: Vorgeschichte. Bearb. von Johannes Volker Wagner. Boppard 1975 S. 30–36.

des Deutschen Vaterland? Das wollen Sie aber doch nicht. (*Zuruf*: Nicht vor der Wahl!)

Nun, die einen wollen es nicht vor der Wahl, die anderen überhaupt nicht; denn dann gibt es den schönsten Familienkrach, und es vertieft weiter den Krach, den ich gern geschlichtet hätte, aber ich habe wenig Glück dabei gehabt mit dem zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichtes. Ich rede jetzt nicht von dem Urteil, das nehme ich hin, aber was in der Urteilsbegründung steht, das ist nicht nur kontra, das ist auch konträr.

Eine solche Rede wollen wir also jetzt halten, und zwar aus verschiedenen Gründen. Und nun soll ich doch etwas über die Kultur sagen. Ich beabsichtige aber nicht, mich innerhalb vier Monaten, die seit dem Gelsenkirchener Kongreß vergangen sind, einfach schlicht zu wiederholen. Sie haben mir, Herr Kraske, die Ehre angetan und für Gelsenkirchen eines der Grundsatzreferate übertragen. Warum soll ich jetzt wieder darüber etwas aussagen? Wiederholen mag ich mich nicht. Wozu auch! Und wenn ich über Kultur auch politisch und nicht nur liturgisch spreche, dann bin ich unbedingt wieder bei der Urteilsbegründung von Karlsruhe angelangt, wenn ich nicht meine Augen wie Scheuklappen vor der harten Wirklichkeit schließen will. Also, das kann man nicht machen.

Und nun frage ich, was sollen wir denn machen? (*Zuruf*: Schlagen Sie doch selber ein Thema vor!) Sollen wir über die gesamtdeutsche Verpflichtung reden? Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Ihnen folgendes erkläre: Sie werden mir sagen wollen, daß wir damit eine Sache an den Anfang dieses Parteitages bringen, der mit dem ersten Trompetenstoß die Leute zum scharfen Hinhören zwingt. Ich betrachte aber dieses Verfahren nur etwa als die Rolle eines Herolds, der, mit einer schönen Trompete geschmückt, hervortritt und blasen darf und dann wieder zurücktreten muß, aber am anderen Morgen kommt der Hauptmann und sagt, was eigentlich passiert ist, und zwar in einer anderen Rolle. (*Zuruf*: Es gibt hier leuchtende Vorbilder!) Ich wäre auch bereit, in Demut weiter zu dienen, nur muß es einen politischen Sinn haben; aber eine Statistenrolle in dieser Sache spielt Gerstenmaier nicht.

Von Merkatz: Es sind unter den Themen einige – z.B. die Entwicklungshilfe –, die zusammengefaßt werden können. Ich bin damit einverstanden. Die Fragen der Bauern, der Landwirtschaft, des Eigentums usw. sind alles Themen, deren Zusammenfassung von mir bejaht wird. Aber demgegenüber gibt es eine Frage, die das heutige Gesicht Deutschlands mitbestimmt, nämlich das Schicksal der Flüchtlinge und der Heimatvertriebenen.

Herr Heck sagte, wir seien an einem gewissen Reifegrad angekommen, wo dieses Schicksal in seiner äußeren Erscheinungsform mit eingeschlossen und eingegliedert sei. Dem muß ich leider widersprechen. Natürlich muß man ihnen das im materiellen Sinne zugestehen, und ich muß hierin Herrn Heck auch recht geben, aber aus psychologischen Gründen muß ich doch widersprechen; denn hier liegt noch etwas vor, weil alles das, was diese Menschen erlebten und noch erleben, niemals mit organisatorischen Maßnahmen allein zu meistern ist. Ich sehe diese Dinge

etwas anders. Ich halte es aus psychologischen Gründen für unbedingt notwendig, daß diese Fragen durch einen Vortrag zusammengefaßt werden, und zwar nach zwei Gesichtspunkten: 1. Was wurde geleistet, und 2. was war der Sinn der Leistung für dieses Deutschland, wie es heute geworden ist? (*Fricke*: Der Beitrag der Flüchtlinge und Vertriebenen zu dieser Leistung!) Ja! Es soll keiner auf die Idee kommen, die CDU interessiere sich im Grunde genommen für andere Dinge und gehe an diesen wichtigen Fragen vorbei. Ich weiß, es ist eine schwierige Frage, aber ich bitte um Ihr Verständnis für meine Anregung.

Heck: Ich glaube, daß ein Thema, das in einem ganz bestimmten Punkt zur geistigen Klärung beitragen soll, schlecht charakterisiert ist, wenn man es als Liturgie bezeichnet. Nach meiner Meinung sind wir an einem Punkt angelangt, wo unserem Volk etwas zu sagen ist zum Thema „Vaterland und Staat“; denn es ist doch tatsächlich so, daß fast alle Schichten ohne ein Geschichtsbewußtsein darin leben, (*Zurufe*: Sehr gut!) daß also dieses Volk kein nationales Bewußtsein mehr hat. Dieser Begriff ist fast verfehmt. Man setzt sich sogar einem Verdacht aus, wenn man erklärt, daß dieses Volk kein Staatsbewußtsein habe. Ich meine, man kann diese Erkenntnis heute fast mit Händen greifen. Unser Volk ist an einer Stelle angekommen, wo ein Gefühl bewußtgemacht werden muß. Ich halte deswegen dieses Thema für außerordentlich nützlich. Dem Parteitag würde etwas Wesentliches fehlen, wenn das verlorenginge.

Und nun muß ich doch aus der Schule plaudern. Der Herr Bundestagspräsident hat die Aufgabe dieses Referates selber einmal am trefflichsten charakterisiert, indem er sagte: Das muß die Präambel zu dem werden, was der zweite und der dritte Tag bringen. Der Herr Bundestagspräsident – man braucht ihm gar nicht zu widersprechen – hat bei den Vorbesprechungen von sich aus im Hinblick auf die Wahl erklärt, daß diese ganzen Probleme, die mit der Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts, aber mehr noch mit der Rede von Dr. Geiger¹⁴ angesprochen sind, (*Gerstenmaier*: Und Meyers!) auf dem Parteitag nicht gelöst werden können. Ich bin allerdings der Meinung, wenn die Wahlen herum sind, dann müßte dieses Thema einmal in einer Bundesvorstandssitzung in extenso diskutiert werden. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Ich möchte meinen, daß es bei der Aufgabenstellung für den Präsidenten Gerstenmaier bleiben soll, wobei die Formulierung des Themas natürlich anders gewählt werden kann. Das war ein Vorschlag, den ich gemacht habe aufgrund des Eindrucks aus den Gesprächen mit dem Präsidenten Gerstenmaier, um was es ihm bei dieser Sache geht. Wenn ich nicht genau ins Schwarze getroffen habe, dann wird er – davon bin ich überzeugt – um so besser ins Schwarze treffen.

14 Dr. Willi Geiger (geb. 1909), 1950–1977 Richter am BGH, 1951–1977 am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, seit 1952 Honorarprofessor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Vgl. PROTOKOLLE I S. 185 Anm. 31. – Geiger sprach auf dem Kongreß über den Föderalismus, der am 9./10. März 1961 in Mainz stattfand. Auszüge aus dem Vortrag in FAZ vom 29. März 1961 („Die Pflicht zu bundesfreundlichem Verhalten“); vgl. auch FAZ vom 10. März 1961 („Die Länder rüsten zu Vorstößen gegen den Bund“).

Von Hassel: Wir sind am Ende unserer Rednerliste. Lassen Sie mich versuchen, die Diskussion zusammenzufassen. Über den ersten Tag hat Herr Heck ausreichend berichtet. Wir sind wohl alle davon überzeugt, daß unser Freund Gerstenmaier – bei allem Temperament, das er im kleinen Kreise entwickelt – ein Referat halten wird, wie wir das in den vergangenen Jahren von ihm gewohnt sind. Ich bin der Meinung, daß es aufgrund dieses Referats ein großes Interesse und Vertrauen für den Parteitag geben wird.

Können wir davon ausgehen, daß Sie mit dem Ablauf des ersten Tages einverstanden sind? (*Zurufe:* Ja! – *Schmidt:* Wie ist es mit dem Thema „Was ist des Deutschen Vaterland“?) Darf ich anregen, daß sich die Herren Gerstenmaier und Heck zusammensetzen. Sie werden sicher das entsprechende Thema finden, das uns alle befriedigen wird.

Gerstenmaier: Die Herren sollen sagen, ob Sie damit einverstanden sind. Ich will nachher keine Vorwürfe bekommen, daß ich illoyal gewesen sei. Herr Süsterhenn, ich meine das Thema „Was ist des Deutschen Vaterland?“. (*Süsterhenn:* Aber mit der Einschränkung, daß Sie diese innenpolitischen Streitigkeiten nicht auf dem Parteitag bringen!) Es ist völlig ausgeschlossen, daß wir darüber sprechen. Es ist auch völlig ausgeschlossen, daß man über einige Kernfragen überhaupt noch sprechen kann. Das ist doch unmöglich bei diesem Thema.

Von Hassel: Ich meine, daß es dem Parteitag gut anstünde, auch wenn es für uns selber die eine oder andere schwere Passage bringt, wenn wir dieses Thema ansprechen. Ich bin überzeugt, daß es ein ausgesprochen guter Erfolg sein wird. (*Weber:* Wenn wir den Mut haben, „Vaterland“ zu sagen! – *Even:* Herr Gerstenmaier! Sind Sie bereit, auch das Verhältnis der jungen Generation zum Staat zu behandeln?)

Gerstenmaier: Das ist doch eine der wenigen Chancen, die ich noch habe. (*Heiterkeit.*) Wie soll ich Herrn Süsterhenn den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen? (*Heiterkeit.*)

Von Hassel: Ich darf feststellen, für den ersten Tag ist von Ihnen das Einverständnis da.

Der zweite Tag steht unter dem Oberbegriff: Konrad Adenauer – Sicherheit, Außenpolitik und was dazu gehört. Das Thema lautet „Der Weg der CDU/CSU“. Vielleicht kann man noch eine bessere Formulierung finden. (*Heck:* Dieses Thema hat der Bundeskanzler selber gewünscht!) Gut! Wir nehmen das zur Kenntnis. Das Thema „Entwicklungshilfe“ gehört zur Frage der Sicherheit. Und wenn es nicht klar geht in Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika, dann brauchen wir uns über Sicherheit nicht zu unterhalten. Ich nehme an, das Programm des zweiten Tages, des Dienstags, ist ebenfalls klar.

Gerstenmaier: Sie können mich in allem überstimmen, aber ich warne Sie davor, die Sache auch noch auszuschreiben als Thema. Wenn es in der Diskussion aufkommt, schön, dann muß man sich ihm stellen, und man wird sich ihm stellen. Aber an diese Sache heranzugehen, ohne die eigentlichen Kernpunkte zu erwähnen, worauf doch die Öffentlichkeit sieht, ist unmöglich.

Albers: Ich nehme an, daß der Herr Bundeskanzler eineinhalb Stunden reden wird. Dann kommen vier Kurzreferate mit einer durchschnittlichen Dauer von 25 Minuten. Das sind zusammen 190 Minuten oder drei Stunden und zehn Minuten. Somit haben wir am Dienstagmorgen nur Referate. Am nächsten Tage haben wir sogar fünf Kurzreferate nach dem Hauptreferat. Ich bin der Meinung, die Herr von Merkatz vorgetragen hat bezüglich der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen. Hier müßte etwas Besonderes geschehen. Ich meine sogar, aufgrund dieses ganzen Programms könnte sehr leicht in der Öffentlichkeit die Meinung hochkommen, daß es sich hierbei um eine bestellte und gelenkte Angelegenheit handelt, und zwar in der Weise, der Parteitag nimmt Kenntnis von den Vorträgen und kann dann wieder nach Hause gehen. (*Gerstenmaier:* Sehr richtig!) Da kann ich nicht folgen, und ich bleibe deshalb bei meiner Auffassung.

Kraske: Ich darf ein Wort sagen zu der Geschichte dieses Kompromisses. Wir sind ursprünglich, als noch zur Diskussion standen die zwei Referate vom Bundeskanzler und vom Bundeswirtschaftsminister, davon ausgegangen, daß man auf einem Parteitag eine Diskussion nicht über einen ganzen Tag laufen lassen kann, sondern daß der Präsident des Parteitages nach einem solchen Referat erklären muß: Wir diskutieren nunmehr über die Außenpolitik, dann über die Sicherheitspolitik, dann über die anderen Fragen. Was hier im Programm steht, ist wirklich nur das, was zur Einleitung dieser Diskussion unerlässlich ist. Die Öffentlichkeit wird verstehen, daß man nicht über das gesamte Thema „Außenpolitik und Sicherheitspolitik“ oder „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ einen ganzen Tag lang diskutieren soll. Es muß also ein gewisses Gerüst vorgegeben werden. Mehr soll es nicht sein. Ich glaube nicht, daß man daraus den Vorwurf einer gelenkten Diskussion ableiten kann.

Von Hassel: Wir müssen zu einem Abschluß kommen. Es ist davon gesprochen worden, das Thema „Entwicklungshilfe“ als einen Unterbegriff aufzunehmen. Es wird aber mit Sicherheit sowieso in der Diskussion zum Ausdruck kommen, denn es gehört ja in die Außenpolitik hinein. Aber wenn Sie meinen, daß wir es hineinnehmen sollen, dann müssen wir uns darüber aussprechen. Der Herr Bundeskanzler hat ausdrücklich gebeten, eine Reihe von Beiträgen sichtbar in Erscheinung treten zu lassen. Sollen wir nun für die „Entwicklungshilfe“ einen eigenen Beitrag bringen oder nicht?

Heck: So dankbar ich für jede Streichung bin, so möchte ich doch auf eines aufmerksam machen. Die Frage der Entwicklungshilfe ist ein Thema, das in den letzten Jahren immer stärker in die öffentliche Diskussion gekommen ist. Es ist die Tendenz der Sozialdemokraten, uns als eine Partei zu betrachten, die nach 1945 vielleicht richtig war. Aber nun sagen sie: Zukunftsweisende Dinge, die nunmehr vor uns stehen, sind für die CDU uninteressant. Unter diesem Gesichtspunkt würde ich schon Wert darauf legen, daß das Thema in einer eigenen Diskussion behandelt wird. Die vorgetragenen Bedenken sind nicht aus dem Wege geräumt, wenn das Thema unter dem Referat von Herrn von Brentano behandelt wird. Was hier kontrovers in dem Raum steht, kann aber in der Diskussion genauso zum Ausdruck kommen, wenn es eigens besprochen wird. Einwände gegen die gesonderte Behandlung dieses Themas

wären nur dann gerechtfertigt, wenn man sagen könnte: Man behandelt dieses Thema überhaupt nicht, weil intern keine Einigung darüber besteht, wer soll nun was, wie und wo anpacken.

Gerstenmaier: Mein lieber Freund Heck! Wenn ich bis jetzt unentschieden war, so kann ich nunmehr sagen: Ich bin ganz entschieden dagegen und bitte den Bundesvorstand darum, diese Sache zu streichen. Lassen Sie sich nicht einreden, daß die SPD ein Geschäft machen könne mit dem deutschen Volk, wenn sie sich vor der Wahl 1961 noch großzügiger gibt in Sachen Entwicklungshilfe als das, was diese Regierung schon hundertmal verlautbart hat. Die SPD will beim deutschen Volk Ruhm und Ehre gewinnen, indem sie sagt: Wir leisten nicht 2,5 Milliarden, sondern der Brentano hat 8 Milliarden gesagt, der Erhard 4 Milliarden, der Bundestag hat von 2,5 Milliarden gesprochen, das sind im ganzen 14,5 Milliarden Mark Entwicklungshilfe. – Lassen Sie die SPD damit die Schlacht gewinnen im Herbst 1961! Seien Sie sich klar darüber, daß diese Geschichte immer unpopulärer wird und die Leute allmählich sagen, für die Lumumbas¹⁵ und ähnliche Kerle sollen wir unser Geld geben!

Hauen wir also nicht auf die Pauke wegen einer im Grunde nicht populären Geschichte, die, wenn man auf das Ganze unserer Partei sieht, was wir programmatisch den Wählern ins Bewußtsein bringen müssen, nicht von erheblicher Bedeutung ist. Es ist nicht wahr, daß die Entwicklungshilfe ein Programmpunkt Nr. 3, 4 oder 5 in unserer Parteipolitik ist. Das ist gar nicht wahr. Die Entwicklungshilfe ist ein Komplex, von dem ich mir bei einer sachlichen Diskussion auf dem Parteitag nichts anderes vorstellen kann als die bisherige Regierungspolitik; denn wir haben viel zu wenig Sachkenner. Und sogar bei den Sachkennern gibt es in Fragen der Organisation kontroverse Ansichten. Müssen wir nun diese Kontroverse auf dem Parteitag austragen? Unter dem Gesichtspunkt der Popularität ist nichts drin, was von Bedeutung wäre, insbesondere weil wir sehr unbeliebte Schwierigkeiten bei den Fachleuten haben wegen der Kompetenzen. Ich plädiere also dafür, dieses Thema zu streichen.

Krone: Ich schließe mich dem an, ohne mich mit allen Gründen, die Gerstenmaier angeführt hat, zu identifizieren; denn so einfach ist die Sache nicht, wie er es hier zum Ausdruck bringt.

Blank: Ich gebe unumwunden zu, ich würde mich dem Anliegen des Herrn Kollegen von Merkatz anschließen. Es geht nicht anders. Dann hätten wir einmal sechs und zum anderen drei Redner. Und nun überlegen Sie den technischen Ablauf. Herr Albers hat recht, wenn er davon spricht, daß jedes Referat mit allem Drum und Dran mindestens 25 Minuten dauern wird. Dann sind das schon 150 Minuten. Und Herr Erhard wird auch mindestens eine geschlagene Stunde, wenn nicht mehr, reden müssen, wenn er das Thema ganz behandeln will. 150 und 60 sind also 210

15 Patrice Hemery Lumumba (1925–1961), kongolesischer Politiker; 1958 Mitbegründer des „Mouvement National Congolais“ (MNC), 1960 Ministerpräsident der kongolesischen Zentralregierung, 1961 ermordet.

Minuten. Und da der Parteitag nicht um 8 Uhr, sondern um 9 Uhr oder etwas später beginnt, dürften wir damit bei der Mittagssuppe angelangt sein. (*Heck*: Nach jedem Einleitungsthema wird diskutiert!)

Das ist richtig, aber das Programm bleibt doch dasselbe, ob Sie zunächst die Referate halten und dann diskutieren lassen oder ob Sie nach jedem Referat unmittelbar die Diskussion folgen lassen. Ich sage Ihnen jetzt schon voraus, Kollege Lücke wird seinen bedeutungsvollen Vortrag, wenn die Reihenfolge so bleiben soll, überhaupt nicht mehr halten können. Das gleiche gilt für den Kollegen von Merkatz. Das ist technisch nicht möglich. Es wäre zu überlegen, ob das Thema „Flüchtlinge und Vertriebene“, da ja wohl die „Entwicklungshilfe“ gestrichen wird, sich nicht unter dem Gesichtspunkt der inneren und äußeren Sicherheit und Einheit Deutschlands unterbringen läßt.

Burgbacher: Ich spreche nur zum ersten Tag. Wäre es nicht sinnvoll, an diesem ersten Tag zu den außenpolitischen Themen noch das Thema „Europa“ zu stellen? Ich halte es für dringend notwendig, daß das geschieht, und würde meinen, weil wir den Präsidenten des Europaparlaments in Gestalt unseres Kollegen Furler¹⁶ stellen, sollte man ihm Gelegenheit geben, über Europa zu sprechen. Ich halte es in jedem Fall für notwendig, daß es geschieht.

Ich begrüße es, daß unser Freund Gerstenmaier das Thema nach dem Arndt-Motiv „Was ist des Deutschen Vaterland?“ gewählt hat. Ich bin der Meinung, wenn wir uns nicht Mißverständnissen bei unseren anderen europäischen Freunden aussetzen wollen, daß es notwendig ist, in der außenpolitischen Debatte etwas über Europa zu sagen. Ich halte es für falsch, wenn wir unserem Kollegen, dem derzeitigen Präsidenten des Europaparlaments, diese Ehre nicht zuteil werden lassen.

Schmidt: Das Thema „Was ist des Deutschen Vaterland?“ muß zwangsläufig in das allgemeine Thema „Europa“ hineinmünden. Deshalb können wir auf ein besonderes Thema „Europa“ verzichten.

Gerstenmaier: Herr Professor Burgbacher! Der Unterschied zwischen Ernst Moritz Arndt und uns in diesen Tagen ist der, daß es mit der Antwort von Arndt nach meiner Überzeugung zwar im Blick auf die salomonische Entscheidung von Karlsruhe getan wäre, daß es aber nicht getan ist im Blick auf die Realität, die uns umgreift; denn unser nationales Denken erfährt eine Umformung durch unsere Europapolitik, die eine im höchsten Sinne moderne Sache ist, weil sie unserem nationalen Bewußtsein und unserer Situation von heute entspricht.

¹⁶ Dr. Hans Furler (1904–1975), Universitätsprofessor; 1953–1972 MdB (CDU), 1955–1958 Mitglied, seit 1956 Präsident der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), 1957–1973 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU), 1958–1973 MdEP, 1958–1960 und 1962–1973 Vizepräsident, 1960–1962 Präsident des Europäischen Parlaments, 1958–1966 Präsident des deutschen Rates der Europäischen Bewegung (BADISCHE BIOGRAPHIEN Bd. 1).

Es muß die europäische Geschichte insoweit hineingezogen werden, als sie nicht die politische Organisationsform Europas enthält. Das würde hineinführen in das Thema des Bundeskanzlers und wahrscheinlich auch in das Thema von Brentanos und von Strauß. Und ich habe nicht die Absicht, denen ins Gehege zu kommen. Ich könnte eigentlich nur die inneren Voraussetzungen dieser Politik andeuten hinsichtlich des Umwandlungsprozesses.

Weber: Unter keinen Umständen darf es ein besonderes Thema für Herrn Furler geben. Wir sind das erste europäische Land, das in seiner neuen Grundverfassung vom 23. Mai 1949 direkt angeboten hat, für die Völkerfamilie auf gewisse Rechte zu verzichten. Darauf kann man aufbauen, aber bitte kein besonderes Thema mit Furler!

Von Hassel: Ich wäre dankbar, wenn wir so verblieben: Der zweite Tag mit Konrad Adenauer, von Brentano, Strauß und Schröder. Der dritte Tag wird ergänzt um ein Kurzreferat über die Vertriebenen und Flüchtlinge in ihrer Gesamtproblematik. Zum Ablauf der Diskussion darf ich auf folgendes verweisen: Am zweiten Tage sind nur drei, am dritten Tage dagegen sechs Kurzreferate. Am zweiten Tag ist mit Sicherheit auch mit einer Diskussion über das Referat von Herrn Gerstenmaier zu rechnen, so daß wir also auch am zweiten Tag eine sehr starke Diskussion haben werden und der Tag zeitlich voll ausgefüllt sein wird.

Am vierten Tage ist der ganze Vormittag für die Schlußberatung, d.h. Diskussion plus Schlußreferate, vorbehalten. Was am dritten Tage – wir können ruhig bis abends spät diskutieren – nicht erledigt wird, kann am nächsten Tage behandelt werden.

Rehling: Frau Brauksiepe ist z.Z. in Genf zur Vorbereitung der Interparlamentarischen Union. Frau Dr. Schwarzhaupt hat mich gebeten, etwas zu dieser Frage zu sagen, über deren Vorgeschichte ich bisher nichts weiß. Es steht auf der Aktennotiz, die mir gegeben worden ist, daß dem Herrn Bundeskanzler vorgeschlagen wurde als Thema „Die Frau in der modernen Volkswirtschaft“ und daß zu dem, was Herr Heck ausgeführt hat, noch kommen soll „Die Frau als Verbraucherin“, eine Frage, die Herr Erhard immer sehr stark in den Vordergrund gerückt hat, in der aber gerade die CDU bisher sehr wenig aktiv gewesen ist. Es ist so, daß die SPD sich sehr stark in den Ländern und großen Städten der Verbraucherausschüsse usw. bemächtigt hat.

Nun ist die Frage: Wer soll darüber sprechen? Es war zunächst gedacht an Frau Dr. Strecker; das wäre sicherlich eine ausgezeichnete Lösung gewesen. Frau Dr. Strecker ist aber zur Erholung, da sie sich nicht wohl fühlt, in Lugano. Sie hat geschrieben, sie könne nicht kommen. Frau Dr. Schwarzhaupt hat aus Essen vorgeschlagen, eine Frau von Trott zu Solz¹⁷. Sie ist mir unbekannt. Ich weiß nicht, ob Herr Wilhelmi sie kennt. (*Weber:* In keiner Weise bekannt!) Nun hat im Auftrag der Bundesvereinigung

17 Dr. Renate von Trott zu Solz (geb. 1913), Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung Kassel, 1960–1966 und 1972–1977 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Kassel.

Frau Blohm¹⁸ aus Hamburg, wie mir gesagt worden ist, mit einzelnen Ministerien bereits Fühlung genommen, wer wohl in Frage kommen könnte, dieses Thema zu behandeln. Diesen Vorschlag habe ich Ihnen hier zu machen: Frau Blohm.

Von Hassel: Wir wollen diese Frage hier nicht entscheiden, sondern uns darüber noch einmal im vorbereitenden Kreis verständigen. (*Rehling:* Ich bitte dringend darum, die Frage möglichst schnell zu entscheiden. Es sind nur noch 14 Tage, und wenn jemand dieses Thema ordentlich behandeln soll, muß er eine entsprechende Vorbereitungszeit haben. – *Gerstenmaier:* Frau von Trott, wer ist das? – *Rehling:* Ich kenne sie nicht! – *Weber:* Ich auch nicht! – *Zurufe:* Wir auch nicht!) Was sagen Sie dazu, wenn wir Frau Brauksiepe nehmen? (*Weber:* Keinen Namen veröffentlichen!)

Blank: Ich habe volles Verständnis, daß Sie in die Pressekonferenz müssen, aber das muß zuerst geklärt werden. Ich möchte nicht, daß in der Pressekonferenz etwas gesagt wird, was wir dann einfach zur Notiz nehmen müssen. Ich habe gesagt – und bleibe dabei –, man kann nicht für einen Tag sechs Referate und für den anderen Tag drei Referate vorsehen. Diese Untergliederung ist falsch; denn dann läuft es so aus, daß wir mit dem einen oder anderen Problem ins Hintertreffen geraten. Es kommt darauf an, daß die gesamten innenpolitischen Probleme einigermaßen gleichmäßig behandelt werden. Ich möchte auch, daß sich der Kollege Albers zu dieser Frage äußert. Ich habe einen Vorschlag gemacht, den der Vorsitzende nicht behandelt hat. Ich habe gesagt, ob sich nicht unter diesem Gesichtspunkt hier anböte, die Frage der Flüchtlinge und Vertriebenen endgültig abzuschließen.

Krone: Ich bitte den hohen Vorstand, doch etwas zu berücksichtigen, daß wir festgelegt haben, die Presse zu informieren. Lieber Theo Blank! Was uns hindert, die Flüchtlinge und Vertriebenen expressis verbis zu behandeln, war der Umstand, daß wir keine Sonderdebatte über diesen Punkt auf dem Parteitag haben wollen. Aber ich habe Verständnis dafür, daß das ein wichtiges Thema ist. Ich schlage deshalb vor, daß wir am ersten Tag als letzten Punkt Herrn von Merkatz mit diesem Thema vorsehen. (*Lebhafte Zustimmung.*)

Von Hassel: Wir haben also keine Bedenken.

Albers: Ich halte die Überfütterung der Tagesordnung für zu groß. Dieser Bundesparteitag wird nach meiner Ansicht das Gegenteil von dem bringen, was wir von ihm erhoffen und wünschen. Ich bedaure es außerordentlich, aber dieser Geschichte kann ich nicht zustimmen, denn das geht nicht richtig zu mit der Diskussion.

Gerstenmaier: Ich bin auch der Meinung, daß die Diskussion wettgemacht wird auf diesem Parteitag durch die Art der Referatsgestaltung.

Krone: Ich verstehe den Grund der Kritik am dritten Tag. Aber dann schlagen Sie bitte vor, was wir streichen sollen. Darum muß ich nun bitten.

18 Irma Blohm (geb. 1909), 1953–1957 MdHB (CDU), 1957 zweite Vorsitzende des Landesfrauenausschusses, 1957–1969 MdB (CDU).

Von Hassel: In Karlsruhe haben wir auch sechs große Referate gehabt von mindestens je einer Stunde Dauer. Wir haben diesmal vorgesehen drei Großreferate, dazu vier Kurzreferate am ersten und fünf Kurzreferate von je 20 Minuten Dauer am zweiten Tage. Wir haben noch nie so viel Zeit gehabt für die Diskussion.

Barzel: Man könnte der Presse sagen, auf der Eröffnungskundgebung spricht Dr. Gerstenmaier, am zweiten Tage Dr. Adenauer, am dritten Tage Dr. Erhard, am vierten Tage Dr. Krone. Alles andere kann man hinterher sagen. (*Zurufe:* In der Diskussion sprechen noch die und die Leute!) Nein, nein! Die Presse hat dann für heute den Knüller: CDU-Parteitag mit Adenauer und Erhard.

Krone: Herr von Hassel wird mit aller Reserve der Presse sagen, was er eben sagen kann. Das Vertrauen habe ich in ihn. (*Bauknecht:* Ich wollte nur darauf hinweisen, daß man bei der Landwirtschaft nichts einschränken kann hinsichtlich der Referate und der Diskussion!) Das ist auch nicht beabsichtigt. (*Bauknecht:* Wir sind den massiven Angriffen der FDP ausgesetzt. Ich möchte gern, daß im Programm zum Ausdruck kommt, daß unser Minister redet!) Ich bin völlig Ihrer Meinung. Der Bundeskanzler würde uns sonst totschiessen. (*Gerstenmaier:* Aber bloß Sie!) Aber was kann man zusammenstreichen? Die Streichung müssen wir hier vornehmen.

Dufhues: So lautet die Frage nicht, Herr Krone! Wenn Sie eine Einladung bekommen, auf der 12 bis 15 Redner verzeichnet sind, und zwar der eine mit einem großen Referat, die übrigen mit kleinen Referaten, dann schaffen Sie damit eine lähmende Stimmung. Damit haben Sie zu einem politischen Schulunterricht eingeladen, aber nicht zu einem Parteitag, der die zentralen Probleme der Politik behandeln muß. Sie können und müssen der Führung des Bundesparteitags den Auftrag geben, die Diskussion zu den Hauptrednern zu streuen. Das kann geschehen. Aber von vornherein den Schulplan festlegen, das wirkt lähmend auf die ganze Diskussion.

Krone: Wir standen vor der Frage, sollen wir den Vorschlag, den auch wir machten und den Herr Gerstenmaier genannt hat, übernehmen oder nicht. Da hat der Herr Bundeskanzler gesagt: Nein! (*Gerstenmaier:* Der Bundeskanzler war anderer Meinung, und infolgedessen rufen alle: Ja!) Nein, lieber Kollege Gerstenmaier! Wir haben doch mit Ihnen viel diskutiert und Sie an die Spitze gesetzt mit Ihrem Referat. Und dann kamen die Bauern und sagten mit Recht, sie wollten auch erwähnt sein.

Fricke: Jetzt gehen wir doch ein bißchen an der Planung vorbei, meine Herren. Ich verstehe die ganze Sache unter dem Aspekt: Einleitungsreferat des Bundestagspräsidenten bei der Eröffnungskundgebung, Referat des Bundeskanzlers am ersten Tag; und nun wird gesagt, es sollen die Diskussionen eingeleitet werden durch Kurzreferate. Der Präsident darf dann aber nicht zulassen, daß zu dem jeweiligen Diskussionsthema weitere Fragen gestellt werden, sonst bekommen wir keine Ordnung. Es wäre auch nicht schlecht, wenn wir am zweiten Tage bis 9 Uhr diskutierten. Im übrigen haben wir immer noch den dritten Vormittag zur Verfügung.

Gerstenmaier: Das war der Vorschlag von Herrn Heck. Herr Heck hatte nicht die Absicht, mit den gleichen Typen die Vorträge anzukündigen. Man kann nicht

dazu schreiben: Referat 20 Minuten. Heck hatte vorgeschlagen, wenn schon, dann nach der Sache und weniger nach der Person. Das aber ist gescheitert durch den Widerspruch des Bundeskanzlers, der sagte: Wir sind nicht ein Verein, wo einer vorn steht und sagt, alles marschiert nach mir, sondern wir sind eine Gruppe, wo alle gleichberechtigt sind, es viele gleich gute Leute gibt. Deshalb muß das mit gleichen Typen gedruckt werden.

So kam es zu dem Programm, das sich jetzt ergibt, daß wir nicht eine Diskussionsgliederung haben, sondern eine Summe von Referaten, bei denen nun die Ressortminister stehen. Aber nun kann jeder, der nicht daraufsteht, fragen, warum ist mein Problemkreis nicht angeführt; wobei ich allerdings sagen muß, die draußen sind, sind nicht so schwierig dran wie z.B. der Außenminister. Wenn der Außenminister mit einem Kurzreferat von 20 Minuten etwas sagen darf, nachdem der Bundeskanzler eineinhalb Stunden lang die ganze Substanz der Sache bis in den Methodenstreit behandelt hat, dann tut mir der Außenminister mehr leid als jemand, der auf dieser Liste nicht verzeichnet ist.

Das führt zu objektiven Schwierigkeiten. Sollten wir nicht im Interesse einer lebendigen Diskussion wieder zurückkehren zu Hecks ursprünglichem Gedanken, daß es sich um eine Diskussionsgliederung handelt, bei der wir den Wunsch haben, einige Teilkomplexe besonders anzusprechen. Wir wollen dafür sorgen, daß in der Diskussion dieses Problem nicht unter den Tisch fällt, nur sollte mit kleineren Typen eine entsprechende Einladung gemacht werden. Ich bitte Sie, zu diesem Weg wieder zurückzukehren.

Und nun überlege ich mir gerade, ob wir wieder von dem kitschigen Thema „Was ist des Deutschen Vaterland?“ heruntergehen sollen, und zwar kitschig nicht für mich, sondern für den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen: Was ist des Deutschen Vaterland? Nordrhein-Westfalen ist auch ein so „uraltetes Land“. Statt dessen bitte ich zu überlegen, ob wir nicht ... (*lebhaft Unruhe*) – hören Sie bitte zu, auch wenn es abstrus erscheint – etwas breiter einen Dank des Parteitages für unseren schwerkgeprüften Freund Theodor Blank sagen sollen, ob wir nicht auch ein Ressorthema, aber etwas, was Wurzeln hat, von Blank zur Eingangsrede machen können. Ich würde, ohne die mindeste Verkrachung mit der Partei, den Freund Theo Blank an meine Stelle setzen. (*Blank*: Das mache ich nicht mit!) Ich habe doch auf dem Kulturkongreß geredet, Theo Blank! Du kannst auch etwas sagen, was nicht beginnt mit der Kriegspferrente und der Krankenkassenreform. Du kannst einmal etwas sagen, was Dir am Herzen liegt.

Blank: Das habe ich ja getan, und zwar mit einigem Erfolg. Nur nicht mit dem Erfolg, daß mir die Fraktion nachher gefolgt ist. (*Gerstenmaier*: Wie ist es, wenn unser Parteitag Dich einlädt, die erste Rede zu halten?) Alle haben mir zuerst zugestimmt. (*Weber*: Ich nicht!) Der Rede haben Sie sicher zugestimmt, bloß nachher nicht. (*Anhaltende Unruhe*.) Ich habe mich also nicht lächerlich gemacht, sondern ich habe bloß die Loyalität bis zum äußersten bewahrt. Wenn ich das nicht gewollt hätte, dann hätte ich etwas ganz anderes gesagt.

Kraske: Ich darf etwas zum zeitlichen Ablauf sagen. Herr Heck hat schon angedeutet, daß man nicht gebunden ist, die Sitzungen um 6 Uhr abzuschließen. Nach oben ist also Zeit genug vorhanden. Das Programm im ganzen ist so angelegt, daß der letzte Vormittag, der Donnerstag, ohne Schwierigkeiten mit der Diskussion in Anspruch genommen werden kann. Zeitliche Bedenken bestehen wohl nicht mehr, wenn wir in zweieinhalb Tagen zwei Hauptreferate und die Diskussionsreferate behandeln.

Blumenfeld: Wir sollten das, was Gerstenmaier zum Schluß zur Diskussionsgliederung gesagt hat, annehmen, damit das beschlossen wird. Im übrigen scheint mir richtig zu sein, diejenigen herauszustellen, die für den Wahlkampf Erfolg versprechen. Wir müssen schlagkräftige politische Parolen auf dem Parteitag für den Wahlkampf herausbringen. Das halte ich noch für wichtiger, als wenn ein Diskussionsredner nun fünf oder zehn Minuten lang redet.

Burgbacher: Wenn man der Diskussion aufmerksam gefolgt ist, liegt folgende Lösung nahe: Wir sollten die Freunde, die ein Kurzreferat halten, nicht als Referenten aufführen, sondern eine Diskussionsgliederung vornehmen, die bei jedem Sachpunkt klar den Themen entspricht, die für die Herren festgelegt sind, und zwar so: Die Diskussion wird eingeleitet durch Herrn ... (*Zurufe:* Sehr gut!) Dann kommt der einzelne auch nicht in den Verdacht, daß er zu wenig sagen kann. Diese Einleitung der Diskussion könnte auch nur zehn Minuten dauern. Dann haben wir die Gliederung gerettet, und wir haben das, was der Bundeskanzler will. Wir haben die Diskussion nicht abgewürgt.

Krone: Mit Recht hat Herr Kraske darauf hingewiesen, daß der Bundeskanzler nicht differenzieren möchte zwischen sich, Erhard und den anderen. Ich halte das auch für richtig. Natürlich kann man sagen: Warum soll es immer ein Minister sein? Wir haben ja nicht alle Minister nehmen können. Ich nehme den Vorschlag von Herrn Gerstenmaier auf, diese Kurzreferate als einleitende Referate für die Diskussion anzusehen. Man könnte optisch hervorheben, daß die Diskussion damit eingeleitet wird.

Blank: Wenn die drei stellvertretenden Vorsitzenden reden, dann rede ich auch. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche!

Gerstenmaier: Es tut mir leid, daß dieser Kreis nicht bereit ist, meinen Vorschlag anzunehmen. (*Blank:* Nein, nein!) Ich weiß nicht, warum wir immer diese Scherereien haben. Wenn Herr Blank dieses Referat hielte, wäre das doch eine Sache, die für ihn eine glänzende Rehabilitierung von seiten der Partei geben würde. Das gäbe ihm die Möglichkeit, unabhängig von Tagesstreitfragen seines Ressorts, einmal grundsätzlich Stellung zu nehmen.

Blank: Nein, nein! Das mache ich nicht; denn ich brauche keine Rehabilitierung.

Fricke: Sie haben im 16er-Kreis erlebt¹⁹, daß ich mir den Zorn des Höchsten zugezogen habe, als ich erklärte: So ist es ja nicht bei Blank. Ich bekam also etwas

¹⁹ Vermutlich Konferenz der Landesvorsitzenden am 24. Februar 1961. Kurzprotokoll in ACDP III-026-AO 474.

auf den Hut, als ich mich neben Blank stellte. In dem Thema von Herrn Gerstenmaier muß etwas über das Staatsbewußtsein gesagt werden, vor allem an die deutsche Jugend, an die vier Nachwuchsjahrgänge. Ich darf noch einmal sagen: Ich stelle mich völlig vor unseren Freund Blank. Er braucht draußen im Volk keine Rehabilitierung. (*Lebhafter Beifall.*)

Blank: Ich bin es allmählich leid, immer in die Rolle eines armen Mannes gedrängt zu werden. Ich persönlich brauche keine Hilfe. In meinem Wahlkreis Ahaus, in dem ich gesprochen habe, hat sich die Zahl der Stimmen bei der Kommunalwahl von 53,04 % auf 68,5 % erhöht. In meinem gesamten Wahlkreis haben wir – was es noch nie gegeben hat – sogar in der Stadt Bocholt die absolute Mehrheit errungen. Ich brauche keine Hilfe. Ich bin es auch leid, daß fortgesetzt so getan wird, als sei das notwendig. Ich habe eine bestimmte Auffassung von der Sozialpolitik. Die gebe ich auch nicht auf. Ich bin aber nicht dumm genug, jetzt und im Hinblick auf die Wahl z.B. die eine oder andere, von der Sache her unerfreuliche Geschichte neu auszuwalzen. Was habe ich davon, wenn ich in der Öffentlichkeit unentwegt klarzumachen versuche, die Selbstbeteiligung müßt ihr doch bezahlen. Das brauche ich deshalb nicht, weil die maßgebenden Krankenkassen doch Pleite gemacht haben, bis mein Nachfolger – auch wenn er Schulze heißt – die Selbstbeteiligung durchgezogen haben wird. Ich brauche nur an die Krankenkassen von Schweinfurt und Würzburg zu erinnern. Diese Sache regelt sich also von selbst.²⁰

Ich möchte nicht diesen Märtyrer spielen. Meine Freunde in den Sozialausschüssen haben mir mit einigem Recht vorgeworfen, ich hätte mich im Kreise dieser vier Vorsitzenden ein wenig in die Rolle dessen drängen lassen, der am Rande mitläuft. Nun mag rein äußerlich vielleicht dieser Eindruck entstanden sein. Ich habe aber immerhin schließlich ein Ressort, in dem einiges gearbeitet wird. Deshalb muß ich darauf bestehen, und zwar nur aus diesem Grunde, solange ich stellvertretender Vorsitzender bin, daß ich mit genau dem gleichen Gewicht auf dem Parteitag in Erscheinung trete wie die anderen drei stellvertretenden Vorsitzenden auch. Das ist meine *Conditio sine qua non!* Mitleid brauche ich nicht!

Krone: Ich darf wiederholen: Am ersten Tag soll es bei Herrn Gerstenmaier mit seinem Thema bleiben, das sich insbesondere an die Jugend wendet. Das Programm des zweiten Tages steht fest: Bundeskanzler, von Brentano, Strauß, Schröder, Merkatz. Diese leiten die Diskussion auf ihrem Gebiete ein, mehr nicht. Der dritte Tag: Referat Erhard. Hier sollten wir auch vier nehmen, und zwar Blank gleich nach Erhard, dann Schwarz, eine Frau und Lücke. Ich verstehe, was Theodor Blank eben gesagt hat. Er muß auf seinem Sachgebiet als Bundesarbeitsminister sprechen. Wenn das nicht geschieht, dann heißt es, in der Sache selber spricht er nicht, oder, er darf nicht sprechen. Auf der anderen Seite verstehe ich auch, daß er als Repräsentant der Arbeiterschaft in der Parteiführung die gleiche Rolle spielen will wie die anderen Vorsitzenden. (*Fricke:* Geht es nicht am letzten Tag?) Ich habe keine Bedenken,

²⁰ Zur gescheiterten Krankenversicherungsreform vgl. Akten in ACDP I-098-002 und -003.

daß vor dem Bundeskanzler die drei stellvertretenden Vorsitzenden sprechen. Ich nehme das Anliegen von Blank ernst.

Albers: Ich freue mich, daß Theodor Blank aus der Besprechung vor einigen Wochen etwas gelernt hat, daß wir nämlich auch noch dabei sind und daß er reden muß. Es wäre nicht mehr als recht und billig, wenn nach Erhard Theodor Blank als Hauptreferent erschiene. Wirtschaft und Arbeit gehören doch zusammen. Wir müssen die Dinge auch unter diesem Gesichtspunkt sehen. Es wird auf diesem Parteitag darauf ankommen, daß wir die 65 %, die die Arbeiterstimmen ausmachen, wiederum für uns gewinnen, genauso wie im Jahre 1957 dies der Fall war. Und dazu müssen wir sichtbar und repräsentativ Theodor Blank herausstellen.

Krone: Herr Albers! Ich würde lieber meinen Vorschlag zur Diskussion stellen. Ich weiß, was die Arbeiterstimmen bei der Wahl bedeuten. Das gleiche gilt aber auch für die Bauern, die Heimatvertriebenen, für den Mittelstand, die Handwerker usw. (*Albers:* Dann müssen Sie auch Blank reden lassen!) Wir wollen jetzt nicht darüber streiten, wer von ihnen mehr bedeutet. Sie bedeuten alle etwas. Das muß optisch gleichrangig herausgestellt werden. Zunächst spricht Erhard, dann Blank usw., wie gesagt. (*Albers:* Ist dann auch in der Schlußkundgebung Theodor Blank dabei? Darum geht es!) Ja! (*Fricke:* Er spricht den Diskussionsbeitrag nach Erhard und am letzten Tag als stellvertretender Vorsitzender wie die anderen!)

Noch einmal: Referat Erhard, dann Diskussionseinleitung durch Blank, dann Schwarz, Lücke, [eine] Frau und Etzel. Und am letzten Tage sprechen die stellvertretenden Vorsitzenden und dann der Vorsitzende am Schluß. (*Fay:* Warum soll Etzel an den Schluß kommen? – *Schröder:* Das ist keine zwingende Sache. Das kann man noch überlegen! – *Kraske:* Man kann mit Erhard abstimmen. – *Unruhe.*)

Schröder: Da ja dieser Wunsch von Blank, den wir alle als berechtigt anerkennen, durch seine Rede in der Schlußkundgebung befriedigend erfüllt wird, sollte man das Rangieren der Redner nach nichts anderem als nach Gesichtspunkten der sachlichen Gliederung vornehmen. Am besten wird diese Gliederung erreicht durch eine Besprechung mit Herrn Erhard. Dann können sich die Herren darüber einigen.

Krone: Der Vorstand ist damit einverstanden.

Schmücker: Die allgemeinen Probleme der Wirtschaftspolitik sind aber hier nicht unterzubringen. (*Lebhafter Widerspruch.* – *Zurufe:* Erhard spricht doch darüber. – *Unruhe.* – *Glocke des Vorsitzenden.*)

Kraske: Die Überlegung war die, daß in der Diskussion zum Thema Wirtschaftspolitik Herr Etzel sprechen sollte, weil er wahrscheinlich auf dem Parteitag erstens nicht speziell über Finanzpolitik sprechen wird und zweitens, weil Herr Etzel Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Partei ist, so daß von daher gesehen parteimäßig eine Linie da ist. (*Schmücker:* Dann haben Sie aber das Thema falsch gewählt! – *Widerspruch.* – *Unruhe.*)

Schmidt: Es ist wirklich zu eng, in diesem Thema nur das Geld zu behandeln. Es müßte heißen: Eine gesunde Wirtschaft durch solide Finanzpolitik. – Mit dem Geld allein geht es nicht.

Barzel: Was kommt zum Schluß des Parteitages? Gibt es eine Empfehlung? Was geschieht mit den Empfehlungen des Kulturkongresses von Gelsenkirchen?

Kraske: Über die Schlußproklamation haben wir uns sehr eingehend unterhalten. Ich gebe zu, daß Herr Heck und ich ursprünglich sehr stark an ein ziemlich konkretes und detailliertes Programm gedacht haben, daß wir aber aus verschiedenen Gründen immer mehr davon abgekommen und dann zu einem Manifest gekommen sind. Wir haben im Jahre 1953 auf dem Hamburger Parteitag ein wirkliches Programm – nicht im Sinne eines Grundsatzprogrammes, aber eines Aktionsprogrammes – mit Einzelpunkten und Einzelforderungen verabschiedet. Wir haben dann 1957 ein Manifest – fast ausschließlich mit emotionaler Wirkung – verabschiedet. Wir sind nun der Meinung, daß das, was am Ende des Parteitages stehen soll, zwischen diesen beiden Positionen liegen muß, aber näher bei dem Hamburger Manifest von 1957 als bei dem Hamburger Programm von 1953, und zwar erstens aus einem praktischen und zweitens aus einem psychologischen Grund. Der praktische Grund ist der: Wenn wir unsere Aufmerksamkeit auf eine detaillierte Aufzählung von programmatischen Forderungen auf vielen Einzelgebieten lenken, dann gibt es erfahrungsgemäß kein Ende. Je mehr wir nennen, desto mehr fühlen sich die übergangen, die nicht genannt werden, und am Ende wird es vielerlei, aber nicht viel geben.

Der zweite Grund ist der, daß wir aufgrund unserer Überlegungen immer mehr zu der Auffassung gekommen sind, daß der Wähler nicht ein Programm von Forderungen sehen will, sondern das Gesamtbild einer Partei, die ihm Kontinuität und Sicherheit bietet. Und das sollte allerdings bei diesem Schlußappell zum Ausdruck kommen.

Wir haben weiter überlegt, ob wir das, was der Gelsenkirchener Kongreß erarbeitet hat, in einem Referat zusammengefaßt präsentieren sollen, um dann diese Empfehlungen durch den Parteitag beschließen zu lassen. Aber ein solches Referat hat nun in diesem Schema, wie es sich entwickelt hat, keinen Platz gefunden. Dabei haben Überlegungen eine Rolle gespielt, wie sie Präsident Gerstenmaier genannt hat. Wir haben neben dem Wahlprogramm und Wahlmanifest noch eine Reihe anderer Einzelentschließungen zu verabschiedet. Ich persönlich würde sagen, schon aus Gründen des ordnungsgemäßen Ablaufs innerhalb der Partei ist in Gelsenkirchen etwas beschlossen worden, was dem Parteitag vorgelegt werden sollte. Ich bin der Meinung, daß man es dem Parteitag vorlegen und sein Votum dazu erbitten sollte. Denn der Gelsenkirchener Kongreß war nicht satzungsgemäß zusammengesetzt, so daß diese Leitsätze nur ein Communiqué sind, aber in keiner Weise eine abschließende Billigung durch die Parteiorgane erfahren haben.

(Ministerpräsident von Hassel betritt wieder den Sitzungssaal.)

Krone: Herr von Hassel! Während Sie weg waren, sind wir zu folgenden Ergebnissen gekommen: Es sprechen in der Diskussion des dritten Tages die Herren – und zwar von der Sache her – Blank, Schwarz, Lücke, eine Frau, Etzel, und am letzten Tag sprechen die stellvertretenden Parteivorsitzenden von Hassel, Blank und Krone; der Bundeskanzler spricht ganz zum Schluß.

Nun höre ich, daß dies der Pressekonferenz noch nicht mitgeteilt werden konnte.

Wir müssen es deshalb noch nachliefern, Herr Harlinghausen²¹! Sorgen Sie bitte dafür, daß es geschieht.

Ich habe einige Bedenken, daß wir am Schluß des Parteitages uns noch mit den Leitsätzen von Gelsenkirchen befassen sollen. Damit überfordern wir die vorbereitende Arbeit, auch in den Landesverbänden. Ich halte es auch nicht für gut, auf dem Parteitag darüber zu sprechen. Das gibt eine sehr lange Diskussion. Also, der Sache wegen geht es nicht. Sie sind damit einverstanden!

Barzel: Mein Vorschlag war, daß man es zwar dem Parteitag vorlegen solle, aber vorher soll es der Parteiausschuß bekommen. Nun würde ich gern etwas zum Inhalt dieses Wahlmanifestes hören!

Süsterhenn: Formaljuristisch sind der Wert und die Bedeutung dieses Gelsenkirchener Manifestes richtig dargestellt worden. In der öffentlichen Meinung und der breiten Masse der Bevölkerung ist aber die Bedeutung dieser Gelsenkirchener Leitsätze viel stärker, als es hier zum Ausdruck gekommen ist. Wir würden die öffentliche Meinung stören, wenn wir jetzt auf dem Parteitag noch vor den Wahlen offiziell erklären, diese Empfehlungen sind für uns noch nicht verbindlich, sondern sie werden zunächst einmal dem Parteiausschuß überwiesen. Das sähe so aus, als ob wir die Dinge auf die lange Bank schieben wollten.

Krone: Sie haben recht! Der Bundesvorstand ist einverstanden damit!

Von Hassel: Das würde also bedeuten, daß sie unmittelbar dem Parteitag zugeleitet werden?

Süsterhenn: Nein, nein, diesem Parteitag nicht mehr! Es sollten aber einige kulturelle Gesichtspunkte, die unbestritten sind – trotz aller Bedenken –, von den Herren Krone und Gerstenmaier irgendwie zum Ausdruck gebracht werden. (*Gerstenmaier*: „Unbestritten“ kann ich nicht hinnehmen! – *Unruhe*. – *Weber*: Dann lieber gar nicht, Herr Präsident, aber ich trete dem Vorschlag von Herrn Süsterhenn bei. – *Anhaltende starke Unruhe*.)

Von Hassel: Damit können wir den Punkt 1 der Tagesordnung abschließen.

VORBEREITUNGEN DES BUNDESWAHLKAMPFES

Von Hassel: Wir haben vor der Abreise des Herrn Bundeskanzlers die Landesvorsitzenden zusammenberufen²², um im Beisein des Bundeskanzlers über die Wahlvorbereitungen zu sprechen, insbesondere aber im Blick auf die Frage der Kandidatenaufstellung. Ich habe seinerzeit vor den Landesvorsitzenden – etwa ein reichliches Drittel der anwesenden Herren gehörte als Landesvorsitzende zu diesem Gesprächskreis – dargelegt, was inzwischen seitens des Wahlgremiums unternommen

21 Norbert Harlinghausen (geb. 1933), 1956–1966 Leiter des Referats Funk und Fernsehen in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, seit 1966 ZDF.

22 Am 24. Februar 1961 (TERMINKALENDER); vgl. Anm. 19.

worden war. Wir haben damals das EMNID-Institut beauftragt, uns eine Untersuchung vorzulegen.²³ Dann ist uns eine umfassende Darstellung, ein achttelliger großer Bericht, gegeben worden. Auf diesen Bericht gründet sich die erste Befragung, die dann später durch eine zweite Hauptbefragung im vorigen Monat ergänzt worden ist. Ich will auf die Untersuchungen nicht weiter eingehen, Frau Weber.

Ich habe zuletzt bei den Landesvorsitzenden die Zahl von 39 % für die CDU, 28 % für die SPD und 6 % für die FDP genannt. Im Februar war die CDU/CSU um 3 % gesunken, die SPD um 4 % gestiegen. Die CDU hatte also 36, die SPD 32 und die FDP 7 %.

Das ist aber ein Nebenprodukt. Die Hauptsache ist: Wie sieht es mit dem Bild aus, das sich die Bevölkerung von der CDU macht? Es ist interessant, daß die Wahlbereitschaft – also derjenigen, die zur Wahl gehen wollen – heute außerordentlich hoch ist. Die EMNID-Zahlen sprechen von 90 %, was ich mit Skepsis aufnehme. Aber fraglos ist die Wahlbereitschaft sehr groß.

Der interessanteste Punkt ist der, daß sich ein Unterschied von 10 % bei der Befragung „Stimmt ihr der Gesamtpolitik der Bundesregierung, der CDU, zu oder nicht?“ gegenüber denen, die CDU wählen wollen, ergibt, d.h. die Bereitschaft, ja zu dieser Regierung zu sagen, liegt um 10 % höher als die Bereitschaft, die CDU zu wählen. Daraus ist zu folgern, daß in dieser Differenz von 10 % eine gute Möglichkeit zum Ansprechen dieser Leute für uns gegeben ist.

Es hat sich herausgestellt, daß die CDU ihren Standpunkt mit großer Entschiedenheit vertreten muß. Das haben wir gesehen bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen, die zu einem Anstieg der CDU geführt haben.²⁴ Wir müssen davon ausgehen, daß der Wahlkampf nicht mit einer weichen Welle geführt werden darf. Es ergibt sich auch, daß das Gesamtbild der CDU eine Zustimmung findet. Wenn Sie aber hineingehen ins Detail, dann merken Sie, daß Kritik einsetzt, ob es sich nun um die Mieten oder die Renten usw. handelt. Es gibt also Kritik. Aber im Gesamtbild wird die CDU positiv beurteilt. Die CDU gilt als die Partei der fähigen Köpfe. Je größer die Zahl dieser Köpfe ist, desto stärker ist die Zustimmung zur CDU. Bei den Sozialdemokraten sind außer Brandt, Ollenhauer und Carlo Schmid kaum welche bekannt. (*Zuruf*: Erler auch!) Erler fällt völlig ab; denn ihn kennen nur 2 %, bei Wehner ist es nur 1 %.

23 „Voraussetzungen für die Wahlentscheidung“. Eine Untersuchungsreihe zur Klärung der politischen, ökonomischen, soziologischen, psychologischen und kommunikativen Faktoren, die auf die Wahlentscheidung des Einzelnen einwirken. Leitband und 8 Bde. (Berichte der Arbeitsgruppen) EMNID GmbH & Co, Bielefeld (1961).

24 Wahlergebnis vom 19. März 1961 in NW: CDU 45,0 % (1956: 38,2%), SPD 40,7 % (1956: 44,2 %), FDP 10,2 %, Zentrum 1,4 %, BHE 1,1 %. Wahlergebnis vom 19. März 1961 in Niedersachsen: CDU 28,2 % (1956: 20,5 %), SPD 38,8 % (1956: 38,6 %), DP 9,4 %, BHE 8,4 %, FDP 6,9 %, DRP 2,0 %, Zentrum 0,2 %. UiD Nr. 12 vom 23. März 1961 S. 3f.

Die CDU wird als geradlinig gegenüber der ungeradlinigen SPD bezeichnet. Diejenigen, die zur SPD neigen, behaupten, jetzt habe die SPD ein besseres Programm. Aber gelesen haben es nur wenige. Rund zwei Drittel der Bevölkerung anerkennt die Leistungen der Bundesregierung. Rund 50 % der Wähler erklärt sich selbst als zufrieden. Der ungewöhnlich hohe Grad von Zufriedenheit infolge des wirtschaftlichen Wohlstandes ist auch in den zur SPD neigenden Schichten sehr hoch. Wenn es auch nicht Dankbarkeit ist, so folgt doch daraus der Wunsch zum Bewahren und Erhalten des Erworbenen.

Diese Zufriedenheit mit der Wirtschaft in der Gesamtlage zerfällt aber sofort, wenn sich die Aufmerksamkeit irgendeiner wirtschaftlichen oder sozialen Einzelfrage zuwendet, z.B. den Preisen, der Krankenkassenreform, der Konzentration der Wirtschaft, den Mieten usw. Hier beginnt an sich die Kritik. Sonst sind es aber 50 % der Wähler, die sich selber als zufrieden bezeichnen.

Die Außen- und Wehrpolitik wird eindeutig uns sehr positiv zugeordnet. In der Wirtschaftspolitik werden die Erfolge anerkannt, aber es werden weitere harte Forderungen gestellt. Die Sozialpolitik wird seltsamerweise eindeutig der SPD positiv zugeordnet; sogar die Rentenreform wird – entgegen den Tatsachen – als SPD-Leistung gewertet. Nun kommt es darauf an, einmal herauszustellen, wer diese Rentenreform durchgesetzt und verantwortet hat. Ein sehr ernster Punkt ist folgender: Die SPD hat sich in einem erschreckenden Ausmaß der CDU genähert. Nur 9 % befürchten Schäden für Deutschland durch eine SPD-Regierung; sogar 42 % der CDU-Wähler sind von einer gleichartigen Politik der SPD überzeugt. Meine Meinung ist die, daß diese 42 % der CDU-Wähler wahrscheinlich sagen: Die SPD kann es auch nicht anders machen.

Bei dieser Fragestellung kann man nicht sagen, die trottelligen CDU-Leute, sondern sie argumentieren ja selbst, die SPD könne es nicht anders machen. Die SPD ist aber nicht mehr der Bürgerschreck von früher. Herbert Wehner ist fast nicht bekannt. Auf die Frage, was die Leute von Wehner halten, wird gesagt: Der ist nicht bekannt.

Es ergeben sich nun folgende wichtige Themenkreise:

1. Dr. Gerstenmaier: Bewahrung des Erreichten, Fortsetzung des Bisherigen, Kontinuität, keine Experimente! – Ein Wort, das auch heute noch stark ankommt.
2. Bewahrung der Freiheit und Sicherheit, Schutz als Sicherheit, Selbstbestimmung für ganz Deutschland, Frieden mit allen Völkern. Setzt Deutschland nicht aufs Spiel!
3. Ein klares und eindeutiges Programm bei der CDU.

Aktuelle Anlässe sollen weitgehend dazu dienen, um das außenpolitische Thema mit aller Kraft vorzutragen. Die SPD muß als unsicher, unklar und unglaubwürdig herausgestellt werden.

Die Bundesgeschäftsstelle der CDU hat aufgrund des statistischen Materials früherer Wahlen eine Wahlanalyse²⁵ herausgegeben. Wir werden nicht müde werden,

²⁵ „Wahlanalyse für das Gebiet der Bundesrepublik zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1961“ (127 S.).

darauf hinzuweisen, daß diese Wahlanalyse für jeden einzelnen Wahlkreis – unterteilt in jeden einzelnen Ort – eine genaue Statistik und Übersicht gibt, und zwar nicht nur über die Wahlergebnisse, sondern auch über die ganze soziologische Schichtung der Kreise und Gemeinden, so daß jeder einzelne in der Lage ist, für seinen Wahlkreis abzulesen, wo jeweils noch Schwächen und Mängel sind. Dann sind Anhaltspunkte dafür gegeben, wo angesetzt werden kann. Es ist zwar eine trockene und langweilige Materie, aber diese Statistik gibt einfach den Schlüssel für jeden einzelnen kleineren Bezirk in den Landesverbänden.

Ich wäre dankbar, wenn die Damen und Herren Ihrer Kreise immer wieder darauf aufmerksam machten, was mit einer solchen Auswertung an wirklich Positivem erreichbar ist. Aufgrund der Erkenntnisse haben wir mit der technischen Vorbereitung schon seit Monaten begonnen, nämlich mit der Plakatierung, der Inserate, der Filme, dem Fernsehen usw. Wir haben zwei Firmen mit der Vorbereitung beauftragt, die zum Teil schon im Wahlkampf 1957 mit uns zusammengearbeitet haben, die große Werbeagentur Dr. Hagemann in Düsseldorf und die Werbe GmbH in Essen.

Es sind in der Zwischenzeit über 50 Plakatentwürfe vorgelegt worden, die wir im Wahlgremium genau geprüft haben. Dabei hat sich eine Fülle von brauchbarem Material ergeben. Wir haben einige Sachen zurückgestellt. Ich brauche aber hier nicht im einzelnen darauf zurückzugehen.

Es ist jedenfalls ein Tableau zusammengestellt worden, aus dem hervorgeht, was alles an Insertionsaufträgen festgelegt worden ist. Sie ersehen daraus, was in den großen Illustrierten, in den Rundfunk- und Fernsehzeitschriften, in den Fachblättern, in der Heimatpresse usw. geschieht. Mitte Mai beginnen die großen Illustrierten mit diesen Inseraten von je einer halben Seite. In den letzten vier Ausgaben vor der Wahl erscheinen dreiviertelseitige Anzeigen. Durch eine sogenannte weiche Welle erfolgt ein langsames Hinführen der Leser der Illustrierten an die Tatsachen. Die Auflagenziffern sehen wie folgt aus:

Illustrierte Zeitungen	7,2 Millionen
Rundfunk- und Fernsehzeitschriften	5,7 Millionen
Frauenzeitschriften	2,2 Millionen

Wir inserieren auch in den Zeitschriften, die in die Lesemappen kommen, z.B. Readers Digest.

Großstadtresse	4,2 Millionen
Heimatpresse	3,4 Millionen

Diese Inserate erscheinen erst in der Schlußphase.

Landwirtschaftliche Zeitungen	1,2 Millionen
Betriebsorgane	0,8 Millionen
Boulevardpresse („Bild“-Zeitung)	3,2 Millionen

(Weber: Wie ist es mit dem „Spiegel“?) Er kommt auch dran! (Weber: Ich frage nur aus Scherz!) „Bild am Sonntag“ und „Das neue Blatt“ erscheinen in 5,4 Millionen Auflagen.

Im Fernsehen sind vorgesehen: zwei Sendungen à zehn Minuten, 13 Sendungen à fünf Minuten. Es wird nicht so gemacht, daß jemand gebeten wird, fünf Minuten lang einen Monolog zu halten, sondern das geht alles durch vorbereitete Fernsehfilme. Der erste Fernsehfilm ist im Rohschnitt fertig. Sie können sich vorstellen, wie schwierig es ist, bis das im einzelnen fertiggestellt ist, bis der Zuschauer sagt: Das ist in Ordnung. Es muß vorher alles genau geplant und überlegt werden.

Auch die Plakatierung ist vorbereitet. Es waren etwa 50 Entwürfe für Plakate und Inserate vorhanden. Diese werden im Wahlgremium noch einmal durchgesprochen. Wir haben die entsprechenden Stellen für die letzten 14 Tage vor der Wahl reserviert. Es wird alles mit den Landesgeschäftsführern nach den erkannten besten Werbemethoden abgesprochen. Wir haben eine Fülle von Hilfsmitteln vorgesehen, wie Rednerdienste, Informationsdienste, Broschüren, und zwar mit der Blickrichtung, daß diese Mittel auch wirklich an den herankommen, den es angeht; sie dürfen auf keinen Fall auf der Kreis- oder Landesgeschäftsstelle liegenbleiben. Wir geben hohe Beträge für dieses Material aus.

Zunächst haben wir ein Netz von Vertrauensleuten gebildet, das etwa 25.000 Männer und Frauen umfaßt und die Junge Union. Dieses Vertrauensmännernetz wird wöchentlich ausgestattet mit dem „Union in Deutschland“ und einer Fülle von anderem Informationsmaterial. Wir haben außerdem eine Rednerdienst-Sonderausgabe als Manuskript herausgegeben: „Wer ist Willy Brandt?“²⁶ Hier werden nur eigene Zitate aus Büchern und Aufsätzen von Brandt gebracht. Sie sind so ausgewählt, daß uns weder Vorwürfe noch Prozesse gemacht werden können. Die erste Auflage in Höhe von 30.000 Stück ist völlig vergriffen. Wir überlegen, ob wir einen Nachdruck machen.

Wir werden etwa zehn Fernsehfilme, drei bis vier Zeichentrickfilme und 25 Werbefilme herausbringen. Die Filme sind sehr teuer. (Müllenbach: Ein Rundfunkfilm von 50 m Länge in sämtlichen Kinos bei einer Woche Laufzeit kostet rd. DM 800.000,-. – Gerstenmaier: Ich halte dafür eine Rede mehr, und dann geben Sie mir die Hälfte! – Lebhaftige Heiterkeit.) Das Wahlgremium hat gesagt, wir sollten trotzdem von der Kinowerbung soweit wie möglich Gebrauch machen. Ins Kino gehen wöchentlich Millionen Menschen; unter ihnen sind sehr viele, die noch kein Fernsehen haben.

Ich darf noch erwähnen den „SPD-Spiegel“²⁷, der im Druck ist, aber bis zum Bundesparteitag vorliegen wird. In ihm ist im einzelnen ein umfassendes Material

26 „Wer ist Willy Brandt? Lebenslauf, persönliche Entwicklung und politische Ansichten des Kanzlerkandidaten der SPD in seinen Selbstzeugnissen“ (CDU Rednerdienst/Sonderausgabe Januar 1961. Hrsg. Bundesgeschäftsstelle der CDU Bonn).

27 „SPD-Spiegel“ (Hrsg. Bundesgeschäftsstelle der CDU. Bonn 1961).

bezüglich der Sozialdemokraten enthalten. Außerdem ist in redaktioneller Bearbeitung ein CDU-Spiegel²⁸, der auf rund 150 Einzelfragen eine Antwort gibt, so daß der kleine Mann in der Lage ist, seinerseits eine einigermaßen sachkundige Antwort zu geben.

Wir haben eine Fülle von Tagungen und Besprechungen gehabt. Wir haben Kontakte hergestellt zu allen möglichen Verbänden, zu den kommunalen Spitzenverbänden, zu den Landsmannschaften, zu den christlichen Arbeitnehmerorganisationen. Wir haben insgesamt zehn solcher Kontaktgespräche geführt. Wir halten in Eichholz²⁹ laufend Wahlkampfausbildungslehrgänge ab. Wir haben weiter zwei Pressetagungen durchgeführt, wobei wir unsere befreundete Presse, insbesondere die Heimatpresse, nach Bonn und nach Eichholz eingeladen haben. Wir sind der Meinung, daß die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen nicht ganz unbeeinflußt von diesen Vorbereitungen geblieben sind, denn wir haben uns über viele kommunalpolitische Themen in unserem Wahlgremium unterhalten. (*Gerstenmaier*: Haben wir denn das Geld?) Die entsprechenden Vorkehrungen sind getroffen. Aber nun ist im Augenblick der Bundesschatzmeister getürmt. (*Krone*: Er hat sich entschuldigt!)

Kraske: Wenn wir das Geld bekommen für den zentralen Wahlkampf, was uns zugesagt worden ist – allerdings vor zwei bis drei Monaten, und inzwischen hat es einige einschneidende Ereignisse gegeben³⁰ –, dann können wir einen sauberen und, wie ich glaube und hoffe, einen ausreichenden Wahlkampf führen, was die zentralen Werbemittel angeht. Wir müssen uns allerdings darauf vorbereiten, daß die SPD in diesem Wahlkampf wahrscheinlich wesentlich mehr Geld zur Verfügung hat und ausgeben wird als wir und daß sie ihr Geld nicht – wie z.B. 1957 – unsinnig verzetteln wird. Sie hat inzwischen von uns gelernt und wird sich wohl auch stärker konzentrieren als bisher.

Nach der Stimmung in einigen dafür zuständigen Kreisen wird auch die FDP sehr viel mehr Geld haben, als es ihrer Größe zukommt. Es ist nach meiner Meinung eine sehr gefährliche Tendenz, wenn die FDP sagt: Wir wollen zwar diese Politik mit der CDU fortsetzen, aber wir wollen nicht, daß die CDU die absolute Mehrheit bekommt. Wir sollten uns aber nicht erschrecken lassen wegen der Materialschlacht, wenn wir in diesen Wahlkampf gehen. Mit dem, was uns an Geld auf Bundesebene zugesagt ist, brauchen wir uns nicht zu verstecken. Schwierig scheint mir allerdings die Finanzierung zum Teil in den Landesteilen zu sein.

Von Hassel: Niemand unterschätzt die FDP, und wir müssen alles tun, sie so unglaublich wie möglich zu machen. Ich darf aber daran erinnern, daß beim

28 Nicht zu ermitteln.

29 Vgl. Nr. 11 Anm. 23.

30 Gemeint ist vermutlich die Erklärung des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Februar 1961, die Deutschland-Fernsehen-GmbH sei verfassungswidrig und die Aufwertung der DM am 6. März 1961, die vom BDI-Präsidenten Berg scharf kritisiert worden war; schließlich fand vom 23. bis 25. März 1961 noch der FDP-Parteitag statt.

Bundestagswahlkampf 1957 die FDP in Schleswig-Holstein rein optisch mindestens so umfangreich gewirkt hat wie die CDU, aber es hat ihr nicht viel genutzt, obwohl sie nicht weniger Geld hatte als wir.

Gerstenmaier: Die FDP hat bewußt darauf abgestellt, eine Korrektur- oder Korrektivpartei zu sein, aber sie läßt uns die ganze Problematik. Ich glaube, daß man diese ganze Position zumindest in den protestantischen Teilen Deutschlands ernst nehmen muß. Wir können nicht davon abgehen, diese Sache ernst zu nehmen. Ich warne davor zu vergessen, daß wir eventuell in eine Situation kommen können, wo wir einfach darauf angewiesen sein werden, die Leute in die Koalition hineinzunehmen und ihnen dann in der Koalition etwas zugestehen zu müssen, was wir bisher nicht bereit waren, im Rahmen unseres eigenen Programms dem deutschen Volke zu präsentieren. Wenn wir auf diese Weise uns zur Koalition zwingen lassen müssen, dann kann uns die Geschichte sehr teuer zu stehen kommen. Infolgedessen bin ich der Meinung, daß wir die Sache sehr ernst nehmen und eine energische Auseinandersetzung mit der FDP anstellen müssen.

Von entscheidender Bedeutung halte ich hierfür z.B. die Kritik, die Theodor Blank an die FDP-Leute in meinem Haus beim Zusammensein mit den Industriellen des Kohlenpotts geübt hat, als er voller Wut, aber mit Recht, der FDP vorwarf, wie bewilligungsfreudig sie sei. Immerfort pflanzt doch diese Partei in das Bewußtsein der Massen: Wir sind gegen die Staatsversorgung. Theo Blank hat es sehr eindrucksvoll dargestellt, daß diese Leute zum Teil die SPD zu überbieten trachten mit ihrer verantwortungslosen Bewilligungsfreudigkeit.

Rehling: Interessant ist auch, daß die FDP in Münster 15.000 Stimmen gewonnen hat. Das sind die Stimmen von Mittelständlern, in erster Linie von Bauern. Jedenfalls war das die Überzeugung des Fraktionsvorsitzenden des Landschaftsverbandes, der Landrat im Münsterland ist und erklärt hat, daß eine Reihe von Leuten in seinem Bezirk gesagt hätten: Diesmal haben wir noch CDU gewählt, aber bei der Bundestagswahl tun wir es nicht mehr.

Ich muß sagen, daß die FDP sich sehr zu Unrecht als diejenige ausgibt, die in erster Linie die landwirtschaftlichen Interessen vertritt. Wir haben leider bei uns in Westfalen den Herrn von Oer, der jede Gelegenheit benutzt, um eine Anti-CDU-Politik zu machen. Auch Präsident Rehwinkel³¹ hat in Dortmund bewußt von der Anti-Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung gesprochen. Diese Dinge müssen wir sorgfältig im Auge behalten.

Von Hassel: Interessant ist auch, daß die FDP in Brüssel das Getreideabkommen abgelehnt hat.

31 Edmund Rehwinkel (1899–1977), seit 1947 Präsident des Niedersächsischen Landvolks, 1959–1969 Präsident des DBV. – Lebenserinnerungen: Gegen den Strom. Erinnerungen eines niedersächsischen, deutschen und europäischen Bauernführers. Dorheim 1973.

Meine Damen und Herren! Wir haben noch, bevor wir zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen kommen, einen Bericht von Herrn Hoogen entgegenzunehmen.

Zimmer: Herr Gerstenmaier hat gesagt, die FDP werde in evangelischen Kreisen zu einer Gefahr. Nun freue ich mich, daß Frau Dr. Rehling etwas vorweggenommen hat, was ich unterstreichen will, daß dies nicht nur für evangelische, sondern auch für katholische Kreise gilt. Bei vielen Wählern, die uns gewählt haben, wird heute die Politik zum großen Teil nach materiellen Erwägungen beurteilt. Wenn jetzt nicht für eine entsprechende Klarheit gesorgt wird, dann gewöhnen sich die Leute daran, allmählich wie die FDP zu denken.

Ich hätte gern gesehen, wenn in den Verlautbarungen der CDU-Fraktion ganz klar und nüchtern festgestellt worden wäre, daß bei den Etatberatungen die FDP diese Anträge auf Mehrausgaben gestellt hat, daß sie ferner bei allen diesen Anträgen mit der SPD gestimmt hat. Ich habe in der Presse die Mitteilung vermißt, daß die FDP – die angebliche Sparpartei, die mit dem Bund der Steuerzahler zusammengeht – über 2,3 Milliarden DM Mehrausgaben beantragt, aber nur die CDU in ihrer Geschlossenheit diese Mehranträge abgelehnt hat. Das gleiche gilt für die DM-Entschädigung! Ein Wahnsinn! Die ganze deutsche Presse hat diesen ungeheuerlichen Antrag einfach totgeschwiegen. Wir müssen dafür sorgen, daß dieser Antrag, dessen Auswirkungen nicht zu übersehen sind, bekanntwird.

Ich möchte dringend darum bitten, daß wir gegenüber der FDP und ihrer verlogenen Demagogie ganz klar Stellung nehmen. Von hier droht nämlich Gefahr. Ich unterstreiche all das, was Herr Gerstenmaier gesagt hat. Wenn die FDP in die Koalition genommen werden muß, dann bedeutet das für die CDU-Politik eine gefährliche Verwässerung, und damit machen wir uns bei unseren eigenen Anhängern unglaubwürdig. Wir müssen also gegen die FDP eine ganz klare Sprache sprechen, und zwar untermauert mit diesen konkreten Vorgängen aus dem Bundestag. Dazu kommen noch die Verbrüderungsszenen, die wir von seiten der FDP mit Wehner erlebt haben; Sie wissen ja, wer dort immer hin und her läuft. Ich bin der Meinung, daß wir hier eine offensive Haltung einnehmen, aber keineswegs wie bisher primär defensiv sein sollten.

Von Hassel: Sind Sie im Haushaltsausschuß, Herr Zimmer? (*Zimmer:* Nur gelegentlich Stellvertreter! – *Zuruf:* Herr Stoltenberg ist drin!) Könnten Sie mal mit Herrn Stoltenberg reden und ihn bitten, einmal festzustellen, was die FDP an Mehrausgaben beantragt hat? (*Zimmer:* Ohne Deckungsvorschläge zu machen! – *Gerstenmaier:* 6,3 Milliarden wurden mir genannt, aber ich verbürge mich nicht. – *Zuruf:* Herr Stoltenberg hat mir gesagt, daß sich die FDP-Anträge auf 4,8 Milliarden beliefen.) Es wäre ausgezeichnet, wenn wir das Material bekämen. Auch wir versuchen, über Herrn Furler das Material wegen des Getreideabkommens³² zu

³² Gemeint ist die fünfte Novelle zum Getreidengesetz (BT-Drs. 2639 vom 5. April 1961; 19. April 1961 Sten.Ber. 3. WP Bd. 48 S. 8902; BULLETIN Nr. 233 vom 14. Dezember 1960 S. 2258).

erhalten. (*Zimmer*: Auch der letzte „Agrarbrief“ muß erwähnt werden. Dort wird von Lücker das geschildert, was für den Wahlkampf sehr wichtig ist.³³)

Kraske: Die Gefahr der FDP unterschätze ich nicht; sie spielt tatsächlich eine größere Rolle als 1957. Aber ich muß nach allen Erfahrungen, die wir gemacht haben, davor warnen, außer bei sehr besonderen Gelegenheiten – z.B. in besonders gelagerten Wahlkreisen – noch einen Wahlkampf gegen die FDP zu führen. Ich würde paradox formulieren: Je mehr wir die FDP angreifen wollen, desto mehr müssen wir die SPD angreifen. Die FDP hat sich 1957 von uns am meisten dadurch geschädigt gefühlt, daß wir sie ignoriert und verschwiegen haben. Deshalb versucht sie jetzt mit Macht, uns zu provozieren, damit wir sie durch unsere Reaktion und durch unsere Angriffe hochspielen. Man darf nicht unterschätzen, daß auch eine etwas verstärkte FDP immer noch eine kleine Partei bleiben wird, eine Partei, die vielleicht im besten Fall für jeden zehnten Wähler interessant ist; aber sie wird für alle übrigen interessant, wenn sie plötzlich im Wahlkampf und in den Äußerungen der CDU immer wieder erscheint und genannt wird. Ich halte es nach wie vor für allein richtig, im Wahlkampf zu sagen: Die große Alternative ist auf der einen Seite die CDU und auf der anderen Seite die SPD. Dazwischen gibt es praktisch nichts.

Von Hassel: Ich persönlich tue die FDP mit einer Handbewegung ab. Diese Handbewegung wird damit erläutert und unterstrichen, die FDP tue angeblich Gott weiß was für die Landwirtschaft usw., in Wirklichkeit geschieht aber nichts.

Ich darf nun Herrn Hoogen bitten, etwas zu dem Problem der Richter zu sagen, ein Thema, über das es innerhalb der CDU im Bund und in den Ländern verschiedene Auffassungen gibt.

VERSCHIEDENES: RICHTERGESETZ; KOMMUNALWAHLEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN UND NIEDERSACHSEN

Hoogen: Es handelt sich bei diesem Problem um Richter, die nach dem damaligen Recht Todesurteile fällten und heute noch im Amt sind. Diese Frage ist bereits im Fraktionsvorstand beraten worden. Sie drängt deshalb, weil wir im Bundestag zwischen Ostern und Pfingsten das Richtergesetz in dritter Lesung beraten³⁴ und weil auch der Bundesrat an uns herangetreten ist. Wir haben bereits eine gemeinsame Sitzung mit den Justizministern aller Länder gehabt. Die Justizminister der Länder haben erklärt: Es muß vom Grundgesetz eine Möglichkeit geschaffen werden, die Richter, die nicht dazu bereit sind, pensionieren zu lassen.

33 H.A. Lücker: „Agrarpolitik der FDP bleibt zwielichtig“. In: „Der Agrarbrief“ 4 vom 24. März 1961 S. 1f. – Hans August Lücker (geb. 1915), 1953–1980 MdB (CSU), 1958–1984 MdEP (1969–1975 Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Fraktion, 1975–1979 Vizepräsident). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1297 Anm. 72.

34 Entwurf eines Deutschen Richtergesetzes vom 9. Juli 1958 (BT-Drs. 516); zweite und dritte Lesung am 14. Juni 1961 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9368–9380); Deutsches Richtergesetz vom 8. September 1961 (BGBl I S. 1665–1684).

Was ich hier erkläre, ist lediglich ein Bericht. Meine persönliche Meinung halte ich zunächst zurück. Im Bundesrat wird uns von dem Vertreter der Justizminister, Herrn Flehinghaus, gesagt: Wir kommen ohne Grundgesetzänderung nicht aus, um diese Restfälle von Richtern zu regeln. Von etwa 400 bis 500 Fällen sind es noch rund 60 in allen Ländern, die geregelt werden müssen. Das geht nach Ansicht der Justizminister der Länder nicht ohne Grundgesetzänderung. Die nächste Sitzung des Rechtsausschusses des Bundestages mit den Justizministern der Länder ist am 20. April. Deswegen sage ich das im Bundesvorstand.

Der CDU-Fraktionsvorstand hat sich sehr reserviert verhalten. Das Kabinett hat gesagt: Keine Grundgesetzänderung! Es muß auf andere Weise geschehen. Die Justizminister der Länder sagen: Bei den Bundesrichtern gibt es, mit Ausnahme eines einzigen Richters, keinen Fall, es ist also ein Anliegen der Länder. In den Ländern haben wir rd. 12.000 Richter. Davon sind es 60 Fälle, die nicht ohne Grundgesetzänderung geregelt werden können. Ich frage, was tut die CDU, wenn der Bundesrat mit der Gesetzesinitiative kommt? (*Dufhues*: Wenn der Bundesrat initiativ wird? Das verstehe ich nicht!)

Von Hassel: Der Bundesrat könnte zumindest nachher im Vermittlungsausschuß beim Richtergesetz einen derartigen Antrag bringen. Er kann den Vermittlungsausschuß anrufen mit dem Begehren, dies zu tun. (*Zuruf*: Nicht zur Grundgesetzänderung!) Richtig, es ist aber folgendes: Für den Vorstand ist interessant, daß die Justizminister einer Reihe von Ländern Freie Demokraten sind, so in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern und Berlin. Ich weiß nicht, wer im Saarland Justizminister ist. Wir haben die Dinge in Schleswig-Holstein im Kabinett sehr vorsichtig behandelt. Tatsächlich sind 60 Fälle nicht zu lösen. Schleswig-Holstein hat zwei Fälle dadurch gelöst, daß es die beiden Richter dazu bewogen hat, sich pensionieren zu lassen. In Hamburg ist das nicht gelungen. Dort sind es sechs Fälle. Und weil die Herren in Hamburg nicht zu Rande kommen, scheint mir von denen der Ausgangspunkt zu kommen, hier eine gesetzliche Regelung durchzuführen.

Ich hielte es für sehr unglücklich, deswegen das Grundgesetz zu ändern, weil einige Länder nicht mit diesem Problem fertigwerden. Neben Schleswig-Holstein gibt es auch noch andere Länder, die damit fertiggeworden sind. (*Zuruf*: Bremen, das Saarland und Schleswig-Holstein haben es gelöst.) Wir sollten daher den anderen Ländern klarmachen, ihre Probleme gefälligst allein zu lösen, aber den Bundestag mit einer Grundgesetzänderung zu verschonen.

Gerstenmaier: Es ist müßig, jetzt über die Grundgesetzänderung zu sprechen; denn in dieser Legislaturperiode kann keine Rede davon sein, daß der Bundestag zwischen Ostern und Pfingsten das Grundgesetz ändert. Ich warne davor, dieses Problem in die Rubrik zu bringen, in der eine Zeitlang das Aktienrecht gestanden hat. Wenn Sie diese Sache in den Bundestag bringen, dann gibt es eine Diskussion allerersten Ranges. Und mit dieser Diskussion geht der ganze Krach los, der in diesem Haus unterschwellig vorhanden ist über das Grundgesetz seit dem Karlsruher Urteil. Wenn Sie das wollen,

dann machen Sie es. Es kann aber nach meiner Meinung keine Rede sein, daß wir die Geschichte durchziehen.

Herr Kollege Hoogen, verzeihen Sie, wenn ich bei dieser Gelegenheit sage: Wenn es nicht unbedingt sein muß, würde ich dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses zur Erwägung geben, ob er wirklich noch den Bundestag in dieser Legislaturperiode mit dem Richtergesetz glücklich machen will.

Dufhues: So einfach sind die Dinge nicht, wie sie dargestellt worden sind. Wir haben uns in den Ländern vergeblich bemüht, einzelnen Richtern klarzumachen, daß sie falsch oder fehl am Platze sind. Es liegen in der Tat zum Teil Verfehlungen vor, die man ohne Schwierigkeit als Verbrechen gegen die Menschlichkeit kennzeichnen kann. Aber die Richter haben kein Verständnis dafür. (*Zuruf:* Nette Richter!) Ich neige Ihrem Prinzip zu, die rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Regelung zu schaffen, aber ich bin überrascht von dem Hinweis des Herrn Hoogen, daß im Bundesrat die Absicht bestünde, initiativ zu werden.

Wir waren uns darüber einig, daß diese Frage nur dann aufgegriffen werden dürfe, wenn feststehe, daß der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit einem solchen Gesetz zustimme. Wenn das aber nicht mit Sicherheit gegeben ist, können wir nur außenpolitisches Porzellan zerschlagen, wenn nämlich so etwas vom Bundesrat entschieden wird, was nachher am Bundestag scheitert.

Deshalb meine ich, daß wir von den Ländern alles tun sollten, um eine solche Initiative – wenigstens im Augenblick – zu verhindern. Wir haben nicht die Chance, es durchzubringen. Und dann ist der Schaden größer als alles andere.

Schröder: Es ist für den Bundesvorstand sehr schwer, darüber zu diskutieren, weil man die Tatsachen zunächst einmal ausbreiten müßte. Aber soviel kann man sagen: Der Fraktionsvorstand hat über diese Sache gesprochen, und es hat dort keine Stimme sich für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen. Auch das Kabinett hat sich damit befaßt. Auch hier gab es keine Stimme für eine solche Änderung. (*Krone:* Herr von Brentano rief mich an; er neige zu einer Änderung, sagte er!) Das Kabinett war aus folgenden Gründen einig: Die Bestimmung, die man schaffen wollte, sollte nach zwölf Jahren in die Übergangsbestimmungen des Grundgesetzes eingebaut werden. Es ist eine Bestimmung, die allein schon nach ihrem Text ganz scheußlich ist. Der eigentliche springende Punkt war der, daß letztlich der Bundesgerichtshof im Streitfall mit einem solchen Richter das letzte Wort haben sollte. Es wäre entsetzlich, diese letzte Verantwortung dem Bundesgerichtshof zuzuschieben. Damit könnte man dessen Autorität unter Umständen auf das schlimmste gefährden, wenn er aus subjektiven Gründen bei dem einen oder anderen Fall nicht zu einem Ergebnis käme. Wir kämen also damit in des Teufels Küche. Wir würden unbedingt jedes andere Mittel für legitimer und richtiger halten. Im übrigen kann man einen Mann, den man aufs tote Gleis bringen will, tatsächlich dort hinbringen.

Von Merkatz: Es muß zunächst einmal verhindert werden, daß der Bundesrat

hier initiativ wird. Insbesondere muß dies mit Rücksicht auf den Eichmann-Prozeß³⁵ verhindert werden. Man könnte eine Situation heraufbeschwören, die eventuell katastrophale Wirkungen hätte. Es müßte bei einer solchen Änderung auch eine richterliche Instanz vorhanden sein. (*Schröder*: Es ist das Schlimmste, wenn der Bundesgerichtshof in diese Lage kommt!)

Hoogen: Ich persönlich denke darüber so: Es muß unbedingt verhindert werden, daß in diesen Wochen und Monaten innerhalb der CDU ein Krach aufkommt. Wir müssen irgendeinen Weg finden, der zu einer passablen Behandlung der Fälle führt. Unterdessen teilt mir die SPD mit, ihr Parteivorstand und ihre Fraktion hätten beschlossen, sich einmütig für die Grundgesetzänderung auszusprechen. Wir müssen also damit rechnen, daß die SPD mit dieser Initiative kommen wird, wenn sie nicht vom Bundesrat aus erfolgt. Die Frage lautet also, wie verhalten wir uns dann und was sagen wir im Plenum? Wenn die Fälle, um die es geht, im Plenum vorgetragen werden, muß die CDU etwas dazu sagen. Wenn die CDU die Grundgesetzänderung nicht will, kann sie nur sagen, daß das geltende Gesetz ausreiche. (*Zurufe*: Das ist richtig und muß auch geschehen!)

Gerstenmaier: Die Sache wird im Ältestenrat behandelt. Ich werde dort sagen: Kommen Sie bloß nicht mit einer Grundgesetzänderung zwischen Ostern und Pfingsten oder zwischen Pfingsten und dem 1. Juli. Das Haus und seine Kanäle sind vollgestopft. Es kommt überhaupt nicht in Frage. Wiedervorlage im Herbst!

Hoogen: Darf ich bitten, die Theorie des „vollen Kanals“ am 20. April zu vertreten, weil wir dann im Bundesrat zusammenkommen. In der FDP ist es so, daß ein Drittel der Leute unter Führung von Dehler dafür sein sollen. (*Von Hassel*: Bei meinem Justizminister in Schleswig-Holstein habe ich davon nichts gemerkt!) Herr Haußmann hat gesagt: Ich störe die Einheit des Bundesrates nicht. Wenn es dazu kommen wird, bin ich dafür.

Dufhues: Wir haben formell beschlossen: Keinen Initiativantrag, solange nicht feststeht, daß der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit zustimmt.

Von Hassel: Ich darf feststellen: Es ist die einheitliche Auffassung, unter keinen Umständen eine Grundgesetzänderung in dieser Legislaturperiode vorzunehmen. Die Länder sollen sich darum bemühen, selber damit fertigzuwerden.

Nun haben wir noch kurz zwei Berichte über die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen entgegenzunehmen.

Dufhues: Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen hatten eine wesentlich höhere Beteiligung als bei den Landtagswahlen im Jahre 1958. Der Anteil der Stimmen bei den Kommunalwahlen betrug:

35 Adolf Eichmann (1906–1962, hingerichtet), Obersturmbannführer der SS. – Eichmann war im Mai 1960 aus Argentinien entführt und nach Israel gebracht worden. Der Prozeß begann am 11. April 1961. Zum Prozeß SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 211–215; Bernd NELLESSEN: Der Prozeß von Jerusalem. Düsseldorf 1964; Adalbert RÜCKERL: NS-Verbrechen vor Gericht. Heidelberg 1982 S. 156f.

	1956	1961
CDU	38,2 %	45,0 %
SPD	44,2 %	40,7 %
FDP	9,6 %	10,2 %

Die günstigsten Ergebnisse der CDU wurden erzielt in den Landkreisen und in den Städten unter 100.000 Einwohnern. Das flache Land hat nicht nur an sich, sondern auch in der Relation wesentlich zur Steigerung der CDU-Stimmen beigetragen. Die FDP hat im wesentlichen in den Großstädten zugenommen. Die Verhältnisse sind umgekehrt bei der SPD. Wir haben in zahlreichen Kreisen und kreisfreien Städten die absolute Mehrheit der SPD beseitigen können. Die SPD hatte bisher in 36 Stadt- und Landkreisen die absolute Mehrheit, jetzt aber nur noch in 17 Wahlkreisen.

Die CDU hatte bisher in 27 Stadt- und Landkreisen die absolute Mehrheit. Sie hat sie nunmehr auf 41 Kreise erweitern können.

Die FDP hat in Westfalen ihren Anteil an der Gesamtstimmenzahl um 0,1 und im Rheinland um 0,9 % erhöhen können. Das bedeutet, daß die Entwicklung der FDP in den einzelnen Bezirken und Teilen des Landes sehr unterschiedlich ist. Sie hat sich in Bezirken, in denen sie bisher verhältnismäßig schwach vertreten war – in Teilen des Industriegebietes, aber auch im Münsterland – verbessern können. Dagegen hat sie in zahlreichen Städten des Industriegebietes, vor allem im Sauerland und in Ostwestfalen, wesentlich eingebüßt. Besonders bemerkenswert ist, daß die FDP gerade in Ostwestfalen und in anderen Teilen mit überwiegend evangelischer Bevölkerung viel verloren hat, z.B. in Ostwestfalen 3,1 %, in Herford 3,5 % usw.

Sie ersehen daraus, daß man die Entwicklung der FDP keineswegs einheitlich beurteilen kann. Die Entwicklung ist durchaus unterschiedlich; in einzelnen Bezirken hat sie zugenommen, in anderen hat sie abgenommen. In einzelnen ländlichen Kreisen hat die FDP aufgrund ihrer rücksichtslosen agrarpolitischen Parolen Erfolge erzielt. Aber einheitlich ist das Bild nicht.

Unser Erfolg bei den Kommunalwahlen ist nach meiner Auffassung darauf zurückzuführen, daß der Wahlkampf sehr viel sorgfältiger vorbereitet worden ist, als dies früher geschehen ist. Wir haben den Wahlkampf systematisch vorbereitet durch zahlreiche Besprechungen in den Kreisen. Dazu kam die starke Diskussion über kommunalpolitische Probleme in der Öffentlichkeit, nicht zuletzt auch durch die Einschaltung des Bundesverfassungsgerichts, das sich hier einmal positiv bemerkbar gemacht hat.

Entscheidend war der vorbildliche Fleiß all derer, die in der CDU tätig sind. Der Wahlkampf ist, im Gegensatz zu früheren Wahlkämpfen, eindeutig gegen die SPD geführt worden. Früher haben wir gesagt: Wir haben eine gemeinsame Politik mit der SPD gemacht. Diesmal haben wir es anders gemacht. Psychologisch ist von Bedeutung, daß wir in Kreisen mit überwiegend evangelischer Bevölkerung unsere Positionen wesentlich haben verbessern können, z.B. in Wuppertal, Bielefeld,

Ostwestfalen. Das bedeutet, daß die FDP und die SPD mit ihrer Propaganda gegen den „schwarzen“ Charakter der CDU in der Öffentlichkeit nicht angekommen sind.

Insgesamt glaube ich, daß die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen den Boden für eine erfolgreiche Bundestagswahl bereitet haben. Wir haben die Wahl im wesentlichen bestritten mit der Behandlung kommunalpolitischer Probleme. Die Herren der sogenannten Bundesprominenz haben sich zurückgehalten. (*Schröder*: Sie haben aber auch sehr nette Reden gehalten! – *Von Hassel*: Deshalb das gute Ergebnis!) Wieviel besser müssen erst dann die Bundestagswahlen ausgehen!

Fricke: Wir haben zwar nicht so viel gewonnen wie Nordrhein-Westfalen, aber immerhin hat der Appell des Bundeskanzlers zum Sturm auf die roten Rathäuser Erfolg gehabt. Sie müssen davon ausgehen, daß wir es viel schwerer hatten, und zwar von Anfang an schon, weil Niedersachsen immer eine Domäne der SPD gewesen ist. Die SPD hatte im ersten Landtag 65 Mandate, wir 30 und die DP 29. Jetzt haben wir 52, die SPD 65, die DP 19, der BHE 13 und die FDP 8.

Erfreulicherweise bekommt die FDP von der Fördergesellschaft seit zwei Jahren keinen roten Pfennig mehr. Die Koalition mit der SPD hat der FDP bei uns beinahe den Todesstoß versetzt. Die Quittung für die Bestrebungen zur Fusion hat die FDP bekommen. Die SPD hat bei der Kommunalwahl gegenüber 1956 von 38,6 auf 38,8 % (144.000 Stimmen) zugenommen; die CDU hat aber ihren Stimmenanteil gegenüber 1956 sogar von 20,5 auf 28,2 % erhöhen können. Sie liegt bei dieser Kommunalwahl mit rd. 970.000 Stimmen um 80.000 Stimmen niedriger als bei der letzten Landtagswahl. Das liegt aber ausschließlich an der geringeren Wahlbeteiligung, die in den Städten nur 73 % betragen hat.

Wir sind in den Großstädten aus dem bisherigen Ghetto heraus. In Goslar haben wir 15 Mandate bekommen. Hätten wir die Briefwahl gehabt, dann wären es wahrscheinlich alle 16 geworden. Wir sind in Braunschweig und in Hannover von 11 auf jeweils 17 Mandate gewachsen. Die DP hat bereits die Quittung dafür bekommen, daß sie gegenüber der letzten Kommunalwahl von 15,4 auf 9,4 % zurückgefallen ist. Auch der BHE ist von 10,8 auf 8,4 % gesunken. Die DP ist in manchen Bereichen fast verschwunden, auch in Braunschweig wurde sie stark dezimiert.

Wir glauben, daß wir mit diesem Ergebnis zufrieden sein können. Wir haben bisher in den 16 kreisfreien Städten 131 CDU-Ratsherren gehabt, und nunmehr sind wir auf 192 angewachsen. Das sind 50 % mehr als bisher. Am erfreulichsten ist aber, daß die DRP aus dem Stimmenverlust der DP nicht gewonnen hat, nicht einmal bei der Kommunalwahl, obwohl sie da besonders intensiv und konzentriert tätig war. Die DRP ist gegenüber der letzten Kommunalwahl von 2,3 auf 2 % abgesunken.

Dufhues: Ein Problem – ich habe eben vergessen, es zu erwähnen –, das für die Bundestagswahl größere Bedeutung hat als für die Kommunalwahlen, ist die Demokratische Wähler-Union, die sich in Nordrhein-Westfalen als Partei organisiert hat, und zwar auf der Landesebene.³⁶ Sie hat sich erstmalig auch in

³⁶ Gründung im Juli 1960 in Duisburg. Vgl. UfD Nr. 41 vom 13. Oktober 1960 S. 5 (Durch

Niedersachsen auf Landesebene organisiert. Sie hat folgende Anteile erhalten: Bottrop 6 %, Gelsenkirchen 2,5 %, Recklinghausen 1,3 %, in anderen Städten 1 bis 2 %. (*Zuruf*: Das sind Kommunisten!) Nein, das sind sie nicht! Sie sehen also, daß die DWU durchaus die Möglichkeit hat, einen nicht geringen Teil der Stimmen auf sich zu vereinigen. Sie arbeitet systematisch weiter am Ausbau ihrer Organisation. In ihr sind Kräfte tätig, die mit der SPD unzufrieden sind. Ich halte es für notwendig, daß man die weitere Entwicklung zunächst einmal abwartet und keine Erklärungen darüber abgibt, wie sie politisch zu klassifizieren ist. Das sollte man erst tun, wenn die weitere Entwicklung besser übersehen werden kann.

Von Hassel: Ist es möglich, einmal gegenüberzustellen den Stimmenanteil der DWU dem entsprechenden Verlust der SPD?

Dufhues: Die SPD hat z.B. in Bottrop bei der Wahl 1961 erreicht: 26.780 Stimmen, bei der letzten Kommunalwahl dagegen 28.746. Die DWU hat 3.600 Stimmen bekommen.

Von Hassel: Ich darf den beiden Herren für ihre Berichte und auch zugleich allen, die in den Landesverbänden bis in die Ortsparteien hinein tätig sind, sehr herzlich danken. – Damit möchte ich die Sitzung schließen und Ihnen allen eine gute Heimfahrt wünschen. Wir sehen uns bald wieder in Köln.

20

Köln, 24. April 1961

Sprecher: Adenauer, Albers, Blumenfeld, Burgbacher, von Hassel, Heck, Hellwig, Johnen, Kraske, Krone, Scheufelen, Schmidt, Schröder.

Bericht zur politischen Lage. Ablauf des Bundesparteitages. Finanzfragen. Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 11.20 Uhr

Adenauer: Meine Herren! Vorläufig sage ich „Meine Herren“, denn es ist noch keine Dame da. Herr Kraske hat mir mitgeteilt, daß hier in diesem Saal sechs Plätze

die Hintertür. KPD-Kandidaten als „Unabhängige“ getarnt); UiD Nr. 47 vom 24. November 1960 S. 8 („Plafond“ für Kommunisten?); „Bonner Informationen“ vom 11. Januar 1961 (In eigenen Stricken gefangen).

unbesetzt blieben, wenn alle Mitglieder anwesend wären. Ich sehe aber, daß der Raum ziemlich dicht besetzt ist. Für die Höhe dieses Saales bin ich nicht verantwortlich, aber wir werden uns an diesen Raum gewöhnen.

Entschuldigt haben sich Frau Dr. Weber, Frau Dr. Rehling, Frau Dr. Jochmus, die Herren Dr. Fricke, Dr. Zimmer und Dr. Fay.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Zum Punkt 1 der Tagesordnung lassen Sie mich Ihnen folgendes sagen: Ich höre, daß 430 Journalisten zum Parteitag angemeldet sind. Wie die auf ihre Kosten kommen werden, das ist mir völlig schleierhaft. Wenn es möglich wäre, eine gute Diskussion zu führen, dann würden wohl auch die Journalisten auf ihre Kosten kommen. Ich glaube also, man sollte das einmal versuchen; denn es ist natürlich unangenehm, wenn die Presse in großem Umfange schreibt: Das war eine höchst langweilige Sache bei der CDU. Daß ein großer Teil der Presse uns gegenüber sehr unfreundlich eingestellt ist, wissen Sie ja. Herr Kraske! Wird die Diskussion so verlaufen, daß man glaubt, die Journalisten kämen dadurch auf ihre Kosten?

Kraske: Ja, das glaube ich; denn die einzelnen Referate sind so thematisch abgestimmt, daß jeweils zu diesen einzelnen Themen Stellung genommen wird. In diesem Verfahren, das Herr Dr. Heck vorbereitet hat, ist ausreichende Zeit für die Diskussion vorgesehen.

Adenauer: Herr Heck! Können Sie etwas darüber sagen?

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf kurz darüber berichten, wie der Ablauf dieser drei Tage gedacht ist. Die vielerlei Fragen und Probleme, die in den beiden großen Referaten angeschnitten werden, sollten nicht kreuz und quer durcheinander diskutiert werden, weil gerade das, was wir erreichen wollen, nämlich einen ordentlichen und geordneten Eindruck auf die Öffentlichkeit zu machen, gefährlich [!] wäre. Deswegen ist vorgesehen, daß die Hauptthemen dieses Parteitages in einer weiteren Diskussion im Detail behandelt werden. Beide Tage sind eingeteilt in Diskussionsabschnitte, der erste Tag in vier, der zweite Tag in fünf. In diesen Diskussionsabschnitten wird jeweils einer der im Programm vorgesehenen Redner das Thema für die Aussprache exponieren. Dann wird dieses Thema in der Aussprache behandelt. Wenn Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, dann geht die Diskussion zum nächsten Punkt weiter, die wiederum in der gleichen Weise wie beim ersten Punkt eingeleitet wird. So geht es denn fortlaufend weiter.

Wir haben berechnet, daß wir insgesamt etwa zwölf Stunden Zeit – wenn genügend Wortmeldungen vorliegen – für die Diskussion haben. Man wird zunächst abwarten müssen, wie stark sich die Diskussionsfreudigkeit entwickeln wird. Für den Fall, daß sich sehr viele Diskussionsredner melden, wäre es vielleicht angebracht, wenn der Präsident dazu überginge, die Teilnehmer zu bitten, sich in ihren Diskussionsbeiträgen auf maximal fünf Minuten zu beschränken.

Damit die Diskussion nicht völlig dem Zufall überlassen bleibt, ist jedes dieser neun Themen mit einem Kreis von fünf bis zehn Delegierten, die auf dem Parteitag anwesend sind, durchgesprochen worden. Diese Damen und Herren haben sich überlegt, was sie zu diesem Thema sagen werden, so daß wir eine Sicherheit dafür haben, daß alle wesentlichen Punkte in der Diskussion auch besprochen werden. Wir haben auch die Sicherheit für den Fall – was bei Parteitagen immer möglich ist –, daß manche Dinge wieder zurechtgerückt werden müssen.

Adenauer: Ich würde Sie bitten, einmal mit dem Herrn Johnen, dem Präsidenten, darüber zu sprechen, damit die ganze Diskussion einen guten Eindruck auch auf die Öffentlichkeit macht.

Johnen: Wir werden überlegen müssen, wie der jeweilige amtierende Präsident die Diskussion leiten kann. Deshalb werden wir je nach dem Thema den Präsidenten auswählen. Der amtierende Präsident muß die Vollmacht vom Parteitag haben, die Redezeit festzulegen. Ich glaube so autoritär zu sein, daß ich das persönlich kann.

Adenauer: Ich komme damit zur politischen Lage. Die politische Lage, insbesondere die außenpolitische, ist sehr trübe. Das werden Sie wahrscheinlich genauso empfinden wie ich.

Seit dieser Nacht haben wir von den französischen Stellen keine Nachrichten mehr, abgesehen von den Agenturnachrichten, die in der Presse stehen.¹ Die Situation scheint mir doch ziemlich kritisch zu sein. Die französische Regierung hat, wie Sie gelesen haben werden, versucht, die Flugplätze möglichst unbrauchbar zu machen; aber Fallschirmjäger können überall landen. Sie brauchen keine Flugplätze. Und die geringe Truppenzahl im Mutterland einschließlich hier in der Bundesrepublik ist sehr zerstreut und in kleine Posten aufgeteilt, weil man möglichst überall Posten haben wollte. Ob im Mutterland alle Generale zuverlässig sind, weiß man nicht. Das wird wohl schließlich auch davon abhängen, wie die Generale in Algier operieren.

Es hat keinen Zweck, daß wir uns hier in allen möglichen Überlegungen ergehen; denn wir wissen nichts Genaues und können nichts Genaues wissen. Wir müssen abwarten. Aber die Tatsache an sich, daß so etwas gegen de Gaulle sich ereignet hat, ist im höchsten Maße bedauerlich und natürlich sehr geeignet, das Ansehen de Gaulles zu mindern, auch in Frankreich, es sei denn, daß es ihm schließlich doch gelingen wird, wieder die Autorität zur Geltung zu bringen. Das kann jetzt kein Mensch sagen.

¹ Putschversuch von Teilen der französischen Armee am 22. April 1961 in Algerien, um die Lösung Algeriens von Frankreich zu verhindern. Der Putschversuch endete am 25. April (AdG 1961 S. 9057–9060).

Kuba ist der zweite Minuspunkt.² Anscheinend ist Präsident Kennedy von seinem Dienst nicht richtig unterrichtet gewesen. Man hat wohl angenommen, daß das Castro-Regiment in Kuba schon ungefähr am Ende sei, so daß dann, wenn eine Landung erfolge, aus dem Lande selbst ein Aufstand gegen Castro ausbrechen würde. Anscheinend hat man auch nicht gewußt, daß Castro derartig viele Waffen hat, und zwar sowohl Flugzeuge wie auch Panzer. Was aus Kuba sich entwickeln wird, das ist ganz unübersichtlich. Wenn Sie sich die Karte vor Augen führen, dann werden Sie sofort sehen, daß mit Raketen von Kuba aus der ganze amerikanische Kontinent beherrscht werden kann. Das ist eine Position, die für die Vereinigten Staaten von denkbar größtem, ja von vitalem Interesse ist. Also, was daraus wird, ist völlig unübersehbar.

Wenn Sie nun diese beiden Fakten nehmen, den Aufstand in Algier und den Mißerfolg der Invasion in Kuba, und nun hinzunehmen, daß Sowjetrußland jetzt an Kuba ein verstärktes Interesse nimmt, so daß die Gegensätze zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten aufs schärfste aufeinanderstoßen, dann sehen Sie bereits daraus, ohne lange darüber zu reden, wie düster augenblicklich die ganze außenpolitische Situation ist. Man muß also die Dinge so sehen, wie sie sind. Und sie sehen sehr trüb aus!

Aber auch wenn es gelingt – was wir ja hoffen –, daß kein großer Krieg kommt, so fürchte ich doch, daß die Front der freien Völker nicht ohne Schaden bleiben wird durch diese ganzen Ereignisse. Ich hoffe vor allen Dingen, daß das Ansehen Frankreichs draußen in der Welt, aber auch im Inneren des Landes, nicht so sehr leiden wird; denn das würde uns alle treffen. Das ist jetzt eine atlantische Sache. Ich möchte eigentlich kaum noch etwas hinzusetzen, meine Herren. Wir können nur in Ruhe und Geduld warten. Die Sache ist von so überragender Bedeutung, daß dagegen die Innenpolitik – ich komme gleich darauf zurück – zurücktreten muß. Vielleicht äußert sich der eine oder andere von Ihnen gleich dazu.

Es scheint, daß Sie meine Worte entgegennehmen wollen, aber selbst – ich kann das verstehen – sich nicht dazu äußern. Aber wenn im Laufe unserer Tagung etwas von Bedeutung passieren sollte – und das ist sehr gut möglich, wir hatten gestern einmal eine ernste Besorgnis, aber bisher hat sich nichts ereignet auf diesem Gebiete –, dann würde ich Sie zusammenrufen und Ihnen entsprechende Mitteilungen machen. – Meine Damen und Herren! Sie scheinen mit diesen Vorschlägen einverstanden zu sein.

Nun möchte ich Ihnen zunächst sagen, daß die letzte Zählung von EMNID – ich habe sie nicht hier – unwahrscheinlich gut gewesen ist. Ich sage das geradeheraus, sie ist unwahrscheinlich gut, aber Sie wissen genauso wie ich, daß man vor einer Wahl noch nicht beruhigt sein kann, sondern erst dann, wenn die Wahl vorüber ist. (*Zurufe:*

2 Ein Invasionsversuch von Exil-Kubanern (Kubanischer Revolutionärer Rat), der mit Billigung der Vereinigten Staaten durchgeführt wurde, war zwischen dem 17. und 20. April 1961 gescheitert (AdG 1961 S. 9038–9043, 9045–9047, 9052).

Sehr richtig!) Deshalb bin ich gar nicht glücklich über dieses unwahrscheinlich gute Ergebnis und diese Auskunft, weil dadurch sehr leicht eine übertriebene Sicherheit unter den Wählern und all denen, die an der Wahl mitarbeiten, zu unserem Schaden eintritt. (*Blumenfeld*: Wir korrigieren EMNID ein bißchen!) Sie wollen korrigieren? So etwas darf man nicht. Das Wort hat Herr Kraske.

Kraske: Ich darf Ihnen die Zahlen bekanntgeben. Nach der letzten Zählung haben sich ausgesprochen für die

CDU	37 %
SPD	26 %
FDP	5 %
BHE	2 %
DP	1 %
sonstige Parteien	1 %

28 % haben keine Angaben gemacht. Gerade diese Zahlen sind für uns sehr aufschlußreich, weil unser Hauptinteresse bei diesem Bevölkerungsteil liegen muß, der sich ja erst vor der Wahl entscheidet. Gerade diese Schichten werden das entscheidende Element beim Wahlkampf sein.

Adenauer: Ich würde so sagen: Die Witterungsaussichten sind gut, aber die Witterung schwankt öfter. Natürlich soll man sich freuen, daß die Witterungsaussichten gut sind, aber wir müssen alles tun, damit die Ernte wirklich trocken in die Scheune kommt. Ich hoffe, daß ich damit auch Ihre Meinung getroffen habe. – Wir kommen damit zum Ablauf des Parteitages. Das Wort hat Herr von Hassel.

ABLAUF DES BUNDESPARTEITAGES

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir haben eben bereits über den Verlauf der Diskussion gesprochen. Das Programm mit den einzelnen Diskussionsabschnitten liegt Ihnen bereits vor, so daß wir darüber nicht mehr lange zu reden brauchen, bis auf eine sehr entscheidende Frage; wir wollen am vierten Tage vormittags die Aussprache fortsetzen und dann verschiedene Thesen verabschieden, mit denen wir in den Wahlkampf gehen möchten. Vielleicht kann Herr Heck, der den Parteitag vorbereitet hat, einmal in großen Linien angeben, wie etwa diese Thesen aussehen sollen. Sie sind abgesprochen worden mit den einzelnen Diskussionsrednern, die am zweiten und dritten Tage diskutieren werden. Über diese Thesen müßte dann am Nachmittag diskutiert werden, damit anschließend darüber abgestimmt werden kann.

Wir müssen jetzt noch über das Präsidium und das Redaktionskomitee sprechen. Für beide Gremien liegen Vorschläge vor. Bei der Zusammensetzung des Präsidiums des Parteitages sind wir wie früher davon ausgegangen, daß als Präsident der Vorsitzende der gastgebenden Landespartei gewählt wird. Diesmal ist es der Vorsitzende

des Rheinlandes, Herr Landtagspräsident Johnen. Die Mitglieder des Präsidiums sind nach regionalen Gesichtspunkten eingeteilt, und zwar werden folgende Damen und Herren vorgeschlagen:

Herr Albers, gastgebender Vorsitzender von Köln, (*Albers*: Dazu möchte ich etwas sagen!) Frau Sibille Hartmann³, Herr Kiesinger, Herr Lemmer, Frau Dr. Steinbiß, Herr Dr. Stoltenberg. Außerdem ist vorgeschlagen Herr Dr. Fricke. Herr Fricke hat aber gebeten, von ihm abzusehen. Er ist auch entschuldigt. Wenn wir nun für Herrn Fricke einen anderen Herrn aus dem norddeutschen Raum nehmen, dann müssen wir hier noch einmal darüber sprechen.

Für das Redaktionskomitee sind vorgesehen: Bundesminister Dr. Schröder, Vorsitzender ... (*Schröder*: Kann man nicht jemand anderes nehmen?)

Adenauer: Das ist aber sehr schwierig, Herr Schröder, Sie haben doch die Erfahrung!

Von Hassel: Ich darf die weiteren Mitglieder vorlesen: Dr. Barzel, Bauknecht, Dr. Gradl, Dr. Heck, Katzer, Dr. Pettenberg, Schmücker, Dr. Schiettinger, Dr. Otto Schmidt, Frau Dr. Schwarzhaupt.

Adenauer: Darf ich um einen Vorschlag bitten für einen Herrn aus dem norddeutschen Raum, der für Herrn Fricke gewählt werden soll. (*Zurufe*: Herr Blumenfeld!) Aus dem norddeutschen Raum wird Herr Blumenfeld vorgeschlagen. (*Blumenfeld*: Ich bin kein Bürgermeister a.D.!) Er widerspricht nur zögernd, und deshalb kann ich wohl annehmen, daß er doch annimmt, wenn er gewählt wird.

Albers: Ich danke den Herren, die mich vorgeschlagen haben, aber ich möchte Ihnen sagen, daß ich doch lieber unten im Volke sitze, damit ich nachher auch an der Aussprache teilnehmen kann. Wenn ich oben sitze, habe ich ja kein Recht, meine Meinung zu sagen. (*Zurufe*: Das können Sie wohl!)

Adenauer: Herr Albers! Wer Sie kennt, der weiß, daß man Sie nicht so leicht mundtot machen kann. Sie brauchen also nicht so schwarze Hintergedanken zu haben! (*Albers*: Ich habe keine schwarzen Hintergedanken, sondern ...) Sie können sprechen, was Sie wollen, auch wenn Sie Mitglied des Präsidiums sind. (*Albers*: Ich habe sogar tiefschwarze Gedanken, wie Herr Gerstenmaier einmal gesagt hat. Ich möchte aber, Herr Bundeskanzler, meine Freiheit haben und nicht da oben sitzen und nur zuhören, was die anderen reden.) Herr Albers! Sie sind doch Vorsitzender der Kölner Partei. Sie haben einen sehr guten Wahlkampf geführt und viel gearbeitet. Sie sind auch der Vorsitzende der Sozialausschüsse. Wie können Sie sagen: Ich tue das nicht! Sie können doch jederzeit reden, soviel wie Sie wollen. Wenn Sie aber die Wahl nicht annehmen, dann ist das doch peinlich für Sie und für uns. Ich bitte Sie also, Ihre Bedenken zurückzustellen. Nehmen Sie die Sache an! – Ich stelle fest, daß er annimmt. Herr Blumenfeld nimmt auch an! (*Blumenfeld*: Unter derselben Voraussetzung!) Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

3 Sibille Hartmann (1890–1973), 1945 Mitgründerin der CDU in Köln, 1946–1973 CDU-Stadtverordnete in Köln, Mitglied des Landesvorstands der CDU-Rheinland.

Albers: Es ist hier eben das Redaktionskomitee berufen worden. Seit dem Parteitag 1950 in Goslar hat mein verehrter Freund Josef Arndgen immer dem Redaktionskomitee angehört. Ich möchte Sie bitten, Herrn Arndgen noch hinzuzunehmen.

Schmidt: Ich würde gern mitmachen, aber ich bin durch meine Mitwirkung im Vermittlungsausschuß und im Finanzausschuß am Dienstag und Mittwoch teilweise gehindert, hierzusein.

Adenauer: Das ist ein triftiger Grund. Ich darf im Namen von Herrn Krone mitteilen, daß auch die Fraktion an unserem Parteitag nur wenig teilnehmen kann, weil im Bundestag die Ausschüsse tagen. Dort drängt sich kurz vor dem Schluß der Session alles zusammen. Die Herren können also nur sporadisch bei uns sein. (*Zuruf:* Herr Dr. Hellwig!) Herr Dr. Hellwig ist vorgeschlagen. (*Hellwig:* Ich kann am Mittwoch nicht hiersein, weil ich nach Luxemburg muß.)

Schröder: Ich würde Herrn Hellwig trotzdem vorschlagen, auch wenn er zeitweise nicht hiersein kann. Wir brauchen noch einen weiteren Mitarbeiter, denn es wird diesmal relativ schwierig werden. Schon beim letztenmal haben wir gesehen, daß es bis auf den letzten Drücker geht. Es handelt sich in der Tat um eine schwierige Angelegenheit.

Adenauer: Herr Schröder hat völlig recht, es ist wirklich eine schwierige Arbeit. Aber ich würde das Ganze etwas kürzer fassen. (*Albers:* Ich muß noch einmal den Namen Arndgen nennen, und zwar aus den bekannten Gründen.)

Krone: Ich habe nichts dagegen, aber Herr Arndgen hat in Bonn seine Arbeit, insbesondere in den Ausschüssen. (*Albers:* Andere haben auch Arbeit!) Gut! Wenn es so ist, dann gehe ich rüber.

Adenauer: Wer macht es nun?

Von Hassel: Wir haben nun folgendes Gremium: Bundesminister Dr. Schröder, Vorsitzender, Dr. Barzel, Bauknecht, Dr. Gradl, Dr. Heck, Katzer, Dr. Pettenberg, Schmücker, Dr. Schiettinger, Dr. Hellwig, wenn er nach Brüssel fährt, dann Dr. Martin, Frau Dr. Schwarzhaupt. (*Albers:* Und was ist mit Herrn Arndgen?)

Krone: Und Arndgen!

Adenauer: Das Wort zum Punkt 3 der Tagesordnung hat Herr Professor Dr. Burgbacher.

FINANZFRAGEN

Burgbacher: Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, wenn ich mich kurz fasse. Laut § 10 unserer Vorläufigen Finanzordnung muß der Haushaltsplan auf der ersten Bundesvorstandssitzung nach dem 30. November zur Verabschiedung vorgelegt werden. Der Haushaltsplan war vorher, aufgrund des § 9 unserer Finanzordnung, im Bundesfinanzausschuß.⁴ Der Haushaltsplan ist dem

⁴ Protokoll der Sitzung des Bundesfinanzausschusses vom 14. April 1961 in ACDP VII-001-050.

Kassenprüfer bekannt. Wir haben in diesem Jahr einen laufenden Etat mit den üblichen Einnahmen und Ausgaben und einen außerordentlichen Etat für die Bundestagswahl und die Kommunalwahl.

Ich darf um Ihr Verständnis bitten, wenn ich keine Zahlen nenne. Ich darf aber versichern, daß der Haushaltsplan für die laufenden Aufwendungen durch entsprechende Einnahmen gedeckt ist. Ebenso ist der außerordentliche Etat für die Bundestagswahl nach menschlichem Ermessen gesichert. In diesen Haushaltsplänen sind nicht enthalten: die Verlagsgesellschaft, die Hausgesellschaft, unsere politische Akademie und der Bau des Bundesparteihauses in Bonn, der voraussichtlich in diesem Jahre begonnen wird.⁵

Die Wahlfinanzierung auf der Bundesebene scheint nach menschlichem Ermessen gesichert. Auf der Länderebene, wo wir keine juristische, aber eine moralische Verantwortung haben, ist die Sicherung verschieden. Es gibt Länder, bei denen alles völlig in Ordnung ist, es gibt Länder, wo es in Ordnung scheint, und es gibt einige Länder, wo die Sache nicht in Ordnung ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit in Ihre Erinnerung rufen, daß wir alle Landesverbände gebeten haben, in ihren Haushaltsplänen dafür einzutreten, daß entsprechende Mittel nicht nur aus dem Bundeshaushalt, sondern auch aus dem eigenen Landeshaushalt aufgebracht werden. Erfreulicherweise ist diese Aktion bis jetzt so gelaufen, daß wir auf der Bundesebene fünf Millionen haben. Eine Erhöhung ist in diesem Jahre nicht möglich. Auf der Landesebene sind es bis jetzt insgesamt drei bis vier Millionen. Angestrebt werden auf beiden Ebenen zehn Millionen.

Ich habe nunmehr die Bitte an den Bundesvorstand, aufgrund der Genehmigung des Haushaltsplanes durch den Bundesfinanzausschuß und der Kenntnis des Haushaltsplanes durch die von Ihnen gewählten Kassenprüfer den Haushaltsplänen zuzustimmen.

Adenauer: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß dementsprechend beschlossen ist. (*Burgbacher:* Vielen Dank!) Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Im § 12 unserer Vorläufigen Finanzordnung heißt es:

„Für die Bundespartei und die Landesverbände beauftragen deren Vorstände zum Ende eines Rechnungsjahres einen öffentlich bestellten Buch- und Wirtschaftsprüfer mit der Überprüfung der Parteifinzen.“

Der Bundesausschuß bestellt für jedes Geschäftsjahr auf seiner ersten Sitzung des Kalenderjahres zwei Kassenprüfer.“

5 Verlagsgesellschaft: Die im „Verein Unionpresse“, später „Union Betriebs-GmbH“, zusammengeschlossenen CDU-nahen Zeitungen (vgl. Stöss 1 S. 650–654). Hausgesellschaft: Gesellschaft zur Verwaltung des ersten Gebäudes der Bundesgeschäftsstelle der CDU und zum Bau eines neuen Gebäudes (vgl. ACDP VII-001-050). Politische Akademie (vgl. Nr. 11 Anm. 23).

Wir sind noch nicht soweit. Wir haben lediglich vorliegen das Jahr 1959, dessen Haushaltsplan durch Wirtschaftsprüfer geprüft worden ist. Das stammt also noch aus der Zeit der Periode von Herrn Bach. Dem Herrn Bach wurde im Rahmen der damaligen Finanzverhandlungen Entlastung erteilt. Ich bitte aber, der Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 1959, weil die Berichte den Prüfern vorgelegen haben, auch noch Entlastung zu erteilen.

Adenauer: Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann stelle ich fest, daß Sie alle zustimmen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zum Punkt 4. Das Wort hat Herr Kraske.

VERSCHIEDENES

Kraske: Wir haben zum erstenmal auf einem Parteitag eine Ausstellung gemacht, und zwar seit dem Parteitag in Goslar im Jahre 1950. Auf diese Idee sind wir heute wieder zurückgekommen, weil wir vor kurzer Zeit ein Archiv von Plakaten entdeckt haben, die die SPD bis heute geklebt hat. Diese Plakate beginnen mit einer Darstellung des Kommunistischen Manifests, und es geht dann über die ganzen Irrungen und Wirrungen der SPD bis zum heutigen Tage. Wir glauben damit, unseren Delegierten und vor allem auch den 420 anwesenden Journalisten in die Erinnerung rufen zu können, wie sich die SPD entwickelt hat. Eines der günstigsten Plakate ist „Professor Erhard ruiniert die deutsche Wirtschaft“. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ein anderes Plakat heißt „Morgen werden wir 6 Millionen Arbeitslose haben“. Wir haben diese Plakate in einem Schaukasten zusammengefaßt, und zwar jeweils durch bestimmte markante Zitate der SPD ergänzt. Ich glaube, durch diese Ausstellung kommt jeder Teilnehmer auf seine Kosten.

Adenauer: Dann führen Sie die Presse auch dorthin!

Kraske: Ja, das ist vorgesehen!

Hellwig: Ich möchte anregen, einige besonders wirkungsvolle Plakate aus dieser Sammlung in Diapositiven festzuhalten. Man kann sie dann als Stegreiffilme verwenden.

Kraske: Wir haben bereits einen Film und eine Tonbildschau mit stehenden Diapositiven und gesprochenen Kommentaren. Es wird dafür gesorgt, daß das ganze Material zusammengestellt und entsprechend verwertet wird.

Adenauer: Wortmeldungen zum Punkt Verschiedenes liegen nicht mehr vor. Damit können wir unsere heutige Vorstandssitzung schließen. Der Parteiausschuß tritt in zehn Minuten zusammen.

21

Bonn, 11. Juli 1961

Sprecher: Adenauer, Barzel, Blank, Blumenfeld, von Brentano, Burgbacher, Dufhues, von Eckardt, Fricke, Gerstenmaier, Heck, Hellwig, Kopf, Kraske, Krone, Lücke, Oberländer, Schmidt, Schröder, [Schwarz], Stingl, Frau Weber, Zimmer.

Bericht zur politischen Lage; Rede des Bundestagspräsidenten vor dem Deutschen Bundestag zum Ende der Legislaturperiode. Stand der Vorbereitung und Richtlinien für den Bundestagswahlkampf.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 16.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, daß Sie so zahlreich hier sind.

Entschuldigt haben sich Dr. Gradl, Dr. Fay, Kiesinger, Scheufelen, Adorno, Altmeier, Dr. Stoltenberg, Dr. Gurk, Dr. Meyers, von Hassel, Etzel, Bauknecht, Dr. Wuermeling, Dr. Seebohm, Schmücker, Lemmer, Dr. Dittmar, Dr. von Merkatz. Ich bedaure aufrichtig, daß so viele Entschuldigungen vorliegen. Ich hätte gedacht, daß so kurz vor der offiziellen Eröffnung des Wahlkampfes, die am nächsten Sonntag in Dortmund stattfinden soll, die maßgeblichen Leute aus den einzelnen Ländern hier wären. Ich möchte sehr offen sagen, daß ich es sehr bedaure, daß das nicht der Fall ist.

Die Tagesordnung ist absichtlich so gehalten, daß nichts daraus geschlossen werden kann, vor allem von Journalisten. Damit komme ich sofort zu einem sehr wichtigen Punkt: Wie halten wir es mit der Information – das ist ein sehr diplomatischer Ausdruck – der Presse über unsere heutige Tagung und über das, was hier gesprochen wird? Ich möchte zunächst den sehr dringenden Appell an Sie richten, daß nicht jeder von Ihnen nachher, wenn er einem Journalisten in die Hände fällt, auspackt. Sonst ist eine wirklich ehrliche und offene Besprechung überhaupt nicht möglich. Wir haben hier heute ernste Dinge zu besprechen; sonst würde ich Sie nicht so schnell mit einer so kurzen Frist gebeten haben, hierher zu kommen.

Zum Ablauf des Tages darf ich folgendes sagen. Wie immer, wenn der

Partei Vorstand hier ist, haben wir vorgesehen, daß eine Tasse Suppe gereicht wird und wir ein kaltes Büffet haben. Die Frage ist, wann wir die Pause machen sollen. Ich möchte bitten, in Aussicht zu nehmen, daß wir die Pause gegen 1 Uhr eintreten lassen. Wir wollen nicht durchtagen, weil das immer eine Hetze mit sich bringt und weil wir sehr wichtige und ernste Dinge zu besprechen haben.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE; REDE DES BUNDESTAGSPRÄSIDENTEN VOR DEM DEUTSCHEN BUNDESTAG ZUM ENDE DER LEGISLATURPERIODE

Adenauer: Lassen Sie mich Ihnen zunächst das letzte Ergebnis von EMNID mitteilen, das gerade jetzt gekommen ist. Das können Sie ruhig aufschreiben und auch der Presse sagen. (*Heiterkeit.*) Es ist vom Juni: CDU 39 %, SPD 28 %, FDP 7 %, Gesamtdeutsche Partei 3 %, Sonstige 2 %, ohne Angabe 21 %, Deutsche Friedensunion 2 % – die ist sehr lebhaft. Ich meine, man muß sie beobachten, nicht von vornherein mit Grobem an sie herangehen. Lassen wir sie sich mal entwickeln; dann kann man immer noch sehen, was man macht.

Dufhues: Die Friedensunion hat einzelne kommunistische Kandidaten aufgestellt. Die kommunistischen Kandidaten sollten wir verbieten. Damit wahren wir absolut das Gesicht und stören nicht die Entwicklung, die wir aus anderen Gründen für richtig halten.

Adenauer: Wissen Sie, daß die früheren Kommunisten auch heute noch Kommunisten sind?

Dufhues: Das erklären sie.

Adenauer: Wir wollen das Thema nicht weiter erörtern.

Schröder: In der Mittagspause sprechen wir einmal mit Herrn Dufhues.

Adenauer: Herr Schröder, legen Sie sich nicht fest. So kurz vor der Wahl soll man sich nicht festlegen. (*Heiterkeit.*)

Wenn man die Meinungslosen nicht berücksichtigt, würden wir statt 39 % 49,3 % haben, die Sozialdemokraten 35,4 % statt 28 %, die FDP 8,8 % statt 7 %; das andere interessiert nicht. Wenn wir die Splittergruppen weglassen, wird das Ergebnis für uns noch besser; es wird aber auch für die Sozialdemokraten besser.

Lassen Sie mich eines vorwegnehmen. Wir haben einen großen Feind zu überwinden: eine zu große Siegeszuversicht. Eine solche große Siegeszuversicht ist absolut unangebracht. Wir haben heute den 11. Juli, und die Wahl ist am 17. September; das sind noch zwei Monate und acht Tage. Zweitens ist die außenpolitische Situation noch in der Nähe keiner vorhergehenden Wahl so unübersichtlich für die nächsten Monate gewesen wie jetzt. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Flugzeuge, die in Moskau gezeigt worden sind, großen Eindruck hervorgerufen haben; Sie haben das ja in der Presse gelesen. Es kann auch gar keinem Zweifel unterliegen, daß Sowjetrußland in einzelnen Zweigen sowohl seiner Wirtschaft wie auch seiner Bewaffnung einen sehr hohen Grad erreicht hat. Der hohe Grad in einzelnen Zweigen

der Wirtschaft ist allerdings nicht einfach auf die Wirtschaft als Ganzes zu übertragen, da geht es sehr viel tiefer herunter.

Nach Berichten, die man bekommt – ich darf Sie auf einen Artikel in der letzten Nummer der „Zeit“ hinweisen¹ –, sind allerdings in der heranwachsenden oder herangewachsenen Jugend, also in dem Nachwuchs der Kommunisten, doch sehr starke Fäulniserscheinungen zu bemerken. Ich glaube, es liegt auch in der Natur der Sache, daß in einem Volk, das bewußt den Atheismus pflegt, eine solche Staatsklaverei auf die Dauer gar nicht durchzuführen ist. Wenn eine solche Allmacht des Staates – hier ist das Gott sei Dank nicht der Fall, aber ich denke an Moslemstaaten – auch religiös fundiert ist, dann hat ein solcher Staat natürlich eine sehr viel größere Dauer. Das fällt jedoch bei den Russen weg. Daher bleibe ich nach wie vor der Überzeugung, daß auf die Dauer gesehen Sowjetrußland nicht dieses Stadium beibehalten wird, das es jetzt hat. Wann eine Änderung eintreten wird, kann jetzt kein Mensch sagen.

Es kommt hinzu, daß die Nachbarschaft von Rotchina für Rußland eine sehr große Gefahr bedeutet; die mögen auch noch so oft zusammenkommen und reden. Diese Gefahr hat namentlich auch Chruschtschow erkannt; darüber hat er bei mir schon gesprochen, als ich im Jahre 1955 in Moskau war.

Daher hilft bei uns nur eines: Geduld. Wir müssen in Freiheit am Leben bleiben. Im gegenwärtigen Zustand der Welt nach einem Friedensvertrag mit Sowjetrußland zu rufen, halte ich für einen politischen Fehler allererster Ordnung. Das würde Sowjetrußland nur ermutigen, bei seiner Aufrüstung zu bleiben.

Sie alle kennen wahrscheinlich das Buch „Das russische Perpetuum mobile“², ein ausgezeichnetes Buch. Es ist nicht etwa ein Buch, mit dem man einige Stunden mit einer angenehmen Lektüre ausfüllen kann, sondern es enthält sehr viel Zahlenmaterial und verfolgt die russische Entwicklung jahrhundertweit zurück. Aus diesem Buch habe ich gestern einige Zahlen in Essen auf einer großen Frauenversammlung³ vorgetragen.

Das war übrigens eine wirklich großartige Versammlung. Da waren 11.000 Frauen da. (*Weber*: Wieviel? 13.000!) Ich akzeptiere lieber 13.000 als 11.000. 11.000 erinnert mich so sehr an die 11.000 Jungfrauen; das war sicher nicht der Fall. (*Heiterkeit*. – *Zuruf*: 15.000!) Meinetwegen 15.000. Man kann das ja nicht mehr schätzen. Aber es war ein großartiger Eindruck. Herr Krone, der eine sehr gute Rede gehalten hat, wird das bestätigen. Ich habe da einmal ganz offen über unsere Gefahren und speziell auch über Sowjetrußland gesprochen. Das möchte ich auch Ihnen mitteilen, weil wir

1 „Sie lebten unter Stalins Schatten. Eindrücke einer Reise durch Sowjetrußland“ von Louis Fischer („Die Zeit“ vom 7. Juli 1961).

2 Vgl. Dieter FRIEDE.

3 Am 10. Juli 1961 bei einer Frauenkundgebung der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen (TERMINKALENDER). Vgl. dpa vom 10. Juli 1961: „Adenauer gegen Friedensvertrag mit Sonderstatuten. Nur über Abrüstung zum Frieden. Seitenhiebe gegen SPD und FDP“, sowie FAZ und „Die Welt“ vom 11. Juli 1961.

in der Hauptsache heute zusammengekommen sind, um eine völlige Klarheit über die Richtung unseres Wahlkampfes zu schaffen und um klarzulegen, was uns von der Sozialdemokratie und von der FDP trennt. Es kann doch gar keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokratie und wir in der Außenpolitik übereinstimmen. Das ist doch ein ganz großer Irrtum.

Aber lassen Sie mich jetzt einmal vorlesen, was die Sowjetunion mit ihren Verträgen tut. Seit 1925 hat sie 58 Verträge, Vereinbarungen, Abkommen politischen Inhalts mit fremden Regierungen abgeschlossen. Von diesen 58 Verträgen hat die Sowjetunion nicht weniger als 47 gebrochen, verletzt oder einseitig gekündigt. Da ist die einseitige Kündigung, die jetzt vorgenommen worden ist, noch nicht drin enthalten. Im einzelnen hat die Sowjetregierung von elf Nichtangriffspakten zehn gebrochen, davon vier nach 1945. Von 18 Bündnissen hat sie 15 gebrochen, davon elf nach 1945. Die Sowjetregierung hat nach 1946 sechs Friedensverträge abgeschlossen und davon drei gebrochen. In dem eben genannten Buch sind alle Einzelheiten aufgezählt, so daß man nicht sagen kann, das seien propagandistische Gemälde. Nein, das sind absolute Tatsachen.

Daher – und das lassen Sie mich bitte an die Spitze meiner Ausführungen stellen – hilft kein Friedensvertrag mit Sowjetrußland, solange nicht die kontrollierte Abrüstung da ist. Schutz bietet gegen die jahrhundertalten Offensiven Rußlands nur die kontrollierte Abrüstung. Ohne daß die freien Völker so stark wie Sowjetrußland sind, können wir nicht zur kontrollierten Abrüstung kommen. Wenn wir unterhalb der vereinbarten Linie dann abrüsten würden, würden wir auch keinen Frieden haben. Gerade wir von unserer Partei müßten uns darüber absolut klar sein. Das ist nun schon seit Jahr und Tag der Weg unserer Politik.

Nun, meine Damen und Herren, begrüße ich Herrn Bundestagspräsidenten Gerstenmaier und freue mich über seine Anwesenheit. Man kann dann sehr viel ruhiger und unbefangener sprechen, und man läuft nicht Gefahr, daß Herr Präsident Gerstenmaier von irgendeiner Seite falsch informiert wird.

Bei Abschluß des Bundestages in der vergangenen Woche hat Herr Präsident Gerstenmaier, wie Sie wissen, eine Rede gehalten⁴, die diesmal außer der Übersicht über die Arbeit und den Gang der zu Ende gehenden Legislaturperiode auch sehr umfangreiche und sehr dezidierte Ausführungen hochpolitischen Inhalts enthielt. Diese Ausführungen hat weder der Bundeskanzler vorher gekannt, noch hat sie der Außenminister gekannt. Wir waren natürlich nicht in der Lage, dazu etwas zu sagen, da die Sitzung geschlossen wurde und es ja auch für unsere Partei nicht ratbar gewesen wäre, wenn dem Bundestagspräsidenten, der einer unserer führenden Männer ist, da von Herrn von Brentano und von mir widersprochen worden wäre. Mit großem Applaus des ganzen Hauses ist also die Sitzung geschlossen worden.

4 Am 30. Juni 1961. Vgl. Sten.Ber. 3. WP Bd.49 S.9762–9766; ACDP I-210-075/1. – GERSTENMAIER S. 446–451.

Ich habe in der Zwischenzeit mit maßgebenden Parteipolitikern und auch sonst maßgebenden Herren verschiedener Länder gesprochen. Es ist eine gewisse Unklarheit entstanden, wie wir uns im Wahlkampf in der Frage der Außenpolitik und gegenüber der SPD zu verhalten hätten.

Nun, meine Freunde, ist es ja so, daß die Sozialdemokratie die NATO niemals in allen Konsequenzen anerkannt hat. Das ist einfach nicht wahr. Das haben auch auf dem Hannoverschen Parteitag⁵, wo diese Wendung in der Außenpolitik – diese teilweise Wendung oder äußerliche Wendung – proklamiert wurde, Ollenhauer, Schmid und Lipschitz⁶ hinsichtlich der nuklearen Bewaffnung der Bundeswehr ganz klar gesagt.

Dazu möchte ich Ihnen in diesem vertrauten Kreise eines sagen. Es befindet sich eine große Anzahl von nuklearen Köpfen in Westeuropa, auch in der Bundesrepublik. Die sind da, und sie stehen unter amerikanischem Verschuß. Nach einem amerikanischen Gesetz dürfen sie nur abgefeuert werden, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten die Anordnung trifft. Militärs, insbesondere der General Heusinger, den ich wegen seiner sehr großen Abgeklärtheit außerordentlich schätze, haben mir erklärt: Aus militärischen Gründen kann dadurch ein ganz großes Unglück geschehen, weil bei einem etwaigen sowjetrussischen Angriff unter Umständen eine Stunde die ganze Sache entscheidet, wenn nicht zurückgeschlagen wird. Es kann kein Mensch garantieren, daß der Präsident der Vereinigten Staaten zu jeder Stunde, bei Tag und bei Nacht, gleichgültig, wo in der Welt er sich befindet, erreichbar ist, um die Entscheidung zu treffen. Es kann weiter auch gar nicht erwartet werden, daß innerhalb dieser Stunde dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von seinen Ratgebern ein Bild über die ganze militärische Situation im Falle eines Angriffs von der anderen Seite gegeben werden kann. Die Ratgeber müssen ja auch erst ins Bild gesetzt werden.

Das ist der Grund, warum Norstad nun schon seit einem Jahr darauf hinarbeitet, daß einer Formation – so will ich mich mal sehr vorsichtig ausdrücken – des NATO-Rates die Entscheidung in Notfällen übertragen wird, ob nukleare Waffen eingesetzt werden sollen oder nicht. Er hat diese Vorschläge schon im vergangenen September der Administration Eisenhower gemacht. Eisenhower hat aber so kurz vor der Wahl in den Vereinigten Staaten und vor seinem Abtreten diese Entscheidung nicht mehr getroffen. Dieser Antrag des General Norstad ruht noch in Washington im Weißen Haus. Es ist noch keine Entscheidung darüber getroffen.

Aber die Sozialdemokraten gehen ja weiter, als Norstad hier geht. Sie wollen, daß die Bundeswehr unter keinen Umständen irgendwie mit nuklearen Waffen zu tun hat. Ich kann Ihnen das nur in ganz großen Strichen klarlegen, erstens mangels Zeit und zweitens, weil ich nicht die Detailkenntnisse habe.

5 Vom 21. bis 25. November 1960 in Hannover. Druck: Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der SPD in Hannover 21. bis 25. November 1960. Bonn o.J.

6 In der Vorlage: Lippschütz. – Joachim Lipschitz (1918–1961), 1951–1961 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (SPD), 1955–1961 Berliner Innensenator. – Lipschitz redete in Hannover nur zu Fragen der inneren Sicherheit (Vgl. SPD, Parteitag 1960 S. 197–201).

Stellen Sie sich vor, daß die NATO einen Schild vor Europa errichten soll. Stellen Sie sich weiter vor, daß auf alle Fälle Sowjetrußland nuklear hoch aufgerüstet ist. Denken Sie weiter daran, daß Chruschtschow noch vor wenigen Tagen Diplomaten in Moskau erklärt hat – nicht unserem Botschafter, aber Botschaftern anderer NATO-Staaten –, daß, wenn es wegen Berlin zum Krieg käme, dieser Krieg dann von Anfang an nuklear geführt werden wird. Stellen Sie sich weiter vor, daß in der Mitte dieses Schildes die deutschen Truppen stehen, und zwar in einer Stärke – es sind jetzt 300.000 Mann unter den Fahnen, dazu kommen noch ein paar hunderttausend Reservisten – von, sagen wir, 500.000 Mann. Würde in einer solchen Situation ein nuklear hoch aufgerüsteter Gegner von seinen nuklearen Waffen Gebrauch machen – denn er weiß ja, daß ihm gegenüber keine nuklearen Waffen stehen –, dann würden die deutschen Truppen in den sicheren Tod gehen. Ich nehme diese Sache so ernst, denn der Bundeskanzler hat ja im Ernstfall den Oberbefehl über unsere Wehrmacht. Ich habe gesagt, wenn es so bleibt, dann würde ich niemals im Ernstfall die deutschen Truppen in den sicheren Tod schicken.

So ist die ganze Situation, und das muß man wissen, wenn man die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur NATO richtig verstehen will. In Hannover hat Ollenhauer unter größtem Beifall des ganzen Parteitages⁷ – und er hat allein solchen Beifall bekommen auf dem Parteitag, kein anderer – erklärt, der Beschluß der SPD, daß unter keinen Umständen deutsche Truppen nukleare Waffen bekommen sollen, bleibe nach wie vor bestehen. Herr Carlo Schmid hat auf demselben Parteitag gesagt⁸, wenn die NATO-Truppen einem Gegner gegenüberstehen, der nuklear hoch aufgerüstet ist, dann müßten sie selbstverständlich auch nukleare Waffen haben. Aber er hat weiter gesagt: Die anderen sollen nukleare Waffen haben, aber nicht die Deutschen. Also die Holländer, die Luxemburger, die Belgier, die Italiener, die Franzosen, aber nicht die Deutschen. Herr Lipschitz – das ist der Senator in Berlin, der in SPD-Kreisen viel gilt – hat erklärt, man müsse sich darüber klar sein, daß darüber die NATO eventuell auseinandergehe.⁹ Damit hat er vollkommen recht. Wenn tatsächlich die deutschen Truppen, falls ein Gegner den Kampf beginnt, der nuklear aufgerüstet ist, keine nuklearen Waffen verwenden dürfen, dann ist das Ganze eine Tragödie, mehr nicht, eine Tragödie in einem Akt, nicht in drei Akten. Die ganze Sache ist dann sehr schnell zu Ende. Nach meiner Überzeugung wäre die NATO, wenn wirklich eine sozialdemokratische Regierung ans Ruder käme, die an dieser Maxime festhält, erledigt. Ich habe Ihnen das einmal so kraß und knapp dargelegt, damit Sie sehen, daß die Stellung der SPD in außenpolitischen Fragen – insbesondere in bezug auf NATO – himmelweit von der unsrigen verschieden ist.

7 Druck: Ebd. S. 69–95, bes. S. 75.

8 Druck: Ebd. S. 151–155, bes. S. 154.

9 Auf einer Landeskonzferenz der Jungsozialisten des SPD-LV Schleswig-Holstein am 4. Dezember 1960 („Die Welt“ vom 5. Dezember 1960).

Nun hat ja Herr Brandt die Katze aus dem Sack gelassen.¹⁰ Wenn man die Politik der Sozialdemokratie von 1949 an analysiert, dann stellt man fest, daß sie ein neutralisiertes Deutschland wollen. Sie leben in der Idee, daß ein neutralisiertes Deutschland sich zwischen den Blöcken halten könne. Wenn Sie sich vorstellen, in den vergangenen zwölf Jahren hätte hier eine Regierung gesessen, die auch für die Neutralisierung Deutschlands gewesen wäre, dann würde mit Sowjetrußland schon lange über Deutschland verhandelt worden sein; aber dann hätte der Aufbau nicht stattfinden können.

Wenn Sowjetrußland die Bundesrepublik mit ihrer wirtschaftlichen und militärischen Kapazität in die Hand bekommt, dann ist Sowjetrußland auf dem Weltmarkt in einer ganzen Reihe von lebenswichtigen Sparten den Vereinigten Staaten überlegen. Dann wäre es für Sowjetrußland eine Kleinigkeit – dadurch, daß es Produkte zu einem Preis auf den Weltmarkt wirft, der den amerikanischen Preis unterbietet –, in den Vereinigten Staaten, die jetzt schon sechs Millionen Arbeitslose haben, ein innerpolitisches, wirtschaftlich für die Vereinigten Staaten sehr gefährliches Klima zu erzeugen. Wenn wir in diesen Sog kämen, dann könnten sich Italien und Frankreich auch nicht mehr halten; das ist ganz klar. Dann müßte also auch der Gedanke an die europäische Föderation – die Sozialdemokraten haben sie nie haben wollen – und Westeuropa abgeschrieben werden.

Die Außenpolitik, die die Bundesregierung befolgt, ist also entscheidend für Westeuropa und damit auch für die Vereinigten Staaten. Glauben Sie doch bitte nicht, daß von den anderen Ländern eines aus Liebe und Verehrung für das Deutschtum hier steht. Kein einziges! Das müssen Sie sich wirklich nicht einbilden. Die Deutschen neigen ja dazu, sich etwas Derartiges einzubilden. Die anderen sind nur hier und verteidigen Westeuropa nur – und zwar mit voller Kraft verteidigen sie es –, weil hier auch das amerikanische Schicksal entschieden wird. Hier wird entschieden, ob der Kommunismus oder die Freiheit die Welt regiert.

Das steht für uns auf dem Spiele, das ist unsere Verantwortung. Das ist unsere Aufgabe, die wir zwölf Jahre lang mit allen Konsequenzen zu erfüllen versucht haben. Diese Aufgabe wollen wir auch weiter zu erfüllen versuchen.

Die Sozialdemokratie steht auf einem anderen Standpunkt. Herr Brandt hat ja – ich habe hier die „Welt“ vom Samstag – vergangenen Freitag hier in Bonn eine Pressekonferenz abgehalten.¹¹ Auf dieser Pressekonferenz hat er die Anregung gegeben, zunächst alle 52 ehemaligen Kriegsgegner des Deutschen Reiches zu einer Art Superkonferenz einzuladen, auf der ein Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland ausgehandelt werden soll. Meine Damen und Herren, meine Phantasie reicht nicht aus, wenn ich so etwas lese, mir vorzustellen, was das geben wird. Ich bin aber

¹⁰ Brandt hielt auf einer Pressekonferenz am 7. Juli 1961 die Eingliederung Deutschlands in eine atomwaffenfreie Zone für erwägenswert. Vgl. „Die Welt“ vom 8. Juli 1961; DUD Nr. 129 vom 10. Juli 1961 S. 1.

¹¹ Vgl. Anm. 10.

überzeugt, der größte Teil der früheren Kriegsgegner Deutschlands würde nicht kommen; kommen würden die Kommunisten, kommandiert von Sowjetrußland. In der Pressemeldung heißt es dann weiter:

„Brandt hält es für wichtig, daß bei einer derartigen Konferenz auch der außenpolitische Status Gesamtdeutschlands einschließlich der möglichen Eingliederung in eine atomwaffenfreie Zone diskutiert werde.“

Der außenpolitische Status bedeutet Neutralisierung Deutschlands! Nun hat sich die Schweiz für neutral erklärt und ist immer neutral geblieben. Man hat Österreich neutralisiert. Aber die Bundesrepublik mit ihren 53 Millionen Einwohnern und mit dieser Wirtschaft zu neutralisieren, das ist völlig ausgeschlossen. Wer das behauptet – von Amerika her oder von Sowjetrußland her –, der sagt die Unwahrheit. Dafür ist – ich glaube, ich habe das eben doch klargelegt – der Besitz Westdeutschlands, der Bundesrepublik, zu entscheidend in dem ganzen weltpolitischen Ringen zwischen West und Ost, das wir nach wie vor erleben müssen.

Und was die atomwaffenfreie Zone angeht – das ist der militärische Status –, so ist folgendes zu sagen: Die Sozialdemokratie hat vor mehreren Jahren – namentlich Herr Erler hat das getan – von dem außenpolitischen Status und dem militärischen Status gesprochen. Der Rapacki-Plan¹² ist, wenn er jemals etwas wert gewesen wäre – er war es nach meiner Überzeugung nicht –, durch die Entwicklung der Waffentechnik seit jener Zeit derart überholt, daß auch die Polen ihn vor Jahren als obsolet bezeichnet haben.

Und jetzt kommt der gute Brandt damit heraus und klärt damit in einer Weise die innere politische Meinung der Sozialdemokraten, daß wir ihm dafür nur von Herzen dankbar sein können. Nicht daß wir ihn wählen, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich hier folgendes sagen; ich fahre ja morgen nach Berlin und muß etwas vorsichtig sein, bis ich zurück bin. Ich kann ja Herrn Brandt selber meine persönliche Meinung nicht so ungeschminkt sagen. Wenn jemals einer seine außenpolitische Unfähigkeit dokumentiert hat, dann ist es der Herr Brandt, der in diesem ersten Stadium einer Verhandlung zwischen den Westmächten und Sowjetrußland Dinge ausspricht, die in den Ohren Chruschtschows und seiner Leute geradezu Musik sind. Denn das will der ja, was ihm hier vorgeschlagen wird. Er wird nun mit Recht darauf hinweisen: „Aber Berlin, vertreten durch seinen Regierenden Bürgermeister, will es doch. Warum seid Ihr so dagegen?“

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, Ihnen die ganze Situation vorzutragen, weil für den Wahlkampf eine unbedingte Klarheit geschaffen werden muß, wo wir stehen und wo die Sozialdemokraten stehen; auf die FDP komme ich noch zu sprechen.

Wir müssen also klären, wo wir stehen und wo die Sozialdemokraten stehen; auf keine andere Weise können wir erwarten, wieder die Mehrheit im Bundestag zu bekommen. Darf ich Sie bitten, immer daran zu denken, daß eine gar nicht kleine

12 Vgl. Nr. 2 Anm. 97.

Schicht von Wählern sich weder für die SPD noch für die CDU/CSU entschieden hat. Sie stimmen bei der Wahl ab nach Erwägungen, die sie dann anstellen, die sie aber nicht durch Zugehörigkeit zu einer Partei bestimmen lassen. Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß bis zur Wahl jeder Wähler auch über den genannten entscheidenden Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und uns Klarheit hat. Dann, bin ich überzeugt, wird es so werden wie das letztmal auch, wo wir gerade durch diese außenpolitische Situation den großen Wahlsieg errungen haben.

Lassen Sie mich Ihnen zum Schluß folgendes sagen. Ich glaube nicht, daß es Krieg gibt. Ich bin fest davon überzeugt, daß es keinen Krieg gibt, und zwar deswegen, weil Sowjetrußland genau weiß, daß – wenn es auch in dem einen oder anderen überlegen sein wird – der Krieg so nuklear geführt würde, daß auch Rußland zu den Besiegten gehörte. Deshalb glaube ich nicht, daß Chruschtschow überhaupt Krieg will. Er spielt natürlich auf das Letzte heraus, um zu bluffen. Daher muß gerade unser Volk Klarheit haben und dann ruhige Nerven bewahren, damit Chruschtschow dieses Spiel nicht gelingt.

Ob diese Auseinandersetzung – zunächst nur diplomatisch – über Berlin vor unseren Bundestagswahlen kommen wird oder nicht, das läßt sich jetzt schwer überschauen. Ich habe bis vor kurzem geglaubt – dieser Glaube stützte sich auf Informationen aus Moskau –, daß er wirklich erst mit ernstern Verhandlungen zu beginnen bereit sei, wenn er den kommunistischen Kongreß, der am 17. Oktober beginnt und nach den Erfahrungen drei bis vier Wochen dauert, hinter sich hat, also Ende dieses Jahres. Aber die ganze Sache ist jetzt sehr stark angeheizt, um den schönen Ausdruck zu gebrauchen. Ich hoffe jedoch, daß die Frage vor der Wahl wirklich nicht so akut werden wird, wie sie später einmal wird. Jedenfalls würde das nicht in unserem Interesse liegen. Wir müssen auch bei unseren Verbündeten darauf hinwirken, daß die Sache nicht forciert wird.

Meine Freunde, es lag mir besonders am Herzen, Ihnen das einmal klarzulegen und Ihnen die Fronten zu zeigen, die nach wie vor in der Bundesrepublik zwischen der Sozialdemokratie und uns bestehen. Wenn Sie meine Meinung teilen, dann müssen wir gemeinsam überlegen, wie wir die Wahlpropaganda während der nächsten zweieinhalb Monate führen.

Ich möchte Ihnen dazu eine Wahrnehmung sagen. Ich habe eine Reihe großer Versammlungen hinter mir. Ich habe in Nürnberg gesprochen; da waren 7.000 oder 8.000 Menschen. Ich habe in Hamburg gesprochen; da waren es ein paar Tausend mehr. Ich habe in Frankfurt gesprochen vor der Jungen Union; an diesem schrecklich heißen Sonntag waren es 20.000 Menschen. Ich habe ferner die beiden Frauenversammlungen gehabt, die eine in Stuttgart und gestern die andere in Essen.¹³

¹³ Vor der Jungen Union am 14. Mai 1961 in Nürnberg, am 28. Mai in Hamburg und am 2. Juli in Frankfurt. Die Frauenkundgebung in Stuttgart fand am 22. Juni, die in Essen am 10. Juli 1961 statt (TERMINKALENDER).

Die Frage unseres Wohlstandes wird als beantwortet angesehen. Den Leuten geht es gut; es geht ihnen wirklich gut, und sie sind auch so zufrieden, wie der Mensch zufrieden sein kann. Ganz zufrieden ist der Mensch nie; das liegt in seiner Natur. Die Leute haben höchstens Sorge, daß sie den Wohlstand nicht auf die Dauer genießen können. Ich glaube, es macht auf die Frauen nichts mehr Eindruck als das Gefühl der Sicherheit, auch der materiellen Sicherheit. Sie interessieren sich mehr dafür, daß die Renten bleiben, daß die Preise nicht plötzlich ansteigen; das interessiert sie mehr als eine weitere Hebung ihres ganzen Standes. Sie wollen die Sicherheit, daß sie das Erreichte behalten. Ebenso haben sie ein sehr feines Empfinden für die Sicherheit gegenüber den Russen. Da stößt man auf die größte Aufmerksamkeit und auf sehr großes Verständnis. Das habe ich namentlich bei den beiden Frauenversammlungen gemerkt, die ich gehabt habe. Ich weiß nicht, wie Ihre Erfahrungen auf dem Gebiet sind.

Ich meine, daß wir auch danach unsere Wahltaktik und unsere Wahlpropaganda etwas einrichten müssen. Also, die Leute wollen Sicherheit; sie wollen Sicherheit in der Wirtschaft, im Innern und nach außen. Das Gefühl der Sicherheit ist dasjenige, das sie am meisten berührt. – Vielleicht wird jetzt Herr von Brentano noch einiges sagen.

Von Brentano: Ich bin gerne bereit dazu, wenn Sie es wünschen. Ich weiß nur nicht, ob es nicht besser wäre, wenn Kollege Krone jetzt etwas sagen würde. Es geht ja darum, daß wir hier jetzt eine Diskussion über die Erklärung von Herrn Gerstenmaier führen. Ich habe ihm einen langen Brief geschrieben.¹⁴ Ich habe ihm meine Bedenken über seine Äußerung mitgeteilt.

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, daß wir diese Frage kontrovers diskutieren sollten. Wir sollten zu einer Übereinstimmung kommen. Diese Übereinstimmung brauchen wir, denn wir sollen ja auf eine Anfrage der FDP antworten.¹⁵ Ich glaube, wenn wir wollen, können wir das ohnehin.

Herr Gerstenmaier, ich habe Ihnen geschrieben, daß die ersten zwei Drittel dieser Erklärung sicherlich von jedem von uns ohne Einschränkung unterschrieben werden können. Aber wenn mich der Bundeskanzler auffordert, möchte ich gern ein Wort sagen und offen meine Meinung äußern.

Ich will nicht die Frage diskutieren, ob es zur Zuständigkeit des Bundestagspräsidenten gehört, Erklärungen dieser Art abzugeben. Ich habe meine Bedenken dagegen. Ich glaube nicht, daß der Bundestagspräsident in politischen Dingen der Sprecher des

14 Von Brentano an Gerstenmaier vom 8. Juli 1961 in ACDP I-210-017/1. Vgl. GERSTENMAIER S. 448f.; Arnulf BARING: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1963. Hamburg 1974 S. 319, 326. – Brentanos Brief enthielt formale und inhaltliche Kritik an der Erklärung Gerstenmaiers mit dem Hinweis auf die negativen innen- und außenpolitischen Folgen für die Bundesregierung.

15 BT-Drs. 2980 vom 24. Juli 1961 (Beantwortung der FDP-Anfrage vom 6. Juli 1961 betr. Deutschland- und Berlin-Politik von Bundestag und Bundesregierung, BT-Drs. 2956).

Parlaments ist. Das gibt es in der ganzen Welt nicht. Wir sollten uns nicht in eine solche Übung begeben, die uns später vielleicht noch sehr unwillkommen sein kann. Aber darüber zu entscheiden ist letztlich Sache des Parlaments. Darüber bin ich mir klar. Wenn die Fraktionen den Bundestagspräsidenten beauftragen und ermächtigen, solche Erklärungen abzugeben, dann haben sie die Verantwortung zu tragen. Als Mitglied der Fraktion äußere ich diese Bedenken.

Der Hauptgrund meiner Bedenken ist folgender: Ich kann mir eigentlich nicht denken, daß es anderswo möglich wäre, daß eine politische Erklärung in einer so ernsten, ungewöhnlich ernsten und kritischen Situation wie der gegenwärtigen abgegeben wird, ohne daß die Regierung über den Inhalt der Erklärung unterrichtet oder auch nur zu Rate gezogen wird und ohne daß – soweit ich informiert bin – auch die zuständigen Mitglieder der Fraktion über diese Erklärung gefragt wurden. Ich wiederhole, daß die Situation, in der wir stehen, es nicht zuläßt, daß Erklärungen abgegeben werden, die dann zu kritischen Bemerkungen und zu kontroversen Diskussionen Anlaß geben.

Die kritischen Bemerkungen sind natürlich nicht ausgeblieben. Ich habe in der Öffentlichkeit nicht zu diesen Dingen gesprochen. Niemand von uns konnte aber verhindern, daß die Presse und der Rundfunk in Deutschland und außerhalb Deutschlands sich mit dieser Situation beschäftigt und Gegensätze festgestellt haben zwischen der Politik der Bundestagsfraktion und der Bundesregierung auf der einen Seite und der Erklärung auf der anderen Seite, die der Bundestagspräsident am 30. Juni abgegeben hat.

Wo sind diese Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze? Unser Parteivorsitzender hat eine Frage angeschnitten, und ich möchte sie aufgreifen. Es wird in der Erklärung in behutsamer, aber doch klarer Weise folgendes festgestellt:

„Es spricht für die Nüchternheit des politischen Denkens in Deutschland, wenn diese Möglichkeiten“ – der deutschen Politik – „nur noch vor dem Hintergrund und unter der Deckung der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft gesehen werden. In diesem Hause besteht, soweit ich sehe, deshalb heute auch die unangefochtene Bereitschaft, unsere Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft der freien Welt im allgemeinen und der NATO im besonderen auf das pünktlichste zu erfüllen.“

Meine Damen und Herren, niemand wäre glücklicher als ich in meiner Position als Außenminister, wenn er eine solche Feststellung unterschreiben könnte. Ich habe so oft die Opposition beschworen, Bedenken und Vorstellungen zurückzustellen und die Bundesregierung im außenpolitischen Bereich mit einer stärkeren Legitimität, mit einer stärkeren Autorität auszustatten. Aber alle diese Bemühungen waren umsonst. Wir haben damals am 30. Juni die überraschende Erklärung des Herrn Wehner gehört¹⁶; wir kennen aber auch die Äußerungen und Diskussionen auf dem

16 Außenpolitische Regierungserklärung und Debatte im Bundestag (Sten.Ber. 3. WP Bd. 46 S. 7052–7061).

Parteitag von Hannover und die Bekanntgabe des Regierungsprogramms in der Beethovenhalle in Bonn durch den Kanzlerkandidaten Brandt.¹⁷ Ich kann mir nicht denken, daß irgend jemand der Überzeugung ist, daß die Sozialdemokratie tatsächlich in ihrer Gänze oder in ihrem entscheidenden Teil einen solchen Gesinnungswandel vollzogen hat, daß sie entschlossen sei zu verbrennen, was sie angebetet hat, und anzubeten, was sie vorher verbrannt hat.

Ich könnte eine ganze Fülle von Äußerungen prominenter Sozialdemokraten zitieren, die ganz klar ausgesprochen haben: „Wir brauchen eine andere Wahlpropaganda; laßt uns die Wahl gewinnen. Was wir dann tun, ist unsere Sache.“ Ich brauche das gar nicht alles zu zitieren. Ich brauche nur die Praxis zu zeigen, die auch nach dem 30. Juni 1960 vorhanden war: Auch nach dieser Rede und nach diesen Bekenntnissen auf dem Parteitag hat die Sozialdemokratie bis in die letzten Stunden der parlamentarischen Tätigkeit alle Gesetzesvorlagen bekämpft und abgelehnt, die mit der Erfüllung des NATO-Bündnisses zu tun haben, zuletzt das Leistungsgesetz¹⁸, das wirklich das primitivste war, was man verlangen konnte. Ich rede gar nicht von der tragischen Entwicklung des Notstandsgesetzes¹⁹, nicht von den Erklärungen im Hause und außerhalb des Hauses, in den Wahlkämpfen und außerhalb der Wahlkämpfe, die bis in die jüngsten Tage hinein abgegeben worden sind. Wir erleben ja schon die ersten Zeichen des Wahlkampfes. Jeder von uns hat diese Dinge draußen schon gehört und muß sich mit ihnen auseinandersetzen.

Ich habe wirklich das Gefühl – ich bitte unseren Präsidenten Gerstenmaier, es nicht übelzunehmen, wenn ich das so offen sage –, daß wir uns selber betrügen würden, wenn wir eine solche Feststellung treffen und wenn wir auch nach außen hin einen Eindruck erwecken, den ich gar nicht erwecken möchte, und zwar aus staatspolitischen Gründen und aus Anstand nicht. Ich möchte nicht draußen den Eindruck erwecken, als sei in den außenpolitischen Fragen eine Übereinstimmung erzielt worden. Sie besteht nicht. Ich rede gar nicht davon, daß es auch aus parteipolitischen Gründen unbegreiflich wäre, wenn wir eine solche Übereinstimmung gegen unsere Überzeugung nun feststellen würden. Was sollen wir denn dann unseren Wählern draußen noch sagen? Warum sollen sie uns dann noch wählen? Dann können sie mit demselben Recht – zumindest was die außenpolitische Entwicklung angeht – auch die Opposition wählen.

17 Außerordentlicher Kongreß der SPD am 28. April 1961 (AdG 1961 S. 9066–9068).

18 BT-Drs. 2045 vom 23. August 1960 (Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesleistungsgesetzes), BT-Drs. 2907 vom 22. Juni 1961 (Bericht des Innenausschusses über den o.a. Entwurf), Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9608–9617, 9711f. (Anlage 15/Umdruck 950: Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Gesetzentwurf vom 27. Juni 1961).

19 BT-Drs. 1800 vom 20. April 1960 (Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes betr. das Notstandsrecht); Sten.Ber. 3. WP Bd. 47 S. 7174–7227 (Erste Beratung des Gesetzentwurfs – Protokoll der 124. Sitzung vom 28. September 1960). Vgl. Nr. 17 Anm. 27.

Ich wiederhole: Die Glaubwürdigkeit der politischen Konversion der sozialdemokratischen Partei müßte erst noch erwiesen werden. Es müßte einmal von einem Sozialdemokraten gesagt werden, dem nicht widersprochen wird: „Wir geben zu, daß wir uns elf Jahre lang geirrt haben, daß wir auf einem anderen Kurs waren.“ Das haben Sie nicht gehört, und das werden Sie nicht hören.

Jeder von uns weiß – von meinem Bereich kann ich das bestimmt sagen –, daß die Haltung auf der unteren Ebene der Sozialdemokratie eher kritischer und härter geworden ist als früher. Dort hat man sich keineswegs auf irgendeinem Bereich der Außenpolitik uns angenähert. Wenn Sie die offiziellen und vertraulichen Berichte über die großen Bezirkskonferenzen lesen – ich kenne beispielsweise solche aus Hessen –, dann reicht Ihnen das. Deshalb würden wir einen falschen Eindruck erwecken, wenn wir eine Gemeinsamkeit hervorheben würden, die nicht besteht.

Ein Letztes habe ich Ihnen geschrieben, lieber Gerstenmaier, daß mir die Formulierung, daß ein Friedensvertrag abgeschlossen werden soll, der den politischen und militärischen Status klarstellen soll, bedenklich erscheint. Ich gebe Ihnen ohne weiteres zu, daß Sie die Formulierung in einen Zusammenhang gestellt haben, daß Sie ausdrücklich das Verhandeln über diesen Friedensvertrag von der innerdeutschen Vorentscheidung der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung aufgrund freier Wahlen in Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes abhängig machen. Trotzdem hat die Formulierung, den militärischen und politischen Status im Friedensvertrag auszuhandeln, irgendeinen ungunen Klang. Denn diese Formulierung ist nämlich nicht bei uns, sondern in den Vorschlägen der Opposition entstanden.

Die Opposition hat damit etwas ganz Bewußtes verbunden, was auch jetzt wieder zu lesen ist. Sie verbindet damit das Angebot, Deutschland politisch aus dem Westen zu lösen und militärisch zu neutralisieren im Sinne irgendwelcher Vorstellungen des europäischen Sicherheitspaktes, der Rapacki-Pläne oder was weiß ich.

Ich glaube, es ist gefährlich, hier eine solche Formulierung zu wählen, die dann mißverstanden wird. Ich habe in meinem Brief im übrigen auf die Kommentare hingewiesen. Sie sagen dazu: „Ich kann nichts für die Kommentare.“ Das weiß ich natürlich. Aber die Kommentare zeigen, daß man solche Formulierungen notwendigerweise so mißversteht, wie ich es befürchtet habe.

Ich darf noch auf folgendes hinweisen. Wenn eine außenpolitische Erklärung von dieser Bedeutung abgegeben wird, dann darf, wie ich meine, die Erklärung nicht mit den Worten schließen: „Die Sitzung ist geschlossen.“ Damit wird ein legitimes, ein verfassungsmäßiges Recht der Bundesregierung einfach ausgehöhlt. Die Regierung hat das Recht – das steht in der Verfassung –, jederzeit das Wort zu ergreifen. Es war natürlich eine Situation – bitte, verstehen Sie, wenn ich es für mich so empfunden habe, ich habe nicht das Recht, für andere zu sprechen –, die außerordentlich peinlich war.

Ich war am Abend vorher von Herrn Krone und vom Herrn Bundeskanzler noch gebeten worden, hier herüberzukommen. Ich habe eine andere wichtige Verpflichtung gestrichen und bin dieser Bitte nachgekommen und habe versucht, den Entwurf

der Erklärung zu sehen zu bekommen. Ich habe weiter versucht zu erreichen, daß wenigstens Herr Carstens²⁰ noch einige Dinge mit Ihnen bespricht.

Um 2 Uhr habe ich dann diese Erklärung gehört, mit der ich in wichtigen Punkten nicht einverstanden war. Ich mußte schweigen und wollte es auch, weil ich die Diskussion nicht in die Öffentlichkeit tragen wollte. Ich habe bis jetzt auch draußen geschwiegen.

Hier muß ich aber jetzt ein Wort dazu sagen. Sie wissen, daß sich die FDP die Gelegenheit nicht hat entgehen lassen, eine Kleine Anfrage einzubringen.²¹ Irgendwann und irgendwie müssen wir diese Anfrage beantworten. Ich habe die Überzeugung, daß es uns gelingt, auch diese Anfrage zu beantworten. Ich brauche dabei auf die staatspolitischen Überlegungen nicht einzugehen. Das geht die Freie Demokratische Partei nichts an. Vielleicht werden wir eine politische Antwort geben. Ich habe schon eine Formulierung gemacht, die vielleicht die Grundlage für die Antwort an die FDP abgeben kann.

Hier kommt es nicht darauf an, die Meinungsverschiedenheiten, die wir haben, in dieser Situation nach außen zu tragen. Wir sind es uns aber gegenseitig schuldig, daß wir diese Meinungsverschiedenheiten hier in offener und ehrlicher Freundschaft diskutieren.

Krone: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst sagen, daß ich das, was der Bundeskanzler gesagt hat, vollinhaltlich bejahe. Er hat eine sehr reale Darstellung der Situation gegeben, wie sie durch das Vorgehen Chruschtschows in der Welt erzeugt worden ist. An der Erkenntnis, daß die Lage so ist, kann keiner von uns vorübergehen. Welche Konsequenzen ergeben sich für uns daraus? Wir vertreten hier ein Axiom, an dem wir seit Jahren festhalten. Es gibt dann einige aktuelle Fragen bezüglich Amerikas und der NATO, über die wir uns noch nicht entschieden haben. Wir sind eben alle nüchtern genug, um die Probleme klar zu erkennen.

Was haben wir aus dieser Situation für Konsequenzen zu ziehen? Man muß die vorhandene Situation der Öffentlichkeit in der entsprechenden Form mitteilen und darauf den Wahlkampf einstellen. Ich habe das gestern abend in Essen²² in einer – fast möchte ich sagen – zu harten Form vor den Frauen getan; es kam gut an. (*Weber:* Ja, es kam gut an!)

Unser Freund Gerstenmaier wird auf das, was der Außenminister gesagt hat, selber antworten. Wir müssen uns hier auch über den Vorgang in seinen Einzelheiten

20 Dr. Karl Carstens (1914–1992), Professor für Staats- und Völkerrecht; 1954–1966 im Auswärtigen Dienst (1960–1966 Staatssekretär des AA), 1966–1967 Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, 1968–1969 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1972–1979 MdB (CDU), 1973–1976 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1976–1979 Bundestagspräsident, 1979–1984 Bundespräsident. – Memoiren: Erinnerungen und Erfahrungen. Hg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel. Boppard 1993.

21 Vgl. Anm. 15.

22 Gemeint ist Krones Ansprache auf der Frauenkundgebung in Essen am 10. Juli 1961. Vgl. Anm. 3.

unterhalten. Ich will zum Thema meinen Beitrag leisten und sagen, wie ich die Dinge sehe. Kollege Gerstenmaier weiß, daß ich das Recht des Bundestagspräsidenten, etwas zu sagen, bejaht habe, soweit es allgemeine Überzeugung des ganzen Bundestages ist. Ich stimme mit ihm überein, soweit er als eine Antwort auf die Bedrohung durch Rußland sagt: Das wollen wir abwehren. Die Schwierigkeit fängt an, wenn man sich darüber hinaus mit der Methodik des Abwehrens beschäftigt. Hier sind nämlich verschiedene Meinungen vorhanden. Kollege Gerstenmaier weiß, wie ich in dieser Frage denke. Ich habe nach seiner Rede, die hinsichtlich der Abwehr hart und fest und klar war, den Bundeskanzler gebeten – ich habe mich auch daran gehalten –, daß wir sagen, die Interpretation, die die Linke der Rede gibt, war eine extensive Interpretation, der wir nicht zustimmen können. Ich habe das auch in der Erklärung zum Ausdruck gebracht, die ich auf dem Parteitag in Rendsburg abgegeben habe.²³ Dort habe ich das ganz deutlich festgestellt.

Ich würde es für richtig halten, wenn wir uns nach einer offenen Aussprache über das Für und Wider in diesem Kreise auf dieser Linie finden. Ich bin nämlich folgender Meinung: Wir würden uns im Wahlkampf sehr schädigen, wenn wir uns in dieser elementaren und wichtigen Frage auseinandermanövrierten. Ich glaube, wir sollten auf der Linie beharren, die der Bundeskanzler in seiner Rede hier, in seiner Frankfurter Rede²⁴ und in der Erklärung der Fraktion²⁵ gezeichnet hat.

Gerstenmaier: Ich habe das Gefühl, alles lauscht mit Andacht, was der Angeklagte nun zu sagen hat. Der Angeklagte hat einiges zu sagen.²⁶ Aber vor allem fühlt er sich gar nicht als der Angeklagte. Er ist der Angegriffene. Aber Angriffe bin ich gewohnt. Zwischen Lob und Tadel gibt es einen Grat, den der Mann gehen muß, so gut er eben kann und es versteht. Das werde ich auch jetzt versuchen, sine ira et studio, soweit das mein Temperament zuläßt.

Zunächst zur Initiative! Es war nicht Wehners Werk, wie eine scharfsinnige rheinische Zeitung behauptet hat²⁷, was auf einige unserer Freunde Eindruck gemacht hat. „Es war Wehners Initiative“, diese Schlagzeile hat sogar Eingang in das ausführliche Schreiben gefunden, mit dem mich gestern der Herr Bundesaußenminister bedacht hat. Meine Damen und Herren, es war weder Wehners Initiative, noch war es Gerstenmaiers Initiative; es war auch kein Duett Gerstenmaier – Wehner.

23 Der 13. Parteitag der CDU Schleswig-Holstein in Rendsburg fand vom 3. bis 4. Juli 1961 statt. Akten (u.a. Krone-Ansprache) in ACDP III-006-025.

24 JU-Kundgebung am 2. Juli 1961 in Frankfurt. Vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 3. Juli 1961 („Der Kanzler attackiert die SPD“), dpa-Meldung vom 3. Juli 1961 („SPD über Adenauers Rede in Frankfurt empört“).

25 Vermutlich vom 25. März 1958 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 1169).

26 Zur folgenden Auseinandersetzung vgl. GERSTENMAIER S. 445–451; MENDE S. 471f.

27 „Der Mittag“ (Düsseldorf) vom 4. Juli 1961. Vgl. dazu Brentano an Gerstenmaier vom 8. Juli 1961 in ACDP I-210-017/1.

Es war schlicht und einfach die Bitte des stellvertretenden Vorsitzenden des gesamtdeutschen Ausschusses²⁸, der im Drang der Geschäfte zu mir kam und mich fragte, ob ich dazu bereit wäre – nun will ich auch sagen, warum –, zur Vermeidung einer außenpolitischen Debatte in einer Schlußrede vor dem Bundestag den Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, die den gesamtdeutschen Ausschuß, der in dieser Sache für das Haus federführend sei, in der Berlin- und Deutschlandfrage beschäftigten. Ich habe gesagt, das kommt darauf an, ob wir uns interfraktionell darüber verständigen können. Wenn man so eine außenpolitische Debatte vermeiden will, dann will ich das gerne versuchen.

Ich habe auch Unterlagen. Die Unterlagen wurden am 21. Juni 1961 geliefert. An diesem Tage hat der gesamtdeutsche Ausschuß eine Sitzung²⁹ abgehalten, von der ich nichts gewußt und an der ich nicht teilgenommen habe. Diese Sitzung hat sich mit dem Problem befaßt. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Wehner, hat längere Ausführungen gemacht. Dabei hatte er die Freundlichkeit, im wesentlichen Gesichtspunkte aus meiner Rede zu zitieren, die ich am 25. März 1958 vor dem Bundestag gehalten hatte.³⁰

Als Vertreter der Bundesregierung war der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen³¹ da. Der Herr Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen hat dabei auch einiges gesagt. Manchmal hat es doch einen Sinn, wenn Wortprotokolle angefertigt werden. Ich ärgere mich als Präsident immer wieder darüber, daß unsere Stenographen so oft in Anspruch genommen werden, obwohl das für eine Reihe von Ausschüssen nicht so notwendig wäre. Es ist aber so üblich geworden, daß jeder Ausschuß, der sich für wesentlich hält, wünscht, daß für ihn Wortprotokolle angefertigt werden. In diesem Falle kommt mir das nun einmal zustatten.

Ich habe also hier das Protokoll der 38. Sitzung des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen vom 21. Juni 1961. Zunächst eine längere Rede von Herrn Wehner, der gar nicht widersprochen wird, sondern der einhellig zugestimmt wird, und keineswegs nur von den – ich benutze ein Wort des Herrn Bundesaußenministers – dafür zuständigen Mitgliedern der Fraktion. Oh nein, der Vertreter der Bundesregierung, der Herr Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, erklärt in diesem Ausschuß nach den Ausführungen des Herrn Wehner:

„Wenn der Herr Bundestagspräsident der Anregung Folge leisten sollte – was ich glaube –, ein Schlußwort zu sprechen, dann darf das sich um Gottes willen nicht nur in dem Berliner Kreis bewegen, sondern es muß weitergesteckt sein, so wie es die Diskussion in diesem Ausschuß jetzt hat erkennen lassen ... Ich möchte betonen, daß ich als Positivum in dieser Debatte den Hinweis gesehen

28 Dr. Johann Baptist Gradl. Vgl. Nr. 1 Anm. 59.

29 38. Sitzung des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen am 21. Juli 1961. Protokoll in Auszügen mit Vermerk „VS-vertraulich“ in ACDP I-210-017/1.

30 Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 1067–1085.

31 Ernst Lemmer. Vgl. Nr. 1 Anm 4.

habe, daß unsere Gedanken um den Friedensvertrag stärker von der politischen Seite offensiv herausgestellt werden müssen. Wir dürfen uns nicht gefallen lassen, daß die Berlin-Frage eines Tages hochgespielt wird.“ – Anschließend Abgeordneter Dr. Gradl (CDU/CSU): „Ist der Ausschuß nicht der Meinung, daß es gut wäre, wenn der Herr Vorsitzende beauftragt würde, in diesem Sinne mit dem Präsidenten zu sprechen?“ – Allgemeine Zustimmung. – „Wir haben das in einem vergleichbaren Fall schon einmal gemacht. Damals hatten wir allerdings keinen Erfolg. Aber es lag nicht am Präsidenten. Es war höhere Gewalt. Damals ging es um die Berliner Bundestagssitzung³².“ – Vorsitzender Wehner: „Wenn Sie einverstanden sind, ja.“

Nach diesem einstimmigen Beschluß des gesamtdeutschen Ausschusses meldeten sich die beiden Herren bei mir. Ich habe gesagt: „Es wäre doch viel besser, Sie würden Ihre Gesichtspunkte nicht mir allein vortragen, sondern Sie würden das in Anwesenheit des ganzen Ältestenrates vortragen, damit alle im Ältestenrat vertretenen Fraktionen gleich hören, von welchen Gesichtspunkten, Motiven und Zielsetzungen Sie sich leiten lassen.“ Und so geschah es. Die beiden Herren wurden in den Ältestenrat gebeten. Ich habe mit Herrn Wehner – außer im Beisein von Herrn Gradl – kein Wort mehr, weder vorher noch nachher, gesprochen.

Im Ältestenrat trug dann Herr Wehner vor. Er trug im wesentlichen die Gesichtspunkte der Rede vor, die er im gesamtdeutschen Ausschuß gehalten hatte. Herr Gradl bestätigte alle diese Gesichtspunkte, und es wurde ausdrücklich gesagt, daß der Friedensvertrag offensiv herausgestellt werden sollte. Die goldenen Worte des Herrn Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen sollten mindestens dem Sinne nach wiederholt werden. Der gesamte Ältestenrat erklärte sich damit einverstanden, daß auf dieser Linie operiert werden sollte.

Ich sagte dann: „Gut, wir werden einen Text ausarbeiten.“ Ich hatte in meines Herzens Einfalt zunächst an eine wörtlich abgestimmte Erklärung gedacht. Ich sagte also: „Dann wollen wir jetzt einmal einen Text machen. Wie wäre es, wenn sich der gesamtdeutsche Ausschuß bzw. seine Vorsitzenden dieser Aufgabe unterzögen?“ Einwurf im Ältestenrat: „Nein, das geht nicht. Der Präsident des Hauses genießt als Präsident die Vollmacht des Hauses, und mit seiner Stimme und seiner Gedankenführung muß er eine solche Sache machen. Dazu ist er legitimiert, und dazu besitzt er das Vertrauen und die Zustimmung des Ältestenrates.“ Dann habe ich gesagt: „Das genügt mir nicht; ich hätte das gern von den Fraktionen gehört.“

Nun tut es mir leid, daß ich einen Mann in Ungelegenheiten bringen muß; aber es ist leider so. Darauf wurde mir von seiten der CDU/CSU, von ihrem im Ältestenrat führenden Sprecher erklärt: „Herr Präsident, von unserer Seite haben Sie plein pouvoir.“ Das war der Fraktionsgeschäftsführer Rasner. Daraufhin habe ich die SPD gefragt: „Was haben Sie für Vorstellungen?“ Darauf die Antwort: „Wir sind mit dem einverstanden, was hier vorgetragen worden ist.“ Auch die FDP hat auf Befragen

32 Zur Berlin-Sitzung des Bundestags am 1. Oktober 1958 vgl. Rundfunkansprache Gerstenmaiers vom 3. Oktober 1958 in ACDP I-210-085/1.

erklärt: „Wir sind auch einverstanden. Wir bitten Sie, die Sache auf dieser Linie zu machen.“ Daraufhin habe ich gesagt: „Ich werde mich bemühen, einen Text möglichst rechtzeitig fertigzustellen; vielleicht können wir noch einmal darüber reden.“

Ich bedaure aufrichtig, daß es mir in dem qualvollen Gedränge des zu Ende gehenden Bundestages, der mit einer Sitzung von 65 Tagesordnungspunkten unbedingt über die Hürden gebracht werden mußte, und unter dem Druck von allen Seiten einfach nicht möglich war, diese Sache vor der Nacht vom Donnerstag auf den Freitag zu schreiben. Bis dahin habe ich mich bemüht, soweit ich konnte, noch Eindrücke, Ideen zu sammeln und Abstimmungen durchzuführen. Erst in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag habe ich mich dann hingesezt und habe die Sache geschrieben.

Ich gestehe hier offen, daß mich bei der Niederschrift dieser Erklärung ein Gespräch, das ich einige Stunden vorher mit dem Bundeskanzler und unserem Fraktionsvorsitzenden geführt habe, sehr beeindruckt und mich veranlaßt hat, sowohl in der Diktion wie insbesondere der Gedankenführung den jetzt vom Herrn Außenminister so arg kritisierten Schluß in dieser Weise abzufassen. In meinem ursprünglichen Entwurf, den ich am Donnerstag vormittag diktiert hatte, endete die ganze Sache mit dem Appell an den Resistenzwillen, an den Widerstandswillen des deutschen Volkes.

Bei dem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Krone ging es darum, wie man sich auf das Ulbricht-Telegramm³³ verhalten sollte. Der Herr Bundeskanzler warf die Frage auf, ob es richtig sei, darauf überhaupt keine Antwort zu geben. In diesem Gespräch stellte der Herr Bundeskanzler sehr eindruckliche Überlegungen an, die mir nachts an meinem Schreibtisch wieder ins Bewußtsein kamen. Ich gestehe, daß ich sie für richtig hielt. Der Bundeskanzler hatte die Überlegung angestellt: Wie kommt das eigentlich an? Nicht in Moskau, darüber sind wir uns völlig einig; denen ist es völlig wurscht, was wir machen. Das macht den Russen überhaupt nichts aus. Die werden wir von ihren zwei Friedensverträgen mit allem, was wir sagen, überhaupt nicht herunterbringen. Gewürfelt wurde vielmehr um die Stimmung bei den westlichen Alliierten und im neutralen Ausland. Es wurde auch darum gewürfelt: Wie ist die Stimmung in Deutschland am zweckmäßigsten zu beeinflussen? Es galt, eine Panikstimmung zu verhindern. Deshalb habe ich auch kein Wort vom Krieg geredet; es sollte nur der ganze Ernst der Situation deutlich gemacht werden.

Der Herr Bundeskanzler hatte bei der Überlegung, ob er Ulbricht überhaupt nicht antworten sollte, geltend gemacht, daß man sich doch überlegen müsse, wie ein solches hartes Verhalten Ulbricht gegenüber in der westlichen Welt ankommt. Ich halte die Überlegung für berechtigt. Sie hat mich in der Nacht noch lange beschäftigt. Ich habe mir gesagt, die ganze Sache ist nicht sehr attraktiv, wenn sie nur in einem geharnischten Protest gegen Moskau ausgeht. Ich habe mir noch einmal angesehen,

³³ Telegramm des DDR-Staatsrats an Bundestag und Bundesregierung vom 28. Juni 1961. Druck in AdG 1961 S. 9202; zum „Friedensplan“ vgl. DUD Nr. 128 vom 7. Juli 1961 S. 2f.

was der gesamtdeutsche Ausschuß gesagt hat. Vom gesamtdeutschen Ausschuß wurde einstimmig gebilligt: „... unsere Gedanken um den Friedensvertrag stärker von der politischen Seite offensiv herauszustellen“. Das war das Votum des Vertreters der Bundesregierung. Ich bleibe an diesem denkwürdigen Rezept hängen und habe mich gefragt, was machen wir daraus. – Soweit zur Initiative!

Ich komme jetzt zu einem Punkt, der mich in den letzten Tagen eigentlich etwas geärgert hat. Es hat mich auch nicht erfreut, was ich heute so gehört habe. Es hat zwar niemand gesagt – mit Ausnahme des Herrn von Guttenberg³⁴ –, der Gerstenmaier sei zu den Sozis übergegangen und betreibe neuerdings die Neutralisierung. Nur der Herr Außenminister meint, daß ich das nicht neuerdings täte, sondern daß ich das eigentlich früher schon getan hätte. Er hat mir in einem Brief geschrieben: „Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, daß nicht zu erkennen sei, wie der Status aussehen solle. Jedoch würden die früher von Ihnen vertretenen Vorstellungen einer Neutralisierung und eines Disengagements dahinter gesucht.“³⁵

Von Brentano: Das habe ich doch nicht behauptet! Ich habe doch die Pressestimmen zitiert!

Gerstenmaier: Das gibt gar keinen Anlaß zur Aufregung.

Von Brentano: Ich wehre mich dagegen ...

Gerstenmaier: Ich will nur einmal zeigen, wie Legenden zustande kommen. Ich wiederhole also noch einmal: Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, daß nicht zu erkennen sei, wie der Status aussehen solle. Jedoch würden die früher von Ihnen vertretenen Vorstellungen einer Neutralisierung und eines Disengagements dahinter gesucht.

Ich habe mir die Mühe gemacht, die „Neue Zürcher“ vom 2. Juli noch einmal herauszusuchen. Hier heißt es in einem Satz: „Ob Gerstenmaier durch seine eher unbestimmte Formulierung nicht die Diskussion um eine Neutralisierung Deutschlands in der Bundesrepublik und im Westen wieder anheizt, wird abzuwarten sein.“ Meine Damen und Herren, ich finde, es ist ein ganz charakteristisch gravierender Unterschied zwischen dem, was die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, und dem, was der Herr Außenminister in der Sache behauptet.

Ich darf vielleicht noch ein paar Bemerkungen zu dem machen, was den Herrn Außenminister veranlaßt hat, mir den Vorwurf zu machen, daß ich entweder simpel, treuherzig oder zu unkritisch sei oder gar einer bewußten Täuschung – das bleibt alles offen – unterlegen sei, wenn ich das In- und Ausland und die Welt glauben machen wollte, daß die Sozialdemokraten sich wirklich bekehrt hätten. Herr Bundeskanzler, ich erlaube mir nicht, eine Feststellung darüber zu treffen, ob bei den Sozialdemokraten sozusagen aus dem Saulus ein Paulus, ein Paulus der CDU,

34 Von Guttenberg auf dem CSU-Parteitag in München am 8. und 9. Juli 1961. Dazu „Süddeutsche Zeitung“ vom 10. Juli 1961 („Ehrenmonarch von Bayern“).

35 Vgl. NZZ vom 2. Juli 1961 („Manifestation für die Einheit“). Ähnlich auch NZZ vom 7. Juli 1961 („Kontroversen um die deutsche Außenpolitik“).

geworden sei. Eine Aussage darüber erlaube ich mir nicht zu machen. Ich habe zwar auch, wie jeder andere, so meine Anschauungen und meine Gefühle. Es ist aber nicht Sache des Bundestagspräsidenten, Motivforschung zu treiben.

Ich stehe hier vor folgender Situation: Der Bundestagspräsident hat eine Feststellung getroffen, die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in diesem Augenblick ausdrücklich bestätigt worden ist. Er folgt damit der Übung des Hauses, nach der der Präsident lediglich feststellt, was ist. Ob das zu Recht so ist, ob dem Glauben zu schenken ist, ob das eine Täuschung ist, muß er dahingestellt sein lassen, dazu hat er kein Wort zu sagen. Der Bundestagspräsident hat lediglich eine Feststellung aufgenommen, die die Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getroffen und die sie im Plenum noch ausdrücklich bestätigt hat und von der sie meines Wissens in der Zwischenzeit auch nicht abgerückt ist.

Ich habe nämlich die Herren gefragt, ob sie denn die Verträge – ich dachte keineswegs nur an die NATO-Verträge, ich dachte dabei vor allem an die Verträge seit dem Generalvertrag mit seinem Art. 7 bis zu den NATO-Verträgen – einschließlich der NATO-Verträge auf das Pünktlichste zu halten gesonnen seien und ob ich eine solche Erklärung abgeben könne. Darauf hat die SPD durch ihren bevollmächtigten Vertreter erklärt: „Jawohl, diese Erklärung können Sie für uns jedenfalls abgeben.“

Adenauer: Gott segne Ihren Glauben! Das ist eine Naivität, Herr Gerstenmaier!

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler, jetzt muß ich doch sagen, so geht das nicht! Der Bundestagspräsident hat Erklärungen der Fraktionen, die diese abgeben, zur Kenntnis zu nehmen, ohne daß er dabei erklärt: Das glaube ich nicht!

Adenauer: Das hat er eben nicht. Das Recht bestreite ich Ihnen.

Gerstenmaier: Der Bundestagspräsident ist nicht der Vertreter einer Fraktion. Er vereidigt Sie, Herr Bundeskanzler. Ich würde es mit meinem Diensteid nicht für vereinbar halten, in dieser Weise eine Feststellung zu ignorieren, die ein Teil des Hauses abgibt. Ob Sie mich deshalb für einen Tor oder einen leichtgläubigen Menschen halten, lasse ich dahingestellt. Der Bundestagspräsident hat zu tun, was seines Amtes ist, und er darf sich nicht einfallen lassen, Motivforschung zu treiben. Wenn die Fraktionen eine Erklärung abgeben, muß er sie zur Kenntnis nehmen. Weiter ist in dieser Sache von mir überhaupt nichts geschehen.

Der Begriff des Friedensvertrages! Woher er kommt und wieso er in diese Erklärung hineingekommen ist, habe ich Ihnen anhand des Wortprotokolles des gesamtdeutschen Ausschusses vor Augen geführt.

Noch ein Wort zu dem Status! Ich bin mir darüber im klaren, daß dieses Wort da und dort Unlustgefühle auslösen kann und auslösen konnte. Die SPD hat in der Tat früher von einem militärischen Status gesprochen. Worum geht es hier? Am 1. Juli hat der britische Premierminister Macmillan eine Rede gehalten, in der er erklärte: „Wir im Westen waren stets gewillt, über die Zukunft Deutschlands, von dem Berlin selbstverständlich ein Teil ist, zu sprechen.“³⁶ Dieser Satz wird auch

36 In Bowood. Auszüge in MACMILLAN S. 396.

von der „Stuttgarter Zeitung“ bestätigt.³⁷ Zwei Tage später erklärte der englische Außenminister^{37a}, er hoffe, daß es möglich sein werde, in Ruhe über die Zukunft Deutschlands zu sprechen.

Ich bin der Meinung, daß es ein legitimes Recht des ganzen deutschen Volkes ist, daß die vier Mächte über die Zukunft Deutschlands nicht sprechen, ohne daß Deutschland in einer angemessenen Weise dabei zugegen ist und dabei beteiligt ist, damit es nicht erst mit dem Ergebnis einer solchen Besprechung konfrontiert wird; es muß vielmehr in jedem Stadium der Verhandlung zugegen sein. Ich sehe nicht, wie man es machen kann, wenn man das, was den vier Mächten zukommt, nämlich die Verhandlungen über das Verfahren zu einem Friedensvertrag, gleichzeitig mit der Erörterung des zukünftigen Status verbindet und wenn man das den vier Mächten allein überläßt. Infolgedessen bin ich der Meinung, daß diese Frage des zukünftigen Status auf jeden Fall an einen Tisch gehört, an dem wir Deutsche mit dabeisein müssen. Wenn man trennen muß zwischen diesen Verhandlungen und den Verfahrensverhandlungen, die überhaupt erst an diesen Tisch führen sollen, dann sehe ich schlechterdings nicht, wie man diese Frage des zukünftigen militärischen und politischen Status unter deutscher Beteiligung anders placieren soll als in einer solchen Modalität, wie ich sie vorgeführt habe.

Im übrigen erlaubt sich der Bundestagspräsident selbstverständlich kein einziges inhaltliches Wort über den Status. Wenn Sie wissen wollen, was ich persönlich dazu meine, dann können Sie das feststellen, indem Sie die Thesen nachlesen, die ich in meinen Reden seit zwölf Jahren vertrete und vor wenigen Tagen in Köln noch einmal wiederholt habe.³⁸ Die These, die ich unablässig gegen Gollwitzer³⁹ und andere Leute vertrete, geht dahin, daß Freiheit, Frieden und Einheit die Rangordnung der Werte sei, an der die deutsche Politik unabweichbar orientiert werden müsse.

Was wird mir hier unterstellt? Daß ich die Geschäfte der Sozis mache, das hat Herr Guttenberg jetzt in München gesagt. Er hat die Unverschämtheit gehabt zu sagen, daß ich die Regierungserklärung der Sozialdemokraten abgegeben hätte. Herr Wenger hat erklärt⁴⁰, daß ich die Bundesrepublik sozusagen sturmreif machen wolle, damit sie sich einem Friedensdiktat von Chruschtschow unterwerfe. Der Herr Außenminister hat die „Neue Zürcher“ in einer – ich kann nur sagen – fatalen, bedauerlichen Weise zitiert und etwas daraus gelesen, was die „Neue Zürcher“ nicht gesagt hat.

37 „Stuttgarter Zeitung“ vom 3. Juli 1961.

37a Sir Alexander Frederick Douglas-Home (geb. 1903), brit. Politiker (Konservative Partei); 1960–1963 Außenminister, 1963–1964 Premierminister.

38 Möglicherweise die Rede auf dem CDU-Bundesparteitag am 24. April 1961 „Was ist des Deutschen Vaterland?“ (ACDP I-210-075/1).

39 D. Dr. Helmut Gollwitzer (1908–1993), Professor für evangelische Theologie; 1957–1975 FU Berlin. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 345 Anm. 29.

40 „Rheinischer Merkur“ vom 7. Juli 1961: „Ein Präsidentencoup“; darin: „... Preisrätsel: Wer will Adenauer die Unterschrift unter das aufladen, was Chruschtschow den ‚deutschen Friedensvertrag‘ nennt?“

Status ist hier ein *Terminus technicus*, der nichts anderes meint – ob Sie nachher Stachelbeeren, Himbeeren, Äpfel oder Birnen sagen – (*Adenauer*: Das ist doch zu dumm!) Ich lasse mich nicht in dieser Weise ...

Adenauer: Sie haben gesagt, Herr Guttenberg habe die Unverschämtheit begangen ... Das ist ein Wort, das nicht hierher gehört.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler, jetzt will ich mal was sagen. Ich bin hierhergekommen in der Entschlossenheit, mich in christlicher Demut zu behüten. (*Zuruf*: Christliche Klugheit ist auch eine Tugend!) Aber vor allem Tapferkeit!

Herr Guttenberg hat gesagt, Brandt hätte sich nicht so geäußert, wenn Präsident Gerstenmaier nicht vorher eine Regierungserklärung für die SPD abgegeben hätte. Das finden Sie nicht eine schamlose Beleidigung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU? Wenn Sie davon nicht abrücken ...

Adenauer: Beleidigung ist etwas anderes als Unverschämtheit.

Gerstenmaier: Glauben Sie jedenfalls nicht, daß mit mir ein einziger Mensch in dieser Weise umspringen kann. Ich halte das für eine Unverschämtheit ersten Ranges. Ich will in diesem Stadium nicht von den Rechten Gebrauch machen, die mir zustehen. Ich sehe in diesen Äußerungen eine ganz schamlose Verleumdung. Guttenberg hat gesagt: Der Mann ist außenpolitisch völlig untragbar, der muß fallen. Das können Sie inzwischen in der „Times“ nachlesen.⁴¹ So macht man die CDU stark, so macht man's richtig!

Was heißt Status? Es gibt einige denkwürdige Äußerungen des Bundestages bzw. der Bundesregierung, die dazu etwas sagen. Ich meine, daß der Status, der uns verpflichtet, jedenfalls solange der Generalvertrag mit seinem Art. 7 in Kraft ist, der ist: „eine Verfassung für Gesamtdeutschland“ – ich zitiere jetzt den Art. 7 Abs. 2 – „ähnlich wie die Bundesrepublik sie besitzt, für ein wiedervereinigtes Deutschland, das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“.

In der Entschließung der CDU/CSU, der ich allerdings nicht zu folgen vermag, Herr Bundeskanzler, vom 25. März 1958⁴² wird der Friedensvertrag, wenn auch das Wort nicht erwähnt wird, zitiert. Es heißt da: „Das ganze deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze erwartet, daß auf der kommenden Gipfelkonferenz die deutsche Frage erörtert und einer Lösung nähergebracht wird.“ Sie erinnern sich, daß die Russen sich damals halsstarrig sträubten, die Deutschlandfrage zu erörtern. Deshalb habe ich dort vorgeschlagen, dann solle man doch „Friedensvertrag“ daraufschreiben. Das war ein Vorschlag zur Methode. Die CDU-Fraktion hat damals beschlossen zu erklären, „daß auf der kommenden Gipfelkonferenz die deutsche Frage erörtert und einer Lösung nähergebracht wird“. Es heißt dann weiter: „Der Bundestag ersucht die Bundesregierung, sich dafür mit allen Kräften einzusetzen.“ Zum Schluß, Herr Kollege Barzel, heißt es: „Der Bundestag bekräftigt seine Überzeugung,

41 „The Times“ vom 7. Juli 1961: „Bundestag President's speech embarrasses Dr. Adenauer. Bipartisan policy unwelcome in election year“.

42 Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 1169 Anlage 10/Umdruck 41.

daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung mit einer europäischen Sicherheitsordnung die dringendste Aufgabe der deutschen Politik ist.“

Meine Damen und Herren, wenn das nicht eine inhaltliche Beschreibung, mindestens eine intentionale Beschreibung dessen ist, was man Status heißt, dann weiß ich es nicht. Mindestens diese intentionale Beschreibung eines gesamtdeutschen Status halte ich heute nicht mehr für haltbar. Ich glaube nicht, daß die europäische Sicherheitsordnung das alleinige Anliegen ist. Ich halte die atlantische Gemeinschaft für nötiger.

Ich habe mir auch nicht erlaubt, in dieser Erklärung zu sagen, was Macmillan oder einige andere ausgeführt haben, daß über die Zukunft Deutschlands die vier Mächte zu verhandeln hätten. Ich habe auch nicht vom europäischen Sicherheitssystem gesprochen, wie ich das unter Berufung auf diese EntschlieÙung des Bundestages hätte tun können. Ich habe mich darauf beschränkt zu sagen, daß über den militärischen und politischen Status Klarheit geschaffen werden soll. Ich meine damit, daß ein Friedensvertrag – ich meine das auch heute noch – in der Tat einem wiedervereinigten Deutschland eine maximale Klarheit geben müÙte vor dem russischen Ultimatum, daß er ihm vor allem eines garantieren müÙte: Die Integrationsfreiheit. Das zu sagen, wäre eine inhaltliche Aussage gewesen, die dem Bundestagspräsidenten in keiner Weise zusteht.

Der Herr Bundeskanzler hat in Zweifel gezogen, ob der Bundestagspräsident überhaupt berechtigt war, in dieser Weise zu votieren. Der Deutsche Bundestag hat am 1. Oktober 1958 in Berlin einstimmig eine EntschlieÙung angenommen⁴³, in der es heißt: „Der Deutsche Bundestag erklärt seine Bereitschaft, jede Verhandlung zu unterstützen, die die Wege zu einem solchen Willensentscheid des deutschen Volkes, sobald eine Vereinbarung der vier Mächte diese Möglichkeit erschlossen hat, ebnet.“ Ich behaupte, daß das exakt das ist, was ich in meiner Rede als das Verfahren bezeichnet habe, über das sich die vier Mächte einigen müÙten. „Jede Verhandlung zu unterstützen, ... sobald sich die vier Mächte über das Verfahren geeinigt haben.“ Was habe ich eigentlich getan, als die Sätze, die Intention dieser EntschlieÙung hier aufzunehmen, allerdings in einer Sprache und Form, die versuchte, genau dem Rezept des gesamtdeutschen Ausschusses und des Vertreters der Bundesregierung gerecht zu werden: „... unsere Gedanken um den Friedensvertrag stärker von der positiven Seite offensiv herausstellen“. Ich finde, daß das im übrigen auch ganz gut gelungen ist.

Ich will nichts mehr zu meiner eigenen Linie sagen. Ich frage mich, was jetzt geschehen kann. Da muß ich sagen, ich bedaure, daß sich einige Herren haben provozieren lassen. Selbstverständlich habe ich weder Einfluß darauf, noch sitze ich im Rat der Götter oder der SPD. Schließlich muß man damit rechnen, daß in Wahlzeiten – wie wir das auch tun – die SPD versucht, überall Wasser auf ihre Mühlen zu bekommen. Die SPD hat es für richtig gehalten, in einer für den Bundestagspräsidenten – wenn ich bedenke, daß ich eine kleine, bescheidene, politisch

43 Sten.Ber. 3. WP Bd. 42 S. 2424–2428.

eigene Existenz führe – nicht gerade sehr bequemen Weise aus dieser Sache Kapital zu schlagen. Die eigene Partei hat in einigen führenden Köpfen versucht, dann entsprechend dagegen Stellung zu nehmen. Ich kann weder das eine noch das andere verhindern.

Ich sage nichts dazu, daß der Bundeskanzler es für richtig gehalten hat, im Blick auf die SPD am Samstag vor acht Tagen in Frankfurt eine eingrenzende Bemerkung zu machen. Ich finde diese Bemerkung, man solle nicht zu extensiv auslegen, noch zurückhaltend. Ich hätte vielleicht noch etwas mehr gesagt. Ich hätte vielleicht auf der Linie geantwortet, auf der sich der Bundesinnenminister geäußert hat. Der Herr Innenminister hat vollkommen richtig erfaßt, daß inhaltliche Aussagen nur an zwei Punkten gemacht worden seien und daß ein Friedensvertrag die materielle und die formelle rechtliche Bereinigung der aus dem Krieg resultierenden Streitfragen bringen müsse, einschließlich der Reichsgrenzen.

Man kann natürlich auch das fallenlassen. Dann stehen wir da mit unserem Appell an das Selbstbestimmungsrecht. Da frage ich mich, ob es sehr eindrucksvoll ist im Westen, wo wir doch immerhin mit kritischen Ohren zu rechnen haben, und in der non comitted world, die allmählich in der UNO einen ganz schönen Block darstellt, wenn wir nur mit dem Selbstbestimmungsrecht in der alten Form kommen: Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Wir stehen heute noch uneingeschränkt zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Ich bin heute noch der Meinung – obwohl ich es nicht für richtig und sehr klug halten würde, das in diesem Zusammenhang zu sagen –, daß die Auffassung des Herrn Außenministers, freie Wahlen zuerst, von meiner Erklärung gedeckt wird. Wenn die vier Mächte in ihren Verfahrenserörterungen übereinkommen, mit den freien Wahlen zu beginnen, dann können wir das nur von ganzem Herzen begrüßen.

Die Situation, die der gesamtdeutsche Ausschuß nach meiner Überzeugung richtig erfaßt hat, ist im Augenblick die, daß wir seit einigen Jahren – ich will nicht sagen, mit dem Rücken an der Wand stehen – vor der Tatsache stehen, daß Rußland unablässig auf die Welt eintrommelt mit dem Verlangen einer Vorleistung des Westens, mindestens der Deutschen, die Teilung Deutschlands zu akzeptieren. Was Sie auch immer gegen Wehner sagen wollen, in dieser Rede vor dem gesamtdeutschen Ausschuß hat er gesagt, daß die Hauptaufgabe in diesem Augenblick sei, das Unberechtigte dieses Vorleistungsverlangens der Russen vor der ganzen Welt madig zu machen. Damit hat er recht. Ich sehe nicht ein, warum unseren Leuten ein Vorwurf gemacht werden soll, daß sie dem zugestimmt haben.

Wenn das so ist, wenn wir uns dem mit Aussicht auf Erfolg stellen wollen, dann hat es keinen Zweck, wenn wir den Eindruck erwecken, als ob diesem russischen Vorleistungsverlangen unsererseits ein Vorleistungsverlangen entgegengesetzt werden soll, das die Russen zur Kapitulation zwingt. Um diese Sache heranzukommen, das war das Schwierige bei der Abfassung der Erklärung. Ich habe es getan, so gut ich es konnte. Kritik ist immer berechtigt. Man kann immer noch etwas dazulernen.

Nur sind in dieser Diskussion Töne gefallen, die mir nicht gefallen, Töne – wenigstens bei einigen innerhalb der Parteiführung –, von denen ich mich ernsthaft frage: Cui bono? Auf jeden Fall, was Sie auch immer tun und immer sagen, möchte ich dringend bitten, mich nicht als eine Art Überläufer oder als einen Mann anzusehen, der eigentlich schon immer suspekt war. Wenn ich so etwas höre, dann betrachte ich das – ich sage es noch einmal – als eine infame Verleumdung. Ich werde daraus entsprechende Konsequenzen ziehen.

Adenauer: Zwischen Herrn von Brentano und mir hat heute morgen vor Beginn dieser Besprechung zu diesem Zweck eine Unterredung stattgefunden. Wir waren dabei übereinstimmend der Auffassung, diese Sache hier nicht zu einem Scherbengericht über Herrn Gerstenmaier werden zu lassen, sondern möglichst über seine Extratouren hinwegzugehen und dafür zu sorgen, daß die Propaganda der Partei im Wahlkampf jetzt die gleiche Richtung und die gleiche Festigkeit bekommt. Das war der Zweck unserer Zusammenkunft hier. Darum habe ich mich auch entschlossen, Sie so kurzfristig hierher zu bitten. Ich habe nämlich aus verschiedenen Bundesländern gehört, daß dort infolge der Vorgänge im Bundestag eine Verwirrung über unsere außenpolitische Haltung eingetreten sei.

Ich bedaure die Rede von Herrn Gerstenmaier, die er soeben gehalten hat, von Herzen, weil er mich dadurch zwingt, Ihnen die ganzen Tatsachen zu unterbreiten, die eine Rolle gespielt haben.

Ich glaube, daß nicht alle von Ihnen um die Anfrage der FDP wissen. Die FDP hat eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Ich habe sie übrigens erst flüchtig gelesen; ich denke, daß wir sie ebenso flüchtig beantworten. Das geht die FDP überhaupt nichts an. Das Wesentliche dieser Anfrage ist, ob die CDU/CSU hinter der Erklärung des Bundestagspräsidenten stehe, die er am Schluß der Sitzung abgegeben habe. Ich sage jetzt schon, daß es für mich darauf nur eine Antwort gibt: Nein! Weiter sage ich nichts als: Nein.

Nun hat die ganze Frage durch die Ausführungen des Herrn Kollegen Gerstenmaier ein Licht bekommen; das mich geradezu zwingt, noch einige Worte zur Berichtigung zu sagen.

Ich habe Herrn Gerstenmaier einen kurzen Brief geschrieben.⁴⁴ In diesem Brief habe ich ausgeführt, daß sein Verfahren gegen die Verfassung verstoße, daß die Bundesregierung das Recht habe, ehe Entschließungen gefaßt oder bekanntgegeben werden, dazu zu sprechen. Diese Möglichkeit haben wir nicht erhalten. Wir sind von den wesentlichen Teilen der Erklärung des Herrn Bundestagspräsidenten im Bundestag vollkommen überrascht gewesen. Der Herr Bundestagspräsident schloß, nachdem er diese Erklärung abgegeben hatte, mit den Worten: „Die Sitzung ist geschlossen.“ Ich habe den Herrn Bundestagspräsidenten, als wir dieser Tage darüber gesprochen haben, gefragt: Wissen Sie eigentlich, daß der Bundeskanzler das Recht hat nach der

44 Vom 8. Juli 1961 (ACDP I-210-017/1).

Verfassung, zu fordern, daß der Bundestag einberufen wird? Der Bundestagspräsident weiß ferner, daß die Vertreter der Bundesregierung jederzeit das Wort bekommen müssen.

Was ist hier geschehen, meine verehrten Damen und Herren? Die Presse hatte die Rede. Darauf bekamen wir sie auch, und zwar während der Sitzung an dem Freitag. Die Rede hat der Bundestagspräsident, wie er am Donnerstag nachmittag Herrn Krone und mir gesagt hat, am Donnerstag vormittag fertiggestellt. Ich hatte gebeten, den Bundestagspräsidenten sprechen zu können, weil ich hören wollte, ob er und was er eventuell zu der Depesche sagen wollte, die Ulbricht an den Bundestagspräsidenten und gleichlautend an mich gerichtet hat. Wir waren also zusammen bei Herrn Krone.

Daß ausgerechnet eine Äußerung von mir, die bei dieser Gelegenheit gefallen sei, ihm den Anlaß gegeben hätte, seine Rede in der Richtung umzuarbeiten, das ist wirklich schwer glaubhaft, und zwar einmal, weil die Rede perfekt vorlag.

Gerstenmaier: Das ist gar nicht wahr!

Adenauer: Sie haben die Rede dagehabt, und Sie haben gesagt, Sie hätten sie an dem Morgen von 8 bis 11 Uhr gemacht.

Gerstenmaier: Das ist gar nicht wahr!

Adenauer: Ich war nicht allein mit Ihnen; es haben das auch andere gehört.

Ich habe dann gefragt: „Beabsichtigen Sie, auf diese Depesche Ulbrichts einzugehen?“ Darauf hat er mir erklärt: „Das beabsichtige ich nicht. Ich habe mit Politik nichts zu tun. Die Richtlinien der Politik haben Sie zu bestimmen, und daran halte ich mich.“ Das hat er bei der Besprechung ausdrücklich gesagt.

Er hat dann Dr. Krone und mir – Herr Höcherl kam noch dazu – einige Sätze, völlig aus dem Zusammenhang genommen, vorgelesen. Wir beide haben gesagt: „Das sind gute und klangvolle Sätze.“ Er hat uns nichts gesagt von Wehner, er hat uns nichts gesagt von Gradl, und er hat uns auch nichts von den Ergebnissen gesagt, zu denen er in seiner Rede kommt. Das wäre doch der Augenblick gewesen – am späten Nachmittag des Donnerstag –, um sowohl dem Vorsitzenden der Fraktion wie mir, dem Bundeskanzler, etwas darüber zu sagen. Das hat er nicht getan. Das möchte ich sehr nachdrücklich hier feststellen.

Ich bleibe dabei, Herr Bundestagspräsident, nach meiner Meinung haben Sie das Grundgesetz in dieser Sache nicht beachtet.

Gerstenmaier: Diese Sache werden Sie zurücknehmen!

Adenauer: Die werde ich niemals zurücknehmen!

Gerstenmaier: Ich werde den Bundestag einberufen! Dann werden Sie noch etwas hören! Ehe ich mir hier Verfassungsbruch vorwerfen lasse! Ich lasse an diesem Punkt nicht rütteln! Das werden wir sehen!

Adenauer: Der gesamtdeutsche Ausschuß unter Führung des Herrn Wehner ist also die maßgebende Quelle für den Herrn Bundestagspräsidenten gewesen. Es scheint ihm gar nicht der Gedanke gekommen zu sein, daß doch der Auswärtige Ausschuß, der Bundesaußenminister und letztlich der Bundeskanzler diejenigen Quellen sind, die hier maßgebend sein müssen. Wo kommen wir hin, wenn jemand, der an so prononciertem

Stelle steht wie der Bundestagspräsident, in den gesamtdeutschen Ausschuß geht und sich dort legitimieren läßt!

Ein Zweites! Der Herr Bundesminister Lemmer hat im Kabinett⁴⁵ ausdrücklich bestritten, daß er Ausführungen von Ihnen zugestimmt habe. Er hat ausdrücklich erklärt: Auf Ihre Frage, ob in der Abschlußrede etwas von Berlin gesagt werden solle, habe er geantwortet: „Es ist gut, wenn Sie in Ihrer Abschlußrede einen Gruß des Bundestages an Berlin richten.“ Das hat Herr Lemmer im Kabinett ausdrücklich gesagt. Herr Lemmer hat in keiner Weise – auch das möchte ich hier betonen – auch nur anklingen lassen, daß nach seiner Auffassung der gesamtdeutsche Ausschuß der für diese so hochpolitischen Fragen zuständige Ausschuß sei.

Dann ist es interessant, daß in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 21. Juni in einem Artikel – Herr Wehner wird als Quelle für diesen Artikel zitiert – alles das drinsteht, was wir später bei Schluß des Bundestages in der Erklärung des Herrn Bundestagspräsidenten zu hören bekamen.

Der Ältestenrat, auf den sich der Herr Bundestagspräsident bezieht, hat – meine Damen und Herren, die Sie nicht im Parlament sind – nicht einmal das Recht, durch Abstimmungen etwas festzulegen. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Wie der Herr Bundestagspräsident dazu kommt, sich vom Ältestenausschuß hier legitimieren zu lassen, das ist mir restlos unverständlich. Herr Bundestagspräsident, Herr Krone und ich waren am Donnerstag am späten Nachmittag mit Ihnen zusammen. Sie haben uns von alledem nichts gesagt. Jetzt leiten Sie Ihre Legitimation aus Besprechungen im gesamtdeutschen Ausschuß und aus Besprechungen im Ältestenausschuß her. Meine Damen und Herren, ich überlasse es Ihnen, daraus Folgerungen zu ziehen. Ich brauche die Folgerungen gar nicht auszusprechen.

Nun zu dem, was Herr Rasner über das *plein pouvoir* gesagt hat! Ich nehme an, daß dazu der Kollege Krone noch etwas zu sagen hat. Solange Herr Rasner mir gegenüber das nicht bestätigt hat, möchte ich bei der Vorsicht, die Herr Rasner doch immer befolgt, glauben, daß sich der Herr Bundestagspräsident dabei wohl verhält hat.

Nun hat Herr Kollege Gerstenmaier gesagt, ich hätte ausgeführt – wahrscheinlich werde ich das auch getan haben, das entspricht meiner Meinung –, man müßte eine Panik vermeiden, aber man müßte die Bevölkerung über den Ernst der Lage aufklären. Das habe ich aber nicht gesagt, damit der Herr Bundestagspräsident das in seiner Schlußansprache besorge. Daran habe ich nicht im Traum gedacht. Das war bei einer allgemeinen Besprechung zwischen ihm, Herrn Kollegen Krone, Herrn Höcherl und mir über die ganze Situation. Daß ausgerechnet er darauf kam, aufgrund meines Ausspruchs zu diesen Feststellungen zu kommen, überrascht mich ganz außerordentlich.

⁴⁵ Vermutlich am 21. Juni 1961.

Die europäische Sicherheitsordnung ist doch etwas völlig anderes als ein Status der Bundesrepublik oder Deutschlands. Jedes politische Kind weiß doch, daß der Status der Bundesrepublik in den zwölf Jahren der Auseinandersetzung, die wir hinter uns haben, eine Einschränkung der Souveränität der Deutschen bedeutete, während eine europäische Sicherheitsordnung ein Vertragssystem oder etwas Ähnliches darstellen soll, dem alle europäischen Länder einschließlich des europäischen Teils von Sowjetrußland sich unterwerfen. Bei einer europäischen Sicherheitsordnung würden wir genau im selben völkerrechtlichen Status sein wie alle anderen europäischen Länder. Aber bei einem Status, der unsere militärische Situation festlegt, sind wir auf dem Status wie Österreich; das allerdings werden wir nach meiner Auffassung niemals akzeptieren.

Ich komme zurück zum Ausgangspunkt, den ich Ihnen eben dargelegt habe. Herr Dr. Krone hat sich zu Wort gemeldet und Herr von Brentano. Vielleicht wird auch noch der eine oder andere sich zu dieser ganzen Sache zu Wort melden.

Tatsache, meine Freunde, ist – das ist mir von Herrn Dufhues und Herrn Johnen bestätigt worden, die neulich bei mir waren⁴⁶ –, daß sich eine Unruhe, eine Beunruhigung und eine Unklarheit infolge dieser Schlußerklärung in unserer Wählerschaft zeigt, und die muß beseitigt werden.

Der Herr Bundestagspräsident fühlt sich verpflichtet, wenn Herr Wehner für die sozialdemokratische Fraktion etwas sagt, und er wertet das nicht etwa als einen Ausspruch des Herrn Wehner. Das hat er nämlich nicht gesagt; er hat nicht gesagt: Der Herr Wehner hat mir gesagt, daß die sozialdemokratische Fraktion bereit sei, alle Verpflichtungen aus NATO zu erfüllen. Er hat etwas anderes gesagt. Ich war gar nicht gefaßt darauf, daß wir so auf die Einzelheiten eingingen. Deshalb habe ich den Text nicht hier. Nach meiner Erinnerung hat er gesagt – die Erinnerung ist klar und sicher, ich war nämlich in dieser Parlamentssitzung, als ich das hörte, geradezu wie vor den Kopf geschlagen, weil ich an unsere Wahlen dachte und mir sagte, was soll das bedeuten, wenn von so autoritativer Stelle so etwas erklärt wird –, daß alle Parteien in diesem Saale entschlossen seien, die Verpflichtungen gegenüber NATO zu erfüllen. Es hat mir wirklich einen Schock gegeben, daß vom Sessel des Bundestagspräsidenten aus so etwas erklärt wurde.

Sie haben ja nachher die Artikel gelesen, die daraufhin in der „Welt“ gestanden haben „Endlich ist der Bogen geschlagen – die Sozialdemokratie tut jetzt mit“. Sie haben ja auch die Artikel in anderen maßgebenden Zeitungen wie z.B. der „Frankfurter Allgemeinen“ gelesen. Darin müssen auch Sie, meine Damen und Herren, eine wirkliche Gefährdung für unsere Wahl sehen.⁴⁷ Um die beiseite zu schaffen, sind wir jetzt hier zusammengekommen.

46 Wahrscheinlich am 6. Juli 1961 (TERMINKALENDER).

47 Vgl. „Die Welt“ vom 1. Juli 1961 („Ein Manifest; SPD stellt sich hinter Gerstenmaier“); „Die Welt“ vom 5. Juli 1961 („Ein Stück Gemeinsamkeit“); FAZ vom 1. Juli 1961 („Stimme der Nation“); FAZ vom 6. Juli 1961 („Brandt gegen Zensur und für Bundestagspräsidenten“). – Weitere Pressestimmen zur Rede vom 30. Juni 1961 in ACDP I-210-075/1.

Noch ein Wort zu Herrn Luchsinger! Herr Luchsinger hat viel schärfer schreiben wollen. Er ist von uns davon abgehalten worden, so scharf zu schreiben. Er hat schreiben wollen, daß Sie für ein neutralisiertes Deutschland einträten; das könne man daraus ersehen.

Gerstenmaier: Dann hätte er gelogen. Das wäre gegen alles Recht und gegen alle Wahrheit geschrieben gewesen. Unerhört so etwas!

Adenauer: Darum handelt es sich ja nicht. Ich sage nur: Wir haben Herrn Luchsinger davon abgehalten.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler, ich warne Sie. Ich lasse mich so nicht behandeln.

Adenauer: Ich weiß gar nicht, was mit Ihnen los ist.

Gerstenmaier: Ich weiß es sehr genau. Glauben Sie doch nicht, daß Sie ...

Adenauer: Sie haben Luchsinger angegriffen, darauf habe ich gesagt ...

Gerstenmaier: Das habe ich nicht getan. Es ist gar nicht wahr, daß ich das getan habe. Kein Wort davon ist wahr.

Krone: Ich habe mich sehr bei Luchsinger eingesetzt, daß er ordentlich geschrieben hat.

Gerstenmaier: Das ist doch seine Pflicht!

Adenauer: Wir alle haben uns bei Luchsinger dafür eingesetzt, damit er das, was er ursprünglich schreiben wollte, nicht geschrieben hat, weil uns daran liegt, diese ganze Sache im Interesse unserer Partei möglichst geräuschlos und intern zu erledigen. Es scheint allerdings, daß die Ausführungen des Herrn Kollegen Gerstenmaier die Sache ungemein erschweren.

Krone: Meine Damen und Herren, Sie können sich vielleicht ein Bild machen, was in den letzten Tagen hier in Bonn los war. Meine Ausführungen von vorhin dienten dazu zu erreichen, daß wir am Ende unserer Vorstandssitzung wieder einen gemeinsamen Weg für die Wahl gefunden haben. Auch das, was ich jetzt sage, dient diesem Ziel.

Wir standen vor der Frage: Was soll der Bundestagspräsident am Schluß der vier Jahre sagen? Er soll einen Bericht geben und ferner den Willen des Bundestages dokumentarisch zum Ausdruck bringen, daß wir für Berlin stehen gegen die Drohungen von Moskau. Ganz in dem Sinne hat mich auch Herr Gradl informiert, als er mich fragte, und nicht eine Nuance mehr. Das wäre richtig und ordentlich gewesen und hätte auch dem Ganzen gedient.

Die Rede, Herr Kollege Gerstenmaier, die Sie gehalten haben, geht darüber hinaus. Sie können sich darauf berufen, daß im gesamtdeutschen Ausschuß – das wußte ich nicht – von den Mitgliedern und, wie Sie sagen, vom gesamtdeutschen Minister der Friedensvertrag als Forderung herausgestellt worden ist. Ich habe soeben dem Herrn Bundeskanzler schon gesagt, daß diese Forderung hinsichtlich des Friedensvertrages auch in anderen Köpfen unserer Fraktion eine Rolle gespielt hat. Wir sollten uns künftig rechtzeitig zusammensetzen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Das ist hier nicht genügend geschehen. Ich bekenne mich da selber schuldig.

Aber, Herr Kollege Gerstenmaier, ich hatte Sie gebeten, daß zwischen Ihnen und – weil Herr von Brentano nicht da war – dem Staatssekretär⁴⁸ ein Gespräch darüber stattfinde.

Von Brentano: Ich war bis Mittwoch mittag da!

Krone: Das Gespräch ist nicht zustande gekommen; das bedaure ich. Ich mußte annehmen: Wenn die beiden Stellen, Auswärtiges Amt und Bundestagspräsident, sich unterhalten, kommt die Erklärung richtig raus.

Herr Kollege Gerstenmaier, das mit den drei Punkten, was Sie angeführt haben, ist in dem Beschluß des gesamtdeutschen Ausschusses auch nicht enthalten. Die drei Punkte über den Status und über das, was der Friedensvertrag inhaltlich bedeuten soll, und – was ich sehr begrüße – die starke Betonung des Punktes drei war nicht besprochen worden.

Kaum war die Rede vorbei, kam Herr Luchsinger an und sagte: Was geht da vor? Wenn der Bundeskanzler sagte, er habe sich wirklich einschalten müssen, so kann ich das von mir aus nur bestätigen. Ich habe Herrn Luchsinger sofort sagen lassen, daß er, wenn er die Rede des Kollegen Gerstenmaier so interpretiere, wie er es vorhatte, sie falsch interpretiere. Ich wollte vermeiden, daß in der „Neuen Zürcher“ etwas Derartiges stand. Das haben wir erreicht. Dadurch kam diese Meldung zustande, die Sie vorgelesen haben, daß diese Rede vielleicht Anlaß gebe – nicht bewußt und gewollt –, daß solche Überlegungen wieder angestellt würden.

Lieber Freund Gerstenmaier, das eine möchte ich noch sagen: Als Sie dem Bundeskanzler, Herrn Höcherl und mir den Inhalt dieser Rede vortrugen, da war meines Wissens von diesen drei Punkten nicht die Rede. Das hätten Sie uns sagen müssen; da wäre es noch früh genug gewesen, diese drei Punkte mit Ihnen zu besprechen, und Sie wären sicher der Meinung gewesen, lassen wir sie raus.

Ich fühle mich verpflichtet, das auszusprechen, weil Sie mir gesagt haben, Sie hätten uns das gesagt. Ich bin mir nicht bewußt, daß das geschehen ist. Ich kann nur sagen, hätten wir das so verstanden, wie es uns dann in den Punkten zwei und drei von Ihnen gesagt worden ist, dann hätten wir Ihnen bestimmt widersprochen. Denn die Erörterung der Statusfrage liegt heute m.E. völlig daneben.

Das Letzte! Ich glaube, Sie sind doch mit uns der Meinung, daß eine Rede, wie Sie sie vor ein paar Tagen gehalten haben, nicht in die Atmosphäre paßt, die wir heute vom Westen aus wünschen. In eine Zeit, wo wir uns auf die Abwehr des russischen Vorstoßes gegen Berlin vorbereiten, paßt eine solche Erörterung einfach nicht. Solche Überlegungen sind vielleicht später möglich. Jene Kräfte, die bei uns und drüben die Neutralisierung wollen, haben durch Ihre Rede Auftrieb bekommen. Ich halte das für einen Mißbrauch Ihrer Rede. Aber das Bild, das wir von unserer Fraktion aus bieten müßten und m.E. immer noch bieten, wird gestört werden. Subjektiv mögen Sie meinen, Sie hätten recht gehandelt. Subjektiv können Sie darauf hinweisen, daß das auch in früheren Erklärungen der Fraktion gesagt worden ist und daß das, was von

48 Dr. Karl Carstens (vgl. Anm. 20), seit Juli 1961 ständiger Vertreter des Bundesaußenministers.

anderen Parteien herausgelesen werde, böswillig sei. Ich glaube, Sie müssen heute mit uns einer Meinung sein, daß das, was da gesagt worden ist, nicht richtig ist. Ich würde Sie geradezu bitten, daß Sie sich von dem, was andere aus Ihrer Rede rauslesen wollen, öffentlich distanzieren. Das wäre eine sehr gute Lösung dieser Frage.

Von Brentano: Ich will mich kurz fassen und nur noch etwas zur Berichtigung sagen. Ich glaube, ich habe mich so verhalten, wie man es nur erwarten kann. Das Recht, lieber Herr Gerstenmaier, Ihnen einen Brief zu schreiben, werden Sie mir sicherlich nicht verwehren. In diesem Brief habe ich gesagt – ich wiederhole es –, daß ich der Meinung war und bin: Man kann mit der Bundesregierung nicht so umgehen, daß man eine Erklärung anhört, deren Inhalt man nicht kennt, deren Inhalt man beim Hören nicht billigt und bei der man dann nicht die Möglichkeit hat, eine Antwort zu geben. Ich habe Ihnen sofort gesagt: Sie haben hier gegen die Verfassung gehandelt. (*Zuruf Gerstenmaier.*) Bitte, seien Sie nicht so arg empfindlich. Ich stelle hier fest – Sie können dem nicht widersprechen –, daß hier eine Erklärung abgegeben worden ist und die Bundesregierung nicht das verfassungsmäßige Recht hatte, ein berichtigendes Wort zu sagen.

Ich habe Ihnen meine Bedenken geäußert. Ich habe Ihnen gesagt, daß ich nicht begreifen kann, wie hier festgestellt werden kann, daß dieses Haus einig sei in der Erfüllung der Verträge. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß Sie nicht Motivforschung zu treiben haben. Ich bin aber nicht der Auffassung, daß der Bundestagspräsident verpflichtet sei, jede Erklärung als ernst zu nehmen und sie in diesem Sinne wiederzugeben. Es hat auch keinen Sinn, daß, wenn in einem Parlament zwölf Kommunisten sitzen und sagen, wir sind treue Anhänger der Verfassung, man sich diese Erklärung zu eigen macht und auf die Motivforschung verzichtet. Ich habe Ihnen meine Bedenken vorgetragen, weil ich glaube, daß eine erhebliche Verwirrung entstehen wird, und sie ist in der Tat entstanden.

Ich habe Ihnen weiter gesagt, daß ich mich zunächst nicht gegen den Gedanken des Friedensvertrages als solchen äußern will. Aber wir bitten und beschwören unsere Alliierten, jede Initiative zunächst sorgfältig mit uns abzustimmen. Wir wehren uns gegen jede isolierte Initiative. Wir werden vorstellig, wenn wir etwas von isolierten Initiativen erfahren. Wir haben die Konsultation jetzt so ausgebaut, daß isolierte Initiativen nicht mehr sichtbar werden. In dem Augenblick, wo Herr Mansfield⁴⁹ – immerhin der Vorsitzende der demokratischen Fraktion im amerikanischen Senat – eine etwas eigenwillige Erklärung abgegeben hat, haben sofort auf Bitten des Auswärtigen Amtes das State Department und die Demokratische Partei erklärt, daß sie damit nichts zu tun haben. Es ist nicht zuletzt auf unsere Initiative

49 Michael Joseph Mansfield (geb. 1903), amerikanischer Politiker; 1952–1976 Mitglied des amerikanischen Senats (Demokrat), 1961–1977 Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Senats. – Am 14. Juni 1961 schlug Mansfield im Senat vor, ganz Berlin zu einer international geschützten Freien Stadt zu machen (AdG 1961 S. 9160).

zurückzuführen, wenn jetzt Außenminister Dean Rusk⁵⁰ entsprechende Gespräche geführt hat.

Ich habe Ihnen geschrieben: Ich halte es für denkbar unglücklich, wenn hier eine derartige Initiative im Namen des ganzen Deutschen Bundestages vorgetragen wird, von der man annehmen muß, daß sie von der Bundesregierung gedeckt sei. Ich weiß nämlich nicht, ob die Alliierten in diesem Zeitpunkt überhaupt den Wunsch haben, eine solche Initiative zu entwickeln. Wir sollten nicht vorpellen, insbesondere dann, wenn wir unsere Verbündeten immer wieder bitten, nicht im Alleingang zu handeln.

Darf ich das Ihnen nicht sagen? Darf ich nicht sagen, daß ich mit der Formulierung über den Status nicht einverstanden bin? Ich glaube, niemand von uns kann in Anspruch nehmen, mit der Unfehlbarkeit des Papstes *ex cathedra* zu sprechen. Jeder von uns hat das Recht, gegen eine Formulierung, die öffentlich auch in seinem Namen vorgetragen worden ist – ich gehöre auch dem Bundestag an –, etwas zu sagen. Ich habe das nicht in der Öffentlichkeit getan. Ich habe das sorgfältig in einem Brief getan. In dem Brief habe ich meine Überlegungen motiviert. Es ist auch nicht gut, wenn man als Beispiel ein etwas ungenaues, aus dem Zusammenhange herausgerissenes Zitat kritisiert. Ich habe vielleicht ein wenig flüchtig zitiert. Ich habe diese Formulierung zügig niedergeschrieben. Sie wissen ja, wie solch ein Brief entsteht. Ich habe ihn noch am Samstagmorgen diktiert, bevor ich nach Rom geflogen bin⁵¹. Wenn Sie an dieser Formulierung Anstoß nehmen, dann bin ich gerne bereit, das noch präziser zu schreiben. Ich bin nicht so empfindlich.

Mir geht es hier um das Interesse und um die Einheit der Partei. Wir brauchen diese Einheit in den außenpolitischen Fragen. Wenn die Christlich-Demokratische Union es nicht mehr fertigbringt, eine einheitliche Auffassung nach außen vorzutragen, wie soll man annehmen, daß unsere Alliierten begreifen, was wir wollen? (*Beifall.*) Darum geht es, um nichts anderes, lieber Eugen Gerstenmaier. Mir geht es wirklich darum, diese Diskussion dazu zu benutzen, diese Einheit wiederherzustellen. Ist es so schwer, wenn man vielleicht einmal etwas zuviel gesagt hat, das in einer maßvollen Form zu korrigieren?

Ich glaube nicht, daß der Hinweis auf das Wortprotokoll ausreicht. Das Wortprotokoll enthält sieben Seiten von Wehner, zwei Seiten allgemeine Bemerkungen von Lemmer und die Fragestellung, die Sie wiedergegeben haben, von Herrn Gradl, ob der Ausschuß nicht der Meinung sei, daß sich der Vorsitzende mit dem Bundestagspräsidenten in Verbindung setzen solle. Ist das eine hinreichende Legitimation, um im Namen des gesamten Bundestages außenpolitische Erklärungen abzugeben? Verstehen Sie nicht mein Anliegen, wenn ich Sie bitte, daß, bevor solche Erklärungen abgegeben

50 Dean Rusk (geb. 1909), 1952–1960 Präsident der „Rockefeller Foundation“, 1961–1969 amerikanischer Außenminister. – Zu den erwähnten Konsultationen vgl. AdG 1961 S. 9210 und 9227–9230.

51 Tagung der Außenminister der sechs EWG-Staaten am 10. Juli in Rom (AdG 1961 S. 9214).

werden, auch der Bundesaußenminister gefragt wird? Ich habe z.Z. die Verantwortung dafür. Ich werde gefragt und muß draußen unseren Standpunkt vertreten. Machen Sie es mir bitte nicht so schwer. Es geht wirklich um ein gemeinsames Anliegen. Sonst hätte ich Ihnen nicht geschrieben, und sonst säßen wir hier nicht in diesem Kreise zusammen. Es geht nicht darum, die Dinge hochzuspielen oder ein Scherbengericht über Sie abzuhalten. Wir wollen nur zu einer Einheit kommen, die wir in der heutigen außenpolitischen Situation nötig haben. (*Beifall.*)

*Kopf*⁵²: Wir müssen die Wahlen gewinnen, wir können sie nur in Eintracht gewinnen. Wir müssen daher unsere heutige interne Auseinandersetzung in diesem Zeichen führen. Ich möchte drei Bemerkungen machen, eine zur Form, eine zur Sache und eine zur weiteren Behandlung.

Was die Form angeht, so ist ja festgestellt worden, daß es sich bei der Erklärung des Herrn Bundestagspräsidenten um eine Erklärung persönlicher Art gehandelt hat. Aber diese Erklärung ist unter Umständen abgegeben worden, die der Öffentlichkeit und der Presse den Eindruck vermittelt haben, daß es sich um eine mit den Fraktionen abgestimmte Erklärung handelt. Daß das nicht der Fall ist, ist uns bekannt; das ist gerade der Gegenstand unserer Erörterung.

Es hat eine vierfache Abstimmung gefehlt: Erstens die Abstimmung mit den Alliierten – es handelte sich ja um wesentliche Fragen der Außenpolitik –, zweitens die Abstimmung in der Bundesregierung, drittens die Abstimmung mit der Fraktion und viertens die Abstimmung mit dem Auswärtigen Ausschuß, der auch zuständig war, denn das Thema der Erklärung ging über das Sachgebiet des gesamtdeutschen Ausschusses weit hinaus und gehört in das Sachgebiet des Auswärtigen Ausschusses. Der Auswärtige Ausschuß ist nicht gefragt worden, auch sein Vorsitzender ist nicht gefragt worden.

Zur Sache! Es ist genügend geklärt worden, worin unsere Bedenken bestehen. Ich möchte durchaus zugeben, daß die Erklärung als Ganzes – abgesehen von den Sätzen, die wir beanstanden müssen – nicht der Größe und der Würde entbehrt. Es ist ein sehr wesentlicher Gesichtspunkt eingeführt worden, daß jede Verhandlung nur dann überhaupt ins Auge gefaßt werden könne, wenn sie nicht eine Präjudizierung bezüglich der Spaltung Deutschlands zum Inhalt habe. Das ist ein sehr wesentlicher Gesichtspunkt, dafür sind wir Herrn Gerstenmaier dankbar.

Es bleiben die Bedenken bestehen, die sich vor allem auf das letzte Drittel, aber auch auf andere Abschnitte beziehen. Diese Bedenken sind vierfacher Art.

Ich erwähne erstens die Frage des versteckten Dissenses in der Angelegenheit der Behandlung. Über diesen Punkt haben der Herr Bundeskanzler und Herr von Brentano bereits gesprochen; ich brauche dazu nichts zu sagen. Es wurde der Eindruck erweckt, als bestünde Einigkeit. Sie besteht nicht. Es ist schädlich für unseren Wahlkampf, eine Einigkeit vorzuspiegeln, die effektiv nicht gegeben ist.

⁵² Dr. Hermann Kopf (1901–1991), Rechtsanwalt; 1949–1969 MdB (CDU), 1960–1969 Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Der andere Punkt betrifft die Frage, ob überhaupt über Berlin als isolierten Komplex verhandelt werden soll. Ich finde die Formulierung nicht sehr glücklich. In der Erklärung heißt es, „daß nicht allein die Frage Berlins, seines zukünftigen Status und der Sicherung seiner Verbindungswege dabei zur Diskussion gestellt werden sollen, sondern die Deutschlandfrage als Ganzes“. Es soll neben der deutschen Frage als Ganzes dann auch die Frage Berlins behandelt werden. Wir sind bisher mit den Alliierten der Meinung gewesen, daß über den Status von Berlin überhaupt nicht verhandelt wird. Im jetzigen Moment die Möglichkeit einer Verhandlung über Berlin einzuräumen, halte ich taktisch für nicht besonders klug.

Zweitens die Frage der Verhandlung im allgemeinen und die Frage der Friedensvertragsverhandlung im besonderen! Die Frage der Verhandlung im allgemeinen kann nur gemeinsam mit den Alliierten gelöst werden. Hier bedurfte es einer genauen Kenntnis darüber, was besprochen worden ist, inwieweit seitens der Alliierten überhaupt eine Geneigtheit besteht, im jetzigen Moment eine Verhandlungsbereitschaft anzuerkennen.

Was die Friedensvertragsverhandlung angeht, so scheint es mir auf jeden Fall nicht glücklich zu sein, von unserer Seite aus im jetzigen Moment Friedensvertragsverhandlungen zu forcieren. Der Gedanke des Friedensvertrages spielt seit Jahren eine Rolle. Dabei ist zu beachten, daß wir und die Russen unter dem Begriff „Friedensvertrag“ etwas ganz anderes verstehen. Die wollen gar nicht ein juristisches Protokoll haben, die wollen nicht ein Dokument haben. Was wollen die Russen? Sie wollen, daß in Form eines solchen Dokumentes das jetzt gespaltene Deutschland und die Bundesgrenzen befestigt und verewigt werden.

Was wollen wir, und was will auch der Bundestagspräsident Gerstenmaier? Vor fünf Jahren wollte der Bundestagspräsident, als er den Gedanken des Friedensvertrages in die Debatte warf, etwas ganz anderes. Er wollte auf diesem indirekten Wege die Wiedervereinigungsprobleme zur Diskussion stellen. Das war damals mindestens erwägenswert, vielleicht nicht unbedenklich, aber erwägenswert. Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß dieser Weg nicht beschreitbar war.

Der russische Friedensvertragsentwurf sieht vor, daß die ganze Wiedervereinigungsfrage ausgeklammert wird. Ihre Lösung soll den sogenannten beiden deutschen Staaten überlassen werden. Ich glaube, daß die bisherige Erfahrung uns gelehrt hat, daß dieses damals vielleicht vertretbare Ziel, auf dem Umweg über Friedensvertragsverhandlungen die Wiedervereinigung zur Diskussion zu stellen, auf diesem Wege nicht erreichbar ist. Wenn wir das einsehen, dann bestehen sehr große Bedenken, von uns aus die Friedensvertragssache zu forcieren. Sonst könnte eine Summe von Ansprüchen über uns hereinbrechen.

Letzter Punkt: Über die Frage des Status ist viel gesprochen worden. Es ist leider so, daß gewisse Ausdrücke ihre terminologische Festlegung erfahren. Das gilt auch für die Frage des militärischen und politischen Status. Dieser Ausdruck kommt von Erler und Wehner und anderen Herren der SPD. Im letzten Jahr hat sich dieser terminologische Begriff gefestigt und kristallisiert. Man hat sofort die

Assoziation, daß mit diesem terminologisch gefestigten Ausdruck die Vorstellungen vom Disengagement usw. verbunden sind.

Ich glaube nicht, daß es glücklich ist, einen derartigen Bestandteil des sozialdemokratischen Programms, und zwar des verflochtenen sozialdemokratischen Programms, in eine außenpolitische Erklärung mit aufzunehmen, die sich in diesem Teil nicht auf das Verfahren, sondern auf den materiellen Inhalt des Friedensvertrages bezog. Das sind die sachlichen Bedenken.

Was tun wir, wie regeln wir die Angelegenheit? Wir müssen die Wahlen gewinnen und müssen eine Regelung treffen, die uns am meisten Aussicht bietet, daß unsere Partei ohne jeden Schaden aus dieser Auseinandersetzung hervorgeht. Wir können zwei Dinge tun. Wir müssen sie sehr sorgfältig überlegen.

Entweder schwören wir alle einen Eid, daß wir über alles, was hier gesprochen worden ist, kein Sterbenswörtchen verlauten lassen.

Zweite Möglichkeit: Wir interpretieren. Man kann interpretieren, man darf unter keinen Umständen desavouieren. Man kann die sehr positiven Elemente in der Erklärung des Bundestagspräsidenten hervorheben und durch eine geeignete Interpretation noch einmal zu unserer Auffassung machen. Das hat das Berliner Abgeordnetenhaus in drei Sätzen getan⁵³, die ganz glücklich formuliert sind. Man kann auch andere Formulierungen finden. Wenn man sich für die Form der Interpretation entscheidet, müßten m.E. folgende Gedanken zum Ausdruck kommen: Erstens, daß unser weiteres Vorgehen nur gemeinsam mit den Alliierten erfolgen soll; zweitens, daß der Friedensvertrag nur mit einem Deutschland geschlossen werden kann, mit dem auch der Krieg geführt worden ist – Zitat aus der Rede von Gerstenmaier –; drittens, daß keine Verhandlung mit einer Vorentscheidung belastet wird, die die Teilung Deutschlands verewigt; viertens müßte eine Stellungnahme zu der Berlin-Frage in der Form eines geschlossenen Resistenzwillens zum Ausdruck kommen; fünftens müßte die Frage der Selbstbestimmung angesprochen werden. Ich glaube, daß es möglich wäre, das zum Ausdruck zu bringen. Ich habe den Text von Herrn von Brentano gesehen; es ist ein recht guter Text.

Man muß sich grundsätzlich entscheiden, ob man die Angelegenheit als intern für uns erledigt ansehen will, um damit unsere Geschlossenheit nach außen zu erhöhen, oder ob es richtig ist, die Form einer geeigneten Interpretation zu wählen, in der die positiven Gesichtspunkte der Rede des Herrn Bundestagspräsidenten mit den Absichten und den Zielen unserer Bundesregierung verbunden werden.

Gerstenmaier: Ich bedanke mich, Herr Kopf, für Ihre Vorschläge.

Militärischer und politischer Status ist ein Terminus technicus, der wie viele andere Termini technici benützt wird, benutzt werden darf, ohne daß dem Mann, der ihn benutzt, unterstellt wird, daß er damit bestimmte Vorstellungsgehalte – wie es hier

53 Vgl. die Entschließung beider Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses zur deutschen Frage vom 6. Juli 1961 (Sten.Ber. Berliner Abgeordnetenhaus 3. WP S. 217f.); vgl. auch Entschließungen der Berliner CDU in DUD Nr. 124 vom 3. Juli 1961 S. 4f.

geschieht: SPD-Vorstellungsgehalte – übernimmt. Ich empfinde diese Unterstellung als ehrenrührig. (*Zuruf*: Das tun die andern doch!) Nein, das geschieht auch bei uns. Herr von Guttenberg hat das öffentlich erklärt ... (*Zuruf*: Ist nicht da!) und hat hinzugefügt: Der Mann muß abgesetzt werden. – Ich werde mir überlegen, ob ich das noch zum Gegenstand einer Erörterung mache. Für dumm verkaufen lasse ich mich nicht.

Der Herr Bundeskanzler hat die Bemerkung gemacht, hier seien Folgerungen zu ziehen, die er gar nicht erst auszuführen brauche. (*Zuruf*.) Es seien Folgerungen zu ziehen, die er nicht auszuführen brauche. Ich weiß nicht, worauf sich das bezieht. Ich bin jetzt allmählich mißtrauisch; eine Sache, die mir nicht liegt.

Zu dem, was der Herr Bundeskanzler hinsichtlich des Verhaltens seines Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen ausgeführt hat, möchte ich folgendes sagen: Ich gönne meinem Freund Ernst Lemmer alles Gute. Ich bin weit davon entfernt, irgendeinen in einer solchen mißlichen Situation an meine Seite zu ziehen. Ich stehe ganz allein. Ich bin bereit, diese Sache durchzustehen. Ich appelliere nicht an Hilfsbataillone. Ich appelliere nicht an Unterstützung, gar nicht! Hier steht ein Mann für sich alleine. Er ist bereit, diese Sache auszufechten. Infolgedessen will ich gar nicht auf Herrn Lemmer irgend etwas ablasten; das ist gar nicht meine Absicht.

Aber so kann man es wieder nicht machen, wie Sie es jetzt gemacht haben. Ich will sagen, daß ich mit Herrn Lemmer kein einziges Wort – weder vor noch nach dieser Sache – gesprochen habe. Die Erklärung, die Herr Lemmer im Kabinett offenbar abgegeben hat, steht in einem solch evident schreienden Gegensatz zu dem Wortprotokoll einer Sitzung, an der ich gar nicht teilgenommen habe – ein amtliches Protokoll, auf das ich nicht den mindesten Einfluß genommen habe –, daß sich darüber jedes weitere Wort erübrigt.

Dann wurde gesagt: Das war nur der gesamtdeutsche Ausschuß; warum haben Sie sich nicht mit dem Auswärtigen Ausschuß in Verbindung gesetzt, der zuständig ist? – Der Bundestagspräsident kann sich nicht einfallen lassen, eine Qualifizierung dieser Art zwischen Ausschüssen und Abgeordneten einzuführen. Der gesamtdeutsche Ausschuß ist für Berliner und gesamtdeutsche Fragen ohne weiteres zuständig. (*Von Brentano*: Aber nicht für Außenpolitik!) Lassen Sie mich mal zu Ende reden.

Von Brentano: Ist der Friedensvertrag Außenpolitik?

Gerstenmaier: Der Friedensvertrag ist eine Sache, die Deutschland betrifft. (*Zurufe*.) Wollen Sie dem gesamtdeutschen Ausschuß verbieten, zu dieser Sache das Wort zu nehmen? (*Zuruf*: Er ist nicht kompetent! – *Weitere Zurufe*.) Schreien Sie alle, meine Herren, das beeindruckt mich weiter nicht. Sagen Sie alle, daß Sie dagegen sind. Besser wäre, wenn man mich überzeugen würde, statt mir zu unterstellen – was immer wieder geschieht –, daß ich z.B. den Begriff „Status“ mit sozialdemokratischen Vorstellungen fülle und damit diesen sozialdemokratischen Vorstellungen nachträglich – wie jemand gesagt hat – höhere Weihen verschaffe.

Herr von Brentano hat von den isolierten Initiativen gesprochen. Ich kann nur sagen, ich bin auch jetzt nicht überzeugt, daß diese Darbietung eine isolierte Initiative Deutschlands war. Es hat sich vielmehr um eine Bemerkung gehandelt, die im übrigen

vorsichtigerweise – das haben selbst meine schärfsten Kritiker bis jetzt offensichtlich noch nicht bemerkt –, damit ja um Gottes willen hier nicht das Haus in Anspruch genommen werde, mit den Worten „Ich glaube“ eingeführt wurde. Vorausgeschickt wurde, daß das nicht der Augenblick sei, in dem Modalitäten verhandelt werden sollten. Dann heißt es: „Ich glaube aber, daß es das Gebot der Stunde ist, daß über das Verfahren zu einem Friedensvertrag mit Deutschland eine Einigung zwischen den Westmächten und Sowjetrußland herbeigeführt wird.“ Ich behaupte, daß dieser Satz exakt in der Entschließung des Bundestages vom Jahre 1958 steht. Das ist also von den einmütigen Erklärungen des Bundestages vom 1. Oktober 1958 gedeckt.

Die Frage, über die man sich natürlich unterhalten kann und über die zu diskutieren sich interessant ist, geht dahin, ob es eigentlich positiv oder negativ ist – was Herrn von Brentano offenbar besonders geärgert hat –, wenn man sagt, daß dieses ganze Haus jede Art von politischer Bewegung in dieser Richtung nur vor dem Schutzschirm der NATO und den bestehenden NATO-Verträgen zu machen für möglich hält. (*Von Brentano*: Das hat mich nicht geärgert!) Aber das andere hat Sie geärgert, und daß dieses ganze Haus willens sei, die NATO-Verträge auf das Pünktlichste zu erfüllen. (*Von Brentano*: Das halte ich für schädlich! – *Lücke*: Das ist auch schädlich! – *Weitere Zurufe*.) Herr Kollege Lücke – damit ich mal einen anderen Partner habe –, was wollen Sie damit sagen? (*Zuruf*: Sehr leichtgläubig! – *Weitere Zurufe*.) Von einem bestimmten Amt ab – als schlichter Fußsoldat würde ich das nicht als Vorwurf ansehen – ist das ein schwerer Vorwurf, wenn man jemandem sagt, er sei leichtgläubig.

Adenauer: Wenn Sie Herrn Wehner so glauben!

Gerstenmaier: Ich war jedenfalls der Meinung – dieser Meinung bin ich noch bis zur Stunde –, daß es die Position der Bundesrepublik nicht schwächt, sondern stärkt, wenn der Bundestagspräsident für das ganze Haus sagen kann, es sei sich darüber einig, die eingegangenen Verträge auf das Pünktlichste zu erfüllen. Das halte ich objektiv nach wie vor für eine positive Aussage im Interesse Deutschlands. (*Zuruf von Brentano*.)

Das ist, was mich so in Ihrem Brief geärgert hat. Sie haben mir drei Seiten lang vorgehalten, was die Sozis alles verbochen haben, so, als ob ich der Spiritus rector der Sozis in den letzten zehn Jahren gewesen sei. (*Von Brentano*: Um Sie zu überzeugen! – *Weiterer Zuruf*: Der ist überzeugt!) Nein, ich lasse mir das nicht gern unterstellen, (*Zuruf*: Das hat niemand unterstellt!) weder daß ich leichtgläubig bin, noch daß ich leichtfertig – das ist der andere Vorwurf – hier gehandelt habe. Das lehne ich strikte ab. (*Zuruf*: Gutgläubig!) Gutgläubig? Na, schön!

Nun ist gesagt worden, daß das eine Gefährdung für die Wahl sei. Ich muß sagen, das verstehe ich noch am ehesten. Hier ist das, was auch mir natürlich nicht gefallen hat bei der Reaktion der SPD, nicht im Bundestag, sondern am Tage danach in ihren Parteioorganen⁵⁴. (*Zuruf*.) Ich werde tun, was ich für richtig und notwendig halte.

⁵⁴ „Vorwärts“ vom 5. Juli 1961: Die Antwort ist erteilt. Die SPD steht zu Gerstenmaiers Erklärung.

Wenn der Bundeskanzler sagt, daß er jetzt Konsequenzen ziehen wolle, dann kann ich nur empfehlen: Tun Sie das, und tun sie es möglichst schnell. (*Zuruf*: Völlig mißverstanden! – *Weber*: Was heißt das?) Das frage ich den Herrn Bundeskanzler. (*Zuruf*: Logische Konsequenzen!)

Ich will mich gar nicht dazu äußern, wie die Regierung auf die FDP-Anfrage reagieren soll. Eine Sache verstehe ich trotz allem nicht, den Vorwurf, daß die Bundesregierung keine Möglichkeit gehabt hätte, dazu etwas zu sagen. Ich verstehe, daß sich die Bundesregierung natürlich in einer Situation gesehen hat, daß sie gesagt hat: Sollen wir jetzt unter diesem Eindruck, während die alle klatschen, schnell einen Zettel raufschicken: „Der Herr Bundeskanzler oder der Herr Bundesaußenminister wünscht das Wort“? (*Zuruf*: Das hätte noch gefehlt!) Die Möglichkeit bestand. Der Bundestagspräsident hätte ohne Zweifel der Bundesregierung sofort das Wort gegeben.

Ich bin auch jetzt noch der Meinung, daß das jederzeit geschehen kann. Vor allem wird der Brief, den der Herr Bundeskanzler geschickt hat – er hat mich heute morgen erreicht⁵⁵ ...

Adenauer: Er ist gestern angekommen!

Gerstenmaier: Ich bin heute nacht um halb 3 Uhr von Saarbrücken zurückgekommen.⁵⁶ Als ich den Brief auf meinem Schreibtisch gefunden habe, habe ich mich noch einmal eine Stunde hingesetzt und das Material durchgesehen, weil es mir so ungefähr schwante, was kommen würde. Heute morgen bin ich zu meinem Bedauern vom Herrn Oberstaatsanwalt noch etwas früher aus dem Bett gejagt worden. Er wollte etwas wegen einer anderen Sache, die er z.Z. behandelt, wissen.⁵⁷ Sie wird in einiger Zeit wahrscheinlich soviel Aufmerksamkeit erregen, daß etwas kleinere Fische wieder in den Hintergrund geraten. Deshalb bitte ich auch um Nachsicht, daß ich etwas zu spät gekommen bin. Heute morgen war meine Absicht, ganz pünktlich da zu sein, um kein Wort von der Diskussion zu versäumen.

Die Frage ist jetzt: Was wollen Sie tun? Ich muß eigentlich diesen Brief seiner Vorwürfe wegen zum Gegenstand einer Erörterung im Ältestenrat machen. Ich werde mir vorbehalten müssen, daraufhin den Bundestag einzuberufen.

55 Vgl. Anm. 44.

56 Gerstenmaier hielt am 10. Juli eine Ansprache auf dem Deutschen Naturschutztag in Saarbrücken (ACDP I-210-075/2).

57 Termin um 9.45 Uhr bei OStA Drügh und OStA Dr. Ernst Kirschbaum (1905–1991) zum „Fall Grolman“ (Terminkalender Gerstenmaier ACDP I-210-030 und -031). Am 14. Juli 1961 stellte der Wehrbeauftragte General a.D. Helmuth von Grolman aus persönlichen Gründen den Antrag, ihn mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt zu entlassen, dem Gerstenmaier entsprach (DATENHANDBUCH I S. 918). – Helmuth Otto Wilhelm von Grolman (1898–1977), Offizier und Politiker; 1954–1955 Staatssekretär im niedersächsischen Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1959–1961 erster Wehrbeauftragter des Bundestages.

Es ist mir völlig klar, daß auch der Herr Bundeskanzler das Recht hat, ebenso wie die Mitglieder des Bundestages, den Bundestag einberufen zu lassen. Ich glaube, daß der Bundestagspräsident, wenn er noch einen Funken Respekt vor seinem Amt hat, sich zu diesem Brief sowieso äußern muß. Die Vorwürfe sind nämlich sehr weitgehend.

Adenauer: Wollen Sie den Brief nicht einmal verlesen, damit die Herren ihn kennen?

Gerstenmaier: Wollen Sie es nicht tun?

Adenauer: Nein.

Gerstenmaier: „Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident! In der letzten Sitzung des zu Ende gehenden Bundestages haben Sie über die übliche Schlußansprache hinaus längere Ausführungen über die schwebenden außenpolitischen Fragen gemacht. Diese Ausführungen mußten in weiten Kreisen als nicht in Übereinstimmung ...“

– und das ist der Punkt, Herr Bundeskanzler –

„mit der Entschließung des Bundestages vom 1. Oktober 1958 und der darauf fußenden Politik der Bundesregierung verstanden werden. Selbstverständlich hat der Bundestag das Recht, zu schwebenden außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Zu den fundamentalen Regeln eines demokratischen Parlaments gehört es, daß der Bundesregierung – ihrer Verantwortung entsprechend – nicht die Möglichkeit einer Stellungnahme genommen wird. Wenn der Präsident des Bundestages, wie Sie es getan haben, in einer Schlußansprache derartige sehr wichtige politische Ausführungen macht, ohne daß der Bundestag einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat und ohne daß die Bundesregierung ihre Stellungnahme zu solch wichtigen Themen vor dem Parlament und damit vor der Öffentlichkeit klargelegt hat, so steht dieses Verfahren nach der Auffassung der Bundesregierung und nach meiner persönlichen Auffassung nicht mit dem Grundgesetz und der sich darauf aufbauenden Geschäftsordnung des Bundestages in Einklang. ...“

Ich finde, daß dieser Brief den Bundestagspräsidenten deshalb zwingt, das Haus damit zu befassen, weil er Bemerkungen enthält, mit denen ich mich unter keinen Umständen einverstanden erklären kann und einverstanden erklären werde, daß nämlich meine Ausführungen nicht mit der Entschließung des Bundestages vom 1. Oktober 1958 übereinstimmen. Sie haben den Satz zwar vorsichtig formuliert. Der Brief ist so formuliert, daß sich möglichst kein Häkchen darin findet. Meine Frage an Sie wäre: Gehören Sie auch zu den weiten Kreisen, von denen hier die Rede ist? – „Diese Ausführungen mußten in weiten Kreisen als nicht in Übereinstimmung mit der Entschließung des Bundestages vom 1. Oktober ...“

Adenauer: „... und der darauf fußenden Politik der Bundesregierung verstanden werden.“

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler, das konzidiere ich jederzeit freimütig. Ich habe auch nicht gesagt, daß ich mit Politik nichts zu tun habe. Ich habe nur gesagt, der Partner des Mannes, der sich als Regierungschef fühlt, ist der Bundeskanzler. Der Bundeskanzler ist der Mann, der die Richtlinien der Politik bestimmt.

Adenauer: Das haben Sie nicht gesagt. Sie haben gesagt, Sie hätten mit der Politik nichts zu tun.

Gerstenmaier: Ich habe gesagt, der Partner ist hier der Bundeskanzler und nicht der Bundestagspräsident. Sie brauchen sich gar nicht auf eine solche EntschlieÙung des Bundestages berufen. Sie können sich auf Art. 65 des Grundgesetzes⁵⁸ berufen. Ob man sich in Übereinstimmung mit dieser EntschlieÙung befindet oder nicht, das halte ich für eine politisch wünschenswerte Sache, aber nicht für eine Frage der Verfassungsmäßigkeit. Der Bundeskanzler ist durch den Art. 65 des Grundgesetzes gedeckt.

Was in dem ersten Teil des Satzes gesagt worden ist – daß diese Ausführungen in weiten Kreisen als nicht in Übereinstimmung mit der EntschlieÙung des Bundestages vom 1. Oktober 1958 angesehen würden –, das kann der Bundestagspräsident, wenn er noch einen Funken Selbstachtung hat, sich unmöglich sagen lassen. Deshalb wird er zu seinem Bedauern eine Klärung herbeiführen müssen. Ich bleibe dabei, daß alles, was ich gesagt habe, jedes einzelne Wort, von der EntschlieÙung vom 1. Oktober 1958 gedeckt ist. Wenn Sie das bestreiten, dann wollen wir das in einer öffentlichen Debatte im Bundestag diskutieren. (*Zuruf:* Ach Gott!)

Adenauer: Ich hatte vor, Ihnen vorzuschlagen, daß wir, wenn Herr Gerstenmaier gesprochen hat, zu einem anderen Punkt der Tagesordnung übergehen und dann einen kleinen Imbiß nehmen. Danach sollten wir dann auf die Angelegenheit zurückkommen mit dem Ziel, sie so aus der Welt zu schaffen, daß für unsere Partei kein Schaden entsteht. (*Beifall.*)

Gerstenmaier: Mir möglichst auch nicht!

Adenauer: Lieber Herr Gerstenmaier, stellen Sie sich bitte nicht auf eine Stufe mit der Partei; das sage ich Ihnen ganz offen. Und diese Drohung, deswegen den Bundestag einzuberufen – jetzt vor der Wahl –, um festzustellen, ob die Erklärung mit dem damaligen Beschluß des Bundestages übereinstimmt, das kann doch nicht ernstgemeint sein, Herr Gerstenmaier. (*Weber:* Wahnsinn! – *Weiterer Zuruf:* Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!)

Gerstenmaier: Nehmen Sie Ihren Brief zurück, dann ist die Sache erledigt.

Adenauer: Ich denke nicht daran.

Gerstenmaier: Ich lasse mir nicht einseitig alles anlasten ohne Gegenwehr.

Adenauer: Sie können mir ja darauf antworten. Sie können mir schreiben.

Gerstenmaier: Na schön, Herr Bundeskanzler, gut.

58 Art. 65 GG: Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung.

Adenauer: Ich weiß gar nicht, was Sie wollen. – Meine Herren, ich möchte dann nur eins feststellen, weil das auch für die Entschließung notwendig ist, die wir zu fassen haben. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU war mit dieser Erklärung überhaupt nicht befaßt worden, geschweige denn, daß sie ihre Zustimmung dazu gegeben hat. Deshalb war es, glaube ich, auch nicht zutreffend, daß Sie von der Zustimmung des ganzen Hauses sprachen. Stellen Sie sich doch einmal das Bild in unserer Situation im Bundestag vor. Der Präsident hat diese Rede mit großer Emphase vorgetragen. Soviel ich weiß, war der erste, der auf ihn losstürzte und ihn beglückwünschte, Herr Wehner.

Gerstenmaier: Carlo Schmid und der Fraktionsvorsitzende der CDU; dann kam allerdings Herr Wehner.

Adenauer: Carlo Schmid ist auch schon was.

Von Brentano: Wird überkompensiert von Heinrich Krone!

Krone: Danke schön.

Adenauer: Zu der Frage, wie wir aus der ganzen Sache herauskommen, möchte ich noch folgendes sagen: Ich glaube, daß Sie gar nicht ahnen, wie schwierig die Verhandlungen mit unseren westlichen Partnern sind; da haben Sie keine Ahnung von. Sonst würden Sie in diesem Augenblick das tun, was auch ich mir vorgenommen habe: schweigen, nach außen schweigen, nach innen wirken, aber jetzt nicht tönen. Das letzte kann nämlich einen Schaden anrichten, auch in bezug auf die Verhandlungen mit unseren Westpartnern, von dem Sie gar keinen Begriff haben. Wenn wir jetzt etwas tun müssen, dann müssen wir unsere Westpartner davon überzeugen, daß die Mehrheit des Bundestages und daß die Regierung geschlossen ist; nichts anderes müssen wir tun.

Ich bitte und beschwöre Sie, Herr Gerstenmaier, stellen Sie jetzt mal alles Persönliche zurück. Aber glauben Sie mir das eine: Ich bin in der größten Sorge über das, was bei den Verhandlungen unter den Westpartnern herauskommt. Sobald wir nur den Anschein erwecken, als wenn wir mit der Sozialdemokratie übereinstimmen, werden wir, sage ich Ihnen, abgeschrieben. Denn die Sozialdemokraten haben doch in den vergangenen zwölf Jahren den anderen genügend gezeigt, was sie wollen.

Es liegen nur noch zwei Wortmeldungen vor, von Herrn Fricke und von Herrn Blumenfeld. Sollen wir nicht eine Pause eintreten lassen ... (*Zustimmung*) und die Fenster und Türen aufmachen, mal an die frische Luft gehen, damit der Dunst aus den Köpfen herauskommt? (*Zustimmung.*) Herr Fricke und Herr Blumenfeld, sind Sie damit einverstanden, daß wir so verfahren? – Dann unterbrechen wir die Sitzung auf eine halbe Stunde.

Pause

Adenauer: Meine Damen, meine Herren, in einem Nebenzimmer sitzen Herr Schröder, Herr Kopf und Herr Gerstenmaier, um ein Schlußkommuniqué abzufassen. Was dabei herauskommt, weiß ich nicht.

STAND DER VORBEREITUNG UND RICHTLINIEN FÜR DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Adenauer: Ich würde vorziehen, es möglichst kurz zu machen. Das Wesentliche ist mir, daß eine gemeinsame Linie für die ganze Wahlpropaganda festgestellt wird. Das ist für mich das einzig Entscheidende, damit diese Unsicherheit, die tatsächlich einzureißen drohte, nicht wesentlich weiterfrißt.

Lassen Sie mich nun ein Wort zur FDP sagen. Die FDP betreibt in verschiedenen Ländern eine konfessionelle Hetze, die sehr übel ist. Es wurden mir genannt die Länder Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bayern und Baden-Württemberg. Nach meiner Meinung müssen wir der FDP wirklich mal gründlich die Meinung sagen. Ich habe das schon seit einiger Zeit getan. Wir müssen die FDP angreifen, erstens wegen der konfessionellen Hetze, die wirklich gemein ist, und zweitens, weil sie uns Schwierigkeiten zu machen versucht, wo sie nur kann. Sie hat neulich diese landwirtschaftliche Anfrage eingebracht, die wir, glaube ich, ganz gut abgewehrt haben.⁵⁹ Aber jetzt wieder diese dumme Frage, ob wir hinter der Regierung des Bundestagspräsidenten stünden. (*Zuruf:* Hinter der Regierung? – *Große Heiterkeit.*) Hinter der Erklärung! (*Zuruf:* Das war eine Freudsche Fehlleistung des Herrn Bundeskanzlers! – *Erneute Heiterkeit.*) Ich kann nur sagen, das kam intuitiv.

Doch lassen Sie mich weiter folgendes sagen: Der Wahlkampf der SPD geht nie gegen die FDP, und der Wahlkampf der FDP geht nie gegen die SPD. Nun habe ich aus einer, wie ich glaube, zuverlässigen Quelle vor einigen Wochen gehört, daß zwischen Herrn Brandt und der FDP Besprechungen gewesen seien⁶⁰, wobei die FDP sich bereit erklärt hat, zusammen mit der SPD eine Regierung zu bilden, falls es ausreicht. Mit anderen Worten: Wenn die FDP die Wahl hat zwischen uns und der SPD, geht sie mit der SPD. Das habe ich mir neulich auch in Würzburg und in Stuttgart⁶¹ erlaubt zu sagen. Herr Haußmann in Stuttgart ging darüber hoch, sehr hoch. Es hat auch seine Wellen geschlagen bis zu einem Besuch des Herrn Mende bei ihnen. Aber Mende hin, Mende her – Vertrauen, wer Vertrauen will. Das geht mich alles nichts an.

Ein Sozialdemokrat, der meinem Gewährsmann das gesagt hat, hat hinzugesetzt: Sehen Sie mal, was wir bieten können. Wenn die FDP mit der CDU geht, dann ist das Wirtschaftsministerium durch die CDU blockiert, da kann kein FDP-Mann hin. Das Verteidigungsministerium ist durch die CDU blockiert, da kann auch kein FDP-Mann hin. Wenn die SPD mit der FDP eine Regierung bildet, dann kann die SPD das Wirtschaftsministerium und das Verteidigungsministerium anbieten; die SPD kann also viel mehr geben als die CDU. – Was dieser Mann gesagt hat, ist durchaus richtig.

Wenn Sie weiter die Verhältnisse innerhalb der FDP – soweit wir sie überschauen – überlegen, dann ist die Sache doch so: Ein Drittel der FDP-Fraktion, wie sie in Bonn

59 Kleine Anfrage der Fraktion der FDP (BT-Drs. Nr. 2790 vom 7. Juni 1961).

60 Vgl. Nr. 17 Anm. 31 sowie Anm. 25.

61 Kundgebung des RCDS in Würzburg am 6. Juni 1961, Empfang der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in Stuttgart am 22. Juni 1961 (TERMINKALENDER).

ist, ist ohne weiteres für ein Zusammengehen mit der SPD, ein Drittel ist ohne weiteres dagegen; dann liegt die Entscheidung doch bei dem mittleren Drittel, und wenn dem mittleren Drittel noch so lockende Sachen vorgehalten werden – wer weiß, meine Damen und Herren, ob die dann nicht zugreifen.

Ich glaube, man sollte auch der FDP sehr nachdrücklich sagen: Ihr redet doch immer von einer späteren Koalition. Herr Mende hat, ich weiß nicht, welche Erklärungen abgegeben. Aber wenn Sie diese Erklärungen genau durchlesen; dann werden Sie – auch in der letzten Erklärung Mendes – einen Vorbehalt sehen, (*Zuruf*: Natürlich!) der ihm auch eine andere Entscheidung ermöglicht. Es würde von uns, wie ich glaube, ganz falsch sein, auf die FDP Rücksicht zu nehmen. Die steht im Feuer, und wir müssen auf sie schießen. Was da rauskommt, müssen wir abwarten.

Höchst bedauerlich ist, daß die FDP ganz außerordentlich stark von der Wirtschaft unterstützt wird. Die Wirtschaft ist da so dumm, meine Damen und Herren. Die Wirtschaft sagt so – nicht die gesamte Wirtschaft, aber diejenigen, die die FDP unterstützen: Wenn die CDU/CSU allein die Regierung bildet, dann wird der sogenannte linke Flügel innerhalb der CDU/CSU zu stark; folglich darf sie nicht allein die Mehrheit haben, sondern die FDP muß hinzukommen, damit dann eine Mehrheit da ist. Und dann kann die FDP dafür sorgen, daß der sogenannte linke Flügel der CDU/CSU nicht so stark wird. Aus diesen Erwägungen heraus geben sie der FDP viel, viel Geld. Wir können das natürlich nicht hindern. Wie sollten wir das? Aber ich glaube, wir sollten doch noch einmal mit Herrn Berg darüber sprechen. Ich habe sowieso eine Besprechung mit Herrn Berg⁶², und Sie müssen diesmal dabei sein. Wir brauchen mehr Geld. Es sieht mit dem Geld – Sie werden das gleich hören – bei uns sehr knapp aus. Gegenüber der SPD und der FDP sieht es sicher schlecht aus. Schließlich müssen bei dieser Wahl – wie bei jeder Wahl – natürlich auch die Geldmittel vorhanden sein, wenn man siegen will.

Zimmer: Ich bin sehr dankbar, Herr Bundeskanzler, daß Sie dieses Thema in dieser Art angesprochen haben, und ich möchte sagen, daß ich von beiden Richtungen her, vom sachlichen und vom personellen her, zustimme. Wir haben in der letzten Woche im Bundestag unter anderem zwei große Gesetze verabschiedet, das Sozialhilfegesetz⁶³ und das Familienrechtsänderungsgesetz⁶⁴. Als nicht unmittelbar Beteiligter habe ich der ganzen Diskussion über diese beiden Gesetze beigewohnt. Die Diskussion ist von unseren Damen und Herren m.E. hervorragend geführt worden, und in der Sache haben sich unsere Damen und Herren glänzend durchgesetzt. Der Niederschlag in der Presse nachher war verheerend. Die ganz ausgezeichneten Ausführungen – entschuldigen Sie, wenn ich nur einige herausgreife – von Frau

62 Am 24. Juli 1961 mit Pferdenges, Berg, Abs, Dr. Stein und Globke (TERMINKALENDER).

63 Bundessozialhilfegesetz vom 30. Juni 1961 – BGBl I 1961 S. 815.

64 Gesetz zur Vereinheitlichung und Änderung familienrechtlicher Vorschriften (Familienrechtsänderungsgesetz) vom 11. August 1961 – BGBl I 1961 S. 1221.

Schwarzhaupt und von Herrn Rollmann⁶⁵ bei dem einen Gesetz haben die SPD zum Kochen gebracht.⁶⁶ Sie sind aber ebenso wie die Ausführungen von Herrn Weber, die durchschlagend waren, in der Presse einfach nicht zum Zuge gekommen.

Ich habe heute morgen mit Herrn Süsterhenn vereinbart, daß wir die beiden großen Diskussionen exerzieren und speziell für unseren Wahlkampf ausnutzen, um das Gesicht der FDP – in ihrer letzten weltanschaulichen Grundhaltung fast übereinstimmend mit der SPD – unseren Wählern vorzuführen. Wenn man gesehen hat, in welcher Weise sich die beiden Parteien bei den zwei genannten Gesetzen die Bälle zugeworfen haben, dann braucht man nicht mehr nach den Unterschieden zu fragen.

Ich will zur Sache nicht mehr äußern. Ich bitte nur dringend, daß diese Debatten für die Bundespropaganda ausgewertet werden. Da und dort mag man dann variieren; das ist eine Sache für sich. Ich werde das in meinem Wahlkreis ganz gründlich besorgen.

Meine Eindrücke bezüglich des Personellen bestätigen Ihre Auffassung, Herr Bundeskanzler. Da, wo ich den Herren begegne – dem Herrn Döring oder dem Herrn Achenbach neuerdings im Europarat, es gibt noch einige jüngere Herren –, frage ich mich: Wie könnten wir mit diesen Herren zusammenarbeiten, wenn wir überhaupt eine Koalition eingingen? Wie lange lassen diese Herren den Herrn Mende ruhig arbeiten? Herr Mende hätte schließlich die gute Absicht, mit einer Reihe anderer Kollegen eine gute Koalition zu machen. Die anderen Genannten blieben aber ein ewiger Unruheherd in der Fraktion der FDP. Ich habe mit Herrn Mende rein persönlich ein Gespräch über einige seiner Kollegen geführt; dabei hat er mir ganz unverblümt seine Meinung gesagt. Ich will nur sagen, die FDP in ihrer heutigen Zusammensetzung ist ein außerordentlich schwieriger Partner. Jetzt im Wahlkampf können wir nicht auf die sehr vernünftigen und positiven Elemente in dieser Fraktion Rücksicht nehmen. Wir müssen vielmehr unsere Position entsprechend dem Bild beziehen, das ihre radikale Front dargeboten hat, die sich jetzt nach vorne gespielt hat, vor allen Dingen in den Bundestagsdiskussionen. Ich glaube, wir müssen den Kampf nach dieser Seite hin sehr energisch führen.

Schmidt: Herr Bundeskanzler, Sie haben in der Frauen-Kundgebung den § 48 des Ehegesetzes sehr schlicht und einfach behandelt, gerade so, wie es christliche Frauen durchaus verstehen. Aber mit diesem Akzent würden wir z.B. in Gebieten, wo wir

65 Dietrich-Wilhelm Rollmann (geb. 1932), Jurist; 1953 Gründung des RCDS Hamburg und 1. Vorsitzender (bis 1956), 1956–1963 Landesvorsitzender der JU Hamburg und Mitglied des CDU-Landesvorstands, 1957–1977 CDU-Kreisvorsitzender Hamburg-Mitte, 1957–1960 MdHB, 1960–1976 MdB (CDU), 1968–1974 CDU-Landesvorsitzender Hamburg. – Memoiren in ABGEORDNETE 3 S. 297–408.

66 Elisabeth Schwarzhaupt zum Familienrechtsänderungsgesetz am 28. Juni 1961 in Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9459–9467; Dietrich-Wilhelm Rollmann zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes am 28. Juni 1961 in Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9537–9543 (Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes vom 11. August 1961) – BGBl I 1961 S. 1193.

mit einer starken FDP zu rechnen haben – wie das im norddeutschen Raum oder bei uns in Wuppertal der Fall ist –, falsch ankommen. Wir sollten deshalb, Herr Zimmer, die Dinge auf dieser Linie nicht zu einseitig darstellen, so als ob es sich um ein christliches Eherecht handle. Daß der § 48 mit seinem objektiven Zerrüttungsprinzip kein christliches Eherecht ist, wissen wir. Deshalb sage ich immer, wir haben es hier mit einem aus der nationalsozialistischen Zeit überlieferten weltlichen Eherecht zu tun gehabt, an dem nun eine höchst weltliche Korrektur im Sinne des Minimums der Aufrechterhaltung der Ehe vorgenommen worden ist. Ich möchte nicht, daß in Verbindung mit diesem Eherecht etwa der Eindruck entstände, als ob wir hier auf dem Wege des Kanonischen Rechtes wären. Es geht um Nuancen, und wir können leicht mißverstanden werden, weil die Presse nicht so objektiv berichtet. Es gibt durchaus einen redlichen und ordentlichen Weg zu sagen: Was wir in Deutschland haben, ist selbstverständlich kein christliches Eherecht, und wir werden auch kein christliches Eherecht in unserem Sinne in einer pluralistischen Gesellschaft durchsetzen können. Was wir hier getan haben, ist die Substantiierung eines Widerspruchsrechtes, das die Rechtsprechung völlig ausgehöhlt hatte, das nun wieder im Sinne des Schutzes der Frau eine Substanz erhalten hat. Damit sage ich das nicht so betont weltanschaulich, wie Sie das gestern vor den Essener Frauen ruhig sagen konnten. (*Zuruf*: Der Brief in der „Revue“⁶⁷!) Der Brief in der „Revue“ war ausgezeichnet. Den sollte man haben, er wäre ein wichtiges Propagandamittel.

In dem Propagandamaterial, das von der Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt wird, sollte man die Betonung nicht so legen, daß andere wieder mißtrauisch werden und meinen, wir wünschten, ein christliches oder kanonisches Eherecht zu schaffen.

Adenauer: Ich glaube, ich habe gestern das Wort „christlich“ überhaupt nicht gebraucht. Ich habe nur gesagt, wo das Weltanschauliche in Frage kommt. (*Schmidt*: Das haben Sie gesagt!) Ich habe dann dargestellt, daß die FDP und die SPD unserer Weltanschauung gegenüberstehen. Dann habe ich den Brief aus der „Revue“ erwähnt. (*Schmidt*: Der ausgezeichnet ist!) Diesen ausgezeichneten Brief aus der „Revue“ müßten wir verbreiten.

Kraske: Ich möchte nur in einem Punkte widersprechen. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß es in dieser Frage eine regionale Differenzierung gibt. Ich habe mich während der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises in Hamburg⁶⁸ mit Leidenschaft gegen die gerade von unserer evangelischen Seite kommenden Bedenken gewandt, man könne so etwas nicht so schnell vor der Bundestagswahl noch verabschieden, und zwar wegen des Widerstandes einiger intellektueller liberaler Kreise.

Ich habe immer geglaubt – ich finde, die Entwicklung der jüngsten Zeit, nicht nur in Essen bei der Frauenversammlung, sondern überall, wo wir hinhören, bestätigt das –, daß das eine ganz dünne, überhaupt nicht relevante Oberschicht ist, während die

67 „Revue“ vom 9. Juli 1961 S. 5 (Leitartikel in Briefform).

68 Vom 1. bis 3. Juni 1961. – Akten in ACDP IV-001-013/2, -013/3 und -014/1. Berichte und Druck der Referate in „Evangelische Verantwortung“ vom Juni 1961 und Juli/August 1961.

Masse, ganz gleich wo, ganz gleich, ob katholisch oder evangelisch, mit Leidenschaft auf unserer Seite steht. Das letzte Beispiel für mich war dieser Artikel in der „Revue“. Es handelt sich ja nicht um einen Brief, sondern um den Leitartikel der „Revue“, der jeweils in Briefform gehalten ist. Nun kennen wir ja die Illustrierten. Wir wissen, der Schreiber eines solchen Leitartikels mag möglicherweise im innersten Herzen ganz anderer Meinung sein. Er schreibt das so, weil er weiß, daß in der Millionen-Leserschaft selbst der „Revue“, die wirklich eine ganz liberale Illustrierte ist, diese These, unsere These, gut ankommt. Ich glaube deswegen, daß wir das überall in der gleichen Form ganz stark herausstellen sollen und können, wie es der Herr Bundeskanzler gestern und schon neulich in Frankfurt unter fast noch größerem Beifall vor 20.000 Leuten der Jungen Union getan hat.

Dufhues: Es wurde eben gesagt, ein Drittel der FDP-Fraktion sei bereit, mit der SPD zu koalieren. Dieses eine Drittel bekommt noch Zuwachs aus den Ländern. Die FDP in Nordrhein-Westfalen hat auf der Reserveliste an sicherer Stelle erklärte Gegner einer Zusammenarbeit mit der CDU und Kräfte untergebracht, die maßgebend am Sturz der CDU-Regierung in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1956 mitgewirkt haben. Sie können das Mißtrauen gegen die FDP noch verstärken durch den Hinweis auf den Zuwachs, der aus Nordrhein-Westfalen – wahrscheinlich auch aus anderen Ländern – kommt. Ich könnte Namen nennen.

Wenn wir so differenziert argumentieren würden, wie unser Freund Schmidt es vorgeschlagen hat, dann weiß ich nicht, wie wir die Millionen Wähler gewinnen sollen, die allein mit einfachen Tatbeständen und klaren Grundsatzerkennnissen gewonnen werden können. Darf ich sagen, daß mir die Ausführungen von Frau Steinke⁶⁹ vor den Frauen nicht gefallen haben? Man kann bei einem solchen Anlaß nicht über Einzelheiten sprechen.

Es kommt sehr gut an, wenn man die konfessionelle Hetze grundsätzlich zurückweist und wenn man als Verdienst der CDU in Anspruch nimmt, den Gegensatz der Konfessionen im Politischen überwunden und damit eine jahrhundertalte Tragödie beendet zu haben. Wenn wir auf die Einzelheiten eingehen, verlieren wir den Boden unter den Füßen. Es war wohl goldrichtig, wie Sie es angefaßt haben, daß Sie wieder aufs Grundsätzliche zurückgeführt und die Sicherung der Frau, die Sicherung der Mutter, die Sicherung der Kinder als das wesentliche Ziel der Änderung des § 48 herausgestellt haben. Das überzeugt und das gelingt.

Adenauer: Wir sind uns einig darin, einmal, daß der Kampf gegen die FDP genauso wie gegen die SPD geführt werden muß, (*Zuruf:* Natürlich!) zweitens, daß wir auf den weltanschaulichen Unterschied zwischen der FDP und uns Bezug nehmen, (*Zustimmung*) der sich gerade jetzt bei der Verabschiedung der beiden genannten Gesetze wieder gezeigt hat.

69 Erika Steinke (geb. 1905), 1954–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), Bezirksvorsitzende der Frauenvereinigung der CDU Ostwestfalen, Mitglied des Landesvorstands der Frauenvereinigung.

Weber: Man kann das noch auf andere Gesetze ausdehnen, z.B. auf die Novelle zum Jugendwohlfahrtsgesetz⁷⁰.

Adenauer: Wir bitten also die Geschäftsstelle, dieses Propagandamaterial anzubieten.

Barzel: Ich möchte eine Bitte hinsichtlich des Propagandamaterials gegen die FDP vortragen. Die FDP bemüht sich sehr stark um die bäuerlichen Kreise. Unsere Menschen müssen etwas über die Agrarpolitik der FDP wissen und über ihre praktischen Abstimmungen im Außenhandelsausschuß, wo sie die Industrie und nicht die Landwirtschaft unterstützt hat, sowie über die Haltung der FDP im EWG-Parlament.

Adenauer: Haben Sie das Material in Arbeit?

Kraske: Wir haben Material in Vorbereitung ganz speziell zur Auseinandersetzung mit der FDP, und zwar erstens in personeller Hinsicht – welche Leute spielen eine Rolle –, zweitens in koalitionspolitischer Hinsicht – was hat die FDP nicht nur 1952 in Stuttgart und 1956 in Düsseldorf getan, sondern was hat sie jetzt im Frühjahr 1961 in unzähligen Gemeinden und Kreisen in Nordrhein-Westfalen getan – und drittens hinsichtlich der politischen Auseinandersetzung mit der FDP, insbesondere in den hier genannten Fragen, den weltanschaulich relevanten und den agrarpolitischen Fragen. Die FDP versucht nämlich, jetzt im Wahlkampf vor allem in den agrarpolitisch interessanten Gebieten Schwerpunkte zu bilden.

Heck: Man muß vor allem den außenpolitischen Unsinn dazunehmen, den sie jetzt auf ihrem letzten Parteitag⁷¹ erzählt haben. Es gibt sicher Wähler, die das letztmal die CDU gewählt haben, weil die FDP außenpolitisch an der Seite der SPD stand. Wir müssen die FDP wieder außenpolitisch in diese Front manövrieren.

Adenauer: Das Material gegen die FDP ist uns bis jetzt nicht so geläufig, wir brauchen da Hilfen. Es muß gezielt dagegengeschossen werden. Es besteht eine gewisse Gefahr, daß Wähler, die bisher uns gewählt haben und die nicht unserer Partei angehören, die FDP wählen, wenn wir uns nicht sehr, sehr auf die Hinterbeine stellen.

Vorhin fiel das Wort „Presse“. Die Presse sagt nichts. Ich muß sagen, unsere Presse ist ein wahres Unglück. Wir haben in Frankfurt am Sonntag vor acht Tagen, an einem glühendheißen Sonntag, diese wirklich großartige Kundgebung gehabt. Es waren 20.000 Menschen zum Teil von weit her mit Omnibussen herangefahren worden. Es war eine ausgezeichnete Versammlung. Was wurde berichtet? Nehmen Sie die Kölner „Rundschau“: „Adenauer spricht vor 20.000“⁷², und dann kommen

70 BT-Drs. 2226 vom 14. November 1960 (Gesetzentwurf zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes); Gesetz vom 11. August 1961 – BGBl I 1961 S. 1193.

71 Vgl. FDP, XII. ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 23. bis 25. März 1961 in Frankfurt/M., Bonn o.J.

72 „Kölnische Rundschau“ vom 3. Juli 1961 (Adenauer vor 20.000; „CDU-Politik hat zwölf Jahre lang Berlin gerettet“).

noch ein paar Worte. Damit war die Sache aus. In der „Frankfurter Allgemeinen“ war es ähnlich.⁷³ Ich habe dieser Tage einmal Journalisten hiergehabt⁷⁴ und habe mir das Vergnügen gemacht vorzulesen, was über diese Versammlung geschrieben wurde und was gleichzeitig – in der Kölner „Rundschau“ – über das Derby-Rennen berichtet wurde. Die Journalisten haben selber lachen müssen. Da stand z.B. folgender wundervoller Satz von einem Hengst: „Wie ein König schritt er daher.“ (*Heiterkeit.*)

Man versteht das nicht mit den Zeitungen und mit den Sportjournalisten. Ich habe neulich einmal Sportjournalisten hiergehabt.⁷⁵ Die waren durchschnittlich besser angezogen als die politischen Journalisten. Ich habe mich erkundigt und habe gehört, daß die besser bezahlt werden als die politischen Journalisten. Das ist so beschämend.

Ich sage immer: Sie brauchen ja gar nichts von unserer Partei zu sagen. Aber wenn wenigstens das Organisatorische gewürdigt würde, wenn wenigstens gewürdigt würde, daß 20.000 durchgehend jüngere Leute an einem solchen Nachmittag dahin kommen. Das zeigt doch, daß das deutsche Volk wieder ein großes politisches Interesse hat. Wenn die Leute wenigstens darauf hinweisen würden; da denken sie nicht dran. Es ist mit der Presse wirklich zum Verzweifeln. Ich weiß nicht, was wir da machen sollen.

Ich habe einmal CDU-Verleger hiergehabt. Sie waren gutwillig, nur einer hat mir gar nicht gefallen. Er sagte: Wenn wir etwas gegen die SPD schreiben, verlieren wir Leser. (*Zuruf.*) – Den meine ich nicht.

Weiß einer von Ihnen einen Rat, was wir mit der Presse anfangen? – Herr von Eckardt, Sie sind doch jetzt CDU-Kandidat! (*Heiterkeit.*)

Von Eckardt: Ich freue mich über diese Begründung, denn ich habe ja schließlich bisher noch nichts mit der Presse zu tun gehabt. (*Heiterkeit.*) Ich darf folgendes sagen: Die Grundumstände kann man nicht ändern. Die wirklich entscheidende Schwierigkeit der Wiedergabe – besonders bei großen Veranstaltungen – liegt in dem Zeitdruck. Es gibt gar keine Möglichkeit, auch für uns drüben nicht, den Sportjournalisten die Montagszeitungen wegzunehmen; jeden Sonntag ist etwas anderes los. Das gleiche gilt für alles, was freitags nach 15 Uhr passiert. Das ist weg, das kommt auch nicht wieder. Man muß sich den Verhältnissen anpassen und muß bei den Terminierungen darauf achten, daß man die Tageszeitungen bekommt. Man muß die Wochentage nehmen, an denen die Presse bereit ist, solche Sachen aufzunehmen. Das ist gerade jetzt im Sommer wichtig. Auf diesem Gebiet ist wahrscheinlich nichts anderes zu machen, alles andere ist ungeheuer schwer.

Adenauer: Das ist kein starker Trost. (*Zurufe:* Nein!) Sonntags sind die großen Veranstaltungen, daran ist nichts zu ändern. Wenn die Presse wenigstens das Politische anerkennen würde. Meinetwegen kann sie auch über Versammlungen schreiben, wo 20.000 SPD-Leute sind; die gibt es aber nicht. Könnte nicht jeder von Ihnen mal

73 FAZ vom 3. Juli 1961 („Adenauer greift die SPD an“).

74 Am 7. Juli 1961 – ADENAUER: Teegespräche 1959–1961. S. 534–539

75 Am 7. Juni 1961 (TERMINKALENDER).

Zeitungen ansprechen, die Ihnen nahestehen? Sie haben doch in Düsseldorf die „Rheinische Post“ und in Westfalen auch sehr maßgebende Zeitungen. Vielleicht könnten Sie einmal darauf hinwirken, daß die über solche wichtigen Angelegenheiten etwas mehr bringen. Am nächsten Sonntag haben wir in der Westfalenhalle diese große Kundgebung.⁷⁶ Hier sollte wirklich einmal darüber berichtet werden.

Von Eckardt: Sie, Herr Bundeskanzler, haben natürlich im großen und ganzen die überregionale Presse – die „Welt“ und die „Frankfurter Allgemeine“ usw. – im Auge. Sobald man sich die kleinere und mittlere Presse ansieht, ist die Sache vollkommen anders. Sie haben mich als Kandidaten angesprochen. Ich kann sagen, daß die beiden Cuxhavener Zeitungen nur über die Kandidatenwahl beinahe eine ganze Seite gebracht haben. Man sollte die Tatsache, daß die überregionalen Zeitungen etwas zersplittert sind, nicht zu sehr überschätzen. Die örtliche Presse bringt doch sehr ausführliche Berichte. Ich könnte da riesiges Material bringen.

Blumenfeld: Ich möchte in Ergänzung dazu etwas sagen. Ich glaube, man kann allgemein feststellen, daß die politischen Redakteure großer Zeitungen Wahlkampfveranstaltungen als etwas ansehen, worüber man die Nase rümpfen muß, ganz im Gegenteil zu der Erfahrung, die man in Amerika machen kann. Dort wird das, was Kandidaten im Wahlkampf sagen, von der Presse als interessante Aussage bewertet; das wird der Bevölkerung mitgeteilt. Bei uns ist es darum sehr schlecht bestellt. Bei uns sagt man, das ist Wahlkampf, das ist nur Propaganda. Das ist aber eine ganz falsche Grundeinstellung der Redakteure. Ich hätte mir beinahe den Scherz erlaubt und gesagt, wir sollten die Sportjournalisten zu unseren Veranstaltungen einladen; vielleicht berichten die über die politischen Veranstaltungen besser als die politischen Redakteure.

Das Ergebnis der Veranstaltung, zu der Sie, Herr Bundeskanzler, am 28. Mai in Hamburg waren, hat in Hamburg in der Presse einen großen Niederschlag gefunden. Ich habe Ihnen ja die Zeitungsausschnitte zugeschickt. Da wurde – im Sinne guter und nachdrücklicher Werbung – in den großen Zeitungen über die Veranstaltung berichtet. Es wurden nicht lange Auszüge von dem gegeben, was Sie gesagt haben, sondern es wurde die Atmosphäre und die Tatsache wiedergegeben, daß Sie jugendfrisch in die große Halle geeilt seien und es der SPD in einer Weise gegeben haben, die der einfache Mann begreift und die ihm ingeht.

Das ist, Herr Bundeskanzler, vielleicht mit einer Versammlung zu danken, die ich vor sechs Wochen mit der Hamburger Presse gemacht habe, wo ich mir erlaubt habe, diesen Redakteuren bezüglich ihrer naserümpfenden Tätigkeit im Blick auf den Wahlkampf die Leviten zu lesen. Ich möchte mir die Anregung erlauben, daß die Damen und Herren Abgeordneten da, wo es möglich ist, doch die entsprechende Presse mit den Redakteuren einladen und ihnen erklären, daß ein Wahlkampf wirklich die echte Aussage einer Partei und des Kandidaten ist und nicht nur „Propaganda“

⁷⁶ Offizielle Eröffnung des Bundestagswahlkampfes der CDU in der Dortmunder Westfalenhalle am 16. Juli 1961 (TERMINKALENDER); UiD Nr. 29 vom 20. Juli 1961.

oder „Wahlreden“, denen man nichts beizumessen braucht. Ich glaube, daß man dann eine Besserung sehen wird.

Adenauer: Wir wollen alles versuchen.

Weber: Ebenso jämmerlich sind die Wahlplakate. Die Frauenversammlung in Essen war großartig. Sie ist wirklich ohne Presse und ohne Wahlplakate vorbereitet worden. Es waren nur ein paar jämmerliche Plakate gehangen. Diese Wahlplakate waren nur minderwertig. Wenn die Frauen nicht aus sich heraus gekommen wären, wäre es ein Reifall sondergleichen geworden. Weder die Presse noch die Wahlplakate haben den geringsten Einfluß auf die Bevölkerung ausgeübt. Wenn ich an die Wahl denke, dann wird mir schwindlig. Ich muß das mit aller Deutlichkeit sagen. Ich weiß nicht, wer hierfür verantwortlich ist.

Kraske: Ich glaube, gnädige Frau, Sie müssen dabei berücksichtigen, daß es wohl noch kaum je eine Versammlung dieses Umfangs gegeben hat, die erst acht Tage vorher hinsichtlich des Termines, der Reden und der Halle festgelegt worden ist. Wir mußten schätzungsweise 5.000 Frauen, die zu dieser Versammlung wollten, sagen: Es tut uns leid, wir haben nicht einmal mehr einen Stehplatz zu vergeben. Angesichts dieser Tatsache möchte ich scherzhaft sagen: Wenn es uns in der Zeit gelungen wäre, noch schneller zu arbeiten und noch bessere Plakate zu machen, dann hätten wir noch mehr nach Hause schicken müssen. (*Weber:* Die haben sich auf ihre Taschentücher gesetzt!) In der zur Verfügung stehenden Zeit war es einfach nicht möglich, eine weitere werbemäßige Vorbereitung zu betreiben. In acht Tagen ist nicht alles – einschließlich dem Druck von Plakaten – hinzubekommen.

Adenauer: Herr Gerstenmaier, Herr Schröder und Herr Kopf versuchen inzwischen, ein Schlußgebet fertigzukriegen. Meinen Segen haben sie noch nicht. Ich meine, wir müssen es erst einmal hören. Ich möchte ganz nachdrücklich sagen: Bei mir handelt es sich in der ganzen Sache darum, sicherzustellen, daß wir eine einheitliche Wahlpropaganda haben. Das ist für mich das Entscheidende. Alles andere ist für mich vorbei, ist in der Vergangenheit. Kritisieren kann man. Ich weiß nicht, ob Herr Gerstenmaier jetzt anders denkt. (*Zuruf.*) Sie glauben es nicht? Dann ist das eine schwere Sache – darüber müssen wir uns klar sein –, wie wir damit fertigwerden.

Daß die SPD unser Feind ist, sehen wir doch immer wieder. Sagen wir doch ruhig: Unser Feind. Was würden die mit uns Schlitten fahren. Wir wollen sie nicht totschiessen, wir wollen nur dafür sorgen, daß sie keinen Unsinn machen.

Wie ist es eigentlich mit dem BHE und der DP in Niedersachsen?

Fricke: Wir beraten heute nachmittag über die Lage bei uns weiter. Nach der allgemeinen Situation möchte ich heute zuversichtlich glauben, daß die drei Direktmandate nicht erobert werden. Es sind drei Kreise gefährdet. Wir hoffen, daß wir die Gefahr in diesen Kreisen gebannt haben.

Es kommt entscheidend darauf an, daß die Gesamtdeutsche Partei in den Ländern, in denen bisher der BHE stimmenmäßig noch eine Rolle gespielt hat – nicht nur bei uns in Niedersachsen, sondern auch in Bayern –, so geschwächt wird, daß die acht oder zehn Prozent, die sie hier erhält, nicht das Minus in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-

Pfalz, Saarbrücken oder Baden-Württemberg ausgleichen. Nach der Stimmung bei uns im Lande glauben wir, daß das gelingen müßte. Es müßte gelingen, sowohl die drei Direktmandate zu blockieren, als auch das Überschreiten der 5%-Grenze zu verhindern. Die Entscheidung fällt in den Zonengrenzländern; ich beziehe hier Schleswig-Holstein mit ein. Bisher hatten beide zusammen 18 % oder 16 %. Es muß gelingen, das zu halbieren.

Die Kommunalwahl hat gewisse Hinweise gegeben. In der Kommunalwahl hat die Deutsche Partei unstreitig 100.000 bis 120.000 Stimmen verloren, und zwar nicht nur – früher wurde diese Gefahr immer gesehen – nach rechts; der Zuwachs ist vielmehr bei uns zu verzeichnen. Niedersachsen und Bayern haben also bezüglich der Frage, ob die Gesamtdeutsche Partei die 5%-Grenze überschreitet, so etwas wie eine Schlüsselposition.

Krone: Ich habe von jemandem gehört, der in Goslar auf dem Parteitag der neuen Partei⁷⁷ gewesen ist, daß die dominierende Richtung in der neuen Partei der BHE sei und nicht so sehr Herr Schneider⁷⁸. Der Journalist sagte mir: Da droht der CDU eine ernste Gefahr; sie ist noch nicht genügend erkannt.

Ich habe ferner den Kreisvorsitzenden aus dem Wahlkreis von Herrn von Merkatz gesprochen.⁷⁹ Es sind da drüben noch eine Reihe von Bauern, die Ansehen genießen und die auch jetzt noch sagen: Wir gehören mit unserem ganzen Denken zur DP. – Die würden auch der neuen Partei ihre Stimme geben. Es kommt also darauf an, daß man diese Leute gewinnt. Dann würde man auch einen größeren Anhang von DP-Leuten gewinnen. Was ich gehört habe, war ernst. Wenn das so ist, muß man darauf Bedacht nehmen. Hinzu kommt, daß das zum Teil Wahlkreise sind, wo die DP bisher allein war. (*Zuruf:* Mit unserer Unterstützung!) Ja, die hatten aber die Organisation und die Agitatoren. Jetzt schleusen wir unsere Leute stärker ein.

Wenn das so ist, droht uns wirklich eine Gefahr, daß in drei Wahlkreisen von dieser Partei die Direktmandate errungen werden. Hinzu kommt, daß da, wo Herr von Merkatz kandidiert, auch Herr Schneider auftritt; der wird den Wahlkampf ganz trotzig führen.

Kraske: Wie Herr Dr. Fricke schon angekündigt hat, haben wir bezüglich dieser Fragen noch eine Besprechung. Es geht in Niedersachsen nicht nur darum zu verhindern, daß die Gesamtdeutsche Partei ins Parlament kommt – was an sich schon Aufgabe genug ist, denn das ist bei Lichte besehen für die Zusammensetzung des

77 Bundeswahlkongreß der Gesamtdeutschen Partei (GDP) vom 29. Juni bis 1. Juli 1961 in Goslar; bis 1962 Abkürzung DP-BHE, danach meist GDP/BHE, ab 1966 GPD/(BHE), die im April 1961 als Fusion von Gesamtdeutschem Block/BHE und Deutscher Partei entstanden war. Vgl. Stöss 2 S. 1460–1477.

78 Herbert Schneider (geb. 1915), 1952/53 Generalsekretär der DP, 1953–1961 MdB (DP), 1961/62 Vorsitzender der GDP, 1969–1972 MdB (CDU).

79 Wahlkreis Osterholz-Rotenburg-Verden (vgl. ACDP I-148-100 und -101) Nach CDU, Jahrbuch 1961 S. 94–97 hatte jeder der drei Kreisverbände einen Vorsitzenden. Mit welchem Krone sprach, läßt sich nicht ermitteln.

künftigen Bundestages viel entscheidender als die Frage, ob die FDP 1 % mehr oder 1 % weniger bekommt, was für die FDP auch schon sehr viel wäre –, sondern es geht hier noch um eine weitere Frage. Deswegen sind wir der Meinung, daß hinsichtlich dieser Wahlkreise bezüglich des Propagandamaterials und bezüglich der Reden ein großer Schwerpunkt gebildet werden muß. Nordniedersachsen ist bei diesen Bundestagswahlen das einzige Gebiet im ganzen Bundesgebiet, wo die CDU einem ganz neuen Stimmenreservoir gegenübersteht, und zwar einem Stimmenreservoir, das Hunderttausende von Stimmen zählt, nämlich den ehemaligen DP-Stimmen. Man kann das nur mit dem sprunghaften Zuwachs vergleichen, den die CSU zwischen 1953 und 1957 in Bayern durch die Integration der Wähler der Bayernpartei gehabt hat, oder mit der Entwicklung in Nordrhein-Westfalen bezüglich der ehemaligen Zentrumswähler. Deshalb sollte unsere ganze Aufmerksamkeit diesem Gebiet gelten. In allen anderen Teilen des Landes geht es darum, den Bestand zu halten und wenige Prozente dazuzugewinnen; mehr werden wir kaum schaffen. Hier geht es wirklich um große Zahlen, die sich nachher im Bundesdurchschnitt auszahlen.

Adenauer: Über diese Frage wird also nachher eine Besprechung stattfinden.

Fricke: Sie sollte schon in Hannover sein.

Von Brentano: Ich habe mich schon bereit erklärt, in Stade zu sprechen.

Stingl: Der BHE bzw. die Gesamtdeutsche Partei versuchen sehr stark, bei den Sudetendeutschen Boden zu gewinnen. Bei der letzten Wahl hat die überwiegende Mehrheit der Sudetendeutschen CDU gewählt. Jetzt wird eine unterschwellige Propaganda gemacht, Sie kennen die Parole: „Die CDU honoriert die Treue der Sudetendeutschen nicht; der Bundeskanzler geht zu den Schlesiern⁸⁰ und nicht zu den Sudetendeutschen.“ Dann die Sache mit Herrn Schütz⁸¹! Ich bitte, das nicht zu unterschätzen. Das sind immerhin zwei Millionen Leute und 800.000 Wähler. Seiboth, einer der Vorsitzenden der Gesamtdeutschen Partei, ist selber Sudetendeutscher und kann über die „Sudetendeutsche Zeitung“ usw. anders Einfluß nehmen als Bundesminister Seehofer. Sie kennen ja auch die Vorgänge in Ludwigsburg.⁸² Das hängt alles damit zusammen, daß sich die Leute an den Rand gestellt sehen und meinen: Uns honoriert man es nicht, wenn wir zur Partei halten.

Oberländer: Ich glaube nicht, daß die Gesamtdeutsche Partei die 5%-Grenze überschreiten wird. In Bayern hat sie jedoch in letzter Zeit ziemlich Zuwachs erhalten. Nun ist da allerdings eine Panne passiert. Auf der Landesversammlung wurde Herr

80 Adenauer sprach auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover am 11. Juni 1961 (Rede in StBKAH 02.23); vgl. auch BULLETIN vom 13. Juni 1961 S. 1021f.

81 Hans Schütz (1901–1982), 1949–1963 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 353 Anm. 100.

82 In der Vorlage: Ludwigslust. – Auf der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 7. Mai 1961 in Ludwigsburg hatte Seehofer während einer Diskussion über die vom Sudetendeutschen Rat ausgearbeiteten Leitsätze kurzzeitig seinen Rücktritt als Sprecher der Landsmannschaft erklärt. Vgl. „Die Welt“ vom 8. Mai 1961 („Gewissenloses Spiel Hitlers“; Auseinandersetzung bei den Sudetendeutschen).

Leukert⁸³ als erster Vertreter der Vertriebenen auf einen völlig hoffnungslosen Platz gesetzt. Es wurden deshalb eine ganze Menge Briefe geschrieben: „Wenn bei 30 % Vertriebenen der erste Vertreter der Vertriebenen auf den Platz Nr. 18 kommt – er hat keinen Wahlkreis –, dann müßt ihr nicht erwarten, daß wir euch wählen.“ Das ist schade, weil wir gerade in Bayern einen ziemlichen Zuwachs hätten erwarten können. Wir haben heute morgen darüber wieder gesprochen. Ich habe mich auch mit Herrn Strauß rechtzeitig darüber unterhalten. Auf der Landesversammlung ist die Sache aber schiefgelaufen. Solche Dinge sind unangenehm. Man kann so etwas nur schwer wieder revidieren.

Kraske: In diesem Falle sollte darauf hingewiesen werden, daß die Besetzung der Wahlkreise sehr viel wichtiger ist als die Landesliste, auf der – nach dem Ergebnis von 1957 zu schließen – wahrscheinlich auch der Platz Nr. 8 nicht mehr gezogen hätte. Prinzipiell ist diese Frage natürlich lebenswichtig für uns. (*Stingl:* Gerade deshalb Vertriebene auf die Landesliste! – *Weitere Zurufe:* In vier Wahlkreisen in Bayern haben wir ja Vertriebene!)

Adenauer: Die Bayern haben die Aufstellung ihrer Landesliste abgeschlossen. Sie haben recht, dort werden nur ganz wenige Plätze auf der Landesliste gewonnen werden. Niedersachsen scheint wirklich das Entscheidende zu sein. Was macht eigentlich Herr Hellwege?

Fricke: Herr Hellwege gibt uns zunächst indirekt Unterstützung; er lehnt es ab, aus der DP-Fraktion auszutreten. Es ist die Frage, ob es opportun ist, daß er den Übertritt erklärt oder ob er sich auf seine Tätigkeit beschränkt, die er tatsächlich pro CDU ausübt. Ob man noch einmal bei ihm vorfühlt?

Adenauer: Mir wurde gesagt, daß Herr Hellwege in einigen Wahlkreisen ein ganz großes persönliches Ansehen hat und daß es ganz entscheidend wäre, wie er sich zu dieser Sache stelle.

Fricke: Ich habe schon vor dem Kölner Parteitag mit ihm gesprochen.

Adenauer: Hoffen wir auf Niedersachsen.

Gerstenmaier: Kandidiert er für uns? (*Zurufe:* Nein!) Dann ist es doch viel besser, er tritt zunächst nicht über.

Fricke: Ich werde mit ihm noch einmal darüber sprechen.

Adenauer: Nun haben wir am kommenden Sonntag die große Versammlung in Dortmund. Als Redner sind vorgesehen: zunächst Herr Minister Dufhues als Vorsitzender von Westfalen; dann hat Herr Meyers gebeten, auch einige Worte sprechen zu können. Ich glaube, das wird man auch tun müssen. Dann soll ich sprechen, Herr Erhard, Herr Krone und schließlich Herr von Hassel. Hoffentlich ist es nicht so heiß wie vor vier Jahren. (*Dufhues:* In welcher Reihenfolge?) Wie ich es eben

83 Edmund Leukert (1905–1983), Mitbegründer und Vorsitzender des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, Bezirksobmann der Union der Vertriebenen in Oberbayern, 1953–1957, 1958–1961, 1962–1969 MdB (CSU).

genannt habe: Dufhues, Meyers, Adenauer, Erhard, Krone, von Hassel. – Wie lange soll die Sache dauern? (*Zuruf*: Nicht länger als zweieinhalb Stunden!) Herr Dufhues, wer organisiert das, macht das die Westfälische Partei? (*Dufhues*: Die Westfälische Partei im Einvernehmen mit Herrn Kraske! Es ist sehr gut vorbereitet! Die Plakatierung in Dortmund ist ausgezeichnet!) Die Hauptsache sind die Omnibusse.

Dufhues: Ich darf noch folgendes sagen: Wir haben einen Andrang wie bei noch keiner Veranstaltung dieser Art. Wir haben die großen Jugendorganisationen eingeladen, die eine Stimmung überbringen werden, die ausgezeichnet sein wird.

Adenauer: Bei diesem ganzen Tableau von Rednern muß jeder sehen, wie weit er kommt. (*Heiterkeit*.) Sie müssen immer – das ist meine Erfahrung – von der Stunde des Anfangs ausgehen. Wenn wir um 3 Uhr anfangen, kann die Sache ganz gut und wohl bis halb 6 Uhr dauern. Wenn wir um 4 Uhr anfangen, würde ich zweieinhalb Stunden nicht empfehlen. Was haben wir für eine Musik?

Dufhues: Eine Bergmannskapelle. Wir haben versucht, noch eine Tanzkapelle zu bekommen. Das ist aber auf Schwierigkeiten gestoßen.

Kraske: In Frankfurt hatten wir eine Blaskapelle und eine Tanzkapelle, das gab eine großartige Stimmung. Man kann das nur für die Zukunft als Beispiel nehmen, vor allem, wenn viele junge Leute da sind.

Adenauer: Wer hat denn noch eine Tanzkapelle zu vergeben?

Kraske: Es ist kein Platz da, es scheitert an dem Platz. Der Andrang ist so groß, daß in der Halle jeder freie Quadratmeter für das Aufstellen von Stühlen ausgenutzt werden muß. Als wir diese Anregung bekommen haben, war alles schon soweit fertig, so daß diese zweite Kapelle nicht mehr untergebracht werden konnte.

Burgbacher: Ich verstehe nicht, warum der Bundeskanzler nach der Begrüßung sprechen soll. Ich habe hier große Bedenken. Ich fürchte, daß die Stimmung und die Spannung bei den nachfolgenden Rednern sehr abfällt.

Adenauer: In Essen war das aber nicht so, als Herr Krone nach mir gesprochen hat.

Burgbacher: Es hat nur noch einer nachher gesprochen, die Damen haben vorher gesprochen.

Adenauer: Wie war es 1957 in Dortmund?

Kraske: Das letztmal haben noch Erhard und Arnold – Arnold vor Ihnen und Erhard nach Ihnen – gesprochen. Es gibt aber ein viel neueres Beispiel: Frankfurt; da haben nach dem Bundeskanzler Herr Erhard und Herr von Brentano sowie Herr Fay gesprochen. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, als sei die Sache auseinandergefallen, sondern bis zu dem Schlußwort von Herrn Fay war eine großartige Stimmung vorhanden, und es gab einen Riesenbeifall. Ich habe keine Bedenken bei diesem Ablauf.

Von Brentano: Herr Fay hat sich allerdings darauf beschränkt, fünf bis sechs Minuten zu sprechen.

Krone: Die Hauptredner sind der Bundeskanzler und Herr Erhard; die müssen eine halbe Stunde sprechen.

Blank: Ich habe das auch mehrfach mitgemacht. In Dortmund war das eine glänzende Sache. Auch jetzt wird die Westfalenhalle wieder ausverkauft sein wie bei einer Boxveranstaltung. Nun spricht der Bundeskanzler. Es wird eine Mordsstimmung geben. Er wird einen Riesenbeifall erhalten. Wenn nun der Bundeskanzler da steht, wird er angesichts der Stimmung nicht anders können als weiterzusprechen; er wird unter einer Stunde nicht hinkommen. (*Widerspruch.*) Dann haben wir aber immer noch zwei Leute hinterher. Ich glaube, wir sollten uns darauf beschränken, nicht mehr als drei Leute sprechen zu lassen.

Krone: Ich verstehe, was Herr Blank will. Ziehen wir daraus die Konsequenzen, und streichen wir Krone. (*Zurufe:* Nein!) Der Vorsitzende des Landesverbandes und auch der Ministerpräsident des Landes müssen sprechen.

Adenauer: Ich lege Wert darauf, daß der Vorsitzende der Bundestagsfraktion überall spricht. Das ist nötig. Die Fraktion hat eine ungeheuer große Verantwortung. Das muß man doch verstehen. Die muß nach vorne kommen. Sie müssen da sprechen.

Weber: Da ich zu einer politischen Versammlung nach Düsseldorf fahren muß, möchte ich gerne wissen, wann die Schlußandacht oder Friedensandacht kommen wird. Können wir nicht diese Debatte unterbrechen und hören, wie man sich geeinigt hat? Sie können sich doch denken, daß ich darauf sehr gespannt bin.

Adenauer: Ich möchte vorschlagen, daß wir es so lassen, wie wir es vorhatten. Wir beschränken uns alle etwas. Es kommt wirklich sehr auf die Temperatur an. Das kann kein Mensch vorhersehen.

Dufhues: Wären Sie einverstanden, Herr Bundeskanzler, daß Sie 60 Minuten sprechen?

Adenauer: Nein, ich kann mich kürzer fassen.

Dufhues: Ich würde vorschlagen, Herr Erhard 30 Minuten, Herr Krone zehn Minuten, Herr von Hassel fünf Minuten, Herr Meyers drei bis fünf Minuten.

Adenauer: Dann bleibt es also dabei. – Ich würde vorschlagen, daß uns jetzt die Bundesgeschäftsstelle sagt, was sie noch auf dem Herzen hat.

Kraske: Ich glaube, es hat wenig Sinn, jetzt einen Überblick über die technischen Einzelheiten und Daten und darüber zu geben, was an Plakatierung, Insertion und sonstigen Werbemitteln vorgesehen ist. Ich kann dazu zusammenfassend sagen, daß bei uns in der Zentrale die Vorbereitungen termingerecht laufen bzw. abgeschlossen sind. Die Auslieferung der Werbemittel an die Landesverbände und insbesondere an die Wahlkreise ist mit den Landesverbänden und den Kreisen abgestimmt; sie erfolgt pünktlich und rechtzeitig.

In diesem Zusammenhang habe ich allerdings eine Bitte. Wir haben bei den zurückliegenden Wahlkämpfen propagandistisch unter anderem deswegen gut und besser als unsere Gegner abgeschnitten, weil wir uns bis zum letzten Augenblick konzentriert haben und in der Vorwahlkampfzeit oder in der ersten Phase der Wahlkampfzeit die Nerven behalten haben. Wir wollen auch in diesem Wahlkampf mit einem massiven Einsatz von Werbemitteln – also mit optisch sichtbaren Werbemitteln,

Plakatierungen, Wahlillustrierten, Kandidatenbriefen usw. – erst in den letzten sechs Wochen herauskommen.

Wir erleben es aber doch, daß schon jetzt von Kreisverbänden, insbesondere von einzelnen Landesverbänden, dringende Bitten an uns gerichtet werden, ihnen die Plakate, Wahlillustrierten und was es sonst an Material gibt, vorher zu liefern, und zwar mit der ausdrücklichen Mitteilung, man wolle nämlich schon in der zweiten Julihälfte damit anfangen. Ich freue mich über den Eifer und den Fleiß, der daraus spricht, glaube aber, daß wir als Partei uns damit keinen Dienst erweisen. Wir sollten uns an die vorgesehenen Termine halten, und zwar vor allem aus einem Grund. Wir müssen davon ausgehen, daß heutzutage die Mobilität innerhalb des Bundesgebietes an sich schon sehr groß ist. Das gilt insbesondere für die Ferienzeit, wo die Norddeutschen nach Süddeutschland fahren und umgekehrt. Ich halte es nicht für gut, wenn man in einem Wahlkreis plötzlich den Wahlkampf auf 50 Grad, in einem anderen schon auf 90 Grad und in einem dritten erst auf 10 Grad erlebt. Die Partei muß in den letzten eineinhalb Monaten nach dem 1. August ein geschlossenes Bild abgeben.

Zur inhaltlichen Gestaltung des Wahlkampfes darf ich als Zusammenfassung der bisherigen Diskussionen und insbesondere nach einer eingehenden Besprechung, die wir gestern mit dem Bundeskanzler hatten, folgendes sagen: Wir haben, wie das immer bei der Vorbereitung des Wahlkampfes geht, im Laufe der zurückliegenden zwölf bis fast achtzehn Monate eine Fülle von Slogans entwickelt. Wir haben manche davon verworfen, wir haben manche wieder hervorgehoben. Wir haben insbesondere – noch mehr als in den früheren Wahlkämpfen – diese Slogans in den zurückliegenden zwei Monaten einem sehr sorgfältigen Test sowohl durch die normalen Mittel der Demoskopie wie durch ein spezielles Institut für Motivforschung unterzogen und haben uns die Ergebnisse dieser Tests zunutze gemacht.

Was sich – nicht als blindes Nachfolgen dieser wissenschaftlichen Ergebnisse – als die Summe unserer eigenen politischen Beurteilung und des Rates dieser Meinungsforscher und Werbepsychologen an formulierten Slogans herausgestellt hat, ist zunächst für die positive Werbung für unsere Partei folgendes. An der Spitze steht nach diesen Ergebnissen die Parole „Erfolg und Erfahrung – CDU“, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens einmal wird gesagt, „Erfolg und Erfahrung“ sind zwei Begriffe, die in dieser politischen Auseinandersetzung eine andere Partei nicht auf ihre Plakate schreiben kann. Man kann für die Wirksamkeit solcher Parolen fast eine Gleichung aufstellen. Für eine Partei sind diejenigen Parolen am wirksamsten, die am wenigsten verwechselbar und austauschbar sind, die am wenigsten allgemein gehaltene Versprechungen sind; denn die letzteren kann im Grunde jede Partei auf ihre Plakate schreiben. „Erfolg und Erfahrung“ assoziiert sich in den Augen der Betrachter so eindeutig mit der CDU – selbst bei SPD-Anhängern –, daß das überall die durchschlagendste Wirkung gehabt hat.

Diese Wirkung ist vor allem deswegen so stark, weil die Worte „Erfolg und Erfahrung“ eine Beruhigung und damit eine Befriedigung des Sicherheitsbedürfnisses

bringen. Dieses steht bei den Motivationen der Bevölkerung für die Wahlentscheidung zu diesem Zeitpunkt ganz zweifellos im Vordergrund. Wir haben also zunächst das Bedürfnis nach Sicherheit angesprochen. Im Zusammenhang mit der Befriedigung dieses Bedürfnisses entsteht das Bedürfnis nach Kontinuität. Hier bringt also der Slogan „Erfolg und Erfahrung“ die erforderliche Beruhigung, und deshalb sollten wir ihn an die Spitze stellen.

Daneben haben wir eine Reihe von Slogans entwickelt, die jeweils anfangen – Sie kennen sie zum Teil schon – mit „Auch morgen ...“. „Auch morgen ...“ soll im Unterbewußtsein den Anschluß an die erfolgreiche Wahlentscheidung vor vier Jahren, an die erfolgreiche Tätigkeit der Union in den letzten vier und letzten zwölf Jahren geben, und es soll außerdem etwas Zukunftsgerichtetes sein: „Auch morgen in Freiheit leben“, „Auch morgen in Frieden leben“, „Auch morgen sicher leben“, und das wird dann zusammengefaßt und überhöht im ausgesprochenen Angriff auf den Gegner: „Auch morgen keine Experimente“ oder in der ganz einfachen Form, die Ihnen von den Symbolplakaten der CDU von früher her bekannt ist: „Auch morgen CDU“. Das soll im Unterbewußtsein dem Wähler, und zwar gar nicht nur dem CDU-Wähler, klarmachen, daß er sich auch früher zur CDU bekannt hätte und daß das erst recht in dieser schwierigen, krisenhaften Zeit für die Zukunft gelten müsse.

Wir werden alles tun, um diese Slogans herauszubringen, wo immer es möglich ist, auf den Plakaten, insbesondere auf den Schriftplakaten, aber auch in der Insertion und den Wahlillustrationen.

Ich glaube jedoch, daß es wichtig ist – wenn wir das nicht täten, würden wir eine große Werbechance auslassen, die uns nicht einmal etwas kostet –, daß diese Slogans nicht nur auf dem Papier stehen, sondern daß in jeder Wahlrede, die in den nächsten zweieinhalb Monaten gehalten wird, diese Parolen gehämmert werden. Wir haben die großen Kundgebungen, die in den letzten sechs Wochen mit dem Herrn Bundeskanzler als Redner durchgeführt worden sind, immer unter eine dieser Parolen gestellt. Die Kundgebung der Jungen Union stand unter dem Zeichen „Auch morgen in Freiheit leben“, die Frauenkundgebung stand unter der Parole „Auch morgen in Frieden leben“, und der Herr Bundeskanzler und die Redner sind dann in ihren Reden meistens im Schlußwort darauf eingegangen und haben es wiederholt: „Denn wir wollen auch morgen in Freiheit leben.“ Ich glaube, nur so können wir erreichen, daß sich die CDU mit diesen zuversichtlichen zukunftsgerichteten Parolen im Bewußtsein der Bevölkerung so eng verbindet, wie das für einen erfolgreichen Ablauf einer Kampagne unerlässlich ist.

Die zweite Bitte, die sich daraus ergibt, ist an die Landesverbände gerichtet. Wir haben mit den Landesgeschäftsführern in den letzten Monaten darüber immer wieder gesprochen, und es war uns möglich, zu einer völligen Übereinstimmung zu kommen. Ich möchte die Bitte aber noch einmal wiederholen: Wir sollten uns in der Kampagne in der Werbung – jedenfalls außerhalb des Versammlungseinsatzes – auf wenige, aber gemeinsame Aussagen beschränken, und zwar im graphischen Bild und in der inhaltlichen Gestaltung, in der Diktion. Das soll nicht heißen, daß wir hier in der

Bundesgeschäftsstelle unter allen Umständen den Stein der Weisen gefunden hätten. Das wird in kaum einer Kampagne so sein, daß nicht irgendwo jemand ist, dem noch etwas Besseres einfällt. Wenn aber eine Werbung einigermaßen im Schwarzen sitzen soll, dann ist das wichtigste, daß sie wirklich überall multipliziert wird und daß sie sich nicht verzettelt. Die besten Einfälle, mit denen man die Werbung hier so und in einem anderen Ort anders ergänzt, führen eben doch zu einer gewissen Zerstreuung und damit zu einer Verminderung der Wirkung.

Wir werden uns im Verlaufe des Bundestagswahlkampfes einem erheblichen Ansturm gegnerischer Propaganda ausgesetzt sehen. Der Herr Bundeskanzler hat schon angedeutet, über welche Geldmittel die anderen Parteien verfügen. Nach den uns vorliegenden Informationen ist zu befürchten, daß die SPD einschließlich der zwei bis drei Millionen DM, die sie nach Expertenurteil in den zurückliegenden Monaten schon ausgegeben hat – wir haben vielleicht ein Achtel bis ein Zehntel davon ausgeben können –, im ganzen für ihre zentrale Werbung 30 bis 40 % mehr Geld hat als wir. Die Freien Demokraten haben in einer letzten Stellungnahme ihres Geschäftsführers behauptet, daß sie hofften, für den gesamten Wahlkampf etwa 10 Millionen ausgeben zu können, was ungefähr an das herankommt, was wir nach unseren bisherigen Planungen auszugeben beabsichtigen. Es kommen dann noch eine Reihe kleiner Parteien hinzu, deren Propaganda im allgemeinen bei der geringen Bedeutung dieser Parteien unverhältnismäßig groß ist. Auf den Wähler stürmt also wie immer in einem Wahlkampf eine Vielzahl von Motiven, von Symbolen ein. Damit er in dieser Inflation nicht ertrinkt, ist es um so wichtiger, daß die Kampagne der CDU auch äußerlich ein geschlossenes Bild bietet.

Wir haben z.B., um nur eines herauszugreifen, drei Anzeigen für die Tagespresse entwickelt, die wir in der letzten Woche von uns aus einschalten wollen. Nun besteht völlig berechtigterweise in den einzelnen Wahlkreisen immer das Bedürfnis, ein oder zwei Tage vor der Wahl mit einem Bild des Kandidaten, mit einer Aussage über den Wahlkreis in die Tagespresse hineinzugehen. Wir haben es 1957 erlebt, daß wir, von der Zentrale eingeschaltet, in einer örtlichen Zeitung eine große repräsentative Anzeige hatten, und unmittelbar über dieser Anzeige war eine halb so große, die der örtliche Kandidat mit dem besten Willen und großen Bemühungen aufgegeben hatte, die aber völlig aus dem Bild herausfiel.

Deshalb haben wir – da bitten wir nun die Landesvorsitzenden um ihre Unterstützung – bei den Wahlkreiskandidaten von vornherein bekanntgegeben, daß wir von der Bundespartei aus am Montag, Donnerstag und Samstag der letzten Woche in die Tageszeitungen gehen. Wir haben den Wahlkreisen drei verschiedene Anzeigenentwürfe geschickt, die in diese Serie hineinpassen, bei denen sie an einer bestimmten Stelle das Bild ihres Kandidaten einsetzen können. Diese Anzeigen werden aber dann genau wie die der Bundespartei erkannt werden und liegen in einer Linie als eine Wahlwerbung der Christlich-Demokratischen Union im ganzen. Hier also eine Bitte, daß wir uns wirklich möglichst alle an diese nun einmal eingeschlagene Linie halten.

Als nächstes eine besonders herzliche, wenn auch schwer zu erfüllende Bitte bezüglich des Rednereinsatzes. Der Rednereinsatz und seine Vorbereitung vor einem Bundestagswahlkampf ist erfahrungsgemäß das, was mich und mehr noch meine damit im einzelnen beauftragten Mitarbeiter die meisten Nerven kostet. Es macht sich kaum einer ein Bild, was 247 Wahlkreiskandidaten an Briefen, persönlichen Besuchen, Telefongesprächen und Protesttelegrammen mobilisieren können, um darzutun, daß sie nicht genügend Redner bekommen hätten.

Ich bitte deshalb wiederum insbesondere die Herren Landesvorsitzenden, sich klarzumachen, daß wir jenen 53 Damen und Herren, die sich uns für einen zentralen Rednereinsatz für den Bundestagswahlkampf zur Verfügung gestellt haben, insgesamt 560 Termine gegeben haben; bei 247 Wahlkreisen heißt das, daß im Durchschnitt nur zwei Termine auf einen Bundestagswahlkreis entfallen. Wir haben es trotzdem erreicht, im allgemeinen jeden Bundestagswahlkreis im Durchschnitt mit drei bis vier Rednern zu versehen, weil die zur Verfügung stehenden Damen und Herren sich zum großen Teil bereit erklärt haben, an einem Tag mehrere Veranstaltungen zu übernehmen. Aber weiter reicht diese Decke nun wirklich nicht. Wir tun unser Bestes, wir bitten aber die Wahlkreise insbesondere darum, nicht zu versuchen – auch nicht mit den besten Beziehungen –, dieses Programm nun durch Einzelabsprachen mit bestimmten Rednern durcheinanderzubringen, zwar zum Wohle des eigenen Wahlkreises, aber zum Schaden aller anderen Wahlkreise. Wir müssen eine gewisse zentrale Planung auf diesem Gebiet durchhalten, schon um beispielsweise solche Gebiete, wie sie vorhin erwähnt worden sind – Nordniedersachsen – schwerpunktmäßig besonders berücksichtigen zu können.

Wir müssen uns bei der Wahlkampfzubereitung immer daran erinnern, daß es bei unserem Wahlrecht in der Bundesrepublik in erster Linie darauf ankommt, Stimmen zu holen. Dahinter muß selbst die berühmte Frage der umstrittenen Wahlkreise zurücktreten. Es geht in erster Linie darum, was nachher an Stimmen hereinkommt; denn das macht das Gesamtergebnis aus.

Das liegt unserer Planung zugrunde, und dafür bitten wir um Verständnis, auch wenn keiner besonders zufrieden ist. Es ist eben bei diesen Möglichkeiten und bei dieser Zahl der Wahlkreise nicht jeder Wahlkreis so zu versehen, wie wir es uns eigentlich wünschten und wie es sich die Wahlkreise wünschten.

Über das Werbematerial im einzelnen brauche ich hier nichts zu sagen. Wenn Sie in den Landesverbänden Schwierigkeiten haben, dann wenden Sie sich in den nächsten Wochen bitte unmittelbar an uns. Wir werden zur Abstellung dieser Schwierigkeiten alles tun, wozu wir imstande sind.

Eine Bitte muß ich hier aber anschließen. Wir stehen mit unserer uneingeschränkten Arbeitskraft, mit aller Geduld und mit allen Ideen zur Verfügung. So, wie die Dinge liegen, wie die Verhältnisse zwischen der zentralen Planung und der regionalen Planung aufgeteilt sind, können wir Ihnen aber von hier aus nicht mit Geld zur Verfügung stehen. Denken Sie bitte daran, daß die Bundespartei die gesamte Plakatierung, die gesamte Herstellung der Filme, die gesamte Insertion, die

gesamte Vorbereitung der Fernseh- und Rundfunksendungen und noch eine Vielzahl von Dingen mehr finanzieren muß. Deshalb ist es leider nicht möglich, auch noch den Landesverbänden dieses umsonst zu liefern und jenes Geld in bar zu geben. Auch dafür bitten wir um Verständnis. Da sind uns Grenzen gezogen. Außerhalb dieser finanziellen Grenzen stehen wir Ihnen selbstverständlich vollauf zur Verfügung. (Beifall.)

Adenauer: Wird das Wort dazu gewünscht? – Dann kann ich das als Zeichen Ihrer Anerkennung nehmen.

Meine Damen und Herren, ehe wir auseinandergehen, möchte ich noch ein Wort zu dem Wahlkampf der SPD sagen. Der Wahlkampf der SPD ist einfach ein Trick. Sie wollen die amerikanischen Präsidentenwahlen kopieren, indem sie einen Mann, nämlich den Herrn Brandt, herausstellen. Sie wollen die Sympathie, die Berlin bei uns allen hat, benutzen, um den Regierenden Bürgermeister von Berlin entsprechend herauszustellen.

Ich glaube, man muß mehr als bisher betonen, daß Parteien gewählt werden und nicht ein Bundeskanzler. Eine andere Darstellung gibt ein ganz schiefes und falsches Bild. Das gilt für alle Parteien und Personen. Parteien werden gewählt, und die Parteien überdauern die einzelne Persönlichkeit. Und nicht nur das; wie die Parteien nachher im Parlament arbeiten, ist eine Voraussetzung dafür, daß ein Bundeskanzler Erfolg hat.

Nun Herr Brandt! Ich fliege morgen nach Berlin. Ich habe ihn, so gut das ging – man kann es nicht immer – geschont. Aber jetzt muß diese Schonung wirklich aufhören. Wir haben ihn wirklich geschont, so weit ich das überschauen kann. Mir hat er z.B. neulich vorgeworfen, daß ich die Tapferkeit der Berliner unterschätzte, die sie gezeigt hätten, als Berlin damals abgeschnitten war. Ausgerechnet da war Herr Brandt in norwegischer Uniform in Berlin. Ich finde es ein starkes Stück, daß er mir dann vorwirft, daß ich die Tapferkeit der Berliner während dieser Zeit nicht genügend würdige. (*Zurufe:* Bei der Berliner Blockade war er nicht mehr in norwegischer Uniform! – Hier müssen die Daten noch einmal genau geprüft werden! – *Stingl:* Seit 1947 ist er Verbindungsmann Schumachers gewesen!) Ist das ganz sicher? (*Hellwig:* Die Daten müssen noch einmal genau überprüft werden!)

Kraske: Er ist zum 1. Januar 1948 in den Dienst der SPD getreten. Herr Brandt hat aber bei seinen Angriffen auf Sie, Herr Bundeskanzler, die schweren Kämpfe in Berlin 1945 und die Jahre 1946 und 1947 erwähnt. Dafür gilt das, was soeben gesagt worden ist.

Hellwig: Bei der Spaltung Berlins war er noch nicht da.

Adenauer: Die Daten werden also noch einmal genau festgestellt. Jeder, der davon Gebrauch macht, muß sie genau wissen.

Ich meine, man sollte wirklich mehr auf diesen Wahltrick aufmerksam machen und die Leute ermahnen, daß sie sich die Parteien ansehen sollen, denen sie ihr Vertrauen schenken. Das ist von entscheidender Bedeutung, das muß dem deutschen Volk sehr klar gemacht werden.

Dann, glaube ich, werden Sie damit einverstanden sein, daß in all den Fällen, die Sie, Herr Kraske, erwähnt haben, nicht nur „CDU“, sondern „CDU/CSU“ gesagt wird. Die CSU wird nicht das gleiche tun. Aber das sind eben andere Verhältnisse. Denen kann man es nicht so übelnehmen, wenn sie uns nicht so sehr herausstellen. Ich meine, wir sollten die Hilfe, die die CSU uns im Bundestag geleistet hat – und das hat sie –, doch dankbar quittieren und sollten bei den Slogans immer „CDU/CSU“ sagen. Aber ich bitte um Ihre Äußerung dazu.

Kraske: Überall da, wo gesprochen wird und wo in durchlaufender Schrift geschrieben wird – z.B. bei Inseraten und im Fernsehen –, kann man „CDU/CSU“ sagen. Ich bitte nur, nach Möglichkeit eine Ausnahme zu machen, das ist die Plakatierung. Hier wirken nämlich die Buchstaben „CDU“ optisch als ein Block, als ein eingeführter Block, der sich auch auf dem Stimmzettel wiederfindet. Da würden wir die Werbewirkung einschränken, wenn wir „CDU/CSU“ sagten.

Adenauer: Wo wir können, wollen wir die CSU erwähnen. Es ist klar, daß die kleinere Partei etwas empfindlich ist und Wert darauf legt, daß ihre Verdienste, die sie unbedingt hat, gewürdigt werden. Die Bayern sind zwar etwas eigenwillig, aber innerhalb der Fraktion sind sie doch genießbar. Ich bitte, denken Sie einmal an den Reichstag, wo die Bayern ihre eigene Partei hatten und ihre eigene Politik machten. Dadurch haben sie dem Zentrum das Leben außerordentlich schwer gemacht. Das haben wir jetzt Gott sei Dank nicht mehr. Sie arbeiten jetzt in der Fraktion mit uns einträchtig zusammen. Das kann man wirklich sagen. Dafür wollen wir uns dankbar erweisen. – Sie sehen mich etwas lächelnd an! (*Barzel:* Ich habe gerade viel gelernt!) Das war aber in allem Ernst gesagt. Sie wissen gar nicht, wie das im Reichstag gewesen ist. Ich bin doch einmal beim Reichskanzler Brüning gewesen.⁸⁴ Da wurde gemeldet, daß der Ministerpräsident Held⁸⁵ anrufe. Brüning sagte: Wenn Ministerpräsident Held anruft, gehe ich nicht ans Telefon. Brüning und ich waren allein. So stand man damals gegeneinander. Da waren schwere Auseinandersetzungen im Reichstag zwischen dem Zentrum und der Bayernpartei. Das ist Gott sei Dank anders geworden, wenn sie auch manchmal etwas schwierig sind. Nun ja, die Schwaben sind auch schwierig. (*Heiterkeit.*)

Gerstenmaier: Den Bayern ist es erlaubt, obwohl sie uns halb Württemberg geklaut haben!

Adenauer: Lieber Herr Gerstenmaier, die Charakteristik der Württemberger, die ich vorige Woche von den Altbadenern gehört habe, war noch ganz anders. (*Heiterkeit.*)

84 Am 11. März 1931 (Tageszettel Staatssekretär Pünder in BA, NL Pünder 44). – Dr. Heinrich Brüning (1885–1970), 1924–1933 MdR (Zentrum), 1930–1932 Reichskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 260 Anm. 31.

85 Heinrich Held (1868–1938), 1907–1918 MdL (Zentrum), 1919–1924 (BVP), 1924–1933 bayerischer Ministerpräsident. – Klaus SCHÖNHOFEN: Heinrich Held. In: ZEITGESCHICHTE 1 S. 220–235.

Gerstenmaier: Wenn ich das rückblickend ansehe und die Situation im Bundesrat vergleiche, dann weiß ich gar nicht, ob das das Allerhellste war, was wir da gemacht haben.

Adenauer: Die Altbadener haben mir gesagt, wenn das wieder rückgängig gemacht würde, dann würde der Bund davon den Vorteil haben. Sie würden sehr viel bundestreu sein als jetzt Baden-Württemberg. Sie waren bei mir.⁸⁶ Ich habe sie in Ruhe angehört. Sie wollen eine Abstimmung haben.⁸⁷ Wir werden mal im Kabinett darüber sprechen müssen.

Gerstenmaier: Der Krach zwischen Baden und Württemberg hat sich nicht gelohnt.

Adenauer: Ich habe dann gefragt: Wenn die Abstimmung gegen Sie ausfällt, werden Sie dann ruhig sein? Antwort: Ja, dann haben wir unser Recht gehabt, dann sind wir ruhig.

Gerstenmaier: Wann wollen sie das haben?

Adenauer: Nicht vor der Wahl.

Gerstenmaier: Hoffentlich auch nicht gerade mit der Wahl.

Adenauer: Nein, das auch nicht. Das Kabinett kann sich ja darüber nach der Wahl schlüssig werden.

Gerstenmaier: Für Stuttgart ist das unangenehm. Wir brauchen in Stuttgart die katholischen Stimmen Südbadens.

Adenauer: Die will ich nicht wegnehmen.

Gerstenmaier: Sie wollen sie für den Bund haben.

Adenauer: Sie wissen gar nicht, was ich will. Ich bin der Auffassung, daß man an dieser Sache nicht rühren sollte. Aber man muß doch, wenn die Leute zu einem kommen, prüfen – es liegen Rechtsgutachten so und so vor –, ob sie noch das Recht zu einer Abstimmung haben.

Gerstenmaier: Ich glaube, man muß ihnen das gewähren.

Adenauer: Das scheint mir auch. Deswegen habe ich das in der Schwebe gelassen. Das soll nicht vor den Bundestagswahlen sein. Ich habe gesagt, daß wir uns später damit beschäftigen werden.

Nun können wir uns vielleicht einmal dem Kommuniqué zuwenden. Herr Schröder, Herr Gerstenmaier und Herr Kopf haben sich bemüht, ein Kommuniqué fertigzustellen. Ich bitte Herrn Schröder, es zu verlesen.

Schröder: Ich möchte vorweg kurz folgendes sagen: Der Gedanke dieser Sache ist, das Positive unserer Zusammenkunft und unserer Aussprache von heute zu unterstreichen und nicht irgendeine Kontroverse neu aufzubringen. Wir wollen uns auch nicht mit einer alten Kontroverse beschäftigen. Wir wollen die Sache auf das

⁸⁶ Am 7. Juli 1961 (TERMINKALENDER).

⁸⁷ Diese fand erst am 7. Juni 1970 statt. In dieser Volksabstimmung wurde der Antrag auf Wiederherstellung des Landes Baden verworfen. Vgl. AdG 1970 S. 15547f. und WEINACHT S. 123–223; vgl. Akten in ACDP II-018.

Positive heben und über nichts anderes mehr sprechen. Der Text, den wir ausgearbeitet haben, lautet also:

„Der Bundesvorstand der CDU hat sich in seiner heutigen Sitzung ausführlich mit der außenpolitischen Lage beschäftigt. An der Sitzung, die von dem ersten Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Adenauer, geleitet wurde, nahmen u.a. die stellvertretenden Vorsitzenden, Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Dr. Krone und die Bundesminister Dr. von Brentano, Blank, Lücke, Dr. Schröder und Schwarz teil. Der Vorstand gelangte einmütig zu folgenden Feststellungen:

1. Alle für die Erhaltung von Frieden und Freiheit und für die Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands erforderlichen Entscheidungen werden wir im Einvernehmen mit unseren Verbündeten, insbesondere den Regierungen der drei Westmächte treffen. Sie haben eine besondere Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands im Deutschlandvertrag übernommen. Wir halten in Übereinstimmung mit dem Deutschlandvertrag daran fest, in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten ein wiedervereinigtes Deutschland mit einer freiheitlich demokratischen Verfassung zu schaffen, das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist.
2. Wir sind überzeugt, daß die Europäische Gemeinschaft ihrerseits der atlantischen Gemeinschaft bedarf, an deren weiterem Ausbau wir mitzuwirken entschlossen sind. Wir werden daher alles tun, um die Verteidigungskraft der atlantischen Gemeinschaft so zu stärken, daß sie jeder Bedrohung gewachsen ist.
3. Die CDU besteht auf dem Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk einschließlich der Sowjetzone einschließlich Berlins.“

Das sind die drei positiven Punkte.

Adenauer: Sie erwähnten zweimal die atlantische Gemeinschaft. Einstweilen heißt das noch nordatlantische Gemeinschaft.

Schröder: Das ist ganz richtig. Wir sollten hier vielleicht nordatlantische Gemeinschaft sagen. Die Gedankengänge sind etwas komplizierter. Ich bin auch Ihrer Meinung, daß wir lieber nordatlantische Gemeinschaft sagen sollten.

Krone: Wir sollten sagen, daß wir an unserer bisherigen Außenpolitik konsequent festhalten, damit jeder Zweifel, ob wir das nicht täten, ausgeschlossen ist. Wir sollten weiter sagen, daß wir darin die Gewähr unserer Sicherheit sehen. Ferner sollten wir ein aktuelles Wort von Berlin aufnehmen. Wir müssen auch an die denken.

Schröder: Wir haben uns auch das überlegt. Wir wollten, nachdem die anderen Dinge kontrovers waren, das herausbringen, worauf die Leute sehen: Deutschlandvertrag, Gemeinsamkeit mit den Alliierten usw. Wir haben dann am Schluß das Selbstbestimmungsrecht herausgestellt und wollten schließen mit dem Wort „Berlin“, damit Berlin einen besonderen Akzent erhielt. Der Bundeskanzler wird ja morgen in Berlin sein; er wird alle diese Dinge noch einmal neu sagen. Sie meinen, daß wir jetzt noch einen Satz für Berlin formulieren sollen, etwa dahin gehend, daß wir Berlins gedenken. Das ist doch im Rahmen dieser Erklärung eine bare Selbstverständlichkeit. Die Erklärung schließt doch mit Berlin.

Adenauer: Ich finde den Vorschlag von Herrn Dr. Krone richtig. Wir sollten auch irgendwo einen Satz anbringen, daß wir an der bisherigen Außenpolitik festhalten. Zweitens müssen wir etwas von Berlin reinbringen. Wenn wir von Berlin nichts reinbringen, wird sich jeder irgendwie politisch Denkende fragen, warum wir von Berlin nichts gesagt haben. Ich hätte auch gern die kontrollierte Abrüstung drin. Sie ist das Alpha und Omega der ganzen Politik. Friedensverträge haben keinen Sinn, wenn sich die Leute mit Abschußrampen gegenüberstehen.

Fricke: Vielleicht könnte man das am Schluß des zweiten Abschnittes sagen: „... daß sie jeder Bedrohung gewachsen ist, bis eine kontrollierte Abrüstung ...“

Adenauer: Da greifen Sie etwas vor. Bei einer kontrollierten Abrüstung, die in Stufen vor sich gehen wird, wird auch noch NATO usw. möglich sein.

Schröder: Sagen wir unter viertens folgendes: „Wir bekennen uns zur Notwendigkeit einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung.“

Gerstenmaier: Das sollten wir an den Anfang setzen. Da der Bundeskanzler mit der kontrollierten Abrüstung anfangen will, sollten wir das auch in der Systematik voranstellen. Wir sollten sagen: „Der Vorstand gelangte in Fortführung seiner Außenpolitik zu der Überzeugung, ... daß die kontrollierte Abrüstung ...“

Schröder: Dann müßte es so lauten: „Der Vorstand bekennt sich zur Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik und gelangte einmütig zu folgenden Feststellungen.“

Gerstenmaier: Sagen wir doch so: „... bekennt sich in Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik unverändert zu der Notwendigkeit der kontrollierten Abrüstung. Er gelangte weiter einmütig zu folgenden Feststellungen.“ Das andere sind dann die Details.

Barzel: Es muß „einstimmig“ heißen. Ich erinnere an eine Unterweisung, die wir einmal in der Fraktion bekommen haben.

Schröder: Ich würde sagen: „Der Vorstand bekennt sich in Fortsetzung der seitherigen Außenpolitik zu der Notwendigkeit der allgemeinen kontrollierten Abrüstung.“

Dufhues: Formulieren wir doch so: „... bekennt sich einstimmig zu der bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung, zu der Notwendigkeit einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung und gelangte zu folgenden Feststellungen ...“ Und dann kommen die einzelnen Punkte.

Schmidt: Ich habe Bedenken, wenn wir hier von dem Selbstbestimmungsrecht für Berlin sprechen. Wir haben doch gerade festgelegt, daß wir an Berlin und seinem Status überhaupt nicht rütteln möchten.

Schröder: Ich möchte dagegen argumentieren. Die Formulierung ist so gewählt worden, um die Zone und Berlin mit zu umfassen. Es heißt ja: „... besteht auf dem Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk einschließlich der Sowjetzone einschließlich Berlins.“

Stingl: Sagen Sie nicht: „... einschließlich der Zone einschließlich Berlins.“ Man sollte aber einen Satz bezüglich der Bewahrung der Freiheit Berlins aufnehmen.

Krone: Das Recht der Alliierten auf Berlin!

Schröder: Das würde bedeuten, die ganze Berlin-Politik zu beschreiben. Das ist natürlich in einer solchen Erklärung nicht einfach.

Krone: Verpflichtung der Alliierten ...

Gerstenmaier: Es geht den Leuten allmählich auf die Nerven, wenn man sie immer nur an ihre Verpflichtungen erinnert.

Kraske: „... bekennt sich zur bisherigen Politik der Bundesregierung“, da ist doch die Berlin-Politik drin enthalten.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß uns Herr Schröder die Sache noch einmal vorliest.

Schröder: „Der Bundesvorstand der CDU hat sich in seiner heutigen Sitzung ausführlich mit der außenpolitischen Lage beschäftigt. An der Sitzung, die von dem ersten Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Adenauer, geleitet wurde, nahmen u.a. die stellvertretenden Vorsitzenden Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Dr. Krone und Bundesminister Blank, außerdem die Bundesminister Dr. von Brentano, Lücke, Dr. Schröder und Schwarz teil. Der Vorstand bekannte sich einstimmig zu der bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung, zur Notwendigkeit einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung und gelangte zu folgenden Feststellungen:

1. Alle für die Erhaltung von Frieden und Freiheit und für die Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands erforderlichen Entscheidungen werden wir im Einvernehmen mit unseren Verbündeten, insbesondere den Regierungen der drei Westmächte, treffen. Sie haben eine besondere Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands im Deutschlandvertrag übernommen. Wir halten in Übereinstimmung mit dem Deutschlandvertrag daran fest, in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten ein wiedervereinigtes Deutschland mit einer freiheitlich demokratischen Verfassung zu schaffen, das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist.

2. Wir sind der Überzeugung, daß die Europäische Gemeinschaft ihrerseits der nordatlantischen Gemeinschaft bedarf, an deren weiterem Ausbau wir mitzuwirken entschlossen sind. Wir werden daher alles tun, um die Verteidigungskraft der nordatlantischen Gemeinschaft so zu stärken, daß sie jeder Bedrohung gewachsen ist.

3. Die CDU besteht auf dem Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk.“

Adenauer: Ich würde vorschlagen, auch zu sagen, daß wir uns mit den kommenden Bundestagswahlen beschäftigt haben. Es muß doch gesagt werden, daß sich der Vorstand damit beschäftigt hat.

Schröder: Sagen wir also: „... ausführlich mit der Wahlvorbereitung und der außenpolitischen Lage ...“

Adenauer: Die Rechtsgrundlage wegen Berlin ist eine andere als die Rechtsgrundlage für die Wiedervereinigung. Hier tragen die kriegführenden Mächte – einschließlich Sowjetrußlands – eine besondere Verantwortung, während Sowjetrußland am Deutschlandvertrag nicht beteiligt ist. Wir müssen aber einen Satz wegen Berlin hineinnehmen.

Gerstenmaier: Es ist nur sehr schwer, die Berlin-Angelegenheit in einem Satz eindrucksvoll und sozusagen hieb- und stichfest zusammenzufassen. Das ist uns vorhin nicht gelungen; wir haben es versucht.

Kraske: Setzen wir es doch an den Anfang: „... bekennt sich zur Außenpolitik der Bundesregierung, insbesondere ihrer Berlin-Politik“.

Adenauer: Das ist nicht richtig. Die Außenpolitik ist in diesem Kommuniqué auf den Deutschlandvertrag gestützt.

Stingl: Machen wir einen besonderen Punkt: Jeder Angriff auf den derzeitigen Status Berlins wird im Verein mit den Alliierten zurückgewiesen werden.

Gerstenmaier: Das heißt Eulen nach Athen tragen. Wir müssen etwas sagen, was attraktiv ist. Das ist nicht attraktiv.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß wir noch einmal für einen kurzen Augenblick die Sitzung unterbrechen. Während dieser Zeit können die Herren in Ruhe eine Formulierung für diesen Satz ausarbeiten.

Pause

Gerstenmaier: Wir sind zu folgender Formulierung gekommen: „Zusammen mit unseren Verbündeten widersetzen wir uns jeder Bedrohung Berlins und jeder Einschränkung seiner Rechte. Wir bestehen auf dem Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk.“ (*Zustimmung.*)

Adenauer: Damit können wir die Sitzung schließen.

22

Bonn, 25. August 1961

Sprecher: Adenauer, [Bach], Barzel, Blank, Blumenfeld, von Brentano, Burgbacher, Dufhues, Etzel, Fricke, Gradl, [Gurk], von Hassel, [Heck], Frau Jochmus, Johnen, Kraske, Krone, Krüger, Lorenz, Meyers, Scheufelen, Schröder, Strauß, Süsterhenn, Frau Weber.

Politische Lage und Wahlkampf nach dem Mauerbau vom 13. August 1961.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 15.35 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind. Wir hielten es doch für richtig, drei Wochen vor der Wahl und nachdem die Dinge

in Berlin sich ereignet haben, noch einmal zusammenzukommen, um gemeinsam die ganze Situation zu überprüfen und unseren Rednern gewisse Linien zu einer übereinstimmenden Propaganda während dieser drei Wochen zu geben.

In einer Vorbesprechung gestern abend waren wir dahin übereingekommen, daß wir heute einen nicht zu großen, aber inhaltsreichen Beschluß fassen sollten; dieser Vorstandsbeschluß würde nämlich von der Presse vollständig abgedruckt werden. Ich höre soeben von Herrn Kraske, daß der Entwurf etwas zu lang ausgefallen sei. Wir werden uns wohl dazu entschließen müssen, nach Eintritt in die Beratung einige Herren damit zu betrauen, einen Entwurf fertigzustellen bzw. den schon vorhandenen Entwurf durchzusehen und zu kürzen. Die Presse wünscht, möglichst bis 12 Uhr einen Beschluß zu haben; denn dann besteht die Garantie, daß er wirklich ungekürzt abgedruckt wird. Wir wollen uns aber dadurch nicht übermäßig bedrängen lassen und unsere Verhandlungen nicht unnötig abkürzen; wir wollen sie natürlich auch nicht unnötig verlängern. Ich glaube, daß wir gegen Mittag fertig sein werden. Wir sind ja gegenwärtig alle in der Zeit sehr bedrängt.

Darf ich vielleicht einige Worte zur Einleitung sagen. Ich war vorgestern in Mannheim und in Darmstadt. Das waren die Anfangs- bzw. Endorte. Dazwischen war ich noch in einer Reihe von Orten an der Bergstraße in dem Wahlkreis des Herrn von Brentano. Ich habe gefunden – Herr Gurk wird mir das auch bestätigen –, daß die Teilnahme und die Aufnahme des Publikums in Mannheim ganz überwältigend groß waren. Die Kundgebung in Mannheim fand auf dem Marktplatz statt. Wenn man von dem, was sich dann später in Darmstadt ereignet hat, schätzt, wie viele Leute in Mannheim versammelt waren, dann überschätzt man wohl nicht, wenn man die Menge, die in Mannheim versammelt war, auf mindestens 40.000 Menschen veranschlagt. Wir waren dann weiter in den verschiedenen kleineren Orten, wo die Teilnahme der Bevölkerung – Herr von Brentano bestätigt das immer wieder – ebenfalls ungewöhnlich groß war. Zum Schluß fand dann die Hauptversammlung in Darmstadt in einer Eisenbahnhalle statt. Der große, uns zur Verfügung stehende Raum war bis zum letzten Platz gefüllt. Es waren nur wenige Stuhlreihen da; im allgemeinen mußten die Leute stehen. Hier konnte man wirklich schätzen – die Schätzung ist von der Polizei nachher bestätigt worden –, wieviel Leute da waren. Es waren in Darmstadt in dieser Eisenbahnhalle gut und gerne 20.000 Menschen. (*Burgbacher*: Für Darmstadt enorm!) Ja! Auf den Straßen – sowohl in Darmstadt wie auch in Mannheim und unterwegs – war das gleich große Interesse der Bevölkerung wie bei den Versammlungen vorhanden. Am vergangenen Montag war ich dann noch in Niedersachsen. Die Herren aus Niedersachsen werden mir bestätigen, daß auch dort die Teilnahme der Bevölkerung an den verschiedenen Veranstaltungen ungewöhnlich groß und lebhaft war.

Bei dem Stichwort Niedersachsen kann ich gleich etwas vorwegnehmen. Soviele wir wissen, geht die Gesamtdeutsche Partei darauf aus, drei Wahlkreise in Niedersachsen in direkter Wahl zu bekommen, weil ihr dann ihre ganzen Stimmen angerechnet werden. Sie wissen, daß sie aufs Ganze gesehen die 5%-Grenze nicht erreichen wird; deswegen konzentriert sie sich auf drei Wahlkreise in Niedersachsen. Nach dem, was ich von den dortigen Herren gehört habe, waren diese ebenfalls der Ansicht, daß die drei Wahlkreise der Gesamtdeutschen Partei doch wohl nicht anheimfallen werden.¹

Am Dienstag² war ich in Berlin, und damit komme ich zu akuterer Fragen. Ich kann Ihnen nur sagen: Was die westdeutsche Presse über meine Aufnahme in Berlin gesagt hat, war einfach gelogen. Ich bin in Berlin, obgleich meine Ankunft der Bevölkerung nicht genau mitgeteilt worden war – Herr Krone und noch andere Herren waren mit dabei, sie werden das sicher bestätigen –, von der gesamten Bevölkerung glänzend aufgenommen worden. Alles andere, was unsere westdeutsche Presse gesagt hat, ist einfach eine Lüge. Wenn Sie die Berliner Presse durchsehen, dann werden Sie etwas ganz anderes als das finden, was in der westdeutschen Presse stand.

Damit komme ich auf die Presse überhaupt zu sprechen. Meine Damen und Herren, es ist geradezu ein Jammer! Aber wir haben es in den zwölf Jahren – woran es liegt, weiß ich nicht – nicht erreicht, daß wir von der Presse richtig gewürdigt werden. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Wenn ich „die Presse“ sage, dann meine ich namentlich die verbreitete Presse und nicht die Heimatblätter. Die Heimatblätter sind, soweit ich das überschauere, gut. Ich meine die Presse, an der Herren tätig sind, die sich zu den Intellektuellen glauben rechnen zu müssen. Ich sage nicht, daß sie sich dazu rechnen sollen; aber sie glauben, sie müßten sich dazu rechnen. Sie suchen ihre Zugehörigkeit zu der intellektuellen Schicht dadurch zu beweisen, daß sie möglichst wenig über uns sagen und wenn, dann etwas Unrichtiges. Über die Opposition berichten sie ganz anders.

Gerade heute morgen wird wieder ein treffendes Beispiel geliefert. Ich habe hier die „Kölnische Rundschau“. Die „Kölnische Rundschau“, sollte man sagen, rechnet sich zu uns. Da hat nun Herr Wendt³ einen Artikel geschrieben. Herr Wendt ist ein Mann, der zweifellos zu uns gehört. Was schreibt er nun in einem Artikel mit der Hauptüberschrift „Chruschtschows Krise und der Wahlkampf“? Da schreibt er unter der Zwischenüberschrift „Selbstsichere CDU“⁴:

„Die CDU, lange allzu selbstsicher,“ – meine Damen und Herren, das ist schon eine Unverschämtheit; jeder von uns hat auf jeder Wahlversammlung gesagt: bis zum letzten Tag arbeiten – „scheint unterschätzt zu haben, daß die Bevölkerung zwar für

1 Bei der Bundestagswahl 1961 erhielt die GDP in Niedersachsen 6,3 % der Erststimmen und 6,1 % der Zweitstimmen (FISCHER 2 S. 688).

2 Am 22. August 1961 (TERMINKALENDER).

3 Hans Wendt (geb. 1903), ab 1956 Korrespondent der „Kölnischen Rundschau“. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 951 Anm. 66.

4 „Kölnische Rundschau“ vom 25. August 1961.

scharfe sachliche Auseinandersetzung Verständnis aufbringt, persönliche aber ablehnt. Zwar hat Brandt mit seinem Wort aus dem Vorjahr vom „Rosenzüchten in Rhöndorf, während wir in Berlin den Buckel hinhalten“, das er neuerlich gegen die „Politik westlich des Rheins“ abwandelte, den Anfang gemacht. Manche Schärfe der andere Seite war nur Replik. Aber viele erwarten gerade von Adenauer, daß er auf die sachlichen Argumente vertraut. Die CDU hat ferner beim Fernsehen mehrfach schlecht abgeschnitten. Sie beruft sich zu sehr auf die bisherigen – unbestreitbaren – Verdienste. Aber die äußere Gefahr rückt Fragen nach der Zukunft in den Vordergrund.“

Das, meine Damen und Herren, heute ein Artikel von Herrn Wendt mit Namen gekennzeichnet, eines Mannes, für den wir gesorgt haben und der sich zweifellos zu uns rechnet, der aber glaubt, seine intellektuelle Zugehörigkeit hier irgendwie beweisen zu müssen. Ich weiß nicht, wie man das in der Kürze ändern soll. (*Meyers*: Der gehört doch nicht zu den Intellektuellen!) Ich habe ja nicht gesagt, daß er dazugehört.

Ich möchte nun etwas über Herrn Brandt und mich sagen. Ich habe gar nicht alle die Beschimpfungen mitgebracht, die er unserer Partei und mir persönlich an den Kopf geworfen hat. In zwei Fällen habe ich mich dagegen gewehrt, sonst nicht. Das war einmal, als er gesagt hat, er wünsche mir mehr Liebe zum deutschen Volk und weniger Gerissenheit. Was habe ich darauf gesagt? Ich habe in einer Versammlung gesagt: „Ich, ich habe immer Liebe zum deutschen Volk gehabt“, und das hat die ganze Versammlung verstanden. Und was die Gerissenheit angeht, so muß man die von Zeit zu Zeit haben. Wer sie nicht hat, der hat ein Manko. (*Heiterkeit.*)

Was hier steht von dem „Rosenzüchten in Rhöndorf“, das weiß ich gar nicht, ob er es so gesagt hat. Was hat er aber gesagt? Er hat gesagt: „Seinen Buckel hinhalten ist schwerer als vom linken Rheinufer aus eine neue Spaltung vorbereiten.“ Das hat er gesagt. Und was macht hier dieses CDU-Blatt, der Herr Wendt, daraus?

Ich habe Herrn Brandt darauf entsprechend geantwortet. Ich möchte das auch hier sehr nachdrücklich sagen, damit auch Sie Bescheid wissen. Er hat am 12. August in Nürnberg unsere Partei derartig besudelt⁵, daß ich, als ich am Montag in Regensburg sprach, etwas gesagt habe, was bis weit in die ausländische Presse gegangen ist. Ich habe nicht gesagt: „Wer ein uneheliches Kind ist ...“; da kann der Mann doch nichts für! Ich habe gesagt: „Brandt-Frahm“, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß wir unter Umständen in seine politische Vergangenheit reingehen müssen. Das war

5 Gemeint ist Brandts Rede auf dem Nürnberger Deutschlandtreffen der SPD am 11. und 12. August 1961. Druck: SPD, Pressemitteilungen und Informationen o.D. S. 1–13. Presseecho: „Vorwärts“ vom 16. August 1961 (Das war Nürnberg; „Wir sind in der Offensive“; „Weil wir Vertrauen haben“); „Bonner Rundschau“ vom 13. August 1961 („SPD bläst zum letzten Gefecht“); „Die Welt“ vom 14. August 1961 („Die SPD kündigt scharfen Wahlkampf für die letzten 35 Tage an; Brandt für Volksabstimmung in ganz Deutschland“); „Oberfränkische Volkszeitung“ vom 15. August 1961 („10.000 beim Deutschland-Treffen der SPD“). Vgl. auch Anm. 25.

dann eine himmelschreiende Sünde, Todsünde ist schon viel zuwenig. Die Katholiken wissen, daß es läßliche Sünden, Todsünden und himmelschreiende Sünden gibt; das war also eine himmelschreiende Sünde.

Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß – soweit ich das beurteilen kann, meine ich, daß es so ist – die Situation in den verschiedenen Gegenden der Bundesrepublik ganz verschieden liegt. Herr Krone hat das gestern auch gehört. In manchen Teilen der Bundesrepublik möchte man gar nicht mehr viel von Berlin hören, während man in anderen Teilen die Sache mit Recht natürlich sehr ernst nimmt. Wir wissen noch nicht – dazu können vielleicht die Herren aus Nordrhein-Westfalen ein Wort sagen –, wie die Stimmung nach dem 13. August in Nordrhein-Westfalen ist. In Nordrhein-Westfalen sind die meisten Wähler, und die Stimmung hier ist ausschlaggebend für den Erfolg. Dazu, wie es in Bayern ist, wird Herr Kollege Strauß vielleicht ein paar Worte sagen. Ich freue mich, daß er hiersein kann und begrüße ihn als Vertreter der CSU.

Ich meine, wir sollten, ohne viel Zeit zu verlieren, einmal feststellen, wie die Stimmung ist und was man tun soll. Da würde ich zunächst vorschlagen, daß Herr Kraske oder Herr Bach – ich weiß nicht, wie sich die Herren abgesprochen haben – uns einiges berichtet. Sie haben doch mehr oder weniger einen Überblick über das Ganze.

Kraske: Meine Damen und Herren! Nach den Berichten, die wir in den letzten Tagen aus dem Lande über die Beobachtung der öffentlichen Meinung bekommen haben, haben die Ereignisse in Berlin zweifellos überall einen tiefen Eindruck hinterlassen, und sie haben das Wahlkampfklima verändert. Das Wahlkampfklima ist nach diesen Beobachtungen ernster geworden, das politische Interesse ist größer geworden, und der Versammlungsbesuch hat zugenommen. Trotzdem meinen wir nach dem bisherigen Stand, daß es ein Fehler wäre, wenn man glaubte, daß jetzt jede Wahlkampfaußerung, jede Rede, jedes Werbemittel sich auf Berlin beziehen müßte.

Selbstverständlich müssen wir aus dieser Situation positiv geeignete Konsequenzen ziehen: Die Außenpolitik hat im Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stehen. Das hat sich 1953 bewährt, es hat sich 1957 bewährt. Alle Meinungsumfragen, die wir in den letzten 18 Monaten zur Vorbereitung der Wahl durchführen ließen, zeigen, daß in der Bevölkerung auch bezüglich der Innenpolitik – insbesondere der Wirtschaftspolitik – das Zutrauen zur CDU größer ist als zur SPD, daß aber die Differenz zwischen dem Vertrauen zur CDU und dem Vertrauen zur SPD nirgends größer ist als auf dem Gebiet der Außenpolitik. Wir haben in einer unserer vorbereiteten Umfragen einmal, als die Ereignisse von Berlin noch nicht da waren, folgende Frage gestellt: Wem würden Sie in einem Augenblick einer ernsten Krise eher zutrauen, daß er dieser Krise gewachsen wäre? Da war das Ergebnis für die CDU und gegen die SPD eindeutiger und die Differenz zahlenmäßig noch größer als bei allen anderen Alternativfragen nach diesen beiden Parteien. Also, die Außenpolitik muß im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen.

Dabei glauben wir jedoch, daß die gegenwärtige Berlin-Krise nicht das einzige

Thema sein darf, sondern daß – ausgehend von der Berlin-Krise – die ganze außenpolitische Entwicklung seit zwölf Jahren diesen Wahlkampf beherrschen muß.

Das wichtigste dabei ist folgendes – und hier glaube ich, daß manche unserer Redner, nicht aus diesem Kreise, aber manche Sprecher draußen in den Kreisverbänden, noch dringend eine Aufmunterung brauchen –: Die Auseinandersetzung muß offensiv geführt werden. Es darf auch nicht der leiseste Ton einer Defensive hineinkommen. Die Auseinandersetzung muß nach unserer Überzeugung davon ausgehen, daß – Herr Dr. Krone hat das im Bundestag gesagt⁶ – ohne unsere Sicherheitspolitik, ohne unsere Politik zur Stärkung der freien Welt in den zurückliegenden Jahren die roten Panzer nicht am Brandenburger Tor haltgemacht hätten, wenn überhaupt noch Gelegenheit zu einer Berlin-Krise wäre und Berlin nicht schon längst verloren wäre.

Wir müssen in den Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung mit der SPD die Feststellung rücken, daß ausgerechnet diejenigen, die sich jahrelang mit Disengagement-, Rapacki- und Deutschlandplänen beschäftigt haben, es jetzt wagen, der Bundesregierung – und damit der CDU – vorzuwerfen, sie ergreife dem Osten gegenüber nicht die nötigen Maßnahmen und sie lasse es in dieser Situation an Festigkeit fehlen. Nach dem, was ich selber bei den Reden des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Minister Erhard draußen im Lande auf eine solche offensive Vertretung unserer Außenpolitik gehört habe, kann ich sagen, daß das verstanden wird. Es wird nicht nur verstanden, es kommt sehr gut an, und die Leute warten im Grunde nur darauf, daß die CDU ihre Politik so vertritt, und zwar jetzt mehr denn je, statt sich etwa aus Angst irgendwie hinter der Krise zu verstecken oder womöglich gar irgendwelche Schuldgefühle zu haben.

Neben der Außenpolitik müssen die gleichen Themen in diesem Wahlkampf behandelt werden, die nach unserem ursprünglichen Konzept in diesem Wahlkampf stehen sollten. Das heißt also, auch die innenpolitische Auseinandersetzung mit der SPD. Ich würde es für verhängnisvoll halten, wenn wir uns vom Gegner oder von der Situation unser Konzept für unseren Wahlkampf vorschreiben oder stören ließen. Ich glaube, daß wir, die wir uns nun sozusagen aus erster Hand mit der Politik beschäftigen, auch nach den jüngsten Ereignissen die breite Masse der Wähler draußen im Lande falsch einschätzten, wenn wir etwa glaubten, daß die Menschen heute nicht genauso viel Angst vor einer Inflation durch das SPD-Programm oder vor irgendwelchen anderen innenpolitischen Veränderungen haben, wie sie sie vor 14 Tagen oder drei Wochen gehabt haben.

Nun zu unseren Werbemitteln! Ich glaube sagen zu können – mir ist das auch bestätigt worden, insbesondere hier in Bonn von Journalisten –, daß unsere Plakatierung und vor allem unsere Slogans so sind, daß sie nicht nur in diese Situation hineinpassen, sondern daß mancher, der jetzt an ihnen vorbeigeht, geradezu glaubt, wir hätten sie für diese Situation gemacht. Wenn man unsere Slogans „Auch morgen in Freiheit leben“, „Auch morgen in Frieden leben“ noch dazu mit dem Symbol des

6 Vgl. Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9777–9779.

Brandenburger Tores sieht und daneben die Plakate der SPD – sie hat sie inzwischen aus dem Verkehr zu ziehen versucht – „Frohe Ferien“, dann kann man wohl sagen, daß wir sehr viel unmittelbarer in dieser Situation stehen als die SPD.

Eine für uns ernste Überlegung haben wir bezüglich unseres Programms für die Fernsehsendungen angestellt. Wir sind dabei von folgendem Gedanken ausgegangen: Bei diesen Fernsehsendungen hat man mehr als bei jeder anderen Gelegenheit ein sehr großes und – wenn man es richtig anspricht und es zu interessieren versteht – auch sehr aufmerksames Publikum vor sich. Wir wollten hier einen Überblick geben – was Herr Wendt kritisieren zu müssen glaubt – über die Leistungen der Bundesregierung auf den einzelnen Gebieten unserer Politik in den zurückliegenden vier und in den zurückliegenden zwölf Jahren. Diese Sendungen setzen sich deutlich von denen der SPD ab, ohne daß sie polemisch sind. Sie sind eine positive souveräne instruktive Selbstdarstellung. Ich glaube, daß wir dabei bleiben und uns jetzt nicht durch das irritieren lassen sollten, was eventuell andere Parteien machen, die glauben, jeden Abend einen beschwörenden Appell zur gegenwärtigen Situation an die Wähler richten zu sollen. Ich glaube, daß die Menschen auf eine solche Darstellung, wie wir sie geben, warten und daß sie auch in diesem Wahlkampf sehen und wissen wollen, was geleistet worden ist.

Ganz abgesehen davon handelt es sich auch um eine technische Frage. Diese Fernsehsendungen sind vorproduziert in ihrem Realteil, in ihrem graphischen Teil und in dem Teil, wo unsere Minister selber etwas zu ihrer Politik sagen. In der Zeit, die uns jetzt noch zur Verfügung steht, könnten wir keine neuen Sendungen mehr produzieren. Wir könnten bestenfalls jeden einzelnen ins Studio setzen und Life-Sendungen machen, und das halte ich bei der Bedeutung dieser Fernsehzeit für sehr gefährlich und sehr riskant. Da kann durch eine Indisponiertheit eine ganze Sendung praktisch kaputtgehen und wirkungslos werden.

Etwas Ähnliches gilt vom Technischen her für unser Filmprogramm, soweit es in den Mobilwerbungswagen und mit Hilfe der Einsatzgeräte in den Wahlkreisen abläuft. Jetzt noch Filme zu produzieren, ist technisch ebenfalls nicht mehr möglich. Eine Ausnahme kann ich allerdings erwähnen: Wir werden, wie ich hoffe, im Laufe der nächsten Woche einen etwa zehn Minuten langen Film bekommen über den Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Berlin⁷ und insbesondere über seine Fahrt entlang der Sektorengrenze. Das halte ich für sehr wirksam. Dieser Film wird, sobald wir ihn haben, in der größtmöglichen Zahl von Kopien in den Wahlkreisen verbreitet. Darüber hinaus aber unser anderes Filmprogramm auf die gegenwärtige Situation umzustellen, ist technisch nicht mehr möglich.

Ich bin darauf angesprochen worden, daß unsere sehr scharfen und – wie es in der Natur der Sache liegt – etwas munteren Trickfilme stellenweise in dieser Situation nicht ankämen. Von anderen Stellen habe ich allerdings etwas anderes gehört, nämlich, daß sie nach wie vor gut laufen. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden: Wie könnt

⁷ Vgl. Anm. 2.

ihr in dieser Situation den Herrn Brandt in einem Trickfilm angreifen? Dazu kann ich nur sagen: Die Herstellung eines Trickfilmes erfordert zwei bis drei Monate. Diese Trickfilme sind selbstverständlich nicht auf diese Situation hin gemacht worden. Es muß einfach im Ermessen der Landesverbände, der einzelnen Kreisverbände und der Kandidaten liegen, von Situation zu Situation – das ist regional sehr unterschiedlich – eben zunächst mal einige Dinge mehr in den Vordergrund zu stellen und andere etwas mehr zurückzuhalten.

Ein letztes Wort zu dem einzigen wirklich aktuellen Medium in der Werbung, der Insertion. Hier können wir, im Gegensatz zur Plakatierung, sehr kurzfristig auf bestimmte Situationen eingehen. Die Anzeigen, die zur langfristigen Vorbereitung des Wahlkampfes durch die illustrierte Presse gegangen sind – sozusagen als erste Welle der Werbung –, sind ohnehin abgeschlossen und laufen aus. Was bevorsteht, das sind die Anzeigen für die Tagespresse, die in der letzten Woche erscheinen sollen. Die Entwürfe dafür liegen den Kreisverbänden vor, Sie kennen sie. Sie sollen noch einmal in einer optisch gut sichtbaren und schnell erfaßbaren Form unsere Hauptslogans in Erinnerung rufen. Die Anzeigen sollen einen hohen Aufmerksamkeitswert haben und mit möglichst wenig Text arbeiten.

Hier haben wir uns allerdings überlegt, wieweit es möglich ist, etwas Zusätzliches zu tun, etwas, was sich unmittelbar auf die Situation bezieht. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß zwar normalerweise Anzeigen mit viel Text einen geringen Aufmerksamkeitswert haben, daß aber in dieser Situation eine Anzeige, die einen Text des Herrn Bundeskanzlers enthält und mit dessen faksimilierter Unterschrift versehen ist, nach aller Voraussicht einen sehr großen Aufmerksamkeitswert hat. Hier ist also die Möglichkeit gegeben, in der ganzen Presse aller Schattierungen, aller Größenordnungen noch einmal in einer Kolumne oder in zwei Spalten einen Text von etwa – nach unserer bisherigen Planung – eineinhalb Schreibmaschinenseiten zu verbreiten; er wird augenblicklich vorbereitet. Das ist ein in unserer ursprünglichen Planung nicht vorgesehenes neues Werbemittel, das wir jetzt ganz situationsbezogen einsetzen wollen.

Außerdem sind zwei neue Plakate bzw. ein neues Plakat mit zwei verschiedenen Slogans – „Setzt Deutschland nicht aufs Spiel“ und „Wir brauchen eine starke Regierung“ – in Vorbereitung. Sie zeigen in einer sehr leicht faßbaren, eigentlich nur angedeuteten graphischen Darstellung auf der einen Seite das Gebiet der Bundesrepublik und auf der anderen Seite rot, mit einem Stacheldraht drüber, das Gebiet der Zone. Diese Plakate sollen diese Slogans zum Schluß noch einmal einprägen.

Das eigentliche elastische Medium dieses Wahlkampfes, jedes Wahlkampfes, sind natürlich die unzähligen großen und vor allem auch kleinen Versammlungen, die draußen im Lande jeden Abend stattfinden. Die Besucherzahl beweist, daß alle Prognosen unrichtig waren, die behaupteten, die Versammlungstätigkeit sei doch ein alter Zopf, auf den man im Zeitalter des Fernsehens endlich verzichten sollte. Hier findet wirklich eine wesentliche Vorbereitung der Wahlentscheidung statt.

Wir haben, wie Sie wissen, schon in der vergangenen Woche einen neuen Rednerdienst zur Information über die neue Situation herausgegeben, und zwar sowohl unter außenpolitischen Gesichtspunkten wie aber auch unter wahlpolitischen Gesichtspunkten der Auseinandersetzung mit der SPD.⁸ Mir ist gesagt worden, daß dieser Dienst zu lang sei und daß ihn die Leute nicht lesen würden. Das ist sicher richtig. Wir glaubten jedoch, eine grundlegende Darstellung geben zu müssen. Wir bereiten für die allernächsten Tage eine Kurzfassung nicht nur dieses Dienstes, sondern überhaupt der Thesen vor, die jetzt im Wahlkampf besonders herausgestellt werden müssen und auf diese Weise in den Versammlungen in den Mittelpunkt zu stellen sind.

Adenauer: Meine Damen und Herren, lassen Sie mich, ehe ich das Wort weitergebe, eine Zwischenbemerkung machen. Nachdem die Einladung zu der heutigen Tagung rausgegangen war, hat Herr Blumenfeld den Antrag gestellt, die Sitzung nach Berlin einzuberufen. Wir hatten hier in Bonn vorher diesen Gedanken auch ventiliert. Aber, meine Damen und Herren, eine Tagung in Berlin würde keine Arbeitstagung sein. Wenn wir nach Berlin gegangen wären, hätten wir an der Sektorengrenze vorbeifahren müssen. Wir hätten uns in Berlin zeigen müssen. Darüber wären Stunden vergangen, und eine Arbeitstagung wäre das nicht geworden. Darum habe ich auch Herrn Blumenfeld mitgeteilt, daß das nicht in Frage kommt.

Jetzt möchte ich vorschlagen, daß uns die Landesvorsitzenden von Nordrhein und Westfalen – Herr Johnen und Herr Dufhues – einmal über die Situation in Nordrhein-Westfalen und Herr Strauß über die Lage in Bayern berichten.

Johnen: An sich war die Stimmung vor der Berliner Geschichte und vor allem vor der Diskussion um den Kanzlerbesuch in Berlin glänzend. Sie hat einen Knacks bekommen durch die Angelegenheit Adenauer–Brandt. Brandt konnte sich bei dem Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten⁹ sechs Stunden lang im Fernsehen zeigen. Das hat auf die Bevölkerung mehr gewirkt als drei, vier, fünf Versammlungen von Brandt.

Dann hat auch die Diskussion um den angeblich zu späten Besuch des Bundeskanzlers der Stimmung einen Knacks gegeben. Ich behaupte allerdings, daß der Tiefstand der Stimmung schon wieder überwunden ist. Durch die jüngsten Ereignisse, durch die Androhung, die Luftkorridore zu schließen, kommen die Leute zu der Überzeugung: Der Kanzler hat doch recht gehabt. Die Stimmung geht wieder nach oben.

Wir müssen aber etwas tun. Wir müssen in den Versammlungen begründen, warum der Kanzler „so spät“ – in Anführungsstrichen – nach Berlin gefahren ist und warum der Kanzler nicht wenigstens gesagt hat: Ich fahre nächste Woche oder zu gegebener

8 CDU (Hrsg.), Rednerdienst 10/61 vom August 1961: Setzt Deutschland nicht aufs Spiel! (24 S.).

9 Johnson war am 19. August in Bonn und am 20. August 1961 als persönlicher Vertreter Präsident Kennedys in Berlin. Vgl. AdG 1961 S. 9296; BULLETIN vom 22. August 1961 S. 1494–1497.

Zeit nach Berlin. Diese Frage wird bei uns im Rheinland – wie es in Westfalen ist, Herr Dufhues, kann ich nicht beurteilen – sehr heftig diskutiert. Wir müssen dazu Stellung nehmen.

In allen Einzelgesprächen, die ich in den letzten Tagen geführt habe, tauchte immer wieder die Sorge auf: Wie geht die Wahl aus? Wird jetzt die CDU noch die absolute Mehrheit erlangen? Profitiert nicht letzten Endes die FDP von diesen Vorgängen?

Ich wiederhole: Der Tiefstand der Stimmung, die größte Mißstimmung ist schon wieder vorbei. Wir müssen aber etwas tun. Ich bin überzeugt, daß wir das bis zum 17. September wieder aufholen können.

Adenauer: Darf ich, da sich vielleicht auch die anderen Herren mit dem Thema beschäftigen werden, einmal über das „zu spät“ sprechen.

Herr Gerstenmaier hat ohne jede vorherige Rücksprache mit mir in Mannheim nach meiner Meinung sehr treffende Worte gesagt.¹⁰ Er hat gesagt: In diesem Augenblick, in den Tagen großer Gefahr, gehört Herr Brandt nach Berlin und Herr Dr. Adenauer nach Bonn. Und das ist richtig! (*Weber:* Goldrichtig!) Wir haben von hier aus doch ganz andere Möglichkeiten, für Berlin etwas zu tun, als wenn ich in Berlin an der Sektorengrenze vorbeifahre.

Wir haben diese Zeit redlich genutzt. Am Montag nach dem 13. August hat Herr Brentano die drei Botschafter zu sich gebeten, mit denen die ganze Situation eingehend besprochen worden ist. Dann haben Herr Brentano, Herr Erhard und ich die ganze Situation besprochen. Wir haben das Kabinett zusammengerufen. Das Kabinett hat doch ein Recht darauf, in solchen kritischen Situationen gehört zu werden und zu hören, was nun eigentlich ist. Am Mittwoch war das Kabinett ebenfalls zusammen. Dann war am Freitag die Bundestagssitzung¹¹, die sehr wichtig war. Dazu mußte die Regierungserklärung vorbereitet werden; das war auch eine zeitraubende Arbeit. Dann meldete sich Herr Johnson an. Er war Samstag hier und am Sonntag in Berlin.¹²

Ich möchte hier sagen, daß die amerikanische Regierung die Frage, ob ich mit Johnson in Berlin anwesend sein sollte, in Washington überlegt hatte und daß sie zu der Überzeugung gekommen war, es sei besser, wenn ich nicht gleichzeitig mit Johnson in Berlin sei, damit dieser Akt als eine rein amerikanische Angelegenheit erscheine. (*Burgbacher:* Schutzmacht! – *Zuruf:* Brandt bekam dadurch die sechsstündige Schau!) Da kann ich doch nichts für! Bitte, hören Sie mich doch einmal an. Ich habe Herrn Johnson auf der Fahrt von Wahn nach hier gesagt: Ich möchte gern mit Ihnen nach Berlin fahren. Daraufhin hat Johnson weder ja noch nein gesagt. Dann haben die Amerikaner im Hause eine Beratung abgehalten und haben Herrn von

10 Am 20. August 1961 (Rede in ACDP-PRESSEDOKUMENTATION). Vgl. dazu UiD Nr. 34 vom 24. August 1961 („Die SPD und ihre Irrtümer“); Auszüge der Rede Gerstenmaiers in „Deutsches Monatsblatt“ vom September 1961.

11 Am 18. August 1961. Einziger Tagesordnungspunkt: Entgegennahme einer Erklärung der Bundesregierung zur politischen Lage und Beratung über die Lage Berlins (Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9769–9789).

12 Vgl. Anm. 9.

Brentano gesagt, sie bäten, daß ich nicht mitführe. Da kann ich doch nicht hinfahren, wenn die Amerikaner sagen: Bitte, fahren Sie nicht dahin. Davon können Sie ruhig Gebrauch machen. (*Zuruf.*) Nein! Meine Damen und Herren, ich muß nachträglich den Amerikanern – ich habe das auch sofort getan – recht geben. Zum Teufel noch mal, Berlin ist doch nicht eine reine Propagandavorstellung. Macht man sich denn nicht klar, was auf dem Spiel steht und was aus Berlin und aus der Zone und aus uns allen wird, wenn wir die Amerikaner vergrämen? Die Amerikaner müssen doch ganz vornan stehen. Das allein macht doch auf Chruschtschow Eindruck. Es ist lächerlich zu meinen, daß es auf Chruschtschow irgendwelchen Eindruck macht, wenn ich nach Berlin gehe. Gar keinen, im Gegenteil!

Dann will ich Ihnen sagen, was noch eine Rolle gespielt hat. Wir hatten hier Angst, daß in der Zone ein Aufstand ausbrechen würde. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Man konnte annehmen, daß meine Anwesenheit in Berlin in den Tagen der Erregung den Bestrebungen helfen würde, einen Aufstand zu entflammen. 14 Tage vorher hat mir ein sehr hochstehender Deutscher gesagt: Wir müssen damit rechnen, daß in der Zone ein Aufstand ausbricht. Er hat hinzugefügt: Dann können wir nicht dabeistehen, dann müssen wir handeln, und dann müssen wir losmarschieren. So war die Situation. Sehen Sie, meine Damen und Herren, die Dinge doch ganz vernünftig, und sehen Sie sie so, wie sie in Wirklichkeit waren. Wenn wir in die Zone einmarschierten, weil dort ein Aufstand ist, dann wäre das die Auslösung des dritten Weltkrieges. Wir setzten unser ganzes Bündnis mit den drei anderen aufs Spiel.

Ich freue mich, Ihnen mal sagen zu können, wie die Tage hier wirklich gewesen sind. In Berlin rumlaufen, das kann schließlich jeder; aber hier an Ort und Stelle sitzen und dafür sorgen, daß die Sache gut verläuft, das ist doch die Hauptaufgabe.

Im übrigen möchte ich sehr nachdrücklich nochmals unterstreichen, was ich soeben gesagt habe, daß die Berliner – abgesehen von einigen Ultras – es doch in keiner Weise übelgenommen haben. Fragen Sie Herrn Krone! Ich bin namentlich in der Bernauer Straße und im Wedding, wo noch bis vor kurzem fast 40 % kommunistische Stimmen abgegeben worden sind, geradezu großartig begrüßt und aufgenommen worden.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch folgendes sagen: Gestern kam der britische Botschafter und überbrachte mir ein persönliches Schreiben von Herrn Macmillan.¹³ In diesem persönlichen Brief sagte mir Herr Macmillan, daß er in diesen Tagen viel an mich gedacht habe und daß er mich beglückwünsche und froh sei über meine Zurückhaltung. Er fügte hinzu, sicher würden uns schwere Wochen und Monate bevorstehen. (*Zuruf:* England auch!) aber wir würden die Gefahren überwinden, wenn wir einig blieben, und wir seien ja einig. Meine Damen und Herren, das hat Herr

13 Sir Christopher Eden Steel. Vgl. Nr. 7 Anm. 22. Zu seinem Termin am 24. August 1924 bei Adenauer vgl. TERMINKALENDER. – Schreiben Macmillan an Adenauer als Abschrift o.D. in StBKAH III.5, der Brief wurde gekürzt veröffentlicht (dpa-Meldung vom 25. August 1961); vgl. auch MACMILLAN S. 400.

Macmillan gesagt, der sehr zurückhaltend ist. Er hat aus sich heraus mir gestern einen solchen Brief überreichen lassen, in dem er seiner Freude und Genugtuung darüber Ausdruck gab, daß ich diese Zurückhaltung bewahrt hätte. Das war für mich wirklich die Bestätigung dafür, daß ich richtig gehandelt habe.

In solch schwierigen Fällen, in einer solchen Situation, muß man sich darüber klar sein, daß wir kein Theater spielen, wie Herr Brandt das ständig tut. Es geht wahrhaftig um ernste Überlegungen und ernste Dinge. Das werden hoffentlich auch die Rheinländer mal einsehen, Herr Johnen. Die Leute in Mannheim und in Darmstadt haben das eingesehen.

Johnen: Ich sagte: Der Tiefstand ist überwunden. Aber es geht mir darum, daß wir für die Wahl vorbereitet sind.

Dufhues: In Westfalen war die Stimmung bis zum 13. August ungewöhnlich gut. Wer an der Kundgebung in der Westfalenhalle teilgenommen hat¹⁴, wird bestätigen, daß wir nie eine solche von innerer Anteilnahme und Begeisterung getragene Eröffnungskundgebung für den Wahlkampf gehabt haben wie an diesem Tag. Nach dem 13. August stellte man in Westfalen, wie wahrscheinlich in allen übrigen Gebieten, eine tiefe Besorgnis fest, die aber m.E. unter dem Gesichtspunkt, den wir hier besprechen – Ausgang der Wahl für die CDU – keineswegs negativ zu werten ist.

Herr Bundeskanzler, die Frage Ihrer Reise nach Berlin bzw. Ihres Bleibens in Bonn ist in der Öffentlichkeit vielfach erörtert worden. Dabei haben wir auch in Westfalen das feststellen müssen, was für andere Landesteile festgestellt werden muß, daß unsere Presse – ganz abgesehen von der Presse der SPD – und weitgehend auch Rundfunk und Fernsehen eine Haltung eingenommen haben, die völlig unverständlich ist. Was z.B. die Journalisten beim Internationalen Frühschoppen am 13. August sich geleistet haben¹⁵, ist zum Teil ein Skandal. Denken wir nur an die Forderung von Jens Feddersen¹⁶, die doch eine Aufputschung der Bevölkerung zu aktiven Maßnahmen darstellt, die nicht zu verantworten ist.

Nach ernster Prüfung beurteile ich die Stimmung folgendermaßen: Die Vorgänge vom 13. August und den Tagen danach haben in der Bevölkerung den Eindruck hervorgerufen, daß wir auf dem Grat zwischen Krieg und Frieden gewandelt sind. Nun verstärkt sich aber in der Bevölkerung der Eindruck, daß die Bundesregierung mit ihrer Zurückhaltung und ihrer Festigkeit wesentlich dazu beigetragen hat, den Frieden zu erhalten. Dieser Wunsch – ich spreche jetzt immer unter dem Gesichtspunkt der Wahl – ist für die Bevölkerung sehr viel entscheidender als die große Schau, als pathetische Erklärungen oder ähnliches. Es ist sehr begrüßt worden, daß gerade

14 Wahlkampföffnungskundgebung am 16. Juli 1961. Vgl. Nr. 21 Anm. 76.

15 Nach Auskunft des WDR (Bibliothek und Archive) vom 18. Juli 1991 ist ein Nachweis nicht mehr möglich.

16 Jens Feddersen (geb. 1928), Journalist; ab 1954 bei der Neuen Ruhr Zeitung (NRZ) (bis 1961 Leiter des Ressorts Politik, ab 1961 Chefredakteur).

der Verteidigungsminister Strauß in diesen entscheidenden Tagen zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt hat.

Insgesamt habe ich also den Eindruck, daß sich die Vorgänge und die Haltung der Bundesregierung positiv auswirken werden, allerdings unter einer Voraussetzung, daß wir die Dinge überzeugender darstellen, als es in der Vergangenheit geschehen ist. Hier liegen Versäumnisse, auch Versäumnisse der CDU, vor. Warum haben die Redner draußen im Lande nicht bereits am 14. und 15. August Informationen erhalten, mit deren Hilfe die Bevölkerung darüber aufgeklärt werden konnte, a) in welcher Gefahr wir uns befanden und b) wo der Platz des Bundeskanzlers und der Bundesregierung ist? Warum konnten Leitartikel, die bis in die CDU-Presse hineingingen, nicht anders und so beeinflußt werden, daß sie sehr viel positiver zu den Dingen Stellung nahmen?

Ich möchte meinen, daß wir auch jetzt noch ganz Entscheidendes tun müssen, um die Bevölkerung in diesem Sinne aufzuklären. Der Wahlkampf sollte noch entscheidender als in der Vergangenheit nicht unter dem Gesichtspunkt Berlin allein und nicht unter dem Gesichtspunkt Zonenprobleme allein stehen, sondern er sollte auf die große Auseinandersetzung West–Ost abgestellt werden. Das versteht die Bevölkerung. In diesem Zusammenhang, Herr Bundeskanzler, sollte noch härter, noch klarer und noch eindeutiger die Ausrüstung auch der Bundeswehr mit modernsten Waffen herausgestellt werden. Das nimmt Ihnen die Bevölkerung in Niedersachsen wie in Westfalen wie im Rheinland und in Hessen in einer solch überzeugenden Weise ab, daß Sie geradezu Stürme des Beifalls haben, wenn Sie das verlangen.

Und dann in diesem Zusammenhang und in anderen Zusammenhängen eine ganz klare und harte Auseinandersetzung nicht nur mit der SPD, sondern auch mit Herrn Brandt. Mir hat ein Bauer in Niedersachsen gesagt: „Wissen Sie, das mit dem „alias“ habe ich nicht ganz verstanden¹⁷, aber wer Herr Brandt ist, das müssen Sie uns sagen!“ (*Heiterkeit.*)

In diesem Zusammenhang, Herr Bundeskanzler, eine Anregung für Ihre nächsten Reden. In der Öffentlichkeit ist es noch gar nicht angekommen, daß die SPD ihren Wahlkampf mit norwegischen Parolen treibt. Sie schreibt doch auf ihre Plakate: „Vorwärts SPD“. „Vorwärts“ heißt auf norwegisch „fram“. (*Heiterkeit.*) Sie können dieses Bonmot ein wenig auswerten, es macht sich ganz nett. Jedenfalls das mit dem „alias“ ist nicht angekommen. (*Erneute Heiterkeit.*)

Für Westfalen und für Rheinland ist noch etwas anderes von Bedeutung: die Erklärungen, die Herr Mende in den letzten Monaten über die Möglichkeit einer Koalition bzw. einer großen Koalition abgegeben hat. Die Erklärungen, die er gestern

¹⁷ Adenauer hatte am 14. August 1961 auf einer Großkundgebung in Regensburg von Brandt alias Frahm gesprochen (ADENAUER: Reden 1917–1967 S. 417; vgl. auch Anm. 28). Willy Brandt hieß ursprünglich: Herbert Ernst Karl Frahm, änderte Anfang der dreißiger Jahre aufgrund seiner politischen Tätigkeit als Kommunist seinen Namen, den er auch nach dem Zweiten Weltkrieg beibehielt.

in Hannover abgegeben hat¹⁸, haben in den Kreisen, die durchaus bereit waren, die FDP zu unterstützen, noch einige Besorgnis ausgelöst. Wir sollten diese Besorgnis verstärken.

Im übrigen meine ich, daß wir in der Auseinandersetzung mit den anderen politischen Parteien auf alle Fälle das Schwergewicht auf die Tatsache legen sollten, daß die Entscheidung zwischen der SPD und der CDU fällt. Dabei sollten wir die übrigen Parteien nur am Rande erwähnen. Die Besorgnis, die sich in der Bevölkerung breitmacht, führt dazu, daß die Menschen bereit sind, sich zwischen den verschiedenen großen Blöcken zu entscheiden, bei denen jeder auf seine Art Schutz sucht. Wir haben also sehr gute psychologische Voraussetzungen dafür, bei diesen Bundestagswahlen das Zweiparteiensystem – und auf diese Weise den Einfluß der Christlich-Demokratischen Union – noch zu stärken. Ich möchte meinen, daß wir in der Propaganda diesem Gesichtspunkt Rechnung tragen sollten. Im Ergebnis wird dann die tiefe Besorgnis, die durch die ganze Bevölkerung geht, die Sorge vor allem der Frauen und der jungen Menschen um die Erhaltung des Friedens letztlich der CDU zugute kommen, wenn wir noch sehr aktiv und fleißig arbeiten.

Strauß: Meine Damen und Herren! Wir stellen in Bayern fest, daß eine ungewöhnliche Bewegung – und zwar schon vor dem 13. August, aber seit dem 13. August in besonderem Maße – durch das Land geht und daß unsere Versammlungen voller sind denn je. Natürlich hängt das zum Teil von den Rednern ab. Aber der ganze Pegelstand ist höher als jemals zuvor, als 1953 oder 1957. Grob gesprochen, kann man sagen, daß die Leute von zwei Dingen bewegt werden: einem ungewöhnlichen Interesse und einer gewissen Angst, dem Gefühl, daß etwas Unheimliches auf uns zukommen könnte. Man hat das Gefühl, als wenn man wieder an der Jahreswende 1938/39 wäre.

Die Ereignisse des 13. August haben zwar eine gewaltige Bewegung hervorgerufen; die Maßnahmen des Herrn Ulbricht haben aber unsere Wahlaussichten in keiner Weise vermindert, sondern im Gegenteil eher verstärkt. Nach dem 20. August mit dieser unglücklichen Johnson-Geschichte war es etwas anderes. Ich habe da am 21. August in zwei großen Versammlungen von jeweils 3.000 und 5.000 Menschen aus den eigenen Reihen Dinge zu hören bekommen, die ich vorher noch nicht zu hören bekommen habe. Wenn am 21. August gewählt worden wäre, hätten wir in Bayern die absolute Mehrheit nicht mehr bekommen. Die Gefühle gehen einmal hoch, und dann gehen sie wieder runter. Ich habe dasselbe festgestellt wie Herr Johnen, daß der Tiefpunkt bereits wieder überwunden ist.

Herr Bundeskanzler, ich bin in der Sache völlig mit Ihnen einig, daß Ihre Anwesenheit in Berlin an der effektiven Lage Berlins überhaupt nichts ändert, im Gegenteil, daß Ihre Anwesenheit genauso wie die Abhaltung demonstrativer Sitzungen unter Umständen den Ablauf der Ereignisse so beschleunigt, daß unser

18 Am 25. August 1961 bei einem Wahlkongreß der FDP. Manuskript des Mende-Referats in: AdL A1-186 (Bundesparteitage).

eigener Kalender der Gegenmaßnahmen nicht mehr mitkommt. Wir spielen auf Zeitgewinn und auf Verhandlungen und müssen jede dramatische Zuspitzung der Situation vermeiden. Sie können sich hierbei auf diese unsere gemeinsame und meine persönliche Einstellung hundertprozentig verlassen.

In diesem Zusammenhang muß ich jedoch einmal folgendes sagen: Ich habe das ungute Gefühl, daß zwischen der Umgebung von Herrn Brandt und der Umgebung von Herrn Kennedy irgendein Faden läuft, (*Zuruf*: Sehr richtig!) daß da eine Verbindung besteht – man kann sich die Namen ungefähr vorstellen – und daß diese ganze Johnson-Geschichte einschließlich der 1.500 Mann¹⁹ als Wahlhilfe für Herrn Brandt in irgendeiner Form eingefädelt war. Ich sehe nur nicht recht klar, vielleicht komme ich noch dahinter. Nehmen wir doch den Brief von Brandt an Kennedy!²⁰ Er ist in der Zeitung erschienen, damit man sah: Brandt ist der starke Mann, er führt eine starke Sprache. Dann kam die Ankündigung, Kennedy sei verärgert, er werde darauf überhaupt nicht antworten. Vor dem Fernsehen überreicht Johnson dann in pathetischer Weise die persönliche Botschaft des Präsidenten. Da sitzen sechs Millionen Lieschen und Hänchen Müller vor dem Fernsehschirm und sehen sich das an!

Dazu kommt dann noch die verhängnisvolle Wirkung der Axel-Springer-Presse, die nur noch in emotioneller Aufwallung und Aufputschung der Gefühle macht, und zwar ausgerechnet – das ist geradezu paradox, man kann das nur als einen Narrentanz der Gegenwart oder als Dekadenzgesänge bezeichnen – ausgerechnet diejenigen, die uns sechs Jahre lang jede Form der Aufrüstung, insbesondere jede wirksame Aufrüstung zerschlagen wollten. Sie rufen jetzt nach explosiver und emotioneller Reaktion. Sie haben vorher Herrn Feddersen zitiert. Er hat uns jahrelang beschimpft und uns als militaristisch, größtenwahnsinnig und deutschnational hingestellt. Das Gefährliche ist diese Diskrepanz zwischen Gefühl und Realität, diese zunehmende, man könnte sagen „Von-Hitler-zu-Hamlet-Entwicklung“, die bei uns stattgefunden hat.

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, daß die Zumutung der Amerikaner Ihnen gegenüber unerhört war. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Das darf ein amerikanischer Vizepräsident nicht sagen. Wenn er das mit der Lage Berlins begründet, mag das noch eine gewisse Berechtigung haben. Dann muß er sich aber darüber im klaren sein, daß sein gemeinsames Auftreten mit Brandt in Berlin, verbunden mit dem die Lage Berlins in keiner Weise bessernden Einrücken von Truppen, eine Wahlhilfe für Brandt war und nichts anderes. An der Lage Berlins hat dieses ganze Theater vom 20. August gar nichts geändert. Im Gegenteil! Ich bin überzeugt, daß der Ablauf der Ereignisse, die

19 Die Berliner Garnison der US-Streitkräfte war am 18. August um 1.500 Mann verstärkt worden, die über die Interzon Autobahn nach Berlin einrückten. Vgl. AdG 1961 S. 9296.

20 Brief vom 16. August 1961. Druck zuerst in FAZ vom 19. August 1961 („Brandt fordert einen Drei-Mächte-Status für West-Berlin“). – Die deutsche Übersetzung des Antwortschreibens Kennedys vom 18. August 1961 in AdSD Dep. Willy Brandt, Berlin 1947–1966, Mappe 30. Vgl. Diethelm PROWE: Der Brief Kennedys an Brandt vom 18. August 1961. In: VfZ 2 (1985) S. 373–383.

folgenden Maßnahmen, durch dieses Theater vom 20. August eher noch beschleunigt worden ist. Hätten die Amerikaner genauso ruhig reagiert wie Sie und nicht Wahlhilfe, Schützenhilfe für Herrn Brandt geleistet, dann wäre der Terminkalender drüben nicht vorgestellt worden; er ist offensichtlich wieder vorgestellt worden.

Das geht so nicht weiter. Ich traue der amerikanischen Botschaft in Bonn nicht mehr über den Weg. Ich habe eine Reihe von Indizien. Es laufen Fäden hin und her, die darauf schließen lassen, daß es einigen amerikanischen Kreisen, einer gewissen Harvard-Gruppe, lieber wäre, sie hätten es mit sozialdemokratischen Politikern zu tun statt mit uns.

Wenn hier gesagt wird, wir dürften sie nicht vergrämen, dann kann man dazu nur auf folgendes hinweisen: Die Sozialdemokraten haben die Amerikaner zehn Jahre lang nicht nur vergrämt, sondern in mancher Weise öffentlich beleidigt. Und jetzt soll der Bundeskanzler, der die deutsche Politik im Sinne einer historischen Wendung an die Seite der amerikanischen gebracht hat, nicht mit dem amerikanischen Vizepräsidenten auftreten dürfen. Das glaube ich nicht. Da stimmt etwas nicht, da geht etwas vor sich.

Wir müssen befürchten, daß wir aus diesem Theater einen Stimmenverlust von 3 bis 4 % erleiden. Diese 3 oder 4 % wären uninteressant gewesen, wenn es sich um die Frage 41, 44 oder 38 % handelte. Angesichts der Eigenartigkeit der FDP brauchen wir aber die absolute Mehrheit, und da wiegen 2 oder 3 % wesentlich schwerer als sonst.

Ich bin aber derselben Überzeugung wie die Vorredner, daß sich das aufholen läßt, wenn wir uns nicht von der SPD den pathetischen Berlin-Stil als Wahlkampfmethodik aufzwingen lassen. Ich habe selber seit diesen Vorgängen zehn Versammlungen mit steigender Teilnehmerzahl gehabt. In Worms waren es etwa 10.000 Menschen, 7.000 bis 8.000 standen auf dem Marktplatz, der schwarz war. Die Kommunisten sind gleich rausgeflogen, und die Sozialdemokraten haben nach fünf Minuten geschwiegen. Da habe ich einmal ordentlich mit den Herren abgerechnet, und zwar einschließlich des Herrn Brandt.

Ich kann nichts mehr unterstützen als die Äußerung von Herrn Dufhues: Wir müssen das Ganze hineinstellen in die Gesamtstrategie und in unsere Arbeit; wir müssen es als einen Teil in dem großen Ost-West-Kampf darstellen, der jetzt weder in der Explosion eines Krieges oder in schlichter Kapitulation enden darf, sondern bei dem es um langfristige politische Entwicklungen geht. Hier haben wir die Grundlagen für die Politik gelegt, und hier geben wir allein die Garantie dafür, daß es weder Krieg noch Kapitulation noch sonst etwas gibt.

In diesem Zusammenhang kann man die Sozialdemokraten sehr scharf angreifen, mehr noch, als wenn wir nur auf Berlin abstellen; das letzte wäre falsch. Dann kann man auch noch die Tatsache erwähnen, daß die Sozialdemokraten am letzten Donnerstag im Parlament das Bundesleistungsgesetz wieder abgelehnt haben.²¹ Das

21 22. August 1961 Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9796f.

ist viel zu wenig herausgestellt worden. In Berlin stellt sich Herr Brandt hin und verlangt energische Maßnahmen. Im Parlament lehnen sie ein Minimalgesetz der Landesverteidigung ab. (*Dufhues*: Senator Klein²² aus Berlin hat es auch im Vermittlungsausschuß abgelehnt!) Zuerst wollen sie den Spannungsfall durch den Bundesrat proklamieren lassen²³, und dann lehnen sie das Gesetz ab.

Diese 3 oder 4 % Stimmenverlust, die wir bis jetzt zu befürchten haben, können aufgeholt werden, wenn wir in den nächsten drei Wochen nicht persönlich diffamieren, aber in der Sache schärfer als jetzt den wirklichen Zusammenhang herauskristallisieren. Ich sage immer: Jede Versammlung hat einen Anspruch darauf, nicht belogen zu werden, sondern wirklich die politischen Fronten zu sehen; deshalb bin ich hier. Das kommt an. Man muß den Wahlkampf in einer solchen Schärfe aufbauen, daß am Schluß die Fronten klarliegen. Das muß von der CDU und der CSU aus in den nächsten drei Wochen geschehen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob vielleicht einmal dieser oder jener Leitartikler vergrämt schreibt.

Unsere Presse wird ja von einer Instinktllosigkeit beherrscht, die wirklich kaum mehr überboten werden kann. Über diese unflätigen Diffamierungen wurde ausführlich berichtet; sie haben doch dann den Grund für den sogenannten „alias“ abgegeben. Wenn Sie die Sache mit dem „alias“ zitieren, dann zitieren Sie vorher die Reden der SPD; sie geben eine gute Rechtfertigung dafür. Diese Reden waren der Angriff, und das andere war die bescheidene Antwort. Diese Antwort war wahrlich bescheidener, als wir sie eigentlich geben sollten. Wenn man es so darstellt, dann sehen die Leute den Zusammenhang mit dem „alias“ ganz anders.

Ich weiß nicht, ob Herr Gerstenmaier da ist. Die Fernsehsendung mit ihm und Carlo Schmid hat mir nicht gefallen.²⁴ Gut haben mir seine Worte von Mannheim gefallen, die Sie, Herr Bundeskanzler, zitiert haben. Gerstenmaier hat in der Fernsehsendung mit Carlo Schmid den Stil und die Verunglimpfungen bedauert. Da hätte Herr Gerstenmaier Herrn Carlo Schmid besser die Reden der SPD in Nürnberg entgegenhalten und ihn fragen sollen: Was sagen Sie zu Knoeringen, Ollenhauer und Brandt?²⁵ Darauf sind doch dann diese Antworten erfolgt. Diese Reden der SPD waren wirklich kein würdiger und repräsentativer Stil.

Wir sollten in diesen Tagen etwas weniger in Gemeinsamkeit machen. Wir haben jetzt weniger Grund zur Gemeinsamkeit denn je, denn sonst werden wir die Grundlagen unserer Politik verspielen.

22 Dr. Günter Robert Paul Klein. Vgl. Nr. 7 Anm. 106.

23 Vgl. 14. Juli 1961 Sten.Ber. (BR) S. 192-196; BR-Drs. 124/60 (Beschluß).

24 Fernsehsendung zum Thema Macht und Ohnmacht des Parlaments in Form eines Gesprächs zwischen Eugen Gerstenmaier, Carlo Schmid, Hermann Proebst und Josef Müller-Marein im Saarländischen Rundfunk am 16. August 1961. Mitschrift in ACDP I-210-086/1.

25 Vgl. Anm. 5 zur Rede Brandts; Druck der Rede von Knoeringens: SPD, Pressemitteilungen und Informationen o.D. (3 S.); Druck der Rede Ollenhauers: ebd. (6 S.). Außerdem Bericht im „Vorwärts“ vom 16. August 1961 (Wir sind in der Offensive).

Ich bin überzeugt, daß wir in Bayern wieder die absolute Mehrheit bekommen, wenn wir danach verfahren. Was in meinen Kräften liegt, werde ich dafür tun.

Adenauer: Wir müssen alles tun, um im zukünftigen Bundestag wieder die absolute Mehrheit zu bekommen. Wenn wir auf die FDP angewiesen sein sollten, dann gnade uns Gott. Ich will Ihnen sagen, warum. In der FDP ist ein Drittel absolut für den Anschluß mit der SPD, ein Drittel ist absolut dagegen, und das dazwischenliegende Drittel weiß noch nicht, was es will. Die Entscheidung hängt also von diesem Drittel oder vielmehr von der Hälfte dieses Drittels ab; ich habe nicht ein genaues Drittel gemeint, sondern eben nur einen dritten Teil.

Ich wiederhole nochmals: Allein die absolute Mehrheit der CDU kann – das ist meine feste Überzeugung – Deutschland retten. Deswegen begrüße ich auch so sehr, was einige der Vorredner gesagt haben, daß wir den ganzen Wahlkampf in die große Sicht stellen müssen. Wir müssen herausstellen, daß der Kampf von Sowjetrußland nicht nur Berlin gilt, sondern uns, unserem Gesamtdeutschland, der Bundesrepublik gilt. Deswegen müssen wir gegenüber der Sozialdemokratie mit allen Mitteln, die erlaubt sind, kämpfen; wir müssen uns nicht verteidigen, wir müssen sie bekämpfen.

Ich möchte dann noch ein paar Fragen, die unter anderem angeschnitten worden sind, berühren. Zunächst die konfessionelle Frage! Wir haben in Darmstadt geredet²⁶; der Beifall für Herrn von Brentano und mich war sehr groß. Ich habe Sie dann gefragt – nehmen Sie es mir bitte nicht übel –, ob ich die konfessionelle Frage anschneiden soll. Sie meinten, es sei nicht nötig. Ich habe sie trotzdem angeschnitten, weil wir gerade in der Gegend von Herrn Niemöller waren. Geradezu tosender Beifall! Weder Herr von Brentano noch ich haben bei irgendeiner Ausführung einen solchen Beifall bekommen wie bei meiner Bemerkung, daß wir die beiden christlichen Konfessionen nicht mehr auseinanderbringen lassen. Ich glaube, daß wird man auch beim Wahlkampf noch berücksichtigen müssen.

Dann Herr Springer! Ich habe mit Herrn Springer hier im Hause eine sehr harte Auseinandersetzung gehabt.²⁷ Was daraus wird, weiß ich nicht. Man merkt jetzt in der Springer-Presse hier und da eine gewisse Wendung. Aber die Auseinandersetzung mit Herrn Springer war sehr entschieden und sehr hart; ich kann ihm nicht helfen. (*Zuruf:* Er will uns nicht helfen!)

Brandt! Meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, wenn ich Brandt öffentlich nicht gern angreife, weil das beim deutschen Publikum aus irgendeiner übertriebenen Empfindlichkeit und einem Noblessegefühl schlecht ankommt. Lassen Sie mich zu dem Wort „Frahm“ etwas sagen. Herr Brandt hat sich noch jahrelang in Deutschland „Brandt-Frahm“ genannt. (*Zuruf:* Wer hat das Buch²⁸ schreiben lassen?)

26 Am 23. August 1961 (TERMINKALENDER).

27 Am 17. August 1961 (TERMINKALENDER).

28 Gemeint ist die Broschüre „Wer ist Willy Brandt. Lebenslauf, persönliche Entwicklung und politische Ansichten des Kanzlerkandidaten der SPD in seinen Selbstzeugnissen“. In: CDU (Hrsg.), Rednerdienst/Sonderausgabe Januar, 1961.

Er. Alles das geht aus seiner Autobiographie hervor.²⁹ Das war sein politischer Name. So habe ich es auch gemeint. Die Kommunisten neigen ja dazu, einen anderen Namen anzunehmen. Der frühere Oberbürgermeister von Berlin, Reuter – turmhoch über Brandt stehend –, war ja Kommunist. Als Kommunist hat er einen anderen Namen geführt. Ich habe bei Herrn Brandt andeuten wollen, daß wir einmal in seiner politischen Vergangenheit nachlesen müssen.

Johnson! Ob und welche Verbindungen da zu Kennedy bestehen – ich weiß es nicht. Ich habe auch einen gewissen Verdacht, das muß ich auch sagen. (*Zuruf*: Brandt als erster Besucher!) Diese Verbindung würde dann wahrscheinlich hier über die Botschaft hergestellt. Ich weiß es nicht.

Aber der Brief von Herrn Brandt! An sich unerhört! Er schreibt den Brief an Kennedy, ohne daß wir davon wissen.³⁰ Herr von Brentano hat über unseren Botschafter Grewe in Washington Nachricht bekommen, daß dieser Brief geschrieben sei.

Von Brentano: „Es soll ein Brief von Brandt vorliegen.“

Adenauer: Das ist auch eine unmögliche Sache seitens der Amerikaner. Und jetzt – das darf ich wohl sagen – hat Herr Kollege von Brentano gehört, daß der Herr Brandt auch an Nehru³¹ einen Brief geschrieben habe.

Von Brentano: Nicht gehört! Am letzten Dienstag hatten wir die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Dort haben wir Herrn Brandt sehr hart kritisiert. Es wurde auch die Tatsache kritisiert, daß er den Brief geschrieben hat, ohne die Bundesregierung zu informieren, und daß er darin den Vorschlag gemacht hat, den Viermächtestatus durch einen Dreimächtestatus zu ersetzen. Ich möchte feststellen, daß kein Mensch im Ausschuß versucht hat, ihn zu verteidigen. Am Schluß der Sitzung kommt mein persönlicher Referent³² rein und bringt mir einen Brief vom 22. August des Senators Klein: „Im Auftrage des Regierenden Bürgermeisters übersende ich als Anlage Abschrift des Briefes, den Herr Brandt an den Ministerpräsidenten Nehru gerichtet hat.“ Dieser Brief war am 17. herausgegangen. Am 22. wird die Bundesregierung davon verständigt. Inzwischen hat Nehru Brandt schon geantwortet.

Adenauer: Brandt macht außenpolitisch einen Fehler nach dem anderen. Ich glaube, unsere Redner sollten ihm das vorhalten.

29 Über Brandts Namenswechsel vgl. Willy BRANDT: *Mein Weg nach Berlin*, München 1960 S. 227-231; DERS: *Draußen*. Hrsg. von Günter Struve, Berlin, Bonn 2. Aufl. 1976 S. 335.

30 Vgl. Anm. 20.

31 Jawaharlal Nehru (1889–1964), indischer Politiker; seit 1919 im Vorstand der Indischen Kongreßpartei (INC) (1923–1925, 1927–1929 Generalsekretär, 1929–1936 Präsident), 1947–1964 Ministerpräsident Indiens und Außenminister; führender Repräsentant der Blockfreien Staaten. – Brief vom 17. August 1961. Englische maschinenschriftliche Fassung in *AdsD Dep.* Willy Brandt, Berlin 1947–1966, Mappe 30.

32 Peter Limbourg (geb. 1915), 1955–1961 pers. Referent von Brentanos, 1969–1972 Botschafter in Athen, 1973–1980 in Brüssel.

Erstens sein Vorschlag mit der Konferenz der 52 Feindstaaten!³³ In Berlin hat mich der Vorsitzende der Handelskammer gefragt: Warum sind Sie denn dagegen? Darauf habe ich dann gesagt, ich möchte eine Frage stellen: Nach welchem Schlüssel soll da abgestimmt werden? Ich bekam zur Antwort: Jeder eine Stimme. (*Heiterkeit.*) Stellen Sie sich eine solch kapitale Dummheit vor. Da stehen wir als armer Sünder vor 52 Leuten, von denen jeder eine Stimme hat.

Herr Brandt hat dann den Rapacki-Plan wiederholt. Sofort hat Polen eingehakt.

Dann der Brief an Kennedy mit dem Dreier-Status für Berlin. Das hat Kennedy nun abgelehnt. Dann hat er noch eine Dummheit gemacht, die Kennedy auch abgelehnt hat, die UNO anzurufen.

Dann der Brief an Nehru mit dieser gloriosen Antwort von Nehru.

Ich kann ihm das natürlich nicht sagen; aber andere können ihm das sagen, meine Herren. (*Weber: Er tut so, als ob er Außenminister wäre!*)

Die Diskrepanz bei uns zur Realität – das war ein sehr richtiges Wort – ist sehr bedrückend. Der britische Botschafter³⁴, der gestern bei mir war und mir den Brief Macmillans überbrachte, sagte dasselbe. Er sagte, er verstehe nicht, was die Berliner Bevölkerung jetzt auf einmal mache. Vorher sei sie im siebten Himmel gewesen – diesen Ausdruck hat er allerdings nicht gebraucht –, und auf einmal reagiere sie so, wo es sich doch um Maßnahmen handele, die jeder ruhig Denkende jeden Tag hätte erwarten können, nicht müssen. Das macht auch mir etwas Sorge. Man kann nichts dagegen tun. Es zeigt sich doch, daß unser gesamtes deutsches Volk durch all das, was vorangegangen ist, in seinen Grundfesten erschüttert worden ist. (*Zuruf: Sehr richtig!*) Wir müssen daher um so mehr bis zum Wahltag darauf hinwirken, daß die ganzen Dinge unter großen Gesichtspunkten gesehen werden. Es kommt selbstverständlich auch Berlin zugute, wenn wir das Ganze unter großen Gesichtspunkten sehen.

Von Brentano: Meine Damen und Herren! In jeder Diskussion kann man das gleiche erleben – was ich übrigens auch im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages und des Bundesrates erlebt habe –, daß die Leute kommen und nach der Aktion verlangen. Wenn man die Gegenfrage stellt: „Welche? Ich wäre für Anregungen dankbar!“ – dann schweigt jeder. Wenn die Leute die langsame Reaktion kritisieren, dann versuche ich, ihnen klarzumachen, daß es eine Grotteske ist, den Stadtkommandanten in Berlin vorzuwerfen, daß sie 60 Stunden gewartet hätten. Sie werden bei jedem Menschen Verständnis dafür finden, daß es nicht die Aufgabe von drei Stadtkommandanten ist, etwa den Krieg zu erklären, sondern daß sie sich gefälligst zu verhalten haben, wie ihre Regierungen es ihnen sagen. Was hätten die Stadtkommandanten tun können? Hätten sie ihre Truppen vorrücken lassen sollen, um die Mauer abzubrechen und den ersten Schuß auszulösen?

33 Vgl. Nr. 21 Anm. 10. – Bericht über eine Pressekonferenz Brandts am 7. Juli 1961 in „Die Welt“ vom 8. Juli 1961; vertraulicher Vermerk über die Sitzung des Berliner Senats mit dem Bundeskanzler am 12. Juli 1961 in AdSD Dep. Willy Brandt, Berlin 1947–1966, Mappe 71; Brief Brandts an Nehru vom 17. August 1961 (vgl. Anm. 31).

34 Walter C. Dowling (vgl. Anm. 61).

Die Menschen draußen verstehen das dann auch. Nur die deutsche Presse versteht es nicht. So ist doch heute wieder in der „Welt“ zu lesen: „Möglicherweise fühlte sich Moskau durch die schwache Reaktion auf den 13. August zu weiterem Vorgehen ermuntert.“ Das ist heute noch in der „Welt“ zu lesen.

Adenauer: Herr Kraske bittet, daß die Herren Schröder, Barzel und Heck sich mit ihm zurückziehen, um einen Entwurf für einen Beschluß fertigzustellen.

Schröder: Ich würde Herrn Dufhues für mich vorschlagen.

Dufhues: Nein, Herr Schröder, Sie machen das ausgezeichnet.

Adenauer: Gehen Sie beide, dann wird es noch schöner.

Blank: Ich spreche aus der Erfahrung von gut einem Dutzend Versammlungen. Dabei habe ich natürlich immer zu Anfang, wie das von meinem Amt her verständlich ist, die innenpolitischen, besonders die wirtschaftlichen und sozialen Fragen behandelt. Das haben die Leute ganz nett aufgenommen. Aber etwa zu glauben, daß damit viel Seide zu spinnen sei, wäre ein Irrtum. Die SPD kann jedoch mit ihren Dingen auf diesem Gebiet auch keine Seide spinnen. In einem der rötesten Arbeiterdörfer, in Wattenscheid, brauchte ich nur den Katalog der SPD vorzulesen, und schon haben die ältesten Bergarbeiter vor Vergnügen gequitscht.³⁵ Darin sehe ich also keine Gefahr.

Die Ereignisse von Berlin haben jedoch insofern etwas nachteilig für uns gewirkt, als sie den Parolen der SPD entgegenkamen: „Wir sind doch eine Familie – gemeinsame Politik!“ Das ganze Emotionelle, die Tatsache, daß Brandt der Fernsehstar war, der Jung-Siegfried, das ist doch das Gefährliche. Dann diese dummen Redensarten von Herrn Zehrer³⁶, der Gut, Blut und Ehre einsetzen will. Wenn ich solche Töne lese, wird mir etwas merkwürdig.

Aber nun etwas von meinen Erfahrungen! Die Versammlungen, die ich abhalte, spielen sich vielfach so ab, daß es nicht nur eine reine Kundgebung ist, sondern daß auch eine Diskussion stattfindet. Daß man mich von der Parteileitung aus immer gern ein bißchen in Orte schickt, in denen es kompakte SPD-Mehrheiten gibt, ist bekannt und verständlich. Nun habe ich also folgendes erlebt: Ich habe das ganze Soziale im großen und ganzen beiseite gelassen; natürlich habe ich mit ein paar Worten auf die Erfolge hingewiesen. Hier war überhaupt kein Widerspruch festzustellen. Das nehmen die Leute alles an. Man darf also nicht glauben, daß man damit den Wahlkampf bestreiten könnte. Aber etwas anderes: Ich bin in die Geschichte mit der „gemeinsamen Politik“ hineingestiegen. Was heißt gemeinsame Politik? Ich sage dann immer: Kann man dadurch, daß man etwas Richtiges und etwas Falsches in einen Pott wirft, etwas Gemeinsames schaffen? Wie soll man feststellen, was richtig und was falsch war? Dann versuche ich, diese Dinge mit Zitaten zu belegen, die allen bekannt sind, die unseren Rednerdienst haben. Dabei kann ich auch vieles aus meinem eigenen Erleben beisteuern. Sie glauben gar nicht, wie es wirkt, wenn man

³⁵ Am 18. August 1961 sprach Blank auf einer Wahlkundgebung in Wattenscheid-Höntrop. Vgl. ACDP I-098-021.

³⁶ Vgl. „Die Welt“ vom 21. August 1961 („Sieben Tage“).

den Diskussionsrednern sagt: „Hier habe ich das Bundestagsprotokoll; damals hat selbst Herr Brandt dagegen gestimmt.“

Wenn diese Diskussionsredner auftreten, dann führe ich weiter folgendes an: Die Bundesregierung hat in der Erklärung vor dem Deutschen Bundestag gesagt, auch sie würde im Rahmen der NATO Maßnahmen zur Stärkung der militärischen Bereitschaft ergreifen und die Anstrengungen der Verbündeten unterstützen. Herr Johnson, der, wie die SPD glaubt, auf Verdienst des Herrn Willy Brandt nach Berlin gekommen ist, hat folgendes gesagt: Kennedy ist erst ein halbes Jahr an der Regierung, er hat schon so und soviel Milliarden mehr verlangt. Darauf frage ich dann: „Meine Herren von der SPD, sind Sie bereit, ist die SPD bereit, jetzt in diesem Wahlkampf dem deutschen Volk zu sagen, daß sie ebenfalls diese militärischen Anstrengungen a) materiell und b) auch personell unterstützen? Sind Sie bereit, vor dem deutschen Volk zu erklären, daß auch die Bundeswehr waffenmäßig so ausgestattet werden muß, wie es notwendig ist?“ Eisiges Schweigen! Keiner von den Leuten wagt jetzt, dazu ja zu sagen.

Ich habe den Eindruck gewonnen, wenn wir das auf diese Fragen zuspitzen und die SPD geradezu zwingen – vielleicht kann sie gar nicht ausweichen –, zu solchen Fragen Stellung zu nehmen, verliert sie an ihren alten Genossen so viel, daß das einige Prozentchen dann wieder kompensiert.

Adenauer: Ich darf einen Satz hinzufügen. Wir müssen sagen: „Wir wollen stark sein, um den Frieden zu gewinnen.“

Blank: Man muß es belegen. Wenn man sagt, seid ihr bereit, wenn es so käme, dann wagen die ältesten Genossen nicht, ja zu sagen. Sie sind sich ihrer Leute nicht sicher. Geht man ins Konkrete, dann können sie nicht ja sagen. Auf dem Punkt sollten wir sie stellen.

Von Brentano: Vielleicht kann der eine oder andere einmal darauf hinweisen, daß die Rede, die Herr Ollenhauer am 22. August im Bundestag gehalten hat, nicht identisch mit der war, die er verteilt hat.³⁷ In der Rede, die er gehalten hat, hat er davon gesprochen, daß die Verteidigungsanstrengungen verstärkt werden müssen. In dem Text, der an die Presse verteilt worden ist, sind diese Worte nicht zu finden. Im Bundestagsprotokoll soll es stehen, aber in der Presse darf es nicht stehen!

Adenauer: Wir wollen mal sehen, ob es im Bundestagsprotokoll steht.

Von Brentano: Da steht es wörtlich drin. In den Exemplaren, die an die Presse verteilt worden sind, ist davon kein Wort zu finden.

³⁷ Ollenhauers Rede im Bundestag war bereits am 18. August 1961. Druck Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9779–9781: „... Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion erwartet von der Bundesregierung, daß sie unverzüglich und nachdrücklich über die Stärkung der Verteidigungsnotwendigkeiten hinaus gemeinsam mit unseren Verbündeten alle Maßnahmen prüft und durchführt, die geeignet sind, dieses Ziel der Aufhebung des Gewaltaktes vom 13. August zu erreichen.“ – Druck der Rede für die Presse in „Die SPD-Fraktion teilt mit“ vom 18. August 1961: „... erwartet von der Bundesregierung, daß sie unverzüglich und nachdrücklich gemeinsam mit unseren Verbündeten alle Maßnahmen prüft und durchführt, ...“

Krone: Ich stimme völlig mit dem überein, was hier von verschiedenen Seiten gesagt worden ist. Ich würde meinen, wir sollten den Wahlkampf in der großen Linie so weiterführen, wie wir ihn angelegt haben. Wir müssen die Nuance Berlin in der Weise hineinbringen, daß wir sagen: Das ist eine Sorge für uns, eine Sorge um den Frieden; hier liegt ein erneuter Aufmarsch des Ostens gegen den Westen vor. Von daher ergibt sich die Bestätigung unserer Politik und die Notwendigkeit ihrer Fortsetzung. So sollten wir argumentieren.

Wir müssen darüber hinaus überlegen, wie wir in den kommenden 14 Tagen den heute noch sehr tief gehenden Eindruck kompensieren können, den das Fernsehen mit seinen Berichten über Johnson und Brandt hervorgerufen hat. (*Zuruf:* Richtig!) Er ist zum Teil durch den Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Berlin kompensiert worden. Nach der ersten Viertelstunde war ich erlöst, als ich sah, wie Berlin reagierte. Es war ein Arbeitstag, aber die Menschen standen an den Straßen. Da war mir klar, daß man den Kanzler auch in Berlin verstanden hat und ihm zustimmt. Für die Presse war es ein bißchen schwer, so schnell ganz umzuschalten. Sie stand immer noch unter dem Eindruck, den der Besuch Johnsons in Berlin hervorgerufen hatte. Der Eindruck war sehr, sehr groß und wirkt m.E. immer noch nach.

Für die Wahlkampfleitung ist die Frage nicht die, wie man die Reden anlegt; da sind wir uns einig. Es geht vielmehr darum, mit welchen Mitteln wir es fertigbringen, dieses Vakuum, das noch da ist, auszugleichen. Wir sollten da nicht allzu zuversichtlich sein und annehmen, daß das schon geschehen sei. Die Peripetie ist erreicht, wir sind aber noch nicht so weit, daß es schon wieder reicht. Wir haben noch keine Unterlagen von demoskopischen Instituten, sie kommen erst in den nächsten Tagen. Aber hier ist noch ein kritischer Punkt. Wir müssen uns diese Dinge sehr genau überlegen.

Von Herrn Kraske ist der Vorschlag gemacht worden, daß der Kanzler mit seinem Namen noch einmal ganz breit in die Öffentlichkeit gehen soll. Ich hatte zuerst überlegt, ob nicht auch die Regierung etwas sagen sollte; vom Kollegen Martin ist dieser Vorschlag mal gemacht worden. Dagegen gibt es Bedenken. Aber notwendig ist, daß wir noch einmal ganz klar und massiv unsere Haltung und Stellung herausstellen müssen. Das muß so sein, daß die Menschen in ihren Sorgen wirklich angesprochen werden. Ich glaube, daß diese Sorgen und diese Unruhen die Motive sind, die sich bei der Wahlentscheidung für uns am besten auswirken. Wenn wir diese Dinge aber zu leicht nehmen würden, würden wir der Situation wohl nicht gerecht werden.

Von Hassel: Meine Damen und Herren! Ich möchte versuchen, aus der Sicht eines Mannes, der sehr weit herumgekommen ist, ein paar Gedanken vorzutragen. Ich stimme Herrn Dr. Krone völlig zu, daß es für uns sehr schwer ist, den Eindruck zu überwinden, den der Auftritt von Brandt und Johnson vor dem Fernsehen hervorgerufen hat. Wenn man aber in den Wahlreden darauf aufmerksam macht, warum der Kanzler nicht mit Johnson zusammen gefahren ist, dann kapiert das alle. Ich wäre dankbar, wenn diese Frage in dieser Form auch in den Rundfunkreden erörtert würde, die in den zweiten Programmen auf der Länderebene

ausgestrahlt werden. Es ist übrigens kürzlich eine Sendung vom Kollegen Lücke gelaufen³⁸, die m.E. in einer ganz ausgezeichneten Form die großen Dinge der Politik mit seinem Wohnungsanliegen zusammenmischte. Das geschah in einer rhetorisch so ausgezeichneten Art, daß jeder genau kapierte, wie das eine in das andere hineingestellt werden muß.

Nach 25 Veranstaltungen, die ich jetzt nach dem 13. August gesehen habe, kann ich sagen, daß in der Zwischenzeit das Vertrauen bei unseren Leuten ganz erheblich gewachsen ist. Die Lethargie der ersten zwei, drei Tage ist sicher überwunden. Da gab es auch bei uns Leute, die sagten, wir müssen umschalten auf Frieden zwischen den Parteien, sie lehnten einen weiteren Wahlkampf ab. Hier ist jedoch darauf hinzuweisen, daß wir einmal unter dem Eindruck der Ungarn-Krise einen Kommunalwahlkampf eingestellt haben mit dem Erfolg, daß die Wahlen haushoch in die Scheunen der Sozialdemokraten gegangen sind. Darum ist auch sofort am Montag und Dienstag ein Fernschreiben an alle Landesverbände gegangen, in dem unsere Auffassung zur Fortsetzung des Wahlkampfes enthalten war. Seit Mittwoch und Donnerstag der vergangenen Woche habe ich niemand mehr gefunden, der nicht der Meinung war, daß der Wahlkampf jetzt mit aller Deutlichkeit wiederaufgenommen werden muß.

Ein Wort zu der berühmten Brandt-Fernsehübertragung – nicht mit Johnson – vom vergangenen Mittwoch vor dem Schöneberger Rathaus.³⁹ Ich bin von den verschiedensten Leuten quer durch die Bundesrepublik darauf angesprochen worden, daß der Betrachter dieser Fernsehsendung den Eindruck hatte, als würde er an die Zeit der Nazis erinnert. Diese Mittwoch-Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus ist nicht zugunsten von Brandt gelaufen, wohl die vom Sonntag⁴⁰, wo er zusammen mit Johnson auftrat.

Dann darf ich auf folgendes hinweisen; vielleicht ist das auch eine kleine Anregung für eine Wahlversammlung: Die Sozialdemokraten plakatieren landauf, landab ausschließlich einen Mann, nämlich Brandt. Es läßt sich geradezu großartig in den Versammlungen darlegen, daß wir die ganze Mannschaft plakatieren, während die SPD nur Willy Brandt zeigt. Offenbar will er sämtliche Ressorts besetzen, sonst ist bei ihnen niemand drin.

Aber die Plakatierung der FDP und der Sozialdemokraten ist ungleich intensiver, ich möchte sagen, sie ist gepflegter. Sie sind offenbar jede Nacht zugange, um nachzukleben und auszubessern, was Wind und Wetter und böse Buben beseitigt haben. Das wird alles jede Nacht in Ordnung gebracht. Ich bitte dringendst, daß sich jeder Landesvorsitzende der Plakatierung annimmt. Dabei ist nach meinem Dafürhalten

38 Nicht zu ermitteln.

39 Am 16. August hatten sich 250.000 Berliner zum Protest gegen die Abriegelung des Ostteils der Stadt vor dem Schöneberger Rathaus versammelt. Vgl. „Bonner Rundschau“ und „Die Welt“ vom 17. August 1961.

40 Am 20. August 1961. Vgl. FAZ, „Die Welt“ sowie „Bonner Rundschau“ vom 21. August 1961.

das Plakat vom Brandenburger Tor, das wir in diesen Tagen herausbringen, für uns hervorragend geeignet. Man sollte es stärker in den Vordergrund stellen.

Jetzt möchte ich aber zwei Fragen stellen. Ich habe bisher nicht geglaubt, daß zur DFU mehr Leute kämen als ein paar alte Kommunisten und einige wenige hoffnungslose Spinner. Ich bin aber sehr überrascht – ich habe kreuz und quer durch das Land eine ganze Portion Gespräche über die DFU hören können –, daß junge Menschen von dem Programm der DFU angesprochen werden. Das Programm spricht von Verhandlungen, lehnt Atomkriege ab usw. (*Weber*: Vor allem die Frauen werden davon angesprochen!) Ich frage deshalb einmal folgendes, weil ich diese Frage selber nicht ohne weiteres beantworten kann: Sollen wir jetzt herausgehen und die DFU als das entlarven, was sie ist? (*Zurufe*: Nein!) Dann macht man sie nämlich nur bekannt! Wenn man sie aber nicht anspricht, dann habe ich die Befürchtung, daß ein Teil derjenigen, die im Grunde genommen ein bißchen verwirrt sind, von ihr angezogen werden könnten; die notorischen Spinner und religiösen Schwärmer kriegen wir nicht weg. (*Zuruf*: Die DFU zieht Leute von der SPD weg, aber nicht von uns!) Verzeihung, ich habe zum Teil überraschende Dinge gesehen. Ich habe gesehen, daß junge Leute – es könnten Ihre und unsere Kinder sein – in der Richtung votieren. Wir sind in dieser zweischneidigen Situation. Die DFU – mein Fahrer nennt sie Die Freunde Ulbrichts – zieht damit das Volk auf ihre Seite. Ich wollte also diese paar Gedanken einmal vortragen.

Was ist mit der FDP? Die FDP führt einen ausgesprochen schlechten, einen innerlich, charakterlich schlechten Wahlkampf. Die Frage ist nur, wie es jetzt nach dem 13. August aussieht. Vorher war sie fraglos in mittelständischen Kreisen, bei Intellektuellen und bei den Bauern im Kommen. Wie ist es nun nach dem 13. August?

Ich möchte sagen, was Herr Mende über die Außenpolitik verzapft, ist geradezu grotesk. Was kann hier von uns aus gemacht werden, ohne die FDP noch kräftiger aufzuwerten? Wir haben bisher versucht, die Situation immer so darzustellen: Hier sind die einen, und dort sind die anderen; alles andere ist gleichgültig. Reicht das, oder muß man sich noch stärker mit der FDP auseinandersetzen?

Das sage ich vor allem aus einem Grunde. Herr Mende hat auf einer Pressekonferenz erklärt: „Mit der SPD – nein!“ Diese klare Erklärung „Mit der SPD – nein!“ bringt ihnen fraglos Chancen ein. Ich bin der Meinung, wir sollten genauso grob sagen: Solange die FDP sich so benimmt, solange sie diese Thesen vertritt, sagt die CDU: „Mit der FDP – nein!“ Aber ich wäre dankbar, wenn man sich zu diesen angeschnittenen Fragen äußerte.

Dufhues: Herr Krone hat die Frage aufgeworfen, wie wir die Werbewirkung auffangen können, die von der sehr umfassenden Fernsehsendung Brandt–Johnson ausgegangen ist. Darauf habe ich nur eine ganz klare Antwort: Herrn Brandt angreifen, (*Zuruf*: Sehr richtig!) nicht mit dem berühmten „alias“, sondern ihn als den ewigen Neinsager in allen großen Entscheidungen in der Außen- und Verteidigungspolitik herausstellen.

Krone: Damals waren es zehn Millionen Zuschauer. Sie erreichen in Ihren Versammlungen vielleicht 50.000 Leute!

Von Hassel: Das muß man dann auch im Rundfunk und im Fernsehen tun!

Dufhues: Da liegt unsere Aufgabe. Jeder unserer Redner hat die Aufgabe, nicht nur das Nein der SPD zu erwähnen, sondern immer zu sagen: „Diese Entscheidung der SPD und des Herrn Brandt“. Es kommt entscheidend darauf an, Herrn Brandt als Neinsager abzustempeln, und zwar in allen Presseartikeln und allen Reden und Veröffentlichungen von Rundfunk und Fernsehen. Das ewige Nein des Herrn Brandt muß ihn unglaubwürdig machen für die Führung der deutschen Außen- und Verteidigungspolitik. Das scheint mir entscheidend wichtig zu sein.

Herr Bundeskanzler, ich glaube, Sie sollten noch einmal unterstreichen, daß wir unseren Wahlkampf wesentlich vereinfachen müssen; wir dürfen ihn nicht zu akzentuiert führen. Man muß sich nicht mit jedem Argument auseinandersetzen, sondern man muß sich auf die Schwerpunkte konzentrieren.

DFU! Herr von Hassel, Ihre Ausführungen erinnern mich ein wenig an Überlegungen, die wir vor mehreren Jahren hinsichtlich der GVP des Herrn Heinemann angestellt haben. Auch damals herrschte große Unruhe. In vielen Versammlungen waren junge Leute für die GVP aufgetreten. Wir glaubten, die GVP würde ein großer Erfolg werden. Sie blieb unter einem Prozent. Nach meinem Dafürhalten hat die DFU nicht im entferntesten die Chance, die 5 % zu erreichen. Sie wird nach meinem Gefühl vielleicht 3 % erreichen.⁴¹ Wir sollten gegen die DFU nichts tun. Wir sollten sie nicht als kommunistisch verdächtigen, sondern wir sollten sie in Ruhe arbeiten lassen. Sie zieht einen großen Teil der unzufriedenen SPD-Leute ab. Das liegt durchaus in unserem Interesse. Deshalb sollten wir auf die DFU nicht eingehen. Ich sehe nicht die Gefahr, daß einige Abgeordnete für die DFU in den Bundestag einziehen und dort das Stimmenverhältnis beeinflussen.

Zur FDP! Ich wiederhole, was ich schon einmal angeregt habe. Die letzten Erklärungen des Herrn Mende geben uns durchaus die Möglichkeit, die FDP dahin zu verdächtigen, daß sie auch bereit ist, mit der SPD eine Koalition einzugehen. Herr Mende hat sogar die große Koalition verlangt. Mit diesem Argument haben wir seinerzeit die FDP in Nordrhein-Westfalen entscheidend geschwächt; wir haben sie von 25 auf 15 Mandate heruntergebracht. Dafür sind die Wähler sehr empfänglich. Wir sollten also sagen, daß die FDP durchaus bereit und gewillt ist, auch mit der SPD eine Koalition einzugehen.

Um das alles wirksam werden zu lassen, ist eine sehr viel intensivere Tätigkeit und eine viel bessere Vorbereitung der Versammlungen notwendig. Herr Fricke, was ich zum Teil in Niedersachsen erlebt habe, war keineswegs gut. (*Fricke:* Sagen Sie

41 Die DFU erreichte 1,8 % der Erst- und 1,9 % der Zweitstimmen. Vgl. FISCHER I S. 15f.

bitte Braunschweig⁴²!) Gut! Außerdem ist die Zusammenarbeit mit der Presse bei diesen Versammlungen nicht hinreichend vorbereitet. Die Versammlungen erhalten ihren Wert vor allem durch die Presseveröffentlichungen. Hier ist manches versäumt worden.

Wir sollten auch versuchen, die Parolen der SPD gegen sie selber zu kehren. Ich weiß nicht, ob Sie diese denkwürdige Schrift gelesen haben, die einige „Intellektuelle“ über die SPD anlässlich des Parteitages in Nürnberg verbreitet haben. Sie ist im Rowohlt-Verlag unter dem Titel erschienen: „Die Alternative oder brauchen wir eine neue Regierung?“ Dort schreibt z.B. ein Schriftsteller Enzensberger⁴³: „Sie“ – die Opposition – „biedert sich bei ihren Feinden an, sie ist zahm, sie apportiert und macht Männchen. Ein Anblick, zugegeben, der nicht eben erhaben, ein Anblick, der salzlos, langweilig, medioker ist.“⁴⁴ Trotzdem entscheidet er sich aber für die SPD! Warum bringen wir so etwas nicht vor unsere Wähler? Ein Schriftsteller, Peter Rühmkorf⁴⁵, schreibt in demselben Band: „Die“ – auch wieder die SPD – „ihre neuerlich vornehmste Aufgabe in der Selbstaufgabe sieht, ihre besten außen- und innenpolitischen Programmpunkte über Bord gehen ließ, die Flinte ins Korn warf, dafür bereits nach Atomwaffen fingert und allen Ernstes glaubt, das Wahlvolk werde es ihr lohnen und weltanschaulichen Wackelpeter als Götterspeise preisen.“

Mit solchen Äußerungen ihrer eigenen Veröffentlichungen sollten wir die SPD abwerten und sie lächerlich machen. Lächerlichmachen ist eine sehr gute Waffe. Unsere Presse- und Informationsdienste haben diese Waffe bisher ungenutzt gelassen.

Jochmus: Um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß sich augenblicklich nur die SPD für Berlin einsetzte, sollten auch wir etwas Praktisches tun, wozu ich zwei Anregungen geben möchte.

Die Berliner haben jetzt für die Benutzung der Berliner Verkehrsbetriebe mehr zu zahlen als vorher auf der S-Bahn. Ich habe heute morgen wegen dieses Problems schon mit Frau Berger⁴⁶ telefoniert. In der heutigen Ausgabe der „B.Z.“ hat gestanden⁴⁷,

42 In Braunschweig hatten sich die CDU-Bundestagsabgeordneten aus den Regierungsbezirken Hildesheim und Lüneburg sowie aus dem Land Braunschweig den Fragen der örtlichen Presse gestellt. Initiiert worden war dies durch den CDU-Landesvorsitzenden Dr. Otto Fricke. Vgl. „Niedersachsen Zeitung“ vom 31. August 1961.

43 Hans Magnus Enzensberger (geb. 1929), deutscher Schriftsteller; 1960–1961 Verlagslektor bei Suhrkamp in Frankfurt/M.

44 Zitat in Martin WALSER (Hrsg.): Die Alternative oder brauchen wir eine neue Regierung? Hamburg 1961 S. 66.

45 Peter Rühmkorf (geb. 1929), deutscher Schriftsteller; 1958–1964 und 1966–1967 Lektor bei Rowohlt, seit 1964 freier Schriftsteller. – Zitat in Martin WALSER (Anm. 44) S. 50.

46 Lieselotte Berger (1920–1989), 1958–1959 Referentin in der Landesgeschäftsstelle der Berliner CDU, 1959–1963 Referentin beim Bürgermeister von Berlin (Senatskanzlei; seit 1960 Persönliche Referentin), 1971–1989 MdB (CDU); 1987 Parl. Staatssekretär beim Bundeskanzler und Bevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin.

47 Wegen der Unterbrechung der S-Bahn-Verkehrs in Berlin durch die Absperrungsmaßnahmen an den Sektorengrenzen wurde das neue auf West-Berlin beschränkte geschlossene U-Bahn-

man habe ausgerechnet, daß die Bundesregierung 40 Millionen DM pro Jahr geben müßte, wenn man die Fahrten der Berliner Verkehrsbetriebe um 10 Pfennig verbilligen wollte. Könnte man das nicht tun, um den Berlinern so eine Unterstützung zu geben? Sie würden dadurch den Boykott der S-Bahn leichter aufrechterhalten können. Das wäre eine gute Sache.

Von dem Präsidenten der sowjetzonalen Reichsbahn, Arndt⁴⁸, ist gesagt worden, man solle mit diesem Boykott vorsichtig sein. Die Gleisanlagen der S-Bahn seien mit den Gleisanlagen für den Interzonenverkehr verknüpft. Frau Berger meint mit Recht, das treffe dann auch den Interzonenhandel; sie würden sich wohl hüten, auch den Interzonenhandel zu gefährden. Deshalb brauchte man darauf vielleicht nicht Rücksicht zu nehmen.

Die zweite Möglichkeit! Die Berliner Verkehrsbetriebe brauchen mehr Omnibusse, um den Verkehr bewältigen zu können. Von uns aus sollten entweder unsere Länder angeregt werden, welche zu stiften, oder man sollte an die Industrie herantreten. Auf diese Weise könnten Berlin vielleicht mehr Omnibusse zur Verfügung gestellt werden.

Wir hatten eigentlich auch vorschlagen wollen, schnellstens noch eine Vorstandssitzung der CDU in Berlin abzuhalten, nachdem die heutige dort nicht stattgefunden hat. Ich sehe aber ein, daß dadurch unter Umständen Ereignisse beschleunigt werden könnten, die wir nicht wünschen. Ich will deshalb diesen Vorschlag nicht so unbedingt aufrechterhalten. Aber die beiden anderen könnte man vielleicht doch erwägen.

Lorenz⁴⁹: Als Berliner möchte ich auch einige Worte sagen. Die Diskussion im Vorstand dreht sich im wesentlichen um die Frage der Weiterführung des Wahlkampfes. Das Hauptthema ist nicht die Besprechung der Lage, um daraus politische Folgerungen zu ziehen. Ich will jetzt nicht eine Fülle von Ausführungen darüber machen, was sich aus unserer Sicht aus dieser Situation ergibt. Ich nehme an, daß darüber in Kürze wohl noch einmal gesprochen werden muß. Ich will mich nur auf einige wenige Bemerkungen beschränken.

Ich darf zunächst einmal unseren ersten Vorsitzenden Bürgermeister Amrehn entschuldigen, der bei der derzeitigen Situation in Berlin, wo jede Stunde etwas Neues passiert, nicht in der Lage ist, Berlin zu verlassen.

Netz vorzeitig Ende August in Betrieb genommen. Die Gelder für den Bau hatte der Bund zur Verfügung gestellt. Vgl. „Der Tag“ vom 25. August 1961.

48 Otto Arndt (geb. 1920), 1951–1961 Vizepräsident der Reichsbahndirektion Dresden und Halle, 1961–1964 Präsident der Reichsbahndirektion Berlin, 1964–1970 Stellvertreter des Ministers für Verkehrswesen und erster Stellvertreter des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn, ab 1970 Minister für Verkehrswesen der DDR und Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn.

49 Dr. Peter Lorenz (1922–1987), 1946–1949 und ab 1958 im Vorstand der CDU Berlin, 1961–1965 und 1967–1969 stv. Landesvorsitzender, 1954–1976 und 1980–1987 MdA (CDU), 1975–1980 Präsident des Abgeordnetenhauses, 1976–1978 und 1980–1987 MdB, 1982–1987 Parl. Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

Ich glaube, es ist wichtig, daß Sie wissen, wie die Stimmung der Berliner und der Berliner CDU nach diesen Ereignissen ist. Der Einschnitt des 13. August hat die tiefste psychologische Wirkung hervorgerufen, die seit 1945 – einschließlich des 17. Juni – in Berlin hervorgerufen werden konnte, und zwar aus zwei Gründen. Die Berliner sind nun praktisch – was während der Berliner Blockade und nach dem 17. Juni nicht der Fall war – absolut voneinander getrennt. Die Familien können sich nicht mehr besuchen, sie können sich nicht mehr sehen, nicht mehr miteinander telefonieren, sondern höchstens noch schreiben. Es ist eine Fülle von persönlichen Katastrophen passiert, die den Leuten deutlich vor Augen geführt hat, daß sie in einer Art Gefängnis sitzen, in einer ganz deutlich belagerten Festung. Dieser Schock hat psychologische Reaktionen hervorgerufen.

Das Zweite ist die Tatsache, daß nicht sichtbar reagiert werden konnte, will ich mal sagen. In mancher Beziehung ist das den Berlinern doch unter die Haut gegangen; ich muß das so sagen. Das ist auch heute noch nicht beendet. Die Berliner haben – Herr Bundesminister Strauß kann vielleicht mit Recht sagen, fälschlicherweise oder illusionärerweise – nach den ganzen Garantieverprechungen und nach den Erklärungen, wie man für Berlin und zu Berlin stehe und was man vorbereite, bisher immer angenommen, daß es den Alliierten möglich wäre, den Status von vor zwei Wochen bis zu einer endgültigen Klärung der deutschen Frage im wesentlichen aufrechtzuerhalten. Durch diese Situation haben sie gesehen, daß das den Alliierten nicht möglich ist. Die Berliner nehmen nun an, daß die Alliierten auf so etwas nicht vorbereitet waren oder daß unter den Alliierten keine Einigkeit herrscht bzw. man in einem solchen Falle keine echten Gegenmaßnahmen treffen würde. Die Berliner sahen sich als von der ganzen Welt verlassen an. Die Flüchtlinge aus der Sowjetzone sind ja bisher nicht nur deshalb geflohen, weil sie Ulbrichts Machenschaften entgehen wollten oder die weiteren Konsequenzen von Chruschtschows Drohungen befürchteten. Sie haben mit der ungeheuren Steigerung der Flüchtlingszahlen ihr mangelndes Vertrauen in die Westmächte zum Ausdruck gebracht, das Tor offenzuhalten. Die haben das Vertrauen schon längst nicht mehr gehabt, während die Westberliner bis zum 13. August – vielleicht fälschlicherweise oder illusionärerweise – diese Vorstellung noch hatten.

Dieser Vertrauensschwund und die Tatsache des Auseinanderreißen der Familien hat zunächst zu einer sehr schlechten Stimmung geführt, die mit der Feststellung umrissen werden kann: „Wir sind von der Welt verlassen. Versprechungen nützen im Grunde genommen nichts. Wir können nicht auf uns allein gestellt weitermachen.“ Dazu kam dann, was in der westlichen Presse, insbesondere in der englischen Presse, geschrieben wurde. Man konnte dort fast eine Erleichterung darüber spüren: „Gott sei Dank, jetzt ist eine Mauer dazwischen. Irgendwelche wilden Geschichten zwischen den Deutschen können jetzt nicht mehr passieren. Die Kriegsgefahr ist beseitigt.“

Das wesentliche nationale Anliegen unseres Volkes ist damit mehr oder weniger für unabschbare Zeiten von unseren Verbündeten endgültig ad acta gelegt worden. Ich darf in diesem Zusammenhang auf einen Artikel verweisen, der in diesen

Tagen in der „Times“, glaube ich⁵⁰, stand. Darin wurde unter anderem gesagt, daß die westlichen Außenminister in absehbarer Zeit zusammenkommen würden und bestimmte Beschlüsse fassen müßten. Die westdeutsche Meinung solle das endgültige Verschwinden einiger der Illusionen mutig akzeptieren, die in den vergangenen Jahren sorgfältig genährt worden seien. Es folgen dann Bemerkungen bezüglich der Überwindung der Teilung Deutschlands. Alles das solle aber für unbestimmte Zeit akzeptiert werden. Zum Schluß meint man, daß man ein paar freundliche Gesten machen müßte.

Ich bitte, in diesem Zusammenhang eines nicht zu verkennen. Es mag sein, daß der Johnson-Besuch und die demonstrative Verlegung von 1.500 amerikanischen Soldaten nach Berlin faktisch an der Berliner Situation nichts geändert haben. Psychologisch waren sie für Berlin fast existentiell notwendig. Gefühle sind manchmal auch Realitäten. Der Johnson-Besuch und dieser Umzug der 1.500 amerikanischen Soldaten in Berlin haben einen Tiefpunkt der Stimmung in Berlin aufgefangen.

Geblieben ist ein gewisses, ich möchte nicht sagen Mißtrauen, aber doch mangelndes Vertrauen in mancher Beziehung, das man wiederherzustellen versuchen muß. Man hätte erwartet, daß eine gewisse Reaktion von seiten der Bundesregierung und der führenden Stellen des Bundes schneller erfolgte. Nun kann man darüber streiten, ob ein Erscheinen des Bundeskanzlers am Montag an der faktischen Situation etwas geändert hätte. Dort, wo die Berliner sich von den westlichen Schutzmächten im Stiche gelassen fühlten, erwarteten sie, daß in diese Lücke sozusagen die Bundesregierung hineinströmen würde und alles tun würde, um die Verbundenheit zu zeigen.

Nun will ich keine weiteren rückschauenden Betrachtungen anstellen. Ich meine jedoch, daß die Situation in Berlin noch nicht zu Ende ist. Es bedarf auch heute noch dringend des Zuspruchs und des dauernden Beweises der deutschen Zusammengehörigkeit. Das ist besonders deshalb notwendig, weil uns die Teilung doch immer wieder vor Augen führt, daß unser nationales Anliegen nicht zu verwirklichen ist; und dadurch werden tragische menschliche Konflikte und Situationen geschaffen.

Wir hätten es außerordentlich begrüßt, wenn diese Sitzung in Berlin hätte stattfinden können. Es sind einige Gegen Gründe angeführt worden. Wir würden es jedoch sehr begrüßen, wenn es doch noch möglich wäre, daß in nächster Zeit möglichst viele Repräsentanten unserer Partei und unseres Staates Gelegenheit nehmen würden, nach Berlin zu kommen. Das braucht nicht für lange Zeit zu sein. Es ist aber sehr instruktiv für jeden, der das noch nicht erlebt hat. Es sollte jeder einmal sehen und erleben, wie sich das praktisch auf die Menschen auswirkt. Damit helfen Sie den Berlinern, und Sie schaden nicht dem Wahlkampf. In dieser Situation wäre es ganz gut, wenn der deutschen Öffentlichkeit klar und deutlich gemacht würde, daß Berlin keine Domäne der SPD ist und daß Berlin nicht nur durch Herrn Brandt repräsentiert wird.

⁵⁰ In der „Times“ zwischen dem 19. und 25. August nicht eindeutig nachweisbar.

Die Berliner CDU hat sich der allgemeinen Enttäuschung der Masse der Berliner angeschlossen. Wir haben morgen eine Sitzung, von der wir hoffen, daß möglichst viele Bundestagsabgeordnete dabei sind, wo wir eine Aussprache über diese Fragen herbeiführen wollen. Ich kann nur dringend bitten, folgendes zu berücksichtigen: Die Berliner sehen das, was nach dem 13. August gekommen ist, als eine ernsthafte nationale Tragödie an, die sie persönlich in höchstem Maße betrifft. Helfen Sie mit uns gemeinsam, diesen Eindruck in Berlin zu überwinden und den Eindruck zu vermitteln, daß nur eine gemeinsame Politik und ein gemeinsames Zusammenstehen aus dieser Situation herausführen können.

Von Brentano: Ich möchte nur ein paar Worte antworten. Wir haben selbstverständlich Verständnis für eine Reaktion der Sorge und der Angst. Ich habe auch Verständnis dafür, daß man in Berlin ein wenig ungeduldig war.

Ich möchte jedoch – ich bitte, nicht mißverstanden zu werden – auch unsere Freunde von der CDU in Berlin bitten, sich nicht völlig in das Fahrwasser von Brandt zu begeben. Ich glaube, die CDU in Berlin hat etwas gutzumachen. Sie zitieren einen Artikel aus der „Times“. Sie meinen, daß, wenn irgendwo in einer Zeitung der Welt etwas steht, was mit unseren Vorstellungen nicht übereinstimmt, man die Verbündeten anklagen müßte. Haben Sie den Eindruck, daß die deutschen Zeitungen immer die Regierungspolitik vertreten haben?

Warum sage ich denn das? Das, was in der „Times“ steht, ist weniger, als der Deutschlandplan gewollt hat, der die Billigung von Brandt gefunden hat. Warum läßt man zu, daß Brandt im Bundestag nach der Erklärung des Bundeskanzlers eine Rede hält, die an Infamie und Frechheit nicht übertroffen werden kann?⁵¹ Warum wehrt sich die CDU in Berlin nicht dagegen? Warum verlangt sie nicht, daß in einer solchen Erklärung auch das erwähnt wird, was die Bundesregierung zwölf Jahre lang für Berlin getan hat, wodurch Berlin heute noch so dasteht? Warum wehrt sich die CDU in Berlin nicht dagegen, daß Brandt in Berlin drei, vier Reden vor Johnson gehalten hat, in denen das Wort „Bundesregierung“ überhaupt nicht vorkam? Ist es nicht eine Unverschämtheit, vor der Weltöffentlichkeit zu behaupten, die Freundschaft zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volk sei in Berlin geschlossen worden? Sie ist geschlossen worden durch die Politik des Bundeskanzlers, die die Partei des Herrn Brandt und er selber bis vor einem Jahr leidenschaftlich bekämpften.

Ich habe diese Dinge in jeder Versammlung gesagt, und ich scheue mich nicht, jeden Tag aggressiver zu werden. Es geht nicht an, daß wir uns in einer falschen Loyalität gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Berlin die Sicht vernebeln lassen. Auch in Berlin sollte man sichtbar unterscheiden zwischen dem Regierenden Bürgermeister und dem SPD-Kandidaten Willy Brandt, der zwölf Jahre lang die Politik zu verhindern suchte, die er heute beschwört. Man sollte Herrn Brandt sagen, daß es einfach eine Lüge ist, wenn er sich heute hinstellt und klatscht, wenn 1.500 Amerikaner einmarschieren. Hat er nicht alles dagegen getan, hat er nicht selber noch

51 18. August 1961 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9773–9777).

erklärt, wir müssen aus der NATO raus, die Wehrpflicht wird abgeschafft, und dann ist es aus mit dem Bündnis? Hat er sich nicht mit seiner Partei für eine Neutralisierung Deutschlands ausgesprochen? Hat er nicht selber den Deutschlandplan vertreten? Ist es nicht ein Schwindel, was die Leute sich heute noch leisten? Da tritt Herr Behrisch⁵² im Bundestag auf, und dann kommt Herr Neubauer⁵³ und beschimpft Herrn Behrisch, weil er jetzt der Deutschen Friedens-Union angehört. Als Herr Behrisch noch der SPD angehörte und die erschreckenden Ereignisse von Ungarn verteidigte, hat die SPD fein säuberlich geschwiegen.

Ich glaube, wir müssen in diesen Dingen etwas aggressiver werden. Es darf nicht so sein, daß das Wort „Berlin“ ein Tabu wird und daß auf diese Weise verhindert wird, daß wir uns in eine politische Auseinandersetzung mit Herrn Brandt begeben. Brandt tritt hier nicht als Regierender Bürgermeister auf, sondern er wird von der SPD als der Kandidat herausgestellt, den man als Bundeskanzler präsentieren will. Deshalb können wir ihn nicht als Berliner Bürgermeister schonen, sondern wir müssen ihn als politischen Gegner angreifen.

Meyers: Zur DFU nur einige Worte! Ich würde meinen, eine derartige Partei sollten wir in unseren Erörterungen nicht erwähnen. Wir müssen dabei auch folgendes bedenken: Sie ist die größte Sorge der SPD. Das geht so weit, daß in einer Hochburg der SPD wie in Bielefeld, wo ich vorgestern war, in der vorigen Woche eine SPD-Versammlung in eine Wahlkundgebung umorganisiert werden mußte, weil die SPD massive Angriffe der DFU zu befürchten hatte. Ich habe gerade gestern einen Anruf bekommen, wo gefragt wurde, warum der Innenminister die DFU nicht verbiete. Das tut dieselbe SPD, die uns angriff, als wir Frau Riemeck⁵⁴ ihres Postens enthoben haben. Wir sollten hier genauso verfahren wie damals mit der Partei von Herrn Heinemann. Ich persönlich glaube, daß die DFU 3,5 bis 4 % bekommt. Das ist wahltechnisch gesehen nur erfreulich.

Nun noch etwas zu dem Problem Berlin! Ich wollte dem Vorstand einmal die Frage vorlegen, die an mich herangetragen worden ist: Soll die letzte Bundesrats Sitzung am 8. September in Berlin stattfinden oder nicht? Ich habe mit dem Herrn Bundeskanzler darüber schon nach der Bundestagssitzung gesprochen. Ich wollte aber diese Frage, weil sie für die ganze Entwicklung der Lage eine Bedeutung haben kann, noch einmal dem Vorstand vorgelegt haben und die Entscheidung nicht von mir aus treffen.

52 Arno Behrisch (1913–1989), 1946–1949 MdL Bayern (SPD), 1949–1961 MdB (Februar 1961 Parteiaustritt, dann als Mitglied der DFU fraktionslos).

53 Kurt Neubauer (geb. 1922), 1952–1963 MdB (SPD), 1963 Senator für Jugend und Sport des Landes Berlin, 1967–1977 MdA.

54 Dr. Renate Riemeck (geb. 1920), Juli 1960 Entlassung aus der Prüfungskommission für die von ihr ausgebildeten Lehramtsanwärter, 1960 erste Vorsitzende des deutschen Zweigs der Internationale der Kriegsdienstgegner, 1960/1961 Mitbegründerin und 1961–1964 Direktoriumsmitglied der Deutschen Friedens-Union (DFU).

Johnen: Der Senator für Jugend und Sport in Berlin⁵⁵ hat alle Landtage angeschrieben, die Jugendausschüsse der Landtage nach Berlin zu schicken. Die Landtage von München und Stuttgart haben mich gebeten, heute diese Frage aufzuwerfen und gleichzeitig zu überlegen zu geben, ob es unter Berücksichtigung der auswärtigen Politik richtig ist, daß alle Landtagspräsidenten zusammen oder einzeln ostentativ nach Berlin fahren. Unter Berücksichtigung dessen, was Herr Strauß gesagt hat, ist das zu verneinen. Kollege Lorenz fordert uns nun auf, im Interesse der CDU doch nach Berlin zu kommen. Die Gewerkschaften haben auf die SPD-Landtagskollegen eingewirkt, dafür zu sorgen, daß eine Fahrt der Präsidenten und aller Fraktionsvorsitzenden nach Berlin stattfinden soll. Ich bin gebeten worden, hier zu klären, ob wir es im Sinne der Politik des Herrn Bundeskanzlers für richtig halten, einer solchen Fahrt näherzutreten.

Adenauer: Ich möchte dazu einige Worte sagen. Nehmen Sie bitte eine Karte von Deutschland und sehen Sie sich darauf bitte einmal an, wie Berlin von allen Seiten von der Zone umschlossen wird, die von der SED und den Russen beherrscht wird. Machen Sie sich einmal in aller Ruhe klar, daß jede Abschnürung Berlins von uns den Untergang Berlins bedeutet. Sie müssen sich völlig darüber im klaren sein, daß, wenn die Abschnürung kommt, der Auszug aus Berlin, der Auszug der Wirtschaft aus Berlin losgeht.

Die Berliner Wirtschaft macht mir überhaupt die größten Sorgen, nicht wegen des Mangels an Aufträgen, sondern wegen des Mangels an Arbeitskräften. Der Berliner Senat nimmt diese Sache nach meiner Meinung viel zu leicht. Ich habe in der Senatssitzung die Rede darauf gebracht.⁵⁶ Man hört dies und man hört jenes. Ich habe Herrn Brandt und Herrn Amrehn dringendst gebeten, dieser Frage die größte Bedeutung beizumessen. Berlin hat durch diese Abschnürung 62.000 Arbeitskräfte verloren. Wie soll Berlin die ersetzen? Ich glaube nicht – im Senat wurde diese Meinung geäußert –, daß man so leicht Arbeiter aus der Bundesrepublik nach Berlin bekommt. Man hat auch davon gesprochen, man wolle ausländische Arbeiter bekommen. Auch da glaube ich nicht an den Erfolg.

Was folgt daraus? Daraus folgt, daß man die Berlin-Sache nicht hochspielen soll. Betrachten Sie das bitte nicht als Feigheit oder als mangelndes Nationalgefühl, sondern sehen Sie das unter dem Gesichtspunkt der Sorge um Berlin an; die bewegt mich.

Ich habe auch bei dem, was die Amerikaner getan haben, das Gefühl – das Gefühl scheint jetzt auch in Washington zu sein –, daß man etwas zu weit gegangen ist. Die Russen – machen wir uns das doch klar – haben Berlin in der Hand, sie umgeben Berlin von allen Seiten. Lassen wir sie nicht provozieren. Sie sind nun mal am stärkeren Hebel, daran ist gar nicht zu zweifeln. Sie sind viel rücksichtsloser, und

55 Ella Kay (1895–1988), 1955–1962 Berliner Senatorin für Jugend und Sport, 1958–1968 MdA (SPD).

56 Adenauer nahm am 22. August 1961 an einer Sondersitzung des Berliner Senats teil (TERMINKALENDER).

das Bündnis von Demokratien funktioniert naturgemäß sehr viel langsamer und sehr viel schlechter als der Wille eines Diktators. Sie, meine Damen und Herren, müssen sehen, wie die Lage von Berlin wirklich ist. Deshalb bin ich auch nicht dafür, daß der Bundesrat jetzt nach Berlin geht. (Weber: Ich auch nicht!)

Nehmen Sie die letzte Note, die gestern gekommen ist⁵⁷, wo doch behauptet wird, der freie Luftverkehr nach Berlin werde nur dazu benutzt, um dort Unruhe usw. zu schaffen. Warum sollen wir das dann noch tun? Lassen wir lieber den Berlinern z.B. durch das helfen, was Frau Jochmus gesagt hat. Wir haben das alles schon erwogen. Herr Krone wollte gleich mit den Herren aus Berlin über diese Frage sprechen, damit wir den Arbeitern durch besondere Zahlungen bei ihren Wochenkarten Erleichterungen verschaffen können. Lassen Sie uns also an solche Sachen denken.

Denken Sie, meine Freunde aus Berlin, doch bitte daran, daß die eigentliche Prüfung für West-Berlin und damit auch für uns noch kommt und daß wir unsere Nerven nicht vorzeitig strapazieren wollen. Nehmen Sie bitte von mir folgendes an – ich bin doch jetzt zwölf Jahre hier letzten Endes verantwortlich: In all den Dingen ist die Frage der Nerven entscheidend und nicht die Frage des Gefühls. Sein Gefühl muß man in der Politik zurücktreten lassen, wenn es nötig ist, und man muß seinen Verstand fragen. Das ist doch das Wichtigste, meine lieben Freunde aus Berlin.

Was Herrn Brandt angeht, so möchte ich folgendes sagen: Ich war in der Senatssitzung. Er hat da eine Rede gehalten, nicht irgendwie mich oder sonstwen angegriffen. Aber in der ganzen Rede war nicht so viel von realen Vorschlägen drin. Gar nichts! Worte, Worte, die mit tönender Stimme wie von einem Prophet vorgetragen worden sind. Ich habe Herrn Amrehn auf die wirtschaftliche Lage hin angesprochen. Herr Brandt versteht ja leider von den wirtschaftlichen Fragen gar nichts. Ich bitte auch Sie, meine Herren von Berlin, denken Sie an die wirtschaftlichen Fragen. Die Aufträge kommen herein, aber die Wirtschaft muß Arbeitskräfte haben und Rationalisierungsmaßnahmen treffen. Das ist jetzt das Wesentliche.

Ich habe im Senat gefragt: Wie viele Leute aus dem Ostsektor von Berlin sind bei Siemens und wie viele bei AEG beschäftigt? Es wurde mir gesagt, bei jedem der beiden Konzerne etwa 4.000 Mann; aber man hoffe, daß man durch Rationalisierungsmaßnahmen diese 4.000 Mann einsparen könne. Gott gebe seinen Segen dazu. Das ist nicht so leicht, selbst wenn die Rationalisierung bisher zurückgeblieben ist. Eine Rationalisierung, um 4.000 Arbeitskräfte zu sparen, ist eine sehr komplizierte Sache, die sehr genau überlegt werden muß und nicht von heute auf morgen dasteht.

Das allerschlimmste wäre, wenn Berlin langsam anfinde, wirtschaftlich auszubluten. Darauf müssen wir uns konzentrieren. Zweitens müssen wir – damit komme ich auf das zurück, was Herr Johnen und Herr Meyers gesagt haben – dafür sorgen,

⁵⁷ Druck der gleichlautenden Sowjetnote an die drei Westmächte vom 23. August 1961 in BULLETIN vom 26. August 1961 S. 1531.

daß den Russen gar keine Handhabe geboten wird, noch weitere Maßnahmen zu treffen, die sie jederzeit treffen können.

Wenn es wirklich zum Krieg kommt, dann wird Berlin das erste Opfer dieses Krieges werden. Mir läuft es bei dem Gedanken an einen Krieg wirklich den Rücken runter, weil ich daran denke, daß das erste Opfer des Krieges Berlin sein wird, und dann wird Deutschland folgen. Wenn Berlin und Deutschland aus der Welt sind – betrachten Sie das, was ich jetzt sage, nicht als ein Mißtrauen gegenüber unseren Verbündeten –, dann ist eines der Hauptstreitobjekte zwischen dem Westen und dem Osten aus der Welt, und dann ist eine Einigung zwischen Ost und West vielleicht möglicher als jetzt. Aber, Berlin ist weg, Deutschland – einschließlich der Zone – ist weg, alles ist weg.

Darum meine herzliche Bitte an Sie: Betrachten Sie alles das, was ich gesagt habe, unter dem Gesichtspunkt, mit heißem Herzen, aber mit kühlem Kopf. Die Lage Berlins ist so gefährdet, daß der Kopf nicht kühl genug sein kann.

Strauß: Zur DFU! Ich glaube, man muß die Dinge in größerem Zusammenhang sehen. Die DFU erfüllt eine heilsame Funktion; ich verschweige sie nicht. Ich sage, die Parolen der DFU von 1961 sind die Parolen der SPD von 1957. Der SPD-Wähler von 1957 muß sich 1961 als zum Narren gehalten vorkommen, wenn er hört und sieht, daß die Parolen der Partei, die er 1957 gewählt hat, im Jahre 1961 nach Meinung der SPD durch ein Verbot der DFU beseitigt werden sollen.

In dem Zusammenhang meine ich, daß die DFU den Gesundungsprozeß zu einer vernünftigeren Entwicklung der Sozialdemokratie einleiten könnte, indem die DFU das darstellt, was früher die USP⁵⁸ war. So kommt es vielleicht zu einer inneren Klärung in der Sozialdemokratie. Nach dem ganzen Wahlrummel scheiden sich dann vielleicht die, mit denen man wenigstens vernünftig sprechen und möglicherweise auch zusammenarbeiten kann, von denen, mit denen man aufgrund ihrer radikalen pazifistischen und linksextremen Einstellung einfach nicht sprechen kann.

Adenauer: Ich habe dieser Tage ein Wort von Carlo Schmid gelesen, der vor einigen Jahren einmal gesagt hat: „Ziehen wir nicht so über die SED her; denken wir daran, daß da auch deutsche Patrioten sind.“⁵⁹

Strauß: Die DFU vertritt 1961 die Parolen, die die SPD 1957 aufgestellt hat. Die SPD versucht 1961, die Wähler zu täuschen. Um die Spuren zu verwischen, schreit die SPD nach einem Verbot der DFU. Man müßte der Öffentlichkeit einmal klarlegen, daß die SPD – reprojiiziert auf 1957 – damit eigentlich ihr Selbstverbot beantragt.

Noch ein Wort zu Berlin! Ich bin nach wie vor sehr unglücklich darüber, daß Johnson zusammen mit der Ankunft der 1.500 Mann amerikanischer Truppen dazu beigetragen hat, das Berlin-Problem zum Hauptthema des Wahlkampfes zu machen,

⁵⁸ Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), die 1949/1950 in West-Berlin entstand als Versuch, neben SPD und KPD eine von den Besatzungsmächten unabhängige sozialistische Bewegung zu sein. Vgl. Stöss 2 S. 2361–2380.

⁵⁹ Am 8. August 1961 (AdG 1961 S. 9276).

und zwar im Sinne einer einseitigen Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei. Darauf bauen nun Herr Brandt und die SPD ihren ganzen Wahlkampf auf.

Ich bin sachlich auch der Meinung, daß der Herr Bundeskanzler mit seiner Anwesenheit in Berlin nicht viel ausgerichtet hätte. Im Gegenteil! Ich bin aber politisch der Meinung, daß er mit Johnson hätte hingehen sollen und daß das amerikanische Veto gegen seinen Besuch mit Johnson an sich eine Impertinenz darstellt. Wenn sich Herr Johnson mit Herrn Brandt hinstellt, dann hat der deutsche Bundeskanzler mehr Recht, sich mit Johnson hinzustellen. Darüber gibt es für mich keinen Zweifel.

In der letzten Sitzung des NATO-Rates⁶⁰ hat Norstad klar und offen erklärt, daß er vor der Durchführung der militärischen Sondermaßnahmen durch die Hauptverbündeten nicht in der Lage sei, die geringste Aktion auch nur zu riskieren. Er hat herausgestellt, daß er nicht in der Lage sei, seine Verteidigungsaufgabe zu erfüllen, solange er nur über die gegenwärtige militärische Stärke verfüge. Dabei hat er hinzugefügt, daß der militärische Aufbau beschleunigt werden müsse. Der kleinste Schritt könnte zu einer Aktion führen, der wir nicht gewachsen wären. Die NATO rechnet mit einer Zuspitzung des Konfliktes um das Jahresende herum. Wir haben allen Grund zu befürchten, daß die Zuspitzung des Konfliktes kommen wird. Der Westen baut seine militärischen Maßnahmen nur sehr behutsam auf, um an den Verhandlungstisch zu kommen und um Verhandlungen nicht den Weg zu verbauen. Wenn die gegenwärtige Stärke und die Stärke der nächsten Monate nicht ausreichen, auch nur kleinste Aktionen zu riskieren, bleibt uns nichts anderes übrig, als auf Zeitgewinn zu spielen und den Sowjets jeden Vorwand zu nehmen, die Krise zu beschleunigen. Ich könnte mehr dazu sagen, aber ich glaube, der Charakter der Nachrichten ist so.

Noch ein Wort zu den USA! Eigentlich müßten die USA jetzt eine Wiedergutmachung für uns im Wahlkampf leisten. Die amerikanische Regierung müßte etwas tun: eine Äußerung oder eine Dokumentation vorlegen, aus der hervorgeht, daß die Politik der Bundesregierung das deutsch-amerikanische Bündnis begründet hat und daß sie infolge dieses Bündnisses zu den Verpflichtungen für Berlin stehen. Wenn Johnson schon Brandt die Möglichkeit gegeben hat, sechs Stunden am Fernsehen vor zehn Millionen Menschen Wahlkampf zu machen – unter dem Vorwand Berlin –, dann bricht den Amerikanern keine Perle aus der Krone, wenn sie vor den Wahlen, noch völlig unabhängig vom Wahlkampf, politisch unparteiisch in einer feierlichen Erklärung zum Ausdruck bringen, daß die gemeinsame Politik die gemeinsame Sicherheit begründet. Daß wäre jetzt nicht zuviel verlangt, Herr Bundeskanzler. Da soll auch Herr Dowling⁶¹ mal antreten, dem ich ohnehin von Tag zu Tag weniger traue. Dazu sollten sich auch die Herren in Washington einmal bereit erklären.

⁶⁰ Nicht ermittelt.

⁶¹ Walter C. Dowling (1905-1977), 1959–1963 amerikanischer Botschafter in Bonn. Vgl. Nr. 11 Anm. 73.

Weber: Ein Wort über die Frauen! Ich habe die Erfahrung gemacht, daß man die Frauen am besten im sogenannten vopolitischen oder vorparlamentarischen Raum erfaßt. In den CDU-Versammlungen haben Sie vielleicht 80 oder 100 Frauen; in den vorparlamentarischen Veranstaltungen können Sie bis zu 1.000 Frauen ansprechen. Man sollte gerade versuchen, über die Frauen auch die Männer mit zu beeinflussen. Vor ein paar Tagen hatten wir in Hildesheim eine Versammlung⁶², wie sie selbst der Bischof nicht gehabt hat. Hier ist vieles gesagt worden, um die Frauen aufzuwecken und aufzurütteln.

Zweitens bitte ich sehr darum – bestimmte Kreise kommen dafür in Frage –, daß man etwas ganz Besonderes für die Flüchtlinge tut. Es ist auch wichtig, deren Stimmung kennenzulernen. Es ist bedauerlich, daß wir nicht so schnell in der Lage sind, für die Flüchtlinge das zu tun, was eigentlich notwendig ist.

Gratl: Entschuldigen Sie, ich sehe, daß Herr von Brentano weggeht. Ich wollte etwas zu dem sagen, was er über Berlin und die Berliner Partei ausgeführt hat. Ich möchte das aber nicht tun, wenn er weg ist. Ich wäre dankbar, wenn ich dazu noch die Möglichkeit hätte.

Adenauer: Sind Sie fertig, Frau Weber? – Dann kommt jetzt Herr Gratl.

Gratl: Herr von Brentano, Sie haben vorhin gesagt, die Berliner CDU solle sich nicht so sehr im Fahrwasser von Brandt halten. Ich verstehe durchaus, daß Sie über manches verbittert sind. Aber das hätten Sie nicht sagen dürfen.

Wir haben uns in den vergangenen Monaten in einer Härte, die nicht nur einmal, sondern etwa ein halbes dutzendmal die Koalitionsprobe in Berlin gebracht hat, mit Herrn Brandt auseinandergesetzt. Wir sind in Berlin soweit, daß Herr Brandt und die SPD nicht mehr die Position haben, die sie einmal gehabt haben. Wir hatten guten Grund anzunehmen, daß wir aufgrund dieser Parteipolitik, die wir in Berlin betrieben haben, bei den nächsten Wahlen in Berlin die echte Chance haben, dort die Mehrheit zu bekommen. So haben wir uns in Berlin von Herrn Brandt distanziert. Daß das angesichts der Situation, die vor uns war, nicht ganz leicht war, können Sie sich denken.

Das politische Risiko und der Einsatz, den die CDU dort erbracht hat, hat sich bewährt. Sie haben doch gesehen, daß trotz der Feindlichkeit der Presse in der Bundesrepublik und auch mancher Blätter in Berlin der Bundeskanzler, als er nach Berlin kam, in keiner Weise zu spüren bekommen hat, daß die Berliner Bevölkerung gegen ihn beeinflußt gewesen ist. Das geht auf die Arbeit und die Haltung der Berliner CDU zurück.

Sie haben dann gesagt – wohlgermerkt, ich verstehe Ihre persönliche Bitterkeit –, wir hätten uns beim Johnson-Besuch in Berlin von der Art des Auftretens des Herrn Brandt distanzieren sollen.

Von Brentano: Das habe ich nicht gesagt!

⁶² CDU-Wahlkundgebung am 23. August 1961. Vgl. „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“ vom 23. und 24. August 1961.

Gratl: Sie haben es nicht wörtlich so gesagt. Aber Sie haben ausgeführt, wir hätten Einspruch dagegen erheben müssen, daß Brandt immer nur von sich und nicht von der Bundesregierung gesprochen hat.

Von Brentano: Das habe ich gesagt! Haben Sie das am nächsten Tag getan?

Gratl: Selbstverständlich! Wir haben diese Auseinandersetzung laufend geführt. Aber wenn wir in dieser Situation, in den 48 Stunden des Johnson-Besuches, irgend etwas getan hätten, (*von Brentano:* Davon spricht doch niemand!) auch hinter den Kulissen, wäre das nicht geheim geblieben, und man hätte uns von der Berliner Bevölkerung und der gesamten Berliner Presse gesagt: Das ist ein kleinkariertes Parteiverhalten, dafür haben wir kein Verständnis.

Sie müssen, wenn Sie ein solches Urteil über die Berliner CDU aussprechen, sich vor Augen halten, daß die Hauptschwierigkeit in der psychologischen und politischen Situation besteht, in der wir uns jetzt in Berlin befinden.

Nun ein Wort zu dem, was geschehen ist, damit wir für die Zukunft daraus lernen. Ich glaube, daß wir in der Woche nach dem 13. August ein psychologisches Unglück gehabt haben. Ich will gar nicht danach fragen, wo die Verantwortung dafür liegt; vielleicht war es nicht zu verhindern. Aber über eines müssen Sie sich bei aller Rücksicht darauf, daß man nicht provozieren sollte, im klaren sein. Es ist in dieser Situation wichtig, daß der Mann, der in erster Linie die deutsche Politik auch vor unserem Volk repräsentiert, sich möglichst schnell an der Gefahrenstelle zeigt. Das muß nicht lange sein, aber es gehört dazu. Sie dürfen die psychologischen Wirkungen, die davon ausgehen, ob man das tut oder nicht, nicht unterschätzen. Wir haben in dieser Beziehung in den letzten acht Tagen Erfahrungen sammeln können und gemerkt, was es bedeutet, wenn darauf nicht genügend Rücksicht genommen wird. Ich habe mit Absicht das Wort vom „psychologischen Unglück“ gebraucht.

Wie wir nach draußen zu reden haben, wissen wir alle. Aber es ist gut, wenn wir hier die verschiedenen Perspektiven dieser Dinge sehen und ansprechen. Sie sollten nicht vergessen, daß in den vergangenen Monaten, als die Berlin-Krise sich bereits wieder anheizte, lange Zeit in der deutschen Öffentlichkeit die Überzeugung bestärkt worden ist: Wir und der Westen sind auf alles vorbereitet. Sicher war es falsch, wenn die Leute den einfachen Schluß gezogen haben, wenn die das tun, dann kommt hier eine prompte Antwort. Sie kam nicht. Ich weiß genau, wie das mit den Stadtkommandanten gewesen ist. Aber so etwas, wie wir diesmal erleben mußten, darf nicht mehr passieren: die 60stündige Verzögerung des ersten Schrittes. Die Überreichung eines Stückes Papier durch die Stadtkommandanten hat 60 Stunden gedauert. Da können Sie sich nicht wundern, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, daß hier etwas nicht in Ordnung ist.

Adenauer: Herr Gratl, wissen Sie, daß es den Kommandanten verboten ist, irgend etwas ohne Genehmigung ihrer Regierung zu tun?

Gratl: Ja, Herr Bundeskanzler. Aber wenn man weiß, was gesagt worden ist – man sei auf alles vorbereitet –, dann kann man es der Bevölkerung nicht übelnehmen, wenn sie nachher erstaunt ist und ihre eigenen Schlüsse zieht.

Meine persönliche Meinung: Ich habe neulich selber gesagt, es ist kein Schaden gewesen, daß die deutsche Öffentlichkeit im ersten Schock so reagiert hat, wie sie es getan hat. Ich wette darum, die Antwort der Alliierten auf die Bedrohung der Luftkorridore wäre nicht so prompt und nicht so hart erfolgt⁶³, wenn man nicht an dem Beispiel vorher gesehen hätte, was in Deutschland psychologisch auf dem Spiel steht.

Wir haben uns weiter abgesprochen, daß wir in die Wahlkampfstrategie uns nicht sehr kämpferisch hier einschalten wollen. Aber eines möchte ich doch zu bedenken geben bei der Richtung, in der Sie jetzt den Kampf mit der SPD führen. Es gefällt uns nicht, aber Herr Brandt hat durch die letzten zehn Tage und insbesondere durch die Tage um den Johnson-Besuch eine Art Gefühlspolster in der Öffentlichkeit gewonnen, daß Sie, wenn Sie den Kampf in der Hauptsache auf Herrn Brandt unmittelbar konzentrieren – wie ich fürchte –, viel Energie umsonst aufwenden. Hinter diesem Gefühlspolster stoßen Sie nun sofort auf das Ressentiment: Da haben die in dieser Zeit nun nichts weiter zu tun, als diesen Mann anzugreifen, den man doch auch als einen ersten Repräsentanten und einen kleinen Heros ansieht. Das ist nun einmal die psychologische Situation. Wir sollten deshalb den Angriff in der Hauptsache auf die Sozialdemokratie als solche richten, um diesem Gefühlsschutz, unter dem Herr Brandt steht, auszuweichen. Dann können wir in der Tat vieles sagen, was bei unseren Leuten gut ankommt.

Wenn man sich klarmacht, was in unserer Bevölkerung seit dem 13. August vor sich geht, dann stellt man fest, daß es im Grunde genommen zwei Dinge sind: Das eine ist das Gefühl einer nationalen Verletztheit. Daß etwas geschehen ist und daß es geschehen konnte mit all seinen menschlichen Furchtbarkeiten, mit der Unabsehbarkeit seiner Dauer – im Gegensatz zu allen Hoffnungen, die man hatte und sich immer noch erhalten hatte –, hat eine tiefe Wunde in der Bevölkerung geschlagen. Wenn es uns nicht gelingt, diese nationale Verletztheit gewissermaßen zu kanalisieren, wie es sein muß, dann kann das wieder zu einem neuen Nationalismus sondergleichen führen.

Das Zweite ist ein Gefühl der Angst, das in dem Menschen steckt. Die Angst hat zunächst ihre Wurzel in dem zögernden Reagieren auf die Vorgänge in Berlin. Die Leute haben sich gesagt: Du lieber Himmel, da haben wir so viel von Berlin gehört, und nun geschieht das! Die Leute halten doch West-Berlin und Berlin nicht auseinander. Sie sagten sich: Wie wird es, wenn es uns mal an den Kragen geht? Können wir uns auf die Versprechungen verlassen? Fragen Sie einmal die Abgeordneten aus dem Zonengrenzgebiet – ich war jetzt dort –, die werden wissen,

63 In einer Note vom 23. August 1961 drohte die Sowjetunion den drei Westmächten, die Luftkorridore nach Berlin zu sperren. Daraufhin veröffentlichten das britische und das amerikanische Außenministerium noch am selben Tag scharfe Erklärungen. Offiziell beantwortet wurde die Note erst am 26. August. Druck der Dokumente in BULLETIN vom 26. August S. 1531f. und vom 29. August 1961 S. 1537f.

wie gerade dort das lebendig war. Das ist nun noch hinzugekommen; man sieht, daß vielleicht der Friede selber in Gefahr ist.

Das sind die beiden Dinge, mit denen wir jetzt in diesen Wochen fertigwerden müssen. Wir müssen uns darauf konzentrieren, wie wir das am besten machen. Es soll ja auch in der Resolution nachher drinstehen, daß wir bereit sind, wenn es zwischen den Großmächten zu Verhandlungen kommt, alles das zu tun, was vernünftigerweise und ehrenhaft möglich ist, um diese Verhandlungen zu unterstützen.

Ich will hier jetzt nicht eine Frage zur Diskussion stellen, die wir später, wenn der Wahlkampf vorbei ist, ganz sicher in diesem Kreise uns einmal stellen müssen, ob wir in der Vergangenheit nicht manches hätten anders machen sollen. Aber das ist das, was wir den Leuten gewissermaßen zum Trost in der Angst um den Frieden sagen können, daß wir das Unsere tun werden, um Verhandlungen zu einem guten Erfolge zu führen, die sich um eine gerechte Friedensregelung bemühen. Ich glaube, das muß einer der Schwerpunkte sein, auf die wir uns jetzt konzentrieren müssen.

Von Brentano: Ich will mich auf ganz wenige Bemerkungen beschränken. Ich kann mir nicht denken, daß Sie mich so mißverstanden haben, als ob ich etwa gesagt hätte, Sie hätten während des Johnson-Besuches irgendeine Demonstration unternehmen sollen!

Aber ich darf Sie ganz offen einiges fragen. Herr Brandt hat im Bundestag als Sprecher einer Koalitionsregierung eine Erklärung abgegeben. War diese Erklärung von der CDU gebilligt, war sie ihr überhaupt bekannt? Warum hat die CDU Berlins nach dieser Erklärung nicht sehr deutlich zu erkennen gegeben, daß Herr Brandt als Sozialdemokrat und nicht als Regierender Bürgermeister einer Koalitionsregierung gesprochen hat? Diese Regierungserklärung des Herrn Brandt – das werden Sie zugeben – war eigentlich eine Infamie.

Krone: Diese Frage ist eigentlich an mich gerichtet. Ich bin bereit, sie zu beantworten.

Von Brentano: Darum geht es nicht. Wir wollten in der Bundestagssitzung keine außenpolitische Debatte führen. Ich frage, ob die CDU von Berlin es sich gefallen läßt, daß der Regierende Bürgermeister eine solche Erklärung abgibt und ob sie sich nicht in gehöriger Weise davon distanzieren.

Gradl: Von welchem sachlichen Punkt hätten wir uns distanzieren sollen?

Von Brentano: Darf ich Ihnen einen kleinen Brief schreiben?

Gradl: Darf ich Sie bitten, daß Sie das in diesem Kreise sagen, das muß man doch hier wissen. Der Kerl ist doch satanisch geschickt. Ich habe keinen Punkt darin gefunden, der es hätte rechtfertigen können, daß wir in dieser Sitzung aufstanden.

Von Brentano: Nicht in der Sitzung. Warum hat die CDU in Berlin Herrn Brandt nicht gesagt: Wir als Koalitionspartner wünschen nicht, daß in Bonn eine Erklärung abgegeben wird, in der das Wort Bundesregierung nicht vorkommt?

Das Zweite, Herr Kollege Gradl! Herr Brandt hat einen Brief an Herrn Kennedy geschrieben. Die Tatsache, daß er diesen Brief geschrieben hat, steht – das gibt auch die Sozialdemokratie heute zu – in absolutem Gegensatz zu dem, was Brandt

selber immer verlangt hat, daß die völkerrechtliche Vertretung der Stadt Berlin bei der Bundesregierung liegt. Das hat er am 20. April im Abgeordnetenhaus laut betont.⁶⁴ Nun schreibt er einen Brief, den er der Bundesregierung nicht einmal zur Kenntnis gibt. Er schreibt einen Brief, in dem Vorschläge enthalten sind, die nicht nur mit der Bundesregierung nicht abgestimmt sind, sondern die im Gegensatz zur Politik der Bundesregierung stehen, die auch von der amerikanischen Regierung abgelehnt worden sind. Hat die CDU in Berlin von diesem Brief gewußt? Herr Amrehn sagt mir, nein. Warum zieht man dann Herrn Brandt nicht zur Verantwortung und distanziert sich von ihm, indem man sagt: Wir haben gehört, daß Herr Brandt einen Brief geschrieben hat; wir stellen fest, daß er nicht die Zustimmung seines Koalitionspartners, der Christlich-Demokratischen Union, hatte. Herr Brandt hat dann auch einen Brief an Nehru geschrieben, von dem kein Mensch etwas weiß. Halten Sie es für möglich, daß eine Koalition so geführt wird, daß der Regierungschef solche Entscheidungen trifft, solche Erklärungen abgibt, ohne die Koalitionspartner zu hören?

Ich mute Ihnen nicht zu – ganz gewiß nicht –, sich dem Vorwurf auszusetzen, eine kleinkarierte Parteipolitik zu betreiben. Aber ich meine, man sollte sorgfältig achtgeben, daß man nicht durch eine falsche Loyalität ermöglicht, daß Herr Brandt großkarierte Parteipolitik treibt.

Ich wiederhole nochmals: Die Tatsache der Absendung des Briefes war der Bundesregierung nicht bekannt. Hinzu kommt, daß sein Inhalt mit der Politik der Bundesregierung nicht übereinstimmt. Ist es dann zuviel verlangt, wenn man fordert, daß die Berliner CDU, die den Brief auch nicht gekannt hat, sich ebenso von diesem Brief und seiner Absendung distanziert? Darum geht es, nicht um eine Demonstration im Abgeordnetenhaus, geschweige denn um eine Demonstration im Bundestag. Es geht um eine klare Distanzierung von den Dingen, die auch mit einer Koalition unvereinbar sind. Ich glaube, daß nicht der Eindruck erweckt werden darf, daß die Berliner CDU diese Dinge des Herrn Brandt widerspruchslos hinnimmt.

Krone: Wir sollten den Punkt nicht weiter vertiefen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß der „Tag“ als einzige Zeitung in Berlin von meiner Erklärung Kenntnis genommen hat⁶⁵, wo gewisse falsche Behauptungen gegen die Bundesregierung richtiggestellt wurden. Das geschah zu derselben Zeit, wo der „Tagesspiegel“ sich bei Brandt bedankte, daß er Johnson hierher geholt habe.

In diesem Augenblick, wo die Dinge in Berlin so hoch gingen, war es psychologisch gar nicht möglich, sich gegen ein rasendes Pferd zu stellen. Ich bin überzeugt, daß die Fraktion drüben Herrn Brandt schon sagen wird, was nötig ist. Aber wir sollten das nicht weiter hochspielen. Das muß in Ordnung kommen, auch im Interesse unserer Politik.

⁶⁴ Vgl. Sten.Ber. (Berliner Abgeordnetenhaus) III. WP, III. Bd. Nr. 9 S. 117–119.

⁶⁵ „Der Tag“ vom 22. August 1961 („Kanzler regte Besuch aus USA an; Erklärung Dr. Krones – Bonn beriet auch über Truppenverstärkung mit“).

Gradl: Ich habe sofort, nachdem der Brandt-Brief bekanntgeworden ist, als Berliner Abgeordneter hier in einer Erklärung für die Fraktion Stellung genommen und habe den Dreier-Status, diesen verrückten Plan, mit äußerster Entschiedenheit zurückgewiesen⁶⁶, so daß sich Brandt genötigt sah, nachher davon abzurücken. Es ist nicht so, daß wir nichts getan hätten.

Adenauer: Das Schlimme an solchen Vorschlägen, wie sie Brandt sich mit der Konferenz der 52 Kriegsgegner, dem Rapacki-Plan und dem Dreimächtestatus erlaubt hat, ist, daß das alles Wasser auf die Mühlen der Russen ist. Wenigstens Chruschtschow zieht daraus die Folgerung: Die ganze Gesellschaft ist uneinig. Das hat er auch dem Ministerpräsidenten Fanfani gesagt⁶⁷: „Die ganze Gesellschaft ist uneinig, die wird nichts gegen mich tun.“ Das ist sein Standpunkt, und aus diesem Standpunkt heraus handelt er. Deswegen ist die oberste Pflicht von uns allen absolute Einigkeit. Das ist der beste Schutz gegen die Russen. Wenn der eine das und der andere etwas anderes tut, dann nützt uns das nicht.

Ich sehe von der Qualität des Vorschlages mal ganz ab, aber daß er so etwas tut, das ist es, was die Russen amüsiert. Daß Brandt, ohne mit der Bundesregierung Fühlung zu nehmen, solche Briefe an Präsident Kennedy und Nehru schreibt, daß er den Rapacki-Plan aus der Schublade herauszieht, das ist alles Wasser auf die Mühlen der Russen. Darum – das muß auch ich sagen, Herr Gradl –, muß unsere Berliner CDU dafür sorgen, daß Herr Brandt keine Extratouren tanzt. Ach, Herr Brandt ist mir im Grunde genommen so gleichgültig, das können Sie sich gar nicht vorstellen. Aber was mir nicht gleichgültig ist, ist der Eindruck, den Chruschtschow bekommt.

Wir sagen, der Westen ist stärker als der Osten. Es mag sein. Aber die Hauptsache ist, daß Chruschtschow das glaubt und daß Chruschtschow glaubt, der Westen hält zusammen. Das fehlt bisher. Er glaubt es einfach nicht, und darin besteht die große Gefahr.

Wenn jetzt hier so das Gespräch aufgekommen ist, meine Herren, dann glaube ich auch einmal folgendes sagen zu sollen: Unsere Partei in Berlin muß tatsächlich ... Ich meine jetzt nicht die letzten Wochen. Aber wir haben uns hier doch alle manchmal gefragt: Von Herrn Amrehn hört man nichts. Herr Amrehn arbeitet brav und fleißig, und der Herr Brandt reist rum und pflückt die Früchte. Es ist wirklich so, Herr Gradl. Ich meine jetzt nicht die Krise der letzten Wochen. Herr Brandt reist rum, er tritt auf, der Regierende Bürgermeister von Berlin kommt direkt hinter Gott Vater, er kommt noch vor dem Heiligen Geist. Dabei ist das doch eine Koalitionsregierung. Wir haben manchmal darüber den Kopf geschüttelt.

Aber, meine Herren, Einigkeit, auch in unserer Partei Einigkeit, aber Einigkeit gegenüber den Russen – das ist das Entscheidende!

⁶⁶ Vgl. DUD vom 18. August 1961.

⁶⁷ Der italienische Ministerpräsident Fanfani und sein Außenminister Segni waren vom 3. bis 5. August zu einem Staatsbesuch in der Sowjetunion. Vgl. AdG 1961 S. 9268.

Burgbacher: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst etwas zu den Ausführungen unseres Freundes Strauß sagen. Ich bin in der Beurteilung der Johnson-Sache anderer Meinung. Wir alle haben mit Schrecken festgestellt, daß unser Volk geneigt ist, nicht über die Politik von vier, acht oder zwölf Jahren bei einer Bundestagswahl entscheidend nachzudenken, sondern über die letzten zwölf Tage und möglicherweise über eine Lächerlichkeit – im Verhältnis zur Gesamtpolitik – wie dem „alias“ zu entscheiden, also emotionell zu denken. (*Strauß:* Der „alias“ hat mich nicht aufgeregt!) Sie haben gesagt, es sei von Johnson und von den Amerikanern eine Impertinenz gewesen, von der Mitreise unseres verehrten Bundeskanzlers abzuraten, und Sie haben weiter gesagt, Sie hätten ein gewisses Mißtrauen und gewisse Bedenken. Ich möchte mich dagegen wenden, daß wir jetzt wegen einer Johnson-Reise hier unter uns Opfer emotioneller Regungen werden. (*Zuruf:* Rationale Erwägungen!)

Adenauer: Ich habe eben mit Herrn von Brentano gesprochen. Er hat sich den amerikanischen Botschafter schon bestellt. Ich meine, dem amerikanischen Botschafter sollte gesagt werden, es seien hier in unserer Sitzung Stimmen laut geworden, die in der ganzen Geschichte doch eine Beeinflussung der Wahlsituation sehen. Dann wäre mal zu hören, was da herauskommt.

Burgbacher: Ich wollte nur haben, daß kein Mißtrauen zu den Schutzmächten entsteht. Sie stellen doch die einzige Garantie für Berlin dar. Ich sehe den Rat von Johnson so an, daß er sagte: Ich kann nichts dafür, daß Herr Brandt Regierender Bürgermeister ist, ich bin als Vertreter der drei Schutzmächte da. Das ist doch eine staatsrechtliche Erklärung, die man geben kann.

Strauß: Hier unter uns sagen wir aber doch das, was wir uns denken.

Adenauer: Vorher war eine Nachricht aus Washington da, daß der Brief von Kennedy bzw. vom Weißen Haus an das State Department abgegeben worden sei und es dem State Department überlassen wäre, wann und wie es darauf antworte. Dann kam plötzlich dieser veritable Umschlag, so daß sich jeder fragte: Wie ist es denn plötzlich zu diesem Salto mortale gekommen? Ich möchte das auch gern wissen.

Die Herren Lorenz und Gradl haben bemängelt, daß die Amerikaner nicht viel schneller etwas getan haben. Haben Sie sich einmal die Frage vorgelegt, warum Kennedy all diese Milliarden Dollar zur Vergrößerung der Rüstung verlangt hat? Ziehen sie daraus nicht den Schluß, daß die amerikanische Rüstung z.Z. noch nicht soweit ist? Das liegt doch wohl nahe; das ist doch ganz selbstverständlich. Darum hat auch der Kongreß aus sich heraus noch eine Milliarde draufgesetzt. Diese Milliarden nun wirklich in Waffen im weitesten Sinne des Wortes umzusetzen erfordert Zeit. Das geht nicht in drei und nicht in sechs Monaten. Dazu sind zwei Jahre nötig. Man hat wohl recht, wenn man sich sagt, die Rüstung der Amerikaner ist im Jahre 1963 fertig. Das sagt sich auch Chruschtschow. Er ist genau unterrichtet, wie die Rüstung steht. Daher jetzt dieses fiebrige Vorgehen Sowjetrußlands in einer solchen Situation.

Deswegen – lassen Sie mich das noch einmal unterstreichen – ist die oberste Verpflichtung von uns: Köhlen Kopf bewahren!

Gradl: Damit zwischen uns kein Mißverständnis ist: Wir Berliner meinen nicht, den Amerikanern vorwerfen zu müssen, daß sie nicht schnell und nicht hart reagiert hätten. Sie haben selber neulich das schon gesagt, was Sie soeben ausgeführt haben – das ist auch klar –: Wir brauchen Zeit. Was wir bemängeln, ist folgendes: Wenn man schon nur Worte machen kann, jedenfalls in seiner Antwort, dann wäre es gut gewesen, wenn wenigstens diese Worte schnell gesprochen worden wären. Nur darum geht es.

Adenauer: Sehen Sie mal, da sind drei Stadtkommandanten. Die drei Kommandanten berichten an ihre Regierungen. Erst machen die Kommandanten einen Vorschlag, nehme ich an, der dann an die Regierungen geht. Dann haben diese drei Regierungen miteinander Fühlung genommen. Dann mußte jedes Wort beraten werden. Ich sehe doch immer wieder, wie lange die Arbeitsgruppen über einzelne Sätze beraten. Das ist Diplomatie, wie ich sie nicht gerne treibe und auch nicht gerne habe.

In der Zwischenzeit ist hier ein Telegramm gekommen. Der Herr Starke⁶⁸, der FDP-Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments, hat behauptet, daß die Tatsache kennzeichnend sei, daß das Hinnehmen des endgültigen Schnittes durch Deutschland mit der Beschränkung auf einen lahmen Protest vorher mit den Russen abgesprochen worden sei; auch der Bundeskanzler sei davon vorher unterrichtet worden. Jedes Wort, jeder Buchstabe davon ist gelogen. Aber ich will hier sagen, daß neulich der Herr Springer in der Auseinandersetzung mit demselben kam; er sagte, das sei ihm zugetragen worden. (*Zuruf:* Steht im „Spiegel“!⁶⁹) Ich habe dem Herrn Springer sofort gesagt, ich halte es für restlos ausgeschlossen, daß das mit den Amerikanern verabredet sei.

Das ist gemeine Brunnenvergiftung, die geeignet ist, unseren Widerstandswillen zu lähmen. Dagegen müssen wir alle mit größter Entschiedenheit angehen.

Gradl: Können Sie gegen diesen Mann nicht Strafantrag wegen Verleumdung stellen?

Adenauer: Der ist doch Abgeordneter! (*Zuruf:* Das ist doch eine Diffamierung!) Ich bin morgen mit Herrn Erhard zusammen den ganzen Tag in Ulm und um Ulm herum. (*Heiterkeit.*) Da werde ich das natürlich gebührend berichten.

Krone: Hier wird folgendes behauptet: Was in Berlin geschehen ist, ist ein Abkommen zwischen den Russen und den Amerikanern. (*Zuruf:* Laut „Spiegel“!) Nicht nur laut „Spiegel“; Springer glaubt, den Beweis führen zu können. Das hört man schon viel im Volk, das ist eine ernste Geschichte. Jetzt heißt es neuerdings: Davon wußte auch der Bundeskanzler. Das heißt doch Verrat an Deutschland! Hier

68 Heinz Starke (geb. 1911), 1953–1980 MdB (FDP, seit 1970 CSU), 1961–1962 Bundesfinanzminister, 1958–1979 MdEP. – Vgl. zu den Anschuldigungen Adenauers gegen Starke: dpa-Meldungen vom 25. August 1961; DUD vom 25. August 1961; „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 28. August 1961.

69 Vgl. „Der Spiegel“ vom 23. August 1961 S. 15–18, bes. S. 17 (Gegenmaßnahmen), S. 18f. (Stadtkommandanten).

ist der Punkt, Herr Bundeskanzler, wo die Amerikaner sagen müssen, daß das nicht der Fall ist und sich zweitens auf Ihre Seite stellen müssen. Hier wird Gift gesprochen, das ist gefährlich.

Adenauer: Nun wollen wir einmal weiterkommen. Aus dem Hereinkommen der Herren sehe ich, daß sie die Erklärung fertig haben. Das Wort hat zunächst Herr Scheufelen.

Scheufelen: Ich glaube, wir sollten noch einmal klarlegen, wie die psychologische Situation ist. Das vorherrschende Motiv ist eine tiefe Angst um den Frieden und vor dem Krieg; das ist viel entscheidender als eine Einzelfrage. Zu dieser Angst, muß ich sagen, hat auch die Direktionslosigkeit unserer Wahlkampfführung seit dem 13. August beigetragen. Das soll kein Vorwurf sein; es ist ein Tatbestand. Es mußten Bänder von den Rundfunkstationen zurückgezogen werden. Es mußte eine ganze Menge von Dingen gewechselt werden, was einfach die Repräsentation unserer Partei auch der Öffentlichkeit gegenüber manchmal schwächer gemacht hat. Es scheint mir also notwendig, daß nach dem heutigen Tag schnellstens dafür gesorgt wird, daß diese drei, vier Tage überbrückt werden, die erforderlich sind, bis die entsprechenden Bänder usw. wieder da sind. Wir müssen also die Rundfunkstationen und die anderen Einrichtungen, z.B. auch die Presse, schnellstens wieder so versorgen, wie das im Wahlkampf notwendig ist.

Ich möchte aber auf den von mir schon angeschnittenen Punkt zurückkommen, die Angst um den Frieden oder vor dem Krieg. Ich bin der festen Auffassung, daß die Partei das Vertrauen des Volkes bekommen wird, die am glaubhaftesten nachweisen kann, daß sie am meisten für den Frieden getan hat. (*Zuruf:* Richtig!) Wir leben doch in einer Zeit, die zwei Kriege erlebt hat.

Ein Krieg ist dadurch entstanden, daß eine Seite geglaubt hat, sie sei so viel stärker als die andere Seite und sie könnte einen kurzen Krieg gewinnen. Dazu können wir als Partei sagen, daß wir bis jetzt, im Gegensatz zur SPD, alles getan haben, um ein derartiges einseitiges Übergewicht zu verhindern.

Der zweite Krieg, der länger zurückliegt, ist durch eine Mischung von Emotion und Automatik entstanden. Ich glaube, wir sollten ganz klar sagen, daß wir den Mut gehabt haben, auf Emotion und Popularität zu verzichten, weil wir eine solche Auslösung verhindern wollten. Wir müssen die entsprechenden Formulierungen finden und klar zum Ausdruck bringen, daß wir aus der Vergangenheit unserer Politik heraus und nach allen historisch noch übersehbaren Beispielen die Partei sind, die dem Wohl des deutschen Volkes am besten dient und die ihm den Frieden garantiert. Ich glaube, für 85 % der deutschen Wähler – vor allem für die, die beeinflusbar sind – wird das entscheidende Frage sein.

Meine präzise Forderung geht also dahin, das klarzulegen und möglichst schnell auch dafür zu sorgen, daß das in unserer ganzen Publizität wieder klar herauskommt.

Adenauer: Ich bitte, dem Wort „Frieden“ immer hinzuzusetzen „und Freiheit“.

Blumenfeld: Ich bin mir bewußt, daß es schwierig ist, zu Ihnen zu sprechen, wenn man aus dem viel geschmähten Hamburg kommt, obwohl der Vorwurf nicht die CDU

betrifft, sondern im wesentlichen die Zeitungen. Ich möchte nur in aller Bescheidenheit auf eines aufmerksam machen. Wir in Hamburg haben in unserem Wahlkampf eine sehr schwierige Position, weil sich dort der massive Druck der gesamten Presse ausgewirkt hat. Sie können sich vorstellen, daß wir nicht gerade mit reiner Freude die letzten acht Tage haben über uns ergehen lassen. Ich möchte sagen – ich glaube, Herr Dr. Krone ist dafür Zeuge und kann das bekräftigen –, daß es immerhin der intensiven Arbeit von einigen wenigen in Hamburg von der CDU-Seite mit gelungen ist, zumindest die „Bild“-Zeitung wieder etwas umzustellen. Die Überschrift in der „Bild“-Zeitung anlässlich des Besuchs des Kanzlers in Berlin, die meiner Meinung nach sicher gelungen war: Vopo-Wasserstrahler auf Bundeskanzler gerichtet⁷⁰, war eine gemeinsame Arbeit der „Bild“-Redaktion und meiner Wenigkeit. Ich habe – das möchte ich sehr deutlich sagen – in den letzten Tagen ununterbrochen mit der Redaktion der „Bild“-Zeitung und der „Welt“ und mit Herrn Springer persönlich über diese ganzen Fragen gesprochen. (Zuruf: Und der „Stern“?) Man kann sich nicht um alle Zeitungen kümmern. Der „Stern“ hat immerhin eines zuwege gebracht: Auf seine Veranlassung sind jetzt 39 aus Afrika kommende Hauptschriftleiter in Berlin. Das ist eine ungeheuer wichtige Sache. Wenn sie mit ihren Eindrücken zurückkehren, werden sie all das vermitteln, was in Berlin geschehen ist.

Adenauer: Ich hätte es lieber gesehen, wenn der „Stern“ auf unsere Wähler Eindruck machte.

Blumenfeld: Das tut er auch. Für mich war es eine besondere Aufgabe, unseren Parteifreund und Verleger Bucerius entsprechend zu beeinflussen. Daß das manchmal schwierig ist, wissen Sie, denn Sie kennen ihn ja. Ich möchte nur gesagt haben, daß es nicht immer so ist, wie man manchmal über die Bundesgeschäftsstelle und andere Kanäle hört: Blumenfeld und die Hamburger CDU versuchen, den Bundeskanzler zu stürzen.

Weber: Das gelingt ihnen aber nicht!

Adenauer: Das ist mir ganz neu!

Blumenfeld: Sie hören so etwas manchmal etwas später als ich. Wir sind jedoch heute nicht zusammengekommen, um auf der einen Seite Streit hervorzubringen und uns auf der anderen Seite Mut zuzusprechen. Wir müssen vielmehr nüchtern und kritisch für die nächsten Wochen einiges erarbeiten. Ich möchte dabei nicht wiederholen, was schon gesagt worden ist. Ich stimme mit dem überein, was Herr Dr. Gradl hinsichtlich der politischen Situation gesagt hat.

Meiner Meinung nach wäre es sehr gefährlich, wenn in dieser Situation die Äußerungen unseres Freundes Strauß über die Instinktilosigkeit der Presse und andere Dinge, die zu der Pressekampagne gesagt worden sind, herausgelangen würden. Das würde zweifellos das Klima nicht verbessern. Wir sind auf die Presse als eines der Publikationsmedien außerordentlich stark angewiesen. Es wäre gut, wenn das

⁷⁰ „Bild“-Zeitung vom 23. August 1961 („Ost-Berliner winkten dem Bundeskanzler zu; Vopo richtet Wasser-Werfer auf Adenauer“).

beachtet würde. Wir sollten die Presse nicht ständig wegen irgendwelcher Äußerungen und Leitartikel angreifen; wir sollten uns vielmehr in Kontaktgesprächen bemühen, diese Dinge aufzufangen und unsere Maßnahmen dann gezielt in die Presse zu bekommen.

Ich möchte dann Herrn Strauß und Herrn Dufhues widersprechen, die vorgeschlagen haben, Willy Brandt aus allen Rohren direkt anzugreifen. Ich meine, wir sollten die SPD wegen ihres zwölfjährigen Neinsagens angreifen, wir haben sehr gute Grundlagen. Es wäre psychologisch falsch, Willy Brandt persönlich anzugreifen, weil das Gefühlvolle bei den Wählern auch eine Rolle spielt. Aus rein wahltaktischen und aus psychologischen Erwägungen sollten wir Berlin aus dem Wahlkampf heraushalten. Ich meine damit nicht, daß wir die Maßnahmen, die von der Bundesregierung für Berlin vorgesehen sind und die hier angesprochen worden sind, nicht mit aller Gezieltheit erwähnen bzw. in die politische Tagesarbeit hineinbringen müssen. Aber Berlin als solches sollten wir aus dem Wahlkampf heraushalten.

Noch eine Bitte! Es geht hier um die Frage, die Herr Krone gerade angeschnitten hat, nämlich das Interview oder die Rede von Herrn Starke, diese ungeheuerliche Behauptung, die im übrigen seit Mitte vergangener Woche bekannt ist. Diese Sache kommt unter anderem von ausländischen Journalisten, die hier in Bonn akkreditiert sind. Diese Äußerung könnte benutzt werden, um mit den Amerikanern darüber zu sprechen. Ich warne aber davor, den Johnson-Besuch in Berlin den Amerikanern als eine Wahlunterstützung für Willy Brandt vorzuhalten oder ihnen so etwas zu unterstellen. Herr Bundeskanzler, Sie wissen selber, mit welcher großer Sympathie, ja sogar Verehrung Johnson Ihnen gegenübersteht. Sie wissen selber, was er für Sie während seines Wahlkampfes in Texas inszeniert hat. Ich warne davor, etwa über den amerikanischen Botschafter die Reise Lyndon Johnsons nach Berlin als eine einseitige Bevorzugung von Willy Brandt hinzustellen. Ich warne nachdrücklich davor und widerspreche meinem Freund Strauß ganz energisch. Ich meine, daß das, was Herr Krone gerade gesagt hat, Ihnen Gelegenheit gibt, das ganze Thema von einem ganz anderen Aspekt aus anzusprechen.

Dann bitte ich sehr darum – ich habe mit Herrn Kraske darüber schon ein längeres Telefongespräch geführt –, daß die Fernsehsendungen noch einmal auf die aktuelle Situation hin überprüft werden. In unseren Fernsehsendungen muß sich jetzt auch ein mutiger und entschlossener Blick nach vorne, in die Zukunft, niederschlagen. Die saubere und handwerklich gute Arbeit über unsere Leistungen in den letzten zwölf Jahren soll weiterlaufen. Wir müssen aber dynamischer werden. Wir müssen jetzt auch im Fernsehen improvisieren, und zwar im Sinne dessen, was vorhin gesagt worden ist.

Herr Bundeskanzler, ich bitte dann sehr, mit den Herren des Kabinetts zu überlegen, ob Sie nicht in der Lage sind, für unseren Wahlkampf auch eine spezielle Sache zu tun. Ich stimme dem, was Sie über die Berliner Wirtschaftssituation und das Arbeitspotential gesagt haben, hundertprozentig zu. Die Verlagerung von Aufträgen in die Bundesrepublik seitens der großen Firmen – ich sprach gestern auch mit Herrn

Blank schon darüber – vollzieht sich schon. Ich frage, ob da nicht die Möglichkeit besteht – ich spreche jetzt Herrn Finanzminister Etzel an –, über neue steuerliche Dinge etwas zu tun. Das bitte ich zu prüfen. Wenn das möglich wäre, könnte ich mir vorstellen, daß man nicht nur deutsche, sondern auch internationale Unternehmen nach Berlin ziehen könnte. Es müßten in dieser gefährdeten Lage zusätzliche steuerliche Vorteile gewährt werden. Sie mögen das als illusionär bezeichnen. Ich bitte jedoch, das zu prüfen. Ich betrachte das nämlich als eine der realistischen Maßnahmen, die man ins Auge fassen muß. Es gibt einen ganzen Fächer. Wenn das Arbeiterpotential abwandert, dann wirkt hier eine der gefährlichsten politischen und psychologischen Waffen, und zwar wirkt sie dann für Chruschtschow und Ulbricht und gegen uns. Darum muß hier von unserer Seite aus etwas Zusätzliches getan werden. Ich bitte, das in den Wahlkampf mit hineinzubringen.

Noch eine rein technische Angelegenheit. Ich merke, das habe ich auch mit anderen Kollegen besprochen, daß bei diesem Wahlkampf – nicht bei den großen Kundgebungen von Herrn Strauß, Herrn Schröder, dem Bundeskanzler usw., aber bei den vielen, vielen Wahlversammlungen, die alle um 20 Uhr beginnen – der Strom der Besucher immer dünner wird, weil das Fernsehen in dieser Zeit die Tagesschau bringt und die Leute sich dort informieren wollen. Ich meine, daß man die kleineren Wahlversammlungen, die die Kandidaten draußen abhalten, am Abend zeitlich etwas vorverlegen muß, damit die Leute dorthin kommen. Ich bitte die Bundesgeschäftsstelle, das zu prüfen.

Adenauer: Darf ich folgendes zum Besuch Johnsons sagen. Ich habe Herrn Kennedy telegraphisch dafür gedankt, daß er Johnson geschickt hat. Ich glaube, es war richtig, daß ich das getan habe. (*Zustimmung.*) Ich habe von Kennedy, ohne daß ich das der Menschheit mitgeteilt habe, darauf ein sehr herzliches Telegramm bekommen. Ich habe auch Herrn Johnson telegraphisch gedankt. Ich glaube, nichts wäre falscher, als wenn man jetzt Johnson und Kennedy sagte: Ihr macht böse Sachen.

Das schließt aber nicht aus, daß Herr von Brentano Herrn Dowling zu sich bittet und auf dieses vorhin erwähnte Telegramm und darauf hinweist, daß in unserer Vorstandssitzung auch Meinungen laut geworden seien, die Vereinigten Staaten hätten in den Wahlkampf durch die Art des Besuches von Johnson – nicht durch die Tatsache des Besuches, sondern durch die Art des Besuches – etwas eingegriffen.

Schröder: Eine optische Einseitigkeit herbeigeführt.

Adenauer: Meine Damen und Herren, das muß Herr von Brentano ihm sagen. Optische Einseitigkeit – ob das verstanden wird, weiß ich nicht. Da muß man schon – in aller Ruhe – klareres Deutsch sprechen.

Ein Wort zu Johnson! Ich kann mir, soweit ich Johnson kenne, vorstellen – ich kenne ihn schon seit Jahr und Tag –, daß er, wenn er sich auf einmal in einer solchen Menge sieht und mit solchem Geschrei empfangen wird, hochgeht. Ich habe mit ihm gesprochen: Haben Sie Freude an einem Wahlkampf? – „Große Freude!“ Er hätte in dem Wahlkampf in Amerika, ich weiß nicht, wieviel hundert Reden gehalten. Das ist Johnson. Er wird von der Atmosphäre, in der er gerade ist, gepackt. Aber an sich

halte ich ihn für einen zuverlässigen Freund; das möchte ich ausdrücklich sagen. – Doch nun zu unserem Kommuniké!

Kraske: Darf ich einen Satz vorausschicken. Wir haben nach einer allgemein gehaltenen Einleitung ganz bewußt im zweiten Teil in einzelnen Punkten die Thesen festgelegt und ausdrücklich durch Punkte aufgezählt, die für den Wahlkampf wichtig sind, weil wir glauben, daß der Beschluß so am weitesten und sichersten Eingang in die Presse finden wird. „Unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer hat sich der Vorstand der CDU heute ...“

Adenauer: Da ist schon ein Fehler! Es muß heißen: „... des ersten Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Adenauer“.

Kraske: „... hat sich der Bundesvorstand der CDU heute ausführlich mit der durch den Berlin-Vorstoß Chruschtschows ausgelösten Krise beschäftigt. Die totale Abschnürung der Sowjetzone ist ein weiterer Anschlag des weltweiten Bolschewismus gegen Frieden und Freiheit.“

Adenauer: Auch hier muß ich Sie wieder unterbrechen. Sie müssen unterscheiden zwischen dem Sektor von Berlin und der Zone. Das ist ein großer Unterschied. Es bestehen auch besondere Abmachungen bezüglich des Verkehrs von Sektor zu Sektor.

Kraske: „... der Sowjetzone und des sowjetischen Sektors von Berlin ...“

Adenauer: Sind Sie mir nicht böse, wenn ich Sie dauernd unterbreche. Der Sektor kommt an erster Stelle.

Kraske: „Der Bundesvorstand der CDU, unzertrennlich verbunden mit allen Deutschen in Berlin und in der Zone, dankt den Berlinern für ihr mutiges Bekenntnis zur Freiheit.“

Adenauer: Daß der Bundesvorstand unzertrennlich mit allen Deutschen verbunden ist, das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

Kraske: Dieses war, ehrlich gesagt, das Ergebnis unserer Bemühung um Kürzung.

Adenauer: Ich bitte, das zu streichen.

Kraske: Da sind wir der Meinung, daß ein Wort an die Zonenbevölkerung gesagt werden muß.

Adenauer: Das ist doch klar. Aber Sie wollen es doch gedruckt bekommen. Es sind über zwei Schreibmaschinenseiten.

Kraske: Das letzte ist eine Alternative.

Gratl: Man muß es viel härter sagen: Wir werden uns nicht damit abfinden!

Adenauer: Vielleicht hören wir uns jetzt erst einmal den Entwurf an.

Kraske: „... dankt den Berlinern für ihr mutiges Bekenntnis zur Freiheit. Er dankt der Bundesregierung für ihre feste und besonnene Haltung und dankt unseren Verbündeten für ihre Solidarität mit dem deutschen Volk.

Für die Auseinandersetzung im Wahlkampf bekräftigt er folgende Grundsätze:

1. Nur das Verteidigungsbündnis mit der freien Welt sichert Freiheit und Frieden.
2. Die CDU wird in den kommenden Wochen die deutsche Bevölkerung immer wieder

vor die Frage stellen, ob eine Partei und ein Politiker Vertrauen verdienen, die diese Außen- und Sicherheitspolitik zwölf Jahre mit allen Mitteln bekämpft haben. Die SPD hat in diesem Jahre den Wehrhaushalt abgelehnt. Sie hat noch vor drei Tagen gegen das Bundesleistungsgesetz, das dringende Erfordernisse unserer Verteidigung regelt, geschlossen mit Nein gestimmt. Sie ist deshalb nicht regierungsfähig.

3. Nur Besonnenheit und Nüchternheit, nicht aufgeregte Reden und unüberlegte Forderungen nach Aktionen erhalten den Frieden.

4. Die CDU wendet sich mit Nachdruck und Schärfe gegen diejenigen, die jahrelang ihre Politik zur Sicherung der Freiheit als Kommunistenschreck und Panikmache diffamiert haben, die Neutralisierungs-, Rapacki- und sogenannte Deutschlandpläne verfolgt haben und die es wagen, der CDU und der Bundesregierung ausgerechnet in diesem Augenblick Mangel an Festigkeit und Entschlossenheit gegenüber der kommunistischen Bedrohung vorzuwerfen. Haben sie bis zur Stunde die Sicherung unserer Freiheit zu sabotieren versucht, wollen sie jetzt leichtfertig die Erhaltung des Friedens gefährden.

5. Nur ein einiger und starker Westen kann aussichtsreiche Verhandlungen mit der Sowjetunion führen. Das Ziel unserer Politik ist und bleibt die allgemeine kontrollierte Abrüstung und die Entspannung, die allein zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit führen können.

6. Der kommunistische Osten hofft auf einen Ausgang der Bundestagswahlen am 17. September, der die Regierung der CDU/CSU ablöst durch eine wegen ihrer inneren Gegensätze schwache Koalition. Er will den Sieg der Neutralisten und den Zusammenbruch des Vertrauens des deutschen Volkes zur freien Welt. Der Bundesvorstand stellt deshalb fest: Deutschland braucht keine neue, Deutschland braucht weiterhin eine starke Regierung.“

Adenauer: Wollen wir erst einmal darüber sprechen, oder wollen wir zunächst den Alternativkatalog hören?

Kraske: Die Alternative bezieht sich nur auf den Einleitungssatz. Die Punkte bleiben dann genauso erhalten:

„Der Bundesvorstand der CDU hat sich heute mit der internationalen Lage befaßt, die durch die unmenschliche Abschnürung des sowjetischen Sektors von Berlin und damit der Zone durch die Kommunisten erneut verschärft wurde. Das nordatlantische Verteidigungsbündnis, das besonnene und entschiedene Vorgehen unserer Verbündeten und der Bundesregierung und die klare Haltung der Bevölkerung Berlins und der Zone haben die drohende Kriegsgefahr gebannt. Das deutsche Volk muß damit rechnen, daß die Kommunisten ihren Kampf um Berlin in den nächsten Monaten und Jahren mit allen Mitteln fortsetzen werden.

Der Bundesvorstand der CDU stellt deshalb folgendes fest: ...“

Und dann kommen die sechs Punkte.

Süsterhenn: Ich bitte, überall da, wo in diesem Entwurf die SPD und Herr Brandt gemeint sind, sie beim Namen zu nennen und nicht zu sagen „diejenigen, welche“, sondern zu sagen „die SPD, die dieses oder jenes getan hat“. Wenn wir soeben in der

Aussprache schon gesagt haben, wir müssen den Kampf mit aller sachlichen Schärfe führen, dann müssen wir auch Roß und Reiter nennen und dürfen kein Preisrätsel herausgeben.

Adenauer: Herr Süsterhenn hat nach meiner Meinung hundertprozentig recht.

Dann heißt es hier: „Nur das Verteidigungsbündnis mit der freien Welt sichert Freiheit und Frieden.“ Das sagen die Sozialdemokraten auch. Da gehört rein: „... und die Übernahme aller damit verbundenen Lasten ...“

Dann heißt es im folgenden Absatz: „Die SPD hat in diesem Jahre den Wehrhaushalt abgelehnt.“ Es muß heißen: „... hat auch in diesem Jahre den Wehrhaushalt in namentlicher Abstimmung abgelehnt“.⁷¹

Sie haben den ganzen Haushaltsplan abgelehnt, das ist ihr gutes Recht. Dann hat unsere Fraktion verlangt, daß über den Verteidigungshaushalt in namentlicher Abstimmung besonders abgestimmt werden soll. Das ist geschehen, und da haben sie alle dagegengestimmt.

Strauß: Ich würde sagen: „... und noch am 22. August 1961 das Bundesleistungsgesetz ...“

Adenauer: Darf ich vorschlagen, daß wir jetzt mal eine Pause machen.

Pause

Adenauer: Es tut mir leid, daß die Pause etwas länger geworden ist. Aber es waren wirklich ernste Fragen aufgetaucht.

Zunächst einmal darf ich folgendes mitteilen: Es wird gemeldet, daß Ulbricht heute um 17 Uhr eine Rundfunkansprache hält. In diesem Zusammenhang gewinnt eine soeben eingegangene, bisher noch unbestätigte Meldung an Interesse, die besagt, daß in Verbindung mit einem Staatsakt – Ulbricht-Ansprache? – die Anfahrten nach Berlin für acht bis 14 Tage gesperrt werden sollen. Das hängt nun wieder damit zusammen, daß der „Tag der Heimat“ in Berlin gefeiert werden soll und daß unser Wunsch, daß der „Tag der Heimat“ in diesen gespannten Verhältnissen nicht in Berlin gefeiert werden soll, keine Zustimmung gefunden hat.⁷²

Krüger: Es ist so, daß der „Tag der Heimat“ eine Berliner Angelegenheit ist. Die Berliner Heimatvertriebenen haben jetzt regelmäßig in der Waldbühne ihren „Tag der Heimat“ gehabt. Der alte Verband der Landsmannschaften hat alle fünf Jahre den „Tag der Heimat“ abgehalten. Er ist dann im vorigen Jahr, als die Intervention kam, nicht durchgeführt worden. Es hat lediglich eine andere Veranstaltung mit Landtagsabgeordneten stattgefunden. Der „Tag der Heimat“ selber, der in der Waldbühne durchgeführt wird, ist eine rein Berliner Angelegenheit, wozu aus Westdeutschland nur ganz wenige Leute kommen.

⁷¹ Am 15. März 1961 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 48 S. 8589–8643).

⁷² Der Tag der Heimat fand am 3. September 1961 in West-Berlin statt. Vgl. „Die Welt“ und FAZ vom 3. September 1961; BULLETIN vom 6. September 1961 S. 1585f.

Krone: Soweit ich weiß, liegt eine Nachricht aus Washington von der Viermächte-Arbeitsgruppe vor, worin darauf hingewiesen wird, daß das erneut ein Anlaß sein könnte, von seiten der Sowjets etwas mehr zu tun, was sie bereits gestern im Zusammenhang mit der Reise der Fraktionsvorsitzenden angekündigt haben. Es wird darauf hingewiesen, daß es schwer sei, bei einem solchen Anlaß Gegenmaßnahmen einzusetzen. Wenn es feststünde, daß es eine rein Berliner Angelegenheit ist, bei der die Flugzeuge nicht benutzt werden, wäre das anders.

Krüger: Es war daneben ein Treffen mit den Patenschaften vorgesehen. Das ist eine interne Veranstaltung von etwa 200 Personen, die am Tag vorher sein sollte. Vielleicht könnte man diese Frage nachher noch einmal erörtern und überlegen, ob man dann nach der Richtung hin irgend etwas macht.

Gradl: Ich fürchte folgendes: Wenn wir uns auf eine solche Maßnahme von Ulbricht einlassen – unterstellen wir, er sagt heute abend, die Verbindung ist für 14 Tage zu – und wenn wir irgendwie darauf Rücksicht nehmen, dann bedeutet das, daß wir und die Alliierten Herrn Ulbricht das Recht zugestehen, Zensur darüber auszuüben, wer nach Berlin geht und was in Berlin geschieht. Das ist der Anfang.

Adenauer: Ich will Ihnen noch einmal das sagen, was ich diesen Vormittag schon gesagt habe. Denken Sie bitte an die geographische Lage Berlins. Das ist doch das Entscheidende vorab. Hätten die Westalliierten damals, als sie Thüringen, Pommern und Sachsen gegen Teile von Berlin austauschten, die Sache so gemacht, daß sie ein Land behalten hätten, durch das sie immer nach Berlin kommen konnten, dann wäre die ganze Schweinerei nicht da. Sie sind zu dumm gewesen, das zu tun.

Nun ist es doch so, daß diese arme Stadt Berlin wirklich im Kessel drinsitzt. Gehen Sie bitte auch davon aus, daß es sehr zweifelhaft ist, ob – sie mögen noch so starke Worte gebrauchen – wegen Berlin ein Weltkrieg entfesselt wird. Das muß man doch sehen, namentlich, da anscheinend z.Z. Amerika in gewissen Waffen aufholen muß. Das war meine Sorge.

Ich darf hier mal folgendes sagen in der sicheren Annahme, daß das nicht in die Presse kommt. Das war meine Sorge schon seit vielen Monaten, nicht etwa seitdem das jetzt passiert ist. Ich habe einmal unserem Botschafter gesagt: Ich habe ein unsicheres Gefühl, ob die Amerikaner gleichgeblieben sind. Neulich kam er und sagte: Ihr Gefühl war richtig. Wenn der amerikanische Präsident diese ungeheure Summe – ich habe es heute morgen gesagt, bitte denken Sie einmal darüber nach – dem amerikanischen Volk auferlegt, das bisher noch genauso viel Arbeitslose hat, wie es hatte, als Kennedy ans Ruder kam, dann zeigt das, daß damit Dinge gemacht werden, die von außerordentlicher Bedeutung sind und die eben jetzt nicht da sind.

Ich will mal sagen, Herr Gradl, welchen Eindruck ich in Berlin hatte. Ich hatte in Berlin den Eindruck, daß viele Leute durch den Besuch von Johnson nicht beruhigt waren. Ich habe eine ganze Anzahl weinender Frauen gesehen, die sagten: Helfen Sie doch, den Frieden zu bewahren. Es waren auch andere da – namentlich jüngere Leute –, die anderer Stimmung waren. Aber ein guter Teil von den Menschen, die ich aus allernächster Nähe gesehen habe, hatte Sorgen, große Sorgen. Die waren

durch den Besuch Johnsons noch nicht getröstet. Ich hatte das unangenehme, bittere Gefühl, die Leute hier fühlen sich unsicher. Sie sind nicht so hundertprozentig davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten und die anderen Verbündeten sie schützen werden. (*Weber*: Das stimmt auch, Herr Kanzler!) In Marienfelde war dasselbe. Es wurde mir da gesagt: Die Leute wollen nicht in Berlin bleiben, sie wollen weiter nach dem Westen; in Berlin ist ihnen der Boden zu unsicher. Keiner von denen, die ich gesprochen habe, hat gesagt: Ich möchte in Berlin bleiben. Sie wollten alle weiter.

Nehmen Sie doch die Dinge nicht so, wie man sie gern sehen möchte, sondern nehmen Sie sie doch so, wie sie wirklich sind. Wir müssen bis auf weiteres – Herr Strauß hat das gesagt, und er hat vollkommen recht – auf Zeit spielen. Wir müssen etwas runterschlucken, in Gottes Namen. Wir müssen es runterschlucken, es ist noch nicht soweit.

Als wir seinerzeit die Wehrpflicht einführten, wollten wir die 18 Monate, und zwar rein aus technischen Gründen, weil bei der heutigen Technisierung einer Streitmacht ein Soldat nach zwölf Monaten gerade anfängt, fertig zu werden. Sie haben gehört, was Herr Strauß über das berichtet hat, was Norstad gesagt hat, daß, wenn die Russen jetzt loslegten, [die] NATO nicht in der Lage wäre, den nötigen Widerstand entgegenzusetzen. Das ist doch für uns eine ganz außerordentlich schwere und ernste Situation. Man kann doch nicht sagen, Ulbricht hat bei uns zu kommandieren. Nein, unser eigenes Interesse ist maßgebend, das Interesse der Menschen, für die wir sorgen müssen, und nicht das, was Ulbricht sagt.

Krüger: Herr Bundeskanzler, es ist auch folgendes zu bedenken. Ich habe mir überlegt, ob ich vorige Woche nach Berlin fliegen sollte. Da ich am 1. September bei der Einweihung des Europa-Hauses dasein muß, habe ich das aufgeschoben. Nun habe ich gerade heute die „Landsmannschaftliche Zeitung“ zugeschickt bekommen, in der das Thema „Konzentrationslager DDR“ behandelt wird. Da ist mein Kollege im Präsidium des Bundes der Vertriebenen, Vizepräsident Jaksch⁷³ – in der Mannschaft von Brandt –, abgebildet, der dorthin geflogen war. Er ist fünf, sechs Mal an der Zonengrenze fotografiert.

Die Frage ist hier wirklich auch mal von unserer Partei aus zu sehen. Der Landesvorsitzende von Berlin ist unser Parteifreund Mathee⁷⁴. Dieser „Tag der Heimat“ wird jetzt seit elf Jahren vom Berliner Landesverband durchgeführt. Die Berliner selber würden es wahrscheinlich gar nicht verstehen, wenn der Tag abgeblasen würde. Es kann sich jetzt nur um die Frage handeln, ob wir von hier aus dazugehen. An sich wären das sowieso nicht viele gewesen, weil ein großer Teil von

73 Wenzel Jaksch (1896–1966), 1958–1966 Vorstandsmitglied und Vizepräsident, ab 1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften, 1959–1966 Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft; 1953–1966 MdB (SPD).

74 Dr. Hans Mathee (geb. 1899), 1951–1957 MdA Berlin (CDU), 1957–1967 Direktor des Entschädigungsamtes Berlin.

uns nicht da ist. Es fragt sich aber, ob es für die CDU gut wäre, wenn ich nicht nach Berlin ginge an diesem Tag. Das erscheint mir persönlich in höchstem Grade zweifelhaft. Die Rückwirkung auf die Vertriebenen im Bundesgebiet könnte so stark sein, daß das einen Auftrieb für die GDP gäbe, den wir heute nicht voraussehen können.

Aus dieser Sicht heraus, aus der Parteisicht heraus, glaube ich nicht, daß ich es verantworten könnte, an diesem Tage nicht in Berlin zu sein. Das schließt nicht aus, daß außer meiner Person die Reise aller anderen abgeblasen werden könnte. Wir könnten uns auf ein Minimum beschränken, und vielleicht könnte außer mir niemand hinfliegen. Ich glaube jedoch nicht, daß wir angesichts der Gesamtsituation darauf verzichten können.

Krone: Es geht dem Bundeskanzler nicht darum, daß wir einen Beschluß fassen: Der Tag findet nicht statt. Er hat diesen Punkt nur angeführt, um die Situation zu kennzeichnen. Ich bin der Meinung, daß die Regierung verpflichtet ist, auf diese Bedenken hinzuweisen, die sicherlich bestehen und auf die auch von drüben hingewiesen wird. Der Senat ist damit auch behaftet. Sagt er ja, dann übernimmt er ein Risiko für Berlin.

Wir sollten hier keinen Beschluß nach der Richtung fassen. Es geht nur darum, daß man die Bedeutung dieser Zusammenhänge sieht, die sie für eine Entwicklung haben, die vielleicht dann weitere Dinge nach sich ziehen wird.

Adenauer: Meine Damen und Herren, dann habe ich soeben einen Brief bekommen vom Parteivorstand der SPD, unterschrieben von Herrn Wehner.⁷⁵ Ich lese ihn am besten vor:

„Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der ernststen internationalen Lage befaßt. Nach eingehenden Beratungen stellt der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer für das Präsidium fest:

Der Gewaltakt vom 13. August war nicht eine einmalige und isolierte Maßnahme. Es hat sich in den folgenden Tagen gezeigt, daß die Sowjetregierung und die Sowjetzonenmachthaber permanent versuchen, die westliche Position in Berlin und in der Deutschlandfrage zu schwächen und zu beeinträchtigen, bevor überhaupt Verhandlungen begonnen haben. Angesichts dieser Situation ist das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands der Auffassung, daß unverzüglich alle Maßnahmen ergriffen werden müssen, um eine gemeinsame westliche Verhandlungsposition herbeizuführen. Diese Aufgabe duldet keinen Aufschub. Die geplante westliche Außenministerkonferenz darf nicht erst am 19. September nach den Bundestagswahlen stattfinden, sondern sie muß unverzüglich zusammentreten, um eine gemeinsame Haltung der Westmächte zu erreichen.

Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands appelliert an die Bundesregierung, sich bei unseren Verbündeten dafür einzusetzen, daß eine solche

⁷⁵ Beschluß des SPD-Parteivorstandes und Anschreiben Wehners vom 25. August 1961 in StBKAH 12.28.

Konferenz so schnell wie möglich stattfindet. Es ist der Auffassung, daß jede weitere Verzögerung der Sowjetregierung und Ulbricht nur neue Gelegenheit bietet, einseitige Akte zu verüben. Sie daran zu hindern kann nur erreicht werden, wenn unverzüglich eine geschlossene westliche Verhandlungsposition aufgebaut wird, die nicht vor sowjetischen Forderungen kapituliert, sondern deren erste Zielsetzung es sein muß, in Verhandlungen zu erreichen, daß der Stacheldraht und die Betonmauern, die Berlin teilen, wieder abgebaut werden. Allein eine solche unverzügliche diplomatische und politische Aktivität ist geeignet, die Kriegsgefahr zu bannen, während jedes weitere Zögern den Frieden ernsthaft gefährdet. Bei allen diesen Verhandlungen muß das Datum der Bundestagswahl ohne jeden Betracht bleiben.

Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dankt in diesem Zusammenhang dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und seinem Kanzlerkandidaten Willy Brandt, dem Senat der Stadt Berlin und der Berliner Bevölkerung für die besonnene und feste Haltung, die sie in den letzten Tagen gezeigt haben. Diese Besonnenheit und Festigkeit haben wesentlich dazu beigetragen, die Freiheit der Westberliner Bevölkerung und damit auch die Freiheit der Bevölkerung der Bundesrepublik zu bewahren und dem Frieden zu dienen.“

Herr Wehner schreibt dazu folgendes:

„An den Vorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Bonn.

Sehr geehrte Herren! Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich heute vormittag mit der ernsten internationalen Lage beschäftigt und die beiliegende Erklärung ihres Vorsitzenden beschlossen. Der Unterzeichnete erlaubt sich, Sie von diesem Beschluß unmittelbar zu informieren und Sie zu bitten, diesen Beschluß in Ihre Erwägungen einzubeziehen.“

Ich habe in der Zwischenzeit schon mit Herrn von Brentano gesprochen; er mußte weg nach Cuxhaven zu einer Wahlrede. Herr von Brentano sagte mir, daß er schon den Botschafter Grewe angewiesen hätte, dafür zu sorgen, daß beschleunigt eine Verhandlung stattfindet.

Ich schlage Ihnen vor, daß auch wir einen derartigen Beschluß fassen, daß alles geschehen muß, damit Verhandlungen möglichst bald beginnen, und daß Herr von Brentano entsprechend vorstellig wird, damit auch wir bei unseren Verbündeten vorstellig werden. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Dann kämen wir also wieder zu unserem Schlußkommuniqué. Da bin ich nun der Auffassung, daß wir aller Wahrscheinlichkeit nach vielleicht in der nächsten Woche wieder zusammenkommen müssen. Wir wissen nicht, was Ulbricht heute sagen wird; wir wissen nicht, was die Leute da machen werden. Aber es ist sehr wohl möglich, daß sie wieder etwas anderes tun und daß wir dazu Stellung nehmen müssen. Die Situation ist zu schwankend, zu spannungsgeladen. Wir sollten also heute einen entsprechenden Beschluß fassen. Herr Krone, Sie haben etwas überlegt, vielleicht sagen Sie etwas dazu.

Krone: Die Sozialdemokraten erheben in diesem Brief ganz konkrete Forderungen, zu denen wir von der Sache her ja sagen können und ja sagen müssen. Von Herrn

von Brentano sind aber entsprechende Schritte bereits eingeleitet. Wir müssen jetzt konkret etwas sagen.

Ich würde vorschlagen, daß wir zunächst berichten: Der Vorstand trat zusammen und hörte den Bericht des Bundeskanzlers zu der bisherigen Situation in Berlin und der Welt an. Dann sollten wir betonen, daß sich die Prinzipien unserer Außenpolitik bewährt haben und daß die NATO Berlin sichert. Also ist die Fortsetzung der Politik notwendig. Dann kann man auf das eingehen, was bereits von seiten der Regierung gemacht worden ist. Schließlich kann ein Satz hinzugefügt werden, daß der Vorstand zu einer erneuten Besprechung baldigst zusammentritt. Ich glaube, daß eine solche Darstellung des Faktischen besser ist als eine Proklamation dessen, was wir wollen. Man kann auch noch hinzufügen, wir hätten uns über den Wahlkampf und über das unterhalten, was notwendig ist; das würde in Form von Arbeitsunterlagen und Arbeitsanweisungen an das Land rausgehen.

Adenauer: Ich sehe an Ihrem Gesicht, Herr Dufhues, daß Ihnen das nicht genug ist. Sie haben aber auch den letzten Satz gehört. Ich meine, die Bundesgeschäftsstelle muß das, was hier heute vormittag über den Wahlkampf gesprochen worden ist, in das Große hineinstellen. Die Sünden der SPD, die sie in der Vergangenheit begangen hat, dürfen ihr nicht geschenkt werden. Das muß in Form von Sonderschreiben an die Landesvorsitzenden, an die Kreisgeschäftsführer usw. gegeben werden, damit der Wahlkampf mit voller Stärke weitergeht.

Weber: Darf ich mal eine Frage stellen? Stimmt es, was in der Presse geschrieben worden ist, daß Herr Krone, Herr Mende und auch Herr Ollenhauer die Westzonen Berlins nicht mehr besuchen dürfen? (*Zurufe:* Nein, nein!) Es ist gut, wenn man weiß, daß das nicht stimmt.

Dufhues: Ich habe eine große Sorge, Herr Bundeskanzler. Jetzt hat sich der Vorstand oder das Präsidium der SPD Gedanken über das gemacht, was Gegenstand unserer heutigen Beratungen ist. Die Situation ist dabei eindeutig. Die SPD hat in ungewöhnlich geschickter Weise – wenn sie so gedacht hat – einen Vorschlag gemacht, der uns auf die Linie der von ihr immer wieder verlangten gemeinsamen Politik bringen soll. Die CDU ist im Wahlkampf, ich will nicht sagen in einer schwachen Situation, aber in einer Situation, die noch nicht völlig verarbeitet ist. In manchen Kreisen und Verbänden ist doch eine sehr zögernde Haltung zu erkennen, die sehr viel von jenem Angriffsgeist vermissen läßt, der in den Jahren 1953 und 1957 zum Erfolg geführt hat.

Wenn wir in der jetzigen Situation nach dieser Erklärung einen so scharf formulierten Beschluß herausgeben, wie Sie ihn, Herr Bundeskanzler, in der neuesten Fassung hier vorliegen haben, dann laufen wir zwar Gefahr, daß die Öffentlichkeit sagt: Auf ein Angebot nach gemeinsamer Politik antwortet die CDU mit sehr scharfen parteipolitisch orientierten Erklärungen. Aber ich frage mich, ob wir nicht einfach um der Politik willen, die wir betrieben haben, um der Fortsetzung dieser Politik willen erreichen müssen, daß der Wahlkampf so geführt wird, daß wir die absolute Mehrheit

auch behalten. Dazu gehört eine sehr starke und eindeutige Ermunterung unseres gesamten Wählervolkes.

Deshalb fürchte ich, daß die Herausgabe einer Arbeitsanweisung, wie Herr Krone es formuliert hat, durch die Geschäftsstelle – die sicherlich am 18. September bei den einzelnen Ortsunionen ankommt (*Heiterkeit*) – ihr Ergebnis nicht haben wird. Vor allem geht die öffentliche Diskussion dann über diese Dinge hinweg, und man vermißt die Auswirkung, die eine solche Erklärung in der Öffentlichkeit haben könnte. Ich verkenne nicht, daß uns eine solche formulierte Erklärung durch den Gegenzug erschwert wird; ich fürchte, es ist ein solcher. Aber wir stehen vor der unbedingten Notwendigkeit eines klar und aktiv geführten Wahlkampfes. Diese Notwendigkeit dürfen wir angesichts der Situation, die wir doch haben, bei Gott nicht zu gering einschätzen.

Krone: Es ist nicht allein der Brief der SPD ausschlaggebend. Es könnte auch etwas geschehen, was Ulbricht heute ankündigt. Wir wissen es nicht. Was dann? Das sind diese unwägsamen Dinge. Auch für den Fall muß man ein richtiges Wort gesagt haben. Das ist das, was uns in der Mittagsstunde bewegt hat. In dem Inhalt kann ja dann das andere – NATO-Politik, Sicherheitspolitik, gegen die SPD durchgesetzt usw. – auch drinstehen.

Adenauer: Wenn ich das sagen darf: Die neue Fassung, die ich soeben hier übergeben bekommen habe – ich weiß nicht, wer dafür verantwortlich ist –, ist sehr gut. Ich würde ihr ohne weiteres zustimmen. Vielleicht verlesen wir sie noch einmal.

Dufhues: „Der Bundesvorstand der CDU hat sich in seiner heutigen Sitzung mit der internationalen Lage beschäftigt, die durch die unmenschliche Abschneidung des sowjetisch besetzten Sektors von Berlin und der Zone durch die Kommunisten erneut verschärft wurde. Das nordatlantische Verteidigungsbündnis, das besonnene und entschiedene Vorgehen unserer Verbündeten und der Bundesregierung und die klare Haltung der Bevölkerung Berlins und der Zone haben die drohende Kriegsgefahr gebannt. Das deutsche Volk muß damit rechnen, daß die Kommunisten ihren Kampf um Berlin in den nächsten Monaten und Jahren mit allen Mitteln fortsetzen werden. Der Bundesvorstand der CDU stellt dazu folgendes fest:

1. Nur das Verteidigungsbündnis mit der freien Welt sichert Freiheit und Frieden. Dazu muß das deutsche Volk einen Beitrag leisten, der seiner bedrohten Lage entspricht.“

Adenauer: Ich würde sagen: „... der seinen Kräften und seiner bedrohten Lage entspricht.“

Dufhues: „Besonnenheit und Nüchternheit, nicht aufgeregte Reden und unüberlegte Forderungen nach Aktionen erhalten den Frieden.

2. Das Verteidigungsbündnis mit der freien Welt ist gegen den erbitterten Widerstand der SPD zustande gekommen. Auch in diesem Jahr hat die SPD geschlossen in namentlicher Abstimmung den Verteidigungshaushalt abgelehnt. Trotz der aggressiven Maßnahmen des Kommunismus in Berlin hat sie vor wenigen Tagen das Bundesleistungsgesetz und damit wichtige Maßnahmen zur Verteidigung abgelehnt. Die CDU wird in den kommenden Wochen die deutsche Bevölkerung immer wieder vor die

Frage stellen, ob eine Partei und ein Politiker Vertrauen verdienen, die die Außen- und Sicherheitspolitik zwölf Jahre lang mit allen Mitteln bekämpft haben. Die SPD ist daher nicht regierungsfähig.

3. Die CDU wendet sich gegen die SPD und alle Politiker, die jahrelang die Politik der Sicherung der Freiheit als Kommunistenschreck und Panikmache diffamiert haben, die Neutralisierungs-, Rapacki- und sogenannte Deutschlandpläne verfolgt haben und die es wagen, der CDU und der Bundesregierung ausgerechnet in diesem Augenblick Mangel an Festigkeit und Entschlossenheit gegenüber der kommunistischen Bedrohung vorzuwerfen.

4. Nur ein einiger und starker Westen kann aussichtsreiche Verhandlungen mit der Sowjetunion führen. Das Ziel unserer Politik ist und bleibt die allgemeine kontrollierte Abrüstung und die Entspannung, die allein zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit führen können.

5. Der kommunistische Osten hofft auf einen Ausgang der Bundestagswahlen am 17. September, der die Regierung der CDU/CSU ablöst durch eine schwache Koalitionsregierung. Er will den Sieg der Neutralisten und den Zusammenbruch des Vertrauens des deutschen Volkes in das Bündnis mit der freien Welt. Die Bundestagswahl des 17. September entscheidet über die Wohlfahrt unseres Volkes, seine Sicherheit, die Freiheit und den Frieden. Die Entscheidung fällt zwischen CDU und SPD. Jede Zersplitterung schwächt unser Volk. Deutschland braucht keine neue Regierung, Deutschland braucht weiterhin eine starke Regierung.“

Fricke: Können wir nicht das Wort „Wohlfahrt“ rauslassen und schreiben „die Zukunft unseres Volkes“?

Dufhues: „Wohlfahrt“ ist ein solch allgemeines Wort, das Sicherheit und alles umfaßt.

Burgbacher: Ich würde vorschlagen, die Worte „in den nächsten Wochen und Monaten“ zu streichen und einfach zu sagen „fortsetzen“.

Dann müßten wir noch einen zweiten Beschluß fassen des Inhaltes, daß der Bundesvorstand beschlossen hat, die Bundesregierung zu bitten, darauf hinzuwirken, daß die Außenminister bald zusammentreten.

Barzel: Sagen wir doch: Der Bundesvorstand hat der Initiative von Bundesaußenminister Dr. von Brentano zugestimmt.

Burgbacher: Oder: Der Bundesvorstand hat die Initiative des Außenministers begrüßt.

Adenauer: Erstens einmal: Dem SPD-Vorstand wird mitgeteilt, daß seitens des Bundesministers des Auswärtigen auch angeregt worden sei, daß die Außenminister möglichst bald zusammentreten. Wir begrüßten auch die Zustimmung der SPD und würden weiter nach der Richtung hin wirken.

Das Zweite wäre dann dieser Beschluß.

Scheufelen: Wir haben Tatsachen festgestellt, die absolut untermauert sind. Einen Satz möchte ich jedoch zur Diskussion stellen: „Die SPD ist nicht regierungsfähig.“ Unterstellen wir, die SPD würde die Wahl gewinnen. Dann würden wir sagen, eine

demokratisch gewählte Regierung ist nicht regierungsfähig. Ich möchte deshalb zur Diskussion stellen, ob der Satz nicht gestrichen werden soll.

Burgbacher: Sagen wir: „Die SPD garantiert deshalb nicht die Fortsetzung dieser Politik.“

Schröder: Ich glaube, den Satz kann man weglassen. Die Behauptung davor ist so stark, daß wir auf den Satz ruhig verzichten können.

Barzel: Sagen wir einfach: „Die SPD ist daher so ...“ (*Widerspruch.*)

Schröder: Lassen wir den Satz doch weg. Ich möchte aber vermieden sehen, daß es so aussieht, als ob unser Parteivorstand dem SPD-Vorstand dankbar sei. Vielleicht kann deshalb auch ein Regierungssprecher, unabhängig vom Parteivorstand, sagen, was Brentano getan hat. Darauf kann sich dann auch die CDU in ihrem Brief an die SPD berufen, damit es nicht so aussieht, als ob schon ein Stück Zusammenarbeit stattfinde.

Adenauer: Das Schreiben der SPD ist an den Vorstand gerichtet. Ich würde vorschlagen zu antworten, daß der Bundesminister des Auswärtigen schon Schritte getan habe, damit die Zusammenkunft der Außenminister früher stattfinde. Wir seien durchaus der Auffassung, daß Verhandlungen möglichst bald in Gang kämen.

Gratl: Ich würde vorschlagen, daß nicht gesagt wird: „... die drohende Kriegsgefahr gebannt“. Man sollte vielmehr sagen: „... den Frieden bewahrt“.

Dufhues: Es ist vielleicht klüger zu schreiben: „... haben den Frieden bewahrt“.

Fricke: Ich möchte mir eine Frage erlauben. Ist es nicht möglich, daß wir dem engeren Bundesvorstand und den hier in der Nähe sitzenden Herren Vollmacht zu weiteren Stellungnahmen zu gegebenen Situationen geben? Wir verlieren durch jede Sitzung eine oder zwei Kundgebungen. Jetzt ist jeder Tag voll besetzt.

Adenauer: Lieber Herr Fricke, ich verstehe das durchaus. Es ist aber unmöglich, daß hier eine Auswahl getroffen wird, wer eingeladen wird und wer nicht eingeladen wird. Es müssen alle eingeladen werden. Es muß dann Ihrem Ermessen überlassen bleiben, ob Sie kommen oder absagen.

Etzel: Wenn das passiert, was hier angedeutet worden ist, also Unterbrechung des Luftverkehrs für 14 Tage, dann ist das doch ein neuer Tatbestand. Er würde dann wieder eine Riesenemotion auslösen. Dazu müßte etwas gesagt werden.

Scheufelen: Ich kann mir trotz allem nicht vorstellen, daß so etwas ohne weiteres passieren wird. Es ist doch ein Recht der Alliierten.

Burgbacher: Die SED hat veröffentlicht, das sei eine Konzession und nicht ein Recht, und Nehru hat erklärt, das sei nicht garantiert.

Scheufelen: Auch wenn das angekündigt wird, würde da eine Situation eintreten, die wir dann alle miteinander nicht übersehen könnten.

Adenauer: Dann müssen Sie es vielleicht uns überlassen, daß in einem kleinen Kreise dazu Stellung genommen wird.

Gratl: Wie lautete die Information genau? Daß die Zugänge nach Berlin ...

Adenauer: Daß die Zufahrten nach Berlin für acht bis 14 Tage gesperrt werden. Die Nachricht ist noch nicht verbürgt.

Gratl: Das müßte also nicht heißen: die Luftwege!

Adenauer: Die Zufahrten!

Dann darf ich zum Schluß kommen. Zuerst darf ich Ihnen herzlich danken, daß Sie ausgehalten haben. Wir werden aus allem, was wir gehört haben, und aus dem, was sich in der Welt ereignet, die eine Folgerung ziehen müssen, die auch in dem Schlußkommuniqué steht: daß die bisherige Politik fortgesetzt werden muß, damit Deutschland in Wahrheit gerettet wird. Das setzt voraus, daß wir innerhalb der CDU/CSU die letzte Kraft bis zum letzten Tag und zur letzten Stunde einsetzen, um alle Wähler an die Wahlurne zu bringen, damit wir einen möglichst großen Erfolg haben. (*Zuruf:* Sehr richtig!)

Abkürzungen und Zeichen

AA	Auswärtiges Amt
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik
AdG	Keesing's Archiv der Gegenwart
ADK	Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise
AdL	Archiv des Deutschen Liberalismus
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AG	Aktiengesellschaft
AGFA	Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation
AK	Arbeitskreis
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
ASTA	Allgemeiner Studenten-Ausschuß
BA	Bundesarchiv Koblenz
BASF	Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BDO	Bund Deutscher Osten
BdV	Bund der Vertriebenen
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BMD	Bund der Mitteldeutschen
BP	Bayernpartei
BR	Bundesrat
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BT	Deutscher Bundestag
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BTW	Bundestagswahl
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheid
BVP	Bayerische Volkspartei
BW	Baden-Württemberg
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDP	Christlich-Demokratischer Pressedienst

Abkürzungen und Zeichen

CDU	Christlich-Demokratische Union
CGB	Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands
CGD	Christliche Gewerkschaft Deutschlands
CSSR	Československá socialistická republika (Tschechoslowakei)
CSU	Christlich-Soziale Union
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
CVJM	Christlicher Verein Junger Männer
CVP	Christliche Volkspartei (Saarland)
DA	Demokratische Arbeitsgemeinschaft
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DBV	Deutscher Bauernverband
DC	Democrazia Cristiana
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFU	Deutsche Friedens-Union
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHV	Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DPD	Demokratische Partei Deutschlands
DPS	Demokratische Partei Saar
DRP	Deutsche Reichspartei
Drs.	Drucksache
DUD	Deutschland-Union-Dienst
DVP	Demokratische Volkspartei
DWU	Demokratische Wähler-Union
DZP	Deutsche Zentrumspartei
EG	Europäische Gemeinschaften
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EMNID	Erforschung, Meinung, Nachrichten, Informationsdienst
EURATOM	Europäische Gemeinschaft für Atomenergie
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAO	Food and Agriculture Organization (Ernährungs- und Landwirtschafts-organisation)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FSU	Freie Soziale Union
FU	Föderalistische Union

Abkürzungen und Zeichen

FU Berlin	Freie Universität (Berlin)
FVP	Freie Volkspartei
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GDP	Gesamtdeutsche Partei
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
HA	Hauptabteilung
HStA	Hauptstaatsarchiv
IG	Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
IOC	International Olympic Committee (Internationales Olympisches Komitee)
JU	Junge Union Deutschlands
KNA	Katholische Nachrichten Agentur
KND	Kurz-Nachrichten-Dienst der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
KP	Kommunistische Partei
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU
KV	Kreisverband
LHA	Landeshauptarchiv Koblenz
LT	Landtag
LT-Drs.	Landtags-Drucksache
LTW	Landtagswahl
LV	Landesverband
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses (von Berlin)
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdBb	Mitglied der Bremischen Bürgerschaft
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdHB	Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
MdL	Mitglied des Landtags
MdPR	Mitglied des Parlamentarischen Rates
MdPrL	Mitglied des Preußischen Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MRP	Mouvement Republicain Populaire
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDP	Nationaldemokratische Partei

Abkürzungen und Zeichen

NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NEI	Nouvelles Equipes Internationales
NL	Nachlaß
NLP	Niedersächsische Landespartei
NOK	Nationales Olympisches Komitee
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
NW	Nordrhein-Westfalen
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OEEC	Organization for European Economic Cooperation (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit)
OStA	Oberstaatsanwalt
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
ÖVP	Österreichische Volkspartei
ppp	Parlamentarisch-Politischer Pressedienst
PSI	Partito Socialista Italiano (Sozialistische Partei Italiens)
PSK	Politisch-soziale Korrespondenz
PV	Parteivorstand
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
RGBI	Reichsgesetzblatt
RPF	Rassemblement du Peuple Français
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe (Oberstes Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa)
SJ	Societas Jesu
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SPS	Sozialdemokratische Partei Saar
SS	Schutz-Staffel
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
StBKAH	Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
Sten.Ber.	Stenographische(r) Bericht(e)
StGB	Strafgesetzbuch
SWF	Südwestfunk
UiD	Union in Deutschland
UN	United Nations
UNO	United Nations Organization

Abkürzungen und Zeichen

US	United States (of America)
USA	United States of America
UVF	Union der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU
VdK	Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands
VEBA	Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG
VEW	Vereinigte Elektrizitätswerke
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VR	Volksrepublik
VS	Verschlußsache
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WEU	Western Europe Union
WP	Wahlperiode
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
zit.	zitiert
ZK	Zentralkomitee
[]	Einfügung des Bearbeiters
[!]	tatsächlicher, aber befremdlicher Text

Quellen und Literatur

A) Quellen

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)

Kalinke, Margot	I-026
Krone, Heinrich	I-028
Mick, Josef	I-035
Globke, Hans	I-070
Lücke, Paul	I-077
Hermes, Andreas	I-090
Blank, Theodor	I-098
Merkatz, Hans-Joachim von	I-148
Becker, Curt	I-162
Balke, Siegfried	I-175
Gerstenmaier, Eugen	I-210
Wuermeling, Franz-Josef	I-221
Mercker, Reinhold	I-274
Gradl, Johann Baptist	I-294
Asmussen, Hans	I-398
Schröder, Gerhard	I-483
Selbach, Josef	I-544
CDU-Kreisverband Mainz-Stadt	II-018
CDU-Kreisverband Münster	II-035
CDU-Landesverband Westfalen-Lippe	III-002
CDU-Bezirksverband Nordbaden	III-004
CDU-Landesverband Schleswig-Holstein	III-006
CDU-Landesverband Hamburg	III-010
CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz	III-026
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU	IV-001
Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft	IV-013
Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise	VI-010

Quellen und Literatur

CDU-Bundespartei – Bundesvorstand	VII-001
– Vorsitzende	VII-002
– Bundesgeschäftsstelle	VII-004

CDU/CSU-Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrates und des Deutschen Bundestages	VIII-001
CDU/CSU-Fraktion – Arbeitskreis II	VIII-003
– Arbeitskreis III	VIII-004
– Arbeitskreis IV	VIII-005

TERMINKALENDER Adenauers (s. NL Globke)	I-070
---	-------

PRESSEDOKUMENTATION, Personenarchiv

Archiv des Bischöflichen Generalvikariats Fulda

Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP)
Nachlaß Strauß Nr. 158/4

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)
Sammlung Personalialia, Georg-August Zinn
Dep. Willy Brandt

Archiv des Deutschen Liberalismus (AdL)
P3-200
Bundesparteitage, A1-186

Bundesarchiv Koblenz (BA)
Best. Bundeskanzleramt
Nachlaß Pünder

Landeshauptarchiv Koblenz (LHA)
Nachlaß Zimmer

Landesarchiv Saarland
Best. Pressearchiv der Staatskanzlei
Best. Staatskanzlei

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
Ref. 305 AZ 82.00/91.36, Band 70
Ref. 204/205 AZ 204-82.00/9407, Band 258

Quellen und Literatur

Stadtarchiv Castrop-Rauxel

Stadtarchiv Wermelskirchen
2-P1-16

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH)

Besucherordner, Redensammlung

16.23, 02.18, 02.23, 12.28, III/3, III.5, III/18, III.25, III/39, III.58

Bundesgesetzblatt, Gesetz- und Verordnungsblätter der Länder, Verhandlungen und Drucksachen des Deutschen Bundestages und dgl. sind nicht eigens aufgeführt.

B) Literatur

- ABGEORDNETE des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Hg. vom Deutschen Bundestag. Bde. 2, 3, 4, 6, 8. Boppard 1982, 1985, 1988, 1989. 1990. *Zit.*: ABGEORDNETE 2–8.
- ADAMIETZ, Horst: Die fünfziger Jahre. Bremer Parlamentarier 1951–1959. Bremen 1978.
- ADENAUER, Konrad: Erinnerungen 1945–1953. 4. Aufl. Stuttgart 1980. Erinnerungen 1953–1955. 3. Aufl. Stuttgart 1980. Erinnerungen 1955–1959. Stuttgart 1967. Erinnerungen 1959–1963. Fragmente. Stuttgart 1968. *Zit.*: ADENAUER: Erinnerungen 1–4.
- Reden 1917–1967. Eine Auswahl. Hg. von Hans-Peter Schwarz. Stuttgart 1975.
- Teegespräche 1959–1961. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters (Rhöndorfer Ausgabe, hg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz). Berlin 1988.
- AdG: Archiv der Gegenwart (bis Jahrgang 31/1961 u.d.T. Keesing's Archiv der Gegenwart). Wien 1944 ff., Essen 1952 ff., Bonn 1956 ff.
- ALBERTINI, Rudolf von: Schwierigkeiten und Krise der Vierten Republik (1947–1958). In: Handbuch der Europäischen Geschichte, Bd. 7: Europa im Zeitalter der Weltmächte. Hg. von Theodor SCHIEDER. Stuttgart 1979.
- ARENTH, Joachim: „Wenn der Westen einig und stark ist ...“ Deutsch-amerikanische Interessenskongruenz und -konflikte während der Berlin-Krise 1958–1961. In: Historische Mitteilungen 1 (1993).
- ARNIM, Hans Herbert von: Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Mainz 1991.
- BADISCHE BIOGRAPHIEN: Hg. von Bernd Otnad. N.F. Bde. 1 und 2. Stuttgart 1982, 1987.
- BAUSCH, Hans: Rundfunkpolitik nach 1945. Erster Teil: 1945–1962. München 1980. *Zit.*: BAUSCH 1.
- BECKER, Winfried: CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei (Studien zur politischen Bildung 13). Mainz 1987.
- BLANKENHORN, Herbert: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1979. Berlin 1980.
- BRAUNBUCH. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft. Hg. vom Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR. Berlin (Ost) 1968.
- BUCHSTAB, Günter (Bearb.): Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 8). Stuttgart 1986. *Zit.*: PROTOKOLLE 1.
- Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-

- Bundesvorstands 1953–1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 16). Düsseldorf 1990. *Zit.*: PROTOKOLLE 2.
- BUCHSTAB, Günter (Hg.): Konrad Adenauer in Cadenabbia. Düsseldorf 1992. *Zit.*: BUCHSTAB: Cadenabbia.
- BULLETIN des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn 1951 ff.
- CASDORFF, Claus Hinrich (Hg.): Demokraten – Profile unserer Republik. Königstein/Ts. 1983. *Zit.*: DEMOKRATEN.
- CDU, 6. Parteitag 1956 in Stuttgart, 7. Parteitag 1957 in Hamburg, 8. Parteitag 1958 in Kiel, 9. Parteitag 1960 in Karlsruhe. Hg. Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Bonn 1956 ff. *Zit.*: CDU, 6.–9. Bundesparteitag.
- Christdemokratinnen s. Hellwig.
- Civis. Zeitschrift für christlich-demokratische Politik. Hg. vom Bundesvorstand des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten. Marburg 1954/55 ff.
- DATENHANDBUCH zur Geschichte des Deutschen Bundestages. 1949–1982. Verfaßt und bearb. von Peter Schindler. 3. durchges. Aufl. Baden-Baden 1984. *Zit.*: DATENHANDBUCH 1.
- DDR Handbuch. Hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 3. überarb. und erweiterte Aufl. Köln 1985.
- DEMOKRATEN s. Casdorff.
- Deutschland-Union-Dienst. Pressedienst der CDU, CSU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Frankfurt/M. 1947 ff. *Zit.*: DUD.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik III. Reihe, hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bde. 1 und 2 bearb. von Ernst Deuerlein und Hansjürgen Schierbaum. Frankfurt/M.-Berlin 1961, 1963.
- DOMES, Jürgen: Mehrheitsfraktion und Bundesregierung. Aspekte des Verhältnisses der Fraktion der CDU/CSU im zweiten und dritten Deutschen Bundestag zum Kabinett Adenauer (Politische Forschungen Bd. 5, hg. von Dolf Sternberger). Köln/Opladen 1964.
- Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Hg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Bde. 8, 11, 12, 14, 20. Tübingen 1959, 1961, 1962, 1963, 1967.
- Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik. Hg. von Wilhelm Cornides. Bonn 1946/47 ff.
- FAUL, Erwin (Hg.): Wahlen und Wähler in Westdeutschland. Villingen/Schwarzwald 1960.
- FISCHER, Claus A. (Hg.): Wahlhandbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Daten zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in der Bundesrepublik Deutschland, in den Ländern und in den Kreisen 1946–1989 (Studien zur Politik Bd. 14). 1. und 2. Halbband. Paderborn 1990. *Zit.*: FISCHER 1–2.
- FOSCHEPOTH, Josef (Hg.): Adenauer und die deutsche Frage. Göttingen 1988.
- FRIEDE, Dieter: Das russische Perpetuum mobile. Würzburg 1959.
- GAULY, Thomas M.: Katholiken. Machtanspruch und Machtverlust. Bonn 1991.

- GERSTENMAIER, Eugen: Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht. Frankfurt/M. 1981.
- GROEBEN, Hans von der: Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966). Baden-Baden 1982.
- GUNDELACH, Herlind: Die Sozialausschüsse zwischen CDU und DGB. Selbstverständnis und Rolle 1949–1966. Diss. Bonn 1983.
- Handbuch des Landtags Nordrhein-Westfalen. Hg. vom Landtag Nordrhein-Westfalen. 3., 4., 5. Wahlperiode. Düsseldorf 1954, 1958, 1962.
- HECK, Bruno (Hg.): Die CDU und ihr Programm. Programme, Erklärungen, Entschlüsse. Melle 1979.
- HEITZER, Horstwalter: Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 12). Düsseldorf 1988.
- HELLWIG, Renate (Hg.): Die Christdemokratinnen – Unterwegs zur Partnerschaft. Stuttgart 1984.
- HOFMEISTER, Herbert: Landesbericht Österreich. In: Ein Jahrhundert Sozialversicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und der Schweiz. Hg. von Peter A. Köhler und Hans F. Zacher (Schriftenreihe für Internationales und Vergleichendes Sozialrecht Bd. 6). Berlin 1981.
- Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964. Hg. von Elisabeth NOELLE und Erich Peter NEUMANN. Allensbach 1967.
- Jahrbuch der SPD 1947. Hg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
- Jahrbuch der SPD. 1958/59 Bonn: Neuer Vorwärts Verlag 1959. Hg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
- KAFF, Brigitte (Bearb.): Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 17). Düsseldorf 1991.
- KLEINMANN, Hans-Otto: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993.
- KLOTZBACH, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965. Berlin-Bonn 1982.
- KOERFER, Daniel: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer. Stuttgart 1987.
- KÜPPERS, Heinrich: Adenauer und Altmeier im Fernsehstreit 1958–1961. In: VfZ 35 (1987) S. 625–659.
- KÜSTERS, Hanns Jürgen: Adenauer und Brandt in der Berlin-Krise 1958–1963. In: VfZ 40 (1992) S. 483–542. *Zit.*: KÜSTERS: Berlin-Krise.
- „Wiedervereinigung durch Konföderation?“ Fritz Schäffers Unterredungen mit Vertretern der DDR und der Sowjetunion 1955/56. In: VfZ 40 (1992) S. 107–153. *Zit.*: KÜSTERS: Wiedervereinigung.
- LANGE, Erhard H. M.: Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Ana-

- lyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtskommission im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956. Meisenheim am Glan 1975.
- LEIBHOLZ, Gerhard/RUPPRECHT, Reinhard: Bundesverfassungsgerichtsgesetz. Rechtsprechungskommentar. Köln 1968.
- LENZ, Otto: Im Zentrum der Macht: Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953. Bearb. von Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann, Reinhard Schreiner (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 11). Düsseldorf 1989.
- MACMILLAN, Harold: Erinnerungen (Memoirs). Aus dem Englischen von Erwin Duncker. Frankfurt/M.–Berlin 1972.
- MATZ, Klaus-Jürgen: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie. Düsseldorf 1989.
- MEISSNER, Boris (Hg.): Moskau Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955–1973. Dokumente zur Außenpolitik. Band III/1. Köln 1975. *Zit.*: MOSKAU BONN.
- MENDE, Erich: Die neue Freiheit 1945–1961. München 1984.
- MEYERS, Franz: gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens. Düsseldorf 1982.
- MEYN, Hermann: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 29). Düsseldorf 1965.
- MOSKAU BONN s. Meissner.
- MUSCHEID, Jutta: Die Steuerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1982 (Volkswirtschaftliche Schriften H. 365). Berlin 1986.
- NATO. Organisation des Nordatlantikvertrages. Tatsachen und Dokumente. Hg.: NATO. Paris 1963. *Zit.*: NATO-Handbuch.
- NEUE DEUTSCHE BIOGRAPHIE. Bayerische Akademie der Wissenschaften. Historische Kommission (Hg.). Bd. 12. Berlin 1980.
- PERSÖNLICHKEITEN der Europäischen Integration. Vierzehn biographische Essays. Hg. von Thomas Jansen und Dieter Mahncke (Europäische Politik 56). Bonn 1981.
- PFEIFFER, Gerd/STRICKERT, Hans-Georg (Hg.): KPD-Prozeß. Dokumentation. 3 Bde. Karlsruhe 1955/56.
- PÖTTERING, Hans-Gert: Adenauers Sicherheitspolitik 1955–1963. Ein Beitrag zum deutsch-amerikanischen Verhältnis. Düsseldorf 1975.
- PROTOKOLLE 1 und 2 s. Buchstab.
- RHEINISCHE LEBENSBLDER. Bd. 1 hg. von Edmund Strutz. Düsseldorf 1961. Bde. 2–8 hg. von Bernhard Poll. Düsseldorf-Bonn-Köln 1966–1980. Bde. 9–11 hg. von Wilhelm Janssen. Köln 1982–1988.
- RICHTER, Max/MÜLLER, Albert: Kampf um die Krankenversicherung 1955–1965. Bad Godesberg 1966.
- RUNDFUNKRECHT. Staatsverträge der Länder, Landesrundfunkgesetze, Landesmediengesetze, Bundesrundfunkgesetz. München 1990.
- SAUER, Paul: Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Ulm 1977.
- SCHMID, Carlo: Erinnerungen. Bern/München/Wien 1979.

- SCHMIDT, Robert H.: Saarpolitik 1945–1957. 3 Bde. Berlin 1959–1962. *Zit.*: SCHMIDT 1–3.
- SCHNEIDER, Michael: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968). Bonn 1986.
- SCHROEDER, Wolfgang: Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Bonn 1992.
- SCHULTHESS, Heinrich: Europäischer Geschichtskalender 1930. Hg. von Wilhelm Stahl und Ulrich Thuerauf. Neue Folge. Reprint. Nendeln 1976.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952. Stuttgart 1986. Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967. Stuttgart 1991. *Zit.* SCHWARZ: Adenauer 1–2.
- Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 2). Stuttgart-Wiesbaden 1981. Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 3). Stuttgart-Wiesbaden 1983. *Zit.*: SCHWARZ: Bundesrepublik 2–3.
- SIEBENMORGEN, Peter: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik. Bonn 1990.
- STAMM, Willy: Leitfaden für Presse und Werbung. Essen 1958.
- Statistik von Baden-Württemberg. Band 43. Die Wahl zum dritten Bundestag der Bundesrepublik Deutschland am 15. September 1957. Hg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. Stuttgart 1958.
- STEININGER, Rolf: Rundfunk zwischen Bund und Ländern 1953–1961. Ein Beitrag zur Innenpolitik Adenauers. In: Politische Vierteljahresschrift (PVS) XVII/1976 S. 474–519.
- STÖSS, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 38/39). 2 Bde. Opladen 1983/1984. *Zit.*: Stöss 1–2.
- STUBBE-DA LUZ, Helmut: Von der 'Arbeitsgemeinschaft' zur Großstadtpartei – 40 Jahre Christlich-Demokratische Union in Hamburg 1945–1985. Hg.: Staatspolitische Gesellschaft Hamburg. Hamburg o.J. (1985).
- TITZ, Karl-Reinhard: Verfassungsfragen der Wahlkampfkostenerstattung. Baden-Baden 1990.
- WEINACHT, Paul-Ludwig (Hg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 2). Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1978.
- WINTER, Ingelore M.: Unsere Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Richard von Weizsäcker. Sechs Porträts. Düsseldorf 1987.
- ZEHNER, Günter (Hg.): Der Fernsehstreit vor dem Bundesverfassungsgericht. Eine Dokumentation des Prozeßmaterials. Bde. 1–2. Karlsruhe 1964, 1965. *Zit.*: ZEHNER 1–2.
- ZEITGESCHICHTE IN LEBENSBILDERN. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bde. 1 und 2 hg. von Rudolf Morsey. Mainz 1973, 1975. Bde. 3–6

Quellen und Literatur

hg. von Jürgen Aretz/Rudolf Morsej/Anton Rauscher. Mainz 1979, 1980, 1982, 1984. *Zit.:* ZEITGESCHICHTE 1-6.

Personenregister

Seitenzahlen in Kursiv weisen auf biographische Angaben hin; Zahlen mit * verweisen auf die Anmerkung der betreffenden Seite. Die fettgedruckten Ziffern bezeichnen den Beginn der Redebeiträge der Sprecher.

- Abs, Hermann Josef 741, 785f., 790, 980*
- Achenbach, Ernst 205
- Achenbach, Ernst (FDP) 5, 981
- Ackermann, Annemarie 657
- Adorno, Eduard 111, **157**, 158, 438, 490, **490**, 491, 525, 578, 654, 735, 871, 938
- Ahrens, Hermann 818*, 891
- Albers, Johannes XIXf., 177, 226, 229, **230**, **231**, 232, **233**, **235**, 236, **237**, 238, **240**, 242–244, 252, **253**, 255, **257**, 261, 272, **294**, 302, **335**, **340**, 348, 368, 384, 399, 408, **414**, 417, 419, 437f., 451f., **453**, **456**, 457f., **459**, **468**, 478, 487, 490, 500, **521**, 522f., 526, **528**, 536, **553**, 554f., **575**, 576, 578, **593**, 594–596, 599, 608, 647f., 651, 654, 670, **673**, **674**, 735, 739, **775**, **776**, **782**, 783, 785f., 789, **796**, 797, 803, 807, 814–816, **825**, 829f., **831**, 832, 834, 836, 838, 840–842, 869f., 884, 894, 897, **904**, 905, **908**, **913**, 929, **934**, **935**
- Alexander der Große 411*
- Allard, Jacques 581*
- Altmeier, Peter XVI, 111, 121, 125, 226, **235**, 327, 348, 365, **366**, 369, **371**, 375, 384, 398*, **410**, 411–414, 416, 429f., 438, 451, 454, 456, 486f., 492–495, 510, 515, **518**, 519–523, 526, 532, 535, 537, 541, **542**, 543, 578, 589, 594, 626, 670f., 673–675, 693, 700, 715–717, 720, 748–750, 752f., 757f., 767, 769–772, 791, 807f., 815, 871, 884, 895, 899, 938
- Amelunxen, Rudolf 194*, 279, 329, 336
- Amrehn, Franz 327, 328, 348, 377, **378**, 379, **380**, 382, 649, 810*, 1030, 1035f., 1043f.
- Andres, Stefan 143
- Aristoteles 411, 427
- Armbruster, Fritz 551
- Arndgen, Josef 240, 353, 405, 451, 654, 661*, 807, **832**, 834, 935
- Arndt, Adolf 76, 77f., 81f., 84, 120, 152, 159, 165, 270, 283
- Arndt, Ernst Moritz 900
- Arndt, Otto 1030
- Arnold, Karl 1, 5, 11, 22, 31, **32**, 41, 43, 63, 65, 70–72, 77, 84f., **109**, **110**, 111, 117, 126, 133, 161, 164, 175f., 187*, 190, 194, 227–230, 235, 238, 251, 354*, 408, 419, 452, 454, 458, 502, 591, 627, 876, 991
- Asmussen, Hans Christian 601, 685, 707, 712
- Bach, Ernst 1, 27, **29**, 49, 54, 111, **153**, 175, **205**, 339, 384, 431–434, 472, 937, 1003, 1007
- Bach, Franz-Josef 794

- Bäsel, Friedrich 573
 Balke, Siegfried 524
 Bartram, Walter 337
 Barzel, Rainer 461, 480, 527, 871,
 875, 879, 883f., **909, 914, 915**,
 934f., 938, 959, **984**, 998, **1001**,
 1003, 1023, **1060, 1061**
 Bauknecht, Bernhard 20, 112, 177,
 226, **245**, 348, 525, 578, 654, 735,
 807, 884, 909, 934f., 938
 Baur, Friedrich 553
 Bausch, Hans 754, 821
 Bausch, Paul 821
 Bea, Augustinus Kardinal 713
 Beaverbrook, Sir William Maxwell
 Aitken Baron 714
 Becker, Max 439
 Behrisch, Arno 1034
 Benedikt XV., Papst 274
 Berg, Fritz 733, 741, 785f., 827,
 920*, 980
 Berger, Lieselotte 1029, 1030
 Berghuis, Wiert 124*
 Bernard, Karl 64
 Berning, Paul 634*
 Beurlen, Max-Ernst 282, 283
 Bidault, Georges 180
 Bischoff, Friedrich 754, 759, 781
 Bitter, Wilhelm 111, 153, 175, 190,
 207, 210f., 215f., 218, 348, 358,
 524, 578, 616, **620**, 624–626, 735,
 780, 797, 798–801, **804**, 805
 Blank, Theodor XVIII, XXIVf., 175,
 185, 228, 230, 235, 238, 252, 261,
 303, 309, 311, 341–343, **344**, 348,
 367, 404, 415, 456, 460, 462, 465,
 467, 496, 523, 525f., 538, **542**,
 550, 554f., 569, 577, 594, 649,
 654f., 700, **711, 721**, 722, **723**, 724,
 725–727, 735, 739, 789, 807, **827**,
 832, **834**, 835–837, 842f., 871, 880,
 883, 884, 886, **887**, 888, **889**, 892f.,
 905, 908, 910, 911, 912, 913f., 921,
 938, **992**, 1000, 1002f., **1023, 1024**,
 1050
 Blankenhorn, Herbert XII, 268,
 274f., 278–280, 326, 328, 330–332,
 337, 665
 Bleibtreu, Otto 162
 Blessing, Karl 586, 741f., 778f.,
 782–786, 790
 Blohm, Irma 908
 Blumenfeld, Erik Bernhard XXII*,
 XXIII, 66, 111, 119, 128, **129**,
 131f., 134, 136, **153**, 155f., **172**,
 175, 191, **215**, 217, 226, **245**, 261,
 302, 309f., **332, 347**, 348, **362, 370**,
 382, 384, **403**, 404, 409, **418**, 419,
 438, **445**, 447f., 474, **484**, 487, 490,
 523, **529**, 530, 540, 543, **544, 551**,
 552, 554f., **565**, 566, 569f., **571**,
 576, 578, 583, 585, 589f., **602**,
 603*, 604, 629, **636**, 639, 643, **644**,
 645–647, 651, 658, 665, 671, 700,
 712, 718, 729, 735, **763**, 767, **806**,
 807, 848, **859**, 884, **911**, 929, 934f.,
 938, 978, **986**, 1003, 1011, **1047**,
 1048
 Bock, Josef 549, 552, 554
 Bockelmann, Werner 148, 802*
 Boden, Wilhelm 111*
 Böckler, Hans 185, 879
 Boeder, Erich 551, 555
 Böhm, Franz 547
 Böttcher, Walther 111*
 Boljahn, Richard 139
 Brand, Peter Wilhelm 807, 840, **840**
 Brandt, Leo 691
 Brandt, Willy XIV, 271, 327f.,
 367, 376f., 380–382, 398*, 562,
 601, 606, 709–711, 730, 745,
 801–805, 810, 817, 819f., 856, 916,

- 919, 944f., 959, 979, 997, 1006,
1010–1012, 1014f., 1017–1028,
1032–1036, 1038–1045, 1049,
1052, 1055, 1057
- Brauer, Max 7*, 118, 126, 129, 134,
398*, 765
- Brauksiepe, Aenne XXIV, 2, 175,
213, 229, 340, 348, 361, **367**, **372**,
374, 461, 480, 523, 527, 537, 578,
624, 626, **635**, 647f., 651, 671f.,
729, 731, 807, 897, 907f.
- Brecht, Julius 778, 782, 784
- Brenner, Otto 210, 243, 595f., 876,
881
- Brentano, Heinrich von XIII, 1, 14,
17, 18, 26, 31, 43, 93, **98**, 101,
103, **106**, 111f., 177, 250, 253, 261,
266, 274, 286, 290, **312**, 313f.,
317–321, **323**, 326, 328f., **332**, 351,
438, 447, **448**, 449*, 523, **556**, 561,
563–565, **566**, 567, 578, 580, 583,
603, **604**, **606**, 648, 665, 671, 700,
728, 735, **755**, 759, 763, 886f., 889,
896, 904f., 907, 910, 912, 925,
938, 941, **947**, 951–953, 955, **956**,
958, 961–963, 965, **967**, **968**, 970,
972, **973**, 974, **989**, **991**, 1000,
1002–1004, 1012f., 1020, **1021**,
1022, **1024**, **1033**, **1039**, **1040**,
1042, 1045, 1050, 1057f., 1060f.
- Brockmann, Johannes 193*, 194*
- Bruce, David K. E. 270, 444, 562*
- Brüning, Heinrich 998
- Brundage, Avery 559, 562, 566f.,
571
- Bucerius, Gerd 14, 21, 331, 592,
628, 636–641, 643f., 661f., 1048
- Bulganin, Nikolaj Alexandrowitsch
67, 86, 89–93, 96, 101
- Burauen, Theodor 196, 627, 633,
802
- Burckhardt, Helmuth 306
- Burgbacher, Fritz XXIV, 296, 461,
480, 502, 528, 670, **672**, 674–676,
686, 687, 689, **692**, 700, 730, 735,
742, 807, **845**, 860, **861**, 865–867,
868, 869, **871**, **875**, 876, 880, **881**,
882, 883f., **906**, **911**, 920, 929, **935**,
936, 938, **991**, 1003f., 1012, **1045**,
1060, **1061**
- Butschkau, Fritz 587
- Butterhof, Franz Xaver XXVI
- Carstens, Karl 951, 967*
- Castro Ruz, Fidel 581, 932
- Catel, Werner 793
- Chruschtschow, Nikita Sergewitsch
XIII, 89, 92f., 112–114, 128, 266*,
268, 270, 325, 327, 351*, 374,
377f., 380f., 385, 390, 392, 394,
442f., 445f., 448, 561, 603, 642,
660, 685, 702f., 743–745, 809, 811,
813, 851f., 856, 940, 943, 945f.,
951, 958, 1005, 1013, 1031, 1044f.,
1050f.
- Churchill, Sir Winston Leonard
Spencer 4, 114, 602, 715*,
- Cillien, Adolf 1, 9, **18**, 43, 54, 60,
82, **83**, 109, 111, 120, 151, 175,
215, 226, 237, 348, 355, 375, 384,
395, 438, **475**, 476, 578, 590, **595**
- Couve de Murville, Jacques Maurice
274, 811*
- Crossmann, Rt. Hon. Richard Howard
Stafford 155, 156
- Czaja, Herbert 735, 783, **783**, 784
- Dach, Günter 877
- Dahs, Hans 329
- Daniels, Wilhelm 657
- Dannenmann, Arnold 9
- Darré, Walter Richard 599
- Daume, Willi 566, 568–571
- Debré, Michel 17*, 446, 447, 448f.

Personenregister

- Dehler, Thomas XII, 118, 185, 283,
319, 820, 926
- Deist, Heinrich 243
- D'Hondt, Victor 38*, 349*
- Dibelius, Friedrich Karl Otto 588,
589, 610, 707, 713
- Dichtel, Anton XX*, 43, 61, 93,
107, 108, 109, 177, 226, **255**, 261,
270, **348**, 384, **420**, 427, 456, 578,
871
- Diefenbaker, John G. 6*, 320, 326
- Dietsch, Conrad Wilhelm 130
- Dillon, C. Douglas 441
- Dittmar, Rupprecht 130*, 549, 552,
554f., 735, 784, 871, 938
- Döpfner, Julius Kardinal 183
- Doepner, Friedrich 214*
- Döring, Wolfgang 5, 22, 32, 162f.,
186, 981
- Dollfuß, Engelbert 81*
- Dollinger, Werner 550
- Dombrowski, Erich 395
- Doorn, Henri Willem van 124*
- Douglas-Home, Alexander Frederick
958
- Dovifat, Emil 143, 157
- Dowling, Walter C. 562*, 1022,
1038, 1050
- Drügh, Franz 335, 975*
- Dufhues, Josef Hermann XVII,
XXIII, XXV, 205, 384, 412, **422**,
423, 425, **427**, 430f., **435**, 438,
450f., 459, 461, 464f., **466**, 468f.,
471–476, 478f., 483, 485, 488–491,
493, **511**, 513f., **517**, 518, **520**, **521**,
522f., 525, 540, **542**, **544**, **552**, 555,
563, 564, 577f., 594, **598**, 600–603,
611, 621, 623f., 626, 628, 632,
633, 646f., 649, 654, 666f., **668**,
669–671, **672**, **673**, 674, **693**, **698**,
699f., **715**, **719**, 720, **721**, 735,
748*, 749, 754f., **758**, 761f., **764**,
765–768, 770, 773, **775**, 776, **780**,
790–792, **794**, 796, **797**, **799**, 800,
802–805, 807, 816, 817*, 820f.,
821, **822**, 823, **824**, **825**, 827, 843,
844, **852**, 858, **860**, **867**, 880, 884,
891, 892f., 899, **909**, 924, **925**, **926**,
928, **929**, 938, **939**, 965, **983**, 990,
991, **992**, **1001**, 1003, 1011f., **1014**,
1018f., **1023**, **1027**, **1028**, 1049,
1058, **1059**, **1061**
- Dullenkopf, Otto 654
- Dulles, John Foster 3, 90f., 93, 101,
268, 269*, 322, 382*, 394
- Eberhard, Rudolf 175, 177
- Eckardt, Felix von XII, XIV, 17,
151*, 281, 329, 517, 565, 734, 781,
938, **985**, **986**
- Effertz, Josef 212
- Ehard, Hans 663, 747, 750, 752,
767, 769, 772
- Eichmann, Adolf 926
- Eisenhower, Dwight David 3, 91, 99,
114, 128, 156, 383*, 387, 389–394,
400, 441–444, 447f., 579f., 639,
703, 812, 942
- Elfes, Wilhelm 455, 553
- Elkman, Gerhard 552
- Emig, Karl 551
- Endres, Egon 111*, 112, 365
- Enzensberger, Hans Magnus 1029
- Eplée, Hermann A. 1, 26, **26**
- Erhard, Ludwig XVIII, 226, 247,
252, 261, 271, 275, 278, 281,
283, 294f., **299**, 302–311, 341*,
356–358, 363, 365, 367–369,
372–374, 438, 461, 467, 481, 485f.,
488, 502, 524, 547, 550, 608, 609*,
649, 655, 671, 700, 709*, 735,
741f., 762, 784, 786, **791**, 886,
888, 890, 892–896, 898, 905, 907,

Personenregister

- 909, 911–913, 937, 990–992, 1008,
1012, 1046
- Erkens, Peter 222
- Erler, Fritz 270, 321, 351, 416, 916,
945, 971
- Eschenburg, Theodor 482
- Etzel, Franz XXIV, 1, 37, 43, 63,
65, 69, **72**, 148, 177, 226, 240, 242,
245, 246–248, 252, 261, 278, 302,
306, **307**, 310f., 329, 341*, 348,
377, 379f., 383, 406, 438, 465, 482,
485f., **487**, 496, 506, 511, 513, 523,
545, **546**, 550 **551**, 552, **553**, **554**,
555, 578, 609, 646, 652–654, 671,
700, 706, **712**, **719**, 735, 741, 779,
784, 786, 790, 807, 811, 820, 864,
856, **867**, 869–872, 886, 889, 913f.,
938, 1003, 1050, **1061**
- Even, Bert 238, 461, 480, 527, 537,
648, 673–675, 884, **890**, 892, 903
- Even, Johannes 735, 871, 878
- Faisal II., König von Irak 224*
- Fanfani, Amintore 226, 256, 812,
1044
- Farny, Oskar 669
- Faulhaber, Franz 551
- Fay, Wilhelm 1, 26, **26**, 43, 109,
114, 122f., **147**, 238, 261, 263, **284**,
290–294, 348, **361**, **362**, 364, 384,
430, **434**, **435**, **436**, **437**, 438, 494,
523, **572**, 578, **591**, 631, 647, 651,
670f., 674, **699**, 735, 782, 884, 913,
930, 938, 991
- Feddersen, Jens 1014, 1017
- Flechtheim, Ossip K. 526, 528
- Flecken, Adolf 791
- Flehinghaus, Otto 329, 334, 336,
823, 924
- Flick, Friedrich 593
- Flink, Maria 194*
- Forster, Karl 80
- François-Poncet, André 449
- Freitag, Walter 78, 185
- Fricke, Otto 1, 39, 43, 60, 78, 112,
177, 226, **237**, 258, **260**, 261, 281,
348, 355–357, 375, 438, 461, 487,
488, 493, 525, 578, 589f., 608, 633,
645, 647f., 658, 671, 700, 709, **726**,
728, 735, 807, 871, 884, **891**, 892,
902, **909**, **911**, 912f., 928, 930, 934,
938, 978, **987**, 988, **989**, **990**, **1001**,
1003, 1028, **1060**, **1061**
- Friedensburg, Ferdinand 547, 604
- Frings, Josef Kardinal 544, 770f.,
773
- Fromm, Ernst 600, 829, 835
- Furler, Hans 906, 922
- Gaillard, Félix 93, 100
- Gaitskell, Hugh Todd 21
- Galal, Kamal Eldin 275, 279
- Gale, Sir Richard N. 855*
- Gantenberg, Mathilde 657
- Gasperi, Alcide de 406
- Gaßmann, Walter 722
- Gaulle, Charles de VII, 177*, 178,
179–181, 227, 266*, 268–271,
273f., 326, 380, 383, 386f., 390f.,
441–444, 446–448, 561f., 576,
579–582, 584, 639, 743, 749, 776,
811, 931
- Gehling, Aenne 212*
- Geiger, Georg 277*
- Geiger, Willi 902
- Gerstenmaier, Eugen XI–XIV, XIX,
XXII, XXIVf., 1, 2, 5, 9, 11,
13–15, **19**, **21**, 23, 31, **32**, **37**, 39f.,
43f., 46, **69**, 71, **73**, 76f., 79, 81,
83, **84**, **85**, 86, **96**, 98, 101f., **103**,
104, **105**, **106**, 107, **108**, **109**, 111,
131, **149**, 151*, 154, 161, 166, 170,
173, **174**, 175, 177, 190, 226, **232**,
233, 235, 240, 242, **243**, 244–247,

Personenregister

- 248, 250–253, 256, 258, **260**, 261, 312, 317, 330, 334, 348, 350, 356f., **363**, 364–366, 371, 374f., 380, 382f., **384**, 385, 389, 395, 399–401, **402**, **403**, 405, 408f., **411**, 413, 415f., 418, 420, 422, **425**, **426**, **427**, **429**, **430**, 431, 438, 460, 465, 469, **475**, 476*, 478, 481, 486f., 492, **493**, 494, 523, 526, 538, 542, 544, **566**, **573**, 575, 578, 670, **675**, 682, **683**, 686f., 690, **692**, 693, **694**, 695–697, 700f., 707, **712**, **713**, **714**, **719**, 720, **721**, **734**, 735, 740, 745, **749**, 762, 766, **768**, 770, **775**, **776**, 807, 816, 817*, **819**, **820**, 822, **824**, **841**, 842, 871, 876f., **878**, **880**, **881**, **882**, **883**, 884, 887–889, **893**, 896–899, **900**, 902, **903**, 904, **905**, **906**, 907, **908**, **909**, 910, **911**, 912, 914f., 917, 919f., **921**, 922, **924**, **926**, 934, 938, 941, 947, 949–951, **952**, 954*, **956**, **957**, **959**, 962, **963**, 964, **966**, 967–971, **972**, **973**, **974**, **975**, **976**, **977**, **978**, 987, **990**, **998**, **999**, 1000, **1001**, **1002**, **1003**, 1012, 1019
- Gewandt, Heinrich 552
- Gier, Johann Peter 549, 552
- Globke, Hans XIV, 149, 322, 577, 593*, 638, 643, 663, 735, 740, 980*
- Gockeln, Josef 71, 111, **137**, 147, 154, 238, 454
- Goebbels, Joseph 594
- Görgen, Hermann Mathias 52
- Gollwitzer, Helmut 958
- Gomulka, Wladyslaw 25
- Gradl, Johann Baptist X*, XIV*, 1, 18, **18**, 111, **142**, 144*, 145f., 157, 161, 226, **228**, 230, 233, **236**, **237**, **238**, 239, **256**, **257**, 261, 312, **313**, 315–320, 322f., 325, **327**, 340, 348, 361, **367**, 368, 378, 381, **383**, 384, **416**, 420, **429**, 525, 578, 610, **629**, 636, 639, **640**, 642, **645**, 646f., 649, 654, **663**, 664, 671, 735, 807, 810f., **825**, 827, 934f., 938, 953*, 954, 963, 966, 969, 1003, **1039**, **1040**, **1042**, **1044**, 1045, **1046**, 1048, **1051**, **1054**, **1061**, **1062**
- Greve, Otto Heinrich 165
- Grewe, Wilhelm G. 167, 1021, 1057
- Grolman, Helmuth Otto Wilhelm von 975
- Gronchi, Giovanni 445, 583
- Großkopf, Erich 111*, 148, 365
- Gundlach, Gustav 75, 81, 84, 601
- Gurk, Franz 1, 19, 25, 112, 144*, 157, 229, 261, 283, 293, 333f., **366**, 367, **374**, 375, 384, 405, 414, **430**, 438, 455, **458**, 459, **470**, 473, 479, 481, 489, 494, 523, **537**, 538, 540, **551**, 647f., **665**, **669**, 735, 807, 814, **827**, 871, 884, **898**, 899, 938, 1003f.
- Gutermuth, Heinrich 296, 300, 302, 305, 310
- Guthsmuths, Willi 818*
- Guttenberg, Karl Theodor Frhr. von und zu 705, 728, 737, 956, 958f., 973
- Haberland, Ulrich 585
- Hagemann, Walter 145, 256
- Hagen, Marlis Gräfin vom 238
- Hahn, Karl 460, 479, 526, 552
- Haindl, Georg 550
- Hallstein, Walter 273, 274f., 279f., 328f., 331f., 337, 388, 441, 714, 740
- Halt, Karl Ritter von 570, 571
- Hamann, Andreas 167
- Hansjakob, Heinrich 444

- Harlinghausen, Norbert 884, 915
 Hartmann, Alfred 501
 Hartmann, Sibille 934
 Hassel, Kai-Uwe von XXIII–XXV,
 1, 8*, 16, 16, 25, 29, 41, 43, 55,
 67, 68, 72, 83, 111, 120, 136, 138,
 141, 153, 157, 161, 165, 172, 175,
 190, 192, 206, 213, 216, 218, 225,
 226, 227, 229, 235, 238, 247f., 251,
 252, 256, 257, 261, 302, 317, 328,
 337, 339, 348, 352, 355f., 358, 360,
 361, 362–364, 365, 366, 367, 371,
 372, 373, 384, 389*, 399, 402–404,
 406, 408, 411, 413f., 418, 425, 426,
 427, 429, 430, 431, 433, 437, 438,
 451, 460f., 462, 465f., 468, 472,
 475f., 478–480, 482f., 485, 487f.,
 489, 490–492, 494–496, 509, 511,
 513, 523, 525–527, 529, 530, 532,
 535, 538, 540, 541f., 545, 550, 553,
 555, 558, 578, 591f., 608, 611, 618,
 626, 634, 645, 646f., 648, 654, 657,
 658, 662, 665, 666, 670, 671, 672,
 674, 675, 682, 683, 686, 689, 692f.,
 696, 697, 698, 699, 700, 707f., 714,
 715, 716, 718, 719, 729, 733, 734,
 735, 748, 751, 757, 763*, 765, 767,
 768–770, 781, 782, 792, 793, 806f.,
 815, 820, 850, 851f., 884, 885, 887,
 888f., 890, 891, 892, 893, 896, 903,
 904, 907, 908, 909, 914, 915, 920,
 921, 922, 923, 924, 926, 928, 929,
 933, 934, 935, 938, 990–992, 1003,
 1025, 1028
 Hauer, J. Wilhelm 157
 Haug, Martin 611
 Haußmann, Wolfgang 60, 94*, 926,
 979
 Heck, Bruno 1, 2, 9, 32, 35, 41, 42,
 45, 47, 51, 83, 111, 145, 151, 162,
 164, 431, 433, 460, 463, 465, 479,
 496, 526, 535f., 627, 670, 682, 685,
 690, 692f., 694, 695–697, 712, 729,
 731, 735, 747, 884f., 887–890, 893,
 896, 897, 900f., 902, 903, 904,
 905–907, 909–911, 914, 929, 930,
 933–935, 938, 984, 1003, 1023
 Heiland, Rudolf-Ernst 166, 802
 Heiler, Anne Marie 261, 262, 286,
 438, 489
 Heine, Fritz 48, 53
 Heinemann, Gustav W. XII, 22, 81,
 138, 165–168, 317, 598, 1028,
 1034
 Held, Heinrich 998
 Hellwege, Heinrich Peter 14, 24, 60,
 395, 990
 Hellwig, Fritz XX*, 1, 27, 27, 28f.,
 32, 43, 71, 72, 79, 111, 158, 161,
 175, 207, 220, 226, 238f., 243f.,
 246, 248, 252, 262, 348, 361f., 375,
 405, 438, 482, 486, 544, 549, 578,
 647, 649, 651, 652, 654, 670, 695,
 807, 871, 929, 935, 937, 938, 997
 Hengsbach, Franz 625
 Henle, Günter 553
 Henrichs, Wilhelm 657
 Hermann, Franz 111*, 365, 735, 776
 Hermans, Hubert 720
 Hermes, Andreas 711, 741
 Herter, Christian Archibald 400, 562,
 580
 Herwarth, Hans von 214*
 Hesberg, Carl 649, 651–654
 Hettlage, Karl Maria 864
 Heubl, Franz 365, 753
 Heusinger, Adolf 788, 789, 942
 Heuss, Theodor XI*, XVI, 14, 124*,
 350f., 354, 357, 373, 894
 Hilbert, Anton 262, 647, 651f., 662,
 663, 666
 Hitler, Adolf 123, 157, 393, 702*

Personenregister

- Höcherl, Hermann 261, 263, **292**,
293, 358, 600, 604*, 670, 673, 675,
696, 698, 700, **727**, **728**, 735, 749,
751, 752, 754, 758, 769, 771, 963f.,
967
- Höffner, Joseph Kardinal 549
- Hoegner, Wilhelm 8*, 628, 639, 644,
658, 663
- Hölters, Maria 211*
- Hoffmann, Johannes 193
- Hofmann, Josef 682, 694–697
- Hoogen, Matthias 166, 793, 807,
853, 858f., 884, 922, **923**, 925, **926**
- Hopf, Volkmar 719, 788
- Horn, Peter 341, 342*, 830, 831,
833, 840
- Hornschi, Hans-Erich 281
- Hugenberg, Alfred 23
- Ingrim, Robert 443
- Jacobi, Maria 212
- Jaeger, Richard 173
- Jahn, Hans Edgar 729
- Jahr, John 760, 766
- Jaksch, Wenzel 1055
- Jochmus, Hedwig 2, 43, 82, **83**, 175,
220, 238, 261, 340*, 461, 480, 525,
527, 807, **857**, 871, 930, 1003,
1029, 1036
- Johannes XXIII., Papst 325*, 713
- Johnen, Wilhelm XIV*, 1, 41, 43,
68, 70, **71**, 72, 111, 161, **162**, 163,
175, 187f., 191, **194**, 206–208, **212**,
222, **224**, **225**, 226, 261, 294, **336**,
348, **366**, 372, 438, 450f., 466, 468,
481, 496, 523, **556**, **575**, 578, 625,
647, **653**, 654, **657**, 658, 670–674,
697f., 700, 735, 804, 807, 845, 871,
929, **931**, 934, 965, 1003, **1011**,
1014, 1016, **1035**, 1036
- Johnson, Lyndon Baines 639,
701, 1011f., 1016–1018, 1021,
1024–1027, 1032f., 1037–1043,
1045, 1049f., 1054f.
- Joos, Joseph 455
- Jordan, Pascual 124, 145*, 415
- Jungermann, Wilhelm 547
- Kaisen, Wilhelm 327, 398*, 400,
515, 759, 805
- Kaiser, Jakob 2, 45, 111, 190,
227–238, 251, 256, 452, 454f., 458,
525, 578
- Kaiser-Nebgen, Elfriede 233
- Kalinke, Margot 590*, 709*, 840
- Kaltenborn, Karl-Heinz 657
- Kaßmann, Fritz 212
- Kather, Linus 427, 599
- Katz, Rudolf 795
- Katzer, Hans 340, 451, 460, 462,
479, 500, 526, 654f., 671, 700, **725**,
727, 729, 807, **841**, 871, 876, **877**,
878, **880**, 883, 934f.
- Kay, Ella 1035
- Kemmer, Emil 485
- Kennan, George Frost 99
- Kennedy, John Fitzgerald VIII.,
394*, 442*, 701, 702, 744, 809,
813, 932, 1011*, 1017, 1021f.,
1024, 1042, 1044f., 1050, 1054
- Kessel, Friedrich von 863
- Keudell, Walter von 657
- Keuning, Dietrich 208, 617
- Kiekebusch, Heinz 214*
- Kiesinger, Kurt Georg XII–XIV,
XXIV, 1, 9, **16**, 17f., 45, 110*,
174, 177, 226, 239, **250**, 252f., **258**,
259, **260**, **261**, 263*, 267, 312–314,
315, 318–321, 325f., **334**, 338f.,
348, 352, 374, 376, 384, 398*, 419,
434, 438, 461, 465, 480, 526f., 530,
537f., 544, 578, 647f., 654, 666,
667, 668, **669**, 671, 700, 717, 735,
750, 753, 886, 896, 934, 938

Personenregister

- Kilb, Hans 274, 276–280, 282, 287,
328–330, 333, 335–337
- Kilb, Lieselotte 334
- King-Hall, Sir (William Richard)
Stephen 124
- Kirschbaum, Ernst 975
- Kishi, Nobosuke 812
- Klein, Günter Robert Paul 328, 382,
767, 1019, 1021
- Kliemt, Walter 208, 617*
- Kliesing, Georg 779
- Klöcker, Anna 211*
- Klößner, Peter 113
- Klotz, Günther 647, 648
- Kneipp, Sebastian 781
- Knoeringen, Waldemar von 60, 78,
80f., 84, 478, 663, 683, 1019
- Koenecke, Fritz 276, 277, 280, 287
- Kopf, Hermann XIII*, 938, 970,
970, 972, 978, 987, 999
- Kopf, Hinrich Wilhelm XIII*, 398*,
514, 634, 765
- Kracht, Christian 67*
- Kraske, Konrad XXIII, 111, 164,
165, 175, 226, 239, 249, 251f., 256,
257, 262, 339, 347, 384, 401, 410,
426, 428, 431, 435, 436, 438, 452,
462, 464, 466, 481, 482, 483, 487,
492, 493, 523, 525, 528, 535, 544,
546, 556, 647, 652, 654, 670, 675,
700, 728, 731, 732, 733, 735, 793,
796, 802f., 806, 871f., 884, 901,
904, 911, 913, 914, 920, 923, 929,
930, 933, 937, 938, 982, 984, 987,
988, 990, 991, 992, 997, 998, 1002,
1003, 1004, 1007, 1023, 1025,
1049, 1051, 1052
- Kratz, Wilhelm 111*, 238
- Kreisky, Bruno 809
- Krone, Heinrich VII, IX, XIV,
XIX, XXIV, 1, 11, 12, 21, 25, 38,
54, 83, 111, 133, 141f., 162, 164,
175, 183, 190, 217, 219, 220, 223,
226–230, 237f., 243–245, 247, 248,
250–252, 256, 261, 265, 267, 274,
275, 277, 278f., 293f., 307, 311,
312f., 317, 319, 323–325, 329,
330–332, 338, 341–343, 346, 348,
352, 356, 358, 360f., 362, 363,
375f., 384, 395–397, 399, 402f.,
404, 406–409, 413, 414, 418–420,
426, 438, 450f., 455, 457, 459, 461,
462, 466, 480, 483, 484, 485f., 487,
488, 490f., 495, 496, 502, 505, 507,
509–512, 521–523, 525, 527, 532,
535, 536, 538, 544, 552, 554f., 567,
574, 575, 576, 578, 592, 600, 602,
610f., 628, 629, 636, 637, 639, 643,
645, 646, 647, 649, 654f., 661,
662, 670, 673, 674, 676, 682, 693,
695, 696, 700, 706, 709, 714, 715,
718, 721f., 724, 727, 728f., 732,
735, 737*, 738, 747, 749, 751f.,
754–756, 758, 761, 763, 765, 769f.,
772, 774, 775–777, 788–790, 802,
804, 805, 807f., 811, 815, 818, 822,
823, 828f., 830, 833, 851, 852, 854,
857, 859, 879, 882, 883, 884, 887,
888, 889, 892f., 896, 899, 905, 908,
909, 911, 912, 913, 914, 915, 920,
925, 929, 935, 938, 940, 947, 950,
951, 955, 963–965, 966, 967, 978,
988, 990, 991, 992, 1000, 1001,
1002, 1003, 1005, 1007f., 1013,
1025, 1027, 1028, 1036, 1042,
1043, 1046, 1048f., 1054, 1056,
1057, 1058, 1059
- Krüger, Hans 649, 735, 1003, 1053,
1054, 1055
- Kühn, Heinz 452, 453, 457, 544
- Kunst, Hermann 765, 766
- Kussl, Adolf 42

- Laforet, Wilhelm 283*
 Lahr, Rolf 104, 109
 Lange, Halvard Manthey 710
 Langeheine, Richard 590*, 891
 Lassalle, Ferdinand 683
 Lautz, Julius von 871
 Le Fort, Gertrud Freiin von 143, 146
 Leber, Georg 596
 Lemmer, Ernst 2, 45, 112, 177, 226,
 228–230, 237f., 246, 262, 348, 384,
 389, 415, 523, **567**, 570f., 573, 578,
 648, 735, 871, 934, 938, 953f., 964,
 966, 969, 973
 Lenin, Wladimir Iljitsch 87, 181,
 459, 815
 Lensing, Lambert 43, 50, 61, 175,
 187f., 191, **192**, 194, 212, 222, 261,
341, 348, 364, 366, 822f.
 Lenz, Otto 47, 340, 424, 484, 638
 Leonhard, Gottfried 588
 Leukert, Edmund 990
 Leverenz, Bernhard 214
 Lilje, Hanns 610, 877
 Limbourg, Peter 1021
 Lindrath, Hermann 525, 550, 578,
 609
 Lipschitz, Joachim 942, 943
 Lloyd, John Selwyn Brooke 115,
 326, 562
 Löser, Max 793
 Löwenstein, Karl 426f.
 Lorenz, Peter XIV*, 1003, 1030,
1030, 1035, 1045
 Luchsinger, Fred 577, 966f.
 Lübke, Friedrich Wilhelm 337
 Lübke, Heinrich 177, 247, 252, 348,
 349*
 Lücke, Paul 175, 216, 218, **221**, 226,
 240, **246**, 248, 252f., 258, **260**, 261,
 291, 293, 415, 438, 456, 487, 501,
 523, **543**, 544, 550, 647, **664**, 666,
 706, 712f., 735, 738, 759, 776, **777**,
779, 780, **781**, **782**, **786**, **801**, 803,
 807, 869, 886f., 894, 906, 912–914,
 938, 974, 1000, **1002**, 1026
 Lückner, Hans-August 923
 Lüders, Marie-Elisabeth 21, 857
 Lünendonk, Heinrich 291, 739, 807,
 829–831, **836**, 840f., 843
 Lukaschek, Hans 578
 Lumumba, Patrice Hemery 905
 Macmillan, Harold Maurice 3, 115,
 128, 376*, 379f., 383, 387*, 388,
 391, 440f., 443–445, 448, 576, 579,
 584, 702, 743f., 813, 957, 960,
 1013f., 1022
 Maier, Reinhold 5, 13*, 20, 30f.,
 34*, 72, 186, 354
 Majonica, Ernst 467, 673f.
 Malenkow, Georgij
 Maximilianowitsch 687
 Maléter, Pál 218
 Maltzan, Vollrath Freiherr von 274,
 275, 279, 328, 330
 Mansfield, Michael Joseph 968
 Mansholt, Sicco L. 741*
 Mao Tse-tung 181*
 Martin, Berthold 247, 252, 420, 460,
 462, 480, 673–675, 935, 1025
 Martini, Paul 677
 Marwede, Friedrich Carl 111, 140,
172, 365
 Marx, Ferdinand 553
 Marx, Karl 73, 601
 Marx, Werner 461, 480
 Marx, Wilhelm 455
 Mathee, Hans 1055
 Maudling, Sir Reginald 273
 Mayer, Otto 570
 Meany, George 701, 702
 Mehnert, Klaus 151*
 Mende, Erich 32, 48, 60, 94, 98,

- 314, 817, 819f., 895, 979–981,
1015, 1027f., 1058
- Mendès-France, Pierre 180
- Menzel, Walter 128, 162, 167, 283*,
552, 663, 705
- Mercker, Reinhold 766, 774
- Merkatz, Hans-Joachim von 709*,
871, 884, **889**, 890*, 891f., **901**,
904–906, 908, 912, **925**, 938, 988
- Merten, Hans 856
- Meyer, Ernst Wilhelm 316, 317
- Meyers, Franz XV, XXIII f., 1, 2, 8*,
9, **35**, 43, 45, **46**, 52f., **54**, 55f., 59,
61, 68, 71, 85, 103, **110**, 111f.,
119, 126f., 131f., 139, 142f., **145**,
148, 150, 156, 160f., 164, **165**, **175**,
187*, **196**, 206, 211, 215, 217f.,
223, **224**, **225**, 226f., 242, 244f.,
247, **248**, 251, **253**, **255**, 256, 261f.,
271, 292, 294, **295**, 299, **305**, 311,
334, **335**, **336**, 337, 339, **340**, **347**,
352, 398*, 419, 424, 438, 450f.,
461, 465f., 478*, 480, 521, 523,
527, 538f., 544, **552**, **555**, 578, 591,
598f., 600*, 610f., 615, 618f., 623,
626, **627**, 629, **631**, 633, 635, 647,
651, **653**, 654, 660, 666, **667**, 668f.,
671, 700, 729, 735, 750, 753, 772,
798, 807, 845, 871, 892, 902, 910,
938, 990–992, 1003, 1006, **1034**,
1036
- Mick, Josef 460, 479, 526, 651
- Mikojan, Anastas Iwanowitsch 111,
112, 131
- Mochalski, Herbert 604
- Möller, Alex 121, 157
- Mohr, Wilhelm 111*
- Mommer, Karl 166, 320, 326, 439
- Monnet, Jean 581*
- Moser, Alfred 124*
- Mossadegh, Mohammed 278
- Mühlradt, Karl August Ludwig
Friedrich 551
- Müllенbach, Peter 43, 47, 111, 172,
175, 224, 254, 432, 523, 546, 654,
884, 919
- Müller, Eberhard 80
- Müller, Gebhard 1, 13*, 20, 27, **30**,
31f., 34*, 41, 45, 112, 177, 262
- Müller, Vinzenz 288*, 322
- Müller-Armack, Alfred 547
- Müller-Hermann, Ernst 141
- Müller-Marein, Josef 1019*
- Münchmeyer, Alwin 551, 552, 555
- Murphy, Robert Daniel 444
- Muthesius, Volkmar 547
- Nagy, Imre 218
- Nahm, Peter-Paul 286, 460, 479, 526,
648, 729
- Nasser, Gamal Abd el 307
- Nawiasky, Hans 167
- Nehru, Dschawaharlal 1021, 1043f.,
1061
- Neinhaus, Carl 111*, 112, 648
- Nell-Breuning, Oswald von SJ 713,
777
- Nellen, Peter 85, 577, 599*
- Nenni, Pietro 583, 812
- Neubauer, Kurt 1034
- Neuburger, August 405, 551, 861,
863f.
- Neuhaus, Alfred Hubertus 551
- Nevermann, Paul 784
- Niemöller, Martin 604, 1020
- Niermann, Gustav 205, 526
- Nieswandt, Wilhelm 210
- Nixon, Richard Milhouse 3, 394*,
442*, 584, 639, 702, 744f., 813
- Noltenius, Jules Eberhard 111, 139,
139, 140*, 141f., **172**, 226, **236**,
261, **297**, 298, 438, 524f.
- Norstad, Lauris 155, 156, 387, 391,

Personenregister

- 400, 582, 812, 855, 942, 1038,
1055
Oberländer, Theodor VII, 43, 85, **85**,
112, 175, **217**, 252f., 261, 285,
340, 384, 389, 495, 578, 593, 628,
636–647, 656, 658–661, **662**, **663**,
664f., 938, **989**
Oer, Antonius Frhr. von 599, 600f.,
921
Oertmann, Paul Adolf 205
Ohnesorge, Lena 724, 725f.
Ollenhauer, Erich 118, 126f., 166,
210, 270, 351, 584, 916, 942f.,
1019, 1024, 1056, 1058
Osterloh, Edo XII, 43, 74, 76, **82**,
83, **100**, 101f., 104, **108**, 177, 384,
416, 438, 477, 525, 578, **609**, **610**,
611, 670, **679**, 681–684, 686, 688,
689, 690–692, 694f., **696**, 697, 793,
807, 871
Pahlewi, Mohammed Reza 276*,
278, 279
Pahlewi, Reza 278
Pannhoff, Maria 722
Paulssen, Hans Constantin 597
Pella, Giuseppe 3, 391
Pelte, Karl 111, 112
Petersen, Rudolf H. 24
Pettenberg, Heinz 1, 41, 43, 50, 61,
239, 654, 934f.
Pferdmenges, Robert 1, 11, 36, 79,
229, 384, 401, 433, 453, 553, 578,
661f., 673, 735, 741, 786, 817, 871,
980*
Pffimlin, Pierre 178, 179
Pinay, Antoine 274, 581*
Pineau, Christian 100
Pittermann, Bruno 81, 124
Pius XII., Papst 274
Pott, Friedrich 554
Praetorius, Gisela 212*
Preiß, Ludwig 709*
Preusker, Victor-Emanuel 218, 709*
Probst, Wilhelm 709*
Proebst, Hermann 1019*
Quirini, Helmut 512
Raack, Joachim 725*
Rademacher, Willy Max 57
Radford, Arthur William 87
Rapacki, Adam 100, 387
Rasner, Will 123, 142, 461, 480,
527, 715, 729, 954, 964
Rayburn, Samuel Taliaferro 94
Rehling, Luise XXIV, 45, 111, 164,
175, 205, **211**, 245, 261, **338**, 346,
348, 438, 480, 525, 672, 700, 807,
871, 884, **907**, 908, **921**, 922, 930
Rehwinkel, Edmund 921
Reichel, Herbert SJ 876, 878
Reinert, Egon 1, 27, **29**, 30, 43, 52,
54
Reith, Eckhard 722, 723
Renner, Heinz 167
Reuter, Ernst 710, 1021
Reuter, Georg 126
Richarts, Hans 460, 479, 526
Richter, Willi 126, 528, 585, 789
Riekhof, Erich 205
Riemeck, Renate 1034
Rietdorf, Fritz 162
Ripken, Georg 709*
Robens, Alfred 17*
Robertson, Sir Brian Hubert 383
Rockefeller, Nelson Aldrich 702,
745
Röder, Franz Josef 398*, 523, 564,
572, 577f., **591**, 592, 616, 654, 671,
700, 735, 748, 751, **756**, 757, 766f.,
769f.
Rösch, Julie 648
Rösing, Josef 461, 480, 527
Rollmann, Dietrich-Wilhelm 145*,
981

- Ronge, Paul 329, 331
 Roosevelt, Eleanor 702
 Roosevelt, Franklin Delano 114
 Rosenberg, Ludwig 244, 528
 Rühmkorf, Peter 1029
 Rüschemeyer, Philipp 807, 842, **842**
 Ruf, Thomas 722
 Rusk, Dean D. 969
 Russe, Hermann Josef 550, 554
 Sahlinger, Bruno 293
 Schäffer, Fritz 63, 64, 288, 292,
 314f., 321–323, 331, 506, 748, 757,
 792
 Scharf, Kurt 707
 Scharnberg, Hugo 1, 19, **19**, 27, 45,
 66, 549, 552, 555
 Scharnowski, Ernst 122, 170
 Scheppmann, Heinrich 722, 833*
 Scherf, Alois 111*, 112, 365, 375
 Scherpenberg, Albert Hilger van 321
 Scheufelen, Klaus H. XIV*, 111,
 119, **158**, 226, **241**, 242, 256, 384,
428, **431**, 433*, **434**, 438, **469**, 479,
481, 495, 506, **512**, 523, **533**, **534**,
 535, 537, 540, **551**, 556, 578, **607**,
 626, **628**, **629**, 647, **653**, 671, 700,
717, **729**, 730, **733**, 735, 807, **867**,
 868f., 871, 929, **936**, 938, 1003,
1047, **1060**, **1061**
 Schiettinger, Fritz 549, 934f.
 Schikora, Hans 511
 Schild, Heinrich 709*
 Schlabrendorff, Fabian von 793
 Schlarb, Willy XXVI
 Schlichtinger, Rudolf 630
 Schmid, Carlo X, 37, 77–80, 82, 84,
 94f., 152, 170, 270, 321 351, 353,
 355f., 357*, 366f., 373f., 439, 560,
 684, 691, 916, 943, 978, 1019,
 1037
 Schmidt, Helmut 132, 942
 Schmidt, Otto 654, 735, 798, 807,
839, 841, 871, 884, 903, **906**, **913**,
 929, 934, **935**, 938, **981**, 982f.,
1001
 Schmitt, Josef 111*, 365
 Schmitz, Heinz 578, 632, **632**, 633
 Schmitz, Wilhelm Bereslaw 336
 Schmücker, Kurt 1, 27, 43, 62, **86**,
 226, **240**, **246**, 247, 252, 343, 345,
 438, 486, 496, 578, 647, 650f., 654,
 735, 784, 807, 884, **890**, 892, **913**,
 934f., 938
 Schneider, Georg 456, 651
 Schneider, Heinrich (Hessen) 123,
 149
 Schneider, Heinrich (Saar) 592
 Schneider, Herbert 395*, 590*, 988
 Schneider, Ludwig (Lollar) 395*
 Schoettle, Erwin 288
 Schröder, Gerhard XXIV, 1, 13, **17**,
 22, 35, 41, 110*, 111f., 119, 122,
 126, 128, 134, 136, 142, 149, 152,
165, **172**, **173**, 174f., 195, 215,
 218f., 224–226, 238f., **246**, 247,
 249, 255, 261, 329, **330**, 348, 356,
 363f., **369**, **376**, 380, 384, 428,
 431, **436**, 438, 451, 461, 465, 469,
 476–480, 482, **485**, 488, **493**, 494f.,
 497, 502, **503**, 509, **510**, 511, **513**,
515, 518f., 521–523, 528, 530–532,
 537f., 543f., 550, **564**, 565, **567**,
 571, 578, 589, 593, **595**, 597, 600,
 610, 627f., 633, 638, 643, 647, 654,
655, **657**, 663, 671, 700, **716**, **717**,
 720, **726**, **728**, **734**, 735, 802, 807,
845, 849–856, **857**, 859, **860**, 864,
 866f., 869, 872, 884, 886f., 889,
 907, 912, **913**, **925**, 926, 928f.,
 934, **935**, 938, **939**, 961, 978, 987,
999, **1000**, **1002**, 1003, **1023**, 1034,
1050, **1061**

- Schüttauf, Werner Alexander 549,
552, 555
- Schütz, Hans 989
- Schukow, Georgi Konstantinowitsch
90
- Schultze-Schlutius, Carl-Gisbert 552
- Schumacher, Kurt 997
- Schumann, Walther 685
- Schuster, Paul Oskar 111*, 112
- Schwarz, Werner 465, 467, 600, 807,
886f., 889, 912–914, 938, 1000,
1002
- Schwarzhaupt, Elisabeth 252, 654,
807, **849**, 850–852, 854f., 907,
934f., 981
- Schweitzer, Albert 33*
- Schwering, Ernst 494
- Scott, Hugh Doggett 745
- Seeböhm, Hans-Christoph 216, 277,
709*, 719, 809, 871, 938, 989
- Seffrin, Roland 43, 45, 65, **66**, 67,
75, **85**, **103**
- Segni, Antonio 391, 406*, 445, 812,
1044*
- Seiboth, Frank 732, 818*, 989
- Seidel, Hanns 1, 8, 25, 45, 85, 177,
262, 292, 334, 350, 352f., 384f.,
398*, 412, 772
- Sethe, Paul 144
- Seydlitz, Friedrich Wilhelm Frhr. von
833, 853
- Seydoux Fornier de Clausonne,
François 448, 449, 581*, 583
- Sieburg, Friedrich 151*
- Sieh, Claus 479
- Sieveking, Kurt 1, 24, **24**, 57, 66,
69f., 111, 131, **133**, 135, 150, **171**,
172, 365
- Simpfendorfer, Karl 20
- Simpfendorfer, Wilhelm 1, 20, 23
- Skiba, Richard 634*
- Smirnow, Andrej A. XIV, 59, 584,
603f.
- Solke, Emil 460, 479
- Sorin, Valerian Aleksandrowitsch 91
- Soustelle, Jacques 180
- Spaak, Paul Henri 91, 124, 131
- Speidel, Hans 853
- Springer, Axel Cäsar 67*, 102, 520,
814, 1020, 1046, 1048
- Stalin, Jossif Wissarionowitsch 113,
114, 393, 660
- Stammberger, Wolfgang 726
- Starke, Heinz 1046, 1049
- Steel, Sir Christopher Eden 271,
326, 447, 1013
- Stegerwald, Adam 455
- Stegerwald, Alois 781
- Stein, Gustav 547, 550, 554, 733,
980*
- Steinbiß, Viktoria 493, 722, 829, 934
- Steinhoff, Fritz 34*, 121
- Steinke, Erika 983
- Steinmetz, Willy 709*
- Stempel, Frau 213
- Sternberger, Dolf 28*
- Stevenson, Adlai Ewing 702, 744
- Stier, Hans Erich 601
- Stingl, Josef 438, 456, **496**, 578,
645, 807, **818**, **819**, 831, **834**, **836**,
838, 841, **842**, 870, 938, **989**, 990,
997, **1001**, 1003
- Stockwell, Sir Hugh 855*
- Stoltenberg, Gerhard 43, 50, 52, **53**,
54, 83, 177, 226, 238, **255**, 348,
375, 384, **424**, 438, 461, 467, **470**,
472, 480, 482, 487, **494**, 496, 507,
508, 510f., 523, 527, **570**, 572f.,
578, 611, **630**, 631, 647f., **652**, **655**,
656, 670f., **673**, **674**, **678**, 679, 681,
686, **699**, 700, 729, **733**, 735, **789**,

- 790–792, 801, 807, 861, 864f., **866**,
867, 869, 872, 922, 934, 938
- Strack, Hans 275, 279
- Sträter, Artur 750
- Strauß, Franz Josef XIV, 60,
154–156, 348, **373**, 374, 601, 606,
718f., 783, 787f., 807, 846, 852,
854, 857, 859, **860**, 871, 886f., 889,
907, 912, 990, 1003, 1007, 1011,
1015, **1016**, 1031, 1035, **1037**,
1045, 1048–1050, **1053**, 1055
- Strauß, Walter 285*, 286, 550, 657
- Strecker, Gabriele 735, 907
- Strickrodt, Georg 547
- Struve, Detlef 661*, 711
- Stuckel, Erich 205, 365
- Stücklen, Richard 735, 747, 749,
752, 755f., 758–760, **765**, 767, 769,
807, 827
- Süsterhenn, Adolf 83, 537, 657,
673–675, 735, **769**, 771–776, 791,
796, 821, 871, **881**, 882, 884, 895,
899, 900, 903, **915**, 981, 1003,
1052, 1053
- Suhr, Otto 710
- Sureth, Fritz 553, 555
- Tacke, Bernhard 125, 546, 550, 552,
554
- Tapolski, Hans-Joachim 72
- Teusch, Christine 211*, 618, 681
- Thedieck, Franz 558*
- Thoenissen, Max 277*
- Thomas von Aquin 411, 412, 427,
769, 773
- Tiburtius, Joachim 610
- Tillmanns, Robert 419, 424, 535,
539
- Toussaint, Hans 635
- Trott zu Solz, Renate von 907, 908
- Truman, Harry Spencer 97, 105, 701
- Ulbricht, Walter 174, 288*, 323,
563, 566, 703, 826, 955, 963, 1016,
1027, 1031, 1050, 1053–1055,
1057, 1059
- Urschlechter, Andreas 630, 802*
- Valluy, Jean-Etienne 387
- Veit, Hermann 288
- Vocke, Wilhelm 64
- Vogel, Hans-Jochen 630, 631, 802*,
804f.
- Voges, Friedrich 600, 725*, 830,
835, 843
- Volmert, Anton 205
- Wacher, Gerhard 348, 364, **364**, 371,
604*, 729, 864
- Wackerzapp, Oskar 47
- Walch, Erich 573
- Weber, Helene 1, 12, 45, 111, 116,
126, 135, 151, 155, 159, 164, 177,
226, 236, 238, 240, 245–248, 252,
256, 262, 438, 455–457, 461, 464,
468f., 473, 578, 735, 738f., 746,
754, 763, 767, 772, 774, 782, 786,
792, **793**, 798, **803**, 804f., 807, 871,
875, 884f., **890**, 892f., 897, 903,
907, 908, 910, 915f., 919, 930,
938, 940, 951, 975, 977, **984**, **987**,
992, 1003, 1012, 1022, 1027, 1036,
1039, **1048**, 1055, **1058**
- Weber, Karl 657, 981
- Wegener, August 547
- Wegmann, August 735, 796, **796**
- Wehner, Herbert XXI, 79, 80, 146,
160, 162, 184f., 219, 270, 295, 324,
459, 584*, 601, 704f., 710, 737,
760, 767, 879, 916f., 922, 948,
952–954, 961, 963–965, 969, 971,
974, 978, 1056f.
- Welter, Emmi 537
- Wendel, Josef 59, 73, 77, 81, 84
- Wendt, Hans 1005, 1006, 1009

Personenregister

- Wenger, Paul Wilhelm 58, 82, 144,
218, 283, 958
- Wessel, Helene 81, 167, 793
- Westerkamp, Eberhard 634*
- Westrick, Ludger 303, 306, 308f.
- Weyer, Willi 186, 212
- Wild, Hans Walter 630
- Wild, Josef 676
- Wilhelm II. 274
- Wilhelmi, Hans 165, 500, 507, 896,
907
- Willeke, Friedrich Wilhelm 543, 544
- Wilper, Heinrich 205
- Wilson, Charles Erwin 88
- Winkelheide, Bernhard 243, 341,
537, 648
- Wischnewski, Hans-Jürgen 272
- Wissing, Wilhelm 765, 766
- Wöll, Nikolaus 151*
- Wolf, Heinz 657
- Wolf, Kurt 549
- Wolters, August 111, 175
- Woolton, Frederick James Marquis,
The Earl of 715
- Wormit, Hans-Georg 543
- Wuermeling, Franz-Josef 111, 132,
226, 243, 256, 261, 338, **338**, 339,
341, 342*, 344f., **346**, 347, 499,
523, **537**, 539, **544**, 578, 591f., 777,
884, **890**, 892, 938
- Zehrer, Hans 67*, 102, 1023
- Zeuner, August 528, 531, 568
- Zimmer, Alois 1, 42, 45, 261, **347**,
348, 361, 438, **484**, 487, 492, 523,
537, **538**, 541, **542**, **575**, 578, 647,
653, 665, 735, 764, 801, 807, 871,
875, 884, **922**, 930, 938, **980**, 982
- Zimmermann, Friedrich 43, 80, **80**,
84, 729
- Zinn, Georg-August 8*, 9, 285,
290f., 328, 398*, 505, 719

Sachregister

- „Aachener Volkszeitung“ 61
Abendländische Akademie 25
Abrüstung (s. auch: Entspannung) X,
XIII, 91f., 102, 114f., 125, 132,
134f., 156, 182, 442, 941, 1001f.,
1052, 1060
Abschreckung 90, 103, 946, 1001,
1008
Ägypten 307
Ärzte (hier auch politische
Bedeutung) XIX, 587, 705f.,
722–725, 739, 789, 828–830,
835–838, 842
Afrika 386, 740f., 744, 903
Agrarpolitik s. Landwirtschaft, Bauern
Algerien 177–179, 271f., 386f., 390,
580–582, 702, 740, 931
Alliierte Hohe Kommission 265*
Alliierte Konferenzen
– Bermuda-Inseln 1953/57
(Westalliierte) 579
– Genf Juli 1955 (Hauptsiegermächte)
114*
– Genf Oktober 1955
(Hauptsiegermächte) 92
– Paris Dez. 1959 (Westalliierte)
441, 445, 561
– Paris Mai 1960
(Hauptsiegermächte) 391,
441–443, 744, 809, 852
Altbaden 998
Amerika-Kontrakte s. auch:
Bundesregierung, Wirtschaftspolitik
300
„Anti-Atomtod-Bewegung“ s. auch:
Volksbefragung XXII, 112,
119–135, 142f., 146–149, 152f.,
160, 165, 170, 189, 205, 351, 552,
705
Antirevolutionäre Evangelische Partei
s. Niederlande, Antirevolutionäre
Evangelische Partei
Antisemitismus 590, 599, 603
Arbeiterschaft (politische
Einstellung/Bedeutung) 8f., 19, 21,
24f., 42, 234, 302, 452, 455–458,
460, 876–884, 913
Arbeitsgemeinschaft Demokratischer
Kreise (ADK) 729
Arbeitszeitverkürzung s. Deutscher
Gewerkschaftsbund, Tarifpolitik
Asien 302, 386, 791, 903
„Associated Press“ (ap) 95
Atomenergie 36, 78, 289, 311
Atomwaffen 86, 129, 132, 134, 153,
155, 159, 168, 289, 743, 850f.
– Ausrüstung der Bundeswehr 118f.,
132, 137–140, 148, 152f., 156f.,
159, 169, 171f., 192, 788, 851, 942
– Bedeutung, Gefahren
s. „Anti-Atomtod-Bewegung“
– Stellungnahmen der Parteien und
Organisationen
-- BHE 168
-- CDU 118–164, 166–174, 192,
743, 850f.
-- FDP 121, 128, 148, 168, 171,
173
-- Gewerkschaften 126f., 139, 146,
162, 168, 170, 192
-- Intellektuelle 128f., 143
-- Kirchen 138, 150, 192
-- SPD 118–123, 128–130,

- 132–134, 142, 146–150, 156f.,
162f., 170, 172–174, 192, 850f.
- Versuche 181*, 447
- Atomwaffenfreie Zone 93, 107, 388,
943, 944*, 945
- Aufrüstung 63, 132, 140, 142, 148,
155f., 159, 171, 192, 851, 1015,
1017, 1024
- Außenpolitik s. Bundesregierung,
Außenpolitik
- Außenpolitik, Primat der 55
- Baden 999
- Baden-Württemberg 26, 33f., 70,
157, 168, 772, 988, 998f.
- Bundestagswahl 1957 19f.
 - Gemeindeverfassung 621
 - Kommunalwahl 1960 469, 626
 - Landesregierung,
Regierungskoalition 34*, 262, 293
 - Landtagswahl 1960 61, 262, 527,
666, 668
 - Südwest-Staat 34, 772
 - Wirtschaftspolitik 666–669
- Badische Christlich-Soziale
Volkspartei (BCSV) 629
- Bank deutscher Länder 64, 607
- Bank für Gemeinwirtschaft (BfG)
221, 865
- Bauern, Bauernverbände s. auch:
Landwirtschaft XVII, 211, 304,
498, 531, 881, 896, 901, 906, 913,
921, 1027
- Bayern 8, 26, 51, 85, 168, 263, 270,
292, 399, 792, 854, 989f., 998,
1007, 1016, 1020
- Gemeindeverfassung 621
 - Kommunalwahl 1960 612
 - Landesregierung,
Regierungskoalition 292
 - Landtagswahl 1958 8, 29, 56,
284f., 289, 323
- Bayernpartei (BP) 60, 292, 349, 989,
998
- Bundesversammlung 349
 - Zentrum 998
- Bayernpartei
- CSU 989
- Beamte 600
- „Beaverbrook Newspaper Ltd.“ 714*
- Belgien 299, 301, 443, 881*, 943
- Benelux-Länder 40, 388
- Bergbau XVIII, 78f., 263–265, 294,
298–305, 307, 310, 333, 396, 454,
597, 676
- Berlin 322, 605f., 825–827, 855,
943, 945f., 957, 966, 1001–1003,
1022, 1039
- Abgeordnetenhaus 972, 1044
 - Bundestagsabgeordnete 328, 349,
377
 - Dreimächtestatus 1017*, 1021f.,
1044
 - Gemeindeverfassung 621
 - Senat 827
 - Sitzungsort des Bundesrates
(September 1961) 1034
 - Sitzungsort des Bundestages
(Oktober 1957) 14f., 18, 21, 745
 - Viermächtestatus XI, 327, 376,
582, 855, 958, 969, 971, 1021,
1031, 1054
 - Wirtschaft 376–381, 1035f., 1049f.
 - – Umsatzsteuerpräferenz 377–380
- Berlin-Frage 100, 228f., 268, 270f.,
376–383, 442f., 562, 579, 605f.,
703, 745, 809, 855f., 953, 972
- Berlin-Krise s. auch: Mauerbau VII,
XIII., 266, 270f., 290*, 377f., 810,
824–827, 855f., 946, 1005–1062
- Berlin-Reise Adenauers XIV,
1011–1014, 1016
 - Berlin-Reise Johnsons 1011–1013,

- 1016f., 1038–1040, 1042f., 1045, 1049f., 1054
- Berliner Blockade (1948/49) 122, 997, 1031
- „Berliner Zeitung“ (BZ) 1029
- Bermudas
- Alliierte Konferenzen 1953/57 579
- Besatzungskosten 64*
- Besatzungsmächte 8, 860
- Besatzungsrecht 514, 847
- Bevölkerungsentwicklung 688
- „Bild“ 1047
- „Bild am Sonntag“ 919
- Bildungspolitik s. Bundesregierung, Bildungspolitik und Gelsenkirchen, Kulturpolitische Bundestagung
- Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) 13, 25, 60, 85, 153, 168, 193f., 202, 218, 284, 292f., 349, 393, 637, 639, 645, 656, 663, 714, 732, 819, 866, 873, 887, 891, 901f., 928, 987–989
- Atomwaffen 153
- BTW 1957, Ergebnis 26
- Bundesversammlung 349
- Länder
- – Hessen 284
- – Niedersachsen 987
- Regierungskoalition, Koalitionsbildung (Bund) 818
- Verhältnis zu anderen Parteien 85
- – CDU (hier auch Wahlabkommen) 24, 60, 202, 216, 292, 639, 818
- – CSU 85
- – DP 193f.
- – FDP 194, 206, 214f., 218
- – GB 20*, 863*
- – SPD 60, 284, 291, 818
- Wiedervereinigung 25
- „Bonner Rundschau“ 61, 267*, 568*, 576, 664f., 754*, 1006*
- Bonner Vertrag s. Deutschlandvertrag
- Bremen 127, 134, 168f., 173, 558
- Bundestagswahl 1957 19
- Landtagswahl 1959 438, 469
- Senat, Regierungskoalition 139f., 524f.
- Bund der Deutschen 507
- Bund der Steuerzahler 922
- Bundesärztekammer 829
- Bundesbahn 65, 68, 299
- Bundesbank 586, 608, 778
- Bundesgerichtshof (BGH) 925f.
- Bundesministerien 485
- Auswärtiges Amt 963, 968, 1060
- Gesamtdeutsches Ministerium 389, 953, 966, 973
- Ministerium für Arbeit und Sozialordnung XVIII, 724f.
- Ministerium für das Post- und Fernmeldewesen 515, 764, 769, 844
- Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit 344
- Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte 13, 389, 638
- Ministerium für Wirtschaft 275–284
- Bundespräsident (hier auch Wahl/Kandidaten) XVI, 349–358, 365–378
- Bundespresse- und Informationsamt 17
- Bundesrat (bes. Mehrheitsverhältnisse) 7*, 28, 57, 70–72, 172, 517, 667f., 718f., 847, 854, 858f., 924
- Auswärtiger Ausschuß 326
- Berlin, Sitzungsort 1034
- Grundgesetz 7, 55, 70, 119, 746f.
- Parteipolitisches Instrument 7, 27f., 30f., 708, 746f.

- Bundesregierung
 – Bundeskanzler, Richtlinienkompetenz XIII, 412f., 787, 962f., 977
 – Justiz 281–284, 330–338
 – Kabinettsbildung 1957 13f.
 – Koalitionsbildung 1957 13, 28, 30, 140–142, 817
 – Politikfelder (s. auch spezielle Sachgebiete)
 – – Außenpolitik VII–IX, XIIIf., 96–110, 177–183, 250f., 278, 311–330, 442, 704, 743–745, 763, 811–813, 944, 947–977, 1003, 1007
 – – – „Politik der Stärke“ 90
 – – Bildungspolitik 423, 477, 676–697, 730
 – – Deutschlandpolitik X–XV, 96–110, 311–330, 563, 664f., 947–977, 1062
 – – – Selbstbestimmungsrecht 1000, 1002f.
 – – Familienpolitik 341–347, 499, 591f., 890, 892, 983
 – – Finanzpolitik 63–65, 69, 72, 784f., 791
 – – Kulturpolitik 425, 516, 609f., 675–697, 900f., 914f.
 – – Sozialpolitik XVIIIIf., 234, 288, 303, 454, 456, 654, 656, 912
 – – Verteidigungspolitik 106, 387, 496, 612f., 818, 845–860, 949, 1008
 – – Wirtschaftspolitik (hier auch Wirtschaftliche Lage) XVIIIf., 78f., 263–265, 294–311, 333, 585–587, 594–598, 603–605, 608, 656, 668, 676, 691, 814f., 832f., 841
 – – Wohnungspolitik 216–218, 221f., 253, 501, 587, 706, 712, 738, 777–786, 814
 Bundestag 28, 57, 384f., 397f., 858f., 960, 975f., 1024
 – Abgeordneten-Diäten 384
 – Ausschuß für gesamtdeutsche- und Berliner Fragen 953f., 956, 960, 963f., 966f., 973
 – Auswärtiger Ausschuß XII, 268, 963, 970, 1021f.,
 – Berlin, Sitzungsort X, 14f., 18, 20f., 745
 – Berliner Abgeordnete 328, 349, 377
 – CDU/CSU-Fraktion s. auch: CDU, Partei, Bundestagsfraktion (Verhältnis zur) IX, XII, XIX, XXI, 11f., 183, 356–376, 398, 419, 840, 948, 978
 – – Arbeitskreise II (Wirtschafts- und Landwirtschaftsfragen) und IV (Sozialfragen) 840
 – – Fraktionszwang 595
 – – „Kuchen-Ausschuß“ 65*, 75
 – Gesetzgebung s. Gesetze
 – Parlamentsreform 37–41
 – Präsident (Kompetenzen/Politische Bedeutung) XIII, 947–977
 – Rechtsausschuß 854
 – Sozialpolitischer Ausschuß 828
 – Wahlen 1949 VIII, 4, 32f., 394
 – Wahlen 1953 3f., 32f., 394, 1058
 – Wahlen 1957 VII, 19, 33, 193, 205, 258, 284, 394, 861, 1058
 – – Ergebnisse/Analyse 1*, 2–5, 33–37, 837
 – – Reaktionen 3
 – Wahlen 1961 47, 117, 183, 207, 393, 465f., 502, 524, 529, 561, 587, 589f., 609, 682, 700, 709, 736, 864, 872f., 916, 932f., 947, 979–1000

- Berlin-Krise/Bau der Mauer 1005–1062
- Bundesverfassungsgericht XVII, 117, 120, 126, 149, 166, 169, 171, 188, 335, 432f., 469, 482, 502, 504f., 708, 733, 764, 795, 830, 834, 861, 863, 901
- Bundesversammlung 349, 359–376
- Bundeswehr 850, 1015
- Atomare Bewaffnung s. Atomwaffen, Ausrüstung der Bundeswehr
- Politische Bedeutung 614, 634f.
- Burma 281*
- Camp David
- Berlin-Erklärung Chruschtschows (Sept. 1959) 443
- Ceylon 281*
- China, Republik (Nationalchina) 382*
- China, Volksrepublik 87, 181, 382*, 704, 940
- Christlich-Demokratische Union (CDU) VII, 153, 211, 241, 349, 597, 746, 916f., 939
- Adenauer-Nachfolge 885f., 895
- Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands 235f.
- Bundesfachausschüsse XXIII f., 47–49, 241, 254, 404f., 410, 417, 420f., 484f., 488, 491–496, 530f., 544–555, 652f.
- Agrarpolitik 245, 552, 651f.
- Bundesfrauenausschuß, Frauenausschüsse 233*
- Familienrecht 492f.
- Finanzen 935
- Gesundheitspolitik 492–494, 829
- Inneres 493f.
- Kriegsopfer 492f., 495
- Kulturpolitik 409, 425, 492–494, 555
- Landwirtschaft 246, 482, 490, 492
- Öffentliche Sicherheit (Polizeifragen) 492, 495
- Öffentliche Verwaltung (Beamtenrechtsausschuß) 492, 495
- Rechtsfragen 492, 495
- Rundfunk/Presse/Film 492, 494
- Sozialpolitik 242, 244, 254, 490, 492, 494f., 553, 828f.
- Sportfragen 492, 495
- Vertriebene 492, 495
- Wahlrecht 492, 495f., 552
- Wehrfragen 492, 495
- Wirtschaftspolitik XXIV, 240, 242, 244, 246f., 405, 482f., 486, 490, 492, 546–555, 646, 651
- Bundesgeschäftsstelle (hier auch: Bundesgeschäftsführer) 32, 37, 45, 161, 164, 339, 401, 508, 534, 793
- Bundesparteiausschuß XXI, XXIII, 246, 260, 451, 650
- Bundesparteitage
- Goslar 1950 935, 937
- Hamburg 1953 914
- Stuttgart 1956 X, XIX, XXIII, 241, 418, 421, 428, 838
- Hamburg 1957 243*, 346
- Kiel 1958 165, 220, 223–226, 238–261, 314, 406, 462, 657
- Karlsruhe 1960 XXIV, 419, 430, 454, 473, 648, 665, 682, 730, 749, 761, 833, 885
- Köln 1961 698f., 730, 806, 885–915, 930f., 933–935
- Bundesschatzmeister XXIV, 53f., 489, 556, 651, 672, 868
- Bundesvorstand XX f., XXIII–XXV, 97, 227–238, 407f.,

- 417f., 470–476, 479–481, 483–495, 530, 670–675, 783
- geschäftsführender Vorstand/engerer Vorstand XVI, XXIII f., 490f., 529, 532, 650, 670f.
 - Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) 48f., 229, 333, 240, 242, 244–246, 339f., 427, 550, 554, 653, 655, 773, 831, 884
 - Arbeiterkongreß aller Christlich-Sozialer Arbeiter- und Standesorganisationen 83*, 253, 437f., 452*, 655*, 880*
 - Evangelischer Arbeitskreis (EAK) 69, 83, 635, 982
 - Tagung in Hamburg Juni 1961 982
 - Frauenfragen (hier auch Wahlverhalten) 42, 211–214, 457, 635f., 672, 848–851, 856–860, 887f., 891, 893, 897f., 907, 944, 981f., 994, 1039
 - Frauenvereinigung 47f.
 - Gewerkschaften 21, 763, 875–884
 - Intellektuelle XXII, 62, 103, 128f., 143–147, 151f., 420, 460, 478, 609, 690, 898f., 982, 1005
 - Jugend (allgemein/akademische) 37, 42, 50f., 423, 460, 478, 526, 611, 609, 636 912
 - Junge Union 9, 48, 53f., 62, 189f., 206, 255, 347, 472, 673f., 730, 919, 952*, 985, 994
 - Kirchen
 - Evangelische Kirche 77–80, 82, 158, 192, 205, 354, 610f., 712f.
 - Katholische Kirche 11, 58f., 73, 75–80, 287, 712f.
 - Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) 48, 208–210, 613, 616, 620, 653f., 800, 805
 - Kommunen IX, 6, 9, 35, 259, 398–400, 509, 613f., 797
 - Konfessionsfragen IX, 9f., 34, 74, 76–78, 201, 354f., 454, 588f., 681, 712 f., 888f., 983, 1020
 - Kreisgeschäftsführer 54, 210
 - Kreisverbände 605f., 860, 943, 945f., 966, 1001–1003, 1039
 - Wuppertal Kreisparteitag November 1959 565*
 - Landesgeschäftsführer 919
 - Landesverbände XV, 131, 141, 172, 409, 874, 919, 936, 994
 - Baden-Württemberg 408
 - Berlin 229, 610, 1031, 1033, 1042–1044
 - Exil-CDU 218, 495, 530
 - Hamburg 7, 130, 245, 1048
 - Hessen 286
 - Niedersachsen 728
 - Nordbaden 144, 157
 - Nordrhein 633, 670, 803f.
 - Nordrhein-Westfalen 127, 408, 721
 - Oder-Neiße 27, 495, 530, 643
 - Rheinland 69, 187, 194, 424, 521, 578*, 670, 720, 803f., 1012, 1015
 - Saarland 54, 654
 - Schleswig-Holstein
 - Parteitag Rendsburg 1961 223, 952
 - Westfalen 187, 192, 194, 341, 424, 578*, 670, 803f., 991, 1012, 1014f.
 - Landesvorsitzende (16er Kreis) XX, XXIII, 402f., 408, 412, 419, 426, 490f., 540, 911
 - Mitgliederstruktur 24, 46, 429f.

- Mitgliederwerbung s. auch: CDU, Partei, Finanzen 11, 54, 62, 341, 347, 426–437, 539, 542, 875
- Mittelstandsvereinigung/Mittelstandsausschüsse 47f., 427, 550, 650
- Partei
 - Bundes-, Landes- und Kommunalebene (Verhältnis zueinander) XVIf., XXf., 48f., 241, 352, 385, 397–400, 406f., 410–413 418, 420, 422, 459, 479, 491f., 508, 530, 538–543, 615, 626, 666–669, 707–709, 717, 790, 816
 - CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Verhältnis zur) s. auch: Bundestag, CDU/CSU-Fraktion 25, 27, 45, 48, 350, 352, 356–376, 404–407, 415, 422, 424, 486, 494, 536, 717, 789, 831, 833, 843, 870, 948, 970
 - Ehrengerichtsordnung XVII, 47, 225, 253, 406, 421, 426–437, 490, 641, 661f., 669, 820, 869
 - Finanzen 10f., 47, 53, 188, 225, 253, 339–401, 406, 421, 426–437, 472, 490, 649f., 706, 733, 861–869, 874, 935–937
 - Geschäftsordnung XXIII–XXV, 47, 225, 242, 245, 253f., 339f., 400, 402, 406, 421, 426–437, 484, 490, 646, 649f., 869
 - Innere Organisation X, XXI–XXV, 43, 46–54, 161, 165, 223, 241–257, 339–341, 359–376, 397, 399, 403, 405–437, 459f., 470–475, 484–495, 538–543, 648–658, 799, 985
 - Klassifizierung
 - „Honoratiorenpartei“ 7, 24, 619, 685, 689, 693
 - „Mitgliederpartei“ XIX, 256, 348, 401, 541
 - „Partei der Reichen“ 608
 - „Staatspartei“ 105, 159, 412, 415, 478, 716, 755f., 769, 900
 - „Verfassungspartei“ 422, 425
 - „Volkspartei“ XIX, 42, 74f., 306, 684f.
 - „Wählerpartei“ XIX, 256, 348, 401, 541, 799
 - „Weltanschauungspartei“ s. auch: Weltanschauung XIX, 686, 689, 693
- Parteidisziplin (hier auch Innere Lage/Einheit) 417, 489, 700, 706–709, 716f., 720, 748, 809, 813, 843, 952, 969f., 976f.
- Parteigericht 436f., 641, 657
- Parteireform 403, 405, 455, 460–464, 494–496, 525–538
- Statut 11f., 27, 43, 46f., 253f., 339f., 400, 409, 419, 428, 431, 532, 649f.
- Personalpolitik 372, 457f., 615, 631, 635
- Kandidatenauswahl (für die CDU/CSU-Fraktion) 11f., 399, 403, 405, 407, 732, 801, 803
- Presse und Propaganda s. auch: Presse 85, 124, 728, 730–739, 1016
- Programmik IXf., XIX, 75, 544
- Ahlener Programm (1947) 655f.
- Düsseldorfer Leitsätze (1949) 549, 554
- Hamburger Programm (1953) 259
- Hamburger Manifest (1957) 914
- Kulturpolitik XXII, 697*, 895, 899

- Gelsenkirchener Manifest (1960) XXII, 913, 915
- Ring Christlich-Demokratischer Studenten s. dort
- Sozialausschüsse s. CDU, Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
- Verhältnis zu anderen Parteien
- BHE 24, 60, 202, 216, 292 (GB), 639, 818
- CSU 998
- DP 13f., 25, 60, 66, 202, 217f., 354, 395, 535, 590, 816f., 987-989
- FDP 22, 28, 32, 41f., 66, 83, 354, 591, 894f., 922, 941, 979, 983, 1018
- SPD XIII, XXI, 58, 192f., 291, 312, 320, 456, 747, 753, 769, 941, 978, 983, 987, 1011, 1015f., 1049
- Zentrum 989
- „Vorphilosophischer Raum“ 77, 147, 160, 489, 618, 623, 707, 713, 732, 798 804, 1039
- Wählergruppen (-struktur) 25, 29, 35, 62, 86, 210, 401, 405, 456, 467
- Wahlen (allgemein)
- Bundestagswahlen 1*, 27, 32, 50, 58, 68, 77, 306, 461, 609, 612, 617, 730, 918-920, 938, 941f., 979-1000
- Kommunalwahlen 27, 56, 306, 466, 578, 594, 612-636, 794-806
- Landtagswahlen 7f., 19, 27, 32, 49 56, 58, 63, 65, 68, 72, 77, 306, 423, 466
- Wahlgremium XXV, 489, 700, 729-734, 885, 887, 892f., 915, 918
- Wahlkommission 27, 47, 480
- Weltanschauung (hier auch Christliches Politikverständnis) IXf., XIXf., 10, 18, 59, 74, 83f., 412, 680f., 798, 842, 982-984
- Christlich-Soziale Union (CSU) VII, 1, 8, 29, 284, 746, 998
- Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU 235f.
- Atomwaffen 153
- Bundestagswahl (1957) 1*
- Fusion mit der CVP 1957 263
- Verhältnis zu anderen Parteien
- Bayernpartei 989
- BHE 85
- CDU 998
- Christliche Gewerkschaften 176, 230, 243*, 294, 455, 458f., 544, 582, 622, 653, 883
- Christlich-Soziale Kollegenschaft 452, 459
- Arbeiterkongreß aller Christlich-Sozialer Arbeiter- und Standesorganisationen 83*, 253, 437f., 452*, 655*, 880*
- Christliche Bruderschaften 157, 423
- Christliche Gewerkschaften Deutschlands (CGD) 549, 552
- Christliche Volkspartei (CVP) 29
- Fusion mit der CSU 1957 263
- „Civis“ 51, 680*
- Dänemark 443
- Darmstadt
- Rede Adenauers 1961 1020
- „Das Deutsche Wort“ 710
- Dekolonialisierung VII, 740, 931
- Democrazia Cristiana (DC) s. Italien, Democrazia Cristiana
- Demokratische Partei Saar (DPS) 29*
- Demokratische Wählerunion (DWU) 928f.
- Demoskopie IX, 890f., 916, 932, 939

- „Der Arbeitnehmerbrief“ 295*
- „Der Mittelstandsbrief“ 432*
- Deutsche Demokratische Republik (DDR) XI, 135, 381, 560, 567, 657, 810, 1001, 1009f.
 - Berlin-Krise (1960/61) 826, 856, 1016, 1053f., 1057, 1059
 - Bewaffnete Kräfte 810
 - Innere Lage (hier auch Flüchtlingsbewegung) 95, 174, 648, 891, 1031, 1039
 - Interzonenhandel/Interzonenverkehr 299, 810, 1029f.
 - „Konzentrationslager DDR“ 1055
 - Unterwanderung der Bundesrepublik 124, 147, 170, 265, 296
 - Verhältnis zur Bundesrepublik (bes. Anerkennung, Rechtslage) 442, 556–573, 810, 955
 - Verhältnis zur Sowjetunion XI, 124, 182, 290, 570f., 856
- Deutsche Frage s. auch:
 - Bundesregierung,
 - Deutschlandpolitik sowie
 - Wiedervereinigung VIII., 92, 99f., 115, 266, 311
- Deutsche Friedensunion (DFU) 939, 1027f., 1034, 1037
- Deutsche Partei (DP) VIII, 7*, 23f., 29, 60, 85, 153, 186, 211, 216f., 709, 714, 817, 887, 988
 - Atomwaffen 153
 - Bundesversammlung 349
 - GDP (seit April 1961) 887, 988f., 1005, 1056
 - Bundeswahlkongreß Goslar 1961 988
 - Konfession, Propaganda 9
 - Länder
 - Baden-Württemberg 22
 - Bayern 987f.
 - Hessen 25, 286
 - Niedersachsen 16, 25, 709, 987–989
 - Nordrhein-Westfalen
 - Landtagswahl 1958 196, 200f.
 - Regierungskoalition (Bund) 14, 38
 - Verhältnis zu anderen Parteien
 - BHE 193f.
 - CDU (hier auch Wahlabkommen) 13f., 25, 60, 66, 202, 217f., 354, 395, 535, 590, 816f., 987–989
 - FDP 22, 193f.
 - FVP 13
 - GDP (seit April 1961) 887, 987–989, 1005
- Deutsche Presse-Agentur (dpa) 95
- Deutsche Reichspartei (DRP) 23, 85*, 211, 349, 507, 591, 643, 866f.
 - Bundesversammlung 349
- „Deutsche Saar-Zeitung“ 592*
- „Deutsche Welle“ 768
- „Deutsche Zeitung – Christ und Welt“ 401, 705
- Deutscher Beamtenbund (DBB) 331, 495
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) hier auch Gewerkschaften allgemein XIX, 5f., 21, 38, 63, 78f., 118, 125f., 139, 160, 170, 185, 189, 192, 221, 242f., 253, 456, 458f., 517, 520, 526, 528f., 546f., 549f., 552, 585f., 593, 602, 604, 608, 724, 763, 834f., 875–884, 1035
 - Bundeskongreß Stuttgart 1959 416
 - CDU 21, 763, 875–884
 - Christlich-Soziale Kollegenschaft 453*, 875f.
 - Einzelgewerkschaften
 - Deutsche

- Angestellten-Gewerkschaft
(DAG) 549, 552, 554
- Fernsehstreit 517, 520
 - Generalstreik (Gefahr) 118, 146, 162, 210
 - Industriegewerkschaften 878
 - IG Bau Steine Erden 596, 778
 - IG Bergbau 302, 554, 880
 - IG Metall 243*, 593
 - Innere Situation 456, 528f., 552, 554
 - Kommunistische Infiltration 5, 585, 602–604
 - Krankenversicherungsreform 835–837, 841
 - Notstandsgesetze 857
 - Parteipolitische Neutralität 526, 528, 878f.
 - SPD 6, 62, 78f., 118, 160, 185, 189f., 294f., 459, 469, 517, 526, 528, 736, 876–883
 - Tarifpolitik XIX, 78f., 585–587, 593, 596f., 607, 831–837, 841
 - Volksbefragung/„Anti-Atomtod-Bewegung“ XXII, 118, 125f., 139, 146, 160, 170, 189, 192, 552
 - Wohnungsbaugesellschaften 221
- Deutscher Industrie- und Handelstag
(DIHT) 761
- Deutscher Städtetag 801
- Deutscher Zollverein 440*
- „Deutsches Monatsblatt“ 432*
- Deutschland-Fernsehen-GmbH XVII, 757*, 760*
- Deutschlandpolitik
s. Bundesregierung,
Deutschlandpolitik
- Deutschlandvertrag (1952) 449, 847, 1000, 1002f.
- Deutschnationale Volkspartei (DNVP)
5, 23
- Disengagement s. auch:
Großbritannien und
Ost-West-Konflikt 379, 1008
- „Dollfuß-Konkordat“ 81
- Dortmund
- Eröffnung Bundestagswahlkampf 1961 938, 986, 990f.
 - Wahlkampfveranstaltung der CDU 1957 991f.
- „Dortmunder Bürgerbrief“ 617, 628
- „Eichmann-Prozeß“ 926
- Eigentums- und Vermögenspolitik 243f., 249, 253, 502, 593f., 901
- Energiewirtschaft (Kohle/Heizöl) XVIII, 264f., 294, 296f., 300f., 305f., 308f., 395f., 402, 450, 500, 666-668
- Entnazifizierung 630, 645, 658, 793
- Entschädigung für NS-Opfer
s. Wiedergutmachung
- Entspannung 135, 156, 182, 562, 583f., 604–606, 1052, 1060
- Entwicklungshilfe 713, 896, 901, 903, 905f.
- Europa
- EURATOM 282, 440, 524, 688
 - Europäische
Verteidigungsgemeinschaft
(EVG) hier auch Europäische
Sicherheitsordnung 351, 960, 965
 - Europäische
Wirtschaftsgemeinschaft
(EWG) 116, 243, 387f., 440f., 711, 715, 739f., 741, 984
 - Assoziierungsabkommen 714
 - Gemeinsamer Markt 245, 273, 280, 440f., 446f.
 - Kommission 743
 - Politische Bedeutung 440, 446f.
 - Europäisches Parlament 740
 - Europarat 16f., 94, 168, 351

- Freihandelszone 116, 272f., 280, 387f., 440, 446f.
- Integration VIII, XXI, 16–18, 132, 441, 445–447, 702, 740f., 906f., 944, 1000
- Montanunion (EGKS) 264, 297, 299, 307, 440, 549, 740
- Römische Verträge 740f., 743
- Evangelische Akademie 74, 77, 80, 82
- „Evangelische Verantwortung“ 9*, 982*
- „Fall Kilb“ (hier auch Fall Hallstein-Blankenhorn-von Maltzan) 273–284, 287, 328, 330–335, 337
- „Fall Oberländer“ VII, 628, 638–647, 656
- „Fall Schäffer“ 288, 292, 314, 321, 331
- Familienpolitik s. Bundesregierung, Familienpolitik
- Fernsehstreit s. Rundfunk und Zweites Fernsehen
- „Le Figaro“ 449
- Finanzpolitik s. Bundesregierung, Finanzpolitik
- Finanzverfassung (hier auch Länderfinanzausgleich) 28f., 69, 220, 792
- „Flaggenstreit“ s. Sportpolitik und Deutsche Demokratische Republik (DDR), Verhältnis zur Bundesrepublik
- Föderalismus
- Verhältnis
Bund–Länder–Kommunen (Konflikte) XV–XVII, 51, 55, 69, 153, 169, 171f., 220, 398, 400, 413 425, 450, 477, 515–522, 649f., 675, 708, 715f.718, 746, 751, 754, 762, 766, 769, 771, 847, 900, 924f.
- „Foreign Affairs“ 392
- Fortschrittliche Konservative s. Kanada, Fortschrittliche Konservative
- Frankfurt
- Rede Adenauers auf der JU-Kundgebung 1961 952
- „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) 61, 123, 127, 130, 139, 142, 284, 395, 539, 562, 709, 787, 789, 965, 985f.
- „Frankfurter Neue Presse“ 952*
- „Frankfurter Rundschau“ 314*
- Frankreich VII, 31, 40, 177, 371, 380, 445, 564, 639, 719, 813, 837, 932, 943f.
- Deutschlandpolitik, Deutsche Frage, dt.–frz. Verständigung VII, 272, 447f., 561, 708
- Europapolitik 166, 776, 811f.
- Innenpolitik VII, 179f., 187, 390, 580, 582, 931
- NATO 132, 382f., 704, 776, 812
- USA 386, 389, 581
- Verteidigungspolitik 382, 447
- Wirtschaft XVII, 31, 264, 299, 302, 679
- Frauenpolitik s. CDU, Frauenfragen
- Freie Demokratische Partei (FDP) VIII, 25, 60f., 153, 185f., 199, 714, 819, 894, 920–923, 928, 939, 941, 945, 951, 984, 995, 1012, 1018
- Bundesversammlung 349
- Deutschland- und Berlinpolitik 947, 951
- Energiepolitik (Heizölsteuer) 667
- Finanzen 872, 995
- Gesundheitspolitik 711
- Innere Situation 163, 980-984, 1020

- Kirchen (konfessionelle Propaganda) 922, 979
- "Korrektivpartei" 894, 921
- Länder
 - Baden-Württemberg 4, 22, 118, 168, 667, 984
 - Bremen 173
 - Hessen 34, 286, 291
 - Nordrhein-Westfalen 4, 118, 121, 193f. 199, 202, 218, 531, 927, 983f.
- Landwirtschaftspolitik 921, 923, 979, 984, 1027
- Parteiengesetz 508
- Parteitage
 - 11. Bundesparteitag Stuttgart 1960 591
 - 12. Bundesparteitag Frankfurt/M. 1961 984
- Regierungskoalition, Koalitionsbildung (Bund) 1026f.
- Verhältnis zu anderen Parteien
 - BHE 194, 206, 214f., 218
 - CDU 22, 28, 32, 41f., 66, 83, 354, 591, 894f., 922, 941, 979, 983, 1018
 - DP 193f.
 - SPD 7, 26, 57f., 140, 291, 354, 817, 819, 979-983, 1020
- Volksbefragung/Atomwaffen 118f., 121, 148, 163, 168, 173
- Wahlen 1961 1026f.
- „Freie Presse Bielefeld“ 314*
- Freie Volkspartei (FVP) 13
 - Fusion mit der DP 13*
- Freie Wählervereinigung 794, 796
- Friedensvertrag s. auch:
 - Bundesregierung, Außen- und Deutschlandpolitik 957-961, 966-968, 971-973
- Front de la Libération Nationale (FLN) 178*
- Fuldaer Bischofskonferenz 544*, 770-773
 - Fuldaer Manifest 104
- Gelsenkirchen
 - Gelsenkirchener Manifest 913, 915
 - Kulturpolitische Bundestagung (1960) XXII, 697*, 895, 899
- Generalstreik (Gefahr) 118, 146, 162, 210
- Generalverträge 957, 959
- Genf
 - Konferenzen
 - Expertenkonferenz über die Kontrolle von Nuklearversuchen 1958 181
 - Hauptsiegermächte Juli 1955 114*
 - Hauptsiegermächte Okt. 1955 92
- Gesamtdeutsche Partei (GDP)
 - s. Deutsche Partei
- „Gesamtdeutsche Rundschau“ 317*
- Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) 22, 34, 598, 1003, 1028
- Gesamtdeutscher Block (GB) s. Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
- Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft (DSF) 604
- Gesetze
 - Aktienrechtsgesetz 221, 500
 - Apothekengesetz 496
 - Arzneimittelgesetz 466
 - Betriebsverfassungsgesetz 160
 - Bundesbankgesetz 501
 - Bundesbaugesetz 501
 - Bundesleistungsgesetz 846-849, 856, 949, 1018, 1052f.
 - Bundespräsidentenwahlgesetz 369*

- Diätengesetz 38
- Ehegesetz 981f.
- Ehreenschutzgesetz 500
- Familienrechtsänderungsgesetz 980
- Finanzgerichtsbarkeitsgesetz 500
- Getreidegesetz 922
- Häftlingshilfegesetz 499
- Jugendarbeitsschutzgesetz 499
- Jugendhilfegesetz 498
- Jugendschutzgesetz 498
- Kassenarztrechtsgesetz 836
- Krankenkassengesetz 705f., 738f., 742, 789
- Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz (KVNG) 587*, 721*
- Kreditwesengesetz 500
- „Lücke-Gesetz“
s. Wohnungsbaugesetz
- Luftschutzgesetz 718
- Notstandsgesetzgebung 496, 818, 845–860, 949
- Pensionsgesetz des Bundespräsidenten 384f.
- Privatisierungsgesetz 668f., 691
- Richtergesetz 337, 500, 923–926
- Rundfunkgesetz 496, 513–522, 717, 758, 767
- Sozialhilfegesetz 448, 980
- Strafrechtsreform 499
- Volkswagengesetz s. Gesetze, Privatisierungsgesetz
- „Vorschaltgesetz“ s. auch: SPD, Krankenversicherung 721, 725, 727, 828, 832, 837, 843,
- Wasserstraßenreinigungsgesetz 708, 718
- Wehrpflichtgesetz 718, 783
- Wirtschaftssicherungsgesetz 501
- Wohnungsbaugesetz 632, 706, 728, 777f., 797, 818, 831, 869
- 131er-Gesetz 496
- „Gewerkschaftliche Monatshefte“ 526, 528
- Göttinger Erklärung („Aufruf der 18“) 33*, 36, 129
- Goslar
- Parteitag der CDU 1950 935, 937
- Griechenland 278
- Großbritannien VII, 128, 301, 444, 584, 639, 715, 813
- Berlin-Krise 1961 1012–1014, 1022
- Deutschlandpolitik, deutsche Frage, dt.-brit. Beziehungen 115f., 273, 379f., 387f., 391, 440f., 561f., 743f., 957f.
- Disengagement 379, 1008
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 440, 446f., 714f.
- Innenpolitik 526, 528, 602, 714f., 768
- Liberale Partei 4
- Verteidigungspolitik 115f., 132, 155, 382
- Wirtschaftspolitik 299, 446f.
- Grundgesetz XIII, 120, 122f., 126, 128, 166f., 182, 336, 349, 425, 477, 519, 717, 746, 762, 787, 845f., 849, 907, 923–926
- Art. 12 849
- Art. 21 503, 507
- Art. 29 166
- Art. 54 349*
- Art. 65 412, 977
- Art. 76 Abs. 2 746*
- Art. 118 166
- „Antideutsches Instrument“ 708
- Völkerrecht 167f.

- „The Guardian“ 658
 Gürzenich
 – Rede Adenauers 1956 785
 Hamburg 19, 24, 131, 134, 140,
 168f., 216, 456, 765
 – Bürgerschaft 130
 – Bundestagswahl 1957 19, 56f.
 – Gemeindeverfassung 621
 – Senat, Regierungskoalition 7*, 24,
 66*, 69f., 764
 – Verfassungsgericht 130
 – Wahlen zur Bürgerschaft 1957 7*,
 19, 24f., 46, 57, 66–68
 „Hamburger Echo“ 57*, 70*
 „Hamburger Monatsblatt“ 603
 Handwerk 25, 498, 626, 679, 682,
 839, 913
 Hannover
 – Parteitag der SPD 1960 942f., 948
 „Hannoversche Presse“ 314*
 Hartmann-Ausschuß s. Steuerreform
 Hartmann-Bund 600, 722, 724, 727
 Hessen 26, 50, 168, 206, 263, 270
 – Bundestagswahl 1957 25
 – Gemeindeverfassung 621
 – Kommunalwahl 1960 612, 626,
 721
 – Landesregierung,
 Regierungskoalition 9, 26, 161,
 290–292
 – Landtagswahl 1954 148
 – Landtagswahl 1958 8f., 147,
 284–290, 293, 469
 – Schulpolitik 286
 – Verfassung 148f.
 „Hildesheimer Allgemeine Zeitung“
 1039
 Hochschulen s. auch: CDU,
 Intellektuelle 678, 684
 „Hör zu“ 814
 „Honnefer Modell“ s. auch:
 Bundesregierung, Bildungspolitik
 684
 Indien 281*, 386, 1021, 1043f., 1061
 Indochina 177f., 704, 743
 Indonesien 87
 Industrie 265, 310, 395f., 552, 585,
 593, 595–597, 603–605, 656, 832f.,
 841
 – Politische Einstellung 603–605,
 814f.
 – Chemische- 78, 295, 585f.
 – Eisen und Stahl- 78f., 298, 310,
 552
 – Elektro- 295
 – Textil- XVII, 295, 302, 552, 585
 Inflation s. auch: Währungspolitik
 586f., 594, 741–743, 784f., 1008
 Intellektuelle s. CDU, Intellektuelle
 Internationales Olympisches Komitee
 (IOC) 559, 566–571
 Interzonenhandel/Interzonenverkehr
 299*, 810, 1029f.
 Irak 224*
 Iran (Persien) 276–279
 Italien 40, 132, 302f., 388, 417, 445,
 583f., 639, 812f. 943f., 1044
 – Democrazia Cristiana (DC) 383,
 406, 483, 812f.
 – Innenpolitik 812f.
 – Wirtschaft XVII, 302
 Japan 281*, 704, 812
 Journalismus s. Presse
 Jugend, Jungwähler s. CDU, Jugend
 Jugendwohlfahrtsgesetz 984
 Jugoslawien 264
 „Juliusturm“ 64
 Justiz 279–284, 328–339, 665,
 923–926
 Kalter Krieg 86–89, 104, 133
 Kanada 6, 303

- Fortschrittliche Konservative (Partei) 6*
- Liberale Partei 6
- Karenztage s. Krankenversicherung, Reform, Karenztage
- Karlsruhe
 - 9. Bundesparteitag der CDU 1960 419, 430, 454, 473, 648, 665, 682, 730, 749, 761, 833, 885
- Kassenärztliche Bundesvereinigung 722, 725*, 830
- Katholische Akademie XXIf., 58f., 73*, 77
- Katholische Arbeiterbewegung (KAB) 176
- Katholische Nachrichtenagentur (KNA) 774*
- Katholische Volkspartei (Niederlande) 124
- „Kennan-Vorträge“ (Ost- und Sicherheitspolitik) 99
- Kiel
 - Ministerpräsidentenkonferenz 1959 517f., 520, 522, 767
 - 8. Bundesparteitag 1958 165, 220, 222–226, 314, 406, 462, 657
- Kindergeld 341–347, 499, 591
- Kirchen XXIf., 138, 183, 209, 588f., 707, 765f., 770f., 876
 - Evangelische Kirche 58, 73, 77–80, 82, 95, 150, 158, 192, 205, 354, 416 , 588f., 610f., 712, 775
 - Gesamtdeutsche Synode Berlin 1958 150
 - 9. Kirchentag München 1959 82*, 416
 - Katholische Kirche 10, 58f., 73, 75–80, 95, 287, 416, 588, 712, 770–774
- Köln
 - 10. Bundesparteitag 1961 697–699, 730, 806, 885–915, 930f., 933–935
- „Kölnische Rundschau“ 55, 61, 94*, 271, 282, 443, 779, 813, 843, 845, 1005
- Kohlewirtschaft s. Bergbau und Energiewirtschaft
- Kolpingwerk 69, 452
- Kommunalwahlen s. einzelne Länder und CDU, Wahlen, Kommunalwahlen
- Kommunen 153, 189, 193, 259, 543
- Kommunismus s. auch: Marxismus IX, 95, 123f., 386, 562, 583, 588, 609, 704, 815, 944, 1021
 - Kommunistisches Manifest 937
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 22, 34, 117, 167, 209, 292
- Konfessionsfragen (allgemein) 9f., 20, 22f., 34, 76, 286f., 355, 888
- Kongo 714, 740, 744*, 811
- Konservatismus 5, 23
- Konservative Partei (Großbritannien) 394*, 714f.
- Korea 297
- Krankenversicherung s. auch: Sozialpolitik und Gesetze 536, 587f., 591, 634, 656, 705f., 711, 721–729, 738f., 742, 789, 797, 818, 870, 910
 - Knappschaft 303
 - Reform XVIIIIf., 827–844, 857
 - Karenztage 839
- Kriegsgefahr 746, 826f., 946, 1013f., 1047, 1054, 1059
- Kriegsopfer 397, 404, 587, 591, 634, 898, 910
- Kuba 581, 932
- „Kuchen-Ausschuß“ 65*, 75
- Kulturpolitik s. Bundesregierung, Kulturpolitik

- Labour Party (Großbritannien) 21,
128, 394, 526, 528
- Wiedervereinigung 15
- „Landsmannschaftliche Zeitung“
1055
- Landtagswahlen s. einzelne Länder
und CDU, Wahlen, Landtagswahlen
- Landwirtschaft XVII, 25, 42, 303f.,
457, 464, 467, 479, 711, 839, 909,
923
- Laos 386
- Leipziger Messe 815
- „Lemberg-Ausschuß“ s. „Fall
Oberländer“
- Liberaler Partei s. Großbritannien,
Liberaler Partei
- Liberaler Partei s. Kanada, Liberaler
Partei
- Liberalismus 4, 23, 83, 602
- Löwen
- Adenauer-Rede 1958 94*
- Lohnpolitik s. DGB, Tarifpolitik
- London
- Neunmächtekonferenz 1954 100*
- „Lücke-Plan“ s. auch:
Bundesregierung, Wohnungspolitik
712, 721, 728, 797, 818, 831, 869
- Luxemburg 943
- Marxismus s. auch: Kommunismus
5, 74f.
- Materialismus, dialektischer s. auch:
Marxismus, Kommunismus IXf.,
10
- Matsu-Insel (China) 382
- „Maudling-Ausschuß“ s. auch:
Europa/Freihandelszone 273
- Mauerbau 13. August 1961 s. auch:
Berlin-Krise 1961 VII, XIV, 1016,
1031, 1056
- Melbourne
- 16. Olympische Sommerspiele 1956
s. auch: Sportpolitik 565
- „Methodenstreit“ s. Bundesregierung,
Deutschlandpolitik
- Mietrecht 738, 818
- Mitbestimmung 12, 656
- „Der Mittag“ 952*
- Mittelstand, Mittelstandspolitik 24f.,
62, 342–346, 457, 551, 633, 832f.,
839, 841, 913, 1027
- „Le Monde“ 383*, 449, 659*
- Montanunion (EGKS) s. Europa,
Montanunion
- Moskau-Reise Adenauers 1955 IX
- München
- Parteitag der SPD 1956 684
- Naher Osten 87, 307
- Nationalbewußtsein 563, 602, 711,
814, 859, 895, 899–903, 906, 1041
- Nationaldemokratische Partei
Deutschlands (NPD) 85
- Nationale Volksarmee (NVA) 852
- Nationales Olympisches Komitee
(NOK) der Bundesrepublik
Deutschland 558
- Nationales Olympisches Komitee
(NOK) der DDR 569*
- Nationalismus 4, 1041
- Nationalsozialismus 15, 333, 338,
590, 636–646, 658–665, 792f., 982
- Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiterpartei (NSDAP) 144*,
335*, 659f., 662
- NATO s. North Atlantic Treaty
Organization
- Neheim-Hüsten
- Rede Adenauer 1946 454
- Neonazismus 603
- „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) 88,
97, 113, 155, 577, 664, 956, 967
- Neutralisierung Deutschlands (Gefahr)

- IX, XI, XIV, 103, 944f., 950, 956,
965–967, 1034, 1052, 1060
„New York Times“ 87*
Niederlande 124, 301, 637, 837, 943
– Antirevolutionäre Evangelische
Partei 124
Niedersachsen 168, 667, 765, 794,
989f.
– Bundestagswahl 1957 25
– Gemeindeverfassung 621
– Kommunalwahl 1960 612, 916,
922f.
– Landesregierung,
Regierungskoalition 634
– Landtagswahl 1959 186, 329, 372
„Nitritskandal“ 137
Nord-Ostsee-Kanal 848, 851
Norddeutscher Bund 440*
Norddeutscher Rundfunk (NDR) 514
Norddeutscher Zollverein 440
Nordrhein-Westfalen XV, 51, 71,
138, 140, 162f., 168, 187, 193, 408,
564, 599, 612–614, 666–670, 674,
773, 790f., 799, 803, 806, 853f.,
860, 910, 926f., 987, 1007, 1011f.
– Bundestagswahl 1957 19, 34
– Gemeindeverfassung 621
– Justiz 660, 665
– Kommunalwahl 1961 61, 190,
497, 573, 612, 621, 816, 824f., 845,
916, 922f., 928f.
– Landesregierung,
Regierungskoalition 32, 161–163
– Landtagsfraktion 127, 163, 794
– Landtagswahlen 172, 372
– 1950 305
– 1958 8, 29, 56, 58, 68, 70, 147,
161, 186–190, 192–213, 258,
399, 926
– 1962 668, 816, 824f., 845
– Ministerium für Landesplanung,
Wohnungsbau und öffentliche
Arbeiten 222*
– Regierungswechsel 1956 176, 591,
983
– Schulpolitik 598
– Verfassung 122
– Verhältnis zum Bund/Bedeutung
XVIII, 210, 612f., 667f., 806
Nordwestdeutscher Rundfunk
(NWDR) 514, 764f., 822, 824
– Liquidationsgesetze 764f., 822,
844
North Atlantic Treaty Organization
(NATO) XXI, 86–91, 93–95, 98,
107, 116, 131f., 259, 266, 353,
382, 386f., 391, 443, 579, 581,
587, 703–705, 743, 811f., 850f.,
857, 860, 948–950, 965, 974, 1001,
1024, 1038, 1052, 1055, 1058f.
– Nukleare Strategie 942f.
Norwegen 383, 710, 851
Notstandsgesetze s. auch: Gesetze
818, 845–860, 948
Nouvelles Equipes Internationales
(NEI) 225
Nürnberg
– Deutschlandtreffen der SPD 1961
1006
„Nürnberger Nachrichten“ 243*
„Oberfränkische Volkszeitung“ 1006*
Oberhausen
– Wahlkampfrede Adenauers 1953
s. auch: Zentrum, Verhältnis zur
CDU
Oder-Neiße-Linie 26, 266, 393,
446–448, 643
Österreich 702f., 834, 945, 965
„Österreich-Plan“ XIV
Österreichische Volkspartei (ÖVP)
81f., 124
Ost-West-Konflikt 379, 386, 441f.,

- 579, 763, 811, 932, 945, 1008,
1015, 1025, 1037, 1052
- Ostasien XVII, 302
- Ostgebiete s. Oder-Neiße-Linie
- Pakistan 278
- Pankow s. Deutsche Demokratische
Republik
- Paris
- Konferenzen
 - Dez. 1959 (Westalliierte) 441,
445, 561
 - Mai 1960 (Hauptsiegermächte)
391, 441–443, 744, 809, 852
- Pariser Verträge 100*
- Parlamentarischer Rat 182, 519f.,
746, 769
- Parteienfinanzierung 49, 53, 253,
255, 496, 504–513, 534, 536,
861–870
- Parteiengesetz 220, 255, 431, 435,
469, 482, 491, 503, 508, 532,
534–536, 818, 845, 860–875
- Parteiensystem
- allgemein VIII, 794, 868, 1026
 - „Parteimüdigkeit“ XX, 539
 - Zweiparteiensystem 22, 184, 197,
219, 423, 923, 1016
- Petersberger Abkommen 265
- Polen VIII, XI, 93, 95, 182, 218,
387, 392f., 448, 945, 1022
- „Politisch-Soziale Korrespondenz“
(PSK) 601
- Politische Akademie Eichholz e.V.
544, 920
- Portugal 719
- „Prawda“ 562
- Preisentwicklung XVII, 33, 36, 68,
211, 341, 473f., 501, 524, 573–576,
587, 594f., 607f., 614, 742
- Presse XV, XXII, 40, 50, 61, 98,
101, 157, 215, 326, 330, 334, 387,
444, 582f., 590, 600, 659, 705, 737,
777, 930, 982, 984f., 987, 1023,
1025, 1039, 1047f.
- Ausländische 18
 - Britische 17, 21f., 440, 584, 714,
1031
 - Polnische 658
 - Sowjetische 113, 448
 - US-Amerikanische 440
- Privatisierung s. auch:
Bundesregierung, Wirtschaftspolitik
668, 691
- Quadragesimo anno (Sozialenzyklika)
588, 713
- Quemoy-Insel (China) 382
- „Radford-Plan“ s. auch: USA,
Verteidigungspolitik 87f.
- „Rapacki-Plan“ 100, 103, 107, 387,
440, 945, 950, 1008, 1022, 1044,
1052, 1060
- „Rathausparteien“ 616, 794, 797
- Rechtsextremismus 117, 603, 609
- Reichstag 998
- Reichsverfassung 787
- Reichswehr 787
- Rentenreform X, XVIII, 36, 632,
634f.
- „Die Revue“ 982
- „Rheinische Post“ 61, 187, 766, 986
- „Rheinischer Merkur“ 15*, 124, 145,
157, 283, 497
- Rheinland-Pfalz 168, 792, 987f.
- Gemeindeverfassung 621
 - Kommunalwahlen 1960 612, 721
 - Landtagswahl 1959 329, 372
- „Rheinpfalz“ 61*
- Ring Christlich-Demokratischer
Studenten (RCDS) 51, 611, 684*,
979*
- Römische Verträge s. Europa,
Römische Verträge

- Ruhrgebiet XVIII, 263–265, 295f.,
298, 305f., 626, 804
- Ruhrkohle (s. Bergbau)
- „Ruhr-Nachrichten“ 766
- Rundfunk s. auch: Zweites Fernsehen
VII, XV–XVII, 28f., 328, 392, 404,
450f., 477, 486, 491, 496f., 503,
513–524, 577, 589, 593, 595, 715,
717, 758, 768, 777, 814, 821–824
- Saarland 54, 347, 557f., 564, 572f.,
592, 794, 988
- Bundestagswahlen 1957 29
 - Kommunalwahlen 1960 612, 794,
805
 - Landtagswahlen
 - 1955 35
 - 1959 54
 - Saar-Angliederung (Sozialpolitik)
344
 - Saarfrage X
- Saudi-Arabien 688
- Schleswig-Holstein 85, 136, 163,
206, 214, 222f., 988
- Bundestagswahl 1957 19, 23, 25
 - Gemeindeverfassung 621
 - Kommunalwahl 1959 626, 634
 - Landtag 172
 - Landtagswahl 1958 8, 25, 165,
225, 289
 - Schulpolitik 214
- Schulpolitik s. einzelne Bundesländer
und Bundesregierung,
Bildungspolitik
- Schweden 557, 852
- Schweiz 557, 596, 837, 945
- Selbstbestimmungsrecht XIV, 961,
1000, 1002f.
- Sizilien 264
- Souveränität s. Besatzungsrecht und
Deutschlandvertrag
- Sowjetunion (UdSSR) 86f., 353,
392, 448, 561, 576, 603–605, 812
- Agitation und Propaganda 113,
296, 603
 - Atomwaffen 88, 93, 124
 - Außenpolitik (Methoden, Ziele)
102, 156, 268, 312f., 345, 445, 702,
744, 941, 1045
 - Berlin-Frage 327, 584, 856
 - Berlin-Krise (1960/61) 1035,
1037, 1042, 1044–1046, 1050f.,
1056, 1060
 - China 181
 - DDR 124, 182, 290, 570f., 856
 - Deutsch-sowjetische Beziehungen
IX, XIIIf., 96f., 99, 104, 106, 112,
174, 291, 390, 393
 - Expansionismus IX, XI, 89, 376,
386, 445, 570, 580, 688, 811, 944f.,
966, 1020, 1051
 - Haltung zur Wiedervereinigung X,
XIII, 92, 114, 269f., 291, 314–327,
377f., 387, 391, 809, 955, 967, 971,
1002f.
 - Innere Situation 113f., 181, 940
 - NATO 124
 - USA XIII, 86–89, 114f., 385, 812,
932, 1045f.
 - Verteidigungspolitik X, 132, 604,
939f.
 - Wirtschaftliche Lage 939f.
- Sowjetzone s. Deutsche
Demokratische Republik
- Sozialausschüsse s. CDU,
Christlich-Demokratische
Arbeitnehmerschaft
- Sozialdemokratische Partei
Deutschlands (SPD) VIII, 81, 153,
167, 401, 456, 536, 859, 921, 939
- Arbeiterschaft (hier auch

- Betriebsgruppen) 21, 80, 160, 294f., 453, 455, 459, 876–884
- Außerordentlicher Kongreß Bonn (April 1961) 949
- Bundespräsidentenwahl 350–352
- Bundesverfassungsgericht 120
- Einfluß im öffentlichen Leben/Verwaltung s. auch: SPD, Kommunen 30, 55, 190
- Entwicklungshilfe 905f.
- Finanzen 188, 508, 863, 865, 872, 874, 995
- Gewerkschaften 5, 62, 78f., 118, 160, 185, 189f., 294f., 459, 469, 517, 526, 528, 736, 837, 876–883
- Grundgesetz 119f.
- Innere Lage/Entwicklung/Organisation 52, 79, 117, 255, 623, 736f.
- Intellektuelle XXII, 145, 478, 598, 690, 1029
- Justiz 926
- Kirchen XXII, 58, 73–84, 588, 598, 601, 610, 683, 686
- Kommunen IX, 6, 35, 55, 195f., 398f., 497, 585, 613f.
- Kommunismus/„Aufweichungstendenzen“ 604, 609
- Länder
 - Berlin 271
 - Bremen 120
 - Hamburg 120
 - Hessen 8, 284, 292
 - Niedersachsen 120
 - Nordrhein-Westfalen 29, 120f., 929
 - Schleswig-Holstein 120
- „Mitgliederpartei“ 736
- NATO 129, 132, 606, 704f., 942f.
- Parteidisziplin 720, 737, 746, 790
- Parteitage
 - München 1956 684
 - Stuttgart 1958 117, 138, 146, 157f., 184, 219, 601
 - Stuttgart 1958 (Bezirksparteitag) 146, 157f., 601
- Personalpolitik 458
- Politikfelder (allgemein)
 - Außenpolitik 2f., 94–96, 106f., 116, 266, 393, 604, 704, 737, 949f., 971f., 1021, 1043f., 1061
 - „Große Friedenskonferenz“ (geplant) 1022, 1044
 - Neutralismus 944f., 950, 1034
 - Bildungspolitik XXII, 683–686
 - Deutschlandpolitik X, XII, XXI, 439, 560, 567, 584, 588, 944f., 950, 956f., 961, 1008, 1022, 1026, 1033f., 1056, 1060
 - Deutschlandtreffen Nürnberg 1961 1006
 - Energiepolitik 668
 - Kulturpolitik 478, 598
 - Sozialpolitik 588, 711, 721, 739, 828, 837, 839, 843
 - Verteidigungspolitik XIII, XXII, 112f., 383, 788, 850f., 856f., 949f., 965, 1034, 1053
 - Wirtschaftspolitik 79
 - Wohnungspolitik 780
- Politikfelder (spezifisch)
 - Atomwaffen 124, 133, 142, 150, 153, 156, 189, 942
 - Berlin-Frage 562, 606
 - Berlin-Krise 1961 1017–1029, 1033f., 1037, 1040–1044, 1056–1061
 - Fernsehstreit 28, 517f., 750, 762f., 768, 815
 - Krankenversicherungsreform 721, 725, 727, 828, 832, 837, 843

- Notstandsgesetze 846f., 853
- Presse und Propaganda XXII, 17, 93f., 119, 147, 269, 285, 338, 659, 706, 725, 737, 764, 788, 804, 831, 849, 904f., 937
- Programmatik VII, XXII, 21, 73–84, 117, 174, 306, 395, 598, 601, 616, 1008
- Godesberger Programm XXI, 528, 544, 575, 588, 598, 704, 737, 797, 863, 876–883
- SED 160, 1037
- USA 1017f., 1024
- Verhältnis zu anderen Parteien und Organisationen
 - BHE 60, 284, 291, 818,
 - CDU (hier auch Große Koalition) XIII, XXI, 58, 192f., 291, 312, 320, 456, 746, 753, 769, 941, 978, 983, 987, 1011, 1015f., 1049
 - Evangelische Kirche 81
 - FDP 7, 26, 57f., 140, 291, 354, 817, 819, 979–983, 1020
- Wahlen 198f.
 - Wahlergebnis Bundestagswahl 1957 19, 22
 - Wahlergebnis Landtagswahl NRW 1958 202f.
 - Wahlkampf 1961 457, 798, 801, 979–981, 997, 1023
- Wiedervereinigung s. auch: SPD, Deutschlandpolitik 318–320
- Sozialdemokratische Partei Saar (SPS) 29
- Soziale Marktwirtschaft 308, 574, 607
- Sozialisierung s. Verstaatlichung
- Sozialismus s. auch: Kommunismus und Marxismus 18, 598, 601
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 113, 124, 182, 562, 609, 658, 660, 664, 826, 1035, 1061
 - Atomwaffen 124
 - NATO 124
 - SPD 160, 1037
 - Volksbefragung 124
- Sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken“ 272
- Sozialpolitik s. Bundesregierung, Sozialpolitik
- Spanien 383, 719
- „SPD-Pressedienst“ 94
- „SPD-Spiegel“ 919
- „Der Spiegel“ 69f., 329, 371, 754*, 760, 777, 919, 1046
- Sportpolitik 524, 556–573
- Sputnik 88f., 131
- „Stern“ 331, 1048
- Steuerpolitik 29, 219, 377–380, 667–669, 790, 802
 - Gewerbesteuer 626, 633, 802
 - Steuerreform 28, 220, 501
- „Hartmann-Ausschuß“ (Umsatzsteuerreform) 501
- Stuttgart
 - Parteitag der CDU 1956 46
 - Bezirksparteitag der SPD 1958 146, 157f., 601
 - Parteitag der SPD 1958 117, 138, 146, 157f., 184, 219, 601
 - 11. Bundesparteitag der FDP 1960 591
- „Stuttgarter Zeitung“ 958
- Sudetendeutsche Landsmannschaft 989
- „Sudetendeutsche Zeitung“ 989
- Südamerika 386, 903
- Südbaden .999
- „Süddeutsche Zeitung“ 243*, 964
- Süddeutscher Rundfunk 821
- Südtirol 809, 813

- Südwestdeutscher Rundfunk (SWF) 706
- Südwestfunk 759*, 772
- Südweststaat 35, 166, 772
- Suezkrise 289, 297
- „Der Tag“ 600*, 1030*, 1043
- „Der Tagesspiegel“ 1043
- Taiwan 382*
- Thailand (Siam) 281*
- Tibet 386
- „The Times“ 218, 658–665, 959, 1032f.
- „Trierer Volksfreund“ 888
- Tschechoslowakei (ČSSR) XI, 93, 95, 182, 387
- Türkei 278, 704, 787
- „Ulbricht-Telegramm“ 1961
s. auch: DDR, Verhältnis zur Bundesrepublik 955
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 1037
- Ungarn VIII, X, 88, 182f., 218, 387, 1026, 1034
- Union Betriebs-GmbH 936*
- „Union in Deutschland“ (UiD) 120, 125, 730*, 919
- „United Press“ 95
- Unternehmen, Unternehmerverbände 298, 300, 310
- Vatikan 81, 274, 325*
- Verbraucherverbände 907
- „Verein Unionpresse“ 323, 805*, 936*
- Vereinigte Staaten von Amerika (USA) 561, 605, 702, 812, 1035
- Berlin-Krise (1960/61) 1011–1013, 1017f., 1021f., 1024, 1035, 1038, 1046, 1050, 1054
- Deutschlandpolitik, deutsche Frage, dt.–amerik. Beziehungen XIII, 89, 101, 273, 391, 444f., 562, 702, 708, 1012, 1033, 1038
- Europapolitik 389, 441, 446f., 745, 944
- Frankreich 386, 389, 581
- Innenpolitik VII, 182, 353, 395, 561, 576, 584, 701f., 744f., 809f., 813
- Kubakrise 932
- Sowjetunion XIII, 86–89, 114f., 385, 812, 932, 1045f.
- Verteidigungspolitik 86–88, 156, 383, 582, 1045, 1054
- Wirtschaftspolitik 299f.
- Vereinte Nationen (UNO) 581, 714, 744, 811–813, 961
- Non comitted world (Blockfreie) 955, 961
- Versicherungswesen 498, 718
- Verstaatlichung (hier auch Sozialisierung) 5, 78, 217, 310
- Verteidigungspolitik
s. Bundesregierung, Verteidigungspolitik
- Vertriebene und Flüchtlinge 26f., 42, 215, 218, 389, 393, 579, 599, 620, 645f., 656, 731, 818f., 887, 889–892, 896, 898, 901f., 904–906, 913, 990, 1039, 1053, 1056
- Volksaufstand (17.Juni 1953) 1031
- Volksbefragung s. auch:
„Anti-Atomtod-Bewegung“ 118–174
- Volksbefragung
– Stellungnahmen von Organisationen und Parteien
- Evangelische Kirche 192, 205
- FDP 118f., 121, 148, 163, 168, 173
- Gewerkschaften XXII, 118, 125–128, 146, 160, 162, 170, 192

- Grundgesetz 122f., 126, 128, 166f.
- SPD XXII, 112, 119–124, 146, 148, 150, 160, 166, 172, 192
- Volksabstimmung (1933) 123
- Volksgerichtshof 294
- Volkszählung 859
- Vollbeschäftigung 587
- „Vorwärts“ 269, 443, 857*, 974, 1006*, 1019*
- „Der Wähler“ 28*
- „Wählergesellschaft“ 28
- Währungspolitik s. auch: Inflation 586f., 888
- Währungsreform 622
- Wahlrecht (hier auch Gesetze) 23, 26–28, 208, 496, 534, 616, 634, 794–797, 818, 820, 860, 996
- Wehrpflicht (hier auch Gesetz, Dienstzeit, Ersatzdienst, Verweigerung) XXI, 36, 211, 351, 398, 587, 614, 634f., 718, 783, 788, 1034, 1055
- Weimarer Republik VIII, 185, 294, 333, 423, 454, 573, 681
- Weimarer Verfassung (Art. 48) 853
- „Die Welt“ 61, 82*, 94*, 101f., 133, 144, 155, 170, 193*, 214*, 267*, 444, 558f., 600*, 944, 965, 986, 1006*, 1023, 1048
- „Welt der Arbeit“ 126
- Westdeutscher Rundfunk (WDR) 514, 762, 765, 822, 824, 844
- „Westfalenpost“ 61
- „Westfalen-Zeitung“ 193*
- Westmächte (hier auch Deutsche Frage) 267–269, 271, 290, 326, 380, 561, 703, 743–745, 809f., 826, 846, 854f., 1002, 1054, 1056
- Wiedergutmachung 791
- Wiedervereinigung s. auch: Bundesregierung, Deutschlandpolitik VII, X–XIV, 26, 95, 101, 114f., 125, 144f., 174, 182, 234, 266f., 311f., 315–317, 559f., 582, 602, 746, 959–961, 971, 1000, 1002, 1052
- Wirtschaftliche Lage VIII, 184, 295, 297, 586, 594–598, 608, 676
- „Das Wirtschaftsbild“ 431*
- „Der Wirtschaftsbrief“ 432*
- Wirtschaftspolitik s. Bundesregierung, Wirtschaftspolitik
- Wissenschaftsrat 679f.
- Wohnungspolitik s. Bundesregierung, Wohnungspolitik
- Württemberg 998f.
- „Die Zeit“ 14*, 56, 90, 628, 636, 661, 940
- Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZDK) 416
- Zentralverband der Deutschen Konsumgenossenschaften 549
- Zentrum (Deutsche Zentrumspartei) 153, 167, 193f., 196, 202f., 210, 414, 455, 631, 875, 989, 998
- Nordrhein-Westfalen 619, 624
- Verhältnis zu anderen Parteien
- Bayernpartei 998
- CDU (auch Wahlabkommen) 989
- Zentrum (vor 1933) VIII, 453
- Zweiparteiensystem s. Parteiensystem
- Zweites Fernsehen s. auch: Rundfunk XV–XVII, 404, 450, 497, 515, 520, 589, 593, 669, 720, 736, 747–776, 781, 807f., 813, 815

